



Frank Golczewski

**DEUTSCHE UND  
UKRAINER**  
1914-1939

Ferdinand Schöningh

FRANK GOLCZEWSKI

**DEUTSCHE UND  
UKRAINER  
1914–1939**

FERDINAND SCHÖNINGH

Paderborn · München · Wien · Zürich

Veröffentlicht mit einem Druckkostenzuschuß der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität Hamburg. Für die Unterstützung in verschiedenen Stadien der Arbeit danke ich Gertrud Pickhan, Esther Meier, Tinta Schmieden und Eva Karnowski.

*Titelbild:*

Der Hetman der Ukraine, General Skoropadski (vorn Mitte) zu Besuch bei der OHL im Großen Hauptquartier, Herbst 1918. Links von ihm Hindenburg, rechts Ludendorff (Photo: Bundesarchiv, Sign. 183-R41137).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Evelyn Ziegler

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem  
und alterungsbeständigem Papier © ISO 9706

© 2010 Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG  
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: [www.schoeningh.de](http://www.schoeningh.de)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

Printed in Germany. Herstellung: Ferdinand Schöningh, Paderborn

ISBN 978-3-506-76373-0

Bayerische  
Staatsbibliothek

P10m

# INHALTSÜBERSICHT

EINLEITUNG .....	9
1. Literatur .....	17
2. Fragestellungen .....	23
3. Quellenbasis .....	25
I. DISKURSE ÜBER DIE UKRAINE BIS 1914 .....	27
1. Die ukrainische Nationalbewegung bis 1914 .....	28
2. Das deutsche und das österreichische Interesse an »Südrußland« ....	38
3. Erste deutsche Schriften über die Ukraine .....	40
4. Andere europäische Texte zur Ukraine .....	48
5. Die Ruthenen und der Ostmarkenverein .....	53
6. Die ostukrainischen Emigranten in Österreich .....	55
II. DIE MITTELMÄCHTE UND DIE UKRAINER BIS ZUM FRIEDEN VON BREST-LITOVSK .....	65
1. Die ersten Kontakte und die Ukraine in der deutschen Kriegszieldiskussion .....	66
2. Der »Bund zur Befreiung der Ukraina« 1914/1915 .....	86
3. Die Ukrainische Legion .....	102
4. Ukrainische Vertreter in Deutschland .....	106
5. Die »Gefangenearbeit« .....	108
6. Ukrainische Forderungen an die Mittelmächte 1915/1917 .....	128
7. Der Einsatz der Gefangenen .....	136
8. Die Schweizer Arena .....	145
9. Die wirtschaftlichen Interessen an der Ukraine .....	152
10. Die Folgen der Februar-Revolution .....	163
11. Die Liquidierung des BBU .....	177
12. Brest-Litovsk .....	179
III. DER DISKURS ÜBER DIE UKRAINE IM ERSTEN WELTKRIEG .....	197
1. Ukrainische independentistische Positionen .....	199
2. Das Dilemma der Galizier .....	210
3. Der polnische Faktor .....	211
4. Die deutschen Diskursbeiträge im Ersten Weltkrieg .....	218
IV. DIE BRESTER UKRAINE .....	240
1. Deutsche Reaktionen auf den Friedensschluß mit der Ukraine .....	240
2. In der Ukraine .....	244

3.	Das deutsche Interesse an der Ukraine .....	246
4.	Österreichisch-ungarische Probleme mit dem Brester Frieden .....	249
5.	Deutsch-ukrainische Beziehungen vor dem Het'man-Putsch .....	258
6.	Ukrainisches Militär und Erzherzog Wilhelms Ukrainophilie 1918 ..	271
7.	Die »Gefangenen«-Formationen .....	282
8.	Die Funktion der Emigranten .....	292
9.	Der judenfeindliche Aufruf der nationalen Rada-Parteien .....	294
10.	Die deutsche Okkupation der Het'man-Ukraine .....	298
11.	Politischer Ukraine pessimismus 1918 .....	306
12.	Wertungen des Brester Friedens .....	317
13.	Die Ergebnisse der Ukraine-Besetzung .....	323
14.	Im Zeichen der Niederlage .....	326
15.	Ukrainer zwischen den Regierungen .....	343
16.	Die deutsche Republik und die Ukraine .....	346
V.	DIE KONSOLIDIERUNG DER UKRAINISCHEN EMIGRATION .....	361
1.	Zwischen allen diplomatischen Fronten .....	362
2.	Eine neue deutsche Politik? .....	376
3.	Das militärische Debakel .....	383
4.	Der Zerfall der UNR .....	398
5.	Vor und nach Rapallo .....	414
6.	Eine Zwischenbilanz .....	422
7.	Zur Zusammensetzung der ukrainischen Emigration .....	427
8.	Die Gründung der UVO und ihre Kontakte nach Deutschland und Litauen .....	431
9.	Die Rückkehr .....	455
10.	Die Nachfolger des Direktoriums .....	457
11.	Das sozialistische Exil .....	461
12.	Die Gruppierungen in Galizien .....	465
13.	Andere Exilbildungen .....	467
14.	Die Het'man-Bewegung .....	469
15.	Die Kosakenvereinigung des Poltavec .....	488
16.	Der Petljura-Mord .....	493
VI.	DIE IDEOLOGISCHE ENTWICKLUNG DES EXILS .....	506
1.	Lypynskyjs Klassokratie .....	506
2.	Petljuras Aufgaben für die Emigration .....	509
3.	Doncovs antirussische Polarisierung .....	512
4.	Die Gründung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts .....	520
VII.	NATIONALSOZIALISTEN UND NATIONALISTEN .....	547
1.	Aus der Zersplitterung zur OUN .....	547
2.	Reaktionen auf die OUN-Gründung .....	569

3.	Ideologische und politische Konzepte des ukrainischen Nationalismus .....	571
	a) Die Faschismus-Frage .....	571
	b) Die Ablehnung von Frieden .....	592
	c) OUN und Doncov .....	594
	d) Dekalog und ›Judenfrage‹ .....	597
	e) Deržavnist' (Staatlichkeit) .....	600
	f) Die Taktik der Nationalisten .....	601
4.	Der Verdacht der Sowjetophilie .....	603
5.	Deutschland und die ukrainischen Exulanten 1928-1932 .....	608
6.	Die UWI-Krise .....	614
7.	Die OUN und die Deutschen bis 1933 .....	623
	a) Nationalsozialismus und ukrainischer Separatismus .....	628
	b) Die erste Rückkehr der OUN .....	631
8.	Die Reaktion auf die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler .....	636
	a) Poltaveč .....	636
	b) OUN .....	639
	c) Die Het'man-Gruppe .....	646
9.	Der Kampf um das UWI .....	648
10.	Die Verhaftungen .....	657
11.	Die Ukrainische Nationale Vereinigung (U.N.O.) .....	659
12.	Die vorübergehende Trennung von der OUN .....	661
13.	(Nicht nur) die Regelung der UWI-Verhältnisse .....	667
VIII. IM ZEICHEN DER DEUTSCH-POLNISCHEN ZUSAMMENARBEIT .....		679
1.	Die OUN in der Zeit des Polen-Abkommens .....	682
2.	Der Pieracki-Mord .....	685
3.	Der Fall Riko Jary .....	701
4.	Das UWI-Gleichschaltungsangebot der Het'man-Anhänger .....	712
5.	Der polnische Pressestreit um den Het'man und das UWI .....	715
6.	Der Het'man und sein Prinz .....	721
7.	Koževnykiv und Poltaveč .....	724
8.	Das UNR-Angebot .....	728
9.	OUN und UNR in Deutschland 1934-1938 .....	740
IX. VERTRAUENSSTELLE UND U.N.O. ....		759
1.	Die Einrichtung der Vertrauensstelle .....	760
2.	Die OUN in Polen .....	771
3.	Die Umwandlung des U.N.O. ....	772
4.	Der neue Stil des U.N.O. ....	784
5.	Der ›Anschluß‹ Österreichs .....	794
6.	Der Konovaléč-Mord .....	798

X.	DIE FRAGE DER KARPATHO-UKRAINE . . . . .	809
	1. Die Presselenkung in der karpatho-ukrainischen Frage . . . . .	828
	2. Das Interesse aneinander. . . . .	833
	3. Deutschland, Polen, Ungarn und das Karpathengebiet. . . . .	859
	4. Eine doppelte Politik der ukrainischen Nationalisten? . . . . .	884
	5. Der Vollzug . . . . .	891
	6. Die Annäherung zwischen Deutschland und der UdSSR. . . . .	910
	7. Ukrainische Reaktionen . . . . .	914
XI.	AUF DEM WEG IN DEN KRIEG . . . . .	921
	1. Wieder mit den Ukrainern . . . . .	921
	2. Die Anpassung der OUN. . . . .	941
	3. Polnische Maßnahmen gegen Ukrainer. . . . .	947
	a) Der Fall Kubijovyč. . . . .	947
	b) Der Lubliner Plan. . . . .	950
	4. Die »legalen« Ukrainer in Polen . . . . .	959
	5. Die Ukrainer in Polen und die deutsche Presselenkung . . . . .	963
	6. Das ukrainische Thema in der deutschen Außenpolitik . . . . .	968
	7. Die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit . . . . .	971
	8. »Bergbauernhilfe« . . . . .	979
	9. Der Septemberfeldzug. . . . .	992
XII.	ZWISCHENBILANZ 1939. . . . .	1017
	Quellen- und Literaturverzeichnis. . . . .	1037
	Abkürzungen . . . . .	1064
	Personenregister . . . . .	1067

# EINLEITUNG

Die Geschichte der Kontakte zwischen Deutschen und Ukrainern zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ist vielschichtig. Sie umfaßt zeitweise die Beziehungen von Staaten, von Repräsentanten politischer Gruppierungen und bewaffneten Verbänden, dann aber wieder auch »menschliche« Kontakte auf vielen Ebenen ohne sichtbare staatliche Einmischung.

Es ist eine Geschichte, die sich, obwohl sie von geographischen Voraussetzungen geprägt ist, räumlich nur schwer eingrenzen läßt. Ihr Schauplatz wandert. Ukrainische Exulanten und ihre deutschen Partner sind die wichtigsten Akteure, aber stets spielen auch polnisch-ukrainische Fragen mit hinein. Deutsche besetzten im untersuchten Zeitraum zwischen 1914 und 1939 zweimal ukrainische Gebiete. Die Territorien der ostmitteleuropäischen Staaten, aber auch Deutschlands, der Schweiz, Italiens, Österreichs und Rußlands/der Sowjetunion waren Schauplätze, aber auch diese Verortung ist partiell irreführend. Denn hier geht es um keine Territorialgeschichte, auch nicht um eine »Nationalgeschichte«, sondern um den Versuch darzustellen, wie politisch aktive Menschen aus verschiedenen auf der Basis des modernen Nationsbegriffs konstruierten Kommunitäten zueinander fanden und unter den Bedingungen der europäischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts miteinander kommunizierten. Die geographischen Orte dieser Kommunikation sind dabei meist von Faktoren beeinflußt worden, die nicht oder nicht ausschließlich aus den deutsch-ukrainischen Beziehungen, sondern aus den allgemeinen historischen Entwicklungen resultierten. Diese sind daher immer mitzudenken: Ohne den polnischen und den russischen Faktor, 1938/39 auch den tschechoslowakischen und ungarischen, bliebe vieles völlig unverständlich.

Die Schauplätze bevölkern Personen: Sie bilden die internationale intellektuelle Welt vor 1914, bewegen sich in den ersten Jahren des Ersten Weltkriegs zwischen den Militär-, Wirtschafts- und Regierungsstellen der Mittelmächte und verlagern sich 1918 in die von diesen okkupierte oder »gerettete« Ukraine. Nach der deutschen Kapitulation kehrt die Szene nach Mitteleuropa zurück und besteht nun in einem Verkehr von wirklichen oder angeblichen Repräsentanten der Ukraine mit mitteleuropäischen Politikern und Militärpersonen, in dem beide Seiten versuchen, voneinander zu profitieren. Aber auch die südöstlichen Teile des damaligen Polen, von den Ukrainern als Teil ihrer Heimat reklamiert, und daher nicht als Teil der Emigrationsdiaspora angesehen, werden zu einem Ort des Geschehens. 1938 verlagert sich das Interesse wiederum in den östlichen Zipfel der Tschechoslowakei, aber die Perspektive Berlins, Warschaus und Budapests gehört stets dazu; 1939 steht der deutsche Angriff auf Polen im Fokus. Damit endet dieser Band, dem ein weiterer über den Fortgang des deutsch-ukrainischen Verhältnisses im Zweiten Weltkrieg folgen soll.

So wie sich die Schauplätze schwer eingrenzen lassen, war auch der beteiligte Personenkreis fluid. Die Beziehungen zwischen ukrainischen Exulanten und mit Deutschland oder Österreich (die bis 1918 verbündet waren und ab 1938 zusammenfielen) assoziierten Menschen waren zwar real immer die Beziehungen zwischen deutschen oder österreichischen Machtinstanzen und ukrainischen Bittstellern, aber zeitweise



(etwa in Brest) konnte sich diese Beziehung in der Vorstellung beider Seiten fast umkehren: Wir versuchen dabei herauszuarbeiten, worin das Interesse der Vertreter beider Gruppen aneinander bestand, wie es miteinander korrespondierte, wer jeweils den ersten Schritt machte und wie beide Seiten politische Prioritäten definierten. Daß dabei durchaus überraschende Erkenntnisse gemacht werden konnten, machte den Ablauf des Dargestellten so vielschichtig und begründete den Reiz der Forschungsarbeit.

Intendiert ist keine Sozialgeschichte der ukrainischen Emigration und auch keine umfassende Kulturgeschichte – weder in bezug auf die Feuilleton-Hochkultur noch die Alltagskultur national konnotierter Handlungen. Der Text beschränkt sich auf die politische Ebene und die an ihrer Gestaltung beteiligten Akteure, also eine relativ eng begrenzte Zahl von Personen, die, was die ukrainische Seite betrifft, dennoch als repräsentativ für den Teil der Kulturgruppe angesehen werden, der sich politisch und damit an den Grenzen der Gemeinschaft – im Kontakt mit anderen – engagierte. Von besonderem Interesse sind dabei die in diesen Kontakten artikulierten Vorstellungen – wieder ohne daß wir beanspruchten, eine orthodoxe intensive Diskursanalyse durchzuführen. Wir versuchen aber, orientiert an den als Quellen herangezogenen Texten das »Sagbare«<sup>1</sup> herauszufinden, die sprachliche Form – und damit auch die Argumentation – zu ermitteln, mit der die jeweilige politische Positionierung betrieben wurde. Wer dazu beitrug, war Akteur des beobachteten Geschehens und gleichzeitig Teilnehmer eines oder mehrerer Diskurse(s). Beeinflusste das Geschehen den Diskurs oder der Diskurs das Geschehen? Lassen wir diese Frage ruhig offen: Das Spannendste ist nämlich, daß es Binnen- und nach außen gerichtete Diskurse gab, was es entsprechend erschwert, von so etwas wie einer angenommenen »wirklichen Einstellung« zu sprechen. Die meisten Beiträge bedienten Erwartungen, hatten also ein Gegenüber und gestatten es unseres Erachtens, von Diskursen zu sprechen. Dabei gehen wir auch im Kontrast zu Puristen damit um, daß Diskurse bewußt gestaltet und gelenkt werden können.

Die in vergrößernden Schriften scheinbar so einfachen Freund-Feind-Verhältnisse galten in diesem Zusammenhang kaum: Ukrainer waren Kriegsgefangene und militärische Verbündete der Mittelmächte, sie wurden in Österreich gleichzeitig interniert und als Soldaten eingesetzt, in der Zwischenkriegszeit wechselten die Phasen von Zusammenarbeit und Vernachlässigung in einem immer schnelleren Rhythmus. Im Zweiten Weltkrieg, der in diesem Band (bis auf den deutsch-polnischen Septemberkrieg 1939) nur als Zukunftsprojekt vorkommt, sollte sich diese Doppelbödigkeit noch verstärken. Ukrainer waren Häftlinge und Bewacher von Konzentrationslagern, sie wurden exekutiert und exekutierten. Die Wege vom Kollaborateur zum Widerständler waren kurz – und reversibel. Andernorts einsichtige Wertordnungen und Parteinahmen verloren ihre Geltung, politisch-ideologische Stellungnahmen diametral entgegengesetzter Art liegen aus demselben politischen Umfeld vor. Bei der historischen Interpretation des Geschehens konnten daher unterschiedliche Interessenten verschiedene Teilaspekte dieses Verhältnisses essentialisieren und generalisieren: Für Feinde der nationalistischen Ukrainer waren diese nur Schergen und Kollaborateure des deutschen Nationalsozialismus, für deren Anhänger nur Unabhängigkeitskämpfer,

<sup>1</sup> Vgl. Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren*. Tübingen 2001, S. 7.

Zwangsarbeiter und NS-Verfolgte. Zuzugeben, daß beides zeitnah bis gleichzeitig möglich war, widerstrebt häufig einem bipolare Ordnungen bevorzugenden interpretativen Denken.

Unsere These lautet, daß sich die Verkehrsformen des Zweiten Weltkriegs im und nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt haben. Aber anders als bei Frank M. Grelka in seiner Bochumer Dissertation geht es hier nicht nur um die sicherlich fruchtbare Frage nach Kontinuität und Diskontinuität der jeweiligen Okkupationshaltungen 1918 und 1941, sondern um den Versuch, den Prozeß darzustellen, in dem beide Seiten (DIE Deutschen und DIE Ukrainer – und nur in diesem Satz wagen wir einmal eine solche Pauschalierung) mittels ihrer jeweils aktualisierten historisch-politischen Konstruktionen aufeinander stießen, sich aneinander abarbeiteten und dabei vergleichbar ausrichteten.<sup>2</sup> Da wir in diesem Band gar nicht bis 1941 gelangen, steht nicht der Vergleich von 1918 und 1941, sondern das jeweils zeitbezogene Reagieren auf die politische Lage im Vordergrund, wobei wir differente Haltungen wahrnehmen, die recht zögerlich zu einer Kooperation führten.

Dieser Prozeß war weder geradlinig noch konstant. Er war auch nicht einseitig. Die ukrainischen Independentisten sahen 1918 in den Mittelmächten den einzigen Schutz gegen Bolševiki oder Russen. Die Reichsregierung sah Ende 1918 in einer unabhängigen Ukraine einen Helfer gegen Polen. Dementsprechend war das Verhältnis politisch aktiver Deutschen und Ukrainer zueinander auch immer von den wechselhaften Beziehungen zu anderen Mächten abhängig. Fixpunkte sind dagegen in den politischen Fernzielen zu erkennen: Nachdem ihnen ukrainische Emigranten im Ersten Weltkrieg einen Wert der Ukraine vermittelt hatten, strebten Deutsche Einfluß in bzw. Herrschaft über die Ukraine an und nutzten hierzu ihnen verbundene Ukrainer, die darin nichts Unerwünschtes sahen. Ukrainer suchten nach auswärtiger Unterstützung für die Errichtung eines Nationalstaats und glaubten meistens, aber eben auch nicht immer, sich dafür mit Deutschen verbünden zu sollen. Was Basil Dmytryshyn in Urbana 1984 in einem Vortrag »mutual exploitation« genannt hat, trifft den Kern dieses Verhältnisses. Der Begriff vermittelt jedoch nur unvollkommen seine Genese und erläutert seine Dauer nicht.

Dauer? Sind die Jahre von 1914 bis 1945, oder in diesem Band gar nur bis 1939, eine lange Zeit? Zwei Weltkriege und mehrere voneinander deutlich geschiedene Regierungssysteme wechselten einander ab. Die Welt veränderte sich: Europa verlor seine Vormachtrolle an Amerika. Ging es bis 1917 noch um Beziehungen zwischen gleichen Mächten, deren Herrscherhäuser miteinander verwandt waren, ergriff mit dem sowjetischen Kommunismus eine Ideologie von einem Staat Besitz, deren politische Konzepte anfangs nicht mehr den üblichen Regeln der Kabinetts- oder Imperialpolitik zu

<sup>2</sup> Frank M. Grelka, Selbständigkeitsbestrebungen und Besatzungsherrschaft. Phil. Diss. Bochum 2002. Buchpublikation als Frank Grelka, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42. Wiesbaden 2005. Wir wollen die Differenz an einem Punkt vorstellen: Grelka faßt die prodeutschen Broschüren der Ukrainer auf wenigen Seiten zusammen und schreibt im gleichen Absatz, daß »derartige antirussische Erwägungen [...] im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 ihre Fortsetzung in einer antibolschewistischen Publizistik, auch hier wieder mit dem Akzent auf der angeblichen »rassischen Überlegenheit« der Ukrainer« gefunden hätten. Aber weder geht es 1914/18 um »rassische Überlegenheit« über die Russen, noch war die Literatur von 1940/41 die »Fortsetzung« der früheren – die Differenzierungen und der Wandel dazwischen sind unsere Thematik (Vgl. ebd., S. 90).

folgen schienen, sondern anderen, gesellschaftspolitischen Zielvorgaben, um aber dann 1939 zu einem Verhalten zu finden, das mit den Maßstäben der Geheimdiplomatie noch am besten beschrieben wird, auch wenn man ideologische Fernziele nicht vernachlässigen sollte. Mit dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus folgte in Mitteleuropa ein ebenso bis dahin ungekanntes (und damit modernes) System, ohne daß es etwa nur eine Reaktion auf das sowjetische gewesen wäre, wie einst Ernst Nolte behauptet hat. Die neue autoritäre antiliberale Politik bediente spezifische deutsche wie ukrainische politische und geistesgeschichtliche Desiderate und versprach Traumata zu beseitigen. In diesem Sinne ist die Berichtszeit tatsächlich »lang«, weil sich in dieser an sich kurzen Zeit so viele Brüche zusammendrängten. Und da die meisten in diesem Buch vorkommenden Menschen durch mehrere dieser politischen Aggregatzustände hindurch agierten, können die handelnden Personen – geradezu experimentell – unter verschiedenen »Laborbedingungen« untersucht und ihre wechselnden Konstruktionen miteinander verglichen werden.

Für Eliten, die neue Nationen konstituieren wollten, waren diese Desiderate anders als für die Deutschen – für nationalbewußte Ukrainer etwa stand die Herstellung eines eigenen Nationalstaats an erster Stelle, und zu diesem Zweck organisierte man sich. Die Varianten des Ersten Weltkriegs, wie etwa der Gedanke einer Föderation mit Rußland, waren bald desavouiert, gescheitert. Man suchte neue Varianten und Verbündete – und meinte oft, sie gefunden zu haben. Die Frage, was man von den Verbündeten zu halten habe, beantwortete Dmytro Doncov (1883-1973) 1921 und 1926 auf seine Weise: Er setzte die »nationale Idee« über alles, also auch über humanistische Vorstellungen und die Ideenwelt potentieller Verbündeter. Solange diese Verbündeten gegen Moskau (Rußland) waren, sollte man sich nicht um ihre anderen Maximen kümmern.<sup>3</sup> Dies war die Entstehungstunde der »Amoralist'«, eines zentralen Axioms ukrainischer, aber auch anderer Nationalisten. Volodymyr Stepankivskyj (1885-1957) hatte es 1918 im Wechselspiel zwischen Großbritannien und Deutschland ohne theoretische Grundlage umgesetzt (s. S. 164). Und der ähnliche Satz vom Zweck, der die Mittel heilige, ließ nicht nur NS-Deutschland und die UdSSR 1939 zur »Freundschaft« miteinander finden, er führte auch alle ukrainischen nationalaktiven Gruppen irgendwann in eine Zusammenarbeit mit dem Reich. Und zwar – ob nun vordergründig Doncov verpflichtet oder nicht – nach dessen Maxime. Synergetische Bestrebungen, politische Strategien und ein sehr offensichtliches Taktieren bestimmten die Handlungsweisen der Akteure.

In den 1920er/1930er Jahren erfolgte in Europa ein Generationenwechsel: Die Verfechter der alten Ordnung, auch die alten Revolutionäre, machten einer neuen, im Ersten Weltkrieg aufgewachsenen Jugend Platz, die ein anderes Politikverständnis hatte – eines in dem vieles »machbar« war, was bis dahin undenkbar schien. Diesen Wechsel finden wir in der Sowjetunion ebenso wie in Polen und Deutschland, aber eben auch in den Emigrationen: In der russischen stellten die Faschisten und die »Jungrussen« (Mladorossy) die homines novi, in der ukrainischen kann das nationalistische Lager, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), als diese neue Formation interpretiert werden.

<sup>3</sup> Dmytro Doncov, *Pidstavy našoi polityky*. Wien 1921, S. 87-88; ders., *Nacionalizm*, L'viv 1926, S. 244-246.

Und dennoch – die in diesem Buch betrachtete Zeit umfaßt gerade einmal 25 Jahre, im Folgebund sollen noch einmal sechs Jahre dazukommen: In historischen Dimensionen ist das wenig mehr als ein Augenblick. Kein Gedanke an eine *longue durée*. Aber Zeit ist relativ – und die hier betrachteten Jahre waren so angefüllt mit Ereignissen und Veränderungen, mit der Erarbeitung und Verwerfung von Denk- und Politikmodellen, daß man tatsächlich den Eindruck haben kann, es handle sich um eine sehr lange Zeit. Der rasche Wechsel ist in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg und während seiner Dauer besonders frappierend.

Wenn wir daher von Kontinuitäten sprechen werden, dann handelt es sich – wenn man das so ausdrücken darf – um relativ kurze Kontinuitäten. Es ist insofern berechtigt, diesen Begriff zu verwenden, als es sich um Kontinuitäten durch mehrere staatliche oder politische Ordnungen hindurch handelt, nicht zuletzt damit erklärbar, daß die *dramatis personae*, die hier agierten, durch mehrere Zeitabschnitte hindurch dieselben blieben. Selbst wenn politische Affiliationen wechselten, konnten Anschauungen unverändert bleiben, und die Möglichkeit, eine ähnliche politische Einstellung unter uns grundsätzlich verschiedenen scheinenden politischen Bedingungen zu propagieren, wird deutlich: Sie ist aber nicht etwa absurd – so wie nichts Historisches absurd sein kann –, sondern liegt eben im Rahmen der politischen Aktion von Menschen. Das so umrissene Phänomen zu untersuchen, ist das Anliegen dieses Bandes.

Im Kontrast zu dieser kurzen Zeit steht die Dynamik der Ereignisse. Innerhalb von Jahren, später gar Monaten, Wochen und Tagen veränderten sich die politischen Bedingungen – letztlich mag dies der Grund dafür sein, warum Historiker(inne)n etwa der Zweite Weltkrieg, der in Europa gerade einmal 5 3/4 Jahre dauerte, so lang vorkommt. Auch hier kontrastieren der subjektive Eindruck und die Quellenfülle mit der gemessenen Zeit. Die »ukrainische Frage« stand in dieser ganzen Zeit – ganz besonders im Blick auf das Geschehen bis 1939 – nie im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Deutschen bewegte 1914 mehr der russische Einfall in Ostpreußen und Tannenberg als die Invasion in Galizien. Als den »eigentlichen« Brester Friedensvertrag sehen die meisten nicht den mit der Ukraine vom 9. Februar, sondern denjenigen mit der RSFSR vom 3. März 1918 an. Derjenige mit der Ukraine, tatsächlich der »erste Friedensvertrag des Ersten Weltkriegs« (Horak),<sup>4</sup> ist vielen Autoren völlig unbekannt. Bei dem deutsch-polnischen Verhältnis in der Zwischenkriegszeit stehen nicht die Ukrainer, sondern Danzig oder die deutsch-polnischen Minderheitenfragen im Vordergrund. Und auch der März 1939 lieferte eher Bilder des deutschen Einmarsches in Prag als der »Eintagsrepublik« Karpatho-Ukraine. Daß der Angriff auf Polen auch eine ukrainische Dimension hatte, blieb den meisten Forschern bis heute verborgen.

Und doch war der ukrainische Aspekt in der Geschichte der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts omnipräsent. Dabei verfallen wir keineswegs dem Fehler zahlreicher Autoren, »ihr« Thema für das wichtigste zu halten. Wie gesagt, die ukrainische Komponente war immer eine Randerscheinung, aber sie war eine, von der aus man auch zu einem besseren Verständnis der bekannteren Haupt-Narrative gelangen kann. Die Frage nach den Kriegszielen und den Kriegsmitteln im Ersten Weltkrieg ist dafür ein Beispiel, der Maßstab für die Bewertung der deutschen Politik gegenüber Polen 1938/39 ein anderes.

<sup>4</sup> Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988.

Bei dem Wandel der politischen Formationen und dem Aufkommen neuer Vorstellungen bei den Deutschen wie bei den Ukrainern sind, wie auch Grelka betonte, Kontinuitäten und Diskontinuitäten erkennbar.<sup>5</sup> Überraschend ist die Persistenz diskursiver Standards, auch wenn die praktischen Erfahrungen ihnen widersprachen: Deutsche erkannten 1918, daß die Ukraine keine leicht zu erschließende Kornkammer war, Ukrainer etwa zur gleichen Zeit, daß es den Deutschen nicht um Partnerschaft, sondern um klare eigene Vorteile ging. Die Fortsetzung dieser Beziehung bis 1939 und dann auch darüber hinaus bedarf daher einer Begründung, die nicht nur in einer Trägheit der beiden Partnergemeinschaften zu suchen ist.

Die kleine ukrainische politische Klasse war alles andere als starr: Mit einer erstaunlichen Flexibilität verfolgte sie ihre politische Ziele, ging Partnerschaften ein und überstand deren Scheitern. Da nicht wenige Ukrainer sich auch als Angehörige anderer, »einfacherer« Völker begreifen konnten, fanden sich im politischen ukrainischen Exil selbstbewußt argumentierende und gerade intellektuell hochstehende Personen, die weit von dem Stereotyp des »Bauernvolks« abwichen, als das man die Ukrainer oft bezeichnet sieht. Wer sich in der Emigration als Ukrainer bezeichnete und artikulierte, tat dies bewußt. Skoropadskyj hätte auch auf seine Zeit als russischer General zurückgreifen, Lypynskyj im neuen Polen eine seinem polnischen Adelsstand und der historiographischen Leistung entsprechende Hochschulkarriere machen können, Konovaléc wie zwischenzeitlich sein Nachfolger Mel'nyk ein ruhiges Leben in der galizischen Heimat der Ruhelosigkeit des Exils vorziehen können.

Das Beharren auf ukrainischer Identität und politischer Rolle führte zu Belastungen, aber auch zur Befriedigung, etwas »Eigenes« zu repräsentieren. Ist gerade diese autonome Standortwahl ein Hinweis darauf, daß die Protagonisten dieser Einstellung ihre Entscheidung abzusichern wünschten und sich der Vorstellung hingaben, auch andere genauso einseitig festlegen zu können, wie es ihnen in bezug auf die eigene Person geglückt war? Und ist dies ein Zugang zur Erläuterung der Konstanz der ukrainischen Germanophilie? Unterschätzte man die Stärke des deutschen Herrschaftsdrangs? Durfte man tatsächlich darauf hoffen, die Deutschen nach einer Hilfeleistung wieder loszuwerden und dann die eigene Macht in einem mit ihrer Hilfe eroberten Land auszubauen? Machte man sich über den Preis der Hilfe Gedanken?

Gab es auf deutscher Seite eine ähnliche Diskrepanz zwischen längerfristigen Strategien und taktischer kurzfristiger Politik? Gab es im deutschen politischen Planen nur den voluntaristischen »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) oder einen Funktionalismus, der sich an tagespolitischen Optionen mit einer bestenfalls mittelfristigen Planung entlanghangelte? Gab es eine Vielfalt, mit welcher umzugehen schwierig war und ist? Sicherlich war die Ukrainophilie nur bei wenigen deutschen Beteiligten echt, bei den meisten war sie ein Mittel, leichter materielle Ziele zu erreichen, und sie konnte (Alfred Rosenberg ist ein gutes Beispiel dafür) genauso leicht abgelegt wie wieder hervorgeholt werden. Durchgängig ist, daß man schon 1914 konkrete Versprechen gegenüber seinen Helfern zu vermeiden suchte, und die meisten ukrainischen Politiker unterschätzten die deutsche Doppelzüngigkeit. Wo Ukrainer artikulierten, daß sie sich des unsicheren Bodens bewußt waren, auf dem sie sich bewegten, tendierten sie häufig dazu, diese Erkenntnisse schnellstens wieder zu verdrängen.

<sup>5</sup> Grelka, Nationalbewegung, S. 436.

Hier trafen zwei ziemlich ähnliche politische Kulturen aufeinander. Wie die ukrainische wußte auch die deutsche Seite die Interessen des Gegenübers stets zu instrumentalisieren: Man machte Ukrainer zu Komplizen und gab vorübergehend Positionen auf, ohne die eigene Planung aus den Augen zu verlieren. Streckenweise hat man den Eindruck eines Spiels, bei dem beide Partner einander im vollen Bewußtsein (oder doch nicht?) der unterschiedlichen Interessiertheit zu umgarnen suchten. Dies war kein harmloses Spiel: Die behandelte Epoche begann mit Krieg, setzte sich in Attentaten und Morden fort und führte im März 1939 zu Kampfhandlungen, die als ein Vorspiel des Zweiten Weltkriegs gelten mögen. Im Zweiten Weltkrieg endete sie.

Die Neuformulierung moralischer Grundsätze in der Zwischenkriegszeit, im deutschen Nationalsozialismus wie im Dekalog der OUN, weist darauf hin, daß die alt- oder neutestamentlichen Gebote zur Einordnung der jeweiligen Handlungen ebenso wie humanistische Prinzipien bewußt außer Kraft gesetzt wurden. Wo andere Werte als die christlichen höhere Priorität erhielten, müssen sich auch die Historiker auf sie einlassen. Hermeneutisches Verstehen verlangt ein Ausleuchten der Diskurse einer kulturell und damit wertbezogen abweichenden Welt, die hier den Referenzrahmen absteckte und Mentalitätsstrukturen formte. Sie begründeten eine Moral, die wiederum die Basis für politisches Handeln und dessen (im Zeitablauf und situationsbedingt wandelbare) Rationalisierung abgibt. Die zeitgenössische Rationalisierung unterschied sich von derjenigen nach dem Zweiten Weltkrieg. Da sich ein Historiker nicht als Richter verstehen kann (von welchem *Corpus iuris* will er auch ausgehen?), bleiben ihm als Aufgabe die Beschreibung und die Einordnung der mentalen Werteorientierung und der Mechanismen, die zu spezifischem Handeln und Argumentieren geführt haben. Die feste Überzeugung, daß diese Mechanismen ihrerseits historisch sind, also vom gesellschaftlichen Umfeld abhängig und zeitlich wandelbar, andererseits aber auch dem persönlichen Willen unterworfen und damit, abgesehen von psychologischen Grundannahmen, nicht zu anthropologischen Konstanten umzuschweißen und also nicht determiniert sind, unterscheidet diese Untersuchung von moralisierenden Versuchen, mit dem Phänomen Nationalsozialismus, Nationalismus und Kollaboration umzugehen.

Dabei werden die Geschehnisse zunächst durchaus konservativ als Handlungen, als *res gestae*, begriffen. Sie wurden in einer vergangenen Gegenwart vollzogen und gewannen dadurch Faktizität. Ihre Begründung, Erläuterung, Rationalisierung zum Zeitpunkt des Geschehens ist eine *erste* Erläuterungsebene, eine *zweite* ergibt sich, wenn im nachhinein, unter gewandelten Umständen die gleiche Handlung rationalisiert (oder kritisiert) werden sollte. Unter den sich weiter wandelnden Bedingungen wurden dann *jeweils neue* Erläuterungsebenen eingezogen, die kaum mehr etwas von der eigentlichen Handlung und ihrer zeitgenössischen Einbindung übriglassen mußten. Bestimmend wurde dann die jeweils aktuelle Konnotation, nicht die ursprüngliche Handlung.

Historiographie kann sich deshalb nicht auf angeblich sichere Fakten beschränken. Sie sollte auch keine der Erläuterungsebenen bevorzugen, sondern sie transparent machen. Was darzustellen ist, ist das Geflecht von Diskursen, in denen scheinbare Gewißheiten vermittelt, die politische Realität gestaltet, Gruppen gebildet und Assoziationen geknüpft wurden.

Die Ziele der ukrainischen Nationalpolitiker veränderten sich nach dem Ersten Weltkrieg. 1917 herrschte noch die Meinung vor, mehr als eine ukrainische Autonomie

in einer Rußländischen Föderation zu erringen sei unrealistisch und diese Autonomie sei auf der Basis »linker«, sozialrevolutionärer Forderungen einzurichten. Nur wenig mehr als ein Jahrzehnt später, nachdem manche Nationalisten sich in den 1920er Jahren durchaus mit dem Sowjetstaat arrangiert hatten und auch in Polen wie in Nordamerika ukrainischer Nationalismus mit Sowjetophilie korrespondierte, wurde höchst erfolgreich in der Emigration und in Galizien der ukrainische Nationalismus so umgedeutet, daß nunmehr ein »richtiger« Ukrainer gar nicht mehr »links« sein konnte. Nicht allein der Wandel der Einstellung ist dabei von Interesse, sondern auch das Phänomen, daß rückwirkend die Geschichte »umgeschrieben« wurde: Aus der »Ukrainischen Volksrepublik« (Ukraińska Narodnja Respublika) von 1917-20 wurde in Texten die »Ukrainische Nationale Republik« – die gleichgebliebene Abkürzung vertuschte die Umwertung – und Symon Petljura, den Galizier wie so manche Ostukrainer wegen des Verzichts auf Galizien und seines Bündnisses mit Polens Staatsführer Pilsudski verachtet hatten, wurde nach seiner Ermordung zum Nationalhelden stilisiert. Diese Umwertungen machen die Beschäftigung mit der Thematik schwierig, aber eben deswegen auch besonders reizvoll.

Was im Ersten Weltkrieg entrüftet zurückgewiesen worden war – daß nämlich die Ukrainer noch kein Volk, sondern eine »ethnographische Masse«<sup>6</sup> seien – wurde nun auch von Nationalisten aufgenommen, die die Nation synthetisch (durch einen Staat oder eine Organisation) herstellen wollten.

Die Denkmodelle deutscher und ukrainischer Diskursgruppen (also nicht etwa DER deutschen und DER ukrainischen Diskursgruppe, die es in dieser »reinen« Form nicht gab) wiesen häufig Überschneidungen auf. Sie bedurften jeweils sorgfältig konstruierter Verknüpfungen, um – wenn dies dem politischen Willen entsprach – für den jeweiligen Partner akzeptabel zu sein. Und dies mußte dem Partner wie der eigenen Gruppe erläutert werden: An diesem Rand und im Binnendiskurs gestaltete man also Bilder. Diese Bilder entstanden nicht »von selber«. Sie hatten Autoren, entwickelten aber manchmal eine Eigendynamik, die ihre Schöpfer vergessen ließ.

Diese Bilder waren weder einheitlich (auch und gerade der deutsche Diskurs nicht, trotz der immer noch verbreiteten Vorstellung der Einheitlichkeit etwa im Nationalsozialismus) noch kompatibel. Das mußten sie auch nicht sein. Es gab keinen Anspruch, Formeln für die »Ewigkeit« zu entwickeln. Im Gegenteil, alle Seiten charakterisierte eine Kurzfristigkeit und oft auch Kurzsichtigkeit der Planung. Diese Phänomene zu untersuchen bemüht sich der Verfasser dieses Buchs.

Sich auf die historische Befindlichkeit der Beteiligten einzulassen, ist kein primitiver Historismus. Subjektive Interpretationen eigener Handlungen und ihre nachträgliche Neubewertung sind keine zusammenhanglosen Phänomene, sondern Rationalisierungen, Sinnstiftungen, Wertesetzungen und Handlungen, die den Umgang von Menschen miteinander gestalten. Selbstverständlich sind diese Interpretationen nur sehr selten neu konstruiert, zumeist handelt es sich um (natürlich nicht mit »Anmerkungen« versehene) Adaptionen von im Umlauf befindlichen Einstellungen früherer Autoren. Gerade bei der »Faschismus«-Diskussion wird dies deutlich werden. Zusammenhänge werden dabei gebildet und ausgestaltet. Diesen Prozeß zu dekonstruieren

<sup>6</sup> Alexander Brückner [Aleksander Brückner], »Der »ukrainische« Staat. Eine politische Utopie«, Das neue Deutschland 13.3.1915, S. 157-160, hier S. 159.

ist die Aufgabe von Historikern. Dabei war den Zeitgenossen anfangs nur partiell bewußt, daß diese Konstruktionen Artefakte waren, die ihre subjektive Realität erst schufen. Aber ab den 1920er Jahren waren sich die Protagonisten zumeist des Konstruktionsbedarfs sehr bewußt.

Zu einem Teil werden diese Zusammenhänge erst durch die spätere Erforschung rekonstruiert bzw. erst konstruiert. In diesem Maße tragen Geschichtswissenschaft und Geschichtsnacherzählung ihrerseits zur Geschichte bei und schaffen erst in die Vergangenheit retrojizierte Traditionen. Dabei kann – bewußt oder unbewußt – etwas Neues zu einem Essential ernannt werden, was möglicherweise zeitgenössisch nicht erkennbar gewesen ist. Diese ahistorischen Traditionen sind dabei nicht etwa beliebig oder nur nützlich, sondern ihrerseits wieder ein Teil des bewußtseinprägenden Diskurses und von seinen Regelmäßigkeiten mitgestaltet.

## 1. LITERATUR

Die Literaturübersicht schränken wir auf die wenigen größeren Arbeiten ein, die über die Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg erschienen sind. Die etwas zahlreichere Literatur zum Zweiten Weltkrieg wird im Fortsetzungsband angesprochen werden. Zudem werden weitere für Einzelbereiche wichtige Positionen im Hauptteil diskutiert.

Bei allen Unterschieden bemühten sich die beiden wichtigsten westlichen Verfasser neuerer Standardwerke zur ukrainischen Geschichte, die Torontoer Historiker Orest Subtelny und Paul Robert Magocsi<sup>7</sup>, um eine möglichst vorurteilsfreie Würdigung der erschlossenen Faktizität. Dabei schrieb Subtelny eine »Nationalgeschichte«, Magocsi eine »Regionalgeschichte«, in der die ukrainische Ethnie nicht immer im Zentrum stand. Beide Autoren gingen auf die Interaktion von Emigration und der Entwicklung in der Ukraine ein. Andreas Kappeler's deutsche Gesamtdarstellung<sup>8</sup> verließ dagegen den Rahmen dieser Arbeit, als sie ausdrücklich die Emigration ausklammerte.

Neben diesen Standardwerken gibt es solide historiographische Arbeiten wie Alexander Motyl's fundamentale Studie zur »Rechtswendung« des ukrainischen Nationalismus<sup>9</sup>. Sie bildet weiterhin die Grundlage, von der jede Bewertung der ukrainischen geistesgeschichtlichen und politischen Entwicklung in der Zwischenkriegszeit auszugehen hat, und gleiches gilt für die Zeit des Zweiten Weltkriegs von einem Buch, das seinesgleichen sucht: der Studie John Armstrongs über den ukrainischen Nationalismus.<sup>10</sup> Armstrong hat in einer Zeit sehr eingeschränkten Archivzugangs durch Interviews mit Zeitzeugen ein Tableau erschlossen, das – ungeachtet dessen, daß eine Reihe von Einzelheiten durch nachfolgende Archivalienerschließung korrekturbedürftig

<sup>7</sup> Orest Subtelny, *Ukraine. A History*. Toronto/Buffalo/New York 1994 (1. Aufl. 1988); Paul Robert Magocsi, *History of Ukraine*. Toronto 1996.

<sup>8</sup> Andreas Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 1994.

<sup>9</sup> Alexander Motyl, *The Turn to the Right. The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism 1919-1929*. Boulder/New York 1980.

<sup>10</sup> John Armstrong, *Ukrainian Nationalism 1939-1945*. New York 1963.



wurde – weitestgehende Zustimmung in auch erbittert miteinander ringenden Milieus fand.

Deutsche Arbeiten zur deutsch-ukrainischen Thematik sind selten. Sie handeln vorwiegend von Einzelaspekten wie etwa Borowskys Studie zur deutschen Besetzungspolitik 1918, Marks Dissertation über die UNR, Zlepkos Buch über die Karpatho-Ukraine oder Milows Versuch zur Diplomatiegeschichte der Zeit zwischen 1917 und 1923.<sup>11</sup> Grelkas Dissertation über den Vergleich der deutschen Besetzung der Ukraine 1918 und 1941 kommt mit ihrer Fragestellung dem hier behandelten Thema noch am nächsten, hat jedoch ein anderes Erkenntnisinteresse.

Monographien und Sammelbände ukrainischer Emigranten, zum Teil auch in Zusammenarbeit mit deutschen Kollegen, bearbeiten die Thematik ebenfalls. Einzelne Teile und Beiträge sind dabei wohl geeignet, bei der Problematisierung zu helfen und Quellenprobleme zu lösen.<sup>12</sup>

Da die polnische Geschichte untrennbar in die Argumentations- und Ereignisstrukturen unseres Themas eingebunden ist,<sup>13</sup> waren die wichtigen polnischen Publikationen gebührend zu beachten. Hierzu gehören die erste unvoreingenommene Arbeit über die polnische Nationalitätenpolitik des Warschauer Historikers Andrzej Chojnowski<sup>14</sup> sowie die Untersuchungen über die polnisch-ukrainischen Probleme der Zwischenkriegszeit von Papierzyńska-Turek, Torzecki, Bruski, Potocki und Pisuliński.<sup>15</sup> Ryszard Torzecki hat 1972 das erste ernstzunehmende Buch über die NS-Pläne zur Ukraine vorgelegt und mit seiner letzten größeren Publikation über das polnisch-ukrainische Verhältnis im Zweiten Weltkrieg lange Zeit tabuisiertes wissenschaftliches Neuland erschlossen.<sup>16</sup> Natürlich sind durch das Fortschreiten des Forschungsstandes manche der Einzelbefunde dieser Bücher revisionsbedürftig, und auch den neuesten Büchern (wie etwa dem Robert Potockis) gelingt es nicht immer, sich von nationalapologetischen Tendenzen freizuhalten. Dennoch ist das Bemühen um Sachlichkeit deutlich, bei Pisuliński auch erfolgreich.<sup>17</sup> Andrzej Sowas sehr solides und

<sup>11</sup> Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Hamburg 1970; Rudolf Mark, »Symon Petljura und die UNR«, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 40 (1988), S.7-228; Dmytro Zlepkko, *Die Entstehung der polnisch-ungarischen Grenze*. München 1980; Caroline Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*. Wiesbaden 2002.

<sup>12</sup> Vgl. etwa Oleh S. Fedyszyn, *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918*. New Brunswick NJ 1971; Hans-Joachim Torke/John-Paul Himka (Hg.), *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*. Edmonton/Toronto 1994.

<sup>13</sup> Vgl. dazu den zur Diskussion einladenden Artikel aus dem Jahre 1980: Ivan L. Rudnytsky [Lysjak-Rudnyčkyj], »Polish-Ukrainian Relations: The Burden of History«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 49-76.

<sup>14</sup> Andrzej Chojnowski, *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939*. Wrocław u. a. 1979.

<sup>15</sup> Mirosława Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska w drugiej Rzeczypospolitej 1922-1926*. Kraków 1979; Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*. Kraków 1989; Jan Jacek Bruski, *Petlurowcy*. Kraków 2000; Robert Potocki, *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939*. Lublin 2003; Jan Pisuliński, *Nie tylko Petlura. Kwestia ukraińska w polskiej polityce zagranicznej w latach 1918-1923*. Wrocław 2004.

<sup>16</sup> Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w polityce III Rzeszy (1933-1945)*. Warszawa 1972; ders., *Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej*. Warszawa 1993.

<sup>17</sup> Potocki schreibt sehr ausgewogen über gegenseitige »ethnische Antipathie« (niechęć etniczna) und lehnt Moralisierung ab, andererseits aber versucht er, die polnischen »Pazifizierungen« des Jahres

ausgewogenes Buch befaßt sich zwar überwiegend mit der Kriegszeit, enthält aber in den Anfangskapiteln auch Aussagen zu der hier behandelten Zeit.<sup>18</sup>

In Konkurrenz zu diesen Schriften stehen Arbeiten, deren Verfasser bewußt in der Frage der deutsch-ukrainischen Beziehungen Partei ergriffen, also weniger ergebnisoffen forschten, als vielmehr von dem Wunsch getrieben waren, eine politische Position bzw. eine eigene biographische Epoche zu rechtfertigen. Zwei Verfasser schoben sich dabei in den Vordergrund: Roman Il'nyčkyj (\*1915) schrieb in den 1950er Jahren ein quellengestütztes zweibändiges Opus über das deutsch-ukrainische Verhältnis in der NS-Zeit, das lange Zeit die einzige »Sekundärliteratur« hierzu war.<sup>19</sup> Dabei sollte man nicht übersehen, daß der Verfasser seine eigene Geschichte aufarbeitete: Als führendes Mitglied der Bandera-Fraktion innerhalb der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN-B) hatte er zu denjenigen gehört, die im deutsch besetzten Lemberg 1941 einen selbständigen ukrainischen Staat ausriefen und infolge der deutschen Sanktionen aus Verbündeten zu Gegnern der Deutschen wurden. Aufgenommen hat die Thematik Wolodymyr Kosyk (\*1924). Kosyk hat als Historiker durchaus Verdienste – etwa durch sein Buch über die französische Haltung zur Ukraine 1917/18.<sup>20</sup> Bei unserer Thematik verdrängte jedoch der Chefredakteur der OUN-B-Zeitung »Der Weg des Sieges« (Šljach Peremohy) den Historiker. Sein in französischer, ukrainischer und englischer Sprache erschienenes Buch besteht aus einem darstellenden Teil und einer Edition meist verkürzt wiedergegebener Archivalien.<sup>21</sup> Kosyk präsentierte ein dem OUN-B-Wunschbild entsprechendes Tableau, bei dem die Deutschen nichts anderes als den Betrug der Ukrainer im Sinn hatten, die OUN-B-Ukrainer hingegen in ihrem Unabhängigkeitsstreben unermüdlich gegen die deutschen Positionen ankämpften und einen Platz in den Reihen der Widerständler beanspruchen konnten. Andere ukrainische Organisationen als die OUN-B kamen nur am Rande vor, deutsch-ukrainisches Zusammengehen wurde, wo es widerwillig zugegeben werden mußte, als Randerscheinung ausgegeben, und die Dokumente wurden willkürlich zurechtgestutzt, um diese Wertungen zu bestätigen. Dabei liegt gerade in der Symbiose von ukrainischem Nationalismus und deutschem Imperialismus unterschiedlicher Art der Reiz des Themas.

---

1930 (die er als »größte Negativa der Nationalitätenpolitik der II. Republik« bezeichnet) als »außerrechtliche polizeiliche Verwaltungsrepressionsaktion« von anderen »Verfolgungen der totalitären Zeit« soweit abzusetzen, daß er sogar den Vergleich – nicht etwa nur die Gleichsetzung – bananen möchte (\*nie należy tego porównywać«; gleichsetzen wäre »utożsamiać«). Und in der Verhaftung linker und zentristischer Politiker durch die Piłsudski-Staatsmacht mag er nicht einmal einen »politischen Fehler« erkennen. Immerhin kommt er zu dem Schluß, daß sich die Ukrainer in Polen wie die Polen im preußischen Teilungsgebiet gefühlt hätten, daß man jedoch die OUN unnötig dämonisiert habe und die polnische Seite »die größere moralische Verantwortung für die Erhitzung der gegenseitigen Beziehungen« trage. Letzterem möchten wir uns nicht unbedingt anschließen, da die historische Forschung hierfür keinen Maßstab zur Verfügung stellt (Vgl. Robert Potocki, *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939*. Lublin 2003, S. 23, 73, 78, 360, 366.)

<sup>18</sup> Andrzej Leon Sowa, *Stosunki polsko-ukraińskie 1939-1947*. Kraków 1998.

<sup>19</sup> Roman Il'nyčkyj [Il'nyčkyj], *Deutschland und die Ukraine 1934-1945*. München 1958.

<sup>20</sup> Wolodymyr Kosyk, *La politique de la France à l'égard de l'Ukraine. Mars 1917-Février 1918*. Paris 1981.

<sup>21</sup> Wolodymyr Kosyk, *L'Allemagne national-socialiste et l'Ukraine*. Paris 1986; ders., *Ukraina i Nimeččyna u druhij svitovij vijni*. Paris/New York/L'viv 1993; ders., *The Third Reich and Ukraine*. New York 1993.

Verhältnismäßig viele Literaturpositionen gibt es zur Geschichte der Ereignisse in der Karpatho-Ukraine. Hierzu gehören Arbeiten, die die Ereignisse aus der Perspektive der polnischen Politik beleuchten,<sup>22</sup> vor allem aber national motivierte Werke, die zwar Wissenschaftlichkeit beanspruchen, die nationale Voreingenommenheit jedoch nicht verdrängen können. Dabei wurden auch zeitgenössische Texte der 1930er Jahre in den 1990er Jahren wiederaufgelegt.<sup>23</sup> Für die Jahre 1938/39 werden dann auch Positionen der Memoirenliteratur zahlreicher. Über die Jahre davor haben vorwiegend höhere Repräsentanten der diversen Regierungen Erinnerungen hinterlassen,<sup>24</sup> aus den dreißiger Jahren, damit auch über den Beitrag der Ukrainer zum deutsch-polnischen Septemberkrieg, mit dem dieser Band endet, liegen aber auch Berichte »aus dem Mittelfeld« vor.<sup>25</sup>

Eine besondere Sparte der Geschichtsschreibung sind »parteiliche« Arbeiten, die die Sympathie für ihre jeweilige Klientel nicht verbergen und nicht in die Kategorie wissenschaftlicher Literatur gehören. Dazu gehören die zahlreichen Denkschriften des Ersten Weltkriegs ebenso wie Publikationen der Nationalisten-Fraktionen<sup>26</sup> und ihrer »Haupthistoriker«.<sup>27</sup> Ivan Kedryn, der wegen seiner persönlichen Bekanntschaft mit und Bewunderung für Konovaléč zu seinem Gedenkbuch einen Beitrag geschrieben hatte, berichtete, daß »Zensoren aus verschiedenen Gruppen der einst einheitlichen OUN« aus seinem Artikel »Stellen« gestrichen hätten.<sup>28</sup>

<sup>22</sup> Maciej Koźmiński, *Polska i Węgry przed drugą wojną światową*. Wrocław u.a. 1970; Paweł Samuś/Kazimierz Badziak/Giennadij Matwiejew (Hg.), *Akcja »Łom«*. Warszawa 1998

<sup>23</sup> Peter G. Stercho, *Diplomacy of Double Morality*. New York 1971; *Karpatska Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939; Neuauflage: *Zapovit Sribnoi Zemli. Karpatska Ukraïna v borot'bi za nezaležnist'.* L'viv 2001. Parteilichkeit regiert dabei auch den Historikerdiskurs. So nannte sogar der gemäßigte Historiker Lysjak-Rydneykyj das Werk des kämpferischen Nationalisten Sterčo »a useful study« (Ivan L. Rudnytsky [Lysjak-Rudnykyj], »Carpatho-Ukraine: A People in Search of Their Identity«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 353-373, hier S. 373).

<sup>24</sup> Arnold Margolin, *Ukraina i politika Antanty*. Berlin 1929; Arnold Margolin. *From a Political Diary; Dmytro Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule*. 3 Bde, L'viv 1923. Mit einem persönlichen Bezug auch Dmytro Dorošenko, *Istorija Ukraïny 1917-1923 rr.* Kyïv 2002 ('1930). Jevhen Onačkyj, *Po pochylij plošči*. Bd. 2, München 1969; Pavlo Skoropads'kyj, *Erinnerungen 1917 bis 1918*. Stuttgart 1999; Jevhen Konovaléč, *Pryčynky do istorii ukraïnskoï revoljucii*. Praha 1928.

<sup>25</sup> Volodymyr Birčak, *Karpatska Ukraïna. Spomyny j perežyvannja*. Praha 1939; Mykola Klymysyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, Toronto 1975; Julijan Chymyneč, *Moï sposterežennja iz Zakarpattja*. New York 1984; Jevhen Stachiv, *Kriz' tjurmy, pidpillja j kordony*. Kyïv 1995; Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti II«, *Visti bratstva kolyšnych vojakiv I UD UNA*, München 6 (1955); Ljubomyr Hirnjak, *Na stežkach istoričnych podij*. New York 1979; Jaroslav Hajvas, *Volja ciny ne maje*. Toronto 1971, um nur die wichtigsten zu nennen. Eine erste wissenschaftliche Aufarbeitung der als »Bergbauernhilfe« getarnten Aktion leistet im ersten Abschnitt seines Buches Andrij Boljanovs'kyj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945)*. L'viv 2003.

<sup>26</sup> Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954; Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996; Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléč ta joho doba*. München 1974; Petro Mirčuk, *Narys istorii Orhanizacii Ukraïns'kyj Nacionalistiv*. Bd. 1, München/London/New York 1968; OUN – mynule j majbuttja. Kyïv 1993; *Na Zov Kyjeva*. Toronto/New York 1985.

<sup>27</sup> Außer dem schon erwähnten Kosyk wäre da für die OUN-M Zynovij Knyš zu nennen: Vgl. Zynovij Knyš, *Duch, ščo tilo rve do boju*. Winnipeg 1951; Zynovij Knyš, *Rozbrat*. Toronto 1960; Zynovij Knyš, *Pry džerelach ukraïns'koho orhanizovanoho nacionalizmu*. Toronto 1970, um nur einige zu nennen.

<sup>28</sup> Ivan Kedryn, *Žyttja – podii – ljudy*. New York 1976, S. 75.

»Parteilich« sind natürlich auch die sowjetischen Publikationen, auf die wir nur selten zurückgreifen. Einer der wiederholten, auch von Kosyk immer wieder betonten Vorwürfe an die sowjetischen Bücher zur deutsch-ukrainischen Problematik lautet, sie seien nicht nur nicht wissenschaftlich, sondern rundweg unwahr, also nichts anderes als lügenhafte Propagandapamphlete, um der ukrainischen Nationalbewegung, mit der sich die Sowjetmacht bis etwa 1952 in einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung befand, durch Verleumdung den politischen Boden zu entziehen. Das Ergebnis sei eine Kriminalisierung der ukrainischen Nationalbewegung gewesen, deren Quellen zumeist gefälscht seien. Nun sind sowjetische Desinformationswerke nichts wirklich Unerwartetes, und tatsächlich finden sich in sowjetischen Arbeiten offensichtliche Fälschungen und Unkorrektheiten größter Art. Hier wie in den ausländischen Ablegern der sowjetischen Propagandapublizistik wird man nur in ausgesuchten Fällen – und inzwischen ist eine archivalische Überprüfung ja zumeist möglich – korrekte Tatsachenwiedergaben finden.<sup>29</sup> Damit jedoch dieses »Genre« vollends zu ignorieren, wäre falsch. Zum einen gibt es durchaus Weizenkörner unter der Spreu,<sup>30</sup> zum anderen ist die sowjetische Wertung als Gegenposition des anders parteilichen nationalukrainischen Diskurses diskursiv nicht irrelevant: Die Funktion von nationalukrainischen Statements erschließt sich manchmal erst aus denen der sowjetischen Gegenseite, deren Argumente sie bekämpfen. Ein deutliches Manko sowjetischer Werke besteht darin, daß die »Gegner« vereinheitlicht werden und ihnen eine unwandelbare Hauptstoßrichtung gegen die UdSSR unterstellt wird. Und da für sowjetische Forscher der Zugang zu Archivalien und Literatur streng reglementiert war, sind die Informationen fragmentarisch. Zudem fehlen nicht selten Belege, ohne die eine wissenschaftliche Auswertung unmöglich ist. Wenn Belege benannt werden, beschränken sich die Angaben meist auf den Fundort in sowjetischen Archiven, ohne das Dokument selber zu erläutern. Quellenkritik wird durch diese Vorgehensweise unmöglich.<sup>31</sup>

Bestimmte axiomatische Behauptungen, die auf eine Entlastung der Sowjetunion hinausliefen, verfälschten das Bild. Die »Organe« der Staatssicherheit stellten sowjetischen Forschern regelmäßig Positionen ziemlich fragwürdiger »Enthüllungsliteratur« zur Verfügung, die ohne Quellenkritik eingebaut wurden, wenn sie der Generallinie entsprachen. Man sollte auch nicht übersehen, daß manchmal nach 1990 national schreibende Ukrainer die in der Sowjetzeit geübte Linientreue nun »national« verkehrt praktizierten.<sup>32</sup>

Die »parteilichen« Werke sollte man zur Kenntnis nehmen und sie mit kritischer Distanz auswerten. Über sie wortlos hinwegzugehen, würde bedeuten, die Diskussion zum ukrainischen Nationalismus nicht zur Kenntnis zu nehmen. Damit würde der

<sup>29</sup> Marko Terlycja, *Nacionalistyčni skorpiony*. Kyiv 1963.

<sup>30</sup> Etwa Dokumenteneditionen wie Maksim Gor'kij u. a. (Hg.), *Krach germanskoj okkupacii na Ukraine*. Moskva 1936 oder das Buch Leonid K. Škarenkovs, *Agonija beloј emigracii*. Moskva 1981.

<sup>31</sup> Vgl. etwa Volodymyr Zamlyn'skyj, *Šljach čornoј zrazy*. L'viv 1969, S. 158-166.

<sup>32</sup> Vgl. etwa Volodymyr P. Troščyn'skyj, *Najmanci fašyzmu. Ukraїn'ski buržuazni nacionalisty na službi hitlerivciv u mižvojennoj period 1921-1939rr.* Kyiv 1981; ders., *Mižvojenna Ukraїnska emigracija v Jevropi jak istorične i social'no-polityčne javyščč.* Kyiv 1994. Troščyn'skyj ging 1981 sogar so weit, Werke westlicher Autoren (Jacobsen, Roos, Volkmann) nur in Anführungszeichen als »Arbeiten« (»praci«) und ihre Verfasser als »Historiographen« zu bezeichnen, was nicht einmal sowjetischem Standard entsprach (Najmanci, S. 12).

langjährige Rahmen dieses Themas verschwimmen. Und mit der erforderlichen Quellenkritik können Teile daraus genauso gut verwertet werden wie etwa die vor allem als »Steinbruch« brauchbare Arbeit von Caroline Milow.<sup>33</sup> Deren Verfasserin verkantete (außer in dem brauchbaren Kapitel über die West-Ukraine) weitgehend die Phantastik der ukrainischen Repräsentanten und gelangte daher zu abwegig anmutenden Ergebnissen.

Seit der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine sind auch dort wissenschaftliche Arbeiten über die Beziehungen zu Deutschland erschienen. Neben Neuauflagen von »Klassikern« wie Dorošenko mit eher musealer Bedeutung<sup>34</sup> gibt es auch eine Reihe von neuen Titeln. Nahezu alle stützen sich auf neu erschlossenes Quellenmaterial, wenn auch manchmal der Nachweisapparat unzureichend ist. Aber auch die besseren unter ihnen, wie die Werke Boljanovskys, Kentijs, Popyks oder Sribnjaks, folgen einer Darstellungsweise, die über den Horizont der behandelten Unterlagen selten und schon gar nicht kritisch hinausgeht. Eine Kontextualisierung im europäischen oder geistesgeschichtlichen Maßstab erfolgt nicht oder nur nationalapologetisch.<sup>35</sup> Dies gilt auch für ein neues Buch über Riko Jary – sein Verfasser, der in Kiew die wissenschaftliche Einrichtung der Mel'nyk-Anhänger leitet, bemüht sich zwar um Ausgewogenheit, folgt dann aber getreulich allen Mystifizierungsversuchen der Gegner dieser wichtigen Figur der deutsch-ukrainischen Kooperation.<sup>36</sup>

Das wichtigste Ziel dieses Buches ist neben einer breiteren Aufarbeitung des relevanten Materials eben die Kontextualisierung der deutsch-ukrainischen Kontakte, die Ergründung der Motivation ukrainischer Nationalisten, sich in eine Beziehung zu den Deutschen zu setzen – und umgekehrt. Hierzu sind Selbstzeugnisse, der »Originalton« und die Interpretationen der Beteiligten von herausragender Bedeutung, wenngleich man sie nicht etwa zum Nominalwert akzeptieren sollte. Es ist zu beachten, daß Vertreter beider Völker weder eine Einheit darstellten, noch in allen Texten »offen« waren. Denkschriften und Briefe verfolgten stets politische Ziele, und nur im Binnenverkehr beider »Parteien« scheint hier und dort das Instrumentarium auf, mit dem diese Texte dekonstruiert werden können.

Sie geben die jeweils diskursiv akzeptierte, sich also wandelnde Rationalisierung einer politischen Stellungnahme wieder. Dies gilt vor allem für die nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte Literatur. Von der Notwendigkeit getrieben, sich der »demokratischen« Werteordnung der Nachkriegszeit anzupassen, entstand ein breites

<sup>33</sup> Caroline Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*. Wiesbaden 2002.

<sup>34</sup> Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Kyïv 2002 (1930).

<sup>35</sup> Andrij Boljanovskij, *Ukraïnski vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945)*. L'viv 2003; Anatolij Viktorovyč Kentij, *Ukraïnska Vijskova Orhanizacija (UVO) v 1920-1928 rr.* Kyïv 1998; Anatolij V. Kentij, *Narysy istorii Orhanizacij Ukraïnskych Nacionalistiv (1929-1941 rr.)*. Kyïv 1998; Serhij Popyk, *Ukraïnci v Avstrii 1914-1918*. Kyïv/Černivci 1999; Ihor Sribnjak, *Poloneni Ukraïnci v Avstro-Uhorščyni ta Nimeččyni (1914-1920 rr.)*. Kyïv 1999; Volodymyr P. Troščynskij, *Mižvojenna ukraïnska emihracija v Jevropi jak istorijne i social'no-polityčne javyšče*. Kyïv 1994.

<sup>36</sup> Oleksandr Kučeruk, *Ryko Jaryj – zahadka OUN*. L'viv 2005. – Der Vorname Jarys wird im allgemeinen im Ukrainischen mit »Riko« wiedergegeben – nur bei Kučeruk erscheint er in dieser Form. Eine der niedrigsten Mystifizierungen ist der effekthaschende Hinweis (»Das heißt zwar nichts, aber...«), Jary sei (am 14. 4. 1898) nur sechs Tage vor Hitler geboren. Dies würde tatsächlich selbst dann nichts bedeuten, wenn Kučeruk wüßte, daß Hitler nicht 1898, sondern 1889 geboren wurde (Ebd., S. 11).

Zeugnisschrifttum, in dem die Vergangenheit im Sinne neuer Maximen reinterpretiert wurde. Bei der Karpatho-Ukraine stellt sich dieses Problem erstmals in ganzer Schärfe. Aber auch die früheren Beziehungen zwischen ukrainischen Nationalisten und Deutschen wurden gern neu interpretiert. Kann man die tatsächlich »historischen« Einstellungen von deren späterer Umdichtung unterscheiden? Sicher nicht immer. Und wir können keine volle Treffsicherheit beanspruchen – aber gerade in dieser Schwierigkeit liegt auch der an Denksport gemahnende Reiz der Beschäftigung mit dieser Thematik. Und es gibt Hilfen: bei den Emigranten etwa einen merklichen Unterschied zwischen für die nicht-ukrainische Öffentlichkeit bestimmten Schriften und solchen, die sich sprachlich an die Ukrainer selber wenden. In den letzteren ist die Argumentation weitaus offener und klarer, während der nicht-ukrainischen Öffentlichkeit schon mal ein verklärteres Bild präsentiert wird.

## 2. FRAGESTELLUNGEN

Aus den bisherigen Überlegungen ergibt sich, daß sich eine Darstellung der deutsch-ukrainischen Beziehungen weder auf einheitliches Quellenmaterial noch auf ein tragfähiges Fundament wissenschaftlicher Literatur stützen kann. Was bisher an Forschungen vorliegt, behandelt selten mehr als Teilaspekte unseres Themas und geht mit ihnen manchmal recht naiv um.<sup>37</sup>

Wir setzen mit dem Ersten Weltkrieg ein, weil 1914/15 das ukrainische Angebot an Deutschland formuliert wurde, die Ukraine zu kolonisieren und dabei zu entwickeln. Für die ukrainischen Nationalisten stand dies in keinem Widerspruch zum Streben nach Nationalstaatlichkeit. Diese Denkfigur bedarf der Gewöhnung. Nur mit ihr ist eine Historisierung der Thematik jedoch möglich.

Die Geschichtsschreibung über das nationalsozialistische Deutschland hat sich ähnlich der rationalen Historisierung entzogen, solange Historikerinnen und Historiker entweder mit dem konventionellen Regelapparat der Kabinettpolitik operierten oder fiktive, idealistische Vorstellungen applizierten, wie die von der Ein-Mann-Diktatur und von einer funktionierenden totalitären Herrschaft.

Seit der Begriff der »Polykratie« von Peter Hüttenberger erschlossen und bald wieder hinterfragt wurde, seit Sebastian Haffner und Ian Kershaw die subjektive Zustimmung zu dem Regime ausgeleuchtet, Christopher Browning die »Ordinary Men« beschrieben hat, die das Regime und seine Verbrechen trugen und repräsentierten, hat die wissenschaftliche Arbeit über das nationalsozialistische Deutschland (abgesehen von dem Rückfall bei Daniel Goldhagen) das Stadium der radikalen Vereinfachung

<sup>37</sup> Als Caroline Milow (Die ukrainische Frage) für ihr Buch die zahlreichen ukrainischen diplomatischen Schriftsätze, Briefe etc. der Jahre 1917-1923 zusammenstellte, meinte sie vermutlich, einen mehr oder weniger professionellen diplomatischen Verkehr vor sich zu haben. Tatsächlich waren aber die meisten Elaborate von den Adressaten kaum zur Kenntnis genommene Texte von Amateuren. Sie sind als Indikatoren der Vorstellungen ihrer Verfasser immens wertvoll, aber eben keine Quellen für ernsthafte diplomatische Kontakte. Dafür waren die Positionen der Korrespondenzpartner zu asymmetrisch.

verlassen. Dies gilt jedoch nicht für den außerwissenschaftlichen Diskurs: Bundestagspräsident Jenninger mußte sein Amt aufgeben, als er zur Unzeit etwas über das »Faszinosum« des Nationalsozialismus gesagt hatte, was wissenschaftlicher Erkenntnis keineswegs widersprach. Die »Wehrmachtsausstellung« wie der von Ernst Nolte ausgelöste »Historikerstreit« von 1986 haben unterschiedliche Diskursgruppen identifiziert, die jede für sich eine Interpretation des historischen Geschehens boten. Nur dort, wo die wissenschaftliche Aufarbeitung fehlt, wie im Falle der deutsch-ukrainischen Verbindung, ist eine populäre, vor allem die eigene Befindlichkeit bedienende Interpretation jener Zeit schwierig zu widerlegen. Eine der Aufgaben dieses Buches muß daher darin bestehen, Argumentationsmodi offenzulegen.

Diese waren bei Deutschen wie Ukrainern keineswegs einheitlich – die einzelnen Gruppen bekämpften sich auch entsprechend. Aber die Diskussionen entwickelten sich nicht so sehr entlang ideologischer Fronten – diese paßten sich im Laufe der Zwischenkriegszeit einander immer mehr an. Dafür traten Unterschiede zwischen Positionen auf, die einem auf den ersten Blick verwandt vorkommen. In der deutschen Politik – in Kaiserreich, Weimarer Republik und Nationalsozialismus – war die Ukraine-Politik ein Streitobjekt von politisch einander gar nicht so fernen Instanzen, die miteinander rivalisierten. Einig waren sich die meisten darin, daß es bei den Kontakten zwischen Deutschen und Ukrainern nicht um »Völkerfreundschaft«, sondern um sehr handfesten praktischen Nutzen gehe. Und damit korrespondierten auch Einstellungen der Ukrainer.

Für viele Themen der Geschichte des 20. Jahrhunderts sind scheinobjektive Ansätze aus dem Umfeld der Metahistorie oder sozialhistorischer Axiome bisher vorherrschend. Selbst die Geistesgeschichte hat bisher nur punktuell vermocht, historische Standardformationen zu überwinden. Dafür gibt es Gründe: Die Öffnung osteuropäischer Archive verleitete zunächst zur Ergänzung der Ereignisgeschichte. Sie lieferte aber auch die Basis dafür, mehrschichtig über Diskurse arbeiten zu können. Da die ausschließliche Befassung mit Diskursen und ein postmoderner Ersatz der »Realität« durch sie aber in die Irre führen, kann bei aller Textbegeisterung der Handlungsrahmen des Geschehens nicht vernachlässigt werden. Und da unsere Thematik (um nur das Phänomen der »Gefangenearbeit« im Ersten Weltkrieg oder die »Bergbauernhilfe« am Vorabend des Zweiten zu nennen) keineswegs als bekannt vorausgesetzt werden konnte, führte auch hier kein Weg daran vorbei, die jeweilige Situation konventionell zu beschreiben, bevor kontextualisierte Argumentationen aufgezeigt werden konnten. Die unmittelbare Einbindung in zentrale Fragen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Prozesse des *nation-building*, die Rolle von Nationalismus, das Verhältnis zwischen Kulturgruppen unterschiedlicher staatlicher Tradition, internationale Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Rußland, die Geschichte der Weltkriege und der mit ihnen verbundenen staatlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen, ökonomische und politische Modernisierungsprozesse, macht klar, daß eine gründliche faktenbezogene Ausleuchtung unumgänglich war.

Dort sollte jedoch nicht stehengeblieben werden. Und so bewegen wir uns – im Bewußtsein der Problematik dieses Vorgehens – auf einem schmalen Grat zwischen Ereignis-, Personen- und Ideen- oder Geistesgeschichte. Immer noch sind die meisten Probleme hoch emotionalisiert. So provoziert die Feststellung, daß Deutsche und Ukrainer zwischen 1914 und 1945 einander immer wieder politisch benutzen wollten,

die Frage, wie sie dies jeweils aufs Neue begründeten und welche Wahrnehmungen von sich und dem Gegenüber sie jeweils hatten. Für die Zeit bis 1939 ist der Referenzrahmen eine rasch wechselnde politische Landschaft, die die Beteiligten, wenn überhaupt, nur sehr kurzfristig überblicken konnten. Trotz mehrfachem Scheitern wurde jeweils sehr bald wieder ein neuer Kooperationsversuch unternommen. Woran lag das?

Unmittelbar damit ist die Frage nach den Akteuren verbunden. Es ist nicht selbstverständlich, daß in wechselnden historischen Epochen dieselben Personen auftreten. Die Zeit zwischen 1914 und 1939 umfaßt gerade einmal 25 Jahre, so daß es in dieser Zeit zwar zu einem Generationenwechsel kam, jedoch nicht nur die Angehörigen der einzelnen national konnotierten Gruppen einander kannten, sondern auch die jeweiligen »Gegenüber« in der anderen Gruppe. Wir wollen nicht so weit gehen, von Netzwerken zu sprechen, obwohl sich das Umfeld Reichswehr/Ukrainische Militärorganisation (UVO)/OUN oder Skoropadskyj/Groener so analysieren ließe. Und wir wollen Kontinuitäten nicht übertreibend absolut setzen – es kamen nämlich auch neue Partnerschaften zustande. Wir werden aber zu fragen haben, in welchem Verhältnis persönliche Faktoren zu politischen standen.

### 3. QUELLENBASIS

Die Quellenbasis einer solchen Arbeit war nicht schnell zu erstellen. Langjährige Archivarbeiten waren erforderlich, um über den Stand früherer Arbeiten hinauszugehen. Die Quellenlage ist, sowohl was die Presse, als auch was Akten betrifft, keineswegs schlecht zu nennen. In den wichtigsten deutschen staatlichen Archiven (Bundesarchiv Koblenz/Berlin, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg) befinden sich unter diversen Provenienzen Bestände, die die deutschen zivilen und militärischen Kontakte mit Ukrainern dokumentieren. Noch vor 1989 konnten ergänzende Bestände im Zentralarchiv der DDR (Potsdam) eingesehen werden, die inzwischen in die entsprechenden bundesrepublikanischen Archive integriert worden sind. Da die Bestände vor 1989 bearbeitet wurden, erscheinen hier noch die Signaturen der DDR-Zeit. Splitter stammen aus Münchner Archiven. Für die im Ersten Weltkrieg wichtige österreichische Seite stützen wir uns vor allem auf die umfangreiche Edition Hornykiewicz.<sup>38</sup> Über den Zweiten Weltkrieg läuft die Produktion von Editionen langsam an – die dort veröffentlichten Dokumente werden aber erst für den Folgeband relevant werden. Zur Zwischenkriegszeit sind einige Briefwechsel publiziert, wie etwa der zwischen Lypynskyj und Dorošenko,<sup>39</sup> ansonsten bleibt aber noch vieles zu tun. Die Konovaléc-Korrespondenz des Jahres 1930 illustriert die organisatorischen Probleme der frühen OUN, ist aber nicht mehr als ein Fragment.<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Theophil Hornykiewicz (Hg.), Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe. Philadelphia 1966, Bd. 1-4.

<sup>39</sup> Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973.

<sup>40</sup> Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, ščob zrušyty spravu OUN z mertvoï točky... Nevidomi dokumenty Orhanizacij Ukrainškych Nacionalistiv. Rik 1930. Kyiv 2003.



Das deutsch-ukrainische Verhältnis war Gegenstand besonderen Interesses der polnischen Stellen. Bereits im Ersten Weltkrieg bestand für die Mittelmächte die Alternative zwischen dem Eingehen auf polnische bzw. ukrainische Wünsche, danach wurden von den Deutschen die Ukrainer als gegen die Polen einsetzbare Verbündete angesehen, andererseits waren die Ukrainer immer Akteure und Objekte polnischer Politik. Zwischen Ukrainern aus Polen und Deutschen entwickelte sich ein Verhältnis, das einen großen Teil der Darstellung einnimmt. Daraus resultierte, daß sich die polnischen Politiker und Diplomaten eingehend mit den ukrainischen Nationalisten und ihren Kontakten mit Deutschland beschäftigten. Die polnischen Archive (Archiv Neuer Akten in Warschau, Staatsarchive in Krakau und Lublin) enthalten denn auch sowohl Beobachtungen über die ukrainischen Deutschenkontakte als auch über die Aktivitäten gegen die ukrainischen Nationalisten in Polen. Ähnliche Bestände besitzen die Archive im bis 1939 polnischen Lemberg. Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs werden die Bestände in polnischen, ukrainischen und kanadischen Archiven größere Bedeutung haben. In diesem Band ist aus den National Archives in Ottawa nur der Nachlass des Mitgründers des Bunds zur Befreiung der Ukraine (BBU) Andrij Žuk herangezogen worden.

Eine Reihe von kleineren Vorarbeiten zu den Themen dieses Bandes ist bereits erschienen.<sup>41</sup> Dazu gehören Aufsätze in Festschriften und Zeitschriften sowie ein kurzer Überblick in der von mir herausgegebenen *Geschichte der Ukraine*.<sup>42</sup> Weiterarbeit bringt immer mit sich, daß neue Quellen und Literaturpositionen partiell zu einer Revision früherer Behauptungen führen. In bezug auf dieses Buch geht es aber eher um neue Einzelheiten und Ergänzungen als um tiefere Veränderungen. Gewandelt hat sich im Laufe der Zeit allerdings die Gesamteinschätzung der deutsch-ukrainischen Kooperation. Hielt der Verfasser sie zunächst für primär ideologisch motiviert, so hat sich diese Annahme abgeschwächt: Immer noch ist eine ideologische Nähe zu konstatieren, die manche Hindernisse zu überwinden half, hinzu trat jedoch ein pragmatischer Funktionalismus, der die Relevanz der Ideologie – jedenfalls für die politisch aktiven Personen – relativierte.

<sup>41</sup> Frank Golczewski, »Zur deutschen Ukraine-Politik 1918-1926«, in: Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas. Festschrift für Günther Stökl. Stuttgart 1991, S. 119-129; ders., »Das ukrainische Reichsbankguthaben von 1918«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 364-399; ders., »Politische Konzepte des ukrainischen nichtsozialistischen Exils (Petljura – Lypynskyj – Donzow)«, in: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hg.), Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. Baden-Baden 1993, S. 100-117; ders., »Die deutsche Polenpolitik und die Ukraine«, in: Ralph Schattkowsky (Hg.), Locarno und Osteuropa. Marburg 1994, S. 115-124; ders., »Die Ukraine und die Oktoberrevolution«. In: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), 1917-1918 als Epochengrenze? Wiesbaden 2000 (= Multidisziplinäre Veröffentlichungen, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, 8), S. 135-153; ders., »Die deutsche ›Gefangenearbeit‹ mit Ukrainern im Ersten Weltkrieg«, In: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.), Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky. Wiesbaden 2003, S. 551-572.

<sup>42</sup> Frank Golczewski (Hg.), Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

# I. DISKURSE ÜBER DIE UKRAINE BIS 1914

Daß sich im wachsenden Gegensatz zwischen Deutschland und Rußland zu Beginn des Ersten Weltkriegs der ukrainische »Faktor« als ein Planungselement herauskristallisieren konnte, war nicht ohne weiteres vorhersehbar. Die deutschen und österreichischen Politiker hatten vor dem Krieg nationale Differenzen innerhalb der noch intakten Großstaaten Europas ungern auf einer allgemein-politischen Ebene thematisiert, weil sie zu Recht Auswirkungen auf ihre eigenen Vielvölkerstaaten befürchten mußten. Die auf die christlich-slavischen Untertanen des Osmanischen Reichs ausgerichtete Befreiungspropaganda russischer politischer Kreise galt bald auch den Slaven unter der Herrschaft Habsburgs. Polen im Habsburgerreich wie in Preußen strebten einen eigenen Nationalstaat an, wobei die preußische Politik mit ihren plumpen Germanisierungsversuchen den polnischen Nationalisten in Preußisch-Polen Zulauf brachte. In Galizien negierten die Österreicher aber nicht ungeschickt die Notwendigkeit einer »Befreiung« der österreichischen Polen. Sie machten sie (auch wenn sie den letzten Schritt der Gleichberechtigung vermieden) zu einer der staatstragenden Nationen des Reiches, gewährten Flüchtlingen aus Russisch-Polen Aufnahme und gestatteten ihnen militärische Vorbereitungen. Ebenso gewährte der Habsburgerstaat verfolgten ukrainischen Nationalisten aus Rußland Zuflucht.

Dafür gab es Gründe: Für das 19. Jahrhundert kann man noch kaum von einem über Galizien und die ostukrainische Intelligencija hinausreichenden ukrainischen Nationalbewußtsein zu sprechen. Zwar gab es auch in Rußland eine bodenständige Hinwendung zur Ukrainophilie, wie sie in dem wohlbearbeiteten Nukleus der Kyrill- und Methodius-Bruderschaft, in den Schriften des Historikers Nikolaj Kostomarov (1817-1885) und den Gedichten Taras Ševčenkos (1814-1861) zum Ausdruck kam, sie war jedoch zunächst auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt und strebte keineswegs nach der staatlichen Trennung von Rußland<sup>1</sup>, was allein die anderen Staaten hätte interessieren können. Noch die Politik der Central'na Rada im Jahre 1917 sah nur eine Autonomie innerhalb einer Rußländischen Föderation vor, jedoch keine staatliche Selbstständigkeit, in die die ukrainischen Nationalisten um die Jahreswende 1917/18 die Sowjetmachthaber stießen<sup>2</sup> und die Mittelmächte-Vertreter in Brest zogen. Auch Wien schienen die galizischen Ukrainer (Ruthenen) keine potentiellen Verbündeten vom Range der Polen zu sein – umso mehr, als ein zunächst noch recht großer Teil von ihnen infolge der sog. Russophilie zeitweise der antirußländischen Propaganda nicht

<sup>1</sup> Kerstin S. Jobst betont, daß sich die »Ukrainophilen« »der Pflege von Kunst und Folklore [widmen] und [...] deutliche politische oder gar separatistische Stellungnahmen« vermieden (»Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917«, in: Frank Golczewski (Hg.), *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993, S. 158-71; hier S. 161. – Ricarda Vulpius hat in ihrer vorbildlichen Dissertation herausgearbeitet, wie vorsichtig Geistliche an den beiden möglichen Konzepten einer nationalen Ausgestaltung der rußländischen Ukraine arbeiteten (Ricarda Vulpius, *Nationalisierung der Religion*. Wiesbaden 2005).

<sup>2</sup> Vgl. Frank Golczewski, »Die Ukraine und die Oktoberrevolution«, in: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), *1917-1918 als Epochengrenze?* Wiesbaden 2000, S. 135-153.

aufnahmebereit gegenüberstand.<sup>3</sup> Dies änderte sich mit der Einführung des gleichen Wahlrechts. Als in den österreichischen Reichsratswahlen 1907 die Zahl der ukrainischen Abgeordneten von 10 auf 30 stieg und von diesen 27 Nationaldemokraten waren, gewann die Wiener Regierung Interesse an ihnen und förderte sie in einer ständigen Schaukelpolitik gegenüber den Polen bis hin zur Vereinbarung des polnisch-ruthenischen Ausgleichs vom Januar 1914, der allerdings nicht mehr in Kraft treten sollte.<sup>4</sup>

## 1. DIE UKRAINISCHE NATIONALBEWEGUNG BIS 1914

Die russische Niederlage im Krimkrieg hatte im Zarenreich zu einem Modernisierungsschub geführt, dessen Ziel es war, die Konkurrenz mit dem übrigen Europa künftig besser zu bestehen. Als Nebeneffekt der gewollten Modernisierung kamen damals auch die Gedanken des »Völkerfrühlings«, des um sich greifenden Bewußtseins nationaler Differenz, in der rußländischen Ukraine auf. Wenn mit Włodzimierz Antonowicz (Volodymyr Antonovyč, 1834-1908) vor allem polnische Studenten der Kiewer Universität die *Hromada* (Gemeinde) gründeten, den ersten nationalukrainischen Verein, dann ist hier nicht nur die Abwesenheit eines polnisch-ukrainischen Gegensatzes zu erkennen, sondern auch die romantische Bauernliebe, die die adligen Ukrainophilen zu einer Aktivität bewegte, in der man damals schwerlich mehr als kulturelle Schwärmerei erkennen konnte. Das Bekenntnis zum Ukrainertum folgte dabei nicht notwendig einer eigenen entsprechenden Herkunft. Es ging ganz allgemein um die Verbreitung von Bildung (*prosvita*), und dies in der Sprache, die die Bauern verstanden, also um etwas, was mit dem russischen *narodničestvo*, dem die Hromada-Anhänger nahestanden, eng verwandt war. Mit der Person des aus der Hromada-Bewegung stammenden Historikers Mychajlo Drahomanov (1841-1895) ist die erste politisch zu nennende Hinwendung zum Ausland verknüpft, mit der eine Radikalisierung der ukrainischen Nationalbewegung einherging. Ihr Auslöser war die großrussische Reaktion auf den Polnischen Aufstand vom Januar 1863. In nationalen Dingen sensibilisiert, begann der Zarenstaat kulturell abweichende Bewegungen zu verfolgen: Der Erlaß des Innenministers Petr Valuev (1815-1890) vom Juli 1863 untersagte den Druck ukrainischer nicht-belletristischer Bücher. Nach einer milderer Periode Anfang der 1870er Jahre verschärfte sich die Russifizierungspolitik: Die in Rußland verbliebenen Reste der unierten Kirche in Cholm/Chełm wurden der russischen Orthodoxie einverleibt, das »Emser Dekret« von 1876 untersagte nun bis auf Zitate die Publikation ukrainischer Texte: ganz und Drahomanov, der ukrainische Märchen und Lieder herausgegeben hatte (darin den Brüdern Grimm vergleichbar), wurde aus dem Kiewer Universitätsdienst entlassen. Er lehrte fortan in Genf und Sofia und war damit der erste bedeutende Emigrant, der einen ukrainischen Nationalismus zu gestalten begann.

<sup>3</sup> Zur Frage der hier nicht tangierten Rivalität von Altruthenen, Moskophilen und Ukrainophilen vgl. die grundlegende Arbeit von Anna Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien*. Wien 2001.

<sup>4</sup> Vgl. Armin Mitter, »Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910-1914)«, *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 28 (1984), S.207-233.

Die zarische Politik verwies die Ukrainophilen auf den politischen Kontext ihres Tuns. Drahomanov verband nationale Forderungen mit vorher schon vertretenen sozialen. In Konkurrenz zu Karl Marx (1818-1883), dem er eine Vernachlässigung der nationalen Fragen und der Bauern vorwarf, konnte er sich als Vertreter eines National-Sozialismus profilieren. Im Gegensatz zu Marx vertrat Drahomanov den Primat der Politik vor der Ökonomie; Kultur und Aufklärung nach westeuropäischem Vorbild hätten den Staatsaufbau voranzutreiben. Der Zarenstaat sollte auf dieser Grundlage zu einer Föderation auf autonomer Basis umgebaut werden, von einer völligen Unabhängigkeit war nicht die Rede.<sup>5</sup>

Drahomanov galt das westliche Europa, aber auch Russland als Vorbild. Nicht alle Exulanten verließen jedoch das ukrainische Siedlungsgebiet. Im österreichischen Galizien, der nördlichen Bukowina sowie im ungarischen Karpathengebiet hatte sich trotz Polonisierung und Magyarisierung sowie einem nicht zu unterschätzenden Anteil von sich als den Russen verwandt definierenden »Altruthenen« und sich für Russen haltenden »Moskophilen« eine ukrainische Nationalbewegung entwickelt, die zunächst im Einvernehmen mit den Polen stand, ab 1848 in wachsende Konkurrenz zu ihnen geriet, jedoch stets wientreu blieb.<sup>6</sup> Die Regionalisierung der Habsburgermonarchie, die 1867 zur Einrichtung eines Galizischen Landtags in Lemberg führte, bevorzugte die Polen, bot jedoch gleichzeitig den ukrainischen »Ruthenen« politische Handlungsmöglichkeiten. So konnte sich im Kontrast zu den Polen hier (weniger in der Karpatho-Ukraine und der Bukowina) ein ukrainisches politisches Milieu entwickeln, das mit zugelassener Amtssprache, der eigenen griechisch-katholischen (unierten) Kirche, einem ukrainischsprachigen Bildungswesen bis hin zu Gymnasien und Lehrerseminaren, einer sich verbreiternden Parteienlandschaft samt politischer Partizipation und einer wachsenden landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung Agenturen besaß, in denen sich Nationalbewußtsein entwickeln konnte.<sup>7</sup> 1893 erkannte Österreich die »ruthenische« Sprache als vollberechtigte Schulsprache an.

Gegen starke Konkurrenz des Russischen und einer auf dem Kirchenslavischen basierenden Mischsprache setzte sich die ukrainische »Volkssprache« als selbständige Literatursprache durch. Drahomanovs Schriften inspirierten jugendliche galizisch-ruthenische Enthusiasten wie Mychajlo Pavlyk (1853-1915) und Ivan Franko (1856-1916), sich sozialistischen Ideen zuzuwenden. Die gleichzeitig entstehende polnische sozialistische Bewegung, die seit den 1890er Jahren auch ohne Konspiration aktiv sein konnte, hatte bis zur Entfremdung der beiden sozialistischen Richtungen nach 1910 auch einen die Ukrainer national stärkenden Effekt.<sup>8</sup> Mit der Ruthenisch-Ukrainischen Radikalen Partei entstand in Galizien die erste politische Formation der Ukrai-

<sup>5</sup> Vgl. die kurze Übersicht bei Volodymyr Potul'nyčkyj, *Narysy z ukraïnskoï politolohii* (1819-1991), Kyïv 1994, S. 20-21.

<sup>6</sup> Vgl. Jan Kozik, *The Ukrainian National Movement in Galicia 1815-1849*. Edmonton 1986, passim. Kozik betonte, daß die Ukrainer vor allem von Wien ein Eingehen auf ihre nationalen Forderungen erwarteten (S.333). Popyk ermittelte für Galizien und die Bukowina für 1910 mit über 3,5 Millionen Ukrainern einen Bevölkerungsanteil um 39%. (Vgl. Serhij Popyk, *Ukraïnci v Avstriï 1914-1918*. Kyïv/Černivci 1999, S. 9). Zum Umgang mit den Begriffen »Altruthenen« und »Russophile« (= Moskophile) vgl. Klaus Bachmann, *Ein Herd der Feindschaft gegen Russland*. Wien/München 2001, S. 27-28.

<sup>7</sup> Näheres dazu bei Kai Struve, *Bauern und Nation in Galizien*. Göttingen 2005.

<sup>8</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus*. Hamburg 1996, passim.

ner, die sich 1899 in die Ruthenisch-Ukrainische Sozialdemokratische Partei und die Ukrainische Nationaldemokratische Partei spaltete, die sich zur ersten tatsächlich nationalorientierten Partei entwickelte und auch die Einheit mit den Ukrainern im Russischen Reich proklamierte.

Der Begriff »Ukraine«, »Ukrainer« war lange Zeit umstritten. Er bildete sich erst im 19. Jahrhundert als Volksbezeichnung heraus, wobei die konkurrierenden von Rus' abgeleiteten Formen (rusyn, rusin, Ruthene) historisch korrekter waren, jedoch wegen der Verwechslung mit den Großrussen und dem scheinbar direkten Bezug zu »Rußland« von den Vertretern des modernen Nationalismus abgelehnt wurden. Die bewußte Hinwendung zum Begriff der »Ukraine« war wiederum deshalb problematisch, weil er letztlich nur »Grenzgebiet« bedeutete und – wie Otto Hoetzsch kurz und prägnant ausgeführt hat – die gleichen Probleme wie der deutsche Begriff »Mark« aufwies. So wie es im mittelalterlichen Reich viele »Marken« gegeben hatte, kannten die russischen Chroniken auch mehrere »Ukrainen«. Und auch für die polnische Frühe Neuzeit waren die tatarischen Grenzgebiete die »ziemie ukrainne«, ohne daß man damit eine spezifische kulturelle oder gar nationale Konnotation verbunden hätte.<sup>9</sup> Wie sich der Begriff »Mark« für Brandenburg (und nebenbei auch für einen Teil Westfalens) geographisch so verfestigte, daß er ohne weitere Zusätze verwandt werden kann (Wanderungen durch die Mark, Märkischer Kreis), blieb der Begriff »Ukraine« an dem Kosakengebiet nördlich des Schwarzen Meeres haften. Von dort wurde er bewußt auf diejenigen Menschen und Territorien ausgedehnt, die für die so konstruierte national-territoriale Einheit ausgewählt wurden.<sup>10</sup>

Die Konkurrenz mit den Polen<sup>11</sup> belebte die ukrainischen Anstrengungen. Mit dem Ausbau einer vor allem die von Ukrainern bewohnten Dörfer und kleineren Städte bedienenden Lese- und Bildungsgesellschaft *Prosvita*, mit der Begründung einer kleinen Bildungsschicht um die Zeitschrift *Literaturno-Naukovyj Vistnyk*, deren Anliegen der »wissenschaftliche Beweis« der Existenz einer von Polen und Rußland verschiedenen Ukraine war, und schließlich mit einem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte an der Lemberger Universität, auf den der aus der russischen Ukraine stammende Mychajlo Hruševskyj (1866-1934), ein Schüler Antonovyčs, berufen wurde, entstand ein Netz von Bildungseinrichtungen, das in Galizien die Zugehörigkeit zum Ruthenertum konsolidierte.

Auch wenn in Rußland ab 1900 die Revolutionäre Ukrainische Partei (RUP) aktiv war, die sich in einem komplizierten Verhältnis zur russischen Sozialdemokratie befand, brachte erst die Revolution von 1905 eine vollständige Legalisierung der ukrainischen kulturellen und politischen Eigenständigkeit mit sich, die aber unter den sich seit 1907 verstärkenden Repressionen neuerlich zu leiden hatte. Illegalität und Behin-

<sup>9</sup> Vgl. Potocki, *Polityka*, S. 35.

<sup>10</sup> Vgl. Otto Hoetzsch, *Russische Probleme*. Berlin 1917, S. 37-38.

<sup>11</sup> Potocki schreibt apologetisch, die Entstehung der »neuen« ukrainischen Nation habe sich verspätet in Opposition zu bestehenden politisch-staatlichen, kulturellen und ökonomischen Modellen der politischen Eliten entwickelt. Damit wird zwar ein Gegensatz, nicht jedoch ein Vorrang begründet. Und daß die polnischen Vorstellungen von einem eigenen Staat sich »quasi automatisch« auf alle Gebiete von 1772 erstreckt hätten, ist zwar sachlich richtig, aber eben auch nur aus der spezifischen Konstruktion heraus begründet. Dennoch bezeichnet Potocki Ostgalizien konstant mit dem annektionistischen Begriff der Zwischenkriegszeit als »Östliches Kleinpolen« (*Małopolska Wschodnia*) (Vgl. Potocki, *Polityka*, S. 32, 38, 91).

derung in Rußland führten dazu, daß das relativ freiheitliche Galizien zum Fluchtort wurde. Galizien und damit Österreich erschienen also als Refugium, das in einem umso helleren Lichte erschien, als hier 1914 mit dem galizischen Ausgleich ein Wahl- und Verfassungsrecht konzipiert (jedoch nicht mehr umgesetzt) wurde, das innerhalb des Kronlands Galizien erstmals die nicht nur formale Gleichberechtigung der Ukrainer und anderer Volksgruppen festschrieb.<sup>12</sup>

Der Unterschied zwischen den Nationalbewegungen in Galizien und Rußland bestand darin, daß sich die österreichischen Ruthenen kulturell frei entfalten konnten, ein eigenes Schulwesen und eine Reihe politischer Parteien besaßen<sup>13</sup> und damit eine breite Unterschicht nationalbewußter Jugendlicher heranzogen. In Rußland blieb die Nationalbewegung länger ein Phänomen der Intelligencijs und konnte sich auf keine nationalbewußten Massen stützen. Die verfolgten ukrainischen Nationalisten solidarisierten sich in dem zumeist studentischen Milieu mit den russischen, ebenfalls politisch verfolgten Kommilitonen und tendierten eher zum Sozialismus. Dies ist einer der Gründe dafür, daß bis auf die unbedeutende Ukraïnska Narodnja Partija, die 1901-1902 als Opposition zur RUP agierte, und die eine »Ukraine für die Ukrainer« forderte, alle anderen Organisationen bis 1917 eine mit Rußland föderal verbundene Ukraine anstrebten und weder grundsätzlich russenfeindlich waren, noch eine negative Haltung gegenüber den nichtukrainischen Minderheiten in der rußländischen Ukraine einnahmen. Während sich also die Nationalbewegungen der Ruthenen und Polen in Galizien befehdeten, kooperierten die ukrainischen Nationalisten in Rußland im Rahmen einer linksgewirkten Opposition mit den Russen.<sup>14</sup>

Die Charakterisierung Galiziens als ukrainisches Piemonte, als Nukleus eines künftigen ukrainischen Nationalstaats nach dem Vorbild der italienischen Einigung, ist problematisch – sicher ist jedoch, daß ukrainisches *nation-building* hier stattfand. Den moskophilen Galiziern hingegen versuchte Österreich durch die Förderung der Nationalukrainer 1914 entgegenzuwirken: Eine pro-russische Irredenta wollte man angesichts des seit der Bosnienkrise schlechter gewordenen Verhältnisses zu Rußland vermeiden, eine austrophile in Rußland war hingegen erstrebenswert,<sup>15</sup> auch wenn man der immer wiederkehrenden Forderung nach einem »ruthenischen« Kronland in Wien erst verbal nachgab (auch dann, ohne sie zu verwirklichen), als 1918 die Lage in jeder Hinsicht prekär geworden war. Welchen Einfluß die Denkschrift des ehemaligen österreichischen Generalkonsuls in Warschau Leopold Freiherr von Andrian-Werburg (1875-1951) zur »Bedeutung des ukrainischen Problems in Ostgalizien für die österreichische Außenpolitik« vom April 1914 auch immer gehabt haben mag, in der er dem ukrainischen »Volksstamm« »für die Geschicke der Monarchie« »zweifelloos die erste

<sup>12</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, »Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917«, in: Frank Golczewski (Hg.), *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993, S. 158-71; hier S. 166-167.

<sup>13</sup> Einen Überblick über die galizisch-ruthenische Parteienlandschaft bietet Bachmann, S. 138-159. Zum linken Teil des Spektrums vgl. vor allem Jobst, *Zwischen Nationalismus und Internationalismus*, *passim*.

<sup>14</sup> Taras Hunčak, »Ukraïnska Narodna Respublika i nacional'ni Menšosti«, in: Michał Pulaski (Hg.), *Ukraïnska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 91-96.

<sup>15</sup> Vgl. zur Wandlung der Haltung des österreichischen Außenministers Graf Berchtold, Mitter, »Galizien«, S. 224, 226.

Stelle« zuerkannte, für Österreich-Ungarn wurden die Ukrainer kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs so zu einer bedeutenden Position ihrer Slavenpolitik.<sup>16</sup>

Staatspolitik war aber nicht alles: Mychajlo Hruševskyj gestaltete seine 1894 eingerichtete Lemberger Professur für Osteuropäische Geschichte zu einem ersten Lehrstuhl für Ukrainische Geschichte aus; seit 1848 hatte es in Lemberg eine Professur für Ruthenische Philologie gegeben, und auch andere Wissenschaftler befaßten sich mit ukrainischen Problemen, ohne sich formal zu einem Institut zusammenzuschließen. Politisch war eine erste ukrainische Partei in Galizien 1890 mit der sozialistischen *Ukraïnsko-ruška Radykal'na Partija* (URRP) entstanden.<sup>17</sup> Inwieweit aber Julijan Bačynskyj (1870 – 1940) mit seiner 1895 veröffentlichten Schrift *Ukraina irredenta* tatsächlich die Eigenstaatlichkeit anstrebte, ist umstritten.<sup>18</sup> Seit 1899 gab es die liberale Nationaldemokratische Partei, die 1900 einen modernen kulturell definierten ukrainischen Nationalstaat forderte, aber damit keineswegs alle Ruthenen vereinigte, weil die verschiedenen Richtungen der Altruthenen bzw. Moskophilen, auch wenn sie von dem gleichen, in der Tradition von 1848 fußenden antipolnischen Nationalismus konservativerer Prägung zehrten, von einem von den Russen separierten ukrainischen Volkstum nichts wissen wollten.

Seit den 1860er Jahren unternahm die ruthenische Nationalbewegung Versuche, die Landbevölkerung Galiziens politisch zu mobilisieren.<sup>19</sup> Ukrainische Studenten in Lemberg bildeten 1899 die Junge Hromada (Moloda Hromada)<sup>20</sup>, und auf einer Studentenversammlung am 14. Juli 1900 wurde der Ruf nach ukrainischer Eigenstaatlichkeit laut.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts trat Hruševskyj mit einer These auf, die für die Nationalbewegung immense Bedeutung erwerben sollte. »Kleinrussen« hatte man zwar auch vorher schon abweichend von den »Großrussen« charakterisieren können.<sup>21</sup> Mit den Arbeiten von Kostomarov und der unter Pseudonym publizierten *Istorija Rusov*<sup>22</sup> hatte es schon im 19. Jahrhundert Werke gegeben, die die Differenz von (Groß-)Russen und Ukrainern historisch begründeten, der aus der Ostukraine stammende Lemberger Lehrstuhlinhaber besaß jedoch inzwischen ein wissenschaftliches Renommee, das seinen Ausführungen ganz anderes Gewicht verlieh. Gegen das »übliche Schema« der russischen Historiographie polemisierend, die die Kiewer Ruš als ersten russischen Staat betrachtete, nannte er das Ergebnis »an die Geschichte des großrussischen Volkes angenähte Flickstücke«. Im großrussischen Staat sah er eine

<sup>16</sup> Andrian, »Bedeutung des ukrainischen Problems in Ostgalizien für die österreichische Außenpolitik«, 2.4.1914, Theodor Hornykiewicz, Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, Bd.1, Philadelphia 1966, S. 1-4; vgl. Mitter, »Galizien«, S. 232. – vgl. unten S. 87. Im folgenden werden die Bände der Hornykiewicz-Edition als »Hornykiewicz I – IV« angeführt.

<sup>17</sup> Eine überblickhafte Geschichte der ukrainischen Parteien in Galizien findet man bei Klaus Bachmann, »Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland«. Wien/München 2001, S. 138-159.

<sup>18</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, »Marxismus und Nationalismus. Julijan Bačynskyj und die Rezeption seiner »Ukraina irredenta« (1895/96) als Konzept der ukrainischen Unabhängigkeit?«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45 (1997), S. 31-47.

<sup>19</sup> Vgl. Struve, Bauern und Nation, S. 236-282.

<sup>20</sup> Hromada heißt eigentlich Gemeinde, wird aber hier in der ukrainischen Form erhalten, um keine deutschen Analogien nahezu legen.

<sup>21</sup> Vgl. etwa Pavel P. Čubinskij, »Kratkaja charakteristika Malorussov«, Trudy Russkogo Geografičeskogo Obščestva 7 (1877), Nr. 2, S. 342-359.

<sup>22</sup> [Georgij Koniskij], *Istorija Rusov ili Maloj Rossii*. Moskva 1846; Repr. Kyiv 1991.

spätere Formation, deren Herrscher zwar aus der Kiewer Tradition geschöpft hätten, jedoch nicht deren geradlinige Nachfolger seien. Den beiden Völkern, die er im Unterschied zur staatlichen Organisation zu den Subjekten der Geschichte erklärte, bestritt er jede sie verbindende Kontinuität.<sup>23</sup> Stepan Tomašivskyj ging noch weiter, indem er auch eine staatliche Kontinuität einer separaten ukrainischen Geschichte postulierte, dafür dann die Kiewer Ruś als erste Formation durch einen Beginn in Galizien und Wolhynien ersetzte. Damit hatte er jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg größeren Breitenerfolg.

Außer in wissenschaftlichen Arbeiten verbreitete der weitaus einflußreichere Hruševskyj seine Ideen auch in populären Darstellungen – darunter auch einer deutschen. Da das ukrainische Volk »nur in den ältesten Epochen seiner Existenz« ein »selbständiges politisches Leben« geführt habe, könne man es ab dem 14. Jahrhundert nur über »seine social-ökonomische Geschichte und seine Kulturgeschichte« erfassen.<sup>24</sup> Das Erbe der Ruś habe Galizien-Wolhynien bewahrt und in dem polnischen mittelalterlichen Staat entwickelt. Im Kampf gegen die russische »feindselige[...] social-ökonomische[...] Ordnung« sei es untergegangen. Im 19. Jahrhundert jedoch hätten sich die »Volksmassen mit der neuen Schicht der Intelligenz zu einem einzigen nationalen Organismus« verbunden.<sup>25</sup>

Hruševskyj war auch ein sozialrevolutionärer Politiker. Nicht erst sein Rada-Vorsitz 1917 machte dies deutlich. Die praktischen Schlüsse aus seinem neuen Schema der ukrainischen Geschichte besagten klar, daß die rußländische Ostukraine fremdbeherrschtes Gebiet sei und daß es eine ukrainische Nation seit dem Mittelalter gebe. Mit dem Postulat der Kontinuität der ukrainischen Geschichte schuf Hruševskyj ein noch fehlendes Element des *nation-building*. Nationalukrainen konnten sich nun auch historisch gleichwertig mit Russen fühlen: Sie konnten einer »großen« Vergangenheit gedenken und gar ältere historische Rechte als die usurpatorischen Groß-Russen beanspruchen. Die Rolle, die Galizien dabei zugewiesen wurde, war in Österreich nicht unumstritten. Nicht allein gab es für Hruševskyj keinen Unterschied zwischen der Dnepr-Ukraine und Galizien, was die *Sobornist*-These (der Zusammengehörigkeit der ukrainischen Territorien) unterstützte, das weiter entwickelte Galizien erhielt im Zeitalter des aufblühenden Nationalismus geradezu den politischen Auftrag, den ukrainischen Osten von den Russen zu befreien. Im Vorwort seines deutschsprachigen Buches erklärte Hruševskyj die »Kenntnis der Geschichte des ukrainischen Volkes« für unentbehrlich: »Der Kampf mit der Hochflut asiatischer Horden, welche die weitere politische und kulturelle Entwicklung der ukrainischen Stämme untergrub, ist

<sup>23</sup> Der Originaltext erschien im Zbornik statej po Slavjanovedeniju in Sankt Petersburg 1904, deutsche Übersetzung: M. Hruschewskyj, »Das übliche Schema der ›russischen‹ Geschichte und die Frage einer rationellen Gliederung der Geschichte des Ostslaventums« In: Prof. Michael Hruschewskyj. Sein Leben und sein Wirken (1866-1934). Berlin 1935, S.38-48, hier S. 46; englische Übersetzung: Mychajlo Hrushevsky, »The traditional scheme of ›Russian‹ history and the problem of a rational organization of the history of the Eastern Slavs«, The Annals of the Ukrainian Academy of Arts and Sciences in the U.S. 2 (1952), S.355-364. Vgl. Markus Osterrieder, Das Ringen um die Vergangenheit. Mychajlo Hruševs'kyj und die Problematik einer Konzeption der Osteuropäischen Geschichte. Magisterarbeit München 1991.

<sup>24</sup> Michael Hruševskyj, Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes. Bd.I, Leipzig 1906, S. 15.

<sup>25</sup> Ebd., S. 18-19.



eigentlich die Geschichte der Verteidigung Westeuropas vor der asiatischen Invasion mit dem Blut und der Energie des ukrainischen Volkes.« Der Kosakenaufstand habe im 17. Jahrhundert den Verfall Polens herbeigeführt, der darauffolgende Besitz der Ukraine »das Moskauer Reich auf den ersten Plan« emporgehoben.<sup>26</sup> Die Ukraine wurde damit zu einem bedeutsamen Element der osteuropäischen Geschichte. Mit Hruševskyjs Buch wurde diese Information in Deutschland verbreitet – von 1906 an gab es also diesen Faktor im deutschen Osteuropa-Diskurs. Aber nahm ihn jemand zur Kenntnis?

In Anlehnung an diese Geschichtsinterpretation bemühten sich Nationalukrainer außerhalb des Rußländischen Imperiums, die Großrussen möglichst nicht mehr als »Russen« zu bezeichnen, weil man die Ruß als Teil der ukrainischen Geschichte begriff. Ersatzweise bürgerte sich in nationalistischen Publikationen die Bezeichnung »Moskau, Moskowiter, moskowitisch« sowohl für den Staat Rußland als auch für seine Bürger und die russische Sprache (*moskivśka mova*) ein.<sup>27</sup>

Mit der narrativen Trennung der Russen von den Ukrainern, die mit der These vom Primat des Nationalen in Politik und Geschichte begründet wurde (obwohl sich Hruševskyj gleichzeitig gegen die Verabsolutierung der Nation einsetzte)<sup>28</sup>, ging eine damals übliche kulturelle Charakterisierung einher. Moskau wurde mit dem Zartum und der Selbstherrschaft identifiziert, die Ukraine dagegen einerseits mit den unklaren Verhältnissen der Kiewer Ruß, als Fürst und Gefolgschaft in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zu stehen schienen, andererseits mit der Kosakentradition. Diese galt als »freiheitlich«, seit Bohdan Chmel'nyčkyjs (ca. 1595-1657) Aufstand von 1648 ein antifeudalistisches Konzept zugeschrieben wurde. Da die zeitweise Wahl des Het'mans der Kosaken auch noch als »demokratisch« ausgewiesen wurde, konnte diese historiographische Trennung auch als Scheidung zwischen einem aristokratischen, dem Despotismus verhafteten russischen und einem »demokratischen« ukrainischen Volk interpretiert werden.<sup>29</sup> Hruševskyj und nach ihm eine Phalanx ostukrainischer Kollegen stellten diesen Gegensatz als wesentlich hin, indem sie nicht vom Staatssystem, sondern vom Volk her die nationale Entwicklung erklärten. Bis heute trifft man auf Tendenzen, die Ukrainer im Verhältnis zu den Russen als individualistischer, damit europäisch-westlicher und demokratischer zu präsentieren.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Ebd., S. III-IV.

<sup>27</sup> Im Rahmen dieses Buches ist es nicht möglich, diese hier vorgestellten Thesen zu diskutieren. Da es keinen verbindlichen Kanon der »richtigen« historischen Traditionen gibt, reicht es hier völlig aus, den Ausgangspunkt dieses Diskursthemas zu umreißen, um die Diskursgestaltung in späterer Zeit begründen zu können. Diskutiert werden die Thesen zur Frühzeit der Gebiete der heutigen Ukraine von Gertrud Pickhan, »Kiewer Ruß' und Galizien-Wolhynien«, In: Frank Golczewski (Hg.), *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993, S. 18-36.

<sup>28</sup> Vgl. Michail Gruševskij [Mychajlo Hruševskyj], *Osvoboždenie Rossii i ukrainskij vopros*. Sankt-peterburg 1907, S.71-72.

<sup>29</sup> Vgl. ebd., S. 142, 150.

<sup>30</sup> An dieser Stelle würde es zu weit führen, die Unterschiede vorzustellen, die zahlreiche Historiker, Sozialwissenschaftler und Politiker seit dem 19. Jahrhundert zwischen Russen und Ukrainern zu erkennen meinten. Nikolaj Kostomarov formulierte in seinem Artikel »Dve russkija narodnosti« (*Osnova* Nr.3, (1861), abgedr. in Nikolaj I. Kostomarov, *Sobranie sočinenij*, Bd. 1, Sanktpeterburg 1903, S. 31-65) die Differenz zwischen den dem Prinzip des individuellen Willens verhafteten Ukrainern und den das kollektive Prinzip lebenden Russen. P. Čubinskij arbeitete dann in seiner »Korotkaja Charakteristika Ukrainca«, (*Trudy Russkogo Geografičeskogo Obščestva*, Sanktpeterburg 1877,

Das Einreißen der historischen Schranken zwischen Ost- und Westukrainern schuf für die Österreicher sowohl im Inland als auch im Verhältnis zu Rußland Probleme. Wenngleich nun häufiger der Begriff »ukrainisch« anstelle des bisherigen »ruthenisch« in öffentlichem Schrifttum auftauchte, sollte dies anfangs keine Auswirkung auf die politische Einstellung zu Rußland haben.<sup>31</sup> Wien ging erst 1914 offiziell auf sich aus solchen Statements abzuleitende politische oder militärische Folgerungen ein. Nach außen hin beschränkten sich auch die Nationalukrainer auf die Repetition der Forderung nach einem eigenen Kronland.

Dabei war die ruthenische Bevölkerung Galiziens im politischen Wandel begriffen. Der eher versöhnlerischen Haltung vorwiegend älterer, aus Honoratiorenkreisen stammender Politiker erwuchs eine Gegenbewegung aus jüngeren, militanteren Kreisen, die insbesondere nach der Erschütterung, die die osteuropäische Landkarte in den Balkankriegen erfahren hatte, eine nicht allein auf österreichische politische Zugeständnisse hoffende Nationalbewegung organisieren wollten.

Eine ihrer Agenturen war der 1908 gegründete Ukrainische Studentenbund (Ukrainśkyj Students'kyj Sojuz). Der Studentenbund war in Sektionen gegliedert, die den politischen Ausrichtungen entsprachen. Neben den Sektionen der Sozialisten, Radikalen und Parteilosen gab es die IV. Sektion der politisch führenden pro-österreichischen Nationaldemokraten. 1912 wurde der Jurastudent Jevhen Konovaléc (1891-1938) zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden gewählt – diese Sektion war der »politische Arm« einer Bewegung, der auch außerhalb des studentischen Milieus wirkenden »Nationaldemokratischen Jugend«.<sup>32</sup> Konovaléc gehörte als studentischer Vertreter dem von Jevhen Levyčkyj (1870-1925) geführten Ruthenischen Nationalkomitee an. Zudem vermutet man, daß er auch Mitglied des geheimen Komitees der Ukrainischen Jugend (Komitet Ukraïnskoï Molodi – KUM) war, das 1907 der Sozialrevolutionär Mykola Zaliznjak (1888-1950) gegründet hatte.<sup>33</sup>

Dieser Studentenbund richtete in Lemberg Studentenkongresse aus, auf deren zweitem Dmytro Doncov (1883-1973) 1913 mit einem Vortrag auftrat. Die Studenten waren politisch unterschiedlich ausgerichtet, wobei die Anhänger einer ukrainisch-revolutionären Aktivität eine Minorität bildeten. Wichtiger schienen praktische Fragen zu sein: Die Einrichtung einer ukrainischsprachigen Universität in Lemberg war eines der wichtigeren Themen. Die Lemberger Universität war utraquistisch (zweisprachig), allerdings mit einem erdrückenden Übergewicht polnischsprachiger Dozenten. Als im Juli 1913 Doncov bereits die »große Politik« (s. unten) ansprach, beschäftigte sich Konovaléc

Bd.7, Teil 2, S.342-359) auf der Basis einer Untersuchung ukrainischer Rekruten gar einen ukrainischen Rassetypus heraus und erkannte bei Russen ein weiter entwickeltes Gemeinschaftsgefühl, bei den Ukrainern die Individualität (S.357). Wir weisen allerdings schon hier darauf hin, daß diese dichotomische Typologisierung als Grundlage genutzt wurde, um in Zeiten rassistisch begründeter Ungleichheit eine Besserstellung von Ukrainern zu erreichen. In Schriften nationalorientierter Ukrainer sind Bezugnahmen auf diese Differenzierung bis zum heutigen Tage anzutreffen.

<sup>31</sup> Zur Verwendung der Begriffe »ruthenisch« und »ukrainisch« in Österreich-Ungarn vgl. Wolfdieter Bihl, »Einige Aspekte der österreich-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 539-550.

<sup>32</sup> Vgl. Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc«, in: Zynovij Knyš (Hg.), *Sribna Surma. Zbirnyk II*, Toronto 1963, S. 124-145, hier S. 128-131.

<sup>33</sup> Vgl. Osip Zynkevych, »Studentski roky Jevhena Konoval'cja« in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 88-111, hier S. 102, 109.

in seinem Referat noch mit der Universitätsfrage.<sup>34</sup> Das Universitätsmilieu war jedoch der Raum, wo Ruthenen noch am ehesten mit ihren geflohenen Konnationalen aus der russländischen Ukraine zusammentreffen konnten.

Daneben agierte die Schützenbewegung, die aus der 1900 gegründeten Sportgesellschaft »Sič« hervorgegangen war. Die Sič wiederum war ein Ableger der URRP, die antiklerikal, agrarsozialistisch und antifeudal war. Ihr Führer Dr. Kyrylo Tryl'ovskij (1864-1941) stand wegen antipolnischer und antijüdischer Äußerungen vor Gericht.<sup>35</sup> Die Sič hatte wegen ihrer Radikalität Schwierigkeiten mit der Polizei, war aber bei der Landbevölkerung beliebt. Die Schützen waren dagegen der Versuch, die radikale Sič in eine reguläre paramilitärische Truppe zu verwandeln, wie sie die Polen besaßen. 1910 hatte Józef Piłsudski (1867-1935) in Lemberg einen Vortrag über die polnische Schützenorganisation gehalten, der ukrainische Jugendliche – Konoval'ec gehörte zu den Zuhörern – stark beeindruckte, nun wollte man dem polnischen Aktionismus etwas ähnliches entgegensetzen.<sup>36</sup> Im Herbst 1911 bildete sich in Lemberg auf Initiative ukrainischer Oberschüler und Studenten eine erste paramilitärische, unter dem Etikett der Pfadfinderbewegung auftretende Gruppe, die mit vagen Vorstellungen von einer möglichen österreichisch-russischen Auseinandersetzung eine Art Militärausbildung betrieb.<sup>37</sup> Aus dem Kreis der ruthenischen Frauenbewegung ging auch ein taktisches Konzept der Nationalbewegung hervor: Der am 14. Dezember 1912 in Lemberg abgehaltene Frauenkongress rief die Frauen auf, ihre Sympathien in einem möglich gewordenen österreichisch-russischen Konflikt so lange der österreichischen Seite zu schenken, »wie deren Interessen mit den Interessen des ukrainischen Volkes und seiner nationalen Würde übereinstimmen«.<sup>38</sup> Aber auch die Forderung, einen Fonds zugunsten der nationalen Sache nach dem Vorbild der polnischen »organischen Arbeit« einzurichten, war ein Beitrag der Frauengruppen.<sup>39</sup> Die Ukrainische Sič-Union (Ukrain'skij Sičovyj Sojuz) beschloß am 15. Dezember 1912, dabei mitzuwirken, die ukrainische Jugend militärisch auszubilden und am folgenden Tag begannen die Organisationsarbeiten für eine breite überparteiliche Schützenbewegung.<sup>40</sup>

Die weitgehend konspirativen Gruppen traten im Frühjahr 1913 an die Öffentlichkeit. Durch die offizielle Deklaration der Loyalität zu Österreich geschützt, konnten

<sup>34</sup> Vgl. Ostap Hrycaj, »Žyttja i dijāl'nist' Jevhena Konoval'ca do revoljucii 1917 roku«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konoval'ec ta joho doba. München 1974, S. 17-44, hier S. 31.

<sup>35</sup> Vgl. Bachmann, Herd, S. 147-148.

<sup>36</sup> Mitte 1911 soll Piłsudski sogar einen Vortrag für die »Sič« gehalten und sie zu gemeinsamen Aktionen gegen Rußland ermuntert haben; vgl. Jan Pisuliński, Nie tylko Petlura. Wrocław 2004, S. 38.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu die deutlich apologetischen, jedoch in den Grundzügen verwendbaren Angaben bei Stepan Ripečkyj, Ukraїnske Sičove Strilectvo. L'viv 1995 (New York 1956), S.17-20, 29.

<sup>38</sup> Zit. nach Ripečkyj, Strilectvo, S. 26.

<sup>39</sup> Den Rahmen dieser Arbeit würde die Diskussion der Frage sprengen, inwieweit es der ukrainischen Frauenbewegung gelang, sich als gesamt-nationale Organisation aus den ungezählten Fraktionskämpfen herauszuhalten und bis in die 1930er Jahre einen »pragmatischen Feminismus« zu propagieren, der andererseits wieder die meisten konkreten Forderungen nach Gleichberechtigung bis zur Errichtung des ersehnten Nationalstaats zurückstellte. Da die bisherigen Arbeiten durchweg aus der häufig auch nationalistischen Frauenbewegung selber kommen, ist hier eine kritische Aufarbeitung noch nicht erfolgt (Vgl. Martha Bohachevsky-Chomiak, *Feminists despite Themselves*. Edmonton 1988).

<sup>40</sup> Vgl. Hrycaj, »Žyttja i dijāl'nist'«, S. 35. Vgl. Istorija Ukraїnskoho Vijska. L'viv 1992 (1936), S. 293; Osy Dumin, Istorija Legionu Ukraїnskych Sičovyh Stril'civ 1914-1918. L'viv 1936, S. 15.

sie, wie die polnischen Parallelorganisationen, legal operieren. Im März 1913 berief in Lemberg der USS-Führer Tryl'ovskýj die erste Versammlung der Lemberger Schützengesellschaft »Sičovi Stril'ci« ein. Zuvor hatte er, nachdem zwei andere Entwürfe abgelehnt worden waren, wortwörtlich das Statut der polnischen Schützen übersetzt dem Statthalter Michał Bobrzyński (1848-1935) zur Genehmigung vorgelegt, so daß es keinen Widerstand gegen die ukrainische Organisation geben konnte.<sup>41</sup> Im Herbst 1913 und im Januar 1914 entstanden in Lemberg weitere Schützengesellschaften; bis zum Kriegsbeginn gab es in Galizien 96 ruthenische Schützenvereine.<sup>42</sup>

Die jungen Ideologen des Schützenwesens, die sich in dem von Ivan Čmola (1892-1939) redigierten Blättchen *Vidbuky* (Echos) artikulierten, hofften auf einen künftigen Krieg und forderten ein Gleichziehen mit den Polen auf paramilitärischem Gebiet. 1914 war für sie nach einer Artikelüberschrift das »Jahr des Schreckens und der Hoffnungen« (Rik hrozy i nadij) – der Krieg ein wichtiges Mittel zum Erreichen der eigenen Ziele auch gegen das österreichische Establishment, während sich die »offiziellen« Ruthenen samt ihrer Parlamentsvertretung auf das Erreichen reformistischer Ziele im Rahmen der Habsburgermonarchie beschränkten. Die meisten älteren ukrainischen Studenten und die Mehrheit im Vorstand des USS werden ebenfalls den Reformern zugezählt, denen die Schaffung »kultureller Werte« wichtiger als Kampf erschien. Im Zusammentreffen mit den jüngeren nationalen Hitzköpfen beharrten Vasyl' Panejko (1883-1956), Osyp Nazaruk (1883-1940), Mychajlo Lozynskýj (1880-1937) und andere darauf, daß die Jugend »in erster Linie Wissen erwerben sollte, weil eine Nation wie die ukrainische in erster Linie kulturelle Werte schaffen müsse, um auf diese Weise den anderen europäischen Völkern gleich zu werden«.<sup>43</sup> Die jungen Militanten waren da ganz anderer Ansicht.

Solche Positionen waren mit denen der »Revolutionäre« und der Anhänger der »organischen Arbeit« im polnischen Milieu vergleichbar. Bei den Ukrainern standen sich »kult'urnyky« und »militarysty« gegenüber, wobei die vereinfachte Gegenüberstellung von »Alten« und »Jungen« insofern zu revidieren ist, als auch ein großer Teil der aufstrebenden ruthenischen Intelligenz mehr an einer ukrainischen Universität in Lemberg interessiert war als an »Soldatenspielen«.<sup>44</sup> Konovaléc war mit seinem Engagement für die Nationaldemokraten, die *Prosvita* und die ukrainische Universität ebenfalls gemäßigt.

Die Situation war alles andere als einfach. Schon das kleinste österreichische Nachgeben gegenüber ukrainischen Forderungen ließ Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen ausbrechen. Als 1908 zwei weitere ukrainischsprachige Lehrstühle an der Lemberger Universität eingerichtet wurden, attackierten polnische Studenten Bobrzyński mit faulen Eiern und riefen antideutsche und antiösterreichische Losungen. Die polnischen Nationaldemokraten warfen den regierungstreuen Polen die Unterstützung der Ukrainer vor und hielten es da schon eher, wie ihre Gesinnungsgenos-

<sup>41</sup> Vgl. Istorija Ukraïnskoho Vijska, S. 293; Dumin, Istorija Legionu, S. 16.

<sup>42</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 35-37. Vgl. Istorija Ukraïnskoho Vijska, S. 294; Dumin, Istorija Legionu, S. 17.

<sup>43</sup> Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc«, S. 133-134. Vgl. auch Zynkevyc, »Studentški roky Jevhena Konoval'cja«, S. 98-100, 108.

<sup>44</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 23. Vgl. Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc«, S. 134; Hrycaj, »Žyttja i dijəl'nist' Jevhena Konoval'cja«, S. 36.

sen in Russisch-Polen, mit den Russen. Dies führte 1910 zu einer Spaltung, was wiederum dem ukrainischen Vorwurf gegen die polnischen Nationalisten, sie seien russophil, Nahrung gab.<sup>45</sup>

Wie bei den Polen wurde der Gegensatz zwischen den ukrainischen Aktivisten dadurch gemildert, daß sich im Weltkrieg die beiden Ziele »Krieg gegen Rußland« und »Loyalität mit Österreich« miteinander kombinieren ließen und damit die Verfechter der beiden Parolen grundsätzlich koalitionsfähig waren, auch wenn sie die Taktik der jeweils anderen Seite kritisierten. Ein Spezifikum der »Jungen« war, daß die Frauenbewegung sich zu ihnen hingezogen fühlte, was nicht zuletzt daran lag, daß die Honoratiorenclique der »Alten« nicht bereit war, Frauen politische Rechte zu gewähren, während die Schützen die Verstärkung ihrer Reihen durch Frauen, mit denen sie manchmal auch verwandt oder durch Beziehungen verbunden waren, dankbar akzeptierten.

Die einander mißtrauisch beobachtenden Schützen und die politischen Repräsentanten fanden unter dem Eindruck des Kriegsausbruchs zueinander. Angesichts der drohenden militärischen Auseinandersetzung waren die Politiker froh, über eine Reservoir zu verfügen, das ähnlich wie das polnische einsatzfähig war, während die Schützen nun von der Theorie zur Praxis übergehen wollten. Der am 2. August 1914 von den legalen Parteien gebildete »Ukrainische Hauptrat« (Holovna Ukraïnska Rada – HUR) beschloss, mit den Gremien der Schützen, die sich zur »Ukrainischen Kampfleitung« (Ukraïnska Bojeva Uprava) bei der HUR zusammenschlossen, einen Militärverband unter der Bezeichnung »Ukrainische Sič-Schützen« (Ukraïnski Sičovi Stril'ci – USS) zu bilden.<sup>46</sup>

## 2. DAS DEUTSCHE UND DAS ÖSTERREICHISCHE INTERESSE AN »SÜDRUSSLAND«

Die vorliegende Abhandlung ist keine Wirtschaftsgeschichte. Das deutsche und österreichische Interesse an der Wirtschaftsgröße Ukraine wird daher nicht an konkreten Wirtschaftsdaten ausgelotet. Die deutsche Ukraine-Politik ist allerdings nicht ohne die ökonomische Komponente verständlich. Wenn man heute noch darauf angesprochen wird, daß ja die Ukraine die »Kornkammer« Rußlands oder Europas sei, dann ist dies vor allem das Echo jener Parolen, die seit dem 19. Jahrhundert im Umlauf waren. Der europäische Süden Rußlands wurde landwirtschaftlich genutzt und die Getreideexporte Rußlands – unter anderem auch über den neuen Hafen Odessa – waren eine der wichtigen Einnahmequellen des Zarenreiches. Daneben waren aber auch Industriegebiete entstanden, am Dnepr südlich von Kiew bei Krivoj Rog/Kryvyj Rih und im Donec-Becken (Donbass) um die Stadt Juzovka, die später Stalino hieß und heute Donec'k heißt.

<sup>45</sup> Vgl. Józef Buszko, »Polityka Michała Bobrzyńskiego w kwestii ukraińskiej (1906-1913)«, in: Michał Pułaski (Hg.), *Ukraïnska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 63-70, hier S. 67-68.

<sup>46</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 54-55.

Wenn in Deutschland vereinfacht von Wirtschaftskonzepten gesprochen werden kann, dann geht es um die Varianten eines »Mitteleuropa«, das diesen Begriff weit überstieg. Man sah die wachsende Kooperation zwischen Rußland einerseits und Großbritannien und Frankreich andererseits. In Konkurrenz dazu versuchten deutsche Wirtschaftskreise einen eigenen ökonomischen Block dadurch zu begründen, daß man sich des Osmanischen Reiches annahm und dessen arabischen Kolonialbesitz als kontinentalen Zugang zu einem »Platz an der Sonne« im Hedschas oder in Mesopotamien nutzte.

Die Verbindung mit Österreich-Ungarn half angesichts der russischen Pläne, über Serbien einen Zugang zum Adriatischen Meer herzustellen. Claus Remer hat völlig recht, wenn er schreibt, daß erst im Ersten Weltkrieg konkret zu planen begonnen wurde, rußländische Gebiete in das »Mitteleuropa«-Konzept zu integrieren.<sup>47</sup> Bis dahin waren die Agrarproduzenten des russischen Südens eine Konkurrenz für die »ostelbischen Junker«, der man sich durch Zollschranken zu erwehren suchte. Die deutsche Industrie hatte andererseits längst in Rußland einen Absatzmarkt gewonnen. Der Handelsaustausch zwischen Deutschland und Rußland stieg denn auch nach dem Handelsvertrag von 1904 bis 1913 an, ohne deswegen eine politische Abhängigkeit Rußlands von Deutschland zu begründen.<sup>48</sup>

Dagegen wuchsen Ressentiments in Rußland. Der hohe Anteil der deutschen Produkte am russischen Import korrespondierte nicht mit der russischen Außenpolitik: Diese lehnte sich, von den deutschfeindlichen Liberalen bestärkt, an Frankreich und Großbritannien an. Mit der deutsch-osmanischen Verbindung schien sich gar ein neuer deutscher Kordon um den rußländischen Süden zu legen. Die Wirtschaftskontakte selber störte dies nicht weiter. Hier fanden z.B. Kooperationen zwischen den Werften in Nikolajew und der deutschen Industrie statt.<sup>49</sup> Erst als die Bosnienkrise 1908 und die Balkankriege diese Gegend in das Zentrum des Interesses rückten, fanden eher pro-deutsche Konservative und pro-westeuropäische Liberale in Rußland zueinander.

Auf deutscher Seite war man unter der Kanzlerschaft Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929) politisch und wirtschaftlich eher rußlandfreundlich orientiert. Daher haben wir Schwierigkeiten, in dem deutschen wirtschaftlichen Engagement ein Streben nach Dekomposition des Zarenreiches zu sehen. Mag die Gefahr einer ökonomischen Abhängigkeit Rußlands von Deutschland in Rußland gefürchtet worden sein, deutsche Wirtschaftskreise hatten, bis sie 1913/14 die russischen strategischen Ausfallbestrebungen nach Süden ernst zu nehmen begannen, kein Interesse daran, ihren Absatzmarkt zu »revolutionieren«. Im Gegenteil gab es zeitweise sogar Gedanken an eine gemeinsame Aufteilung Österreich-Ungarns. So verfolgte Deutschland bis 1913 konkrete ökonomische Ziele in Rußland ebensowenig wie eine bestimmte Ukraine-Politik erkennbar gewesen wäre.<sup>50</sup>

<sup>47</sup> Vgl. Claus Remer, *Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhundert bis 1917/18*. Frankfurt/M u.a. 1997, S. 62.

<sup>48</sup> Vgl. Barbara Vogel, *Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1904-1906*. Düsseldorf 1973, S. 233. – Vgl. die Übersicht über das deutsche Engagement in den später als ukrainisch bezeichneten Teilen Rußlands bei Remer, *Ukraine*, S.87-121.

<sup>49</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 70

<sup>50</sup> Ihnen weist Remer (*Ukraine*, S.120-1) aus der ökonomistischen Perspektive der ehemaligen DDR-Historiographie einen überhöhten Rang zu. Vgl. etwa Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-*

### 3. ERSTE DEUTSCHE SCHRIFTEN ÜBER DIE UKRAINE

Dies soll nicht heißen, daß es nicht auch Deutsche gegeben hätte, die sich mit der internen rußländischen ethnischen Landschaft beschäftigten. Es wäre aber verfehlt, diese Männer für zentrale Figuren der deutschen Politik zu halten.

In politikgestaltenden Kreisen wurde der Gedanke an eine destruktive Revolutionierung Rußlands erst im Zuge der konkreten Kriegsvorbereitungen erkennbar. Nationale Sollbruchstellen wurden zunächst nur von Außenseitern thematisiert. Wer gegen Rußland war, war zumeist gegen das ganze Reich. Und wenn Sozialdemokraten – ihren rußländischen Genossen verbunden – an ein Sprengen des zaristischen Völkerkerkers dachten, drängten sich ihnen eher internationalistische Gedanken auf als solche an einen Gürtel von Nationalstaaten.

Die Phantasie ukrainischer Nationalisten konstruierte im Ersten Weltkrieg eine Kontinuität deutschen Interesses an der Ukraine. Sie begann mit der Mission des Poeten Vasyľ Kapnist (ca. 1756-1823), der 1791 Preußen vergeblich um Unterstützung für die Wiederherstellung der ständischen Privilegien der Kosaken gebeten hatte, und verknüpfte sie mit Plänen der »Wochenblatt«-Partei, im Krimkrieg gegen Rußland aktiv zu werden. Aber nicht nur in der praktischen Politik gab es wenig, was im Sinne einer deutsch-ukrainischen »Vorgeschichte« gedeutet werden könnte. Bei den genannten Projekten ging es keinem der Beteiligten um eine wie auch immer geartete unterstützungswürdige »Nation« der Ukrainer, bestenfalls um die Rückgewinnung von im Absolutismus verloren gegangenen Privilegien oder um neue Interessensphären.

Als imperialistischer Versuch letzterer Art sind die Artikel des Philosophen Eduard von Hartmann (1842-1906) aus den Jahren 1887/8 zu deuten, in denen er (nicht anders als zuvor Fedor Dostoevskij) Rußlands Aufgabe in Asien sah und sich für die Gründung eines separaten »Königreichs Kiew« sowie eines baltischen Königreiches aussprach. Deutschland sollte dem baltischen, Österreich dem Kiewer Königreich »die Garantie ihre[s] Besitzstandes gegen Rußland« bieten und die neuen Staaten »in ein Schutz- und Trutzbündnis mit den betreffenden Mächten [treten], durch welches ihre militärischen Kräfte deren Führung im Kriege unterstellt würden«. <sup>51</sup> Es ging um eine negative Einstellung zu Rußland, nicht um eine positive zu Ukrainern, um Geopolitik auf der Landkarte, nicht um die Förderung von ukrainischem »Volkstum«, von dem keine Rede war. Auch Alldeutsche, die 1895 von einer Aussiedlung der Juden und Slaven aus Deutschland in ein Königreich der Ukrainer träumten, verwandten keinen Gedanken an die dortigen Menschen. <sup>52</sup> Es wäre zudem verfehlt, in ihnen die bestimmenden Kräfte der deutschen Politik zu sehen. Später lassen sich kaum mehr Hinweise auf die Ukraine ausmachen, bis Hruševskij 1906 in Leipzig den ersten Band seines Geschichtswerks veröffentlichte und damit den Gedanken der historischen Eigenentwicklung der Ukraine verbreitete.

1923 ff. Bd. II, Kyiv 2002 (1930), S. 91.

<sup>51</sup> Zit. nach Remer, *Ukraine*, S.127; Eduard von Hartmann, »Rußland in Europa«, *Die Gegenwart* 3/21.1.1888, S.37/8.

<sup>52</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S 127; [Ernst Hasse] An., *Germania Triumphans. Von einem Größtdeutschen*. Berlin 1894.

Durch die Literatur geistert hingegen die Behauptung, daß man in Deutschland erstmals durch Paul Rohrbach (1869-1956) auf die Ukraine hingewiesen worden sei. Der baltendeutsche Publizist, Historiker und Theologe war liberaler Imperialist und ein ausgesprochener Gegner der Alldeutschen,<sup>53</sup> der einen »deutschen Gedanken« als Basis kolonialer Ansprüche forderte und am Ende des 19. Jahrhunderts mit seinen politischen Reiseberichten (über Armenien und Russisch-Turkestan, aber eben nicht über die Ukraine) bürgerliche Lesebedürfnisse bediente. Er verbreitete in liberalen Zeitschriften zwischen 1898 und 1902 rußlandfreundliche, danach rußlandkritische Gedanken, wobei er empfahl, nationale Differenzen innerhalb des Russischen Reiches für politische Ziele zu nutzen.<sup>54</sup> An die Ukraine dachte er jedoch vor 1914 nicht.

Allerdings schuf Rohrbach durch seine Medienpräsenz,<sup>55</sup> deren weltpolitisch-imperialistische Aussagen die Meinung seiner gutbürgerlichen, »gebildeten« Leser prägten, eine Basis, auf die er später leicht zugreifen konnte. Wie war es aber um seine Haltung zur Ukraine bestellt? Peter Borowsky (1938-2000) und Claus Remer waren gern bereit, ihm zuzugestehen, in Deutschland den Begriff der »ukrainischen Frage« aufgebracht zu haben:<sup>56</sup> Würden sich die nationalbewußten Ukrainer, die Rohrbach in den Studenten, Schulmeistern, ein paar Kaufleuten und Grundbesitzern sowie in »jüngere[m] Volk«, erkannte, mit den Bauern zusammenschließen, denen an Landbesitz gelegen sei?<sup>57</sup> Rohrbach soll dies 1897 formuliert haben: »Wenn Rußland noch fünfzig Jahre in Ruhe bleibt, dann kann es vielleicht sein, daß die ukrainische Frage einschläft, trotzdem [!] die ukrainischen Patrioten sich bemühen, sie wach zu machen.«<sup>58</sup> Nur – ist der Text echt? Rohrbach hat ihn erstmals in der »Hilfe« vom 9. September 1915<sup>59</sup> (undatiert und mit dem Untertitel »Aus einer Kaukasusreise«) publiziert und in sein »Weltpolitisches Wanderbuch« von 1915/1916 als angeblichen Reiseeindruck aus dem Jahre 1897 aufgenommen.<sup>60</sup> In seinen Erinnerungen erwähnte

<sup>53</sup> Vgl. die gegen die Annexion Belgiens gerichtete Eingabe an Bethmann Hollweg vom 27. 7. 1915, Paul Rohrbach, *Um des Teufels Handschrift*. Hamburg 1953, S. 198, daneben ebd. S. 188 und etwa Paul Rohrbach, *Die alldeutsche Gefahr*. Berlin 1918 (= *Der Tag des Deutschen*, 10).

<sup>54</sup> Erst im Laufe der Zeit bildete sich bei ihm heraus, was Hans Koch 1958 die »Sorge vor Rußlands zwangsläufiger Unersättlichkeit und die Erkenntnis von Rußlands sprichwörtlicher Unnachgiebigkeit« nannte (Hans Koch, »Die drei Konstanten im politischen Denken Paul Rohrbachs«, in: *Dem Andenken Paul Rohrbachs*. München 1959, S. 22-30, hier S. 23).

<sup>55</sup> Rohrbach veröffentlichte etwa regelmäßig Beiträge über russische politische und wirtschaftliche Fragen in den Preußischen Jahrbüchern, in denen er ab 1902 darauf hinwies, daß der Getreideexport Rußlands zu Lasten der Landbevölkerung ginge und das Land sich ihn eigentlich nicht leisten könne. In diesem Artikel zählte er die Ukrainer nicht zu den »nichtrussischen Bevölkerungselemente[n]«, auf die Rußland allein noch hoffen könne (Paul Rohrbach, »Rußland in der Krisis«, *Preußische Jahrbücher* 107 (1902), S. 102-130, hier S. 129-130).

<sup>56</sup> Vgl. Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Hamburg 1970, S. 13, 31; Remer, *Ukraine*, S. 128.

<sup>57</sup> Paul Rohrbach, *Weltpolitisches Wanderbuch 1897-1915*. Königstein/Leipzig 1916, S. 50.

<sup>58</sup> Rohrbach, *Weltpolitisches Wanderbuch*, S. 51. – Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 128.

<sup>59</sup> Paul Rohrbach, »Durch die Ukraine«, *Die Hilfe* 21/9.9.1915, S. 577-579. – Der Artikel beschreibt eine Bahnreise von Brest über Kiew nach Noworossijsk, also eine Route, die Rohrbach 1897 (s. folgende Anm.) nicht gewählt hatte.

<sup>60</sup> Auch wenn dies nur am Rande von Bedeutung ist, sei darauf hingewiesen, daß die Verleger des *Weltpolitischen Wanderbuchs* (Langewiesche/Kiepenheuer) in der ersten Auflage (1.-40. Tausend) 1916 angaben, in der zweiten hingegen (41.-60. Tausend) 1915.



Rohrbach jedoch nicht, daß er 1897 in der Ukraine gewesen wäre,<sup>61</sup> und ein Original ist bisher nicht aufgetaucht.<sup>62</sup> Der Vielschreiber Rohrbach ließ sich auch nach 1897 über Rußland und seine weltpolitischen und ökonomischen Konditionen aus, ohne die Ukraine auch nur zu erwähnen.<sup>63</sup> In seinen Memoiren erzählte er zudem, wie er erst 1914 nach einem Gespräch mit dem russischen Historiker Pavel Mitrofanov (1873-1917) in Berlin zu einer Schrift über die Bedrohlichkeit Rußlands motiviert worden sei, in der er erstmals die These ausgedrückt habe, »Rußland müsse in seine innerlich nicht zusammengewachsenen historisch-geographischen Bestandteile zerlegt, ein ost-europäisches Staatensystem müsse geschaffen werden«.<sup>64</sup>

Selbst wenn Rohrbach also doch entgegen dem Anschein 1897 mit der Eisenbahn durch die Ukraine gefahren sein sollte, hat er jedenfalls seine Eindrücke bis zum Krieg nicht für publikationswürdig gehalten. Die Frage nach der Authentizität des Beitrags ist unerwartet zentral für unsere Betrachtung. In seinem Reisebericht »Durch die Ukraina 1897« schrieb Rohrbach: »Ukrainisch ist im geschichtlichen Sinne überhaupt russisch – und russisch oder was wir heute so nennen, ist moskowitisch«.<sup>65</sup> Damit wäre nicht mehr und nicht weniger belegt, als daß das historiographische Schema Hruševskyjs schon 1897 (also bevor Hruševskyj es veröffentlicht hatte) zum argumentativen Repertoire Rohrbachs gehörte, daß es sozusagen »offensichtlich« gewesen sei. Daß die Ukrainer die Waräger gerufen hätten und von ihnen geprägt worden seien,

<sup>61</sup> Rohrbach unternahm zwischen 1896 und 1907 eine Reihe von Reisen nach Rußland, die Reiseroute verlief über Moskau, von wo aus er 1897 nach Nižnij Novgorod reiste und dann in den Kaukasus, also offenbar ohne die Ukraine zu berühren. Vgl. Paul Rohrbach, *Um des Teufels Handschrift*. Hamburg 1953, S. 18-20, 56, 94. Vgl. auch Walter Mogk, *Paul Rohrbach und das ›Größere Deutschland‹*. München 1972, S. 282. In seinem Buch von 1898 schrieb er von einer Eisenbahnreise nach Vladikavkaz, ohne die Route zu erwähnen (Vgl. Paul Rohrbach, *In Turan und Armenien*. Berlin 1898, S. 1). – Selbst als Rohrbach 1924 über seinen (offenbar einzigen) Ukrainebesuch im Mai 1918 berichtete, erwähnte er mit keinem Wort, daß er die 1924 repetierten Thesen schon 1897 formuliert habe (Paul Rohrbach, »Die Ukraine als europäisches Problem«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 177-181, hier S. 179-180).

<sup>62</sup> Diese Feststellung ist kein Einzelfall: Das »Weltpolitische Wanderbuch« wurde auch von Fritz Fischer (*Krieg der Illusionen*, Düsseldorf 1969, S. 83) als Beleg für die auf das Baltikum bezogenen Annexionsgelüste Rohrbachs herangezogen. Mogk schreibt über das »Wanderbuch«, daß »bislang nur für 2 der insgesamt 43 Beiträge eine frühere Veröffentlichung ermittelt« worden sei. Vermutlich handle es sich bei den Artikeln um »Auszüge aus Rohrbachs Reisetagebüchern, deren Inhalt im Hinblick auf die inzwischen aktuell gewordenen Probleme überarbeitet worden sein dürfte«. Zu Recht artikuliert er »methodische Bedenken, daß eine so weitreichende Behauptung nur durch ein einziges, in seinem Quellenwert höchst anfechtbares Dokument abgestützt wird« (Mogk, S. 188). Analoges läßt sich über die Heranziehung des »Wanderbuchs« als Beleg für ein frühes »Ukrainebewußtsein« Rohrbachs aussagen. In einem späteren Festschriftbeitrag verweist Borowsky auf Mogks Hinweis, es handle sich um unveröffentlichte Reiseeindrücke, jedoch ohne Nennung der Einschränkung Mogks, Rohrbach habe sie »überarbeitet« (Peter Borowsky, »Paul Rohrbach und die Ukraine. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem«. In: Imanuel Geiss/Bernd Jürgen Wendt [Hg.], *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Festschrift für Fritz Fischer. Düsseldorf 1973, S. 427-452, hier S. 436).

<sup>63</sup> Vgl. Paul Rohrbach, *Deutschland unter den Weltvölkern*. Berlin-Schöneberg <sup>2</sup>1908, S. 58-132.

<sup>64</sup> Rohrbach, *Handschrift*, S. 192-193. – Zum Zeitpunkt der Abfassung seiner Memoiren engagierte sich Rohrbach in der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft und wäre wohl geneigt gewesen, bereits ein frühes Interesse an der Ukraine zu erwähnen, wenn es denn bestanden hätte.

<sup>65</sup> Rohrbach, *Weltpolitisches Wanderbuch 1897-1915*, S. 45.

die Moskowiter dagegen »auf slawisch-finnischem Kolonialboden« lebten, würde den Kolonialisten Rohrbach schon im 19. Jahrhundert zu dem später von ukrainischen Rassisten übernommenen Satz: »Die Ukrainer sind also von besserem Blut[!], als die Moskowiter«, geführt haben.<sup>66</sup>

Borowsky und Remer schrieben Rohrbach eine zentrale Funktion für die Ausbildung des deutschen Ukraine-Diskurses zu. Borowsky nutzte Rohrbachs Satz aus dem *Wanderbuch* »Wer Kijew hat, kann Moskau zwingen!« als Titel eines Unterabschnitts und noch einmal als Beginn seines Rohrbach-Artikels in der Fischer-Festschrift<sup>67</sup>. Während nach Borowsky der Tübinger Historiker Johannes Haller (1865-1947) erst nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs publizistisch tätig geworden sei, bleibt so nur mehr Rohrbach als Beleg der diskursiven Kontinuität zwischen von Hartmann, dem Berliner Historiker Theodor Schiemann (1847-1921) und den Kriegsbroschüren, wobei es bei dem baltendeutschen Schiemann der strategische Wunsch nach der Abdrängung Rußlands von den Meeren war, der die Ukraine zum Objekt seiner Phantasien machte.<sup>68</sup> Daß sich Rohrbach zwischen 1897 und dem Weltkrieg für die »Fremdvölker« des Kaukasus und Turkestans interessierte, ist unbestritten – ein ukrainisches Problem Rußlands war ihm jedoch nicht erkennbar bewußt. Borowsky und Fischer waren jedoch nicht die ersten, die Rohrbach in diesem Sinne in Anspruch nahmen. Die sowjetische Literatur hatte das bereits 1959 getan.<sup>69</sup>

Erst durch die Broschüre Stepan Rudnyčyjs (1877-1937) (s. unten) dürfte Rohrbach 1914 auf die Ukraine hingewiesen worden sein.<sup>70</sup> Im September 1915 beschrieb er dann eine Eisenbahnfahrt.<sup>71</sup> Dabei wollte er – so machte er glauben – schon 1897 in Kiew den Schlüssel zu Rußland (»Ohne die Ukraina ist Rußland nicht Rußland, hat es kein Eisen, keine Kohle, kein Korn, keine Häfen!«) gesehen haben.<sup>72</sup> Petersburg sei nicht der Sitz des

<sup>66</sup> Ebd., S. 47. – In einem am selben Ort abgedruckten Reisebericht aus Moskau (angeblich aus dem Jahre 1908) schrieb Rohrbach noch deutlicher: »Von [1328] an läßt sich verfolgen, wie das moskowitzische Rußland äußerlich und innerlich tatarisch wird. Die Elemente, aus denen der moskowitzische Staat sich bildet, sind eine ebenso merkwürdige wie abstoßende Verbindung miteinander eingegangen. [...] Moskau wurde ein asiatisches Gebilde. Der Zusammenhang seiner Entwicklung mit dem altrussisch-normannischen Zeitalter war zerschnitten« (Ebd., S. 57-8). – Aber hier ist kein Hinweis darauf zu finden, daß es in der Ukraine anders sei.

<sup>67</sup> Vgl. Borowsky, »Rohrbach«, S. 437.

<sup>68</sup> Zu einer Kritik der politischen Haltung Schiemanns, der auch Wilhelm II. politisch beriet, vgl. Günther Stökl, »Das Studium der Geschichte Osteuropas von den Anfängen bis zum Jahre 1933«, in: Erwin Oberländer (Hg.), *Geschichte Osteuropas*. Stuttgart 1992, S. 3-11, hier S. 6-7; vgl. auch Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 31; Remer, *Ukraine*, S. 127.

<sup>69</sup> Vgl. Huryj F. Zastavenko, *Krach nimečkoj intervencii na Ukraïni v 1918 roci*. Kyïv 1959, S. 5: »Šče v 1897 roci Rohrbach pobuvav na Ukraïni, pislja čoho vystupyv iz[!] zaklykom pidtrymaty ukraïnŭskij separatyŭskij ruch z metoju vidryvu Ukraïny vid Rosii i peretvorennja ii v nimecku koloniju«.

<sup>70</sup> Borowsky bestätigt dies in seinem späteren Rohrbach-Artikel, ohne jedoch andere, dann nicht mehr passende Formulierungen zu korrigieren (Borowsky, »Rohrbach«, S. 441). In seinem Garmischer Kongreßbeitrag von 1986, der 1994 veröffentlicht wurde, verzichtete Borowsky wieder auf jede Einschränkung: »In 1897 Rohrbach had pointed out that the Ukrainian nationalist movement could be used to help destroy the tsarist empire« (Peter Borowsky, »Germany's Ukrainian Policy during World War I and the Revolution of 1918-19«, in: Hans-Joachim Torke/John-Paul Himka (Hg.), *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*. Edmonton/Toronto 1994, S.84-94, hier S. 85).

<sup>71</sup> Dies müßte dann die Fahrt nach Vladikavkaz gewesen sein (Rohrbach, *Turan*, S. 1); der Widerspruch mit seinen Memoiren bleibt dennoch bestehen.

<sup>72</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik* 1918, S. 5, 19, 31.

Volksglaubens, und Rußland könne man eigentlich nur in Moskau treffen. Nur wenige Seiten von der ethnisch-historischen Differenzierung zwischen Ukrainern und Russen entfernt wird dieser Gegensatz pragmatisch-strategisch ausgewertet: »...aber Kijew liegt viermal näher nach Westen, als Moskau, und wer Kijew hat, der hat auch die Küste und die Häfen am Schwarzen Meer. Ohne die Kohle der Ukraina können die Eisenbahnen nicht fahren, ohne ihr Eisenerz können keine Pflugscharen geschmiedet, keine Kanonen gegossen werden, und ohne ihr Getreide hat das übrige Rußland nicht genug Nahrung[...]. Alles große Leben in Rußland muß versiegen, wenn ein Feind die Ukraina packt.«<sup>73</sup> Hätte Rohrbach dies 1897 publiziert, könnte man in der Tat von einer frühen ökonomischen Interessiertheit sprechen; weitaus wahrscheinlicher ist aber, daß der nicht uncitle Rohrbach sich 1915 als »frühen Visionär« darstellen wollte.<sup>74</sup> Leichtgläubige Historiker, denen die Selbststilisierung Rohrbacks, die jener in seinen Memoiren keineswegs wiederholte, sehr gut in das politisch korrekte Narrativ paßte, fielen darauf herein.

Was Rohrbach 1897 über Rußland wirklich schrieb, geht aus seinem Artikel in Friedrich Naumanns *Die Zeit* hervor. Ausgehend von dem »Raumbedarf« Deutschlands kritisierte er den Plan, gemeinsam mit Österreich Rußland »seine Westgebiete – Livland, Polen, Lithauen und das Land bis zum Schwarzen Meere« (für das er also 1897 keineswegs den Begriff »Ukraina« benutzte) abzunehmen. Rußland würde sich dann mit Frankreich verbünden, und es käme zum großen Krieg: »Ein Experiment mit solchen Aussichten wäre Wahnsinn, so lange eine andere Möglichkeit bleibt.« Die Industrialisierung Rußlands, die Rohrbach auf der Messe in Nižnij Novgorod beeindruckte, ließ ihn den Rat formulieren, sich mit Rußland gegen England zu verbünden, auch wenn dessen religiöse Politik und die Haltung gegenüber den Deutschen ihm »contre coeur« ginge: »Unser nationales Interesse fordert Zusammengehen mit Rußland über alle Versuchungen zur Gefühlspolitik hinweg!«<sup>75</sup>

Werner Maibaum (\*1928) hat in seiner Dissertation diese Einstellung Rohrbacks eingeordnet. Rohrbach gelangte danach im Laufe des Jahres 1898 »zu der Überzeugung, daß Deutschland es wagen könne, Rußland die Hand zur teilweisen Liquidierung des englischen Besitzstandes der Welt zu reichen«. Später habe sich diese Begeisterung abgekühlt, 1902 habe der Imperialist Klarheit über die »schwere Zerrüttung des innerrussischen Zustands« gewonnen. Da er am natürlichen Reichtum Rußlands Zweifel hegte, sei er auch einer der ganz wenigen gewesen, die sich nicht von der »Kornkammer« Ukraine zu imperialistischen Träumen hätten hinreißen lassen.<sup>76</sup>

Weitaus plumper wurde in der polnischen und sowjetischen Historiographie die Vorstellung verbreitet, Deutsche hätten immer schon strategisch über den Besitz der

<sup>73</sup> Rohrbach, *Wanderbuch.*, S. 49.

<sup>74</sup> In seinen Erinnerungen datiert er sein Eintreten für einen »Ansatzpunkt für den Aufbau eines gesunden osteuropäischen Staatensystems in der Ukraine und im ukrainischen Volkstum« auf: »Von Beginn des Krieges an« (Rohrbach, Handschrift, S. 218). In ähnlichem Sinne äußerte sich der Rohrbach-Bewunderer Axel Schmidt 1917, als er schrieb: »Dr. Rohrbach, der seit Beginn des Krieges darauf hingewiesen hat, daß die Ukraine das bedeutsamste internationale Problem des Krieges ist, hat allen Zweiflern zum Trotz recht behalten« (Axel Schmidt, »Das Auferstehen der Ukraine«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 924-929, hier S. 929) (Hervorhebung durch FG).

<sup>75</sup> Paul Rohrbach, »Rußland«, *Die Zeit*, Organ für den nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage (Berlin), 2. Jg., 79/3.4.1897, S. 1-2.

<sup>76</sup> Vgl. Werner Maibaum, *Das publizistische Schaffen Paul Rohrbacks vor Ausbruch des ersten Weltkrieges*. Phil. Diss. Marburg 1956, S. 34-35, 44, 45.

Ukraine nachgedacht. Krzysztof Lewandowski zitierte 1972 nach dem sowjetischen Historiker Suprunenko eine Aussage Wilhelm Groeners (1867-1939) »aus dem 19. Jahrhundert« (!), die »Hauptinteressen Deutschlands seien über die Ukraine und die Krim nach Indien gerichtet«. <sup>77</sup> Tatsächlich stand bei Suprunenko nur, die Deutschen hätten am Ende des 19. Jahrhunderts wegen ihres Pangermanismus nach der Annexion von Ukraine, Baltikum und Kaukasus gestrebt und der angebliche Ausspruch Groeners wird ohne Zeitangabe angeführt. <sup>78</sup> General Groener mag sich im Weltkrieg so geäußert haben. Der Umgang mit dem Satz legt dagegen nahe, es habe diese Pläne seit Jahrzehnten als strategisch-politisches deutsches Ziel gegeben.

Nicht Rohrbach hat also die ukrainische Thematik in Deutschland aufgeworfen, sondern Hruševskyj. Otto Hoetzsch hat in seinem Buch über die russische Entwicklung zwischen 1904 und 1912 ein Kapitel der »ukrainischen Frage« gewidmet. Darin einen Hinweis auf vielversprechende Separationspläne oder auch nur eine Diskussion darüber zu entdecken, gelingt aber nicht. Nicht umsonst war Hoetzsch im Ersten Weltkrieg einer der Exponenten der rußlandfreundlichen Richtung. Die Arbeiten Hruševskyjs kannte er ausweislich seines Literaturverzeichnisses, aber er teilte deren Thesen keineswegs. In dem tiefer in die Historie zurückgreifenden Teil seines Buches erklärte Hoetzsch ausdrücklich: »Als [des Kiever Staates] Fortexistenz aus inneren und äußeren Gründen unmöglich geworden war, flutete das aus verschiedenen slawischen Volksstämmen des Dnëprtales und seiner Nebenflüsse eben entstehende Volkstum nach dem Nordosten ab«. <sup>79</sup> So wie er damit eine eher einheitliche Bevölkerung annahm, so faßte er auch das russische »Kerngebiet [...], de[n] Sitz des großrussischen und des kleinrussischen Elements« als ein »einförmiges« Gebiet auf und verwies auf die »Gleichförmigkeit des europäischen Rußlands«. <sup>80</sup> Weiter hieß es: »[W]er alle Beobachtungen vom Norden bis zur Schwarzen-Meer-Küste, vom Ural bis zur Ostgrenze des Zartums Polen zusammennimmt, kommt unschwer zu dem Ergebnis, daß diese einzelnen Teile von der Natur zu einer Einheit bestimmt sind«. <sup>81</sup> Bei der Diskussion von »Blutmischung« und »Volkspsyche« machte Hoetzsch dagegen Unterschiede aus, schloß sich aber Hruševskyjs weitergehender Differenzierung nicht oder nur sehr modifiziert an:

»Der Kleinrusse ist der reinere Slawe, und darum in seiner Volkspsyche [...] leichter zu verstehen. Er ist ebenso demokratischen Geistes, ebenso rezeptionsfähig und nachahmungsbegabt, auch ebenso kulturfähig wie der großrussische Bruder, aber poetischer und individualistischer als der realistische und assoziative Kolonialrusse.« <sup>82</sup>

Unbeantwortet ließ Hoetzsch die Frage, ob die »größere Reinheit des slavischen Volkscharakters« (in Anlehnung an Herder) die Ukrainer daran gehindert habe, einen

<sup>77</sup> Krzysztof Lewandowski, »Sprawa ukraińska a państwa centralne w latach 1914-1916«, *Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej* 8 (1972), S. 25-37, hier S. 30.

<sup>78</sup> Nikolaj I. Suprunenko, *Očerki istorii graždanskoj vojny i inostrannoj voennoj intervencii na Ukrainie (1918-1920)*, Moskva 1966, S. 22.

<sup>79</sup> Otto Hoetzsch, *Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912*. Berlin 1913, S. 5.

<sup>80</sup> Ebd., S. 9-10.

<sup>81</sup> Ebd., S. 14.

<sup>82</sup> Ebd., S. 21.

eigenen nationalen Staat zu gründen.<sup>83</sup> Aber auch im gegenwartsbezogenen politischen Teil, in dem er die ukrainische Nationalbewegung beschrieb und ihr sogar attestierte, zwar unsichtbar, aber durch die Verfolgung »gestärkt« worden zu sein, entzog er sich jeder eindeutigen Wertung. Der einzige Satz zur politischen Bedeutung der Ukrainer in dem über 500 Seiten starken Buch lautete:

»Unter den Problemen, die das neue Rußland bewegen, mag dieses heute nicht mit in erster Linie stehen, aber zu seinen sehr ernstesten Fragen gehört die Tatsache des Kleinrussentums und ihre politische Bewegung, weil hier der Boden, wenn einmal eine neue Erschütterung des Staates kommen sollte, ganz besonders günstig bereitet ist.«<sup>84</sup>

Über ausländische Einflüsse sagte Hoetzsch nichts, selbst die österreichischen Ruthenen wurden mit wenigen Sätzen abgetan. Hoetzsch glaubte nicht an einen Zerfall Rußlands: Seiner Meinung nach hatte sich die »innere Kraft des alten russischen Staatswesens [...] noch außerordentlich stark erhalten« – für ihn war Rußland also keineswegs der spätere »Koloß auf tönernen Füßen«. Nach der Revolution von 1905 habe ein »Regenerationsprozeß« begonnen. Die Russen seien ja auch »Glieder der indogermanischen Rasse«, die Verbindung zu Europa eng, sie selber ein »geistig junges und frisches Volk«, das sich dem übrigen Europa – und hier muß man betonen: als Einheit – anschließen werde.<sup>85</sup>

So diagnostizierte Hoetzsch also zwar in Rußland Probleme, nicht zuletzt die »ukrainische Frage«, aber weder machte er sich die Argumente der Nationalukrainer zu eigen, noch zog er etwa daraus politische Konsequenzen für Deutschland. Hoetzschs Aussagen sind eher dafür ein Beispiel, daß man zwar eine Vorstellung von ukrainischer Abweichung besaß, jedoch weder sich festzulegen, noch daraus politische Konsequenzen zu ziehen bereit war.

Bis kurz vor Beginn des Weltkriegs hatte in Deutschland die politische und wirtschaftliche Führung kein besonderes Interesse an der Schwächung Rußlands. Die Planspiele von Militärs, in denen das Schwarze Meer und daher auch die Ukraine eine Rolle spielten, blieben am Rande des Interesses.<sup>86</sup> Dafür verfestigten sich Vorstellungen von einem reichen Rußland. Wie gegen Windmühlen kämpfte Rohrbach etwa gegen die Vorstellung an, Rußland sei ein landwirtschaftliches Überschußgebiet. Seine durch zahlreiche Daten untermauerte These, der russische Getreideexport müsse von seiner Landbevölkerung »erhungert« werden, war schon zu Beginn des Jahrhunderts richtig und sollte sich Anfang der 1920er Jahre, 1932/33 und im Zweiten Weltkrieg grausig bestätigen. Als Rohrbach darauf jedoch hinwies, nahm man davon keine Notiz, die Vorstellung von der Kornkammer Rußlands war 1908 ein Axiom der deutschen Vorstellungen von Osteuropa.<sup>87</sup> Der Erfolg von Rohrbacks Schriften über Rußland wird

<sup>83</sup> Ebd., S. 22.

<sup>84</sup> Ebd., S. 468.

<sup>85</sup> Ebd., S. 518-520.

<sup>86</sup> Borowsky schrieb diesen Überlegungen einen hohen Stellenwert zu, um seine These von der Kontinuität der deutschen Ausrichtung gegen Rußland zu belegen (vgl. etwa Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 30-31). Rohrbach vermerkte dagegen 1917: »[...] vor dem Kriege, als unsre Politiker bis zum letzten Augenblick mit der Möglichkeit rechneten, Rußland und Deutschland könnten sich bei der damaligen Richtung der russischen Politik »verständigen« [...]« (Paul Rohrbach/Axel Schmidt, *Die russische Revolution*. Stuttgart 1917, S.6).

<sup>87</sup> Vgl. Rohrbach, *Deutschland*, 1908, S. 87: »In Europa glaubt man immer noch an Rußland als an ein Land mit großen Getreideüberschüssen und entsprechender natürlicher Exportfähigkeit. Dieser

daher bis 1914 zurückhaltend zu bewerten sein. Sicher ist nur, daß er im **Krieg** die politische Nutzung der ukrainischen Nationalbewegung durch die Deutschen zur Zertrümmerung Rußlands nahelegte: »Wenn aber der Tag kommt, wo Rußland das Schicksal herausfordert, und dann hat zufällig dort, wo bei uns die Entscheidungen getroffen werden, jemand soviel Kenntnis von den Dingen und soviel Entschlossenheit, daß er die ukrainische Bewegung richtig loszubinden weiß – dann, ja dann könnte Rußland zertrümmert werden.«<sup>88</sup>

Als zunächst wirksamste antirussische Position Rohrbachs darf sein Kapitel in dem Bestseller »Der Krieg und die deutsche Politik« gelten.<sup>89</sup> Auch sie ist nicht ohne »Schönheitsfehler«. Das Bändchen selber erschien erst 1915, auch wenn Rohrbach beteuerte, auf die »russische Gefahr« durch Mitrofanov 1914 hingewiesen worden zu sein, das V. Kapitel hierüber vor dem Kriegsbeginn geschrieben und es in der ersten Auflage »ohne jede Veränderung«, in der zweiten »im wesentlichen unverändert« belassen zu haben.<sup>90</sup> Belegt wird jedenfalls Rohrbachs Bestreben, seine Aussagen als Früh- oder Vorwissen zu akzentuieren. Hier ist denn auch von der russischen Aktivität auf dem Balkan die Rede, von »wirkliche[m] Haß, der jetzt gegen uns in Rußland besteht« und der »fast das ganze russische Volk ergriffen hat«.<sup>91</sup> Im sechsten Kapitel, angeblich unmittelbar vor Kriegsbeginn geschrieben, steht immerhin der Satz »Gegen Rußland weiter muß Polen wieder ins Leben gerufen werden.«<sup>92</sup> Aber von der Ukraine handelt – wieder in nur einem Satz – nur das letzte, schon im **Kriege** geschriebene Kapitel: »Wer die Geschichte Osteuropas kennt, der weiß, daß die letzte und sicherste Entscheidung über das Freiwerden Europas von der russischen Gefahr erst mit der Wiederherstellung der alten geschichtlichen Scheidelinie zwischen Moskowien und der Ukraine fallen wird.« Da er aber im gleichen Zuge »Polen mit Habsburg zu verbinden« vorschlug, war auch hier diese Trennung weder ein klares Annexionsprogramm noch mehr als eine vage Andeutung.<sup>93</sup>

Stephan M. Horak (1920-1986) war in der posthum veröffentlichten Neufassung seiner Dissertation über Brest-Litovsk etwas vorsichtiger als deutsche Autoren. Zwar hielt auch er Rohrbach für jemanden, der »even before the war held a sympathetic interest for the Ukrainian political struggle« und nannte ihn »the first to treat the Ukrainian issue as a political one«, aber er vermied es, diese Feststellung mit konkreten Anmerkungen zu versehen.<sup>94</sup>

Einen umfassenderen deutschen Diskurs über die Ukraine hat es vor Kriegsbeginn nicht gegeben. So bleibt der Satz Rudolf Marks gültig: »Festzuhalten bleibt aber [...], daß bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges für Berlin wie für Wien eine Ukrainische

---

Glaube ist aber grundverkehrt.«

<sup>88</sup> Rohrbach, *Weltpolitisches Wanderbuch* (1916), S. 52.

<sup>89</sup> Hier nach der Auflage vom April 1915: Paul Rohrbach, *Der Krieg und die deutsche Politik*. Weimar 1915.

<sup>90</sup> Rohrbach, *Krieg*, S. 5, 13.

<sup>91</sup> Rohrbach, *Krieg*, S. 97-98.

<sup>92</sup> Rohrbach, *Krieg*, S. 118.

<sup>93</sup> Rohrbach, *Krieg*, S. 164-165.

<sup>94</sup> Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988, S. 5. – Zum anderen schreibt er jedoch: »There seems to be general agreement that until 1914 the German policy makers had neither knowledge nor interest in exploiting non-Russian nationalities for political and strategic purposes« (Ebd., S. 26).

Frage sowenig existierte wie exakte Pläne oder konkrete Vorstellungen über eine mögliche Neugestaltung des osteuropäischen Raumes nach einem erfolgreichen Abschluß des Krieges«. <sup>95</sup>

#### 4. ANDERE EUROPÄISCHE TEXTE ZUR UKRAINE

Vor 1914 gab es in Deutschland und Österreich in bescheidenem Umfang Texte zur Ukraine, nichts jedoch, was dieses Thema in den Bereich staatspolitischen Interesses gehoben hätte. Eine durchaus selbstgefällige Ignoranz herrschte in Fragen vor, die nicht dem unmittelbaren Lebensumfeld der politisch Aktiven zuzuordnen waren. Dies ist einer der Gründe, warum das Baltikum mit seiner deutschkulturellen Oberschicht und die Kolonien politisch die Phantasie mehr beflügelten. Dies war kein deutsches Monopol.

In Großbritannien verfaßte man Texte über die abhängigen Gebiete (einschließlich Indiens), und auch in Rußland wurden Themen bearbeitet, die im Rahmen des »Great Game«, der britisch-russischen Rivalität in Asien, verwertbar waren. Viel geschrieben wurde über Länder, an denen imperiales Interesse bestand und gleichzeitig wurden diese Länder der lesenden, gebildeten Bevölkerung ins Bewußtsein gebracht. Wie Sibirien für Rußland, Indien und Rußland für Großbritannien war in diesem Sinne für Deutschland das Baltikum *objet du désir*, nicht jedoch die Ukraine.

Das war in Großbritannien nicht viel anders. Über die viel näher als Indien liegende Ukraine blieben, wie David Saunders herausgearbeitet hat, die Informationen vage und oft auch rundweg falsch. <sup>96</sup> Selbst Slavisten stellten die separate Existenz der ukrainischen Sprache, in der immerhin seit ca. 80 Jahren publiziert wurde, in Frage. Ab 1912 gab es aber auch eine britische Debatte über die ukrainische Frage. Ausgelöst hatte sie in der *Times* der Duma-Deputierte Vladimir Bobrinskij (1868-1928), dessen ziemlich abwegige Behauptungen, Galizien wolle aus der Union mit Rom, die nur eine jesuitische Intrige sei, zur Orthodoxie übergehen, <sup>97</sup> von einer Person bestritten wurden, die bald in anderem Zusammenhang Bedeutung erlangen sollte: Volodymyr Stepankivskýj (Vladimir Stepankovskij, 1885-1957), ein aus Ostpodolien stammender ukrainischer Sozialdemokrat, der über die Schweiz nach Großbritannien gekommen war und in London eine »Ukrainśka Hromada« gegründet hatte, widersprach Bobrinskij in der *Times* und betonte den religiösen, sprachlichen und volklichen Unterschied zwischen Russen und Ukrainern. <sup>98</sup> Mit Stepankivskýj hatte sich erstmals ein Ukrainer zur se-

<sup>95</sup> Rudolf A. Mark, »Zur ukrainischen Frage im Ersten Weltkrieg: Flugschriften des »Bundes zur Befreiung der Ukraine« und ihm nahestehende Publizisten, 1914-1916«, *Zeitschrift für Ostforschung* 33 (1984), S.196-226, hier S. 196.

<sup>96</sup> David Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, *English Historical Review* 103 (1988), S. 40-68.

<sup>97</sup> Leserbrief an die *Times*, 10. 4. 1912, abgedruckt in William John Birkbeck, *Religious Persecution in Galicia*. London 1912, S. 19-21.

<sup>98</sup> *Times*, 20. 4. 1912, abgedruckt ebd., S. 22.

paraten Identität seiner Landsleute in einem zentralen meinungsbildenden Blatt des Empires geäußert und damit das Gespräch darüber in Gang gebracht.<sup>99</sup>

Die neugegründete *Russian Review* brachte daraufhin einen Artikel des aus dem Poltava-Gebiet stammenden Petersburger Archäologen und Ethnologen Fedir Vovk (1847-1918) mit einem historischen Abriss der »Ukraine-Frage«.<sup>100</sup> Ein weiterer Brief Stepankivskyjs an die *Saturday Review* im Juli 1912 motivierte George Raffalovich (1880-1956), sich von nun an dieser Thematik zu widmen. Raffalovich, der auch als Bedwin Sands publizierte, war vermutlich jüdischer Herkunft und interessierte sich für die Ukraine, weil ein Teil seiner Familie aus Odessa stammte. Mehrere Jahre lang war er einer der engagiertesten ukrainophilen Journalisten: Er publizierte ein Pamphlet<sup>101</sup>, kündigte ein 500 Seiten langes Standardwerk an (das nie erschien) und initiierte ein *Ukraine Committee*, für das er immerhin Robert William Seton-Watson (1879-1951) interessierte, der ihn dafür zur Mitwirkung an seiner geplanten *European Review* einlud, die ebensowenig zustandekam.<sup>102</sup>

Raffalovich holte Jaroslav Fedorčuk (1878-1916) nach Großbritannien. Der aus Snjatyn stammende Journalist war ein Anhänger Drahomanovs gewesen und leitete in Paris seit 1908 einen *Cercle des Ukrainiens*. Er hatte 1912 eine Broschüre über das »nationale Erwachen« der Ukrainer veröffentlicht. Im Frühjahr 1914 erschien in London sein Pamphlet über die Benachteiligung der Ukrainer in Rußland und Österreich. Die militant antipolnische Schrift<sup>103</sup> trug wenig zur Klärung bei, da Polen im mit Rußland verbündeten England erst einmal kein Thema war. Raffalovich versuchte aber, der britischen Öffentlichkeit eine Verständnishilfe zu bieten, indem er der Broschüre einen kleinen eigenen Beitrag anhängte, wonach Zar Peter I. (1672-1725) John Churchill, dem First Duke of Marlborough (1650-1722), 1706 als Entgelt für seine Vermittlung in Schweden den Titel eines Fürsten von Kiew angeboten habe. Aber das war wohl nicht genug, denn ein Echo war nicht erkennbar.

Stepankivskyj versuchte, der britischen Regierung im Frühjahr 1914 die politische Bedeutung der Ukraine zu erläutern, und sandte dem Foreign Office eine von ihm verfaßte Broschüre zu. Er charakterisierte sich als »Ruthenian by race«, »Orthodox and a Russian subject«, der seit langem in England lebe und deshalb wünsche »to arouse the attention of Englishmen to an affair which it is endeavoured to conceal from them studiously«.<sup>104</sup>

<sup>99</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 45-49.

<sup>100</sup> Theodore Volkov [Fedir Vovk], »The Ukraine Question«, *The Russian Review* 1 (1912), H. 4, S. 106-119.

<sup>101</sup> Bedwin Sands [George Raffalovich], *The Ukraine. A Lecture Delivered on Ukrainian History and Present Day Political Problems*. London 1914.

<sup>102</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 49-53.

<sup>103</sup> Jaroslav Fedortchouk, *Memorandum on the Ukrainian Question in its National Aspect*. London 1914. – »The Poles, belonging to the Roman Catholic Faith, have always hated the Ukrainians, who are Orthodox and Greek Catholics« (S. 13); »The Poles have never in their history kept their sworn word« (S. 14).

<sup>104</sup> Vladimir Stepankovsky [Stepankivskyj], *The Russian Plot to Seize Galicia (Austrian Ruthenia)*. Jersey City NJ 1915 (London 1914), S. 5. – Die zweite, in den USA erschienene Auflage ist um Berichte über die russische Besetzung Galiziens erweitert. Die Seitenangaben beziehen sich auf diese Auflage, die den vollständigen Text der britischen Erstausgabe enthält.



Stepankivskýj referierte Hruševskýjs Konzept der Differenz zwischen Rußland und »Ruthenia« und warf Rußland aggressive Absichten gegenüber Galizien vor. Rußland werde dabei von dem österreichischen Schutz (»shelter«) für die Ukrainer und von strategischen Überlegungen geleitet: Die östlichen Provinzen des Habsburgerreiches seien der Schlüssel zum Balkan.<sup>105</sup> Er argumentierte historisch und ethnographisch, erklärte die Ruthenen zu den Nachfahren der Skythen und damit zu »one of [Europe's] oldest and noblest races«, das mittelalterliche Kiew zu einem Rivalen Ostroms.<sup>106</sup> Rußland sei erst durch den Vertrag von Perejaslav 1654 zu einem »Empire« geworden, Het'man Bohdan Chmel'nyčkyj somit »the real creator of the Great Russia«.<sup>107</sup> Sodann beschrieb Stepankivskýj, wie russische Emissäre den Galiziern einzureden versuchten, sie seien Russen, und prognostizierte, daß eine russische Annexion Galiziens die dortige Nationalbewegung der »revengeful hand of the Muscovite« aussetzen würde.<sup>108</sup>

Da doch »nearly one quarter of a million Ruthenians [...] subjects of King George in the Dominion of Canada« seien, appellierte Stepankivskýj an seine Leser zu berücksichtigen, daß die österreichischen Ruthenen nicht Untertanen des Zaren sein wollten: »They want Russia to let them alone«. Die Forderung nach ukrainischen Sprach- und Kulturrechten in der russländischen Ukraine hielt er nicht für einen Weg zum »downfall« oder »dismemberment« des Reiches. Im Gegenteil würde Rußland von einer toleranten Politik profitieren. Aber tatsächlich war der Tenor deutlich österreichfreundlich: Das Habsburgerreich sei keineswegs mehr eine »German Power«, die Slaven haßten es nicht und erwarteten für die nahe Zukunft gar ein »even greater measure of liberty«.<sup>109</sup>

Auch wenn zum Ende der Broschüre der Zar als prinzipiell »ukrainierfreundlich« bezeichnet wurde und der Verfasser nur die russischen Nationalisten für die üble Rolle Rußlands verantwortlich machte, widersprach der Text allem, was inzwischen britische Politik war: Die Allianz von Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich schien bedrohlicher als eventuelle Expansionsabsichten Rußlands, die man erfolgreich gestoppt hatte. Seit dem russisch-japanischen Krieg und dem Persien-Abkommen 1907 befand sich Rußland auf dem Rückzug. Ein Beamter notierte, es handle sich bei der Broschüre um ein »violent anti-Russian diatribe«, das keine Antwort verdiene. Auch Stepankivskýjs Einsendung eines Aufrufs von fünf ruthenischen Reichsratabgeordneten vom Juni 1914, ein Ruthenian Committee in London zu gründen, bestärkte die Briten in dem Verdacht, dahinter stecke die österreichische Regierung und ein solches Komitee werde vor allem antirussische Propaganda betreiben, an der man kein Interesse hatte.<sup>110</sup> Falsch war das nicht, weil Stepankivskýj zur selben Zeit mit den österreichischen diplomatischen Vertretern in London Kontakte pflegte und sich bei Kriegsbeginn im noch neutralen Rumänien den Mittelmächten andiente, ohne daß daraus jedoch ein größeres oder gar erfolgreiches Unternehmen geworden wäre.

<sup>105</sup> Stepankovsky, Plot, S. 8.

<sup>106</sup> Ebd., S. 9-10.

<sup>107</sup> Ebd., S. 11.

<sup>108</sup> Ebd., S. 32.

<sup>109</sup> Ebd., S. 34-36.

<sup>110</sup> Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 57.

Raffalovich wußte, daß die britische Politik eher an einer Begrenzung des deutschen Einflusses interessiert war, und es gelang ihm, in seine »Lecture« über die Ukraine einen passenden Aspekt zu integrieren:

»With the respect to Germany, so long as the Slav nations oppress each other [...], they are affording aid to German expansion. Once the Ukraine is emancipated, she will prove a strongforce in maintaining the at present somewhat instable equilibrium of Europe.«<sup>111</sup>

Was dieses Zitat so pikant macht, ist die argumentative Nutzung der ukrainischen Emanzipation GEGEN Deutschland. Die Rolle der Nationalisten an der Seite der Mittelmächte wird so ihrer Einzigartigkeit entkleidet, zeitlich lag die Parteinahme für die Mittelmächte nach dieser in Großbritannien verbreiteten These. Offenbar war die ukrainische Karte beliebig einsetzbar. Nur eben nicht erfolgreich.

Das Ausbleiben positiver Reaktionen auf Texte dieser Art beendete deren Produktion. Immerhin erschien noch Anfang 1915 ein Raffalovich-Artikel in der *British Review*, in welchem er die Ukrainer als die »reinsten Slaven« und als »viel sympathischer als die anderen« qualifizierte. Er hoffte, daß der Ausgang des Krieges ihnen, ungeachtet ihrer »undivided loyalty to Russia« gestatten würde, sich »on their own distinctive national lines« zu entwickeln.<sup>112</sup> Dann ging Raffalovich jedoch über die Schweiz in die USA, wo er sich weiterhin für die Ukraine engagierte,<sup>113</sup> während Stepankivskyj sich nach einem Abstecher nach Wien und Bukarest, im ständigen Kontakt mit den Mittelmächten und mit deren Alimentierung in der Schweiz niederließ.

In Frankreich war die ukrainische Thematik kurz vor dem Ersten Weltkrieg durch den Journalisten Jean Pélassier (1883-1939) angesprochen worden, der als Korrespondent in Wien mit nationalukrainischen Kreisen in Berührung gekommen war. Er schuf die Zeitschrift *Les Annales des nationalités*, die 1913 ein Heft »à l'étude de l'Ukraine« widmete. Entgegen der Meinung Caroline Milows<sup>114</sup> scheint die Ukraine in Frankreich jedoch noch weniger als in Großbritannien ein Thema gewesen zu sein. Der Vizepräsident der »Union des Nationalités«, deren Sekretär Pélassier war, bat für eines der am wenigsten bekannten Völker um »un peu d'attention bienveillante« der französischen Öffentlichkeit.<sup>115</sup> Ein Teil des Heftes<sup>116</sup> bot Informationen zur Ukraine, zwei Übersetzungen von Hruševskyj-Artikeln und weitere Beiträge zu Literatur, Schulwesen, Theater, Architektur, Volkskunst, aber auch politische Texte, in denen die Ansprüche der Nationalukrainer an Österreich und Rußland behandelt wurden. Während die

<sup>111</sup> Bedwin Sands [George Raffalovich], *The Ukraine*, S. 71.

<sup>112</sup> Bedwin Sands [George Raffalovich], »The Future of the Ruthenians«, *The British Review* 11 (1915), S. 26-38, Zitate S.27, 38.

<sup>113</sup> Anscheinend ist es Raffalovich zu verdanken, daß Stepankivskyjs Text im Sommer 1915, erweitert um Presseberichte über die rußländische Okkupation sowie die Verhaftung von Hruševskyj und Šeptyčkyj, durch den Ukrainischen Nationalrat in Jersey City NJ neu aufgelegt wurde. Stepankivskyj war zu dieser Zeit bereits in Lausanne (die Broschüre enthält einen Hinweis auf seine Publikation »L'Ukraine«). Auch Stepan Rudnyčkyjs Broschüre über die »Ukraine und die Ukrainer« erschien in englischer Übersetzung 1915 in Jersey City.

<sup>114</sup> »...machte er die ukrainische Frage in Frankreich recht populär« (Milow, *Die ukrainische Frage*, S. 70).

<sup>115</sup> Charles Seignobos, »Une nation opprimée«, *Les Annales des Nationalités* 2 (1913), S. 121.

<sup>116</sup> 60 von 80 Seiten, nicht das gesamte Heft, wie Milow schreibt (Milow, *Die ukrainische Frage*, S. 70).

russische Haltung als »jahrhundertelange Unterdrückung« qualifiziert wurde, durfte Lonhyn Cehel'skyj (1875-1950) weitaus positiver über »Les Desiderata des Ukrainiens en Autriche et leurs efforts pour les réaliser« schreiben.<sup>117</sup> Und auch der Abdruck eines Vortrags des uns schon bekannten Fedorčuk über die »Wiedergeburt der Ukraine« an der *École des Hautes Études Sociales* vom 18. Februar 1913 war antipolnisch, antirussisch und gemäßigt pro-österreichisch,<sup>118</sup> so daß unter dem sich abzeichnenden Weltkriegsbündnis mit Rußland die »ukrainische Frage« in Frankreich politisch aus dem Rahmen fiel. Da die französische offizielle Politik bis 1917 davon ausging, es gebe keine »ukrainische Frage«, galten ihr abweichende Meinungen als ein Affront gegen den russischen Verbündeten.<sup>119</sup>

Pélissier wurde erst nach der Februarrevolution für die französische Politik wichtig. Nachdem er in Memoranden die Unterstützung der ukrainischen Rada-Politiker gefordert hatte, um den Deutschen zuvorzukommen, wurde er im Sommer 1917 tatsächlich zum Sondieren der Lage nach Petersburg und später nach Kiew geschickt.<sup>120</sup> Dort dürfte er der französischen Politik den Weg zur nicht ganz vollzogenen Anerkennung der Rada-Ukraine geebnet haben. Mit dem Beginn der Brester Verhandlungen war das französische Interesse am ukrainischen Separatismus jedoch wieder beendet.

Auch unter den polnischen Nationalisten war das Interesse an der Ukraine eher begrenzt. Józef Piłsudski hatte in seiner Zuflucht in Galizien zwar einzelne Kontakte mit den sich an seinen Formationen orientierenden ukrainischen Nationalisten, aber zu einem antirussischen Schulterschuß führte das nicht. Die einzige einschlägige Schrift zur Ukraine aus seinem Umfeld verfaßte Leon Wasilewski (1870-1936). Für Galizien sah er keine Möglichkeit der Kooperation, da beide Nationalbewegungen um dasselbe Territorium konkurrierten. Die Nationalbewegung in der rußländischen Ukraine hielt Wasilewski im politischen Sektor für schwach bis inexistent. Dort ständen selbst Ukrainer, die kulturelles Selbstbewußtsein verträten, zumeist fest auf der Basis rußländischer Staatlichkeit.<sup>121</sup>

Das Schrifttum der polnischen Nationaldemokraten, der Konkurrenten der gemäßigt sozialistischen Piłsudski-Nationalisten, hob erst im Ersten Weltkrieg eine Verbindung zwischen Ukrainern und Deutschen hervor und wies die Ententemächte darauf hin. Nicht jedoch davor:<sup>122</sup> Roman Dmowski (1864-1939) hielt vor dem Ersten Weltkrieg neben der Polonisierung den Gedanken an ein selbständiges, gegen Rußland gerichtetes ukrainisches Volk (»samoistnym, silnym narodem ruskim«), das »unser Verbündeter im Kampf gegen Rußland« sein könnte, für die zweite polnische Option.<sup>123</sup> In seinem Memorandum an Wilson vom 8. Oktober 1918 datierte er hingegen

<sup>117</sup> Les Annales des Nationalités 2 (1913), S. 164-169.

<sup>118</sup> Jaroslav Fedortchouk [Jaroslav Fedorčuk], »La Renaissance de l'Ukraine«, Les Annales des Nationalités 2 (1913), S. 170-181.

<sup>119</sup> Wolodymyr Kosyk nannte keine weiteren Aktivitäten bis 1915 (Vgl. Wolodymyr Kosyk, La politique de la France à l'égard de l'Ukraine. Mars 1917-Février 1918. Paris 1981, S. 44-45).

<sup>120</sup> Vgl. Kosyk, La politique, S. 86 und passim; Milow, Die ukrainische Frage, S. 70-73.

<sup>121</sup> Vgl. Leon Wasilewski, Ukraina i sprawa ukraińska. Kraków 1911, S. 155.

<sup>122</sup> Die Darstellung Pisulińskis ist in dieser Hinsicht verwirrend; vgl. Pisuliński, Nie tylko, S. 41.

<sup>123</sup> Roman Dmowski, Myśli nowoczesnego Polaka. Lwów 1907, S. 98. Erst 1917 brachte er in seiner Londoner Denkschrift die Verselbständigung der »Little Ruthenians« mit deutschen Plänen in Verbindung, die er in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg projizierte (s. unten).

die Berliner Unterstützung der ruthenischen Bewegung auf das Jahr 1903.<sup>124</sup> Vor dem Weltkrieg hatte er sie nicht festgestellt.

## 5. DIE RUTHENEN UND DER OSTMARKENVEREIN

Dmowski hätte aber tatsächlich auf eine taktische Verbindung von Ukrainern und Deutschen verweisen können, weil sie bereits auf einem Gebiet funktionierte. Während in den ersten deutschen Schriften, die sich mit einer separaten Existenz der Ukrainer beschäftigten, der antirußländische Aspekt überwog, gab es schon die praktischere Variante der Nutzung der Ukrainer gegen die Polen.

Der Deutsche Ostmarkenverein,<sup>125</sup> dessen Ziel die Stärkung der deutschen Siedlung in den Ostgebieten vor allem gegen polnische Nationalbestrebungen war, hatte sich 1903 in Lemberg mit dem Ruthenischen Nationalkomitee, dem Exekutivorgan der Nationaldemokratischen Partei, und anscheinend auch mit den ruthenischen Parlamentariern in Wien in Verbindung gesetzt,<sup>126</sup> um die polnischen Saisonarbeiter in der deutschen Landwirtschaft durch ruthenische zu ersetzen. Zwar war der Hauptzweck von dessen »Centralstelle zur Beschaffung deutscher Ansiedler und Feldarbeiter« die Gewinnung volksdeutscher Landwirtschaftshelfer, da sich dieses Vorhaben jedoch als wenig erfolgreich erwies, wurden die Ukrainer zur zweitbesten Lösung, mit der man die Zahl der polnischen Saisonarbeiter aus den anderen Teilungsgebieten Polens reduzieren wollte.<sup>127</sup> Die ukrainische Seite war daran ebenfalls interessiert, weil sie hoffte, die nach Galizien zurückkehrenden Ukrainer hätten die Landwirtschaft »auf deutsche Weise« (na nimečkyj sposib) kennengelernt und könnten so zur Modernisierung der ruthenischen Höfe und zur Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit mit den Polen beitragen.<sup>128</sup>

Ein zweiter Aspekt der Kooperation war das Bemühen, das Land auswandernder Volksdeutscher nicht in polnische Hände fallen zu lassen. Dem Ostmarkenverein lag an der Reduzierung des polnischen Besitzstandes und hierin traf man sich mit den Interessen der jungen ruthenischen Nationalisten. Friedrich von Pilis konferierte 1903/1904 darüber mit den ukrainischen Nationaldemokraten – so etwa mit Kost' Levyčyj (1859-1941). Allerdings überwog letztlich materielles Interesse – von Pilis erklärte sich nur bereit, die Ruthenen über Landaufgaben Deutscher zu informieren

<sup>124</sup> Roman Dmowski, »Memorjał o terytorjum Państwa Polskiego«, 8. 10. 1918, poln. Übersetzung in: ders., *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warszawa 1926, S. 506-520, hier S. 513. Dmowski wiederholte dies mehrfach, wurde jedoch noch unpräziser (»am Ende des vergangenen, oder zu Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts«), etwa in *Polityka polska*, S. 311.

<sup>125</sup> Vgl. Jens Oldenburg, *Der Deutsche Ostmarkenverein 1894-1934*. Berlin 2002; Sabine Grabowski, *Deutscher und polnischer Nationalismus*. Marburg/Lahn 1998.

<sup>126</sup> Vgl. Krzysztof Lewandowski, »Sprawa ukraińska a państwa centralne w latach 1914-1916«, *Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej* 8 (1972), S. 25-37, hier S. 31.

<sup>127</sup> Vgl. dazu die seriösen Teile der Darstellung bei Remer, *Ukraine*, S. 145-66, wo leider die Anmerkungs-zählung durcheinandergeraten ist.

<sup>128</sup> Vgl. Omeljan Terlečkyj, *Istorija ukraińkoï hromady v Raštati 1915-1918*. Kyïv/Ljajpcig 1919, S. 21.

und ihnen Vorkaufsrechte einzuräumen, wenn sie die gleichen Preise wie Polen zahlten. Inwiefern diese Bemühungen praktische Bedeutung hatten, ergibt sich nicht aus der bisher einzigen Schrift zu diesem Thema. Die Kontakte bildeten jedoch auf jeden Fall eine Traditionsbasis für die alldeutschen Bemühungen der Kriegszeit, ukrainische Selbstständigkeitsbestrebungen zu unterstützen.<sup>129</sup>

Der Ostmarkenverein und seine ruthenischen Aktivitäten fanden zeitweise (bis etwa 1906) preußische staatliche Unterstützung. Allerdings ist eine Verbindung zwischen den preußischen Instanzen und den Verfechtern einer antirußländischen Politik nicht erkennbar. Auch später wurden ruthenische Wanderarbeiter bevorzugt, was dazu führte, daß sich galizische Polen als Ruthenen ausgaben, um diskriminierende Bedingungen wie die Verpflichtung, nach Saisonende in die Heimat zurückzukehren, zu umgehen.<sup>130</sup>

1912 reiste der Generalsekretär des Ostmarkenvereins Schoultz – als Weinhändler getarnt – nach Galizien, um zu eruieren, ob man die Ruthenen noch besser einsetzen könnte. Der offensichtlich ukrainischstämmige Pfarrer Hanyckyj, der in dieser Zeit die Ruthenen-Politik des Ostmarkenvereins mitgestaltete, malte sich sogar aus, man könne in Oberschlesien die Polen durch Ruthenen ersetzen. Dazu sollten die über ganz Deutschland verstreut lebenden ruthenischen Wanderarbeiter im Osten konzentriert werden. Vor allem solle man die Ruthenen polnischen Vorarbeitern entziehen und sie stattdessen Deutschen unterstellen:

»Da sich die Leute ökonomisch und kulturell heben würden und gewissermaßen als deutsch erzogen bleiben, würde man in politischer Hinsicht dieses gesamte Volk für Deutschland gewinnen, welches dann durch deutsche Hilfe gestärkt, für Deutschlands Weltpolitik ein bedeutender und treuer Gehilfe sein wird.«<sup>131</sup>

Der polnische Nationalpolitiker Wojciech (Albert) Korfanty (1873-1939) wandte sich im Preußischen Abgeordnetenhaus gegen die ukrainierfreundlichen Aktivitäten des Ostmarkenvereins, der die Ruthenen in Galizien stärke, deren Organisation »dort eine regierungs- und staatsfeindliche Partei (sei), die dort hohe Staatswürdenträger ermordet«,<sup>132</sup> während der Freikonservative Abgeordnete Siegfried von Kardorff (1873-1945) das Unternehmen, »die polnischen Arbeiter durch die ruthenischen zu ersetzen« für etwas hielt, was »durchaus im nationalen Interesse steht«.<sup>133</sup> Auch der preußische Innenminister Hans von Dallwitz (1855-1919) hielt dies nicht für bedenklich.<sup>134</sup>

Eine finanzielle Förderung von Ukrainern durch antipolnische Deutsche machte Remer für 1909 aus. Die *Ukrainische Rundschau*, die seit 1906 unter diesem Titel in Wien erschien und in der insbesondere ostukrainische nationale Linksintellektuelle schrieben, erhielt durch Vermittlung des den ukrainischen Nationalismus sonst kei-

<sup>129</sup> Vgl. Andrzej Brożek, *Niemcy zagraniczni w polityce kolonizacji pruskich prowincji wschodnich (1886-1918)*. Poznań 1989, S. 143-146, 153.

<sup>130</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 157-8.

<sup>131</sup> Memorandum des Pfarrers Hanyckyj, 8. 6. 1912, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Akten des Preußischen Innenministeriums, Tit. 1083 Nr. 10, zit. nach Jens Oldenburg, *Der Deutsche Ostmarkenverein 1894-1934*. Berlin 2002, S. 153.

<sup>132</sup> Korfanty, Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 14. 1. 1914, zit. nach ebd., S. 153.

<sup>133</sup> Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 9. 2. 1914, zit. nach ebd.

<sup>134</sup> Sitzung des Hauses der Abgeordneten, 10. 2. 1914, zit. nach ebd., S. 154.

neswegs goutierenden Historikers Otto Hoetzsch Hilfgelder vom Ostmarkenverein.<sup>135</sup> Ob staatliche Gelder direkt flossen, wie polnische Journalisten 1910 behaupteten, ist bisher nicht nachgewiesen. Daß sich jedoch der Konsultssekretär des deutschen Konsulats in Lemberg Fauter für das Projekt einer ruthenischen Bank engagierte, belegt Remer und verweist so auf halboffizielle Aktivitäten, wie sie für die deutsch-ukrainischen Kontakte üblich werden sollten.

Das Thema der ruthenischen galizischen Wanderarbeiter tauchte vor dem Krieg in der britischen Broschüre Fedorčuks auf. Als einen der Belege für die polnische Erniedrigung der Ruthenen in Galizien führte er an, letztere zögen es vor, in Deutschland Arbeit zu suchen, »where they are better treated and better paid« als in Österreich. Auf diese Weise lernten sie auch »the higher culture of German lands« kennen, und die ukrainischen Organisationen förderten diesen Austausch ebenso wie die Polen, »who breathe hatred of Ruthenians«, diese »Rutheno-German entente« ablehnten und überall verbreiteten »that the Ruthenians have united with Germans who are the secular enemies of the Poles«. <sup>136</sup> Zwar hatte die Schrift Fedorčuks keine nachweisbare Bedeutung, darin wurde jedoch auf der Seite der Entente die Verbindung deutscher und ukrainischer Interessen gegen Polen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs beschrieben.

## 6. DIE OSTUKRAINISCHEN EMIGRANTEN IN ÖSTERREICH

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß aus der rußländischen Ostukraine<sup>137</sup> Emigranten und Flüchtlinge über die Grenze nach Österreich kamen. Die während der Revolution von 1905 liberalisierte Lage in Rußland unterbrach diese Fluchtbewegung nur kurzzeitig.

In der Ostukraine gab es noch kein breites ukrainischen Nationalbewußtsein, dafür aber aktive Intellektuelle, die im dauernden Kontakt mit den russischen Oppositionellen standen. Jene aber waren vor allem Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten unterschiedlicher Ausrichtung, und die ukrainische Nationalbewegung bewegte sich daher im linken Teil des politischen Spektrums. Kaum einer der ostukrainischen Nationalisten hätte seine politische Identität außerhalb des Sozialismus gesucht. Die ostukrainischen Gruppen machten eine Reihe von Spaltungen und Vereinigungsversuchen der russischen Linken mit, auf deren Darstellung hier jedoch verzichtet wird.<sup>138</sup>

<sup>135</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 161-2.

<sup>136</sup> Fedortchouk, *Memorandum*, S. 29.

<sup>137</sup> Die Begrifflichkeit bedarf einer Erläuterung: Unter »Westukraine« wird im engeren Sinne das bis 1918 österreichische Ostgalizien sowie die Bukowina, in einem erweiterten zusätzlich auch Wolhynien, das bis 1916 zu Rußland und von 1919 bis 1939 zu Polen gehörte, wie auch die bis 1918 ungarische Karpatho-Ukraine verstanden. Die übrigen ukrainischen Gebiete, die vor 1918 zum rußländischen Imperium gehörten, werden politisch-historisch als »Ostukraine«, manchmal auch als »Große Ukraine« bezeichnet, auch wenn es aus geographischen und anderen Gründen angezeigt sein mag, weiter zwischen der Zentral-, der Ost- und der Südukraine zu differenzieren. Außerhalb von Zitaten folgten wir in diesem Buch dieser Terminologie.

<sup>138</sup> Vgl. etwa Kerstin S. Jobst, »Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917«, in: Golczewski (Hg.), *Geschichte*, S. 162-171.

In Russland war die ukrainische »Nationalbewegung« im wesentlichen auf ihre Gruppen beschränkt, die zudem noch in den Hauptstädten Moskau und Sankt Petersburg mit ihren Hochschulen aktiver waren als in der Ukraine selber. Der Eindruck verfestigte sich daher, daß die rußländischen ukrainischen Nationalisten »linker« als die österreichischen seien. Als »Linke« flohen sie zusammen mit ihren russischen Genossen aus dem Zarenreich. Und als »Linke« hatten sie ihren Landsleuten etwas voraus – die Gewohnheit, ihre aktuelle Lage zu diskutieren und zu interpretieren. Mit theoretischen Texten wußten sie umzugehen, weil die ostukrainischen Nationalisten im Umfeld der Universitäten sozialisiert und von einer ungebildeten Unterschicht getrennt waren, während die westukrainischen Nationalisten mit einer breiten Bevölkerung von wenig oder Halbgebildeten (Popen, Volksschullehrern) umgingen, die kaum theoretisch, wohl aber praktisch motivierbar war.

Die Zuwanderer aus dem Osten wurden in Österreich als Intellektuelle wahrgenommen. Sie wurden wie Hruševskij zu Theoretikern einer ukrainischen Historiographie und engagierten sich in ideologischen Diskussionen, die vielen Galiziern ungewohnt vorkamen.

Der zu Kriegsbeginn in Lemberg von ostukrainischen Emigranten gegründete Bund zur Befreiung der Ukraine (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny – BBU) leistete – so klein er eigentlich war – einiges für die Propagierung des ukrainischen Nationalgedankens und geriet rasch in eine von diesen gefürchtete Konkurrenz zu den Ruthenen-Politikern. Wir müssen uns daher nun damit beschäftigen, wo seine Gründer politisch standen.

Die Vor- und Frühgeschichte des BBU ist für unsere Thematik nicht unwichtig, weil ihr Personal uns in diesem Buch begleiten wird. Politische Auseinandersetzungen waren unter der kleinen Gruppe ukrainischer Sozialisten in Galizien an der Tagesordnung. Der Student Dmytro Doncov (1883-1973), der Bibliothekar Volodymyr Dorošenko (1879-1963) und der Genossenschaftler Andrij Žuk (1880-1968) beschlossen 1909 in Lemberg, eine sozialistische Organisation um das Blatt *Pracja* (Arbeit) zu bilden. Sie stand in Konkurrenz zu dem Ökonomen Mykola Porš (1879-1944), der mit dem vermögenden Lev Jurkevyc̆ (1884-1918) den *Robitnyk* (Arbeiter) vertrieb. 1910/11 einigte man sich, zusammenzuarbeiten und gemeinsam *Naš Holos* (Unsere Stimme) herauszugeben, aber obwohl sich aus der inzwischen aufgelösten pro-russischen Spilka (s. S. 59) Oleksander Skoropys-Joltuchovskij (1880-1950) und Marijan Melenevskij (Pseudonym Basok, 1879-1938) diesem Vorhaben anschlossen, reichten Jurkevyc̆s Mittel nur für wenige Nummern. Bis auf einen Restposten von Jurkevyc̆ und Volodymyr Vynnyčenko (1880-1951) mit dem Blatt *Vpered* (Vorwärts) kam das gesamte ukrainophile Emigrantenparteileben in Galizien bald zum Erliegen.<sup>139</sup>

Die ukrainischen Emigranten interessierte anfangs der Sozialismus mehr als die Unabhängigkeit. Erst als die eher sozialistischen Aktivitäten völlig zusammengebrochen waren, versuchte man im Independentismus eine neue Plattform zu finden – zunächst ebenso erfolglos. Andrij Žuk, der als einziger die gesamte BBU-Geschichte mitgestaltet hat, sah die Basis in einem Zusammentreffen von fünf Personen: Aus der rußländischen Ukraine stammten der Marxist Jurkevyc̆, Vjačeslav Lypynskij (Waclaw

<sup>139</sup> Dmytro Dorošenko, *Z istorii Ukraïnskoï polityčnoï dumky za časiv svitovoï vijny*. Praha 1936, S. 25-27.

Lipiński, 1882-1931), Volodymyr Stepankivskýj und Žuk selber, aus Galizien nur Dr. Volodymyr Kušnir (1881-1938), der Redakteur der Wiener *Ukrainischen Rundschau*. Dieser Kreis wollte Anfang März 1911 mit der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (USDRP) die Selbständigkeit der Ukraine erreichen und beschloß, eine Zeitschrift unter dem Titel *Vil'na Ukraïna* (Freie Ukraine) herauszubringen.<sup>140</sup>

Zum Programm des Blattes gehörte eine unabhängige Ukraine, als Etappe auf dem Wege zu ihr hielt man den Anschluß der Ostukraine oder eines Teils davon an Österreich, »das für uns jetzt besser ist als Rußland«, für akzeptabel, um so zusammen mit Galizien und der Bukowina zu einer territorialen Einheit zu gelangen. Falls diese Angaben stimmen, wäre damit die Anbindung an Österreich von Ostukrainern artikuliert worden, bevor Doncov 1913 seine aufsehenerregende Rede vor dem Studentenkongreß hielt. Zur Mitwirkung an dem Blatt sollten Volodymyr Dorošenko und der Sozialrevolutionär Mykola Zaliznjak eingeladen werden. Der unierte Lemberger Metropolit Andrij Šeptyčkyj (1865-1944) und Mykola Hruševskýj wurden von dem Vorhaben informiert, wobei sich der Kirchenfürst positiv, der Historiker »mit großer Reserve, fast negativ« geäußert haben soll. Jurkevych trennte sich bald von der Gruppe; Stepankivskýj und Kušnir hatten nach Žuk mehr Interesse an unmittelbaren Kontakten zu den Österreichern als an Organisationsarbeit.

Über Stepankivskýj schrieb Žuk – allerdings erst 1935, als dessen Aktivitäten im Weltkrieg längst bekannt waren, – er habe »sich einerseits als austrophil bezeichnet, andererseits nicht die Möglichkeit ausgeschlossen, auch mit Rußland irgendeine Politik zu betreiben!«<sup>141</sup> Dies habe wieder Žuk nicht gewollt, und Lypynskýj sei wieder die Austrophilie zu weit gegangen – er soll sich in einem Schreiben an Žuk aber bereit erklärt haben mitzuwirken, wenn die »Austrophilie nur eine Taktik sein« werde, um die »vollständige Befreiung der Ukraine« zu erreichen.<sup>142</sup> Das Projekt reifte jedoch nicht einmal zur ersten Nummer des Blattes heran.

Zwei weitere Organisationsversuche nannte Žuk: Ein von Stepankivskýj in Lemberg gegründetes »Jungukrainisches Komitee« (Molodoukraïnskýj Komitet), das bis auf einen Spendenaufruf nicht weiter aufgefallen ist, und das im November 1912 geschaffene »Ukrainische Informationskomitee« (Ukraïnskýj Informacijnyj Komitet), an dessen Spitze der Erdölökonom und britische Honorarkonsul in Lemberg, Prof. Dr. Roman Zalozečkyj-Sas (1861-1918), trat. Ihm gehörten neben Žuk der Redakteur der ruthenischen Zeitung *Dilo* Vasyľ Panejko (1883-1956) und der Dichter, Dramaturg und Gymnasiallehrer Vasyľ Pačovskýj (1878-1942) an. Versuche von Zalozečkyj-Sas, österreichische Regierungskreise für das Komitee zu interessieren, seien vergeblich gewesen, woraufhin jener sich von der Komiteearbeit wieder zurückgezogen habe.<sup>143</sup>

Lypynskýj – inzwischen wieder in Rußland – schickte Žuk Anfang Dezember 1912 eine Denkschrift über seine politischen Ziele. Darin war Rußland »unser größter und unversöhnlicher Feind«, aber auch das »konservativ-klerikal katholische oder liberal-

<sup>140</sup> Vgl. Andrij Žuk, »Jak dijšlo do zasnuvannja ›Sojuzu vyzvolennja Ukraïny‹«, Kalendar'-almanach Dnipro na rik 1935. L'viv 1935, S. 103-117, hier S. 103-104; Dorošenko, Z istorii ukraïnskoï polityčnoï dumky, S. 34.

<sup>141</sup> Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 104-105.

<sup>142</sup> Zitat aus einem Schreiben von Lypynskýj an Žuk, nach Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 106.

<sup>143</sup> Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 107-108.



jüdische Österreich [sei] nicht unser Verbündeter«. Lypynskýj forderte, sich weder für Rußland noch für Österreich auszusprechen und sich im Falle eines Krieges »passiv, aber auch völlig loyal gegenüber den miteinander kämpfenden Parteien zu verhalten«. Von einem regional begrenzten Krieg ausgehend, schlug Lypynskýj vor, in den nicht von Kriegshandlungen betroffenen Gebieten eine Massenbewegung zur völligen Befreiung der Ukraine zu initiieren. Einen ukrainischen Staat hielt er sowohl für Gegner Rußlands (Deutschland, Schweden) als auch Österreichs (Großbritannien, Frankreich) für attraktiv – womit erstmals eine unabhängige Ukraine als für Deutschland erstrebenswerter Faktor einer Schwächung Rußlands auftauchte. Der Text verließ aber die interne Korrespondenz nicht, und Žuk hielt ihn noch 1935 für »rein doktrinär« »ohne den geringsten politischen Realismus«. <sup>144</sup>

Was jedoch aus dieser Denkschrift überlebte, war der Name einer Organisation, die Lypynskýj zu gründen vorschlug: »Sojuz Ukraïnskych Deržavnykiv – Sojuz Vyzvolennja Ukraïny« (Bund Ukrainischer Staatsanhänger – Bund zur Befreiung der Ukraine). Auch wenn also die Organisation, die 1914 entstand, von Lypynskýjs Zielen weit entfernt war, den Namen hatte der damals nur als Historiker Wirkende – wie Žuk neidlos zugab – geprägt. Nach Zalozečkyjs Rückzug übernahm Žuk die Führung des Informationskomitees und versuchte vergeblich, nach Rußland hinein zu wirken. Als Ziel galt,

»sich zu bemühen, die ukrainische Bevölkerung gegenüber Österreich günstig zu stimmen, und für den Fall eines Krieges Unruhen im Hinterland der rußländischen Armee hervorzurufen und anders den Bewegungen der rußländischen Truppen zu schaden. Hingegen im Hinterland der österreichischen und mit ihr verbündeten Armeen die Bewegungen der Truppen auf dem ukrainischen Territorium zu erleichtern, aktiv den Operationen dieser Truppen und bei der Organisation von Ordnung und provisorischer Verwaltung in den besetzten Gebieten zu helfen.« <sup>145</sup>

Von Neutralität war keine Rede. Man hatte sich eindeutig für die Unterstützung Österreichs entschieden. Nur wissen wir nicht genau, ob diese Schilderung den Tatsachen entsprach, mehr als einer Person (Žuk selber nämlich) bekannt war und auf welche Zeit wir sie datieren dürfen. Da das Komitee bald einging, kann man füglich darüber streiten, ob es mehr als eine Fiktion und tatsächlich ein Vorläufer des BBU war. Žuk versuchte es später so darzustellen, und die nationalukrainische Literatur folgt ihm dabei. Dahinter mag aber auch der Versuch stehen, die Gründung vom August 1914 mittels einer »Invention of Tradition« vorzudatieren. Und vielleicht wollte Žuk auch seine eigene Rolle etwas aufpolieren. In den ersten Kriegstagen hatte sich nämlich ein anderer Ostukrainer in den Vordergrund gespielt.

Dmytro Doncov, der später zum ideologischen Mentor des ukrainischen radikalen Nationalismus werden sollte, war in Sankt Petersburg, wo er 1907 sein Jura-Studium abgeschlossen hatte, Mitglied der USDRP geworden. <sup>146</sup> Im Namen von deren Vorläuferin, der RUP, hatte 1900 Mykola Michnovskýj (1873-1924) die Schrift »Samostijna

<sup>144</sup> Ebd., S. 109-111.

<sup>145</sup> Ebd., S. 113.

<sup>146</sup> Gegner Doncovs versuchten, ihm eine russische Herkunft unterzuschreiben (Vgl. etwa Volodymyr Levynskýj, *Ideol'og fašyzmu*. L'viv 1936, S. 12-14). Es scheint jedoch gesichert zu sein, daß die Familie des in Melitopol' geborenen Juristen aus der rechtsufrigen Ukraine über die zur Sloboda-Ukraine gehörigen Teile des späteren Gouvernements Voronež in den neubesiedelten Süden ge-

Ukraina« herausgebracht, die eine selbständige Ukraine (»vom San bis zum Kaukasus«) in einem rußländischen Bund forderte. Aber nicht der bei dem Zerfall der RUP entstandenen Ukrainischen Volkspartei (Ukrainśka Narodna Partija), die diese Ziele weiter verfocht, schloß sich Doncov an, sondern mit der USDRP einer Partei, die eine autonome Ukraine in einem zentralisierten Rußland anstrebte. Noch »weniger ukrainisch« war nur die 1904 entstandene Ukrainische Sozialdemokratische Union (»Spilka«), die sich als Teil der Russischen Sozialdemokratie verstand und zu deren Gründern neben Marijan Melenevśkyj und Oleksander Skoropys-Joltuchovśkyj auch jüdische »Bundisten« gehörten.<sup>147</sup>

1905 war Doncov verhaftet, dann amnestiert worden, und erst in dieser Zeit hatte er die Kiewer USDRP-Gruppe kennengelernt. Zu ihr gehörte Andrij Źuk, und in dem von Mykola Porś und Symon Petljura (1879-1926) herausgegebenen Wochenblatt *Slovo* erschienen die ersten Artikel Doncovs.<sup>148</sup> Nach seiner Rückkehr nach Petersburg traten Probleme auf: Doncov gehörte in der Ukrainischen Studenten-Hromada in Petersburg der kleinen Opposition an, die ihre sozialistischen Ziele nicht gemeinsam mit den Russen verfolgen wollte.<sup>149</sup> 1907 wurde er erneut verhaftet, war 8 Monate im Gefängnis und reiste dann illegal 1908 nach Lemberg. Bei einem Sanatoriumsaufenthalt in Zakopane lernte er unter anderem Vjačeslav Lypynśkyj kennen. Danach studierte er in Wien bis 1911 weiter Jura, um nach dem Studium des deutschen Rechts auch außerhalb Rußlands beruflich tätig werden zu können.<sup>150</sup>

Seine publizistische Tätigkeit setzte er fort: Er schrieb Artikel für Petljuras in Moskau herausgegebene *Ukrainskaja Źizn'* und für Hruśevśkyjs *Literaturno-Naukovyj Vistnyk*, der in Kiew erscheinen konnte. Petljura durfte im Briefwechsel Doncov sogar kritisieren, was sich jener von niemandem anderen gefallen ließ.<sup>151</sup> Seine wichtigsten Texte kamen jedoch in Österreich heraus. Als Lemberger Jura-Student engagierte Doncov sich in der Studentenbewegung. In der *Pracja* forderte er 1909 unter dem Pseudonym Dmytro Čornyj zwar eine ukrainische Autonomie in einem demokratischen Rußland, wandte sich aber gleichzeitig auch gegen das »Allukrainertum«.<sup>152</sup> Sein Referat zum Thema »Schule und Religion« auf dem 1. Ukrainischen Studentenkongreß im Jahre 1909 folgte noch ganz sozialistisch-aufklärerischen Tendenzen. Doncov wandte sich gegen einen schulischen Religionsunterricht – Sosnovśkyj vermerkte, daß seinem Beitrag »jegliche Originalität fehle« – er wiederholte antireligiöse Postulate der Sozialisten und folgte dem »modischen« Materialismus.<sup>153</sup>

kommen war (vgl. Mychajlo Sosnovśkyj, Dmytro Doncov. New York / Toronto 1974, S. 62-65, 68-69).

<sup>147</sup> Vgl. Dorošenko, *Z istorii ukrainskoj polityčnoj dumky*, S. 21-22. Skoropys will sich dabei sogar gegen die Forderung der RUP nach einer Unabhängigkeit der Ukraine widersetzt haben, weil dies die Zusammenarbeit mit den Russen und dem »Bund« unmöglich gemacht hätte (*Naš Holos* 1911, Nr. 11-12, S. 509, nach Dorošenko, *Z istorii ukrainskoj polityčnoj dumky*, S. 41).

<sup>148</sup> Sosnovśkyj, Doncov, S. 70.

<sup>149</sup> Ebd., S. 75-76.

<sup>150</sup> Ebd., S. 76-77.

<sup>151</sup> Vgl. ebd., S. 83-84.

<sup>152</sup> Dmytro Čornyj, »Polityčnyj moment v Rossii i zavdannja soc.-demokratii«, *Pracja*, Nr. 1 (Dez. 1909), nach Levynśkyj, *Ideol'og fašyzmu*, S. 16-17.

<sup>153</sup> Sosnovśkyj, Doncov, S. 85-86.

1911 hielt er die »politische Reife des gegenwärtigen Ukrainertums« für niedriger als im 17. Jahrhundert.<sup>154</sup> Die Anbindung an Rußland war für ihn »nationales Hermaphroditentum«, von dem man sich lösen müsse.<sup>155</sup> In einem 1914 erschienenen Artikel kritisierte er dann offen die Marx'sche These von den »unhistorischen Nationen«, mit der die Separation der Ukraine von Rußland nicht vereinbar war.<sup>156</sup> Zuvor hatte er die Orientierung der ukrainischen fortschrittlichen Nationalisten (formell dabei die Sozialisten ausnehmend) an Rußland und deren Zusammenarbeit mit den Russen abzulehnen begonnen und entgegen den herrschenden Tendenzen, die ukrainische Autonomie im Rahmen des rußländischen Staates anzustreben, gefordert, sich von Rußland ganz ab- und dem Westen zuzuwenden. Ausdrücklich verurteilte er »die in gewissen Kreisen unserer Intelligenz verbreitete grenzenlose Achtung vor der russischen Kultur und die irgendwie seltsame Abhängigkeit von Ansichten, die in fortschrittlichen russischen Kreisen herrschen«.<sup>157</sup> Mykola Zaliznjak kritisierte diese Schrift in Hruševskyjs Zeitschrift, er verteidigte die Werte der russischen Kultur und nahm die Ukrainer, die aus russischen Erfahrungen Lehren zögen, in Schutz. Petljura, dem Doncov seinen Beitrag angeboten hatte, verweigerte den Abdruck und schrieb ihm, »im jetzigen Augenblick der Entwicklung des Ukrainertums [sei] der Einfluß der russischen Kultur die einzige Möglichkeit, unsere nationale Kultur zu entwickeln, denn unmittelbare Wege nach Europa gibt es bei uns nur wenige«<sup>158</sup>.

Damit mochte sich Doncov aber nicht mehr abfinden: In einem Referat auf dem 2. Ukrainischen Studentenkongreß in Lemberg 1913 hielt er sich anfangs scheinbar realpolitisch zurück: In der Zeit Drahomanovs sei der Glaube an den russischen Liberalismus und dessen »Provençalismus«, also die Gewinnung autonomer Rechte in Rußland, gerechtfertigt gewesen. Auch als Minimalprogramm hielt er ein Streben nach Autonomie – wenigstens in der gedruckten Version des Referats – nicht für abwegig.<sup>159</sup>

Aber dabei dürfe es nicht bleiben. Tatsächlich entwickelte er in dem Referat, das er später als den »Beginn [seines] Kampfes gegen Rußland« charakterisierte, ein bisher in der ukrainischen öffentlichen Nationalbewegung unerhörtes Maximalprogramm.<sup>160</sup> Er kündigte Rußland die Gefolgschaft auf und verlangte, sich mehr an Österreich zu orientieren. Unter den in Rußland seit der Bosnienkrise 1908 herrschenden Bedingungen konnte eine solche Aussage auf keine Zustimmung hoffen. In Anlehnung an Danilevskijs Thesen von einem zu erwartenden Endkampf zwischen »Germano-Romanen« und »Slaven« gehörte Österreich zur Slaven versklavenden »Gegenseite«. Doncov aber hielt nun auch die Verbindung zu den »fortschrittlichen« Kreisen Rußlands für falsch, da diese sich doch immer vom »russischen Imperialismus« leiten lassen würden. Rußland könne auf die Ukraine gar nicht verzichten, denn

<sup>154</sup> Naš Holos, L'viv Heft 9-10, S. 417, zit. nach ebd., S. 52.

<sup>155</sup> Dmytro Doncov, »Nacional'ni hermafrodyty«, Naš Holos Nr. 9-10, 1911, S. 417-426.

<sup>156</sup> Dmytro Doncov, »Engel's, Marks i Ljassal' pro »neistoryčni nacii«, Literaturno-Naukovyj Vistnyk 65 (1914), Nr. 2-3.

<sup>157</sup> Dmytro Doncov, Moderne moskvofil'stvo. L'viv 1913, S. 3.

<sup>158</sup> Mykola Zaliznjak, »Pro »moderne moskvofil'stvo«, Literaturno-Naukovyj Vistnyk 64 (1913), Nr. 11, S. 364; Symon Petljura, Lysty do Doncova, Literaturno-Naukovyj Vistnyk 107 (1931), Nr. 11, S. 984-985; zit. nach Sosnovskyj, Doncov, S. 97.

<sup>159</sup> Dmytro Doncov, Sučasne polityčne položennja nacii i naši zavdannja. L'viv 1913, S. 3, 8.

<sup>160</sup> Dmytro Doncov, Rik 1918, Kyïv. Toronto 1954, S. 38.

»es verdankt ihrem Besitz seine Großmachtstellung, züchtet mit ihren Säften die rußländische Industrie und das Staatsbudget [...] Die Geschichte kennt keine Beispiele einer solchen Selbstaufopferung«. <sup>161</sup>

Doncov unterstellte auch Österreich ein Streben nach Hegemonie über die Slaven, aber er hielt es für weniger gefährlich: Die Monarchie könne nur als Föderation freier Völker (»als Werkzeug der neuen Revolution der neuen Völker Osteuropas«) überleben, und eine Tendenz in dieser Richtung meinte Doncov zu erkennen. Dabei mochte er sich auf die Pläne des polnisch-ruthenischen Ausgleichs ebenso bezogen haben wie auf die Beispiele polnischer und ruthenischer Nationalisten, die inzwischen in Galizien ihre Organisationen ausbauten. Doncov müssen diese Entwicklungen imponiert haben, denn er hielt sie für stärker als die Beharrungskräfte der Doppelmonarchie – und er stützte seine Planung darauf.

Mit diesem Referat ging Doncov den Schritt vom Theoretiker zum Politiker. Und er forderte erstmals öffentlich die vollständige Separierung der Ukraine von Rußland. Diese von den meisten anderen rußländischen Ukrainern für unmöglich gehaltene Trennung sei nunmehr

»nicht nur notwendig im Interesse unseres Volkes, sondern auch – und das ist wichtiger! – sogar möglich! Wenn unsere Nation in sich die Kraft und den Willen zum Leben spürt [...], wenn sie sich nicht freiwillig in dem Sarg einschließen lassen will, den ihr die russischen Jungtürken bereiten«,

sei »politischer Separatismus« das Gebot. Darunter verstand Doncov ausdrücklich nicht die »Selbständigkeit« (samostijnist') der Ukraine, strebten doch viele Ukrainer nach einer »selbständigen Ukraine in einer Verbindung mit Rußland« (samostijnju Ukraïnu v zluci z Rosijju). Für ihn bestand das politische Ziel in einem »Losreißen von Rußland, dem Abbruch aller Verbindungen mit ihm, dem politischen »Separatismus« eben«. <sup>162</sup>

Wie sollte sich dieser Separatismus jedoch vollziehen? Der Jurist Doncov benutzte ein juristisches Bild: Im großen Prozeß zwischen Rußland und Österreich habe die Geschichte den Ukrainern die Rolle des »Nebenklägers« zugewiesen: »Und dessen Rolle beschränkt sich bekanntlich auf die Unterstützung der einen oder anderen Partei«. Da er nicht Rußland unterstützen wollte, käme nur Österreich in Frage. Und nun formulierte Doncov einen Satz, der für die ukrainischen Politiker zentral werden sollte: Man solle bedenken,

»daß die Geschichte kein Beispiel kennt, daß sich eine versklavte (ponevolena) Nation aus fremdem Joch nur durch eigene Kräfte befreit hätte«. <sup>163</sup>

Daraus entwickelte Doncov einen Zwei-Stufen-Plan: In einem ersten Schritt sollte Rußland mit österreichischer Hilfe das ukrainische Territorium entrissen werden und daraus eine ukrainische territoriale Einheit unter österreichischem Protektorat entstehen. Der zweite Schritt sollte dann darin bestehen, einen politisch unabhängigen ukrainischen Staat zu bilden. Wie Österreich sich dazu stellen würde, schien ihm nicht weiter beachtenswert. <sup>164</sup>

<sup>161</sup> Doncov, Sučasne polityčne položennja, S. 14.

<sup>162</sup> Ebd., S. 16-17.

<sup>163</sup> Ebd., S. 26-27.

<sup>164</sup> Ebd., S. 26-29.



Doncovs Vorgehen bezog sich implizit auf ein historisches Vorbild – den Kosakenhet'man Ivan Mazepa (1639-1709), der 1708 zu den schwedischen Gegnern Rußlands übergelaufen war. Ausdrücklich benutzte Doncov dieses Bild nicht – es war jedoch bei ukrainischen Nationalisten wie bei ihren Gegnern (Mazepa gilt in der russischen Historiographie und Literatur als der Idealtyp eines Verräters) ein bekannter Topos. Roman Smal'-Stočkyj (1893-1969) sollte den Deutschen in den dreißiger Jahren einen ähnlich Plan in bezug auf Polen vortragen. Doncov operierte 1913 mit einer neuen nationalen Moral: Hielt man gemeinhin Mazepas Tat für Verrat, so erklärte Doncov nun, die Ukrainer würden im Gegenteil »ein Verbrechen vor der Nation und ihrer Zukunft« begehen, wenn sie sich nicht »auf die Seite der Gegner Rußlands« schlagen würden.

Doncov hielt sich nicht mit Überlegungen auf, die seine Pläne hätten gefährden können. Selbst einen Teilerfolg Österreichs (an einen Mißerfolg dachte er gar nicht) hielt er für nützlich. Schon das Entreißen »eines Stückchens ukrainischen Territoriums durch Österreich führ[e] zur Konsolidierung, zur Stärkung des ukrainischen Elements in Österreich, und eo ipso auch in Rußland, und bring[e] die Zeit der endgültigen Befreiung unseres Landes näher.«<sup>165</sup> Seine Denkweise wurde zum Vorbild: Wie der Übergang der österreichischen Ukraine aus einem gestärkten Habsburgerreich zu einem unabhängigen ukrainischen Staat ablaufen solle, interessierte ihn ebensowenig, wie sich spätere ukrainische Nationalisten darüber Gedanken machen sollten, auf welche Weise eine unter deutscher Hegemonie stehende Ukraine den Weg in die Unabhängigkeit finden würde.<sup>166</sup>

In Doncovs Referat finden wir bereits 1913 ein Grundkonzept des ukrainischen Nationalismus ausgebildet: Um den independentistischen Weg zu beschreiten, müsse man sich zuerst mit einer fremden Macht verbünden. Diese Macht war 1913 noch Österreich. Für das Jahr 1913 beurteilte Doncov scheinbar »nüchtern« und »realistisch« das Kräfteverhältnis in einer Welt, in der er das »konkrete Handeln der aktuellen Wirklichkeit« anpassen wollte.<sup>167</sup> Über das Kräfteverhältnis täuschte sich Doncov ähnlich wie die österreichische Führung: Er ging wie selbstverständlich von einer Überlegenheit der Mittelmächte aus. Die ukrainische Nationalbewegung siedelte er im österreichisch-russischen Gegensatz an – Österreich war dabei nicht mehr nur ein »sicherer Zufluchtsort«, sondern ein aktiver Helfer. Die Österreicher fragte er nicht, ob ihnen eine solche Partnerschaft genehm wäre, und auch die Gegenleistung der Ukrainer war kein Thema. Dieser partielle Autismus gepaart mit einer Blindheit für auf die eigenen Gruppe zurückschlagende Implikationen sollte zu einem Markenzeichen der ukrainischen Independentisten werden – Doncovs Beitrag dazu ist nicht zu übersehen.

Doncov hatte mit seinem Referat Erfolg: Man wurde auf ihn in Österreich aufmerksam. Auch in der russischen Politik wurde er vernommen: Pavel Miljukov (1859-1943) warnte am 19. Februar 1914 in der Duma ausdrücklich vor Doncov.<sup>168</sup> Die Frage, ob

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> Noch 1954 würdigte dagegen der nationalistische Künstler Jendyk in seinem Doncov bejubelnden Bändchen, daß Doncov vorgehabt habe, »unter geeigneten Bedingungen auch Österreich loszuwerden« (pry dohidnych umovach zbutysja j Avstrii) (Rostyslav Jendyk, Dmytro Doncov. Ideoloh ukraïnskoho nacionalizmu. München 1955, S. 13).

<sup>167</sup> Dieser Worte bediente sich Sosnovskýj (Doncov, S. 105).

<sup>168</sup> Vgl. ebd., S. 107-109.

Doncov weiterhin Sozialist blieb, ist eher akademisch.<sup>169</sup> Immerhin kooperierte er noch eine Zeitlang mit den anderen Sozialisten im BBU. Es war aber nicht zu übersehen, daß der junge Emigrant mit seinem Auftritt die Aufmerksamkeit galizischer Altersgenossen auch jenseits der sozialistischen Zirkel erregte. Jevhen Konovaléč, damals auch Jura-Student und bei den eher betulichen Nationaldemokraten organisiert, schrieb der Bekanntschaft mit dem ostukrainischen Emigranten zu, daß er das Prinzip der *sobornist*, der Zusammengehörigkeit von West- und Ostukraine, verstanden habe und es zum Bestandteil seiner politische Arbeit habe werden lassen.<sup>170</sup> Konovaléč lernte in Lemberg, wo er 1912 sein erstes juristisches Staatsexamen ablegte,<sup>171</sup> neben Doncov auch Andrij Žuk und Mykola Zaliznjak kennen.

Während die ruthenischen Schützen das galizische Establishment und dessen Kaiserstreue verachteten, verwirrten die Ostukrainer die jungen Galizier, die die Donaumonarchie kritisierten, damit, daß sie sich »im Chaos der damaligen politischen Verhältnisse mit ganzer Entschiedenheit Österreich zuwandten« und von ihm Hilfe für die ukrainische Sache erhofften.<sup>172</sup>

-----

Bis 1914 entstand ein neues Setting der deutsch-ukrainischen Problematik:

- In Galizien und der Ostukraine nahm die Gruppe derjenigen zu, die als Ukrainer eine eigene Nationalität beanspruchten. Durch die Unterdrückung der Nationalukrainer in Rußland wurden diese zu Gegnern des Zarenreiches, gleichzeitig nahmen nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit anderen Gegnern der Autokratie die Nationalukrainer eher links einzuordnende Anschauungen an, während in Galizien die ukrainische Nationalbewegung gespalten war. Das Establishment hing eher bürgerlichen politischen Idealen und einem Reformismus an, während eine Jugendbewegung auf militärische Befreiung setzte. Sozialisten spielten hier eine nur geringe Rolle.
- Ukrainische Intellektuelle, allen voran Mychajlo Hruševskyj, schufen eine historische Basis des Nationalukrainertums, die in unmittelbarer Konkurrenz zum russischen Geschichtsnarrativ stand und, dem Usus der Zeit entsprechend, für die Ukrainer von Russen wie Polen abweichende Charaktermerkmale zu entdecken meinte. Die in Deutschland, aber auch in Großbritannien und Frankreich publizierten ersten Texte hatten jedoch keine erkennbare politische Wirkung.
- Auch wenn man in Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen kein Interesse an einer Verschlechterung der Beziehungen zu Rußland hatte, entwickelten russophobe Intellektuelle und militärische Planer auch Konzepte, die eine Schwächung Rußlands erstrebenswert erscheinen ließen.

<sup>169</sup> Vynnyčenkos Behauptungen, Doncov hätte sich den Feinden der Ukraine angeschlossen usw. folgten eher dem gehässigen Versuch, ihn wegen seiner späteren Zusammenarbeit mit dem Het'man zu diffamieren. Vgl. dazu die Überlegungen bei Sosnovskyj, Doncov, S. 117-124.

<sup>170</sup> Vgl. Hrycaj, »Žyttja i dijal'nist' Jevhena Konoval'čja«, S. 31.

<sup>171</sup> Vgl. Stepan Šach, »Molodist' Jevhena Konoval'čja«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléč ta joho doba. München 1974, S. 45-87, hier S. 64.

<sup>172</sup> Vgl. Hrycaj, »Žyttja i dijal'nist' Jevhena Konoval'čja«, S. 31.

- In den Aktivitäten des Ostmarkenvereins wird deutlich, daß man die Ukrainer als mögliche Verbündete gegen die Polen entdeckte.
- Es blieb den ostukrainischen Emigranten in Galizien vorbehalten, einen Befreiungsnationalismus zu begründen. Während den meisten Ostukrainern eine von Rußland separierte Ukraine noch fernlag, formulierte Dmytro Doncov 1913 ein politisches Programm, wonach er die ukrainische Eigenstaatlichkeit über ein »österreichisches Protektorat« im Gegensatz zu Rußland erreichen wollte. Der österreichischen Führung erschloß sich so ein Werkzeug, das analog zum das Habsburgerreich bedrohenden Panslavismus des Russischen Reiches wirken mochte.

## II. DIE MITTELMÄCHTE UND DIE UKRAINER BIS ZUM FRIEDEN VON BREST-LITOVSK

Die Periodisierung des deutschen und österreichischen Ukraine-Engagements im Ersten Weltkrieg orientiert sich an einem Datum, das für die Historiographie sonst eher nachgeordnete Bedeutung hat – dem 9. Februar 1918, an dem zwischen der Ukrainischen Volksrepublik (Ukrainśka Narodna [auch: Narodnja, Naridnja] Respublika – UNR) und den Mittelmächten in Brest-Litovsk der sog. Brotfrieden geschlossen wurde. Es war der erste Friedensschluß des Weltkriegs, der zumeist im Schatten des Friedensvertrags mit Sowjetrußland steht, der am 3. März 1918 am selben Ort unterzeichnet wurde. Der Kieler Historiker Michael Salewski verirrt sich in seinem neuen Standardwerk zum Ersten Weltkrieg in Osteuropa und verwechselte ihn sogar mit dem Frieden von Bukarest.<sup>1</sup> Für die Ukrainer bedeutete der Frieden nicht mehr und nicht weniger, als daß erstmals im 20. Jahrhundert ein ukrainischer Staat einen völkerrechtlich gültigen Vertrag mit ausländischen Mächten schloß.

Zweifellos war der Erste Weltkrieg ein Krieg imperialistischer Mächte. In Osteuropa wollten Deutschland und Österreich-Ungarn ungestörten Einfluß und Territorialgewinne auf dem Balkan, in Polen und im Baltikum, Rußland suchte unter anderem den Zugang zum Mittelmeer. Unter dieser strategischen Ebene lag jedoch eine Schicht von taktischen Versuchen, den jeweiligen Kriegsgegner zu schwächen, indem man in sein Territorium hinein »revolutionierend« wirkte. So gab es die Kontakte zwischen der deutschen Führung und dem Förderer der russischen Sozialdemokraten Alexander Parvus-Helphand (1867-1924). Es ging den Mittelmächten neben diesem »sozialen« Instrument auch um das Instrument der »nationalen Befreiung«, das den gleichen Zweck erfüllen sollte. Hier war es vor allem die islamische Welt (Ägypten, Persien, Transkaukasien, Buchara und Chiva – letztere in Rußland), die durch Wilhelm II. (1859-1941) und das Osmanische Reich »revolutioniert« werden sollten.<sup>2</sup> Die Briten taten dasselbe in bezug auf die Araber, und Rußland organisierte eine Tschechoslowakische Legion.

Wenn wir beobachten, wie Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland zwischen 1914 und 1916 mit vagen Versprechungen das Nationalgefühl der Polen in dem jeweils anderen Teilungsgebiet zu ihren Gunsten instrumentalisieren wollten, ohne hieraus etwa Analogien für den eigenen Herrschaftsbereich abzuleiten, wie Rußland seit dem 19. Jahrhundert – allerdings nur, wenn es politisch opportun war – die nationale und die religiöse Befreiung der Balkanslaven (und nebenbei auch der galizischen Ukrainer) propagierte, ohne den Angehörigen slavischer Völker im eigenen Reich vergleichbare Freiheiten zu versprechen, dann wird deutlich, daß es sich bei dem Nationalitätenmotiv auch um ein Instrument der Außenpropaganda handelte. Als eine solche, als »Kampfmittel« im Unterschied zu einem Plan für die Neuordnung Osteuropas nach

<sup>1</sup> Vgl. Michael Salewski, *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn u.a. 2003, S. 282-283.

<sup>2</sup> Vgl. Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1967, S. 109-131.



dem Krieg, erkannte Egmont Zechlin (1896-1992) dieses Vorgehen.<sup>3</sup> Daß diese Waffe nicht neu war, weil sie etwa in Polen durch das napoleonische Frankreich und in Ungarn durch Otto von Bismarck (1815-1890) 1866 eingesetzt wurde – um nur zwei Beispiele zu nennen – ist klar. Der propagandistische Aufwand aller Seiten war im Ersten Weltkrieg, der bald auch einen ideologischen Aspekt erhielt, jedoch erheblich größer.

Eine Betrachtung der Ukrainepolitik kommt um diese Unternehmungen nicht herum. Wir unterscheiden dabei zwischen mehreren Ebenen der Interaktion:

- der Kriegszieldiskussion, die sich amtlichen Dokumenten und dem internen Schrifttum entnehmen läßt,
- den amtlichen Operationen, die offen oder verdeckt mit den Nationalitäten und ihren Bewegungen umgingen, und
- den veröffentlichten Texten, deren jeweiliger Zusammenhang mit den amtlichen/militärischen Instanzen zu hinterfragen ist.

Keine der drei Ebenen war autonom, keine monolithisch. Jedoch ist der Zusammenhang zwischen ihnen bisher für unsere Thematik kaum untersucht worden. Schwierigkeiten macht dabei, daß die flexiblen Kriegsziele im Kontrast zu einem seit Fritz Fischer (1908-1999) verfestigten Bild des Ersten Weltkriegs stehen, in dem eine geradezu axiomatische Politik angenommen wird, die unmittelbar zum Nationalsozialismus führte und erst neuerdings wieder unabhängig von der Frage der »Kriegsschuld« problematisiert wird.<sup>4</sup> Das politische Denken im Ersten Weltkrieg war in manchen Bereichen weitaus flexibler, als es manchmal erscheint.

## 1. DIE ERSTEN KONTAKTE UND DIE UKRAINE IN DER DEUTSCHEN KRIEGSZIELDISKUSSION

In Osteuropa hatten die Mittelmächte im August 1914 keine klar formulierten territorialen Ziele. Zwar sollte Rußlands ökonomisch-politischer Einfluß begrenzt und der mitteleuropäischen Wirtschaft der Zugang zu dessen Ressourcen erleichtert werden, aber weiterreichende Annexionen waren zunächst nicht Gegenstand ernsthafter Überlegungen.<sup>5</sup> Dies war selbst dann noch der Fall, als mit dem September-Programm des

<sup>3</sup> Vgl. Egmont Zechlin, »Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche«, Aus Politik und Zeitgeschichte, 1961, S. 269-288, S. 325-337, 341-367; 1963, H. 20, S. 3-54; H. 22, S. 3-47; hier 1961/ S. 270, 360.

<sup>4</sup> Vgl. zur Kritik daran etwa Roger Chickering, *Imperial Germany and the Great War, 1914-1918*. Cambridge GB 1998, S. 3-4; Salewski, *Der Erste Weltkrieg*, S. 143-148.

<sup>5</sup> In dieser Hinsicht bleiben Conzes frühe Überlegungen unverändert gültig; vgl. Werner Conze, »Nationalstaat oder Mitteleuropa? Die Deutschen des Reichs und die Nationalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten [!] Weltkrieg«. In: ders. (Hg.), *Deutschland und Europa*. Festschrift für Hans Rothfels. Düsseldorf 1951, S. 201-230, hier S. 203). Auch die polnische Historiographie der

Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) ein erstes konkretes Kriegszieldokument geschaffen worden war. Dabei muß natürlich berücksichtigt werden, daß es sich um ein Friedensprogramm handelte, während dessen Abfassung (9. September 1914) im Westen der Sieg nahe zu sein schien, während im Osten wegen des russischen Vormarschs in Galizien eine Expansion unrealistisch erschienen sein dürfte. Daß der Sekretär des Reichskanzlers Kurt Riezler (1882-1955) die »Annektierungswut« der Alldeutschen und der Militärs kritisierte, belegte,<sup>6</sup> daß er sie nicht teilte. Wenn also Remer Riezler mit seiner Forderung nach »Vasallenstaaten« zitiert, dann übergeht er dabei, daß es in dem Tagebucheintrag vom 22. August 1914 nur um Belgien ging, keineswegs aber um die Ostfront.<sup>7</sup>

Allerdings gab es im August 1914 auch schon Überlegungen, eine Randstaatenpolitik zu betreiben. Der deutsche Konsul in Lemberg Karl Heinze hielt am 6. August 1914 eine mit der polnischen Legion koordinierte Auslösung eines allgemeinen Aufstands in »Südrußland« für möglich, wodurch Rußland »nach einigen entscheidenden Schlägen zusammenbrechen« müßte. Angesichts der österreichischen finanziellen Zurückhaltung riet er Deutschland, sich »des ungeheuren Trumpfes [zu] bedienen«, den die Entfaltung eines ukrainischen Aufstandes bedeutete. Er riet, »selber die Sache in die Hand [zu] nehmen« und die ukrainische Bewegung »vor allem mit Geld« zu unterstützen.<sup>8</sup>

Heinzes Brief gilt als deutsche Initiative. Dabei sollte jedoch beachtet werden, daß Heinze in Lemberg von den sich Anfang August artikulierenden Ukrainern und Polen beeindruckt war (s. unten) und seinen Bericht an den deutschen Botschafter in Wien adressierte, von wo ihn Heinrich Leonhard von Tschirschky und Bögendorff (1858-1916) nach Berlin weiterleitete. Heinze handelte nicht etwa in Absprache mit den Reichsstellen, sondern gelangte durch die Beobachtung der Galizier und der ostukrainischen Emigranten zu seinen Ratschlägen. Der deutsche Staatssekretär des Äußern (Außenminister) Gottlieb von Jagow (1863-1935) antwortete am 11. August 1914 dem deutschen Botschafter in Wien, eine »Insurgierung« Polens wie der Ukraine sei »sehr wichtig« als »Kampfmittel gegen Rußland« und um »mehrere[,] Pufferstaaten« zu

Zwischenkriegszeit war zu diesen Erkenntnissen gelangt, vgl. J. Skrzypek, *Ukraińcy w Austrii podczas wielkiej wojny i geneza zamachu na Lwów*. Warszawa 1939, S. 55.

<sup>6</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 170, 348. – Erdmann betont in seiner Einleitung der Riezler-Ausgabe den »unüberbrückbaren Gegensatz« zwischen Riezler und damit auch Bethmann Hollweg sowie den Alldeutschen trotz dem »gemeinsamen Nenner« in Gestalt des Ausbaus der »kontinentalen Mittelstellung des Reiches« (Karl Dietrich Erdmann, »Kurt Riezler – ein politisches Profil«. In: Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. K. D. Erdmann (Hg.), Göttingen 1972, S. 19-159, hier S. 61-62). – Vgl. unten die Feststellung, daß der zweite Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Gebtsattel der »schärfste Gegner des Reichskanzlers« sei (Falk Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin [PAAA], Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Anl. 5, Bl. 25-38, hier Bl. 26).

<sup>7</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 170; Riezler, *Tagebücher*, S. 200-203. – Vgl. dazu auch den Hinweis Fedyschyns, daß die Ukraine in die deutschen Projekte zunächst nicht einbezogen wurde (Oleh S. Fedyschyn, *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918*. New Brunswick NJ 1971, S. 23).

<sup>8</sup> Dt. Konsul Heinze an Tschirschky, 6.8.1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 1, Bl. 11, 12. – Hier wird betont, daß der Brief eine selbständige Aktion Heinzes war, was Fischer auch zugibt (vgl. Fritz Fischer, »Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatziele im Osten 1914-1918«, *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S. 249-310, hier S. 290).

bilden, um Rußland »möglichst nach Osten zurückzudrängen«. <sup>9</sup> Dies kann aber auch als Reaktion auf das dilettantische Verlangen Kaiser Wilhelms II. vom 8./9. August gesehen werden, Südrußland über Odessa mit deutschen und österreichischen Kriegsschiffen, »Proklamationen, Emissären und viel Geld« zu revolutionieren, was aber für undurchführbar erklärt wurde. <sup>10</sup> Da inzwischen am 6. August 1914 eine polnische Legion unter Józef Piłsudski von Krakau aus nach Norden in Russisch-Polen einmarschiert war, um dieses zu »befreien«, und ukrainische Emigranten sich zum Bund zur Befreiung der Ukraina (BBU) zusammengeschlossen hatten, <sup>11</sup> kann das deutsche Interesse als Nachdenken im Gefolge der österreichischen Ereignisse gesehen werden. <sup>12</sup>

Von Tschirschky war daraufhin zu Gesprächen mit den Reichratsabgeordneten Mykola Vasyľko (1868-1924) und Kost' Levyčyj bereit, die sich vor dem 13. August ergebnislos an ihn gewandt hatten. <sup>13</sup> Kost' Levyčyj versuchte später den Eindruck zu erwecken, er habe erst in der zweiten Augushälfte vom k.u.k. Außenminister Leopold Graf von Berchtold (1863-1942) erfahren, daß die deutsche Regierung ihn sprechen wolle. <sup>14</sup> Dabei war es umgekehrt, hier steht eine Überrestquelle gegen eine Traditionsquelle, wobei ersterer eher zu folgen ist. Es gibt keinen offensichtlichen Grund, warum der deutsche Botschafter eine fremde Initiative vorschieben sollte, daß sich allerdings die ruthenischen Politiker selbständig an die Deutschen gewandt hätten, mochte Levyčyj 1928 nicht mehr herausstellen. <sup>15</sup>

<sup>9</sup> Zitiert nach Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht* (1967), S. 117/8. – Dies kontrastiert zwar mit dem Anspruch des baltendeutschen Ingenieurs Friedrich von der Ropp, der für sich in Anspruch nahm, von Jagow auf die Rolle der Fremdvölker erstmals 1916 hingewiesen zu haben, worauf dessen Reaktion gewesen sei: »Meinen Sie wirklich? Haben die Fremdvölker in Rußland etwas zu bedeuten? Man kann es ja versuchen!« (Friedrich von der Ropp, *Zwischen gestern und morgen*, Stuttgart 1963, S. 103-105; vgl. Seppo Zetterberg, *Die Liga der Fremdvölker Rußlands 1916-1918*, Helsinki 1978, S. 70). Die Darstellung von der Ropps mag aber eine Fiktion sein, um seine eigene Rolle aufzuwerten.

<sup>10</sup> Vgl. Wolfdieter Bihl, »Das im Herbst 1914 geplante Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 362-366, hier S. 362. – Hier sei auf Fedyschyns intelligente Feststellung hingewiesen, die Kaiser-Bemerkungen seien von den Historikern wichtiger genommen worden als von den zeitgenössischen Politikern (Fedyschyn, *Drive*, S. 40).

<sup>11</sup> Vgl. Hoyos an Giesl, 11.9.1914, über eine Erklärung »daß wir und Deutschland die Lostrennung der Ukraine von Rußland, seine vollkommene Unabhängigkeit wünschen, daß wir jede dahin zielende Bewegung fördern und daß, wenn unsere Armee in die Ukraine einzieht, wir sofort dort ukrainische Führer heranziehen und ihnen, soweit wir können, helfen werden, das Land auf unabhängiger Grundlage zu organisieren« (HHStA P.A. Krieg 8b, 902, nach Grebing, *Österreich-Ungarn*, S. 275).

<sup>12</sup> Daß die »Losreißung« der Ukraine von Rußland ein österreichisches Ziel war, jedoch eher ein strategisches als ein ökonomisches oder nationales, wird keineswegs bestritten. Vgl. Fritz Fischer, »Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatziele im Osten 1914-1918«, *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S.249-310, hier S. 257. Skoropys-Joluchovskij hat später betont, die meisten deutschen und österreichischen Beamten hätten die ukrainische Eigenstaatlichkeit für eine »absolut unseriöse Utopie« gehalten und allein das Ziel gehabt, ukrainische Nationalisten »gegen Geld für gewöhnliche Spionage- und Aufruhr-Tätigkeit im Hinterland der russischen Armee« zu verwenden (Oleksander Skoropys-Joluchovskij, »Moï 'zločyny«, *Chliborobška Ukraïna*, 2-4 (1920-21), S. 191-237, hier S. 201).

<sup>13</sup> von Tschirschky an AA, 13.8.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.1, Bl.8.

<sup>14</sup> Kost' Levyčyj, *Istoriija vyzvol'nych zmahan' halyč'kych Ukraïnciv z času svitovoi viny 1914-1918*, L'viv 1928, S. 27.

<sup>15</sup> Ähnlich wie Levyčyj beschrieb den Vorgang von Hutten-Czapski. Nachdem die Österreicher »in der zweiten Augushälfte [Hervorhebung FG] [...] erklärten [...] die notwendigen erheblichen

Daß der Anstoß zu den geschilderten Vorgängen von Galizien ausging, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß in den von dem Chef des Generalstabs General Helmuth von Moltke (1848-1916) verfaßten Revolutionierungs- und Insurrektionsplänen, die am 2. und 5. August 1914 (also auch eher ad hoc) entstanden, von Ukrainern (im Unterschied zu Finnen und Kaukasiern) keine Rede war.<sup>16</sup> Die Ukrainer kamen in den deutschen Plänen erst vor, nachdem ihre Repräsentanten die deutschen Diplomaten angestoßen hatten. Und zu widersprechen ist auch Grelka, der für den August bereits die **Instrumentalisierung** von ukrainischen *Emigranten* durch das AA annimmt.<sup>17</sup>

Der BBU – zu diesem Zeitpunkt noch als »Verband für die Befreiung der Ukraina« firmierend – nahm die Einnahme Brüssels am 20. August 1914 zum Anlaß, um eine Grußadresse an Deutschland zu verfassen. Den Text, der mit dem Satz endete, »Wir erwarten als einen grossen Feiertag die Stunde, in der unser Volk in der russischen Ukraina die siegreichen Truppen seiner Majestät des Kaisers von Deutschland und seines Verbündeten als seine Befreier mit Lorbeeren grüssen wird«, unterzeichneten Melenevskyj, Skoropys-Joluchovskýj, Zaliznjak und Doncov.<sup>18</sup> Österreich wurde nicht ausdrücklich genannt. Der BBU schien erkannt zu haben, daß er sich vor allem deutscher Unterstützung versichern mußte, um irgendeine Bedeutung zu erwerben – in Österreich würde er immer gegenüber den konservativeren und taktisch operierenden Ruthenen sowie den Polen nachrangig sein, während Deutschland anscheinend keine Rücksichten zu nehmen brauchte.

Noch im August 1914 versuchten Ukrainer auch, das deutsche **materielle Interesse** an der Ukraine zu wecken: So wurde über das Lemberger Konsulat der deutschen Regierung eine »Abhandlung« des Lemberger Gymnasiallehrers Vasyľ Pačovskýj (1878-1942) zugeleitet, »damit die deutsche öffentliche Meinung bei Zeiten über die politische und wirtschaftliche Bedeutung aufgeklärt werde, die im Falle des russischen Zusammenbruchs die Aufrichtung einer selbständigen Ukraine für Deutschland haben muß«.<sup>19</sup> Der Verfasser legte in einer Denkschrift über »Die Schätze der Ukraine« dar, daß die Ukraine die »Grundlagen der Machtsicherung Rußlands« gelegt habe und letzteres ohne sie, den »Speicher und die Schatzkammer des russischen Reiches«, »zu einer Macht zweiten Ranges in Europa herabsinken« würde. Getreide, Fleisch und Bodenschätze, Industrie und Wasserstraßen besitze die Ukraine – darüber hinaus führe »die einfachste Verbindung Europas mit Indien [...] von Berlin über Kijew und Charkow«. Selbständig oder mit Österreich vereinigt würde die Ukraine »zu einem der größten und mächtigsten Reiche Europas heranwachsen und den Dreibund um

---

Geldmittel nicht flüssig machen könnten« habe Kaiser Wilhelm eingegriffen und »bewirkt(.), daß der Reichskanzler die Bereitwilligkeit Deutschlands aussprach, seinerseits die fehlenden Summen zur Verfügung zu stellen«. Durch Vermittlung von Tschirschkys sei Levyčkyj dann nach Berlin gekommen (Bogdan Graf von Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Bd. 2, Berlin 1936, S. 157). Der Periodisierung steht von Tschirschkys Schreiben entgegen, das eindeutig vor dem **15. August** verfaßt wurde und davon handelt, daß sich die Ruthenen an ihn gewandt hätten.

<sup>16</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 329, 341, 349, 361.

<sup>17</sup> Grelka, Nationalbewegung, S. 86. Eher versuchten die Ukrainer (erfolgreich), die Deutschen zu instrumentalisieren. Die Zahlungen der Deutschen an den BBU setzten erst später ein.

<sup>18</sup> Verband für die Befreiung der Ukraina, 21.8.1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.1, Bl. 68.- Nur am Rande sei erwähnt, daß die Unterzeichner Brüssel für die »Hafenstadt von Belgien« hielten.

<sup>19</sup> Heinze an Bethmann Hollweg, 26.8.1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.1, Bl. 87.

einen mächtigen Bundesgenossen vermehren«. <sup>20</sup> Also begannen bereits im August 1914 ukrainische Nationalisten mit materiellen Argumenten das deutsche Interesse an der Ukraine zu wecken.

Kost' Levyčkyj's Reise nach Berlin war der österreichischen Diplomatie offensichtlich unangenehm. Berchtold soll Levyčkyj gebeten haben, sich bei den Gesprächen Österreich gegenüber loyal zu verhalten. Levyčkyj hatte ursprünglich Vasyľ'ko nach Berlin mitnehmen wollen, galizische Parlamentarier glaubten jedoch, der reiche und eigensinnige Bukowiner könne mehr schaden denn nützen, und so fuhr Levyčkyj allein. Seine Eindrücke von seinen deutschen Gesprächspartnern waren höchst positiv. Zusammenfassend schrieb er:

»Die deutschen Politiker in Berlin sprechen kurz und entschlossen (rišučo), und sie beenden ihre Gespräche nicht mit der österreichischen Floskel: ›Wir werden uns nach Möglichkeit bemühen... – sondern sagen sofort, was sie denken, und machen es.« <sup>21</sup>

Dieses selbstsichere Verhalten, die scheinbare Offenheit haben auch in späteren Jahren ukrainische Politiker an deutschen Stellen fasziniert, auch wenn die Deutschen in Wirklichkeit keineswegs das sagten, was sie dachten. Eine »kurze und entschlossene« Redeweise spiegelte dies erfolgreich vor.

Levyčkyj sprach im Auswärtigen Amt (AA) mit Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann (1864-1940) und dem Vortragenden Rat Diego von Bergen (1872-1944). Neben Oberst Brose vom Generalstab lernte er den ehemaligen Reichskanzler Bernhard von Bülow (1849-1929) kennen und besuchte natürlich auch den neuen österreichischen Botschafter Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1867-1932). Aus seinem Bericht ging hervor, daß (mit Ausnahme von Bergens) Ukrainer den Deutschen bisher nur als Saisonarbeiter bekannt waren und sie es kaum verstanden, daß die Ruthenen sich über eine polnische Vorherrschaft beklagten, da der Staat doch österreichisch sei. In den Gesprächen hätten seine deutschen Partner versucht, die »ukrainische Seele« zu erforschen: Ob sie nach Westen oder nach Osten tendiere, wie das Verhältnis zu Österreich und zu Rußland sei – und wie die in den Großen Krieg gesetzten Erwartungen. Am Ende des Gesprächs sei er gefragt worden, »was wir [die Ukrainer] während des Krieges zur Verbreitung unserer Propaganda bräuchten und was uns Österreich nicht gebe«. Entgegen seiner Zusage an Berchtold will nun Levyčkyj den Deutschen über die falschen Russophilie-Vorwürfe und die Schwierigkeiten, die ukrainische Legion aufzustellen, berichtet haben. Woraufhin die Deutschen ein Protokoll des Gesprächs verfaßt und erklärt hätten, »sie würden unseren Befreiungskampf unterstützen«. <sup>22</sup> Bogdan Graf von Hutten-Czapski (1857-1937), der als Freund des deutschen Kaisers galt, schrieb später, Levyčkyj's Mitteilungen hätten ihn darin bestärkt, »daß eine ukrainische Erhebung Rußland an der empfindlichsten Stelle treffen würde«. <sup>23</sup>

Kost' Levyčkyj bat Zimmermann, seine Anliegen bei der österreichischen Regierung zu unterstützen, was schon ungewöhnlich sein mußte, da er auch beim öster-

<sup>20</sup> Vasyľ Pačovskij (Wasyľ Paczowskyj), »Die Schätze der Ukraine«, undat., PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 1, Bl. 88-93. Pačovskij wurde später einer der »Ukrainisierer« im Gefangenenlager Rastatt.

<sup>21</sup> Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 27-28.

<sup>22</sup> Ebd., S. 29-30.

<sup>23</sup> Bogdan Graf von Hutten-Czapski, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*. Bd. 2, Berlin 1936, S. 157.

reichischen Botschafter nicht nur Verständnis für ruthenische Autonomiewünsche fand, sondern auch angeblich die konkrete Zusage erhielt, sich in Wien und Berlin für die ruthenischen Forderungen nach einem separaten Kronland einzusetzen.<sup>24</sup> Da Zimmermanns Bericht über diese Unterredung vorliegt, kann bestätigt werden, daß das AA Levyčkyj den Eindruck vermittelte, Deutschland werde »keine Mittel scheuen«, um Gegner Rußlands zu gewinnen. Zimmermann will aber auch deutlich gemacht haben, daß dies nur mit der militärischen Planung zusammenhinge und keinen Kriegszielen »im Sinne einer zu erstrebenden politischen Neuordnung Osteuropas« entspreche. Er setzte sich nach dieser Unterredung auch für die Bitte Levyčkyjs um Propagandamittel ein. Kaiser Wilhelm stimmte zu, und damit hatte Kost' Levyčkyj 1.000.000 Mark (je zur Hälfte von der deutschen und der k.u.k. Regierung) zu seiner Verfügung.<sup>25</sup> Als Kost' Levyčkyj Anfang September Graf Berchtold davon berichtete, wußte dieser bereits Bescheid und erklärte, Österreich vertrete denselben Standpunkt wie Deutschland.<sup>26</sup> Kein Wunder also, daß die Verbindung nach Berlin interessant blieb: Nicht zuletzt finanzierte Levyčkyj mit dem Berliner Geld dann die Tätigkeit Doncovs in die Reichshauptstadt.

Von Hutten-Czapaskis Aussage, daß von den Deutschen für »eine ukrainische Erhebung in Rußland« dann doch »ausreichende Geldmittel nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, die maßgebenden Stellen hatten wohl doch Bedenken, der Kriegführung für ein immerhin zweifelhaftes Unternehmen größere Summen zu entziehen«, korrespondiert mit den übrigen Quellen. Man war an den Ukrainern interessiert, aber zögerte auch, sich ganz auf sie einzulassen. Für eine konkrete »Erhebung« reichten die freigegebenen Mittel nicht, und die Deutschen trauten den ukrainischen Versprechungen auch nicht. Oder in den Worten von Hutten-Czapaskis:

»Es hatte eben auch hier jede Vorbereitung gefehlt, und im Drange der Ereignisse ließ sich das Versäumte nicht nachholen.«<sup>27</sup>

Zur Propaganda reichte es zwar, sonst zweifelte man in Deutschland jedoch an den Aussagen Levyčkyjs. Von Jagow regte nach dessen Besuch an, »weitere Sachverständige, etwa aus jenen Gebieten zurückgekehrte Konsularbeamte, darüber zu hören, ob die Gegensätze zwischen Kleinrussen und Großrussen in der Ukraine genügende sind, daß mit einer erfolgreichen Aufwiegelung der dortigen Bevölkerung durch die von Dr. Lewicki angeregten Maßnahmen gerechnet werden kann.«<sup>28</sup> Aus dieser Aussage geht hervor, daß das AA erst nachdem Levyčkyj vorgetragen hatte, weitergehende Über-

<sup>24</sup> Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 30.

<sup>25</sup> Vgl. Zimmermann an Reichskanzler, 28. 8. 1914, abgedr. in Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 365-366; vgl. ebd., S. 350. Vgl. auch Hans Beyer, *Die Mittelmächte und die Ukraine 1918*. München 1956, S. 3-8.

<sup>26</sup> Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 30; Zu den Forderungen Levyčkyjs und Vasył'kos an Österreich und der Zahlung des österr. Anteils vgl. Hoyos an Giesl, 3.9.1914, *Hornykiewicz I, Dok.* 36, S. 131-132.

<sup>27</sup> Hutten-Czapaski, *Sechzig Jahre Politik*, Bd. 2, S. 157-158.

<sup>28</sup> Jagow an Zimmermann, 31.8.1914, zit. nach Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 366. – Der Schluß, daß – wie Gruchała schrieb – Kost' Levyčkyjs Besuch die Deutschen vor einem weitergehenden Engagement abgeschreckt hätte (vgl. Janusz Gruchała, »Austro-Węgry a sprawa ukraińska w latach I wojny światowej«, *Studia Historyczne* 28 [1985], S. 557-576, S. 562), ist offenbar falsch.

legungen anstellte. Die Reichskanzlei war sich ihres Informationsbedarfs bewußt und sah sich nach »Fachleuten« umgesehen. Sie stellte dem ehemaligen deutschen Konsul in Moskau, Generalkonsul in Warschau und Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Albrecht Freiherr von Rechenberg (1859-1935) Fragen »über die Ukraine«. In seiner Antwort vom 2. September 1914 an den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Arnold Wahnschaffe (1865-1941) erklärte von Rechenberg, im Hinblick auf eine längere Kriegsdauer sei der Ausbruch von Empörungen im Westen Rußlands »nur erwünscht«. Außer der polnischen Frage gebe es in Rußland »wohl keine, welche der kleinrussischen an Bedeutung gleich käme und unbedingt keine, welche, wenn sie bis zur offenen Empörung angefacht werden kann, die russische Regierung in gleich schwerer Weise lähmen würde.« Nur am Rande können wir hier würdigen, daß von Rechenberg nun einen Abriß der ukrainischen Eigentümlichkeiten gab, den er aus dem Repertoire der Hruševskij-Argumente bezog, und etwa den Ukrainern eine »demokratische Gesinnung« bescheinigte. Von Annexion war nicht die Rede: Vielmehr wäre zwar »ein Anschluß an Österreich-Ungarn bzw. Polen das nächstliegende«; da aber neben der Abneigung der russischen Ukrainer gegen die Polen auch »eine so gewaltige Vermehrung der habsburgischen Monarchie nicht vorteilhaft für die Stellung Deutschlands in Mitteleuropa« wäre, hielt von Rechenberg es für besser, die Ukraine würde »ein selbständiger Staat, ein wichtiger, aber keineswegs ohnmächtiger noch übermächtiger Pufferstaat zwischen Rußland und der habsburgischen Monarchie«, für den »die republikanische Staatsform auf demokratischer Basis unserem Interesse am besten entsprechen« würde. Die Erhebung der Ukrainer könne man mit revolutionären Schriften fördern und deren Erfolg würde schließlich auch das Zarenreich friedfertig stimmen.<sup>29</sup>

Das Mißtrauen gegenüber ukrainischen Informationen war nicht unbegründet: Mitte August 1914 waren den Deutschen auch erstmals Differenzen zwischen den österreichischen Ruthenen und den aus Rußland stammenden Ukrainern bewußt geworden: Heinze empfing in seinem Lemberger Konsulat Melenevskij und Skoropys, die sich über die mit den Verhältnissen in Rußland wenig vertrauten ruthenischen »Ideologen« beschwerten und Deutschland eine gegen die Großgrundbesitzer gerichtete und das allgemeine Wahlrecht propagierende Politik vorschlugen. An die Stelle historischer Lektionen sollten »konkrete moderne politische Forderungen, die aus sozialpolitischen Verhältnissen hervorgehen«, wie etwa eine Lösung der »Bodenfrage«, treten, wodurch man »auf einmal die ganze Bevölkerung der Ukraina gewinnen« könne.<sup>30</sup>

Skoropys-Joltuchovskij hatte damit den Kontakt zu den Deutschen wiederaufgenommen. Der orthodoxe Grundbesitzersohn stammte aus Podolien, hatte ein Agrostomiestudium in Kiew begonnen, war seit 1902 in der Nationalbewegung tätig und dann Mitglied der pro-russischen »Spilka«. Zumeist bezeichnete er sich als Kunstma-

<sup>29</sup> Rechenberg an Wahnschaffe, 2.9.1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.1, Bl. 104-125. Vgl. Fischer, Griff (1967), S.120; Remer, Ukraine, S. 252. – Aus dem Dokument geht hervor, daß dieser »Pufferstaat« durchaus eigene Macht besitzen sollte. Von Belgien war bis dahin nicht anders als von einem »Vasallenstaat« bzw. von Annexion die Rede. Die Gleichstellung beider Gebiete durch Fischer ist daher irreführend (vgl. Fritz Fischer, »Deutsche Kriegsziele«, S. 253).

<sup>30</sup> Heinze an Tschirschky mit Anlage Melenevskij (16.8.1914), 17.8.1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine Bd. 1, Bl. 57-61.

ler. Zwei Jahre saß er im Gefängnis in Charkiv, ein Jahr verbrachte er in Sibirien in der Verbannung. Aus der Verbannung floh er ins Ausland und lebte eine Zeitlang in Krakau, Lemberg, Berlin, München und London. Seiner eigenen Darstellung von 1920 nach will er sich von 1912 an Gedanken über die Aufgabe ukrainischer Emigranten im Falle eines Krieges gemacht haben. In seiner eigenen Diktion:

»Sie müssen jetzt in diesem »einigen Rußland« interne Fragen suchen, mit denen man Moskau schwächen kann. [...] Klar, daß jetzt die Regierungen von Deutschland und [...] Österreich ihre Gleichgültigkeit aufgeben und auf die Positionen von uns Ukrainern übergehen müßten und daß es unsere Sache sei, die Anerkennung der [...] ukrainischen Selbständigkeitsbewegung durch offizielle Kreise für die Weltpropaganda der ukrainischen Sache zu nutzen.«<sup>31</sup>

Dies war eine Darstellung ex post, und wir können es dahingestellt lassen, ob sie voll und ganz den Überlegungen von 1912 entsprach. Sie ist aber insofern realitätsnäher als das angebliche Ahnen Rohrbachs, als Skoropys und Melenevskyj, die bei Kriegsausbruch in London waren, tatsächlich alles versuchten, um nach Deutschland und Österreich zu gelangen. Sowohl die österreichische als auch die deutsche Vertretung half ihnen dabei in den letzten Stunden vor der Kriegserklärung, aber noch gab es kein politisches Konzept. Konsul Emanuel Urbas, der sich in Österreich im Regierungsauftrag den Ukrainern zugewandt hatte, verwies die Sozialisten an den gerade gegründeten BBU, während der Sozialdemokrat Viktor Adler (1852-1918), mit dem Melenevskyj zunächst Kontakt aufgenommen hatte, eine auf Österreich gestützte ukrainische Befreiungsbewegung für eine Utopie hielt, der nur jemand anhängen könne, der von der »Stumpfheit« der österreichischen Politik keine Ahnung habe.<sup>32</sup>

Der Gegensatz zwischen den konservativeren österreichischen Ruthenen und den aus Rußland stammenden Ukrainern war den Deutschen neu und verwirrte sie etwas. Konsul Heinze berichtete, die rußländischen Ukrainer seien »von dem Geiste russisch-revolutionärer Bewegung nicht unberührt« geblieben, neben kirchlichen beständen »soziale und kulturelle Verschiedenheiten« zwischen Ost- und Westukrainern. Und er referierte, daß »die hier befindlichen russischen Ukrainer nicht von Österreich, sondern von Deutschland die einzige wirklich durchgreifende Unterstützung für ihre Unabhängigkeitsbewegung« erwarteten:

»Nach ihren eigenen Worten erblicken sie nicht in der Wiener Politik mit ihrer gewollten oder notwendigen Rücksicht auf die polnischen Gefühle, sondern in der kraftvollen und zielbewußten Politik des Reiches den Hort der freien Ukraine. Uns wollen sie sich politisch und geistig anschließen, aus Deutschland sich ihre Beamten, Instruktoren und Erzieher holen und mit dem deutschen Handel in engste Beziehung treten.«<sup>33</sup>

Mit dieser Mitteilung mochte in Deutschland der Gedanke aufgekommen sein, »eigene« Ukrainer mobilisieren zu können. Aber auch die Schwierigkeiten wurden deutlich. In einer 16-seitigen Denkschrift für das Auswärtige Amt, bei deren Abfassung ihm von Rechenbergs Denkschrift bekannt war, betonte Heinze die »Gegensätze und Eifersüchteleien« unter seinen Gesprächspartnern. Er diagnostizierte »auffallend viele

<sup>31</sup> Oleksander Skoropys-Joltuchovskij, »Moï »zločyny«, Chliborobśka Ukraïna, 2-4 (1920-21), S. 191-237; hier S. 194-195.

<sup>32</sup> Ebd., S. 200-201

<sup>33</sup> Heinze an Tschirschky, 22. 8. 1914; am 25. 8. 1914 nach Berlin weitergeleitet, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.1, Bl. 66-67.



Unstimmigkeiten, meist persönlicher Art, die für die gesammte[!] ukrainische Bewegung charakteristisch sind. [...] Das ukrainische Mißtrauen erscheint einem Dritten fast krankhaft und bisweilen grotesk.«<sup>34</sup> Heinze berichtete von politischen Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westukrainern, zwischen Emporkömmlingen und Etablierten wie dem Bukowina-Abgeordneten Vasył'ko, dem der Konsul »vor all seinen Volksgenossen [...] gewinnende gesellschaftliche Formen und [...] die ausgezeichneten Wiener Beziehungen« bescheinigte.<sup>35</sup> Heinze hielt Zaliznjak für eine entgegen dem äußerlichen Eindruck verwendbare Figur, Doncov, der am besten deutsch spreche, für sympathisch.<sup>36</sup> Der Konsul war für eine deutsche Finanzierung »zur Unterstützung der ukrainischen Propaganda«<sup>37</sup>, sah jedoch darüber hinaus keine Basis für konkretes Handeln.<sup>38</sup>

Der russische Vormarsch im September 1914 ließ eine »Erhebung« in Rußland illusorisch erscheinen, und als der BBU von Deutschlands Botschafter von Tschirschky politische Perspektiven einforderte, erklärte dieser nun, Österreich-Ungarn den Vortritt lassen zu wollen und daß wegen der militärischen Lage in Galizien der Zeitpunkt »zu einer Entscheidung hierüber überhaupt nicht geeignet erscheine«.<sup>39</sup> Man nahm also die Ukrainer wahr, interessierte sich für sie, investierte ein wenig in Propaganda, vermied jedoch jede konkrete Bindung.

Ähnlich reagierte das AA auch noch, als 1915 die deutsche Botschaft in Bern über ihre ersten Kontakte mit dem ukrainischen Unabhängigkeitsbefürworter Volodymyr Stepankivskýj berichtete. Diego von Bergen hielt die ukrainische Revolution für eine Utopie, die nur Erfolg haben könne, wenn Deutschland in der Ukraine einmarschieren würde, woran derzeit aber nicht zu denken sei. »Alle Voraussetzungen für ihre eigene Erhebung fehlen«, schrieb er nach Bern.<sup>40</sup>

Die eingeforderten Denkschriften hatten mit Ausnahme der Stellungnahme von Rechenbergs unisono dem Nationalismus in der russländischen Ukraine jede größere Bedeutung abgesprochen. Aber diese politischen Denkschriften für den internen Gebrauch sollten nicht überbewertet werden. Der ungewohnte Kriegszustand an vielen Fronten, der Wechsel von Siegesmeldungen und Niederlagen, die öffentliche Euphorie und die von Zechlin konstatierte ungewohnte Arbeitsbelastung der Berliner Beamten und Diplomaten (»Man watet in Denkschriften«)<sup>41</sup> verbieten es, jedem der eingereichten Schriftsätze große Bedeutung beizumessen. Nur das Interesse für Optionen wurde deutlich, es fehlte noch ein Gespür für die Grenzen des Machbaren: In Deutschland planten gar der Generalstab und die Zionisten einen ostjüdischen bewaff-

<sup>34</sup> Heinze, Denkschrift, 25.9.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.2, Bl. 44a/1-16, hier Bl. 1-2.

<sup>35</sup> Ebd., Bl. 3. – Zimmer attestierte ihm dagegen »aalglatt[e.] Liebenswürdigkeit« (Max Zimmer, »Ukrainische Parteien«, 15.4.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 87).

<sup>36</sup> Heinze, 25.9.1914, Bl. 6.

<sup>37</sup> Hiervon sollten 100.000 Kronen an den BBU, 100.000 an den Allgemeinen Ukrainischen Rat, 200.000 an Zaliznjak und 100.000 in eine Reserve gehen. Vgl. ebd., Bl. 12.

<sup>38</sup> Ebd., Bl. 16.

<sup>39</sup> Deutscher Botschafter Wien (von Tschirschky) an Reichskanzler, 19. 9. 1914, PAAA Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 2, Bl. 4. – Umstände der Übergabe der Denkschrift und Zusammenfassung in Deutscher Konsul Lemberg, z.Zt. in Wien (Heinze) an von Tschirschky, 16.9.1914, ebd., Bl. 6-7.

<sup>40</sup> Von Bergen an Schubert, 16.8.1915, PAAA Gesandtschaft Bern, 11a, Step. Bd.1, Bl. K489070, nach Zetterberg, Liga, S. 59.

<sup>41</sup> Solf an Jagow, 25.9.1914, zit. nach Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 271.

neten Aufstand gegen die Russen.<sup>42</sup> Auch die Leichtigkeit, mit der phantastische Einkreisungen Rußlands geplant und eher zwielichtige Abenteurer über durchaus nicht weniger ambivalente »Vertrauensleute« mit vergleichsweise großen Geldbeträgen unterstützt wurden, belegt, daß kein fertiges Handlungskonzept vorlag. Erst nach einigen Monaten begann man, etwas vorsichtiger zu operieren.

Die deutsche Politik war mehrgleisig. Die Interessen einzelner Gruppierungen wichen durchaus voneinander ab. Propaganda war bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine politische Waffe, die nicht unbedingt ein Abbild der tatsächlichen Pläne darstellte. So finden wir etwa in der Denkschrift des Zentrums politiklers Matthias Erzberger (1875-1921) vom 2. September 1914, in der er neben dem strategischen Ziel, »Rußland sowohl von der Ostsee als auch vom Schwarzen Meer abzuschließen«, die »Befreiung der nichtrussischen Völkerschaften vom Joch des Moskowitertums und Schaffung von Selbstverwaltung im Innern der einzelnen Völkerschaften« forderte, Ziele beschrieb, die angesichts der militärischen Lage verwegen klingen mußten. »Alles dies unter militärischer Oberhoheit Deutschlands, vielleicht auch mit Zollunion«.<sup>43</sup>

Erzberger wirkte damals in der Zentrale für Auslandsdienst, einer Dienststelle des Auswärtigen Amtes, die als Relais für Kontakte mit neutralen Staaten und »aufzuwiegenden« Nationalitäten diente. Formale bestand ihre Aufgabe in der Aufarbeitung von Informationen aus dem Ausland. Die Zentralstelle war insofern für die ukrainische Politik von Bedeutung, als ihr Leiter, der Diplomat Alfons Mumm von Schwarzenstein (1859-1924), 1918 diplomatischer Repräsentant Deutschlands in der Ukraine wurde und sein Nachfolger, Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen (1867-1939), später ebenfalls als Unterstaatssekretär im AA die deutsche Ukrainepolitik mitgestaltete. Feste Mitarbeiter waren bis 1917 mit Paul Rohrbach und Axel Schmidt (1870-1940) zwei deutsch-baltische Publizisten, die hier erstmals aufeinander trafen und nun auch der ukrainischen Problematik besondere Bedeutung beimäßen.<sup>44</sup>

Rohrbach hielt von Mumm für einen Routinediplomaten, »dem es an Einsicht und Wissen über den Osten ebenso fehlte, wie am Bedürfnis und an der Fähigkeit, eine klare Initiative zu entfalten«.<sup>45</sup> Von sich selber nahm er das Gegenteil an. Also beschwerte er sich darüber, daß seine Ansichten nur ungenügende Beachtung gefunden hätten, daß die Mitarbeiter der Zentralstelle ihre Berichte nicht mit eigenen Kommentaren versehen dürften, Politiker wie Militärs eigenen, eigensüchtigen Plänen anhängen

<sup>42</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 346.

<sup>43</sup> Hier zitiert nach Fischer, Griff (1967), S. 118/9. – Zur Diskussion hierüber vgl. Zechlin »Friedensbestrebungen«, 20/1963, S. 16-17.

<sup>44</sup> Daß sie als »Erfinder der Ukraine« verhöhnt wurden, ist insofern unberechtigt, als Rohrbach wohl erst durch die Lektüre ukrainischer Broschüren Ende 1914 auf den ukrainischen Separatismus aufmerksam wurde (Vgl. Peter Borowsky, »Paul Rohrbach und die Ukraine«, S. 438, 441). – Borowsky versuchte später eine »besondere Rolle der Ukraine« in Rohrbachs Schriften schon für 1913 zu retten, nachdem er sich halb von der Datierung des »Durch die Ukraina«-Artikels distanziert hatte, jedoch schreibt Rohrbach ausdrücklich dort (und von Borowsky zitiert), ob eine »politische Scheidelinie« zwischen Groß- und Kleinrussen entstehe, »vermag niemand zu sagen« (Paul Rohrbach, »Deutsche Welt- und Kolonialpolitik«, Preußische Jahrbücher 152 [1913], S. 504-527, hier S. 510; zit nach Borowsky, »Rohrbach«, S. 438).

<sup>45</sup> Paul Rohrbach, Um des Teufels Handschrift. Hamburg 1953, S. 196.

und somit die Stelle keinen politischen Einfluß hätte.<sup>46</sup> Den hatte auch Erzbergers Denkschrift nicht.<sup>47</sup>

Selbst in negativem Sinne hatte die Einrichtung keinen Erfolg: Im Dezember 1914 (nicht etwa vorher!) versuchte die Zentralstelle für Auslandsdienst »mit Rücksicht auf die augenblicklich schwebenden Verhandlungen« zu unterbinden, daß »irgendwelche Mitteilungen über die Ukraine veröffentlicht werden«. Daß man sich kaum daran hielt, ist die eine Seite – andererseits hatte eine Verständigung mit Rußland offenbar zu diesem Zeitpunkt beim AA Vorrang gegenüber Revolutionierungsplänen.<sup>48</sup>

Nicht einmal die Alldeutschen, deren Vorsitzender Heinrich Claß (1868-1953) am 20. August 1914 eine Kriegszielenkschrift verfaßte, die im Dezember 1914 als »handschriftlich gedruckte vertrauliche Denkschrift« an »etwa zweitausend ausgewählte führende Persönlichkeiten unseres öffentlichen Lebens« versandt wurde, dachten an eine Annexion der Ukraine. Aus der 1917 verbreiteten Version wird deutlich, daß die angestrebten Annexionen sich auf andere Gebiete bezogen – und daß die Denkschrift 1914 beschlagnahmt und ihre Weitergabe verboten wurde.<sup>49</sup> 1917 war dies anders!

Kurt Riezler distanzierte sich vom alldeutschen Annexionismus, und selbst Fritz Fischer hielt Bethmann Hollwegs Schriftsatz für ein »Programm der Mäßigung«<sup>50</sup>. Es wäre daher unangemessen, mit Fritz Fischer (an anderer Stelle), Imanuel Geiss, Peter Borowsky und Claus Remer in bezug auf die Ukraine (für andere Gebiete sah dies anders aus) eine »Kontinuität von Vorkriegs- und Kriegszielen einflußreicher Kreise sowie der Umsetzung jahre- und jahrzehntelang artikulierter Forderungen alldeutscher Ideologen und Propagandisten in praktische Regierungspolitik« anzunehmen.<sup>51</sup> Was es gab, war eine Option im Rahmen der Revolutionierungspolitik, die

<sup>46</sup> Vgl. Rohrbach, Handschrift, S. 200-204; Rohrbach verließ die Stelle im Februar 1917 wegen eines Konflikts um Axel Schmidt. Diesem war vorgeworfen worden, »aus baltischem Ressentiment« russische Stimmen unterbewertet zu haben (Ebd., S.204).

<sup>47</sup> Hier würde es zu weit führen, eine allgemeine Diskussion über die Novität deutscher Kriegsziele zu führen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß etwa das vielzitierte und bedeutsame Mitteleuropa-Konzept Friedrich Naumanns nach Ansicht Henry Cord Meyers »rooted in the necessities of the war itself rather than in any long-range or logical prewar planning« gewesen sei (Henry Cord Meyer, »German Economic Relations with Southeastern Europe, 1870-1914«, *American Historical Review*, 57 (1951), S.77-90, hier S. 77) und daß Friedrich Meinecke 1916 durch den Krieg »neue Horizonte« auftauchen sah, »die vor zwei Jahren nicht einmal die konstruierende Theorie kannte«, und Deutschland zu einem »hegemonischen Föderalismus« gedrängt sah, der den »locus minoris resistentiae« ausnutzen mußte, um die »kontinentale Machtstellung vor allem gegen Rußland« auszubauen (»Probleme des Weltkriegs«, *Die neue Rundschau* 1 (1916), S. 721-733, hier S. 723, 729, 733).

<sup>48</sup> Schumacher, Zentralstelle für Auslandsdienst an Hammann, Auswärtiges Amt, 2. 12. 1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 39.

<sup>49</sup> So die Angaben in Heinrich Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*. München 1917, S. 7, im Gegensatz dazu Fischer, *Griff* (1967), S. 95.

<sup>50</sup> Ebd., S. 95. – Im Kriegszielprogramm kommt vor, daß »Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden« müsse. Daß dies jedoch die Ukraine betrafte, ist keineswegs klar; der »mitteleuropäische Zollverband« sollte nur Polen mit umfassen und die von Fischer angeführte Jagow-Denkschrift orientierte sich an österreichischen wie auch rumänischen Interessen (vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 255-257).

<sup>51</sup> Borowsky sah in der späteren Besetzung der Ukraine die »Verwirklichung einer während des ganzen Krieges festgehaltenen Konzeption, die ihrerseits wieder auf allgemeine Vorstellungen der Vorkriegszeit zurückgeht«, was sich u. E. so nicht aufrechterhalten läßt (Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 17). Fischer schrieb, daß die deutsche Orientierung sich »im August und September 1914 vollzog

sich interessierte Beamte und Politiker offenhielten. Ein Beleg hierfür ist die Tätigkeit des deutschen Gesandten in Bern Gisbert Freiherr von Romberg (1888-1952). Dessen Aktivität stand im Zeichen der »sozialistischen« Revolutionierung,<sup>52</sup> als er durch Stepankivskýj auf die »nationale« Variante hingewiesen worden war, wurde er deren begeisterter Verfechter – aber eben erst dann!

Weiterreichende Annexionsziele fanden schon früh in den Denkschriften des Regierungspräsidenten von Frankfurt/Oder Friedrich von Schwerin ihren Niederschlag – auch hier 1914/15 jedoch auf Polen, Litauen und Kurland bezogen und nicht auf die Ukraine.<sup>53</sup> Dabei war von Schwerin seit dem Frühjahr 1915 der Kontaktmann zu den Ukrainern. »Berlin« hielt sich aber weiter bewußt zurück, während Frankfurt/Oder zum Relais der deutsch-ukrainischen Kontakte wurde.

Die Annexionsdiskussion der Alldeutschen bezog sich bis Mitte 1915 ausschließlich auf Polen und das Baltikum. Im Frühjahr 1915 tat Otto Hoetzsch alle »Befreiungsprojekte« als »Phantasterei« ab, aber im Laufe des Jahres 1915 hielt er (immer noch ein Gegner der »Dekomposition«) sie immerhin erstmals hinsichtlich der Ukrainer für »vielleicht [...] möglich und denkbar« – auch dies keine sehr aggressive Formulierung –, weil er die Ukrainer nun neben den Juden für die einzige deutschfreundliche Gruppe im europäischen Osten hielt.<sup>54</sup>

Seit der preußische Kriegsminister Erich von Falkenhayn (1861-1922) am 18. November 1914 einen Separatfrieden mit Rußland gefordert hatte, wurde in der deutschen Führung diese Option erörtert.<sup>55</sup> Nach der russischen Okkupation ganz Ostgaliziens spekulierte Riezler über eine Einigung. Selbst der gegenüber dem Westen annexionistisch eingestellte Kronprinz Wilhelm von Preußen (1882-1951) bemühte sich vergeblich um einen Sonderfrieden mit Rußland.<sup>56</sup> Der Zar ging jedoch auf die deutschen Angebote nicht ein, und Unterstaatssekretär Zimmermann setzte sich mit seinen Befürchtungen durch, ein starkes, ggf. gar um das noch besetzte Ostgalizien erweitertes Rußland wäre eine Gefahr für Deutschland. Nur mit einem geschwächten Rußland sei ein Sonderfriede möglich.<sup>57</sup> Da dies die »Revolutionierung« einschloß, wurde Ar-

[...] und [...] immer bleibend als festumrissene Konzeption bestand« (vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 251); Remer folgte hier seiner geringen Differenzierung, indem er generalisierend häufig von »herrschenden Klassen« und »werk tätigen Massen« handelt, ohne das Vorhandensein ganz unterschiedlicher Positionen zuzugestehen (vgl. Remer, Ukraine, S. 172). – Vgl. dagegen Conze, der die deutsche »Beamtenherrschaft« mit anderen Gruppen kontrastierte (Conze, »Nationalstaat«, S. 204).

<sup>52</sup> Vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 259.

<sup>53</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 104-105, 160.

<sup>54</sup> Vgl. Uwe Litzkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 1, Berlin 1988, S. 146-157.

<sup>55</sup> Vgl. Fischer, »Deutsche Kriegsziele«, S. 262. – Wir wollen hier im Gegensatz zu Conze (»Nationalstaat«, S. 204) keineswegs den Eindruck erwecken, diese Bemühungen zeugten von deutscher Nachgiebigkeit. Im Gegenteil, der Sonderfrieden im Osten sollte einen »Siegfrieden« im Westen erzwingen (Vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 265, 270).

<sup>56</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen«, 1963, 20, S. 36-7. Zu den diversen Versuchen vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen«, 1963, 22, passim. Insbesondere Stepan Rudnyčkyj betonte stets, daß die Verbindung mit Rußland vor dem Krieg und während des Krieges immer das deutsche Ziel gewesen sei (Vgl. Stepan Rudnyčkyj, Ukraïnska sprava zi stanovyšča polityčnoï geografii. Wien 1920, Repr. in: Stepan Rudnyčkyj, Čomu my chočemo samostijnoï Ukraïny. L'viv 1994, S. 93-208, hier S. 177).

<sup>57</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 157-158, 165-167. Riezler registrierte unter dem 20.2.1915 in seinem Tagebuch: »Dann bleibt uns nichts über, als den Separatfrieden mit Rußland früher als Österreich zu schließen, ihm Galizien und die Bukowina anzubieten, kurz uns mit Rußland über die Aufteilung Österreichs zu verständigen.« (Riezler, Tagebücher, S. 250-251). Die Memoirenliteratur enthält

tur Zimmermann zu einem Positivposten in den Plänen der ukrainischen Nationalisten – gleichzeitig waren die Österreicher auf seiner Seite, die an der Rückgewinnung des okkupierten Ostgalizien interessiert waren. Im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg – und als partielle Erklärung für die späteren Fehleinschätzungen – kann dabei im Ersten von grundsätzlich unterschiedlichen Programmen und kontradiktorischen Prioritäten in einzelnen Behörden gesprochen werden; im Zweiten waren auch die markantesten Unterschiede nur mehr taktisch. Vom Sommer 1915 an, nachdem sich die Kriegslage im Osten zugunsten der Mittelmächte verbessert hatte, gab dann Bethmann Hollweg seine Sonderfriedensbemühungen auf.

Der österreichische Botschafter in Berlin, Hohenlohe-Schillingsfürst, registrierte dies. Nun erst kam es ihm so vor, als sei das Reich bereit zu akzeptieren, Ostgalizien, die Bukowina und einen russischen Grenzstreifen als neues Kronland zu einem »Anziehungskern« einer künftigen autonomen Ukraine unter österreichischem Einfluß werden zu lassen.<sup>58</sup> Artikuliert wurde dies jedoch in Deutschland öffentlich immer noch nicht, obwohl ansonsten Annexionen zum Repertoire der deutschen Politik gehörten und das Verbot, über Kriegsziele zu spekulieren, kaum eingehalten wurde. Das lag vielleicht auch daran, daß ein Teil Ostgaliziens weiter russisch besetzt blieb. Im Juli 1915 befand dann aber wieder Zimmermann, man solle sich nicht auf pro-ukrainische Propagandaunternehmungen einlassen, die »mit dem unmittelbaren Kriegszweck nur in losem Zusammenhang« ständen.<sup>59</sup> In seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 sprach Bethmann Hollweg nur von einer »Befreiung« Polens, Kurlands und Litauens.<sup>60</sup>

Dabei gab es verschiedenartige Forderungen an Rußland: Man wollte einen polnischen Grenzstreifen annectieren und die dortigen Polen gegen aus Rußland rückzuholende deutsche Kolonisten austauschen. Dann gab es die alldeutsche »Politik der Diagonale« (Zechlin) mit einer deutsch-russischen Grenze von der Südostecke Schlesiens bis zur Narvamündung. Man wollte also Rußland für die »Verständigung« einiges aufbürden, und weise war eine solche Politik auch nicht.<sup>61</sup> Schien die »Insurgierung« der Ukraine in den ersten Kriegswochen noch eine vage Option zu sein, so war nun der Gedanke daran aus dem Repertoire der deutschen Politiker weitgehend verschwunden.

Als im August/September und dann nochmals im November 1915 der BBU das deutsche AA zu einer pro-ukrainischen Stellungnahme veranlassen wollte, war Zimmermann nur bereit, Deutschland als »Hort des Friedens und der Freiheit der großen und kleinen Nationen« zu bezeichnen und die Kenntnis der national-politischen Bestrebungen der Ukrainer zu bestätigen. Ausdrücklich forderte er sogar die Streichung

---

weitere Hinweise auf eine ähnliche Einstellung, vgl. etwa Friedrich von der Ropp, *Zwischen gestern und morgen*. Stuttgart 1961, S. 102; Zechlin, »Friedensbestrebungen«, 1963, 22, S.16. Dies entsprach im übrigen auch der Position Walther Rathenaus, der keinen Widerspruch darin sah, große Teile Russlands, einschließlich der Hauptstädte, zu okkupieren, um darauf dann eine Allianz mit Rußland aufzubauen. Bei ihm resultierte deutsch-russisches Zusammengehen dann in Perspektiven einer gemeinsamen Hegemonie über den Balkan und wirtschaftlichen Erschließung Asiens (Vgl. etwa Eric C. Kollman, »Walther Rathenau and German Foreign Policy«, *Journal of Modern History* 24 (1952), S. 127-142, hier S. 131-132).

<sup>58</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S.166-167.

<sup>59</sup> Zimmermann an Romberg, 7.7.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.6, Bl. 33-34.

<sup>60</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 168.

<sup>61</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen«, 1963, 22, S. 17-24.

des Satzes: »Gegenüber der möglichen Gründung des selbständigen ukrainischen Staates stellt sich die kaiserlich deutsche Regierung wohlwollend«. <sup>62</sup> Wie Österreichs Außenminister hatte man kein Vertrauen in die »Möglichkeit der Existenz eines ukrainischen Staatsgebildes« mehr. <sup>63</sup>

Im Gegenteil, als in der ersten Jahreshälfte 1916 neuerlich an ein umfassendes Friedensabkommen gedacht wurde, das Japan, Rußland und die Mittelmächte schließen sollten, erwog man wieder die Abtretung Ostgaliziens an Rußland, wohingegen Litauen und Polen weiterhin als Annexionen galten bzw. zu »Pufferstaaten« umgestaltet werden sollten. <sup>64</sup> Die deutsche »Kriegszielliste« vom 4. November 1916 enthielt wie das »Friedensangebot« über Wilson vom 12. Dezember 1916 keinen Hinweis auf die Ukraine. <sup>65</sup>

Erst die Februarrevolution änderte etwas daran. Die Front verlief seit 1915 durch ostgalizisches Gebiet, so daß auf den Kreuznacher Kriegszielkonferenzen vom 23. April und 17./18. Mai 1917 die Abtretung Ostgaliziens an Rußland bzw. der status quo weiterhin realistisch diskutiert werden konnten. <sup>66</sup> Aber als eine der Varianten enthielt das erarbeitete Dokument nun auch den »stillschweigenden freundschaftlichen Anschluß der Ukraine«. Man hatte die Diskrepanzen zwischen der Zentral-Rada und der Petrograder Regierung wohl bemerkt, und die ukrainische Autonomie eröffnete neue Chancen. Als Bethmann Hollweg aber im Mai 1917 vorschlug, Kurland und Litauen »als selbständige Staaten zu frisieren, die eigene innere Verwaltungsautonomie erhalten, jedoch militärisch, politisch und wirtschaftlich an uns angeschlossen werden«, »um Rußland den Verzicht [...] schmackhaft zu machen«, <sup>67</sup> da kam in diesem Kontext die Ukraine immer noch nicht vor, obwohl die Vorbedingungen dort bis auf die direkte Besetzung ähnlich waren.

<sup>62</sup> K.u.k. Ministerium des Äußern an Hohenlohe, 9.11.1915; Hohenlohe an k.u.k. Ministerium des Äußern, 13.11.1915, HHStA, P.A. 903 Krieg 8b, zit. nach Hornykiewicz, Bd.1, S. 215. – Zu den BBU-Vorstößen im deutschen AA s. unten S. 109. Vgl. auch Vgl. Fischer (»Kriegsziele«, S. 272), der Zimmermann als »Spiritus rector der Revolutionierung Rußlands und des Islams« apostrophiert.

<sup>63</sup> Zit. nach Gruchala, »Austro-Węgry a sprawa ukraińska«, S. 563.

<sup>64</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 195; vgl. ders., »Kriegsziele«, S. 268 – Hierzu paßt, daß die fortgesetzte »Revolutionierungspolitik« nur mit geringer ukrainischer Komponente erfolgte, während die Balten stärker beachtet wurden. Die These Fischers, daß auch der Sonderfriede mit Annexionen größten Umfangs verbunden sein sollte, ist ganz richtig – nur bezog sich dies nicht auf die Ukraine (vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 269). Borowskys Satz, daß in der Sonderfriedensfrage die ukrainische Frage keine »issue« wurde, ist daher insofern irreführend, als gerade das Weglassen signifikant ist. Borowsky brauchte sich nicht danach zu fragen, ob die Mittelmächte auf das Separierungsziel der Ukraine verzichtet hätten, da dies in den einschlägigen Quellen erkennbar war (Borowsky, »Germany's Ukrainian Policy«, S. 85).

<sup>65</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 258, 265. – Zu den von Fischer zitierten Friedensbedingungen gehörte aber sehr wohl die »Anerkennung des Königreichs Polen im Anschluß an die Zentralmächte« und die »Abtretung Litauens und Kurlands«; und selbst die »Grenzkorrekturen« zugunsten Österreich-Ungarns richteten sich nur »gegen Serbien, Montenegro und Rumänien« (Vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S.273-274).

<sup>66</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 291, 295-297. Im davor verfaßten Kaiser-Programm kommt eine »Autonomie für die Ukraine« wie auch für Livland und Estland, jedoch im Unterschied zur »direkte[n] oder indirekte[n] Annexion von Polen, Kurland, Litauen«, vor (vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 276).

<sup>67</sup> Bethmann Hollweg an Grünau, 7. 5. 1918; PAAA, Weltkrieg 2 geh., Bd. 35; Fischer, »Kriegsziele«, S. 279.

Diese Verhandlungen verdeutlichten den Gegensatz zwischen deutschen Plänen und den Vorhaben der Österreicher, die sich mehr an den Interessen der galizischen Polen orientierten.<sup>68</sup> Der neue Habsburger Kaiser Karl I. (1887-1922) fürchtete einen politischen Umsturz mehr als er von territorialem Zugewinn erhoffte. Die Deutschen hingegen legten jetzt ihre »Revolutionierungspolitik« neu auf: Sie setzten nun (mit Riezlers Hilfe) auf eine »politische Zersetzung« Rußlands durch die Bol'seviki (die sich in der Durchschleusung Lenins und anderer Revolutionäre abbildete) und die Nationalitätenfrage.

Wir werden im folgenden zu zeigen haben, daß der Hiatus in der Ukraine-Planung keineswegs ausschloß, daß man ukrainischen Nationalismus unter den Kriegsgefangenen förderte und propagandistische Los-von-Rußland-Aktivitäten finanzierte, aber man achtete peinlich darauf, sich nicht als Vertreter einer »Randstaatenpolitik« zu demaskieren. Die Ukraine blieb eine Reserveoption. Auch dabei stand das Ziel eines Sonderfriedens im Vordergrund, zwar nach deutschen Bedingungen mit annexionistischen Elementen, nicht jedoch mit dem Ziel der Abspaltung der Ukraine, die den meisten Kennern der Lage unrealistisch erschien.<sup>69</sup> Die gescheiterten Stockholmer Verhandlungen des im parlamentarischen Auftrag agierenden Erzberger berührten im Unterschied zu dem, was seine frühere Denkschrift hätte vermuten lassen, nicht das ukrainische Thema. Und das war folgerichtig: die durch die Februarrevolution in Gang gekommene Autonomiebewegung in der Ukraine war nicht auf eine Lösung von Rußland gerichtet, sondern strebte die Umwandlung des ehemaligen Zarenreiches in einen Bundesstaat an.

Der dort gebrauchte Begriff der »Autonomie« tauchte nun auch in den deutschen Überlegungen auf, jedoch mit einem anderen Inhalt. Während in der Ukraine damit der Fortbestand einer Rußländischen Föderation gemeint war, versuchten die deutschen Militärs die bisherigen Annexionsforderungen gegenüber Polen und dem Baltikum unter den »Autonomie«-Begriff zu zwingen, der eine deutsche Oberhoheit voraussetzte, also den Wechsel in den deutschen Herrschaftsbereich. Selbst zu diesem Zeitpunkt war jedoch noch nicht die Ukraine damit gemeint: Vielmehr war die Oberste Heeresleitung (OHL), wie Hindenburg Bethmann Hollweg am 20. April 1917 vorschlug, mit einer Annexion Ostgaliziens und der Bukowina durch Rußland durchaus einverstanden, wenn nur Kurland und Litauen im deutschen Herrschaftsbereich verblieben.<sup>70</sup> Österreich sollte für den Verlust seiner ruthenischen Gebiete in Serbien und der Walachei entschädigt werden. Dieser Vorschlag führte zu einem vorübergehenden Konflikt zwischen politischer Führung und OHL, jedoch nicht etwa um die Ukraine! Diesbezüglich, so versicherte Zimmermann Erich Ludendorff (1865-1937), teile Bethmann Hollweg dessen Standpunkt.<sup>71</sup>

<sup>68</sup> Ungeachtet dessen erneuerte das österreichische Außenministerium seine Beziehungen zum BBU, da man hoffte, durch dessen Propaganda »Resultate [zu] erzielen [...], die uns nicht ungelegen wären« (Generalkonsul Richard von Oppenheimer an Storck, 30. 4. 1917, HHStA P.A. Krieg 58, Karton 1041, nach Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 292).

<sup>69</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S.307-310.

<sup>70</sup> Hindenburg an Bethmann Hollweg, 20.4.1917, PAAA, Weltkrieg 15 geh., Bd. 2, nach Fischer, Griff (1967), S. 318. Im gleichen Sinne Lersner für Ludendorff an AA, 29.4.1917, PAAA, Weltkrieg 2 geh., Bd. 34, nach Fischer, Griff (1967), S. 320.

<sup>71</sup> Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 321. Auch nach dem Kanzlerwechsel zu Georg Michaelis enthielt die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 in dieser Hinsicht nichts Neues (Vgl. Fischer, Griff (1967), S. 343-344).

Der Grund hierfür scheint klar zu sein. Die deutschen Politiker und Militärs operierten auf der Basis des jeweiligen militärischen Status quo, dachten also tagespolitisch nicht an die Einflußnahme auf Gebiete, die sich außerhalb ihres unmittelbaren Zugriffs befanden. Das Konzept des Sonderfriedens sollte weitere militärische Handlungen verhindern, es ist daher angemessen anzunehmen, daß man sich um die Ukraine keine Gedanken machte. Aber dies bedeutete auch, daß man sich Reserveoptionen offenhielt und den vergleichsweise billigen Aktivitäten unter ukrainischen Kriegsgefangenen wohlwollend gegenüberstand. Und die Wirtschaft dachte tatsächlich ab 1915/1916 weitaus konkreter.

Der Bruch innerhalb der deutschen Politik wird in einem weiteren Zusammenhang deutlich. Der Vorsitzende der 1912 gegründeten »Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation« Dr. Erich Keup, der verdeckt die »Gefangenearbeit« im Auftrag von AA und Kriegsministerium betrieb (s. S. 110), schrieb im April 1917 an den BBU nach Österreich:

»Es gibt bei uns Politiker, die glauben, daß die Sonderbestrebungen der Ukrainer ihre Befriedigung gefunden haben werden, wenn sie nunmehr in einem neu aufgebauten Rußland föderativen Charakters weitgehende Zugeständnisse für ihre Nationalität erhalten haben. Ich bin nicht dieser Meinung, sondern glaube, daß die Bestrebungen der Ukrainer erst dann voll befriedigt sein werden, wenn eine völlige Lossprengung ihres Gebietes von Moskau und Petersburg erzielt worden ist. Nur ein völlig unabhängiger Kiewer Staat wird unumschränkter Nutznießer sein der reichen Quellen, die sein Boden und sein dichtgesiedeltes Volkstum ihm weltwirtschaftlich betrachtet zur Ausbeutung in die Hand gegeben haben [...] Eine volle wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine scheint mir nach wie vor erst dann gesichert, wenn ihr Gebiet sich dem Block der mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete anschließt. [...] Ich gebe zu, daß leider unsere auswärtige Politik, in übertriebenem Maße Rücksicht nehmend auf Österreich und die polnische Frage, die Ukraine bitter vernachlässigt hat. Sie wissen aber, daß andere Stellen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, in diesem Punkte sehr viel weitsichtiger vorgegangen sind.«<sup>72</sup>

Die anderen Stellen, das waren die Alldeutschen mit ihren wirtschaftlichen Verbindungen und das Militär. 1917 registriert man einen Umschwung der deutschen Politik. Claß konnte nun eine neugefaßte Version seiner Denkschrift von 1914 veröffentlichen, in der eine »völkische Flurbereinigung« mit Annexionen im Norden Polens und im Baltikum – aber immer noch nicht in der Ukraine – gefordert wurden.<sup>73</sup> Der neue Reichskanzler Georg Michaelis (1857-1936) besprach am 1. August 1917 mit dem österreichischen Außenminister Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz (1872-1932) zahlreiche Fragen: In diesem Zusammenhang verband das AA die Polenplanungen mit dem Ziel der Auflösung des Rußländischen Reiches. Dessen Lage war nun allerdings ganz anders geworden: Autonome Gebietskörperschaften waren entstanden (darunter auch die auf eine Autonomie abzielende Ukraine der Zentral-Rada in Kiew), und die durch Deutschland nach Rußland geschleusten demokratischen und sozialistischen Emigranten versprachen eine aufrührerische Politik.

Im Zuge der Destabilisierungsaktionen kam man auch auf die Ukrainer-Politik – umso mehr, als die erhofften Erfolge der eine rudimentäre Selbständigkeit Polens

<sup>72</sup> Keup an Melenevskyj, 17. 4. 1917, National Archives Canada, Ottawa (NAC), MG30, C167, vol.22, file 13.

<sup>73</sup> Vgl. hierzu etwa Conze, »Nationalstaat«, S. 209.



versprechenden Proklamation vom 5. November 1916 ausgeblieben waren. Es darf nicht übersehen werden, daß Graf Czernin auf diese Themen nicht einging, sondern von einem »Selbstbestimmungsrecht der Völker« ganz richtig eher den Zerfall der Donaumonarchie erwartete, während er einer Abtretung Galiziens an ein selbständiges Polen nicht so negativ gegenüberstand. Zweifellos wurde auf dieser Besprechung erstmals die Separierung der Ukraine von Rußland im höchsten politischen Kreis angesprochen.

Es ist jedoch nicht angemessen, darin mit Fritz Fischer »die massive Kontinuität der deutschen Ostpolitik seit August 1914« zu sehen.<sup>74</sup> Fischer bügelte mit einer solchen Wendung nämlich Unterschiede in der politischen Taktik glatt und setzte die Ziele der Alldeutschen und ihrer wirtschaftlichen Unterstützer grundsätzlich mit denen der Reichsregierung gleich. Auch wenn es Beeinflussungen gab, ist dies jedoch nur partiell richtig und kann für den Reichskanzler und einen Teil seiner Ministerien nicht oder nur eingeschränkt gelten. Eher wurde hier das Scheitern der – wenngleich nur in bezug auf die Ukraine – zurückhaltenden Positionen Bethmann Hollwegs<sup>75</sup> erkennbar, während sich sein Nachfolger nun tatsächlich mit Zielen identifizierte, die drei Jahre lang eben nicht die deutsche Politik gestaltet hatten.

Die Vereinbarungen zwischen Reichs- und Heeresleitung in Kreuznach am 9. August 1917, die ukrainische Los-von-Rußland-Bewegung »für schweigenden freundschaftlichen Anschluß an uns« zu nutzen und dabei den Ukrainern (und nicht mehr den Russen) das österreichische Ostgalizien anzubieten, das entsprach der neuen politischen Lage im **postzarischen** Rußland. Dazu gehörte, daß Deutschland nichts mehr an einem Verzicht Österreichs auf die polnisch besiedelten Teile Galiziens lag und daß man bereit war, es »zur vierten Teilung Polens kommen [zu] lassen«. Der deutsche Botschafter in Wien hatte zudem berichtet, Österreich sei an der Ukraine nicht interessiert und die nationale Bewegung im Zarenreich vielleicht doch stärker als die sozialistische.<sup>76</sup> Die Projekte zur Nutzung der Ukraine ersetzten nun die Sonderfriedenspläne mit Rußland, die zwischen 1915 und 1917 im Vordergrund gestanden hatten.

Als am 5. August 1917 Richard von Kühlmann (1873-1948) den weitaus offensiveren Zimmermann als Staatssekretär (Minister) ablöste, wurde das AA im Gegensatz zu Reichskanzler und OHL zu einer eher zurückhaltenden Instanz, die für einen Ausgleich mit Rußland eintrat. Aber selbst der neue Kanzler war an der Ukraine nicht unmittelbar interessiert. Michaelis schrieb Graf Czernin am 17. August, seine Regie-

<sup>74</sup> Fischer, Griff (1967), S. 347; vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 281; Mark, »Zur ukrainischen Frage«, S. 197. – Borowsky drückt es ähnlich aus, indem er »echte Kriegsziele« in der Ukraine erkennt, die jedoch erst nach Brest-Litovsk in Angriff genommen worden seien (Borowsky, Ukrainepolitik, S. 16). Er bleibt die Belege hierfür schuldig, weil er sich nicht mit Einzelheiten der Projekte vor 1918 beschäftigt.

<sup>75</sup> Wir meinen dabei natürlich nicht, Bethmann Hollweg sei ein Verteidigungspolitiker gewesen, dem alle Expansionsüberlegungen fern gelegen hätten (vgl. etwa Hermann Ostfeld, Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914-1918. Phil. Diss. Würzburg 1934, S. 33); eine größere Differenzierungsschärfe tut jedoch not, wenn es um die Ukraine geht.

<sup>76</sup> Besprechung Reichskanzler – OHL, 9.8.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 173-175; vgl. Fischer, Griff (1967), S. 348; Volkmann, Annexionsfragen, S.204; von der Ropp, Zwischen, S. 102; Fedyschyn, Drive, S. 54.

rung plane, »auch bei Einhaltung der jetzigen Reichsgrenzen« russische Gebiete »in nahen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenhang zu Deutschland zu bringen.« Wieder meinte er damit »Kurland, Litauen und Polen«, nicht die Ukraine. Und da er recht selbstbewußt forderte, Deutschland müsse Longwy und Briey im Westen »für sich nutzbar [...] machen«, und von Österreich verlangte, Polen, das »sich zu einer großen Gefahr für die Zukunft auswachsen« könne, zu disziplinieren, ist davon auszugehen, daß er auch die Ukraine angesprochen hätte, wenn er dies für wichtig gehalten hätte.<sup>77</sup>

1917/18 stand in Deutschland der Primat der Politik in Frage. Nach seiner Rückkehr aus Stockholm empfand Riezler im April 1918 Deutschland als eine »notdürftig verschleierte Militärdiktatur«.<sup>78</sup> Das Militär hatte im Oktober 1917 sein massives Interesse an der Ukraine deutlich gemacht. Die von Kurt Freiherr von Lersner (1883-1954) an den Reichskanzler weitergeleitete Denkschrift des Generals Conrad Gustav Friedrich von Bartenwerffer (1835-1919) betonte die strategische Bedeutung der Ukraine. Wie Jevhen Levyčkyj 1909 fast unbemerkt und 1915 mit mehr Publizität gefordert hatte (s. S. 131), sollte Rußland durch die Ukraine von den Meerengen wie vom Balkan getrennt werden, um so den Weg Berlin-Bagdad zu sichern. Außerdem sei dies ein Mittel, Polens Macht zu beschränken. Von Bartenwerffer betonte die mittlerweile überall präsente These von der Wirtschaftskraft der Ukrainer, von Lersner leistete ein Abwehrgefecht, indem er abstritt, das AA hätte die Bedeutung dieser Frage unterschätzt.<sup>79</sup> Genau dies muß der Eindruck gewesen sein. Auch das von Fischer angeführte Kühlmann-Zitat, man habe von Kriegsbeginn an Gebietsabtretungen von Rußland verlangt, ist nur für Polen und das Baltikum zutreffend, für die Ukraine trifft es nicht zu.<sup>80</sup>

Ein Sinneswandel Riezlers, der einer der Organisatoren des Lenin-Transfers gewesen war, läßt sich mit anderen Kriegszieldokumenten bestätigen. 1916 schrieb er, daß – von Polen und den Ostseeprovinzen abgesehen – »der Zusammenhalt des russischen Volkes und Reiches doch ein außerordentlich starker geworden ist«,<sup>81</sup> die von Erdmann umrissene »Doppellinie« der »Zurückdrängung Rußlands« aus Polen und der Verständigung mit ihm »auf Kosten anderer Staaten«, hier namentlich Österreichs, schloß eine Separierung der Ukraine aus.<sup>82</sup> Erst im Dezember 1917 meinte Riezler, die Herrschaft der Bolševiki werde zu einem »vorübergehenden Zerfall Rußlands führen«, für die Deutschen sei es gut, »eine weitgehende Selbständigkeit der Ukraine, des Kaukasus und Estlands« zu erreichen, aber immer noch sollte man die deutsch-russischen Beziehungen nicht »für alle Zeit mit dem weiteren Schicksal dieser Völker« belasten.<sup>83</sup>

<sup>77</sup> Ottokar Czernin, *Im Weltkrieg*. Berlin/Wien 1919, S. 216-218.

<sup>78</sup> Riezler, *Tagebücher*, S. 459-460.

<sup>79</sup> Vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 281.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 282.

<sup>81</sup> Kurt Riezler, »Wo stehen wir? Reflexionen über das Staatensystem nach dem Kriege«, *Europäische Staats- und Wirtschafts-Zeitung*, München 1/11..3.1916, zit. nach Riezler, *Tagebücher*, S. 509-523, hier S. 514.

<sup>82</sup> Vgl. Erdmann, »Kurt Riezler«, S. 81-82.

<sup>83</sup> »Über kurz oder lang wird der Zwang der Dinge, die Einheit der wirtschaftlichen Interessen und seelischen Grundstimmungen die vorübergehend abgesprengten Teile wieder zu Moskau zurückführen«. Hilmar Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen drückte durch ein »ja« am Rande dieses

Und am 24. Januar 1918, da hatte sich die Ukraine noch nicht für unabhängig erklärt (das Dokument wurde erst am 25. Januar verabschiedet), befand er, daß sich hier am ehesten »die aufbauenden Kräfte in Rußland« sammeln würden: »Wir werden gezwungen sein, Großrußland noch für einige Zeit seinem Jammer zu überlassen und unsere Hoffnung auf die Ukraine zu setzen. Ihrer sozialistischen Ideologie scheint mir praktische Bauernschlauheit und Freude am Gewinn und Besitz beigemischt zu sein. [...] Den Süden, dem auch in einem wiedergeeinten Rußland der Zukunft das Übergewicht zufallen dürfte, gegen den Norden zu stützen, seine separatistischen Neigungen zu stärken, in ihm unseren Einfluß breit zu befestigen, durch ihn auch die Verbindung mit dem bürgerlichen Rußland einer besseren Zukunft zu sichern, ist zur Zeit der einzig mögliche Weg für eine deutsche Politik, die sich versagen muß, nur zu zerstören.« Österreich sollte dazu auf Galizien verzichten. Eine österreichische informelle Aufsicht (»gegen den Besitz von Lemberg die Vorherrschaft in Kiew einzutauschen«) sah Riezler als Bedingung einer Verfestigung der ukrainischen Selbständigkeit an: »Andernfalls wird [...] neben den starken wirtschaftlichen Faktoren der unausgleichbare polnisch-ukrainische Streit die Ukraine schließlich in der einen oder anderen Form einem russischen Reiche wieder zuführen.«<sup>84</sup>

Riezlers Einfluß war nicht unbedeutend. Seine Denkschriften wurden gelesen, und nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen war er als Legationsrat in der deutschen Gesandtschaft in Moskau tätig – nach der Ermordung des Gesandten Wilhelm Graf von Mirbach-Harff (1871-6.7.1918) sogar als ihr Leiter.

Fischers These von der Kontinuität der deutschen Ukrainepolitik gipfelte in der Behauptung, daß Rußland 1917 »dem Zangengriff des militärischen Drucks und der doppelten »destruktiven Arbeit«, der Insurgierung der Nationalitäten und der Revolutionierung mit Hilfe der extremen Sozialisten erlegen« sei. »Soweit Insurgierung und Revolutionierung von außen überhaupt möglich waren«, seien sie »das Werk des Auswärtigen Amtes des kaiserlichen Deutschlands[!]« gewesen. Wenige Seiten später heißt es: »Deutschland [...] hat vom Herbst 1917 an durch Geld, Agitation und Infiltration die endgültige Loslösung der Ukraine von Rußland mit herbeigeführt«, sie sei »das Ergebnis jahrelanger intensiver Bemühungen Deutschlands um die Verselbständigung der Ukraine« gewesen.<sup>85</sup> Auch wenn Deutschland zum letzten Schritt im Januar 1918 tatsächlich beigetragen hat (wie unten zu zeigen sein wird), wird diese Aussage dem Sachstand nicht gerecht. Zum einen beachtete man in der Ukraine selber die ukrainischen Helfer der Mittelmächte kaum,<sup>86</sup> man distanzierte sich harsch vom BBU, der entgegen seinen Behauptungen auch über keine nennenswerten Verbindungen in die Ukraine verfügte. Eine Autonomiebewegung gab es in der Ukraine auch ohne deutsche Sponsoren. Fischer unterlief ein Fehlschluß ex post, den auch ukraini-

Dokuments sein Einverständnis mit Riezlers Ansichten aus. Riezler an Hertling, 3.12.1917, PAAA, Weltkrieg 20 geh., Bf.8, zit. nach Riezler, Tagebücher, S. 689-690 (Hervorhebung durch FG).

<sup>84</sup> Riezler an Hertling, 24.1.1918, PAAA, Rußland 61, Bd. 141, zit. nach Riezler, Tagebücher, S. 699-700.

<sup>85</sup> Vgl. Fischer, »Kriegsziele«, S. 283, 292.

<sup>86</sup> Die Forderung der OHL von Ende 1917, die Presse in der Ukraine in die Hand zu bekommen, belegt, daß es zuvor nicht an dem war und daß die Presse sich keineswegs im Sinne der Mittelmächte artikuliert – bis zum Jahresende war die Parteinahme zugunsten der Entente Rada-Politik (Vgl. ebd., S. 292).

sche Nationalisten begangen haben: Sie überbewerteten die deutschen Einflußmöglichkeiten vor 1918. Daß es deutsche Überlegungen zur Verselbständigung der Ukraine gab und daß eine Verselbständigung dann stattfand, bedeutete nicht zwangsläufig, daß das letztere Phänomen eine Folge des ersteren war. Allerdings nutzten die Deutschen seit Januar 1918 die Entwicklung in Kiew und die intransigente Haltung der Bol'seviki für ihre Zwecke.

Mit den vorgestellten Entwicklungen der Kriegszieldiskussion kann folgendes belegt werden:

- Die zu Kriegsbeginn konkretisierten Vorstellungen der deutschen Führung sahen eine Verkleinerung Rußlands vor, enthielten jedoch nur sehr vage und strategisch begründete Überlegungen zur Ukraine; sie sahen anders als in bezug auf das Baltikum und Polen keine Annexion vor.
- Zwischen 1915 und Mitte 1917 vertraten Reichsführung und OHL zeitweise Positionen, die eine Abtretung Ostgaliziens an Rußland zur Kompensation deutscher Ziele im Norden Rußlands enthielten.
- Mit der Reichskanzlerschaft Michaelis 1917 wurden auf die Ukraine bezogene Planungen konkreter.
- Fischer und Borowsky nahmen eine Kontinuität der Ukrainepläne an, aber auch Zechlin hielt das »ukrainische Projekt« für das »ehrgeizigste Unternehmen« dieser Art.<sup>87</sup> Der Kriegsziele-Diskurs bestätigt diese Aussagen nicht.
- Selbst später wurde eine Verselbständigung der Ukraine – Riezler ist dafür ein Beispiel – nur für eine vorübergehende Zeit der Destabilisierung Rußlands für möglich gehalten.

Ungeachtet dessen pflegte man in Deutschland wie in der Donaumonarchie Beziehungen zu ukrainischen Exulanten, um sie bei Bedarf als **Kampfmittel** »gegen unsere Feinde« einzusetzen. Zu einem Kriegsziel wurde die Ukraine dagegen erst spät. Wir werden zu ermitteln versuchen, wie es dazu gekommen ist.

Anders war es bei der Entente auch nicht. In Großbritannien hatte das Foreign Office Informationen über die Ukrainer jeweils angefordert, als 1908 der österreichische Statthalter in Galizien ermordet worden war<sup>88</sup> und sich 1912 eine Diskussion darüber in der *Times* entfaltete. Die eingegangenen Berichte enthielten neben zahlreichen Fehlern auch den Hinweis auf die Schützenbewegung, weshalb man die ukrainische Bewegung für eine eher österreichische Initiative hielt.<sup>89</sup> Man war also nicht erst als Folge des Ersten Weltkriegs gegenüber ukrainischen Organisationen skeptisch.

Nach dem Kriegsbeginn gab es zwar Versuche des mehr rußlandfeindlichen als ukrainerfreundlichen Abgeordneten Joseph King (1860-1943) im House of Commons, die Ukrainer ins Spiel zu bringen, die Regierung wies dies jedoch wegen ihres Bündnisses mit Rußland von sich. Als nach dem Schicksal des im verbündeten Rußland gefangen gehaltenen Metropoliten Andrij Šeptyčyj gefragt wurde, ging man sogar so

<sup>87</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 349.

<sup>88</sup> Vgl. Kerstin S. Jobst, »Ein politischer Mord in der Habsburger Monarchie: Das Potocki-Attentat von 1908 als Kulminationspunkt der galizischen Krise«, Österreichische Osthefte 41 (1999), S. 57-79.

<sup>89</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 57.

weit, den Botschafter in Petrograd anzuweisen, Einzelheiten zu berichten, die das russische Verhalten rechtfertigen würden.<sup>90</sup>

Die proukrainische Richtung wurde generell als mittelmächtefreundlich interpretiert. Robert William Seton-Watson, der sich um die Etablierung nationalstaatlicher Strukturen auf dem Balkan und bei Tschechen und Slowaken bemühte, war kurz vor dem Krieg zwar sechs Tage in Lemberg gewesen und hatte dort auch mit Šeptyčyj, Kost' Levyčyj und anderen Nationalukrainern gesprochen, jedoch nicht mit deren Zielen sympathisiert. Im britischen Department of Information überließ er dem polnisch-jüdischen Galizier Lewis Bernstein Namier (1888-1960) die Behandlung polnischer Fragen, womit gewährleistet war, daß die galizischen Ruthenen keine positive Würdigung erfuhren.<sup>91</sup> Im November 1916 wurde mit der Begründung »the Ukrainian agitation is favoured by the Austrian government in order to embarrass Russia« pro-ukrainische Literatur für acht Monate verboten.<sup>92</sup> Für die Ukrainer interessierte sich in Großbritannien kaum jemand.

## 2. DER »BUND ZUR BEFREIUNG DER UKRAINA« 1914/15

In Österreich-Ungarn gewann 1914 die Idee Anhänger, die im Habsburgerstaat lebenden Ukrainer gegen Rußland zu nutzen. Dennoch waren in den politischen Kreisen der Monarchie die Kenntnisse über die Ukrainer keineswegs so viel umfangreicher als in Deutschland. In Galizien waren die mit Wien zusammenarbeitenden Polen die entscheidende politische Kraft, die ihren politischen Einfluß gegenüber ihren nationalen Konkurrenten gekonnt auszuspielen verstanden. Vor einer offenen Förderung der ostukrainischen Nationalisten in der österreichischen Emigration schreckte man zurück, solange zu befürchten war, daß Rußland in ähnlicher Weise die moskophilen Ruthenen »revolutionieren« würde. Helga Grebing (\*1930) nahm sogar eine österreichisch-russische Kooperation gegen aus Rußland stammende Revolutionäre an, weil die ostukrainischen Exulanten als »Linke« und damit als »unangenehm« galten.<sup>93</sup> Derlei Überlegungen wurden erst obsolet, als man auf die Idee kam, daß man auch (oder gerade) diese Linken gegen den Gegner nutzen könne.<sup>94</sup>

<sup>90</sup> Vgl. ebd., S. 58.

<sup>91</sup> Vgl. Hugh und Christopher Seton-Watson, *The Making of a New Europe*. London 1981, passim.

<sup>92</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 59.

<sup>93</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn S. 272. – Noch in den Schriftwechseln von 1914 drückte sich die Abneigung gegen »Linke« deutlich aus: Hoyos bemerkte zu einem Vorschlag Urbas, in einer besetzten Ukraine ukrainische Friedensrichter einzusetzen »Wenn das keine Sozialisten sind!« (Urbas an Hoyos, 20.8.1914, Hornykiewicz I, Dok. 5, S. 13) und auch Urbas schrieb: »Eine vollkommen unabhängige Ukraine [...] würde sich aber gegen Rußland nicht halten können oder hätte die Tendenz, eine radikal-sozialistische Republik zu werden, was auch keine angenehme Nachbarschaft für uns wäre« (Urbas an Hoyos, 20. 8. 1914, ebd., Dok. 6, S. 15).

<sup>94</sup> Die »Linkslastigkeit« des BBU diente ukrainischen Nationalisten dazu, sein Scheitern zu rationalisieren. 1939 schrieb Orest Čemerynskyj: »Die Neophiten(!) des ukrainischen Staatsgedankens, vor kurzem noch Anhänger Lenins oder Trotzki's, besaßen keine Autorität in den Augen der übrigen Bundesmitglieder« (Jaroslaw Orschan [Orest Čemerynskyj], »Der ukrainische politische Gedanke

Bis in den Sommer 1914 war man weiterhin eher defensiv. Eine Revolutionierung Rußlands durch die Schaffung eines ukrainischen Staates in einer wie auch immer gearbeteten Verbindung mit den ruthenischen Gebieten Österreichs war bestenfalls ein psychologisches Moment, und der polnische Historiker Lewandowski schrieb zutreffend, weder Österreicher noch Ukrainer hätten an Einzelheiten der Pläne gearbeitet.<sup>95</sup>

Die zumeist polnische Beamtenschaft Galiziens zeichnete ein ebenso tiefschwarzes wie falsches Bild der »russophilen« Ukrainer, die angeblich auf die russischen Werbungen eingingen. Tatsächlich taten dies nur sehr wenige, dagegen setzten die polnischen Nationaldemokraten durchaus auf Rußland. Mit diesem Argument wußte man jedoch zu verhindern, daß Ruthenen auf österreichische Vertrauensposten gelangen. Baron von Andrian-Werbung schrieb folglich in seiner Denkschrift vom 2. April 1914, die Theophil Hornykiewicz nicht ohne Grund an den Anfang seiner Aktenedition stellte, daß in Galizien die russische Irredenta-Bewegung, die sich auf die dortigen »Moskalophilen« stütze, vom Zarenreich in »brutaler Weise gefördert« werde. Dagegen biete die »ukrainophile« Bewegung die Möglichkeit, »das jetzt so aggressionslustige russische Staatsgebilde zu sprengen, oder mindestens zu desaggregieren und zu einer notwendig friedfertigen und passiven Politik zu zwingen«. Das österreichische Außenministerium solle nun den »Sieg der Ukrainophilie über das Moskalentum« beschleunigen, da eine Verzögerung Rußland »den Vorwand zu einem Angriffe auf die österr.-ungarische Monarchie bieten könnte.«<sup>96</sup> Außenminister Graf Berchtold folgte dem in einer Vorlage für den Ministerpräsidenten Karl Graf von Stürgkh (1859-1916) im Juni. Wenn die Russen sich der Ruthenen bedienten, könne man das erschweren, indem man die Ukrainer in Österreich gut behandle. Von aggressiven Motiven war keine Spur zu sehen – es ging allein um die Defensive gegenüber Rußland, für die die Ukrainer immer wichtiger würden.<sup>97</sup>

Mit dem drohenden Krieg waren dann erste Maßnahmen erkennbar. Konsul Emanuel Urbas erhielt den Auftrag, Möglichkeiten der Nutzung sozialdemokratischer Ukrainer in Lemberg zu eruieren.<sup>98</sup> Sein Bericht vom 6. August 1914 belegt, daß er überzeugt war, etwas Neues entdeckt zu haben. Er beschrieb etwa seinem Vorgesetzten die Ruthenen als schwerfällig und arm, aber die »politische Jungfräulichkeit der ukrainischen Sache« sei eine Quelle von »wunderbare[r] Kraft und Begeisterung«, was trotz fehlender Vorbereitung ihre Verwendung »ungleich hoffnungsvoller als die [...] polnische Bewegung« erscheinen lasse. Von seinen Gesprächspartnern hatte er erfahren, es sei möglich, »die Macht Rußlands für immer zu brechen, dadurch daß wir eine freie Ukraine bis zum Don schaffen«, die »der Monarchie politisch nur lose angegliedert werden«, jedoch »militärisch und wirtschaftlich im engsten Verbande mit uns stehen« müßte, »wollte sie nicht Gefahr laufen, neuerlich der Russifizierung zum

in den letzten hundert Jahren«, in: *Ukrainischer Nationalismus*. [Berlin; fiktiv:] New York 1939, S. 9-72, hier S. 46). Dabei gab es gar keine anderen.

<sup>95</sup> Vgl. Lewandowski, »Sprawa ukraińska a państwa centralne w latach 1914-1916«, S. 26.

<sup>96</sup> Leopold Andrian, »Bedeutung des ukrainischen Problems in Galizien für die allgemeine äußere Politik«, 2.4.1914, Hornykiewicz I, Dok. 1, S.1-4, zit. S. 2.

<sup>97</sup> Vgl. Gruchala, »Austro-Węry a sprawa ukraińska«, S. 558-559.

<sup>98</sup> Zu diesem aktiven Schritt der Kontaktaufnahme, vgl. »Die Beziehungen des k. und k. Ministeriums des Äußern zu den ukrainischen Organisationen«, 10.1.1915, Hornykiewicz I, Dok. 68, S. 195-198, hier S. 196.

Opfer zu fallen«. Selbst dies wurde noch defensiv konnotiert: »Russland würde uns kaum jemals wieder fürchterlich werden«. <sup>99</sup> Hoyos widersprach jedoch dem Vorschlag, die Ukraine mit Österreich zu verbinden: »[W]enn Russland besiegt wird, so werden wir die Gründung eines ukrainischen Staatswesens so weit als möglich fördern, aber es müsste unabhängig sein und nicht von uns regiert werden. Wir könnten den Zuwachs von 30 Millionen Ukrainer[n] nie vertragen.« <sup>100</sup>

Seine Informationen gewann Urbas – und über ihn die österreichische Regierung – durch Gespräche »mit ernstern Männern«. Zwar gingen nun der österreichische Staat und die Ukrainer aufeinander zu, die aktive Seite waren jedoch nicht die Regierungsvertreter: Diese diskutierten, was sie so erfuhren, und schätzten ab, was man von dem Vernommenen politisch umsetzen könne. Nicht zu übersehen war dabei die Denkschrift des unierten Lemberger Metropoliten Andrij Šeptyčkyj, die dieser Urbas an seinem letzten Aufenthaltstag in Lemberg, dem 15. August 1914, übergab. Daß sich ein Kirchenfürst im 20. Jahrhundert mit den Aufgaben der österreichischen Armee befaßte, wobei die kirchliche nach der »militärischen« und der »social-rechtlichen [...] Organisation des Landes« erst an dritter Stelle genannt wurde, kam nur Außenstehenden seltsam vor. Der Nationalpolitiker Šeptyčkyj empfahl, Kosakenverbände mit eigenen Diensträngen zu bilden, den Begriff des »Universals« (für Erlasse) wiederzubeleben und in der Ukraine österreichische Gesetze einzuführen. <sup>101</sup> An der Sitzung, aus der Šeptyčkyjs Denkschrift hervorging, hatten neben Urbas, Generalmajor Franz Riml von Alrosenburg und dem Metropoliten auch Kost' Levyčkyj, Vasyľ'ko, Skoropys-Joltuchovskýj und der Anwalt Stefan Fedak (1861-1937) teilgenommen. <sup>102</sup>

Nach seiner *fact-finding mission* hielt Urbas eine Erhebung in der Ukraine nur nach militärischen Erfolgen für möglich. Auch dann sei zunächst eine Bodenreform erforderlich – was Hoyos mit der Bemerkung »Das ist ganz unmöglich« quittierte. Weiter forderte Urbas »dass wir der Ukraine den Stempel ihrer Sonderart und den einer freiheitlichen Verwaltung auf jedem Gebiete nachdrücklich aufprägen«, und er sprach auch die »Ukrainer unter den Kriegsgefangenen« an, die »besonders zu behandeln« und »aufzuklären« seien, »dass man sie dann in die Freiwilligenkorps einteilen oder

<sup>99</sup> Urbas an Hoyos, 6.8.1914, Hornykiewicz I, Dok. 2, S. 4-7. – Daß es sich dabei um etwas Vages handelte, erläutert der Satz: »Dieser Plan einer Ukraine bis zum Don erscheint vielleicht in Wien phantastisch[,] hier aber kann man davon mit ernstern Männern wie von Etwas Erreichbarem sprechen«. – Schon im Lichte dessen ist es unzutreffend, wie Fedyschyn rundweg zu behaupten, allein Deutschland sei ukrainefreundlich gewesen, während Österreich wie Rußland den ukrainischen Aspirationen »unalterably« gegnerisch gegenübergestanden habe (Fedyschyn, *Germany's Drive to the East*, S. 16). Der Vorwurf Mykola Zaliznjaks von 1928, Urbas habe »in polnischen Diensten« gestanden, ist gegenstandslos (Vgl. Osyp Dumin, *Istorijs Legionu Ukraïnskych Sičovyh Stril'civ 1914-1918*. L'viv 1936, S. 35); es dürfte sich um eine der üblichen Konstruktionen des phantasiebegabten Sozialrevolutionärs gehandelt haben.

<sup>100</sup> Hoyos an Urbas, 11. 8. 1914, Hornykiewicz I, Dok.3, S. 8.

<sup>101</sup> Andreas Graf von Szeptycky [Andrij Šeptyčkyj], Erzbischof, »Pro memoria«, 15.8.1914, Hornykiewicz I, Dok. 4, S. 8-11. – Urbas wies das »Pro memoria« als einziges Dokument in seinem Bericht vom 20. 8. 1914 gesondert aus und bescheinigte ihm »sehr beachtenswert scheinende Gedanken« (s. unten).

<sup>102</sup> Stepan Šach, »Molodist' Jevhena Konoval'cja«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konoval'c ta joho doba*. München 1974, S. 45-87, hier S. 76. Fedaks Sohn unternahm ein Attentat auf Piłsudski, seine Tochter heiratete Konoval'c.

als Agenten in den nicht besetzten Gebieten der Ukraine verwenden kann.<sup>103</sup> Im Anhang seines Berichts diskutierte er die Chancen eines ukrainischen Staates. Dabei stand die Verkürzung der österreichisch-russischen Grenze im Vordergrund. Daher wandte er sich auch gegen eine Ukraine unter österreichischem Protektorat: Die Erweiterung des Reiches würde die Grenze mit Rußland im Gegenteil verlängern und so die österreichischen Kräfte übersteigen – zudem könne man nicht gleichzeitig eine pro-polnische und eine pro-ukrainische Politik betreiben.

Da man eine selbständige Ukraine für chancenlos hielt, blieben drei Optionen: eine Personalunion mit Rumänien, ein gemeinsames deutsch-österreichisches Protektorat (»am wenigsten wünschenswert«, »schliesslich als letzter Ausweg«) oder »ein deutsches Protektorat«, das »in der Ukraine sehr populär [wäre], da Deutschland dort wegen seiner Polenpolitik grosse Beliebtheit genießt«.<sup>104</sup> Vor diesem Hintergrund telegraphierte Außenminister Graf Berchtold dem Botschafter in Berlin, man interessiere sich für die Ukrainer, weil alles geschehen müsse, »um die Macht Rußlands zu brechen«. Gleichzeitig aber meinte er, die Österreicher könnten »die Lebensmöglichkeit eines selbständigen ukrainischen Staatswesens nicht mit Zuversicht beurteilen«.<sup>105</sup>

Die weitaus mehr mit der »polnischen Frage« befaßte österreichische Regierung ließ sich also durch die Ruthenen in die »ukrainische Frage« einführen, wobei von Anfang an die Übernahme der Revolutionierungslasten durch die Deutschen als mögliche Lösung galt. Dies waren die Rahmenbedingungen der beginnenden Finanzierung des »Bundes zur Befreiung der Ukraina« (BBU).

Es war die spätere populäre Darstellung der Habsburgermonarchie als »Völkerkerker« und Hort der »Reaktion«, die es erschwerte anzunehmen, daß gerade hier ukrainische Sozialisten Unterstützung finden würden. Dies war jedoch der Fall: Im BBU fanden sozialdemokratisch und sozialrevolutionär eingestellte Exilpolitiker zueinander, deren bisherige Organisationsversuche allesamt gescheitert waren. Nun hatten sie aber bei den Österreichern Erfolg: Urbas formulierte am 1. September 1914 den Satz: »Das nationale Moment tritt bei der ukrainischen Bevölkerung des heutigen Rußlands, zumindest bei dem grössten Teil derselben, ganz hinter das ökonomische zurück«.<sup>106</sup> Das konnte er nur von den BBU-Gründern erfahren haben.

Das Wiener Außenministerium zog daraufhin die Kontakte zu den Ukrainern an sich, indem es die Verbindung des Generalstabs zum ukrainischen Sozialrevolutionär Mykola Zaliznjak übernahm,<sup>107</sup> der vorübergehend an der Spitze des BBU gestanden hatte, sich aber bereits im September 1914 wieder vom BBU löste.

<sup>103</sup> Urbas an Hoyos, »Ukrainische Frage«, 20. 8. 1914, Hornykiewicz I, Dok. 5, S. 11–14.

<sup>104</sup> Urbas an Hoyos, 20. 8. 1914, ebd., Dok. 6, S. 14–16.

<sup>105</sup> Berchtold an Hohenlohe, 26. 8. 1914, abgedruckt in Beyer, Mittelmächte, S. 3.

<sup>106</sup> Urbas, »Ukrainische Frage«, 1. 9. 1914, Hornykiewicz I, Dok. 60, S. 160–161. – Daß die sowjetische Historiographie nicht müde wurde, den BBU als »bourgeois-nationalistisch« abzuqualifizieren, darf wegen seiner Verbindung mit den Deutschen nicht verwundern. In der Außendarstellung ging der sozialdemokratische Aspekt auch bald verloren (Huryj F. Zastavenko, *Krach nimečkoj intervenciji na Ukraïni v 1918 roci*. Kyïv 1959, S. 17).

<sup>107</sup> Die Kontakte zwischen dem Generalstab und Zaliznjak hatten keinen ukrainischen Hintergrund, sondern waren Ergebnis der Versuche der Österreicher, mit rußländischen Sozialrevolutionären zu konspirieren: Zaliznjak war 1908 aus Rußland nach Lemberg geflohen, dort 1911 wegen gewalttätigen Ausschreitungen gegen Polen zu Kerkerhaft verurteilt und aus Österreich ausgewiesen worden. Die Genehmigung zur Rückkehr 1913 und zur journalistischen Arbeit in Lemberg dürften



Bis Ende Juli 1914 war in Österreich keine ostukrainische Organisation tatsächlich aktiv gewesen. Zwar gab es vielfach informelle Kontakte, aber auch die Ruthenen besaßen außer dem Parlamentszirkel kein funktionierendes zentrales Gremium. Žuk schrieb 1935, zunächst hätten die Galizier den »Ukrainischen Haupttrat« (Holoivna Ukraïnska Rada – HUR) ins Leben gerufen, dann habe er am 2. oder 3. August eine »Informationskonferenz« mit deren Vorsitzendem Kost' Levyčyj abgehalten, und am 4. August habe er dann alle in Lemberg anwesenden ukrainischen Emigranten eingeladen, »um sich miteinander zu verständigen und die Existenz einer politischen Organisation rußländischer Ukrainer zur Führung von Politik während des Krieges organisationell durchzuführen«.<sup>108</sup>

Auch nach Kost' Levyčyj hat sich die HUR erst am 1. August 1914 konstituiert. Nationaldemokraten, Radikale und Sozialdemokraten, also die drei im Wiener Parlament vertretenen ruthenischen Parteien, hätten sie geschaffen, um eine »zwischenparteiliche Organisation [zu besitzen], die die Richtung der allgemein-ukrainischen politischen Aktion im Krieg anzeigen« und die Freiwilligenverbände bilden sollte.<sup>109</sup> Der Zweck beider Organisationen war also pragmatisch und fast identisch. Die HUR verstand sich nach Kost' Levyčyj auch nur aus pragmatischen Gründen dazu, mit dem BBU, diesem »Kriegssurrogat des politischen Denkens der Großen Ukraine« in Beziehung zu treten, ohne Rücksicht darauf, ob die Organisatoren »eine formale Legitimation hätten, die Große Ukraine zu vertreten oder nicht.«<sup>110</sup> Im Manifest vom 3. August 1914 sprach sich die HUR für eine ukrainische staatliche Eigenständigkeit durch die Zerschlagung Rußlands aus und betonte, daß sie an der Seite der Mittelmächte stehe.<sup>111</sup> Zu diesem Zeitpunkt herrschte aber zwischen Österreich und Rußland noch kein Kriegszustand. Anders ausgedrückt: Nach einer Reihe von Totgeburten nutzte Žuk die Gunst der Stunde und die Unterstützung der bis dahin eher abweisenden Galizier, um eine eindeutig proösterreichische Organisation zu gründen.

Die »Gründungsversammlung« fand in der Kanzlei des Akademischen Hauses in Lemberg statt. Es gab gerade einmal vier Teilnehmer: Neben Žuk den Jurastudenten Dmytro Doncov, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, den Literaturkritiker Volodymyr Dorošenko, den man zum Sekretär bestimmte, und den Bibliothekar und USDRP-Anhänger Oleksa Nazariiv (1880-1918), der »schnell aus persönlichen Grün-

---

bereits mit seinen Kontakten zum Militär in Zusammenhang gestanden haben (Vgl. Hornykiewicz I, S. 442; Wolfdieter Bihl, »Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak in Österreich-Ungarn«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 13 (1965), S. 226-230). Dorošenko schrieb in seinen Memoiren, daß die bekannten Kontakte Zaliznjaks zum österreichischen Generalstab die ukrainischen Nationalisten in der rußländischen Ukraine davon abgehalten hätten, sich für den BBU zu interessieren (Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 39). Skoropys-Joltuchovs'kyj kritisierte, Zaliznjak vernachlässige die Grundfrage der Sozialrevolutionäre – die Landaufteilung – in seiner österreichischen Aktivität völlig, um sich nicht mit den österreichischen konservativen Kreisen anzulegen (»Moï zločyny«, S. 202).

<sup>108</sup> Wir zitieren absichtlich die komplizierte Diktion Žuks: »ščob porozumitysja miž soboju j oformyty organizacyjno isnuvannja polityčnoï organizacii rosijs'kych ukraïnciv, dlja vedennja polityky v časi vijny« (Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 115).

<sup>109</sup> Levyčyj, *Istorija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 13.

<sup>110</sup> Ebd., S. 15.

<sup>111</sup> Vgl. Lewandowski, »Sprawa ukraïnska a państwa centralne«, S. 26.

den wieder austrat«. Die drei übriggebliebenen erhielten zwei Sitze in der Holovna Ukraïnska Rada.

Erst nach dieser »Gründungsversammlung« traten noch in Lemberg Marijan Melenevskyj, Oleksander Skoropys-Joltuchovskyj (die der Kriegsbeginn in London überrascht hatte)<sup>112</sup> und Mykola Zaliznjak bei, und nach ihrer Flucht nach Wien Vsevolod Kozlovskyj<sup>113</sup> (1878-?), Mykola Tročkyj (1883-1971)<sup>114</sup> und Jevhen Ljubarskyj-Pišmennyj (1882-1919). Volodymyr Stepankivskyj blieb dem BBU nach Žuk fern, weil »die Mehrzahl der Mitglieder [!] ihm nicht vertraute«. Lev Jurkevych, der die ukrainische Sozialdemokratie weiter finanzierte, aber gegen eine Parteinahme zugunsten der Mittelmächte war, schloß sich dem BBU »aus prinzipiellen Gründen« nicht an.<sup>115</sup> Von den Gründungsmitgliedern war nur Žuk an den früheren Organisationsversuchen beteiligt gewesen – ungerührt behauptete er dennoch: »Der Bund war eigentlich die unmittelbare Fortsetzung des Ukrainischen Informationskomitees«, was auch in die Legendenbildung eingegangen ist.<sup>116</sup>

Der BBU war keine »Massenorganisation«, sondern ein Zusammenschluß von wenigen Männern aus dem linken Teil des politischen Spektrums, für den der Satz des Vertreters des Außenministeriums beim österreichischen Armeeoberkommando Wladimir Giesl Freiherr von Gieslingen (1860-1936) zutreffen mochte, der »Ukrainismus«

<sup>112</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Z istorii Ukraïnskoï polityčnoï dumky za časiv svitovoï vijny*. Praha 1936, S. 40.

<sup>113</sup> Kozlovskyj stammte aus Podolien, hatte in Kiew in der Redaktion der Zeitung *Hromadska Dumka* gearbeitet und war 1906 nach Lemberg geflohen (Vgl. Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. II, Kyiv 2002 (1930), S. 105). Später war er Sekretär in der UNR-Gesandtschaft in Berlin. Er kehrte in die Sowjetukraine zurück.

<sup>114</sup> Tročkyj hatte in RUP und USDRP angefangen, schloß sich später der UNR-Richtung an und nach dem Zweiten Weltkrieg der OUN.

<sup>115</sup> Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 115.

<sup>116</sup> Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 116; Helga Grebing folgte dem nach einem Gespräch mit Andrij Žuk. Für die Wiener Politiker hatte sich der BBU dagegen erst in Wien konstituiert, was aber wohl als ein Falscheindruck abgetan werden darf (vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 276-277). Die Legenden sind ebenso phantasievoll wie falsch: Hornykiewicz hielt den BBU für eine überparteiliche politische Flüchtlingsorganisation, die 1912 einen Befreiungsauftrag formuliert, jedoch erst 1914 »juridische, organisatorische Formen ... angenommen« habe (Hornykiewicz 1, S. 412). 1915 schrieb Žuk, es habe 1912 ein Programm, eine Organisation und einen »tief eingewurzeltten politischen Gedanken« gegeben, die Organisation sei jedoch erst »für den Fall des Krieges« vorgesehen gewesen (BBU, »Einige Informationen über den Bund zur Befreiung der Ukraine«, August 1915, PAAA, Weltkrieg I 1a Ukraine, Bd. 7, Bl. 2b/1-8, hier Bl. 2b/1, 3). Žuk erklärte zur Verschleierung, die Person, die den BBU 1912 gegründet haben sollte, sei noch in Rußland und könne daher nicht namhaft gemacht werden – das war nicht nur falsch, es wurde auch bald deutlich, daß es keine Beziehungen nach Rußland gab (Vgl. Andrij Žuk, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny*, 37-38/10.10.1915, S.1). Zaliznjak versuchte später den Eindruck zu erwecken, sein »Auslandskomitee der Ukrainischen Sozialisten-Revolutionäre« (von dem keine anderen Mitglieder außer ihm bekannt sind) habe am 2. August 1914 in Czernowitz einen gedruckten Aufruf an die Ukrainer veröffentlicht, sich gegen Rußland zu erheben, aber hierbei dürfte es sich wohl ebenfalls um eine Fiktion handeln (Mykola Zaliznjak, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytovskomu«, in: Ivan Kedryn (Hg.), *Berestejskyj Myr 1918-1928*. L'viv/Kyiv 1928, S.45-142, hier S. 47). – Dmytro Dorošenko, der im Juli 1914 mit Doncov, Žuk und Zaliznjak in Lemberg zusammentraf, erwähnte den BBU in seinen Memoiren nicht (Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavnje-mynule*. München 1969 (1923), S.13-15; ders., *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyiv 2002 (1930), S.44).

sei lediglich »eine theoretische Konstruktion einiger Politiker«. <sup>117</sup> Da der BBU keinerlei formales Mandat vorweisen konnte, beanspruchte er ein »moralisches«, da sonst niemand die Ukrainer vertrete – in russländischen Gremien säßen nur »Renegaten und fremde Einwanderer, d[ie] größten Feinde[.] des ukrainischen Volkes«. <sup>118</sup> Dmytro Dorošenko (1882-1951) kommentierte den Beitritt der Sozialisten Melenevskyj und Skoropys mit den Worten, bei ihnen hätten »gesundes Nationalgefühl und die lebendige Liebe zur Heimat über die trockene, aus fremden Quellen entlehnte Doktrin und das Parteidogma« gesiegt. <sup>119</sup>

Das erste Präsidium bildeten Doncov, Zaliznjak, Volodymyr Dorošenko und Žuk. Schon bald gab es die für Emigrantengründungen üblichen Fluktuationen und Streitigkeiten. Žuk nannte 1935 nur den Stand mit Dorošenko, Melenevskyj, Skoropys und ihm selber, wenngleich er so ehrlich blieb, dies zeitlich unbestimmt für »später« (po-tim) anzusetzen. Horak, der es bestimmt besser wußte, nannte als einzigen Gründer des BBU Žuk. Hier wurde der Versuch deutlich, den BBU nicht durch die zweifelhaft gewordenen Namen von Doncov, Zaliznjak, Dorošenko (auch wenn es nicht der spätere Het'man-Außenminister war), Melenevskyj oder Skoropys-Joltuchovský in Mißkredit zu bringen. <sup>120</sup>

Der Anfang August 1914 vom BBU herausgebrachte anonyme Aufruf »Do ukraïnskoho narodu v Rossii« trug deutlich Doncovs Handschrift. Er ging noch von einem österreichischen Vormarsch aus. »Zu unserem Glück ist das österreichisch-deutsche Militär besser als das zarische. Schon fliehen vor ihm die zarischen Generale! Schon marschieren die Österreicher in die Ukraine ein. Unsere gerechte Zeit bricht an!« Er rief die Ukrainer auf, sich vor dem österreichischen Heer nicht zu fürchten, da in ihm »hunderttausende galizischer Ukrainer – unserer Brüder« dienten. Und neben »Freiheit«, darunter die Religions- und Sprachenfreiheit, versprach der Aufruf die Lösung der Landfrage: »[Das österreichische Militär] bringt uns Freiheit und Land! Es bringt uns Land, weil alles Staats-, Zaren- und Großherrenland zu ewigem Besitz der Bauern in allen Ländern wird, die Österreich besetzt. [...] Denn ein freies und unabhängiges Land wird die Ukraine in Verbindung mit Österreich [v zluci z Avstrijeju]! Deshalb denkt daran! Nicht fürchten, sondern begrüßen müssen wir Österreich!« <sup>121</sup> Aus diesem Aufruf ging einerseits die letztlich paradoxe Terminologie der Unabhängigkeit (also mehr als Selbständigkeit) in Verbindung mit Österreich hervor,

<sup>117</sup> Von Giesl an Ministerium des Äußern, Ukrainische Frage, 2.9.1914, Dok. 8, Hornykiewicz I, S. 18-19. – Von Giesl schätzte so allerdings die österreichischen Ruthenen ein und stand, worauf Helga Grebing hinweist, unter polnischem Einfluß (»Österreich-Ungarn«, S. 273). – Als bei der Entscheidung über den Nachlaß des BBU Streitigkeiten ausbrachen, schrieb Andrij Žuk der Redaktion des *Ukraiňskij Prapor* in Wien, daß der BBU gegen Ende seiner aktiven Tätigkeit ganze 7 Mitglieder gehabt habe, von denen 4 das Präsidium bildeten, während alle anderen, die im Krieg für den BBU tätig waren, Angestellte ohne Mitspracherechte gewesen seien (Andrij Žuk an Ukraiňskij Prapor, 17. 12. 1921, NAC, MG 30, C 167, vol. 22, file 17).

<sup>118</sup> BBU, »Einige Informationen über den Bund zur Befreiung der Ukraine«, August 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 2b/1-8, hier Bl. 2b/3-4.

<sup>119</sup> Dorošenko, *Z istorii ukraïnskoï polityčnoï dumky*, S. 36.

<sup>120</sup> Andrij Žuk, »Jak dijšlo«, S. 116; Horak, *The First Treaty*, S. 24.

<sup>121</sup> [An das ukrainische Volk in Rußland], *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny*, H.1/5.10.1914, S. 8; vgl. Mychajlo Sosnovskyj, Dmytro Doncov. Polityčnyj portret. New York/Toronto 1974, S. 129; Kost' Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'nych Zmahan' Halyčkych Ukraïnciv z času svitovoi vijny 1914-1918*. L'viv 1928, S. 32-34.

die Doncov 1913 noch als Fernziel vermieden hatte, zum anderen das Versprechen der Landverteilung, das zwar den Vorstellungen Doncovs und der anderen BBU-Gründer, aber keinen österreichischen Zusagen entsprach, vielmehr reine BBU-Propaganda war. Wir haben hier den ersten Beleg dafür, daß sich Verfechter eines ukrainischen Independentismus überhaupt nicht um die politischen Ziele ihrer Verbündeten scherten – und der Propagator dieser These war allem Anschein nach derselbe Doncov, der diese Haltung in den 1920er Jahren in den Rang eines ideologischen Axioms heben sollte.

Die Grußadresse aus Anlaß der Einnahme Brüssels unterzeichneten alle Präsidiumsmitglieder ebenso wie den Aufruf »An die öffentliche Meinung Europas«. <sup>122</sup> Doncovs Diktion war wieder erkennbar. Aber schon die schriftliche Zusicherung an Alexander Graf von Hoyos (1876-1937), die »Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Aufgaben der Österreichisch-ungarischen und Deutschen Armeen in dem besetzten ukrainischen Gebiete« zu organisieren, unterzeichneten Mykola Zaliznjak (Dr. Nikolaus Zalizniak) als Obmann und Volodymyr Dorošenko als Sekretär. <sup>123</sup>

Doncov begründete später seinen Austritt aus dem BBU im September 1914 damit, daß Skoropys-Joltuchovskýj und Melenevskýj, gestützt auf ihre Regierungskontakte, die unumschränkte Macht ergreifen und den BBU zu einer »deutsch-österreichischen Agentur« hätten umwandeln wollen. <sup>124</sup> Dies wäre ein politisches Motiv gewesen – wenig glaubwürdig schon deswegen, weil Doncov selber bald in Berlin wie in der Schweiz zu einem Sprachrohr der Mittelmächte-Propaganda werden sollte. <sup>125</sup> Die Bindung an die Deutschen

<sup>122</sup> Verband für die Befreiung der Ukraina, 21.8.1914, PAAA Weltkrieg I Ia Ukraine, Bd. 1, Bl. 68. – »An die öffentliche Meinung Europas«, 25.8.1914, PAAA Weltkrieg I Ia Ukraine, Bd. 1, Anhang; Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny, H.1/5.10.1914, S. 1. – Der Aufruf vom 25. August nannte den Krieg einen Kampf zwischen »Kultur und Barbarei«, um den »Panmoskowitzismus« zu brechen, der unter dem falschen Namen »Panslavismus« bekannt sei. Um die »alte Kultur [der Ukraina] vor dem asiatischen Barbarismus der Moskowiter zu schützen« erklären die »Ukrainer Rußlands« ihr Ziel, »auf den weiten Steppen der Ukraina ein Bollwerk gegen Rußland« errichten und – »die Unabhängigkeit der Ukraina zu verlangen«!

<sup>123</sup> BBU an Hoyos, 7. 9. 1914, HHStA P.A.902 Kr.8b, Hornykiewicz 1, Dok. 61, S. 161-163.

<sup>124</sup> Dmytro Doncov, Rik 1918, Kyïv Toronto 1954, S. 119. Doncov behauptete, er habe nach Kriegsbeginn nicht mit der österreichischen Regierung in Kontakt gestanden. – Daß seine Ehefrau Marija Doncova dies Sosnovskýj 1969 bestätigt haben soll, darf sicher unerheblich bleiben und die Fragwürdigkeit von »Oral History« belegen. Aber auch Skoropys-Joltuchovskýj bemühte sich, die Zusammenarbeit mit Deutschen wie Österreichern als eine Art »internationaler Beziehung« zu interpretieren, was ihm jedoch nicht überzeugend gelang (Vgl. Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny«, Chliborobška Ukraïna, 2-4 (1920-21), S. 191-237, S. 205; Mychajlo Sosnovskýj, Dmytro Doncov. Polityčnyj portret. New York/Toronto 1974, S. 131-137).

<sup>125</sup> Was ihn jedoch wiederum nicht daran hinderte, 1965/6 abzustreiten, er habe deutsche oder österreichische Propaganda betrieben. Vielmehr habe er dem Ukrainischen Parlamentarischen Club in Wien gedient. (Vgl. Dmytro Doncov, »Emigrantski šašeli i nacionalizm«, Visnyk (New York), 1965, H. 8. 1-4, 17-23, hier S. 21). Nur geschah dies nachweislich auf deutsch-österreichischer Finanzbasis. Im übrigen fand Doncov nichts dabei, seine Zusammenarbeit mit Rohrbach zwischen 1914 und 1916 zu bestätigen, also zu einer Zeit, als Rohrbach für das AA arbeitete. Angeblich half Rohrbach ihm dabei, seine Artikel durch die deutsche Zensur zu bringen (Doncov, Rik 1918, S. 22, 120). In einem apologetischen Artikel stritt er gleichwohl alles ab: »Ni, Doncov ne був зв'язаний з австрійськими й німецькими урядовими чинниками, зв'язаний був з ними лише SVU« (»Nein, Doncov war mit keinen österreichischen oder deutschen Regierungsfaktoren verbunden, mit ihnen verbunden war nur der BBU«); Dmytro Doncov, »Emigrantski i sovjetski marksysty proty nacionalizmu«, Visnyk (New York), 1966, H. 3, S. 6.

stritt er erst vehement ab, als derartige Kontakte durch den Kriegsausgang 1918 und mehr noch den Zweiten Weltkrieg desavouiert waren. Dabei wechselten die angeführten Gründe auch: Bei anderer Gelegenheit behauptete Doncov, der BBU habe sich von ihm getrennt, weil er nicht mehr Sozialist gewesen sei (»tomu, ščo ja ne buv uže socijalistom«).<sup>126</sup>

Eine der von Skoropys-Joltuchovskýjs vorgetragene Begründungen entspricht dagegen zumindest partiell der zeitgenössischen Darstellung Doncovs: Danach habe sich Doncov, der ja seit dem 4. August Vorsitzender war, Präsidentschaftswahlen nach der Flucht aus Lemberg nach Wien widersetzt und den BBU verlassen, als dieser seine »Forderungen« ablehnte und ihn nicht wieder zum Obmann wählte.<sup>127</sup> Daß seine Forderungen in der Offenlegung der Finanzen des BBU bestanden hätten und er damit – als junger Student – mit seinen älteren und dem Eigennutz kaum abholden Mitpräsidenten aneinandergeriet, ist angesichts der notorischen Unregelmäßigkeiten der Emigrantenfinanzen glaubhaft und steht nicht im Widerspruch zu Skoropys' Aussagen.<sup>128</sup>

Ein schriftlicher Schlagabtausch weist jedoch noch in eine weitere Richtung: Als Antwort auf eine BBU-Stellungnahme, man habe mit Sozialrevolutionären nichts zu tun, Mykola Zaliznjak ausgeschlossen und Dmytro Doncov »ersetzt«, warf Doncov – auf die finanziellen Grauzonen als Anlaß seines selbstbestimmten Austritts verweisend – zweien seiner früheren Genossen darüber hinaus vor, »gestrige Russophile« (včorašni rusofily) zu sein. Sie hätten der rußlandfreundlichen *Spilka* angehört, und als äußeres Zeichen ihres anmaßenden Verhaltens wertete er, daß die beiden sich ein »von« (Skoropys) oder gar einen »Ritter«-Titel (Melenevskyj) zugelegt hätten.<sup>129</sup> Neben der Kritik an der politischen Vergangenheit, der Untätigkeit und der »unkorrekte[n] Geschäftsführung« der BBU-Mitglieder kritisierte Doncov dann aber auch die »Gefangenearbeit«. Ihr Ziel sei nicht eine Unabhängigkeitsbewegung, sondern »der eigenen Gruppe treue Anhänger zu schaffen«. Doncov erklärte ausdrücklich: »Alle anderen mir vorgeschobenen (!) Ursachen meines Austrittes bzw. meines Fernhaltens von dem Bunde sind eine glatte Erfindung.«<sup>130</sup>

<sup>126</sup> Ebd.. – Die Abneigung der anderen SVU-Mitglieder erklärte er auch damit, sie seien später zu »Sowjetophilen« geworden; eine in jeder Hinsicht unzureichende Begründung, da sie nicht erklärt, warum sie schon nach den ersten Kriegswochen nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten wollten (Doncov, »Šašeli«, S. 21).

<sup>127</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny«, S. 204-5. – 1915 erklärte der BBU, 1914 seien »einige zur Organisation der politischen Arbeit unfähige Personen [...] weggefallen, oder sie wurden aus dem Bunde entfernt« (BBU, »Einige Informationen über den Bund zur Befreiung der Ukraine«, August 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 2b/1-8, hier Bl. 2b/2-3).

<sup>128</sup> Vgl. die Dokumentation bei Sosnovskýj, Dmytro, S. 134. Skoropys schrieb, Doncov habe sich »taktlos« gegenüber zwei BBU-Mitgliedern verhalten (»Moï »zločyny«, S. 204); Andrij Žuk erklärte 1915 polemisch: »Später sind ein paar Personen, die zur organisierten politischen Tätigkeit ungeeignet waren, entweder selber von der Organisation abgefallen oder sie wurden aus dem Bund entfernt« (Andrij Žuk, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny, 37-38/10.10.1915, S.1). – Mag dies auch hier noch überspitzt erscheinen, wir erblicken in dieser Konfliktlage das erste Anzeichen des Generationenkonflikts, der alle nationalistischen Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg prägen sollte.

<sup>129</sup> Andrij Žuk u.a., »Po povodu stat'i G. Aleksinskago v »Sovremennom Mire«, Genf, Mai 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl.49/3-4; Doncov erwähnte, Parvus Helphand habe den BBU als »Auslandskomitee der Spilka« bezeichnet; Dmytro Doncov, »Do moich polityčnych odnodumčiv«, Lausanne, Juli 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl.49/1-2.

<sup>130</sup> D. Donzow [Dmytro Doncov], »Eine Erklärung«, Berlin, 9.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl.49/7-12, hier 11-12.

Skoropys machte Doncov 1917 seinerseits analoge Vorwürfe in einer für die ukrainischen Kriegsgefangenen verfaßten Broschüre. Der BBU habe sich 1914 »von politisch unbrauchbaren oder unsicheren Elementen« getrennt. Der »Unpolitiker« Doncov habe auf die österreichische Orientierung gesetzt und sie mit dem Unabhängigkeitsgedanken verwechselt. Er habe Vasyľ'kos »Privatinteressen« vertreten, stehe »in vollem Kontakt mit der deutschen und der österreichischen Regierung« und habe mit Rücksicht auf die Kriegslage und auf »Direktiven der Regierungen der Mittelmächte« (»v'kazivki vid central'nych pravytel'stv«) hin sein Beharren auf ukrainischer Unabhängigkeit eingestellt. Er sei ein »Spielzeug in fremden Händen« (Ihraškoju v čužych rukach).<sup>131</sup>

So wurde ein großer Teil des Repertoires von Vorwürfen aus dem Emigrantendiskurs bereits im Ersten Weltkrieg ausgespielt. Finanzielle Vorwürfe, politische Herkunft, Abhängigkeit von anderen und die Titel- und Großmannssucht waren in allen Exulantenkommunitäten verbreitet – und die Ukrainer waren alles andere als eine Ausnahme.

Die weiteren BBU-Aktivitäten gingen nach dem Ausscheiden Doncovs vor allem von Melenevskyj und Skoropys aus. Am 7. September erläuterten sie den Österreichern die programmatischen Eckpunkte. Der Bund beschränke sich auf die »russischen Ukrainer« und sehe sich als analoges Gremium zur am 3. August 1914 gebildeten überparteilichen HUR der »österreichischen Ukrainer«, die er gleichzeitig als »Sprecher der national-politischen Bestrebungen des ukrainischen Volkes in Russland« anerkannte. Weil dies Wiener Politikern verdächtig erscheinen konnte, beeilte sich die BBU-Führung zu versichern, daß der BBU um die Unterstützung durch die k.u.k. Regierung werbe und »durch seine politische Aktion anstrebt, den verbündeten Armeen zum Siege über Russland zu verhelfen und auf diese Weise das Losreißen der ukrainischen Gebiete von dem Zarenreiche herbeizuführen.«<sup>132</sup>

Der BBU hatte sich vor allem propagandistische Aufgaben gestellt: So wollte er in neutralen Staaten »gegen Russland und zu Gunsten Österreich-Ungarns und Deutschlands« agitieren, Schriften publizieren, einen Aufruf an die ukrainische Bevölkerung in Rußland herausgeben, und BBU-Mitglieder sollten in der Ukraine selber »den Zielen des Bundes dienen«.<sup>133</sup>

Die österreichische Regierung hielt diese Ziele zunächst noch für unterstützenswert. Konsul Urbas hielt die Verbindung, und neben technischer Unterstützung gab es auch Finanzhilfen.<sup>134</sup> Durchaus glaubhaft ist, daß der Obmann der ukrainischen Parlamen-

<sup>131</sup> Oleksander Skoropys[-Joltuchovskýj], »Vid vydavciv«, In: Samostijna Ukraïna. R.U.P., Vecljar (Wetzlar) 1917, S. 26-43, hier S. 32, 39-42. – Den Hauptteil der Publikation nahm ein Abdruck einer RUP-Schrift vom Beginn des Jahrhunderts ein.

<sup>132</sup> BBU an Hoyos, 7. 9. 1914, Hornykiewicz I, Dok. 62, S. 161-163. – Ungeachtet dessen führte der BBU nicht etwa den Tryzub, sondern den galizischen Löwen in seinem Siegel, vgl. etwa BBU an Deutsche Botschaft Wien, 15. 11. 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 114-115.

<sup>133</sup> BBU an Hoyos, undatiert, HHStA, P.A.902 Kr.8b, Hornykiewicz, Bd. 1, S. 163-165.

<sup>134</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 277. – Die Darstellung Skoropys-Joltuchovskýjs, wonach der BBU keine staatliche Förderung durch die Mittelmächte gewollt, sondern die Gelder als rückzahlbares »staatliches Darlehen« oder als »Staatsanleihe« aufgefaßt habe, ist eine spätere (1920), auf Distanz bedachte Schutzbehauptung, die dennoch von Dorošenko und Sribnjak unkritisch übernommen wurde (Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny«, Chliborobška Ukraïna, 2-4 (1920-21), S. 191-237, hier S. 205; Dmytro Dorošenko, Z istorii Ukraïnskoï polityčnoï dumky za časiv svitovoi viny. Praha 1936, S. 42; Ihor Sribnjak, Poloneni Ukraïnci v Avstro-Uhorščyni ta Nimeščyni (1914-1920 rr.). Kyïv 1999, S. 21).

tarier Kost' Levyčkyj, über den das Geld geleitet werden sollte, meinte, jenes sei besser bei ihm als beim BBU angelegt, und versucht haben soll, einen Teil des Geldes einzubehalten. Erst eine Intervention des Außenministeriums habe Levyčkyj »ohne breitere Erklärungen« dazu gebracht, den Rest herauszurücken.<sup>135</sup> In seinem ersten Rechenschaftsbericht wies der BBU Ausgaben in Höhe von 227.994,10 Kronen nach.<sup>136</sup> Der BBU berichtete über eindrucksvolle internationale Kontakte, über die Entsendung Osyp Nazaruks in die USA und Jevhen Levyčkyjs nach Deutschland, über zahlreiche Publikationen und technische und finanzielle Hilfeleistungen – nicht zuletzt an Vladimir Lenin (1870-1924). Dorošenko rückte diese Behauptung zurecht: Danach habe sich Melenevskyj am 28. Dezember 1914 von Konstantinopel aus an Lenin gewandt und ihm großzügig »jegliche materielle und andere Hilfe angeboten«. Lenin habe darauf trocken geantwortet, sein internationalistischer Standpunkt habe mit dem »national-bourgeois« des BBU nichts zu tun: »Nam ne po doroge« (Wir haben keinen gemeinsamen Weg).<sup>137</sup>

Von Jevhen Levyčkyj erhoffte der BBU sich Erfolge in der deutschen Öffentlichkeit.<sup>138</sup> Bald gab es jedoch Probleme. Wie Dmytro Doncov schied auch der zweite Obmann, Mykola Zaliznjak,<sup>139</sup> aus dem BBU aus. An der Spitze des BBU blieben Melenevskyj, Skoropys-Joluchovskij und Žuk.

Zaliznjak schloß sich wie schon Doncov Kost' Levyčkyj an. Vasyl'ko und Levyčkyj setzten Zaliznjak nun selber ein. Zaliznjak erhielt, wie Grebing belegt, 500.000 Kronen und 25.000 Rubel,<sup>140</sup> von denen er den größten Teil zurückzuzahlen hatte,<sup>141</sup> nachdem ihm vorgeworfen worden war, daß er als »Einzelkämpfer« ohne Anhang zu den von ihm großspurig angekündigten Unternehmungen gar nicht imstande sei. Seine Verbindung mit Vasyl'ko bestand jedoch auch fort, als Regierungs- und Militärstellen sich

<sup>135</sup> Oleksander Skoropys-Joluchovskij, »Moï »zločyny«, Chliborobśka Ukraïna, 2-4 (1920-21), S. 191-237, S. 205.

<sup>136</sup> Provisorischer Bericht über die Tätigkeit des BBU für die Zeit September-Dezember 1914, 14.12.1914, Hornykiewicz I, S. 170-190.

<sup>137</sup> Melenevskyj an Lenin, Bern 28. 12. 1914; Lenin an Melenevskyj, 12. 1. 1915, Dorošenko, Z istorii Ukraïnskoï polityčnoï dumky, S. 44-46, nach Proletarskaja Revolucija 1924, H.3, S. 245-246. Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 280. – Senn qualifiziert nicht nur die Zusammenarbeit mit Lenin als Fehlschlag: Der BBU sei von allen Emigrantengruppen abgelehnt worden. Trockij und Manuil'skij schrieben im Golos (21./24./25.11. 1914) gegen ihn an, Lenin habe im Januar 1915 Melenevskyj wissen lassen, er wolle nichts mit dem BBU zu tun haben (Alfred Erich Senn, The Russian Revolution in Switzerland 1914-1917. Madison WI u.a. 1971, S. 55).

<sup>138</sup> Provisorischer Bericht über die Tätigkeit des BBU für die Zeit September-Dezember 1914, 14.12.1914, Hornykiewicz I, S. 170-190.

<sup>139</sup> Wir finden keine Basis für die These Greblings, Doncov und Zaliznjak hätten »besondere Gruppen aus ihren Anhängern« organisiert (Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 277). Doncov erweckte nicht einmal den Anschein, während Zaliznjaks sozial-revolutionäre Partei weitgehend fiktiv war (unbeschadet dessen, daß Zaliznjak sozial-revolutionäre Anschauungen vertrat). Bihl spricht etwas beschönigend von einem kleinen Mitarbeiterstab ( »Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak«, S. 227).

<sup>140</sup> Nach Bihl kamen »mindestens 25 500 Rubel« von der deutschen Botschaft in Wien (ebd.).

<sup>141</sup> Nach den Angaben bei Sosnovskyj wurde der Betrag nicht zurückgezahlt, sondern konfisziert, während weitere 400.000 Kronen unabgerechnet blieben (Vgl. Sosnovskyj, Dmytro, S. 134-135). Der deutsche Botschafter berichtete dagegen dem Reichskanzler, Zaliznjak habe »einen Betrag von über 400.000 Kronen zurückerstattet« (von Tschirschky an von Bethmann Hollweg, 8.1.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 80).

Ende 1914 von dem Sozialrevolutionär abgewandt hatten.<sup>142</sup> Taktische Überlegungen – ob man besser von Wien oder von Konstantinopel aus tätig würde –, gegenseitige Anfeindungen Zaliznjaks und des BBU sowie die Befürchtung, die Deutschen könnten in Konstantinopel die Österreicher ausbooten, führten dazu, daß das Interesse der Österreicher an der ukrainischen Aktion vorerst erlahmte.<sup>143</sup>

Nicht nur wegen des für die Mittelmächte ungünstigen Kriegsverlaufs gab es wenig Basis für einen Aufstand der Ukrainer gegen Russland. Zum einen gab es in der russländischen Ukraine kein allgemein verbreitetes Nationalbewußtsein, zum anderen hatten die gemäßigten und die »linken« ukrainischen Nationalisten ähnlich wie die mittel- und westeuropäischen Sozialisten einen »Burgfrieden« mit ihrer Regierung geschlossen. Die Liberalen in der Gesellschaft Ukrainischer Fortschrittler hatten sich für »neutral« erklärt, Petljura hatte in seiner *Ukrainskaja Žizn'* dazu aufgerufen, seine »Pflichten vor dem Staat« zu erfüllen.<sup>144</sup> Die geplante nationale Revolutionierung des Gegners erschien aussichtslos. Dafür entstand in Kiew ein »Karpatho-Russisches Befreiungskomitee« (*Osvoboditel'nyj Karpato-russkij Komitet*) unter der Führung des russophilen Gymnasiallehrers Julijan Javorskij (1873-1937), das den Anschluss Galiziens an Russland verlangte.<sup>145</sup>

Keineswegs alle russländischen Ukrainer und auch nicht alle Emigranten waren nämlich österreichfreundlich. Zu einem erbitterten Feind des BBU entwickelte sich bald Lev Jurkevyč, der mit seinem Organ *Borot'ba* (Kampf) von Genf aus von Februar 1915 bis September 1916 gegen den BBU polemisierte. Und der sozialdemokratische Duma-Abgeordnete (1907) Grigorij Aleksinskij (1879-1965), zeitweise Anhänger der Bol'seviki, entwickelte die Diktion, der BBU sei ein »Unternehmen, das mit Mietlingen«, von einem »käuflichen Pöbel« (*prodažnuju svoloč'*) geführt würde. Aleksinskij

<sup>142</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 282-287. Es gibt etwa eine Broschüre Zaliznjaks, in der er als Repräsentant der Ukrainischen Sozialrevolutionäre einen Sieg Deutschlands und Österreichs mit der Begründung befürwortet, dann werde »unser Kampf für die nationale Befreiung, für ein besseres Leben, leichter« (*Mykola Zaliznjak, Ukraïnci, Rosija j vijna. o.O.o.J. [Wien 1914/16], S. 9*).

<sup>143</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 287-288. Zum Verzicht auf eine weitere Zusammenarbeit mit Zaliznjak trugen sicherlich Berichte des in Rumänien als Kaffeehändler agierenden Ludwig Roselius (Kaffee Hag) bei, der gleichzeitig als Vertrauensmann des deutschen Auswärtigen Amtes Berichte schrieb. Hierin beschuldigte er Zaliznjak, er verfüge über keinerlei weiterreichende Verbindungen und versorge nur seine Bekannten (vgl. Bericht Roselius, 9.12.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 41-52). – Das Vorhaben vom Herbst 1914, mit einem Korps von 50.000 Türken, 400 galizischen Ruthenen aus der Ukrainischen Legion und 100 BBU-Ukrainern unter dem Obersten Stanislaw Graf Szeptycki (der sich als Pole verstand – im Unterschied zu seinem Bruder Roman, der zur unierten Kirche gestoßen und als Andrij Šeptyčkyj Metropolit geworden war), scheiterte an divergierenden türkischen Interessen und mit den Ukrainern zusammenhängenden Schwierigkeiten. Die Konstantinopler Aktion (Vgl. Bihl, »Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte«, S. 362-366; Mykola Zaliznjak, »Ukraïnska armija j general graf St. Šeptyčkyj«, *Nedillja*, Nr.15/1928, nach Dumin, *Istoriija Legionu Ukraïnskych Sičovyč Stril'civ*, S. 71-72) behandeln wir hier nicht weiter.

<sup>144</sup> Petljura setzte sich besonders für diese Loyalitätserklärung ein, weil er befürchtete, sonst könne der Eindruck entstehen, die Ukrainer »existierten überhaupt nicht oder es könne für sie in den Grenzen der russischen Staatlichkeit keinen Platz geben« (Vgl. Dmytro Dorosenko, *Moi spomyny pro nedavne-mynule*. Lviv 1923, Bd. 1, S. 13). An Nazaruk schrieb er am 18./31. 12 1914: »Wie schwierig es für uns auch ist, unter den Ihnen bekannten Umständen zu leben, aber an Deutschland zu geraten – danke schön« (*Symon Petljura, Stati, lysty, dokumenty*. Bd. 1, New York 1956, S. 188).

<sup>145</sup> Vgl. Dorosenko, *Moi spomyny pro nedavne-mynule*, Bd. 1, S. 15.



verbreitete diese Ansicht in der Petrograder Zeitschrift *Sovremennyj Mir* und begründete damit die weitverbreitete Meinung, der BBU bestehe aus »bezahlten Agenten des österreichischen Generalstabs«. <sup>146</sup> Wenn es daher in den Schriften des BBU hieß, diese Organisation sei auch in Rußland bekannt, dann war dies wohl wahr, aber man verschwieg wohlweislich den Hautgout dieser Bekanntheit.

Auch Hruševskij kritisierte die K. u. k. Politik. Im November 1914 gelangte er über Italien und Rumänien nach Kiew. <sup>147</sup> Seine Berichte trugen dort nicht dazu bei, daß man von den Österreichern viel erwartete. Der Historiker beschrieb polnisch-österreichische Kampagnen gegen die »rußlandfreundlichen« Ruthenen und die Internierung in Lagern wie Thalerhof. Zwar sei ein kleiner militärischer Verband gegründet worden, aber die Österreicher verhielten sich ihm gegenüber sehr »zurückhaltend«. Vor dem BBU warnte Hruševskij, weil ihm mit Zaliznjak eine »Gruppe« angehöre, »die einfach in Diensten des österreichischen Generalstabs stehe und mit ihren verantwortungslosen Handlungen viel Schaden anrichten [könne]. Von solchen Leuten sollten wir uns deutlich abgrenzen.« <sup>148</sup> Dies ist insofern ganz pikant, als sowohl Hruševskij wie Zaliznjak Sozialrevolutionäre waren. Für eine Mobilisierung der rußländischen Ukrainer von Österreich aus fehlten somit alle Grundlagen. Hruševskij wurde dennoch verhaftet und lebte in Simbirsk, Kazan' und Moskau. In die Ukraine durfte er erst nach der Februarrevolution zurückkehren.

Im Zusammenhang mit dem russischen Vormarsch in Galizien erschienen Hoyos die Kontakte zu Ukrainern anfangs noch wichtig, »da die russische Okkupation die Scharen der russophilen Ruthenen vermehrt haben dürfte« <sup>149</sup>. Andererseits führten die Gerüchte, die »Russophilen« unterstützten die Russen, dazu, daß das wenig differenzierfreudige Österreich nun einen Generalverdacht gegen alle Ruthenen faßte. Zwar stellte sich bald heraus, daß die von Willkür geprägte Herrschaft der Russen den gegenteiligen Effekt hatte: Die bis 1914 schon zurückgegangene Zahl der Moskophilen wurde nach der unmittelbaren Erfahrung russischer Macht zu einer unbedeutenden Größe. Die Wiener HUR unter Kost' Levyčkyj klagte in zahlreichen Denkschriften, polnische Politiker hätten einen Popanz der Russophilie der Ruthenen aufgebaut, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen und von der Russophilie der Nationaldemokraten abzulenken. Hinrichtungen und Internierungen im Lager Thalerhof aufgrund von unberechtigten Denunziationen wurden polnischen Beamten vorgeworfen. <sup>150</sup> Bei der Wiedereroberung Lembergs stellte Generalmajor von Riml den Ukrainern ein sehr gutes Zeugnis aus: »Ukrainer sind ausgesprochen österreichfreundlich u. können

<sup>146</sup> Vgl. Dorošenko, *Z istorii ukraїnškoї polityčnoї dumky*, S. 51-53.

<sup>147</sup> Vgl. V. Verstjuk/T. Ostaško, *Dijači Ukraїnškoї Central'noї Rady*. Kyiv 1998, S. 24.

<sup>148</sup> Dorošenko, *Moї spomyny pro nedavne-mynule*, Bd. 1, S. 28-29. – Dorošenko bringt in seinem Bericht einiges durcheinander: Hruševskij konnte, als er Österreich verließ, noch nichts über die »Gefangenearbeit« in deutschen Lagern wissen, und auch die kolportierte Anerkennung des BBU als »kriegführende Partei« durch die Mittelmächte entsprach nicht den Tatsachen.

<sup>149</sup> Konzept Hoyos an von Giesel, 3.9.1914, HHStA, P.A. 902, Kr.8b, Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 275.

<sup>150</sup> Vgl. Wolfdieter Bihl, »Einige Aspekte der österreich-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 539-550, hier S. 545-546 mit weiteren Literaturangaben. Zu den Denkschriften vgl. Hornykiewicz 1, S. 26-52. In Thalerhof wurden unter anderen der Vater und ein Onkel von Jevhen Konoval'ec interniert (Vgl. Šach, »Molodist' Jevhena Konoval'ca«, S. 51).

durch kräftige Führung der regierenden Kreise zu richtigen Österreichern erzogen werden«. <sup>151</sup>

Die Internierung war ein Belastungspunkt des österreichisch-ukrainischen Verhältnisses. Bis November 1914 wurden ca. 5700 Ukrainer in Thalerhof bei Graz und 890 weitere in Theresienstadt festgesetzt. Auch wenn es bald zu ersten Entlassungen kam, gab es auch immer wieder Neueinlieferungen, bis nach einer Amnestie des neuen Kaisers Thalerhof am 7. Mai 1917 geschlossen wurde. Typhus dezimierte die Insassen und auch Hinrichtungen von tatsächlichen oder angeblichen russophilen Ruthenen waren an der Tagesordnung. <sup>152</sup>

Zur selben Zeit kam das austropolnische Konzept auf die österreichische politische Tagesordnung. <sup>153</sup> Damit wiederum gerieten die Ukrainer in den Hintergrund, ihre Förderung wurde nun nicht mehr weiter ausgebaut. Im November 1914 erklärte Hoyos zwar noch, Österreich unterstütze die ukrainischen Freiheitsbestrebungen und wolle weiterhin Rußland schwächen, weshalb man »für den Fall unseres Sieges die Gründung eines von Rußland unabhängigen ukrainischen Staates beginnen« würde. <sup>154</sup> Sollte er auch von Österreich unabhängig sein? Da Deutschland wiederum an der austropolnischen Lösung wenig Gefallen fand, ist verständlich, daß die Ukrainer sich verstärkt den Deutschen zuwandten. Allerdings liefen die Kontakte zunächst nur über »Nebenwege«.

Helga Grebing vermerkte, daß das Interesse des österreichischen Armeekommandos am BBU bald erlahmte. <sup>155</sup> Das Außenministerium schrieb im Januar 1915 in einer Information für den internen Gebrauch: Die »Zweckdienlichkeit« der Kontakte des Generalstabs und des Außenministeriums zu Zaliznjak wie zum BBU sei eine »zeitlich beschränkte« gewesen, der militärische Rückzug habe sie entbehrlich gemacht. Die Lösung des Kontakts zum BBU »à l'amiable« sollte aber »nicht als Symptom eines vollständigen désinterressement [...] an der ukrainischen Sache aufgefaßt werden«, der BBU könne »gewissermaßen en cadre« bestehenbleiben, um sich »im gegebenen Falle« seiner Mithilfe »wiederum bedienen zu können«. Dazu sollte er in die Schweiz übersiedeln, dort weiterhin von Österreich und Deutschland aus mit je 100.000 Kronen jährlich finanziert werden, Verbindungen mit der russischen Ukraine aufnehmen, weiterhin »seine Haltung den Wünschen der k.u.k. respektive kaiserlich deutschen Regierung an[...]passen« und – dem Generalstab auf dessen Kosten »für die

<sup>151</sup> Generalmajor Riml, Nachrichtenabteilung des k.u.k. AOK, »Bericht über Eindrücke und Wahrnehmungen nach der Wiedereroberung Lembergs«, 26. 7. 1915, Hornykiewicz I, Dok. 16, S. 72-80, hier S. 79.

<sup>152</sup> Vgl. Serhij Popyk. *Ukrajinci v Avstrii 1914-1918*. Kyiv/Černivci 1999, S. 86-99.

<sup>153</sup> In einem möglicherweise von Žuk verfaßten Text wird der Wandel mit dem Wechsel im österreichischen Außenministerium zu Graf Burián in Verbindung gebracht: »Es wehte ein anderer Wind« (Inšym vitrom povijalo) und »began eine Favorisierung der Polen« (načaloš forytovanie poljakiv); an., undat., »Do zminy providnyctva v avstrijsko-uhorskim ministerstvi zakordonnych sprav«, NAC, MG30, C167, vol. 10, file 8. – Vgl. auch Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 274; Stephan Graf Burián, *Drei Jahre*. Berlin 1923, S. 64.

<sup>154</sup> Hoyos an Pallavicini und Hohenlohe, 20. 11. 1914, Hornykiewicz I, Dok. 64, S. 168-169.

<sup>155</sup> Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 283. – In der Aufarbeitung der Ukrainer-Kontakte hieß das: »Durch die Verschiebung der kriegerischen Operationen westwärts der eigentlichen Ukraine war der praktischen Verwertung dieser ukrainischen Verbindungen der Boden entzogen« (»Die Beziehungen des k. und k. Ministeriums des Außern zu den ukrainischen Organisationen«, 10. 1. 1915, Hornykiewicz I, Dok. 68, S. 195-198, hier S. 196).

Arbeit in den Kriegsgefangenenlagern« zur Verfügung stehen.<sup>156</sup> Der Versuch des BBU, die Förderungsbeträge zu verdreifachen, führte dazu, daß der ganze vorgenannte Plan fallengelassen wurde. Am 10. April 1915 eröffnete der Leiter der Abteilung Abwehr im österreichischen Außenministerium, Generalkonsul Richard von Oppenheimer, Melenevskyj und Žuk mündlich, daß Deutschland und Österreich ihre »bisherigen Beziehungen zum Bunde bis auf weiteres lösen« würden. Der BBU könne aber weiter in Gefangenenlagern im Auftrag des Kriegsministeriums tätig sein. »Als Zeichen ihrer Sympathie« und um vielleicht »ihre Beziehungen zum Bunde zu einem späteren Zeitpunkte wiederum anzuknüpfen« wollte man noch einmal je 100.000 Kronen als einmalige Abfindung zahlen, das Konstantinopler wie das Schweizer Projekt sollten aber nicht mehr weiterverfolgt werden und die BBU-Mitglieder in Österreich bleiben, wenn sie »zu keinerlei berechtigten Klagen Anlass geben«.<sup>157</sup> Zwei Tage später wurde diese Anweisung verschriftlicht. Offenbar hat Skoropys noch durchsetzen können, daß der BBU bei der »Gefangenenarbeit« nicht dem die Kosten tragenden Generalstab gegenüber verantwortlich sein und von ihm auch keine Anweisungen erhalten würde. Das war zwar ein Versuch, die Abhängigkeit möglichst gering zu halten, aber trotz allem – der BBU stand dem Generalstab »zur Verfügung«.<sup>158</sup>

Helga Grebing nahm seinerzeit noch an, der BBU sei zwischen 1915 und 1917 kaum tätig gewesen und habe nur sporadisch geringfügige Mittel erhalten – und für Österreich ist dies auch nicht falsch.<sup>159</sup> Hier folgte »auf eine kurze, im Grunde nur wenige Tage dauernde Phase eines illusionären Optimismus [...] die Ernüchterung«.<sup>160</sup> Noch bevor die Verbindung endgültig gelöst worden war, hatten die BBU-Vertreter jedoch Kontakte zu deutschen Stellen geknüpft.

Hierzu hatte der deutsche Botschafter in Wien beigetragen, der im Januar 1915 berichtet hatte, daß die österreichische »Regierung zur Vermeidung weiterer Unkosten möglichst bald die ganze Angelegenheit mit dem Bunde liquidieren möchte«. Er schlug aber vor, im Einvernehmen mit den Österreichern »sollten wir uns unter allen Umständen die ausgezeichneten Dienste des Bundes für spätere Eventualitäten sichern«, was mit geringen Mitteln »aus der von Zaliznjak zurückgezahlten Summe geleistet werden könnte«.<sup>161</sup> Skoropys-Joltuchovskýs Anmerkung von 1920, von Tschirschky habe die Trennung der österreichischen Regierung vom BBU unterstützt, mochte

<sup>156</sup> »Die Beziehungen des k. und k. Ministeriums des Äußern zu den ukrainischen Organisationen«, Januar 1915, Hornykiewicz I, Dok. 68, S. 195-198; vgl. auch Wolfdieter Bihl, »Österreich-Ungarn und der Bund zur Befreiung der Ukraina«. In: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch. Graz/Wien/Köln 1965, S. 505-526, hier S. 512-513.

<sup>157</sup> Vermerk Oppenheimer, 10.4.1915, HHStA P.A. 903, Krieg 8b, Hornykiewicz I, S. 205-6; dieser Vereinbarung galt Zimmers Vermittlung in Wien; vgl. auch Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 291.

<sup>158</sup> »Die Beziehungen des k. k. Ministeriums des Auswärtigen zum Bund zur Befreiung der Ukraina«, 12. 4. 1915, partieller Abdruck in Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï zločyny«, S. 210-213.

<sup>159</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 291-292. – Berichte des BBU über Aktivitäten in Rußland dürften fiktiv gewesen sein (BBU, »Einige Informationen über den Bund zur Befreiung der Ukraine«, August 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 2b/1-8, hier Bl. 2b/5).

<sup>160</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 362.

<sup>161</sup> Von Tschirschky an von Bethmann Hollweg, 8.1.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 80.

damit andeuten, daß der deutsche Botschafter dies tat, um den BBU umso leichter in Deutschland auffangen zu können.<sup>162</sup>

Die Rivalität zwischen den rußländischen und den österreichischen Ukrainern war offensichtlich. Die machtbewußten Ruthenen wollten eigentlich nicht mit gleichberechtigten Ostukrainern konfrontiert werden, wie sehr sie auch öffentlich das Gegenteil behaupten mochten. So protestierte Kost' Levyčkyj zwar, als die österreichische Regierung versuchte, den BBU ins Ausland zu drängen, aber gleichzeitig intervenierten Ruthenen beim Ministerpräsidenten Graf Stürgkh; der Passus über die »berechtigten Klagen« ging auf sie zurück und machte die Ruthenen zu Vormunden der Emigranten.<sup>163</sup> Ostukrainer waren tragbar, wenn sie sich den Ruthenen – wie Doncov und Zaliznjak – unterordneten. Versuchten sie, eine eigene Politik zu betreiben, gierten sie in den Wiener Intrigenstrudel.

Offiziell wurde die Rivalität am 30. April 1915 ausgeräumt. Unter Vermittlung des Lemberger Domherrn Tyt Jevhen Vojnarovskýj-Stolobut (Titus von Wojnarowski) (1856-1938) wurde vereinbart, die HUR, die Repräsentation der Ruthenen der Donaumonarchie, um drei stimmberechtigte Vertreter des BBU von 31 auf 34 Mitglieder zu vergrößern; im Präsidium saß nun neben Kost' Levyčkyj und vier Vizepräsidenten ein BBU-Delegierter (Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj), der aber nur in allgemeinen (also über Galizien hinausgehenden) ukrainischen Angelegenheiten stimmberechtigt war. Das am 5. Mai 1915 konstituierte Gremium nannte sich fortan Allgemeiner Ukrainischer Rat (Zahal'na Ukraïnska Rada – ZUR).<sup>164</sup>

Daß der BBU hierin einen »nationalen Arcopag« sah, klang reichlich pathetisch, jedoch war diese Vertretung nun tatsächlich das erste politische Organ, das Repräsentanten der österreichischen und der rußländischen Ukraine vereinigte.<sup>165</sup> Auch wenn ihre geringe Legitimation der kleinen Emigrantengruppe bewußt war, hatte der BBU durch die Einbeziehung in die österreichische Organisation einen Bedeutungszuwachs erfahren.<sup>166</sup> Damit war eines der deutschen Desiderate, eine einheitliche Vertretung aller Ukrainer, wenigstens äußerlich erfüllt. Die politische Gratwanderung der Ukrainer zeigte sich in ihrer Forderung nach einem freien, selbständigen Staat für »die gegenwärtig noch unter russischer Herrschaft schmach tenden ukrainischen Gebiete«, während »für unsere ganze Nation [...] volle nationale Entwicklungsfreiheit«, realisiert durch ein »einiges, autonomes, auf Grundlagen der demokratischen und freiheitlichen Prinzipien aufgebautes Territorium« in den Grenzen der Habsburgermonarchie ver-

<sup>162</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï zločyny«, S. 211, 214. – Es könnte sich jedoch auch um eine Fehlinformation handeln.

<sup>163</sup> Ebd., S. 206.

<sup>164</sup> Heinze an von Bethmann Hollweg, 8.5. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 119.

<sup>165</sup> Vgl. »Osnovannje Zahal'noi Ukraïnskoï Rady«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny 2 (1915), H. 19-20, S. 1-2. – Die programmatische Deklaration ist auch abgedruckt bei Ripečkyj, Strilectvo, S. 118-119.

<sup>166</sup> Zu den Versuchen, das »Mandat« des BBU zu erläutern vgl. Andrij Žuk, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny, 37-38/10.10.1915, S. 2. – Žuk erklärte alle Nicht-BBU-Politiker in der rußländischen Ukraine zu »Renegaten und Nicht-Einheimischen« und behauptete, der BBU vereinige Vertreter aller politischer Richtungen der Ukraine, was nicht der Fall war. Auch die Feststellung, in Kiew hätten sich im April 1915 ukrainische Aktivisten für den BBU ausgesprochen und ein »Zentralkomitee« gebildet, war Fiktion.

schlechteste Variante, die auf deutscher Seite erwogen wurde. Das mehrmalige Drängen belegt, daß ein sowjetisches Eingreifen weitaus erwünschter war.

Erst am nächsten Abend kam von der Schulenburg seinem Auftrag nach. Molotov kündigte »vielleicht sogar schon morgen« den sowjetischen Angriff an. Die antideutsche Spitze vom 11. September, daß man die Ukrainer und Weißrussen vor den Deutschen schützen müsse, war entschärft worden. Molotov versprach, in dem Communiqué werde es nur heißen, die Sowjetunion fühle »sich verpflichtet, zum Schutz ihrer ukrainischen und weißrussischen Brüder einzugreifen und dieser unglücklichen Bevölkerung Möglichkeit zu ruhiger Arbeit zu verschaffen.« Auch diese Formulierung bedeutete nach Molotov »für das deutsche Empfinden einen kleinen Schatten«, man sehe jedoch »für eine andere Motivierung leider keine Möglichkeit«, da man das »Eingreifen nach außen irgendwie begründen müsse«. <sup>363</sup>

Entgegen der Meinung im OKH hatte am 10. September der Chef der Auslandsabteilung der Abwehr, Kapitän zur See Leopold Bürkner (1894-1975), die anderen Abwehr-Gruppenleiter darüber unterrichtet, »daß Eingreifen der Russen wahrscheinlich zu erwarten sei«. <sup>364</sup> Somit war die Absprache über ein gemeinsames Vorgehen gegen Polen bekannt, und wenn nicht allen mittleren Chargen, dann wenigstens Canaris, dem Vorgesetzten Bürknens. Ungeachtet dessen machte Canaris den Ukrainern weiterhin Hoffnungen.

Am 13. September 1939 setzten die in Ilnau genehmigten ukrainischsprachigen Rundfunksendungen sein, in denen Deutschland sich als »Freund der Ukrainer« vorstellte und die Ukrainer Polens aufforderte, »sich nicht den einmarschierenden Truppen entgegenzustellen«. <sup>365</sup> Mel'nyk berichtete Anfang Oktober über eine »Konferenz« in einem Wiener Hotel: »Kurze Zeit« nach dem 3. September (»Korotkyj čas pizniše«) – dabei kann es sich durchaus um den 12. oder 13. September gehandelt haben – habe Canaris im Beisein von Lahousens Mel'nyk und den Ukrainern zur »glücklichen Lösung der Frage der Westukraine gratuliert, die ihre Selbständigkeit erhalte« [ščo otrymuje samostijnist']. Dies sei das Ergebnis von Canaris' Besuch im Führerhauptquartier gewesen. <sup>366</sup>

Da aber stets deutscherseits peinlich darauf geachtet wurde, nur ja keine konkreten politischen Versprechungen zu machen, muß aufmerken lassen, daß Canaris mit einer angeblich geplanten Selbständigkeit der Westukraine geworben haben soll. Vermutlich war dies das einzige Mal, daß so etwas geschah. Ungeklärt ist, ob Canaris selber solch ein Konzept favorisierte, oder ob es der mit pragmatischen Desinformationspraktiken

<sup>363</sup> Von der Schulenburg an AA, 16. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 78, S. 60. In der Nacht vom 16. zum 17. trug Stalin von der Schulenburg die sowjetische Bekanntmachung vor, die auf von der Schulenburgs Einwand an »drei für uns unangemere[n] Stellen« von Stalin »bereitwilligst« abgeändert wurde (Von der Schulenburg an AA, 17. 9. 1939, ebd., Dok. 80, S. 62).

<sup>364</sup> Groscurth, Tagebücher, S. 266.

<sup>365</sup> Aktenvermerk von Lahousen, 14. 9. 1939, BAMA N 104/3, in: Groscurth, Tagebücher, S. 359. – Vgl. auch ebd., S. 268. Mel'nyk hat im Oktober 1939 festgestellt, die Rundfunkstation in Prešov in der Ostslowakei habe »während des deutsch-polnischen Krieges und lange davor« (v časi nimečko-pol'skoj vijny i šče daleko do nej) der OUN zur Verfügung gestanden und sei mit OUN-Sprechern geführt worden. Erklärung Mel'nyks, 5. 10. 1939, zit. nach Hirnjak, Na stežkach, S. 284-285.

<sup>366</sup> Mel'nyk an Knyš, zit. nach Hirnjak, Na stežkach, S. 284. Nicht klar ist, ob Mel'nyk am 3. September tatsächlich im AA oder anderswo empfangen worden war, und was dort ggf. besprochen worden sein mag (Vgl. Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 127).

bestens vertraute Chef der Abwehr nur für zweckmäßig hielt, Mel'nyk mit diesem Zuckerbrot zu locken.<sup>367</sup>

Von Lahousen allerdings soll Mel'nyk beim Hinausgehen Vorsicht angeraten haben, weil die Entscheidung noch nicht endgültig sei, es liefen darüber gerade deutsch-sowjetische Gespräche. Mel'nyk wies darauf hin, daß man sich im PUN schon Gedanken über eine westukrainische Koalitionsregierung gemacht und sogar eine Kabinettsliste aufgestellt habe: Die Hälfte der Minister sollten Nationalisten sein, das Amt des Ministerpräsidenten war für Omeljan Senyk vorgesehen. Aber mit dem Angriff vom 17. September sei die Bildung einer ukrainischen Regierung »unrealistisch« (nereal'nym) geworden.<sup>368</sup>

Kentij weist die Behauptung Myroslav Prokops zurück, der PUN selber habe den Nationalisten in der Westukraine die Anweisung gegeben, auf einen Aufstand zu verzichten – alles habe die deutsche Seite diktiert.<sup>369</sup> Das Verbot eines Aufstands (wann immer es ausgesprochen worden sein mag) würde mit der analogen angeblichen Anweisung zur Karpatho-Ukraine korrespondieren, an die sich ein Teil der galizischen OUN damals offenbar ebenfalls nicht gehalten hatte. Daß zwischen dem 12./13. und dem 17. September, an welchem die Sowjets tatsächlich die Grenze in Ostpolen überschritten, wenig geschah, mag man vor allem damit erklären, daß mit einer Freigabe der Erhebung nicht mehr gerechnet wurde und Mel'nyk ausdrücklich zur Vorsicht ermahnt worden war. In diesen Tagen hätte jedoch immerhin auf eine implizite deutsche Genehmigung aktiv zu werden zurückgegriffen werden können. Canaris soll sich am 19. September in der Westukraine (sicher nicht in Lemberg selber, das an diesem Tag noch polnisch war) »zur Regelung ukrainischer Fragen« aufgehalten haben.<sup>370</sup>

Dmytro Paliiv und ein Lemberger Kreis ehemaliger UHA-Offiziere, die nicht mit der OUN in Verbindung standen, die sog. Junge Gemeinschaft (Moloda Hromada), sollen geplant haben, bei einem sich abzeichnenden deutschen Angriff auf Polen einen allgemeinen antipolnischen Aufstand auszulösen. Und auch der PUN bereitete sich angeblich ja auf die Ausrufung eines »Ukrainischen Weststaates« vor. Einen Aufstand unter der Regie Paliivs verhinderte nach Mirčuk die Landesexekutive der OUN. Sie wollte sich angeblich mit dem PUN über eine gemeinsame Aktion ins Benehmen setzen, aber da es keine Dokumentation hierüber gibt, ist vorderhand auch die Hypothese zulässig, daß man dem Angebot Paliivs schon deshalb distanziert gegenüberstand, weil man die Konkurrenz der »alten« UHA-Offiziere und des FNJe meiden wollte. Nach Petro Mirčuk ist die Antwort des PUN negativ ausgefallen, weil man keine deutsche Zusicherung, einen ukrainischen Staat entstehen zu lassen, erhalten hatte.<sup>371</sup> Tatsächlich gab es aber Kämpfe, die gemeinhin mit Kommunikationsschwierigkeiten oder Insubordination erklärt werden.<sup>372</sup>

<sup>367</sup> Diese spekulativen Interpretationen nach div. Literaturpositionen bei Kentij, Narysy, S. 115-116.

<sup>368</sup> Mel'nyk an Knyš, zit. nach Hirnjak, Na stežkach, S. 284.

<sup>369</sup> M. Prokop, *Ukraina i ukraińska polityka Moskvy*. New York 1981, S. 97, ebenso Bohdan Budurówycz, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], *Zeszyty Historyczne* 66 (1983), S. 15-47, hier S. 45; Kentij, Narysy, S. 115.

<sup>370</sup> Groscurth, *Tagebücher*, S. 207.

<sup>371</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 584-585; Vgl. auch Waldemar Rezmer, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, In: *Polska – Ukraina: trudne pytania*, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 13-34, hier S. 29.

<sup>372</sup> Vgl. dazu die Diskussion auf der polnisch-ukrainischen Konferenz in Warschau im Oktober 1998, auf der sogar die These geäußert wurde, die Gefechte zwischen Ukrainern und Polen seien durch

Als es später – im November 1939 – zu gegen Polen und Juden gerichteten Ausschreitungen kam, war die sowjetische Verwaltung längst da und schritt dagegen ein. In einer durchaus seltenen prosowjetischen Stellungnahme schrieb der Adjutant des polnischen Generals Władysław Anders (1892-1970) es der Roten Armee zugute, daß es im Oktober 1939 »weder zu großen Pogromen noch zum Massenschlachten von Polen« gekommen sei.<sup>373</sup>

Wenn wir die Richtigkeit aller hier benutzten Quellen annehmen, dann ergibt sich möglicherweise aber auch ein anderer Ablauf:

Der Nichtangriffspakt veränderte für die weiterhin dem Doncov-Konzept treuen ukrainischen Nationalisten die Lage ganz entscheidend. Polen war für Doncov-Adaptierten zwar Ausgangs- und Rekrutierungsgebiet, der prinzipielle Gegner war jedoch Moskau. Durch den Pakt stand Deutschland nicht mehr in einem prinzipiellen Gegensatz zu Rußland, die Basis für die Zusammenarbeit war also verschwunden. Die »Instruktion« vom 1. September 1939, wonach der Hauptgegner die UdSSR sei (s. S. 995), konnte in diesem Sinne verstanden werden.<sup>374</sup> Am 23. August konnte die OUN noch zuversichtlich sein, bis zum 31. August wurde die BBH-Rolle dann zurückgeschraubt, und die OUN hielt sich bis zum 10. September 1939 zurück, vom 10. bis zum 17. September 1939 bestanden neue Hoffnungen auf einen autonomen Staat und am 17. September 1939 folgte neuerlich eine Enttäuschung, die aber wieder bald durch die Förderung der Ukrainer in den deutsch besetzten Gebieten Polens ein wenig ausgeglichen wurde.<sup>375</sup>

Die deutsche Seite war unsicher, wie sich die Lage entwickeln würde. Sie hielt sich jedoch für mehrere Möglichkeiten bereit, wobei für sie der Wechsel zwischen ihnen nicht so dramatisch war wie für die Ukrainer. Den Deutschen ging es um etwas mehr oder etwas weniger verwaltetes Land – und ausnahmsweise hielt man sogar weniger für günstiger. Für die Ukrainer ging es um ihre ukrainischen Gebiete, die nun ausge-rechnet dem verhaßten Moskau zufielen.

Die militärische Ausbildung der Ukrainer im Rahmen der »Bergbauernhilfe« im deutsch annektierten Österreich und in der deutsch »geschützten« Slowakei samt den wieder gepflegten Beziehungen zur OUN geschahen für den Fall, daß es mit der UdSSR zu keiner Einigung kommen würde. Als die Sowjets nach dem Kriegsbeginn

---

die Sowjets ausgelöst worden (Polska – Ukraina. Trudne pytania, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 67-73). Potocki griff dies auf und beschuldigte darüber hinaus die Sowjets, Polen ermordet und OUN-Angehörige dafür verantwortlich gemacht zu haben. Alle diese Behauptungen sind allein auf Vermutungen und eine (in jeder Hinsicht) zweifelhafte Prozessaussage aus dem Jahre 1961 gestützt (Vgl. Potocki, Polityka, S. 225). Am 10. September 1939 entwaffneten etwa 500 Aufständische in der Umgebung von Mykolajiv an der Straße zwischen Lemberg und Stryj die polnische Polizei und wurden am 14. September von Polizisten aus Drohobyč und Sambir niedergeschlagen. Stryj soll einige Tage lang in ukrainischer Hand gewesen sein. In Bartativ bei Horodok (Gródck Jagielloński) sollen sich ukrainische Aufständische vom 12. September bis zur Ankunft der Roten Armee gehalten haben. Auch südlich von Stryj in Duliby und Zavadiv kam es zu Zusammenstößen, nach Mirčuk sollen kleinere Zusammenstöße in jedem Kreis stattgefunden haben (Mirčuk, Narys, S.586-587. Vgl. Waldemar Rezmer, »Stanowisko i udział«, S. 30-32; Sowa, Stosunki, S. 80-88).

<sup>373</sup> J. Klimkowski, Byłem adjutantem generała Andersa. Warszawa 1959, S. 33.

<sup>374</sup> Kentijs Grundannahme der Kontinuität der prodeutschen Haltung des PUN berücksichtigt die Schwankungen nicht, die durch die deutsche Haltung ausgelöst wurden; vgl. Kentij, Narysy, S. 113-114.

<sup>375</sup> Mit dem letzteren wird sich ein Folgebund zu beschäftigen haben.

nicht reagierten, besannen sich die Deutschen ihrer »ukrainisch-nationalen« Karte, und man erwog wieder, über die Abwehr den ukrainischen Aufstand gegen Polen und Juden – nicht etwa mit dem Ziel einer wie auch immer gearteten Autonomie – auszulösen.

Während Hitler eine vollständige Teilung oder einen polnischen Reststaat favorisierte, war im AA die Randstaatenpolitik des Ersten Weltkriegs noch präsent, wenngleich 1939 nicht die erste Wahl. Sucht man in den diplomatischen Aktivitäten eine argumentative Logik, dann muß auch die Provozierung des Gegenteils angenommen werden: Wie der »Nichtangriffspakt« nicht etwa den Frieden sichern, sondern einen Krieg ermöglichen sollte, sollte die Androhung »neuer Staaten«, die den Sowjets nicht genehm sein konnten, jene gerade verhindern. Die Aktivierung der OUN durch Keitel hingegen sollte einen taktischen Effekt haben, durch welchen – falls die Sowjets nicht zur Hilfe kommen sollten – eben andere Kräfte die Deutschen entlasten würden.<sup>376</sup>

Mit dem 17. September war aber auch diese Phase beendet. Der Sowjetunion konnte man nun nicht mehr mit »neuen Staaten« kommen und nationalukrainische Aktivitäten waren überflüssig – im Blick auf den zeitweiligen Verbündeten und (seit dem 28. September) Freund gar rundweg unerwünscht. Um 7 Uhr befahlen die Deutschen, die Truppen »in Linie Skole – Lemberg – Wlodzimierz – Brest-Litowsk – Bialystok« anhalten zu lassen.<sup>377</sup>

Dabei rückt fast die Frage in den Hintergrund, worauf das späte Eingreifen der UdSSR zurückzuführen war. Geschah es (was dem Vf. am wahrscheinlichsten erscheint), nachdem im Fernen Osten am 15. September ein Waffenstillstand mit Japan geschlossen worden und die Gefahr eines Zweifrontenkriegs gebannt war, oder war die Drohung mit »neuen Staaten« das entscheidende Moment? Die sowjetische Note an Polen behauptete dann, der polnische Staat habe aufgehört zu existieren, und man könne die »ukrainischen und weißrussischen Blutsbrüder« nicht ohne Verteidigung (gegen wen?) lassen. Zudem handle es sich um die »Befreiung der Westukraine und Westweißrußlands«, und in der Ukraine wie in Weißrußland wird bis zum heutigen Tag an dieser Interpretation festgehalten. Geschickt nutzte die Sowjetunion nicht nur den Aspekt der Beseitigung einer polnischen »reaktionären« Oberherrschaft, sondern operierte auch mit nationalstaatlichen Motiven. Und sogar eine antideutsche Note konnte der erkennen, der danach suchte.<sup>378</sup>

Aber das war nicht die einzige Deutung. Die Vereinigung der Ukraine im Sinne der »sobornist« nahm ein Motiv auf, das die Nationalisten lange genug strapaziert hatten. Daß nun die Sowjets mit deutscher Zustimmung den Nationalstaat Ukraine im Verband der UdSSR mit inszenierten Wahlen und dem Anschlußsuchen schufen, mußten die Nationalukrainer als Farce empfinden. Oder konnte man wie 1920 die Vereinigung als Wert an sich auffassen, nach der man nur noch einen Hegemon beseitigen mußte?

<sup>376</sup> Vgl. auch die analoge Interpretation bei Sowa, Stosunki, S. 78-79.

<sup>377</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd.1, S. 77.

<sup>378</sup> In der sowjetischen Narration wurde dies nach 1941 zum Standard. Danach habe die Rote Armee die polnisch-sowjetische Grenze überschritten um die Bewohner Westweißrußlands und der Westukraine, »denen die faschistische Sklaverei drohte«, unter ihren Schutz zu stellen (Zamlynskyj, Šljach, S. 70).



Die OUN ließ am 30. November 1939 verlauten, angesichts der »überraschenden Okkupation des Landes durch sowjetisches Militär [sei] ein Aufstand zu diesem Zeitpunkt zwecklos gewesen«. Vereinzelt Aufstandshandlungen wurden ohne Datumangabe zugegeben, darunter auch »Überfälle auf Höfe und polnische Kolonien«. <sup>379</sup> Aber dieses Bild ist unvollständig. Es ging darin nur um eine »Erhebung« in Ostgalizien, nicht um die BBH. Was war mit ihr geschehen? Hier sind die Informationen viel dünner gesät als über spätere Kollaborationstruppen. Auch Boljanovskij geht darüber nahezu wortlos hinweg.

Am Berliner Sitz des PUN soll nach den wenigen Augenzeugenberichten eine zurückhaltende Stimmung geherrscht haben, die mit dem Nichtangriffspakt ausreichend begründet wäre. Allein Mykola Sciborskyj soll bereits früh erklärt haben, daß »zusammen mit der Wehrmacht auch unsere tapferen Krieger, unsere Bataillone, gegen Polen voranschreiten«. <sup>380</sup> Hajvas schreibt, es sei bei der BBH sehr chaotisch zugegangen. Es habe keine einheitliche Leitung gegeben, keine ausreichend ausgebildeten Führer, und auch die unklare Haltung der Deutschen wird erwähnt. Beim Marsch von Przemyśl nach Osten habe man nach Westen ziehende deutsche Pioniere getroffen – der Vormarsch war offensichtlich bereits abgebrochen worden. <sup>381</sup>

Nirgendwo wird über Kampfeinsätze der BBH berichtet. Nach Chymyneć wurde das 2. Bataillon der Legionäre Suškos nach Zakopane verlegt, wo es die weiteren Ereignisse abwarten sollte. <sup>382</sup> Aber Suškos Truppe marschierte tatsächlich ostwärts, nur war vom 17. September an eine nationalukrainische Präsenz östlich des San nicht mehr erwünscht. Suško, dessen Stab in dem am 11. September von den Deutschen eingenommenen Sambir halt machte, wußte angeblich nichts über den politischen Rahmen, in dem er agierte. Erst von Hajvas soll er vom begonnenen Rückzug der Deutschen aus Ostgalizien erfahren haben. Am 18. oder 19. September 1939 habe dann Major Dehmel von der Abwehr in Sambir Suško, Baranovskij und Hajvas die Lage erläutert. <sup>383</sup>

Die Legion Suškos war also zwar bis Ostgalizien gekommen, mußte sich nun aber gemäß den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen auf das Gebiet westlich des San zurückziehen. Dehmel teilte Suško mit, die Demarkationslinie sei längst definitiv entlang des San festgelegt. Daß er über den »Schmerz und das Mitgefühl« der deutschen Soldaten sprach, änderte nichts an der Lage, ist aber einer der Schlüssel, die es gestatten zu verstehen, wie die Nationalukrainer, zum wiederholten Male verraten, immer noch nicht ganz an Deutschland verzweifelten und den Eindruck gewannen, es gebe einen grundlegenden Unterschied zwischen der von Dehmel repräsentierten Abwehr und der politischen Führung. <sup>384</sup> Wie wenig Bedeutung die Deutschen den

<sup>379</sup> Nacionalistyčna Presova Služba 51/30.11.1939, nach Kentij, Narysy, S. 117.

<sup>380</sup> Ebd., S. 118. (ohne weitere Quellenangabe)

<sup>381</sup> Hajvas, Volja, S. 174-184, 208-209. Zwar gab es vor dem 20. 9. keinen deutschen Rückzug aus den den Sowjets zugestandenen Gebieten, angesichts des zeitweiligen Stillstands mochten aber Pioniereinheiten zu einem anderweitigen Einsatz abgezogen worden sein.

<sup>382</sup> Vgl. Chymyneć, Moï sposterežennja, S. 130.

<sup>383</sup> Der Rückzug wird auf den 22. September datiert und »als eine Art Flucht« beschrieben. Der *Dilo*-Redakteur Ivan Nimčuk schrieb, man habe seit dem Frühjahr 1939 damit gerechnet, daß bei einem deutsch-polnischen Krieg die ukrainischen Gebiete Polens der UdSSR zufallen könnten (Vgl. Nimčuk, 595 dniv, S. 5).

<sup>384</sup> Vgl. Hajvas, Volja, S. 228-229; Hirnjak, Na stežkach, S. 291-292.

Ukrainern zumaßen, erkennt man daran, daß die anderen im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 festgelegten Grenzen im September noch verschoben wurden: Die Sowjetunion erhielt in Litauen freie Hand, dafür kam Land östlich von Narew und Weichsel unter deutsche Oberhoheit. Nur am San hielt man sich an die Vereinbarungen vom August. Wie die Polen in Riga 1921 haben die Deutschen zugunsten des Abkommens mit den Sowjets ihre ukrainischen Verbündeten übergangen.

In Lemberg wußte man nicht viel von den politischen Vereinbarungen. Die Stadt war von polnischem Militär umgeben, drumherum lag die deutsche Einkesselung, die jedoch nur verhaltene Versuche machte, die Stadt einzunehmen.<sup>385</sup> Nach Kedryn hat der polnische Kommandeur der 4. Zone, Brigadegeneral Władysław Langner (1897-1972), ihm, Smal'-Stočkyj und anderen einen Passierschein ausgestellt, mit dem sie nach Westen entkommen konnten. Der erste deutsche Offizier, dem sie begegneten, soll sie verwundert gefragt haben, warum sie denn flöhen, da doch »Eure Leute, Eure Herrschaft« nach Lemberg käme. Mudryj, Kedryn und Volodymyr Janiv gelangten mit einem Lastwagen nach Przemyśl und damit in die deutsche Interessensphäre.<sup>386</sup> Und der Dilo-Redakteur Nimčuk hielt auch fest, daß die Polen in Lemberg pauschal jeden Ukrainer für einen »Verräter und deutschen Spion« hielten.<sup>387</sup>

Am 20. September 1939 forderte das deutsche Militär die polnischen Verteidiger der Stadt auf, sich ihnen zu ergeben. Die Drohung, anderenfalls anzugreifen, unterstrich man mit der Aufforderung an die zivile Bevölkerung, die Stadt zu verlassen. Osyp Nazaruk schrieb, diese Nachricht habe trotz dem inzwischen laufenden sowjetischen Vormarsch die örtlichen Ukrainer in der Vermutung bestärkt, Lemberg würde deutsch werden. Man habe sich nicht vorstellen können, daß die Deutschen eine mit Waffengewalt eroberte Stadt den Sowjets abtreten könnten. Zudem habe die österreichische Vergangenheit Galiziens Spekulationen genährt, Deutschland werde schon aus diesem Grund, vielleicht auch wegen des Erdöls von Boryslav, an dem Gebiet interessiert sein. Dabei hatte am selben Morgen Hitler den Befehl gegeben, Lemberg aufzugeben und sich auf eine Entfernung von 10 km von der Stadt zurückzuziehen.<sup>388</sup>

Der Stadtrat von Lemberg, der davon nichts wußte, sprach sich für eine Kapitulation vor den Deutschen aus. Eine ukrainische Delegation besuchte am 20. September General Langner und riet, die Stadt den Deutschen zu übergeben. Die UNDO-Politiker unternahmen einen politischen Schritt. Sie verfaßten einen Aufruf des »UNP des Galizisch-Wolhynischen Landes«, der beim deutschen Einmarsch veröffentlicht werden sollte. Darin wurde trotz dem tragischen Ende des Karpatho-Ukrainischen Staates den Deutschen die Freundschaft angeboten, die sich durch die Achtung von Kirche, nationalen Traditionen und Hilfe bei der Schaffung einer ukrainischen Streitmacht (!) als Freunde der Ukrainer zu erkennen geben sollten. Das Dokument wurde nicht publiziert, weil die

<sup>385</sup> Vgl. Nimčuk, 595 dniv, S. 10.

<sup>386</sup> Kedryn, Żyttja, S. 342-344.

<sup>387</sup> Nimčuk, 595 dniv, S. 11.

<sup>388</sup> Groscurth, Tagebücher, S. 273; Nazaruk, Ucieczka, S. 34. Halder notierte, nach dem Chef des Wehrmachtsführungsamtes General Alfred Jodl sollten »die Russen« die »Befreier von Lemberg« werden und man wolle keine politische Spannung mit der Sowjetunion. Man werde sich daher »endgültig« auf die San-Linie zurückziehen. Halder nannte dies einen »Tag der Schande der deutschen politischen Führung!« (Halder, Kriegstagebuch, Bd.1, S. 80).

Deutschen nicht nach Lemberg einmarschierten. Langner zog es vor, die Stadt der Roten Armee zu übergeben, die an die Ostgrenze Lembergs vorgerückt war.<sup>389</sup>

Für uns ist hier nur von Bedeutung, daß die »legalen« Ukrainer in der Stunde der höchsten Bedrohung die deutsche Seite präferierten und für den erwarteten (und wohl auch erhofften) Einmarsch der Deutschen politische Vorbereitungen getroffen hatten, wobei sie nicht nur mit dem Begriff der »Freundschaft« operierten, sondern auch ukrainisches Militär aufstellen wollten.<sup>390</sup> Wie weit die Hoffnung auf die Deutschen reichte, erkennt man an der von Nimčuk referierten Meinung des konservativen Kost' Levyčkyj – der sich bereits 1914 tatkräftig um deutsche Hilfe bemüht hatte – die Niederlage des polnischen Militärs sei »Gottes Strafe für die Polen – für deren Gewalt und deren Verhöhnung unseres Volkes«.<sup>391</sup> Die NS-Deutschen ein Werkzeug Gottes – der Angriff auf Polen ein Akt der Gerechtigkeit?

Nach der Einnahme Lembergs durch die Sowjets flohen einige UNDO-Vertreter sofort zu den Deutschen. Andere versuchten, nachdem sich die Sowjets anfangs milde gezeigt hatten, mit ihnen zusammenzuarbeiten und bildeten ein Hilfskomitee, dem Kost' Levyčkyj vorstand. Als dieser jedoch Ende September verhaftet wurde, versuchten immer mehr Nationalukrainer, noch auf die deutsche Seite zu gelangen.<sup>392</sup>

Die Deutschen bemühten sich bei den Sowjets um die ukrainischen Nationalisten, wurden jedoch schroff abgewiesen. Unter dem 23. September 1939 notierte von Lahousen:

»Führer Ukrainer aus den von den Russen besetzten Gebieten sind unter Umständen mit Gewalt am Übertritt über die Demarkationslinie zu verhindern. Die Russen haben sich jede Debatte über das ukrainische Problem verboten. [...] Es kann ukrainischen Führern nur geraten werden, ins neutrale Ausland [...] zu gehen.«

Zwei Tage später hieß es jedoch:

»Reichsaußenminister hat sein Einverständnis gegeben, daß den Ukrainern, die mit dem OKW II. zusammengearbeitet haben, weitgehend geholfen wird. Diese Ukrainer können also nicht nur durch die Karpato-Ukraine »durchgeschleust«, sondern auch nach Einverständnis der Ungarn dort untergebracht werden. Grundbedingung ist, daß sich alle Leute jeder politischen Betätigung zu enthalten haben und politisch überhaupt nicht in Erscheinung treten dürfen.«<sup>393</sup>

Die »Durchschleusung« durch Ungarn wurde nicht nötig, und an die sowjetischen Wünsche hielten sich die Deutschen dann auch nicht. In der Weisung Nr.4 für die

<sup>389</sup> Halder notierte unter dem 22. September: »Lemberg fällt« (Halder, Kriegstagebuch, Bd.1, S. 83).

<sup>390</sup> Darstellung nach Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców«, S. 54-55; dieser folgte weitgehend Nimčuk, 595 dniv, S. 15-19. – Am 20. September soll es zu einer deutschen »Schießerei mit den Russen in Lemberg« gekommen sein. Inwiefern dies die ukrainische Haltung bestimmt haben mag, ist ungewiß (Groscurth, Tagebücher, S. 207). Kedryn schreibt, am 22. September habe am Morgen der »große Auszug« der Ukrainer nach Westen begonnen, während gegen Mittag die Sowjets von Osten in die Stadt einmarschierten und nach Nationalukrainern zu suchen begannen – seine Frau war in der Stadt geblieben (Kedryn, Żyttja, S. 344).

<sup>391</sup> Nimčuk, 595 dniv, S. 17.

<sup>392</sup> Vgl. Nazaruk, Ucieczka, S. 37-40.

<sup>393</sup> Tagebuch Lahousen, BAMA RW5, Bd. 499, Einträge 23. 9. und 25. 9. 1939, zit. nach Grelka, Selbstständigkeitsbestrebungen, S. 149; in der publizierten Version Grelka, Nationalbewegung, S. 186, ausgelassen.

Kriegführung befahl Hitler zwar, einen Flüchtlingsstrom aus dem Sowjetgebiet zu unterbinden – jedoch »mit Ausnahme volksdeutscher Elemente und ukrainischer Aktivisten«.<sup>394</sup> Wie schon um den 10. September herum war vieles unklar – aber die Deutschen gaben ihre Ukrainer nicht auf.

Das 1. Bataillon der BBH wurde am 24. September aus der Slowakei nach Galizien verlegt. Zu diesem Zeitpunkt war bereits allgemein bekannt, daß der San die Grenze zwischen der sowjetischen und der deutschen Besetzung bilden würde. In Ustrzyki Dolne traf man auf die aus Sambir zurückkehrenden Angehörigen des 2. Bataillons. Am Abend des 25. September soll Suško zu den angetretenen Soldaten gesagt haben:

»Da sich die Umstände [...] zu unseren Ungunsten verändert haben, müßt ihr das verstehen und darüber stehen. [...] Tränen, Niedergeschlagenheit und Enttäuschung überlaßt denen, die keine Ziele vor sich haben. [...] Ihr habt bisher den Beweis geliefert, daß Unheil Euch nicht brechen konnte. Bleibt auch weiter so. Führt Euren Dienst auch weiterhin würdig zum Ruhme der Ukraine aus.«<sup>395</sup>

Am 26. September 1939 zogen sich die BBH aus Ustrzyki nach Sanok zurück.<sup>396</sup> Der Rückzug wurde der OUN etwas versüßt: Die deutsche Seite versprach, alle »materiellen und technischen Bedürfnisse« der OUN zu befriedigen, alle zu versorgen, die an der Seite der Wehrmacht gekämpft hätten, und zudem der OUN das Recht zu geben, eigene Verbände zu bilden und die im deutsch besetzten Teil Polens bestehende Milizen in eine ukrainische Polizei zu überführen. Dehmel kündigte sogar an, die Ukrainer würden die San-Grenze bewachen dürfen.<sup>397</sup>

Hajvas schrieb, einige der ukrainischen Nationalisten hätten nun mit den Deutschen »ein für allemal« brechen wollen oder wenigstens einen »diplomatischen Protest« gefordert. Suško habe sich dagegen als »Realist« präsentiert: Man müsse die Militärabteilungen ausbauen und die Grenzwehr übernehmen, das hätten die Deutschen schließlich angeboten. »Wir müssen nehmen, was wir [kriegen] können, und weiteres erkämpfen.« Vor allem das Polizeiangebot hielt er für attraktiv.<sup>398</sup> Suško ist dann in der Mel'nyk-OUN verblieben. Er war bis zur Zentralisierung der Ukrainischen Hilfskomitees im Generalgouvernement einer der wichtigsten Organisatoren der ukrainischen Infrastruktur.<sup>399</sup>

Osyp Bojdunyk, einer der UVO-Gründer, war dagegen entsetzt: Laut Hajvas sprach er sich für einen scharfen Protest aus und bezeichnete die Deutschen als »perfidie Macht«, als Leute, die »auf mehreren Klavieren spielen«. Drei Handlungsweisen schlug er vor: Man könne mit den Deutschen brechen oder ihnen alles abluchsen, was möglich sei. Als theoretische dritte Vorgehensweise sah er ein autistisches Handeln vor: Auf das deutsch-sowjetische Abkommen gar nicht eingehen, und die eigene Politik unbeirrt selbstmörderisch wie Tjutjunyk im Winter 1921 fortführen.

<sup>394</sup> Adolf Hitler, »Weisung Nr. 4 für die Kriegführung«, 25. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 135, S. 105-106; auch Walther Hubatsch (Hg.), *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945*, Koblenz 1983, S. 28.

<sup>395</sup> Hirnjak, *Na stežkach*, S. 289-290.

<sup>396</sup> Vgl. ebd., S. 290-291.

<sup>397</sup> Vgl. Hajvas, *Volja*, S. 228-229.

<sup>398</sup> Ebd., S. 229-230.

<sup>399</sup> Andrij Mel'nyk, »Kindrat-Syč Polk. Roman Suško«, in: *Orhanizacija Ukraїńskych Nacionalistiv 1929-1954*, o. O. [Paris] 1954, S. 37-39, hier S. 39.

Für das weitere Verhalten im Krieg sind diese Ansätze signifikant: Sie erläutern die Bandbreite der Optionen ukrainischer Nationalisten. Für den September 1939 ist jedoch am wichtigsten zu eruieren, warum man mit den Deutschen eben nicht brach. Bojdunyk hielt es zwar für akzeptabel, auf seine eigenen Kräfte zurückgeworfen zu werden – aber auch nicht gerade für attraktiv:

»Das würde uns die Kontrolle aller Selbstverwaltungseinrichtungen einschließlich der Polizei erschweren, die Kontrolle des Schulwesens und der Genossenschaften. Wir müßten auf die bewaffneten Formationen verzichten, die wir schon haben oder haben werden, und wir brauchen einen breiten Zugang zu Waffen: [...] Weiter glaube ich auch, daß ein solcher Zustand wie jetzt nicht ewig währen wird; bei den nächsten Wendungen werden wir wieder Kontakt mit deutschen Faktoren aufnehmen und dann [...] bei Null anfangen müssen. Daraus folgt der logische Schluß: Auch wenn die erste Lösung [der Bruch mit den Deutschen] uns psychisch nahe liegt, können wir sie, die Sache kühl abwägend, nicht annehmen.«<sup>400</sup>

Die Diskussion der Haltung der Ukrainer ist in hohem Maße von den gegenseitigen Vorwürfen der Bandera- und Mel'nyk-Anhänger geprägt. Die Banderivci kritisierten die angeblich seit der Karpatho-Ukraine zutage getretene Nachgiebigkeit gegenüber den Deutschen, die Mel'nykivci den radikalen Tatendrang der »Jugend«. 1954 rationalisierte ein Mel'nyk-Anhänger, warum der Mel'nyk-PUN sich 1939 nicht einmal auf einen revolutionären Aufbruch für den Fall eines deutsch-sowjetischen Krieges vorbereitete. Warum hätte er auch den Deutschen auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung die Kastanien aus dem Feuer holen sollen? In ihrem Aufruf vom 1. September 1939 hätten die Nationalisten auf die Selbständigkeit ihrer Politik hingewiesen. Sie hätten sich in der Verantwortung für ihr »wehrloses Volk« gezeigt, das in einen Aufstand oder einen Partisanenkrieg zu führen 1939 wie auch 1941 »nicht zweckmäßig« gewesen wäre.<sup>401</sup>

Die Bandera-Anhänger behaupteten dagegen, sie seien ungeachtet des deutschen Aktionsverbots im sowjetisch gewordenen Gebiet und sogar darüber hinaus tätig gewesen, da die OUN »a secret force needing no authorization to exist« gewesen sei. Sowjetische Prozesse gegen tatsächliche oder angebliche OUN-Aktivisten sollten die Unbotmäßigkeit der Nationalisten gegenüber den Deutschen belegen.<sup>402</sup> Und aus dem (noch) sicheren Paris demaskierte das OUN-Blatt *Ukrainske Slovo* am 24. September 1939 den »teuflischen Plan Deutschlands«, das das Vertrauen der Ukrainer mißbraucht habe, aber nur – wie schon 1918 – an »ukrainische Gebiete, ukrainische Kohle und Eisen, ukrainisches Getreide« dächte. Die Deutschen wollten die Ukraine in eine Kolonie verwandeln, deren Bewohner ein »Volk von Dienern, das für das Herrenvolk zu arbeiten hätte«, wäre.<sup>403</sup> Während Kosyk diese Aussage anführte, um zu belegen, daß nach der Karpatho-Ukraine ein weiteres Mal den ukrainischen Nationalisten die Falschheit der Deutschen klar geworden worden sei, kann er damit nicht begründen, warum dann die OUN-Anhänger (und nicht nur der Mel'nyk-PUN, sondern auch

<sup>400</sup> Hajvas, Volja, S. 232-234.

<sup>401</sup> O. Ždanovyč, »Na partyzanskomu fronti«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 405-420, hier S. 408.

<sup>402</sup> Vgl. Kosyk, *The Third Reich*, S. 57.

<sup>403</sup> Übersetzung in BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 29-31; Teilabdruck in Kosyk, *The Third Reich*, S. 482-484; auch abgedruckt in Kosyk, *Das Dritte Reich*, S. 43-47.

die Banderivci) ungeachtet dieser Erkenntnis immer wieder auf die deutsche Karte setzten. Dabei ist der Pariser Artikel leicht einzuordnen: Die ukrainischen Nationalisten in Frankreich mußten sich von Deutschland distanzieren, um den Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem Feind Frankreichs zurückweisen zu können. Dabei hatten sie in ihrer Interpretation der Lage durchaus recht – nur hielten sie sich selber nicht an die Einsicht, die sie formuliert hatten. Und der Bezug zu 1918 übersah, daß ukrainische Nationalisten im Ersten Weltkrieg die Ukraine den deutschen als »Kolonie« geradezu angedient hatten.

Frankreich stand im Krieg mit Deutschland, und dementsprechend artikulierten sich die Nationalisten. In den USA konnten sie sich neutral geben. Sie hatten im übrigen aus der Diskussion um die Karpatho-Ukraine gelernt, sich nicht allzu weit aus dem Fenster zu lehnen. Stellungnahmen zum Kriegsbeginn im September 1939 wiederholten daher monoton Hinweise auf die üble Lage in der Sowjetunion und den Willen zur Zusammenarbeit mit denjenigen, die den Ukrainern zur Staatlichkeit verhalfen. Deutschland kam in den Leitartikeln nicht vor, weder in einer Distanzierung noch in einer Parteinahme. *Svoboda* lehnte ausdrücklich eine »neue Orientierung« ab und rief am 1. September nur die USA auf, sich für die Ukrainer in der Sowjetunion einzusetzen.<sup>404</sup> Der Independentismus wurde zu einem Eskapismus, denn natürlich waren die amerikanischen Ukrainer nicht an der Seite Polens – allerdings war das nationalsozialistische Deutschland nach dem Pakt mit der UdSSR ebensowenig sympathisch wie die wegen ihrer angeblichen Sowjetfreundlichkeit kritisierten Demokratien Großbritannien und Frankreich. Positive Berichte aus dem deutsch besetzten Gebiet beendeten diesen Hiatus jedoch bald wieder.

Ab wann gab es in Europa weitergehende Versprechungen, es werde irgendwann zu einem deutsch-sowjetischen Krieg kommen, in dem sich die Vorstellungen der OUN verwirklichen lassen würden? Hajvas jedenfalls begab sich in das nunmehr sowjetische Lemberg, um möglichst viele Nationalukrainer über den San nach Westen auf deutsch besetztes Gebiet zu holen.<sup>405</sup> Mychajlo Antonovyč schrieb am 18. Januar 1940 aus Berlin, daß ein mit ihm bekannter Offizier aus der deutsch-sowjetischen Umsiedlungskommission für »Volksdeutsche« die Deutschen immer häufiger über einen künftigen deutsch-sowjetischen Krieg habe reden hören. Daß er meinte, zwei Divisionen würden ausreichen die Sowjetunion zu besiegen, ist nur ein Hinweis darauf, wie wenig realistisch die militärischen Planungen jener Zeit waren.<sup>406</sup>

Zählte man also weiter auf die Deutschen? Natürlich. Zwar gab es im Ausland die von Kosyk zitierten Klagen über die Enttäuschungen, die man mit den Deutschen erlebt hatte. Die französische UNR stellte sich wieder auf die Westmächte ein. Aber wie entscheidend war das? Sogar noch ehe die OUN-Leute mit den Deutschen wieder eine institutionalisierte Kooperation fortsetzten, versuchten dies die Petljuristen. Den ersten Versuch starteten noch unter der Militärverwaltung gerade vier Tage nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrags am 2. Oktober 1939 Vasyl' Mudryj, Volodymyr Zahajkevyc und Roman Smal'-Stočkyj im Namen des UNDO. Sie boten die Zusammenarbeit an, wenn man ihnen ein »politisches Zentrum« zuge-

<sup>404</sup> »Nova Orijentacija«, *Svoboda* (Jersey City), 16. 9. 1939, S. 2; »Do Ukraïnskoho Hromadjanstva v Ameryci« (1.9.1939), ebd., 5. 9. 1939, S. 1.

<sup>405</sup> Hajvas, *Volja*, S. 242-244.

<sup>406</sup> Mychajlo Antonovyč an seine Eltern, 18. 1. 1940, CDAHOU, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 119.

langt wurde.<sup>167</sup> Mit einer solchen Kompromißformel war eine Art »Burgfrieden« erreicht, und man hatte in Deutschland nicht mehr den Eindruck, durch die Kontakte mit dem BBU in einen internen österreichischen Streit hineingezogen zu werden.<sup>168</sup>

Der Bremer Kaffee-Röster und »Vertrauensmann« Ludwig Roselius (1874-1943) hatte in einem seiner Berichte an das AA geschrieben, der BBU bestehe aus Sozialisten. »Unsere Ansicht ist nun, daß es für Deutschland viel weniger wertvoll ist, Männer zu finden, welche eine Ukraine gründen wollen, als wie Männer zu finden, welche unter dieser Flagge eine große revolutionäre Bewegung in Russland hervorzubringen imstande sind.«<sup>169</sup> Diego von Bergen war dies, wie seine spätere Reaktion andeutet, zu kompliziert. So gab es in Deutschland also zwar ein Interesse an einer Instrumentalisierung der Ukrainer. Allerdings war dieses Interesse noch sehr vage und nicht auf Annexion ausgerichtet – vielmehr spielte eine Mischung aus sachlichem Interesse und Optionensuche für die Zukunft die größte Rolle.

Ein Befreiungsgedanke philanthropisch/ideologischer Art lag den Deutschen fern. Allerdings gehörte (und gehört) die »Uneigennützigkeit« zu den dauerhaftesten Topoi politischer Propaganda. Im Weltkrieg war es nicht anders. Melenevskyj versuchte damit seinen deutschen Gesprächspartnern zu schmeicheln. Von dem Lemberger Konsul Heinze liegt darauf eine deutliche Erwiderung vor, die Zweifel über deutsche Positionen beseitigt:

»In den Konferenzen ist allen ukr. Gruppen gegenüber betont worden, daß weder wir noch die Ukrainer selber von »uneigennütigen« Absichten geleitet werden. Sentimentalitäten liegen uns im gegenwärtigen Augenblicke meilenfern! Wir unterstützen die ukr. Bewegung von wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, und die Ukrainer suchen unsere Hilfe als die der größten militärischen und wirtschaftlichen Macht des Kontinents als die sicherste Stütze gegen künftige russische und polnische (und selbst österreichische) Pressionen.«<sup>170</sup>

### 3. DIE UKRAINISCHE LEGION

Im Ersten Weltkrieg versuchten alle Parteien, »Befreiungstruppen« aufzustellen. Die Piłsudski-Haller-Legionen waren einer dieser Versuche, die ukrainische Legion ein

<sup>167</sup> »Programmatische Erklärung des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrates in Wien«, 12.5.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 5, Bl. 20.

<sup>168</sup> Doncovs Anklagen gegen den BBU gipfelten in einer Erklärung, die den Vorwurf enthielt, jener habe durch Kritik an ihm den »Burgfrieden« gebrochen, was wiederum Doncovs Gang in die Öffentlichkeit gerechtfertigt habe (D. Doncov [Dmytro Doncov], »Eine Erklärung«, Berlin, 9.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl.49/7-12). Da der BBU sich mit der von Vasyl'ko repräsentierten Organisation (HUR/ZUR) geeinigt hatte, mußte Vasyl'ko Doncov untersagen, seine Tätigkeit »unter Firma Zentralorganisation« weiterzuführen, da er [Vasyl'ko] »sonst großen Unannehmlichkeiten ausgesetzt wäre« (Telegramm Wassilko an Doncov, 26. 11. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 61. – Das Telegramm wurde dem AA durch die Zensurbehörde vorgelegt).

<sup>169</sup> Roselius an von Bergen, 14. 2. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 101-107, hier Bl. 104.

<sup>170</sup> Heinze, Bemerkungen zu den Wünschen des Herrn Melenewsky, 20.1.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 130-131.

stehen und die Aufstellung von bewaffneten Truppen gestatten würde. Der Versuch blieb erfolglos – die Deutschen waren noch nicht soweit.<sup>407</sup> Aber es hatte sich einmal mehr gezeigt, daß auch die Ukrainer des UNDO von einer Kollaboration kaum abzuhalten waren. Besonders Mudryj verfolgte diesen Weg dann auch weiter.

Praktisch hatte sich die Lage der Ukrainer bereits durchaus gebessert. Damit ist nur am Rande die Position derjenigen gemeint, die (wie Omel'čenko, s. S. 1014) in der Sowjetisierung der Westukraine etwas Positives erblickten, weil nunmehr (wie es auch der sowjetischen Propaganda entsprach) fast alle ukrainischen Gebiete in einem Staatswesen vereinigt waren und man es, wenn es sie zu befreien galt, nur noch mit einem Gegner zu tun hatte. Die Sowjets haben sich auch anfangs der ukrainisch-nationalen Milizen bedient, um ihre Macht zu konsolidieren. Der Hinweis darauf bei Hajvas ist spannend, weil er so vielen anderslautenden Annahmen widerspricht.<sup>408</sup>

Wichtiger war jedoch die deutsche Seite: Im deutsch besetzten Polen stiegen die ukrainischen Nationalisten zu einer »staatstragenden« Macht auf, sie wurden von den Okkupanten in Verwaltungsstellen eingesetzt, die ihnen bis dahin versperrt waren. Gefördert wurde in den südöstlichen Distrikten des Generalgouvernements das ukrainische Genossenschafts- und Schulwesen. Nach einigem Zögern erfuhren selbst die ukrainischen Orthodoxen im Gebiet um Chełm deutsche Förderung, und der Ukrainische Hauptausschuß in Krakau wurde zu einer einflußreichen politischen Zentrale.

Besonders kennzeichnend war das Schicksal der BBH. Sie zogen sich mit dem deutschen Militär aus dem Land östlich des San zurück und erhielten die Anweisung, sich in der Umgebung Krosnos um die Betreuung der Flüchtlinge und Übersiedler aus dem sowjetisch besetzten Gebiet zu kümmern. Kubijovyč schrieb, die Deutschen hätten sich ihnen »moralisch verpflichtet« gefühlt und daher weitere Verwendungen ins Auge gefaßt.<sup>409</sup> Boljanovskij und Hirnjak referierten, der Kommandeur der 26. InfDiv habe »seine« Ukrainer behalten wollen, dies jedoch nicht gedurft. Geplant gewesen sei in Sanok die Neuaufstellung wohlausgerüsteter Truppen in einer Stärke von 3000 Mann. Und Hirnjak fügte 1979 die Lebenslüge aller ukrainischen Soldaten hinzu: »[F]ür den Kampf um einen eigenen Staat, niemals aber für den Dienst für Deutschland«.<sup>410</sup>

Auch das war aber im Herbst 1939 noch inopportun. Die BBH-Soldaten wurden in Krosno, Krynica und Zakopane demobilisiert und partiell in die ukrainische Polizei überführt, die im Distrikt Krakau des Generalgouvernements einen Teil der polnischen Polizei ablöste. Ein Zug durfte bis Mitte November in Krosno das Quartier Suškos bewachen, dann wurde auch er aufgelöst.<sup>411</sup>

In Krosno begann am 3. Oktober 1939 eine neue Etappe der OUN-Kollaboration: Im Hauptquartier Suškos traf sich die OUN-Führung – Andrij Mel'nyk, Jaroslav Baranovskij, Osyp Bojdunyk – mit OUN-Vertretern aus dem deutsch besetzten

<sup>407</sup> Vasyl' Mudryj, »Odyn propam'jatnyj lyst i joho naslidky«, in: Vasyl' Lev / Matvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdesjatyričtja narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u. a. 1963, S. 340 – 346. – Dieser Versuch wird im Folgeband ausführlich dargestellt werden.

<sup>408</sup> Hajvas, Volja, S. 270, 286, 288. – Auch dies wird im Folgeband genauer zu umreißen sein.

<sup>409</sup> Volodymyr Kubijovyč, Ukraïncy u Heneral'nij Hubernii 1939-1941. Chicago 1975, S. 58.

<sup>410</sup> »dlja borot'by za vlasnu deržavu, a v nijakomu razi ne dlja služby Nimeččyni« – Hirnjak, Na stežkach, S. 292.

<sup>411</sup> Ebd., S. 294-295.



Polen. Gerade war der »Freundschaftsvertrag« zwischen Deutschland und der UdSSR abgeschlossen worden, aber ungerührt und einmütig forderte die OUN wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Hilfe für die Ukrainer von den Deutschen. Auch an ein politisches Zentrum dachte man – ganz ähnlich wie Vasyľ Mudryj vom UNDO.<sup>412</sup>

Im Dezember 1939 begann in einem Zakopaner Pensionat ein von Major Wilhelm Krüger geleiteter fünfmonatiger Lehrgang, in dem ehemalige BBH-Angehörige neben allgemeinmilitärischen Kenntnissen in »Aufklärung und Abwehr« ausgebildet wurden. Die besten sollen in die Wehrmacht übernommen worden sein. Die meisten wurden jedoch in Werkschutz-Abteilungen versetzt. Der Ukrainische Werkschutz war im Oktober 1939 aus Karpatho-Ukrainern gebildet worden, die bis dahin im Arbeits-einsatz gewesen waren und nun in Salzgitter-Watenstedt unter dem ehemaligen UNR-Hauptmann Romančenko zu Werkschutzeinheiten zusammengestellt wurden.<sup>413</sup>

Der Wiener Militärstab der OUN bemühte sich darum, aus dem Watenstedter Werkschutz den Nukleus einer militärischen Einheit zu machen. Da es zum Axiom der OUN-Geschichtsschreibung gehört, daß auch diese Einrichtung »nie« etwas mit der NSDAP zu tun gehabt habe, der Werkschutz jedoch eindeutig eine innenpolitische deutsche Angelegenheit war, bemühte sich Knyš zu belegen, die OUN habe mit der Wehrmacht ein Abkommen geschlossen, wonach Ukrainer in den Werkschutz eintreten würden, alle Verhandlungen etc. darüber jedoch unter Ausschluß der Parteistellen über die Wehrmacht laufen sollten.<sup>414</sup> Das mag man glauben oder nicht.

Der Watenstedter Werkschutz soll aus etwa 60 Mann bestanden haben, als er am 3. Dezember 1939 nach Krakau kam, hier mit BBH- und Sič-Angehörigen auf 100 Mann aufgefüllt und schließlich durch die Rekrutierung galizischer Ukrainer auf 500 Mann aufgestockt wurde. Daraus wurde ein Werkschutzbataillon, dessen zwei Kompanien Volodymyr Kobzjar-Čyhun von der OUN und Dmytro Hrycaj-Perebyjnis, 1923 Kampfreferent der UVO und 1934-1936 Bereza-Häftling, befehligten.<sup>415</sup> Aber der Ausbau ging weiter, und bald standen 400 Mann Werkschutz unter Romančenko in Stalowa Wola, und zwei je 200-250 Mann starke Abteilungen wurden nach Starachowice (unter Kobzjar) und Skarżysko-Kamienna (unter Lt Adrijanovyč) geschickt.<sup>416</sup>

Boljanovskýj schreibt, daß der Werkschutz »militärischerseits [...] Oberst Suško in Krakau und seinem Stellvertreter Stepan Suljatyčkyj unterstand«. Er wurde laufend ergänzt, militärisch ausgebildet und genoß »politische Bildung gemäß den ideologischen Prinzipien der OUN«.<sup>417</sup> Im Januar 1940 erhielt er ukrainische Abzeichen und für die Mützen Kokarden mit dem Tryzub. Die Abzeichen waren im Dezember 1939 vom PUN gestiftet worden, die Vergabeordnung war von Suško unterzeichnet. Auch Zivilisten erhielten das Abzeichen, mit dem Text »Slava Ukraïni«, das nun auch von den »Veteranen« in den Werkschutzabteilungen getragen wurde.<sup>418</sup> Für das Frühjahr 1940 gibt Boljanovskýj einen Stand von 1000 Mann an, von denen die Hälfte der OUN

<sup>412</sup> Vgl. Torzecki, *Polacy i Ukraïncy*, S. 48-49.

<sup>413</sup> Vgl. Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 38-39.

<sup>414</sup> Vgl. Zynovij Knyš, *Pered pochodom na Schid*. Bd.2, Toronto o. J., S. 174-177, nach ebd., S. 39.

<sup>415</sup> Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 297.

<sup>416</sup> Vgl. Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 40.

<sup>417</sup> Vgl. ebd., S. 40-41.

<sup>418</sup> Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 303-307.

angehört habe. Für die OUN-Mitglieder gab es Unterführer-Lehrgänge, den Unterricht gab unter anderen Jevhen Vrećona. Andere Ukrainer kamen in den Bahnschutz und die ukrainische Hilfspolizei, die ebenso dynamisch ausgebaut wurde.<sup>419</sup>

Nicht nur der Werkschutz wurde militärähnlich ausgebildet. In Krakau wurde für OUN-Mitglieder eine nach Dienstgradgruppen gestaffelte Schulung organisiert, und für die Flüchtlinge aus dem sowjetischen Gebiet waren geschlechtsunabhängig die »Hauptaufgabe [...] Militärlehrgänge, die in jedem Ort organisiert wurden, wo eine größere Ansammlung von Emigranten war.«<sup>420</sup> Diese Lehrgänge fanden natürlich nicht ohne das Wissen und die Unterstützung der Deutschen statt. Das ist es auch, was General Kapustjanský meinte, als er wie alle Nationalisten den Krieg begrüßte und auch 1954 noch schrieb:

»Uns hat nach langen Jahren der Vertreibung das glückliche Schicksal die Möglichkeit gegeben, uns zum Ruhme der Ukraine auch in den Befreiungskampf auf dem heimatlichen Gebiet einzubringen.«<sup>421</sup>

Die Bildung von ukrainischen Genossenschaften, die Übernahme polnischer und jüdischer Geschäfte, die Eröffnung von Gymnasien und ukrainischen Lesehallen genehmigten die Deutschen den Ukrainern bald. Wir behandeln dieses Thema in diesem Buch nicht und führen die Werkschutz-Entwicklung nur an, um zu belegen, was aus den BBH-Leuten wurde und warum die Enttäuschung sehr bald einer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Deutschen (zu Lasten von Juden und Polen) wich.

Ganz wesentlich war, daß die deutsche Okkupationsmacht auch in einem ganz praktischen Sinne als »Befreier« auftrat. Die von den Polen zu langjährigen Haftstrafen verurteilten Terroristen, die in Siedlce oder anderen Gefängnissen einsaßen, wie Hnatkivśka, Karpynec, Klymyśyn, Knyś, Lebed', Lemyk, Onyśkevyč, aber auch bereits früher oder im September 1939 in »Sicherungsverwahrung« genommene Aktivisten des ukrainischen Nationalismus wie Dmytro Doncov, Borys Levyčkyj, Œuchevyč, Vassijan, wurden befreit und zunächst zur Pflege im slowakischen Bad Piešťany/Pistyan untergebracht<sup>422</sup> – daß sie zur Zusammenarbeit mit ihren Befreiern bereit waren, braucht kaum weitergehend begründet zu werden. Ein Teil der Internierten soll vom 5. September an von den Polen selber wieder auf freien Fuß gesetzt worden sein. Es heißt, Stepan Bandera habe man aus dem Festungsgefängnis Brest am 10. September 1939 einfach entlassen.<sup>423</sup> Im Falle von Bereza Kartuska, dessen polnische Lagerwache die als Lager genutzten Gebäude eigentlich sprengen sollte, sich dann aber in der Nacht vom 17. auf den 18. September abgesetzt hatte, soll mit den Sowjets, in deren »Interessensphäre« die heute weißrussische Stadt lag, vereinbart worden sein, daß die Deutschen das Lager befreien würden. Begründet wurde das damit, daß dort deutsche

<sup>419</sup> Vgl. Boljanovśkyj, *Ukraĩnski vijśkovi formuvannja*, S. 40-41.

<sup>420</sup> Mykola Klymyśyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, Toronto 1975, S. 248-251, 267.

<sup>421</sup> »I nam pislja dovnych rokov vyhnannja Œaslyva dolja umoźlyvyła takoź vključytysja u vyzvol'nu borot'bu na ridnych zemljach na slavu Ukraĩny« (Mykola Kapustjanský), »Vijśkova pidhotovka OUN«, S. 139).

<sup>422</sup> *Ukraĩnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 9-10 (28-29), [10. 10. 1939], S. 3. – Vgl. Mykola Kapustjanský, »Vijśkova pidhotovka OUN«, S. 136.

<sup>423</sup> Vgl. Torzecki, *Polacy i Ukraĩncy*, S. 27; Sowa, *Stosunki*, S. 73-77; Klymyśyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, S. 266. – Nach anderen Angaben am 13. September (Bahan, *Nacionalizm*, S. 127; Sowa, *Stosunki*, S. 77).

Bürger Polens interniert worden waren, es kam jedoch vor allem den Ukrainern zugute, denen bei einer sowjetischen Befreiung weniger Erfreuliches geblüht hätte.<sup>424</sup>

Doncov fuhr nach seiner Freilassung nach Berlin. Klymyšyn, dem der Königsberger Prähistoriker Bolko Freiherr von Richthofen (1899-1983), der in den 1960er Jahren die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg bestritt, einen Freifahrtschein nach Berlin verschafft hatte, traf ihn im OUN-Zentrum in Wilmersdorf im September oder Oktober 1939.<sup>425</sup> Die immer wieder repetierten Behauptungen, die OUN habe nichts mit Doncov zu tun gehabt, werden dadurch neuerlich in Frage gestellt. Allerdings blieb Doncov nicht in Deutschland. Das Reich des Hitler-Stalin-Pakts widersprach seiner Doktrin. Bis 1941 lebte er in Bukarest, wo er die nationalistische Zeitschrift *Batava* herausgab. Deutschland zeigte er sich erst 1941 wieder zugetan, als der Angriff auf die Sowjetunion seinen politischen Axiomen besser entsprach. Er ließ sich in Prag nieder. Nach Klymyšyn waren 15.000 Ukrainer bei Kriegsausbruch in Polen festgesetzt worden. »Als sich infolge des Krieges die polnischen Gefängnisse öffneten, hatte die OUN ihren höchsten Kräftestand erreicht«, schrieb er.<sup>426</sup>

Am 28. September 1939 schlossen NS-Deutschland und die Sowjetunion einen Freundschaftsvertrag, in dem auch die revidierte Demarkationslinie vereinbart wurde. Ostgalizien und Wolhynien verblieben im sowjetischen Bereich. Das wurde den Ukrainern kommentarlos bekanntgegeben.<sup>427</sup>

Am 10. Oktober 1939 erschien in Berlin die letzte Nummer des *Ukrainskyj Vistnyk* in der Vorkriegsaufmachung. Dabei handelte es sich um die erste Ausgabe seit dem 23. August 1939, weil die Deutschen ukrainische Publikationen untersagt hatten. Auch der Ukrainische Pressedienst der OUN durfte eine Zeitlang nur auf Deutsch erscheinen und an genau erfaßte Diplomaten und Politiker verschickt werden.<sup>428</sup> Tymiš Omel'čenko hatte im *Ukrainskyj Vistnyk* den großen Leitartikel »Wir werden das Unsere erstreiten!« ziemlich zweideutig verfaßt. Zum wiederholten Male rief er die Skoropadskyj-Anhänger auf, sich dem PUN zu unterstellen. Aus dem Polenfeldzug und der Sowjetisierung Ostgaliziens zog er den bestmöglichen Schluß: Die Ukraine habe »einer ihrer grausamen Feinde verloren und eine der Grenzen, die den ukrainischen Nationalkörper zerschnitten«. Daß jetzt nur noch eine Front – gegen die Sowjetunion – bestehe, sei gut, weil es die Möglichkeit biete, alle Ukrainer »auch praktisch« in einer Richtung zu bündeln. Er hieß seine Landsleute, sich nicht zu wundern, wenn bald auch die Karpatho-Ukraine, die Bukowina und Bessarabien dem Weg Galiziens und Wolhyniens folgen würden. Kannte er das Geheime Zusatzprotokoll? Kaum, denn die Karpatho-Ukraine kam darin nicht vor. So handelte es sich eher um einen »intelligent guess«. Daß er dann seine Ukrainer aufrief, immer die »Nerven zu behalten« und »Ruhe, Disziplin, Ausdauer und Geduld zu bewahren«, war angesichts

<sup>424</sup> Vgl. Volodymyr Makar, Bereza Kartuska. Toronto 1956, S. 191-195; B. Heydenkorn, »Ukraińska polemika o Berezie Kartuskiej«, in: *Zeszyty Historyczne* Paris, Nr. 62 (1982), S. 208; Śleszyński, *Obóz*, S. 92-93). Ein Teil der Insassen, die noch karpatho-ukrainische Sič-Uniformen besaßen, sollen sich sofort den deutschen Truppen angeschlossen haben (Nazaruk, *Ucieczka*, S. 52).

<sup>425</sup> Vgl. Klymyšyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, S. 237-238.

<sup>426</sup> Ebd., S. 267.

<sup>427</sup> *Ukrainskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 9-10 (28-29), [10. 10. 1939], S. 3.

<sup>428</sup> Jevhen Stachiv, »Rozpovid' z vlasnoho dosvidu«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukrainci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 36-41, hier S. 38.

des gerade Geschehenen nicht verwunderlich. Die Ukrainer sollten sich darauf verlassen, daß »die Ukrainische Führung für die ukrainische Sache sorgt«. Und dann:

»Wir haben uns davon überzeugt, daß wir uns auf niemanden und nichts verlassen können, sondern daß wir immer uns und unsere Stärke kennen müssen. Weil dies so ist, sind für uns keine feindlichen Schläge, keine Überraschungen, Schwierigkeiten und Hindernisse schrecklich. Wir werden mit allem dem erfolgreich kämpfen und unseres so erstreiten.«<sup>429</sup>

Das klang nicht mehr sehr deutschfreundlich – dabei hatte sich das U.N.O. nicht einmal nach dem Fall der Karpatho-Ukraine zu so einem trotzigem Ton hinreißen lassen. Nun lagen offenbar die Nerven blank, und es bedarf keiner Phantasie, um zu verstehen, daß sich der ukrainische Nationalismus in Deutschland erst wieder nach einer Pause in einer eigenen Presse äußern durfte. Der Aufruf an die U.N.O.-Mitglieder enthielt Klartext:

»Die ukrainischen Gebiete, die unter polnischer Okkupation waren, gingen unter die Okkupation Moskaus über. Die Not (skruta) der Ukrainischen Nation ist noch gewachsen. [...] Verständlich ist das Gefühl der Verbitterung und der Enttäuschung, das sich in der ukrainischen Emigration ausgebreitet hat. Aber nicht zu rechtfertigen sind Stimmungen des Kleinmuts, des Pessimismus oder des Strebens, auf jeden Fall in das Geburtshaus zurückzukehren, das unter der Herrschaft eines neuen Okkupanten steht. [...] Wir müssen weiter tapfer, unbeugsam und ausdauernd unsere Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllen, wie wir dies auch bisher getan haben.«<sup>430</sup>

Nicht in die Sowjetunion zurückkehren, hieß in Deutschland bleiben. Es bedeutete auch, sich nicht von den sowjetischen Kommissionen »repatriieren« zu lassen. Die OUN vermittelte so ihren Anhängern verklausuliert, daß der Sammelpunkt für die nächste Etappe weiter auf deutschem Boden sein würde. Auf der deutschen Seite der Demarkationslinie blieben etwa 500.000 Ukrainer. Die Deutschen unterstützten die Nationalukrainer dabei, »möglichst viele junge, militärisch ausgebildete Leute« aus dem sowjetisch besetzten Gebiet in das deutsch besetzte zu transferieren.<sup>431</sup> Dies geschah mit Hilfe der Umsiedlungskommissionen, die die Rückführung der »Volksdeutschen« aus Galizien, Wolhynien und später Bessarabien und der Bukowina in Absprache mit den Sowjets organisierten. Mit deren Hilfe wurden nicht wenige Ukrainer als »Volksdeutsche« »heim ins Reich« geführt.<sup>432</sup> Während die »echten« Deutschen in Posen und im annektierten Warthegau angesiedelt wurden, von wo Polen und Juden im Winter 1939/40 partiell in das Generalgouvernement (GG) vertrieben wurden, schlossen sich die Ukrainer aus dem sowjetisch gewordenen Gebiet den neu entstehenden ukrainischen Strukturen im südlichen Teil des GG an.

<sup>429</sup> Tymiš Omel'čenko, »Dobjemosja svoho!«, Ukraïnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 9-10 (28-29), [10. 10. 1939], S.1-2.

<sup>430</sup> »Do filij, hurtkiv i vsich členiv UNO«, Ukraïnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 9-10 (28-29), [10. 10. 1939], S. 4.

<sup>431</sup> Vgl. Hajvas, Volja, S. 211, 243.

<sup>432</sup> Nach Il'nyčkyj kamen etwa 20.000 Menschen aus dem sowjetischen Gebiet ins GG, während umgekehrt nur 3-4000 Ukrainer bereit waren, in den sowjetisch gewordenen Teil zu ziehen. Il'nyčkyj handelt von 700.000 Ukrainern im deutsch besetzten Teil Polens, er nennt darunter allerdings 200.000 polnischsprachige, so daß wir uns an die reduzierte Zahl halten (Il'nyčkyj [Il'nyčkyj], Deutschland und die Ukraine, Bd. 1, S. 245, 249, 251).

Nach Klymyšyn war die »einzige Hoffnung« für die ukrainischen Nationalisten »die Gewißheit, daß sich die Deutschen am Bug nicht lange aufhalten würden. Deswegen gingen die meisten mit der Hoffnung nach Westen, daß bald die Zeit kommen werde, da sie die Möglichkeit haben würden, frei in das Geburtshaus zurückzukehren«.<sup>433</sup> Ukrainische Nationalisten hatten das Gespür für das kommende, auf das sich die meisten freuten. Nur wenige sahen die Zukunft so schwarz wie Sofija Rusova, die in Prag in ihr Tagebuch schrieb:

»Wodurch habe ich in der Tiefe meiner Seele so einen Glauben an Hitler? Er wird die Sowjets ausrotten, aber bis dahin werden so viele der besten Leute umkommen, wird das Volk soviel leiden, werden so viele Kulturschätze verloren gehen – schrecklich!«<sup>434</sup>

---

<sup>433</sup> Klymyšyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, S. 267.

<sup>434</sup> Sofija Rusova, *Ščodennyk*, 17. 10. 1939, CDAHOU, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 122.

## XII. ZWISCHENBILANZ 1939

Daß mit der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs der erste Teil dieser auf zwei Bände angelegten Geschichte der deutsch-ukrainischen Kontakte endet, hat seinen Grund nicht nur in der Fülle der zu bearbeitenden Materie. Der ursprüngliche Plan, die Thematik in einer einbändigen Monographie darzustellen, scheiterte daran, daß die meisten Quellen selbst mit deutscher und osteuropäischer Geschichte vertrauten Lesern unbekannt sind und das Operieren mit Verweisen dort an seine Grenzen stößt, wo diesen ohne übermäßigen Aufwand nicht nachgegangen werden kann. In den meisten Fällen sind die Exkurse in die Darstellung der Zusammenhänge nicht mit der Freude am Erzählen, sondern der Notwendigkeit begründet, die eigenen Schlüsse transparent zu machen.

Im Herbst 1939 begann ein neuer Abschnitt der deutsch-ukrainischen Beziehungen. Durch die Aufteilung Polens zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion hatten es die Deutschen in den ukrainisch besiedelten Randgebieten des Generalgouvernements – vergleichbar mit der kurzen Zeit zwischen Frühjahr 1918 und Februar 1919 – nicht mehr nur mit Emigranten zu tun, sondern es ging auch um die konkrete Ausgestaltung der Lebensverhältnisse einer einheimischen ukrainischen Bevölkerung. Zudem war eine propolnische ebenso wie eine prowestliche Option bei den national orientierten Ukrainern geschwunden und die prosowjetische seit dem Beginn der 1930er Jahre keine wirkliche Alternative mehr. Dies bedeutete, daß sich ihr Handlungsspielraum noch weiter auf das Verhältnis zu Deutschland verengte. War der Bezug zu Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg ein zentrales Politikelement gewesen, so folgte er doch recht lange politischen Präferenzen und ging von möglichen oder tatsächlichen Unterstützungsleistungen der Deutschen aus. Im Krieg verfestigte sich diese aus mehreren Möglichkeiten gewählte Orientierung (ungeachtet dessen, daß die ukrainischen Nationalisten die Fiktion aufrechterhielten, sie besäßen gar keine) zur einzigen verbleibenden Option, da Deutschland 1940 alle ukrainischen Emigrationszentren und ab 1939 bzw. 1941 auch alle älteren ukrainischen Siedlungsgebiete in Europa unter seine Kontrolle brachte.

Bereits in den 1930er Jahren war der ukrainische Nationalismus als relevante Richtung der Emigranten übriggeblieben. Außerhalb der Sowjetunion waren unterschiedliche Spielarten dieses Nationalismus die einzigen sanktionierten Formen von Aktivität. Und bei den Nationalisten gelang es vor allem der OUN, 1940 endgültig in zwei rivalisierende Organisationen zerfallen, funktionierende politische Strukturen zu schaffen. Die Kollaborationsbereitschaft der UNR-Anhänger wurde zwar im Oktober 1939 zurückgewiesen, und die Führungspersonen vegetierten fortan auf einem politischen Abstellgleis, aber ihre Anhänger nutzten die neuen Möglichkeiten in einem, wie es ihnen schien, unpolitischen Rahmen (wie etwa in den Genossenschaften, im Bildungswesen und in den freien Berufen). Alle anderen Gruppen blieben bedeutungslos.

Weil diese Verengung den Protagonisten des ukrainischen Nationalismus später mehr als peinlich war, suchte man nach diskursiven Verbrämungen dieser Lage. Ivan Kedryn, *Dilo*-Redakteur und UNDO-Politiker, schrieb in seinen Memoiren:

»Die Ukrainer in Polen waren gegenüber der Machtübernahme Mussolinis in Italien und Hitlers in Deutschland und gegenüber deren späterem Bündnis als einem antisowjetischen Block positiv eingestellt. Aber die ukrainische Germanophilie war eine durch die Polen verbreitete und unterhaltene Legende.«<sup>1</sup>

Danach war man zwar nicht deutschfreundlich, aber profaschistisch/nationalsozialistisch.<sup>2</sup> Kedryn begründete dies damit, daß die Erfahrungen der Ukrainer mit den Deutschen nach Brest-Litowsk und der Karpatho-Ukraine angeblich Germanophilie ausschlossen. Und weiter:

»Wenn es unter den galizischen Ukrainern irgendwelche »Sympathien« für das Deutschland Hitlers gegeben hat, dann wohl als Reaktion auf die schrecklich leidenschaftliche und zänkische antideutsche Kampagne der ganzen polnischen Presse, – eine sehr unverständige Kampagne, ausschließlich aus dem Gefühl heraus geführt [...]«<sup>3</sup>

Also doch – nur waren die Polen schuld, weil sie 1939 (endlich) gegen die Deutschen polemisiert hatten. Die Quellenbefunde widersprechen Kedryn diametral – auch innerhalb des UNDO. Was Kedryn schreibt, wäre verständlich – nur verhielten sich die national ausgerichteten Ukrainer nicht so. Wenn es irgendwo in Osteuropa Germanophilie gab, dann tatsächlich bei den Nationalukrainern. Die politisch Denkenden folgten dabei nicht immer klar durchdachten politischen Vorgaben, sondern ließen sich (durchaus verständlich) von den politischen Tagesbedingungen oder einer subjektiven Perzeption von Chancen und Möglichkeiten verführen. Aber nicht erst – wie Kedryn glauben machen wollte – 1939; man baute auf der früheren Zusammenarbeit mit den Deutschen auf. Im Laufe der Zeit änderten sich nur die politischen Rahmenbedingungen, was diejenigen, die die deutsche Option aufrechterhielten, zwar bemerkten, aber vernachlässigten.

Daher ist der Versuch von Frank Grelka, die Haltung der Deutschen bei der Eroberung der Ukraine 1918 und 1941 miteinander zu vergleichen, nur auf den ersten Blick bestechend. Tatsächlich waren die deutschen Perzeptionen des Jahres 1941 auf denen des Ersten Weltkriegs errichtet, aber ihre Verfechter hatten entgegen der Auffassung mancher Historiker weite Wege von einem »moralischen« Imperialismus zum Rassenstaat zurückgelegt. Vor allem hatte sich aber das Gegenüber gewandelt. Aus »Linken« waren »Rechte« geworden, aus »Befreiungspolitikern« Anhänger einer »Konstruktion« der ukrainischen Nation. Die neuen Ideen der Zwischenkriegszeit hatten Anklang gefunden, und die Gewaltbereitschaft war immens gewachsen. Während bei den Deutschen die Ukraine ein Thema unter vielen war, besticht die Beschränkung der ukrainischen Perzeption auf ihre Suche nach Staatlichkeit. Es gab ein Hin und ein Her, letztlich waren aber die deutschen Versuche erfolgreich, immer wieder ihre Partner an sich zu binden. Unser Ziel war – begünstigt durch das Fehlen des Drucks, dem eine Qualifizierungsarbeit immer ausgesetzt ist – das umfassende Ausleuchten der Bedingungen, die das politische Handlungsfeld gestalteten. Im folgenden wollen wir versuchen, die diversen Stränge, die diese Arbeit durchziehen, zu bündeln.

<sup>1</sup> Ivan Kedryn, *Żyttja – podii – ljudy*. New York 1976, S. 293.

<sup>2</sup> Auf die ganz ähnliche Haltung der polnischen Nationaldemokraten sei hingewiesen (Vgl. Albert S. Kotowski, *Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie*. Wiesbaden 2000, passim).

<sup>3</sup> Kedryn, *Żyttja*, S. 293.

Vergleiche dürfen nicht in Gleichsetzungen übergehen, sonst tragen sie wenig zur Erkenntnis der Entwicklungen bei. Eine beliebte Formel war die Generalisierung der »Kollaboration« mit Deutschland. Ljubomyr Hirnjak schrieb 1979:

»[Polnische] Autoren [...] schreiben tendenziös, sie dichten uns die Kollaboration mit Deutschland an (prypysujut'), obwohl sie selber mit Moskau »kollaboriert« haben, um Polen zu befreien, und uns ging es um den Aufbau unseres unabhängigen Staates... Sie vergessen, daß Hitler für das gerade vergangene Europa das war, was Napoleon für das damalige Europa gewesen ist. Und Polen hat gerade auf ihn gesetzt.«<sup>4</sup>

Inzwischen ist auch in der polnischen rechten Historiographie der Vorwurf der Kollaboration (mit den Sowjets 1939 und nach 1944) gegenüber polnischen Kommunisten und Juden wohlfeil. Die Ostgebiete des polnischen Staates gelten dabei wie selbstverständlich als »polnisch«, obwohl sie keine polnische Bevölkerungsmehrheit besaßen. Und natürlich war Napoléons Code civil etwas anderes als die nationalsozialistischen Rassengesetze. Für ersteren durfte man sich ohne weiteres gegen die Restauration eines *ancien régime* einsetzen, letztere versprachen allen Slaven bestenfalls eine dienende Rolle. Und auch der Erste Weltkrieg war etwas anderes als der Zweite. Die Optionen waren 1914-1918 noch politisch, 1939 ideologisch und existenziell: Nicht länger mehr oder weniger Macht, sondern Unterdrückung und Vertreibung (und bald Vernichtung) standen zur Debatte. Insofern kann ein differenzierender Vergleich dafür sensibilisieren, daß historische Arbeit gut daran tut, die Zeitbezogenheit ihres Objekts nicht aus den Augen zu verlieren.

Daß es eine Zusammenarbeit zwischen Ukrainern und Deutschen zwischen 1914 und 1939 (und weiter bis 1945) gab, ist unstrittig. Die ukrainischen Nationalisten beharrten aber darauf, sie hätten ihr Ziel der nationalen Unabhängigkeit nie verraten und vor allem die ideologischen Konzepte der Deutschen nicht imitiert. Dagegen versuchte die sowjetische Historiographie, die Ukrainer in eine gegenüber den Deutschen nachrangige Position zu drängen. Troščynskyj schrieb, als er noch sowjetisch formulierte, die OUN-Ukrainer seien »Mietlinge und nichts weiter« gewesen.<sup>5</sup> Dabei postuliert Ähnlichkeit nicht Nachrangigkeit. Tatsächlich entwickelten die ukrainischen Ideologen ihre Thesen auf denselben Grundlagen wie die italienischen oder deutschen. Die geistesgeschichtliche Entwicklung erfolgte zeitgleich und der eigenen Perzeption nach ebenbürtig. Nicht so die politische Taktik: Hier sahen sich Ukrainer seit 1914 auf fremde Hilfe angewiesen, um derentwillen sie bereit waren, sich korrumpieren zu lassen, was ihnen aber immer ein wenig peinlich war.

Doncov hatte 1922 die Vereinbarkeit der nationalistischen Parolen, man stütze sich nur auf die eigene Kraft, mit der Annahme fremder Hilfe (»Orientierung«) erklärt. Im ersten Artikel seines LNV schrieb er:

»Man sagt uns: Entweder »eigene Kräfte«, oder – »Orientierung! Für uns gibt es kein solches Dilemma. Wir sagen: Zuerst – »eigene Kräfte«, dann – »Orientierung«, ohne die schließlich keines der bestehenden Völker auskommt.«<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Ljubomyr Hirnjak, *Na stežkach istoryčnych podij*. New York 1979, S. 11.

<sup>5</sup> Volodymyr P. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu. Ukraïnski buržuazni nacionalisty na službi hitlerivciv u mižvojenyj period 1921-1939rr.* Kyïv 1981, S. 127.

<sup>6</sup> [Dmytro Doncov], »Naši cily«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 1, Mai 1922, S. 1-5, hier S. 4.



Im ideologisch-taktischen Kontext erwies sich dann aber eine Entwicklung als fatal, die in der Tat auf den Ersten Weltkrieg zurückgeführt werden konnte. Damals hatten in Deutschland Schulen miteinander um die Gestaltung Osteuropas gerungen und eines ihrer Konzepte war die »Randstaatenpolitik«. Zwischen ihr und anderen Möglichkeiten, etwa einem Sonderfrieden oder gar einer dynastisch begründeten Partnerschaft mit Rußland, gab es eine Reihe von Optionen, und unterschiedliche Gruppen verfochten im Reich auch unterschiedliche Ziele.

Auch im nationalsozialistischen Deutschland gab es ein gewisses Spektrum politischer Ziele und persönlicher politischer Präferenzen. Beziehungen zu nachgeordneten Instanzen wiesen auf Substrukturen hin, die man nutzen mochte. Was sich die ukrainischen Nationalisten nicht klar machten, war, daß trotz aller Polykratie das ideologische Endziel – nämlich der »Lebensraum« im Osten – und der Primat der Pläne Hitlers nicht umstritten waren. Rosenberg wollte die Ziele – sagen wir es vereinfachend – im temporären Verbund mit Nationalisten der Randstaaten, zeitweise auch mit Großbritannien und Polen erreichen. Dies bedeutete eine andere Taktik als die zumeist primitivere Gangart Hitlers, der aber ebenfalls bereit war, »Befreiungsmomente« taktisch wirken zu lassen. Praktisch bedeutete es jedoch eben nur eine andere Taktik, kein anderes Ziel.

Die meisten ukrainischen Nationalisten hofften jedoch wie Andrijevskyj, daß die Ideen Hitlers und Rosenbergs, »dieser beiden führenden Gestalten des Regimes«, »nicht derselben Linie folgten«. »Die Frage, wie sich die Deutschen gegenüber der Ukraine verhalten würden, blieb offen«, meinte Andrijevskyj noch nach dem Zweiten Weltkrieg in bezug auf 1941.<sup>7</sup>

Eine der ukrainischen Fehleinschätzungen – und Andrijevskyj ist nur ein Beispiel – bestand darin, daß Rosenberg eben keine »führende Gestalt« des Regimes war und sich nicht einmal zeitweise gegen seine Rivalen durchzusetzen vermochte. Die andere beruhte darauf, daß die Rosenberg-Pläne auch keine ukrainische Staatlichkeit anvisierten,<sup>8</sup> sondern wenig klare Zwischenstufen, die die nur auf die Staatlichkeit fixierten Nationalisten nicht begriffen. Unsinn war die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Militär und Rosenberg einerseits und der »national-sozialistischen Partei« andererseits.<sup>9</sup>

Kedryn wollte auch dem Dilemma der Nachkriegsvorwürfe entgehen. Hatte er gerade noch die Deutschfreundlichkeit der Ukrainer in Polen abgestritten, so benannte er sogleich einen anderen Verantwortlichen:

»Wenn wir uns in bezug auf das Deutschland Hitlers getäuscht haben und wenn jemand von uns dachte, Hitlers Deutschland sei anders als sich gezeigt hat, dann hat die größte Schuld daran unsere politische Emigration – diese bedeutenden Mitglieder der OUN, die jahrelang in Deutschland lebten und die ukrainische politische Spitze im Lande [Polen] nicht über den wirklichen Charakter des Nazismus informierten, über den wirklichen Charakter des Hitlerismus, seine Brutalität und seinen beispiellosen imperialistischen Egozentrismus.«<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 156.

<sup>8</sup> Eben das unterstellte Andrijevskyj ihm und den Militärs: »[...] skorše pryčyl'ni ideï vidnovy Ukraïnskoï nezaležnoï deržavy«... (Ebd., S. 157).

<sup>9</sup> Ebd..

<sup>10</sup> Kedryn, Žytja, S. 294-295.

anderer. Der Ausgangspunkt der »Ukrainische Sitschower Schützen« (Ukraiński Sičovi Stril'ci – USS) waren die Sport- und Jugendorganisationen, die in Galizien nach polnischem Vorbild entstanden waren (s. S. 36). Auf der Basis ihrer konditionierten Loyalitätserklärung begannen die Schützen und die nach dem tschechischen Sokol-Vorbild entstandene Sokil-Bewegung in der Juli-Krise Mobilisierungsvorbereitungen. Ein »Mobilisierungskomitee« konstituierte sich in Lemberg am 30. Juli 1914, und Anfang August schlossen sich die Spitzen der Schützen der inzwischen gebildeten HUR an. Eine »Kampfleitung« (Bojeva Uprava) trat am 4. August in Aktion; die ursprünglich gewählte Bezeichnung »Generalstab« ließ das Militär nicht zu.<sup>171</sup> Am 6. August 1914, dem Tag der österreichischen Kriegserklärung an Rußland, rief die HUR zusammen mit der Kampfleitung der Schützen die Ruthenen dazu auf, sich an der Seite der Mittelmächte unter dem Banner der USS dem Kampf mit den Moskowitern zu stellen.<sup>172</sup> So wie die Piłsudski-Legion am 6. August ausmarschierte, forderte Konsul Urbas auch die Ukrainer auf, sofort Počaiv und Kremjaneč in Wolhynien zu erobern. Die Ukrainer weigerten sich jedoch zu Recht, die unausgebildeten Schützen gegen eine russische Übermacht antreten zu lassen. Schon dies ließ wohl den Enthusiasmus der Österreicher erlahmen.<sup>173</sup>

Schließlich bildete man eine »Ukrainische Legion«, die im August 1915 in ein Regiment umgewandelt wurde. Sie bestand ausschließlich aus Ruthenen aus Galizien und der Bukowina. Die Freiwilligen durften noch keinem anderen österreichischen Verband zugewiesen worden sein, so daß sich vor allem wegen Untauglichkeit Zurückgewiesene und Angehörige noch nicht gemusterter Jahrgänge zu den Legionen melden konnten. Mit seiner geringen Stärke hatte das Regiment politische Bedeutung, keine militärische. Den »Eintritt kriegsgefangener russischer Ukrainer« lehnten Armeeoberkommando und Verteidigungsministerium im September 1915 als »derzeit noch nicht zulässig« ab.<sup>174</sup> Daß diese Absage auf eine Anfrage des BBU hin erfolgte und daß der BBU in der »Gefangenearbeit« steckte, weist darauf hin, daß er 1915 weder untätig war, noch sich auf Propagandaarbeit beschränken wollte. Die Schützen, die sich zur Legion zusammenschlossen, standen politisch dem BBU näher als den ruthenischen Österreichern, die ihrer Radikalität gegenüber stets mißtrauisch blieben.<sup>175</sup>

Die etablierten Ruthenen engagierten sich naturgemäß für Österreich und mochten das Feld des politischen Aktivismus nicht dem BBU überlassen. Mitte August 1914 verfaßte die HUR einen Mobilisierungsaufruf »Krieg für die Freiheit der Ukraine«, in dem es gegen Ende hieß:

»Wenn Rußland besiegt sein wird, wird es nicht mehr das Gefängnis der Völker und des arbeitenden Volks sein, das es heute ist. Man kann heute nicht sagen, was mit ihm wird.

<sup>171</sup> Dumin, *Istoriija Legionu Ukraïnskych Sičovych Stril'civ*, S. 27-28.

<sup>172</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 54-55; Vgl. *Istoriija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 297.

<sup>173</sup> Dumin, *Istoriija Legionu Ukraïnskych Sičovych Stril'civ*, S. 34-35.

<sup>174</sup> Einsichtstück des k.k. Ministeriums für Landesverteidigung, 7.9.1915, HHStA 903 Krieg 8b, Hornykiewicz 1, S. 142. – Die nicht immer positiven Erfahrungen mit den polnischen Legionen mögen den Österreichern dann auch in bezug auf die ukrainischen Zurückhaltung nahegelegt haben (Vgl. Arthur Hausner, *Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges*. Wien 1935, S. 21-23). Erst nach dem Brester Frieden wurden in Österreich aus russländischen Kriegsgefangenen ukrainische Verbände gebildet.

<sup>175</sup> Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. 1, S. 40, 42.

Kedryn tat so, als ob dieser deutsche »imperialistische Egozentrismus« im Sommer 1939 unbekannt gewesen wäre. Das wird nun niemand mehr ernsthaft behaupten können. OUN und UNDO hofften im Gegenteil von diesem »Imperialismus« zu profitieren. Dies lag auf der Linie der Doncov-Thesen, aber auch Doncov-Gegner in der OUN und »Realpolitiker« aus dem UNR-Lager setzten ganz bewußt auf die deutsche imperialistische Karte. Manchmal hatten sie dabei vielleicht etwas mulmige Gefühle, mehr aber nicht.

Die Debatten nach dem Zweiten Weltkrieg unterschieden sich von denen aus den Jahren bis 1939. Nur die Bewußtseinsbildung bis zum Kriegsbeginn können wir jedoch als Maßstab der zeitgenössischen politischen Einstellung anlegen. Dabei spielten mehrere gesamtgeschichtliche Entwicklungen eine Rolle, die jeweils auf die konkrete Situation heruntergebrochen wurden.

Der Verlauf des Ersten Weltkriegs, die politischen Konstellationen der Zwischenkriegszeit und die Pläne und Handlungen der deutschen Nationalsozialisten waren ein Rahmen, in dem mit der Ukraine befaßte Deutsche und Ukrainer agierten, ohne seine Bedingungen wesentlich beeinflussen zu können. Die Ukraine war kein zentrales Thema der Politik, sie war für die »Mächte« eine Randerscheinung, die nur sporadisch Aufmerksamkeit genoß, aber nicht einmal dann im Zentrum der Überlegungen stand. Für die Deutschen war das Verhältnis zu den Russen und den westeuropäischen Nationen wichtiger – selbst an Polen hatte man mehr Interesse als an der Ukraine. Für die nationalistischen Ukrainer hatte dagegen die Erringung von Nationalstaatlichkeit gegenüber allem anderen Vorrang. Diese Asymmetrie führte zu Mißverständnissen und Fehleinschätzungen, war aber auch immer wieder die Voraussetzung, es noch einmal miteinander zu versuchen. Die Deutschen ließen die Ukrainer immer dann fallen, wenn sie eine andere Bündnismöglichkeit sahen, die Ukrainer ließen sich immer wieder mit den Deutschen ein, wenn ihnen sonst nichts einfiel, um doch noch zu ihrem Staat zu kommen. Beides geschah mehrfach.

Gerade weil die Ukraine-Politik nicht im Vordergrund stand, läßt sich an ihr vieles leichter ablesen, als an *issues*, die allen wichtiger erschienen. Das deutsch-ukrainische Verhältnis reflektierte die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Imperialistische und nationalistische Positionen sowie die praktische Umsetzung politischer Pläne existierten auf beiden Seiten. Rücksichtslosigkeit, Falschheit und die Mißachtung liberaler und demokratischer Prinzipien wurden auf beiden Seiten als Elemente der Werteordnung des nationalen Egoismus und der politischen Gestaltung angewandt.

Die politisch-ideologische Entwicklung in Europa – von imperial-patriarchalisch-halbautoritären Staaten zunächst zu einer eher demokratischen Politikgestaltung, die aber bereits in den zwanziger Jahren vor allem bei der jungen Generation einer Präferenz für autoritäre und gewaltbereite Politikformen wich – war nicht unmittelbar unser Thema. Aber alles, was hier behandelt wurde, geschah vor diesem Hintergrund und mußte durch den Abgleich mit gesamteuropäischen Entwicklungen vermessen werden. Diese allgemeinen Trends eröffneten den beteiligten Personen Wege zu ihren Zielen. Und hier setzte unsere Darstellung ein.

Auch wenn zuvor alle paar Jahrzehnte einmal Ereignisse in der späteren Ukraine im Westen und in der Mitte des Kontinents wahrgenommen wurden, gab es kaum jemanden, der sich mit dieser historischen Landschaft näher befaßt hätte. 1906 wurde mit der populären Publikation Mychajlo Hruševskyjs die Ukraine als Faktor der

osteuropäischen Geschichte in Deutschland eingeführt, ohne daß dies sonderlich aufgefallen wäre. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb vielmehr das Interesse an der Ukraine auf wenige Menschen beschränkt. Das war auch in Österreich nicht anders. Zwar organisierten sich hier die Ruthenen nach polnischem Vorbild nationalpolitisch, und Emigranten aus Rußland formulierten an Österreich angelehnte Befreiungsgedanken gegenüber der rußländischen Ukraine, aber auch das blieb Theorie. Die griechisch-katholischen Ruthenen orientierten sich an Österreich und emanzipierten sich nur langsam von den politisch und sozial dominanten Polen. Von den Ukrainern des Rußländischen Imperiums trennte sie die Konfession, die lange größere Bedeutung hatte als die erst im 19. Jahrhundert thematisierte gemeinsame Sprache und Geschichte. Wer in Österreich seine Wurzeln im Zarenreich sah, hielt sich eher für russisch oder »moskophil« als für »kleinrussisch« oder gar »ukrainisch«. Die Organisationsbemühungen von Intellektuellen aus dem Osten blieben daher bis 1914 Totgeburten. Erst der *Bund zur Befreiung der Ukraina*, eine Organisation von linksstehenden Emigranten aus Rußland, gewann bei Kriegsbeginn Bedeutung. Zwar zogen sich zwei seiner ostukrainischen Gründer – Dmytro Doncov und Mykola Zaliznjak – bald von ihm zurück und lehnten sich politisch an ruthenische Politiker an, und auch Österreich stellte die anfangs recht großzügige Finanzierung bald ein. Die vom österreichischen Generalstab geförderte Betreuung von ukrainischen Kriegsgefangenen in Österreich durfte der BBU jedoch weiterführen, und 1915 gelang es, die Deutschen für ein ähnliches Projekt gewinnen.

Politisch hatten Ukrainer in Österreich 1914/15 einen schweren Stand: Der Rückzug in Galizien und Vorwürfe der Veruntreuung beendeten das zentralstaatliche Interesse am BBU und dessen Finanzierung. In der Konkurrenz mit den Polen und unter dem Vorwurf der Russophilie wurden Ukrainer interniert oder hingerichtet. Mit den galizischen Ruthenen erreichten die Ostukrainer des BBU zwar formal eine Einigung, als die Erweiterung des Ukrainischen Nationalrats 1915 ihnen einen Vorsitz verschaffte, tatsächlich blieb die Rivalität jedoch bestehen, und politisch hatten die Ostukrainer in der Monarchie wenig zu sagen. Mit ihrer von den Deutschen subventionierten Presse besaßen sie jedoch ein Sprachrohr.

Mit der Anbindung an die Deutschen, die Hoffnungen auf eine »Aufwiegelung« hinter der Front des östlichen Gegners hegten und mit diesem Ziel auch die »Gefangenearbeit«, aber auch Propagandaaktivitäten wie Vortragsreisen etc. finanzierten, erhielten die BBU-Ukrainer 1915 unverhofft ein neues Betätigungsfeld. Dabei standen sich Doncov, der von den Ruthenen ausgehalten wurde, und der BBU bald als Konkurrenten gegenüber. Beide versuchten, da die Chancen dafür in Österreich schlecht standen, Deutsche für die »ukrainische Frage« zu interessieren. Diskursiv waren sie höchst erfolgreich. Lange bevor Dmytro Dorošenko in seinem Buch »Die Ukraine und das Reich« im Zweiten Weltkrieg eine Kontinuität deutsch-ukrainischer Kooperation konstruierte, knüpften die ukrainischen Propagandisten aus vereinzelt historischen Elementen eine Traditionskette, an deren logischem Ende eine deutsch-ukrainische Zusammenarbeit im Ersten Weltkrieg stehen sollte. Die ukrainischen Bodenschätze und unabsehbare Kornvorräte wurden den Deutschen angedient, gleichzeitig erschien vor allem bei Jevhen Levyčkyj eine unabhängige Ukraine als notwendige Voraussetzung für alle defensiven wie offensiven Pläne der Mittelmächte. Der Krieg erschien als große Chance – sowohl für die Mittelmächte als auch für die Ukrai-

ner. Die Nationalisten schreckten nicht einmal davor zurück, ein klassisches Kolonialverhältnis zwischen der Rohstoffquelle und dem Absatzmarkt Ukraine und dem die Verarbeitung verantwortenden Reich zu fordern. Die Elemente dieser Propaganda waren bald in aller Munde und gingen in die politische Phantasie ein. Hervorzuheben ist, daß sie zunächst von Ukrainern formuliert wurden, nicht von den »deutschen Imperialisten«. Diese griffen sie aber gern auf.

Das Geld, das die Deutschen in die Ukrainer investierten, wirkte sich jedoch nicht etwa positiv auf den Nationalismus in der Ukraine aus. Mit den den Ukrainern gewährten Summen, die diese zunächst in Broschüren steckten, finanzierten die Deutschen eine Agitation im eigenen Lande. Es waren die Deutschen, die immer sicherer annahmen, ukrainischer Nationalismus ließe sich politisch nutzen. Während sich das Geschehen in der Ukraine bis Ende 1917 ohne deutsches Zutun entwickelte, hatten die Exulanten in Deutschland Intellektuelle, Politiker und Unternehmer – von der Reichsregierung finanziert – von dem Nutzen einer Ukraine-Politik überzeugt.

Praktisch setzte man diese Überlegungen zunächst in der »Gefangenenarbeit« um. Russische Kriegsgefangene ohne ein separates Nationalbewußtsein sollten verdeckt zu Ukrainern »ausgebildet« werden und später die Einheitlichkeit des Zarenreiches unterminieren. AA und Militär operierten vom Frühjahr 1915 an über subalterne Repräsentanten, die ihre Informationen gerade erst von den Ukrainern selber bezogen hatten. Die Reichsregierung und die Militärführung wollten sich noch nicht exponieren und wählten einen indirekten Weg – die engagierten Nationalukrainer hatten dagegen keine Bedenken, sich den Deutschen nützlich zu machen.

Die »Gefangenenarbeit« selber war, nachdem erste Rückschläge überwunden waren, relativ erfolgreich. Es gelang, Hunderte von Ukrainern national auszurichten, und die Deutschen tolerierten auch – anders als die Österreicher – eine wachsende Linksorientierung, die zur Übernahme der Selbstverwaltung der Lager durch die Insassen führte. Diese doppelte nationale und soziale Revolutionierung korrespondierte mit den deutschen Zielen, die Ukrainer zur »Zersetzung« Rußlands zu verwenden. So wie Lenin durch die deutsche OHL nach Rußland geschleust wurde, so waren auch die Ukrainer als Kriegsmittel gedacht, 1915 gab es die unabhängige Ukraine als Kriegsziel noch nicht. Damit ist aber auch ohne weiteres einleuchtend, warum die Deutschen sich dieser revolutionären Truppe möglichst rasch zu entledigen trachteten, als sie selber in der Ukraine das Herrschen übernahmen.

Die ersten Einsätze der Gefangenen 1916/17 waren propagandistischer Natur. Als Angehörige einer fiktiven Armee eines ukrainischen Bündnispartners durften Ukrainer in Wolhynien und Polissja als »Vertrauensleute« Schulen einrichten. Österreichische Polen wie linke deutsche Abgeordnete kritisierten den Einsatz. Die Lagerorganisatoren versuchten, die »Gefangenenarbeit« als Elementarunterricht kleinzureden und wiesen kriegsrechtliche Bedenken zurück. Viel war dabei auch wirklich noch nicht herausgekommen. Wie auch immer der Nutzen der »Gefangenenarbeit« war, aus ihr die Februarrevolution und die Friedensverträge von Brest abzuleiten, wie es Smal'-Stočkyj einmal versuchte, ist völlig abwegig.<sup>11</sup>

Außer in der »Gefangenenarbeit« waren prodeutsche Ukrainer in der *Liga der Fremdvölker Rußlands* und als Einflußagenten in neutralen Staaten nützlich. Auch

<sup>11</sup> Vgl. Smal-Stocki, »Actions«, S. 173.

hier ging die Initiative nicht von den Deutschen, sondern von den Ukrainern aus, die allerdings ihre deutschen Partner nicht lange überreden mußten. Die Arena dafür waren ab Mitte 1915 die Schweiz, 1917 dann skandinavische Standorte. Als neutral getarnte Nachrichten und Veranstaltungen sollten das der Entente angehörende Rußland kritisieren sowie die westeuropäische und US-amerikanische Zustimmung zum Freiheitsstreben der »Randvölker« gewinnen. Die Erfolge blieben begrenzt, weil nicht schwer zu durchschauen war, daß sich da vor allem das deutsche Auswärtige Amt organisationell und finanziell engagierte.

Ab Mitte 1915 begann sich die deutsche Industrie für die Ukraine zu interessieren. Wir sind der Meinung, daß dies nicht ohne die Texte und Vorträge erklärbar ist, mit denen Ukrainer von Österreich aus Deutschland zu mobilisieren suchten. Es entstand wie für andere rußländische Gebiete ein »Förderverein«, der schon bald konkrete Ausbeutungspläne entwickelte. Als diese den Ukraineförderern in AA und Kriegsministerium zu weit gingen, kam es zu einem Bruch. Von Mitte 1916 an agierte der Förderverein selbständig – als allerdings 1918 die Ukraine tatsächlich deutschem wirtschaftlichem Zugriff offenlag, war der anfängliche Eifer der Unternehmer verrauscht und einer Skepsis gewichen.

Die russische Februar-Revolution brachte alle Konzepte durcheinander. Für Österreichs Ukrainer war die Lage in Rußland nun attraktiver als im eigenen Land – folglich verloren auch die Österreicher ihr Interesse an den Ukrainern, deren Forderungen sich nun gegen sie richten konnten. Auch in Deutschland wurden die Gefangenen und die Emigranten selbstbewußter und wollten nicht mehr so gern mit den Mittelmächten in Zusammenhang gebracht werden. Die politisch aktivsten Ukrainer rechneten sich politische Karrieren in der neuen Ukraine aus und versuchten, nach Rußland zu gelangen. Dort verhielt man sich gegenüber den Parteigängern der Mittelmächte jedoch zunächst meist abweisend. Die National-Ukrainer waren nur auf eine selbständige Ukraine festgelegt, nicht auf bestimmte Partner. Die Mittelmächte genossen keinen guten Ruf; In Kiew setzte man zunächst auf die Entente, und die stand für die Fortsetzung des Krieges. Die Oktoberrevolution veränderte das Bild. Die ukrainische Regierung erkannte die neue Führung (anders als die Provisorische Regierung) nicht als übergeordnete Instanz an und geriet mit ihr in einen Konflikt. Erst als dann die Regierung der Kiewer Zentral-Rada von den Deutschen zu den Brest Verhandlungen zugelassen wurde und die Bol'seviki zum bedrohlichen Gegner geworden waren, hielt man in Kiew einen Bund mit dem Kriegsgegner für attraktiver als mit den Entente-Mächten. Auch den Emigranten war es letztlich gleichgültig, von wem sie Hilfe bekamen. Der opportunistische Wechsel der Unterstützer war ein Indikator des Vorrangs von Independentismus vor anderen politischen Festlegungen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk brachten die Ukrainer auf die internationale Arena. Die Deutschen sahen zwar bis etwa zum 26. Dezember 1917 nicht in ihrer zersetzenden Revolutionierungs- und Randstaatenpolitik, sondern in einem Einvernehmen zwischen der Ukraine und Sowjetrußland die beste Basis für den erhofften Friedensschluß. Aber als die sowjetische Seite zunehmend Schwierigkeiten machte und in Charkiv eine ukrainische Gegenregierung entstand, kam man auf die Idee, einen Separatfrieden mit der Kiewer Ukraine als Druckmittel gegen Rußland zu verwenden. Dafür mußte aber die Unabhängigkeit der Ukraine erklärt werden, was in Kiew nicht nur Befürworter hatte – die meisten ukrainischen Politiker folgten eher »linken« Ide-

en und sahen in einer neukonstituierten demokratischen und sozialen Rußländischen Föderation ihre politische Zukunft. Die Ukrainer in Brest erkannten, daß sie im Gegenzug auf die Mittelmächte Druck ausüben konnten. Ihre Verhandlungsdelegation forderte nun angesichts der Wiener Hungerunruhen (»Brotfriede«) von Österreich Zugeständnisse in der Chefm-Frage und die Bildung eines eigenen ukrainischen Kronlands in Ost-Galizien, womit sich Wien abfinden mußte.

Als im Frühjahr 1918 deutsche und österreichische Truppen in die Ukraine kamen, zunächst als Retter der UNR, bald jedoch als eigentliche Herren, war die frühere deutsche Unwissenheit längst einer diskursiv vermittelten »Gewißheit« über die Möglichkeiten gewichen, die das Land bot. Im Vordergrund stand die Absicht, Lebensmittel und Bodenschätze zu gewinnen. Das war jedoch nicht einfach, weil die linke UNR gerade begonnen hatte, gegen die Grundbesitzer revolutionär vorzugehen. Und als sie unetwischen Folgsamkeit gegenüber den Deutschen und ihren eigenen sozialrevolutionären Plänen oszillierte, beseitigten die Deutschen sie einfach. Der Staatsstreich vom 29. April 1918 kann als deutsche Inszenierung gelten. Das erklärt, wieso die Skoropadskyj-Führung den Deutschen gegenüber so gehorsam war.

Sie nahm es hin, daß die Truppen, die sie aufgestellt hatte bzw. die gerade erst von den Deutschen ins Land gebracht worden waren, wieder aufgelöst wurden. Damit waren bis auf kleine Verbände die Mittelmächte die eigentlichen Waffenträger und Machthaber. Das Betteln Skoropadskyjs um Militär hatte erst einen partiellen Erfolg, als die Mittelmächte zu der Erkenntnis gelangt waren, daß sie sich nicht mehr lange in der Ukraine würden halten können. Nach den ersten praktischen Erfahrungen glaubten die Deutschen nicht an eine längerfristige Überlebensfähigkeit der Ukraine. Sie versuchten nur, den Status quo aufrechtzuerhalten, kaum jemand zweifelte jedoch daran, daß ohne deutschen Beistand Ukraine und Rußland wieder zusammenfallen würden. Für diesen Fall erschienen die Verbindungen zu Rußland wichtiger, also wurde die »Randstaatenpolitik« wieder zu einem »Kampfmittel«, dessen mittelfristigen Fortfall man erwartete.

Während die deutschen Repräsentanten vor Ort immer skeptischer wurden und möglichst bald die Ukraine verlassen wollten, war in Berlin die Idee der Nutzung der Ukraine »angekommen«. Dabei engagierte sich weder die Industrie besonders stark, noch rechnete sich die Truppenentsendung. Auch Getreide kam in keinem nennenswerten Umfang nach Deutschland und Österreich, die parlamentarische Regierung Max von Baden und der Rat der Volksbeauftragten wollten nun aber die Ukraine behalten und hofften, daß auch die Entente sich damit einverstanden erklären könnte. Je illusorischer die Osteuropa-Phantasien wurden, desto fester klammerten sich die Politiker an ihre ukrainische Karte. Den Männern vor Ort schwammen inzwischen alle Felle davon. Die Nationalukrainer hatten sich um das Direktorium der UNR neu konsolidiert, die Het'man-Leute waren ihre erbitterten Gegner, die Deutschen standen dazwischen. Deutsche Versuche, die verfeindeten Parteien zusammenzubringen, um sich wie im Baltikum mit Billigung der Entente unter deutscher Führung gegen die Bol'seviki zu wenden, scheiterten – das Debakel der deutsch dominierten Ukraine war komplett.

Die Deutschen blieben aber im Geschäft. Ihre Marionette Skoropadskyj brachten sie außer Landes und schließlich in Berlin unter, aber auch das Direktorium hatte kaum jemand anderen als Politikpartner. Von Polen und den Bol'seviki bedrängt, von der

Entente nicht beachtet, hoffte die UNR vergeblich auf Hilfe aus dem inzwischen machtlosen Reich. Dessen Politiker sahen allerdings in den Ukrainern potentielle Helfer gegen Polen. Und die Deutschen mit Ukraineerfahrung waren inzwischen von einem ukrainophilen Virus infiziert, mochten sie wie General Groener zuvor auch über diese Neugründung gespottet haben.

Praktisch war aber zunächst nichts zu machen. In der ehemals rußländischen wie auch in der österreichischen Ukraine scheiterten alle Versuche, nichtbolschewistische ukrainische Staaten zu etablieren. Das Überlaufen der gegen Polen unterlegenen Ukrainischen Galizischen Armee (UHA) zu Denikin und den Bol'sheviki, die Flucht Symon Petljuras nach Polen und sein mit dem Verzicht auf Ostgalizien erkauftes Bündnis mit Piłsudski, die Bereitschaft von galizischen Nationalisten, auch die sowjetische Herrschaft anzuerkennen, sprengten die politischen Bande der *sobornist*'. Die Entente sah die Ukrainer meist als deutsche Kreation an, und sie wandte sich von ihnen ab. Die nach Westen geflohenen ukrainischen Politiker versuchten nun wieder von den Deutschen Förderung zu erfahren. So von Petenten bestürmt, deren Einfluß und Chancen sie nicht beurteilen konnten, reagierten die Deutschen meistens höflich ablehnend, sie wollten es sich jedoch mit niemandem ganz verderben. Grundsätzlich war ein Interesse an den Ukrainern vorhanden, man verlor jedoch bald den Überblick über die einander befehdenden Regierungen und Grüppchen. Durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags war dem Reich die Fortsetzung der diplomatischen Kontakte nicht möglich. Dafür gab es bald die Beziehungen zu den Sowjets. Wenn auch Rapallo erst mit Verspätung auf die Sowjetukraine ausgedehnt wurde, übernahmen die sowjetukrainischen und die sowjetrussischen Repräsentanten dann (einschließlich des Gesandtschaftsgebäudes) die offizielle Vertretung der Ukraine in Deutschland. Die Exilvertretungen der »bürgerlichen« Ukrainer mußten 1922/23 schließen.

Damit war das Problem jedoch nicht erledigt. Da es in Mitteleuropa sich als Ukrainer definierende Flüchtlinge gab, entstand eine Struktur von Wohlfahrts-, Bildungs- und Gesellschaftseinrichtungen, deren Zentrum zunächst in der Tschechoslowakei lag. Aber auf dem im Schatten liegenden Gebiet des Militärs und seiner Geheimdienste entwickelte sich eine für beide Seiten gewinnbringende Zusammenarbeit von Deutschen und Exilukrainern.

Nachdem die Hoffnungen auf eine politische Lösung für den ukrainischen Nationalstaat erloschen waren, orientierten die Exulanten sich um. Die Sowjetukraine erschien Galiziern zeitweise als nationale Option, und die Sowjets spielten kurzzeitig eine gemäßigt nationalukrainische Karte. Mit der Überlassung Ostgaliziens an Polen durch die westlichen Großmächte 1923 zerfiel daher dort die Nationalbewegung. Petruševyčs ZUNR wurde (von Berlin aus) sowjetophil, und die Kommunisten hatten in Ostgalizien Zulauf aus der ukrainischen Nationalität. Ein Teil der Emigranten kehrte eher resigniert in das polnische Ostgalizien zurück, um legal im polnischen Staat für ukrainische Rechte einzutreten (UNDO), andere wiederum beschritten nun endgültig den Weg des rechten Terrors: Dazu gehörte die Ukrainische Militärorganisation (UVO), die vermutlich anfangs auch mit den Sowjets Kontakte unterhielt. Sie warb erfolgreich Anhänger in der galizischen Schuljugend. Auf der Suche nach Partnern stieß die aus demobilisierten Soldaten bestehende UVO (die bei ihrer Gründung Petruševyč unterstanden hatte) auf die Reichswehr und ihre »schwarzen« Strukturen. Der Handel militärische Ausbildung und Finanzierung gegen Aufklärungsergebnisse



aus Polen schuf eine gegenseitige Bindung, die mit dem ebenso antipolnischen Litauen dupliziert wurde, in Danzig eine Drehscheibe besaß und die politischen Veränderungen und Brüche auf beiden Seiten überdauern sollte.

Während die UVO im Operationsgebiet Galizien »politische« Raubzüge, Morde und Sabotageakte beging, etablierte sich ihre Lenkungszentrale in Berlin, weil ihr Führer Konovalec aus Polen fliehen mußte und nicht zufällig Deutschland als neue Basis wählte. Nun wurde aber die Frage der Sowjetorientierung akut. Petruševyč und der Geheimdienstchef der UVO, der zwielichtige Osyp Dumin, waren dazu bereit, Konovalec und der für Deutschland zuständige Riko Jary nicht. Die UVO baute ihre deutschen Kontakte aus, Dumin, der versucht hatte, eine Konkurrenzorganisation (ZUNRO) aufzubauen, scheiterte. Die Deutschen finanzierten die UVO bis 1928, hielten sich aber auch Dumin in Reserve. Die Verschlechterung der Beziehungen zu Polen (»Zollkrieg«) und die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit im Block Nationaler Minderheiten Polens waren diesen Kontakten förderlich. Daß es in Deutschland nicht nur Unterstützer der ukrainischen Nationalisten gab, sondern dort auch die Basis für die terroristische UVO war, verfestigte das im Ersten Weltkrieg entstandene Bild der deutsch-ukrainischen Symbiose.

In den 1920er Jahren veränderte sich die ukrainische politische Landschaft. Der sozialistisch/sozialrevolutionäre Teil des Spektrums verfiel durch Rückkehr in die UdSSR und Zersplitterung zu sektiererischer Bedeutungslosigkeit. Überhaupt war die Linke durch den Mißerfolg der Staatsgründungsversuche desavouiert. 1917 waren die ukrainischen Nationalisten davon ausgegangen, man müsse eine vorhandene ukrainische Nation nur »befreien«, um einen funktionierenden Staat zu erhalten. Jetzt entwickelte dagegen der Historiker Vjačeslav Lypynskyj mit seinem Konzept einer »klassokratischen« »Arbeitsmonarchie« die Vorstellung, daß man zunächst den ukrainischen Staat schaffen müsse, um auf dessen Grundlage erst eine ukrainische Nation entstehen zu lassen. Da er für seinen an die modernen faschistischen Staatstheorien angelehnten Staat eine Symbolfigur brauchte, verband Lypynskyj sich mit dem Marionettenhet'man Skoropadskyj, der in Berlin-Wannsee lebte. Diesem schanzte 1926 sein deutscher Protektor von 1918 – der General und nun Minister Wilhelm Groener – eine wissenschaftliche Einrichtung, das Ukrainische Wissenschaftliche Institut (UWI), und eine regelmäßige Versorgung zu. Der wissenschaftsferne Het'man holte ihm politisch nahestehende Wissenschaftler an seine Institution – seinen ehemaligen Gesandten Lypynskyj und seinen früheren Außenminister, den Historiker Dmytro Dorošenko. Auch wenn sich der Het'man und Lypynskyj bald zerstritten, blieb das Het'manzenrum, das sich zunächst weiter zu den Lypynskyj-Ideen bekannte, ein fester Posten der deutschen Ukraineinteressen und Skoropadskyj, der jetzt von der Einrichtung einer erblichen Monarchie träumte, einer der Prätendenten auf die Herrschaft in der Ukraine.

Die Ermordung Petljuras im Mai 1926 und der Freispruch eines französischen Geschworenengerichts für seinen jüdisch-sowjetischen Mörder Schwarzbart fügten den Resten der Westbindung gemäßiger ukrainischer Nationalisten einen schweren Schlag zu. Eine scheinbar unwiderlegbare Realität gewann diskursive Gestalt: Der Westen schien nun im Bündnis mit Juden und Kommunisten ukrainierfeindlich zu sein, eine politische Orientierung an ihm – noch 1921 eine von Doncov verfochtene Variante – zwecklos. Politischer Antisemitismus, bisher meist verdeckt gehalten, wurde salonfähig, womit der Weg zu Gruppen, die ihm ebenfalls anhängen, erleichtert wurde.

Die in den 1920er Jahren von Ukrainern entwickelten politischen Ideen hatten gemein, daß sie einen längerwierigen Prozeß des *nation-building* voraussetzten. Bei Lypynskyj sollte ein Volk neu konstruiert werden, Petljura wies die Emigranten an, in der Emigration vor allem die Techniken der Staatsorganisation zu erlernen. Petljura und Doncov glaubten nicht, ohne fremde Hilfe auszukommen, wobei man darin übereinstimmte, potentielle Helfer nicht nach eigenen politischen Präferenzen auswählen zu können. Petljura wollte sie als Freunde gewinnen und ihnen dabei ihre eigenen Interessen belassen, Doncov interessierte überhaupt nur deren negative Haltung gegenüber Rußland, das er als den Hauptgegner der ukrainischen Staatsbildung ansah.

Man mag sich fragen, warum wir diesen Exkurs zur Entwicklung der ukrainischen politischen Geistesgeschichte in ein Buch eingestellt haben, in dem es um die deutsch-ukrainische Interaktion geht. Unseres Erachtens war die Konsolidierung der ukrainischen Emigration, der Fortfall der »Linken« und ephemerer Gruppen sowie die Herausbildung dreier nationalistischer Orientierungen (Het'man, UNR, UVO/OUN) sowie deren Neuorientierung für die Hinwendung zu Deutschland von entscheidender Bedeutung. Alle politischen Planer gingen jetzt von einer noch zu schaffenden Ukraine aus, die man nicht ohne fremde Hilfe errichten könne. Sie interessierten sich kaum für die längerfristigen Interessen und politischen Präferenzen ihrer potentiellen Helfer und besaßen auch keine ausreichend konkretisierten weiterführenden Pläne, um sich auszurechnen, daß sie über kurz oder lang unaufhaltsam mit den Interessen der Helfer kollidieren mußten. Alle Positionen paßten mindestens partiell auf die Deutschen, auch wenn alle Gruppen sich auch für andere Mächte interessierten. Die UNR stand zu Polen, Skoropadskyj hielt Großbritannien und Ungarn, die OUN Italien und Litauen für geeignete Helfer. Aus dem Geschehen des Ersten Weltkriegs zog man selektive Schlüsse: Liberale und demokratische Kräfte hätten eher die Gegner gestärkt. Der Ausbeutungswille der Mittelmächte erschien im Nachhinein moderat. Die deutschen Gewaltmaßnahmen von 1918 verblaßten vor dem Gemetzel zwischen 1919 und 1921, dem sich niemand in den Weg gestellt hatte. Die Abwendung von den westlichen Demokratien nach dem Schwarzbart-Freispruch ergänzte eine scheinbar logische Entwicklung – nun suchte man als Verbündete Gegner Frankreichs, der Russen und der Juden.

Alles zusammen gab es zunächst nirgendwo. Die deutsche Kooperation mit dem internationalen *outcast* UdSSR war für viele ukrainische Nationalisten problematisch. Aber was blieb sonst übrig? Während die deutsche Politik bis 1922/23 getreu ihren Versailler Verpflichtungen die Beziehungen zu Ukrainern »abwickelte«, gab es danach zaghafte Bemühungen um einen Neuanfang. Die Kooperation von Reichswehr und UVO sowie die vorübergehende deutsch-ukrainische Allianz im polnischen Block Nationaler Minderheiten 1927/28 geschahen auf der Basis einer gemeinsamen Gegnerschaft zu Polen bzw. den nationalpolnischen Parteien, die Kooperation mit dem Het'man Skoropadskyj war eine Zukunftsinvestition für den Fall, daß es doch mal wieder gegen Rußland gehen sollte. Das deutsch finanzierte UWI sollte eine ukrainische Elite in deutschfreundlichem Sinne formen und auf eine gemeinsame Zukunft in Osteuropa vorbereiten. Die Initiative ging auch hier eher von den Ukrainern aus, traf aber auf Zustimmung bei deutschen Politikern und Wirtschaftlern. Dies erfolgte zu Lasten des Russischen Wissenschaftlichen Instituts, das angesichts der besseren Bezie-

hungen zur UdSSR weniger opportun erschien. Hatte man sich bis dahin die Kontakte zu allen ukrainischen Politikern offenhalten wollen, setzte man ab etwa 1928 vor allem auf die Het'man-Richtung. Die UNR-Anhänger galten wegen ihrer Anlehnung an Polen und Frankreich als unzuverlässig, und die radikalen Nationalisten der UVO nahm man vorerst nur als nützliche Terror- und Spionagegruppe wahr. Ihre beginnende politische Stabilisierung übersah man zunächst.

Dabei waren diese radikalsten Nationalisten inzwischen politisch gereift. Ihre Gruppen waren den umlaufenden modernen Ideen gegenüber aufgeschlossen, die im studentischen Milieu des Exils und bei der Schul- und Universitätsjugend Galiziens ankamen. Diese rechte Orientierung war nicht etwa ein ukrainisches Phänomen – in fast allen Ländern Europas erfreute sich die Rechte bei der Jugend großer Beliebtheit. Jevhen Konovaléc und einige andere Emigranten erkannten die Notwendigkeit, sich mit der Jugend zu verbinden, die zunehmend von Doncov ihre Handlungsmaximen bezog. Obwohl es nicht gelang, Doncov organisationell einzubinden, wurde in einem mehrjährigen Prozeß die OUN gegründet. Was zunächst als Dachverband aller nationalukrainischen Gruppen geplant war, geriet bald zu etwas anderem. Der PUN, das Leitungsorgan, konnte oder wollte sich von der Terroraktivität in Galizien nicht distanzieren. Vorübergehend bedauerte Konovaléc dies, bald gab er jedoch nach und überließ die Initiative im ukrainischen Siedlungsgebiet Polens zunehmend den dortigen radikalen Jugendlichen. Die OUN wurde, wie vorher die in ihr aufgegangene UVO, deren Fortbestehen noch eine Zeitlang simuliert wurde, zu einer Terrorzentrale.

Reichswehrminister Groener ließ die Beziehungen zur UVO 1928 einfrieren. Er zog die Skoropadskyj-Richtung vor, mit deren Hauptfigur er 1918 vertraut geworden war. Die neugebildete OUN mußte sich wenig erfolgreich nach anderen Finanzquellen umsehen und verteilte sich auf die europäischen Staaten. In Galizien entfachte die OUN 1930 als UVO einen Aktionismus, der von der polnischen Staatsmacht mit Gewalt beantwortet wurde. Dies wieder trieb ihr weitere Anhänger unter Schülern zu, die bald zu Studenten wurden, womit ihre Basis – die ehemaligen Soldaten des Ersten Weltkriegs waren inzwischen über 35 Jahre alt – verjüngt werden konnte. Auch die deutsch-polnischen Beziehungen hatten sich weiter verschlechtert. Nach Groeners Entmachtung 1932 nahm folgerichtig die Reichswehr die Kontakte mit UVO/OUN und ihre Finanzierung wieder auf.

Daran änderte zunächst auch die Einsetzung der Regierung Hitler nichts. Entgegen anderslautenden späteren Behauptungen versuchten alle ukrainischen Nationalisten, auch mit der neuen Regierung ins Geschäft zu kommen. Ein ehemaliger Anhänger Skoropadskyjs, Ivan Poltavec-Ostranycja, der in den 1920er Jahren am längsten mit den Nationalsozialisten zusammensteckt hatte, rechnete sich die besten Chancen aus. Auch seine Rivalen vermuteten, daß er unter dem NS-Regime Karriere machen würde. Er wurde jedoch von den Deutschen nicht ernst genommen. Riko Jary von der OUN genoß bei der Reichswehr und im Wissenschaftsministerium Unterstützung. Mit dessen Hilfe versuchte er im Mai 1933, das UWI zu übernehmen. Dessen vorläufig noch skoropadskyjtreue Leitung rief jedoch das Außenpolitische Amt der NSDAP Alfred Rosenbergs zur Hilfe, der damals noch von Skoropadskyj Hilfe bei seinen Englandplänen erhoffte. Die OUN hätte sich auch gern auf das ApA gestützt, dessen Leitern waren jedoch die Het'maniten sympathischer. Die »feindliche Übernahme« wurde daher zunächst abgewiesen.

Auch der Versuch Jarys, seine Rivalen mit Hilfe der Gestapo aus dem Verkehr zu ziehen, scheiterte. Zwar verhaftete die NS-Polizei erst einmal willig alle ihr von der OUN bedeuteten »gefährlichen« Ukrainer, sie wurden jedoch mit Hilfe des ApA bald wieder entlassen – der »Alte Kämpfer« Poltaveč blieb dabei noch am längsten in Haft.

Die sich abzeichnende deutsch-polnische Aussöhnung ließ den Stern der OUN wieder sinken. Die darüber ziemlich aufgebrachte Reichswehr wurde aufgefordert, die wiederaufgenommene Förderung der OUN mit dem Jahresende 1933 einzustellen. Die Ost-Interessierten im ApA hatten noch größere Pläne: Skoropadskyj konnte vielleicht bei der Anknüpfung von England-Kontakten hilfreich sein, und Rosenberg schwärmte 1934 von einer deutsch-polnisch-britischen kontinentalen Verbindung über »Südrußland« nach Indien. Mit dieser britischen Option erhielt Skoropadskyj trotz mancherlei Fehlschlägen so etwas wie eine Bestandsgarantie. Da man aber auch einkalkulierte, daß die Verbindung mit Polen scheitern könnte, durfte die Reichswehr mit der OUN trotz dem förmlichen Bruch weiter verdeckt kooperieren, während das ApA zum Het'man hielt.

Die Visibilität der fortgesetzten OUN-Verbindung sollte jedoch aus außenpolitischen Gründen möglichst reduziert werden. Wie vor 1926 mochte man sich in Deutschland nicht festlegen und unterhielt zu mehreren Ukrainern, die sich als Partner anboten, Kontakte. Sogar ein Außenseiter wie Petro Koževnykiv konnte davon zeitweise profitieren, und auch Poltaveč nahm einen neuerlichen, wenngleich erfolglosen Anlauf. Ein Versuch der Skoropadskyj-Gruppe, von dem sinkenden Stern der OUN zu profitieren, scheiterte. In Polen kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um den Het'man, bei der dessen Nähe zu den Deutschen und antisemitische Invektiva eine wichtige Rolle spielten. Und auch Skoropadskyjs Versuche, sich und seinen Sohn als exilierte Erbmonarchen zu installieren, hatten nur partiellen Erfolg. Der Het'manyč Danylo machte auf einer langen Amerikareise die Erfahrung, daß eine zu enge Anbindung an die deutschen Nationalsozialisten nicht immer positiv aufgenommen wurde.

Die Ermordung des polnischen Innenministers Pieracki durch die OUN im Juni 1934 hatte für die Organisation der Täter harte Folgen. Deutschland mußte sich nun förmlich von ihnen distanzieren und lieferte einen der Organisatoren des Attentats an Polen aus. Polen nahm das Attentat zum Anlaß, ein länger geplantes KZ zu errichten, in das bald auch nationalistische Ukrainer eingeliefert wurden. Ob das Attentat die deutsch-polnischen Beziehungen stören sollte, bleibt ungewiß, es hatte diese Folge jedenfalls nicht. Die polnischen Behörden verurteilten die in Polen operierenden Führer der Organisation zu langjährigen Haftstrafen und trieben die OUN für einige Zeit in die Bedeutungslosigkeit. Aber die Ukrainer hatten sich inzwischen an die Schwankungen der deutschen Gunst gewöhnt. Da die verdeckten Beziehungen andauerten, wartete man ab. Die weltpolitische Lage legte weiterhin keine alternativen Bündnispartner nahe. So entwickelte sich eine Haltung, ungeachtet tagespolitisch interpretierter Rückschläge an der Zusammenarbeit mit den Deutschen festzuhalten und sie immer wieder zu erneuern.

Ein weiteres Ergebnis der deutschen polenfreundlichen Reorientierung war eine Annäherung zwischen den deutschen Stellen und den UNR-Politikern. Die Initiative ging von der UNR aus, die ihre Entente-Befürworter aus den Ämtern warf, sich in ihrer Terminologie von ihrer linken Vergangenheit löste und nun verstärkt auf NS-

Aber wir Ukrainer sollten wünschen, daß man von Rußland die ganze Ukraine mit Kiew, Poltava, Černihiv, Charkiv, dem Don-Gebiet, dem Kubań-Gebiet und der Küste des Schwarzen Meeres losreißt. Aus so einem großen Gebiet würde sicher ein selbständiger ukrainischer Staat mit der Hauptstadt in unserem alten Kiew gebildet werden, wo eine ukrainische Regierung und ein ukrainisches Parlament, gewählt durch das ganze Volk, wären. Uns jedenfalls bringt die Niederlage Rußlands die Befreiung entweder der ganzen Ukraine oder wenigstens eines Teiles, und das wiederum wird die Befreiung des Rests der Ukraine beschleunigen.«<sup>176</sup>

Die Unsicherheit über das potentielle Kriegsziel tritt in diesem Passus ganz deutlich zutage. Und auch die Beschränkung auf den rußländischen Teil, der die Radikalen unter den Schützen nicht zufriedenstellen konnte. Alles entsprach den taktischen Denkstrukturen der älteren Politiker, nicht den Zielen der Jugend.

Auch sonst waren die Ruthenen recht unsicher. Am 15. und 16. August 1914 konferierten Kost' Levyčkyj und Vasyľ'ko im Hotel Sacher in Wien mit Oberst Stanisław Szeptycki (1867-1950), dem als Pole auftretenden Bruder des unierten Metropoliten Andrij Šeptyčkyj, welcher sich dagegen für die ukrainische Sache einsetzte. Szeptycki sollte für das Kriegsministerium mit den Ruthenen die Bedingungen für die Legion aushandeln. Lassen wir es dahingestellt, ob man im Kriegsministerium wußte, daß Stanisław sich für einen Polen hielt und recht antiukrainisch eingestellt war oder ob man eigentlich einen ukrainerfreundlichen Militär in das Gespräch schicken wollte. Die beiden Abgeordneten kannten Stanisław Szeptyckis Einstellung jedenfalls nicht, sonst hätten sie ihm kaum angetragen, selber die Legion zu führen, was dieser indigniert ablehnte.<sup>177</sup> Der Militär kritisierte den Independentismus Hruševskyjs, den er nicht zu Unrecht auch für gegen Österreich gerichtet hielt, und es gelang offenbar nur mit Mühe, den Obristen von der österreichischen Loyalität der aufzustellenden Truppe zu überzeugen.

Vasyľ'ko und K. Levyčkyj wollten allerdings auch keinen einfachen Feldverband aufgestellt wissen. Sie fürchteten, eine solche Truppe könnte in einer Schlacht aufgerieben werden, und baten statt dessen, »einen besonderen Verband mit militärisch-politischen Aufgaben« zu schaffen, »also mit der Bestimmung: die Armee über die Bevölkerung der jeweiligen Provinz zu informieren und die Einwohner für die Mittelmächte zu gewinnen, politische Propaganda durchzuführen und [nur] im äußersten Notfall die kämpfende Truppe zu decken, wenn sie bedroht sein sollte«. Szeptycki ließ die Abgeordneten am folgenden Tag wissen, der Kriegsminister habe den Vereinbarungen im Grundsatz zugestimmt – und damit war seine kurze Rolle zunächst beendet.<sup>178</sup>

In Lemberg und anderen galizischen Städten begann sogleich die Rekrutierung der Legion, die von polnischen Offizieren mit Argwohn betrachtet wurde. Aber für eine Reihe von Ruthenen wurden die USS, die unter den Befehl eines Gymnasiallehrers aus Rohatyń, Mychajlo Haluščynskyj (1878-1931), gestellt wurden, erst dadurch salonfä-

<sup>176</sup> Holovna Rada Ukraïny, »Vijna za volju Ukraïny«, [18.] 6. 1914, in: Levyčkyj, *Istoriija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 16.

<sup>177</sup> 1928 wandte sich Kost' Levyčkyj dann gegen die Gerüchte, Stanisław Szeptycki habe die Legion führen wollen und die beiden Abgeordneten hätten dies verhindert. Levyčkyjs Darstellung ist insgesamt glaubhaft. Vgl. auch Dumin, *Istoriija Legionu Ukraïnskych Sičovych Stril'civ*, S. 35.

<sup>178</sup> Levyčkyj, *Istoriija Vyzvol'nych Zmahan'*, S. 19-20.

Deutschland setzte. Besuche von führenden UNR-Repräsentanten im ApA und im Propagandaministerium waren zwar nur mäßig erfolgreich, aber die Gäste wurden auch nicht gleich abgewiesen. Daß die UNR ihre Zentrale nicht aus Paris nach Wien verlegte, lag zunächst am dazwischengekommenen »Anschluß«, dann an Divergenzen deutscher Stellen, nicht aber an den UNR-Repräsentanten, die sich davon einiges versprochen. In Deutschland rieten Abwehr (die ihre OUN vorzog) und Gestapo von einer Verbindung mit der UNR ab. Und auch das AA, das den Umzug befürwortete, war mehr an einer Observation der UNR-Leute als an echter Zusammenarbeit interessiert. Aber nur wegen der deutschen Vorbehalte gestalteten sich die Beziehungen zwischen den UNR-Politikern und dem »Dritten Reich« nicht so positiv, wie erstere gehofft hatten.

Ende 1937 wurde ein grundlegender Wandel der deutsch-ukrainischen Beziehungen erkennbar. Bisher waren überwiegend die Ukrainer das aktive Element gewesen: Sie hatten im Ersten Weltkrieg die Deutschen für die Ukraine zu interessieren vermocht, die »Gefangenenarbeit« angeboten, (formal zumindest) die Deutschen in die Ukraine gerufen. Die UNR-Diplomaten in Berlin wie die UVO/OUN-Partner der Reichswehr waren der initiative Teil der Kontakte gewesen, die die Deutschen je nach Opportunität einfroren oder wiederzuließen. Auf deutscher Seite aktiv waren die Wirtschaft 1915/16, das Militär 1917/18, die Reichsregierung an der Jahreswende 1918/19, Groener 1926/28 und Rosenberg mit seinem Interesse an Skoropadskyj, aber dies waren kurze Episoden. Nun aber ergriff die deutsche Seite erstmals die Initiative, die Ukrainer im deutschen Einflußbereich effektiv zu organisieren.

Der Zusammenschluß der ukrainischen Studentenvereinigungen folgte deutschem NS-Vorbild. In Danzig wurde wieder offen vom gemeinsamen Gegner Polen gesprochen. Aber erstmals seit längerer Zeit nicht von den Ukrainern, sondern von einem deutschen Abgesandten, der unwidersprochen die gemeinsame ideelle Grundlage der Deutschen und der Ukrainer im Nationalsozialismus ausmachte. Im Reich begann die Gestapo mit dem Aufbau einer ukrainischen »Vertrauensstelle«, die sie für Exilrussen längst geschaffen hatte. Wir haben die Darstellung des Aufbaus der »Vertrauensstelle«, der erst Anfang 1939 abgeschlossen wurde, der Umwandlung des U.N.O. vorangestellt, um zu dokumentieren, wie das Jahr 1938 über daran gearbeitet wurde, die Ukrainer in den Überwachungsgriff zu bekommen. Dadurch gerät nämlich der zweite Faktor dieses Kapitels in ein anderes Licht. Die OUN durfte Ende 1937 das nahezu inaktive UNR-freundliche U.N.O. übernehmen, das von den NS-Machthabern 1933 legalisiert worden war. Im Laufe des Jahres 1938 wandelte man den lethargischen Verein in eine straff geführte legale OUN-Organisation um. Es wäre naiv anzunehmen, daß dies ohne die Zustimmung oder gar gegen den Willen der NS-Behörden erfolgt sein könnte. Im Gegenteil, den Deutschen war an den Ukrainern nun gelegen, und der Trick, eine formal nicht OUN-affilierte Gruppe umzupolen, reduzierte die Sichtbarkeit dieses Vorgangs. Tatsächlich ließen sich eine Zeitlang sogar die polnischen Beobachter täuschen. Ganz schaffte man die intendierte Gleichschaltung der Ukrainer jedoch nicht. Die Skoropadskyj-Gruppe hatte zu einflußreiche Förderer, so daß sie neben dem U.N.O. bestehen bleiben konnte. Aber die maßgeblichen Stellen setzten nun auf die OUN, weshalb auch die Übertragung der Leitung der »Vertrauensstelle« an diese Gruppe kein Zufall, sondern die logische Konsequenz eines Prozesses war, der sich in der ukrainischen Kommunität abspielte. Die Schaffung der »Vertrauens-

stelle« dokumentierte, daß man die Ukrainer aus dem Abseits in die Verfügung der Deutschen holte.

Den ersten praktischen Testfall des deutsch-ukrainischen Verhältnisses bildete die Karpatho-Ukraine. Aus den verwirrenden Stellungnahmen und politischen Handlungen läßt sich ableiten, daß sich die Deutschen die Ukrainer als Helfer erhalten wollten, jedoch auch andere strategische Optionen verfolgten und sich lange Zeit nicht festlegten. Während man Polen gegenüber sehr vorsichtig war und darauf hoffte, es zu seinem Juniorpartner gegen die UdSSR machen zu können, hielt man Ungarn mit seinen Ansprüchen auf die Karpatho-Ukraine zunächst zurück. Man vereinbarte dann aber ein koordiniertes Vorgehen, bei dem Deutschland dem Horthy-Staat »großzügig« (gegen Wirtschaftszusagen) das Karpathengebiet überließ, als es sich die Gewalt über die weitaus interessanteren Teile Böhmen, Mähren und Slowakei sicherte. Die von der galizischen OUN dominierten Nationalukrainer aus Chust, die auf Deutschlands Hilfe gehofft hatten, bremste man aus. Ob der Nachfolger des im Mai 1938 von einem sowjetischen Agenten ermordeten Konovaléč, Andrij Mel'nyk, die ukrainischen Ansprüche auf das ex-tschechoslowakische Gebiet im Herbst 1938 zugunsten eines von den Deutschen zugesicherten Anspruchs auf polnische und sowjetische Territorien aufgegeben hatte, ist nicht geklärt. Unmittelbar nach der Preisgabe der Karpatho-Ukraine machte sich der deutsche Staat jedoch daran, die neuerlich getäuschten Ukrainer wieder an sich zu binden und für künftige Aktionen auszubilden.

Sterčo nannte sein Buch über Deutschlands Rolle in der Karpatho-Ukraine »Diplomacy of Double Morality«. Der Titel ist unzutreffend: Außer dem Eigennutz vertrat Deutschland überhaupt keine »morality«, weder eine einfache noch eine doppelte. Man verfolgte eigene Interessen, denen sich alle anderen – ob nun Nationalukrainer, Polen, Ungarn, schließlich auch die Sowjets – unterzuordnen hatten. Daß die Nationalisten noch an irgendwelche Prinzipien glaubten, kam den Deutschen entgegen. Nicht zum ersten, aber eben auch nicht zum letzten Male entwickelte sich hier eine argumentative Figur: In ukrainischen Schriftsätzen wurde an den Deutschen zunächst Kritik geübt, um dann dennoch die weitere Zusammenarbeit anzubieten. Diese Texte sind Ausdruck der subjektiven Gewißheit ihrer Verfasser, daß sich ihnen zu den Deutschen keine Alternative bot.

Nach 1945 wurde aus solchen Texten von Nationalukrainern gern selektiv nur der kritisierende Teil zitiert. Dies sollte den Eindruck erwecken, die Ukrainer hätten bereits früh gegenüber den Deutschen »Widerstand« geleistet. Die Frage der Karpatho-Ukraine führte dabei zu aberwitzigen Konstruktionen, in denen die ukrainischen Nationalisten zu den ersten Gegnern der deutschen Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg stilisiert wurden, als dessen Beginn der Karpathenkonflikt gewertet wurde. Damit wurden implizit der Status einer Siegermacht und die Aureole der *résistance* eingefordert. Tatsächlich konnten sich ukrainische Nationalisten 1938/39 nur eine Politik an der Seite des nationalsozialistischen Deutschland vorstellen. Eine politische oder gar militärische Aktion gegen Deutsche lag ihnen sehr fern. Die angeblichen Widerständler erwarteten bis zuletzt, die wortbrüchigen NS-Deutschen würden ihnen zur Hilfe eilen. Nach einer kurzen Phase der Enttäuschung durch den offensichtlichen Verrat der Wunschpartner fanden sie auch rasch wieder in die deutschen Reihen zurück.

Wie weitgehend die Ukraine zu einem taktischen Bauern im Angriffsspiel der Deutschen heruntergekommen war, zeigte das Jahr 1939. Wollte man allein gegen Polen

antreten, dann konnte man die OUN nutzen. Sollte es mit Polen gegen die UdSSR gehen, wären die polenfreundlichen UNDO-Ukrainer willige Helfer gewesen. Die dritte Option aber, mit der Sowjetunion gegen Polen, verlangte einen Verzicht auf nationalukrainische Unterstützung. Dementsprechend bereitete man sich auf die Eventualfälle vor: Mit der »Bergbauernhilfe« wurde eine Hilfstruppe aufgestellt, die für den Fall 1 bereitstand. UNDO hoffte auf Fall 2 und schwankte zwischen vagen Loyalitätserklärungen und Attentismus. Als Fall 3 eintrat, wurde die BBH zurückgehalten und man ging auf die Angebote der UNDO-Repräsentanten nicht mehr ein. Die kurze Phase der Unsicherheit im September 1939, ob die Sowjetunion nun eingreifen würde oder nicht, ließ die OUN-BBH-Option wieder aufleben. Aber nur so lange, bis der sowjetische Angriff erfolgte und man zum dritten Mal innerhalb eines Jahres die Ukrainer fallen ließ. Aber immer noch sahen die ukrainischen Nationalisten dies nicht als ausreichenden Grund an, auf die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Deutschen zu verzichten.

Die Handlungen der deutschen Seite sind relativ leicht zu interpretieren: Ob als Gegner Rußlands im Ersten Weltkrieg, gegen Polen in der Zwischenkriegszeit oder in den ersten Eroberungshandlungen 1938/39 waren die Nationalukrainer nutzbar, auch wenn man erst einmal in ihren Einsatz investieren mußte. »Gefangenenarbeit«, Finanzierung von UVO/OUN und »Bergbauernhilfe« waren ähnliche Akte, auch wenn sie von unterschiedlichen deutschen staatlichen Gebilden (Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Staat) und militärischen Formationen (Heeresleitung, Reichswehr, Wehrmacht) ausgingen. Österreicher wie Deutsche waren auf die Einsatzmöglichkeiten von Ukrainern erst durch die ausdauernde Propaganda der Emigranten aufmerksam geworden; Als sie sie jedoch einmal begriffen und internalisiert hatten, wurde aus ihnen eine feste Position ihrer taktischen Planungen. Daß die Planungen auf beiden Seiten taktisch waren, erschließt sich daraus, wie häufig und rasch sie zwischen 1914 und 1939 wieder aufgegeben und die eben noch geförderten Ukrainer »abgestellt« werden konnten. Und wie leicht es dann wieder war, die Kooperation erneut aufzunehmen. Wir zählen zwischen 1914 und 1939 mindestens acht Fälle, in denen dies geschah, ohne die jeweilige Wiederaufnahme zu gefährden.

Während bei der ersten Anbahnung der Beziehung im Ersten Weltkrieg die ukrainische Seite der aktive Part war, folgten die Ausgestaltung des deutsch-ukrainischen Verhältnisses und der wiederholte Abbruch stets den Vorgaben der deutschen Seite. Umgekehrt proportional zur Rhetorik der Nationalukrainer, die immer wieder die eigene Stärke und Initiative in den Vordergrund stellten – obwohl sich in den zwanziger Jahren noch alle Praktiker darin einig waren, daß die Ukrainer nach dem Fiasko 1917-1921 auf fremde Hilfe angewiesen seien – ging die Initiative immer wieder auf die Deutschen über. Diese wiederum setzten die Ukrainer gemäß ihren Prioritäten ein, über welche die »Verbündeten« bestenfalls spät, meist erst post factum informiert wurden. Zeitweise waren die betroffenen Ukrainer darüber verstimmt, aber nie lange. Ab 1937 dachten die Deutschen dann auch »selbständig« über die Nutzung und Organisation der Ukrainer nach, sie waren zu einem vielen Entscheidungsträgern – bis hin zu Hitler selber – vertrauten Objekt geworden.

Ob es in Deutschland wirkliche »Ukrainerfreunde« gab, bleibt fraglich. Vielleicht durfte Axel Schmidt als solcher gelten. Schon bei Paul Rohrbach haben wir Bedenken, denn seine ukrainierfreundlichen Aussagen folgten einem übergeordneten, »moralisch« ver-



bränten deutsch-imperialistischen politischen Kalkül. Dies bedeutete aber nicht, daß nicht persönliche Beziehungen zwischen ukrainischen Politikern und Deutschen entstanden, die meist zunächst eher zufällig mit ihnen zusammenkamen. Die Betreuer der »Gefangenenarbeit« fanden an ihren Schützlingen Gefallen, persönliche Zuneigung und Sentimentalität mögen bei Groener und Skoropadskyj ebenso eine Rolle gespielt haben wie bei Meißner und Makarenko, aber politische Erwägungen waren immer auch mit im Spiel. Die Bindung an das deutsche Militär und die deutsche Politik im Ersten Weltkrieg war dabei erstaunlich fruchtbar, wobei die Mitteleuropäer eher an der angeblichen »Kornkammer« als an den »Tirolern des Ostens« Gefallen fanden. Hierbei von Netzwerken zu sprechen ist vermutlich übertrieben, aber das gegenseitige Kennenlernen im Ersten Weltkrieg half dabei, die West-Ukrainer auch 1918/19 mit deutschsprachigen militärischen Führern operieren zu lassen. Die österreichischen Offiziere Konovaléc, Jary und Mel'nyk sahen sich in einer seltsamen Schicksalsgemeinschaft wieder: Deutsche, Österreicher und Ukrainer hatten trotz Zwischensiegen ihre Kriege alle verloren. Und wo Ukrainer mit Polen gegen die Sowjetstaaten 1920/21 eine Art Patt erfochten hatten, fühlten sie sich nicht zu Unrecht von den stärkeren Bundesgenossen übervorteilt und hintergangen.

Die »Deutschenfreundschaft« der Ukrainer war sicher ausgeprägter als es die »Ukrainersympathie« der Deutschen war. Dazu trug eine (kaum gerechtfertigte) Bewunderung für die angeblich »höhere Kultur« der Deutschen ebenso bei wie die Erfahrung, nur von Deutschen wenigstens manchmal ernst genommen zu werden. Daß dies nur scheinbar so war, bemerkten die betroffenen Ukrainer selten und spät. Polonophilie, die Internierung in Thalerhof und die Nichteinhaltung der Brester Vereinbarungen durch Österreich ließen die Deutschen in einem besseren Licht erscheinen als die Wiener Bundesgenossen. Aber auch bei den Ukrainern spielte politisches Kalkül eine Rolle. Nur war es ein naiveres Kalkül als bei den Deutschen. Während sich die Deutschen etwa über das UWI die Gewinnung der ukrainischen Elite für eine künftige Expansion oder Einflußpolitik erhofften, also langfristig dachten, ist erstaunlich, wie wenig Gedanken sich die ukrainischen Nationalisten darüber machten, ob und wie sie die Deutschen wieder loswerden könnten, wenn sie mit deren Unterstützung eine »samostijna« Ukraine erreicht haben würden. Häufige Feststellungen, die Deutschen seien wohl auch nicht selbstlos, wenn sie die Ukrainer unterstützten, zeigten ein gewisses Problembewußtsein, das aber stets rasch verdrängt wurde.

Der stete Rückfall in die Zusammenarbeit mit den Deutschen ist durch vier Faktoren bestimmt gewesen:

- Die Deutschen waren zwischen 1914 und 1939 (und dann weiter bis 1945) an Osteuropa interessiert. Zunächst standen die Ukrainer, von denen sie kaum etwas wußten, nicht im Vordergrund. Annektieren wollten sie anfangs »nur« das Baltikum und Teile Polens, nicht die Ukraine. Sie suchten aber, wenn auch zunächst nur mit negativen Absichten (zur »Aufwiegelung«) Kooperationspartner, stießen dabei auf die Ukrainer und kamen dann immer wieder auf sie zurück. Selbst abgewiesene Gruppen fühlten sich meist noch »gut behandelt«.
- Die Politiker der unmittelbaren Nachbarvölker, mit denen die Ukrainer zudem vermischt lebten, standen den Ukrainern negativ gegenüber. Russland und Polen waren mit einer historischen Hegemonie-Hypothek belastet. Litauen, das den

Ukrainern schon wegen des Gegensatzes zu Polen und Rußland freundlich gesinnt war, war politisch eine *quantité négligeable*. Die Entente hatte sich nur kurz – Ende 1917 – aus taktischen Gründen für die Ukrainer interessiert. Als angeblich geborene Parteigänger der Deutschen, dann auch noch als mutmaßliche Pogromtäter kamen die ukrainischen Nationalisten in Westeuropa nicht an. Polen und das zarische »unteilbare« Rußland, beides Gegner eines ukrainischen Nationalismus, hatten im Westen bessere Karten. Und auch das französisch-sowjetische Bündnis ließ keinen Raum mehr für ukrainische Unabhängigkeitsträume.

- Es gab ja Versuche der ukrainischen Nationalisten, sich aus der Bindung an Deutschland zu lösen und die Kontakte zu diversifizieren. Aber keine dieser britischen, italienischen, japanischen, litauischen, polnischen, tschechoslowakischen oder amerikanischen Verbindungen war auch nur ansatzweise ähnlich erfolg- und ertragreich wie die deutsche. Die Rückkehr zur Zusammenarbeit mit den Deutschen (die die jeweiligen »Scheidungsanwälte« auch immer ausdrücklich verbal offenhielten) war immer das Nächstliegende. Und als Deutschland noch vor dem Zweiten Weltkrieg die ukrainischen Emigrationszentren in Österreich und der Tschechoslowakei annektierte, fiel den ukrainischen Politikern kaum mehr eine Alternative ein. Eine Rolle spielte dabei, daß der ukrainische Wertekanon die »Staatlichkeit« (*deržavnistʹ*) an die erste Stelle setzte, die mit anderen Mächten nicht erreicht werden konnte. Mit Deutschland – wie sich zeigen sollte – auch nicht. Deutschland galt aber durch die »Gefangenenarbeit«, den Anstoß zur Unabhängigkeitserklärung im Januar 1918, die »Rettung« der UNR, ihre Anerkennung im Brester Frieden und selbst durch die Akzeptanz der *Ukrainska Deržava* des Putsch-Het'mans Skoropadskyj als Förderer dieser Staatlichkeit. Deutschstämmige Offiziere hatten die UHA geführt, und ukrainische Exilgruppen wurden in Deutschland nicht von vornherein abgewiesen. Die Werteordnung des ukrainischen Nationalismus führte diesen daher in die unheilvolle Bindung an Deutschland.
- Die Bindung wurde scheinbar belohnt. Da die Deutschen an den Ukrainern zunächst die militärische Nutzung (gegen andere Gegner) interessierte, spielte sich die Förderung vorwiegend im militärischen Umfeld ab, ohne dabei aber ihre politische Qualität einzubüßen. Ukrainische Traditionen verbanden Armee zwar mit Staat, aber nicht unbedingt mit Politik. Selbst die UVO und anfangs sogar die OUN gingen noch von einer fiktiven Überparteilichkeit aus. Das Militär der deutschen OHL war jedoch bereits politisch, umso mehr die in antidemokratischen Ressentiments schwelgende Reichswehr oder gar die Wehrmacht. Die Vorstellung also, durch Kontakte mit dem jeweiligen Militär nicht gleichzeitig mit den entsprechenden politischen Instanzen und den sie tragenden Organisationen und Parteien zu verkehren, durchzieht den ukrainischen Diskurs. Mochte dies subjektiv den Beteiligten so erscheinen, tatsächlich war es nicht der Fall. Die Zuwendungen, die die Ukrainer vom Militär erfuhren, waren seit der »Gefangenenarbeit« stets auch politisch gesteuert und motiviert. Und jede als noch so distanziert empfundene Kooperation blieb in der Außenwirkung als politische Verbindung stehen und kompromittierte die Nationalukrainer immer mehr.

Dabei sollte nicht übersehen werden, daß auch eine ideologische Annäherung trotz gegenteiligen Aussagen klar erkennbar war. Mochte man noch so sehr abstreiten, den Faschismus kopiert zu haben, man vertrat einen Radikalnationalismus, der mehrere ukrainisch-spezifische Varianten des im Europa der 1920er und 1930er Jahre verbreiteten autoritär-antidemokratischen politischen Denkens entstehen ließ. Nicht nur Italien, auch das nationalsozialistische Deutschland erschien ukrainischen Nationalisten in den 1930er Jahren vorbildhaft und verwandt. Die OUN, die Skoropadskýj-Gruppe, aber auch die UNR-Anhänger akzeptierten diese Verwandtschaft und strebten danach, sich ihr anzupassen. Der antisemitische Diskurs hatte sich seit dem Ersten Weltkrieg entwickelt und wurde durch den Petljura-Mord salonfähig. Damit war er – wenn auch nicht unbedingt in seiner rassistischen Variante – Bestandteil der politischen Haltung geworden.

Daß sich die gegenseitige Ausnutzung und die Bereitschaft zur bald als Kollaboration interpretierten Zusammenarbeit von ukrainischen Nationalisten und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich im Zweiten Weltkrieg bis in die letzten Tage des Krieges fortsetzten, ist daher in diesem Lichte vielleicht nicht mehr so erstaunlich.

# QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## QUELLEN

### *Archivalien*

#### Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn/Berlin

Weltkrieg	1914-1918
Weltkrieg/Politik Ukraine	1914-1918
Die Ukraine	1918-1920
Politik Ukraine	1920-1939
Politik Westukraine	1922
Handel Ukraine	1920-1924
Finanzwesen Ukraine	1920-1935
Politik Karpatho-Ukraine	1938-1939
Politik Polen	1938-1939
Politik Polen Ukraine	1930-1935
Politik Rußland	1920-1939

Handakten Direktoren,	Dirksen	1926-1928
	Trautmann	1926-1930

#### Deutsche Botschaft Moskau

1922-1939

#### Bundesarchiv Koblenz

NS 43-32	NSDAP, Außenpolitisches Amt	1933-1941
NS 43-35	»	1933-1941
NS 43-41, 42, 43 »	»	1933-1941
R 6 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete		1941 (1938)

#### Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg

RW5 Amt Abwehr des OKW	1939
------------------------	------

#### Institut für Zeitgeschichte, München

Akten der NSDAP	MA 48, 49, 251, 619
-----------------	---------------------

#### Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München

Bayerisches Ministerium des Innern	1936
------------------------------------	------

#### Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam (jetzt Bundesarchiv)

Büro des Reichspräsidenten	1927-1934
Präsidialkanzlei	1932
Auswärtiges Amt, Presseabteilung	1938-1939
Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda	1933-1937

Columbia University Library, Bakhmetev Archive, New York NY  
 Drazhevska Collection  
 Skoropys Collection

Józef Piłsudski Institute of America, New York NY  
 Charaszkiewicz Collection

National Archives, Washington DC  
 NSDAP, Außenpolitisches Amt 1933-1942

National Archives of Canada, Ottawa  
 Andrij Zhuk Collection MG 30 C167

Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv, L'viv  
 Fond 3s/309 – Wiss. Ševčenko-Gesellschaft 1920-1938  
 Fond 201 – Metropolit Šeptyčkyj 1933-1939

Deržavnyj Archiv Lvivskoi Oblasti, L'viv, Ukraine  
 Fond 1 – L'vovskoe Voevodskoe Upravlenie 1924-1929  
 Fond 121 – L'vovskoe Voevodskoe Upravlenie gosudarstvennoj policii  
 1928-1933

Archiwum Akt Nowych, Warszawa, Polen  
 MSZ (Außenministerium), Botschaft Berlin 1920-1938  
 MSZ, Innere Abteilung 1934-1939  
 MSW (Innenministerium), Nationalitätenabt. 1930-1937  
 Komenda Główna Policji Państwowej 1937-1939

Archiwum Państwowe Kraków  
 Starostwo Grodzkie Krakowskie 1919-1939

Archiwum Państwowe Lublin  
 Urząd Wojewódzki, Sozial-Politische Abt. 1935-1939

### *Literatur (incl. Literatur mit Quellencharakter und Editionen)*

#### A

- Abshagen, Karl Heinz, Canaris. Stuttgart 1949.
- Aly, Götz/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.
- An. [Dmytro Doncov], »Čy my fašysty?«, Zahrava 1 (1923), H. 7, S. 97-102.
- An. [Hasse, Ernst], Germania Triumphans. Von einem Größtdeutschen. Berlin 1894.
- An. [Leon Wasilewski], Die Ukrainer in Rußland und die politischen Bestrebungen derselben. Krakau 1916.
- An., »Westeuropa, die Ukraine und Befarabien«, Balkan-Revue 3(1916), S. 423-425.
- Dem Andenken Paul Rohrbachs. München 1959.
- Andrianov, V./A. Moskalenko, Polyn' čužbiny. Kiev 1985.
- Andrijenko, Hryč [Volodymyr Martynec], »Bat'ky i dity«, Studentskyj Vistnyk 3 (1925), H.4, S. 10-15.
- Andrijevskyj, Dmytro, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165.

- –, »Vičnyj myr«, Rozbudova Nacii 1 (1928), H.2, S. 49-54.
- –, »Obstavyny 30-yh rokov i Provid Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: Bojko, Konovalec, S. 654-664.
- Andrijevskij, Dmytro / Volodymyr Martyneč, »Novyj počyn!«, Rozbudova Nacii 1(1928), H. 1, S. 1-2.
- Andrijevskij, Dmytro, »Naša pozycja«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S. 8-11.
- Andrijevskij, Viktor, Do charakterystyky ukraïnskych pravyh partii. Berlin 1921.
- »Der Anspruch Ungarns und Polens«, Frankfurter Zeitung, 21. 9. 1938, S. 1.
- Antonowytsch, Michael [Mychajlo Antonovyč], »Vorwort«, in: Michael Tsouloukidse [Miheil Culukidze], Die Ukraine. Leipzig 1939, S. 3-6.
- Arkas, Mykola, Istorija Ukraïny-Rusi. Sanktpeterburg 1908 (Kraków <sup>2</sup>1912; Repr. der 1. Auflage: Kyïv 1993).
- Armstrong, John, Ukrainian Nationalism 1939-1945. New York 1963.
- »Arrest gegen ukrainische Gesandtschaft«, Berliner Lokalanzeiger 403/27.8.1920.
- Artjušenko, Jurij, »† Jevhen Konovalec«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 1, 3.
- –, »Legija Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: Bojko, Konovalec, S. 380-394.
- –, »Dva velykyh sični«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S.1, 3.
- –, »Naši najblyžči zavdannja«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 8 (16), 15.8.1938, S. 3.
- Ausrottung der Ukrainer in Polen. Hg.: Zenraler Exekutivausschuß der Vertreter der Organisationen der Ukrainischen Emigration in der Tschechoslowakei. Prag 1930.
- Austriacus, Polnische Russophilen und Massenverhaftungen staatstreuer Ukrainer in Galizien. Berlin 1915.
- -ав-, »Jak 'het'man' Ostrjanycja kompromituje ukraïnsku spravu pered čužyncjamy«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 10-11, S. 378-382.

## B

- Bachmann, Klaus, »Ein Herd der Feindschaft gegen Rußland«. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Rußland (1907-1914). Wien/München 2001 (= Schriftenreihe des österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts, 25).
- Bačyna-Bačynskij, Jevhen, »Jevhen Konovalec u Ženevi«, in: Bojko, Konovalec, S. 701-745.
- Bahan, Oleh, Nacionalizm i nacionalistyčnyj ruch. Istorija ta ideï. Drohobyč 1994.
- »Jak balakaty z čužyncjamy pro Ukraïnu?«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 4-5.
- Balej, Petro, Fronda Stepana Bandery v OUN 1940 r. Pryčyny i naslidky. Las Vegas NV 1997.
- Ballreich, Hans, Karpathenrußland. Heidelberg 1938.
- »Über Baltenland und Ukraine«, Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S. 30-31.
- Batowski, Henryk, »Pojęcie polityczne Galicji Wschodniej«, in: Pułaski (Hg.), Ukraïnska mysl polityczna, S. 33-43.
- Baumgart, Winfried, Deutsche Ostpolitik 1918. Wien/München 1966.
- Bažanskyj, Mychajlo, »Počatky UVO na Pokutti«, in: Bojko, Konovalec, S. 316-327.
- Berbeneč, Panas, »Symon Petljura«, Tabor 1931, Nr. 16, S. 4-28.
- Berdjaev, Nikolaj Aleksandrovič (Hg.), Vechi. Sbornik statej o ruskoj intelligencii. Moskva 1909.
- Bernhard, Georg, »Die Lehren der Ukraine«, Vossische Zeitung 6. 5. 1918.
- Beyer, Hans, Die Mittelmächte und die Ukraine 1918. München 1956.
- Bihl, Wolfdieter, »Einige Aspekte der österreich-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 14 (1966), S. 539-550.
- –, »Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 14 (1966), S. 51-62.

- –, »Das im Herbst 1914 geplante Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N. F. 14 (1966), S. 362-366.
- –, *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*. 2 Bde, Wien 1975/1992.
- –, »Österreich-Ungarn und der ›Bund zur Befreiung der Ukraina‹«. In: *Österreich und Europa*. Festgabe für Hugo Hantsch. Graz/Wien/Köln 1965, S. 505-526.
- –, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk*. Wien/Köln/Graz 1970. (= *Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie*, 8).
- –, »Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak in Österreich-Ungarn«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* N. F. 13 (1965), S. 226-230.
- Birčák, Volodymyr, *Karpatška Ukraina. Spomyny j perežyvannja*. Praha 1939.
- *Biuletyn polsko-ukraiński*, Warszawa 1932-1938
- *Bjuleteň Het'maňskoi Upravy*, Berlin, 1929-1933.
- von Blücher, Wipert, *Deutschlands Weg nach Rapallo*. Wiesbaden 1951.
- Bocheński, Adolf, *Między Niemcami a Rosją*. Warszawa 1937.
- Böss, Otto, *Die Lehre der Eurasier*. Wiesbaden 1961.
- Bohachevsky-Chomiak, Martha, *Feminists despite Themselves*. Edmonton 1988.
- –, »The Ukrainian University in Galicia. A Pervasive Issue«, *Harvard Ukrainian Studies* 5 (1981), S. 497-545.
- Bohuš, V., »Rosijsko-žydivške panuvannja ta rolja rosijskoi kul'tury na Radjanskij Ukraini«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 3-4, S. 85-93.
- Bojdunyk, Osyp, »Jak dijšlo do stvorennja Orhanizacii Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: *Bojko, Konovalec*, S. 359-379.
- Bojkiv, Oleksa, »Moja spivpracija z polkovnykom«, in: *Bojko, Konovalec*, S. 621-653.
- Bojko, Jurij, »Ideolohija ukraiňskoho nacionalizmu«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 81-88.
- Bojko, Jurij (Hg.), *Jevhen Konovalec ta joho doba*. München 1974.
- Bojko, Stepan, *Narod ne proščaje*. Užhorod 1976.
- Boljanovskij, Andrij, *Ukraïňski vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945)*. Lviv 2003.
- *Der Bolschewismus und die baltische Front*. Leipzig 1939 (= *Baltische Lande* 4,1).
- Bor'kovskij, R., »Vstup«, in: *Kryčevskij, Roman, Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv v Ukraïni – Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv zakordonom i ZČ OUN. Pryčynok do istorii ukraiňskoho nacionalistyčnogo ruchu*. New York 1962, S. 7-8.
- Borowsky, Peter, »Germany's Ukrainian Policy during World War I and the Revolution of 1918-19«, in: *Hans-Joachim Torke/John-Paul Himka (Hg.), German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*. Edmonton/Toronto 1994, S.84-94.
- –, »Paul Rohrbach und die Ukraine. Ein Beitrag zum Kontinuitätsproblem«. In: *Immanuel Geiss/Bernd Jürgen Wendt [Hg.], Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Festschrift für Fritz Fischer. Düsseldorf 1973, S. 427-452.
- –, *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*. Hamburg 1970.
- Bracht, Werner, »Wiederaufbau Rußlands durch – die Tschechoslowakei«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 155-159.
- Breuilly, John, *Nationalism and State*. Manchester 21993.
- Broszat, Martin, »Deutschland-Ungarn-Rumänien«, in: *Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte*. Düsseldorf 1976, S. 524-564.
- –, »Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen«, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966), S. 225-251.
- –, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, *Bohemia* 8 (1967), S. 253-280.
- Brożek, Andrzej, *Niemcy zagraniczni w polityce kolonizacji pruskich prowincji wschodnich (1886-1918)*. Poznań 1989.

hig.<sup>179</sup> Haluščynskyj berichtete Levyčkyj auch über die Vorbehalte mancher junger Freiwilliger, die nicht wußten, ob sie nicht nur zu Propagandazwecken mißbraucht würden.<sup>180</sup>

Am 3. September 1914 wurden die Legionäre der Armee unterstellt und leisteten den regulären österreichischen Eid, nachdem die Forderung, die Truppe auf die Ukraine zu vereidigen, abgelehnt worden war.<sup>181</sup> Die USS-Legion war klein, umfaßte trotz 28.000 Freiwilligenmeldungen nur etwa 2500 Mann,<sup>182</sup> weitaus mehr Ukrainer leisteten in regulären österreichischen Verbänden Kriegsdienst. Sie war nicht nur die erste Militäreinheit überhaupt, die im 20. Jahrhundert als »ukrainisch« firmierte, sie demonstrierte auch die Anerkennung der ukrainischen Nation durch Österreich. Damit leistete sie einen wichtigen Beitrag zur Identifizierung von Österreich mit ukrainischen nationalen Ansprüchen. Die Legionäre hatten gelb-blaue Abzeichen an der Mütze, die Offiziere trugen am Säbel Anhänger mit dem galizischen Löwen. 1917 erhielten die USS ein eigenes Banner mit dem Erzengel Michael und dem galizischen Löwen.<sup>183</sup> Für die damalige Zeit durchaus unüblich dienten auch Frauen bei den USS. Die Studentin Olena Stepaniv (1892-1963), die Roman Daškevyč, den Lemberger USS-Führer, heiratete, organisierte in Lemberg einen Frauen-Zug der Schützen und wurde später Fähnrich der USS und der Ukrainischen Galizischen Armee.<sup>184</sup>

Die ukrainische Tradition hat mit den Legionen gewisse Schwierigkeiten. Sie waren als Teile der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung hinzustellen, andererseits war auch die Loyalität zur k.u.k. Monarchie einzuarbeiten. Der Nationalist Ostap Hrycaj stellte etwa den polnischen und tschechischen Legionen, die die Österreicher verraten hätten, die »Parsifal-Treue des Ukrainischen Schützenwesens« gegenüber.<sup>185</sup> Mit ihr war es jedoch 1918 nicht weit her. Die Verratsvorwürfe und die Internierung von Ukrainern in Thalerhof belasteten die Moral der Truppe. Aber daß sie anfangs nicht eingesetzt wurde, lag nicht an österreichischer »Unfreundlichkeit«, sondern an dem von den Abgeordneten geäußerten Wunsch, den Verband nicht in einer Feldschlacht zu verheizen. Später nahm die Legion an einer Reihe von Kämpfen teil, die in der ukrainischen Militärtradition gefeiert werden, ihre geringe Stärke verhinderte jedoch von vornherein eine über das symbolische hinausgehende Bedeutung. Daß Ukrainer zur Entschlüsselung russischer Funksprüche benutzt oder ca. 1000 Mann für eine Partisanentätigkeit ausgebildet worden seien, ist u. E. nicht bestätigt.<sup>186</sup> Am Rande sei

<sup>179</sup> Vgl. Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovalčuk«, in: Z. Knyš (Hg.), *Sribna Surma. Zbirnyk II*, Toronto 1963, S. 124-145, hier S. 137.

<sup>180</sup> Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'ných Zmahan'*, S. 23.

<sup>181</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 79-80.

<sup>182</sup> Kost' Levyčkyj brachte die geringe Zahl der Ukrainer damit in Verbindung, daß es Proteste gegen den österreichischen Eid gegeben habe, woraufhin das Armeekommando »nur zweitausend intelligente Freiwillige« akzeptierte (Levyčkyj, *Istorija Vyzvol'ných Zmahan'*, S. 37-38).

<sup>183</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 150-151.

<sup>184</sup> Bohdan Hnatevyč, »Ukraïnski Sičovi Stril'ci«, in: *Istorija Ukraïnskoho Vijška. L'viv '1992 ('1935)*, S.293-356, hier S. 295, 638.

<sup>185</sup> Ostap Hrycaj, »Žyttja i dijəl'nist' Jevhena Konoval'čja do revoljucii 1917 roku«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalčuk ta joho doba*. München 1974, S. 17-44, hier S. 40.

<sup>186</sup> Vgl. Serhij Popyk, *Ukraïnci v Avstrii 1914-1918*. Kyiv/Černivci 1999, S. 55-56; V. S. Sidak, »Dijəl'nist' specslužb Avstro-Uhorščyny j Nimeččyny na Ukraïnskych zemljach Rosijskoï imperii (kinec XIX – počatok XX st.)«, *Ukraïnskyj Istoryčnyj Žurnal* 1997, H. 6, S. 45-58; Grelka, *Nationalbewegung*, S. 88.



- Brückner [Aleksander Brückner], »Ruthenen und Kleinrussen«, Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 9 (1915), Sp. 715-724.
- Brückner, Alexander [Aleksander Brückner], »Der »ukrainische« Staat. Eine politische Utopie«, Das neue Deutschland 3 (1914/1915), Nr. 18/19 vom 13. 3. 1915, S. 157-160.
- Bruski, Jan Jacek, Petlurowcy. Kraków 2000.
- Budurowycz, Bohdan, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], Zeszyty Historyczne 66 (1983), S. 15-47.
- Buell, Raymond Leslie, »Poland in a Nutcracker«. Current History 50 (1939), Nr. 3, S. 28-31.
- Bullock, Alan, Hitler. Düsseldorf 1953.
- Burbela, Bronyslaw, »Das galizische Problem und der deutsch-ukrainische Friede«, Osteuropäische Zukunft 3 (1918), S. 25-26.
- Burian, Stephan Graf, Drei Jahre. Berlin 1923.
- Burim, Dmytro, »Naukovo-orhanizacijna, vykladačka ta doslidnyčka dijal'nist' D. I. Dorošenka v peršyj period isnuvannja Ukraïnskoho naukovocho institutu v Berlini (1926-1931 rr.)«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prac molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyïv 1997, S. 491-511.
- -, »Dva pohljady na istoriju konfliktu 1930-1931 rr. v Ukraïnskomu naukovomu instituti v Berlini«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prac molodyh včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyïv 1997, S. 474-490.
- Burnatovyč, Oleksa, Ukraïnska ideologija revolucijnoï doby. Wien 1922.
- Buszko, Józef, »Polityka Michała Bobrzyńskiego w kwestii ukraińskiej (1906-1913)«, in: Pułaski (Hg.), Ukraïnska myśl polityczna, S. 63-70.

## C

- Cehelskyj, Longin [L'onhyn Cehel'skyj], Die großen politischen Aufgaben des Krieges im Osten und die ukrainische Frage. Berlin 1915.
- Čerednyčenko, Vitalij P., Nacionalizm proty nacii. Kyïv 1970.
- Chojnowski, Andrzej, Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939. Wrocław 1979.
- Chrystjuk, Pavlo, Zamitky i materijaly do istorii ukraińskoï revolucii 1917-1920 rr. Bd. 3, o. O. 1921, Repr New York 1969.
- Chymyneč, Julijan, Moï posterežennja iz Zakarpattja. New York 1984.
- Cisek, Janusz (Hg.), Sąsiedzi wobec wojny 1920 roku. Londyn 1990.
- Claß, Heinrich, Zum deutschen Kriegsziel. München 1917.
- Kleinow, George [Georg], Das Problem der Ukraina. Wien 1915.
- Conte, Francis, Christian Rakovski. Boulder/New York 1989.
- Conze, Werner, »Nationalstaat oder Mitteleuropa?. Die Deutschen des Reichs und die Nationalitätenfragen Ostmitteleuropas im ersten [!] Weltkrieg«. In: Werner Conze (Hg.), Deutschland und Europa. Festschrift für Hans Rothfels. Düsseldorf 1951, S. 201-230.
- Čubinskij, P., »Korotkaja Charakteristika Ukraïnce«, in: Trudy Russkogo Geografičeskogo Obščestva, Sanktpeterburg 1877, Bd.7, Teil 2, S.342-359.
- Cvenhroš, Hustav, »Ukraïnske pytannja u frankomovnomu sviti«, in: Jurij Slyvka (Hg.), Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'. L'viv 1992, S. 271-299.
- Czechoslovakia Fights Back. Washington DC 1943.
- Czernin, Ottokar, Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919.

## D

- Daškevyč, Jaroslav (Hg.), Istorija Ukraïnskoho Vijska 1917-1995. L'viv 1996.
- Dehn, Paul, »Die politische Bedeutung der ukrainischen Frage«, Osteuropäische Zukunft 2 (1917), S. 138.

- Demaitre, Edmond, »A l'est du nouveau«, *Le Petit Parisien* 6. 2. 1939.
- Ukraïnske deržavotvorennja. Akt 30 červnja 1941. L'viv/Kyïv 2001.
- Das Größere Deutschland 1 (1914).
- Das neue Deutschland 3 (1914/1915).
- Devius, »Na marginesi novoho paktu«, *Vistnyk* 7 (1939), S. 674-677.
- Diariusz i teki Jana Szembeka. Bde 1, 4, London 1964, 1972.
- »Z dijal'nosti organizacij«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), H. 1, S. 24.
- Dilo, L'viv 1918-1939.
- Dir, Adolf, »Die Ukraine Heimat der Indogermanen?«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 193-196.
- Dmytruk, Klym, Bezbatčenyk. L'viv 1972.
- –, *Pid štandardamy reakcii i fašyzmu*. Kyïv 1976.
- Dmytryshyn, Basil, »German Occupation of the Ukraine, 1918: Some New Evidence«, *Études Slaves et Est-Européennes [Canada]* 10 (1976), S. 79-92.
- Dohrmann, Hanns, »Die Ereignisse in der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 117-119.
- Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij. Bd. 6, Moskva 1969.
- Dolenga, Svjatoslav, Skoropadščyna. Warszawa 1934.
- Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen. Bd. 2, Leonberg 1988.
- Doncov, Dmytro, »Agonia odnoï doktryny«, *LNV* 83 (1924), S. 63-66.
- –, D[oncov], D[mytro], »Berezeň 1939«, *Vistnyk* 7 (1939), S. 298-305.
- –, »Naši cili«, *Zahrava* 1 (1923), H. 1, S. 1-2.
- –, »Naši cily«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 1, Mai 1922, S. 1-5.
- –, »Emigrantški šašeli i nacionalizm«, *Visnyk (New York)*, 1965, H.8, S. 1-4, 17-23.
- –, »Emigrantški i sovjetški marksysty proty nacionalizmu«, *Visnyk (New York)*, 1966, H.3, S. 6.
- –, »Engel's, Marks i Ljassal' pro »neistorični nacii««, *Literaturno Naukovyj Vistnyk* 65 (1914), Nr. 2-3.
- –, »Nacional'ni hermafrodyty«, *Naš Holos* Nr. 9-10, 1911, S. 417-426.
- –, »Memento«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 6 (1927), H. 11, S. 261-266.
- –, *Moderne moskvočil'stvo*. L'viv 1913.
- –, *Nacionalizm*, L'viv 1926, London/Toronto 1966. Nachdruck L'viv 1992.
- –, »Novyj nastup na nacionalizm«, *Homin Ukraïny*, Nr. 6, 1969, S. 2.
- –, »Peredmov«, in: Mychajlo Ostrovercha, *Musolini. Ljudyna j čyn*. L'viv 1935 (1.Aufl. 1934), S. 3.
- –, »Pid znakom pohotivlja«, *Zahrava* 1(1923), H. 3, S. 42.
- –, *Pidstavy našoi polityky*. Wien 1921.
- –, *Mižnarodne položennja Ukraïny j Rossija*. Kyïv 1918.
- –, *Rik 1918*, Kyïv. Toronto 1954.
- –, *De šukaty našych istoričnych tradycij*. L'viv 1938, 1941.
- –, »Symon Petljura«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 5 (1926), H. 7/8, S. 321-328.
- Donzow, Dmytro [Doncov], *Groß-Polen und die Zentralmächte*. Berlin 1915.
- –, »Das veränderte Rußland«, in: Axel Ripke (Hg.), *Der Koloß auf tönernen Füßen*. München 1916, S. 55-69.
- –, »Der ukrainische Staat, eine politische Utopie?«, *Das neue Deutschland*, 3 (1914/1915), Nr. 30/33 vom 29. 5. 1915, S. 291-292.
- –, *Die Ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland*. Berlin 1915.
- Doroženko, Dmytro, *Istorija Ukraïny 1917-1923 rr.* 2 Bde., Kyïv 2002 (1930).
- –, *Z istorii Ukraïnskoï polityčnoï dumky za časiv svitovoï vijny*. Praha 1936.
- –, »Rede [...] zur Eröffnung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Die Ukraine* 8 (1926), S. 7-14.

- –, *Moї spomyny pro nedavne-mynule*. 3 Bde, L'viv 1923, Bd. 4, L'viv 1924; München 1969.
- Dorošenko, Volodymyr, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny: j'orijentacija rosijskych Ukraïnciv«, *Vistnyk Sojuza vyzvolennja Ukraïny* 178/25.11.1917, S. 753-757.
- Dorožynskyj, Pavlo, »Dmytro Doncov – krytyka dejakych joho pohljadiv na nacionalizm«, in: *OUN – mynule j majbutnja*. Kyïv 1993, S. 203-212.
- Drozd, Roman (Hg.), *Ukraïncy w najnowszych dziejach Polski (1918-1989)*, Bd. 1, Słupsk 2000.
- Dub, Jaroslav, »Sučasna kryza deržavnoho ladu ta majbutnij ustrij Ukraïny«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 8-9, S. 251-257.
- Dumin, Osip [Osyp Dumin], »Prawda o ukraińskieji organizaciji wojskowej« (1926), *Zeszyty Historyczne*, Paris, H. 30, 1974, S. 103-137.
- –, »Deutsche in der ukrainischen Armee 1917-1920«, *Volksforschung* 5 (1942), S. 37-49.
- Dumin, Osyp, »Avstrijska intryga i listopadovyj perevorot«, *Litopyś Červonoj Kalyny* 1933, H.7-8, S.13-18.
- –, *Istorija Legionu Ukraïńskych Sičovych Stril'civ 1914-1918*. L'viv 1936.

## E

- E., L., »Der erste Friedensschluß«, *Hamburgischer Correspondent*, 9. 2. 1918.
- von Eckardt, Johannes, »Randvölkerpolitik«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 180-181.
- *Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia*. Praha 1995.
- Erdmann, Karl Dietrich, »Kurt Riezler – ein politisches Profil«. In: *Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. K. D. Erdmann (Hg.), Göttingen 1972, S. 19-159..
- d'Etchegoyen, Olivier, *Pologne, Pologne...* Paris 1925.

## F

- Fedenko, Panas, *Vlada Pavla Skoropadśkoho*. London/München 1968.
- Fedortchouk, Jaroslav [Jaroslav Fedorčuk], *Memorandum on the Ukrainian Question in its National Aspect*. London 1914.
- –, »La Renaissance de l'Ukraine«, *Les Annales des Nationalités* 2 (1913), S. 170-181.
- Fedusio, Piotr, »Ukraïńscy studenci na Politechnice Gdańskieji w latach 1920-1939«, in: *Tadeusz Stegner (Hg.), Polska – Ukraina. Ludzie pojednania. Ukraïncy na Pomorzu w XX wieku*. Gdańsk 2002, S. 123-147.
- Fedyshyn, Oleh S., *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918*. New Brunswick NJ 1971.
- Feierabend, Ladislav Karel, *Ve vláдах druhé republiky*. New York 1961.
- Fel'dman, Alek, »Uhoda Žabotynskyj – Slavynskyj. Storinka z istorii ukraińsko-jevrejskych vzajemny«, *Sučasnist'* 1976, H. 10, S. 109-116.
- Feldman, Wilhelm, *Deutschland, Polen und die russische Gefahr*. Berlin 1915.
- Fischer, Fritz, *Griff nach der Weltmacht*. Düsseldorf 1967.
- –, *Krieg der Illusionen*, Düsseldorf 1969.
- –, »Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatziele im Osten 1914-1918«, *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S.249-310.
- Fischer, Peter, *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939*. Wiesbaden 1991.
- Frantz, Günther, »Die Ermordung des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn in Kiew«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 189-190.
- Frech, F., »Die Mineralschätze der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 65-69, 81-84, 100-103.
- Friedman, Saul S., *Pogromchik*. New York 1976.
- Funke, Manfred (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*. Düsseldorf 1976.

## G

- Galan, Volodymyr, *Baterija Smerty*. o.O. [New York] 1968.
- von Gebattel, Konstantin Freiherr, »Die Bedeutung der Ukraine für Deutschlands Zukunft«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 97-100.
- »Die ukrainischen Gefangenen und das russische Reich«, *Der Bund* (Bern), Nr. 189/24.4.1917.
- Geiss, Imanuel/Bernd Jürgen Wendt [Hg.], *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*. Festschrift für Fritz Fischer. Düsseldorf 1973.
- »Gen. M. Kapustjanskij i Ppolk. T. Omel'čenko na Zborach ›Ukraïnskoï Hromady v Prazi‹, *Ukraïnskij Vistnyk* 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 2.
- Gentile, Giovanni, *Origine e dottrina del fascismo*. Roma 1929.
- Gerus, Oleh V., »Ukraïna v opinii amerykanskoho urjadu 1919-1927 rokov«, *Ukraïnskij Istoryk*, Kent OH 1974, S. 205-211.
- Gilley, Christopher, *The ›Change of Signposts‹ in the Ukrainian Emigration: A Contribution to the History of Sovietophilism in the 1920s*. Phil. Diss. Hamburg 2007.
- Gizbert-Studnicki, Władysław R., *Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg*. Wien 1915.
- Glotz, Peter u. a. (Hg.), München 1938. Essen 1990.
- Golczewski, Frank, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922*. Wiesbaden 1981.
- –, »Die ukrainische und die russische Emigration in Deutschland«, in: Karl Schlögel (Hg.), *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941*. Berlin 1995, S. 77-84.
- –, »Die deutsche ›Gefangenearbeit‹ mit Ukrainern im Ersten Weltkrieg«, In: Rainer Hering/Rainer Nicolaysen (Hg.), *Lebendige Sozialgeschichte. Gedenkschrift für Peter Borowsky*. Wiesbaden 2003, S. 551-572.
- – (Hg.), *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993.
- –, »Politische Konzepte des ukrainischen nichtsozialistischen Exils (Petljura – Lypynskij – Donzow)«, in: Guido Hausmann/Andreas Kappeler (Hg.), *Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*. Baden-Baden 1993, S. 100-117.
- –, »Die deutsche Polenpolitik und die Ukraine«, in: Ralph Schattkowsky (Hg.), *Locarno und Osteuropa*. Marburg 1994, S. 115-124.
- –, »Das ukrainische Reichsbankguthaben von 1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 39 (1991), S. 364-399.
- –, »Die Ukraine und die Oktoberrevolution«. In: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), *1917-1918 als Epochengrenze? Wiesbaden 2000 (= Multidisziplinäre Veröffentlichungen, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, 8)*, S. 135-153.
- –, »Zur deutschen Ukraine-Politik 1918-1926«, in: *Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas*. Festschrift für Günther Stökl. Stuttgart 1991, S. 119-129.
- Gondek, Leszek, *Działalność Abwehry na terenie Polski 1933-1939*. Warszawa 1974.
- Gor'kij, Maksim u. a. (Hg.), *Krach germanskoj okkupacii na Ukraine*. Moskva 1936.
- Grabowski, Sabine, *Deutscher und polnischer Nationalismus*. Marburg/Lahn 1998.
- Grabowsky, Adolf, »Weiteres zum ukrainischen Problem«, *Das neue Deutschland* 3 (1914/1915), Nr. 30/33 vom 29. 5. 1915, S. 287-288.
- Grebing, Helga, »Österreich-Ungarn und die ›Ukrainische Aktion‹ 1914-18«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F.* 7 (1959), S. 270-296.
- Grelka, Frank, *Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42*. Wiesbaden 2005.
- –, *Selbständigkeitsbestrebungen und Besatzungsherrschaft*. Phil. Diss. Bochum 2002.
- Groener, Wilhelm, *Lebenserinnerungen*. Göttingen 1957.
- Groscurth, Helmuth, *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940*. Stuttgart 1970.
- Gruchała, Janusz, »Austro-Węgry a sprawa ukraińska w latach I wojny światowej«, *Studia Historyczne* 28 (1985), S. 557-576.

- Grumbach, S., *Das annexionistische Deutschland*. Lausanne 1917.
- Guenther, Konrad, »Die Ukrainer«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 168-174.

## H

- Habiger, Walter, »Auferstehung der Ukraine«, *Neues Wiener Tagblatt/Neue Wiener Presse* 12. 3. 1939, S. 32.
- Hajvas, Jaroslav, *Koly kinčalasja epocha. Na čužyni* [Chicago] 1964.
- –, *Volja ciny ne maje*. Toronto 1971.
- Halder, Generaloberst [Franz], *Kriegstagebuch*. Bd.1, Stuttgart 1962.
- Haller, Johannes, *Die russische Gefahr im deutschen Hause*. Stuttgart 1917.
- –, »Das ukrainische Problem«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 1-3.
- Haluško, Kyrylo, »Peredmova«, in: *Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 3-25.
- Hamol'skyj, L. V., *Tryzub i zirka Davyda. Dnipropetrovsk* 1975.
- von Hartmann, Eduard, »Rußland in Europa«, *Die Gegenwart* 3/21.1.1888, S.37/8.
- Hartmeyer, Hans, »Die Ukraine und die Lösung der »ukrainischen Frage««, *Das neue Deutschland* 3 (1914/1915), Nr. 14/17 vom 27.2.1915, S. 141-145.
- »Hasla Het'man'skoho Ruchu«, *Bjuleteń Het'man'skoï Upravy*, Nr. 16, September 1932, S. 6-7.
- Hass, Ludwik, »W trójkacie Ukraina – Watykan – Polska w latach 1919-1920«, *Dzieje Najnowsze* 12 (1980), H. 1, S. 11.
- *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918*, Bd. IV, Düsseldorf 1983 (= *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 9/IV).
- Haushofer, Karl, »Eurasien?«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 190-193.
- –, *Geopolitik des Pazifischen Ozeans*. Berlin 1924.
- –, *Der Kontinentalblock*. München 1941.
- Hausmann, Guido/Andreas Kappeler (Hg.), *Ukraine. Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*. Baden-Baden 1993.
- Hausner, Arthur, *Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges*. Wien 1935.
- Hencke, Andor, *Augenzeuge einer Tragödie. Diplomatenjahre in Prag 1936-1939*. München 1977.
- Hermann, G., »Die wirtschaftlichen Grundlagen des Kampfes um die Dardanellen«, in: Axel Schmidt, *Das Endziel Rußlands*. Stuttgart 1916, S. 55-68.
- »Der Hetman der Ukraine bei Kaiser Wilhelm«, *Hamburger Nachrichten* 459/8. 9. 1918, Morgenausgabe.
- Hildebrand, Klaus, *Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?* Stuttgart/Berlin/Köln 1990.
- Hirnjak, Ljubomyr, *Na stežkach istoryčnych podij*. New York 1979.
- Hirnjak, Nykyfor, *Polk. Vasyl' Vyšyvanj*. Winnipeg 1956.
- Hnatkevyč, Bohdan, *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936).
- –, »Ukraïnski Sičovi Stril'ci«, in: *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1935), S.293-356.
- –, *Ukraïnski Sičovi Stril'ci 1914-1920*. L'viv 1935 (Repr. L'viv 1991).
- Hölzle, Erwin, *Der Osten im Ersten Weltkrieg*. Leipzig 1944.
- Hoensch, Jörg K., »Die Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gegenüber der Tschechoslowakischen Republik 1933-1938«, in: Peter Glotz u. a. (Hg.), München 1938. Essen 1990, S. 199-228.
- Hoetzsch, Otto, *Russische Probleme*. Berlin 1917.
- –, *Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912*. Berlin 1913.
- –, *Russland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen bis zum Weltkrieg*. Berlin 1917.

- –, »Die Ukraine«, *Konservative Monatsschrift* 75 (1917/18), S. 401-409.
- Hoffman, Jerry H., »V. Stepankovsky, Ukrainian Nationalist and German Agent«, *The Slavonic and East European Review* 50 (1972), S. 594-602.
- Hoffmann, Max, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*. München 1923.
- »Z nimečských holosiv pro ukraínsku spravu«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* 154/10.6.1917, S. 378.
- Holubko, Viktor, *Armija Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky 1917-1918. Utvorennja ta borot'ba za deržavu*. L'viv 1997.
- Horak, Stefan, *Der Brest-Litowsker Friede zwischen der Ukraine und den Mittelmächten vom 9. Februar 1918 in seinen Auswirkungen auf die politische Entwicklung der Ukraine*. Phil. Diss. Erlangen 1949.
- –, [Horak, Stephan M.], *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988.
- Hornykiewicz, Theophil (Hg.), *Ereignisse in der Ukraine 1914-1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe*. 4 Bde, Philadelphia 1966.
- Hroch, Miroslav, *Social Preconditions of National Revival in Europe*. Cambridge GB 1985.
- –, *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas*. Praha 1968.
- Hruschewskyj, M. [Mychajlo Hruševskyj], »Das übliche Schema der ›russischen‹ Geschichte und die Frage einer rationellen Gliederung der Geschichte des Ostslaventums« In: Prof. Michael Hruschewskyj. *Sein Leben und sein Wirken (1864-1934)*. Berlin 1935, S.38-48.
- – Gruševskij, Michail; [Mychajlo Hruševskyj], *Osvoboždenie Rossii i ukraïnskij vopros*. Sanktpeterburg 1907.
- Hrushevsky, Mychaylo [Mychajlo Hruševskyj], »The traditional scheme of ›Russian‹ history and the problem of a rational organization of the history of the Eastern Slavs«, *The Annals of the Ukrainian Academy of Arts and Sciences in the U.S.* 2 (1952), S.355-364.
- Hruševskyj, Michael [Mychajlo Hruševskyj], *Geschichte des ukrainischen (ruthenischen) Volkes*. Bd.1, Leipzig 1906.
- Hrycaj, Ostap, »Žyttja i dijaľnist' Jevhena Konoval'cja do revoljucii 1917 roku«, in: Bojko (Hg.), *Jevhen Konoval'ec*, S. 17-44.
- Hubert, Jan [Jan Wszelaki], *Notes on Eastern Galicia*. London [1931].
- Huculjak, Mychajlo, *Peršyj Lystopad 1918 roku na zachidnych zemljach Ukraïny*. Kyïv 1993 (New York/Vancouver '1973).
- Hunčak, Taras, »Ukraïnska Narodna Respublika i nacional'ni Menšosti«, in: Puľaski (Hg.), *Ukraïnska Myśl Polityczna*, S. 91-96.
- – (Hg.), *Ukraïnska revoljucija 1919-1921. Dokumenty*, New York 1984.
- –, *Symon Petljura ta Jevreï*. Kyïv 1993.
- –, »A Reappraisal of Symon Petliura and Ukrainian-Jewish Relations, 1917-1921«, *Jewish Social Studies* 31 (1969), S. 163-183.
- –, *Die Ukraine unter Hetman Pavlo Skoropads'kyj*. Phil. Diss. Wien 1960.
- Hutten-Czapski, Bogdan Graf von, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*. Bd. 2, Berlin 1936.

## I

- Ilnytzkij [Il'nyčkyj], Roman, *Deutschland und die Ukraine 1934-1945*. Bd.1-2, München 1958.
- »Interv'ju z profesorom Jevhenom Onač'kym«, in: Zynovij Knyš (Hg.), *Nepohasnyj Ohon' Viry*. Paris 1974, S. 182-185.
- Iščuk-Pazunjak, Natalija, »Deržavnyj Centr Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky v ekzyli«, in: Ljubomyr R.Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), *Deržavnyj Centr Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky v ekzyli. Stati i materijaly*. Philadelphia/Kyïv/Washington 1993, S.129-137.
- *Istorija Ukraïnskoho Vjjska*. L'viv '1992 ('1936).
- Ivanys, Vasyl', *Symon Petljura – Prezydent Ukraïny 1879-1926*. Kyïv 1993 [Toronto '1952].

## J

- Jacobsohn, Hermann, Rußlands Entwicklung und die Ukrainische Frage. Cassel 1916.
- Jakovliv, Andrij, »Paryz'ka trahedija«, In: Zbirnyk Pamjaty Symona Petljura (1879-1926). Praha 1930, S.228-258.
- Janiv, Volodymyr, »Zustrič z polk. Jevhenom Konoval'cem na tli nastroiv doby«, in: Bojko (Hg.), Jevhen Konoval'ec, S. 426-465.
- –, »Žytt'ovyj šljach Zenona Kuzeli«, in: ders. (Hg.), Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962, S. 4-14.
- Jariš, Vasyľ, »Profesor D-r Ivan Mirčuk – Ambasador ukraiňskoi kul'tury«, in: Veryha, Ukraïnci v Berlini 1918-1945, S. 91-100.
- –, »Ukraïňska kul'tura j mystectvo v Berlini«, in: Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini, S. 52-79.
- Jary, Riko, »Ewhen Konowaletz«, in: Ukrainischer Nationalismus. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 3-8.
- –, »Ukraine von gestern und heute«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 5-17.
- Jędrzejewicz, Waclaw (Hg.), Diplomat in Berlin 1933-1939. New York/London 1968.
- Jekel'čyk, Serhij, »Tragična storinka ukraiňskoi revoljucii: Symon Petljura ta jevrejski pohromy v Ukraïni (1917-1920)«, in: Vasyľ Mychal'čuk (Hg.), Symon Petljura ta ukraiňska nacional'na revoljucija. Kyïv 1995, S. 165-217.
- Jendyk, Rostyslav, Dmytro Doncov. Ideoloh ukraiňskoho nacionalizmu. München 1955.
- Jeremiïv, Mychajlo, »Polkovnyk Jevhen Konoval'ec na tli ukraiňskoi vyzvol'noi borot'by«, in: Bojko (Hg.), Jevhen Konoval'ec, S. 115-165.
- Jevdokymenko, Volodymyr Ju., Krytyka idejnych osnov ukraiňskoho buržuaznoho nacionalizmu. Kyïv 1968.
- Jobst, Kerstin S. »Ein politischer Mord in der Habsburger Monarchie: Das Potocki-Attentat von 1908 als Kulminationspunkt der galizischen Krise«, Österreichische Osthefte 41 (1999), S. 57-79.
- –, »Im Spiel mit großen Mächten? Nationale Konflikte nach dem Zerfall des Zarenreiches bis zum Beginn des Russischen Bürgerkriegs 1918/19 auf der Halbinsel Krim«, In: Philipp Ther/Holm Sundhussen (Hg.), Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2001, S. 83-107 (= Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 59).
- –, »Marxismus und Nationalismus. Julijan Bačyns'kyj und die Rezeption seiner »Ukraina irredenta« (1895/96) als Konzept der ukrainischen Unabhängigkeit?«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45 (1997), S. 31-47.
- –, »Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917«, in: Frank Golczewski (Hg.), Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S. 158-71.
- –, Zwischen Nationalismus und Internationalismus. Hamburg 1996.
- Jockheck, Lars, Der »Völkische Beobachter« über Polen 1932-1934. Eine Fallstudie zum Übergang vom »Kampfblatt« zur »Regierungszeitung«. Münster/Hamburg/ London 1999.
- –, Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945. Osnabrück 2006.
- Jürgs, Michael, Der kleine Frieden im großen Krieg. Westfront 1914. München 2003.

## K

- Kalendar'-almanach Dnipro na rik 1935. L'viv 1935.
- Kamenečkyj, Ihor, »Ukraïňske pytannja v nimečkij zovnišnjij polityci miž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Bojko (Hg.), Jevhen Konoval'ec, S. 851-882.
- Kandyba, Oleh, »Vojaky – budivnyčč«, in: Karpatska Ukraïna v borot'bi. Wien 1939, S. 33-53.
- Kappeler, Andreas, Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994.

- Kapustjanskij, Mykola, »Vijskova pidhotovka OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 115-139.
- Karpathen-Ukraine. New York 1938 [fiktiv, tatsächlich Berlin].
- Karpatška Ukraïna v borot'bi. Wien 1939; Neuauflage: Zapovit Sribnoï Zemli. Karpatška Ukraïna v borot'bi za nezalezništ'. L'viv 2001.
- Kedryn, Ivan, »Gangster sered katolykiv«, Dilo 304/12. 11. 1934, S. 5-6.
- –, »Kul't Symona Petljury«, in: Volodymyr Kosyk (Hg.), Symon Petljura. Zbirnyk studijno-naukovoï konferenciji v Paryži (traveñ 1976). Mjunchen/Paryž 1980, S. 209-217.
- –, »Berestejskij Myr«, in: ders. (Hg.), Berestejskij myr. Z nahody 10-tych rokovyn 9/II. 1928 – 9/IV. 1928. Spomyny ta materijaly. L'viv/Kyïv 1928, S. 9-40.
- –, »Spryt novonavnenoho katolyka«, Dilo 314/22. 11. 1934, S. 4.
- –, Žyttja – podii – ljudy. New York 1976.
- Kedryn, Iwan [Ivan], »Czy Ukraïncy galicyjscy sąmonarchistami?«, Biuletyn polsko-ukraïński 43 (78) / 28. 10. 1934, S. 4-8.
- Kedryn-Rudnyčkij, Ivan, »Roman Smal'-Stočkij jak polityk i dyplomata«, in: Vasyľ Lev/Marvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdesjatyričtja narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u.a. 1963, S. 24-35.
- Kellogg, Michael, The Russian Roots of Nazism. White Émigrés and the Making of National Socialism, 1917-1945. Cambridge GB 2005.
- Kennan, George F., From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938-1940. Princeton NJ 1968.
- Kentij, Anatolij Viktorovyč, Narysy istorii Orhanizacii Ukraïnskych Nacionalistiv (1929-1941rr.). Kyïv 1998.
- –, Ukraïnska Vijskova Orhanizacija (UVO) v 1920-1928 rr. Kyïv 1998.
- Keşik, Jan, »Dokumenty w sprawie polityki narodowościowej władz polskich na kresach wschodnich w latach 1937-1939«, Dzieje Najnowsze 24 (1992), H. 1-2, S. 180-194.
- Kleist, Peter, Zwischen Hitler und Stalin. Bonn 1950.
- Klimkowski, J., Byłem adiutantem generała Andersa. Warszawa 21959.
- Klymyšyn, Mykola, V pochodi do voli. Bd. 1, Toronto 1975.
- Knyš, Zynovij, »Atentat Stepana Fedaka u L'vovi«, in: Zynovij Knyš (Hg.), Sribna Surma. Zbirnyk II, Toronto 1963, S. 96-123.
- –, Duch, ščo tilo rve do boju. Winnipeg 1951.
- –, Pry džerelach ukraïnskoho orhanizovanoho nacionalizmu. Toronto 1970.
- –, Dryžyt' pidzemnyj huk. Winnipeg 1953.
- –, »Jevhen Konovalc' v očach molodšoi generacii UVO«, in: Bojko (Hg.), Jevhen Konovalc', S. 274-287.
- – (Hg.), Nepohasnyj Ohon' Viry. Paris 1974.
- –, »Bojovi dii OUN na ZUZ u peršomu desjatylytti i isnuvannja«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 89-102.
- –, Rozbrat. Toronto 1960.
- – (Hg.), Sribna Surma. Zbirnyk II, Toronto 1963.
- –, ZUNRO. Toronto 1974.
- Koch, Hans, »Deutschland und die Ukraine«, in: Dem Andenken Paul Rohrbachs. München 1959, S. 15-21.
- –, Dohovir z Denikinom. L'viv 1930.
- –, »Die drei Konstanten im politischen Denken Paul Rohrbachs«, in: Dem Andenken Paul Rohrbachs. München 1959, S. 22-30.
- Kočubej, Nykola, »Pojasnajučij zapysky. V spravi »budapeštenskoho dohovoru« p. Pavla Skoropadškoho«, Zbirnyk Chliborobškoï Ukraïny, Praha 2 (1933), S. 63-70.
- Koko, Eugeniusz, »Ukraïnczy socjaldemokracy galicyjscy w okresie międzywojennym (1918-1939)«, in: Pułaski (Hg.), Ukraïnska Myśl Polityczna, S. 125-141.



- Kollman, Eric C., »Walther Rathenau and German Foreign Policy«, *Journal of Modern History* 24 (1952), S. 127-142.
- »Jak pracuje Komitet Zbihejam z Karpatskoj Ukraïny u Vidni?«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 3.
- Komorowski, Krzysztof, *Polityka i walka. Konspiracja zbrojna ruchu narodowego 1939-1945*. Warszawa 2000.
- [Koniskij, Georgij], *Istorija Rusov ili Maloj Rossii*. Moskva 1846; Repr. Kyïv 1991.
- Konovalëc, Jevhen, »Pryčynky do istorii roli Sičovych Stril'civ v Ukraïns'kij revolucii«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), H. 1, S. 18-23; H. 5, S. 199-204.
- –, *Pryčynky do istorii Ukraïns'koj revolucii*. Praha 1928.
- Kordjuk, Bohdan, »Jevhen Konovalëc – vijskovyj i polityčnyj orhanizator«, in: Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalëc*, S. 959-973.
- »V spravi proklamuvannja Pol'skoho Korolivstva«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* 124/12.11.1916, S. 1.
- Korolyšin, Myron, »Za ob'jednannyj Ukraïnskyj provid«, in: Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlini*, S. 194-207.
- Korovyčyj, Ivan, »Dmytro Dorošenko«, in: Vjačeslav Lypynskij. *Archiv*, Bd. 6, Philadelphia 1973, S. XV-XLI.
- Korzec, Paweł, »The Steiger Affair«, *Soviet Jewish Affairs*, London 3 (1973), Nr. 2, S. 38-57.
- Koschorke, Helmuth, »Ukraine in Wilmersdorf«, *Berliner Volkszeitung* 520/3. 11. 1933.
- Kostomarov, Nikolaj, »Dve russkija narodnosti« (Osnova Nr.3, (1861), in: ders., *Sobranie sočinenij*, Bd. 1, Sanktpeterburg 1903, S. 31-65.
- Kosyk, Volodymyr, »Vplyv podij druhoj svitovoï vijny na Ukraïnsku polityčnu dumku«, in: Pułaski (Hg.), *Ukraïnska mysl polityczna*, S. 163-173.
- – (Hg.), *Rozkol OUN (1939-1940)*. Zbirnyk dokumentiv. L'viv 21999.
- –, »Zovnišnja polityka Symona Petljury«. In: ders., *Symon Petljura*. Zbirnyk studijno-naukovoï konferenciji v Paryži (traveń 1976). Mjunchen/Paryž 1980, S. 27-46.
- –, *L'Allemagne national-socialiste et l'Ukraine*. Paris 1986 (ukr. Ausgabe: *Ukraïna i Nimeččyna u druhij svitovij vijni*. Paris/New York/L'viv 1993; engl. Ausgabe: *The Third Reich and Ukraine*. New York 1993).
- –, *La politique de la France à l'égard de l'Ukraine*. Mars 1917-Février 1918. Paris 1981.
- Kotowski, Albert S., »»Ukrainisches Piemont?«: Die Karpatenukraine am Vorabend des Zweiten Weltkrieges«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 67-95.
- Kovalenko, Jurij, »Ukraïnske Nacional'ne Objednannja (UNO) v Nimeččyni«, in: *Orhanizacija Ukraïns'kich Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 377-391.
- –, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja (UNO) v Nimeččyni« [1955], in: *Na Zov Kyjeva*. Toronto/New York 1985, S. 51-65.
- Kovalevskij, Mykola, *Pry džerelach borot'by*. Innsbruck 1960.
- Kovaliv, Jurij, »Blakytne nebo meni svitylo...«, in: *OUN – mynule j majbutnja*. Kyïv 1993, S. 116-126.
- Koževnykiv, Petro, »Rik Rozbudovy Nacii«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 12, S. 420-423.
- Kozik, Jan, *The Ukrainian National Movement in Galicia 1815-1849*. Edmonton 1986.
- Koźmiński, Maciej, *Polska i Węgry przed drugą wojną światową*. Wrocław u.a. 1970.
- Kranold, Herman, »Ein Gelehrtenduell«, *Die neue Rundschau* 29 (1918), S. 416-420.
- Krebs, Gerhard, »Japanische Schlichtungsbemühungen in der deutsch-polnischen Krise 1938/39«, *Japanstudien* 2 (1990), S. 207-258.
- Kris, Levko, »14. Bereznja v Holovnij Komandi«, in: *Karpatska Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939, S. 54-63.
- Krull, Max, »Der Leidensweg der Ukrainer in Polen«, *Berliner Börsen-Zeitung* 31. 7. 1939, S. 1-2.
- Krupnyč'kyj, Borys, *Geschichte der Ukraine*, Leipzig 1939; 21943.

- –, »Die wirtschaftlichen Grundlagen der ukrainischen Staatlichkeit«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 35-46.
- Kryčevskij, Roman, Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv v Ukraïni – Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv zakordonom i ZČ OUN. New York/Toronto 1962; L'viv 1991.
- Kubijovyč, Volodymyr, Atlas Ukraïny i sumežnych kraïv. L'viv 1937.
- –, Encyclopedia of Ukraine, Toronto 1984 ff.
- – (Hg.), Geografija Ukraïnskych i sumežnych zemel'. Bd. 1, L'viv 1938.
- –, Meni 85. Paris/München 1985.
- –, Ukraïncy u Heneral'nij Hubernii 1939-1941. Chicago 1975.
- Kubijowyc Wladimir, [Volodymyr], Die Verteilung der Bevölkerung in der Ukraine. Berlin 1934 (= Beiträge zur Ukrainekunde, 2).
- Kučeruk, Oleksandr, Ryko Jaryj – zahadka OUN. L'viv 2005.
- –, »Rozvidka Ukraïnskoï Vijskovoï Orhanizacii ta Osyp Dumina«, Pam'jat' stolit' 2001, H. 4, S.117-128.
- von Kühlmann, Richard, Erinnerungen. Heidelberg 1948.
- Kul'čyckyj, Jurij, »Symon Petljura i pohromy«, in: Kosyk (Hg.), Symon Petljura, S. 137-159.
- Kul'čyckyj, Oleksander (Hg.), Zbirnyk na pošanu Ivana Mirčuka. München u. a. 1974.
- Ukrainische Kulturberichte des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts, Berlin 1 (1933)–7 (1939).
- Kumaniecki, K. W. (Hg.), Odbudowa państwowości polskiej. Warszawa-Kraków 1924.
- Kumke, Carsten, »Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin. Zwischen Politik und Wissenschaft«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 43 (1995), S. 218-253.
- Kul'čyckyj, Modest, Moskovska masonerija j doradnyky hreko-katolyčkoï hijerachii. Warszawa 1934.
- Kuraev, Oleksyj, Der Verband »Freie Ukraine« im Kontext der deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkriegs, München 2000 (= Osteuropa-Institut München, Mitteilungen Nr. 35).
- Kusnir, Wladimir [Volodymyr Kušnir], Die Ukraine und ihre Bedeutung im gegenwärtigen Krieg mit Russland. Wien 1915.
- Kuusisto, Seppo, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939. Helsinki 1984.
- Kuziela, Zeno, »Ukrainische Kultur«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 47-60.

## L

- Landwehr, Achim, Geschichte des Sagbaren. Tübingen 2001.
- Lanz, Heinrich (Hg.), Ukraina. Berlin 1918.
- Lapyčak, Toma, »Vyrekty svoje slovo ...«, in: OUN – mynule j majbutnja. Kyïv 1993, S. 131-143.
- Lenkavskij, Stepan, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovalec ta joho doba. München 1974, S. 395-425.
- Lev, Vasyľ' / Matvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdesjatyričča narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u. a. 1963.
- Levenko, Š. [= Stepan Rudnyčkyj], Čomu my chočemo samostijnoï Ukraïny. L'viv 1994 (Wien 1917).
- Leverkühn, Paul, Der Geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege. Frankfurt/M. 1957.
- Levyčkyj, Jevhen, Lysty z Nimeččyny. Viden' [Wien] 1916.
- Levyčkyj, Kost', Istorija Vyzvol'nych Zmahan', Bd. 3, L'viv 1930.
- – »Istorija Vyzvol'nych Zmahan' Halyčkych Ukraïnciv z času svitovoï vijny 1914-1918. L'viv 1928.
- –, Velykyj Zryv. L'viv 1931.

erwähnt, daß Baron Vasyľ'ko aus von seiner Familie abhängigen Huzulen ebenfalls eine Einheit aufstellte, die in das österreichische Heer eingegliedert wurde.<sup>187</sup> Die Legion erwarb erst dann eine gewisse Bedeutung, als die Kämpfe 1917 endeten, die USS zu einer Elitetruppe der neuen Staatsgründungen wurde und sich ihre Geschichte 1918 mit der Person Wilhelms von Habsburg verband (s. S. 271).

#### 4. UKRAINISCHE VERTRETER IN DEUTSCHLAND

Nach dem Ende der österreichischen Förderung verlagerte sich die Tätigkeit ukrainischer Nationalisten nach Deutschland. Vasyľ'ko und Kost' Levyč'kyj hatten schon im August 1914 die Unterstützung des AA gegen die propolnische Haltung in Österreich gesucht.<sup>188</sup> Von September 1914 an hatten sich die beiden Politiker in Österreich für Zaliznjak eingesetzt, der sich nach Grebing möglicherweise sogar deswegen vom BBU trennte. Während es Urbas so erschien, als käme es Vasyľ'ko und Levyč'kyj »vor allem auf ihre eigene Stellung« an, weshalb er sein Ministerium vor ihnen warnte<sup>189</sup>, vermittelte Vasyľ'ko Zaliznjak Kontakte zum Vertrauensmann des deutschen Auswärtigen Amtes in Konstantinopel Dr. Max Zimmer und zum deutschen Konsul Heinze, die ihn finanzierten und ihn in ihre Pläne einbauten. Auch nachdem Zaliznjak in die Kritik geraten war,<sup>190</sup> blieb die Verbindung bestehen. Der Sozialrevolutionär lebte mit einem falschen Paß in Österreich, bis Vasyľ'ko ihn 1917 wieder benutzte, um von Schweden aus tätig zu werden. Auch für andere Unternehmen fand Grebing »Andeutungen in den Akten«.<sup>191</sup>

Vasyľ'ko und Levyč'kyj waren bereit, Rußland-Ukrainer für ihre Ziele einzusetzen, solange sie selber die Aufsicht behielten. Sie waren es auch, die Doncov auf Berlin ansetzten. Sie schickten ihn im Oktober 1914 als »Vertrauensmann des österreichischen parlamentarischen ukrainischen Klubs« in die deutsche Hauptstadt,<sup>192</sup> wo sie ihm ein »Ukrainisches Pressbüro« einrichteten, das, bis Doncov 1916 in die Schweiz umzog, wöchentlich den Pressedienst »Ukrainische Korrespondenz« in deutscher Sprache herausgab. Die Produktion erfolgte in Heimarbeit in der Doncov-Wohnung in der Bayreuther Straße 8 (Berlin W62) und die Finanzierung durch monatliche 300

<sup>187</sup> Vgl. Popyk, *Ukrainci v Avstrii*, S. 62-66.

<sup>188</sup> Vgl. Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 274.

<sup>189</sup> Bericht Urbas über Gespräch mit Vasyľ'ko, 11.9.1914, HHSStA P.A. 902, Krieg 8b, zit. nach Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 285.

<sup>190</sup> Vgl. dazu Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 285-288; Bihl, »Die Tätigkeit des ukrainischen Revolutionärs Mykola Zaliznjak«, S. 226-230.

<sup>191</sup> Seiner eigenen Angabe nach gab Zaliznjak in Wien eine Serie von Broschüren heraus. Das Geld hierfür dürfte aus Deutschland über Kost' Levyč'kyj und Vasyľ'ko geflossen sein (Vgl. Mykola Zaliznjak, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytovskomu«, in: Ivan Kedryn (Hg.), *Berestejskij Myr 1918-1928. L'viv/Kyiv 1928*, S. 45-142, hier S. 49); Grebing, »Österreich-Ungarn«, S. 292-293; Deutscher Gesandter Stockholm (Stobbe) an Reichskanzler, 2.8.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 147-149.

<sup>192</sup> Doncov bestätigte dies in seinem Flugblatt Dmytro Doncov, »Do moich polityčnych odnodumciv«, Lausanne, Juli 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl.49/1-2. – Skoropys behauptete dagegen, Doncov sei »persönlicher Repräsentant von Herrn Dr. Kost' Levyč'kyj und Mykola Vasyľ'ko in Berlin« gewesen (Skoropys-Joltuchovskij, »Moï »zločyny«, S. 206).

- Levyčyj, Volodymyr, Idcol'og fašyzmu. L'viv 1936.
- Lewandowski, Krzysztof, »Sprawa ukraińska a państwa centralne w latach 1914-1916«, *Studia z dziejów ZSRR i Europy Środkowej* 8 (1972), S. 25-37.
- –, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*. Wrocław 1974.
- Lewicky, Eugen [Jevhen Levyčyj], »Das Schwarze Meer«, *Balkan-Revue* 3(1916), S. 3-18.
- –, *Osteuropäische Probleme und der Krieg*. Berlin 1916.
- – [Jevhen Levyčyj], »Die Ukraine«, in: Axel Ripke (Hg.), *Der Koloss auf tönernen Füßen*. München 1916, S. 142-155.
- – [Jevhen Levyčyj], »Die Ukraine in internationaler Auffassung«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 9-11.
- – [Jevhen Levyčyj], »Die Ukraine und der Krieg«, *Frankfurter Zeitung* 26.3.1915.
- – [Jevhen Levyčyj], *Die Ukraine der Lebensnerv Rußlands*. Stuttgart/Berlin 1915 [= *Der Deutsche Krieg*, 33].
- – [Jevhen Levyčyj], *Ukraine, Ukrainer und die Interessen Deutschlands*. Berlin 1915.
- – [Jevhen Levyčyj], »Die Verdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer«, *Berliner Tageblatt* 1. 10.1914.
- – [Jevhen Levyčyj], »Das Volk der Ukraine«, *Vossische Zeitung* 8.2.1915.
- Linke, Horst Günther, *Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo*. Köln 1970.
- Liszkowski, Uwe, *Osteuropaforschung und Politik*, Bd. 1, Berlin 1988.
- Livyčyj, Mykola, *D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzyli miž 1920 i 1940 rokamy*. München/Philadelphia 1984.
- Loeßner, A., »Der militärische Wert Karpatorußlands«, *Deutsche Wehr* 29 (1937), S. 457-459 [15.7.1937]
- Lotočyj, Oleksander, Symon Petljura, Warszawa 1936.
- Lozynskij, Michael [Mychajlo Lozynskij], *Wie die Polen ihre Freiheit verstehen*. Berlin 1915.
- – [Mychajlo Lozynskij], *Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien*. Berlin 1914.
- – [Mychajlo Lozynskij], *Die Schaffung einer ukrainischen Provinz in Österreich*. Berlin 1915.
- Ludendorff, Erich, *Meine Erinnerungen 1914-1918*. Berlin 1921.
- Lypa, Jurij, *Ukraińska doba*. Warszawa 1936.
- Lypynskij, Vjačeslav, *Archiv*, Bd. 6, Philadelphia 1973.
- –, *Lysty do brativ-chliborobiv*. Wien 1926 (New York 1954).
- Lysjak-Rudnyčyj, Ivan, *Miž istorijeju i politykoju*. München 1973.

## M

- Mace, James E., *Communism and the Dilemmas of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine, 1918-1933*. Cambridge MA 1983.
- Magocsi, Paul Robert, *A History of Ukraine*. Toronto/Buffalo/London 1996.
- –, *The Shaping of a National Identity: Subcarpathian Rus', 1848-1948*. Cambridge MA/London 1978.
- Maibaum, Werner, *Das publizistische Schaffen Paul Rohrbachs vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Phil. Diss. Marburg 1956.
- Makovečkyj, Jakiv, »Jevhen Konovalec u Švajcarii«, in: Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalec*, S. 755-784.
- Maksymenko-Tyčyna, Kindrat, »Lysty vid ukraińskych chliborobiv doukraińskoï intelligencii«, *Soborna Ukraïna* 9/7. 12. 1921, S. 3.
- Mańkowski, Zygmunt, »Dokument w kwestii ukraińskiej«, *Akcent* (Lublin) Bd.11, Nr. 1-2 (39-40) 1991, S. 169-174

- Mantis, Der ukrainische Staat, eine Notwendigkeit«, *Das neue Deutschland*, 3 (1914/1915), Nr. 30/33 vom 29. 5. 1915, S. 288-291.
- Margolin, Arnol'd, *Ukraina i politika Antanty*. Berlin 1929.
- – [Margolin, Arnold D.], *From a political diary. Russia, the Ukraine, and America 1905-1945*. New York 1946.
- Mark, Rudolf A., »Zur ukrainischen Frage im Ersten Weltkrieg: Flugschriften des »Bundes zur Befreiung der Ukraine« und ihm nahestehender Publizisten, 1914-1916«, *Zeitschrift für Ostforschung* 33 (1984), S. 196-226.
- –, »Symon Petljura und die UNR«, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 40 (1988), S.7-228.
- Markus', Vasyl', »Ekzyl'nyj urjad Ukraïnskoï Narodn'oi Respubliky v mižvojenyj period (1921-1939)«, *Sučasnist'*, H. 11, 1986, S. 70-84.
- Martel, René, *Les frontières orientales de l'Allemagne*. Paris 1930.
- –, *Les Grands Problèmes. La France et la Pologne*. Paris 1931.
- Martynec', Volodymyr, *Ukraïnske pidpillja*. Winnipeg 1949.
- –, »Ukraïnska nacionalistyčna presa«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246.
- –, *Žydivska probljema v Ukraïni*. o. O. [London] 1938.
- –, »Krytyčni uvahy do »Lysty do brativ-chliborobiv« V. Lypynského«, *Studenčyj Vistnyk* 4 (1926), H. 9-10, S. 31-37.
- – , *Za zuby j pazury naciï. Paryž (Paris) 1937*.
- Mazepa, Ivan, »Tvorena deržava«, in: *Zbirnyk pamjaty Symona Petljury*. Paris 1930, S. 16-75.
- –, *Ukraïna v ohni j buri revoljucii 1917-1921*, Bd. 2. München ²1951.
- Mędrzecki, Włodzimierz, *Niemiecka interwencja militarna na Ukrainie w 1918 roku*. Warszawa 2000.
- Meinecke, Friedrich, »Probleme des Weltkriegs«, *Die neue Rundschau* 1 (1916), S. 721-733.
- Meißinger, Hermann, »Deutsche Wirtschaftsinteressen in der Ukraine«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 181-185.
- Mel'nyk, Andrij, »Kanceler-Hrybivskij Sot. Omeljan Senyk«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 33-36.
- –, »Kindrat-Syč – Polk. Roman Suško«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 37-39.
- –, »Kyïv – Motovylyvka – Karabčyiv«, in: *Bojko (Hg.), Konovalec*, S. 166-177.
- –, »Žytomyrskij-Organškij Ppolk. Mykola Sciborskyj«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 40-42.
- Mel'nykovič, Osyp, »Do istorii UVO v Čecho-Slovačyni«, in: *Bojko (Hg.), Konovalec*, S. 328-340.
- Meyer, Henry Cord, »German Economic Relations with Southeastern Europe, 1870-1914«, *American Historical Review*, 57 (1951), S.77-90.
- Meyer-Heydenhagen, M. W., »Land und Leute«, in: *Heinrich Lanz (Hg.), Ukraina*. Berlin 1918, S. 8.
- –, »Volkswirtschaft«, in: *ebd.*, S. 92-94.
- Milow, Caroline, *Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*. Wiesbaden 2002.
- Mirčuk, Ivan [Ivan Mirtschuk], *Die geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Theorie vom Dritten Rom*. München 1955.
- Mirtschuk, Johann [Ivan Mirčuk], »Die Ukrainophilie Rohrbachs«, in: *Dem Andenken Paul Rohrbachs*. München 1959, S. 31-40.
- Mirčuk, Petro, *Narys istorii Orhanizacii Ukraïnskych Nacionalistiv*. Bd. 1, München/London/New York 1968.
- –, *Jevhen Konovalec*. L'viv 1990 (Toronto ¹1958).

- –, Revolucijnyj zmah za USSD. Bd. 1, New York/Toronto/London 1985.
- Mirow, Peter, Deutschland und die Ukraine im Spiegel nationalsozialistischer Presseberichterstattung der Jahre 1938/1939. Unveröff. Magisterarbeit, Universität der Bundeswehr Hamburg 1993.
- Misiuk, A., »Białym żelazem«, Gazeta Wyborcza 160/12.12.1994, S. 13.
- Mitter, Armin, »Galizien – Krisenherd in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (1910-1914)«, Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 28 (1984), S.207-233.
- Mogk, Walter, Paul Rohrbach und das »Größere Deutschland«. München 1972.
- Motyl, Alexander J., The Turn to the Right: The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism, 1919-1929. Boulder/New York 1980.
- Motz, Karl, Blut und Boden. Die Grundlagen der deutschen Zukunft. Berlin 1934.
- –, Grundlagen und Voraussetzungen deutscher Raumpolitik. München 1933.
- –, Landflucht, Exportpolitik und Ostraum-Idee. München 1939.
- Muchina, M. Ju, »Halrevkom i Halyčany. Do pytannja pro misce intelihencii v suspil'nomu žytti Ukraïny 1920-1930 rr.«, Ukraïnskyj Archeohrafičnyj Ščoričnyk, Kiew 1 (1994), S. 383-400.
- Mudryj, Vasyľ, »Odyn Propam'jatnyj lyst i joho naslidky«, in: Vasyľ Lev / Marvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdesjatyriččja narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u. a. 1963, S.340 – 346.
- Mudryj, Vasyľ, Zmahannja za Ukraïnski universytety v Halyčyni. L'viv/New York 1999.
- Mussolini, Benito, La dottrina del fascismo. Milano 1933.
- Mychal'čuk, Vasyľ (Hg.), Symon Petljura ta Ukraïnska nacional'na revolucija. Kyïv 1995.

## N

- N., O./O. R., »Das wirtschaftsgeographische und soziale Bild der Karpathen-Ukraine«, in: Karpathen-Ukraine. New York 1938 [fiktiv, tatsächlich Berlin], S. 5-25.
- Nadolny, Rudolf, Mein Beitrag. Wiesbaden 1955.
- Nakonetschna [Nakonečna], Hanna, Deutsch-ukrainisches Taschenwörterbuch. Leipzig 1939, 1941, 1944.
- Narižnyj, Symon, Ukraïnska Emigracija. Kul'turna pracja Ukraïnskoï emigracii 1919-1939. Teil II, Kyïv 1999.
- Naš, Hr., »Petljurivščyna«, Nova Ukraïna 1(1925), H. 1., S. 3-26.
- Navročkyj, Osyp, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc«, in: Zynovij Knyš (Hg.), Sribna Surma. Zbirnyk II, Toronto 1963, S. 124-145.
- Nazaruk, Osyp, Halyčka delehacija v Ryzi 1920r. Spomyny učasnyka. L'viv 1930.
- –, Do istorii revolucijnoho času na Ukraïni. Winnipeg 1924.
- –, Nacionalizm Doncova j inši myšugizmy. L'viv 1934.
- –, Ucieczka ze Lwowa do Warszawy. Przemyśl 1999.
- –, »O vrede ili o pol'ze prosveščenijsja?«, Nova Zorja 84 (782)/4.11.1934, S. 2-4.
- Nimčuk, Ivan, 595 dniv sovjetskym vjaznem. Toronto 1950.
- Nötzel, Karl, Die Unabhängigkeit der Ukraine als einzige Rettung vor der russischen Gefahr. München/Leipzig 1915.
- Nowak, Karl Friedrich (Hg.), Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Berlin 1929, Bd. 1-2.

## O

- Oberländer, Erwin (Hg.), Geschichte Osteuropas. Stuttgart 1992.
- Obermaier, Franz, Ukraine. Land der schwarzen Erde. Wien 1942.
- Die deutsche Okkupation der Ukraine. Geheimdokumente. Strasbourg 1937.
- Oldenburg, Jens, Der Deutsche Ostmarkenverein 1894-1934. Berlin 2002.

- Olijnyk, Ju. (Red.), *Ja b'ju v dzvin, ščob zrušyty spravu OUN z mertvoï točky... Nevidomi dokumenty Orhanizacii Ukraïns'kykh Nacionalistiv. Rik 1930. Kyïv 2003.*
- Onačkyj, Jevhen, »Jevhen Konovaléc i PUN pered problemoju rozbudovy OUN v Ukraïni«, in: Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc*, S. 665-700.
- –, *Po pochylij plošči. Bd. 1, München 1964; Bd. 2, München 1969.*
- –, *U vičnomu misti. Zapysky ukraïnskoho žurnalista. Rik 1930. Buenos Aires 1954.*
- *Orhanizacija Ukraïns'kykh Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954.*
- Oršan, Jaroslav [Orest Čemeryns'kyj], *Wo wir stehen [1938], Berlin (fiktiv: New York) 1939.*
- Oršan, Jaroslav [Orest Čemeryns'kyj], »Der ukrainische politische Gedanke in den letzten hundert Jahren«, in: *Ukrainischer Nationalismus. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 9-72.*
- Oršan, Jaroslav [Orest Čemeryns'kyj], »Die West-Ukraine kämpft um ihre Selbstbehauptung«. In: *Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 48-109.*
- Osadczuk-Korab, Bogdan, »Prague – Secret Capital of the Ukraine between the Two World Wars«, in: *Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia. Praha 1995, S. 42-45.*
- Osterrieder, Markus, *Das Ringen um die Vergangenheit. Mychajlo Hruševs'kyj und die Problematik einer Konzeption der Osteuropäischen Geschichte. Magisterarbeit München 1991.*
- Ostfeld, Hermann, *Die Haltung der Reichstagsfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei zu den Annexions- und Friedensfragen in den Jahren 1914-1918. Phil. Diss. Würzburg 1934.*
- Ostmann, Ekkehard, *Rußlands Fremdvölker seine Stärke und Schwäche. München 1915.*
- Ostrovercha, Mychajlo, *Musolini. Ljudyna i čyn. L'viv 21935 (I. Aufl. 1934).*
- Ostwald, Paul, *Die Ukraine und die ukrainische Bewegung. Essen 1916.*
- Ott-Skoropadska, Olena, *Ostannja z rodu Skoropads'kych. L'viv 2004.*
- Ott-Skoropadsky, Olena /Pavlo Haj-Nyžnyk, »Pavlo Skoropads'kyj – Kurze Chronik seines Lebens (1873-1945)«, In: Günter Rosenfeld (Hg.), *Pavlo Skoropads'kyj. Erinnerungen 1917 bis 1918. Stuttgart 1999, S. 365-373.*

## P

- Pagel, Jürgen, *Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Stuttgart 1992.*
- Palij, Michael, *The Ukrainian-Polish Defensive Alliance, 1919-1921. Toronto 1995.*
- von Pantschenko-Jurevyč, W., »Die West-Ukraine«. in: *Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 5-29.*
- Papčinskij, Aleksandr A./Michail A. Tumšis, *Ščit, raskolotyj mečom. Moskva 2001.*
- Papierzyńska-Turek, Mirosława, *Sprawa ukraïńska w drugiej Rzeczypospolitej 1922-1926. Kraków 1979.*
- Pasztor, Maria, »Problemy mniejszości ukraïńskiej w Polsce w świetle francuskich raportów dyplomatycznych z lat 1924-1939«, *Sprawy Narodowościowe* 6 (1997), Nr. 2 (11), S. 111-130.
- Paulus, »Eine Zentrale der Antisowjetfront. Unter der Maske eines wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Der Rote Aufbau* 3(1930), Heft 3, S. 149-151.
- Pelenski, Jaroslav, »Die Erinnerungen des Hetmans Pavlo Skoropads'kyj«, in: *Pavlo Skoropads'kyj, Erinnerungen 1917 bis 1918. Stuttgart 1999, S. 11-36.*
- Pelensky, Jaroslav, »Hetman Pavlo Skoropadsky and Germany (1917-1918) as Reflected in His Memoirs«, in: Torke/Himka (Hg.), *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective. Edmonton/Toronto 1994, S. 69-83.*
- Pelens'kyj, Zenon, »Miž dvoma konečnostjamy«, in: Bojko (Hg.), *Konovaléc*, S. 502-524.
- Peplowski, Andrzej, *Wywiad polski na ZSRR 1921-1939. Warszawa 1996.*
- Petljura, Symon, »Die Unabhängigkeit der Ukraine«, *Die Ukraine* 2 (1920), H.3, S. 55-57.
- –, *Statti, lysty, dokumenty. Bd. 1, New York 1956; Bd. 2, New York 1979.*
- Pickhan, Gertrud, »Kiewer Rus' und Galizien-Wolhynien«, In: Frank Golczewski (Hg.), *Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, S. 18-36.*

- »Pid uvahu ukraïnskij zaokeanskij emigracii«, *Surma* Nr. 2-3, Februar-März 1929, S. 1-3.
- Pidhainy, Oleh S., *The Formation of the Ukrainian Republic*. Toronto/New York 1968.
- Pigido, F., *Material Concerning Ukrainian-Jewish Relations during the Years of the Revolution (1917-1921)*. München 1956.
- Piper, Ernst, Alfred Rosenberg. *Hitlers Chefideologe*. München 2005.
- Pisuliński, Jan, *Nie tylko Petlura. Kwestia ukraińska w polskiej polityce zagranicznej w latach 1918-1923*. Wrocław 2004.
- Polit, Ireneusz, *Miejsce odosobnienia w Berezie Kartuskiej w latach 1934-1939*. Toruń 2003.
- Pomba, Giuseppe Luigi u. a. [Hg.], *La civiltà fascista*. Torino 1928.
- Popyk, Serhij, *Ukraińci v Avstrii 1914-1918*. Kyïv/Černivci 1999.
- Porsch [Porš], Mykola, »Das Randstaatenproblem«, *Die Ukraine* 2 (1920), H.3, S. 51-55
- –, »Warum verband sich Petljura mit Polen?«, *Die Ukraine* 2 (1920), H.3, S. 102-104.
- Potocki, Robert, *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939*. Lublin 2003.
- Potul'nyčkyj, Volodymyr A., *Narysy z ukraïnskoï politolohii (1819-1991)*. Kyïv 1994.
- *Das Problem der West-Ukraine*. Berlin 1939.
- Prochoda, Vasył', *Symon Petljura*. San Diego 1968.
- Prokop, M., *Ukraina i ukraińska polityka Moskwy*. New York 1981.
- Prokopovyč, V., »Ostannja podorož«, in: *Zbirnyk Pamjaty Symona Petljury (1879-1926)*. Praha 1930 [Repr. Kyïv 1992], S.210-215.
- Prunycja, S. Ju., »Nosii zla i rozbratu«, in: *Stepan Bojko, Narod ne proščaje*. Užhorod 1976, S. 3-15.
- Pułuj, J., *Ukraina und ihre internationale politische Bedeutung*. Wien 1915.
- Pułaski, Michał (Hg.), *Ukraińska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993 (= *Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego*, H. 1088, *Prace Historyczne*, Heft 103).
- PUN, »Projednyj šljach«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 7-16.

## R

- Radandt, Hans, »Neue Dokumente über Albert Südekum [II]«, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 4 [1956], S. 762-765.
- Raeff, Marc, *Russia Abroad*. New York/Oxford 1990.
- von Rauch, Georg, »Die Sowjetgeschichte und das »geringste Übel«, *Osteuropa* 2 (1952), S. 129-131.
- von Raumer, Kurt, »Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne«, in: *Der Bolschewismus und die baltische Front*. Leipzig 1939 (= *Baltische Lande* 4,1), S. 1-13.
- Rauschnig, Hermann, *Makers of Destruction*. London 1942.
- Rebet, Darija, »Nacionalistyčna molod' i molodečyj nacionalizm«, in: *Bojko (Hg.), Jevhen Konovalec*, S. 482-501.
- Rebet, Lev, *Svitla i tyni OUN*. München 1964.
- Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut*. Hamburg 1962.
- Remer, Claus, *Die Ukraine im Blickfeld deutscher Interessen. Ende des 19. Jahrhundert bis 1917/18*. Frankfurt/M u.a. 1997.
- Remer, Claus, »Das Ukrainerlager Wetzlar-Büblinghausen (1915-1918) – ein besonders Lager?«, *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins*, Heft 37, Wetzlar 1994, S. 77-116.
- Reshetar, John S., *The Ukrainian Revolution 1917-1920. A Study in Nationalism*. Princeton NJ 1952.
- Rezmer, Waldemar, »Stanowisko i udział Ukraïńców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, in: *Polska – Ukraina: trudne pytania*, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 13-34.
- Riezler, Kurt, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. K. D. Erdmann (Hg.), Göttingen 1972.
- Ripčėkyj, Stepan, *Ukraïnske Sičove Strilectvo*. L'viv 1995 (New York 1956).



- Ripke, Axel (Hg.), *Der Koloß auf tönernen Füßen*. München 1916.
- Roháč, Ivan, »Pid praporom nezaleznosti«, in: *Karpatška Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939, S.109-115.
- Rohozyj, H., *Do tajny vbyvstva polk. Ju. V. Otmarštajna*. Černivei 1934.
- Rohrbach, Paul, »Kalt Blut!«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 617-623.
- –, »Deutschland als Befreier«, *Das Größere Deutschland* 1 (1914), H. 24, S. 693-701.
- –, *Deutschland unter den Weltvölkern*. Berlin-Schöneberg <sup>2</sup>1908.
- –, »Kritisches Entwicklungstempo in Rußland«, *Berliner Börsen-Courier* 236/23.5.1917, S. 1-2.
- –, »Moralische Eroberungspolitik«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 664-669.
- –, »Die Eröffnung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Die Ukraine* 8 (1926), S. 3-7.
- –, *Woher es kam*. Stuttgart 1919.
- –, »Die ukrainische Frage«, *Kieler Neueste Nachrichten*, 12. 12. 1938, S. 1-2.
- –, »Der ukrainische Friede«, *Leipziger Tageblatt* 76/11. 2. 1918, Morgenausgabe.
- –, »Der Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands«, *Deutsche Politik* 3 (1918), S. 195-200.
- –, *Die alldeutsche Gefahr*. Berlin 1918 (= *Der Tag des Deutschen*, 10).
- –, *Der Kampf um Livland*. München 1917.
- –, *Der Krieg und die deutsche Politik*. Weimar <sup>2</sup>1915.
- –, »Vom Kriegsziel«, *Das Größere Deutschland* 1(1914), H.31, S. 925-939.
- –, *Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution*. Weimar 1917.
- –, »Unsere ukrainische Politik«, *Die Ukraine* 1(1918/19), S. 3-8.
- –/Axel Schmidt, *Die russische Revolution*. Stuttgart 1917.
- Rohrbach, Paul, »Rußland«, *Die Zeit, Organ für den nationalen Sozialismus auf christlicher Grundlage* (Berlin), 2. Jg., 79/3.4.1897, S. 1-2.
- –, »Rußland in der Krisis«, *Preußische Jahrbücher* 107 (1902), S. 102-130.
- –, »Am Scheideweg der deutschen Zukunft«, *Das größere Deutschland* 28/10.7.1915, S.908-912.
- –, »Dr. Stefan Rudnyckij: Ukraina«, *Das Größere Deutschland* 1(1914), H.34/28.11.1914, S. 1024-1035.
- –, *Um des Teufels Handschrift*. Hamburg 1953.
- –, *In Turan und Armenien*. Berlin 1898.
- –, »Durch die Ukraine«, *Die Hilfe* 21/9.9.1915, S. 577-579.
- –, »Die Ukraine als europäisches Problem«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 177-181.
- –, »Vorwort«, in: Axel Schmidt, *Das Endziel Rußlands*. Stuttgart 1916, S. 3-10.
- –, *Weltpolitisches Wanderbuch 1897-1915*. Königstein/Leipzig 1916.
- Rojek, Marian, »Tajemnice posunięcia na froncie ukraińskim«, *Wieczór Warszawski* 46/ 15.2.1937.
- Romanyšyn, Petro, »Istorija ukraińskoï emigracii ta Ukraïńska Katolyčka Cerkva v Nimeččyni«, in: *Vasyl' Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 208-225.
- Roos, Hans, *Polen und Europa*. Tübingen 1957.
- von der Ropp, Friedrich, *Zwischen gestern und morgen*. Stuttgart 1961 (<sup>2</sup> 1963).
- Rosenberg, Alfred, *Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik*. München 1927.
- Rosenfeld, Günter (Hg.), *Pavlo Skoropads'kyj. Erinnerungen 1917 bis 1918*. Stuttgart 1999.
- Rosocha, Stepan, »Narodžennja deržavy«, in: *Karpatška Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939, S. 5-26.
- –, *Sojm Karpatškoï Ukraïny*. Winnipeg 1949.
- –, »Vijško Zakarpatškoï Ukraïny«, in: Jaroslav Daškevyč (Hg.), *Istorija Ukraïńskoho Vijška 1917-1995*. L'viv 1996, S. 468-481.
- *Rozbudova Nacii* 1 (1928) – 7 (1934).

- Rudnyčkyj, Jaroslav, »Moï Berlínski roky (1938-1941)«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlĩni 1918-1945*. Toronto 1996, S. 111-120.
- Rudnyckyj, Stefan [Rudnyčkyj, Stepan], *Ukraina. Land und Volk*. Wien 1916.
- –, *Ukraina und die Ukrainer*. Wien 1914.
- –, *Ukraina und die Ukrainer*. Berlin 1915.
- Rudnyčkyj, Stepan, *Čomu my chočemo samostijnoi Ukraïny*. L'viv 1994.
- –, *Ukraïnska sprava zi stanovyšča polityčnoï geografii*. Wien 1920.
- Rudnytsky, Ivan L. [Lysjak-Rudnyčkyj], »Carpatho-Ukraine: A People in Search of Their Identity«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 353-373.
- Rudnytsky, Ivan L. [Lysjak-Rudnyčkyj], »Mykhailo Drahomanov and Ukrainian-Jewish Relations«, in: Ivan L. Rudnytsky, *Essays*, S. 283-297.
- –, »Polish-Ukrainian Relations: The Burden of History«, in: Ivan L. Rudnytsky, *Essays*, S. 49-76.
- –, »The Problem of Ukrainian-Jewish Relations in Nineteenth-Century Ukrainian Political Thought«, in: Ivan L. Rudnytsky, *Essays*, S. 299-313.
- *Die Rückführung des Ostheeres*. Berlin 1936.
- Rybak, Oksana, »Problema Ukraïnskoho nacional'noho vidrodžennja na storinkach hazety «Ukraïnsche Nachrichten» (1914-1916)«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukraïnska Emihracija. Istorija i Sučasnist'*. L'viv 1992, S. 264-270.

## S

- S., R., »Vijna, jak čynnyk rozvytku kul'tury«, *Tryzub* 5 (1929), H. 13, S. 3-10.
- Šabl'ij, Oleh, Volodymyr Kubijovyč. Paris/L'viv 1996.
- Šach, Stepan, »Molodist' Jevhena Konoval'cja«, in: Bojko (Hg.), *Konovalec*, S. 45-87.
- Sakarpatezj, »Selbstbestimmungsrecht für die Karpathen-Ukraine«, in: *Karpathen-Ukraine*. New York 1938, S. 26-53.
- Salewski, Michael, *Der Erste Weltkrieg*. Paderborn u.a. 2003.
- Samijlenko, Ivan M., »Peršyj etap deržavnoho centru UNR v ekzyli (1920-1948)«, in: Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), *Deržavnyj Centr Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky v ekzyli. Statti i materijaly*. Philadelphia/Kyïv/Washington 1993, S.64-74.
- Samuś, Paweł/Kazimierz Badziak/Giennadij Matwiejew (Hg.), *Akcja «Łom»*. Warszawa 1998.
- Šandor, Vikentij, »Karpatska Ukraïna – zfederovana deržava«, in: Vasyľ Lev/Matvij Stachiv (Hg.), *Na pošanu simdesjatyričcja narodyn Romana Smal'-Stočkoho*. New York u. a. 1963, S. 319-339.
- Šandor, Vikentij, *Spomyny*. Bd. 1, Užhorod/New York 1996.
- Sands, Bedwin [George Raffalovich], »The Future of the Ruthenians«, *The British Review* 11 (1915), S. 26-38.
- – [George Raffalovich], *The Ukraine. A Lecture Delivered on Ukrainian History and Present Day Political Problems*. London 1914.
- Šapoval, Mykola, *Pro smert' Petljury*. Scranton PA 1929.
- Šapoval, Mykyta, *Lachomanija*. Praha 1931.
- Šaryk, Mychajlo, »Joho slidamy v Ukraïni i Kanadi«, in: Bojko (Hg.), *Konovalec*, S. 810-824.
- Saunders, David, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, *English Historical Review* 103 (1988), S. 40-68.
- Savickij, »Ėtapy razvitija pražskoj ruskoij emigracii v 1919-1939 gg.« in: *Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia*. Praha 1995, S. 46-53.
- Sayers, Michael /Albert E. Kahn, *The Secret War against America*. New York/London 1942, sowjetische Ausgabe: Sejers [Sayers], Michael/Albert Kan [Kahn], *Tajnaia vojna protiv Ameriki*. Moskva 1947.

- Schaefer, Hildegard, Moskau das Dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slavischen Welt. Hamburg 1929.
- Schattkowsky, Ralph (Hg.), Locarno und Osteuropa. Marburg 1994.
- Schenke, Cornelia, Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer 1921-1939. Hamburg 2004.
- Scherer, André /Jacques Grunewald (Hg.), L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Bd. 3, Paris 1976.
- Schickedanz, Arno, Das Judentum – eine Gegenrasse. Leipzig 1927.
- –, Sozialparasitismus im Völkerleben. Leipzig 1927.
- Schlögel, Karl, »Berlin: »Stiefmutter unter den russischen Städten«, in: Karl Schlögel (Hg.), Der große Exodus. München 1994, S. 234-259.
- – (Hg.), Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Berlin 1995.
- Schmidt, Axel, »Das Auferstehen der Ukraine«, Deutsche Politik 2 (1917), S. 924-929.
- –, Das Endziel Rußlands. Stuttgart 1916.
- –, »Die Entente und die Ukraine«, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 129-132.
- –, »Zum Geleit«, 5.12.1918, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 1.
- –, »Zur Lage in der Ukraine«, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 227-231.
- –, »Polen oder Moskau?«, Die Ukraine 2 (1920), H.3, S. 99-102.
- –, »Das ukrainische Problem«, Volk und Reich 9 (1933), S. 711-720.
- –, »Der Sturz des Hetmans«, Die Ukraine 1(1918/19), S. 25-29.
- –, Ukraine – Land der Zukunft. Berlin 1939.
- –, »Das Zentralproblem der russischen Geschichte«, Geistige Arbeit 3 (1936), Nr. 1, S. 3-6.
- Schorn, Alexander, Die NS-Presse zur Ukraine-Frage 1937/1938. Unveröff. Magisterarbeit, Universität der Bundeswehr Hamburg 1993.
- Seignobos, Charles, »Une nation opprimée«, Les Annales des Nationalités 2 (1913), S.121.
- Senn, Alfred Erich, The Russian Revolution in Switzerland 1914-1917. Madison WI u.a. 1971.
- Seraphim, Hans-Günther (Hg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956.
- Serczyk, Władysław A., »Drogi i bezdroża ukraińskiej myśli politycznej i narodowej w XX stuleciu«, in: Pułaski (Hg.), Ukraińska Myśl Polityczna, S. 11-19.
- Serhijčuk, Volodymyr, »Perši kroky u velykyj svit«, in: Vynar/Pazunjak, , S. 246-265.
- –, Symon Petljura i jevrejstvo. Kyiv 1999.
- Seton-Watson, Hugh/Christopher Seton-Watson, The Making of a New Europe. London 1981.
- Shandor [Šandor], Vincent, Carpatho-Ukraine in the Twentieth Century. Cambridge MA 1997.
- Shkandrij, Myroslav, Modernists, Marxists and the Nation. Edmonton 1992.
- Sidak, V. S., »Dijal'nist' specslužb Avstro-Uhorščyny j Nimeččyny na ukraińskych zemljach Rosijskoj imperii (kineć XIX – počatok XX st.)«, Ukraińskij Istoryčnyj Žurnal 1997, H. 6, S. 45-58.
- Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV.
- Škarenkov, Leonid K., Agonija beloј emigracii. Moskva 1981.
- Skocko, Jevhen, »Na Perelomi – 1938-1940«, in: Na Zov Kyjeva. New York/Toronto 1985, S. 9-19.
- Skoropys[-Joltuchovskýj], Oleksander, »Vid vydavciv«, In: Samostijna Ukraïna. R.U.P., Vecljar (Wetzlar) 1917, S. 26-43.
- Skoropys-Joltuchovskýj, Oleksander, »Moі »zločyny«, Chliborobśka Ukraïna, 2-4 (1920-21), S. 191-237.
- Skrzypek, J., Ukraïncy w Austrii podczas wielkiej wojny i geneza zamachu na Lwów. Warszawa 1939.

- Skyba, Roman, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja (UNO) v Nimeččyni«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 177-183.
- Sládek, Zdeněk, »Prag: Das ›russische Oxford‹«, in: Schlögel, Exodus, S. 218-233.
- Śleszyński, Wojciech, Obóz odosobnienia w Berezie Kartuskiej 1934-1939. Białystok 2003.
- Slyvka, Jurij (Hg.), Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'. L'viv 1992.
- Smal-Stocki, Roman, »Actions of ›Union for the Liberation of Ukraine‹ during World War I«, The Ukrainian Quarterly 15 (1959), S. 169-174.
- Smal'-Stočkyj, Roman, »Spohady pro Zenona Kuzelju«, In: Volodymyr Janiv (Hg.), Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962, S. 44-51.
- Smyk, Roman, »Profesor Zenon Kuzelja – ljudyňa, včenyj, hromadjanyn i patriot«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 101-106.
- Sobczak, Janusz, Polska w propagandzie i polityce III Rzeszy w latach 1939-1945. Poznań 1988.
- –, Propaganda zagraniczna Niemiec weimarskich wobec Polski. Poznań 1973.
- Sojfer, Davyd, »Sojuz sionistiv i antysemitiv«. in: Vodnij zaprodanskij uprjažci. Dnipropetrovśk 1978.
- Sosnovskyj, Mychajlo, Dmytro Doncov. Polityčnyj portret. New York/Toronto 1974.
- Sowa, Andrzej Leon, Stosunki polsko-ukraińskie 1939-1947. Kraków 1998.
- Sribnjak, Ihor, Poloneni Ukraïnci v Avstro-Uhorščyni ta Nimeččyni (1914-1920 rr.). Kyiv 1999.
- Stachiv, Jevhen, Kriz' tjurmy, pidpillja j kordony. Kyiv 1995.
- –, »Rozpovid' z vlasnoho dosvidu«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 36-41.
- Stachiv, Matvij, »Pacyfikacija Zachidn'oi Ukraïny [...]«, in: Zynovij Knyš (Hg.), Nepohasnyj Ohon' Viry. Paris 1974, S. 162-166.
- Stachiv, Volodymyr, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmarośkomu Syhoti«, Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), II: Nr. 1-2, S. 6; III: Nr. 3-4, S. 7; IV: Nr. 5-6, S. 11; V: Nr. 7-8, S. 14; VI: Nr. 9-10, S. 6-7.
- Stadtmüller, Georg, »Johann Mirtschuk«, in: Oleksander Kul'čyčkyj (Hg.), Zbirnyk na pošanu Ivana Mirčuka. München u. a. 1974, S. 262-264.
- Stavenhagen, Kurt, Die Kriegsziele des Großrussentums und der Fremdvölker Rußlands. Charlottenburg 1916.
- Stecjuk, Vasyl', »Prof. D-r Ivan Mirčuk«, in: Oleksander Kul'čyčkyj (Hg.), Zbirnyk na pošanu Ivana Mirčuka. München u. a. 1974, S. 255-262.
- Štefan, Avhustyn, Avhustyn Vološyn. Prezydent Karpatśkoï Ukraïny. Toronto 1977.
- Stefaniv, Z./D.Šramčenko, »Doba Het'manščyny«, in: Istorija ukraińskoho vijska, o. O. [L'viv/Kyiv] 1992, S. 421-461.
- Stefanyk, Wassyl, »Die Scholle«, Völkischer Beobachter 115/25.4.1935, S. 5.
- Stegner, Tadeusz (Hg.), Polska – Ukraina. Ludzie pojednania. Ukraińcy na Pomorzu w XX wieku. Gdańsk 2002.
- Stepankovsky, Vladimir [Stepankivskyj], The Russian Plot to Seize Galicia (Austrian Ruthenia). Jersey City NJ 1915 (London 1914).
- Stephan, John J., The Russian Fascists. New York u. a. 1978.
- Sterčo, Petro, Karpato-Ukraïnska Deržava. Toronto 1965.
- –, »Karpatśka Sič i ukraińskyj nacionalistyčnyj ruch«, in: Na Zov Kyjeva. New York/Toronto 1985, S. 20-36.
- –, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatśkoï Ukraïny«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 187-212.
- Stercho, Peter G. [Sterčo], Diplomacy of Double Morality. New York 1971.
- Stökl, Günther, »Das Studium der Geschichte Osteuropas von den Anfängen bis zum Jahre 1933«, in: Erwin Oberländer (Hg.), Geschichte Osteuropas. Stuttgart 1992, S. 3-11.

- Strel'skyj, H. V., »Imennyj pokažčyk«, in: Oleksander Šul'hyn, Bez terytorii. Kyiv 1998, S. 273-336.
- –, »Slovo pro O. Ja. Šul'hyna«, in: Oleksander Šul'hyn, Bez terytorii. Kyiv 1998, S. 253-272.
- Struve, Kai, Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert. Göttingen 2005 (= Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 4).
- Stryjek, Tomasz, Ukraińska idea narodowa okresu międzywojennego. Wrocław 2000.
- Studnicki, Władysław, Pisma Wybrane. Bd. 2, Toruń 2001.
- –, »Tworzenie Ukrainy z Polską lub przeciwko Polsce«, Słowo 6. 1. 1939.
- Stübe, Rudolf, Die Ukraine und ihre Beziehungen zum Osmanischen Reiche. Leipzig 1915.
- Subtel'nyj, Orest, Ukraina. Istorija. Kyiv 1992.
- Subtelny, Orest [Subtel'nyj], Ukraine. A History. Toronto/Buffalo/New York 1994 (1988).
- Sudoplatov, Pavel /Anatoli Sudoplatov, Special Tasks. London 1994.
- Šul'hyn, Oleksander, Bez terytorii. Kyiv 1998 (1934).
- Sulyma, Mychajlo, »Ich bin ein Berliner«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 9-12.
- –, »Ukraïnskyj Naukovyj Instytut«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 81-86.
- –/V. Jariš, »Ukraïnski studenty v Berlini pomiž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 136-143.
- Suprunenko, Nikolaj I., Očerki istorii graždanskoj vojny i inostrannoj voennoj intervencii na Ukraine (1918-1920), Moskva 1966.
- Suško, Ladislav, »Nemecká Politika voči Slovensku a Zakarpatskej Ukrajinie v období od septembrovej krízy 1938 do rozbitia Československa v marci 1939«, Československý časopis historický 21 (1973), S. 161-197.
- Suško, Roman, Chto vbyv polk. Otmarštajna?. Praha 1933.
- Švahuljak, Mychajlo, »Ukraïnska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'. L'viv 1992, S. 316-334.
- Szajkowski, Zosa, »A Reappraisal of Simon Petliura and Ukrainian-Jewish Relations, 1917-1920: A Rebuttal«, Jewish Social Studies 31 (1969), S. 184-213.
- Szcześniak, Andrzej/Wiesław Szota, Droga do nikąd. Warszawa 1973.
- Szefer, Andrzej, »Dywerysjno-sabotażowa działalność wrocławskiej Abwehry na ziemiach polskich w przededniu agresji hitlerowskiej w 1939 r.«, Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 32 (1987), S. 271-372.
- Szota, Wiesław, »Zarys rozwoju Organizacji Ukraińskich Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii«, Wojskowy Przegląd Historyczny 1963, H. 1, S. 163-218.
- Szwahulak, Mychajlo [Mychajlo Švahuljak], »Stanowisko i udział Ukraïnców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, in: Polska – Ukraina. Trudne pytania, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 36-61.
- Szymański, Antoni, Zły sąsiad. Niemcy 1932-1939. London 1959.

## T

- Telehin, Dmytro, »Chto ž naši prapredky?«, Indojevropa/Taki Spravy 1-2 (1996-1997), S. 54-58.
- Terlečkyj, Omeljan, Istorija ukraińskoï hromady v Raštati 1915-1918. Kyiv/Ljajpcig 1919.
- –, »Testament polityczny Symona Petlury«, Biuletyn Polsko-Ukraiński 35/226 (1937), S.396-397.
- –, »Jak poloneni Ukraïnci u vecljarskomu tabori pryvytaly revoljuciju v 1917. roci?« Litopys Červonoï Kalyny Nr. 11/1932, S. 6-8.
- –, »Ukraïnci-poloneni u vecljarskomu tabori pidčas povstannija ukraińskoï deržavy v druhij polovyni 1917 roku«, Litopys Červonoï Kalyny, Nr. 12/1932, S. 4-5.

Mark, die der Ukrainische Parlamentsclub in Wien überwies. Doncov knüpfte in Berlin Kontakte zu Deutschen, die an der Ukraine interessiert waren. Konsul Heinze hatte ihn auf die Bitte von Vasyľko und Levyčkyj dem deutschen Reichskanzler als »durchaus zuverlässige[n] Mann und ukrainische[n] Patriot[en]« empfohlen und gebeten, seinen Wünschen »nach Möglichkeit zu entsprechen«. <sup>193</sup> Doncov lebte in Berlin mit einem österreichischen Paß. Als er als Staatsangehöriger einer verbündeten Macht zum Kriegsdienst eingezogen werden sollte, schrieb das österreichische Außenministerium, er sei »nur aus geheimen politischen Gründen mit einem österreichischen Passe versehen« worden und man möge von einer »Verfolgung der Angelegenheit Abstand [...] nehmen«, was die Deutschen auch taten. <sup>194</sup> So »unabhängig« war also Doncov.

Auch der BBU verlagerte einen Teil seiner Tätigkeit nach Deutschland. Noch 1914 war Dr. Jevhen Levyčkyj (Eugen Lewicki), Rechtsanwalt und ruthenischer Reichsratsabgeordneter (nicht mit Kost' Levyčkyj zu verwechseln), im Auftrag des BBU nach Berlin gereist, »um die deutsche Öffentlichkeit über die Ukraina zu informieren«. <sup>195</sup> Er wurde als Angestellter des BBU ausgewiesen, und wohnte in der Nürnberger Str. 28 in Berlin. <sup>196</sup>

Im Januar 1915 überwies ihm Žuk 3000 Kronen für die erste Ausgabe eines Informationsblatts für die deutsche Presse, das wöchentlich unter dem Titel »Ukrainische Nachrichten« erscheinen sollte. <sup>197</sup> Žuk warnte Jevhen Levyčkyj vor Doncov, der »eine eigene Korrespondenz führen wird«, wobei er anmerkte, die Mitglieder der HUR, unter der Doncov firmiere, wüßten gar nicht, »daß sie durch Herrn Donzow in Berlin vertreten sind«. Žuk beschuldigte Doncov, sich gegenüber Otto Hoetzsch, dem Professor für osteuropäische Geschichte an der Berliner Universität, »abfällig« über den BBU geäußert zu haben, woraufhin Hoetzsch seine Beziehungen zum BBU unterbrochen habe. Die Publikationen des BBU sollten auch, »ehe wir noch die Erlaubnis bekommen, eine systematische Arbeit in Angriff zu nehmen«, unter den russischen Kriegsgefangenen ukrainischer Herkunft verbreitet werden. <sup>198</sup> Die propagandistische Tätigkeit im Sinne der Mittelmächte war eines der Anliegen des BBU – schon daher ist es verfehlt, wie Remer von »wahrscheinlich [von den Deutschen] bestellte[n] Erklärungen« zu sprechen. <sup>199</sup> Eine derartige Wertung vernachlässigt das wechselseitige Interesse der deutschen und der ukrainischen Akteure aneinander. Tatsächlich waren es unseren Befunden nach stets Ukrainer, die sich mit Projekten und der Bitte um

<sup>193</sup> Vasyľko/Levyčkyj an Heinze, 10. 1. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, ohne Paginierung; Heinze an von Bethmann Hollweg, 12.1.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 84; Die deutsche Botschaft in Österreich förderte außerdem von September 1914 bis Juni 1915 Doncovs Büro sowie sein Blatt mit 6618,41 Kronen (Kost' Levyčkyj, »Ausweis über die Verwendung«, 31.5.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 9, Bl. 104); vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 135-136.

<sup>194</sup> Vgl. ebd., S. 133.

<sup>195</sup> Provisorischer Bericht über die Tätigkeit des BBU für die Zeit September-Dezember 1914, 14.12.1914, HHSIA P.A.903 Kr.8b, Hornykiewicz I, S. 170-190, hier S. 180.

<sup>196</sup> Ebd., S. 190.

<sup>197</sup> Hier liegt ein Widerspruch vor: Die »Ukrainischen Nachrichten« erschienen bereits in Wien, während in Žuks Brief ausdrücklich von der ersten Nummer die Rede ist. Möglicherweise handelt es sich um die Verlegung der Redaktion nach Berlin.

<sup>198</sup> Žuk an Je. Levyčkyj, 21.1.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 10.

<sup>199</sup> Remer, Ukraine, S. 269.

- –, »Z žyttja polononych-Ukraińciv u Nimeččyni v 1916 r.«, Litopys Červonoj Kalyny, Nr. 6-7/1932.
- Terlycja, Marko, Nacionalistyčni skorpiony. Kyiv 1963.
- Thoss, Bruno, Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München 1978.
- Tjutjunnyk, Jurij, Z Poljakamy proty Vkraïny. Charkiv 1924.
- Tomaschiwskyj, Stephan [Stepan Tomašivskyj], Die weltpolitische Bedeutung Galiziens. München 1915.
- Tomašivskyj, Stepan, Istorija Ukraïny. L'viv 1919.
- Tomaszewski, Jerzy, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej wobec projektu utworzenia uniwersytetu ukraińskiego we Lwowie«, in: Pułaski (Hg.), Ukraïnska Myśl Polityczna, S. 115-124.
- Topol', M. L., »Viza na ubijstvo. Po dokumentam razvedki«, Voенno-istoričeskij žurnal 32 (1990), Nr. 11, S. 48-62.
- Torke, Hans-Joachim/John-Paul Himka (Hg.), German-Ukrainian Relations in Historical Perspective. Edmonton/Toronto 1994.
- Torrès, Henry, Le procès des pogromes. Paris 1928.
- Torzecki, Ryszard, Kwestia ukraińska w polityce III Rzeszy (1933-1945). Warszawa 1972.
- –, Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929. Kraków 1989.
- –, Polacy i Ukraïncy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993.
- Toržestvo istoričnoï spravedyvosti. L'viv 1968.
- Tourly, Robert, Derrière les brumes de la Vistule. Paris 1931.
- –, Le conflit de demain. Paris 1929; dt. Ausgabe Berlin, Warschau, Danzig. Köln 1929.
- Troščynskyj, Volodymyr P., Mižvojenna ukraińska emihracija v Jevropi jak istorične i social'no-polityčne javyščje. Kyiv 1994.
- –, Najmanci fašyzmu. Ukraïnski buržuazni nacionalisty na službi hitlerivciv u mižvojennyj period 1921-1939rr. Kyiv 1981.
- Tschutschman, S. [Sydir Čučman], »Die rechtlich-politische Lage der West-Ukraine«. In: Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 30-47.
- Tschutschman, S. [Sydir Čučman], »Die historisch-politische Tradition der Ukrainer und ihr Kampf um den Staat«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 18-34.
- Tsouloukidse, Michael [Miheil Culukidze], Die Ukraine. Leipzig 1939.

## U

- Udovyčenko, Oleksander, Ukraïna u vijni za deržavnist'. Winnipeg 1954.
- Karpatska Ukraïna v borot'bi. Zbirnyk. Wien 1939.
- Samostijna Ukraïna. R.U.P., Vecljar (Wetzlar) 1917.
- Soborna Ukraïna 1920-1921.
- Die Ukraine (1918/19-1924)
- Die Ukraine 8 (Dezember 1926, Jahcheft).
- Die Ukraine und der Krieg. Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine. München 1915.
- Von einem Ukrainer, »Die separatistische Bewegung der Ukraine«, Neue Züricher Zeitung 1467/10.8.1917.
- Ukraïnskyj Vistnyk, Berlin 1-4 (1937-1939).
- Za Ukraïnu. Podorož Vel'možnoho Pana Het'manyča Danyla Skoropadškoho do Zlučenyh Deržav Ameryky j Kanady. Chicago/Edmonton 1938.
- »Unterredung mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten«, Berliner Tageblatt, 19. 8. 1918.
- V odnij zaprodanskij uprjažci. Dnipropetrovšk 1978.
- Uspenskij, I. V., »Čto skazal doktor Klejst v 1939 godu«, Voенno-istoričeskij žurnal 1991, Nr. 12, S. 21-23.

## V

- V., O., »Tragedija Sribnoï Zemli«, Vistnyk 7 (1939), S.296-298.
- Valimigère, Pierre, Et demain? Paris 1929; dt. Ausgabe: Und morgen? Berlin 1929.
- Vaškovyč, Hryhorij, »Jevhen Konovalec i Jevhen Petruševyč v 1920-1921 rokach«, in: Bojko, Konovalec, S. 303-315.
- Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, 1918.
- Verstjuk, V./T. Ostaško, Dijači Ukraïnskoï Central'noï Rady. Kyïv 1998.
- Veryha, Vasyl' (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996.
- Vetter, Matthias, Antisemiten und Bolschewiki. Berlin 1995.
- Viator, »Německo-ukrajinské intriky«, Národní Listy 22/23.1.1934.
- Vjedjenjejev, Dmytro/Dmytro Burim, »Dmytro Dorošenko i »sprava Sevrjuka«, in: Nauko-  
vi Zapysky. Zbirnyk prac molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyïv 1997, S. 434-448.
- –, »Zarodžennja special'nych služb ruchu Ukraïnskyh nacionalistiv (1920-1930 rr.)«, Pam'at'  
stolit' 2001, H. 4, S.109-116.
- Vogel, Barbara, Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter  
Bülow 1904-1906. Düsseldorf 1973.
- Voigt, Gerd, »Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaft-  
lichen Instituts«, in: Schlögel (Hg.), Russische Emigration, S. 267-278.
- Volkov, Theodore [Fedir Vovk], »The Ukraine Question«, The Russian Review 1 (1912), H.  
4, S. 106-119.
- »Die Volksgruppen in Polen«, Frankfurter Zeitung 26. 8. 1939, S. 4.
- Vološin, Agustin, »Carpathian Ruthenia«, Slavonic and East European Review 13 (1934/35),  
S. 372-378.
- Volz, Hans (Hg.), Das Werden des Reiches 1939, Berlin 1940 (= Dokumente der Deutschen  
Politik, Bd. 7, Teil 1).
- Vrecona, Jevhen, »Moï zustriči z polkovnykom«, in: Bojko, Konovalec, S. 466-481.
- Vulpus, Ricarda, Nationalisierung der Religion. Russifizierungspolitik und ukrainische Natio-  
nasbildung 1860-1920. Wiesbaden 2005 (= Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 64).
- »Vyjasnennja«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 4.
- Vynar, Ljubomyr R., »Ukraïnska Narodnja Respublika i deržavotvorčyj proces Ukraïnskoï  
nacii«, in: Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), Deržavnyj Centr Ukraïnskoï Narodnoï  
Respubliky v ekzyli. Stati i materijaly. Philadelphia/Kyïv/Washington 1993, S. 7-15.
- Vynnyčenko, Volodymyr, Vidrodžennja Nacii. Bd. 1, Kyïv/Viden' 1920.
- Vynnyčkyj, R., »Berestejskyj dohovir (1918-1928)«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S.42-44.

## W

- W., »Skoropadsky«, Hamburger Fremdenblatt 8. 9. 1918.
- Wasilewski, Leon, Ukraina i sprawa Ukraïnska. Kraków 1911.
- –, Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland. Wien 1915.
- Watson, D. R., »Jean Pélissier and the Office Central des Nationalités, 1912-1919«, English  
Historical Review 110 (1995), S. 1191-1206.
- Wehrhahn, Torsten, Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehun-  
gen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923. Berlin 2004.
- Wendland, Anna Veronika, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen  
Österreich und Russland 1848-1916. Wien 2001 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-  
ungarischen Monarchie, 27).
- Wertheimer, Fritz, Durch Ukraine und Krim. Stuttgart 1918.
- Winch, Michael, Republic for a Day. London 1939.
- Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für  
Deutschland, München 3-4 (1923/24).
- Wojciechowski, Marian, Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938. Poznań 1965.



- Wolff, Max J., »Land und Leute«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 164-170.
- Wollstein, Günter, »Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/1945«, in: Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 795-810.
- Wroński, Stanisław (Red.), »Współdziałanie rządu polskiego z emigracyjnymi organizacjami antyradzieckimi w latach 1918-1938«, in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Bd. 3, Warszawa 1968, S. 262-288.
- Wysocki, Roman, »Liga Narodów wobec pacyfikacji Galicji Wschodniej w 1930 roku a polsko-ukraińska konfrontacja na arenie międzynarodowej«, in: Roman Drozd (Hg.), Ukraińcy w najnowszych dziejach Polski (1918-1989), Bd. 1, Słupsk 2000, S. 46-71.
- -, Organizacja Ukraińskich Nacjonalistów w Polsce w latach 1923-1939. Lublin 2003.

## Z

- Zadorečkyj, Petro, »Fragment z dijal'nosty polk. Je. Konoval'cja za časiv joho poizdky po Ameryci«, in: Bojko, Konoval'eč, S. 825-845.
- Zahrava I (1923).
- Zaliznjak, Mykola, »Pro »moderne moskvočil'stvo«, Literaturno-Naukovyj Vistnyk 64 (1913), Nr. 11, S. 364.
- Zaliznjak, Mykola, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytov'skomu«, in: Ivan Kedryn (Hg.), Berestejskyj Myr 1918-1928. L'viv/Kyiv 1928, S.45-142.
- Zaliznjak, Mykola [Zaliznjak], Samostijna Ukraïna – nesocialistyčne haslo?. Wien 1915.
- Zaliznjak, Mykola, Ukraïnci, Rosija j vijna. o.O.o.J. [Wien 1914/16].
- Zalozečkyj, Volodymyr, »Kil'ka prylyudnych zapytyv do p. redaktora »Novoi Zori«, Meta 45 (88), 18. 11. 1934, S. 5-6.
- Zamlyn'skyj, Volodymyr, Šljach čornoï zrazy. L'viv 1969.
- Zastavenko, Huryj F., Krach nimečkoï intervencii na Ukraïni v 1918 roci. Kyiv 1959.
- Zbirnyk Chliborobškoï Ukraïny, Praha 2 (1933).
- Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962.
- Zbirnyk Pamjaty Symona Petljury (1879-1926). Praha 1930 [Repr. Kyiv 1992].
- Ždanovyč, O., »Na partyzanskomu fronti«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 405-420.
- Zechlin, Egmont, »Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche«, Aus Politik und Zeitgeschichte, 1961, S.269-288, 325-337, 341-367; 1963, H. 20, S. 3-54; H. 22, S. 3-47.
- Žeguč, Ivan, Die nationalpolitischen Bestrebungen der Karpato-Ruthenen 1848-1914. Wiesbaden 1965.
- Zeleński, Władysław, Zabójstwo ministra Pierackiego. Warszawa 1995 (Paris 1973).
- Zelins'kyj, Viktor, Syn'ožupannyky. Berlin 1938.
- Żerko, Stanisław, Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939. Poznań 1998.
- Zetterberg, Seppo, Die Liga der Fremdvölker Rußlands 1916-1918. Helsinki 1978.
- Zgórnjak, Marian, »Ukraina Zakarpacka 1938-1939«, in: Pułaski (Hg.), Ukraïnska myśl polityczna, S. 155-162.
- Zięba, Andrzej, »Jacob Makohin i jego Ukraïnskie Biuro Prasowe (1931-1939)«, Biuletyn Informacyjny Południowo-Wschodniego Instytutu Naukowego, 1995, Nr. 1, S. 65-68.
- Zlepko, Dmytro, Die Entstehung der polnisch-ungarischen Grenze. München 1980.
- Na Zov Kyjeva. New York/Toronto 1985.
- Žuk, Andrij, »Jak dijšlo do zasnuvannja »Sojuzu vyzvolennja Ukraïny«, Kalendar'-almanach Dnipro na rik 1935. L'viv 1935, S. 103-117.
- Žukov'skyj, Arkadij, »Jevhen Konoval'eč – u 55-tu ričnycju smerty«, in: OUN – mynule j majbutnja. Kyiv 1993, S. 36-44.
- Osteuropäische Zukunft 1-3 (1916-1918).
- Zynkevyč, Osip, »Studentski roky Jevhena Konoval'cja« in: Bojko, Konoval'eč, S. 88-111.

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Auswärtiges Amt
ApA	Außenpolitisches Amt der NSDAP
BAMA	Bundesarchiv – Militärarchiv
BBU	Bund zur Befreiung der Ukraine
BBWR	Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem <i>Parteiloser Block zur Zusammenarbeit mit der Regierung</i>
CDIAL	Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny; L'viv <i>Zentrales Historisches Staatsarchiv der Ukraine</i>
CESUS	Central'nyj Sojuz Ukraïnskoho Studentstva <i>Zentralbund der Ukrainischen Studentenschaft</i>
COP	Centralny Okręg Przemysłowy <i>Zentrales Industrieviertel</i>
DGO	Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas
DUG	Deutsch-Ukrainische Gesellschaft
FVP	Freiheitliche Volkspartei
FZ	Frankfurter Zeitung
GFIK	Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation
HR	Heneral'na Rada / Holovna Rada <i>Generalrat / Hauptrat</i>
HS	Heneral'na Staršyna <i>Allgemeine Obrigkeit</i>
HUNM	Hrupa Ukraïnskoï Nacional'noi Molodi <i>Gruppe der Ukrainischen Nationalen Jugend</i>
HUR	Holovna Ukraïnska Rada <i>Ukrainischer Hauptrat</i>
KPP	Kommunistische Partei Polens
KPZU	Komunistyčna Partija Zachidnoi Ukraïny <i>Kommunistische Partei der Westukraine</i>
KUM	Komitet Ukraïnskoï Molodi <i>Komitee der Ukrainischen Jugend</i>
LNV	Literaturno-Naukovyj Vistnyk <i>Literaturwissenschaftlicher Bote</i>
LUN	Lehija Ukraïnskych Nacionalistiv <i>Legion Ukrainischer Nationalisten</i>
MSPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Mehrheitsfraktion
NAC	National Archives, Canada
ND	Endecja <i>(Polnische) Nationaldemokratie</i>
NSV	NS-Volkswohlfahrt

ODVU	Orhanizacija Deržavnoho Vidrodžennja Ukraïny <i>Organisation für die staatliche Wiedergeburt der Ukraine</i>
OEK	Osteuropäische Korrespondenz
OHL	Oberste Heeresleitung
OUEJ	Objednannja Ukraïnskoï Emihracii u Jevropi <i>Vereinigung der Ukrainischen Emigranten in Europa</i>
OUN	Organisation Ukrainischer Nationalisten
OUN-B	Banderaanhänger
OUN-M	Mel'nykanhänger
OVKUG	Orhanizacija Vyščych Klas Ukraïnskych Gimnazij <i>Organisation der höheren Klassen Ukrainischer Gymnasien</i>
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
PUN	Provid Ukraïnskych Nacionalistiv <i>Führung der Ukrainischen Nationalisten</i>
RGVA	Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv <i>Staatliches Russländisches Militärarchiv</i>
RN	Rozbudova Nacii <i>Ausbau der Nation</i>
ROND	Rossijskoe Nacional'no-Socialističeskoe Dviženie <i>Russländische Nationalsozialistische Bewegung</i>
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik
RUP	Revolutionäre Ukrainische Partei
RWI	Russisches Wissenschaftliches Institut
SS	Sičovi Stril'ci <i>Sič-Schützen</i>
SUF	Sojuz Ukraïnskych Fašystiv <i>Union Ukrainischer Faschisten</i>
SUHUF	Sojuz Ukraïnskych Hromadjan u Francii <i>Bund Ukrainischer Bürger in Frankreich</i>
SUNM	Sojuz Ukraïnskoï Nacionalistyčnoï Molodi <i>Union der Ukrainischen Nationalistischen Jugend</i>
SUNN	Sojuz Ukraïnskych Nacionalistiv u Nimeččyni <i>Union Ukrainischer Nationalisten in Deutschland</i>
SUS	Sojuz Ukraïnciv Samostijnykiv <i>Union Ukrainischer Selbstständigkeitsanhänger</i>
UAH	Ukraïnska Akademična Hromada <i>Ukrainische Akademische Gemeinschaft</i>
UHA	Ukraïnska Halyčka Armija <i>Ukrainische Galizische Armee</i>
UNAKOR	Ukraïnska Narodna Kozacka Respublika <i>Ukrainische Kosaken-Volksrepublik</i>
UNDO	Ukraïnske Nacional'no-Demokratyčne Objednannja <i>Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung</i>
UNDS	Ukraïnskyj Nacional'no-Deržavnyj Sojuz <i>Ukrainische National-Staatliche Union</i>
UNKT	Ukraïnske Narodne Kozacke Tovarystvo <i>Ukrainische Nationale Kosakengesellschaft</i>
U.N.O.	Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja <i>Ukrainische Nationale Vereinigung</i>
UNOK	Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja Kanady <i>Ukrainische Nationale Vereinigung Kanadas</i>

UNP	Ukrainškyj Narodnyj Provid <i>Ukrainische Volksführung</i>
UNP	Ukrainška Narodnja Partija <i>Ukrainische Volkspartei</i>
UNR	Ukrainška Narodnja Respublika <i>Ukrainische Volksrepublik</i>
UNS	Ukrainische National-Union
UPNR	Ukrainška Partija Nacional'noi Roboty <i>Ukrainische Partei der Nationalen Arbeit</i>
URRP	Ukrainisch-Ruthenische Radikale Partei
USChD	Ukrainškyj Sojuz Chliborobiv-Deržavnykiv <i>Ukrainische Union der Staatsanhängenden Bauern</i>
USDRP	Ukrainische Sozialdemokratische Arbeiterpartei
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USS	1) Ukrainškyj Sičovyj Sojuz <i>Ukrainische Sič-Union</i> 2) Ukrainški Sičovi Stril'ci <i>Ukrainische Sič-Schützen</i>
UVO	Ukrainška Vijskova Orhanizacija <i>Ukrainische Militärorganisation</i>
UWI	Ukrainisches Wissenschaftliches Institut
VB	Völkischer Beobachter
VNR	Vseukrainška Nacional'na Rada <i>Allukrainischer Nationalrat</i>
WEV	Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
ZUNR	Zachidn'o-Ukrainška Narodnja Respublika <i>Westukrainische Volksrepublik</i>
ZUNRO	Zachidn'o- Ukrainška Nacional'no- Revoljucijna Orhanizacija <i>Westukrainische Nationalrevolutionäre Organisation</i>
ZUR	Zahal'na Ukrainška Rada <i>Allgemeiner Ukrainischer Rat</i>

# PERSONENREGISTER

- Abshagen, Karl Heinz 1000  
 Achelis, Johann Daniel 649  
 Adler, Viktor 73  
 Afanas'ev 342  
 Aleksinskij, Grigorij 97  
 Alrosenburg Riml, Franz von 88  
 Altenburg, Günther 851, 869, 870, 879, 880, 882, 883, 891, 892, 895  
 Alvensleben, Werner von 303, 475, 476  
 Aly, Götz 828, 922  
 Anders, Władysław 1003  
 Andrejka 278  
 Antrian-Werburg, Leopold von 31, 32, 87  
 Andrijevskij, Dmytro 553-558, 561, 562, 567, 568, 574, 575, 592, 595, 596, 600, 623, 643, 656, 743, 759, 800, 812, 907, 928, 980, 1020  
 Andrijevskij, Opanas 384, 407, 408, 465  
 Andrijevskij, Viktor 468, 544, 549  
 Ankerstein, Feliks 844, 849  
 Antonovyč, Dmytro 366, 499, 637, 720  
 Antonovyč, Mychajlo 941, 967, 968, 976, 990, 992, 1010  
 Antonowicz, Włodzimierz/ Volodymyr 28, 30, 202, 366  
 Ario, Carl 841, 847  
 Arkas, Mykola 118  
 Armstrong, John 17  
 Artjušenko, Jurij 457, 551, 777, 779, 781, 785-802  
 Arz 286, 288  
 Astachov 912  
 Atamančuk, Vasyl' 445  
 Atarürk, Kemal 584  
 Attolico, Bernardo 842, 846, 893, 897  
 Aumüller 667  
 Aussem, Vladimir/ Waldemar Christianovič 412-415, 418  
 Austriacus 213  
 Avalov-Bermoudt, Pavel 796  
 Babij, Oleksa 456, 549, 563, 781, 789, 818  
 Bachmann, Klaus 29, 30, 32, 35  
 Bačyna-Bačynskij, Jevhen 557, 567, 591, 611, 647, 658, 666, 687, 746, 752, 753  
 Bačynskij, Edmund 820, 834  
 Bačynskij, Jevhen 146, 417  
 Bačynskij, Julijan 32, 427, 435, 546  
 Bačynskij, Lev 467, 546  
 Baden, Max von 331, 336, 1025  
 Bader 757, 758  
 Badziak, Kazimierz 716, 810, 834  
 Bahan, Oleh 552, 577, 585, 594, 803, 804, 887, 1013  
 Balej, Petro 666, 801  
 Balfour, Lord Arthur 175  
 Ballin, Albert 148, 149  
 Ballreich, Hans 810, 818  
 Bandera, Stepan 456, 504, 544, 553, 555, 560, 564, 566-568, 584, 585, 633, 643, 644, 692, 697-699, 703, 709, 800-804, 886, 889, 901, 921, 934, 941, 942, 944, 945, 1009, 1013  
 Baranovskij, Jaroslav 566, 633, 677, 697, 698, 701, 798, 799, 803, 812, 816, 821, 886-891, 931, 940-946, 980, 981, 987, 989, 991, 996, 1011  
 Baranovskij, Roman 445, 566, 697  
 Barbaš, Hryč 741, 880  
 Bardach, Marko 174  
 Barga 683  
 Barnes, Ralph 833  
 Bartenwerffer, Conrad Gustav Friedrich von 83, 185  
 Basarab, Ol'ha 440, 441, 443  
 Batowski, Henryk 390  
 Baumgart, Winfried 244, 245, 258, 261, 265, 269, 299, 300, 317, 357, 358  
 Bažanskij, Mychajlo 441, 444, 446  
 Beck, Józef 607, 680, 681, 807, 813-815, 834, 840, 841, 846, 848, 854-856, 862, 863, 871, 872, 874, 880, 882, 892, 907-913, 969, 977  
 Behrendt 403, 405, 414, 419  
 Beneš, Edvard 412, 693, 868, 928  
 Benn, William Wegwood 858, 859  
 Berbeneč, Symon 498  
 Berber 828  
 Berchem, Johannes von 270, 301, 302, 326, 330, 334-353  
 Berchtold, Leopold von 68, 70, 71, 87, 89  
 Berckheim 304  
 Berdjaev, Nikolaj Aleksandrovič 583  
 Berezynskij, Jurko 565  
 Bergen, Diego von 70, 74, 102, 110, 112, 116, 130, 132, 134-137, 141, 146, 147, 171-176, 183, 186, 187, 216  
 Bergmann 935  
 Bernadotte, Gustav V. 108  
 Bernhard, Georg von 268, 996  
 Bernstein Namier, Lewis 86  
 Bernstein, Eduard 557  
 Bethmann Hollweg, Dietrich von 149, 152, 164, 167, 168, 172  
 Bethmann Hollweg, Theobald von 67, 69, 76-82, 96, 100, 101, 107, 130, 134, 147, 149, 151, 162, 164-169, 172, 204, 218, 313  
 Beyer, Hans 71, 171, 181, 222, 245, 289, 304, 309

- Bezpál'ko, Osyp 126, 464, 651  
 Bezručko, Marko 392  
 Biberovyč, Jaroslav 416  
 Biberovyč, Ladislaus 468  
 Biberovyč, Volodyslav 174  
 Biberstein-Possatschinskij, Theodor von 401, 405, 406, 459, 529, 612, 613, 627, 738, 739, 744, 757, 806, 814, 851, 937  
 Bibikov 304  
 Bierzanek, Remigiusz 368, 369  
 Bihl, Wolfdieter 35, 68, 90, 96-98, 100, 146, 174, 178, 249, 271, 280, 281, 285, 288, 322  
 Bihun, Mykola 439  
 Bilas, Vasyl' 565, 566, 587  
 Bilej, Jurko 879, 885  
 Bilyk, A. 796  
 Birčák, Volodymyr 20, 818, 825, 827, 832, 837, 844, 858, 860, 866, 876, 884-886, 896, 898, 900, 903, 919, 920, 929  
 Birkbeck, William John 48, 49  
 Bisanz, Alfred 368, 705, 983  
 Biskupskij, Vasilij 469, 471  
 Bismarck, Otto von 66, 233, 584, 768, 897  
 Blomberg, Werner von 663, 689, 691  
 Blücher, Wipert von 370, 373, 375, 383, 399-402, 407, 409, 411, 416, 418  
 Blume 853  
 Blyznjak 617  
 Bobrinskij, Vladimir 48  
 Bobrzyński, Michał 37  
 Bocheński, Adolf 681, 953  
 Bocheński, Aleksander 844  
 Bock 796  
 Bodnarovyč, Osyp 552, 554  
 Boeling 135  
 Bohachevsky-Chomiak, Martha 36, 522  
 Bohuš, V. 600  
 Bojdunyk, Osyp 555, 556, 559, 563, 565, 603, 677, 817, 989, 1008, 1009, 1011  
 Bojkiv, Oleksa 549, 553, 556, 558, 559, 562, 571, 791  
 Bojko, Jurij 20, 389, 452, 557, 683  
 Boljanovskýj, Andrij 20, 22, 115, 703, 762, 763, 821, 930, 979, 984-990, 993, 996, 1005, 1011-1013  
 Bonaparte, Napoléon III. 501, 508, 1019  
 Bonnet, Georges 825  
 Bor'kovskij, Roman 582  
 Borowsky, Peter 18, 41-43, 46, 75, 76, 79, 82, 85, 108, 153, 154, 170, 187, 189, 218, 219, 240, 244-248, 256, 257, 259, 261, 262, 264-266, 286, 295, 298, 305, 306, 311-317, 323-326, 329-338, 341-343, 348, 349, 352, 355-357  
 Borščak, Ilja 765  
 Böss, Otto 589  
 Botkin, Sergej 415, 419  
 Brachmann 750  
 Bracht, Werner 424  
 Brammer, Karl 964, 965, 967  
 Brandon, Ray 646  
 Brandt 871  
 Braščajko, Julij 886  
 Brauchitsch, Walther von 1000  
 Braun von Stumm 912  
 Breuilly, John 578  
 Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 377  
 Brodij, Andrij 810, 819, 820, 835, 837, 839, 847, 904, 970  
 Bronstein 502  
 Brose 70  
 Broszat, Martin 578, 579, 831, 832, 853, 871, 874, 875, 907-911  
 Browning, Christopher 23  
 Brożek, Andrzej 54  
 Brück 110, 117  
 Bruck, Arthur Moeller van den 588  
 Brückner, Aleksander 16, 117, 213, 220, 225, 234-236, 600  
 Bruder, Franziska 590  
 Bruski, Jan Jacek 18, 260, 304, 351, 365, 366, 370, 384-386, 390, 391, 395, 398, 400, 402, 403, 406, 408, 411, 417, 457, 458, 468, 470-473, 507, 509, 534  
 Bryk, Ludwik 606, 635  
 Bryndzan, Ilarion 749, 750  
 Bučko, Ivan 618  
 Budding, Carl 716, 724, 762  
 Budny 688  
 Budurowycz, Bohdan 563, 564, 597, 716, 862, 1002  
 Buell, Raymond Leslie 965  
 Bukšovanyj, Josyp 606, 640  
 Bullock, Alan 471  
 Bülow, Bernhard von 39, 70, 654  
 Buračynskýj 385  
 Burckhardt, Carl 986  
 Buriań-Rajecz, Stefan von 142, 190, 249-258, 262, 267, 279-281, 284, 287-305, 310, 315, 326, 327, 330, 334, 336, 362  
 Burim, Dmytro 253, 376, 399, 526, 618-620  
 Bürkner, Leopold 1001  
 Burnatovyč, Oleksa 468  
 Bussche-Haddenhausen, Hilmar von 75, 83, 148, 166, 184, 186, 192, 247, 252, 259, 260, 279, 302, 315, 324, 329, 331, 23  
 Buszko, Józef 38  
 Čajkivska, Helena 693  
 Čajkivskýj, Vasyl' 777, 782  
 Calinescu 894  
 Callwey 154  
 Canaris, Wilhelm 741, 752, 763, 768, 769, 801, 905, 1000-1002

- Carr, Wilbur 873  
 Cavour, Camillo Benso Conte di 501  
 Čeborativ, Mykola 432  
 Čechivskýj, Volodymyr 353, 364, 374  
 Čehel'čkyj, L'onhyn; *Cehelskyj, Lonhyn* 52, 130, 173, 207, 208, 384  
 Celevyč, Volodymyr 445, 862, 917, 927, 935  
 Čemerynska, Anna 890  
 Čemerynskýj, Jaroslav 499  
 Čemerynskýj, Orest; *Orschan, Jaroslaw* 86, 87, 321, 499, 519, 550, 624, 780, 792, 812, 820, 821, 957, 892, 978  
 Čerednyčenko, Vitalij P. 286, 437, 447, 449, 577, 578, 666, 769, 888, 995, 997  
 Chamberlain, Neville 812, 815, 816  
 Charaszkievicz 844  
 Chickering, Roger 66  
 Chmel'nyčkyj, Bohdan 34, 50, 497  
 Chodacki, Marian 811  
 Chojnowski, Andrzej 18, 369, 455, 456, 521, 522, 562, 646, 716, 953  
 Chomyšyn 477, 716, 950  
 Chrystjuk, Pavlo 265, 297, 462  
 Churchill, John 49, 910  
 Chvalkovský, František 836, 837, 850, 864, 875, 884 Chvyl'ovyj, Mykola 605  
 Chymyneč, Julijan 20, 624, 696, 754, 765, 811, 812, 817, 821, 825, 827, 839, 840, 852, 868, 881, 899, 903, 930, 980, 990, 1005  
 Chymyneč, Jurij 890  
 Chymyneč, Marusja 885  
 Ciano, Galeazzo 840, 846, 905, 912  
 Ciastoń 844  
 Cisek, Janusz 470  
 Claß, Heinrich 76, 81, 153, 154, 229-231, 307,  
 Cleinow, Georg 222, 224, 234  
 Clerk, George 175  
 Čmola, Ivan 37, 272, 274, 275, 466  
 Cohn, Oskar 144, 145  
 Conte, Francis 414, 418  
 Conze, Werner 66, 77, 81  
 Čornyj, Dmytro 59  
 Cortesi, Filippo 950  
 Coulondre, Robert 867  
 Crull 624  
 Csáky, István von 834, 846, 867, 871, 874, 905, 969, 970, 998  
 Čubinskij, Pavel P. 32, 34  
 Čučman, Sydir 387, 448, 451, 551, 553, 554, 555, 623, 643, 652, 662, 693, 700, 820, 978  
 Čudinov, Mykola 465, 468  
 Curtius, Julius 611  
 Curzon, George Nathaniel Lord 365  
 Cvenhroš, Hustav 146  
 Čykalenko, Jevhen 463  
 Čykalenko, Petro 128  
 Cyrianovyč 604  
 Čyž, Jaroslav 397, 436, 438  
 Čyževskýj 115  
 Czechowski, Omeljan 565  
 Czernin, Ottokar von und zu Chudenitz 81-83, 146, 174, 180, 183, 186-192, 240, 256, 269, 277, 210, 317, 324, 355  
 Dallwitz, Hans von 54  
 Danilevskij, Nikolaj 60, 202, 512  
 Danylyšyn, Dmytro 565, 566, 687  
 Darányi, Kálmán 836  
 Daškevyč, Roman 105, 275-278, 821, 900  
 Dassel, Felix 683  
 David, Eduard 241  
 Decykevyč, Volodymyr 363  
 Dehmel, Hans 930, 987, 1005  
 Dehn, Paul 161  
 Delbrück, Hans 221  
 Demaitre, Edmond 877  
 Demčuk, Dmytro 550, 551, 558, 643, 800  
 Denikin, Anton 291, 365, 380, 384-389, 400, 469, 704, 1026  
 Dernburg, Bernhard 221  
 Deszczyński, Marek Piotr 844, 868, 903  
 Devius 995  
 Diels, Rudolf 640, 665, 666  
 Dienstmann 536  
 Dir, Adolf 425  
 Dirksen, Hermann von 301, 339, 341, 342, 405, 406, 426, 471, 474, 475, 480, 492, 493, 524, 529, 531, 532, 534, 538, 539, 604, 606, 608, 612, 613, 615, 624  
 Disraeli, Benjamin 589  
 Djačenko, Petro 459  
 Dmowski, Roman 52, 53, 212, 213, 217, 298, 318, 368, 369, 395  
 Dmytrenko, Pavlo 750, 885  
 Dmytruk, Klym Je. 449, 632, 703, 705, 772, 1000  
 Dmytryšyn, Basil 11, 259, 261-265, 321  
 Dnistrjanskýj, Stanyslav 371, 466  
 Dobrjański, Sofran 956  
 Dobryj, Abram 264, 301  
 Dohrmann, Hans 162, 163  
 Dolenga, Svjatoslav 718  
 Dolezalek, Alexander 828  
 Dolnaj, Mykola 886  
 Domarus, Max 747  
 Doncov, Dmytro 12, 35, 56-64, 69, 90-96, 101, 102, 106-114, 121, 149-152, 177, 197, 199, 203, 204, 209, 212, 214-217, 220, 224, 227, 260, 270, 272, 292, 293, 305, 316, 328, 348, 350, 351, 370, 371, 374, 382, 393, 433, 455-457, 464, 466-468, 471, 477, 491, 497, 499-519, 543, 544, 547, 552, 554, 555, 558, 573-575, 577, 579, 582-589, 594-599, 605, 634, 645, 646, 673, 735, 738, 778, 780,

- 823, 857, 918, 920, 933, 946, 948, 958, 995, 1003,  
1013, 1014, 1019, 1021, 1022, 1027-1029
- Doncova, Marija 351, 455, 549
- Döring 888
- Dorošenko, Dmytro 20, 22, 25, 39, 56, 57, 59,  
90-93, 96-98, 103, 111, 133, 136, 163, 177-179,  
183, 189, 191-193, 200, 244-246, 250, 252-255,  
260-263, 270, 274, 277-279, 282-284, 287, 288,  
292, 293, 297-299, 302, 303, 308, 312, 316, 320,  
326, 327, 329, 330-332, 335, 336, 339, 345-347,  
361, 364, 367, 371, 375, 376, 387, 399, 413, 420,  
430, 431, 456, 463, 467, 470, 471, 475, 477, 478,  
481, 487-489, 492, 498, 499, 502, 507, 508, 517,  
520-541, 549, 557, 575, 601, 616-622, 659, 668,  
1022, 1027
- Dorošenkova, Natalija 412, 413
- Dorožanškyj, Mykola 439
- Dorožynskyj, Pavlo 585
- Dostoevskij, Fedor 40, 512
- Dove, Heinrich 241
- Drabatyj, Ivan 661, 749, 773, 776, 777
- Drahan, Antin 624
- Drahomanov, Mychajlo 28, 29, 49, 60, 294, 297,  
515, 542, 599, 600, 981
- Drescher 747
- Drive 82
- Dub, Jaroslav 595
- Dumin, Osyp 88, 97, 103, 104, 274, 275, 281,  
342, 362, 363, 368, 436-448, 649, 691, 692, 696,  
697, 702, 704-706, 709, 742, 790, 857, 1027
- Ďurčanský, Ferdinand 834, 856
- Duré, Franz 342
- Dürksen 658, 720, 721, 727, 731, 734, 735, 747,  
755, 777, 783, 786, 798, 809, 936
- Ebert, Friedrich 234, 342, 346, 379
- Eckhardt, Hans F. 170
- Eckhardt, Johannes von 163
- Eichhorn, Hermann von 244, 255, 264, 269, 270,  
298-305, 312, 330, 424
- Eisenlohr, Ernst 826
- Erdmannsdorf, Otto von 845-847, 878, 892,  
893, 897, 898, 970
- Erzberger, Matthias 75, 80, 132, 144, 156, 216,  
267, 268
- Estreicher, Stanisław 949
- Eichegoyen, Olivier d' 563
- Eucken, Walter 378
- Falkenhayn, Erich von 77
- Fedak, Stefan 88, 434, 452
- Fedenko, Panas 486, 582, 605, 634
- Fedorciv, Fedir 216, 522
- Fedorčuk, Jaroslav 49, 52, 55
- Fedusio, Piotr 641, 694, 696
- Fedyna, Andrij 450, 561, 643, 688, 693-695, 705
- Fedyshyn, Oleg S. 18, 68, 82, 88, 114, 156, 184,  
190, 193, 237, 247, 257, 285, 318, 325, 331, 355
- Fehrenbach, Konstantin 144, 242, 243
- Feierabend, Ladislav Karel 822, 826, 881
- Fel'dman, Alek 412
- Feldman, Wilhelm 214
- Fencyk, Stepan 810, 819, 820, 847, 904
- Finck 796
- Fischer, Fritz 14, 42, 43, 65-68, 72, 75-85, 153,  
185, 187, 313, 317, 355, 356
- Fischer, Peter 679
- Fitzwilliam, J. K. L. 176
- Fleischmann 263, 270
- Flotow 262, 340, 342, 343, 348, 350, 351
- Forgách-Ghymes-Gács, János von 190, 251-  
255, 278, 256-258, 262, 263, 267, 274, 279-281,  
288, 300-303, 310, 311, 315, 326, 327, 330, 338
- Forster, Albert 641
- Förster, Paul 219
- Franco, Francisco 933
- François-Poncet, André 679
- Frank, Hans 849, 863
- Franko, Ivan 29
- Frantz, Günther 424
- Frech, Bergrat F. 156, 158
- Freytag-Loringhoven, Axel von 172, 173
- Friedman, Saul S. 505
- Friedmann 378
- Friedrich 109, 113, 117, 120, 122, 130, 131, 136,  
144, 145, 166
- Frisch 534, 618-622
- Froböß, Helmut 693
- Frycz, Stefan 845
- Funk, Walter 689
- Fürstenberg, Karl Emil zu 255-257, 301, 327,  
330, 333, 334, 336, 340, 342, 343, 348, 359, 351
- Fylononyč, V. 824
- Gabovda, Jurij 817
- Gabrusevyč, Ivan 552, 568, 624, 643, 710, 980
- Gabrys, Juozas 150
- Galan, Volodymyr 385, 388
- Galowda, Jurij 839
- Garibaldi, Giuseppe 501
- Gebsattel, Konstantin von 153-155, 157-159,  
366, 371, 372
- Geiss, Imanuel 76
- Geller, Oskar L. 156
- Gempp, Friedrich 438, 449
- Gentile, Giovanni 573, 574
- George, David Lloyd 375, 471
- Gerullis, Georg 654, 671, 793, 996
- Gerus, Oleh V. 370
- Gieslingen, Wladimir Giesl von 68, 71, 91, 92,  
98
- Gilley, Christopher 301, 412, 413, 421, 462, 535,  
604, 765
- Goebbels, Joseph 641, 681, 690-692, 698, 707,  
708, 816, 830



Finanzierung an die Deutschen gewandt haben. Selber ergriffen die Deutschen noch keine Initiative.

Es ist daher auch nicht richtig, daß Zechlin für 1915 das Ende der »Aufwiegelung« und ihren Ersatz durch »Propaganda« annahm.<sup>200</sup> Die »nationale Erziehung« von ukrainischen Kriegsgefangenen war kein Propagandacoup, da sie zunächst geheim blieb. Hierbei handelte es sich um ein echtes Stück Vorbereitung zu »Revolutionierung« oder »Aufwiegelung«.

## 5. DIE »GEFANGENENARBEIT«

Die Ziele der »Gefangenenarbeit« bestanden zunächst nicht in der Aufstellung einer kämpfenden Truppe.<sup>201</sup> Wie es Paul Rohrbach, mit dem AA abgestimmt, in seiner Denkschrift für den schwedischen König im Oktober 1915 formulierte, verband man nationale und soziale Forderungen, ohne militärische Funktionen vorzusehen:

»Man brauchte [...] nur einige tausend ukrainische Kriegsgefangene in Deutschland und Österreich-Ungarn zu präparieren und sie beim Einmarsch in das eigentliche ukrainische Gebiet mit dem Auftrage zu den Ihrigen zu schicken, die Landzuweisung an die Bauern zu verkünden. Die Durchführung einer derartigen Agrar-Reform im Sinne der ukrainischen Bauern würde ohne weiteres die Möglichkeit geben, die Ukraine nachher vom übrigen Rußland getrennt politisch zu organisieren.«<sup>202</sup>

Die »Gefangenenarbeit« wurde neben der Publikationstätigkeit das Hauptarbeitsgebiet des BBU. Die Idee stammte aus Lemberg. Urbas regte nämlich im August 1914 nach Gesprächen mit ukrainischen Politikern an,

»die Ukrainer unter den Kriegsgefangenen besonders zu behandeln, sie aufzuklären, dass wir als ihre Freunde in ihr Land einrücken und sie so weit zu gewinnen, dass man sie dann in die Freiwilligenkorps einteilen oder als Agenten in den nicht besetzten Gebieten der Ukraine verwenden kann.«<sup>203</sup>

Mit der »Gefangenenarbeit« blieb der BBU auch in Österreich im Geschäft. Selbst als die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem BBU abgebrochen wurde,

<sup>200</sup> Vgl. Zechlin, »Friedensbestrebungen« 1961, S. 351

<sup>201</sup> Literatur zur »Gefangenenarbeit« ist rar. Zwar gibt es den Band von Terlečkyj über Rastatt, der den Beginn einer Reihe über alle Lager darstellen sollte, weitere Bände erschienen jedoch nicht; kleine Teile aus dem geplanten Wetzlar-Band erschienen 1932 in Polen (Omeljan Terlečkyj, »Z žyttja polononych-Ukraïnciv u Nimeččyni v 1916 r.«, Litopys Červonoï Kalyny, Nr. 6-7/1932; ders., »Jak poloneni Ukraïnci u vecljarskomu tabori pryvytaly revoljuciju v 1917 roci?« Litopys Červonoï Kalyny Nr. 11/1932, S. 6-8; ders., »Ukraïnci-poloneni u vecljarskomu tabori pidčas povstannja Ukraïnskoï deržavy v druhij polovyni 1917 roku«, Litopys Červonoï Kalyny, Nr. 12/1932, S. 4-5); aus neuerer Zeit gibt es den Band von Sribnjak (Ihor Sribnjak, Poloneni Ukraïnci v Avstro-Uhorščyni ta Nimeččyni [1914-1920 rr.]. Kyiv 1999).

<sup>202</sup> Denkschrift Paul Rohrbach, »Bemerkungen über Rußland« [19. 10. 1915], zit nach Borowsky, »Rohrbach«, S. 444-445.

<sup>203</sup> Konsul Urbas, Ukrainische Frage, 20.8.1914, HHStA P.A. 523 Liasse, Hornykiewicz I, S. 11-14, hier. S. 14. – Hoyos hatte zu diesem Satz den Randvermerk »Ja sehr wichtig« gesetzt.

- Gol'del'man, Solomon 495  
 Golczewski, Frank 26, 27, 175, 235, 244, 295,  
 382, 402, 418, 429, 506, 637, 676, 768, 927  
 Goldhagen, Daniel 23  
 Gömbös, Gyula 489  
 Gondek, Leszek 705, 741, 742, 861, 951  
 Gor'kij, Maksim 21, 245, 250, 260-264, 266, 273,  
 279, 298, 300, 302, 303, 306, 338, 340  
 Göring, Hermann 437, 648, 657, 680, 689, 730,  
 741, 764, 815, 835, 837, 838, 851, 855, 856, 861,  
 880, 894, 906, 911-913, 920, 935  
 Gottwald, Klement 861  
 Grabowski, Kazimierz 434  
 Grabowski, Sabine 53  
 Grabowsky, Adolf 198, 220  
 Grabski, Stanisław 369, 395, 396, 522, 523  
 Grabski, Władysław 390  
 Grabuševyč 555, 559  
 Graebe, Kurt 452, 454, 648, 649, 664, 667, 760,  
 825, 826, 882  
 Graefe 452, 996  
 Graevenitz, Hartwig von 306  
 Grafencu, Grigore 969  
 Graham, Ronald 175  
 Grebing, Helga 68, 80, 86, 91, 92, 95-97, 99, 100,  
 106  
 Greiser, Arthur 693, 695, 699  
 Grekov, Oleksander 407, 418, 465  
 Grelka, Frank M. 11, 14, 69, 105, 174, 189, 192,  
 193, 198, 230, 243, 258-260, 294, 295, 297, 298,  
 638, 711, 756, 860, 935, 1007, 1018  
 Grigor'ev/ Hryhorijiv 494  
 Grin, Ivan 812  
 Gröber, Adolf 241  
 Groener, Wilhelm 25, 45, 244-246, 258, 259,  
 261-267, 269, 270, 277, 280, 285, 288, 298-302,  
 305, 307, 309, 312-316, 324, 328, 330, 336, 349,  
 358, 378, 408, 449, 453, 460, 463, 469, 471, 474-  
 476, 479, 480, 529-534, 536, 545, 608, 610, 612,  
 615, 616, 622, 623, 631, 649, 652, 674, 684, 824,  
 1027, 1029, 1031, 1034  
 Groscurth, Helmuth 763, 979, 993, 999, 1001,  
 1002, 1006, 1007  
 Gruchala, Janusz 71, 79, 87, 133, 170, 205  
 Grumbach, S. 155, 221, 222, 234  
 Grünau 79, 313  
 Grzybowski, Waclaw 693, 952  
 Guggenheimer, Siegfried 378  
 Gumilev, Lev 518  
 Gumovskij, Jakiv 726  
 Günther, Konrad 161  
 Haas, Ludwig 243, 366, 369, 370, 374, 458  
 Habiger, Walter 976  
 Habsburg, Karl Albrecht von 271  
 Habsburg, Karl I. von 80, 188, 271, 243, 279,  
 362, 363, 468  
 Habsburg, Wilhelm von 106, 152, 256, 257, 271,  
 273, 274, 278-281, 292, 302, 305, 311, 312, 314,  
 329, 346, 359, 362, 376, 392, 403, 404, 467-470,  
 488, 545  
 Hácha, Emil 864, 867, 868, 881, 885, 893  
 Haffner, Sebastian 23  
 Hainburg 755  
 Haj-Nyžnyk 380, 470, 472  
 Hajovič 869  
 Hajvas, Jaroslav 20, 597, 884, 887, 889, 901, 931,  
 932, 934, 962, 990, 991, 994, 996-998, 1005,  
 1008-1011, 1015  
 Halahan, Mykola 937, 938  
 Halahan, Ol'ha 937  
 Halder, Franz 986, 999, 1004, 1006, 1007  
 Halifax, Edward Frederick Wood Earl of 892  
 Halip, Artem 403, 458, 765  
 Hall, William Reginald 647  
 Haller, Johannes 43, 156, 227, 228, 379  
 Haller, Józef 251  
 Haluščynski, Mychajlo 104, 105, 345  
 Haluško, Kyrylo 253, 364, 376, 482, 537  
 Hammann 76  
 Haniel von Haimhausen, Edgar 380, 491, 492  
 Hankevyč, Lev 467, 565  
 Hankevyč, Mykola 362, 464  
 Hanyckyj 54  
 Hartmann, Eduard von 40, 203  
 Hartmeyer, Hans 219, 220  
 Haryš, L. 789  
 Hasenko, Jurij 181  
 Hauschild, Herbert 404, 410, 415, 417, 418, 426,  
 524  
 Haushofer, Karl 425, 589, 798  
 Hausner, Arthur 103, 194  
 Heckel, Heinz 882  
 Heeren, Viktor von 928  
 Heim, Susanne 922  
 Heinze, Karl 67, 69, 70, 73, 74, 101, 102, 106,  
 107, 110, 146, 180, 181, 204  
 Helfferich, Karl Theodor 161  
 Helphand, Israil; *Parvus, Alexander* 65, 94  
 Helsingfors 375  
 Hencke, Andor 739, 818, 826, 837, 839, 842, 843,  
 850, 851, 865, 868, 870, 884, 885, 894, 895, 897,  
 899, 901  
 Henlein, Konrad 825  
 Henno, Émile 338, 340, 341  
 Herčanyvskij, Dmytro 274, 276, 278  
 Herd 36  
 Herder, Johann Gottfried 45  
 Hermann, G. 225  
 Hertling, Georg von 84, 171, 173, 182, 186-189,  
 192, 249, 266, 296, 298, 304-306  
 Hess, Rudolf 836  
 Hewel 836, 874, 893, 969

- Hey, Siegfried 415, 683  
 Heydenkorn, B. 1014  
 Heyden-Rynch 892  
 Heydrich, R. 801  
 Hildebrandt, Klaus 906  
 Hill, Leonidas E. 814  
 Himka, John-Paul 18  
 Himmler, Heinrich 688-690, 741, 763, 874  
 Hindenburg, Otto von 642  
 Hindenburg, Paul von 80, 193, 286, 475, 476, 535, 631, 715, 769  
 Hintze, Paul von 309, 314-316, 333  
 Hirnjak, Ljubomir 20, 450, 730  
 Hirnjak, Nikifor 273, 274, 277, 279-281, 376, 599, 823, 860, 861, 895, 896, 899, 903, 905, 917, 930, 987-989, 993, 995-997, 1000-1002, 1005, 1008, 1011, 1012, 1019  
 Hitler, Adolf 22, 439, 454, 479, 489-493, 577, 580, 583-587, 611, 630-632, 637, 638, 640-646, 649, 656, 663, 666, 673, 675-681, 686, 688, 689, 696, 707, 715, 717, 718, 722, 723, 727-729, 743, 745, 752, 753, 756, 757, 770, 775, 784, 786, 787, 792, 795, 801, 812, 814-820, 824-826, 833, 835, 836, 838, 839, 841, 846, 848-850, 852-859, 864, 866, 868-875, 879, 881-933, 944, 945, 969, 970, 972, 974, 975, 986, 987, 990, 992, 995, 996, 1000, 1004, 1006, 1008, 1014, 1016, 1018-1020, 1029, 1033  
 Hladovyč, Ivan 718, 752  
 Hnatevyč, Bohdan 105, 140, 143, 272-274, 276, 282, 435, 436, 560  
 Hnatjuk, Volodymyr 456  
 Hnatkivska, Darija 688, 697-699, 1013  
 Hodovnyj, Stefan 641  
 Hodža, Milan 809  
 Hoensch, Jörg K. 830, 832  
 Hoetzsch, Otto 29, 30, 45, 46, 55, 77, 107, 148, 163, 203, 227-229, 236, 474, 523, 526, 534, 536, 539, 614, 615, 623, 973  
 Hoffinger, Max 277, 309, 310  
 Hoffman, Jerry H. 146, 147  
 Hoffmann, Max 181, 183, 184, 189, 193, 195, 196, 247, 261, 263, 267, 269, 295, 305, 308, 324, 343, 469  
 Hofmann, Hamilkar 850, 859, 860, 883, 884, 893-895, 898, 899, 902  
 Hohenlohe-Schillingfürst, Gottfried zu 70, 78, 79, 99, 251-255, 300, 310, 399  
 Hohenzollern, Friedrich Wilhelm von 77  
 Hohenzollern, Wilhelm II. von 43, 65, 68, 69, 71, 119, 140, 182, 186, 187, 189, 193, 257, 279, 309, 315, 328, 339  
 Hohenzollern-Sigmaringen, Carol II. von 849  
 Holovinskij, Juljan 435, 436, 444, 445, 453, 555, 559, 560  
 Hołowko, Tadeusz 396, 522, 523, 565, 606, 627, 628, 687  
 Holubko, Viktor 275, 276, 283, 284, 287  
 Holubovyč, Vselevod 191, 192, 260, 261, 264, 265, 269, 270, 283, 293, 301, 373, 374  
 Hölzle, Erwin 194  
 Homlok, Sándor 969  
 Homzyn 593  
 Horak, Stephan M. 13, 47, 92, 190, 191, 248, 306, 317-322, 356, 361  
 Horbanjuk, W. von 728  
 Hörl, August 438, 439  
 Hornykevyč, Myron 802  
 Hornykiewicz, Theophil 25, 32, 71, 79, 86-100, 103, 107, 108, 129, 132, 142, 164, 171, 188, 190, 249-258, 262, 267, 269, 270, 277-281, 284, 285, 287-289, 299-303, 305, 309, 310, 326, 327, 330, 333, 334, 336, 340-343, 346, 348, 350, 351, 362, 385, 399, 411, 412, 466  
 Horoch, Emil 953  
 Horthy und Nagybánya, Miklós von 470, 484, 814, 834-836, 845, 847, 892, 893, 900, 1032  
 Hory 875  
 Hotzendorff 216  
 Hoyos, Alexander Graf von 68, 71, 86, 88, 89, 93, 95, 98, 99, 108  
 Hroch, Miroslav 121, 430  
 Hruševskij, Kateryna 192  
 Hruševskij, Mychajlo; *Грушевский, Михаил* 30, 32-35, 40, 42, 45, 50, 51, 56, 57, 59, 60, 63, 72, 98, 104, 118, 163, 167-169, 173, 184, 191, 192, 199-201, 219, 228, 229, 243, 258, 262, 264, 266, 269, 270, 285, 291, 366, 378, 382, 461-463, 468, 496, 515, 516, 527, 542, 546, 637, 720, 751, 974, 981, 1021  
 Hrycaj, Dmytro 566, 701, 796  
 Hrycaj, Ostap 36, 63, 105, 275, 796, 816, 820, 928, 930, 939  
 Hrynevečkyj, Stepan 486  
 Hubatsch, Walther 1008  
 Huculjak, Mychajlo 362, 363  
 Huene 613  
 Hugenberg, Alfred 153  
 Hülsen 138, 140, 174  
 Hunczak, Taras 31, 267, 300, 330, 370, 471, 484, 494, 495, 505  
 Husar, Mychajlo 852  
 Hussarek von Heinlein, Max 327  
 Hutovyč-Norym, Jevhen 979, 989  
 Hüttenberger, Peter 23  
 Hutten-Czapski, Bogdan Graf von 68, 70, 71, 142, 251  
 Huyn, Karl Georg von 188, 363  
 Hyža, Ivan 549  
 Il'nyčkyj, Roman 19, 675, 676, 889, 919, 943, 958, 996, 1000, 1015  
 Immel 670  
 Imrédy de Ómoravica, Béla 835, 876

- Indyševskýj, Jaroslav 435, 436, 441  
 Insabato, Enrico 580, 680, 912  
 Ioffe, Adol'f 309  
 Iščuk-Pazurnjak, Natalija 733  
 Isičenko 406  
 Ivanovčyk, Vasyl' 825  
 Ivanovič, Ivan 603  
 Ivanys, Vasyl' 494, 496, 497, 499, 500, 510  
 Jaciv, Ivan 796  
 Jäckh, Ernst 378  
 Jacobsohn, Hermann 225  
 Jagmin, Tadeusz 949  
 Jagow, Gottlieb von 67, 71, 74, 76, 149, 355, 356  
 Jakovliv, Andrij 303, 365, 495, 497, 505  
 Janiv, Volodymyr 121, 450, 451, 456, 552, 556, 564, 621, 687, 1006  
 Jariš, Vasyl' 473, 547, 571, 621, 661, 725, 762, 780, 786, 791  
 Jary, Franz Josef 702, 703, 725  
 Jary, Olga; *Spielvogel, Rosa* 704, 706, 709, 711, 742  
 Jary, Riko 22, 430, 437-439, 442-444, 446-448, 451, 541, 552, 554, 555, 558, 561, 564, 566, 568, 569, 610, 616, 617, 621, 623-626, 631-633, 636, 639-642, 644, 645, 648-650, 652-654, 656, 657, 662, 663, 666, 667, 669-671, 681-683, 686, 688, 691-693, 696, 697, 700-712, 731, 733, 738, 742-744, 747-750, 767, 768, 773, 780, 787, 790, 798, 800, 801, 803, 804, 807, 812, 817, 821, 822, 833, 852, 863, 869, 880, 886, 888-891, 896, 917, 918, 936, 945, 946, 948, 965-967, 974, 975, 978-981, 988, 991, 992, 999, 1027, 1029, 1030, 1034  
 Javnyj 796  
 Javorskij, Julijan 97  
 Jędrzejewicz, Waclaw 813-815, 838, 845, 854, 855, 863, 875, 880, 910  
 Jefremov, Serhij 265, 905  
 Jekel'sky, Serhij 494  
 Jemeč, Fedir 725, 726  
 Jendyk, Rostyslav 62, 515, 583, 584  
 Jenkins, David 185  
 Jenny, E. 116, 117, 244, 264, 337  
 Jeremiiv, Mychajlo 366, 386, 432, 739, 750  
 Jevdokymenko, Volodymyr Ju. 293  
 Jobst, Kerstin S. 27, 29, 31, 32, 55, 85, 245  
 Jockheck, Lars 829  
 Jodl, Alfred 1006  
 Jordan 121, 123, 131, 137, 165, 167, 171-173, 183  
 Jost, Heinz 880  
 Józewski, Jan Henryk 391, 457, 633, 759, 952  
 Ju Muchina, M. 392  
 Judenič, Nikolaj N. 796  
 Jurčyšyn, Ivan 777  
 Jurevyč, Volodymyr 447, 979  
 Jürgs, Michael 272  
 Jurkevvyč, Lev 56, 57, 91, 97  
 Kačmar, Mychajlo 777, 786, 791, 792, 816, 821, 958  
 Kačurovskýj, V. 884  
 Kahn, Albert E. 624, 801  
 Kaindl, Raimund 162  
 Kaledin, Aleksej Maksimovič 183, 185  
 Kamenečkyj, Ihor 460, 480, 668, 735, 740, 741  
 Kandyba, Oleksander; *Ol'žyč* 456, 692, 816, 821, 824, 884, 887, 896, 991  
 Kánya, Kalman 834, 835, 844, 846  
 Kapnist, Vasyl' 40  
 Kappeler, Andreas 17  
 Kapustjanskýj, Mykola 394, 473, 558, 593, 627, 643, 644, 685, 740, 791, 886, 890, 902, 917, 918, 937, 946, 980, 1000, 1013  
 Karačevskýj, Osyp 741, 989  
 Kardoff, Siegfried von 54  
 Karkort 733  
 Karmasin, Franz 856, 864, 866, 869, 870, 878-890, 893  
 Karpyneč, Jaroslav 699, 1013  
 Kartužka, Bereza 698  
 Karwicki, Piotr 759  
 Kedryn-Rudnyčkyj, Ivan 20, 169, 171, 173, 179, 319, 320, 366, 412, 420, 440, 444, 446, 447, 460, 469, 477, 482, 494, 498, 500, 517, 556, 559, 561, 562, 603, 686, 716-719, 862, 915, 925, 926, 960, 961, 1006, 1007, 1017, 1018, 1020, 1021  
 Keeding 750  
 Keitel, Wilhelm 659, 910, 1000, 1004  
 Keller 534  
 Kellogg, Michael 469, 488, 490, 491, 629, 657, 658  
 Kennan, George F. 822, 823, 842, 861, 868, 877, 885, 904, 906, 914, 929  
 Kennard, Howard William 814  
 Kentij, Anatolij Viktorovyč 22, 392, 431-433, 435-438, 440, 456, 464, 466, 488, 489, 511, 542, 559, 579, 580, 593, 594, 604-611, 627, 632, 639, 640, 645, 656, 659, 685, 687, 699, 701, 702, 708, 709, 730, 769, 788, 789, 792, 799, 801, 802, 806, 824, 857, 858, 904, 909, 918, 919, 940, 941, 943, 967, 968, 986, 992, 995, 996, 1000-1003, 1005  
 Keppler, Wilhelm 851, 864-866, 878-882, 903, 904, 928, 935  
 Kerenskij, Aleksandr 172, 174  
 Kershaw, Ian 23  
 Kešik, Jan 950-952  
 Kesküla, Aleksander 149  
 Keßler, Otto 156, 162  
 Keup, Erich 81, 110-113, 378  
 King, Joseph 85  
 Kirchberg 306  
 Kirdorf, Emil 153, 156

- Kizjuk 449  
 Kleiss, Heinz 870, 878-880, 882, 884,  
 Kleist, Peter 852, 854, 865, 866, 872, 873, 881,  
 886, 889-891, 907-909, 911-913, 925, 983, 993  
 Klempuś, Dmytro 822, 860, 866, 868, 885, 896  
 Klent 756  
 Klimkowski, J. 1003  
 Kłocurak, Stepan 809, 824, 882, 883, 886, 904  
 Klymenko 286, 906  
 Klymovyč, Josyp 486  
 Klymyšyn, Mykola 20, 544, 545, 566, 889, 942,  
 958, 991, 992, 1013, 1014, 1016  
 Knoerzer-Suckow, Karl von 258  
 Knyš, Zynovij 20, 431, 434, 437, 441-450, 453,  
 494, 543, 544, 550, 552, 555, 559-563, 566, 568,  
 581, 606, 607, 633, 703, 706, 707, 709-711, 803,  
 888, 943, 944, 979, 980, 983, 991, 993, 1001,  
 1002, 1012, 1013  
 Kobr, Miloš 891, 897  
 Kobylański, Tadeusz 735, 811, 847, 848, 862,  
 867, 875, 952, 953  
 Kobzdaj, A. 796  
 Kobzjar-Čyhun, Volodymyr 1012  
 Koch, Hans 41, 320, 368, 386, 387, 474, 529, 531,  
 705, 762, 827, 828, 922, 954  
 Kočubej, Nykola 373, 470, 472, 476, 477, 481,  
 483-486  
 Koester 613  
 Koko, Eugeniusz 464, 465  
 Kolčák, Aleksandr 369, 373  
 Kolesa, Oleksander 529  
 Kollard, Jurij 423, 464, 550, 593  
 Kollman, Eric C. 78  
 Kolodziński, Mychajlo 566, 568, 581, 812, 869,  
 899, 903, 980  
 Kolosovskýj, V. 886  
 Komarnicki, Tytus 927  
 Komaryński, Volodymyr 860, 883-885  
 Komorowski, Krzysztof 686  
 Koniskij, Georgij 32  
 Konovalec, Jevhen 14, 20, 25, 35, 37, 63, 88, 98,  
 262, 270-278, 282, 284, 293, 328, 329, 339, 342,  
 351, 374, 386-389, 391-395, 397, 403, 427, 430,  
 432, 433-449, 451-454, 465, 466, 477, 505, 541,  
 545, 549, 551, 553-562, 566-572, 576, 579, 580,  
 585, 591, 593, 594, 601-611, 623, 626, 627, 630-  
 634, 636, 639, 640, 643-645, 658, 662, 664-667,  
 673, 677, 684-688, 693, 696-698, 701, 705-712,  
 741-746, 748, 752, 753, 763, 767, 773, 778-781,  
 784, 788, 790, 792, 794, 797-804, 806, 812, 857,  
 928, 943-945, 948, 975, 979, 1027, 1029, 1032,  
 1034  
 Konovalec, Jurko 448  
 Konovalec, Myron 549, 573, 754  
 Konovalec, Ol'ha; *geb. Fedak* 433  
 Konrad 668, 669  
 Konvaleskýj, Mykola 462  
 Kopp, Viktor 314  
 Kordjuk, Bohdan 546, 565, 566, 609, 624, 633,  
 643, 677, 693, 777, 821, 900, 991  
 Kordt, Erich 819  
 Korfanty, Wojciech/ *Albert* 54  
 Koroliv, Fedir 657, 659-661  
 Korolyšyn, Myron 994  
 Korostovec, Ivan 338  
 Korostovec, Volodymyr 404, 452, 477, 480, 526,  
 528-530, 532, 534, 646, 647, 744  
 Korovyčkyj, Ivan 487, 619  
 Korzec, Paweł 441, 442  
 Kosack, Martin 138, 140, 143  
 Kosak, Zenon 599, 903  
 Kosarenko-Kosarevyč, Vasyl' 557, 744, 745,  
 824, 905, 906, 994  
 Koschorke, Helmuth 662, 663, 707  
 Kossak, Hryhoryj 363  
 Kostariv, Leonid 550, 551, 555, 571-575, 743  
 Kostomarov, Nikolaj 27, 32, 34, 229, 720  
 Kosyk, Wolodymyr 19-21, 29, 52, 175, 321, 471,  
 492, 494, 499, 500, 632, 643, 667, 694, 711, 767,  
 773, 803, 921, 942, 943, 988, 1009, 1010  
 Kotowski, Albert S. 842, 843, 848, 849, 864, 907,  
 1018  
 Kovalenko, Jurij 785, 929, 930  
 Kovaleskýj, Mykola 264, 364, 854  
 Kovaliv, Petro 648, 877  
 Koževnykiv, Petro 453, 550, 551, 554, 555, 571,  
 572, 575, 608, 630, 646, 657, 725-730, 738, 760,  
 764, 885, 1030  
 Kozij 347, 373, 376  
 Kozlovskýj, Vsevolod 91, 117, 138, 178, 179,  
 283, 347  
 Kozłowski, Leon 680, 698  
 Koźmiński, Maciej 20, 815, 825, 838, 844, 860,  
 862, 864, 867, 878, 893, 904, 929, 969, 970  
 Kozyra, Waldemar 952  
 Krach 204  
 Kramer-Clett, Theodor II. von 468  
 Kranold, Herman 227, 228  
 Krasnov, Petr 314, 315, 337, 469  
 Krauel 750  
 Kraus, Anton 368, 385, 386, 391  
 Krausnick, Helmuth 993  
 Krauss, Alfred 249, 255, 256, 279, 281, 289  
 Kravcic 443  
 Kravciv, Bohdan 456, 514, 552, 554-556, 560  
 Krebs, Gerhard 856  
 Kress 249  
 Krestinskij, Nikolaj N. 429  
 Kroll, Carl 200  
 Krüger, Wilhelm 1012  
 Krull, Max 966  
 Krupnyčkyj, Borys 388, 625, 653, 655, 971-973

- Krušel'nyčyj, Antin 644  
 Krüß, Hugo Andres 534  
 Kryško, Lev 693, 741  
 Kubijovyč, Kazimierz 947  
 Kubijovyč, Volodymyr 428-430, 621, 655, 721, 793, 947-951, 956, 958, 1011  
 Kučab'skyj, Vasyľ 272, 274-276, 282, 392, 397, 436, 442, 450, 451, 486  
 Kucak, Roman 580, 581  
 Kučeruk, Oleksandr 22, 432, 438, 440, 442, 444, 446, 449, 450, 453, 653, 663, 683, 692, 701, 702, 704, 705, 773, 798, 800, 861, 918  
 Kucharzewski, Jan 217, 218  
 Kucilja, Osyp 777  
 Kügelen, Karl Konrad Emil von 726, 727  
 Kühlmann, Richard von 82, 83, 144, 182-184, 186-188, 192-194, 241-243, 248, 251, 256, 358  
 Kukuła, Józef 368, 369  
 Kul'čyčyj, Jurij 500, 505, 620  
 Kumke, Carsten 474, 520, 521, 523, 526, 528-532, 540, 614, 616, 617, 621-623, 648, 649, 651, 654, 655, 668, 672, 673, 712-714, 720, 747, 760, 762, 793  
 Kun, Bela 918  
 Kunyčyj, Leontyn 460, 461  
 Kunyčyj, Modest 718  
 Kuraev, Oleksyj 152-154, 155, 156, 160, 198, 220  
 Kurmanovyč, Viktor 643, 685, 784, 786, 788, 796, 816, 890  
 Kursell, Otto von 668  
 Kušnir, Makar 557, 558, 562, 580, 731  
 Kušnir, Volodymyr 57, 202  
 Kuusisto, Seppo 727, 749  
 Kuzelja, Zenon 126, 291, 398, 451, 452, 473, 528, 537, 621-623, 626, 639, 651, 652, 654-656, 668, 690, 707, 714, 793, 794, 824, 832, 971, 996  
 Kužmovyč, Volodymyr 926  
 Kysilev'skyj, Volodymyr 647  
 Laeuen, Harald 451, 623, 626  
 Lahousen-Vivremont, Erwin von 711, 769, 979, 984, 989, 993, 1000-1002, 1007  
 Lammers, Hans Heinrich 652, 653, 985  
 Landwehr, Achim 10  
 Langewiesche 41  
 Langner, Władysław 1006  
 Lansing, Robert 369  
 Lanz, Heinrich 307  
 Larisch 251, 300  
 Laroche, L. 679  
 Lazarenko, L. V. 185, 195, 391  
 Lebed', Mykola 683, 686, 688-691, 697-699, 707, 708, 710, 1013  
 Ledebour, Georg 241, 243, 246, 267  
 Leers, Johann von 649-652  
 Lehmann, J. F. 154, 222  
 Lehr-Splawiński, Tadeusz 949  
 Leibbrandt, Georg 606, 635, 639, 640, 656, 668-672, 712-715, 718-721, 725-727, 732, 735, 749, 750, 767, 768, 793, 824, 826, 827, 852, 853, 880, 881, 906, 936, 941, 957, 965, 985  
 Lemyk, Mykola 644, 1013  
 Lenin, Vladimir; *Ul'janov, Vladimir Il'jič* 80, 83, 86, 96, 126, 128, 305, 463, 508, 577  
 Lenkav'skyj, Stepan 457, 552, 555, 563, 597, 683  
 Lepkyj, Bohdan 179, 291, 294, 451, 522  
 Lersner, Kurt von 80, 83, 144  
 Lešktiv, Mychajlo 635  
 Leuchtenberg, Georg 313  
 Leverkuehn, Paul 741, 752, 801, 874, 979  
 Levyčka, Olena 796, 928, 930  
 Levyčyj, Andrij 460, 562, 739, 756  
 Levyčyj, Borys 1013  
 Levyčyj, Dmytro 447, 562, 605, 748, 862, 926, 932, 938  
 Levyčyj, Jevhen; *Lewicky, Eugen* 35, 41, 69, 83, 107, 114, 131-133, 155-157, 161, 187, 203-210, 224, 233-235, 241, 249, 251, 311, 321, 322, 361, 365, 366, 372, 374, 389, 411, 412, 424, 427, 481, 497, 510, 851, 876, 1022  
 Levyčyj, Kost' 68-71, 86, 88, 90, 92, 96, 98, 101, 104-107, 129, 133, 136, 157, 187, 200, 201, 203, 205, 211, 250, 269, 273, 280, 318, 319, 328, 346, 362, 363, 385, 395, 455, 463, 1007  
 Levyńskij, Volodymyr 58, 59, 584  
 Levyts'kyj, Mykola 181  
 Lewandowski, Krzysztof 45, 53, 87, 90, 119, 133, 154, 371, 392, 396, 462, 529, 530, 536, 549  
 Lezius, Friedrich 221, 222  
 Lindemann, Hugo 279, 324, 331  
 Lindig 203  
 Lindley 365  
 Linke, Horst Günther 414, 416  
 Linnell, Irving N. 904, 915  
 Linsingen, Alexander von 244  
 Lipiński, Waclaw 506  
 Lipski, Józef 680, 681, 688-690, 699, 735-738, 749, 767, 779, 790, 807, 808, 814-816, 835, 837-839, 845, 846, 854, 855, 862, 863, 875, 880, 907, 909, 910, 925, 977  
 Listowski, Antoni 391  
 Liszkowski, Uwe 77, 229  
 Litvinov, Maksim 395, 911, 912  
 Litvynenko 764  
 Livičyj, Andrij 385, 388, 394, 420, 430, 432, 457, 464, 605, 606, 681, 729, 733, 735, 757, 758, 778, 805, 877, 962, 963  
 Livičyj, Mykola 464, 746, 755-757, 778, 794, 812, 927  
 Ljachovyč, Jevhen 561, 684, 740, 759  
 Ljubars'kyj-Pišmennyj, Jevhen 91  
 Ljubin'skyj, Mykola 181, 189, 193, 267, 269

- Locquin, Jean 564  
 Loesch, Karl Christian von 827, 828  
 Loeßner, A. 818  
 Lopatynskyj, Jurij; *Tymčij, Volodymyr* 895, 943, 991  
 Łoś, Jan 522  
 Łoś, Stanisław 416, 417, 433  
 Lotočkyj, Oleksander 472, 497-499, 511, 737, 738  
 Lozyčkyj, Volodymyr 609, 611, 802, 943  
 Lozynskyj, Mychajlo 180, 212-214, 374, 384  
 Lübbers, Walter von 109, 112-114, 118, 126, 127, 130, 131, 137, 138, 140, 158-160, 165, 378  
 Łubieński, Michał 835  
 Lubomirski 255, 661, 688, 767, 768, 779  
 Lučkyj, Ostap 924, 926, 935  
 Ludendorff, Erich 80, 162, 185, 186, 192, 248, 259, 261, 288, 305, 309, 311, 313, 314, 329, 358, 371, 469, 472, 492  
 Lukaševyč 351, 374  
 Lukasevyč, Jevhen 304, 345, 346  
 Lupij, Ivan 795  
 Luxenburg, J. 686  
 Lypa, Jurij 584  
 Lypčak, Toma 684  
 Lypynskyj, Vjačeslav; *Lipiński, Waclaw* 14, 25, 56-59, 202, 252, 253, 256, 278, 279, 292, 293, 303, 329, 330, 332, 346, 351, 361, 364, 365, 367, 370, 371, 373, 379, 380, 387, 401, 420, 430, 431, 467, 469-473, 475, 477, 478, 480-487, 489, 498, 506, 507-509, 511, 512, 517-520, 522, 524-532, 534, 536-538, 540, 541, 545, 548, 549, 557, 575, 579, 581, 582, 596, 601, 614-619, 622, 659, 668, 669, 717, 719, 722, 948, 1027, 1028  
 Lysjak, Pavlo 465, 466, 492, 498-500  
 Lysjak-Rudnyčkyj, Ivan 18, 20, 478, 482, 486, 547, 548, 553, 585, 587, 598, 599, 729, 811, 911  
 Lysjuk, Hr. 858  
 Lyzanivskyj, Ivan 257  
 Lyzohub, Fedir 304, 316, 338, 344  
 Mace, James E. 461  
 Macejko, Hryč 697, 698  
 Machno, Nestor 400, 405  
 Macijevyč, K. 511  
 Mader, Julius 993, 1000  
 Magocsi, Paul Robert 17, 188, 752, 809-812  
 Maibaum, Werner 44  
 Majlov 644  
 Makar, Volodymyr 698, 958, 1014  
 Makarenko, Andrij 350, 352, 358, 388, 399-410, 423, 458, 459, 612-614, 627, 675, 738, 739, 757, 814, 826, 837, 850-852, 868, 897, 937-939, 1034  
 Makarenko, Oleksander 423  
 Makarenko, Pavlo 851, 937, 938, 957  
 Makaruška, Ljubomyr 445, 553  
 Makohin, Jakiv 647, 748  
 Makovečkyj, Jakiv 567, 746  
 Maksymenko-Tyčyna, Kindrat 468  
 Malanjuk, Jevhen 500  
 Maljuca, Ivan 643  
 Maltzan, Adolf Georg Otto (Ago) von 403-406, 409, 410, 416-418, 491, 527  
 Mańkowski, Zygmunt 951  
 Manuil'skij, Dmitrij 96, 535  
 Marchlewski, Julian 436  
 Marčuk, Sava 854  
 Margolin, Arnol'd 20, 338, 366, 369, 370, 374, 381, 403, 404, 408, 419, 420, 495  
 Mark, Rudolf A. 18, 47, 48, 199, 201  
 Markert, Werner 732, 854  
 Markuš, Vasyl' 365, 396, 421  
 Martel, René 563, 740  
 Martos, Borys 384, 399, 464  
 Martynec, Volodymyr 273, 277, 335, 392, 422, 429, 431, 434, 436, 441, 442, 448, 449, 452-454, 456, 461, 473, 481, 499, 513, 518, 519, 538, 544, 549-556, 558, 559, 562, 571-573, 575, 576, 579-581, 589-592, 594-597, 603-605, 609-611, 682, 683, 693, 697, 703-707, 725, 778, 800  
 Marunjak, Volodymyr 559  
 Marx, Karl 29, 60, 577  
 Marx, Wilhelm 460, 557  
 Masaryk, Tomáš G. 365, 366, 462, 619, 810  
 Masjutyn, Vasyl' 774, 776, 777  
 Mastný, Vojtěch 894  
 Matscheko 450  
 Matuszewsky 381  
 Mazepa, Ivan 62, 166, 388, 399, 400, 500, 582, 718, 729  
 Mazzini, Giuseppe 584  
 Mędrzecki, Włodzimierz 111, 182, 188, 189, 192, 193, 246, 259, 264, 297, 301, 307, 308, 312, 316, 318, 326, 350  
 Meerwald, Willy 975  
 Meinecke, Friedrich 76  
 Meißinger, Hermann 425  
 Meissner, Otto 348, 350-353, 358, 365, 374, 375, 401, 407, 408, 410, 475, 476, 529, 612, 613, 627, 715, 739, 744, 745, 824, 826, 851, 937, 1034  
 Mel'nyk, Andrij 14, 22, 272, 274-277, 282, 351, 392, 435, 436, 440, 442, 444, 449, 466, 494, 477, 553, 584, 603, 677, 692, 703, 709, 711, 743, 754, 778, 780, 787, 788, 800, 802-804, 807, 824, 857, 879, 885, 886, 888, 889, 891, 900, 902, 906, 907, 918, 922, 926, 931, 933, 934, 942-944, 946, 960, 979, 991-993, 999, 1000-1002, 1008, 1009, 1011, 1032, 1034  
 Mel'nyk, Josyp 477, 482, 483, 486  
 Mel'nyk, Kost' 820  
 Mel'nykovic, Osyp 388, 391, 439, 524  
 Melchior, Carl 245

- Melenevskýj, Marijan; *Basok* 56, 59, 69, 72, 73, 81, 90, 92-96, 100, 102, 110, 129, 132, 146, 178, 463
- Mentzel, Horst Eberhardt 922
- Mercadérs, Ramon 800
- Merekalov, Aleksej 912
- Meyer, Henry Cord 76, 188
- Meyer-Heydenhagen, M. W. 307, 536, 606, 635, 690, 728, 735, 739, 743-745, 791, 820, 827, 833, 865, 880, 882, 938-940, 970, 972, 975, 987
- Michaelis, Georg 80-82, 85, 136, 143, 144, 169, 171, 173, 185, 217, 231
- Michnovskýj, Mykola 292, 779
- Michowski 951
- Miljukov, Pavel 62, 311
- Milow, Caroline 18, 22, 23, 51, 52, 185, 365, 368, 375, 416
- Mirbach-Harff, Wilhelm von 84, 304
- Mirčuk, Ivan 536, 538, 540, 769, 795
- Mirčuk, Maria 720
- Mirčuk, Petro 20, 347, 388, 391, 392, 431-433, 435, 436, 440, 441, 443-445, 450, 454, 456, 466, 531, 532, 541, 547-556, 558, 560, 565, 566, 569-575, 577, 578, 585, 593, 595, 598, 599, 602, 603, 606, 612, 617-622, 624, 627, 631, 633-635, 639, 643, 644, 651, 652, 655, 665, 668, 669, 676, 683, 684, 695, 697-701, 712-715, 719-721, 725, 731, 744, 748, 753, 759, 772, 780, 794, 799, 800, 803, 804, 824, 887-889, 899, 901, 902, 921, 931, 942-946, 948, 971, 995, 996, 1002, 1003
- Mirow, Peter 830, 832, 964-967, 972, 978
- Mitrofanov, Pavel 42, 47
- Mitter, Armin 28, 31
- Mogk, Walter 42, 219
- Molotov, Vjačeslav 912, 988, 998, 1000, 1001
- Molke, Helmuth von 69, 752, 805, 826, 835, 836, 848, 849, 863, 892, 907, 908, 910, 983
- Morkotun, Serhij 458
- Motyl, Alexander 17, 358, 390, 393-395, 397, 432, 435, 444, 446, 453, 456, 461-463, 465-468, 497-500, 504, 505, 513, 521, 543-545, 547, 548, 550, 551, 553, 556, 558, 573, 575, 576, 578
- Motz, Karl 630, 638, 640, 657, 665
- Muchina, M. Ju 463
- Mudryj, Vasyľ 478, 521-523, 562, 601, 733, 862, 867, 925-927, 933, 935, 962-964, 1006, 1010, 1011
- Müldner-Mülheim 249, 333, 337
- Müller, Adolf 345
- Müller, Hermann 381, 413
- Mumm-Schwarzenstein, Alfons von 75, 245, 250, 252, 259-261, 263, 264, 266, 270, 378, 280, 281, 285, 286, 292, 295, 296, 298, 300, 302-306, 311-316, 329, 330, 349
- Mussolini, Benito 552, 573, 574, 580, 581, 583, 584, 757, 846, 902, 911, 912, 944, 1018
- Mušynskýj, Mychajlo 852
- Myljanyč, Jur 600
- Mylko, Mychajlo 427
- Myšuha, Luka 322, 392, 395, 466, 686, 915, 916, 923, 936
- Náday, István 970
- Nadolny, Rudolf 301, 302, 331, 336, 342, 348, 352, 380
- Nakonečna, Hanna 793
- Narižnyj, Symon 647
- Narutowicz, Gabriel 417
- Naumann, Friedrich 44, 76
- Navročkyj, Osyp 35, 37, 105, 272, 274, 433, 435, 436, 445
- Nazaruk, Osyp 96, 185, 274, 339, 368, 395, 397, 412, 465, 466, 477, 498, 518, 534, 542, 716-719, 729, 789, 806, 924, 926, 940, 958, 961, 992, 1006, 1007, 1014
- Nazriiv, Oleksa 90
- Nečaj, Symon 734, 735, 747
- Nemirowitsch-Dantschenko 491
- Neurath, Konstantin von 637, 929
- Nicolai, Walter 438, 449
- Nietzsche, Friedrich Wilhelm 518, 594, 598
- Nikovskýj, Andriij 282, 398, 403, 404
- Nimčuk, Ivan 935, 963, 1005-1007
- Nižankivskýj, Stepan 549-551, 555, 556, 575
- Nolte, Ernst 12, 24
- Noske, Gustav 145, 242
- Novakivska, Stefanija 810
- Novochačkyj, K. 290
- Nowak, Karl Friedrich 261, 263, 295, 305, 308
- Nyč, Vasyľ Stepan 695
- Oberheitmann, Theo 967, 978
- Oberländer, Theodor 922, 978
- Obermaier, Franz 974
- Obermüller, Horst 667
- Ochrymovyč, Stepan 552, 554, 555, 560
- Odarčenko, Oleksij 528
- Ohoň-Horbanjuk, N. 490, 493
- Ol'sanškyj, Teofil 441
- Ol'sanškyj, Volodymyr 698
- Oldakowski, Zygmunt 471
- Oldenburg, Jens 53, 54, 111
- Oldenhausen 246
- Oldofredi, Anton Ernst 866, 869, 878, 879, 885, 902
- Oleksyšyn, Jan 927
- Olesnyčkyj, Jaroslav 420
- Olijnyk, Ju. 25, 572, 573, 609, 707
- Omel'čenko, Tymiš 274, 278, 777-782, 784-786, 791, 802, 937, 938, 1011, 1014, 1015
- Omeljanovyč-Pavlenko, Mychajlo 388, 436, 730, 984
- Onačka, Nina 364
- Onačkyj, Jevhen 20, 364, 366, 376, 402, 403, 508, 561, 566-568, 572, 575-580, 585, 594, 595, 746, 791, 912, 943, 944, 946



- Onyškevyč 1013  
 Oppenheimer, Richard von 80, 100, 164  
 Orenčuk, Vasyl' 292, 381, 418, 419  
 Orenstein, Jakiv 427  
 Orłowski, Leon 847  
 Osadczyk-Korab, Bogdan 521, 529  
 Oshima, Hiroshi 682, 855, 856, 904  
 Oskilko, Volodymyr 384  
 Ostaško, T. 253, 301, 943  
 Osterrieder, Markus 33  
 Ostfeld, Hermann 82  
 Ostrovercha, Mychajlo 508, 583  
 Ostwald, Paul 224  
 Osuský, Štefan 859  
 Otmarštajn, Jurij 392, 394, 432  
 Ott-Skoropadska, Olena 264, 340, 375, 380, 470, 471, 478, 648, 669, 722  
 Ötzelt-Newin, Anton von 224  
 Pacelli, Eugenio; *Pius XII.* 873  
 Pačovský, Vasyl' 57, 69, 70, 130  
 Paderewski, Ignacy 369, 395  
 Pagel, Jürgen 794  
 Paliv, Dmytro 272, 281, 362, 435, 436, 445, 453, 456, 459, 466, 552, 554, 556, 605, 646, 736, 745, 752, 857, 924, 957, 958, 960, 961, 1002  
 Palič, Michael 458  
 Palme, Anton 649, 715, 760, 761, 793  
 Paltov, Oleksander 316, 333  
 Pančenko-Jurevyč, W. von 978, 991  
 Panejko, Vasyl' 37, 366, 374, 385, 458  
 Papée, Kazimierz 693, 695, 696, 840, 848  
 Papierzyńska-Turek, Mirosława 18, 396, 422, 435, 491, 522  
 Pareto, Vilfredo 508  
 Pasztor, Maria 563, 564, 873  
 Patzig, S. Konrad von 631, 632, 740  
 Pavlyk, Mychajlo 29  
 Payer, Friedrich 261, 267  
 Pelenškyj, Jaroslav 238, 577, 580, 722  
 Pelenškyj, Zenon 597, 598, 683, 687  
 Pelenškyj, Zinovij 435, 443, 554, 559, 560, 563  
 Pélissier, Jean 51, 52, 150  
 Pelypenko, Aleksij 742  
 Penck, Albrecht 242, 948  
 Peplowski, Andrzej 647  
 Perevuznyk, Jurij 886  
 Perfečkyj, Roman 125, 126, 130, 160, 161, 465, 466  
 Petljura, Lesja 457  
 Petljura, Ol'ha 457  
 Petljura, Symon 16, 59, 60, 97, 185, 270, 284, 301, 321, 340, 342, 351, 352, 369, 370, 373, 374, 381, 382, 384-394, 396, 398-404, 406, 408, 412, 413, 417, 418, 422, 435, 448, 458-460, 464, 465, 468, 470-472, 474, 484, 488, 493-501, 504, 505, 507, 509-511, 514, 515, 519, 524, 527, 534, 538, 539, 544-546, 564, 565, 591, 601, 606, 608, 609, 612, 627, 633, 634, 656, 661, 674, 704, 716, 726, 728, 729, 737-739, 750, 754, 756, 757, 765, 767, 769, 773-779, 790, 799, 801, 807, 824, 826, 857, 921, 937, 939, 962, 975, 1010, 1026-1028, 1036  
 Petrovskij, Hryhorij 799  
 Petrovyč, Ivan 881  
 Petruševyč, Jevhen 133, 164, 169, 195, 250, 251, 255, 376, 383, 384, 386, 387, 389, 392, 395-397, 400, 404, 412, 415, 417, 421-423, 427, 429, 432, 433, 435-438, 440, 441, 443, 444, 446, 449, 452, 455, 456, 458-460, 462, 463, 466, 474, 484, 490, 491, 515, 516, 527, 533, 546, 566-569, 601, 604, 607, 624, 682, 686, 704, 706, 717, 731, 857, 915, 921, 1026, 1027  
 Phillips, E. 892  
 Piasecki, Stanisław 845  
 Pickhan, Gertrud 34  
 Pidhajny, Oleh S. 185  
 Pidhajnyj, Bohdan 445  
 Pidhirskij, Samijlo 455  
 Pieracki, Bronisław 560, 564, 682, 684-691, 694, 695, 697-699, 707, 708, 712, 716, 768, 771, 889, 951, 1030  
 Pigido, B. F. 495  
 Pilis, Friedrich von 53  
 Pilsudski, Józef 16, 36, 52, 68, 202, 213, 214, 348, 370, 381, 384, 385, 391, 395, 396, 434, 435, 452, 455, 457-459, 494, 499, 544, 545, 550, 561-563, 570, 613, 633, 677, 679, 680, 690, 737, 756, 772, 788, 927, 947, 950, 1026  
 Piper, Ernst 629  
 Pisuliński, Jan 18, 36, 52, 217, 253, 298, 318, 334, 368, 369, 384, 385, 387, 391, 394, 395  
 Pjatkov, Jurij 341, 351  
 Plav'juk, Mykola 778  
 Plechanov, Georgij V. 577  
 Pobihušyč, Jevhen 459  
 Polaški, Jarosław 688  
 Poletyka, Volodymyr 657-659  
 Polikarpenko, H. 711  
 Polit, Ireneusz 690, 697, 698  
 Poljański, Jurij 456  
 Poltaveč-Ostranycja, Ivan 328, 329, 376, 436, 456, 468, 469, 488-493, 495, 545, 556, 628, 629, 636-639, 642, 646, 650, 653, 657-660, 674, 675, 724, 727, 728, 734, 764, 769, 1029, 1030  
 Pomba, Giuseppe Luigi 574, 938  
 Popov, Petr 607  
 Popyk, Serhij 22, 29, 99, 105, 106, 133, 164, 187, 191  
 Poray-Madeyski, Jerzy Wiktor 411, 416  
 Porš, Mykola 56, 59, 262, 270, 301, 302, 331, 349, 361, 365, 375, 379, 381, 398, 399, 401, 403, 405, 412, 413, 659-661, 749, 774-777  
 Potocki, Andrzej 85

- Potocki, Robert 18, 19, 30, 432, 433, 561, 562, 564, 647, 686, 772, 848, 862, 867, 909, 924, 951-954, 962, 991, 997, 1003
- Potul'nyč'kyj, Volodymyr A. 29, 507
- Prchala, Lev 867, 868, 870, 896-898
- Preitner, Friedrich 439
- Preußen, Eitel Friedrich von 166
- Preußen, Wilhelm I. von 226
- Princig Ritter von Herwalt, Walter 263, 267, 277-279, 298-300, 302
- Prisovskýj, Kostjantyn 284
- Prochoda, Vasyľ 388, 789
- Prokop, Myroslav 519, 1002
- Prokopovyč, Vjačeslav 390, 457, 458, 729, 732, 734, 755, 756, 812, 817, 938, 962
- Prunycja, S. Ju. 816, 843, 861, 902
- Pruszyński, Ksawery 841, 848
- Pryslak, Mychajlo 854
- Puluj, J. 222
- Pünder, Hermann 410, 460, 475, 476
- Radziwiłł, Ferdinand von 241, 250
- Racff, Marc 430
- Raffalovich, George; *Sands, Bedwin* 49, 51
- Rakovski, Christian 313, 314, 341, 402, 414, 415, 418, 607, 617-620
- Rasputin, Grigórij Efimovič 719
- Rathenau, Walther 78, 408
- Rauch, Georg von 322
- Raumer, Kurt von 196, 247, 304
- Rauschning, Hermann 679, 693, 694, 699, 724
- Ravyč, Dmytro 820, 928, 930, 940
- Rebet, Darija 519, 575
- Rebet, Lev 518, 519, 701, 889, 941, 942
- Rechenberg, Albert von 72, 117
- Recke, Walther 695
- Redandt, Hans 171
- Redlich 457
- Reichenau 640
- Rejnbot, Viktor 335
- Remer, Claus 39-41, 43, 53-55, 67, 76, 77, 107, 110, 112, 114, 117, 118, 120-122, 124, 125, 127, 128, 152, 153, 177, 209, 231, 233, 265
- Reshetar, John 335
- Revaj, Fedir 810, 866, 867, 902
- Revaj, Julijan 810, 818-820, 823, 824, 826, 827, 832, 839, 842, 850, 860, 861, 864-866, 869, 870, 876, 878, 881, 883, 885, 895, 897-900, 903, 904, 906, 929, 931, 983, 984
- Revjuk-Bartovyč, Ivan 450, 561, 643
- Rezmer, Waldemar 931, 1002, 1003
- Ribbentrop, Joachim von 741, 749, 755, 794, 795, 806, 807, 814, 815, 825, 833, 834, 836, 838-840, 845, 846, 849, 852, 854-856, 862, 863, 866, 869, 872-874, 881, 883, 893, 894, 897, 905-909, 911, 912, 920, 925, 934, 936, 969, 970, 977, 983, 988, 994, 998, 1000
- Richthofen, Bolko von 1014
- Riedl 411
- Riezler, Kurt 67, 76, 77, 80, 83-85, 175, 355
- Riml 98, 99
- Ripeč'kij, Stepan 36-38, 101, 103, 105, 133, 134, 142, 271-278, 281, 282, 352, 384, 388, 390, 392
- Ripke, Axel 209
- Roedern, Siegfried von 323, 332
- Rohač, Ivan 825, 839, 860, 864, 884, 885, 896, 899, 929
- Röhm, Ernst 437, 439, 640, 649, 658, 689, 708
- Rohrbach, Paul 41-47, 73, 75, 76, 93, 108, 157, 196, 218-221, 224-228, 232, 233, 238, 240, 243, 266, 295, 296, 312, 331, 346, 347, 349, 372, 377-379, 382, 383, 402, 403, 424, 425, 452, 536, 539, 629, 636, 674, 726, 832, 971, 973, 1033
- Rojek, Marian 752
- Roman, Ivan 866, 880, 881, 883, 885, 896, 898
- Romančenko 1012
- Romanow, Peter I. 49
- Romanyšin, Petro 429, 677
- Romberg, Gisbert von 77, 146-152, 164-166, 168, 169, 172-176, 217, 218, 304, 343-345, 358
- Romer, Eugeniusz 948, 949
- Roos, Hans 21, 642, 659, 660, 666, 669, 686, 690, 815, 836, 838, 849, 850, 867, 892
- Roosevelt, Franklin D. 902
- Ropp, Friedrich von der 68, 78, 82, 148-151, 165, 168, 170, 216, 378
- Roselius, Ludwig 97, 102, 112, 117, 147, 148, 166
- Rosenberg, Alfred 14, 238, 369, 437, 448, 491, 493, 580, 628-632, 637, 639, 640, 642, 647, 648, 651, 654, 655, 658, 659, 668, 670-672, 674, 676, 680, 700, 712, 718, 723, 725, 727, 767-769, 797, 807, 821, 829, 861, 881, 890, 909, 912, 920, 935, 936, 941, 965, 985, 986, 994, 997, 1020, 1029, 1031
- Rosenberg, Frédéric Hans von 182-184, 187-189, 400-403, 405, 407, 410, 413, 420, 612, 613
- Rösing 686
- Rosocha, Stefan 810, 821, 822, 825, 861, 867, 877, 884, 885, 895, 896, 900, 903, 929, 968
- Roth 536, 539, 750, 764, 766, 876
- Rousseau, Jean-Jaques 121
- Rozenberg-Čornij, Ludwik 436, 437
- Różniecki, Józef 951
- Rubeš-Larisenko 403
- Rudakevyč 635
- Rudnyčka, Milena 456, 466, 601, 635, 717, 924
- Rudnyč'kyj, Jaroslav Bohdan 622, 793, 794, 995, 996
- Rudnyč'kyj, Stepan 43, 51, 77, 112, 153, 197, 200, 210, 218, 219, 224, 587-589, 591, 920
- Rumbold, Horace 148, 149
- Ruryk, Ivan 603

- Rusova, Sofija 992, 1016  
 Rybak, Oksana 515, 516  
 Rydz-Śmigły, Edward 772  
 Šablji, Oleh 947-950  
 Šach, Stepan 63, 88, 98, 272, 274, 430, 433  
 Sadivnyčyj, Danylo 726  
 Sahajdačnyj, Sergej; *Černušenko* 534-536  
 Sahn, Heinrich 450, 694  
 Sajkevyč, Petro 554, 560  
 Sajko, Jaroslav 693  
 Sako, Shuichi 855, 856  
 Saľskyj, Volodymyr 499, 638  
 Salewski, Michael 65, 66  
 Samčuk, Ulas 821, 824  
 Samijlenko, Ivan M. 505, 733  
 Samuś, Paweł 810, 811, 834, 835, 844, 845, 849, 874  
 Šandor, Vikentij 456, 703, 711-813, 818, 824, 825, 832, 833, 837, 839, 869, 870, 876, 877, 879, 881-886, 895-898, 900-904, 907, 911, 914, 929, 970  
 Šandruk, Pavlo 459  
 Sānger, Fritz 830-832, 964, 966  
 Šapoval, Mykola 122, 123, 138-142, 505  
 Šapoval, Mykyta 167, 427, 428, 430, 462-464, 486, 499, 428  
 Šaryk, Mychajlo 626  
 Sato 564  
 Saunders, David 48-50, 85, 86, 147-149, 175  
 Savickij, I. 521  
 Savickij, Petr 527, 541  
 Savinkov, Boris 394  
 Savskyj, Mykola 169  
 Sawicki, Lubomir 948  
 Sayers, Michael 624, 801  
 Ščerbakivskyj, V. 575  
 Schaefer, Hildegard 621  
 Schaetzl, Tadeusz 310, 311, 622, 643, 688, 689, 695, 699, 730  
 Schamanek, Alfred 368  
 Scheidemann, Philipp 234, 267  
 Scheliha, Rudolf von 847, 848, 952, 983, 984  
 Schenke, Cornelia 760, 947  
 Scheubner-Richter, Max Erwin von 468, 469, 489-491, 585, 639, 674  
 Schickedanz, Arno 490, 532, 617, 639, 643, 644, 649-652, 654, 655, 657-659, 663, 666, 667, 670-672, 702, 703, 711, 713, 767-769, 798, 821, 936, 965, 985, 986  
 Schiemann, Theodor 43  
 Schleicher, Kurt von 631, 648, 691, 692, 707, 708  
 Schliep, Martin 715, 732, 739, 742, 749, 750, 754, 755, 762, 766, 768, 791, 805, 808, 820, 827, 842, 851, 882, 911, 916, 971, 975  
 Schlögel, Karl 524  
 Schmidt, Axel 44, 75, 76, 195, 224-226, 296, 319, 340, 346, 347, 349, 377-382, 452, 535, 539, 829, 971-974, 1033  
 Schmidt, F. 538  
 Schmidt, Otto E. 492  
 Schmidt-Rolle 739  
 Schmudt 913  
 Schnurre 912  
 Schober, Johann 408  
 Schönborn-Buchheim 883  
 Schöning 121, 127, 134  
 Schönstedt 348  
 Schorn, Alexander 830, 831, 964, 966  
 Schoultz 54  
 Schubert, Carl von 74, 132, 146, 147, 150, 172, 175, 891  
 Schulenburg, Friedrich-Werner von der 998, 1000, 1001  
 Schüler 247  
 Schumacher 76  
 Schumann 378  
 Schupp, Falk 114, 124, 126, 153-161  
 Schwarzbart, Samuel; *Svarchart* 493, 495-497, 499, 502, 503, 590, 726, 1028  
 Schweizer-Hagenbruch, Rudolf Ernst 139  
 Schwerin, Friedrich von 110, 113-115, 117, 120, 122-124  
 Sciborskyj, Mykola 504, 550-555, 558, 562, 563, 568, 569, 574, 578, 579, 582, 591, 595-597, 601, 603, 632, 643, 644, 693, 709, 710, 800, 803, 820, 886, 943, 975, 1005  
 Scuria, Herbert 747  
 Seelos, Gebhard 845, 924, 925, 933-935, 957-959, 971  
 Seidler-Feuchtenegg, Ernst Ritter von 187, 188, 250, 255  
 Seignobos, Charles 51  
 Seleško, Mychajlo 434, 443, 551, 572, 623, 643, 662, 693, 704, 886  
 Selezinka, Jaroslav 435, 436  
 Semanjuk, Jaroslav 777  
 Semeniv, Oleksander 659, 777  
 Šemet, Bohdan von 971, 972  
 Šemet, Serhij 292, 398, 401, 467, 469, 470, 472, 473, 477, 479, 482, 483, 486, 506, 512, 526-528, 714, 802, 806, 820  
 Šemet, Volodymyr 292  
 Sendzyk, Teodozij 777  
 Senn, Alfred Erich 146-148, 150, 151  
 Senyk, Omeljan 435, 441, 448, 452, 554, 555, 610, 627, 643, 662, 693, 694, 697, 701, 746, 748, 759, 798, 800, 803, 824, 869, 886, 890, 931, 942, 943, 945, 946, 980, 1002  
 Šeptyčskyj, Andrij ; *Szeptycky, Andreas von* 57, 85, 86, 88, 97, 104, 172, 202, 250, 338, 430, 433, 440, 449, 455, 618, 932, 948, 961-963

blieben die militärisch gesteuerten Kontakte mit den Gefangenen davon ausgenommen. Im September 1914 hatte der BBU der österreichischen Regierung einen konkreteren Plan der »Gefangenenarbeit« vorgelegt.<sup>204</sup> Dabei stand die Gewinnung von Agitatoren im Vordergrund, aber der BBU hatte auch noch die Hoffnung, daß man militärische Einheiten gegen Rußland zusammenstellen könnte.

Im November 1914 sollte die kulturelle Betreuung von Ukrainern in Freistadt /OÖ beginnen. Als der BBU zum 1. Dezember 1914 aber ganze drei Freiwillige vorweisen konnte, finanzielle Fragen auftraten und polnische Nationalisten Vorwürfe gegen die Ukrainer erhoben, wurde das ganze Vorhaben reduziert.<sup>205</sup> BBU-Vertreter bereisten dann die österreichischen Lager und stellten Lehrpersonal zusammen; Anfang 1915 begann die regelmäßige Ausbildung in Knittelfeld, wo man unter 20.000 Insassen auf 4600 Gefangene aus der Ukraine gestoßen war.<sup>206</sup> In einem Sektor des Lagers Knittelfeld wurde etwa 3400 Ukrainern ein entsprechender Unterricht angeboten; ab Juni 1915 verlegte man diese Aktivitäten jedoch nach Freistadt zurück, wo sich inzwischen ein Kreis von 20 »bewußten Ukrainern« gebildet und eine kleine Bibliothek eingerichtet hatte.<sup>207</sup> Hierher überwies man dann Gefangene aus anderen Lagern nach einer weiteren Werberundreise.<sup>208</sup> Dunaszerdahely (Dunajská Streda), Grödig und schließlich Josefstadt (Josefov) folgten als weitere Ukrainer-Lager in Österreich-Ungarn.

Als es Schwierigkeiten in Österreich gab, war es nur folgerichtig, daß sich der BBU an Deutschland wandte, wo man nicht mit polnischen Störmanövern rechnen mußte. Im Februar 1915 wurde der BBU (Skoropys) beim Kriegsministerium vorstellig: »Das Ziel der Arbeit ist, die kriegsgefangenen Soldaten ukrainischer Nationalität über unsere Rußland gegenüber feindliche Stellung aufzuklären.«

Es ging jedoch nicht ohne Reibungen ab. Skoropys bat darum, in deutschen Kriegsgefangenenlagern aktiv zu werden.<sup>209</sup> Im ersten Antrag ging es auch gleich um die Gewinnung »kämpfender Truppen«.<sup>210</sup> Man habe vor,

»unsere gefangenen Landsleute mit Waffen zu versehen [und] zur Befreiung ihrer Heimat vom moskowitzischen Joche gemeinsam mit den Truppen der Verbündeten heranzuziehen,

<sup>204</sup> Projekt robot SVU sered polononych soldativ i oficeriv z Rosijskoj Ukraïny«, September 1914, Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny, L'viv (CDIAL), Fond 360, Op.1, Akte 53, Bl. 15-16. – Vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 22.

<sup>205</sup> Vgl. ebd., S. 23-24.

<sup>206</sup> Ebd., S. 25-26.

<sup>207</sup> Vgl. ebd., S. 41-42.

<sup>208</sup> Vgl. ebd., S. 28-30.

<sup>209</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny«, S. 211; BBU an Hptm von Lübbers, Kriegsministerium, 25.2.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 10. – Wenn Oberst Friedrich und Hauptmann von Lübbers im November 1915 schrieben, die »Vertreter der russischen Ukraina« hätten sich »bald nach Beginn des Krieges« an die Regierungen der Zentralmächte gewandt, dann ist hierbei die Ansprache der Österreicher gemeint (Friedrich/von Lübbers, »Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina«, 22.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65).

<sup>210</sup> Ungeachtet dessen beharrte Skoropys nach dem Krieg darauf, er habe sich stets nur dafür eingesetzt, die Ukrainer in der Etappe und als *ukrainische* Truppe einzusetzen, der offenen Widerspruch zum ersten Angebot spricht jedoch für sich (»Moï »zločyny«, S. 215, 223). Sribnjak verweist immer wieder auf die späteren Behauptungen Skoropys', man habe sich die Unabhängigkeit von den Mittelmächten bewahrt – dies sind jedoch reine Schutzbehauptungen gewesen (vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 22-26).

- Seraphim, Hans-Günther 580, 680, 862, 912, 920, 936, 941, 978, 994  
 Seraphim, Peter Heinz 721, 922, 978  
 Serbynenko, Andrij 657, 777  
 Šeremetievskyj 657  
 Serhijčuk, Volodymyr 322, 494  
 Sering, Max 534  
 Seton-Watson, Christopher 86  
 Seton-Watson, Hugh 86  
 Seton-Watson, Robert William 49, 86  
 Ševčenko, Taras 27, 119, 140, 285, 435, 500, 599, 617, 725  
 Severing, Carl 441  
 Sevriuk, Oleksander 182, 187, 189, 191, 192, 245, 253, 269, 343-345, 347, 373, 376, 378, 660, 738, 749, 764-767, 778, 783, 826, 827, 885  
 Seyda, Marian 241  
 Seyß-Inquart, Arthur 928  
 Shkandrij, Myroslav 461  
 Sidak, V. S. 105  
 Simon 448  
 Simons, Walter 404-407  
 Singalevyč, Volodymyr 412, 460  
 Škarenkov, Leonid K. 21  
 Skirmunt, Konstanty 412  
 Skocko, Jevhen 813, 816, 817, 820, 824, 923  
 Skoropadska, Aleksandra 526  
 Skoropadska, Jelyzaveta 770  
 Skoropadskyj, Danylo 487, 722-724, 788, 994, 1030  
 Skoropadskyj, Ivan Illič 718  
 Skoropadskyj, Pavlo 14, 20, 25, 136, 248, 252, 253, 257, 258, 263-268, 270-272, 277-282, 285-288, 292-297, 301, 302, 304-306, 310-313, 316, 327-330, 333-335, 337-342, 345, 346, 350, 354, 358, 359, 366, 367, 373, 375-378, 380, 381, 392, 401, 403-405, 410, 411, 414, 415, 419, 420, 426, 449, 451, 452, 458, 460, 463, 467-477, 480-488, 491, 492, 497, 507, 510, 512, 515, 524-528, 530-540, 548, 550, 556, 569, 571, 601-604, 607-610, 612, 615, 618, 621, 623, 625, 627-629, 631, 636, 638, 641, 642, 645-648, 652-659, 668, 669, 671-675, 681, 682, 700, 709-724, 727, 734, 736, 742, 744, 745, 747, 748, 750, 751, 754, 758, 760, 762, 763, 766, 769, 774, 776, 781, 789-792, 797, 798, 802, 806, 807, 818, 820, 824, 855, 919, 931, 936-938, 940, 941, 965, 971, 973, 984, 994, 995, 1025, 1027-1031, 1035  
 Skoropys-Joltychovskyj, Oleksander 56, 59, 68, 69, 72, 73, 88, 90-96, 100, 101, 106, 109, 111-114, 117, 120-131, 134, 135, 137, 139-141, 146, 157-159, 164-169, 172, 174, 178, 179, 236, 290-292, 335, 401, 463, 479, 481-484, 486, 526, 532, 533, 534, 611, 617, 620, 621, 649, 650-652, 712-715, 727, 744, 766, 767, 798, 802, 820, 821, 885, 919  
 Skrypka, Ivan 777, 782  
 Skrypnyk, Stepan; *Patriarch Mstyslav* 962  
 Skrzypek, J. 67  
 Skyba, Roman 661, 689  
 Sládek, Zdeněk 428, 521  
 Slaviňskyj, Maksym 366, 412  
 Sławoj-Skłodkowski, Felicjan 560, 926, 927, 960  
 Śleszyński, Wojciech 698, 905, 958, 1014  
 Smal'-Stočkyj, Roman 62, 111, 115, 116, 124-126, 137, 138, 141, 178, 179, 183, 290-292, 294, 349, 358, 361, 365, 366, 371-373, 375, 398, 399, 403, 405, 408-412, 415-421, 444, 452, 457, 472, 494, 497, 507, 509, 522, 523, 592, 716, 729-731, 733-736, 748, 749, 754, 755, 775, 778, 804, 805, 822, 854, 855, 924, 932, 962, 1006, 1010, 1023  
 Smoleński, Jerzy 948, 949  
 Smyk, Roman 452, 621  
 Sobański 565  
 Sobczak, Janusz 563, 999  
 Sobiński, Jan 444  
 Sojfer, Davyd 505  
 Sokil, Ol. 643  
 Sokyra-Jachontiv 288  
 Solecka, Irena 693  
 Solf, Wilhelm Heinrich 74, 331, 336, 339, 347-350, 371, 377, 425  
 Sollmann, Wilhelm 420  
 Sorel, Georges 508  
 Soroka, Mychajlo 450  
 Sosnkowski, Kazimierz 680  
 Sosnovskyj, Mychajlo 59, 60, 62, 92, 93, 96, 107, 150, 152, 163, 292, 293, 351, 455, 456, 513, 514, 518, 519, 555, 582, 915  
 Šostyvskyj, Serhij 777  
 Sowa, Andrzej Leon 18, 19, 562, 748, 843, 952, 953, 960, 991, 997, 1004, 1013  
 Spahn, Martin 623  
 Spann, Othmar 481  
 Spannocchi, Anton Graf 257, 288, 289, 333, 334  
 Spletstösser, Walter 878, 882, 884  
 Šramčenko, D. 342  
 Sribnjak, Ihor 22, 108, 109, 114-116, 119, 120-124, 126, 127, 139-142, 145, 166, 167, 179, 201, 283, 285, 287-291, 293, 376  
 Stachiewicz, Waclaw 843  
 Stachiv, Jevhen 20, 455, 462, 464, 496, 581, 596, 777, 823, 844, 858-860, 903-905, 911, 930, 935, 980, 981, 992, 995, 1014  
 Stachiv, Matvij 562  
 Stachiv, Mychajlo 924  
 Stachiv, Volodymyr 576, 601, 604, 605, 621, 622, 624, 639, 640, 682, 700, 701, 725, 735, 741, 743, 748, 763, 769, 773, 784, 802, 812, 817, 821, 823, 825, 852, 864-866, 868, 869, 880-882, 885, 889-891, 894, 895, 897, 898, 975, 992

- Stadtmüller, Georg 621  
 Stalin, Josef 744, 799, 833, 873, 875, 890, 891,  
 910, 911, 914, 944, 974, 1001, 1014  
 Stapiński, Tadeusz 860  
 Starosol'skyj, Volodymyr P. 281, 565, 924  
 Staryčka-Černjachivska, Ljudmyla 302  
 Stecjuk, Vasyľ 620  
 Stečko, Jaroslav 564, 643, 699  
 Štefan, Avhustyn 821, 822, 866, 868, 879, 884,  
 902, 903, 928, 929, 931  
 Stefaniv, Z. 342  
 Stefanyk, Vassyl 720  
 Steiger 441  
 Stein, Hermann von 283, 301, 341, 343, 740  
 Steinwachs 172, 174  
 Štejnhel', Fedir; *Steinheil* 290, 303, 342, 347  
 Stepaniv, Olena 105  
 Stepankiv'skyj, Volodymyr; *Stepankovsky, Vladi-*  
*mir* 12, 48-51, 57, 74, 91, 146-152, 164-169,  
 171-177, 212, 216, 250, 260, 292, 304, 343-345,  
 349, 358, 376, 400, 471, 488  
 Stephan, John J. 660  
 Sterčo, Petro; *Stercho, Peter G.* 20, 811, 812, 817,  
 824, 825, 836, 837, 840, 846, 847, 856, 861, 866,  
 867, 869, 876, 877, 879, 881, 884, 892-900, 903,  
 905, 911, 913, 914, 918, 919, 929, 931, 1032  
 Stinnes, Hugo 153  
 Stobbe 166, 172-174  
 Stökl, Günther 43  
 Stokos, A. 557  
 Stolberg 256, 257, 301  
 Stoltzenberg 258, 259, 262, 263  
 Stolypin, Petr 228  
 Stolze, Erwin 763, 804  
 Storck, Ritter von 80, 164, 171  
 Strantz, Kurd von 231, 232  
 Strel'skyj, H.V. 489, 658, 729  
 Stresemann, Gustav 153, 242, 243, 247, 267,  
 268  
 Stroh 315, 480  
 Struve, Kai 29, 32  
 Stryjek, Tomasz 293, 462, 500, 501, 506-508,  
 586, 587  
 Stübe, Rudolf 156  
 Studnicki, Władysław Gizbert 214, 861, 873,  
 952, 953  
 Stumm, Wilhelm Braun von 186, 281  
 Stürgkh, Karl von 87, 101  
 Stychel, Antoni 242  
 Subtelny, Orest 17, 506, 751, 752  
 Šuchevyč, Hermine 433  
 Šuchevyč, Taras 389, 433, 445, 450, 456, 564, 565,  
 644, 699, 895, 1013  
 Südekum, Albert 171, 174, 234, 266, 268, 301,  
 302, 331, 407, 409, 410, 415, 612, 613, 739  
 Sudoplatov, Anatoli 573, 799  
 Sudoplatov, Pavel; *Valjuch* 573, 593, 605, 698,  
 742-744, 753, 799-801  
 Šul'hyn, Oleksander 185, 202, 338, 366, 367,  
 370, 395, 430, 494, 498, 603, 658, 728, 729, 756,  
 823, 962  
 Suljatyčkyj, Stepan 1012  
 Sulyma, Mychajlo 623, 791, 995  
 Šumyčkyj 457  
 Suprunenko, Nikolai I. von 45  
 Suško, Alexander 915, 916, 923  
 Suško, Ladislav 818, 819, 832, 850, 864, 865, 869,  
 875, 880, 901  
 Suško, Mykola 767-770, 783, 796, 937, 945, 980,  
 984  
 Suško, Roman 275, 276, 278, 282, 342, 392, 394,  
 432, 435, 436, 450, 453, 456, 549, 552, 555, 606,  
 627, 643, 687, 700, 768, 803, 816, 886, 890, 902,  
 914, 987, 988, 993, 1005, 1008, 1011  
 Švahuljak, Mychajlo 473, 489, 493, 558, 631,  
 642, 659, 660, 665, 688, 736, 753, 770, 924-927,  
 933, 960-963, 981, 982, 1007  
 Šveć, Fedir 282, 366, 388, 399, 401-403, 405, 407,  
 408, 458, 459, 612, 674  
 Svistel', Franz 939  
 Svitlik, Lazar 930  
 Svoboda, Ludvik 823  
 Sydorenko, Hryhorij 115, 122, 366, 367, 369-  
 371, 401, 405, 413, 750  
 Szajkowski, Zosa 494, 505  
 Szcześniak, Andrzej 564  
 Szefer, Andrzej 982, 983, 997  
 Szembek, Jan 680, 814, 834, 836, 840, 841, 848,  
 849, 854, 855, 863, 873, 908  
 Szeptycki, Stanisław 97, 104, 194, 430  
 Szota, Wiesław 564, 741  
 Szpakowski, Olgierd 845  
 Sztark, Helidor 688  
 Sztójay, Döme 875, 878, 882, 883, 892  
 Szymański, Antoni 686, 691  
 Tabuis 185  
 Tacyneć, Fedir 810  
 Tafel 898  
 Talleyrand-Périgord 168, 169  
 Tannstein 439  
 Tarnav'skyj, Myron 386  
 TarnoveQkyj, Omeljan 796  
 Taube, Michael von 480, 493  
 Telehin, Dmytro 728  
 Teleki de Szék, Pál 882, 969, 970  
 Teliha, Olena 456  
 Temnyčkyj, Volodymyr 133, 385, 464, 509  
 Terlečkyj, Omeljan; *Terletzkyj, Emilian von* 53,  
 108, 114, 115, 117-130, 133, 138-141, 166, 167,  
 172, 178, 195, 291, 500, 510  
 Terlycja, Marko 21, 276, 800, 979, 980, 983,  
 993

- Thiel, Fritz August 250, 259, 304, 331, 333, 336, 338, 341, 344, 401  
 Thoss, Bruno 469  
 Tippelskirch, Kurt von 474, 661, 911, 999  
 Tiso, Josef 834, 893  
 Tjutjunnyk, Jurko 394, 470, 1008  
 Tkačenko, Mychajlo 294  
 Tkačuk, Vasyľ 777  
 Tomašivskýj, Stepan 33, 206, 212, 366, 427, 458, 473, 477, 478, 522, 525-527, 537  
 Tomaszewski, Jerzy 412, 522, 523  
 Töpfer 375  
 Topol', M. L. 433, 438, 440, 449, 607  
 Torke, Hans-Joachim 18  
 Torrès, Henri 495-497  
 Torzecki, Ryszard 18, 412, 436, 441, 445, 449, 459, 463, 477, 492, 550, 553, 560, 565, 576, 630, 632, 640, 657, 658, 662, 665, 666, 685, 697, 705, 747, 772, 783, 803, 817, 844, 860, 862, 867, 908, 922-924, 933, 942, 951, 963, 979, 989-993, 1012, 1013  
 Tourly, Robert 563  
 Tramecourt, Jerzy Albin de 952  
 Trąpczyński, Stefan Wojciech 242  
 Trautmann, Oskar 173, 174, 280, 315, 410, 520, 529, 531, 534, 535, 539, 612-615  
 Trauttmansdorff 249, 256, 257, 262, 269, 270, 277, 280, 281, 284, 287-289, 301-303  
 Treviranus, Gottfried Reinhold 611  
 Trockiij, Lev; *Trotzki, Leo* 86, 175, 176, 187, 227, 800  
 Trockiij, Mykola 91, 96, 293, 567, 730-732, 734  
 Troščynskýj, Volodymyr P. 21, 291, 398, 428, 430, 438, 456, 461, 473, 482, 487, 490, 493, 508, 549-551, 553, 556-559, 570, 578, 582, 594, 595, 624, 629, 630-633, 640, 642, 646, 655, 658, 665, 666, 675, 686, 690, 722, 724, 729, 735, 739, 740, 742, 756-758, 770, 783, 801, 804, 828, 837, 861, 888, 911, 925, 1001, 1019  
 Tryľovskýj, Kyrylo 36, 37, 192  
 Tschammer, Ernst von 342  
 Tschirschky Bögendorff, Heinrich Leonhard von 67-69, 73, 74, 96, 100, 130  
 Tsouloukidse, Michael 975-978  
 Tuchačevskij, Michail N. 735  
 Tučmanovyč, M. 643  
 Tuka, Vojtěch 850  
 Tulyk, Mychajlo 879  
 Tumsiš, Michail A. 848  
 Turaš, Myroslav 701, 941-943, 981  
 Turczyk, Atanazy Antoni 733  
 Tverdochlib, Sydyr 434, 435  
 Tymčuk, S. 551  
 Tyszkiewicz, Michał; *Tyškevyč, Mychajlo* 135, 146-148, 150, 165, 166, 168, 176, 177, 216, 304, 344, 370, 403, 455  
 Udovyčenko, Oleksander 391, 488  
 Uexküll, Bernhard 149, 151  
 Ugron 254, 255, 257, 327  
 Ullersperger 439  
 Urach, Wilhelm von 271  
 Urbas, Emanuel 73, 86-89, 95, 103, 105, 108  
 Uspenskij, I. V. 909  
 Vahlen, Karl Theodor 668  
 Valmigère, Pierre 563  
 Valuev, Peter 28  
 Vaškovyč, Hryhorij 389, 392, 393, 397  
 Vasmer, Max 533, 534, 536, 618-622, 651, 793  
 Vassijan, Julijan 549, 554, 555, 563, 574, 576, 581, 600, 601, 683, 800, 1013  
 Vasyľ'ko, Hamilkar Nikolaj 739  
 Vasyľ'ko, Mykola 68, 70, 71, 74, 88, 95, 102, 104, 106, 107, 113, 132, 133, 147, 169, 171-174, 190, 191, 216, 255, 260, 280, 346, 361, 363, 366, 373, 374, 394, 405-408, 411, 413, 416-419, 427, 457, 469, 470, 518, 523, 645, 739, 740  
 Veescnmeyer, Edmund 856, 882  
 Ver'byčkyj, Ivan 445  
 Verbyčkyj, Mychajlo 439  
 Verhun, Petro 428, 429, 448, 449, 540, 653, 693, 744, 802  
 Verstjuk, V. 98, 253, 301, 943  
 Veryha, Vasyľ 20  
 Vetter, Matthias 295, 494  
 Vitovskýj, Dmytro 363, 786  
 Vityk, Semen 384, 403, 427, 462, 467, 546  
 Vjedenjcejev, Dmytro 192, 253, 376, 399, 438, 440, 442, 449, 454, 753, 921  
 Vogel, Barbara 39  
 Vogel, Martin 853  
 Voigt, Gerd 142, 524  
 Vojnarovskýj-Stolobut, Tyt Jevhen; *Wojnarowski, Titus* 101  
 Voljanskyj, O. 889  
 Volkmann, Hans Erich 21, 82  
 Volkov, Theodore 49  
 Voloch, Omeljan 388  
 Vološyn, Avhustyn 570, 792, 809, 810, 820-824, 826, 837, 839, 841, 851, 858, 860, 861, 864, 866, 868, 870, 876-880, 882-886, 893-903, 905, 907, 927-932, 940, 970, 983, 984  
 Vološyn, I. 658  
 Vološyn, T. 796  
 Volščak, Roman 443, 715  
 Volynskýj, Volodymyr 287  
 Volz, Hans 849, 894  
 Voronovyč, Michail 267  
 Vorošilov 983  
 Voss 438, 453, 610, 631, 632, 663, 665, 667, 668, 670  
 Vovk, Fedir 49, 509  
 Vrangel', Petr N. 403-405, 458, 469, 471, 476

- Vrećona, Jevhen 445, 450, 451, 565, 568, 633, 643-645, 709, 885, 887, 888, 930, 968, 991, 1013
- Vydyš, V. 796, 928
- Vynar, Ljubomir R. 733
- Vynnyčenko, Volodymyr 56, 63, 167, 168, 232, 265, 282, 333, 339, 342, 343, 348, 350-353, 355, 371, 373, 374, 378, 382, 404, 463, 494, 496, 515, 516, 527, 546, 564, 565, 739
- Vynnyčyj, R. 321
- Vyrovyj, Jevhen 857, 858
- Vytvyčyj, Ivan 963
- Wagner, Siegfried 626
- Wahnschaffe 72
- Waldbott 288, 333
- Waldeyer 154
- Waldow, Wilhelm von 323, 332
- Waldstätten, Alfred von 270, 303
- Warburg, Max 149, 151, 245
- Warlimont, Walter 999
- Wasilewski, Leon 52, 213, 214
- Watson, D. R. 150
- Weber, Alfred 378
- Wedel, Botho Friedrich von 152, 171, 181, 189, 217, 346, 352, 361, 373, 379
- Wehrhahn, Torsten 384
- Weiss 449
- Weizsäcker, Ernst von 754, 755, 814, 835, 836, 842, 843, 867, 870, 874, 878, 879, 882, 884, 893, 894, 897-899, 902, 905, 910, 912, 913, 935
- Wekerle 327
- Welck 756, 763, 795, 796
- Wendland, Anna Veronika 28
- Werth, Heinrich 892
- Wertheimer, Fritz 197, 198, 249, 267, 320, 328, 329
- Wesendonk 150
- Westarp, Kuno von 242, 243, 268
- Westermann, Diedrich 793
- Wiert, Adrian Carton de 370
- Wied, Wilhelm von 271
- Wiedenfeld, Kurt 409
- Wiedtfeld, Otto 245, 326, 330
- Wiese, J. 162
- Wiesner, Rudolf 924, 926
- Wilson, Woodrow 52, 79, 149, 150, 195, 333, 336, 344, 549
- Winch, Michael 822, 826, 836, 859, 861, 865, 868, 870, 876, 877, 880, 893, 894
- Windecker 668, 681
- Windsor, George von 40, 50
- Winterfeld 186
- Witos, Wincenty 369, 741
- Woermann, Ernst 819, 837, 838, 843, 846, 856, 864, 865, 882, 929, 935
- Wojciechowski, Marian 679, 686, 687, 689, 697, 815, 817, 819, 834-838, 907
- Wojciechowski, Stanisław 441
- Wolansky 982
- Wolff, Arnold 368
- Wolff, Max J. 423, 424
- Wollstein, Günter 964
- Wrede 897
- Wroński, Stanisław 724, 741, 801
- Wysocki, Alfred 411, 554, 559-561, 563, 564, 609, 641, 642, 644, 662, 666, 683, 716, 887, 942, 944, 983
- Zaboločyj, P. 449
- Žabotinskij, Vladimir 412
- Zadorečyj 626
- Zahajkevyč, Roman 695
- Zahajkevyč, Volodymyr 695, 1010
- Zaklynskyj, Bohdan 197
- Zaliznjak, Mikola; *Zalizniak, Nikolaus* 35, 57, 60, 63, 69, 74, 88-93, 96-101, 106, 164, 169, 171-174, 190, 191, 199, 209, 210, 260, 270, 292, 374, 462, 645, 646, 796, 1022
- Zaliznjak, Volodymyr 171
- Založečyj, Volodymyr 537-539, 581, 582, 619, 620, 622, 681, 718
- Založečyj-Sas, Roman 57, 58, 480, 481, 486, 530-532
- Zamlynskyj, Volodymyr 21, 460, 570, 577, 611, 632, 644, 646, 676, 686, 706, 800, 801, 884, 888, 922, 933, 946, 993, 1004
- Zastavenko, Huryj F. 43, 89, 200, 204, 209, 230, 317, 323, 343
- Zatonskij 463
- Ždanovyč, O. 981, 1009
- Zechlin, Egmont 66, 69, 71, 74, 75, 77, 78, 85, 108, 259, 520, 534, 535, 614-616
- Žeguc, Ivan 810
- Zelenivskyj, Hnat; *Seleniewski, Ignatz von* 328, 608, 657, 659, 738, 750
- Żeleński, Władysław 686, 697
- Zelib, Artur 146
- Zelinskyj, Viktor 115, 118, 119, 260, 269, 282-286, 291, 370, 779, 780, 781, 786, 789, 817, 818
- Žerko, Stanisław 680, 681, 690, 815, 816, 831, 837, 839, 848, 849, 856, 873, 874, 907-909, 924, 952, 991
- Zetterberg, Seppo 68, 74, 146, 149-151, 169, 170, 172, 176, 177
- Zgórniak, Marian 849, 850, 853, 892, 893, 897
- Zhorlakevyč, Oleksander 693
- Zięba, Andrzej 647
- Ziegler 683
- Zimmer, Max 74, 106, 112, 113, 146
- Zimmermann, Arthur 70, 71, 78, 80, 82, 129-131, 146, 147, 149, 150
- Zitelmann 341, 379, 380
- Zitius 421
- Zitkovszky 279-281



- Zjunkevč, M. 782  
Zlepko, Dmytro 18, 831  
Zoglmann, Siegfried 880, 881  
Zolotarenko, Volodymyr 727  
Žuk, Andrij 26, 56-59, 63, 90-92, 96, 99, 100,  
107, 129, 132, 157, 178, 194, 195, 260, 283, 293,  
403, 427
- Žukovskij, Arkadij 433  
Žukovskij, Oleksander 260, 263, 285, 286  
Zyblikevyč, Jevhen 563  
Zynkevč, Osyp 35

eine Aufgabe, zu der sie sich nach der Aufklärung über die Sachlage bereitwilligst drängen werden. Durch die Ausrüstung gefangener Ukrainer [...] könnte eine Vermehrung der auf deutscher Seite kämpfenden Truppen erfolgen, und zwar solcher Truppen, die wissen, daß es für sie und ihr Land nunmehr im vollsten Sinne auf Leben und Tod geht. [...] Wenn die Bevölkerung erfährt, daß die ukrainischen Soldaten in großen Verbänden an den Befreiungskämpfen teilnehmen, [...] so kann die volle Wirkung nicht ausbleiben. Die Proklamationen müssen enthalten auf der einen Seite einen Aufruf des Bundes zur Befreiung der Ukraina, auf der anderen Seite eine Kundgebung der beiden Kaiserreiche, welche die Gründung einer selbständigen Ukraine zusichert.«<sup>211</sup>

Die Offenheit, mit der sich der BBU an die deutschen Stellen wandte, offenbart, daß man überhaupt keine Bedenken hatte, mit den Mittelmächten identifiziert zu werden.<sup>212</sup> Die deutsche Reaktion hingegen war zweideutig: Einerseits gab es durchaus Interesse an dem Angebot, wenngleich noch nicht an Hilfstruppen. Andererseits wollte man in Berlin die Optionen eines Sonderfriedens mit Rußland nicht durch die unmittelbare Parteinahme gefährden. Und nachdem widersprüchliche Informationen über den BBU eingegangen waren, mochte es von Vorteil sein, sich nicht öffentlich auf ihn zu stützen.<sup>213</sup>

Man delegierte also die Kontakte zu den Ukrainern an eine Instanz, die nicht im Blickfeld der Öffentlichkeit stand. Diese fand man in der von Dr. Erich Keup geführten Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation (GIK) in Frankfurt/Oder, also in noch annehmbarer Entfernung von Berlin, wo zudem der den Alldeutschen nahestehende und Annexionen befürwortende Friedrich von Schwerin Regierungspräsident war. Die Alldeutschen hatten bekanntlich zuvor Kontakte zu Galiziern, mit den aus Rußland stammenden Ukrainern und ihren Rivalitäten kannten sie sich jedoch noch nicht aus. Nach von Schwerin besaß die Gesellschaft ein Büro, hatte aber während des Krieges »nichts zu tun«, sie habe sich also der Betreuung der ethnischen Deutschen und Balten unter den Kriegsgefangenen zugewandt, großrussischen Gefangenen verbotene Literatur zu lesen gegeben und schließlich die Ukrainerbetreuung übernommen.<sup>214</sup> Im Januar 1915 bat Keup den BBU um regelmäßige Zusendung der *Ukrainischen Nachrichten* und der *Ukrainischen Korrespondenz*; er wußte also offenbar nicht, daß letztere von dem BBU-Gegner Doncov herausgegeben wurden. Er schrieb, man habe »ein lebhaftes Interesse an der ukrainischen Frage gewonnen und Gelegenheit, für Ihre Sache an berufenen Stellen einzutreten.«<sup>215</sup>

<sup>211</sup> BBU an Auswärtiges Amt und Generalstab, 21.2.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 13; BBU an Auswärtiges Amt, 21.2.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 116.

<sup>212</sup> Claus Remer führt die vergeblichen Versuche des BBU an, mit dem deutschen Reichskanzler oder anderen führenden Politikern ins Gespräch zu kommen und Unterstützung bei der Bildung einer Exilregierung zu erhalten (vgl. Remer, *Ukraine*, S. 251).

<sup>213</sup> Heinze schrieb, die BBU-Mitglieder seien vor dem Krieg »Dunkelmänner« gewesen und hätten Unstimmigkeiten zwischen ukrainischen Gruppen verursacht. Er erwähnte in seinem Schreiben weiter, von Bergen sei bereits im Oktober 1914 an Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen interessiert gewesen, Deutschland habe aber erst die österreichischen Erfahrungen abwarten wollen (Heinze, *Bemerkungen zu den Wünschen des Herrn Melencowsky*, 20.1.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 3, Bl. 130-131).

<sup>214</sup> Notiz Generalkonsul von Brück über Besuch von Schwerin, 28.6.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 5, Bl. 69.

<sup>215</sup> Dr. Keup an Ukrainische Nachrichten (BBU) Wien, 11.1.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 13.

Daß sich Keup in den internen Querelen der österreichischen Ukrainer nicht auskannte, war entschuldigbar: Selbst der Münchner Repräsentant des BBU, der spätere UNR-Gesandte in Berlin Roman Smal'-Stočkyj<sup>216</sup>, hatte bei seiner Suche nach Förderern an Doncovs Berliner »Ukrainisches Pressbüro« geschrieben. Er erhielt einen peinlichen Antwortbrief Doncovs, in dem jener (immerhin war Doncov einer der Gründer) sich vom BBU, als von »einer Organisation, die nicht gerade den besten Ruf in der Ukraine hat«, distanzierte.<sup>217</sup> Für Deutsche war dies die erste belegbare Konfrontation mit den inneren Streitigkeiten der exilukrainischen Gruppen. Einerseits verwirrte sie dies, andererseits versetzte es sie aber auch in die Lage, die Rivalen gegeneinander auszuspielen.

Daß die Deutschen die Kolonisationsgesellschaft als Vermittler wählten – und nicht die ortsfremdem BBU-Vertreter –, war verständlich. Skoropys-Joltuchovskýj konstruierte hieraus 1921 die Legende, man habe »nur dank der ehrlichen Ergebenheit dieser Leute an die Idee selber und ihrem edlen Vertrauen zum BBU« gegen ein Veto des AA die Genehmigung zur Lagerarbeit erhalten.<sup>218</sup> Die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen AA und GFIK (wie für die NS-Zeit zwischen Wehrmacht und Partei) folgte einer Argumentationsstruktur, die später noch wichtiger werden sollte: Durch die Wahl scheinbar »salonfähiger«, akzeptabler Partner versuchte man sich von dem Vorwurf einer Kompromittierung zu schützen und übersah dabei gern, daß die als spinnefeind geschilderten Institutionen zusammenarbeiteten.

Keup hat 1920 in einem Brief an Skoropys versucht, die Gründung des BBU als eine »bilaterale« Angelegenheit darzustellen. Das war allerdings zu einer Zeit, zu der den Ukrai-

<sup>216</sup> Roman Smal'-Stočkyj war 1914, gerade 21 Jahre alt, nach Studienzeiten in Wien und Leipzig in München in Slavistik promoviert worden. 1914 war er zunächst Soldat, wurde dann aber wegen eines Herzfehlers entlassen und als Galizier vom Wiener BBU nach München »zur politischen Arbeit geschickt« (Vgl. Roman Smal'-Stočkyj, »Spohady pro Zenona Kuzelju«, In: Volodymyr Janiv (Hg.), Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962, S. 44-51, hier S. 45).

<sup>217</sup> Doncov wahrte gewisse Höflichkeitsregeln, indem er anmerkte: »Damit wollen wir gewiß keineswegs Ihren guten Willen als eines Mitgliedes des Bundes bezweifeln« (Doncov an Smal'-Stočkyj, 9.3.1915, NAC, MG30, C167, vol.22, file 6). Doncov wußte zu diesem Zeitpunkt sicherlich nichts über den Ruf des BBU »in der Ukraine«. – Der BBU klärte Smal'-Stočkyj dann über Doncov auf: »Mit dem Herrn Donzow haben wir nichts gemein, weil er sich, wie es Ihnen bekannt sein dürfte, in den Dienst des Wassylko gestellt hat. Über sein Anstandsgefühl zeugt am besten der Brief, welchen er an Sie gerichtet hatte und den Sie uns übermittelten. Die Korrespondenz des »Ukrainischen Pressbüros« in Berlin erscheint im Namen der Ukrainischen Zentralorganisation, die wohl nicht existiert. Hinter dieser Organisation stehen bekannte Persönlichkeiten, die eine Zentralorganisation vortäuschen und die Politik auf eigene Hand betreiben« (BBU Wien an Smal'-Stočkyj, 17.3.1915, ebd.). In den Ukrainischen Nachrichten (42/3.7.1915) distanzierte sich der BBU noch einmal von Aussagen Doncovs und seiner Selbstbeschreibung als Leiter des Ukrainischen Pressebüros in Berlin. Vor diesem Hintergrund schrieb Smal'-Stočkyj später fälschlicherweise, Doncov sei dem BBU nicht beigetreten (Roman Smal'-Stocki, »Actions of »Union for the Liberation of Ukraine« during World War I«, The Ukrainian Quarterly 15 (1959), S. 169-174, hier S. 170). Sollte er damals nicht gewußt haben, daß Doncov einer der Gründer war? – Weniger entschuldigbar als Smal'-Stočkyjs Fehler ist, daß in einer neueren polnischen Monographie behauptet wird, das »Pressbüro« ginge auf den BBU zurück (Vgl. Włodzimierz Mędrzecki, Niemiecka interwencja militarna na Ukrainie w 1918 roku. Warszawa 2000, S. 19). Und auch in der ukrainischen Edition von 2003 heißt es über Doncov: »1914-1916 war er Mitglied und erster Vorsitzender des BBU, er leitete das Ukrainische Pressebüro in Berlin« (Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, S. 249, Anm. 315).

<sup>218</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny««, S. 215. Vgl. auch Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. I, 2002, S. 46.

nern seitens der Entente bereits der Vorwurf gemacht wurde, ein »deutsches Produkt« zu sein. Keup bescheinigte damals Skoropys, es sei aus ihrem Briefwechsel nachweisbar, daß sich der BBU stets die »vollständige Entschließungsfreiheit« vorbehalten habe:

»Die Zusammenarbeit mit unserer Gesellschaft entstand auf der Basis, daß die nationalen Ziele der Ukrainer und die deutschen Interessen ein und derselben Entwicklungslinie folgten. Deutschland brauchte im Osten eine wirtschaftlich starke selbständige Ukraine und ein politisches Gegengewicht gegen deren nächsten Feind Polen, das ein gemeinsamer Feind des deutschen und des ukrainischen Volkes ist. Im vollen Vertrauen in diese Gemeinsamkeit unserer Interessen brauchten die Deutschen der Bewegung, die vom BBU geführt wurde, keinerlei Impulse zu geben, die das Ziel gehabt hätten, in deren Arbeit [...] sachfremde Aufgaben einzufügen.«<sup>219</sup>

Diese Begründung folgte natürlich der diskursiven Entwicklung bis 1920. 1914/15 galten die Polen den Mittelmächten (auch den Deutschen) noch nicht als Feinde (wohl aber den »Alldeutschen«), und die »Gefangenenarbeit« war ein Element der Schwächung Rußlands, nicht eines nicht bestehenden Polen. Richtig ist aber, daß die »Impulse« anfänglich eher von den Ukrainern ausgingen und es der deutschen Seite ausreichte, sie im eigenen Interesse – aber gegen Rußland – zu nutzen.

Keup agierte nicht allein: Er hatte nicht übertrieben, als er angeboten hatte, an »berufener Stelle« tätig zu werden. Diese »berufenen Stellen« stammten aus dem eher »verdeckten« Milieu: Für das AA agierte dessen »Vertrauensmann« Max Zimmer, der schon den »Schwarzmeer-Plan« betreut hatte. Im März 1915 wog Zimmer die Möglichkeiten der ukrainischen Engagements ab. Mit dem Wissen aus der beliebten Broschüre Stepan Rudnyčkyjs hielt er Ukrainer für grundsätzlich staatsfähig, lehnte eine Annexion der Ukraine ab (»ließe sich kaum durchführen und würde überdies das slawische Element unter der Bevölkerung der Zentralmächte viel zu sehr stärken«) und empfahl dafür die Unterstützung der ukrainischen Bewegung, mit der die Ukraine als »ein starkes Zersetzungsmoment im russischen Reiche verbleiben« solle. Zimmer lobte die österreichische Gefangenenagitation, hielt es aber für wichtig, daß – anders als in Österreich – »ein fester Wille und ein klarer Entschluß unsere Beziehungen zu den Ukrainern bestimmen«.<sup>220</sup> Im April 1915 bedeutete Zimmer Keup, daß der BBU nun in Deutschland die »Gefangenenarbeit« aufnehmen könne.<sup>221</sup> Zimmer vereinbarte mit von Bergen, daß man sich weder auf die österreichischen noch auf die russischen Ukrainer verlassen wolle, sondern daß die ganze Angelegenheit »in deutscher Hand verbleiben solle«. Der BBU war jedoch der Partner des Vertrauens. Am 14. April besprachen Zimmer und Keup die Gründung der deutschen Gruppe, die die »Gefangenenarbeit« leiten sollte. Als dritter Partner kam Hauptmann Walter von Lübbers vom Preußischen Kriegsministerium hinzu.<sup>222</sup>

<sup>219</sup> Keup an Skoropys, 30. 3. 1920, in: Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï zločyny«, S. 236–237 (Originaltext deutsch, hier Rückübersetzung aus dem Ukrainischen, FG).

<sup>220</sup> [Max Zimmer], »Ukrainer«, 17.3.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.4, Bl. 30–34.

<sup>221</sup> Zimmer an Keup, 7.4.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 13. – Zimmer erhielt zuvor von Ludwig Roselius einen Brief, in dem dieser Zimmer entgegen anfänglichen Bedenken die Einschätzung vermittelt hatte, daß »die ukrainische soziale Propaganda des Bundes am meisten Aussicht auf Erfolg bietet« (Roselius an Zimmer, 26.2.1915, PAAA, R.21 222, zit. nach Remer, Ukraine, S. 250).

<sup>222</sup> Max Zimmer, »Bericht über die Verhandlungen in Wien«, 15.4.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 82.

Die Vorgaben Zimmers, also des AA, bestimmten das Verfahren. Dieser hatte moniert, den österreichischen Ruthenen fehle »eine Persönlichkeit, die mit kraftvoller Faust durchgriffe [...] um die ganze Bewegung der Österreichisch- und Russisch-Ukrainischen Interessen zusammen in ein festes Geleise zu zwingen«. Deswegen brauche man eine »zielbewußte deutsche Organisation«, »vorausgesetzt, daß sie von vornherein den Einfluß fremder Persönlichkeiten fernhält und die Entwicklung mit straffer Zügelführung durchhält«. <sup>223</sup> Deshalb ging man auch nicht auf das Angebot Vasy'kos ein, der das deutsche Kriegsministerium bat, »seine Erfahrungen zu nutzen und ihm zu gestatten, [ukrainische] Propaganda in Deutschland zu organisieren«. <sup>224</sup> Den BBU meinte man besser lenken zu können.

Am 15. und 16. April 1915 konferierten in Berlin und Frankfurt/Oder Zimmer, Keup, von Schwerin und von Lübbers mit Oleksander Skoropys-Joltuchov'skyj, der etwa zu dieser Zeit nach Berlin umzog, über die angestrebte Kooperation. Das AA hatte zuvor dem Kriegsministerium bedeutet, die »Trennung und besondere Behandlung der ukrainischen Gefangenen [sei] ganz im Sinne seiner Wünsche«; von einem Veto, das Skoropys erfunden hat, gibt es also keine Spur. Ukrainer sollten aus den allgemeinen Lagern herausgezogen und in fünf Sonderlagern untergebracht werden. Nicht der Staat, sondern die GFIK sollte als Ansprechpartner der Ukrainer dienen, weil man »kaum erwarten« dürfe, daß »eine gewissenhafte Regierung« »schriftliche Zusicherungen betreffs der Abspaltung der Ukraine gibt«. Die nun bekannte Konkurrenz zur Doncov-Gruppe hielt man für negativ: »Die in der Kriegssituation liegenden Schwierigkeiten werden verschärft durch die unerfreuliche Tatsache, daß die verschiedenen ukrainischen Gruppen miteinander in scheinbar unversöhnlichem Streite liegen«. Von Schwerin regte die Bildung eines Beirats »aus reichsdeutschen, völlig zuverlässigen Personen« an, der die »Gefangenenbeeinflussung« leiten sollte, »ohne daß das Auswärtige Amt oder das Kriegsministerium damit befaßt werden.« Der BBU solle mit dem Beirat, nicht mit einzelnen Behörden zusammenarbeiten. Skoropys erhielt die grundsätzliche Zustimmung, daß Sondermittel bereitgestellt würden, um »Personen, die sich bei der Arbeit in den Gefangenenlagern im Interesse der Sache derart aussetzen, daß bei ungünstigem Verlaufe des Krieges eine Rückkehr in ihre Heimat unmöglich wird, weil sie die Behandlung als Landesverräter zu gewärtigen haben«, die Auswanderung etwa nach Amerika zu finanzieren. <sup>225</sup> Der BBU erklärte sich bereit, die Beziehungen streng vertraulich zu halten, was auch in seinem Interesse läge, da seine Feinde den »Bund für einen Agenten, einen bezahlten Handlanger der Feinde Rußlands« halten könnten. Daher übernahm der Staat zwar die Finanzierung, aber alle Zahlungen sollten von der GFIK an die Kasse des Bundes erfolgen – der Ansatz für die ersten 4 Monate lag bei 80.000 Kronen. <sup>226</sup>

<sup>223</sup> Max Zimmer, »Ukrainische Parteien«, 15.4.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 88.

<sup>224</sup> Skoropys-Joltuchov'skyj, »Moï »zločyny«, S. 216.

<sup>225</sup> von Schwerin/Keup an BBU Wien, 17.4.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 13.

<sup>226</sup> BBU an GFIK, 15.5.1915, NAC, MG30, C167, vol.10, file 13. – Zur Finanzierung vgl. Oberst Friedrich, Kriegsministerium, an AA, 4.5.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.4, Bl. 108; Unterstaatssekretär im AA an Kriegsministerium, 9.11.1915, ebd., Bd. 8, Bl. 47. Der Ansatz für die laufenden Kosten belief sich Ende 1915 auf 10.000 Mark monatlich (von Schwerin, »Bericht über die Verwendung der dem Konto AA bei der Darmstädter Bank zu Frankfurt a. Oder zur Verfügung gestellten Mittel«, 23.12.1915, ebd., Bd.10, Bl. 2-8, hier Bl. 2). – Daß es sich bei den Geldern um ein Darlehen gehandelt habe, wie Skoropys später behauptete, ist nicht erkennbar (vgl. Skoropys-

Dabei ist einiges bemerkenswert: Man scheute sich nicht, einen ungünstigen Kriegsverlauf zu antizipieren und sich darauf einzustellen, wir haben es also mit einer realistischen und gegenüber dem Zweiten Weltkrieg abweichenden Haltung zu tun. Der Verratscharakter, der Widerspruch zum Kriegsvölkerrecht, war allen Beteiligten (einschließlich des BBU) klar, und wenn auch die Verschleierung der Finanzierung wenig professionell war, offenbarte sich darin die nunmehr beiderseitige Zurückhaltung gegenüber einer offenen Parteinahme für und Finanzierung durch Deutschland. Dessen ungeachtet wünschte und erreichte man genau dies.

Die Deutschen informierten sich nun genauer über die Erfahrungen in den österreichischen Lagern,<sup>227</sup> und Skoropys unternahm zusammen mit von Lübbers eine Rundreise durch deutsche Gefangenenlager, bei der man sich schließlich für Rastatt als erste Ukrainer-Einrichtung entschied.<sup>228</sup>

Omeljan Terlečkyj (1873-1958) hat bestätigt, daß sich der BBU in Deutschland bereits im Mai 1915 durchgesetzt hatte. Er hatte nicht nur Doncov ausgestochen, sondern auch einen hohen Grad an Freizügigkeit erreicht.<sup>229</sup> Dieses Vertrauen der Deutschen war insofern gerechtfertigt, als Skoropys den Kriegsgefangenen zu demonstrieren versprach, »welcher Unterschied zwischen dem Leben in Rußland und dem Leben in Deutschland und Österreich« liege. Andererseits konnte er behaupten, keine weiteren Verpflichtungen auf sich genommen zu haben, zugunsten von Österreich oder Deutschland zu agitieren: »Wir haben nur versprochen, keine germanophobe oder austrophobe Propaganda zu betreiben«.<sup>230</sup>

Am 23. April 1915 wurden die ersten 29 Ukrainer als Betreuungspersonal aus Österreich nach Deutschland beordert.<sup>231</sup> Im Mai 1915 wurde Rastatt, im September 1915 Wetzlar, im November 1915 Salzwedel als Ukrainerlager ausgewiesen.<sup>232</sup> Ukrainisch-

Joltuchovskij, »Moï ›zločyny‹«, S. 216; Fedyšyn, *Germany's Drive to the East*, S.33). Einzelkostenaufstellungen veröffentlichte Skoropys nach dem Krieg (vgl. Skoropys-Joltuchovskij, »Moï ›zločyny‹«, S. 191-237, 226-233), der Gesamtbetrag für die Gefangenenarbeit belief sich danach für die Jahre 1915-1917 auf 743.000 Mark.

<sup>227</sup> »Die ukrainische Propaganda unter den russischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität in Österreich«, 25.4.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, Bl. 99-107. Freistadt wurde nach dem Sommer 1915 ausdrücklich zum Vorbild genommen (von Schwerin, »Bericht über die Verwendung...«, 23.12.1915, ebd., Bd.10, Bl. 2-8, hier Bl. 1).

<sup>228</sup> »Der erste Versuch praktischer Arbeit« scheiterte, weil das Lager Müncheberg, Kreis Lebus, »wegen schlechter Unterkunftsräume« und »unbefriedigender Küchenverhältnisse« abgelehnt wurde. Aus ähnlichen Gründen wurden im Juni 1915 Vorbereitungen im Lager Schwaneburger Moor in Oldenburg aufgegeben. Daraus ist schon deutlich, daß die Ukrainerlager eine positive Umgebung für die Gefangenen bieten sollten (von Schwerin, »Bericht über die Verwendung...«, 23.12.1915, ebd., hier Bl. 2, 4). – Sowohl von Lübbers als auch Skoropys waren im Zivilleben Kunstmaler, was bei einer Zusammenarbeit helfen mochte, die auch später noch anhielt (Falk Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, PAAA, Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Anl. 5, Bl. 25-38, hier Bl. 37).

<sup>229</sup> Omeljan Terlečkyj, *Istorija ukraïnskoï hromady v Raštati 1915-1918*. Kyïv/Ljajpcig 1919, S. 23.

<sup>230</sup> Protokoll der Lagerversammlung in Wetzlar vom 7. 11. 1916, zit. nach ebd., S. 23-24.

<sup>231</sup> Nach Sribnjak arbeiteten 1916 in deutschen Lagern faktisch 23 »Lehrer« (Sribnjak, *Poloneni*, S. 34).

<sup>232</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 262; Claus Remer, »Das Ukrainerlager Wetzlar-Büblinghausen (1915-1918) – ein besonderes Lager?«, *Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins*, Heft 37, Wetzlar 1994, S. 77-116, hier S. 91-92. – Friedrich von Schwerin berichtete Ende1915 (»Bericht über die Verwendung...«, 23.12.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 2-8, hier Bl. 5; vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 93) über die Reisen von Skoropys in die Lager Celle, Soltau, Wittenberg und Zerbst und von Jevhen Levyčkyj nach Frankfurt/Oder und Brandenburg, um geeignete Ukrainer für die

stämmige Offiziere wurden zunächst in diese Lager miteingewiesen oder in den regulären Lagern belassen, erst Ende 1916 entstand dann ein separates Offizierlager in Hannoversch Münden. Die dort durch den BBU gegründete »Ukrainśka Hromada« zählte im April 1917 120 Mitglieder.<sup>233</sup> Die Einrichtung dieses Offizierlagers erfolgte immer noch früher als in Österreich, wo erst nach einem Rundschreiben des BBU vom 18. Mai 1917 separate Einrichtungen für ukrainische Offiziere eingerichtet wurden.<sup>234</sup> Im Juni und Juli 1917 kamen 40 Offiziere in Josefov zusammen, wo am 17. Juni 1917 (nach Sribnjak sogar erst im August) der »Ukrainische Zirkel des Lagers Josefstadt« gegründet wurde. Einen nicht formalisierten ukrainischen Offizierkreis bildeten 30 Gefangene in Reichenberg/Liberec.<sup>235</sup>

Die Belegungszahlen der Ukrainerlager, die insgesamt mit etwa 50.000 angegeben werden, führen jedoch in die Irre. Zwar wurden so viele aus der Ukraine stammende Gefangene zusammengeführt, die Teilnahme an den BBU-Aktivitäten war jedoch auch in diesen Lagern freiwillig und blieb vor allem in der ersten Zeit auf eine kleine Minderheit beschränkt, die weder die Bedrohung durch rußlandfreundliche Unteroffiziere fürchtete<sup>236</sup> noch sich durch Desinteresse oder Apathie von den angebotenen Unterrichten abhalten ließ. Terlećkyjs Buch über Rastatt, wo der Verfasser Musikunterricht gab und den Chor leitete, bietet dazu gutes Material.<sup>237</sup> Terlećkyj wertete es als Erfolg, daß sich Anfang 1916 einige hundert Gefangene zu einer Versammlung eingefunden hätten, auf der eine »selbständige Ukraine« gefordert wurde.<sup>238</sup> Die Anzahl der »mehr oder weniger« der ukrainischen Frage anhängenden Menschen in Rastatt bezifferte er für diese Zeit auf 1200 Personen, nach seiner Rechnung 14% der Lagerinsassen.<sup>239</sup> Hierbei muß zusätzlich ins Gewicht fallen, daß Kursteilnehmer durch die deutsche

---

neuen Lager ausfindig zu machen. Smal'-Stoćkyj hatte zunächst in Rastatt, dann in Wetzlar und Emil Baćynskyj in Wetzlar die »Aufklärungsarbeit« übernommen. Am 15. 2. 1916 trat Smal'-Stoćkyj von seinem Amt als Unterrichtsleiter in Wetzlar zurück, da vorgesehen war, ihn geplanten Ukrainerlagern in der Türkei zuzuweisen (von Schwerin, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 6.7.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, hier S. 22).

<sup>233</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 136. – Angemerkt sei, daß Sribnjak Hann.Münden für einen Vorort Hannovers hält und deshalb durchweg »Hannover-Mjunden« schreibt. Boljanovśkyj entwickelte dies weiter zu »Hannover-Hminden« (Andrij Boljanovśkyj, *Ukrainśki vijśkovi formuvannja v zbrojnych sylach Niměćyny* (1939-1945). L'viv 2003, S. 21). – Zu den dort zusammengezogenen Offizieren gehörten u. a. Hauptmann Čyževśkyj, der in der UNR Innenminister wurde und Leutnant Syrotenko, der in der UNR kurzzeitig Kriegsminister war (vgl. Viktor Zelinskyj, *Syn'ožupannyky*. Berlin 1938, S. 9-10).

<sup>234</sup> SVU, *Zvernennja do ukrainśkych oficeriv-polonenyh*, 18. 5. 1917, CDAVO, Fond 3533, Op. 1, Akte 5, Bl. 1. (vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 131) – Es fällt auf, daß der BBU sich des russischen Terminus »oficeriv« bedient und nicht ukrainisch »starśyn« schreibt – vermutlich rechnete man nicht damit, daß ukrainischstämmige Offiziere die ukrainische Militärterminologie beherrschten.

<sup>235</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 131-132.

<sup>236</sup> Vgl. Terlećkyj, *Istorija*, S. 57-65.

<sup>237</sup> Omeljan Terlećkyj, *Istorija ukrainśkoj hromady v Raštati 1915-1918*. Kyiv/Ljajpcig 1919. – Terlećkyjs Werk war ursprünglich als erster Band einer Reihe geplant, die alle Lager einzeln abhandeln sollte. Erschienen ist jedoch nur der Band über Rastatt, dem eine allgemeine Einführung vorangestellt wurde. Terlećkyj legte jedoch Wert darauf zu betonen, daß die Entwicklung in den Lagern parallel erfolgte, so daß die Rastatter Verhältnisse, die er schilderte, weithin auch für die anderen Lager als repräsentativ gelten mögen (Vgl. ebd., S. 48).

<sup>238</sup> Ebd., S. 96.

<sup>239</sup> Ebd., S. 153.

Kommandantur von anderer Arbeit freigestellt wurden.<sup>240</sup> Für 1916 konstatierte Terlečkyj einen Anstieg der Zahlen, eine Mehrheit sei jedoch nicht erreicht worden.<sup>241</sup> In Wetzlar zählte man Anfang 1917 ganze 1500 »bewußte Ukrainer«.<sup>242</sup>

Ein BBU-Bericht hielt die Verhältnisse in Wetzlar, wo Roman Smal'-Stočkyj bereits im ersten Monat seiner Tätigkeit einen »Zirkel der Lager-Intelligenz« gründete,<sup>243</sup> für günstig, während die Unteroffiziere in Rastatt nach dem Beginn der »Aufklärungsarbeit« eine »Contre-Agitation« begonnen hätten. Im Dezember 1915 beschwerte sich der BBU über das Fehlen der deutschen Unterstützung:

»Die unklare Stellung der deutschen Regierung zu der Lösung der ukrainischen Frage lähmt die Entwicklung der Sache. Die Resultate der Arbeit aber sichern den kulturellen und politischen Erfolg dem Deutschtum in Zukunft auf ukrainischem Boden. Bis seitens der deutschen Regierung eine klare Stellungnahme erfolgt, muß man mit kleinen politischen Erfolgen zufrieden sein.«<sup>244</sup>

Zur »unklaren Stellung« trug bei, daß den Deutschen im Juni 1915 stärker bewußt geworden war, daß es auch Gegner der bisher nahezu ausschließlich mit Ukrainern verhandelten Pläne gab. Ein Dr. Jenny, der sich als Historiker und Volkswirt vorstellte, welcher »mehr als zwei Jahrzehnte inmitten kleinrussischer Bevölkerung als Großgrundbesitzer gewirtschaftet« habe, reichte beim deutschen Generalstab eine Denkschrift ein, die dieser an das AA leitete und die Diego von Bergen wiederum bei seinen Vertretungen verbreitete. Jenny bestätigte darin zwar ethnische Unterschiede zwischen Ukrainern und Russen, zweifelte jedoch an einer Staatsfähigkeit der ersteren. Er vermißte jede »Erinnerung an einen eigenen, unabhängigen Staat« und attestierte eine »gänzliche Entkräftung der bodenständigen Kultur« mit einer »Auslese nach unten, die kulturell den Ukrainerstamm verbluten ließ«. Die Masse seien »bäuerliche Analphabeten«, die wenigen radikalen »Intelligente und Halbintelligente« würden »meist rasch krippenzahn, wenn sie in ein Amt geraten, und dann verfliegt mit der oppositionellen Gesinnung auch das unempfundene Nationalgefühl«. Daher müsse »die Gründung eines kleinrussischen Staates [...] ein Wahngelbilde bleiben« – wohl aber könne man durch die Förderung von ukrainisch-russischen »Spannungen und Abneigungen« eine »gewisse Gährung«(!) in Rußland bewirken. Die Erwartung, »unter den Gefangenen Verständnis für ein kleinrussisches Staatswesen zu erwecken, [müsse] sich als Bau von Luftschlössern ohne Fundamente ins luftige Blau der Fantasterei hinein erweisen«. Jenny sah die »Erweckung des ukrainischen Bewußtseins«, verbunden mit »Verständnis für politische Zurücksetzung« dagegen als Mittel, um »Keime scharfer Unzuträglichkeiten für das spätere russische Leben in die Seele der Kleinrussen« zu implantieren.<sup>245</sup>

<sup>240</sup> Ebd., S. 156.

<sup>241</sup> Ebd., S. 163.

<sup>242</sup> Vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 107.

<sup>243</sup> Vgl. ebd., S. 93.

<sup>244</sup> BBU Berlin an BBU Wien, 2.12.1915, NAC MG30, C167, vol. 10, file13.

<sup>245</sup> [Dr. Jenny], »Zur Kritik der ukrainischen Aspirationen«, 8.6.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 5, Bl. 26-31. – In Jenny sah das AA einen »von gewichtiger Seite bestempfohlenen, wissenschaftlich gebildeten und unabhängigen Mann[.]«, die Denkschrift sei »hochinteressant und offenbar mit großer Sachkenntnis geschrieben« (Notiz AA, 16.6.1915, ebd., Bl. 38). – Jenny änderte nach dem Krieg seine Meinung. 1923 schrieb er, »[...] die Ukraine wird sich ganz bestimmt einmal mit ele-



Ein Ziel der Gefangenearbeit konnte demnach kein praktischer Einsatz, sondern nur eine längerfristig angelegte »Zersetzung« des Rußländischen Reiches sein. Das AA ließ die Denkschrift nicht ungeprüft, legte sie von Rechenberg, der schon kurz nach Kriegsbeginn zu polnischen und ukrainischen Fragen angefragt worden war, vor und bat um seine Stellungnahme. Von Rechenberg kritisierte Jennys Folgerungen. Er hielt einen ukrainischen Staat, wenn er denn demokratisch ausgerichtet sei, zwar für störungsanfällig, jedoch für lebensfähig, auch wenn er »den Auffassungen eines an andere Verhältnisse gewöhnten deutschen Staatsangehörigen nicht entsprechen« würde.<sup>246</sup> In den Akten des AA befindet sich eine weitere Kritik der Jenny-Denkschrift aus der Feder eines nicht genannten Ukrainers, der jedoch sicherlich der HUR zugerechnet werden kann. Die Angaben Jennys wurden rundweg abgestritten und (unzutreffend) dem Umfeld des polnischen Slavisten Aleksander Brückner (1856-1939) zugerechnet, der gegen die Ukrainer in der Presse polemisiert hatte. Der anonyme Verfasser machte dann ein interessantes Angebot: Das ukrainische Volk werde »derjenigen Macht, welche ihm verhilft, eine einheitliche, selbständige Nation zu werden, für weite Zukunft politisch dienstbar sein«.<sup>247</sup>

Was auch immer die Diplomaten über diese Texte dachten, der BBU wurde weiter gefördert. In Berlin wurde im April 1915 eine Zentralstelle des BBU für die Gefangenearbeit eingerichtet, die Skoropys leitete (Berlin W 9, Linkstraße 22) und in der im Januar 1916 Vsevolod Kozlovskij als Sekretär tätig wurde.<sup>248</sup> Von Schwerin berichtete dem AA über die Fortschritte der Lagerarbeit. Das AA und das Kriegsministerium finanzierten über die »Vermittlungsstelle Frankfurt a. d. Oder« die Betreuung der ukrainischen Kriegsgefangenen. Das Unterkunftsdepartement des Kriegsministeriums unter Oberst (1918 Generalmajor) Friedrich verantwortete die weitere Arbeit<sup>249</sup> und stellte die Räumlichkeiten, während die Mittel für das Ausbildungspersonal weiterhin vom AA kamen.<sup>250</sup>

---

mentarer Wucht zu eigenem Bestand erheben.« Er hielt die Ukraine für ein Instrument gegen Polen wie Rußland. Nun rügte er die deutsche Untätigkeit, und riet der deutschen Regierung, nicht nur mit bestehenden, sondern auch mit künftigen Staaten zu rechnen (Deutsche Tageszeitung 5. 4. 1923, zit. nach Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, München 3 (1923), Nr. 15/12.4.1923, S. 3).

<sup>246</sup> Rechenberg an AA, 7.8.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 6, Bl. 58-60.

<sup>247</sup> »Entgegnung auf die von einem »Kenner Südrußlands« verfaßte und der kaiserlich deutschen Regierung überreichte Denkschrift über die ukrainische Frage. Wien«, 15.8.1915, ebd., Bd. 6, Bl. 107-119, Zitat, Bl. 117.

<sup>248</sup> Vgl. Terleckij, Istorija, S. 19.

<sup>249</sup> Vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 90-91, nach Roselius, 5.5.1915, PAAA R21 222. – Zur Organisation und ersten Planungen vgl. von Schwerin, Besprechung vom 23.4.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 4, 109-10. 10 unverheiratete ukrainische Propagandisten erhielten je 300 M, fünf ältere verheiratete je 500 M monatlich (Notiz Brück über Besuch von Schwerin, 28.6.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.5, Bl. 69; Zahlungsanweisung AA, 8.7.1915, ebd., Bd. 6, Bl. 35). 1916 wurden an verheiratete 450 M gezahlt, die Leiter in den jeweiligen Lagern erhielten 100 M Zulage, Korduba 150 M Zulage, weil er nicht schlechter als in seiner zivilen Tätigkeit in Czernowitz gestellt sein sollte (von Schwerin an Kriegsministerium, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 24. 1. 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 9-12, hier Bl. 10).

<sup>250</sup> Im Dezember 1915 gab von Schwerin den monatlichen Bedarf jedes Lagers mit 10.000 Mark an (von Schwerin, »Bericht über die Verwendung...«, 23.12.1915, ebd., Bl. 2-8, hier Bl. 7). Zur Finanzierung der »Gefangenearbeit« des BBU in Österreich vgl. Bihl, »Österreich-Ungarn und der »Bund zur Befreiung der Ukraina«, S. 514-515.

Das Kriegsministerium meldete im November 1915, in den Lagern Rastatt, Wetzlar und Salzwedel befänden sich 40.000 Ukrainer, es gebe jedoch »in den Korpsbezirken auf Arbeit noch viele Tausend Ukrainer, deren Heranziehung, soweit sie zur Aufklärung geeignet sind, in allernächster Zeit vor sich gehen wird.«<sup>251</sup>

Der vom BBU organisierte Unterricht war wohlgeplant. Vor allem waren es historische Themen, die nach Ansicht der deutschen Seite die »Grundlage zu einer wirkungsvollen, jedem Ukrainer verständlichen Propaganda« boten. Weitere Fächer waren Musik, Kunst und Handwerk, ukrainischer und deutscher Sprachunterricht, »wie überhaupt die Aufklärung mit darauf ausgeht, daß die Kenntnis Deutschlands mit seiner überragenden Kultur den Wunsch nach einem Zusammenschluß mit ihm wachrufen soll.« Die Deutschen registrierten bald ein Interesse an landwirtschaftlichen Themen und bescheinigten den Gefangenen, im Verhältnis zu den »Moskowitern« »selbständiger, zielbewußt und findig« zu sein.<sup>252</sup> Die ukrainischen Lehrer stellten hingegen fest, daß die Ukrainer wider Erwarten gar nicht an Geschichte interessiert waren, so daß in der Retrospektive eher der praktischen Ausbildung Bedeutung zugekommen sein dürfte.<sup>253</sup> In den Vordergrund rückten daraufhin Analphabetenkurse, Deutschunterricht, Rechenkurse, ein Lehrerausbildungsseminar, ein staatswissenschaftlicher Kurs und ein Photographiekurs. Daneben tagte in Rastatt eine »nationale Sektion« zur »Heranbildung von politischen und nationalen Agitatoren und Organisatoren« und eine »soziale Sektion«, für »diejenigen, die in Russland einer sozialistischen Partei angehörten«: Ihr Zweck war die »Gewinnung der sozialistischen Elemente für die nationale Sache«. Jeden Mittwoch wurde im Lager eine »allgemeine zugängliche Volksversammlung« abgehalten, daneben gab es fast täglich »Abend- und Tagesvorträge« – »alle Vorträge mit Diskussionen«.<sup>254</sup>

In seinen Erinnerungen hielt der im Sommer 1917 nach Hannoversch Münden verlegte General Viktor Zelinskyj (1867-1940) fest, daß er dort zum Selbststudium Hruševskyjs Geschichtsbuch und den Band über die ukrainische Geschichte des pensionierten Generals Mykola Arkas (1852-1909) erhalten habe. Hruševskyjs Buch gefiel ihm nicht – es erschien dem General zu »demokratisch, ohne die Hervorhebung der heroischen Leistungen von Individuen« –, während er sich an dem bebilderten Band Arkas' delectierte. Seiner Meinung nach präsentierte dieser nicht nur »die Gesamtheit der ukrainischen Geschichte im wirklichen Lichte«, sondern führte auch dazu, daß

<sup>251</sup> Friedrich/von Lübbers, »Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina«, 22.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65; Remer zitiert eine korrigierte Version vom 1.12.1915, »Ukrainerlager«, S. 91.

<sup>252</sup> Friedrich/von Lübbers, »Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager...«, 22.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65. Lehrziele des Deutschunterrichts waren: »Die praktische Aneignung der deutschen Sprache, die Gewinnung der Zuhörer für den deutschen Kulturkreis und deren allgemeine Bildung«; des Unterrichts in ukrainischer Geschichte: »Die Erinnerungen an die besonderen geschichtlichen Traditionen des ukrainischen Volkes sowie an den Zusammenhang der ukrainischen und der abendländischen Geschichte und die Erziehung zum politischen Unabhängigkeitsgedanken« (»Arbeits- und Organisationsprogramm des ukrainischen Unterrichtsausschusses des BBU in Rastatt«, Januar 1916, ebd., Bd. 10, Bl. 13-15, hier Bl. 13).

<sup>253</sup> Protokoll der Rastatter Bildungsabteilung vom 13. 10. 1915, angeführt in Terleckyj, Istorija, S. 141.

<sup>254</sup> »Arbeits- und Organisationsprogramm des ukrainischen Unterrichtsausschusses des BBU in Rastatt«, Januar 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 13-15. – In Freistadt OÖ entstand der erste »politische Zirkel« im August 1915 (Vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 47).

sich »vor [s]einen Augen alle Kämpfe und Bemühungen des ukrainischen Volkes für die Freiheit und die Staatlichkeit gegen Russen, Polen, Türken und Tataren entfalten« konnten. So gelang es, dem General zu suggerieren, er sei der »Nachfolger der ukrainischen Ritter«. <sup>255</sup> Aber diese Traditionskonstruktion war schwierig. Da es noch kein anerkanntes ukrainisches Symbol gab, wohl aber einen Fundus an Chiffren, die als ukrainisch erkannt werden konnten, blieb die äußerliche Ukrainisierung auf ukrainische Schilder und Transparente, Porträts von Vladimir (oder eben Volodymyr) dem Heiligen bis Ševčenko, das Wappen Kiews und des galizisch-wolhynischen Staates beschränkt. <sup>256</sup>

Terlečkyj schrieb, es habe anfangs praktisch kein ukrainisches Nationalbewußtsein unter den Gefangenen gegeben. <sup>257</sup> Deshalb sei auch großer Widerstand gegen die Dozenten entstanden – und selbst als ein Teil der Gefangenen begonnen habe, sich als Ukrainer zu fühlen, seien »Klasseninteressen und selbst die Landfrage höherrangig als die nationale Idee« gewesen. <sup>258</sup> Trickreich hatten die Instruktoren daher nach einem ersten Fehlschlag begonnen, Fachveranstaltungen ohne einen sichtbaren Bezug zum ukrainischen Nationalismus anzubieten, um auch apolitische Gefangene dafür zu interessieren. Gegen solche Veranstaltungen hatten auch die prorussischen Unterführer nichts einzuwenden, und Terlečkyj hielt später den anfänglichen offenen Versuch, ukrainischen Nationalismus zu fördern, für einen »großen taktischen Fehler«. <sup>259</sup> Als der »Störfaktor« der rußlandtreuen Unterführer und Soldaten erkannt worden war, wurden jene konsekutiv in andere Lager verlegt, um die »Ukrainisierungswilligen« ihrem Einfluß zu entziehen. Aber in den Ukrainerlagern blieben immer noch Gefangene, die der Ukrainisierung indifferent gegenüberstanden. <sup>260</sup> Terlečkyj betonte auch, daß der Vorwurf, einer Ukraine bedürfe nur der deutsche Kaiser, so schwer wog, daß »es damals (Anfang 1916) niemand von der Bildungsabteilung gewagt hätte, öffentlich ein positives Wort über Deutschland auszusprechen«. <sup>261</sup>

Das ambivalente Verhältnis zu den Deutschen wird aus einer von Terlečkyj referierten Aussage aus dem März 1916 deutlich: In der »nationalen Sektion« hatte danach ein Gefangener erklärt, man werde gegebenenfalls unter den Deutschen ebenso um seine Rechte kämpfen müssen, wie unter russischer Herrschaft, aber es werde leichter sein, gegen die Deutschen als gegen die Russen zu kämpfen, weil es die Deutschen nicht vermögen würden, »uns zu denationalisieren«; daher solle man sich in ihrer Richtung orientieren. <sup>262</sup>

<sup>255</sup> Viktor Zelinskyj, *Syn'ožupannyky*. Berlin 1938, S. 8-9; Mykola Arkas, *Istoriija Ukraïny-Rusi*. Sanktpeterburg 1908 (Kraków 1912; Repr. der 1. Auflage Kyiv 1993). Es ist anzunehmen, daß Zelinskyj die in Österreich erschienene zweite Auflage benutzte, in der gegenüber dem Urtext des inzwischen verstorbenen Verfassers eine Reihe von Änderungen vorgenommen worden war.

<sup>256</sup> Terlečkyj, *Istoriija*, S. 150.

<sup>257</sup> Ebd., S. 55. – Sribnjak formuliert: »Die Gefangenen verstanden die Idee der Nation überhaupt nicht, geschweige denn die der ukrainischen.« (Sribnjak, *Poloneni*, S. 206).

<sup>258</sup> Terlečkyj, *Istoriija*, S. 36, 53. – In Polen zog man aus diesem zutreffenden Befund den Schluß, die Propaganda in den Lagern habe insgesamt keinen Erfolg gehabt. Dabei wurde nicht die Dynamik der Entwicklung berücksichtigt und daß es keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen »nationalen« und »sozialen« Kategorien geben mußte (Vgl. Lewandowski, »*Sprawa ukraińska a państwo centralne*«, S. 32).

<sup>259</sup> Terlečkyj, *Istoriija*, S. 70, 75.

<sup>260</sup> Ebd., S. 95-96.

<sup>261</sup> Ebd., S. 159.

<sup>262</sup> Ebd., S. 165.

Insofern ist auch die Einschätzung Sribnjaks nicht unrichtig, daß die Einstellung der Gefangenen zur »deutschsprachigen Welt« zunächst negativ war. In Deutschland einen positiven Faktor zu sehen, hätten die Gefangenen frühestens im Frühjahr 1916 begonnen und auch da nur im Kontext der independentistischen Interessen.<sup>263</sup>

Eine Aufwertung der BBU-Zentralstelle erfolgte in den »Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit in den Ukrainerlagern«, die das Unterkunftsdepartement im Mai 1916 erließ. Darin wurde dem BBU die inhaltliche und methodische Gestaltung der Ausbildung eingeräumt, weil die BBU-Unterrichtsausschüsse über eine bessere Kenntnis vom »innersten Wesen, Gefühlsleben und der Aufnahmefähigkeit des aufzuklärenden Volkes« verfügten. Selbst die Überwachung der politischen Aufklärung, »die lediglich auf die Losreißung der Ukraine von Rußland hinzielt, lieg[e] der Zentralstelle, Herrn von Skoropys, ob«.<sup>264</sup>

Dieses Dokument ist in vielfacher Hinsicht interessant: Es formulierte das Ziel der Gefangenenarbeit eindeutig und verlagerte die politische Binnenkompetenz ganz auf die ukrainische Seite, ja, es stellte dem »linken« BBU geradezu eine inhaltliche Vollmacht aus. Dessen Unterrichtsausschüsse wurden so zu den eigentlichen Lenkungsgremien der Lager, ihre Mitglieder und Vorgesetzten gebärdeten sich nicht selten autoritär und gerieten rasch in die Position einer »Lageraristokratie«. Die Deutschen vertrauten den Ukrainern, zeigten aber auch, wie desinteressiert sie an den politischen Einstellungen der Gefangenen waren.<sup>265</sup>

Bestandteil der »Aufklärungsarbeit« waren Publikationen, die in den Lagern hergestellt wurden. Als erste Lagerzeitschrift erschien seit Juni 1915 in Freistadt die wöchentliche *Rozvaha* (Unterhaltung).<sup>266</sup> In Rastatt kam 1915 täglich das *Ukrainske Slovo* in 1000 Exemplaren heraus, dann von Januar 1916 an die Zeitschrift *Rozsvit* (Morgengrauen) in 800-1500 Exemplaren, in Wetzlar seit November 1915 zweimal monatlich der *Prosvitnyj Listok* (Bildungsblättchen) mit dem Kopf »Herausgegeben von der Pressesektion des BBU von den kriegsgefangenen Ukrainern des Lagers Wetzlar« in bis zu 3000 Exemplaren. Vom Januar 1917 an wurde der Titel in *Hromadska Dumka* (Gemeinschaftsgedanke) geändert – das Blatt erschien nun 6 x monatlich; von den 3500 Druckexemplaren gelangten ca. 2300 bis 3300 zur Verteilung.<sup>267</sup> In Salzwedel wurde zunächst die *Nova Zorja* (Neue Morgenröte) in 1500 Exemplaren, von März 1916 an das *Vil'ne Slovo* (Freies Wort) mit einer Auflage von bis zu 3000 Exemplaren herausgegeben.<sup>268</sup> Von Mai 1916 an war Zenon Kuzelja (1882-1952) Redakteur des

<sup>263</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 205.

<sup>264</sup> Friedrich, »Richtlinien für die Aufklärungstätigkeit in den Ukrainerlagern«, Mai 1916, PAAA, R20959, Bl. 89ff., zit. nach Remer, »Ukrainerlager«, S. 92. – Der pragmatische Charakter der Unternehmung dürfte allen Beteiligten klar gewesen sein. Die Politik beider Seiten bestand darin, einen temporären Gleichlauf der beiderseitigen Interessen ohne Sentimentalitäten zu nutzen.

<sup>265</sup> Terlečkyj beschleunigte Skoropys, es sei ihm stets gelungen, die deutsche Obrigkeit von seinen Anschauungen zu überzeugen (Terlečkyj, Istorija, S. 30).

<sup>266</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 52. – Sribnjak führt an, daß die tatsächlich gedruckten Exemplare oft nicht an die angegebenen Auflagezahlen heranreichten; dies dürfte auch für die anderen Blätter gelten.

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 96. Darin dürfte sich ein Wechsel von der von »oben« betriebenen »Aufklärung« zu Eigenaktivitäten der in den Lagern entstehenden Gemeinschaften manifestieren (vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 106).

<sup>268</sup> von Schwerin, »Bericht über die Verwendung ...«, 23.12.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 2-8, hier Bl. 11; von Schwerin, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 6.7.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, hier S. 23; »Vydaje Presova Sekcija S.V.U. z polonnych

*Vil'ne Slovo* und gleichzeitig Vorsitzender des Unterrichtsausschusses des BBU.<sup>269</sup> Die Blätter halfen bei der ansonsten erschwerten Kommunikation der Lager untereinander und mit den außerhalb der Lager untergebrachten Arbeitskommandos.

Remer beschrieb die Publikationstätigkeit des BBU in Wetzlar. Periodika und Einzelschriften folgten danach zwar der deutschen »konzeptionelle(n) Richtung«, inhaltlich wurden sie jedoch von den BBU-Vertretern gestaltet.<sup>270</sup> Einer der augenfälligsten Belege dafür ist eine Schrift Skoropys', in der er Doncov (der ebenfalls von den Deutschen finanziert wurde) angriff und ihm vorwarf, nur eine österreichische Orientierung, nicht jedoch den ukrainischen Unabhängigkeitsgedanken zu vertreten.<sup>271</sup> Die Deutschen hätten diesen Beitrag wohl kaum mitgetragen. Den Lagerveröffentlichungen kam eine große Bedeutung zu: Sie waren die ersten Druckerzeugnisse in ukrainischer Sprache, die in Deutschland herauskamen und sie wurden zwischen den Lagern ausgetauscht.<sup>272</sup> Ihr Inhalt war partiell politisch, bestand aber vor allem aus kulturbezogenen Texten (Liedern, kurzen Erzählungen, Texten zur ukrainischen Kultur etc.), von denen sich die »Aufklärer« des BBU die Konstruktion einer ukrainischen Identität versprachen. Die Publikationen wurden in den Unterrichten verwendet, daneben wurde in den Lagern eine Bibliothek eingerichtet, in Wetzlar auch ein kleines landwirtschaftliches Museum, weil man auch Fertigkeiten vermitteln wollte, »die den Ukrainern nach dem Krieg zugute kommen konnten«.<sup>273</sup>

Ein wichtiger Bestandteil der Erziehung zum Nationalismus war der Unterricht für Analphabeten.<sup>274</sup> Mit der Vermittlung der Lesefähigkeit erfolgte über die Publikationen auch die kulturelle Ukrainisierung – ebenso wie zehn Jahre später in der sowjetukrainischen Alphabetisierungskampagne. Die Erziehung zum Nationalismus (nichts anderes als diese Rousseausche Formel war ja das Ziel der »Gefangenenarbeit«) erfolgte jedoch nicht nur mit kulturellen Versatzstücken, die der Phase A von Hrochs Konzeption der Genese von Nationalismus bei »kleinen Völkern« entsprachen.<sup>275</sup> Neben der Vermittlung eines Kulturrepertoires ging es auch um »politische Bildung«:

ukraïnciv taboru Vecljar« – vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 107. 1916 erhielten Rastatt und Wetzlar eigene Druckereien und mußten nun die Druckaufträge nicht mehr an Privatbetriebe vergeben (von Schwerin an Kriegsministerium, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 24. 1. 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 9-12, hier Bl. 9); vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 112-115.

<sup>269</sup> Vgl. Volodymyr Janiv, »Žytt'ovyj šljach Zenona Kuzeli«, in: Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962, S. 4-14, hier S. 7; Sribnjak, Poloneni, S. 116.

<sup>270</sup> Vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 99. Terlečkyj schrieb deutlicher, die herausgegebenen Blätter hätten allesamt eine »linke« Ausrichtung gehabt (Terlečkyj, Istorija, S. 247). Zudem wurden die ebenfalls durch die Deutschen geförderten BBU-Organen in den Lagern verteilt. – Ein Bericht aus Hann. Münden gibt an, daß von deutschen Periodika nur die *Osteuropäische Zukunft* ausgelegt wurde (Offz.-Gefangenenlager Hann.Münden, Aufklärungsoffizier Olt Schöning, »Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager«, 19.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 69-75, hier S. 72).

<sup>271</sup> Oleksander Skoropys[-Joluchovskij], »Vid vydavciv«, In: Samostijna Ukraïna. R.U.P., Vecljar (Wetzlar) 1917, S. 26-43.

<sup>272</sup> Offz.-Gefangenenlager Hann.Münden, Aufklärungsoffizier Olt Schöning, »Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager«, 19.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 69-75, hier S. 72.

<sup>273</sup> Remer, »Ukrainerlager«, S. 99.

<sup>274</sup> [Jordan], Bericht, 28.4.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 9, Bl. 31-33, hier S. 33.

<sup>275</sup> Vgl. Miroslav Hroch, *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas*. Praha 1968, S. 26.

Skoropys' Schrift über die selbständige Ukraine aus dem Jahre 1917 ist dafür ein Beispiel. Aber sie gelangte nicht etwa in den allgemeinen Verkauf, sondern war auf die Gefangenen beschränkt. So wie die Bewohner Wetzlars die »Gefangenenarbeit« im dortigen Lager zum erstenmal wahrgenommen haben dürften, als Anfang 1918 Insassen mit eigenen Nationalfahnen zum Wetzlarer Bahnhof zogen, um in von den Deutschen aufgestellten Verbänden in die Ukraine zu reisen,<sup>276</sup> ist auch die Lagerpresse nicht in den deutschen Diskurs eingegangen. Es besteht daher ein Unterschied zwischen dieser Art von Publikationen und der öffentlichen Diskussion, der wir uns in einem späteren Unterkapitel zuwenden.

Der Geschichtsunterricht berücksichtigte besonders die Kosakentradition, mit der man den ostukrainischen Soldaten noch am ehesten eine Identifizierungsmöglichkeit bieten konnte, behandelte aber auch die Kiewer Rus' und hatte zum Ziel, das Bewußtsein zu schaffen, »daß wir unseren eigenen Staat hatten und daß bei uns die Staatsidee eigentlich nie untergegangen ist«.<sup>277</sup>

Auch eine paramilitärische Ausbildung gab es, für die man ukrainische Offiziere brauchte. Vereinzelt gab es sie in den Lagern, aber die Vorstellung, entgegen ihrem Eid am russischen Zaren Verrat zu üben, lastete auf ihnen schwer. Ende 1915 gab es die ersten Offiziere in Rastatt (Hryhorij Syrotenko [1884-1925], Mykola Šapoval [1886-1948]). Für Sribnjak besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ihrem Eintreffen und der Bildung einer »militarisierten ukrainischen Formation«.<sup>278</sup> Im September 1915 hatte Skoropys noch erfolglos die Bildung einer Sportgesellschaft auf der Grundlage von Sič-Traditionen vorgeschlagen. Am 4. Dezember 1915 hatte er dann Erfolg: In Rastatt wurde eine »gymnastische Gesellschaft« mit 70 Mitgliedern unter dem Namen »Zaliznjak« (Der Eiserner) gegründet, die noch vor dem 13. Dezember in »Zaporožska Sič« umbenannt wurde.<sup>279</sup> In dem Bericht über die Besichtigung des Lagers Rastatt am 27. April 1916 wurde die »Schaffung des sogenannten Turnvereins (Zaporož'e)« angesprochen, der »nun allmählich in militärischer Hinsicht eine recht konkrete Form angenommen« habe: »man nennt ihn bereits das Schützenregiment«.<sup>280</sup>

Dies geschah nicht etwa gegen den Willen der Deutschen. Nach von Schwerin war die *Sič*

»von der Militärbehörde zu einer besonderen Verwendung ausersehen. Die Leute sollen gegebenenfalls der fechtenden Truppe unmittelbar folgen und im Etappengebiet in ihrer Heimat Verwendung finden. [...] Amtlich weiß man nichts von einer solchen Verwendung! Oberst Friedrich [...] lege den größten Wert darauf, daß selbst der Schein einer späteren militärischen Verwendung vermieden würde.«

Im März 1916 wurde »das Projekt einer Uniform für die Turner [...] ausgearbeitet und der Plan erwogen, sie mit dem inneren Bewachungsdienst des Lagers zu betrau-

<sup>276</sup> Vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 111.

<sup>277</sup> Terlečkyj, *Istorija*, S. 136.

<sup>278</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 139.

<sup>279</sup> Ebd., S. 140; Terlečkyj, *Istorija*, S. 140.

<sup>280</sup> Ebd., S. 200-201. Sribnjak führt aus, daß hierfür schon bald die Führung ausgewechselt werden mußte, weil der erste Vorstand tatsächlich »das Erlernen von Volkstänzen und die Veranstaltung von Exkursionen außerhalb des Lagers« für das Ziel des Sportvereins gehalten habe (Sribnjak, *Poloneni*, S. 140).

en«. <sup>281</sup> Für Terlečkyj war von Anfang an der militärische Charakter deutlich: Die Gründung sei von der BBU-Zentrale betrieben worden, und als Vorbild hätten die galizischen Schützenvereine gedient, aus denen auch die USS hervorgegangen waren. <sup>282</sup> Das Rastatter Statut diene seinerseits wiederum den analogen Gründungen in Wetzlar und Salzwedel als Vorbild. <sup>283</sup>

Die Sič-Angehörigen erhielten eigene Wohnbaracken. Innerhalb der Lager gab es bald keine deutschen Wachmannschaften mehr, die Sič übernahm auch die Nachtaufsicht. <sup>284</sup> Man war sowohl beim BBU (Skoropys) als auch auf deutscher Seite sicher, daß die Gefangenen zwar erst den positiven Ausgang einer Offensive abwarten wollten, bevor sie sich offen auf deutscher Seite engagierten, aber die ersten Erfolge des ukrainischen Unabhängigkeitsgedankens stellte nun niemand mehr ernsthaft in Frage. <sup>285</sup> Konkreter noch: Skoropys strebte an, nach einer deutschen Offensive die Sič eine »Verwaltungs- und Wirtschaftsrolle im Etappengebiet« spielen zu lassen, auch bei der Lösung der Landfrage sollten die ukrainischen Milizionäre helfen. <sup>286</sup> Von Februar 1916 bis Ende des Jahres wuchs die Mitgliederzahl des »Turnvereins« von 150 auf 853 (Terlečkyj) oder 974 (Sribnjak) Gefangene an. <sup>287</sup> Dabei verlief die Entwicklung recht planlos. Erst kurz vor einem Sič-Fest hatte man sich am 24. April durchringen können, die Sič unter den Oberbefehl des Offiziers Šapoval zu stellen. <sup>288</sup> Die Binnengliederung war militärisch: Das »Regiment«, wie die Sič auch genannt wurde, sollte aus 9 Kompanien zu 105 Mann bestehen und die Gesamtstärke war auf 1025-1050 Mann angesetzt, die jedoch zunächst nicht erreicht wurde. <sup>289</sup>

Terlečkyj hielt die Rastatter Sič für das Vorbild der Truppenaufstellung in der Ukraine. <sup>290</sup> Dies ist falsch. Aber es gab durchaus praktische Gründe für ihre Aufstellung: Man konnte testen, wie erfolgreich der Unterricht wirklich gewesen war. Das Sič-Fest am 27. April 1916 in Rastatt stand unter dem Eindruck der langerwarteten deutschen Offensive und der Aufgaben, die ukrainischen Soldaten hieraus erwachsen mochten – allerdings nicht nach deutschem Plan, sondern nach den Vorstellungen des BBU. <sup>291</sup> Terlečkyj machte aber auch Gegner der Sič aus. Unter ihnen waren nicht nur »russo-

<sup>281</sup> von Schwerin, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 6.7.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, hier S. 23. – Trotzdem irrt Sribnjak, wenn er ohne Beleg von Plänen des Kriegsministeriums schreibt, aus der »Sič« eine Militäreinheit zu schaffen, die unmittelbar in den Bestand der deutschen Armee eingehen sollte (Sribnjak, Poloneni, S. 142). Konkretere Züge nahm eine solche Planung nie an; im Gegenteil war man darauf bedacht, es nicht zu vollendeten Tatsachen kommen zu lassen.

<sup>282</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 116-117, 200, 285.

<sup>283</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 140.

<sup>284</sup> Dilo 180/3.8.1917, Übersetzung in PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Bl. 114-124. – In dem Bericht heißt es: »Nur ein aufgeklärter Ukrainer kann Mitglied des Ssitschvereins [= in Salzwedel war dies die Bezeichnung des »Turnvereins«] werden, es sind aber auch Juden zugelassen, die unseren Bestrebungen freundlich gegenüber stehen.« Vgl. Terlečkyj, Istorija, S. 250.

<sup>285</sup> [Jordan], Bericht, 28.4.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 9, Bl. 31-33.

<sup>286</sup> Protokoll der Rastatter »Nationalen Sektion« vom 2.4.1916 nach Terlečkyj, Istorija, S. 166. Skoropys wiederholte dies vor dem Rastatter Generalrat am 19. April 1916; vgl. ebd., S. 285-286.

<sup>287</sup> Ebd., S. 203-204; Sribnjak, Poloneni, S. 140-142.

<sup>288</sup> Ebd., S. 142; Terlečkyj, Istorija, S. 200.

<sup>289</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 141.

<sup>290</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 205.

<sup>291</sup> Ebd., S. 168. – Skoropys agierte hier als »Bat'ko« der Sič und überreichte ihrem Kommandeur eine »Bulava«, ein Szepter in der Kosakentradition, vgl. ebd., S. 286.

phile«, sondern bald auch Sozialisten.<sup>292</sup> Daher sollte es auch 1917 hierüber zu Disputen kommen.

In den anderen Lagern folgte man Rastatts Beispiel. In Wetzlar wurde eine analoge *Sič* am 2. November 1916 gegründet, im Januar 1917 war die Organisation auf 193 Mann, im November auf 1173 Mann angewachsen und bildete das »*Sič*-Regiment »Bund zur Befreiung der Ukraine««. Im Januar 1917 entstand auch in Salzwedel eine Turngesellschaft *Zaporizka Sič*, zu der bis Anfang 1918 über 700 Mann stießen. In Österreich kam es erst im Juli 1917 zu einer analogen Gründung.<sup>293</sup>

Obwohl es innerhalb der Lager politische Auseinandersetzungen gab, ist die These Remers nicht haltbar, die Deutschen hätten für die Lagerarbeit konservative Galizier den BBU-Linken vorgezogen. Der als Beleg angeführte Smal'-Stočkyj war für den BBU tätig und damals weder »rechts« noch »links«; die von Remer angeführten Schwierigkeiten zwischen Galiziern und Ost-Ukrainern gründeten in Rivalitäten und persönlichen Verhaltensweisen.<sup>294</sup> Die Deutschen hatten gegen eine »linke« independentistische Ausrichtung nichts einzuwenden. Sie stützten Skoropys und den BBU, dem etwa Falk Schupp vom Verband »Ukraina« (s. unten) vorwarf, er habe »wiederholt die Anweisungen erteilt [...], die Unterrichtgebenden sollten in ihren Ausführungen nicht zu deutschfreundlich sein, sondern nicht vergessen, daß dies *nur zum Schein* gelegentlich betont« werden solle.<sup>295</sup> Es störte sie auch nicht, daß die Agrarsektion in Rastatt schon im März 1916 das Projekt einer Agrarreform ausarbeitete – bei dem Interesse an der Landfrage war dies ein guter Weg, die Gefangenen für Deutschland einzunehmen.<sup>296</sup>

Der Erfolg der Lagerarbeit war durchaus zwiespältig. Während die deutschen amtlichen Berichte meist nur Erfolgsmeldungen enthalten, wurde aus Salzwedel schon im Februar/März 1916 über »Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Unterrichtsausschuß und den Offizieren« und andere »Mißhelligkeiten« berichtet. Im Mai 1916 kritisierten Gefangene in Salzwedel offen die Bildungsabteilung.<sup>297</sup> Ohne Zutun (oder Widerstand) der Deutschen veränderte sich daraufhin die Lagerwelt der Ukrainer.

In Wetzlar wurde im November 1916 die Lagerarbeit reformiert, worüber ein umfangreicher Bericht Terlečkyjs vom 9. Januar 1917 vorliegt.<sup>298</sup> Der Autor, selber Mitglied des BBU-Unterrichtsausschusses, periodisierte darin die »Gefangenenarbeit«. Zunächst seien die Gefangenen »gegen die ukrainische Sache feindlich gesinnt« gewesen, dann hätten kleine Gruppen mit dem Unterrichtsausschuß zusammengearbeitet, was nach einer Idylle ausgesehen hätte. Über den praktischen Unterricht sei langsam die

<sup>292</sup> Ebd., S. 170. – Die »Soziale Sektion« wuchs in Rastatt 1916 von 20 auf 135 Mitglieder an (Ebd. S. 172).

<sup>293</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 147-148.

<sup>294</sup> Vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 99-100; In einem Artikel von 1959 rühmt Smal'-Stočkyj den BBU und seine Rolle in der »Gefangenenarbeit« (»Actions«, S. 172).

<sup>295</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes »Ukraina«, [März 1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 16.

<sup>296</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 206.

<sup>297</sup> von Schwerin, »Bericht über die Verwendung der Geldmittel«, 6.7.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 21-24, hier S. 23. – Vgl. Terlečkyj, Istorija, S. 293.

<sup>298</sup> Emilian von Terletzkyj [Omeljan Terlečkyj], »Die Bedeutung der Novemberreform für die ukrainische Propaganda im Lager Wetzlar«, 9. 1. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 48-53, vgl. auch Remer, »Ukrainerlager«, S. 100-102.



Furcht der Gefangenen überwunden worden, nach der Rückkehr nach Rußland zur Verantwortung gezogen zu werden. Rußlandtreue Gefangene, deren »Contre-Agitation« bereits oben vermerkt worden war, bildeten aber als mögliche Denunzianten eine Gefahr. So habe sich ein Obstruktionsverhalten entwickelt, während andererseits die Bemühungen um eine Agitierung und Politisierung Erfolg gehabt hätten. So wie die russische Armee im Laufe des Krieges revolutionäres, zur Insubordination verleitendes Denken angenommen habe, habe es auch in den Lagern – noch vor den revolutionären Ereignissen im Frühjahr 1917 – eine wachsende Initiative von unten gegeben. »Propagandisten der ukrainischen Sache« aus den Reihen der Gefangenen seien gegen die »Lageraristokratie« angetreten, für die der BBU-Unterrichtsausschuß stand.<sup>299</sup>

Ein Grund hierfür mag das autoritäre Gebaren der beteiligten Männer gewesen sein, und ganz vernachlässigen sollte man wohl auch nicht, daß die konfinierten Lagerinsassen, die häufig aus den nicht-besitzenden Schichten stammten, es vor allem mit frei herumreisenden Halbintellektuellen zu tun hatten, was Neidkomplexe und andere psychologisch erfaßbare Animositäten gezeugt haben dürfte. Positive Hinweise auf die Revolution von 1905 in Unterrichten und den Lagerzeitungen dürften ebenso gewirkt haben. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Gefangenen, was die Deutschen wohl wußten, »stets die Verbindung mit den ukrainischen Organisationen in Rußland gehalten haben, teils auf geheimen, teils auf offenen Wegen. Dadurch blieben sie einerseits über die jeweilige Lage in Rußland genau auf dem Laufenden. [...] Andererseits bilden derartige Mitteilungen das wirksamste Mittel, um das bei schwachen, schwankenden Charakteren stets vorhandene Mißtrauen, als wäre die deutsche Förderung der ukrainischen Frage nur eine deutsche Intrige, zu beseitigen.«<sup>300</sup>

Für die Lagerarbeit waren diese Entwicklungen unschädlich. Skoropys hat den Ersatz des allmächtigen Unterrichtsausschusses durch eine eher »politische Vertretung«, die *General'na Staršyna* (HS), bereits am 11. Juni 1916 als Ideal gepriesen und im September 1916 auch gegenüber den Deutschen vertreten.<sup>301</sup> In Freistadt bildete sich mit der *Ukrainška Hromada*, die aus einer Lagervollversammlung hervorging, am 12. August 1916 ein Selbstverwaltungsorgan.<sup>302</sup> Terlečkyj meinte, die linken Propagandisten hätten das Selbständigkeitsgefühl der Ukrainer bestärkt und sich gegen einen Teil des Unterrichtsausschusses engagiert – der Abgeordnete des Galizischen Landtags und Rechtsanwalt Dr. Roman Perfečkyj (1880-1944), der in Wetzlar unterrichtete, wurde in einem Flugblatt mit dem russischen Zaren gleichgesetzt. Dann seien die Auseinandersetzungen kulminiert: Auf einer Sitzung am 2. Oktober 1916 kamen die Vorsitzenden der Bildungsabteilungen aller drei Lager überein, deren Funktion auf fachliche Themen zu reduzieren. Im November 1916 entließ man in

<sup>299</sup> Terlečkyj, »Die Bedeutung der Novemberreform...«, 9. 1. 1917, Bl. 48-53.

<sup>300</sup> Vgl. Remer, »Ukrainerlager«, S. 106. Die Deutschen bezogen ihr Wissen hierüber aus der Zensur der Kriegsgefangenenpost; Offz.-Gefangenenlager Hann.Münden, Aufklärungsoffizier Olt Schöning, »Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager«, 19.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 69-75, hier S. 72-73.

<sup>301</sup> Terlečkyj, *Istoriija*, S. 287, 294. – Im nachhinein wertete auch Smal'-Stočkyj diese Selbstorganisation als positiv und als Leistung eben jenes BBU, gegen dessen Vertreter sie sich richtete: In einem Jahr sei aus jedem Lager »a miniature Ukrainian republic« entstanden (Smal'-Stocki, »Actions«, S. 172).

<sup>302</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 67.

Wetzlar einen Teil des Unterrichtsausschusses, der »durch taktloses Benehmen einiger seiner Mitglieder sein ganzes Ansehen verloren hatte«, aus der Lagerarbeit. Vorsitzender der *Heneral'na Staršyna*, des neu gebildeten Selbstverwaltungsorgans, war fortan ein Gefangener.

Am 12. Dezember 1916 führte Skoropys eine ähnliche Reform in Rastatt durch. Am 9. Dezember hatte die Bildungsabteilung hier mehr oder weniger »freiwillig« auf ihre führende Rolle verzichtet. Die Leitung der Lagergremien übernahmen BBU-Vertreter, die noch nicht das Vertrauen der Gefangenen eingebüßt hatten (in Rastatt zeitweise Skoropys selber) sowie gefangene Offiziere. Dies habe nach Terlečkyj zu einer Autonomie geführt, »wie man sie in jedem Rechtsstaate findet«. <sup>303</sup>

Die in Rastatt verabschiedete »Verfassung« sah vor, die *Heneral'na Rada* zur »höchsten gesetzgebenden Körperschaft im Lager« zu erklären, die eine HS als Exekutivorgan wählen sollte. In Wetzlar bildete sich Anfang 1917 eine *Narodnja Rada* als Lagerparlament, das Referenten in das Exekutivorgan, die HS, entsandte. Der HS sollte auch ein Vertreter jüdischer Interessen angehören, womit dieses Organ zu den frühesten gehörte, die auch die Kulturautonomie der Juden im Rahmen der ukrainischen nationalen Organe berücksichtigten. <sup>304</sup>

Es konnte aber auch anders kommen. In Salzwedel verband die neugegründete *Ukrainska Hromada* die Selbstverwaltungsorgane der Gefangenen und den Unterrichtsausschuß, an dessen Spitze Zenon Kuzelja stand, der als BBU-Vertreter auch Vorsitzender der *Ukrainska Hromada* wurde. <sup>305</sup> Kuzelja vereinigte damit sein BBU-Amt mit einer Funktion in der Selbstverwaltung, und als Redakteur des *Vil'ne Slovo* verfügte er auch über die Lagerpresse. Damit kam es hier eher zu einem zentralistischen Aufbau. Kuzelja behielt seinen Einfluß auch über 1919 hinaus, als aus dem *Vil'ne Slovo* mit dem *Šljach* (Weg) das Blatt für alle ukrainischen Gefangenen wurde. <sup>306</sup>

Die »Lagerrevolution« schlug sich auch in einer Reform der »sozialen Sektionen« nieder: Sollten sie in Rastatt 1916 noch Sozialisten für die nationale Sache gewinnen, kam ihnen Anfang 1917 in Salzwedel die Aufgabe zu, »soziale Ideen unter den Gefangenen des Lagers zu verbreiten und ihre Mitglieder im Klassen- und proletarischen Geist für die künftige Selbstständigkeitsarbeit zu erziehen«. <sup>307</sup>

Perfečkyj in Wetzlar und der ebenfalls kritisierte Gefangenenlehrer Josyp Bezpalko (1881-?) in Rastatt wurden von den Deutschen entlassen und nach Österreich zurückgeschickt. <sup>308</sup> Sie agitierten dann in Wien gegen die »Gefangenenarbeit« und sollen behauptet haben, in den Lagern würden nur Revolutionäre herangezüchtet. <sup>309</sup> Dies wäre zumindest

<sup>303</sup> Terlečkyj, »Die Bedeutung der Novemberreform...«, 9. 1. 1917, Bl. 50-51. – Vgl. Terlečkyj, *Istorija*, S. 176-77, 288, 294-296.

<sup>304</sup> Ebd., S. 295-297.

<sup>305</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 123. Die ukrainische Emigration feierte ihn etwas übertrieben als Schöpfer einer »ukrainischen Musterrepublik en miniature« (Smal'-Stočkyj, »Spohady pro Zenona Kuzelju«, S. 46; Vasyl' Jariš, »Ukrainska kul'tura j mystectvo v Berlini«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukrainci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 52-79, hier S. 53).

<sup>306</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 129.

<sup>307</sup> Zit. nach ebd., S. 125.

<sup>308</sup> Von Lübbers an Kriegsministerium, 12.2.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 5.

<sup>309</sup> Perfečkyj hetzte bei Falk Schupp vom »Förderverein« gegen den BBU (s. S. 160). – Skoropys an Kriegsministerium, abschriftlich in von Lübbers an AA, 3.4.1917, ebd., Bd. 12, Bl. 23-24. – Aber hier ist Vorsicht angebracht: Skoropys hatte vor allem mit Bezpalko in Rastatt Konflikte. Der Lehrer und

für Bezpalko, der bis 1914 die sozialdemokratische Partei der Bukowina geführt hatte, ein etwas ungewöhnliches Argument gewesen. Persönliche Rivalitäten dürften eine große Rolle bei den gegenseitigen Vorwürfen gespielt haben. Der Ersatz von Lehrern hatte jedenfalls nichts mit einer Verdrängung der Galizier zu tun: Aus Terlečkyjs Bericht über Wetzlar geht hervor, daß er selber fortan als Kapellmeister des »Sitsch-Vereins«, als Obmann des »Aufklärungsvereins«, als Vorsitzender des »Lysenko-Vereins« und in der »Zentralverwaltung« agierte – also durchaus in vielfältigen Funktionen. Er wandte sich gegen den Vorwurf der Ochlokratie, der von Mitgliedern der »Lageraristokratie« geäußert worden war, und begrüßte ausdrücklich die Entwicklung, die auch im Interesse der progressiveren Mitglieder des Unterrichtsausschusses, Skoropys' und – der Deutschen war, wie von Lübbers erkannte. Die deutsche Unterstützung der Reformer hatte diese nämlich in ihrer positiven Einstellung zu den Deutschen bestärkt. Und vor allem darauf kam es an.

Die wenigen Informationen, die uns zur Verfügung stehen, sind jedoch mit Vorsicht zu genießen: Übertrieben ist sicher Terlečkyjs These, die Ukrainer seien nun in Bildungsdingen völlig von der Berliner BBU-Zentrale unabhängig geworden. Mochte auch in Rastatt (im Unterschied zu Wetzlar) formal nur von einer politischen Unterordnung die Rede sein, der Einfluß des BBU hatte sich im Machtkampf zwischen Skoropys und den Lager-Oligarchen eher verstärkt.<sup>310</sup> Von Lübbers berichtete am 12. Februar 1917 dem Kriegsministerium in positivem Sinne über diese »Lager-Revolutionen«, in denen die gefangenen Ukrainer ihre Verwaltung und den Unterricht in die eigene Hand genommen hätten.<sup>311</sup> Lassen wir es dahingestellt, ob Sribnjaks Einschätzung zutrifft, es seien »ukrainische Republiken« sui generis auf deutschem Gebiet entstanden.<sup>312</sup> Daß im Februar 1917 (also noch vor der russischen Februarrevolution) in Wetzlar und Rastatt und später in Hannoversch Münden Wahlen zu einer »Volksrada« stattfanden, war jedoch einerseits eine Folge der Ukrainisierung der Gefangenengemeinschaften, andererseits tatsächlich ein Symptom der bis dahin in Rußland noch nicht erfolgten Demokratisierung.

In Hannoversch Münden entstanden im Laufe des Jahres 1917 zwei miteinander rivalisierende politische Vereine, die *Hromada* mit 102 Mitgliedern, die sich den Prinzipien der Zentral-Rada in Kiew verbunden fühlte und eine »national-territoriale Autonomie der Ukraine [in einer] demokratisch-föderativen Republik Rußland« anstrebte, sowie der »National-Ukrainische Aufklärungsverein ›Schewtschenko‹ (Unterrichtsverein)« mit 53 Mitgliedern, der nach dem Bericht des deutschen Aufklärungsoffiziers einen »freien, selbständigen, ukrainischen Nationalstaat[...]« forderte und »zuverlässig deutschfreundlich« war.<sup>313</sup>

---

Journalist aus der Bukowina wurde von Skoropys als jemand geschildert, der den Deutschen ukrainische Gefangene »liefern« wollte, ohne sich um deren Status zu kümmern. Skoropys soll gefordert haben, diesen »listigen Demagogen«, der bei den Deutschen und den Gefangenen gleichermaßen beliebt war, zu entfernen oder der BBU würde den Kontakt zu Rastatt aufgeben. Die Deutschen hätten sich dann für den BBU entschieden (Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï zločyny«, S. 220-223, 229).

<sup>310</sup> Terlečkyj, *Istoriija*, S. 297-298.

<sup>311</sup> Terletzkyj, »Die Bedeutung der Novemberreform...«, 9. 1. 1917, Bl. 52-53; von Lübbers an Kriegsministerium, 12.2.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 5, vgl. auch Remer, »Ukrainerlager«, S. 103.

<sup>312</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 212.

<sup>313</sup> Offz.-Gefangenenlager Hann.Münden, Aufklärungsoffizier OLt Schöning, »Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager«, 19.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14,

Für die Deutschen war das politische Engagement, auch die Selbstverwaltung der Gefangenen ebenso erwünscht wie die Information über die Ereignisse in der Heimat und die Übernahme der demokratisch-sozialen Reformen. Das Vertrauen in Skoropys' Geschicklichkeit beseitigte alle eventuellen Bedenken.<sup>314</sup> Vermutlich spielte aber eine weitaus größere Rolle, daß man gar nicht auf die Idee kam, die »Linksorientierung« könne sich auch gegen Deutschland auswirken. Anders bei den Österreichern: Wegen der gefürchteten Auswirkung auf Galizien und der Rücksicht auf die Polen ist die von Remer angeführte österreichische Direktive an den BBU, sich nur auf den nationalen Aspekt zu beschränken und den sozialen auszuklammern, eben nicht auf Deutschland zu übertragen.<sup>315</sup> Die Deutschen hatten gegen eine Verbindung beider Elemente nichts Grundsätzliches einzuwenden. Nationale und soziale »Revolutionierung« waren unter dem Aspekt der Rücksendung der Gefangenen in ihre Heimat gleichermaßen erwünscht (man denke nur an die Unterstützung von Lenins Heimkehr). Aber die Nutzung als Kriegsmittel (nicht als Kriegsziel) darf nicht den Eindruck erwecken, die maßgeblichen deutschen Stellen – wahrscheinlich mit Ausnahme der unmittelbar mit den Ukrainern zusammenarbeitenden Personen – hätten den propagierten Inhalten und den neuen Strukturen tatsächlich nahegestanden.

## 6. UKRAINISCHE FORDERUNGEN AN DIE MITTELMÄCHTE 1915/1917

Die Gefangenenlager waren jedoch nur einer der Schauplätze deutsch-ukrainischer Kontakte – und zudem ein geheimer. Daneben versuchten die in Deutschland und Österreich lebenden Ukrainer, ihre Beziehungen zu den Mittelmächten zu nutzen, um in erobertem ukrainischem Siedlungsgebiet ukrainisch-nationale Strukturen zu errichten. Möglich war dies natürlich erst, nachdem 1915 erste von den Ukrainern beanspruchte Territorien von den Mittelmächten besetzt wurden. Nun wurden die Forderungen der Ukrainer konkreter. Der BBU beanspruchte für sich, »in die [österreichisch] okkupierte Ukraine seine nationale Organisation zu überführen«.<sup>316</sup> Eine der ersten Handlungen der vereinigten ZUR war die Abfassung einer an die österreichische und die deutsche Regierung gerichteten Denkschrift, in der – mit dem Hinweis, daß man die Zugehörigkeit Galiziens zu Österreich nicht antaste – vorgeschlagen wurde, »nicht eher Frieden zu schließen, bis [die Mittelmächte] wenigstens einen ansehnlichen Teil des ukrainischen Territoriums von der russischen Herrschaft befrei[t] und daselbst ein

Bl. 69-75, hier S. 69-70. – Dies kann aber auch angezweifelt werden. Petro Čykalenko beschrieb seine Erfahrungen in Salzwedel anders: »Ich kann auch hinzufügen, daß man unter den Kriegsgefangenen nur wenige deutschfreundlich gesinnte antreffen wird. Die Mehrzahl verhält sich gegenüber den Deutschen ebenso, wie gegenüber den Russen, auf jeden Fall solange, bis zuverlässige Nachrichten über die Zustände in der Ukraine dorthin kommen« (Dilo 180/3.8.1917, Übersetzung in PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Bl. 114-124, hier Bl. 123-124).

<sup>314</sup> Terlečkyj, Istorija 1919, S. 336.

<sup>315</sup> Vgl. Remer, Ukraine, S. 273.

<sup>316</sup> Andrij Žuk, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny, 37-38/10.10.1915, S. 2.

autonomes, eng an die Zentralmächte angeschlossenes Staatsgebilde errichte[t]« hätten. Die ukrainischen Politiker warnten vor einem Anschluß des eroberten Gebiets an einen »künftigen polnischen Staat oder gar nur an das autonome Gebiet«. Dies sei »vom ukrainischen national-politischen Standpunkte vollkommen unannehmbar« wie auch »für die Zentralmächte vollkommen unzweckmäßig, ja gefährlich«, weil Ukrainer den Polen eher noch die russische Herrschaft vorziehen würden. Man schlug vor, für die Ukrainische Legion »Anwerbungen auch in den besetzten ukrainischen Gebieten Rußlands vorzunehmen«. Zur Verwaltung sollten »keineswegs Polen, sondern nur Ukrainer und Deutsche herangezogen werden« und »die ukrainische Sprache [sollte] neben der deutschen als alleinberechtigte Amtssprache« gelten.<sup>317</sup> Das Armeeoberkommando wies alle Forderungen zurück und erklärte auch, ein Ausbau der ukrainischen Legion sei nicht beabsichtigt.<sup>318</sup>

Weil die ukrainischen Politiker 1914 mit dem Hinweis auf die militärische Lage abgespeist worden waren, reagierte der BBU auf die Nachricht von der Einnahme Chelms und eines Teiles Wolhyniens; er schrieb an das deutsche Auswärtige Amt, daß »die Zeit als gekommen betrachtet werden kann, wo die Begründung eines ukrainischen Staates [...] in Erwägung gezogen werden« könne, und bat um eine Audienz, die auch gewährt wurde.<sup>319</sup> Zimmermann blieb bei dem Besuch Melenevskyjs, Žuks und Skoropys', die eine 20 Seiten lange, von Melenevskyj und Žuk unterzeichnete Denkschrift über ihre Pläne für das »Cholmerland« übergaben,<sup>320</sup> abwartend. Er erklärte, weitere Schritte hingen von der inneren Entwicklung Rußlands ab, in bezug auf welche er ein »positives Ergebnis der Tätigkeit des Bundes« vermisse. Das war wenig überraschend, weil der BBU keine Verbindungen nach Rußland besaß. Wegen einer Tätigkeit im Okkupationsgebiet selber wimmelte er seine Besucher an den Generalstab ab.<sup>321</sup> Die ukrainischen Wünsche wurden dann auch durch die Deutschen ignoriert: Chelm wurde dem österreichisch verwalteten Teil Russisch-Polens, dem Militärgouvernement Lublin, zugeschlagen.<sup>322</sup>

Bei einem weiteren Gespräch am 11. September 1915 versuchte der BBU vergeblich, die Deutschen zu der Erklärung zu veranlassen, bei der Verwaltung weiterer ukrainischer okkupierter Gebiete werde man »möglichst einheimische ukrainische Kräfte hierzu heranziehen«. Hauptziel war dabei, den Deutschen eine antipolnische Stellungnahme zu entlocken.<sup>323</sup> Auch eine angeblich früher zugesagte erhöhte Förderung im

<sup>317</sup> K. Levyčyj, Oleśnyčyj, Cehel'skyj, »Denkschrift des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrates«, August 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 6, Bl. 69-74, auch Hornykiewicz I, Dok. 18, S. 84-92.

<sup>318</sup> Conrad an Kriegsministerium 30. 8. 1915, Hornykiewicz I, Dok. 18a, S. 92-93.

<sup>319</sup> Zentralstelle des BBU Berlin an Zimmermann, 27.8.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 6, Bl. 120-121.

<sup>320</sup> Melenevskyj/Žuk, »Memorial vorgelegt der hohen kaiserlich-deutschen Regierung vom Bunde zur Befreiung der Ukraine: Das Cholmerland«, August 1915, ebd., Bd. 7, Bl. 2/1-20.

<sup>321</sup> Aktenvermerk Zimmermann, 2.9.1915, ebd., Bd. 7, Bl. 1. – Zimmermann kam damit auf die vollmundigen Versprechungen von BBU-Vertretern zurück, die 1914 die Auslösung einer Revolution u. ä. für machbar gehalten hatten.

<sup>322</sup> In einer von einem Polen verfaßten Denkschrift vom April 1916 heißt es mit Bezug auf Chelm: »Es ist unser gutes Recht zu verlangen, daß die galizischen Ukrainer sich jeglicher Ingerenz auf die von den Zentralmächten eroberten Gebiete des Königreiches Polen enthalten« (An., »Die Ukraina. Ein Problem oder ein Phantom?«, 10.4.1916, ebd., Bd. 10, Bl. 48-73, hier Bl. 73).

<sup>323</sup> Aktenvermerk BBU, 11.9.1915, ebd., Bd. 7, Bl. 10. – Bei diesem Dokument, das nicht unterschrieben ist, handelt es sich um einen vorbereiteten (auf der Schreibmaschine des BBU geschriebenen)

Betrag von 200.000 M wurde nun verweigert; Skoropys monierte zudem die unwürdige Behandlung der Ukrainer.<sup>324</sup> Der BBU war zu diesem Zeitpunkt politisch auf einem Tiefpunkt angelangt, in Wien sprach man von seiner Auflösung, und Deutschland schien der letzte Strohalm zu sein. Die deutschen Politiker wurden also von den Ukrainern bestürmt, sich der angestrebten engen Verbindung nicht zu entziehen. In diesem Kontext verfaßte der Rechtsanwalt Cehel'skyj eine Broschüre, in der er das Angebot an die Deutschen mit markant antipolnischen Untertönen und unter Vernachlässigung der Österreicher formulierte.<sup>325</sup>

Am 20. Oktober 1915 sprach Skoropys wieder im AA vor: Der zuvor so ablehnende von Bergen war nun positiver gestimmt und erklärte, daß »wir den ukrainischen Bestrebungen wohlwollend gegenüberstünden und sie nach Tunlichkeit [!] förderten«. Der BBU solle weiter gefördert werden, wenn seine Tätigkeit »in einer zweckentsprechenden Weise umgestaltet würde«. Die Deutschen hatten an dem Wiener Büro kein Interesse mehr, wollten also wohl die gesamte BBU-Arbeit an sich ziehen – auch sollten weniger Texte in Deutschland verbreitet werden. Dagegen wünschte man ausdrücklich Propaganda für Rußland, und beim »Einmarsch in Podolien müßten wir auf ukrainische Unterstützung rechnen können«. Konkrete Zusagen vermied der Diplomat. Immerhin versprach er, daß ein etwaiger ukrainischer Staat nicht Polen angegliedert würde und auf deutsche Unterstützung zählen könne – der Hinweis auf Podolien machte jedoch auch deutlich, daß man Chełm und Wolhynien als polnische Gebiete ansah.<sup>326</sup>

Die Chełm-Frage wurde auch im Rastatter Kriegsgefangenenlager thematisiert (aus den anderen gibt es keine ähnlich detaillierten Berichte). Vasyľ Pačov'skyj, der Gymnasiallehrer, der bereits im Herbst 1914 die Deutschen für die »Schätze der Ukraine« hatte interessieren wollen und nun in der »Gefangenearbeit« wirkte, hielt am 19. Oktober 1915 in der »Nationalen Sektion« eine Versammlung ab, auf der man die propolnische Haltung der Deutschen in bezug auf Chełm kritisierte. Terlečkyj fand, daß dieses Thema taktisch gut gewählt worden sei, weil es einen antipolnischen und sogar gegen die Mittelmächte gerichteten Tenor enthielt. Am 27. Oktober 1915 erreichte Roman Perfečkyj, der erst im September 1915 nach Rastatt gekommen war, auf einer großen Versammlung, daß eine Resolution verabschiedet wurde, in der Deutschland aufgefordert wurde, Chełm als ukrainisches Gebiet zu behandeln. Als am 3. November 1915 Skoropys mit Hauptmann von Lübbers und Oberst Friedrich ins Lager kam, wurde Friedrich die Chełm-Resolution als Produkt der Lagerarbeit übergeben.<sup>327</sup> Dies war der erste sichtbare Erfolg

Text, den die deutsche Seite akzeptieren sollte, was sie jedoch wegen der polenfeindlichen Ausrichtung nicht tat; vgl. Skoropys an Zimmermann, 15.10.1915, ebd., Bd. 7, Bl. 73-79, hier Bl. 75-76.

<sup>324</sup> Skoropys an Zimmermann, 15. 10. 1915, ebd., Bd. 7, Bl. 73-79, hier Bl. 73-74. Kleinere Beträge erhielten die ukrainischen Organisationen laufend, vgl. etwa die Mitteilung über die Zahlung von 50.000 Kronen an die ZUR (von Tschirschky an von Bethmann Hollweg, 27.6.1916, ebd., Bd. 9, Bl. 103).

<sup>325</sup> Longin Cehelskyj [L'onhyn Cehel'skyj], Die großen politischen Aufgaben des Krieges im Osten und die ukrainische Frage. Berlin 1915.

<sup>326</sup> Aktennotiz von Bergen, 21.10.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 86.

<sup>327</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 85-91, 157.

der Ukrainisierungsinstrukteure, der die politische Phantasie einiger Deutscher entsprechend angeregt haben dürfte.

Das Militär stellte sich auf die neue Lage ein: Im November 1915 formulierte es erstmals, daß nunmehr »die Lostrennung des ukrainischen Gebietes von Rußland und seine Stellung unter den Einfluß Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung sein« werde. Ukrainischen Referenten folgend, schwärmten die Gefangenenbetreuer von der »Freilegung des Wirtschaftsweges nach dem nahen Orient«, dessen Sicherung auf dem Balkan »bei dem wechselvollen Verhalten der Balkanstaaten zweifelhaft sei«. Wie Jevhen Levyčkyj ausgeführt hatte, lautete nun das Rezept: »Abtrennung der Ukraina von Rußland und engster Zusammenschluß dieses Gebiets an Deutschland«. Rußland werde seine »Expansivkraft« dann in den Osten umleiten und so die Mittelmächte vom slavischen Druck befreien. Die Militärs führten weiter aus:

»Ihre [der Ukraine] Selbständigkeit unter deutschem Schutz bedeutet für Deutschland die Unabhängigkeit von Getreidezufuhren aus dem Ausland (Amerika usw.). Als Siedlungsland bietet es (!) ungeheure Strecken seiner fruchtbaren schwarzen Erde dar.«

Dem deutschen Kapital wurde »die führende wirtschaftliche Stellung in den reichen Kohlen- und Eisenbergwerken« zugesprochen. Insgesamt werde »sich also unserem Vordringen im Osten ein lohnendes Ziel bieten, das wir ohne allzugroße neue Blutopfer erreichen können«. Aber selbst wenn dies nicht gelingen sollte, werde die »Gefangenenarbeit« insofern Früchte tragen, als »viele der nach dem Kriege in die Heimat zurückkehrenden Ukrainer danach trachten werden, ihr Ideal einer Selbständigkeit später zu erreichen«. <sup>328</sup> Da die Verfasser der hier zugrundeliegenden Denkschrift keinerlei Vorwissen über die Ukraine gehabt hatten, gingen ihre Ausführungen vermutlich vollständig auf die »Gefangenenlehrer« des BBU zurück. Hier war nun das Repertoire der imperialistischen Nutzung einer selbständigen Ukraine zusammen. Und alles war bereits in Schriften ukrainischer Nationalisten veröffentlicht worden.

Podolien blieb Theorie, da es bis 1918 zu keinem Einmarsch kam. Da die Sonderfriedensbemühungen mit Rußland 1915 gescheitert waren, wurde das deutsche Interesse an den Ukrainern wieder aktuell, praktische Maßnahmen jedoch nur für östlicher gelegene Gebiete vage in Aussicht gestellt. Die Zusammenarbeit mit Polen erschien nützlicher. Von einer deutschen öffentlichen Parteinahme für ukrainische Ambitionen war nichts zu sehen. Aber die auf ihre Lager fixierten Offiziere verbreiteten sie im amtlichen Schriftverkehr.

Die deutschen Stellen vermieden jede Bindung und orientierten sich an der tagespolitischen Lage. Als Mitte 1916 Skoropys vom AA unter Hinweis auf die Verfolgung der Nationalukrainer in Rußland eine Erklärung erbat, in der »der gute Wille Deutschlands, die ukrainische Frage schon im Laufe des gegenwärtigen Krieges, soweit es die militärische Lage gestatten wird, zu lösen, wenn auch nicht in bindender Form, doch aber klar zum Ausdruck gebracht werden sollte«, da ließ ihm Zimmermann mündlich ausrichten, »daß die militärische Lage augenblicklich die angeregte Veröffentlichung inopportun erscheinen« ließe. <sup>329</sup> Auch die österreichischen ruthenischen Abgeordnete-

<sup>328</sup> Friedrich/von Lübbbers, »Denkschrift über die ukrainischen Kriegsgefangenenlager in Deutschland und über die Errichtung einer selbständigen Ukraina«, 22.11.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 63-65.

<sup>329</sup> Skoropys an Zimmermann, 5.8.1916; Vermerk Jordan 12.8.1916, ebd., Bd. 10, Bl. 27-29.

ten registrierten das deutsche wie das österreichische Desinteresse und die besseren Karten, die die Polen aktuell bei den Zentralmächten hatten. Sie verzeichneten eine »Wendung«, die »in den national denkenden ukrainischen Kreisen [...] eine lebhaft [...] Beunruhigung, ja sogar Verstimmung« hervorgerufen habe.<sup>330</sup>

Die Ausführungen Jevhen Levyčkyjs hatten inzwischen auch in die politische Argumentation der ukrainischen Politiker Österreichs Eingang gefunden, was wenig überrascht, da ja Levyčkyj Reichsratsabgeordneter war. In der Denkschrift des Ukrainischen Klubs vom Juli 1916 wurde die Regierung beschworen zu erkennen, daß nur die Trennung der Ukraine von Rußland – nicht diejenige der baltischen Provinzen oder Polens – die russische Bedrohung Europas beseitige, da Rußland nach dem europäischen Süden und nach Asien »gravitier[e]«. Und in Asien ständen »die großen Linien der internationalen Politik der europäischen Zentralmächte und Rußlands in unlösbarem Gegensatz«.<sup>331</sup>

Erfolg hatten die Statements nicht. Eine ukrainische Option wurde durch sie jedoch aufrechterhalten. AA und Militär wollten offenbar trotz der von den ukrainischen Politikern als erniedrigend empfundenen Vertröstung die »ukrainische Karte« in einer verbilligten Version im Ärmel behalten. Schubert von der deutschen Vertretung in Bern meinte Mitte 1916, auch wenn die Wahrscheinlichkeit, die Ukraine zu erobern, nicht sehr groß sei, könne es vielleicht doch gelingen, »beim Frieden Rußland zu zwingen, den Ukrainern gewisse Rechte zu verleihen. Dann wäre wenigstens ein Anfang für eine spätere Absplitterung der Ukraine gemacht.« So blieben auch für ihn die Ukrainer ein »für uns sehr brauchbares Element in der antirussischen Propaganda der kleinen Nationalitäten«.<sup>332</sup>

Die Polenproklamation der Mittelmächte vom 5. November 1916, mit der Österreich einem rudimentär umrissenen Polen vage Galizien versprach, stellte das deutsch-ukrainische Verhältnis auf eine harte Probe. Vasyľko beschwerte sich bei Erzberger. Der BBU leitete dem österreichischen Außenministerium und einen Tag später auch der deutschen Botschaft in Wien einen von Melenevskyj und Žuk unterzeichneten Protest zu: Die Lage im besetzten Gebiet stehe im Widerspruch zu den »wohlwollenden Worten« der Regierungen. Zwar seien die Ukrainer weiterhin bereit, die Befreiung der Ukraine »mit dem Siege der Zentralmächte zu verbinden«, »doch stets und überall nur in den Reihen der ukrainischen Freiwilligenarmee und im Namen einer staatlichen Selbständigkeit des ukrainischen Volkes«.<sup>333</sup>

In einem öffentlichen Kommuniqué verkündete der BBU seinen »Vorbehalt gegen einen eventuellen Anschluß der eroberten, früher zu Rußland gehörenden ukrainischen Gebiete Cholm, Podlesien, Wolhynien u.a. an einen polnischen Staat«.<sup>334</sup> In den

<sup>330</sup> »Denkschrift des Ukrainischen Klubs des österreichischen Reichsrates in der ukrainischen Frage«, Juli 1916, ebd., Bd. 10, Bl. 35-39, hier Bl. 35.

<sup>331</sup> Ebd., Bl. 35R. – Im August 1916 wiederholten die Ukrainer ihre Forderung, auf keinen Fall ukrainisches Gebiet an ein geplantes Polen fallen zu lassen und schlugen vor, aus Teilen des besetzten Gebiets zwischen Grodno, Minsk, Cholm und Wolhynien »eine abgesonderte autonome staatsrechtliche Einheit im engen Anschlusse an die Zentralmächte« zu bilden (Präsidium des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats an Burián, 15.8.1916, Hornykiewicz I, Dok. 32, S. 127-128).

<sup>332</sup> Schubert, Bern, an von Bergen, 11.8.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 40-41.

<sup>333</sup> BBU an k.u.k. Ministerium des Äußern, 14.11.1916, Hornykiewicz I, Dok. 84, S. 221-222; BBU an Deutsche Botschaft Wien, 15. 11. 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 114-115.

<sup>334</sup> »V spravi proklamuvannja Pol'skoho Korolivstva«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny 124/12.11.1916, S. 1.



Lagern geriet die Deutschfreundlichkeit der ukrainisierten Gefangenen ins Wanken.<sup>335</sup> Aus Protest gegen die Polenproklamation trat das Präsidium der ZUR am 6. November zurück, sprach sich gegen den Einschluß »auch nur des kleinsten Stückchens historisch und ethnographisch ukrainischen Gebiets in den Bestand des polnischen Staates«, aber auch für Besonnenheit und die Beibehaltung der bisherigen politischen Maximen aus.<sup>336</sup> Die ZUR wurde aufgelöst, und die Ukrainische Parlamentsvertretung übernahm ihre Funktionen. Sie forderte, Ost-Galizien unmittelbar dem Kaiser zu unterstellen. Man zog die Wiener Zentrale einem polnisch dominierten Lemberger Parlament vor.<sup>337</sup> Die bisherigen konzilianteren Politiker wurden abgesetzt. Weder Kost' Levyčkyj noch Vasył'ko wurden in das Präsidium des Ukrainischen Parlamentskreises wiedergewählt. Den Vorsitz übernahm Jevhen Petruševyč (1863-1940), der dann auch zur Hauptfigur der westukrainischen Unabhängigkeit wurde, ihm schloß sich Jevhen Levyčkyj an. Petruševyč beanspruchte nun das Selbstbestimmungsrecht der Völker für die Ukrainer.<sup>338</sup>

Die Reaktion war auch in anderen ukrainischen Formationen, wie etwa den USS, erkennbar. Unter dem Eindruck der politischen Niederlage und des drohenden Verlusts der österreichischen Unterstützung erklärte die Ukrainische Kampfleitung aber nicht etwa die Auflösung der Legion, sondern forderte im Gegenteil ihre Verstärkung: »Wir dürfen uns nicht die Waffe aus der Hand schlagen lassen, mit der wir für unsere nationale Sache kämpfen. Wir dürfen nicht zulassen, daß nicht von uns abhängige Umstände uns ohne Widerstand von der Szene des Kampfes der Völker um ihre Zukunft verdrängen.«<sup>339</sup>

Vasył'ko forderte am 16. Juni 1917 die noch engere Anbindung an das österreichische Kaiserreich – in dem er einen Gegensatz zum sich neu konstituierenden Polen zu sehen meinte.<sup>340</sup> In der historischen Perspektive wird in dieser Reaktion ein Verhalten deutlich, das sich modifiziert später wiederholen sollte: Auch nach einer Enttäuschung ihrer Erwartungen hielten Ukrainer an der Kooperation fest und sahen ihre Ziele dadurch noch am besten repräsentiert.

Der BBU nutzte den Rücktritt des ZUR-Präsidiums, um die ungeliebte formalisierte Zusammenarbeit mit den Ruthenen aufzukündigen. Da er die Frage der Zugehörigkeit Galiziens zu Polen für eine Angelegenheit hielt, die nicht in seinem unmittelbaren Interessenbereich lag, meinte der BBU, daß die Funktionen der ZUR nun »auf

<sup>335</sup> Vgl. Terlečkyj, *Istorija*, S. 33.

<sup>336</sup> V. Temnyčkyj, »Nadzvyčajne zasidannje Zahal'noi Ukraїnskoї Rady«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraїny* 124/12.11.1916, S. 1-2.

<sup>337</sup> »Manifest Ukraїnskoї Parlamentarної Reprezentacii do Ukraїnskoho narodu halyčkoї j volodymyrskoї zemli«, 13.11.1916 [datiert auf den 8.11.1916], *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraїny* 125/19.11.1916, S. 1-2; vgl. Dmytro Dorošenko, *Istorija Ukraїny 1917-1923 rr.* Bd. 1, Kyiv 2002 (1930), S. 42.

<sup>338</sup> Gruchała, »Austro-Węgry a sprawa Ukraїnska«, S. 569; Popyk, *Ukraїnci*, S. 127-128. – Bis Ende 1917 gab es jedoch keine Zugeständnisse. Daß Lewandowski die Forderung nach der deutschen Amtssprache in Galizien als »Kollaboration« einstufte und auch noch die Ernennung nicht-polnischer galizischer Statthalter als ukrainischen Erfolg, ist eher verfehlt: Man versuchte von Wien aus vielmehr, den Konflikt aus der Landesführung herauszuhalten (Vgl. Lewandowski, »Sprawa Ukraїnska a państwa centralne«, S. 33-34).

<sup>339</sup> »Komunikat Ukraїnskoї Bojevoї Upravy«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraїny* 17.12.1916, S. 823, hier zit. nach Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 173.

<sup>340</sup> Vgl. Popyk, *Ukraїnci*, S. 128.

die territorial und sachlich zuständigen politischen Organisationen übergegangen« seien, aus denen sich der Rat zusammengesetzt habe.<sup>341</sup> Da die Ruthenen auf die österreichische Polenpolitik Rücksicht nehmen mußten, stellte die BBU-Presse fest, daß die deutsche Publizistik sich im Unterschied zur österreichischen weiterhin pro-ukrainisch äußere und stellte nun deutlich die Divergenz der beiden Haltungen heraus.<sup>342</sup> Damit wurde die der »Sobornist«-Propaganda widersprechende Interessendiskrepanz ost- und westukrainischer Politiker öffentlich. Andererseits verloren die Ostukrainer nun ihren politischen Einfluß in Österreich ganz. Auch die USS nutzten, nachdem eine Zeitlang der Legion die Auflösung gedroht hatte, den Rücktritt des ZUR-Präsidiums, um sich von loyalistischeren Kräften zu trennen. Zwar blieben die USS im Verband des k.u.k. Heeres, aber die Independentisten in ihnen nahmen nun immer weniger Rücksicht auf die konservativen Politiker.<sup>343</sup>

In Deutschland versuchte Skoropys, die neue Lage zu nutzen. Am 22. März 1917 traf er, der zuvor mit einer Gruppe ukrainischer Gefangener in Kovel' gewesen war, in Berlin mit von Bergen zusammen und besprach die nun auch durch die Februar-Revolution veränderte Konstellation. Skoropys schilderte dramatisch das Fiasko der BBU-Politik: Durch die Einbeziehung Chelms in das besetzte Polen und die Polenproklamation hätten sich die Mittelmächte auf die Seite Polens gestellt, den Polen wohl auch für Gebietsabtretungen im Westen Kompensationen im Osten bis Kiew versprochen und somit dem BBU jegliche Tätigkeit in der Ukraine unmöglich gemacht. »Die Illusionen, Hilfe seitens der Mittelmächte in irgendeiner Form zu erhalten, sind vollkommen verschwunden.«<sup>344</sup> Das war geschickt, weil von einer BBU-Aktivität in der Ukraine nie etwas zu sehen war und Skoropys sich durch die Schuldzuweisung an die Mittelmächte einer genaueren Überprüfung früherer Behauptungen entziehen konnte.

Skoropys erklärte die immer noch geheime Gefangenenarbeit zum einzigen erfolgreichen Bestandteil der bisherigen Zusammenarbeit. Hieraus versuchte er nun Kapital zu schöpfen. Er schlug von Bergen vor, der Reichskanzler solle die deutsche Sympathie für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer bekennen, und Skoropys gestatten, sich in den Gefangenenlagern ein Mandat zur Vertretung ukrainischer Interessen gegenüber der russischen Regierung zu beschaffen und damit in Petrograd die Autonomie der Ukraine zu fordern.<sup>345</sup> Zwar meinte Skoropys, daß die russische Regierung darauf niemals eingehen werde, die Presseberichte über die Initiative würden jedoch

<sup>341</sup> »Uchvaly Prezydii Sojuza Vyzvolennja Ukraïny«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny 149/6.5.1917, S. 290.

<sup>342</sup> »Z němečých holosiv pro Ukraïnsku spravu«, Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny 154/10.6.1917, S. 378

<sup>343</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 180.

<sup>344</sup> Skoropys an von Bergen, 23.3.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 132-141, hier Bl. 136.

<sup>345</sup> Einem Bericht aus dem Offizierlager Hann. Münden zufolge hat dort der »nationalukrainische Aufklärungsverein ›Schewtschenko« tatsächlich Unterschriften für Skoropys gesammelt (Offz.-Gefangenenlager Hann. Münden, Aufklärungsoffizier Olt Schöning, »Der gegenwärtige Stand der ukrainischen Aufklärung im Lager«, 19.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 69-75, hier S. 71). Einer Schweizer Zeitung ließ Skoropys die Mitteilung zukommen, er habe die Lager, von denen die Öffentlichkeit so zum ersten Male offen erfuhr, bereist, es hätten sich von den 50.000 ukrainischen Gefangenen jedoch nur 6000 in den Lagern befunden, die übrigen seien »außerhalb der Lager zu Arbeiten« gewesen – so habe er nur 8000 Unterschriften gesammelt (»Die ukrainischen Gefangenen und das russische Reich«, Der Bund (Bern), Nr. 189/24.4.1917). Selbst dabei wäre zu

in der Ukraine den Eindruck erwecken, Deutschland stehe ukrainischen Bestrebungen positiv gegenüber.

»Falls die neue russische Regierung in Petersburg es nicht wagen wird, mich totschiagen oder verhaften zu lassen, werde ich zu einem Mittelpunkt des ukrainischen politischen Separatismus werden, um welchen sich alle unsere nationalen Kräfte sammeln würden,«

führte Skoropys in aller Naivität aus. Nicht allein, daß er seine politische Position verbessern wollte, er schlug gleich auch eine weitergehende deutsch-ukrainische politische Zusammenarbeit vor, auf deren Grundlage er die »separatistischen Elemente zum Kampf für die ukrainische Selbständigkeit organisieren könnte«. Um dies zu unterstützen, solle Deutschland in Biała Podlaska und Brest, die zum Generalgouvernement Warschau gehörten, ukrainische Schulen und Lehrerbildungseinrichtungen gründen, die »Gefangenenarbeit« sollte publik gemacht werden, und Skoropys wollte sich mit dem polnischstämmigen Grafen Michał Tyszkiewicz [Mychajlo Tyškevyč] (1857-1930) in der Schweiz verbinden, »der bei der Entente ziemlich gut angeschrieben ist«. <sup>346</sup>

Skoropys bot also trotz der Enttäuschung über die polenfreundliche Haltung der Mittelmächte sofort eine neuerliche, noch weitergehende Kooperation an. Die gerade zwei Wochen alte Februarrevolution beflügelte die Phantasien der Exil-Ukrainer. Aber die Revolution hatte ohne sie stattgefunden. Wenn sie auf dem politischen Parkett der neuen Ukraine eine Rolle spielen wollten, mußten sie sich in Szene setzen. Nur so ist Skoropys' Vorschlag einzuordnen, und die nicht unrealistische Befürchtung, eine Petrograd-Reise nicht unbeschädigt zu überstehen, belegt, wie ernst es Skoropys mit seinen politischen Ambitionen war.

Doch zurück zur Polenproklamation: Auch in Lemberg wurde deutschen Militärvertretern ein anonymes Memorandum zugeleitet, wonach die dortigen Ukrainer die deutsch-ukrainische Option fortzusetzen wünschten. Ein Oberleutnant Boeling, der es dem Bevollmächtigten des preußischen Kriegsministeriums beim österreichischen Kriegsministerium zuleitete, merkte an,

»daß Deutschland, wenn auch nicht gelegentlich dieses Krieges, so doch vielleicht später auf die separatistischen Bestrebungen der russischen Ukrainer zurückkommen könnte, um sowohl gegen Polen wie gegen Rußland ein Gegengewicht zu haben«. <sup>347</sup>

Die Verfasser kritisierten die polenfreundliche Einstellung Deutschlands, sahen darin jedoch nur »eine vorübergehende Trübung des politischen Horizontes Mitteleuropas«, weil sonst »Deutschlands Name, deutsches Wort und deutsche Bundesgenossenschaft [niemals wieder] bei den Ukrainern Achtung, Glauben und Vertrauen finden könnten.« Die Vorschläge liefen auf eine Befriedigung sowohl der deutschen als auch der ukrainischen Wünsche hinaus: Chełm, Wolhynien und Teile des Gouvernements Grodno sollten ukrainisch werden, wobei eine gemeinsame preußisch-ukrainische

überlegen, wie 6000 Gefangene 8000 Unterschriften leisten konnten, nicht jeder wollte wohl auch Skoropys mit seiner Vertretung beauftragen.

<sup>346</sup> Skoropys an von Bergen, 23.3.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 132-141, hier Bl. 138-141.

<sup>347</sup> Boeling an Bevollmächtigten des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums, Wien, 21.11.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 10-11.

Grenze »mit besonderer Genugtuung« begrüßt würde. Galizien, »dieses alte[.] stauische[.] Lehngut[.] Deutschlands«, sollte politisch bei Österreich verbleiben und das Militär sollte sich ukrainischer Vertrauensmänner bedienen.<sup>348</sup> Auch hier gab es also zwar Mißstimmung über den Akt vom 5. November, aber keinen Wandel der Ziele. Im Gegenteil wurde die Kritik an den Mittelmächten zum Ausgangspunkt eines erweiterten Kooperationsangebots.

Bald wandelte sich das Bild jedoch wieder. Die Polenproklamation wurde obsolet, dafür wurden die Auswirkungen der nach der Februar-Revolution in der rußländischen Ukraine entwickelten Autonomie spürbar. Die autonome Ukraine setzte für die noch von russischen Truppen gehaltenen westukrainischen Gebiete um Tarnopol und in der Bukowina ukrainische Generalgouverneure ein. Dmytro Dorošenko (1882-1951), der spätere Außenminister des Het'mans Pavlo Skoropad'skyj (1873-1945), führte in dem ihm unterstellten Gebiet Ukrainisch als Amtssprache ein und revidierte damit den negativen Eindruck, den die russische Besatzung seit 1914 gezeugt hatte. Die Führung der österreichischen Ruthenen, gerade erst durch die Polenproklamation verbittert, hielt nun die Lage im russisch besetzten Gebiet für vorbildlich und verlangte, Ostgalizien, Teile der Bukowina und die Karpatho-Ukraine zu einer ukrainischen Verwaltungseinheit zu vereinigen. Nicht die Forderung war neu, sondern der Verweis auf das Vorbild der von Kiew ausgehenden Organisation – und damit etwas, was den österreichischen politischen Zielen deutlich widersprach.<sup>349</sup> So war zu erklären, daß Mitte 1917 die österreichische Seite an einer Instrumentalisierung der Ukrainer kein Interesse mehr hatte, die Polen für nützlicher hielt und die Deutschen trotz allem als verlässlichste Förderer ukrainischer nationaler Bestrebungen galten.

## 7. DER EINSATZ DER GEFANGENEN

Die Nutzung der in den Gefangenenlagern national motivierten Ukrainer wurde ab 1916 aktuell. Ein Kampfeinsatz unterblieb nicht zuletzt wegen völkerrechtlicher Bedenken. Hingegen plante der deutsche Generalstab zusammen mit BBU-Repräsentanten früh eine propagandistische Verwendung von Ukrainern, was Strukturen vorgab, die mit der Vlasov-Kampagne im Zweiten Weltkrieg wiederholt wurden. Generalstab und Kriegsministerium erwogen im Januar 1916,

»20 in den hiesigen Ukrainerlagern ausgesuchte, vertrauenswürdige und unterrichtete Ukrainer [...] nach Südrussland (Ukraina) zu entsenden[,] um zuverlässige Nachrichten über die Stimmung in ihrem Heimatlande einzuholen, ihren Landsleuten die gute Behandlung der ukrainischen Kriegsgefangenen bekannt zu geben und das Interesse Deutschlands an der Wiedererrichtung der selbständigen Ukraina zu verbreiten.«<sup>350</sup>

<sup>348</sup> Memorandum an., »Deutschland und die ukrainische Frage«, Lemberg, 12. 11. 1916, ebd., Bl. 12-23.

<sup>349</sup> Vgl. Kost' Levyčkyj, Ukrainische Korrespondenz Wien, 5.8.1917, angeführt in Deutsche Botschaft Wien (Wedel) an Reichskanzler, 23. 8. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 158-159.

<sup>350</sup> Kriegsministerium (Friedrich) an AA (von Bergen), 6. 1. 1916, ebd., Bd. 8, Bl. 101.

Über die Realisierung dieses Vorhabens steht nichts in den Akten. Skoropys hat jedoch später betont, daß nicht der BBU diese Ukrainer gesandt habe, sondern daß sie sich »nur aus eigenem Willen« (til'ky z vlasnoï ochoty) über die Frontlinie hätten schleusen lassen. Skoropys beschrieb in seinem Text eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und von Lübberts: Jener habe an die Identität der deutschen und der ukrainischen Interessen geglaubt und daraus gefolgert, dem Einsatz von ukrainischen Gefangenen »in den Reihen des deutschen Militärs« stehe nichts im Wege. Skoropys will sich dafür eingesetzt haben, daß zwar Gefangene, die dies partout wünschten, den »ukrainischen Bazillus« nach Rußland einschleppen könnten, daß sie aber keine deutschen Aufträge übernehmen und sogar Geld zurückweisen sollten, daß Deutsche ihnen möglicherweise unterwegs anbieten würden, »weil dies einen häßlichen Schatten auf die ganze Arbeit in den Lagern« geworfen hätte.

Drei Mann will Skoropys im Februar 1916 selber bis an die Frontlinie gebracht haben, um zu prüfen, wie die Deutschen mit den Ukrainern umgingen und ob die Frontüberquerung überhaupt möglich sei. Letztlich seien dann einige -zig (»kil'kadesjat«) Ukrainer in die Ukraine geschickt worden, wobei der BBU nach Skoropys »die Rolle eines nicht auffordernden, sondern eines abhaltenden Elements« gespielt haben wollte. Man habe versucht, Abenteurer zurückzuhalten, die sich unmittelbar an die Deutschen gewandt hatten.<sup>351</sup> Dieses Projekt war jedoch ein Einzelfall. Der Rastatter »Turnverein« stand noch nicht zur Verfügung. Aber der Einsatz eines Teils der Gefangenen wurde zum erklärten Ziel der Ausbildung.<sup>352</sup>

Auch in der Etappe begannen die Deutschen 1916, ukrainische Helfer zu nutzen. Roman Smal'-Stočkyj, damals einer der ukrainischen Ausbilder, wurde im März 1916 durch das Kriegsministerium nach Pinsk geschickt, »um zu versuchen, die dortige deutsch-russische Zeitung in eine deutsch-ukrainische umzuwandeln«. In Pinsk war »gar kein Ukrainer aufzutreiben«, wie Smal'-Stočkyj anschließend berichtete, weil die Deutschen die Orthodoxen aus dem Frontgebiet abgeschoben und die verbliebenen sich angeblich »dutzendweise« hatten katholisch taufen lassen, um in Pinsk bleiben zu können. Dadurch galten sie als Polen. Angesichts der Frontnähe und der drohenden Rückkehr der Russen habe sich auch der jüdische Besitzer der örtlichen Zeitung »in größter Furcht« befunden, zur Rechenschaft gezogen zu werden und »für die Ukrainisierung der Zeitschrift sicher den Kopf [zu] verlieren«. Smal'-Stočkyj kam zu dem Schluß, »daß an der Front Krieg und für die Politik kein Platz sei«.<sup>353</sup>

Die Reise hatte in bezug auf das Verhältnis zu den Juden jedoch ein bemerkenswertes verbales Ergebnis. In seinem Bericht, der eigentlich nur von Enttäuschungen handelte, entwarf Smal'-Stočkyj einen Handlungsplan, wie die Lage verändert werden sollte. Er kam »aus meiner (!) Erfahrung in Galizien« zu dem Schluß, »daß die Juden, und nur die Juden, Spiondienste leisten. Durch Geschicklichkeit und jüdische Bredsamkeit verstehen sie es zu verhindern, daß man ihnen auf die Spur kommt. Alle Schuld verstehen sie auf die anderen abzuwälzen, sie selbst bleiben immer in dem Rufe der »Allertreuesten«. So ist es in Pinsk gewesen, so wird es auch bei einer etwaigen Offen-

<sup>351</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï »zločyny«, S. 217-220.

<sup>352</sup> [Jordan], Bericht, 28.4.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.9, Bl. 31-33.

<sup>353</sup> von Lübberts an von Bergen, 6.5.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 9, Bl. 78; Roman Smal'-Stočkyj, »Bericht über die Reise nach Pinsk zur Ukrainisierung der Kommandanturzeitung«, 5. 5. 1916, ebd., Bl. 79-82.

sive nach Kiew sein [...]«. Die grundlose Schuldzuschreibung wurde von Smal'-Stočkyj rationalisiert: »Die Städte werden dadurch [durch die Evakuierung der christlichen Orthodoxen] rein polnisch-jüdisch, was ein großer Nachteil für die ukrainische[n] Bestrebungen ist«. Zur Abhilfe schlug der Reisende vor: »Sofort müßten alle Polen zwangsweise nach Polen evakuiert werden. Das ist im innigsten Interesse der Deutschen im Hinblick auf die ukrainischen Bestrebungen. [...] Alle Juden sind ebenfalls nach Polen zu evakuieren. Dieselben sind ein für die Germanisierung sehr taugliches Element[,] und es ist im Interesse der Deutschen, daß in Polen selbst dieses Element gestärkt wird.«<sup>354</sup> Weiter im Osten seien die Juden dagegen der Spionage verdächtig. Mit diesem Vorschlag strebte Smal'-Stočkyj eine ethnische Homogenisierung an, auf deren Grundlage dann die angestrebte ukrainische Staatlichkeit in einem Gebiet, in dem es keine Polen und Juden mehr geben würde, errichtet werden könnte. Wohlge-merkt in einem Landstrich, der dann menschenleer sein würde, und in dem es ihm 1916 nicht gelungen war, Ukrainer »aufzutreiben«. Den Deutschen wurden die eben noch als »Spione« diffamierten Juden als germanisierbar empfohlen, und das Ziel, die Polen zu vertreiben, erschien Smal'-Stočkyj überhaupt nicht anstößig. Der Vorschlag, den 1945 tatsächlich durchgeführte Bevölkerungsaustausch – nachdem die Juden zuvor von den Deutschen ermordet worden waren – vorzunehmen, wurde hier von einem der später prominenteren ukrainischen Wissenschaftler und Politiker an die Deutschen herangetragen. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß er sich nicht aus dem begrenzten Auftrag Smal'-Stočkyjs ergab, sondern selbständig formuliert wurde. Eines der Ergebnisse der Reise Smal'-Stočkyjs war dann aber, daß vorerst auf weitere Unternehmungen dieser Art verzichtet wurde.

Erst Ende des Jahres wurde ein Gefangeneneinsatz wieder aktuell. Am 9. Dezember 1916 fand im Generalstab in Berlin eine Besprechung der Hauptleute von Lübbers und von Hülsen mit Mykola Šapoval und Hauptmann Martin Kosack<sup>355</sup> aus dem Rastatter Lager statt; für den BBU nahm Kozlovskýj von der Berliner Zentralstelle teil.

Kosack schlug vor, 20 Mann aus drei Lagern unter der Führung Šapovals in der Uniform der österreichischen Ukrainischen Legion an die Ostfront zu verlegen, um dort Propaganda »im ukrainischen Geiste« unter Soldaten und Einheimischen zu betreiben.<sup>356</sup> Deutsche und Ukrainer hatten divergierende Ziele: Den ukrainischen Vertretern war an der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gelegen, Šapoval sollte der militärische Vorgesetzte sein, und die Stellung der Soldaten sollte derjenigen der Ukrainer im k.u.k. Heer angeglichen werden. Außerdem legte Šapoval darauf wert, daß die Ukrainer zwar für die »Erkundung« zu verwenden seien, jedoch nicht »als Spione für deutsche Ziele«: Die ukrainische Einheit (viddil) solle als Vertretung des ukrainischen Volkes auftreten, das gegen den Moskauer Staat kämpfe. Von Hülsen meinte dagegen, die Ukrainer müßten – anders als kriegsgefangene »Volksdeutsche« – ihren Gefangenenstatus behalten, und erklärte auch, daß die Deutschen »zu gewis-

<sup>354</sup> Ebd., Bl. 80.

<sup>355</sup> Hauptmann Martin Kosack, im Zivilberuf Realschulrektor aus Hannover, war Anfang August 1915 in das Lager Rastatt abkommandiert worden, um die Verbindung zwischen den Ukrainern und den deutschen Stellen zu erleichtern (Terlečkyj, *Istorija*, S. 67, 79).

<sup>356</sup> »Aby vesty tam po oboch storonach frontu propagandu v ukraïnskym dusi sered vojakiv Ukraïnciv ta sered ukraïnskoho naselennja« Gesprächsprotokoll des BBU, 9. 12. 1916, NAC, MG 30, C167, vol. 22, file 31.

senhaft seien, um Hoffnungen zu wecken und etwas zu versprechen, was durch die Kriegslage derzeit nicht gerechtfertigt sei«. Es sei keine Aussage über den künftigen Status der Ukraine erwünscht: Man wolle nur die Ukrainer »vorzeigen« und die Phantasie der Betrachter dadurch anregen.<sup>357</sup>

Als man eine Woche später in Rastatt mit Skoropys-Joltuchovskýj zusammentraf, wurde der Konflikt deutlicher. Skoropys hatte sich nach seinen Erfahrungen zu Beginn des Jahres offenbar einem Gefangenen Einsatz widersetzt, da er fürchtete, der BBU würde als eine deutsche Erfindung desavouiert werden. Die Deutschen argumentierten dagegen, sie müßten den Nutzen der teuren Ukrainerlager belegen. Šapoval beharrte erneut darauf, seine Leute machten »ukrainische Arbeit und keine deutsche«, und er erklärte sich zur Zusammenarbeit nur dann einverstanden, wenn die ukrainische Sache im Vordergrund stände, nicht aber Spionage. Es sollte keine »private, den deutschen Interessen dienende Gruppe« entstehen, sondern ein »Verband einer verbündeten Armee«. Die Deutschen gaben den ukrainischen Forderungen erst nach, als Skoropys auf den Satz, der Generalstab würde dann selber Freiwillige in den Lagern suchen, antwortete, so würden sich kaum 20 Mann finden lassen.<sup>358</sup>

Gegenüber den Gefangenenvertretern in Rastatt machte Skoropys sich aber seinerseits zum Fürsprecher dieser Aktion: Nach der Zusicherung, die Gefangenen würden nicht zur Spionage verwandt, sprachen sich HR, HS, und Sič für den Einsatz aus. Skoropys und die Rastatter Ukrainer gingen dabei von der Fiktion einer bündnisartigen Zusammenarbeit mit den Deutschen aus. Der Eid der Soldaten würde ukrainisch sein und damit die Selbständigkeit der Formation aufzeigen.<sup>359</sup> Als die tatsächlichen Bedingungen der Vereinbarungen durchsickerten, bildete sich dagegen eine Opposition: Nach Terlečkyj gab es Befürchtungen, man könnte in den Fronteinsatz gelangen, andere schreckte nun auch das Bündnis mit Deutschland gegen Rußland.

Immerhin gelang es bis Januar 1917 tatsächlich genügend Freiwillige unter den 200-250 Sič-Angehörigen in Rastatt zu finden. Am 12. Januar 1917 fand in Rastatt die Vereidigung unter der Regimentsflagge des 1. Sič-Schützen-Regiments »Taras Ševčenko« statt: Die Freiwilligen gelobten in ukrainischer Sprache:

»Vor Dir, Ukraine, und dem ganzen ukrainischen Volk, schwören wir nach altem kosakischem Brauch, ehrlich, treu und tapfer Dir, Ukraine, unter dieser Fahne zu dienen, Dich unter ihr mit allen Kräften zu verteidigen, diese Fahne in keinem Falle zu verlassen, mit den Feinden niemals in eine Absprache zu treten, sondern sie vielmehr immer erbittert zu bekämpfen und sich insgesamt so zu führen, wie es einer ruhmreichen Sič-Gesellschaft zu leben und zu handeln gebührt, und ehrenvoll zu sterben. So helfe uns Gott und das ganze ukrainische Volk!«<sup>360</sup>

Am 17. Januar 1917<sup>361</sup> verließen Kosack, Šapoval und 26 Unteroffiziere und Soldaten aus Rastatt in Uniformen der USS mit dem galizischen Löwen an der Kopfbedeckung das Rastatter Lager. Die Rolle des Hauptmanns Kosack übernahm in Rastatt Hauptmann Rudolf Ernst Schweizer-Hagenbruch, der schon vorher unter Kosack dort ge-

<sup>357</sup> Gesprächsprotokoll des BBU, 9. 12. 1916, NAC, MG 30, C167, vol. 22, file 31.

<sup>358</sup> Gesprächsprotokoll Skoropys-Joltuchovskýj, 17. 12. 1916, ebd.

<sup>359</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 302-303.

<sup>360</sup> Text in Terlečkyj, Istorija, S. 311-312; Skoropys-Joltuchovskýj, »Moï ›zločyny«, S. 220. – Partiiell auch bei Sribnjak, Poloneni, S. 143.

<sup>361</sup> Nach Sribnjak (Poloneni, S. 143) erst am 21. Januar.

wirkt hatte. Man plante, bis zu 150 Ukrainer zu verwenden. Unter der Leitung Šapovals und Kosacks und begleitet von Skoropys wurden die Ukrainer über Chelm nach Kovel' »mit Gewehren, aber ohne Munition« in Marsch gesetzt, wo sie »Propaganda-, nicht aber Spionagezwecken dienen« sollten.<sup>362</sup> Man hatte vor, gefangene bzw. übergelaufene russische Soldaten propagandistisch zu bearbeiten und dann zurückzuschicken, um ihre Kameraden zu agitieren, Angriffe zu verweigern, in größeren Gruppen überzulaufen und Sabotageakte zu begehen.

Nach Kosacks Bericht sprachen die Ukrainer gefangene Soldaten an und nahmen Kontakte mit ukrainischen Dorfbewohnern auf, was »unter der hiesigen Bevölkerung – Juden natürlich ausgenommen [...] großen Anklang« fand. Kosack machte die Erfahrung, daß die Einheimischen Österreichern mit Vorbehalten gegenübertraten (und die Österreicher wiederum den deutschen Ukrainer-Aktionen mißtrauten), Deutschen jedoch nicht. Also schlug er eine »stärkere Hervorkehrung des deutschen Einflusses« vor.<sup>363</sup> Sribnjak schreibt nach Šapovals Bericht vom November 1917, daß wegen polnischer Störungen in dem österreichisch verwalteten Kovel' »die Bildungsarbeit mit einem vollen Mißerfolg« endete, woraufhin die Rastatter Ukrainer Ende März 1917 in das deutsch verwaltete Biała Podlaska verlegt worden seien.<sup>364</sup>

In Rastatt wurde nun die Sič lagerintern in Paraden vorgeführt: zu Kaisers Geburtstag am 27. Januar ebenso wie zum Ševčenko-Fest, das ukrainische Nationalisten zu Ehren von Geburts- und Todestag des Dichters (9.3.1814-10.3.1861) als eine Art Nationalfeiertag begingen. Aber nicht lange. Die Lage änderte sich am 15. März 1917; an diesem Tag erfuhr man in Rastatt wie in Wetzlar vom Ausbruch der Revolution in Rußland. In Rastatt soll es inzwischen um 3000 Mann gegeben haben, die sich zum Ukrainertum bekannten.<sup>365</sup> Für Terlečkyj war die Revolution der Anfang vom Ende der »Gefangenenarbeit«: Berlin und der BBU waren nunmehr nicht mehr die einzigen Bezugspunkte einer ukrainisch-nationalen Orientierung. Kiew kam als neuer Faktor hinzu, und die Nachricht von der Revolution traf auf Männer, die fast zwei Jahre lang in nationalem Geiste trainiert worden waren.<sup>366</sup> Terlečkyj erkannte, daß die Revolution die »nationale Arbeit« desavouierte: Die soziale Frage errang gegenüber der nationalen wieder Vorrang, und die Parteinahme für die Mittelmächte wurde immer problematischer. Bei den Wahlen zur HR in Rastatt erhielten bei gerade einmal 391 abgegebenen Stimmen die Sozialdemokraten (»Soziale Sektion«) 289, die »Nationale Sektion« der bewußten Ukrainer nur 102 Stimmen.<sup>367</sup>

<sup>362</sup> Skoropys beschrieb als Ziel seiner Begleitung wieder die Sorge, ob die Deutschen ihre Versprechen hielten und die Ukrainer nicht zur Spionage verwendeten. Gegen eine Verwendung als »militärische Miliz auf dem von den Deutschen besetzten Gebiet des ukrainischen Hinterlands« hatte er jedoch nichts einzuwenden (Skoropys-Joltuchovskij, »Moï »zločyny«, S. 220).

<sup>363</sup> Sektion Politik Berlin des Generalstabs (von Hülsen) an Kriegsministerium, Unterkunftsdepartement, 30.12.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 11, Bl. 13-14; Kriegsministerium an Stv. Generalkommando des XIV. Armeekorps, Karlsruhe, 5.1.1917, ebd., Bl. 6-8; Kosack an von Lübbbers, 6.2.1917, ebd., Bl. 10-12. – Den anfänglichen Vorbehalt gegenüber den Österreichern bestätigt Bohdan Hnatkevyč, *Ukraiński Sičovi Stril'ci 1914-1920*. L'viv 1935 (Repr. L'viv 1991), S. 114.

<sup>364</sup> Mykola Šapoval, »Ukraińska kul'turna pracja na Pidljašu j Polissju«, *Vistnyk SVU*, 25.11.1917; Sribnjak, *Poloneni*, S. 144.

<sup>365</sup> Terlečkyj, *Istorija*, S. 340.

<sup>366</sup> Ebd., S. 341, 343: »Vid ceï chyly perestav žyty tabor svoïm žyttjam«.

<sup>367</sup> Ebd., S. 345-346; vgl. auch Sribnjak, *Poloneni*, S. 210.



Nach Terlečkyj hatte vor dem Eintreffen der Revolutionsnachricht die Apathie wieder obsiegt: Ein polnischer Staat mit unklarer Ostgrenze, die Brusilov-Offensive, wenig schien auf Chancen einer Ukrainisierung hinzudeuten. Die Revolution erschien daher als »deus ex machina«, der das Geschehen wieder in Bewegung brachte. Aber die Revolution war anfangs eine russische Revolution: Terlečkyj schrieb es dem Umstand, daß anfangs keine Nachrichten aus der Ukraine eintraten, zu, daß die Gefangenen wieder begannen, auf Rußland zu setzen. Die »Ukraine-Arbeit« schien vergebens gewesen zu sein. Als sich aber nach wenigen Wochen herausstellte, daß es eine autonome Ukraine gab, folgte die nächste Wende. Nun war das Engagement für eine ukrainische autonome Entwicklung wieder salonfähig. Dieser neuerliche Umschwung war vollzogen, als sich am 11. April Skoropys in Wetzlar um ein Mandat (s. S. 134) bemühte.<sup>368</sup>

Nach der Februar-Revolution trat Skoropys mit weiteren Vorschlägen an das Militär heran. Wegen des Mangels an zur Ukrainisierung geeignetem Personal in der Ukraine regte er an, »ausgebildete« Gefangene legal dorthin zu schleusen, um Verwaltungsposten zu übernehmen. Dazu sollten Invalidentransporte genutzt werden, wozu der Umstand beitrüge, daß »die Mehrzahl der geistigen Führer in ukrainischen Lagern an Lungensucht erkrankt« sei – außerdem könnten Gruppen von Gefangenen über das neutrale Ausland reisen. Das Unterkunftsdepartement des Kriegsministeriums, das die Lagerarbeit betreute, war zu solchen Aktionen bereit, wenn die Freigelassenen nicht gleich wieder eingezogen würden, aber das AA mochte nicht so weit gehen und legte den Vorgang nach einer Besprechung mit dem Kriegsministerium zu den Akten.<sup>369</sup>

In der Etappe ging der Einsatz der »Aufklärungsuukrainer« dagegen tatsächlich los. Im Mai 1917 kam eine weitere Kompanie Ukrainer aus Rastatt nach Biała Podlaska, im Juli eine dritte. Und Ende Mai begann die »Bildungsarbeit«. Aber auch sie scheint nicht einfach gewesen zu sein. Šapoval berichtete über fliehende Jugendliche und alte Leute, die sich bekreuzigten, als die Ukrainer auftauchten, und beschuldigte katholische Priestern, Propaganda gegen die *Sič* zu betreiben. Nur langsam sei der Aufbau von Schulen vorangekommen.<sup>370</sup>

Am 17. Juni 1917 wurde die gesamte Bugetappe als Tätigkeitsfeld der »deutschen Ukrainer« ausgewiesen. Zur Koordinierung der Bemühungen entstand in Biała unter Šapovals Leitung eine *Ukraińska Hromada*, die Ende Juni 1917 mit der Herausgabe der Wochenschrift *Ridne Slovo* (Heimatliches Wort) in einer Auflage von bis zu 2000 Exemplaren begann. Bis Ende des Jahres erschienen 28 Nummern.<sup>371</sup> 173 Ukrainer aus Rastatt, Salzwedel und Wetzlar wurden den Etappenkommandanturen zwischen Biała Podlaska und Żabinka zugewiesen. Es wurden 51 Schulen eingerichtet bzw.

<sup>368</sup> Omeljan Terlečkyj, »Jak poloneni Ukraïnci u vecljarskomu tabori pryvytaly revoluciju v 1917. roci?« Litopys Červonoj Kalyny Nr. 11/1932, S. 6-8.

<sup>369</sup> Skoropys an Unterkunftsdepartement, 12.6.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 155-7; Unterkunftsdepartement an AA (von Bergen), 22.6.1917; Vermerk von Bergen, 28.6.1917, ebd., Bd. 13, Bl. 154. Daß 1917 ein Austausch »unheilbar« TBC-Kranker stattfand, welche die russische Armee national revolutionieren sollten, wie Smal'-Stočkyj behauptete, muß also bezweifelt werden. Smal'-Stočkyj war 1917 nicht mehr in den Lagern tätig; vgl. Smal'-Stocki, »Actions«, S. 173.

<sup>372</sup> Mykola Šapoval, »Ukraińska kul'turna pracja na Pidljašu j Poljsju«, Vistnyk SVU, 25.11.1917; Sribnjak, Poloneni, S. 144.

<sup>371</sup> Ebd., S. 144-145.

geplant, die ehemaligen Gefangenen gaben Unterricht, halfen im Sommer aber auch beim Einbringen der Ernte: »Durch letztgenannte Tätigkeiten erwarben sie sich in hohem Grade das Vertrauen ihrer Landsleute und auch die Achtung der im Lande stark vertretenen Polen«, heißt es in dem Bericht für das Kriegsministerium. Die überwachenden Deutschen registrierten zunächst noch Erfolge bei dem Versuch, polonisierte und zum Katholizismus übergetretene Ukrainer »auf die richtige ukr. Vaterlandsgesinnung zurückzubringen«. Damit hatte im Sommer 1917 erstmals tatsächlich eine von den Deutschen gestützte Ukrainisierungskampagne begonnen.<sup>372</sup>

Im österreichischen Verwaltungsgebiet in Wolhynien wurden anfangs mit ähnlichen Zielen Offiziere der USS eingesetzt. Damit folgten die Österreicher der im März 1916 formulierten Politik, wonach eine Ukrainisierung von Chefm zu vermeiden sei, weil dies den Eindruck erwecken könnte, »daß wir die Absicht haben, diese [...] Gebiete auch in Zukunft als ukrainisches Gebiet abzusondern und mit unseren Eroberungen in Wolhynien zu vereinen«. Es sei »unerwünscht, solche irr tümlichen Auffassungen in polnischen Kreisen um sich greifen zu lassen«. Diese österreichischen Rücksichten galten jedoch zunächst nicht für die besetzten wolhynischen Gebiete,

»deren dauernde Vereinigung mit Ostgalizien aus strategischen Rücksichten in Betracht kommen könnte. Hier haben wir alles Interesse daran, in der Schulfrage den Wünschen der ruthenischen Bevölkerung entgegenzukommen und die bisherigen Volks- und Mittelschulen in ukrainische umzuwandeln, am zweckmäßigsten verlässliche Kräfte aus Ostgalizien zu berufen, damit die Unterrichtsverhältnisse in den neubesetzten Gebieten mit jenen in Ostgalizien möglichst gleichartig gestaltet werden«.<sup>373</sup>

Dazu wurde es den USS erstmals gestattet, Freiwillige aus Wolhynien aufzunehmen. Allerdings war die Werbung wenig erfolgreich, weil weder ukrainisches Nationalbewußtsein verbreitet, noch das Verhalten der österreichischen Besetzer motivierend war.<sup>374</sup> Auch der BBU entsandte Lehrer nach Wolhynien, die USS-Offiziere mußten dagegen im Frühjahr 1917 zu ihrer Truppe zurückkehren. Auf die Proteste der Ukrainer antwortete das AOK, deren Tätigkeit

»entwickelte sich allmähig[!] zu einer allgemeinen ukrainischen Propaganda, welche das Armeecoberkommando bewog, [...] die Auflösung der Werbekommissariate zu beantragen, da eine nationale Propaganda irgendwelcher Art im Armeebereiche, so nahe hinter der Front, nicht geduldet werden konnte«.<sup>375</sup>

<sup>372</sup> MarineStIng Voigt, Hilfsoffizier Unterricht, kommandiert zum NachrOffz der OHL beim Oberbefehlshaber Ost, an Kriegsministerium Berlin, Abschrift für AA, 1.8.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 41-42. – Zur Behinderung der ukrainischen Aktivitäten im österreichischen Okkupationsgebiet vgl. Bihl, »Österreich-Ungarn und der Bund zur Befreiung der Ukraina«, S. 516. – Die Zahl der 1917 eröffneten Schulen wurde mit 97 für 5546 Kinder angegeben (Šapoval, »Ukrainska kul'turna pracja na Pidljašu j Polišju«, Vistnyk SVU, 25.11.1917; vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 145). – Von Hutten-Czapski, damals in Warschau tätig, schrieb für Anfang 1918, man habe »schon seit längerer Zeit unbedingt sichere Nachrichten, daß die deutschen Etappenbehörden in die jetzt abgetretenen Bezirke Ukrainer verpflanzt hätten« (Hutten-Czapski, Sechzig Jahre, Bd. 2, S. 457).

<sup>373</sup> Graf Burián an Graf Thurn, 23.3.1916, Hornykiewicz I, Dok. 26, S. 118-119.

<sup>374</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 154.

<sup>375</sup> AOK an Ukrainische Parlamentarische Vertretung Wien, 16.5.1917, Hornykiewicz I, Dok. 99, S. 255-256.

Indirekt wurde damit ein Erfolg der Bildungsarbeit eingestanden, durchgesetzt haben sich aber die Befürchtungen der in Österreich einflußreicheren Polen.<sup>376</sup>

Auch im deutsch verwalteten Gebiet war man bald nicht mehr so optimistisch. In einem Bericht vom Oktober 1917 wurde vermerkt, daß Widerstand gegen die Ukrainer von polnischen Geistlichen, Grundbesitzern und Ortsvorstehern ausginge. Daß diese polnischen Netzwerke versuchten, »die ukrainisch gesinnten Bauern durch erhöhte Heranziehung zu Arbeiten und andere Schwierigkeiten zur Aufgabe ihres Standpunktes zu bestimmen«, beschreibt eine Verhaltensweise, die im Zweiten Weltkrieg erneut offenbar werden sollte. Auch die Juden gerieten zwischen die beiden Volksgruppen, und Hauptmann Kosack schrieb: »Es wäre nicht zu verwundern, wenn sich später der aufgespeicherte Haß gegen die Juden in rücksichtslosen Judenverfolgungen entladen würde«.<sup>377</sup>

Die »Aufklärungsuukrainer« im deutsch besetzten Gebiet wurden als »Vertrauensleute« bezeichnet. Diese Vertrauensleute maßten sich bald Kompetenzen an, die den Deutschen zu weit gingen. Der deutschen Kommandantur wäre es am liebsten gewesen, wenn sie sich auf die Werbung von Abonnenten für das *Ridne Slovo*, den Aufbau von Schulen und die Erntehilfe beschränkt hätten. Das öffentliche Tragen ukrainischer Uniformen wurde von den Deutschen mit der Begründung verboten, die Vertrauensleute hätten sie »möglichst zu schonen, sie nicht zu vertragen und nicht zu verschmutzen«, also »nur auf besonderen Befehl anzulegen«.<sup>378</sup> Intern erklärte man dieses Verbot damit, einige Vertrauensleute seien sehr »herausfordernd« aufgetreten. Das Verbot wiederum »hat unter den Vertrauensleuten viel böses Blut gemacht«, während es »bei den Polen und den Polenfreunden [...] eitel Freude ausgelöst« habe. Dennoch ging der Aufbau eines ukrainischen Schulsystems weiter und man plante die Einrichtung eines ukrainischen Lehrerseminars.<sup>379</sup>

Geheim war die »Gefangenenarbeit« nun nicht mehr. Im Lemberger *Dilo* erschien ein längerer Artikel über die Aktivitäten in Salzwedel und anderen Lagern.<sup>380</sup> Die Perspektive der partiellen Eigenstaatlichkeit motivierte Gefangene, Angebote an die Deutschen heranzutragen, gegen Russen und Polen zusammenzuarbeiten.<sup>381</sup>

Die OHL versuchte, sich im Sommer 1917 von Reichskanzler Georg Michaelis (1857-1936) Propagandarichtlinien absegnen zu lassen, wonach eine Besetzung der Ukraine »nicht aus Eroberungssucht [...], sondern zum Schutz unseres Landes und als notwendige Vergeltung für den russischen Angriffsversuch zur Eroberung Lembergs« unternommen und auf Annexionen ausdrücklich verzichtet werde. Man habe auch

<sup>376</sup> Vgl. Hnatkevych, *Ukraïnski Sičovi Stril'ci*, S. 114-116.

<sup>377</sup> Hauptmann Kosack, Hilfsoffizier Unterricht, kommandiert zum NachrOffz der OHL beim Oberbefehlshaber Ost, Bericht, 29.10.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 18, Bl. 117-120.

<sup>378</sup> »Allen aus den Lagern Deutschlands kommenden Sitschleuten in blauer Uniform wird zum Unterschied von den bewaffneten Sitschleuten der Name »Vertrauensmann« gegeben.« Die Anschrift der »Ukrainischen Gemeinde« war Deutsche Feldpost 192. – »Vorschriften für die Vertrauensleute«, undat. [Herbst 1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 18, Bl. 121-124, Zitat Bl. 124.

<sup>379</sup> Hauptmann Kosack, Hilfsoffizier Unterricht, kommandiert zum NachrOffz der OHL beim Oberbefehlshaber Ost, Bericht, 29.10.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 18, Bl. 117-120.

<sup>380</sup> *Dilo* 180/3.8.1917, Übersetzung in PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Bl. 114-124.

<sup>381</sup> Vgl. diverse Berichte, die das Kriegsministerium an das AA mit dem Vermerk weiterleitete, »bekennnismutige[...]« ukrainische Offiziere würden nach Hannoversch-Münden überführt (17.10.1917, ebd., Bd. 18, Bl. 4-13).

nicht vor, einen »künftigen ukrainischen Staat in politische Abhängigkeit von uns zu bringen«, sondern stehe nur »der nationalen Entwicklung der Ukraine mit Wohlwollen gegenüber«. Die Behandlung der ukrainischen Gefangenen habe den »ehrlichen Wunsch der Zentralmächte« belegt, »mit dem künftigen ukrainischen Staate in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen und ihm bei dem Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Wohlstandes zu helfen«, was aber der Ukraine »nur die baldige Beendigung des Krieges« ermögliche.<sup>382</sup> In dem Maße, in dem in dieser Konstruktion eine militärische Besetzung ins Auge gefaßt und die ökonomischen Vorteile (wenngleich in umgekehrter Richtung) angesprochen wurden, wurde nunmehr tatsächlich bei den militärischen Stellen ein Ausbeutungskonzept erkennbar.

Dem AA erschien ein solches Begehren verfehlt. Von Kühlmann lehnte jede öffentliche Erklärung ab, die »den anscheinend sehr vorsichtig[,] aber zielbewußt arbeitenden Ukrainern nur Schwierigkeiten bereiten« würde. Die »mit der Propaganda betrauten Organe« sollten, falls sie darauf angesprochen würden, erklären, die geplante Offensive in die Ukraine hinein habe nur militärische, keine politischen Ziele.<sup>383</sup> Es ist der Hinweis auf die Ukrainer, der hier aufmerken läßt: Das AA verfolgte offenbar die Aktivitäten der Kiewer Politiker sehr genau und wollte die Loslösungsbestrebungen von Rußland nicht dadurch stören, daß man sie mit deutschen Initiativen zusammenbrachte.

Auch den Polen blieb der Gefangeneinsatz nicht verborgen, und sie nutzten die zensurlose Gelegenheit, ihn im Reichstag während der Debatte über den Friedensvertrag mit der Ukraine zu kritisieren. Daraufhin machte sich der Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach (1852-1926) zum Verteidiger der »Gefangenenarbeit«, indem er die Ausbildung in den Lagern zu einer »Kulturarbeit ersten Ranges« erklärte, von der man sich »die besten Früchte für die Zukunft« erhoffe. Er stritt ab, »agitorische[,] Zwecke[,] im Winkel des Cholmer Landes« seien ihr Ziel gewesen. Daß er auch abstritt, »daß die Gefangenenlager eine Schule für die Agitation gegen die Polen hätten sein sollen«, war grundsätzlich richtig, weil es in erster Linie gegen Rußland ging und die Einbeziehung der Lagerabsolventen in den polnisch-ukrainischen Konflikt dem Insistieren der Ukrainer und der Tatsache zuzuschreiben war, daß man es militärisch nicht geschafft hatte, eindeutig ukrainisches Territorium zu erobern.<sup>384</sup>

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hatte die Debatte einen anderen Akzent. Hier diskutierte man die rechtliche Seite des Gefangeneinsatzes. Generalmajor Friedrich, unter dessen Aufsicht die Lagerausbildung stand, führte aus, man habe die Gefangenen in den Osten verlegt, »damit sie die dortige Bevölkerung über Deutschland aufklären«. Zuvor seien sie in Lagern gewesen, »wo die Leute lesen und schreiben gelernt hätten«. Vorwürfe über »antipolnische Agitation oder landesverräterische Propaganda in diesen Lagern [wies er] entschieden zurück«. Auch Erzberger erklärte, »daß die Behauptung, in den Ukrainerlagern werde Landesverrat getrieben, nur auf einer völligen Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhen könne«. Der Abgeordnete Oskar Cohn (1869-1934) von der USPD spitzte die Vorwürfe dann zu: Er kritisierte, »daß in den Lagern zwar Unterricht in den Elementarfächern erteilt worden sei, daß das Kriegsministerium

<sup>382</sup> Lersner an Reichskanzler über AA, 18. 8. 1917, ebd., Bd. 15, Bl. 88-89.

<sup>383</sup> Von Kühlmann an Großes Hauptquartier, 21. 8. 1917, ebd., Bl. 115.

<sup>384</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4078 (22.2.1918).

aber Ukrainer als politisches Werkzeug herangezogen und in einer Weise gegen den von ihnen früher geleisteten Fahneneid beeinflusst habe, die man kaum anders denn als Landesverrat bezeichnen könne«. Friedrich verwahrte sich zwar »gegen Inhalt und Form« von Cohns Vorwürfen, und die Sprecher der Nationalliberalen und der Konservativen ergriffen für Friedrich Partei, so daß der Vorwurf Cohns isoliert blieb. Auch Gustav Noske (1868-1946) von der Mehrheits-SPD widersprach ihm: Pragmatisch stellte er fest, »daß in allen Ländern der Versuch gemacht worden sei, Gefangene für eigene militärische und politische Zwecke nutzbar zu machen und daß auch Deutschland hier nicht tatenlos zusehen könne, wenn es seine Existenz behaupten wolle«. <sup>385</sup> Mit der Feststellung der Gefangenennutzung durch die Kriegsgegner hatte Noske zwar recht, seine Aussage zeigt jedoch den geringen Respekt, den der spätere Reichswehrminister vor rechtlichen Bestimmungen hatte.

Die Nutzung der Gefangenen hatte dabei inzwischen ein neues Stadium erreicht. Nach dem Friedensschluß von Brest begann man – nach Sribnjak am 15. Februar 1918 – damit, die »Vertrauensleute« zusammenzuziehen, um sie mit den aus Deutschland herbeigeschafften Verbänden bei der einsetzenden Kampagne gegen die Bol'seviki einzusetzen. <sup>386</sup>

## 8. DIE SCHWEIZER ARENA

Bisher haben wir uns mit der »praktischen« Politik befaßt, wenn man die Aufstellung von Hilfstruppen und die Kriegszielformulierung so nennen darf. Ukrainische Themen waren aber auch noch auf einem anderen Feld von Bedeutung. Demokratieorientierte Propaganda gehörte bei allen Kriegsparteien ab 1914 zum Repertoire. Der Befreiungsanspruch gegenüber unterdrückten und aufgeteilten Nationen, der zur nationalstaatlichen Reorganisation der östlichen Hälfte Europas nach dem Kriegsende führte, war nicht etwa nur bei der Entente, sondern auch bei den Mittelmächten erkennbar, wo er sich 1914 in den polnischen und ukrainischen Legionen manifestierte, später zur »Liga der Fremdvölker Rußlands« und zur Proklamation polnischer und baltischer Scheinselbständigkeit zwischen 1916 und 1918 führte. Da die Frage der litauischen wie der ukrainischen Unabhängigkeit 1918 in Absprache mit den Mittelmächten vorangetrieben wurde, ist diese im späteren Diskurs weitgehend in Vergessenheit geratene Komponente der deutschen Kriegspolitik hier zu behandeln.

Von Deutschland aus wurde eine Ebene der Kooperation mit Vertretern der nicht-russischen Nationalitäten Rußlands in neutralen Staaten wie der Schweiz aufgebaut, die ja zeitweise auch zum Zufluchtsort des BBU hatte werden sollen. Die deutschen Propagandaaktionen wurden in der bereits erwähnten, im Herbst 1914 geschaffenen Zentralstelle für Auslandsdienst zusammengefaßt, die dem AA zugeordnet war und

<sup>385</sup> 209. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 21.2.1918, in: Der Hauptauschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, Düsseldorf 1983 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 9/IV), S. 1959-1960.

<sup>386</sup> Vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 147.

später zur »Patin« der Liga der Fremdvölker Rußlands wurde.<sup>387</sup> In der Schweiz, wo sich rußländische Revolutionäre aller Couleur sammelten und konspirierten, agierten der deutsche Botschafter von Romberg und sein Botschaftsrat Carl von Schubert oft selbständig und – wie Senn betonte – aufgrund ihrer Abneigung gegenüber Polen und Sozialisten zeitweise auch gegen die Anweisungen des AA und des Kriegsministeriums.<sup>388</sup>

Man finanzierte mit 3000 Franken monatlich den ukrainischen Abenteurer und Agenten Volodymyr Stepankivskyj<sup>389</sup>, der in Lausanne ein Ukrainisches Nationalkomitee als konservative Alternative zum BBU gründen wollte. Wien hatte Stepankivskyj im September 1914 in Rumänien einzusetzen versucht, aber der österreichische Vertreter in Bukarest Ottokar Graf von Czernin (1872-1932) schickte ihn im Oktober als »nicht brauchbar« nach Wien zurück.<sup>390</sup> Den Deutschen gefiel Stepankivskyj besser: Konsul Heinze sah in ihm einen »junge[n] Mann von recht einnehmendem Wesen«, der »dank langjährigen Aufenthalts in London über gute englische Manieren« verfügte und abseits der ukrainischen politischen Gruppen stände.<sup>391</sup> Fortan hielt sich Stepankivskyj daher lieber an die Deutschen.

Aus Wien ging er in die Schweiz, wo er sich mit dem Grafen Tyškevyč zusamm tat. Im Mai/Juni 1915 wandte er sich an von Romberg mit der Bitte um die Subventionierung der Zeitschrift *L'Ukraine*, deren erste Nummer unter dem Datum des 1.6.1915 gerade erschienen war.<sup>392</sup> Hier besteht nun die Gefahr einer Verwechslung mit der ebenfalls im Sommer 1915 in Lausanne gestarteten *La revue ukrainienne*. Diese wurde von dem Literaturwissenschaftler Artur Zelib herausgegeben, dem Jevhen Bačynskyj (1885-1978) zur Seite trat, und behandelte neben literarischen Themen auch politische Fragen – dabei die Linie der Galizier in Österreich-Ungarn und auch die des BBU vertretend.<sup>393</sup> Auf das Fehlen einer deutschen Finanzierung wies hin, daß das Blatt nach wenigen Ausgaben sein Erscheinen einstellte und nur noch im Juni 1917 eine Nummer erschien, die von den Plänen Skoropys-Joltuchovskyjs und Melenevskyjs geprägt war, mit Rußland ins Geschäft zu kommen. Die weniger anspruchsvolle *L'Ukraine* wurde dagegen mit deutscher Hilfe verstetigt.

Entgegen der Anweisung Zimmermanns, Stepankivskyj »freundlich ablehnend zu bescheiden«, da die »Propaganda für die ukrainische Sache [...] für uns nur ein be-

<sup>387</sup> Vgl. hierzu die Monographie von Seppo Zetterberg (Die Liga der Fremdvölker Rußlands 1916-1918. Helsinki 1978). Im folgenden gehen wir ausschließlich auf die ukrainischen Aktivitäten der Deutschen ein und verweisen im übrigen auf Zetterberg und andere Arbeiten – z.B. Wolf Dieter Bihl, Die Kaukasuspolitik der Mittelmächte. Bd. 1, Wien 1975.

<sup>388</sup> Vgl. Senn, *Revolution*, S. 60; 67. – Von Schubert beschwerte sich, daß Zimmer die konspirativen Kontakte gefährde und erreichte, daß jener der Schweiz fortan fernzubleiben hatte (von Schubert an Diego von Bergen, 8.9.1915, nach Senn, *Revolution*, S. 68).

<sup>389</sup> Von Schubert an AA, 31.8.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 28.

<sup>390</sup> Vgl. die Aktenbasis in Jerry H. Hoffman, »V. Stepankovsky, Ukrainian Nationalist and German Agent«, *The Slavonic and East European Review* 50 (1972), S. 594-602, hier S. 595.

<sup>391</sup> Heinze, *Denkschrift*, 25.9.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.2, Bl. 44a/1-16, hier Bl. 7. – Heinze bestätigt die Rumänien-Mission Stepankivskyjs und empfahl ihn dem deutschen Konsulat in Bukarest als zuverlässig (Vermerk für Konsulat Bukarest, 4.9.1914 [nach Angaben in den Akten eigentlich 4.10.1914], ebd., Bl. 55).

<sup>392</sup> Stepankivskyj an Romberg, 7.6.1915, nach Senn, *Revolution*, S. 64, Zetterberg, *Liga*, S.59.

<sup>393</sup> Vgl. darüber die Darstellung bei Hustav Cvenhroš, »Ukraïnske pytannja u frankomovnomu sviti«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'.* L'viv 1992, S. 271-299.

schränktes Interesse« habe und »recht kostspielig« sei,<sup>394</sup> nahm sich von Romberg Stepankivskýs an und unterstützte ihn aus Berliner und eigenen Mitteln.<sup>395</sup> Die Verbindungen nach England und die Behauptung, er habe auch in die Ukraine Kontakte, beeindruckten von Romberg, der vorschlug, die Zeitschrift Stepankivskýs mit 250 Franken pro Ausgabe zu subventionieren, und auch auf deren Gestaltung Einfluß nahm: Stepankivský riet er, sich neutral zu geben und nicht die Beziehungen der Ukrainer zu Wien und Berlin zu erwähnen, in Berlin setzte er sich weiterhin für Stepankivský ein.<sup>396</sup>

Die Verbindungen nach London gab es tatsächlich noch, sie waren jedoch nicht tragfähig. Stepankivský schickte im Oktober 1915 sein Blättchen an das Foreign Office, von wo aus es an die Admiralität gelangte, wo der Empfänger völlig richtig feststellte, es sei »evidently issued in favour of our enemies and is probably being paid for with German money«. Auch wenn die Geheimdienste zunächst meinten, es läge »not much harm in the paper«, fanden sie die folgenden Ausgaben »less harmless than the first«. Wir konstatieren, daß Stepankivský und die Deutschen die Briten unterschätzt hatten – zu fragen ist, ob das Verbot pro-ukrainischer Publikationen in Großbritannien vom November 1916 unmittelbar mit Stepankivskýs Blättchen zusammenhing.<sup>397</sup>

Am 22. November 1915 besuchte auch Graf Tyškevyč von Romberg, um vor dem Nachgeben gegenüber polnischen Versuchen zu warnen, Teile ukrainischen Gebiets mit Polen zu verbinden. Von Romberg bat daraufhin den Reichskanzler, Tyškevyč, »der mir einen vortrefflichen Eindruck gemacht hat, schon bald einige beruhigende Worte über unsere und eventuell auch die Wiener Ansichten und Gesinnungen, die Ukraine betreffend« sagen zu können.<sup>398</sup> Die deutsche Vertretung in Bern setzte sich auch für Tyškevyč ein, als dieser den Gotha-Adelskalender zu einem Artikel veranlassen wollte, wonach seine Linie der Tyszkiewicz sich als ukrainisch verstand. Von Schubert fand dies attraktiv, weil es die polnischen Behauptungen widerlegte, in der Ukraine gebe es »nur ungebildete, indolente Bauern«.<sup>399</sup> Auch der Kaffeekaufmann-

<sup>394</sup> Zimmermann an von Romberg, 7.7.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 6, Bl. 33-34 (Vgl. auch Senn, *Revolution*, S. 64; Zetterberg, *Liga*, S. 59 [dort fehldatiert]). – Diego von Bergen, im Auswärtigen Amt damals als Vortragender Rat mit russischen Fragen befaßt, hielt die »ukrainische Revolution« für eine Utopie, die sich nur verwirklichen ließe, wenn Deutschland in die Ukraine einmarschiere und riet von weitergehenden Kontakten ab (von Bergen an von Schubert, 16.8.1915 nach Zetterberg, *Liga*, S. 59). Insofern wirkte hier nicht die Empfehlung Roselius', Stepankivský sei »gut orientiert« und Vasyľ'ko habe ihm geraten, »seine Beziehungen zu verschiedenen Ukrainern in Zürich zu benutzen« (Roselius an von Bergen, 14.2.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 101-107, hier Bl. 105).

<sup>395</sup> Hoffman schreibt dies der Tatsache zu, daß der Legationssekretär Carl von Schubert Stepankivský aus London kannte und von ihm eine gute Meinung hatte (Hoffman, »Stepankovsky«, S. 596).

<sup>396</sup> Romberg an von Bethmann Hollweg, 21.6.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.5, Bl. 42-43; 16.7.1915, ebd., Bd. 6, Bl. 42-43. Stepankivský wurde angewiesen, »seine deutschfreundliche Gesinnung nach außen hin nicht in den Vordergrund zu stellen« (Schubert, *Gesandtschaft Bern*, an AA, 31.8.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 7, Bl. 28).

<sup>397</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 59.

<sup>398</sup> Von Romberg an Bethmann Hollweg, 23. 11. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 8, Bl. 58-59. – Mitte 1916 schrieb man aus Bern ans AA: »Graf Tyszkiewicz hat uns hinter den Kulissen schon vorzügliche Dienste geleistet und wird das hoffentlich auch noch in Zukunft tun« (von Schubert an von Bergen, 11.8.1916, ebd., Bd. 10, Bl. 40-41).

<sup>399</sup> Von Schubert an von Bergen, 11. 8.1916, ebd., Bd. 10, Bl. 40-41.

Roselius, der regelmäßig dem AA berichtete, hielt Tyškevyč für eine »zweifelloso sehr ernst zu nehmende Persönlichkeit«. Für Roselius waren dessen Reichtum und sein angeblicher »Anhang« unter den »soliden und guten Grund- und Bodenbesitzern« ähnlich wichtige Positiva wie sein »Mißtrauen gegen die Segnungen einer demokratischen Herrschaft«. <sup>400</sup>

Im Laufe der Zeit wurde Stepankivskýj zum wichtigsten Gesprächspartner von Rombergs und über ihn, bis dann 1917 Stockholm als Nachrichtenzentrale wichtiger wurde, auch zum wichtigsten Informanten des AA über die ukrainische Bewegung. Der als Konservativer und angeblicher Adliger auftretende Abenteurer bildete einen Kontrapunkt zur ebenfalls geförderten russischen revolutionären Bewegung. Seinerseits unterhielt er wiederum mit deutschem Wissen Kontakte zu russischen Pressevertretern mit Geheimdienstaufgaben. <sup>401</sup> Und auch der britische Gesandte in Bern, Sir Horace Rumbold (1869-1941), stand mit Stepankivskýj in Verbindung und berichtete nach London, die ukrainischen Emigranten in der Schweiz agierten zumindest unbewußt im deutschen Interesse, indem sie ihre Abneigung gegen Polen und Russen demonstrierten. <sup>402</sup> Die Deutschen fanden diese Kontakte zur Entente denn auch sehr nützlich.

Ende Dezember 1916 schrieb Stepankivskýj in einem Brief an Friedrich von der Ropp, einen baltendeutschen Bergingenieur, der sich in Anlehnung an den Reeder Albert Ballin (1857-1918) um eine Sammlung der rußländischen Randvölker bemühte, daß die austrophile Haltung der Ukrainer angesichts der Schwäche Österreichs und seiner Polensympathien verschwunden sei. Gleichzeitig vermerkte er, daß sich die Ukrainer allzusehr durch die Verbindung mit Österreich kompromittiert hätten, um in Rußland auf Unterstützung zu rechnen, so daß als einziger Ausweg Deutschland bliebe. Dessen polenfeindliche Politik mache es für die Ukrainer akzeptabel: »Her policy in the Polish question gave us a sort of guarantee that she would not be accessible to the phantastic schemes of embarking upon the bankrupt idea of a Big Poland«. Andererseits gebe es in Deutschland Widerstände gegen die Ukrainer aus der Richtung der rußlandfreundlichen Kreise um Otto Hoetzsch und das Bestreben, zu einem »ewigen« Frieden mit Rußland zu gelangen. Stepankivskýj erwartete eine vorübergehende Besetzung der Ukraine durch die Deutschen, hielt es jedoch für falsch, sich durch öffentliche Parteinahme zu kompromittieren, da letztlich Deutschland die Ukraine wieder dem Zaren zurückgeben werde. Nun seien aber die Ukrainer die einzigen Slaven, die keine Angst vor den Deutschen hätten; sie lebten weit genug von ihnen entfernt, um keine Denationalisierung zu fürchten. Die nationalen Charakteristika der beiden Völker komplementierten einander, und daher hätten die Ukrainer weiterhin die Absicht, mit deutscher Unterstützung ihr Land zu entwickeln. Daher erwarteten sie die Ankunft der Deutschen, um einen unabhängigen Staat zu errichten – nach dem Präzedenzfall Polen am 5. November 1916 solle, sobald ukrainisches Gebiet erobert werde, ein analoger ukrainischer Staat ausgerufen und eine Bodenreform eingeleitet werden. Dann würden die Ukrainer die Deutschen unterstützen, und Stepankivskýj erklärte sich ausdrücklich bereit, persönlich in dieser Hinsicht zu wirken. <sup>403</sup>

<sup>400</sup> Roselius an von dem Busche, 26. 3. 1917, ebd., Bd. 12, Bl. 36-38.

<sup>401</sup> Vgl. Senn, *Revolution*, S. 73, 172.

<sup>402</sup> Vgl. Saunders, »Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)«, S. 60.

<sup>403</sup> Stepankivskýj an von der Ropp, 20.12.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 128-135.



Diese pragmatische, mittelfristig planende Haltung, die mit einer temporären Kooperation mit den Deutschen rechnete, ohne den eigenen Independentismus einzuschränken und von einer endgültigen Bindung auszugehen, bietet einen Schlüssel zum Verständnis auch der späteren ukrainischen Kooperationsbereitschaft. Illustriert wird sie dadurch, daß Stepankivskýj im Februar 1917 über Rumbold auch eine Denkschrift über ukrainische Ansprüche an das Foreign Office sandte, das sie jedoch als »quite impractical« an die russischen Verbündeten weiterleitete.<sup>404</sup>

In der Schweiz unterhielten viele Staaten Netzwerke von geheimdienstlichen Kontakten und Unternehmungen, die die Kriegsfrenten querten. Alle Beteiligten waren sich der Bedeutung dieser Arena bewußt. Daß der deutsche Staat sich engagierte, wurde in der Presse diskutiert,<sup>405</sup> und man mußte schon ziemlich naiv sein, um die lenkenden Hände hinter scheinbar neutralen Agenturen zu übersehen. Der konspirative Dilettantismus war lächerlich: So nannten die Deutschen lange Zeit ihren Zögling Stepankivskýj in ihrem Schriftverkehr »Herr Stefan« und decouvrierten im gleichen Zuge diesen primitiven Decknamen.<sup>406</sup> Aber die »Unternehmungen« stellen einen sehr reizvollen Aspekt der Kriegsgeschichte dar. Die nicht nur für mittellose Emigranten attraktiven Gelder, die hierfür zur Verfügung standen, verführten zur Mitarbeit.

Die Baltendeutschen Friedrich von der Ropp und Bernhard Baron von Uexküll (1850-1922) hatten zunächst im Auftrag von Alfred Ballin und dem Bankier Max Warburg (1867-1946) in den USA Sympathiewerbung für Deutschland versucht. Im Frühjahr 1916 riefen sie in Kooperation mit dem AA die »Los-von-Rußland-Bewegung« ins Leben, anfangs ohne ukrainische Beteiligung. Das AA legte Wert darauf, jeden Anschein zu vermeiden, die Bewegung sei von Deutschland gegründet oder werde auch nur gefördert.<sup>407</sup> Ein Appell der bald als »Liga der Fremdvölker Rußlands« firmierenden Organisation an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856-1924), sich der Nationalitäten anzunehmen, wurde am 9. Mai 1916 in Stockholm und Lausanne publiziert. Dieser erste Coup wurde unter anderen von Doncov<sup>408</sup> und

<sup>404</sup> Vgl. Saunders, »Britain«, S. 60.

<sup>405</sup> Vgl. Zetterberg, Liga, S. 88-91.

<sup>406</sup> So schrieb man etwa: »Herr Stefan hat sein in Lausanne bereits seit langer Zeit bestehendes ukrainisches Bureau in letzter Zeit bedeutend erweitert [...]« (Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg, 1.2.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 166).

<sup>407</sup> Vgl. dazu Zetterberg, Liga, S. 69-70. Zur von Deutschland vermittelten Kontaktaufnahme zwischen von der Ropp und Stepankivskýj vgl. ebd., S. 75-76. Zimmermann an Romberg, 27.3.1916, PAAA Gesandtschaft Bern, 11a, Step. Bd. 3, in Zetterberg, Liga, S. 71-72. Von der Ropp zitierte in seinen Memoiren ein Gespräch mit von Jagow, dessen Tenor nicht unglaubwürdig erscheint. Von Jagow habe auf von der Ropps Vorschlag geantwortet »Meinen Sie wirklich? Man kann es ja versuchen« (Friedrich von der Ropp, Zwischen gestern und morgen. Stuttgart 1961, S. 105). Jedenfalls zeugt der Satz nicht von zielgerichteter Planung der deutschen Politik.

<sup>408</sup> Die internen Auseinandersetzungen der Exil-Ukrainer spiegelten sich etwa darin wider, daß der estnische Exilaktivist Aleksander Kesküla verbreitete, Doncov habe seine Landsleute betrogen. Diese Verleumdung konnte nur aus dem Umfeld des BBU stammen (Vgl. Zetterberg, Liga, S. 81). Daß niemand vom BBU den Wilson-Aufruf unterzeichnete, wurde damit begründet, der BBU sei durch seine Zusammenarbeit mit Deutschland zu kompromittiert. Und daß Doncov auf Betreiben der Deutschen unterzeichnete, belegte, daß er ebenfalls, wenngleich besser verdeckt, deutschen Zielen zuarbeitete (Vgl. Uexküll an Ropp, 1.5.1916, PAAA Weltkrieg 11c, Bd.12, Bl. 184, nach Zetterberg, Liga, S. 82); von Romberg meinte, »Skoropyss darf nicht unterzeichnen, da zu kompromittiert« und weiter: »Unsere Schweizer Organisation perfekt« (Telegramm von Romberg an AA, 29.4.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.9, Bl. 37).

dem *Groupe Ukrainien en Suisse*, also Stepankivskýj und Tyškevyč, unterzeichnet<sup>409</sup>. Ein weiterer Propagandaerfolg war das »Kapern« (Zetterberg) der 3. Nationalitätenkonferenz in Lausanne (27.-29.6. 1916).<sup>410</sup>

1916 war Doncov aus Berlin in die Schweiz umgezogen. Gemeinsam mit Stepankivskýj leitete er zunächst das mit deutschem Geld betriebene Berner Büro der Liga der Fremdvölker Rußlands. Die von Senn beschriebenen Versuche, die Finanzierung über die deutsche Botschaft konspirativ zu kaschieren, waren eher lächerlich als glaubhaft, und es muß schon als Angriff auf die Intelligenz Doncovs gelten, wenn man unterstellt, er habe nicht gewußt, woher die Mittel für seine Tätigkeit stammten.<sup>411</sup> Doncov fragte Stepankivskýj im September 1916, »ob nicht das Geld, über das die Liga verfüge, von der Wilhelmstraße herstamme«.<sup>412</sup> Sollte Doncov die Fiktion, das Geld käme »von irgend einer Gruppe von Nationalitäten« tatsächlich ernst genommen haben? An das Berner Büro wurden zu Stepankivskýjs Händen über die Liga monatlich 2000 Franken gezahlt, weitere Geldbeträge stellte von Romberg Stepankivskýj unmittelbar zur Verfügung. Die Beteiligten meinten zwar, niemandem außer Stepankivskýj sei die Herkunft des Geldes bekannt. Den Erfolg dieser Verschleierversuche wagen wir anzuzweifeln.<sup>413</sup> Daß Doncov der enge Kontakt mit den Deutschen nicht unbekannt war, geht schon daraus hervor, daß er im Dezember 1916

<sup>409</sup> Vgl. Senn, *Revolution*, S. 178; Zetterberg, *Liga*, S. 75-97. – Dieser *Groupe* war eine Kreation Stepankivskýjs und ähnlich fiktiv wie der *Groupe letton en Suisse* (vgl. Zetterberg, *Liga*, S. 77). Zetterberg meint, der Aufruf, auf den Wilson nicht reagierte, habe »das Interesse der Entente-Länder an der Fremdvölkerfrage in Rußland aktiviert« (Zetterberg, *Liga*, S. 97). Zumindest hat er eine Duma-Debatte (9.-11.7.1916) angeregt, in der die Randvölkerfrage diskutiert wurde.

<sup>410</sup> Vgl. die Darstellung des Verlaufs und der Begleitumstände (einschließlich der »Finanzierung« von Journalisten) bei Senn, *Revolution*, S. 180-189; Zetterberg, *Liga*, S.106-144, 257; von der Ropp, *Zwischen*, S. 109: »Unsere Gruppe [...] überschwemmte alles andere«. – Hier ist zu beachten, daß der Generalsekretär der 1912 gegründeten *Union des Nationalités*, der Litauer Juozas Gabrys unter Vermittlung Stepankivskýjs faktisch zu einem deutschen Agenten geworden war (vgl. Zetterberg, *Liga*, S. 59-61), nachdem er davor als »ein großer Freund der Entente und insbesondere Rußlands« gegolten hatte (Ebd., S. 64). Im Januar 1916 schlossen Gabrys und ein Vertreter des Oberbefehlshabers Ost einen förmlichen Kooperationsvertrag (Ebd., S. 66-67). – Eine weitere Figur in diesem Spiel war der schon erwähnte Jean Péliissier (s. S. 51), der dem Pariser Office Central des Nationalités vorstand. An der Lausanner Konferenz war er zwar nicht beteiligt, hatte aber danach und davor Kontakte zu Gabrys und von der Ropp. 1917 engagierte er sich für die Anerkennung der Ukraine durch Frankreich. Da die deutschen Machenschaften kein Geheimnis mehr waren, mag es sein, dass er damit der ukrainischen Sache mehr geschadet als genutzt hat (vgl. D. R. Watson, »Jean Péliissier and the Office Central des Nationalités, 1912-1919«, *English Historical Review* 110 (1995), S. 1191-1206).

<sup>411</sup> Vgl. Senn, *Revolution*, S. 198-199. – Gleiches gilt für die minimalistische Abhandlung dieser Phase durch seinen Biographen, der etwa schreibt, die Publikationstätigkeit von Doncovs Schweizer Büro sei »durch den in der Schweiz bekannten ukrainischen Aktivist V. Stepankivskýj finanziert worden, welcher der Leiter des ›Pressebüros‹ der ›Ukrainischen Kanzlei‹ in Lausanne war«, ohne einen Gedanken darauf zu verschwenden, woher jener denn wohl seine Mittel erhalten habe (Sosnovskýj, *Dmytro*, S.136).

<sup>412</sup> Von Schubert an Wesendonk, 20.9.1916, PAAA Weltkrieg 20g, Bd.4, nach Zetterberg, *Liga*, S. 158.

<sup>413</sup> Hier sei zur Illustration angeführt, daß Zimmermann in einem Schreiben an Romberg ausführte, Garlava [= Gabrys], Stepankivskýj und Doncov gegenüber dürfe »natürlich nicht erwähnt werden, daß die Liga fast ausschließlich von amtlichen Unterstützungen« lebe (Zetterberg, *Liga*, S. 163). Die Fragwürdigkeit des Quellenwerts einer solchen Bemerkung ergibt sich ohne weiteres daraus, daß zumindest Gabrys und Stepankivskýj dokumentiert wußten, woher ihre Finanzierung stammte.

den Gesandten von Romberg persönlich um Briefträgerdienste bat – zur Konspirationspielerei gehörte, daß von Romberg seinerseits meinte, die Österreicher wüßten nichts »von diesen Beziehungen«. <sup>414</sup> Im Schriftverkehr war von einem »amerikanischen Fonds« sowie von Beiträgen der Mitgliedsnationalitäten die Rede – in Wirklichkeit existierte nichts davon: Das Geld leitete das AA über Max Warburg, der es als »amerikanische Unterstützung« auswies und aus eigenen Mittel ergänzte. <sup>415</sup> Stepankivskýj war einer der Vizepräsidenten der Liga; jedes der »Fremdvölker« durfte einen stellen. <sup>416</sup>

Die vom 23. September 1916 an in drei Sprachen (deutsch, französisch, englisch) erscheinende *Korrespondenz der Nationalitäten Rußlands* <sup>417</sup> wurde als Blatt der Liga 65 Ausgaben lang bis März 1917 von Doncov allein redigiert, während Stepankivskýj in Lausanne weiter *L'Ukraine* – ebenfalls durch das AA finanziert – herausgab. <sup>418</sup> Von der Ropp waren Doncovs Texte zu gemäßigt, Doncov habe »keinen Sinn für das Sensationelle«. <sup>419</sup> Diese Kritik parierte Doncov damit, daß man das Ententepublikum nicht mit allzu deutschfreundlichen Artikeln abstoßen dürfe. <sup>420</sup> Von Romberg verteidigte Doncov und Stepankivskýj seinerseits gegenüber der Liga und dem AA. Beide sahen gerade in der scheinbaren Neutralität den Vorteil des Blattes, von Romberg lobte Doncovs Artikel ausdrücklich. <sup>421</sup>

Da Stepankivskýj sich meist in Lausanne aufhielt, wurde das Berner Büro faktisch von Doncov geführt. Zetterberg schildert auf Aktenbasis die Vorbehalte des deutschen Gesandtschaftspersonals in Bern gegenüber Doncovs Aufwertung. Das mag daran gelegen haben, daß Stepankivskýj und die deutschen Diplomaten in der Schweiz fürchteten, der selbständigere Doncov würde sich nicht so leicht »führen« lassen. Unmittelbar nach der Februarrevolution 1917 waren AA und Liga jedenfalls nicht unglücklich, Doncovs Angebot, aus den Diensten der Liga auszuschneiden, annehmen zu können und das Berner Büro mit dem Lausanner Stepankivskýjs »zusammenzulegen«. <sup>422</sup> Tatsächlich wurde jedoch das Berner Büro geschlossen.

Nach seiner Trennung von Stepankivskýj lebte Doncov kurze Zeit in Genf, vermied nunmehr jedoch Kontakte zu den Stellen, für die er bisher gearbeitet hatte. Berichte kursierten, er wolle in die Ukraine gehen und auf einen Friedensschluß hinwirken. <sup>423</sup> Doncov kehrte jedoch zunächst nach Österreich zurück. Die Deutschen ließen ihn observieren, wobei aber nur herauskam, daß Doncov sich politisch zurückhielt, sich vom deutschen Konsul in Lemberg »auffallender Weise trotz naher Bekanntschaft«

<sup>414</sup> »Herr Donzow hat mich gebeten«; (Hervorhebung FG); von Romberg an von Bethmann Hollweg, 7. 12. 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 121.

<sup>415</sup> Vgl. Zetterberg, Liga, S. 161–163.

<sup>416</sup> Vgl. ebd., S. 154.

<sup>417</sup> Der Titel lautete in den beiden anderen Sprachen *Bulletin des Nationalités de Russie* und *Bulletin of the Nationalities of Russia*; vgl. Zetterberg, Liga, S. 169–175.

<sup>418</sup> Vgl. Senn, Revolution, S. 199; Zetterberg, Liga, S. 200. – Im übrigen gab Doncov auch von der Ropps Buch über die Fremdvölker auf deutsch und französisch heraus.

<sup>419</sup> Von der Ropp an Stepankivskýj, 4. 1. 1917, vgl. Zetterberg, Liga, S. 172.

<sup>420</sup> Doncov an von Uexküll, 2. 11. 1916, vgl. Zetterberg, Liga, S. 171.

<sup>421</sup> Vgl. ebd., S. 174.

<sup>422</sup> Vgl. ebd., S. 158–161; 200–201.

<sup>423</sup> Romberg an Reichskanzler, 18.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 146; vgl. Zetterberg, Liga, S. 200.

fernhielt und an der Lemberger Universität sein juristisches Promotionsverfahren abschloß.<sup>424</sup> In die Ukraine kehrte er erst im März 1918, also nach dem Brester Vertrag, zurück. Angeblich bemühte er sich über den Habsburger Erzherzog Wilhelm, der sich inzwischen ukrainophil gerierte, um eine frühere Rückkehr, jedoch sollen diese Gespräche keinen Erfolg gehabt haben.<sup>425</sup> Auch für die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb er anonym und sagte schwerwiegende Auseinandersetzungen zwischen Rußland und der Ukraine voraus, da er nun die Revolution in ihre dritte, die nationale »Ära« (nach der politischen und sozialen) eintreten sah.<sup>426</sup>

Unmittelbar vor der russischen Februar-Revolution scheint die Stepankivskyj-Agentur den Höhepunkt ihrer propagandistischen Erfolge erreicht zu haben. Die Deutschen vermerkten, daß ihre Pressekommuniqués von den Schweizer Medien genutzt wurden und daß zahlreiche Kontakte zu Alliierten bestanden, wodurch das »Ukrainische Bureau« »einen Mittelpunkt für eine wirksame und sehr geschickt betriebene antirussische Propaganda« bildete.<sup>427</sup> Selbst als die Schweizer Presse zurückhaltender wurde, wurden die Kommuniqués angeblich immer noch in Frankreich und den Niederlanden als Quellen akzeptiert.<sup>428</sup>

## 9. DIE WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN AN DER UKRAINE

Wir halten es für wichtig, die Interessen deutscher Wirtschaftskreise an der Ukraine von den politischen und konspirativen Aktivitäten des AA und des Militärs zu trennen. Für die Emigranten stand der eigene Nationswerdungs- und Verselbständigungsprozeß im Vordergrund. AA und Militär waren an der »Revolutionierung« interessiert, die Wirtschaft dagegen an einer Ausbeutung der rußländischen Randgebiete.<sup>429</sup>

<sup>424</sup> Gesandtschaft Bern an Reichskanzler, 31.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 110; Botschaft Wien (Wedel) an Reichskanzler, 12. 7. 1917, PAAA, ebd., Bl. 240. Ende Juli 1917 war Doncov wieder in Bern (Vgl. von Romberg an Reichskanzler, 1. 8. 1917, ebd., Bd. 14, Bl. 210), ab Mitte August erneut in Lemberg, wo er publizistisch tätig war. Die deutschen Diplomaten gelangten zu dem Schluß, »daß er von seiner früheren Vorliebe für Deutschland abgekommen und gewissen Wiener Bestrebungen dienstbar geworden ist« (Wedel an Reichskanzler, 15./20. 9.1917, ebd., Bd. 16, Bl. 107/143). Vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 136.

<sup>425</sup> Vgl. ebd., S. 137.

<sup>426</sup> Von einem Ukrainer, »Die separatistische Bewegung der Ukraine«, *Neue Zürcher Zeitung* 1467/10.8.1917.

<sup>427</sup> Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg (Reichskanzler), 1.2.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 166.

<sup>428</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 28. 2. 1917, ebd., Bd. 11, Bl. 71.

<sup>429</sup> In der ungenügenden Berücksichtigung der Diversität der deutschen Politik liegt der größte Fehler des Buches von Claus Remer und des mit interessantem Archivmaterial operierenden Beitrags von Kuraev. Remer sieht die »herrschenden Kreise« in vulgärmarxistischer Manier als eine monolithische Instanz. Kuraev operiert ebenfalls mit der an die sowjetische Terminologie erinnernden Wendung »Die maßgebenden politischen Kreise Deutschlands«, ohne zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu differenzieren (Vgl. Oleksyj Kuraev, *Der Verband »Freie Ukraine« im Kontext der deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkriegs*, München 2000, Osteuropa-Institut München, Mitteilungen Nr. 35, S. 19).

Im Dezember 1914 legte der alldeutsch orientierte Ostmarkenverein dem Reichskanzler eine Denkschrift »Zur ukrainischen Frage« vor. Claß erwog darin sowohl gegen Polen als auch gegen Rußland die Möglichkeit, einen ukrainischen Staat aus der rußländischen Ukraine und Ostgalizien zu bilden (»sei es als Republik, sei es als Königreich, mit einem preussischen Prinzen an der Spitze«), weil dieser »nicht nur eine wesentliche Schwächung Rußlands bedeuten, sondern auch ein im deutschen Interesse liegendes Gegengewicht gegen ein etwa neu zu errichtendes selbständiges Polen bilden würde«. Remer belegt, daß in der Denkschrift Formulierungen Stefan Rudnykyjs verwendet wurden. Der Schriftsatz unterschied sich jedoch von den eher optimistischen Texten der Nationalukrainer (s. S. 159 ff.) durch seine Skepsis hinsichtlich der Nationalbewegung in der rußländischen Ukraine.<sup>430</sup> Mit einer Erhebung sei allenfalls nach einer deutsch-österreichischen Besetzung zu rechnen. Die deutschen Regierungsstellen reagierten nicht erkennbar positiv.

Im Gespräch des Reichskanzlers mit Gustav Stresemann (1878-1929) am 8. Dezember 1914 ging es um Annexionen bis Estland, nicht jedoch um die Ukraine. Offenbar war zu diesem Zeitpunkt das Interesse der Industrieverbände, die als machtvolle, treibende Kraft hinter den Annexionsforderungen gesehen werden, an der Ukraine noch gering ausgebildet.<sup>431</sup> Als Hugo Stinnes (1870-1924) im Mai 1916 Friedenssondierungen mit Japan unternahm, vertrat er deutsche Bedingungen, wonach Rußland Polen, Litauen und Kurland abtreten und dafür asiatische Gebiete bekommen sollte – von der Ukraine war nicht die Rede.<sup>432</sup>

Da die Regierung ihnen zu wenig folgte, ergriffen die Alldeutschen Ende 1915 eigene politische Initiativen. In Kooperation mit Wirtschaftsführern gründeten sie »Randvölker«-Vereine, für die deren Vertreter wenig mehr als folkloristische Staffage waren. In unserem Zusammenhang ist der »Verband deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen ›Ukraine‹« zu nennen, der am 11. Dezember 1915 in München durch Konstantin Freiherr von Gebattel (1854-1932) mit finanzieller Unterstützung Alfred Hugenbergs (1865-1951) und Emil Kirdorfs (1847-1938) gegründet wurde.<sup>433</sup> Falk Schupp bemerkte im Jahre 1917 süffisant, man habe sich erst »Freie Ukraine« genannt, aber bei der Verlegung des Sitzes nach Berlin (also im Januar 1916) »auf das stolze und kühne Beiwort ›Freie‹ verzichten« müssen. In Berlin denke »man

<sup>430</sup> »Ob aber die durch eine jahrhundertlange Unterdrückung zermürbte Bevölkerung die nötige Energie in sich hat, um das russische Joch abzuschütteln, und ob sie alsdann über genügende staatsbildende Kraft verfügen wird, um einen dauernd lebensfähigen selbständigen Staat aufzubauen und ihn weiter auszugestalten, das ist eine Frage, die man nicht ohne weiteres wird bejahen können« (»Vom Deutschen Ostmarkenverein. Zur ukrainischen Frage«, Eingang 1.12.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 20-31, hier Bl. 20, 24); vgl. Remer, Ukraine, S. 257.

<sup>431</sup> Vgl. Fischer, »Deutsche Kriegsziele«, S. 256.

<sup>432</sup> Vgl. ebd., S. 269.

<sup>433</sup> Vgl. auch zu den Quellen Peter Borowsky, Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen. Phil. Diss. Hamburg 1970, S. 40. Ohne die nötige Unterscheidung dagegen Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 19. – Kirdorf fungierte als zweiter Vorsitzender (Falk Schupp, »Bericht des Generalsekretär über die Tätigkeit des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen ›Ukraine‹ während des Sommerhalbjahres«, 25.9.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 8). Richtig bemerkte Kuraev, daß die Organisation nicht der Gründungsversammlung überlassen blieb, sondern vorab abgesprochen war (Vgl. Kuraev, Der Verband ›Freie Ukraine‹, S. 27).

über solche Dinge kühler, [...] aber nicht immer richtiger als im deutschen Süden«. <sup>434</sup>

Von Gebstattel war der zweite Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes. Wer war Schupp? Oleksyj Kuraev identifizierte ihn als einen ambitionierten Münchner Zahnarzt, der mit seinem unauffälligen Dasein unzufrieden war. Aus seinem biederen Vornamen Heinrich machte er ein germanischeres Falk (als »Gelehrtenname«). Schupp war im Mai 1913 an der Gründung des »Donau- und Balkanländerverein in Deutschland ›Dubvid‹ e.V.« beteiligt, mit dem »unter deutschen Fabrikanten und Kaufleuten geworben (werden sollte), die nach den beteiligten Ländern geschäftliche Interessen haben«. <sup>435</sup> Er agierte dann 1914 in Rumänien und Bulgarien als deutscher Einflußagent, aber offenbar so ungeschickt, daß die deutsche Gesandtschaft in Sofia im November 1914 einen negativen Bericht über ihn verfaßte und er vom AA gebeten wurde, »vorläufig nicht nach Sofia zurückzukehren«. <sup>436</sup> Schupps Interessen galten also primär Südosteuropa; der Ukraine wandte er sich erst zu, als er an weiteren Aktionen im Südosten gehindert wurde.

Analoge Gründungen waren die Deutsch-Bulgarische Gesellschaft, die Deutsch-Finnländische Vereinigung, die Deutsch-Georgische Gesellschaft und der Deutsch-Nordische Verband. Organ aller dieser Vereine war vom Januar 1916 an die *Osteuropäische Zukunft* mit ihrem Untertitel »Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten«, die im Verlag J. F. Lehmann in München, 1918 dann bei Callwey in Berlin erschien. <sup>437</sup> Förderer konnten nur Reichsangehörige werden. Diese Vereine hatten das Ziel, der deutschen Wirtschaftspolitik zu dienen und hierfür im alldeutschen Sinne der Claß'schen Denkschrift von 1914 die ausgemachten Gegner derselben, die Polen und die Russen, zu bekämpfen. Während Rußland als Wirtschafts- und Hegemoniekonkurrent aufgefaßt wurde, war Polen der unmittelbare Gegner in der Auseinandersetzung um die Grenzgebiete Preußens und ein angestrebtes Glacis – die Ukrainer waren insofern für die Alldeutschen von Interesse, als sie ihrerseits die Polen »in Schach halten« (Borowsky) sollten. <sup>438</sup>

Die in der Satzung umrissenen Ziele der »Ukraine« verbanden deutsche und ukrainische Wünsche:

<sup>434</sup> Falk Schupp, »Unser Ziel erreicht!«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 221-223. – Kuraev hielt es für einen Fehler, in der Literatur auf das »Freie« zu verzichten, er hat aber offenbar die Briefköpfe und Texte des Verbandes und den Artikel Schupps nicht gekannt (Vgl. Kuraev, *Der Verband ›Freie Ukraine‹*, S. 6).

<sup>435</sup> Schupp an Polizeidirektion München, 5. 6. 1913, zit. nach ebd., S. 36.

<sup>436</sup> AA an Waldeyer, 20. 11. 1914; – »Dr. Schupp hat sich hier mit allerlei dunklen Existenzen eingelassen, die Polizei war auf ihn aufmerksam geworden, es kamen unbequeme Anfragen an die Gesandtschaft und es wurde Zeit, daß er von hier verschwand.« Deutsche Gesandtschaft Sofia an Reichskanzler, 28. 11. 1914; Zitat nach Kuraev, *Der Verband ›Freie Ukraine‹*, S. 32-34.

<sup>437</sup> Analog zur *Osteuropäischen Zukunft* entstand gleichzeitig in Budapest die Zeitschrift *Ukránia*, die sich der Förderung der ukrainischen Staatlichkeit nördlich der Karpathen verschrieb (auf die spätere Karpatho-Ukraine mochte man nicht verzichten), vgl. Lewandowski, »Sprawa ukraińska a państwo centralne«, S. 34-35.

<sup>438</sup> »[...] bildet es eine[n] unserer stärksten Belange, das Ukrainertum Galiziens gegen das schon heute über alle Begriffe anmaßend gewordene und zu einer Irredenta sich anschickende Polentum zu stärken. [...] Deutsches Interesse kann aber nur mit größter Zufriedenheit den Gegensatz zwischen Ukrainern und Polen begrüßen.« (Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes »Ukraine«, [März 1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 17-18).

»Zweck des Verbandes [...] ist die Aufklärung der Öffentlichkeit deutscher Zunge über Geschichte, Geographie, Kunst und Wissenschaft des ukrainischen Volkes, über die wirtschaftliche Bedeutung der von ihm bewohnten Landstriche und über die Bestrebungen zur Wiedergeburt seiner staatlichen Selbständigkeit in Anlehnung an die Mittelmächte. Der Verband unterstützt alle auf Erlangung staatlicher Einheit und Selbständigkeit gerichteten Bestrebungen des ukrainischen Volkes.«<sup>439</sup>

Von Gebtsattel hatte im alldeutschen *Panther* im Oktober 1915 deutlich gemacht, was für ihn die »Förderung der ukrainischen Freiheitsbestrebungen« bedeutete. Für ihn war

»nicht zu bezweifeln, [...] daß die Fremdvölker der Polen, Ukrainer und Finnen, ja selbst die Litauer lieber in einem eigenen Staatswesen, als noch weiter unter der russischen Knete leben würden. Man würde dabei im wesentlichen also die Geschichte um zweihundert Jahre rückwärts ›revidieren‹ und den russischen Koloss hinter die vorpetrinischen Grenzen zurückwerfen, dem Staatswesen dasjenige Gepräge und denjenigen Aufgabenkreis zuweisen, der ihm als einem halbasiatischen Staat in Wirklichkeit zukommt. Es hieße nun aber meines Erachtens vom deutschen Volk zuviel verlangen, wollte man ihm zumuten, sich lediglich für die Freiheit oder politische Selbständigkeit der Ukrainer, Polen und anderer Fremdvölker in die Schanze zu schlagen. Dazu ist unser deutsches Blut uns denn doch zu kostbar, namentlich seit es anfängt, einigermaßen selten zu werden. Für Kreuzzüge irgendwelcher Art können wir kein Blut mehr zur Verfügung stellen; sie gehören für uns der geschichtlichen Erinnerung an. Wenn wir fechten, so tun wir es um eignen Vorteil, und wenn wir gegen Rußland in die Schranken treten, so tun wir es, um unserem Volk das zu schaffen, was es braucht, um nicht in der Enge zu verkümmern, um seinen Blutstrom wieder zu stärkerem Fließen zu bringen.«<sup>440</sup>

Damit waren ukrainische (wie georgische oder baltische) Selbständigkeitsbewegungen dann Verbündete, wenn sie – wie Je. Levyčkyj und andere in ihren Schriften betonten – die Separierung der Ukraine und deutsche wirtschaftliche Hegemonie nicht als Widerspruch sahen. Wo dies akzeptiert war, kam man einander in der *Osteuropäischen Zukunft* wie in Publikationen ukrainischer Nationalisten sehr nahe. Daß hier synergetische Effekte genutzt wurden, ist deutlich. Und Imperialismus wurde praktiziert:

Während nämlich im Aufruf des Verbandes die Wirtschaft noch in Aufklärung und Selbständigkeit eingebettet war, war das »Geleitwort« seines »amtlichen Organs« direkter: Falk Schupp verlangte darin, »den Völkern des europäischen Ostens und Südostens, die sehnsuchtsvoll sich unseren kulturellen Segnungen zuwenden und von der Abwendung vom halbasiatischen Moskowitertum allein ihr Heil erhoffen, brüderlich zur Seite zu treten«. Dazu solle man »Deutschlands Kulturrüstung, seinen Arbeitsmut, seine völkerbefreiende Einordnung in Gesetz, Recht und Gesittung nach Osten [...]

<sup>439</sup> Satzung des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen »Ukraine«, [1916], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 7. Vgl. auch von Gebtsattels Gründungsauf- ruf in *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), H. 1, 2. Umschlagseite. – In seiner Konzentration auf die Ukraine übersah Kuraev, daß der Ukraine-Verband nur einer von mehreren ähnlichen Vereinen war. Er schrieb fälschlicherweise, die *Osteuropäische Zukunft* sei »überwiegend zu diesem Zwecke«, d. h. zur Propagierung der Ukraine-Ideen, gegründet worden (Kuraev, Der Verband ›Freie Ukraine‹, S. 5-6).

<sup>440</sup> Konstantin Freiherr von Gebtsattel, »Das Gebot der Stunde«, *Der Panther*, Oktober 1915, S. 1187; zit. nach S. Grumbach, *Das annexionistische Deutschland*. Lausanne 1917, S. 209-210.

tragen«. <sup>441</sup> »Befreiung« war mit den deutschen »kulturellen Segnungen« verknüpft, und unter diesen stand die wirtschaftliche Aktivität an erster Stelle.

Schupp war Mitte 1915 erstmals in ukrainischer Richtung aktiv geworden. Dazu hatte er sich an den jüdischen Korrespondenten des *Neuen Wiener Tagblatts* Oskar L. Geller gewandt, der aus der Ukraine stammte, und ihn für die geplante *Osteuropäische Zukunft* werben wollen. Nach dem ersten Kontakt mußte Geller aber feststellen, daß es sich – wie er schrieb – bei den Initiatoren um »extreme Alldrutsche« handle. Er wandte sich daher an den ihm politisch näherstehenden Zentrumsabgeordneten Erzberger und bot ihm an, selber eine Ukraine-Zeitschrift herauszugeben, Erzberger ging jedoch darauf nicht ein. Immerhin zog der Leiter der »Zentralstelle für Auslandsdienst« Erkundigungen wegen eines solchen Projekts ein, nahm dann aber wegen der Kosten davon Abstand. <sup>442</sup>

In der Wirtschaft und bei den Alldrutschen spielte Geld nicht diese Rolle. Entsprechend einseitig waren die Ukraine-Beiträge in der *Osteuropäischen Zukunft*. Deutsche Verfasser betonten die wirtschaftliche und in bezug auf Rußland strategische Bedeutung der Ukraine. <sup>443</sup> Als Stichwortgeber traten anfangs Ukrainer auf, allen voran Jevhen Levyčyj, der seit 1915 versuchte, die deutschen Eliten in Vorträgen und Broschüren für die Ukraine zu interessieren (s. S. 209). Mit der *Osteuropäischen Zukunft* erhielt er 1916 ein Forum, um seine Thesen zu verbreiten. Er kam häufig zu Wort, beginnend mit dem ersten Heft, in dem er die von Schupp aufgegriffene Idee vortrug, die Ukraine verbinde »wie eine breite ununterbrochene Brücke Zentraleuropa mit Asien«, und im Gegensatz zu dem üblichen diskursiven Schema ukrainischer Nationalisten, die die Ukraine als »antemurale christianitatis« sahen, die durchaus nicht seltenen Kontakte der ukrainischer Kosaken mit Osmanen und Krimtataren würdigte, die der im Weltkrieg entstandenen Bündniskonstellation entsprachen. <sup>444</sup> Am 4. Juni 1916 hielt Levyčyj im Düsseldorfer Industrieclub einen Vortrag zum Thema »Mittleuropa und die Ukraine«, den Emil Kirdorf mit dem Hinweis auf den großen Erfolg quittierte, »den die Darlegungen über die Bedeutung der Ukraine in den maßgebenden Kreisen der rheinischen Großindustrie erzielt« hätten. Auf dieser Veranstaltung sprach Schupp über die »wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine« und schilderte, welche guten Aussichten die »großindustrielle[n] und montanistische[n] Unternehmen aus den Mittelmächten dort haben« würden. <sup>445</sup> Falk Schupps Standardrepertoire, mit dem

<sup>441</sup> Falk Schupp, »Geleitwort«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), H. 1, S. 1.

<sup>442</sup> Geller an Erzberger, 3. 9. 1915, PAAA, 20957, mit weiterer Korrespondenz auch abgedruckt bei Kuraev, *Der Verband »Freie Ukraine«*, S. 22-24.

<sup>443</sup> Vgl. etwa den ersten Artikel der Zeitschrift Johannes Haller, »Das ukrainische Problem«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 1-3: »Ohne die Ukraine müßte Rußland wirtschaftlich zusammenbrechen.« Beiträge und lange Artikelreihen befaßten sich mit der »wirtschaftlichen Bedeutung der Ukraine« (etwa Otto Kessler, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 6-7) und ihrer industriellen Nutzung (etwa Geh. Bergrat F. Frech, »Die Mineralschätze der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 65-69, 81-84, 100-103).

<sup>444</sup> Eugen Lewicky [Jevhen Levyčyj], »Die Ukraine in internationaler Auffassung«, *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 9-11. – Demselben Zwecke diente die Broschüre Rudolf Stübe, *Die Ukraine und ihre Beziehungen zum Osmanischen Reiche*. Leipzig 1915.

<sup>445</sup> *Osteuropäische Zukunft* 1 (1916), S. 192. Daß sich Levyčyj damit in die deutsche Mitteleuropadiskussion einzuklinken versuchte, in der die Ukraine bis dahin nicht vorkam, ist ebenso deutlich, wie es falsch ist, erst für 1918 einen solchen Zusammenhang anzunehmen (vgl. Fedyshyn, *Germany's Drive to the East*, S. 24). Einen ähnlichen Vortrag hielt Jevhen Levyčyj am 13. März 1916 vor der



er in mehreren Städten gastierte, war ein Vortrag »Die Ukraine, Deutschlands Brücke zum Morgenland«. <sup>446</sup>

Anfangs nahmen die BBU-Ukrainer den Unterschied zwischen der Gebtsattel-Gründung und der Regierung nicht wahr. Am 23. Februar 1916 traten im Richard-Wagner-Saal des »Bayerischen Hofes« in München von Gebtsattel und Skoropys-Joltuchovskýj gemeinsam auf. Der Vorsitzende des »Ukraine«-Verbands machte keinen Hehl daraus, daß sein Interesse für die Ukraine neu war: »Auch ich habe nicht viel mehr von der Ukraine gewußt, als was die offiziellen russischen Lehrbücher darüber mitzuteilen für gut finden und mußte erst lernen, daß hier eine ganz ungeheure Geschichtsfälschung getrieben worden ist, durch die bewiesen werden sollte, daß [...] das jetzige Russische Reich überhaupt seinen Ursprung aus der Ukraine genommen habe.« Nun habe er aber vieles über »Rußlands [...] Korn- und Erzammer« und das »Axiom russischer Wirtschaftspolitik, die Ukraine auszurauben«, gelernt. Auch über die Unterschiede zu den Russen »in anthropologischer Hinsicht« und daß zwischen Ukrainern und Russen »nach mir gewordener Mitteilung ein Konnubium so gut wie nicht« vorkomme, wußte von Gebtsattel zu kolportieren. <sup>447</sup> Skoropys sekundierte ihm nicht nur mit Ausführungen zur ukrainischen Kunstgeschichte (»Und die Werke der Kunst sind der sicherste und objektivste Richter über den Grad der Kulturentwicklung«), sondern auch mit dem Wissen, daß die Ukrainer »ein staatliches Kulturleben schon damals [lebten], als Moskau sich noch im Stadium der nomadisierenden Horden befand«. Er stellte auch den direkten Bezug zum Krieg her: »Wäre es für die Entente-mächte möglich, die unverschämten Pläne der Aushungerung Deutschlands zu vollbringen, wenn die Reichtümer der Ukraine den Zentralmächten in dem gegenwärtigen Krieg zugute kämen?« <sup>448</sup>

Damit folgte er Paul Rohrbach, der am 14. Januar 1916 in München ebenfalls in einem Vortrag nachzuweisen versucht hatte, »daß durch Loslösung der Ukraine von Rußland der Krieg zugunsten der Mittelmächte entschieden würde, da Rußland ohne die Ukraine [...] nicht mehr widerstandsfähig sei«. <sup>449</sup>

Der BBU hielt sich zeitweise gar für den Begründer des Verbandes. Kost' Levyčkyj schrieb in seinen Erinnerungen unter Berufung auf den sonst ungeliebten Andrij Žuk, in Deutschland habe die »Informationstätigkeit des BBU den dankbarsten Boden gefunden und zur Bildung einer speziellen Gesellschaft der Förderer [...]« geführt. <sup>450</sup> Das stimmte so natürlich nicht: Vertieft in die nationale Nabelschau übersah die

---

Deutschen Gesellschaft in Frankfurt/Oder. Hier sprach er ausdrücklich davon, daß erst die Zurückdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer durch die Ukraine die Verkehrswege für »Mittel-Europa« sichern würde (Eugen Lewicky, Osteuropäische Probleme und der Krieg. Berlin 1916, S. 13).

<sup>446</sup> So etwa im Preußischen Abgeordnetenhaus am 12. 4. 1916 (Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S. 128), in Karlsruhe am 26. 4. 1916 (vgl. Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S.144) und in Köln vor »900 Personen der besten Kreise« (Falk Schupp, »Bericht des Generalsekretär über die Tätigkeit des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen »Ukraine« während des Sommerhalbjahres«, 25.9.1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 8).

<sup>447</sup> Konstantin Freiherr von Gebtsattel, »Die Bedeutung der Ukraine für Deutschlands Zukunft«, Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S. 97-100.

<sup>448</sup> Alexander Skoropys von Joltuchowskyj [Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj], »Die selbständige Ukraine 1791 ein Traum, 1854 eine politische Utopie, 1888 ein dringendes Bedürfnis«, Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S. 113-115, 140-143; Zitate S. 113-114.

<sup>449</sup> »Über Baltenland und Ukraine«, Osteuropäische Zukunft 1 (1916), S. 30-31.

<sup>450</sup> Levyčkyj, Istorija Vyzvol'nych Zmahan', S. 193.

ukrainischen Politiker, daß es eine Reihe ähnlicher Gründungen gab und die deutschen Interessen der ausschlaggebende Faktor waren. Der Agitation der Ukrainer war jedoch zuzuschreiben, daß auch für die Ukraine solch ein Verein gegründet wurde. Und die positive Haltung des BBU zu ihm hielt das erste Jahr über an. Dies änderte sich 1917, als sich die bisherigen ukrainischen Referenten von der *Osteuropäischen Zukunft* und dem Verband weitgehend zurückzogen. Dafür wurde im November 1916 der Deutsche Ostmarkenverein ganz offiziell einer der Träger des Blattes und Mitausrichter der Empfangsabende.

Auch 1916 konnte man die Ziele der Alldrutschen noch nicht ohne weiteres mit denjenigen der deutschen Regierung gleichsetzen. Die Regierungsstellen strebten wiederholt einen Ausgleich mit Rußland an. Daneben wies auch die österreichische Rücksicht auf die Polen darauf hin, daß zumindest kurzfristig bei den Mittelmächten nicht an Politik im Stile der Alldrutschen gedacht war. Hing damit der Rückzug des BBU vom Verband zusammen, über den Schupp verbittert war? Die BBU-Ukrainer mochten von Regierung oder Militär einen Wink bekommen haben, es sei nicht empfehlenswert, sich allzu eng mit Schupp einzulassen. Schupp hatte bereits im Frühjahr 1916 Paßschwierigkeiten, als er in Łódź aktiv werden wollte. Er berichtete auch über wachsende Probleme, Redner für geplante Veranstaltungen zu gewinnen.<sup>451</sup>

Wegen interner Querelen im Sommer 1917 gab es zur Vereinsgeschichte widersprüchliche Schilderungen. Das Kriegsministerium, das sich ja in der »Gefangenearbeit« engagierte, war anfangs am Verband interessiert. Aber die Vereinsgründung erfolgte unabhängig davon, und erst im Januar 1916 wurde der Verein durch das Kriegsministerium »veranlaßt«, seine Leitung nach Berlin zu verlegen, wo ihm Personal und Räume zur Verfügung gestellt wurden. Ein Vertreter des AA übernahm den geschäftsführenden Vorsitz und drängte von Gebattel in den Hintergrund. Die Publikationen des Vereins wurden von Lübberts zur »Sonderzensur« vorgelegt. Schupp betonte den Gegensatz zwischen dieser ihn behindernden Behandlung und den Erleichterungen, »welche sonst Zeitschriften offiziöser Haltung zuteil zu werden pflegen«.<sup>452</sup> Für die erste Zeit gab Schupp eine Förderung durch das Kriegsministerium zu. 1916 habe auch noch ein gutes Verhältnis zum BBU bestanden; man habe Skoropys eine »große[...] und aus den maßgebenden Kreisen zusammengesetzte[...] Zuhörerschaft« für seine Ausführungen geboten. Erst als Skoropys

»erfuhr, daß wir außer der Aufklärungsarbeit über die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit satzungsgemäß auch die Durchführung praktischer Aufgaben übernommen hatten, die im Belange unseres Reiches und Volkes liegen«,

habe er sich gegen den Verein gestellt.<sup>453</sup> Diese »Aufgaben« waren nun tatsächlich imperialistisch. Schupp stellte mit dem Geheimen Bergrat Prof. Dr. Fritz Frech, der bis 1917 im Vorstand des Vereins war, eine

<sup>451</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes ›Ukraine‹«, [März 1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 15.

<sup>452</sup> Falk Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, PAAA, Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Anl. 5, Bl. 25-38, hier Bl. 25-26. Vgl. auch »Bericht über die bisherige Tätigkeit des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen ›Ukraine‹«, 23.4.1916, ebd., Bd. 9, Bl. 85-87.

<sup>453</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes ›Ukraine‹«, [März 1917], ebd., Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 15-16: »Bemerkenswert ist die von Herrn Skoropys (oder wie wirklich der Name dieses Mannes sein mag) ausgegangene Anordnung, die als Lehrer usw. in den

»Kartothek der gesamten bergbaulichen und industriellen Werke und Unternehmen der Ukraine [zusammen], die zum allergrößten Teil mit Ententekapital finanziert worden sind und betrieben werden und von denen die ungeheuer wichtigen Bergbauunternehmen des Donezbeckens fast ganz sich in Händen belgischer Aktiengesellschaften französischer Kapitalisten befinden [...]. Auch die anderen, insbesondere die landwirtschaftlichen Verhältnisse sollten in einer zum Gebrauch unserer Obersten Heeresleitung und anderer Behörden bestimmten Denkschrift von fachmännischer Seite behandelt werden.«<sup>454</sup>

Skoropys habe seit Sommer 1916 begonnen, von Lübbers »aufzuhetzen«:

»Seit jener Zeit haben wir weder in geldlicher noch in anderer Hinsicht die mindeste Förderung seitens des bestellten Referenten erfahren. Im Gegenteil, alle unsere Arbeiten wurden behindert oder erschwert.«<sup>455</sup>

Schupp kritisierte, von Lübbers und Skoropys hätten sich fortan von den »Osteuropäischen Empfangsabenden« ferngehalten,<sup>456</sup> an denen »alle Spitzen unserer militärischen und civilen Behörden« teilnahmen und die »grade der Verbreitung der Ukrainesache in größtem Ausmaße zugute kamen.«<sup>457</sup> Diese Abende, insgesamt 99, wurden vom 28. Juni 1916 an bis 1918 wöchentlich im Ebenholzsaal des Weinhauses Rheingold in der Potsdamer Str. 3 abgehalten, um »Gäste[n] aus den uns befreundeten Völkern und Ländern, die nach Berlin kommen, um hier geschäftliche oder wissenschaftliche Anregung zu suchen, die Anknüpfung wertvoller Beziehungen unmittelbar zu ermöglichen.«<sup>458</sup>

Schupp erläuterte den Streit zwischen dem Verein und Regierungsstellen, indem er die Tatsache, daß von Lübbers ein »begeisterter Alldeutscher« sei, für irrelevant angesichts dessen bezeichnete, daß »unser erster Präsident [von Gebattel] der schärfste Gegner des Reichskanzlers ist.«<sup>459</sup> Im Sommer 1917 habe der Verband sogar »die letzte Verbindung zum Kriegsministerium als für uns bedeutungslos abgebrochen,

---

Lagern tätigen Ukrainer sollten darüber wachen, daß kein Vorstandsmitglied unseres Verbandes in die Lager kommt [...]« – Ein im Lager Salzwedel geplanter Vortrag wurde angeblich durch den BBU verhindert. Allerdings waren Lehrer aus Salzwedel weiterhin Gäste auf den Empfangsabenden (vgl. Osteuropäische Zukunft 2 (1917), S. 220).

<sup>454</sup> Falk Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, PAAA, Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Anl. 5, Bl. 25-38, hier Bl. 29-30.

<sup>455</sup> Ebd., Bl. 30-31.

<sup>456</sup> Immerhin hatte Skoropys noch im Dezember 1916 den 22. Osteuropäischen Empfangsabend in Berlin geleitet und zusammen mit Schupp gegen die Versuche argumentiert, Galizien den Polen zu überlassen (»Vereinsnachrichten«, Osteuropäische Zukunft 1(1916), S. 368).

<sup>457</sup> Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, PAAA, Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Anl. 5, Bl. 25-38, hier Bl. 31.

<sup>458</sup> Schupp, »Bericht des Generalsekretär über die Tätigkeit des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheitsbestrebungen ›Ukraine‹ während des Sommerhalbjahres«, 25.9.1916, ebd., Bd. 16, Beilage 8; Außer den oben genannten Vereinen beteiligten sich an den »Empfangsabenden« der Deutsche Levanteverband, der Deutsch-Nordische Verband, die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Ostmarken-Vereins und der BBU (Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes ›Ukraine‹, [März 1917], ebd., Beilage 5, Bl. 14-24). Als Schupp sich von dem BBU hintergangen fühlte, begann er eine Diffamierungskampagne; nun entdeckte er, daß der BBU »nur aus vier Sozialrevolutionären besteht, welche durch eine betrügerische Vorspiegelung allergrößten Stils sich ihre Stellung bei der österreichischen Regierung und darnach [...] von der deutschen erschwindelt haben«. Weiter schrieb Schupp von »4 Charlatanen« (Ebd., Bl. 16, 18).

<sup>459</sup> Falk Schupp, »Entgegnung«, Bl. 26.

indem wir die Räume im Hause des Kriegsministeriums kündigten«. <sup>460</sup> Auch die Verbindung zum AA habe sich problematisch entwickelt. Schon im Sommer 1916 sei deutlich geworden, daß

»unser Verband beim Auswärtigen Amt lediglich als eine Filialunternehmung des Alldeutschen Verbandes angesehen werde [...]. Bei dem scharfen Gegensatz, in welchem der Alldeutsche Verband zum Reichskanzler und zum Auswärtigen Amt steht, mußte eine solche irriige Auffassung zur Folge haben, daß uns große Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden«. <sup>461</sup>

Schupp stritt die alldeutsche Ausrichtung ab und betonte, daß dem Verein

»Persönlichkeiten der verschiedenartigsten Parteistellung angehören, die lediglich am Ukraineproblem als einer wichtigen Frage der auswärtigen Politik besonderen Anteil nehmen, in Fragen der inneren Politik aber ganz verschiedene Richtungen haben«. <sup>462</sup>

Aber das Verhältnis zu den Regierungsstellen war erschüttert. <sup>463</sup> Der Verein und die Regierung entwickelten voneinander abweichende Vorstellungen zum Ukraine-Engagement. Gingen die Wirtschaft und die Alldeutschen vom Primat der ökonomischen Ausbeutung aus, für die »Kulturarbeit« und »Freiheit« nur schwache Verschleierungen darstellten, so galten für die Regierung ungeachtet ihrer ebenfalls selbstsüchtigen »Revolutionierungs«-Ziele doch Maximen, die die ukrainischen Selbstständigkeitsvorstellungen ernster nahmen.

Ende 1916 nahmen die Auseinandersetzungen zwischen dem Verein »Ukraine« und der Regierung zu. Von Lübbers warf Schupp vor, »die ›Osteuropäischen Empfangs-abende‹ beschäftigten sich mit allem anderen, nur nicht mit ukrainischen Angelegenheiten«. Das diene nun als Grund für den Entzug der ministeriellen Zuwendung. Von Lübbers erklärte, Schupp habe »mit einem übelbeleumdeten Mann, dem Herrn Dr. Perfeckyj[,] ein unlauteres Geschäft gemacht«. <sup>464</sup> Perfeckyj war aus der »Gefangenenerarbeit« abgezogen worden, als er dort wegen autoritären Verhaltens die Ziele der »Aufklärung« zu gefährden drohte (s. S. 125). Schupp wiederum berief sich in seiner Kritik an den »vier ziemlich ungebildeten Leute[n]«, aus denen der BBU bestehe, auf eben diesen Perfeckyj, der sich nach seinem Hinauswurf an Schupp gewandt hatte, um »deutsches Kapital und Unternehmerlust für die ukrainisch-galizische Petroleumindustrie zu interessieren«. <sup>465</sup>

Das Kriegsministerium spielte nun seine Macht aus, indem es Schupp zum Kriegsdienst einzog. Von Lübbers versuchte zudem seine alldeutschen Verbindungen zu nutzen, um Schupp auszuhebeln. Schupp wiederum agitierte gegen von Lübbers und Skoropys, dem er vorhielt, seine ethischen Grundsätze »im zarischen Moskowitien«

<sup>460</sup> Ebd., Bl. 27.

<sup>461</sup> Ebd., Bl. 32.

<sup>462</sup> Ebd.

<sup>463</sup> Kuraev hat diesen Wandel nicht mehr wahrgenommen und nahm in seinem Aufsatz kontinuierliches »Vertrauen seitens der Staats- und Militärführung« an (Kuraev, Der Verband ›Freie Ukraine‹, S. 31).

<sup>464</sup> Falk Schupp, »Entgegnung«, Bl. 33-34.

<sup>465</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes »Ukraine«, [März 1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 16.

empfangen zu haben, was nicht unbedingt für eine inhaltliche Akzeptierung der ukrainischen Nationalaxiome spreche.<sup>466</sup>

Das Problem des Verbands war vermutlich der wenig verträgliche Schupp, der sich sogar mit den Alldeutschen zerstritt. Nun denunzierte er auch sie:

»Die alldeutsche Stoßtruppe einer rücksichtslosen Gewaltmachtspolitik will unter allen Umständen den Verband Ukraine restlos in die Hand bekommen, um ihn ebenfalls zu einer neuen, officiösen, auf das Kriegsministerium gestützten Kampfbasis zugleich für innerpolitische Zwecke zu machen [...]«.<sup>467</sup>

Den BBU samt seinen Förderern in Kriegsministerium und AA riet Schupp 1917 »kräftig abzuschütteln«, um nun »im vaterländischen Interesse gelegene Ziele zu erfassen und kraftvoll verfolgen zu können«.<sup>468</sup> Offenbar war Schupps Ehrgeiz größer als jede politische Überzeugung. Wie dem auch sein möge – jedenfalls konnten 1917 mehrere »Parteien« bei den deutschen Ukrainophilen ausgemacht werden. Auch auf ukrainischer Seite trat eine nur notdürftig kaschierte Trennung in Ukrainer hervor, die wie Jevhen Levyčkyj und Perfečkyj bereit waren, eine ungeschminkte Ausbeutung zu tolerieren, und andere, für die die deutsche Hilfe nur ein Mittel zum eigenen politischen Zweck war.

Die *Osteuropäische Zukunft* mußte 1917 ohne ihre früheren Autoren aus dem BBU-Umfeld auskommen. Sie wurde weiterhin von Schupp herausgegeben, die die Ukraine betreffenden Artikel schrieben nun vor allem rechtsstehende Deutsche; Ukrainer kamen nur mehr in Leserbriefen zu Wort. Die Reaktion auf die Februarrevolution war schwach. Schupp schrieb, daß die ukrainische Frage das schwierigste Rätsel sei, welches die Revolution »der Welt aufgegeben« habe. Erstmals erwähnte er die separaten Ukrainerlager in Österreich und hielt es wenig enthusiastisch sogar für möglich, daß die Protagonisten des BBU, geschickt wie sie nun einmal bei den Mittelmächten gewesen seien, in der Ukraine eine wichtige Rolle spielen könnten.<sup>469</sup> Für die »politische Bedeutung der ukrainischen Frage« brauchte Paul Dehn nur eine halbe Seite, dafür durfte sich ein bis dahin nicht weiter in Erscheinung getretener Regierungsbaumeister Schütz darüber auslassen, wie das in »Halbkultur« lebende Volk durch »Musterschulen« und ein »völkisches Heer« mit deutscher Kommandosprache zu einer antirussischen »Gegenwucht« ausgebaut werden könne.<sup>470</sup>

Schupp formulierte nun die Ziele des »Ukraine«-Vereins um. Bisher habe er nur Werbearbeit in Deutschland geleistet. Jetzt aber sei es an der Zeit, die Rada-Regierung etwa durch eine Anleihe »in der Mindesthöhe von 40 Millionen Mark« zu unterstüt-

<sup>466</sup> Falk Schupp, »Entgegnung«, um 25.7.1917, Bl. 38.

<sup>467</sup> Schupp an Helfferich, 16. 8. 1917, Politik 11a Ukraine, Bd. 16, Beilage 5, Bl. 12-13.

<sup>468</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele...«, [März 1917], Bl. 20.

<sup>469</sup> Falk Schupp, »Die ukrainische Sphinx«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 113-114.

<sup>470</sup> Paul Dehn, »Die politische Bedeutung der ukrainischen Frage«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 138; Schütz, »Die ukrainische Frage muß zu einer ukrainischen Tat werden«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 140-141. Im Juni 1917 kam der Freiburger Zoologe Konrad Günther mit einem Beitrag über die Ukrainer zu Wort. Der als Zensor des Rastatter Lagers wirkende Wissenschaftler meinte, der Aufenthalt der Ukrainer in Deutschland würde »nicht ohne Wirkungen sein«. So kam in die Presse, daß es auch in Deutschland separate Ukrainerlager gebe (Konrad Guenther, »Die Ukrainer«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 168-174; »Die gefangenen Ukrainer in Deutschland«, ebd., S. 176).

zen, die dafür die Schiffe der Schwarzmeerflotte verpfänden sollte, oder mit der Unterstützung des Ostmarkenvereins und der Ukrainer Galiziens die dortigen Erdölfelder durch deutschen Kapitaleinsatz zu übernehmen.<sup>471</sup> Was der Verein »Ukraine« bisher nur vorbereitet hatte und worüber er in Konflikt mit BBU und Reichsregierung geraten war, sollte nun politisch umgesetzt werden. Worauf die Bethmann-Hollweg-Führung nicht eingegangen war, sollte der neuen OHL-dominierten Regierung dann tatsächlich passen.

Im August 1917 verkündete Schupp (fälschlicherweise), das Ziel einer unabhängigen Ukraine sei nun erreicht. Man wolle sich daher von politischen auf »kulturelle und handelspolitische Gesichtspunkte« umstellen.<sup>472</sup> Eine Aufgabe für Deutsche sah die *Osteuropäische Zukunft* in der wirtschaftlichen Übernahme der Ukraine, in der man »keine wirklich weitblickenden Führer« erkenne.<sup>473</sup> Folgerichtig wurde der »Verband deutscher Förderer« zum 1. Januar 1918 aufgelöst. Auf der letzten Hauptversammlung am 4. Dezember 1917 erklärte der als Vorsitzender fungierende Geheime Legationsrat Gerlich, man sei am Ziel angelangt. Der Ukraine-Verband ging im Dubvid auf, »dessen Aufgaben vorwiegend handelswirtschaftlicher und verkehrspolitischer Art« seien. Die Mitglieder (zuletzt 165) sollten »unter Wahrung [...] vaterländischer Gesichtspunkte an der wirtschaftlichen Förderung der befreundeten Völker mitarbeiten«. <sup>474</sup>

Von der ersten Nummer des Jahrgangs 1918 an war der »Ukraine«-Verband aus dem Kopf der *Osteuropäischen Zukunft* verschwunden, an seine Stelle trat ein nicht näher bezeichneter »Wirtschaftsausschuß Ukraine«. Nach dem Brester Friedensschluß vernahm Falk Schupp aber vorwiegend warnende und distanzierte Stimmen in der deutschen Wirtschaft, und er warb für den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine nun ebenso wie drei Jahre zuvor für die historisch-politische Eigenqualität des Landes.<sup>475</sup> Bei den deutschen Unternehmern überwog jetzt aber trotz Artikeln über die landwirtschaftlichen und industriellen Dimensionen einer Kooperation eine pessimistische Einstellung.<sup>476</sup>

Recht gut hat Ludendorff die deutschen Absichten umrissen. In seinen Kriegserinnerungen stritt er ab, Deutschland habe Gebietsforderungen gegenüber dem Kaukasus und der Ukraine formuliert. Nur die ökonomische Ausbeutungsabsicht gab er offen zu:

»Gleichzeitig hoffte ich, [...] uns wirtschaftlich zu stärken und damit uns auch physisch und seelisch zu kräftigen. Die Menschenkraft dieser Gebiete dachte ich für die Kriegführung auszunutzen, soweit es ging, teils durch Aufstellung von Truppen, teils, und dies war vielversprechender, durch Anwerbung von Arbeitskräften für die Heimat, um hier Heeresersatz freizumachen.«<sup>477</sup>

Nur gelingen wollte das nicht. Mit der faktischen Besetzung der Ukraine im März 1918 war der Enthusiasmus der früheren Jahre verflogen. Auch wenn Hanns Dohr-

<sup>471</sup> Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele...«, [März 1917], Bl. 21-24.

<sup>472</sup> Falk Schupp, »Unser Ziel erreicht!«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 221-223.

<sup>473</sup> Raimund Kaindl, »Deutsche und Ukrainer«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 245-247.

<sup>474</sup> »Vereinsnachrichten«, *Osteuropäische Zukunft* 2 (1917), S. 334.

<sup>475</sup> Falk Schupp, »Was bringt uns der deutsch-ukrainische Frieden?«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 21-22.

<sup>476</sup> Vgl. etwa J. Wiese, »Der schwarze Boden der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 22-24;

Otto Käßler, »Die Industrie der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 60-61.

<sup>477</sup> Erich Ludendorff, *Meine Erinnerungen 1914-1918*. Berlin 1921, S. 180.

mann Ende Mai 1918 noch meinte, nun würde »das Ukraine-Problem [...] im Sinne der deutschen Interessen gelöst werden«, und in der »politische[n] und wirtschaftliche[n] Unabhängigkeit der Ukraine vom großrussischen Moskau« die »Hauptbedingung erfolgreicher deutscher Wirtschaft und Politik im Osten der Zukunft« sah, begann er seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die »russischen Randstaaten« Deutschland »fraglos sehr schwere Probleme« aufgaben.<sup>478</sup> Von August 1918 an wurde bereits erörtert, was wohl geschehen würde, »sobald sich die deutschen Truppen zurückziehen«. Wahrscheinlich schien eine »Saat [...], die späterhin bittere Früchte zeitigen« werde.<sup>479</sup> Und nach dem zweiten Oktoberheft – am 15. 10. erschienen und bereits davor verfaßt – setzte der Dubvid das Blatt ganz aus.<sup>480</sup> Deutschland hatte keine osteuropäische Zukunft mehr.

Die an wirtschaftlicher Ausbeutung interessierten Deutschen taten sich am leichtesten, als die Ukraine eine eher phantastische Chimäre war. Sobald es um Konkreta ging, kollidierten unterschiedliche Interessen, und als die Deutschen tatsächlich in der Ukraine waren, überdeckten die Befürchtungen jeden Anflug von Optimismus.

## 10. DIE FOLGEN DER FEBRUAR-REVOLUTION

Die Februar-Revolution veränderte die Lage für die Mittelmächte und die Ukrainer. Die Aussichten auf einen Sonderfrieden mit Rußland sollten durch die Schleusung von Revolutionären verbessert werden. Natürlich war es völlig abwegig anzunehmen, daß die Revolution »die Fernwirkung der ununterbrochenen deutschen Siege« gewesen sei,<sup>481</sup> aber in Deutschland war das Interesse an der Lage in Rußland groß. Die Schweiz verlor als Umschlagplatz von Nachrichten und Ort konspirativer Unternehmungen an Bedeutung und wurde durch das ebenso neutrale Skandinavien ersetzt, von wo aus die Kontakte nach Rußland leichter zu unterhalten waren. Die Bildung der Kiewer Zentral-Rada am 17. März 1917 und ihr unklares Verhältnis zu Rußland eröffneten Perspektiven, die zuvor keine Rolle gespielt hatten. Hatte man sich bis dahin auf Propaganda beschränkt, schienen nun konkrete Aktivitäten in den Randgebieten Rußlands möglich.

Der BBU begrüßte die Bildung der Zentral-Rada und erklärte sich bereit, seine weitere Tätigkeit mit den ukrainischen Instanzen zu koordinieren – im Unterschied zu den Kiewer Organen stellte er sich jedoch auf die Basis der »vollständigen staatlichen Selbständigkeit« und wurde in Kiew, wo man über seine Rolle als Helfer der Mittelmächte wohl informiert war, nicht als Partner akzeptiert. Rada-Präsident Hruševskij hatte sich bereits 1914 gegen ihn ausgesprochen.<sup>482</sup> Das BBU-Präsidium

<sup>478</sup> Hanns Dohrmann, »Die Ereignisse in der Ukraine«, Osteuropäische Zukunft 3 (1918), S. 117-119.

<sup>479</sup> Johannes von Eckardt, »Randvölkerpolitik«, Osteuropäische Zukunft 3 (1918), S. 180-181.

<sup>480</sup> Osteuropäische Zukunft 3 (1918), S. 225.

<sup>481</sup> So Otto Hoetzsch, »Die Ukraine«, Konservative Monatsschrift 75 (1917/18), S. 401-409, hier S. 401.

<sup>482</sup> S. S. 98; vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. L'viv 1923, Bd. 1, S. 28-29; Sosnovskij, *Doncov*, S. 130.

erklärte sich am 2. Mai 1917 notgedrungen bereit, seine Tätigkeit auf die von den Mittelmächten okkupierten ukrainischen Gebiete zu beschränken.<sup>483</sup> Das österreichische Außenministerium kam dagegen auf seine alten Pläne zurück: Man wollte sich nun wieder des BBU bedienen, lobte die »Gefangenearbeit« (welche im Unterschied zu der Tätigkeit Zalijnjaks »frei von jedem Makel einer unreellen und selbstsüchtigen Gebahrung« gewesen sei) und meinte, daß die 1914/15 *à l'amiable* gelösten Beziehungen wieder geknüpft werden sollten.<sup>484</sup>

Die deutsche Gesandtschaft in Bern beobachtete richtig: »Seit Ausbruch der russischen Revolution hat die ukrainische Bewegung [...] ihren Mittelpunkt im eigenen Lande.«<sup>485</sup> Der Bedeutungsverlust der Emigranten war offenbar, und für die in der Schweiz lebenden Ukrainer (denen in Deutschland und Österreich war dies zunächst verwehrt) lag es daher nahe, sich in den Osten zu begeben.

Außerdem bekamen die Österreicher bald wieder Angst vor der eigenen Courage. Als der BBU die neue russische Regierungsform begrüßte, einen sofortigen Friedensschluß und in Aufrufen an die Kriegsgefangenen die Aufteilung der russischen Kron- und Kirchenlandes unter die ukrainischen Bauern forderte, verbot das Kriegsministerium diese Art der Propaganda, mit der allein der BBU – seinen alten Zielen treu bleibend – mit den neuen Kiewer Stimmungen hätte mithalten können.<sup>486</sup> Die Politik von 1914 ließ sich nicht wiederholen: Am 3. Juni 1917 nahm eine Versammlung ukrainischer Studenten in Wien eine Resolution an, in der gefordert wurde, einem künftigen ukrainischen Staat müßten auch die Gebiete unter »polnischer und ungarischer Unterdrückung« angehören – und dies waren Teile der Donaumonarchie. Die akademische Verbindung *Sič* forderte im Dezember 1917 den Anschluß Galiziens an die UNR. Und am 13. Dezember 1917 meinte Petruševyč im Reichsrat, daß – »falls die polnische Politik fortgeführt würde« – Ostgalizien der Ukrainischen Republik angeschlossen werden könnte. Er ließ jedoch auch die Option einer »selbständigen politischen Einheit im Staatsverband mit Österreich-Ungarn« offen.<sup>487</sup>

Stepankivskyj, den Hauptinformanten der Deutschen, zog es von April an nach Rußland, um dort eine »Führerrolle« zu übernehmen.<sup>488</sup> Damit geriet er in Konkurrenz zu Skoropys, dessen politische Ambitionen ja auch erwacht waren. Skoropys hatte sich bei einem Besuch in der Schweiz so unvorsichtig geäußert, daß man über die deutsche Ukrainerförderung danach in einer Schweizer Zeitung lesen konnte.<sup>489</sup> Darüber beschwerte sich Stepankivskyj bei von Romberg, weil »schon ohnehin das

<sup>483</sup> »Uchvaly Prezydii Sojuza vyzvolennja Ukraïny«, *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* 149/6.5.1917, S. 289.

<sup>484</sup> Oppenheimer an Storck, 30. 4. 1917, Hornykiewicz I, Dok. 85, S. 223-224. – Als gegen Ende der Friedensverhandlungen mit der UNR hingegen der BBU die Vorbereitung der Ukrainer zur Rückführung in die Ukraine vorschlug, um so für sich eine »Hausmacht« dort zu schaffen, lehnte Österreich dies unter Vorwänden ab (BBU an Ministerium des Äußern, 25. 1. 1918; Kriegsministerium an Ministerium des Äußern, 8. 3. 1918, Hornykiewicz I, Dok. 90-91, S. 232-235).

<sup>485</sup> Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg (Reichskanzler), 23.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 48-50, hier S. 48.

<sup>486</sup> K.u.k. Kriegsministerium an k.u.k. Ministerium des Äußern, 26.5.1917, Hornykiewicz I, Dok. 86, S. 224-225.

<sup>487</sup> Vgl. Serhij Popyk, *Ukraïnci v Avstriï 1914-1918*. Kyiv/Černivei 1999, S. 130-131.

<sup>488</sup> Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, 23.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 48-50, hier S. 48.

<sup>489</sup> »Die ukrainischen Gefangenen und das russische Reich«, *Der Bund* (Bern), Nr. 189/24.4.1917.



Gerücht gehe, daß die ukrainische Bewegung im Auslande auf deutsche Machenschaften zurückzuführen sei«. Stepankivskýj warnte davor, kriegsgefangene Ukrainer in größerer Zahl in die Ukraine zu schicken, da sie dort als deutsche Agenten angesehen würden, wodurch die ukrainische Nationalbewegung »geschwächt und kompromittiert« würde.<sup>490</sup>

Persönliche Gründe der Rivalität können nicht ausgeschlossen werden.<sup>491</sup> Stepankivskýj erhoffte sich ein deutsches Mandat; Skoropys ein deutsch-ukrainisches. Ende März 1917 ließ Stepankivskýj von Romberg an das AA telegraphieren, angesichts der Anarchie in der Ukraine und der Unfähigkeit Englands, die Ukraine zu retten, bitte er »flehentlich«,

»die deutschen Armeen in unser Land einmarschieren zu lassen, [und] dort Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Als Entgelt soll das deutsche Heer die reichen Vorräte, die unsere Bauern noch besitzen und vor den russischen Armeen versteckten, zur Ernährung Deutschlands zur Verfügung erhalten«.

Mit welcher Kompetenz Stepankivskýj dies versprach, bleibt sein Geheimnis. Festzuhalten ist aber, daß ein Jahr später (ohne seine Mitwirkung) genau das eintrat, was der Berner Agent hier anregte. 1917 allerdings versah ein AA-Beamter die Bitte mit einem deutlichen »nein!« und merkte zum Ersuchen Stepankivskýjs, das Telegramm als geheim zu behandeln, an: »das werden wir sicherlich gern tun!«<sup>492</sup> Stepankivskýj kannte das deutsche Streben nach einem Sonderfrieden im Osten. Davon riet er ab: Mit Rußland könne man angesichts der dortigen Anarchie nicht mehr rechnen, weil niemand als vertragstreuer Partner zur Verfügung stehe. Deshalb solle »gegen die moskovitische Barbarei, die nach Asien hin zurückgeworfen werden muß, [...] eine Reihe von Pufferstaaten errichtet werden«. Auch die Anregung, einen Het'man zu ernennen (eine »geeignete Persönlichkeit befindet sich im Ausland«, vermutlich dachte er an Tyškevyč) und weitere Verwaltungsvorschläge griffen die Deutschen auf, als sie die Gewalt über die Ukraine erhielten. Nur sollte man Stepankivskýjs Einfluß nicht überinterpretieren: Was unter deutscher Besetzung geschah, ging nicht auf seinen Schriftsatz zurück. Dieser ist nur ein Hinweis darauf, daß die deutschen Handlungen mit den Erwartungen eines Teils der ukrainischen Independentisten korrespondierten.

Stepankivskýj muß sein Memorandum in engem Einvernehmen mit der deutschen Gesandtschaft verfaßt haben. Nicht nur konnte von Romberg einen »Entwurf« nach Berlin telegraphieren, er berichtete darüber bereits einige Tage bevor der endgültige Text in Berlin vorlag: Stepankivskýj übersandte ihn ihm am 30. März, das Dokument selber wurde auf den »April 1917« datiert.<sup>493</sup>

<sup>490</sup> Romberg an Reichskanzler, 30. 4. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 100-101. – Später bat von Romberg die Liga gar, auf unmittelbare Kontakte zum Ukrainischen Büro in Lausanne zu verzichten, da dieses observiert werde (von Romberg an Rudolf [von der Ropp], 8.9.1917, ebd., Bd. 16, Bl. 44).

<sup>491</sup> Von Lübbers führte Stepankivskýjs Kritik an Skoropys auf persönliche Animositäten und darauf zurück, daß ukrainische Organisationen in der Schweiz dem BBU feindlich gesinnt seien; Skoropys habe sämtliche Behauptungen Stepankivskýjs abgestritten (Vermerk Jordan, 18.5.1917, ebd., Bd. 12, Bl. 129-130). Der Zeitungsartikel im »Bund« ist jedoch eine Tatsache.

<sup>492</sup> Telegramm von Romberg an AA, 26.3.1917, ebd., Bd. 11, Bl. 146-147.

<sup>493</sup> Das Memorandum wurde am 30. März der deutschen Gesandtschaft übersandt, vgl. von Romberg an Reichskanzler, 3.4.1917, ebd., Bd. 12, Bl. 25-27. Text: »Memorandum über die Ukraine, ihre

Ein ähnliches Projekt wie Stepankivskýj über von Romberg verfolgte Tyškevyč im März 1917 über Roselius. Auch er schlug in einem Gespräch »die sofortige Errichtung einer selbständigen Ukraine im Anschluß an Deutschland« als »deutsche[n] Schutzstaat« mit dem Herrenmeister des Johanniterordens Eitel Friedrich Prinz von Preußen (1883-1942) als König vor. Österreichs Rivalität sei durch die Überlassung Albaniens und Rumäniens zu befriedigen. Roselius erfuhr in dem Gespräch, daß Tyškevyč seine »ausgezeichnete[n] Beziehungen zu England« nicht durch die Verhandlungen mit den Deutschen gefährden wollte. Auch Stepankivskýj habe bereits im Januar 1917 bei ihm den Eindruck erweckt, er stehe »in ebenso guten Beziehungen zu den Ländern der Entente [...] wie zu den unsrigen«. Roselius vermerkte die Geschicklichkeit des Büros Stepankivskýj (»klug und weise«), das nach allen Seiten Beziehungen unterhielt. Naiv war dann aber der Satz: »Niemand weiß von den Beziehungen Stepankowskis mit Deutschland.« Selbst Tyškevyč wisse nichts von deutschen Geldern. »Nach reiflicher Überlegung« befürwortete Roselius den Vorschlag seines Gesprächspartners, wenngleich die Beteiligung der deutschen Diplomaten verborgen bleiben sollte.<sup>494</sup>

Skoropys' reagierte auf die Februar-Revolution mit dem oben erwähnten Versuch, über ein politisches Mandat der Gefangenen in Petrograd aktiv zu werden. (s. S. 134). Die Ukrainer in Freistadt hatten beschlossen, von der provisorischen Regierung die politische Autonomie zu fordern. Skoropys war zwar eher für eine völlige Unabhängigkeit, hielt es aber für klüger, mit einem einheitlichen Mandat aller Gefangenen aufzutreten und versuchte nun, sich in den anderen Lagern einen analogen Auftrag geben zu lassen. In Wetzlar wie in Rastatt war den Gefangenen die Autonomie zu wenig. Am 11. April 1917 beschlossen die Wetzlarer die volle Unabhängigkeit (samostijnist') und die Landfrage in das Mandat einzubauen. Skoropys fand das an sich gut, aber es entsprach nicht der ukrainischen Binnenpolitik und sicher nicht den Zielen Rußlands.<sup>495</sup> In Rastatt wurden innerhalb eines Monats über 8500 Unterschriften in diesem Sinne gesammelt, obwohl es dort nur 3000 Absolventen der Ukrainer-Kurse gegeben hatte.<sup>496</sup> Am 13. April 1917 trug die Rastatter HR Skoropys zusätzlich auf, die »nationalen und politischen Interessen« der Rastatter Gefangenen dergestalt zu vertreten, daß er sich für eine ukrainische Konstituante einzusetzen habe. Die HR folgte zudem Skoropys darin, daß die Option eines Bündnisses mit den Deutschen weggefallen sei, die Mittelmächte überhaupt nicht mehr bei der politischen Planung zu berücksichtigen seien und der BBU nur insofern an die Deutschen gebunden sei, als er keine antideutsche Propaganda in den Lagern durchführen werde.<sup>497</sup>

Das deutsche Militär war an der geplanten Rußlandreise Skoropys' ebenso wie an der Lenin-Schleusung interessiert. General Friedrich meinte im Mai 1917, es sei nicht ausgeschlossen, daß Skoropys »in der Ukraina zu Einfluß gelangen könnte«, weshalb

Wünsche und ihre Befreiung, verfaßt von dem Ukrainischen Büro in Lausanne«, 4.1917, ebd., Bl. 28-35. – Nur auf den ersten Blick grotesk ist der Gedanke Stepankivskýjs, Mazepas Leiche in Galatz zu exhumieren und den deutschen Einmarsch begleiten zu lassen; »tiefen Eindruck und Begeisterung« haben politische Führer auf solch eine Weise zu erzeugen versucht (Ebd., Bl. 32).

<sup>494</sup> Roselius an von dem Bussche, 26. 3. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 36-38.

<sup>495</sup> Omeljan Terlečkyj, »Jak poloneni Ukraïnci u vecljarskomu tabori pryvytaly revoluciju v 1917. roci?« Litopys Červonoï Kalyny Nr. 11/1932, S. 6-8.

<sup>496</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 347. Nach Sribnjak wurden in Deutschland insgesamt 19.000, in Österreich weitere 4000 Unterschriften gesammelt (Sribnjak, Poloneni, S. 37).

<sup>497</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 349-350.

es wünschenswert sei, »Herrn von Skoropys bei guter Laune zu halten«. Das AA war dagegen. Jordan riet, den ungeschickten Skoropys »vorläufig überhaupt nicht mehr reisen zu lassen«. Er setzte sich durch und damit waren die Versuche des BBU, sich in die Rada-Politik einzumischen, erst einmal vereitelt. Skoropys beschränkte sich darauf, der Rada einen Brief zu schreiben.<sup>498</sup>

Angesichts der Ablehnung einer deutsch-ukrainischen Option war die Abreise weiterer Gefangener in die besetzten Gebiete nach der Revolution problematisch. Terlečkyj schreibt vorsichtig von einer »Dissonanz«. Am 16. April 1917 wurden 12 Rastatter, 7 Wetzlarer und 4 Salzwedler Gefangene zu Šapoval geschickt.<sup>499</sup> Daß die Deutschen weitere hundert Gefangene freilassen und nach Chelm schicken wollten, wäre ein Jahr zuvor als großer Erfolg gefeiert worden. Am 30. April 1917 beschloß dagegen die Rastatter HR, sich darauf nur einzulassen, wenn die Gefangenen ausschließlich zu »Bildungs- und Kulturzwecken« verwendet würden, die Deutschen die polnische Verwaltung des Gebiets beseitigen und eine Verbindung zu den Lagern ermöglichen würden. Terlečkyj analysierte die Problematik treffend: Die Gefangenenvertreter glaubten, die Deutschen würden die Ukrainer für eigene Zwecke, nicht aber zur Ukrainisierung verwenden; dabei sei ihnen nicht aufgegangen, daß die Ukrainisierung ebenso den Interessen Deutschlands entspreche. Ungeachtet der Vorbehalte verließ am 2. Mai 1917 ein drittes Kontingent von 33 Mann (insgesamt fuhren 100 Mann aus allen drei Lagern) das Rastatter Lager. Die Opposition im Lager Rastatt reagierte darauf mit Protesten, nach Terlečkyj entstand so etwas wie eine »Gegenregierung«. Gerüchte, die Ukrainer würden auf die deutschen Regimenter verteilt, waren wenig vertrauenerweckend.<sup>500</sup>

Als im Juni 1917 ein weiteres Kontingent abgeschickt werden sollte, kam es in der HR zu einer Kampfabstimmung. Die Gegner weiterer Zusammenarbeit hielten es für unmöglich, »Menschen in die besetzten Gebiete zu schicken, wenn Rußland der Ukraine die Freiheit gibt, denn das ist eine Arbeit für die Deutschen«. Das Abstimmungsergebnis in der HR vom 26. Juni 1917 sprach mit 23:8 Stimmen für sich, und es fehlen Angaben darüber, ob dieses Kontingent tatsächlich abging.<sup>501</sup> Die HR sicherte in einer Resolution der Kiewer Zentral-Rada (immerhin einem Organ auf der Seite des Kriegsgegners) jegliche Unterstützung zu und gab die Unabhängigkeitsforderung auf. Die in der Resolution erscheinende Wendung von einer »Freien Ukraine« (vil'na Ukraïna) war nicht notwendigerweise national zu interpretieren.<sup>502</sup>

Terlečkyj erklärte diesen Umschwung auch damit, daß mit dem Abgang jedes Kontingents die Zahl der »bewußten Ukrainer« in den Lagern geringer wurde und die

<sup>498</sup> Vermerk Jordan, 18.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 129-130. – Die Reise wäre kaum erfolgversprechend gewesen, da die Mala Rada im Mai 1917 den Beschluß gefaßt hatte, bis zum Kriegsende mit dem BBU in keine Beziehungen zu treten. Hruševskýj bestätigte dies im August noch einmal (Nova Rada 118/22.8.1917, nach PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 17, Bl. 94). Einem fragwürdigen Bericht des französischen Journalisten Pélissier nach soll Skoropys der Rada Geld gesandt haben, welches Hruševskýj jedoch zurückgeschickt habe; auch hätten sich Hruševskýj und Vynnyčenko ausdrücklich gegen den »Abenteurer« Stepankivskýj ausgesprochen (Dietrich von Bethmann Hollweg [Bern] an Reichskanzler, 3.11.1917, ebd., Bd. 18, Bl. 140-141). Bei Sribnjak wird das Scheitern Skoropys' nicht erwähnt (Sribnjak, Poloneni, S. 37).

<sup>499</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 350.

<sup>500</sup> Ebd., S. 350-352.

<sup>501</sup> Ebd., S. 352-354.

<sup>502</sup> Ebd., S. 356.

Verfechter einer russischen Orientierung relativ an Bedeutung gewannen. Die Rastatter Neuwahlen der HR und HS im Oktober 1917 spiegelten die Wendung wider.<sup>503</sup> Erst mit dem Nahen des Brester Friedens änderte sich die Stimmung erneut.

Skoropys hatte inzwischen erfahren, daß er Stepankivskyj (bzw. seiner eigenen Geschwätzigkeit) den Mißerfolg seiner Pläne verdankte, von Romberg wiederum war wütend, weil Stepankivskyjs Kontakte zu den Deutschen und sogar der Deckname (Stefan) durch Skoropys publik gemacht worden waren. Er vereinbarte für Stepankivskyj rasch einen neuen Decknamen (Herr Miethe), hielt seinen Informanten aber nun für kompromittiert. Die Nutzung rivalisierender ukrainischer Verbindungsleute hatte damit erstmals zu Problemen geführt. Das Ukrainische Büro in Lausanne distanzierte sich förmlich von Skoropys, um dem britischen Vorwurf zu begegnen, daß die ganze ukrainische Bewegung ein deutsches Manöver sei – einerseits wurde damit Stepankivskyjs Kontaktaufnahme mit den Briten gefördert, andererseits beeilte sich Tyškevyč zu versichern, man habe dies »nur höchst ungern« getan, weil es ja als »deutschfeindlich ausgelegt werden« könne.<sup>504</sup> Klar war, daß es sich die Independentisten mit keinem der möglichen Sieger verderben wollten.

Die Gesandtschaft in Bern war im Mai 1917 bereit, Stepankivskyjs Mission in Abstimmung mit von der Ropp zu unterstützen. Von der Ropp schlug sogar vor, Stepankivskyj für den Fall, daß sich die Ukraine von Rußland lösen sollte, zur Erklärung zu ermächtigen, Chelm und Wolhynien würden dem neuen Staat von den Mittelmächten abgetreten. Sollte die Ukraine hierzu »nicht über genügende militärische Machtmittel« verfügen, sollte »die Loslösung der Ukraine durch den Einmarsch der deutschen Heere bis zum Dnepr ermöglicht und dieser Einmarsch durch eine ausgebreitete Agitation des Herrn [Stepankivskyj] vorbereitet werden«. *L'Ukraine* sollte gar Amtsblatt der ukrainischen Regierung werden.<sup>505</sup>

Da nahezu alle von der Berner Gesandtschaft nach Berlin weitergeleiteten Informationen von Stepankivskyj gestammt hatten<sup>506</sup>, sank das Niveau der deutsch-ukrainischen Kontakte, als Stepankivskyj nach Stockholm abreiste.<sup>507</sup> Zwar finanzierte man weiterhin das Ukrainische Büro in Lausanne, das nun von Louis Graf Talleyrand-Périgord (1867-1951) (Tarnname in den deutschen Akten: Herr Löhnert) geleitet wurde, aber von Romberg deutete Kündigungsmöglichkeiten an, auf die er später nur verzichtete, weil dann vielleicht die Entente, die sich nach dem Oktoberputsch der Bolševiki für eine die zarischen Verbindlichkeiten anerkennende Ukraine zu interes-

<sup>503</sup> Ebd., S. 353-358.

<sup>504</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 22. 5. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 24. Dito, 27.6.1917, ebd., Bl. 178. Dito, 1.8.1917, Bd. 14, Bl. 214.

<sup>505</sup> Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg (Reichskanzler), 23.5.1917, ebd., Bd. 13, Bl. 48-50, hier S. 49-50.

<sup>506</sup> »Ich sehe die Reise des Herrn Miethe [=Stepankivskyj] sehr wenig gern. Er wird mir während seiner [...] Abwesenheit sehr fehlen«; von Romberg an Reichskanzler, 27.6.1917, ebd., Bl. 178.

<sup>507</sup> Dies war den deutschen Diplomaten klar, weshalb auch Dietrich von Bethmann Hollweg auf diese »Informationsquelle ersten Ranges« nur »ungern verzichten« wollte (Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg (Reichskanzler), 23.5.1917, ebd., Bl. 48-50, hier S. 49). Von Romberg hielt die weiter erscheinenden Informationsschriften für »zwar nicht ungünstig, [...] aber doch eher farblos«, auch ließen sie »die deutschfreundliche Orientierung vermissen, die ihnen zu Herrn Miethe's [Stepankivskyjs] Zeiten im allgemeinen beiwohnte« (von Romberg an Reichskanzler, 30.11.1917, ebd., Bd. 19, Bl. 109-111).

sieren begonnen hatte, ein eigenes Ukrainisches Büro hätte aufmachen können.<sup>508</sup> *L'Ukraine* erschien weiterhin mit der Herausgeberangabe »Stepankowski«, und die Bulletins des Lausanner Büros wurden regelmäßig nach Berlin geleitet, aber das Berliner Interesse war gering.<sup>509</sup> Stockholm war nun der Ort, wo die konspirativen Aktivitäten und politischen Planungen bezüglich Rußlands stattfanden.<sup>510</sup> An Versuchen, eine weitere Nationalitätenkonferenz auszurichten, erklärte sich Berlin desinteressiert.<sup>511</sup>

In Stockholm fand sich auch Mykola Zaliznjak ein. Einerseits wollte er von dort Kontakte zu den ukrainischen Sozialrevolutionären in Kiew aufnehmen und seine Broschüren absetzen, die er in Österreich veröffentlicht hatte, zum anderen versuchte Vasyľ'ko ihn neuerlich für seine Pläne zu nutzen. Vasyľ'ko soll sich bei Graf Czernin dafür eingesetzt haben, Zaliznjak samt seiner Literatur nach Stockholm fahren zu lassen. Unter Umgehung von Jevhen Petruševyč, dem Vorsitzenden der ukrainischen Parlamentsgruppe, stellten Vasyľ'ko, Kost' Levyčkyj und Jevhen Olesnivskyj (1860-1917) Zaliznjak eine Vollmacht aus, im Auftrag der Ukrainer Galiziens und der Bukowina mit Kiew in Verbindung zu treten. Zaliznjak reiste mit einem österreichischen diplomatischen Laissez-Passer unter dem Namen Mykola Savvskyj. Seinen eigenen fragwürdigen Angaben nach nahm er mit Hruševskyj und Vynnyčenko in Kiew Kontakt auf.<sup>512</sup>

Mit der Schließung ihres Berner Büros verschwand die ukrainische Komponente aus der Arbeit der »Liga der Fremdvölker Rußlands«. An den nachfolgenden Denkschriften der Liga waren keine Ukrainer mehr beteiligt. Die Versuche, Skoropys für

<sup>508</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 27. 6. 1917, ebd., Bd. 13, Bl. 178. – Die unbeholfene Tarnung der Finanzierung wurde fortgesetzt: Von Romberg hielt gegenüber Talleyrand-Périgord den Eindruck aufrecht, die von ihm dem Ukrainischen Büro übergebenen Mittel stammten von Stepankivskyj, weil letzterer von Stockholm und Rußland aus keine direkte Verbindung mit Lausanne habe. Daß bei monatlich übermittelten 5000 Schweizer Franken die Deutschen doch wohl irgendetwas mit dem Büro zu tun haben müßten, stand zu dieser durchsichtigen Täuschung offenbar in keinem Widerspruch (von Romberg an Reichskanzler, 30.11.1917, ebd., Bd. 19, Bl. 109-111; U.St.S. an Gesandten Bern (Entwurf), 18.12.1917, ebd., Bl. 200).

<sup>509</sup> »Infolge der Abwesenheit des Herrn Miethe [= Stepankivskyj] enthält die Zeitung keine Originalnachrichten und beschränkt sich auf die Wiedergabe zahlreicher Zeitungsnachrichten« (von Romberg an Reichskanzler, 28. 7. 1917, ebd., Bd. 14, Bl. 155).

<sup>512</sup> Im Zusammenhang mit Stepankivskyjs Reise wurde die Drehscheibenrolle Stockholms deutlich: Stepankivskyj wollte von dort aus mit Rußland Kontakt aufnehmen (von Romberg an Reichskanzler, 27.6.1917, ebd., Bd. 13, Bl. 178). Mitte Juli 1917 eröffnete er in Stockholm eine Filiale des Ukrainischen Büros in der Schweiz (Deutsche Gesandtschaft Stockholm [Stobbe] an Reichskanzler Michaelis, 27.7.1917, ebd., Bd. 14, Bl. 124). Vgl. auch, wie Falk Schupp den BBU diffamieren wollte: Skoropys habe sich nach Stockholm begeben, um »dort an dem nutzlosen Geschwätz europäischer Ballonmützenträger teilzunehmen« (Falk Schupp, »Denkschrift über neue Arbeitsziele des Verbandes »Ukraine«, [März 1917], ebd., Bd. 16, Beilage 5, Bl. 14-24, hier Bl. 20).

<sup>511</sup> Vgl. Zetterberg, Liga, S. 239-241.

<sup>512</sup> Vgl. Mykola Zaliznjak, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytovskomu«, in: Ivan Kedryn (Hrsg.), Berestejskyj Myr 1918-1928. L'viv/Kyiv 1928, S.45-142, hier S. 50-54, 61-62. – Immerhin merkte er an, daß er auf die übersandte Literatur und die übermittelten Kontaktwünsche der Österreicher keine Antwort erhielt; die Sendungen dürften wohl kaum die Zensurstellen passiert haben. Ungeachtet dessen beschuldigte er Hruševskyj eines »schwachen national-staatlichen Bewußtseins«, weil er nicht über ihn mit den Österreichern in Verbindung getreten sei (Ebd., S. 62-63).

die Liga zu gewinnen, scheiterten am Einspruch des AA, da dessen Sympathien für Deutschland zu bekannt seien. Die Liga verlor 1917 ihre Bedeutung.<sup>513</sup>

Unter den deutschen Interessenten an einer Schwächung Rußlands erweckte die Februar-Revolution Hoffnungen nicht nur hinsichtlich einer Revolutionierung durch Sozialisten, sondern auch durch ukrainische Separatisten. In einer durch das Berliner Büro Hans F. von Eckardts erstellten Denkschrift wurde die Organisation separatistischer Organe in Kiew als das »wichtigste aller russischen Reichsprobleme« gedeutet. Der Schluß hieraus war einfach: »Ganz abgesehen davon, daß jede Schwächung Rußlands ein Ziel der deutschen Politik sein muß, entspricht die Richtung der ukrainischen Bewegung ganz den Intentionen der deutschen Kriegsziele.« Da es keinerlei Gegensätze zwischen deutschen und ukrainischen Zielen gebe und die Ukrainer »im Kampf gegen das Russentum darauf angewiesen [seien], Freundschaften zu suchen«, da zudem der ukrainische Nationalkongreß den deutschen Kolonisten in der Ukraine ihre Rechte wiedergegeben habe, sollte man sich in Verhandlungen mit den Russen für ukrainischen Separatismus einsetzen. Das würde den Deutschen wegen ihres Eintretens für das Selbstbestimmungsrecht der Völker »moralisch eine glänzende Position schaffen« – und bei Aussichtslosigkeit solcher Verhandlungen könnte der Krieg immer noch »am einfachsten durch einen Einmarsch in die Ukraine« beendet werden. »Das deutsche Heer müßte als Befreier erscheinen, es müßte den Ukrainern die Selbständigkeit versprechen und gewährleisten.«<sup>514</sup> Von Seiten des deutschen Denktrasts wurde nun – erst im Anschluß an die Februar-Revolution – das Konzept empfohlen, das im folgenden Jahr umgesetzt und gleich wieder zunichte gemacht werden sollte.<sup>515</sup>

In Wien war man anderer Ansicht. Im Juni 1917 hatte der Lemberger Polizeipräsident konstatiert, daß die Ereignisse in der russländischen Ukraine die Ukrainer in Galizien gestärkt hätten. Da sie der Meinung seien, die Lage in Österreich dürfe schließlich nicht schlechter als in Rußland sein, führe dies dazu, daß die Forderungen an die Österreicher nun mit größerem Nachdruck vorgetragen würden.<sup>516</sup> Das Außenministerium bemerkte im August den Unterschied: 1914 hätten die rußländischen Ukrainer in Wien eine Stütze gegen die großrussische Unterdrückung gesehen. »Tatsächlich hat es den Anschein, als ob die derzeitigen russischen Machthaber den ukrainischen Gebieten des russischen Reiches so weitgehende nationale und politische Sonderrechte einzuräumen bereit wären, an welche die seitens der k. k. Regierung den hierländischen Ukrainern etwa zu gewährenden Freiheiten nicht annähernd heranrei-

<sup>513</sup> Vgl. Zetterberg, Liga, S. 219, 223, 225. – Ungeachtet ihrer immer geringer werdenden Bedeutung, setzte Deutschland die Finanzierung bis zum November 1918 über das Bankhaus Warburg fort; vgl. Zetterberg, Liga, S. 256. Von der Ropp hielt die Liga erst 1918 für »überflüssig« (Zwischen, S. 130).

<sup>514</sup> Denkschrift Hans F. von Eckardt, »Die Ukraine und ihre Bedeutung für Deutschland«, Mai 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 25-38, hier Bl. 9, 37-38. – Dies entsprach wohl auch der eigentlichen Zielsetzung von der Ropps, der aber in seinen Memoiren beklagte: »Was Deutschland mit der einen Hand befreite, verdarb es mit der anderen. Immer wieder dieses unselige Erzwingen und Gewaltanwenden, das Fehlen an psychologischem Verstehen und darum die Unfähigkeit zu gewinnen« (Zwischen, S. 116).

<sup>515</sup> In dieser Hinsicht war Deutschland nun tatsächlich bereit, die separatistischen Forderungen zu unterstützen (vgl. Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 85).

<sup>516</sup> Vgl. Janusz Gruchala, »Austro-Węgry a sprawa ukraińska w latach I wojny światowej«, Studia Historyczne 28 (1985), S. 557-576, S. 570.

chen könnten, wenn anders die Einheit des öst. Staates nicht gefährdet werden soll.« Bei der neuen Lage könnten sich nun umgekehrt die österreichischen Ruthenen zu ihren »Stammesgenossen in Rußland hingezogen fühlen«, was gefährlich wäre, da die Rada »alles eher als [eine] der [k.u.k.] Monarchie freundlich gesinnte politische Richtung einzuschlagen gesonnen« sei. Man habe sich daher zu einer »dilatatorische[n] Behandlung der ukrainischen Frage« entschlossen, bei der man eine wohlwollende Haltung beibehalten wolle, »wobei das Maß der den Ukrainern gewährten Unterstützung jedoch keinesfalls zu überschreiten« sei.<sup>517</sup>

Auch der deutsche Botschafter in Wien, Botho Friedrich Graf von Wedel (1862-1943), stellte fest, daß das österreichische Interesse an den independentistischen Ukrainern erloschen sei, seit man eine Irredenta zu fürchten habe. Partiiell hielt man die Ukrainer auch für Autonomisten, die sich nicht ganz von Rußland lösen wollten, so daß eine Vereinigung Ostgaliziens mit der rußländischen Ukraine ein neues Rußland stärken würde. Dabei hielt von Wedel die Nutzung der Ukrainer durch Deutschland jedoch weiterhin für wichtig: Zum einen werde die Verwirrung in Rußland erhöht und der Friedensgedanke gestärkt, »da die Ukrainer ein friedliebendes Volk sind«. Immerhin habe es den Anschein, »als sei die Arbeiterschaft in Rußland nicht stark genug, um die Oberhand zu gewinnen. Vielleicht erweisen sich die nationalen Bewegungen als stärker; die finnische und die ukrainische müßten daher unsererseits gefördert werden.« Der zweite Vorteil liege in der Gegnerschaft zu den Polen: »Die Polen fürchten kein Volk mehr als die Ukrainer«, schrieb Wedel nach Berlin.<sup>518</sup>

Während also die Österreicher 1917 wieder auf die polnische Karte setzten, erwarben die Ukrainer gerade wegen ihrer antipolnischen Affekte für die Deutschen, die mit der Polenproklamation von 1916 gescheitert waren, Bedeutung.<sup>519</sup> Nun war die Haltung zur Ukraine-Frage also von Faktoren bestimmt, die sich aus der Polenpolitik ergaben (s. S. 216).

Die Kontaktaufnahme des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Albert Südekum (1871-1944) mit Vasyľ'ko – wie Jordan für das AA stolz vermerkte, »auf unsere Veranlassung«<sup>520</sup> – folgte dem Bestreben, sich nun auch politisch um die Ukraine zu kümmern. Für Südekum waren die »Vorgänge in Polen« der Grund, »in der ukrainischen Sache keine Zeit mehr [zu] verlieren«.<sup>521</sup>

Zaliznjak gab den Versuch nach Kiew zu gelangen im Sommer 1917 zunächst auf, als sein Bruder Volodymyr (1895 – ?), einer der Sekretäre der »Kleinen Rada«, nach Stockholm kam und Mykola eröffnete, in Kiew herrschten nicht so sehr das Generalsekretariat wie »Moskowiter und Juden« und die würden ihn gleich verhaften.<sup>522</sup> Stepankivskyj fuhr tatsächlich über Berlin und Stockholm in die neue Provisorische

<sup>517</sup> K.u.k. Ministerium des Äußern an Ritter von Storck, 31.8.1917, Hornykiewicz I, Dok. 88, S. 228-230.

<sup>518</sup> Von Wedel an Reichskanzler, 5. 8. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 1-2.

<sup>519</sup> Vgl. Beyer, Mittelmächte, S. 19.

<sup>520</sup> Deutsche Botschaft Wien (Wedel) an Reichskanzler, 5. 8. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 1-2. – Damit entspricht die Quellenlage der im übrigen polemischen Darstellung von Hans Radandt (»Neue Dokumente über Albert Südekum [II]«, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 [1956], S. 762-765, hier S. 762).

<sup>521</sup> Südekum an von Bergen, 27.7.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 121.

<sup>522</sup> Mykola Zaliznjak, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytovskomu«, in: Ivan Kedryn (Hg.), Berestejskyj Myr 1918-1928. L'viv/Kyiv 1928, S.45-142, hier S. 76.

Republik; Skoropys blieb auf der deutschen Seite der Front und gelangte wohl erst nach dem Friedensschluß in die Ukraine.<sup>523</sup>

Die Rußlandreise Stepankivskyjs zeigte die Doppelbödigkeit der deutschen Aktivitäten. Die deutsche Gesandtschaft in Bern schlug dem AA vor, die Reise mit 500.000 Schweizer Franken zu unterstützen,<sup>524</sup> dagegen warnte Zaliznjak, inzwischen Exponent Vasyľ'kos und der österreichischen Ruthenen in Stockholm, vor Stepankivskyj: Dieser habe ihm erklärt, sich an die Engländer anlehnen zu wollen, die nunmehr beabsichtigten, die »Fremdvölker« Rußlands zu fördern. Auch den Vertretern der Liga der Fremdvölker Rußlands sagte Stepankivskyj, er wolle einen britischen Paß annehmen, da »er ja jetzt unterwegs in ein Ententeland sei«.<sup>525</sup> Die deutschen Diplomaten in Stockholm waren beunruhigt, nicht jedoch die Referenten im AA.<sup>526</sup> Dort wuchs das Interesse an den ukrainischen Separatisten, als im Juni 1917 der Dozent Axel von Freytagh-Loringhoven (1878-1942) Jordan einen Schriftsatz überreichte, Aleksandr Kerenskij (1881-1970) plane, auf die ukrainischen Autonomiewünsche einzugehen und die Ukrainer unter Hinweis auf die österreichische Polenfreundlichkeit für Rußland zu gewinnen. Der Verfasser meinte, daß diese Gefahren

»durch rechtzeitiges Handeln ausgeschaltet werden können. [...] Entschlossenes Zugreifen seitens Deutschlands unter Anerkennung der vollen ukrainischen Selbständigkeit, Zusicherung des Cholmgebiets und Ostgaliziens, [...] und Abgabe bestimmter Versprechungen, die

<sup>523</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 1.8.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 214. – Terleckyjs Feststellung, Skoropys habe im Juni 1917 Deutschland verlassen, ist daher partiell irreführend. Es waren zunächst die Deutschen, die die Reise Skoropys' behinderten, die Verweigerung der Durchreise durch Petrograd kam erst später hinzu. Jedenfalls blieb das »Mandat« der Gefangenen wertlos (Terleckyj, *Istorija*, S. 401).

<sup>524</sup> Man hielt Stepankivskyj gar »nach mehrjähriger Beobachtung für einen in jeder Hinsicht vertrauenswürdigen Mann von erprobter Zuverlässigkeit und deutschfreundlicher Gesinnung« (Dietrich von Bethmann Hollweg, Bern an Theobald von Bethmann Hollweg (Reichskanzler), 23.5.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 48-50, hier S. 50). Tatsächlich wurden 500.000 Mark bewilligt, und auch der Diplomat Steinwachs in Stockholm erklärte: »Ich halte sehr viel von Stepankowski. [...] Je mehr man mit ihm zu tun hat, umso besser gefällt er uns« (Steinwachs an von Bergen, 12.8.1917, ebd., Bd. 15, Bl. 47-48).

<sup>525</sup> Carl von Schubert an Diego von Bergen, 30.6.1917, PAAA, Gesandtschaft Bern, 11a Step. Bd. 15; Zaliznjak an Vasyľ'ko, 10.7.1917, HHStA, P.A. I, 1042, Krieg 58; Tagebuch Gummerus 16.7.1917, alle nach Zetterberg, *Liga*, S. 228-229. – Stepankivskyjs Interesse an britischen Kontakten ist glaubhaft, da er auch seinem deutschen Förderer von Romberg gegenüber von dem ihm zugespielten Gerücht berichtete, Großbritannien wolle nunmehr auf die Teilung Rußlands und die Selbständigkeit seiner kleineren Nationalitäten hinarbeiten und habe bereits mit der Ukraine Verbindungen angeknüpft. Dem deutschen Gesandten wollte Stepankivskyj damit andeuten, »daß es für Deutschland die höchste Zeit sei, mit der Ukraine ebenfalls in Fühlung zu treten« (Romberg an Reichskanzler, 29. 6. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 188).

<sup>526</sup> Stepankivskyj soll Zaliznjak angeboten haben, ihm über die Briten einen russischen Paß zu beschaffen. Außerdem habe er erklärt, England werde politisch den Krieg gewinnen; auch der unierte Metropolit Šeptyčkyj und der Slavist und Historiker Übersberger, der bei der österreichischen Gesandtschaft in Stockholm als »Rußland-Beobachter« tätig war, bezeichneten Stepankivskyj als »gefährlich und unzuverlässig«. Als der deutsche Gesandte in Schweden Stobbe in Deutschland anfragte, ob der »auf großem Fuß« lebende und »in Bewirtung von hier anwesenden Agenten« sehr freigebige Stepankivskyj »zur Zeit noch von deutscher oder österreichischer Seite Geldmittel erhält«, merkte Diego von Bergen am Rand an: »Es dürfte sich empfehlen, hierauf nicht zu antworten«. (Deutsche Gesandtschaft Stockholm an Reichskanzler, 23.7.1917, ebd., Bd. 14, Bl. 76).



die Sicherung der Ukraine gegen polnische Ansprüche gewährleisten würden, könnten zu einem Sonderfrieden mit der Ukraine führen [...]«

Jordan hielt diesen Vorschlag für »sehr beachtenswert«. Er sah den Abfall der »Fremdvölker« im Bereich des Möglichen, »falls Wien zur Überlassung Ostgaliziens an die Ukraine zu gewinnen ist«. Dazu müsse man aber nicht nur Kerenskij, sondern auch »englischen Machenschaften« möglichst zuvorkommen.<sup>527</sup> Und zu so etwas war nach Meinung der Deutschen niemand anders als Stepankivskýj imstande.<sup>528</sup> Daher scherte man sich nicht um die Einwände seiner Neider.

Zaliznjak besaß zwar die Unterstützung Vasyľ'kos, aber mit anderen österreichischen Ruthenen kam er viel schlechter aus. In seinen Erinnerungen kritisierte er die Galizier, die sich in Rußland überhaupt nicht auskannten und ihn mit allerlei »schmutzigen Unternehmungen« auszuschalten versuchten. L'onhyn Cehel'skýj habe die Bildung des regierungsähnlichen Generalsekretariats in Kiew zunächst gar für eine Erfindung des »bezahlten Agenten der österreichischen Regierung Zaliznjak« gehalten, verloren die Galizier so doch ihre führende Rolle.<sup>529</sup>

Der deutsche Gesandte in Schweden Stobbe schätzte Zaliznjak »nicht direkt als deutschfreundlich« ein, aber jener hielt Deutschland für den natürlichen Verbündeten der Ukraine, die seiner Aussage nach »nicht ohne eine Anlehnung an eine Großmacht bestehen kann, wenn sie nicht fortwährend russischen Bedrohungen ausgesetzt sein will.« Der Sozialrevolutionär war dabei gegen einen Einmarsch der Mittelmächte in die Ukraine – und entsprach damit der neuen Haltung auch der anderen ukrainischen Lobbyisten in Mitteleuropa.<sup>530</sup> Dies hinderte ihn nicht an polemischen Auseinandersetzungen: Den BBU, dem er später immerhin zubilligte, einst das gleiche wie er gewollt zu haben, beschrieb er (nicht zu unrecht) als eine Gruppe von vier unwissenden Leuten, von denen zwei im Auftrage des preußischen Kriegsministeriums tätig seien, die gut daran täten, sich auf die Gefangenenlager zu beschränken und einer politischen Tätigkeit in der Ukraine zu enthalten. Aber die Ein-Mann-Gruppe Zaliznjak wußte selber auch wenig über die inneren Verhältnisse in der Ukraine: So bezeichnete er Armee wie Kirche als vollständig ukrainisiert und widersprach Hruševskýj: »Wir betrachten diese Fremdvölker (Groß-Russen, Mohamedaner, Juden und andere) nur als geduldet« und »Unser Erbfeind sind die Polen« hieß es in einer Denkschrift für die Deutschen, in der er auch für deutsche »Kapitalgewährung« warb.<sup>531</sup>

Den Deutschen bot er einerseits an, Broschüren »welche in ukrainischer Sprache die Ziele der Zentralmächte bezüglich der Ukraine darlegen« nach Rußland gelangen zu lassen, andererseits erbat er Hilfe für den Transfer von Sozialrevolutionären aus der Schweiz nach Schweden und in die Ukraine, wo sie dann »die deutsche Regierung über die Ereignisse in der Ukraine informieren« würden.<sup>532</sup> Nach Stepankivskýjs Abreise übernahm Zaliznjak die Leitung des Stockholmer Ukrainischen Büros, ließ sich von

<sup>527</sup> Schriftsatz Freytagh-Loringhoven, Vermerk Jordan, 27. 7. 1917, ebd., Bl. 86.

<sup>528</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 1. 8. 1917, ebd., Bl. 213.

<sup>529</sup> Mykola Zaliznjak, »Moja učast' u myrovych perehovorach v Berestju Lytov'skomu«, in: Ivan Kerdryn (Hg.), Berestejskýj Myr 1918-1928. L'viv/Kyiv 1928, S.45-142, hier S. 56-57.

<sup>530</sup> Deutscher Gesandter Stockholm (Stobbe) an Reichskanzler, 2.8.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 147-149. Bestätigt in Zaliznjak, »Moja učast'«, S. 59.

<sup>531</sup> Aufzeichnung Zaliznjak, undat. [2.8.1917], PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 14, Bl. 200-206.

<sup>532</sup> Stobbe an Trautmann, 17. 8. 1917, ebd., Bd. 15, Bl. 110-111.

den Deutschen ausstatten und finanzieren, auch wenn die Deutschen bald erkannten, daß er wenig leistete.<sup>533</sup> Auch die Finanzierung eines Wiener Ukrainischen Büros erfolgte über Stockholm mit deutschem Geld. Dessen Leiter Marko Bardach kooperierte mit Zaliznjak und Stepankivskýj, jedoch in der Person des zeitweiligen Chefredakteurs des *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny*, Volodyslav Biberovyč (1889-?), auch mit dem BBU.<sup>534</sup> Dabei arbeitete Zaliznjak weiterhin mit Vasyľ'ko zusammen, mit dem Südekum inzwischen neben einer Unterstützung in Höhe von 50.000 schwedischen Kronen auch die Lieferung einer deutschen Druckerei- und Büroausstattung vereinbart hatte.<sup>535</sup> Die deutschen Vertreter in Stockholm waren zwar bereit, Zaliznjak zu unterstützen, nicht jedoch Vasyľ'ko, dem sie zutrauten, deutsches Geld »für alle möglichen Zwecke, nur nicht für die, die im Interesse *unserer* Politik in der Ukraina liegen, [zu] benützen«. <sup>536</sup> Den Diplomaten erschien also der Sozialrevolutionär vertrauenswürdiger als der reiche Konservative. Beide verfolgten jedoch dasselbe Ziel – auch indem beide davor warnten, Skoropys zu fördern, da die Tätigkeit des BBU »in Kiew kompromittierlich wirken könnte«. <sup>537</sup> Anfang 1918 berichtete die Gesandtschaft nach Berlin, Zaliznjak wolle die Verbindung nach Österreich lösen – er habe sich ganz deutscher Kontrolle unterworfen. Dies war jedenfalls insofern unrichtig, als Zaliznjak bald darauf mit Vasyľ'kos Hilfe zu den Brester Friedensverhandlungen fuhr. Über Stockholm wurde deutsches Geld an die ukrainischen Sozialdemokraten nach Kiew geschickt, während die Entente die Sozialföderalisten unterstützte.<sup>538</sup>

Stepankivskýj reiste am 19. August 1917, versehen mit einem auf Anordnung der Provisorischen Rußländischen Regierung ausgestellten Paß<sup>539</sup> und mindestens 200.000 schwedischen Kronen vom AA. Er hatte den Auftrag, in Kiew eine »Sondergesandtschaft zusammenzubekommen, die mit uns zu verhandeln und abzuschließen bevollmächtigt ist«. <sup>540</sup> Damit war ein Sonderfriede mit der Ukraine erstmals als deutsches politisches Ziel angesprochen. Bis Kiew kam er aber gar nicht, und sein Aufenthalt in Rußland dauerte länger als die geplanten sechs Wochen.<sup>541</sup> In Petrograd wurde Stepankivskýj im September 1917 verhaftet<sup>542</sup> und erst nach dem Umsturz der Bol'seviki

<sup>533</sup> Hierzu paßt, daß es der österreichische Ministerrat ablehnte, die »Nachrichten des Ukrainischen Bureaus in Österreich« zu abonnieren. Der praktische Nutzen dieser Institutionen war gering, Finanzierungen waren immer eher als Zukunftsoptionen zu interpretieren (Vgl. Wolfdieter Bihl, »Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918«, Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 14 (1966), S. 51-62, hier S. 62).

<sup>534</sup> Vgl. ebd., S. 61-62.

<sup>535</sup> Südekum an von Bergen, 10. 11. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 19, Bl. 7.

<sup>536</sup> Steinwachs an An. (Privatbrief), 26.10.1917, ebd., Bd. 18, Bl. 71-73.

<sup>537</sup> Südekum an von Bergen, 10. 11. 1917, ebd., Bd. 19, Bl. 7.

<sup>538</sup> Steinwachs an Außenminister, 4. 1. 1918, ebd., Bd. 20, Bl. 171-173.

<sup>539</sup> Stobbe an Trautmann, 17. 8. 1917, ebd., Bd. 15, Bl. 110-111.

<sup>540</sup> Von Hülsen an von Bergen, 13. 8. 1917, ebd., Bd. 15, Bl. 39. Steinwachs an von Bergen, 12. 8. 1917, ebd., Bl. 47. Vermutlich stützt sich darauf die Behauptung Czernins, Deutschland stehe mit den ukrainischen Separatisten seit dem Sommer 1917 in Verbindung. Mit denjenigen im Ausland gab es die Kontakte seit 1914, mit den Kiewern erst später (Vgl. Ottokar Graf von Czernin, Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919, S. 327; Grelka, Nationalbewegung, S. 77).

<sup>541</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 27. 6. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 13, Bl. 178.

<sup>542</sup> Deutscher Gesandter Stockholm (Stobbe) an Reichskanzler, 6.10.1917, ebd., Bd. 16, Bl. 81. – Stobbe vermutete wohl nicht zu Unrecht, die russische Gesandtschaft in Stockholm habe Stepankivskýj bewußt nach Rußland locken wollen.

aus dem Gefängnis, wo er mit Leo Trockij (1879-1940) in einer Zelle gesessen haben soll, wieder entlassen.

Ende November 1917 reiste Stepankivskýj dann nach Großbritannien, von wo aus er sich mit einer Postkarte in der Schweiz zurückmeldete. Die deutschen Befürchtungen, er werde in London unter Zwang festgehalten,<sup>543</sup> erwiesen sich bald als grundlos. Im Gegenteil: Stepankivskýj versuchte nun, da Briten wie Franzosen sich für die Ukraine zu interessieren begannen, durch jene seinem Ziel näherzukommen.<sup>544</sup> Ende 1917 hatten Großbritannien und Frankreich ihre Haltung gegenüber den ukrainischen Separatisten partiell revidiert. Eigentlich an der Festigung eines antibolschewistischen Rußland interessiert, betrieben sie halbherzig eine Politik, die die Ukrainer anzuerkennen bereit war, solange sich die Selbständigkeit der Ukraine im Rahmen eines föderativen rußländischen Staates bewegte. Von der Ukraine aus sollte so ein neues antibolschewistisches Rußland entstehen. Die Nachricht über die Beteiligung der UNR an den Brester Verhandlungen beendete diese Politik Anfang 1918 und eröffnete ein breites Feld für Interpretationen, ob Entente-Regierungen nun tatsächlich die ukrainische Staatlichkeit anerkannt hätten oder nicht.<sup>545</sup>

Stepankivskýj wäre sich selbst wohl untreu geworden, wenn er nicht wieder mit mehreren Blättern gespielt hätte. Beamte des Foreign Office versuchte er zu britischer Unterstützung für das »russische Volk« gegen den Petrograder Zentralismus zu motivieren: Die Völker Rußlands würden pro-britisch werden, sobald ihnen klar würde, daß »the German policy with regard to them is purely selfish, and that the expansion of the German power is a mortal danger to them«.<sup>546</sup> In einem weiteren Gespräch regte er an, Großbritannien möge die Ukraine de facto anerkennen, ihr einen Seezugang garantieren und die Ukrainische Regierung unterstützen.<sup>547</sup> Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß Stepankivskýj keineswegs von der ukrainischen Regierung bevollmächtigt war, diese Kontakte aufzunehmen.

Den Briten war Stepankivskýjs Tätigkeit im deutschen Interesse wohl bekannt; zwar befanden sie, daß man mit ihm vorsichtig umgehen müsse, aber seine Vorschläge prüfen wollte man schon. Sir George Clerk, seit 1914 Chef des War Department im Foreign Office, erklärte: »His policy agrees with ours and I think that he might well be used to assist in carrying it out.«<sup>548</sup>

<sup>543</sup> Schubert an von Bergen, 11. 1. 1918, ebd., Bd. 21, Bl. 45.

<sup>544</sup> Romberg an Reichskanzler, 21. 12. 1917, ebd., Bd. 19, Bl. 236. – Riezler (Stockholm) an Reichskanzler, 30.12.1917, ebd., Bd. 20, Bl. 72.

<sup>545</sup> Vgl. Wolodymyr Kosyk, *La politique de la France à l'égard de l'Ukraine. Mars 1917 – Février 1918*. Paris 1981, S. 206-208, 263-264; Frank Golczewski, »Die Ukraine und die Oktoberrevolution«, in: Holm Sundhaussen/Hans-Joachim Torke (Hg.), *1917-1918 als Epochengrenze?* Wiesbaden 2000, S. 135-153, hier S. 148-149.

<sup>546</sup> Stepankivskýj an Sir Ronald Graham, Memorandum, 11. 12. 1917, Public Record Office London, Foreign Office (PROLFO) 371/3000, No. 236330, zit. nach Hoffman, »Stepankovsky«, S. 600. – In Bern zurück versuchte Stepankivskýj den Eindruck zu erwecken, er habe mit Lloyd George und Balfour selber konferiert und den Deutschen einzureden, die Briten fürchteten den deutschen Einfluß in der Ukraine und würden die Blockade gegen den Vierbund nach einem Sonderfrieden mit der Ukraine abbrechen (von Romberg an AA, 30.1.1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 21, Bl. 174). Die Mitteilung sollte die Deutschen zu einem Friedensschluß drängen.

<sup>547</sup> Sir George Clerk, Note, 28.12.1917, PROLFO 371/3283, No. 3765, zit. nach Hoffman, »Stepankovsky«, S. 601.

<sup>548</sup> Ebd., zit. nach Saunders, »Britain«, hier S. 63.

In England verkannte man jedoch die Komplexität der russländischen Situation und operierte mit nur scheinbar einleuchtenden Denkschemata. Der britische Major J. K. L. Fitzwilliam berichtete am 17./18. Dezember 1918 aus Kiew mit einem Bild aus der Welt des Pferderennens: Wenn man die Ukrainer unterstütze, sei es so wie »backing a possible non-starter at long odds in the hope of getting a winner and thereby making a great coup«. Er empfahl genau dies: Die prodeutsche Einstellung der Ukrainer sei eine Sache der Vergangenheit, und nicht mehr sie, sondern die Bol'seviki ständen nun unter deutschem Einfluß.<sup>549</sup> Daß sowohl Ukrainer als auch Bol'seviki deutschen Wünschen entsprechen würden und trotzdem miteinander verfeindet bleiben könnten, kam den Briten nicht in den Sinn.

Großbritannien stützte nun Frankreichs Anerkennungspolitik gegenüber der Ukraine, die aber nur so lange tragfähig blieb, bis klar wurde, daß die Ukrainer geringere Differenzen mit den Mittelmächten als die Bol'seviki hatten. Nun wandte sich die Entente von ihnen wieder ab. Mitte Januar 1918 berichtete der britische Beobachter aus Kiew, es sei »inopportun«, die Ukrainer anzuerkennen, »in view of present Austrophile tendency of majority of Government which might in the near future materialize into a separate peace with Central Powers«.<sup>550</sup> Damit war die kurze Zeit des britischen Ukraine-Interesses vorbei, und auch für Stepankivskyj bestanden nun keine Aussichten auf einen Erfolg mehr.

Im Januar 1918 kehrte er also wieder in die Schweiz zurück, als er dessen gewahr wurde, daß nur mit den Deutschen weiter Ukraine-Politik betrieben werden konnte.<sup>551</sup> Sofort versuchte er, gestützt auf angebliche Informationen, die er im Gefängnis von Trockij erhalten haben wollte, Deutschland davon zu überzeugen, daß die Bol'seviki nicht mit den derzeitigen Regierungen Frieden schließen wollten, sondern auf eine Revolution warteten. Sein Ziel war wie immer ziemlich eindeutig: Er wollte die Deutschen davon abhalten, sich mit den »Roten« ohne die Ukrainer zu einigen. Von Romberg war wieder des Lobes voll und erklärte, Stepankivskyjs Ausführungen hätten auf ihn einen »sehr sachlichen, überzeugenden und wahrheitsgemäßen Eindruck« gemacht.<sup>552</sup>

Diese Episode ist von Bedeutung, weil bei Stepankivskyj, lange bevor ideologische oder taktische Begründungen dazu verfaßt wurden, die völlig opportunistische Suche nach Partnern erkennbar ist. Stepankivskyj schlug sich jeweils an die Seite derjenigen politischen Mächte, mit denen die Selbständigkeit der Ukraine gerade erreichbar schien. Dabei schenkte er den übergeordneten Maximen und weltpolitischen Absichten seiner jeweiligen Partner wenig Beachtung.

Wie er hielt sich auch Tyškevyč Ende 1917 gegenüber den Deutschen zurück – die Option einer alliierten Förderung der Ukrainer war ja nicht unrealistisch.<sup>553</sup> Auch wenn für Zetterberg Stepankivskyjs Taktik »ihn politisch unglaubwürdig gemacht« hat, und er damit begründete, warum man ihm auch später in der Ukraine kein Vertrauen entgegengebracht habe, auch wenn Hoffman nur »the primitive and casual approach to the subject taken by German officials« sieht, erschließt sich hier bereits

<sup>549</sup> Fitzwilliam an Foreign Office, 17.-18.12.1918, PRO.LFO 371/3314, Bl. 279-281, zit. nach ebd.

<sup>550</sup> Fitzwilliam an Foreign Office, [1.1918], PRO.LFO 371/3283, Bl. 299, zit. nach ebd.

<sup>551</sup> Von Romberg an von Bergen, 26.1.1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 21, Bl. 153.

<sup>552</sup> Telegramm von Romberg an AA 30.1.1918, ebd., Bd. 21, Bl. 170.

<sup>553</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 30.11.1917, ebd., Bd. 19, Bl. 109-111.

die 1921 und 1926 von Doncov formulierte Amoralist'-Ideologie des ukrainischen Independentismus, wobei der Zusammenhang umso deutlicher ist, als Doncov ja mit Stepankivskyj und Tyškevyč in der Schweiz zusammengearbeitet hat.<sup>554</sup>

Mit der September-Offensive der Deutschen, die zur Einnahme Rigas führte, und dem wachsenden Interesse der Ententemächte an den »Fremdvölkern« entwickelte sich in Stockholm 1917 eine mit deutschen Mitteln finanzierte Kampagne. Die deutsche Haltung hatte sich jedoch inzwischen verändert: Während zwischen 1914 und 1917 mit allen Emigranten zusammengearbeitet wurde, auch wenn sie, wie der BBU, die Liga oder Stepankivskyj niemanden außer sich selber repräsentierten, interessierte man sich nunmehr für die tatsächlichen politischen Machthaber in den Randzonen Rußlands.<sup>555</sup> Für die Emigranten bedeutete dies das Ende der direkten Unterstützung, für Berlin die Suche nach neuen Kooperationspartnern. Das Interesse war nun weniger kulturpolitisch (wenn man die Förderung der nationalstaatlichen Ansprüche so qualifizieren darf) als wirtschaftspolitisch ausgerichtet.

Unter den »Fremdvölkern« gewannen neue politische Optionen an Bedeutung. Die Loslösung von Rußland wurde von dem Projekt einer Föderation auf demokratischer Grundlage abgelöst, das man erst aufgab, als die Bol'seviki sich darauf nicht einließen. Die Auseinandersetzung mit dem bolschewistischen Petrograd und seiner Charkiver Gegenregierung stieß die ukrainischen Politiker in die völlige Unabhängigkeit und damit in die Fänge der Mittelmächte. Die Veränderungen der politischen Optionen hatten daher mehr als einen Grund.<sup>556</sup>

## 11. DIE LIQUIDIERUNG DES BBU

Ende 1917 gerieten die BBU-Ukrainer in Existenznot. Was 1914 als Optimum erschien, mußte einen Rückschritt darstellen, als sich in Rußland eine ukrainische staatsrechtliche Entität entwickelte. In einem Grundsatzartikel historisierte Volodymyr Dorošenko Ende 1917 den BBU. 1914 sei nur mit den Mittelmächten ein eigener Staat denkbar gewesen – Annexionen von Teilen der rußländischen Ukraine durch Österreich seien aber schon damals nur als *malum necessarium* akzeptiert worden, weil es nicht gelungen sei, das Zarenreich aufzulösen. Angesichts deren neuer Polenfreundschaft distanzierte sich Dorošenko ausdrücklich von einer weiteren Unterstützung der Mittelmächte. Auch eine Erweiterung der ukrainischen Truppen sei nicht erstrebenswert, wenn diese nur ein »Hilfskorps des polnischen Militärs würden, das die rechtsufrige Ukraine erobern soll«. Die Distanzierung von den Mittelmächten war zum einen an die Adresse der Kiewer Rada-Politiker gerichtet, mit denen die BBU-Vertreter sich ins Benehmen setzen wollten. Aber sie war auch ein Hinweis an die Mittelmächte, daß sie sich zwischen Polen und Ukrainern zu entscheiden hätten.

<sup>554</sup> Vgl. Zetterberg, *Liga*, S. 228-229, 256; Hoffmann, »Stepankovsky«, S. 602.

<sup>555</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 278.

<sup>556</sup> Sie mit Remer nur für »mehrere[...] Kanäle« zu halten, die alle »expansionistischen und annexionistischen Zielen in Osteuropa« galten, halten wir für eine Verkürzung (*Ukraine*, S. 278); Einflußnahme und Revolutionierung waren nicht für alle mit »Expansion und Annexion« gleichzusetzen.

»Gegenüber einem derartigen Anschlag auf die Unversehrtheit der Ukraine können alle Ukrainer nur eines Denkens sein – gegen ihn um jeden Preis zu kämpfen. Es braucht nicht belegt zu werden, daß auch der Bund in einem solchen Fall nicht gegen die vitalen Interessen des Heimatlandes handeln wird.«<sup>557</sup>

Schon im Mai 1917 hatte das Präsidium des BBU seine Tätigkeit auf die Gefangenenbetreuung und Aktivitäten in den besetzten Gebieten der rußländischen Ukraine beschränkt. Mit der Abreise Skoropys' und Melenevskyjs war auch das Personal dezimiert. Roman Smal'-Stočkyj, der eigentlich nur ein »Angestellter« des BBU war, betreute die Reste der Lagerarbeit in Berlin.<sup>558</sup>

Vom Jahresbeginn 1918 an firmierte das BBU-Organ nicht mehr unter seinem alten Titel. Aus dem *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* wurde ein *Vistnyk Polityky, literatury j žyttja* (Bote für Politik, Literatur und Leben). Zu befreien war erst einmal nichts mehr. Žuk erklärte, es gebe keinen »kollektiven Gedanken« des BBU mehr, und versuchte, das Blatt eine Zeitlang als freie ukrainische Veröffentlichung fortzuführen, deren Ziel der Staatsaufbau in der in Kiew im November 1917 proklamierten UNR sei.<sup>559</sup> Er mußte jedoch bald wegen Papiermangel und Finanzierungsschwierigkeiten aufgeben.<sup>560</sup> Mit der Entstehung eines mit den Mittelmächten kooperierenden ukrainischen Staates war der Emigrantenaktivität der Boden entzogen worden.

Die Ziele des BBU hatten sich durch die Entwicklung überlebt. Die Ukraine schien nicht mehr einer Befreiung zu bedürfen, sie hatte sich selber zum souveränen Staat erklärt. Wie der Geldsegen – und damit das Aufblühen der Aktivitäten – im Sommer 1914 eingesetzt hatte, so versiegte er auch, als kein unmittelbarer Nutzen mehr zu erwarten war. Žuk versuchte zwar, die Bildungsarbeit in den Lagern fortzusetzen, und setzte Terlečkyj als deren Leiter in Rastatt, Wetzlar und Salzwedel ein, aber nun brachen weitere interne Rivalitäten auf. Vsevolod Kozlovskyj beanspruchte den Posten für sich selber, und in Salzwedel mochte sich Roman Smal'-Stočkyj Terlečkyj auch nicht unterordnen.

Dann begannen Žuk und Kozlovskyj endgültig mit der Auflösung des BBU. Am 28. Februar 1918 beschloß man in Rastatt, die Bildungsarbeit ganz einzustellen. Daß sie noch auf dem Papier bis zum 31. Juli 1918 für 2500 Mann (von 12.500 Rastatter Gefangenen) weitergeführt worden sein soll, war wohl eher fiktiv und dürfte mit dem Budget zusammengehangen haben, das für sie bestand.<sup>561</sup> Die Archive des Bundes wurden nach Deutschland gebracht, wo sich die verbliebenen Mitglieder noch längere Zeit um sie stritten. Formell wurde der BBU mit dem 1. Juli 1918 wegen Erreichens seines programmatischen Zieles, der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine, aufgelöst. Diesen Bericht brachte der umbenannte *Vistnyk* noch in seiner Nummer vom 30. Juni. Für die deutschen Lager wurde am 1. August 1918 ein »Komitee für Kulturhilfe«

<sup>557</sup> Volodymyr Dorošenko, »Sojuz vyzvolennja Ukraïny: j »orijentacija« rosijskych Ukraïnciv«, *Vistnyk Sojuza vyzvolennja Ukraïny* 178/25.11.1917, S. 753-757.

<sup>558</sup> Er selber stilisierte dies später zu einem »Delegierten der Lager bei der BBU-Zentrale in Berlin«, wodurch er sich ein politisches Mandat aneignen wollte. Er war aber nun einmal österreichischer Staatsbürger und damit kein Repräsentant der Insassen (Vgl. Roman Smal'-Stočkyj, »Spohady pro Zenona Kuzelju«, in: Volodymyr Janiv (Hg.), *Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli*. Paris u. a. 1962, S. 44-51, hier S. 49).

<sup>559</sup> Andrij Žuk, »V novim roci«, *Vistnyk Polityky, literatury j žyttja* 184/11.1.1918, S. 1.

<sup>560</sup> Vgl. Bihl, »Österreich-Ungarn und der Bund zur Befreiung der Ukraina«, S. 515, 517.

<sup>561</sup> Terlečkyj, *Istorija*, S. 402-403.

(Komitet kul'turnoi pomoči) gegründet, dem u. a. Kozlovskýj, Roman Smal'-Stočkyj und der Schriftsteller Bohdan Lepkyj (1872-1941) angehörten und das über das Kriegsende hinaus tätig blieb.<sup>562</sup> Kozlovskýj wurde Sekretär der ukrainischen diplomatischen Vertretung in Berlin.<sup>563</sup>

Die Liquidierung des BBU zog sich dann noch einige Jahre hin und führte zu Querelen zwischen den »Nachlaßverwaltern«. Skoropys-Joluchovskýj, inzwischen wieder zurück in Deutschland, behauptete, er sei vom Präsidium des BBU seinerzeit mit der Auflösung des BBU beauftragt worden, da seine Kompetenzen jedoch an die ukrainische Regierung übertragen worden seien und es eine solche inzwischen nicht mehr gebe, werde er seine Tätigkeit erst nach einer eindeutigen Anweisung einer solchen Regierung einstellen.<sup>564</sup>

## 12. BREST-LITOVSK

Der deutsche politische Wandel des Sommers 1917 bildete sich auch in der Ukraine-Politik ab. Die neue Reichsführung im Fahrwasser des sich politisch engagierenden Militärs und der expansiv denkenden Wirtschaftsführer entwickelte nun konkrete Pläne, die auch die Ukraine einbezogen. Es gab inzwischen eine von Rußland anerkannte autonome Ukraine, was ein Überdenken der eigenen politischen Projekte erforderte. Dabei galten neue Rahmenbedingungen:

- Die Kiewer Rada-Regierung hatte ihre Autonomie von Rußland bestätigt bekommen, so daß erstmals eine selbständige (aber noch nicht unabhängige) Ukraine neben Rußland bestehen konnte;
- Das Spiel der Deutschen mit den polnischen Nationalisten war gescheitert. Nach der Polenproklamation wurde die Frage eines polnischen Staates von der Entente aufgegriffen, die den Polen mehr versprechen konnte als die Mittelmächte wollten;
- Österreich versuchte immer noch, sich mit den Polen zu verständigen, suchte aber vor allem nach einem halbwegs gangbaren Weg aus dem Krieg. Die Folge war, daß die österreichischen Ruthenen in Deutschland den einzigen verbliebenen potentiellen Helfer erblickten. Die Gefangenearbeit und das Interesse der deutschen Wirtschaftskreise verwiesen auf Kooperationsmöglichkeiten, die insofern attraktiv waren, als es keine Alternativen gab.

<sup>562</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 38-39. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß Smal'-Stočkyj zugeschrieben wird, er habe sich bereits 1917 für die Auflösung des BBU eingesetzt und seine Kompetenzen an Kiew abtreten wollen. Der angebliche Gegensatz zu Skoropys-Joluchovskýj, den Kedryn-Rudnyčkyj betonte, ist jedoch fraglich, da dies auch Skoropys' Meinung entsprach – nur wollte er, wie schließlich auch Smal'-Stočkyj, in Kiew für sich eine politische Rolle (vgl. Ivan Kedryn-Rudnyčkyj, »Roman Smal'-Stočkyj jak polityk i dyplomata«, in: Vasyľ Lev/Matvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdecjatyriččja narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u.a. 1963, S. 24-35, hier S. 25).

<sup>563</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. II, Kyïv 2002 (1930), S. 105.

<sup>564</sup> Skoropys-Joluchovskýj, »Moï »zločyny«, S. 236.

Im Oktober 1917 übergab Mychajlo Lozynskyj (1880-1937), Redakteur des *Dilo*, der wichtigsten ukrainischen Zeitung in Galizien, dem deutschen Konsul Heinze eine Denkschrift über das Verhältnis des entstehenden ukrainischen Staates zu den Mittelmächten. Wie aus galizischer Perspektive zu erwarten, wurde der Gegensatz zu den Polen betont. Die durch die Polenproklamation eröffnete Option einer Unterstellung ukrainischer Gebiete unter polnische Hoheit hielt Lozynskyj für inakzeptabel. Polen war für ihn der »historische Feind« der Ukrainer.

In der argumentativen Struktur, die für ukrainische Denkschriften typisch war, rügte Lozynskyj, daß die politischen Hoffnungen der Ukrainer auf die Mittelmächte durch die propolnische Haltung enttäuscht worden seien; anschließend empfahl er Remedur. Die völlige Unabhängigkeit der Ukraine hielt er für »eine weniger aussichts-volle, aber doch nicht gänzlich ausgeschlossene Möglichkeit«. Aber auch schon eine autonome Ukraine, deren Legitimität er aus dem Vertrag von Perejaslav von 1654 abzuleiten suchte, sollte in den Genuß einer offiziellen deutschen Erklärung kommen: Darin sollte stehen, daß man einen Frieden nicht mit dem »Beschützer des zarischen Nachlasses«, sondern mit den »Völkern des russischen Reiches« schließen wolle, weshalb man internationale Garantien für die ukrainische Autonomie anstrebe. Falls eine Fortdauer des Krieges zu einer völligen Unabhängigkeit führen sollte, möge man erklären, daß ein »etwaiges Vordringen der Mittelmächte in die Ukraina nur eine Niederringung Rußlands bezwecke«, während man der Ukraine »zur endgiltigen Abschüttelung der russischen Herrschaft und Erlangung voller staatlicher Selbstständigkeit verhelfen wolle«. <sup>565</sup>

Der Text war logisch aufgebaut: Auf Kritik folgte ein forderndes Programm. Neben der Zusammenarbeit mit der Rada-Ukraine sollte eine ukrainische Provinz in Österreich (bestehend aus Ostgalizien, der Bukowina und möglichst auch der Karpatho-Ukraine) entstehen. Dagegen stand die Drohung, anderenfalls werde von der nunmehr freien rußländischen Ukraine aus eine ukrainische Irredenta in Österreich entstehen. Lozynskyj kalkulierte gar nicht ein, daß in einem solchen Falle Deutschland vielleicht mit einer antiukrainischen rußländischen Zentralregierung kooperieren könnte – er schien Rußlands Schwächung für die axiomatische Maxime der deutschen Politik zu halten.

Heinze erklärte in seinem Kommentar, daß sich die Ukrainer mit dem Verlust von Chelm und dem Lemkengebiet abfinden und eine Grenze an Bug und San (also in etwa die heutige polnisch-ukrainische Grenze) als »*dira necessitas*« akzeptieren würden, wenn man den Ukrainern, die an Polen angegliedert würden (Polen erscheint hier als nicht weiter in Frage stehender künftiger Staat), Minderheitenrechte samt »völkischer Erhaltung« garantieren könnte. Dafür sollte östlich dieser Linie »rein ukrainische Politik« betrieben werden, um damit auch den Ukrainern »jenseits der Front« die deutsche Bereitschaft zu einer konkreten Förderung der Ukrainität dieses Gebiets zu signalisieren. Heinze meinte weiterhin, daß sich Österreich »trotz allen Lamentierens der Polen« dazu verstehen würde, Ostgalizien einer ukrainischen Verwaltung zu unterstellen, was er als »die einzig gerechte, vernünftige und notwendige Maßregel« bezeichnete, der sich »nur die Polen« widersetzen würden. Dieser »Eingriff« müsse

<sup>565</sup> Dr. Michael Łozynskyj [Mychajlo Lozynskyj], »Der sich bildende ukrainische Staat und die Mittelmächte«, 7. 10.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 16, Bl. 63-79.



im »höchsten Interesse der *beiden* Mittelmächte geschehen«, weil nur die Trennung Westgaliziens von Ostgalizien »den Krebschaden des Nationalitätenhaders ausmerzen« könne. Deutschlands Interessen entspräche eine solche Regelung insbesondere dadurch, daß das Erdölgebiet um Boryslav »unter allen Umständen im Machtbereich der Mittelmächte verbleiben« müsse. Insbesondere sollten die Deutschen »jetzt, wo das große Ringen auch diplomatisch seiner Entscheidung zuzueilen scheint«, sich die Freundschaft der Ukrainer sichern und sie kapitalisieren.<sup>566</sup>

Die ukrainischen Befürchtungen waren begründet. Außenminister Graf Czernin sagte dem deutschen Vertreter von Wedel, er sei gegenüber den Ukrainern »zur Zurückhaltung und Vorsicht in Versprechungen gezwungen«, weil er der Unterstützung der Polen bedürfe. Da er versprach, bei »Regelung galizischer Angelegenheit werde sich Gelegenheit bieten für die Ukrainer zu sorgen und ihnen [eine] möglichst befriedigende *Sonderstellung* zu sichern«, wurde deutlich, daß er plante, Ostgalizien einem polnischen Staat zuzuschlagen.<sup>567</sup> Der Wandel der österreichischen Haltung 1918 wird erst dadurch deutlich.

Nun wurde auch den Deutschen klar, daß die Beziehungen mit den Ukrainern von beiden Seiten interessenorientiert waren. Aus dem Gefangenenlager Wetzlar berichtete man, daß der Verzicht der Rada-Ukraine auf die vollständige Unabhängigkeit und der deutsch-österreichische »Polenkurs« sich negativ auf die »Deutschfreundlichkeit« der ukrainischen Kriegsgefangenen auswirkten.<sup>568</sup> Es ist dem wegen seiner politischen Belastung, die hier aber nicht von Bedeutung ist, wenig beachteten Beyer beizupflichten, der schrieb:

»Es gab [in Deutschland] kaum einen wirklichen Experten, der in der Lage gewesen wäre, die verworrenen Nachrichten über die Vorgänge in Kiew richtig zu analysieren.«<sup>569</sup>

Damit schlug neuerlich die Stunde der publizistischen Produkte der Exilukrainer und ihrer deutschen Kopisten. Beyer vermerkte ganz richtig (und ohne den postmodernen Diskursbegriff gekannt haben zu können), daß deren immer wieder repetierte Thesen (s. unten) für alle politischen Richtungen Anknüpfungspunkte boten, wobei es nicht darum ging, ob sie richtig waren, sondern ob sie überzeugend wirkten.<sup>570</sup>

Mitte Dezember 1917 begannen in Brest-Litovsk Verhandlungen zwischen Delegierten des russischen Rats der Volkskommissare und den Mittelmächten. Die Kleine Rada in Kiew hatte am 4. Dezember beschlossen, ebenfalls Delegierte nach Brest zu schicken, da man sich als eine mit der sowjetrussischen Führung gleichgestellte Entität im Rahmen einer imaginierten Rußländischen Föderation verstand. Die Mittelmächte waren damit grundsätzlich einverstanden. Am 16. Dezember 1917 nahmen Mykola Levytskyj (1880-1935), Mykola Ljubynskyj (1891-193?) und Jurij Hasenko (1894-1933) Kontakte zu den Deutschen auf, die noch als »Privatgespräche« firmierten. Die deutsche Seite betonte dabei »unsere Sympathie mit den ukrainischen Bestrebungen, die vielen gemeinsamen Interessen und die altbewährten guten Beziehungen«. Worin die nun bestanden, bleibt ein Rätsel. General Hoffmann brachte den »überraschten«

<sup>566</sup> Heinze an Reichskanzler, 7. 10. 1917, ebd., Bd. 17, Bl. 60-62.

<sup>567</sup> Von Wedel an AA, 16. 11. 1917, ebd., Bd. 19, Bl. 1.

<sup>568</sup> Kriegsministerium, Unterkunfts-Departement, an AA, 28. 11. 1917, ebd., Bl. 80.

<sup>569</sup> Beyer, Mittelmächte, S. 20.

<sup>570</sup> Vgl. ebd., S. 23-25.

Österreichern bei, daß die Deutschen für eine Beteiligung der Ukrainer seien, was jene vermuten ließ, deren Erscheinen sei von den Deutschen inszeniert worden.<sup>571</sup>

Das war jedoch nicht der Fall. Aber der deutsche Verhandlungsführer in Brest, der Gesandte Frederic Hans von Rosenberg (1874-1937), war in seinem Bericht von den »auffallend jugendlichen, aber sehr wohlgezogenen und sympathischen« Delegierten, die wohl »mit politisch nicht ganz geklärten Gedanken« angekommen seien, begeistert.<sup>572</sup> Die Berichte der Teilnehmer stimmen darin überein, daß die hastig zusammengestellte ukrainische Delegation zunächst keine Vorstellungen davon hatte, worauf sie sich einlassen könne. Was also in Brest geschah, war phantasievoll und improvisiert. So auch die Aussage Oleksander Sevrjuks (1893-1941) vom 6. Januar 1918, die Ukraine verfüge über die volle Souveränität, sei durch Frankreich anerkannt und könne nun als eigener Staat an den Verhandlungen teilnehmen.<sup>573</sup> Die Deutschen fragten mehrfach nach, und auch die sowjetische Delegation konzidierte der Ukraine am 10. Januar (vermutlich mit Hintergedanken, die Bol'seviki marschierten auf Kiew zu) die Souveränität. Tatsächlich erfolgte deren Proklamation erst im IV. Universal am 25. Januar.

Richtig ist die Beobachtung Mędrzeckis, daß bis in den Dezember 1917 hinein die Frage der Ukraine kein selbständiges Problem der deutschen Politik war. Von Kühlmann differenzierte noch am 21. Dezember vor dem Reichstag zwischen Polen, Kurland und Finnland einerseits, deren Recht auf Selbstbestimmung er als Verhandlungsziel in Brest benannte, und der Lage der Ukraine, Sibiriens und des Kaukasus, deren Sezession der Zustimmung Rußlands bedürfe. Mędrzecki zog daraus den Schluß, daß »noch zu diesem Zeitpunkt die ukrainische Angelegenheit nicht als Objekt unmittelbaren deutschen Engagements gesehen wurde«.<sup>574</sup> Am 26. Dezember 1917 luden die Mittelmächte die UNR aber förmlich ein, an den Verhandlungen teilzunehmen.<sup>575</sup>

Die ukrainischen Abgesandten schlugen sich bravourös. Hätten die Deutschen die Absicht gehabt, die Gegenseite zu spalten, wären sie ihr dienlich gewesen, das war aber noch nicht das Ziel der Deutschen. Die erste positive Bewertung wich bald dem Eindruck, die Ukrainer seien wohl nicht gar so »wohlerzogen«. Am 12. Januar 1918 schrieb von Kühlmann an den Reichskanzler, das Benehmen der Ukrainer sei »bisher unverständlich und widerspruchsvoll« gewesen; er sei nicht sicher, »ob dahinter verschlagene Berechnung steckt oder die Unsicherheit von Menschen, die sich auf einem vollkommen neuen und unheimlichen Boden bewegen«.<sup>576</sup> Zwei Tage später fand er, »daß die Ukrainer außerordentlich hinterhältig und verschlagen sind«. Und unter dem Beifall Kaiser Wilhelms II., der diesen Satz mit »richtig« kommentierte, gewann er den Eindruck, weder mit den Ukrainern noch mit den Bol'seviki »können Verhandlungsmethoden wie mit einem normalen politischen Gegner« greifen.<sup>577</sup>

<sup>571</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 34-35.

<sup>572</sup> Von Rosenberg an AA, 16. 12. 1917; von Rosenberg an AA, 17. 12. 1917, André Scherer/Jacques Grunewald (Hg.), *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale*. Bd. 3, Paris 1976, Dok. 91/92, S. 131-133; vgl. Grelka, *Nationalbewegung*, S. 78.

<sup>573</sup> Vgl. von Kühlmann an AA, 6. 1. 1918, Scherer/Grunewald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 147, S. 209-214.

<sup>574</sup> Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 20-21.

<sup>575</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>576</sup> Von Kühlmann an Hertling, 12. 1. 1918; Scherer/Grunewald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 161, S. 246-248.

<sup>577</sup> Von Kühlmann an AA, 14. 1. 1918, Scherer/Grunewald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 166, S. 261.

Auch Graf Czernin war, folgt man seinen Erinnerungen, von den Rada-Delegierten in Brest beeindruckt. Für ihn stachen »sie stark von der russischen Delegation ab«, kamen ihm »sehr intelligent[...]« vor, waren »[b]edeutend weniger revolutionär«, hatten »ungleich mehr Interesse für ihr eigenes Land und weniger Interesse für den allgemeinen Sozialismus«. <sup>578</sup> Und von Rosenberg meinte, die Ukrainer behandelten »völkerbeglückende Theorien als Mittel, aber nicht als Selbstzweck« – nur warnte nun auch er vor deren »Verschlagenheit und zähe[r] Bauernschlauheit«. <sup>579</sup>

Tricks kannten aber auch die Deutschen. So versuchten sie, die »Gefangenenarbeit« als Werbemittel einzusetzen. Von Rosenberg telegraphierte an das AA:

»Die Ukrainer wissen auffallend wenig von der guten Behandlung, die ihre Gefangenen bei uns genießen. Wäre es möglich, umgehend einiges Material hierüber nach Brest zu senden, z.B. Photographien, Zeitungen, Berichte der Lagerkommandanten.« <sup>580</sup>

Jordan reagierte rasch. Nicht nur Material wurde per Kurier nach Brest geschickt, man schickte auch die in Biała Podlaska eingesetzten Kriegsgefangenen selber in das nahe Brest, um sie

»zwanglos und unauffällig mit ukrainischen Abgeordneten in Verbindung [zu] setzen. Eindruck erforderlich, als ob unsere Ukrainer zufällig in Brest anwesend und Gelegenheit unmittelbarer Aussprache benutzen wollen.« <sup>581</sup>

Der Plan scheiterte. Sevrjuk lehnte ein Gespräch mit den angereisten Ukrainern ab. »[O]ffenbar, weil er sich der russischen Delegation gegenüber nicht sicher genug fühlt«, wie von Rosenberg meldete. <sup>582</sup>

Graf Czernin konnte sich gegenüber den selbstbewußt auftretenden Ukrainern beim Beginn des zweiten Verhandlungsblocks am 6. Januar 1918 kaum mehr durchsetzen, wobei es letztlich nicht wesentlich ist, ob seine erstaunte rhetorische Frage, wer denn hier eigentlich die Sieger und wer die Besiegten seien, tatsächlich so gefallen ist. <sup>583</sup>

Aus der deutschen Sicht war ein Einvernehmen zwischen den Bol'seviki und der Rada so lange erstrebenswert, wie man hoffte, rasch zu einer Einigung zu kommen. Als in Berlin bekannt wurde, daß Petrograd die Rada kritisiere, weil sie Verbindungen mit den antisowjetischen Kosaken Kaledins suche, setzte es Kritik:

<sup>578</sup> Ottokar Czernin, *Im Weltkriege*. Berlin/Wien 1919, S. 315-316.

<sup>579</sup> Von Rosenberg an AA, 16. 1. 1918, Scherer/Grünwald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 172, S. 271-272.

<sup>580</sup> Von Rosenberg an von Bergen, 17. 12. 1917, PAAA, *Weltkrieg 11a Ukraine*, Bd. 19, Bl. 193.

<sup>581</sup> Vermerk Jordan, 18. 12. 1917, ebd., Bl. 203.

<sup>582</sup> Von Rosenberg an AA, 19. 12. 1917, ebd., Bl. 214.

<sup>583</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyiv 2002 (1930), S. 215-216. Hoffmann erwähnte in seinen Memoiren, Czernin seien »die jungen Vertreter der Kiewer Zentral-Rada unsympathisch« gewesen und »ein Verhandeln mit den kaum den Studentenjahren entwachsenen Herren [...] auf dem Fuße der Gleichberechtigung unangenehm«. Hoffmann will »die jungen Ukrainer bewundert« haben: »Sicher wußten sie genau, daß außer der eventuellen deutschen Hilfe nichts mehr hinter ihnen stand, daß ihre Regierung ein fiktiver Begriff sei; trotzdem hielten sie bei ihren Verhandlungen mit Graf Czernin an ihren einmal erhobenen Forderungen fest und gaben nicht um Fingerbreite nach« (Max Hoffmann, *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten*. München 1923, S. 210, 213; ähnlich Richard von Kühlmann, *Erinnerungen*. Heidelberg 1948, S. 531).

»Ukrainer müßten einsehen, daß dadurch nicht nur die gegenwärtigen Verhandlungen und damit der Frieden gefährdet, sondern unter Umständen auch die baldige Verwirklichung der ukrainischen Selbständigkeit in Frage gestellt werden kann. Da von der jetzigen Russischen Regierung bekanntlich bereitwilligst zugestanden wird.«

Die Anweisungen des Unterstaatssekretärs Hilmar von dem Bussche-Haddenhausen an von Rosenberg waren eindeutig:

»Die Ukrainer sollten unter Zurückstellung anderer Wünsche zunächst sich ihre Unabhängigkeit in dem von ihnen gewünschten Maße von der jetzigen Russischen Regierung amtlich bestätigen lassen und Weiteres bis nach Friedensschluß verschieben.[...] Euer Hochwohlgeboren bitte ich, wenn keine Bedenken bestehen, mit den ukrainischen Vertretern in vorstehendem Sinne zu reden. Selbstverständlich wäre dabei zu betonen, daß uns jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands sowie der Ukrainer fern liege. Jedes Volk müsse sich sein Haus selbst einrichten, alle hätten aber das gemeinsame Interesse, den heißersehten Frieden zu fördern. Sobald die Ukrainer mit den Russen ins Reine gekommen seien, wären wir jederzeit bereit, die Unabhängigkeit der Ukraine förmlich anzuerkennen und bei unseren Verbündeten den Anschluß an unsere Erklärung zu betreiben.«.<sup>584</sup>

Das vorstehend zitierte Dokument ist damit die erste deutsche regierungsseitige Erklärung über die Bereitschaft zur Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit.<sup>585</sup> Ihm fehlte die antirussische Komponente: Man wollte die Ukrainer nicht gegen die Russen ausspielen – es ging Deutschland im Gegenteil zweifellos darum, das Einvernehmen mit Rußland zu erhalten. Die Reichsregierung sah den Gegensatz zwischen den Bol’ševiki und den »Weißen«, von den »Weißen« wurde nicht nur keine Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit erwartet, man wußte auch um ihre Bereitschaft, den Krieg gegen die Mittelmächte fortzusetzen. In den Überlegungen zur Annexion und Randstaatenpolitik ging es auch noch am 26. Dezember 1917 nur um Polen und das Baltikum.<sup>586</sup>

General Hoffmann schrieb dagegen in seinen Memoiren, er und von Kühlmann hätten die Ukrainer in Brest »mit Freuden« begrüßt, aber nur, »[d]a sich durch ihr Auftreten eine Möglichkeit bot, sie gegen die Petersburger Delegation ausspielen zu können«.<sup>587</sup> Dies kann aber erst für ein späteres Stadium gelten – anfänglich setzte man auf eine Verständigung der Sowjets und der Rada-Ukrainer.

Womit man in Deutschland offenbar nur partiell vertraut war und was auch von der nationalukrainischen Historiographie zurückgedrängt wird, ist das Faktum, daß die Rada-Regierung unter Hruševskyj im Dezember 1917 noch nicht nach der völligen Unabhängigkeit strebte. Ziel war eine Autonomie im Rahmen einer Rußländischen Föderation, zu der sich die im November 1917 proklamierte Ukrainische Volksrepublik mit anderen Teilstaaten des ehemaligen Reiches zusammenfinden sollte. Die Abweisung der allzu engen Kontakte mit den Deutschen und den vorgeführten Kriegs-

<sup>584</sup> von dem Bussche-Haddenhausen an von Rosenberg, 21. 12. 1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 19, Bl. 218. Auch in Scherer/Grunewald, *L’Allemagne*, Bd. 3, Dok. 107, S. 147.

<sup>585</sup> Allerdings war das deutsche Interesse an den Ukrainern natürlich schon zuvor vorhanden, so daß Fedyschyn zu widersprechen ist, der erst ein deutsches Interesse erkennt, »once the Ukrainians appeared« (Fedyschyn, *Drive*, S. 61).

<sup>586</sup> Vgl. Besprechung im Großen Hauptquartier, 18. 12. 1917; von Kühlmann an AA, 26. 12. 1917, Scherer/Grunewald, *L’Allemagne*, Bd. 3, Dok. 99, 118; S. 138-140, 167-170.

<sup>587</sup> Hoffmann, *Krieg*, S. 207.

gefangenen folgte damit der Überlegung, daß man sich nicht vor den russischen Vertretern kompromittieren wollte. So waren die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Bolševiki und die Kontakte zu Kaledin Maßnahmen zur Gewinnung von Mitwirkenden für eine allrußländische Konstituante, die den Rahmen der Föderation verabschieden sollte. Erst als dies alles vergeblich war, blieb den ukrainischen Politikern nichts anderes übrig, als sich an die einzigen anzulehnen, die am Erhalt der Rada-Ukraine interessiert schienen: die Mittelmächte.

Symon Petljura (1879-1926), UNR-Militärsekretär (Minister), war an der Zusammenarbeit mit den Mittelmächten alles andere als interessiert. »Wie schwer es auch ist, unter den Ihnen bekannten Bedingungen zu leben, aber in die Fänge Deutschlands zu geraten – danke schön«, schrieb er am 18. Dezember 1917 an Osyp Nazaruk (1883-1940).<sup>588</sup> Weiter kritisierte er dann die »österreichische Orientierung« Vynnyčenkos und verließ schließlich am 31. Dezember 1917 Kiew in östlicher Richtung, mit der Regierung entzweit wegen der sich abzeichnenden Einigung mit den Mittelmächten, die ein Ende der von ihm präferierten Föderationspläne bedeutete.<sup>589</sup>

Der kurvenreiche Weg zur ukrainischen Unabhängigkeit läßt diese als etwas erscheinen, was in Ermangelung einer besseren Lösung gewählt wurde und die ukrainischen Autonomisten in die Arme der deutschen Förderung stieß. Beobachtern der Entente stieß dies bald auf. David Jenkins, der als diplomatischer US-Beobachter im Dezember 1917 nach Kiew geschickt worden war, berichtete, man müsse den deutschen politischen und wirtschaftlichen Einfluß unterbinden, wenn man die Ukraine – dies schien die einzige Option zu sein – als Basis einer (antibolschewistischen) Reorganisation Rußlands nutzen wolle. Jenkins stand mit dem ententefreundlichen Außensekretär (Minister) der UNR Oleksander Šul'hyn (1889-1960) und dem französischen General Tabouis in Verbindung, aber seine Versuche, den Deutschen eine eigene Ukrainepolitik entgegenzustellen, blieben erfolglos. Die Ententemächte mochten sich nicht auf ein ukrainisches Abenteuer einlassen.<sup>590</sup>

Die OHL war dagegen an einem Abschluß mit der Ukraine überaus interessiert. Der Chef ihrer politischen Abteilung, General von Bartenwerffer, hatte den Reichskanzler im Oktober 1917 auf die mögliche Schwächung Rußlands durch die Loslösung der Ukraine hingewiesen, da der Besitz der Ukraine für Russland ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor sei.<sup>591</sup> Am 27. Dezember 1917 signalisierte General Ludendorff der Regierung, daß dem Militär ein Friedensschluß mit der Ukraine willkommen wäre. Von diesem Datum an kann man also die Frage des Separatfriedens als Desiderat an-

<sup>588</sup> Petljura an Nazaruk, 18. 12. 1917, in: Symon Petljura, *Statti, lysty, dokumenty*. Bd. 2, New York 1979, S. 188-189.

<sup>589</sup> Vgl. L. V. Lazarenko, »Peredmova«, in: *Zbirnyk pam'jaty Symona Petljury (1879-1926)*. Kyïv 1992, S. V.

<sup>590</sup> Vgl. Oleh S. Pidhainy, *The Formation of the Ukrainian Republic*. Toronto/New York 1968, S. 349-352; Caroline Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*. Wiesbaden 2002, S. 82-85.

<sup>591</sup> Vgl. Fritz Fischer, *Griff* (1967), S. 427; ders., »Deutsche Kriegsziele«, *Historische Zeitschrift* 188 (1959), S. 249-310, hier S. 281 – Im Unterschied zur Interpretation Fischers war dies jedoch keine deutsche »Erkenntnis«, sondern die Übernahme dessen, was ukrainische »Geopolitiker« seit 1914/15 verbreiteten.

setzen.<sup>592</sup> Wilhelm II. ließ über von dem Bussche von Kühlmann am 3. Januar 1918 mitteilen, wegen Schwierigkeiten mit den Russen (die die Verhandlungen nach Stockholm verlegen wollten) solle man »einstweilen mit den Ukrainern verhandeln und mit ihnen wo möglich ein Bündnis schließen«.<sup>593</sup> Unter diesem Datum also begann man, die ukrainische Option als Druckmittel auf die Russen zu werten.

Von Kühlmann eröffnete den Ukrainern am 4. Januar, man sei bereit, »eventuell gesondert mit ihnen zu verhandeln«.<sup>594</sup> Nun war auch Graf Czernin davon überzeugt, daß man mit den Ukrainern die Russen gefügig machen könne: »Die einzige Rettung der Situation besteht in raschen und energischen Verhandlungen mit der ukrainischen Deputation«.<sup>595</sup>

Jetzt begann das AA auch, die Polen in das Spiel einzubeziehen. Unterstaatssekretär Wilhelm Braun von Stumm legte von Bergen Gründe vor, weshalb man Chelm lieber bei Polen belassen sollte: Der Bug sei die »natürliche und strategische Grenze zwischen Polen und der Ukraine«, Polen wäre dann eher bereit, deutsche Annexionen im Norden hinzunehmen und – eine ukrainische Minderheit in Polen wäre »bei etwaigen inneren Zwistigkeiten« »eine Stütze für die Deutschen in Polen«.<sup>596</sup>

Von Bergen, der die ukrainische Unabhängigkeit 1915 für ein Phantom gehalten hatte, legte von Kühlmann für Brest die Ukraine (»meinen Schützling«) besonders ans Herz. In einer Föderation mit Rußland könne die Ukraine wegen ihrer angeblich so großen Wirtschaftskraft die Führung übernehmen, außerhalb derselben bliebe Rußland von ihr abhängig. Den deutschen Nutzen formulierte von Bergen in unzweideutigen Worten:

»Wirtschaftlich ist die Ukraina derjenige Teil Rußlands, von dem wir gegenwärtig ziemlich ausschließlich und in Zukunft in überwiegendstem Maße Vorteil ziehen können. Wenn gegenwärtig noch Lebensmittel und Rohstoffe in Rußland herauszuholen sind, so können sie nur in der Ukraina gefunden werden. Für die Zukunft aber wird unsere Volkswirtschaft sowohl wegen der Ergiebigkeit der Ukraina an Getreide, Vieh und sonstigen Lebensmitteln und Rohstoffen als auch wegen der starken Aufnahmefähigkeit der wohlhabenden ukrainischen Bevölkerung für unsere Ausfuhr als auch wegen der Verkehrsverbindungen durch die Ukraina nach dem Wolgagebiet und dem Kaukasus vorzugsweise auf diesen Teil Rußlands angewiesen sein.«

Von Bergens Vorschlag ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig:

»Ich bin daher der Ansicht, daß es sich empfehlen würde, die Ukraina politisch möglichst nahe an uns zu fesseln – und zwar ohne besondere Rücksicht auf die Großrussen, desgleichen auf Österreicher und Polen und zu einem baldigen Abschluß mit ihnen zu kommen.«

In diesen Überlegungen von Bergens kommt die »koloniale« Konzeption (Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Fertigprodukte) vor – es sei jedoch deutlich darauf hin-

<sup>592</sup> Ludendorff über von Winterfeldt an Reichskanzler, 27.12.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 20, Bl. 15; auch in Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 119, S. 170-171.

<sup>593</sup> Von dem Bussche an von Kühlmann, 3. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 139, S. 200.

<sup>594</sup> Von Kühlmann an AA, 4. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 141, S. 201-202.

<sup>595</sup> Ottokar Czernin, Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919, S. 315.

<sup>596</sup> Vermerk von Stumm für von Bergen, 7. 1. 1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 20, Bl. 144.

gewiesen, daß diese Sicht den Deutschen seit 1915 von den Independentisten (Levyčkyj) nahegelegt wurde.

Im weiteren Teil seines Briefes beschäftigte sich von Bergen damit, wie man »möglichst auf direktem Wege« Lebensmittel und Rohstoffe beziehen könne, belegte damit also, daß – im Unterschied zu Fischers Meinung – die Bezeichnung »Brotfriede« für das, was am 9. Februar 1918 mit der Ukraine abgeschlossen wurde, durchaus gerechtfertigt war. Zu dem Programm gehörte auch »alsbald die Eröffnung der diplomatischen Beziehungen« – und damit die Erklärung, da man diplomatische Beziehungen nur zu einem Völkerrechtssubjekt unterhalten konnte, daß Deutschland stärker als die ukrainische Führung an der völligen Unabhängigkeit der Ukraine interessiert war.<sup>597</sup>

Die ukrainische Seite nutzte das Wohlwollen Deutschlands und die Zwangslage Österreichs aus. Sie forderte am 13. Januar Chelm und weitere Gebiete bis südlich von Białystok sowie eine Volksabstimmung in Ostgalizien. Von Kühlmann erklärte diplomatisch seine Inkompetenz, für Österreich zu sprechen. Die ukrainische Seite antwortete auf die deutsche Frage nach einem Separatfrieden »verklausuliert[.] aber deutlich[.]« positiv, wenn »annehmbare Grundlagen gefunden würden«.<sup>598</sup> Wilhelm II. versah den Bericht über diese Verhandlung mit der Randnotiz:

»Man muss energisch mit Ukraine arbeiten und mit ihr Frieden zustande bringen! Falls mit Bolschewicki nichts erfolgt, haben wir den Ukrainer Erfolg und das ist die Hauptsache.«

Der Kaiser hoffte, die kriegsmüden russischen Soldaten würden sich dann gegen Trockij wenden und ihn entweder stürzen oder zum Frieden zwingen. Und da auch er die Ukraine für das »Hauptversorgungszentrum Rußlands« hielt, erwog er einen Nebeneffekt. Man könne mit der Ukraine

»Sperrung gegen Rußland machen! Das bringt mit Hungers Hilfe Petersburg zur Raison, und das *muss* doch Frieden machen!«<sup>599</sup>

Czernin sah sich gezwungen nachzuziehen. Die deutschen Vertreter wollten den Friedensschluß, und angesichts der Demonstrationen in Österreich schrieb er am 20. Januar 1918 in sein Tagebuch, Ministerpräsident Ernst Ritter Seidler von Feuchtenegg (1862-1931) habe ihm mitgeteilt, »ohne ukrainisches Getreide sei die Katastrophe unmittelbar bevorstehend«, er erwarte gar »das Massensterben in wenigen Wochen«. Die ukrainische Delegation sei hingegen sehr geschickt: »Mit jeder Demonstration in Wien wird der Frieden hier teurer – denn die Herren Sewrjuk und Lewicky lesen den Grad unserer Hungersnot an diesen Unruhen ab wie an einem Thermometer.« Österreich wollte Frieden um fast jeden Preis, und Czernin resignierte: »Die Ukrainer verhandeln nicht mehr, sie diktieren!«, notierte er am 21. Januar.<sup>600</sup>

Von Kühlmann war schon Tage zuvor zu dieser Ansicht gekommen: Am 16. Januar 1918 telegraphierte er an den Reichskanzler: »[...] die Ukrainer sind gerissen, hinterhältig und vollkommen maßlos in ihren Ansprüchen, wenn sie glauben, sich

<sup>597</sup> Von Bergen an von Kühlmann, 9. 1. 1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 20, Bl. 166-167. – Teilszitat in Borowsky, Ukrainepolitik, S. 53.

<sup>598</sup> Von Rosenberg an AA, 13. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 164, S. 258-259.

<sup>599</sup> Vermerk vermutlich vom 15. 1. 1918, ebd., S. 259.

<sup>600</sup> Czernin, Im Weltkriege, S. 326; vgl. auch Popyk, Ukraïnci, S. 136-137.

dies nach Lage der Sache leisten zu können«. Sie wollten nun »Ostgalizien in irgend einer durchsichtigen Form von Österreich-Ungarn los[...]lösen und an die Ukraine an[...]gliedern.« Das sei zwar »indiskutabel«, aber man müsse weiter verhandeln, denn nur so könne man den Sowjetrussen gegenüber einen »schärferen Ton anschlagen«.<sup>601</sup>

In Österreich war man über die ukrainischen Forderungen entsetzt. Der Lemberger Statthalter Karl Georg Graf Huyn (1857-1938) hatte sich ausdrücklich für die »Auslieferung« ganz Galiziens an die Polen ausgesprochen, da »ein national geschlossenes ruthenisches Kronland in Österreich sich auf Dauer unmöglich halten [könnte] und sein Anschluss an den ukrainischen Staat [...] nur eine Frage der Zeit« wäre.<sup>602</sup> Dennoch wurden die Forderungen schließlich akzeptiert. Am 16. Januar 1918 stellte Graf Czernin »für den Fall einer Einigung über den übrigen Inhalt des Friedensvertrages« eine Volksabstimmung in Chełm und »eine Art Autonomie« für die Ukrainer in Galizien in Aussicht.<sup>603</sup> Einen Tag später waren die »Opferung Cholms« und eine galizische Lösung nicht mehr strittig, Czernin wollte nur noch die Zustimmung des polnischen Ministerpräsidenten erzwingen, um das »Odium für Bevorzugung der Ukrainer« auf ihn abzuwälzen.<sup>604</sup> Nur ein Vertrag schien Lebensmittellieferungen zu versprechen. In der Sitzung vom 19. Januar sagte Graf Czernin den Ukrainern ausdrücklich die »Einbeziehung des gesamten Gouvernements Cholm in die zukünftige ukrainische Republik« ebenso zu wie »die ukrainischen Landesteile innerhalb Österreichs zu einer eigenen Provinz zusammenzufassen«.<sup>605</sup>

Am 22. Januar fielen in Wien in einer Beratung, an der auch Kaiser Karl I. (1887-1922) teilnahm, die letzten Widerstände. Von Seidler behauptete, für ein ukrainisches Kronland würde es eine Zweidrittelmehrheit »selbst gegen die polnische Delegation« in den Parlamentskammern geben. Noch äußerte der ungarische Ministerpräsident wegen der Karpatho-Ukraine Bedenken, aber von Seidler und Czernin meinten, daß die Getreidefrage alles andere überschatte. Auf die Polen käme es nicht mehr an; die austro-polnische Lösung sei »auch ohne die Annahme der ukrainischen Forderungen« gescheitert. Österreich sei bereit, Polen den Deutschen zu überlassen und dafür Teile Rumäniens zu annektieren. Kaiser Karl habe dann angeordnet, »daß mit der Ukraine auf Grund der Zweiteilung Galiziens in Verhandlungen einzutreten sei«.<sup>606</sup>

Heikel, aber wohl unstrittig ist, daß der Hauptzweck der Erklärung der vollständigen Unabhängigkeit der Ukraine am 25. Januar 1918<sup>607</sup> darin bestand, die Völkerrechtssubjektivität der Ukraine zu begründen.<sup>608</sup> Nur so war ein Separatfrieden mög-

<sup>601</sup> Von Kühlmann an Hertling, 16. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 171, S. 270-271.

<sup>602</sup> Demblin an Czernin, 9. 12. 1917, Hornykiewicz I, Dok. 113, S. 283-284.

<sup>603</sup> Von Rosenberg an AA, 16. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 172, S. 271-272.

<sup>604</sup> Von Kühlmann an Hertling, 17. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 176, S. 275-276.

<sup>605</sup> Note Meyer, 19. 1. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 183, S. 285.

<sup>606</sup> Czernin, Im Weltkriege, S. 327-330.

<sup>607</sup> Das in der Literatur und Traditionsbildung verwandte Datum des 22. Januar 1918 bezeichnet den ersten Tag der Rada-Verhandlungen, auf den das Dokument schließlich datiert wurde.

<sup>608</sup> Magocsi unterstreicht zu recht, daß sie für die Bolševiki irrelevant war (Magocsi, History, S. 482); Mędrzecki sieht in ihr das Werk eines »engen Kreises der ukrainischen politischen Elite« und nicht



lich, nur so konnte man auf die Mittelmächte hoffen, ohne deren Hilfe die UNR nach Ansicht ihrer Führung politisch nicht überlebensfähig war. Generalmajor Max Hoffmann will seinen eigenen Memoiren nach bei einem vertraulichen Gespräch Oleksander Sevrjuk und Mykola Ljubynskyj am 13. Januar erklärt haben, sie müßten die Selbständigkeit der Ukrainischen Republik erklären, wenn sie einen Frieden unabhängig von Sowjetrußland schließen wollten.<sup>609</sup> Die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine wird so zu einem taktischen Schritt im Kontext der deutsch-ukrainischen Kontakte degradiert.<sup>610</sup>

Als am 27. Januar 1918 in Berlin die Nachricht über das IV. Universal eintraf, in dem sich die UNR für unabhängig erklärte, vermerkte Wilhelm II. am Rand des Telegramms: »bravo! können wir um so eher mit ihr Bündniß[!] machen!«<sup>611</sup>

Von Wedel berichtete von seiner und der Österreicher Überraschung:

»Man wollte nicht an die Ukrainer glauben. Sobald ich das Thema berührte, erhielt ich die Antwort, man mache sich in Deutschland von den Ukrainern eine falsche Vorstellung, die Ukrainer seien ein wenig gebildetes indolentes Volk, unfähig eines ernstesten nationalen Strebens, einer selbständigen Entwicklung und einer Organisation. [...] Die Polen [...] sprechen von den Ukrainern nicht nur mit Geringschätzung, sondern mit Verachtung als [von] einem besonders tief stehenden Teil des russischen Volkes.«

Von Wedel erwartete, daß die Ukrainer Galiziens nun selbstbewußter würden:

»Die Polen bilden in Galizien einen Staat im Staate und fühlten sich bisher in gesichertem Besitz ihrer Position, da Österreich nicht die Kraft hatte, sie derselben zu berauben. Wenn aber Österreich mit der Ukraine eine Verbindung sucht, so wird es bei einer einigermaßen geschickten Politik nicht schwer sein, den übermütigen Polen den Brotkorb höher zu hängen.«<sup>612</sup>

Nimmt man das Ergebnis der Wiener Beratung vom 22. Januar ernst, waren die ukrainischen Delegierten in bezug auf Österreich bereits am Ziel. Wußten das die österreichischen Ruthenen? Sie erwarteten von den in ihrer Existenz gefährdeten Ostukrainern kein Interesse an Ostgalizien, aber damit hatten sie Unrecht. Sie versuchten dagegen ihrerseits die rußländischen Ukrainer zu »motivieren«. Am 22. Dezember 1917 »ersuchte« die Ukrainische Parlamentarische Vertretung in Wien die Redaktion des *Svenska Dagbladet* um den Abdruck eines die ukrainischen Kronlandforderungen

die Folge »der Forderungen und Haltungen größerer sozialer Gruppen« (Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 41).

<sup>609</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 218.

<sup>610</sup> Die ukrainische Historiographie sieht dies natürlich anders. Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 10. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet hier Dmytro Dorošenko, der unzweideutig schreibt: »Aber der Abschluss eines Separatfriedens [...] erforderte die Deklaration der vollen staatlichen Selbständigkeit. Die Deutschen selber wiesen bei den Verhandlungen darauf hin, daß zum von den Bol'sheviki unabhängigen Frieden mit der Ukraine die Deklaration der Selbständigkeit der Ukraine erforderlich sei« (Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 191-192). Vgl. dazu Grelka, *Nationalbewegung*, S. 82.

<sup>611</sup> Randbemerkung Wilhelm II auf Telegramm von Rosenberg an AA, 26.1.1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 21, Bl. 158. – Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 58.

<sup>612</sup> Von Wedel an Reichskanzler, 31.1.1918, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 22, Bl. 8.

unterstützenden Artikels, den man in Kiew lesen sollte.<sup>613</sup> Und Vasyľ'ko und Mykola Zaliznjak wurden im Januar 1918 ebenfalls aktiv.<sup>614</sup>

Der Schützling Vasyľ'kos schrieb diesem am 14. Januar 1918, er wolle sich in Brest nützlich machen. Nachdem Zaliznjak sich mit Vasyľ'ko um den 25. Januar 1918 in Berlin getroffen hatte, fuhr er nach Brest. Vasyľ'kos Anliegen: Er wollte die Bildung eines mehrheitlich ruthenischen ostgalizischen Kronlandes auf die Tagesordnung setzen. Zaliznjak berichtete in seinen Erinnerungen, Vasyľ'ko habe ihm aufgetragen, der ukrainischen Delegation in Brest nahezu legen, die Teilung Galiziens zu fordern, weil Österreich den Frieden brauche und sich auf alles einlassen würde, was man ihm vorschläge. Das Delikate dieses Vorgangs hätte darin bestanden, daß ein durchaus konservativer österreichischer Reichsratsabgeordneter, der als »eigentlicher Regisseur d[es Brester] Friedens von österreichischer Seite« galt,<sup>615</sup> den Sozialrevolutionär benutzte, um eine mit Österreich im Kriegszustand befindliche Partei dazu zu bringen, seinem eigenen Land eine Auflage zu stellen, die diese von sich aus seiner Vermutung nach nicht artikuliert hätte. Aus späteren Anmerkungen geht hervor, daß Vasyľ'ko sich selber zurückhielt und damit auf seinen »Agenten« angewiesen war. Sollten diese Berichte stimmen, intrigierten Vasyľ'ko und Zaliznjak offensichtlich gegen ihr eigenes bzw. das Gastland.<sup>616</sup>

In seinen Erinnerungen präsentierte sich Zaliznjak als Vermittler zwischen der ukrainischen und der österreichischen Delegation. Im Gespräch mit Graf Czernin habe er erklärt, daß die Teilung Galiziens die Vorbedingung für den Friedensschluß sei – und so vertuscht, daß dies von den Ostukrainern berührt worden war.<sup>617</sup> Nach Zaliznjak habe sich Czernin erst am 8. Februar 1918 die Zustimmung zur Schaffung eines Kronlandes Ostgalizien abgerungen.<sup>618</sup>

Dazu paßt natürlich nicht, daß Czernin dies alles bereits in Wien am 22. Januar vertreten und durchgesetzt hatte. Und daß die ukrainische Delegation, als sie am 20. Januar aus Brest über Lemberg nach Kiew zurückreiste, dort die Galizier aufgefordert haben soll, ein Memorandum mit der Forderung nach einem separaten Kronland zu

<sup>613</sup> Ukrainische Parlamentarische Vertretung Wien an Svenska Dagbladet, 22. 12. 1917, Hornykiewicz I, Dok. 112, S. 280-283.

<sup>614</sup> Diese Episode kennen wir vor allem aus den Erinnerungen des wenig zuverlässigen Zaliznjak, aber sowohl Vasyľ'ko als auch Zaliznjak führen tatsächlich nach Brest. Fedyschyn ging (obwohl ihm die Erinnerungen Zaliznjaks bekannt waren), nicht darauf ein, daß Vasyľ'ko über Zaliznjak wirkte. Vasyľ'ko wird als Kronlandlobbyist, Zaliznjak davon abgesetzt nur als Gesprächspartner Czernins eingeführt (Fedyschyn, Drive, S. 68, 75). Horak, der Zaliznjak schon im Zusammenhang mit der BBU-Gründung übergangen hatte, nennt ihn – obwohl auch er aus seinem Erinnerungsartikel zitiert – nur als jemanden, der in Stockholm an einem sozialdemokratischen Kongress teilgenommen habe. Er führt seine Entsendung durch Vasyľ'ko nicht an und charakterisiert ihn falsch als Mitglied der ukrainischen Delegation (Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988, S. 43 u.a.).

<sup>615</sup> Polizeidirektion Lwów an Außenministerium, 31.10.1921, Archiwum Akt Nowych Warszawa (AAN), Außenministerium (MSZ), Berlin 3674, Bl. 86-89, hier Bl. 87.

<sup>616</sup> Mykola Zaliznjak, »Moja učast'«, hier S. 78-80.

<sup>617</sup> »ščo bez vašoi zhody napozytyvne rišennja cej spravy vam nema čoho i dumaty pro pidpysannja myru z ukraїnskoju delegacijeu.« (daß Sie ohne Ihre Zustimmung zu einer positiven Lösung dieser Angelegenheit an eine Unterzeichnung des Friedens mit der ukrainischen Delegation nicht einmal denken sollten) Ebd., S. 84.

<sup>618</sup> Ebd., S. 85. – Den Text des Galizienprotokolls gibt wieder: Burián an Forgách, 1.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 788, S. 433-434.

verfassen und es den Delegierten zu übergeben, wenn sie in ein paar Tagen auf dem Rückweg wären.<sup>619</sup> Auch die deutschen Akten sehen die Angelegenheit vor dem 22. Januar als weitgehend abgeschlossen an.

Zalijnjaks Bericht ist also unglaubwürdig. Wir sehen hier einen neuerlichen Versuch des Sozialrevolutionärs, sich als *Willy Wichtig* darzustellen, wo er doch nur ein verspäteter *Adabei* war. Sollte er aber tatsächlich im Auftrag Vasyľ'kos mit den Ostukrainern gesprochen haben (Vasyľ'ko war bei Erscheinen des Textes Zalijnjaks lange tot), dann hätten Vasyľ'ko und Zalijnjak hier mit dem »Feind« paktiert. Zalijnjak behauptete nicht nur, den Brester Verhandlungsverlauf bestimmt zu haben, sondern auch sonst hinter den Kulissen vieles geleistet zu haben (etwa als *spiritus rector* der Bitte um die militärische Verwendung der ukrainischen Kriegsgefangenen in Österreich). Mag Zalijnjak auch in Brest nichts wesentliches geleistet haben, daß der Bukowiner Vasyľ'ko ihn favorisierte und Czernin ihn für einen ehrlichen Makler gehalten haben soll, beschreibt die Komplexität der Lage. Horaks Satz, die Galizier und Bukowiner seien »a legitimate concern to the Ukrainian state on the Dnieper« gewesen, geht mit keinem Wort auf Vasyľ'ko und Zalijnjak ein.<sup>620</sup> Wahrscheinlich zu Recht.

Als Vasyľ'ko am 6. Februar 1918 nach Brest kam, beteiligte er sich nach Zalijnjak nicht an Sachdiskussionen, wollte sich nicht exponieren, machte keinerlei eigenen Vorschläge. Zalijnjak behauptete, daß sich die ukrainische Delegation ihm gegenüber »kühl« zeigte.<sup>621</sup> Czernin hingegen erlebte ihn »national hier viel chauvinistischer [...] als ich ihn in Wien zu kennen glaubte«.<sup>622</sup> Wer hatte Recht? Wir neigen eher Czernin zu – die kleine Episode zeigt jedoch, wie schwierig es ist, die tatsächlichen Ereignisse zu ermitteln. Nur eines ist diskursiv gesichert: 1928 hielt es Zalijnjak für opportun, nicht die UNR-Delegation, sondern die Westukrainen und sich als Protagonisten der gescheiterten *sobornist'* zu präsentieren. Und die Betonung der eigenen Rolle belegt, wie wenig skrupulös im Nachhinein mit dem Ziel der Selbstaufwertung im Emigrantendiskurs Abläufe »korrigiert« wurden.

Den Ukrainern stand inzwischen das Wasser ebenso bis zum Hals wie den Österreichern. Man erklärte wunschgemäß die Unabhängigkeit, schlug einen bolschewistischen Aufstand in Kiew mit letzter Kraft nieder und schickte die Delegation nach Brest zurück. Vom 1. Februar 1918 an, als ihr früherer Leiter Vsevolod Holubovyč (1890–nach 1931) Ministerpräsident wurde, stand Oleksander Sevrjuk an ihrer Spitze. Dorošenko betonte, daß die einzige Instruktion, die Sevrjuk in Kiew erhielt, »Schließt schnellstmöglich Frieden« gelautet habe. Sevrjuk sollte von Hruševskyj die Vollmacht erhalten haben, einen Frieden auch »ratifizieren« zu dürfen und sogar in Verhandlungen

<sup>619</sup> Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917–1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 219.

<sup>620</sup> Horak, *The First Treaty*, S. 143. Dorošenko versucht dagegen, er folgt dabei Zalijnjaks Erinnerungen, dessen Rolle in die Verhandlungen einzubauen und zu würdigen, wobei er narrative Inkonsistenzen in Kauf nimmt (Vgl. Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917–1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 222). Popyk versucht ebenfalls, beide Narrationen zu verknüpfen: nach ihm bat Czernin am 2. Februar, Vasyľ'ko nach Brest zu schicken, danach soll erst Vasyľ'ko Zalijnjak Anweisungen gegeben haben. Popyk bezieht sich dabei auf Zalijnjak, ohne dessen Datierung zu übernehmen (Vgl. Popyk, *Ukraïnci*, S. 140–141).

<sup>621</sup> »[U]kraïnska delegacija [...] povodylasja z Vasyľ'kom cholodno«. Mykola Zalijnjak, »Moja učasť«, S. 130.

<sup>622</sup> Czernin, *Im Weltkriege*, S. 334.

mit der Charkiver sowjetukrainischen Gegenregierung einzutreten.<sup>623</sup> Möglicherweise vertraute ihm Hruševskyj, weil Sevrjuk mit seiner Tochter Kateryna verlobt war.<sup>624</sup>

Bei den deutsch-österreichischen Regierungsverhandlungen in Berlin am 5. und 6. Februar, an denen Hertling, Ludendorff, von Kühlmann und Graf Czernin teilnahmen, fiel dann die Entscheidung, den Frieden mit der Ukraine zu schließen. Die Lieferung von Lebensmitteln hatte man dabei schon fest eingeplant und eine militärische Hilfeleistung erwogen.<sup>625</sup> Von Kühlmann stellte die Übergabe von Chełm an die Ukraine als »deutsches Opfer« dar, weil man damit die Polen beunruhige, letztlich war man sich aber nun einig.<sup>626</sup>

Der deutsche Einmarsch in die Ukraine wird formal auf das ukrainische »Hilfegesuch« vom 15. Februar 1918 zurückgeführt. Tatsächlich hatte von Kühlmann bereits längst den Hilferuf der Rada antizipiert:

»Falls ein Hilferuf der Ukrainischen Rada-Regierung an uns erginge, wäre die Frage ernstlich zu prüfen, ob diesem Folge geleistet werden könnte, oder nicht«,

telegraphierte er am 1. Februar dem Reichskanzler. Dabei fürchtete er, daß sich die UNR durch das Hilfegesuch an den Feind (noch gab es keinen Friedensvertrag) desavouieren könnte. Aber verlockender war, daß man das drohende, »kaum zu vermeidende« Scheitern der Verhandlungen mit den Bol'ševiki durch »ein Bundesverhältnis zu den Ukrainern« »leichter ertragen [...] könnte«. Der Reichskanzler, die Österreicher und die Osmanen waren der gleichen Ansicht.<sup>627</sup> Daß die Verhandlungen mit den Ukrainern dann gut vorankamen, freute von Kühlmann, weil er immer noch hoffte, dadurch »mit den Bolschewiken deutlicher reden« zu können.<sup>628</sup>

Am 10. Februar (nach dem Friedensschluß mit der Ukraine) bot Lev Trockij (1879-1940) mit dem Abbruch der Gespräche den Anlaß, den Vormarschbefehl gegen den Norden vorzubereiten und in diesem Zusammenhang – darin ist Grelka zuzustimmen – plante man auch den Einmarsch in die Ukraine. Bereits in seinem Telegramm vom selben Tag schrieb von Kühlmann, daß »die allenfalls nötige Detachierung deutscher Kräfte nach der Ukraine, die für die Heranschaffung von Getreide und Futtermitteln nötig sein könnte, [...] bei einigermaßen geschickter Behandlung sich ganz leicht vollziehen ließe«. Solange er noch gegen die Fortsetzung des Krieges gegen Sowjetrußland war, riet er aber von einem militärischen Eingreifen in der Ukraine, das nur durch den »Zweck, der Ukraine freundschaftlichen bewaffneten Beistand zu leihen« begründet würde, ab, weil er fürchtete, dies könne für die Ukraine ein »Danaergeschenk« sein.<sup>629</sup> Sobald jedoch die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gegen Rußland nach der Sitzung des Kronrats in Homburg am 13. Februar beschlossene Sache war, waren alle darin einig, einmarschieren zu wollen. Von Kühlmann drahtete nach Brest:

<sup>623</sup> Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. 1, Kyïv 2002 (1930), S. 220. – Dieser Passus rettete ihnen angeblich das Leben, als ihr Zug in Šepetivka in die Hände der dort herrschenden Bol'ševiki geriet (Ebd.).

<sup>624</sup> Vgl. Dmytro Vjedenjejev/Dmytro Burim, »Dmytro Dorošenko i sprava Sevrjuka«, in: *Naukovi Zapysky. Zbirnyk prac molodych včenyh ta aspirantiv.* Bd. 2, Kyïv 1997, S. 434-448, hier S. 438.

<sup>625</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 49; Grelka, *Nationalbewegung*, S. 83-84.

<sup>626</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. 1, S. 227.

<sup>627</sup> Von Kühlmann an Hertling, 1. 2. 1918; von dem Busche an von Kühlmann, 2. 2. 1918, Scherer/Grünwald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 207, S. 319-320.

<sup>628</sup> Von Kühlmann an AA, 7. 2. 1918, Scherer/Grünwald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 230, S. 354-355.

<sup>629</sup> Von Kühlmann an Hertling, 10. 2. 1918, Scherer/Grünwald, *L'Allemagne*, Bd. 3, Dok. 241, S. 370-371.

»Bitte zu versuchen von Ukrainern Erklärung zu extrahieren und Berlin zu übermitteln, welche für angegebene Zwecke verwertbar ist.«<sup>630</sup>

Die Ukrainer arbeiteten den Deutschen entgegen: Am 11. und 12. Februar berieten der nach Żytomyr geflohene Ministerrat der UNR, dann auch geflohene Mitglieder der »Kleinen Rada« über ein Beistandsgesuch an die Mittelmächte. Der UNR-Vertreter in Brest Ljubynskyj wurde angewiesen, die Deutschen um Hilfe zu bitten.<sup>631</sup> Ljubynskyj und General Hoffmann trafen sich also in Brest in dem Bestreben einen Hilferuf abzusetzen bzw. zu »extrahieren«.

Kam der Text von den Ukrainern oder von den Deutschen? Dorošenko behauptete, General Hoffmann habe den »Hilferuf« den Ukrainern fertig zur Unterschrift vorgelegt, woraufhin Ljubynskyj im Namen der Rada-Regierung den Befehl (»Nakaz«) an die Kriegsgefangenen in Deutschland erlassen habe, in die von den deutschen aufgestellte Truppe einzutreten.<sup>632</sup> Letztlich ist die Verfasserschaft schwer zu klären, das Endprodukt dürfte Formulierungen beider Parteien enthalten haben und in Brest zusammengestellt worden sein. Grelka schrieb auch, daß das Hilfebegehren vom 15. Februar, das über den Diplomaten Schüler abgesetzt wurde, von den Deutschen weitgehend vorformuliert war. Es enthielt »für alle Gesellschaftsgruppen des Kaiserreiches etwas Versöhnliches« (Grelka) und gipfelte in dem Passus:

»In diesem harten Kampf um unsere Existenz sehen wir uns nach Beistand um. Wir sind tief überzeugt davon, daß das fried- und ordnungsliebende deutsche Volk nicht gleichgültig bleiben wird, wenn es von unserer Not erfährt. Das deutsche Heer [...] besitzt die Macht, uns zu helfen [...]«<sup>633</sup>

Am 18. Februar traf der Hilferuf formal in den Hauptstädten ein – der deutsche Befehl stammte bereits vom 15. Februar. Die Deutschen brachen am 18. Februar den Waffenstillstand mit Sowjetrußland und marschierten in die Ukraine ein.<sup>634</sup>

Ohne die Mittelmächte sah die UNR-Regierung keinerlei Überlebenschancen. Die Rechtfertigung Ministerpräsident Holubovyčs vom 23. Februar 1918, mit den Deutschen gebe es »kooperative Beziehungen [...] ohne irgendwelche Mißverständnisse« und ihre Armee mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten der UNR, war damit sowohl »wishful thinking« als auch das einzige, was ihm noch zu bleiben schien.<sup>635</sup>

-----

<sup>630</sup> Kühlmann an AA, Brest, 13. 2. 1918, Scherer/Grünwald, L'Allemagne, Bd. 3, Dok. 248, S. 389. S. dazu auch Protokoll der Beratungen im Großen Hauptquartier von Bad Homburg (13. 2. 1918, BAB, R43, Bd.2403f, Bl. 85-93), zitiert bei Grelka, Selbständigkeitsbestrebungen, S. 85: »Reichskanzler: Wir wollen Odium nicht auf uns nehmen, daß wir Politik ändern und jetzt annexionsmäßig vorgehen. Wir müssen Hilferuf haben, dann lässt sich darüber reden. S. M. [Wilhelm II.]: Firma muß gemacht werden. Hindenburg: Hilferuf muß bis zum 18ten hier sein«. In der Buchfassung hat Grelka leider auf dieses Zitat verzichtet (Grelka, Nationalbewegung, S. 98).

<sup>631</sup> Vgl. Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 50.

<sup>632</sup> Vgl. Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S.239-240; Oleh S. Fedyshyn, Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918. New Brunswick NJ 1971, S. 89.

<sup>633</sup> »Kurzer Überblick über die Operationen in der Ukraine«, 6. 9. 1918, BAMA, PH3, Bd. 430, zit. nach Grelka, Nationalbewegung, S. 103.

<sup>634</sup> Vgl. Mędrzecki, Niemiecka interwencja, 49-51.

<sup>635</sup> Vgl. Grelka, Nationalbewegung, S. 107. – s. S. 284.

Mit dem Friedensschluß vom 9. Februar 1918 erkannten die Mittelmächte die UNR völkerrechtlich an. Für die ukrainischen Nationalisten späterer Zeiten war dieser Akt die Geburtsstunde eines international anerkannten ukrainischen Staates. Aber auch hier werden Unterschiede deutlich. Während für Deutschland, Bulgarien und das Osmanische Reich die Bestimmungen des Friedensvertrags unproblematisch waren und das Vertragswerk daher im Laufe des Sommers 1918 ratifiziert wurde, war die Haltung Österreich-Ungarns weitaus schwieriger. Die Vertreter Wiens hatten sich mit dem Anschluß des Chelmgebietes an die Ukraine einverstanden erklären müssen, was sofort Unruhen und Proteste der Polen hervorrief. Der polnisch-nationale österreichische Militärgeneralgouverneur in Lublin Stanisław Graf Szeptycki trat wegen des Chelm-Beschlusses von seinem Posten zurück.<sup>636</sup> Die Unruhen ließen erst nach, als im Laufe des Frühjahrs 1918 deutlich wurde, daß die Österreicher ihre Brester Zusagen nicht einzuhalten gedachten (s. dazu S. 252).

Die ukrainischen Politiker verfochten einen Independentismus, der sie die Gefahren, die eine allzu enge Bindung an Großmächte mit sich bringen mochte, übersehen ließ. Die Folge waren Fehlinterpretationen, Wunschdenken und Verdrängung. Ukrainischen Politikern erschien die deutsche Haltung von Anfang an ehrlicher und verlässlicher als die österreichische. Dabei stand auch für die Deutschen politisches und ökonomisches Kalkül im Vordergrund; sie interessierte weniger ein ukrainischer Staat als dessen Wirkung auf Rußland.<sup>637</sup> Ab 1917/18 überwogen ökonomische Fragen, daneben war aber wie seit 1915 schon die Förderung der Ukrainer wenig mehr als ein »Kriegsmittel« gegen Rußland ohne konkrete Vorstellungen über weitergehende Folgen, jedenfalls kein »Kriegsziel«. Von daher ist es auch müßig sich zu überlegen, ob »Weltherrschaftspläne« oder andere imperialistische Vorhaben dahinter steckten: Von den Wirtschaftskreisen abgesehen, die oft im Konflikt mit dem AA standen und auch zum Reichskanzler erst von Mitte 1917 an ein positives Verhältnis entwickelten, gab es keine konkreten Pläne für die Ukraine – dennoch ließ man sich auf Avancen ein, die von exilukrainischen Vertretern den Deutschen gemacht wurden und die sich verstärkten, als die Deutschen als einzige potentielle Verbündete übrig blieben, weil die Österreicher die Einbindung national orientierter Polen in ihre politischen Vorhaben nicht vernachlässigen mochten. Wer diese Avancen machte, sah auch im Februar 1918 – als die Erwartungen an die Österreicher enttäuscht worden waren – noch kaum Grund, den Deutschen zu mißtrauen. Nur die Bolševiki schienen noch eine Bedrohung zu sein. Unmittelbar nach dem Friedensschluß betonte dies Andrij Žuk. Im Frieden vom 9. Februar erblickte er die Rettung der Ukraine vor der polnischen Expansion – durch die Zugeständnisse

<sup>636</sup> Vgl. Arthur Hausner, Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges. Wien 1935, S. 223-234.

<sup>637</sup> Nicht nur vor diesem Hintergrund ist die These des nationalsozialistischen Historikers Erwin Hölzle unsinnig, Deutschland habe bei der Wahl zwischen Gesamtrußland und den Randgebieten versagt und damit den Bolševiki die Macht über den russischen Kern überlassen. Eine derartige Alternative bestand nicht, weil sich die Deutschen bereits an der Ukraine übernahmen und die NS-Überlegungen, deren Folgen bekannt sind, dies zu ihrer Zeit noch einmal belegten (Erwin Hölzle, Der Osten im Ersten Weltkrieg. Leipzig 1944, S. 50-51). Von Kühlmann schrieb: »Mein Plan war, Trotzki in eine rein akademische Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und seine mögliche praktische Anwendung zu verstricken, und was wir an territorialen Zugeständnissen durchaus brauchten, uns durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker hereinzuholen« (Richard von Kühlmann, Erinnerungen. Heidelberg 1948, S. 524).

Österreichs sogar »die Hoffnung der österreichischen Ukrainer auf eine bessere Zukunft, auf eine Befreiung von der polnischen Herrschaft im Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie«. Diese deutlich antiösterreichische Stellungnahme, die nichtsdestoweniger die Zensurbehörde in Wien passierte, hatte jedoch zwei Seiten. Žuk kritisierte diejenigen, die auf den »amerikanischen Onkel« (Wilson, der am 8. Januar 1918 seine 14 Punkte veröffentlicht hatte) gehofft hatten:

»Von jetzt an ist das Schicksal unseres Volkes eng mit dem Schicksal der deutschen Nation verbunden. [...] richtiger haben die Situation diejenigen bewertet, die mit dem Sieg der deutschen Waffen die Verwirklichung unseres nationalen Ideals verknüpft haben, die die Fäden der Freundschaft mit jener Nation geknüpft haben, die uns nicht nur nirgendwo und mit nichts bedroht, sondern in deren Interesse es wegen der gemeinsamen Feinde liegt, daß die Ukraine selbständig sei. Und uns erfüllt der Umstand mit Zufriedenheit, daß wir im Kriege die ersten Pioniere dieses Denkens waren, daß unsere Organisation – der Bund zur Befreiung der Ukraine – nicht nur die Fahne der staatlichen Selbständigkeit hochgehalten, sondern es auch gewagt hat, mit dieser Fahne ins feindliche Lager zu gehen. Und nun haben wir den Sieg unserer Orientierung erlebt, haben die Ernte unserer Saat erlebt.«<sup>638</sup>

Die Nachrichten über die Brester Verhandlungen, die Unabhängigkeitserklärung und den Friedensschluß belebten auch die Diskussionen in den Gefangenenlagern wieder. Die russische Orientierung war wie weggeblasen, und am 11. Februar 1918 dankte die HS in Rastatt dem BBU in einem Brief für seine Arbeit und bat, diesen Dank auch an die deutsche Führung weiterzureichen.<sup>639</sup> Parallel zum Hilfsersuchen der UNR wandte sich die Friedensdelegation der UNR auch an die Gefangenen mit der Anweisung, »disziplinierte Abteilungen« zu bilden und dazu beizutragen, die UNR von den »bolschewistischen Banden, die die Anarchie zu uns hineintragen«, zu befreien. In Rastatt meldeten sich 800 Freiwillige, aus denen das Ivan-Bohun-Regiment gebildet wurde, das am 17. Februar 1918 in die Ukraine in Marsch gesetzt wurde. Am 3. März 1918 folgten als Ivan-Vyhovskýj-Regiment weitere 1200 ehemalige Kriegsgefangene. Terlečkyj äußerte sich sehr kritisch zum Ausbildungsstand und zur Ausrüstung der hastig aufgestellten Regimenter.<sup>640</sup> Die Sič in den Lagern hörte damit zu bestehen auf.

Während aber die BBU-Repräsentanten zunächst zufrieden sein konnten, war dies in der Ukraine nicht unbedingt der Fall. Der Friedensschluß entsprach schon nicht allen Wünschen. Die Frage der vollen Unabhängigkeit führte zu Kontroversen in der Regierung. Aber was hätte man tun sollen? Petljura schrieb später resignierend: »Auch wenn die Zentralrada nicht die Deutschen gerufen hätte, wären sie von allein zu uns gekommen. Sie wußten gut, daß es weder eine Front noch eine disziplinierte Armee oder eine starke Regierung in der Ukraine mehr gab, also würde ihnen der Weg zu uns offenstehen.«<sup>641</sup>

Das »nationale Ideal« der Ukrainer war ganz gewiß nicht das Ziel der deutschen Politik.<sup>642</sup> Schwärmern wie Axel Schmidt mochte ein solches Ideal naheliegen, schon

<sup>638</sup> Andrij Žuk, »Myr z Ukraïnoju«, Vistnyk Polityky, literatury j žyttja 190/16. 2. 1918, S. 81.

<sup>639</sup> Terlečkyj, Istorija, S. 358-359.

<sup>640</sup> Ebd., S. 358-362.

<sup>641</sup> Zit. nach L. V. Lazarenko, »Predmova«, in: Zbirnyk pam'jaty Symona Petljury (1879-1926). Kyiv 1992, S. VI.

<sup>642</sup> In seinen Erinnerungen an die Verhandlungen von Brest-Litovsk schrieb General Hoffmann über die ukrainischen Delegierten: »Ich habe in diesen Tagen die jungen Ukrainer bewundert. Sicher

Rohrbach war vor allem an der strategischen Nutzung einer ukrainischen Separation interessiert. 1939 sah Kurt von Raumer im »Brotfrieden« nichts als »einen taktischen Schachzug, um Rußland endgültig friedensbereit zu machen, wie andererseits eine kriegswirtschaftlich höchst erwünschte Verbreiterung unserer Rohstoff- und Ernährungsbasis«. <sup>643</sup>

Beschwerden konnten sich die ukrainischen Nationalisten hierüber kaum: Seit dem Beginn des Krieges hatten sie unermüdlich den Deutschen die Ukraine unter Betonung eben dieser Aspekte angedient. Diese diskursive Entwicklung soll daher anschließend skizziert werden.

---

wußten sie genau, daß außer der eventuellen deutschen Hilfe nichts mehr hinter ihnen stand, daß ihre Regierung ein fiktiver Begriff sei [...]« – Karl Friedrich Nowak (Hg.), *Die Aufzeichnung des Generalmajors Max Hoffmann*. Berlin 1929, Bd. 2, S. 213.

<sup>643</sup> Kurt von Raumer, »Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne«, In: *Der Bolschewismus und die baltische Front*. Leipzig 1939 (= *Baltische Lande* 4,1), S. 1-13, hier S. 2.



### III. DER DISKURS ÜBER DIE UKRAINE IM ERSTEN WELTKRIEG

Die Kriegszieldiskussion auf Regierungsebene, die »Gefangenenarbeit« und die konspirativen Unternehmen zwischen Bern und Stockholm fanden unter Ausschluß einer breiteren Öffentlichkeit statt oder waren geheim. Dabei war die Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg kein nebensächlicher Faktor mehr. Gerade wegen der anfänglich geringen Ukrainekenntnisse ist die Rolle der Broschüren- und Zeitschriftenliteratur hervorzuheben, die sich ab 1914 dieser bis dahin vernachlässigten Gegend zuwandte.<sup>1</sup>

Die Wirkung der Broschüren entzieht sich einer exakten Bewertung: Es sei nur darauf hingewiesen, daß sich der Journalist Fritz Wertheimer (1884–1968), als er 1918 in die Ukraine reiste und, wie er schrieb, von dem Lande zuvor keinerlei Kenntnisse besaß, die »Hintergrundinformation« aus den Publikationen von Rudnyčkyj (»wohl dem einzigen [Werke], das in deutscher Sprache über die Geographie der Ukraine ausreichend unterrichtet«) und Doncov verschaffte.<sup>2</sup> Und mit der katechismusartigen Broschüre »Was muß jeder Ukrainer wissen?« prägte der BBU unter den Ukrainern eine einheitliche Vorstellung von der eigenen Nation.<sup>3</sup>

Das Interesse an der Ukraine flammte 1914 zunächst in Österreich, dann auch in Deutschland auf. Es ist nicht erkennbar, daß Inhalte vorgegeben worden wären. Auch die Verbote, Kriegsziele öffentlich zu diskutieren, haben sich kaum ausgewirkt. Die ukrainischen Blätter in der Donaumonarchie wiesen zwar die charakteristischen weißen Stellen auf, an denen Texte gesetzt worden waren, die Zensoren entfernt hatten, es blieb aber noch genug Text stehen, um über die Ukraine etwas lesen zu können. Die ukrainischen Independentisten nutzten die Gunst der Stunde, um ihre Vorstellungen einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Gestaltung ihrer Texte unternahmen sie autonom – nirgendwo ist erkennbar, daß österreichische oder deutsche politische Stellen gezielt Inhalte »bestellt« hätten. Die Parteinahme zugunsten der Mittelmächte geschah damit nicht auf »imperialistische« Initiative, vielmehr handelte es sich um eine imperialistische Nutzung independentistischer Strömungen.

Im Laufe des Krieges wurde das ukrainische Thema bekannter. Fritz Wertheimer hat dies so beschrieben:

»Eine gute und geschickte, zeitungsvverständige und broschürenreiche Agitation hat den Deutschen im Laufe des Weltkrieges den Begriff der selbständigen Ukraine allmählich in die Köpfe gehämmert, und es ist vielfach so, daß man nun aus dem einen Extrem der völligen Unkenntnis über Land, Staat, Volk und Staatswillen ins andere Extrem verfiel und schon an das Bestehen eines fix und fertigen, in allen Teilen lebensfähig ausgebauten Staatswesens glaubte, das nur durch die deutschen Siege von der Panzerhülle des bedrückenden zaristi-

<sup>1</sup> Da es in diesem Kapitel vor allem um die Suggestivität der Texte geht, werden mehr und längere direkte Zitate wiedergegeben.

<sup>2</sup> »Es ist namentlich in einer Broschüre von Donzow [...] viel Verborgenes über die ukrainische Staatsidee ans Tageslicht gefördert worden, und es darf hier darauf verwiesen werden«, Fritz Wertheimer, *Durch Ukraine und Krim*. Stuttgart 1918, S. 21, 27.

<sup>3</sup> Bohdan Zaklynčkyj, *Ščo treba znaty koždomu Ukraїncevy?* Wien 1915 – Herausgeber war der BBU.

schen Rußland befreit zu werden brauchte, um lebendig, kräftig, gesund dazustehen [...]«<sup>4</sup>

So wie sich in der Gegenwart das öffentliche Interesse rasch Weltgegenden zuwendet, die bis dahin der allgemeinen Aufmerksamkeit entgangen waren, wenn die Tagespolitik dort spielt und Massenmedien den gewachsenen Bedarf mit Informationssendungen und -artikeln bedienen, so griff auch im Ersten Weltkrieg das Publikum begierig zu Informationen über die in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit gerückten Landschaften. Da es noch keine Funkmedien gab und auch die dokumentarische Kinematographie in den Kinderschuhen steckte, waren es Printmedien, die diese Bedürfnisse befriedigten. Neben der Tagespresse war es das Genre der Broschüren und Zeitschriften, das am ehesten den heutigen »Experteninterviews« und Hintergrundberichten im Fernsehen vergleichbar war. Wegen der größeren Beständigkeit der Druckwerke gegenüber dem flüchtigen Eindruck einer zufällig aufgenommenen Sendung, der Möglichkeit mit Daten und Karten zu operieren, kommt diesen Medien Bedeutung zu. Wenn von Diskursgestaltung die Rede ist, können diese Quellen nicht übergangen werden – und sie sind zu den politischen Vorgaben in dem vorangegangenen Kapitel in Beziehung zu setzen. Kuraevs Meinung, die deutsche Presse habe »erst nach dem Ausbruch der Februarrevolution [begonnen], [...] ihre Aufmerksamkeit der Ukraine kontinuierlich zu widmen«, ist daher nicht ganz richtig. Tatsächlich kann man nicht von einer »kontinuierlichen« Behandlung handeln, das lag aber daran, daß die »Ukraine« bis 1915 kein Kriegsgebiet war.<sup>5</sup> Galizien rechnete man schlicht zu Österreich. Und über Galizien wurde durchaus geschrieben.

Die Frage der Nutzung der Ukraine wurde aber schon bald Gegenstand von Diskussionen. In bezug auf Broschüren ist 1915 eine weitaus höhere Konzentration anzutreffen als etwa nach 1917. Auch können wir nicht bestätigen, daß die »publizistischen Broschüren und Bücher« nur ausgewählten Lesern zugänglich gewesen seien. Die Gelder, die gerade 1914/1915 dafür aufgewendet wurden, belegen eine Streuung unter dem Bildungsbürgertum – zudem hielten die Bibliotheken die Broschüren bereit.<sup>6</sup> Und der Redakteur Adolf Grabowsky (1880-1969) vermerkte, daß auf die ersten Ukraine-Artikel in seiner »Wochenschrift für konservativen Fortschritt« *Das neue Deutschland* »eine große Anzahl von Zuschriften« eingegangen sei.<sup>7</sup>

Hier wollen wir nur den Grundlinien des Diskurses über die Neuordnung Osteuropas nachgehen. Darin nahm die »ukrainische Frage« zwar eine markante, jedoch keine exzeptionelle Stellung ein. Die von Deutschen verbreiteten Flugschriften behandelten in der Regel folgende Themen:

<sup>4</sup> Wertheimer, *Durch Ukraine*, S. 26-27.

<sup>5</sup> Andererseits hat Kuraev richtig beobachtet, daß »im August-Dezember 1914 deutsche Publizisten und deutsche Medien ziemlich unklare, allgemeine Vorstellungen über die Ukraine und die politischen Interessen der Ukrainer demonstrierten« (Kuraev, *Der Verband 'Freie Ukraine'*, S. 10). Dies lag aber daran, daß es noch kaum faktische Kenntnisse darüber gab, was sich hinter den neuen Namen verbergen mochte.

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 41. Kuraevs Aussagen sind widersprüchlich, vgl. etwa ebd., S. 26. – Auch widersprechen wir Grelka, der meinte, Kuraev überschätze »maßlos« den Einfluß der »deutschen ukrainischen Publizistik«. Selbst wo keine direkten Anleihen gemacht wurden, war sie eines der wenigen Informationsmittel und damit diskursiv von enormer Bedeutung (Vgl. Grelka, *Nationalbewegung*, S. 90).

<sup>7</sup> Adolf Grabowsky, »Weiteres zum ukrainischen Problem«, *Das neue Deutschland* 3 (1914/1915), Nr. 30/33 vom 29. 5. 1915, S. 287-288.

- Aus der Kriegserklärung ergab sich das Bedürfnis, die Haltung Rußland gegenüber zu thematisieren. Wurde Rußland als Vielvölkerstaat charakterisiert, der seine »Fremdvölker« unterdrückte, dann stellte sich bald die Frage nach dem Umgang mit den Randvölkern. Während sich in bezug auf das Baltikum und seine deutschen Minderheiten annexionistische Positionen artikulierten, wurden Verselbständigung der Ukraine und ihre »Nützlichkeit« für Deutschland ohne die formale Ausdehnung der deutschen Staatsgewalt diskutiert.
- Die Diskussionen um die »polnische Frage« waren wichtiger als um die ukrainische. Neben der polnischen Staatlichkeit spielte aber bald auch die Konkurrenz zwischen Ukrainern und Polen eine gewisse Rolle. Pro-polnische und pro-ukrainische Broschüren und Artikel trugen den Streit um Territorien und politische Haltungen vor die deutsche und österreichische Öffentlichkeit.
- Publikationen um Rechte und »Nützlichkeit« anderer Gruppen – etwa der Ostjuden – ergänzten diese beiden Themenkreise.
- Eine spezifische Broschürenart stellten Schriften dar, die, ohne auf nationalpolitische Ansprüche der Osteuropäer einzugehen, offen und eindeutig die Nützlichkeit osteuropäischer Umgestaltungen für deutsche ökonomische und strategische Ziele abwogen.

Dabei ist diese Trennung zwischen deutschen und osteuropäischen Verfassern künstlich: Kaum eine Broschüre independentistischer Politiker, die nicht die Nützlichkeit osteuropäischer Gebiete als für die Mittelmächte verlockendes Ziel ausgemalt hätte. Und auch die deutschen eher strategisch und ökonomisch interessierten Verfasser verwandten häufig mehr als einen Gedanken darauf, welche Haltung man gegenüber den in Osteuropa lebenden Volksgruppen an den Tag legen sollte und ob deren unterschiedliche Bestrebungen mit deutschen Zielen zu vereinbaren wären. Zudem bezogen die Deutschen den Großteil ihrer Informationen aus den osteuropäischen Vorlagen.

## 1. UKRAINISCHE INDEPENDENTISTISCHE POSITIONEN

In den ersten Kriegswochen finanzierte Österreich, dann das Deutsche Reich Propaganda, die auf eine »Befreiung« der Ukraine und ihre Losreißung von Rußland setzte. Da die Gelder auch an den BBU flossen, ist nicht verwunderlich, daß dieser eine umfangreiche Publikationskampagne entfachte. Rudolf Mark hat die Inhalte seiner Flugschriften umrissen, wir beschränken uns hier auf Ergänzungen zu seinem Beitrag.<sup>8</sup>

Zalijnjak und Doncov waren nur kurz mit dem BBU zu identifizieren. Auch Hruševskij, dessen Schriften der BBU verbreitete, hatte mit ihm nichts zu tun. Der Historiker verbrachte den Sommer 1914 in den Karpathen, reiste nach Kriegsbeginn

<sup>8</sup> Rudolf A. Mark, »Zur ukrainischen Frage im Ersten Weltkrieg: Flugschriften des »Bundes zur Befreiung der Ukraine« und ihm nahestehender Publizisten, 1914-1916«, Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), S. 196-226.

über Venedig nach Kiew, und wurde bis 1917 nach Simbirsk verbannt. Er wußte zwar von dem BBU, hatte sich an seiner Gründung jedoch nicht beteiligt.<sup>9</sup>

Die ersten Veröffentlichungen bestanden aus früheren, um ein aktualisierendes Vor- oder Nachwort ergänzten Texten. Der erste neue Text war eine von der HUR herausgegebene Broschüre des Lemberger Geographie-Privatdozenten Stepan Rudnyčkyj. Kost' Levyčkyj hat bei seinem Besuch in Berlin im August 1914 einem deutschen Generalstäbler die Lage der Ukraine mit einer von Hand gezeichneten Karte Rudnyčkyjs vor Augen geführt. Nach seiner Rückkehr nach Lemberg beschloß die HUR, Rudnyčkyj zu beauftragen, »eine Broschüre über die Ukraine und das ukrainische Volk mit einer Karte der Ukraine in deutscher Sprache zur Information politischer Kreise über die ukrainische Frage« zu schreiben.<sup>10</sup> In dem am 9. September 1914 abgeschlossenen Manuskript versuchte Rudnyčkyj zusammenzufassen, »was in diesen kriegerischen Zeitläuften in diesem Thema wissenswert erscheint«.<sup>11</sup> Zwar enthielt die Schrift auch geographische Informationen, der größte Teil war jedoch in Anlehnung an Hruševčkyj historisch (wobei die Ukraine von 1654 als russischer Lehnstaat beschrieben [S.9] und von einer 500 Jahre andauernden »Tatarennot« [S. 28] gehandelt wurde). Da Rudnyčkyj rassistischen Konzepten nahestand, schrieb er Russen im Unterschied zu Ukrainern starke »mongolische[.] Einflüsse[.]« zu.<sup>12</sup> Diesem Text kam durch die Rezeption in Deutschland Bedeutung zu: Rohrbach hat sich nach seiner Lektüre näher mit der Ukraine zu beschäftigen begonnen (s. S. 218).<sup>13</sup>

Zwei Presseorgane des BBU erschienen ab 1914: die deutschsprachigen *Ukrainischen Nachrichten* und der ukrainischsprachige *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* (Nachrichtenblatt des BBU), die für die Außen- bzw. die Binnenkommunikation gedacht waren und in der Wiener BBU-Zentrale in der Josefstädter Str. 79 redigiert wurden. Die *Ukrainischen Nachrichten* sollten die Presse informieren, auf daß sie nicht »die ukrainische Bewegung unrichtig oder ungenau darstellen oder gar die Sache vom Standpunkt unserer Feinde betrachten« möge. Sie gingen von Galizien als dem ukrainischen Piemonte aus und von der »geschichtliche(n) Notwendigkeit«, »daß zwischen

<sup>9</sup> Die sowjetische Polemik hinderte dies nicht daran, Hruševčkyj, der wegen seiner Leugnung der »Einheit des historischen Schicksals der russischen, ukrainischen und weißrussischen Völker gleichen Blutes [jedynokrovnych]« zum »erbitterten Feind des ukrainischen Volkes« (zapeklyj voroh ukraïnskoho narodu) deklariert wurde, auch zum Mitglied (učasnyk) des BBU zu erklären (Huryj F. Zastavenko, Krach nimečkoï intervenciï na Ukraïni v 1918 roci. Kyïv 1959, S. 16). Vgl. Dmytro Dorošenko, Moi spomyny pro nedavne-mynule, S. 35-40.

<sup>10</sup> Kost' Levyčkyj, Istorija Vyzvol'nych Zmahan', S. 28-29, 31.

<sup>11</sup> Stefan Rudnyčkyj, Ukraina und die Ukrainer. Wien 1914, S. 3. – Das österreichische Außenministerium förderte den Band und seine ungarische Version mit 4440 Kronen (Kost Levyčkyj, »Ausweis über die Verwendung«, 31.5.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.9, Bl. 104).

<sup>12</sup> Rudnyčkyj, Ukraina 1914, S. 11-13.

<sup>13</sup> Rudnyčkyjs Broschüre erschien in zweiter Auflage Anfang 1915 in dem Berliner Verlag, in dem auch Levyčkyjs Schrift erschien (s. unten; Verlag Carl Kroll). Gegenüber der österreichischen Ausgabe hat die zweite Auflage außer orthographischen Korrekturen nur einen Zusatz, der – wohl angesichts der militärischen Lage 1915 – selbst für den Fall, daß es »nicht gelingen sollte, die ganze Ukraina von der russischen Herrschaft zu befreien«, der Hoffnung Ausdruck verlieh, »daß nach diesem Kriege wenigstens einzelne ukrainische Grenzgebiete unter österreichische Herrschaft kommen« (Stefan Rudnyčkyj [Rudnyčkyj], Ukraina und die Ukrainer. Berlin 1915, S. 39). Rudnyčkyj behandelte auch die »Bedeutung der Ukraine«, aber er wandte sich nicht an Deutschland, sondern an Österreich und unterschied sich darin von Levyčkyjs unten behandelte Schrift.

Rußland und Europa [...] der unabhängige ukrainische Staat entsteht«, was nicht nur für Österreich nützlich, sondern auch »zur ungestörten Fortentwicklung des deutschen Volkes in der Monarchie und im Deutschen Reiche unerläßlich« sei. Von Anfang an wurde ein separates Kronland in Österreich gefordert: Sollte nicht die ganze Ukraine unabhängig werden, wollte sich der BBU damit zufrieden geben, daß »das ganze national ukrainische Gebiet in den Grenzen Österreichs zu einem autonomen Land zusammengefaßt wird«. <sup>14</sup> Der *Vistnyk*, von dem 226 Ausgaben bis 1918 erschienen, propagierte die Einheit des Ukrainertums. <sup>15</sup>

Mit welchen Topoi operierten die Autoren? Einer davon war die Unbekanntheit des behandelten Objekts. Im Falle des Ukraine-Themas am Beginn des Ersten Weltkriegs war dies nicht unbegründet. Man wollte den Diskurs zu einem neuen Thema eröffnen, sogar eine neue Begrifflichkeit einführen. Da mit den Forschungsarbeiten Hruševskyjs inzwischen Standards gesetzt worden waren, gab es ein Repertoire, aus dem heraus die geographische Lage (vom Bug bis in die Kubań-Steppe), die historische Entwicklung (dem Hruševskyj-Schema entsprechend und im Widerspruch zur groß-russischen Tradition) und die kulturellen Eigenheiten der Ukrainer (vor allem in der Abgrenzung der »toleranten, demokratischen, freiheitlichen, europäischen« Ukrainer von den »despotischen, brutalen, asiatischen« Groß-Russen oder Moskowitern) stereotyp präsentiert werden konnten. <sup>16</sup>

Dabei geht es uns nicht etwa um die »Richtigkeit« der verbreiteten Informationen, sondern um ihre Funktionalisierung und Wirksamkeit. Da es sich um Texte handelte, die auf der Grundlage von Nationalismus <sup>17</sup> entstanden sind, war einer der zentralen Ansprüche die Abgrenzung der neu konstruierten modernen Nation der Ukrainer von derjenigen der Polen und Russen. Dies konnte durch anthropologische, bis zum Rassismus reichende Feststellungen erfolgen, als in dieser Hinsicht wirksame Elemente wurden jedoch vorwiegend geographische, ethnische und historische Faktoren herangezogen. <sup>18</sup> Die Konstruktion einer historischen Tradition erfolgte durch die Integration der Kiewer Rus' und der Kosakentradition in eine ukrainische Nationalgeschichte. Die Nationalbewegung wurde zeitgleich im rußländischen wie im österreichischen Gebiet, wenngleich durch die Umstände bedingt mit unterschiedlichem Ergebnis, ausgemacht, und das Ziel,

<sup>14</sup> »Die Aufgaben der Ukrainischen Nachrichten«, *Ukrainische Nachrichten* (1), 16.9.1914, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.2, Bl. 24-27.

<sup>15</sup> Wenn Sribnjak den *Vistnyk* als »solidestes ukrainisches Organ der Kriegszeit« charakterisiert, das »auf die österreichischen Ukrainer« »großen Einfluß« gehabt habe, dann ist dies kaum akzeptabel (Sribnjak, *Poloneni*, S. 22). Die Ruthenen lasen die galizischen Blätter. Anders als sie hatte der *Vistnyk* außerhalb der Kriegsgefangenenlager keine Leserklientel und ging sehr bald ein, als die staatliche Finanzierung ausblieb.

<sup>16</sup> Vgl. Mark, »Frage«, S. 199-205.

<sup>17</sup> Dieser Begriff wird in dieser Schrift grundsätzlich in seiner anglo-amerikanischen Interpretation verwendet, also als Operieren in national umrissenen Ordnungskategorien, ohne dabei begrifflich zwischen dem positiv besetzten »Nationalpatriotismus« und dem negativ besetzten »Chauvinismus« zu differenzieren.

<sup>18</sup> So schreibt etwa Levyčkyj: »Ich habe bereits über die zwei ersten und dabei wichtigsten Voraussetzungen der Staatenbildung, über das einheitliche Gebiet und die einheitliche nationale Bevölkerung gesprochen, jetzt komme ich auf den dritten wesentlichen Punkt zu reden, auf die nationale Vergangenheit und die Bestrebungen des ukrainischen Volkes« (Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], »Die Ukraine«, in: Axel Ripke (Hg.), *Der Koloß auf tönernen Füßen*. München 1916, S. 142-155, hier S. 145).

dieses nationale »Wiedererwachen« in eine nationale Befreiung zu transferieren, war den Independentisten gemein, wobei allerdings politische Rücksichten Sprachkodierungen erforderlich machten. Anfangs stand der ukrainische Independentismus auch in Ostgalizien und in der Karpatho-Ukraine noch in Konkurrenz zur Russophilie (Moskophilie), also der Auffassung, daß die Ruthenen eigentlich Russen seien. Im Verlauf des Ersten Weltkriegs war diese Einstellung jedoch soweit geschwunden, daß sie nicht mehr thematisiert zu werden brauchte. Was ebenfalls nicht thematisiert wurde, war die Frage des Bekenntnisnationalismus. Nicht wenige der Protagonisten des Ukrainismus waren entweder nicht-ukrainischer Herkunft (Antonovyč, Lypynskyj) oder hatten nahe Verwandte, die sich zu einer anderen Nation bekannten (Šeptyčkyj, Šulhyn). Was nach dem Scheitern der ersten Staatsversuche in den 1920er Jahren ernsthaft diskutiert werden sollte, war in der Kriegspublizistik kein Thema: Dem direkten Zweck dieser Literatur entsprechend wurde der essentialistische Eindruck vermittelt, bei den Ukrainern handele es sich um eine »natürliche«, existierende moderne Nation, auf die ohne weiteres politisch zugegriffen werden könne. Daß man die Kriegsgefangenen einer »Ausbildung« unterzog, verwies dabei darauf, daß man – wie auch bei den Bauern Galiziens zuvor – davon überzeugt war, man könne zu dieser Nation pädagogisch hingeführt werden.

Diese ukrainische Nation wurde in Gegensatz zur russischen gesehen, in geringerem Maße zur polnischen. Dies mag damit zusammenhängen, daß ein polnischer Nationalstaat 1914/15 noch nicht wahrscheinlich schien, Piłsudski konnte es anfangs um nichts anderes als die »Befreiung« Russisch-Polens gehen. Das Verhältnis zum ukrainisch-russischen Gegensatz unterschied dagegen die Emigranten von den Rußland-Ukrainern. Letztere sahen im Zarenstaat, im russifizierenden Zentralismus und in der diese Tendenzen unterstützenden russischen Rechten ihre Gegner – nicht in »den Russen«, mit deren revolutionärer Intelligencija die Nationalisten zusammenarbeiteten und mit denen auch die Rada bis zum Ende des Jahres 1917 in einer »Rußländischen Föderation« verbleiben wollte. Aber die Gegnerschaft zu Rußland sollte bei den Mittelmächten Interesse wecken.

So orientierte man sich in der BBU-Presse an dem »Mitteleuropa«-Konzept der Mittelmächte. Das Europa-Thema wiederum war leicht gegen Rußland ins Feld zu führen: Einerseits hatte Nikolaj Danilevskijs (1822-1885) Kulturtypenlehre den Gegensatz zwischen »Rußland und Europa« von russischer Seite begründet, andererseits korrespondierte dies mit den Thesen ukrainischer Historiker, die die ukrainische Geschichte in engem Kontakt mit dem »Westen« sahen, während sie das Moskowitertum in den asiatisch-barbarischen Kontext rückten. Der Redakteur der in Wien erscheinenden *Ukrainischen Rundschau*, Volodymyr Kušnir (1881-1938), konnte sein Traktat daher damit enden lassen, daß er erklärte:

»Die Einfälle der asiatischen Nomaden [gemeint sind die Mongolen-Tataren, FG] drängen die ukrainische Bevölkerung immer mehr vom Schwarzen Meere zurück, machen sich breit und sprengen die alte Kulturbrücke zwischen Europa und Asien. [...] [Moskau gelangt zum Schwarzen Meer: H]ierdurch erwächst die halb wilde Staatsorganisation plötzlich zu ungeahnter Macht. [...] Ohne den Besitz des Schwarzen Meeres wäre Russland nie ein europäischer Staat geworden und nie hätte Europa etwas von einem Panslawismus gehört.«<sup>19</sup>

<sup>19</sup> Wladimir Kuschnir [Volodymyr Kušnir], *Die Ukraine und ihre Bedeutung im gegenwärtigen Krieg mit Russland*. Wien 1915, S.38. – Diese Broschüre war die leicht abgewandelte Neuauflage einer

Nur die Aufrufe vom August 1914 hatte Doncov für den BBU verfaßt. Alle weiteren Texte wurden publiziert, als Doncov im Gegensatz zum BBU stand. Der Unterschied zwischen den Broschüren Doncovs und des BBU war jedoch gering. Alle Seiten bemühten sich, keine inhaltlichen Kontroversen aufkommen zu lassen.<sup>20</sup> In seinen Erinnerungen schrieb Kost' Levyčkyj, er habe während seines zweiten Berlin-Aufenthalts vom 8. bis zum 11. April 1915 mit Jevhen Levyčkyj und Doncov eine gemeinsame Tätigkeit vereinbart (»ščoby uzhidnyty ſich pospil'nu dijaj'nist'«).<sup>21</sup> In den Texten mochte dies vorerst funktionieren – organisatorisch bekämpften sich die beiden Vertreter jedoch.

Doncovs Schrift über die »ukrainische Staatsidee« war neben der erwähnten Broschüre Rudnyčkyjs eine der ersten eigens für den Kriegszweck verfaßten Neuausgaben. Sie war eine Frucht seiner Studien in Berliner Bibliotheken,<sup>22</sup> in denen Doncov sich über die »Vorgeschichte« der deutsch-ukrainischen Kontakte informierte. Aus der Kapnist-Mission (1791), den Plänen der Wochenblatt-Partei (1854) und Hartmanns Andeutung eines »Königreichs Kiew« (1887/8) leitete er eine Kontinuität potentiellen deutschen Interesses an Hilfe für Ukrainer ab. Hoetzsch hielt Doncovs Broschüre für »die sorgfältigste in der ukrainischen Agitationsliteratur«.<sup>23</sup> Immerhin war Doncov nicht oberflächlich oder naiv genug zu übersehen, daß keine der drei angesprochenen Episoden tiefere Bedeutung gehabt hatte und es in Deutschland weit- aus mehr Befürworter einer Zusammenarbeit mit dem Russischen Reich gab als Sympathisanten einer selbständigen Ukraine. Und er übersah auch nicht, daß deutsches Interesse an Südrußland strategisch war.<sup>24</sup>

Doncov beschrieb plastisch den russischen Expansionsdrang zu den Meerengen, dem sich nur Deutschland, der Ukraine helfend, entgegenstemmen könne. Dabei ging er ziemlich phantasievoll vor: Daß er das Attentat von Sarajevo als russisches Werk ansah, mochte ja noch angehen, daß die russischen Pläne aber darin bestanden hätten, »der ukrainischen Staatsidee in Österreich den Boden zu entziehen«<sup>25</sup>, belegte bereits die Manie, alles und jedes »ukrainisch« auszulegen. Den Ausklang bildete die Beantwortung der Frage, ob die ukrainische Staatsidee realisierbar sei – bei der erwartungsgemäß positiven Antwort fehlten weder der Weizenreichtum noch die Industrie des Doneč-Beckens, weder die kulturellen Eigenschaften der Ukrainer noch ihre psychische Konstitution. Derselbe Doncov, der den BBU wegen der zu engen Verbindung mit Deutschland verlassen haben wollte, schrieb: »Jetzt ist [die ukrainische Frage] mit dem Schicksal Österreich-Ungarns und Deutschlands fest verbunden, an deren Sieg

Vorkriegspublikation.

<sup>20</sup> Levyčkyj, *Istorija*, S. 108-109.

<sup>21</sup> Ebd., S. 131-132.

<sup>22</sup> Das AA erbat einen Polizeibericht über Doncov. Danach hielt dieser »sich täglich einige Stunden in den Lesesälen der hiesigen Königlichen Bibliothek« auf, und über seinen Leumund sei »Nachteiliges hier nicht bekannt geworden« (Polizeipräsident Berlin [Geh. RR Lindig] an AA, 26. 1. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.3, Bl. 88). Die Broschüre wurde mit 1000 Kronen durch die deutsche Botschaft in Wien gefördert (Kost Levyčkyj, »Ausweis über die Verwendung«, 31.5.1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.9, Bl. 104).

<sup>23</sup> Otto Hoetzsch, *Russische Probleme*. Berlin 1917, S. 37.

<sup>24</sup> Dmytro Donzow (Doncov), *Die Ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland*. Berlin 1915, S. 31-47.

<sup>25</sup> Ebd., S. 56.

wir, russische Ukrainer und unsere Brüder in Österreich-Ungarn, unsere Zukunft knüpfen.«<sup>26</sup> Nur in dem Wort »Jetzt« mag man im Nachhinein die Möglichkeit der Wandelbarkeit dieser Verknüpfung angedeutet sehen.

Doncovs Thesen wurden rezipiert: Konsul Heinze schrieb Bethmann Hollweg aus Wien, Doncovs Broschüre sei derjenigen Rudnyčkyjs vorzuziehen, sie sei »ausgezeichnet geschrieben [...] und mach[e] der geschichtlichen und politischen Kenntnis ihres Verfassers Ehre«. Ihr sei »weiteste Kenntnis und Verbreitung unter den gebildeten Schichten unseres Volkes zu wünschen.«<sup>27</sup>

In der Sache gab es keinen Unterschied zu der Position des BBU. Eine nicht persönlich gezeichnete »Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine« erschien im März/April 1915 in München.<sup>28</sup> Der Bund charakterisierte die Ukrainer als »geschlossen sitzendes Volk«, während die Großrussen in der Ukraine »nicht eigentlich bodenständig« seien.<sup>29</sup> Nicht nur das Schlagwort von der Kornkammer kam vor, sondern dazu wurde auch ein großzügiges Angebot unterbreitet: Die Getreidevorräte könnten »im Falle der deutschen Offensive in das ukrainische Gebiet für die Zwecke der Verproviantierung der deutschen Armee und der Ausfuhr nach Deutschland ausgenutzt werden.«<sup>30</sup> Außer der Hervorhebung der historischen Staatlichkeit der Ukraine, erwähnte der BBU an nicht weniger als drei Stellen die Kapnist-Mission von 1791,<sup>31</sup> erklärte die ukrainische Nationalbewegung zu einer »Massenbewegung«<sup>32</sup> und forderte im Schlußsatz die Deutschen auf, »uns aus unserer langen Knechtschaft und Unterdrückung zu befreien und zur staatlichen Selbstständigkeit zu verhelfen«. »Nur durch die Schaffung eines selbständigen »Königreichs Ukraine« [könne] die großrussische Gefahr auch für Deutschland dauernd gebannt werden«. Nicht nur beständen zwischen Deutschland und der Ukraine keine Gegensätze, die beiden Völker seien vielmehr aufeinander angewiesen.<sup>33</sup> Dieses Motiv des gegenseitigen Aufeinander-angewiesen-Seins sollte sich von nun an in unzähligen Variationen durch den deutsch-ukrainischen Diskurs ziehen. Dabei trat der recht skurrile Effekt ein, daß die nationalukrainischen Autoren, später auch seriöse Historiker, auf die Kontinuität der deutsch-ukrainischen Verbindungen (in positivem Sinne) hinwiesen. Gleiches taten aber auch sowjetische Verfasser, die aus den gleichen Fakten die (negativ bewertete) Kontinuität deutsch-imperialistischer Ziele hinsichtlich der Ukraine ableiteten.<sup>34</sup> In beiden Konstruktionen wurden disparate und keineswegs bedeutsame Faktoren zu einer Traditionskette verknüpft.

Der Reichsratsabgeordnete Jevhen Levyčkyj, der im Krieg im Auftrag des BBU seinen Lebensschwerpunkt nach Deutschland verlegte, um ukrainische Propaganda zu

<sup>26</sup> Donzow, Staatsidee, S. 67.

<sup>27</sup> Heinze an von Bethmann Hollweg, 3. 3. 1915, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.4, Bl. 8.

<sup>28</sup> Die Ukraine und der Krieg. Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine. München 1915. – Die Datierung ergibt sich aus den Akten des Auswärtigen Amtes, wo sich mehrere Exemplare der Broschüre (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd.4) befinden.

<sup>29</sup> Die Ukraine und der Krieg. Denkschrift des Bundes zur Befreiung der Ukraine. München 1915, S. 3-4.

<sup>30</sup> Ebd., S. 4. – 1915 war das deutsche Interesse an Getreide allerdings noch nicht besonders stark.

<sup>31</sup> Ebd., S. 9, 12, 22.

<sup>32</sup> Ebd., S. 13.

<sup>33</sup> Ebd., S. 24.

<sup>34</sup> Vgl. z.B. Zastavenko, Krach, S. 3-6.



verbreiten, ging über die Andeutungen der Denkschrift hinaus. Die Entsendung Jevhen Levyčkyjs kann als bewußter gemeinsamer Schritt von HUR und BBU interpretiert werden, um ein einheitliches Bild der ukrainischen Propaganda zu präsentieren.<sup>35</sup> Levyčkyj publizierte kleine Artikel über die Ukraine<sup>36</sup> und eine Broschüre über den Zusammenhang der ukrainischen Problematik mit deutschen Interessen. Diese entstand auf der Basis eines am 7. Mai 1915 in München gehaltenen Vortrags, wurde durch den BBU gedruckt und über einen Berliner Verlag verbreitet. Der BBU fand es bemerkenswert, daß Levyčkyj »in einer erschöpfenden und sehr eindringlichen Weise die Interessen Deutschlands an der Lösung der ukrainischen Frage« behandelt habe.<sup>37</sup> Damit war für den BBU die Rede und die darauf aufbauende Schrift die bewußte Eröffnung einer Diskussion um die Ukraine, obgleich der Vorrang in Deutschland eigentlich Doncov gebührte. Allerdings war Levyčkyj in der Tat weitaus konkreter.<sup>38</sup>

Jevhen Levyčkyj hatte sich schon früh Gedanken über eine »weltpolitische« Rolle der Ukraine gemacht. Seit der bosnischen Annexionskrise von 1908, die in Rußland zu aggressiven Haltungen gegenüber Österreich geführt hatte, sah er in einer verselbständigten Ukraine aufgrund ihrer geographischen Lage eine natürliche Barriere gegenüber expansionistischen Bestrebungen aus dem Norden und einen Faktor zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts in Osteuropa. Er rief vergeblich die Ukrainer auf, ihre geopolitische Lage in Europa künftig besser zu nutzen.<sup>39</sup> Im Krieg konnte er seine bis dahin eher theoretischen Überlegungen mit praktischer Politik verbinden. Sein Argumentationsstrang ist für unsere Fragestellung von vorrangigem Interesse. Nach der üblichen historisch-geographischen Übersicht kam Levyčkyj auf die aktuelle Lage zu sprechen. Eine ukrainische Bevölkerungsmehrheit der rußländischen Ukraine konstruierte er, indem er den Juden eine Nationalität absprach und erklärte, sie seien »aus opportunistischen Rücksichten für jede Verwaltung zu haben« und

<sup>35</sup> Kost' Levyčkyj schrieb, man habe Jevhen Levyčkyj nach Berlin und München geschickt, um »die Wege der Wahrheit über unsere Nation« zu bahnen die deutsche Gesellschaft mit Vorträgen, Zeitungsartikeln und Broschüren über die ukrainische Sache zu informieren (Levyčkyj, *Istorija*, S. 108-109).

<sup>36</sup> So z.B. Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], »Das Volk der Ukraine«, *Vossische Zeitung* 8.2.1915. – Der Artikel enthielt auf engstem Raum das Repertoire der langen Staatlichkeit, der russischen Unterdrückung und ökonomischen Nützlichkeit (»Kornkammer des Zarenreiches«). In einem ähnlichen Beitrag schrieb L. über die russischen Nationalitätenfragen, deren »wichtigste« die ukrainische sei, und hoffte vage, daß sie in diesem Kriege deutscherseits »nicht außer Acht gelassen werde« (Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], »Die Ukraine und der Krieg«, *Frankfurter Zeitung* 26.3.1915).

<sup>37</sup> Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], *Ukraine, Ukrainer und die Interessen Deutschlands*. Berlin 1915, S. 3.

<sup>38</sup> Zeitgleich, im Frühjahr 1915, veröffentlichte Levyčkyj eine ähnliche, kürzere Schrift in der von Ernst Jäckh besorgten Flugschriftenreihe »Der Deutsche Krieg« (Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], *Die Ukraine der Lebensnerv Rußlands*. Stuttgart/Berlin 1915 [= *Der Deutsche Krieg*, 33]). Hierin beteuerte er, daß Rußland ohne die Ukraine »zu einem einflußlosen Staat zweiten Grades zusammenschrumpfen« werde (S.6) und daß die »Verdrängung Rußlands vom Schwarzen Meere und die Wiederherstellung des ukrainischen Zwischenstaates [...] somit auch für Deutschland als die einzig radikale und vernünftige Lösung der osteuropäischen Frage« erscheine (S.18), wobei er die »pénétration commerciale« der »stets einen Anschluß an den europäischen Westen« suchenden Ukraine als »gute[...] Aussichten« für Österreich und Deutschland erläuterte (S. 23, 30).

<sup>39</sup> Eugen Levyčkyj, »Die orientalische Frage«, *Ukrainische Rundschau* 1909, Heft 4, S. 151, zit. nach Gruchala, S. 560.

würden sich daher »ganz gewiß bei geänderten politischen Verhältnissen dem Ukrainertum anschließen«. <sup>40</sup> Der Weltkrieg sei von Rußland mit dem »Hauptziel« ausgelöst worden, Ostgalizien und die Karpatho-Ukraine zu erobern, so daß damit »die besondere politische Bedeutung des ukrainischen Volkes und des ukrainischen Problems in der europäischen Politik aufs Tapet« gekommen sei. <sup>41</sup> Levyčkyj propagierte das »mit Elementarkraft anwachsende[.] nationale[.] Bewußtsein der ukrainischen Volksmassen« und wies die Behauptung zurück, daß »die ukrainische nationale Bewegung bloß auf die Bauernschaft und die Intelligenz der sog. freien Berufe eingeschränkt« sei. <sup>42</sup>

Da Jevhen Levyčkyj die ukrainische Front für entscheidend hielt, sollte Deutschland auch dort die Entscheidung suchen, da ein strategischer Nutzen bei einem Vorstoß auf dem Balkan »dasselbst nicht zu erreichen« sei, solange Rußland die Expansionsfähigkeit verbleibe. <sup>43</sup> Deutschland wurde das Eintreten für die Ukraine mit zwei Argumenten schmackhaft gemacht. Es habe an der »Lösung der ukrainischen Frage« interessiert zu sein, weil ihm dies die »Möglichkeit von weiteren Erwerbungen in Asien« eröffne und »es sich um seine Zukunft als Großmacht« handle. <sup>44</sup> Liefße man Rußland gewähren, würde Deutschland zu einem eingeschlossenen Kontinentalstaat und »sich [...] mit der damit verbundenen Rolle in der Weltpolitik begnügen müssen«. <sup>45</sup> Durch einen ukrainischen Staat würde Rußland geschwächt, das kontinentale Gleichgewicht »dauerhaft wieder hergestellt und der europäische Friede für lange Zeit dauerhaft gesichert«. Die Zentralmächte könnten »ihre großen wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte im Interesse der allgemeinen Kultur [...] entfalten und ihre Betätigung auf dem weiten Gebiete im Osten bis nach Asien hinein« sichern. Der »deutsche Fleiß und das deutsche Kapital« sollten sich betätigen können, der »wirtschaftspolitische[.] Anschluß« durch eine »militärische Konvention« ergänzt und »das ukrainische, sonst von Natur aus sehr begabte Volk auf eine höhere Stufe der kulturellen Entwicklung gehoben« werden. <sup>46</sup>

Anfang 1916 ging Levyčkyj noch weiter. In einem Beitrag für die *Balkan-Revue* wiederholte er nicht nur, daß durch die Abdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer, die »Befreiung der Ukraine und [die] Wiederherstellung des alten ukrainischen Staa-

<sup>40</sup> Lewicky, Ukraine, S. 12.

<sup>41</sup> Ebd., S. 7, 50. – Dasselbe behauptete im Februar 1915 auch der Lemberger Privatdozent Tomašivskyj zunächst in der Presse, dann in einer Broschüre. Er kritisierte, daß sich »kein Verständnis der unzweifelhaften Tatsache bemerkbar« mache, »daß dieser Weltbrand [...] wegen Galizien entfacht worden ist« (Stephan Tomaschivskyj [Stepan Tomašivskyj], Die weltpolitische Bedeutung Galiziens. München 1915, S. 8, 40).

<sup>42</sup> Lewicky, Ukraine, S. 33, 35.

<sup>43</sup> Ebd., S. 43.

<sup>44</sup> Ebd., S. 44, 46. – In einem früheren Zeitungsartikel hatte Levyčkyj schon das Ziel eines Riegels zwischen Rußland und dem Balkan darin gesehen, daß das Zarenreich sich dadurch auf sich selber und seine asiatischen Besitzungen konzentrieren würde. Das Argument der »Getreidekammer« fehlte auch hier nicht (Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], »Die Verdrängung Rußlands vom Schwarzen Meer«, Berliner Tageblatt 1. 10.1914).

<sup>45</sup> Lewicky, Ukraine, S. 47. – Während bei Levyčkyj der Balkan als »Durchgangsziel« erscheint und mit der »Meerengenfrage« verknüpft war, versuchte Tomašivskyj, Galizien als eigentlichen russisches Kriegsziel hinzustellen und das Streben nach Konstantinopel als sekundär (Tomaschivskyj, Bedeutung, S. 10).

<sup>46</sup> Lewicky, Ukraine, S. 52-53.

tes am Schwarzen Meere« ein »Schutzwall« gegen das »immer und immer wieder« nach dem europäischen Süden gravitierende Rußland errichtet würde, sondern er empfahl auch gleich eine offensive Aktion: Würde Rußland durch die Ukraine vom Schwarzen Meer verdrängt, könnte »am Suezkanal und in Ägypten« »das Britenreich in zwei Teile durchschnitten werden«, was »nirgend[wo] sonst [...] bequemer und sicherer« ginge.<sup>47</sup> Der Krieg erschien Levyčkyj als Chance, weil »der Krieg eben dazu da ist, um das Bestehende in einer radikalen Weise zu zerstören und an dessen Stelle etwas ganz Neues zu setzen.«<sup>48</sup> Der Krieg als Chance wurde damit explizit als Argumentationstopos benutzt, er sollte es im Denken der ukrainischen Nationalisten bleiben.

Für spätere Beobachter entfernen sich diese Aussagen von der Position des Independentismus und führen in eine Befürwortung kolonialer Ausbeutung. Damalige ruthenische Politiker sahen aber weder in dem Zusammengehen mit den Mittelmächten noch in deren ökonomischer und »kultureller« Hegemonie eine Gefahr. Sich auf diese Sicht einzulassen, ist heute ungewohnt, jedoch unabdingbar, um die politischen Orientierungen und Diskurse jener Zeit zu analysieren.

Wenn Levyčkyj für sein Volk die »Freiheit« erreichen wollte, dann schien sich nur an der Seite der Mittelmächte dafür eine Chance zu bieten. Ihm war aber auch klar, daß sein Abschlußwort, wonach die Ukrainer nicht vergessen würden, daß sie »bei den europäischen Zentralmächten und bei dem deutschen Volke insbesondere das Verständnis für unsere nationalen Bestrebungen und das Mitgefühl für unsere Leiden gefunden haben«<sup>49</sup>, ein Topos war, der realpolitisch nicht ausreichte.

Als im Sommer 1915 die polnischen Gebiete Rußlands und das Baltikum bis Lettland von den Mittelmächten erobert wurde, während Österreich es nicht schaffte, die Invasoren aus dem Ostteil Galiziens hinauszudrängen, versuchten die Ukrainer sich wieder ins Gedächtnis zu rufen. Die Lage war gegenüber dem Vorjahr verändert: Nun wurde über eine austropolnische Lösung diskutiert, in bezug auf das Baltikum gab es Annexionspläne, aber von der Ukraine sprach kaum jemand. Die Broschüre, die der galizische Rechtsanwalt und Reichsratsabgeordnete L'onhyn Cehel'skyj nun verfaßte, war nicht mehr nur eine Aufzählung der Vorzüge der Ukraine für die Mittelmächte, sondern sollte verhindern, daß die ukrainischen Bestrebungen gegenüber den Avancen der Polen und der Balten noch weiter ins Hintertreffen gerieten. In dem offenbar sehr schnell geschriebenen Text (was unter anderem an dem eigenwilligen Sprachstil, aber auch an kleineren faktischen Fehlern, die sonst sicher beim Durchsehen aufgefallen wären, erkennbar ist) versuchte der Verfasser, die Deutschen zu verleiten, das Stadium des »Schaffenskrieges«, in das der Weltkrieg nun getreten sei, zur »Bildung eines an die Zentralmächte Europas gestützten ukrainischen Staates« (!) zu nutzen.<sup>50</sup> Dabei wollte er die Deutschen von den Balten und Polen weglocken: Beide seien russenfreundlich und ihre Territorien für Rußland peripher. Die Annexion der Ostseeprovinzen war für den Abgeordneten »viel mehr eine Lokal- und eine Sentimentsfrage«,

<sup>47</sup> Eugen Lewicky [Jevhen Levyčkyj], »Das Schwarze Meer«, *Balkan-Revue* 3(1916), S. 3-18, hier S.16-18.

<sup>48</sup> Lewicky, *Ukraine*, S. 57.

<sup>49</sup> Ebd., S. 59.

<sup>50</sup> Longin Cehelskyj [L'onhyn Cehel'skyj], *Die großen politischen Aufgaben des Krieges im Osten und die ukrainische Frage*. Berlin 1915, S. 5, 7.

»geschichtlich-politische Romantik«, während die Ukraine den »reellen großen und modernen Interessen Deutschlands« entgegenkomme, indem sie die »Verbindung zwischen Berlin und Bagdad« sichere.<sup>51</sup> Diese strategische Argumentation hatte es auch bei Levyčkyj gegeben, dort war aber das antipolnische und antibaltische Moment noch nicht so deutlich. Es fehlte auch bei Cehel'skyj keiner der nun üblichen Topoi – die Europäisierung der Ukraine, die Kornkammer<sup>52</sup>, das Angebot kolonialer Zustände<sup>53</sup> – zusätzlich gab es aber neue Elemente.

Polen und Russen würden, gäbe es erst einen ukrainischen Staat, »im ukrainischen Volksmeer gänzlich aufgehen«, und die Juden erklärte er mit dem Argument, sie seien »national indifferent« und »alle der ukrainischen Sprache mächtig«, für ukrainisierungsfähig.<sup>54</sup> Die Nationalbewegung in der Ukraine schilderte Cehel'skyj als eine elementare Kraft, im Osten der Ukraine sei sie stärker als im Nordwesten (den die Truppen inzwischen erreicht hatten) ausgebildet.<sup>55</sup> Dies war falsch und von den Lesern nicht nachzuprüfen. Das Wichtigste war aber der Gegensatz zu Polen. Ukrainer einerseits, Polen und Russen andererseits seien Todfeinde, während sich Polen und Russen (vorzugsweise gegen die Ukrainer) gerne verbündeten.<sup>56</sup> Damit sollte den Mittelmächten die Unzweckmäßigkeit einer »polnischen Option« verdeutlicht werden, was der Verfasser noch damit ergänzte, die Polen (nicht aber die Ukrainer) hätten »in ihrem geschichtlichen Staate eine Prüfung der Regierungsunfähigkeit abgelegt«.<sup>57</sup>

Cehel'skyjs dilettantische Broschüre belegte die Fähigkeit des Verfassers, der 1918 Mitglied der westukrainischen Regierung wurde, Argumente der aktuellen Lage entsprechend zu pointieren. Diskurselemente erfuhren in diesem Prozeß eine länger wirkende Stabilisierung: Um die Unterstützung der aktuellen Feinde Rußlands zu finden, mußte

- a) das ukrainische Volk als »staatsfähig« apostrophiert und
- b) den potentiellen Unterstützern auch jenseits von romantischen Geschichtsthesen ein handfester Handlungsanreiz geboten werden.

Für die militärischen Führer waren dies militärische Anreize,<sup>58</sup> für die Diplomaten außenpolitische Perspektiven, für die Wirtschaftsführer die Eröffnung von Wirtschaftschancen, für intellektuelle Nationalisten eine »Kulturarbeit«, die der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit attraktiv erschienen.

<sup>51</sup> Ebd., S. 6-7.

<sup>52</sup> Ebd., S. 14-16.

<sup>53</sup> Ebd., S. 32: »Die Ukraine, als Produzentin der notwendigsten Rohprodukte wird ja diese nach Deutschland und Österreich exportieren, um von Mitteleuropa Industrieprodukte zu beziehen.«

<sup>54</sup> Ebd., S. 18, 22.

<sup>55</sup> Ebd., S. 28.

<sup>56</sup> Ebd., S. 39-40. – Dies hinderte Cehel'skyj nicht daran, die Gefahr aufzuzeigen, daß es »in kurzer Zeit dazu kommen« könne, »daß die Russen [...] sich mit dem Ukrainertum zu versöhnen und auszugleichen genötigt sehen werden« (S. 30). Damit sollte Druck auf die Deutschen ausgeübt werden, ihre Option der Nutzung »eines kulturellen und wirtsch[aft]lichen Anschlusses an das Europa, wohin die Ukrainer ihrer Lage, Rasse, Geschichte und Kultur nach gehören« (S.30), nicht zu verspielen.

<sup>57</sup> Ebd., S. 38.

<sup>58</sup> Cehel'skyjs Broschüre enthält einen Anhang über die »Ukraine als evtl. Kriegsschauplatz« (Ebd., S. 41-44).

Diese zielgruppengerichtete Argumentation wurde noch deutlicher. In der 1916 von Axel Ripke herausgegebenen Sammelschrift über Rußland machte Doncov im russischen Bürgertum »einen natürlichen Gegner des Deutschen Reiches«, in Rußland den besten Markt Deutschlands aus und warnte davor, daß Rußland, auch und gerade wenn es sich im liberalen Sinne modernisiere, Deutschland durch einen siegreichen Krieg »zur Rolle eines Staates zweiten Ranges« niederdrücken könne.<sup>59</sup> Jevhen Levyčkyj diente Deutschland die Ukraine nun offen als Kolonie an:

»Die jetzigen Staaten mit ihrer entwickelten Industrie müssen entweder Kolonien haben oder, wenn sie keine solchen oder solche nur in ungenügendem Maße besitzen, danach streben, daß von ihnen wirtschaftlich die Gebiete anderer Länder »durchdrungen«, d.h. mit Nutzen befruchtet und ausgenutzt werden. Und wenn wir berücksichtigen, daß z.B. Österreich-Ungarn gar keine Kolonien hat, daß es tatsächlich, wenn der jetzige Zustand aufrechterhalten werden sollte, im Innern geradezu ersticken müßte, ferner, daß sich Deutschland in bezug auf die Industrie besonders entwickelt hat und infolgedessen immer größere und sichere Absatzgebiete unbedingt braucht, so ergibt sich, daß durch die wirtschaftliche Angliederung einer selbständigen Ukraine an die europäischen Zentralmächte in zweckentsprechender Form für die letztere jene Absatzgebiete geschaffen würden, in denen deutsches und österreichisches Kapital, deutsche Kultur, deutscher Fleiß und deutsche Produktion sich weiter betätigen und das bis jetzt so vernachlässigte ukrainische Land sich würde wirtschaftlich und kulturell heben können.«<sup>60</sup>

Die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine war demnach kein von den »herrschenden Kreisen« (Remer) in Deutschland monopolisierter Gedanke. Sie war vielmehr eines der Lockmittel, mit denen ukrainische Independentisten die Deutschen motivieren wollten. Und zwar geschickt, wenn im Hungerjahr 1916 von der Ukraine als der »Kornkammer Rußlands« die Rede war.<sup>61</sup>

Eine Seitenlinie des deutsch-ukrainischen Diskurses war die Verbindung linken Gedankenguts mit der Option zugunsten der Mittelmächte. Mykola Zaliznjak publizierte 1915 in Wien eine Broschüre, in der er nicht nur die Verselbständigung der Ukraine, sondern sogar ihre wirtschaftliche Erschließung durch Deutschland für zweckmäßig im Sinne der Ausbreitung des Sozialismus hielt. Da Rußland die Ukraine wirtschaftlich ausbeute, ohne ihr dafür etwas an Entwicklung zu bieten, stagniere dort auch die sozialistische Bewegung. Eine von Rußland losgelöste Ukraine würde einerseits Rußland zu mehr Eigenentwicklung zwingen, andererseits aber auch fremdes Kapital in die Ukraine locken. Er sprach Deutschland, das er wie Levyčkyj für den optimalen Investor hielt, von allen annexionistischen Zielen frei – und wählte als Beispiel ausgerechnet Belgien, dem gegenüber durchaus Annexionsabsichten bestanden. Deutsches Kapital in der Ukraine wäre auch für Sozialisten segensreich: Es würde zu einem größeren ukrainischen Binnenmarkt führen, und die Industrialisierung würde »westeuropäische Formen« annehmen. Dies wiederum würde nicht nur »allgemeine Kultur und Wohlstand« heben, sondern böte auch ein »breiteres Feld für Aktivitäten und Kämpfe der verschiedenen Gruppen und Klassen des ukrainischen Volkes«. Und

<sup>59</sup> Dmytro Donzow [Doncov], »Das veränderte Rußland«, in: Axel Ripke (Hg.), *Der Koloß auf tönernen Füßen*. München 1916, S. 55-69, hier S. 61-62.

<sup>60</sup> Lewicky, »Die Ukraine«, in: Ripke, S. 142-155, hier S. 154-155. – In bezug hierauf stimmt die Formulierung der sowjetischen Historiographie durchaus, der BBU habe versucht, die Ukraine in einen Vasallenstaat zu verwandeln (Zastavenko, Krach, S. 17).

<sup>61</sup> Lewicky, »Die Ukraine«, S. 154.

erst dann könne es zu einer »wirklichen sozialistischen Bewegung in der westeuropäischen Bedeutung dieses Wortes« kommen. »Daher liegt unter anderem diese Unabhängigkeit [der Ukraine] nicht nur im Interesse der Demokratie, sondern auch des internationalen Sozialismus«. <sup>62</sup>

Dies waren sicher nicht die Ziele der Deutschen und Levyčkyjs. Aber die etwas eigenwillige Argumentation Zaliznjaks belegt, wieso die independentistische Position bei gleichzeitiger Werbung um deutsches Kapital quer durch das Parteienspektrum vertreten wurde.

## 2. DAS DILEMMA DER GALIZIER

Galiziern war der Independentismus, den der BBU vertreten konnte, nur teilweise möglich, schließlich waren sie in die Habsburgermonarchie eingebunden, mit der sie es sich nicht verderben wollten. Vorsichtig schlossen sie sich den Forderungen jedoch an: Die ukrainischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat erklärten, sie hätten »in ihren an maßgebenden Stellen unterbreiteten Denkschriften, Broschüren, Kundgebungen und Zeitungsaufsätzen zur Genüge klargelegt«, »wie die ukrainische Frage in concreto zu behandeln« sei. <sup>63</sup>

1916/17 erschienen zwei weitere Schriften des Lemberger Geographen Stepan Rudnyčkyj. In deutscher Sprache ein geographisches Handbuch, das mit dem Ansatz der Anthropogeographie die Ukraine als eine geographisch-historische Einheit beschrieb. <sup>64</sup> Die andere Publikation in ukrainischer Sprache unter Pseudonym war als Begründung für eine ukrainische Unabhängigkeit gedacht. Daß Rudnyčkyj unter falschem Namen schrieb, mochte damit zusammenhängen, daß er nicht wußte, ob Österreich noch immer für die Unabhängigkeit der Ukraine eintrat. Das 1991 in der Ukraine neu herausgegebene rare Werk ist in einer anderen Hinsicht bemerkenswert. Rudnyčkyj trat darin als Verfechter einer rassistischen Geschichtsinterpretation auf. Dabei operierte er mit dem »modernen« anthropologisch-biologischen Rassebegriff, den er nach dem Krieg noch stärker nutzen sollte. Er nahm einen jahrtausendealten Rassenkampf an und postulierte die Kategorie »selbständiges Volk«:

»Das selbständige Volk ist eine große Gemeinschaft von Menschen, die einen ähnlichen und von anderen Völkern abweichenden Körperbau haben, die ihre selbständige und von anderen abweichende Muttersprache haben [usw.] und, was am wichtigsten ist, die einen Platz zum Leben haben, also gemeinsam einen großen und reichen Abschnitt der Erdoberfläche einnehmen«. <sup>65</sup>

Getreu dem Sozialdarwinismus hielt er es für unmöglich, daß solche selbständigen Völker in Frieden miteinander leben könnten. Dabei war die Rassenvermischung für ihn hier sogar erwünscht, denn die Ausgestaltung des »ukrainischen Rassetyps« habe

<sup>62</sup> Mykola Zaliznjak [Zaliznjak], *Samostijna Ukraïna – nesocjalistyčne haslo?*. Wien 1915, S. 4-7, 10.

<sup>63</sup> »Denkschrift des Ukrainischen Klubs des österreichischen Reichsrates in der ukrainischen Frage«, Juli 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 35-39, hier Bl. 36.

<sup>64</sup> Stefan Rudnyčkyj, *Ukraina. Land und Volk*. Wien 1916.

<sup>65</sup> Š. Levenko [Stepan Rudnyčkyj], *Čomu my chočemo samostijnoï Ukraïny*. L'viv 21994 (Wien 1917), S. 39.

schließlich »vom körperlichen Gesichtspunkt her« zu »nur guten Eigenschaften« geführt.<sup>66</sup> Zwar war er vordergründig kritisch gegenüber den Versuchen, »einen Zusammenhang zwischen körperlichen und geistigen Eigenschaften einzelner Menschen oder ganzer Völker oder Rassen« herauszuarbeiten, aber das hinderte ihn nicht daran, im nächsten Satz neben dem gemeinsamen »Körperbau« auch Gemeinsamkeiten des sozialen Verhaltens, des Glaubens, der Sprache, starke Abweichungen von den Nachbarn als Aspekte der postulierten Selbständigkeit herauszuarbeiten.<sup>67</sup>

Eigentlich waren die Positionen der Galizier mit Independentismus nicht vereinbar. Ihre »staatstragenden« Parteien konnten sich nicht ohne weiteres für eine Zerschlagung der Habsburgermonarchie aussprechen. Andererseits wurden die Galizier von ihren jungen Leuten in den Aktivismus getrieben. Kost' Levyčkyj behauptete 1928, man habe natürlich nicht zu Kriegsbeginn Forderungen stellen können, Galizien und die Bukowina von Österreich zu lösen und daher Befreiungslosungen für die Große (Rußländische) Ukraine ausgegeben. Dazu sei die Hinwendung zu Deutschland eben verdeckter Independentismus gewesen: Österreich habe russisches Gebiet annectieren wollen, während Deutschland

»keine Annexionsabsichten hegte, sondern aus den von Rußland losgerissenen Gebieten einen ihm in Grenzen ergebenden Staat schaffen wollte, damit Rußland nicht weiter nach Westen dränge. Daher waren unsere Erwartungen gegenüber dem Krieg und Forderungen folgende: Die Große Ukraine vom zarischen Rußland befreien und aus ihr einen selbständigen ukrainischen Staat zu schaffen sowie uns, die galizischen Ukrainer, von der Herrschaft der Polen zu befreien, ohne sich von Österreich zu lösen.«<sup>68</sup>

Wir halten hier zweierlei fest: Auch 1928 noch hielt Kost' Levyčkyj die Deutschen (im Unterschied zu den Österreichern) in bezug auf die Ukraine nicht für annexionistisch. Dies ist insofern bemerkenswert, als dieser Text 1928 in Polen niedergeschrieben wurde, als eine prodeutsche Stellungnahme politisch keineswegs opportun war. Allerdings kooperierten die deutsche und die ukrainische Minderheit gerade wieder im Block der nationalen Minderheiten. Wir können davon ausgehen, daß K. Levyčkyj von dieser Haltung aber auch sonst durchaus überzeugt war – was uns wiederum erläutert, warum er sich 1941 bis zu seinem baldigen Tode den nunmehr nationalsozialistischen Deutschen ebenfalls zur Verfügung gestellt hat. Aber die Stellungnahme zeigt auch, in welchen Schwierigkeiten die Galizier waren. Nahmen sie independentistische Positionen ein, wurden sie für die Österreicher weniger akzeptabel als die mit der austropolnischen Lösung liebäugelnden Polen.

### 3. DER POLNISCHE FAKTOR

Im Gefolge der Polenproklamation vom 5. November 1916 und der Februar-Revolution in Rußland schienen auch die Entente-Mächte als potentielle Förderer einer un-

<sup>66</sup> Ebd., S. 48, 49.

<sup>67</sup> Ebd., S. 50.

<sup>68</sup> K. Levyčkyj, *Istorija*, S. 10-11.

abhängigen Ukraine in Frage zu kommen. Der BBU verlor angesichts der ukrainischen Autonomie seine Daseinsberechtigung und löste sich schließlich selber auf. Stepankivskyj versuchte auf beiden Klavieren zu spielen, Doncov zog sich vorübergehend aus dem politischen Leben zurück und widmete sich erst einmal seinem beruflichen Fortkommen. Von den Ereignissen in der Ukraine selber war er separiert, was nicht zuletzt darin deutlich wurde, daß er in einem Artikel das Generalsekretariat als »Generalkommissariat« bezeichnete.<sup>69</sup>

Nationalismus äußert sich in der Abgrenzung. Der ukrainische Independentismus hatte zwei nationale Gruppen, von denen er sich zu separieren hatte, da jene immer wieder die Zugehörigkeit der Ukrainer zu ihrem Kultur- bzw. Einflußgebiet behaupteten – die Polen und die Russen.<sup>70</sup> Die Rivalität mit den Polen war sowohl in Galizien als auch in der rechtsufrigen Ukraine, wo die Grundbesitzer zum Teil Polen waren, schwieriger als die mit den Russen. Noch standen polnische Independentisten partiell an der Seite der Mittelmächte, besaßen nicht geringen Einfluß und die Diskussion um die »austropolnische« Lösung in der Donaumonarchie ließ sogar ihre Gleichberechtigung mit Deutschen und Ungarn nicht abwegig erscheinen. Umso heikler wurde die Konfrontation mit den Ukrainern, die sich schon in den ersten Kriegsmonaten von Österreich deutlich zurückgesetzt fühlten. Zu einem zentralen Thema ukrainischer Texte wurde daher das antipolnische Moment, das von der Zensur – wohl im Sinne einer Politik des *divide et impera* – toleriert wurde.

Eröffnet wurde es auf dem Broschürensektor durch eine mit 56 Seiten umfängliche Publikation des Redakteurs der Lemberger Zeitung *Dilo* im Oktober 1914. Unter dem Eindruck der Parteinahme der polnischen Nationaldemokraten unter Roman Dmowski für Rußland und der russischen Besetzung Galiziens wies Mychajlo Lozynskyj (1880-1937) zunächst den Vorwurf zurück, russophile Ruthenen hätten in Galizien die russischen Invasoren willkommen geheißen. Er schloß die Moskophilen kurzerhand aus der ukrainischen nationalen Gemeinschaft aus und warf im Gegenzug den Polen vor, sie hätten sich nach 1863 allmählich dem Russophilismus zugewandt.<sup>71</sup> Der ökonomische Aufschwung Russisch-Polens galt dem Verfasser als Grund dafür, daß sich Polen von Rußland mehr erhoffen könnten als von den Mittelmächten, und die historische Dimension fehlte ebenso wenig: Seit dem polnisch-russischen Andrusovo-Teilungsvertrag über die Ukraine (1667) sei es »Tradition der polnischen Politik, sich lieber mit Rußland als mit der Ukraine zu versöhnen«.<sup>72</sup> Der Journalist kam zu dem Schluß, daß die Hoffnungen der Ukrainer anders als die der Polen allein bei den Mittelmächten lägen und daß dafür Österreich Ostgalizien, das seit 1867 eine polnische Provinz sei, den Ruthenen als eigenes Kronland übergeben sollte.<sup>73</sup> Daß die polnische

<sup>69</sup> Von einem Ukrainer, »Die separatistische Bewegung der Ukraine«, Neue Zürcher Zeitung 1467/10.8.1917.

<sup>70</sup> In der »Denkschrift des Ukrainischen Klubs des österreichischen Reichsrates in der ukrainischen Frage« vom Juli 1916 (PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 35-39, hier Bl. 36) wurden die »Polen und Moskowiter[...]« ausdrücklich als die »nationalen Gegner[...]« genannt.

<sup>71</sup> Michael Lozynskyj [Mychajlo Lozynskyj], Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien. Berlin 1914, S. 3-8. – Komplementär hierzu versuchte auch Tomašivskyj zu begründen, für Russen sei die Polonisierung Galiziens eher mit ihren Staatsinteressen vereinbar, da eine Ukrainisierung einen Zerfall des russischen Staates einleiten würde (Tomaschiwskyj, Bedeutung, S. 44).

<sup>72</sup> Lozynskyj, Propaganda, S. 15.

<sup>73</sup> Ebd., S. 52, 55 et passim.



nationaldemokratische Orientierung als russophil bezeichnet wurde, war durchaus nicht so anachronistisch, wie es aus einer späteren Perspektive erscheinen mag.<sup>74</sup> Dmowski war gegenüber Rußland versöhnlicher als gegenüber den deutschsprachigen Mächten und agierte tatsächlich von Petrograd aus für die Entente. Daß die Broschüre unter der Firma der HUR in Österreich erschien, jedoch in Berlin aufgelegt wurde, belegt die Kontakte, die zwischen den Ruthenen und den Deutschen inzwischen aufgebaut worden waren. Die polenfeindliche Politik Preußens erschien bereits in diesem frühen Kriegsstadium vielversprechend.

In Deutschland konnte man die Rivalität zwischen Polen und Ukrainern in der Publizistik auch verfolgen, wenn man keiner der beiden Sprachen mächtig war. Das Sprachrohr der Polen war dabei Aleksander Brückner, der an der Berliner Universität lehrte. Nach mehreren ausgewogeneren Artikeln erklärte der Slavist 1915 im *Neuen Deutschland* den ukrainischen Staat zu einer politischen Utopie. Dabei drückte er sich recht plastisch aus:

»Seine [des ukrainischen Volkes] Traditionen von den Unabhängigkeitskämpfen haben denselben praktischen Wert, wie seine Traditionen von Froschkönig oder Schwanenjungfrau, d. h. es sind nur Requisiten seiner Phantasie, und einen Staatstrieb kennen die Ukrainer schon darum nicht, weil sie nie einen Staat gebildet haben, weil ihnen jegliche Idee eines nationalen Staates absolut fremd war und ist.«<sup>75</sup>

Daß Brückners Thesen, die »Kleinrussen« hätten »immer nur Osteuropa angehört«, ihre politischen Erfolge 1648 nur »mit den Tataren« errungen und sie seien »auf dem besten Wege« gewesen, sich an Polen, »von westlicher Kultur und Sitte«, zu assimilieren, wohingegen sie derzeit nur noch »als ethnographische Masse« ihr Leben fristeten,<sup>76</sup> den ukrainischen Independentisten nicht gefallen konnten, liegt auf der Hand. Hier soll jedoch nicht etwa die Berechtigung der einen oder anderen Meinung diskutiert, sondern nur diagnostiziert werden, daß in der deutschen Öffentlichkeit die »polnisch-ukrainische Frage« diskutiert wurde. Dabei war nicht zu übersehen, daß diese polemischen Stellungnahmen Schachzüge in einem Spiel waren, dessen Ziel die Neugestaltung Osteuropas war, und es waren vor allem die Deutschen, um die man dabei warb.

Dies verstand auch Lozynskyj. Nachdem er im Sommer 1915 noch einmal eine Streitschrift für die Teilung Galiziens publiziert hatte,<sup>77</sup> veröffentlichte er im Novem-

<sup>74</sup> Ganz ähnlich argumentiert der anonyme Verfasser *Austriacus*, *Polnische Russophilen und Massenverhaftungen staatsstreuer Ukrainer in Galizien*. Berlin 1915, der ebenfalls im Umfeld des Ukrainischen Nationalrats anzunehmen sein dürfte.

<sup>75</sup> Alexander Brückner [Aleksander Brückner], »Der »ukrainische« Staat. Eine politische Utopie«, *Das neue Deutschland* 13.3.1915, S. 157-160, hier S. 158.

<sup>76</sup> Ebd., S. 159-160. Damit folgte er etwa Leon Wasilewski, dem sozialistischen Politiker und Freund Piłsudskis, der dies 1911 konstatiert hatte (*Ukraina i sprawa ukraińska*. Kraków 1911, S. 215). – In einem weiteren Artikel differenzierte Brückner zwischen den rußländischen Kleinrussen und den galizischen Ruthenen, die Deutschland miteinander verwechselt habe; nur letztere seien »seit Jahren zu nationalem Bewußtsein und Leben voll erwacht«. Um etwas ähnliches bei den »Kleinrussen« entstehen zu lassen, müßten deren Eigenarten »erst längere Zeit sorgfältig gepflegt« und Rußland zerschlagen wären, was Brückner im März 1915 weder für möglich noch für wahrscheinlich hielt (A. Brückner [Aleksander Brückner], »Ruthenen und Kleinrussen«, *Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* 9 (1915), Sp. 715-724).

<sup>77</sup> Michael Lozynskyj [Mychajlo Lozynskyj], *Die Schaffung einer ukrainischen Provinz in Österreich*. Berlin 1915.

ber 1915 in Berlin eine Broschüre gegen die polnischen Ansprüche. Er wies die Bezeichnung »ethnographische Masse« für die Ukrainer zurück und bemühte sich mit statistischen und historischen Argumenten zu belegen, daß polnische Ansprüche auf Ostgalizien wie auf die rußländische Ukraine unberechtigt seien.<sup>78</sup> Während er für die Ukrainer »die Bildung eines ukrainischen Staatsorganismus im Anschluß an die Zentralmächte« forderte, setzte er die Angliederung ethnisch ukrainischer Gebiete an einen polnischen Staat mit der zarischen Herrschaft gleich, da Polen unter ihrer Freiheit nichts anderes verstanden als die Beherrschung der Völker, »die dem einstigen Polenreiche unterworfen waren«. Mit dem Satz »Wer die Freiheit Anderer bedroht, hat das Recht auf seine eigene Freiheit verwirkt...«, wollte er sogar den Polen eine Unabhängigkeit verweigern.<sup>79</sup>

Der Schlagabtausch blieb nicht einseitig: Leon Wasilewski, ein mit Piłsudski zusammenarbeitender polnischer Sozialist, verfaßte ein Pamphlet, in dem er den Ukrainern in Rußland ebenfalls bescheinigte, »zur rohen ethnographischen Masse herabgesunken« zu sein, und behauptete, ihr Separatismus »existierte einzig in der Phantasie der russischen Denunzianten« und in den Broschüren Dmytro Doncovs, dessen Thesen allein »in gewissen Jugendzirkeln Anklang zu finden begannen«.<sup>80</sup> Die Erklärung der Unabhängigkeitsbestrebungen zu einer Jugendbewegung war nicht einmal eine falsche Beobachtung: Wasilewski folgte hier dem prämodernen »historischen« Nationalismus, der im Gegensatz zu den Vorstellungen des in dieser Hinsicht moderneren, unterschichtbezogenen Nationaldemokraten Dmowski stand. Auch in bezug auf andere nationale Erscheinungen (wie etwa antisemitische Ausschreitungen) hielt man in polnischen Texten der Piłsudski-Richtung häufig die »gute Gesellschaft« für allein repräsentativ. Man übersah nicht, daß die »Jugend«, also die nächste Politikergeneration, eine andere politische Kultur vertrat, aber man maß dem keine große Bedeutung bei.

Der Hinweis auf Doncov belegt jedoch, daß seine Thesen in Polen »angekommen« waren. Doncov hatte im Dezember 1915 versucht, den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu erwecken. Als »Neutraler«, der mit »abgedroschenen Schlagworte[n]«, wonach die Polen »zum Westen« gehörten oder »alle Russophile« seien, nicht operieren wolle, gelangte er über lange Passagen zu den landwirtschaftlichen Verhältnissen und der Haltung der nicht-polnischen Einwohner zu dem Schluß, daß gegen eine »kleine austropolnische Lösung« durch den Anschluß Kongreß-Polens an das Habs-

<sup>78</sup> Dabei referierte er die deutschsprachigen Publikationen von Leon Wasilewski (Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrußland. Wien 1915), Wilhelm Feldman (Deutschland, Polen und die russische Gefahr. Berlin 1915; – hierzu hatte Aleksander Brückner ein Vorwort geschrieben) und Władysław R. Gizbert-Studnicki (Die Umgestaltung Mittel-Europas durch den gegenwärtigen Krieg. Wien 1915), einem der ausgesprochenen Germanophilen. Letzterer meinte, die Ukrainer kämen »als staatsbildendes Element wenig in Betracht«, wenn der um westrussische Gebiete erweiterte polnische Staat »einige Millionen ruthenischer Bauern umfassen sollte« (S. 16). Als Köder für die Deutschen war er zu einer »Liquidierung des Polentums innerhalb seiner [der preußischen] Grenzen« bereit. Die Polen aus Posen sollten nach Galizien ausgesiedelt werden, um Galizien polonisieren zu helfen (S. 16-18).

<sup>79</sup> Michael Lozynskij [Mychajlo Lozynskij], Wie die Polen ihre Freiheit verstehen. Berlin 1915, S. 7, 20, 54.

<sup>80</sup> An. [Leon Wasilewski], Die Ukrainer in Rußland und die politischen Bestrebungen derselben. Krakau 1916, S. 3, 7, 12.

burgerreich nichts einzuwenden sei. Allerdings könne Polen keine »Sicherung gegen Rußland« sein, weil es »dank seiner sozialen und nationalen Beschaffenheit weder ein Bollwerk gegen Rußland bilden kann, noch jemals bilden konnte«. Dieses Ziel könne – wenig überraschend – nur anders erreicht werden:

»Sollten [...] einige Gebiete der russischen Ukraine oder Litauens von Rußland abgetrennt werden, so sollten sie, falls deren Umfang zur Schaffung eines Staatswesens unzureichend ist, – zusammen mit Ostgalizien ein österreichisches Kronland bzw. eine deutsche Provinz bilden. [...] Solche Provinzen zu schaffen [...], läge im Interesse beider Zentralmächte sowie auch der entsprechenden Völker selbst«,

da beide Kaiserreiche belegt hätten, daß sie es verständen »große fremdsprachige Gebiete« »auf eine hohe Entwicklungsstufe zu bringen«.<sup>81</sup> Als Doncov dies verbreitete, waren die Mittelmächte über Kongreß-Polen hinausgegangen und in Deutschland Annexionsgelüste gegenüber dem Baltikum artikuliert worden. Der von den Mittelmächten ach so unabhängige Doncov war es nun, der als erster aus ukrainischem Siedlungsgebiet eine deutsche Provinz machen wollte. Nicht einmal Jevhen Levyčkyj war so weit gegangen.

Von Bedeutung ist dabei, daß diese Auseinandersetzungen in deutscher Sprache stattfanden (wir haben hier die polnisch- und ukrainischsprachigen Texte bewußt ausgeklammert) und somit rezipiert werden konnten und wurden. Der polnisch-ukrainische Gegensatz, den die Verfasser ihrer deutschen Leserschaft präsentierten, vermittelte ein Konfliktpotential, mit dem vor dem Weltkrieg nur die Alldeutschen vertraut gewesen waren und das damals als ein galizisches Binnenproblem gelten mochte.

Mit den Eroberungen ethnisch-ukrainischen Gebiets durch die Deutschen und den 1916 verstärkt einsetzenden Planungen zur wirtschaftlichen Nutzung Osteuropas trat der Konflikt in ein neues Stadium. In einer Denkschrift vom Juli 1916 protestierte der Ukrainische Klub des Österreichischen Reichsrats gegen die Einbeziehung des Chelm-Gebiets in das Militärgouvernement Lublin und führte eine Reihe von Gründen für die Ukrainität dieses Gebiets an, ohne zu erwähnen, daß erst die zarischen Behörden 1912 dieses Territorium aus dem Königreich Polen ausgegliedert und zu einem eigenen Gouvernement gemacht hatten, um den polnischen Einfluß zurückzudrängen. Da die Polen stets danach streben würden, ihre Konnationalen in Deutschland zu befreien, sahen die Ukrainer in ihnen ein russisches Hilfskorps gegen Deutschland. Die Bevorzugung von Polen im rückeroberten Ostgalizien erwecke den Eindruck, es werde »für die Auslieferung Ost-Galizien an die zukünftige polnische staatsrechtliche Formation bereits der Boden vorbereitet«.<sup>82</sup>

Die polnische Seite versuchte, die ukrainischen Behauptungen zu widerlegen. Im Oktober 1916 wurde dem AA eine im April verfaßte umfängliche anonyme Denkschrift »von einem hervorragenden österreichischen Polen« zugespield, deren Hauptthese darin bestand, daß die Ruthenen Galiziens eine rußländisch-ukrainische Unabhängigkeitsbewegung propagierten, die es in Wirklichkeit nicht gebe und deren Spitze »gegen vitale Interessen der Polen gekehrt« sei. Es sei eine Tatsache, daß die Mittelmächte »auf

<sup>81</sup> Dmytro Donzow [Doncov], *Groß-Polen und die Zentralmächte*. Berlin 1915, S. 7, 62-63.

<sup>82</sup> »Denkschrift des Ukrainischen Klubs des österreichischen Reichsrates in der ukrainischen Frage«, Juli 1916, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 10, Bl. 35-39.

ihrem Siegeszug keine ›Ukrainer‹, sondern ausschließlich Polen, Juden und Russen angetroffen« hätten und daß die Ukraine »die südöstliche Grenzmark des polnischen Staates« sei. So wie die ukrainischen Nationalisten die separate historische Entwicklung der Ukraine betonten, konstruierte auch der polnische Verfasser eine historische Kontinuität. Die lange russische Herrschaft habe die Ukrainer faktisch national und religiös zu Russen gemacht. Eine unabhängige Ukraine sei daher »für heute und für eine unabsehbare Zukunft« »nur ein Phantom« und müsse es bleiben.<sup>83</sup>

Neue ukrainische Proteste rief dann die Zwei-Kaiser-Proklamation vom 5. November 1916 hervor, durch die ein selbständiges Polen und ein autonomes ungeteiltes Galizien, das demnach polnisch sein würde, in Aussicht gestellt wurden. Vasyľ'ko interpretierte in einem über Erzberger an das AA geleiteten Schreiben die Unbestimmtheit der Grenzen des künftigen Staates als Absicht, Wolhynien und schließlich auch ganz Galizien polnisch werden zu lassen. Seine Drohung war offensichtlich: Da der Haß der Ukrainer gegen die Polen »womöglich« größer sei, als der Haß gegen die Russen und die Mittelmächte die Westukrainer den Polen zugeschlagen hätten, seien nunmehr die Ukrainer nicht mehr »für Österreich zu gewinnen«, und so werde die »künftige Verteidigungslinie gegen Rußland schon hinter Schlesien und Mähren beginnen«.<sup>84</sup>

Aber es gab auch andere Reaktionen auf die Polenproklamation: Die Schweizer Konfidenten Deutschlands Tyškevč und Stepankivskýj erwarteten nun, »daß Deutschland die Ukraine gleichfalls von Rußland loslösen werde, um aus ihr einen eigenen Staat zu bilden«. Das Postulat eines Präzedenzfalls für die Ukraine zeigte eine etwas weiter schauende Planung als das Gezeter um einzelne Gebiete im polnisch-ukrainischen Mischgebiet. Man akzeptierte »Bauernopfer« – eine Haltung, die zum Verständnis späteren Umgangs mit den Deutschen beträgt.<sup>85</sup> Auch Doncov kommentierte die Proklamation erstaunlich gelassen. In einem an die Redaktion der Lemberger *Šljachy* gesandten Brief erklärte er, die Alternative »mit Polen oder mit Rußland« stelle sich nicht – und wenn doch,

»so müßten wir uns unbedingt gegen Rußland erklären. Denn, wären wir auch gezwungen unter der polnischen Herrschaft zu leben, so ist doch diese letztere mit der russischen gar nicht zu vergleichen: In Polen würden wir wenigstens das Koalitionsrecht und die Möglichkeit eines verfassungsmäßigen Kampfes haben. In Rußland nie, unter keinen Umständen«.

Der fundamentalistische Russenfeind sprach aus dem Satz: »Rußland darf überhaupt nicht in unsere Kombinationen einbezogen werden. Dort finden wir keinen [!] ›Lux‹.« Und der Realpolitiker aus dem folgenden:

»Bei allen Protesten gegen die Polonisierung Galiziens sollen wir nicht vergessen, gleichzeitig feierliche Verwahrung gegen die russischen Ansprüche auf dieses Land einzulegen. Sonst werden unsere Proteste von der russischen Seite ausgenützt (wie es tatsächlich auch schon geschieht)«.<sup>86</sup>

<sup>83</sup> An., »Die Ukraina. Ein Problem oder ein Phantom?«, 10.4.1916, ebd., Bl.48-73, hier Bl. 50, 53, 54, 73.

<sup>84</sup> Auszug aus einem Schreiben von Vasyľ'ko an Erzberger als Anlage von Erzberger an von Bergen, 14. 11. 1916, ebd., Bd. 10, Bl. 107-110.

<sup>85</sup> von der Ropp an von Holtzendorff, undat. [Ende Dezember 1916], ebd., Bl. 126. Vgl. dazu Stepankivskýj an von der Ropp, 20.12.1916, ebd., Bl. 128-135.

<sup>86</sup> Doncov an Fedir Fedorciv, 6.12.1917, ebd., Bl. 122-123. – Es ist nicht klar, ob dieser Brief einging, wesentlich ist jedoch die Tatsache, daß Doncov ihn geschrieben hat und er den Deutschen bekannt war.

In diesem Schreiben wurde deutlich, wie Doncov seine maximalistisch antirussische Haltung bereits 1916 so weit ausgebildet hatte, daß ihm die Hinnahme eines polnischen Galizien akzeptabler schien als die Anlehnung an Rußland. Dies war ein Vorgriff auf seine Ausrichtung in der Zwischenkriegszeit. 1917 outete Doncov sich in der *Neuen Lemberger Zeitung* dann noch deutlicher als Anhänger der austropolnischen Richtung, sofern diese als Alternative gegenüber einer rußlandfreundlichen aufgefaßt werden konnte.<sup>87</sup> Für den Ostukrainer war Rußland der eigentliche Gegner.

Für die polnischen Nationaldemokraten dagegen war Deutschland der Hauptfeind. Als sich daher eine ukrainische Selbständigkeitsbewegung zu entwickeln begann, legte Roman Dmowski im Juli 1917 den Mächten der Entente eine in London privat gedruckte Denkschrift *Problems of Central and Eastern Europe* vor, in der er auch die »Little Ruthenians« ansprach:

»Man sollte sich daran erinnern, daß die Deutschen lange vor dem Ausbruch des Krieges den Plan gefaßt haben, die Kleinrussen in einem Ukrainischen Staat zu organisieren und daß sie die ukrainische Nationalbewegung offen unterstützt haben.«<sup>88</sup>

Dafür gab es keinen Beleg, aber der Satz klang so überzeugend, daß er fortwirkte und auch spätere Historiker verwirrte. Dmowski weiter: Auch die ukrainische Bewegung in Galizien werde von Wien »und in letzter Zeit auch von Berlin« unterstützt, um die Polen zu schwächen,<sup>89</sup> und in der rußländischen Ukraine posierten die Deutschen als »Protektoren ukrainischer Aspirationen«.<sup>90</sup> In Galizien hielt Dmowski die ruthenische Nationalbewegung immerhin für existent, wenngleich für erfolglos. Außer bei Kleinbauern seien die Ukrainer in keiner sozialen Gruppe mit mehr als 5% vertreten, insbesondere auch nicht in der »intellektuellen Klasse«. Die ruthenische Nationalität sei in einem »embryonalen Zustand«, man solle sie unterrichten und ihr den Gebrauch ihrer Sprache gestatten, aber solange ihr »Niveau des geistigen Lebens so gering« sei, müsse Ostgalizien »ein untrennbarer Teil des Polnischen Staates« sein.<sup>91</sup> Für die politische Auseinandersetzung lieferte Dmowski damit der Entente das Vokabular. Später formulierte er, die Österreicher hätten seit dem 19. Jahrhundert die Ruthenen »gezüchtet« (zabrali się do hodowania), um den Polen zu schaden.<sup>92</sup>

In der Nationaldemokratie konnte Dmowskis Sicht sich durchsetzen.<sup>93</sup> Von Romberg berichtete aus Bern zwar über ein Gespräch mit dem ebenfalls den Nationaldemokraten nahestehenden Jan Kucharzewski (1876-1952), wonach eine selbständige Ukraine im polnischen Interesse liege, da sie »das endgültige Ende des Großrussen-

<sup>87</sup> Von Wedel an Reichskanzler, 20. 9. 1917, ebd., Bd. 16, Bl. 143.

<sup>88</sup> Wir verwenden hier die polnische Übersetzung der Denkschrift Roman Dmowski, »Zagadnienia środkowo- i wschodnioeuropejskie« (Juli 1917), in: ders., *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warszawa 1926, S. 450-501, hier S. 455.

<sup>89</sup> Ebd., S.481; »Mit dem Ende dieser Intervention wird es jedoch leicht sein, einen korrekten Kompromiß zu finden« (Ebd., S. 495).

<sup>90</sup> Ebd., S.482.

<sup>91</sup> Roman Dmowski, »Memorjał o terytorjum Państwa Polskiego«, 8. 10. 1918, poln. Übersetzung in: ders., *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warszawa 1926, S. 506-520, hier S. 514.

<sup>92</sup> Dmowski, *Polityka polska*, S. 311.

<sup>93</sup> Vgl. Pisuliński, *Nie tylko Petlura*, S. 48-49, zur Sitzung des Polnischen Nationalkomitees am 27. 2. 1918.

tums bedeuten würde«. Auch stritte Kucharzewski ein »in die Tiefe reichendes Volkstum« der Ukrainer nicht ab.<sup>94</sup> Das blieb jedoch marginal.

#### 4. DIE DEUTSCHEN DISKURSBEITRÄGE IM ERSTEN WELTKRIEG

Wenn es vor dem Kriegsausbruch keinen nennenswerten Ukrainediskurs in Deutschland gab, dann änderte sich dies nach dem Beginn des Krieges. Während sich Ukrainer mit deutschen Diplomaten verständigten und vom August 1914 an mit Aufrufen, vom September an mit Pressediensten und eigenen Publikationen auftraten, waren deutsche Verfasser zunächst weiterhin zurückhaltend.

Ende November 1914 schrieb nun tatsächlich Paul Rohrbach seinen ersten Ukraine-Artikel,<sup>95</sup> und Anfang Dezember stellte er in einer gekürzten Version dieses Textes in der Tagespresse erstmals die Frage: »Was ist die Ukraina und die ukrainische Frage?«<sup>96</sup> Nicht zu übersehen ist, daß Rohrbach nicht etwa aus früher erworbenem eigenem Wissen schöpfte, sondern eine Lesefrucht präsentierte: das vom BBU bestellte Bändchen Stefan Rudnyčkyjs (s. S. 200). Wir sehen also, daß auch das Engagement Rohrbachs durch den österreichisch-ukrainischen Diskurstransfer in das Deutsche Reich ausgelöst wurde. Bisher konnte nicht nachgewiesen werden, daß sich Rohrbach von sich aus der Ukraine zugewandt hätte. Als Borowsky das »Apfelsinen-Zitat«, wonach sich der russische Koloss wie diese Frucht auseinandernehmen lasse und in dem auch die Ukraine als Segment erscheint, dem Hinweis auf die Rudnyčkyj-Broschüre voranstellte, suggerierte er eine autonome Leistung Rohrbachs, wo doch diese Äußerung

<sup>94</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 3.4.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 12, Bl. 25-26.

<sup>95</sup> Paul Rohrbach, »Dr. Stefan Rudnyčkyj: Ukraina«, Das Größere Deutschland 1(1914), H.34/28.11.1914, S. 1024-1035; Rohrbachs Artikel war eine Rezension des Rudnyčkyj-Bändchens. Er erkannte es als eine »ausgesprochene[...] Propagandaschrift«, die er dennoch für »objektiv und unterrichtend« und »für das Beste« hielt, was bisher zur Ukraine geschrieben worden sei. Der Artikel beschränkte sich auf Paraphrasen und lange Zitate aus der Rudnyčkyj-Schrift und schloß wie die gekürzte Version für die Tagespresse mit der Bemerkung, er habe dem nichts hinzuzufügen und würde »später Gelegenheit nehmen, [...] die ukrainische Frage [...] weiter zu verfolgen« (S.1035). Borowsky (»Rohrbach«, S. 441) erkannte die Bedeutung dieser Lektüre voll an. In einem Artikel im September 1914 hatte Rohrbach für Deutschland nur den Moslems gegenüber eine Befreierrolle in Anspruch genommen (Paul Rohrbach, »Deutschland als Befreier«, Das Größere Deutschland 1 (1914), H. 24, S. 693-701); Anfang November plädierte er dann aber für eine erweirte Randstaatenpolitik (Paul Rohrbach, »Vom Kriegsziel«, Das Größere Deutschland 1(1914), H.31, S. 925-939, hier S. 939): »Fort mit dem Zarismus aus allen Gebieten, die durch Natur und Geschichte für die abendländische Kulturgemeinschaft bestimmt waren und nur widerrechtlich an Rußland kamen«. Darunter verstand er jedoch nicht die Ukraine, von der er noch in der Rudnyčkyj-Rezension schrieb, sie sei »nichts anderes[...], als das alte geschichtliche Rußland« (Rohrbach, »Dr. Stefan Rudnyčkyj«, S. 1024). – Im Widerspruch zu diesem Befund steht, daß Rohrbach Anfang 1918, nach dem Friedensschluß mit der Ukraine, zu belegen suchte, er habe »schon seit Beginn des Krieges« (aber auch nicht früher) auf die Eigenständigkeit der Ukraine hingewiesen: »Den größten Wert habe ich von Anfang an auf die Tatsache gelegt, daß die Ukraine und das ukrainische Volk nicht Rußland im gewöhnlichen Sinne sind, sondern etwas Besonderes« (Paul Rohrbach, »Der Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands«, Deutsche Politik 3 (1918), S. 195-200, hier S. 195-196).

<sup>96</sup> Süddeutsche Zeitung, 6. 12. 1914.

vom 25. Dezember 1914 stammt, während Rohrbachs Rudnyčkyj-Rezeption bereits im November 1914 stattgefunden haben muß.<sup>97</sup> Rudnyčkyj selber bescheinigte nach dem Krieg deutschen Autoren ohne Unterschied für die Zeit vor 1914 »völliges désintéressement« an der Ukraine und selbst danach noch »absolute Ignoranz in bezug auf ukrainische Angelegenheiten«.<sup>98</sup>

Rohrbach war aber nicht Rudnyčkyjs erster deutscher Rezensent. Vor ihm hatte bereits Ende Oktober der pensionierte Gymnasiallehrer und frühere Antisemiten-Abgeordnete Paul Förster (1844-1925), ein Verfasser von martialischen Kriegsschriften (Vorwärts und durch!), in der *Täglichen Rundschau* über die Broschüre geschrieben. Mit Zitaten aus der Wiener *Ukrainischen Rundschau* des BBU meinte er, es müßten »zum Zwecke der Schwächung Rußlands selbständige Zwischen- und Schutzstaaten geschaffen werden«. So richtig überzeugt war Förster davon zwar nicht, er hielt die Möglichkeit eines ukrainischen Staates für »kühne, umstürzlerische Gedanken, die auch in der Zeit des Friedens wenig Aussicht auf Verwirklichung gehabt hätten«. Im Krieg sei jedoch alles möglich – »und zurzeit kommt es auch nur auf das Was an, noch nicht auf das Wie der Ausführung«. Erst für die Zukunft könne der »Gedanke eines Zwischen- und Schutzstaates Ukraina [...] von höchster Bedeutung werden«.<sup>99</sup>

Rohrbach war noch vorsichtiger. Während er im Wanderbuch 1915 glauben machen wollte, er habe schon 1897 die Andersartigkeit der Ukraine erkannt, schrieb er auch am 6. Dezember 1914 noch: »Ukraina oder die Ukraine, könnte man sagen, ist nichts anderes, als das alte Rußland«. Auch scheint er Rudnyčkyj nicht sehr sorgfältig gelesen zu haben, denn dessen Übernahme des Hruševskyj-Schemas vollzog er nicht nach: »Hier liegen die geschichtlichen Anfänge des russischen Staatswesens«, stellte er fest, bevor er eine Inhaltsangabe des Rudnyčkyj-Bändchens präsentierte, der er »zunächst nichts weiter hinzuzufügen« hatte. Er kündigte nur an, »die ukrainische Frage und andere verwandte ›innerrussische‹ Probleme, sobald die Umstände es nahelegen, weiter zu verfolgen«.<sup>100</sup>

In der ersten Jahreshälfte 1915 diskutierte man die Ukraine-Problematik in der Zeitschrift *Das neue Deutschland*. Hans Hartmeyer riet zum Aufbrechen des Russischen Reiches über eine Autonomie oder Unabhängigkeit der Ukraine. Das Ziel sei die Schwächung Rußlands, die Basis seiner Forderungen waren Unterschiede in Rasse, Geschichte und (auch politischer) Kultur. Er stellte fest, daß man in Deutschland die Ukrainer bisher nicht wahrgenommen habe (»man war bis jetzt ohne sie ausgekommen«), nun sei es aber »eine einfache Pflicht der politischen Vernunft, sich aus-

<sup>97</sup> Vgl. Borowsky, »Rohrbach«, S. 441. Rohrbach selber hielt den Schein aufrecht. In seinen Memoiren schrieb er: »Von Beginn der Krieger an hatte ich mein ganzes Bemühen darauf gerichtet, klar zu machen, daß der entscheidende Ansatzpunkt für den Aufbau eines gesunden osteuropäischen Staatensystems in der Ukraine und im ukrainischen Volkstum lag – dort, wo er auch heute noch liegt« (Paul Rohrbach, *Um des Teufels Handschrift*. Hamburg 1953, S. 218). Am 25. Dezember 1914 schrieb Rohrbach in der Vossischen Zeitung (»Rußland und wir«), das einzige zuverlässige Heilmittel gegen den Panslavismus sei die »Zerlegung des russischen Kolosses in seine natürlichen, geschichtlichen und ethnographischen Bestandteile« unter denen nun auch die Ukraine vorkam (Vgl. Walter Mogk, *Paul Rohrbach und das ›Größere Deutschland?‹*. München 1972, S. 19).

<sup>98</sup> Stepan Rudnyčkyj, *Ukraïnska sprava zi stanovyšča polityčnoï geografii*. Wien 1920, Repr. in: Stepan Rudnyčkyj, *Čomu my chočemo samostijnoï Ukraïny*. L'viv 1994, S. 93-208, hier S. 177.

<sup>99</sup> Paul Förster, »Ukraina«, *Tägliche Rundschau*, Berlin, 23.10.1914, S. 995-996.

<sup>100</sup> *Süddeutsche Zeitung*, 6. 12. 1914.

giebig mit ihnen zu beschäftigen und sie nicht mehr aus den Augen zu lassen«. Daß Aleksander Brückner die Gegenposition vertrat, da doch den Ukrainern jeder »Staatstrieb« »fremd war und ist«, ist wenig verwunderlich, hielt der polnische Berliner Slavist doch auch sonst von den Kleinrussen, wie er sie stets nannte, nicht viel, »die nie West-, immer nur Osteuropa angehört [hätten] und das ist der springende Punkt des Problems«. Die »kleinrussische Intelligenz« denke und fühle »ausschließlich russisch«. Und überhaupt gebe es »auch nicht die geringste Aussicht« darauf, daß sich die Ukrainer ohne fremde Hilfe befreien könnten, so daß ihre Staatlichkeit »als bloße Utopie aus jeglicher besonnener, mit der Wirklichkeit rechnenden Erwägung« ausscheide. Der Chefredakteur Adolf Grabowsky sah sich genötigt, den Thesen des polnischen Slavisten in einer Anmerkung zu widersprechen. Auch er habe schon von den Unabhängigkeitsbestrebungen erfahren und diese seien »nicht etwa [...] von deutscher und österreichischer Seite eigens in diesem Kriege erfunden worden«.

Zwei Monate und »eine große Anzahl von Zuschriften« später griff Grabowsky das Thema wieder auf. Er wies auf einschlägige neue Veröffentlichungen hin (»Auch sonst sind die Ukrainer in der letzten Zeit sehr rührig in der Herausgabe von Broschüren gewesen.«), bemerkte, »daß man gerade von polnischer Seite die ukrainische Frage totschiweigen wolle« und hielt Brückners Behauptungen für »übertrieben«. Zwei weitere Stellungnahmen schlossen sich an. Ein deutscher »alter Mitarbeiter« der Zeitschrift hielt den ukrainischen Staat für eine »Notwendigkeit«, die »ukrainische Frage« für »eines der wichtigsten Probleme, die dieser Krieg aufgerollt hat«. Polen sei höchstens ein »Pufferstaat« für den Brückner einen Teil der Ukraine beanspruche. Dabei hätten »die letzten zweihundert Jahre zwischen den Großrussen und Ukrainern eine Schranke aufgerichtet, die unübersteiglich ist, so unübersteiglich wie der russisch-polnische Gegensatz«. Das war sicher genau so übertrieben, wie so manche der Behauptungen Brückners, aber nun Teil des deutschen Wissens, wobei im übrigen viele (zu denen heute auch Kuraev gehört) nicht wußten, daß Brückner Pole war. Den Abschluß dieses Schlagabtausches bildete ein Beitrag von Dmytro Doncov. Brückners Vorwurf, die Ukrainer seien Anarchisten, wandte er gegen die Polen und betonte den Freiheitsdrang und die westliche Einstellung der Ukrainer.<sup>101</sup> Damit hatte die kontroverse Diskussion um die Ukraine die deutsche Öffentlichkeit erreicht. Es gab divergierende Meinungen, und man konnte sich anhand der Ukraine-Broschüren informieren und mitdiskutieren.

Im Juli 1915 war Rohrbach in bezug auf die Ukraine independentistisch gesinnt, während er in bezug auf das Baltikum Annexionist war. Zur Ansiedlung im annektierten Baltikum wollte er – wie die Alldutschen – die deutschen Bauern aus Rußland »bis auf den letzten Mann« herausholen. Dabei blieb, wenn die Sicherheit vor Rußland »mit der Herstellung der alten geschichtlichen Scheidelinie zwischen Moskowien und der Ukraine« gewährleistet würde, noch »außer Spiel [...], was mit Polen im besonde-

<sup>101</sup> Hans Hartmeyer, »Die Ukraine und die Lösung der »ukrainischen Frage««, *Das neue Deutschland* 3 (1914/1915), Nr. 14/17 vom 27.2.1915, S. 141-145, Zitat S. 142; Alexander Brückner, »Der »ukrainische Staat. Eine politische Utopie«, *Das neue Deutschland* 3 (1914/1915), Nr. 18/19 vom 13. 3. 1915, S. 157-160; Adolf Grabowsky, »Weiteres zum ukrainischen Problem«, *Das neue Deutschland*, 3 (1914/1915), Nr. 30/33 vom 29. 5. 1915, S. 287-288; Mantis, *Der ukrainische Staat, eine Notwendigkeit*«, ebd., S. 288-291; Dmytro Donzow [Doncov], »Der ukrainische Staat, eine politische Utopie?«, ebd., S. 291-292. Vgl. Kuraev, *Der Verband »Freie Ukraine*«, S. 12-13.



ren geschieht«, wenn es denn wiederhergestellt werde.<sup>102</sup> Dies stand in keinem Widerspruch zur Delbrück-Dernburg-Eingabe, die Rohrbach unterzeichnete: Ihre Befürworter wandten sich gegen die »Einverleibung oder Angliederung politisch selbstständiger und an Selbstständigkeit gewöhnter Völker«. Die Balten waren für Rohrbach nicht an Selbstständigkeit gewöhnt – wie aber stand es um die Ukrainer?<sup>103</sup>

Die annexionistischen Petitionen der Wirtschaftsverbände und der »Professoren« aus dem ersten Halbjahr 1915 legten sich für Belgien und das Baltikum keine Beschränkungen auf – die Ukraine kam als Objekt der Begierde dagegen noch nicht vor. Die Industriellen dachten an die Nutzung der französischen Erz- und Kohlengebiete – noch nicht an das Donec-Becken. Die »Professoren« forderten von Rußland »Siedlungsland« für einen Grenzwall in Polen und im Baltikum, dessen nichtdeutsche Bewohnern sie gnädig als »ein[en] gesicherte[n] Stamm für die uns dringend nötigen Wanderarbeiter« zu tolerieren versprochen, der Persische Golf und der Suezkanal wurden angesprochen, nicht jedoch die Ukraine.<sup>104</sup>

Daß man die Ukrainer bei den Revolutionierungsvorhaben nutzen wollte, war durch die »Gefangenenarbeit« belegt; darüber hinausgehende Absichten wurden noch nicht artikuliert. Dabei war von Schwerin, über den die »Gefangenenarbeit« lief, einer der Mitunterzeichner der »Professoren«-Petition. Der auf die Ukraine bezogene Meinungsbildungsprozeß war zu dieser Zeit offenbar noch nicht bis in die Wirtschaftskreise und die Kreise der »Professoren« fortgeschritten.

Konkretere Vorstellungen dazu brachte wohl erstmals in einer »vertraulichen« Broschüre der Königsberger Kirchenhistoriker Friedrich Lezius (1859-1939). Die Ukraine wollte er nur dann mit Habsburg verbinden, wenn es nicht gelingen sollte, sie zu einem unabhängigen Staat zu machen. Ein selbständiges Polen hielt er dagegen für »eine tödliche Gefahr«, die Deutschland »schlechterdings nicht dulden« könne. Das Baltikum müsse man ebenso wie Weißrussland annectieren, »weil wir dieses Land zur Unterbringung unserer Siedler in Zukunft brauchen werden«. Die slavischen Bewohner wollte er recht unfremd aussiedeln: »Neudeutscher Grundsatz ist es geworden, daß Landnahme ohne Übernahme der Leute berechtigt ist.« Anders wollte Lezius aber mit der Ukraine verfahren: Zum einen beschrieb er die Ukrainer als selbständiges Volk, von den übrigen Ostslaven ähnlich verschieden, wie sich die Skandinavier voneinander unterschieden. In seinen Maximalplänen sah er eine unabhängige antirussische Ukraine von Chelm bis zum Kaukasus, in den Minimalplänen wollte er Moskowien noch das Land östlich des Dnepr überlassen, Galizien teilen und seinen Osten mit der rechtsufrigen Ukraine zu einem »habsburgischen Königtum Ukraine mit ukrainischer und deutscher Staatssprache« zusammenfassen. Da deren Land fruchtbar sei, würde

<sup>102</sup> Paul Rohrbach, »Am Scheideweg der deutschen Zukunft«, Das größere Deutschland 28/10.7.1915, S.908-912.

<sup>103</sup> Eingabe vom 9.7.1915 mit 141 Unterschriften, Preußische Jahrbücher 162 (1915), S. 169-172; zit. nach S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland. Lausanne 1917, S. 409-411.

<sup>104</sup> Petition der sechs Wirtschaftsverbände an den Reichskanzler, 20.5.1915 [auch den Wortlaut der Petition vom 10.3.1915 wiederholend]; Petition der Professoren an den Reichskanzler, 20.6.1915; zit. nach S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland. Lausanne 1917, S. 123-140. – Wir setzen die »Professoren« in Anführungszeichen, weil zu den Unterzeichnern zwar 352 Professoren, aber auch 158 »Schulmänner und Geistliche«, 145 Verwaltungsbeamte und Kommunalpolitiker, 148 Richter und Anwälte, 40 Abgeordnete, 18 inaktive Militärs, 182 Wirtschaftsleute, 52 Landwirte sowie 252 Künstler, Schriftsteller und Buchhändler gehörten (Ebd., S. 140).

die Zahl der Ukrainer sich verdoppeln und der »Ukrainerstaat« könne »Moskowien« vom Schwarzen Meer abtrennen.<sup>105</sup>

Beyer hat in seiner 1956 erschienen Schrift erkannt, daß bei dem ab 1915 »anschwellende[n] Schrifttum« »fast alle Broschüren nach ukrainischen Vorlagen« entstanden waren und daher in ihrer Geschlossenheit beeindruckten.<sup>106</sup> Nicht die deutschen Autoren hatten das Thema entdeckt – bestenfalls erweiterten sie ukrainische Thesen um für Deutsche interessante Elemente. Aber manche der Schriften waren bereits von Ukrainern mit diesen Elementen »angereichert« worden, um das deutsche Interesse zu wecken.

Als ein Anonymus unter dem Pseudonym »Ekkehard Ostmann« im Verlag J. F. Lehmann in München eine Diskussion über die Rolle der russischen Fremdvölker veröffentlichte, enthielt die Umschlagwerbung des Heftchens einen Hinweis auf die »soeben« im selben Verlag erschienene BBU-Denkschrift »Die Ukraine und der Krieg« (s. S. 204), und der Verfasser kritisierte die Tendenz, Rußland zu schonen, das er für einen »Koloß auf tönernen Füßen« hielt. Den Beitrag über die Ukrainer stützte er auf einen der beiden einzigen Literaturhinweise: Über »die ganze ukrainische Frage« böte »die sehr lesenswerte Schrift« Doncovs »näheren Aufschluß«.<sup>107</sup>

Von besonderem Interesse ist die Broschüre mit einem Artikel des Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei Georg Cleinow (1873-1936). Beyer hielt den *Grenzboten*-Redakteur für den einzigen originellen deutschen Autor. Cleinow schrieb von dem Getreide und der Industrie der Ukraine und hielt sie für ein »abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet [...], das seine Bewohner zu den reichsten Völkern des Erdballs machen könnte, sofern sie nur die von ihnen erarbeiteten Reichtümer für sich und ihr Land verwenden könnten und nicht genötigt würden, das meiste an die Moskowiter abzugeben«.<sup>108</sup> Zwar empfahl Cleinow, die politische Freundschaft der ukrainischen Intelligenz durch die Förderung eines ukrainischen Schulwesens zu erwerben, aber er merkte auch an, daß die »Ukraina als Ganzes niemals selbständig gewesen« sei, es keine »im modernen Sinne führende Schicht«, weder Landadel noch Unternehmer, gebe und daß das Nationalbewußtsein im Südwesten durch die »Allrussen« geweckt worden sei.<sup>109</sup>

<sup>105</sup> Friedrich Lezius, Deutschland und der Osten. Königsberg [1915], S. 1-4, 6, 9.

<sup>106</sup> Beyer, Mittelmächte, S. 23-25.

<sup>107</sup> Ekkehard Ostmann, Rußlands Fremdvölker seine Stärke und Schwäche. München 1915, S. 8, 10, 22. – Mit der Schrift Doncovs ist gemeint Doncov, Staatsidee. Ukrainische Verfasser verwiesen üblicherweise auch aufeinander. In der wenig originellen, von den Deutschen die Befreiung erwartenden deutschsprachigen Broschüre Puluj, die der BBU 1915 in Wien veröffentlichte, wurde auf dieselbe Schrift Doncovs hingewiesen, obgleich Doncov inzwischen alle Verbindungen zum BBU abgebrochen hatte (J. Puluj, Ukraina und ihre internationale politische Bedeutung. Wien 1915, S. 10).

<sup>108</sup> George [Georg] Cleinow, Das Problem der Ukraina. Wien 1915, S. 19. – Den angeblichen Vorabdruck in den *Grenzboten* gelang es nicht nachzuweisen.

<sup>109</sup> Ebd., S. 11, 19, 22, 23. – Dabei sollte nicht übersehen werden, daß Cleinow wenig zimperlich war, wenn er vorschlug, »die deutsche Sprachgrenze mit Hilfe der Deutschen, Letten, Esten, Juden, Litauer und Polen um einige hundert Kilometer weiter nach Osten [zu] verlegen«; nur an die Ukraine dachte er dabei nicht (Georg Cleinow, »Das russische Problem«. In: K. W. van der Bleek (Hg.), Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus. Berlin 1915, S. 61; zit. nach S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland. Lausanne 1917, S. 281).

Der BBU veröffentlichte Cleinows Artikel als Separatdruck, versah ihn jedoch mit längeren Anmerkungen, in denen er die Zweifel Cleinows an der ukrainischen Nationalbewegung auszuräumen suchte. Leser dieser Broschüre wurden so mit divergierenden Ansichten konfrontiert. Für den BBU war die Publikation jedoch durchaus sinnvoll. Einerseits nahm man in Rezensionen auch sonst die Meinung von Gegnern der eigenen Auffassung zur Kenntnis (auch Brückner wurde etwa referiert, bevor dann seine Haltung zurückgewiesen wurde), zum anderen war es für den BBU schon von Wert, wenn sich ein anerkannter Politiker überhaupt für die Ukraine interessierte und ihr Qualitäten zusprach, die auch die ukrainischen Nationalisten propagierten. Hierbei machte der positive Aspekt die negativen Elemente offenbar wett: Aus der nationalukrainischen Perspektive waren die Vorteile einer partiellen Bestätigung größer als die Nachteile der Kolportage von Unangenehmem.

Aber nicht alle Verfasser waren von den ukrainischen Argumenten beeindruckt. Albert Ritter etwa machte gegenüber den westlichen Kriegsgegnern Ansprüche geltend, hielt Rußland jedoch für »unbesiegbar« und riet von allen Revolutionierungsabenteuern ab:

»Jeder Politiker wäre auf dem Irrwege, der die östliche Gefahr zu bannen oder zu verringern vermeinte durch Wegnahme russischer Gebiete, zumal polnischer oder ruthenischer, oder durch den Versuch, das russische Reich völlig zu zerstören. [...] Jede Abtrennung eines großen Stückes schüfe einen unhaltbaren Zustand, da Rußland es heimholen müßte. Jeder Auflösung des Reiches würde nach furchtbaren Stürmen wieder ein Zusammenschluß in irgend einer Form folgen, und es läßt sich fast mit Gewißheit sagen, daß die heutige Form die beste Gewähr für halbwegs geordnete Zustände unter den zum größten Teile der Selbstregierung unfähigen, ja halbwilden 70-80 Völkerschaften darstellt. [...] Ein Bund von Republiken und Abenteurern an der Spitze wäre jedenfalls ein noch unsicherer und unruhiger Nachbar.«<sup>110</sup>

Karl Nötzel (1870-1945) dagegen hielt Anfang 1915 einen neuerlichen Krieg mit Rußland für unausweichlich (»Europa [habe] letzten Endes doch nur *einen* Feind«), solange jenes an den Balkan grenze – das Rezept dagegen sei die Errichtung des »alten ukrainischen Reiches«, das Nötzel sodann in der Tradition des »wundervolle[n] Heldentum[s]« der Kosaken sah und von dem er erwartete, daß dort »Menschen-dienst Gottesdienst sein« werde. Und natürlich empfahl er dringend die bis dahin erschienenen »ausgezeichnete[n] Vorarbeiten ukrainischer Gelehrter«, wobei er Zitate aus den Broschüren Čehel'skyjs, Kušnirs und Rudnyčkyjs in einen Anhang aufnahm.<sup>111</sup>

Ab 1916 erschienen weitere deutsche Broschüren. Kurt Stavenhagen (1885-1951) diskutierte in einem Produkt des die »Förderung deutscher Interessen im Osten« anstrebenden Ostlandverlags die Kriegsziele Rußlands und seiner »Fremdvölker«, wobei er diese für »gewissermaßen Deutschlands natürliche Bundesgenossen« hielt.<sup>112</sup>

<sup>110</sup> Konrad von Winterstetten (Albert Ritter), Nordkap-Bagdad. Das politische Programm des Krieges. Frankfurt/M. 1915, S. 7-8; zit. nach S. Grumbach, Das annexionistische Deutschland. Lausanne 1917, S. 362-366.

<sup>111</sup> Karl Nötzel, Die Unabhängigkeit der Ukraine als einzige Rettung vor der russischen Gefahr. München/Leipzig 1915, S. 5, 25-27.

<sup>112</sup> Kurt Stavenhagen, Die Kriegsziele des Großrussentums und der Fremdvölker Rußlands. Charlottenburg 1916, S. 6. – Der aus Kurland stammende Philosoph hatte in Göttingen studiert, dann als

Für Litauen sei die »Angliederung« an Deutschland die »einzige Hoffnung«. <sup>113</sup> Den Ukrainern erklärte er, ihre Bestrebungen könnten einmal von größtem Interesse werden, noch seien sie es aber für die Mittelmächte nicht. Die Aussagen über »Rußlands wirtschaftliche Schatzkammer«, die »noch nicht entfernt so ausgenutzt [werde], wie es geschehen könnte«, stützte sich auf Cleinow, Doncov und Levyčkyj, deren Schriften als Quelle angegeben wurden. Der BBU geriet zu einem »Zentrum« der »national-ukrainische[n] Bewegung«, und es fehlte auch nicht die Feststellung, ohne die Ukraine würde Rußland zu einem »Kleinstaat«, und die Warnung davor, die nationale Bewegung der Ukrainer zu pessimistisch zu beurteilen. <sup>114</sup>

Aus dem ukrainischen Repertoire schöpfte auch der über deutsche und asiatische Themen schreibende Paul Ostwald in seinem Ukraine-Kriegsheft: Er bezog sich ausdrücklich auf Rudnyčkyj, um die russischen Differenzen zwischen Polen und Russen einerseits, den Ukrainern andererseits zu belegen, <sup>115</sup> während er seine Darstellung der ukrainischen Geschichte aus mehreren Elementen des ukrainischen historischen Diskurses zusammenstellte. Müßig zu erwähnen, daß auch für ihn die Ukraine »ungeheure wirtschaftliche Bedeutung« besaß und »ein äußerst fruchtbarer Landstrich«, »die Kornkammer des Zarenreiches« war, deren Verlust dessen »wirtschaftlichen Ruin« bedeuten würde. <sup>116</sup> Ein »unabhängiger ukrainischer Staat« war für ihn dann auch »eine historische Notwendigkeit« – und zwar »für die »Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts« und »vor allem im Interesse der Deutschen in beiden Kaiserreichen«: »Für das ukrainische Volk würde es die Verwirklichung Jahrhunderte hindurch gehegter Hoffnungen und Bestrebungen bedeuten«. Die »freie unabhängige Ukraine« sei schließlich auf den »Glauben auf[!] den endgültigen Sieg der österreichisch-ungarischen und deutschen Heere« gestützt. <sup>117</sup>

Selten waren Schriften, die den Mainstream verließen: Wenn etwa der Philosoph Anton Ölzelt von Newin (1854-1925) großangelegte Strafmaßnahmen (die »Abspernung« Großbritanniens vom Mittelmeer, einen deutschen Hafen Toulon und das Streichen von Serbien und Montenegro von der Landkarte) erwog, dann konnte er auch eine Grenze »von Kronstadt über Brest-Litowsk und Taganrog bis Baku« fordern, wobei er unentschlossen war, »ob die Ukraine für die Freiheit schon reif oder in Abhängigkeit bleiben mußte und von wem«. <sup>118</sup>

Paul Rohrbach initiierte eine Schriftenreihe unter dem Titel »Die russische Gefahr«. In ihrem zweiten Heft ließ sich Axel Schmidt über »Das Endziel Rußlands« aus, welches er in der Beherrschung der Meerengen ausmachte. Rohrbach nahm im Vorwort einerseits die von Levyčkyj propagierte These auf, wonach eine erfolgreiche russische Südexpansion bedeute, daß es »nie und nimmer eine große deutsche Zukunft« geben werde. Als Mittel dagegen formulierte er: »Unserm deutschen Interesse ist bei weitem

---

Lehrer in Goldingen gearbeitet und lebte zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes im deutsch besetzten Gebiet.

<sup>113</sup> Ebd., S. 81.

<sup>114</sup> Ebd., S. 86-92.

<sup>115</sup> Paul Ostwald, *Die Ukraine und die ukrainische Bewegung*. Essen 1916, S. 8-9.

<sup>116</sup> Ebd., S. 22, 31, 32.

<sup>117</sup> Ebd., S. 36-38.

<sup>118</sup> A. Ölzelt-Newin, *Welche Strafe soll die treffen, die Schuld am Weltkrieg tragen?* Leipzig/Frankfurt 1915, S. 12-16.

am besten gedient, wenn [Konstantinopel] türkisch ist und türkisch bleibt«. <sup>119</sup> Er vermerkte, daß ein »krankes« und mit Deutschland liiertes Osmanisches Reich erwünscht sei, aber von deutschem Einfluß in der Ukraine war noch nicht die Rede. Und wenngleich sowohl Axel Schmidt als auch G. Hermann behaupteten, der wirtschaftliche Schwerpunkt habe sich von Nord- und Mittelrußland in den Süden verlagert, <sup>120</sup> so empfahlen die Verfasser nicht, Deutschland solle dieses Potential nutzen. Das Ziel war die Verhinderung von Rußlands Expansion, seine Zerschlagung und damit die Beseitigung des für Rohrbach wichtigsten Rivalen – verbal jedoch nicht erkennbar die eigene Nutzung von dessen Ressourcen. Dieser scheinbar kleine Unterschied ist wichtig, weil für die Rohrbach-Imperialisten die Unabhängigkeitsoption einer Ukraine erhalten blieb, die von allein einem mitteleuropäischen Wirtschaftsblock wenn nicht zuarbeiten, so doch nicht im Wege stehen würde. <sup>121</sup> Axel Schmidt bot sogar einen »antiimperialistischen« Aspekt: Er kritisiert die deutschen Wirtschaftsanstrengungen in Rußland vor dem Ersten Weltkrieg, weil erst sie Rußlands Rüstung gegen Deutschland ermöglicht hätten.

Dabei geht es uns nicht um die Stichhaltigkeit dieser Behauptung, sondern um die politische Konsequenz: Schmidt hegte die »Hoffnung [...], daß beim Frieden die deutschen Kolonisten aus Rußland herausgezogen werden«. Den Satz »Hände weg von Rußlands wirtschaftlicher Entwicklung« verknüpfte er mit der Forderung nach deutschem Einsatz in Bulgarien und der Türkei und sah »gleichfalls große wirtschaftliche Aufgaben« »in dem Gebiet zwischen der Ostsee und den Rokitnosümpfen«, also ausdrücklich nicht in der Ukraine. <sup>122</sup> Dennoch wäre es töricht, auf dieser Basis ein wirtschaftliches Desinteresse an der Ukraine anzunehmen, dafür waren die stereotypen Hinweise auf »Rußlands Korn-, Erz- und Kohlenkammer« <sup>123</sup> doch zu deutlich. Aber die destruktive Zurückdrängung Rußlands stand gegenüber einem konstruktiven Einsatz in der Ukraine deutlich im Vordergrund.

Auch die Gegner der Ukraine beteiligten sich an dem Diskurs. Der Sprachwissenschaftler Hermann Jacobsohn (1879-1933) ergriff die Partei Brückners, den er als »einen der besten Kenner des Slaventums und seiner Geschichte« beschrieb. Was man in Deutschland »über die kleinrussische Frage« erfahre, ginge »fast durchweg [...] von einer Anzahl österreichischer Ruthenen [aus], die mit großer Energie seit Kriegsbeginn für die Interessen ihres Stammes arbeiten«. <sup>124</sup> Jacobsohn hielt weder die sprachlichen

<sup>119</sup> Paul Rohrbach, »Vorwort«, in: Axel Schmidt, *Das Endziel Rußlands*. Stuttgart 1916, S. 3-10, hier S. 3.

<sup>120</sup> G. Hermann, »Die wirtschaftlichen Grundlagen des Kampfes um die Dardanellen«, in: Axel Schmidt, *Das Endziel Rußlands*. Stuttgart 1916, S. 55-68, hier S. 66.

<sup>121</sup> Nicht namentlich gezeichnet, aber angesichts der Nähe zu einem anderen Artikel wohl auch aus Rohrbachs Feder war ein Beitrag in der *Balkan-Revue*, in dem der Verfasser erklärte, »daß ein freier Staat Ukraine für Deutschland der direkte Landweg von Berlin über Warschau, Kiew, Rostow am Don, an den Kaukasusalpen vorbei über Tiflis und Täbris nach dem Persischen Golf und von da nach Indien ist« (»Westeuropa, die Ukraine und Beßarabien«, *Balkan-Revue* 3(1916), S. 423-425, hier S. 423). – In diesem Beitrag hieß es weiter neben dem Hinweis auf die Ukraine als die »Lebensmittelkammer Rußlands«: »Die hauptsächlich von französischem Kapital gespeiste Industrie der Ukraine ist verhältnismäßig schwach, aber ausbaufähig« (Ebd., S. 424).

<sup>122</sup> Axel Schmidt, *Das Endziel Rußlands*. Stuttgart 1916, S. 78-79.

<sup>123</sup> Ebd., S. 78.

<sup>124</sup> Hermann Jacobsohn, *Rußlands Entwicklung und die Ukrainische Frage*. Cassel 1916, S. 5. Der Band stützte sich auf Vorträge aus dem Jahre 1915, Jacobsohn war als Dolmetscher eingesetzt.

noch die kulturellen Unterschiede zwischen »Groß- und Kleinrussen« für groß genug, eine Separation zu rechtfertigen,<sup>125</sup> was für ihn allerdings nicht ausschloß, daß sich die Ukrainer für Autonomie innerhalb des Russischen Reiches einsetzen würden.<sup>126</sup> Hier ist nicht so wichtig, daß er damit die Entwicklung des Jahres 1917 voraussah, wie der Nachweis, daß er die Diskurshoheit der Ukrainer wahrgenommen hatte.

Nach der Februar-Revolution wurde die Thematik des Separatfriedens mit Rußland neuerlich aktuell. In diesem Zusammenhang machte Paul Rohrbach seinen Einfluß in ukrainischem Sinne stärker geltend. In der von ihm seit 1916 mitherausgegebenen *Deutschen Politik* widersetzte er sich am 18. Mai 1917 »kaltblütig und ehrlich« einem »Verzichtfrieden, oder wie man die Sache sonst nennen will«. Man solle sich Zeit lassen (»Keine Übereilung und kalt Blut«), die Zeit arbeite für Deutschland: Die Revolution werde, »wenn sie nicht gestört wird, noch ganz andre, für uns nützlichere Dinge anrichten [...] als bisher« und »der ukrainische Separatismus entwick[le] sich mit einer Energie und Schnelligkeit, die selbst diejenigen in Erstaunen setzt, die von Anfang an gesagt haben, daß hier das Zentralproblem der russischen Zukunft steckt«.<sup>127</sup> Eine Woche später plädierte er im *Berliner Börsen-Courier* und in seiner Zeitschrift, ein Wort König Wilhelms I. von Preußen aufnehmend, für eine »moralische Eroberungspolitik« Deutschlands, durch die er Rußland zerschlagen wollte. Rußland habe »sein Recht verwirkt«, über seine Fremdvölker zu herrschen, daher solle Deutschland nicht seine »Hoffnung auf eine unfäßbare, auf politischen Trieb sand (!) gegründete russische Regierung« setzen. »Finnland und die Ukraine müssen von uns in ihrem Recht auf selbständige nationale Staatenbildung begriffen und gestützt werden«. Aber die angemahnte »Politik der Volksfreiheit«, der »Befreiung der Fremdvölker nicht nur vom Zarismus, sondern überhaupt vom Großrussentum«, hatte noch ein anderes Ziel:

»Man nenne das Demokratisierung, wenn man ein Schlagwort will, das auf die Völker draußen und auf die schematischen Köpfe Eindruck machen soll, aber nicht das Wort ist die Hauptsache, sondern die Beschaffung eines beliebigen politischen Kredits für uns, daß wir nicht zum Schein, sondern in Wahrheit moralische Eroberungen zu machen entschlossen sind«.<sup>128</sup>

Der Zusammenhang von »Demokratisierung«, ukrainischer Selbständigkeit und »moralischer Eroberung« ist damit – 1917 – belegt, und Rohrbach ging es unumstritten nur um die deutsche Seite. Ihm fehlte das Schwärmerische eines Axel Schmidt, der im Juli 1917 in Rohrbachs Blatt bekannte: »Es ist wunderbar, das Auferstehen eines Volkes zu erleben!«<sup>129</sup>

Rohrbach war rationaler: »Ein entscheidend besiegt Rußland ist für uns in jeder Beziehung, auch in wirtschaftlicher, ein gutes Rußland; ein zu starkes Rußland aber ist und bleibt ein gefährliches Rußland!« Und weiter: »Alle diejenigen Elemente im

<sup>125</sup> Ebd., S. 40-42.

<sup>126</sup> Ebd., S. 44.

<sup>127</sup> Paul Rohrbach, »Kalt Blut!«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 617-623. Man mag daraus schließen, daß Rohrbach selber über die Entwicklung überrascht war.

<sup>128</sup> Paul Rohrbach, »Moralische Eroberungspolitik«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 664-669; Paul Rohrbach, »Kritisches Entwicklungstempo in Rußland«, *Berliner Börsen-Courier* 236/23.5.1917, S.1-2.

<sup>129</sup> Axel Schmidt, »Das Auferstehen der Ukraine«, *Deutsche Politik* 2 (1917), S. 924-929.

bisherigen Rußland, die [...] gegen den Moskowitzismus [...] sich richten, sie sind nicht unsere Feinde, sondern unsere natürlichen Bundesgenossen«. <sup>130</sup> Damit hatte er den entscheidenden Satz formuliert, auf dessen Basis der Gleichklang mit den ukrainischen Nationalisten erreicht wurde.

In seine Broschürenreihe »Die russische Gefahr« nahm Rohrbach einen sehr polemischen Beitrag des Tübinger Historikers Johannes Haller auf, der mit seiner Rußlandphobie Paul Rohrbach gleichkam <sup>131</sup> und in einem etwa 90 Seiten langen Verriß des 1913 erstmals erschienenen und im Krieg wiederaufgelegten Buches von Otto Hoetzsch <sup>132</sup> dem Berliner Kollegen nicht nur faktische Fehler vorwarf, sondern vor allem seine »russophilen Sirenenklänge«, mit denen er einer Verständigungspolitik mit dem Zarenreich das Wort redete. Haller, der ebenso wie Hoetzsch den Alldeutschen angehörte, ließ an Hoetzsch kein gutes Haar. Wer wie Hoetzsch in seinem »seichte[n] Tendenzmachwerk« »Verständigung und Versöhnung« mit Rußland »predige«, »Schonung, Mäßigung gegen den Osten« verfechte, der »besorge[.] [...] die Geschäfte des Gegners«. <sup>133</sup> Auch wenn Haller die Ukrainer nur auf etwa 2-3 Seiten berücksichtigte, war seine Herangehensweise neu: Er lehnte den »objektiven« Nationsbegriff ab, auf dessen Basis sonst immer diskutiert wurde, ob die Ukrainer nun eine Nation oder doch nur eine Untergruppe des einen oder anderen Volkes seien, und führte die Kategorie der »subjektiven« Kriterien ein:

»Haben sie das Bewußtsein und den Willen, eine eigene Nation zu sein, so sind sie eine, auch wenn alle Philologen der Welt ihnen bescheinigten, daß ihre Sprache nur eine Mundart sei. [...] Die große Frage ist also nicht, ob sie [eine eigenständige Nation] nach dem Grad ihrer Verwandtschaft mit den Russen sein dürfen, sondern ob sie es wirklich wollen, ob ein nationaler Sonderwille bei ihnen vorhanden und stark genug ist, sich durchzusetzen. [...] Politische Fragen werden nicht nach der Grammatik entschieden, sondern nach dem Willen und der Tat«. <sup>134</sup>

Neben dem wissenschaftlichen Aspekt der Begrifflichkeit einer Nation ist hier von Bedeutung, daß die Betonung des Voluntarismus höchst »modern« war und mit der von Doncov nach dem Weltkrieg entwickelte Theorie seines »Nationalismus des Willens« korrespondierte. In bezug auf die Ukraine war Haller aber wenig optimistisch: »Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Gefahr unmittelbarer Losreißung in der Ukraine weniger groß ist als anderswo«, schrieb er. <sup>135</sup> Daß er heftig und auch nicht immer sachverständig (Trockij hielt er für einen »früheren Sozialistenführer[.] und jetzigen ukrainischen Nationalagitor[.]«) <sup>136</sup> gegen Hoetzsch und andere Verfechter einer Verständigung mit Rußland polemisierte, ist ein Hinweis darauf, daß ein Sonderfrieden

<sup>130</sup> Paul Rohrbach, Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution. Weimar 1917, S. 27, 29.

<sup>131</sup> Wie Herman Kranold trefflich formulierte: »Haller hat sich [...] während des Kriegs [...] von seinem baltischen Herzen den Kopf verwirren lassen« (Herman Kranold, »Ein Gelehrtenduell«, Die neue Rundschau 29 (1918), S. 416-420, hier S. 417).

<sup>132</sup> Otto Hoetzsch, Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912. Berlin 1913; Otto Hoetzsch, Russland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen bis zum Weltkrieg. Berlin 1917.

<sup>133</sup> Johannes Haller, Die russische Gefahr im deutschen Hause. Stuttgart 1917, S. 5, 94.

<sup>134</sup> Ebd., S. 14.

<sup>135</sup> Ebd., S. 15.

<sup>136</sup> Ebd., S. 49.

mit Rußland nach der Februar-Revolution neuerlich möglich schien. Den galt es zu verhindern: Rohrbach beeilte sich denn auch in seinem Vorwort, Haller zu bestätigen, daß »Feindschaft gegen Deutschland und das deutsche Wesen zu einer politischen Lebensfunktion des heutigen Rußlands[!] geworden« sei und daß es Petr Stolypin (1862-1911) seinerzeit über die »Entfesselung des Panrussismus« und mit antiukrainischen Akten gelungen sei, »mit der russischen Revolution fertig zu werden«. So könne es auch jetzt kommen.<sup>137</sup>

Unter dem Eindruck der Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung Rußlands veränderte sich bald Rohrbachs Einstellung zur »sozialen Revolutionierung«, nicht jedoch zur »nationalen«:

»Ist nicht von der Revolution [...] zu erwarten, daß die Gefahr von Rußland her für Deutschland sich verringert? Es ist in der Tat nicht unmöglich, daß es so kommt. Nicht unmöglich – aber keineswegs sicher. Die Revolution hat eine Krisis eingeleitet, die ebensogut zur Schwächung Rußlands auf lange hinaus, wie zur schließlichen Zusammenstellung und erneuerten Hinlenkung der russischen Kraft auf ihre alten Eroberungsziele führen kann.«<sup>138</sup>

Einen demokratisch verfaßten Staat hielt Rohrbach für stärker als einen allein durch die Autokratie zusammengehaltenen, das Bündnis mit den Demokratien der Entente für ein demokratisches Rußland leichter aufrechtzuerhalten. Weil von den russischen Parteien nur die Bolševiki kriegsfeindlich seien,<sup>139</sup> riet Rohrbach, lieber auf die Ukrainer zu setzen, da deren Bewegung nach der Februarrevolution »selbst über das hinausgeht, was gute Kenner der Ukraine erwartet haben«.<sup>140</sup> »Erst [mit einer unabhängigen Ukraine] wird man sagen können, daß die russische Gefahr für Deutschland und Mitteleuropa beschworen ist!«<sup>141</sup> Rohrbach konnte sich dabei noch nicht auf eine deutschfreundliche Haltung in Kiew beziehen, eine solche war nicht erkennbar. Dennoch war für Rohrbach die ukrainische Selbständigkeit – strategisch gesehen – nun die Wahl der Stunde.

In der Entgegnung auf Haller, in der Hoetzsch nach Ansicht eines Rezensenten seinen »Gegner mit bedächtiger Gründlichkeit exekutiert[e]«,<sup>142</sup> indem er ihm Fehler, Übertreibungen und die Unkenntnis des Forschungsstandes nachwies, ging Hoetzsch auch auf die Ukrainefrage ein. Hallers heute völlig akzeptablen subjektiven Ansatz kritisierte er als »eine[.] völlig unklare[.] Stellung zum Tatsächlichen«.<sup>143</sup> Hoetzsch hatte sich seit dem Erscheinen von Hruševskyjs deutschem Buch 1906 für die Ukraine-Frage interessiert. Aber Hruševskyjs Meinung teilte er keineswegs: »Die Wiege des russischen Staats hat in Kiew gestanden«, schrieb er weiterhin klipp und klar.<sup>144</sup>

Nun wandte Hoetzsch sich auch gegen den Herausgeber Rohrbach, der inzwischen dem Rassismus der Nationalukrainer verfallen war und die Großrussen als eine »sla-

<sup>137</sup> Paul Rohrbach, »Vorwort«, in Haller, Gefahr, S. 3.

<sup>138</sup> Paul Rohrbach, »Einleitung«, in: Paul Rohrbach/Axel Schmidt, Die russische Revolution. Stuttgart 1917, S. 5.

<sup>139</sup> Vgl. Paul Rohrbach, »Ausblick«, in: ebd., S. 82.

<sup>140</sup> Ebd., S. 91.

<sup>141</sup> Ebd., S. 95.

<sup>142</sup> Herman Kranold, »Ein Gelehrtenduell«, Die neue Rundschau 29 (1918), S. 416-420, hier S. 416.

<sup>143</sup> Otto Hoetzsch, Russische Probleme. Berlin 1917, S. 34.

<sup>144</sup> Otto Hoetzsch, »Die Ukraine«, Konservative Monatsschrift 75 (1917/18), S. 401-409, hier S. 402.



wisch-finnische Mischrasse« den Ukrainern entgegensetze, in denen »noch von der Warjagerzeit her auch germanisches Blut« stecke.<sup>145</sup> Hoetzsch verhöhnnte die Hruševskij-Adepten:

»Denn der Kiever Staat ist dem ganzen Russentum gemeinsam; ihn selbständig dem Moskauer gegenüberzustellen und von einer eigenen ukrainischen Staatsidee zu sprechen, ist historisch unmöglich – es hieße dasselbe, als wenn sich Bayern und Preußen gegenseitig das Königtum der Karolinger streitig machen wollten.«<sup>146</sup>

Den »anthropologischen Unterschied zwischen Großrussen und Kleinarussen« und die »psychischen Unterschiede« akzeptierte Hoetzsch aber ebenso, wie er die »finnische Blutzufuhr« erwähnte; Er zog sich jedoch aus der Affäre, indem er sich als Historiker dazu kein Urteil anmaßte und in bezug auf die Finnen zwar registrierte, daß diese Diskussion »in der russischen Forschung sehr beliebt« sei, jedoch »exakt [...] heute noch nicht zu beantworten«.<sup>147</sup> Hoetzsch operierte mit der These von zwei Stämmen gleichen Volkstums, wobei er sich pikanterweise auf Nikolaj (Mykola) Kostomarov (1817-1885) berief, den die Nationalukrainer zu einem der Begründer ihrer Nationalgeschichte zählten, der seiner Meinung nach aber alle Begriffe »unterschiedslos durcheinander« verwandt habe. Folglich erkannte Hoetzsch die Ukrainer nicht als eigene Nation an, und eine selbständige Ukraine hielt er auch nach dem Brester Friedensschluß für höchst problematisch. Als die einzige »Tatsache«, die sich aus dem Brester Frieden ergeben habe, sah er die Verschärfung der polnisch-ukrainischen »Todfeindschaft« an, mit der sich nun die Mittelmächte auseinandersetzen hätten.<sup>148</sup>

Dieser Schlagabtausch war die heftigste Kontroverse, die in der deutschen Publizistik zu Rußland ausgetragen wurde. Fortan – bis dahin hatte es da noch Unschärfen gegeben – galt Hoetzsch als wichtigster Befürworter einer Zusammenarbeit mit Rußland und als Gegner einer separaten Ukrainepolitik.

Im Mai 1917 konnte auch die Kriegszieldenkschrift des Alldeutschen Heinrich Claß veröffentlicht werden, die offenbar reißenden Absatz fand. Claß hatte seinen Text von 1914 dem Politikverlauf entsprechend teilweise verändert: So plädierte er nicht mehr dafür, Kongreß-Polen Österreich zu überlassen, sondern forderte die später vom Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg aufgegriffenen Strukturen, nämlich dessen »Angliederung an das Deutsche Reich« in der »Gestalt eines »Nebenstaates«, der durch einen deutsch besiedelten »Sicherungsstreifen« vom Reich abgeschirmt werden sollte.<sup>149</sup> Auch Annexionismus war reichlich vorhanden: Belgien und Litauen, »wenn irgend ausführbar« auch noch Livland und Estland sowie der polnische Grenzstreifen und Kongreß-Polen selber sollten anektiert bzw. deutscher Oberherrschaft unter-

<sup>145</sup> Vgl. Paul Rohrbach, *Der Kampf um Livland*. München 1917, S. 14. – Den Gegensatz zu den Tataren thematisierte Rohrbach an dieser Stelle entgegen den Angaben von Uwe Liszkowski (*Osteuropaforschung und Politik*. Berlin 1988, S. 434) dagegen nicht.

<sup>146</sup> Hoetzsch, *Russland. Eine Einführung* (1917), S. 25; vgl. Uwe Liszkowski, *Osteuropaforschung und Politik*, Berlin 1988, S. 176-181, 434.

<sup>147</sup> Otto Hoetzsch, *Russische Probleme*. Berlin 1917, S. 39, 44.

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 39-40; Otto Hoetzsch, *Russland 1917*, S. 19-25, 403; Hoetzsch, »Die Ukraine«, *Konservative Monatsschrift* 75 (1917/18), S. 408-409; vgl. auch Liszkowski, *Osteuropaforschung*, Bd. 1, S. 449-450.

<sup>149</sup> Heinrich Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*. München 1917, S. 7, 57. – Das »Generalgouvernement« wurde 1939 als »Nebenland des Reiches« geschaffen.

worfen werden.<sup>150</sup> Auch war Claß nicht zimperlich, wenn es um deutsche Ansprüche ging: In der Betonung einer »gesunden und berechtigten Selbstsucht« mit einer »Erziehung zur Härte« und dem Ziel der »Niederkämpfung und Schwächung unserer Feinde«, »indem wir ihnen Land abnehmen«, ließ seine Schrift an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.<sup>151</sup> Umso erstaunlicher, daß die Ukraine hier nur am Rande vorkam. Zwar wollte Claß die besetzten Gebiete von Norden her bis Pinsk »besetzt halten« und meinte, es sollte »von Rußland so viel Land abgetrennt werden, als dies militärisch durchgesetzt werden kann«. Finnland und die Ukraine sollten dabei zwar von Rußland gelöst werden, aber Claß unterschied dies von dem Annexionismus gegenüber Polen und dem Baltikum. Für Rußland sollten »diese für die Staatseinnahmen bisher maßgebenden Gebiete auf einmal wegfallen«, jedoch von deutscher Beherrschung war nicht die Rede.<sup>152</sup> Hier ist der Schluß angezeigt, daß trotz allem – und im Unterschied zur Haltung gegenüber Belgien, dem Baltikum und Polen – eine konkretere Ukraineplanung selbst bei den Alldeutschen 1917 noch nicht ausformuliert war. Aus den Aktivitäten der »Vereine« (s. S. 152) konnte man ohne weiteres ableiten, daß wirtschaftliche Nutzung kolonialen Stils den Alldeutschen und ihren industriellen Förderern nichts Fremdes war, aber eben dies boten die Independentisten aus freien Stücken an. Germanisierung, direkte Herrschaft oder auch nur der für Kongreß-Polen erwogene Protektoratsstatus wurden für die Ukraine nicht angestrebt. Finnland und die Ukraine gehörten nicht zu dem »Land, das das Deutsche Reich jetzt von Rußland gewinnen soll«, sollten auch nicht »der Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlage unseres Volkes dienen«, auf die die agrargläubigen Alldeutschen aus waren, und gehörten auch nicht zu »den Gebieten, die wir im Osten zu erwerben empfehlen.«<sup>153</sup>

Im Gegenteil: Claß empfahl 1917 eine »völkische Feldbereinigung«, als Begriffsvorläufer des »ethnic cleansing« erkennbar.<sup>154</sup>

»Auf gleiche Weise werden die Deutschen aus der Ukraine herausgezogen – einerlei, ob sich im Laufe des Krieges oder in seiner Nachwirkung ein ukrainisches Reich bildet oder ob die Ukraine bei Rußland bleibt – und die Kleinrussen in unserem Neuland (nur eine ganz kleine Zahl) dafür dorthin abgegeben; in die weiten, dadurch in Wolhynien und Podolien

<sup>150</sup> Ebd., S. 29, 45, 57.

<sup>151</sup> Ebd., S. 10, 12.

<sup>152</sup> Dies hinderte die sowjetische Historiographie weder daran, auch pauschal von dem alldeutschen Bestreben des Anschlusses (pryjednannja) des Baltikums, Polens und der Ukraine zu handeln (Zastavenko, Krach, S. 5), noch zu übergehen, daß das alldeutsche Memorandum von der Regierung 1914 bekämpft worden war (S. 10). Und auch Grelka (Nationalbewegung, S. 91) dehnt den Claßschen Annexionismus auf die Ukraine aus und erklärt ihn damit für »wegweisend« im Sinne seines Vergleichs mit 1941; dabei übersieht er, daß Claß auf der von ihm zitierten Seite 49 das genaue Gegenteil aussagt (s. unten).

<sup>153</sup> Heinrich Claß, Zum deutschen Kriegsziel. München 1917, S. 47.

<sup>154</sup> Ebd. – Nur am Rande sei vermerkt, daß Claß die »Judenfrage« ausdrücklich im zionistischen Sinne zu lösen vorschlug. Unter Hinweis auf das zionistische Ziel schrieb er: »Jetzt oder nie ist die Gelegenheit, dies Ziel zu verwirklichen[...]. Wir werden beim Friedensschluß dafür einzutreten haben, daß die Erneuerung und Sicherung der Türkei gewährleistet wird, und es sollte doch leicht sein, in Anerkennung dieser Gemeinbürgschaft der Bundesgenossen von der Türkei zu erreichen, daß Palästina unter türkischer Oberhoheit dem nationalen Judenstaat zur Verfügung gestellt wird. Dann hätten die Juden endlich eine Heimat gefunden, ihre alte Heimat, und sie hätten die Möglichkeit, sich in weitgehender Selbständigkeit wieder zu einem Volk zu sammeln[...].« (Claß, Kriegsziel, 1917, S. 47) [Hervorhebung im Original, FG].

frei werdenden Gebiete dürften die Ukrainer dann wohl ruthenische Stammesgenossen aus Galizien einrücken lassen, das gleiche Austauschverfahren mit den Polen ühend«. <sup>155</sup>

Ein ähnlicher Austausch wurde auch für Deutsche und Polen ins Auge gefaßt, wodurch eine »rein deutsche« »Militärgrenze« entstehen sollte. Wir merken hier an, daß 1917 nach Claß für die Ukraine nur zwei Optionen existierten: der Verbleib bei Rußland oder »ein ukrainisches Reich« – ohne Deutsche. Bei allen antirußländischen Schwächungsabsichten und wirtschaftsimperialistischen Nutzungsplänen machte noch im Frühjahr 1917 selbst alldeutscher Annexionismus vor der Grenze der Ukraine halt. Den Ukrainern war ein Status von fernen Verbündeten zugedacht. Dies ergibt sich implizit aus der Forderung, die deutschen Hochschulen seien »grundsätzlich nur für Deutsche und für Ausländer germanischer Abstammung da«. Ausnahmen sollte man für »Angehörige von Völkern und Staaten, auf deren engere Heranziehung an uns wir Wert legen, zulassen«, und Claß verwies hier, »um Beispiele zu geben, auf die Türken und Ruthenen«. <sup>156</sup>

Dies dürfte zunächst ausreichen, um zu belegen, daß die Kontinuität annexionistischer Vorstellungen, die Remer bei Claß annimmt, so für die Ukraine im Unterschied etwa zum Baltikum nicht begründet ist. <sup>157</sup> Aber andere Alldeutsche waren da imperialer gestimmt. Zu nennen wäre Kurd von Strantz (1863-1949), der auch für den Deutschen Wehrverein stand und klar antirussische Ziele unterstützte. Bethmann Hollweg hatte über das Kriegsministerium von Strantz während seiner Sonderfrieden-Sondierungen mit einem Vortragsverbot belegen lassen, was jener als eine »persönliche[...] Mißhandlung« empfand. Michaelis hatte das Vortragsverbot aufgehoben und damit von Strantz in den Diskurs wiedereingeführt.

Von Strantz schloß eine friedliche Regelung mit Rußland aus, wenn Deutschland dadurch keine umfassenden Annexionsziele erreichen könnte. Es ging aber auch hier 1917 noch nicht um die Ukraine. »Polen, wie auch die ukrainischen Grenzstriche, Wolhynien, Podolien und das Cholmland« waren für ihn zunächst nur »unsere Faustpfänder«, »um im Frieden den vollen Besitz des alten deutschen Ordenslandes bis Narwa zu erlangen«. »Der bisher nicht erreichte Besitz der baltischen Küste liefert fast drei Viertel deutscher Kultur dem minderwertigen Letten- und Esthenthum aus«, war seine Rationalisierung des Verlangens, mit Rußland zu einem umfassenden Annexionsfrieden zu gelangen, der dem AA zunächst fernlag, weshalb man dort auch eher frostig reagierte. <sup>158</sup> 1918 war dann von Strantz Autor der *Osteuropäischen Zukunft*. In der »Befestigung eines lebensfähigen ukrainischen Staates«, die er österreichischen Ukrainern überlassen wollte, um damit Deutsche soweit zu entlasten, daß sie sich aus der Ukraine zurückziehen könnten, sah er ein Mittel gegen Polen und Rußland. »Wir haben nur einen Wunsch: endlich uns die notwendigen Lebensmittel zu

<sup>155</sup> Ebd., S. 49.

<sup>156</sup> Ebd., S. 71.

<sup>157</sup> Vgl. Remer, *Ukraine*, S. 183.

<sup>158</sup> Kurd von Strantz an Reichskanzler, 21.12.1917, PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 20, Bl. 9-11. – Die Antwort fiel kurz aus. Das AA schrieb, daß man keine Bedenken habe, wenn von Strantz sich »für die Freiheit der russischen Ukraine« einsetzen würde, auf dem Rand des Konzepts brachte man jedoch den Vermerk an »Vorsicht gegen Strantz ist geboten« (AA an von Strantz, 31.12.1917, ebd., Bl. 62).

sichern und möglichst bald unsere Truppen zurückzuziehen, die keine Schutzleute sind, noch sein wollen«, schrieb er 1918 über die Ukraine.<sup>159</sup>

Das war aber nur auf den ersten Blick die Abkehr von der Annexion. Was von Strantz 1918 meinte, war nicht etwa die Aufgabe der Ukraine. Eine »deutsche Verwaltung« sollte es schon geben, nur keine Garnisonen. »Unsere österreichischen Freunde ukrainischer Volkszugehörigkeit würden die besten Mittler sein, um der deutschen Verwaltung an die Hand zu gehen und sie in diesem klaren, die Staatlichkeit der Ukraine sichernden Ziele [gemeint ist die Abwehr von Polen und Großrussen, FG] zu unterstützen.«<sup>160</sup> Ukrainisch-etatistische und deutsche Positionen verbanden sich in dieser Vision zu einem synergetischen Komplex, der den Ukrainern vieles von der erhofften Staatlichkeit und den Deutschen mit geringstmöglichem Aufwand die wirtschaftliche Ausbeutung ermöglichen sollte. Das spannende daran ist nur, daß genau dies den Zielen der ukrainischen Aktivisten bei den Mittelmächten entsprochen hätte und in einer Zeit übernommen wurde, als jene sich davon abzuwenden begannen.

Im August 1917 hatte Rohrbach in einem unscheinbaren Artikel eine eigentümliche Definition der ukrainischen Unabhängigkeit formuliert. Nach den ukrainischen Forderungen nach einer eigenen Konstituante hätten sich nur die »Maximalisten«, also die Bol'seviki, nicht gegen die Autonomieforderung ausgesprochen. Für Rohrbach war daraufhin klar, daß Petrograd niemals die Ukraine freigeben würde – daß die Bol'seviki sich durchsetzen könnten, schien ihm im Sommer 1917 höchst unwahrscheinlich. Unabhängigkeit (die die Rada noch gar nicht anstrebte) könne daher nur »der Anschluß an Mitteleuropa« bieten. Dadurch würde auch die »polnische Gefahr« für die Ukraine gebannt – und »die übertriebenen Ansprüche der Polen sehr zum Vorteil der deutsch-polnischen Beziehungen« gedämpft. Der Vorteil sollte natürlich klar auf der deutschen Seite dieses Verhältnisses liegen: »Polen war der erste Markstein zur Sicherung Mitteleuropas im Osten, erst durch den zweiten – die Ukraine – wird auch der erste den für uns notwendigen unerschütterlichen Halt erlangen«. Auf der ukrainischen Seite glaubte Rohrbach in Äußerungen Volodymyr Vynnyčenko (1880-1951) einen Partner zu erkennen:

»Die Hand ist nach uns ausgestreckt; hoffen wir, daß wir sie entschlossen ergreifen, und daß unsere Heere diese Vereinigung verwirklichen werden. Denn nur von dieser Hand haben wir den Frieden zu erwarten, den wir brauchen – und nicht von Petersburg oder Moskau!«<sup>161</sup>

Nach dem Scheitern der Polenproklamation wurde so für Rohrbach die Besetzung Polens zu einer Etappe der deutschen Ostexpansion, die bis in die Ukraine fortgesetzt werden sollte. Ziel war in diesem Artikel der Friede der »moralischen Eroberung«. Wenn Rohrbach sich nun zugunsten der ukrainischen Option aussprach, stand er nicht allein. Die Wirtschaftskreise, die ihre Ansichten in der *Osteuropäischen Zukunft* publizierten, gestalteten eigene Ukraineprojekte aus, die entstehende Ostforschung zwischen Geschichtswissenschaft, Slavischer Philologie und Politischer Wissenschaft

<sup>159</sup> Kurd von Strantz, »Das reichsdeutsche Interesse an der Ukraine«, *Osteuropäische Zukunft* 3 (1918), S. 140.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Paul Rohrbach, »Was geht in der Ukraine vor?«, *Dresdner Anzeiger* [7. bis 10.8.1917], Ausschnitt in PAAA, Weltkrieg 11a Ukraine, Bd. 15, Bl. 38a.

begann sich für die Ukraine zu interessieren. Polen und die »Ostjuden« waren ab 1914 als interessante Elemente einer geopolitischen Gestaltung Osteuropas wahrgenommen worden. Die Ukrainer wurden nun ein weiteres Element dieser Region, der man sich interessiert zuwandte.

Ab 1915 wuchs das deutsche Interesse an der Ukraine, die zu beherrschen man sich jedoch noch nicht zutraute. 1917/18 wurden Hegemonievorstellungen konkreter, sie waren aber immer noch weit davon entfernt, direkte Herrschaft anzustreben. Längst hatten aber die exilukrainischen Publikationen und Aktivitäten das Augenmerk deutscher Verfasser auf diese Thematik gelenkt. Der deutsche Diskurs zur Ukrainepolitik griff die independentistischen Aussagen der Exil-Ukrainer bzw. ihrer Gegner auf. Die meisten deutschen Verfasser beriefen sich ausdrücklich auf ukrainische oder polnische Schriften und auch ohne das ist die Übernahme von Standardaussagen evident, die sich in der öffentlichen Meinung verfestigten und als Klischees fortwirkten. Hier mit Remer zu behaupten, die Denkschriften und Eingaben »der einflußreichen Vertreter von Industrie- und Bankkreisen, der Regierung, hohen Militärs, der Großgrundbesitzer, der großen bürgerlichen Parteien und Organisationen« seien »politisch einflußreicher auf die reale Ukrainepolitik« als die »öffentliche Meinung« gewesen,<sup>162</sup> führt in die Irre, weil eine abweichende »öffentliche Meinung« nicht greifbar ist. Das wirtschaftliche Interesse, ein zunächst wenig konkretes Wissen, korrespondierte auf mehreren Ebenen mit dem, was man als »Befreiung« ausgab. Für die Exponenten des BBU und damit für diejenigen, die diesen Diskurs anregten, seine Terminologie bestimmten und bis 1918 aktiv an ihm teilnahmen, gab es diesen Gegensatz nicht. Anders sollte es erst werden, als diese »Befreiung« dann »durchgeführt« wurde. Da stellte sie sich in der Tat als etwas anderes heraus, als man erwartet hatte, dies aber ohne weitere Belege auch für die Zeit davor anzunehmen, ist problematisch.

Ein separater Teildiskurs kam dadurch zustande, daß die ukrainischen Publizisten sehr genau beobachteten, was bei den Mittelmächten geschrieben wurde und dies den eigenen Lesern mitteilten. Die ukrainische Presse berichtete minutiös über deutsche Artikel auch in ziemlich abgelegenen Zeitungen. Hier ist nun Gelegenheit, auch die bisher nicht untersuchte Wirkung des deutschen Diskurses zu beobachten. In seinen »Briefen aus Deutschland« berichtete Jevhen Levyčkyj im Organ des BBU regelmäßig über die deutschen Publikationen und versah sie mit eigenen Kommentaren. Die Artikel wurden anschließend als Separatdruck veröffentlicht. Wie auch in Rezensionen im *Vistnyk Sojuza Vyzvolennja Ukraïny* erfuhren ukrainische Leser so von dem deutschen Interesse an der Ukrainefrage.

Jevhen Levyčkyj bemühte sich, den deutschen Imperialismus, als dessen für Osteuropa wichtigsten Repräsentanten er Paul Rohrbach nannte, als Nachfolger des realpolitischen Konzepts Bismarcks hinzustellen. Dieser Imperialismus war für ihn ein Helfer der ukrainischen Sache, da es dessen Ziel sei, Rußland soweit wie möglich nach Osten abzudrängen.<sup>163</sup> Damit lieferte er die Begründung für seine Texte von 1915 (s. S. 205). Zwar hätten sich die Deutschen die ukrainische Frage gestellt – Levyčkyj erwähnte nicht, daß er einer der Stichwortgeber gewesen ist – jedoch hätten sie bedauerlicherweise keine Vorstellung, wie sie diese Frage beantworten könnten. Wenn in

<sup>162</sup> Remer, Ukraine, S. 231.

<sup>163</sup> Jevhen Levyčkyj, *Lysty z Nimeččyny. Videň* [Wien] 1916, S. 9.

weiteren »Briefen« die in Deutschland erschienenen Artikel und Broschüren referiert wurden, interessierte dabei vor allem, ob die Frage der ukrainischen Eigenstaatlichkeit positiv oder negativ beantwortet wurde. Nicht eindeutige oder kritische Stellungnahmen wurden polemisch zurückgewiesen. So schrieb Levyčkyj etwa über die Schrift Cleinows, sie habe »der ukrainischen Sache in Deutschland eher geschadet, denn geholfen«,<sup>164</sup> womit er Kritik an der BBU-Führung anmeldete, die sie ja verbreitet hatte, was wiederum die Redaktion zu der Entgegnung veranlaßte, man habe diese Schrift trotz allen Unzulänglichkeiten veröffentlicht, weil sie auf die ökonomische Basis der ukrainischen Unabhängigkeit eingegangen sei. Daß die Artikel von Brückner (»Poljak-ukraïnožer«) und anderen Polen Levyčkyj wenig gefielen, muß nicht weiter verwundern.<sup>165</sup> Der Maßstab »gut für die Ukrainer, schlecht für die Ukrainer« war der einzige, den er akzeptierte.

Dabei vertat er sich auch gern einmal. So nahm Levyčkyj anfangs die sozialdemokratische Unterstützung der antirussischen Nationalitätenpolitik gar nicht wahr. Da die Sozialdemokraten »Gegner einer »Annexions«-Politik« seien, seien sie auch »unserer Sache völlig unzugänglich«.<sup>166</sup> Wie groß die Bandbreite zwischen Spartakusbund und Mehrheits-SPD war, nahm er nicht zur Kenntnis. Daß Südekums Aktivitäten und das Eintreten von Friedrich Ebert (1871-1925) und Philipp Scheidemann (1865-1939) »für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit aller Völker«<sup>167</sup> auch die Ukrainer umfassen mochte, übersah er.

Da gefielen Levyčkyj die Alldutschen schon besser. Auch wenn er nicht übersah, daß ihr Einfluß in Deutschland beschränkt war (»ne brakuje holosiv, jaki vsenimečykh politykiv i publicystiv uvažajut' za fantastiv«),<sup>168</sup> so attestierte er ihnen doch, daß sie sich »lebhaft« mit der ukrainischen Frage beschäftigten und »bei ihrer Energie, ihren breiten Verbindungen und Möglichkeiten, zu ihrer Gemeinschaft zu sprechen, sehr dazu beitr[ü]gen, daß unsere Sache in Deutschland immer populärer« werde.<sup>169</sup>

Nach der Gründung des Verbands »Ukraine« und der *Osteuropäischen Zukunft*, sah Levyčkyj vor allem unter Alldutschen, Industriellen und Intellektuellen Ukrainophile.<sup>170</sup> Dies muß nicht weiter verwundern, denn den vom Verband aufgegriffenen Plan der imperialistischen Kolonisierung der Ukraine durch die deutsche Wirtschaft hatte Levyčkyj seit seinen ersten Auftritten in Deutschland ja propagiert; warum sollte er also nun kritisieren, daß die von ihm angesprochenen Kreise das machten, was er ihnen vorschlug. Seinen Lesern in ukrainischer Sprache, denen die deutschen Vorträge und Broschüren nicht bekannt waren, mußte es allerdings so erscheinen, als ob der Verband tatsächlich autonom agierende »deutsche[.] Förderer der ukrainischen Befreiungsbemühungen« versammelte.

<sup>164</sup> Ebd., S. 12.

<sup>165</sup> Ebd., S. 14-16, 38-33.

<sup>166</sup> Ebd., S. 16.

<sup>167</sup> Petition des Parteivorstands der SPD an den Reichskanzler, 25.6.1915; zit. nach S. Grumbach, *Das annexionistische Deutschland. Lausanne 1917*, S. 429-431, hier S. 431.

<sup>168</sup> Levyčkyj, *Lysty*, S. 18. – »Es fehlt nicht an Stimmen, die die alldutschen Politiker und Publizisten für Phantasten halten.«

<sup>169</sup> Ebd., S. 19.

<sup>170</sup> Ebd., S. 24-26.

Seine späteren »Briefe« nutzte Levyčkyj, um seinen ukrainischen Lesern die deutsche Entwicklung vom Kleinstaatentum zu einer starken nationalen Staatlichkeit als Vorbild zu präsentieren:

»Dies alles schreibe ich, um zu zeigen, auf welchem Weg man im Allgemeinen am schnellsten und am sichersten zum Ideal der Umgestaltung seiner **ethnographischen Masse** in eine moderne Nation gelangt.«<sup>171</sup>

Da war Brückners Wort wieder! War dies ein Lapsus? Legte Levyčkyj damit seinen Lesern nahe, die Ukrainer seien noch eine »ethnographische Masse«, die es nach deutschem Vorbild, mit einer »Pan«-Bewegung, Imperialismus und einem starken staatlichen Sektor in eine moderne Nation zu überführen galt? Wenn Brückner so etwas schrieb, war dies für Levyčkyj nicht zu tolerieren, durfte er diese Worte benutzen, um den nation-building-Prozeß voranzubringen? Ukrainische Autoren hüteten sich in deutschsprachigen Texten wohlweislich vor solchen Begriffen. In den ukrainischsprachigen konnte man damit aber funktional operieren. Hier kam also schon früh eine Figur vor, wie sie die Nationalisten in den 1920er Jahren verwenden sollten. Anders in den Texten für Deutsche: Hier suggerierte man, die Ukrainer gebe es bereits.

-----

Vorstehend haben wir verschiedene Ebenen der deutschen Ukraine-problematik im Ersten Weltkrieg untersucht. Die Kriegszieldiskussion der Politiker berücksichtigte die Ukraine zumeist nicht. Dieses Land war bis 1917 bestenfalls ein potentiell-Handelsobjekt im Hintergrund, das man in Deutschland etwas aufmischen oder (samt Ostgalizien, was die Bundesgenossen nicht amüsieren konnte) für einen Separatfrieden mit Rußland aufzugeben bereit war. Und während in bezug auf das Baltikum und Polen die Annexionisten sich von Anfang an bemerkbar machten, war diese Option für die Ukraine nicht erkennbar.

Sowohl die galizischen Ruthenen als auch die rußländischen Exil-Ukrainer hielten sich an die Mittelmächte und machten ihnen Vorschläge. Sie hatten Kontakte mit deutschen Regierungs- und Wirtschaftsstellen und betrieben Öffentlichkeitsarbeit. Nachdem die Deutschen zunächst zurückhaltend gewesen waren, informierten sie sich über die ukrainischen Möglichkeiten bei den wenigen Vertrauenspersonen, die hierüber etwas wußten, und gingen dann vorsichtig auf die ukrainischen Avancen ein.

Den größten Effekt hatte die Gefangenenarbeit. Von 1915 an wurden in Deutschland ukrainische Kriegsgefangene separiert, ausgebildet und, von der Regierung finanziert, zu Ukrainern »erzogen«. Das Projekt entglitt jedoch schon bald den Organisatoren: Außer Nationalbewußtsein eigneten sich die Gefangenen auch demokratische bis revolutionäre Umgangsformen an. Dies war für einen Teil der ukrainischen Ausbilder untragbar, jedoch nicht für die Deutschen, für welche Revolutionierung im sozialistischen wie im nationalen Sinne zwei taktische Praktiken der gleichen, auf die Schwächung Rußlands ausgerichteten Strategie waren. Man duldete diese Entwicklung daher so lange, wie sie nicht gegen die Deutschen auszuschlagen drohte.

<sup>171</sup> Ebd., S. 46. – Meine Hervorhebung, FG.

Für die Nationalukrainer war der Anschluß an die Mittelmächte die einzige sich bietende Option, da das anti-ukrainische Rußland mit der Entente verbündet war und daher von jener keine antirußländische Unterstützung zu erwarten war. Diese Parteinahme war insofern leichter als für Balten oder Polen, als deutsche Politiker eben keine Annexion der Ukraine propagierten, so daß ihr Independentismus mit dieser Orientierung vereinbar war. Oleksander Skoropys-Joltuchovský hat nach dem Krieg die Anlehnung der Ukrainer an die Mittelmächte mit der von Polen und Tschechen an die Entente gleichgesetzt. Ihr Scheitern begründete er damit, daß die Hilfe der Mittelmächte gering gewesen sei und die deutsche Diplomatie kurzichtig.<sup>172</sup> Beides stimmte nicht: Die deutsche Unterstützung für die Nationalukrainer war nicht ganz unwesentlich, und die »Revolutionierungspolitik«, deren Bestandteil sie war, als kurzichtig zu bezeichnen, ist wohl auch nur bedingt gerechtfertigt. Der Entente lag an der Zerschlagung der mitteleuropäischen Imperien, sie folgte aber auch Idealvorstellungen von zu befreienden Nationalstaaten. Die Deutschen wollten niemanden wirklich befreien; ihnen ging es zunächst um Taktik und später um wirtschaftliche Ausbeutung.

Die Mittelmächte haben den Krieg, den sie in der ersten Runde (Brest) gewonnen zu haben schienen, in der zweiten verloren. Entsprechend war das Dilemma der Ukrainer – entweder wandten sich die Sieger von ihnen ab oder sie standen an der Seite der Verlierer. Im Unterschied zu den Polen verstanden sie es nicht, rechtzeitig die Front zu wechseln.

Österreich und Deutschland boten 1914 Unterstützung gegen Rußland, mit dem man sich im Krieg befand. Österreich hielt jedoch die ukrainische Karte für schwierig, dem Kriegsverlauf entsprechend für nutzlos, fürchtete polnischen Widerstand und wurde darin von seinen zahlreicheren polnischen Beamten bestärkt. Daher rückte die österreichische Seite bald von ihren pro-ukrainischen Versprechen ab.

Demgegenüber gab es mit Deutschland weniger Probleme. Auch wenn es im Deutschen Reich divergierende Positionen gab und Hoetzsch wie Brückner die Schaffung eines ukrainischen Staats für unrealistisch hielten, gab es eine verbreitete polenfeindliche Einstellung; sie erschien ukrainischen Politikern verlässlicher als die Politik Österreichs, wo die Polen staatstragende Funktionen hatten. Mit ihrer sowohl antirusischen als auch antipolnischen Ausrichtung wurden die Ukrainer für die Deutschen denn auch immer interessanter. Als der erhoffte Erfolg der Polenproklamation ausblieb und die prodeutsche Orientierung der Polen zum Anliegen einer konservativen Minderheit verkam, boten die Ukrainer (wie die Balten) eine Alternative.

Nach einigen Anfangsschwierigkeiten setzten die Deutschen energischer als die Österreicher Ukrainer in besetzten Gebieten des Rußländischen Reiches als Propagandisten ein. Aber bei der Zentral-Rada, die auf eine ukrainische Autonomie im Rahmen eines demokratischen föderierten rußländischen Staates setzte, hatten diese Maßnahmen keinen Erfolg. Sie suchte Kontakte zur Entente und vermied mit gutem Grund alles, was auf eine Interessengemeinschaft mit den auf Seiten der Mittelmächte operierenden Ukrainern hingewiesen hätte.

Für die Deutschen war das Kampfmittel Independentismus/Separatismus zu einer politischen Waffe geworden, die mit den Versuchen, Rußland über die Sozialisten politisch zu revolutionieren, parallel lief. Die direkten Einflußversuche scheiterten

<sup>172</sup> Oleksander Skoropys-Joltuchovský, »Moï »zločyny«, S. 224.



zwar in der Ukraine alle. Zunächst war die soziale Revolutionierung in Rußland erfolgreicher. Bald aber wirkten beide Elemente im deutschen Sinne. In der Zeit der Brester Verhandlungen war es die Ukraine-Politik der Bol'sheviki, die die Rada-Ukrainer bewog, sich an die Mittelmächte um Hilfe zu wenden. Da sich die Rada-Regierung von den Bol'sheviki vital bedroht sah, zog sie eine Notbremse, indem sie sich auf einen Separatfrieden mit den Mittelmächten einließ. Hierfür mußte die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklären, und sie wußte, daß in Deutschland das Konzept einer unabhängigen Ukraine nicht mehr unbekannt war.

Das Jahr 1918 begann unter dem Zeichen von Entscheidungen wider Willen.<sup>173</sup> Für die Rada-Ukrainer waren es die Unabhängigkeitserklärung und die Brester Zugeständnisse, die Bol'sheviki sahen sich danach zum Frieden vom 3. März 1918 gedrängt. Die Österreicher mußten die Ukrainisierung Chelms und die zukünftigen Schaffung eines ruthenischen Kronlandes versprechen, wodurch sie sich die Sympathien der Polen verscherzten. Dafür hofften Deutsche wie Österreicher nach den Rübenwintern auf das versprochene Getreide aus der Ukraine. Nach den endlosen Wiederholungen der Formel von der »Kornkammer« hatten die Politiker keine Zweifel, daß die landwirtschaftlichen Produkte geliefert würden.

Hier entfaltete der Diskurs über die Ukraine wohl seine größte Wirkung. Hatten nicht die Nationalukrainer, sich auf ihre »Basis« in der Ukraine berufend, diese Güter den Mittelmächten seit 1915 geradezu aufgedrängt? Hatte man nicht die deutsche Wirtschaft in das angeblich unterentwickelte Land eingeladen? Aber in diesem Land gab es schließlich auch Industrie und das ersehnte Getreide. Umso größer war die Enttäuschung, als sich bald herausstellte, daß die Aussagen der ukrainischen Gesprächspartner der Mittelmächte nicht umsetzbar waren.

Im August 1914 hörte die österreichische Regierung den Ruthenen und Exil-Ukrainern zu. Schlagworte von einer »freien Ukraine bis zum Don« gingen ebensowenig auf österreichische Ambitionen zurück wie die deutschen Träume von der »Kornkammer«. Die ukrainische Option war nicht Bestandteil der Kriegsplanung gewesen – Österreich dachte eher defensiv, Deutschland an Belgien, Polen und das Baltikum – sondern wurde durch die interessierten ukrainischen Kreise in den Diskurs eingebracht.

Die Texte und Aussagen über die Ukraine – als Basis für »Wissen« über dieses Land schon von Beyer identifiziert – waren daher nicht unwichtig. Es gab in Deutschland mehrere Ansprechpartner: Das Auswärtige Amt und seine Informanten bildeten ab 1915 eine Diskursgruppe, die über die »Gefangenearbeit« mit dem Kriegsministerium verbunden war. Die Wirtschaftsführer um die Alldeutschen schufen – ohne bis 1917 Parteigänger der Regierung zu sein – Ende 1915/Anfang 1916 mit wirtschaftsexpansiven Zielen die Verbände und die *Osteuropäische Zukunft*. Nach zeitweiligerer Kooperation dieser beiden Ebenen gerieten sie rasch in eine Rivalität.

Diese beiden mit der Ukraine befaßten Gruppen gerieten aneinander, als das Militär im Sommer 1917 die Politik zu dominieren begann und die zurückhaltendere Position der Beamten des AA in der politischen Konkurrenz zurückfiel. Alle Beteiligten glaub-

<sup>173</sup> Vgl. dazu auch die Feststellung Fedyshyns, daß die Friedenschlüsse von Brest kein Ergebnis einer genauen politischen Planung gewesen seien, sondern das Produkt einer Serie von militärischen und wirtschaftlichen Überlegungen oder gar einer »hastily contrived improvisation« (Fedyshyn, *Drive*, S. 59, 85).

ten ihren eigenen Denkprodukten, als es um eine konkrete Ukraine-Politik zu gehen begann.

Also schloß man in Brest ein Abkommen und besetzte dann das Land. Aber auch davor gab es eine Verbindung zwischen den einzelnen Zirkeln. Alle lasen ähnliche Texte, die zunächst von ukrainischen Independentisten stammten. Sie handelten von der geopolitischen Bedeutung, begründeten eine ukrainische Separiertheit historisch, sprachlich oder rassisch, sie schilderten den ökonomischen wie strategischen Nutzen, den dieses Land den Mittelmächten bringen könnte. Und man las nun auch vom polnisch-ukrainischen Gegensatz. Obwohl im Sommer 1914 niemand in Deutschland so genau gewußt hatte, was unter der Ukraine zu verstehen war, war 1917 die Ukraine zu einem Politik- und Kriegsobjekt geworden. Daß dies sinnvoll sei, hatten 1914 nur die Nationalukrainer behauptet – es war ihnen gelungen, mit ihrer Ansicht bei den Mittelmächten Gehör zu finden und überzeugend zu wirken, so daß etwa Paul Rohrbach nach der Lektüre der ukrainischen Broschüren und einigem Nachdenken sich dieser Einstellung angeschlossen hat. Obwohl der BBU und die anderen ukrainischen Propagandisten marginalisiert waren, gelang es ihnen, einen Diskurs über die Ukraine zu initiieren, zu prägen und seine Inhalte zu Grundlagen praktischer Politik werden zu lassen. Und das ist schon ziemlich viel.

Die Wirkung war noch größer. Unzweifelhaft war die Ukraine ein landwirtschaftlich ertragreiches Gebiet. Aber die übertriebenen Vorstellungen von immensen und frei verfügbaren Erträgen der Ukraine ließ sich weder durch die Erfahrungen von 1918 noch durch die späteren Hungerkatastrophen verdrängen. Man lernte aber hinzu: Im Zweiten Weltkrieg galt den Deutschen die Ukraine als eine wirtschaftliche Quelle erster Güte – es war aber inzwischen klar, daß man die lokalen Produzenten fast verhungern lassen müsse, um Deutschland zu beliefern. Die Independentisten an deutscher Seite gab es weiterhin, und mit Alfred Rosenberg auch wieder einen Baltendeutschen, der sich wie Paul Rohrbach die Zerschlagung Rußlands zum Ziel gesetzt hatte. Einige der im Ersten Weltkrieg angelegten Strukturen wirkten weiter.

Jaroslav Pelenski (\*1929) ist zuzustimmen, wenn er kritisiert, daß Historiker die deutsch-ukrainischen Beziehungen im Ersten Weltkrieg als »static« beschrieben haben.<sup>174</sup> Spannend wird dieser Komplex erst, wenn man auf die Dynamik der deutsch-ukrainischen Interaktion eingeht. Historiographie ist keine Justiz. In diesem Sinne ist die hier getroffene Feststellung der Urheberchaft der Ukrainer für die aufkommenden Standardvorstellungen auch kein »Freispruch« für deutsche Imperialisten. Aber sie mußten offenbar erst auf die Idee gebracht werden, daß in der Ukraine etwas zu holen war, und dafür mußten sie von einer rußlandfreundlichen Position abgebracht werden. Um an die Stelle einer Rußland gegenüber kooperativen Politik eine solche mit der Ukraine zu setzen, bedurfte es der Überzeugungsarbeit. In dieser Richtung ermuntert, ließ ein Teil der deutschen Wirtschaftsführer und Politiker die imperialistische Phantasie spielen, während andere vor allzu großen Erwartungen warnten. Aber selbst die Alldeutschen und die Kreise um die *Osteuropäische Zukunft*, gegenüber Polen und dem Baltikum ebensowenig zimperlich wie in bezug auf überseeische Kolonien, sahen

<sup>174</sup> Jaroslav Pelenski, »Hetman Pavlo Skoropadsky and Germany (1917-1918) as Reflected in His Memoirs«, in: Torke/Himka (Hg.), *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*. Edmonton/Toronto 1994, S. 69-83, hier S. 76.

für die Ukraine immer noch einen an die Mittelmächte angelehnten selbständigen Status vor, konnten also für die Independentisten weiterhin als Gesprächspartner durchgehen.

Im Jahr 1918 sollte dieser Kosmos von Einstellungen auf die praktische Probe gestellt werden. Was sich vorher im Diskursiven, in Texten abgespielt hatte, wurde nun in der praktischen Politik angewendet. So geduldig wie zuvor das Papier waren aber 1918 weder die Okkupationsmächte noch die ukrainischen Nationalisten.

## IV. DIE BRESTER UKRAINE

Mit dem ersten Friedensschluß von Brest-Litovsk vom 9. Februar 1918 war die am 25. Januar proklamierte Ukrainische Volksrepublik (UNR) ein von den Mittelmächten anerkanntes Völkerrechtssubjekt geworden, das sogar die RSFSR in ihrem Friedensvertrag am 3. März 1918 akzeptieren mußte. Gleichwohl bedeutete die »Hilfe« für die Rada-Regierung gegen die Bol'sheviki, daß die UNR faktisch ein militärisch besetztes Gebiet wurde, in dessen Beherrschung sich die Habsburgermonarchie und Deutschland teilten.<sup>1</sup>

### 1. DEUTSCHE REAKTIONEN AUF DEN FRIEDENSSCHLUSS MIT DER UKRAINE

Der »Brotfriede«<sup>2</sup> mit der Ukraine fand in Deutschland fast ungeteilte Zustimmung. Er wurde als ein Erfolg der Mittelmächte gesehen, versprach »einen Kriegsschauplatz weniger« und enthielt einen Befreiungsaspekt sowie die Aussicht auf die Verbesserung der eigenen Versorgung.

Die Presse war überwiegend positiv gestimmt. Die Schriftleitung des *Leipziger Tageblatts* verhöhnte am 11. Februar die Konkurrenz von der *Vossischen Zeitung*, die noch zwei Tage vorher gemeint hatte, »ein starkes und geeintes Rußland [stelle] als Freund in unserem Rücken für Deutschland einen viel positiveren Wert« dar als »eine Reihe junger Staaten, die untereinander durch allerlei Differenzen getrennt sind, und deren inneres Verhältnis zu Rußland auch heute noch keineswegs geklärt ist«. Im *Leipziger Tageblatt* durfte sich Rohrbach darüber verbreiten, daß die »ukrainische Frage [...] die entscheidende für den europäischen Osten und eine der grundlegenden für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse Gesamteuropas« sei. Rasch mit einer »gewaltige[n] historische[n] Lehre« über Rußlands Unfähigkeit bei der Hand und mit von keiner eigenen Anschauung getrübttem Bild der Ukraine als eines »zusammenhängende[n] wogende[n] Weizenfeld[s]« sah der Imperialist, wie dieses Land in Dankbarkeit seinen »Reichtum in regem Güteraustausch fortan mit den mitteleuropäischen Ländern teilen« werde.<sup>3</sup> Aber es waren auch Stimmen zu vernehmen, die unsicher waren:

»Zu viele Fragezeichen, die vielleicht schon morgen ihre (!) Beantwortung heischen, stehen dahinter, als daß wir das Ereignis so tief empfinden könnten, wie der Klang der Friedensbotschaft sonst wohl in uns auslöste«,

<sup>1</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 63-65.

<sup>2</sup> Nach Czernin geht die Bezeichnung auf den Wiener Bürgermeister Weiskirchner zurück (Ottokar Czernin, *Im Weltkriege*. Berlin/Wien 1919, S. 347).

<sup>3</sup> Paul Rohrbach, »Der ukrainische Friede«, *Leipziger Tageblatt* 76/11. 2. 1918, Morgenausgabe.

textete wenig sprachgewandt ein Hamburger Journalist.<sup>4</sup> Und die katholische *Germania* erklärte in einem raschen Gewalttritt durch die ukrainische Geschichte ihren Lesern, wieso die Unabhängigkeit der Ukraine Teil einer langen Reihe von Selbstständigkeitsanstrengungen sei, hielt den Frieden aber dennoch nur für ein »Teilresultat«, »das hinter den Erwartungen zurückbleibt«, die man beim Beginn der Verhandlungen gehegt habe.<sup>5</sup>

Für die Fortschrittliche Volkspartei (FVP), die gegen eine förmliche Annexion von Randstaaten war, begrüßte Heinrich Dove im Reichstag die »junge Volksrepublik der Ukraine«, die schon von Jevhen Levyčkyj 1915 erwünschte koloniale Abhängigkeit als Positivum interpretierend:

»Auf der einen Seite eine nationale Rasseigentümlichkeit, die nur durch die gewaltige Faust des Zarentums in dem Konglomerat des Russischen Reiches eingeschweißt und festgehalten war, auf der anderen Seite die natürlichen Voraussetzungen für ein aufblühendes wirtschaftliches Leben, ein Grund und Boden, der so schön ertragreich ist, wie er sonst in der Welt selten gefunden wird. Und gerade der Austausch der Produkte dieses Landes auf der einen Seite und der Produkte unserer Industrie auf der anderen Seite, die insbesondere zur Erbauung des Bodens erforderlich sind, – gerade dieses gegenseitige Interesse bürgt uns dafür, daß wir aufeinander angewiesen sind und daß wir – wir hoffen es – zu dauernden lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen kommen werden.«<sup>6</sup>

Trotz Unterschieden in der Diktion glichen sich die Aussagen der meisten Abgeordneten inhaltlich. Gegen den Friedensvertrag sprachen sich nur die polnischen Abgeordneten<sup>7</sup> und Georg Ledebour (1850-1947) von der USPD aus. Während die polnischen Abgeordneten die Überlassung von Chełm als »vierte Teilung Polens« interpretierten,<sup>8</sup> unterstellte Ledebour der Reichsregierung »verschleierte Annexionsbestrebungen«, sprach der Ukraine die unabhängige Staatlichkeit ab, zieh sie des Annexionismus gegenüber Weißrußland und hielt aus diesem Grund einen Vertrag mit ihr für unzulässig.<sup>9</sup>

Die Befürworter des Friedens verhüllten kaum das wirtschaftliche Interesse an der Ukraine. Wenn Staatssekretär von Kühlmann hier »die reichsten Agrikulturbezirke des ehemaligen russischen Kaiserreichs« und »Kohlen- und Eisenlager, deren Reichtum und Mächtigkeit nur zum Teil bekannt und erschlossen« seien, erblickte, dann schwang selbstverständlich dabei mit, daß man in der Ukraine »wesentliche Vorräte sowohl an Brotgetreide als an Futtermitteln«<sup>10</sup> erwartete, aus denen man sich zu bedienen wünschte. Adolf Gröber (1854-1919) wußte für das Zentrum, daß man nun »Nahrungs- und Futtermittel in erheblicher Menge bekommen« werde,<sup>11</sup> Eduard David (1863-1930) wünschte für die Mehrheitssozialdemokraten, »daß uns von dort Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte zugeführt werden können«.<sup>12</sup> Gu-

<sup>4</sup> L. E., »Der erste Friedensschluß«, Hamburgischer Correspondent, 9. 2. 1918.

<sup>5</sup> *Germania*, 6/10.2.1918.

<sup>6</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4016 (20.2.1918).

<sup>7</sup> Am umfassendsten der Nationaldemokrat Marian Seyda (1879-1967), Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4013-4016 (20.2.1918).

<sup>8</sup> So auch der eher gemäßigte konservative Fürst Radziwiłł; ebd., S. 4042.

<sup>9</sup> Ebd., S. 4035-4038 (20.2.1918).

<sup>10</sup> Ebd., S. 4002-4003 (20.2.1918).

<sup>11</sup> Ebd., S. 4004 (20.2.1918).

<sup>12</sup> Ebd., S. 4011 (20.2.1918).

stav Stresemann (1878-1929) wollte aus der Ukraine »statt [...] Theorien die Futtermittel und das Getreide einführen«<sup>13</sup>, und Kuno Graf von Westarp (1864-1945) von der Deutschkonservativen Partei meinte schon sagen zu können, der Friedensschluß habe »uns bezüglich der Ernährungsschwierigkeiten und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein großes Stück weiter gebracht«.<sup>14</sup>

Zweifel an der »Nutzbarmachung« der Ukraine wurden in den Ausschüssen zwar geäußert, aber die Befürchtung, »der Friede sei kein Brot-, sondern ein Papierfriede, weil nicht damit gerechnet werden könne, daß in der Ukraine noch größere Mengen von Futtermitteln und Brotgetreide seien«, wurde im Plenum verworfen.<sup>15</sup> Im Haushaltsausschuß bedauerte Gustav Noske (MSPD) am 21. Februar 1918 immerhin, »daß das Wort vom ›Brotfrieden‹ im Volk größere Hoffnungen erweckt habe, als in der nächsten Zeit erfüllt werden könnten«. Er warnte davor, die Ukraine militärisch zu besetzen, »da der Einmarsch fremder Truppen in die Ukraine [...] Deutschland keinen Dank eintragen würde«.<sup>16</sup>

Für die Polen war die Überlassung Chełms eine Gelegenheit, ohne Zensur mit der deutschen Politik abzurechnen. Der spätere Sejm-Marschall der Republik Polen, Stefan Wojciech Trąpczyński (1860-1953), erklärte im Haushaltsausschuß ohne Umschweife, den »Ukrainern, die zu 80 v.H. Analphabeten seien, könne man nicht die Selbstverwaltung überlassen«. Als der polnische Abgeordnete Antoni Stychel (1859-1935) Deutschland vorwarf, Chełm »für eine Ladung von Brot und Futter« abgetreten zu haben,<sup>17</sup> wurden die Wertungsunterschiede deutlich: Für die Deutschen war das ökonomische Argument durchschlagend, für die Polen hatte es gegenüber der nationalen Diktion, die ja auch in Deutschland verbreitet war, den Ruch der Käuflichkeit.<sup>18</sup>

Die Debatten waren vom freien Gebrauch unterschiedlicher Statistiken geprägt. Wie wenig informiert die Deutschen waren, ging schon daraus hervor, daß der als Gutachter durch den Haushaltsausschuß herangezogene Geograph Albrecht Penck (1858-1945) zugeben mußte, daß seine Daten aus dem Jahre 1876 stammten und neuere wissenschaftliche Untersuchungen fehlten.<sup>19</sup> Die deutschen Abgeordneten bemühten sich zu belegen, daß die Abtretung Chełms eine *conditio sine qua non* für den Friedensschluß gewesen sei, daß ohne dieses Zugeständnis die ukrainische Delegation sich nicht auf den Friedensschluß eingelassen hätte, daß eine Kommission eine Grenze ziehen werde, die nach den Zusatzvereinbarungen nicht das ganze Chełmer Gebiet der Ukraine zuschlagen würde bzw. daß dafür eigentlich die Österreicher zuständig seien.<sup>20</sup> Die Vorwürfe, man lege Wert auf einen Konflikt zwischen Polen und der Ukrai-

<sup>13</sup> Ebd., S. 4023 (20.2.1918).

<sup>14</sup> Ebd., S. 4026 (20.2.1918).

<sup>15</sup> Ebd., S. 4064 (22.2.1918)

<sup>16</sup> 209. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 21.2.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 1963.

<sup>17</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4075 (22.2.1918)

<sup>18</sup> Konstantin Fehrenbach (Zentrum) nannte den polnischen Vorwurf »häßliche, einseitige Darstellungen«. – Ebd., S. 4079 (22.2.1918).

<sup>19</sup> 209. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 21.2.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 1961.

<sup>20</sup> Von Kühlmann: »...ein weiteres Zurückschrauben der ukrainischen Ansprüche an der Cholmer Grenze würde das Scheitern des Vertrags zur Folge gehabt haben«; – Verhandlungen des Reichstags,

ne und die deutsche Politik sei grundsätzlich proukrainisch und antipolnisch, wurden von allen Rednern rechts von der USPD zurückgewiesen.<sup>21</sup> Daß jedoch die Polensympathien auf einem Tiefpunkt angelangt waren, wurde schon daran erkennbar, daß der einzige potentielle deutsche Verfechter katholischer Prinzipien Konstantin Fehrenbach (1852-1926) die ukrainische »Partei« ergriff und den Polen vorwarf, die Ruthenen seien nur deswegen gegen sie, weil »sie sich von Ihnen zu der Zeit Ihrer Herrschaft in der ungerechtesten Weise bedrängt gefühlt haben«.<sup>22</sup>

Die Überlebensfähigkeit der Ukraine bewerteten die meisten eher nach dem Prinzip Hoffnung.<sup>23</sup> Ledebour war nicht zu widersprechen, als er erklärte, die UNR sei längst aus der Hauptstadt vertrieben und man müsse sie militärisch unterstützen, wenn sie jemals ihre Verpflichtungen erfüllen können sollte.<sup>24</sup> Von Frieden also keine Spur. Das Ziel Frieden – was immer sich die einzelnen Abgeordneten darunter vorstellen mochten – schwang dennoch in allen Reden mit, und das Selbstbestimmungsrecht der Völker schien verbal von allen bestätigt zu werden.<sup>25</sup> Zweifellos waren dies Phrasen, die ungeachtet der aggressiven Annexionsziele im Baltikum und in Polen gedroschen wurden. Vor allem die politische Mitte war unentschieden. Friedrich Naumann (1860-1919) sprach sich am 18. März 1918 gegen jeden Annexionismus aus, aber am 22. März 1918 differenzierte Ludwig Haas (1875-1930) von der FVP vor dem Reichstag zwischen der Ukraine und Finnland einerseits und »Polen, Litauen und Kurland« andererseits, letztere sollten »der deutschen Interessensphäre genähert werden«.<sup>26</sup>

Nicht nur im Parlament wurde der Frieden kommentiert. Rohrbach versuchte in der *Deutschen Politik* glauben zu machen, er habe »schon seit Beginn des Krieges« von dem Besonderen der Ukraine gewußt und erging sich, nun zur Abwechslung auf das Hruševskij-Schema gestützt, in Tiraden gegen »die großrussische Herrschaft[, welche] vermöge ihres innerlich kulturlosen, barbarischen Charakters unfähig [sei,] [...] ein ihr überlegenes Volkstum zu überwinden«, und über den »Richtspruch der Geschichte über das tatarisch-moskowitzische, geschichtsunfähige Rußland«, im Unterschied zu welchem das »ukrainische Volkstum« »in seiner frühgeschichtlichen Zeit auch starke germanische Elemente in sich aufgenommen« habe.<sup>27</sup>

Jedenfalls war die Ukraine ein Schlagzeilenthema geworden. Eine breite Koalition erwartete wirtschaftliche Hilfe von ihr und war dafür bereit, ihre ethnische und staatliche Eigenständigkeit zu akzeptieren. Klar war den Politikern, daß man militärisch intervenieren würde. Daß aber ein »Hilfeersuchen« vorformuliert und bestellt werden mußte (auch wenn die Ukrainer selber zeitgleich daran dachten), zeigte, wie vorsichtig man mit dem Engagement in der Ukraine umging.<sup>28</sup> Dessen Zweck unterlag dage-

Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4003-4003 (20.2.1918); vgl. David, S. 4011; von Westarp, S. 4026-4027.

<sup>21</sup> Vgl. Stresemann, ebd., S. 4021.

<sup>22</sup> Ebd., S. 4079 (22.2.1918).

<sup>23</sup> So hoffte Westarp, daß es der Ukraine »bald gelingen möge, ihr neubegründetes Staatswesen auf der Grundlage des nunmehr geschlossenen Friedens zu festigen«. – Ebd., S. 4077 (22.2.1918).

<sup>24</sup> Das Hilfeersuchen der UNR war längst eingetroffen und wurde in der Presse kommentiert.

<sup>25</sup> Vgl. ebd. von Kühlmann, S. 4003; Dove, S. 4017.

<sup>26</sup> Ebd., S. 4546 (22.3.1918).

<sup>27</sup> Paul Rohrbach, »Der Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands«, *Deutsche Politik* 3 (1918), S. 195-200.

<sup>28</sup> Zur Diskussion darüber vgl. Grelka, *Nationalbewegung*, S. 98-107.

gen keinem Zweifel: Die wirtschaftlichen Verträge sollten die landwirtschaftliche Produktion der Ukraine dem Zugriff der »Partner« aussetzen, und die Maßnahmen, die das militärische Kommando ergriff, um dies auch zu gewährleisten, unterschieden sich wenig von der anderswo angewandten Requirierungspraxis. So groß die Erwartungen waren, es gab auch warnende Stimmen. Der Schweizer E. Jenny, der 1915 vor einer Überschätzung des ukrainischen Nationalismus gewarnt hatte, warnte nun vor einer allzu rücksichtslosen Wirtschaftspolitik, deren wirtschaftlicher Ertrag nicht den durch sie bewirkten politischen Schaden ausgleichen würde.<sup>29</sup>

## 2. IN DER UKRAINE

Da mit den Büchern von Baumgart und Borowsky sorgfältige faktenorientierte Darstellungen der deutschen Besetzung vorliegen, beschränken wir uns im Folgenden auf ihre Auswirkung auf die deutsch-ukrainischen Beziehungen.<sup>30</sup>

In den deutsch-österreichischen Wirtschaftsgesprächen im Februar 1918 ging es nicht nur um die Landwirtschaft. Eisen, Mangan und andere Rohstoffe sollten der Rüstungsindustrie über die Kriegsgesellschaften der Kriegsrohstoffabteilung zufließen.<sup>31</sup> Ende März einigten sich die Verbündeten über Zuständigkeitszonen, die auf eine Okkupation hinausliefen, wobei Österreich die an sein Staatsgebiet grenzenden Gouvernements Podolien, Cherson und Ekaterinoslav sowie einen Teil Wolhyniens zugesprochen wurde.<sup>32</sup> Und es wurden politische Wandlungen deutlich. Während zuvor selbst die Alldeutschen einen Abzug der deutschen Kolonisten aus der Ukraine planten, sollte nun ein Förderungsprogramm für die deutschen Siedler anlaufen.<sup>33</sup> Durch den Erfolg in Brest wurde eine Deutschtumspolitik aktiviert, die bisher nicht das Ziel der Politiker gewesen war.

Die Bolševiki wurden von den Truppen der Mittelmächte vereinbarungsgemäß aus der Ukraine gedrängt. Dies ermöglichte der Rada-Regierung die Rückkehr nach Kiew und ihre eigene Macht im Lande wiederherzustellen. Kommandierender der deutschen Truppen war anfangs Generaloberst Alexander von Linsingen (1850-1935), sein Stabschef wurde General Wilhelm Groener (1867-1939).

Von Linsingen wurde bald abberufen, angeblich auf Betreiben Groeners. An seiner Stelle traf am 2. April 1918 Generalfeldmarschall Hermann von Eichhorn (1848-1918) in Kiew ein; bereits vom 6. April datierte sein notorischer Feldbestellungsbefehl, in dem den ukrainischen Bauern die Verpflichtung zum Anbau von durch die Mittel-

<sup>29</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 70.

<sup>30</sup> Vgl. Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918*. Wien 1966; Peter Borowsky, *Deutsche Ukrainepolitik 1918*. Hamburg 1970.

<sup>31</sup> Zu den Bestimmungen vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 67-70; zu den Finanzierungsvorstellungen wird auf Frank Golczewski, »Das ukrainische Reichsbankguthaben von 1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 39 (1991), S. 364-399, verwiesen.

<sup>32</sup> »Ukraineabkommen«, 25.3.1918, abgedruckt in Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukrainy 1917-1923* rr. Bd. II, Kyiv 2002 (1930), S. 161.

<sup>33</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 71.



mächte verwertbaren landwirtschaftlichen Produkten auferlegt wurde. Die Tatsache, daß der Befehl erging, bevor von Eichhorn sich mit den Zuständen näher vertraut machen konnte, belegt, daß nicht er die entscheidende Figur war, sondern sein Stabschef, dem er weitgehend freie Hand ließ<sup>34</sup> und der zum eigentlichen Herrscher der besetzten Ukraine wurde.

Das Reich richtete eine diplomatische Vertretung ein, deren Leitung Philipp Alfons Mumm Freiherr von Schwartzstein (1859-1924) übernahm. Mumm hatte zwar den Rang eines Botschafters, er hatte vor dem Weltkrieg Deutschland in Japan vertreten, seine Dienststelle war jedoch entgegen den Hoffnungen und manchmal auch den Darstellungen der ukrainischen Nationalisten keine Botschaft oder Gesandtschaft, sondern eine diesen gegenüber protokollarisch nachrangige »diplomatische Vertretung«, worin der provisorische Charakter des deutschen politischen Engagements zum Ausdruck kam. Primär dem wirtschaftlichen Ziel sollten Konsulate dienen, die in Ekaterinoslav/Katerynoslav, Odessa/Odesa, Char'kov/Charkiv und Nikolaev/Mykolaïv eröffnet wurden. Mumm traf im März in Kiew ein. Bald kamen Otto Wiedtfeld (1871-1926), Diplomat und Wirtschaftspolitiker, und Carl Melchior (1871-1933) vom Hamburger Bankhaus Max Warburg hinzu.<sup>35</sup> Damit waren die drei Interessengruppen Auswärtiges Amt, Militär und Wirtschaft in der Ukraine vertreten, die die Geschichte des Landes wesentlich bestimmen sollten.

Auch die Ukrainer konnten dort, wo sie völkerrechtlich anerkannt waren, nun erstmals ausländische Vertretungen eröffnen. Ihre diplomatische Repräsentanz in Berlin übernahm im März/April 1918 Oleksander Sevrjuk, der seine Befähigung bei den Brester Verhandlungen demonstriert hatte. Dies war der anspruchvollste Posten, den die junge ukrainische Diplomatie zu vergeben hatte. Daß ihn ein 25-jähriger Sozialrevolutionär (für Dorošenko ein »Student der ersten Semester«)<sup>36</sup> erhielt, sprach für die dünne Personaldecke der UNR. Hoffnungen darauf, im konventionellen Umfeld der Diplomatie ernst genommen zu werden, durfte er sich kaum machen.

Militärs und Politiker freuten sich über den Separatfrieden mit der Ukraine und die erwarteten wirtschaftlichen Implikationen, daher ist auch Beyers Annahme berechtigt, die Mittelmächte seien der Rada-Regierung anfangs durchaus mit Wohlwollen begegnet.<sup>37</sup> Da diese aber wenig Durchsetzungsvermögen bewies, trotz ihrer Zustimmung zu den Lebensmittelleistungen nicht von ihren sozialrevolutionären Plänen Abstand nehmen wollte und politische Ambitionen entwickelte, die nicht mit denen der Mittelmächte korrespondierten (so etwa den Anspruch auf die Krim),<sup>38</sup> verschlechterte

<sup>34</sup> Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 119; Borowsky, Ukrainepolitik, S. 74. – Dorošenko bestätigt dies in seinen Memoiren, vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 267. Groener hatte in einem Schreiben an Mumm bereits vorher festgestellt, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Bauern habe und daß man besser das Militär mit der Getreidebeschaffung befassen solle (Groener an Mumm, 31. 3. 1918, nach Maksim Gor'kij u. a. (Hg.), *Krach germanskoj okkupacii na Ukraine*. Moskva 1936, Dok. Nr. 8, S. 34).

<sup>35</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 81-84.

<sup>36</sup> Dorošenko, *Istorija Ukraïny 1917-1923*, S. 59.

<sup>37</sup> Vgl. Beyer, Mittelmächte, S. 37.

<sup>38</sup> Zur deutschen Krim-Politik vgl. Kerstin S. Jobst, »Im Spiel mit großen Mächten? Nationale Konflikte nach dem Zerfall des Zarenreiches bis zum Beginn des Russischen Bürgerkriegs 1918/19 auf der Halbinsel Krim«, In: Philipp Ther/Holm Sundhaussen (Hg.), *Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert*. Wiesbaden 2001, S. 83-107.

sich das Verhältnis rapide. Entsprechend wenig Wert legten die Sieger bald auf den Kontakt zu ihr. Sie stuften sie quasi zu einer Befehlsempfängerin hinunter.<sup>39</sup>

Die Deutschen interessierte vor allem die Wirtschaft. Borowsky erkannte bei den Wirtschaftsvertretern das »Hauptziel«, »die deutsche wirtschaftliche und politische Stellung in der Ukraine so auszubauen, daß das ukrainische landwirtschaftliche und industrielle Potential auch nach dem Ende des Krieges im Dienst der deutschen Weltmacht« stehen würde. Damit nahm er eine längerfristige Perspektive an und einen Interessenkontrast zum Militär, das nur »möglichst schnell und möglichst viel kriegswichtige Güter aus der Ukraine« herausziehen wollte.<sup>40</sup> Nach Dorošenko gab es weder für Groener noch für die anderen deutschen Vertreter in der Ukraine »irgendwelche breiteren und weiterreichenden Pläne und Kombinationen«. Die Ukraine sei für sie eine »zeitlich begrenzte Episode mit ausschließlich strategischer Bedeutung« gewesen.<sup>41</sup>

Daß Groener schon bald nach seiner Ankunft die Rada-Ukraine als »Nebelfleck«, als »Chaos« mit einer »künstlich gezüchteten Regierung« ansah, deren »leitende Männer fast sämtlich unfähig« seien, paßt zu diesem Bild<sup>42</sup> und zu Dorošenkos Feststellung, bei ihm und den anderen Deutschen habe es auch nicht die geringste Ukrainophilie gegeben.<sup>43</sup>

Die Deutschen ergriffen wenig zimperlich die Initiative. Sie waren sich rasch über die geringe Resonanz im Klaren, die die intellektuellen Jungpolitiker in der Bevölkerung hatten. Deren politischer Anspruch war zudem mit den Zielen der Mittelmächte unvereinbar. Folglich stellten die Deutschen sich sehr schnell nicht mehr als verbündete, sondern als okkupierende Macht dar.

### 3. DAS DEUTSCHE INTERESSE AN DER UKRAINE

Die Unabhängigkeit der Ukraine war weder ein deutsches noch gar ein österreichisches Kriegsziel. Sie war ein Mittel gewesen, den Frieden schließen zu können. Was danach im Vordergrund stand, war das wirtschaftliche Interesse. Und durch das »Hilfeersuchen« schien hinreichend dokumentiert, daß die UNR ohne die Mittelmächte untergegangen wäre.

Der praktische Nutzen des Friedensschlusses war unumstritten, nicht so seine Legitimität. Als man sich im Reichstag vor dem Friedensschluß mit Sowjetrußland die Frage stellte, ob die Ukraine berechtigt gewesen sei, den Separatfrieden zu schließen, war weniger bedeutsam, daß der USPD-Außenseiter Ledebour die Rolle der ukrainischen Delegation in Brest mit derjenigen des »Vertreters von Bayern in der deutschen

<sup>39</sup> Vgl. Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 110-112-

<sup>40</sup> Borowsky, Ukrainepolitik, S. 73, 85.

<sup>41</sup> Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 267, 280.

<sup>42</sup> Groener an den Chef des Feldeisenbahnwesens Oberst von Oldershausen, 19.3.1918, zit nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 73-74.

<sup>43</sup> »... u nych ne bulo nijakisiskoho »ukraïnofil'stva« (Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, L'viv 1923, S. 18).

Delegation« verglich,<sup>44</sup> als vielmehr daß Stresemann die Entstehung der Ukraine mit einer »unehelichen Geburt« gleichstellte, die eigentlich auch »gegen die Tradition und gegen gesetzliche Vorschriften« verstieße. »[A]ber der Staat muß sie anerkennen, denn das Kind ist da: es bleibt ihm gar nichts anderes übrig, als von dem Faktum Kenntnis zu nehmen«.<sup>45</sup> Stresemann gab also die de-jure-Fragwürdigkeit zu und orientierte sich am de-facto-Zustand, als er empfahl, statt »dieser Theorien [über Staatsanerkennung] die Futtermittel und das Getreide« einzuführen.<sup>46</sup>

Dem Militär lag ebensowenig an Formalien. Der Diplomat Schüler telegraphierte am 21. Februar 1918 aus Brest an das AA, General Hoffmann »befürwortete für den Augenblick einen allgemeinen Freundschaftsvertrag ohne Gegenleistungen. Sobald man aber in Kiew eingerückt sei und es sich darum handeln werde, der Ukraine zum Besitz des Donjetzbeckens und der Schwarzen Meersküste zu verhelfen, sollte man sich Gegenleistungen ausbedingen«.<sup>47</sup> Und das AA wußte auch gleich, was die Gegenleistungen sein könnten – außer territorialen Abtretungen an der rumänischen Grenze

- »2. Wirtschaftliche Zugeständnisse im Donjezbecken.
3. Erleichterungen und Vergünstigungen für uns beim Bezug von Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen aus der Ukraine.
4. Zugeständnisse in der Kolonistenfrage.«<sup>48</sup>

Kurt von Raumer (1900-1982) schrieb 1939, in »Südrußland« hätten »die wirtschaftlichen bzw. kriegswirtschaftlichen Motive« überwogen; die Besetzung der Krim und des Dongebiets bis Rostow sei erfolgt, »da ohne Donez-Kohle ein Betrieb der Bahnen, ohne die Schwarzmeerbahnen ein gesicherter Schiffstransport nicht möglich« gewesen sei.<sup>49</sup> Die Wirtschaftsinteressen standen in der Tat im Vordergrund – und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen gab es das akute Interesse an Nahrungsmitteln für das hungernde Mitteleuropa, zum anderen wählte sich die seit Ende 1915 interessierte deutsche Wirtschaft am Ziel. Förderung der Eigenstaatlichkeit und wirtschaftliche Ziele kollidierten ja in ihrer Sicht nicht miteinander. Immerhin hatten ukrainische Exulanten den Deutschen wiederholt vermittelt, daß man sich wirtschaftlich anlehnen wollte. Erst bei der eigentlichen Okkupation dürften die Deutschen bemerkt haben, daß die Ukrainer, mit denen sie es bisher zu tun gehabt hatten, für die Einstellung der Landesregierung nicht repräsentativ gewesen waren.

Die deutsche wirtschaftliche »Durchdringung« der Ukraine war nicht unumstritten. Borowsky unterstreicht zu Recht, daß Wiedtfeld deutschem Engagement zunächst skeptisch gegenüberstand, weil er den Ukrainern Entente-freundlichkeit unterstellte.

<sup>44</sup> Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 311, S. 4036 (20.2.1918).

<sup>45</sup> Ebd., S. 4022 (20.2.1918).

<sup>46</sup> Ebd., S. 4023 (20.2.1918).

<sup>47</sup> Schüler an AA, 21. 2. 1918, André Scherer/Jacques Grunewald (Hg.), *L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale*. Bd. 3, Paris 1976, Dok. 278, S. 407.

<sup>48</sup> Von dem Bussche an Schüler, 21. 2. 1918, ebd., Dok. 280, S. 409-410.

<sup>49</sup> Kurt von Raumer, »Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne«, In: *Der Bolschewismus und die baltische Front*. Leipzig 1939 (= *Baltische Lande* 4,1), S. 1-13, hier S.5. – Damit korrespondiert, daß Fedyshyn die deutsche Ausdehnung in den Osten als Improvisation auffaßte, um mit der Donec-Kohle die Kohlelieferungen in die Ukraine (zum Getreidetransport) überflüssig zu machen (Vgl. Fedyshyn, *Drive*, S. 121).

Erst nach dem Het'man-Putsch schwanden die Vorbehalte, und Wiedtfeld hielt deutschen wirtschaftlichen Einfluß nun vor allem wegen der Gefahr einer Isolierung Deutschlands nach dem Krieg für wünschenswert. Aber auch hier ging es nicht um die Ukraine allein, denn am 22. Mai 1918 schrieb er nach Deutschland, das Ziel bestehe darin, über den »Brückenkopf« Ukraine Einfluß auf das »große russische Gebiet« zu gewinnen.<sup>50</sup>

Die Ukraine als Nukleus eines neuen antibolschewistischen Rußland war auch für die Entente 1917 interessant gewesen. Die Deutschen schwankten zwischen dieser Haltung und der Nutzung des Landes, um Rußland zu zerschlagen. Wenngleich manche in einem konsolidierten Russischen Reich einen potentiellen deutschen Partner sahen, überwog nun das Ziel der Schwächung Rußlands.

Erich Ludendorff als der starke Mann des Militärs wandte sich gegen die Stützung der Bol'seviki wie der Rada-Regierung und nahm mit Monarchisten Kontakte auf, deren Ziel die Wiederherstellung eines Zarenreiches war. Die Förderung der Linken erschien ihm ideologisch so untragbar, daß er dafür selbst eine Konsolidierung Rußlands in Kauf zu nehmen bereit war. Borowsky hielt dies im Zusammenhang damit, daß Ludendorff seine Monarchisten-Kontakte mit kriegswirtschaftlichen Vorteilen rationalisierte, für eine »nur an den momentanen militärischen Gegebenheiten orientierte Politik, deren Erfolg in wirtschaftlicher Hinsicht sich nicht einmal abschätzen ließ«.<sup>51</sup>

Von Kühlmann meinte dagegen, daß der Zerfall des Russischen Reiches der größte deutsche Erfolg sei, den es zu bewahren gelte – wobei jedes Eingreifen in innerrussische Verhältnisse mit dem Ziel der Konsolidierung verfehlt sei. In einer Denkschrift des AA wurde diese Richtlinie dann auf die ukrainischen Verhältnisse übertragen: Es bestehe die Gefahr, daß die linksorientierte Rada in einer gemeinsamen Staatlichkeit mit den Bol'seviki münde. Der Putsch des Het'mans Skoropadskyj, der am 29. April 1918 mit deutscher Hilfe die Macht ergriff, wurde darin als positiv empfunden, weil er die Spannungen zu Rußland in seiner derzeitigen politischen Ausrichtung verschärfen würde.<sup>52</sup> AA und OHL gelangten somit aus unterschiedlichen Erwägungen zur Unterstützung eines Sturzes der UNR-Regierung.

Im Laufe des Jahres 1918 wurde eine weitere Funktion diskutiert, die die Ukraine haben könnte. Durch die Erfolge der Briten im Vorderen Orient schwanden die Grundlagen für eine Landexpansion, die mit den Schlagworten Bagdad- und Hedschas-Bahn verknüpft gewesen war. In einer aus dem preußischen Kriegsministerium stammenden Stellungnahme galt nun die Ukraine als »einzige Brücke nach Persien,

<sup>50</sup> Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 166-167.

<sup>51</sup> Ebd., S. 124-125. – Horak unterstellte dem Militär sogar primär wirtschaftliche Motive: »The desire to maintain an independent Ukraine with a strong but submissive government sympathetic to Germany's economic needs and incorporated into her future economic sphere was their first priority« (Horak, *Treaty*, S. 135).

<sup>52</sup> Borowsky merkte dazu an, daß das AA die Argumentation der OHL übernommen habe. Dabei wird übersehen, daß nicht die Ideologie als Maßstab galt, sondern allein die Divergenz zwischen der Ukraine und Rußland ungeachtet der ideologischen Ausrichtung als Optimum angesehen wurde (vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 125-126). Von Kühlmann hat sich im Gegenteil in seiner Stellungnahme vom 22. Mai 1918 gegen die grundsätzliche Unterstützung reaktionärer Bewegungen geäußert, ihm lag nur am funktionalen Ziel, »alles zu tun, was ein baldiges Zusammenschließen des gespaltenen Rußlands[!] aufhalten kann« (Ebd., S. 127).

Indien und an den Indischen Ozean«. »Die Ukraine, d.h. Südrußland, und der Kaukasus sind daher zu früher ungekannter Wichtigkeit gelangt.«<sup>53</sup> Nur war dieser Gedanke eben nicht deutschen Ursprungs. Seit 1915 fand er sich in den Schriften Jevhen Levyčkyjs. 1915 mochte diese »Brückenfunktion« überflüssig erscheinen, das Osmanische Reich bot sich als Weg an – und nur die Überbrückung des Balkans erschien komplex. 1918 aber wurde das Stichwort von 1915 gern aufgenommen; militärische wie ökonomische Phantasien blühten auf und verbanden die Ukrainepolitik mit dem Engagement der Mittelmächte im Kaukasus.<sup>54</sup>

Auch in der Publizistik wurden Stimmen laut, die eine dezidierte Vorstellung von deutschen Aufgaben in der Ukraine hatten. Fritz Wertheimer brachte es auf den Punkt: Wenn Deutschland eine »selbständige, starke Ukraine« in »einer nahen oder fernen Zukunft« wünsche, dann sei es gezwungen, sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen, wenn es nicht an dem sei, dann sei es schade um jeden deutschen Soldaten und »um die außerordentliche Mühe, die sich hier Militärs und Zivilisten um so manche Dinge geben«. Die weiteren Formulierungen nahmen eine paternalistisch-pädagogische deutsche Mission an:

»Ein Kind wächst nicht zum starken und Gutes auswirkenden Manne heran, ohne selbstlos gütige und zarte Hilfe und Erziehung, die nicht egoistische Interessen verfolgt, sondern eben das Wohl des Kindes im Auge hat. Die Ukraine wird nur ein starker Staat, wenn wir das wollen.«<sup>55</sup>

Diese Formulierung mutet heute verwegen an, sie entsprach am Beginn des 20. Jahrhunderts jedoch den Vorstellungen imperialer Planer. Ob man sie als Lebensmittellieferant, als strategisches Gebiet oder als zu erziehenden Zögling ansah, 1918 war das deutsche Interesse an der Ukraine handgreiflich.

#### 4. ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE PROBLEME MIT DEM BRESTER FRIEDEN

Österreichs Haltung zum Brester Frieden war pragmatisch und verantwortungslos. Zu dem Zugeständnis eines eigenen ukrainischen Kronlandes, bestehend aus dem »in der Mehrzahl von Ukrainern bewohnten östlichen Teile Galiziens« und der Bukowi-

<sup>53</sup> Major Müldner von Mülheim, Bevollmächtigter des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums in der Ukraine an Kgl. Preußisches Kriegsministerium, Abt. A 1, 30.7.1918, PAAA, Ukraine I Allgemeines, Bd. 20. Bereits im Juni 1918 hatte der Kommandeur der österreichischen Ostarmee, General der Infanterie Alfred Krauss, berichtet, die Deutschen strebten eine Verbindung nach Baku und Mesopotamien über die Ukraine an und vorgeschlagen, sich den deutschen Plänen anzuschließen (Trauttmansdorff an Burián, 18.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 542, S. 118-121). – Dies war aber nicht ganz so einfach wie es erscheinen mochte. Im September erreichte Berlin ein Bericht der deutschen Delegation in Tiflis, wonach die Ukraine-Politik den georgischen Nationalisten mißfiel: Deutschland habe seine Rolle als »Berater und Helfer« überschritten (von Kress an Reichskanzler, 2.9.1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 23).

<sup>54</sup> Vgl. Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte. 2 Bde, Wien 1975/1992.

<sup>55</sup> Fritz Wertheimer, Durch Ukraine und Krim. Stuttgart 1918, S. 5-6.

na,<sup>56</sup> und der Ukrainisierung Chelms hatte man sich am 8. Februar 1918 durchgerungen, weil die innere Lage in Österreich einen Frieden um jeden Preis erforderte. Nur hatte man nicht die Absicht, die Zusagen einzuhalten. Zwar wurde am 18. Februar 1918 die Bildung einer Kommission beschlossen, die eine »sich aus den ethnographischen Verhältnissen und den Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der [in Brest vereinbarten] Linie« als Grenze bestimmen sollte. Aber der Brester Frieden wurde durch den Ministerpräsidenten Ernst von Seidler im Reichsrat ausschließlich als »Möglichkeit, Getreide zu erhalten« präsentiert. Nicht einmal das Selbstbestimmungsrecht wurde als eigene Politik »verkauft«: Hier bezog sich die Regierung auf das von Rußland seinen Völkern gewährte Recht.<sup>57</sup>

Früher als in Deutschland machte man sich in Wien Gedanken über die Rada-Regierung. Vom Ende März bzw. Anfang April 1918 stammte eine von Dorošenko zitierte warnende Denkschrift für den Außenminister der Monarchie: Man unterstütze in Kiew militärisch und finanziell ein rein kommunistisches Regime, was nicht nur die Getreidebeschaffung behindere, sondern auch einen Konflikt mit den Polen heraufbeschwöre. Deutschland sei in dieser Hinsicht in einer ganz anderen Lage, weil es keinen Grund habe, auf die Polen Rücksicht zu nehmen, Österreich werde sich dagegen möglicherweise gezwungen sehen, für Polen und gegen die Ukraine Partei zu ergreifen.<sup>58</sup>

In Lemberg hatte am 25. März 1918 eine Versammlung ukrainischer Notabeln unter dem Vorsitz Jevhen Petruševyčs beschlossen, aus Brest Kapital zu schlagen. Ohne auf das Geheimabkommen direkt Bezug zu nehmen, forderten die Versammelten im Namen des Selbstbestimmungsrechts, einen »eigenen staatlichen Organismus« aus Ostgalizien und der Bukowina zu bilden.<sup>59</sup>

Lebensmittelinteressen, die Furcht vor ukrainischem Irredentismus und das Bestreben, es sich mit den Polen nicht zu verderben, standen in Österreich im Vordergrund der Überlegungen. Die Ukrainerfurcht war so stark, daß man sogar davon Abstand nahm, kirchliche Unionsanstrengungen gegenüber der Ostukraine, die das Hauptanliegen des Lemberger Metropoliten Šeptyčkyj waren, zu fördern. Im österreichischen Außenministerium riet das Referat I dem Minister von der Ukrainerförderung ab, da sie im Erfolgsfall die Grenzen zwischen den Galiziern und den Ostukrainern verwischen und »die Anziehungskraft der Ukraine auf Ostgalizien« verstärken würde.<sup>60</sup>

Nach Stepankivskyj war die Gegenliebe nicht größer. Stepankivskyj sah bei seinen Landsleuten nur Deutschland als Sympathieträger. Von Österreich fürchteten die Ukrainer Annexionismus und Schlampigkeit, daneben hielten sie nichts von den Habsburgern, die den Russen 1914/15 unterlegen gewesen seien; nur die Deutschen könnten den Anspruch erheben, als Sieger anerkannt zu werden.<sup>61</sup>

<sup>56</sup> Text in Scherer/Grunewald, Bd. 3, Dok. 233, S. 359-360.

<sup>57</sup> 60. Sitzung der 23. Session des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates, 19. 2. 1918, Hornykiewicz I, Dok. 116, S. 287-290. Abdruck der Kronlandvereinbarung vom 8. 2. 1918 bei Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. II, Kyiv 2002 (1930), S. 149.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 10-12.

<sup>59</sup> Vgl. Kost' Levyčkyj, *Velykyj Zryv*. L'viv 1931, S. 9-10.

<sup>60</sup> Matscheko an Burián, 20.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 657, S. 293; dagegen: Callenberg an Burián, 23.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 658, S. 294.

<sup>61</sup> Von Mumm/Thiel, gestützt auf Informationen Stepankivskyjs, an Hertling, 8. 5. 1918, nach Maksim Gor'kij u. a. (Hg.), *Krach germanskoj okkupacii na Ukraïne*. Moskva 1936, Dok. Nr. 51, S. 120-121.

Österreich hatte es sich also 1918 mit allen verdorben. Die Polen warfen ihm die Abtretung Chelms vor. Von Hutten-Czapski schilderte anschaulich wie sich die Empörung überall »zunächst gegen Österreich-Ungarn« richtete. Unruhen brachen aus, das in die k.u.k. Armee eingegliederte polnische Hilfskorps unter General Józef Haller (1873-1960) lief zu den Russen über. Der Polenklub im Wiener Parlament erklärte sich zur Opposition. Während die Deutschen in ihrem Okkupationsgebiet (und im Reichstag) über die polnische Opposition hinweggingen und auch die Rücktrittsdrohungen des Regenschaftsrats in Warschau nicht besonders ernst nahmen (und damit insofern recht hatten, als sich alles bald wieder beruhigte),<sup>62</sup> sah die österreichische Regierung keinen anderen Ausweg, als auf die polnischen Forderungen einzugehen.

Die Ruthenen erkannten, daß nur Deutschland zu den Vereinbarungen von Brest stand. Jevhen Petruševyč und Jevhen Levyčkyj erschienen am 24. Mai 1918 beim deutschen Staatssekretär des Äußeren von Kühlmann und baten, über die deutsche Politik gegenüber der Ukraine informiert zu werden. Von Kühlmann erklärte, man stehe weiter zu den Vereinbarungen. Ihm war jedoch die Lage, in die ihn der Besuch gebracht hatte, ähnlich unangenehm wie der Wiener Regierung, deren Berliner Vertreter Wien verstehen ließ, »wie dankbar man es hier empfinden würde, wenn unsere Abgeordneten derartige Reisen nach Berlin tunlich unterlassen wollten.«<sup>63</sup> Der deutschen Regierung war der Umgang mit der komplizierten ukrainischen Problematik auch nicht mehr so lieb wie noch zu Beginn des Krieges.

Nach von Hutten-Czapski sahen die polnischen Independentisten in »den jugendlichen Brester Vertretern der ukrainischen Zentralrada [...] nur Werkzeuge der Wiener und Berliner Bestrebungen, die beiden slawischen Völker durch Entzweigung im Zaume zu halten.«<sup>64</sup> Das Motiv der Ukrainer als »Werkzeuge« der Mittelmächte wurde damit in die Diskussion eingeführt. Und es sollte eines der konstantesten bleiben!

Die Wiener Regierung war durch die Schwierigkeiten mit den Polen in Panik und sogar bereit, den gesamten Friedensvertrag (also nicht nur das Geheimprotokoll über Ostgalizien) aufzugeben, der dem neuen Außenminister Stefan Graf Burián von Rajecz (1851-1922) zunehmend unangenehm wurde.<sup>65</sup> Dies war aber nicht im Interesse Deutschlands, das seinem Verbündeten signalisierte, es lege Wert auf geordnete Verhältnisse mit der Ukraine und werde Österreich zwar in der Ostgalizienfrage unterstützen, nicht aber bei der Polenförderung in Chelm.<sup>66</sup>

Die Frage des separaten Kronlandes Ostgalizien entwickelte sich zu einem für alle Beteiligten peinlichen Problem. Am 1. Juli 1918 gab der österreichische Außenminister seinem Kiewer diplomatischen Vertreter, dem Botschafter János Forgách Graf von Ghymes und Gács (1870-1935), die Anweisung, dem inzwischen an die Macht gelang-

<sup>62</sup> Vgl. Bogdan Graf von Hutten-Czapski, *Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft*. Bd. 2, Berlin 1936, S. 457-459.

<sup>63</sup> Burián an Hohenlohe, 29.5.1918; Hohenlohe an Burián, 1.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 772/773, S. 414-417.

<sup>64</sup> Von Hutten-Czapski, *Sechzig Jahre*, Bd. 2, S. 459.

<sup>65</sup> Burián an Larisch, 18.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 831, S. 487-488: »Unser Euer Hochgeboren bekannter Standpunkt ist, daß durch die Nichteinhaltung bis 31. Juli der Lieferverpflichtung seitens der Ukraine auch der Friedensvertrag hinfällig wird«.

<sup>66</sup> Larisch an Burián, 20./22.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 833/837, S. 489, 491-492.

ten Het'man Skoropadskýj »im Ton der Selbstverständlichkeit« die Nichtigkeitserklärung der Galizien-Vereinbarung abzuverlangen. Die Regierung, mit der man diese Abmachung getroffen habe, sei »wie sich bald herausstellte, gar nicht im Besitze der Macht« gewesen, man habe sie erst wieder reinstallieren müssen – als ob so etwas einen Einfluß auf den Satz »Pacta sunt servanda« hätte.<sup>67</sup> Die Reaktion Skoropadskýjs hatte man kaum erwartet: Der Het'man schien erleichtert, das Galizien-Protokoll, »eine für beide Teile recht unbequeme Erfindung«, aus der Welt schaffen zu können. Forgáč berichtete, Skoropadskýj sei »sehr erfreut«, das galizische »Konkurrenzunternehmen« scheitern zu sehen, daß ihm »von den hiesigen Galizianern, welche ein sehr unbequemes Element seien, sicher stets vergleichsweise vorgehalten worden« wäre.<sup>68</sup> Man kann nicht umhin, hierin ein peinliches Desinteresse an der offiziell immer wieder betonten »Sobornist'« zu konstatieren – und einen historischen Treppenwitz. Sowohl die Österreicher als auch Skoropadskýj hatten Angst, daß ihre jeweiligen Ukraineteile zum Gegenüber tendieren könnten und zogen daher eine Teilung, zu der sie sich offiziell nicht bekennen mochten, allen anderen Lösungen vor. Aber diese Diskrepanz zwischen »klammheimlicher« Zustimmung und offiziösen Statements belastete nun die Interaktion.

Beruhigt durch die »Einsicht« des Het'mans verlangte Österreich vom deutschen AA das problematische Dokument zurück, das man dort hinterlegt hatte. Der kommissarische deutsche Außenamtschef, Unterstaatssekretär Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, war damit zunächst auch einverstanden, bald kamen ihm jedoch Bedenken. Am 8. Juli 1918 schien noch alles klar, aber dann suchte von dem Bussche nach Ausflüchten und machte dem österreichischen Botschafter Prinz Hohenlohe einen Vorschlag, der einem Witz über die preußische Verwaltung entsprungen sein könnte: Er schlug vor, daß das Geheimprotokoll »in meiner Gegenwart verbrannt werde, nachdem er mir eine beglaubigte Abschrift hievon übergeben hätte«. Selbst für von Hohenlohe war dies eine »ganz unverständliche Prozedur« – der Botschafter vermutete, die Deutschen wollten auf Nachfrage nicht sagen müssen, sie hätten das Original den Österreichern zurückgegeben.<sup>69</sup> Aber von dem Bussche war unsicher; er kontaktierte von Mumm in Kiew, behauptete dann, er käme an das Papier nicht heran und

<sup>67</sup> Burián an Forgáč, 1.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 673, S. 308-309.

<sup>68</sup> Forgáč an Burián, 6.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 674, S. 309-311. In der Darstellung Dorošenko wird ein anderer Eindruck erweckt. Danach sei der Het'man nach mehreren Beratungen zu dem Schluß gelangt, sich der Annullierung nicht widersetzen zu können, er habe jedoch einen Protest angekündigt. Und als Forgáč erklärt habe, Österreich würde jeden Protest als Einmischung in seine inneren Angelegenheiten auffassen und den Außenminister aus dem Kabinett zu entfernen verlangen, habe Skoropadskýj klein beigegeben, er weiche »mit Schmerzen im Herzen« der Gewalt (Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. II, S. 150-52). Im Brief Dorošenko an Lypynskýj wurde der Vorgang aber eher positiv gesehen: »Wir denken daran zu protestieren und wenn wir uns schon mit dieser Annullierung einverstanden erklären müssen, dann fordern wir Satisfaktion in der Form einer beschleunigten Ratifizierung des Brester Friedens und der Einführung der ukrainischen Verwaltung in der österreichischen Besatzungszone im Cholmer Gebiet« (Dorošenko an Lypynskýj, 6. 7. 1918, in: Vjačeslav Lypynskýj. *Archiv*, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 1, S. 5). Die Formel von dem »Schmerz im Herzen« kommt erst im Gespräch zwischen Skoropadskýj und Dorošenko vom 23. Juli vor, in dem letzterer dem Het'man die Demission aus Protest vorschlug. Skoropadskýj lag ein solcher Schritt sehr fern (Dorošenko an Lypynskýj, 23. 7. 1918, in: Lypynskýj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 2, S. 6).

<sup>69</sup> Hohenlohe an k.u.k. Min.d.Äuß., 12.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 682, S. 317-318.



ähnliches mehr, was Hohenlohe so verbitterte, daß er nach Wien telegraphierte, es sei ihm nicht mehr möglich, »mit Herrn von dem Bussche geschäftlich zu verkehren.«<sup>70</sup> Am 16. Juli 1918 wurde das Protokoll dann doch von Hohenlohe und von dem Bussche (»der sich der Verantwortlichkeit hiefür, wenn irgend tunlich, nur gar zu gerne entzogen hätte«) verbrannt, nachdem eine Abschrift gefertigt und über die Verbrennung ein Protokoll aufgesetzt worden war.<sup>71</sup>

Damit war die Angelegenheit aber natürlich keineswegs aus der Welt: Was die Österreicher, aber auch Skoropadskyj so gern verschwinden lassen wollten, sickerte in die Öffentlichkeit und wurde in galizischen wie Kiewer Zeitungen diskutiert. Angeblich soll Oleksander Sevrjuk, der auf die Nachricht von dem Het'man-Putsch seinen diplomatischen Posten in Berlin aufgegeben hatte und zunächst in die Schweiz gefahren war, »in einem Wiener Kaffeehaus« davon getönt haben – »und am nächsten Tag wußte ganz Wien davon.«<sup>72</sup> Zur Wahrung seines Gesichts ließ Skoropadskyj seinen Gesandten in Wien, Vjačeslav Lypynskyj, bei Burián vorsprechen und eine »in sehr freundschaftlichem Ton gehaltene Protestnote« (schon diese Formulierung des österreichischen Außenministers drückt die Ironie der Situation exzellent aus)<sup>73</sup> übergeben, deren Annahme der Außenminister mit »Erstaunen« auch bei einem zweiten Versuch verweigerte. Dabei suchte Lypynskyj Burián vergeblich davon zu überzeugen, der Protest sei auch für Österreich nützlich, wenn sich die Politik der Donaumonarchie einmal in einer anderen Richtung entwickeln sollte.<sup>74</sup>

Die öffentliche Diskussion der Vernichtung des Protokolls brachte den Het'man in Verlegenheit. Forgáč berichtete über seine Unterredung mit dem in die Enge getriebenen Het'man:

»Damals hätte er [Skoropadskyj] auf Grund meiner Mitteilungen glauben müssen, daß der Vertrag und meine Verhandlungen mit ihm wirklich streng geheim seien und hätte daher die Ungültigkeitserklärung offiziell mit Trauer aber stillschweigend, innerlich sogar erfreut, zur Kenntnis nehmen können. [...] [Nun werde er aber] als Preisgeber der größten ukrainischen Errungenschaft, als Verräter an der nationalen Sache angegriffen. [...] Er sei nun in

<sup>70</sup> Hohenlohe an Burián, 15.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 684, S. 318-320.

<sup>71</sup> Hohenlohe an Burián, 16.7.1918, 17.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 688/689, S. 322-323. Nach Dorošenko behauptete Forgáč bereits am 13. oder 14. Juli dem Het'man gegenüber, Österreich habe den Vertrag annulliert (Dorošenko an Lypynskyj, 23.7.1918, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 3, S. 7).

<sup>72</sup> Kyrylo Haluško, »Peredmova«, in: Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 3-25, hier S. 13. Vgl. auch ebd., Bd. II, S. 104, 150; V. Verstjuk/T. Ostaško, Dijaci Ukraïnskoï Central'noï Rady. Kyïv 1998, S. 158. – Allerdings war diese Indiskretion nicht der Grund, von den Vereinbarungen Abstand zu nehmen, wie Haluško und Verstjuk/Ostaško schreiben. Die Österreicher hatten dies sowieso vor. Nach einer neueren Arbeit soll Sevrjuk die Indiskretion bereits in Berlin begangen haben (Vgl. Dmytro Vjedjenjejev/Dmytro Burim, »Dmytro Dorošenko i »sprava Sevrjuka«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prac' molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyïv 1997, S. 434-448, hier S. 438).

<sup>73</sup> Lypynskyj an Burián, 24.7.1918, Text in Dmytro Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule. Bd. 3, L'viv 1923, S. 46-47 sowie in Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. II, Kyïv 2002 (1930), S. 152-153.

<sup>74</sup> Burián an Forgáč und Hohenlohe, 24.7.1918; Tagesbericht des k.u.k. Min.d.Äuß., 29.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 690/691, S. 323-325. – Lypynskyj an Burián, 28.7.1918, Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule. Bd. 3, S. 47-48, und in Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 153. Zu den zeigleichen verlaufenden ergebnislosen Verhandlungen Lypynskyjs mit polnischen Diplomaten vgl. Pisuliński, Nie tylko Petlura, S. 60-61.

der allerunangenehmsten Lage. [...] Innerlich denke er über den geheimen Vertrag wie vor einem Monat und sei froh über dessen Verschwinden, aber infolge des bei uns erfolgten Bekanntwerdens des Vertrages sei eine ganz passive Haltung seinerseits unmöglich.«<sup>75</sup>

Burián hielt sich an die österreichische »Rechtsposition«. Er hielt es für »vollendete[n] Widersinn«, wenn einem von Deutschland und Österreich abhängigen Staat »die Befugnis eingeräumt sein sollte, sich in die inneren Fragen Österreichs einzumengen.« Daher sei es »eine Selbstverständlichkeit«, »daß eine Großmacht wie Österreich-Ungarn sich des zweifellos gegebenen Rechtstitels bedient, um ein ihr unter exzeptionellen Verhältnissen abgerungenes Zugeständnis aus der Welt zu schaffen, das eine Schmälerung ihrer Souveränität, eine *capitis deminutio*, bedeutet.«<sup>76</sup> Natürlich führte Burián nicht aus, warum denn die »Großmacht« dieses »Zugeständnis« gemacht hatte. Die Blamage sowohl gegenüber den Polen, die einen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten stellten, wie auch gegenüber den Nationalukrainern war nicht zu übersehen. Und auch der deutschen Regierung war dieses Verfahren ziemlich unangenehm – anders als Österreich setzte sie auf weitere vertragliche Vereinbarungen mit der Ukraine. Noch hoffte die deutsche Regierung – anders als die inzwischen desillusionierte Wirtschaft – auf eine ökonomische Durchdringung des Landes.

Auch die Chelm-Zusage versuchten die Österreicher aus der Welt zu schaffen, was nicht leichter war, ging es doch auch hier um Innen- und Außenpolitik. Die Wiener Regierung bedurfte der Stimmen der Polen, um ihren Haushalt im Reichsrat durchzubringen. Man traktierte also Chelm weiterhin als polnisches Gebiet, indem man es im April 1918 in die Wahlen zum polnischen Regentschaftsrat einbezog und keinen unierten Bischof hinließ.<sup>77</sup> Der österreichische Außenminister wollte bis zur erwarteten Budgetverabschiedung im Juli 1918 die Chelm-Frage dilatorisch behandeln und danach die Grenze entlang des Bug festlegen, um die Polen »nicht schwer zu enttäuschen und nicht neuerlich in heftige Erregung zu versetzen«. Er meinte, dies »angesichts des ausschlaggebenden Einflusses, den wir und Deutschland in Kiew ausüben«, durchsetzen zu können.<sup>78</sup> Burián war sichtlich enttäuscht, als ihm Forgách aus Kiew berichtete, die Deutschen wollten die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht weiter hinauszögern und seien auch »nicht gewillt, unserem jetzigen polnischen Kurse zuliebe irgend einen Druck auf die Ukraine auszuüben«. Österreichs Vorstellungen böten »keine seriöse rechtliche Basis zur Abänderung des [Brester] Vertrages.«<sup>79</sup> Die habsburgische Seite klinkte sich daraufhin aus der Politik aus. Eine drängende Note des ukrainischen Außenministers Dmytro Dorošenko wurde nicht beantwortet. Da die deutsche Unterstützung für die Buggrenze nicht zu gewinnen war, beschloß Burián, »die Frage von Cholm bis auf weiteres ruhen zu lassen.« Da er die abweichende »Auffassung des Berliner Kabinettes, auf dessen Mitwirkung wir politisch angewiesen

<sup>75</sup> Forgách an Burián, 3.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 692, S. 325-327.

<sup>76</sup> Burián an Forgách, 6.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 693, S. 327-329.

<sup>77</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923.*, Bd. II, 2002, S. 155. Eine Protestnote Dorošenkos an den Wiener Außenminister vom 12. 6. 1918 blieb ohne Antwort (Text ebd., S. 156).

<sup>78</sup> Burián an Hohenlohe, 8.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 774, S. 417-420. – Burián agierte als Anwalt der Polen und empfahl ihnen, Forderungen über den Bug hinaus zu erheben, um so die Buggrenze als Konzession ausgeben zu können (Vgl. Burián an Ugron, 24. 7. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 827, S. 484-485).

<sup>79</sup> Forgách an Min.d.Äuß., 28.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 783, S. 427-428.

sind«, nicht umgehen konnte, geschah zunächst gar nichts. Das Beharren auf dem juristischen Junktim zwischen Lieferungen und Konzessionen mochte er nicht aufgeben. So weigerte sich Burián, ein NEUES Wirtschaftsabkommen mit der Ukraine zu schließen (was Deutschland wünschte), da sonst ja keine Möglichkeit mehr bestände, »die Nicht-Erfüllung des Getreideabkommens als Argument zu verwenden, um die Ukraine zu Kompensationen auf politischem Gebiet zu veranlassen«. <sup>80</sup> Da Deutschland nicht auf die österreichischen Spielchen einging, versuchte Burián nun, »den Hebel in Kiew anzusetzen« und den Het'man über Forgách dazu zu bewegen, einer Chelm-Regelung »auf der Basis einer gegenseitigen Kompensation der polnischen und ukrainischen Bevölkerungsgruppen« zuzustimmen. <sup>81</sup> Forgách war realistischer: Er hielt den Weg der Burián-Politik »für juridisch kaum gangbar und politisch sehr wenig aussichtsvoll, sobald wir nicht die wenigstens wohlwollende passive Unterstützung Deutschlands haben.« <sup>82</sup> Offenbar um nicht noch einmal vor dem Het'man den peinlichen Standpunkt seiner Regierung vertreten zu müssen, meldete er sich krank. <sup>83</sup>

Auch innenpolitisch funktionierte die Verzögerungstaktik nicht. Ministerpräsident von Seidler trat zurück, und die ruthenischen Abgeordneten sandten einen Brief an die Regierung, in dem sie die Verweigerung der Ratifizierung »einen feindseligen Akt gegenüber dem neuen ukrainischen Staat« nannten, um »die Stimmen des Polenklubs für ein Budgetprovisorium zu gewinnen«. <sup>84</sup> Statt der Zustimmung zweier Nationalitäten hatte man sich die Unterstützung beider verscherzt. Und es wurde immer deutlicher, daß Österreichs Regierung vielleicht noch bremsen, nicht jedoch Politik gestalten konnte.

Bei allem Fabulieren über die österreichische »Großmacht« war den Beteiligten klar, daß Österreich auch in der Ukraine-Frage wieder einmal nur der deutsche Juniorpartner war. In bezug auf ein separates Kronland und Chelm hatte man zwar »gesiegt«. Aber in allen anderen Fällen, in denen Diskrepanzen zwischen Deutschen und Österreichern auftraten, haben sich die Deutschen durchgesetzt. Am deutlichsten wurde dies in dem resignierten Schriftwechsel zwischen dem Kommandeur des österreichischen Ostheeres, General der Infanterie Alfred Krauss (1862-1938), und dem österreichischen Außenminister. Krauss monierte, Deutschland verfolge mit seinen »Brückenplänen« nach Asien ein politisches Ziel, während Österreich nichts dergleichen besitze: »Die bloße Deckung unseres Nahrungsdefizites, die allgemeine Absicht, uns wirtschaftlich in der Ukraine festzusetzen, kann man nicht als politisches Ziel bezeichnen.« Ohne ein solches Ziel müsse die Habsburgermonarchie jedoch »in der freien

<sup>80</sup> Burián an Hohenlohe, 15.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 789, S. 434-436.

<sup>81</sup> Burián an Forgách, 20.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 791, S. 436-441.

<sup>82</sup> Zum Beleg der Abstimmung zwischen Burián und Lubomirski vgl. etwa Burián an Ugron, 8.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 825, S. 479-482; Zitat aus Forgách an Burián, 22.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 792, S. 441-443.

<sup>83</sup> Fürstenberg an Burián, 25.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 794, S. 443. – Dies läßt Zweifel an Dorošenos Kritik an Forgách zu, der in dem Diplomaten einen »überzeugten Feind des Slaventums im allgemeinen und des Ukrainertums im besonderen« sah (Dmytro Dorošenko, *Moi spomyny pro nedavne-mynule*, S. 282) oder auch einen »Meister aller Verletzungen und Ungültigmachungen von Gesetzlichkeit und Recht« (ebd., S. 310).

<sup>84</sup> Petruševyč/Vasyľ'ko an k.k. Ministerpräsidenten, 26.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 795, S. 444-447.

Konkurrenz mit Deutschland ganz unterliegen und das Nachsehen haben«. Krauss' Schluß war ebenso paradox wie einfach:

»Weil wir die Deutschen an der Erreichung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele im Osten nicht hindern können, müssen wir, um im Osten den größtmöglichen Nutzen für die Monarchie zu ziehen, offen und ehrlich Hand in Hand mit den Deutschen gehen.«<sup>85</sup>

In seiner Antwort erläuterte Burián die »innere Verschiedenheit« der beiden Reiche. Während seine Stärke Deutschland zu weitausholenden Plänen befähige, »sind wir gezwungen, unser hauptsächliches Bemühen auf die Erhaltung unseres Besitzstandes zu richten und darüber hinaus nicht mehr als eine schrittweise, allmähliche Erstarkung anzustreben«. Mit Deutschland konkurrieren zu wollen, »wäre ein ungesundes und auch fruchtloses Beginnen«. Man wolle nur Nahrungsmittel und die Separatisten stärken, um das Wiedererstarken Rußlands »so weit als möglich hinauszuschieben« – also nicht einmal zu verhindern. Auch hier sei man aber zu Kompromissen gezwungen, weil ukrainischer Nationalismus Anhänger »nur in jener dünnen Schichte der Intelligenz besitzt, die gleichzeitig von utopisch kommunistischen Ideen erfüllt und infolgedessen zum Aufbau eines geordneten Staatswesens derzeit noch unfähig ist.«<sup>86</sup> Burián nannte auch noch einen anderen Grund zum Appeasement gegenüber Deutschland: Da Deutschland an Sowjetrußland interessiert sei, die Habsburgermonarchie jedoch nicht, erwartete der Außenminister, daß Deutschland den Sowjets einen Teil des Donec-Beckens zusprechen würde, auf das es wohl verzichten könnte. Wenn Österreich dies nicht wolle, habe es sich mit Deutschland zu verständigen, um etwas von dem ukrainischen Kuchen zu erhalten.<sup>87</sup>

Die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich war spürbar. Eine breite Allianz gegen die dem Habsburger Erzherzog Wilhelm unterstellten Ambitionen entstand in Berlin (s. S. 279). Von Kühlmann war aber an den Einzelheiten wenig interessiert. Für ihn stand die Erfüllung der Brest-Vereinbarungen an erster Stelle. Die Deutschen pochten auf die Ratifizierung des Vertrages, weil ihr Ausbleiben die wirtschaftlichen Pläne erschwerte.<sup>88</sup> Als dann am 15. Juli 1918 Bulgarien und am 24. Juli 1918 Deutschland die Ratifizierungsurkunden mit der Ukraine austauschten<sup>89</sup>, bedauerte dies Bu-

<sup>85</sup> Trauttmansdorff an Burián, 18.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 542, S. 118-121

<sup>86</sup> Burián an Trauttmansdorff, 10.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 558, S. 151-153.

<sup>87</sup> Burián an Forgách, 29. 5. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 869, S. 515-517. – Die Furcht vor deutschen Alleingängen kam noch einmal zum Ausdruck, als die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen nach Berlin verlegt werden sollten und die »unmittelbare[.] Einwirkung [der] deutsche[n] Regierung« von den Ukrainern erhofft und von den Österreichern befürchtet wurde« (Fürstenberg an Burián, 7.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 890, S. 545-546). Nach Graf Czernin war das Verhältnis allerdings einfacher: Als es Österreich nicht gelungen sei, ausreichend Nahrungsmittel aus der Ukraine zu beziehen, habe man Deutschland um »Aushilfen bis zur neuen Ernte« gebeten. Deutschland habe sie nur unter der Bedingung gewährt, daß »die Führung in der Ukraine überhaupt an Deutschland übergeht« (Ottokar Czernin, Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919, S. 343).

<sup>88</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 135-138.

<sup>89</sup> Stolberg an Burián, 24.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 841, S. 495: »Die Kaiserliche Regierung wäre nun an sich sehr gern bereit, dem Wunsche Eurer Exzellenz zu entsprechen und die Ratifizierung aufzuschieben. Da aber die militärischen Dispositionen im Osten des ukrainischen Gebiets sowie die Zoll- und sonstigen ukrainischen wirtschaftlichen Fragen ein schleuniges Inkrafttreten des Vertrages erfordern, so sieht sich die Kaiserliche Regierung nicht in der Lage, länger mit dem Austausch zu warten«.

rián nur noch offiziell und hatte auch nichts mehr gegen die Ratifizierung des Friedens durch das Osmanische Reich am 22. August. Aber Wien ratifizierte nicht, und Österreich blieb mit seinen Dilemmata allein. Ein Versuch im Oktober noch zu einer Ratifizierung zu gelangen, scheiterte neuerlich an polnischen Interventionen.<sup>90</sup>

Die Ratifizierung durch Deutschland war Anlaß zu einem Abendessen in der ukrainischen Gesandtschaft in Wien. Seine Gäste hinderten den ukrainischen Gesandten Lypynskýj dabei zwar daran, eine vorbereitete Rede zu halten, der deutsche Botschafter übermittelte den Text jedoch nach Berlin.<sup>91</sup> Lypynskýj stellte den Brester Frieden in die Tradition der »relations amicales de l'Allemagne et de l'Ukraine« seit 1654 und erklärte, daß der Endsieg dem zustehen werde, »qui aura identifié sa cause à celle du progrès universel«.<sup>92</sup>

Im September 1918 dachte Burián über eine neue Politik nach. Das Vorbild der sowjetischen Nachbargebiete schien gefährlich und die Bauern würden gegenüber den Mittelmächten »mißtrauisch«. Plötzlich hieß es nun: »Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß wir nur darum in der Ukraina sind, um für unsere Länder möglichst viel Nahrungsmittel herauszuziehen.« Doch die ins Auge gefaßte Agrarreform dürfe nicht zu weit gehen. Die polnischen Großgrundbesitzer wollte er »aus naheliegenden Gründen« schonen und »Rückwirkungen auf Galizien« fürchtete der Außenminister ebenso. Auch diese Überlegungen blieben also in der Schublade; das Konzept wurde nicht abgesandt, und die österreichische Politik veränderte sich nicht weiter.<sup>93</sup>

Generalmajor Anton Graf Spannocchi (1886-1946), der bevollmächtigte General des österreichisch-ungarischen Armeekorps in der Ukraine, sah in der Weigerung, den Brester Frieden zu ratifizieren, den Grund dafür, daß Österreich gegenüber Deutschland immer mehr ins Hintertreffen geriet. Angeblich habe Skoropadskýj im September, als er von Wilhelm II. zu seinem Staatsbesuch nach Deutschland eingeladen worden war, auch Wien besuchen wollen, was sich jedoch angesichts der fortbestehenden Konflikte als unmöglich erwies. Spannocchi kritisierte die Wiener Politik, weil sie Österreich schwächte (»Vorerst sind wir überhaupt nicht der Stärkere im Bunde«) und dies obwohl »unsere Art der großen ukrainischen Menge und auch dem Einzelnen sympathischer und wesensgleicher ist, als die deutsche, aber grosse politische und wirtschaftliche Werte lassen sich damit nicht schaffen«.<sup>94</sup>

Die Österreicher waren trotz der Konkurrenz durch Wilhelm von Habsburg (s. unten) überzeugt, daß auch Skoropadskýj sie den Deutschen vorzöge. Forgách meinte, da er die »schwere Hand der Deutschen« spüre, seien dem Het'man die Österreicher »eigentlich weit sympathischer [...] als unsere Bundesgenossen« und – wäre da nicht die Problematik von Brest – es ihm »nur zu willkommen, mit uns besonders herzliche Beziehungen zu unterhalten«.<sup>95</sup>

<sup>90</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 139-140; Burián an Ugron, 9.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 830, S. 486; vgl. Fedyshyn, *Drive*, S. 175.

<sup>91</sup> Von Stolberg an Reichskanzler, 15.8.1918, PAAA, *Ukraine I Allgemeines*, Bd. 20. Dabei charakterisierte er Lypynskýj als einen »Mann von umfangreicher Bildung«, der wie die anderen ukrainischen Diplomaten »im persönlichen und dienstlichen Verkehr einen sehr guten Eindruck« mache.

<sup>92</sup> Redetext [nicht gehalten] V. Lypynskýj, 3.8.1918, PAAA, *Ukraine I Allgemeines*, Bd. 20.

<sup>93</sup> Burián an Fürstenberg, Konzept, [September 1918]. Hornykiewicz III, Dok. 611, S. 226-227.

<sup>94</sup> Trauttmansdorff an Burián, 2. 10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 595, S. 195-197.

<sup>95</sup> Forgách an Burián, 26.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 609, S. 220-222.

Die österreichischen Äußerungen schwankten sichtlich zwischen Nüchternheit und einer Scheinwelt, in der sie sich vorgaukelten, sie seien die »besseren« Okkupanten. Nur selten erklang die Selbstkritik, daß die Weigerung, die Zugeständnisse von Brest umzusetzen, dazu geführt hätte, daß die Ukrainer an Vereinbarungen mit Österreich weniger als an solchen mit Deutschland interessiert seien.<sup>96</sup> Forgáč pries die Donaumonarchie einerseits als »seine [des Het'mans] und der Ukraina wohlwollendste nachbarliche Freundin«, hielt es aber unverändert für nötig, an der »Ausbügelung des Brester Vertrages« festzuhalten. In den Schreiben nach Wien beschwerte er sich schon, daß »die Fehler, welche wir in Brest begingen und welche als Triumphe der national-ukrainischen Sache gefeiert wurden, jetzt zu Schaden seines [Skoropadskýjs] persönlichen Prestiges repariert« würden. Für Österreich seien es »Korrekturen inner- und außerpolitischer verhängnisvoller Entgleisungen«, für den Het'man und Nationalukrainer jeglicher Couleur ein Beleg der Unzuverlässigkeit der Österreicher.<sup>97</sup>

Während die deutsche Politik 1918 den Anschein erweckte, sie folge weitreichenden imperialistischen Konzepten, in die sie die Ukraine einstelle, hatten sich Österreichs Interessen auf die reine Subsistenz reduziert. Die Revision der Brester Bestimmungen machte jedes Zusammengehen mit den Ukrainern illusorisch; im Übrigen mußte man sich den Deutschen fügen.

## 5. DEUTSCH-UKRAINISCHE BEZIEHUNGEN VOR DEM HET'MAN-PUTSCH

Die geringe Achtung der Deutschen vor der Kiewer Regierung drückte sich außer im eher zurückhaltenden offiziellen Schriftverkehr auch in offeneren privaten Briefen aus. Aber auch die amtlichen Sprachregelungen waren deutlich.

Groener beschrieb in seinen Lebenserinnerungen die Instruktionen, die er für seine Tätigkeit in der Ukraine am 28. Februar 1918 erhielt. Im Vordergrund stand der Auftrag, die ukrainische Regierung »in den Sattel zu heben« und »vor allem für uns Getreide und Lebensmittel aus dem Lande herauszuholen, je mehr, je besser«.<sup>98</sup> Die ersten Militärs, die eintrafen, erkannten, daß dies nicht einfach sein würde. Hruševskýj eröffnete Generalleutnant Karl von Knoerzer-Suckow (1858-1932), man sei zum »Entgegenkommen« bereit, habe jedoch im Lande keine Macht. Von Knoerzer kam bereits am 3. März 1918 zu dem Schluß, daß unter solchen Umständen nur eine Besetzung in Frage käme: »[...] andernfalls wird das Land durch Unruhen und Aufwiegelungen der dummen Bauern durch Bolschewisten und Juden uns als Getreideland bestimmt ausfallen«.<sup>99</sup> Der Militärbevollmächtigte bei der UNR Oberst Stoltzenberg telegraphierte am 10. März an das OberOst-Kommando, nur die »Wiedereinsetzung des Grundbesitzes« sei erfolgversprechend, das »Herausziehen von Getreide und Futtermitteln [werde] nur durch militärische Requisition und Bezahlung [...] möglich

<sup>96</sup> Zum deutsch-österreichischen Mißtrauen vgl. auch Baumgart, Ostpolitik, S. 123-124.

<sup>97</sup> Forgáč an Burián, 26.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 609, S. 220-222.

<sup>98</sup> Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen. Göttingen 1957, S. 385.

<sup>99</sup> Korps Knoerzer Ib an Heeresgruppe Linsingen, 3. 3. 1918, Württembergisches Hauptstaatsarchiv, M 410, Bü 174, zit. nach Grelka, Nationalbewegung, S. 221.

sein.«<sup>100</sup> Als Ende März das geringe Ergebnis der Getreideerfassung deutlich wurde, erkannte nun auch von Mumm das Grunddilemma des deutschen Engagements: Wenn die Getreidegewinnung das vorrangige Ziel der deutschen Politik sei, dann müsse man sich auf die häufig polnischen Grundbesitzer stützen, gefährde jedoch damit den ukrainischen Staatsgedanken, denn nur die Haltung der Bauern gegen die Grundbesitzer »verbürge« die ukrainische Regierung.<sup>101</sup> Einen Tag später reichte von Mumm einen Schriftsatz des Generalkonsuls Fritz August Thiel weiter und fügte hinzu: Wenn man sich für das Getreide entscheide, müsse man in Kauf nehmen, »daß wir damit wahrscheinlich die Regierung stürzen, mit der wir den Frieden geschlossen haben«. Messe man dagegen dem politischen Ziel der ukrainischen Unabhängigkeit den Vorrang ein, werde man sich mit unbefriedigenden Lebensmittellieferungen abzufinden haben. Und weiter: Sollten die Deutschen sich in der Ukraine für revolutionäre Maßnahmen einsetzen, »die wir bei uns selbst mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen würden, wenn wir nicht die Sicherung unserer Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung [...] dafür in Kredit buchen können?«<sup>102</sup>

Zutreffend erkannte Borowsky, daß die von Zechlin gestellte Frage, ob denn die nationale wie soziale »Revolutionierungspolitik« Kriegsziel oder -mittel gewesen sei, bereits von den zeitgenössischen Akteuren aufgeworfen wurde. Borowsky vermied eine Antwort<sup>103</sup> und wurde u. E. nicht der Problematik gerecht, vor die sich die Deutschen ganz konkret im März/April 1918 in der Ukraine gestellt sahen. Das AA wies nämlich von Mumm an, geduldig zu sein und nicht zu gewaltsamen Maßnahmen zu greifen; insbesondere sollten sich die Deutschen nicht in die Landfrage in der Ukraine einmischen.<sup>104</sup>

Die deutsche Politik stand vor einem Dilemma: Revolutionieren wollte man den Gegner. In der Ukraine war man nun aber auf die Kooperation der Revolutionäre angewiesen.<sup>105</sup> So wenig man sich in Deutschland auf sozialrevolutionäre Maximen einzulassen wünschte, so wenig konnte dies für die Ukraine als besetztes und auszubeherrschendes Gebiet gelten. Die AA-Vertreter reagierten auf die Mumm-Schreiben vorsichtig »völkerrechtsbezogen«, pflegten also noch die Vorstellung von einem »Ausland«, dessen Interna man zu tolerieren bereit war. Die Militärs und die Repräsentanten vor Ort waren längst anderer Ansicht.

Die Rada-Regierung versuchte, die Deutschen nicht als Okkupanten, sondern als befreundete Macht darzustellen. Immer noch empfand sie die deutsche Hilfe als ihre

<sup>100</sup> Stoltzenberg an OberOst, 10. 3. 1918, PAAA, R14362, nach Grelka, Nationalbewegung, S. 222.

<sup>101</sup> Von Mumm an AA, 22.3.1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 4, vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 89.

<sup>102</sup> Von Mumm an Reichskanzler, 23.3.1918, ebd., Bd. 5, zit. nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 90. Nach Dmytryshyn wurde dieser Schriftsatz von Groener vorbereitet, der ihn auch an Ludendorff sandte, bei dem er jedoch keine Reaktion auslöste (Vgl. Basil Dmytryshyn, »German Occupation of the Ukraine, 1918: Some New Evidence«, *Études Slaves et Est-Européennes [Canada]* 10 (1976), S. 79-92, hier S. 81).

<sup>103</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 90-91. – Besser ausgedrückt in Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 87.

<sup>104</sup> Von dem Bussche an von Mumm, 26. 3. 1918, nach Basil Dmytryshyn, »German Occupation«, hier S. 81. Auch in: Die deutsche Okkupation der Ukraine. Geheimdokumente. Strasbourg 1937, S. 32-33.

<sup>105</sup> Mędrzecki hat dies in einer Kapitelüberschrift so ausgedrückt: »Kann man die kaiserliche Ordnung in einer sozialistischen Welt einführen?« (*Czy można zaprowadzić cesarski porządek w socjalistycznym świecie?*) (Niemiecka interwencja, S. 128-145).

zweite und letzte Chance. Auf der Zentralrada-Sitzung in Żytomyr am 21. Februar 1918 hoffte Holubovyč, mittels der Deutschen die Ukraine zu »ukrainisieren«. <sup>106</sup> Anfangs war dieser Eindruck den Deutschen auch recht – solange sie sich nicht im Lande auskannten, der Frieden mit der RSFSR nicht geschlossen und der Widerstand der Bolševiki in der Ukraine eine unbekannt große war. Die UNR erklärte, die Deutschen seien eingeladen worden, ihre Truppen ständen unter dem Kommando der Ukrainer, eine Einschränkung der ukrainischen Souveränität gäbe es nicht. <sup>107</sup>

Aber die ukrainische Regierung fand es auch peinlich, daß nur die Deutschen sie an der Macht hielten. Dorošenko schrieb in seinen Erinnerungen, daß sich die ukrainischen Politiker im Kontrast zu den offiziellen Verlautbarungen von den Deutschen fernhielten. Sie hätten die Deutschen »trocken« und »kühl« behandelt, dafür hätten Russen, Juden und Polen die deutschen Neuankömmlinge »bearbeitet«. Ebenso negativ sei die Rada-Regierung zu den »Gefangenentruppen« eingestellt gewesen. Auch die zurückgekehrten Emigranten – Doncov, Zaliznjak, Stepankivskyj, Žuk – seien abweisend behandelt worden. Vasyľkos und Dorošenkos Kritik, die Rada-Regierung habe sich mit ihren sozialrevolutionären Phantastereien »wie Kinder« verhalten, <sup>108</sup> war ungerecht: Die Rada-Politiker waren ja an die Macht gekommen, weil sie einen sozialen Wandel versprochen. Aber sie zeigt, wie sich das Dilemma der UNR durch die Ankunft der Mittelmächte verfestigte.

Der polnische Historiker Bruski erkannte treffend, daß die Rada zwischen den Besatzern und den gesellschaftliche Umgestaltungen fordernden Bauern »die schlechteste Taktik – die der Unehrllichkeit gegenüber beiden Seiten« gewählt hat. Man habe die deutschen Anweisungen sabotiert, gegenüber der eigenen Bevölkerung jedoch auch nicht mehr als Lippenbekenntnisse zu Reformen abgelegt, damit beide Seiten verärgert und die eigene Position verschlechtert. <sup>109</sup>

General Zelinškyj beschuldigte besonders den Kriegsminister Oleksander Žukovškyj (1884-1925), die Deutschen unnötig provoziert zu haben. Unter anderem sei er nicht auf dem Bahnhof erschienen, um Feldmarschall von Eichhorn zu begrüßen, und habe sich laut mit deutschen Militärs herumgestritten. Zelinškyj schrieb diesem Verhalten zu, daß der Kriegsminister während des Het'man-Putsches von den Deutschen besonders schlecht behandelt worden sei. <sup>110</sup>

Dorošenkos Schriften ist zu entnehmen, wie vom März 1918 an Kontroversen zwischen den Deutschen und den Ukrainern an der Tagesordnung waren. <sup>111</sup> Das AA mußte von Mumm am 26. März daran erinnern, daß man die Rada-Regierung anerkannt habe und es dem AA fern liege, sich in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einzumischen. Aber das war nur Rhetorik: Im selben Schriftstück wurde, da ja dem Getreideexport das Augenmerk galt, die Bereitschaft erklärt, das eine oder andere Prinzip zu opfern. <sup>112</sup> Am 2. April protestierte von Mumm bei Holubovyč gegen die

<sup>106</sup> Vgl. Grelka, Nationalbewegung, S. 213.

<sup>107</sup> Vgl. S. 193 – Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 13.

<sup>108</sup> Dmytro Dorošenko, Moi spomyny pro nedavne-mynule. Bd. 2, L'viv 1923, S. 75-77.

<sup>109</sup> Vgl. Jan Jacek Bruski, Petlurowcy. Kraków 2000, S. 45.

<sup>110</sup> Vgl. Viktor Zelinškyj, Syn'ožupannyky. Berlin 1938, S. 61-62.

<sup>111</sup> Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923, Bd. II, 2002, S. 15.

<sup>112</sup> Telegramm von dem Bussche an von Mumm, 26. 3. 1918, nach Maksim Gor'kij u. a. (Hg.), Krach germanskoj okkupacii na Ukraïne. Moskva 1936, Dok. Nr. 6, S. 39-40.



Behinderung der deutschen Lebensmittelbeschaffung und die Untätigkeit der Regierung.<sup>113</sup> Dem folgte der markanteste Ausdruck der Entmachtung und Desavouierung der Rada-Regierung, der militärische Befehl, die Felder zu bestellen vom 6. April 1918, der erging, obwohl die Regierung am selben Tag den deutschen Organisationsplan zur Getreidebeschaffung, der den Ukrainern nur mehr eine symbolische Rolle zuwies, akzeptiert hatte. Nun war klar, wer die Macht beanspruchte, daß das deutsche Militärkommando die ukrainische Landwirtschaft übernahm und die ukrainische Souveränität desavouierte. Die Regierung Holubovyč befand sich in der Klemme: Von der einen Seite bedrängten sie die Deutschen, von der anderen betrieb die Zentralrada, ohne ihre eigene Regierung zu beachten, eine weitergehende Ideologisierung der Politik und verabschiedete eine Resolution, den Feldbestellungsbefehl nicht zu befolgen. Ob das Holubovyč zugeschriebene Zitat – es sei »höchste Zeit, die Rada zum Teufel zu jagen« – authentisch ist oder nicht, die Regierung hatte keinen leichten Stand.<sup>114</sup>

Nach den zeitgenössischen Aufzeichnungen Max Hoffmanns sah das Militär im März 1918, »daß die Zentralrada nichts hinter sich hat als unsere Waffenhilfe. In dem Moment, wo wir unsere Truppen zurückziehen, bricht die ganze Herrlichkeit zusammen.« Auch die diplomatische Mission war für den General nur eine Institution zu rechtlichen Absicherung »nun einmal erforderlich werdende[r] Gewaltmaßregeln zur Verschaffung des Getreides«.<sup>115</sup> Groener hatte Ludendorff wissen lassen, die Rada-Regierung sei gar keine Regierung, sondern eine Mischung aus Visionären, Idealisten und Kathedersozialisten, also nichts, wovor Groener besonderen Respekt hätte.<sup>116</sup> Hoffmann hielt die Landwirtschaft für ruiniert, weil sich die Bauern nicht »trauten«, ihr aus dem Großgrundbesitz stammendes Land zu bestellen.<sup>117</sup> Auf dieser Basis konnte der Feldbestellungsbefehl vom Militär sogar noch als eine Art Entscheidungshilfe aufgefaßt werden. Daß nur die Deutschen die Rada-Regierung stützten, war allen Beteiligten klar – die Anweisung hatte dennoch katastrophale Folgen. Die Landfrage war wirklich ein sensibles Problem – die faktische Machtergreifung durch die Deutschen und die Desavouierung der Rada-Regierung der eigentliche Bruch mit den sozialrevolutionären ukrainischen Politikern. Von Mums gleichzeitige Kontaktaufnahme zu russischen Monarchisten zeigte, daß man sich auf die Suche nach einem weniger revolutionären Partner machte. Ukrainischer Separatismus war für die deutschen Interessen nicht mehr notwendig.<sup>118</sup>

<sup>113</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukrainy 1917-1923.*, Bd. II, 2002, S. 23.

<sup>114</sup> Vgl. ebd., S. 23.

<sup>115</sup> Vgl. Baumgart, *Ostpolitik*, S. 118.

<sup>116</sup> Vgl. Dmytryshyn, »German Occupation«, S. 82.

<sup>117</sup> Karl Friedrich Nowak (Hg.), *Die Aufzeichnung des Generalmajors Max Hoffmann*. Berlin 1929, Bd. 1, S. 189. – Als Vizekanzler Payer im Haushaltsausschuß des Reichstags den Befehl kommentierte, lautete das Argument, »bei der drohenden Landenteignung« habe die Gefahr bestanden, daß weite Flächen unbebaut geblieben wären. Payer gab immerhin zu, zwar nicht der Erlaß, wohl aber die ungenügende Rücksichtnahme auf die ukrainische Regierung sei ein Problem gewesen (232. Sitzung des Haushaltsausschusses [Hauptausschusses] des Deutschen Reichstags, 4.5.1918, in: *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918*, Bd. IV, S. 2126).

<sup>118</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 94-96. – Am 11. April betonte von Mumm in einem Bericht nach Deutschland die Notwendigkeit, die Ukraine als selbständigen Staat zu sichern, wollte dies aber vor allem durch die politische Unterscheidung von Rußland gewährleisten, also eine möglichst wenig sozialistische Regierung kreieren. Andererseits gab er der selbständigen Ukraine keine Existenzchance und sah in »einer gemäßigt reaktionären Ukraine den Anstoß zur Bildung eines russischen

Die Deutschen beurteilten die Aufteilung des Großgrundbesitzes auch negativ, weil sie vor allem Großbetrieben zutrauten, die gewünschten landwirtschaftlichen Produkte zu beschaffen. Dies mochte eine ideologische Basis haben – in Deutschland war Großgrundbesitz schließlich auch nicht verfehmt. Aber die Zweckmäßigkeit hatte hier Vorrang vor ideologischen Erwägungen. Als im Zweiten Weltkrieg wieder die Lebensmittelbeschaffung aus der Ukraine anstand, verhielt man sich ähnlich. Entgegen den Versprechen behielt man die kollektivierten und verstaatlichten Güter bei, privatisierte nur vereinzelt und spät, weil man sich von Großbetrieben mehr Effektivität versprach. Was im Zweiten Weltkrieg zu großer Unzufriedenheit führte, war den ukrainischen Bauern auch 1918 nicht sympathischer.

Die Revolutionierungspolitik der Deutschen war an ihre Grenze gestoßen. Sie offenbarte – falls hierfür eine tiefergehende Begründung noch notwendig sein sollte – ihren taktischen Charakter. Anzuwenden war sie nur auf Gegner. Wo die Mittelmächte nicht die Oberhand hatten, waren sie bereit, mit sozialrevolutionären oder nationalrevolutionären Kräften zu kooperieren. In bezug auf die RSFSR hielt diese Politik auch fast bis zum Ende des deutschen Kaiserreiches an, weil eine Alternative nur aus den ententefreundlichen Zarentreuen bestanden hätte. Anders in der Ukraine: Sobald das Land in der faktischen Gewalt der Mittelmächte war, konnten sich sozialrevolutionäre Tendenzen nur gegen die neuen Oberherren wenden und waren daher unerwünscht.

Nach Borowsky war am 13. April 1918 der Sturz der Rada-Regierung beschlossene Sache. Es galt nur noch den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen abzuwarten, den man durch die Bestechung von Mykola Porš (1879-1944), der die ukrainische Seite vertrat, beschleunigte. Insbesondere wollte man dem Zusammentritt einer ukrainischen Konstituante, der für den 12. Mai geplant war, zuvorkommen und eine apolitische Fachleuteregierung einsetzen. Die Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens am 23. April war nach Borowsky das »Todesurteil« der Rada-Regierung, und Groener bewegte fortan nur die Sorge, der Umsturz möge möglichst gewaltlos vonstatten gehen.<sup>119</sup> Dorošenko schrieb, seit Anfang April 1918 habe man in Kiew von dem kommenden Umsturz gesprochen.<sup>120</sup>

Die meisten ukrainischen Beteiligten scheinen dies verdrängt zu haben. Konovaléc will Mitte April von den Umsturzplänen erfahren und Hruševskij gewarnt haben, der aber abgewiegelt und auf eine Zusicherung des Obersten Stoltzenberg verwiesen habe, daß der Zenralrada seitens der Deutschen nichts drohe.<sup>121</sup> Dabei begannen die Deutschen

---

Bundesstaats, der [...] im Hand in Hand Gehen mit Deutschland das Heil erblickt« (Mumm an Reichskanzler, 11.4.1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 7, zit nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 101). Das Protokoll der deutsch-österreichischen Besprechung vom 24. April enthielt den Satz »Eine Zusammenarbeit mit der gegenwärtigen ukrainischen Regierung ist bei ihren Tendenzen nicht möglich; die Errichtung von Generalgouvernements ist aber noch nicht geboten.« – Trauttmansdorff an Burián, 3.5.1918, in: Hornykiewicz III, Dok. 462, S.1-2.

<sup>119</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 102-108. – Bestätigt wurde dies durch das Schreiben des österreichischen Außenministerialbeamten Flotow an Burián, in dem Forgách paraphrasiert wird: »Die jetzt unternommene Aktion war schon vor längerer Zeit geplant, wurde aber bis nach der Unterzeichnung des Lieferungsvertrages aufgeschoben« (Flotow an Burián, 29.4.1918, Hornykiewicz I, Dok. 169, S. 407). Im gleichen Sinne argumentieren die Herausgeber von Gor'kij u. a. (Hg.), Krach germanskoj okupacii, S. 41.

<sup>120</sup> Vgl. Dorošenko, Moï spomyny, Bd. 2, S. 77; ders., Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 25.

<sup>121</sup> Jevhen Konovaléc, »Pryčynky do istorii roli Sičovyh Stril'civ v Ukraïns'kij revolucii«, Rozbudova Nacii 1(1928), H. 1, S. 18-23, hier S. 19.

zusätzliche Truppen nach Kiew zu verlegen, wogegen die Rada-Regierung am 18. April bei von Mumm protestierte und den Grund zu erfahren verlangte. Sie erhielt keine Antwort.<sup>122</sup> Am 21. April wurden Richtlinien ausgegeben, welche Schlüsselstellungen durch das Militär nach der vielsagenden Parole »Wechsel« besetzt werden sollten.<sup>123</sup>

Dann wandte sich der Grundbesitzerverband (Sojuz Zemel'nych Sobstvennikov) an die Deutschen, dessen Mitglieder von der Landreform unmittelbar betroffen waren. Er schlug ihnen am 22. April vor, die Rada zu stürzen und einen Generalgouverneur einzusetzen, der als erste Amtshandlung alles in die Wege leiten sollte, um die Getreidelieferungen und die anderen Bestimmungen des Brester Friedens zu erfüllen.<sup>124</sup> Am 23. April abends berieten Groener, von Mumm, Forgách, die Militärattachés Stoltzenberg und Fleischmann sowie der österreichische Diplomat Princig darüber. Eine Zusammenarbeit mit der jetzigen Regierung schlossen sie wegen der politischen Ausrichtung aus, ein General-Gouvernement (wie in Polen) einzurichten, sei aber wenig geschickt, lieber sollte eine nominell ukrainische Regierung von dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Oberkommando abhängig sein und sie nicht behindern. Man einigte sich darauf, keine nennenswerte ukrainische Armee zuzulassen, solange die Truppen der Mittelmächte im Lande seien – es dürfe nur Polizeitruppen geben. Damit war das Schicksal der »Gefangenentruppen« besiegelt (s. S. 286). »Unzuverlässige Elemente« seien aus den staatlichen Stellen zu entfernen. Von Mumm verlangte als erstes die Rücknahme der Rada-Resolution gegen den Feldbestellungsbefehl.<sup>125</sup>

Groener ließ sich nur von von Mumm noch zurückhalten, den Ausnahmezustand auszurufen und die Regierung militärisch abzusetzen.<sup>126</sup> Die Entwaffnung der Gefangenentruppen am 26./27. April erfolgte in Zusammenarbeit der Deutschen mit der Rada-Regierung, deren Kriegsminister Žukovskij diese Truppen auch unangenehm waren. Vermutlich nahm er nicht wahr, wie die Deutschen ihn benutzten, um den einzigen potentiellen Widerstand gegen die Entmachtung seiner Regierung zu eliminieren.<sup>127</sup>

Der Staatsstreich entsprach nicht den Planungen der Berliner Politiker, wohl aber denen der Militärs und Diplomaten vor Ort.<sup>128</sup> Skoropadskij fiel es leicht, für eine Auflösung der Rada zu sein und auf eine Konstituante zu verzichten, die ihn ganz sicher nicht bestätigt hätte, dafür stellte ihm Groener eine Armee in Aussicht, wenn er sich mit den Deutschen einigte. Daß Skoropadskij dazu bereit sein würde, war zu erwarten. Er mußte den Deutschen schon dafür dankbar sein, daß sie seine Fa-

<sup>122</sup> Von Mumm an AA, 18. 4. 1918, in: Die deutsche Okkupation der Ukraine. Geheimdokumente. Strasbourg 1937, S. 53, nach Dmytryshyn, »German Occupation«, S. 83.

<sup>123</sup> Vgl. ebd., S. 83-84.

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 84, nach Groeners Unterlagen.

<sup>125</sup> Telegramm Princig an Außenministerium, 25. 4. 1918, nach Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 23-24.; Telegramm von Mumm an AA, 24. 4. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 19, S. 49-50.

<sup>126</sup> Telegramm von Mumm an AA, 25. 4. 1918, nach ebd., Dok. Nr. 20, S. 51.

<sup>127</sup> Vgl. Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 25.

<sup>128</sup> Am selben Tag notierte General Hoffmann: »In der Ukraine spitzen sich die Verhältnisse etwas zu. Die Regierung macht weitere Schwierigkeiten, und ich fürchte, wir werden uns doch eine andere suchen müssen« (Nowak [Hg.], Aufzeichnung Hoffmann, Bd. 1, S. 193; Eintragung vom 26.4.1918).

milie aus dem bolschewistischen Petrograd mit einem Sonderzug nach Kiew holten.<sup>129</sup>

Nun brauchte man noch einen Anlaß: Ein Kommando eines angeblichen »Geheimbunds zur Rettung der Ukraine« verhaftete den Bankier Abram Dobryj, der bei den Wirtschaftsverhandlungen eine Rolle gespielt hatte und dem Nationalukrainer nun Landesverrat vorwarfen. Ministerpräsident Holubovyč, bei dem Groener und von Mumm intervenierten, wußte angeblich nichts von der Verhaftung und versprach, sich um die Freilassung zu bemühen. Aber das Militär wartete nicht mehr. Mit der Begründung, daß Geheimorganisationen die Bevölkerung terrorisierten und gegen diejenigen vorgingen, die mit den Deutschen zusammenarbeiteten, erweiterte von Eichhorn am 25. April die Zuständigkeit deutscher Feldgerichte um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, alle kriminellen Delikte und alle Aktionen gegen die verbündeten Streitkräfte. Damit waren die deutschen Maßnahmen »rechters«.<sup>130</sup>

Dabei war, wie Borowsky richtig erkannt hat, das Geschehen um Dobryj nur ein Anlaß, nicht die Ursache der nun folgenden Maßnahmen.<sup>131</sup> Zwar versuchte ein deutsches Kommando am 28. April, die Zentral-Rada zu besetzen, dem Vorsitzenden Hruševskij gelang es jedoch, den deutschen Offizier zu beruhigen, der nur einige Regierungsmitglieder (darunter den Kriegsminister Žukovskij) wegen ihrer Verwicklung in die Dobryj-Entführung abführte. Die Rada brach ihre Sitzung ab; sie tagte noch einmal am 29. April. Nun versuchte sie politisch zu retten, was zu retten war. Die Nationalisierung des Bodens wurde aufgehoben und Hruševskij am Nachmittag zum Präsidenten der UNR gewählt.

Obwohl von Mumm die Verhaftung in der Rada mißbilligte, deckte er die Handlung der Deutschen. Holubovyč wurde nicht mehr empfangen und sogar kurzzeitig festgenommen.<sup>132</sup> Eine Grundbesitzerversammlung nutzte man, um den Umsturz nicht als deutsche Angelegenheit erscheinen zu lassen. Nach mehreren Reden gegen die Rada rief sie am 29. April 1918 zwischen 14 und 15 Uhr (angeblich auch für ihn selber) überraschend den General Pavlo Skoropadskij zum Het'man der Ukraine aus. Skoropadskij ergebene Truppen lösten daraufhin die parallel tagende Rada auf, wobei es zu einem Scharmützel mit Sič-Schützen-Truppen kam, die das Gebäude bewachten. Die Abgeordneten liefen auseinander.<sup>133</sup>

<sup>129</sup> So in den Erinnerungen seiner Tochter Olena Ott-Skoropadška, *Ostannija z rodu Skoropadskych*. L'viv 2004, S. 19.

<sup>130</sup> Bericht von Mumm an AA, 29. 4. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 22, S. 53-58.

<sup>131</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 109-113.

<sup>132</sup> Bericht von Mumm an AA, 29. 4. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 22, S. 53-58. Dabei soll nach Kovalevskij von Mumm Holubovyč am 26. April mitgeteilt haben, mit seiner Regierung könne Deutschland nicht mehr zusammenarbeiten. Er soll dem Ministerpräsidenten angeboten haben, ihn nach Deutschland in Sicherheit zu bringen, was dieser jedoch abgelehnt habe (Vgl. Kovalevskij, *Pry džerelach*, S. 483-484).

<sup>133</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 156-159; Mychajlo Jeremijiv, »Polkovnyk Jevhen Konovalėc na tli ukraїнської vyzvol'noї borot'by«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalėc ta joho doba*. München 1974, S. 115-165, hier S. 148. Vgl. Dorošenko, *Istorija Ukraїny*, Bd. II, 2002, S. 25-28; Dmytryshyn, »German Occupation«, S. 87-88. – Die Tageszeit ist von Bedeutung, weil inzwischen diskutiert wird, ob Hruševskij zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bevor der Het'man ausgerufen worden war, ob er also jemals Staatspräsident der UNR war. Für unsere Fragen ist dieser Streit jedoch sekundär.

Daß Vynnyčenko, Serhij Jefremov und andere Regierungsmitglieder am 2. Mai 1918 noch einmal mit Groener sprachen, war vergeblich. Ihre Forderungen nach einer republikanischen Staatsform, dem Ersatz von Skoropadskyjs Programm durch eine demokratische Verfassung und die Ausweisung des Het'mans aus der Ukraine waren für Groener unannehmbar, und er setzte nun erst recht auf Skoropadskyj. Er erwiderte seinen Besuchern, der Het'man bleibe, weil ihn die Deutschen bereits anerkannt hätten. Er sei jedoch kein Monarch, die Ukraine bleibe eine »selbständige Republik« und man habe den Het'man angewiesen, er solle seine Herrschaft auf der Grundlage einer ukrainischen Staatlichkeit ausüben.<sup>134</sup>

Entsprechend den Kategorien des »Subimperialismus« der »men on the spot« im kolonialen Kontext war das Militär der entscheidende Faktor des Umsturzes. Ganz pragmatisch entsprach es den Interessen der Militärs, im eigenen Machtbereich nicht mit »Revolutionären« umzugehen,<sup>135</sup> sondern mit Menschen verwandter sozialer Einstellung. Darunter ist keine Kompatibilität im Sinne einer »Solidarität herrschender Schichten« oder eines »Klassenstandpunkts« zu verstehen, wie er sich in Anlehnung an die argumentativen Strukturen Remers und Borowskys aufdrängen könnte. Die russophilen oder polnischstämmigen Grundbesitzer waren den Militärs nicht deswegen lieber als die Holubovyč-Regierung, weil sie sozial verwandt waren, sondern weil sie die deutsche Ausplünderung des Landes für das kleinere Übel gegenüber der drohenden Enteignung durch die Sozialrevolutionäre empfinden mußten. Die Oberherren sicherten einer schwachen Gruppe, die ihre Macht nur mehr den Okkupanten verdankte, den Einfluß gegenüber den »jungen Wilden«. Da die Grundbesitzer keine potentiellen Verbündeten mehr in dem sowjetisch gewordenen Großrußland (wo die Deutschen mit den »Revolutionären« weiterhin zusammenarbeiteten) und bei der Entente hatten (der gegenüber sie durch die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten desavouiert waren), waren sie den Deutschen ausgeliefert.

Für die Mittelmächte waren »Revolutionäre« negativ, staatsschwächend, weshalb man sie auf der gegnerischen Seite zu fördern suchte. Auf der eigenen waren ordnungsliebende, der produktionsorientierten Ruhe zugeneigte Führer taktisch erwünschter. Der Umsturz vom 29. April 1918 war daher für die Deutschen die geradezu logische Folge ihrer Nutzung von »Revolutionären«. Dies steht im partiellen Gegensatz zu den Ausführungen Baumgarts, der zwischen Ursache und Anlaß der deutschen Aktivitäten unterscheidet. Während über den Anlaß kein Dissens besteht, hält Baumgart die »geringe[...] Stoßkraft der ukrainischen Nationalbewegung« für den »inneren Grund« des Rada-Sturzes.<sup>136</sup> Dies ist allzu verkürzt. Bei der unumstrittenen Rolle der Deutschen ging es nicht um die Stärke oder Schwäche der Nationalbewegung. Es ging darum, mit welcher ukrainischen Regierung die deutsche Herrschaft funktionierte.

<sup>134</sup> Vgl. Pavlo Chrystjuk, *Zamitky i materijaly do istorii ukraïnskoï revoljucii 1917-1920 rr.* Bd. 3, o. O. 1921, S. 9-11; Dmytryshyn, »German Occupation«, S. 89.

<sup>135</sup> Groener stellte dies anschaulich dar, indem er einerseits abschätzig von der »veilchenblauen Ukraineregierung« schreibt und die Berliner Ämter mit ihrem Festhalten am Selbstbestimmungsrecht der Völker für den Erfolg der Besetzung verantwortlich macht, und zudem die Österreicher bewunderte, die »ohne weitere Verhandlungen requirieren und damit weiter kommen als wir« (Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 394).

<sup>136</sup> Vgl. Baumgart, *Ostpolitik*, S. 128.

Dabei hatte es ganz kurz eine Alternative gegeben. Der deutsche Missionschef von Mumm schlug dem AA am 5. April, also noch vor dem Feldbestellungsbefehl, vor, dem durch die »Pseudoregierung« geschaffenen Chaos durch politische Beeinflussung zu begegnen. Er riet, seinen ehemaligen Untergebenen Paul Rohrbach als »bekannten Freund der ukrainischen Idee« in die Ukraine kommen zu lassen. Rohrbach werde vor Ort maßvoll und sein Einfluß nützlicher sein als eine unmittelbare Einwirkung der Mission oder des Militärs, die als Gewalt aufgefaßt würden. Aus dem gleichen Grunde sollte man ein paar gemäßigte Sozialdemokraten in die Ukraine schicken, Eduard David etwa, weniger geeignet sei der »Kavalier-Sozialist« Südekum. Selbst über deren Tagegelder machte sich Mumm Gedanken.<sup>137</sup> Aufgrund der Einladung von Mums kam Rohrbach im Mai 1918 in die Ukraine – allerdings zu spät, denn das Militär hatte die Sache in die Hand genommen und die Rada-Regierung inzwischen abgesetzt.

Nach einem zweistündigen Gespräch mit Hruševskij am 12. April hatte aber inzwischen auch von Mumm seine Meinung revidiert. Hruševskij hatte sich über den Feldbestellungsbefehl beschwert, und von Mumm warf ihm an den Kopf, ohne die Deutschen säße niemand aus seiner Regierung mehr auf seinem Posten. Nun meinte auch von Mumm, mit Leuten, die durch ihre sozialistischen Theorien aufgehört hätten, die realen Verhältnisse zu verstehen, sei eine Zusammenarbeit auf Dauer unmöglich. Man solle nur noch den Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen abwarten und sich schon jetzt überlegen, wie man die Regierung durch weiter rechts stehende Politiker ersetzen könne. Sogar den Anlaß, die geplante Grundbesitzerversammlung, nannte von Mumm in einem weiteren Telegramm am 18. April.<sup>138</sup> Trotzdem war ihm etwas unwohl. Den Feldbestellungsbefehl hätte er gern vermieden, weil er – wie er auch im Mai 1918 noch offen zugab – die ukrainische Souveränität verletzte. Zwar sei diese Souveränität letztendlich doch nur »von Deutschlands Gnaden«, aber es wäre dennoch besser gewesen, auf so etwas zu verzichten.<sup>139</sup>

Das AA wollte eigentlich die Zusammenarbeit mit der Rada-Regierung fortsetzen, es zog seine Einwände gegen einen deutschen Eingriff jedoch zurück, als bekannt wurde, daß auch der vorgesehene neue Herrscher an der Unabhängigkeit der Ukraine festhalten, die Vereinbarungen von Brest anerkennen und der wirtschaftlichen Erschließung der Ukraine durch Deutschland keine Hindernisse in der Weg stellen würde.<sup>140</sup> Groener verbarg bald nicht mehr, daß das Militär den Umsturz vollzogen hatte. Zwar handelte es sich in seinem bekannten Brief, in dem von den »Jüngelchen« die Rede war, die »von ihren Minister-Stühlchen zu werfen« »nur einer[r] kräftigen Ohrfeige, die sie auch verdient haben«, bedürfe, um einen Privatbrief an seine Frau, die Vermutung, er habe seine Rolle hier aufgeblasen, wird jedoch davon ausgeglichen, daß er in einem Privatbrief die Geschehnisse ungeschminkt berichten konnte als im offiziellen Schriftverkehr. Ähnlich unverhüllt dankte Skoropadskij dem österreichi-

<sup>137</sup> Mumm an AA, 5. 4. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 11, S. 38.

<sup>138</sup> Telegramm von Mumm an AA, 13. 4. 1918, 18. 4. 1918 nach ebd., Dok. Nr. 15, 17; S. 42-43, 45-47.

<sup>139</sup> Mumm an Reichskanzler Hertling, 15. 5. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 44, S.91-92.

<sup>140</sup> AA an von Mumm, 30. 4. 1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 9, vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 115.

schen Generalkonsul Princig am 7. Mai 1918 »für die Unterstützung, die ihm anlässlich Avènements zu teil wurde«. <sup>141</sup>

Anfangs hatten Groener und die deutsche Regierung versucht, die deutschen Eingriffe zu leugnen. Die Verhaftung von ukrainischen Regierungsmitgliedern sei »eine Aktion der Selbsterhaltung gewesen, mit der man der geplanten Ermordung deutscher Offiziere [...] zuvorkommen wollte«, das ganze habe »im Wege eines gerichtlichen Verfahrens« stattgefunden, und Skoropadskyj sei »von den ukrainischen Bauern« zum Het'man ausgerufen worden, versuchte Vizekanzler Friedrich Payer (1847-1931) im Haushaltsausschuß den Reichstagsabgeordneten wider besseres Wissen vorzugaukeln. Die Regierung sei wegen ihres »starre[n] Festhalten[s] an kommunistischen Theorien« gestürzt worden – zwar angeblich von ukrainischen Bauern, aber Payer hielt dies in Deutschland für ein überzeugendes Argument. <sup>142</sup> General Hoffmann behauptete auch in seinen Memoiren noch, der Oberbefehlshaber Ost habe auf den Regierungssturz »nicht den geringsten Einfluß« gehabt. <sup>143</sup>

Dem war aber nicht so. Der Liberale Payer erntete Widerspruch von Abgeordneten, die offenbar über eigene Informationsquellen verfügten. Scheidemann bemerkte, daß in der Ukraine »Dinge vorgingen, an denen die deutsche Verwaltung nicht unbeteiligt sei«. Den angeblichen Mordplan hielt er »für erfunden«, für die Verhaftungen habe es keine Rechtsgrundlage gegeben. Die Het'man-Regierung habe nicht nur »nicht die Mehrheit des Volkes hinter sich«, sondern verfolge auch wegen ihrer großrussischen Orientierung »der deutschen Politik völlig entgegengesetzte Ziele«. Im übrigen sei »auch das deutsche Vorgehen in der Ukraine manchmal unverantwortlich«. Erzberger schloß sich für das Zentrum dem SPD-Politiker ebenso an wie Ledebour für die USPD. <sup>144</sup>

Stresemann hingegen zeigte, wie egal es den Liberalen inzwischen war, was in der Ukraine vorging: Da den Kernpunkt des Friedensvertrages mit der Ukraine die »Lie-

<sup>141</sup> Princig an k.u.k. Min.d. Äuß., 7. 5. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 480, S. 32. – Forgách benutzte eine ganz ähnliche Sprache, als er von der Rada-Regierung als von »junge[n] Bürschen ohne Erfahrungen, ohne Ansehen« schrieb und sich rühmte, im April 1918 »im Verein« mit Groener und von Mumm »die Richtlinie für ein scharfes, unsere Interessen in der Ukraina sicherstellendes Vorgehen« festgelegt zu haben, dessen Durchführung sodann Groener »rasch entschlossen in die Hand« genommen habe (Forgách an Burián, 11.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 529, S. 98-106, hier S. 101, 102). – Groeners Kritik an den Ministern hatte sich allerdings erst langsam entwickelt. Anfang März hielt er die Rada-Politiker noch für harmlose und bescheidene junge Leute, und wenn er Ljubinskyj schon damals »gern dem Haarschneider ausgeliefert hätte«, dann schien das nur einen ja auch in späteren Jahrzehnten nicht unbekanntem kulturellen Generationenkonflikt auszudrücken (Groener, Lebenserinnerungen, S. 387).

<sup>142</sup> Vgl. Taras Hunczak, Die Ukraine unter Hetman Pavlo Skoropads'kyj. Phil. Diss. Wien 1960, S. 48; 232. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 4.5.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 2126-2127. Daß »Bauern« und nicht die Grundbesitzer den Het'man proklamiert hätten, wurde bald zur Standardformel (Vgl. etwa Wertheimer, Durch Ukraine, S. 137). Tatsächlich hatte der Bessarabier Michail Voronovič nur die Verleihung des Het'man-Titels an Skoropadskyj vorgeschlagen, was dann als »Wahl« oder »Regierungsübernahme« ausgewiesen wurde. Die Ausrufung der Ukraïnska Deržava erfolgte erst am 30. April, die Urkunde wurde auf den 29. 4. rückdatiert (Vgl. Hunczak, Die Ukraine, Diss., S. 42-45).

<sup>143</sup> Hoffmann, Krieg, S. 221.

<sup>144</sup> 232. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 4.5.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 2127-2129.

ferung von Getreide« bilde, hätten »die praktischen Gesichtspunkte den Vorrang vor den formalen«. Also distanzierte er sich zwar von den Verhaftungen, die mit Wirtschaftsfragen nichts zu tun hätten, aber daß das Militär die Ukrainer dazu bringen sollte, »auch Getreide ohne sofortige Gegenleistung« zu liefern, hielt Stresemann wie einen Tag später der deutsch-nationale Graf Westarp für völlig gerechtfertigt.<sup>145</sup>

Südekum rechtfertigte in einer der SPD eigenen Mischung von demokratischen und machtpolitischen Prinzipien zwar nicht den Umsturz, wohl aber das deutsche Ukraine-Engagement. Da die Entente-Koalition auch über den Krieg hinaus bestehen bleiben würde, solle Deutschland an seiner Randstaatenpolitik festhalten, um dadurch »Sicherungen von Finnland bis zum Schwarzen Meer zu schaffen«. Dafür müßten aber in diesen Staaten demokratische, von den Einwohnern getragene Bewegungen unterstützt werden, auch wenn sie Fehler begingen. In diesem Sinne sei die »Umwandlung« in der Ukraine »unheilvoll gewesen«. <sup>146</sup> Erzberger war noch milder – er akzeptierte, daß die ukrainische Regierung von den Deutschen nicht mehr unterstützt werden könne, und stieß sich nur an der Methode: Der Feldbestellungsbefehl sei abzulehnen, weil er »nichts bewirkt« habe, und zum Het'man-Putsch lautete sein Fazit: »Wir hätten aber den Weg gehen müssen, die Regierung langsam umzumodeln«. <sup>147</sup> Bei allen Differenzen in bezug auf die praktische Realisierung bestand ein breiter Konsens darüber, daß das Engagement in der Ukraine positiv zu bewerten sei.

Hiergegen polemisierte in der *Vossischen Zeitung* Georg Bernhard (1875-1944). Den Politikern warf er vor, nicht entschieden zu haben, ob es sich beim Ukraine-Frieden um einen »politischen« oder einen »Brotfrieden« handle. Um ein politisches Konzept könne es sich gar nicht handeln: Österreich habe aus materiellen Gründen unterschrieben und »nie daran gedacht, in der Ukraine Politik auf lange Sicht zu treiben«. Und auch den Deutschen sei es nur um »Brot« gegangen, daher sei der militärische Einsatz bis zur Konsequenz des Putsches programmiert gewesen. Und was die Politik beträfe, sei angesichts der russischen Dominanz in der Skoropadskyj-Regierung »der Traum von einer vollkommen selbständigen, vom übrigen Rußland ganz losgelösten Ukraine ganz ausgeträumt«. Der Ukraine-Pessimist nahm vielmehr an, »daß der russische Imperialismus von nun an seinen Sitz in Kiew haben und daß aller Wahrscheinlichkeit nach von Kiew aus der Neuaufbau des russischen Staatswesens und der russischen Wirtschaftspolitik beginnen« werde. Brest solle man daher als »Ausgangspunkt für den Abschluß des Gesamtfriedens mit Rußland [...] benutzen«. <sup>148</sup> Mit dieser Argumentation rückte er die deutsche Beteiligung am Het'man-Putsch in die Nähe der früheren Versuche, mit Rußland zu einem Separatfrieden zu gelangen. Er übersah dabei das *divide et impera* der deutschen Politik.

In Lemberg reagierten die dortigen ukrainischen National-Demokraten auf den Het'man-Putsch mit einer Versammlung am 11. Mai 1918, in der sie sich darüber

<sup>145</sup> 233. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 6.5.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 2132; 234. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 7.5.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 2135.

<sup>146</sup> 235. Sitzung des Haushaltsausschusses (Hauptausschusses) des Deutschen Reichstags, 8.5.1918, in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918, Bd. IV, S. 2141.

<sup>147</sup> Ebd., S. 2142-2143.

<sup>148</sup> Georg Bernhard, »Die Lehren der Ukraine«, *Vossische Zeitung* 6. 5. 1918.



entrüsteten, daß Deutschland mit Waffengewalt in die inneren Angelegenheiten der UNR eingegriffen habe. Man erwog sogar Kontakte zur Entente aufzunehmen.<sup>149</sup>

Der Staatsstreich in Kiew markierte jedenfalls einen politischen Einschnitt. Für die junge Mannschaft um Holubovyč, die sich auf den Pakt mit den Mittelmächten eingelassen hatte, bedeutete er das Ende der politischen Karriere. Sie war nicht nur mit ihren sozialen Reformen gescheitert, sondern hatte auch die Geduld der Mittelmächte überschätzt. Offenbar hatten die »jungen Leute« doch nicht den Habitus, der politischen Erfolg ermöglicht hätte. Männern aus dem »Establishment« traute man eben mehr. Sevrjuk mußte seinen Gesandtenposten in Berlin aufgeben.

Man kann natürlich darüber spekulieren, welche Bedeutung persönlichen Inkompatibilitäten bei dem Sturz der Rada-Regierung zukam. Es gibt ausreichend Hinweise, daß die politische Führung der UNR von niemandem ernstgenommen wurde. Zelinskyjs Erinnerungen enthalten zum Beispiel zwar Lob für die jungen engagierten Minister, schildern aber auch den verachtungsvollen Paternalismus der Deutschen. Sevrjuk und der Außenminister Ljubynskyj, beide ursprünglich Studenten, wurden von General Hoffmann auf den Arm genommen, der ihnen erklärte, wie sie sich als Diplomaten zu benehmen hätten.<sup>150</sup>

Der Einmarsch in die Ukraine war auf deutscher und österreichischer Seite seit 1915 der erste sichtbare Erfolg, und den mochten die Deutschen nicht mit unbotmäßigen ukrainischen Jungpolitikern teilen, die den Erfolg des Unternehmens gefährdeten. Diplomatische und private Papiere aus dieser Zeit sind voll von »Beurteilungen«, zu denen sich deutsche und österreichische, des Ukrainischen oder Russischen nicht mächtige Diplomaten und Militärs rasch befähigt sahen. Die ukrainischen Politiker hatten danach keine Chance. Am deutlichsten tritt dies in dem Bericht zutage, den Czernin Anfang April 1918 erhielt. Ein Vertreter des k.u.k. Armeeeoberkommandos wußte nach drei Tagen, daß Hruševskyj ein »hilfsloser[!], bedeutungsloser Greis« war und daß die Regierung aus »jungen Ehrgeizlingen« bestand, »durchaus nicht ernst zu nehmende, sich in undurchführbaren sozialistischen Ideen erschöpfende, meist studentisch unreife Männer, die von der Leitung eines Regierungsapparates keine Ahnung haben«, so daß der Berichterstatter überlegte, »ob das geringe Ansehen der jetzigen Regierung mit der Zeit es wünschenswert erscheinen lassen wird, eine andere Regierung zu kreieren und diese zu gewinnen«.<sup>151</sup> Von Eichhorns Repräsentant gewann von der Rada den Eindruck eines »studentischen Konventikels«, »wobei nur die Biergläser und der Salamander gefehlt hätten«.<sup>152</sup> Selbst gemäßigte Beschreibungen verbleiben im Negativen, wenn Hruševskyj als »ganz geschickt« und die Regierung als »zumeist junge Leute nicht ohne Intelligenz oder politische Gewandtheit, aber im ganzen doch nicht über das Mittelmaß hinausragend« charakterisiert wurden.<sup>153</sup>

<sup>149</sup> Vgl. Kost' Levyčkyj, Velykyj Zryv. L'viv 1931, S. 49-52.

<sup>150</sup> Viktor Zelinskyj, Syn'ožupannyky. Berlin 1938, S. 29-31.

<sup>151</sup> Trauttmansdorff an Czernin, 4.4.1918, Hornykiewicz I, Dok. 147, S. 355-358, hier S. 356.

<sup>152</sup> Zit. nach Baumgart, Ostpolitik, S. 130.

<sup>153</sup> AOK an Trauttmansdorff, 7.4.1918, Hornykiewicz I, Dok. 156, S. 375-378, hier S. 377. – Für Groener waren die ukrainischen Minister alle »junge Burschen ohne Wissen und Können«, Holubovyč dagegen »politisch ganz schlau« und den Deutschen gegenüber zuvorkommend, weil er wisse, daß seine Macht »nur auf unseren Bajonettspitzen« ruhe (Groener, Lebenserinnerungen, S. 392).

Wie wenig verlässlich derartige Beschreibungen waren, wird deutlicher, wenn ganze Listen abgearbeitet wurden: Wo Zaliznjak als »Theoretiker deutscher Orientierung« galt und Doncov eine »österreichische[.] Orientierung« bescheinigt wurde – die Anhänglichkeit an einen der beiden Bündnispartner war für die Österreicher stets ein wichtiger Punkt – meinte Generalmajor Alfred Freiherr von Waldstätten (1872-1952) als Bevollmächtigter des AOK bei der ukrainischen Regierung auch, Skoropadský könne »für Österreich gewonnen werden«, Petljura sei »sehr gebildet« und ein »Freund Österreichs«, während die »weiche Natur« Holubovyč ein »redegewandter, theoretischer Phantast« »in deutschem Sold« sei, Mykola Porš der »Mann der Zukunft« und Hruševskýj »ein aus Angst und Bedenken zusammengesetzter Greis«, der sich »ängstlich an die deutsche Macht« klammere.<sup>154</sup>

Die ukrainischen Autoren vergaben an die deutschen Vertreter auch nicht eben gute Noten: Dorošenko etwa kritisierte, daß die Deutschen in das Land Repräsentanten geschickt hätten, »die von der Ukraine nicht die geringste Ahnung hatten, sich nicht für sie interessierten und auf die ukrainische Staatlichkeit von oben herab blickten«. Der nominelle Kommandeur von Eichhorn, sei zwar noch »ziemlich sympathisch« (ljudyna [...] dovoli sympatyčna), aber der faktische Herrscher Groener ein Mensch »ohne besonders harte Prinzipien«, zwar begabt, aber vor allem an seiner Karriere interessiert, für die die Ukraine eine »vorübergehende Episode« sei. Seine Grobheit verbuchte Dorošenko als die übliche Verhaltensweise eines preußischen Generals gegenüber »Nicht-Deutschen und Nicht-Militärs«. Für schlimmer als von Mumm, der nach Dorošenko noch Haltung bewahrte, hielt der Außenminister dessen Vertreter und Nachfolger Johannes Graf von Berchem (1881-1962), sei sein Verhalten doch von »Grobheit und Frechheit« geprägt gewesen.<sup>155</sup> Deutlich wird, daß sich Deutsche und Ukrainer zunächst einmal nicht mochten, aber langsam lernten, daß sie bis zu einem gewissen Grad aufeinander angewiesen waren.

Mit der Ankunft der Deutschen wurde der im Januar 1918 ausgerufene Staat faktisch zu einem Protektorat, dessen Außenbeziehungen und Wirtschaft in die Kompetenz der Fremden übergingen. Die Holubovyč-Regierung war sich dessen bewußt, daß sie das einzige tat, was sie an der Macht halten konnte: sich fügen. Aber wenn sie einen Rest von Autorität bewahren wollte, konnte sie nicht völlig auf ihr Programm verzichten und saß folglich zwischen allen Stühlen.

Jevhen Konovaléc veröffentlichte im ersten Heft der neuen Nationalisten-Zeitschrift 1928 eine Kritik an der Rada-Regierung:

»[...] Die Tatsache des Aufenthalts der Deutschen in der Ukraine, zu dem die Zentralrada beigetragen hatte, hätte sie bewegen müssen, einen gewissen »modus vivendi« mit den Deutschen zu suchen; die Tätigkeit der Zentralrada wies jedoch auf etwas entgegengesetztes hin.«<sup>156</sup>

<sup>154</sup> Von Waldstätten an k.u.k. Min.d.Äuß., 16.4.1918, Hornykiewicz I, Dok. 161, S. 381-386. Dies hinderte die Mittelmächte nicht, Hruševskýj als grundsätzlich »deutschfeindlich« einzustufen und ihm im Mai 1918 eine von den österreichischen Vertretern vor Ort befürwortete Reisegenehmigung nach Lemberg zu versagen (Fleischmann an AOK, 10.5.1918; AOK an Trauttmansdorff, 12.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 486/7, S. 40).

<sup>155</sup> Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 6-7.

<sup>156</sup> Jevhen Konovaléc, »Pryčynky do istorii roli Sičovyh Stril'civ v Ukraïns'kij revoljucii«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), H. 1, S. 18-23, hier S. 21.

Bemerkenswert ist, daß der radikale Independentist Konovaléc hier den »modus vivendi« mit den Deutschen anriet und die sozialrevolutionären Ziele der Rada, die auf Ukrainisierung hinausliefen, kritisierte. Ist dies ein Schlüssel zur immer wieder auch von den härtesten Nationalisten gesuchten Verständigung mit den Deutschen, selbst unter höchst demütigenden Bedingungen?

## 6. UKRAINISCHES MILITÄR UND ERZHERZOG WILHELMS UKRAINOPHILIE 1918

Nicht allein das Verhältnis zur Rada-Regierung komplizierte die deutsche Okkupation der Ukraine. Der österreichische Verbündete hatte ein eigenes Engagement an den Tag gelegt, stand mit ukrainischen Truppen im Lande und besaß in der Person des Erzherzogs Wilhelm von Habsburg (1895-1949/55?) einen Thronprätendenten, der, wenn nicht der Rada, so doch dem von den Deutschen geförderten Het'man Pavlo Skoropadskýj gefährlich werden konnte.

Im Ersten Weltkrieg kam der »Befreiungsanspruch« der an den Ostfronten gegeneinander kämpfenden Armeen nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß auf allen Seiten militärische Formationen gebildet wurden, die die jeweilige Befreiung des eigenen Volkes von dem Druck der Gegenseite zum Ziel hatten. Trotz dem Drängen ukrainischer Politiker wurden aber bis zum Brester Frieden keine nennenswerten ukrainischen Einheiten durch die Deutschen aufgestellt. Der Einsatz der Kriegsgefangenen blieb auf propagandistische Vorhaben im besetzten Gebiet beschränkt. Auch in Österreich achtete man darauf, in die 1914 aufgestellte Ukrainische Legion, aus der im August 1915 das »1. k.k. Ukrainische Freiwillige Ssitsch Schützenregiment« (c.k. **Ukrainiški Sičovi Stril'ci**, Polk č. 1 – USS) wurde, nur Staatsangehörige der Habsburgermonarchie aufzunehmen.

Dessen politische Bedeutung wurde erst herausgestrichen, als im März 1918, also nach dem Frieden von Brest, die USS einem Detachement unterstellt wurden, dessen Kommandant Erzherzog Wilhelm von Habsburg war.<sup>157</sup> Wilhelm sprach ukrainisch und war »ukrainophil«, was sich nach außen darin ausdrückte, daß er gern ukrainische Trachtenstickhemden trug, die ihm den Beinamen »Vasyl' Vyšyvanyj« (der Bestickte) eintrugen. Vorstellbar ist, daß die ruthenischen Politiker von einer habsburgisch regierten Ukraine eine Mehrung ihres Einflusses erhofften. Daß eine solche Lösung in den Jahren, in denen Wilhelm Prinz von Wied (1876-1945) sich Hoffnungen auf Albanien und Wilhelm Herzog von Urach (1864-1928) auf Litauen machte und in denen Wilhelms Vater Erzherzog Karl Stephan (1860-1933) und sein Bruder Karl Albrecht (1888-1951) als Regenten eines Königreichs Polen in Aussicht genommen wurden, keine bloße Phantasterei war, wird nicht zuletzt dadurch belegt, daß Pavlo Skoropadskýj

<sup>157</sup> Vgl. Wolfdieter Bihl, »Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 51-62, hier S. 51-52. – Wilhelm war niemals Kommandeur der Legion selber (Vgl. Ripečkýj, *Strilectvo*, S. 193). Die Unterstellung soll am 2. März 1918 erfolgt sein (Vgl. *Istorijska Ukrainiškohe Vijska*, L'viv 1992 (1936), S. 447).

seine Position als Het'man der Ukraine durchaus von den »Unierten« und dem »Wiener Hof« gefährdet sah.<sup>158</sup>

Die USS waren erstmals bei Verteidigungskämpfen in den Karpathen eingesetzt worden und hatten sich in Galizien 1915 daran beteiligt, die russischen Truppen zurückzudrängen. Ende April 1915 geriet bei dem Berg Makivka in den Karpathen Jevhen Konoval'ec in russische Gefangenschaft. Zwar beteiligten sich auch die USS an der Wiedereroberung des Berges und hatten dabei hohe Verluste, Konoval'ec diente jedoch in dem regulären 19. Landsturmregiment.<sup>159</sup> Bei Kämpfen in der Nähe von Berežany im September 1916 gerieten beim Gegenangriff der USS Andrij Mel'nyk (1888-1967), Vasyl' Kučab'skyj (1895-?), Ivan Čmola (1882-1939) und andere in russische Gefangenschaft.<sup>160</sup>

Im Laufe des Jahres 1917 waren die Independentisten auch in den USS selbstbewußter geworden. Angeblich kam es schon zu Ostern 1917 zu einem »Waffenstillstand« und zu gegenseitigen Besuchen der einander gegenüberliegenden ukrainischen Truppen gekommen.<sup>161</sup> Am 30. Mai 1917 wurde dann ein großer Teil der Legion kampflös von den Russen gefangengenommen. Sicherheitshalber wurden daraufhin die verbliebenen Einheiten aufgeteilt.<sup>162</sup> Zur Tradition des Rests der USS gehört es, daß sie berieten, ob sie nach der Verkündung des III. Universals (am 20. November 1917) zu der selbständigen, aber noch nicht unabhängigen Rada-Republik überlaufen sollten, was besonders der damalige Unterführer Dmytro Paliiw (1896-1944) forderte. Man verwarf dies jedoch. Dafür sollte eine »Geheimorganisation« gebildet werden, die nötigenfalls der Rada-Ukraine zur Hilfe kommen sollte, was den USS in Wien den Verratsvorwurf eintrug.<sup>163</sup> Nach dem Angriff der Bol'seviki auf die Rada sollen jedoch USS-Offiziere nach Kiew delegiert worden sein.

Nach dem Friedensschluß mit der Ukraine und dem »Hilfersuchen« begannen deutsche Truppen ihren Vormarsch in die Ukraine am 18. Februar, die österreichischen folgten am 21. Februar 1918. Die aufgefüllten Einheiten der USS überschritten am 27. Februar 1918 den Zbruč an seiner Mündung in den Dnestr, und marschierten durch

<sup>158</sup> Vgl. Pavlo Skoropad'skyj, *Erinnerungen 1917 bis 1918*. Stuttgart 1999, S. 235-236. Ungeachtet dessen berichtet Doncov in seinem Tagebuch, Skoropad'skyj habe die Aktivitäten des Erzherzogs nicht als Gefahr aufgefaßt. Er sah sich demnach völlig von den Deutschen protegiert, damit auch gegen den österreichischen Adligen geschützt. Zudem habe er erklärt, die Deutschen seien ihm im Unterschied zu den Österreichern sympathisch (Doncov, *Rik* 1918, Kyiv. Toronto 1954, S. 16, 24). Ob dies zutrif, sei dahingestellt.

<sup>159</sup> Vgl. Stepan Šach, »Molodist' Jevhena Konoval'cja«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konoval'ec ta joho doba*. München 1974, S. 45-87, hier S. 74; Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konoval'ec«, in: Z. Knyš (Hg.), *Sribna Surma. Zbirnyk II*, Toronto 1963, S. 124-145, hier S. 137; *Istorija Ukraïnskoho Viiška*. L'viv 1992 (1936), S. 302-303, 316-320.

<sup>160</sup> Vgl. Navročkyj, »Polkovnyk« in: Knyš, *Sribna Surma II*, S. 138.

<sup>161</sup> Stepan Šach, »Molodist' « in: Bojko, *Jevhen Konoval'ec*, hier S. 81, 87. – Da es auch an der Westfront zu hohen Feiertagen diese Waffenstillstände gab, ist die Information nicht unwahrscheinlich, aber auch nicht politisch signifikant (vgl. Michael Jürgs, *Der kleine Frieden im großen Krieg. Westfront 1914*. München 2003).

<sup>162</sup> Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Viiška*. L'viv 1992 (1936), S. 341-342.

<sup>163</sup> Bohdan Hnatkevyc' u.a. (Hg.), *Ukraïnski sičovi stril'ci 1914-1920*. L'viv 1935, Repr. L'viv 1991, S. 95-6. Vom selben Autor viel zurückhaltender Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Viiška*. L'viv 1992 (1936), S. 343. – Vgl. auch Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 182; Osyp Dumin, *Istorija Legionu Ukraïnskych Sičovych Stril'civ 1914-1918*. L'viv 1936, S. 242-243.

Podolien.<sup>164</sup> Daß sie sich von nun an nicht mehr als österreichische Truppen, sondern als Truppen der Rada betrachtet hätten, die die Befehle der Okkupationsmacht nicht beachteten, ist eher unglaubwürdig. Volodymyr Martyneć (1899-1960) beschreibt vielmehr, daß er und einige andere USS-Angehörige zu den Kiewer Truppen desertiert seien, und dafür sei er auch im Sommer 1918 inhaftiert worden.<sup>165</sup> Aber den USS wurde in der nationalen Legendenbildung eine wichtige Rolle zugewiesen:

»Auf diesem Weg [jenseits des Zbruč] kamen die USS erstmals mit der lokalen ukrainischen Bevölkerung und ihren Einstellungen in Berührung. Die ländliche Masse war wenig nationalbewußt und dazu durch verschiedene revolutionäre Aufrufe anarchisiert; sie kannte sich in den sozialen und nationalen Fragen überhaupt nicht aus. Die Haupterrungenschaft der Revolution war für die Landbevölkerung die Aufteilung des Herrenlandes und um diese Angelegenheit kreisten alle ihre Interessen. Die Städte in der Ukraine waren denationalisiert, und gering war damals der Kreis der bewußten ukrainischen Intelligencija. Überall, wo die USS durchkamen, hinterließen sie den Zauber des nationalen Militärs und der Nationalidee; ihr Zug war eine wirkliche mobile Propaganda für die ukrainische Staatlichkeit. [...] Die Schützen hinterließen bei der ukrainischen Bevölkerung nationales Bewußtsein, Glauben an den eigenen Staat und Liebe zum Schützenwesen.«<sup>166</sup>

Nach dem Ausbruch von Rivalitäten mit den Deutschen wurde am 29. März 1918 die Ukraine in Einflußzonen eingeteilt, die sich bald als Okkupationszonen erweisen sollten.<sup>167</sup> Am 5. April 1918 trafen in Kiew USS-Abgesandte mit Konovalěc zusammen, der sie auf politische Veränderungen vorbereitete.<sup>168</sup> Die USS waren zunächst nach Odessa geschickt und Anfang April nach Cherson in Marsch gesetzt worden. Die Österreicher nahmen den Bol'sheviki Cherson ab und besiegten sie noch einmal am 13. April 1918 bei Aleksandrovsk (heute Zaporizžja). Erst hier waren die USS an Kämpfen beteiligt, aber da sie vorschnell angegriffen hatten, wurden sie zurückgeschlagen und die Deutschen nahmen die Stadt am 16. April ein.<sup>169</sup> Die USS verbrüdereten sich dafür mit der Zaporoger Division, die von der Krim zurückkehrte. Die Zaporoger dürften nach dem Staatsstreich des Het'mans auf die Idee verfallen sein, Wilhelm »zum gewählten Het'man in der Rolle eines Staatspräsidenten« zu proklamieren, wie es im Jubiläumsband 1935 hieß.<sup>170</sup>

Man schrieb in der nationalen Literatur die »nationale Erweckung« der Ukrainer dieses Gebiets den USS im Verband des österreichischen Militärs zu. Die Galizier organisierten danach in Aleksandrovsk ein ukrainisches Schulwesen, gaben ein Wochenblatt (»Sič«) heraus und richteten Lesestuben in den umliegenden Dörfern

<sup>164</sup> Vgl. Ripećkyj, *Strilectvo*, S. 185.

<sup>165</sup> Vgl. ebd., S. 186; Volodymyr Martyneć, *Ukraïnske pidpillja*. Winnipeg 1949, S. 21-23.

<sup>166</sup> Hnatkevyč, *Ukraïnski sičovi stril'ci 1914-1920*, S. 97; vgl. auch Kost' Levyćkyj, *Velykyj Zryv*. L'viv 1931, S. 60. – Der geringe Grad von ukrainischem Nationalbewußtsein wird bestätigt durch Ripećkyj, *Strilectvo*, S. 187.

<sup>167</sup> Militärische Vereinbarung, 29. 3. 1918, nach Gor'kij, *Krach*, Dok. Nr. 7, S. 31-33.

<sup>168</sup> Vgl. Nykyfor Hirnjak, *Polk. Vasyl' Vyšyvanj*. Winnipeg 1956, S. 18. – 1928 schrieb Konovalěc, er habe zwei Wochen vor dem 29. 4. davon erfahren, daß die Deutschen sich für Skoropadskyj entschieden hätten (Jevhen Konovalěc, *Pryčynky do istorii Ukraïnskoï revolucii*. Praha 1928, S. 5; ders., »Pryčynky do istorii«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), S. 19).

<sup>169</sup> Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 4(1992) (1936), S. 447-448.

<sup>170</sup> Hnatkevyč, *Ukraïnski sičovi stril'ci*, S. 98. Vgl. auch Dumin, *Istorija Legionu*, S. 256.

ein.<sup>171</sup> Als gewaltsame Getreiderequirierungen zu Unruhen führten, wurde die Kampfgruppe des Erzherzogs Anfang Juni in die Gegend von Elizavetgrad (heute Kirovohrad) verlegt und verstärkt. Sie mußte dort nolens volens zusammen mit deutschen Truppen gegen unruhige Bauern vorgehen.<sup>172</sup> Die Fraternalisierung der USS in Aleksandrovsk und im zeitweise umkämpften Elizavetgrad (allerdings eher im Umland als in den russifizierten Städten) wurde in Kiew als Bedrohung aufgefaßt. Auch desertierten USS-Angehörige zur Zaporoger Division bzw. zu den Sič-Schützen nach Kiew, die einige ihrer früheren Offiziere ausbildeten.<sup>173</sup> Die Vermischung der Truppen wurde deutlich, als viele Angehörige des von der Rada gebildeten Verbands aus österreichischen Kriegsgefangenen sich nach dessen Auflösung umgekehrt den USS anschlossen.<sup>174</sup>

Im Juli 1918 richteten die USS ein »Kommissariat« in Kamjaneć Podil'skyj unter dem Juristen Osyp Nazaruk (1883-1940) ein, der die ukrainisierende Bildungsarbeit fortzusetzen versuchte, die die USS beim Durchmarsch begonnen hatten. Der Het'man beendete diese Aktivitäten im September 1918.<sup>175</sup>

Auf russischer Seite wurden ukrainische Verbände später als in Österreich eingerichtet. Das Zarenreich hielt bis zu seinem Untergang einen Teil Galiziens besetzt und stand auf dem Standpunkt, daß Ukrainer keine separate Nation seien. Trotzdem wurden die ruthenischen gefangenen Offiziere Ende 1916 an der Volga in Dubovka bei Caricyn zusammengefaßt. Hier trafen Konovaléc, der bis dahin weiter südlich in Černyj Jar in einem »normalen« Gefangenenlager untergebracht war, mit Mel'nyk und Kučabskyj, die bei den USS gedient hatten, zusammen.<sup>176</sup> Vom Juni 1917 an wurden den ukrainischstämmigen Gefangenen größere Freiheiten gewährt, sie konnten miteinander Kontakte pflegen, Konovaléc wurde im Juli 1917 sogar auf »Urlaub« nach Kiew geschickt.<sup>177</sup>

Er soll dem Generalsekretariat erst bei dieser Gelegenheit die Aufstellung eines Freiwilligen-Verbands vorgeschlagen haben. Der USS-Offizier Čmola begab sich ebenfalls nach Kiew, und im September 1917 setzte sich Konovaléc endgültig in die

<sup>171</sup> Hnatkevyč, *Ukrajnski sičovi stril'ci*, S. 98. Dorošenko nannte bei aller Kritik an der österreichischen Besetzung der Ukraine in seinen Memoiren die USS als ihre »einzige positive Erscheinung« (Dmytro Dorošenko, *Moi spomyny pro nedavne-mynule*, S. 282). Vgl. dazu Hirnjak, *Vasyl' Vyšyvanyi*, S. 28-29.

<sup>172</sup> Hnatkevyč, *Ukrajnski sičovi stril'ci*, S. 99. – Vgl. Forgách an Min.d. Auß., 11.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 530, S. 106-107. Nach der Legende sabotierten die USS diesen Auftrag, indem sie »diplomatisch« vorgingen und die »Mißverständnisse« friedlich beilegten (Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 450). Osyp Dumin schildert dieses Vorgehen ebenfalls (Dumin, *Istorija Legionu*, S. 262).

<sup>173</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 192.

<sup>174</sup> Vgl. Dumin, *Istorija Legionu*, S. 259.

<sup>175</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 198-200.

<sup>176</sup> Vgl. Navročkyj, »Polkovnyk«, in: *Knyš, Sribna Surma II*, S. 138. – Bei Konovaléc Totenfeier behauptete Omel'čenko, Konovaléc sei aus dem Gefangenenlager geflohen, hierüber sind sonst jedoch keine Informationen zugänglich gewesen, es mag sich um eine hagiographische Ausschmückung gehandelt haben (Tymiš Omel'čenko, »Poklin pamjati Voždja«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 2). Vgl. Šach, »Molodist'«, in: *Bojko, Jevhen Konovaléc*, hier S. 80.

<sup>177</sup> Ebd., S. 81. – Dmytro Herčaniivskyj, »Z Jevhenom Konoval'cem za deržavnu nezaležnist' Ukraïny (1917-1919 r.)«, in: *Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 178-226, hier S. 182.

ukrainische Hauptstadt ab. Ende Oktober 1917 sprach Konovaléc vor einer um das »Galizisch-Bukowinische Komitee für Kriegsopferhilfe« gescharten Versammlung von Flüchtlingen und Gefangenen. Er soll dazu aufgerufen haben, »westukrainische Militäreinheiten für den Kampf gegen Österreich und für den Anschluß der westukrainischen Gebiete an die Ukraine zu bilden«. <sup>178</sup> Damit hatte Konovaléc seinen Eid als österreichischer Offizier gebrochen und war zum Feind übergelaufen. <sup>179</sup> Die österreichischen Befürchtungen, nach der Februar-Revolution würde sich die Dynamik der nationalen Befreiung gegen das Habsburgerreich wenden, hatten sich also bewahrheitet. Von der »Parsifal-Treue« <sup>180</sup> war nichts mehr übrig geblieben, und während die Deutschen Bedenken hatten, die kriegsgefangenen Ukrainer gegen ihr bisheriges Land in den Krieg zu schicken, hatte Konovaléc diese Bedenken nicht (es ist jedoch nicht nachweisbar, daß die UNR einen Einsatz gegen Österreich in Erwägung gezogen hätte). Daß die Soldaten damit nicht nur gegenüber Österreich Verrat betrieben, sondern auch ihre Rechte als Kriegsgefangene verloren, mußte dem Juristen Konovaléc klar sein. Der Übertritt zum Gegner sollte aber von nun an für ukrainische Nationalisten nichts Ungewöhnliches mehr sein.

Am 12. November erklärte sich das Generalsekretariat (Regierung) der UNR mit der Aufstellung eines Verbands aus österreichischen Kriegsgefangenen einverstanden, es entstand das »Galizisch-bukowinische Bataillon der Sitsch-Schützen« (Halyćko-bukovynskýj Kuriń Sičovych Stril'civ), das anfangs gerade 60-80 Mann zählte, aber schnell stärker wurde. Den Aufruf eines »Provisorischen Hauptrates der galizischen, bukowinischen und ungarischen Ukrainer in Kiew« (Tymčasova Holovna Rada halyćkych, bukovynských i uhorskych Ukraïnciv) in der Kiewer Presse vom 13. November 1917 an k.u.k. Soldaten, die in den Wirren der Revolutionszeit aus den Gefangenenlagern fliehen und sich nach Kiew durchschlagen konnten, sich freiwillig zu dem Bataillon zu melden, unterzeichneten neben dem Vorsitzenden Ivan Lyzanivskyj (1882-1934) auch Konovaléc, Ivan Čmola und Roman Daškevyč (1892-1975). <sup>181</sup> Mit dem »Schützenrat« (Strilećka Rada) erhielt der Verband unter Konovaléc' Vorsitz eine politische Komponente, die sich an der USS-Tradition orientierte. <sup>182</sup>

Anfang 1918 wurden gefangengenommene Offiziere der USS, wie die Leutnante Andrij Mel'nyk, Vasyl' Kučab'skyj und Roman Suško (1894-1944) zu den neu aufgestellten Gefangenen-Truppen gelassen. <sup>183</sup> Eine zweite Kompanie aus Galiziern wurde unter Osyp Dumin (1893-1945) aus Gefangenen, die zur Zwangsarbeit in Bergwerken eingesetzt gewesen waren, gebildet. <sup>184</sup> Am 6. (19.) Januar 1918 berief der »Schützenrat« eine Versammlung ein, an der bereits 600 Soldaten teilnahmen. Sie wählten Konovaléc zum Kommandeur. Vor allem sollten die »Anarchie« (in Gestalt der Bol'sheviki) be-

<sup>178</sup> Ebd., S. 183-184.

<sup>179</sup> Dieses Überläufertum wird in der ukrainischen Historiographie kaum thematisiert. Eine Ausnahme war Kučab'skyj und Viktor Holubko, *Armija Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky 1917-1918. Utvorennja ta borot'ba za deržavu*. L'viv 1997, S. 121 – dort auch Zitat aus Kučab'skyjs Artikel »Kyïv'ski Sičovi Stril'ci« aus dem *Kalendar' Prosvity*. L'viv 1922, S. 150.

<sup>180</sup> Ostap Hrycaj, »Žyttja i dijəl'nist' Jevhena Konoval'cja do revolucii 1917 roku«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 17-44, hier S. 40.

<sup>181</sup> vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 222. – Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 385.

<sup>182</sup> Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 386.

<sup>183</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 160-161, 223-224.

<sup>184</sup> Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 386.

kämpft und die junge Staatlichkeit der UNR verteidigt werden. Aber der »Schützenrat« verpflichtete die Truppe auch, gegen Österreich zu kämpfen. 83 Angehörige verließen daraufhin den Verband.<sup>185</sup> Dieser nannte sich nun »1. Bataillon der Sitsch-Schützen« (*Peršyj Kuriń Sičovych Stril'civ – SS*), stellvertretender Kommandeur war Mel'nyk, die erste Kompanie führte Roman Suško. Eine Ersatzkompanie stand unter dem Befehl Kučabskyjs, eine Artilleriebatterie unter demjenigen Roman Daškevyč.<sup>186</sup> Daß die Abkürzung »SS« für diese Militärformation später Gleichsetzungen von Unvergleichlichem nahelegen würde, ahnte 1918 noch niemand. Die Ausbildung des Verbands galt als (im Vergleich mit den rußländischen Truppen) hervorragend, auch wenn die Soldaten sich erst an die ukrainische Kommandosprache gewöhnen mußten.<sup>187</sup>

Unter ihren österreichischen Offizieren verteidigten die SS Poltava und Kiew gegen die vorrückenden Bolševiki, sie schlugen am 1. Februar den bolschewistischen Aufstand in Kiew nieder,<sup>188</sup> waren die einzig verlässliche »Garde« der nach Žytomyr und Sarny geflohenen Rada-Regierung und kehrten mit ihr am 3. März 1918 nach Kiew zurück, wo der Verband vergrößert wurde und nun aus 3000 Mann bestand. Konoval'ec wurde Regimentskommandeur, Mel'nyk sein Stabschef; beide wurden zu Obersten (polkovnyk) befördert. Suško und Kučabskyj waren nun Bataillonskommandeure.<sup>189</sup> 1928 war Konoval'ec darauf stolz, gemeinsam mit den Deutschen die »Einwohner Kiews (bekannt wegen ihrer »Loyalität« zur ukrainischen Herrschaft)« entwaffnet und gemeinsame antibolschewistische Expeditionen in die Provinz unternommen zu haben. Dabei habe er »die wachsende Empörung der Deutschen wegen der Politik der Zentralrada kennengelernt«.<sup>190</sup>

Die Mischung dieses Verbandes trug zur späteren Perzeption der turbulenten »Revolutionsphase« in der Ukraine bei. Die »Elitetruppe« der Rada war also eine schnell aufgestellte Truppe aus kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren des bisherigen Gegners, die allerdings im Unterschied zu den chaotischen russischen Verbänden die österreichische Disziplinarordnung wiedereingeführt hatte. Der österreichische Kon-

<sup>185</sup> Herčaniivskyj, »Z Jevhenom Konoval'cem«, in: Bojko, Jevhen Konoval'ec S. 191-192.

<sup>186</sup> vgl. ebd., S. 191; Ripečkyj, Strilectvo, S. 224-225.

<sup>187</sup> Vgl. Viktor Holubko, *Armija Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky 1917-1918. Utvorennja ta borot'ba za deržavu*. L'viv 1997, S. 162-163.

<sup>188</sup> Was in der kommunistischen Literatur Konoval'ec den Titel »Henker der ukrainischen Arsenal-Arbeiter« eintrug (Vgl. etwa Marko Terlycja, *Nacionalistyčni skorpiiony*. Kyïv 1963, S. 14).

<sup>189</sup> Vgl. Hnatkevyč, S. 117-8; Vgl. *Istorija Ukraïnskoho Vijska*. L'viv 1992 (1936), S. 387; Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 230-239; Holubko, *Armija*, S. 190. – Wie für Vynnyčenko in seinen Memoiren (*Vidrodžennja nacii*. Bd. 2, S. 216) galt in der Sowjethistoriographie der Satz, niemand habe die UNR mehr verteidigt. Holubko widerspricht dem nicht nur, sondern sieht bereits in diesem Stadium die SS als integrierten Bestandteil der UNR-Armee (Holubko, *Armija*, S. 168). – Die »Beförderung« des SS-Kommandeure ist allerdings im Lichte dessen zu sehen, daß die UNR-Armee, hierin der Praxis der Roten Armee entsprechend, die Dienstgrade abgeschafft und durch Dienststellungsbezeichnungen ersetzt hatte. Der Kommandeur eines Regiments (polk) war dadurch automatisch »polkovnyk«, was als Dienstgrad mit Oberst übersetzt wird. Den Titel eines Obersten verwandte Konoval'ec von nun an bis zu seinem Tode – und wurde auch von seinen Anhängern so genannt. Andrij Mel'nyk schrieb dieser Verteidigung der UNR durch die SS zu, daß der Brester Frieden mit der Ukraine überhaupt erst abgeschlossen werden konnte und damit die de jure Anerkennung der Ukraine verbunden gewesen sei (Vgl. Andrij Mel'nyk, »Kyïv – Motovylyvka – Karabčyiv«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konoval'ec ta joho doba*. München 1974, S. 166-177, hier S. 167).

<sup>190</sup> Jevhen Konoval'ec, »Pryčynky do istorii«, *Rozbudova Nacii* I (1928), S. 19.



sul von Hoffinger hielt von ihr aber ebensowenig wie von anderen ukrainischen Soldaten: »[D]ie hier aufgestellten neuen ukrainischen Formationen in operettenhaften Kosaken-Uniformen haben sich als wenig zuverlässig erwiesen und zeigen vielfach Neigung zu Plünderungen und Judenpogromen«. <sup>191</sup>

Am 1. Mai 1918, im Anschluß an den Skoropadskyj-Putsch, wurden die SS aufgelöst und entwaffnet, da sie als nationalbewußte Truppe den Besatzern nicht zuverlässig erschienen. <sup>192</sup> Hier stehen nun zwei Darstellungen im Konflikt miteinander: Nach der einen soll Skoropadskyj Konovalëc und Mel'nyk vorgeschlagen haben, die SS mögen ihn anerkennen, was die beiden ablehnten. Sie sollen dem Het'man erklärt haben, mit ihm nicht verhandeln zu wollen, da er von Russen beeinflusst sei, und ihm dann schon den Kontakt mit den Deutschen vorzuziehen. Zudem sage der Het'man sowieso kein Wort »ohne Anweisungen von den Deutschen bekommen zu haben«. <sup>193</sup> Dieses Narrativ würde zur gegenseitigen Abneigung zwischen Skoropadskyj und den OUN-Führern passen, als dieselben Personen im deutschen Exil wieder aufeinander treffen sollten.

Dorošenko hingegen schrieb, Konovalëc sei am 29. April abends um 20 Uhr beim gerade proklamierten Het'man erschienen und habe angeboten, ihm zu dienen, er müsse sich aber noch mit seinen Leuten beraten. Die SS hätten dann »lange gezögert« und seien in der Nacht entwaffnet und aufgelöst worden. <sup>194</sup> Diese Darstellung wäre nicht ganz so schmeichelhaft für Konovalëc, der demnach seine SS nicht »im Griff« hatte und sich dem Het'man anbot. Welche dieser Versionen zutrifft, ist unklar. In den allgemeinen Diskurs gingen die erstere ein.

Nach Konovalëc stellte der deutsche Oberst Giese die SS vor die Alternative, sich unmittelbar den Deutschen bzw. dem Het'man zu unterstellen oder die Waffen abzugeben. Daher sei nur die Auflösung als »ehrenvolle« Lösung übriggeblieben. Die Legende will es, daß die Waffen jedoch im Hof der Kaserne aufgestellt und damit nicht förmlich den Deutschen übergeben worden seien. Dies war aber nun auch schon gleichgültig. <sup>195</sup>

Die »Blauröcke« waren von den Deutschen bereits im Vorfeld des Putsches entwaffnet worden (s. S. 286). Sie stellten dem Het'man keine Truppen zur Verfügung, und das vage Versprechen, irgendwann einmal doch eine ukrainische Armee zu tolerieren,

<sup>191</sup> Hoffinger an Czernin, 12. 3. 1918, Hornykiewicz I, Dok. 131, S. 319-321, hier S. 321.

<sup>192</sup> Trautmandorff an Princig, 3. 5. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 472, S. 16-17: »Da mir die Aufstellung einer ukrainischen Armee, solange unsere Truppen dort stehen, überflüssig und nicht unbedenklich erscheint[...]«. Vgl. Volodymyr Martynec, *Ukrainske pidpilja*. Winnipeg 1949, S. 23. Nach *Istoriija Ukraïnskoho Vjjska*. L'viv 1992 (1936), S. 421, am 30. April 1918.

<sup>193</sup> Vgl. Jevhen Konovalëc, *Pryčynky do istorii Ukraïnskoï revoljucii*. Praha 1928, S. 7; ders., »Pryčynky do istorii roli Sičovych Stril'civ«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), S. 20; Ripečkyj, *Stril'ctvo*, S. 242.

<sup>194</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. II, Kyïv 2002 (1930), S. 28.

<sup>195</sup> Jevhen Konovalëc, *Pryčynky do istorii Ukraïnskoï revoljucii*. Praha 1928, S. 7; Hirnjak will Konovalëc geraten haben, Skoropadskyjs Angebot anzunehmen, um ihn abzusetzen, wenn er etwas zum Schaden der Ukraine leisten sollte, was Konovalëc jedoch für unrealistisch gehalten habe (vgl. Nykyfor Hirnjak, *Polk. Vasyl' Vyšyvanyj*. Winnipeg 1956, S. 19). Konovalëc schrieb später, die russische Bindung Skoropadskyjs sei der Hauptgrund für die Ablehnung gewesen; er hätte sich dessen Angebot überlegt, wenn auch nur eine der ukrainischen Rada-Parteien Skoropadskyj unterstützt hätte (Jevhen Konovalëc, »Pryčynky do istorii roli Sičovych Stril'civ v Ukraïnskej revoljucii«, *Rozbudova Nacii* 1(1928), II. 1, S. 18-23, hier S. 21). Vgl. auch Herčaniivskyj, »Z Jevhenom Konoval'cem« in: *Bojko, Jevhen Konovalëc*, S. 203-204.

erklärte Groener damit, daß man »die Konzession der Bildung einer Armee habe machen müssen, um dem Hetman die bittere Pille zu versüßen«. <sup>196</sup> Die SS liefen auseinander; sie durften frei die Kaserne an der Lemberger Straße 24 in Kiew verlassen, die Offiziere sogar mit Handfeuerwaffen, und gingen zum Teil zu den USS, die noch in Aleksandrovsk standen, zum Teil aber auch zum Zaporoger Korps, wo Roman Suško Bataillonskommandeur und Roman Daškevyč Batterieführer wurden. <sup>197</sup> Konovalč hielt den Kontakt mit dem Het'man aufrecht.

Dieses »Auseinanderlaufen« war den Österreichern nicht recht. Im Mai 1918 wollten sie die aus der Kriegsgefangenschaft in die SS eingetretenen Soldaten in geschlossenen Transporten in die Monarchie überführen, in Sonderlagern festsetzen und wegen »Bruch der eidlich angelobten Dienstpflicht«, »Verbrechen gegen die Kriegsmacht« bzw. Desertion gerichtlich belangen. <sup>198</sup> Das war rechtlich durchaus begründet, und deshalb zogen es die Schützen, die in der Ukraine gestrandet waren, vor, nicht nach Galizien zurückzufahren. <sup>199</sup> Später vermerkte man, die ehemaligen k.u.k. Soldaten hätten sich »im ganzen Lande verteilt« und betrieben »eine Zentralmächte [!] feindliche Propaganda«. <sup>200</sup> Im September 1918 kamen Armee und Kriegsministerium überein, eine Amnestie abzulehnen (»Es geht nicht an, politische Gründe den militärischen voranzustellen.«). <sup>201</sup> Die Diskussion war jedoch akademisch, weil die meisten SS, zu denen sich ja vorwiegend überzeugte Nationalukrainer gemeldet hatten, nicht mehr greifbar waren.

Graf Forgáč forderte die Skoropadskýj-Regierung ultimativ auf, bis zum 10. September 1918 eine Liste der Galizier und Bukowiner, die in den kleinen Verbänden des Het'mans dienten, abzuliefern. Nach Dorošenko begannen die Österreicher aber auch vor dem Termin schon, Habsburg-Untertanen, derer sie habhaft werden konnten, festzunehmen, obwohl das österreichische AOK zugestanden hatte, gegen untere Dienstgrade bis zum 10. Oktober, gegen höhere gar bis zum 31. Dezember nicht vorzugehen. Dorošenko bat nun seinen Gesandten Lypynskýj, in Wien unter Berufung auf den Brester Frieden dafür zu sorgen, daß die Österreicher ihre Ruthenen unbefristet im Ukrainischen Staat beließen. <sup>202</sup>

Das »offizielle« Österreich und Deutschland stützten zwar Skoropadskýj. Aber da Nationalukrainer befürchteten, Skoropadskýj würde sich eher mit seinen früheren Kameraden, den »weißen« Russen, auf einen Zusammenschluß einigen und die Deutschen als unbedingte Förderer Skoropadskýjs galten, gewann die austro-ukrainische Option mit Wilhelm gerade unter national ausgerichteten Ukrainern an Attraktivität. Angehörige der Zaporoger Division und Politiker aus Odessa schlu-

<sup>196</sup> Princig an k.u.k. Min.d.Äuß., 4.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 474, S. 19.

<sup>197</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 244. – Auf diese Kontinuität legte man später in Nationalistenkreisen großen Wert, vgl. etwa Tymiš Omel'čenko, »Poklin pamjati Voždja«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 2.

<sup>198</sup> K.u.k. AOK an Kriegsministerium, 12. 5. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 536, S. 112-113.

<sup>199</sup> Vgl. Herčanivskýj, »Z Jevhenom Konoval'cem« in: Bojko, Jevhen Konovalč S. 204.

<sup>200</sup> Andrejka, Kriegsministerium an Ministerialkommission Kriegsministerium, 2.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 540, S. 115-116.

<sup>201</sup> K.u.K. AOK an Kriegsministerium, o. D. [September 1918]; Kriegsministerium an AOK, 22. 9. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 538-539, S. 114-115.

<sup>202</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 7. 9. 1918, in: Vjačeslav Lypynskýj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 4, S. 9.

gen Wilhelm vor, gegen Skoropadskyj als Prätendent aufzutreten. Er soll sich dies auch überlegt, jedoch realistischerweise zunächst darauf verzichtet haben.<sup>203</sup> Oder vielleicht doch nicht?

Ein Schreiben des österreichischen Kaisers Karl I. an seinen Verwandten enthielt wenigstens im Entwurf (der letztlich übersandte Text ist nicht erhalten) Sympathie für den hypothetischen Fall, »daß ein Prinz meines Hauses die Hetmanswürde mit meiner Zustimmung angenommen hätte«, gleichzeitig aber auch eine Warnung, »vor weiter gehenden Engagements abzusehen«, weil das Schwierigkeiten im Verhältnis zu Deutschland mit sich bringen und die im Vordergrund stehende »Getreidebeschaffung« gefährden würde.<sup>204</sup> Auch der Versuch Wilhelms von Habsburg, den deutschen Kaiser Wilhelm II. zur Unterstützung seiner Ansprüche zu gewinnen, scheiterte offenbar.<sup>205</sup>

Die österreichischen Repräsentanten in der Ukraine lehnten die Pläne der Habsburger rundweg ab. Ihr Hauptinteresse bestand darin, mit dem Militär Getreide zu beschaffen, dabei konnten die Habsburger-Pläne nur stören. So ist auch der von Forgách übermittelte (vertrauliche) Ausspruch des Oberbefehlshabers der k.u.k. Ostarmee zu verstehen:

»General Krauss meint, daß wenn die Begebenheiten in Alexandrowsk zu bunt würden, er eventuell, ohne zu fragen, dem Erzherzog eine andere Dienstleistung im Armeebereiche geben würde«.

Forgách empfahl sogar, »den Erzherzog und die von ihm befehligte ukrainische Legion sofort abzuberufen und an einer Front zu verwenden«.<sup>206</sup>

USS und Wilhelm sollen sich persönlich für Ukrainer eingesetzt haben, die auf die Kiewer Getreide-»Einkäufer« mit Unruhen reagierten. Von Grundbesitzern gegen die aufmüpfigen Bauern zur Hilfe gerufen, fraternisierten die USS mit den letzteren.<sup>207</sup> Sie sollen sogar den Befehl, gegen aufständische Ukrainer auszurücken, verweigert haben.<sup>208</sup> So mochte das USS-Gebiet unter Wilhelm als eine nationalukrainische Enklave im Skoropadskyj-Staat erscheinen. Bestätigt wird dies durch ein Schreiben Princigs, der die Getreidebeschaffung lieber mit den als rücksichtsloser geltenden Deutschen durchführen lassen wollte.<sup>209</sup>

Dies betraf jedoch nur die USS, nicht etwa die regulären österreichischen oder gar die magyarischen Truppen: In einem Bericht für von dem Bussche heißt es, daß sie »in rücksichtsloser Ausbeutung des Landes sich keinerlei Zwang auferlegen«.<sup>210</sup> Dennoch

<sup>203</sup> Vgl. Hirnjak, *Vasyl' Vyšyvanyj*, S. 10, 16, 22.

<sup>204</sup> Karl an Wilhelm (Entwurf), Mai 1918; Marsovszky an Burián, Mitteilung über einen Brief, 26.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 696/697, S. 335-336; auch in Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 77, S. 154.

<sup>205</sup> Forgách an Burián, 16.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 701, S. 339-340.

<sup>206</sup> Hnatkevyč, *Ukrainški sičovi stril'ci*, S. 100-101. – Bestätigt wird dies durch die Mitteilung Forgáchs, die USS sympathisierten offen »mit den agrarsozialistischen und revolutionären Bauern« und verhinderten deren Entwaffnung (Forgách an Burián, 24.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 703, S. 341-342), und die Beschwerde Skoropadskyjs darüber (Forgách an Burián, 5.7.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 973, S. 8).

<sup>207</sup> Vgl. Hirnjak, *Vasyl' Vyšyvanyj*, S. 28-29.

<sup>208</sup> Hnatkevyč, *Ukrainški sičovi stril'ci*, S. 102.

<sup>209</sup> Princig an österr. Außenminister, 20. 5. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 84, S. 166-167.

<sup>210</sup> Hugo Lindemann an von dem Bussche, 27. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24; vgl. auch den Bericht Forgách an Burián unter Verweis auf Zitkovszky und Krauss, 17.7.1918, Horny-

erwarben die Österreicher so eine gewisse Achtung. In einem Reisebericht hieß es: »Trotzdem, dass das österreichische Militär [...] vielfach viel schärfer auftritt und rücksichtsloser requiriert als wir, hört man doch keine abfälligen Urteile über dieses Land.«<sup>211</sup>

Nationalukrainische Parteinahme war also keineswegs das Ziel des Militärs und der Regierung in Wien. Möglicherweise nicht einmal der »etablierten« Ruthenen. Hirnjak schrieb, daß Vasyľ'ko es ablehnte, sich für die Verwendung ruthenischer Soldaten aus Österreich in der Ukraine einzusetzen.<sup>212</sup> Die österreichische Regierung wollte keine »austro-ukrainische« Lösung forcieren, durch die die Polen verstört, die Position Skoropadskyjs erschüttert und die Deutschen verärgert werden konnten. Von Mumm honorierte Forgáčs Haltung durch den Vorschlag für einen deutschen Orden.<sup>213</sup>

Noch auf einem anderen Schauplatz wurde die zwiespältige Haltung Österreichs deutlich. Im Mai 1918 mochte sich das Außenministerium in Wien zwar einerseits noch nicht ganz von den gerade erst wiederbelebten (Subventions-)Kontakten zum BBU lösen, andererseits hintertrieb es seit Monaten dessen Plan, eine ukrainische Armee aus »seinen« Kriegsgefangenen aufzustellen. Ziemlich offen meinte man:

»Bei der jetzigen ungeklärten Lage in der Ukraine erscheint im Gegenteil das Fehlen einheimischer ukrainischer militärischer Kräfte unseren Interessen weit entsprechender, da es heute noch gar nicht zu übersehen ist, ob eine etwa aufzustellende ukrainische nationale Armee in der weiteren Entwicklung der Dinge sich nicht gegen unsere Ziele verwenden ließe und uns derart nicht Schwierigkeiten bereiten würde«.

Den BBU wollte man »auf eine die Förderung der ukrainischen Staatsidee in einer den Zentralmächten freundlichen Richtung bezweckende politische Aktion beschränken.«<sup>214</sup> Dann wurde der Rest der Subventionierung des BBU schrittweise eingestellt<sup>215</sup> – Österreich hatte seine »Befreiungspolitik« ganz aufgegeben, und der BBU verschwand von der österreichischen politischen Bühne.

Wilhelm wurde nach Österreich befohlen, um sich wegen der ukrainischen Insubordination zu rechtfertigen. Burián übermittelte Forgáč, er solle Skoropadskyj beruhigen, Österreich plane keine »Sonderpolitik« mit Wilhelm.<sup>216</sup> Wilhelm kontaktierte jedoch Kost' Levyčkyj und Vasyľ'ko, was wiederum zu Gerüchten führte, Österreich wolle den Het'man durch Wilhelm oder einen der Abgeordneten ersetzen.<sup>217</sup> Außer-

kiewicz IV, Dok. 974, S. 10-11. – Ähnlich urteilte Groener (Lebenserinnerungen, S. 394).

<sup>211</sup> Stroh an Trautmann, 1. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24. – Der österreichische Generalkonsul in Odessa schrieb einsichtsvoll: [Wir teilen] »jedoch das Schicksal wohl aller Okkupanten, wir machen uns unbeliebt. Die Unbeliebtheit unserer Okkupation glaube ich wenn auch in geringerem Masse als die deutsche, so doch als rasch wachsend bezeichnen zu müssen« (Zitkovszky an Burián, 14.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 564, S. 161-163). Bislang gibt es leider keine differenzierenden Forschungen zur Besetzungszeit von 1918.

<sup>212</sup> Vgl. Hirnjak, Vasyľ' Vyšyvanyj, S. 29-30. Hirnjak belegte Vasyľ'ko in seinem Buch dafür mit den Invektiva »politischer Spekulant, Karrierist, mehr österreichischer als ukrainischer Patriot« (S. 30).

<sup>213</sup> Vgl. Bihl, »Beiträge« S. 54-55 – dort auch die Nachweise anhand der Wiener Archivbestände.

<sup>214</sup> Text so im Original. Ministerium des Äußern an von Trautmannsdorff, Vertreter des Min.d.Äuß. beim AOK, 15.5.1918, Hornykiewicz I, Dok. 94, S. 242-243.

<sup>215</sup> Vgl. Hornykiewicz I, Dok. 95-97, S. 243-245.

<sup>216</sup> Burián an Forgáč, 26.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 704, S. 342.

<sup>217</sup> Vgl. Bihl, »Beiträge«, S. 55.

dem machte Wilhelm aus seinem Herzen keine Mördergrube: Nach Hirnjak gab er zum Besten, daß man mit Nachbarn wie Deutschen und Polen nicht zusammenarbeiten könne: Die ersteren würden immer an der Seite der Russen sein, die letzteren betrogen und verrieten.<sup>218</sup>

Im August 1918 kehrte Wilhelm gegen den Willen der Deutschen und Forgáchs zu seinem Kommando zurück.<sup>219</sup> Nun drängten der deutsche Botschafter in Wien (Wedel), Graf Forgách und der Kommandeur der k. k. Ostararmee, General Krauss, im Einvernehmen mit Skoropadskýj<sup>220</sup> auf seine Abberufung. Inzwischen hatten galizische Truppen (nicht die USS) bei ihrer Verlegung aus Galizien an die italienische Front gemeutert und Deserteure waren zu den ukrainischen Nationalisten geflohen.<sup>221</sup> Der Vertreter des Außenministeriums beim Armeeoberkommando Graf Trauttmansdorff, verfaßte unter dem 30. August 1918 einen Brief an den Außenminister Graf Burián, in dem als Ergebnis einer gerichtlichen Untersuchung festgestellt wurde, die USS seien disziplinos, agitierten gegen Skoropadskýj und die Militärverwaltung, verbreiteten »bolschewikische Ideen unter der Bevölkerung«, hetzten gegen »Großgrundbesitzer und Juden« und strebten einen ukrainischen Staat unter einem kaiserlichen Prinzen an, der auch die »Loslösung Galiziens von der Monarchie« und die »Vereinigung Galiziens mit der Ukraine« impliziere.<sup>222</sup> Trauttmansdorff war sogar der Meinung, »mit der Vertreibung der Russen aus unseren Grenzen« hätten die USS »ihre raison d'être verloren«, und empfahl, sie »einfach aufzulösen und auf die Armee zu verteilen«.<sup>223</sup>

Der Außenminister versuchte, Skoropadskýj zu beruhigen, Österreich halte »an der Idee der vollen staatlichen Selbständigkeit der Ukraine unbedingt fest«, aber Kaiser Karl zögerte, die politische Propaganda Wilhelms zu kritisieren und die Legion zurückzuziehen. Erst im Oktober 1918 wurden die USS in die Bukowina verlegt und im Grenzschutz eingesetzt.<sup>224</sup> Sie kamen so gerade zum am 1. November 1918 ausgebrochenen Aufstand zurecht, der zur Ausrufung der Westukrainischen Volksrepublik führen sollte. Aus den USS stießen der Jurist Dr. Volodymyr Starosol'skyj (1878-1942) und Dmytro Paliiv zum »Ukrainischen Allgemeinen Militärkomitee« der Aufständischen, dessen Organisationsreferent Paliiv wurde.<sup>225</sup>

Im Sommer 1918 konstituierten sich die im Mai aufgelösten SS neu. Der Het'man hatte sich mit dem »Schützenrat« in Kiew vorübergehend arrangiert und gestattete

<sup>218</sup> Vgl. Hirnjak, Polk. Vasyľ Vyšyvanyj, S. 27.

<sup>219</sup> Unterstaatssekretär von Stumm an von Mumm, 16.8.1918, PAAA, Ukraine I Allgemeines, Bd. 20. Von Stumm betonte, Wilhelm habe versprochen, sich auf sein militärisches Kommando zu beschränken, und alle politischen Absichten abgestritten. Vgl. Forgách an Burián, 11.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 709, S. 345-346.

<sup>220</sup> Forgách an k.u.k. Min. d. Äuß., 19.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 600, S. 202. Nach Forgách war Wilhelm für Skoropadskýj ein »wunder Punkt« (Forgách an Burián, 26.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 609, S. 220-222, hier S. 222).

<sup>221</sup> Forgách an Burián, 28.8.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 978, S. 14.

<sup>222</sup> Trauttmansdorff an Burián, 30.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 719, S. 353-356; vgl. Bihl, »Beiträge«, S. 56.

<sup>223</sup> Trauttmansdorff an Burián, 30.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 719, S. 353-356, hier S. 356.

<sup>224</sup> Zitkovszky an k.u.k. Min.d.Äuß., 9.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 724, S. 358-359; vgl. Bihl, »Beiträge«, S. 56.; Ripečkyj, Strilectvo, S. 200; vgl. Dumin, Istorija, S. 264.

<sup>225</sup> Ripečkyj, Strilectvo, S. 204.

Konovaleč, eine »Besondere Gruppe der Sič-Schützen« (Okremyj Zahin Sičovyh Stril'civ) zu formieren.<sup>226</sup> Nach Dorošenko ging die Initiative von Konovaleč, Kučab'skyj und Mel'nyk aus, die am 31. August 1918 zur Audienz bei Skoropad'skyj erschienen und erklärten, sie seien bereit, dem Ukrainischen Staat zu dienen. Der Het'man ging darauf ein, und Ende Oktober sollen in Bila Cerkva zwei Bataillone mit 59 Offizieren und 1187 Mann gestanden haben.<sup>227</sup>

Besonders weise war das nicht: Nach dem Meinungswechsel des Het'mans, der sich wieder an ethnische Russen anzulehnen begann, hatte dadurch die UNR-treue Ukrainische National-Union (Ukraiń'skyj Nacional'nyj Sojuz – UNS) eigenes Militär, das zu zwei Dritteln aus Galiziern bestand.<sup>228</sup> Zwar leisteten diese Truppen den Treueeid »der selbständigen Ukraine und Eurer Hoheit als dem Het'man des von niemandem abhängigen Ukrainischen Staates«, aber dieser Eid hielt wieder einmal nicht lange. Mel'nyk schrieb, nach der »wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel« niedergefahrenen Föderationserklärung des Het'mans mit einem »weißen« Rußland vom 14. November 1918 habe man sich an diesen Eid nicht mehr gebunden gefühlt, weil der Het'man »der Ukraine nicht die Treue gehalten« habe.<sup>229</sup> Wieder unter der Führung von Konovaleč, Mel'nyk und Suško und rasch zur Stärke einer Division vergrößert, gelang es diesen Truppen des Direktoriums der UNR am 17.-19. November 1918, die verbliebenen Het'man-Truppen (Serdjuk-Division) bei Motovylyvka zu schlagen und dann Kiew einzunehmen.<sup>230</sup>

## 7. DIE »GEFANGENEN«-FORMATIONEN

Während die USS/SS-Verbände tatsächlich aktiv wurden, war der von den Deutschen organisierten ukrainischen Militärformation ein anderes Schicksal beschieden. In Deutschland hatte man im Frühjahr 1918 begonnen, die neuen Verbündeten aus dem Kriegsgefangenenbestand mit Militär auszustatten. Hierzu wurden die nach ihren blauen Uniformen *Synježupannyky* (Blauröcke) genannten Truppen gebildet.

Über deren Aufstellung liegen die Erinnerungen vor, die ihr Kommandeur, der 1914 gefangengenommene damalige russische Generalmajor Viktor Zelin'skij (Zelin'skyj) 1938 in Berlin veröffentlichte. Den aus dem Zaporoger Gebiet stammenden General hatte man erst im Sommer 1917 in die »Gefangenenarbeit« einbezogen.<sup>231</sup> In Hannover bildete er einen »Militärzirkel«, der die Struktur einer künftigen ukrainischen Armee ausarbeiten sollte.

<sup>226</sup> Vgl. ebd., S. 249; Mel'nyk, »Kyïv – Motovylyvka«, in: Bojko, Jevhen Konovaleč, S. 169.

<sup>227</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 170-171.

<sup>228</sup> Vgl. Ripeč'kyj, *Strilectvo*, S. 249. Anfangs führte den UNS Nikov'skyj, bald jedoch wurde Vynnyčenko sein Vorsitzender, Nikov'skyj und Šveč seine Stellvertreter.

<sup>229</sup> Mel'nyk, »Kyïv – Motovylyvka«, in: Bojko, Jevhen Konovaleč, S. 168-170.

<sup>230</sup> Vgl. Hnatkevyč, S. 119-120. Vgl. Ripeč'kyj, *Strilectvo*, S. 267. Mel'nyk, »Kyïv – Motovylyvka«, in: Bojko, Jevhen Konovaleč, S. 170-171.

<sup>231</sup> Bis dahin war er im Gefangenenlager Bischofswerda und hatte angeblich von der »Gefangenenarbeit« noch nie etwas gehört. Vgl. Viktor Zelin'skij, *Syn'ožupannyky*. Berlin 1938, S. 6.

Am 11. Februar 1918, also unmittelbar nach dem Friedensschluß, aber noch vor dem »Hilfeersuchen«, wurde Zelińskij nach Berlin bestellt und kurz darauf vom Kriegsminister Hermann von Stein (1854-1927) im Beisein von Roman Smal'-Stoćkij, der als BBU-Repräsentant agierte, empfangen. Zelińskij brauchte kaum überzeugt zu werden – er erhielt den Auftrag, eine Division aus den Gefangenen aufzustellen und will bei diesem Gespräch auch die »blaue Uniform« angeregt haben, in die die Truppe eingekleidet werden sollte.<sup>232</sup>

Im Februar 1918 rief die Ukrainische Friedensdelegation in Brest in Telegrammen die ukrainischen Kriegsgefangenen auf, in die ukrainische Armee einzutreten, um »unseren Staat gegen den Überfall das Vaterland ausraubender Fremder« zu verteidigen.<sup>233</sup> Dem eigenen Land kündigte sie an: »Zusammen mit dem deutschen Militär marschiert zu uns eine frische ukrainische Armee [...]«. <sup>234</sup> Die Aufstellung der Truppen in den Lagern erfolgte dann mit großer Hast. Neue Uniformen wurden ausgegeben und aus Hannoversch Münden wurden ukrainische Offiziere in die anderen Lager entsandt. So einfach war das aber nicht. Zelińskij schilderte, daß die Soldaten in den Lagern die fremden Offiziere ablehnten und aus den Reihen der Fähnriche eigene Offiziere wählten, die den nationalen Eifer teilten, der die Truppe inzwischen wieder erfaßt hatte. Die übrigen Offiziere hätten als einfache Soldaten dienen müssen. Zelińskij und die Deutschen mußten sich darauf einlassen. Rastatt und Salzwedel weigerten sich auch, die angebotenen russischen Beutewaffen zu übernehmen, um nicht als deutsche Hilfstruppen eingesetzt werden zu können. Sie wollten erst dann bewaffnet werden, wenn sie unter dem Kommando der UNR ständen. Nach der Ankunft der Truppe in Kovel' fand die Ausrüstung statt, und Zelińskij führte am 21. Februar 1918 auch die militärische Disziplin wieder ein.<sup>235</sup>

Am Morgen des 17. Februar trafen in Rastatt Vertreter des deutschen Militärs ein, die die neu aufgestellten Einheiten aufriefen, die »nationalen Interessen der Ukraine« zu verteidigen. Noch am selben Tag verließ der erste Eisenbahnzug mit diesem improvisierten »Sić-Regiment Bohun« Rastatt in Richtung Lućk.<sup>236</sup> Bis zum 28. Februar 1918 wurde ein zweiter Transport zusammengestellt; dazu mußten die in den Arbeitskommandos verstreuten Ukrainer zusammengeholt werden, das Reservoir des Stammlagers war erschöpft. In Anwesenheit der BBU-Vertreter Andrij Žuk und Vsevolod Kozlovskij wurde dieses »Sić-Bataillon Het'man Vyhovskij« am 2. März 1918 auf die Reise in die Ukraine geschickt.<sup>237</sup> Aus Wetzlar wurden am 19. Februar 1918 etwa 800 Mann mit 42 Offizieren und am 3. März weitere 1200 Mann nach Lućk abgefertigt.<sup>238</sup> Aus Salzwedel meldeten sich für den 16. Februar 800 und für den 1. März 1500 Gefangene zum Transport.<sup>239</sup>

<sup>232</sup> Vgl. ebd., S. 19-20.

<sup>233</sup> Nachlaß Žuk, NAC, MG 30, C 167, Bd. 15, Akte 27, vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 150-151. Nach Holubko erfolgte der förmliche Mobilisierungsaufruf erst am 3. März (Holubko, Armija, S. 191). Sribnjak folgt dabei Zelińskij (Vgl. Zelińskij, Syn'ožupannyky, S. 21).

<sup>234</sup> Zit. nach Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 13.

<sup>235</sup> Vgl. Zelińskij, Syn'ožupannyky, S. 23-25, 33-35.

<sup>236</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 151.

<sup>237</sup> Bericht im Vistnyk polityky, literatury j žyttja, 15 (198), 14. 4. 1918, vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 151-152.

<sup>238</sup> Vistnyk polityky, literatury j žyttja, 16 (199), 17.4.1918, vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 152.

<sup>239</sup> Ebd., S. 153.

In einem Aufruf vom 23. Februar erklärte Holubovyč für die Rada-Regierung: »In die Ukraine [...] marschieren eine Division ukrainischer Gefangener, die Ukrainischen Sič-Schützen aus Galizien und die deutschen Truppen«. Die Reihenfolge war nicht zufällig, denn es hieß weiter, alle diese Verbände (also auch die Deutschen) ständen »unter dem Oberbefehl des Feldstabes unseres Staates«. Und auch die Rada selber erklärte die Deutschen am 25. Februar zu »Freunden und Helfern«, die für eine kurze Zeit kämen und nicht die Absicht hätten, irgendwie auf die ukrainischen Gesetze Einfluß zu nehmen oder die Selbständigkeit und Souveränität des Landes einzuschränken.<sup>240</sup>

Die ukrainische Regierung sandte Anfang März eine Kommission nach Deutschland, die die Aufstellung der Truppen betreuen sollte, sie kam jedoch erst an, als die ersten Transporte längst abgegangen waren.<sup>241</sup> Über den Status der Truppen hatten sich die Soldaten selber zwar Gedanken gemacht, als ein Teil von ihnen die Bewaffnung in Deutschland abgelehnt hatte. Hohen Militärs wie Zelińskij waren Zweifel auch nicht fremd, er wischte sie jedoch beiseite:

»Deutschland mag vielleicht verborgene Absichten hinsichtlich der Ukraine hegen, aber es gibt nun das Gewehr in die Hand des ukrainischen Soldaten, was die beste Garantie der Stärke ist. Eine starke Armee, das ist die Garantie eines starken Staates.«<sup>242</sup>

Nur wollte eben Deutschland keine »starke Armee« – und noch weniger einen »starken Staat«. In Holoby bei Kovel' in Wolhynien wartete die aus 5 Regimentern bestehende I. Division der »Blauröcke«. Die Hoffnung, man werde sie als erste nach dem kampflosen Abzug der Bol'seviki in Kiew einmarschieren lassen, erfüllte sich nicht.<sup>243</sup> Stattdessen ließen die Deutschen eine UNR-Einheit mit General Kostjantyn Prisovykyj, Petljura und Konovalėc nach Kiew einmarschieren.<sup>244</sup>

Nach österreichischer Meinung wurden die Gefangenengebände »bluffartig«<sup>245</sup>, »ohne Wiederherstellung einer festeren Disziplin gleich beim Einrücken in die Ukraine mitgenommen«, wo sie »mehr oder weniger von selbst auseinandergelaufen«<sup>246</sup> seien. Ganz stimmte das nicht. Immerhin ließen die Deutschen diese Truppen mit einer Stärke von etwa 5000 Mann am 26. März 1918 in Kiew auf dem Sophienplatz paradiere: ein durchaus feinfühliges Unternehmen, das demonstrierte, daß weder die Zuverlässigkeit der Truppen an sich in Frage stand, noch der Wille, den Einmarsch als eine ukrainisch-nationale Angelegenheit darzustellen. Noch legte man großen Wert darauf, als Befreier zu erscheinen. Nach Zelińskij sei der österreichische Missionschef dabei erst auf den Gedanken gekommen, auch eine analoge Truppe aus in Österreich befindlichen Gefangenen aufzustellen und der Publikumserfolg – auch die Rada-Regierung

<sup>240</sup> Zit. nach Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 13.

<sup>241</sup> Holubko, *Armija*, S. 191.

<sup>242</sup> Zelińskij, *Syn'ožupannyky*, S. 32-33.

<sup>243</sup> Zelińskij, der von der Flucht der Sowjets erst am 3. März erfuhr, bedauerte, »daß wir Blauröcke [Kiew] nicht mit unseren Bajonetten erobert haben.« Erst am 5. März sei er mit einem deutschen Kraftwagen in Kiew eingetroffen und zwar vor seiner Division, deren erste Teile in der zweiten Märzhälfte angekommen seien (Zelińskij, *Syn'ožupannyky*, S. 41-44).

<sup>244</sup> Vgl. Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, Bd. 2, S. 71-72.

<sup>245</sup> Bevollmächtigter des k.u.k. AOK Kiew, 27.5.1918, nach Trauttmansdorff an Burián, 13.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 744, S.386.

<sup>246</sup> Trauttmansdorff an Burián, 4. 7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 740, S. 378-382, hier S. 380.



und Hruševskýj waren anwesend – war sicher groß.<sup>247</sup> Aber nicht alle waren dieser Ansicht: Groener berichtete sarkastisch über dieses »meines Erachtens höchst unnötige[.] Unternehmen«, wobei er es für »noch unnötiger« hielt, »sie [überhaupt] nach Kiew zu bringen«. Daß neben einem der Regimenter junge Mädchen mit einem Ševčenko-Bild placiert wurden, fand er »das niedrigste Bild, allerdings nicht für eine militärische Parade, wohl aber für eine Operettenaufführung«.<sup>248</sup> Zelińskýj organisierte auch einen Auftritt von Divisionsvertretern in der Rada.<sup>249</sup>

Die »Blauröcke« begannen, im Umland Waffen einzusammeln, die die Bolševiki ausgegeben hatten und waren in der Stadt Kiew präsent. Offenbar hatten sie aber auch Gegner: Zelińskýj zitierte Vorwürfe, im deutschen Sold zu agieren. Viel wußten die Ex-Gefangenen darauf nicht zu entgegnen: Man erklärte nur, das sei nichts, was einfache Soldaten angehe, sondern die Führung, die so entschieden habe – »und das heißt, daß es gut so ist«.<sup>250</sup> Aber Zelińskýj hatte den sicher nicht unbegründeten Verdacht, daß auch der Rada-Regierung die von den Deutschen ausgerüsteten Truppen problematisch erschienen. Er warf Kriegsminister Žukovskýj vor, der Division Geld und Verpflegung vorzuenthalten (dies mag noch an einer chaotischen Organisation gelegen haben), bewußt versucht zu haben, den geschlossen in Kiew stationierten Verband durch die Entsendung von einzelnen Regimentern nach Černihiv und Katerynoslav zu zerschlagen und die zweite Division nicht nach Kiew, sondern nach Odessa zu schicken.<sup>251</sup> Ganz unverständlich wäre das nicht, weil dieser Verband den ukrainischen Ministern, die nun erkennen mußten, daß ihre Interessen mit denen der Deutschen kollidierten, eher als deutsche Hilfstruppe gegen sie erscheinen konnte, denn als Verteidigung der legitimen Regierung. Und nach Zelińskýj wollte Žukovskýj lieber durch eigene Rekrutierung eine Armee aufbauen. Nachdem es auch dem deutschen Militär nicht gelungen war, Žukovskýj zu überzeugen, blieb die zweite Division in Kovel' und wurde dort von den Deutschen zur selben Zeit wie die erste entwaffnet.<sup>252</sup>

Auch die Deutschen akzeptierten die ukrainischen Soldaten nicht auf Dauer. Am 12. April 1918 erklärte von Mumm die Stärkung der ukrainischen Armee für unerwünscht. Die versuchte Absetzung Zelińskýjs durch Žukovskýj zeigte den Deutschen, daß die Rada-Regierung die Truppen dem deutschen Einfluß entziehen wollte. Auf die Aufforderung des deutschen Verbindungsoffiziers von Alvensleben, die Division solle einen Staatsstreich unternehmen und die Rada-Regierung festsetzen, ließ sich Zelińskýj jedoch nicht ein. Daher schien die Truppe den Deutschen für den Skoropadskýj-Putsch nicht verwendbar. Als die Staatsstreichpläne der Deutschen nach der Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens konkret geworden waren, wurden die Divisionen förmlich aufgelöst, die Eigenwilligkeit der Soldaten ließ den Deutschen, aber auch dem Kriegsminister, ihre weitere Verwendung untunlich erscheinen.<sup>253</sup> Die

<sup>247</sup> Vgl. Zelińskýj, *Syn'ožupannyky*, S. 47-48.

<sup>248</sup> Groener, *Lebenserinnerungen*, S. 393-394.

<sup>249</sup> Vgl. Zelińskýj, *Syn'ožupannyky*, S. 51-54.

<sup>250</sup> Ebd., S. 49-50.

<sup>251</sup> Vgl. ebd., S. 55-56.

<sup>252</sup> Ebd., S. 61. – Nach Zelińskýj soll sie dabei Widerstand geleistet haben.

<sup>253</sup> Vgl. Hinweise in Bihl, »Beiträge«, S. 57; ders., »Einige Aspekte der österreichisch-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 539-550, hier S. 550. Vgl. auch Zelińskýj, *Syn'ožupannyky*, S. 65; Fedyšyn, *Drive*, S. 128; Sribnjak, *Poloneni*, S. 209.

Rada-Regierung beraubte sich damit der einzigen Truppe, die sie vielleicht verteidigt hätte. Der Befehl zur Auflösung wurde am 25. April von Žukovskij unter Hinweis auf eine Vereinbarung mit dem deutschen Oberkommando erteilt.<sup>254</sup> Zelinskij hielt alles für eine Intrige des Rada-Ministers, der ihn »kaltstellen« wollte. Žukovskij sei von »utopischen üblen Idealen des Schweizerischen Milizsystems« geleitet gewesen und gegen ein stehendes diszipliniertes Heer. Wahrscheinlich bemerkte der Minister nicht, wie vorzüglich er den Deutschen half. Die Entwaffnung am 27. April vollzogen jedenfalls Deutsche. In der Rada kam es darüber zu Auseinandersetzungen.<sup>255</sup> Die Soldaten der Gefangenendivision durften nach Hause gehen – sicherlich entsprach dies der Absicht des BBU, konnten sie doch nun die Ukrainisierung und ihre revolutionären Ideen in das Land selber hineinragen. Wie dies geschah, ist jedoch bisher unerforscht. Die Offiziere tauchten bald in den anderen Formationen, schließlich auch in der UNR-Armee auf, wo ein Regiment ihre Traditionen aufrechterhielt.

Zelinskij hielt es 1938 für einen »historischen Fehler«, auf die deutschen Staatsstreichpläne nicht eingegangen zu sein.<sup>256</sup> Es ist aber keineswegs sicher, daß der Bestand der Truppe andernfalls gesichert gewesen wäre. Die Deutschen wollten den Ukrainern möglichst überhaupt kein Militär zugestehen. Zwar hatten die Deutschen Skoropadskij am 24. April eine ukrainische Armee unter dem Vorbehalt der »Zustimmung des deutschen Oberkommandos« zugesagt, aber von Mumm stellte klar, daß dies »lediglich aus dekorativen Gründen« in die Vereinbarung aufgenommen worden sei.<sup>257</sup>

Nach Borowsky fürchtete man nicht mehr, ukrainische Truppen könnten unzuverlässig sein, sondern das Gegenteil: Man habe verhindern wollen, daß Skoropadskij »etwas Wirksames gegen die Bolschewiki und damit zum Zusammenschließen von Rußland von der Ukraine aus« unternähme.<sup>258</sup> Zweifel sind jedoch an dieser Interpretation angebracht. Jedenfalls stand dem Het'man kaum Militär zur Verfügung. Eine Armee aus 16 Infanterie- und 4 Kavallerie-Divisionen bestand aus wenigen Offizieren und Planungspapieren. Reste der einstigen Truppen standen aufgeteilt an den Nord- und Ostgrenzen gegen Rußland, in deutsche Verbände eingebunden, daneben gab es ca. 400 Kosaken in Mohylev in Podolien und Berdyčiv. Im Sommer 1918 begann dann die Aufstellung einer Division (Serdjuk-Division) unter Oberst Klymenko, zu der bis Oktober 1918 5000 Mann stoßen sollten.<sup>259</sup>

Das Vorhaben, die Ukraine mit einer aus Gefangenen aus österreichischen Lagern zusammengestellten Truppe auszustatten, gelang wenig besser als der deutsche Versuch. Bereits am 5. Februar 1918, gestützt auf das IV. Universal, noch nicht auf den Frieden von Brest-Litovsk, hatten die Offiziere des ukrainischen Offizierlagers in Josefov verlangt, als Angehörige des ukrainischen (und nicht mehr des russischen)

<sup>254</sup> Text Zelinskij, Syn'ožupannyky, S. 70.

<sup>255</sup> Ebd., S. 71-73, 75. In der sowjetischen Literatur stellte man die Auflösung der Einheit als selbständige Desertion dar, um damit zu belegen, daß es den Deutschen nicht gelungen sei, ukrainische »Massen« zu Nationalisten zu erziehen (Vgl. Vitalij P. Čerednyčenko, Nacionalizm proty nacii. Kyiv 1970, S. 26).

<sup>256</sup> Zelinskij, Syn'ožupannyky, S. 71.

<sup>257</sup> Mumm an AA, 4.5.1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 10, zit. nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 140.

<sup>258</sup> Ebd.

<sup>259</sup> Arz an Hindenburg u.a., 4.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 760, S.400-404.

Militärs angesehen zu werden.<sup>260</sup> Am 10. Februar 1918, nach dem Friedensschluß, beschloß man in Freistadt, der Rada-Regierung ein »Regiment Petro Dorošenko« zur Verfügung zu stellen. Die Offiziere kamen aus Josefov, die unteren Ränge aus Freistadt. Am 1. März 1918 wurde dann das erste neu aufgestellte Bataillon nach Volodymyr Volynskyj in Marsch gesetzt. Hier sollte eine »1. ukrainische Schützen-Kosakendivision« (*Perša ukraínska strilečko-kozačka dyvizija*) mit 7000 Soldaten zusammengestellt werden. Dies verzögerte sich jedoch. Die österreichischen Offiziere beklagten sich über den erbärmlichen Zustand der Gefangenen. Von den aufgrund der Einkleidung in die graue österreichische Uniform als »Sirežupannyky« (Grauröcke) bezeichneten Truppen desertierten bis Juli über 1600. Ende April gab es ein erstes Regiment, und erst im Mai wurde die Division mit 4000 Mann formal gebildet; sie blieb aber im österreichischen Besetzungsgebiet des Skoropadskyj-Staates und wurde keineswegs dem Het'man übergeben.<sup>261</sup>

Bald schon wurde die Diskrepanz zwischen den scheinbar die Selbständigkeit der Ukraine bestätigenden politischen Formalien einerseits und der keine Risiken in Kauf nehmenden faktischen Einbindung der Division in die Okkupationstruppen deutlich. Auf der Konferenz des Außenministeriums mit dem AOK legten die Außenpolitiker besonderen Wert darauf, durch diese Truppe nicht in eine Konkurrenz mit den Deutschen zu geraten, die ja »ihre« Ukrainerverbände aufgelöst hatten. Da die Deutschen in der Ukraine im »Übergewicht« seien, solle es »kein »Rangablaufen« in dieser Frage geben.<sup>262</sup> Die österreichischen Pläne sahen vor, daß der Verband nur »am Papier der ukrainischen Regierung«, in Wirklichkeit aber der k.u.k. Ostarmee unterstellt sein und aus Sicherheitsgründen mit mindestens 60% Österreichern in den Offizier- und Unteroffizerrängen geführt werden sollte.<sup>263</sup>

Der Status der ukrainischen Soldaten wurde dann noch weiter gesenkt, als nur mehr davon die Rede war, die Ukrainer »unter der obersten Leitung des Kommandos der Ost-Armee in kleinen Gruppen verteilt als Polizeigewalt zu benutzen«. Auf den Diplomaten von Trauttmansdorff machte dies eher den Eindruck »einer militärischen Spielerei [...] von einigen tatenlustigen Generalstabsoffizieren«.<sup>264</sup> Da er vermutete, die Deutschen würden sich gegen eine Ausrüstung des Het'mans mit einer eigenen Armee sperren, riet von Trauttmansdorff, möglichst vorsichtig zu sein, damit »das Ganze, wenn ich mich so ausdrücken darf, [nicht] eine mißglückte »militärische Spielerei« werde«.<sup>265</sup>

Anfang Juli 1918 wurde der Stand der Division mit 140 Offizieren und 3300 Mann angegeben,<sup>266</sup> die geplante Ausweitung auf insgesamt zunächst 8000, dann 15.000

<sup>260</sup> Offiziere Josefov an Lagerkommandanten, 5. 2. 1918, CDAVO Kiew, Fond 3533, Op. 1, Akte 6, Bl. 26; vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 136.

<sup>261</sup> Vgl. Ebd., S. 154-157. – Nach Holubko datierte der Freistadter Beschluß auf den 12. Februar, und er führt auch Teileinheiten an, die bereits im Februar nach Wolhynien aufbrachen (Holubko, Armija, S. 192).

<sup>262</sup> Protokoll »Ukrainasitzung«, 28.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 739, S. 373-378, hier S. 373.

<sup>263</sup> Ebd., S. 375; Trauttmansdorff an Burián, 4. 7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 740, S. 378-382, hier S. 382.

<sup>264</sup> Ebd., S. 380-381.

<sup>265</sup> Trauttmansdorff an Burián, 13.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 744, S. 385.

<sup>266</sup> Trauttmansdorff an Burián, 6.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 741, S. 382-383. Die *Istorija Ukraínskoho Vijska* (L'viv 1936, S.429) geht dagegen von allein 4000 Mann im Dorošenko-Regiment aus, was von Sribnjak übernommen wurde (Sribnjak, Poloneni, S. 157).

Soldaten und 600 Offiziere fand nicht statt. Eine für den November durch den Het'man geplante Rekrutierung von 85.000 Ukrainern des Jahrgangs 1899 fiel den Wirren zum Opfer.<sup>267</sup> Skoropadskýj hatte die Übergabe der Kosakendivision in jedem Gespräch mit Forgách angesprochen; Mitte Juli teilte der österreichische Außenminister Forgách und von Trauttmansdorff mit, die Deutschen hätten nun nichts mehr dagegen.<sup>268</sup>

Am 13. August 1918 unterzeichneten Graf Spannocchi als »Bevollmächtigter General des k. u. k. Armeeeoberkommandos in der Ukraine« und der Kriegsminister des Het'mans einen Vertrag, der die Division als »reguläre ukrainische Truppe« beschrieb, sie jedoch faktisch als »in erster Linie im Vereine mit den verbündeten Truppen zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in der Ukraina« dem deutschen bzw. österreichischen militärischen Befehlshaber unterstellte, in dessen Gebiet sie eingesetzt würde und aus dem sie ohne Genehmigung auch nicht verlegt werden dürfe. Von der Aufstellung an sollten aber alle Kosten der Truppe durch die ukrainische Regierung rückvergütet werden, und ein Ausbau über den Stand von 600 Offizieren und 15.000 Mann wurde ausgeschlossen; das Mißtrauen der »Verbündeten« gegenüber einer ukrainischen bewaffneten Macht war mit Händen zu greifen.<sup>269</sup>

Am 25. August 1918 wurde die unter dem Kommando des ukrainischen Generalleutnants Sokyra-Jachontiv stehende Division (4 Infanterieregimenter, MG-Abteilung, Artillerie) der Regierung des Het'mans übergeben. Da diese befahl, die Division an der ukrainischen Nordgrenze gegen eine mögliche bolschewistische Bedrohung einzusetzen, protestierte der Kommandeur bei Skoropadskýj dagegen, die Division »gegen ihre eigenen Brüder« einzusetzen, woraufhin er prompt entlassen wurde. Für den österreichischen Repräsentanten in Kiew war dieser Vorfall Anlaß genug, sich negativ über »Geist und Wert der ukrainischen Militärs« auszulassen.<sup>270</sup>

Deutsche und Österreicher waren jedoch verschiedener Meinung. Die habsburgische Seite wiederholte immer wieder, die Ukraine brauche eine »Polizeimacht« und keine Armee.<sup>271</sup> Groener aber als »heimlicher Herrscher« der Ukraine hatte dem Het'man längst grünes Licht für eine »richtige« ukrainische Armee gegeben. Die vorgesehene Aushebung von 85.000 Rekruten war mit ihm abgestimmt, und dazu sollten weitere Kriegsgefangene kommen. Am 8. Oktober 1918 gelang es Groener die Österreicher umzustimmen,<sup>272</sup> aber dies geschah schon in Sichtweite des Endes:

<sup>267</sup> Dorošenko erwähnt in seinen Memoiren sogar, daß bis Frühjahr 1919 die Armee 285.000 Mann stark sein sollte (Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 335).

<sup>268</sup> Burián an Forgách, Trauttmansdorff, 16.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 746, S. 387-388. – Lassen wir es hier dahingestellt, ob Forgáchs Bericht zutrifft, die Truppe sei ebenso unzuverlässig wie alle anderen ukrainischen Formationen (»Ein großer Teil der Mannschaft befindet sich bereits als Deserteur in Kiew«) und deshalb sei es sinnvoll, »die Division, deren militärischen Wert ich nur äußerst gering einschätzen kann, je eher je besser los zu werden« (Forgách an Burián, 5.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 751, S.391).

<sup>269</sup> Vertragstext vom 13.8.1918 in Trauttmansdorff an Burián, 24.9.1918, Hornykiewicz III, Dok. 753, S.392-395.

<sup>270</sup> Graf Forgách an Graf Burián, 9.9.1918, Hornykiewicz III, Dok. 756, S. 396-397; vgl. auch Wolfdieter Bihl, »Beiträge«, S 59; ders., »Einige Aspekte der österreichisch-ungarischen Ruthenenpolitik 1914-1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 539-550, hier S. 549-550. – Nach Sribnjak (Poloneni, S. 157) erfolgte die Übergabezeremonie am 26. August.

<sup>271</sup> Trauttmansdorff an Erz, 22.9.1918, Hornykiewicz III, Dok. 759, S.398-399.

<sup>272</sup> Waldbott an AOK, 9. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 761, S. 404. – Zuvor hatte Ludendorff sich ähnlich geäußert (Ludendorff an Erz, 4.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 765, S. 408-409).

»Deutsche Oberste Heeresleitung hat das k. und k. Armeeoberkommando telegrafisch verständigt, sie halte es mit Rücksicht darauf, daß mit Räumung der Ukraine in absehbarer Zeit zu rechnen sei, für notwendig, Aufstellung einer Ukrainearmee zu beschleunigen, damit Ukraine sich gegen Bolschewisten wehren kann.«<sup>273</sup>

Der deutsche Meinungsumschwung kann, wie Burián erkannt hatte, auf den Juli 1918 datiert werden. Die Deutschen hatten ihre Meinung diametral verändert, ohne die Österreicher in die Entscheidung einzubinden. Dadurch hatten wiederum die Österreicher Schwierigkeiten, die Wendung auch mitzubekommen und mitzumachen.<sup>274</sup> Groeners Wende zeigt aber nur, wie wenig politisch er dachte. Die vom BBU ausgebildeten Kriegsgefangenen waren ja nicht nur national, sondern auch sozial motiviert. Als Truppe des Het'mans gegen die Bol'seviki wären sie kaum zu verwenden gewesen. Im Oktober 1918 sollte der Het'man dennoch ein Kontingent solcher Soldaten bekommen. Nach einem Bericht der Salzwedler Gefangenenzeitschrift wurden 4 Kompanien Sinežupannyky als Grundstock einer 2. Division (die erste war längst aufgelöst) ausgerüstet und nach Kiew in Marsch gesetzt, wo sie nach unbestätigten Berichten im Januar 1919 angekommen sein sollen.<sup>275</sup> Da gab es den Het'man längst nicht mehr.

Mit Sribnjaks Buch über die Gefangenen ist eine weitgehend quellengestützte Übersicht vorgelegt worden, die jedoch einseitig ist. Die Verweigerung der Syrožupannyky gegen die Bol'seviki wird nicht erwähnt. Disziplinlosigkeit wird mit »kosakischen Traditionen« erklärt.<sup>276</sup> Die »linksgerichtete« Ausrichtung der »bewußten Ukrainer« wird nicht thematisiert, weil sie wohl der späteren nationalen Mythenbildung widersprechen würde. Dabei ist gerade sie ein wichtiger Hinweis darauf, daß die Truppen als »Zersetzungselement« gegen Rußland, auch noch anfangs gegen einen kooperationsbereiten Rada-Staat brauchbar waren, jedoch aufgelöst bzw. zurückgehalten wurden, als die Mittelmächte selbst in der Ukraine das politische Leben gestalteten. Ziel der Gefangenen- und Militärpolitik war nicht deren Nutzung während der de-facto-Okkupation.

Abgesehen von der Aufstellung der Gefangenenverbände gestaltete sich die Rückführung der Gefangenen aus Mitteleuropa schwierig. Die Ukraine hatte die Gefangenen der Mittelmächte freigelassen und die Freizügigkeit, die die ehemaligen Gefangenen dadurch genossen, machte es unmöglich, sie wieder einzufangen, um vereinbarungsgemäß Gefangene gegenseitig Zug um Zug auszutauschen.<sup>277</sup> Da die Deutschen wie die Österreicher es vorzogen, die Arbeitskraft der Gefangenen zu nutzen, hatten diplomatische Noten und Einzelgesuche kaum Erfolg. Auf die Bitte, 10 Konsulate in Deutschland eröffnen zu können, um über sie die Gefangenen zu

<sup>273</sup> Trauttmansdorff an Burián, 14. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 763, S.406-407. – Krauss schloß sich der Bewertung an, indem er auf Deutschlands Unterstützung für die Armeeaufstellung hinwies und auch in der geplanten 20 Divisionen starken Armee »vorerst« keine Gefahr für Österreich-Ungarn sah (Krauss an AOK, 15.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 764, S. 407-408).

<sup>274</sup> Daß sie hierzu bereit waren, erschließt sich aus der trotz früheren Vorbehalten kommentarlosen Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine beim Aufbau der Kosakenarmee (AOK an Oberst Beyer, 21.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 766, S. 409; AOK an Spannocchi u.a., 23.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 767, S. 409-410).

<sup>275</sup> Šljach, Salzwedel, H.1, 26.2.1919, vgl. Sribnjak, Poloneni, S. 153.

<sup>276</sup> Ebd., S. 158.

<sup>277</sup> Ebd., S. 163.

betreuen, gestattete Deutschland neben Berlin nur eine weitere Vertretung in München.

Eine unmittelbare Folge des Het'manputsches war, daß von Mai 1918 an die Finanzierung der »Gefangenearbeit« im bisherigen Umfang ausgesetzt wurde. Das Kriegsmittel schien nicht mehr erforderlich zu sein, als Soldaten mochte man die nationalbewußt gewordenen Ukrainer nicht einsetzen. Roman Smal'-Stočkyj hatte die Leitung der deutschen Zentralstelle des BBU in Berlin nach Skoropys' Ausscheiden übernommen, die nun, da es keine Ukraine mehr zu befreien gab, unter der Bezeichnung »Komitee der Kulturhilfe für Ukrainer in Deutschland« firmierte. Er bat, ihm wenigstens eine Abwicklungshilfe zu gewähren, um die Lehrer zurückschicken und die Einrichtungen geordnet auflösen zu können, und warnte vor den negativen Folgen, die eine vollständige Einstellung der Hilfe haben würde. Als Alternative bot er eine reduzierte Tätigkeit an, die nur mehr aus einem Büro in Berlin (und damit in der Sicherung seines Unterhalts) sowie der Zeitschrift *Vil'ne Slovo* bestehen würde. Im Kriegsministerium fürchtete man Unruhe bei den immer noch 300.000 ukrainischen Kriegsgefangenen und verständigte sich mit dem AA darauf, bis zum 1. November 1918 monatlich 12.000 Mark, also den reduzierten Betrag, zu zahlen und danach die Unterstützung ganz einzustellen.<sup>278</sup>

Im Herbst 1918 entsandte die Het'man-Ukraine Militär- und Sanitäts-Missionen nach Deutschland, Österreich, Bulgarien und ins Osmanische Reich. Die für Deutschland bestimmte Kommission kam in Berlin am 12. Oktober 1918 an. In seinem Tätigkeitsbericht stellte ihr Leiter K. Novočačkyj fest, daß die deutschen Stellen die ukrainische Regierung nicht ernst nahmen, keinerlei Absicht hatten, die »kostenlosen Sklaven« zu entlassen und der Het'man-Gesandte in Berlin Fedir Štejnhel' (1870-1946) keine Hilfe war, »weil der Herr Gesandte keinen Unterschied zwischen Ukrainern und Moskowitern anerkennt«.<sup>279</sup>

Der Bürgerkrieg in der Ukraine und die Novemberunruhen in Deutschland bremsen die geplante Rückführung, wenngleich nach Sribnjaks Dokumenten im November-Dezember 1918 tatsächlich noch 100.000 Ukrainer freigelassen worden sein sollen, davon 40.000 direkt in die Ukraine. Die Nominierung neuer Missionen (zusätzlich zur militärischen kam im März 1919 eine Mission des Ukrainischen Roten Kreuzes nach Berlin) durch die UNR war dann wieder in bezug auf die Rückführung weniger hilfreich, da die UNR nur selten über ein Territorium verfügte, das die Gefangenen hätte aufnehmen können. Im Februar 1919 kam die militärische Mission bei einer neuen Zählung auf 11.248 sich als Ukrainer bekennende Gefangene.<sup>280</sup>

<sup>278</sup> Smal'-Stočkyj an Kriegsministerium, 19.8.1918; Kriegsministerium an AA, 22. 8. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 22. – Daß dem Antrag entsprochen wurde, geht aus dem Schreiben hervor, in dem Smal'-Stočkyj zur Einweihung eines Ukrainerdenkmals nach Rastatt einlud und betonte, »welch tiefen Dank [die Ukrainer] dem hohen Auswärtigen Amte schulden für die tatkräftige Unterstützung der Kulturarbeit in den Lagern« (Smal'-Stočkyj an AA, 12. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25).

<sup>279</sup> Bericht Novočačkyj, CDAVO, Fond 1084, Op.1, Akte 7, Bl. 329, zit. nach Sribnjak, Poloneni, S. 168. – Letztere Stellungnahme ist insofern mit Vorsicht aufzunehmen, als der Bericht nach dem Untergang des Het'man-Regimes an die Direktoriatsregierung gerichtet war.

<sup>280</sup> Sribnjak, Poloneni, S. 163-165, 168-170. – Ob es tatsächlich in Deutschland 300.000 Gefangene aus der Ukraine gab, wie Sribnjak (S. 167) belegen will, sei dahingestellt. Auf Seite 168 geht es bei ihm um 30.000.

Anfang 1919 ging die Kompetenz für die rußländischen Gefangenen auf die Entente über, wodurch der Rücktransport zunächst ganz zum Erliegen kam. Die Entente verhinderte ihn bis August 1919, weil sie befürchtete, rückgeführte Gefangene könnten die Reihen der Bol'seviki verstärken. Zwischenzeitlich wurde zumindest theoretisch der Transport über die Tschechoslowakei (ins Denikin-Gebiet) ins Auge gefaßt, die Sperrung des rumänisch-polnischen Grenzgebiets machte jedoch auch diese Bemühungen obsolet. Partiiell verweigerten die Gefangenen nun die ihrer Ansicht nach unzeitgemäß gewordene weitere »kulturelle« Betreuung durch die Nationalukrainer. Die Mission reduzierte ihre Vorhaben daher auf die Herausgabe einer zweimal die Woche in Salzwedel von Zenon Kuzelja redigierten Zeitschrift »Šljach« (Weg), die vom 26. Februar 1919 an in einer Auflage von etwa 5000 Exemplaren erschien, und in deren Redaktion auch Bohdan Lepkyj und Omeljan Terlečkyj tätig waren.<sup>281</sup>

Mitte 1919 normalisierte sich die Lage etwas, und die »Kulturarbeit« wurde in Salzwedel, wo noch 7000 Ukrainer waren, und in einigen gemischten Lagern fortgesetzt. Die Rot-Kreuz-Mission betreute die Gefangenen, nun wieder im deutschen Auftrag, medizinisch. Versuche, über die Donau einen Rücktransport zu organisieren, scheiterten, und 1920 mußten die Missionen, denen inzwischen die Mittel ausgegangen waren, ihre Tätigkeit weitgehend einstellen. Zwar gab es weiterhin ephemere Einrichtungen wie die von Skoropys-Joltuchov'skyj am 7. Februar 1921 in Berlin mitgegründete »Abteilung des Ukrainischen Roten Kreuzes in Deutschland«.<sup>282</sup> Tatsächlich nahm aber die nichtsovjetschen Institutionen niemand mehr ernst. 1921 vereinbarte Deutschland mit Sowjetrußland die Rückführung der Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs. Als sich diese Regelung abzuzeichnen begann, erreichte Roman Smal'-Stočkyj in einer seiner letzten diplomatischen Handlungen als UNR-Gesandter wenigstens, daß Deutschland den Gefangenen die Wahl ließ, auf die Rückführung zu verzichten und so etwa 1000 Ukrainer aus den Lagern in eine Emigration entlassen wurden.<sup>283</sup> Die übrigen kehrten in ihre sowjetisch gewordenen Heimatgebiete zurück.

Die »Gefangenentruppen« und das übrige ukrainische Militär hatten wenig praktische Wirkung. Sie erwarben jedoch symbolische Bedeutung. Man belebte anachronistisch eine Kosakentradition wieder, in der ukrainische Staatlichkeit im Militär zu gründen schien. General Zelins'kyj benutzte, wenn er von den ukrainischen Gefangenen schrieb, grundsätzlich den Kosaken-Begriff, auch wenn seine Soldaten aus allen möglichen Verbänden stammten. Und er hielt sie für wichtiger als die letztlich unfähigen Politiker. Selbst Hrušev'skyj bestätigte den Primat des Militärischen vor dem Politischen, indem er auf Zelins'kyjs Beschwerde über den Kriegsminister seines Kabinetts erklärte, »die Rada misch[e] sich nicht in militärische Angelegenheiten ein«.<sup>284</sup>

Diese symbolische Bedeutung von Militär erleichterte es, auch später wieder nach deutscher Unterstützung für ukrainische Truppenteile zu streben.

<sup>281</sup> Ebd., S. 171-172. – Es erscheint übertrieben, ausgerechnet diesem Blatt eine besondere Bedeutung für das ukrainische Nationalbewußtsein zuzuschreiben (vgl. Volodymyr P. Troščyn'skyj, *Mižvojenne ukraїnska emihracija v Jevropi jak istoryčene i social'no-polityčene javyščje*. Kyiv 1994, S. 33).

<sup>282</sup> Sribnjak, *Poloneni*, S. 180-182.

<sup>283</sup> Ebd., S. 166.

<sup>284</sup> Zelins'kyj, *Syn'ožupannyky*, S. 59.

## 8. DIE FUNKTION DER EMIGRANTEN

Ukrainischen Emigranten, die auf Seiten der Mittelmächte aktiv gewesen waren, begegnete man in der Ost-Ukraine oft mit berechtigtem Mißtrauen. Die Männer, um die es ging, hatten schillernde Viten hinter sich. Aber es gelang ihnen auch manchmal, in den neuen Staatsstrukturen zu wirken.

Mykola Zaliznjak etwa, dessen Verhalten im Krieg mehr als problematisch gewesen war, wurde beauftragt, bei den Deutschen und den Österreichern die Aufstellung und Überführung von ukrainischen Militärverbänden aus Kriegsgefangenen und Legionären zu erreichen. Zaliznjak hatte sich zuvor keineswegs für die »Gefangenenarbeit« des BBU engagiert, jedoch seit 1914 Verbindungen zu Militärkreisen gehabt oder – einfach für alle Aktivitäten zur Verfügung gestanden. Männer wie Skoropys-Joltuchovskýj und Doncov erhielten mittlere Funktionen im Het'man-Staat, Stepankivskýj gelang dies hingegen nicht, Roman Smal'-Stočkyj wurde ungeachtet seiner Verbindung zur dem Het'man gegenüber oppositionellen Nationalunion<sup>285</sup> ukrainischer Diplomat. Mit dem späteren Konsul in München Vasyľ Orenčuk (1890-1958) wurde ein Galizier Vizedirektor der Allgemeinen Abteilung des ukrainischen Außenministeriums.<sup>286</sup> Die demobilisierten ukrainischen Soldaten spielten hingegen keine erkennbare Rolle. Am 30. August 1918 berichtete von Mumm, die »deutschfreundlich orientierten Elemente« hätten keine Bedeutung. Viele seien »enttäuscht und schwankend geworden«:

»Sie kamen als begeisterte Ukrainer hierher und mußten sich hier überzeugen, daß die großrussischen Elemente, die auf eine Wiederherstellung des alten zaristischen Rußlands[!] hinarbeiten, in den Ministerien überwiegen, in der Öffentlichkeit das große Wort führen und die nationalukrainisch gesinnten Elemente verdrängen. Mit dieser Enttäuschung sinken ihre Sympathien für Deutschland. Dem Sinken der Sympathien für Deutschland entspricht ein Steigen der Sympathien für die Entente.«<sup>287</sup>

Doncov war sicherlich der interessanteste dieser Rückkehrer. Mit seinem in Teilen wohl authentischen Tagebuch illustrierte er die Atmosphäre der Het'man-Ukraine. Als er Ende März 1918 aus Österreich nach Kiew kam,<sup>288</sup> engagierte er sich in der einzigen Partei, die sich damals nicht den Anschein von Sozialismus gab, bei den in Poltava von den Brüdern Volodymyr (1873-1933) und Serhij Šemet (1875-1957) gegründeten »bäuerlichen Demokraten« (Partija ukraïńskych chliborobiv-demokrativ). Von dem Grundbesitzerverband, der Skoropadskýj zum Het'man proklamierte, unterschied sich die Partei, der sich auch Mykola Michnovskýj und Vjačeslav Lypynskýj anschlossen, durch eine ukrainisch-nationale und damit nicht-russophile Ausrichtung; die Tatsache, daß reichere Grundbesitzer sich in ihr zusammenfanden, hielt die sozialistischen Reformer fern.

<sup>285</sup> Immerhin wußte Doncov zu berichten, daß Roman Smal'-Stočkyj am 31. August 1918 an einem Bankett der Nationalunion in Kiew teilnahm und deutsche Gäste dazu einlud (Doncov, Rik 1918, S. 61).

<sup>286</sup> Vgl. Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 103.

<sup>287</sup> Von Mumm an Reichskanzler, 30. 8. 1918, PAAA, Ukraine 1 Allgemeines, Bd. 22.

<sup>288</sup> Doncov berichtete in seinem Tagebuch, er habe versucht, über die USS und den Erzherzog Wilhelm in die Ukraine zu gelangen, was ihm jedoch nicht gelungen sei (Doncov, Rik 1918, S. 13; Vgl. auch Mychajlo Sosnovskýj, Dmytro Doncov. Polityčnyj portret. New York/Toronto 1974, S. 137).



In Skoropadskyj sah Doncov eine verwandte Seele. Ihn sprach an, daß jener »Individualität« besaß.<sup>289</sup> Als der Het'man sich aber offen für eine Föderation mit Rußland aussprach, trennte er sich wieder von ihm. Vom 30. Mai bis zum November 1918 leitete Doncov die Ukrainischen Telegraphenagentur<sup>290</sup> und diente dem Het'man – glaubt man seinem Tagebuch – auch als politischer Berater. In seiner Analyse der deutschen Gründe, eine Ukraine gegen Rußland zu fördern, billigte er die deutsche Oberhoheit über den Het'man-Staat.<sup>291</sup>

Doncov war aber auch ein Angeber: So will er den Kontakt zwischen Konovaléc (der mit Doncov seit den Studententagen in Lemberg bekannt war) und dem Het'man<sup>292</sup> vermittelt haben. Dabei kannte Konovaléc Skoropadskyj längst.<sup>293</sup> Überhaupt ist es sehr schwierig, Dichtung und Wahrheit zu trennen. Das Bild, das Doncov von dem Wiener Botschafter des Het'mans, Vjačeslav Lypynskyj, zeichnete, war das eines völlig desorientierten »Polenfreundes« und uninformierten Tagträumers.<sup>294</sup> Lypynskyj revanchierte sich, indem er Doncov später vorwarf, er sei als Leiter der Agentur untätig gewesen und habe der Sache des Het'mans durch seine Intrigen höchstens noch geschadet.<sup>295</sup> Es wäre jedoch auch verfehlt, hierin eine realitätsnahe Beschreibung zu sehen – in gegenseitigen Vorwürfen versuchten die Repräsentanten der gescheiterten Projekte im nachhinein, einander die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Die auf deutscher Seite aktiven Ukrainer erwarteten, daß die Deutschen sie in »einflußreiche Stellungen« bringen würden. Bis zu einem gewissen Grad gelang dies, wengleich die Rolle deutscher Fürsprache schwer zu ermessen ist. Am ehesten fanden sie noch als Verbindungsleute zu den Mittelmächten Verwendung. Repräsentanten des BBU arbeiteten in Wien als Angehörige der diplomatischen Vertretung des Het'mans. Unter Lypynskyj war Andrij Žuk nun für die Gefangenen zuständig, und Mykola Tročkyj, der Redakteur des BBU-Blattes, wurde ebenfalls ukrainischer Diplomat.<sup>296</sup>

<sup>289</sup> Doncov, Rik 1918, S. 6. – Auch in der Schilderung des ersten Zusammentreffens, aus dem bereits vor dem Umsturz Zusammenarbeitspläne hervorgingen, unterstrich Doncov neben dem gemeinsamen Antisozialismus den positiven äußeren Eindruck (»Er machte auf mich einen sehr schönen [duže harne] Eindruck. Intelligente Stirn, ebensolche Augen, ein zurückhaltendes Temperament« [Ebd., S. 44]). Im August 1918 erklärte Doncov noch, »wir brauchen Glanz, Autorität, alte historische Traditionen – kurz: einen Herrn zum Het'man und keinen Provinzadvokaten« (Ebd., S. 57). Hierzu paßt, daß er an Holubovyč kritisierte, daß jener bei seinem Gerichtsverfahren, daß die Deutschen gegen ihn führten, »weinte, bereute und die Deutschen »um Gnade bat« (Ebd., S. 47). – Vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 139-141. – Dorošenkos Einschätzung war nicht besser; er nannte Holubovyč »eine der fatalsten Figuren am ukrainischen politischen Horizont«, »schlaff, phlegmatisch, kein Staatsmann und kein Redner« (Dmytro Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule, S. 216).

<sup>290</sup> Doncov, Rik 1918, S. 11; vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 143. – Unsinnigerweise versuchten sowjetische Autoren Doncov weitere Ämter anzudichten. Da wird er zu einem der Organisatoren der USS im Habsburgerreich und zum Gesandten des Het'mans in Berlin (Vgl. Volodymyr Ju. Jevdokymenko, Krytyka idejnych osnov ukraïnskoho buržuaznoho nacionalizmu. Kyïv 1968, S. 179).

<sup>291</sup> Dmytro Doncov, Mižnarodne položennja Ukraïny j Rossija. Kyïv 1918; vgl. Tomasz Stryjek, Ukraïnska idea narodowa okresu międzywojennego. Wrocław 2000, S. 116.

<sup>292</sup> Doncov, Rik 1918, S. 36; Vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 170.

<sup>293</sup> Konovaléc schrieb über dieses Treffen, er sei am 15.11.1918 vom Het'man zum Ukrainischen Club gegangen und habe dort Doncov getroffen (Jevhen Konovaléc, Pryčynky do istorii ukraïnskoï revoljucii. Praha 1928, S. 15).

<sup>294</sup> Doncov, Rik 1918, S. 23, 29,

<sup>295</sup> Vjačeslav Lypynskyj, Lysty do brativ-chliborobiv. Wien 1926, S. XXI-XXII.

<sup>296</sup> Vgl. nach C.DAVO-Akten Sribnjak, Poloneni, S. 160-161.

Roman Smal'-Stočkyj und Bohdan Lepkyj wirkten in der Berliner Gesandtschaft.<sup>297</sup> Aber man blieb einander fremd.

## 9. DER JUDENFEINDLICHE AUFRUF DER NATIONALEN RADA-PARTEIEN

Aus Anlaß des deutschen Putsches, der Skoropaskyj an die Macht brachte, ist nun Gelegenheit, sich mit einem Aspekt der von Frank M. Grelka bearbeiteten Parallelierung der Ereignisse von 1918 und 1941 zu befassen. Zwischen den Ausschreitungen gegen Juden nach dem deutschen Einmarsch in Kiew Anfang März 1918 und denen von 1941 zieht Grelka eine Verbindung, wozu die diskursive Annahme der Identität von Juden und Bolschewisten auch Grund zu bieten scheint. Daß der jüdisch-sozialistische »Bund« sich am 1. Februar 1918 gegen eine ukrainische Unabhängigkeit ausgesprochen hatte und den Friedensschluß mit den Mittelmächten mißbilligte, daß jüdische Politiker nicht mit der Rada vor den Bol'sheviki nach Żytomyr geflohen, sondern in Kiew geblieben waren, galt als Anlaß, Juden als Gegner wahrzunehmen. Der radikalste Text hierzu stammte von dem aus der USDRP stammenden und später kommunistischen UNR-Innenministers Mychajlo Tkačenko (1879-1920), die Juden seien »Interessenvertreter der russischen Intelligencija in der Ukraine« und deswegen daran mitschuldig, wenn es gegen sie zu Ausschreitungen komme.<sup>298</sup>

Bereits Dragomanov hatte judenfeindliche Thesen vertreten, und in der Ukraine war eine ökonomisch motivierte Abneigung gegen Juden nicht nur bei den »Weißen«, sondern auch bei Sozialisten verbreitet. Vom April 1918 stammt ein deutscher Bericht, wonach die »Abneigung gegen Juden, die mit Vorliebe als die Anstifter der bolschewistischen Greuel bezeichnet werden«, allgemein sei. Und mit dem Einmarsch der Deutschen setzten tatsächlich judenfeindliche Ausschreitungen ein. Allerdings ist die Darstellung in der Literatur – und auch bei Grelka – problematisch, wenn diese bekannten Pogrome unmittelbar mit dem deutschen Einmarsch in Zusammenhang gebracht werden: Auch der Rada verpflichtete Truppen agierten antisemitisch. Die Legenden, daß Juden hinterrücks aus Häusern auf ukrainische Truppen geschossen hätten, gehörten zum üblichen antisemitischen Repertoire, auch die Gleichsetzung der als »Restgegner« aufgefaßten Juden in Kiew mit den entwichenen Bol'sheviki im März.

Grelka führt an, daß die UNR-Regierung im April den Zionisten die Bildung einer eigenen Miliz verweigert habe, nicht die geforderte Untersuchungskommission einsetzte und es Kontributionsforderungen an jüdische Gemeinden gegeben habe. Aber Grelka vermerkt auch, daß in der Rada darüber debattiert wurde, daß Juden bei Deutschen Schutz suchten und fanden, und hält es für möglich, daß »die Rada – deren Unbedarftheit in Fragen der inneren Sicherheit weithin bekannt war – schlicht von diesen Ereignissen überrascht wurde«.<sup>299</sup> Die antijüdische Gewalt gehörte in den

<sup>297</sup> Ebd., S. 166-167.

<sup>298</sup> Grelka, Nationalbewegung, S. 226.

<sup>299</sup> Ebd., S. 228-229.

Kontext der subjektiven Perzeption der Lage: Es handelte sich wie etwa gleichzeitig auch in Lemberg oder Pinsk um die Identifizierung der Juden mit den Feinden der Unabhängigkeit, apolitische Militärbarbarei (auch von bolschewistischen Truppen wurden Judenpogrome verübt), religiös-soziale Überlieferungen aus dem 19. Jahrhundert und um eine Vereinheitlichung des Gegners.<sup>300</sup>

Matthias Vetter schreibt, daß die Rückkehr der Rada nach Kiew zu »massiven antijüdischen Ausschreitungen« geführt habe, »zuerst in der Form von Selbstjustiz an des Bolschewismus verdächtigten Personen«. Und er attestiert der Rada, daß sie »nicht in der Lage war, die jüdische Bevölkerung vor der hereinbrechenden Gewalt zu schützen, die ihr von demoralisierten Truppen und der bäuerlichen Bevölkerung drohte«. Erst die Einsetzung Skoropadskyjs habe die Pogrome eingedämmt.<sup>301</sup>

Damit ergeben sich aber Unterschiede zu 1941: Die Deutschen unterstützten 1918 die Pogrome eben nicht und lösten sie auch nicht aus. Grelka hält die Deutschen für antisemitisch und der Gleichsetzung Jude = Bol'shevik gegenüber aufgeschlossen. Aber auch wenn dies für einzelne zurtraf und Rada-Politiker die Identifizierung von Juden und Bol'seviki vornahmen, in der Rada wurde immerhin darüber debattiert – und bis zum Het'man-Putsch blieben die Autonomieinstanzen der Minderheiten bestehen.<sup>302</sup> Wir halten daher die Parallelisierung von 1918 und 1941, die Grelka um seiner These willen herausstreicht, nur in dem Maße für gegeben, in dem die jüdisch-bolschewistische Identifizierung für bestimmte Gruppen glaubhaft war. 1941 war diese Identifizierung fester Bestandteil der Propaganda, 1918 etwas, was in der Ukraine um sich griff, aber erst von wenigen Ukrainern und Deutschen auch wirklich so internalisiert worden war.

Wir führen diese Thematik an dieser Stelle ein, weil es im Zusammenhang mit dem Het'man-Putsch zu einem ersten antisemitischen ukrainischen Manifest kam, dem wir uns nun zuwenden.

Paul Rohrbach war einer der wenigen Deutschen, die in den ersten Wochen der Het'man-Herrschaft, als er auf den Vorschlag von Mumms hin (zu spät und vermutlich zum einzigen Male in seinem Leben) in Kiew eintraf, versuchten, politisch Einfluß zu nehmen. Er führte Gespräche, um die National-Ukrainer, die dabei waren, sich in einer Ukrainischen National-Staatlichen Union (Ukräinskyj Nacional'no-Deržavnyj Sojuz – UNDS) gegen Skoropadskyj zu organisieren, zur Zusammenarbeit mit diesem zu bewegen. Selbstverständlich war sein Ziel gleichgeblieben: Er wollte die Schwächung Rußlands.<sup>303</sup>

<sup>300</sup> Vgl. Frank Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922*. Wiesbaden 1981, S. 181-245.

<sup>301</sup> Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki*. Berlin 1995, S. 31-32.

<sup>302</sup> Vgl. Grelka, *Nationalbewegung*, S. 229-230.

<sup>303</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 121-123. Zu Max Hoffmann sagte Rohrbach, »daß die Ukraine stramm einem neuen Großrußland entgegensteuer[e]« (Nowak, *Die Aufzeichnung des Generalmajors Max Hoffmann*, Bd. 1, S. 195 [Eintragung vom 21.5.1918]). Über die deutschen Kriegsziele in Osteuropa hatte Rohrbach geschrieben: »Moskau und die Ukraine gehören auseinander; bleiben sie beieinander [...], so bleibt auch die russische Gefahr unbeschworen, das Kriegsziel gegen Rußland an einer entscheidenden Stelle nicht erreicht!« (Paul Rohrbach, *Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution*. Weimar 1917, S. 17). 1919 schrieb Rohrbach: »Als uns die Ukraine gerufen hatte [...], wußten wir nichts Besseres zu tun als mit unseren Soldaten der Rada Gewalt anzutun, die schon im Begriff war, an ihren eigenen Unfähigkeiten zu sterben [...] (Paul Rohrbach, *Woher es kam*. Stuttgart 1919, S. 11).

Was tat Rohrbach, als er erkannte, daß inzwischen ein Putsch stattgefunden hatte? In seinen Memoiren schrieb er, er habe, als er mit Axel Schmidt im Mai 1918 in der Ukraine angekommen war, festgestellt, »daß die von deutscher Seite dirigierte Wahl Skoropadskis ein Mißgriff gewesen war, denn die große Mehrheit der Ukrainer wollte nichts von ihm wissen.« Weiter heißt es:

»Schmidt und ich hatten lange Gespräche mit den ukrainischen Führern und überzeugten uns bald, daß sie die Empfindung hatten, daß Hetmanat [...] sei ihnen von den Deutschen über den Kopf gestülpt worden und es drohe ein moskophiler Kurs.«<sup>304</sup>

Wie weit hat sich Rohrbach nun selber engagiert, um von Mums (»von Rußland und der Ukraine verstand er soviel wie von der Walfischjagd«) Auftrag zu erfüllen? Jedenfalls schrieb er von »steten Ausbrüchen der Dankbarkeit [der Ukrainer] für unsere Arbeit«.<sup>305</sup> Worin bestand diese Arbeit?

Mitte Mai 1918 gründeten Vertreter der gemäßigten Rada-Parteien sowie der Post- und Eisenbahn-Räte den UNDS, der zu einem der Vorläufer der Ukrainischen Nationalunion werden sollte. Man hielt den Kontakt zum Het'man, überreichte ihm ein Memorandum und versuchte, politisch aktiv zu werden. Für unsere Thematik ist jedoch nicht das Memorandum an den Het'man von Bedeutung, sondern daß dieser UNDS sich am 30. Mai 1918 in einem »Aufruf« an das »deutsche Volk« wandte. Man dankte den Deutschen für »die großherzige Hilfe« der Truppen, die die »Moskauer Horden« aus der Ukraine vertreiben sollten. Dadurch sei die Ukraine aus 250-jähriger Unterdrückung durch Moskau (Rußland) errettet worden.

Wie aber hatten nach diesem Text die Moskowiter die Ukraine unterdrückt? Durch die Förderung der »polnischen und jüdischen Kolonisation in der Ukraine«. Gegen sie habe man die Deutschen zur Hilfe gerufen, die durch Reichskanzler Hertling zugesichert hätten, die Ukraine nach Erfüllung ihrer Aufgaben wieder zu verlassen. Nun hätten aber »Moskowiter, Juden und die polnische Szlachta« sich durch die neue ukrainische Staatlichkeit bedroht gesehen und begonnen, sie offen und mittels Intrigen zu bekämpfen.

»Das jüdische Volk, dessen Bourgeoisie bereits sprachlich ganz den Moskowitern [= Russen] assimiliert ist, sieht in der Separierung der Ukraine eine territoriale Verringerung seiner Handels- und Industrietätigkeit und in der nationalen Wiedergeburt und Entwicklung des ukrainischen Bauern sah es eine unmittelbare Bedrohung seiner üblichen Lebensweise als Handelsvermittler. Das jüdische Volk sehnt sich nach dem einen Russland und haßt die ukrainische Unabhängigkeit. [...] So haben, durch den Haß auf das ukrainische Volk vereint, Moskowiter, Juden und Polen ihre Rettung nur darin gesehen, das ukrainische Volk mit dem deutschen zu zerstreiten.«

Damit sei es zu einem »moskowitzisch-jüdischen Komplott« gekommen, das die polnischen Gutsbesitzer unterstützt hätten: Man habe Mißverständnisse zwischen Deutschen und Ukrainern provoziert. Die radikale Linke identifizierte der Aufruf mit Russen und Juden. Die Rechnung sei aufgegangen: Durch den Putsch sei die Macht in die Hände der »Ausländer, der alten Feinde des ukrainischen Volkes« geraten. Und diese verfolgten nun die ukrainischen Nationalisten. Daher wende man sich an das deutsche Volk und rufe zu folgendem auf:

<sup>304</sup> Paul Rohrbach, *Um des Teufels Handschrift*. Hamburg 1953, S. 220.

<sup>305</sup> Ebd., S. 221

»Das Brester Abkommen soll genau [wörtl.: heilig – svjato] eingehalten werden, und das deutsche Kommando soll sich nicht in unseren internen Kampf einmischen, es soll nicht die moskowitzische [russische] Minderheit unterstützen, die jetzt durch den Ministerrat [des Het'mans] die Macht in der Ukraine ergriffen hat.«

Ein »nationales Kabinett« werde die Erfüllung der Brester Friedensbedingungen sowohl im Interesse des deutschen als auch des ukrainischen Volkes sichern.<sup>306</sup>

Die gemäßigten Rada-Parteien (es fehlten die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre) haben mit ihrem Aufruf eine bemerkenswerte Konstruktion erstellt. Sie artikulierten eine Judenfeindschaft, die im politischen Diskurs der Jahre 1917 und 1918 bisher weitgehend vermieden worden war. Gegen Russen, Juden und Polen suchten sie deutsche politische Hilfe, wobei sie das deutsche Militär nur in einer durch das russisch-jüdische Komplott bedingten Gegnerschaft zu sich sahen.

Skoropadskyj und sein »großrussisches« Kabinett ein »jüdisches« Produkt? Diese Sicht ist sicher ungewohnt, und sie kommt auch sonst in ukrainischen Texten nicht vor. Normalerweise brachte man Juden eher mit der »Linken« in Verbindung. Hatte Rohrbach zu dieser Argumentation geraten? Ein Hinweis darauf könnte sein, daß er schon im Juni 1918 den Aufruf in seiner Zeitschrift verbreitete. Und der judenfeindliche Aufruf wurde nicht wiederholt. Das lag vielleicht daran, daß sich im Sommer 1918 der UNDS mit den Ukrainischen Sozialdemokraten und den gemäßigten Sozialrevolutionären zur Ukrainischen National-Union (Ukrain'skyj Nacional'nyj Sojuz – UNS) zusammenschloß.<sup>307</sup>

Das Element der jüdischen Einflußnahme und des jüdischen Bündnisses mit Russen und (weniger unmittelbar) Polen war allerdings auch nicht ganz neu: Im 19. Jahrhundert war es bei Drahomanov und in der polnischen Polemik gegen die »Litwaken« angeklungen. Das Judenmotiv und dessen Verbindung mit einer russophilen Linken gehörte 1918 bereits zum diskursiven Repertoire. Im Mai hieß es in einem von von Eichhorn unterzeichneten Befehl:

»Nach allen Nachrichten sind es nur 10-12% der Bauern, die das ganze Land terrorisieren. Zu ihnen gesellen sich **nach allen Äußerungen der gut gesinnten Kreise der Bevölkerung als Haupthetzer die Juden, die die Bauern aufreizen, die Wintersaaten zu vernichten.** Diese unsauberen hetzerischen und gefährlichen Elemente müssen unter allen Umständen unschädlich gemacht werden und im Interesse des Landes sowohl wie der deutschen Autorität aus den Dörfern entfernt werden. [...] Es hat entweder Festnahme oder Exekution zu erfolgen. [...] Es ist mehrfach festgestellt worden, daß die Juden über die deutschen Maßnahmen und Absichten unwahre und hetzerisch wirkende Gerüchte verbreiten.«

Im Juni gab es auch deutsche Klagen über »jüdische Spekulanten«, gegen die Ukrainer deutsches Einschreiten einforderten. In beiden Fällen gingen die Hinweise jedoch von den Ukrainern aus und waren gegen »links« gerichtet. Andere von Grelka angeführten Fälle – selbst die »Warnung vor jüdischen Geldwechslern« am Kiewer Bahnhof und eine Verweigerung der Hilfe bei ukrainischen Militärpogromen – belegen das Vorhan-

<sup>306</sup> Aufruf des UNDS, 30. Mai 1918, abgedruckt in: Pavlo Chrystjuk, *Zamitky i materijaly do istorii ukraïnskoï revoljucii 1917-1920 rr.* Bd. 3, o. O. 1921, Repr New York 1969, S. 66-68; Dorošenko, *Istorija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 76-78. – Die einschlägige Literatur problematisiert den Aufruf nicht. Mędrzecki etwa referiert ihn, ohne die antijüdische Konstruktion zu betonen (Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 162-163).

<sup>307</sup> Vgl. Chrystjuk, Bd. 3, S. 87.

densein von antijüdischen Haltungen, die von Deutschen übernommen wurden, jedoch nicht die gestaltende Ähnlichkeit mit 1941. Auch Grelka stellt selbstverständlich das Fehlen der »Zielstrebigkeit rassenideologischer Programmatik« fest. Gleichzeitig verständigte man sich nämlich auch darüber, daß man die Juden – wegen ihrer dem Deutschen ähnlichen jiddischen Sprache – für deutsche Zwecke verwenden wollte.<sup>308</sup>

Zuzustimmen ist Grelka, daß die Identifizierung von Juden und Bolschewisten 1918 die Diskurse mitgestaltete. Wie erfolgreich dies war, sei dahingestellt, weil Grelka auch vermerkt, die UNR habe »die jüdische Intelligenz an der Regierung« beteiligt.<sup>309</sup> In dieser Beziehung gab es also keine Eindeutigkeit.

## 10. DIE DEUTSCHE OKKUPATION DER HET'MAN-UKRAINE

Der Putsch vom 29. April erschwerte jede potentielle Einigung der Deutschen mit der ukrainischen Nationalbewegung. Diese nutzte die Bauernunruhen und verband sich mit den Protagonisten der sozialen Unzufriedenheit zu einer Kraft, die die Mittelmächte nun nicht mehr beherrschen konnten.<sup>310</sup> Von Mumm machte in seinem Telegramm vom 2. Mai 1918 keinen Hehl daraus, daß das deutsche Oberkommando die eigentliche Stütze der neuen Regierung war. Sonst ständen nur die Grundbesitzer hinter dem Het'man, die Verletzung der Parlamentsimmunität habe auch die Sozialisten-Föderalisten verschreckt, von den linken Parteien ganz zu schweigen. Groener und von Mumm hätten den Föderalisten vergeblich Ministerposten angeboten, sie seien bisher jedoch nicht darauf eingegangen.<sup>311</sup>

Das zögerliche Abstreiten einer Beteiligung am Putsch war sichtlich verlogen, die Deutschen nahmen Einfluß auf die Kabinettsliste des Het'mans und übten auch sonst wenig Zurückhaltung.<sup>312</sup> Den Repräsentanten vor Ort war bewußt, daß eine allzu großrussische Ausrichtung der Regierung gefährlich war. Als sich nach der Osterfeier der österreichische Vertreter Princig über den »stark monarchisch autokratischen Charakter« des Het'mans mokierte und ihn seiner Umgebung anlastete, pflichtete Groener ihm bei. Princig hielt das autokratische Gebaren »wegen des noch sehr starken Einflusses revolutionärer Parteien im Lande [für eine] nicht unbedenkliche Gefahr für uns und Deutschland durch unvermeidliche Rückschläge auf unsere wirtschaftliche Interessen in der Ukraine«. Als jedoch Princig folgerichtig sein »Au-

<sup>308</sup> Generalkommando Nr.52 Ia, Korpsbefehl, Heeresgruppe Eichhorn, 24. 5. 1918, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, 70381, Bl. 69; Feldpolizeidirektor Süd, OK Eichhorn, Tätigkeitsbericht Juni 1918, ebd., 19937, Bl. 14-18, zit. nach nach Grelka, Nationalbewegung, S. 233. Vgl. auch ebd., S. 234-237 (Meine Hervorhebung, FG).

<sup>309</sup> Grelka, Selbständigkeitsbestrebungen, S. 243; in der publizierten Version »Nationalbewegung« fehlt dieser Passus.

<sup>310</sup> Borowsky, Ukrainepolitik, S. 161-162. – Zur deutschen Wahrnehmung der Bauernunruhen vgl. von Mumm an Hertling, 10.8.1918, PAAA, Ukraine 1 Allgemeines, Bd. 20.

<sup>311</sup> Telegramm von Mumm an AA, 2. 5. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 23, S. 60-61.

<sup>312</sup> Vgl. Dorošenko, Istorija Ukraïny. Bd. II, 2002, S. 41. Für Dmowski war der Putsch die kaum noch erforderliche Bestätigung, daß in der Ukraine nur die Deutschen das Sagen hatten und sich ihre Nationalbewegung nach Belieben konstruierten, vgl. Pisuliński, Nie tylko Petlura, S. 58.

genmerk nachdrücklichst auf stärkere Linksorientierung der Regierung« richten wollte, fand er in Groener dafür keinen Verbündeten mehr. Groener hatte vielmehr vor, falls sich der Het'man nicht würde halten können, »ein Ansuchen mehrerer, hierzu bereiter Parteien um militärische Okkupierung des Landes zu provozieren und dieselbe sodann unter Entfernung des Hetmans durchzuführen, wodurch wir dem Vorwurfe begegnen könnten, daß diese manu-militari-Besetzung gewaltsam erfolgt sei.«<sup>313</sup>

Groener konnte damit nicht den UNDS gemeint haben, zudem sich dessen Aufruf vom 30. Mai auch gegen das Militär richtete. Er durfte sich aber auch in bezug auf die Het'man-Regierung recht sicher sein. Als deren Prinzip formulierte ihr Außenminister Dmytro Dorošenko:

»Die erste Aufgabe der ukrainischen Politik war – gestützt auf die Hilfe Deutschlands (als des stärksten der Staaten, die den Brester Vertrag unterzeichnet hatten) solange dies nötig sein werde – sich zu bemühen, möglichst schnell auf die eigenen Beine zu kommen und dann aus der Fürsorge Deutschlands hinauszutreten, wenn die volle Handlungsfreiheit erworben sein würde; gleichzeitig war erforderlich, so schnell und leicht wie möglich sich von der Anwesenheit österreichisch-ungarischer Truppen auf dem ukrainischen Gebiet zu befreien. Mit der Hilfe der Deutschen, solange sie kräftig waren, mußten auch die Frage des Friedensschlusses mit Sowjetrußland geklärt werden und unsere Grenzgebiete befestigt werden, auf die einige Nachbarn Ansprüche erhoben«.

Deutschland sei der Favorit gewesen, weil es keine offenkundigen Interessengegensätze zwischen ihm und der Ukraine gab und weil beide Staaten antipolnisch wie auch gegen eine austropolnische Lösung waren. Dabei wünschte Dorošenko – so schrieb er jedenfalls 1930 – weder einen vollständigen Sieg, noch eine Niederlage Deutschlands; beides hätte die Ukraine gänzlich diesem oder der Entente ausgeliefert.<sup>314</sup>

Diese Überlegung blieb in mehreren Punkten konstant. Die Nutzung Deutschlands zur inneren und äußeren Konsolidierung verband sich mit dem

- Glauben, daß es leicht sein werde, die Deutschen wieder abzuschütteln und die Früchte der Zusammenarbeit weiter zu genießen, sowie mit der
- Vorstellung, man könne das Verhältnis zu Deutschland in einer Schwebehaltung balancieren.

Daraus entwickelten sich Fixpunkte ukrainischer Strategien. Sie basierten auf einer Überschätzung der eigenen Möglichkeiten, der Vernachlässigung deutscher Pläne und einer nur auf eine einzige Option gerichteten Zukunftserwartung. Damals wie später konnte das einfach nicht gutgehen.

Während Wien der angestrebten »Linksorientierung« zustimmte und »ernsteste Bedenken« gegen die angedrohten Militärmaßnahmen Groeners ausdrückte, hielt Berlin an der militärischen Option fest. Als Burián, diplomatischem Sprachgebrauch folgend, dies »nur als äußerstes Mittel in Betracht gezogen« sehen wollte, antwortete

<sup>313</sup> Die Formulierung stammt aus von Eichhorn an OHL, 4. Mai 1918, nach Baumgart, Ostpolitik, S. 130-131; Princig an Burián, 5. 5. 1918; 6. 5. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 477/478, S. 27-28. Am 8. Mai erklärte Princig alle Versuche für fruchtlos (Princig an Min.d.Äuß., 8.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 482, S. 34-35).

<sup>314</sup> Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. II, Kyïv 2002 (1930), S. 91-92.

Berlin, auch Deutschland erscheine dies »als äußerstes Mittel«. Nur klang das so, als rechnete man jeden Tag damit.<sup>315</sup>

Im AA wurde man deutlicher: Von Mumm hielt es nur mehr für geboten, die »Fiktion eines selbständigen uns freundschaftlich verbundenen Staates« insoweit aufrechtzuerhalten, als dies den deutschen Interessen dienlich sei. Dabei habe man die öffentliche Meinung in Deutschland, aber auch im neutralen und feindlichen Ausland zu berücksichtigen. Und nicht zuletzt auch die in der Ukraine, wo man wegen der politischen und wirtschaftlichen Pläne den Het'man nicht nur als Marionette der Deutschen erscheinen lassen wolle. Von Mumm erklärte, Groener und er seien, auch wenn ersterer sich manchmal etwas härter ausdrücke, im Grundsatz einer Meinung.<sup>316</sup>

Die Deutschen hatten von dem sozialistischen Experiment genug. Am 16. Mai 1918 verfaßte von Eichhorn eine Anordnung, die am 22. Mai den deutschen Militärkommandos bekanntgegeben wurde. Ohne Umschweife – und ohne österreichischen Einspruch – erklärten die Deutschen, man werde jetzt, wo der deutsche Gesandte de facto Beziehungen zur neuen Regierung aufgenommen habe (damit wurde der Primat der Politik vor dem Militär vorgetäuscht), den Het'man »mit den militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln des Deutschen Reiches« unterstützen, weil er alle Forderungen des Militärs anerkannt habe.

»Irgendwelche Agitation im Lande, insbesondere von der sozialrevolutionären Partei und der früheren Regierung [...] ist durch festes Zupacken mit militärischer Hand zu beseitigen. Schärfste Mittel sind am Platze, um Aufstandsbewegungen im Keime zu ersticken. [...] Es ist nicht zu dulden, daß irgend eine ukrainische zivile oder militärische Stelle den Anordnungen der deutschen Militärbefehlshaber, die zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für nötig gehalten werden, Hemmnisse in den Weg legt.«

Die Kompetenz der deutschen Feldgerichte wurde aufrechterhalten; alle Komitees wurden für aufgelöst erklärt, sie sollten durch Verwaltungsorgane ersetzt werden. Für die deutsche Hilfe habe die Ukraine Kompensation zu leisten.<sup>317</sup> Von Eichhorn gab nicht mehr vor, in einem befreundeten Lande zu sein: »In so außergewöhnlicher Lage [seien] nur außergewöhnliche Mittel am Platze [...] und nicht solche, wie sie in Berlin am grünen Tisch ausgeheckt werden«. Nur Geld und »ein kräftiges Zufassen mit militärischer Hand« ließ er noch gelten.<sup>318</sup>

Damit war die Frage einer »linken« Regierungsbeteiligung erst einmal vom Tisch. Die Bauernunruhen boten den Deutschen ausreichend Gelegenheit, ihren harten Kurs unter Beweis zu stellen. Die österreichische Regierung paßte sich an: Burián hielt es für »wünschenswert«, wenn die österreichischen Truppen »in ebenso energischer Weise wie die deutschen« die Het'man-Regierung unterstützten. Für ihn hatten jedoch die erwarteten Lieferungen Vorrang davor, etwa »durch ein weniger energisches Auftreten

<sup>315</sup> Burián an Princig und Hohenlohe, 10.5.1918; Larisch an das k.u.k. Min.d.Äuß., 11.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 483 und 485, S. 36, 39.

<sup>316</sup> Telegramm von Mumm an AA, 9. 5. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 26, S. 65. Vgl. Taras Hunczak, *Die Ukraine unter Hetman Pavlo Skoropads'kyj*. Phil. Diss. Wien 1960, S. 57.

<sup>317</sup> AOK an Burián, 16.5.1918; Forgách an Burián, 23.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 492/507, S.49-51, 67-69. Auch veröffentlicht als Befehl von Eichhorns, 22. 5. 1918, Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 27, S. 66-68.

<sup>318</sup> Eichhorn an OHL, 4. Mai 1918, zit. nach Baumgart, *Ostpolitik*, S. 130-131.



auf Kosten der Deutschen die Sympathien der dortigen Bevölkerung gewinnen zu wollen.«<sup>319</sup> Dies war weniger »Nibelungentreue« als Pragmatismus.

Die den Het'man stützenden Deutschen verhielten sich im übrigen denkbar ungeschickt. Wegen seiner Beteiligung an der Entführung Dobryjs verurteilte ein deutsches Feldgericht den letzten Rada-Ministerpräsidenten Holubovyč, den man zunächst nur als Zeugen vorgeladen hatte, am 25. Juli 1918 zu zwei Jahren Gefängnis. Der österreichische Außenminister hielt dies zu Recht für »eine höchst bedenkliche Maßregel«, die den Gegensatz zwischen den Deutschen und ihrer Marionette Skoropadskýj einerseits und den Nationalisten andererseits vertiefen müßte. Dadurch werde die Macht des Het'man-Regimes erschüttert, »an dessen Erhaltung und Konsolidierung wir ein entschiedenes Interesse haben.« Der Konflikt mit den Nationalisten werde die großrussische Orientierung fördern. Burián wies den österreichischen Diplomaten Karl Emil Prinz zu Fürstenberg (1867-1945) an, darauf hinzuwirken, daß die Strafe »herabgesetzt, umgewandelt oder gnadenweise ganz erlassen würde«.<sup>320</sup>

Gegen seine politischen Gegner rief der Het'man bedenkenlos deutsche Hilfe an: 15 Nationalukrainer, darunter Symon Petljura und Mykola Porš, also die führenden Köpfe der Rada-Zeit, wurden durch Deutsche verhaftet (das Militär hatte sogar von Mumm um seine Zustimmung gebeten) und monatelang ohne Urteil im Gefängnis des deutschen Platzkommandanten in Kiew gefangengehalten. Als die deutschen Sozialdemokraten im Oktober im Reichstag eine kleine Anfrage hierzu einreichten, versuchten die Deutschen krampfhaft, den Eindruck zu erwecken, Verhaftung und Gefangenhaltung durch Deutsche sei nur »Verfügungstellung von Executivpersonal« gewesen, weil die Ukrainer doch so schlecht ausgestattet seien. Rasch wurden die Gefangenen in den »ukrainischen Teil« des Gefängnisses verlegt, aber im AA vermutete man ganz richtig, die Interpellanten in Berlin würden sich damit kaum zufriedengeben. Man solle doch die Angelegenheit ganz in Ordnung bringen. Damit demonstrierte Berlin nun auch, daß die deutsche Seite nicht ganz unbeteiligt war.<sup>321</sup> Legationsrat Herbert von Dirksen (1882-1955) setzte für den Referenten der Ostabteilung des AA Rudolf Nadolny (1873-1953) ein Schreiben auf, in dem der SPD-

<sup>319</sup> Burián an Trauttmansdorff, 12.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 520, S. 84-85. – Nur wenig später gab es auch in Österreich ergebnislose Überlegungen, zu einer offenen Annexion oder Okkupation überzugehen (Trauttmansdorff an Burián, 8.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 556, S. 148-149), während Deutschland sich nun wieder gegen eine »Militärverwaltung« aussprach (Mitteilung des deutschen Geschäftsträgers in Wien, Prinz Stolberg, 25.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 574, S. 173).

<sup>320</sup> Burián an Fürstenberg, 30.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 578, S. 176-177. Forgách berichtete nach von Eichhorns Ermordung, jener habe vorgehabt, Holubovyč nach wenigen Monaten zu begnadigen. Allerdings hätten sich die ukrainischen Nationalisten nicht über Holubovyčs Verurteilung, sondern über die Verhaftung Petljuras und anderer Nationalpolitiker entsetzt gezeigt. Groener habe erklärt, für die Begnadigung einen »ruhigere[n] Moment« abwarten zu wollen (Forgách an Burián, 5.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 587, S. 185-186). Holubovyč kam erst am 16. Dezember 1918 wieder frei, nur um die meiste Zeit bis 1921 von der UNR bzw. den Sowjets eingesperrt zu werden. Er wurde jedoch bald amnestiert, arbeitete in der Sowjetukraine als Bauingenieur und wurde sogar Vorsitzender des Wirtschaftsrates, bis er 1931 wieder verhaftet und in einem Schauprozess verurteilt wurde; er kam im Lager um (Vgl. V. Verstjuk/T. Ostaško, *Dijači Ukraїnskoї Central'noї Rady*. Kyiv 1998, S. 83-84; Gilley, S. 353-354).

<sup>321</sup> Berchem an AA, 27. 10. 1918, Südekum an Nadolny, 25. 10. 1918, Berchem an AA, 31. 10. 1918, mit Vermerk von Stein, 1. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26. Petljura wurde erst am 13. 11. 1918 aus dem Gefängnis entlassen (vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 23).

Abgeordnete Südekum um einen Aufschub der Interpellation gebeten wurde. Berchem setzte sich beim Het'man für Porš ein, woraufhin ihm erklärt wurde, jener werde nur mehr wegen »unlauterer Praktiken bei Ausübung des Anwalts-Berufes [...], die schon zu seiner Ausstoßung aus dem Anwalts-Verein geführt hätten« in Haft gehalten.<sup>322</sup>

Gesellschaftlich wahrten Deutsche und Ukrainer die Form. Am 19. Mai 1918 wurde der Ukrainische Club in Kiew an der Ecke der Prorizna- und der Puškin-Straße im Beisein des Het'mans und der deutschen und österreichischen Spitzen eröffnet. Dessen Vorsitzende, die Schriftstellerin Ljudmyla Staryćka-Černjachivská (1868-1941), drückte dem »edlen deutschen Volk« ihre Bewunderung aus, der Het'man wünschte sich Demokratie und von Mumm der Ukraine ein freies Leben.<sup>323</sup> Wenige Veranstaltungen dürften so verlogen gewesen sein.

Die Anerkennung des Het'mans durch die Mittelmächte war zudem ein Problem. Sie war de jure keineswegs so einfach wie de facto zu vollziehen, wie Groener behauptet hatte. Österreichischerseits wurde eine förmliche Anerkennung von der Erfüllung der Brester Verpflichtungen abhängig gemacht, wobei die Absicht erkennbar war, sie so lange wie möglich hinauszuschieben. Damit geriet Wien in Schwierigkeiten, als nicht nur die Deutschen, sondern auch die eigenen diplomatischen Repräsentanten in Kiew darauf drängten, die Brester Anerkennung auf den Het'man zu übertragen. Die Österreicher versuchten sich in Ausflüchten, schlugen etwa vor, den Het'man als »Regierung der Ukrainischen Volksrepublik« anzusprechen oder eine Formel zu verwenden, wonach man »geschäftliche Beziehungen [...] in derselben Weise [...] pflegen [wollte], wie dies mit der Vorgängerin der jetzigen ukrainischen Regierung der Fall gewesen ist.«<sup>324</sup> Der österreichische Außenminister mußte sich von Forgách belehren lassen, eine Anrede der Regierung unter Umgehung des Het'mans (wie sie später auch die Deutschen praktizierten) bedeute eine »Heruntersetzung und Abweisung«, wo es doch im Interesse der Mittelmächte liege, »den Hetman zu unterstützen und zu versuchen, wenigstens für eine Zeit stabile Zustände zu schaffen.«<sup>325</sup> Am 2. Juni 1918 erfolgte dann die offizielle Anerkennung, wobei Österreich immerhin erreichte, daß der von Skoropadskýj verwendete Titel eines »Het'mans der ganzen Ukraine« um das Adjektiv gekürzt wurde, da man Ansprüche auf Galizien fürchtete.<sup>326</sup>

<sup>322</sup> Nadoľny an Südekum, l. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26; Berchem an AA, 7. 11. 1918, ebd., Bd. 27.

<sup>323</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 56.

<sup>324</sup> Burián an Princig, 18.5.1918; Princig an Burián, 20.5.1918; Burián an Forgách, 26.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 495/496/509, S. 54-56,74.

<sup>325</sup> Forgách an Burián, 25.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 510, S. 74-76.

<sup>326</sup> Forgách an Burián, 2.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 514, S. 77-78. – Vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 16. Anlässlich eines Notenaustauschs mit Wilhelm II. bezeichnete der Deutsche Kaiser Skoropadskýj nur mit dem für ein monarchisches Staatsoberhaupt entwürdigenden Titel »Exzellenz«, den der Het'man bei der Veröffentlichung fortließ. Angeblich hatte Groener gegen eine standesgemäße Anrede mit »Hoheit« o.ä. Einspruch erhoben, um zu verhindern, daß Skoropadskýj eine ranghöhere Anrede genösse als von Eichhorn (Forgách an Burián, 14.7.1918, Hornykiewicz III, Dok. 561, S. 156-157). Anlässlich des Staatsbesuchs in Deutschland kam Skoropadskýj in den Genuß des Titels »Durchlaucht (Altesse serenissime)«, dessen Gebrauch von Mumm im August angeregt hatte (von Mumm an von dem Bussche, 6. 8. 1918, von Mumm an AA, 29. 8. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 64, 66; S. 133, 134-135; Trauttmansdorff an Burián, 2. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 595, S. 195-197).

Die österreichischen Dokumente spiegelten dennoch, solange es nicht um Ostgalizien und die Chelm-Frage ging, weitaus mehr Verständnis für die Ukrainer und Realitätssinn wider als die deutschen. Nicht nur die geforderte »Linksorientierung« wies in diese Richtung, sondern auch die politische Haltung unterschied sich. Während von Eichhorn nur Gewalt kannte, war der Chef des österreichischen Generalstabs realistischer: Solange eine Kooperation mit den Sozialisten nicht gelungen sei, »kann von einer durchgreifenden Autorität des Hetmanschen Regimes [...] keine Rede sein«. Von Waldstätten hielt die Agrarfrage für das »unbestritten politisch und wirtschaftlich *wichtigste*[.] Problem[.] der Gegenwart in der Ukraine« und erklärte klipp und klar: »Die Agrarreform darf aber nicht nur versprochen, sie muß auch durchgeführt werden«. Gegen die Entfernung des Het'mans formulierte er »ganz besondere Bedenken«. <sup>327</sup>

Der Het'man besetzte Regierungs- und Beamtenstellen teilweise mit Russen oder anderen Minderheitenvertretern, was die Kritik der ukrainischen Nationalisten hervorrief. Allerdings weigerten sich die Nationalukrainer auch, mit dem Het'man zu kooperieren. Eine Ausnahme war Dmytro Dorošenko, der am 20. Mai 1918 das Außenministerium übernahm. Der Historiker hatte zuvor kurz als Verwalter für die besetzten österreichischen Gebiete fungiert und sich mit den Vertretern der Mittelmächte gut vertragen. <sup>328</sup> In einem Schreiben an von Mumm versprach er vom »Boden des politischen Programms des Hetmans« für die Selbständigkeit der Ukraine »unter engster politischer, wirtschaftlicher und kultureller Anlehnung an das Deutsche Reich« zu agieren. <sup>329</sup> Auf dem Berliner Gesandtenposten ersetzte man Sevrjuk durch den Baron Fedir Štejnhejl <sup>330</sup>, zum ukrainischen Vertreter in Wien ernannte der Het'man anstelle von Andrij Jakovliv, der in der Ratifizierungsfrage versucht hatte, Druck auf die österreichische Regierung auszuüben, <sup>331</sup> den polnischstämmigen Großgrundbesitzer und Historiker Vjačeslav Lypynskyj. Lypynskyj war eine Zeitlang auch als Außenminister im Gespräch, aus dieser Zeit stammte seine »Beurteilung« durch Stepankivskyj, der nun als vertrauenswürdiger Kenner der Ukrainer galt (obwohl er gerade mit Lypynskyj zuvor kaum etwas zu tun gehabt haben dürfte). Lypynskyj

<sup>327</sup> Waldstätten an Burián, 19.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 499, S. 57-60.

<sup>328</sup> Daß offenbar deutsche Kreise Dorošenko für schwierig hielten und der deutsche Verbindungsoffizier zum Het'man, von Alvensleben, versucht haben soll, die Nominierung zu hintertreiben, wird von Dorošenko selber recht überzeugend damit erläutert, daß es über alle Menschen die kontroversesten Gerüchte gegeben habe und man sehr schnell mit dem Etikett einer »-phlie« oder »-phobie« gekennzeichnet werden konnte (Vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, L'viv 1923, S. 7-8).

<sup>329</sup> Dorošenko an von Mumm, 20. 5. 1918, Faksimile in Gor'kij, Krach, vor S. 121.

<sup>330</sup> Štejnhejl' war liberaler Grundbesitzer aus Wolhynien, der gleichzeitig den ukrainischen Fortschrittlern und den russischen Kadetten angehörte; vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. I, 2002, S. 38.

<sup>331</sup> Jakovliv hatte im Juni 1918 als »Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik in Wien« die Ratifizierung von Brest angemahnt und nach den Aussagen Dmytro Dorošenko gegen seine Anweisungen gehandelt. Dorošenko versprach daraufhin, »diese unfähigen, politisierenden jungen Leute« zu entlassen (Jakovliv an k.u.k. Min.d. Auß., 15.6.1918; Forgáč an Min.d.Äuß., 21.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 776/777/780, S. 421-426). Jakovliv verließ Wien am 28. Juni 1918 (k.k. Polizeidirektion Wien an Min.d.Äuß., 28.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 937, S. 607). Österreich akzeptierte weder Jakovliv noch Lypynskyj als »Geschäftsträger« oder »Gesandte«, sondern wegen der Ratifizierungsweigerung nur als »de facto Vertreter der Ukrainischen Regierung« (vgl. u.a. Burián an Trauttmansdorff, 25.4.1918, Hornykiewicz III, Dok. 922, S. 599).

erschien Stepankivskyj für einen hohen Posten geeignet, weil er sich die Ukraine als Monarchie unter einem deutschen Prinzen vorstellen konnte und außerdem deutschfreundlich, aber österreichfeindlich eingestellt sei.<sup>332</sup>

Versuche, diplomatische Beziehungen über die Mittelmächte hinaus aufzunehmen, scheiterten: In der Schweiz erhielt der Het'man-Abgesandte und Arzt Jevhen Luka-sevyč (1871-1929) eine Absage, man stellte dem Het'man jedoch frei, einen von ihm oder dem Außenminister ernannten »Ministerresidenten« ohne offiziellen diplomatischen Status zu ernennen. Von Romberg freute das: »Dadurch, daß die Beziehungen zwischen den Ländern einen nur halbamtlichen Charakter tragen, bleibt die Ukraine auf eine gewisse Mitwirkung deutscherseits angewiesen, was unseren Interessen entsprechen dürfte.«<sup>333</sup> Tyškevyč, den Skoropadskyj für den Posten gewinnen wollte, verweigerte die Zusammenarbeit, weil er den Het'man für zu wenig nationalukrainisch hielt, und orientierte sich lieber an Österreich, wo im Herbst 1918 angesichts des absehbaren Zerfalls der Donaumonarchie die nationale Karte wieder zu stechen versprach.<sup>334</sup>

Hier soll keineswegs geklärt werden, ob die Ermordung von Eichhorns am 30. Juli 1918 durch Sozialrevolutionäre einen ukrainisch-nationalen (Neben-)Aspekt hatte oder wie diejenige des deutschen Botschafters in Moskau Graf Mirbach allein als Teil eines innerrußländischen politischen Machtkampfs zwischen Sozialrevolutionären und Bol'sheviki zu interpretieren ist. Es reicht festzustellen, daß die Ergebnisse des Het'man-Staatsstreichs und der Eichhornschen Radikalität gering waren, so daß die Deutschen nach seinem Tod überlegten, ob eine Ukrainisierung der Het'man-Herrschaft nicht einen beruhigenden Effekt haben könnte.

Daß von Mumm dem Ministerpräsidenten der Het'man-Regierung Fedir Lyzohub (1851-1928) nahelegte, seiner Regierung mehr »Lokalkolorit« zu geben<sup>335</sup> und daß auch der Het'man im September 1918 kurzfristig (mit deutscher Mitwirkung) und reversibel versuchte, seine Herrschaft zu »ukrainisieren«, folgte der Erfahrung, daß die Verdrängung der Rada-Leute erfolglos gewesen war. Daß diese Optionen einander abwechseln konnten, belegt wiederum, daß ihnen keine fundamentale Bedeutung anhaftete, sondern daß sie vielmehr Mittel zum Zweck der Herrschaftsstabilisierung waren.<sup>336</sup> Kurt von Raumer hatte völlig recht, als er schrieb, daß »Südrußland [...] faktisch von den Deutschen beherrscht« gewesen sei.<sup>337</sup> Diese banale Feststellung ist deshalb vonnöten, weil die Frage der Ukrainisierung der Ukraine während der deutschen Besetzung eines der beliebtesten Themen ukrainischer Historiker ist. Die Flexibilität in dieser Hinsicht macht zwar nicht die Frage nach der faktischen Wirkung

<sup>332</sup> Von Mumm/Thiel an Hertling, 8. 5. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 51, S. 120-121.

<sup>333</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 18. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 23.

<sup>334</sup> Von Romberg an Reichskanzler, 22. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24. – Nach einem Agentenbericht soll Skoropadskyj diesen Posten dann dem ihm aus seiner Jugendzeit bekannten ehemaligen russischen Gesandten in der Schweiz Bibikov angeboten haben, der die Annahme von der Rückgabe seiner Güter bei Charkiv abhängig machte (Berckheim an AA, 11. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25).

<sup>335</sup> Vgl. Hans Beyer, Die Mittelmächte und die Ukraine 1918. München 1956, S. 43.

<sup>336</sup> Bruski kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß die Bekenntnisse zur ukrainischen Unabhängigkeit nicht mehr als ein Ausdruck politischen Taktierens waren (Bruski, Petlurowcy, S. 49).

<sup>337</sup> Kurt von Raumer, »Zwischen Brest-Litowsk und Compiègne«, In: Der Bolschewismus und die baltische Front. Leipzig 1939 (= Baltische Lande 4,1), S. 1-13, hier S. 6.

der Skoropadskyj-Zeit überflüssig, weist diese Wirkung jedoch als Nebeneffekt anders motivierten Politik aus.

Bei den deutschen Geburtshelfern der Ukraine waren die Erwartungen in eine selbständige Ukraine begrenzt. Unter den obwaltenden Umständen der Herrschaft der Bol'sewiki in Großrußland schien den Deutschen eine an die Deutschen angelehnte Selbständigkeit möglich – aber man erwartete in Deutschland nicht, daß der durch die Durchschleusung Lenins geförderte bolschewistische Staat sich auf Dauer würde halten können. Und für den Fall einer Wiederentstehung eines nichtbolschewistischen Rußland setzte eigentlich niemand auf die Fortexistenz einer unabhängigen Ukraine. Ludendorff ging laut seinen Kriegserinnerungen<sup>338</sup> davon aus, daß die Wiederherstellung des Russischen Reiches von der Ukraine ausgehen würde, und damit war er gar nicht so weit von den Rada-Politikern und Skoropadskyj entfernt: Erstere hatten so lange wie möglich an einer Rußländischen Föderation festgehalten, deren Teilstaat die Ukraine sein sollte, und, wengleich vergeblich, eine Konstituante in der Ukraine zusammentreten lassen wollen, für letzteren war der Versuch der Rückkehr zum Föderationsgedanken nach dem Ende der deutschen Förderung eine durchaus wünschenswerte Entwicklung.

Die Deutschen hatten die Ukraine inzwischen weitgehend aufgegeben. Hoffmann schrieb in seinen »Kriegsaufzeichnungen«, »O.H.L. und Eichhorn müh[t]en sich (natürlich unbewußt), die Ukraine wieder mit Großrußland zusammenzubringen«.<sup>339</sup> Daß das schnell gehen würde, meinte auch er nicht, »[f]ür die spätere Zukunft hätte ich es aber für praktisch gehalten, die Ukraine als selbständiges Gebilde zu bewahren«.<sup>340</sup> Groener schrieb am 5. Juni 1918 an Ludendorff, es sei nur durch »strammste Machtpolitik« und Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur möglich, die Ukrainer »eignermaßen dauerhaft[.]« als Staat bestehen und von Rußland getrennt zu lassen.<sup>341</sup>

Ähnlich gering war das Vertrauen in den Het'man. Seine Schwäche war offensichtlich: sowohl politisch als auch wirtschaftlich hielten die Deutschen das Heft in ihrer Hand. Als Reichskanzler Hertling im Sommer 1918 eine Charakteristik Skoropadskyjs anforderte, antwortete von Mumm, jener sei »in erster Linie Soldat«, »eine gerade[,] offene Natur« und »durch und durch deutschfreundlich gesinnt«, »absolut zuverlässig für uns«, jedoch (wegen der Konkurrenz Wilhelms und der österreichischen Polenfreundschaft) »sehr antiösterreichisch orientiert«.<sup>342</sup> Deutschlands Macht halte er für »schwer und hart«, aber »wenigstens offen«, während er den Österreichern die »Hinterhältigkeit ihrer Politik« vorwerfe und beabsichtige, »unter ausschließlicher Anlehnung an Deutschland einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen«.

War dies ein Lapsus? Im Sommer 1918 gab es einen solchen Staat, man mußte ihn nicht mehr »gründen«. Wenn von Mumm sich dieses Wortes bediente, dann zeigte er, daß er den Het'man-Staat zu diesem Zeitpunkt nicht für einen richtigen ukrainischen Staat hielt. Auch der weitere Text, in dem eine »lose Föderation der Ukraine mit Großrußland [...] unter voller Wahrung der ukrainischen Autonomie« in einem engen Bünd-

<sup>338</sup> Erich Ludendorff, *Meine Erinnerungen 1914-1918*. Berlin 1921, S. 450.

<sup>339</sup> Im Kontrast hierzu hielt Forgách von Eichhorn für einen überzeugten Anhänger der ukrainischen Staatsidee (Forgách an Burián, 5.6.1918, Hornykiewicz III, Dok. 584, S. 181-184).

<sup>340</sup> Nowak (Hg.), *Aufzeichnung Max Hoffmann*, Bd. 1, S. 194-195 (Eintragung vom 6.5.1918).

<sup>341</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 128.

<sup>342</sup> Vgl. die entgegengesetzten Hinweise Doncovs oben.

nis mit Deutschland verlangt wurde, und das Resümee, Skoropadskyj sei »in unserem politischen Spiel [...], wenn wir ihn richtig behandeln und seine Individualität schonen, eine gute Trumpfkarte«, verdeutlichte, daß der deutsche diplomatische Vertreter in der Ukraine die Lage im Fluß und einen Nexus mit Rußland für gegeben hielt.<sup>343</sup>

Die deutsche Partizipation an der ukrainischen Politik wurde kaum verhüllt. Die Gesetze der Het'man-Regierung wurden mit deutscher Beteiligung ausgearbeitet, im Juni 1918 verstetigte sich die Wirtschaftsdelegation zu einer Wirtschaftsstelle und mit dem Ukrainischen Nahrungsmittelrat unter dem Perleberger Landrat Hartwig von Graevenitz installierte sich eine Aufsichtsbehörde. Deutschland und Österreich hatten sich im Mai in Berlin über die »Bewirtschaftung« der Ukraine geeinigt – trotz den von Borowsky beschriebenen Querelen wurde nun die Ukraine auf allen wesentlichen Gebieten unter deutscher Beihilfe geführt und ausgeplündert. Die von der Rada geplanten Agrarreformen wurden natürlich ausgesetzt.<sup>344</sup> Als Generaloberst von Kirchberg als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kiew am 21. August 1918 vom Het'man und allen Ministern verlangte, behördliche Anordnungen zuvor ihm vorzulegen, war nur der protokollarische Bogen überspannt worden. Skoropadskyj beschwerte sich bei von Mumm nicht über den Inhalt, sondern über die »kategorische Form des Schreibens« und daß es unter Umgehung des Het'mans direkt an die Minister gegangen sei. Von Mumm kritisierte dies ebenfalls und riet dem Militär zu mehr Fingerspitzengefühl: »Skoropadski ist eine so sensitive Natur, dass er dem leisesten Schenkeldruck nachgibt.«<sup>345</sup> Horak ist also zuzustimmen, daß der Het'man sich »in vasallenhafter Abhängigkeit von äußeren Kräften« befand.<sup>346</sup>

Wie wirkten sich die deutsch-ukrainischen Kontakte aus dieser ersten Besetzungszeit der Ukraine aus? Man lernte 1918 einander kennen. Dadurch, daß Militärs, Politiker, Diplomaten, Kaufleute und Publizisten in der Ukraine weilten und Kontakte zu Einheimischen unterhielten, entstanden persönliche Bekanntschaften, aus denen aktivierbare Netzwerke werden konnten. Und diese Verbindungen, verbunden mit einem erst später entwickelten politischen Theoriekonzept und der wenigstens in einigen Grundzügen konstant gebliebenen Perzeptionsstruktur dessen, was man nun unter »Ukraine« verstand, war die Grundlage für die Interaktion zwischen Ukrainern und Deutschen vor dem und im Zweiten Weltkrieg.

## 11. POLITISCHER UKRAINEPESSIMISMUS 1918

Wenn man Stellungnahmen zur Ukraine aus dem Jahre 1918 Revue passieren läßt – und damit den deutschen Ukrainediskurs dieser Zeit umreißt – dann überwiegt mit einer

<sup>343</sup> Von Mumm an Reichskanzler Hertling, 10.8.1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 20, auch gekürzt in Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 82, S. 161-162. Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 162.

<sup>344</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 170-182.

<sup>345</sup> Von Mumm an Reichskanzler, 27.8.1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 22.

<sup>346</sup> Stefan Horak, Der Brest-Litowsker Friede zwischen der Ukraine und den Mittelmächten vom 9. Februar 1918 in seinen Auswirkungen auf die politische Entwicklung der Ukraine. Phil. Diss. Erlangen 1949, S. 128.

markanten Ausnahme Enttäuschung. Während man zu Beginn des Ersten Weltkriegs uninformiert gewesen war, hatte man sich dann durch den BBU und andere Exilukrainer bzw. galizische Ruthenen zu positiven Einschätzungen verleiten lassen und mit dem »Brotfrieden« die Ukraine als Versorgungs- und Friedensquelle entdeckt. Mędrzecki hat richtig vermerkt, daß man zwar die ukrainische Regierung nicht sonderlich beachtete, aber eigentlich optimistisch davon überzeugt war, daß die ukrainische Nationalbewegung rasch mit ihrer Staatsaufbauarbeit fertig werden würde.<sup>347</sup> Wie in Brest schlug die Stimmung jedoch rasch um. Bald nach der ersten Konfrontation mit der ukrainischen Realität überwog Pessimismus gegenüber den Aussichten, die eine unabhängige und mit den Mittelmächten verbündete Ukraine tatsächlich haben dürfte. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Wiederherstellung eines russländischen Staates erörtert, wobei im Laufe der Zeit nicht mehr ein »ob«, sondern nur noch »wann« und »wie« zur Diskussion standen.

Die Stellungnahmen deutscher Parlamentarier wurden bereits oben im Rahmen der Ratifizierungsdebatte des Reichstags vorgestellt. Die Presse betonte trotz mancher Kritik an der Vorgehensweise die positiven Aussichten, die sich für Deutschland eröffneten und artikulierte ebensowenig Zweifel wie die »Ukrainekenner« um Rohrbach, die zur Gründung der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft schritten.

Die Broschürenflut über die Ukraine, die in den ersten beiden Kriegsjahren angeschwollen war, war 1918 abgeebbt. Umso markanter ist, daß im Anschluß an den Friedensschluß (und allem Anschein nach vor demjenigen mit Sowjetrußland, jedenfalls aber vor dem Het'man-Putsch) ein mit zahlreichen Bildern ausgestattetes Heftchen erschien, das einerseits anonyme (»Von einem Ukrainer«) Beiträge über Geschichte und Kultur der Ukraine enthielt, dessen Kapitel »Land und Leute« und »Volkswirtschaft« andererseits aber von M. W. Meyer-Heydenhagen verfaßt waren, dem 1918 für die Ukraine zuständigen Legationssekretär im deutschen Auswärtigen Amt.<sup>348</sup> Daß ein Subalternbeamter des diplomatischen Dienstes mit eigenen Werken an die Öffentlichkeit trat, war eher ungewöhnlich, andererseits kann angenommen werden, daß die Position des AA derjenigen des Verfassers nicht widersprach. Meyer-Heydenhagen hielt die Westgrenze der Ukraine »in groben Zügen« für festgelegt, während er die Ost- und Südanprüche der UNR »in nationaler [Hinsicht] auch [für] recht problematisch« hielt.<sup>349</sup> In seinem »Volkswirtschaft«-Kapitel befaßte er sich vorwiegend mit Handels- und Transportfragen und äußerte zuletzt, bei der Behandlung der deutschen Kolonisten, die nicht mehr ganz unerwartete Hoffnung, daß ihnen nach der Erfahrung des russischen Deutschenhasses zu Beginn des Weltkrieges der Friedensschluß ermöglichen werde, »in ihre deutsche Heimat zurückzuwandern«. So weit handelte es sich um Ansichten, wie sie bereits in der Claß-Denkschrift enthalten gewesen waren. Meyer-Heydenhagen bedauerte aber, daß damit ein »Außenposten des Deutschtums« verloren gehen würde, und dies zudem »in einem Lande [...], mit dem in ehrlicher Freundschaft zu leben wir uns aufrichtig gelobt und auch allen Anlaß haben«.<sup>350</sup> Die Schrift markierte damit für die Öffentlichkeit den Übergang von einer

<sup>347</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 131. Dort auch Hinweise auf den anfänglich günstigen Eindruck der Militärs und das Umschlagen der Haltung, vgl. S. 136-138.

<sup>348</sup> Heinrich Lanz (Hg.), *Ukraina*. Berlin 1918.

<sup>349</sup> M. W. Meyer-Heydenhagen, »Land und Leute«, in Lanz, *Ukraina*, S. 8.

<sup>350</sup> M. W. Meyer-Heydenhagen, »Volkswirtschaft«, in: Lanz, *Ukraina*, S. 92-94.

antirussischen Instrumentalisierung der Ukraine zu einer Sichtweise, in der die Ukraine für Deutsche Eigengewicht erhielt. Berücksichtigt man dabei, daß der Verfasser in den dreißiger Jahren neuerlich im Ostreferat des AA tätig werden sollte, dann erhält die Broschüre im Nachhinein Relevanz. Hier zumindest gab es Hoffnung auf eine längerfristige Verbindung.

Erschienen ist die Schrift in Berlin, wo man den Exulanten vertraute, die an der Schrift mitgewirkt hatten. Und auch Kiew versuchte, die Chancen einer deutsch-ukrainischen Kooperation herauszustreichen. Dorošenko schrieb: Zum Zweck der eigenen inneren Stärkung und der Konsolidierung der eigenen Kräfte müsse man sich zunächst auf die Deutschen stützen, um sich dann möglichst rasch von ihrer »Fürsorge« zu emanzipieren und die volle politische Bewegungsfreiheit zu erhalten. Dies meinte er mit Politikern, nicht aber mit Militärs erreichen zu können, weshalb er auch versuchte, die Kontakte mit den Deutschen möglichst aus Kiew nach Berlin zu verlegen. Für vorrangig hielt Dorošenko zudem, die österreichische Militärpräsenz zu verdrängen – nach seiner Einschätzung widersprachen die österreichischen und die nationalukrainischen Interessen einander diametral.<sup>351</sup>

Dorošenkos Politik enthielt Motive, die bald zum ständigen Konzept der Nationalukrainer gehören sollten: Zum einen versuchte er, zwischen unterschiedlichen Kreisen der Deutschen zu unterscheiden, ohne sich über den inneren Zusammenhalt der Gegenseite große Gedanken zu machen. Zum anderen hielt er es für möglich, sich der Deutschen zu bedienen und dann ganz einfach deren »Fürsorge« abschütteln zu können.

Vor Ort flackerte bei den Deutschen etwas Optimismus auf, als man den Het'man an die Macht geputscht hatte. Auch Groener meinte, die Haupthindernisse für die angestrebten Erfolge seien beseitigt.<sup>352</sup> Umso größer war die Enttäuschung, als sich die Erwartungen nicht erfüllten. Die Probleme blieben: Weder war die Scheidung der Ukrainer von den Russen so nachvollziehbar, wie die Emigranten behauptet hatten, noch erfüllten sich die Schlaraffenland-Hoffnungen, zu denen ihre Broschüren Anlaß gegeben hatten. Die Deutschen vor Ort beurteilten die Überlebensfähigkeit des ukrainischen Staates, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, weiterhin höchst pessimistisch. In Berlin war man jedoch noch frohen Mutes. Dorošenko schrieb denn auch, es sei viel einfacher gewesen, mit der Regierung in Berlin ins Benehmen zu kommen als mit den Repräsentanten Deutschlands in der Ukraine.<sup>353</sup>

Die Unterscheidung zwischen Rußland und der Ukraine fiel, wie auch dann im Zweiten Weltkrieg wieder, den Deutschen schwer. Schon im Februar 1917 hielt General Max Hoffmann die »ukrainischen Truppen [...] ebenso wie die russischen durch revolutionäre Ideen [für] gänzlich desorganisiert«. »Das ganze Rußland ist weiter nichts, als ein großer Haufen Maden – alles faul, alles wimmelt ordnungslos durcheinander«, war zunächst in dieser drastischen Sprache sicher nur etwas, was er seinem Tagebuch anvertrauen mochte, aber es zeugte gewiß nicht von einer ukrainefreundlichen Einstellung.<sup>354</sup>

<sup>351</sup> Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, L'viv 1923, S. 6-7.

<sup>352</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 203, 207.

<sup>353</sup> Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 263.

<sup>354</sup> Nowak (Hg.), *Die Aufzeichnung des Generalmajors Max Hoffmann*, Bd. 1, S. 186 (Eintragung vom 17.2. 1918).



Groeners Eindruck, daß ohne die deutsche Präsenz die Ukraine bald wieder Rußland zufallen würde, machte sich im Sommer 1918 auch die deutsche Führung zu eigen – und sie fand das, was die Truppenabzüge belegen, offenbar auch nicht besonders erschreckend.<sup>355</sup> Während Ludendorff in Spa im Juli 1918 erklärte, ein lebensfähiger, selbständiger Staat Ukraine werde nie entstehen, der nationale Gedanke der Ukraine stehe und falle mit der Anwesenheit der Truppen, reduzierte Kaiser Wilhelm II. die deutschen Absichten mit der Ukraine auf den Satz: »Wir sind in die Ukraine gegangen, um Lebensmittel zu erhalten«. Für den deutschen Kaiser bedeutete das, man könne sich nun von Kiew aus mit russischen Monarchisten um eine »Neugeburt Rußlands« bemühen. Und so war das Angebot Adolf Ioffes (1883-1927) vom 7. Juli 1918, Deutschland aus der Ukraine mit Getreide zu beliefern, falls man die Rückgewinnung der Ukraine durch die RSFSR tolerieren würde, keineswegs unklug.<sup>356</sup>

Auch die Äußerung des deutschen Staatssekretärs des Äußern (Außenministers) Paul von Hintze (1864-1941), die Selbständigkeit der Ukraine sei kein deutsches, sondern ein österreichisches Ziel gewesen, ist ein Beleg dafür, daß sich die deutsche politische Führung in der zweiten Jahreshälfte 1918 von ihrem ukrainischen Abenteuer zu distanzieren begann.<sup>357</sup>

Und obwohl deutsche Kommentare offiziell weiterhin optimistisch blieben, drängt sich noch heute der Eindruck auf, die Verfasser glaubten selber nicht so richtig an das, was sie schrieben. So hieß es anläßlich des Skoropadskyj-Besuchs bei Wilhelm II:

»In der Hoffnung, daß zwischen dem ukrainischen und dem deutschen Volke sich vertrauensvolle politische und wirtschaftliche Beziehungen knüpfen und festigen, klangen beide Reden aus. Mehr verlangen wir nicht. Uns kann nur daran gelegen sein, daß die Ukraine sich zu einem gesunden selbständigen Staatswesen entwickelt und alle ihre Kräfte in eigenem Leben entfaltet. Daß es dem Hetman gelingt, das Werk zu vollenden, ist unser aller aufrichtiger Wunsch.«<sup>358</sup>

Auch die österreichischen Berichte klangen alles andere als begeistert. Die Agrarreform sei offenbar der Angelpunkt ukrainischer Staatlichkeit, während die nationale Frage gar nicht gestellt würde. Die Bauern wüßten gar nichts von dem Vorhandensein einer Regierung, schrieb ein Diplomat aus Kiew am 10. März.<sup>359</sup> Konsul Max von Hoffinger sekundierte, »von einem wirklichen nationalen Empfinden [könne] ange-

<sup>355</sup> In seinen Memoiren klang dies etwas anders. Der Ende der 1930er Jahre geschriebene Text erklärte »unterscheidende völkische Merkmale zu den Russen« für »ja tatsächlich vorhanden«, sie würden jedoch von der Mehrzahl der Einwohner »nicht empfunden«, und die ukrainische Idee lebte »nur in einem kleinen Kreis von Intellektuellen« (Groener, Lebenserinnerungen, S. 391). Dabei muß jedoch bedacht werden, daß Groener inzwischen zu einem Förderer der Skoropadskyj-Gruppe in Berlin und des dortigen Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts geworden war, so daß er sich kaum mehr negativer äußern konnte.

<sup>356</sup> Vgl. Beyer, Die Mittelmächte, S. 54. – Abgesehen davon, daß dies später durchaus geschah – selbst als in der Ukraine und in anderen Gebieten wegen der Kollektivierung die Menschen massenweise verhungerten – belegt das Angebot, daß die sowjetische Führung das deutsche Interesse an der Ukraine für materiell, nicht politisch motiviert hielt, während die eigenen Versuche, eine Sowjetukraine zu bilden, nach Brest-Litovsk nur zurückgestellt, nicht aufgegeben worden waren.

<sup>357</sup> Vgl. ebd., S. 55.

<sup>358</sup> »Der Hetman der Ukraine bei Kaiser Wilhelm«, Hamburger Nachrichten 459/8. 9. 1918, Morgenausgabe.

<sup>359</sup> Mitsch an k. u. k. Ministerium des Äußern, 6.5.1918, Hornykiewicz I, Dok. 130, S. 315-319.

sichts der niedrigen Bildungsstufe und der geringen kulturellen Bedürfnisse der Masse der Bauernschaft nicht die Rede sein.«<sup>360</sup>

Auch Graf Hohenlohe war Pessimist: Nur der Gegensatz zu den Bol'sheviki habe die Rada zur Unabhängigkeit und »völlig in unsere Arme« getrieben. »Der Gegensatz zwischen der Ukraine und Großrußland scheint mir jedoch nicht derart dauernd, daß sich hierauf feste Kombinationen begründen ließen«. Hohenlohe bestritt ein österreichisches Interesse an einem ukrainischen Staat, »der auch in Österreich »unerlöste Brüder« zurückgelassen hat«:

»[E]ine Wiedervereinigung Kleinrußlands mit Großrußland ist zweifellos nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich[,] und diese Eventualität dürfte in der Ostpolitik der Mittelmächte unter keinen Umständen außeracht[!] gelassen werden, vielmehr erwächst genannten Mächten hieraus die Aufgabe, jene Gebiete, deren Wiedervereinigung mit Großrußland in Betracht kommt, tunlichst zu schwächen, andererseits jene Teile, die selbst an einer Wiedergeburt Rußlands kein Interesse haben, möglichst vollständig aus dem einstigen Rußland loszulösen. Auf die Ukraina angewendet, bedeutet dieser Grundsatz eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Ausnützung dieses Staates im jetzigen Augenblick, später ein Desinteressement an seinem weiteren Schicksale, um die Anbahnung erträglicher Verhältnisse mit dem Reste Rußlands nicht auszuschließen.«

Weiter sprach Hohenlohe sich für die propolnische Option aus und erteilte Sympathieerwägungen jeglicher Art einen Platzverweis, da sie »in einer zielbewußten Politik nie etwas zu suchen gehabt« hätten.<sup>361</sup>

Der österreichische diplomatische Vertreter in Kiew war etwas vorsichtiger. Im Mai 1918 sah er in Skoropad'skyj nur theoretisch einen Regenten:

»In Wirklichkeit steht heute die Ukraine vollkommen unter deutsch-österreichisch-ungarischem Protektorat (speziell Kiew ist ein deutsches, militärisch geleitetes Generalgouvernement) mit einer sich uns ganz unterordnenden, aus meist klugen, fähigen Männern bestehenden konservativen Regierung, welche aber trotz russischer Färbung und Vergangenheit teils aus particularistischen Interessen, teils aus Gegensatz gegen die anarchistische Regierung Rußlands, sich mit Überzeugung und Eifer in das nationale ukrainische Gewand hüllt«.

Nur für den Fall des Fortbestands der Herrschaft der Bol'sheviki in Rußland gab er dem ukrainischen Staat eine Chance:

»Tritt aber in Rußland ein Umschwung in vernünftige Bahnen ein, so ist die Rückwirkung und Anziehungskraft auf die Ukraine selbstverständlich.«<sup>362</sup>

Im Juni 1918 datierte er den Beginn der ukrainischen Nationalbewegung (falsch) auf die Revolution von 1905, ihr habe allerdings nur eine »sehr schmale Schichte Intellektueller, die ohne Einfluss auf das Staatsleben waren und allen Fragen des öffentlichen Lebens fernstanden« angehört. Dies sei dann auch der Grund für die »Weltfremdheit und Ungeschicklichkeit« der Rada-Regierungen gewesen, deren Erfolg er zu Unrecht der von Österreich ausgehenden Agitation zuschrieb.<sup>363</sup>

<sup>360</sup> Von Hoffinger an Czernin, 12.3.1918, Hornykiewicz I, Dok. 131, S. 319-321, hier S. 320.

<sup>361</sup> Hohenlohe an Czernin, 25. 3. 1918, Hornykiewicz I, Dok. 135, S. 328-330.

<sup>362</sup> Forgách an Burián, 25.5.1918, Hornykiewicz III, Dok. 510, S. 74-76.

<sup>363</sup> Forgách an Burián, 11. 6. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 529, S. 98-106, hier S. 98-99.

Der Pragmatismus der Österreicher wird in den Szenarien deutlich, die Forgách entwickelte. Das zuvor bekundete Interesse an einer »linken« Regierungsbeteiligung war dahin: Österreich sei »an der Erhaltung einer selbständigen, wenn möglich von besonnenen, gemässigt konservativen Elementen geleiteten Ukraine interessiert«. Nur diese würden »zu sehr auf die Unterstützung der Mittelmächte angewiesen sein«, um diesen Rückhalt durch »irredentistische Pläne auf unsere Gebiete in Frage stellen zu können.« Deutlich wird der defensive Charakter der österreichischen Wunschvorstellungen. Nicht nur waren die »Befreiungspläne« von 1914 ad acta gelegt, die Furcht vor dem in Brest durch Österreich selber beförderten Irredentismus dominierte alles andere. Eine sozialistische Ukraine würde nach Forgách zwar nicht irredentistisch sein und könnte auch nicht auf die Mittelmächte verzichten, aber als »Ansteckungsherd des Agrarsozialismus für Galizien, Polen und Ungarn« wäre sie gefährlicher als das aktuelle Het'manregime. Als ungünstigste Entwicklung sah Forgách eine in eine rußländische Föderation eingegliederte Ukraine an, was sie von den Mittelmächten unabhängig machen und die »ukrainischen Elemente im Innern national befriedigen« würde: Dies wäre dann eine Basis der von Österreich gefürchteten Irredentapolitik. Dem wäre »das Aufgehen der Ukraina in einem möglichst zentralistischen und absolutistischen Rußland immerhin vorzuziehen«, was wenigstens eine Irredentapolitik ausschloße, und bewirken würde, daß die ukrainische Nationalbewegung dann wieder Rußland schwächen könnte. Forgách gab einer Föderationslösung die größten Chancen, der Het'man-Regierung »und der Selbständigkeit der Ukraina überhaupt« vermochte er dagegen kein »günstiges Horoskop zu stellen.«<sup>364</sup>

Texte aus dem Sommer 1918 enthielten positive nationale Erwartungen nur noch, wenn sie der Propaganda dienen sollten oder von Nationalukrainern verfaßt waren. Die Deutschen stützten den Het'man, unterhielten aber gleichzeitig politische Kontakte mit den russischen Monarchisten, den Kadetten und natürlich den Bol'sheviki. Sie waren gegen die nationalen Töne des Erzherzogs Wilhelm. Die Vertreter des Reiches vor Ort hielten die Selbständigkeit der Ukraine zwar für einen positiven Faktor, aber nur weil man an einem Gesundungsprozeß Rußlands kein Interesse hatte. Grundsätzlich hatte man nichts gegen Monarchisten und Kadetten, im Vordergrund stand aber die Anerkennung der Bedingungen von Brest-Litovsk.

Von Miljukov und den Monarchisten war diese Anerkennung nicht zu erwarten – aus der militärischen Denkschrift vom 17. Juni 1918 ging hervor, daß die Kontakte mit ihnen vor allem den Zweck hatten, sich nicht von ihnen überraschen zu lassen.<sup>365</sup> Die einzigen, die zu Brest-Litovsk ständen, seien die Bol'sheviki und die ukrainischen Machthaber, also kooperierte man mit ihnen trotz der grundsätzlich geringen Erwartungen, daß sie sich länger an der Macht halten würden.

Außer diesen negativen Gründen gab es aber auch positive: Die einst von Jevhen Levyčkyj artikulierten geopolitischen Ziele wurden nun von den Deutschen aufgenommen. Die Ukraine war nun unbezweifelt »eine Brücke nach dem Kaukasus, nach Asien, letzten Endes nach Indien, besser wie [!] die Türkei, von der wir immer getrennt bleiben werden«. Auch der ukrainisch-polnische Gegensatz erschien als Positivum,

<sup>364</sup> Ebd., S. 105-106.

<sup>365</sup> Mumm an Reichskanzler, 22.6.1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 16; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 128-129.

wohingegen man an eine russische Polenfeindschaft nicht glaubte. Die Denkschrift war dennoch pessimistisch. Von Eichhorn machte die Überlebensfähigkeit der Ukraine an der Person des Het'mans fest und daran, daß man an die Ukraine glaube – beides eher schwache Stützen. Er hielt es für wichtig, alles zu tun, um die Ukraine zu erhalten, weil sie für Deutschland von Nutzen sei. Dazu müsse sie sich durch »geordnete Zustände« von Rußland unterscheiden. Die gewollte »Anarchie« in Rußland wurde damit zu einem Faktor, der Deutschlands Oberherrschaft über die Ukraine rechtfertigen sollte.

Im Juni 1918 stand diese Sicht im Gegensatz zu der antibolschewistischen Position Ludendorffs<sup>366</sup>, aber auf der Kronratssitzung in Spa vom 2./3. Juli 1918 schloß sich auch die OHL der Politik an, »jetzt« nicht den Sturz der Bol'seviki zu betreiben. Wie Borowsky richtig erkannt hat, bedeutete dies jedoch nicht etwa eine optimistische Einstellung zur Überlebensfähigkeit der Ukraine.<sup>367</sup> Groener hatte Ludendorff am 5. Juni bestätigt, daß es ein »national-ukrainisches Volk« nicht gebe, daß auch wirtschaftlich die Ukraine ein Teil des Reiches bleibe und daß daran niemand zweifle, »der nicht durch die Brille des Herrn Rohrbach sieht«.<sup>368</sup> In Spa wiederholte Wilhelm II., daß man allein wegen der Lebensmittel in die Ukraine gegangen sei – eine Vorstellung, die Ukraine dauernd von Großrußland zu trennen, erklärte er zu einem »Wahn«: »Die beiden werden wieder zusammenkommen. Um Kiew können sich jetzt alle Ordnungselemente scharen[,] und von hier aus kann die Wiedergeburt Rußlands erfolgen«.<sup>369</sup>

Gab es einen Widerspruch zwischen der Erwartung einer »Wiedervereinigung« und der Stützung des ukrainischen Separatismus? Unseres Erachtens war das nicht der Fall. Gegen ein föderales oder neo-zarisches Rußland hatten die Deutschen nichts einzuwenden, wenn es mit Deutschland wirtschaftlich gegen die Westmächte zusammenarbeiten würde. Selbst im Sommer 1918 finden wir also keine grundsätzlich antirussische Einstellung der deutschen Politik- und Militärkreise. Als Hauptgegner galt der Westen, Rußland weiterhin als potentieller Verbündeter – und die selbständige Ukraine als kriegswichtiger Lebensmittellieferant, nicht als langfristige politische Option.

Da die politischen Divergenzen zwischen den beteiligten Gruppen damit relativ leicht zu überbrücken waren, bezweifeln wir die verbreiteten Thesen von der Interessenpolykratie im damaligen Deutschland. Unter dem Eindruck der Skoropadskyj-Herrschaft hatte die Überzeugung vom provisorischen Charakter der ukrainischen Selbständigkeit um sich gegriffen. Ziemlich illusionslos sah auch Dorošenko, daß die ukrainische Selbständigkeit für die Deutschen nur eine »provisorische Kombination« (tymčasova kombinacija) war. Zudem traten die deutschen Verwalter mit ihren »groben soldatischen Händen« so auf, daß sie »nicht nur niemanden für sich einnehmen konnten, sondern im Gegenteil – die Menschen abstießen«.<sup>370</sup>

Dabei ist es wichtig zu sehen, wie die Skoropadskyj-Führung eingeschätzt wurde. Skrupel, allzu anmaßend aufzutreten, gab es im amtlichen Verkehr kaum noch. Von Mumm und Groener stimmten darin überein »die Fiktion der Ukraine als eines selbst-

<sup>366</sup> Vgl. ebd., S. 131.

<sup>367</sup> Vgl. ebd., S. 132.

<sup>368</sup> Groener an Ludendorff, 5. 6. 1918, zit nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 132.

<sup>369</sup> Zit. nach ebd., S. 132-133. Vgl. Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 197-198.

<sup>370</sup> Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule. Bd. 3, S. 18.

ständigen und mit uns befreundeten Staates [...] aufrechtzuerhalten«<sup>371</sup>, womit sie das Bild der auf selbständig zu »frisierenden« baltischen Territorien aus dem Mai 1917<sup>372</sup> übernahmen.

Hier erkennen wir den Unterschied zum Zweiten Weltkrieg: Genausowenig wie später rechnete man mit einer unabhängigen Ukraine; man wollte den deutschen Einfluß aufrechterhalten und das Land ausbeuten. Aber dies sollte durch »positives« Handeln gestützt werden: Ukrainische Politiker sollten öffentlich als Verbündete Deutschlands agieren, während 1941 die Ausplünderung ohne derartige Marionetten stattzufinden hatte.

Die Kontakte eines russländischen Monarchisten, des Herzogs Georg von Leuchtenberg (1879-1929), zu Groener, vom Mumm und zum bayerischen Kronprinzen Rupprecht (1869-1955) beleuchten einen anderen Aspekt: Von Leuchtenberg suchte dem Het'man in einem monarchistischen Bundesstaat eine ukrainische Autonomie zu erhalten, was aber einen separaten Adelsstaat, keineswegs eine nationalukrainische Entität bedeuten sollte, die er als »Mißgeburt, ein schwankendes temporäres Gebilde, an das kein ernster Mensch glaubt«, bezeichnete.<sup>373</sup> In dem Brief an seinen bayerischen Verwandten warnte von Leuchtenberg vor den »österreichischen Treibereien mit den »echten Ukrainern««. Die USS-Aktivitäten sah er als tatsächliche Gefahr an. Österreich erschien in diesem Lichte eher als Befürworter einer nationalukrainischen Politik, während in bezug auf Deutschland politische Kalkül der vorrangige Eindruck war.<sup>374</sup>

Zu einem ukrainischen Nationalstaat gab es auch andere Gegenentwürfe. Deutsche Kolonistenfunktionäre schwärmten mit Rückendeckung Ludendorffs von einem deutschen Krim-Staat, der nach einem russisch-ukrainischen Zusammenschluß das Bindeglied zu einem prodeutschen »Kaukasus-Block« darstellen könnte. Skoropadský hatte aber seinerseits Ansprüche auf die Krim erhoben. Groener und von Mumm waren an einer Festigung der Het'man-Herrschaft interessiert und daher gegen eine »deutsche Krim«. Die Situation blieb bis Kriegsende in der Schwebe.<sup>375</sup>

Nicht anders war es mit den institutionalisierten ukrainisch-russischen Kontakten. Im Brester Vertrag mit der RSFSR hatte Deutschland die gegenseitige Anerkennung Rußlands und der Ukraine durchsetzen können, und so begannen denn auch am 23. Mai 1918 in Kiew Friedensverhandlungen. Christian Rakowski (1873-1941), der Leiter der sowjetischen Delegation und spätere Regierungschef der Sowjetukraine, erkannte den Ukrainischen Staat formal an, und am 13. Juni 1918 wurde ein Waffenstillstandsvertrag für die Dauer der Verhandlungen geschlossen.

Damit waren aber die Gemeinsamkeiten erschöpft. Deutschland war am Waffenstillstand interessiert, weil dies seinem Interesse an der Spaltung Rußlands entsprach. Die Verhandlungen fuhren sich jedoch sofort fest. Die Ukrainer mochten sich nicht

<sup>371</sup> Von Mumm an AA, 9. 5. 1918, PAAA, Ukraine 1, Bd. 11, zit. nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 134. Hervorhebung durch FG.

<sup>372</sup> Bethmann Hollweg an Grünau, 7. 5. 1917, PAAA, Weltkrieg 2 geh., Bd. 35, vgl. Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, S. 322.

<sup>373</sup> Von Leuchtenberg an Rupprecht, 18.7.1918, Deutsches Zentralarchiv I, RK 5/7, Bl. 244, zit. nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 135.

<sup>374</sup> Ebd.

<sup>375</sup> Vgl. ebd., S. 142-144.

auf den Anspruch Rakovskis einlassen, er spräche auch für das Don-Gebiet, wo unter dem Ataman Petr Krasnov (1869-1947) ein »weißes« staatliches Gebilde entstanden war, mit dem die Het'man-Ukraine kooperierte. Die Sowjets beanspruchten zudem einen Teil des Donec-Beckens. Sie waren auch nicht wirklich an einem Friedensvertrag mit der Ukraine interessiert. Deutschland ebensowenig: Als die Delegationen einen Warenaustausch für die Dauer der Verhandlungen vereinbaren wollten, intervenierte Wiedtfeld und machte Ansprüche der Mittelmächte auf ukrainische und russische Güter geltend. Damit wurde erfolgreich eine Einigung mit Rußland hintertrieben.<sup>376</sup> Interessiert waren die Deutschen vor allem an der Erhaltung eines labilen status quo.

Sowohl Deutschland als auch Sowjetrußland verfolgten eine mittelfristige Politik, die belegt, wie grundsätzlich divergierende Ziele zeitweise zusammenfallen können. Für die Dauer des Krieges waren die Politiker beider Staaten bereit, die Trennung zwischen der Ukraine und Rußland hinzunehmen; für die Zeit danach hielt man in Deutschland eine Wiedervereinigung unter nicht-bolschewistischen Vorzeichen für sicher. Die Sowjets haben dann beim Zusammenbruch des Het'man-Regimes demonstriert, daß sie sich nur durch Brest an die Anerkennung eines Ukrainischen Staates gebunden gefühlt hatten und die erste Gelegenheit zur militärisch-politischen Revision und zur Wiedereinsetzung der bereits im Dezember 1917 ausgerufenen und nur wegen Brest »untergegangenen« Sowjetukraine nutzten. Einzig die Ukraine-Vertreter waren an einer Konsolidierung ihres Staates interessiert und stießen dabei auf doppelten Widerstand: Rakovski forderte einen Teil des Donec-Beckens, worauf sich die Ukrainer schon wegen der Deutschen nicht einlassen konnten, andererseits verweigerten die Deutschen den Ukrainern Militär, um gegen die Bol'seviki vorzugehen.

Unter dem neuen deutschen Außenminister von Hintze blieben die Politikziele gleich: Am 21. Juli schrieb er an Ludendorff, die Bol'seviki erhielten »ohne es zu wollen« die »Paralyse Rußlands aufrecht«. Auch wenn den Deutschen »andere Elemente sympathischer« seien, könne man »von ihnen nicht das haben, was wir gegenwärtig brauchen, nämlich vor allem Realisierung des Brester Friedens und Fortsetzung der militärischen Paralyse Rußlands«.<sup>377</sup>

Als der Het'man daher nach längeren Verhandlungen am 8. August 1918 einen Vertrag mit dem Ataman des Don-Heeres Krasnov schloß, in dem die beiden Parteien einander die Anerkennung von Souveränität und Unabhängigkeit garantierten und gar eine Grenzlinie vereinbarten, wurde dies nicht ungeteilt positiv aufgenommen. Die »Subimperialisten« vor Ort wie von Mumm begrüßten die Vereinbarung und versuchten, Berlin davon zu überzeugen, daß eine Stärkung des Het'mans, bei den Schlappen, die er in bezug auf Galizien, Chelm, die Nichtratifizierung des Brester Vertrages und die »Bedrohung« durch Erzherzog Wilhelm erfahren habe, nur positiv wirken könnte. Nicht nur die Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit durch einen zaren-treuen General sei ungewöhnlich, es gebe auch einen Nebeneffekt für Deutschland: Wegen der Bol'seviki könne Deutschland Krasnovs Don-Gebiet nicht anerkennen, über Skoropadskyj könne man aber nun mit dem deutschfreundlichen Machthaber zusammenarbeiten.

<sup>376</sup> Vgl. ebd., S. 151-154.

<sup>377</sup> von Hintze an Ludendorff, 21. 7. 1918, PAAA, Deutschland 13i, Bd. 44, zit. nach Borowsky, Ukrainepolitik, S. 147.

Anders das AA: Für von dem Bussche war der Vertrag eine »Cooperation beider Parteien in großrussischem Sinne« und damit für die Dauer des Krieges eine Gefährdung des »Paralyse«-Zieles.<sup>378</sup> Mochte sich auch Wilhelm II. am 3. August dagegen ausgesprochen haben, »unser Los noch ferner mit dem sterbenden Bolschewismus zu verbinden«,<sup>379</sup> der Minister blieb bei seinem Prinzip. Er telegraphierte nach Kiew, der Krasnov-Vertrag säge den Ast ab, auf dem man sitze, und verlangte, daß für die Dauer des Krieges auf die Bol'sheviki Rücksicht zu nehmen sei. Die Randstaatenpolitik sei im eigenen Interesse eingeleitet worden, und man wolle die Randvölker auch »in möglichst widerstandsfähigen Zustand setzen für den möglicherweise früher oder später doch wieder kommenden Kampf mit dem wiederentstandenen russischen Koloß«. Da sei eine großrussische Konsolidierung unerwünscht.<sup>380</sup> Am 28. August wurde von Hintze noch deutlicher: Für die Dauer des Krieges sei Deutschland gezwungen, in die Politik der Randstaaten einzugreifen, nach dem Krieg »mögen sie ihre Entwicklung nehmen, wie sie wollen«.<sup>381</sup>

Groener war bei allem Pessimismus ebenso pragmatisch. Im August 1918 kritisierte er die deutschen Aktivitäten: Nicht nur seien Pressestimmen, die die Selbständigkeit der Ukraine für ein Phantom hielten (was Groener selber zuvor erklärt hatte) schädlich, im Gegenteil machte er sich nun zum Fürsprecher des von ihm gestützten Het'mans: Er meinte, der Zeitpunkt sei gekommen, durch ukrainnefreundliche Maßnahmen (wie eine Übergabe der Krim) dem Het'man neue Stärke verleihen, dadurch die »Stellung der Regierung dem Volke gegenüber selbst [zu] festigen und das in der Bevölkerung gegen uns wachsende Mißtrauen [zu] beseitigen«.<sup>382</sup> Die Österreicher hatten zur selben Zeit dieses Ziel nicht mehr. Nachdem Mitte August 1918 der Rückzug der Mittelmächte aus der Ukraine eine wahrscheinliche Option geworden war, hielt es Forgách für sicher, daß dann die Bol'sheviki zur Macht kommen und »der ukrainische Staatsgedanke von der Bildfläche« verschwinden würde.<sup>383</sup>

Berlin setzte aber eben auch auf Rußland: Im Abkommen vom 27. August 1918 sagte man Sowjetrußland zu, dafür einzutreten, »daß nicht von der Ukraine aus die Bildung selbständiger Staatswesen innerhalb des Russischen Reiches durch militärische Maßnahmen unterstützt wird« und geheim auch einen Teil des Donec-Beckens.<sup>384</sup> Daß das Schicksal der Krim und des Don-Gebiets von dem Verlauf der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen abhängig gemacht wurde, bedeutete kein Offenhalten der Angliederung an die Ukraine, wie Borowsky meint, sondern im Gegenteil

<sup>378</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 146-147.

<sup>379</sup> Zit. nach ebd., S. 147.

<sup>380</sup> von Hintze, Besprechung mit den Fraktionsführern beim stellv. Reichskanzler, 21.8.1918, Deutsches Zentralarchiv (DZA), RK 5/7, Bl. 270 ff., zit. nach ebd., S. 147-148.

<sup>381</sup> von Hintze, Erklärung vor den Bevollmächtigten zum Bundesrat, 28. 8. 1918, zit. nach ebd., S. 148.

<sup>382</sup> Paraphrase in Mumm an AA, 10. 8. 1918, PAAA, Ukraine 1 Allgemeines, Bd. 20.

<sup>383</sup> Forgách an Burián, 20.8.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 977, S. 12-13.

<sup>384</sup> In diesem Sinne wurden sie von einer Haltung bestärkt, in der deutlich gemacht wurde, daß »wir die schliessliche Wiedervereinigung Grossrusslands mit der Ukraine doch nicht verhindern können. Ein Rückblick auf die Geschichte der Ukraine lehrt uns dieses mit voller Deutlichkeit« (Stroh an Trautmann, 1. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24).

die Zustimmung zu russischen Aneignungsbemühungen und somit einen weiteren Hemmschuh für die auch sonst festgefahrenen Kiewer Verhandlungen.<sup>385</sup>

Dazu paßt, daß von Hintze am 21. August deutlich gemacht hatte, daß es im deutschen Interesse läge, bereits während des Krieges »Rußland gegenüber eine Politik zu treiben, die eine spätere engere wirtschaftliche Annäherung zum Ziel hätte«. <sup>386</sup> Das Provisorium der Randstaatenpolitik behielt somit auch während der Het'man-Zeit die Qualität eines »Kampfmittels«, wobei nur den unmittelbar im Kontakt mit den Ukrainern stehenden Personen, hier repräsentiert durch von Mumm und Groener, die aber auch nicht an eine längere Lebensfähigkeit der Ukraine glaubten, wenigstens an der temporären Stärkung »ihres« Het'mans gelegen war.

Im Sommer 1918 war die Lage der Anhänger des »Ukrainischen Staats« daher nicht beneidenswert. Kaum jemand hielt die »nationale Befreiung« noch für ein auf Dauer praktikables Konzept. Für die Deutschen gab es einen Konsens, der aus mehreren Faktoren bestand: Eine selbständige Ukraine galt es danach vorerst zu erhalten, aber nur mehr aus taktischen Gründen. Für später gab es mehrere Optionen, von denen keine einen unabhängigen Ukrainischen Staat, aber auch kein bolschewistisches Rußland mehr annahm. Man erwartete ein möglichst deutschfreundliches, entente-feindliches, föderales Rußland, in dem die Ukraine eine reduzierte Autonomie genießen und als deutsches oder deutsch-russisches, jedenfalls aber antiwestliches Wirtschaftsgebiet fungieren würde.<sup>387</sup>

Skoropadskyj dachte nicht viel anders: Sein Ministerpräsident Lyzohub erklärte dem Reporter des *Berliner Tageblattes* bei seinem Besuch in Berlin, die Ukraine wolle ein Verhältnis mit Rußland, das dem Vertrag von Perejaslav 1654 entspreche. Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß nach nationalukrainischer Auffassung dieser Vertrag die Anerkennung der Selbständigkeit der Ukraine enthalten haben soll (eine durch die erhaltenen Dokumente keineswegs bestätigte Interpretation), Lyzohub sprach aber von einem »Schutz- und Trutzbündnis«, wenn sich »in Rußland eine feste Regierung gebildet« haben werde.<sup>388</sup> Skoropadskyj war von dieser Aussage wenig begeistert, wenngleich er sie keineswegs dementierte: Er erklärte es von Mumm gegenüber nur für »inopportun, daß der Ministerpräsident den Gedanken jetzt ausgesprochen hat«. <sup>389</sup>

So wurde bis zum Sommer 1918 die pessimistische Haltung zur Überlebensfähigkeit der Ukraine immer deutlicher.

<sup>385</sup> Deutsch-russisches Ergänzungsabkommen, 27.8.1918, PAAA, Deutschland 131, Bd.48, zit. nach Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 150.

<sup>386</sup> Paraphrase, zit. nach Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 149.

<sup>387</sup> Mędrzecki bot eine weitaus optimistischere Einschätzung, wonach die Ukraine unabhängig von deutscher Militärpräsenz existenzfähig gemacht werden sollte, und er nannte den Staatsbesuch als Beleg der neuen Politik. Wir sind hier viel vorsichtiger, da die nach außen hin vorgetragene Politik nicht unbedingt in anderen Maßnahmen Bestätigung fand (Vgl. Niemiecka interwencja, S. 254-256).

<sup>388</sup> »Unterredung mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten«, *Berliner Tageblatt*, 19. 8. 1918.

<sup>389</sup> Mumm an Auswärtiges Amt, 23. 8. 1918, PAAA, *Ukraine I Allgemeines*, Bd. 21. – Doncov erläuterte das Gespräch mit einem Trick des russophilen stellvertretenden Außenministers Oleksander Paltov, der Lyzohubs Aussagen gedolmetscht habe (Doncov, *Rik 1918*, Kyiv. Toronto 1954, S. 65). Auch Dorošenko, der nicht dabei war, behauptete einfach, deutsche Journalisten hätten einen Satz Lyzohubs ungenau wiedergegeben (Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 263).



## 12. WERTUNGEN DES BRESTER FRIEDENS

Der Friede mit der Ukraine war der erste Friedensschluß des Ersten Weltkriegs. Die Zeitgenossen erkannten seine Novität. Die weitere Wirkung blieb jedoch aus. Zumeist steht dieser Friedensschluß vom 9. Februar im Schatten des zweiten Brester Friedens mit der RSFSR vom 3. März 1918. Nur wenige historische Ereignisse haben so divergierende Wertungen erfahren. So wie man sich fragen kann, ob der Friedensschluß mit Sowjetrußland dieses rettete oder ausbeutete, so unterschiedlich waren auch die Stimmen zum »Brotfrieden« und der durch ihn eingeleiteten Besetzung der Ukraine durch die Mittelmächte.

Niemand war diesem Friedensschluß gegenüber gleichgültig. Eine Ausnahme machte vielleicht Graf Czernin, der den Friedensschluß und die auf ihn folgende Zeit später für etwas hielt, was »uns wichtig erschien, während wir [es] erlebten, und [was] doch nichts anderes war als eine Phase ohne weitere Bedeutung, weil ohne dauernde Wirkung.«<sup>390</sup>

Im Vordergrund standen neben politisch eindeutigen Verurteilungen des Diktatfriedens naturgemäß Überlegungen über Strategien und Handlungsspielräume.

Die sowjetische Historiographie ging von einem konsequenten Schritt in der langen Reihe von Bemühungen deutscher Imperialisten aus, sich die Ukraine anzueignen. Die Rada-Regierung habe »schwarzen Verrat« (čornu zradu) begangen, indem sie sich an die Mittelmächte um Hilfe gegen die Bol'seviki gewandt und damit »die Ukraine an die deutschen Imperialisten verschachert« habe.<sup>391</sup>

Dem entsprach Borowskys auf Fischers Axiom gründende Überzeugung, »that in this area the Germans were engaged in long-term planning and organization«.<sup>392</sup> Er meinte, für AA und Reichswirtschaftsministerium sei die Ukraine »a goal in itself of German foreign policy in the east« gewesen.<sup>393</sup> Dabei nahm er jedoch eine statische Politik an, ohne zu berücksichtigen, daß sich die Politiker nur selten an Dogmata hielten, hingegen häufig ihre Handlungen innerhalb eines bestimmten Rahmens dynamisch gestalteten. Die Annahme einer längerfristigen Planung wird dieser Dynamik nicht gerecht und erschwert eine historische Würdigung der erkennbaren Veränderungen und auch von Borowsky erkannten Widersprüchlichkeiten. Baumgart erklärte denn auch kategorisch, daß, außer in bezug auf die Krim und die Verhandlungen mit Krasnov, »mit dem Ukraine-Unternehmen weder von der Reichsleitung noch auch von der OHL weitgehende politische Absichten verknüpft wurden«.<sup>394</sup> Damit stand er im Gegensatz zu Horak, der den »Hilferuf« an die Deutschen vernachlässigte, da »die Deutschen, auch ohne gerufen zu werden, ins Land gekommen wären, um die Früchte des vorteilhaften Friedens« zu ernten.<sup>395</sup> Die deutsche Planung diene Horak also dazu, die ukrainische Regierung zu entlasten. So enthob er die ukrainische Seite einer Verantwortung, die ihr die polnische Historiographie ebenfalls absprach. Für

<sup>390</sup> Ottokar Czernin, *Im Weltkriege*. Berlin/Wien 1919, S. 346.

<sup>391</sup> Huryj F. Zastavenko, *Krach nimečkoj intervencii na Ukraïni v 1918 roci*. Kyiv 1959, S. 27.

<sup>392</sup> Vgl. Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 88.

<sup>393</sup> Vgl. ebd., S. 92.

<sup>394</sup> Baumgart, *Ostpolitik*, S. 151.

<sup>395</sup> Horak, *Der Brest-Litowsker Friede*, S. 33.

polnische Nationalisten waren die antipolnischen Passagen des Brester Friedens ein Beleg dafür, daß die ukrainische Nationalbewegung deutsch »inspiriert« war. Dmowski schrieb 1918 an Wilson:

»Wenn die Deutschen das ukrainische Volk im Frieden von Brest-Litowsk anerkannt haben, dann taten sie dies nicht aus irgendwelchen Gründen der internationalen Gerechtigkeit, sondern nur zum Zweck der Zerschlagung Rußlands und der Reduzierung des polnischen Territoriums. Die Deutschen taten dies im vollen Bewußtsein dessen, daß der ukrainische Staat nicht wirklich unabhängig bleiben kann und unausweichlich unter ein deutsches Protektorat fallen müsse.«<sup>396</sup>

In seinem Buch führte er weiter aus:

»Man [die Deutschen] entschied sich damals, den ukrainischen Staat in aller Eile, stümperhaft [tandetnie] zu schaffen, nur um ihn zu schaffen, nur um vollendete Tatsachen zu schaffen. Ein solches Entstehen eines Staates, wie das Anfang 1918 mit der Ukraine geschah, hat die Geschichte noch nicht gesehen.«<sup>397</sup>

Auch für Fedyshyn war der Friedensschluß eine Nutzung von sich bietenden Möglichkeiten, ohne daß auf eine längerfristige Planung zurückgegriffen worden wäre. Er widersprach damit scharf den Intentionalisten der »wirtschaftsimperialistischen Schule«, deren Meinung nach Deutschland eine Strategie der Annexion Rußlands (einschließlich der Ukraine) ausgearbeitet habe, die Schritt für Schritt umgesetzt worden sei. Der Friedensschluß war für Fedyshyn eine »hastily contrived improvisation«, in der reziprok auch der ukrainischen Seite nur »making the best of a bad situation« übriggeblieben sei.<sup>398</sup>

Kost' Levyčyj hat die These vertreten, der Friede sei für die Ukraine schon deswegen notwendig gewesen, weil er den jungen Staat vor dem Angriff der Bol'seviki geschützt habe. Für die Mittelmächte habe er sich als fatal erwiesen: Sie hätten eigentlich belegen wollen, daß sie friedliche Regelungen auch ohne die Entente finden könnten, und so auf einen allgemeinen Friedensschluß hinarbeiten wollen, aber das Gegenteil erreicht. Die Ententemächte hätten nun umso erbitterter gegen die Mittelmächte gekämpft, um ihre Ziele durchzusetzen.<sup>399</sup>

Zu den frühen positiven Standardformulierungen gehörte die These, mit dem Friedensvertrag sei erstmals ein moderner ukrainischer Staat anerkanntes Völkerrechtssubjekt und damit Mitglied der europäischen Staatenfamilie geworden.<sup>400</sup> Entsprechend befand Mędrzecki, der Vertrag und die deutsche Intervention hätten die ukrainische Frage von einer innerrussischen zu einer internationalen gemacht.<sup>401</sup> Dies folgte dem zeitgenössischen Diskurs, doch auch der Konstruktion nationalstaatlicher Traditionen, die sich exilukrainische Historiker angelegen sein ließen, um die »Staatsfähigkeit« der Ukraine zu belegen. Da ein Großteil der Diskussion über die »ukraini-

<sup>396</sup> Roman Dmowski, »Memorjał o terytorjum Państwa Polskiego«, 8. 10. 1918, poln. Übersetzung in: ders., *Polityka polska i odbudowanie państwa*. Warszawa <sup>2</sup>1926 (1. Aufl. 1925), S. 506-520, hier S. 517; vgl. Pisuliński, *Nie tylko Petlura*, S. 67.

<sup>397</sup> Dmowski, *Polityka polska*, S. 311.

<sup>398</sup> Fedyshyn, *Germany's Drive to the East*, S. 59, 81.

<sup>399</sup> K. Levyčyj, *Istoriija Vyzvol'nych Zmahan'*, Bd. 3, L'viv 1930, S. 771.

<sup>400</sup> So etwa Horak, *Der Brest-Litowsker Friede*, S. 160.

<sup>401</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 310.

sche Revolution«, wie die Periode zwischen 1917 und 1921 häufig genannt wird, um die Staatlichkeitsfrage kreiste, maß man der völkerrechtlichen Anerkennung mehr als nur symbolische Bedeutung bei. Dabei wurde auch diskutiert, ob wirklich erst durch den Brester Frieden die völkerrechtliche Anerkennung ausgesprochen worden sei. Als Konkurrenzunternehmen galt die fragwürdige Anerkennung durch die Entente-Mächte um die Jahreswende 1917/1918. Völkerrechtlich stellte sich insofern ein Problem, als die Ukraine bis zum IV. Universal vom 25. Januar 1918 ihrem eigenen Anspruch nach kein unabhängiger Staat, sondern ein Teilstaat einer nichtexistenten Rußländischen Föderation war, der demnach eigentlich eine völkerrechtliche Anerkennung auch nicht beanspruchen konnte.

Neben der rechtlichen Argumentation kristallisierte sich im innerukrainischen Diskurs aber schon recht früh auch eine politisch-funktionale Schule heraus, zu deren eloquentesten Verfechtern Ivan Kedryn (Rudnyčyj) gehörte, der 1928 in Lemberg einen Erinnerungsband zum zehnten Jahrestags des Friedensschlusses herausgab.<sup>402</sup> In seinem einleitenden Artikel, in dem er Vor- und Nachteile des Brester Friedens abwog, führte er natürlich auch an, daß Ukrainer in Brest erstmals als Staatsnation (jak deržavna nacija) aufgetreten seien,<sup>403</sup> aber er drängte diese Sicht an die Seite, indem er von der früheren Entente-Legalisierung und davon handelte, daß eine solche Legalisierung als Folge eigener Stärke »immer automatisch« käme. Die ukrainische Delegation habe in Brest nur eine »äußerliche Konjunktur ohne innere Fakten« ausgenutzt. Man habe sich auf äußere Hilfe verlassen – und als diese desavouiert war, auf jede weitere Hilfe verzichtet. Auch andere stereotype Positivierungen wies Kedryn zurück: Chełm und Pidljaše (Podlasie) seien zwar »auf dem Brester Papier« zum Mutterland gekommen, hätten aber dann nie die ukrainische Staatlichkeit kennengelernt und dafür unter der »österreichisch-polnischen Okkupation« umso mehr gelitten. Für die deutschen Wohltaten hätten die Ukrainer das »Etikett eifriger Germanophiler« erhalten – was, wie Kedryn ironisch vermerkt, später »nicht sehr genützt« habe.<sup>404</sup>

Aber Kedryn verurteilte den Brester Frieden dennoch nicht. Er sah seine Vorzüge nur auf einem anderen Gebiet: Der Friedensvertrag habe insgesamt für etwa ein Jahr die bolschewistische Herrschaft hinausgezögert. Bei dem von ihm trotz der »die Idee der ukrainischen Staatlichkeit selber bei den politisch unterentwickelten Massen kompromittierenden Sozial-, Agrar- und Verwaltungspolitik des Het'manats« anerkannten »unbezweifelten großartigen Aufbruch der ukrainischen Kultur während dieser sieben Monate«<sup>405</sup> habe dieses Jahr zu einem nationalen Aufbau geführt, der sich weiter auswirke. Ohne dieses Jahr hätte die sowjetische Politik später nicht die Ukrainisierung der Ukraine fortsetzen müssen, sondern die »radikalste Liquidierung aller emanzipa-

<sup>402</sup> Ivan Kedryn (Hg.), *Berestejskij myr. Z nahody 10-tych rokovyn 9/II. 1918 – 9/II. 1928. Spomynta materijaly*. L'viv/Kyiv 1928 [Die Angabe des Verlagsorts Kiew war fiktiv].

<sup>403</sup> Ivan Kedryn, »Berestejskij Myr«, in: ders., *Berestejskij myr*, S. 9-40, hier S. 24. – Auch Kost' Levyčyj betonte, der Friede sei »unser großes historisches Ereignis, weil er uns formal fast alles gab, was wir erhofft hatten« (K. Levyčyj, *Istoriija Vyzvol'nych Zmahan'*, Bd. 3, S. 771).

<sup>404</sup> Ivan Kedryn, »Berestejskij Myr«, in: ders., *Berestejskij myr*, S. 9-40, hier S. 37-39. In ähnlicher Weise funktional urteilte Axel Schmidt, als er als einzige Wertung des Brester Frieden schrieb: »Damit war die Grundlage für die Waffenhilfe geschaffen, die Deutschland der Ukrainischen Volksrepublik durch den Einmarsch seiner Truppen angedeihen ließ« (Axel Schmidt, *Ukraine – Land der Zukunft*. Berlin 1939, S. 89).

<sup>405</sup> Ivan Kedryn, »Berestejskij Myr«, in: ders., *Berestejskij myr*, S. 35, 37.

torischen ukrainischen Bestrebungen« durchgesetzt. Und auf die Deutschen habe der Vertrag mäßigend gewirkt – »wie hätte die Herrschaft der Deutschen in der Ukraine ohne den Brester Frieden ausgesehen, wenn sie bereits mit dem Frieden so [gewaltsam] war?!«<sup>406</sup>

Ein weiteres Moment war für Kedryn der Nutzen des Friedensschlusses für die *sobornist*. Erstmals hätten sich Vertreter der Dnepr-Ukraine für das Schicksal des westukrainischen Galizien interessiert. Da sonst die Initiative immer von Galizien ausgegangen sei, war dies für den Historiker der erste »Wegweiser« einer »nationalen Ideologie« und der »realen Politik Galiziens: Das Schicksal des Galizischen Landes ist unteilbar verbunden mit dem Schicksal des Dneprgebiets – seine Befreiung hängt ausschließlich von der Stärke des allukrainischen nationalen Zentrums am Dnepr ab!«<sup>407</sup> Ausdruck dieser Zusammengehörigkeit seien die *Sičovi Stril'ci* (SS) gewesen: Sie seien »das erste Kader von Allukrainern ohne Rücksicht der territorialen Herkunft« und ihre Geschichte »die erste Schmiede einer reifen und bewußten politischen Weltanschauung der Nachkriegsgalizier« gewesen. Der Brester Frieden habe es dem durch die SS entwickelten politischen Denken ermöglicht, sich »in blutigen Erfahrungen herauszukristallisieren« – »allein diese Tatsache stellt den Brester Frieden hoch über alle Vorwürfe.«<sup>408</sup> Etwas einfacher behauptete in einer Ansprache 1958 der Direktor des Osteuropa-Instituts in München und ehemalige UHA-Offizier Hans Koch (1894-1959), Brest werde zwar »diffamiert«, habe aber der Ukraine »sowohl eine freie Regierung als auch eine Befreiung von den Sowjets gebracht.«<sup>409</sup>

Der Unterschied zwischen diesen Haltungen ist offensichtlich. Während die Anhänger der völkerrechtlichen Würdigung die politischen Handlungen der ukrainischen Politiker des Jahres 1918 lobten, also zeitgenössisches politisches Handeln, stand mit der historisch-funktionalen Argumentation Kedryns und Kochs nicht die politische Leistung der Rada-Unterhändler im Vordergrund, sondern etwas, was von ihnen nicht vorhergesehen werden konnte. Auch daß die *Het'man*-Zeit ukrainische Kultur verbreiten würde, war ebensowenig absehbar wie die erratische Nationalitätenpolitik der *Bol'seviki*. Die »realpolitische« wie die »historische« Argumentation belegte zwei verschiedene Denkweisen. Bei beiden war der Brester Frieden jedoch auch nach 1918 noch eine positive Erscheinung – und dies ist etwas, was dem allgemeinen historiographischen Diskurs weitgehend widerspricht.

Die Staatsfähigkeit der Ukraine, die durch den Brester Frieden angeblich dokumentiert worden war, wurde auch schon von den Zeitgenossen in Frage gestellt. Wertheimer lastete es der ukrainischen Broschürenpropaganda an, daß man in Deutschland von einem lebensfähigen Staatswesen ausgegangen sei, mit dem man den Frieden schließen könne. Sein Urteil revidierte sich beim Reisen durch die Ukraine: »Wie wenig wußten und wissen wir in Wirklichkeit von der Ukraine!«<sup>410</sup> Dorošenko hielt

<sup>406</sup> Ebd., S. 38.

<sup>407</sup> Ebd., S. 39-40. Auch für Horak war ein zentrales Ergebnis, daß die »Einheit der ukrainischen Länder bis auf geringe Ausnahmen« in Brest anerkannt worden sei (Vgl. Horak, *Der Brest-Litowsker Friede*, S. 161).

<sup>408</sup> Ivan Kedryn, »Berestejskýj Myr«, in: ders., *Berestejskýj myr*, S. 40.

<sup>409</sup> Hans Koch, »Deutschland und die Ukraine«, in: *Dem Andenken Paul Rohrbachs*. München 1959, S. 15-21, hier S. 17.

<sup>410</sup> Fritz Wertheimer, *Durch Ukraine und Krim*. Stuttgart 1918, S. 27.

den Friedensvertrag für die Ukraine für sehr günstig, man hätte ihn nur besser nutzen sollen.<sup>411</sup> Dies ist ungerecht, weil es kaum in das Ermessen der ukrainischen Politiker gestellt wurde, ihn zu nutzen, und er von den Zentralmächten allein als Mittel zum Zweck – und der war egoistisch – gesehen wurde.

Petljura, der kein Anhänger von Brest war – er war wegen der Verhandlungen aus der Regierung ausgeschieden – und unter der deutschen Okkupation gelitten hatte, resignierte gegen Ende seines Lebens: Zwar sei der Hilferuf an die Deutschen fatal gewesen,

»aber selbst wenn die Zentral-Rada die Deutschen nicht gerufen hätte, so wären sie auch von allein zu uns gekommen. Die Deutschen waren damals eine sehr große Macht.«,

schrrieb er 1925 in der Emigration.<sup>412</sup> Ob dies tatsächlich so gewesen wäre, ist nicht zu überprüfen. Jedenfalls hielt sich bei Petljura, dem eindeutigen Anhänger der Unabhängigkeit, die Begeisterung in Grenzen.

Nicht so bei den späteren Nationalisten, die sich überhöhend positiv zu Brest stellten. Vynnyčkyj sah in dem Friedensvertrag »den Beginn einer neuen historischen Periode mit allen Vorgaben für eine beste Entwicklung« (najkraščyj rozvytok), Frankreich habe den Vertrag als »erste Drohung des Verlusts seiner erstrangigen politischen Bedeutung« in Europa aufgefaßt und der Ukraine Rache geschworen. Daß die ukrainischen Hoffnungen sich nicht erfüllt hätten, schrieb Vynnyčkyj nicht etwa den Deutschen zu, sondern sah darin

»die subjektive Schuld der Nation, die durch die Entwicklung ihrer inneren Kräfte nicht dazu erwachsen war, die Hoffnungen der glücklichen objektiven politischen Umstände von 1918 zu rechtfertigen.«<sup>413</sup>

Dies entsprach der negativen Beurteilung der ukrainischen Nation und der Politiker der Revolutionszeit, verwies auf das OUN-Versprechen, es selber besser zu machen – und sprach die Deutschen von jeder Schuld frei, ebnete also den Weg zu weiterer Zusammenarbeit. Den Höhepunkt dieser Entwicklung markierte der OUN-Propagandist Orest Čemerynskyj (1910-1942). In seinem Gang durch die ukrainische Geschichte kam der Brester Frieden gar nicht mehr vor. Isoliert stand da nur der Satz: »Im Februar 1918 erkannten die Zentralmächte die ukrainische Volksrepublik an.«<sup>414</sup>

Basil Dmytryshyn, einer der angesehensten Historiker der ukrainischen Emigration, nannte den Friedensvertrag ein für die Deutschen »unusually favorable treaty«.<sup>415</sup> Dagegen erkannte Horak vor allem den Nutzen für die Ukrainer: Er phantasierte, eine längere Phase der Besetzung hätte die Ukraine mit einer »independence within the sphere of German influence« in den Stand versetzt, »to develop into a modern industrial society«. Ohne daß irgendwo Anzeichen dafür erkennbar gewesen wären, hielt Horak somit Jevhen Levyčkyjs frühe Argumente aufrecht. Der Schutz vor russischer

<sup>411</sup> Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 234.

<sup>412</sup> Hier zitiert nach Volodymyr Kosyk, »Zovnišnja polityka Symona Petljury«. In: Ders. (Hg.), *Symon Petljura. Zbirnyk studijno-naukovoï konferenciji v Paryži (traveň 1976)*. Mjunchen/Paryž 1980, S. 27-46, hier S. 31.

<sup>413</sup> R. Vynnyčkyj, »Berestejskyj dohovir (1918-1928)«, *Rozbudova Nacii I (1928)*, S. 42-44.

<sup>414</sup> Jaroslaw Orschan [Orest Čemerynskyj], »Der ukrainische politische Gedanke in den letzten hundert Jahren«, in: *Ukrainischer Nationalismus*. [Berlin; fiktiv:] New York 1939, S. 9-72, hier S. 56.

<sup>415</sup> Basil Dmytryshyn, »German Occupation«, S. 79.

Domination und der »dreadful Soviet policy« hätte für eine deutsch geführte Ukraine ein »geringeres Übel« bedeutet.<sup>416</sup> Daß Horak damit eine sowjetisch-stalinistische Argumentationsweise aufnahm, die in der sowjetischen Herrschaft über die asiatischen Nicht-Russen das »geringste Übel« sehen wollte,<sup>417</sup> muß ihm vertraut gewesen sein – die unhistorische Art der Argumentationsweise war ihm dagegen wohl nicht bewußt.

Horak war insofern unsentimental, als er im Brester Vertrag »nothing less than the product of the reciprocal interests of the parties involved« sah. Daß er dann aber die Folgerung »it seemed to be a good arrangement for all« mit der historiographischen Forderung »and it should be judged as such first of all« verband, ist mehr als fragwürdig. Von Anfang an waren nämlich Fahrlässigkeit und gegenseitige Täuschung ein Bestandteil des Umgangs miteinander. Und da muß die Umgebung schon in tiefes Dunkel getaucht sein, wenn man Brest »in its intention« als »a bright spot on the scene of Ukraine's history« sehen will.<sup>418</sup>

Ganz negativ stellten sich ukrainische Nationalisten zu Brest eigentlich nur, als sie nach dem Debakel in der Karpatho-Ukraine an Deutschland wenige Wochen lang kein gutes Haar lassen wollten. Der USA-Vertreter der Nationalisten Luka Myšuha (1887-1955) schrieb damals, Deutschland und Österreich hätten den Frieden nur »for their own interests« abgeschlossen, das zudem »ephemeral, superficial and dictated by nothing else than materialistic profit« gewesen sei.<sup>419</sup> Von dieser Sicht lösten sich die Nationalisten aber bald wieder (s. S. 931).

Wolfdieter Bihl würdigte den Frieden positiv als Kriegsende und verknüpfte damit eine Apologie der österreichischen Positionen. Seine These, durch ihn sei die 1654 verlorengegangene staatliche Selbständigkeit der Ukraine wiederhergestellt worden, wäre leicht auch in ihr Gegenteil verkehrbar.<sup>420</sup> Levyčkyj war ja gerade der Meinung, die Ukraine habe 1654 die Unabhängigkeit gewonnen, und auch durch Brest geriet der gerade erst unabhängig gewordene Staat in eine neue Abhängigkeit.

Einen weiteren Rechtfertigungsversuch unternahm im Bestreben, sich der sowjetischen Historiographie entgegenzustellen, der Kiewer Historiker Volodymyr Serhijčuk. Er wollte sogar noch die Wirtschaftsvereinbarungen positiv bewertet sehen: »Sollte das alles nach Österreich-Ungarn und Deutschland unentgeltlich ausgeführt werden? [...] Nein. Das waren Handelsvereinbarungen zwischen den beiden Seiten«. Die Einrichtung des Reichsbankguthabens führte Serhijčuk als Beleg dafür ebenso an wie eine Liste von angeblich in die Ukraine exportierten Industriegütern. Daß die von ihm angeführte Kohle vor allem für die Züge nötig war, mit denen das Getreide abtransportiert werden sollte, erwähnte er jedoch nicht.<sup>421</sup> Der Friede von Brest ist damit ein

<sup>416</sup> Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988, S. 130.

<sup>417</sup> Vgl. Georg von Rauch, »Die Sowjetgeschichte und das »geringste Übel«, *Osteuropa* 2 (1952), S. 129-131.

<sup>418</sup> Horak, *The First Treaty*, S. 155, 158.

<sup>419</sup> Dr. Luke Myšuha (Luka Myšuha), »The Ukrainian Question Today«, *Ukrainian Weekly* 7 (1939), Nr. 28/8.7.1939, S. 2.

<sup>420</sup> Wolfdieter Bihl, *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk*. Wien/Köln/Graz 1970, S. 128.

<sup>421</sup> Volodymyr Serhijčuk, »Perši kroky u velykyj svit«, in: Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), *Deržavnyj Centr Ukraїnškoї Narodnoї Respubliky v ekzyli. Stati i materijaly*. Philadelphia/Kyiv/Washington 1993, S. 246-265, Zitat S. 252.

Musterbeispiel eines umstrittenen historischen Ereignisses, mit dem man beliebig wertend verfahren konnte.

### 13. DIE ERGEBNISSE DER UKRAINE-BESETZUNG

Eines der wichtigsten Ziele des Brester Friedensschlusses und der faktischen Okkupation der Ukraine war die Lebensmittelbeschaffung. Während die weitergehende wirtschaftliche Durchdringung auch in einigen Kreisen der Mittelmächte umstritten war, waren dies die Getreidelieferungen nicht.

Umso enttäuschender war das Ergebnis, auch wenn sich die ukrainische Seite in dem Wirtschaftsabkommen vom 10. September 1918 sogar zu einer Erhöhung der früheren Zusagen bereit erklärte und statt der pauschalisierten Menge von 1.000.000 Tonnen Getreide, die in Brest vereinbart worden waren, 1.655.000 Tonnen zu liefern versprach. Die Diskrepanz zwischen den theoretischen Vereinbarungen und der Realität hätte nicht größer sein können. Nach Borowskys Daten wurden bis zum 17. Dezember 1918 insgesamt 129.310 Tonnen Getreide geliefert, weniger als 13 % der Brester Zusagen, gar nur 8% der Vereinbarungen vom September.<sup>422</sup>

Die »Kornkammer Ukraine« hatte sich als nicht nutzbar erwiesen. Wenn der Nutzen schon nicht groß war, waren es dagegen die Kosten. Borowsky nannte Stationierungskosten von 125 Millionen Mark monatlich. Er hielt sie nur für gerechtfertigt, wenn es neben der reinen Getreidelieferung auch um »wirtschaftliche und politische Zukunftsaussichten« gegangen wäre, wenn also die Getreidefrage nur einen Randaspekt der Wirtschaftsrechnung ausgemacht hätte.<sup>423</sup> Die übrigen Wirtschaftspläne waren aber kaum mehr aktuell.

Die Reichsregierung gab sich bis zur Erntezeit im Sommer 1918 der Illusion hin, danach würden die Schwierigkeiten leichter zu überwinden sein. Im September 1918 jedoch kam die Ernüchterung. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts (Finanzminister) Siegfried Graf von Roedern (1870-1954) erklärte auf einer Sitzung des Preußischen Staatsministeriums, es sei bis jetzt »nicht gelungen, aus der Ukraine etwas wesentliches[!] herauszuholen. Dagegen koste die Unterhaltung des dortigen Militärs sehr viel Geld.« Dem Vorschlag, den Militär- und Verwaltungsapparat zu reduzieren, widersprachen noch alle anderen Anwesenden. Staatsminister Wilhelm von Waldow (1856-1937) riet ab: »Würden wir jetzt die Ukraine aufgeben, so würde das im Lande geradezu niederschmetternd wirken.«<sup>424</sup> Dennoch war der Mißerfolg offensichtlich:

<sup>422</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 190-191. Selbst die sowjetische Historiographie, für die der deutsche Raub im Vordergrund stand, sah sich genötigt zuzugeben, daß es nur einen kleinen Teil dessen aus der Ukraine herauszubringen gelungen sei, was man erwartet hatte. Um dennoch aufrechtzuerhalten, dies sei »nicht wenig« gewesen, wird mit dem Argument operiert, daß ein großer Teil der Nahrungsmittel, die aus der Ukraine ausgeführt wurden, nicht statistisch erfaßt worden sei, darüber hinaus habe die Besatzungstruppe »eine große Quantität« vor Ort konsumiert (Zastavenko, *Krach*, S. 85-86).

<sup>423</sup> Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 194.

<sup>424</sup> Sitzung des Königlichen Staatsministeriums, 3. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24.

An das AA schrieb Hugo Lindemann als Mitglied der Ukrainedelegation in einem »persönlichen« Brief: »Mit Ausnahme von Vieh, Eier und Zucker sowie von einigen Rohstoffen, was wir alles sehr teuer bezahlen müssen, hat die Ukraine als Exportland versagt, namentlich was das Getreide anbelangt, und dies wird auch wohl während der gegenwärtigen Saison kaum besser werden.«<sup>425</sup>

Graf Czernin, der ja den Frieden ausgehandelt hatte, erklärte ihn offen zu einer »Verzweiflungsmaßnahme« angesichts der Versorgungslage Österreichs. Aber er sah später das Ergebnis darin, daß die Besatzungsmächte die ukrainischen Städte versorgt hätten, »wo vielfach geradezu Hungersnot herrschte.«<sup>426</sup> Groener schrieb ernüchtert, daß sich »bei näherem Zusehen die umstrittene Kornkammer als bei weitem nicht so gefüllt erwies, wie man angenommen hatte«. Zwar habe es Getreide gegeben, das man ausführen konnte, jedoch nicht in den Mengen, die man nach »törichte[n] Zeitungsartikel[n]« erwartet hatte. Bei den Militärs wie im Volk hätten »die phantastischsten Vorstellungen von dem Getreidereichtum der Ukraine« geherrscht.<sup>427</sup> Auch General Hoffmann meinte selbstkritisch, es habe an der deutschen Requirierungsorganisation gelegen, daß die Besetzung erfolglos gewesen sei: »[W]enn wir einfach eine größere Anzahl jüdischer Händler engagiert hätten mit dem Auftrag, uns das Getreide im freien Handel herauszuholen, wären wir weiter gekommen.«<sup>428</sup> Dem Militär, das seit dem Frühjahr mit geringem Erfolg versuchte, die Nahrungsmittel zu beschaffen, stellte Lindemann ein miserables Zeugnis aus. Er schrieb nach Berlin:

»Dabei möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass das scharfe Auftreten der Truppen, namentlich die oft ganz ungerechtfertigten Umfang annehmenden Requisitionen grosse Erbitterung im Lande hervorgerufen haben, sodass man fast sagen kann, dass die Truppen die Widerstände, zu deren Bekämpfung sie hier sind, zum Teil durch ihr Auftreten erst selbst schaffen.«<sup>429</sup>

Dabei war die Besatzungstruppe für die Größe des Landes viel zu klein. Groener schrieb, das deutsche Heer habe nicht mehr als »ein dünnes Netz an den Bahnliesen entlang« mit Konzentrationen in einigen Städten aufbauen können.<sup>430</sup>

Die wirtschaftliche Durchdringung war ebenfalls ein Reinfall. Für die Zeit des Brester Friedens kann man noch von einem Interessengleichklang zwischen Reichsregierung und Industrie ausgehen, und dies war auch die Basis dafür, die deutsche Aneignung der Ukraine unter dem Aspekt der imperialistischen Expansion zu betrachten. Betrachtet man die Darstellung Borowskys jedoch genauer, erkennt man schnell, daß diese Wertung nicht undifferenziert stehen bleiben kann. Zum einen war auch dieser Prozeß nicht einseitig. Es konnte (anders als im Zweiten Weltkrieg) kaum die Rede davon sein, daß aggressive deutsche Wirtschaftsführer sich die ukrainische Industrie angeeignet hätten, und dies nicht nur, weil in den wenigen Monaten der deutschen Einflußnahme dies technisch nicht möglich gewesen wäre. Im Gegenteil: Einheimische Wirtschaftsführer versuchten vergeblich, die Deutschen für ein Engagement zu gewinnen.

<sup>425</sup> Hugo Lindemann an von dem Bussche, 27. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24.

<sup>426</sup> Czernin, Im Weltkriege, S. 337, 343-346.

<sup>427</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 389-391.

<sup>428</sup> Hoffmann, Krieg, S. 221.

<sup>429</sup> Hugo Lindemann an von dem Bussche, 27. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24.

<sup>430</sup> Groener, Lebenserinnerungen, S. 389.



Ein Beispiel war das weitgehend noch private Eisenbahnwesen. Von deutscher staatlicher Seite war eine Aneignung hier erwünscht, das AA erwog, die Beteiligung als Staatsanleihe zu gestalten – »nach außen hin unter Verwendung des betreffenden Staats als Kulisse«, wie von dem Bussche sich im Mai 1918 ausdrückte.<sup>431</sup> Aber schon bald wurde klar, daß die Mittel dazu nicht ausreichten und auch nicht zu mobilisieren waren. So reduzierte sich das Wirtschaftsziel bald auf eine privatwirtschaftliche Einflußnahme auf einzelne Bereiche des ukrainischen Bahnwesens. Im Zentrum der Planung stand ein Streckenneubau Kiew – Odessa, für den ein Konsortium gebildet werden sollte, das gegen einen Kapitaleinschuß den Deutschen einen Teil der Aktien der Neubaustrecke überlassen, die Linienführung deutschen Interessen anpassen und die Materialbestellungen in Deutschland vornehmen sollte. Die dazu gegründete »Studiengesellschaft zur Wiederherstellung der Eisenbahnen in der Ukraine« kam jedoch über unverbindliche Ansätze nicht hinaus. Im Juli 1918 verweigerte die Reichsregierung die Zustimmung zu einer größeren Anleihe, und eine Ende August gebildete Arbeitsgemeinschaft, in der auch ukrainische Bankiers vertreten waren, erschöpfte sich in Sondierungen. Borowsky schrieb, daß am 6. November 1918 die ukrainische Seite an die deutsche ein Ultimatum richtete, endlich zur Konkretisierung von Projekten überzugehen.<sup>432</sup>

Ähnlich hindernisreich war das Engagement in der Schwerindustrie. Dem Bild einer »imperialistischen« Übernahme entsprachen die von Borowsky geschilderten Vorgänge des Sommers 1918 wenig. Ob es um die Schwierigkeiten beim Erzankauf oder die Wiederinbetriebnahme bzw. Nutzung der Kohlengruben ging, die Probleme um den Preisansatz für Erz und die finanziellen Hindernisse, die verwaehrlosten Gruben finanziell von Deutschland aus produktionsbereit zu machen, alles widerspricht der Vorstellung von einer machtvoll aktiven deutschen Schwerindustrie. Die Errungenschaften der Rada- und Bol'seviki-Zeit in der Ostukraine wurden nicht abgeschafft, das Donec-Revier förderte lächerlich geringe Mengen, und Deutschland mußte Kohle, auf die es gehofft hatte, in die Ukraine exportieren, um die Eisenbahn betriebsfähig zu halten, mit der das Getreide nach Mitteleuropa gebracht werden sollte.<sup>433</sup> Sieht man von der Werft Nikolaev ab, die Blohm & Voss nach der Beschlagnahme durch die deutsche Militärverwaltung übernahm, trifft Borowskys Satz zu, »daß von einem direkten Engagement der deutschen Industrie in der ukrainischen Schwerindustrie im Sommer 1918 erst bedingt die Rede sein konnte«.<sup>434</sup>

Das von der deutschen Schwerindustrie erwartete Engagement war realiter eher zaghaft. Einerseits scheute man größeres Risiko, andererseits betätigte sich die Reichsregierung als Bremser. Anders als in der Landwirtschaft wurde – sieht man von Nikolaev ab – nur selten Kriegerrecht angewandt. Man versuchte mit den örtlichen Betrieben

<sup>431</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 221.

<sup>432</sup> Vgl. ebd., S. 223–229. – Fedyschyn nennt gar das Eisenbahnwesen als das Gebiet der ernsthaftesten deutschen Versuche, zu einer wirtschaftlichen Vormachtstellung zu gelangen. In allen anderen Gebieten seien die Erfolge »not very impressive« gewesen (Fedyschyn, *Drive*, S. 192).

<sup>433</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 233–246.

<sup>434</sup> Ebd., S. 247. In einer späteren Formulierung schrieb Borowsky ganz richtig, »the German state showed more interest than private German capital did« und daß die Banken »were unwilling to take any unnecessary risks« und letztlich auch zu einer »large-scale intervention« nicht imstande gewesen wären (vgl. Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 89–90). – Fedyschyn sieht nichts als eine Kriegswirtschaftspolitik, ohne irgendeine längerfristige Perspektive (Fedyschyn, *Drive*, S. 193).

schon deshalb zu kooperieren, weil den Deutschen kein Personal zur Verfügung stand, um auch nur die Betriebsleitungen zu übernehmen. Auch wenn deutscherseits zentralisierte Wirtschaftsstellen eingerichtet wurden, so handelten auch diese nach Marktregeln. Sie klagten über hohe Preise (die sie zahlten) und auch die hier nicht dargestellte Finanzpolitik trug nicht nur deutschen Zielen, sondern auch den Bedürfnissen der Ukraine und den Perspektiven einer künftigen Kooperation mit der Ukraine bzw. Rußland Rechnung.

Anders wurde es gegen Ende des Jahres. Als sich die Deutschen aus der Ukraine zurückziehen begannen, versuchte die deutsche Regierung, ihr ökonomisches und strategisches Interesse konsequenter zu artikulieren. Aber dieser Umschwung war, wie unten gezeigt wird, anachronistisch.

#### 14. IM ZEICHEN DER NIEDERLAGE

»Im Zeichen der Niederlage« – so eine Kapitelüberschrift Borowskys<sup>435</sup> – veränderte sich das deutsch-ukrainische Verhältnis. Wiedtfeld berichtete Mitte August, daß bei den Ukrainern nach den deutschen Niederlagen an der Westfront »alte Ententegefühle« wieder wachgeworden seien. Selbst die Het'man-Regierung sei »nicht mehr so entgegenkommend, wie es die Vertreter der Mittelmächte gewohnt waren.«<sup>436</sup> Dorošenko vermerkte, daß die Deutschen nun eher bereit gewesen seien, ukrainischen Forderungen nachzugeben.<sup>437</sup> Dabei waren die von den Deutschen niedergeschlagenen Sommerunruhen abgeflaut, und erstmals konnte man auf eine Konsolidierung hoffen.<sup>438</sup> Das deutsch-ukrainische Wirtschaftsabkommen vom 10. September 1918 versprach den Deutschen zwar langfristig Lieferungen und gewährte ihnen Mitspracherechte in der ukrainischen Wirtschaftspolitik, es fiel jedoch gegenüber den Entwürfen ungünstiger aus. Das deutsche Herumkommandieren schien ausgedient zu haben: Wiedtfeld hielt nur dann künftige Erfolge für möglich, wenn es gelingen sollte, »durch geschickte, kluge und auf die Mentalität der Ukrainer eingehende Herren vertreten zu sein.«<sup>439</sup>

Das deutsche Umdenken hatte jedoch früher begonnen. Bereits im Juli hatte Deutschland seine Zurückhaltung gegenüber einer ukrainischen Militärmacht aufgegeben, nun sah man in der Stärkung des Het'mans gegen Polen, Rußland, aber auch Österreich – das wieder polenfreundlich war – die beste Politik. Die veränderte Lage blieb naturgemäß

<sup>435</sup> Borowsky, Ukrainepolitik, S. 263.

<sup>436</sup> Ebd., S. 254. – Einen ersten Hinweis auf den Abzug enthält Burián an Forgách, 18.8.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 976, S. 12. Berchem berichtete auch, daß die großrussisch eingestellten »rechtsstehenden politischen Parteien« wegen der »Wandlung in der militärischen und politischen Gesamtlage« an Einfluß gewonnen hätten (Berchem an AA, 23.10.1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25).

<sup>437</sup> Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavno-mynule*, S. 267.

<sup>438</sup> Vgl. Mędrzecki, *Niemiecka interwencja*, S. 249.

<sup>439</sup> Wiedtfeld an Reichswirtschaftsamt, 16. 9. 1918, Deutsches Zentralarchiv I, RWA 1112, Bl. 66, zit. nach Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 261. Mędrzecki hielt das Abkommen für einen »Ausdruck des Optimismus« (*Niemiecka interwencja*, S. 250).

auch dem Het'man nicht verborgen. Nachdem Deutschland am 22. Juli 1918 den Brester Vertrag ratifiziert hatte, zeigte sich die ukrainische Führung gegenüber Österreich immer weniger konziliant. Hatte Skoropadskyj zuvor die Buggrenze halb akzeptiert, machte er Anfang August einen Rückzieher. Graf Forgách gegenüber betonte er, seine von den Nationalisten angegriffene Regierung könne es sich nicht leisten, öffentlich auf Chelm zu verzichten. Tatsächlich hatten ihn wohl Proteste in galizischen Zeitungen darin bestärkt, hart zu bleiben. Aber auch Forgách mußte eingestehen, daß der Het'man sich »bloßgestellt und sogar hintergangen« fühlen könne; im Indikativ kritisierte er in einer Depesche an den Außenminister, »daß wir die Ratifikation zu einer Art Erpressung benützen«. Forgách riet davon ab, diesen Weg weiterzuverfolgen, da die Ukraine mit dem Rückhalt der deutschen Ratifizierung und der ruthenischen Argumentationshilfe imstande sei, die österreichischen innenpolitischen Schwierigkeiten auszunutzen. Österreich geriete damit gegenüber Deutschland ins Hintertreffen, ein Konflikt mit dem Reich könne »unser hier so empfindliches, von mir mit täglicher Mühe und Vorsicht den Deutschen gegenüber aufrecht erhaltenes, wenigstens dem Scheine nach paritätisches Verhältnis zu Deutschland gefährden.«<sup>440</sup>

Aber nicht nur Deutschland war ein Faktor: Als Burián darauf beharrte, der Het'man solle den Polen bei den »gebotenen Rücksichtnahmen auf polnische Suszeptibilitäten« nachgeben,<sup>441</sup> beobachtete Forgách, daß das ukrainische Interesse an der Ratifizierung sank. Die militärischen Niederlagen im Westen erschütterten »das Vertrauen an[!] den Wert und die Dauer beider Brester Friedensverträge«.<sup>442</sup> Die Haltung beider Seiten verhärtete sich. Dorošenko hielt in einer Note die Buggrenze für »absolut inadmissible« und versuchte gar, die Kronlandfrage wiederaufzubringen, Burián beharrte auf seinem »point de vue opposé à celui du Gouvernement de l'Ukraine«.<sup>443</sup> Der österreichische Außenminister hatte zwei Monate länger als die deutsche Führung und sogar einen länger als die ukrainische gebraucht, um zu bemerken, daß es nicht mehr um kleinere Grenzfragen sondern um das Sein und Nichtsein des Reiches ging. Erst am 26. September erklärte es sich bereit, unter Offenlassung der Chelm-Frage »pour faire une fois de plus preuve des sentiments de simpatie[!] et d'amitié« den Brester Vertrag mit der Ukraine zu ratifizieren. Dem die Föderalisierung des Reiches favorisierenden Ministerpräsidenten Max Freiherr Hussarek von Heinlein (1865-1935) gegenüber erklärte er dies damit, daß nach dem Abfall des bulgarischen Verbündeten »in den Beziehungen zu den diesfalls in Betracht kommenden Staaten die unter den gegebenen Verhältnissen erreichbare größtmögliche Stabilität« angestrebt werden solle.<sup>444</sup> Nun war also Österreich an der Ratifizierung interessiert, aber nach einer Intervention von polnischer Seite zog Burián das Angebot wieder zurück.<sup>445</sup> Inzwischen war jedoch Skoropadskyj nicht mehr an einem Nachgeben gegenüber der maroden Donaumonarchie interessiert.

<sup>440</sup> Forgách an Burián, 5.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 798, S. 449-450.

<sup>441</sup> Burián an Forgách, 9.8.1918, Hornykiewicz III, Dok. 800, S. 451-453.

<sup>442</sup> Forgách an Burián, 12. 8. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 801, S. 453-454.

<sup>443</sup> Forgách an Burián, 19.8.1918; 4.9.1918; Burián an Fürstenberg, 26.9.1918, Hornykiewicz III, Dok. 803/811/815, S. 456-457, 463-465, 468-470.

<sup>444</sup> Burián an Hussarek/Wekerle, 1. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 820, S. 473-475. – Zustimmung Hussareks in Hussarek an Burián, 3.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 821, S. 475-476.

<sup>445</sup> Burián an Ugron, 9.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 830, S. 486.

Daß Österreich-Ungarn machtlos und opportunistisch operierte, war dem Het'man klar. Deutschlands Politik war, was Opportunismus anbetraf, nicht besser, sie war jedoch etwas geschickter, und sie spiegelte eine Macht vor, die sie zwar ebenfalls nicht mehr besaß, deren Verfall jedoch noch nicht ganz so offensichtlich war. Von Österreich durfte Skoropadskyj nichts mehr erwarten, auf Deutschland setzte er weiterhin Hoffnungen, weil die Deutschen ihn als Faktor der künftigen Politik anzuerkennen schienen.

In Lemberg planten die österreichischen Ukrainer für die Nachkriegszeit ganz anders. Mitte August 1918 stellte man sich noch vor, der Kaiser könne zwei Statthalter ernennen – einen Polen für Krakau und einen Ukrainer für Lemberg – die bis zum Ausbau einer separaten innerösterreichischen Staatlichkeit zusammenarbeiten könnten. Am 22. September war eine Versammlung im Volkshaus (narodnyj dim) schon selbstbewußter: Nur wenn Österreich seinen Ukrainern ein »freies Leben« ermögliche und damit die »geistige Vereinigung« (duchove jednannja) mit den Brüdern im Ukrainischen Staat, wollte man sich noch auf ein ukrainisches Kronland im Rahmen der Monarchie einlassen. Und am 10. Oktober 1918 nahm die ukrainische Parlamentsvertretung in Wien für sich in Anspruch, das Recht auf nationalstaatliche Selbstbestimmung auszuüben und einen Ukrainischen Nationalrat einzuberufen.<sup>446</sup> Während sich also die deutsch-ukrainischen Beziehungen zu verbessern schienen, meinten die Ukrainer in Österreich, die Schwäche des Landes nutzen zu können.

Dies ist von Bedeutung für die Bewertung der deutsch-ukrainischen Interaktionen. Von Mumm hatte Skoropadskyj eine deutschfreundliche Haltung attestiert, und so war man in Berlin im Herbst 1918 daran interessiert, ihn an der Macht zu halten, ihn gleichzeitig aber angesichts der erwarteten Niederlage auch der Entente akzeptabel erscheinen zu lassen. Was wie eine Quadratur des Kreises anmutet, war insofern nicht unrealistisch, als im Baltikum, wo ähnlich wie in der Ukraine drei Parteien (Bol'seviki – Deutsche – Entente) um die Vormacht rangen, bis 1919 die gemeinsame Aktion von Deutschen und der Entente samt den örtlichen Nationalbewegungen gegen die Bol'seviki die Lage bestimmte. In der Ukraine mochte dies noch leichter gehen, weil hier weder Annexionsprojekte noch eine durch die Besitzverhältnisse im Lande begründete Aversion zwischen den Nationalisten und den Deutschen einer Einigung im Wege standen.

Die seinem eigenen Wunsch folgende Einladung Skoropadskyjs nach Deutschland sollte das Ansehen des Regimes verbessern. Das war, wie die Presse vermerkte, erfolgreich: »Daß der Hetman sein Land verlassen kann, dürfen wir wohl als ein gutes Zeichen für die Entwicklung der Dinge in der Ukraine deuten«.<sup>447</sup> Zwischen dem 4. und 15. September wurde der Het'man in Deutschland herumgereicht und die Presse berichtete ausführlich über den pittoresken Militär, an dem schon Groener vor allem geschätzt hatte, daß er eine gute Figur machte.<sup>448</sup> Wilhelm II. empfing Skoropadskyj

<sup>446</sup> Vgl. Kost' Levyckyj, Velykyj Zryv, S. 92-106.

<sup>447</sup> »Der Hetman der Ukraine bei Kaiser Wilhelm«, Hamburger Nachrichten 459/8. 9. 1918, Morgenausgabe.

<sup>448</sup> Man kann sich nicht ganz dem Eindruck verschließen, daß nur die Dekoration an der Het'man-Herrschaft beeindruckte. Doncov schrieb in seinem Tagebuch, Oberst Zelenevskyj und der als Kosake posierende Kanzleichef des Het'mans Poltavec-Ostranycja, die ebenfalls nach dem Weltkrieg nach Deutschland kamen, seien »sehr dekorative Gestalten im Palast« gewesen (Doncov, Rik 1918, S. 58). Auch Wertheimer freute sich darüber, daß »nun nicht mehr die Menschen in lässiger

in Kassel-Wilhelmshöhe, dekorierte ihn mit dem Großkreuz des Roten Adlerordens und versäumte nicht darauf hinzuweisen, daß es die deutsche und die mit ihr verbündeten Regierungen gewesen seien, die der ukrainischen Staatlichkeit eine internationale Rechtsgrundlage verschafft hätten. Er behauptete, die deutschen Truppen und Beamten in der Ukraine hätten zu einem größeren Maß an Vertrauen zwischen den beiden Völkern geführt.<sup>449</sup> Man mag die affirmative Antwort Pavlo Skoropadskyjs für diplomatische Höflichkeit halten, zwei Monate vor dem Ende des Kaiserreichs war jedenfalls das ganze Szenario ähnlich absurd wie die im März/April 1918 geschlossenen Verträge des Ukrainischen Nationalkomitees mit den NS-Deutschen, an denen nota bene der Het'man ebenfalls beteiligt war.

Die offizielle Einweihung des Gesandtschaftsgebäudes in Berlin anlässlich des Besuchs symbolisierte eine Verstärkung der Beziehungen. Die deutschen Sprachregelungen enthielten Lob für Skoropadskyjs deutschfreundliches Regime, Ludendorff versprach ihm Hilfe gegen seinen »Konkurrenten« Wilhelm von Habsburg und bei der Aufstellung militärischer Verbände, man erwartete aber »für unsere Hilfe politisches Festhalten an uns für alle Zeit und Leistungen besonders wirtschaftlicher Art auch während des Krieges.« Innenpolitisch riet man zur Ukrainisierung des Kabinetts und zu einer Agrarreform.<sup>450</sup> Touristisches, wie der Besuch eines Pferderennens im Grunewald und die Besichtigung des Kölner Doms sowie militärisches, Besuche bei Krupp in Essen und bei den U-Booten in Kiel, sollten Vertrauen herstellen und stärken. Daß aber Skoropadskyj auch um Konzessionen in der Frage des Chefm-Gebiets ersucht wurde, wies darauf hin, daß man aus der ukrainisch-polnischen Rivalität, die ein halbes Jahr davor (und danach) einer der wichtigeren Aspekte des deutschen Ukraine-Engagements gewesen war, nun vorübergehend keinen Nutzen ziehen wollte. Da die Entente eindeutig die polnische Nationalbewegung stützte, sollte der Het'man zum Schutz seiner eigenen Ententkontakte möglichst wenige Konflikte zwischen sich und den Polen aufkommen lassen.<sup>451</sup>

Der Het'man soll in einer seiner Reden behauptet haben, es sei Deutschland gewesen, »welches [...] die Ukraine geschaffen habe.«<sup>452</sup> Selbst Dorošenko gibt zu, daß die gemeinsamen Bilder von Wilhelm und dem Het'man für Ukrainefeinde ein gefundenes Fressen waren, wo doch Skoropadskyjs Reise »ausschließlich die Interessen des Ukrainischen Staates zum Ziel« gehabt habe.<sup>453</sup> Die geplante Aufwertung Skoropadskyjs

Haltung, großlos, formlos aneinander vorbeistiefeln« und wieder »Disziplin und Haltung« herrsche; an Poltaveč beschrieb er das Tintenfaß am Gürtel als »Zeichen der Würde eines Kosakenkanzlers«, an Skoropadskyj war das entscheidende, daß sein »Profil edel und schön geschnitten« und er insgesamt »männlich schön« sei (Wertheimer, *Durch Ukraine und Krim*, S. 118-119). Sich angesichts dessen von Operetteneindrücken freizuhalten, ist nicht einfach.

<sup>449</sup> Text bei Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 263-265.

<sup>450</sup> [Sprachregelung], September 1918, PAAA, Ukraine I Allgemeines, Bd. 22. – Vgl. Jevhen Konovaleč, *Pryčynky do istorii Ukraïnskoï revolucii*. Praha 1928, S. 14. – Dorošenko an Lypynskyj, 5. 10. 1918, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 7, S. 14.

<sup>451</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 263-265. – Allerdings gingen die Deutschen offenbar auch nicht auf den Wunsch Skoropadskyjs ein, bei der Durchreise einen Höflichkeitsbesuch beim Regentenschaftsrat in Warschau zu machen (Mumm an AA, 2.9.1918, PAAA, Ukraine I Allgemeines, Bd. 22).

<sup>452</sup> Gesprächsvermerk Bussche, 4. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. I Allgemeines, Bd. 22. – Bei Dorošenko kommt dieser vereinfachte Satz nicht vor.

<sup>453</sup> Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 266.

gelang denn auch nicht, obwohl Dorošenko der Meinung war, »die Reise des Herrn Het'man [habe] große moralische Folgen« gehabt.<sup>454</sup> Von Mumm hatte den Het'man nicht begleiten wollen, dies tat dann Legationsrat Graf Berchem. Dem in Deutschland umschmeichelten Het'man konnte nicht entgehen, daß während seiner Abwesenheit die ihm vertrauten Repräsentanten der Mittelmächte aus Kiew abgezogen und durch Vertreter niedereren Ranges ersetzt wurden. Von Mumm, Groener, Forgách und Wiedtfeld traf der Het'man bei seiner Rückkehr nicht mehr an.<sup>455</sup> Groener kehrte zwar noch einmal kurz zurück, wurde aber am 26. Oktober Chef der OHL und verließ die Ukraine wieder.<sup>456</sup> An Forgáchs Stelle vertrat die Donaumonarchie als Geschäftsträger nun der rangniedere Legationsrat Karl Emil Prinz zu Fürstenberg.

In Deutschland war die Berichterstattung über den Het'man-Besuch freundlich herablassend. Das *Hamburger Fremdenblatt* zeichnete ein Verhältnis »wie in der Freundschaft zwischen einem Mann von reiferen Jahren zu einem Jüngling«; der Jüngling werde dann »für das Wohlwollen danken, das der Ältere ihm entgegenbringt«, während »dieser doch nie den gleichen Ton durchklingen lassen« werde. Dieses Bild entspreche »dem geschichtlichen Werden der deutsch-ukrainischen Beziehungen«, wobei man eben nicht wisse, »ob dieser Staat in einer späteren Zeit einmal zu einem neuen Rußland in ein föderatives Verhältnis« treten werde.<sup>457</sup>

Daß und wie in diesen Wochen in Berlin über die Ukraine unter deutschen Stellen verhandelt wurde, dürfte Skoropadskýj nicht erfahren haben. Daß trotz allen Beteuerungen der deutsche Stern im Niedergang begriffen war, hat er jedoch wohl verstanden.<sup>458</sup> Und ebenso, daß diese Entwicklung, wollte er seine Stellung nicht räumen, ihn zwang, sich nach neuen Verbündeten umzusehen. Da ein Zusammengehen mit den Bol'seviki ausschied, standen nur die großrussischen Monarchisten und die ukrainischen Nationalisten als potentielle, einander ausschließende Verbündete zur Wahl.

Später versuchte sich der Het'man dadurch zu rechtfertigen, dass er erklärte, er habe die Reise nach Deutschland nur (vergeblich) unternommen, um eine deutsche Erlaubnis zur Bildung einer Armee zu erhalten. Dabei hatten die Deutschen dies Skoropadskýj bereits im Juli 1918 zugestanden. Der Het'man redete sich jedoch damit hinaus, er habe in Deutschland einen deutlichen Gegensatz zwischen der Politik des Auswärtigen Amtes und des Militärs festgestellt.<sup>459</sup> In den deutschen Unterlagen ist nichts davon festzustellen.

<sup>454</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 5. 10. 1918, in: Vjačeslav Lypynskýj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 7, S. 14.

<sup>455</sup> Von Mumm hatte Forgách gegenüber geäußert, er strebe wegen der nach von Eichhorns Ermordung in Kiew eingeführten, hinderlichen Sicherheitsmaßnahmen eine andere Verwendung an (Forgách an Burián, 3.9.1918, Hornykiewicz III, Dok. 592, S. 191-192).

<sup>456</sup> »Es wird [...] trotz aller gegenteiligen Versicherungen meinerseits unzweifelhaft der Eindruck verstärkt, daß wir uns hier auf Abbau einrichten. Hetman [...] ist über Nachricht sehr erschüttert« (Berchem an AA, 27. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26).

<sup>457</sup> A. W., »Skoropadsky«, *Hamburger Fremdenblatt* 8. 9. 1918.

<sup>458</sup> Von Fürstenberg zog aus einem Gespräch mit Skoropadskýj den Schluß, der Het'man habe zwar aus Deutschland »beste Eindrücke« mitgebracht, sei aber nicht optimistisch, weil die Mittelmächte die bolschewistische Gefahr unterschätzten (Fürstenberg an Min.d.Auß., 22. 9. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 594, S. 194-195).

<sup>459</sup> Vgl. Interview mit Skoropadskýj, *Gazette de Lausanne*, 15. 10. 1920, nach Taras Hunčak (Hg.), *Ukrainska revoljucija, Dokumenty 1919-1921*. New York 1984, Dok. 62, S. 274-277, hier S. 276-277.

Die deutschen Ukrainefachleute versuchten, die neue Lage zu berücksichtigen. Die Reichsleitung ging davon aus, trotz einer Niederlage im Westen würde sich die in Brest-Litovsk gesicherte Lage im Osten nicht wesentlich ändern. So zurückhaltend man bis 1917 gewesen war, sich in der Ukraine zu engagieren, so verbissen wollte man nun, da alles andere zusammenbrach, an der Ukraine festhalten. Zwar hatte die Ukraine als Lebensmittelexporteur »versagt«, dessen ungeachtet hielt derselbe Hugo Lindemann, der das Versagen konstatiert hatte, an ihr »bei Rückkehr einigermaßen normaler Zustände nächstes oder übernächstes Jahr« als einer späteren »Kraftquelle«, einer »ersten Etappe« gegen den Bolschewismus und als »Ordnungspartner« fest.<sup>460</sup> Während bis 1917 die deutsche Industrie an der Ukraine interessiert, die Reichsleitung eher zurückhaltend war, war es nun umgekehrt: Jetzt machten die Politiker sich Hoffnungen, während sich die meisten Industriellen nicht mehr mit konkreten Projekten befaßten.

In einem weiteren Punkt verkehrte sich die Haltung Berlins. Galt zuvor das Baltikum als tatsächliches oder »frisirtes« Annexionsgebiet, war der neue Staatssekretär des Äußeren in der Regierung Max von Baden (1867-1929), Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936), bereit, das Baltikum aufzugeben. Er wollte aber an Polen, Rumänien und der Ukraine wegen der Rohstoffzufuhr festhalten.<sup>461</sup> Damit war die deutsche Außenpolitik nun offen ökonomisch motiviert. Zum Ausdruck kam dies in den von Albert Südekum und wahrscheinlich auch Rudolf Nadolny ausgearbeiteten neuen Richtlinien für die Ukraine-Politik, die am 10. Oktober 1918 an die deutsche Vertretung nach Kiew übermittelt wurden.

Borowsky erkannte darin neben der Handschrift des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten diejenige Rohrbachs und der ukrainischen Sozialdemokraten um Mykola Porš. Was vor wenigen Monaten noch unmöglich schien, wurde jetzt erwogen: Die Ukraine sollte ein selbständiger Staat, die deutsche Vormachtstellung erhalten bleiben. Von einer Friedensregelung sollten die deutsch-ukrainischen Verhältnisse nicht betroffen sein. Am Het'man wollte man festhalten, man legte ihm jedoch nahe, sich von seinen großrussischen Verbindungen zu lösen, eine Agrarreform durchzuführen und sich mit den linken ukrainischen Nationalisten im UNS zu einigen, um die Ukraine gegen die großrussischen Vorstellungen der Entente zu verteidigen. Südekum und Nadolny sollten nach Kiew reisen, um mit der diplomatischen Vertretung »Hand in Hand« zu arbeiten.<sup>462</sup> Nadolny sollte den Het'man, Südekum den UNS zur Zusammenarbeit motivieren.<sup>463</sup> Auf diese Reise verzichtete man dann, stattdessen bestellten die Deutschen den Het'man-Außenminister Dmytro Dorošenko nach Berlin ein, um die »Festlegung eines allgemeinen Freundschaftsverhältnisses und wirtschaftlicher Betätigungsmöglichkeiten« zu vereinbaren.<sup>464</sup>

<sup>460</sup> Hugo Lindemann an von dem Bussche, 27. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 269.

<sup>461</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 272. – In einem der Versuche, die Ukraine-Perspektive praktisch umzusetzen, wollte man nun in Chelm mit deutschem Militär eine ukrainische Verwaltung einsetzen. Nur war dies anachronistisch – selbst Fedyschyn nennt dies eine »friendly though futile gesture« (Fedyschyn, Drive, S. 176).

<sup>462</sup> Vorschlag Südekum, [undat., Anfang Oktober 1918], PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 273-274.

<sup>463</sup> Thiel an AA, 17. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25.

<sup>464</sup> Nadolny [?], »Notiz betr. Ukraine«, 18. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25. – Verständlicherweise geht aus Dorošenkos Memoiren nicht hervor, daß die Initiative zu dem Besuch auf

So verwegen eine derartige Politik im Nachhinein erscheint – aus der Perspektive der Beteiligten galt sie als realistisch. Da man vermutete, die Bol'sheviki würden sich nicht mehr lange halten können, blieb eine »Randstaatenpolitik« als einziges Instrument der Einflußnahme übrig. Eine »nationale« Ukrainepolitik, mit der man zu einigen der sozialreformerischen Vorstellungen der Rada-Zeit zurückkehren und damit auch die sozialdemokratische Unterstützung finden könne, nahm die Parolen der Entente vom Selbstbestimmungsrecht der Völker beim Wort. Der Nexus mit den Großrussen und den Grundbesitzern wurde nun gefährlich, weil man rechnete, daß sich diese der Entente zuwenden würden. Der Het'man allein könnte sich bei seiner großrussischen Ausrichtung vielleicht in einem Amt halten, er würde jedoch die Ukraine zu den »weißen« Russen und damit in ein »unteilbares« Reich führen. Verbunden mit den Nationalisten mochte er aber separate Überlebenschancen haben. Man hielt tatsächlich in Berlin die internationale Anerkennung der Ukraine für möglich, und am 17. Oktober 1918 waren sich OHL, Reichswirtschaftsamt und AA einig, daß ein Verbleib der Truppen in der Ukraine zur Versorgung und als Abwehr gegen die Bol'sheviki erforderlich sei. Wieder war vor allem Graf Roedern, nun aber auch von Waldow, dagegen.<sup>465</sup>

Am 22. Oktober 1918 wurde Graf Roedern noch deutlicher. Er schrieb an den Generalstabschef des Feldheeres:

»Die finanziellen Lasten, die das Ukraine-Unternehmen dem Reiche und der deutschen Wirtschaft auferlegt, stehen in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen, die uns die Ukraine bisher geboten hat und uns voraussichtlich für eine absehbare Zukunft bieten kann. [...] Im übrigen ist [...] das bisherige Ergebnis der Getreideeinfuhr aus der Ukraine aus sachlichen Gründen ganz verschwindend gering und für die deutsche Ernährungswirtschaft ohne jede Bedeutung gewesen, ohne daß für die Zukunft nach den Ausführungen Getreide-Sachverständiger mit einer irgendwie beträchtlichen Besserung zu rechnen ist. Vom Standpunkte der Getreideaufbringung oder der Rohstoffeinfuhr, die eine wesentliche Entlastung der Inlandsversorgung ebenfalls nicht gebracht hat, lassen sich jedenfalls nach meiner Auffassung die Kosten des Unternehmens nicht rechtfertigen.«<sup>466</sup>

Roedern konstatierte auch, daß das »private Kapital« »jetzt weniger als je geneigt« sei, sich an nötigen Investitionen zu beteiligen: »Sie müßten daher mit Reichsmitteln durchgeführt werden.« Seine Folgerung war eindeutig:

»Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß eine weitere Aufrechterhaltung der Besetzung der Ukraine auch mit Rücksicht auf eine spätere Zukunft zum Besten unserer Industrie, wie sie von einzelnen Seiten früher befürwortet wurde, kaum mehr begründet werden kann. Bei dieser Sachlage muß eine sofort beginnende und allmählich durchzuführende Räumung der Ukraine, die eine kurze Frist für eine Liquidation des Unternehmens läßt, vom Standpunkte der Reichsfinanz-Verwaltung aus als unbedingt wünschenswert bezeichnet werden.«<sup>467</sup>

deutscher Seite lag. Aus dem Briefwechsel mit Lypyn'skyj ergibt sich jedoch, daß es bei den Gesprächen zunächst um die Schwarzmeerflotte gehen sollte, als dies entfiel, weil die Deutschen darüber ohne die Ukraine zu beteiligen verfügten, behauptete Dorošenko, wegen der Festlegung der Grenzen mit »Moskowien« nach Berlin zu fahren (Dorošenko an Lypyn'skyj, 5. 10. 1918, in: Vjačeslav Lypyn'skyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 7, S. 13).

<sup>465</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 273-276.

<sup>466</sup> Staatssekretär des Reichsschatzamts (Graf Roedern) an Chef des Generalstabes des Feldheeres, 22. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25.

<sup>467</sup> Ebd.



Deutlicher ist das Scheitern aller wirtschaftlichen Phantasien nicht zu dokumentieren. Nach der ersten Euphorie hatten die Wirtschaftsführer sich als erste (und nicht un begründet) von dem Ukraine-Unternehmen zurückgezogen. Wer rechnen konnte, war nicht mehr für eine Fortsetzung des Abenteuers.

Als unter dem Eindruck des sich abzeichnenden Kriegsendes großrussische Monarchisten und Liberale über die Wiederherstellung Rußlands nachzusinnen begannen, fragte der Het'man am 6. Oktober den nun in Kiew die deutsche Vertretung leitenden Generalkonsul Thiel, ob Deutschland sich zurückzuziehen gedenke. Thiel stritt dies ab, riet aber zur »Ukrainisierung« der Regierung, um für den Fall deutscher Schwäche ihre Chancen zu erhöhen. Skoropadskyj verhandelte sogar mit Vynnyčenko. Dem Vorschlag des Het'mans, sich eine Militärmacht zuzulegen, sei es in Form einer »Nationalgarde«, sei es durch die »Wiedereinführung der Saporoger Kosakenorganisation« stimmte Deutschland immer noch nicht vorbehaltlos zu.

Die Sprachregelung der Het'man-Regierung paßte sich der neuen Lage an. Unter Hinweis auf das Wilson'sche Selbstbestimmungsprinzip betonte sie, daß die deutsche Besetzung »über ausdrückliches Verlangen der ukrainischen Regierung« erfolgt sei,<sup>468</sup> und der stellvertretende Außenminister Oleksander Paltov bescheinigte den Okkupanten gar eine »kulturelle und menschenfreundliche Mission«.<sup>469</sup> Aber auch der UNS war an den Deutschen nun wieder interessiert. Da die Entente großrussische Sympathien hegte, forderte Volodymyr Vynnyčenko die Deutschen tatsächlich auf, ihre Truppen im Lande zu belassen.<sup>470</sup>

Die Kooperation mit dem UNS war seit dem Sommer wieder eine deutsche Option. Der Vertreter des Preußischen Kriegsministeriums Major Müldner von Mülheim hatte im Juli 1918 erkannt, daß die den Het'man stützenden Gruppen nicht rußlandfeindlich eingestellt waren. Da er die Aufspaltung Rußlands in »Einzelteile« nicht zuletzt mit dem Blick auf die »Brückenfunktion« der Ukraine in den Orient für ein wichtiges Kriegsziel hielt, empfahl er eine Unterstützung der »national-ukrainischen Parteien«, weil deren Ziel einem Zusammenschluß mit Rußland widerspreche, der UNS (»Ssojus«) »eine selbständige, von Großrußland völlig unabhängige Heimat« anstrebe und »dem Moskwitertum ausgesprochen feindlich gesinnt« sei. Die Parteinahme für den UNS war jedoch durch und durch unehrlich: Nach einer Konsolidierung der Spaltung sollte Deutschland »in einer mehr oder weniger selbständigen von uns abhängigen Ukraine das gesamte Leben auf neue Grundlagen stellen.«<sup>471</sup>

<sup>468</sup> Waldbott an AOK, 12. 10. 1918, Hornykiewicz IV, Dok. 985, S. 17-18. – Hier sei auf den sprachlichen Lapsus verwiesen, daß Waldbott von einer »Besetzung« schrieb.

<sup>469</sup> Spannocchi an AOK, 25. 10. 1918, Hornykiewicz IV, Dok. 989, S. 20-22.

<sup>470</sup> Telegramm Thiel an AA, 8. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 24; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 277. Nach einem weiteren Telegramm sollte Vynnyčenko sogar erklärt haben, man habe nicht vor, den Het'man zu stürzen, er genieße »vielmehr große Achtung und Vertrauen« (von Hintze an AA, 15. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25), was allerdings Thiel »durchaus phantastisch« erschien (Thiel an AA, 17. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25). – Die Bedeutung der deutschen Vermittler bestätigt Fürstenberg an Andrassy, 25. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 643, S. 271-277, hier S. 275-276.

<sup>471</sup> Major Müldner von Mülheim, Bevollmächtigter des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums in der Ukraine an Kgl. Preußisches Kriegsministerium, Abt. A 1, 30. 7. 1918, PAAA, Ukraine I Allgemeines, Bd. 20. – Daß er darüber hinaus vorschlug, »nach dem bald zu erwartenden Sturz der nichtrussischen Volkskommissare« eine von den Deutschen abhängige Regierung in Großrußland einzusetzen, und so der Entente zuvorzukommen, paßt ins Bild.

Die politischen Optionen, die sich Ukrainern im Herbst 1918 eröffneten, entsprangen keinen längerfristigen Planungen. Sie resultierten aus dem Nahen des Kriegsendes, der Schwäche der Mittelmächte und dem Wunsch, im noch »ruhigen« Osteuropa das eigene Überleben zu sichern. So wurde ein *chargé d'affaires* für eine ukrainische Gesandtschaft in Warschau ernannt, der jedoch seinen Posten nicht antrat.<sup>472</sup> Ein Teil des Skoropadskyj-Ministerrats fiel auf die Position des 3. Rada-Universals zurück und wollte in Friedensverhandlungen für ein fiktives föderales Rußland sprechen. Darüber kam es zur Krise, und Skoropadskyj ernannte nun tatsächlich am 24. Oktober fünf UNS-Minister, die dafür allerdings aus dem UNS austraten. Aber auch diese Konstellation hielt nur bis zum 14. November: Als der UNS einen ukrainischen Nationalkongreß einberufen wollte, um sich für die anstehenden Dispute zu legitimieren, verbot Skoropadskyj diesen (wider Berchems Anraten), weil er fürchtete, abgesetzt zu werden, und sprengte damit selber seine unsichere Koalition.<sup>473</sup>

Solange sie bestand, war diese Koalition ein »auswärtiges Produkt«. Anfang Oktober hielt auch der österreichische Geschäftsträger Prinz Fürstenberg Reformen in der Ukraine für erstrebenswert. Der Het'man-Mannschaft traute er sie jedoch nicht zu und empfahl daher eine »Rekonstruktion der Regierung«.<sup>474</sup> Dazu paßte, daß der österreichische General Spannocchi anläßlich der Eröffnung der ukrainischen Universität in Kiew scharf beobachtete, zu den Trägern des ukrainischen Nationalgedankens gehöre »die weniger bemittelte Intelligenz des Landes«, die kaum zu Skoropadskyj passe. Er gab dem Het'man noch eine Chance, falls die nationale Frage ihre »Häutung« durchmache, »ihre ursprüngliche radikal-soziale Spitze« verliere und sich daher mit dem »konservativen Hetman« verbinden könne.<sup>475</sup> Nur wenig später war die »Rekonstruktion« für von Fürstenberg, der Kontakte mit dem UNS aufnahm, »ein Gebot dringender Notwendigkeit«. Durch das Ausbleiben der Bodenreform »und andere unverzeihliche Mißgriffe« sei die Het'man-Regierung desavouiert, und großrussische Kräfte arbeiteten immer offener daran, Kiew zum neuen Zentrum eines antibolschewistischen Rußland zu machen. Auch die nationalukrainischen Parteien drohten damit, sich an die Entente zu wenden, wenn sie nicht an der Regierung beteiligt würden, und der Het'man sehe dies ein, habe aber Schwierigkeiten mit seiner großrussischen Umgebung.<sup>476</sup>

Berchem berichtete nach Berlin, er habe Skoropadskyj zu einer Erklärung geraten, daß sich die selbständige Ukraine als »neutral«, jedoch in einem »besonders enge[n] Verhältnis zu Deutschland« sehe, was sie nicht hindere »im Falle eines Umsturzes in Rußland« mit Rußland »normale[.] und freundschaftliche[.] Beziehungen« aufzunehmen. Berchem betonte, daß auch der UNS »sich mit dieser Lösung einverstanden erklärt« habe. Außerdem war er der Meinung, daß der UNS einerseits schwach sei, andererseits aber »dessen politische Ziele sich mit den unseren im allgemeinen decken«. Nun müsse er nur noch Skoropadskyj beibringen, »daß sein Interesse identisch ist mit

<sup>472</sup> Vgl. Pisuliński, *Nie tylko Petlura*, S. 62.

<sup>473</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 277, 283.

<sup>474</sup> Fürstenberg an Min.d.Äuß., 7. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 628, S. 252-253.

<sup>475</sup> Spannocchi an k.u.k. Armeecoberkommando, 7. 10. 1918, Hornykiewicz III, Dok. 629, S. 254-256.

<sup>476</sup> Fürstenberg an Burián, 9.10.1918, 14.10.1918, 15.10.1918, 16.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 630, 632, 633, 635, S. 256-268.

den Zielen des Nationalbundes«. <sup>477</sup> Skoropadskyj hingegen rechnete nun ganz realistisch mit einem baldigen Abzug der Deutschen und angesichts der fortbestehenden sowjetrussischen Bedrohung hatte er zu den großrussischen Rechtsparteien »mehr Zutrauen als zu den Ukrainern«. <sup>478</sup> Seine Wende war somit auch für die Deutschen einleuchtend.

Im Innenministerium der kurzlebigen Koalitionsregierung war neben dem Innenminister Viktor Rejnbot nunmehr Oleksander Skoropys-Joltuchovskij tätig. Der Kunstmaler hatte nach seinen BBU-Aktivitäten im Rahmen der »Gefangenenarbeit« in Deutschland den Weg in die Ukraine gefunden, versuchte glücklos, in Brest als Kommissar für Chelm zu agieren, <sup>479</sup> und gelangte schließlich in die Het'man-Regierung, woraus seine in der Zwischenkriegszeit fortwährende Parteinahme resultierte. Skoropys war fortan der treueste Gefolgsmann des Het'mans.

Deutschland revidierte seine Öffentlichkeitsarbeit, indem es dem Militär jegliche politische Propaganda verbot und seine Kiewer Presseabteilung der diplomatischen Delegation unterstellte. Da »Nationalisierung und Konsolidierung im Innern« der Ukraine und ihre »internationale[.] Anerkennung und Aufnahme in den Völkerbund« zu deutschen Zielen geworden waren, war es nur angemessen, die vorsichtigeren Diplomaten den allzu forschen Militärs vorzuziehen. <sup>480</sup>

Daß Deutschland seine Ukrainepolitik nicht aufgab, sondern nur der Lage anpaßte, war aber offensichtlich. Angesichts der Niederlage verlor die Allianz mit den Bol'sheviki in Rußland als Kriegsmittel seinen Sinn, während das Festhalten an der Ukraine – wie Borowsky richtig erkannte – zeigte, daß diese für das AA und den Reichskanzler, jedoch nicht etwa für die zögerliche Schwerindustrie, nun doch zu einem Kriegsziel geworden war. <sup>481</sup> Mochte daher der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur RSFSR am 5. November auch durch einen Flugblätterfund und die angebliche Furcht vor einer Revolutionierung der Deutschen ausgelöst worden sein, er entsprach einem politischen Wandel, zu dem man sich bereits einige Wochen zuvor durchgerungen hatte.

Allerdings war die Het'man-Regierung für solche Kombinationen wenig geeignet: Noch am 24. Oktober 1918 erklärte Skoropadskyj, er habe keinerlei Kontakte zur

<sup>477</sup> Berchem an AA, 23. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 25.

<sup>478</sup> Berchem an AA, 23. 10. 1918 II, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 25.

<sup>479</sup> Die Angaben bei Reshetar (*The Ukrainian Revolution*. Princeton 1952, S. 182-3) und Borowsky (*Ukrainepolitik*, S. 278) er sei tatsächlich dort tätig geworden, sind unzutreffend. Skoropys-Joltuchovskij wurde von den Österreichern nicht akzeptiert. In seiner Funktion als ukrainischer Kommissar agierte er im deutsch besetzten Brest, wo es nur mehr wenig Zivilbevölkerung gab, er wurde von den Polen festgenommen und in Kalisz interniert, als sie nach dem Krieg die Herrschaft über Brest übernahmen und Skoropys mit lokalen Polizisten die Haller-Truppen am Vormarsch hindern wollte. Erst Mitte 1919 (nach anderen Angaben 1920) wurde Skoropys von den Polen freigelassen (Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 37; Russischer Lebenslauf Skoropys, 9.5.1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 384). Martyneč bestätigte, daß er ab September 1918 bei Skoropys in Brest gewesen sei (Volodymyr Martyneč, *Ukrainške pidpillja*. o.O. 1949, S. 24). Chelm wurde im November 1918 vom österreichischen Kommandanten dem örtlichen polnischen Komitee übergeben, wogegen auch ein Protest des Het'mans und die Bitte an die Deutschen, Chelm zu besetzen, nichts bewirkten (Vgl. Dorošenko, *Istoriija Ukrainy*, Bd. II, 2002, S. 159).

<sup>480</sup> Berchem an AA, 27. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26.

<sup>481</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 298. – Den Zeitpunkt setzen wir anders als Borowsky an.

Entente.<sup>482</sup> Dies mochte eine Schutzbehauptung sein, hatte Deutschland doch zuvor derartige Beziehungen nicht dulden wollen. Als Außenminister Dorošenko am selben Tag in Berlin eintraf und nach einigen Krankheitstagen (Diphtherie) mit der deutschen Regierung zusammentraf, riet man ihm aber ausdrücklich zu Gesprächen mit der Entente. Reichskanzler Max von Baden legte Dorošenko nahe, der Entente klarzumachen, daß die Deutschen in der Ukraine verbleiben sollten, um mit vereinten Kräften gegen die Bol'ševiki vorzugehen. Von der grundlegenden Ablehnung der Bol'ševiki durch die Entente überzeugt, hofften die Deutschen, so ihre Position retten zu können. Als Antibolschewisten sollten Deutsche und ukrainische Monarchisten allen beteiligten Parteien willkommen sein. Als »Nebeneffekt« mochte daraus ein Verbleib der Deutschen in der Ukraine resultieren (der die Alliierten entlasten würde), was wiederum die ökonomischen Optionen der Reichsleitung offenhielt. Dorošenko schilderte diese Taktik als seine Forderung an Solf, aber tatsächlich dürften die Deutschen diesen Vorschlag gemacht haben. Daß Solf Dorošenko freistellte, nach Paris zu reisen und der Entente gegenüber alle Verbindungen zu Deutschland in Abrede zu stellen, war ebenso naiv wie es in das Bild paßte.<sup>483</sup>

Solf telegraphierte am 10. Oktober 1918 an Thiel nach Kiew, eine Friedensregelung werde die unabhängige Ukraine mitsamt der deutschen Vorzugsstellung darin einschließen. Aber das war nur ein Phantom der unrealistischen deutschen politischen Träume in der Zeit des Kriegsendes.<sup>484</sup> Die parlamentarische Regierung Max von Baden dachte noch utopischer und »imperialistischer« als die rücksichtsloseren Kabinette zuvor. Sie billigte am 5. November 1918 Rudolf Nadolnys »Ostprogramm«, wonach gemäß den Wilsonschen Prinzipien das Russische Reich aufgeteilt und deutsches Verbleiben in den Randstaaten zu einem Ziel erklärt wurden, das auch die Sozialdemokraten mittrugen.<sup>485</sup> Der Abbruch der Beziehungen mit der RSFSR am selben Tag entsprach diesen politischen Plänen.

Auch daß am 26. Oktober 1918 Groener, der eigentliche »Herr« der Ukraine, Chef der OHL wurde, weist auf den Stellenwert hin, den die Ukraine nun in den deutschen Plänen erhielt. Während man im Westen eindeutig verloren hatte und sich im Baltikum bestenfalls eine Übergangslösung abzeichnete, weil nur die litauischen Nationalisten deutschfreundlich waren, weckte die Ukraine noch Hoffnungen. Groener erinnerte sich der Planung des Kriegsministeriums vom Juli. Damals wollte dessen Vertreter in der Ukraine eine Auflösung »des von unseren Bajonetten geschaffenen Landes« nicht zulassen: Man schüfe sich in den Ukrainern dadurch Feinde, und der Osten, »dieses unermessliche Absatzgebiet«, sei »für uns verloren«. Aus wirtschaftlichen Gründen müsse sich Deutschland »für die Zukunft den Osten sichern«. Hatte der Osten auch als Rohstoffquelle versagt, dann sollte er wenigstens als Absatzgebiet koloniale Funktionen erfüllen. Und noch ein Gedanke kam auf: Die deutschen Kolonisten, die die Alldeutschen 1917 noch rückführen wollten, sollten nun »auf keinen Fall bedingungslos den Ukrainern aus[ge]liefer[t]« werden. Den »Pionieren des Deutschtums« sollten

<sup>482</sup> Man könnte sich fragen, ob dies den Tatsachen entsprach, oder den österreichischen Geschäftsträger nur »beruhigen« sollte (Fürstenberg an Burián, 25.10.1918, Hornykiewicz III, Dok. 954, S. 619).

<sup>483</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 89-92.

<sup>484</sup> vgl. Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 90.

<sup>485</sup> vgl. ebd., S. 91.

die Deutschen »lokale Selbständigkeit oder verfassungsmäßig garantierte nationale Freiheiten oder eine Art förderativen[!] Anschluß verschaffen und unbedingt sicherstellen.«<sup>486</sup>

Hierzu paßte eine weitere Denkschrift Dr. Jennys, die dem Auswärtigen Amt Ende Oktober 1918 zuzuging. Jenny hatte sich zu Beginn des Krieges gegen eine Überschätzung der Nationalukrainer ausgesprochen (s. S. 116) und 1918 vor allzu großen wirtschaftlichen Hoffnungen gewarnt. Nun kommentierte er die weitere Entwicklung. Als »Werkzeug«, also als Kriegsmittel, sei der »Gedanke einer selbständigen Ukraine« ja gut gewesen: »Nicht aber lohnte er [...], als naiver Selbstzweck verfolgt zu werden«. Seit Brest seien die deutschen Politiker von den »ukrainisch-sozialistischen Parteien befangen« gewesen und hätten gemeint, hinter jenen »ständen irgendwelche nennenswerte nationalbewusste Volkskräfte«. Jenny hielt den Versuch, »die unteren Klassen gewinnen zu können« für »ein hoffnungsloses Unterfangen«. Der deutschen Politik riet er, sich auf Gesamtrußland einzustellen, um »sowohl mit der Ukraine als auch mit den übrigen russischen Teilstücken in beste[s] Einvernehmen und regste[n] Güteraus-tausch zu kommen«. Mit der Ukraine als Kern einer russischen Ordnung, eventuell auf Föderationsbasis, könnte Deutschland als »Palladin der öffentlichen Ordnung« auftreten und weiter zentrifugale Tendenzen unterstützen.<sup>487</sup> Jenny war als Ratgeber im AA akzeptiert und man »watete« auch 1918 – im Unterschied zu 1914/15 – nicht mehr in Denkschriften. Also nahm man den Schriftsatz zur Kenntnis.

Erwartungsgemäß ordnete Groener den Verbleib der Deutschen in der Ukraine am 31. Oktober 1918 an. Am 5. November 1918 erließ die OHL eine Richtlinie, wonach die deutsche »Hilfe« gewährleisten sollte, daß »das befreundete Land« nicht der »Anarchie« preisgegeben werde. Da inzwischen russische Konservative ihre Deutschland-Sympathien wiederentdeckt hatten, schien eine große Koalition gegen die Bol'sheviki zusammenzukommen. Die Quadratur des Kreises, ein föderales Gesamtrußland unter Fortbestehen der Ukraine und des Het'manats war also keine Augenblicksphantasie Skoropad'skyjs, sondern der letzte Versuch, ein deutsches Ukraine-konzept in die Praxis umzusetzen. Da die Entente im Het'man »eine deutsche Kreatur erblicken dürfte«, waren nun auch die Deutschen im Interesse seiner Sicherung (»Unser stärkster Faktor in der ganzen Ukrainepolitik ist unzweifelhaft die Person des Hetmans«) dafür, daß er wieder »die Sympathien der in der Ukraine befindlichen, nicht bolschewistischen, großrussischen Kreise rückhaltlos erwirbt«.<sup>488</sup>

Die verzweifelten Versuche Anfang November, den Het'man als Sprecher der anti-bolschewistischen Nachfolgestaaten Rußlands auf eine Friedenskonferenz zu entsenden (Krasnov), der Entente die Ukraine als »neutrales Land« zu präsentieren

<sup>486</sup> Major Müldner von Mülheim, Bevollmächtigter des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums in der Ukraine an Kgl. Preussisches Kriegsministerium, Abt. A 1, 30.7.1918, PAAA, Ukraine 1 Allgemeines, Bd. 20.

<sup>487</sup> E. Jenny, »Gedanken zur deutschen Politik in der Ukraine«, 25. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 28.

<sup>488</sup> Berchem an AA, 31. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 280. – In diesen Zusammenhang gehört auch Skoropad'skyjs Rede mit »ausgesprochen grossrussischer Tendenz« bei seinem Zusammentreffen mit Krasnov, die dementsprechend »in ukrainischen Kreisen« einen »peinlichen Eindruck« hervorrief (Berchem an AA, 5. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 27).

(Korostoveč, Lyzohub)<sup>489</sup>, oder deren Zustimmung zur weiteren Stationierung der Deutschen zu erwirken (Korostoveč, Oleksander Šul'hyn), folgten diesem Konzept.<sup>490</sup> Es war in einer »Instruktion« festgelegt, die Thiel mit der folgenden Bemerkung nach Deutschland übermittelte: »Die darin gegebenen Richtlinien sind mit mir besprochen worden und schienen mir zu erheblichen Einwendungen vom Standpunkt unserer Interessen aus keinen Anlass zu bieten«. Die Instruktion enthielt die Sprachregelung, der Het'man habe nur »vorübergehend, d. h. bis zur Einberufung einer Volksvertretung, die volle Staatsgewalt übernommen«. Das Het'manat halte als Staatsform »zwischen Republik und konstitutioneller Monarchie die Mitte«. Die Hilfe der Mittelmächte sei durch die neutrale Ukraine angesichts der bolschewistischen Gefahr nur angerufen worden, weil die Entente nicht zur Verfügung gestanden habe. Die Ukraine sei auch nicht okkupiert – einen »unmittelbaren erheblichen Einfluß auf unsere innere und äußere Politik« seitens der Mittelmächte gebe es nicht; letzteres war eine krasse Falschmeldung. Die Beziehungen zu Deutschland seien wie diejenigen zur Entente »lediglich freundschaftliche«, Großrußland – nicht aber den Bol'sheviki – stehe die Ukraine »auf den Grundsätzen der nationalen und staatlichen Selbständigkeit« in »freundschaftliche[m] und brüderliche[m] Einvernehmen[.]« gegenüber.<sup>491</sup>

Arnol'd Margolin (1877-1956), der in der UNR stellvertretender Außenminister werden sollte, schlug Thiel am 6. November vor, eine republikanische Regierung einzusetzen, die sowohl der Entente als auch den Deutschen genehm sein werde. Auf die Entente müsse man Rücksichten nehmen, da sie postrussische Teilstaaten »made in Germany« nicht akzeptiere. Oleksander Šul'hyn sollte quasi den Joker spielen, der für alle annehmbar sein würde. Selbst auf eine Anerkennung des Het'mans durch die Entente wollte sich der UNR-Politiker nun einlassen.<sup>492</sup> Es half nichts. Als Ivan Korostoveč (1862-1932) im Auftrag Skoropadskyjs Anfang November 1918 nach Iași fuhr, um dort mit Ententevertretern einen Modus vivendi zu vereinbaren, erfuhr er von dem ehemaligen französischen Konsul in Kiew Émile Henno die »Ukraine oder besser Südrußland [habe] nie eine eigene Geschichte und weder nationale noch ethnographische Eigenart besessen. Sie [sei] durch die Deutschen geschaffen worden: durch Forgáč und den Grafen Šeptyčyj, um Rußland zu zerschlagen. Die ukrainische Sprache [sei] von Galiziern mit politischen Zielen geschaffen worden. Die Regierung des Het'mans als germanophile Regierung [werde] kassiert und durch eine vereinigte russische Regierung ersetzt [werden]«. <sup>493</sup> Das war ein böses Erwachen, und

<sup>489</sup> So hieß es etwa in der Korostoveč mitgegebenen Verbalnote: »Die Ukraine hat vom ersten Tage ihres Bestehens bis auf heute strenge Neutralität gewahrt. Anwesenheit der deutsch-österreichischen Truppen in der Ukraine geht darauf zurück, daß frühere Regierung die bewaffnete Unterstützung der Zentralmächte zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung anrief, sonst wäre das Land dem Ruin preisgegeben gewesen« (Berchem an AA, 2. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 26). – Berchem an Reichskanzler über Gespräch mit Lyzohub, 31. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 27.

<sup>490</sup> Korostoveč war früherer russischer Gesandter in Peking gewesen, vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 282.

<sup>491</sup> »Auszug aus der Instruktion für die ins neutrale Ausland und zu den Ententemächten zu entsendenden diplomatischen Agenten der Ukraine«, 2. 11. 1918; Thiel an Reichskanzler, 4. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 27.

<sup>492</sup> Vermerk Thiel, 6. 11. 1918, nach Gor'kij, Krach, Dok. Nr. 99, S. 185-186.

<sup>493</sup> Zitiert nach Dorošenko, Istorija Ukraïny, Bd. II, 2002, S. 282-283.

es erfolgte, obwohl alle Beteiligten versuchten, den Kurs in letzter Minute zu korrigieren.

Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie Ende Oktober 1918 versuchte auch Deutschland, die Ukraine als separaten Staat den Alliierten anzudienen. Dorošenko, der der letzte ausländische Minister gewesen sein dürfte, den Wilhelm II. auf Schloß Bellevue empfing, schrieb in seinen Memoiren, Solf habe mit ihm vereinbart, nach dem Abzug der Österreicher aus dem Süden des Chelmer Gebiets ein bis zwei deutsche Divisionen dorthin zu verlegen, um den Anschluß dieses Territoriums an Polen zu verhindern und in ihrem Schutz mit dem Aufbau einer ukrainischen Verwaltung zu beginnen.<sup>494</sup> Deutsche Unterlagen hierzu sind nicht aufgetaucht; aber wenn dieses »Abkommen« keine Ausgeburt von Dorošenkos Phantasie war, dann war es ein Hinweis darauf, daß Berlin im Unterschied zu seinen Kiewer Repräsentanten mit einer Fortdauer der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit rechnete. Solf sollte noch eine Zeitlang dabei bleiben.

Die Pläne kamen jedoch nicht zum Tragen, weil die Entente nicht auf sie einging. Das Ende dieser Phase markierte der Waffenstillstand vom 11. November 1918: Mit ihrer Unterschrift annullierten die Deutschen die Friedensverträge von Brest-Litovsk und damit die Grundlage ihrer Präsenz in der Ukraine. Die Entente ließ sich auf keine Kompromisse, die über eine Übergangslösung hinausgingen, ein.

Die Lage war recht chaotisch: Während die Entente den Het'man wissen ließ, sie werde nur mit einer ukrainischen Regierung verhandeln, die auf ihrer Seite stände, und die Nationalisten sich irgendwie Legitimität verschaffen wollten, entließ Skoropadskyj am 15. November gegen den Rat Berchems seine nationalukrainischen Minister und bildete wieder eine großrussisch ausgerichtete Regierung.<sup>495</sup> Der Het'man erklärte, die Ukraine müsse ein »wichtiger Bestandteil des wieder föderierten Rußlands« werden und er wolle »als erster an das Werk der allrussischen Föderation herangehen, als deren Endziel die Wiederherstellung Großrußlands bezeichnet wird«.<sup>496</sup> Die am selben Tag in Bila Cerkva vom UNS gebildete Gegenregierung, das Direktorium der UNR, propagierte eine »sozialistische unabhängige Ukraine«. Skoropadskyj versicherte nun Deutschland seiner Treue, wandte sich an die Entente um Hilfe gegen die Bol'seviki und geriet in einen Zweifrontenkrieg, weil der UNS gegen ihn mit den neu aufgestellten Verbänden der Sičovi Stril'ci vorrückte.

Aber auch das war nur ein Teil der Wahrheit: Der Het'man versuchte auch, die Neuaufstellung der Sičovi Stril'ci für sich zu nutzen. Konovaléc hat 1928 geschrieben, daß der »Schützenrat« sich Anfang November 1918 entschlossen habe, lieber den Het'man gegen die Bol'seviki zu unterstützen, als auf Anforderung von Abgesandten Lembergs der Westukrainischen Volksrepublik (Zachidno-Ukraïnska Naridnja Respublika – ZUNR) zur Hilfe zu eilen. Osyp Nazaruk wurde nach Kiew geschickt, um vom Het'man den Okremyj Zahon Sičovych Stril'civ zu übernehmen. Zusammen mit Konovaléc besuchte Nazaruk Skoropadskyj, der ihm angeblich mit Rücksicht auf Polen die Hilfe verweigerte. Folglich habe auch Vynnyčenko für den UNS dem Het'man militärische Hilfe gegen die Bol'seviki verweigert. Aber wer hatte nun die

<sup>494</sup> Vgl. Dorošenko, *Moi spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 96.

<sup>495</sup> Vgl. von Dirksen, »Aufzeichnung über den Sturz der Hetman-Regierung«, Januar 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>496</sup> Berchem an AA, 15. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 27.

Verfügungsgewalt über die Sitsch-Schützen? Möglicherweise ist diese Frage angesichts der chaotischen Verhältnisse in der Ukraine akademisch. Jedenfalls war man in Kiew der Meinung, die Verteidigung Kiews gegen die Bol'seviki sei wichtiger als diejenige Lembergs gegen die Polen. Nach Konovaléc soll erst die Proklamation des Het'mans über die Föderation mit Rußland die SS an die Seite des UNS gedrückt haben.<sup>497</sup> Und noch am 15. November 1918 habe Konovaléc versucht, auf eigene Faust den Het'man umzustimmen, und versprochen, eine Versöhnung zwischen dem UNS und dem Het'man zu vermitteln.<sup>498</sup>

Vorsicht ist am Platze: Konovaléc verteidigte sich, als er dies schrieb, gegen Vorwürfe, seine Schützen hätten beliebig die Fronten gewechselt, Galizien verraten, sich am »Ruin« der Ukraine im Bürgerkrieg beteiligt. Geschickt verstand es der Jurist, sein jeweiliges Verhalten zu rechtfertigen. Daß es aber diese Auseinandersetzungen geben konnte, belegte allein schon, daß die Lage in der Ukraine so diffus war, daß stets mehr als eine Interpretation möglich war. Und die Pläne der Deutschen waren dabei ebenso unorthodox wie die sich den Nationalukrainern eröffnenden Alternativen. Kennzeichnend ist, daß Skoropadskyj nun seine Kinder mit dem Kinderfräulein nach Deutschland schickte (seine Frau blieb bei ihm). Kiew schien mehr als gefährlich, und selbst das im Umbruch zur Republik befindliche Deutschland erschien dem Het'man da sicherer.<sup>499</sup>

Daß der französische Konsul Henno von Odessa den deutsch dominierten status quo gegen Aufständische (den UNS), Bol'seviki und alle Unordnung schaffenden Elemente schützen lassen wollte, zeigte, daß die Entente an den ukrainischen Independentisten kein Interesse hatte.<sup>500</sup> Der Het'man war für die Entente nur als deutscher Statthalter temporär akzeptabel. Die Deutschen in der Ukraine reagierten nun insofern logisch, als sie einsahen, daß vom 15. November an die bisherigen Optionen allesamt unrealistisch geworden waren. Am 16. November 1918 begann – wegen der schlechten Transportwege allerdings nur langsam – die deutsche Räumung.<sup>501</sup> Auch hier fehlte aber die Eindeutigkeit. Obgleich sich der Soldatenrat in Kiew am 17. und Berchem am 18. November in der innerukrainischen Auseinandersetzung für neutral erklärt hatten,<sup>502</sup> wollte Berchem noch am 23. November gegen »die Kiew bedrängenden Banden« mit deutschen Soldaten vorgehen.<sup>503</sup> Dem Het'man wurde das Zugeständnis entlockt, die »großrussische Parole« widerspreche nicht der bisherigen Politik und daß

<sup>497</sup> Jevhen Konovaléc, *Pryčynky do istorii ukraïnskoï revoljucii*. Praha 1928, S. 11-14.

<sup>498</sup> Ebd., S. 14-15.

<sup>499</sup> Ott-Skoropadska, *Ostannja z rodu*, S. 20.

<sup>500</sup> Berchem an AA, 30. 11. 1918, nach Gor'kij, *Krach*, Dok. Nr. 103, S. 191-192.

<sup>501</sup> Vgl. Bericht Fürstenberg an Flotow, 1.12.1918, *Hornykiewicz IV*, Dok. 997, S. 36-37.

<sup>502</sup> Berchem an AA, 17. 11. 1918, 18. 11. 1918; PAAA, *Ukraine Nr.1 Allgemeines*, Bd. 28.

<sup>503</sup> Berchem an AA, 23. 11. 1918, PAAA, *Ukraine Nr. 1 Allgemeines*, Bd. 28. – Wer waren die »Banden«? Die Frage ist schwer zu beantworten, weil die Deutschen gemeinsam mit Konovaléc nach dessen Ankunft in Kiew gegen »Banden« vorgingen, die als »bedenklich werdende Ansammlung bewaffneter Bauern« beschrieben wurden. Andererseits nannte Berchem auch Teile der Konovaléc-Truppe »bewaffnetes Gesindel« (Berchem an AA, 17. 12. 1918, PAAA, *Ukraine Nr. 1 Allgemeines*, Bd. 30). Vermutlich handelte es sich vor allem um probolschewistische Verbände. Daher ist Axel Schmidts spätere Interpretation mehr als fragwürdig. Dieser schrieb 1939: »Den ersten Vorstoß Petljuras haben noch deutsche Truppen [...] abwehren müssen. Diese Episode zeigt, wie schlecht Deutschland politisch orientiert war. Die deutschen Truppen waren doch als Freunde der Ukraine nach Kijew eingerückt, um ihr gegen Moskau Hilfe zu leisten, und schließlich kämpften sie mit dem



er »stets ein treuer Freund Deutschlands bleiben werde«. <sup>504</sup> Obwohl sich Frankreich am 22. November eindeutig über Henno gegen das Direktorium ausgesprochen hatte, den Het'man aber vorübergehend als Ordnungsmacht zu tolerieren bereit war, waren die Deutschen ggf. auch zu einer Anerkennung der ukrainischen Nationalisten bereit. <sup>505</sup> Alles war eine Machtfrage: Als sich am 24. November die Stellung Skoropadśkyjs vorübergehend festigte, halfen ihm deutsche Truppen gegen die Aufständischen. Thiel erhielt aus Berlin den Rat, »soweit möglich keinen allzu prinzipiellen Standpunkt einzunehmen, bis die Lage sich weiter geklärt hat.« <sup>506</sup> Deutsche und Petljura-Truppen schlossen am 28. November einen Waffenstillstand und schützten so Skoropadśkyj vor der Niederlage. <sup>507</sup> Von Stein befürchtete zu Recht, dies sei ein Versuch, »uns wider unsere Absicht in eine Hetmann-freundliche Politik hinein[zu]drängen«, es sähe außerdem so aus, »als trieben wir doppelte Politik.« <sup>508</sup> Genau das war auch der Fall. Borowsky sah darin eine »paradoxe Situation«, aber das war sie nur auf den ersten Blick – die Deutschen wollten immer noch die Vereinigung aller Kräfte gegen die Bol'seviki und warteten vergeblich auf ein entsprechendes Einlenken der Entente. <sup>509</sup>

Berchem forderte am 27. November den Het'man dringend auf, sich mit den Nationalukrainern zu versöhnen. Borowsky sah darin einen »taktischen Zug« für den Fall, daß die Nationalukrainer Skoropadśkyj stürzen sollten. Aber das Ziel war vor allem, doch noch zu einer gemeinsamen Front gegen die Bol'seviki zu kommen. Da die Deutschen von der Entente als »Ordnungsmacht« begrenzt toleriert wurden, konnte man so daran denken, alle »Parteien« in einen Bund mit der Entente zu bringen. <sup>510</sup>

Man kann diese Einstellung mit der Neugründung einer sowjetukrainischen Regierung (Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine) am 20. November 1918 in Kursk unter Jurij Pjatakov (1890-1937) und Christian Rakovski in Verbindung bringen. Wie 1917 wollten die Bol'seviki die Ukraine in ihre Gewalt bringen. Da sie sowohl gegen den Het'man als auch gegen das Direktorium waren, hätte eine taktische Verbindung naheliegen können; sie widersprach jedoch den politischen Ambitionen beider Seiten.

Im sechs Tage lang wirksamen Waffenstillstand von Fastiv erreichten die Deutschen am 2. Dezember 1918 immerhin den vorläufigen Verzicht des Direktoriums auf einen Vormarsch gegen Kiew und erhielten die Genehmigung zur weiteren Nutzung des Eisenbahnnetzes, um ihre Truppen zurückzuführen. <sup>511</sup> Die großrussisch dominierte Regierung des Het'mans protestierte, daß die Deutschen dafür mit einer »neutralité

---

zu Moskau übergegangenen Hetman [...] gegen die nationalukrainische Bewegung« (Axel Schmidt, *Ukraine – Land der Zukunft*. Berlin 1939, S. 99).

<sup>504</sup> Berchem an AA, 17. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 28.

<sup>505</sup> Telegraphisches Gespräch Berchem/Zitelmann, 19.11.1918, ebd.: »Sollte Winnitschenkos Anhang Überhand gewinnen so werde ich mit ihm Beziehungen aufnehmen«.

<sup>506</sup> Telegraphisches Gespräch Thiel/Zitelmann, 24.11.1918, ebd.

<sup>507</sup> Berchem an AA, 29. 11. 1918, ebd.

<sup>508</sup> Von Stein, Vermerk, 30. 11. 1918, ebd.

<sup>509</sup> Vgl. von Dirksen, »Aufzeichnung über den Sturz der Hetman-Regierung«, Januar 1919, ebd., Bd. 31.

<sup>510</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 284-285. Im Kontrast hierzu berichteten der österreichische Vertreter, die deutschen wollten nun die Aufständischen »scharf anfassen« (Fürstenberg an Flotow, 1. 12. 1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1925, S. 117-129, hier S. 119).

<sup>511</sup> Berchem an AA, 2. 12. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 28.

[...] presque toujours favorable aux insurgés« für das Direktorium Partei ergriffen hätten.<sup>512</sup> Die Het'man-Regierung versuchte also mit ententefreundlichen Stellungnahmen gegen die Deutschen zu agitieren. Skoropadskyj befand sich in einer Zwickmühle. Berchem berichtete, daß der Het'man das deutsche Vorgehen zwar verstehe, seine Regierung »in Erwartung des Eintreffens der Entente« seinen Einflüssen jedoch »wenig zugänglich« sei.<sup>513</sup> Am 8./9. Dezember brachen wieder Kämpfe zwischen Direktorium- und Het'man-Truppen aus. Der deutsche Soldatenrat erkannte, daß die Het'man-Regierung völlig machtlos sei und bat die deutsche Regierung, »am besten sofort einen Regierungsvertreter zu Winitschenko nach Biala Zerkow« zu entsenden.<sup>514</sup> Im Neutralitätsabkommen von Kazatyn am 11. Dezember 1918 waren die Deutschen bereit, Kiew an die Direktoriumstruppen zu übergeben, wenn das Direktorium versprechen würde, keine Übergriffe gegen die Deutschen zuzulassen und »mit den deutschen wirtschaftlichen Organisationen wegen Fortsetzung der wirtschaftlichen Beziehungen in freundschaftlichem Sinne [zu] verhandeln«.<sup>515</sup> Daraufhin liefen auch noch die wenigen verbliebenen, wenig vorteilhaft beschriebenen<sup>516</sup> Het'man-Soldaten auseinander, und mit der Demission des Het'mans am Vormittag des 14. Dezember ging eine der deutschen Optionen unter.

Am Nachmittag marschierten die ersten Petljura-Truppen, der verstärkte SS-Verband unter Konovaléc, nunmehr als **Osadnyj Korpus Sičovych Stril'civ**, über die Prachtstraße Kiews, den Chreščatyk, in »musterhafter Ordnung, ohne irgendwelche Ausschreitungen«. Die Truppen, »bei denen man noch Offiziere in österreichischer Uniform erblicken kann, zeigten tadellose Disziplin«.<sup>517</sup> Am 19. Dezember kam das Direktorium selber nach Kiew und beging den Tag mit einem Gottesdienst und einer Parade. Konovaléc brachte Kiew im Dezember 1918 in österreichischer Uniform den Nationalismus, und wurde Befehlshaber des Kiewer Belagerungskorps, »eine Art Militärgouverneur«.<sup>518</sup>

Die deutsche Wirtschaftsstelle arbeitete unter ihrem neuen Leiter Ernst Freiherr von Tschammer weiter an der »privatwirtschaftlichen Erschließung des Ostens« und hoffte noch Mitte Dezember, in dem russischen Gesundungsprozeß die Hand im Spiel zu behalten. Der Geschäftsträger Graf Berchem versuchte am 14. Dezember, die Nationalukrainer zur Anerkennung der Brester Vereinbarungen und der Abmachungen, die

<sup>512</sup> Afanas'ev an Steinheil, 2. 12. 1918, ebd. – Dirksen berichtete hingegen, daß der Waffenstillstandsvertrag nicht überall eingehalten wurde und sich deutsche Truppen im Kampf mit Petljura-Anhängern befunden hätten. Vgl. von Dirksen, »Aufzeichnung über den Sturz der Hetman-Regierung«, Januar 1919, ebd., Bd. 31.

<sup>513</sup> Berchem an AA, 4. 12. 1918, ebd., Bd. 28. – Vgl. auch Brief Berchem an Nadolny, 5. 12. 1918, ebd., Bd. 29; im selben Sinne die österreichischen Berichte wie Fürstenberg an Flotow, 1.12.1918, 8.12.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1025/1027.

<sup>514</sup> Soldatenrat der Heeresgruppe Kiew an Ebert, 9. 12. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 29.

<sup>515</sup> Berchem an AA, 12. 12. 1918, ebd.; vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 285.

<sup>516</sup> Vgl. die Berichte des österreichischen Handelsrats Dr. Franz Duré an das deutschösterreichische Staatsamt des Äußern, 15.12.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1030, S. 146-150.

<sup>517</sup> Ebd., hier S. 148-149.

<sup>518</sup> Fürstenberg an Flotow, 22.12.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1033, S. 168-175, hier S. 169. – Das Korps wurde bereits im Januar 1919 wieder auseinandergerissen. Suško zog mit einer Kampfgruppe über den Dnepr gegen die Bol'seviki, Hauptmann Osyp Dumin sollte Unruhen im Süden, Hauptmann Rogul'skyj im Norden unter Kontrolle bringen (Vgl. Z. Stefaniv/D.Šramčenko, »Doba Het'manščyny«, in: Istorija ukraïnskoho vijska, 1992, S. 421-461, hier S. 456-466.).

zwischenzeitlich mit den Vertretern des Het'mans getroffen worden waren, zu bringen. Nach dem Ausscheiden der österreichischen Rivalen aus dem Krieg erklärte er die Deutschen gar zu den Rechtsnachfolgern des österreichischen Anteils an den Brester Zusagen.<sup>519</sup> Berchem hielt dabei weitaus mehr vom Het'man, mit dem sich »enge freundschaftliche Beziehungen« entwickelt hatten, während er mit Vynnyčenko »korrekt«, aber »ohne jede Wärme« verkehrte.<sup>520</sup> Tatsächlich war auch das Direktorium an den Deutschen interessiert. Die Doppelrolle, die sie im November/Dezember gespielt hatten, von Stein hatte das ganz richtig erkannt, sollte sich nun auszahlen. Da die Entente dem Direktorium gegenüber negativ eingestellt war,<sup>521</sup> konnten ausgerechnet die Deutschen versuchen, als eine Art Vermittler zu dienen. Borowsky hielt dies für »geradezu grotesk«, aber die Entwicklung war nicht unlogisch.

## 15. UKRAINER ZWISCHEN DEN REGIERUNGEN

Wir schieben hier einen Exkurs über die Wandlungsfähigkeit von politischen Allianzen ein, die man auch als Opportunismus bezeichnen kann. Für die ukrainischen Politiker waren die einander kurzfristig ablösenden Regime und Optionen ziemlich unübersichtlich. Wer würde sich, wenn überhaupt, wohl durchsetzen und damit Möglichkeiten für die eigene Karriere eröffnen? Die Manöver der Exulanten zeigen, wozu die jeweiligen Personen bereit waren. Eigentlich zu ziemlich viel, jedenfalls versuchten sie, sich den Machthabern anzupassen.

Oleksander Sevrjuk, der Rada-Gesandte in Berlin, war nach dem Het'man-Putsch nach Lausanne gezogen und hielt von dort aus Kontakt zu General Max Hoffmann, in dem er »einen glühenden Verehrer« der ukrainischen Unabhängigkeit sehen wollte.<sup>522</sup> Er nahm auch die Verbindung zu dem deutschen Gesandten von Romberg und zu Stepankivskyj auf, als jener wieder in der Schweiz war. Als sich die Het'man-Herrschaft in der Ukraine zu konsolidieren schien, versuchte er sich auf die neue Lage einzustellen. Mit der »warmen« Empfehlung Stepankivskyjs und dessen Zusicherung, daß Sevrjuk »zur aufrichtigen Mitarbeit mit [dem] Het'man und [zur] Unterstützung deutscher Politik bereit« sei, hatte er bei von Romberg einen Stein im Brett. Von Romberg fand daher auch, daß Sevrjuk »einen sehr sympathischen Eindruck« mache und empfahl, ihm eine Reisegenehmigung in die Ukraine auszustellen, da er in der Ukraine »im Sinne einer Versöhnung mit dem Hetman« wirken wolle.<sup>523</sup> Das Unter-

<sup>519</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 286-288.

<sup>520</sup> Fürstenberg an Flotow, 13.1.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1043, S. 195-197.

<sup>521</sup> Dies bleibt auch für später festzustellen, obwohl sich sowjetische Historiker bemühten, das Polarisierungskonzept des Russischen Bürgerkriegs durchzuhalten, wonach die Entente mit allen Gegnern der Bol'seviki zusammenarbeitete. So behauptete etwa Zastavenko, die Regierungen Englands, Frankreichs und der USA hätten die Verbindung mit dem Direktorium aufgenommen und es gegen die Sowjetmacht unterstützt (Huryj F. Zastavenko, *Krach nimečkoj intervencii na Ukraïni v 1918 roci*. Kyïv 1959, S. 149).

<sup>522</sup> Sevrjuk an Hoffmann, 24.7.1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 20.

<sup>523</sup> Von Romberg an AA, 18. 9. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 23.

nehmen scheiterte daran, daß der Het'man Sevrjuk vorerst nicht nach Kiew lassen mochte.<sup>524</sup>

Diese kleine Episode belegt, daß Nationalukrainer – und Sevrjuk war immerhin der Leiter der Brester Delegation gewesen – sich sowohl mit den Deutschen als auch mit dem Het'man zu arrangieren wünschten. Vielleicht war Sevrjuk kein ganz typisches Beispiel, ihm wurde vorgeworfen, in seiner Zeit als Gesandter große Schulden gemacht zu haben und auch später war er in seinen Allianzen nicht besonders wählerisch.<sup>525</sup> Die deutsche Seite interpretierte aber Sevrjuks Bemühung als Zeichen der fortschreitenden Konsolidierung der ukrainischen Politik. Das war sie keineswegs: sie war der Versuch eines ehrgeizigen Politikers, an dem Spiel um Macht beteiligt zu bleiben.<sup>526</sup>

Eine weitere »Reorientierung« war in der Schweiz zu beobachten. Die bislang von den Deutschen ausgehaltene Gruppe um das »Ukrainische Büro« in Lausanne versuchte sich an die neuen Verhältnisse anzupassen. Graf Tyškevyč rief am 8. Oktober 1918 in Lausanne einen »Ukrainischen Nationalrat in der Schweiz« (Conseil National Ukrainien en Suisse) aus, der als erste »Amtshandlungen« Telegramme an Wilson und den UNS sandte, wobei er sich an die Seite des UNS stellte. Offenbar war Tyškevyč nun der Meinung, die Entente und der UNS hätten die größeren Chancen, als Gewinner aus dem Rennen um die Macht hervorzugehen. Sicherheitshalber erfolgte die Gründung »streng geheim«, aber eben doch nicht so geheim, daß nicht von Romberg eine Woche später durch Stepankivskyj über alles informiert worden wäre. Stepankivskyj selber war zur Mitwirkung aufgefordert worden, behauptete von Romberg gegenüber jedoch, diese abgelehnt zu haben. Warum stellte er dann aber dem neuen Rat seine *L'Ukraine* als »Organ für seine Veröffentlichungen zur Verfügung«. Wie üblich, sicherte er sich gegenüber beiden Seiten ab. Von Romberg berichtete treuherzig, daß nach seinem Informanten (Stepankivskyj) sonst die Gefahr bestünde, der Nationalrat könne sich an »ein unseren Interessen entgegenarbeitendes Büro wenden«. Erklärter Zweck des Tyškevyč-»Nationalrats« war die Sympathiepropaganda für den UNS. So finanzierte also das AA nun auch diesen neuen »Nationalrat« und inhaltlich dessen Anbiederung an die Entente.<sup>527</sup>

<sup>524</sup> Berchem an AA, 20. 9. 1918, ebd. – Daran änderte auch nichts, daß Sevrjuk seinen Wunsch wiederholte und Romberg erklärte, seine Unterstützung des Het'mans, »wozu er augenscheinlich aufrichtig bereit ist«, werde »wertvoll sein« (Romberg an AA, 19. 10. 1918, PAAA, ebd., Bd. 25).

<sup>525</sup> Thiel an AA über Gespräch mit Lyzohub, 11. 10. 1918, ebd.

<sup>526</sup> »Auch linksstehende Elemente des früheren Regimes (hiesiger früherer Gesandter Sevrjuk) beginnen sich mit Hetman-Regierung zu befreunden« ([Bericht über Rußland], 22.9.1918, ebd., Bd. 23. – Thiel erklärte trotz der Ablehnung Sevrjuks, den Het'man werde »die allgemeine Lage zwingen [...] sich sehr viel schärfer als bisher auf rein ukrainische Politiker zu stützen, um bei etwaiger Konferenz die Anerkennung der selbständigen Ukraine unter seiner Führung durchsetzen zu können« (Thiel an AA, 11.10.1918, ebd., Bd. 25). Sevrjuk schien den Deutschen dazu durchaus geeignet.

<sup>527</sup> »Il [ le CNS ] pense, que les Alliés qui luttent pour le triomphe du Droit et de la Justice apporteront la liberté au peuple ukrainien qui fait des efforts pour organiser sa vie nationale d'une manière tout-à-fait indépendante. [...] Le Conseil considère que la Galicie Orientale et la Bukovine opprimées par les Autrichiens doivent être réunies à la mère-patrie« (Pressemittteilung des Bureau Ukrainien en Suisse, 8. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25). »[N]ous ferons tous le efforts nécessaires pour que les forces armées des puissances de l'entente [...] viennent chez nous non comme des forces ennemies, mais bien comme des forces amies qui respecteront nos neutralités et l'indépendance de notre état« (Telegramm an Präsident Wilson, 10. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25).

Über die »Arbeitsweise« Stepankivskijs gab Dorošenko in seinen Memoiren einigen Aufschluß: Als der Außenminister Skoropadskyjs, in Westeuropa von Kiew abgeschnitten, sich über die Berichterstattung Stepankivskyjs wunderte, der scheinbar in dauerndem Kontakt zu Kiew stand und über eine Verhaftung des Het'mans berichtet hatte, klärte dieser ihn auf, er denke sich die Nachrichten selber aus, um »Sensationen« zu schaffen und so auf die Ukraine aufmerksam zu machen.<sup>528</sup> Auch Sevrjuk war im Herbst 1918 unschlüssig, ob er noch dem Het'man nachlaufen sollte: Nach Stepankivskyj nahm der Kurzzeitdiplomate auf sein »dringendes Zureden an den Verhandlungen teil, ohne jedoch dem Nationalrat beizutreten«. Da Stepankivskyj hoffte, »durch Sevrjuk, der bei den Ukrainern großes Ansehen genießt und ständig um Rat gefragt wird, Einwirkung auf den Nationalrat zu bekommen«, läßt sich ohne weiteres konstatieren, daß die Schweizer Emigranten nun versuchten, sich für den Fall des Sieges der Nationalukrainer abzusichern, aber eben auch für andere Entwicklungen gewappnet zu sein.<sup>529</sup>

Sevrjuk wiederholte während der kurzen Ukrainisierungsphase der Het'man-Regierung am 19. Oktober seinen Wunsch, in Kiew tätig zu werden, und von Romberg erklärte, seine Unterstützung des Het'mans, »wozu er augenscheinlich aufrichtig bereit ist«, werde »wertvoll sein«.<sup>530</sup> Skoropadskyj hatte unter den neuen Umständen nun auch nichts mehr gegen Sevrjuks Rückkehr einzuwenden.<sup>531</sup> Die Ukrainisierungsphase war aber, wie erwähnt, bald wieder passé. Sevrjuk fuhr schließlich erst am 16. Januar 1919 nach Kiew, nun aber, um »von Ukrainischer Regierung offizielle Mission zur Vertretung ukrainischer Interessen der Entente gegenüber zu erhalten«.<sup>532</sup> Nach seiner Rückkehr in die Schweiz, »angeblich als Privatmann«, erzählte er dem neuen deutschen Gesandten Adolf Müller »aus eigenem Antrieb«, die UNR habe ihre gesamten Finanzen und Eisenbahnen unter französische Kontrolle gestellt und die Franzosen betrachteten die Ukraine als ihre ausschließliche Interessensphäre.<sup>533</sup> Dies war zwar unrichtig, wies aber auf ein Zerwürfnis hin: Sevrjuk war offenbar von der UNR-Regierung im Unterschied zu anderen Ukrainern nicht mit einer offiziellen Aufgabe betraut worden und setzte nun alles daran, das Direktorium zu desavouieren, um Anschluß an die Deutschen zu bekommen und so wieder eine politische Rolle spielen zu können.

Offizieller Repräsentant des Het'mans in der Schweiz war Lukasevyč, der Ende Oktober 1918 Kontakte mit Entente-Vertretern anbahnte. Er telegraphierte Dorošenko nach Berlin, der Außenminister möge rasch in die Schweiz kommen, da seine Gesprächspartner an Kontakten mit dem Het'man interessiert seien. Als Dorošenko eintraf, hatte er den gegenteiligen Eindruck. Dies mag daran gelegen haben, daß der diplomatisch unerfahrene Lukasevyč Höflichkeitsfloskeln seiner Gesprächspartner zu

<sup>528</sup> Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 105: »...my nyčoho tut ne znajemo, vistok nema, tak ot i vyhadujemo sensacii, a potim, koly vyjavyt'sja, ščo vono ne tak, – sprostudjemo« (»... wir wissen hier nichts, Nachrichten gibt es keine, also erfinden wir Sensationen und später, wenn klar wird, daß es nicht so war, – bringen wir eine Berichtigung«).

<sup>529</sup> Romberg an AA, 17. 10. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 25.

<sup>530</sup> Romberg an AA, 19. 10. 1918, ebd.

<sup>531</sup> Berchem an AA, 22. 10. 1918, ebd.

<sup>532</sup> Montgelas, Geschäftsträger Bern, an AA, 16. 1. 1919, ebd., Bd. 30.

<sup>533</sup> Gesandter Bern, Müller, an AA, 14. 3. 1919, ebd., Bd. 32.

ernst genommen hatte (so vermutete Dorošenko), vielleicht hatte sich aber bis zum November das Interesse an der deutschen Marionette auch verflüchtigt.<sup>534</sup>

Nachdem der Ukrainische Nationalrat in Ostgalizien begonnen hatte, Vorbereitungen für einen westukrainischen Staat zu treffen, versuchte Wilhelm von Habsburg von Czernowitz aus über Vasyl'ko und Kost' Levyčkyj seine Kandidatur als Staatsoberhaupt anzumelden. Seine »innige Bitte«, doch ein Königreich auszurufen, das Versprechen, »Treue bl[iebe] nicht unbelohnt« und sein verbaler Hochruf auf ein »Großfürstentum Halicz« blieben jedoch erfolglos.<sup>535</sup>

Während in Deutschland der ukrainische Vertreter wechselte, blieb in Österreich der Inhaber im Amt. Der »Bevollmächtigte Minister des Ukrainischen Staates« in Wien Vjačeslav Lypynskyj teilte dem deutschen Botschafter von Wedel am 14. Januar 1919 mit, er sei von der UNR – die jetzt als »République Démocratique d'Ukraine« firmierte – zur interimistischen Weiterführung seines Amtes aufgefordert worden. Skoropadskyj – dem er sich bald wieder anschließen sollte – beschuldigte er wegen seines Föderationsplans des »attentat à l'indépendance et à la souveraineté de l'Ukraine«, daher unterstützte er nun die UNR.<sup>536</sup>

## 16. DIE DEUTSCHE REPUBLIK UND DIE UKRAINE

Einen Regimewechsel hatte es auch in Deutschland gegeben. Und ähnlich wie bei den Ukrainern gab es auch hier mehr Kontinuität als Brüche. Paul Rohrbach, der aus seiner Gegnerschaft gegen Skoropadskyj keinen Hehl gemacht hatte, schrieb im Namen der Mitte 1918 gegründeten Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft einen Brief an Friedrich Ebert, in dem er sich rasch auf die seit dem 9. November aktuelle Terminologie und Diktion eingestellt hatte:

»Es kann nicht die Aufgabe der deutschen Volksrepublik sein, den für die Zukunft des Volkes und für seine Freiheit von wirtschaftlicher Ausbeutung kämpfenden ukrainischen Demokraten und Sozialisten dadurch in den Rücken zu fallen, dass die deutsche Militärmacht tatsächlich die Hetmangewalt unterstützt.«<sup>537</sup>

Für ihn und Axel Schmidt waren, wie in der ersten Ausgabe der Zeitschrift »Die Ukraine« vermerkt wurde, der Sturz des Het'mans und das Ende der Kriegshandlungen geradezu optimal:

<sup>534</sup> Vgl. Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, S. 104. Dorošenko schrieb 1930 im Gegensatz zu seinen Memoiren, Lukasevyč habe über die diplomatischen Vertreter Spaniens und der Niederlande Kontakt mit der Entente aufgenommen, die »unmittelbare Gespräche mit der ukrainischen Regierung führen« gewollt habe (Dorošenko, *Istoriija Ukraïny*, Bd. II, 2002, S. 271).

<sup>535</sup> K.u.k. Generalkommando an AOK, 22.10.1918, mit Zitat der Depesche Wilhelms vom 18.10.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1003, S. 42-44.

<sup>536</sup> Lypynskyj an Wedel, 14. 1. 1919, weitergereicht nach Berlin, 16.1.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30.

<sup>537</sup> Rohrbach an Ebert, 28. 11. 1918; Kopie an AA, 30. 11. 1918; PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 29.

»Im Augenblick nämlich, da unser militärisches System versagt hat, muß unsere politische, wirtschaftliche und kulturelle Arbeit in der Ukraine einsetzen, um den verlorenen Boden wieder zu gewinnen.«<sup>538</sup>

Die Abdankung des Het'mans im Dezember wurde also nicht als Ende der deutschen Aktivitäten empfunden: Die »Ukrainekenner« Rohrbach und Schmidt werteten sie als Neubeginn. Dabei gingen sie in der deutschen Ferne mit ihren großspurigen Behauptungen, daß »jetzt [...] die 30 Millionen Ukrainer ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen« hätten,<sup>539</sup> von falschen Voraussetzungen aus: In der Ukraine selber sah man, daß Teile der Intelligenz kommunistenfreundlich waren, viele Arbeiter von den Bol'seviki eine soziale Verbesserung erwarteten und die UNR-Armee, die nicht gegen die Bol'seviki kämpfen wollte, noch schneller auseinanderlief als sie aufgestellt worden war.<sup>540</sup> Auf wen sollten sich die deutschen Politiker aber berufen, wenn nicht auf Rohrbach und Schmidt. Diese ließen es sich angelegen sein, die bisherigen politischen Ratgeber zu diskreditieren, sie hätten sich von »persönlichen Interessen« leiten lassen, statt »durch objektive, auf eigene Erfahrung gegründete und ausreichende Kenntnisse«.<sup>541</sup> Rohrbach und Schmidt traten mit einer Autorität auf, die in Berlin beeindruckte. Vielleicht kann man den Ukraineoptimismus Solfs auf die Einreden der DUG zurückführen – sie sammelte diejenigen, die immer noch Optimismus bezüglich einer künftigen deutsch-ukrainischen Verbindung artikulierten.<sup>542</sup>

Trotz dem Machtwechsel in Berlin blieb Solf zunächst im Amt, und damit wurde in der Außenpolitik Kontinuität gewahrt. Einen Wechsel gab es wieder in der Ukraine-Vertretung. Am 17. Dezember 1918 übernahm Kozij, der in der Mission schon unter Sevrjuk, also vor dem Het'man-Putsch, gearbeitet hatte, einer UNR-Vollmacht vom 5. 12. folgend, die Berliner Gesandtschaft, vertrieb seinen früheren Chef Štejnhelj' und benutzte den Briefkopf der UNR vom Jahresanfang 1918 weiter: »Diplomatische Vertretung der Ukrainischen Volksrepublik bei der Kaiserlich Deutschen Regierung.«<sup>543</sup>

Die Nationalukrainer erinnerten sich sehr wohl daran, was deutsche Versprechen Wert gewesen waren. Sie waren nach Brest desavouiert, getäuscht, schließlich abgesetzt, bekämpft und verhaftet worden. Aber außer den Deutschen gab es niemanden, der mit ihnen zusammenarbeiten wollte. Österreich hatte längst das Interesse an den Ukrainern verloren, und die Entente-Mächte setzten auf das »weiße« Rußland und Polen, nicht aber auf die Ukrainer.

Und auch unter den Deutschen wuchs das Interesse mit der Entfernung; die deutschen Repräsentanten in der Ukraine wollten eigentlich nur weg. Ebenso wie Österreich pflegten sie »de facto«-Beziehungen zum Direktoriumsvorsitzenden

<sup>538</sup> Axel Schmidt, »Zum Geleit«, 5.12.1918 Die Ukraine 1 (1918/19), S. 1.

<sup>539</sup> Nachschrift, 16.12.1918, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 2.

<sup>540</sup> Dmytro Dorošenko, Moï spomyny pro nedavne-mynule, S. 407.

<sup>541</sup> Paul Rohrbach, »Unsere ukrainische Politik«, Die Ukraine (1918/19), S.3-8, hier S. 3.

<sup>542</sup> Am Rande sei vermerkt, daß dies im Rückblick verklärt werden konnte. So schrieb Ivan Mirčuk zum Tode Rohrbachs: »Mit Rohrbach beginnt eine neue Periode in der Ostpolitik des Auswärtigen Amtes, die wohl noch verschiedenen Schwankungen in späteren Jahren unterlag, aber im allgemeinen die richtige Linie verfolgte« (Johann Mirtschuk [Ivan Mirčuk], »Die Ukrainophilie Rohrbachs«, in: Dem Andenken Paul Rohrbachs. München 1959, S. 31-40, hier S. 39).

<sup>543</sup> Div. Schreiben Kozij, Kozlovskij, 17.12.1918; Berchem an AA, 20. 12. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 29. Berchem an AA, 17. 12. 1918, ebd., Bd. 30.

Vynnyčenko.<sup>544</sup> Aber dessen Hoffnungen, daß die Deutschen die »Nordfront« gegen die Bolševiki halten würden, waren unrealistisch.<sup>545</sup> Das Oberkommando plante den Abzug, und das bedeutete für Berchem, »daß dann die Bolschewiki [...] freie Hand haben werden. Die ukrainischen Truppen dürften in ihrer überwiegenden Mehrzahl kaum dazu zu bewegen sein, gegen die Bolschewiki zu kämpfen.« Alle rechneten nach dem Abzug der deutschen Truppen mit »anarchistische[n] Zustände[n]«.<sup>546</sup>

Das Russische Referat des AA berichtete zum Jahresende, die etwa 300.000 Mann starken deutschen Truppen in der Ukraine »streben nur noch nach Hause«. Deutschland organisiere nur noch die Rückführung. Ungeachtet dessen galt in der Berliner Politik (im Unterschied zu Kiew) eine Selbständigkeit der Ukraine weiterhin »wegen des Gegengewichtes gegen Polen« als »außerordentlich« begrüßenswert.<sup>547</sup> Aber praktisch war nichts mehr zu tun. Angesichts des Vormarsches der Bolševiki, der Demission Skoropadskyjs, der allgemeinen Feindseligkeit gegenüber den Deutschen hielten die Rußlandreferenten im AA schließlich auch ein Verbleiben in dem fernen Land für zwecklos.

Berchem war längst dieser Ansicht. Schon am 5. Dezember hatte er Nadolny gebeten, ihm »eine allgemein gehaltene Instruktion zugehen zu lassen, in der gesagt wird, dass ich ermächtigt bin, zu dem geeignet erscheinenden Zeitpunkt von hier abzureisen«.<sup>548</sup> Am 24. Dezember erbat er »umgehend Weisung wegen Abreise der Gesandtschaft«.<sup>549</sup> Aber Solf ging darauf nicht ein: Die Zurückziehung der Gesandtschaft hätte den Eindruck erwecken können, man ließe die Ukraine fallen und dies war, »solange die Ereignisse in der Schwebe sind, unerwünscht«.<sup>550</sup>

Solf beharrte also auf dem Festhalten an dem Kiewer Posten und entwickelte die im Oktober formulierten Zukunftspläne weiter. Da Polen seit dem historischen Kompromiß zwischen Piłsudski und den Nationaldemokraten, dem Abbruch der Beziehungen und dem Ausbruch des Großpolnischen Aufstands als Feind galt, setzte Solf auf eine gemeinsame Basis mit den Nationalukrainern.<sup>551</sup> Wenn Frankreich als Unterstützer Polens – und damit als Gegner der Ukraine – auftreten sollte, hoffte er auf Zerwürf-

<sup>544</sup> Fürstenberg an Flotow, 24.12.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1035, S. 178-179.

<sup>545</sup> Berchem für Fürstenberg an AA, 24. 12. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30. – Fürstenberg an Flotow, 22.12.1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1033, S. 168-175, hier S. 170.

<sup>546</sup> Berchem an AA, 24. 12. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30. – Meissner bezeichnete die UNR-Verbände als »durchwegs irreguläre Soldaten, schlecht ausgebildet, und schlecht geführt«. Sie seien zum Feind übergelaufen oder, sofern sie aus dem Osten der Ukraine stammten, beim Rückzug zurückgeblieben. Geblieben seien nur die Galizier. Im Kontrast dazu charakterisierte er die Sowjettruppen als »wohl ausgerüstet, gut diszipliniert und nach einheitlichem Plane geführt« (Meissner, Bericht, 25.2.1919, ebd., Bd. 32).

<sup>547</sup> Russisches Referat, »Stand der Materie«, 30. 12. 1918, ebd., Bd. 30.

<sup>548</sup> Berchem an Nadolny, 5. 12. 1918, ebd., Bd. 29.

<sup>549</sup> Berchem an AA, 24. 12. 1918, ebd., Bd. 30. – Auch der deutsche Konsul Schönstedt hielt die diplomatischen Posten für »unhaltbar« und erbat die Abberufung (Berchem an AA, 27. 12. 1918, ebd.). Nach Doncov war Berchem am 23. 12. »reisefertig« (Doncov, Rik 1918, Kyiv. Toronto 1954, S. 95).

<sup>550</sup> Solf an Berchem, 2. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30.

<sup>551</sup> Insofern ist Borowsky zu widersprechen, der meinte, bereits der Waffenstillstand vom 11. November 1918 und die »deutsche Revolution« »made this policy irrelevant«. Im Gegenteil hielt sich diese Haltung in Berlin bis zum Beginn des Jahres 1919 (vgl. Borowsky, »Ukrainian Policy«, S. 91).



nisse in den Reihen der Entente. Briten und Amerikaner sollten Deutschland helfen, seinen Platzvorteil zu wahren. Daß die Briten sich für die Ukraine interessierten, vermeinte man durch deren Interesse für Stepankivskýj zu wissen – nur wie weit dieses Interesse gehen würde, ob und wann es sich stärker erweisen würde als der Entente-Zusammenhalt, war unklar. Und daß die UNR »nach wie vor nicht abgeneigt [sei], mit uns freundschaftlich zusammenzuarbeiten«, behaupteten die DUG-»Kenner« unter Hinweis darauf, daß der Ukrainer »nationale[s] Bewußtsein [...] in märchenhaftem Umfang« gewachsen sei.<sup>552</sup>

Auf dieser »märchenhaften« Basis entwickelte Solf seine ostpolitische Konzeption: Berlin schwelgte nun in optimistischen Prognosen, wonach die Ukrainer genügend Staatswillen besäßen, um sich gegen die russischen Bol'ševiki durchzusetzen. Sogar die Meinung, ukrainische Bol'ševiki seien ganz anders als die russischen, machte die Runde. Von Groener, von Mumm und anderen konnte Solf seine Meinung nicht haben; nirgendwo finden wir bei ihnen Stellungnahmen dieses Inhalts. Die mit der Lage in Kiew Vertrauten hatten ihren Optimismus längst verloren. Was bleibt, ist, in Solfs Stellungnahme eine Reaktion auf Rohrbach/Schmidt zu sehen.

Solf stellte sich schon auf neue Gegebenheiten ein, wenngleich er nicht ganz auf der Höhe des Informationsstandes war. Er wollte Galizien mit der Ostukraine vereint sehen, nun selbstverständlich nicht mehr als »Morgengabe« für Rußland, sondern als Stütze eines ukrainischen Nationalstaats, von dem er die Territorien des Donec-Beckens und der Krim abtrennen wollte. Donec-Becken und Krim sollten an der Stelle Galiziens die deutsche »Morgengabe« an ein nicht-bolschewistisches Rußland sein, das so zur Akzeptanz eines Nationalstaats Ukraine verführt werden sollte. Durch eine »Interessengemeinschaft« mit Rumänien könne nach Solf auch die Entente für den ukrainischen Staat gewonnen werden.<sup>553</sup>

Diese Pläne waren aber längst überholt. Die galizische ZUNR war zwar am 13. November 1918 ausgerufen worden, nachdem ukrainische Soldaten aus der zerfallenden Armee des Habsburgerreiches einen großen Teil Lembergs und weite Teile Ostgaliziens unter ihre Kontrolle gebracht hatten, aber ihr Kriegsglück war nur von kurzer Dauer. Ende November mußte die ZUNR Lemberg aufgeben und sich in einen neuen Regierungssitz nach Stanislau im Südosten Ostgaliziens zurückziehen. Während die Polen weitere Truppen zusammenzogen und sich darum bemühten, die Haller-Armee nach Polen zu transferieren, war es verwegen, auf die zusammenbrechende ZUNR zu setzen.

Aber nicht nur Rohrbach und Schmidt träumten in Berlin von der Ukraine. Roman Smal'-Stočkyj hatte im Dezember zusätzlich die Vertretung der UNR als Geschäftsträger übernommen. Der BBU-Lehrer war zwar eigentlich der diplomatische Vertreter der Westukraine, aber er verstand es, sich auch den UNR-Behörden anzuschließen und den Posten zu halten, bis Mykola Porš am 24. Januar 1919 als Gesandter eingesetzt wurde und Smal'-Stočkyj wieder als Vertreter der ZUNR fungierte. Als Porš seinen Posten am 19. Juni 1919 wieder aufgeben mußte, wurde wieder Smal'-Stočkyj Geschäftsträger der UNR. Zu Smal'-Stočkyj hätte es gepaßt, Solf mit phantastischen

<sup>552</sup> Axel Schmidt, »Zum Geleit«, 5.12.1918 Die Ukraine 1 (1918/19), S. 1.

<sup>553</sup> Solf an Berchem, 5. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30; vgl. Borowsky, Ukraine-politik, S. 289-290.

Plänen zum Festhalten an den Beziehungen zu motivieren. Nachweisbar ist das jedoch nicht.

Die aussichtslose Lage war aber bald selbst in Berlin erkennbar; entsprechend kurz nur hielt Solf seine Pläne aufrecht. Berchem schrieb am 5. Januar 1919 ziemlich undiplomatisch, er werde sich der abziehenden Militärführung anschließen.<sup>554</sup> Er gab vor, das Telegramm vom 2. Januar, das ihn zum Bleiben aufforderte, nur verstümmelt erhalten zu haben, und erklärte, daß mit »weiterem Umsichgreifen des Bolschewismus und Terrorismus« »sicher zu rechnen« sei. Das Direktorium werde sich »ohne vollständige Schwenkung ins bolschewistische Fahrwasser« nicht behaupten können, er werde daher Regierungsrat Otto Meissner (1880-1953), der beim Direktorium persona grata sei, die Vertretung der deutschen Interessen übertragen und selber »zur Berichterstattung« nach Berlin zurückreisen.<sup>555</sup> Von Tschammer löste die Wirtschaftsstelle Kiew am 15. Januar auf; damit wurden auch die Arbeiten an einem neuen Wirtschafts- und Finanzabkommen eingestellt. Am 18. Januar 1919 verließ der Oberbefehlshaber Kiew, am 25. Januar 1919 folgten die letzten deutschen Soldaten. Allerdings war die Wirtschaftsstelle noch eine Zeitlang als eine Art Liquidierungsbehörde tätig.<sup>556</sup>

Als eine der letzten deutschen Positionen in der Ukraine schloß Anfang Februar die Eisenbahnzentralstelle – ihr Leiter, Regierungsrat und Hauptmann der Reserve Otto Meissner, pflegte als einer der wenigen deutschen Beamten in der Ukraine zu einem Direktoriumsmitglied der UNR freundschaftliche Kontakte: Andrij Makarenko (1885-1963) war als Leiter der Handelsabteilung der ukrainischen Eisenbahnverwaltung sein Fachkollege. Vynnyčenko hatte den von Skoropadskyj eingesetzten Makarenko ins Direktorium berufen, weil von den Eisenbahnen militärisch viel abhing. Dies und der direkte Zugriff auf das Transportmittel werden Berchem motiviert haben, Meissner mit der Wahrnehmung der Geschäfte der deutschen Vertretung zu beauftragen, obwohl er nicht im diplomatischen Dienst stand. Meissner floh mit dem Direktorium Ende Januar nach Vinnyčja, wo er noch versuchte, einen Handel Kriegsmaterial gegen Lebensmittel zu vermitteln. Beides war unrealistisch: Weder konnte Deutschland noch als Waffenexporteur auftreten, noch war die auf Podolien und kleine Reste Wolhyniens zusammengeschmolzene UNR zu irgendwelchen Geschäften imstande. Trotzdem erklärte sich das Direktorium bereit, eine Kommission nach Brest zu schicken, um dort mit dem deutschen Oberkommando zu verhandeln. Nur verschwanden die UNR-Repräsentanten »in der Nacht heimlich und ohne Grundangabe«.<sup>557</sup>

Doncov hatte sich gegen Skoropadskyj gestellt, als dieser die Föderation mit Russland proklamiert hatte. Er sollte angeblich verhaftet werden (dies behauptete er jedenfalls in seinem Tagebuch) und auch die ukrainischen Nationalisten sollen ihn mit

<sup>554</sup> Berchem an Solf, 5. 1. 1919, ebd.. – In der gleichen Lage befand sich der österreichische Vertreter Fürstenberg, der ebenfalls die Weisung erbat, selber über eine Rückreise entscheiden zu können (Fürstenberg an Flotow, 1./5.1.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1039/40, S. 190-193).

<sup>555</sup> Berchem an AA, 10. 1. 1919, Ankunft 15. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 30. Nach dem Bericht Fürstenbergs ist er am 12. Januar abgereist. Fürstenberg an Flotow, 13.1.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1043, S. 195-197, hier S. 196.

<sup>556</sup> Vgl. Mędrzecki, Niemiecka interwencja, S. 302-304.

<sup>557</sup> Meissner, Bericht, 25.2.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 32.

eher unfreundlichen Absichten als einen der leitenden Propagandisten des Het'mans gesucht haben. Heimlich will er sich mit Konovaléc getroffen haben, und dieser habe ihm angeblich die Ausreise aus Kiew ermöglicht. Nach den Angaben von Doncovs Frau Marija war es Symon Petljura selber, der Doncov zur diplomatischen Vertretung der UNR in die Schweiz delegierte und ihm somit das Entkommen aus Kiew ermöglichte.<sup>558</sup> So bewährten sich frühere Kontakte – Doncov hatte vor 1914 für Petljuras Zeitschrift geschrieben. Am 13. Januar 1919 reiste Doncov mit einem Zug, der die neuen Diplomaten der UNR nach West- und Mitteleuropa bringen sollte, aus Kiew ab und zog zunächst zu seinem späteren Rivalen Lypynskýj nach Wien. Lypynskýj war offenbar noch nicht Doncovs Gegner und nahm von diesem den Rat an, auch unter der neuen Regierung zunächst auf dem Diplomatenposten zu verbleiben. Doncov dürfte Lypynskýj schon als ein Vertrauter des Direktoriums vorgekommen sein und als Vorbild, denn der Het'mananhänger war nun mit einem diplomatischen UNR-Posten versehen worden.<sup>559</sup> Mitte Februar 1919 reiste Doncov nach Bern weiter, wo er Leiter der Presse- und Informationsabteilung der Ukrainischen Mission unter Lukaševyč wurde, der wie Lypynskýj seine Ernennung durch das Het'manat in die UNR-Zeit hinüberrettete.<sup>560</sup>

Um die UNR stand es schlecht. Fürstenberg telegraphierte, es sei nur eine Frage der Zeit, wann das Direktorium durch die Herrschaft der Bol'seviki abgelöst würde.<sup>561</sup> In Charkiv rissen die unter dem Kommando von Pjatakov stehenden Sowjettruppen Anfang Januar 1919 die Gewalt an sich. Auch wenn Moskau sich formal von ihnen distanzierte und die ukrainischen Bol'seviki sich jede großrussische Einmischung verboten, führte der Notenwechsel zwischen Kiew und Moskau faktisch am 16. Januar 1919 zum Kriegszustand zwischen der UNR und Sowjetrußland. In diesem Krieg hatte das Direktorium keine Chance – im Süden hatte sich inzwischen mit französischer Unterstützung die Denikin-Armee ausgebreitet. Konovaléc hoffte auf galizische Truppen, die aber ebenso vergeblich gegen die Polen kämpften. Wenn die UNR sich durch das Ultimatum an Moskau in den Augen der Entente rehabilitieren wollte, wie Fürstenberg annahm, dann mußte auch dies scheitern. Die Entente hatte niemals vor, sich auf die Seite der UNR zu stellen.<sup>562</sup>

Konovaléc suchte nun einen Ausweg. Zunächst empfahl er Vynnyčenko, dann Petljura, eine diktatorische Herrschaft zu errichten, um für Disziplin zu sorgen. Als beide ablehnten, schlug der »Schützenrat« am 16. Januar 1919 ein diktatorisches Triumvirat aus Konovaléc, seinem Stabschef Andrij Mel'nyk und Petljura vor. Aber auch dazu

<sup>558</sup> Vgl. Mychajlo Sosnovskýj, Dmytro Doncov. Polityčnyj portret. New York/Toronto 1974, S. 150.

<sup>559</sup> Doncov, Rik 1918, Kyiv. Toronto 1954, S. 99.

<sup>560</sup> Vgl. Sosnovskýj, Dmytro Doncov, S. 152.

<sup>561</sup> Fürstenberg an Flotow, 13.1.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1043, S. 195-197, hier S. 196. Bruski bestätigte vollauf diese Sicht, indem er konstatierte, daß innerhalb des Direktoriums ideologische Differenzen zwischen Vynnyčenko und Petljura aufbrachen, die Sympathien der Bevölkerung sich radikalisierten, auf die Seite der Bol'seviki übergingen und daß die hastig zusammengestellten Truppen der levée en masse verschiedener Atamanen »aus eigener Berufung« ebenso wenig zuverlässig waren. Er verwies zudem darauf, daß die erste programmatische Erklärung des Direktoriums am 26. Dezember 1918 versuchte, unter dem »trudovyj pryncyp« »Anhänger des Parlamentarismus mit Sowjetophilen zu versöhnen« (Bruski, Petlurowcy, S. 53-56).

<sup>562</sup> Fürstenberg an Flotow, 11.1.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1044, S. 197-200.

rang man sich nicht durch.<sup>563</sup> Selbst die apologetische Geschichtsschreibung ist zudem genötigt zuzugeben, daß im Februar 1919 von der einstigen guten Moral der SS nichts mehr übrig war, da die Verbände allzu rasch »mit wenig verlässlichen Elementen, geringwertig in kämpferischer und sogar in moralischer Hinsicht« aufgefüllt worden waren.<sup>564</sup>

Am 4./5. Februar 1919 verließen die SS Kiew, am 5./6. Februar 1919 nahm die Rote Armee die ukrainische Hauptstadt ein. Die deutsche Vertretung bei der fliehenden UNR floh zwar mit, aber dann mochte auch Meissner nicht mehr ausharren. Die Diplomaten aus Weißrußland und der Türkei waren schon vorher davongefahren. Meissner und die diplomatischen Repräsentanten Polens, Finnlands, des Don-Gebiets und Georgiens reisten am 8. Februar 1919 aus Vinnycja ab, »nachdem Sowjettruppen [...] in Wolhynien weiter vordrangen, das Direktorium weitere Exekutionen vornahm, Desorganisation und Unsicherheit im noch regierungstreuen Teil der Ukraine immer mehr um sich griff[!]«. <sup>565</sup> Nach einer abenteuerlichen Irrfahrt über Zdolbuniv, Brody und Tarnopol – wobei Meissner Akten sowie die Gesandtschaftskasse mit 1.250.000 Rubel verteidigte, die Eisenbahner »mit Geld und Schnaps bestochen« hat, in Tarnopol Zeuge eines von ukrainischen Rekruten durchgeführten Judenpogroms wurde, gegen den der Stadtkommandant »mit regierungstreuen Truppen« einschritt – gelangten die Deutschen am 24. Februar nach Berlin.<sup>566</sup>

Nach der Demission des Het'mans blieben also die Beziehungen erhalten; die UNR-Führung mußte sich angesichts der bolschewistischen Bedrohung für Deutschland interessieren und stieß auch auf offene Ohren. Die gesamtpolitische Lage bewirkte aber verständlicherweise, daß nun erst einmal die ukrainische Frage in der offiziellen Politik »auf Eis« gelegt wurde.<sup>567</sup>

Meissner schickte am 21. Januar 1919 seinen letzten Bericht aus der Ukraine. Er konstatierte gute Beziehungen zum Direktorium, dort jedoch ein nur mühsam gekittetes Zerwürfnis zwischen Vynnyčenko und Makarenko einerseits, die »durch weitgehende soziale Zugeständnisse die Massen, insbesondere die Bauern, für die Regierung zu gewinnen« suchten, und Petljura andererseits, der über eine »zeitweilige Militärdiktatur« und die »bürgerliche Intelligenz« die Herrschaft sichern wollte. Die UNR halte sich vor allem dank der disziplinierten galizischen Regimenter, die sie in den Kampf gegen die Bol'sheviki führe.<sup>568</sup>

Berchem legte nach seiner Rückkehr nach Berlin einen Bericht vor. Die Diagnose war ähnlich: Petljura habe sich nur widerwillig mit dem politischen Linksradikalismus Vynnyčenkos abgefunden. Er habe ihn gebeten, »möglichst bald eine aus deutschen Freiwilligen gebildete Armee nach der Ukraine zu entsenden«. Berchem riet davon ab: der Deutschenhaß der Landbevölkerung und die nationalistischen Parolen sprächen dagegen, die »der Not entsprungene Bitte [gestatte] einen unzweideutigen Rückschluß

<sup>563</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 271-272.

<sup>564</sup> Ebd., S. 275.

<sup>565</sup> Von Wedel an AA, 20. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 32.

<sup>566</sup> Meissner, Bericht, 25.2.1919, ebd. – Vgl. Rudolf Nadolny, *Mein Beitrag*. Wiesbaden 1955, S. 67-68.

<sup>567</sup> Vgl. Borowsky, *Ukrainepolitik*, S. 290-291.

<sup>568</sup> Meissner an AA, 21. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

auf die unendlich schwierige Lage des Direktoriums«. <sup>569</sup> Auch Meissners Ende Februar verfaßter Abschlußbericht gab dem Direktorium keine militärische Chance mehr. Aber er berichtete, daß die UNR-Führung auf der Pariser Friedenskonferenz die Selbständigkeit der Randstaaten fordern werde, und riet der deutschen Regierung, »soweit es möglich ist«, dasselbe zu tun. Die ukrainischen Politiker hätten ihr Bestreben bekundet, »mit Deutschland wirtschaftlich und politisch enge freundschaftliche Beziehungen zu pflegen«, und darauf hingewiesen, daß beide Staaten »durch den gemeinsamen Feind Polen einander nahe gebracht« würden. <sup>570</sup>

Die UNR strebte offenbar eine Wiederholung ihrer Brester Politik an. Wieder waren die Bol'sheviki die Gegner, wieder gab es nur die Deutschen, von denen man sich Unterstützung erbat, ohne zu überlegen, daß damit auch weitergehende Interessen verbunden sein würden und daß gerade ein halbes Jahr zuvor das deutsche Militär die UNR-Regierung zugunsten der Het'man-Marionette abgesetzt hatte. Die Verzweiflung der UNR schloß jede andere Option aus. Auch war dem Direktorium nicht klar, wie sehr sich Deutschland 1918 verändert hatte. Von einer Macht, die einen »Siegfrieden« zu diktieren meinte, war das Reich zum Kriegsverlierer geworden.

Das Gesuch um Militärhilfe stand in schroffem Kontrast zu den offiziösen Verlautbarungen des Direktoriums. In seinem Aufruf »an die Völker der ganzen Welt und ihre Regierungen« war viel von den deutschen Imperialisten die Rede, die die Bol'sheviki stützten und die Rada mit ihren Bajonetten auseinandergelassen hätten. In dem von allen Direktoriumsmitgliedern und dem Außenminister Čechovskýj unterschriebenen Aufruf wurden die »internationalen Befreiungskräfte« begrüßt, die geholfen hätten, die deutsche imperialistische Unterdrückung in der Ukraine zu beseitigen. <sup>571</sup>

Nun könnte man sich fragen, was davon »ehrlich« gemeint war, damit würde man aber das politische Geschäft verkennen. Die Anpassung an Machtkonstellationen gehörte (und gehört) zum politischen Repertoire aller Seiten; dabei wurde der ideologische Faktor zwar als Argument akzeptiert, die Interessenpolitik hatte jedoch Vorrang. Für das Direktorium ging es – allen vollmundigen Erklärungen zum Trotz – nur um das nackte Überleben.

Das wußte auch die deutsche Diplomatie. Aber man stellte sich auf alle Eventualitäten ein. Berchem schlug für den Fall, daß das Direktorium wider Erwarten den Angriff der Bol'sheviki zurückschlagen sollte, vor, dann »dürfte es sich empfehlen, eine der Mentalität des Herrn Winnischenko (!) wesensverwandte politische Persönlichkeit mit der Leitung der Gesandtschaft zu betrauen«. <sup>572</sup> Für Berchem war also ein Eingehen auf die politische Haltung Vynnyčenkos denkbar, die Probleme der politischen Inkompatibilität von Anfang 1918 sollte man nun anders lösen. Klar ist, daß Berchem selber wenig Drang verspürte, noch einmal nach Kiew zu gehen. Das könne dann ein »Linker« erledigen. Aber eigentlich rechnete Berchem auch nicht damit, daß die UNR gegen die Bol'sheviki bestehen würde.

<sup>569</sup> Berchem, »Unser politischer Standpunkt..«, 20. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>570</sup> Meissner, Bericht, 25.2.1919, ebd., Bd. 32.

<sup>571</sup> »Do narodiv všoho svitu ta ich pravytel'stv«, 28. 12. 1918, ebd., Bd. 31.

<sup>572</sup> Berchem, »Unser politischer Standpunkt..«, 20. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

So hatten Ukrainer und Deutsche über den 14. Dezember 1918 hinaus, bis in den Februar 1919, Interesse aneinander. Da für die meisten Darstellungen das Kriegsende oder die Demission Skoropadskyjs eine Zäsur darstellt, ist diese Kontinuität bisher wenig deutlich geworden.

Die Brester Friedensverträge ermöglichten den Deutschen und Österreichern ein Eingreifen in der Ukraine, das sich getrost als Okkupation charakterisieren läßt. Formal wurden die Mittelmächte gegen die Bolševiki von der Rada-Regierung um Hilfe er sucht, tatsächlich rissen die Helfer die Gestaltung der ukrainischen Politik an sich. Da Lebensmittellieferungen für Österreich und Deutschland höchste Priorität hatten, mischten deren Repräsentanten sich ohne Rücksicht auf die anerkannte Souveränität ihrer Vertragspartner in die Wirtschaftspolitik ein und verhalfen schließlich einer ihnen genehmeren Staatsführung an die Macht. So haben die Deutschen zur Akzeptierung des unabhängigen Staates Ukraine beigetragen, gleichzeitig diese Selbständigkeit aber ausgehöhlt; sie waren nur an einer Fassade, der Ruhe im Lande sowie den Lieferungen interessiert.

Aus der ökonomistischen Perspektive erschließt sich bei der Verengung des Blicks auf das deutsche Handeln und der Ausklammerung hierzu nicht passender Momente vielleicht eine »Kontinuität« zu 1941. Will man aber die Haltung aller Beteiligten erfassen, bietet sich das Bild einer gegenseitigen opportunistischen Nutzung, bei der beide Seiten aufeinander angewiesen waren, um ihre Pläne zu formulieren und Versuche zu unternehmen, sie umzusetzen. Ohne das jeweilige Gegenüber konnte keine der Seiten agieren. Das war zwar 1941 zunächst auch so, beim zweiten Versuch hatten die Deutschen jedoch nicht die geringste Absicht, ihren Teil des Abkommens zu erfüllen. Man brauchte nicht einmal mehr die Fassade.

Für die Rada-Regierung bot nur Deutschland die militärische und politische Dekkung, die sie zum Überleben benötigte, das Reich organisierte aber kaum drei Monate nach dem Friedensschluß auch ihren Sturz. Dem Het'man erschienen die Deutschen als Garanten einer Konstellation, in der eine den Verhältnissen im Lande entsprechende russisch-ukrainische Mischkultur gestaltet werden konnte, ohne sozialrevolutionäre Veränderungen zu implizieren. Seine faktische Machtlosigkeit wurde für ihn persönlich durch Schmeicheleien der Deutschen kompensiert. Als er selber an seine Rolle als Staatsmann zu glauben begann, überschätzte er laufend die Kompromißbereitschaft der beteiligten Instanzen und hatte auch wenig Einsicht in die nicht unkomplizierte deutsche Taktik. Gegen Ende seiner Herrschaft wurde deutlich, daß er eine Marionette war, die völlig falsche Vorstellungen von ihrer Funktion hatte. Ohne irgendeinen einheimischen Rückhalt oder Chancen, von der Entente akzeptiert zu werden, blieb ihm nur die Flucht mit und zu seinen abziehenden Protektoren.<sup>573</sup>

<sup>573</sup> 1930 formulierte die Het'manbewegung in einer hier nicht wesentlichen Auseinandersetzung mit anderen politischen Richtungen eine Interpretation des Het'manats, in der die Deutschen nicht als Akteure vorkamen: »Nach der Ankunft deutscher Truppen in der Ukraine führten die Verteidiger des Prinzips des Privateigentums, welches von der Regierung der Zentralrada verletzt worden war, im April 1918 einen Staatsumsturz durch und stellten Pavlo Skoropadskyj als Het'man der ganzen Ukraine an die Spitze des Ukrainischen Staates. Als der Het'man im November 1918, die Kräfte

Die Nationalukrainer reagierten auf ihren Sturz im April 1918 und die Verhaftungen mit gegen Deutschland und den Het'man gerichteten Ressentiments. Ihre Hoffnungen auf die Entente, mit der sie sich durch das demokratische Gedankengut kompatibel glaubten, zerstoßen bald. Solange sich die Ententemächte noch in Rußland engagierten, standen gesamtrussische Monarchisten und Liberalen ihnen näher. Den Ruch der Brester Verbindung zu den Deutschen, der Gegnerschaft zu den insbesondere von den Franzosen protegierten Polen sowie den Verdacht der Bündnisfähigkeit mit den Bol'sheviki wurde das Direktorium auch nicht los, als Vynnyčenko austrat. Dagegen war die politische Reichsleitung länger als man hätte annehmen können an ihm interessiert.

Die Rolle der Habsburgermonarchie war ambivalent. Einerseits förderte man dort schon vor dem Krieg Nationalukrainer, andererseits war 1918 klar geworden, daß nur noch Opportunismus die Wiener Politik bestimmte. Czernin war für Lebensmittel bereit gewesen, ein separates Kronland zu schaffen und Chelm zu versprechen, beides wurde nicht realisiert. Andererseits blieben die militärischen Formationen als positiver Faktor. Wien blieb daher wichtig.

Am schwierigsten sind die Handlungen auf der deutschen Seite zu werten. Mit Fritz Fischer und Claus Remer von einer »massiven Kontinuität« der deutschen imperialistischen Ukrainepolitik zu sprechen, ist nur bei hoher Unschärfe berechtigt. Rückt man näher heran, werden andere Strukturen erkennbar. Borowsky hat in seinem Buch, ohne sich von Fritz Fischer deutlich absetzen zu können, erklärt, daß zwischen der Jagow-Denkschrift vom 11. August 1914 und der Zeit nach der Februar-Revolution das »Revolutionierungsprogramm« gegenüber den Ukrainern in den Hintergrund trat.<sup>574</sup> Wir haben zu belegen versucht, daß dies schon wieder eine übertriebene Einschränkung ist. Das Revolutionierungsprogramm als Kampfmittel blieb in der »Gefangenenarbeit« und bei den Schweizer Agenten bestehen, fraglich ist aber, ob man die Rußland- und Ukrainepolitik im Ersten Weltkrieg (im Unterschied zur Polen- und Baltikumpolitik) tatsächlich auf den Imperialismusbegriff reduzieren kann. Da neben den ökonomischen Zielen immer auch die Option der Zusammenarbeit mit Rußland stehen blieb, wurde für einen Separatfrieden gegebenenfalls auch die Übergabe Ostgaliziens in Erwägung gezogen. Und über die ökonomische Nutzung waren in bezug auf die Ukraine die Meinungen geteilt.

Fedyshyns Kritik an der deutschen Ukraineplanung erfaßte – sieht man von seinem national motivierten Verweis auf »verpaßte Gelegenheiten« ab – durchaus die reale Situation. Er hielt die deutschen Planungen für ebenso fehlerhaft und unrealistisch wie des Reiches Besetzungspolitik roh und ineffektiv war: ein »Komplex vager und rasch improvisierter Pläne, eine Reihe unerfüllter Ambitionen«.<sup>575</sup> Insgesamt war die Ukrainepolitik also schlecht, undurchdacht.

---

zur Verteidigung der Ukraine gegen die Bol'sheviki mobilisierend, auf die Forderung der Agenten der Entente hin, welche ihre Unterstützung zugesagt hatte, den Akt der Föderation mit dem damals nicht bestehenden Russischen Staat verkündete, führten die ukrainischen republikanischen Gruppen mit dem vom UNS gewählten Direktorium an der Spitze einen neuerlichen Staatsumsturz durch, proklamierten die Zerstörung des Föderationsakts und restaurierten wieder die UNR« (Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 5, Mai 1930, S. 9). Der Het'man erscheint hier als einziger Kontrahent der Bol'sheviki.

<sup>574</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 293.

<sup>575</sup> Fedyshyn, Germany's Drive, S. 254.

1914 flackerte die Ukraine als »Unruheherd« durch die deutschen politischen Planungen (Jagow-Denkschrift), ohne daß ihre wirtschaftliche Bedeutung thematisiert worden wäre. Anfang 1915 wurde auf Anregung des BBU eine längerfristige »Revolutionierung« durch die »Gefangenenarbeit« beschlossen. Durch ukrainische Texte, die von den Deutschen finanziert wurden, wurde 1914/15 das ukrainische Thema breiteren Kreisen vermittelt, es wurde mit dem ökonomischen und geopolitischen Nutzen geworben, und so gelangte die Ukraine mitsamt ihrer ökonomischen Komponente in den Diskurs. Die **Reaktion** hierauf waren Planungen der Wirtschaftskreise, die zeitweise in Kooperation mit der staatlichen Politik, zeitweise in Gegnerschaft zu ihr ab Ende 1915 Konzepte der wirtschaftlichen Durchdringung der Ukraine und anderer Territorien entwickelten. Um die Zeit der Brester Verhandlungen fanden Wirtschafts- und Politikkreise zueinander; der Brester Frieden ist als Kulmination dieser Synergie zu werten.

Aber schon bald trennten sich die Wege von Wirtschaft und Politik wieder. Nur geschah dies anders als erwartet. Während der Staat – einschließlich des Militärs – daran ging, die Voraussetzungen für wirtschaftliche Eingriffe zu schaffen und die Kompetenz der Ukrainer einzuschränken, äußerten die vor Ort tätigen Deutschen Zweifel an der Lebensfähigkeit einer separaten Ukraine. Während in Berlin daraufhin staatliche Stellen die Phantasie entwickelten, von dem ukrainischen »Brückenkopf« aus ganz Rußland wirtschaftlich und politisch an sich zu binden (wobei dies offenbar nicht **gegen**, sondern **mit** Rußland erfolgen sollte), hielt sich die vorher so großspurig planende Wirtschaft plötzlich auffällig zurück. Die These von der Kontinuität des deutschen Wirtschaftsimperialismus stellte Borowsky selber in Frage, als er erkannte, daß die deutsche Einflußnahme nicht in Kontinuität zu Vorkriegsinteressen stand. Im Gegenteil erklärte er zutreffend, daß sich die bis 1917 keineswegs in dieser Richtung besonders aktiven »Beamten des Reiches« für Wirtschaftsprojekte interessierten, während sich »dagegen die deutsche Industrie- und Bankwelt ausgesprochen zurückhaltend und abwartend verhielt«. Es gelang nicht, die deutsche Wirtschaft zu größeren Investitionen in der Ukraine zu veranlassen. Als Gründe nannte Borowsky Kapitalmangel und mangelndes Vertrauen »in die deutschen Staatsgründungen des Ostens«. <sup>576</sup> Gerade dies wäre aber die Bedingung gewesen, um von einer tatsächlichen imperialistischen Ausbeutung der Ukraine zu sprechen. Keine einzige der wirtschaftlichen Prognosen erfüllte sich. Geradezu als Farce entpuppt sich die industrielle Ausbeutung, wenn man bedenkt, daß bis zuletzt deutsche Kohle in die Ukraine exportiert (!) werden mußte, um überhaupt das Funktionieren der Eisenbahnen und den Abtransport der weit hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Mengen Getreides zu gewährleisten.

Daß Borowsky Fischers Konzept dadurch zu retten versuchte, daß er annahm, »bei längerer Kriegsdauer« und einem Brest erhaltenden »Friedensschluß mit den Westmächten« hätte die Ukraine als »Brückenkopf« ausgebaut werden und die »wirtschaftliche Durchdringung« Rußlands von ihr aus erfolgen können, ist reine Spekulation. <sup>577</sup> Die deutsche Wirtschaft rechnete damit nicht. Auch Horaks Gleichsetzung der deutschen Pläne mit denen der Entente erfaßte nicht die Realität. <sup>578</sup> Die Entente setzte auf

<sup>576</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 296.

<sup>577</sup> Vgl. ebd., S. 297.

<sup>578</sup> »The desire to dominate Eastern Europe, and Ukraine in particular, was shared equally by all Great European Powers. Germany was no exception« (Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988, S. 135).



eine großrussische Vormacht, und selbst dieser entzog sie schon bald die materielle Unterstützung.

Dagegen blühte 1918 die Phantasie der Reichsleitung auf. Die auch nach dem Sturz des Het'mans bis Januar 1919 bestehenden Hoffnungen standen nicht mehr nur im Gegensatz zu der mangelnden Bereitschaft (und der Potenz) der deutschen Wirtschaft, sie zeugten auch von einer Fehleinschätzung der Lage in der Ukraine. Die Attraktivität der sozialen Reformen für ganz Rußland wurde total verkannt, daher auch die Überlebensfähigkeit der alles versprechenden (und nur wenig haltenden) Bol'seviki. Auch daß das Het'man-Regime mit seinen bestenfalls kulturell-kosmetischen Neuerungen keinen lokalen Rückhalt hatte und die Nationalbewegung mit den »Weißen«, den Bol'seviki und der Entente drei unbezwingbare Gegner, beachteten Solf und seinen Beamten nicht.

Borowsky kam dennoch zu einem bedeutsamen Ergebnis. Er stellte die Konzepte des Militärs und der Schwerindustrie als »alten« Imperialismus, der mit Annexionen, dem Streben nach Autarkie und direkter Herrschaft operierte, einem »modernen« Imperialismus der staatlichen Stellen gegenüber: Letzterer sei »flexibler« und »diplomatischer« gewesen, er verhüllte die Herrschaft durch »Autonomie« oder die Strapazierung des »Selbstbestimmungsrechts« der Völker, erschließe damit größere Räume für die Versorgung und den Absatz. Die Vertreter des »alten« hätten die Konzepte des »modernen« nicht verstanden und deswegen kritisiert. In der Historiographie seien die Militärs als »maßlos« negativ, die Diplomaten als »maßvoll« positiver charakterisiert worden. In Wirklichkeit habe es »ein kompliziertes Zusammenwirken von wirtschaftlichen, politischen, militärischen und publizistischen Kräften« gegeben. Borowsky gelangte durch diesen Kunstgriff zu einer einheitlichen Wertung der deutschen Ukraine-Politik.<sup>579</sup>

Wenn jemanden nur der allgemeine »Trend« interessiert, ist dies durchaus akzeptabel. Wenn man jedoch die diskursive Entwicklung verfolgt, ist diese Verkleisterung schädlich: Der »moderne« Imperialismus bediente sich ja »moderner« Argumente, die auch für eine neue politische Kultur standen. Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« war eine Parole, welche schließlich auch die Entente, die neuen ostmitteleuropäischen Staaten und der Sowjetstaat nur so lange anzuwenden bereit waren, wie es der politischen Opportunität entsprach. Damit war die deutsche politische Haltung durchaus ein Teil der neuen Ära. Sie operierte mit deren diskursiven Versatzstücken. Andererseits wäre es verwegen, die Verwendung dieser Maximen grundsätzlich als imperialistisch zu charakterisieren.

In bezug auf die Ukraine waren es auch nicht die Deutschen, die auf diese Ideen kamen. Eine Anlehnung der ukrainischen Selbständigkeit an die Mittelmächte war das Produkt ukrainischen Denkens, das den Kriegsmächten angedient und von Politik und Wirtschaft dann angenommen wurde. Hier entwickelte es sich ungleichmäßig: Abwechselnd maßen Politiker und Industrielle ihm mehr oder weniger Bedeutung zu. Zuletzt konnte die Wirtschaft ihre Versprechen nicht halten und die politische Führung verlor den Realitätsbezug. Damit mochte es sich dann bei den Regierungsstellen um den von Borowsky konstatierten »modernen« Imperialismus gehandelt haben, nur wirksam wurde er nicht. Auch die von Baumgart herausgestellte Differenz zwischen

<sup>579</sup> Vgl. Borowsky, Ukrainepolitik, S. 298-299.

von Kühlmann und Ludendorff in der Osteuropa-Politik war im Lande nur wenig fühlbar. Ludendorffs Politik lag nach Baumgart »überhaupt kein einheitlicher Plan zugrunde«, außer daß er »die bolschewistische Flut eindämmen wollte«, während das AA einen Verständigungsfrieden und eine Verrechtlichung der Ostpolitik anstreben sollte. Aber auch davon waren die Auswirkungen auf die Ukraine nicht zu erkennen, weil keine dieser Konzeptionen sich durchsetzen konnte.<sup>580</sup> Die deutsche Politik war eine schwache Politik, die es unterschiedlichen Personen gestattete, im sehr engen Rahmen des militärisch und ökonomisch Möglichen zu laviere, ohne prägend durchzugreifen.

Aber auch wenn die faktische Politik wenig beeindruckend war: Die Zeit der »Brester Ukraine« wirkte sich auf das deutsch-ukrainische Verhältnis aus. Ihr konsistentestes Merkmal war ihre Inkonsistenz. Selten kann man irgendwo soviel pragmatische Volten beobachten wie in diesem Jahr im Zusammenhang mit der Ukraine. Sollte dies ein Grund dafür sein, daß man auf ukrainischer Seite später meinte, nicht jede Volte berücksichtigen oder ernst nehmen zu müssen?

Was blieb? Es blieb das Ukraine-Thema, das in den Diskurs geraten war und in ihm bleiben sollte. Es blieb eine eigentümliche Abart der »Dolchstoß«-Legende: Trotz den fatalen Erfahrungen blieb bei den Deutschen die Vorstellung bestehen, das Ukraine-Abenteuer hätte erfolgreich sein können, wenn einiges anderes gelaufen wäre. Die »Kornkammer« als Ernährungsquelle wurde weiter gebetsmühlenartig beschworen. Die Ukraine als »Einfallstor« nach Rußland blieb in der Gedankenwelt präsent. Und für die Nationalukrainer wie die mit dem Het'man zusammenarbeitenden Personen blieben die Deutschen *faute de mieux* als einzige übrig, mit denen eine ukrainische Unabhängigkeit thematisiert werden konnte. Und es blieben personelle Beziehungen, die vielleicht ein wenig zu grobmaschig waren, um als Netzwerk charakterisiert zu werden. Aber nach dem Fiasko der Staatsgründungsversuche sahen die sich im Ausland reorganisierenden Ukrainer in Deutschland einen zwar vorübergehend behinderten, künftig jedoch reaktivierbaren Verbündeten.

Warum konnten die selbstsüchtigen Motive der Deutschen auf Verständnis der ukrainischen Politiker rechnen? Beide Seiten waren gleich »flexibel«. Allianzen hatten keinen Wert an sich, sondern galten nur als Zweckbündnisse. Jenseits der Zweckmäßigkeit kann sicher konstatiert werden, daß die Beteiligten partiell auch menschlich aneinander Gefallen fanden. Wir haben oben schon gesehen, wie die Reichsvertreter mit den BBU-Repräsentanten oder von Romberg mit Stepankivskýj sympathisierten; Meissner und Makarenko, Groener und Skoropadskýj, Smal'-Stočkyj und die Beamten des AA blieben nach 1918 miteinander in Verbindung, und die Deutschen förderten ihre neuen ukrainischen Freunde. Als sich die ukrainische Nationalbewegung radikalisierte und den »Turn to the Right« (Motyl) vollzog, suchte und fand sie vor allem in Deutschland bewährte Partner.

Die Bedeutung der deutsch-ukrainischen »Connection« sehen wir jenseits der Faszination, die von der Diskursentwicklung im Ersten Weltkrieg ausgeht, in der Prägung von Vorverständnissen, die sich durch sie erklären lassen.

<sup>580</sup> Baumgart, Ostpolitik, S.374-375.

Die Politiker der Rada-Regierung wurden von den Deutschen durch den Brester Frieden erst politisch aufgewertet, militärisch gegen die Bol'seviki durchgesetzt, dann wirtschaftlich ausgebeutet, gedemütigt und schließlich abgesetzt, verhaftet und militärgerichtlich verurteilt. Dies hinderte sie aber nicht daran, nach dem Untergang des Het'man-Staates mit den Deutschen zu kooperieren, von ihnen Unterstützung zu erwarten und schließlich in ihren Machtbereich zu fliehen. Der Het'man mußte sein Amt, das ihm die Deutschen verschafft hatten, mit Nachgiebigkeit gegenüber ihren Forderungen und offener Desavouierung durch die Österreicher bezahlen, die in Wilhelm von Habsburg einen Gegenkandidaten aufbauten und mit den polnischen Konkurrenten kooperierten. Daneben saß er zwischen allen Stühlen: Weder die Nationalukrainer, noch die Rußland-Föderalisten oder die zarentreuen Russen, mit denen er jeweils kurzfristige Kompromisse zu schließen versuchte, boten ihm eine Zukunftsperspektive, noch weniger die Bol'seviki. Die boten scheinbar nur die Deutschen, aber auch sie, die es nicht einmal geschafft hatten, die erhofften Lebensmittel aus der Ukraine abzutransportieren, geschweige denn die imperialistischen Pläne zu realisieren, die ihre Wirtschaftsführer entworfen hatten, hatten ihm bald nichts anderes anzubieten als Gespräche mit der Entente. Die Deutschen hatten trotz Übergriffen gegen die Bevölkerung die Ukraine außer als Objekt der Ausplünderung als politischen Faktor gegen Polen wie gegen Rußland zu nutzen versucht, was alles zerrann, als sie sich aus dem europäischen Osten zurückziehen und ihre politischen Maximen von denjenigen der Entente abhängig machen mußten.

Aus der Sicht der meisten ukrainischen Politiker blieben die Deutschen trotzdem die verlässlichsten »Freunde« der Ukraine. Dies muß verwundern, wenn man die Akten kennt. Aber die Ukrainer kannten nicht die Akten und Briefe, sie sahen nur Äußerlichkeiten und ihre eigenen Aktivitäten. Und wenn man diese in einen Kontext setzte, ergab sich daraus ein durchaus anderes Bild:

- Von 1914 an waren einige Deutsche an den ukrainischen Exulanten interessiert, sie haben sie finanziell gefördert, sind auf ihre Thesen eingegangen (nachdem die ukrainischen Aktivisten jene auf deutsche Bedürfnisse eingestellt hatten) und haben die Förderung übernommen, als die zunächst aktiveren Österreicher das Interesse der ersten Monate verloren hatten.
- Bei der Besetzung von russisch-ukrainischem Gebiet (Chełm, Wolhynien) hatten sie nationale Aktionen zugelassen und als antipolnische Mittel eingesetzt, während die österreichischen Okkupanten rasch der polnischen Lobby im eigenen Lande erlegen waren.
- In Brest verfochten die Deutschen noch halbwegs politische Ziele, während die Österreicher verzweifelt an Lebensmitteln interessiert und somit erpressbar waren. Dafür versuchten sie sich bald aller Verpflichtungen und sogar des gesamten Friedensvertrags zu entledigen. Die Deutschen hingegen sicherten mit Waffengewalt den Bestand des Rada-Staates gegen die Bol'seviki.
- Die Entmachtung der Rada-Politiker und die Einsetzung Skoropad'skyjs waren gewaltsame Eingriffe, die die deutschen diplomatischen Exponenten dadurch zu entschärfen versuchten, daß sie dem Het'man eine nationalukrainische Politik empfahlen und in der zweiten Jahreshälfte auf die Integration der Nationalukrainer drängten.

- Zwar stuften die Deutschen den Het'man zu einer faktischen Marionette herab, sie werteten ihn jedoch durch repräsentative Akte wie den Staatsbesuch auch wieder auf und halfen ihm nach langem Zögern auch bei der Schaffung nationalukrainischer Aushängeschilder wie eigener Militärverbände.
- Zu einer längerfristigen Verbindung trug das Jahr 1918 jedoch nicht von sich aus bei: Für die meisten Deutschen war die Ukraine ein Provisorium, das über kurz oder lang wieder Russland zufallen würde.
- Trotzdem entwickelten sich gute persönliche Beziehungen zwischen einzelnen Ukrainern und Deutschen. Sie konnten zu einem Ansatzpunkt für spätere Kontakte werden. Und wie unangenehm die Beziehungen auch im Einzelfall sein mochten, sie verklärten sich in der Retrospektive; die Erfahrungen mit den russländischen Bürgerkriegsparteien, den Polen und der Entente erschienen im nachhinein weitaus schlimmer.

Daraus sei die These gewagt, daß die Erfahrungen der Zeit zwischen 1914 und 1918, besonders aber diejenigen der »Brester Ukraine«, vielen Beteiligten die deutsch-ukrainische Option als sinnvolle politische Konstellation erscheinen ließen.

## V. DIE KONSOLIDIERUNG DER UKRAINISCHEN EMIGRATION

Nach dem Ende des Weltkriegs dauerte es geraume Zeit, bis sich die politischen Verhältnisse in Osteuropa geklärt hatten. Im vorangegangenen Kapitel ist beschrieben worden, wie sich die deutsche Reichsregierung mit der neuen Lage schwer tat. Zwar mußte sie bald – nicht zuletzt wegen der Versailler Auflagen – auch innerlich davon Abstand nehmen, unmittelbar in die Neugestaltung des europäischen Ostens einzugreifen, aber die politischen Optionen wurden verdeckt oder offen weiterverfolgt. Wenn Horak über die Zwischenkriegszeit in bezug auf Deutschland schreibt, »Ukraine ceased to be the topic of interest«<sup>1</sup>, dann ist dies nur partiell richtig. Das Interesse wandelte sich, war aber weiterhin vorhanden – die Beziehungen waren abrufbar. Zwar gab es bis 1938 keine »große Politik« mit ukrainischen Themen mehr, aber in Wirtschaftskreisen wurde das Interesse aufrechterhalten, es gab eine konspirative Kooperation von Ukrainern mit der Armee, und man pflegte den Umgang mit den politischen Führungspersonen.

Insbesondere blieb Deutschland neben Österreich, der Tschechoslowakei, Polen und Frankreich ein wichtiger Ansprechpartner für politisch aktive Ukrainer, die in West- und Mitteleuropa eine Exilgemeinde kreierten.

Die Repräsentanten neuer ukrainischer Formationen stifteten Verwirrung. Bereits am 7. November 1918 – bevor sich am 13. November die Westukrainische Volksrepublik konstituierte – war Baron Vasyľko bei dem deutschen Botschafter in Wien von Wedel erschienen und hatte sich als »Vertreter des Nationalrats des ukrainischen Staates Halycz bei den Regierungen in Wien, Berlin und Bern« vorgestellt.<sup>2</sup> In Berlin fungierte Roman Smal'-Stočkyj abwechselnd als Geschäftsträger der UNR und der ZUNR. Nach der Ankunft von Mykola Porš zog er sich trotz dem gerade erfolgten Zusammenschluß beider ukrainischer Republiken auf die Funktion des Leiters einer »Diplomatischen Vertretung der Westukrainischen Volksrepublik bei der deutschen Regierung« (Dyplomatyčne predstavnytvo Zachidno-Ukrajínskoï Narodnoï Respubliky pry nimečkim pravytel'stvi) zurück, und übergab diese Vertretung am 13. Februar 1919 der UNR-Gesandtschaft.<sup>3</sup> In der Schweiz wirkte Jevhen Levyčkyj als Vertreter der ZUNR, finanziert wurde sein Aufenthalt jedoch angeblich aus den Mitteln des Wiener Het'man-Diplomaten Lypynskyj.<sup>4</sup> Auch wenn ukrainische Autoren auf die jeweiligen Auslandsvertretungen großen Wert legten, da sie als Kennzeichen der »Anerkennung« durch die europäischen Mächte gedeutet wurden, sollte man sich keinen Illusionen über deren Bedeutung hingeben. Angesichts der unklaren Lage in

<sup>1</sup> Stephan M. Horak, *The First Treaty of World War I*. Boulder/New York 1988, S. 136.

<sup>2</sup> Von Wedel an AA, 7. 11. 1918, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 27. Im April 1919 firmierte er auf seiner Visitenkarte als »Außerordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister des ukrainischen Direktoriums und der west-ukrainischen Republik für die Schweiz« und interessierte sich besonders für die ukrainischen Guthaben bei der Reichsbank (Visitenkarte, 11.4.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 33).

<sup>3</sup> Smal'-Stočkyj an AA, 13. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>4</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, L'viv 1923, S. 103.

Osteuropa ließen es die meisten Staaten zu, daß sich Missionen und »Gesandtschaften« unterschiedlicher Art bei ihnen niederließen, mit denen partiell »De-facto-Beziehungen« gepflegt wurden. Agréments und diplomatische Anerkennung waren damit aber nicht verbunden, höchstens pragmatische Kontakte, mit denen sich die Gaststaaten für alle Eventualitäten Optionen offenhalten wollten.

## 1. ZWISCHEN ALLEN DIPLOMATISCHEN FRONTEN

Die galizische Westukrainische Volksrepublik (ZUNR) entstand auf problematische Weise. Nachdem sich Kaiser Karl am 16. Oktober 1918 mit der Umwandlung des Habsburgerreiches in einen national gegliederten Bundesstaat einverstanden erklärt hatte, wobei ausdrücklich von einer zu bildenden ukrainischen Entität die Rede war, hatte sich in Lemberg der Ukrainische Nationalrat gebildet. Er bestand aus Parlamentariern, Parteileitungen und den ukrainischen Bischöfen und beschloß am 19. Oktober 1918, gemäß dem kaiserlichen Manifest aus den ukrainisch besiedelten Teilen der Monarchie einen »ukrainischen Staat« zu bilden. Nur die galizischen Sozialdemokraten mit Mykola Hankevyč (1869-1939) forderten den Anschluß an die Kiewer Ukraine.

In einer Manifestation vor der Georgskathedrale rief man am 20. Oktober diesen Staat aus, der jedoch bis zum 13. November, als der Nationalrat sein erstes Gesetz beschloss, namenlos blieb. In Lemberg gab es vorerst nur eine galizische Delegation, deren Führer in Wien geblieben waren. Dem österreichischen Außenminister Burián wurde nun das Recht abgesprochen, weiterhin für die Ukrainer tätig zu werden – gegen Habsburg war man jedoch nicht feindlich eingestellt. So erklärten etwa die ukrainischen Lokalpolitiker in Przemyśl am 31. Oktober, die Ukrainer seien »ein kaisertreues Volk« und wollten im Verband der Habsburgermonarchie verbleiben. Noch am 4. November 1918 berichtete aus der Stadt am San das dortige Militärkommando, die Ukrainer kämen im Unterschied zu den Polen »den Wünschen des Militärkommandos auffallend zuvorkommend entgegen«.<sup>5</sup>

Dafür gab es einen Grund. Erzherzog Wilhelm von Habsburg stand mit den USS in der Bukowina. Zu seinem Organisationschef wurde am 12. Oktober Unterfähnrich Dmytro Paliiv, der die Kommunikation zwischen den zerstreuten Teilen der Truppe herstellte. Denselben Paliiv nannte Huculjak auch den »faktischen Konstrukteur und Architekten der November-Tat«, also der ukrainischen Machtergreifung am 1. November 1918.<sup>6</sup> Bis heute sind nicht alle diesbezüglichen Fragen geklärt, aber am 18. Oktober 1918 soll Erzherzog Wilhelm aus Czernowitz Telegramme an Kost' Levyčkyj

<sup>5</sup> Janda an Kriegsministerium 10. 11. 1918, Hornykiewicz IV, Dok. 1010, S. 49-63, hier S. 51, 57. – Gestützt hierauf warfen die Polen den Ukrainern die Fortsetzung der Habsburgertreue vor, was einerseits abgestritten wurde, andererseits jedoch bei Bedarf auch wieder in den Vordergrund gerückt wurde (Vgl. Ossyp Dumin, »Deutsche in der ukrainischen Armee 1917-1920«, Volksforschung 5 (1942), S. 37-49, hier S. 41).

<sup>6</sup> Vgl. Ossyp Dumin, *Istorijska Legiõna Ukraïnskych Sičovych Stril'civ 1914-1918*. L'viv 1936, S. 266; Mychajlo Huculjak, *Peršyj Lystopad 1918 roku na zachidnych zemljach Ukraïny*. Kyïv 1993 (New York/Vancouver 1973), S. 13.

und Vasyl'ko geschickt haben, in denen er den Ukrainischen Nationalrat bat, ein »selbständiges Königreich« in Treue zu Habsburg zu proklamieren. Da die Telegramme mit dem Satz »Es lebe das Großfürstentum Halyč« geschlossen haben sollen, wäre auch klar, wie sich Wilhelm seine weitere Karriere vorstellte. Auf der Sitzung des Nationalrats gab man die Telegramme nicht bekannt – was dem Wunsch Wilhelms entsprach –, Vasyl'ko berichtete Wilhelm jedoch, daß der Rat beschlossen habe, einen Ukrainischen Staat aus Ostgalizien, der Nordbukowina, der Karpatho-Ukraine und dem Lemkengebiet zu schaffen.<sup>7</sup> Die Ukrainer waren weit und breit die einzigen, die bereit waren, ihre Neugründung in eine Föderation, die dem Manifest Karls entsprach, einzubringen. Diese letzte pro-österreichische Parteinahme brachte jedoch nichts ein, für das Image der Ukrainer hatte sie fatale Folgen.

Die Polnische Liquidationskommission in Krakau gab den Behörden Galiziens und dem Statthalter General Karl Georg Reichsgraf von Huyn (1857-1938) am 28. Oktober 1918 bekannt, ganz Galizien gehöre zum polnischen Staat. Deswegen weigerte er sich am 31. Oktober auch, die Macht in Lemberg der Delegation des Ukrainischen Nationalrats, die ihn unter Kost' Levyčkyjs Führung aufsuchte, zu übertragen.<sup>8</sup> Nun beschlossen die in Lemberg versammelten Politiker, nicht mehr bis zu der für den 3. November geplanten Einberufung des Nationalrats nach Lemberg zu warten.

Am 1. November 1918 besetzten ukrainische Soldaten Teile der galizischen Hauptstadt und hißten die ukrainische Flagge auf dem Rathaus. Graf Huyn weigerte sich weiterhin, die Macht an die Ukrainer abzutreten, das tat sein Stellvertreter Volodymyr Decykevyč (1865-1946) – unter ausdrücklicher Berufung auf das Manifest Kaiser Karls. Verhandlungen über eine gemischte Leitung der Stadt scheiterten: Die Ukrainer forderten die Anerkennung ihrer Landesherrschaft, woraufhin polnische Kampfgruppen das Gefecht aufnahmen. Hauptmann Dmytro Vitovskij (1887-1919), der den Aufstand befehligte, legte sein Kommando nieder, als ukrainische Soldaten einen Straßenkampf mit den Polen verweigerten. Oberst Hryhoryj Kossak (1882-1931), im Zivilberuf Volksschullehrer, übernahm den Oberbefehl.<sup>9</sup> Am 13. November 1918 wurde die ZUNR in Lemberg erneut proklamiert, eine Woche später vertrieben polnische Streitkräfte jedoch Regierung und Truppen aus der Stadt. Bis zum Juli 1919 befanden sich dann noch Landstriche Ostgaliziens unter der Herrschaft dieser in Stanislaw amtierenden Regierung.

Die Einrichtung der Ungarischen Räterepublik und das ungewisse Schicksal der ZUNR führten dazu, daß die neugegründete Tschechoslowakei den Ruthenen der Karpatho-Ukraine am attraktivsten erschien und die Entente bereits am 3. März 1919 ihre Zustimmung zum Anschluß dieses Gebiets an die ČSR gab. Damit war aber auch klar, daß es trotz dem förmlichen Zusammenschluß von ZUNR und UNR im Januar 1919 keinen gesamtukrainischen Nationalstaat geben würde.

Im Januar 1919 entsandte das Direktorium der UNR diplomatische Missionen in eine Reihe von europäischen Hauptstädten. Aber nur ein Teil dieser Diplomaten war »echt«. Als es klar geworden war, daß eine neuerliche Auseinandersetzung mit den Bol'seviki ohne deutsche Unterstützung anstand und daß nur die galizischen Truppen

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 15-16.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 18.

<sup>9</sup> Vgl. K. Levyčkyj, Velykyj Zryv, S. 129-146.

nennenswerten Widerstand leisten würden, versuchten möglichst viele Nationalukrainer das Land zu verlassen. Sich einer diplomatischen Mission anzuschließen, war dabei die angenehmste Möglichkeit – und man wahrte den Schein, seinen Staat nicht im Stich zu lassen. Die zweitbeste war ein »Auslandsurlaub«, eine unter den Bedingungen der Direktoriums-UNR nun wirklich makabre Rationalisierung. Dorošenko schrieb sarkastisch, es sei offenbar eine besondere »Kur- und Erholungsaison im Januar« ausgebrochen. Aber allgemein war der Eindruck, die ukrainische Sache sei sowieso verloren. Ebenso wenig machte man sich Gedanken darüber, ob die Staaten, in die die Missionen gesandt wurden, jene überhaupt akzeptieren würden. Einmal in Wien angekommen setzten sich manche Kurzzeitdiplomaten, die ihre Familien übrigens mitnehmen konnten, von den Delegationen ab.

Der UNR-Außenminister Čechovskij gestand Dorošenko, er wolle möglichst viel ukrainische Intelligenz nach »Europa« bringen, damit diese dort für die ukrainische Sache agitieren, und er statte daher diese »Diplomaten« auch üppig mit Staatsgeldern aus, die sonst den Kommunisten in die Hände fallen würden. So paßt also Dorošenkos Kritik an den ukrainischen »Diplomaten«, die in Wiener Restaurants großzügig feierten, zu den Konditionen dieses seltsamen »diplomatischen Exodus«. Gleichzeitig war diese »getarnete Evakuierung« (Dorošenko) auch zumindest partiell konstitutiv für die Inflation ukrainischer »Repräsentanten« im Mittel- und Westeuropa der Zwischenkriegszeit.<sup>10</sup>

Auch Dorošenko fand für sich eine neue Aufgabe. Er war als Hochschullehrer der Universität Kam'janeč Podil'skij nach Wien gekommen, um eine Druckereiausstattung zu kaufen. Zurückkehren in das von allen Seiten bedrohte (aber noch nicht eroberte) Kam'janeč mochte er dann nicht mehr und ging dafür als Leiter einer Mission des Ukrainischen Roten Kreuzes nach Belgrad.<sup>11</sup> Jevhen Onačkyj (1894-1979) und seine Ehefrau Nina (1895-1983) sollten der ukrainischen Delegation in Paris angehören. Sie erhielten jedoch kein französisches Visum, weil Frankreich keine Riesendelegationen wünschte. Hier war nun Lypyn'skij als Gesandter hilfreich. Er stellte dem Journalisten, Rada-Beamten und Philologen einen Paß aus, der ihn als Agronomen auswies, damit dieser ein argentinisches Visum beantragen könne. Was der Begünstigte in seinem Buch so harmlos schilderte, ist einer der Gründe dafür, daß das Vertrauen in die ukrainischen Staatsreisenden eher begrenzt war.<sup>12</sup>

Die Wirkung solcher Repräsentanten war verheerend: Man berichtete genüsslich, wie die Abgesandten ihre Gelder in Galizien und den mitteleuropäischen Hauptstäd-

<sup>10</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*. Bd. 3, L'viv 1923, S. 120-121; Bd. 4, L'viv 1924, S. 3-4, 49. Kovalevskij, der Landwirtschaftsminister der UNR, kam selber 1919 nach Wien. Er beschrieb in seinen Memoiren die Wiener Emigration als »künstlich fern vom wirklichen Leben«. Sie habe sich in Illusionen erschöpft – die Wiener Zeit sei die »Liquidationsperiode der ukrainischen Emigration« gewesen (Mykola Kovalevskij, *Pry džerelach borot'by*. Innsbruck 1960, S. 595-596).

<sup>11</sup> Kyrylo Haluško, »Peredmov«, in: Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 3-25, hier S. 16. Dorošenkos Emigrantenschicksal ist geradezu typisch: Er strandete in Wien, wurde, solange das Geld reichte, vom Ukrainischen Roten Kreuz auf Missionen geschickt, lebte von Oktober 1921 bis Mitte 1922 in Berlin und ging dann in die Tschechoslowakei, wo er zunächst nur an den ukrainischen Hochschuleinrichtungen lehrte.

<sup>12</sup> Vgl. Jevhen Onačkyj, *Po pochylij ploščì*. Bd. 1, München 1964, S. 5-6. – Schließlich landete Onačkyj als ukrainischer Diplomat in Rom. Tatsächlich emigrierte er erst nach dem Zweiten Weltkrieg nach Argentinien.



ten durchbrachten.<sup>13</sup> Während die Emigrationsliteratur die diplomatischen Missionen ziemlich lange aufzuwerten versuchte, hat inzwischen eine kritischere Haltung um sich gegriffen. Markuš stellte etwa fest, daß bis auf die Warschauer Mission 1920 keine der ukrainischen Vertretungen mehr einen »vollen Status« besaß, auch wenn einige Regierungen de facto Kontakte mit ihnen aufrechterhielten.<sup>14</sup> Zwei Beispiele sollen dies illustrieren. Das deutschösterreichische Außenministerium (Staatsamt des Äußeren) kapitulierte in einem Rundschreiben an seine Vertretungen:

»Die verschiedenen Regierungen, welche teils nacheinander, teils nebeneinander in den von Ukrainern bewohnten Teilen des einstigen russischen Reiches und der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, haben bei diversen Anlässen Bevollmächtigte ins Ausland entsendet, deren Mandat und Stellung nichts weniger als geklärt erscheint. In manchen Fällen sind sogar für ein und dieselbe ukrainische Regierung mehrere Vertreter aufgetaucht, ohne daß es möglich ist, deren Vollmacht und Wirkungskreis festzustellen.«<sup>15</sup>

Und der britische Diplomat Lindley schrieb seinem Außenminister George Nathaniel (Lord) Curzon (1859-1925) 1920 angesichts der Vielzahl ukrainischer Repräsentationen:

»I have always refused to see these persons or to recognize them as in any way having a diplomatic status; since I have never been able to understand what government they represent.«<sup>16</sup>

Die Deutschen versuchten dagegen, einen Überblick zu behalten. Die Tschechoslowaken sahen (wie zeitweise die Polen) in manchen dieser Vertreter politisch nützliche Instrumente. Den größeren Ententemächten aber schienen solche Kontakte zumeist entbehrlich, da Nationalukrainer als deutsche Propagandaerfindung galten. Die wenigen soliden Repräsentanten wurden zudem von ihren etwas weniger reputierlichen Kollegen desavouiert.

Denn natürlich gab es nicht nur angebliche Diplomaten. Lypynskyj in Wien, der mit Masaryk Kontakte aufzunehmen versuchte, und Mykola Porš in Berlin waren wirklich welche. Die UNR erhoffte sich diplomatische Anerkennung durch die Neutralen und die Entente, und so reisten auch Delegationen nach England, den Niederlanden, Frankreich, Italien, in die neuen Staaten Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und in den SHS-Staat.<sup>17</sup> In die Niederlande ging als Missionschef Andrij Jakovliv. Nach der formalen Vereinigung von UNR und ZUNR im Januar 1919 wurden die meisten

<sup>13</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S.78-79, 152-153.

<sup>14</sup> Vasył' Markuš, »Ekzyl'nyj urjad Ukraïnskoï Narodnoï Respubliky v mižvojenyj period (1921-1939), Sučasnist', H. 11, 1986, S. 70-84, hier S. 73. Caroline Milows Versuch, den diplomatischen Verkehr über die Ukraine in diesen Jahren darzustellen, scheiterte daran, daß sie trotz der Fiktionalität zahlreicher diplomatischer Aktivitäten versuchte, dahinter jeweils eine realistische Staatspolitik zu erblicken. Vgl. Caroline Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie. Wiesbaden 2002.

<sup>15</sup> Staatsamt für Äußeres Wien an Vertretungen in Berlin, Bern, Den Haag, Kopenhagen und Stockholm, 7. 3. 1919, Österreichisches Staatsarchiv Wien, Neues Politisches Archiv 787, Liasse Ukraine 7/III, zit. nach Milow, Die ukrainische Frage, S. 172-173.

<sup>16</sup> Lindley an Lord Curzon, 3. 6. 1920, British Foreign Office Vo. 3967, reel 12, 1919, zit. nach ebd., S. 446.

<sup>17</sup> Meissner an AA, 21. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

separaten ZUNR-Vertretungen geschlossen und ihr Personal arbeitete in den UNR-Missionen mit. Nur in Wien blieb wegen der besonderen Verhältnisse eine ZUNR-Repräsentation bestehen.<sup>18</sup> Nach dem Bruch zwischen UNR und ZUNR im Frühjahr 1920 wurden auch andere Repräsentanten wieder tätig.

Onačkyj schilderte in seinen Erinnerungen, wie die Vertretungen verfielen. In Rom, wo er Mitarbeiter des Pressebüros wurde, rivalisierten sein Chef Mychajlo Jeremjiv (1888-1975) und der Missionsleiter Dmytro Antonovyč (1877-1945)<sup>19</sup> miteinander bis zur Immobilität der ganzen Vertretung. Als das Geld 1920 ausging, suchten sich die »Staatsmänner« andere Betätigungsfelder – Antonovyč versuchte zum Beispiel vergeblich, in Paris eine UNR-Gegenregierung aufzubauen. Im Juni 1920 übergab das Direktoriumsmitglied Fedir Šveć (1882-1940) Onačkyj die Missionsleitung – der konnte sie nebenamtlich betreiben. Hauptamtlich arbeitete er als Journalist, und in der Mission richtete er eine Pension ein. Im Laufe des Jahres gaben alle Pseudoregierungen auf, und an den verschiedenen Orten blieben diejenigen übrig, die zufällig dort gestrandet waren.<sup>20</sup>

Für die Lage in der Tschechoslowakei war dessen gutes Verhältnis zu Tomáš Masaryk und wie in Deutschland die antipolnische Note dafür ausschlaggebend, daß der ukrainische Vertreter Maksym Slavynskyj (1868-1945) »mit einem ganzen Stab von Beamten« akzeptiert wurde.<sup>21</sup>

Der von dem Lemberger Redakteur und ZUNR-Außenminister Vasyľ Panejko (1883-1956), dem Verkehrsminister Hryhorij Sydorenko (1874-1924) und dem Rada-Außenminister Oleksander Šul'hyn geleiteten Mission für die Pariser Friedenskonferenz gehörten daneben Arnol'd Margolin und zunächst auch Jevhen Levyčkyj an, den man jedoch bald abberief, weil er als zu deutschfreundlich galt.<sup>22</sup> Die Delegation war sehr groß – zu ihr gehörten Geographen und Historiker wie Stepan Tomašivskyj (1875-1930), der seine Theorie von der historischen Genese des ukrainischen Staates und Volkes aus dem Nukleus Galizien-Wolhynien (im Unterschied zur Ruš-These Hruševskyjs) propagierte.<sup>23</sup> Vieles hing in Paris von persönlichen Kontakten und der Propaganda ab. Das wußten alle.<sup>24</sup>

<sup>18</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 149-150.

<sup>19</sup> Dmytro A., der Sohn des Historikers Volodymyr Antonovyč, war Kunsthistoriker, dann einer der Begründer der Ukrainischen Freien Universität.

<sup>20</sup> Vgl. Onačkyj, Po pochylij plošči. Bd. 1, S. 17, 42, 125; ders., Bd. 2, München 1969, S. 191.

<sup>21</sup> von Gebattel, Deutsches Konsulat Prag, an AA, 13. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>22</sup> Ivan Kedryn-Rudnyčkyj diagnostizierte zwei politische Konzepte der UNR: Während Šul'hyn für die französisch-polnische Option stände, meinte er in dem Gespann Vasyľ'ko – Margolin – Smal'-Stočkyj die »englisch-deutsche Konzeption« zu erkennen (vgl. Ivan Kedryn-Rudnyčkyj, »Roman Smal'-Stočkyj jak polityk i diplomat«, in: Vasyľ Lev/Matvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdecjatyričžja narodyn Romana Smal'-Stočkoho. New York u.a. 1963, S. 24-35, hier S. 25).

<sup>23</sup> Vgl. Stepan Tomašivskyj, Istorija Ukraïny. Lviv 1919. Vergleiche mit polnischen Historikern, die zum Gebrauch in Paris Werke über die Bedeutung Danzigs für Polen verfaßten, sind durchaus zulässig.

<sup>24</sup> Margolin wies etwa Haas bei der Übergabe eines Berichts der Sozialföderalisten über die Skoropadskyj-Zeit darauf hin, dieser sei »für die Entente geschrieben« und müsse »entsprechend gewürdigt werden« (Haas an AA, 25.7.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 34).

Die Ukrainer vertraten ihre Sache jedoch schlecht – ihre Argumentation war dilettantisch. Šul'hyn vermerkte selbstkritisch: »Die Delegation in Paris war unnötig zahlreich, sehr teuer und insgesamt sehr wenig wert.«<sup>25</sup> Sydorenkos Noten verdrehten die Realität in einer Weise, die selbst wenn man berücksichtigt, daß alle Vertretungen parteiisch argumentierten, erfolglos sein mußte. Über die deutschen Truppen 1918 hieß es etwa:

».. ayant envoyé en Ukraine des forces militaires pour détruire l'indépendance et la souveraineté de la République Ukrainienne et former la Russie unie et indivisible...«<sup>26</sup>

Dabei war die UNR anfangs von den Deutschen gerettet worden. Deutschland wurde also ein Ziel unterstellt, das dessen Randstaatenpolitik widersprach und – genau das Ziel der Ententemächte war, die Anfang 1919 noch die »Weißen« unterstützten. Daß Skoropadskyj als deutscher »agent« bezeichnet wurde und seine Herrschaft als deutsch installierte »dictature« war zwar nicht falsch, aber gerade die Franzosen hatten zuvor angedeutet, sich mit diesem »Diktator« gerade noch eben abfinden zu können. Die Fiktion eines Volksaufstands gegen die Deutschen und einer angeblichen Kapitulation der Deutschen vor den Direktoriumstruppen überzeugte ebensowenig.<sup>27</sup> Während Frankreich für die »Weißen« eintrat, erklärte Sydorenko:

»Il est nécessaire de remarquer que l'ancienne Russie [...] fut toujours sous une forte et directe influence allemande, qui soutenait toujours la Russie unie et indivisible dans sa lutte contre les efforts séparatistes des peuples allogènes de l'ancienne Russie.«<sup>28</sup>

Daß die Entente einen cordon sanitaire zwischen Deutschland und einem bolschewistischen Rußland anstrebte, motivierte Sydorenko, hierfür die Ukraine anzubieten, ein Vorschlag, dessen Fragwürdigkeit ein kurzer Blick auf die Landkarte belegt hätte.<sup>29</sup> Und wieso sollten die Ententemächte die Ukraine für eine Barriere gegen Deutschland halten? Nur weil die Delegation versuchte, sich bei jeder Sensibilität als Gegner Deutschlands und Rußlands zu profilieren? Dorošenkos Wertung war eindeutig:

»Es ist natürlich schade um unsere Selbständigkeit, [...] aber was will man machen; Wenn wir uns so vor Europa präsentieren, wie dies der dortige Vorsitzende unserer Mission gemacht hat, dann ist klar, daß wir noch nicht zur Selbständigkeit erwachsen sind, und es hat keinen Sinn sich über irgendjemanden zu beklagen, denn schuld sind wir selber und nur wir.«<sup>30</sup>

Allerdings hätte wohl auch eine geschicktere Argumentation wenig gebracht. Die Entente war auf die Rekonstruktion Rußlands fixiert, und die Unabhängigkeit der

<sup>25</sup> Oleksander Šul'hyn, *Bez terytorii*. Paris 1934, S. 76.

<sup>26</sup> Sydorenko an Président de la Conférence de la Paix, 10. 2. 1919, in: *Notes présentées par la délégation de la République Ukrainienne à la Conférence de la Paix à Paris*. Paris 1919, S.5-8, hier S.6.

<sup>27</sup> Ebd., S. 6-7: »A partir de ce moment commença dans toute l'Ukraine une lutte acharnée du peuple Ukrainien contre les troupes allemandes. Bien que les Allemands l'aient appelée une 'petite guerre', elle ne leur coûta pas moins beaucoup de victimes. [...] Le 15 décembre 1918 [...] Kiev tomba entre les mains du Gouvernement Ukrainien après la capitulation de 12.000 Allemands, qui servaient de garde à Skoropadsky«.

<sup>28</sup> Sydorenko an Président de la Conférence de la Paix, 12. 2. 1919, in: *Notes présentées*, S.12-15, hier S. 14.

<sup>29</sup> Ebd., S. 14: »La République Indépendante Ukrainienne [...] constitue une forte barrière séparant la Russie de l'Allemagne, barrière qui ne leur permettra pas de se réunir«.

<sup>30</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 3.9.1919, in: *Lypynskyj*, Archiv, Bd. 6, Dok. 10, S. 16.

Ukraine war durch deren Nexus mit der deutschen Politik desavouiert. Die Polen hatten es darüber hinaus verstanden, die Beteiligung österreichischer Offiziere an den westukrainischen Kämpfen Ende 1918 so darzustellen, als ob es sich hierbei um einen Versuch gehandelt hätte, die österreichische Herrschaft über Ostgalizien zu erhalten.<sup>31</sup> Die Ukrainische Galizische Armee (UHA) hatte personell einen engen Bezug zur k. u. k. Armee. Kerntruppen wurden von deutsch-österreichischen Offizieren und Generälen wie Oberst i.G. Alfred Schamanek (Stabschef des II. Korps) (1883-1920), Generalleutnant Arnold Wolff (Kommandeur des II. Korps) (1877-1924), Generalleutnant Anton Kraus (Kommandeur des III. Korps) (1871-1945), Oberstleutnant Alfred Bisanz (Kommandeur der 7. Brigade) (1890-1950) und Hauptmann Hans Koch (als Chef der Operationsabteilung des II. Korps) (1894-1959) geführt. 1942 verwies Dumin darauf, daß »die gewesenen österreichischen Offiziere deutschen Volkstums in allen Kommandos und militärischen Behörden [der UHA] anzutreffen waren.« Insgesamt habe es sich um 300 bis 350 deutschösterreichische Offiziere (10% der UHA-Offiziere) gehandelt, bei deren Posten »es sich in den meisten Fällen um sehr wichtige Stellen handelte.«<sup>32</sup> Der Vorwurf, die Interessen der Mittelmächte zu vertreten, ließ sich also leicht substantiieren.<sup>33</sup>

Roman Dmowski, der Polen in Paris vertrat, gab am 29. Januar 1919 den Tenor vor: Die Ukrainer, mit denen die Polen Krieg führten, nannte er »Banden«, deren durch die Österreicher angeblich geförderte Grausamkeiten er herausstellte.<sup>34</sup> Eine Ukraine hätten sich die Deutschen nur ausgedacht und mit viel Geld unterstützt, um ein kleines Polen durch die Ukraine und durch Litauen, das auch nur durch deutsche Intrigen entstanden sei, zu ersticken.<sup>35</sup> Überhaupt würde die Anerkennung der ukrainischen Staatlichkeit durch den Völkerbund nur die Aufnahme von »organisierter Anarchie« bedeuten. Anders als Litauern wollte Dmowski Ukrainern nicht einmal Autonomie zugetehen. Ein westukrainischer Staat sei schon deswegen undenkbar, weil es in Ostgalizien zwar eine »ruthenische« Mehrheit, aber keine Ukrainer in »freien Berufen« gebe, die Polen würden aber den Ruthenen (rusini) »Unabhängigkeitsgarantien« ge-

<sup>31</sup> Vgl. die Versuche, diese These zu bekämpfen bei Osyp Dumin, »Avstrijska intryga i listopadovyy perevorot«, Litopys' Červonoj Kalyny 1933, H.7-8, S.13-18. – Dumin nennt angesichts dessen die Unterstützung für Polen »nur eine logische Konsequenz dieser Vorstellungen«. Bei den Österreichern in der UHA handelte es sich um demobilisierte Offiziere, die ein neues Betätigungsfeld suchten.

<sup>32</sup> Osyp Dumin, »Deutsche in der ukrainischen Armee 1917-1920«, Volksforschung 5 (1942), S. 37-49, hier S. 42-47.

<sup>33</sup> In diesem Kontext ist der Vorwurf Nazaruks an die UNR, sie habe zuviel Angst vor der Entente gezeigt und deshalb keine bedeutenden deutschen Generäle in ihre Armee aufgenommen, abwegig. Die UHA hat sehr wohl österreichisches Personal auf hohem Niveau eingesetzt, dabei zwar auch keine größeren Erfolge erzielt, aber das ukrainische Image bei der Entente vollends zerstört (vgl. Osyp Nazaruk, Do Istorii Revolucijnoho času na Ukraïni. Winnipeg 1924, S. 17). Vgl. auch Milow, Die ukrainische Frage, S. 328-329. Die Ukrainer suchten dabei die Beteiligung von Offizieren deutscher Nationalität abzustreiten oder kleinzureden, die Polen hatten das gegenteilige Interesse. Richtig ist aber, daß die österreichischen Offiziere nicht von einer deutschsprachigen Regierung entsandt waren, sondern nach dem Zerfall des Habsburgerstaates ein neues Betätigungsfeld suchten (vgl. Pisuliński, Nie tylko Pełura, S. 70).

<sup>34</sup> Protokoll der Sitzung des Rats der Zehn, 29. 1. 1919, nach Remigiusz Bierzanek/Józef Kukulka (Hg.), Sprawy polskie na Konferencji Pokojowej w Paryżu w 1919 r. Bd. I, Warszawa 1965, Dok. 10, S. 45-56, hier S. 49.

<sup>35</sup> Ebd., S. 51.

ben.<sup>36</sup> Vor seinen Parteigängern im Nationalkomitee nannte Dmowski am 15. Februar seinen eigentlichen Beweggrund: »Die Entstehung eines ukrainischen Staates würde für Polen den Verlust Ostgaliziens bedeuten. Wir sind deshalb absolute Gegner der Schaffung eines ukrainischen Staates«. In der Aussage, daß man gegen einen ukrainischen Staat »war, ist und sein wird«, »weil es dort Einflüsse Deutschlands gibt«, blieb er konsistent.<sup>37</sup>

Auch sonst bestimmte dieser Ton den polnischen Diskurs. Der nationaldemokratische Abgeordnete Stanisław Grabski (1870-1949) trug am 27. März 1919 im polnischen Sejm nicht nur vor, daß die Führer des ukrainischen Militärs »österreichische Offiziere deutscher Herkunft« seien (was partiell stimmte), sondern daß die ukrainischen Truppen nicht einmal mehr von einem Galizier, sondern von einem »in Kiew durch die Deutschen gezüchteten Menschen, Petlura« geführt würden.<sup>38</sup> Und Ministerpräsident Ignacy Paderewski drückte sich an gleicher Stelle nur wenig dezenter aus: Das ukrainische Militär, das er barbarischer Taten bezichtigte, sei nicht vom ukrainischen Volk geschaffen worden, »andere schufen es für dieses« – und Zurufe präzisierten »Tschechen und Deutsche«. Die »Expedition« (wyprawa) in Ostgalizien sei daher kein Krieg, sondern eine »Aktion gegen Banditen«, von denen man auch die Ruthenen befreien müsse.<sup>39</sup> Gegenüber dem Viererrat beteuerte Paderewski, die Ruthenen in Galizien seien gar keine Ukrainer, dort gebe es aber deutsche und österreichische Einflüsse.<sup>40</sup>

Margolin meinte, in Paris hätte man sich eher mit Großbritannien und liberalen Kreisen Großrußlands verständigen können als mit dem polenfreundlichen Frankreich, das den Ukrainern rundweg mißtraute.<sup>41</sup> Auch als der US-Außenminister (secretary of state) Robert Lansing (1864-1928) am 30. Juni 1919 in Paris den ukrainischen Repräsentanten eröffnete, sie sollten sich den »Weißen« um Admiral Aleksandr Kolčak (1873-1920) anschließen, und keinen Zweifel daran ließ, daß er die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung »in bedeutendem Maße für ein Resultat österreichischer und deutscher Propaganda« hielt, zeigten sich die Ergebnisse der Revolutionierungspolitik der Mittelmächte.<sup>42</sup> Nur trafen sie Politiker, die mit den Deutschen ursprüng-

<sup>36</sup> Ebd., S. 54-55.

<sup>37</sup> Vgl. Pisuliński, *Nie tylko*, S. 107.

<sup>38</sup> Vgl. Bierzanek/Kukułka, *Sprawy polskie*, Bd. 1, Dok. 34, S. 147-153, hier S. 151.

<sup>39</sup> Ignacy Paderewski auf der Sejm-Sitzung vom 22. 5. 1919, Bierzanek/Kukułka, *Sprawy polskie*, Bd. 1, Dok. 43, S. 178-185, hier S. 185.

<sup>40</sup> Stenogramm der Sitzung des Viererrats, 5. 6. 1919, Bierzanek/Kukułka, *Sprawy polskie*, Bd. 1, Dok. 49, S. 212-221, hier S. 215. Noch 1923 gab die Koalitionsregierung der Bauernpartei »Piast« und der Nationaldemokraten unter Wincenty Witos eine Anweisung an die Staatsbehörden aus, den Begriff »Ukrainer« auf die Bewohner der Gebiete östlich der polnischen Grenzen zu beschränken. Allerdings setzte sich diese Trennung nur in rechten Kreisen durch (Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 34).

<sup>41</sup> Haas an AA, 25. 7. 1919, PAAA, *Ukraine Nr.1 Allgemeines*, Bd. 34. – Diese Vorstellung blieb auch weiter bestehen. Im April 1921, also nach dem Rigaer Frieden, schlug Sydorenko, nunmehr UNR-Gesandter in Wien, von Rosenberg vor, Deutschland und Großbritannien sollten sich »finden«, weil Großbritannien im Gegensatz zu Frankreich ein aufgeteiltes Rußland einem ungeteilten vorzöge. Von Rosenberg fand dies »weder neu noch überraschend«, ging aber nicht weiter auf den Vorschlag ein (Deutsche Gesandtschaft Wien an AA, 16. 4. 1921, PAAA, *Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland*, Bd. 1.).

<sup>42</sup> So heißt es in einer Notiz der zuständigen Abteilung des US-Außenministeriums vom März 1919: »It is of course a fact that the separatist movement in the Ukraine owes its origin to Austrian propaganda several years ago [...]«. Und Lansing telegraphierte am 8. 11. 1919 an die Botschaft in

lich wenig im Sinn hatten; für die Rettung ihrer Reputation war es dennoch zu spät. Die Entente-Mächte fielen für die UNR so als diplomatische Verbündete aus. Was blieb übrig? Margolin wandte sich an den badischen DDP-Abgeordneten Ludwig Haas (1875-1930) und versuchte, Deutschland für die Unterstützung der UNR zu gewinnen.<sup>43</sup> Das war einerseits zwecklos, andererseits bestätigte es die alliierten Verdachtsmomente.

Im August 1919, nachdem die Kritik an Sydorenko unüberhörbar geworden war, berief Petljura auf Šul'hyns Vorschlag Tyškevyč zum Leiter der Pariser Delegation. Der war inzwischen UNR-Gesandter beim Heiligen Stuhl und suchte nun Unterstützung bei katholischen Rechtskreisen, was zum einen mißlang, zum anderen die bisherigen geringen Erfolge der weniger konservativen ukrainischen Vertreter zerstörte. Der Entente war Tyškevyčs Finanzierung durch die Deutschen im Weltkrieg wohlbekannt, was trotz seinen nun für die Presse vorgetragenen antideutschen Tiraden nicht gerade das Ansehen der Delegation förderte.<sup>44</sup> Binnen kurzem geriet er mit den anderen ukrainischen Repräsentanten in Paris in Streit, was die Delegation vollends immobilisierte.<sup>45</sup>

Die Suche nach Unterstützern in London war ebensowenig erfolgreich. Die britische Regierung setzte 1919 auf die »Weißen« in Rußland, die Labour Party war von den Bolševiki angetan, und die ukrainische Nationalbewegung galt als eine »deutsche Angelegenheit«, seit dem Pakt Petljuras mit Piłsudski im April 1920 auch als eine polnische, was nicht viel besser war. Andererseits war die britische Diplomatie ebenso pragmatisch wie einst die deutsche: So soll der Leiter der Britischen Militärmission in Polen General Adrian Carton de Wiart (1880-1963) dem Leiter der UNR-Militärmission in Warschau, General Viktor Zelinškyj, erklärt haben, die Ukraine solle belegen, daß sie Getreide besitze und es der Entente liefern könne, dann werde die britische Regierung die Ukraine sofort anerkennen.<sup>46</sup>

Das AA stand allen weiteren Kontakten zu UNR-Stellen abwartend gegenüber: Wipert von Blücher (1883-1963), der Randstaatenreferent, warnte davor, den Minister Margolin zu überschätzen. Er sei »ein geschäftiger russischer Jude«, der sich nur für die Ukraine engagiere, weil »er glaubt, die Stellung der Juden würde in einem in Einzelstaaten aufgelösten Rußland eine bessere als in einem wiederhergestellten Großrußland sein.«<sup>47</sup>

Eine einheitliche ukrainische Taktik gab es nie. Lypynškyj soll auf den Gedanken gekommen sein, zusammen mit Doncov nach Paris zu fahren und dort gegen die

---

London: [...] you are informed that reports coming to the Department from American observers in the Ukraine support the view that the Ukrainian movement for independence is not justified by ethnological or economic facts. It is in large part the result of Austrian and German propaganda.« Zit. nach Oleh V. Gerus, »Ukraina v opynii amerykanskoho urjadu 1919-1927 rokiv«, *Ukrainškyj Istoryk*, Kent OH 1974, S. 205-211, hier S. 207-208; vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 158.

<sup>43</sup> Haas an AA, 25. 7. 1919, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 34. – Margolin hatte Haas im Sommer 1918 kennengelernt (Arnol'd Margolin, *Ukraina i politika Antanty*. Berlin 1929, S. 201).

<sup>44</sup> Vgl. Margolin, *Ukraina*, S. 166.

<sup>45</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 155-156; Margolin, *Ukraina*, S. 163.

<sup>46</sup> Bericht des General Zelinškyj, 14.9.1920, CDAVO Kiew, Fond 3696, Op.2, Akte 604, Bl.8; T. Hunčak (Hg.), *Ukrainska revolucija 1919-1921*. Dokumenty, New York 1984, Dok. 48, S.217-219; Bruski, Petlurowcy, S. 195.

<sup>47</sup> Vermerk von Blücher, 4. 8. 1919, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 34.

»Kiewer Operette, die Vynnyčenko begonnen hatte«, Politik im Namen der unter dem Het'man-Regime gegründeten Bauernpartei zu machen.<sup>48</sup> Dann wurde aber Sydorenko, den man in Paris gern loswerden wollte, aus der Liste der dortigen ukrainischen Vertreter gestrichen, und Lypynskyj konnte ihm im Juli 1919 seinen Wiener Gesandtenposten übergeben.<sup>49</sup> Dorošenkos herbe Kritik an dem Eindruck, den die Ukrainer in Paris hinterlassen hatten, ist sicher nicht unbegründet gewesen: Er hielt es in seinen Memoiren im Nachhinein für besser, man hätte gar keine Delegation nach Paris entsandt. Sollten die Franzosen doch denken, was sie wollten, selbst das wäre besser als der Eindruck, den die ukrainischen Vertreter hinterlassen hätten.<sup>50</sup>

Ganz unrecht hatten natürlich die Entente-Vertreter nicht: Tatsächlich waren die meisten ukrainischen Repräsentanten deutschfreundlich. Der Jurist und ehemalige Reichsratsabgeordnete Stanyslav Dnistrjanskyj (1870-1935) schrieb 1919: »Wir waren nie erklärte Verbündete der Deutschen, können aber nicht gegen sie auftreten, weil sie unser Recht auf selbständige staatliche Entwicklung anerkannt haben.«<sup>51</sup>

Die ukrainischen Staatsgründungen blieben ephemere. Dennoch gaben sich 1919 die Ukrainer noch optimistisch. Die Vereinigung der nationalbewußteren Westukraine mit der Ostukraine schien nicht nur Solf für die Fortexistenz der UNR günstig, auch Smal'-Stočkyj erklärte dem AA als Geschäftsträger der ZUNR im Januar 1919, nun sei der »Siegeslauf der ukrainischen Staatsidee« im Gange, man werde die »ukrainische Staatsidee in die breiten Massen der ukrainischen Bevölkerung [...] tragen« und vor allem dafür eintreten, »daß jedes Liebäugeln mit dem Gedanken einer Wiedervereinigung mit Rußland, in welcher Form es auch sei«, aufhöre.<sup>52</sup>

Wie gestaltete sich das Verhältnis zu Deutschland? Smal'-Stočkyj bot Hauptmann von Lübbes, der die »Gefangenenarbeit« geleitet hatte, an, ihn zu einem ukrainischen General zu ernennen.<sup>53</sup> Auch wenn daraus nichts wurde, ist dies ein Beispiel dafür, wie die deutschen Aktivitäten des Ersten Weltkriegs sich in der Zwischenkriegszeit auszuwirken begannen und die Phantasie der Ukrainer auf die Erfahrungen der Kriegsjahre zurückgriff. Daß dies prekär war, wußte auch der zum Diplomaten avancierte Smal'-Stočkyj: »Wir laufen in der Welt mit deutschem Stempel herum[,] und das schadet uns im Augenblick sehr«. Aus diesem Grunde meldete er beim AA schon einmal an, daß die Nationalukrainer sich nun ententefreundlich geben würden. Da die Entente die Ukraine »wirtschaftlich ausplündern« wolle, könnten jedoch die Ukrainer »keine besondere Liebe für die Entente empfinden«.<sup>54</sup> Und aufschlußreich war, daß er gleich-

<sup>48</sup> Vgl. Doncov, *Rik* 1918, S. 103.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 104.

<sup>50</sup> Dmytro Dorošenko, *Moï spomyny pro nedavne-mynule*, S. 493.

<sup>51</sup> Stanyslav Dnistrjanskyj, *Ukrainci Čechům*. Praha 1919, S. 11, zit. nach Krzysztof Lewandowski, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*. Wrocław 1974, S. 82.

<sup>52</sup> AA, Russisches Lektorat, »Eine Unterredung mit dem Geschäftsträger der westukrainischen Republik«, 31. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> In Prag erklärte er dem deutschen Konsul, die ukrainische Mission in Paris könne »nicht so für die deutschen Interessen eintreten, wie sie vielleicht möchte, denn gegenwärtig sei es für jedes Volk notwendig, sich den Stempel innigster Ententefreundschaft selbst aufzudrücken, wenn es Erfolge erzielen wolle« (von Gebattel, Deutsches Konsulat Prag, an AA, 13. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31).

zeitig erklärte, man müsse nun »auf die Entente Rücksicht nehmen, denn sie ist für uns jetzt das, was Deutschland vordem war«. <sup>55</sup> Sollte irgendjemand die verwegene Vermutung gehabt haben, das deutsch-ukrainische Verhältnis sei von »Affinität« geprägt gewesen, dann erfolgte hier die Klarstellung, daß die deutsch-ukrainischen Kontakte von durchaus nachzuvollziehenden Opportunitätserwägungen bestimmt waren.

Auch Smal'-Stočkyjs weiterer Vortrag war signifikant: Eine Kritik am deutschen Militär (das ja nun scheinbar entmachtet war) verband er mit einem Werben um die neue Republik, die allerdings beim AA nicht ganz so beliebt war, wie er meinen mochte:

»Zwar hat die deutsche Okkupation, besonders das Verhalten des deutschen Militärs, dem deutschen Namen einen ungeheuren Schaden zugefügt und einen Hass bei dem einfachen Manne gegen den »Onkel in der eisernen Mütze« hinterlassen, aber die deutsche Revolution hat Deutschland gewaltig rehabilitiert. Wir fühlen uns jetzt dem deutschen Volke näher gebracht, von dem wir Befruchtung unserer Kulturentwicklung erwarten.« <sup>56</sup>

Die Umstellung, die wir bereits bei Rohrbach kennengelernt haben, belegt die Leichtigkeit, mit der die jeweils opportun erscheinenden Vorgaben erfüllt werden konnten. Dies ist in einer Textwissenschaft wie der Historiographie besonders bedeutsam, weil so die Notwendigkeit der politischen Kontextualisierung ganz deutlich wird.

In bezug auf den oben angesprochenen Text könnte man glauben, Smal'-Stočkyj begrüße die republikanischen oder gar revolutionären Verhältnisse in Deutschland: In Wirklichkeit ging es jedoch Smal'-Stočkyj um nichts anderes als Jevhen Levyčkyj 1915 – er drückte sich allerdings zeitgemäß aus. So erklärte er, einmal in Fahrt, die »Weltrevolution, wenn auch nicht unbedingt in bolschewistischem Sinne«, müsse kommen. Und seine Folgerung war: »Wenn sie siegt, dann gelangt Deutschland wieder zur Geltung, insbesondere im Osten.« <sup>57</sup> Müßig wäre es, die Realitätsnähe oder -ferne solcher Aussagen zu bewerten und sich Gedanken darüber zu machen, was für eine Revolution er denn gemeint haben könnte. Allein signifikant ist hier, daß Smal'-Stočkyj seine Haltung mit der neuen Lage und ihrer Terminologie stimmig machte. Da die Entente als Förderer Polens auftrat, lag es im Interesse des ukrainischen Politikers, Deutschland nicht auch noch in deren Lager gleiten zu lassen. Folglich meinte er: »Deutschland würde ungemein an Achtung im Osten gewinnen, wenn es sich weigerte, die Unterschrift unter das Diktat [eines Friedensvertrags] zu setzen.« <sup>58</sup>

Smal'-Stočkyj wußte seine Vorstellungen zu konkretisieren. In einem Gespräch mit dem deutschen Konsul in Prag entwickelte er die Vision einer neuen Teilung Polens zwischen Deutschland, der Tschechoslowakei und der Ukraine:

»Er sagte, es werde der Moment kommen, wo Deutsche, Tschechen und Ukrainer die nächste Teilung Polens durchführen würden. Die Polen seien nun einmal ein Volk, das nicht selbständig existieren könne.« <sup>59</sup>

<sup>55</sup> AA, Russisches Lektorat, »Eine Unterredung mit dem Geschäftsträger der westukrainischen Republik«, 31. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>56</sup> Ebd. – Ähnlich eine Äußerung in Prag (von Gebattel an AA, 13. 2. 1919, ebd.).

<sup>57</sup> AA, Russisches Lektorat, »Eine Unterredung mit dem Geschäftsträger der westukrainischen Republik«, 31. 1. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> von Gebattel, Deutsches Konsulat Prag, an AA, 13. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 31.



Smal'-Stočkyj präsentierte sich jedenfalls als »absoluter Deutschenfreund«<sup>60</sup> und entwickelte mit deutscher Hilfe zu erreichende Ziele, als die deutschen Politiker sich unter dem Schock der Niederlage noch etwas zurückhielten. Seine Position war alles andere als prinzipiengestützt. Nur wenig später eröffnete er von Blücher »besonders aufgeräumt«, die Zustände in der Ukraine seien so unübersichtlich, daß man sich auf alle Verbindungen des Direktoriums einstellen müsse – sowohl zur Sowjetregierung als auch zu Kolčak beständen Kontakte, und auch die Zarenfamilie »dürfe man nicht übersehen«.<sup>61</sup> Anfang Juni bestätigte der ukrainische Legationssekretär Kozij dem AA, daß man mit verschiedenen antisowjetischen Gruppen in Verbindung stände. Er avisierte die Bildung einer Diktatur, um sich den »Weißen« widersetzen zu können, und ließ dabei das mögliche Personal Revue passieren: Vynnyčenko und Holubovyč »hätten ausgespielt«, Sevruk »sei der klügste Kopf der Ukraine, aber für einen solchen Posten zu jung«, Petljura habe wegen der militärischen Rückschläge an Ansehen verloren, Skoropadskýj habe sich durch seine Verbindung zu den Großrussen kompromittiert: »Sonst hätte er mit Würde die repräsentative Seite seines Amtes ausgefüllt«. Paris halte als Gegenkandidaten einen Nachkommen des Het'mans Kočubej in petto, der jedoch »den größten Teil seines Lebens in Pariser Restaurants zugebracht« habe. Aber dies alles war nur ein Geplänkel: Der praktische Teil dieser Unterredung bestand in der Anfrage, »wie die Deutsche Regierung sich zur hiesigen Ukrainischen Gesandtschaft stellen würde, falls das Direktorium für eine Zeit ganz verschwände«. Die Lage der UNR war im Juni 1919 in der Tat verzweifelt und die Reaktion von Blüchers war bezeichnend: »Ich bin der Frage ausgewichen«.<sup>62</sup>

Kozij kam auch auf Smal'-Stočkyjs Rat an die Deutschen zu sprechen, keinen Friedensvertrag zu unterschreiben. Kozij war viel praktischer: Die Verweigerung würde Deutschland die Möglichkeit geben, 100.000 ukrainische Kriegsgefangene zu bewaffnen und in die Ukraine zu entsenden. Außerdem könne Deutschland Polen angreifen und damit dessen Hauptmacht binden, wodurch die Ukrainer von der größten Bedrohung befreit würden, der sie sich gegenübersehen.<sup>63</sup> Daß eine Verweigerung der deutschen Unterschrift vielleicht noch andere, wenig erfreuliche Folgen für Deutschland haben könnte, kam Kozij offenbar nicht in den Sinn. Der Vorschlag ist ein prägnantes Beispiel für die Enge, die die meisten ukrainischen Politikvorschläge kennzeichnete.

Differenzierter war die Haltung Vasyľkos. Von der Schweiz aus beurteilte er die Aussichten der UNR realistisch pessimistisch, hielt es aber dennoch – oder gerade deshalb – nicht für opportun, »daß sich Deutschland jetzt für die Ukraine einsetzt«. Da »leere Sympathiekundgebungen« keinen Zweck hätten, sei bei der aktuellen Machtlosigkeit »für Deutschland zur Zeit eine gewisse Politik der Passivität notwendig«. Daß er stattdessen ein Zusammengehen mit Polen befürwortete, mochte zwar der

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Smal'-Stočkyj brachte hier etwas durcheinander – er vermutete den »Eintagszaren«, der am 15. 3. 1918 seinem Cousin gefolgt war, in Paris, dabei war dieser in Perm' im Juli 1918 ermordet worden. Vermerk von Blücher, 29. 4. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 33.

<sup>62</sup> »Inhalt einer Unterredung mit dem Legationssekretär der Ukrainischen Gesandtschaft Herrn Kozij«, 7.6.1919, ebd., Bd. 34.

<sup>63</sup> Ebd. – Diese Nachfrage folgte einem letzten verzweifelten Plan der UNR, die prekäre militärische Lage zu bessern. Lypynskýj forderte dazu in Wien, die Kriegsgefangenen sollten »unter deutsch-österreichischen oder deutschen Offizieren sich durch Polen nach der Ukraine durchschlagen« (von Wedel an AA, 20.6.1919, ebd.).

Entente genehm sein, unter den Ukrainern, vor allem den ehemals österreichischen, isolierte er sich damit jedoch.<sup>64</sup>

In Wien entwickelte das »Ukrainische Büro in Österreich« Vorstellungen von »Deutschlands Aufgaben in der Ukraine in der nächsten Zeit«. Der anonyme »streng vertrauliche« Text trägt Kennzeichen einer Autorenschaft Doncovs. Während des Krieges und danach habe Deutschland Fehler begangen, indem es sich auf »Agenten und Exponenten« gestürzt habe, die es »in der Stunde der Not schnöde verlassen« hätten und »wie reuige Schafe der Entente zu Füßen« gefallen seien. Alle hätten im Kriege von den Deutschen Geld erhalten – Lozynskyj, Jevhen Levyčkyj, Panejko, Vasyľko – die »deutsch-ukrainische Orientierung« jedoch nicht als »eine geschichtliche Notwendigkeit« begriffen. Interessiert gewesen seien sie nur an »guten Einnahmequellen«; für die »Helfershelfer vom Schlage der Zaliznjak's [!] und der Jongleure vom »Bund zu Befreiung der Ukraine« [seien dies nur] Mittel zur persönlichen Bereicherung« gewesen. Anfang 1919 habe sich die »Diplomatie der Herren« Holubovyč-Panejko-Vasyľko der Entente ausgeliefert und ein Fiasko erlitten. Nun müsse sich die Politik an Deutschland anlehnen, das sich aber nicht »in unsere inneren Verhältnisse, weder in die politischen, noch in die ökonomischen einmengen« dürfe. Man wolle nicht von Deutschland dirigiert werden, wohl aber »mit seiner Hilfe erstarken und mit ihm in Freundschaft leben«. Gefordert wurde eine großangelegte Investitionspolitik, aber wichtiger war dem Verfasser ein ausgebildeter Propagandaapparat: Für ein »von Ukrainern geleitetes Korrespondenzbüro[.]« – da dachte Doncov wohl an sich – und ein gefördertes Presse- und Verlagssystem brauchte er mehr Platz in seinem Papier als für die wirtschaftlichen Forderungen.<sup>65</sup>

Meist waren die Ukrainer aber bemüht, ihre Haltung zu Deutschland und der Entente pragmatisch und ausgewogen zu gestalten. Als der Anfang Februar 1919 noch in Kiew tagende Werk tätigenkongress das Direktorium legitimierte, eine gegen das deutsche Militär (wie gegen jede fremde Einmischung) gerichtete Erklärung zu verabschieden, beeilte sich Volodymyr Čechivskyj, Ministerpräsident und Außenminister der UNR, der deutschen Vertretung zu erläutern, dies richte sich nicht gegen die deutschen Truppen in der Ukraine, »sondern nur gegen die militärische Gruppe des Junkertums« welche sowohl dem ukrainischen als auch dem deutschen Volk geschadet habe.<sup>66</sup>

Čechivskyj und Vynnyčenko als Vorsitzender des Direktoriums traten zurück, als sie erkannten, daß ihre sozialradikale Einstellung die Entente abschrecken würde. Petljura trat, um Direktoriumsvorsitzender zu werden, vorsorglich aus der Ukrainischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus. Meissner registrierte eine »Abkehr von überradikalen Strömungen« durch den »bürgerliche[n] Demokrat[en] Petljura« und Konovaleč, der als Vertreter Galiziens auftrat.<sup>67</sup> Die Versuche der Sozial-Föderalisten, die Entente von der

<sup>64</sup> Haas an AA, 25. 7. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 34; Margolin, Ukraina, S. 164-165. – Im Februar 1919 hatte sich Vasyľko bemüht, die Entente für eine »Söldnerarmee« zu interessieren, um die Bol'seviki zu bekämpfen. Da hierfür außer demobilisierten Deutschen und Österreichern kaum jemand in Frage kam, scheiterten seine Pläne (Doncov, Rik 1918, S. 107).

<sup>65</sup> [Doncov?], »Deutschlands Aufgaben in der Ukraine in der nächsten Zeit«, Mai-August 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 35. – Die Autorenschaft Doncovs liegt nahe, weil sein Name unter den Geldempfängern fehlt; dazu steht nur scheinbar im Widerspruch, daß Doncov seit Februar 1919 wieder in Bern lebte, wohin ihn Lukasevyč als Leiter des Ukrainischen Pressebüros geholt hatte (Doncov, Rik 1918, S. 109). Doncov konnte durchaus Texte für Wien vorbereiten.

<sup>66</sup> Čechovskýj an Gesandten des Deutschen Staates, 6. 2. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 32.

<sup>67</sup> Meissner, Bericht, 25.2.1919, ebd..

neuen Ausrichtung des Direktoriums zu überzeugen, waren jedoch vergeblich. Skoropadskyj beschimpften sie zwar als »créature des milieux réactionnaires allemands«, seine Regierung (deren Außenminister der Sozialföderalist Dorošenko war) habe aus »étrangers« bestanden, »qui étaient hostiles à l'idée de la régénération ukrainienne«. Und auch das Direktorium habe anfangs zu radikal versucht, die Ukrainer von den Bol'seviki wegzulocken, erst seine neue Ausrichtung gewährleiste eine »lutte décisive contre bolchévisme et l'anarchie«. <sup>68</sup> Die Entente nahm alles dies aber einfach nicht zur Kenntnis.

Ende August 1919 (eine Verständigung mit General Anton Denikin [1872-1947] schien möglich) erklärte der UNR-Gesandte Porš in Berlin, man werde sich nun noch weiter von den Sozialisten entfernen, die Politik »mehr nach rechts einstellen« und sich »gern mit den Großrussen verständigen«, wenn man auch nicht so weit gehen wolle, »für ein Hetmanat wie unter Skoropadski« einzutreten. <sup>69</sup> Helfen konnte dies nicht mehr, weil Deutschland die formale Anerkennung der Ukraine in Versailles aufgeben mußte und die Entente die UNR links liegen ließ. Bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Januar 1920 bestand die diplomatische Mission der UNR zwar weiter und in den offiziellen Papieren wurde Smal'-Stočkyj, der nun als »Legationsrat« auftrat, auch noch geführt, aber ihr Status war zweifelhaft.

Skoropadskyj hatte unmittelbar nach seiner Demission, von dem deutschen Militärarzt Töpfer mit einem Verband unkenntlich gemacht, mit einem deutschen Lazarettzug die Ukraine in Richtung Deutschland verlassen. Seine Frau reiste über Finnland nach Berlin. <sup>70</sup> Kurze Zeit später wandte er sich an das französische Außenministerium, um über Frankreich wieder in die Ukraine zu gelangen. Daß er dann in Deutschland blieb, begründete er damit, daß die Entente an ihm nicht interessiert gewesen sei. <sup>71</sup> In Berlin stellte ihm dagegen das AA einen Reisepaß auf den Namen Reichoronta aus, mit dem er offenbar eine rege Reisetätigkeit entfaltete. Im Mai 1919 wandte sich die deutsche Gesandtschaft in Stockholm indigniert an das AA und hielt es für »äußerst bedenklich und direkt kompromittierend«, wenn »hochgestellten und allgemein bekannten Personen, deren Reisen – Ankunft und Abreise – meistens in den Zeitungen zu lesen ist, amtlich und noch dazu von der höchsten Reichsstelle Ministerialpässe ausgestellt werden, die auf falschen Namen lauten«. Der abgesetzte Het'man hatte sich den falschen Paß in Berlin visieren lassen und wollte ihn nun in Stockholm verlängern. Er plante eine Reise nach Finnland und war offenbar bemüht, seine politischen Möglichkeiten auszuloten. <sup>72</sup> Am 17. Mai wies das AA den deutschen Gesandten in Helsinki an, den Reichoronta-Pass einzuziehen, der aus einer Zeit stamme, »in der der General sich Verfolgungen entziehen mußte« und durch auf seinen richtigen Namen lautende Papiere zu ersetzen. <sup>73</sup> Jedenfalls sorgte das Reich für seinen Het'man.

<sup>68</sup> Comité Central du Parti Social-Fédéraliste, »Le Gouvernement de l'Hetman en Ukraine«, Februar-März 1919, ebd., Bd. 34.

<sup>69</sup> Vermerk von Blücher, 26. 8. 1919, ebd., Bd. 35.

<sup>70</sup> Vgl. Ott-Skoropadska, Ostannja z rodu, S. 22.

<sup>71</sup> Skoropadskyj an Außenminister Frankreichs, 20.1.1919, Archives du Ministère des Affaires Étrangères Paris, URSS 669; US-Botschaft Den Haag an State Department, 20. 8. 1919, Records of the Department of State relating to internal affairs of the Ukraine 1.1, hier beides nach Milow, Die ukrainische Frage, S. 46.

<sup>72</sup> Deutsche Gesandtschaft Stockholm an AA, 10.5.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 33. – Aftonbladet berichtete am 10. 5. 1919, der Het'man reise nach Helsinki, um an einer antisowjetischen Konferenz teilzunehmen.

<sup>73</sup> Von Blücher an Gesandten Helsingfors, 17. 5. 1919, ebd.

Wilhelm von Habsburg war es schlechter ergangen. Er hatte das Militär verlassen und war auch nicht in die Ukrainische Galizische Armee (UHA) aufgenommen worden. Daraufhin lebte er in Bučač, wurde von den Rumänen interniert, auf die Bitte der UNR-Regierung hin entlassen und nach Kamjaneč geschickt, wo er im UNR-Generalstab tätig wurde. Im November 1919 schloß er sich Petruševyč an und floh nach Wien.<sup>74</sup> Der vom Het'man zurückgewiesene Oleksander Sevrjuk stellte sich auch in den Dienst des Direktoriums. Im Februar 1919 wurde er mit etwa 2 Millionen Lire ausgestattet nach Italien geschickt, um die dortigen galizisch-ukrainischen Kriegsgefangenen aus dem Krieg gegen Österreich zu unterstützen und freizubekommen; man hoffte, sie würden in die UHA eintreten.<sup>75</sup> Die Berichte stimmen darin überein, daß Sevrjuk das Geld durchbrachte, ohne auch nur ansatzweise etwas zu tun, was seinem Auftrag oder den Interessen der Gefangenen entsprochen hätte. Als Dmytro Dorošenko im Frühjahr 1920 für die zentrale Ukrainische Militär- und Sanitätsmission für Kriegsgefangenenangelegenheiten dessen Tätigkeit einer Revision unterzog, war das Ergebnis niederschmetternd. Sevrjuk hatte eine Theaterloge als Kanzleikosten ausgegeben, keine Buchhaltung geführt, und bis auf kostspielige Reisen nichts unternommen. Da seine Vollmachten nicht eingeschränkt gewesen waren, konnte Dorošenko ihm »unter formalem Gesichtspunkt« »nichts Ungesetzliches« nachweisen. Dorošenko kritisierte dafür, die Mission habe die »Defekte und Mängel des Systems« aufgezeigt, das die UNR-Regierung kennzeichnete.<sup>76</sup>

Stepankivskyj widmete sich weiterhin von der Schweiz aus seinem früheren Geschäft, der Verbreitung von mehr oder weniger falschen Nachrichten.<sup>77</sup> Ende 1919 versuchte er vergeblich, seine beiden Sponsoren Großbritannien und Deutschland für eine Ukraine-Rettungsaktion zu gewinnen.<sup>78</sup> 1921 verband er sich für kurze Zeit mit dem Het'man Skoropadskyj, dann mit dem Abenteurer Poltaveč. Als auch das fehlgeschlug, wandte er sich von der Politik ab und wanderte in die USA aus.

## 2. EINE NEUE DEUTSCHE POLITIK?

Die ukrainischen Versuche, mit der Entente zu kooperieren, schlugen fehl. Es blieben außer den Tschechoslowaken nur die Deutschen übrig, die weiter mit den Ukrainern im Gespräch bleiben wollten.

<sup>74</sup> Vgl. Nykyfor Hirnjak, Polk. Vasyl' Vyšyvanij. Winnipeg 1956, S. 31-35.

<sup>75</sup> »Inhalt einer Unterredung mit dem Legationssekretär der Ukrainischen Gesandtschaft Herrn Kosi«, 7.6.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 34.

<sup>76</sup> Vgl. Dmytro Vjedjenjejev/Dmytro Burim, »Dmytro Dorošenko i »sprava Sevrjuka«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prac molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyiv 1997, S. 434-448, hier S. 442-446; Kyrylo Haluško, »Peredmova«, in: Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraïny 1917-1923 rr. Bd. I, Kyiv 2002 (1930), S. 3-25, hier S. 16. – Sevrjuk war schon als Diplomat in Berlin der Verschwendung geziehen worden. Seinen Rücktritt als Leiter der Kriegsgefangenenmission begründete Sribnjak nach Onačkyj damit, daß im März 1920 die Mittel erschöpft gewesen seien (vgl. Onačkyj, Po pochyljij plošč, Bd. 2, S. 116; Sribnjak, Poloneni, S. 200-203).

<sup>77</sup> »Inhalt einer Unterredung mit dem Legationssekretär der Ukrainischen Gesandtschaft Herrn Kosi«, 7.6.1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 34.

<sup>78</sup> Aufzeichnung von Blücher, 18. 12. 1919, ebd., Bd. 36.

Solfs konkrete Vorstellungen aus den ersten Januartagen waren zwar bald ad acta gelegt worden, und den Realisten wurde immer klarer, daß momentan eine politische Option nicht existierte. Aber in der Zukunft mochte dies anders sein. Die Kriegs- und Okkupationszeit hatte die Ukraine zu einem fixen Posten der deutschen Politik gemacht. Während 1914 noch händeringend nach Informationen gesucht worden war und die ukrainischen Autoren dieses Defizit bedient und sich damit ins Gespräch gebracht hatten, spielte Rohrbach 1918 zwar immer noch mit diesem Topos, aber man brauchte nach der Brester Zeit keinem deutschen Politiker mehr die Bedeutung der Ukraine zu erläutern. Vielmehr schrieben die Autoren um Rohrbach nun nur darüber, wie Deutschland sich angesichts der neuen Lage und der etwas älteren Begehrlichkeit verhalten sollte.

Paul Rohrbach und Axel Schmidt waren inzwischen die deutschen Ukraine-Experten. Die Anfang 1918 gegründete Deutsch-Ukrainische Gesellschaft (DUG) gab von Dezember 1918 an *Die Ukraine* heraus, in der Rohrbach Autoren zu Wort kommen ließ, die Zukunftsperspektiven entwarfen. Seine Kritik an der Skoropadskyj-Herrschaft setzte Rohrbach fort, indem er der deutschen Seite Fehler vorwarf, die zum Scheitern des Randstaatenkonzepts geführt hätten. Rohrbach predigte nun eine weniger »kapitalistische« Politik, in seiner Zeitschrift wurde jedoch das materielle Interesse nicht ausgeklammert. Vor dem Kriegsende hatte Rohrbach die Ukraine als »natürliches Betätigungsfeld für deutsches Kapital« ausgewiesen.<sup>79</sup> Den Ukrainepessimismus des Jahres 1918 hatte er nicht geteilt. Dabei blieb er:

»Jetzt kommt es namentlich darauf an, trotz der gegenwärtigen Wirren eine regelrechte deutsche Vertretung in der Ukraine zu schaffen, die mit den Ukrainern in nahe Fühlung kommt. Die Vorstellung als ob die Ukraine in politisch-nationaler Beziehung keine eigene Zukunft hätte, ist für den Kenner der Verhältnisse absurd. [...] Die Verhältnisse liegen so, daß Deutschland in der ukrainischen Frage nichts weiter zu tun braucht, als mit Ruhe und Sorgsamkeit die Beziehungen zum Ukrainertum zu pflegen, soweit die gegenwärtigen Umstände es erlauben, und bei den Ukrainern die Überzeugung zu erwecken, daß Deutschland sich dauernd für sie interessiert.«

Mit dem Beispiel Armeniens versuchte Rohrbach zu belegen, daß auch »in scheinbar aussichtslosen Fällen eine staatlich-nationale Wiedergeburt« möglich sei.<sup>80</sup> Das war nicht undelikat, hatten sich doch die Armenier eher an den Russen ausgerichtet und waren von den mit Deutschland verbündeten Osmanen dafür grausam verfolgt worden. 1914 hatte Rohrbach aber noch die Deutsch-Armenische Gesellschaft »zur Pflege des deutschen Kultureinflusses unter den Armeniern« gegründet, deren Vorsitzender er auch wurde.<sup>81</sup> Die Ukraine interessierte ihn zu jener Zeit noch nicht. Inzwischen schienen jedoch die Ukrainer ein dankbareres Objekt zu sein. Rohrbach kritisierte das »Schwanken zwischen Großrussen- und Ukrainertum« und suggerierte dem neuen Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928), er »würde sich durch die entgegengesetzte [d. h. positive] Behandlung des ukrainischen Problems ein entscheidendes Verdienst um die deutsche Politik sichern«.<sup>82</sup>

Das Anliegen seiner Texte war zum einen der »lange Atem«, den er schon in seinem Artikel »Kalt Blut!« 1917 angemahnt hatte: Nicht tagespolitisches Agieren und Rea-

<sup>79</sup> Paul Rohrbach, Unser Kriegsziel im Osten und die russische Revolution. Weimar 1917, S. 27.

<sup>80</sup> Rohrbach an Außenminister, 1. 3. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 32.

<sup>81</sup> Paul Rohrbach, Um des Teufels Handschrift. Hamburg 1953, S. 470.

<sup>82</sup> Rohrbach an Außenminister, 1. 3. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 32.

gieren riet er deutschen Politikern an, sondern ruhiges Abwarten, bis sich die konjunkturelle Lage wieder gebessert haben würde. Grund dafür war seine feste Überzeugung, die Interessen der Randstaaten würden sich gegen diejenigen Rußlands früher oder später durchsetzen.

In der DUG hatte Rohrbach von Anfang an die Kontakte zu den durch den Het'man-Putsch entmachteten ukrainischen Nationalisten gepflegt und in »vertraulich« verbreiteten Blättchen ohne eigenen Titel deren Aufrufe und Dokumente einem kleineren Kreis zugänglich gemacht. Nun übersandte er sie gesammelt dem deutschen Außenminister, dem er so zeigen wollte, wie verfehlt die Skoropadskyj-Unterstützung gewesen sei und daß es auch eine Tradition gegeben habe, sich mit den jetzt die UNR führenden Personen und Gruppen zu verständigen. Zu diesen Schriftsätzen gehörte ein Manifest des UNDS vom 21. Mai 1918, in dem der Het'man-Regierung vorgeworfen wurde, russische Interessen zu vertreten.<sup>83</sup> Auch der antijüdische Aufruf des UNDS »An das deutsche Volk!« vom 30. Mai (s. S. 294) wurde über das DUG-Blatt im Juni 1918 unter den deutschen Ukraine-Interessenten verbreitet.<sup>84</sup> Als drittes Dokument wurde eine von Vynnyčenko im November 1918 gezeichnete UNS-Erklärung gegen die Koalitionsregierung des Het'mans publiziert, die unter Hinweis darauf, daß »der Übergang Westeuropas zur Volksherrschaft auf breiter Grundlage« anstehe, dem Het'man die Zusammenarbeit verweigerte, solange das gesamte Kabinett nicht »durchaus national und demokratisch« sei.<sup>85</sup>

1919 wollte Rohrbach mit diesen Texten belegen, daß auch der UNS bzw. seine Vorläufer zur Anerkennung der Grundsätze von Brest wie der Befreierrolle Deutschlands bereit gewesen seien. Die Entzweiung sei auf »Mißverständnisse« zurückzuführen gewesen, und der UNS habe eine Demokratisierung mit allenfalls gemäßigten sozialen Reformen angestrebt. Die UNR-Führer sollten der deutschen demokratischen Regierung als akzeptable Partner ausgewiesen werden. Rohrbachs Ziel war weiterhin eine Randstaatenpolitik, zu der es nur mehr einen Partner zu geben schien.

Der Vorstand der DUG war hochkarätig zusammengesetzt: Ein »Ehrenpräsidium« bildeten der Wirtschaftsprofessor Walter Eucken (1891-1950) aus Jena, Mychajlo Hruševskyj, der 1918/1919 häufiger in Deutschland war, der ehemalige deutsche Gesandte in Kiew von Mumm (dessen Kenntnisse Rohrbach nun offenbar mehr als früher schätzte) und der Rada-Gesandte in Berlin Oleksander Sevrjuk. Den eigentlichen Vorstand bildeten Rohrbach, Schmidt und als Schatzmeister der Bankier Friedmann, während als Beisitzer neben dem Politikwissenschaftler Ernst Jäckh (1875-1959) und dem Volkswirtschaftler und Soziologen Alfred Weber (1868-1958), dem Verleger Schumann, Kommerzienrat Dr. Siegfried Guggenheimer (1875-1938) und den Unternehmern Goldschmidt Dr. Keup und Hauptmann von Lübbers, die Organisatoren der »Gefangenenarbeit«, sowie Friedrich von der Ropp, der Vorsitzende der »Liga der Fremdvölker Rußlands« fungierten.<sup>86</sup> Auffällig war die Abwesenheit des AA und des Kreises um Groener.

<sup>83</sup> »Denkschrift der ukrainischen politischen Parteien«, 21. 5. 1918, Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Folge B, Nr.1/24.6.1918.

<sup>84</sup> »An das deutsche Volk!«, 30. 5. 1918, Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Folge B, Nr.2/24.6.1918.

<sup>85</sup> »Eine Kundgebung des Ukrainischen Nationalverbandes«, 26. 10. 1918, Deutsch-Ukrainische Gesellschaft Folge C, Nr.3/23.11.1918.

<sup>86</sup> Die Ukraine 1 (1918/19), S. 126.

In seiner Zeitschrift verbreitete Rohrbach die Texte, mit denen er sich auch direkt an deutsche Politiker wandte. Im Vordergrund stand immer, daß die deutsche Politik zu rußlandfreundlich sei. Die deutsche Öffentlichkeit begreife daher nicht, daß Rußland »der eigentliche Urheber des Weltkrieges« sei, und habe auch kein Interesse an einer geplanten Ostpolitik. Rohrbach warf der deutschen Führung vor, nur zu improvisieren: Auch Brest-Litovsk sei »nicht das Ergebnis eines schon vorher angelegten großen politischen Plans [gewesen], sondern einer zufälligen Verkettung unvorhergesehener Umstände«. <sup>87</sup> Wie schon in seinem Ebert-Brief benutzte Rohrbach ein »demokratisches« Vokabular. »Bis zum Ausbruch der Revolution« (in Deutschland!) hätten seine Bemühungen um ein besseres deutsch-ukrainisches Verhältnis keinen Erfolg gehabt. Das »neue demokratische Deutschland« werde sich aber vom »Unverstand des Militarismus« lösen und eine »kulturpolitische Werbekraft« entfalten, »wie sie für das alte Deutschland nicht denkbar gewesen wäre«. <sup>88</sup> Nun – 1917 hatte Rohrbach noch eben diesem »alten Deutschland« die »kulturellen Eroberungen« nahegelegt! (s. S. 226).

Axel Schmidt rief »neue Männer, die eine ehrliche Zusammenarbeit mit der Ukraine wünschen, an die Front«. Diese sollten »nicht mit Moskowiter- und Hetmanfreundschaft belastet« sein, dann sei es noch nicht zu spät, sich mit der Ukraine zu verständigen. <sup>89</sup> Die Chancen dafür verbesserten sich in dem Maße, in dem sich die Beziehungen zu Polen verschlechterten. Gegen den Einsatz der eigentlich gegen die Bol'seviki aus Frankreich nach Polen gelassenen Haller-Armee zur Bekämpfung der ZUNR protestierten unisono Erzberger und der UNR-Gesandte in Berlin, Mykola Porš, bei der Interalliierten Kommission, und Axel Schmidt publizierte die Proteste in der DUG-Zeitschrift. Sein Schluß daraus:

»Die polnische Drohung, die natürlich von Frankreich geleitet wird, richtet sich gleichermaßen gegen Deutschland und die Ukraine. Sie beweist wieder aufs deutlichste den Gleichklang der deutschen und ukrainischen Interessen.« <sup>90</sup>

Solche Pläne für eine aktive Politik erfuhren am 28. Juni 1919 einen Rückschlag. Mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags wurde der Friede von Brest-Litovsk endgültig annulliert. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine verloren ihre Basis, weil sich Deutschland verpflichten mußte, auf die Anerkennung von Staaten, die die Entente nicht anerkannt hatte, zu verzichten. Auch wenn dieser Passus eigentlich verhindern sollte, daß sich Deutschland und Sowjetrußland zusammenschließen, hatte diese Klausel auch Auswirkungen auf das deutsch-ukrainische Verhältnis.

Die Ukrainer unternahmen einen letzten Versuch: Lypynskyj bat den deutschen Gesandten in Österreich von Wedel vorzufühlen, ob der Brester Vertrag, soweit er die Ukraine beträfe, nicht erneuert werden könne, »damit Ukraine als seitens Deutschlands selbständig anerkannter Staat bestehen bleibe«, das AA verweigerte dies jedoch kategorisch unter Verweis auf Art. 117 des Versailler Friedensvertrags, da die Entente die Ukraine nicht anerkannt habe. <sup>91</sup>

<sup>87</sup> Paul Rohrbach, »Unsere ukrainische Politik«, Die Ukraine 1(1918/19), S. 3-8, hier S. 3-4.

<sup>88</sup> Ebd., S. 7.

<sup>89</sup> Axel Schmidt, »Der Sturz des Hetmans«, Die Ukraine 1(1918/19), S. 25-29, hier S. 29.

<sup>90</sup> Axel Schmidt, »Die Entente und die Ukraine«, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 129-132.

<sup>91</sup> Wedel an AA, 10.7.1919, Vermerk Zitelmann 12. 7. 1919, PAAA, Ukraine Nr. 1 Allgemeines, Bd. 34.

Unter dem Eindruck von Versailles versuchte das AA also, sich aus der unübersichtlichen Ukrainepolitik zurückzuziehen. Aber außer Lypynskyj wandte sich auch Skoropadskyj an das AA. Ihm war klar, daß Deutschland weder militärisch noch finanziell imstande war, dabei zu helfen, ein föderatives Rußland erstehen zu lassen, also beschränkte er die Anfrage auf seine Person: Er wollte wissen, ob Deutschland »seine Rolle als endgültig ausgespielt betrachte«, oder weiter mit ihm rechne. Und er empfahl, Deutschlands Rußlandpolitik mit Großbritannien zu koordinieren. Skoropadskyj gab vor, an der Spitze einer »Organisation aus treuergebenen Männern« zu stehen. Da er selber sie nicht länger unterhalten könne (was er angeblich bisher getan hatte), wollte er wissen, ob die Deutschen an der Organisation interessiert seien und bereit wären, »ihn hierfür (ca. 10 Leute) wenigstens finanziell ein wenig zu unterstützen«.<sup>92</sup>

Die deutsche Reaktion war ausweichend: Der »Plan der Schaffung eines selbständigen Ukraine-Staates [sei] wohl endgültig fallen gelassen« worden; aber für ein künftiges Rußland sei die föderative Form am zweckmäßigsten. Deutschland sei an der Wiederherstellung der Ordnung in Rußland vital interessiert. Deswegen wolle man Skoropadskyjs gute Beziehungen zur Deutschen Regierung aufrechterhalten und, »falls die Verhältnisse ihm wieder eine aktive Rolle zuweisen sollten«, mit ihm persönlich zusammenarbeiten.<sup>93</sup> An der Het'man-Organisation war man allerdings nicht interessiert.<sup>94</sup> Daher kam auch eine finanzielle Förderung nicht in Frage, Skoropadskyj war aber vor allem daran gelegen. Er beschloß also, sein Glück anderswo zu versuchen. Die Familie wartete noch, bis am 5. Juli 1919 die Tochter Olena in Berlin geboren wurde, und reiste am 15. Juli 1919 in die Schweiz. Statt der geplanten 2 Monate blieben die Skoropadskyjs 2½ Jahre in La Rosiaz bei Vevey, wohin die anderen Kinder nachkamen, die sich nach Italien durchgeschlagen hatten. Das AA hatte noch dafür gesorgt, daß ihm an der Grenze wegen der Mitnahme »einiger Juwelen seiner Frau« keine Schwierigkeiten gemacht wurden, von denen die Skoropadskyjs nun – der Klischeevorstellung über russische Emigranten entsprechend – lebten.<sup>95</sup>

Bei der DUG breitete sich im Herbst 1919 Pessimismus aus. Weniger Versailles war der Grund als das militärische Debakel der UNR und deren Verständigung mit Polen. Damit war die erhoffte Einkreisung Polens unmöglich geworden. Aus dem im Dezember 1918 diagnostizierten »märchenhaften« Nationalbewußtsein war ein Jahr später der »Traum seiner nationalen Selbständigkeit« geworden. Axel Schmidt mußte nun »rückschauend erkennen«, daß der Friede von Brest-Litovsk »den Höhepunkt der staatlichen Entwicklung der Ukraine« dargestellt habe.<sup>96</sup> Dennoch war Schmidt nicht von seinem Optimismus abzubringen. Auch die Deutschen hätten lange auf einen Nationalstaat warten müssen: »Es wäre daher töricht, an der Stärke der national-ukrainischen Bewegung zu zweifeln, nur weil es ihr nicht beim ersten Anhieb gelingen wollte, den eigenen Staat zu errichten«. Da das ukrainische Volk im Unterschied zu Bolschewismus, De-

<sup>92</sup> Vermerk Nadolny, 10. 7. 1919, ebd.

<sup>93</sup> Vermerk Nadolny, 10. 7. 1919, ebd..

<sup>94</sup> Vermerke Zitelmann/Haniel, 12.7.1919, ebd.

<sup>95</sup> Vermerk AA, 16. 7. 1919, Zusatz: »Es besteht ein lebhaftes Interesse daran, dem Hetman gefällig zu sein.« ebd.; – Vgl. Olena Ott-Skoropadsky/Pavlo Haj-Nyžnyk, »Pavlo Skoropad's'kyj – Kurze Chronik seines Lebens (1873-1945)«, In: Günter Rosenfeld (Hg.), Pavlo Skoropad's'kyj. Erinnerungen 1917 bis 1918. Stuttgart 1999, S. 365-373, hier S. 371; Ott-Skoropad'ska, Ostannja z rodu, S. 22.

<sup>96</sup> Axel Schmidt, »Zur Lage in der Ukraine«, Die Ukraine 1 (1918/19), S. 227-231, hier S. 227.



nikin und Polen (!) ein »dauernder Faktor« sei, bleibe es »daher deutsches Interesse, mit dieser national-ukrainischen Bewegung Fühlung zu behalten«.<sup>97</sup>

Aber der Wunschpartner gegen Polen war von der politischen Bildfläche fast ganz verschwunden. Damit verwandelte sich aber auch die Ukraine-Politik. Hatte es sich allen Schwierigkeiten zum Trotz bis zum Sommer 1919 – also etwa bis Versailles – um eine »konkrete«, gegenwartsbezogenen Politik gehandelt, so wurde nun die »ukrainische Karte« zu einer Zukunftsoption. Den gleichen Eindruck trug Margolin davon, der im Dezember 1919 als UNR-Vertreter mit dem deutschen Außenminister Hermann Müller (1876-1931) zusammentraf: »Sofort fühlte man, daß sich Deutschland in einer abwartenden Lage befand und sein Verhältnis zur Frage der Ukraine und allgemein zu ganz Osteuropa noch nicht gefestigt hatte«.<sup>98</sup>

Als Petljura mit Piłsudskis Polen im April 1920 einen Pakt schloß und seine Truppen gemeinsam mit den polnischen in die Ukraine marschierten, schloß sich die DUG den Optimisten an, die hierin eine reale Chance für die ukrainische Staatlichkeit erblickten. Dazu mögen die Beziehungen zu dem UNR-Gesandten in Berlin, Mykola Porš, beigetragen haben, der Petljuras Volte in Schutz nahm und sein pragmatisches Desinteresse an Chelm, West-Wolhynien und Ostgalizien für einen nötigen taktischen Schritt hielt, um überhaupt noch auf der politischen Bühne zu verbleiben. In der *Ukraine* druckte man einen Artikel von Porš und ein Interview mit Petljura ab.<sup>99</sup> Axel Schmidt warf Deutschland in diesem Zusammenhang vor, durch die anachronistische Förderung Skoropadśkyjs (»einer monarchischen Spitze [...] in einem durch und durch demokratischen Lande«) den ukrainischen Staatsgedanken verspielt zu haben. Da Petljura sich auf die Bauern stützen könne, habe er große Chancen, seine Herrschaft wiederzuerrichten, und dabei sei das Bündnis mit Polen, das »bei keinem Ukrainer Begeisterung hervorgerufen« habe, der einzig gangbare Weg, den auch Porš nun als Taktik zu rechtfertigen suchte.<sup>100</sup>

Da politisch alles so verfahren war, kehrte die DUG-Zeitschrift lieber zur ökonomischen Thematik zurück. Ein Repräsentant des Genossenschaftswesens beschrieb »Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der handelsökonomischen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland«<sup>101</sup>; unmittelbar daran schloß sich ein Artikel über »Die materiellen Kräfte der Ukraine«<sup>102</sup> an. Im Juni 1920 publizierte der UNR-Konsul in München einen längeren Beitrag über die »Deutsch-ukrainische[n] Wirtschaftsbeziehungen«<sup>103</sup> und in den weiteren Heften wurden Artikel aus dem Weltkrieg nachgedruckt und die Handelsmöglichkeiten erörtert.

Die Sache hatte nur einen Haken. Es waren durchweg Ukrainer, die über die ökonomischen Möglichkeiten fabulierten. Obwohl die Wirtschaft im Vorstand der DUG präsent war, äußerte sich kein deutscher Unternehmer zu den Chancen eines Ukraine-

<sup>97</sup> Ebd., S. 230-231.

<sup>98</sup> Margolin, *Ukraina*, S. 202.

<sup>99</sup> Mykola Porsch [Porš], »Das Randstaatenproblem«, *Die Ukraine* 2 (1920), H.3, S. 51-55; Petljura, »Die Unabhängigkeit der Ukraine«, ebd., S. 55-57.

<sup>100</sup> Axel Schmidt, »Polen oder Moskau?«, *Die Ukraine* 2 (1920), S. 99-102; Mykola Porsch [Porš], »Warum verband sich Petljura mit Polen?«, ebd., S. 102-104.

<sup>101</sup> Baranowskyj, *Die Ukraine* 2 (1920), S. 84-88.

<sup>102</sup> Matuschewsky, *Die Ukraine* 2 (1920), S. 88-90.

<sup>103</sup> B. Orentschuk [Orenčuk], *Die Ukraine* 2 (1920), S. 135-140.

Geschäfts. Neben den ukrainischen Verfassern blieben Rohrbach und Schmidt (sieht man von einigen Nachdrucken ab) auch die einzigen deutschen Autoren der Zeitschrift. Der Grund dafür, daß Rohrbach von Wirtschaft und Politik allein gelassen wurde, dürfte nicht zuletzt in dem polnischen Nexus der Petljura-UNR zu suchen sein. Rohrbach und Schmidt verstanden die ukrainische Option (wie auch Doncov) vor allem antirussisch. Daher sparten sie auch nicht mit Kritik an Vynnyčenko und Hruševskij, die sich mit den Bolševiki versöhnten. Für sie war das Ukraine-Thema immer noch eine Fortsetzung der »Randstaatenpolitik«, für Polen interessierten sie sich nicht besonders.

Die deutsche Politik war hingegen durch den Großpolnischen Aufstand, Versailles und die 1920/21 anstehenden Plebiszite in eine heftige Auseinandersetzung mit Polen geraten; das Bündnis Petljuras mit Polen – so verständlich dieser Schritt in Petljuras verzweifelter Lage auch sein mochte – strich ihn von der Liste möglicher Partner. Die Wiederannäherung an die Bolševiki und die Fühlungnahme mit Petljura-Gegnern entsprach dieser Einstellung mehr: Das »polnische Problem« war den Deutschen näher und dominierte die Politik stärker als fragwürdige Optionen für den Fall eines polnischen Sieges in der Ukraine.

Zum Desinteresse hatten auch die Forderungen ukrainischer Exilpolitiker nach deutschen Geldern aus dem Reichsbankguthaben beigetragen. Die deutschen Stellen verständigten sich darauf, die Forderung nach dem fiktiv geschöpften Guthaben nicht anzuerkennen und sich möglichst zurückzuhalten, bis sich die Lage klären sollte. Man pflegte also Beziehungen, war auch zu kleineren, als Kulanz gewerteten Leistungen bereit, vermied aber jede Stellungnahme, die als politische Festlegung gewertet werden mochte.<sup>104</sup>

Rohrbach und Schmidt hatten sich damit ein weiteres Mal ins Abseits manövriert. Als nach kurzer Zeit nicht nur der polnisch-ukrainische Vorstoß bis Kiew zurückgeschlagen wurde, sondern sich dann Polen auch auf eine Anerkennung der Sowjetukraine und eine Distanzierung von den UNR-Juniorpartnern einlassen mußte, verschwand die DUG ganz in der Versenkung. Die deutschen Regierungsstellen (ungeachtet der wechselnden Regierungszusammensetzung) entzogen der UNR die Anerkennung und der DUG die Förderung.

1921 und Anfang 1922 konnte sich das Blatt noch über die Runden retten, auch wenn der Elan der Herausgeber zunehmend nachließ. Im November 1922 erschien Heft 5-12/1922, und im Mai 1923 teilte Axel Schmidt der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin mit, daß die Zeitschrift ihr Erscheinen einstelle.<sup>105</sup> Im Zeichen von Rapallo hatten die UNR-Unterstützer ausgespielt.

Aber es gab ja noch andere Ukrainer. Sowohl die Galizier, die sich aus Entrüstung über Petljuras Polenbund von der UNR losgesagt hatten und unumstritten antipolnisch waren, als auch Direktoriumsmitglieder, die Petljura Eigenmächtigkeit vorwarfen, blieben polenfeindlich, und waren so für die deutsche Politik weiterhin interessant. Auch die Sowjetukrainer, die die faktische Macht innehatten, wurden unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu nicht uninteressanten Gesprächspartnern. So konnte man

<sup>104</sup> Vgl. Frank Golczewski, »Das ukrainische Reichsbankguthaben von 1918«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 39 (1991), S. 364-399.

<sup>105</sup> Axel Schmidt an Preußische Staatsbibliothek Berlin, 11. 5. 1923, eingehftet im Anschluß an Heft 5-12/1922 des Exemplars in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin, Signatur Uf 8068/100.

mehrgleisig operieren: Das AA und die Reichswehr hielten die Verbindungen zu ihren jeweiligen Bekannten aufrecht, und die jeweiligen ukrainischen Politiker hielten dieses Interesse für eine letzte sich ihnen bietende Chance. Was also aus Rohrbachs Perspektive wie ein Nachlassen des Interesses aussah, war in Wirklichkeit die breiter angelegte Suche nach geeigneteren Kooperationspartnern.

Allerdings ist deutlich zu sehen, daß sich die deutsche Politik auf Abwarten verlegt hatte. Was die Gruppe um Rohrbach, die ständig mit den UNR-Exulanten zu tun hatte, nicht wollte, und die Exulanten selber, die stets an sich selbst dachten, nicht konnten, war, sich mehrere politische Optionen offenzuhalten. Für das AA und die deutschen Wirtschaftsführer sah dies schon anders aus: Bei allem Interesse an der Ukraine, es gab ja noch andere Themen. Deutschland mußte mit der Demobilisierung, den Reparationen und den Gebietsabtretungen umgehen, auf der politischen Ebene wollte man die diplomatische Isolation durchbrechen. Da standen das Verhältnis zur UNR und ein Engagement in einem Land, dessen legitime Regierung nicht feststand, nicht im Vordergrund. Wipert von Blücher faßte es so zusammen: »[...] allen deutschen Geschäftsleuten, die sich für die Ukraine interessierten und auf dem Auswärtigen Amt vorsprachen, konnten wir immer nur raten, die Hände davon zu lassen und die weitere Entwicklung abzuwarten.«<sup>106</sup>

### 3. DAS MILITÄRISCHE DEBAKEL

Um die deutschen politischen Handlungen zu erläutern, fügen wir hier einen Abschnitt ein, der vor allem innerukrainische Fragen behandelt. Er ist insofern von Bedeutung, als er zur Herausbildung der Gruppierungen diente, mit denen wir es weiter zu tun haben werden.

Die Zeit zwischen dem Jahresende 1918 und 1921 bestand für die Unabhängigkeitsbewegung der Ukrainer aus einer Kette von Katastrophen.<sup>107</sup> Militärisch folgte eine Niederlage der anderen, und die Scheinsiege dazwischen waren nur durch die Schwäche der Gegner bedingte Unterbrechungen des eigenen Untergangs. Schlimmer als das militärische Debakel war vielleicht noch das politische: Um sich zu retten, gaben die ukrainischen Politiker fast alle Prinzipien auf und rechtfertigten dadurch nicht gerade das Vertrauen potentieller Verbündeter.

Die von Jevhen Petruševyč geführte ZUNR hatte durch den Lemberger Aufstand vom 1. November 1918 einen Überraschungserfolg errungen, der aber nur kurz anhielt. Eine polnische Armee entsetzte Lemberg. Zwischen Tarnopol und Stanislaw konnte sich die ZUNR-Regierung kurzzeitig halten, jedoch kein dauerhaftes Gegengewicht gegen die polnischen Truppen darstellen, die 1919 durch die Haller-Verbände aus Frankreich verstärkt wurden. Der offizielle Zusammenschluß der ZUNR mit der UNR am symbolischen 22. Januar 1919 blieb Theorie. Petruševyč wurde zwar nomi-

<sup>106</sup> Wipert von Blücher, *Deutschlands Weg nach Rapallo*. Wiesbaden 1951, S. 89.

<sup>107</sup> Wir folgen bei der Darstellung der Fakten den ukrainischen Standardwerken, ohne dabei die darin enthaltenen Wertungen und Rationalisierungen zu übernehmen.

nell Mitglied des Direktoriums, agierte jedoch nie als solches, sondern führte die Geschäfte der ZUNR weiter. Das Direktorium floh vor den Bol'sheviki zunächst nach Vinnycja, dann nach Proskuriv, schließlich nach Rivne und Kam'janeć Podil'skyj. Am 19. März 1919 fiel Žmerynka an die Bol'sheviki – damit war das UNR-Gebiet in zwei Teile gespalten und ein Teil der UNR-Regierung floh in das ostgalizische Stanislau.

Die sowjetische Seite versuchte, den Zusammenschluss von ZUNR und UNR zu stören. Im März 1919 versuchten die Bol'sheviki, die Galizier auf ihre Seite zu ziehen, ihnen Unterstützung gegen die Polen und die Souveränität in Galizien zuzusichern. Die ZUNR-Außenpolitik Lonhyn Cehel'skyj und Mychajlo Lozyn'skyj waren dafür, es gelang Petljura jedoch, die ZUNR in den UNR-Krieg gegen die sowjetische Seite einzubinden. Aber damit hatte das Überlaufen der UHA zu Denikin vom November 1919 und dann zu den Bol'sheviki eine Vorgeschichte.<sup>108</sup>

In Galizien organisierte Opanas Andrijev'skyj (1878-1955) eine UNR-Opposition, die in Stanislau enger mit der ZUNR zusammenarbeitete, aber wenig zur politischen Konsolidierung der ukrainischen Politik beitrug. Die UNR-Regierung Borys Martos (1879-1977) versuchte, mit der ZUNR-Opposition zu kooperieren. Am 13. Mai 1919 wurde Andrijev'skyj daraufhin aus dem Direktorium entfernt. Ende April 1919 hatte der Ataman Volodymyr Oskilko (1892-1926) gegen Petljura revoltiert und versucht, mit Polen zu einer Vereinbarung zu kommen. Unbestätigte Angaben nehmen schon für diese Zeit direkte Kontakte Piťsudskis mit Petljura an.<sup>109</sup>

Die fast landlosen Politiker fanden immer noch genug Energie, um gegeneinander zu intrigieren.<sup>110</sup> Inzwischen war das Gebiet der Ukraine auf einen schmalen unterbrochenen Streifen zusammengeschmolzen, wobei vom Norden und Nordwesten her die Polen in Wolhynien bis Rivne kamen, und weiter südlich ein schmaler Landstrich im Osten Galiziens mit der ZUNR-Hauptstadt Stanislau von der UHA gehalten wurde, nachdem die Rote Armee Ende Mai den Zbrucz, die alte österreichisch-rußländische Grenze erreicht hatte. In dieser aussichtslosen Situation schloß die UNR mit Polen einen Waffenstillstand, der sich auf das wolhynische Gebiet bezog. Dadurch war wieder eine politische Trennung zwischen ZUNR und UNR vollzogen. Die UNR-Truppen hatten sich mit den Polen verständigt, während die Armee der ZUNR in Galizien zu einem letzten verzweifelten Angriff gegen die verstärkten polnischen Verbände antrat.

Am 9. Juni 1919 wurde Jevhen Petruševyč zum Diktator der ZUNR ausgerufen. Dies widersprach der UNR-Politik, die daraufhin Semen Vityk (1876-1937), der in der galizischen Sozialdemokratie einen gegenüber der polnischen PPS kooperationsbereiten Flügel repräsentierte, am 1. Juli 1919 zum Verwalter der Westgebiete der UNR, also Ostgaliziens, bestellte. Gleichzeitig versuchte man allerdings, Petruševyč dazu zu bewegen, mit seiner Ukrainischen Galizischen Armee UHA die teilweise meuternde UNR-Armee zu disziplinieren. Die noch von Österreichern geführten SS-Truppen im Verband der UNR-Armee waren mit die letzten, die noch zu Petljura hielten, aber auch sie waren weder polen- noch ententefreundlich gesinnt.<sup>111</sup>

<sup>108</sup> Vgl. Torsten Wehrhahn, *Die Westukrainische Volksrepublik*. Berlin 2004, S. 228-231.

<sup>109</sup> Vgl. Pisuliński, *Nie tylko*, S. 143-144.

<sup>110</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung bei Bruski, *Petlurowcy*, ab S. 80 passim. – Wir konzentrieren uns hier auf Zusammenhänge, die zum Verständnis der deutsch-ukrainischen Fragen nötig sind.

<sup>111</sup> Vgl. Ripećkyj, *Strilectvo*, S. 282-285.

Der ZUNR-Angriff gegen Polen scheiterte kläglich, und am 28. Juni 1919 brach die UHA ihn ab. Am 25. Juni 1919 hatte sich der Conseil Suprême der Friedenskonferenz mit der Besetzung ganz Ostgaliziens bis zum Zbrucz durch Polen einverstanden erklärt, um das Gebiet gegen die Bol'sheviki zu sichern. Am 13. Juli gestattete die Entente die Errichtung einer polnischen Zivilverwaltung. Proteste der ukrainischen Vertreter in Paris verpufften ohne Wirkung;<sup>112</sup> die Westukrainer erschienen der Entente überhaupt nicht vertrauenswürdig. Die UHA wechselte daraufhin die Richtung, begann den Zbrucz am 16. Juli 1919 in östlicher Richtung zu überqueren und sich dort mit den schwachen Verbänden der Roten Armee auseinanderzusetzen.

Auch wenn die UHA gegen die polnischen Verbände nichts ausrichten konnte, gegen die Rote Armee war sie immer noch eine Potenz: Im auf den Zbrucz-Übertritt folgenden Monat gelang es den ukrainischen Truppen, während die Polen am Fluß stehen blieben und sie nicht weiterverfolgten, die Rote Armee bis Kiew zurückzutreiben. In Kamjaneč belauerten einander nun die UNR-Regierung und die exilierte ZUNR-Regierung. Die Rote Armee war inzwischen auch durch die Denikin-Armee unter Druck geraten. Ende August 1919 marschierten von Westen her ukrainische Truppen, von Osten her die Soldaten der zarentreuen »Freiwilligenarmee«, die für ein »unteilbares Russland« kämpfte, in Kiew ein. Petljura hatte den UNR-Soldaten zwar jede Feindseligkeit gegen die Denikin-Truppen untersagt, die Gegenseite sah sich jedoch keineswegs veranlaßt, mit den UNR-Truppen und ihrer politischen Führung friedlich umzugehen. Der Entente-Versuch, die Zusammenarbeit zwischen Petljura und Denikin zu vermitteln, blieb ohne Erfolg.<sup>113</sup> Auf der Kiewer Prachtstraße, dem Chreščatyk, lieferten sich die aufeinanderprallenden Truppen daher eine Schießerei. Denikins General Bredov erklärte sich nur bereit, mit der UHA zu verhandeln. Galizische Politiker wie Kost' Levyčkyj und Vasył Panejko waren nun auch für eine Zusammenarbeit mit Denikin.<sup>114</sup> Dies mußte natürlich zu Kontroversen führen: Volodymyr Galan warf den österreichischen Führern der UHA vor, vor Bredov kapituliert zu haben. Ukrainische Generäle wären nie vor Bredov zurückgewichen, wohl aber Kraus, dem der russische General psychisch näher gestanden habe als die ukrainischen Offiziere. Mit den Worten, die »österreichischen Deutschen« seien das »Unglück der UHA« gewesen,<sup>115</sup> befreiten ukrainische Kommentatoren die Ukrainer diskursiv von jeder Verantwortung.

Im Herbst 1919 kämpften die Rote Armee von Norden und die Denikin-Armee von Osten her gegen die Ukrainer, die mit ihrem Rücken zu den Polen standen, die inzwischen mit Petljura verhandelten.<sup>116</sup> Petljura entsandte Andrij Livyčkyj (1879-1954) zu Gesprächen über eine weitergehende Kooperation nach Warschau.<sup>117</sup> Daß

<sup>112</sup> Vgl. Protest Buračynskyj/Temnyčkyj, 15.7.1919, Hornykiewicz IV, Dok. 1015, S. 66-84.

<sup>113</sup> Genau dies fürchtete Piłsudski und begann nun daran zu arbeiten, Petljura auf die eigene Seite zu ziehen (Vgl. Pisuliński, *Nie tylko*, S. 153). Im Ergebnis der Verhandlungen wurde ein Waffenstillstand zwischen Polen und der UNR geschlossen (Vgl. ebd., S. 158).

<sup>114</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 93.

<sup>115</sup> Volodymyr Galan, *Baterija Smerty*. o.O. [New York] 1968, S. 212-213.

<sup>116</sup> Vgl. Pisuliński, *Nie tylko*, S. 158-159.

<sup>117</sup> Um die Unterstützung der Entente nicht zu verlieren, die die UNR nicht anerkannt hatte, gab man in Polen am 25. Oktober 1919 die Sprachregelung aus, es handle sich nicht um politische Gespräche, sondern um den Schutz der polnischen Bevölkerung und polnischer Besitzrechte (Vgl. Pisuliński, *Nie tylko*, S. 175).

Petljura General Kraus, der Verhandlungen mit Bredov geführt hatte, für die Mißerfolge verantwortlich machte und seines Postens als Kommandeur der Galizier enthob, machte ihn bei jenen nicht beliebter. Angesichts der sich abzeichnenden Verständigung mit Polen (am 7. Oktober wurde ein lokales Wirtschaftsabkommen abgeschlossen), der Typhus-Epidemie und der sinkenden Moral seiner Truppe ging der Kommandeur der UHA, Myron Tarnavskýj (1869-1938), der 1917 die USS befehligt hatte, auf ein neues Angebot Denikins ein. Abgesandte der UHA nahmen am 1. November 1919 in Zjatkivci die Verhandlungen mit Denikins Parlamentären auf.<sup>118</sup> Obwohl sich Petruševyč anfangs sträubte, zeitweise sogar Tarnavskýj seines Postens enthob und vor Gericht stellte (wo er freigesprochen wurde), überzeugten ihn die Reaktionen der UHA und die Kooperation Petljuras mit den Polen davon, daß eine Verbindung mit Denikin die einzige Rettung sei.<sup>119</sup> So wurde am 17. November 1919 eine Übereinkunft unterzeichnet,<sup>120</sup> wonach die UHA mit vollständigem Troß zu Denikin überlief. Denikin hatte sich Anfang November geweigert, ein derartiges Abkommen für die ganze UNR-Armee abzuschließen. In den Direktiven an die Parlamentäre hatte es geheißt: »Alle ehemaligen russländischen Bürger sind verpflichtet, sich bedingungslos dem Kommando des Generals Denikin zu unterstellen, daher ist jede Bildung separatistischer oder nationalistischer Formationen durch ehemalige russländische Bürger nichts anderes als Desertion oder Hochverrat und als solche strafbar«. Der Vertrag mit der UHA war danach möglich, weil

»das Kommando der Freiwilligenarmee auf dem Standpunkt steht, daß die Galizisch-Ukrainische Armee mit allen ihren Führern und Einrichtungen eine exterritoriale Formation darstellt«.<sup>121</sup>

Man gestand der UHA eine eigene Organisation und Ergänzung durch »galizienstämmige« zu, Petruševyč sollte das Kommando über das »innere Leben der Galizischen Armee« behalten, im übrigen wurden alle politischen Fragen vertagt. Denikin versprach, die UHA nicht gegen die UNR-Truppen einzusetzen. Nur eine Ausnahme gab es im Abkommen: Im § 2 hieß es: »Das Korps von Konovaléc wird nicht als galizischer Verband anerkannt.«<sup>122</sup> Die UHA wurde nach Odessa gebracht, wo sie noch einmal die Front wechselte. Als »Rote UHA« wurde sie von den Bol'sheviki übernommen, die Denikin schlugen (s. S. 389).

Aus Denikins Perspektive war das Tolerieren der UHA nur logisch. Die Rekonstruktion des Rußländischen Imperiums konnte vorerst auf die Inkorporation Galiziens, das ja vor 1914 zu Österreich gehört hatte, verzichten, und die ZUNR mitsamt der UHA akzeptieren, während eine Anerkennung der UNR, der die Konovaléc-Schützen gedient hatten, die Zerschlagung des Imperiums bedeuten mußte.

<sup>118</sup> Vgl. Hans Koch, *Dohovir z Denikinom*. L'viv 1930, S. 22.

<sup>119</sup> Vgl. ebd., S. 30-50.

<sup>120</sup> Vgl. ebd., S. 51; Bruski, *Petlurowcy*, S. 94-95.

<sup>121</sup> Zit nach Koch, *Dohovir*, S. 23.

<sup>122</sup> Protokoll der Sitzung der Militärkommission, zusammengesetzt aus Vertretern des Freiwilligen- und des Galizischen Kommandos, 17. 11. 1919, abgedruckt in: ebd., S. 51-54. Konovaléc' Aufnahme in die Denikin-Armee scheiterte demnach an Denikin, nicht an Konovaléc. Petljuras Lob für Konovaléc, er sei »keiner von denen« (cej ne z takych), tut ihm möglicherweise zu viel Ehre an (Vgl. Mychajlo Jeremiiv, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc na tli ukraïnskoï vyzvol'noi borot'by«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 115-165, hier S. 161).

Aus der Sicht der Ostukrainer war das UHA-Eingehen auf Denikins »Divide et impera«-Politik Verrat – nicht nur an der gemeinsamen militärischen Sache, sondern, wichtiger noch, an der vielbeschworenen »Sobornist'«, der vorgeblichen Zusammengehörigkeit von West- und Ostukraine. Daran änderte auch die Rationalisierung Hans Kochs nicht, die Überläufer hätten sich um die »Zukunft des einzigen verbliebenen Bollwerks des Ukrainischen Staates« verdient gemacht.<sup>123</sup>

Petljura brauchte sich nach dem Überlaufen der UHA keine Zurückhaltung mehr aufzuerlegen. Er bat nun die Polen offiziell, die Rest-UNR militärisch zu besetzen.<sup>124</sup> Sowohl Petruševyč als auch Petljura gingen also ein Bündnis mit Kräften ein, die für den jeweils anderen untragbar waren. Während sich die UNR mit den Polen gegen die UHA-Interessen auf eine Waffenruhe geeinigt hatte, ließ die UHA die UNR durch den Frontwechsel im Stich. Die politische Folge war die Ausrichtung der UNR auf Polen als den einzigen potenten Gegner der Bol'seviki. Es ist bemerkenswert, mit welcher Souveränität die Nationalukrainer in ihrer Öffentlichkeitsarbeit und der historische Diskurs bald über dieses strukturelle Problem hinweggingen. Bis zum heutigen Tag ist es ein Sakrileg, die Sobornist' in Frage zu stellen, dabei ist das inoffizielle Schrifttum voller gegenseitiger Invektiva.<sup>125</sup>

In seinem 1923 erstellten und 1928 veröffentlichten Text ließ sich Konovaléc über die »schrecklichste Seite des Befreiungskampfes der Soborna Ukraïna« aus; aber er meinte damit nicht das Überlaufen zu Denikin, sondern die Feindschaft, die den bei Petljura zurückgelassenen Sičovi Stril'ci nun seitens der übrigen UNR-Soldaten entgegenschlug.<sup>126</sup> Gern wurde der Vorgang dann einfach verdrängt. In einer deutschsprachigen OUN-Broschüre aus dem Jahre 1933 hieß es:

»Nach ruhmreichen Kämpfen auf drei Fronten und zwar: gegen die Kommunisten, gegen die weißgardistischen Formationen und gegen die Polen, von der übrigen Kulturwelt abgeschnitten, wurde diese Armee durch Seuchen dezimiert und hörte auf, als ein militärischer Faktor zu bestehen.«<sup>127</sup>

In der »Geschichte des Ukrainischen Militärs« von 1936 wird das Überlaufen der »politischen Führung«, also Petljura angelastet. Es sei falsch gewesen, Kiew einnehmen zu wollen. Und man habe die Bedürfnisse der Truppe nicht berücksichtigt. So sei der UHA »nichts anderes übrig geblieben«. Sie »mußte sich retten, gegen ihren Willen,

<sup>123</sup> Koch, Dohovir, S. 55.

<sup>124</sup> Vgl. Pisuliński, Nie tylko, S. 179.

<sup>125</sup> Eines der spannendsten Beispiele sind die Briefe Dorošenkos an Lypynskyj. Beide waren Ostukrainer. Über Prag schrieb Dorošenko 1923: »Selbst in der Universität kann man keine gesündere, frischere Luft atmen, denn hier stinkt es nach den gewöhnlichen galizischen Müllhaufen [...]. Galizier sind eben Galizier, Sie kennen sie« (Halyčane – jak halyčane, Vy ich znajete) (Dorošenko an Lypynskyj, 6.9.1923, in: Vjačeslav Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 70, S. 56). Und 1926: »Wissen Sie, mit diesen Galiziern und den galizischen Dingen kommt immer irgendeine Gemeinheit (kapost') heraus, sie können einen Menschen so täuschen, daß man es nicht einmal merkt. Besser wäre es, sich von ihnen allen mit einer chinesischen Mauer abzugrenzen und nie mehr etwas von ihnen, weder von den Lebenden noch von den Toten, zu hören« (Dorošenko an Lypynskyj, 19.7.1926, in: ebd., Dok. 209, S. 232).

<sup>126</sup> Jevhen Konovaléc, »Pryčynky do istorii roli Sičovych Stril'civ v ukraïns'kij revoljucii«, Rozbudova Nacii 1(1928), H. 5, S. 199-204, hier S. 201.

<sup>127</sup> S. Tschutschman [Sydir Čučman], »Die historisch-politische Tradition der Ukrainer und ihr Kampf um den Staat«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 18-34, hier S. 29.

gegen ihre Überzeugung zum Feind überlaufen«. <sup>128</sup> Etwas vorsichtiger schrieb Krupnyčkyj über den Waffenstillstand mit Denikin. Den späteren Übergang zu den Bolševiki verhüllte aber auch er: Die Truppe sei »in bolschewistische Hände« geraten und statt der »Roten UHA« kennt er nur Galizier, die »wegen der festen nationalen Gesinnung schärfsten bolschewistischen Repressalien ausgesetzt« waren. <sup>129</sup> Aber wenn man etwas gegen die Galizier hatte und Petljura für einen Helden hielt, konnte es auch heißen, es seien »bürgerlich-demokratische Tendenzen mit einer Neigung zur Diktatur in der ZUNR-Regierung« gewesen, »welche die UHA ruhmlos zunächst in die Arme der weißen und später der roten Russen trieb«. <sup>130</sup> Immerhin schrieb Galan von dem »schwarzen Fleck unseres Befreiungsringens«, den er dem »Fehlen eines einheitlichen Kommandos und einer einheitlichen Führung« sowie der Auszehrung der Soldaten zuschrieb. <sup>131</sup>

Am 15. November 1919, noch vor dem Eintreffen der Polen, tagte in Kam'janeč zum letzten Male das Direktorium, das nur mehr aus Petljura, Šveč und Makarenko bestand. Die beiden letzteren beschlossen, ins Ausland zu reisen, und Petljura wurde als »Chef des Direktoriums« (Holova Dyrektorii) bevollmächtigt, »im Namen des Direktoriums alle Gesetze und Beschlüsse zu bestätigen«. <sup>132</sup> Diese Vereinbarung wurde 1920 von den beiden anderen Teilnehmern in Frage gestellt.

Am 23. November 1919 wurde den noch aktiven Kommandeuren freigestellt, ob sie bei Petljura bleiben wollten, und die reguläre UNR-Armee faktisch aufgelöst. Am 2. Dezember 1919 schloß Andrij Livyčkyj für die UNR den ersten förmlichen Vertrag mit Polen, in welchem sie auf Ostgalizien und den westlichen Teil Wolhyniens gegen das Versprechen der Unterstützung gegen Rußland verzichtete. Petljura gab den Befehl, zum Partisanenkampf überzugehen, den General Mychajlo Omeljanovyč-Pavlenko (1878-1952) führen sollte. Die »Hajdamaken-Brigade« des Atamans Omeljan Voloch (1886-1937) meuterte daraufhin am 3. Dezember 1919 gegen Petljura, der seinen Standort in Ljubar fluchtartig verließ und sich zu seinen letzten Getreuen, den von Denikin abgewiesenen Sič-Schützen von Konovaléc, nach Nova Čartoryja rettete. Die Sič-Schützen waren zwar die letzte Stütze Petljuras – aber sie waren polenfeindlich. So ließ der immer noch aktive »Schützenrat« unter Konovaléc in Staro-Kostjantynovo auch das SS-Korps aufzulösen und stellte es den Angehörigen frei, ob sie nach Hause gehen oder sich Omeljanovyč-Pavlenko anschließen wollten, der eine als »Erster Winterfeldzug« in die Historiographie eingegangene weitgehend erfolglose Militäraktion gegen die Russen begann. Der Stab (und mit ihm Jevhen Konovaléc) wurde von den Polen in Lučk interniert. <sup>133</sup> Am 5. oder 6. Dezember 1919 überschritt Petljura die polnische Frontlinie, und am 11. Dezember bestätigte er die zuvor von Livyčkyj mit den Polen getroffene Vereinbarung. Die inzwischen in Kam'janeč einge-

<sup>128</sup> Istorija Ukraïnskoho Vijska. L'viv 1992 (1936), S. 564-566.

<sup>129</sup> Borys Krupnyčkyj, Geschichte der Ukraine, Leipzig 1943, S. 300.

<sup>130</sup> Vasyľ Prochoda, Symon Petljura. San Diego 1968, S. 47.

<sup>131</sup> Galan, Bateria, S. 213-214.

<sup>132</sup> Vgl. ebd., S. X; Ivan Mazepa, Ukraïna v ohni j buri revoljučii 1917-1921, Bd. 2, S. 114. PRÜFEN

<sup>133</sup> Vgl. Ripečkyj, Strilectvo, S. 295-296; Petro Mirčuk, Narys istorii Orhanizacii Ukraïnskyj Nacionalistiv. Bd. 1, München/London/New York 1968, S. 14. – Dieses »Nach-Hause-Gehen« verglich Petljura dann mit einem ukrainischen Usus (»wie es früher die Kosaken auch zu tun pflegten«) und erhoffte sich eine Levée en masse bei einem neuerlichen Einmarsch mit den Polen (Petljura, »Die Unabhängigkeit der Ukraine«, Die Ukraine 2(1920), H. 3, S. 55-57, hier S. 56).



rückten Polen internierten die noch anwesenden Regierungsmitglieder; die »Regierungsgewalt« oder was davon noch übrig war, lag nun allein bei Petljura.

Im Frühjahr 1920 wurden die Internierungslager aufgelöst und die Insassen traten teilweise den nun mit den Polen verbündeten UNR-Streitkräften wieder bei. Konovaléc gelang es mit polnischer Genehmigung, in die Tschechoslowakei zu reisen, um dort aus UHA-Veteranen eine »ukrainische Brigade« zu bilden und über Rumänien und Odessa gegen Rußland vorzugehen.<sup>134</sup> Dies scheiterte jedoch daran, daß Petruševyč nun nicht mehr mit den UNR-Repräsentanten zusammenarbeiten, sondern sich auf Galizien beschränken wollte und die Tschechoslowakei sich diesem Vorhaben ebenfalls verweigerte. Nach dem polnischen Rückzug im Sommer wurde das Projekt obsolet.<sup>135</sup>

Daß die Westukrainer die UNR durch das Überlaufen zu Denikin im November 1919 verraten hatten, bevor Petljura Anfang Dezember auf Galizien verzichtet hatte, kam in der Literatur kaum vor. Petruševyč war inzwischen über Rumänien nach Wien gekommen.<sup>136</sup> In seiner Zeitung kritisierten die Galizier die »verbrecherische Dummheit« von Konovaléc' SS, bei Polen geblieben und nicht dem »gesunden Instinkt der galizischen Armee gefolgt« zu sein.<sup>137</sup>

Vom 9. bis zum 17. Dezember 1919 versammelte Petruševyč in Wien die dort lebenden Mitglieder des im Herbst 1918 gegründeten Westukrainischen Nationalrats und schuf die Grundlagen, um einen neuen Exilregierungs- und Diplomatieapparat der ZUNR einzurichten. Der »Diktator« sah in diesen außenpolitischen Unternehmungen ein besseres Mittel zur Gewinnung einer galizischen Staatlichkeit (von der gesamtukrainischen hatte er sich nun gelöst) als in militärischen oder Untergrundhandlungen. Die Repräsentanz der ZUNR in Berlin, die aber keinen diplomatischen Status erhielt, sondern eher eine politische Interessenvertretung war, führte Taras Šucevyč, sein Vertreter war Jevhen Levyčkyj.<sup>138</sup>

Ein Angebot der Bol'seviki, gemeinsam gegen Denikin vorzugehen, lehnte die UNR ab, woraufhin die Rote Armee zum Angriff gegen die Reste der UNR-Armee überging. Auch ein Angebot Denikins vom 7. Januar 1920 an die UNR, nunmehr doch gemeinsam zu operieren, lehnten die Ukrainer ab – dieses Angebot war wenig mehr als ein Zeichen, daß auch die »Freiwilligenarmee« am Ende ihrer Kräfte angelangt und die Initiative auf die Bol'seviki übergegangen war. Nachdem die Rote Armee ihren Vormarsch in südlicher Richtung fortgesetzt hatte, erreichte sie Ende Januar 1920 auch Odessa, wohin die »Weißen« die UHA gebracht hatten. Der größte Teil der UHA erklärte sich bereit, noch einmal die Front zu wechseln und sich den »Roten« anzuschließen. Aus der UHA wurde am 10. Februar 1920 die »Rote UHA«, ein Teilverband

<sup>134</sup> In der Tschechoslowakei gab es seit Juli 1919 internierte UHA-Angehörige, die nicht über den Zbruč zur UNR gegangen, sondern über die Karpathen ausgewichen waren. Sie wurden in Deutsch-Gabel/Jablónné v Podjestedí interniert. Vgl. Osyp Mel'nykovyč, »Do istorii UVO v Čecho-Slovaččyni«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 328-340, hier S. 328.

<sup>135</sup> Vgl. Hryhorij Vaškovyč, »Jevhen Konovaléc i Jevhen Petruševyč v 1920-1921 rokach«, in: Bojko, Jevhen Konovaléc, S. 303-315, hier S. 304.

<sup>136</sup> Vgl. ebd., S. 303.

<sup>137</sup> »Tragedija zločynnoi durnoty«, Ukraïnskyj Prapor 20. 1. 1920, nach ebd., S. 313.

<sup>138</sup> Das Büro war bis zum April 1921 in der Karlsruher Str. 7, danach in der Würzburger Str. 21/I. Vgl. Information, 2.4.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 9 Westukraine, Diplomatische und konsularische Vertretungen der West-Ukraine in Deutschland, Bd. 1.

der Roten Armee mit Kommissaren und dem roten Stern als Emblem. In Vinnyca konstituierte sich ein Revolutionäres Komitee der UHA, das sich am 12. Februar 1920 mit den Bol'sheviki verband. Aus den USS im Verband der UHA wurde nun die I. Brigade der Roten USS.<sup>139</sup>

Petljuras Verzicht auf Ostgalizien wurde ihm durch das Überlaufen der UHA sicher erleichtert,<sup>140</sup> aber hier dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß für Ostukrainer Galizien ukrainische Peripherie war, während für die Westukrainer der Osten im Unterschied zu Galizien als national wenig aktiver Landesteil galt, dessen Zugehörigkeit zu Rußland nichts völlig Abwegiges war. Für die UNR waren die Russen, für die Galizier die Polen der nationale Feind. Im übrigen kann man sich Bruski's Haltung anschließen, daß die politische Linie der UNR gegenüber Polen keinerlei Beständigkeit kannte.<sup>141</sup> Umgekehrt aber auch nicht. Am 10. Juli 1920 erklärte sich in Spa der polnische Ministerpräsident Władysław Grabski (1874-1938) dazu bereit, die Ausgliederung Ostgaliziens aus Polen hinzunehmen.<sup>142</sup> Die Sowjets standen vor Warschau, und um Entente-Unterstützung zu erhalten, hätten polnische Politiker auch noch mehr zugestanden. Auf diese rein pragmatischen Zugeständnisse kam man nicht mehr zurück; sie zeigen aber, wie groß der verbale Spielraum der Politiker aller Seiten war.

Im März und April 1920 schickte die sowjetische Führung die Rote UHA gegen Polen in einen Kampf, in dem auf beiden Seiten keine Gefangenen gemacht wurden. Zwei der drei Brigaden meuterten am 24. April 1920 und richteten ihre Waffen gegen die Bol'sheviki. Sie ergaben sich den Polen, die auch noch die sowjetloyale erste Brigade entwaffneten, die meisten Offiziere internierten und nur ganz wenige der ja ursprünglich vehement antipolnischen Truppen (angeblich 100 Offiziere und 800 Soldaten) in die UNR-Armee eintreten ließen.<sup>143</sup> Die Rote Armee erschoss einen Teil der auf ihrer Seite verbliebenen USS-Offiziere.<sup>144</sup> Andere ehemalige SS-Angehörige schlugen sich nach Kiew durch, gründeten dort ein Aufständischenkomitee, das natürlich aufflog – und wurden auch umgebracht.<sup>145</sup>

Die politische Konvention mit Polen vom 21./22. April 1920 und die militärische vom 24. April waren die ersten wichtigeren zwischenstaatlichen Verträge der UNR seit dem Brester Frieden und mindestens ebenso fragwürdig. Die Lage war sehr ähnlich: Die ukrainische Seite besaß praktisch kein Staatsgebiet mehr, und die Abkommen sollten vor allem das Überleben der UNR sichern. Polen hatte ja zunächst auch militärisch Erfolg. Am 7. Mai 1920 marschierten die polnischen Truppen in Kiew ein. Auch Petljura, der zunächst in Vinnyca gewartet hatte, reiste nach Kiew und beauftragte den Sozialföderalisten und Geschichtslehrer Vjačeslav Prokopovyč (1881-1942) mit der Bildung einer neuen Regierung, die am 2. Juni ihre erste Proklamation ausgab. Am

<sup>139</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 213; Alexander J. Motyl, *The Turn to the Right: The Ideological Origins and Development of Ukrainian Nationalism, 1919-1929*. Boulder/New York 1980, S. 18-20; *Istoriija Ukraїnskoho Vijska* 41992, S. 568.

<sup>140</sup> So argumentiert Bruski, *Petlurovcy*, S. 99.

<sup>141</sup> Bruski, *Petlurovcy*, S.101.

<sup>142</sup> Henryk Batowski, »Pojęcie polityczne Galicji Wschodniej«, in: Michał Pułaski (Hg.), *Ukraїńska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 33-43, hier S. 41; Text der Erklärung in K. W. Kumaniecki (Hg.), *Odbudowa państwowości polskiej*. Warszawa-Kraków 1924, S. 202.

<sup>143</sup> Vgl. Bruski, *Petlurovcy*, S. 167-168.

<sup>144</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 215.

<sup>145</sup> Vgl. ebd., S. 306.

8. Juni mußte sie wegen des sowjetischen Gegenangriffs nach Winnycja fliehen, auch die Polen zogen am 12. Juni aus Kiew ab. Die neue Regierung floh wieder nach Polen.<sup>146</sup>

Formal war die UNR ein Verbündeter Polens, ihre Armee selbständig und nur operativ dem polnischen Oberbefehl unterstellt. In die UNR-Regierung vermittelte Pilsudski als Vizeinnenminister den Ukraine-Polen Jan Henryk Józewski (1892-1981), der später als wolhynischer Wojewode eine mehrdeutige Rolle in den polnisch-ukrainischen Beziehungen spielen sollte.<sup>147</sup> Faktisch behandelten die Polen die Ukrainer sehr schlecht<sup>148</sup> und hielten auch nicht ihr Versprechen, Petljura als Regierungschef anzuerkennen, als Kiew kurz unter polnische Kontrolle kam. Die Petljura-Regierung wurde auf dem Rückzug in Stanislaw auf Betreiben polnischer Nationalisten verhaftet und nach Rzeszów im polnischen Westgalizien abtransportiert.<sup>149</sup>

Die polnische Führung war an Waffenruhe interessiert und gab den Junior-Verbündeten auf. Ein Rest von UHA-Truppen entzog sich unter General Kraus den Sowjets über die Karpathen in die Tschechoslowakei, wo sie in Reichenberg interniert wurden.<sup>150</sup> Die ostukrainischen Truppen an polnischer Seite versuchten noch, vor dem Waffenstillstandstermin vom 18. Oktober 1920 möglichst große Geländegewinne zu machen. Um die Rote Armee dazu zu zwingen, den Waffenstillstand auch gegenüber den im Abkommen nicht berücksichtigten Ukrainern einzuhalten, dislozierten die Polen kleine polnische Einheiten bei den Ukrainern. General Oleksander Udovycenko (1887-1975) hielt dies immerhin noch für einen »džentel'menskyj čyn« (Gentlemen-Handlung)<sup>151</sup>, wenngleich für unbegründet, weil die Rote Armee erschöpft gewesen sei, während Bruski der Meinung ist, daß sich die Ukrainer nur deswegen wenigstens vorübergehend neu formieren konnten.<sup>152</sup>

Die antipolnische OUN-Historiographie ließ an Petljuras Bündnis mit Polen natürlich kein gutes Haar. Petro Mirčuk war der Meinung, schon im Sommer 1920 hätte die UNR wegen des polnischen Verrats die Front wechseln sollen. Als Beispiel führte er ausgerechnet Italien, Rumänien, Ungarn und Finnland an, die im Zweiten Weltkrieg das Bündnis mit Deutschland gebrochen und sich mit dem Gegner verbündet hätten.<sup>153</sup> Meinte er damit, die UNR hätte sich der sowjetischen Seite anschließen sollen? Wir führen dieses Beispiel nur an, um ein Schlaglicht auf die intellektuelle Armut dieser Historiographie zu werfen.

<sup>146</sup> Vgl. L. V. Lazarenko, »Peredmova«, in: Zbirnyk pam'jaty Symona Petljury (1879-1926). Kyiv 1992, S. XII.

<sup>147</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 170. – Vgl. Cornelia Schenke, Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer 1921-1939. Hamburg 2004.

<sup>148</sup> Am 5. Mai 1920 erklärte Pilsudski: »Petljura spielt hier keine Rolle, er ist ein Instrument, nichts weiter. Und wenn sich nichts machen läßt, überlassen wir das Chaos seinem Schicksal« (nach General Antoni Listowski, vgl. Pisuliński, Nie tylko, S. 194; vgl. auch ebd., S. 203-204). Das Ziel Polens war es, Rußland zu schwächen, indem man ihm sein Getreide und seine Bodenschätze abnahm. Die Ukraine sollte eine von Polen abhängige Barriere zwischen Polen und Rußland bilden und einen Absatzmarkt bieten (vgl. ebd., S. 192).

<sup>149</sup> Vgl. Pisuliński, Nie tylko, S. 259-260.

<sup>150</sup> Osyp Mel'nykovič, »Do istorii UVO v Čecho-Slovačěyni«, in: Bojko, Konovaléc, S. 328-340, hier S. 328.

<sup>151</sup> Oleksander Udovycenko, Ukraïna u vijni za deržavnist'. Winnipeg 1954, S. 153.

<sup>152</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 228.

<sup>153</sup> Vgl. Petro Mirčuk, Jevhen Konovaléc. L'viv 1990 (Toronto 1958), S. 71.

Im Juli 1920 rief der »Schützenrat« von Prag aus, wo nun auch Konovaléc war, alle Schützen auf, selbständig nach Galizien zurückzukehren und löste sich auf.<sup>154</sup> Konovaléc, Mel'nyk, der Stabschef der 10. Schützendivision Jurij Otmarštejn (1890-1922) und der Regimentskommandeur Vasyľ Kučab'skyj waren nun in der Tschechoslowakei, während Marko Bezručko (1883-1944) als Kriegsminister der UNR und der Brigadekommandeur Roman Suško (1894-1944) in Polen bei den UNR-Truppen blieben. Mel'nyk agierte als eine Art Militärattaché der UNR in Prag und Wien und versuchte, ukrainische Soldaten für die Petljura-Truppen zu werben.<sup>155</sup> Petro Mirčuk und andere OUN-Historiker sehen in der Prager Versammlung, die die Sič-Schützen auflöste, den Gründungsakt der Ukrainischen Militärorganisation (Ukraїnska Vijskova Orhanizacija – UVO), die als konspirativer Verband gegen die Feinde der ukrainischen Staatlichkeit kämpfen sollte und konstruierten so eine Verbindung zwischen den Schützen und der späteren OUN.<sup>156</sup>

Die Mitglieder des Direktoriums waren inzwischen heillos untereinander zerstritten. In der Tschechoslowakei formierte sich gleichzeitig der galizische Widerstand gegen sie alle. Eine in Wien gebildete »Ukrainische Offiziersunion« (Ukraїnskyj Sojuz Staršyn) und Vertreter der internierten Ukrainischen Brigade aus Josefov sowie Konovaléc hielten im August 1920 eine Militärkonferenz in Prag ab, auf der sie gegen Petljuras Verrat an Ostgalizien protestierten und die Sobornist' für höherrangig als alle sozialen und politischen Rahmenbedingungen erklärten. Das Überlaufen der UHA wurde nachträglich sanktioniert und man ging so weit, selbst die Vereinigung der ukrainischen Gebiete als Ergebnis des bolschewistischen Vormarsches gutzuheißen.<sup>157</sup> Was auf den ersten Blick kaum verständlich wirkt, war eine Reaktion auf die am 15. Juli 1920 erfolgte Proklamation einer Galizischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Tarnopol, die deutlich ukrainische Merkmale hatte, auch wenn die kurze Zeit bis zum September 1920, als ihr Gebiet von den Polen wieder eingenommen wurde, nicht ausreichte, sie – wie dann 1939 – mit der Sowjetukraine zu vereinigen.<sup>158</sup>

Die ZUNR Petruševyčs, Reste der UHA in der Tschechoslowakei und sogar Skoropad'skyj versuchten nun gemeinsam mit der tschechoslowakischen Staatsführung, sich mit der RSFSR gegen Polen zu verbinden. Die Sowjets hatten ja der Eigenständigkeit Ostgaliziens zugestimmt, so daß eine Zeitlang eine westukrainisch-tschechoslowakische Konföderation (die natürlich gegen Polen gerichtet sein mußte und in der auch Wilhelm von Habsburg eine Chance witterte) möglich schien.<sup>159</sup>

Die zweite ukrainische Eigenstaatlichkeit in Ost-Galizien nach der ZUNR (allerdings gelang es nicht, Lemberg einzunehmen) stand also unter sowjetischen Vorzei-

<sup>154</sup> Vgl. Ripečkyj, *Strilectvo*, S. 296-297; Motyl, *Turn*, S.96-97.

<sup>155</sup> Vgl. Volodymyr Martynec, *Ukraїnske pidpillja*. o. O. 1949, S. 32.

<sup>156</sup> Vgl. Petro Mirčuk, *Narys istorii Orhanizacii Ukraїnskyj Nacionalistiv*. Bd. 1, München/London/New York 1968, S. 16-17. Vgl. auch Vaškovyč, »Jevhen Konovaléc«, in: Bojko, *Konovaléc*, S. 303-315, hier S. 306.

<sup>157</sup> Myšuha schrieb an Petruševyč über die Ergebnisse der Konferenz am 20. August 1920: »3) Dem bolschewistischen Angriff auf Galizien keinen Widerstand leisten.«, zit. nach Anatolij Viktorovyč Kentij, *Ukraїnska Vijskova Orhanizacija (UVO) v 1920-1928 rr.* Kyiv 1998, S. 16.

<sup>158</sup> Vgl. M. Ju Muchina, »Halrevkom i Halyčany. Do pytannja pro misce intelihencii v suspil'nomu žytti Ukraїny 1920-1930 rr.«, *Ukraїnskyj Archeohrafičnyj Ščoričnyk*, Kiew 1 (1994), S. 383-400.

<sup>159</sup> Vgl. Krzysztof Lewandowski, *Sprawa ukraińska w polityce zagranicznej Czechosłowacji w latach 1918-1932*. Wrocław 1974, S. 169-173.

chen und richtete sich wie die erste gegen Polen und damit auch die Entente. Die UNR hingegen paktierte offen mit Polen. Es ist u. E. erforderlich, diese ukrainischen Verwerfungen zu berücksichtigen, um zu verstehen, wieso der Vorwurf der Sowjetfreundlichkeit, dem Konovaléc später ausgesetzt war, überzeugend sein konnte und wieso Petruševyč, der immer mehr von einem »gesamtukrainischen« Konzept abrückte, sowjetfreundlich wurde.

Die Militärkonferenz in Prag war nicht prosowjetisch, sie fand sich jedoch mit der sowjetischen Invasion ab: Sie rief zur Bildung einer Auslandsarmee auf, die unter einem vereinigten Oberbefehl stehen und für die Unabhängigkeit der Ukraine (also weder für die Ost-UNR, noch für die ZUNR) kämpfen sollte.<sup>160</sup> Man braucht sich kaum zu wundern, daß ihre nach Warschau übersandte Aufforderung, die Ukrainer aus der polnischen Armee auszugliedern und über die Karpathen hinauszuführen, um den Bol'sheviki die Einnahme Polens und den Weitermarsch nach Westen zu erleichtern, weder bei den Polen noch bei der UNR auf Verständnis stieß.<sup>161</sup>

Das polnisch-ukrainische Bündnis war zu einer Art Lackmustest geworden: Während sich die Petljura-UNR mit Polen versöhnte, haben sich im August 1920 ein Teil seiner Offiziere einerseits von Petljuras pragmatischer Politik abgesetzt, andererseits aber zwei Maximen wiederbelebt: Sobornist' und Independentismus erklärten sie zu den höchsten Werten, womit sie den Schritt zum integralen Nationalismus getan hatten, gleichzeitig hatten sie aber auch das Amoralnist'-Konzept in dieser Beziehung *avant le mot* erstmals anerkannt. Wenn die Prager Konferenz bereit war, die bolschewistische Invasion hinzunehmen, weil sie zu einer Vereinigung der ukrainischen Gebiete führte, konnte sich die UdSSR 1939 und 1944 darin bestätigt sehen, daß die Annexion des Westukraine, Wolhyniens bzw. der Karpatho-Ukraine auch unter kommunistischen Vorzeichen als nationale Vereinigungstat gewertet werden konnte. Was der Sobornist' und dem Independentismus diente, war also ungeachtet der dazugehörenden Ideologie akzeptabel. Was als Doncovs »Amoralnist'«-Konzept Bestandteil des ukrainischen Nationalismus werden sollte, war damit schon 1920 strukturell nachweisbar und zwar als Basis für eine positive Haltung zu den Bol'sheviki.

Wenn wir uns daran erinnern, daß Konovaléc und seine USS die UNR Anfang 1918 in Kiew gegen die Bol'sheviki verteidigt und Ende 1918 wieder an die Macht gebracht hatten, dann wird deutlich, welche Transformation die ukrainische Nationalbewegung in der kurzen Zeit durchgemacht hatte. Die UHA und anderes Militär waren inzwischen eher bereit, sich mit den Sowjets abzufinden als auf Petljuras Taktieren einzugehen. Zu Recht betont Motyl, daß in Konovalécs Denken der kulturelle Nationalismus der Vorkriegszeit zu einem staatsorientierten Denken mutiert war, in dem die Sobornist' den ersten Rang einnahm. Im Unterschied zum Pragmatiker Petljura war der Verzicht auf auch nur einen Teil der Ukraine inakzeptabel, selbst wenn es vorübergehend nicht möglich sein sollte, die ganze Ukraine zu befreien. Für Konovaléc mußte jeder ukrainische Staat der Repräsentant aller Ukrainer sein: Petljura hatte auf den Westen, Petruševyč auf den Osten verzichtet. Sie hatten sich damit des Regionalismus schuldig gemacht. Trotzdem hing Konovaléc dem Realismus an: »And realism prima-

<sup>160</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 98-99.

<sup>161</sup> Vgl. ebd., S. 99; Vaškovyč, »Jevhen Konovaléc«, in: Bojko, Konovaléc, S. 303-315, hier S. 307.

rily meant taking advantage of every available opportunity to advance the Ukrainian cause.«<sup>162</sup> Solche Möglichkeiten boten jedoch nur starke Partner und solche mit gleichen Interessen – also nicht Polen, das unter dem sowjetischen Angriff fast zusammengebrochen wäre, und auch nicht die Entente, die den Ausgleich mit einem zarischen Rußland wollte.<sup>163</sup>

Für Konovaléc wurde die antipolnische Haltung zu einem wesentlichen Element seines Denkens. Mit der fundamental antipolnischen Haltung der Konovaléc-Richtung war aber wieder die Interessenidentität mit den Deutschen gegeben.

Motyl beschrieb die Denkweise dieser politischen Einstellung. Ohne Sympathien für den Bolschewismus zu hegen, hielt man die Vereinigung der ukrainischen Territorien für ein erstrebenswertes Zwischenziel, das bewirken würde, daß fortan alle Ukrainer nur mehr gegen einen Gegner zu kämpfen hätten. Es ginge nicht mehr um die Priorität von Kiew oder Lemberg, sondern um die Befreiung der ganzen Ukraine. Soldaten sollten die Avantgarde dieser gesamtukrainischen Bewegung sein.<sup>164</sup>

Inzwischen brachen die Polen den Vertrag mit Petljura, indem sie zu den Waffenstillstandsverhandlungen mit den Sowjets nach Minsk keine ukrainischen Vertreter mitnahmen.<sup>165</sup> Die Petljura-Richtung gab sich jedoch nicht geschlagen. Am 3. November 1920 reiste Andrij Livitykyj als Ministerpräsident der UNR auf den Rest ukrainischen Gebiets nach Kamjaneć. Die UNR schloß mit den von dem Sozialrevolutionär Boris Savinkov (1879-1925) repräsentierten »weißen« Russen in Polen, die sich auch nicht an den Waffenstillstand hielten, ein Bündnis. Verzweifelt hoffte die UNR-Armee, Munition aus Deutschland beschaffen zu können. Petljura schickte den uner müdlichen Vasył'ko zu den Deutschen, der garantieren sollte, die Munition sei »für die Ukraine, nicht für Polen bestimmt.«<sup>166</sup> Kaum erwähnenswert, daß man in Deutschland darauf nicht einging.

Dennoch schlugen die Reste der UNR-Armee am 10. November 1920 östlich des Zbrucz zwischen Bar und Mohyliv los. Das Ergebnis war fatal. Am 20. November flohen die zivilen Behörden, am 21. November 1920 die letzten UNR-Verbände über den Zbrucz vor der Roten Armee nach Polen, wo sie entwaffnet und interniert wurden. Versuche, noch im selben Winter durch eine völlig unterdimensionierte Truppe unter Jurko Tjutjunyk (1891-1929) und Otmarštejn, und unter Beteiligung von Roman Suško, mit dem sog. Zweiten Winterfeldzug einen Aufstand in Kiew auszulösen, endeten mit einem totalen Fiasko: 359 Aufständische wurden bei Bazar exekutiert, 500 fielen oder begingen Selbstmord und etwa 1000 flohen nach Polen zurück.<sup>167</sup>

Spötter hatten über die schrumpfende und fliehende UNR den Vers geschmiedet:

<sup>162</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 102.

<sup>163</sup> Vgl. ebd., S. 103.

<sup>164</sup> Vgl. ebd., S. 99.

<sup>165</sup> Vgl. Pisuliński, Nie tylko, S. 267-275. Oberst Tkačuk lehnte es ab, als »ziviler Experte« aufzutreten.

<sup>166</sup> Petljura an Vasył'ko, 3. 11. 1920, Archiv der Ukrainischen Katholischen Universität in Rom, Archiv der Regierung der ZUNR, 299/D, Bl. 9, zit. nach Bruski, Petlurowcy, S. 227.

<sup>167</sup> Kennzeichnend für die OUN-Historiographie ist, daß eine Fehleranalyse niemals stattfand. Mykola Kapustjanskyj schrieb 1954 lapidar, diese »breit angelegte Operation habe aus verschiedenen Gründen keinen Erfolg gehabt«, dafür habe sie die Basis für eine »unvergängliche Apotheose« und eine »leuchtende Tradition« geschaffen (Mykola Kapustjanskyj, »Vijškova pidhotovka OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 115-139, hier S. 115).

U vahoni Dyrektorija,  
Pid vahonom terytorija.

Im Waggon das Direktorium  
unter dem Waggon ihr Territorium.

Oleksander Šul'hyn schrieb über das Ende der UNR: »Das Direktorium verlor auch das Territorium, das sich unter den Rädern ihres Waggons befand«. <sup>168</sup>

Konovaleč hatte sich gegen diese von vornherein zum Scheitern verurteilten Feldzüge gewandt. Er setzte auf politische Arbeit: Demobilisierte ukrainische Soldaten ohne wirtschaftliche Perspektive standen in Ostgalizien zur Verfügung, wo die Polen ihren Staat ausbauten. Sie zu organisieren nahm sich daher Konovaleč vor, was zur Gründung der Ukrainischen Militär-Organisation (Ukrainska Vijskova Orhanizacija – UVO) führte. <sup>169</sup> Inzwischen hatte Polen im Frieden von Riga die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik als einzigen ukrainischen Staat anerkennen müssen. Der einstige Verbündete UNR verlor offiziell den polnischen Rückhalt.

Die ukrainische Armee war aufgerieben, die Reste waren interniert oder demobilisiert. Ukrainische Politiker warfen einander wechselseitig Verrat vor und suchten nach neuen (oder alten) Verbündeten. In Riga unterstützte bei den Friedensverhandlungen eine Delegation der Exil-ZUNR Petruševyčs mit Kost' Levyčkyj, Osyp Nazaruk und Luka Myšuha (1887-1955) die – sowjetische Seite. <sup>170</sup> Die Sowjets gingen auf diese Avancen gern ein, Folgen hatten sie nicht.

Das Bündnis der UNR mit dem Polen Piłsudskis war selbst nach dessen Föderationstheorien, in denen für einen ukrainischen Staat ein gegenüber Polen nachgeordneter Platz vorgesehen war, kein Bündnis unter Gleichen. Die Piłsudskisten besaßen aber nicht das politische Monopol: Für die Dauer der Pariser Friedenskonferenz hatten sie einen »historischen Kompromiss« mit den Nationaldemokraten (Endecja) unter Roman Dmowski und Ignacy Paderewski (1860-1941) geschlossen, die bei der Entente angesehenere waren. <sup>171</sup> Die polnische Geschichte bis 1939 ist von dem labilen Verhältnis zwischen diesen beiden Hauptkräften der polnischen Politik geprägt. Auch wenn die Nationaldemokraten selten an der Macht waren, nahm man auf deren politische Einstellungen Rücksicht: Feindschaft gegenüber Deutschland und den Juden sowie eine grundsätzliche Nicht-Anerkennung eines gleichberechtigten ukrainischen und weißrussischen Volkstums waren einige der Positionen, die auch die Gegner der Nationaldemokraten akzeptieren mußten, wenn sie deren Anhängern keine diskursiven oder gar wirklich politischen Gewinne zugestehen wollten.

Stanisław Grabski, der für die Endecja 1919 den Kompromiß mit Piłsudski ausgehandelt hatte, ließ in bezug auf die Ukrainer keine Zweifel aufkommen. »Alles, was

<sup>168</sup> Oleksander Šul'hyn, *Bez terytorii*. Kyiv 1998 (1934), S. 110.

<sup>169</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 103-105.

<sup>170</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 209-210. – Zuvor waren am 13. 8. 1920 Myšuha und Nazaruk mit Maksim Litvinov, dem sowjetischen Repräsentanten in Dänemark, zusammengetroffen und hatten die Chancen eines Pufferstaates, bestehend aus Ostgalizien, der Nord-Bukowina und der Karpatho-Ukraine besprochen (Vgl. ebd., S. 210). – Von Osyp Nazaruk liegen hierzu Memoiren vor (*Halyčka delehacija v Ryzji 1920r. Spomyny učasnyka*. L'viv 1930).

<sup>171</sup> Pisuliński wies darauf hin, daß damit Versuche, zu einer polnisch-ukrainischen Verständigung zu gelangen, obsolet wurden, da sich die Piłsudski-Führung nicht gegen die Nationaldemokraten stellen konnte. Ein neuerlicher Versuch, eine diplomatische Mission nach Polen zu schicken scheiterte im Januar 1919 (Vgl. Pisuliński, *Nie tylko Petlura*, S. 100-101).

im polnischen Staat ist, ist polnisch«, schrieb er 1924.<sup>172</sup> Die »natürliche Penetration« des Ostens durch die polnische Sprache, Kultur und Bevölkerung ließ keinen Raum für Autonomie oder gar Eigenstaatlichkeit. Und bei allen Experimenten in Wolhynien oder der Finanzierung von UNR-Relikten in Warschau oder anderen kernpolnischen Städten (nicht etwa in Gebieten, die von Ukrainern bewohnt waren) konnte von einem Eingehen auf ukrainische Wünsche nur marginal die Rede sein. Selbst die Piłsudski-Gruppe gab ihre vagen Föderationspläne nach dem Rigaer Frieden vom 18. März 1921 auf und strebte nach einer engen Anbindung der östlichen Grenzgebiete an Polen. Im Unterschied zur ND sollten liberale Zugeständnisse, die Einstellung in den Staatsdienst und ein doppelsprachiges Schulwesen das leisten, wofür die ND eine »harte Hand« vorsah – das Ziel war jedoch gleich und wurde auch so wahrgenommen. Und selbst in der PPS hielten nur kleine Gruppen am Autonomieversprechen fest – gerade die galizische PPS verfocht durchaus polnisch-nationale Positionen.<sup>173</sup> Tadeusz Hołowko (1889-1931), der später von der OUN ermordet wurde, wollte als Leiter der Ostabteilung im polnischen Außenministerium Bedingungen schaffen, unter denen die ukrainische Bevölkerung Polens »sich freiwillig geistig mit der polnischen Staatlichkeit vereinigt, sich aus eigenem Willen und eigener Überzeugung als polnische Bürger fühlt«.<sup>174</sup> Das war zur Sicherung des status quo sinnvoll, die Bestrebungen der Nationalukrainer befriedigte es nicht.

Demgegenüber bemühte sich die Sowjetukraine um eine nationalukrainische Außendarstellung. Die polnischen Kommunisten folgten den sowjetischen Vorgaben und stellten die Unterstützung der »Befreiungsbestrebungen der ukrainischen und weißrussischen Arbeiter und Bauern aus der Herrschaft des Polen der Grundbesitzer und Kapitalisten und zum Anschluß ihrer Gebiete an die sowjetische Ukraine und das sowjetische Weißrußland« in ihre Forderungen ein.<sup>175</sup> Daß nach den Deutschen nun die Kommunisten für eine ukrainische Staatlichkeit standen, senkte in Polen und bei der Entente das schon zuvor nicht große Vertrauen in eine ukrainische politische Option.<sup>176</sup>

Um die Jahreswende 1920/21 war in Wien mit dem Allukrainischen Nationalrat (Vseukraïńska Nacional'na Rada – VNR) ein weiterer Versuch gemacht worden, die verschiedenen ukrainischen Kräfte zusammenzubringen. Aber schon am 24. März 1921 kam es zum Bruch, als sich Ost- und Westukrainer nach dem Rigaer Friedensschluß nicht mehr auf eine gemeinsame Politik gegenüber Polen einigen konnten. Auch die Tschechoslowakei, die anfangs noch die Ukrainer gegen Polen nutzen wollte, fand zur Realpolitik zurück und sagte Polen im November 1921 zu, dessen Rechte in Ostgalizien zu achten.<sup>177</sup>

<sup>172</sup> Stanisław Grabski, »Rusini«, *Słowo Polskie* 107/18.4.1924, nach Miroslawa Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska w drugiej Rzeczypospolitej 1922-1926*. Kraków 1979, S. 46.

<sup>173</sup> Vgl. Papierzyńska-Turek, *Sprawa*, S. 46-49.

<sup>174</sup> Tadeusz Hołowko, »Minimalny program polityki polskiej we Wschodniej Galicji i na tzw. kresach«, *Droga* 1924, Nr. 10, S. 6, zit. nach Papierzyńska-Turek, *Sprawa*, S. 48.

<sup>175</sup> Resolution auf dem II. Kongress der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens 1923, zit. nach ebd., S. 51.

<sup>176</sup> Markus' nannte dies den »vollständigen Verlust der Konjunktur für die Politik der UNR im Westen« (Vasyl' Markus', »Ekzyl'nyj urjad Ukraïnskoï Narodn'oï Respubliky v mižvojenyj period (1921-1939)«, *Sučasnist'*, H. 11, 1986, S. 70-84, hier S. 72).

<sup>177</sup> Vgl. Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 213.



Konovalec war in die VNR eingetreten, weil er darin eine letzte Möglichkeit sah, *sobornist* zu praktizieren. Da die *sobornist* offensichtlich nicht funktionierte, änderte er nun seine Einstellung: Dann sollte man eben mit Galizien anfangen. Die Ostukraine könne erst befreit werden, wenn auch alle anderen Fragen des europäischen Ostens anständen, Ostgalizien war hingegen ein Problem aus dem Zusammenhang der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie. Bis zu seinem Tode und als Führer der OUN widmete sich Konovalec fortan primär der Ukrainisierung Galiziens. Dazu engagierte er sich ab Sommer 1921 in der Gruppe »Junges Galizien« (Moloda Halyčyna) in Wien, für die ein ruthenisches Galizien nur der erste Schritt zu dem Gesamtstaat war, von dem Petruševyč nach der Enttäuschung über Petljura nichts mehr hielt.<sup>178</sup>

Nun kam es zu einer ersten offenen Auseinandersetzung zwischen der Exil-ZUNR und den »Jungen«. An den drei ersten Julitagen 1921 fand in Lemberg ein Studentenkongress statt, der offen gegen Petruševyčs ZUNR protestierte, die immer noch auf die Entente hoffe. Die Studenten forderten die Bildung einer Untergrundregierung in Galizien, der sich die Exil-ZUNR unterstellen sollte. Versuche von USS-Veteranen wie Kučabskyj und Jaroslav Čyž (1894-1958), die ZUNR-Leute dazu zu bringen, sich mit der Dynamik der Studenten in Galizien abzufinden, waren vergeblich. Die Petruševyč-Anhänger, die sich gern den Staatsleuten des Westens andienen wollten und auf ihre Reputation bedacht waren, waren wütend auf diese »tagenden Kinder«, wie Osyp Nazaruk, inzwischen Chef des Presseamtes der ZUNR, die radikalen Studenten nannte. Er warf den Studenten vor, »bezahlte polnische Provokateure« zu sein, die die ukrainische Idee diskreditierten. Die sich für die Studenten engagierenden Offiziere hingegen seien »erwachsene Leute, deren dreißigster Geburtstag schon geschlagen hat«. Deren »Nimbus und Ernsthaftigkeit besteht nur so lange, wie sie sich mit militärischen Dingen beschäftigen«. Sie sollten es sich daher überlegen, ob es ihnen entspreche »sich an die Jugend heranzuschmeißen« (pchatysja do molodi).<sup>179</sup>

Hinter den Studenten standen Konovalec und seine SS/UVO; die Etablierten waren ihre Gegner. Zum ersten Male bildete sich damit im Sommer 1921 eine neue Konstellation ab: Ältere Emigrationspolitiker sahen ihre Chancen in der Kooperation mit ausländischen Mächten, während die Jugend vor Ort dem radikalen Aktionismus zusprach. Aber es gab auch ältere Emigranten, die von der jugendlichen Aktivität stärker als von staatsmännischer Haltung angetan waren – und damit den Aufbau der UVO und dann der OUN in einem taktischen Gegensatz zu Teilen des Emigrantenestablishments ermöglichten.

Nach dem Rigaer Frieden rückte eine schnelle Lösung der ukrainischen Frage in weite Ferne. Also richtete man sich in der Emigration ein und verfolgte eine Politik der »organischen Arbeit«: Die UNR organisierte in den polnischen Lagern eine Ukrainische Volksuniversität, und auch die beeindruckende Bildungsinfrastruktur in der Tschechoslowakei wurde verstetigt.

Die gestrandeten Ukrainer suchten nach neuen Aufgaben. Die französische Fremdenlegion warb um die kriegserfahrenen Soldaten, und es sollen auch Ukrainer von den Polen zur Teilnahme am III. Oberschlesischen Aufstand geworben worden sein.

<sup>178</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 102-103.

<sup>179</sup> Osyp Nazaruk, »Vičujuč dity«, *Ukraїnškyj Prapor* 29/23. 7. 1921, S. 2-4, nach Hryhorij Vaškovyč, »Jevhen Konovalec«, in: Bojko, *Jevhen Konovalec*, S. 303-315, hier S. 309-310, 313-314.

Jedenfalls machten die Deutschen ukrainische Gefangene und protestierten beim UNR-Gesandten Smal'-Stočkyj. UNR-Außenminister Andrij Nikovskýj (1885-1942) instruierte Smal'-Stočkyj, den Deutschen zu antworten, auch auf deutscher Seite habe man Ukrainer ausgemacht (was in den Freikorps keineswegs unwahrscheinlich ist), und es handle sich um Einzelpersonen, für die die UNR-Regierung keine Verantwortung übernehmen könne.<sup>180</sup> Aus Deutschland reiste Serhij Šemet an und warb in Warschau, Tarnów (dem letzten UNR-Regierungssitz) und in den Internierungslagern für seine Het'man-Organisation. Da er – im Unterschied zur bettelarmen Exilregierung – über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügte, war sein Werben nicht vergebens.<sup>181</sup> Skurrilerweise erhielt so die Het'man-Bewegung erstmals in Polen und Galizien Anhänger.

Parallel mit dem Ende der aktiven UNR-Politik erfolgte auch die Einigung Deutschlands mit den Sowjetstaaten. Die Gefangenen des Ersten Weltkriegs konnten nun nach Hause zurück. Wer dies nicht wünschte, blieb in Deutschland und verstärkte die Reihen der Emigranten. Die bisherigen Meinungsbildner blieben weiterhin tätig. Zenon Kuzelja, zuletzt in Salzwedel Chefredakteur der Gefangenenzeitschrift *Šljach*, wurde zum Begründer und Vorsitzenden der in Berlin entstehenden Organisation »Ukraińska Hromada«, wobei Vereine mit demselben Namen auch in München und Hamburg entstanden.<sup>182</sup>

#### 4. DER ZERFALL DER UNR

Vor dem oben geschilderten militärisch-politischen Hintergrund agierten die Emigranten. Am 30. September 1919 teilte ein ungenannter ukrainischer Kurier dem AA erstmals mit, der wegen seiner Agrarreformpläne populäre Petljura wolle mit den Polen gegen die Bol'sheviki kämpfen.<sup>183</sup> Dies stimmte die deutschen Politiker nicht gerade fröhlich. Mit Polen wollte man sich nun wirklich nicht verbünden. Damit korrespondierte, daß nach der nicht unrichtigen Ansicht der AA-Beamten die Exil-Ukrainer zunehmend den Bezug zur politischen Realität verloren hatten. Ein von Mykola Porš am 11. November 1919 verfaßtes und gegen Jahresende dem AA zugeleitetes Memorandum, in dem am Tiefpunkt der UNR von der baldigen Eroberung Moskaus und Petrograds die Rede war und davon, daß die »Basis« in der Ukraine gegen den Bolschewismus immun sei, verleitete die Leser im Osteuropa-Referat nur mehr zur freigebigen Verteilung von höhnisch gemeinten Fragezeichen.<sup>184</sup>

Smal'-Stočkyj beschrieb dem AA die Lage der Ukraine als kritisch. Man suche nur deshalb Anschluß an Polen und Rumänien, weil beide Staaten kein Interesse daran hätten, ein russisches Imperium wiederentstehen zu lassen. Es sei der UNR gelungen,

<sup>180</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 250.

<sup>181</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 248-249.

<sup>182</sup> Vgl. Volodymyr P. Troščynskýj, *Mižvojenna ukraińska emihracija v Jevropi jak istoryčne i social'no-polityčne javyšče*. Kyiv 1994, S. 33.

<sup>183</sup> Aufzeichnung an., 1. 10. 1919, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 35.

<sup>184</sup> Memorandum Porš, 11. 11. 1919, ebd., Bd. 36.

gute Beziehungen zu beiden Staaten herzustellen und auf diesem Wege auch in den Genuß der Anerkennung durch die Entente zu gelangen.<sup>185</sup> Letzteres war nichts als Phantasie.

Während Petljura sich nach Warschau ausrichtete, begaben sich seine beiden Kollegen aus dem Direktorium Šveć und Makarenko nach Wien.<sup>186</sup> Von dort aus »inspierten« sie die UNR-Auslandsvertretungen in Paris, Bukarest, Prag und Berlin – und waren angeblich ziemlich entsetzt über die Zustände, die sie antrafen.<sup>187</sup> Andererseits warfen die eher linken (sozialrevolutionären) Anhänger Petljuras Šveć und Makarenko vor, durch »chaotische Anweisungen eine große Unordnung in die Tätigkeit unserer Auslandsmissionen« zu bringen. Porš beklagte sich, besonders Makarenko überschreite in Berlin seine Kompetenzen, gebe viel Geld aus und mache »nach links und rechts Versprechungen«, die »uns in kurzer Zeit schrecklich kompromittieren werden«; es drohe ein noch größeres »Panama« (= Pleite) als bisher. Auch Finanzminister Borys Martos (1879-1977) berichtete, Makarenko habe den Prinzen Hohenlohe als künftigen ukrainischen Gesandten gewinnen wollen und werfe mit Geld nur so um sich.<sup>188</sup> Wer recht hatte, soll hier nicht entschieden werden. Es gab jedoch offensichtlich kein einheitliches Direktorium mehr.

Als Smal'-Stočkyj am 28. November 1919 von Blücher eröffnete, das Direktorium werde auf polnisches Gebiet übertreten, sich aber dann wohl in der Tschechoslowakei niederlassen, und die deutsche Reaktion eruiieren wollte, bedeutete ihm der Beamte, aufgrund des Versailler Vertrages seien die Beziehungen zur Ukraine »als aufgehoben zu betrachten«, und man schließe die Gesandtschaft nur deshalb nicht, weil der Vertrag noch nicht in Kraft getreten sei. Smal'-Stočkyj bat von Blücher daraufhin nur noch darum, die Gesandtschaft »nicht plötzlich brüsk vor vollendete Tatsachen« zu stellen.<sup>189</sup> Den Deutschen galt nun »das Direktorium unter Petliura als erledigt«.<sup>190</sup>

Am 8. Dezember 1919 berichtete Smal'-Stočkyj den Deutschen, »das Direktorium [habe] die gesamte Gewalt auf Petliura übertragen und sich alsdann aufgelöst. Petliura hat die Diktatur übernommen«.<sup>191</sup> Diese klare Aussage war zwar nicht richtig, aber die deutsche Seite war nicht erfreut. Und Smal'-Stočkyj war schon bei ihrer letzten Unterredung der Frage von Blüchers nach dem Verhältnis zu den Sowjets ausgewichen. Als er nun – ohne faktische Basis – berichtete, Petljura habe Kontakte zu ihnen, goutierte von Blücher dies keineswegs:

<sup>185</sup> Aufzeichnung von Blücher, 8. 11. 1919, ebd.

<sup>186</sup> Deren Vollmachten, von Petljura und dem Ministerpräsidenten Mazepa am 15. 11. 1919 ausgefertigt, sind abgedruckt in Symon Petljura, *Statti, lysty, dokumenty*. Bd. 2, New York 1979, S. 363-364; Makarenko wohnte nun im gleichen Hotel wie der Skoropadskyj-Außenminister Dmytro Dorošenko – Hotel Müller, I. Bezirk, Glückgasse 1 (Polizeidirektion Wien an Staatsamt des Äußern, 6.2.1920, Hornykiewicz IV, Dok. 1069, S. 250).

<sup>187</sup> Vjedjenjejev/Burim, »Dmytro Dorošenko i »sprava Sevrjuka«, S. 441.

<sup>188</sup> Ivan Mazepa, »Tvorena deržava«, in: *Zbirnyk pamjaty Symona Petljury*. Paris 1930, S. 16-75, hier S. 71-72.

<sup>189</sup> Aufzeichnung von Blücher, 28. 11. 1919, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 36. – In seinen Erinnerungen schrieb von Blücher, die Gesandtschaft »schwebte wie ein Raffaelscher Engelskopf ohne Rumpf frei in der Luft« (von Blücher, Weg, S. 90).

<sup>190</sup> Rundbrief, 28. 11. 1919, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 36.

<sup>191</sup> Aufzeichnung von Blücher, 8. 12. 1919, ebd.

»Hieraus ist zu schließen, daß eine Gewalt, die als ordnungsmäßige ukrainische Regierung anzusprechen wäre, nicht mehr existiert und daß Petliura wieder auf das Niveau des Bandenführers hinabgeglitten ist.«<sup>192</sup>

Für von Blücher war schon die Ankündigung des Zusammenschlusses mit den Polen alles andere als erfreulich gewesen – schließlich interessierten die Deutschen die Ukrainer wegen der intendierten »Einkreisung« Polens. Wenn nun auch das Verhältnis zu den Bolševiki besser zu werden drohte, dann entsprach dies 1919 noch nicht wieder der deutschen Politik. Vor allem wurden aber sowohl bei einer Verbindung mit den Bolševiki, als auch bei der Errichtung einer »Diktatur« ein demokratisches Gebilde, die Anerkennung der Entente und damit erst die Genehmigung für Deutschland, seinerseits mit der Ukraine Beziehungen zu unterhalten, höchst unwahrscheinlich. Eine Rolle dürfte auch das Gezerre um das phantomhafte Reichsbankguthaben der Ukraine gespielt haben, auf das eine »rechtmäßige« Regierung der Ukraine Anspruch haben würde. Deutschland war deshalb immer weniger motiviert, irgendeine ukrainische Regierung als »rechtmäßig« zu akzeptieren.

Als die Lage in der Ukraine prekär wurde, betrat noch einmal Stepankivskyj die politische Arena. Er reiste nach Berlin zum AA und warnte es vor den ukrainischen Diplomaten, die angesichts des Staatsverfalls die »allgemeine Flucht« angetreten hätten, »wobei jeder so viel als möglich von amtlichen Mitteln an sich zu bringen sucht«. Er schlug den Deutschen vor, gemeinsam mit den Briten der Ukraine zu helfen. Sein Gesprächspartner blieb aber zurückhaltend: von Blücher erklärte, man »könne sich auf kein Abenteuer einlassen.«<sup>193</sup>

Die wachsende deutsche Distanz zur UNR kam Petljura nicht ungelegen. Nachdem 1919 alle Versuche vergeblich gewesen waren, Entente-Staaten an der ukrainischen Unabhängigkeit zu interessieren, und dies meist daran gescheitert war, daß die Entente-Politiker die Nationalukrainer für deutsche Kreaturen hielten, dürfte Petljura in der Verbindung mit Polen auch ein Mittel gesehen haben, seine Unabhängigkeit von deutschen Projekten zu demonstrieren. Daß im Frühjahr 1920 die polnischen Auslandsvertretungen in Paris, London und Washington für die UNR und ihr Bündnis mit Polen zu werben begannen, hielt er für positiv – allerdings hatte die Kampagne keine erkennbaren Folgen.<sup>194</sup> Aber unter diesen Umständen deutsche Unterstützung zu erwarten, war, wie Bruski zu Recht schreibt, *naiv*.<sup>195</sup>

Die Lage war für die Deutschen zu verwirrend. Im Januar 1920 kam man in einer Bestandsaufnahme auf fünf ukrainische Regierungen (Sowjetukraine, UNR-Ministerpräsident Mazepa im eingekreisten Vinnycja, UNR-Petljura in Warschau, Makarenko in Wien, ZUNR-Petruševyč), zu denen noch verschiedene »Banden«, darunter die Anarchisten Machnos, kamen. Auch über den Frontwechsel der UHA zu Denikin und weiter zur Roten Armee war man informiert.<sup>196</sup>

Bemerkenswert ist, daß hier bereits im Januar 1920 Andrij Makarenko in einem deutschen Dokument als Leiter einer separaten Regierung bezeichnet wurde. Der Bruch mit Petljura war schließlich noch nicht förmlich vollzogen. Aber trotz (oder

<sup>192</sup> Ebd.

<sup>193</sup> Aufzeichnung von Blücher, 18. 12. 1919, ebd.

<sup>194</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 162-163.

<sup>195</sup> Vgl. ebd., S. 201.

<sup>196</sup> »Aufzeichnung«, 28. 1. 1920, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 36.

wegen) Petljuras Parteinahme für Polen suchten UNR-Repräsentanten ohne Unterbrechung weiterhin Kontakte zu Deutschland. In Wien versuchte im Februar 1920 der ukrainische Gesandte Hryhorij Sydorenko, dem deutschen Botschafter Frédéric Hans von Rosenberg die Wichtigkeit der Ukraine für Deutschland einzureden. Polen sei weiterhin der gemeinsame Feind, und Deutschland täte gut daran, sein Interesse an der Ukraine nicht einschlafen zu lassen. Sydorenko intrigierte gegen seinen »Kollegen« Porš in Berlin und versuchte, selber direkt mit den deutschen Politikern ins Gespräch zu kommen.<sup>197</sup> Der Zugriff auf das Reichsbankguthaben dürfte dabei keine nachrangige Rolle gespielt haben.

Im Mai 1920, im Anschluß an den Abschluß des Pakts zwischen der UNR und Polen, erhielt das AA Besuch aus Wien: Vjačeslav Lypynskyj, den Skoropadskyj 1918 zum diplomatischen Vertreter in Wien ernannt hatte, Serhij Šemet und Oleksander Skoropys-Joltuchovskyj versuchten, Deutschland von Petljura loszueisen. Das Direktorium sei »vor mehreren Wochen« aufgelöst worden und seine Überbleibsel – samt Petljura – würden von Polen nur als legitime Regierung behandelt, um den eigenen Eroberungskrieg zu verschleiern. Die Besucher trugen Wipert von Blücher vor, »daß die überwältigende Mehrheit des ukrainischen Volkes mit den Machenschaften Petliura's (!) und der Polen keine Gemeinschaft haben wolle. Die Erschienenen beantragten, daß das Deutsche Reich jede Unterstützung der sog. Regierung Petliura aufgebe, [...] (und kündigten an), selbst mit den Bolschewiken, sofern sie ukrainisch national empfänden, ein Einverständnis herbei zu führen«. Für Deutschlands antipolnische Politik hatten die Besucher größtes Verständnis. Von Blücher beruhigte sie, er habe nicht vor, Petljura zu fördern; im übrigen verlegte er sich auf die Neutralität, gelobte, sich nicht einmischen zu wollen, und stellte seinen Besuchern anheim, ihre Position schriftlich einzureichen. Für das AA war es offenbar interessant zu erfahren, daß die Skoropadskyj-Richtung, mit der man so gut kooperiert hatte, noch existierte und sich politisch rührte.<sup>198</sup>

Die Direktoriumsmitglieder Andrij Makarenko und Fedir Šveć hatten zuvor schon andere Deutsche aufgesucht. Die letzten deutschen Vertreter in der Ukraine, also Thiel und Otto Meissner, hatten den politisch eher unbedeutenden Makarenko schätzen gelernt. Der Geologe Šveć war trotz seiner Zugehörigkeit zu den Sozialrevolutionären politisch wenig hervorgetreten. Als Prorektor der Kiewer Universität war er vor allem wegen seiner bäuerlichen Verbindungen in das Direktorium gelangt. Nun sprach einer der Vertrauten Makarenkos, vermutlich der k.u.k. Feldkurat Theodor von Biberstein-Possatschinskij, der später immer an Makarenkos Stelle aktiv wurde, beim deutschen Gesandten in Wien vor. Von Rosenberg berichtete nach Berlin, Makarenko und Šveć hätten mit Petljura gebrochen, weil jener den Pakt mit Piłsudski »auf eigene Faust« geschlossen habe. Makarenko sei weiterhin polenfeindlich und wolle lieber mit Deutschland verhandeln. Dies war keineswegs selbstverständlich: Zuvor hatte Makarenko die Verbindung der UNR mit Polen durchaus wohlwollend bewertet. Im Februar 1920 hatte er noch nichts dabei gefunden, daß sich die Mehrzahl der ukrainischen Vertreter im Ausland »Frankreichs Führung angeschlossen« habe, der »Damm gegen das bolschewistische Rußland« erschien ihm wichtiger als alles andere.<sup>199</sup> Das wurde

<sup>197</sup> Deutscher Botschafter Wien (von Rosenberg) an AA, 27.2.1920, ebd.

<sup>198</sup> Aufzeichnung von Blücher, 5. 5. 1920, PAAA, Ukraine Finanzwesen I, Bd. 1.

<sup>199</sup> Botschafter Wien (Rosenberg) an AA, 17. 2. 1920, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 36.

sehr bald anders: Nach den 1918 unterzeichneten Vereinbarungen sollte ab Juni 1920 die Sperre des ukrainischen Reichsbankguthabens aufgehoben werden<sup>200</sup>, und Makarenkos vordringlichstes Anliegen dürfte es gewesen sein, dieses Geld sich selber und nicht etwa dem Rivalen Petljura und damit den Polen zukommen zu lassen. Daher ließ Makarenko von Rosenberg nach Berlin telegraphieren, das Geld dürfe nicht ohne Makarenkos Unterschrift freigegeben werden, da es sonst »für das polnische Unternehmen« verwendet würde. Auch warnte er die Deutschen vor der UNR-Gesandtschaft in Berlin, in der Petljuras Parteigänger säßen. und erbat seinerseits »deutsche Offiziere als Instruktooren und Organisatoren für die ukrainische Armee«.<sup>201</sup>

Während die Diplomaten der UNR im Mai 1920 in Wien die neue Lage berieten und eine fact-finding-mission nach Warschau entsandten, versuchten Šveć und Makarenko, Petljura zu entmachten. Dabei hatten sie die Unterstützung Margolins, der am 30. April 1920 meinte, die beiden sollten »einflußreiche Personen aus verschiedenen Parteien« in ein neues Direktorium kooptieren. Er dürfte dabei nicht zuletzt an sich selber gedacht haben. Die politischen Leichtgewichte Šveć und Makarenko hielt er für keine ausreichende Alternative zu Petljura.<sup>202</sup>

Damit hatte er zwar recht, die beiden wollten aber die »Macht« für sich. Am 21. Mai 1920 verurteilten Makarenko und Šveć öffentlich die Politik Petljuras und erklärten sich selber zu den politischen Führern der UNR. Am gleichen Tag erkannte der Petljura verbundene UNR-Ministerrat den beiden ihre Vollmachten ab und lud sie zum Rapport nach Polen vor, was jene natürlich nicht befolgten.<sup>203</sup> Nicht nur die unterschiedlichen ukrainischen Regierungen rivalisierten miteinander, sondern auch innerhalb ein und derselben Regierung kam es nun – für die Deutschen deutlich erkennbar – zu heftigen Auseinandersetzungen. Nun hatten die deutschen Offiziellen jeden Grund, auf die chaotischen Ukrainer abwartend zu reagieren. Eine unbestritten rechtmäßige Regierung gab es offensichtlich nicht, also mußte man auch niemanden an das Reichsbankguthaben heranlassen. Die Deutsche taten denn auch einfach gar nichts, Makarenko wurde offenbar nicht mal einer Antwort würdig befunden.<sup>204</sup>

Dazu hatte möglicherweise wieder einmal Rohrbach beigetragen, auch wenn von Blücher ihm förmlich bedeutete, er teile seinen Standpunkt nicht. Rohrbach hatte sich in einem Schreiben an das AA zum Fürsprecher der Petljura-Regierung gemacht. Deutschland schade mit seiner Zurückhaltung den eigenen Interessen; Freude herrsche bei den russischen (ententefreundlichen) Emigranten darüber, daß die Ukrainer ihre deutsche Stütze verlören. Die Kontakte mit Makarenko hielt Rohrbach für überflüssig. Da Petljura Makarenko und Šveć im Mai zurückgerufen habe, diese dem Ruf

<sup>200</sup> Vgl. Golczewski, »Reichsbankguthaben«, S. 368.

<sup>201</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien (von Rosenberg) an AA, 13.5.1920, PAAA, Abt. IV Polen, Politik 3 Polen/Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 1, Bl. 20.

<sup>202</sup> Vgl. Jevhen Onačkyj, *Po pochylij plošči*. Bd. 2, München 1969, S. 157.

<sup>203</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 143-144.

<sup>204</sup> Wipert von Blücher fertigte einen Vermerk, in dem er feststellte, hinter der Berliner Gesandtschaft stände keine Regierung und es herrschten unkonsolidierte Verhältnisse (Von Blücher an Abt. VIII, 19.5.1920, PAAA, Ukraine Finanzwesen 1, Bd. 1). Dies korrespondierte durchaus mit der sowjetischen Sprachregelung: Rakovski agitierte in einem Telegramm an das AA im Zusammenhang mit dem Reichsbankguthaben gegen die »von polnischer Regierung geschaffene fiktive Petljura-Regierung« (Rakovski an AA, 21.6.1920, ebd.).

jedoch nicht Folge geleistet hätten, hätten sie sich selber aus dem Direktorium ausgeschlossen. Deutschland verhandle daher mit »Privatpersonen, die rechtlich belanglos sind«. <sup>205</sup>

Wie Konovaléc, der sogar einen Sieg der Bol'seviki im Interesse der *sobornist'* für positiv hielt, verhielten sich auch Makarenko und andere Exil-Ukrainer. In Wien verbreitete sich das Gerücht, Šveć und Makarenko seien bereits »völlig bolschewisiert«, angeblich hatte in ihrem Auftrag der sowjetfreundliche Sozialdemokrat Semen Vityk in Prag mit den Bol'seviki im Juni 1920 Gespräche über eine Zusammenarbeit geführt. <sup>206</sup> Im Juli 1920 versuchten Makarenko und Šveć sich in Paris ein Forum zu verschaffen, indem sie Tyškevyč aufforderten, wieder als (ihr) Gesandter beim Heiligen Stuhl zu fungieren und die Leitung der Pariser UNR-Delegation Artem Halip zu übergeben, der zuvor Mitglied der UNR-Mission gewesen, inzwischen aber pro-sowjetisch geworden war. Als sich Tyškevyč weigerte, den Forderungen der Wiener Dissidenten zu entsprechen, brachen Halips Leute in die Mission ein und stahlen ihm die Siegel. Als dies nicht ausreichte, installierte Halip in Paris ein *Comité d'action ukrainien*, das zu Makarenko und Šveć stand, aber auch zu Polen Kontakt suchte. Sein einziger Erfolg war, daß die französische Regierung angesichts der unübersichtlichen Lage alle Kontakte mit den Ukrainern, die durch das polnisch-ukrainische Bündnis kurzfristig wiederbelebt worden waren, abbrach. <sup>207</sup>

Die Deutschen galten weiter als interessante Ansprechpartner: Im Oktober 1920 vermerkte man im AA: »In letzter Zeit regnet es ukrainische Bevollmächtigte in Berlin.« <sup>208</sup> Das war nicht nur dort so: Als im Sommer der Sieg der sowjetischen Truppen über Polen zum Greifen nahe schien, sprachen unabhängig voneinander drei Ukrainer bei von Rosenberg in Wien vor. Makarenko war ja schon bekannt, aber überraschenderweise bat auch der Außenminister der Petljura-UNR Andrij Nikovskýj um Deutschlands Vermittlung bei der Kontaktaufnahme mit den Bol'seviki. Ein Hauptmann Rubeš-Larisenko, der sich als ehemaliger Adjutant des österreichischen Erzherzogs Wilhelm vorstellte, antichambrierte, um Skoropadskýj, dem er sich inzwischen näher fühlte, wieder ins Gespräch zu bringen, und dessen Kontakte mit Großbritannien abzusichern. <sup>209</sup> Und alle warteten vor der polenfreundlichen UNR-Gesandtschaft in Berlin und Mykola Porš.

Adolf Georg Otto (Ago) von Maltzan (1877-1927), nun Leiter der Osteuropa-Abteilung im AA, ging darauf ein, indem er vermerkte, ihm seien Margolin, inzwischen nur mehr Rechtsberater der UNR-Vertretungen, und Smal'-Stočkyj als Gesandte in Deutschland willkommen – nicht also Porš. Nach Berlin kam der BBU-Gründer Andrij Žuk, der an der Wiener UNR-Gesandtschaft tätig war, stellte sich als Vertreter einer »Ukrainischen Nationalen Volkspartei« vor und agitierte gegen Vrangel', die Sowjets, Petljura und Skoropadskýj. Der Vertreter des AA beschränkte sich auf Flos-

<sup>205</sup> Rohrbach an AA, 25.6.1920; von Blücher an Rohrbach, 4.7.1920, ebd.

<sup>206</sup> Vgl. Jevhen Onačkyj, *Po pochylij plošči*. Bd. 2, München 1969, S. 198, Eintrag vom 28. 6. 1920.

<sup>207</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 196-197; Pisuliński, *Nie tylko*, S. 333.

<sup>208</sup> Aufzeichnung Behrendt, 9. 10. 1920, PAAA, Abt. IV Rußland Finanzwesen 1 Ukraine, Staatsfinanzen der Ukraine im Allgemeinen, Bd. 3.

<sup>209</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien an AA, 20. 8. 1920, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

keln über Deutschlands große Sympathien für das ukrainische Volk, seine Neutralität und die Hoffnung auf die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs.<sup>210</sup>

Daß Deutschland den Ukrainern Kontakte zu den Sowjets vermitteln könne, war eine vorläufig noch falsche Einschätzung von Politikern, für die sich automatisch die jeweiligen Feinde des aktuellen Feindes als Verbündete darstellten. 1920, als Deutschland selber Ziel der sowjetischen Revolutionierung war, gab es noch keinen Draht zu den Sowjets. Von Maltzan vermerkte diplomatisch, man unterhalte keine Beziehungen zu Sowjetrußland und könne daher keine Vermittlerrolle spielen, ansonsten rechtfertigte die Anzahl der Prätendenten auf die Repräsentanz der Ukraine seine sehr bequeme Zurückhaltung. Für von Maltzan hatte die Makarenko-Gruppe nicht den Rang einer eigenständigen Regierung. Er sah (ähnlich falsch) in Nikovskýj, der sich nun als Gegner Petljuras vorstellte und seine Verständigung mit Petruševyč andeutete, die »eigentliche« UNR-Führung. Auf die britischen Kontakte Wilhelms und Skoropadskyjs reagierte von Maltzan gelassen. Da die Briten offenbar nichts gegen »deutsche Arbeit in der Ukraine« hätten, vermerkte er, sei ihm die Fühlungnahme mit England »nicht unsympathisch«, da sie Deutschlands Handlungsfähigkeit erhöhen würde. Die Rivalität zwischen Großbritannien und Frankreich erkannte von Maltzan als politische Chance.<sup>211</sup> Als Abgesandter Skoropadskyjs trat in Berlin auch Volodymyr Korostoveč (1888-1953) auf, der seine Visitenkarte mit einer Londoner Prestigeadresse schmückte und bekundete, der geflohene Het'man habe nicht nur seine Ukrainepläne nicht aufgegeben, sondern rechne mit deutscher Hilfe. Ihm beeilte sich das AA zu versichern, es bestehe weiterhin großes Interesse an der Ukraine, und man hege insbesondere Skoropadskyj gegenüber keine Animositäten.<sup>212</sup> Dies war mehr, als irgendein anderer Ukrainerepräsentant zu dieser Zeit für sich verbuchen konnte.

Makarenko drohte nun in den Hintergrund zu geraten, er ließ sich aber nicht so leicht abschütteln. Im September 1920 reiste er selber nach Berlin, stellte sich bei von Maltzan als »Linker« vor, der mit Sozialrevolutionären und Vynnyčenko zusammenarbeitete und gleichermaßen als Gegner der weißen Russen Wrangel's und Petljuras. Diese Aussage entsprang seiner völlig verfehlten Einschätzung, die »Weimarer« Politiker seien »links«, und sie sollte auch die Kooperation mit Sowjetrußland fördern. Makarenko intrigierte gegen Nikovskýj, aber für Margolin. Dabei differenzierte er zwischen ukrainischem und russischem Bolschewismus – er selber sei Anhänger des ersteren. Mochte die Differenzierung auch nicht ganz falsch sein, hier tobte sich nur simpler Opportunismus aus.

Wie reagierten die Deutschen? Von Maltzan ging unerwartet auf Makarenko ein und verhalf ihm mit der Vermutung, jener werde vielleicht wieder einmal eine gewisse Rolle in der Ukraine spielen und sei »wertvoll als Gegengewicht gegen Wrangel« zu einer Audienz bei Außenminister Walter Simons (1861-1937). Makarenko versuchte in diesem Gespräch dem wenig erfahrenen Minister einzureden, er selber (und nicht etwa der Usurpator Petljura) vertrete die Mehrheit des ukrainischen Volkes. Von

<sup>210</sup> Aufzeichnung Hauschild, 21.9.1920, PAAA, Abt. IV Rußland Handel 11 Ukraine, Bd. 1.

<sup>211</sup> Vermerk von Maltzan, 26.8.1920, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1. Nikovskýj ging 1924 tatsächlich in die Sowjetukraine, arbeitete an der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften und wurde Anfang der 1930er Jahre im Zusammenhang mit einem der antinationalistischen Prozesse zu Lagerhaft verurteilt.

<sup>212</sup> Aufzeichnung 22.9.1920, ebd.



Maltzan brachte an dieser Stelle der Aufzeichnung ein Fragezeichen an, was zumindest den Schluß zuläßt, daß sich das AA nicht alles einreden ließ. Simons selber erklärte zwar, Deutschland könne wegen seiner Neutralität nicht die Direktoriatsvertreter (als solcher trat Makarenko ja auf) offiziell unterstützen, er machte ihm jedoch Hoffnungen auf ein Engagement deutscher Unternehmer, mit denen er doch einmal sprechen solle.<sup>213</sup> Makarenko blieb daraufhin mit der deutschen Regierung im Kontakt. Von nun an übernahm sein Helfer Biberstein die gesamte Korrespondenz. Ein Trick seiner Schreiben war, Behauptungen aufzustellen, die sich, wenn sie nicht widerlegt wurden, als eine deutsche Zusage auslegen ließen. So gab er sich im Brief an von Maltzan davon überzeugt, »daß Deutschland Makarenkos Aufschlüsse begrüßt«, und dankte dem Außenminister, der sich in Wirklichkeit sehr zurückgehalten hatte, für die »Stellungnahme der ukrainischen Sache gegenüber«.<sup>214</sup> Im AA war man aber nicht ganz so naiv. In einem Vermerk vom Oktober 1920 hieß es: »Makarenko kam mit Vollmachten, die er sich selbst ausgestellt hatte, als Vertreter des Direktoriums, machte einen Vorstoß auf das Guthaben – und verschwand«.<sup>215</sup>

Die UNR-Zentrale in Polen reagierte auf die Gespräche Makarenkos in Berlin. Am 11. Oktober sprach Vasył'ko, seit dem Frühjahr 1920 nun UNR-Repräsentant in Bern, bei Simons in Berlin vor. Er versicherte dem Außenminister, das Bündnis mit Polen sei keinesfalls gegen Deutschland gerichtet, die Ukrainer würden zudem bald im Besitz großer Teile der Ukraine sein und sich mit Vrangeli und Machno einigen. Gegenwärtig allerdings sei das Direktorium eine »Regierung ohne Land«. Porš sei abgelöst worden, Smal'-Stočkyj solle fortan Geschäftsträger in Berlin sein, Vasył'ko behielt sich aber vor, über »wichtigere Angelegenheiten« selber zu verhandeln.<sup>216</sup> Einmal in Berlin gaukelte Vasył'ko der polnischen Gesandtschaft einen »Sieg« über Makarenko vor: Jener sei wegen der polnischen Siege im Sommer gescheitert. Während Vasył'ko dem deutschen Außenminister ein Kooperationsangebot unterbreitet hatte, wollte er sich in der polnischen Gesandtschaft dadurch beliebt machen, daß er vorgab, Simons erklärt zu haben, die Ukraine werde nie vergessen, daß Deutschland sie ausgeplündert und ihr Skoropadskyj aufgezwungen habe.<sup>217</sup> Es ist ziemlich deutlich, daß Vasył'ko jedem das erzählte, was seiner Ansicht nach die eigene Lage verbesserte. Hieraus auf tatsächliche politische Haltungen zu schließen, verbietet sich von selber.

Die deutsche Seite nahm die Hinweise auf Vrangeli ernster. Hermann von Dirksen berichtete aus Warschau, wo sich Vrangeli gerade aufhielt, Polen rechne mit dessen deutscher Anerkennung (die im Falle analoger Maßnahmen der Entente möglich ge-

<sup>213</sup> Aufzeichnung von Maltzan, 8.9.1920; Aufzeichnung Simons, 11.9.1920, ebd.

<sup>214</sup> Makarenko an von Maltzan, 21.9.1920; Makarenko an Simons, 21.9.1920, ebd.

<sup>215</sup> Aufzeichnung Behrendt, 9. 10. 1920, PAAA, Abt. IV Rußland Finanzwesen 1 Ukraine, Staatsfinanzen der Ukraine im Allgemeinen, Bd. 3.

<sup>216</sup> Aufzeichnung Simons, 11. 10. 1920, ebd. – Angesichts der Divergenzen nimmt nicht mehr wunder, daß der UNR-Gesandte in Wien Sydorenko dem deutschen Gesandten von Rosenberg erklärte, Porš sei im Unterschied zu dem, was Vasył'ko gesagt habe, nur im Urlaub, Vasył'ko habe keineswegs die Kompetenz als Gesandter der UNR außerhalb der Schweiz zu fungieren, er sei mit Simons nur zu einer »Aussprache« zusammengetroffen (von Rosenberg an AA, 17.11.1920, PAAA, Abt. IV Rußland Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1).

<sup>217</sup> Polnische Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 12. 10. 1920, Archiwum Akt Nowych (AAN), Ministerstwo Spraw Zagranicznych (MSZ), Botschaft Berlin 3674, Bl. 1-3. – Aus den deutschen Aufzeichnungen geht nichts derartiges hervor.

wesen wäre). Von Dirksen riet, sich die Sympathie der bürgerlichen Russen nicht zu verscherzen und die wirtschaftliche Unfähigkeit der Bol'seviki zu berücksichtigen. Berlin antwortete darauf, man sei nun mehr an den Skoropadskyj-Verbindungen mit Großbritannien interessiert, werde aber im übrigen eine »Umbiegung« der Politik nur »langsam und weich« vornehmen.<sup>218</sup>

Der UNR-Ministerrat forderte am 17. Oktober 1920 Makarenko und Šveć nunmehr ultimativ auf, nach Polen zu kommen. Petljura wiederholte dies am 26. Oktober 1920. Natürlich fuhren die beiden auch jetzt nicht nach Warschau, Šveć schickte nur einen Brief, in dem er Petljura vorwarf, die Vorladung sei eine Falle und er strebe die Alleinherrschaft an. Tatsächlich hatte Vasyľ'ko Petljura im Sommer 1920 empfohlen, sich der Wiener Dissidenten gewaltsam zu entledigen, Petljura soll aber solche »mittelalterlichen Methoden« abgelehnt haben.<sup>219</sup> Gegenüber Šveć rechtfertigte sich Petljura, seine ungewollte »Einzelherrschaft« sei ein »schweres Kreuz« sowie das Ergebnis eines »historischen Prozesses und eines bestimmten Kräfteverhältnisses«:

»Andere Mitglieder des Direktoriums trugen dieses Kreuz nicht in gleichem Gewicht, denn Ihr versteht selber, daß es leichter ist, dieses Kreuz in Wien als in der Ukraine zu tragen.«<sup>220</sup>

Auf den Rückruf hin wandte sich Makarenko wieder an Simons. Der von Biberstein stammende Brief handelte über »deutsch-ukrainische Wechselseitigkeiten aufgrund gegenseitiger Vorteile«. Makarenko schrieb Simons, die Deutschen ließen es ihm gegenüber an Achtung fehlen, schließlich sei er keine »jener zahlreichen Personen [...], die die Befreiung des Kontos [des ukrainischen Reichsbankguthabens] verlangten«, sondern »wirklicher Vertreter des ukrainischen Volkes«. Er verlegte sich aufs Drohen: Die Ukraine wolle freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland, kämen sie nicht zustande, dann träfe die Schuld nicht die ukrainische Seite. Zwar könne das ukrainische Volk auch auf das Guthaben verzichten, aber, so sein »wirklicher Vertreter«, dann werde es »unbedingt das Verhalten der deutschen Reichsregierung entsprechend bewerten.«<sup>221</sup>

Makarenko verschwand also nicht, sondern kehrte drohend zurück. Ernst nahm man ihn nicht: Von Maltzan legte nicht einmal Simons sein Schreiben vor. Aber Makarenko wurde tatsächlich finanziert. Diese Behandlung ist aufschlußreich: Man wollte sich offenbar in Berlin alle Optionen offenhalten. Was aus der Ukraine würde, wußte keiner. Einig war man sich nur, daß man abwarten müsse und bis dahin niemandem weitergehende Zugeständnisse machen, aber auch niemanden endgültig verprellen wollte.

Deutschlands Diplomaten versuchten sich alle Türen offenzuhalten. Am 8. November 1920 suchte ein Dr. Isičenko das Auswärtige Amt auf, bezeichnete sich als Makarenkos Berliner Vertreter und teilte mit, Petljura sei [nach dem polnisch-sowjetischen Waffenstillstand] ein Gefangener Polens, er suche zwar nun die Anlehnung an das

<sup>218</sup> Von Dirksen an AA, 21.10.1920, AA an Von Dirksen, 28. 10. 1920, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>219</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 230.

<sup>220</sup> Petljura an Šveć, 13.12.1920, in: Petljura, Statti, Bd. 2, S. 370-372.

<sup>221</sup> Makarenko an Simons, 31. 10. 1920, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

Makarenko-Direktorium [!], das aber nicht darauf eingehen werde, sondern ganz darauf setze, daß die Ukraine durch Deutschland selbständig werde. Daraufhin erklärte sich der Außenminister ausdrücklich damit einverstanden, über diesen »Vertrauensmann« weiterhin mit Makarenko zu verkehren.<sup>222</sup>

Makarenkos Ansprüche illustrieren, womit die Behörden bei Kontakten mit Exil-Ukrainern (nicht nur in Deutschland) konfrontiert waren. Je hoffnungsloser die Lage war, desto großartiger wurden die Forderungen Makarenkos: Im Februar 1921 wollte er eine »deutsch-ukrainische Bank« gründen, dann wieder eine »Sammelstelle für ukrainische Angelegenheiten«, bei der er gern einen »deutschen Vertrauensmann« gesehen hätte.<sup>223</sup> Im Mai 1921 hatte seiner Meinung nach die letzte Stunde des Bolschewismus geschlagen (Sowjetrußland hatte in Wirklichkeit gerade seine Westgrenze durch den Frieden von Riga mit Polen gesichert), und die Schwächung der Sowjets würde zur Neuentstehung der UNR führen, auf die sich die Tschechoslowakei, Italien, Frankreich und Großbritannien bereits vorbereiteten. Nur in Deutschland gebe es keine der ukrainischen Bedeutung entsprechende Initiative, und gerade Deutschland solle daran denken, daß die Ukraine wegen ihrer Reichtümer und ihrer geographischen Lage der Schlüssel zu Beherrschung aller übrigen Territorien des russischen Reiches sei. Die ukrainischen Politiker seien zudem auch noch deutschfreundlich.<sup>224</sup> Er mahnte also »moralische Unterstützung« an und drohte wieder, es gebe bereits andere, die sich für die Ukraine interessierten. Die Deutschen waren wenig beeindruckt. Von Rosenberg riet diplomatisch, das »Minus an tatsächlicher Unterstützung durch ein Plus an äußerem Entgegenkommen zu ersetzen«.<sup>225</sup>

Vermutlich begründet dieser Satz, warum die ukrainischen Exilpolitiker sich trotz nur geringen Erfolgen immer wieder an deutsche Stellen wandten. Bei ihnen muß der Eindruck entstanden sein, sie würden ernst genommen. Deutlich wurde das, als am 30. September 1921 Makarenko und Biberstein neuerlich bei von Rosenberg in Wien auftauchten und sich »für die positive Aufnahme« bei AA, Meissner und Südekum bedankten, der inzwischen Staatsminister geworden war. Sie hätten das »wohlwollende Interesse« an der Ukraine und die Zustimmung gespürt, daß das »Staatsdirektorium« de jure die ukrainische Regierung sei. Das AA widersprach, Makarenko sei »von keiner Stelle gesagt« worden, daß das Direktorium die de-jure-Regierung sei. Deutschland erkenne weiterhin keine einzige Regierung an.<sup>226</sup>

<sup>222</sup> Vermerke von Blücher, 8.11.1920, 11.11.1920, ebd.

<sup>223</sup> Von Rosenberg an AA, 15.2.1921, ebd.

<sup>224</sup> Makarenko (Biberstein) an von Rosenberg, 26.5.1921, ebd. – Nicht gesichert sind Hinweise darauf, daß am 24. März 1921 Makarenko zusammen mit dem General Grekov und Opanas Andrijevskij der polnischen Regierung eine Erklärung abgegeben hätten, sie seien als »Ukrainische Volksregierung« an der Frage Galiziens, die eine interne Angelegenheit Polens darstelle, desinteressiert. Dabei kann es sich um den Versuch von Ostukrainern handeln, nun mit Polen im Gespräch zu bleiben, aber auch eine Fälschung ist nicht ganz auszuschließen. (Vgl. Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaleč ta joho doba*. München 1974, S. 271).

<sup>225</sup> Von Rosenberg an AA, 30.5.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>226</sup> Von Rosenberg an AA, 5.10.1921; AA an von Rosenberg, 14.10.1921, ebd. – Im März 1922 versuchten Makarenko und Šveč, zu denen sich der schon früher aus dem Direktorium ausgeschiedene Andrijevskij gesellt hatte, noch einmal, die deutsche Diplomatie davon zu überzeugen, Vasyľko besitze keinerlei Vollmachten und vertrete nicht die UNR, aber darauf erhielten sie keine Antwort

Dies änderte sich auch nicht, als sich das frühere Direktoriumsmitglied Opanas Andrijevskyj, der im April 1919 gegen Petljura geputscht hatte, am 8. Dezember 1921 Makarenko und Šveć anschloß und die drei nun versuchten, als Direktorium aufzutreten. Nach Bruski fühlte sich der von ihnen Mitte Dezember besuchte österreichische Bundeskanzler Johann Schober (1874-1932) durch ihr Auftreten eher bestätigt, die Beziehungen zur Sowjetukraine zu verbessern, und ihre gegen Vasyľko gerichtete Note an das ungarische Außenministerium vom April 1922 war auch ein Eigentor, da Vasyľko mit dem ungarischen Außenminister persönlich bekannt war. Da bedurfte es kaum mehr der Gegenkampagne Petljuras – zumal auch die finanziellen Reserven nach diesen Fehlschlägen erschöpft waren.<sup>227</sup>

Petljura selber wollte keine direkte deutsche militärische Unterstützung. Anfang 1921 warnte er von Polen aus seinen Berliner Gesandten davor, in diesem Sinne tätig zu werden. Er sollte aber die Deutschen davon abhalten, dem Het'man bei seinen Plänen zu helfen, über Rumänien in die Ukraine vorzustoßen:

»Unsere Bauern wollen das Het'manat nicht. [...] Ich und meine Regierung werden keine Intervention befürworten, die nicht mit den Kräften der Entente abgesprochen wäre, und wir bitten, dies Berlin deutlich zu verstehen zu geben.«

Petljura drohte dem Het'man alle möglichen »Unannehmlichkeiten« (prykrostiti) an, falls dieser sich in die Ukraine begeben sollte.<sup>228</sup> Das ganze Projekt war zwar nur eine Chimäre, aber es wurde klar, daß die UNR nicht auf Deutschland setzte. Das war wiederum für Smal'-Stočkyj nicht günstig, der eigentlich gern deutsche Hilfe angenommen und damit auch seine eigene Stellung aufgewertet hätte.

Smal'-Stočkyj hatte nämlich ebenfalls bei Simons und Walther Rathenau (1867-1922) zugunsten der Petljura-UNR antichambriert. Margolin, dessen Familie in Berlin lebte, stellte er als seinen juristischen Berater vor. Von Margolin besitzen wir eine Einschätzung der deutschen Politik jener Zeit: Es gebe drei Richtungen, wobei die Monarchisten und Konservativen an einem starken russischen Imperium, die Kommunisten an einem starken Sowjetstaat interessiert seien. Die dritte Gruppe der liberalen Demokraten und gemäßigten Sozialisten, sei bestrebt, sich in ihrer Osteuropa-Politik an den Westmächten zu orientieren. Die Regierungspolitik werde von den Vertretern der rechten und der linken gestaltet, sie für die Ukraine zu gewinnen sei hoffnungslos. Dagegen müsse den Ukrainern an der Stärkung der Demokraten und der »Westorientierten« gelegen sein.<sup>229</sup> Da Smal'-Stočkyj diese Einschätzung teilte, besitzen wir hier eine rationale politische Begründung der UNR-Kontaktversuche.

Albert Südekum gehörte zu der »demokratischen« Zielgruppe. Er hatte während des Weltkriegs als Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie Sympathie für die Ukrainer entwickelt und war seitdem wie Meißner und Groener ein beliebter Ansprechpartner der reisenden Exulanten. Der Ökonom war ein gutes Beispiel dafür, wie die Wirtschaftsinteressen des »Kapitals« von der Sozialdemokratie übernommen worden

mehr (27.3.1922, PAAA, Abt. IV Rußland Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1).

<sup>227</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 353-354 (Dort auch Angaben der dokumentarischen Basis).

<sup>228</sup> Petljura an Gesandten in Deutschland [Smal'-Stočkyj], 3. 2. 1921, nach Petljura, Statti, Bd. 2, S. 489-493.

<sup>229</sup> Vgl. Margolin, Ukraina, S. 244-245.

waren. Da Deutschland »von Feinden gequält« sei, müsse es neue »wirtschaftliche Möglichkeiten« erschließen, und da bot sich für ihn an, die »zahlreichen Verknüpfungen« mit der Ukraine zu nutzen. Die Ukrainer waren für den naiven Sozialdemokraten »deutsch-freundliche Männer«, und es sei »rührend«, wie unerschütterlich sie in ihrer »Zuversicht zu Deutschland« seien.<sup>230</sup> Diese sentimentale Einschätzung kontrastierte deutlich mit der pragmatischen Haltung der Diplomaten.

Im AA hatte sich dagegen die »russische Schule« durchgesetzt, und daran waren die Informationen des vorläufigen Vertreters des Deutschen Reiches in Moskau Kurt Wiedenfeld (1871-1955) nicht ganz unschuldig. Da er nach den provisorischen Vereinbarungen auch für die Ukraine zuständig war, wurde er von sowjetukrainischen Vertretern bestürmt, die Handelskontakte zwischen der Sowjetukraine und Deutschland zu fördern. Wiedenfeld riet von einem größeren Engagement ab. Die Ukraine sei weit davon entfernt ein »gefestigter Staat« zu sein, es gebe Reibereien zwischen Charkiv und Moskau. Vor wirtschaftlichen Hoffnungen warnte er, und politisch habe Deutschland von der Sowjetukraine ebenfalls wenig zu erwarten. Man solle sie nicht als »selbständiges Gebilde« behandeln und »keine politische Verbindung irgendwelcher Art« knüpfen. Deutschland habe heute »Lebensinteresse an [...] einheitlichem Rußland«. Und wenn andere Staaten (Großbritannien und Frankreich) um die Ukraine rivalisierten, dann solle sich Deutschland umso mehr heraushalten. Ein Auftreten in der Ukraine würde die Rivalität schwächen – bei etwas Zurückhaltung könne Deutschland dagegen »lachender Dritter« sein. Im AA genoß der Bericht »großes Interesse«, und man mochte ihm »nur beipflichten«. Zwar konstatierte man, daß das Interesse an der Ukraine wachse, die Zeit hierfür sei aber nicht reif und man kam zu dem Schluß, wegen der (sowjet-)russischen Interessen vorläufig kein offizielles Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetukraine abschließen.<sup>231</sup> Es wird unseres Erachtens deutlich, daß die seit 1915 zu beobachtenden Strategien weiterhin nebeneinander bestanden. Die von Wiedenfeld genannten Faktoren ließen eine »Ukraine-Politik« unangemessen erscheinen, die Hinwendung zu Sowjetrußland und damit der Weg nach Rapallo wurde in den Randbedingungen so auch von der Perzeption der Ukraine-Möglichkeiten unterstützt. Indirekt bestätigt wird dies durch die Berichterstattung der Polnischen Gesandtschaft in Berlin, die naturgemäß die deutsch-ukrainischen Kontakte mißtrauisch beobachtete. Sie vermerkte, daß von den beiden mit Osteuropa befaßten AA-Beamten von Maltzan eher anti-ukrainisch und pro-russisch eingestellt war, während von Blücher als pro-ukrainisch galt. Allerdings stützte sich diese Einschätzung nur darauf, daß er es war, der die Kontakte mit Smal'-Stočkyj aufrechterhielt, so daß sich eher eine generelle rußlandfreundliche Linie abzeichnete.<sup>232</sup>

<sup>230</sup> Südekum an Rosen, 22. 10. 1921, PAAA, Abt. IV Rußland Finanzwesen 1 Ukraine, Staatsfinanzen der Ukraine im Allgemeinen, Bd. 3. – Südekum versuchte, Geld in Deutschland aufzutreiben, das angeblich den ukrainischen Genossenschaften zustand, um so einen Wirtschaftsverkehr einzuleiten. Die näheren Umstände können hier nicht erörtert werden, letztlich waren die deutschen Stellen auch darin erfolgreich, dieses Geld unter ähnlichen Vorwänden wie das Reichsbankguthaben nicht freizugeben.

<sup>231</sup> Wiedenfeld an AA, 14.11.1921; AA an Wiedenfeld, 26.11.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>232</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Außenministerium, 24.11.1921, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 80-81.

Im Juni 1921 schrieb von Maltzan an von Rosenberg, die »Berliner Ukrainer«, womit nur das Umfeld der UNR-Gesandtschaft gemeint sein konnte, hätten erklärt, Makarenko sei »weder berechtigt, sich Mitglied des Direktoriums zu nennen, noch sich den Titel Staatsdirektor beizulegen«. Auch habe er keinerlei politische Einflüsse in der Ukraine. Trotzdem behielt das AA seine Linie bei: Man war weiter bereit, ihn zu empfangen, allerdings wolle Deutschland sich nicht aktiv zu seinen Gunsten betätigen.<sup>233</sup> Als von Rosenberg bald darauf für kurze Zeit Reichsaußenminister wurde (November 1922 – August 1923), gratulierte ihm Makarenko zur Ernennung und hoffte, sein neues Amt werde dem deutschen Volk den »natürlichen Weg zu einer großen Zukunft im Osten zeigen«; als Antwort erhielt er aber nur einen »kurzen unpolitischen Dank« von Maltzans.<sup>234</sup>

Heute ist ziemlich klar, daß Makarenko nicht nur niemanden repräsentierte, sondern insgesamt keine große politische Begabung war. Umso bemerkenswerter ist es, daß das AA ihn auch noch empfing, als dies im Laufe der Jahre allen klar geworden war. Man heftete seine Berichte ab und alimentierte ihn, wofür sich besonders Otto Meissner, mit dem Makarenko 1918/19 in Kiew zusammengearbeitet hatte, einsetzte. 1929 beschwerte sich Makarenko beim Reichskanzler darüber, daß »monarchistische ukrainische Kreise« von den Deutschen »von Amts wegen materiell unterstützt« würden (gemeint war Skoropadskyj), während für ihn nichts getan werde. Ministerialrat Oskar Trautmann (1877-1950) vom AA widersprach: »Für Makarenko wird hier fortlaufend durch Vermittlung des Herrn Dr. Südekum gesorgt«, schrieb er an den Staatssekretär der Reichskanzlei Hermann Pünder (1888-1976). Pünder präzierte, Makarenko erhalte »jährlich [...] etwa 2-3000 RM aus Mitteln des Ausw. Amtes«, obwohl »er und seine Anhänger [...] nach Ansicht des Auswärtigen Amtes keine politische Bedeutung mehr« hätten. Mehr wollte man nicht tun: Es »sei zu befürchten, dass, wenn man ihm einmal etwas gebe, umfangreiche Nachforderungen kommen würden. Aus diesem Grunde sei es sogar stets vermieden worden, von der Unterstützung für Herrn Makarenko irgend etwas verlauten zu lassen.«<sup>235</sup> Es blieb jedoch festzuhalten, daß – wenngleich in relativ bescheidenem Umfang – die Makarenko-Richtung von Deutschland finanziert wurde.

Auch Skoropadskyj war inzwischen wieder in Berlin. Für die UNR-Vertretung war der Het'man ein rotes Tuch; Smal'-Stočkyj warnte das AA vor dessen »Umtriebe[n]« und bat darum, ihn nicht zu unterstützen. Wenn die Deutschen an den Ukrainern interessiert seien, sei die UNR der bessere Partner. Da die UNR die Unterstützung, die sie von Polen, Frankreich und (dem weißen) Rußland erwartet hatte, nicht erhalten habe, sei sie immer noch (oder wieder) »sehr deutschfreundlich«.<sup>236</sup> In diesem Sinne war wohl auch Smal'-Stočkyjs Einladung an die Berliner Repräsentanten der »Randstaaten« in den »Kaiserhof« am 25. Februar 1921 zu verstehen, wo (angesichts der Rigaer Verhandlungen) eine antipolnische Wende eingeläutet wurde und der UNR-

<sup>233</sup> Von Maltzan an von Rosenberg, 4.6.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>234</sup> Makarenko an von Rosenberg, 28.11.1922, ebd.

<sup>235</sup> Pünder an Außenminister, 5. 11. 1929, Trautmann an Pünder, 19. 11. 1929, Pünder an Reichskanzler, 27. 11. 1929, Bundesarchiv Berlin (BAB), Reichskanzlei (R43I), Bd. 155, Bl. 142-144.

<sup>236</sup> Aufzeichnung Hauschild, 26.2.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

Geschäftsträger »deutlich und bestimmt« in einer rußländischen Föderation, wie sie auch Skoropadskyj favorisierte, die Lösung der Nationalitätenfrage in Rußland sah. Die Vertreter Estland, Lettlands und Polens wurden nicht eingeladen, das AA war immerhin durch von Blücher vertreten. Smal'-Stočkyj sprach russisch und schlug eine gemeinsame Front gegen Polen vor. Aber am selben Tag soll er dem polnischen Geschäftsträger Alfred Wysocki (1873-1959) gegenüber geäußert haben, daß er von einer Fortsetzung des polnisch-sowjetischen Krieges ausgehe.<sup>237</sup> Deutschland war also nicht seine einzige Option: Aus der Französischen Botschaft in Berlin erfuhren die Polen Ende des Jahres, daß Smal'-Stočkyj dort ebenfalls »alle drei Tage« antichambriere und Polen am Rande eines neuen Krieges mit Rußland und am Abgrund schildere.<sup>238</sup> Da die Berliner Anerkennung auszulaufen drohte, schien die französisch-polnische Linie dem ukrainischen Gesandten wieder eine Alternative zu bieten. Noch einmal artikulierte Smal'-Stočkyj 1922 Hoffnungen auf die Entente, von der er nun erwartete, sie werde mit Polen und den UNR-Ukrainern gemeinsam gegen die Sowjets operieren.<sup>239</sup> Auch Wasyl'ko hatte mehrfach 1921 und 1922 versucht, mit den Polen zu einer Zusammenarbeit zu gelangen. Der polnische Gesandte in Berlin Jerzy Wiktor Madeyski (1872-1939) berichtete, der Baron habe die Organisation eines aktivistischen<sup>240</sup> Lagers unter den Ukrainern Ostgaliziens vorgeschlagen und sich in der Funktion eines polnischen Ministers für Autonomiefragen Galiziens gesehen. Diese Vorschläge seien jedoch auf polnisches »désintéressement« gestoßen.<sup>241</sup> Diese »Offenheit« der UNR-Vertreter belegt, daß sie keine politischen Präferenzen hatten. Es ging ums blanke Überleben, und da waren alle Partner recht.

Wie schon während des Ersten Weltkriegs beschränkten sich die ukrainischen Repräsentanten nicht darauf, um Hilfe politischer oder finanzieller Art zu bitten – sie meinten auch etwas bieten zu müssen. Kaum einer der Berichte versäumte, die ukrainischen Exulanten als Repräsentanten starker politischer Kräfte zu präsentieren, und darauf hinzuweisen, daß sie auch noch andere Eisen im Feuer hätten. Es ist müßig, darauf hinzuweisen, daß dies niemand wirklich glaubte. Dennoch war dieses Vorgehen in Maßen erfolgreich. Das von Jevhen Levyčkyj 1915 eingeführte Konzept, die Ukraine sei für Deutschland eine Station auf dem Wege zu einer »großen Zukunft im Osten«, leuchtete auch nach 1918 noch ein.

<sup>237</sup> Die polnische Gesandtschaft beobachtete natürlich die Ereignisse in Berlin und registrierte einen »kompletten Wechsel« in der Einstellung Smal'-Stočkyjs, der stets bestrebt sei zu erreichen, »daß man ihn in der Gesandtschaft für einen Freund und Anhänger der polnischen Politik halte« (Poln. Gesandtschaft Berlin an Außenministerium, 26.2.1921, AAN MSZ, Berlin 3674, Bl. 16-18).

<sup>238</sup> Polizeidirektion Lwów an Außenministerium, 31.10.1921; Außenministerium an Poln. Gesandtschaft (Gesandter Jerzy Poray-Madeyski) Berlin, 7. 11. 1921, 6.12.1921 AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl.86-89, 91-92.

<sup>239</sup> Österreichischer Geschäftsträger Berlin an Ministerium des Äußern Wien, 30. 11. 1920, Hornykiewicz IV, Dok. 1079, S. 267; Riedl, Berlin an Ministerium für Äußeres, 24.1.1922, Hornykiewicz IV, Dok. 1100, S. 316-317.

<sup>240</sup> Der Begriff des »Aktivismus« ist ziemlich ungewöhnlich. Er stammt aus dem Ersten Weltkrieg, als sich polnische Nationalpolitiker trotz der Besetzung ihres Landes zur (aktiven) Politik der Zusammenarbeit mit den okkupierenden Mittelmächten entschlossen hatten. Auf die polnischen Verhältnisse von 1921 übertragen bedeutete dies, daß Polen analog den Mittelmächten als Besetzer gesehen wurde – sicherlich nicht der beste Ansatz für eine Zusammenarbeit.

<sup>241</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 466 – dort auch Angaben zu den Archivquellen.

Die ZUNR-Politiker sammelten sich in Wien, wo sie im Zitahof in der Mariahilfer Straße ein Konsulat unterhielten und Volodymyr Singalevyč (1880-1945) als Gesandter fungierte. Jevhen Levyčkyj war ihr Repräsentant in Prag. Nach dem Bruch mit der UNR versuchten sie, die Selbständigkeit der ZUNR durch politische Aktionen im Exil unter Beweis zu stellen. Osyp Nazaruk und Jevhen Petruševyč nahmen Kontakte zu den Bol'seviki, zum tschechischen Außenminister Edvard Beneš (1884-1948) und zu den Entente-Mächten auf. Offenbar rechnete Petruševyč entgegen allen bisherigen Erfahrungen mit einem Beschluß der Entente, Ostgalizien zu einem separaten ukrainischen Staat zu erklären, weil er ein – wie ernst auch immer gemeintes – Angebot des polnischen Außenministers Konstanty Skirmunt (1866-1951), Ostgalizien Autonomie und eine ukrainische Universität gegen die Anerkennung der polnischen staatlichen Souveränität zu gewähren, ausschlug.<sup>242</sup> Petruševyč pflegte jedoch neben den Entente-Kontakten weiterhin die Nähe zu sowjetischen Vertretern.<sup>243</sup>

Die Suche nach Verbündeten führte noch zu anderen seltsamen Kontakten. Obwohl die Zionisten in ihren Publikationen die Ukrainer der Pogrome bezichtigten, versuchte im September 1921 der UNR-Gesandte in Prag Maksym Slavynskyj mit dem aus Odessa stammenden radikalen Zionisten Vladimir Žabotynskij (1880-1940), ein Abkommen über eine »autonome jüdische Gendarmerie temporären Charakters« zu schließen. An den Gesprächen in Karlsbad Ende August nahm auch Smal'-Stočkyj teil, der vorher und nachher aus seiner antijüdischen Einstellung keinen Hehl machte. Folgen hatte diese Verbindung jedoch nicht.<sup>244</sup>

Und es gab – bis heute gern schamhaft verschwiegen – die sowjetische Option. Christopher Gilley hat bei den Forschungen zu seiner Dissertation über die ukrainische Spielart des *Smenovechovstvo*, des Trends von Emigranten, in die UdSSR zurückzukehren und mit den neuen Machthabern zusammenzuarbeiten, herausgefunden, dass Smal'-Stočkyj und Porš 1920/1921 mit dem sowjetukrainischen Vertreter Vladimir/Waldemar Christianovič Aussem (1879-?) in Berlin Verbindung aufnahmen. Die Versuche scheiterten zunächst daran, daß Aussem von Smal'-Stočkyj verlangte, mit konkreten Vorschlägen in die Sowjetmission zu kommen, was diesem unzumutbar schien. Aber je mehr sich die Sowjets als Sieger herausstellten, desto geringer wurde der Widerstand. Aussem gelang es 1921, die ukrainische Intelligencija wenn schon nicht politisch, dann wenigstens kulturell um sich zu scharen. Der Dichter Oles' gehörte ebenso dazu wie Porš und Natalija Dorošenko, die Ehefrau Dmytro Dorošenkos. Es ist klar, daß die Emigranten darüber nachdachten, sich mit den Sowjets zu verbinden. Nicht alle gingen so weit wie Mykola Porš, der im Januar 1921 die Studenten

<sup>242</sup> Jerzy Tomaszewski, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej wobec projektu utworzenia uniwersytetu ukraińskiego we Lwowie«, in: Michał Pułaski (Hg.), *Ukraińska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 115-124, hier S. 118. Kedryn schilderte in seinen Memoiren, Petruševyč *Ukraiński Prapor* habe kompromißlos gegen die UNR Petljuras polemisiert, die sich auf ein Bündnis mit Polen eingelassen hatte (Vgl. Ivan Kedryn, *Žyttja – podii – ljudy*. New York 1976, S. 72).

<sup>243</sup> Vgl. Polizeidirektion Wien an Staatsamt des Äußeren Wien, 10.7.1920, Hornykiewicz IV, Dok. 1074, S. 256-257.

<sup>244</sup> Vgl. Alek Fel'dman, »Uhoda Žabotynskij – Slavynskij. Storinka z istorii ukraińsko-jevrejskych vzajemyn«, *Sučasnist'* 1976, H. 10, S. 109-116; dort auch ein Abdruck des Vertragstextes.



aufforderte, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten und in die Ukraine zurückzukehren – was er selber dann nicht tat, obwohl er einen Antrag dieses Inhalts stellte.<sup>245</sup>

Selbst Dmytro Dorošenko, der Außenminister des Het'mans, soll im März 1922 – wie Aussem sich ausdrückte »durch die Hintertür«, vermutlich also über seine Ehefrau – nachgefragt haben, wie die Bedingungen für eine Rückkehr in die Sowjet-Ukraine aussähen. Als Gerüchte darüber umzulaufen begannen, musste er dementieren, wenn er nicht seine Positionen in der Emigration verlieren wollte, und die ganze Angelegenheit wurde nicht wiederbelebt.<sup>246</sup>

Gilley schreibt zu Recht, dass man alle diese Gerüchte über Sowjetophilie vorsichtig traktieren sollte. Gerüchte, jemand sei prosovietisch, waren unter den Ostukrainern ein effektives Mittel, diese Person zu diskreditieren.<sup>247</sup> Und aus den Trümmern der UNR versuchte wieder einmal jeder, etwas für sich zu retten und zu diesem Zweck seine Konkurrenten zu verleumden.

Tatsächlich war die UNR 1920/22 am Ende. Was ihre Vertreter im Ausland unternahmen, erinnerte an die Zeit, als der BBU das Interesse der Deutschen zu wecken suchte, und war von Beliebigkeit gekennzeichnet. Der Gesandte in Wien Sydorenko versuchte im Februar 1920 sogar, den deutschen Botschafter von Rosenberg zu einer Wiederauflage der »Gefangenenarbeit« zu bewegen. Die noch in Deutschland gefangenen Ukrainer sollten in ein Sammellager kommen, militärisch organisiert und gegen Polen eingesetzt werden.<sup>248</sup> Daß gleichzeitig in Warschau die genau entgegengesetzte Option von Sydorenkos Vorgesetztem Petljura realisiert wurde, spielte dabei keine Rolle. Vasyľko erklärte in der *Neuen Zürcher Zeitung*, die Ukraine könne mit einem demokratischen, nicht imperialistischen Polen Einvernehmen herstellen und sich auch mit Sowjetrußland oder einem »künftigen demokratischen Großrußland« abfinden, wenn die Ukraine mit diesen Staaten »auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung in ein föderatives Verhältnis treten« könne.<sup>249</sup>

Damit war der UNR der Sinn für jegliche geordnete Politik verloren gegangen. Gestrandete Staatsvertreter suchten überall nach Unterstützung. Gleichzeitig neideten sie einander fiktive Erfolge und denunzierten einander. Die Deutschen, die trotz der Kriegsniederlage und der außenpolitischen Manövrierunfähigkeit durch die Versailler Verpflichtungen Ansprechpartner der Ukrainer blieben, wußten mit deren Avancen immer weniger anzufangen.

Nun wirkte sich auch die Geldknappheit aus. Das Geld, das die Flüchtlinge 1919 aus Kiew mitbekommen hatten, war aufgebraucht, neue Einnahmequellen nicht erkennbar. Ein Teil der UNR-Politik wurde aus den Privatmitteln Vasyľkos bestritten, die aber auch nicht unerschöpflich waren. Die Gerüchteküche tobte um das in Liquidation befindliche Staatswesen. Die Berliner Presse meldete, Gläubiger hätten eine Pfändung des Berliner Gesandtschaftsgebäudes erreicht, da sich »jetzt endlich die Ansicht durchgerungen« habe, »daß die ukrainische Republik gegenwärtig überhaupt nicht rechtmäßig in Berlin vertreten ist«. Über Porš hörte man, er sei der Verhaftung

<sup>245</sup> Christopher Gilley, *The »Change of Signposts« in the Ukrainian Emigration: A Contribution to the History of Sovietophilism in the 1920s*. Phil. Diss. Hamburg 2007, S. 183-184, 186.

<sup>246</sup> Ebd., S. 185.

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Botschafter Wien an AA, 27. 2. 1920, PAAA, Ukraine Nr.1 Allgemeines, Bd. 36.

<sup>249</sup> Gesandter Bern (Müller) an AA, 28. 2. 1920, ebd..

wegen »eigenartiger Geldgeschäfte« nur aufgrund der diplomatischen Immunität entgangen und finanzierte eine Prager Diszesse mit hohen Beträgen. Gleichzeitig las man aber auch über die Ankunft einer sowjetukrainischen Delegation in Berlin, die das Gebäude für sich beanspruchte und letztlich auch erhielt.<sup>250</sup> Es herrschte ein Nervenkrieg der verschiedenen ukrainischen Prätendenten gegeneinander.

## 5. VOR UND NACH RAPALLO

Am 15. März 1921 hat Großbritannien im Zusammenhang mit dem Rigaer Friedensschluß Sowjetrußland de facto anerkannt. Da Deutschland sich in Versailles verpflichtet hatte, seine Rußland-Politik an derjenigen der Entente zu orientieren, wurde damit der Weg frei, sich mit den Bol'seviki wieder zu verständigen. Schon am 23. April 1921 wurde mit dem sowjetukrainischen Vertreter Viktor Kopp ein Vertrag über die Rückführung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten abgeschlossen, der auch die Einrichtung von »besonderen Organen« in Charkiv und Berlin vorsah. Dies waren der Form nach zwar keine diplomatischen Vertretungen – Deutschland betrieb mit der sowjetukrainischen Repräsentation (anders als mit der UNR-Repräsentanz) jedoch praktische Politik.<sup>251</sup> Analog dem Verhältnis zur RSFSR, deren Fürsorgestelle für Kriegsgefangene in Berlin in einem Vertrag vom 6. Mai 1921 zur »einzige[n] Vertretung des Russischen Staates in Deutschland« erklärt wurde, folgte Deutschland auch in bezug auf die Ukraine der Vorgabe, die Polen im Rigaer Vertrag unterschrieben hatte.<sup>252</sup>

Für die Verhandlungen mit den Sowjets hatten die Deutschen die Sprachregelung gewählt, daß man zwar wisse, daß die UNR keine ukrainischen Territorien mehr besitze, daß man aber noch keine Veranlassung habe, ihrer Gesandtschaft den Aufenthalt in Berlin zu untersagen. In einer internen Aufzeichnung unterstrich man die fortgesetzte Anerkennung der Ukraine, die aber nicht an eine bestimmte Regierung gebunden sei. Politische Gründe wie die Aufrechterhaltung der »Fäden mit der ukrainischen Intelligenz« rechtfertigten den »Zwitzerzustand« der Vertretung. Eine Schließung ließ nicht nur »unerquickliche Streitigkeiten« befürchten, die Beibehaltung der Repräsentanz wurde gar als »Pietät« bezeichnet: Schließlich sei sie das letzte »Zeichen der ukrainischen Herrlichkeit aus Hetman-Zeiten«.<sup>253</sup> Die Reminiszenz an die Hetman-Zeit offenbarte ein wenig, daß Skoropadskyj für das deutsche Establishment weiter die positivste Gestalt des eigenen Ukraineengagements war. Den UNR-Vertretern war aber sicher nicht klar, welchen romantischen Gründen sie das provisorische Fortbestehen ihrer Gesandtschaft verdankten. Im Handbuch der diplomatischen Vertretungen erhielt die UNR-Mission 1921 zusammen mit Georgien und Armenien ein Son-

<sup>250</sup> Vgl. »Arrest gegen ukrainische Gesandtschaft«, Berliner Lokalanzeiger 403/27.8.1920.

<sup>251</sup> Vertrag zwischen der Regierung des Deutschen Reiches und der Regierung der Ukrainischen SSR, 23.4.1921, PAAA, Ukraine, Verträge 1; Vgl. auch Francis Conte, Christian Rakovski. Boulder/New York 1989, S. 188.

<sup>252</sup> Vgl. Horst Günther Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo. Köln 1970, S. 136-138.

<sup>253</sup> Aufzeichnung Behrendt, 24.8.1921, PAAA, Abt. IV Rußland Politik 2 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1.

derkapitel.<sup>254</sup> Zum Neujahrsempfang 1922 wurden die ukrainischen Diplomaten ebenso wenig geladen wie diejenigen Georgiens und Armeniens. Das Auswärtige Amt hatte vor, »einen allmählichen Abbau vorzubereiten« und nicht »die Aspirationen der Gesandtschaften [zu] bestärk[en].« Im übrigen war man über die Rest-Unklarheit ganz froh: Es sei einerseits klar, daß Rakovski in der Sowjetukraine die Macht innehatte, man habe eine deutsche Dienststelle in Odessa jedoch von Moskau aus eingerichtet; so hielt man den Status in der Schwebe.<sup>255</sup>

Wahrscheinlich war es auf Südekum zurückzuführen, daß Smal'-Stočkyj in der Morgenausgabe des *Vorwärts* vom 13. April 1922 einen Artikel veröffentlichen konnte, in dem er prosowjetischen Stimmen entgegentrat, die zuvor die UNR-Vertretung als eine »überflüssige Gesandtschaft« kritisiert hatten. In der Ukraine – so der Gesandte – habe es keine bolschewistische Revolution gegeben, und die Macht der Sowjets stütze sich allein auf Okkupation. Die von seiner UNR-Gesandtschaft ausgestellten Pässe würden außer in Polen auf der ganzen Welt anerkannt.<sup>256</sup>

Das war jedoch ein Rückzugsgefecht. Am 8. April 1922 hatten sich Deutschland und die Sowjetukraine darauf verständigt, »Bevollmächtigte« auszutauschen. Aussem, der längst in Berlin war, sprach im Auswärtigen Amt noch als Bevollmächtigter für »Repatriierungs-Angelegenheiten« vor, aber in einem Protokoll hielt man fest, daß er nun die Ukraine »in allen die kommerziellen Beziehungen [...] berührenden Angelegenheiten« vertreten und Legationsrat Siegfried Hey (1875-1963) in gleicher Funktion nach Charkiv entsandt werde.<sup>257</sup> Das AA merkte daraufhin an, man solle die »Befugnisse [der UNR-Vertretung] allmählich auf das Maß Botkins herab[...]setzen«, also der informellen Vertretung der zarentreuen Russen. Allerdings solle man damit solange warten, bis Erfahrungsberichte Heys auch Charkiv vorlägen.<sup>258</sup>

Damit hatte Deutschland die Wende vorbereitet, bevor im Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 Deutschland und Sowjetrußland einander de jure anerkannten. In Rapallo

<sup>254</sup> Im September 1921 beschrieb das AA den Stand dahingehend, daß »die deutsche Regierung die de jure Anerkennung des Ukrainischen Staates (!) noch aufrecht erhält.« Die ukrainische Gesandtschaft sei im Frühjahr 1918 von der Rada und dann vom Het'man eingesetzt worden, und Petljuras Direktorium habe sie nach der Demission Skoropadskyjs übernommen. Seitdem leite die Gesandtschaft ihre Vollmachten nicht mehr von einer deutscherseits anerkannten Regierung ab. »Sie wird indessen in der gegenwärtigen Ausgabe der Diplomatenliste noch weiter geführt«, hieß es doppeldeutig, künftig solle sie aber in einer neuen Rubrik unter »früher zugelassene Diplomatische Vertretungen, deren Regierungen die tatsächliche Gewalt nicht mehr ausüben« figurieren (AA an Preußischen Justizminister, 23.9.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1).

<sup>255</sup> Aufzeichnung Hauschild, 19.12.1921, PAAA, Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1.

<sup>256</sup> Dabei war Polen eines der wenigen Länder, wo die UNR-Repräsentanten heimlich geduldet und weiterhin gefördert wurden. Da Polen sich jedoch im Rigaer Vertrag zur Anerkennung der Sowjetukraine verpflichtet hatte, war es nur intelligent, die UNR-Repräsentanten in Polen durch den Ausweis polnischer Vertragstreue zu schützen.

<sup>257</sup> Protokoll über die Entsendung eines ukrainischen Bevollmächtigten nach Deutschland und eines deutschen Bevollmächtigten nach der Ukraine, 8. 4. 1922, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 12-13.

<sup>258</sup> Vermerk 13.4.1922, PAAA, Abt. IV Rußland Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1. – Hey machte am 31. Mai 1922 seinen Antrittsbesuch beim ukrainischen Volkskommissar des Auswärtigen Kanarskij (Hey an AA, 31.5.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 8 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretungen der Ukraine im Auslande, Bd. 1)

sagte die deutsche Delegation mündlich zu, die Ausdehnung des Vertrages auf die Ukraine in Aussicht zu nehmen.<sup>259</sup>

Die Versuche Smal'-Stočkyjs und Vasyl'kos, britische Politiker zu einer Intervention zu bewegen, blieben ohne Erfolg. Deutsche oder russische Kommunisten lancierten aber daraufhin einen Agenturbericht, Vasyl'ko denunziere die Sowjetukrainer und störe die deutsch-sowjetischen Verhandlungen. Die Ausweisung dieses »bei der Reichsregierung gar nicht mehr akkreditierten, wohl aber mit ihrer Genehmigung noch in Berlin domizilierenden« Diplomaten stehe deshalb unmittelbar bevor. Vasyl'ko beschwerte sich prompt beim AA: Wenn ihm die Ausweisung wegen seiner prodeutschen Haltung gebühre, möge man ihm das sagen. Immerhin schrieb von Blücher dem Innenministerium, Vasyl'ko besitze weitreichende Verbindungen und stehe auch mit dem AA in Verbindung, weswegen eine Ausweisung nicht zu befürworten sei, solange kein belastendes Material vorliege.<sup>260</sup> Dieser Versuch blieb also ohne Erfolg.

Auch die westukrainische Repräsentanz in Berlin ließ wieder von sich hören: Jaroslav Biberovyč (?-1948) versuchte, die deutsche Regierung dazu zu bewegen, die von seinem Exilstaat ausgegebenen Pässe anzuerkennen, worauf sich aber das AA nicht einließ. In der Antwort hieß es, eine Änderung der Praxis könne nicht erfolgen, im Vermerk auf der Kopie gab es jedoch die Wendung, »weites Entgegenkommen« sei am Platze. Der Grund war sehr konkret benannt: Die Ostgalizier waren für die Deutschen »als Gegengewicht gegen Polen von großer politischer Bedeutung«.<sup>261</sup>

Die österreichische Haltung war ähnlich. Österreich hatte am 7. Dezember 1921 mit der Ukrainischen SSR einen Vertrag über die gegenseitigen Vertretungen abgeschlossen und damit der UNR die Rechtsgrundlage entzogen. Es blieben die Westukrainer: Anerkennen mochte man die Exilregierung und ihre Diplomaten nicht, man vertrat aber noch im Frühjahr 1922 den Standpunkt, die westukrainische Vertretung sei zwar nicht akkreditiert, man stehe jedoch mit ihr de facto im Verkehr.<sup>262</sup> Da man aber den österreichischen Konsul in Lemberg bei den Polen akkreditieren mußte und an einem Handelsvertrag mit Polen interessiert war, entzog Österreich im Mai 1922 den Westukrainern nun auch diesen letzten Rest der Anerkennung. Im Dezember 1922 konnte man vermerken, daß die »Gesandtschaft« der Westukrainer ihre Tätigkeit eingestellt und die Hoheitszeichen am Gebäude entfernt hatte, tatsächlich versuchten die Petruševyč-Leute jedoch noch eine gewisse Zeit ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten.<sup>263</sup>

Nachdem Smal'-Stočkyj bei den Deutschen kein Entgegenkommen gefunden hatte, wandte er sich wieder der Gegenseite zu: Über den Gesandten Madeyski nahm er Kontakt mit Stanisław Łoś, dem Galizien-Experten im polnischen Außenministerium, auf und teilte ihm seine neue politische Orientierung mit: Er wollte nun wieder mit

<sup>259</sup> Vgl. Linke, Beziehungen, S. 216.

<sup>260</sup> Aufzeichnung von Maltzan, 14.7.1922, PAAA, Abt. IV Rußland Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1; Rote Fahne, 23.7.1922, Abendausgabe, »Weißrussische Intrigen in Berlin«; Vasyl'ko an von Maltzan, 28.7.1922, Reichsinnenministerium an AA, 17.8.1922; von Blücher an Reichsinnenministerium, 26.8.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Finanzwesen 1 Ukraine, Bd. 4.

<sup>261</sup> Vertretung ZUNR in Berlin (Biberovyč) an AA, 1.8.1922; von Blücher an Biberovyč, 14.8.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 9 Westukraine, Diplomatische und konsularische Vertretungen der West-Ukraine in Deutschland, Bd. 1.

<sup>262</sup> Vgl. Milow, Die ukrainische Frage, S. 184.

<sup>263</sup> Vgl. ebd., S. 187-188.

Warschau zusammenarbeiten.<sup>264</sup> Die polnische Seite hatte daran unerwarteterweise Interesse und auch Verständnis dafür, daß Smal'-Stočkyj sich nicht dem Verdacht der »Polonophilie« aussetzen wollte: Außenminister Gabriel Narutowicz (1865-1922) bat den Gesandten, die Berliner Kontakte weiter zu pflegen, und ließ dem ukrainischen Geschäftsträger auch einen leider nicht erhaltenen persönlichen Brief übergeben.<sup>265</sup> Anfang Oktober reiste Smal'-Stočkyj nach Warschau, offiziell, um mit Petljura zusammenzukommen. Aber das war nicht alles: Bei einem Arbeitsfrühstück bei Łoś am 2. Oktober 1922 trat er auch als Emissär Vasył'kos und Volodymyr Bačynśkyjs (1880-1927) auf, der Petruševyčs ZUNR unterstützte.

Angesichts des beginnenden UVO-Terrors in Ostgalizien wandte sich Smal'-Stočkyj gegen Gewalt und bot wie vorher Vasył'ko an, unter den galizischen Ukrainern Versöhnungsströmungen (»courant ugodowe«) zu erzeugen, die sich auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit bewegen würden, um so den Terrorismus zu lähmen. Aber so interessiert war man in Polen auch wieder nicht. Da gerade (26.9.1922) ein Gesetz über das Selbstverwaltungssystem in den ostgalizischen Wojewodschaften verabschiedet worden war, hielt man es in Warschau nicht für erforderlich, auf dieses Angebot einzugehen. Łoś antwortete Smal'-Stočkyj, man bedürfe seiner nicht, da Polen die Galizienfrage für erledigt halte, und wenn die ostukrainischen Emigranten ihre Landsleute zur Versöhnung mit Polen aufriefen, täten sie dies nur wegen der zu erwartenden Vereinigung der Sowjetukraine mit der RSFSR.<sup>266</sup> Damit hatte Smal'-Stočkyj in Warschau eine Abfuhr erfahren, und es blieb ihm zunächst nichts anderes übrig, als sich wieder auf Deutschland zu konzentrieren.

Von Maltzan erleichterte Smal'-Stočkyj die Rückkehr, indem er ihm die Ausdehnung des Rapallo-Vertrags auf die Ukraine damit versüßte, daß ihr persönliches Verhältnis hiervon nicht beeinträchtigt würde. Smal'-Stočkyj antwortete mit der Versicherung der »unbeirrbar[e] Fortdauer unserer aufrichtigen und herzlichen Sympathien für Deutschland, seine Kultur und seine östlichen Aufgaben«, was kaum dem entsprach, was er vier Wochen zuvor in Warschau versucht hatte. Vielleicht verstand er unter der intendierten »Kultur- und Arbeitsgemeinschaft zwischen [den] Demokratien des Ostens und des Westens« aber auch das deutsch-polnische Verhältnis.<sup>267</sup>

Die Ausdehnung von Rapallo auf die Sowjetukraine verzögerte sich, weil Rakowski Illusionen über eine eigene Außenpolitik hegte und Ansprüche auf das Reichsbankguthaben erhoben hatte, das nach einmütiger Interpretation einer »rechtmäßigen« ukrainischen Regierung zustand.<sup>268</sup> Im AA zog man sich daraufhin auf die Position

<sup>264</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 466; Smal'-Stočkyj an Łoś, 11.9.1922, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 118-120.

<sup>265</sup> Poln. Außenministerium (Narutowicz) an Poln. Gesandtschaft Berlin, 21.9.1922, ebd., Bl. 116-117.

<sup>266</sup> Aide-mémoire über Ostgalizien, 3.10.1922; Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 4.10.1922, ebd., Bl. 121-123.

<sup>267</sup> Von Maltzan an Smal'-Stočkyj, 4.11.1922, PAAA, Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd.1; Smal'-Stočkyj an Maltzan, 6.11.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2. – Bruski (Petlurowcy, S. 467) beschränkt sich bei der Bewertung des Warschaubesuchs auf die Frage, welche Rolle die UNR-Behörden in Tarnów bei dem Zusammentreffen spielten. Für uns hat dieses Gespräch jedoch in den deutsch-ukrainischen Beziehungen eine Funktion.

<sup>268</sup> Vgl. Aufzeichnung Hauschild, 1.6.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Finanzwesen 1 Ukraine, Bd. 4.

zurück, daß man keine ukrainische Regierung anerkenne, jedoch mit Petljura und der Handelsvertretung der Ukrainischen SSR Kontakte unterhalte. Im Mai 1922 hieß es aber immerhin schon, daß ein Überdenken dieser Interpretation möglich sei.<sup>269</sup> Als im Juni 1922 Rakovski nach Deutschland kam, versuchte er noch zu verhandeln, die Deutschen waren jedoch zu keinem Kompromiß bereit. Sie waren sich des vorrangigen Interesses der RSFSR an Rapallo sicher und stellten ein Junktim her, indem sie die »restlose Bereinigung der Vergangenheit« durch den Rapallo-Vertrag sonst für gefährdet erklärten.<sup>270</sup> Dem mußte sich dann auch Rakovski fügen. Offensichtlich auf Druck aus Moskau gab er auf. Die Guthaben-Frage blieb in der Schwebe, und die förmliche Anerkennung der Ukrainischen SSR wurde am 5. November 1922 im Ergänzungsvertrag zu Rapallo ausgesprochen.<sup>271</sup> Am 21. Dezember 1922 mußte Vasyľ Orenčuk (1890-1958) das Münchner Konsulat der UNR schließen.<sup>272</sup>

Der Ton der deutschen Diplomaten änderte sich nun. Hatte man sich vorher alle Optionen offengehalten, so wurde nun, als General Oleksander Grekov (1875-1958) im Dezember 1922 einen zugegebenermaßen phantastischen Plan vorstellte, wonach Frankreich Deutschland eine Schutzherrschaft über die Ukraine überlassen wollte, klar erklärt, daß »wenig positive Resultate« bei der Pflege von Beziehungen »zu ukrainischen Politikern dieser Gattung« zu erwarten seien. Gegenüber dieser »Persönlichkeit dritten Ranges« sei allenfalls »freundliche Zurückhaltung« angebracht.<sup>273</sup>

Vor dem Entzug des Agréments versuchten die UNR-Vertreter verzweifelt, einen wie auch immer gearteten Status zu erlangen. Smal'-Stočkyj gab nicht sofort auf. Im Juni 1922 rechnete er immer noch nicht mit einer längeren bolschewistischen Herrschaft in der Ukraine. Er erklärte sich aber grundsätzlich bereit, das Gesandtschaftsgebäude am Kronprinzenufer 10 an die sowjetukrainische Vertretung abzutreten, auch wenn er keine Anstalten machte auszuziehen. Die Anzahl der Ukrainer in Deutschland bezifferte er auf 100.000 Personen, von denen sich 30.000 weigern würden, bolschewistische

<sup>269</sup> AA an Zweigstelle für Außenhandel Hamburg/Lübeck, 24.5.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2. – Ende Juni 1922 rechnete man mit einer Anerkennung der Sowjetukraine innerhalb von vier Wochen (von Blücher an Reichspostministerium, 30.6.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Finanzwesen I Ukraine, Bd. 4).

<sup>270</sup> Aufzeichnung Hauschild über die Besprechung mit Rakovski und Aussem, 2.6.1922, ebd.

<sup>271</sup> Vgl. Conte, Christian Rakovski, S. 166; Golczewski, »Reichsbankguthaben«, S. 392-396. – Aber bereits zuvor hieß es deutlich: »Das Deutsche Reich erkennt zur Zeit keine der verschiedenen ukrainischen Regierungen an, insbesondere auch nicht diejenige, als deren Vertreter sich Herr Nicolai Wassilko bezeichnet« (von Blücher an Reichspostminister, 30. 6. 1922, PAAA, Finanzwesen I Ukraine, Staatsfinanzen, Bd. 4).

<sup>272</sup> Orenčuk an Bayerisches Ministerium des Innern, 6.1.1923, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, BMI 71625. Bereits Ende 1921 hatten sich die Deutschen über die Behandlung der Ukrainer in anderen Staaten informiert. So wurde aus Bern berichtet, die dortigen Paßstellen seien »private Institutionen« und die Anerkennung der ukrainischen Personalpapiere sei den einzelnen Kantonen überlassen. Dabei genossen die Diplomaten jedoch gewisse Privilegien, wie eine Steuer- und Gebührenbefreiung, und besäßen eine besondere Ausweiskarte (Deutsche Gesandtschaft Bern an AA, 24.12.1921, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 8 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretungen der Ukraine im Auslande, Bd. (1). – Daher stimmt auch in dieser Hinsicht ein polnischer Bericht nicht, Bayern habe zwar den Vertrag von Rapallo, nicht aber dessen spätere Ausdehnung auf die Ukraine anerkannt. Es konnte nicht ermittelt werden, worauf diese Information zurückging (Bericht aus Bayern, undatiert [Ende 1924], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 74-75).

<sup>273</sup> Von Maltzan an Deutsche Gesandtschaft Wien (Scharfenberg), 8.12.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 4, Bl. 122-124.

Pässe anzunehmen. Er schlug daher vor, in Berlin eine ukrainische Paßabteilung mit deutschen Beamten einzurichten. Das AA bekannte sich jedoch konsequent zur Behandlung der Ukrainer analog den »bürgerlichen Russen« und wies dies erst einmal zurück. Smal'-Stočkyj bat dann nur noch um Diplomatenpässe für Vasyľ'ko, Margolin und sich und zudem »um eine herrschaftliche Wohnung mit 4-5 Zimmern«. Auf die nichtssagende Formel der Diplomaten, er könne »weiterhin mit größtem Entgegenkommen rechnen«, reagierte er mit der verschnupften Bemerkung, Deutschland bringe »sich um alle Sympathien bei den nichtbolschewistischen Ukrainern«. <sup>274</sup> Aber diesen Satz hatte man in Berlin schon so häufig gehört, daß er nicht mehr wirkte.

Weil die Moskauer Sowjetregierung angesichts wichtigerer Optionen auf das Reichsbankguthaben zu verzichten bereit war, vor allem aber wegen der sich nun real bietenden politischen Möglichkeiten machte die deutsche Regierung den Exilukrainern keinerlei Zugeständnisse. So wie sie in Polen aus dem Status der Verbündeten in denjenigen internierter Staatenloser sanken, so endete 1922 auch in Deutschland die Phase anerkannter Beziehungen zur UNR. Jetzt setzte man in Berlin ganz offen auf die Moskau-Charkiver Karte.

Aber wie immer, wenn es zu formellen Brüchen kam, ging es bei den Ukrainern irgendwie weiter. So auch jetzt: Smal'-Stočkyj eröffnete nun in Berlin eine »Hauptstelle zur Fürsorge für ukrainische Flüchtlinge« (Anschrift: Am Karlsbad 2 III, Berlin W 35), die jedoch weder vom AA, noch vom Innenministerium anerkannt, geschweige denn gefördert wurde. Formell handelte es sich dabei um eine »private Einrichtung«, der zudem die amtlichen Stellen bescheinigt hatten, sie sei »wertlos«. Eine Zusammenarbeit mit den Behörden gab es nicht, aber man stellte einen nirgendwo geltenden Paß »für Geld« aus. Als Ex-Konsul Orenčuk darum bat, eine Zweigstelle in München eröffnen zu dürfen, wurde er beschieden, eine »private Einrichtung« bedürfe keiner Genehmigung. <sup>275</sup>

Die sowjetukrainischen Vertreter eröffneten den Exil-Ukrainern bis zum 1. März 1923 die Möglichkeit, sich bei ihnen einen Paß ausstellen zu lassen. Wer dies nicht tat, wurde staatenlos. Immerhin gab es aber die Anweisung, Ukrainer nicht an die sowjetrussische Vertretung zu verweisen und Dokumente der privaten Einrichtungen »nach eigenem Ermessen [zu] prüfen«, und als »ergänzendes Material« zu nutzen. <sup>276</sup> Der Leiter der russischen (weißen) Vertrauensstelle, Sergej Botkin (1869-1945), war verständlicherweise ebenfalls gegen eine Anerkennung der Ukrainer. Er meinte, selbst unter Skoropadskyjs Herrschaft seien die Grenzen zwischen Russen und Ukrainern »schwankend« gewesen, und empfahl eine »freiwillige Anlehnung« der Ukrainer an die von ihm geleitete Stelle. <sup>277</sup>

<sup>274</sup> Aufzeichnung Behrends, 13.6.1922, 20.6.1922, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2.

<sup>275</sup> Orenčuk an Staatsministerium des Innern München, 6.1.1923; Polizeidirektion München an Staatsministerium des Innern München, 9.6.1923, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bayerisches Ministerium des Innern 71625.

<sup>276</sup> Staatsministerium des Innern München an Regierungen [Bayerns], 25.6.1923, BHStA München, Bayerisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 100355.

<sup>277</sup> Botkin, »Denkschrift«, 10.2.1923, PAAA, Politik 9 Ukraine, Diplomatische und konsularische Vertretung in Deutschland, Bd. 1.

Die Lage entspannte sich erst, als der deutsche Innenminister im September 1923 die Einführung der »Nansenpässe« für Deutschland verfügte. Eligibel für die Nansenpässe waren Personen, die am 1. August 1914 die russische Staatsangehörigkeit besessen hatten und aus Gebieten stammten, die nunmehr zur RSFSR und den anderen Sowjetrepubliken gehörten. Ausgenommen waren also Balten und Westukrainer, die polnische Dokumente erhalten konnten. Die Interessenten mußten vor dem 6. Mai 1921, also dem Abschluß des Abkommens mit der RSFSR über die Tätigkeit der Kriegsgefangenendelegationen, nach Deutschland gekommen sein, ihre russische Staatsangehörigkeit verloren, durften keine andere erworben und auch keine anderen Fremdenpässe angenommen haben.<sup>278</sup>

Ukrainer verloren damit ihre mühsam verteidigte neue Identität, da der Völkerbund keine ukrainische Staatlichkeit anerkannte und in den Nansenpässen eintrug, seine Inhaber seien »d'origine russe«. Wer sich damit abfinden konnte, mochte sich der russischen Emigration anschließen, wer nicht, gruppierte sich um die ukrainischen gesellschaftlichen Vereine. Dennoch ist es schwierig, Aussagen über die Zahl bewußt ukrainischer Emigranten zu machen.<sup>279</sup>

Wir konnten nicht ermitteln, wie die Fürsorgestelle tätig war. Smal'-Stočkyj mußte jedoch erfahren, daß am 6. Februar 1923 die Deutschen der sowjetukrainischen Delegation das Gesandtschaftsgebäude am Kronprinzenufer überließen. Die deutsche Seite gewährte der UNR-Vertretung keine Räumungsfrist, so daß die sowjetische Delegation die Akten der Gesandtschaft, Geld und sogar das Privatgepäck der Bediensteten in ihren Besitz nehmen konnte. Smal'-Stočkyj reiste Anfang März 1923 nach Prag und schickte von Rosenberg einen verbitterten Brief, in dem er Deutschland des Rechtsbruchs bezichtigte. Gar nicht mehr diplomatisch erklärte er, Deutschland habe seit der Auseinandersetzung der Rada im April 1918 der Ukraine und sich selber nur geschadet.<sup>280</sup>

Offiziell lebte Smal'-Stočkyj fortan in Prag bzw. London, tatsächlich kehrte er immer wieder nach Berlin zurück. Ende März 1923 führte er dort ein Gespräch mit einem polnischen Diplomaten. Er hielt nun Polen durch die Zusammenarbeit von

<sup>278</sup> Verfügung des Reichsministers des Innern, 27.9.1923, PAAA, Abteilung IV, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 5, B. 121.

<sup>279</sup> Der Briefwechsel zwischen Dmytro Dorošenko und Lypynskyj aus dem Jahre 1923 offenbart die Schwierigkeiten der Emigranten. Der in Prag lehrende Dorošenko erhielt einen tschechoslowakischen Paß jeweils für einen Monat, und es gelang ihm nicht, in der zur Verfügung stehenden Zeit Einreisevisen nach Deutschland (wo er Skoropadskyj besuchte) und Österreich zu erhalten. Der Verdacht, den österreichischen Konsularbeamten in Prag sei es vor allem um einen Bakshish gegangen, ist nicht von der Hand zu weisen (Vgl. Dorošenko an Lypynskyj, 1923, div. Briefe, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, S. 50-54, 65-67).

<sup>280</sup> Smal'-Stočkyj an von Rosenberg, 4.3.1923, Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv m. L'vova (CDIAL), Fond 581, Op. 1, Akte 24, Bl.1-2. Roman Smal'-Stočkyj nahm einen Ruf auf die Ukrainische Freie Universität wahr, trat jedoch seine Lehrtätigkeit dort nicht an. Im Auftrag Petljuras sollte er die diplomatische Vertretung in Großbritannien übernehmen, da Margolin in die USA umgezogen war, und er erhielt einen einjährigen Urlaub von seinem Universitätsposten. Offiziell blieb Jaroslav Olesnyčkyj der Vertreter der UNR in London, aber Smal'-Stočkyj sah sich als den »eigentlichen« Repräsentanten. Während einer Polenreise bot ihm Andrij Livityčkyj an, nach Warschau zu kommen. RSS kehrte daher aus London nicht mehr nach Prag zurück und agierte fortan in Polen (vgl. Ivan Kedryn-Rudnyčkyj, »Roman Smal'-Stočkyj jak polityk i diplomat«, in: Vasyl' Lev/Matvij Stachiv (Hg.), Na pošanu simdecjatyriččja narodyn Romana Smal'-Stočkocho. New York u.a. 1963, S. 24-35, hier S. 26-27).



Deutschen, Litauern, Sowjets und »galizischen Ruthenen« für gefährdet, und erklärte sich bereit, an der polnisch-ukrainischen Verständigung mitzuwirken.<sup>281</sup> Die Lage hatte sich insofern weiter verschlechtert, als am 15. März die Botschafterkonferenz in Paris der Überlassung Ostgaliziens an Polen zugestimmt hatte. Für lange Zeit schien dadurch die territoriale Entwicklung der Nachkriegszeit verfestigt. Von den beiden Optionen, die Smal'-Stočkyj sich stets offengehalten hatte, blieb ihm nur noch die polnische zweite übrig. Aber weil eine polnisch-ukrainische Verständigung ausblieb, wurden die terroristischen ukrainischen Nationalisten bedeutsamer, die nun mit deutscher Unterstützung gegen Polen agierten, während die »Legalisten« durch Deutschlands Bund mit den Sowjets geradezu in die Arme der Polen gedrängt wurden.

Der Verlust der diplomatischen Anerkennung hatte für die spätere Interpretation Folgen. Während die meisten ukrainischen Autoren die UNR-Zentren in Warschau und Paris für »Exilregierungen« halten, stellte sich der Jurist Vasyľ Markus' auf den Standpunkt, diese hätten 1922-1923 diesen Status verloren und nie wiedererlangt. Trotz allen »politischen Kategorien, lobenswert und moralisch edel«, habe die UNR-Gruppe rechtlich nur den Status eines »politischen Befreiungszentrums« besessen.<sup>282</sup> Für unsere Überlegungen ist dies insofern nicht ohne Bedeutung, als dadurch die Rechtsbasis der verschiedenen miteinander konkurrierenden ukrainischen Agenturen gleich wurde und keine eindeutigen Präferenzen für eine von ihnen daraus abzuleiten wären.

Durch den erbosten letzten Brief und die Abreise Smal'-Stočkyjs gab es in Deutschland zunächst keine informelle Fortsetzung der Kontakte deutscher Beamter und Politiker mit den UNR-Ukrainern. Die ZUNR-Vertreter beschritten einen anderen Weg. Bereits am 12. Juli 1921 hatte der Botschafterrat der Entente erklärt, daß er die ZUNR nicht anerkenne.<sup>283</sup> Enttäuscht von den Entente-Mächten zog Petruševyč »provisorisch« nach Berlin um.<sup>284</sup> Hier suchte er mit den antipolnischen Deutschen ins Gespräch zu kommen und nahm Kontakte zu den Sowjetvertretern auf. Die Polen beunruhigte dies wenig. Unter dem Eindruck des Erfolges vom 15. März 1923 hielten sie die Petruševyč-Anhänger für »politische Leichen«.<sup>285</sup> Ganz falsch war das nicht: Zwar unterstützte die UdSSR Petruševyč 1929/30 mit 1200 USD und 1930 immer noch mit 1000 USD, aber er durfte nicht in die Ukraine übersiedeln – er sollte in Berlin als eine Art galizischer Platzhalter nur verhindern, dass sich die antisowjetischen UNDO-Repräsentanten in Deutschland etablierten.<sup>286</sup>

<sup>281</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 30. 3. 1923, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 345-346. Seine Anschrift in Berlin wurde mit Schöneberg, Eisenacher Str. 59 I, bei Frau Zitius, angegeben (Mitteilung aus Wien, 21.8.1923, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 450).

<sup>282</sup> Vasyľ Markus', »Ekzyľ'nyj urjad Ukraїnskoї Narodnoї Respubliky v mižvojenyj period (1921-1939), Sučasnist', H. 11, 1986, S. 70-84, hier S. 81.

<sup>283</sup> Vgl. Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*. Kraków 1989, S. 47.

<sup>284</sup> Er lebte zunächst in Prag, seine Exil-Regierung befand sich in Wien. Da er jedoch kein österreichisches Visum erhielt, konnte Petruševyč an deren Arbeit nicht partizipieren. Am 5. April 1923 mußten die ZUNR-Vertreter in Wien schriftlich auf weitere politische Betätigung verzichten. Die Verfügung der ZUNR über die Verlagerung ihres Sitzes nach Berlin war auf den 24. 4. 1923 datiert (Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 23.5.1923, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 391-393). Petruševyč durfte dann zwar wieder reisen, zeitweise sollte gerüchtweise Weimar der neue Regierungssitz werden, er ließ sich jedoch tatsächlich in Berlin nieder (Poln. Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 9. 7. 1923, ebd., Bl. 432-433).

<sup>285</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Außenministerium, 12. 4. 1923, ebd., Bl. 372-373.

<sup>286</sup> Vgl. Gilley, S. 261.

## 6. EINE ZWISCHENBILANZ

Auf zwei Gebieten setzte sich ungeachtet der Einstellung der offiziellen Beziehungen der Kontakt zwischen den Deutschen und ukrainischen Emigranten fort. Zum einen wandten sich Petljura-Gegner an deutsche Dienststellen und wurden für gewöhnlich, ohne irgendwelche Versprechungen politischer Art zu erreichen, finanziell und moralisch gestützt. Ein weitaus aktiveres Zusammengehen ließ sich im militärischen und paramilitärischen Bereich erkennen. Hier fanden ukrainische Soldaten nach dem endgültigen Scheitern der Versuche, sich einen Staat zu erkämpfen, Verbündete, die an antipolnischen Einstellungen interessiert waren.

Diese antipolnische Haltung war bei der UHA längst ausgebildet. Bei den UNR-Truppen wuchs sie durch die Enttäuschung nach dem Rigaer Frieden. Etwa 20.000 Angehörige der UNR-Armee wurden in Polen in Internierungslagern festgesetzt, etwa 10.000 UHA-Veteranen verschlug es in die Tschechoslowakei, wo Internierungslager etwa in Jablonné v Podjestedí (Deutsch-Gabel), Liberec (Reichenberg) und Josefov bestanden. Die Lager waren nicht von der Außenwelt abgeschirmt. Die Tschechoslowakei nutzte die Insassen als loyale Wachtruppen.<sup>287</sup> Intern organisierten die Ukrainer in ihnen nationalpolitische Ausbildungskurse, die an diejenigen des BBU im Ersten Weltkrieg erinnerten, die ukrainischen Internierten hatten jedoch auch Gelegenheit, offene Ausbildungsstätten im Lande zu besuchen und auf diese Weise in Kontakte zu zivilen ukrainischen Studenten zu treten. Mit der Zulassung einer intensiven Bildungsinfrastruktur und der Reorganisation der ukrainischen Soldaten zu einer Art Exilarmee der ZUNR setzte sich die Tschechoslowakei anfangs in offenen Gegensatz zu Polen; als sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten besserten, wurde die Ukrainische Brigade folgerichtig aufgelöst.

Am 26. September 1922 beschloß der polnische Sejm ein Autonomiegesetz für die drei ostgalizischen Wojewodschaften.<sup>288</sup> Die Entscheidung der Botschafterkonferenz der Großmächte vom 15. März 1923, wegen dieses nicht umgesetzten Gesetzes die polnische Herrschaft über Ostgalizien anzuerkennen, beraubte die Exilukrainer jeder weiteren Hoffnung auf eigene Staatlichkeit. In der Ostukraine hatten sich die Sowjets etabliert, und in der am 30. Dezember 1922 formal gegründeten UdSSR war die bereits seit 1920 wesentlich von Moskau aus regierte Ukrainische SSR aufgegangen, auch wenn formale Aspekte von Eigenstaatlichkeit aufrechterhalten wurden. Die UdSSR war dann der einzige Staat, der gegen die Entscheidung der Botschafter protestierte und damit die Hoffnungen auf eine galizische staatliche Entität nicht abgeschrieben hatte.<sup>289</sup> Damit wurde der Sowjetstaat zum letzten Strohalm Petruševyčs. In seinem »Manifest« bemühte er sich schon, nicht dem Sowjetstaat ins Gehege zu kommen. Unter Aufgabe des letzten Anscheins von *sobornist* verlangte er nur noch einen »Galizisch-Wladimirschen Staat« »von den Karpathen bis zum Prypiat-Fluß«.<sup>290</sup>

<sup>287</sup> Vgl. Volodymyr Martyneč, *Ukraińske pidpillja*. o. O. 1949, S. 56.

<sup>288</sup> Ustawa o zasadach powszechnego samorządu wojewódzkiego, a w szczególności województw lwowskiego, tarnopolskiego i stanisławowskiego, Dziennik Ustaw RP, Nr. 90/25.10.1922, Pos. 829.

<sup>289</sup> Vgl. Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska*, S. 178-181.

<sup>290</sup> Hier zitiert nach »Für eine freie Ukraine!«, Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, 21/24. 5. 1923, S. 3.

Die meisten Ukrainer reagierten emotional und verbittert auf die Verweigerung einer galizischen Eigenstaatlichkeit. Aber nicht alle. Wenn man etwas logischer nachdachte, kam der Entschluß der Großmächte nicht so unerwartet. Oleksander Makarenko (1882-?), Sozialist und Bruder des Direktoriumsmitglied Andrij, schrieb am 3. April 1923:

»Die Entente konnte weder Galizien der Ukraine anschließen, noch daraus einen selbständigen Staat machen. Niemand will sich selber schaden. Die Entente auch nicht. Wenn Galizien ein selbständiger Staat wäre, dann hätte Moskau [Rußland] durch Galizien einen Korridor nach Deutschland, es würde in den Rücken Polens gelangen und es vernichten. Und die Entente braucht Polen als Wächter Deutschlands und als Schutzwall gegen Moskau und den Bolschewismus. Wenn die Ukraine ein wirklich unabhängiger Staat wäre, würde meiner Meinung nach die Entente nicht zögern, Galizien der Ukraine anzuschließen, weil ein ukrainischer Staat die Rolle spielen würde, die heute Polen spielt, und ich glaube sogar mit größerem Erfolg.«<sup>291</sup>

Hier wurde demonstriert, daß ein pragmatischer Nachvollzug politischer Überlegungen im ukrainischen Milieu möglich war. Aber nur eine Minderheit dachte so. Die prosowjetische Haltung Petruševyčs, die dieser dann von Berlin aus verfocht, brachte ihn um die Unterstützung so mancher galizischer Ukrainer, auch wenn in den 1920er Jahren der Kommunismus in Galizien nicht wenige Anhänger hatte. Die meisten Erwachsenen fanden sich allerdings mit der Realität ab, während die Jugend und die ehemaligen Soldaten einen Ausweg aus der Misere suchten.

In Deutschland konnte zwischen 1918 und 1923 die DUG als ein Sammelbecken der bürgerlich arrivierten Ukraine-Interessenten gelten. Die DUG lehnte jedoch eine sowjetische Ukraine ab. Nach Rapallo verlor sie daher ihre Förderer in der nun an der UdSSR interessierten Wirtschaft. Ihre Zeitschrift wurde aus finanziellen Gründen eingestellt.

Dennoch blieb die Ukraine – und zwar auch im nicht-sowjetischen Kontext – weiterhin im Diskurs. Im Februar 1924 gaben die *Süddeutschen Monatshefte*, wie schon einmal im Krieg, ein Heft heraus, das »Die Ukraine und Deutschlands Zukunft« zum Thema hatte. Rapallo, also die Zusammenarbeit mit den Sowjets, galt nicht als erstrebenswert, dafür artikulierte man die »dumpfe Ahnung«, »daß das deutsche Schicksal [...] mit jenem Boden und seinen Menschen entscheidend verbunden ist.«<sup>292</sup> Daß dies anders wahr werden sollte, als es die Redakteure meinten, konnten sie natürlich nicht wissen. 1924 schrieb man, daß es der Ukraine an einer »führenden Oberschicht« ermangele: »Deutschland besitzt sie im Überfluß«. Das Programm des deutschen Kulturimperialismus lebte mit dem Vorschlag auf, Deutsche als diese Oberschicht in die Ukraine zu schicken, statt als »Kulturdünger über den Kanal«. Die Ukrainer könnten »am besten von den Deutschen lernen.«<sup>293</sup> Am deutschen Wesen sollte nun nicht mehr die ganze Welt genesen, sondern nur die Ukraine: »Wir müssen unseren Blick nach Osten wenden. Aber dort gibt es nur das eine Land, die Ukraine, wo der Deutsche und seine Ware willkommen geheißen werden.«<sup>294</sup>

<sup>291</sup> O. Makarenko an Ju. Kollard, 3. 4. 1923, CDAHOU, zit. nach Kentij, UVO 1920-1928, S. 24.

<sup>292</sup> Leitartikel, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 153.

<sup>293</sup> Max J. Wolff, »Land und Leute«, *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924), S. 164-170, hier S. 169.

<sup>294</sup> Ebd., S. 170.

Was Levyčkyj den Deutschen eingeredet hatte, konnte man auch hier lesen: Der Weg über die »Kornkammer der Ukraine und die Ölfelder des Kaukasus weiter nach Indien« wurde zur »Lebenslinie« hochstilisiert, als Weg »in die Zukunft«, um »die Fessel von Versailles« zu sprengen.<sup>295</sup> Und auch die anderen Standardformeln der Propagandaukrainer der Kriegszeit waren internalisiert worden. Nun erkannten es auch deutsche Autoren: »Die geschichtliche Entwicklung zeigt einen auffallenden Parallelismus zwischen der Ukraine und Deutschland«. Und dies war »selbstverständlich kein Zufall, sondern der Ausdruck einer auf einer inneren Gemeinschaft beruhenden Schicksalsgleichheit«.<sup>296</sup>

Die von Rohrbach 1917 geforderten »moralischen Eroberungen« wurden als vollzogen angenommen, und ausgerechnet von Eichhorn, dessen Feldbestellungsbefehl den Untergang der Rada-Regierung eingeleitet hatte, wurde als kluger, »staatsmännischer« Chef eines »verständnisvollen Gouvernement[s]« beschrieben. Die Ukrainer hätten gute Erinnerungen an die Deutschen,<sup>297</sup> schließlich seien sie als »Befreier, nicht als Eroberer« gekommen und »als Freunde wurden sie von dem nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung, d.h. den eigentlichen Ukrainern, aufgenommen«.<sup>298</sup> Von Eichhorn sei ein »Freund der Ukraine« gewesen, er habe »im festen Glauben an ihre Wiedergeburt« agiert und sei »mit Klugheit und Takt am Werke [gewesen], das ukrainische Volk für Deutschland zu gewinnen«.<sup>299</sup>

Um die Kontakte weiterzupflegen und die Dividende hieraus zu erwirtschaften, sollte diese »während des Krieges angebahnte Freundschaft« gepflegt werden, insbesondere den »in Berlin seßhaft gewordenen deutschfreundlichen ukrainischen Intellektuellen« seien keine Schwierigkeiten zu bereiten, die sie zur Ausreise zwingen.<sup>300</sup> Das Interesse an dem Bundesgenossen gegen die »Polackei«<sup>301</sup> wurde ausformuliert: »Auch heute ist Polen der gemeinsame Feind.«<sup>302</sup>

Konkret war auch das ökonomische Interesse: Als ob es das Fiasko von 1918 nicht gegeben hätte, wurde die Floskel von der »südrussische[n] Kornkammer« repetiert,<sup>303</sup> und daß »die Ukraine [...] Deutschland das liefern [könne], was[!] es zu seiner Wiederaufrichtung am dringendsten bedarf«.<sup>304</sup> Dabei sollte die Ukraine den Verlust der Kolonien ausgleichen, dabei Deutschlands »Bevölkerungsüberschuß ernähren«, und die »natürlichen« Fäden zwischen beiden Staaten sollte genutzt werden. Die Ukraine wurde als »überaus wertvolles Absatzgebiet« charakterisiert und die Entwicklung ihrer Industrie als Gegengewicht zu Rußland gefordert. Und dann sollte eine »Ergänzung

<sup>295</sup> Leitartikel, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 153.

<sup>296</sup> Wolff, »Land und Leute«, S. 168-169.

<sup>297</sup> Leitartikel, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 153; Werner Bracht, »Wiederaufbau Rußlands durch – die Tschechoslowakei«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 155-159, hier S. 157; Wolff, »Land und Leute«, S. 169.

<sup>298</sup> Ebd., S. 168.

<sup>299</sup> Günther Frantz, »Die Ermordung des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn in Kiew«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 189-190.

<sup>300</sup> Bracht, »Wiederaufbau«, S. 157.

<sup>301</sup> Wolff, »Land und Leute«, S. 168.

<sup>302</sup> Ebd., S. 170; Paul Rohrbach, »Die Ukraine als europäisches Problem«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 177-181, hier S. 181: »Die Ukraine ist der Feind Polens[,] und Polen ist der Geier, der am deutschen Leibe frißt«.

<sup>303</sup> Wolff, »Land und Leute«, S. 164.

<sup>304</sup> Ebd., S. 169.

des deutschen Lebensmittelbedarfs im Kriegsfall« durch einen »deutsch-ukrainischen Wirtschaftsband« gewährleistet werden.<sup>305</sup> Für den Geopolitiker Karl Haushofer (1869-1946) war die Ukraine »Zukunftsland, höchste Entwicklung fähig«, und man sollte es seiner Ansicht nach nicht den Gegnern Deutschlands überlassen.<sup>306</sup>

Auch Rohrbach war wieder zur Stelle. Neuem Sprachgebrauch folgend, fabulierte er davon, daß man »die germanische Blutbeimischung in der Ukraine [...] nicht gering veranschlag[en]« dürfe, wozu doch die Großrussen durch slavische und finnische »Blutmischung« entstanden seien.<sup>307</sup> Die Ukrainer nähmen den deutschen Soldaten Übergriffe nicht krumm (»Die deutschen Soldaten sind ordentlich, einiges kommt vor, doch das schadet nichts, wenn Ihr nur sonst unsere Freunde seid«), und man könnte sich viele Chancen eröffnen, wenn man nur die ukrainischen Emigranten so pflegen würde wie die Tschechoslowakei.<sup>308</sup>

Auch Hermann Meißinger sah in den Emigranten die potentiellen Helfer der von ihm angestrebten ökonomischen Verbindung:

»Im Deutschen Reich leben heute noch zahlreiche ukrainische Flüchtlinge, [...] wertvolle Menschen, die hungernd an deutschen Universitäten studieren und in der nächsten Zeit die natürlichen Träger deutsch-ukrainischer Wirtschaftspolitik sein sollten, wenn wir Fehler der Vergangenheit vermeiden, wenn wir uns bemühen, in einem Lande, zu dem uns so viele geschichtliche Zusammenhänge und persönliche Sympathien führen, nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich festen Fuß zu fassen«.<sup>309</sup>

Während man zu Beginn des Ersten Weltkriegs solche konkreten Absichten in bezug auf die Ukraine nicht hörte, war der Tenor der Aussagen zehn Jahre später ganz anders geworden. Im Widerspruch zur erfahrenen Realität wurde die Ukraine – und nicht mehr andere Gebiete des alten Rußland – zum ökonomischen Schlaraffenland der Deutschen. Das Kolonialkonzept, das in idealistischer Vorstellung auch zum Ausbau der ukrainischen Industrie beitragen sollte, galt als tragfähig, Deutschland gegen den Westen, aber auch gegen Rußland zu stärken. Die Besetzung von 1918 wurde zu einem Freundschaftsfest schöngeschrieben, von Eichhorn zum landesfreundlichen Märtyrer einer altruistischen deutschen Mission. Dies geschah durchaus ahistorisch.

Die antipolnische Gemeinsamkeit gebot eine Annäherung. Ältere, von Ukrainern eingeführte Diskurselemente wurden selektiv aufgenommen und so umformuliert, daß sie nunmehr als »deutsche Ziele« erschienen und eine »natürliche« Verbindung mit der zehn Jahre zuvor noch unbekanntem Ukraine nahelegten. Die von den Exilukrainern behaupteten »geschichtlichen Zusammenhänge« galten nun als eine Selbstverständlichkeit. Anhänger dieser Thesen waren vor allem diejenigen, denen das Rapallo-Konzept wegen der politisch unappetitlichen Bol'seviki nicht behagte. Solfs Interessen

<sup>305</sup> Hermann Meißinger, »Deutsche Wirtschaftsinteressen in der Ukraine«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 181-185.

<sup>306</sup> Karl Haushofer, »Eurasien?«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 190-193, hier S. 193.

<sup>307</sup> Paul Rohrbach, »Die Ukraine als europäisches Problem«, Süddeutsche Monatshefte 21 (1924), S. 177-181, hier S. 178-179. – Eher lustig ist, daß er die Ukraine zum »Sitz des indogermanischen Stammvolkes« erklärte, während im selben Heft in dem einzigen heute noch erträglichen Artikel der Ethnologe Adolf Dirr, den Unsinn solcher Spekulationen nachwies (»Die Ukraine Heimat der Indogermanen?«, ebd., S. 193-196).

<sup>308</sup> Rohrbach, »Die Ukraine als europäisches Problem«, S. 180-181.

<sup>309</sup> Meißinger, »Deutsche Wirtschaftsinteressen«, S. 185.

im Winter 1918/1919 waren verfrüht gewesen. Damals leckten sich auch die Befürworter des Ukraine-Projekts noch ihre Wunden, und es war nicht abzusehen, was aus dem deutschen Engagement werden würde. Dies war die Nachkriegszeit.

Jetzt wurden jedoch neue Pläne geschmiedet. Aus der Entfernung von mehr als 80 Jahren betrachtet, zeichnete sich hier eine Vorkriegszeit ab. In den strategischen und wirtschaftlichen Perspektiven deutscher »Imperialisten« – und dieser Begriff ist weit zu fassen – wurde die Ukraine zu einer zentralen Größe. Für uns wichtig ist, daß sie es nicht im Kontext des Nationalsozialismus wurde, sondern im Zuge der Ausbildung eines antipolnischen, kolonialen und zunächst verdeckt antisowjetischen Konzepts – und daß die Vorstellungen, die 1924 artikuliert wurden, nicht in Vergessenheit gerieten.

Mitte 1923 hatte das AA bei dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung angefragt, wie die russische Emigration eingeschätzt werde und ob sie eher deutsch- oder frankreichfreundlich sei. Man antwortete, solche Loyalitäten entsprächen nur deutschen Begriffen. Die Russen sagten einfach, sie seien russische Patrioten, »die alles, was sich ihnen bietet, ausnutzen, um ihr Ziel [...] zu erreichen«.<sup>310</sup> Dies konnte genauso für die Ukrainer gelten. Ihr Opportunismus konnte den Deutschen nicht fremd sein, weil sie ihn ja selber praktizierten. Und ein so gestalteter Pragmatismus bot wiederum genügend Ansätze, um die Emigranten für eigene politische Ziele einzusetzen.

Daß man dies vorhatte, unterlag keinem Zweifel. Im April 1924 übermittelte der AA-Beamte Herbert Hauschild (1880-1928) dem deutschen Generalkonsul in Danzig Herbert von Dirksen die »Behandlungsrichtlinien des Auswärtigen Amtes gegen russische Emigranten«, die auch für Ukrainer galten. Das AA sprach sich darin für eine »weitherzige und entgegenkommende Behandlung im Rahmen des angesichts der Lage des eigenen Volkes Möglichen« aus. Es versprach sich »von dieser Haltung die Anknüpfung persönlicher und politischer Beziehungen zu Deutschland, die sich als nützlich erweisen können« und verwies auf das Vorbild der Tschechoslowakei, die in dieser Hinsicht »am weitesten geht«. Zwar wurde im Entwurf der Zusatz, daß diese Haltung »hier für durchaus klug und weitblickend gehalten« werde, gestrichen, aber sie entsprach zunächst der Meinung des Verfassers. Neben »deutschfeindlichen Russen« würden aber auch Personen »entfernt werden müssen«, »die durch Entfaltung lebhafter Propaganda gegen Sowjetrußland Deutschland Schwierigkeiten bereiten könnten«.<sup>311</sup>

Das tschechoslowakische Vorbild imponierte also. Gleichzeitig wurden die Grenzen der Kooperation abgesteckt: Gegen Polen suchte man die Kooperation, gegen die UdSSR war ein Paktieren tabu. Bei dem ökonomischen und militärischen Stellenwert, den die Zusammenarbeit mit den Sowjets bekommen hatte, ist dies als Richtlinie der deutschen Politik glaubhaft. Seine Bedeutung erhielt der Schriftsatz jedoch vor allem gegenüber den dort gar nicht erwähnten Ukrainern: Die exilierten Großrussen konnten nur in den seltensten Fällen »nützlich« sein. In bezug auf Ukrainer war dies anders – denn dort stand die antipolnische Option im Vordergrund und auch Skoropadskýj hatte man nicht als »antirussisch« erfahren.

<sup>310</sup> Staatskommissar für öffentliche Ordnung Berlin an AA, 22. 8. 1923, PAAA, RA 23 Deutsche Botschaft Moskau, Bd. 56 Russische Emigranten und ihre Organisationen 1922-1925.

<sup>311</sup> Hauschild an von Dirksen, 17.4.1924, PAAA, Abteilung IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 6, Bl. 3.

## 7. ZUR ZUSAMMENSETZUNG DER UKRAINISCHEN EMIGRATION

Die polnische Regierung sammelte 1924 ihre Informationen über die ukrainische Emigration in Wien, Prag und Berlin. Diese drei Hauptstädte galten als Zentren der Feinde Polens – die UNR-Anhänger beobachtete man dabei nicht. In Wien machten die polnischen Vertrauensleute »Nationalisten« und Bolschewisten (mit Semen Vityk als Kopf und u. a. Andrij Žuk) aus, wobei man unter den »Nationalisten« die galizischen bürgerlichen Independentisten verstand. Deren bedeutendster Kopf, der frühere Obmann des ruthenischen Parlamentskreises in Wien Kost' Levyčkyj, wolle nach Polen zurückkehren, und auch sonst werde die Gruppe der Nationalisten täglich kleiner: Die Polnische Staatspolizei bescheinigte sich in dieser Hinsicht einen Erfolg ihrer »Aktion«. In Prag gebe es 15.000 Ukrainer, davon 5.000 aus Galizien. Etwa 1400 studierten in Prag oder anderswo, und die Studenten der Ukrainischen Freien Universität erhielten von der tschechoslowakischen Regierung eine monatliche Unterstützung von 500 Kronen. In Berlin sei eine »zahlenmäßig geringe, aber einflußreiche Emigration« ansässig: Damit meinte man Petruševyč, der in Schöneberg (Eisenacher Str. 59) zusammen mit Julijan Bačynskyj und Stepan Tomašivskyj wohne. Die Emigranten trafen sich in einer Wohnung, die ihnen der jüdische Buchhändler aus Kolomea Jakiv Orenstein (1875-?) zur Verfügung gestellt habe. Petruševyč wurde für gefährlich gehalten, weil er mit der Sowjetunion kooperierte, von amerikanischen Emigranten 800.000 USD für den Transport von 1000 Soldaten nach Odessa bekommen haben sollte und mit einem neuen polnisch-sowjetischen Krieg rechnete, an dem er sich beteiligen wollte. Erwähnt wurde aber auch die UVO, als deren Zentrum Berlin galt.<sup>312</sup> Dabei erschienen den Polen die Ukrainer noch nicht so sehr wegen ihres Nationalismus wie wegen einer potentiellen Zusammenarbeit mit den Bol'seviki gefährlich, was 1924 – nach Rapallo – im Zusammenspiel mit den Deutschen nicht abwegig war.

Auch die ukrainischen Nationalisten galten wegen potentieller Bolschewismus-Kontakte für gefährlich. In einem Bericht über die ukrainische Studentenorganisation CESUS in Berlin hieß es, die in Charlottenburg (Wielandstr. 37) ansässige Gruppe sei ursprünglich eine gemeinnützige Organisation gewesen, die Vasyl'ko gegründet habe. Nach Vasyl'kos Tod habe sich Konovaléc um sie gekümmert, und seitdem trage sie immer mehr bolschewistische Züge. Konovaléc wurde also für »bolschewistisch« gehalten. In einem weiteren Bericht wurde noch einmal der Nexus zwischen dem aus Charkiv unterstützten Vorsitzenden des CESUS Mychajlo Mylko und Petruševyč sowie Konovaléc hergestellt.<sup>313</sup>

Die Zusammensetzung der Emigrantenkommunitäten versuchte 1929 Mykyta Šapovals (1882-1932) Ukrainisches Soziologisches Institut in Prag zu ermitteln und kam auf vier Kategorien von Ukrainern:

- |  |        |
|--|--------|
| a) ehemalige Kriegsgefangene und Angehörige                  | 15.000 |
| b) politische Emigranten aus den zusammengebrochenen Staaten | 60.000 |

<sup>312</sup> Innenministerium (MSW), Generalkommando der Staatspolizei (KGPP) an Bezirksamt der Staatspolizei Lwów, 19.7.1924, DALO, Fond 1, Op. 51, Akte 485, Bl. 22-23.

<sup>313</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 22.11.1924; 10.12.1924, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 14, 30.

c) Angehörige der »weißen« russischen Armeen	100.000
d) Erwerbsemigranten aus der westlichen Ukraine	30.000

Die Zahl von 205.000 Menschen, auf die Šapoval kam und die er für zu gering hielt, war wohl in Wirklichkeit überhöht.<sup>314</sup> Auch wenn es sich bei allen diesen Menschen um Personen handelte, die aus der Ukraine stammten, so war das Bewußtsein »Ukrainer« zu sein, dem nicht gleichzusetzen. Vor allem in den »weißen« Truppen mochten viele sich für Russen halten und auch für die anderen gab es Anreize, sich zu Angehörigen der jeweiligen Titularnationen zu erklären oder sich eine andere Identität zuzulegen. Von den Gefangenen waren gerade diejenigen übriggeblieben, die sich nicht freiwillig gemeldet hatten, als 1918 in den Lagern Truppen zur Unterstützung der neuen ukrainischen Staatlichkeit aufgestellt worden waren. Wenn man daher Nationalbewußtsein als subjektives Phänomen begreift, war die Zahl der ukrainischen Emigranten deutlich niedriger anzusetzen.

Kubijovyč ging von 80.000 bis 100.000 Ukrainern in West- und Mitteleuropa aus<sup>315</sup>; aber es gab auch geradezu phantastische Werte, die bis zu 100.000 allein für Deutschland reichten. Diese Zahlen sind schwierig zu diskutieren oder aufzuschlüsseln, nur für die Tschechoslowakei gibt es sozialstatistische Erhebungen.<sup>316</sup> Mittelbar ergeben sich jedoch Anhaltspunkte dadurch, daß etwa 5000 Menschen als Ukrainer durch Wohlfahrtseinrichtungen betreut wurden.<sup>317</sup> Und dennoch bleibt das Bild diffus. In einer Statistik der russischen Emigrantenhilfe in der Tschechoslowakei figurierten Mitte der 1920er Jahre neben 3585 Russen auch 2328 Ukrainer. Erschienen diese Menschen in den ukrainischen Zählungen noch einmal oder müßte man sie zu den anderen Ukrainern addieren?<sup>318</sup>

Um 1930 stellte der unierte Geistliche Petro Verhun (1890-1957), der seit 1927 in Berlin lebte, eine Statistik der in Deutschland lebenden Ukrainer zusammen. Ohne eine Zählung durchgeführt zu haben, kam er auf 20.000 Ukrainer, darunter viele Erwerbsemigranten, meinte jedoch, diese Zahl auf 30.000 erhöhen zu müssen, weil Emigranten mit polnischer Staatsangehörigkeit keine Religionszugehörigkeit in ihren Unterlagen angegeben hätten. Mit dieser Begründung könnte man die Zahl von 20.000 allerdings auch reduzieren. Verhun schrieb weiter:

»In den Städten lebten sie in großen Gruppen, aber die meisten gab es auf deutschen Bauernhöfen, gewöhnlich einzeln oder zu zweit. In Berlin selber gab es über 1000 Seelen, nicht gerechnet die sog. »Kleinrussen«. Die Berliner Ukrainer sind zumeist polizeilich nicht gemeldet, sie leben mit gefälschten Dokumenten. Viele von ihnen drängen sich in verschiedenen Spelunken am Alexanderplatz und am Schlesischen Bahnhof und sind Mitglieder der kommunistischen Gesellschaft »Volja«. Sie treffen sich im Lokal dieser Gesellschaft an der Friedrichstr. 11.«

<sup>314</sup> CDAVO, Fond 3563, Op. 1, Akte 78, Bl. 14-15; zit. nach Volodymyr P. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija v Jevropi jak istoryčne i social'no-polityčne javyščje*. Kyïv 1994, S. 14.

<sup>315</sup> Volodymyr Kubijovyč, *Encyclopedia of Ukraine*. Bd. 1, Toronto 1984, S. 821.

<sup>316</sup> Vgl. die Angaben bei Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 50.

<sup>317</sup> Troščynskyj geht nach Prokoptschuk von 15.000 Ukrainern in Deutschland aus, was sehr hoch erscheint (Vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 48; Prokoptschuk, *Ukrainer in München und der Bundesrepublik*, Bd.2, S. 5).

<sup>318</sup> Vgl. Zdeněk Sládek, »Prag: Das »russische Oxford«, in: Karl Schlögel (Hg.), *Der große Exodus*. München 1994, S. 218-233, hier S. 223.



Eine ukrainische Arbeiteremigration hat es nach Verhun auch in Oberschlesien und Pommern gegeben. In Hamburg kämen 70 Menschen zu den Gottesdiensten, insgesamt gebe es aber doppelt so viele. In Bremen lebten 300, in Delmenhorst ebenfalls 300 und in Hemelingen (heute ein Bremer Stadtteil) über 100 Ukrainer. Verhun stellte einen hohen Grad der Anpassung fest: Die Kinder der Ukrainer bedienten sich auch untereinander nur der deutschen Sprache.<sup>319</sup>

Diese divergierenden Angaben sind eine Folge unterschiedlicher Erhebungsinteressen. Während Verhun vor allem an den Gläubigen der unierten Kirche interessiert war, deren Zahl er hochfahren mußte, um seine eigene Position abzusichern, interessiert in unserem Zusammenhang vor allem die Gruppe derjenigen, die sich politisch betätigten und auf ihr Ukrainertum Wert legten. Das taten die Saisonarbeiter aus Galizien und Wolhynien kaum, und für sie war die Lage in der Heimat auch aus materiellen und nicht nur aus politischen Gründen problematisch.

1928 versuchten die Nationalisten ebenfalls, einen Überblick über die Ukrainer in Deutschland zu gewinnen. Die von ihnen zusammengestellten Daten zeigen ein völlig anderes Bild. Danach hatte sich seit dem Beginn der 1920er Jahre die Zahl der Ukrainer in Deutschland verringert, dafür sei aber »ihre Aktivität gewachsen und systematischer geworden«. Aufgeführt wurden die *Ukrainska Hromada* mit 60 Mitgliedern, die *Spilka Studentiv-Ukrainciv u Nimeččyni* mit 30 Mitgliedern (20 in Berlin, 10 in anderen Städten) – wobei die meisten der Spilka-Mitglieder dem Studentendasein längst entwachsen seien. Der wie die Spilka 1921 gegründete Bund Ukrainischer Offiziere in Deutschland (*Sojuz Ukraïnskych Staršyn u Nimeččyni*) habe über 30 Mitglieder aus der UNR-Armee und der UHA. Neben dem Ukrainischen Wissenschaftlichen Institut (UWI) und dem Studentenhaus notierte man 10 Personen im West-Ukrainischen Club (*Zachidno-Ukraïnskyj Klub*) aus dem Umfeld Petruševyčs, wobei der Verfasser süffisant notierte, »über dessen Tätigkeit informiere man sich am besten in der Botschaft [der UdSSR] Krestinskijs, wo auch Dr. Petruševyč zu weilen pflegt«. Neben Mini-Gruppen wie der *Osnova* mit 5 und dem Techniker-Kreis Dnipro mit 4 Mitgliedern nannte Volodymyr Martynec (1899-1960) ohne nähere Angabe die Sektion der 1925 gegründeten nationalistischen *Legion Ukrainischer Nationalisten* (s. S. 550). Dies war die eigene Gruppe, deren Daten man nicht preisgeben wollte.<sup>320</sup>

In den gesellschaftlichen und politischen Gruppen der Ukrainer in Deutschland waren demnach Ende der 1920er Jahre wenig mehr als zusammen vielleicht 200 Personen Mitglied, rechnet man Nicht-Organisierte großzügig hinzu, dann ist der Umgang mit vielleicht 2-3000 sich bewußt dem Ukrainertum zurechnenden und einen dauernden Wohnsitz in Deutschland in den Grenzen von 1937 besitzenden Personen angemessen. Die Mitgliederzahlen von 4-500 der Ukrainischen Nationalen Vereinigung (U. N. O.), die ab 1938 die meisten nationalbewußten Ukrainer zusammenfaßte, sind daher, um die Familienmitglieder vermehrt, ein guter Indikator der Quantität.<sup>321</sup>

<sup>319</sup> Petro Verhun, »Pryblyzni statystyčni dani pro stan Ukraïnciv u Nimeččyni«, um 1930, nach Petro Romanyšyn, »Istorija Ukraïnskoï emigracii ta Ukraïnska Katolyčka Cerkva v Nimeččyni«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 208-225, hier S. 211.

<sup>320</sup> [Volodymyr Marty]neč, »Ukraïnska emigracija v Nimeččyni«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 5., S. 250-251.

<sup>321</sup> Ukrainische Verfasser gehen stets von höheren Zahlen aus: In Frankreich gab es nach Kubijovyč etwa 30.000 Ukrainer, kleinere Gruppen in Italien und Großbritannien (Vgl. die Diskussion in Frank

Aber auch wenn die absoluten Zahlen weitaus geringer gewesen sein dürften, als manche Ukrainer behaupteten, wurde die kleine Zahl durch ihre soziale Struktur und die politische Aktivität mehr als wettgemacht: Die subjektiven Ukrainer hatten mit diesem Bekenntnis auch ihr politisches Bewußtsein demonstriert. Mit Hroch lassen sie sich als Repräsentanten der »patriots« charakterisieren.<sup>322</sup> Nationale Indifferenz führte eher in die russische Community mit ihrem organisationellen und gesellschaftlichen Leben, größere politische Kompromißbereitschaft zur Rückkehr nach Galizien oder in die Sowjetukraine, so daß als Exil-Ukrainer diejenigen zurückblieben, die sich ganz bewußt »anders« definierten und einen politischen Auftrag für sich in Anspruch nahmen.

Dabei handelte es sich neben der lange Zeit kaum sichtbaren Arbeitergruppe häufig um eine Intelligencija oder Halb-Intelligencija der ersten Generation, die noch mit dem ländlichen Milieu, wo die Verwandtschaft lebte, verbunden war. Beruflich findet man mit wenigen Ausnahmen die sozialen Aufsteigerschichten vertreten.<sup>323</sup> Studenten, Soldaten, Journalisten fallen auf, nicht wenige von ihnen Söhne von Geistlichen, Lehrern, kleinen Beamten. Daneben gab es Juristen, Kaufleute und »berufslose« Mittelschulabsolventen – damit soziale Gruppen, für die Bildung und nationale Konstruktion, auch politischer Aktivismus zum Referenzrahmen des Verhaltens gehörten. Konovaléc etwa war Lehrersohn, sein Großvater unierter Geistlicher.<sup>324</sup>

Dabei war die »wirkliche« nationale Zugehörigkeit selbst der ukrainischen Nationalisten durchaus offen. Lypynskyj war seiner ethnischen Herkunft nach Pole, Andrij Šeptyčkyjs Bruder polnisch-nationaler Offizier. Während einer der Šul'hyn-Brüder Außenminister der UNR war, war der andere einer der radikalsten russischen Ukrainerhasser. Riko Jary war seiner Herkunft nach vermutlich Tscheche, Kubijovyč, aber auch Konovaléc, hatten polnische Mütter.<sup>325</sup>

Wenn als Merkmal der russischen Emigration in Mittel- und Westeuropa eine sich selbst genügende Separiertheit, das Losgelöst-Sein von der Umgebung des Gastlands, ins allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, dann galt für die Ukrainer das Gegenteil. Nach Raeff packten die Russen ihre Koffer nicht aus: They »sat on their trunks«. Sie versuchten »to preserve the values and traditions of Russian culture and to continue its creative efforts«.<sup>326</sup> Und auch wenn dies in den abschließenden Analyse nicht ge-

---

Golczewski, »Die ukrainische und die russische Emigration in Deutschland«, in: Karl Schlögel (Hg.), *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941*. Berlin 1995, S. 77-84, hier S. 78-79). Šapoval bezifferte die politische Emigration des Jahres 1929 auf 70-80.000 Menschen, Andrij Livyčkyj sprach 1937 gar von 120.000 (CDAVO, Fond 3563, Op. 1, Akte 78, Bl. 15; »Rozmova z panom pezydentom UNR«, Tryzub H.6, 1937, S. 4; zit. nach Troščynskyj, *Mižvojenna ukraїnska emihracija*, S. 15).

<sup>322</sup> Vgl. Miroslav Hroch, *Social Preconditions of National Revival in Europe*. Cambridge GB 1985, S. 22-24.

<sup>323</sup> Für die Tschechoslowakei wurden unter den ukrainischen Emigranten nur 15% Analphabeten ermittelt, während die Zahlen für Galizien 65%, für Wolhynien gar 82% Analphabeten betragen (vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraїnska emihracija*, S. 50/51).

<sup>324</sup> Stepan Šach, »Molodist' Jevhena Konoval'cja«, in: Bojko, *Jevhen Konovaléc*, S. 45-87, hier S. 46.

<sup>325</sup> Vgl. ebd., S. 49.

<sup>326</sup> Marc Raeff, *Russia Abroad*. New York/Oxford 1990, S. 4. [Meine Hervorhebung, FG]. Troščynskyj betont, daß russische Emigranten wohlhabender als ukrainische gewesen seien und ihr Netzwerk daher leistungsfähiger gewesen sei (vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraїnska emihracija*, S. 52). Zutreffen muß das nicht.

lingen konnte, weil jede Anstrengung der Emigranten auch wieder eine neue, so nicht aus Rußland übernommene Realität konstruierte, so waren doch nur Randgruppen, wie die *Mladorossy* bereit, sich auf gänzlich neue Denkweisen einzustellen. Anders die Ukrainer: Nicht die Bewahrung stand bei ihnen im Vordergrund, sondern die Neuorientierung. Die Suche nach neuen Modellen und das Streben nach Veränderung – verbunden mit der Vorstellung, ukrainisches »Wesen« sei mit west- und mitteleuropäischem verwandt – richteten die sich zum Ukrainertum bekennenden Emigranten auf »Lernen« aus, wodurch eine einzigartige, im Unterschied zur russischen dauerhafte Bildungslandschaft entstand. Eine weitere Folge waren aber auch Außenbindung und Anschlußsuche an die »Vorbilder«, zu denen vor allem die Deutschen wurden.

Dabei war das ukrainische Emigrantenmilieu wie jedes andere untereinander gespalten und intrigierte gegeneinander. Oder mit den Worten Dorošenkos, der Lypynskýj (und vermutlich sich selber) für die einzigen ernstzunehmenden intelligenten und ehrlichen Patrioten hielt:

»Meistens ist es so, daß jemand, wenn er ein ehrlicher Mensch ist, ein Dummkopf ist, und wenn ein intelligenter – dann ein Dieb (nicht nur im buchstäblichen Sinne)«. <sup>327</sup>

Manches von den gegenseitigen Anschuldigungen dürfte den Tatsachen entsprochen haben, aber es blühten auch Gerüchte und Paranoia. Wie schrieb doch Dorošenko:

»Was den Emigrantensumpf betrifft, so würde er, wenn es dem Herrn einfiel, dieses Sodom und Gomorrha mit einem Erdbeben oder so etwas zu bestrafen, wohl nicht viele »Gerechte« zur Vermehrung übriglassen, nämlich niemanden«. <sup>328</sup>

Dies war ebenso treffend wie ein Eigentor – denn Dorošenko wirkte in diesem Milieu prominent mit.

## 8. DIE GRÜNDUNG DER UVO UND IHRE KONTAKTE NACH DEUTSCHLAND UND LITAUEN

Die Geschichte der UVO, einer konspirativen terroristischen Organisation, ursprünglich gebildet aus ukrainischen Militärs, ist wenig erforscht. Die meisten Informationen stammen aus den Publikationen ihrer Mitglieder und Sympathisanten (Knyš, Martyneć, Petro Mirčuk), die offen zugaben, aus politischen Gründen selektiv vorgegangen zu sein. Auch die neueren Arbeiten des ukrainischen Historikers und Archivars Kentij sind partiell einseitig strukturiert und seine Aktenzitate wegen der fortbestehenden Archivsperrern meist nicht überprüfbar. <sup>329</sup> Zwist herrschte dauernd in den Reihen der UVO, jedoch gibt es bisher von nationaler Seite keine Kritik an ihren terroristischen Aktivitäten.

Für Mirčuk bedeutete die Auflösung des »Schützenrats« der USS in Prag im Juli 1920 gleichzeitig die Gründung der UVO. Damit wäre die Kontinuität von den öster-

<sup>327</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 3. 11. 1924, in: Lypynskýj. Archiv, Bd. 6, Dok. 123, S. 108.

<sup>328</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 6. 9. 1923, in: ebd., Dok. 70, S. 56.

<sup>329</sup> Anatolij Viktorovyč Kentij, *Ukrainška Vijskova Orhanizacija (UVO) v 1920-1928 rr.* Kyïv 1998.

reichischen USS, den SS in Kiew und in der UNR-Armee zur UVO gezogen, Konovaléc hätte somit als legitimer Führer dieser Formationen deren »Autorität« in die OUN transferiert.<sup>330</sup> Tatsächlich ist dieses Narrativ jedoch fragwürdig. War die Ukrainische Militärorganisation zunächst mehr als eine galizische Regionalorganisation? Konovaléc hatte sich schließlich 1920 zeitweise mit Petruševyč und seiner ZUNR gegen Polen (und die UNR) zusammengetan, dadurch Zugriff auch auf die ZUNR-treuen internierten UHA-Soldaten erhalten und ab Mitte 1921 von Galizien aus einen terroristischen Kampf gegen Polen aufgenommen. Die Organisation wurde damals auch nur als Militärorganisation (*Vijskova Orhanizacija – VO*) bezeichnet und soll getreu den Zielen Petruševyčs nicht auf die gesamte Ukraine gerichtet gewesen sein.<sup>331</sup> Kučeruk führt einen Aufruf vom 2. September 1920 als Beginn des gesamtukrainischen Engagements an,<sup>332</sup> nach Mirčuk soll Konovaléc von 1921 an gesamt-nationale Positionen vertreten haben,<sup>333</sup> nach Kentij aber blieb ein galizischer Regionalbezug bis 1924 bestehen – erst von da an sei auch die Bezeichnung UVO aufgekommen, was wiederum Mirčuk abstreitet.<sup>334</sup>

Die Binnenverhältnisse der Organisation waren nicht unproblematisch: 1922 wurde Oberst Jurko Otmarštajn, der in der VO eine zentrale Rolle spielte, während eines Besuchs ukrainischer Internierter ermordet. Von wem? In den 1930er Jahren beschuldigte Roman Suško Mykola Čebotariv (1884-1972), den Chef der UNR-Spionageabwehr, den Befehl zur Ermordung Otmarštajns gegeben zu haben. Čebotariv wies dies weit von sich und behauptete, Roman Suško habe in Otmarštajn einen Konovaléc-Rivalen aus dem Weg geräumt.<sup>335</sup> Anderen Gerüchten zufolge soll gar Petruševyč, der sich nach der Entente-Entscheidung vom März 1923 den Sowjets angenähert hatte, vorgehabt haben, Konovaléc ermorden zu lassen.<sup>336</sup> Und Konovaléc und Mel'nyk sollen in Fesslau bei Wien mit Andrij Livitykyj über eine Zusammenarbeit mit Polen verhandelt haben.<sup>337</sup> Was davon stimmte, ist letztlich gleichgültig – jedenfalls lag die ukrainische Nationalbewegung in Scherben.

Potocki definierte drei polnische Strategien gegenüber den Ukrainern:

- Paternalismus, der davon ausging, ukrainischer Nationalismus sei eine deutsch-österreichische Erfindung und man müsse die »rusini« nur polnisch assimilieren;
- Antagonismus, der in den Ukrainern eine gefährliche Bedrohung des eigenen monoethnischen Staates sah und sie daher bekämpfte;
- und Kooperation, wonach Rußland als Feind sowohl der Ukrainer als auch Polens eine gemeinsame Aktion erforderlich machte, wozu man in Kauf nehmen mußte,

<sup>330</sup> Petro Mirčuk, *Narys istorii Orhanizacii Ukraïns'kyj Nacionalistiv*. Bd. 1, München/London/New York 1968, S. 16-17. Lewandowski nennt den 30. 8. 1920 (Vgl. Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 175).

<sup>331</sup> Vgl. Kentij, *UVO*, S. 14-16..

<sup>332</sup> Vgl. Kučeruk, *Ryko Jaryj*, S. 36.

<sup>333</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 21.

<sup>334</sup> Kentij, *UVO*, S. 14; Mirčuk, *Narys*, S. 16.

<sup>335</sup> Vgl. Roman Suško, *Čto vbyv polk. Otmarštajna?*. Praha 1933; H. Rohozyj, *Do tajny vbyvstva polk. Ju. V. Otmarštajna*. Černivci 1934; vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 20.

<sup>336</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 120.

<sup>337</sup> Mychajlo Jeremiiv, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc na tli ukraiňskoï vyzvol'noï borot'by«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 115-165, hier S. 161.

daß der Preis dafür ukrainische nationale Entwicklung in Galizien und Wolhynien sein würde.<sup>338</sup>

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich auch der Handlungsspielraum der Ukrainer gegenüber Polen, wobei unter den Nationalisten Doncov der Kooperation mit Polen eine Chance einräumte, während Konovaléc, die UVO und Petruševyč dies ausschlossen.

Konovaléc kehrte im Frühjahr 1921 nach Galizien zurück. Dabei soll er zunächst im Auftrag von Petruševyč Gespräche zwischen dem Historiker Stanisław Łoś und dem unierten Klerus »torpediert« haben.<sup>339</sup> Die UVO stand aber auch Petruševyč kritisch gegenüber. Die in Galizien tätigen Untergrundkämpfer beanspruchten für sich schon damals einen radikalen terroristischen Aktivismus, während Petruševyč ZUNR, die noch auf die Entente hoffte, darauf bestand, daß sich die UVO der politischen Leitung unterzuordnen habe.<sup>340</sup> Konovaléc folgte dabei zunächst Petruševyč, paßte sich aber bald der galizischen Linie an. Von der Studentenversammlung im Juli 1921 an rekrutierte er unter ihnen Anhänger und startete eine Welle terroristischer Aktivitäten.<sup>341</sup> Auch wenn das von Kentij angeführte Zitat aus dem *Ukrainškyj Revoljucioner* von 1926 nicht Konovaléc, sondern der inzwischen gegen die UVO von Osyp Dumin ins Leben gerufenen Abspaltung Westukrainische Nationalrevolutionäre Organisation (Zachidn'o-Ukrainška Nacional'no-Revoljucijna Orhanizacija – ZUNRO) zuzuordnen ist, trifft es auch die Einstellung der UVO-Führer: Da die Ukrainer ein unterdrücktes, versklavtes Volk seien, hätten sie das Recht auf individuellen Terror. Attentate seien »ein sichtbarer Beleg des inneren Protests seitens des Unterdrückten«, und ihr Ziel sei es, »nicht nur die versklavte Nation, sondern auch die ganze Welt zu alarmieren«.<sup>342</sup>

<sup>338</sup> Robert Potocki, *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939*. Lublin 2003, S. 10-11.

<sup>339</sup> Möglicherweise sollte er im Auftrag von Petruševyč, der nach dem polnisch-sowjetischen Frieden bis 1923 auf ein Eingreifen der Entente vertraute, eine »Verbrüderung« zwischen Polen und Ukrainern verhindern. Ein ehemaliges KGB-Mitglied, auf dessen Behauptungen jedoch keinerlei Verlaß ist, schrieb ohne Quellenangabe, Konovaléc habe Šeptýčkyj, den er zu Unrecht als »Organisator, Inspirator und geistlichen Führer der UVO« nannte, 1921 geschrieben, man müsse gegen die Polen kämpfen, aber nur soweit jene die Ukrainer zur Selbstverteidigung zwingen, die Sowjets seien die eigentlichen Gegner (M. L. Topol', »Viza na ubijstvo. Po dokumentam razvedki«, *Voenno-istoričeskij žurnal* 32 (1990), Nr. 11, S. 48-62, hier S. 55)

<sup>340</sup> Zunächst wohnte Konovaléc bis zu seiner Eheschließung mit Ol'ha Fedak möbliert bei der Witwe Hermine Šucevyč, wo auch ihr Enkel, der spätere UPA-Führer Roman Šucevyč, als Gymnasiast lebte (Vgl. Stepan Šach, »Molodist'«, in: Bojko, Jevhen Konovaléc S. 82-83, 87). In eher hagiographischen Schriften ist von diesen internen Querelen nicht die Rede, danach kam Konovaléc nach Lemberg, um »ohne Konkurrenten und Gegenkandidaten« die UVO-Führung kraft seiner »militärpolitischen Autorität, durch seine mächtige Individualität« zu übernehmen. Dabei entstanden »dieselben Verhältnisse und Bedingungen einer harmonischen Zusammenarbeit mit ihm wie während seiner ganzen früheren militärpolitischen Tätigkeit« (Vgl. Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovaléc«, in: Z. Knyš (Hg.), *Sribna Surma. Zbirnyk II*, Toronto 1963, S. 124-145, hier S. 140; im folgenden angeführt als *Sribna Surma II*).

<sup>341</sup> In einem hagiographischen Text aus den 1990er Jahren liest sich das dann folgendermaßen: »Er [Konovaléc] lobte auch nicht alle Handlungen kämpferisch-revolutionären Charakters und war im Grunde nicht mit der terroristischen Aktion einverstanden« (Arkadij Žukovškyj, »Jevhen Konovaléc – u 55-tu ričnycu smerty«, in: OUN – mynule j majbuttja. Kyiv 1993, S. 36-44, hier S. 40).

<sup>342</sup> *Ukrainškyj Revoljucioner* 1(1926), Nr.5/1. 12. 1926, zit. nach Kentij, UVO, S. 20. Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 37-38.

Die Frage nach dem Mitgliederprofil der UVO läßt sich mit Martyneć beantworten. Zwar war jener zu dieser Zeit nicht in Polen, für sein Buch hat er jedoch Berichte früherer UVO-Angehöriger gesammelt. Daraus geht hervor, daß die Rückkehr der USS-Soldaten in die Schulen, um die Ausbildung abzuschließen, die jüngeren Schüler mobilisierte. Der Ingenieur Mychajlo Seleško (1901-1981) beschrieb, wie er als 20-jähriger mit Kriegserfahrung in das Gymnasium von Dolyna zurückkehrte. Mit ein wenig Phantasie kann man sich vorstellen, welches Ansehen diese älteren Schüler bei den jüngeren genossen haben, wie wenig Mühe es gemacht haben dürfte, letztere zu nationalistischen Gruppen zusammenzufassen und mit ihnen dann die Anschläge auf polnische Höfe und halb-militärische Einrichtungen durchzuführen.<sup>343</sup> Der Transfer von der USS-Generation zu den jungen Nationalisten der 1930er Jahre vollzog sich in diesem Umfeld. Diesen Generationensprung thematisierte auch Zynovij Knyš (\*1906). Er schrieb über die Generation der Jahrgänge 1903-1908, die den Nachwuchs bildete, für sie habe die »Romantik der Konspiration« im Vordergrund gestanden:

»Die Denkweise dieser Generation war emotional-revolutionär und nicht militärisch. [...] Sie waren reine Herzen, durchstrahlt vom heiligen Feuer ihrer Vaterlandsliebe. [...] Hauptgrundlage ihrer Seelen waren Idealismus und Opferbereitschaft bis zur Selbstaufgabe. Viele von ihnen waren später ohne nachzudenken zu allem bereit.«<sup>344</sup>

In der ersten größeren Aktion sollten am 25. September 1921 in Lemberg Józef Piłsudski und der Lemberger Wojewode von Stepan Fedak (1901-1945) erschossen werden, was aber mißlang. Stepan Fedak war der Sohn des gleichnamigen Anwalts und Vorsitzenden des Ukrainischen Bürgerkomitees von Lemberg und der »Dnister«-Versicherungsgesellschaft. Seine Schwester heiratete Konovaléc, so daß auch dieser mit dem Attentat in Verbindung stand. Da die Schüsse allein den Wojewoden Kazimierz Grabowski (1866-1932) verwundeten, versuchten die Ukrainer eine Zeitlang den Eindruck zu erwecken, »nur« er, nicht aber der polnische Staatsführer sei das Ziel des Attentats gewesen.<sup>345</sup> Martyneć, der »Chefideologe« der UVO, gab aber später ohne weiteres zu, man habe beschlossen, »auch in der Zukunft Attentate auf jeden polnischen Staatsoberhaupt auszuführen, der es wagen sollte, ukrainisches Territorium zu betreten«.<sup>346</sup>

Die UVO unter der Führung von Konovaléc organisierte unter anderem den Boykott der Volkszählung von 1921, und am 15. Oktober 1922 wurde mit Sydir Tverdochlib (1886-1922), dem Redakteur der Zeitschrift *Ridnyj Kraj*, der erste ukrainische

<sup>343</sup> Vgl. Volodymyr Martyneć, *Ukraińske pidpillja*. Winnipeg 1949, S. 29-42.

<sup>344</sup> Zynovij Knyš, »Jevhen Konovaléc v očach molodšoi generacii UVO«, in: Bojko, Konovaléc, S. 274-287, hier S. 279-280.

<sup>345</sup> Vgl. Zynovij Knyš, »Atentat Stepana Fedaka u L'vovi«, in: ders. (Hg.), *Sribna Surma II*, S. 96-123.

<sup>346</sup> Volodymyr Martyneć, *Vid UVO do OUN*. S. 26, nach *Sribna Surma II*, S. 117. – Für unseren Zusammenhang ist der Lebensweg des Attentäters signifikant: Der demobilisierte UHA-Offizier wurde am 18. November 1922 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt; nach einem Jahr in Lemberg und einigen Monaten in Rawicz wurde er unter der Bedingung aus der Haft entlassen, daß er ins Ausland ginge. Wenige Jahre später kehrte er jedoch zurück und arbeitete für die Genossenschaft »Maslosojuz«. Von den Sowjets wurde er 1939 verhaftet, jedoch wieder freigelassen. Unter der deutschen Besetzung wirkte er in der ukrainischen Nationalbewegung mit und war danach in der SS-Division »Galizien«. Er ging jedoch nicht mit ihr in britische Gefangenschaft, sondern wollte sich nach Osten durchschlagen, um mit der UPA den Kampf gegen die Sowjets fortzusetzen. Dort verlor sich seine Spur. Vgl. Zynovij Knyš, »Atentat Stepana Fedaka u L'vovi«, in: *Sribna Surma II*, S. 96-123, hier S. 122-123.

»Kollaborateur« dafür umgebracht, daß seine kleine Ukrainische Agrarier-Partei mit den Polen zusammenarbeitete und er für den Sejm kandidierte. Zudem wurden zahlreiche Dorfvorsteher erschossen, die mit den Behörden kooperierten.<sup>347</sup> Nach Kentij soll die UVO 1922 in Galizien 2200 polnische Höfe angezündet haben, 20.000 Beteiligte seien von den Polen verhaftet worden.<sup>348</sup> Selbst wenn diese Zahlen zu hoch sein sollten, der Terror war offensichtlich. Morde an Polizisten, Brand- und Sprengattentate auf Polizeistationen und Bahnanlagen häuften sich, nutzten den Ukrainern aber wenig.

Daß diese Attentate – vor allem das auf Piłsudski – polnischen Gegendruck erzeugten, versteht sich von selber. Der Staat verschärfte seine Aufsicht über die Ukrainer. Polnische Nationalisten warfen Sprengsätze in die Gebäude der »Prosvita«, der Ševčenko-Gesellschaft und auf das »Akademische Haus«. Auf Betreiben des konspirativen ZUNR-Vertreters, Prof. Mychajlo Haluščynskyj (1878-1931), sollte Konovalėc daraufhin dem Terror abschwören. Konovalėc hatte einerseits erst die UVO-Mitglieder zum Terror verleitet, andererseits war er taktisch einsichtig genug, ihn aufzugeben, wenn er selbst in der eigenen Gruppe nicht mehr gebilligt wurde.<sup>349</sup> Im Oktober 1922 verließ Konovalėc über Danzig Polen, und das »Landeskommando der UVO« wurde von anderen übernommen: darunter waren 1922-1924 Andrij Mel'nyk, 1924 Jaroslav Indyševskyj (1895-1937), 1924-1926 und 1930 Julijan Holovinskyj (1894-1930), 1926-1927 Bohdan Hnatevyč (1892-1968), 1927-1929 Roman Suško und 1929 Omeljan Senyk (1891-1941). 1923 war ein »Sinken der Aktivität« zu verzeichnen, die UVO war ausgeblutet.<sup>350</sup> Nach dem Mord an Tverdochlib verhaftete die Polizei ein UVO-Mitglied, das ihr die Struktur der Organisation verriet, was zu weiteren Festnahmen führte.

Die Sejm-Wahlen vom 5. November 1922 boykottierten in Galizien die meisten Ukrainer. Nur 5 konservative Abgeordnete ukrainischer Nationalität wurden in dem ehemals österreichischen Gebiet gewählt. Außerhalb Galiziens beteiligten sich nationalbewußte Ukrainer am Block der Nationalen Minderheiten, gegen den die polnische Regierung einen Petljura-Kandidaten und mit polnischen Gruppen kooperierende Neugründungen protegierte. So kamen 20 Ukrainer (vor allem aus Wolhynien) in den Sejm und 6 in den Senat.<sup>351</sup> Richtig vermerkte Papierzyńska-Turek, daß der Boykott der polnischen Führung genorm war, weil er die Zahl der Ukrainer in der Legislative reduzierte und der Entente Argumente gegen die Ukrainer lieferte.<sup>352</sup>

Der geflohene Konovalėc, immer noch formal mit Petruševyč verbunden, erlitt im März 1923 eine empfindliche Niederlage, als sich seine UVO-Repräsentanten in Danzig-Oliva mit Petruševyčs Abgesandten Jaroslav Selezinka (1887-1941), Volodymyr Bačynskyj (1880-1927) und Zinovij Pelenskyj (1890-1943) trafen. Auch wenn sich

<sup>347</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 111; Mirčuk, Narys, S. 32-33.

<sup>348</sup> Kentij, UVO, S. 32-33. Nach Mirčuk 2300 Höfe (Mirčuk, Narys, S. 28).

<sup>349</sup> Vgl. Osyp Navročkyj, »Polkovnyk Jevhen Konovalėc«, in: Sribna Surma II, S. 124-145, hier S. 142-143. – Es sei darauf hingewiesen, daß Navročkyj voller Bewunderung dafür war, daß mit der Ankunft Konovalėc' die Arbeit aufbrodelte (»roboťa zakypila«, S. 143). Vgl. auch Mirčuk, Narys, S. 36.

<sup>350</sup> Kentij, UVO, S. 34. Mirčuk, Narys, S. 22

<sup>351</sup> Vgl. Papierzyńska-Turek, Sprawa ukraińska, S. 135-150.

<sup>352</sup> Vgl. ebd., S. 150-151.

Konovaleč wehrte, er mußte den UVO-Vorsitz aufgeben, den der »Militärminister« der ZUNR Selezinka an der Spitze eines »Politkollegiums« übernahm. Petruševyč war inzwischen sowjetophil geworden, der Versuch, auch aus der UVO eine prosowjetische Organisation zu machen, scheiterte jedoch. Die »Landesführung« hatte in dieser Zeit Andrij Mel'nyk und nach dessen Verhaftung 1924 Indyševskij inne. Konovaleč lebte zunächst in Prag, dann in Berlin und kehrte 1924 an die Spitze der UVO zurück, als der Bruch mit Petruševyč endgültig geworden war.<sup>353</sup>

Im Hauptkommando der UVO wirkten vorher und nachher Personen, die in der ukrainischen Nationalbewegung eine Rolle spielten. Bohdan Hnatevyč war ihr Stabschef, Dmytro Paliiv der politische Referent. Osyp Dumin war für die Aufklärung zuständig, daneben gehörten dem Kommando u. a. Roman Suško, Osyp Navročkyj, Vasyľ Kučabškyj, Jaroslav Čyž, später Julijan Holovinskij und Andrij Mel'nyk an.<sup>354</sup> Die UVO war also tatsächlich eine wichtige Etappe für eine ganze Generation ukrainischer Nationalisten.

Von den Versuchen, die über ganz Europa verstreuten ukrainischen Soldaten in einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen, war die UVO der erfolgreichste.<sup>355</sup> 1923/24, als die sowjetische Politik den Nationalkommunismus der *korenizacija* auch für die Ukraine einführte, kam es zu ersten Gesprächen zwischen UVO-Vertretern und sowjetischen Stellen. Die sowjetische Seite soll sich zunächst gegen die Person Konovaleč, grundsätzlich aber für eine Zusammenarbeit ausgesprochen haben. Vermittelt haben sollen Dmytro Paliiv, dessen Bruder in Charkiv lebte und anlässlich eines Besuches Dmytros diesem Kontakte zur Kommunistischen Partei der Westukraine (KPZU) vermittelte. Geholfen habe dabei Ludwik Rozenberg-Čornij (?-1940), der trotz seiner jüdischen Herkunft in den USS gedient hatte und UVO-Mitglied gewesen war, bis er sich der KPZU zuwandte.<sup>356</sup> Die Episode ist nicht unwahrschein-

<sup>353</sup> Mirčuk, Narys, S. 38-40. Nach Martyneč fand die Konferenz Ende 1923 statt (Volodymyr Martyneč, *Ukraїnske pidpillja*. o. O. 1949, S. 64). Vgl. Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*. Kraków 1989, S. 61.

<sup>354</sup> Mirčuk, Narys, S.21-22.

<sup>355</sup> Die anderen scheiterten: Im Juli 1922 versuchte der ehemalige Oberkommandierende der UNR-Armee Omeljanovyč-Pavlenko, mit der von Ivan Poltaveč-Ostranyca (1890-1957) geführten »Ukrainischen Nationalen Kosakengesellschaft« in Budapest zu einem Zusammenschluß zu gelangen. Im Januar 1923 unternahm Omeljanovyč-Pavlenko in Prag einen Versuch eine gesamt-nationale Militärorganisation zu begründen. Auch sie hielt nicht. Am 6. November 1926 folgte in Prag eine Union der Organisationen ehemaliger Soldaten der UNR-Armee (*Sojuz orhanizacij kolyšnych vojakiv armii UNR*), die zwar fortbestand, aber nicht mehr die inzwischen radikaleren UVO-Angehörigen anziehen konnte. Alle diese Versuche scheiterten nicht zuletzt an Rivalitäten der Militärführer, so daß ohne weiteres Kentij zuzustimmen ist, wenn er die VO/UVO Konovalečs als einzige kontinuierliche Organisation der Veteranen ansieht (Vgl. Kentij, UVO, S. 14-18).

<sup>356</sup> Mirčuk verknüpfte auch den UVO-Landesführer Jaroslav Indyševskij mit den Sowjets. Daß Dmytro Paliiv im Zusammenhang mit seiner Reise nach Charkiv zwar von den Polen verhaftet, aber nicht verurteilt wurde, legte die Vermutung nahe, daß dabei noch andere geheimdienstliche Operationen zusammenliefen (vgl. Mirčuk, Narys, S. 40). Da es sich bei allen Berichten um Produkte der Geheimdienste handelte, sollten sie nicht als unumstrittene Quellen gewertet werden. Kentij führt eine Version an, wonach die UVO bewußt Galizier, die in die Sowjetunion führen, als Agenten nutzte. Er stürzt sich dabei aber nun wieder auf GPU-Berichte, die ebensowenig glaubwürdig sind, da in den 1930er Jahren frühere positive Kontakte ohne weiteres zu negativen umgeschrieben werden konnten. Es bleibt festzuhalten, daß es Kontakte vielfältiger Art gegeben zu haben scheint und daß die sowjetische Seite zeitweise auch die UVO gegen Polen finanziert haben könnte. Daß



lich: Petruševyč hatte Konovaléc vorübergehend aus der UVO hinausgeekelt, war selber sicher froh, ihn scheinbar losgeworden zu sein, und für die sowjetische Seite war eine antipolnische UVO im Verbund mit dem prosowjetischen Petruševyč etwas Erstrebenswertes.<sup>357</sup>

Denkbar wäre auch, daß Osyp Dumin, der nach 1920 längere Zeit in der Sowjetukraine (angeblich im Untergrund) gelebt hatte<sup>358</sup> und die »Aufklärung« der UVO organisierte, hier seine Hände im Spiel hatte und damals schon für den Fall des Scheiterns auch der Gedanke entstand, die ZUNRO als Gegenbewegung zu kreieren. Allerdings dürfte den meisten UVO-Anhängern eine prosowjetische Haltung schwer zu vermitteln gewesen sein, weshalb sich die UVO bald endgültig von Petruševyč abwandte und Konovaléc – wenngleich aus dem Ausland und über lokale Kommandanten – wieder die Führung übernehmen konnte.

Damit aber gewann die UVO eine ausländische Komponente. In Berlin bestand seit 1921 ihre wichtigste Auslandsstelle, die von Riko Jary (1888-1969) geleitet wurde. Der zu Vermögen gelangte UHA-Kavallerieoffizier erwarb nach seiner Demobilisierung das Schloß Saubersdorf bei Wien, wo er angeblich von Reitstunden lebte, wenn er nicht in Berlin war (s. S. 701). Er hatte aber auch seit 1921 Verbindungen zu den noch unbedeutenden Nationalsozialisten um Alfred Rosenberg (1893-1946), Hermann Göring (1893-1946) und Ernst Röhm (1887-1934). Bei Jary in Berlin kam Konovaléc unter, als er Galizien verließ. Hier verwertete man nun die Informationen, die das bis 1926 von Osyp Dumin geleitete Informantennetz zusammenbrachte.<sup>359</sup>

Dumin war eine der zwielichtigsten Persönlichkeiten des ukrainischen Untergrunds. In der österreichischen Armee hatte er als Unteroffizier gedient und war über die Kriegsgefangenschaft zu den von Konovaléc aufgestellten SS gelangt, wo er 1918 zum

---

in diesem Kontext die Anweisung auftauchte, man wolle zwar die UVO, nicht aber Konovaléc finanzieren, kann evtl. auch als eine Art »Schutz« für K. interpretiert werden (vgl. Kentij, UVO, S. 22). Die Hinweise in einem UVO-Kommuniqué von 1927 sind insofern wenig tragfähig, als zu dieser Zeit der Bruch zwischen Petruševyč und Konovaléc bereits endgültig vollzogen war und beide Seiten einander gern alles mögliche vorwarfen. Andererseits scheinen in den Parteiakten der KP(b)U bestätigende Dokumente zu finden zu sein (vgl. ebd., S. 45). Daß die sowjetische Literatur dagegen behauptet hat, die Aktivitäten der UVO seien primär gegen die Sowjetunion gerichtet gewesen, darf als Schutzbehauptung gelten (Vgl. Vitalij P. Čerednyčenko, *Nacionalizm proty nacii*. Kyiv 1970, S. 46).

<sup>357</sup> 1928 soll Rozenberg-Čornij auch den »Transfer« eines ukrainischen Nationalisten nach Kam'janec und Kiew ermöglicht haben, der dort Sprengstoff erwerben wollte. Aus dem Bericht dieses Reisenden geht auch hervor, daß die sowjetischen Geheimdienstler offenbar gern zu einer Zusammenarbeit mit der UVO bereit gewesen seien und bei der Auswahl ihrer Spione damit einverstanden waren, Nicht-Kommunisten zu gewinnen (»es sei sogar besser, wenn es keine wären«; vgl. Zynovij Knyš, ZUNRO. Toronto 1974, S. 266, 271).

<sup>358</sup> Nach kolportierten Angaben Osyp Dumins aus den Jahren 1941/42 soll 1926 Riko Jary Dumin vor dem »Gericht« der UVO-Führung »die Zusammenarbeit mit den Bol'seviki und die Agentenarbeit für sie in der UVO« vorgeworfen haben. Nach Dumin sagte Jary: »Dumin hätte sich nicht so lange in der Ukraine verstecken können, außer wenn er mit den Bol'seviki zusammengearbeitet hätte« (Zynovij Knyš, ZUNRO. Toronto 1974, S. 241). Für den dialektisch geschickten Dumin wäre das Aufgreifen eines begründeten Vorwurfs an ihn und dessen Zuschreibung zu einer (als »Halb-Jude« und Betrüger, s. unten) diffamierten Person eine nachvollziehbare Taktik der Verteidigung sein können. Kooperation mit den Sowjets war zudem in Deutschland 1926 alles andere als verwerflich.

<sup>359</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 120.

Hauptmann und 1919 zum Kommandeur einer Kampfgruppe aufstieg. 1921 ging er nach Kiew – als Kommunist oder als »Untergrundkämpfer« im UVO-Auftrag, vielleicht auch als beides. Er kehrte im Frühjahr 1922 nach Lemberg zurück, wo er das »Aufklärungsreferat des UVO-Hauptkommandos« übernahm, also ihr Spionagechef wurde.<sup>360</sup>

Ziemlich sicher ist, daß sich Konovaléc nicht auf dem Abstellgleis wähnte. Er suchte für die UVO neue Partner als Ersatz für die ZUNR Petruševyčs. Da es seinem USA-Abgesandten Jaroslav Čyž nicht gelang, von dort Hilfezusagen zu erhalten, setzte sich in Konovalécs Auftrag Riko Jary nun mit der Abwehrstelle der Reichswehr in Verbindung. Als Gegenleistung für Informationen über Polen vereinbarte Jary mit der Reichswehr eine Unterstützung der UVO durch deutsches Geld.<sup>361</sup> Ähnliche Verabredungen wurden mit dem ebenso polenfeindlichen Litauen getroffen.

Unter Dumins Ägide wurde der Spionageapparat der UVO ausgebaut, und dadurch wurde sie auch für die Deutschen interessant. Die Kontakte zur »Schwarzen« wie zur regulären Reichswehr sind mehrfach dokumentiert. In einer 1933 im Reichwehrministerium verfaßten »Denkschrift über die Ukrainische Frage« ist die Rede davon, daß 1923 ein »schriftlicher Vertrag« zwischen dem Chef der Abwehr Oberst Gempp (1873- [1946]) und Konovaléc geschlossen wurde, »nach dem die Ukrain. Organisation materiell unterstützt wurde, dafür Abw die über das polnische Heer gewonnenen Nachrichten zugänglich gemacht wurden« und die UVO später auch »Kampf- und Sabotageaufgaben« übernahm, was bis 1928 mit »regelmäßigen monatlichen Zuwendungen« von bis zu 9000 Mark honoriert wurde.<sup>362</sup> Im Mai 1923 deckte die bayerische Fremdenpolizei auf, daß in München heimlich Ukrainer militärisch ausgebildet wurden.<sup>363</sup> Da die Ausbildungsstätte ausgehoben wurde und die angetroffenen Deutschen und Ukrainer einvernommen wurden, besitzen wir Informationen darüber, daß die UVO im Winter 1922 in Wien an den demobilisierten Oberstleutnant August Hörl herangetreten war und ihn um Hilfe für die ukrainische Irredenta gebeten hatte. Jary

<sup>360</sup> Oleksandr Kučeruk, »Rozvidka Ukraїnskoї Vijiškovoї Orhanizacii ta Osyp Dumin«, Pam'jat' stolit' 2001, H. 4, S.117-128, hier S. 117. – Kentij führt an, daß über Dumin Gerüchte im Umlauf gewesen seien, er arbeite für den deutschen, den polnischen und den sowjetischen Geheimdienst. Nur ersteres ist erwiesen, Dumin wäre aber sicher nicht der erste Doppel- oder Dreifachagent gewesen (Kentij, UVO, S. 22).

<sup>361</sup> MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 10-11; Diese polnische Information wurde durch die sog. Voss-Denkschrift von 1933 (s. unten) bestätigt, in der die Zusammenarbeit rekapituliert wurde: an. [Major von Voss], Reichwehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19.11.1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 97-105, hier Bl. 97.

<sup>362</sup> Ebd., Bl. 97-98. Die sowjetischen Verfasser behaupteten später, Konovaléc habe sich mit Walter Nicolai, dem Chef des deutschen Militärischen Nachrichtendienstes getroffen. (Vgl. M. L. Topol', »Viza na ubijstvo. Po dokumentam razvedki«, Voenno-istoričeskij žurnal 32 (1990), Nr. 11, S. 48-62, hier S. 56). Das war aber nicht möglich, weil Nicolai 1919 pensioniert wurde und Konovaléc bis dahin nicht nach Deutschland gekommen war. Allerdings wurde Nicolai nach dem Zweiten Weltkrieg vom MVD zu Tode gequält. In dieser Hinsicht sind also die auf diesen Quellen basierenden sowjetischen Angaben nicht verwertbar; vgl. Volodymyr P. Troščynskij, Najmanci fašyzmu. Ukraїnski buržuazni nacjonalisty na službi hitlerivciv u mižvojennyj period 1921-1939rr. Kyiv 1981, S. 72.

<sup>363</sup> Nach sowjetischen Quellen soll von Voss selber die Kurse geleitet haben, was aber nicht schlüssig erwiesen ist (vgl. Dmytro Vjedenjejev, »Zarodžennja special'nych služb ruchu ukraińskych nacjonalistiv (1920-1930 rr.)«, Pam'jat' stolit' 2001, H. 4, S.109-116, hier S. 112).

sei dann als »Verbindungsorgan« nach München geschickt worden und Hörl »Jary zur Hand« gegangen. Er habe ihn in die relevanten Kreise eingeführt und »mit der Reichswehr in Verbindung« gebracht. Von hier aus habe dann Jary weitere Kontakte nach Berlin und Königsberg aufgebaut.<sup>364</sup>

Während die einvernommenen Ukrainer wenig sagten, waren die Deutschen aussagewilliger: Oberstleutnant a.D. Friedrich Preitner, einer der Ausbilder, erklärte er sei durch Oberst von Tannstein gebeten worden, die Militärkurse für Ukrainer im Büro des »Bundes Bayern und das Reich« in der Gabelsbergerstr. 41 abzuhalten. Bei den Lehrgangsteilnehmern habe es sich um Westukrainer gehandelt, die eines Tages »wertvolle Bundesgenossen« sein würden. Sie könnten »Polen im Rücken fassen« und würden auch von Ostpreußen aus gegen Polen eingesetzt, wo sie für das dortige Wehrekreis Kommando eine wichtige Nachrichtenquelle darstellten.

Worin die Ausbildung bestand, erfahren wir von einem Teilnehmer. Osyp Mel'nykovyč schrieb, der erste »wichtigere« Lehrgang habe 3 Monate gedauert und sechs ukrainische Teilnehmer gehabt. Gelehrt wurde einerseits Fernmeldedienst, andererseits gab es einen »Pionier- und Technik-Teil«. Mel'nykovyč dechiffrierte dies gleich: Es sei darum gegangen, »Brücken, Befestigungen, Gebäude zu sprengen und Minen zu legen«. Dabei habe es sowohl eine theoretische als auch eine praktische Ausbildung gegeben. Fünf Teilnehmer seien dann in die Tschechoslowakei zur UVO zurückgekehrt, Mykola Dorožanskij sei als Sekretär Jarys in München geblieben. Die ausgebildeten Soldaten seien auch zum Einsatz gekommen. In den Karpathen habe man eine Funkverbindung mit den galizischen UVO-Angehörigen hergestellt. Und die tschechische UVO übermittelte den galizischen Terroristen auch »Sprengmaterial für die Kampf- und Sabotageaktionen in den Ukrainischen Westgebieten« [Galizien]. Das für die Umhüllungen nötige Zelluloid sei aus Deutschland gekommen, die anderen chemischen Stoffe habe man in Prag gekauft. Kursteilnehmer Osyp Mel'nykovyč stellte aus dem Zelluloid die Sprenghüllen her, sein Kurskamerad Mychajlo Verbyčkyj füllte sie mit Sprengstoff. Mykola Bihun transportierte sie nach Galizien.<sup>365</sup>

Diese Ukrainer gehörten nach Preitner keiner deutschen Organisation an, er habe ihnen jedoch empfohlen, sich den Parteiredner Adolf Hitler (1889-1945) anzuhören, »um zu lernen, wie man packend spricht«.<sup>366</sup> Zu ergänzen ist dieses Bild durch die Beteiligung von Ernst Röhm an den Veranstaltungen und die Verbindung zur offiziellen Reichswehr: Der aktive Reichswehr-Leutnant Ullersperger hatte nach seiner Aussage von seinem Vorgesetzten den »dienstlichen Befehl zur Unterrichtung der Ukrainer« erhalten.<sup>367</sup>

Außer in München gab es Ausbildungslehrgänge für Ukrainer auch in Preußisch-Holland und in Danzig, die jedoch nicht so gut dokumentiert sind. Damit war eine Brücke zwischen Nationalukrainern und Deutschen hergestellt. Die Beihilfe zur deutschen und litauischen Spionage sollte eine der festen Grundlagen der UVO werden, gleichzeitig aber auch eine Achillesferse, weil es bei solchem Tun zweifellos um anrü-

<sup>364</sup> Aussage August Hörl, 24. 5. 1923, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Ministerium des Innern, 71625.

<sup>365</sup> Osyp Mel'nykovyč, »Do istorii UVO v Čecho-Slovaččyni«, in: Bojko, Konovaléc, S. 328-340, hier S. 335-336.

<sup>366</sup> Aussage Friedrich Preitner, 24.5.1923, BayHStAM, MInn 71625.

<sup>367</sup> Aussage Lt Wilhelm Ullersperger, 26.5.1923, BayHStAM, MInn 71625.

chige Handlungen ging. Die heutige ukrainische Historiographie bemüht sich zu betonen, daß an den Kontakten der UVO/OUN mit ausländischen Geheimdiensten nichts außergewöhnlich gewesen sei. Schließlich hätten auch Araber und Nationalinder mit den Nationalsozialisten, Südostasiaten mit den Japanern zusammengearbeitet. Und Konovaléc habe erst die Politik der Entente 1923 zur Zusammenarbeit mit dem deutschen Generalstab veranlaßt.<sup>368</sup>

Kentij führte, gestützt auf einen mehr als zweifelhaften Sowjetagenten einen angeblichen Brief Konovaléc an Šeptyčkyj an, der diese Haltung bis in den Zweiten Weltkrieg hinein erklären sollte. In dem von den Kolporteuren nicht datierten Schreiben soll stehen, dass »Großdeutschland« (weshalb der Text, wenn er echt sein sollte, frühestes 1938 entstanden sein könnte) eine Grenze mit der »Großen Ukraine« wünsche. Die OUN helfe Deutschland dabei:

»Die deutschen Staatsorgane haben uns die Anweisung gegeben, unsere antibolschewistischen Aktivitäten und damit auch die antipolnische Aktion zu verstärken. Vor uns liegt der Weg des Entscheidungskampfes unter der Führung des nationalsozialistischen Deutschland. Mögen wir uns heute im Dienst der deutschen Staatsbeamten befinden. Aber morgen haben wir die Hoffnung, mit ihrer Hilfe und unter ihrer Führung die eigene Staatlichkeit zu erringen.«<sup>369</sup>

Lassen wir dahingestellt, ob der Brief echt ist; er entspricht aber ohne weiteres der Werteordnung von UVO und OUN: In der independentistischen Absolutheit lag ein Grund für diese Verbindung.

Anfang 1924 flog das ukrainische Spionagenetz in Polen auf; eine Reihe von UVO-Mitgliedern wurde von den Polen verhaftet und im März 1925 vor Gericht gestellt. Andrij Mel'nyk wurde zu vier Jahren Haft, andere Mitglieder wurden zu geringeren Strafen verurteilt. Nach seiner Entlassung hielt Mel'nyk sich als Forstverwalter der unierten Lemberger Metropole von der Politik weitgehend fern. Dumin floh nach Berlin, während seine Kurierin Ol'ha Basarab (1890-1924), die in polnischer Haft in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 1924 nach Mißhandlungen umkam oder sich das Leben nahm,<sup>370</sup> zu einer nationalen Märtyrerin stilisiert wurde. Nicht aufgrund ihrer Aussagen, wohl aber aufgrund der in ihrer Wohnung gefundenen, von Osyp Dumin dort deponierten Materialien, gelang es den Polen, einen großen Teil der konspirativen UVO-Führung in Galizien festzunehmen.<sup>371</sup> Petro Mirčuk beschuldigte Dumin, als Anhänger Petruševyčs und der Sowjetunion gegen Konovaléc operiert zu haben.<sup>372</sup> Denkt man dies weiter und berücksichtigt man die Verschlagenheit Dumins und die Skrupellosigkeit, die die UVO-Leute kennzeichnete, dann ist nicht einmal ganz unmöglich, daß Dumin das kompromit-

<sup>368</sup> Vjedjenjejev, »Zarodžennja special'nych služb«, S. 111.

<sup>369</sup> Konovaléc an Šeptyčkyj, Kentij, UVO, S. 51; dort nach M. L. Topol', »Viza na ubijstvo. Po dokumentam razvedki«, Voenno-istoričeskij žurnal 32 (1990), Nr. 11, S. 48-62, hier S. 57.

<sup>370</sup> Vgl. Ivan Kedryn, Žyttja – podii – ljudy, New York 1976, S. 234.

<sup>371</sup> Es sei hier darauf hingewiesen, daß nach Kučeruk Ol'ha Basarab nicht in etwaige Attentatspläne eingeweiht war, ihre Wohnung als »Briefkasten« für Osyp Dumin diente und sich für Basarab kommunistische Sejm-Abgeordnete einsetzten, die offenbar Dumin immer noch für einen der ihren hielten (Kučeruk, »Rozvidka«, S. 124-125). Daß Ol'ha Basarab nichts verraten habe, hätte dann nicht an ihrem Heldenmut, sondern daran gelegen, daß sie tatsächlich nichts wußte.

<sup>372</sup> Mirčuk, Narys, S. 40.

tierende Material bei Ol'ha Basarab absichtlich »hochgehen« ließ, um die Anhänger Konovaléc's auszuschalten.<sup>373</sup>

Die UVO mußte nun auf breitgestreute Aktivitäten verzichten und setzte stattdessen auf einzelne spektakuläre Taten. Am 5. September 1924 versuchte sie, den polnischen Staatspräsidenten Stanislaw Wojciechowski (1869-1953) in Lemberg mit einer Bombe zu ermorden. Dieses Attentat scheiterte, führte jedoch zur sog. Steiger-Affäre: Falsche Zeugen und die polnische Rechte beschuldigten einen Juden, das Attentat begangen zu haben, und sein ein Jahr später abgehaltener Prozess wurde zu einer antisemitischen Manifestation. Der eigentliche Täter Teofil Ol'šan'skyj floh nach Deutschland und wurde wegen illegalen Grenzübertritts in Beuthen festgenommen. Obwohl er sich zu dem Attentat bekannte, politisches Asyl erhielt und die Kattowitzer Polizei darüber nach Lemberg berichtete, beachtete man dies dort nicht. Erst während des Prozesses, nachdem Ol'šan'skyj in Berlin nochmals ausgesagt hatte sowie die Presse und der preußische Innenminister Carl Severing (1875-1952) sich eingeschaltet hatten, begann man in Polen, die deutschen Beweise zu beachten. Steiger wurde freigesprochen. Die polnischen Nationaldemokraten versuchten dennoch, den judenfeindlichen Vorwurf aufrechtzuerhalten. Daß es nur wegen der schlechten Organisation der UVO und des Versagens der Bombe nicht zu einem Massaker gekommen war, hätte ein schlechtes Licht auf die polnischen Behörden geworfen. Der polnische Historiker Korzec ist der Meinung, die polnischen Stellen hätten nicht zugeben wollen, daß sie die ukrainische Gefahr unterschätzt, daß sie nicht die ganze Bewegung vernichtet hatten.<sup>374</sup>

Insgesamt war aber das »Niveau« der Anschläge gesunken. Es brannten polnische Häuser und Getreidelager. Telephonleitungen wurden durchtrennt. Daneben unternahmen die zunächst noch unbeholfenen Jugendbanden in Galizien eine Reihe von »revolutionären Taten«, die man adäquater und den Tätern entsprechend als Jugendstreiche ansehen konnte: So jagte man etwa Ratten in eine Tanzveranstaltung polnischer Schützen.<sup>375</sup>

Nach der OUN-Literatur hat eine UVO-Konferenz im tschechoslowakischen Užhorod im Januar 1925 förmlich die Abkehr von prosovjetschen Haltungen beschlossen und Jaroslav Indyšev'skyj sowie Osyp Dumin dafür aus der UVO ausgeschlossen.<sup>376</sup> Sowohl Petruševyč als auch Konovaléc hielten aber die Kooperation mit Deutschland und Litauen weiterhin für essentiell und rivalisierten um die deutsche

<sup>373</sup> s. unten; vgl. Zynovij Knyš, ZUNRO. Toronto 1974, S. 239.

<sup>374</sup> Zur Darstellung des Ablaufs und der Diskussion vgl. Pawel Korzec, »The Steiger Affair«, Soviet Jewish Affairs, London 3 (1973), Nr. 2, S. 38-57.

<sup>375</sup> Mychajlo Bažan'skyj, »Počatky UVO na Pokutti«, in: Bojko, Jevhen Konovaléc, S. 316-327.

<sup>376</sup> Vgl. Mirčuk, Narys, S. 41; Torzecki, Kwestia ukraińska 1923-1929, S. 62. Martyneč schrieb es seiner Polemik gegen die Sowjetophilie Petruševyč's bei einem Besuch Omeljan Senyky's in Prag (»Ende 1926 oder Anfang, oder im Frühling 1927«) zu, daß Konovaléc mit Petruševyč brach und auf Martyneč aufmerksam wurde (Martyneč, Ukraїnske pidpillja, S. 168-169). Nach den Erkenntnissen des polnischen Nachrichtendienstes kam es zu dem Eklat in Užhorod erst im September 1925. Konovaléc habe sich danach endgültig entschlossen, die Zusammenarbeit mit Petruševyč und seinen sowjetischen Unterstützern abzubrechen und eine eigene politische Organisation zu bilden, Osyp Dumin zu Petruševyč gehalten (MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 11).

Gunst. Der Zentrale der UVO wurde nun nach Berlin verlegt.<sup>377</sup> Dort war auch Dumin, und er arbeitete weiter mit der UVO-Führung zusammen.

Über den Bruch zwischen Dumin und der UVO kursieren mehrere Versionen, was ein wenig illustriert, wie schwierig es ist, hier eine »Wahrheit« herauszufiltern. Martyneć schrieb wenig konkret von einem geplanten »Putsch« Dumins, den Konovalėc aufgedeckt habe.<sup>378</sup> In einem anderen Text war nicht von einem Putsch die Rede – Dumin sollte im Gegenteil sogar bis Anfang 1926 zur UVO-Spitze in Deutschland gehört haben. Zum Eklat sei es danach wegen finanzieller Vorwürfe gekommen. Kučab'skyj und Dumin hätten Anfang 1926 eine Prüfung der von Riko Jary verwalteten UVO-Kasse vorgenommen und dabei einen hohen Fehlbetrag festgestellt. Jary behauptete, das Geld sei bei einem nächtlichen Einbruch gestohlen worden, Dumin beschuldigte hingegen Jary der Unterschlagung. Die anderen UVO-Führer hätten daraufhin Jary zum Tode verurteilen wollen, Dumin sollte das Urteil vollstrecken. Auf der Gerichtssitzung habe jedoch die anderen die Courage verlassen, Jary sei der einzige Verbindungsmann zum deutschen Militär gewesen und man habe gemeint, mit einem Vorgehen gegen ihn die UVO zu gefährden. Jary habe daraufhin den Spieß umgedreht, Dumin der Zusammenarbeit mit den Bol'seviki und der Agententätigkeit in der UVO bezichtigt. Aus Angst vor Jarys Rache habe Dumin die UVO und Berlin verlassen und nach Königsberg fliehen müssen.<sup>379</sup>

Diese Version ist in einer anonymen Denkschrift enthalten, deren Verfasser mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Dumin war,<sup>380</sup> und sie taucht paraphrasiert noch einmal in einer durch vier Briefe ergänzten »Information« aus den Jahren 1969/70 auf, die Zynovij Knyš – der der Mel'nyk-Fraktion der OUN nahestand und Jary nicht mochte – in seinem Buch über die ZUNRO abdruckte. Deren Verfasser gab an, 1941-1942 als Agronomiestudent in Königsberg mit Dumin häufig zusammengekommen zu sein und diese Version von ihm erzählt bekommen zu haben.<sup>381</sup> Über diese Wiedergabe gelangte dieses Narrativ auch in die neuesten Arbeiten zu diesem Thema.<sup>382</sup>

Aus mehreren Gründen sind ihre Einzelheiten in Frage zu stellen, auch wenn an der subjektiven Ehrlichkeit der Zwischenträger, des anonymen Berichterstatters und selbst

<sup>377</sup> Die Behauptung, das UVO-Hauptkommando habe sich seit 1920 in Berlin befunden, ist nicht weiter zu belegen. Sicherlich war Berlin jedoch ein Ausweichort für zeitweise gefährdete UVO-Mitglieder (vgl. Vjedjenjejev, »Zarodžennja«, S. 111).

<sup>378</sup> Martyneć, *Ukraїnske pidpillja*, S. 172.

<sup>379</sup> Paweł Korzec referierte eine reziprok analoge Narration: Danach habe man in der Abwehr begonnen, Dumin für einen polnischen Zersetzungsagenten zu halten, der die Absicht hätte, die UVO zu zerschlagen. Nur das Argument des AA, wenn Dumin tatsächlich polnischer Agent sei, würde er in einem Prozeß die Zusammenarbeit von UVO und Reichswehr offenlegen, habe Dumin gerettet. Man habe beschlossen, die Angelegenheit »diskret« zu erledigen und Dumin am Ost-Institut in Königsberg ruhigzustellen. Vgl. Paweł Korzec, *Zeszyty Historyczne*, Paris, H. 30, 1974, S. 102. – Martyneć schrieb, Jary sei »in die Affäre Dumins verstrickt« gewesen und habe daher nicht das völlige Vertrauen Konovalėcs genossen (Martyneć, *Ukraїnske pidpillja*, S. 190).

<sup>380</sup> Der Wortlaut der Denkschrift »Die Wahrheit über die ukrainische Organisation«, datiert auf den Mai 1926, ist mit wenigen Auslassungen in einer polnischen Übersetzung mit einem Vorwort von Paweł Korzec abgedruckt als Osip Dumin, »Prawda o ukraińskiej organizacji wojskowej« (1926), *Zeszyty Historyczne*, Paris, H. 30, 1974, S. 103-137.

<sup>381</sup> Zynovij Knyš, *ZUNRO*. Toronto 1974, S. 237-243.

<sup>382</sup> Oleksandr Kučeruk, »Rozvidka Ukraїnskoї Vijskovoї Orhanizacii ta Osyp Dumin«, *Pam'jat' stolit'* 2001, H. 4, S. 117-128, hier S. 126; Kučeruk, *Ryko Jaryj*, S. 49-53.

Knyš, nicht gezweifelt werden muß.<sup>383</sup> Weder 1934 noch 1941-1942 hatte Dumin Interesse daran, über seine sowjetfreundlichen Phasen und darauf basierende Vorwürfe zu referieren. Tatsächlich war Dumin, der mit der Abwehr 1926 in Verbindung stand, aktiver als Jary, dem Dumin 1941/42 in einer »Haltet-den-Dieb«-Manier vorwarf, ihn denunziert zu haben. Dumins Schriftsätze gegen Jary und Konovaléc sind erhalten. Im Krieg konnte Dumin gefahrlos behaupten, Konovaléc sei ihm auch weiter freundschaftlich zugeneigt gewesen – Konovaléc war seit 1938 tot. In den ZUNRO-Schriften wurde Konovaléc hingegen auf eine Weise beschimpft, die einen Affekt des Verfassers nahelegt. Knyš tat so, als sei Dumin nicht der Hintermann der ZUNRO. Als Ersatz hatte er das ehemalige UVO-Mitglied Roman Vološčak aus Przemyśl zu bieten, das der Berliner Umgebung von Petruševyč und der sowjetischen Vertretung zuzuordnen war. Aus den Ausführungen Seleškos in Knyš Buch geht hervor, daß Vološčak 1925-1928 in Berlin gegen die UVO und für Petruševyč arbeitete. Vološčak soll versucht haben, Seleško zur Zusammenarbeit mit den Sowjets und im Sinne des *Smenovechovstvo* zur Auswanderung in die Sowjetukraine zu bewegen. Aber man hat eher den Eindruck, daß Vološčak nur eine Art Aushängeschild oder »Laufbursche« war.

Dafür waren nämlich die Texte der ZUNRO zu geschickt, sie sprechen eher für einen in konspirativer Argumentation geübten Menschen wie Dumin.<sup>384</sup> In dem Blatt der ZUNRO, dem *Ukraińskij Revoljucioner*, war die Sowjetunion anfangs nur implizit präsent. Über eine künftige soziale Ordnung verlor man kein Wort, was für prosowjetische Werber in den 1920ern zumindest ungewöhnlich war.<sup>385</sup> Vološčak soll zudem 1928 in die Sowjetunion übergesiedelt sein, wonach sich seine Spur verlor – das Blatt erschien jedoch bis Mitte 1929. Und auch die Angriffe auf Konovaléc, der darin kontrafaktisch als polenfreundlicher Opportunist dargestellt wurde, und auf Jary sprechen eher gegen eine Randfigur der Szene.<sup>386</sup> Knyš interpretierte die persönlichen Angriffe ideologisch als Ausfluß einer »bolschewistischen Taktik«, die die Welt in einer Dichotomie von »fortschrittlich« und »konterrevolutionär« sehe, er bezog persönliche Motive nicht ein und geriet u. E. damit in argumentative Schwierigkeiten.<sup>387</sup>

Daß in emotionalem Ton auf den Tod von Ol'ha Basarab hingewiesen wurde, mag auch signifikant gewesen sein. Dumin hatte ja zu ihr ein besonderes Verhältnis: Sie war wegen seiner Aktivitäten umgekommen. Und noch 1941/42 ging ihm ihr Tod nahe: Als sich sein anonym gebliebener Bekannter als Neffe Ol'ha Basarabs outete, »wurde er verlegen, und er hat sich irgendwie für ihre Verhaftung und ihren späteren Tod zu

<sup>383</sup> Sowohl bei Petro Mirčuk (OUN-B) als auch bei Zynovij Knyš, dem produktivsten Chronisten der OUN-M, muß stets berücksichtigt werden, daß beide Anhänger des UVO/OUN-Terrors waren und ihre Werke eher Quellencharakter besitzen. Knyš war in den 1920er Jahren für die »Expropriationen« in der UVO-Führung zuständig, 1930 unter dem Pseudonym »Rens« ihr Kampfreferent und führte selber eine »Kampfgruppe«. Er erhielt im Zusammenhang mit dem Überfall auf ein Postfuhrwerk im Juli 1930 6 Jahre Gefängnis; in diesem Prozeß wurden auch Kravcic und Pelenskyj verurteilt (Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 151, 244-246).

<sup>384</sup> Der Bericht des polnischen Innenministeriums über UVO und OUN von 1933 nennt als Führer der ZUNRO einen »gewissen Dumin« (MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 11).

<sup>385</sup> »Sehr langsam, zufällig und nebenbei, in Bemerkungen und Kommentaren zu laufenden politischen Ereignissen schob ZUNRO ihre bolschewistischen Hörner heraus [...]«; Knyš, *ZUNRO*. S. 127.

<sup>386</sup> Vgl. ebd., S. 42-43, 96-98, 100-102.

<sup>387</sup> Ebd., S. 97.

tete die Anklage 1927/28 zwar, es habe sich um eine ZUNRO-Gruppe gehandelt, die auf Befehl aus Berlin im Mai 1927 begonnen habe, Sabotageakte an Telegraphenlinien und Brandanschläge gegen polnische Neusiedler zu begehen. Aber war das wirklich so? Knyš vermerkte auch, es sei in der Anklage eher um Spionage für eine fremde Macht als um ZUNRO gegangen. Ein Angeklagter in einem anderen Prozess gab später an, sein Verteidiger habe ihm geraten, sich lieber zur unbekanntem ZUNRO als zu der für ihren Terror berüchtigten UVO zu bekennen.<sup>398</sup> Anders als bei anderen Untergrundgruppen gab es auch später keine »Veteranen«, und aus den von Knyš gesammelten Erinnerungen von Menschen, die mit ZUNRO-Repräsentanten zusammengetroffen sein wollten, wird nichts klarer.<sup>399</sup> So ist durchaus möglich, daß die ZUNRO nur eine Kopfgeburt Dumins und der Sowjetvertretung in Deutschland war, die im Siedlungsgebiet der Ukrainer Polens weder eine Basis noch überhaupt Mitglieder hatte.

Polen interessierten sich naturgemäß für die Berliner Kontakte der UVO, die ja gegen sie gerichtet waren. Die polnische Gesandtschaft in Berlin berichtete nach Warschau, daß die Ukrainer in Berlin Kontakte zu deutschen Militärorganisationen und zu den Sowjets unterhielten. Aus der polnischen Perspektive ließen sich Petruševyč, UVO und Sowjets 1925 offenbar nicht deutlich auseinanderhalten. Der Bericht enthielt Informationen über den Transfer amerikanischer Emigrantengelder, die Zusammenarbeit mit Kommunisten in Galizien und die angebliche Aufstellung einer Kampfseinheit jenseits des Zbruč. Die finanzielle Unterstützung durch Deutsche und Bol'seviki hielt man für unbedeutend. Auf die Frage, ob die Reichswehr an ihren Unteroffizierschulen Kurse für die ukrainischen Kämpfer veranstalte, gab es keine Antwort.<sup>400</sup>

Osy Dumin verließ die Konovaléc-UVO wohl im März 1926. Sein Rivale Riko Jary übernahm das »Aufklärungsreferat«.<sup>401</sup> Dumin hielt jedoch die Verbindung zur Abwehr. Für sie verfaßte vermutlich er im Mai 1926 eine längere Denkschrift über die UVO, mit der er vor allem Konovaléc schaden wollte.<sup>402</sup> Der Verfasser der Denkschrift

<sup>398</sup> Mychajlo Bažan'skyj, »Počatky UVO na Pokuti«, in: Bojko, Jevhen Konovaléc, S. 316-327, hier S. 322; Knyš, ZUNRO, S. 163, 169, 179-180.

<sup>399</sup> Vgl. etwa ebd., S. 157-162.

<sup>400</sup> Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 28.2.1925; Antwort, undat. [nach dem 5. 9. 1925], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl.78-80.

<sup>401</sup> Kučeruk, »Rozvidka«, S. 122. In den Berichten über die UVO-Konferenz im Sommer 1926 kommt Dumin nicht mehr vor.

<sup>402</sup> Osip Dumin, »Prawda o ukraińskej organizaciji wojskowej« (1926), Zeszyty Historyczne, Paris, H. 30, 1974, S. 103-137. Kedryn attestierte der Denkschrift einzig die Absicht, Konovaléc »in den Augen der deutschen politischen und militärischen Kreise zu diskreditieren«, hält sie darüber hinaus auch noch – wohl zu Unrecht – für eine sowjetische Teilfälschung (Ivan Kedryn, Żyttja – podii – ljudy. New York 1976, S. 105). Quellenkritisch überzeugend wies Motyl darauf hin, daß diese Denkschrift vielleicht nicht unbedingt in bezug auf UVO-Interna verläßlich sei, wohl aber hinsichtlich der Zusammenarbeit der UVO mit den Deutschen und der finanziellen Förderung, da ja schließlich die Empfänger wußten, welche Kontakte sie hatten (Vgl. Motyl, Turn, S. 122-123, 186). Kedryn wiederum kam zum gegenteiligen Schluß und hielt gerade die Aussagen über die inneren Beziehungen in der UVO für »glaubwürdig« (Kedryn, Żyttja, S. 104). – Eine deutsche Dauerfinanzierung (»wenngleich zunächst in bescheidener Höhe«) der UVO hat es nach der Denkschrift ab Herbst 1924 gegeben. Bis dahin habe Konovaléc von Litauen und den Sowjets (über Petruševyč) kleinere Geldbeträge erhalten. Erst nachdem die Deutschen zu zahlen begonnen hätten, habe Konovaléc Petruševyč seine Verbindung mit den Kommunisten vorgeworfen (vgl. Dumin, »Prawda«, S. 108, 109, 113, 128).



nannte Konovaléc polonophil und inaktiv.<sup>403</sup> Seine Mittel seien zunächst von den Sowjets, dann von den Deutschen gekommen. Dabei sei die von Dumin geleitete Aufklärungsabteilung der einzige Teil der UVO gewesen, der überhaupt existiert habe. Die Denkschrift warf Konovaléc und anderen UVO-Führern vor, ausschließlich an deutschem und litauischem Geld interessiert gewesen zu sein und dafür den Förderern eine funktionierende Organisation vorgespielt zu haben. 1924 habe die ganze UVO aus 20 Mitgliedern bestanden, den Deutschen seien 1926 völlig unfähige Ukrainer zur Ausbildung untergeschoben worden. Dumin habe einen anderen UVO-Führer – Jurevyč, nicht Jary – der Unterschlagung bezichtigt, eine Kassenprüfung habe dann aber nicht stattgefunden, und am 25. März 1926 habe Konovaléc Dumin mitgeteilt, die Leitung der UVO habe ihn seiner Ämter enthoben.<sup>404</sup>

Auch die UVO-freundliche Historiographie konnte über die Krise in der Organisation nicht hinweggehen, verharmloste sie aber. Knyš schrieb 1951:

»Die national-revolutionäre Bewegung traf in dieser Zeit auf große nicht nur äußere, sondern auch innerukrainische Schwierigkeiten. Jedoch erstarb und verstummte sie nicht, sondern grupperte nur ihre Kräfte um und verbreiterte die Basis ihrer Handlungen von einer rein militärischen auf eine politische.«<sup>405</sup>

Da der Denkschrift-Text offenbar von Dumin stammte, lassen sich mit seiner Hilfe Abweichungen gegenüber den kolportierten Äußerungen aus dem Zweiten Weltkrieg ermitteln. Dabei erscheint folgendes Bild plausibel:

- Wie bereits ausgeführt, durchschritt die UVO nach ihrem Aktionismus der frühen 1920er Jahre eine Talsohle, da ihr die Mittel ausgingen und einige ihrer Funktionäre (darin ist Dumin nicht zu widersprechen) mehr an Geld als an Politik interessiert waren.
- Ob dies bedeuten muß, daß es die UVO bis auf Dumins Aufklärungsabteilung nicht mehr gab, sei dahingestellt. Jedenfalls gelang es bald, sie über die »Jugendarbeit« wiederzubeleben.
- Die Konovaléc-UVO brach 1926 die Kontakte zu Dumin ab.
- Durch die Denkschrift versuchte Dumin bei der Reichswehr, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Illoyalität auszuräumen und der Abwehr die Augen über die Inaktivität der UVO zu öffnen, um mit seiner »einzig funktionierenden« Abteilung an deren Stelle zu treten.
- Allem Anschein nach kreierte er dafür das von der ZUNR und den Sowjets finanzierte Phantom ZUNRO, das jedoch niemals reussierte und schließlich der wiederbelebten UVO weichen mußte.

<sup>403</sup> Vermutlich ist dies auch die Grundlage für die sowjetische Behauptung, UVO und OUN hätten auch im Dienst des polnischen Geheimdienstes gestanden. Zwar gab es dort Personen, die die Polen informiert haben, jedoch lag dies ganz gewiß nicht im Interesse der OUN (Vgl. Čerednyčenko, Nacionalizm, S. 63-65).

<sup>404</sup> Dumin, »Prawda«, S. 103-137. Eine Kritik an der Denkschrift leistete Ivan Kedryn. Die Behauptung, daß der vermögende Dmytro Levyčkyj Geld über Konovaléc erhalten haben soll, hielt er für »einfach idiotisch«; Levyčkyj soll vielmehr immer wieder in Karlsbad, wo er sich mit Konovaléc zu treffen pflegte, diesen beschworen haben, die Verbindungen zu fremden Geheimdiensten einzustellen (Vgl. Kedryn, Žyttja, S. 104-105).

<sup>405</sup> Knyš, Duch, S. 28-29.

tete die Anklage 1927/28 zwar, es habe sich um eine ZUNRO-Gruppe gehandelt, die auf Befehl aus Berlin im Mai 1927 begonnen habe, Sabotageakte an Telegraphenlinien und Brandanschläge gegen polnische Neusiedler zu begehen. Aber war das wirklich so? Knyš vermerkte auch, es sei in der Anklage eher um Spionage für eine fremde Macht als um ZUNRO gegangen. Ein Angeklagter in einem anderen Prozess gab später an, sein Verteidiger habe ihm geraten, sich lieber zur unbekanntem ZUNRO als zu der für ihren Terror berühmten UVO zu bekennen.<sup>398</sup> Anders als bei anderen Untergrundgruppen gab es auch später keine »Veteranen«, und aus den von Knyš gesammelten Erinnerungen von Menschen, die mit ZUNRO-Repräsentanten zusammengetroffen sein wollten, wird nichts klarer.<sup>399</sup> So ist durchaus möglich, daß die ZUNRO nur eine Kopfgeburt Dumins und der Sowjetvertretung in Deutschland war, die im Siedlungsgebiet der Ukrainer Polens weder eine Basis noch überhaupt Mitglieder hatte.

Polen interessierten sich naturgemäß für die Berliner Kontakte der UVO, die ja gegen sie gerichtet waren. Die polnische Gesandtschaft in Berlin berichtete nach Warschau, daß die Ukrainer in Berlin Kontakte zu deutschen Militärorganisationen und zu den Sowjets unterhielten. Aus der polnischen Perspektive ließen sich Petruševyč, UVO und Sowjets 1925 offenbar nicht deutlich auseinanderhalten. Der Bericht enthielt Informationen über den Transfer amerikanischer Emigrantengelder, die Zusammenarbeit mit Kommunisten in Galizien und die angebliche Aufstellung einer Kampf Einheit jenseits des Zbruč. Die finanzielle Unterstützung durch Deutsche und Bol'seviki hielt man für unbedeutend. Auf die Frage, ob die Reichswehr an ihren Unteroffizierschulen Kurse für die ukrainischen Kämpfer veranstalte, gab es keine Antwort.<sup>400</sup>

Osyp Dumin verließ die Konovalč-UVO wohl im März 1926. Sein Rivale Riko Jary übernahm das »Aufklärungsreferat«.<sup>401</sup> Dumin hielt jedoch die Verbindung zur Abwehr. Für sie verfaßte vermutlich er im Mai 1926 eine längere Denkschrift über die UVO, mit der er vor allem Konovalč schaden wollte.<sup>402</sup> Der Verfasser der Denkschrift

<sup>398</sup> Mychajlo Bažanškyj, »Počatky UVO na Pokuttii«, in: Bojko, Jevhen Konovalč, S. 316-327, hier S. 322; Knyš, ZUNRO, S. 163, 169, 179-180.

<sup>399</sup> Vgl. etwa ebd., S. 157-162.

<sup>400</sup> Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 28.2.1925; Antwort, undat. [nach dem 5. 9. 1925], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl.78-80.

<sup>401</sup> Kučeruk, »Rozvidka«, S. 122. In den Berichten über die UVO-Konferenz im Sommer 1926 kommt Dumin nicht mehr vor.

<sup>402</sup> Osip Dumin, »Prawda o ukraińskiej organizacji wojskowej« (1926), Zeszyty Historyczne, Paris, H. 30, 1974, S. 103-137. Kedryn attestierte der Denkschrift einzig die Absicht, Konovalč »in den Augen der deutschen politischen und militärischen Kreise zu diskreditieren«, hält sie darüber hinaus auch noch – wohl zu Unrecht – für eine sowjetische Teilfälschung (Ivan Kedryn, Żyttja – podii – ljudy. New York 1976, S. 105). Quellenkritisch überzeugend wies Motyl darauf hin, daß diese Denkschrift vielleicht nicht unbedingt in bezug auf UVO-Interna verläßlich sei, wohl aber hinsichtlich der Zusammenarbeit der UVO mit den Deutschen und der finanziellen Förderung, da ja schließlich die Empfänger wußten, welche Kontakte sie hatten (Vgl. Motyl, Turn, S. 122-123, 186). Kedryn wiederum kam zum gegenteiligen Schluß und hielt gerade die Aussagen über die inneren Beziehungen in der UVO für »glaubwürdig« (Kedryn, Żyttja, S. 104). – Eine deutsche Dauerfinanzierung (»wengleich zunächst in bescheidener Höhe«) der UVO hat es nach der Denkschrift ab Herbst 1924 gegeben. Bis dahin habe Konovalč von Litauen und den Sowjets (über Petruševyč) kleinere Geldbeträge erhalten. Erst nachdem die Deutschen zu zahlen begonnen hätten, habe Konovalč Petruševyč seine Verbindung mit den Kommunisten vorgeworfen (vgl. Dumin, »Prawda«, S. 108, 109, 113, 128).

nannte Konovaléc polonophil und inaktiv.<sup>403</sup> Seine Mittel seien zunächst von den Sowjets, dann von den Deutschen gekommen. Dabei sei die von Dumin geleitete Aufklärungsabteilung der einzige Teil der UVO gewesen, der überhaupt existiert habe. Die Denkschrift warf Konovaléc und anderen UVO-Führern vor, ausschließlich an deutschem und litauischem Geld interessiert gewesen zu sein und dafür den Förderern eine funktionierende Organisation vorgespielt zu haben. 1924 habe die ganze UVO aus 20 Mitgliedern bestanden, den Deutschen seien 1926 völlig unfähige Ukrainer zur Ausbildung untergeschoben worden. Dumin habe einen anderen UVO-Führer – Jurvyč, nicht Jary – der Unterschlagung bezichtigt, eine Kassenprüfung habe dann aber nicht stattgefunden, und am 25. März 1926 habe Konovaléc Dumin mitgeteilt, die Leitung der UVO habe ihn seiner Ämter enthoben.<sup>404</sup>

Auch die UVO-freundliche Historiographie konnte über die Krise in der Organisation nicht hinweggehen, verharmloste sie aber. Knyš schrieb 1951:

»Die national-revolutionäre Bewegung traf in dieser Zeit auf große nicht nur äußere, sondern auch innerukrainische Schwierigkeiten. Jedoch erstarb und verstummte sie nicht, sondern grupperte nur ihre Kräfte um und verbreiterte die Basis ihrer Handlungen von einer rein militärischen auf eine politische.«<sup>405</sup>

Da der Denkschrift-Text offenbar von Dumin stammte, lassen sich mit seiner Hilfe Abweichungen gegenüber den kolportierten Äußerungen aus dem Zweiten Weltkrieg ermitteln. Dabei erscheint folgendes Bild plausibel:

- Wie bereits ausgeführt, durchschritt die UVO nach ihrem Aktionismus der frühen 1920er Jahre eine Talsohle, da ihr die Mittel ausgingen und einige ihrer Funktionäre (darin ist Dumin nicht zu widersprechen) mehr an Geld als an Politik interessiert waren.
- Ob dies bedeuten muß, daß es die UVO bis auf Dumins Aufklärungsabteilung nicht mehr gab, sei dahingestellt. Jedenfalls gelang es bald, sie über die »Jugendarbeit« wiederzubeleben.
- Die Konovaléc-UVO brach 1926 die Kontakte zu Dumin ab.
- Durch die Denkschrift versuchte Dumin bei der Reichswehr, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Illoyalität auszuräumen und der Abwehr die Augen über die Inaktivität der UVO zu öffnen, um mit seiner »einzig funktionierenden« Abteilung an deren Stelle zu treten.
- Allem Anschein nach kreierte er dafür das von der ZUNR und den Sowjets finanzierte Phantom ZUNRO, das jedoch niemals reussierte und schließlich der wiederbelebten UVO weichen mußte.

<sup>403</sup> Vermutlich ist dies auch die Grundlage für die sowjetische Behauptung, UVO und OUN hätten auch im Dienst des polnischen Geheimdienstes gestanden. Zwar gab es dort Personen, die die Polen informiert haben, jedoch lag dies ganz gewiß nicht im Interesse der OUN (Vgl. Čerednyčenko, *Nacionalizm*, S. 63-65).

<sup>404</sup> Dumin, »Prawda«, S.103-137. Eine Kritik an der Denkschrift leistete Ivan Kedryn. Die Behauptung, daß der vermögende Dmytro Levyčkyj Geld über Konovaléc erhalten haben soll, hielt er für »einfach idiotisch«; Levyčkyj soll vielmehr immer wieder in Karlsbad, wo er sich mit Konovaléc zu treffen pflegte, diesen beschworen haben, die Verbindungen zu fremden Geheimdiensten einzustellen (Vgl. Kedryn, *Žyttja*, S. 104-105).

<sup>405</sup> Knyš, *Duch*, S. 28-29.

- Die Deutschen gingen nicht wirklich auf Dumins Argumente ein, aber sie hielten ihn für interessant genug, um ihn in Königsberg schwach alimentiert aufzubewahren, bis sie ihn wieder brauchen würden.
- Vielleicht wirkte Dumins Text bei der Entscheidung von 1928 mit, die UVO-Förderung einzustellen.

Diese vielleicht verwirrende Darstellung enthält etwas von der tatsächlichen Lage im deutsch-ukrainischen Verhältnis. Da immer auch eine Geheimdienst-Perspektive mitbezogen war, haftete den Narrationen der Hauch von Konspiration, Verschwörungstheorie, Desinformation und mehr oder weniger intelligenter Konstruktion an, der diesem Milieu eigen ist.

Die Denkschrift entfaltete wenn nicht 1926 oder 1928, dann 1934 Wirkung. Wieder ging es um den Abbruch der Beziehungen zur UVO: Ein anonymer deutscher nachrichtendienstlicher Bericht über die UVO-Geschichte stützte sich zur Darstellung der Zeit bis 1926 auf sie. Dumin wurde als positiver Held mit Konovaléc kontrastiert, dem man vorwarf, das UVO-Netz in Polen sei fiktiv gewesen, er selber ein Petljura-Anhänger und er habe mit der Sowjetunion zusammengearbeitet; die ganze UVO sei ein Abgrund von »Korruption und Hochstapelei«. Als Dumin die Deutschen hierüber habe aufklären wollen, hätten die jedoch Jary geglaubt, weshalb Dumin selber nun »ärmlich in Königsberg« lebe.<sup>406</sup> Wahrscheinlich kam auch dieser Bericht von Dumin.

Tatsächlich ließ sich Dumin nach seinem Bruch mit Konovaléc in Königsberg nieder und arbeitete dort mit der deutschen Abwehr weiter zusammen. Offiziell war er beim Institut für Rußlandkunde (später: Institut zum Studium Osteuropas) angestellt. Dort führte er »Übersetzungsaufträge im Kampf mit dem bolschewistischen Spionagenetz und der Terrorismus- und Sabotagearbeit der Kommunisten« aus.<sup>407</sup> Er publizierte ganz legal im polnischen Lemberg. Im Zweiten Weltkrieg wurde er in das Ostministerium Rosenbergs berufen.

Die Abwehr blieb aber auch mit Konovaléc in Verbindung, wie auch die Zentrale der UVO in Berlin blieb. Besucher aus Polen konnten ohne polizeiliche Anmeldung in der Pension von Frau Simon (Werftstraße 10, Tiergarten) übernachten.<sup>408</sup> Die konspirative Zentrale der UVO war in der Charlottenburger Droysenstrasse (Telephon Steinplatz 10009).<sup>409</sup> Konovaléc wohnte mit Frau Ol'ha geb. Fedak und Sohn Jurko in einer möblierten Grunewalder Wohnung am Hohenzollerndamm. Martynec beschrieb die Lebensweise als »gemütlich«, an Sonntagen unternahm die UVO-Führungsgruppe – zu der auch Riko Jary, der Geistliche Petro Verhun, Sydir Čučman und Omeljan Senyk gehörten – Spaziergänge in die Umgebung und kehrte in Weinstuben ein.<sup>410</sup> Vielleicht war es diese Unbekümmertheit, während es in Polen Tote gab, die Dumin abstieß.

Die Information über die engen Kontakte zwischen dem unierten Geistlichen Verhun und der UVO-Spitze ist recht wichtig, weil sie zu einem sehr frühen Zeitpunkt

<sup>406</sup> »Bericht über die Verhältnisse in der »Ukrainischen Kampf-Organisation«, undat. [Juli 1934], BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 110-111.

<sup>407</sup> Knyš, ZUNRO, S. 242-243.

<sup>408</sup> Vgl. Volodymyr Martynec, *Ukrainske pidpillja*, S. 177.

<sup>409</sup> Vgl. ebd., S. 179.

<sup>410</sup> Vgl. ebd., S. 183.

von einer Verbindung von Kirche und den radikalen Terroristen handelt, die in Galizien noch nicht so deutlich war und von der Emigration häufig als klassische Verleumdung der Sowjetpropaganda abgetan wird.<sup>411</sup> Propaganda gab es natürlich auch: So behauptete etwa Dmytruk, Metropolit Šeptyčkyj habe mit Verhuns Hilfe Konovalč und Mel'nyk »zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Hitleristen ermuntert«. Was davon nicht frei erfunden war, stützte sich auf tatsächliche oder fiktive, jedenfalls aber erzwungene Aussagen Verhuns, der 1945 in die Sowjetunion deportiert wurde, wo er 1957 starb. Aber selbst in den Protokollen steht nur der allgemeine Satz »Mir ist bekannt, daß Šeptyčkyj die Verbindung der Nationalisten mit den deutschen Organen lobte«.<sup>412</sup>

Die sowjetischen Desinformationsdienste und Jarys Gegner waren sich auch darin einig, daß die UVO am 6. Juli 1926 begonnen habe, ihre Dienste für die deutsche Abwehr auch auf die UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Canada und die USA auszudehnen. Von deutscher Seite ist hierüber nichts bekannt geworden. Auf einer Sitzung soll an diesem Tage nur beschlossen worden sein, die »Aufklärung« nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu betreiben.<sup>413</sup> Ebenso ist eine behauptete Zusammenarbeit zwischen Groener und der OUN recht unwahrscheinlich. Mit der OUN standen die Abwehroffiziere Gemppe und Hauptmann Weiss von der 1. Infanteriedivision in Ostpreußen in Kontakt, nicht aber Groener, der sich stets für Skoropadskyj und seine Richtung eingesetzt hatte. Aber für die Sowjets war die Einbeziehung des sowjetfeindlichen Groener nur ein Element der Vereinheitlichung des Gegners.<sup>414</sup> Kučeruk führte auf der Basis eines nur unvollkommen angemerkten Dokuments an, von 1926 an habe das Auswärtige Amt Konovalč für den Aufbau der UVO monatlich 10.000 Mark gezahlt und man habe vorgehabt, diesen Betrag auf 25.-50.000 zu erhöhen.<sup>415</sup>

Neben dem Reich und Litauen war die Freie Stadt Danzig für eine Spionageorganisation wegen ihrer offenen Grenze zu Polen und der polenfeindlichen Einstellung ihrer deutschen Mehrheitsbevölkerung eine weitere ideale Basis. Martyneč zitierte Ingenieur Kizjuk, den Petruševyč zu seinem »Konsul« in der Stadt ernannt hatte, mit den Worten »Etwas Schöneres konnte man nicht erhoffen«.<sup>416</sup> Die Stadt war als UVO-

<sup>411</sup> Vgl. etwa die durchaus zutreffende Charakterisierung Verhuns als »Spitzenaktivist der OUN in Deutschland« (Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w polityce III Rzeczy (1933-1945)*. Warszawa 1972, S. 116).

<sup>412</sup> Klym Je. Dmytruk, *Pid štandartamy reakcii i fašyzmu*. Kyiv 1976, S. 44.

<sup>413</sup> Erinnerungen des Danziger UVO-Mitglieds P. Zaboločkyj, nach Kučeruk, *Ryko Jaryj*, S. 53.

<sup>414</sup> Vgl. Čerednyčenko, *Nacionalizm*, S. 46, kritiklos übernommen von Dmytro Vjedjenjejev, »Zarodžennja special'nych služb ruchu ukraińskich nacionalistiv (1920-1930 rr.)«, *Pam'jat' stolit'* 2001, H. 4, S. 109-116, hier S. 111-112. – Da 1937 in der UdSSR die Phobie gegenüber japanischen Spionen umging, ist die Information, Konovalč und seine nächsten militärischen Mitarbeiter hätten sich in Wien im Hotel Bristol im August 1937 mit japanischen Diplomaten und Militärs getroffen, vielleicht ein Produkt der Desinformation. Aber es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die OUN über Japan Kontakte zu ukrainischen Emigranten in der Mandschurei herstellen oder anti-sowjetische Verbündete gewinnen wollte (DA SBU, Fond 16, Op. 30, Akte 131, Bl. 207; Vjedjenjejev, »Zarodžennja«, S. 114). 1938/39 gab es solche Kontakte tatsächlich. Ein in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähntes Treffen mit dem Abwehrchef Walter Nicolai ist wohl ebenfalls fiktiv. Nicolai war längst pensioniert (Vgl. Topol', »Viza na ubijstvo«, S. 56).

<sup>415</sup> Vgl. Čerednyčenko, *Nacionalizm*, S. 46; »KO 31896«, Kučeruk, »Rozvidka«, S. 123.

<sup>416</sup> »Kraščoho ne možna bulo bažaty« (Martyneč, *Ukraińske pidpillja*, S. 59).

Drehscheibe sehr geeignet: Den paramilitärischen »Heimatdienst« kommandierte mit Dr. Wagner ein Gymnasiallehrer aus Bromberg, den die Polen wegen einer polenfeindlichen Broschüre in Haft genommen hatten. Er wurde zu einem »Verbindungsmann sui generis« (svojeridnym zv'jazkovym), half bei der Ausstellung von Ausweisen für UVO-Angehörige und bei der Visumerteilung für Deutschland. Wagner vermittelte Kontakte zum Senatspräsidenten Heinrich Sahn (1877-1939).<sup>417</sup> Die UVO ließ ihren Nachwuchs aus Polen vom Heimatdienst militärisch ausbilden. Formal waren die UVO-Abgesandten Studenten der Danziger Technischen Hochschule, wo sie 1924 die Studentenverbindung »Zarevo« gründeten, die als UVO- und später als OUN-Deckadresse galt.<sup>418</sup> Mirčuk gab für einen Halbjahreskurs 1925/26 immerhin 110 Absolventen an. Ab 1927 vertrat die UVO dann Andrij Fedyna.<sup>419</sup> Da Litauen seit der polnischen Annexion Wilnas in erbitterter Feindschaft zu Polen stand, fanden die UVO-Leute auch in Kaunas Empfänger für ihre Spionageberichte und Unterstützer. Ivan Revjuk und später Mychajlo (?) Soroka (1911-1971) leiteten das UVO-Büro in der Gediminas-Str. 10 und hielten die Verbindung nach Berlin aufrecht.

Die kontinuierliche Ausbildung von Ukrainern durch Deutsche in Berlin, Ostpreußen und Danzig von 1924 bis 1928 ist belegt – auch, daß einer der Absolventen der spätere UPA-Führer Roman Šucevyč gewesen sei. Noch 1928 lieferten die Deutschen der UVO Handfeuerwaffen.<sup>420</sup>

Im Sommer 1927 fand in Berlin eine Veranstaltung der UVO statt, von der wir vor allem aus den Berichten der Teilnehmer Volodymyr Janiv (1908-1991) und Jevhen Vrečona (1905-1975) genauere Kenntnis haben. Beide wurden als Abgesandte der ukrainischen Pfadfinder-Organisation aus Galizien nach Berlin geschickt. Getarnt war der Lehrgang als Sportausbildung für Jugendgruppen, dabei ging es in Wirklichkeit um die Nachwuchsausbildung für die UVO-Terroristen.<sup>421</sup> Janiv berichtete über die Ausbildung in Konspiration, Kampftechnik, Militärtechnik (Waffen und Sprengmaterial) und Partisanenkampf. Die UVO wollte so den Generationenabstand überbrücken. Nicht ohne deutsche Hilfe – nach Janiv erklärte auf einer der Eröffnungssitzungen ein nicht identifizierter deutscher Offizier (»jakyś oficer v uniformi«) den versammelten UVO-Abgesandten: »Wir haben als zwei Völker einen gemeinsamen Feind [Polen], daher sind wir Freunde«. Die Reaktion des späteren Philosophen und Rektors der Ukrainischen Freien Universität in München: »Diese brutale Bestimmung der ›Freundschaft‹ hat mir gefallen, weil sie Ehrlichkeit atmete und so eine gewisse Gewähr der Beständigkeit besaß, was man niemals über sentimentale Liebesversicherungen sagen kann«. <sup>422</sup>

Daneben bot die Führung der UVO den Auszubildenden eine ideologische und politische Standortbestimmung. Vasyľ Kučab'skyj lieferte eine »plastisch vorgetragene historische Synthese«, andere Referenten hielten ideologische Vorträge und berichteten über die Lage im Südosten Polens. Dazwischen wurden auch Aktionen in den »westukrainischen Gebieten« beraten, und Roman Suško wurde zum Landeskommandanten bestimmt.

<sup>417</sup> Ebd., S. 59-60.

<sup>418</sup> Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 45.

<sup>419</sup> Mirčuk, Narys, S. 33-34.

<sup>420</sup> Vjedjenjejev, »Zarodžennja«, S. 112-113; Kučeruk, »Rozvidka«, S. 126; Knyš, ZUNRO, S. 249.

<sup>421</sup> Vgl. auch Ljubomyr Hirnjak, Na stežkach istoryčnych podij. New York 1979, S. 72.

<sup>422</sup> Volodymyr Janiv, »Zustrič z polk. Jevhenom Konoval'cem na tli nastroiv doby«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konoval'ec ta joho doba. München 1974, S. 426-465, hier S. 434-435.

Vrećona und Janiv trugen bei dieser Gelegenheit dazu bei, daß Kučabškyjs Auftritt seine letzte Handlung für die UVO war. Kučabškyj verbreitete nämlich, seit dem Aufstand gegen den Het'man 1918 sei die Nationalbewegung auf einem falschen Weg. Er warnte davor, in Illegalität, Konspiration und Revolution eine Lösung des ukrainischen Problems zu suchen. Nach Janiv – Vrećona verschwieg diesen Aspekt dezent – ging Kučabškyj noch weiter: Er warnte die beiden davor, daß »man uns zwei in die Aufklärungsarbeit zugunsten der Deutschen hineinziehen wolle«. Janiv hielt Kučabškyj zugute, er habe verhindern wollen, daß intellektuell vielversprechende Jugendliche verheizt würden, und »in uns den Nachwuchs des wissenschaftlichen Kaders« sehen wollen. Damit hatte er sich jedoch die falschen Partner gesucht. Janiv und Vrećona waren so überzeugt, daß ein »Aufstand« der beste Weg sei, die Ukraine zu befreien, daß sie ihren Gesprächspartner bei Konovaléc denunzierten. Dieser bestärkte sie einerseits darin, daß man die jungen Intellektuellen für etwas Sinnvolleres verwenden könne als für »Exe« (Expropriationen) oder Attentate, von denen die galizische Jugend schwärmte, und gewann zwei Bewunderer.<sup>423</sup> Kučabškyjs Handlung nannte er aber auch einen »Aufruf zur Desertion«.<sup>424</sup> Dessen UVO-Karriere war nun zu Ende, und Kučabškyj trat vollends zu der intellektuellen operierenden Skoropadškyj-Gruppe über.

Die Warnungen Kučabškyjs vor dem Spionageinsatz waren nicht nur begründet, die Spionage für die Deutschen war geradezu die Existenzgrundlage der UVO geworden. Janivs und Vrećonas Reaktionen kann man als erste Anzeichen einer Radikalisierung der Jugend und des Generationenkonflikts in der Bewegung werten.

Die Zusammenarbeit mit Deutschland und Litauen bildete sich auch in der Publizistik ab. 1924 entstand in Berlin als UVO-Außenpropagandaorgan in Verbindung mit litauischen Nationalisten die *Osteuropäische Korrespondenz* (OEK) unter der Schriftleitung von Vasyl' Kučabškyj, die Zenon Kuzelja übernahm, als sich Kučabškyj 1926 von der UVO trennte. Deutscher Redakteur und Korrektor war der junge Osteuropahistoriker Harald Laeuen (1902-1980), Redakteure waren ab 1929 Sydir Čučman und Riko Jary, der später die Korrespondenz ganz übernahm. Die Litauer verloren bald das Interesse an der Publikation, die daraufhin zu einer hauptsächlich ukrainischen Angelegenheit wurde.

Zenon Kuzelja (1882-1952) war mütterlicherseits mit dem Schriftsteller Bohdan Lepkyj (1872-1941) verwandt, hatte noch auf dem Gymnasium in Berežany einen Kreis der *Moloda Ukraïna* gegründet und von 1901 an in Wien Slavistik studiert. Nach Staatsexamen und Promotion 1906 war er Bibliothekar in Wien und Czernowitz gewesen. Als BBU-Organisator der »Gefangenenarbeit« in Salzwedel und als Redakteur der Gefangenenzeitschrift *Vil'ne Slovo* hatte er mit Deutschland seine ersten Erfahrungen gemacht und war nach der Auflösung der Lager in Berlin geblieben. Hier re-

<sup>423</sup> Vgl. ebd., S. 436-438. Janiv vermerkte, Kučabškyj habe ihnen noch vor dem Gespräch mit Konovaléc einen Brief geschrieben, in dem er ihnen vorwarf, sein Vertrauen mißbraucht zu haben. Nicht nur erwähnt Vrećona diesen Brief nicht, es ist auch nicht logisch nachvollziehbar, daß Kučabškyj diesen Brief vor dem Gespräch mit Konovaléc geschrieben haben sollte. Es dürfte sich entweder um einen Erinnerungsfehler Janivs handeln oder um einen wenig überzeugenden Versuch, sein denunziatorisches Handeln in einem besseren Licht darzustellen.

<sup>424</sup> Jevhen Vrećona, „Moï zustriči z polkovnykom“, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 466-481, hier S. 471.

digierte er die Zeitung *Ukrainske Slovo* und wurde dadurch auch eine Persönlichkeit der Berliner Presselandschaft – von 1930 bis 1936 war er Vorsitzender des die weniger wichtigen Auslandsjournalisten organisierenden Verbands Ausländischer Pressevertreter. Eine Zeitlang galt Kuzelja als Presseattaché der UNR-Vertretung. Nachdem die UNR-Repräsentation aufgelöst worden war, näherte er sich der Skoropadskyj-Gruppe und leitete ab 1924 die *Ukrainska Hromada* sowie einige Hilfskomitees. Dadurch gelangte er später zum UWI, aber er fühlte sich stets weniger als andere politisch gebunden, und er hatte keine Schwierigkeiten, auch in den nationalistischen Studentengruppen zu wirken.<sup>425</sup> Auf einem Photo, das eine der »Familienwanderungen« der UVO im Jahre 1927 (mit dem Piłsudski-Attentäter und Konovaléc-Schwager Stepan Fedak) zeigt, sind er und seine Frau unter den 11 abgebildeten Personen die einzigen, die keine formale Verbindung zur UVO hatten.<sup>426</sup> Bei der Einrichtung des UWI wurde er sogar als Petruševyč-Anhänger ausgewiesen.<sup>427</sup>

Mit der *Osteuropäischen Korrespondenz* übernahm Kuzelja auf die Bitte von Konovaléc eine UVO-Publikation, geriet also in unmittelbare Nähe zu den Nationalisten. In einem von Martyneč wiedergegebenen Bericht erklärte er, von der OEK-Redaktion aus auch die Geschäfte der *Ukrainska Hromada* und anderer Komitees, denen er vorstand, geführt zu haben.<sup>428</sup>

In der OEK fanden auch Paul Rohrbach und Axel Schmidt, deren eigenes Blatt gerade eingegangen war, ein Organ für ihre Thesen zur deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit. Major Graefe ließ die Publikation zu Vorzugsbedingungen in seiner Druckerei (Bernhard & Graefe) herstellen. Vertreter deutscher Minderheitengruppen in Polen wie der Sejm-Abgeordnete Kurt Graebe (1871-1952) waren nach Kuzelja ebenfalls an der Verbreitung negativer Nachrichten über Polen interessiert. Finanziert wurde die OEK durch die Presseabteilung des AA, während die UVO 2-300 Mark monatlich dazugab.<sup>429</sup>

Während die OEK in deutscher Sprache ukrainisch-nationale und vor allem antipolnische Positionen für Nicht-Ukrainer verbreitete, erschien ab Januar 1927 in Berlin mit *Surma* auch das ukrainische Organ der UVO, das unter anderen Omeljan Senyk und Volodymyr Martyneč redigierten. Konovaléc, Čučman und Jary gehörten zu den Autoren. Das Blatt sollte den Anschein erwecken, in Polen hergestellt zu werden. Tatsächlich wurde es auch bei Graefe in Berlin gedruckt. Nachdem in einem aufsehenerregenden Prozeß in Krakau 1927 über 30 UVO-Mitglieder der Spionage für Deutschland überführt worden waren, hielt es Konovaléc für angezeigt, die Kontakte zu Deutschland weniger visibel zu gestalten. Der Vorwurf, ukrainischer Nationalismus sei eigentlich ein deutsches Kunstprodukt, war ja niemals ganz erloschen. Die *Surma-*

<sup>425</sup> Vgl. Volodymyr Janiv, »Žytt'ovyj šljach Zenona Kuzeli«, in: Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli. Paris u. a. 1962, S. 4-14, S. 8; Roman Smal'-Stočkyj, »Spohady pro Zenona Kuzelju«, in: ebd., S. 44-51, hier S. 50; Roman Smyk, »Profesor Zenon Kuzelja – ljudyna, včenyj, hromadjanyj i patriot«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukrainci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 101-106.

<sup>426</sup> Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 467.

<sup>427</sup> Korostovec an AA, 5.5.1925, PAAA, Abt. VIB, Kunst und Wissenschaft Nr. 282, Die Errichtung wissenschaftlicher Institute für Ukrainer in Deutschland und umgekehrt, Bd. 1.

<sup>428</sup> Vgl. Martyneč, *Ukrainske pidpillja*, S. 192-194.

<sup>429</sup> Vgl. ebd., S. 192-193.



Produktion wurde 1928 nach Kaunas verlegt, aber redigiert wurde das Blatt bis 1934 in Berlin.<sup>430</sup>

Das wußte man in Polen wohl. Die Vorwürfe gegen den Landesleiter der UVO in Polen, Roman Suško, vom November 1928 faßten die polnischen Erkenntnisse über die UVO zusammen. Für die polnische politische Polizei war die UVO eine von Konovaléc von Berlin aus geleitete Organisation, deren Landesleiter Suško sich seit Frühjahr 1927 legal und unter Observation in Polen befand. Zwar sei Suško vorsichtig gewesen, seine illegale Tätigkeit stand für Polen jedoch fest. Zur Tarnung fungierte er als Generalsekretär der Ukrainischen Gesellschaft zur Invalidenfürsorge und der Ukrainischen Gesellschaft zur Pflege von Soldatengräbern, was mit seiner Herkunft aus der UHA vereinbar war. Der Vorsitzende dieser Gesellschaft war Dmytro Paliw. Die Politische Polizei bescheinigte der UVO, mit Erfolg die Jugend zu gewinnen. Ihre illegalen Zeitschriften schmuggle sie in Paketen zwischen legalen Ausgaben aus dem Ausland über Danzig ein, wobei die Sendungen zur Tarnung an Frauen adressiert würden, denen gegenüber man einen geringeren Verdacht erwartete.<sup>431</sup>

Die Abkühlung der Beziehungen zwischen Deutschland und der UVO erfolgte nicht zuletzt wegen des Vorwurfs aus deren eigenen Reihen, Konovaléc »opfere seine Leute deutschen Interessen«. In Polen gab es mit Julijan Holowinskyj, der 1925-1926 Landeskommmandeur der UVO war, durchaus einen Gegner einer allzu engen Bindung an Deutschland.<sup>432</sup> Nach Knyš war er es, der die Zusammenarbeit mit den Deutschen abbrechen ließ. Die »Aufklärungsarbeit« habe er zwar weiterführen, aber nur mehr eigenen Zielen dienstbar machen wollen. Damit wollte er die UVO davor bewahren, »zum Werkzeug in den Händen einer fremden Agentur zu werden«.<sup>433</sup> Aber auch Groener hatte wohl seine Hand im Spiel und wollte der von ihm favorisierten Het'man-Gruppe gegenüber der UVO Vorteile verschaffen. Die finanzielle Unterstützung der UVO wurde jedenfalls 1928 abgebaut, während »eine persönliche Verbindung [zu Konovaléc] bestehen blieb, um sich über die weitere Tätigkeit der Ukrainer orientieren zu können und im Bedarfsfall die Verbindung wieder aufzunehmen«, was dann 1932 auch geschah.<sup>434</sup> Damit wiederholte sich für die UVO, was der BBU in Österreich 1915 durchgemacht hatte.

In welchem Ausmaß Geld floß, ist schwer zu ermitteln. In sowjetischen Quellen ist von 2.000.000 Mark zwischen 1923 und 1928 die Rede, dazu noch von Waffen und Sprengstoff, der über Danzig zur Verfügung gestellt worden sei. Da aber die Informationen von Petro Koževnykiv stammten, der zwischen den Het'man-Anhängern und der OUN changierte und zudem (und offenbar zu recht) als Sowjetinformant verdäch-

<sup>430</sup> Vgl. Motyl, 'Turn, S. 122-125. Martyneć schrieb den Umzug vor allem technischen Gründen zu. Zwar habe man bei Graefe in einer angeblich unbekanntem Druckerei das Blatt herstellen können, aber die Setzer verstanden kein ukrainisch, und Martyneć mußte nach eigenen Angaben den Satz selber korrigieren. Beide Gründe mögen eine Rolle gespielt haben (Vgl. Martyneć, *Ukrainske pidpillja*, S. 196-197).

<sup>431</sup> Strafantrag an Staatsanwaltschaft Lwów, 27. 11. 1928, DALO, Fond 1, Op. 51, Akte 450, Bl. 26-44.

<sup>432</sup> Vgl. Kučeruk, »Rozvidka«, S. 126.

<sup>433</sup> Knyš, Duch, S. 93-96.

<sup>434</sup> an. [Major von Voss], Reichswehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19.11.1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 97-105, hier Bl. 98-99.

tigt wurde, sollte man diese Zahl mit größtmöglichem Mißtrauen betrachten.<sup>435</sup> Martyneč schrieb, 1928 seien alle Mitglieder der neugegründeten Führung der Ukrainischen Nationalisten materiell abgesichert gewesen und die UVO habe über ausreichend Mittel verfügt, um bis zum Eintreffen direkter Spenden die Kosten für ihre neue Zeitschrift *Rozbudova Nacii* zu kreditieren.<sup>436</sup>

Es gibt somit keinen unmittelbaren Widerspruch zwischen den divergierenden Darstellungen. Die UVO-Führer wußten genau, daß es in Deutschland unterschiedliche Gruppen gab, die verschiedene Ukrainer-Organisationen stützten. Daß sich Konovaléc unter diesen Umständen absichern wollte, ist verständlich. Daß Deutsche und Ukrainer gemeinsam gegen Polen standen, wurde politisch durch die Zusammenarbeit im Block Nationaler Minderheiten 1928 (auch hier war wieder Graebe aktiv) sichtbar, aber auch sonst haben die ukrainischen Nationalisten ihre Geldquellen nicht verheimlicht. Die in Galizien diskursiv nachweisbaren Hoffnungen auf deutschen (und dann auf Hitlers) Beistand wurden in dieser Zeit begründet.

Dies findet sogar eine gewisse Bestätigung in der UVO-Selbstdarstellung. Mirčuk zitierte eine in den 1920er Jahren erschienene Broschüre der Propagandaabteilung der UVO, mit der die eigene Programmatik unter den Mitgliedern popularisiert werden sollte. Darin stellte die UVO klar, daß »terroristische Aktivität nicht ihre *ausschließliche* Aufgabe« sei, sie bekannte sich jedoch damit zu ihr.<sup>437</sup> Man stritt zwar ab, eine »Aufklärungszentrale« zu sein, daneben hieß es aber: »Die UVO ist sich dessen bewußt, daß es nicht nur ihre Aufgabe, sondern die Pflicht ist, sich Verbündete zu suchen und unter den Völkern der Welt Propaganda zu betreiben, um eine entsprechende Basis und Sympathie in der Welt für den allgemeinen Aufstand des Ukrainischen Volkes zu schaffen«.

Diese Doppeldeutigkeit bedarf einer Klärung. Die UVO bereitete sich auf mehrere Möglichkeiten vor: auf einen »selbständigen Aufstand«, aber auch auf »den Fall eines Konflikts Polens mit seinen Nachbarn« oder den »Ausbruch des immer stärker heranreifenden Weltkonflikts«. Hierfür sollte »Kampfgeist« ausgebildet werden, für den »unberechtigte Hoffnungen auf fremde Hilfe, die bei uns seit längerer Zeit in Mode sind« »besonders gefährlich« seien. Was theoretisch für das deutsch-ukrainische Verhältnis gelten könnte, wurde aber gleich anders konkretisiert: Unter den kritisierten »Orientierungen« verstanden die Verfasser der Broschüre nur die Zusammenarbeit mit Polen bzw. den Bol'seviki. Erstere zu beseitigen rühmte sich die UVO (»Mehr als einer von ihnen kam durch die strafende Hand eines UVO-Mitglieds um, weil dies das schlimmste Geschwür auf dem Volksorganismus ist.«), letztere seien »noch gefährlicher«.<sup>438</sup> Die deutsche Seite kam nicht vor.

Anders ausgedrückt: Für den erwarteten Fall der Auseinandersetzung brauchte man Verbündete, auf die man weder verzichten konnte, noch sich ihnen in die Hand geben durfte. Independentismus war und blieb der höchste Wert, Terror eines seiner Instrumente. Ausgeschlossen war die Zusammenarbeit mit Polen und der UdSSR, wodurch

<sup>435</sup> Deržavnyj Archiv SBU, Fond 11, Akte 7449, Bl. 13, nach Vjedjenjejev, »Zarodžennja«, S. 112.

<sup>436</sup> Vgl. Martyneč, *Ukraińske pidpillja*, S. 216-217.

<sup>437</sup> »UVO ne stavyt' terorystyčnoj dijal'nosti jak *vyključnoho* svoho zavdannja«; zit. nach Mirčuk, *Narys*, S. 23.

<sup>438</sup> Zit. nach ebd., S. 23-24.

sich automatisch deren Gegner als mögliche Verbündete anboten. Aber Deutschland blieb erste Wahl.

## 9. DIE RÜCKKEHR

Die UVO stellte einen Übergang zwischen den Formationen der »ukrainischen Revolution« und denen des Zweiten Weltkriegs dar. Auch in den anderen politischen Milieus begann man nach 1923, sich von den Vorstellungen der Zeit des Ersten Weltkriegs zu lösen und auf eine neue historische Chance unter veränderten Bedingungen hinzuwirken.

Die Perspektivlosigkeit nach der Ostgalizien-Entscheidung vom März 1923 führte dazu, daß sich einige Independentisten mit der Zugehörigkeit ukrainischer Gebiete zu anderen Staaten zumindest äußerlich abfanden und in die sowjetischen oder polnischen Territorien zurückkehrten. Während die Rückkehrer in die Sowjetukraine sich politisch anpassen mußten und keine 10 Jahre später Opfer der Repressionen wurden, konnten Rückkehrer nach Galizien weiterhin aktiv bleiben, mit den Exil-Organisationen in Kontakt stehen und ins Ausland reisen. Die polnische Amnestie für Angehörige antipolnischer Armeen führte 1926, gerade als die tschechoslowakische Regierung ihre Förderung für die Ukrainer zurückschraubte, zu einer weiteren Welle der Remigration nach Polen.<sup>439</sup>

Der Entschluß zur Rückkehr wie zur Legalität erschien als Möglichkeit, sich weiterhin national zu engagieren. Als Beispiel mag der Metropolit Andrij Šeptyčkyj dienen, der 1921-1923 seiner Diözese fernblieb und im September 1923 – nicht zuletzt dem Druck des Vatikans nachgebend – nach Polen zurückkehrte. Er rief in einem Hirtenbrief dazu auf, sich in die staatliche Regelung zu fügen und gab am 4. Oktober 1923 während einer Audienz beim polnischen Staatspräsidenten eine Loyalitätserklärung ab. Selbst Kost' Levyčkyj, bisher Außenminister der ZUNR im Exil, blieb nicht bei Petruševyč, sondern kehrte nach Lemberg zurück.<sup>440</sup>

Im Februar 1921, als das Ukrainische Pressebüro in Bern geschlossen wurde, fuhr Doncov zunächst nach Wien, wohin auch seine Frau Marija gekommen war, nachdem die Kopenhagener Vertretung der UNR, in deren Handelsabteilung sie gearbeitet hatte, ihre Tätigkeit eingestellt hatte. Da Marija Doncova (1892-1978) aus Galizien stammte, gelang es den Doncovs mit Unterstützung Tyškevyčs und durch eine unmittelbare Eingabe an Józef Piłsudski die Genehmigung zum Umzug nach Lemberg zu erhalten.<sup>441</sup> Schon daraus wird deutlich, daß sich Doncov nicht als Gegner Polens präsentierte. Zudem hatte er sich in seinem in Wien 1921 erschienenen Buch pro-polnisch geäußert (s. S. 513).

Doncov gründete mit Samijlo Pidhirskyj (1888-1945) im April 1924 die Ukrainische Nationalistische Legion, die sich bald in Ukrainische Partei der Nationalen Arbeit

<sup>439</sup> Vgl. Stachiv, Kriz', S. 14.

<sup>440</sup> Vgl. Chojnowski, Koncepcje, S. 34; Papierzyńska-Turek, Sprawa ukraińska, S. 198-200.

<sup>441</sup> Vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 153.

(Ukraińska Partija Nacional'noï Roboty – UPNR)<sup>442</sup> umbenannte. Für ihre Anhänger stand das Kürzel intern für »Ukraińska Partija Nacional'noï Revoljucii«. In ihr agierten neben Doncov auch Dmytro Levyčkyj, Roman Suško, Dmytro Paliiv, Ivan Kedryn und dessen Schwester Milena Rudnyčka. Hier arbeiteten also die künftigen Nationalisten mit den künftigen »Legalisten« zusammen.<sup>443</sup> Das Organ der UPNR war die von Doncov und Paliiv herausgegebene Zeitschrift *Zabrava* (Glut). Doncov wurde auch Redakteur des von dem UVO-Mitglied Jurij Poljanskyj (1892-1975) neugegründeten angesehenen *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* (Literarisch-Wissenschaftlicher Bote – LNV).<sup>444</sup> Mirčuk schrieb, der LNV habe eigentlich ein überparteiliches Forum der UVO werden sollen. Doncov sei es jedoch bereits 1923 gelungen, Volodymyr Dorošenko und Volodymyr Hnatjuk (1871-1926) aus der Redaktion hinauszugraulen und aus dem LNV ein Blatt zu machen, das nur noch seine eigenen politischen Ideen verbreitete.<sup>445</sup> *Zabrava* wurde bald eingestellt.<sup>446</sup> Doncov hat später auch bestritten, jemals der gescheiterten UPNR angehört zu haben, was seiner Eigenstilisierung als »überparteilich« entsprach.<sup>447</sup> Über den LNV, der nach 1932 von Doncov als *Vistnyk* bis 1939 weitergeführt wurde, erhielt Doncov den Zugang zur ukrainischen Intelligenz Galiziens, besonders zu Gymnasiasten und Studenten. Er agierte hier zusammen mit Olena Teliha (1907-1942), Oleksander Kandyba (Ol'žyč) (1907-1944), Bohdan Kravciv (1904-1975) und Oleksa Babij (1897-1975), also mit führenden nationalistischen Intellektuellen. Doncov wurde so zu einer galizischen Institution, die die politische Haltung einer ganzen Generation prägen sollte.<sup>448</sup>

Wie funktionierte das? Mirčuk schilderte anschaulich in seinem Band, daß Anfang der 1920er Jahre die ukrainischen Studenten in Lemberg – wenn sie denn nationalistisch waren – sich eher der sowjetischen Richtung zuwandten. Die antisowjetischen Nationalisten versuchten zwar auch im studentischen Milieu Fuß zu fassen, hatten aber mehr Erfolg unter den Gymnasiasten, die sie über die »Organisation der Höheren Klassen Ukrainischer Gymnasien« (Orhanizacija Vyščych Klas Ukraïnskych Gimnazij – OVKUG) erfaßten. Hier wirkten Roman Šucevyč (der spätere UPA-Führer), Stepan Bandera (1909-1959) und Volodymyr Janiv (später Rektor der UFU München): Sie regten ihre Altersgenossen an, sich für die Ukraine zu interessieren und – »vor allem den ›LNV‹ und die Schriften Doncovs zu lesen«<sup>449</sup>. Es waren seine Gedanken,

<sup>442</sup> Nicht zu verwechseln mit der ab 1927 die wenigen verbliebenen Petruševyč-Anhänger sammelnden *Ukraińska Partija Praci*.

<sup>443</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 42, 115. Vgl. Volodymyr Martyneč, »Ukraińska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 231; Mirčuk, *Narys*, S. 50. Am 31. Juli 1924 verabschiedete der Sejm Minderheitengesetze, die zwar nicht die Erwartungen der Minoritäten erfüllten, aber eine Basis zur Kooperation und zur weiteren Entwicklung zu sein versprochen. Mit ihnen ist die Hinwendung der ukrainischen Nationalisten zur Kooperation partiell erklärbar (Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 38-39).

<sup>444</sup> Vgl. Volodymyr Martyneč, »Ukraińska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 230.

<sup>445</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 48-50.

<sup>446</sup> Troščynskyj, *Mižvojenna ukraińska emihracija*, S. 195.

<sup>447</sup> Später sollte er auch fälschlicherweise behaupten, im Zweiten Weltkrieg niemals für die deutsche Presse geschrieben zu haben (Vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 194).

<sup>448</sup> Der *Vistnyk* soll 1938 ca. 1400 Abonnenten gehabt haben (Sosnovskyj, Doncov, S. 182).

<sup>449</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 56. Für die Tschechoslowakei bestätigte Šandor, man habe Doncov förmlich »verschlungen« (Vgl. Vikentij Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, Užhorod/New York 1996, S. 333).

die »Einfluß auf die junge Generation« hatten.<sup>450</sup> Lenkavskýj schrieb, Grundlage aller Kommentare der jungen Lemberger Nationalisten »und Kriterium für Gut und Böse« seien »zuallererst die Gedanken Dmytro Doncovs«, dann »die programmatischen Artikel aus den Jahrgängen der *Zahrava*, der *Rozbudova Nacii* und des *LNV*« gewesen. Insbesondere der *LNV* sei das »richtungsweisende Organ der nationalistischen Schöpfungskraft« gewesen.<sup>451</sup>

## 10. DIE NACHFOLGER DES DIREKTORIUMS

Während ein Teil der Emigranten nach Polen zurückkehrte, verließen andere Ukrainer das Land. Die Jugend strömte in die Tschechoslowakei zu den Hochschulen oder nach Frankreich zur Arbeit. Piłsudskis Rückzug vom politischen Tagesgeschäft und der März-Beschluß bedeuteten auch das faktische Ende der Aktivitäten Petljuras, der, nachdem er noch eine Zeitlang in Tarnów als Oberhaupt einer UNR-Regierung im Exil tätig gewesen war, konspirativ unter dem Namen Stepan Mohyla gelebt hatte. Anfangs hatte ihn Henryk Józewski bei sich versteckt, dann wohnte er auf dem Gut Koźmin und schließlich bei dem ehemals Kiewer Rechtsanwalt Redlich.<sup>452</sup> Am 31. Dezember 1923 reiste er aus Polen über Wien nach Budapest aus und im Juni 1924 weiter nach Zürich, wo ihn Vasyľko finanzierte. Als Vasyľko am 2. August 1924 starb, zog Petljura weiter nach Genf und zwei Monate später nach Paris, wo er zunächst in einer Zweizimmerwohnung in der Rue Belgrand 27, dann in einem Hotel im Quartier Latin (rue Thenard, 7) in zwei Zimmern mit seiner Frau Oľha und seiner Tochter Lesja lebte.<sup>453</sup>

Die UNR, als deren Staatschef Petljura sich weiterhin bezeichnete, hatte nun zwei Exilsitze. In Polen verblieb in der Internierung die Armee und ein Teil der Zivilisten, die in der Zeit des polnisch-ukrainischen Bündnisses die Petljura-UNR gebildet hatten – darunter Andrij Livityčyj. Formal hatten sich die Polen im Vertrag von Riga verpflichtet, keine UNR-Instanzen in Polen zu dulden, die Regierungsorgane agierten also scheinbar konspirativ, wobei die Polen beide Augen zudrückten. In Genf und dann in Paris versuchte Petljura mit anderen Exulanten der »Fremdvölker Rußlands« in der Prometheus-Bewegung zusammenzuarbeiten. In dieser Organisation, von den Piłsudski-Politikern unterstützt, sammelten sich zahlreiche Exilorganisationen der »Völker der Sowjetunion«, die ihren unterdrückten Konnationalen das »Licht« bringen wollten. Präsident des Prometheus wurde Roman Smal'-Stočkyj.<sup>454</sup>

<sup>450</sup> Jurij Artjušenko, »Legija Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovalč ta joho doba. München 1974, S. 380-394, hier S. 383.

<sup>451</sup> Stepan Lenkavskýj, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, in: Bojko, Jevhen Konovalč, S. 395-425, hier S. 402-403.

<sup>452</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 268-269.

<sup>453</sup> Petljura an Šumyčyj, 7. 8. 1924, Symon Petljura, Stati, lysty, dokumenty. Bd. 2, New York 1979, S. 559-561; vgl. Michael Palij, The Ukrainian-Polish Defensive Alliance, 1919-1921. Toronto 1995, S. 184-185. – Vgl. V. Prokopovyč, »Ostannja podorož-«, Tryzub 1931, Nr.20/21, S. 26-33; auch in: Zbirnyk Panjaty Symona Petljury (1879-1926). Praha 1930 [Repr. Kyiv 1992], S.210-215.

<sup>454</sup> Vgl. Palij, Ukrainian-Polish Defensive Alliance, S. 186-187.

Mit dem *Tryzub*, den sein früherer Ministerpräsident Vjačeslav Prokopovyč 1925 in Paris herauszugeben begann, hatte die Exil-UNR eine Wochenzeitung, die ausgesprochen antisowjetisch war. Im Unterschied zu anderen Exilukrainern hatte Petljura aus seiner antisowjetischen Haltung niemals einen Hehl gemacht und auch keine Kompromisse geschlossen. Damit geriet er in Paris in einen Widerspruch zu den dortigen pro-sowjetischen Ukrainern, die sich um Artem Halip scharten, der die sowjetfreundlichen *Ukraiński Visti* herausgab und gegen Petljura hetzte. Bis 1921 hatte Halips Aktionskomitee mit den UNR-Dissidenten Šveč und Makarenko kooperiert, die sich aber dann von ihm lösten.<sup>455</sup>

Außer ihm agierte in Paris auch der ehemalige Sekretär Skoropadskyjs, Serhij (Sergej) Morkotun. Er hatte als Großmeister der Kiewer Freimaurerloge »Vereinigte Slaven« Ende 1918 Petljura diesen Posten abtreten müssen und war seither auf Petljura persönlich beleidigt. 1918 soll er Skoropadskyj bei dessen Flucht geholfen haben, nachdem er im Juni 1919 nach Paris gekommen war, arbeitete er dort mit der UNR-Delegation zusammen und versuchte, die französischen Freimaurer für die ukrainische Unabhängigkeit zu interessieren. Danach vollzog er eine Wende: Vom 19. Dezember 1919 an leitete er ein Ukrainisches Nationales Komitee (*Ukraińskij Nacional'nyj Komitet* – UNK), in dem er mit Vasyl Panejko (1883–1956), Stepan Tomašivskyj und Antin Petruševyč, dem Sohn des ZUNR-Diktators, zusammen gegen Petljura und für eine Rußländische Föderation einschließlich der Ukraine agitierte. Diese sollte von der Entente anerkannt werden. Auf die Nachricht hin,<sup>456</sup> daß der Pakt zwischen Petljura und Piłsudski abgeschlossen worden war, versuchte Morkotun Frankreich von einer Unterstützung der UNR und Polens abzuhalten. Kurzzeitig kooperierte er mit der Vrangel'-Regierung auf der Krim, um dann politisch nicht mehr in Erscheinung zu treten. In einer Denkschrift, die »Au Conseil de l'Ordre de Grand Orient de France« adressiert war, damit also einer Reihe nicht einflußloser französischer Politiker zur Kenntnis gelangt sein mochte, behauptete Markotun: »Le séparatisme ukrainien est une invention stratégique des Allemands pour rompre le front russe au cours de la Grande Guerre«. Die »petliouriens« seien eine »alliance offensive avec l'Allemagne« eingegangen, und deshalb sei es auch zu den Judenpogromen gekommen, »qui faisaient partie du programme politique de Petlioura«. Mit umfassenden Zitaten aus der »Tribune Juive« belegte er, daß »le régime de Petlioura est indissolublement lié à l'antisémitisme militant dans sa forme la plus odieuse«. Um französisches Verständnis für eine französisch-russische Allianz gegen die Separatisten und die »réaction allemande« buhlte er mit dem Satz: »L'Ukraine et la Russie Blanche ont été toujours notre Alsace et notre Lorraine«.<sup>457</sup> Zur diskursiven Entwicklung des Ukraine-Themas in französischen bürgerlichen Schichten mag er so beigetragen haben. Tatsächlich zog er sich aber bald aus der Politik zurück.

Es waren im wesentlichen zwei ungleiche Gruppen, die ihre Legitimierung aus der UNR-Zeit ableiteten. Die zweifellos bedeutendere der beiden war das »Staatszentrum der Ukrainischen Volksrepublik« (*Deržavnyj Centr UNR*), das sich unmittelbar auf

<sup>455</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 340.

<sup>456</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 122–123.

<sup>457</sup> Vgl. Ludwik Haas, »W trójkacie Ukraina – Watykan – Polska w latach 1919–1920«, *Dzieje Najnowsze* 12 (1980), H. 1, S. 11–29 – dort auch Abdruck der Dokumente aus dem *Archive du Grand Orient de France*, Paris.

Petljura bezog. Obwohl eine UNR nach Riga und Rapallo keine internationale Anerkennung mehr genoß, hielt sie die Fiktion der Staatlichkeit aufrecht. Sie kreierte in Paris und Warschau eine Regierung mit Ministerpräsidenten und Ministern und suchte trotz allen Widrigkeiten die Kontinuität zu wahren. Ihre politische Ausrichtung blieb bis in die 1930er Jahre formal demokratisch (über die Veränderungen s. S. 729 ff.). Mit ihrer Konzentration auf Frankreich und Polen hatte sie ihre Organisationsstruktur in Deutschland praktisch aufgegeben. Einige Petljuristen verblieben im Reich aber zwischen den bestehenden Gruppen, bis sie sich 1933 zum U.N.O. zusammenschlossen.

In Polen, wo die im Juli 1925 gegründete Ukrainische Nationaldemokratische Vereinigung (Ukrainśke Nacional'no-Demokratyčne Objednannja – UNDO) zu einem Sammelbecken von Autonomisten, Nationalisten und bis 1926 selbst prosovjetschen Petruševyč-Anhängern wurde, war diese legalistische Gruppe ihre politische Repräsentation, in nicht so politischer Offensichtlichkeit konnte man auch in der Tschechoslowakei und Österreich einen gewissen Organisationsgrad feststellen. In Polen besserte die Lage sich 1926, als sich Józef Piłsudski an die Macht geputscht hatte. Die UNR sprach sich förmlich für eine Fortsetzung des Pakts von 1920 und für eine gemeinsame Gegnerschaft gegenüber Rußland aus. Man baute nun auf der gemeinsamen Basis des »Prometheismus«, dessen Ziel die Loslösung der nicht-russischen Gebiete von Rußland/der UdSSR war, eine politische, militärische und wissenschaftliche Kooperationsstruktur aus. Ukrainische Offiziere, die sich zur UNR und damit zum Bündnis mit Polen bekannten, wurden in polnischen militärischen Einrichtungen ausgebildet. Die Enttäuschung überwog jedoch. Zu den angeblich nur 38 »Kontrakt-offizieren« bis 1939 gehörten so manche, die in späteren Kollaborationsverbänden führende Positionen hatten, Torzecki nennt Jevhen Pobihušyč, der 1941 die »Legion Roland« führte, Petro Djačenko (1895-?), der den Warschauer Aufstand mit niederschlug, und Pavlo Šandruk (1889-1979), der 1944 dem Ukrainischen Nationalkomitee in Deutschland vorstand und Kommandeur der aus der SS-Galizien hervorgegangenen Ukrainischen Nationalarmee war.<sup>458</sup> Zunächst im Rahmen des UNDO tätig war auch Dmytro Paliv, der jedoch bald seine eigene nationalistische »Partei der Nationalen Einheit« gründen sollte.

Ebenfalls auf die UNR beriefen sich die bereits vorgestellten ehemaligen Direktoriumsmitglieder Fedir Šveć und Andrij Makarenko, die sich 1920 über das Bündnis mit Polen mit Petljura zerstritten hatten. Sie hatten ausschließlich mit deutschen und tschechoslowakischen Stellen zu tun, da sie Petljura und die übrigen UNR-Strukturen bekämpften. Makarenko wirkte in der Prager Emigration, während die Beziehungen zu Deutschland vorwiegend von dem Feldkuraten Biberstein gepflegt wurden. Dessen Schriftsätze sollten den Empfängern suggerieren, die Makarenko/Šveć-Gruppe sei nicht nur die legale UNR, sondern repräsentiere auch eine tatsächliche politische Macht in der Gestalt von Anhängern und einem dichten Netz von »Konfidenten«. Nichts davon entsprach auch nur in Ansätzen den Tatsachen. Der Versuch in den zwanziger Jahren, ein Vertretungsgremium zu schaffen (den Ukrainischen Nationalrat im Ausland/Ukrainśka Nacional'na Rada Zakordonom), war eine Totgeburt.

Die Petljura-Gruppe stand zwar mit der Entente und mit Polen in Verbindung und galt daher nicht als deutschfreundlich, aber in der zweiten Hälfte der 1920er

<sup>458</sup> Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska 1923-1929*, S. 143, 177-178.

Jahre besserte sich das Verhältnis zu den Deutschen wieder. Seit 1926 gab es Kontakte zu Andrij Levyčkyj, der nach der Ermordung Petljuras UNR-Präsident wurde. Man kam überein, in den polnischen Wahlen die nationalen Minderheiten zusammenzuschließen, um, wie schon 1922, das polnische Wahlrecht optimal zu nutzen. Angaben über eine Förderung in Höhe von 3500 RM monatlich sind jedoch zu vage (aber auch keineswegs beeindruckend hoch), um sie als sicher anzunehmen.<sup>459</sup>

Die UNR-Mission in Frankreich, die offiziell als Staatszentrum fungierte, setzte die Deutsche Botschaft in Paris offiziell von der »staatlichen« Lage der UNR nach Petljuras Ermordung in Kenntnis.<sup>460</sup> Der Vizevorsitzende des UNDO, Prälat Leontyn Kunyčkyj (1876-1961), wurde im März 1927 in Berlin von Vertretern des AA, Staatssekretär Pünder und kurz auch von Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) empfangen. Eigentlich hatten die Reichsbehörden ja andere ukrainische Partner. Und so rieten von Dirksen wie auch General Groener, die auf Skoropadskyj setzten, von einem Empfang Kunyčkyjs ab: Dieser wolle »in erster Linie seine Gruppe von dem Verdacht der Polenfreundschaft reinigen«:

»Die Gruppen der ukrainischen Selbständigkeitsbewegung seien so zahlreich und untereinander so sehr verfeindet, dass es nicht wünschenswert wäre, wenn der Herr Reichskanzler in dieses Gewirr irgendwie hineingezogen würde.«

Der Kanzler beharrte jedoch darauf, Kunyčkyj zu sehen.<sup>461</sup> Dieser konnte also ein »Promemoria« übergeben, in dem er die »entschieden ablehnende[.] Haltung [des UNDO] dem polnischen Staate gegenüber« unterstrich. Die Stärkung des ukrainischen Elements in der Westukraine liege, so Kunyčkyj, auch im Interesse der deutschen Minderheit in Polen. Kunyčkyj gab sich überzeugt, »dass sowohl die Gegenwart, als auch die Zukunft beider Nationen ein gemeinsames freundschaftliches Einvernehmen fordert, das auch in Zukunft von Bedeutung sein wird.«<sup>462</sup>

Im Gespräch mit Pünder unterstrich Kunyčkyj, daß UNDO Deutschland warnen wollte, Petruševyčs prosovjetschen Kurs zu unterstützen.<sup>463</sup> Über einen besonderen Bevollmächtigten, den früheren ZUNR-Botschafter in Wien Volodymyr Singalevyč, wollte UNDO die Kontakte mit Deutschland verstetigen. Kamenečkyj schrieb, daß über den im übrigen rasch auseinandergefallenen Block nationaler Minderheiten hinaus wenig mehr als ein Informationsaustausch stattgefunden habe, wenn auch die Kontakte bis 1933 freundlich geblieben seien.<sup>464</sup> Die sowjetische Historiographie nutzte den Besuch, um zu belegen, daß das UNDO kontinuierlich mit den Deutschen

<sup>459</sup> Vgl. Volodymyr Zamlynskyj, *Šljach čornoj zrazy*. L'viv 1969, S. 27.

<sup>460</sup> UNR-Mission in Frankreich an Deutsche Botschaft Paris, 4. 3. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 8.

<sup>461</sup> Vermerk Pünder, 23. 3. 1927, Zusatz 24. 3. 1927, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 85.

<sup>462</sup> Kunyčkyj, Promemoria, März 1927, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 86-88.

<sup>463</sup> Aufzeichnung Pünder, 25. 3. 1927, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 111-112. – Dabei war nach Kedryn Kunyčkyj selber noch ziemlich lange Petruševyč-Anhänger gewesen, sogar als dieser bereits prosovjetsch geworden war, was ihm den Beinamen eines »roten Prälaten« eingebracht habe (Kedryn, *Žyttja*, S. 191).

<sup>464</sup> Ihor Kamenečkyj, »Ukraїnske pytannja v niemečkij zovnišnij polityci miž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalč ta joho doba*. München 1974, S. 851-882, hier S.856-857.



– erst mit Weimar, dann mit den »Faschisten« – zusammengearbeitet habe.<sup>465</sup> Das war aber stark übertrieben.

## 11. DAS SOZIALISTISCHE EXIL

Das sozialistische Exil blieb gegenüber dem nicht-sozialistischen letztlich ephemere. Zur Zeit der Rada ging ukrainischer Nationalismus mit »linken« Ideen konform, er war gegen Großgrundbesitzer gerichtet und verlangte mindestens eine Bodenreform. Als dann Anfang 1918 und noch einmal 1919 die Bol'seviki die Rada bzw. das Direktorium militärisch bekämpften, wurde ein Gegensatz zwischen dem, was in Rußland noch Sozialdemokratie hieß, und den ukrainischen Nationalisten unübersehbar. 1920 im polnisch-sowjetischen Krieg und in der Tjutjunyk-Offensive 1921 kämpften UNR-Soldaten zum wiederholten Male gegen die Sowjets. Aus der politischen Auseinandersetzung wurde auch ein national ausgetragener Konflikt, indem die Bol'seviki als »Fremde« zu nationalen Gegnern stilisiert wurden, wobei Lenins Partei durchaus dazu beitrug, diesen Eindruck zu verfestigen. Aber die in der nationalistischen Literatur später stereotypisierte Regel, ein Ukrainer könne gar nicht Kommunist sein, war weder zu Beginn, noch in den 1920er Jahren zutreffend. Und auf den Sozialismus traf das schon gar nicht zu. Schon das Überlaufen der UHA wies auf Kompatibilität hin, und in den 1920er Jahren warb die Ukrainische SSR erfolgreich um die in der »nationalen Revolution« gescheiterten Emigranten. Als im Frühjahr 1923 jede Hoffnung auf »westliche« Unterstützung für eine ukrainische Selbständigkeit in Galizien zerrann, gewann noch einmal unter galizischen Studenten und Bauernfunktionären eine sozialistische und prosowjetische Orientierung an Boden. Den russischen Smenovechovcy gleich war es auch sonst möglich, sich mit der Sowjetmacht abzufinden, die im Zuge der gesamtsowjetischen Korenizacija-Politik eine Ukrainisierung von Kultur und öffentlichem Leben in der Sowjetukraine einleitete, wo im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik auch ein Bauernstand aufblühen konnte, den, was man damals nicht ahnte, die Kollektivierung Anfang der 1930er Jahre um so heftiger treffen sollte.<sup>466</sup>

Zur »Linken« gehörten jedoch nicht nur Sozialdemokraten unterschiedlicher Schattierungen, sondern auch die Sozialrevolutionäre, deren prominentester sicher Mychajlo Hruševskij war. Als Motyl die Entwicklung der ukrainischen Sozialrevolutionäre »even more chaotic than the norm for the Ukrainian emigration« nannte,<sup>467</sup> traf er die

<sup>465</sup> Troščynskij ging dabei geschickt vor, indem er verdeckte, wann Kunyčkyj in Berlin war; nach seinem Satzbau könnte der Leser annehmen, dies sei in der NS-Zeit gewesen (Troščynskij, *Najmanci fašyzmu*, S. 81).

<sup>466</sup> Diese Thematik kann hier verständlicherweise nicht ausgeführt werden. Für den Kulturbereich verweisen wir auf Myroslav Shkandrij (*Modernists, Marxists and the Nation*. Edmonton 1992), für den politischen Kontext auf James E. Mace (*Communism and the Dilemmas of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine, 1918-1933*. Cambridge MA 1983). Zur Kirchenpolitik fehlt bislang eine wissenschaftlich akzeptable Darstellung der sowjetischen Förderung einer ukrainischen autokephalen Kirchengründung. Im übrigen vgl. Gilley.

<sup>467</sup> Motyl, *Turn*, S. 52; Martynec schrieb: »ci typovi predstavnyky najhiršoï emigrantščyny zažerto pohorjuvalysja vzajemno« (Martynec, *Ukraïnske pidpillja*, S. 300).

Situation gut. 1920 spaltete sich eine »rechte« Gruppe um Mykola Zaliznjak und Mykola Kovalevskyj (1892-1957) von der Prager Auslandsdelegation der Partei ab, die Mykyta Šapoval führte, der der ersten Direktoriumsregierung 1918 angehört hatte und im Oktober 1919 nach Prag emigriert war. Auch mit den Wiener Sozialrevolutionären um Hruševskyj, die zum Kompromiß mit der Sowjetseite bereit waren, konnte man nicht zusammenkommen. Mit einer eigenen Parteigründung schloß Zaliznjak sich den UNR-Anhängern an, glitt aber bald völlig in die Bedeutungslosigkeit ab. 1921 trat Šapoval aus und schuf ein zur Delegation in Konkurrenz stehendes »Auslandskomitee« der Ukrainischen Sozialrevolutionäre, das den Widerstand gegen die Sowjetukraine propagierte, während sich die »Delegation« um Mychajlo Hruševskyj und Pavlo Chrystjuk (1880-1941) für Kooperation aussprach. Hruševskyj kehrte 1924 nach Kiew an die Spitze der Akademie der Wissenschaften zurück.

Jevhen Stachiv schrieb in seinen Erinnerungen, daß aus dem tschechoslowakischen Josefov, wo auch seine Familie damals lebte, mehr als 1000 Ukrainer in die Sowjetukraine zogen und damit den Bestand des ukrainischen Gymnasiums deutlich reduzierten.<sup>468</sup> Dadurch wurde auch der sozialdemokratische und sozialrevolutionäre Mainstream im Exil dezimiert, Šapovals weitere Gründungsversuche in den 1920er Jahren, darunter eine gegen die UNR gerichtete »Narodna Ukraïnska Rada« – genossen zwar zeitweise die Förderung der tschechoslowakischen Regierung, waren jedoch wenig mehr als sektiererische Restgruppen.<sup>469</sup> Dafür war Šapoval bei der von der tschechoslowakischen Regierung unterstützten Gründung von wissenschaftlichen Einrichtungen, wie der Wirtschaftsakademie in Poděbrady, des Soziologischen Instituts und einer Art Volkshochschule (Arbeiteruniversität) beteiligt. Mit ihnen aber stand er wiederum in Konkurrenz zur Ukrainischen Freien Universität (UFU) in Prag, die eher Nicht-Sozialisten anzog. Die Wissenschaftler der UFU hielten Šapoval für unwissenschaftlich, und er wiederum polemisierte gegen sie und die Nationalisten, die sich auf fremde Mächte stützten.<sup>470</sup> Mit seinem Tod am 25. Februar 1932 verloren die Sozialrevolutionäre den letzten Rest an politischer Bedeutung – Šapoval war als Mensch eine Institution gewesen, eine aktive politische Richtung repräsentierte er bei seinem Tode nicht mehr.<sup>471</sup>

Die galizischen Ukrainischen Sozialdemokraten mit Semen Vityk wurden zu einem großen Teil prosowjetisch, arbeiteten mit dem Teil der USS-Veteranen zusammen, die ebenfalls prokommunistische Tendenzen akzeptiert hatten und bildeten bis 1924 eine um die Zeitschrift *Nova Hromada* in Wien gescharte weitere Splittergruppe.<sup>472</sup> Dies war insofern sektiererisch, als auch die von ihnen kritisierte ZUNR Petruševyčs auf

<sup>468</sup> Jevhen Stachiv, *Kriz' tjurmy, pidpillja j kordony*. Kyiv 1995, S. 13. Vgl. auch Gilley, *passim*.

<sup>469</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 52-54. – Den Rückgang der Bedeutung Šapovals besiegelte offenbar ein Versuch, bei Masaryk die fällige Autonomie für die Karpatho-Ukraine zu erreichen. Nach einem polnischen Bericht habe die tschechoslowakische Regierung daraufhin 1929 den noch verbliebenen 15 Anhängern die Unterstützung gestrichen und sie damit aus dem politischen Leben eliminiert (MSW, Information über die Tschechoslowakei, 30. 3. 1931, AAN, MSW, Wydział Narodowościowy, Akte 1055, Materiały Informacyjne o działalności Ukraińców w Czechosłowacji).

<sup>470</sup> Letzteres vor allem in seiner Schrift *Mykyta Šapoval*. Lachomanija. Praha 1931, in der er die UVO zu einer von den Polen zu Provokationszwecken gegründeten Organisation erklärte; vgl. auch Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 297.

<sup>471</sup> Vgl. Stryjek, *Ukraïnska idea narodowa okresu międzywojennego*. Wrocław 2000, S. 271-272.

<sup>472</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 59-60.

sowjetfreundlichen Kurs ging. Zu diesem Kreis gehörte dabei Melenevskij, der zusammen mit Skoropys die »Spilka« gegründet und den BBU getragen hatte. Aber während Melenevskij in die Sowjetukraine zurückkehrte, wandte sich Skoropys den Het'mananhängern zu.<sup>473</sup>

Volodymyr Vynnyčenko hatte sich 1919 zum Kommunisten gewandelt und gründete 1920 die »Auslandsgruppe der Ukrainischen KP«. Ein halbes Jahr verbrachte er in Charkiv und Moskau, kehrte desillusioniert zurück, um nun gegen den moskowitzischen Kommunismus anzuschreiben. Er verband sich nach der Auflösung seiner eigenen Partei mit Šapoval, und gründete 1924 eine eigene Sammlungsbewegung. Seine Demokratisch-Nationalen Front verband locker Restkommunisten, Šapovals Sozialrevolutionäre, linke Petljuragegner aus der Sozialdemokratie und galizische Radikale. Aber selbst dieser umfassendsten linken Gründung war, wie Motyl treffend schreibt, nie beschieden, das »Gebiet der Prager Kaffeehauspolitik zu verlassen«.<sup>474</sup>

Dennoch sind einige der Diskursbeiträge exilierter Linker nicht uninteressant. Einer von ihnen war Jevhen Čykalenko (1861-1929), 1908 gemeinsam mit Hruševskij einer der Gründer der Gesellschaft der Fortschrittlichen. Čykalenko gab in einem Brief an Skoropys-Joltuchovskij nicht den Deutschen, sondern Skoropadskij die Schuld am Scheitern der ukrainischen Staatsversuche. »Gestützt auf die deutsche Stärke, hätte man einen Staat organisieren können, der auch die Het'man-Revolution überstanden hätte, aber er [Skoropadskij] und Groener haben alles getan, um ihn zur Katastrophe zu führen«.<sup>475</sup> Offenbar hielt der ukrainische Intellektuelle die deutsche Option auch 1920 noch für vielversprechend und machte für das Scheitern der UNR nur die lokalen Repräsentanten verantwortlich.

Der Osten war auch für bürgerliche Westukrainer, was außer von Motyl gern übersehen wird, zeitweise attraktiv. Wenn Kost' Levyčkyj als Mitglied der Petruševyč-Regierung eine Zusammenarbeit mit Denikin und einen konföderativen Zusammenschluß mit einem »demokratischen Rußland« 1919 für möglich hielt,<sup>476</sup> zeichnete er sich zwar nicht durch Realismus aus, unterschied sich jedoch nur mehr in Nuancen von der Haltung Skoropadskijs Ende 1918. Als die sowjetische Besatzungsmacht am 15. Juli 1920 zuließ, daß ein Galizisches Revolutionskomitee eine unabhängige Galizische Sozialistische Sowjetrepublik (analog der Polnischen Republik des Julian Marchlewski in Białystok) proklamierte, war deutlich geworden, daß der UHA-Übertritt keine vereinzelte Alternative darstellte. Die Führer des einige Wochen bestehenden Gebildes waren eher überrascht, daß die Ukrainer – einschließlich der Intelligenz und der Popen – die Sowjets als Befreier vom polnischen Joch begrüßten, während die Polen – einschließlich des Proletariats – »offen feindlich« waren.<sup>477</sup>

<sup>473</sup> Vgl. Dmytro Dorošenko, *Z istorii ukraińskoï polityčnoï dumky za časiv svitovoi vinyj*. Praha 1936, S. 40; vgl. auch Melenevskij, »Kudy jty?«, *Nova Hromada* 1 (1923). Zur weiteren Geschichte der »Linken« in Polen vgl. Vgl. Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*. Kraków 1989, S. 204-238.

<sup>474</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 56.

<sup>475</sup> Jevhen Čykalenko an Oleksander Skoropys-Joltuchovskij, 22. 5. 1920, hier zit. nach Panas Fedenko, *Vlada Pavla Skoropadškoho*. London/Mjunchen 1968, S. 28.

<sup>476</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 36.

<sup>477</sup> So Zatoniskij aus Tarnopol (Ternopil') an Lenin, 6. 9. 1920, vgl. M. Ju Muchina, »Halrevkom i Halyčany. Do pytannja pro misce intelihencii v suspil'nomu žytti Ukraïny 1920-1930 rr.«, *Ukraïnskyj Archehrafičnyj Ščoričnyk*, Kiew 1 (1994), S. 383-400, hier S. 387.

Das von Jevhen Stachiv bezeugte Motto »Choč z čortom, a proty Pol'sčy« (Selbst mit dem Teufel, wenn nur gegen Polen)<sup>478</sup> entsprach der Denkstruktur der Sozialisten wie der integralen Nationalisten. Die Doncov'sche Amoral'nist' (hier aber im Bunde mit Rußland) war demnach kein Monopol der OUN, sondern ein Ausfluß des absolut gesetzten Independentismus, der in einer radikalen Polarisierung auf der Basis der eigenen (und nur der eigenen) Erfahrungen den Weg zur Erfüllung seiner nur um ein Thema kreisenden Pläne sah.

Eine weitere sozialistische Zelle gab es in Berlin: Die illegale Kommunistische Partei Ostgaliziens hieß ab 1923 Kommunistische Partei der Westukraine (Komunistyčna Partija Zachidnoï Ukraïny – KPZU) und agierten im Verband der ebenfalls illegalen KPP. Ihr legaler Arm, die Ukrainische Sozialistische Arbeiter- und Bauernvereinigung (Ukraïnske Seljańsko-Robitnyče Socialistyčne Ob'jednannja – Sel'-Rob) gewann sogar 1928 eine Reihe von Sejm-Mandaten, litt jedoch auch an der »Spaltungskrankheit«.<sup>479</sup> Kentij schreibt in seinem Buch kryptisch: »Die Tatsache, daß in Berlin zeitweise die Hauptquartiere der UVO und der KPZU waren, hat gewöhnlich keine prinzipielle Bedeutung, aber es weist auf bestimmte Überlegungen hin.«<sup>480</sup> Auf welche? Sollte es um die angebliche Kooperation zwischen der UdSSR und der UVO/OUN gehen, die immer wieder unterstellt wurde? Oder daß Deutsche mit allen kooperierten.

Die UNR hatte sozialistische antikommunistische Kräfte zu integrieren versucht. Auch wenn Petljura aus taktischen Gründen Anfang 1919 aus der USDRP ausgetreten war, bildete der Sozialdemokrat Borys Martos die UNR-Regierung, in der aus Galizien Volodymyr Temničyj (1879-1938) Außenminister und aus der Bukowina Osyyp Bezpalko (der schon bei der »Gefangenenarbeit« gewirkt hatte) Arbeitsminister wurden. Temničyj demissionierte nach wenigen Monaten, Bezpalko verließ wegen des Verzichts auf Ostgalizien 1920 die UNR-Regierung.<sup>481</sup> Andrij Livyčyj wandte sich Ende 1920 von der USDRP ab, »die die Mehrzahl ihrer Mitglieder während der Emigration verlor«.<sup>482</sup>

Die Linke war in der Emigration nicht zuletzt deswegen keine ernstzunehmende Kraft mehr, weil sie sich selbst und die Emigration aufgab. Als die OUN gerade daran ging, ihre Kräfte neu zu sammeln, schrieb Šapoval:

»Die Emigration hat sich meiner Ansicht nach schon überlebt und ist in die Periode eingetreten, die Periode des Verfalls heißt. Alle Emigrationen aller Völker sind verfallen, wenn sie in einer fremden Gesellschaft verstreut gelebt haben. Unsere lebt verstreut. Also verfällt sie und wird bald untergehen.«<sup>483</sup>

Die ukrainischen Sozialdemokraten (USDP) gerieten in Polen zwischen alle Fronten. Als sich Mykola Hankevyč Ende 1921 für die von der PPS verlangte territoriale Au-

<sup>478</sup> Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 12.

<sup>479</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 57-58.

<sup>480</sup> Anatolij V. Kentij, Narysy istorii Orhanizacii Ukraïns'kych Nacionalistiv (1929-1941rr.). Kyiv 1998, S. 67.

<sup>481</sup> Eugeniusz Koko, »Ukraïnsy socjaldemokracy galicyjscy w okresie międzywojennym (1918-1939)«, in: Michał Putański (Hg.), Ukraïnska Myśl Polityczna w XX wieku. Kraków 1993, S. 125-141, hier S.129-132.

<sup>482</sup> Mykola Livyčyj, D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzylu miž 1920 i 1940 rokamy. München/Philadelphia 1984, S. 48.

<sup>483</sup> M. Šapoval an Jurij Kollard, 29. 9. 1929, zit. nach Kentij, Narysy, S. 4-5.

tonomie stark machte (und damit auf die Unabhängigkeit verzichtete), schloß ihn die Partei aus. Die Annäherung an die Kommunisten, die die USDP auch zu unterwandern begannen, ließ die Gefahr des Verbots immer drohender werden. Spaltungen und Neugründungen, so die Ukrainische Sozialistische Partei (USP), die nun wieder mit der PPS kooperierte, schwächten das linke ukrainische Lager in Polen dann endgültig. 1930 nahm die USDP mit UNDO und der Ukrainischen Sozial-Radikalen Partei an den Wahlen zu Sejm und Senat teil, ohne großen Eindruck zu hinterlassen. In den 1930er Jahren versuchte die USDP sich in der polnischen Politik Gehör zu verschaffen – vergebens. Zwar warf sie der OUN zu Recht vor, sie kämpfe für fremde Interessen, aber das wollte niemand hören. 1935 versuchte sie mit der UNDO eine starke und selbstbewußte ukrainische Kraft zu bilden – da ging die UNDO auf Kompromißkurs mit der Regierung. 1937 schloß sie sich aber auch nicht dem von kleinen Gruppen gebildeten Block von Kompromißgegnern an, um die UNDO nicht zu schwächen.<sup>484</sup>

Eugeniusz Koko hat die Lage in Polen folgendermaßen umrissen:

»In den zwanziger Jahren ist ein bedeutender Teil der ukrainischen Gesellschaft der Illusion im Zusammenhang mit der Hoffnung auf einer Evolution der Sowjetukraine in Richtung einer echten Unabhängigkeit erlegen; im darauffolgenden Jahrzehnt glaubte er den hitleristischen Deutschen. [...] Leider standen beide Visionen einer unabhängigen Ukraine mit der sozialdemokratischen Konzeption im Widerspruch, was wesentlich [zur] marginale(n) Rolle der USDP [...] in den zwanzig Jahren der Zwischenkriegszeit führte.«<sup>485</sup>

## 12. DIE GRUPPIERUNGEN IN GALIZIEN

Das ukrainische politische Leben Galiziens erschöpfte sich nicht in dem Terror der UVO. Es gab auch eine legale Seite, die versuchte, ihre Interessen zu vertreten. In Wien scheiterte 1921 der letzte größere Versuch, zu der ideologisch geforderten Sobornist' zurückzukehren. Am 1. Februar traten 75 Delegierte von Unabhängigkeitsparteien zu einem Allukrainischen Nationalrat (VNR) zusammen, der unter dem Vorsitz des seit Herbst 1920 in Wien lebenden UNR-Generals Oleksander Grekov tagte. Für die rechten Sozialrevolutionäre nahm Mykola Zalijnjak teil, Čudinov und Andrijevský repräsentierten die UNP, die galizische Seite war etwa durch Pavlo Lysjak (1887-1948) und die Juristen Roman Perfečkyj und Osyp Nazaruk vertreten, wobei der letztere sich noch als Repräsentant der Radikalen (Liberalen) Partei fühlte.<sup>486</sup>

Der Kongress endete mit einem Eklat. Die ostukrainischen Vertreter, aber auch Konovalėc, meinten nach dem Frieden von Riga, daß außer Polen und der Entente keine Optionen mehr offenständen. So wurde in der am 19. April 1921 veröffentlichten Resolution zwar Petljura kritisiert, weil er und seine Regierung unfähig gewesen

<sup>484</sup> vgl. Koko, »Ukraińscy socjaldemokraci galicyjscy«, S. 138-139.

<sup>485</sup> Ebd., S. 141.

<sup>486</sup> Vgl. Moryl, Turn, S. 39.

seien, einen ukrainischen Staat zu verwirklichen, an der Anlehnung an Polen und Frankreich hielt man jedoch fest. Wie Petljura in Polen den einzigen ernstzunehmenden Gegner der verhaßten Bol'seviki gesehen hatte, so beschloß auch der Nationalrat, daß das ukrainische Interesse den Bestand und die Konsolidierung des polnischen Staates forderten. Wie es vorher Petljura getan hatte, wurde um der politischen Option willen akzeptiert, daß Ostgalizien eine innenpolitische Frage des polnischen Staates sei, an der sich der Nationalrat desinteressiert zeigte.<sup>487</sup> Vermutlich spielte bei diesem Beschluß die verwegene Hoffnung eine Rolle, die Entente zu einer Hilfeleistung für die Tjutjunyk-Operation zu bewegen, wenn man sich mit der Billigung des polnischen Besitzstandes abfand.

Für die *sobornist'* bedeutete das jedoch einen neuen Rückschlag. Am 22. April 1921 traten die Ostgalizier Perfečkyj, Nazaruk, der Sekretär Myšuha und Professor Dnistrijanskyj aus Protest gegen den neuerlichen Verzicht auf Ostgalizien als »westukrainische nationale Gruppe« einstimmig und ohne Ausnahme aus der VNR aus.<sup>488</sup> Nazaruks Aussage, er halte die Galizier für Angehörige einer anderen Nation als die Ostukrainer, zeigte aber, daß auch ihm analoge Gedanken durch den Kopf schossen.<sup>489</sup> Damit war der vorerst letzte Versuch einer gesamtukrainischen Politik gescheitert. Viele Westukrainer suchten das Heil im Arrangement mit den Sowjets. Myšuha wanderte in die USA aus, Osyp Nazaruk ging im Auftrag Petruševyčs zunächst nach Kanada, dann in die USA, wo er sich mit der Her'man-Bewegung verband.

Lysjak und Konovalėč gründeten Mitte 1921 die politische Gruppe »Junges Galizien« (Moloda Halyčyna), zu der auch Andrij Mel'nyk, Ivan Čmola, Ivan Kedryn und Milena Rudnyčka (1892-1976) gehörten. Galizischen Separatismus im Petruševyč-Tenor lehnte man ab – an seine Stelle traten eine Erziehung zur *sobornist'* und die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Organisation.<sup>490</sup> Aber diese Erziehung hatte den Umständen entsprechend vorerst im galizischen Rahmen stattzufinden. Deutlich wird aus dieser unübersichtlichen Politik, daß es kaum jemanden in der ukrainischen Emigrantenlandschaft gab, der nicht zeitweise mit der einen oder anderen Form der Abweichung von der *sobornist'* sympathisiert hätte.

Im Mai 1923 konsolidierte sich die politische Landschaft in Polen. Die bisherigen Petruševyč-Anhänger zeigten sich über das Ausbleiben von Erfolgen enttäuscht. Petruševyč selber nahm eine ententefeindliche und damit sowjetfreundliche Haltung ein. Die Ukrainische Nationale Arbeitspartei (UNTP), die Nachfolgerin der nationaldemokratischen Establishment-Partei der Vorkriegszeit, trat wieder in Lemberg in Erscheinung. Zunächst innerhalb der UNTP, dann separat in der UPNR Doncovs, zwischenzeitlich auch wieder mit ihr vereint, agierten die Nationalisten.

Im Juli 1925 entstand das UNDO, in dem auch UVO- und UPNR-Mitglieder tätig wurden. UNDO und UVO waren also anfangs nicht unvereinbar. Die radikaleren Nationalisten wie Paliiv hielten es im Bund mit den Autonomisten jedoch nicht lange aus, als deutlich wurde, daß sich die gemäßigten Kräfte durchsetzen würden. UNDO

<sup>487</sup> Polizeidirektion Wien an Ministerium für Äußeres, 2.6.1921, Hornykiewicz IV, Dok. 1088, S.295-298, hier S. 297-297.

<sup>488</sup> ebd., S. 297. Nach Mirčuk auch Konovalėč; vgl. Mirčuk, Narys, S. 37.

<sup>489</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 38.

<sup>490</sup> Vgl. ebd., S. 39-40; Mirčuk, Narys, S. 37-38.

und UVO gerieten (erst) damit in einen Gegensatz zueinander.<sup>491</sup> Fortan trennten sich die Wege.

Alle möglichen Politiker versuchten immer mal wieder, neue politische Gruppen außerhalb des UNDO zu bilden. Die prosovjetsche Ukraïnska Partija Praci bestand von 1927 bis 1930, die legalistischen Sozial-Radikalen unter Lev Bačynskyj (1872-1930) und die Sozialdemokraten mit Semen Vityk und Lev Hankevyc schwankten in ihrer Einstellung zur Sowjetunion. Die letzten nicht in die UdSSR übergewechselten sowjetfreundlichen Ukrainer lösten sich 1929 unter dem Eindruck des Endes des Korenizacija in der Sowjet-Ukraine von der sowjetischen Orientierung.

### 13. ANDERE EXILBILDUNGEN

Aus der von Serhij Šemet 1917 in der Ukraine gegründeten Ukrainischen Demokratischen Bauernpartei, mit der zeitweise auch Doncov verbunden gewesen war, wurde im Exil zunächst im Februar 1920 die Union für Ukrainische Staatlichkeit (Sojuz Ukraïnskoï Deržavnosti), die sich Ende 1920 in die Ukrainische Union von Bauern und Staatsanhängern (Ukraïnskyj Sojuz Chliborobiv-Deržavnykiv – USChD) umbenannte. Der USChD wurde dann zur »Het'man-Partei«, auch wenn dies nicht von Anfang an klar war. Zwar hatte man mit dem Het'man 1918 Erfahrungen gesammelt, aber die Hauptrepräsentanten Serhij Šemet, der Het'man-Außenminister Dmytro Dorošenko und der Wiener Gesandte Vjačeslav Lypynskyj suchten zunächst ergebnisoffen einen Repräsentanten für ihre politischen Pläne. In der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift *Chliborobśka Ukraïna* (Bäuerliche Ukraine) verbreitete Lypynskyj seine anspruchsvollen Ideen einer »klassokratischen« »Arbeitsmonarchie«, die zu Unrecht als »konservativ« charakterisiert werden.<sup>492</sup> (s. unten)

Zeitweise versuchten die Chliboroby Lypynskyjs, Erzherzog Wilhelm von Habsburg als Galionsfigur zu gewinnen. Dieser hatte auf seine österreichischen Rechte verzichtet und lebte 1920 in Mariazell bei Wien. Dorošenko besuchte ihn und berichtete darüber Lypynskyj.<sup>493</sup> Wilhelm strebte in die Politik. Es ist nicht klar, weshalb Lypynskyj schließlich dessen Rivalen Skoropadskyj vorzog, der im August 1920 positiv auf sein Kooperationsangebot reagierte.<sup>494</sup> Jedenfalls waren von Juni 1920 an beide Seiten bestrebt, miteinander ins Gespräch zu kommen.<sup>495</sup> Aber auch mit Wilhelm blieb man zunächst im Kontakt.<sup>496</sup> Wilhelm verband sich mit Politikern, die sich als

<sup>491</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 42-43; Mirčuk, Narys, S. 42-44.

<sup>492</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 24-25.

<sup>493</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 23.2.1920; 27.3.1920, in: Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Dok. 17, 20, S. 21, 23.

<sup>494</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 3.8.1920, in: ebd., Dok. 26, S. 26. – Dorošenko berichtete Lypynskyj über ein Antworttelegramm Skoropadskyjs, das – wie sich Dorošenko ironisch ausdrückte – »gnädig« (blahoprijatna) sei. Vielleicht hielt Lypynskyj den Het'man für leichter lenkbar, er wollte ihn schließlich nur als Repräsentationsfigur, nicht als einen politischen Akteur.

<sup>495</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 30.6.1920, in: ebd., Dok. 25, S. 25.

<sup>496</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 10.9.1920, in: ebd., Dok. 27, S. 27.

Bauern- und Kosakenrepräsentanten verstanden. Zu den ersteren gehörte Mykola Čudinov (»Bohun«), der am 12. Mai 1919 im damals zur ZUNR gehörenden Stanislaw die Ukrainische Volkspartei (Ukraińska Narodnja Partija – UNP) gegründet hatte. Die Partei war konservativ-national, vertraute auf »eigene Kräfte«, war also gegen eine prorussische oder prodeutsche Orientierung, selbstverständlich auch antipolnisch und damit später auch gegen Petljura.<sup>497</sup> Zur UNP stieß Wilhelm von Habsburg 1920. Viktor Andrijevskyj (1885-1967), ein Kosakenrepräsentant aus dem Gebiet von Poltava, der bis März 1921 dem USChD nahegestanden hatte, verließ die Het'man-Gruppe und schloß sich der UNP an. Möglicherweise war diese verwirrende Lage der Grund dafür, daß in Berichten des polnischen Militärgeschichtsdienstes von einem Zusammenschluß von Wilhelm und Skoropadskyj die Rede war.<sup>498</sup>

Von Żywiec/Saybusch aus distanzierte sich Wilhelms Vater Karl von allen Aktivitäten, die mit einem ukrainischen Thronanspruch Wilhelms verbunden waren, und verwies darauf, daß seine anderen Söhne in der polnischen Armee dienten. Wilhelm replizierte darauf, sein Vater sei völlig in polnische Einflüsse geraten.<sup>499</sup> In Wien unterstützte Wilhelm Ladislaus Biberovyč mit seiner in der Josefstädter Str. 9 redigierten Zeitschrift *Soborna Ukraïna* (Einige Ukraine). Ab Oktober 1921 gab Andrijevskyj die *Soborna Ukraïna* als »Organ der Freien Kosaken« (Organ vil'noho kozactva) heraus. In Gegnerschaft zum Skoropadskyj-Kreis knüpfte er an idealisierte Vorstellungen einer »demokratischen« frühneuzeitlichen Kosakenschaft an, von der auch Hruševskyj in seinen Geschichtskonstruktionen fasziniert gewesen war. Antiwestlich und antisozialistisch hoffte man auf die »wirklich nationale und wirklich ukrainische demokratische Aristokratie« der Kosaken.<sup>500</sup> Lange hielt das nicht. Anfang 1922 trennte sich die *Soborna Ukraïna* von Wilhelm. Andrijevskyj forderte für die Ukraine nun eine »bäuerliche Nationaldemokratie« ohne aristokratisch-monarchistische Züge, aber im Mai 1922 stellte er das Blatt ganz ein. Andrijevskyj hatte sich nach Motyls Ansicht einem radikaleren Nationalismus zugewandt, der ihn Doncovs Haltung nahebrachte.<sup>501</sup>

Wilhelm und ihm weiterhin anhängende Mitglieder der »Freien Kosakenschaft« drifteten ebenfalls nach rechts ab. Er stand zeitweise in Verbindung mit dem Ex-Kanzler Skoropadskyjs Poltaveč-Ostrjanycja, der ab 1921 im rechtsradikalen Münchner Klima mit den Nationalsozialisten Kontakt hielt und auch wie diese mit russischen Rechten, die ein föderatives Rußland in den Grenzen des Vorkriegsreiches anstrebten, sympathisierte.<sup>502</sup> Diese Zusammenarbeit spricht dagegen, Bruski's These zu akzeptieren, Wilhelm sei bereits Anfang 1922 von der politischen Szene verschwunden. Die Kontakte mit Max Erwin von Scheubner-Richter (1884-1923), dem reichen *Aufbau*-Finanzier und Sohn des bayerischen Eisenbahn-»Königs« Baron Theodor von Kramer-Clett II (1874-1938), und mit Poltaveč dürften bis 1923 gehalten haben. 1921 plante

<sup>497</sup> Vgl. Oleksa Burnatovyč, *Ukraińska ideologija revolucijnoï doby*. Wien 1922, S.71-74.

<sup>498</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 332, der die Berichte zu Recht »phantastisch« nennt.

<sup>499</sup> Polizeidirektion Wien an Ministerium für Äußeres, 12.2.1921, Hornykiewicz IV, Dok. 1084, S. 284-285.

<sup>500</sup> Kindrat Maksymenko-Tyčyna, »Lysty vid ukraińskich chliborobiv do ukraińskoï intelligencii«, *Soborna Ukraïna* 9/7. 12. 1921, S. 3.

<sup>501</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 32.

<sup>502</sup> Ebd.



man noch, mit einer in Deutschland aufgestellten Armee die Ukraine zu »befreien«.<sup>503</sup> Auch wenn solche Pläne ganz unrealistisch waren, muß man sich nicht Kedryn anschließen, der Wilhelm zugestand, sich nicht aus Karrieregründen engagiert zu haben, sondern weil er sich als Teil der ukrainischen Gemeinschaft verstand.<sup>504</sup> Wilhelm dürfte schon – wie 1918 – von einer Chance auf einen Thron geträumt haben: Über von Scheubner-Richter stand Wilhelm auch mit dem Ludendorff-Kreis in Verbindung. Auch hier schwärmte man 1922 von einer exilukrainischen Armee unter dem Het'manat Wilhelms, die, durch deutsche und ungarische rechte Paramilitärs verstärkt, die Ukraine »befreien« und als Aufmarschgebiet gegen Rußland vorbereiten sollte.<sup>505</sup>

Poltaveč wiederum gerierte sich als Organisator einer »Kosakenbewegung«, die er mit der Hilfe seiner großrussischen Verbündeten aus den ukrainischen Soldaten der inzwischen auf den Balkan evakuierten und über ganz Europa verstreuten Soldaten der »weißen« Denikin/Wrangel-Armee zusammenbringen wollte. In München hatte er sich vor dem Marsch auf die Feldherrnhalle mit den deutschen Nationalsozialisten verbunden. Nach dem 9. November 1923 (von Scheubner-Richter wurde dabei getötet) wurde dieser Kontakt aber zunächst bedeutungslos.<sup>506</sup>

#### 14. DIE HET'MAN-BEWEGUNG

In den 1920er Jahren entstand sowohl in Europa als auch in Amerika eine politische Gruppe, die es bis dahin nicht gegeben hatte – die Het'man-Bewegung. Skoropadskyj, dessen politische Perspektive zu formulieren angesichts der erratischen Aktionen während seiner Herrschaft kaum möglich scheint, entwickelte sich langsam zum Zentrum einer Sammlungsbewegung, die niemals viele Anhänger hatte, jedoch qualitativ wettzumachen wußte, was ihr quantitativ fehlte.

Skoropadskyj lebte seit 1919 in La Rosiaz bei Vevey in der Schweiz. Von dort hielt er Kontakte zu seinen ehemaligen Weggefährten, zu Serhij Šemet und Vjačeslav Lypnyskyj, die zwischen UNR, ZUNR, Kommunisten und Sozialisten einen eigenen politischen Weg suchten. Ein polnischer Vertrauensmann berichtet nach einem Gespräch mit Vasyľko im Mai 1920, »hier [in Berlin] und in Leipzig f[ä]nden ständig Konferenzen zwischen Skoropadzki [!] und seinen Anhängern sowie den Vertretern deutscher politischer Parteien und den deutschen Generalen Hoffmann und Groener

<sup>503</sup> Bestätigt werden diese Kontakte durch einen Bericht der Polnischen Gesandtschaft in Berlin. Auch wenn der Verfasser sich auf »ungeprüfte« bolschewistische Quellen bezog, die die Gesandtschaft »mit großem Vorbehalt« weitergab, war durchaus glaubhaft, daß Wilhelm mit der deutschen Rechten, Poltaveč, Krasnov und russischen Monarchisten in Verbindung stand (Poln. Gesandtschaft Berlin an Außenministerium, 13.4.1922, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 37-39). Vgl. Michael Kellogg, *The Russian Roots of Nazism*. Cambridge GB 2005, S. 181-182.

<sup>504</sup> Vgl. Kedryn, Žyttja, S. 78.

<sup>505</sup> Vgl. Bruno Thoss, *Der Ludendorff-Kreis 1919-1923*. München 1978, S. 445-446.

<sup>506</sup> Die deutsche Gesandtschaft in Budapest berichtete nach Berlin, Poltaveč, von Scheubner-Richter und Biskupskij seien in Ungarn zusammengetroffen, weil Sie sich nach dem Rathenaumord politische Chancen ausrechneten (PAAA, Abteilung IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd.3, Bl. 1-3).

statt«. Letzteres mochte stimmen oder auch nicht, aber der Het'man versuchte tatsächlich, wieder eine wahrnehmbare politische Rolle zu spielen.<sup>507</sup> Vasyľ'ko meinte, Skoropadskyj konspirierte selbst mit seinem Erzrivalen Wilhelm von Habsburg. Das war so nicht richtig.

Zutreffend ist sicherlich, daß Skoropadskyj mit ehemaligen politischen Bekannten Kontakt hielt. Nicht zu übersehen ist aber, daß nicht etwa er, sondern Šemet und Lypynskyj 1920 den USChD gründeten, für den Lypynskyj eine neue Ideologie schrieb. Lypynskyj und Šemet waren es auch, die dafür sorgten, daß der USChD organisationell expandierte. Aber welche Bedeutung hatte diese Gruppe? Dorošenko klagte in seinen Briefen häufig über Rivalitäten und die Indolenz der Beteiligten. Das Vorbereitungskomitee für einen Kongress arbeite, »wie Nasses brennt«.<sup>508</sup> Die Petljura-Anhänger seien wohl die einzigen, die vor einem derartigen Zusammenschluß Angst hätten.<sup>509</sup>

Im Dezember 1920 nahm der USChD dennoch wider Erwarten Gestalt an. Wie der im April 1921 in Warschau gegründete analoge Związek Chliborobów Ukrainy war er eher ein informeller Kreis als eine richtige Partei. Dem steht ja keineswegs entgegen, daß die UNR-Regierung die Propagandaversuche der Het'man-Leute in den Internierungslagern fürchtete.<sup>510</sup>

Die Gruppe suchte eine Galionsfigur. Skoropadskyj, der kein großer politischer Denker war, fühlte sich wohl geschmeichelt, als Šemet und Lypynskyj ihn für ihre Bewegung zu gewinnen trachteten, der er 1921 beitrug.<sup>511</sup> Vielleicht erschien er »pflegeleichter« als Wilhelm, aber das ist nur eine Spekulation. Nykola Kočubej hat 1933 diesen Vorgang glaubhaft rekonstruiert. Danach habe Lypynskyj den Ex-Het'man erwählt

»zur Personifizierung des ukrainischen Monarchismus in der Hoffnung, daß Herr Pavlo Skoropadskyj die Notwendigkeit verstehe, sich für den 1918 an den Tag gelegten Kleingeist und sakramentalen Opportunismus zu rehabilitieren.«

Man habe den Namen Skoropadskyjs »selbst gegen seinen Willen und selbst für ihn unbewußt« retten müssen. Man habe von ihm nur »würdiges Repräsentieren, nicht aber politische Aktivität« erwartet.<sup>512</sup> Der Het'man knüpfte aber weiter Verbindungen. Er fuhr nach einem polnischen Geheimdienstbericht im Januar 1921 nach Ungarn und traf sich mit dem Reichsverweser Miklós Horthy (1868-1957).

<sup>507</sup> Naczelne Dowództwo WP an Adiutantura Generalna w Belwederze, 24.5.1920, Instytut Józefa Piłsudskiego New York, Adjutantura Generalna Naczelnego Wodza, T.22, Bd. 3, Bl. 3, veröffentlicht in Janusz Cisek (Hg.), Sąsiedzi wobec wojny 1920 roku. Londyn 1990, S. 171-173. Bruski (Bruski, Petlurowcy, S. 200) schreibt fälschlicherweise, Skoropadskyj habe seit Anfang 1919 in Deutschland gelebt.

<sup>508</sup> »pracuje jak mokre horyt« – Dorošenko an Lypynskyj, 10.9.1920, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 27, S. 27.

<sup>509</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 6.3.1920, in: ebd., Dok. 19, S. 23.

<sup>510</sup> Vgl. Jurij Tjutjunyk, Z Poljakamy proty Vkraïny. Charkiv 1924, S. 44. – Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 329-330.

<sup>511</sup> Dies folgt den Angaben bei Olena Ott-Skoropadsky/Pavlo Haj-Nyžnyk, »Pavlo Skoropads'kyj – Kurze Chronik seines Lebens (1873-1945)«, in: Günter Rosenfeld (Hg.), Pavlo Skoropads'kyj. Erinnerungen 1917 bis 1918. Stuttgart 1999, S. 365-373, hier S. 371.

<sup>512</sup> Nykola Kočubej, »Pojasnajuči zapysky. V spravi 'budapešens'koho dohovoru' p. Pavla Skoropad'skoho«, Zbirnyk Chliborob's'koi Ukraïny, Praha 2 (1933), S. 63-70, hier S. 65.

Stepankivskyj, der wieder in Lausanne war, fuhr angeblich in Skoropadskyjs Auftrag nach England, wohin er ja schon vor 1914 gute Verbindungen hatte. In Genf soll der Het'man dann zu einem längeren Gespräch mit dem britischen Premier David Lloyd George zusammengetroffen sein.<sup>513</sup> Die Kontakte nach Ungarn wurden später zu einer Belastung, diejenigen nach Großbritannien die meistversprechende Verbindung, die der Het'man oder seine Abgesandten immer dann als alternative Option hervorholten, wenn sie von den Deutschen stärker gefördert werden wollten.<sup>514</sup> Auch mit Franzosen und Polen versuchte Skoropadskyj ins Gespräch zu kommen. Bei einem Essen mit französischen Diplomaten in Bern traf er den polnischen Militärattaché Zygmunt Ołdakowski, dem er offenbarte, er »sei immer freundschaftlich zu Frankreich eingestellt gewesen und nur weil die Franzosen keine Beziehungen mit ihm hätten aufnehmen wollten, gezwungen gewesen, mit den Deutschen gut zu stehen«. Das war nicht völlig falsch, entsprach aber vor allem dem Zweck, wieder »an die Macht zu kommen« und dafür »die Unterstützung der Entente« zu erhalten. Dem Militärattaché erklärte er, die »chliboroby« in der Ukraine hätten zu ihm Vertrauen, und er sei auch immer ein Freund Polens gewesen. Polen nehme er nur Übel, daß es sich mit Petljura, dem »Abenteurer, der in der Ukraine keinen Einfluß« hätte, eingelassen habe. Mit den Deutschen habe er alle Verbindungen abgebrochen und mit ihnen »wolle er auch weiter nichts zu tun haben«. <sup>515</sup> Bei einem weiteren Gespräch im Januar 1921 erklärte er sein Desinteresse an Ostgalizien.<sup>516</sup> Die polnische Seite hielt Skoropadskyj – nicht zu Unrecht – für einen Taktierer und ging auf die Avancen ebensowenig ein,<sup>517</sup> wie irgendeiner seiner anderen Gesprächspartner. Denn Skoropadskyj hatte in einem Interview mit der *Gazette de Lausanne* auch behauptet, zu seinen Föderationsbemühungen im November 1918 hätte die Entente ihn gegen seinen Willen gezwungen.<sup>518</sup> Und Anfang 1925 besuchte General Wrangel Skoropadskyj in Berlin.<sup>519</sup>

Wenn man irgendeinen Schluß aus diesen Aktivitäten ziehen kann, dann den, daß der Het'man nach einer etwa einjährigen Pause wieder mit großer Energie in die Politik drängte. In bezug auf potentielle Partner war er dabei völlig offen, es ging ihm um die eigene Macht. Darin vertrat er dieselbe Beliebigkeit, die auch Doncov ab 1921 predigte. Beide hatten bei der Entente kein Glück, und so blieben wieder nur die Deutschen übrig.

<sup>513</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 326-327.

<sup>514</sup> Aufzeichnung Gespräch Groener/Von Dirksen, 10. 3. 1927, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 59-60.

<sup>515</sup> Ołdakowski an II.Abt. des Polnischen Generalstabs, 25.9.1920, in: *Sąsiedzi*, S. 180.

<sup>516</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 327; *Ukraine and Poland in Documents*, Bd.2, Dok. 85.

<sup>517</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 328.

<sup>518</sup> »proty svoho sercja« – Interview mit Skoropadskyj, *Gazette de Lausanne*, 15. 10. 1920, nach Taras Hunčak (Hg.), *Ukrainska revolucija, Dokumenty 1919-1921*. New York 1984, Dok. 62, S. 274-277, hier S. 277.

<sup>519</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 27. 1. 1925, in: *Lypynskyj. Archiv*, Bd. 6, Dok. 134, S. 126. Eher zu vernachlässigen sind die Behauptungen Reitlingers (Ein Haus auf Sand gebaut. Hamburg 1962, S. 155), Skoropadskyj sei einer der Financiers des *Völkischen Beobachters* gewesen. Zum einen schreibt dies nicht einmal Alan Bullock (Hitler. Düsseldorf 1953, S. 61 – hier liegt möglicherweise eine Verwechslung mit General Biskupskij vor), auf den sich Reitlinger berief, zum anderen ist hier Kosyk zuzustimmen, daß Skoropadskyj hierfür nicht die Mittel gehabt hätte (*Wolodymyr Kosyk, The Third Reich and Ukraine*, New York 1993, S. 451-452).

So erklärte Skoropadskyj auch seiner jüngsten Tochter seine politischen Überlegungen. Er habe zwar Kontakte in viele Länder, vor allem nach England,

»aber für den wichtigsten Partner der Ukraine hielt er Deutschland, da sich die Interessen beider Länder in hohem Maße gegenseitig ergänzten. Deswegen müsse er in Deutschland leben. Aus den Zeiten des Het'manats habe er in Deutschland viele Freunde, die er achtete und die ihm halfen, [...] aber wir sollten uns immer dessen bewußt sein, daß wir [...] hier Fremde bleiben würden.«<sup>520</sup>

Das Doppelspiel Skoropadskyjs weckte bei den gescheiterten UNR-Politikern Befürchtungen. Wenn Bruski jedoch von Einfluß und Erfolgen des USChD schreibt, dann übersieht er, daß die gesamte ukrainische Politik eher auf dem Papier und in den Köpfen einzelner Politiker als in der Wirklichkeit stattfand. Nach den Werbeversuchen polnischer USChD-Repräsentanten in den Internierungslagern wies Petljura aber am 3. Februar 1921 seinen Gesandten Smal'-Stočkyj an, Gegenpropaganda gegen den Het'man einzuleiten: In der deutschen Presse sollten Artikel lanciert, andere Staaten über den fehlenden Realismus der Het'manpolitik unterrichtet, und die Het'mananhänger sollten gewarnt werden, der »Volkszorn« werde sich gegen sie richten.<sup>521</sup> Tatsächlich ging es um ein Trauma: Skoropadskyj hatte Petljura 1918 abgesetzt und eingesperrt, und Petljura mußte sich im klaren darüber sein, daß es mit der aktuellen UNR-Politik nicht weit her war. Da konnten Gerüchte, Skoropadskyj werde durch die britische Regierung und Ludendorff finanziert und gewinne neue Anhänger, in der virtuellen Welt der Emigranten tatsächlich als reale Bedrohung aufgefaßt werden.<sup>522</sup>

Hat Skoropadskyj in dieser Zeit von den Deutschen Geld bekommen? Kočubej hat sich 1933 so ausgedrückt: »Aus früheren Beispielen wußte ich, daß dort, wo es auch um Gelddinge ging, Herr P. Skoropadskyj nicht zu überzeugen war.«<sup>523</sup> Unwahrscheinlich wäre es nicht, und in der Schweiz waren Doppelfinanzierungen seit dem Ersten Weltkrieg keine Seltenheit. Sicher ist, daß sich deutsche Stellen für Skoropadskyj interessierten. Aber ließen sie es sich auch etwas kosten, ihn dazu zu bringen, Ende 1921 nach Berlin überzusiedeln? Ob dabei das Haus Alsenstr. 17 in Wannsee »für den Erlös einer Perlenkette seiner Frau«<sup>524</sup> oder mit deutschen Mitteln erworben wurde, mag hier nur am Rande von Interesse sein, weil in den darauffolgenden Jahren die Het'mangruppe jedenfalls deutsche Zuwendungen erhielt.

Im November 1921 verfestigte sich das politische Podium Skoropadskyjs. Man hätte erwarten können, daß er wie so viele eine politische Gruppe gründen würde – stattdessen kam es andersherum. Lypynskyj gewann ihn für seine politische Richtung und Skoropadskyj wurde Mitglied des Vereidigtenrates (*Rada prysjažnych*), des Leitungsgremiums des von Lypynskyj und Šemet geführten USChD. Dazu mußte er sich verpflichten, »treu und bis zu seinem Lebensende der Idee der ukrainischen Arbeits-

<sup>520</sup> Ott-Skoropadska, *Ostannja z rodu*, S. 83.

<sup>521</sup> O. Lotočkyj, *Symon Petljura*. Warszawa 1936, S. 66-67; Petljura, *Statti*, Bd. 2, S. 489-493; vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 330.

<sup>522</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 330.

<sup>523</sup> Kočubej, »*Pojasnajučı zapysky*«, S. 64. Kočubej warf Skoropadskyj auch vor, in den 1920er Jahren eine Pension nicht als Het'man, sondern als russischer General in Anspruch genommen zu haben (Kočubej an Skoropadskyj, 12. 6. 1930, *Zbirnyk Chliborobskoï Ukraïny* 2(1933), S. 78-80).

<sup>524</sup> Olena Ott-Skoropadsky/Pavlo Haj-Nyžnyk, »*Pavlo Skoropad'skyj – Kurze Chronik*«, S. 371.

monarchie« zu dienen.<sup>525</sup> In Wannsee hielt Skoropadskyj nun eine Art Hof, und seine Frau engagierte sich, wie es sich für eine »Herrschergattin« gehörte, wohlätig. Die Kontakte nach Großbritannien mußte er dafür nicht aufgeben. Der Rat tagte in Berlin, und Skoropadskyj war für die Lypynskyj-Bewegung bald mehr als nur ein »Vorstandsmitglied«.

Lypynskyj wollte den Het'man bald entgegen seinen ersten Überlegungen nur noch als Repräsentationsfigur. Dieser sah sich jedoch als Politiker und schmückte sich dabei gern mit einem in den Emigrantenkreisen vielbeachteten Intellektuellen (woran es unter seinen näheren Anhängern mangelte) und einer funktionierenden politischen Gruppe. Und Lypynskyj wiederum konnte mit Skoropadskyj einen ersten Schritt zu seinem Staat vorweisen. Was Lypynskyj gefallen haben dürfte, war sicherlich, daß Skoropadskyj nicht grundsätzlich antirussisch war. Da Lypynskyj eine ukrainische Nation erst noch zusammenstellen wollte, hatte er an axiomatischen Feindschaften kein Interesse.

Skoropadskyjs Leute gehörten einem Establishment an. Damit hing das Aufblühen der *Ukrainska Hromada* zusammen, eines theoretisch nur gesellschaftlichen, partei-lich ungebundenen Vereins, der unter der Leitung Serhij Šemets ein Zentrum für ukrainische Emigranten abgeben sollte. Im Umfeld des Het'mans wollte man auch eine »richtige« Presse – also nicht nur pamphletartige Publikationen. Von 1921-1926 erschien im Umfeld der Hromada das *Ukrainske Slovo*. Dessen Redakteur Zenon Kuzelja gab zusammen mit Stepan Tomašivskyj 1926 auch die Zeitschrift *Polityka* heraus.<sup>526</sup>

Die *Hromada* stand allen Ukrainern offen. Als Ende der 1920er Jahre die Nationalisten visibler wurden, versuchten zwar die Het'man-Anhänger die Führung zu behalten – was ihnen auch gelang – sie gründeten jedoch 1928 den *Het'manskyj Klub u Berlini*, der für Anhänger anderer Ausrichtungen unzugänglich war und nach OUN-Meinung logenartig organisiert war.<sup>527</sup> Die Mitglieder des Clubs trafen sich alle zwei Wochen zu Vorträgen zu historischen und politischen Problemen.<sup>528</sup> Da inzwischen Skoropadskyj eine relativ großzügige deutsche Finanzierung erfuhr, standen die Het'man-Adepten besser da als ihre Konkurrenten.<sup>529</sup>

Das AA hatte seine Politik gegenüber den ukrainischen Emigranten 1926 geändert. Hatte man bisher die Kontakte mit verschiedenen ukrainischen Gruppierungen als

<sup>525</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 329. – Vgl. Troščynskyj, Mižvojenna ukrainska emihracija, S. 173.

<sup>526</sup> Vasyl' Jariš, »Ukrainska kul'tura j mystectvo v Berlini«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukrainci v Berlini 1918-1945*, Toronto 1996, S. 52-79, S. 54. – Tatsächlich folgte die Hromada dem Schema, nach dem ukrainische Emigranten versuchten, sich im Exil zusammenzuschließen. Im Laufe der Jahre wandelten sich zunächst freie Vereinigungen in Parteigruppen. Darin gab es jedoch keine Einheitlichkeit. In Berlin wurde die Hromada zu einer Skoropadskyj-Domäne, in Paris, wo Kapustjanskyj 1925 eine gründete, verließen bis 1930 UNR-Anhänger (die eine eigene gründeten) und Šapoval-Sozialrevolutionäre den Verein, der zu einem Ableger der Nationalisten (*Ukrainskyj Narodnyj Sojuz*) wurde (Vgl. Mykola Kapustjanskyj, »Vijskova pidhotovka OUN«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*, o. O. [Paris] 1954, S. 115-139, hier S. 119-120).

<sup>527</sup> Vgl. [Volodymyr Martyneč], »Ukrainska emigracija v Nimeččyni«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 6, S. 250-251; Mychajlo Švahuljak, »Ukrainska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukrainska Emihracija. Istorija i sučasnist'*. L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 321.

<sup>528</sup> »Z žyttja het'manskych organizacij«, *Bjuleteň Het'manskoï Upravy*, Nr. 4, April 1930, S. 7.

<sup>529</sup> Vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukrainska emihracija*, S. 175-178.

politische Option gewertet, selbst wenn es sich offensichtlich um Menschen handelte, die wenig mehr als sich selber vertraten, so gewann nun das Interesse an einer Konsolidierung Vorrang. Bis dahin hatte man den Schwebezustand, niemanden anzuerkennen, aber mit allen im Gespräch zu verbleiben, favorisiert. Nun begann man, Partei zu ergreifen. Das AA erklärte die Skoropadskyj-Richtung zu einer »angesehene[n] und wesentliche[n] Gruppe des Ukrainertums« und wandte sich damit von der UNR ab, mit deren Repräsentanten es bis 1923 gut ausgekommen war. Die »Angriffe von Petljura-Anhängern können uns kalt lassen«, schrieb von Dirksen. Die UNR galt nun als eine Filiale Polens, das für das AA im Zeichen des »Zollkriegs« der Gegner schlechthin war.<sup>530</sup>

Auch sonst äußerte man sich in Berlin nun anders. Gegenüber Groener vertrat von Dirksen die neue Maxime,

»dass die ukrainische Bewegung nur so weit für uns Interesse habe, als sie einheitlich sei. Die einzelnen Gruppen, die einander befehdeten, schadeten eher als dass sie nützten.«<sup>531</sup>

Damit wurde die Wende der Politik gegenüber den Ukrainern deutlich. Die polnischen Diplomaten, die diese Vorgänge beobachteten, kamen zu dem eher beruhigenden Schluß, daß die Förderung Skoropadskyjs bedeute, daß außer der pro-polnischen UNR nur mehr seine Gruppe von den Deutschen wahrgenommen würde. Die nach ihrer Einschätzung größere Gefahr durch Petruševyč sei dadurch gebannt, da jener »vereinsamt in Berlin« lebe und die Deutschen »nicht mehr mit ihm rechneten«.<sup>532</sup> Otto Hoetzsch nahm dies mit weit weniger Freude wahr: Er kritisierte die Unterstützung Skoropadskyjs und hielt die Westukrainer Petruševyčs, die mit der Sowjetunion im Reinen waren, für weitaus wichtiger.<sup>533</sup> Die deutsche Politik hatte jedoch ihre Entscheidung getroffen, die aber wieder eine Hintertür hatte. Mit der UNR gab es zwar keine Kontakte mehr, aber die Reichswehr hielt weiterhin an ihrer UVO fest.

Das AA wollte nun eine »klare« Ukrainerpolitik betreiben, und Groener hat entscheidend dazu beigetragen, daß Skoropadskyj sowohl als Mentor des UWI als auch persönlich der Nutznießer dieser Politik wurde. Während Skoropadskyj mit ausländischer Förderung rechnete, baute Groener auf Mitleid und Nutzen: Der Militär habe

<sup>530</sup> Von Dirksen an Koch, Deutsche Gesandtschaft Prag, 29. 4. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 3-6. – Damit lagen die Deutschen nicht falsch: In einer undatierten Instruktion des polnischen Außenministeriums an die polnischen diplomatischen Vertretungen wurde die UNR als »gegenüber dem polnischen Volk und Staat wohlwollende und freundschaftliche Richtung« charakterisiert, die auch nicht die Frage Ostgaliziens berühre; gleichzeitig wurden die polnischen Diplomaten angewiesen, den UNR-Repräsentanten »überaus diskret« zu helfen (Poln. Außenministerium, Instruktion über die ukrainische Emigration, undat.[1928?], AAN, MSZ, Wydział Wewnętrzny [WW], 5325 – *Mniejszość ukraińska w Polsce*, Bl. 5-9).

<sup>531</sup> Aufzeichnung Unterredung von Dirksen-Groener, 1. 12. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 28-30. – Auch bei den russischen Emigranten kritisierte das AA die Streuungstendenzen (Vgl. Vermerk von Tippelskirch, 22. 3. 1932, PAAA, Politik 5A Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 12, Bl. 205).

<sup>532</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 16. 11. 1926, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 86-88. – Eine Beteiligung Petruševyčs am UWI wurde noch im Juni 1926 in Berlin diskutiert, jedoch wegen des »verbissenen Widerstand[s] Skoropadskyjs« nicht weiter verfolgt (Vgl. Carsten Kumke, »Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Berlin. Zwischen Politik und Wissenschaft«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995), S. 218-253, hier S. 222).

<sup>533</sup> Hoetzsch an von Dirksen, 23. 12. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 53-54.

eine siebenköpfige Familie zu ernähren, seine Organisation sei intakt und er selber ein zuverlässiger Freund Deutschlands. Er habe »seine politischen Bestrebungen ganz auf die Verbindung mit Deutschland eingestellt, er schwört auf Deutschland's (!) Zukunft und hofft von Deutschland alles auch für die Zukunft seiner Heimat«. <sup>534</sup> Nur durch seine »Anhänglichkeit an Deutschland [sei er] ins Unglück geraten«, Deutschland sei es ihm also schuldig, ihn persönlich zu unterstützen, und nur das AA verfüge über hierzu ausreichende Mittel. <sup>535</sup>

Von Dirksen hielt in einem Vermerk fest, Skoropadskyj werde 10.000 RM vom AA erhalten, und die Reichskanzlei zahlte am 13. Dezember ebenfalls Groener 10.000 RM für den Het'man aus. Der Staatssekretär des Reichspräsidenten Meissner wollte aus seinem Unterstützungsfonds nochmals denselben Beitrag zur Verfügung stellen. Ausdrücklich bestätigte von Dirksen dabei Groener, daß die Unterstützung als Erfüllung seiner »Bitte um Hilfsaktion« zu werten sei. <sup>536</sup> Damit erhielt Skoropadskyj um die Jahreswende 1926/27 immerhin 30.000 RM.

Groener schien dies nicht genug. Im März 1927 klagte er von Dirksen, Skoropadskyj sei »wieder in einer außerordentlich bedrängten finanziellen Lage« und der Het'man wolle sich samt »seinen politischen Anhängern der deutschen Sache zur Verfügung [...] stellen und eng mit ihr zusammen [...] arbeiten«. Wegen der Konfliktlage mit Polen gebe es mit den Ukrainern »besonders viele gemeinschaftliche Berührungspunkte«. Sollte Deutschland den Het'man nicht brauchen/fördern, könne jener auch nach England gehen. <sup>537</sup> Die Drohung wirkte. Mitte April stellte das AA weitere 10.000 RM zur Verfügung, und bis zum 12. Mai zahlten die Reichskanzlei und die Präsidialkanzlei noch einmal je 5000 RM. Dabei ging man davon aus, daß der Het'man bei den Ukrainern in Polen »eine grosse führende Rolle spielt«, hielt dies dann aber für ausreichend: »Weitere Mittel sollen nicht mehr gegeben werden«, vermerkte die Reichskanzlei. <sup>538</sup>

Außer Groener setzte sich für den Het'man auch Werner von Alvensleben ein, 1918 der deutsche Verbindungsoffizier bei Skoropadskyj und inzwischen voller antibolschewistischer Aktivität. Er wollte von Meissner als Gegenleistung für die Ukraine-Lieferungen von 1918 eine Förderung für Skoropadskyj erreichen und mußte sich von Meissner belehren lassen, daß Lieferungen des Staates nicht mit solchen des Het'mans selber verwechselt werden sollten. Von Alvensleben hoffte dann immerhin, »in absehbarer [Zeit] eine sehr grosse Unterstützung für den Herrn Hetman von auswärtiger Seite zu erhalten«, was dann eine deutsche Förderung für den »ausserordentlich anständige[n] und deutsch-eingestellte[n] Mann« überflüssig machen würde. <sup>539</sup>

<sup>534</sup> Groener an Außenminister, 1. 12. 1926, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 80.

<sup>535</sup> Unterredung von Dirksen-Groener, 1. 12. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 28-30.

<sup>536</sup> Vermerk von Dirksen, von Dirksen an Groener, undat. [Dezember 1926], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 26-27; Staatssekretär in den Reichskanzlei an Reichskanzler, 11. 12. 1926, darauf weitere Vermerke vom 13. 12. 1926, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 81.

<sup>537</sup> Aufzeichnung Gespräch Groener/Dirksen, 10. 3. 1927, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 59-60.

<sup>538</sup> Staatssekretär in der Reichskanzlei an Reichskanzler, 2. 5. 1927, weitere Vermerke bis zum 12. 5. 1927, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 84.

<sup>539</sup> Von Alvensleben an von Hindenburg, 14. 6. 1927, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 118-119; Meissner an Pünder, 16. 6. 1927, ebd., Bl. 115; von Alvensleben an Meissner, 17. 6. 1927, ebd., Bl. 116-117. Von Alvensleben und Groener standen miteinander in Verbindung. Dorošenko war am 15. 4. 1926 mit Groener zu von Alvensleben zum Mittagessen eingeladen (Dorošenko an Lypynskyj, 14. 4. 1926,

Nun regte Meissner an, die Reichsregierung solle Skoropadskyj »auch in den nächsten Jahren« mit jeweils 10.000 RM beistehen. Eine rechtsverbindliche Zusage erfolgte zwar nicht, aber damit hatten seine Fürsprecher eine regelmäßige Finanzierung des Het'mans erreicht.<sup>540</sup> Groener bettelte dennoch weiter für Skoropadskyj. Im November 1927 fragte er bei Meissner an: »Wie stehts denn mit der Angelegenheit Skoropadski? Ließe sich nicht beschleunigen? Ich glaube die Not ist groß«, woraufhin Meissner sich herauszureden versuchte, er warte auf eine Stellungnahme des AA.<sup>541</sup> Nur mittelbar dokumentarisch nachgewiesen ist, daß Reichspräsident von Hindenburg Skoropadskyj schließlich einen »Ehrensold« von 1000 RM monatlich aussetzte, der die Bettelei überflüssig machen sollte. Dieses Geld ist offenbar bis 1945 gezahlt worden.

So ausgestattet richtete der Het'man 1927 einen Verwaltungsapparat ein. Aber die Professionalisierung mißlang. Die von Kočubej geleitete »Het'man-Verwaltung der vereinigten Landwirte- und anderen Klassen-Organisationen« (Het'man'ska Uprava objednanych chliborobskykh ta inšykh klasovykh orhanizacij) sollte die Arbeit der ihr angeschlossenen Gruppen vereinheitlichen. Sie war vom Het'man selber, der nun als »Symbol der Einheit von Idee und Organisation« und als »erster Diener der Idee und damit Oberster Leiter (Kerovnyk) der Het'man-Bewegung« bezeichnet wurde, sowie dem »Rat der Vereidigten« abhängig. Dem Rat wiederum saß Lypynskyj vor.<sup>542</sup> 1929 erschien mit dem *Bjuleteň het'man'skoï upravu* (Bulletin der Het'man-Verwaltung) auch erstmals eine Art Amtsblatt, das Kočubej redigierte und als dessen Redaktionsanschrift Schließfach 63 in Berlin NW 7 angegeben wurde. In dem ersten »Leitartikel« bemängelte man das Fehlen eines »Zentralorgan[s], in welchem es die Möglichkeit gäbe, alle laufenden ideologischen und organisatorischen Fragen zu besprechen«. Das »offizielle Organ der Het'man-Uprava« wurde jedoch nicht dazu.<sup>543</sup> Das ärmliche, unregelmäßig erscheinende hektographierte Blättchen bildete eher die Zerstrittenheit der Emigration, die geringe Akzeptanz der Skoropadskyj-Gruppe und ihre innere Instabilität ab. Die Texte hatten nur zu einem geringen Teil theoretische politische Inhalte, eher fielen die Versuche auf, die gegenseitigen Verleumdungen der ukrainischen Emigration zu kanalisieren. In der ersten Ausgabe wies Kočubej das Gerücht der nationalistischen *Rozbudova Nacii* zurück, ein Vertreter des Het'mans sei Mitglied des Gedenkkomitees für General Vrangel', korrigierte ein fehlerhaftes Zitat im *Lite-*

in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 196, S. 214). Als von Alvensleben im Sommer 1927 monierte, der Reichspräsident habe auf ein Schreiben US-amerikanischer Het'man-Anhänger (die er auf 600.000 schätzte) nicht geantwortet, verbat sich Meissner »eine solche Einmischung in seine amtlichen Befugnisse«. Mehr als eine telephonische Rückmeldung Pünders erhielt von Alvensleben nicht: »Es steht sonst zu erwarten, dass Herr von Alvensleben allzu oft mit allerlei Bitten an den Herrn Staatssekretär herantritt« (von Alvensleben an Pünder, 13. 8. 1927; Vermerk Pünder, 18. 8. 1927, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 133-135).

<sup>540</sup> Meissner an Pünder, 16. 6. 1927, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 115. – Ein weiterer Versuch von Alvenslebens, 5000 RM für den Het'man zu erhalten, hatte keinen Erfolg mehr. Dabei gingen die Schreiben davon aus, Skoropadskyj habe 45.000 RM erhalten, tatsächlich dürften es jedoch 50.000 RM gewesen sein.

<sup>541</sup> Groener an Meissner, 29. 11. 1927; Meissner an Groener, 30. 11. 1927, Zentrales Staatsarchiv der DDR (ZStADDR), Büro des Reichspräsidenten, 0/3/14, Persönlicher Schriftwechsel Meissner, Bd. 15, Bl. 212-213.

<sup>542</sup> »Nakaz Het'man'skoï Upravu na čas perebuvannja na emigracij«, Wannsee 21. 3. 1927, abgedruckt in *Bjuleteň Het'man'skoï Upravu*, Nr. 1, Januar 1929, S. 2-3.

<sup>543</sup> Het'man'ska Uprava, »Vstup«, *Bjuleteň Het'man'skoï Upravu*, Nr. 1, Januar 1929, S. 1.



*returno-Naukovyj Vistnyk* Doncovs und die Behauptung einer tschechischen Zeitung, Skoropadskýj kooperiere mit Konovaléc gegen Polen.<sup>544</sup>

Innerhalb der Het'man-Gruppe selber gab es ebenfalls ständig Streit. Serhij Šemet war beleidigt, daß nicht ihm der Vorsitz angetragen worden war, und so »boykottierte« er sowohl Lypynskýj als auch den »Rat der Vereidigten«. Die 1927 eingerichteten Organe blieben im übrigen inaktiv.<sup>545</sup> Die zweite Ausgabe des »Zentralorgans« erschien erst ein Jahr nach der ersten. Sie enthielt den Brief, mit dem Lypynskýj aus Krankheitsgründen vom Vorsitz des Rats der Vereidigten zurücktrat und ihn dem Het'man antrug. Kočubej wurde vom Vorsitz der Het'manska Uprava suspendiert, ohne daß dieses Amt neu besetzt worden wäre; die Herausgabe des Bulletins übernahm Volodymyr Korostovec. Skoropadskýj war aber nun aus der Position eines »Symbols« in die praktische Leitung gerutscht.<sup>546</sup>

1928/30 kam es zu einem Schlagabtausch zwischen den Het'man-Anhängern und Nationalisten unterschiedlicher Couleur. Ivan Kedryn als Parteigänger der UNR, Stepan Tomašivskýj als galizischer Nationalist und Osyp Nazaruk, neuerdings als Verfechter eines auf die Kooperation mit den Lateinern setzenden unierten Bewußtseins,<sup>547</sup> kritisierten den zunehmenden Einfluß der Skoropadskýj-Anhänger in Galizien. Das Bulletin der Het'man-Verwaltung beschimpfte die Kritiker: Es distanzierte sich von dem inzwischen an der Jagiellonischen Universität in Krakau lehrenden Tomašivskýj und erklärte, »vom 5. September 1928 an steh[e] er nicht einmal mehr in privaten Beziehungen zu irgendeinem Mitglied des Vereidigtenrates.«<sup>548</sup> Osyp Nazaruk warf die Uprava in einem förmlichen Beschluss vom 8. Februar 1930 vor, Lypynskýj beleidigt zu haben, und die Het'maniten sagten sich damit von der Person los, die die amerikanischen Het'man-Strukturen aufgebaut hatte.<sup>549</sup> Dorošenko, der

<sup>544</sup> »Vid Het'manskoï Upravy«, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 1, Januar 1929, S. 41-42.

<sup>545</sup> Nykola Kočubej, »Pojasnjajuči zapysky«, S. 63.

<sup>546</sup> Lypynskýj an Skoropadskýj, 29. 11. 1929; Skoropadskýj an Lypynskýj, 29. 11. 1929, »Skoropadskýj, Nakaz Het'manskoï Upravy«, 28. 12. 1929, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 3, März 1930, S. I-III. Abdruck des Lypynskýj-Skoropadskýj-Briefes auch in Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 9, Oktober 1930, S. 11. – Formal wurde die Absetzung Kočubejs damit begründet, er habe Berlin verlassen. 1930 wurde auf dem Kongreß der Het'man-Gruppen offen ausgesprochen, daß die in die Uprava 1927 gesetzten Hoffnungen enttäuscht worden seien, sie sei bis 1929 inaktiv gewesen. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß persönliche Animositäten bei den Het'man-Anhängern nicht anders als in anderen Gruppen den Diskurs prägten (»Peršyj zizd Het'manciv v dnjach 19-21 lypnja 1930 r. v Berlini«, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 7-8, Juli-August 1930, S. I-II). Lypynskýj hatte Kočubej zunächst selber ausgewählt, dann aber ernüchtert erklärt, seine »oblomovska Het'manska Uprava« baue jeden Morgen Luftschlösser, sei aber nicht einmal imstande, Strümpfe auf den nackten Fuß aufzuziehen (paraphrasiert nach Josyp Mel'nyk/Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj, »Do Chval'noï Redakcii ›Dila«, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 9, Oktober 1930, S. 1-11, hier S. 8).

<sup>547</sup> Die Wandlungen Osyp Nazaruks sind kein Thema unserer Abhandlung. Nazaruk hat fast allen Strömungen des ukrainischen Nationalismus einmal angehört. In Chicago hatte er über Lypynskýj zur Het'man-Bewegung gefunden, von der er sich jedoch bald wieder löste, um 1927 nach Galizien zurückzukehren und als Redakteur der *Nova Zorja* eine von dem Stanislauer Bischof Chomyšyn propagierte propolnische und die Verschmelzung des römischen mit dem griechischen (unierten) Katholizismus anstrebende Minderheitsrichtung für sich zu entdecken (Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska 1923-1929*, S. 268).

<sup>548</sup> »Vid Het'manskoï Upravy«, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 2, März 1929, S. 39.

<sup>549</sup> »Uchvala Het'manskoï Upravy«, 8. 2. 1930, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 3, März 1930, S. V-VI.

Tomašivskyj nun wirklich nicht mochte, riet Lypynskyj davon ab, gegen Tomašivskyj weiter zu polemisieren, denn dieser habe »vielleicht faktisch in einigen Einzelpunkten recht.«<sup>550</sup> Damit aber entfremdete er sich nun den empfindlich und paranoid gewordenen Lypynskyj, und obwohl die beiden sich bald wieder förmlich aussöhnten und weiter miteinander korrespondierten, war das frühere Vertrauensverhältnis gestört.<sup>551</sup> Dorošenko fiel es danach nicht mehr schwer, sich von der Het'man-Bewegung und vom UWI zu lösen (s. S. 541).

Lypynskyj hatte sich 1929 zu einem Brief an den Redakteur des Lemberger *Dilo* Vasyľ Mudryj (1893-1966) durchgerungen, der jedoch nicht ankam und stattdessen im *Bulletin* abgedruckt wurde. Lypynskyj kritisierte darin ukrainischen ethnischen Nationalismus und setzte sein eigenes Konzept dagegen. Ihm schwebte eine territoriale – nicht eine ethnische – Autonomie Ostgaliziens unter Einbeziehung der örtlichen Polen vor, von der aus ein neuer Staat entstehen solle. Ein Kampf gegen die Polen würde aus den Ukrainern die »nationale Arrièregarde der vor den Polen zurückweichenden nicht-staatlichen Ruš machen und in der ganzen Ukraine zum Anwachsen russophiler Tendenzen beitragen«. Folglich sollte man sich weder als nationalistische Sekte gegen die lokalen Polen gebärden (wie die OUN), noch mit Warschau eine Verständigung suchen (wie das UNDO). Dafür solle man sich mit den lokalen Polen und Russen verständigen, um aus dem nicht-staatlichen »nationalen Ghetto« auszubrechen, in welchem sich das Ukrainertum befinde.<sup>552</sup> Damit hatte Lypynskyj eine zu UNDO und UVO/OUN alternative Politik entworfen, die von der Het'man-Bewegung ausgehen sollte. Die Bewegung war jedoch durch interne Auseinandersetzungen zerrissen und kaum imstande, sich damit sinnvoll zu befassen. Für außenstehende Beobachter bot sie das übliche Bild miteinander zerstrittener Emigranten.

Eine Zeitlang erschien das Bulletin nun häufiger. Was bis dahin ein heterogener, um die Person Skoropadskyjs gescharter Personenverband war, versuchte man jetzt erstmals ernsthaft in eine funktionierende Organisation zu verwandeln. War das politische Konzept Skoropadskyjs vorher mehr als unklar geblieben, so begann nun eine auf Staatlichkeit ausgerichtete Politisierung. Am 29. Dezember 1929 gab der Het'man die Anweisung, den 29. April (1918) als Tag der »Erneuerung des Het'manats« und den 29. Dezember (1920) als den Jahrestag der »Bestätigung des Statuts und des Reglements der USChD« als Feiertage zu begehen.<sup>553</sup> In der von der Het'manska Uprava nachgereichten Begründung hieß es, bis dahin seien die Ukrainer nur ein Volk (»narodom«) gewesen, das die Zentralrada nicht geschafft habe, als Staatsnation zu organisieren (»ne vmila organizuvaty v deržavnu naciju«). Mit dem Het'man-Putsch habe man den Staatsaufbau begonnen und erst jetzt, nach zwölf Jahren der Emigration, sei man sich

<sup>550</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 17. 8. 1929, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 313, S. 349.

<sup>551</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 12. 1. 1930, in: Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Dok. 319, S. 357-360. – Der Historiker Ivan Lysjak-Rudnyčkyj sprach – sicher zu Recht – auch Lypynskyj nicht von menschlichen Schwächen frei. Er sei wegen seiner Krankheit nervös, rigoristisch und unpragmatisch gewesen, damit habe er zum Zerfall des USChD beigetragen (Ivan Lysjak-Rudnyčkyj, *Miž istorijeju j politykoju*. München 1973, S. 144-146).

<sup>552</sup> Brief Lypynskyjs an Vasyľ Mudryj, nicht abgeschickt, 5.-31.5.1929, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 3, März 1930, S. 1-7.

<sup>553</sup> Pavlo Skoropadskyj, »Nakaz«, 16./29.04.1929, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 4, April 1930, S. 1.

dessen bewußt geworden, daß ukrainische Staatlichkeit nur auf der Basis der »klassokratischen« Idee der Ukrainischen »Arbeitsmonarchie«, des Het'mans und seines Geschlechts sowie der solidarischen Klassenorganisation möglich sei.<sup>554</sup>

Auf der offiziellen Feier zum 12. Jahrestag des Putsches am 3. Mai 1930 geschah etwas Signifikantes: In einem Festvortrag, in dem er die Diskrepanz von »Wort« und »Tat« kommentierte und die Bedeutung der Letzteren unterstrich, nannte der Ex-Marxist Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj eine Gruppierung vorbildlich, deren Versammlung er tags zuvor besucht hatte – die deutschen »Nationalisten – Sozialisten«. Deren Redner Hitler habe gezeigt, wie man in derselben Zeitspanne, die es nun auch den USChD gab, eine Partei bilden konnte, die einen 16.000 Menschen fassenden Saal füllte. Skoropys war vom theoretischen Niveau der Nationalsozialisten wenig begeistert: Er diagnostizierte eine »Verwirrung von Gedanken« und erklärte die beiden Teile »Nationalismus« und »Sozialismus« zu »im Vergleich mit unserer Ideologie negativen Theorien«. Aber er war voller Bewunderung dafür, wie Hitler mit diesen Konzepten umgegangen sei: Er habe über »das schwere Nachkriegslos ihres geliebten, zerschlagenen und wie unseres versklavten und einst so mächtigen Vaterlandes« gesprochen – und dies »Nationalismus« genannt – und sodann gegen den sozialistischen Betrug an den arbeitenden Massen protestiert – und dies »Sozialismus« genannt. Skoropys demonstrierte so, daß er in der NS-Bewegung Faktoren sah, die für die Ukrainer interessant schienen. Für vorbildlich hielt er, daß die Nationalsozialisten es geschafft hätten, aus einer 7-Mann-Gruppe eine Massenbewegung zu bilden:

»Solche glücklichen Folgen ergibt die »gute Tat« selbst bei einer Verwirrung des »Wortes«. Wenn wir mit unserem guten Wort doch eine entsprechende Aktivität entfalten könnten... wir ständen jetzt ganz anders da, der Erfüllung unserer Träume näher.«<sup>555</sup>

Das war keine vorbehaltlose Zustimmung zu den ideologischen Konzepten der Nationalsozialisten – immerhin wurde die Het'man-Bewegung von Vertretern der demokratischen Kräfte finanziert – wohl aber Bewunderung für die »unermüdliche Energie« und die »Don-Quijotehafte Hingabe an die Sache«, also die Methodik, und die Feststellung der Kompatibilität einiger politischer Elemente.

In Großbritannien und den USA gelang es Skoropadskyj im Laufe der 1920er Jahre, eine gewisse Anhängerschaft zu gewinnen, was damit zusammenhängen mochte, daß er – anders als seine ukrainischen Emigrantenrivalen – einen Hauch von »großer Welt«, von »Oberschicht« verbreitete, und so mit den russischen Emigranten, deren Thronprätendenten die Gesellschaftspresse beschäftigten, statusmäßig gleichzog. Aber auch in Deutschland setzten sich die Het'man-Anhänger ins Bild. Mit dem UWI (s. unten) hatte die Het'man-Gruppe 1926 eine wissenschaftliche Einrichtung erhalten, aber eigentlich wollte der General in die Politik. Anfang 1927 nutzte er dazu die Vermittlung Groeners. Die Umstände waren nicht sehr günstig. AA und Wissenschaftsministerium hatten sich gerade darauf geeinigt, das UWI wegen der guten deutschen Beziehungen zur Sowjetunion auf eine sowjetfreundliche und polenfeindliche Linie festzulegen. Als Groener seinem Gesprächspartner von Dirksen Skoropadskyjs politische Denkschriften in deutscher Sprache vorlegte, hätte also die Taktik darauf abge-

<sup>554</sup> Skoropys-Joltuchovskýj, Šemet, »Uchvala Het'manskoï Upravy«, 15. 3. 1930, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 4, April 1930, S. 1.

<sup>555</sup> »Z hromadškoho žyttja«, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 5, Mai 1930, S. 7.

stimmt werden müssen. In den vorgelegten Texten kreisten jedoch – wenig überraschend – Skoropadskyjs Gedanken um die Ostukraine. Von Dirksen sprach nun von seinem Glauben an die Stabilität der Sowjetunion und suchte Groener klarzumachen, daß es keine deutsche Hilfe und vor allem »leider keine Mittel« geben würde, um der UdSSR, mit der Deutschland »in freundschaftlichen Beziehungen« stände, die Ukraine zu entreißen. Die polnisch-ukrainischen Fragen waren dagegen für Skoropadskyj erkennbar peripher.<sup>556</sup>

Groener hielt dagegen den Fall der Bol'seviki für unausweichlich und schwärmte für die Zeit nach deren Herrschaft von einem Bund Großrußlands, Weißrußlands und der Ukraine in enger Freundschaft mit Deutschland. Da sich die UNR mit Polen und Petruševyč mit den Bol'seviki verbündet hätten, kämen beide Gruppen, deren »Taktik [...] unheilvoll« sei, politisch nicht mehr in Frage. Der Het'man als repräsentativer Vertreter der nach Ständen organisierten ukrainischen Staatsparteien (hier kam Lypynskyjs Konzept zum Tragen) sei als einziger nicht kompromittiert und könne in Freundschaft und Interessengemeinschaft mit Deutschland die Macht übernehmen. Der Rat an das Deutsche Reich lautete, für den Sturz der bolschewistischen Regierung Vorkehrungen zu treffen – im Klartext, den Het'man zu fördern und sich so einen Verbündeten zu sichern.<sup>557</sup>

Die immer wieder herausgestrichenen Verbindungen des Het'mans nach Großbritannien sollten diese Politik abrunden. Zwar gab es sie tatsächlich, aber sie waren, selbst als Korostoveč dort sein Büro und das Blatt *Investigator* betrieb, eher bescheiden. Da die deutsche Regierung Großbritannien jedoch als potentiellen Partner für den Fall einer Neuordnung Osteuropas zu gewinnen hoffte, war die britische *connection* Skoropadskyjs nicht unwichtig.<sup>558</sup>

Die Unterstützung des Het'mans und seiner Gruppe, die Einrichtung des UWI sprachen eine andere Sprache als die offizielle UdSSR-Politik. Als Skoropadskyj über den Völkerrechtler Michael von Taube (1869-1961) beim AA anfragen ließ, ob er Kontakte mit Großbritannien unterhalten solle, erklärte von Dirksen, man wolle zwar das Verhältnis zur Sowjetunion nicht durch »Rückversicherungen« trüben, habe aber auch nicht vor, gegen Skoropadskyjs britische Pläne ein Veto einzulegen.<sup>559</sup> Die Deutschen wollten offenbar die Option eines mit Skoropadskyj (und damit gegen die Sowjets) in die Ukraine hineingetragenen Einflusses nicht ausschließen. Der Het'man wußte hiervon zu profitieren.

Unter der Oberfläche der Het'man-Bewegung garte jedoch eine Auseinandersetzung, die die kurzfristigen Erfolge bald zunichte machen sollte. Die Bemühungen der Het'man-Anhänger, stärker in die deutsche Politik eingebunden zu werden, nahmen mit dem Einfluß Groeners, der 1928 Reichswehrminister und 1931 zusätzlich Innenminister wurde, zu. Auf einer Tagung deutscher Kulturschaffender in Rauschen bei Königsberg im Sommer 1929 trat der Kunsthistoriker Volodymyr Zalozečkyj (1896-

<sup>556</sup> Aufzeichnung Gespräch Groener/Von Dirksen, 10. 3. 1927, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 59-60.

<sup>557</sup> Ebd.; »Auszug aus einem Memorandum der Zentralleitung ukrainischer Hetmanorganisationen«, ebd., Bl. 62-68.

<sup>558</sup> Kamenečkyj, »Ukraïnske pytannja«, in: Bojko, Jevhen Konovalėc, S. 858.

<sup>559</sup> Aufzeichnung von Dirksen, 16. 8. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 9, Bl. 104659-61.

1959) als »Repräsentant der Het'manska Uprava« auf und referierte wie im Ersten Weltkrieg Jevhen Levyčkyj, über die Bedeutung der Ukraine für Mittel- und Osteuropa.

In Danzig wurde am 18. Dezember 1929 die Studentenverbindung »Sič« an der Technischen Hochschule offiziell registriert. So wie »Zahrava« die UVO-Verbindung war, verlangte die »Sič« in ihrem Statut die »Treue zum Hochwohlgeborenen Herrn Het'man und seiner Staatsidee« (vyrnist' Jasnovel'možnomu Panu Het'manu i Joho Deržavnij Idei). Am 17. Januar 1930 wurde die »Sič« zur Reichsgründungsfeier eingeladen und das Bulletin berichtete begeistert, daß dem Wiener Wirtschaftswissenschaftler Othmar Spann (1878-1950), einem Gegner des Parlamentarismus, die ukrainischen Fragen vorgetragen worden seien. Er habe den Lypynskyj-Ideen insofern zugestimmt, als er den Weg über einen Staat zur Nation – das französische Beispiel anführend – für durchaus überzeugend gehalten habe.<sup>560</sup>

Einen Höhepunkt der Aktivitäten stellte der I. Kongreß der Het'man-Anhänger dar, der im Sommer 1930 in Berlin stattfand. Uneingestanden stand das Vorbild der OUN Pate, die inzwischen dabei war, die versprengten Nationalisten in einer Organisation zusammenzufassen (vgl. S. 556). Man versuchte, durch Kritik an der ersten Het'manska Uprava unter Kočubej zu einer besseren Organisationsform zu gelangen und vor allem die ukrainischen Gebiete in Osteuropa stärker als bisher in den Vordergrund zu rücken.<sup>561</sup> Auch überlegte man, ob die Gräben zwischen den Het'man-Anhängern und der neuen OUN nicht zu überbrücken wären. Skoropys-Joltuchovskij schlug sogar vor, gemeinsam als Repräsentanten der ukrainischen Emigration aufzutreten, aber die Rivalität gewann Oberhand, und so verliefen diese Kontakte bald im Sande.<sup>562</sup>

Der Zusammenhalt der Het'man-Gruppe hatte damit aber seinen Kulminationspunkt bereits überschritten. Im Herbst 1930 kam es zu einem Bruch in der Bewegung, der sich schon länger angekündigt hatte. Ende Februar 1930 hatte Lypynskyj den Het'man kritisiert, worauf Dorošenko zu beschwichtigen versuchte, »daß die Person, die ein bestimmtes Symbol verkörpert [...] einem Engel wenig ähnlich sehen kann, aber im Namen der Idee müssen wir auch das hinnehmen«.<sup>563</sup> Am 5. Mai 1930 schickte der Rat der Vereidigten Lypynskyj ein Schreiben mit der Bitte, das Zerwürfnis mit dem Het'man nicht an die Öffentlichkeit zu tragen, was Lypynskyj als »Niedertracht« (pidlist') empfand.<sup>564</sup> Kočubej und Zalozečkyj sagten sich von der Het'man-Bewegung los.<sup>565</sup>

Lypynskyj dachte gar nicht daran zurückzustecken und veröffentlichte im Gegenteil im *Dilo* einen Brief, in dem er nun Skoropadskij vorwarf, mit seinen politischen Handlungen seinen Eid verletzt zu haben. Zwar hatte Lypynskyj Skoropadskij eigentlich in einem förmlichen Schreiben zum 29. November 1929 seinen krankheits-

<sup>560</sup> »Z žyttja het'manskych organizacij«, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 4, April 1930, S. 8.

<sup>561</sup> »Peršyj zizd Het'manciv v dnjach 19-21 lypnja 1930 r. v Berlīni«, Bjuleteń Het'manskoï Upravy, Nr. 7-8, Juli-August 1930, S. I-II.

<sup>562</sup> Skoropys-Joltuchovskij an Martyneč, 28. 7. 1930, CDAHOU, vgl. Kentij, Narysy, S. 24.

<sup>563</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 3. 3. 1930, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 324, S. 370

<sup>564</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 17. 5. 1930, in: ebd., Dok. 331, S. 379-380. – Der Brief vom 5. Mai wurde entgegen dem Wunsch Lypynskyjs nicht im Bjuleteń Het'manskoï Upravy veröffentlicht.

<sup>565</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 26. 6. 1930, in: ebd., Dok. 336, S. 383.

bedingten Rückzug aus der Politik angekündigt, er beobachtete Skoropadskyjs selbständige Aktivitäten jedoch mit Unwillen. Obwohl sein ideologisches Konzept anfangs tatsächlich von einem politischen Einfluß des Monarchen ausgegangen war, wollte er diesem nun nur mehr die Rolle eines Monarchen »westlichen, englischen Typs«, der »regiert, aber nicht politisch bestimmt« (carstvujučı, ale ne upravljajučı), zugestehen. Skoropadskyj habe sich dagegen immer mehr von einem »Symbol« zu einem Herrscher »östlichen, Moskowiter [d. i. russischen] oder balkanischen Typs« entwickelt, der mit Intrigen arbeite und diktatorische Macht haben wolle.<sup>566</sup>

Politische Ambitionen spielten auf beiden Seiten eine Rolle. Ungeachtet seines Verzichts versuchte Lypynskyj, eine besondere Beraterstelle bei Skoropadskyj einzufordern. Damit hatte er jedoch keinen Erfolg. War Skoropadskyj anfangs froh gewesen, seine Machtansprüche mit einer Ideologie schmücken zu können, hatte er nun wieder Geschmack an Politik gefunden und meinte, auch ohne den Intellektuellen Lypynskyj auskommen zu können. Im Bulletin wurde die schmutzige Wäsche gewaschen: Lypynskyj warf man vor, den »Vereidigtenrat« aus Furcht vor Serhij Šemet nicht einberufen zu haben. Zuvor waren schon durch eine offizielle Versöhnung gegenseitige Beleidigungsvorwürfe Šemets und Lypynskyjs publik geworden.<sup>567</sup> Obwohl Lypynskyj bei der »Versöhnung« die Korrespondenz mit Šemet für »inexistent« erklärt hatte, zitierte er sie nun wieder ausführlich, um zu belegen, mit welchen üblen Menschen sich der Het'man umgebe.

Die Skoropadskyj-Seite versuchte daraufhin, bei Lypynskyj eine krankheitsbedingte Persönlichkeitsdeformation zu konstatieren, der man anlastete, daß er nun gegen seine eigenen Prinzipien zu verstoßen suchte. Josyp Mel'nyk und Skoropys hielten es mit den verabschiedeten Strukturen für unvereinbar, daß Lypynskyj nun wieder in die Politik einsteigen und über eine »exklusive politische Korrespondenz« mit dem Het'man mitregieren wolle. Dagegen behauptete Lypynskyj, er habe auf seine politischen Posten nur unter der Bedingung verzichtet, daß er der »einzige Berater« des Het'mans bliebe.<sup>568</sup>

Plötzlich wurde nun die Frage des »historischen« Verhältnisses von Skoropadskyj und Lypynskyj relevant. Lypynskyj behauptete, Skoropadskyj sei dem USChD bei-

<sup>566</sup> Dilo 216-224 (1930), zit nach Troščynskyj, Mižvojenna ukraїnska emihracija, S. 179. – Kedryn verwies genüßlich darauf, daß Lypynskyj Skoropadskyj angeblich jede praktische Politik untersagt hätte, als er ihn in seine Bewegung aufgenommen habe (vgl. Iwan Kedryn, »Czy Ukraińcy galicyjscy są monarchistami?«, Biuletyn polsko-ukraiński 43 (78) / 28. 10. 1934, S. 4-8, hier S. 5). Lysjak-Rudnyčkyj hat diesen Streit kommentiert, indem er Skoropadskyj als russisch sozialisierten Adligen beschrieb, der sich am autokratischen Herrscherbild orientierte. Auch Lypynskyj bescheinigt Lysjak, er sei keineswegs immer so »englisch« gewesen: »Die Liebe zum englischen Parlamentarismus hat sich Lypynskyj erst bewußt gemacht, als er mit eigenwilligen Handlungen des Het'mans konfrontiert wurde, aber bis dahin, solange Skoropadskyj auf seinen Rat hörte, hatte er eine andere Meinung dazu« (Ivan Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju j politykoju. München 1973, S. 147).

<sup>567</sup> Bjuleteń Het'manskoї Upravy, Nr. 3, März 1930, S. IV. – Die beschönigende Interpretation von Haluško, der von »idealistischen Positionen« ausgehende Lypynskyj sei mit der »Realpolitik« Skoropadskyjs zusammengestoßen, ist kaum treffend, es ging wohl um Macht und die Herrschaft im Diskurs (Vgl. Kyrylo Haluško, »Peredmov«, in: Dmytro Dorošenko, Istorija Ukraїny 1917-1923 rr. Bd. I, Kyiv 2002 (1930), S. 3-25, hier S. 23).

<sup>568</sup> Josyp Mel'nyk/Oleksander Skoropys-Joluchovskij, »Do Chval'noї Redakcii »Dila«, Bjuleteń Het'manskoї Upravy, Nr. 9, Oktober 1930, S. 1-11. Lysjak-Rudnyčkyj nannte den Konflikt ironisch: »Mit einem Wort, eine typisch ukrainische Tragödie« (Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju, S. 148).

getreten oder habe ihn anerkennen müssen, um im Tausch dafür von diesem als Het'man akzeptiert zu werden. Skoropys präsentierte eine andere Version: Danach habe Skoropadskyj, als er Ende 1919 beschlossen habe, wieder politisch aktiv zu werden, bereits mit einer Organisation zusammengearbeitet, die unter Skoropys und Šemet bestanden habe. Erst danach habe der Het'man zugestimmt, in Lypynskyjs USChD einzutreten.<sup>569</sup>

Die beiden Versionen sollen hier nicht in bezug auf »Richtigkeit« untersucht werden. Vermutlich hatten beide insofern eine gewisse Berechtigung, als man die verschiedenen Gespräche unterschiedlich interpretieren konnte. Durchgesetzt hat sich in der Het'man-Bewegung natürlich die von Skoropys vertretene Narration. Dadurch, daß Skoropys Lypynskyjs Behauptung, er habe das neue Het'mantum geschaffen, für ein »naives Märchen« erklärte, eliminierte er den real existierenden Lypynskyj aus der politischen Organisation und versah das Het'manat mit einem eigenständigen Recht.<sup>570</sup> Lypynskyj sei »wegen seiner Krankheit nicht verantwortlich für die Schäden, die er in der letzten Zeit der Het'man-Bewegung zugefügt hat«. <sup>571</sup> Mit diesem Kunstgriff konnte man die ideologischen Prinzipien Lypynskyjs ohne ihren Verfasser weiterhin nutzen. Auch die Gegenseite war nicht zimperlich: Als Anhänger Lypynskyjs warf Kočubej »den Skoropadskyjs, Skoropys, Šemets und Montrezors« »Bosheit und menschliche Dummheit« und »unerhörte Unverschämtheit« vor.<sup>572</sup>

Die Skoropys-Narration als »offizielle« Basis der politischen Ansprüche Skoropadskyjs hatte aber eine weitergehende Auswirkung. Wenn nicht – wie Lypynskyj meinte – die ukrainische Staatlichkeit erst kreiert werden müßte, dann rückte die von den Deutschen 1918 installierte »Ukrainška Deržava« des Het'mans in das Zentrum eines Staatsgründungsmythos. Skoropys drückte das dann so aus:

»Der Schöpfer unsere Neohet'mantums ist, versteht sich, nicht das für sich genommen wertvolle Büchlein Lypynskyjs, sondern die Tat des Het'man Pavlo Skoropadskyj im neunzehnhundertundachtzehnten Jahre des Herrn.«<sup>573</sup>

1918 habe nicht Lypynskyj einen Het'man gesucht, sondern in der Ukraine sei ein »echter, realer Het'man Pavlo« auf die Suche nach Helfern gegangen und dabei auch auf Lypynskyj gestoßen. Neben dem Primat des Het'mans gegenüber Lypynskyj verblaßte die Rolle der Deutschen so weit, daß sie nicht mehr thematisiert wurde. Aber andererseits galt: Wenn 1918 unter Mitwirkung der Deutschen das »echte, reale« Het'manat entstanden war (und wer mochte das überzeugender Vertreten als Skoropys, der seit 1914/15 mit den Deutschen zusammenarbeitete), dann war es nur folgerichtig, auch weiterhin das Schicksal dieser Staatsidee mit der deutschen Politik zu verbinden. Während also Nationalisten und UNR bei ihrem Bezug auf Deutschland

<sup>569</sup> Josyp Mel'nyk/Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj, »Do Chval'noi Redakcii ›Dila‹«, S. 7.

<sup>570</sup> »Daß ihm dies [die Usurpierung der Het'man-Bewegung] nicht geglückt ist, ist Gottes Wille und uns eine Lehre: vollständiger Gehorsam gegenüber dem Het'man, welcher die Majestät der ukrainischen Nation repräsentiert, und fort mit den persönlichen Ambitionen, selbst wenn deren Träger V. Lypynskyj heißen sollten« – Ebd., S. 10.

<sup>571</sup> Ebd.

<sup>572</sup> Kočubej, »Pojasnajuči zapysky«, S. 63.

<sup>573</sup> »Tvorcem našoho neohet'manstva je, rozumijet'sja, ne cinna sama po sobi knyžka Lypynskoho, a čyn Het'mana Pavla Skoropadškoho v roci Božomu devjattadcat' sotvisimnadcatim« – J. Mel'nyk/Skoropys-Joltuchovskýj, »Do Chval'noi Redakcii ›Dila‹«, S. 9.

»nur« mit politischen Zukunftsbildern operieren konnten, hatte die Het'mangruppe eine handfest erscheinende historische Tradition vorzuzeigen.

Die Frage nach der politischen Rolle des Het'mans war jedoch bereits eine Sublimierung der Problematik. Die Diskussion angeheizt und Lypyn'skyj wirklich in die Politik zurückgetrieben hatte die Nachricht, daß Skoropad'skyj bei einem Besuch in Horthys Ungarn im Januar 1929 gegen materielle Unterstützung auf die tschechoslowakische Karpatho-Ukraine verzichtet habe. Veröffentlicht wurde diese Nachricht unter Berufung auf Lypyn'skyj und Kočubej im Zuge des Streits auch wieder im Lemberger *Dilo* im Oktober 1930. Der angeblich 1929 geschlossene Vertrag tauchte niemals auf, und im Januar 1931 erklärte die neue Het'manska Uprava – nachdem Kočubej demissioniert hatte – auch, es habe eine solche Übereinkunft niemals gegeben.<sup>574</sup> Trotzdem blieb der Verdacht des Verzichts auf einen Teil der Ukraine nun an dem Het'man ebenso kleben wie an Petljura und Petruševyč.

Für *sobornist'*-Anhänger war so ein Verhalten natürlich nicht akzeptabel. Für Skoropad'skyj aber war die Karpatho-Ukraine (wie für Petljura Ostgalizien) Peripherie und die Zusammenarbeit mit dem revisionistischen Ungarn, wie für Petljura diejenige mit Polen, keine anrühige Verbindung.

Kočubej hat im Juni 1933 in seinem Dissidenten-Blättchen den Fall wiederaufgerollt. Danach sei der Het'man im Januar 1929 durch zwei ungenannte Vermittler mit Budapester Regierungskreisen in Kontakt gekommen und habe darauf bestanden, allein die Verhandlungen zu führen. Kočubej sei nach des Het'mans Rückkehr entsetzt über das Ergebnis gewesen: Im noch nicht unterschriebenen Vertragsentwurf habe gestanden, daß Ungarn den Anspruch Skoropad'skyjs auf den Thron der künftigen Ukraine anerkenne und ihm Geld zuspreche. Skoropad'skyj erkenne dafür das Recht Ungarns auf alle ungarischen Gebiete in den Grenzen von 1914 an. Kočubej habe diesen Vertrag wegen der Formel »Anerkennung gegen Geld« für »in dieser Form unzulässig« gehalten, aber auf seinen Vorhalt Skoropad'skyjs Antwort erhalten: »Etwas anderes sind sie nicht bereit zu unterschreiben«. Da er vorher zur Überzeugung gelangt war, daß der Het'man auf Geld besonders ansprang, habe er nun versucht, den Vertrag neu zu formulieren, dabei aber so vorzugehen, daß der Het'man gar nicht verstehen würde, »daß damit jede Hoffnung auf Subventionen aus Ungarn zunichte gemacht würde«.<sup>575</sup>

Angeblich habe sich Kočubej mit Skoropys über die »unmögliche Form« des Vertrags verständigen wollen, da aber die beiden – wen wundert es – auch wieder einmal zerstritten waren, kam dabei nichts heraus, obwohl immerhin auf einer Sitzung des Rats der Vereidigten beschlossen worden sein soll, den Vertrag umzuarbeiten.<sup>576</sup>

Weiter heißt es bei Kočubej, er habe Skoropad'skyj eine neue Redaktion des Vertrags vorgelegt, in der es um die gegenseitige Anerkennung der Ukraine und Ungarns ging und die finanzielle Unterstützung in einen Anhang verbannt wurde. Er sei dabei davon ausgegangen, daß man in Budapest einen Text, in dem Ungarn den Anspruch der Ukraine auf »alle ukrainischen Gebiete« und die Ukraine die ungarischen Grenzen

<sup>574</sup> Komunikat Het'manskoj Upravy, 16. 1. 1931, Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 12, März 1931, S. 16.

<sup>575</sup> Kočubej, »Pojasnajuči zapysky«, S. 63-65. Vgl. auch Taras Hunczak, Die Ukraine unter Hetman Pavlo Skoropad'skyj. Phil. Diss. Wien 1960, S. 93.

<sup>576</sup> Kočubej, »Pojasnajuči zapysky«, S. 66.



von 1914 anerkannte, wegen offensichtlicher Widersprüche nicht unterschreiben würde. Der Het'man soll dies dann wirklich übersehen haben und einen Vertrauten angewiesen haben zu eruieren, ob man »auf der Basis dieses Vertrags nicht Gelder von Deutschland bekommen« könne. Kočubej erging sich weiter über »eine geradezu sakramentale Beschränktheit des Herrn P. Skoropadskyj« – und er hatte (wenn die Schilderung zutrifft) damit sicher nicht ganz Unrecht. Die deutschen Stellen hätten weder in dem Vertragsentwurf ein beleihungsfähiges Dokument gesehen, noch sei es offenbar zur Unterzeichnung eines Vertrags gekommen. Bestenfalls könne von einem von ungarischen Subalternbeamten und Skoropadskyj paraphierten Entwurf und von einer zweiten Redaktion die Rede sein. Und nach dem Durchsickern dieser Nachricht soll dann Lypynskyj den Het'man im März 1929 zur »Ordnung« gerufen haben, woraufhin dessen Umgebung und er den Historiker »ausbooteten«. Šemet und Skoropys hätten dann von Kočubejs Demissionierung profitiert und die Het'man-Verwaltung übernommen.<sup>577</sup>

Daß es dann noch einmal fast ein Jahr dauerte, bis der Fall publik wurde, zeigt, was für ein empfindliches Thema hier angesprochen worden war. Man hatte sich zwar zuvor über die Vollmachten des Het'mans gestritten, aber es gab zunächst keinen Hinweis auf den Budapester Anlaß. Vielleicht gab es da noch eine Einigungshoffnung, möglicherweise wollte man auch nicht den Feinden der Het'man-Gruppe Angriffsflächen bieten. Kočubej wollte von Lypynskyj selber gebeten worden sein, in der Het'man-Bewegung auszuharren, und selbst Skoropys soll in diesem Sinne gesprochen haben: Da er zitiert wurde, ein Weggang Kočubejs erleichtere den Aufstieg von »Studenten, die nichts wert sind«, erkennt man, welche Rolle das Bewußtsein des Generationenkonflikt und 1930 inzwischen auch der Konkurrenz der OUN – zu ihr gehörten die jungen Nationalisten – spielten.<sup>578</sup> Im Sommer 1930 erinnerte Kočubej den Het'man an den Vertrag und den Versuch, auf dessen Basis an Berliner Geld heranzukommen. Dafür wurde er von Skoropys in einem Brief als »Zecke« (pryžyvalka) beschimpft.<sup>579</sup>

Die Folgen des angeblichen Abkommens mit den ungarischen Vertretern waren fatal. Nicht nur floß kein Geld aus Ungarn an Skoropadskyj, Skoropadskyjs politische Hoffnungen zerrannen. Der polnische Gesandte in Berlin berichtete, 75% seiner Anhänger hätten den Het'man verlassen.<sup>580</sup> Ob das stimmte, kann nicht überprüft werden, da die Anhängerschaft Skoropadskyjs in Deutschland nie besonders groß war. Es war aber auch nicht so sehr die Quantität, die ausschlaggebend war. Mit den Gerüchten um das »non-paper« hatte Skoropadskyj alles zerstört, was er sich in der europäischen Emigrationskommunität seit 1918 aufgebaut hatte. Man erinnerte sich seines Image, eigentlich ein Anhänger einer Fremdherrschaft über die Ukraine zu sein. Mit der OUN gab es inzwischen eine radikale Alternative, die ihre Kompromisse besser verbarg. Schlimmer noch: Skoropadskyj hatte zeitweise tatsächlich als der einzige gegolten, der für die »ganze« Ukraine stand – er hatte seinerzeit sogar die Krim für seinen Staat beansprucht, einen Kommissar nach Chel'm entsandt und nur im geheimen

<sup>577</sup> Ebd., S. 66-69.

<sup>578</sup> Ebd., S. 69.

<sup>579</sup> Kočubej an Skoropadskyj, 12. 6. 1930, Zbirnyk Chliborobskoï Ukraïny 2(1933), S. 78-80.

<sup>580</sup> Poln. Gesandter Berlin an poln. Außenministerium, 23. 2. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 372-373.

Österreichs Weigerung hingenommen, die Brester Vereinbarungen einzuhalten. Nun hatte er jedoch angeblich – und dazu noch ohne große Not, also anders als Petljura und die UHA – auf einen Teil des von Ukrainern bewohnten Gebiets zugunsten eines anderen Staates verzichtet. Und auch noch für Geld! Die intellektuellen Theoretiker, die Kompromisse nicht akzeptieren mochten, wandten sich vom Het'man ab, in dessen Umfeld außer seinen engsten Anhängern wie Skoropys und Šemet vorwiegend Personen mit militärischer Vergangenheit verblieben.<sup>581</sup>

Die innerukrainischen Rivalitäten wurden immer wieder von dem angeblichen »Verkauf« der Karpatho-Ukraine geprägt. Als Ende 1938 das Gebiet autonom wurde, versuchte die OUN, ihre Rivalen aus dem Skoropadskyj-Lager mit dem alten Vorwurf auszustechen, wobei sogar noch konkretisiert wurde, der Het'man habe 1929 50.000 Pengö erhalten und beziehe seither monatlich Bezüge aus Budapest.<sup>582</sup> Das stimmte zwar nicht, war aber nach dem Streit von vor 8 Jahren etwas durchaus Glaubhaftes und im Anti-Het'man-Teildiskurs Sagbares.

Am 18. September 1930 erklärte Lypynskyj den von ihm mitgegründeten USChD für aufgelöst und gründete an dessen Stelle einen neuen Verein, den er kompliziert »Bruderschaft Ukrainischer Klassokraten-Monarchisten, Het'mananhänger« (Bratstvo ukraïnskych klasokrativ-monarchystiv, het'manciv) nannte. Die Ideologie blieb gleich, nur über das noch zu bestimmende Het'man-Geschlecht sollte zu gegebener Zeit ein ukrainisches Parlament beschließen.<sup>583</sup> An der Seite des Het'mans blieb ein USChD übrig, der Lypynskyj nicht mehr anerkannte. Aus der bisherigen Partei folgten dem Historiker in den neuen Verein unter anderen Volodymyr Zalozeckyj und Nykola Kočubej. Vasyľ Kučabskyj firmierte als Redakteur mit seinem Wohnsitz in Berlin-Steglitz (Ringstr. 9). Als Stepan Hryneveckyj (1877-1942) die Het'man-Anhänger in Chicago Lypynskyjs Richtung folgen lassen wollte, wurde er von Oleksander Šapoval (1888-1972) abgesetzt.<sup>584</sup> Die neue Lypynskyj-Gruppe gab in Prag zunächst ein hektographiertes Gegenblatt heraus, dann ein unregelmäßig erscheinendes Periodikum, in dem 1933 Dokumente über die Auseinandersetzung mit dem Het'man veröffentlicht wurden (Zbirnyk Chliborobskoï Ukraïny). Sie verlor jedoch jede politische Bedeutung, nachdem ihre Leitfigur Lypynskyj am 14. Juni 1931 seiner Krankheit erlegen war.

Am 10. Oktober 1930 wählte der het'mantreue USChD in Berlin den nahezu 70-jährigen Agronomen und Bankier Josyp Klymovyč Mel'nyk zum Vorsitzenden des Rats der Vereidigten, während Skoropys faktisch die politische Führung übernahm. Skoropadskyj zog sich aus der »Tagespolitik« etwas zurück, um seine Position nicht unnötig zu gefährden. Nach dem Tode Lypynskyjs versuchte vor allem Skoropys ziemlich erfolgreich, unter Hinweis auf Lypynskyjs Unzurechnungsfähigkeit, die ideologische Basis, die Lypynskyj gelegt hatte, auch weiterhin für die Het'man-Bewe-

<sup>581</sup> In skoropadskyjkritischen Publikationen war der »Verkauf« der Karpatho-Ukraine ein beliebtes Thema; vgl. Panas Fedenko, Vlada Pavla Skoropadškoho. London/München 1968, S. 32.

<sup>582</sup> Nacionalist 14.12.1938, zit. nach NSDAP Amt Osten, Bericht über die ukrainische Presse 1/1939, PAAA, Politik Ukraine 12 Pressewesen der Ukraine.

<sup>583</sup> Vgl. Lysjak-Rudnyckyj, Miž istorijeju, S. 148.

<sup>584</sup> Komunikat Het'manskoï Upravy, 25. 11. 1930, Bjuleteň Het'manskoï Upravy, Nr. 10-11, November 1930, S. II-III.

gung zu nutzen.<sup>585</sup> Nach der kurzfristigen Aktivität im Kontext des Lypynskyj-Streits verfiel das Zentrum jedoch wieder in die frühere Lethargie – das »Bulletin« erschien nur mehr sporadisch.

Skoropadskyj bastelte jedoch an seiner Zukunft: Er erklärte sich zum erblichen Monarchen, und der Rat der Vereidigten verpflichtete im November 1930 seine Mitglieder nicht nur zur Treue zu Skoropadskyj, sondern auch »zu seinem Geschlecht« (»ustanovyty obov'jazkovu prysjahu virnosity Het'manu Pavlu i Joho Rodovi«).<sup>586</sup> An seinem 60. Geburtstag am 16. Mai 1933 regelte Skoropadskyj dann seine Nachfolge, indem er seinen Sohn Danylo zum *Het'manyč* mit Nachfolgerecht erklärte.<sup>587</sup> 1937 wurde der Rest-USChD, dessen Bezeichnung ja noch von Lypynskyj stammte und dessen Satzung keinen Erbhet'man vorsah, in »Ukrainisches Zentrum der staatsabhängenden Het'mananhänger« (Ukrain'skyj Centr Het'manciv-Deržavnykiv) umbenannt.<sup>588</sup> Damit war Lypynskyjs ständisches, dem italienischen Faschismus verwandtes Konzept einer auf eine Person zugeschnittenen Struktur gewichen, die nun tatsächlich monarchischen – und damit konservativen – Modellen entsprach.

Die autoritären Strukturen der 1930er Jahre blieben der Orientierungsrahmen. Die Anhänger des Het'mans waren grundsätzliche Gegner des Völkerbundes, den sie nur für ein Agitationsforum hielten,<sup>589</sup> und ähnlich wie die Nationalisten huldigten sie einer einheitlichen verbindlichen Führung. 1932 führte die Het'man-Bewegung nicht nur den »jedynyj provid« (Ein-Personen-Führung) ein, dessen Aufgabe die »Koordination des Willens, des Denkens und des Handelns der einzelnen Het'mananhänger und ihrer organisierten Zirkel« war, sondern formulierte auch Schlagworte, die dem Dekalog der OUN (s. S. 598) nachempfunden waren. Neben unabhängigkeitsorientierten und bauernfreundlichen Parolen gab es Zeilen wie:

»GEGEN die anarchisierende und demoralisierende unbegrenzte demokratische Freiheit [...]  
GEGEN die republikanische Regierungsform, die die Herrschaft der Banken cacht,  
GEGEN demokratische Parlamente, die mit Demagogie und Lüge die Massen demoralisieren und nicht geeignet sind, einen Staat zu führen.«<sup>590</sup>

Daß die OUN der große Konkurrent war, war eindeutig. Da sich die OUN der christlichen Ethik zugunsten einer »materialistisch-nihilistischen« nationalistischen verweigerte, warfen die Het'man-Leute ihr vor, »ebenso rationalistisch, ebenso amoralisch wie auch die bolschewistische Führung« zu sein.<sup>591</sup>

<sup>585</sup> Später wurde er dabei sogar von dem ihm sonst wenig zugetanen Dorošenko unterstützt, der die Streitsucht Lypynskyjs als »Folge seiner Krankheit und seiner großen Nervosität« entschuldigte (Vgl. Ivan Korovyčkyj, »Dmytro Dorošenko«, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, S. XV-XLI, hier S. XXVIII).

<sup>586</sup> »V organizacijnych spravach Ukrain'skoho Sojuzu Chliborobiv Deržavnykiv«, Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 14, Juni 1931, S. 3.

<sup>587</sup> Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 18, Oktober 1933, S. 2.

<sup>588</sup> Vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraїnska emihracija*, S. 183-186.

<sup>589</sup> »Deščo pro našu zakordonnu propahandu«, Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 14, Juni 1931, S. 9.

<sup>590</sup> »Hasla Het'manskoho Ruchu«, Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 16, September 1932, S. 6-7.

<sup>591</sup> »Česnym i žertvennym idealistam z posered nacionalistiv pid rozvahu«, Bjuleteń Het'manskoj Upravy, Nr. 18, Oktober 1933, S. 6.

## 15. DIE KOSAKENVEREINIGUNG DES POLTAVEČ

In direkter Konkurrenz zur Skoropadskyj-Gruppe stand die Kosakenvereinigung, die Ivan Poltaveč-Ostranycja in München organisierte. Poltavečs eigentlicher Name war nach einer Annahme der polnischen Behörden eigentlich Morgunin oder Morgunenko, während eine andere Version auf Poltavcev lautete. Seine angeblich adlige Herkunft war frei erfunden, wenn auch die »Informationen« über ihn, die seine Konkurrenten verbreiteten, ebenso wenig glaubwürdig waren. Jedenfalls wurde der ausgezeichnete Soldat, der die Kosaken 1917 um sich sammeln konnte, Anfang 1918 zum Gegner der Rada und damit zu einem Parteigänger Skoropadskyjs. Welche Rolle er auch immer bei dem Putsch spielte, er wurde dessen »Kosakenkanzler« im Het'manstaat.<sup>592</sup> Poltaveč gelangte nach der Demission des Het'mans über Konstantinopel in die bayerische Hauptstadt. Zeitweise lebte er auch in Berlin, später dann mit seiner deutschen Ehefrau in Planegg. Hier rief er eine Ukrainische Nationale Kosakengesellschaft (Ukraińske Narodne Kozačke Tovarystvo – UNKT) ins Leben, die zunächst auch regen Zuspruch bei den emigrierten Kosaken fand.

Im Juli 1922 versuchte das UNKT vergeblich, um die UNR-Veteranen zu werben. Wie bei vielen ähnlichen Kooperationsversuchen dürften die persönlichen Ambitionen der jeweiligen »Führer« einem Gelingen dieser Konsolidierung im Wege gestanden haben. Kentij zitiert aus den bisher nicht zugänglichen Papieren des UNKT im ehemaligen Parteiarchiv in Kiew, daß sich die Poltaveč-Leute als Kosaken und Nationalisten bezeichneten und demokratische Konzepte ablehnten: »Die Geschichte eines Volks und Staatlichkeit entstehen nicht durch Stimmabgabe, noch weniger durch die Übergabe diplomatischer Noten, sondern durch Eisen und Blut«, soll es in einem ihrer (leider von Kentij nicht näher bezeichneten) Texte geheißen haben.<sup>593</sup>

Poltaveč kooperierte anfangs noch mit Wilhelm von Habsburg, aber dann weiter nur mehr mit den deutschen Nationalsozialisten. Als Wilhelm sich 1923 von ihm zurückzog, blieb als potentielle Basis der Teil der UNR-Armee, der über den »Verrat« Petljuras verbittert war. Ob die Verbindungen tatsächlich so gut waren, wie es nach einer im April 1923 von den deutschen Nationalsozialisten zusammengestellten Übersicht erscheinen mochte, sei dahingestellt. Darin erschien Stepankivskyj in Lausanne als Poltavečs Repräsentant und für das polnische Kalisz wurde der Generalinspekteur der UNR-Armee Oleksander Udovičenko (1887-1975) genannt.<sup>594</sup> Die Richtigkeit dieser Angaben ist mehr als fraglich.

Wer nur ein wenig Realitätssinn besaß, war von Poltaveč, der auch unter dem Pseudonym Bantyš-Kamenskyj publizierte, wenig begeistert. Dorošenko schrieb an Lypynskyj, nachdem er Poltavečs *Ukraińskyj Kozak* gelesen hatte:

<sup>592</sup> Vgl. dazu Michael Kellogg, *The Russian Roots of Nazism*. Cambridge GB 2005, S. 49-54, wenn gleich dessen Quellenbasis durchaus der Quellenkritik bedarf. So bezieht Kellogg etwa die Information über ein Zerwürfnis zwischen Skoropadskyj und Poltaveč im Herbst 1918 (Ebd., S. 61) allein aus dem selbstverfaßten Lebenslauf des letzteren aus dem Jahre 1926, als beide bereits erbitterte Konkurrenten waren und Poltaveč Wert darauf legte, den Het'man zu diffamieren.

<sup>593</sup> Kentij, UVO, S. 17.

<sup>594</sup> NSDAP, Übersicht über Nationale Kosakenvereinigung, 10.4.1923, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Sonderakte 1923, Mikrofilm MA 144/2.

»Eine schrecklich dumme Sache, um nicht mehr zu sagen, und dazu schädlich, weil sie allen möglichen Blödsinn verbreitet. [...] Außer der Selbstreklame eines Scharlatans gibt es nichts.«<sup>595</sup>

Die deutschen Hitler-Anhänger fanden damals an Poltaveč, der Ende 1921 zu ihnen gestoßen war, Gefallen, weil er ihnen versprach, die Ziele des Nationalsozialismus würden bei den »ukrainischen Massen« Anklang finden und die Vorbedingungen einer allgemeinen Erhebung seien in seinem Lande vorhanden. Poltaveč suchte seine Gesprächspartner, zu denen der weltläufige, seit November 1920 mit Hitler verbundene von Scheubner-Richter gehörte, zu überzeugen, daß der Nationalsozialismus sich nur würde politisch behaupten können, wenn er internationalen Charakter annehmen und ein gleichwertiges Gegengewicht gegen die Internationale darstellen werde. Er sollte dann als »Harmonisierungsmittel« der osteuropäischen Staaten wirken.<sup>596</sup>

Von Scheubner-Richter leitete von ca. 1920 bis 1923 den *Aufbau*, der sich als *Wirtschaftspolitische Vereinigung für den Osten* darstellte und gegen Weimar und die Sowjetunion gerichtet war. Es gelang dem *Aufbau*, finanzielle Mittel für seine Ziele zu mobilisieren und mit seinem Antisemitismus nicht nur deutsche völkische Kreise, sondern auch die weiße Emigration aus Rußland anzusprechen. Poltaveč sah sich als »Ukrainische Sektion« dieser Bewegung.<sup>597</sup> Als Scheubner-Richter im Oktober 1921 mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös (1886-1936) und russischen Exil-Generälen in Budapest zusammentraf, hielt er die Ukraine für eine geeignete Ausgangsposition, um mit deutscher Hilfe die Bolschewisten aus Rußland zu vertreiben. Im Juni 1922 begleitete Poltaveč ihn nach Budapest.<sup>598</sup>

Dabei waren das Blatt wie auch Scheubner-Richter an den russischen Monarchisten interessiert. Und in bezug auf die Ukraine unschlüssig. Die *Aufbau-Korrespondenz* schrieb 1923:

»Ein Kenner des Landes wird im Ernst über ukrainische Loslösungsbestrebungen nicht sprechen, denn diese bestehen in der Masse des Volkes gewiß nicht. [...] Es bleibt ein kleiner Teil der Intelligenz, die vernünftig und liberal angefaßt, auch von Moskau aus nicht schwer zu gewinnen sein wird. Es wäre ein schwerer Fehler, die Bestrebungen dieser kleinen demokratischen Gruppe zu überschätzen oder gar Pläne darauf zu bauen. Zwischen den Großrussen und den Kleinarussen bestehen keine Gegensätze.«<sup>599</sup>

Der Herausgeber erklärte noch deutlicher, man habe immer nur gefordert, daß »den einzelnen Nationalitäten eine weitgehende kulturelle Autonomie und Selbstverwal-

<sup>595</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 6.9.1923, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 70, S. 55. – »Strašenno durna rič«. 1925 schrieb er, das Blatt erscheine schon lange nicht mehr (Dorošenko an Lypynskyj, 24. 5. 1925, in: ebd., Dok. 152, S. 148). Völlig verfehlt ist es daher, Poltaveč als ein (auch noch führendes) Mitglied der Skoropadskyj-Richtung anzusprechen, was immer wieder passiert (Mychajlo Švahuljak, »Ukrainška polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukrainška Emihracija. Istorija i sučasnist'.* L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 320; H. V. Strel'skyj, »Imennyj pokazčyk«, in: Oleksander Šul'hyn, *Bez terytorii.* Kyiv 1998, S. 273-336, S. 314).

<sup>596</sup> NSDAP, Übersicht über Nationale Kosakenvereinigung, 10.4.1923, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Sonderakte 1923, Mikrofilm MA 144/2; BAK N1128/3, Bl. 4088.

<sup>597</sup> Die »Ukrainische Sektion« wird bei Kellogg mehrfach erwähnt. Es ist zweifelhaft, daß sie aus mehr als einem Menschen bestand.

<sup>598</sup> Vgl. Kellogg, *Roots*, S. 151-152, 154.

<sup>599</sup> »Die Ukraine«, *Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland*, München 3 (1923), Nr. 10/8.3.1923, S. 1-2.

tung gewährt« werde, um alle nationalen Kräfte gegen »die Internationale« zusammenzufassen.<sup>600</sup> Dagegen protestierte man »von geschätzter ukrainischer Seite« mit einer Gegenrede und die »ukrainische nationale Kosakenvereinigung« (also Poltaveč) beharrte darauf, dass der Nationalgedanke »ebenso weit verbreitet innerhalb der Intelligenz wie innerhalb der Volksmassen« sei. Von Scheubner-Richter erklärte daraufhin die russisch-ukrainischen Fragen zu einer »Angelegenheit, die die Russen und die Ukrainer miteinander abzumachen haben«. Deutschland arbeite im Kampf »gegen das internationale Prinzip« mit allen nationalen Bestrebungen zusammen, die »mit den nationalen deutschen Interessen nicht im Widerspruch stehen«.<sup>601</sup>

Ob stimmt, daß am 20. April 1923 Poltaveč unter denen war, die Hitlers Geburtstag in einem Studentenspeisesaal begingen, wobei Hitler die russischen und ukrainischen Emigranten zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gegen die Sowjetunion aufgefordert haben soll, sei dahingestellt.<sup>602</sup> Diese Verbindung sollte auch nicht überschätzt werden,<sup>603</sup> sie machte jedoch die Nationalsozialisten auf ein ukrainisches Potential aufmerksam. Die Kooperation mit den »weißen« Russen innerhalb der »Wirtschaftspolitischen Vereinigung für den Osten – Aufbau« von Scheubner-Richters hatte also 1922/23 tatsächlich eine ukrainische Komponente.<sup>604</sup>

In München gab Poltaveč 1923-1924 einige Nummern einer Zeitschrift *Ukrainskyj Kozak* heraus, die neben nationalen auch deutlich antisemitische Töne anschlug, wie sie zu jener Zeit in der russischen weißen, jedoch noch nicht in der ukrainischen Emigration üblich waren. Sie führte im Titel ein Hakenkreuz und stützte sich verbal auf einen »nationalen Sozialismus«. Einer ihrer Artikel wurde vom *Völkischen Beobachter* übernommen, und Kellogg stellt heraus, dass auch die *Aufbau-Korrespondenz* Poltaveč nachdruckte.<sup>605</sup> Dabei erwähnt er nicht, daß es sich nur um einen einzigen Artikel handelte und es vermutlich auch nicht mehr als zwei Ausgaben der Poltaveč-Zeitschrift gab. Die *Aufbau-Korrespondenz* verbreitete nahezu zeitgleich auch den Aufruf des bald schon sowjetfreundlichen Jevhen Petruševyč gegen die Übergabe Ostgaliziens an Po-

<sup>600</sup> Ebd., S. 2.

<sup>601</sup> »Die ukrainische Frage«, Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, München 3 (1923), Nr. 13/29.3.1923, S.2-4.

<sup>602</sup> Über dieses Treffen berichtete N. Ohoń-Horbanjuk, der sich mit Poltaveč überworfen hatte und in die Sowjetukraine zurückgekehrt war (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 28).

<sup>603</sup> In diese Gefahr gerät zeitweise das ansonsten wertvolle Buch von Kellogg, *The Russian Roots*. So verknüpft er die NS-Kontakte zu Poltaveč und den *Aufbau* mit denjenigen zur UVO, was angesichts der Feindschaft beider ukrainischen Richtungen sicherlich in die Irre weist (Vgl. Kellogg, S. 189). Auch die Information über angeblich weitreichende Direktiven, die Hitler Poltavečs Unterstützern gesandt haben soll (deren Existenz fraglich ist), ist als Aussage des französischen Geheimdienstes eher weniger glaubwürdig (Ebd., S. 190). Ein von Poltaveč im September 1923 an Hitler gerichteter Brief, in dem ersterer letzterem sein Vertrauen aussprach, seine baldige Machtergreifung würde zu einer unabhängigen Ukraine führen, zeugt von Poltavečs Einstellung, nicht von derjenigen Hitlers (Ebd., S. 204).

<sup>604</sup> Vgl. Aktennotiz Schickedanz, undat. [1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 15.

<sup>605</sup> »Ukraine und Nationalsozialismus«, Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, 20/17. 5. 1923, S. 3-4. – Bei dem Artikel handelte es sich außer um eine Kritik der UNR-Richtung um die Forderung nach einer »nationalsozialistischen« Revolution in der Ukraine, durch die die Kosakenschaft in eine führende Stellung (als Anerkennung ihrer Opferbereitschaft) gelangen sollte.

len.<sup>606</sup> Danach gibt es keine Artikel über die Ukraine mehr. Als von Scheubner-Richter am 9. November 1923 beim Hitler-Putsch umkam, gab es zwar einen Nachruf auf den »Freund des nationalen Rußland«,<sup>607</sup> nicht jedoch auf einen Verfechter der Ukraine. Von Poltaveč gab es keine Spur mehr. Kellogg schrieb dagegen: »Poltavets-Ostranitsa's National Socialist views found great favor in the early German National Socialist Party and Aufbau«. <sup>608</sup> Uns erscheint dies auf der Basis eines einzigen Artikels reichlich übertrieben. Aber man akzeptierte einander – so weit kann man schon gehen.

Ein polnischer Bericht nannte neben den Freikorps die Verlegerfamilie Oldenbourg als Unterstützer des Kosakenführers.<sup>609</sup> Poltaveč blieb aber ein Einzelgänger, auch als er 1926 zum Anführer der »Freien Kosaken« ausgerufen wurde. Die Aussage Papierzyńska-Tureks, er sei der »Hauptorganisator der ukrainischen faschistischen Bewegung in der Emigration« gewesen,<sup>610</sup> tut ihm ebenso zu viel Ehre an wie Kelloggs Bemerkung, er habe »closely« mit Hitler und Rosenberg zusammengearbeitet, »to strengthen a Ukrainian National Socialist movement that helped Germany in its conflicts with Poland and the Soviet Union«. <sup>611</sup> Das hätte er – wie zu zeigen sein wird – gern getan, Poltaveč erhielt dazu jedoch keine Gelegenheit. Er stellte dennoch ein erstes schwaches Bindeglied zwischen den ukrainischen Emigranten und den Nationalsozialisten dar.

Man meint zunächst, eine Ausgeburt der Phantasie vor sich zu haben, wenn man in einem Bericht des polnischen Geheimdienstes, den auch Papierzyńska-Turek übernommen hat, über Poltaveč liest, er habe Ende 1924 Beziehungen zu den Staatssekretären im Auswärtigen Amt von Schubert und von Maltzan unterhalten. Von Maltzan, der bis 1924 Leiter der Ostabteilung war, habe sich für eine Finanzhilfe ausgesprochen, weil er über Poltaveč eine Möglichkeit gesehen habe, in der Ukraine ein antibolschewistisches Zentrum auszubauen, wofür Skoropadskyj allzu kompromittiert gewesen sei.<sup>612</sup> Tatsächlich mag es aber zu solchen Überlegungen gekommen sein, die jedoch nicht umgesetzt und von Maltzan auch nicht an seinen Nachfolger weitergegeben wurden.

Ende 1925 wurde nämlich tatsächlich ein dokumentierter Versuch unternommen, Poltaveč durch das AA fördern zu lassen. Der Staatssekretär im AA, Edgar Karl Alfons Haniel von Heimhausen (1870-1935), wandte sich als Vertreter der Reichsregierung in Bayern an den neuen Leiter der Ostabteilung des AA von Dirksen mit der Bitte, Poltaveč eine Unterstützung zukommen zu lassen. Als von Dirksen zögerlich reagier-

<sup>606</sup> Dr. Eugen Petruschewytsch [Jevhen Petruševyč], »Für eine freie Ukraine!«, Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, 21/24. 5. 1923, S. 3.

<sup>607</sup> Nemirowitsch-Dantschenko, »Der Freund des nationalen Rußland«, Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland, 46/1.12. 1923, S. 2.

<sup>608</sup> Kellogg, Roots, S. 191. – Ein weiterer Beitrag vom August 1923 nannte Poltaveč nur einen Kämpfer gegen die »zentralistische Diktatur« und sollte die bayerische Basis der NSDAP stärken (Vgl. ebd.).

<sup>609</sup> Bericht aus Bayern, undatiert [Ende 1924], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 74-75.

<sup>610</sup> Papierzyńska-Turek, Sprawa ukraińska, S. 57. – Papierzyńska-Turek hielt Doncov für einen Freund Poltavečs, wofür sie als Beleg einen Bericht des polnischen Militärs anführt (Ebd.). Dies ist jedoch fragwürdig.

<sup>611</sup> Kellogg, Roots, S. 246.

<sup>612</sup> Bericht aus Bayern, undatiert [Ende 1924], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 74-75.

te und erst bei der Reichswehr nachfragen wollte, erklärte von Haniel, Poltaveč sei bereit, »seine politischen Verbindungen für den deutschen Nachrichtendienst zur Verfügung zu stellen«. Er legte ein Memorandum des Kosakenführers bei, in dem dieser seine Gruppe als »einzige zuverlässige Bewegung des Freiheitskampfes« charakterisierte, die »in allen Dörfern« Vertrauensleute habe und über 100.000 Mann verfügen könne. Auch gebe es einen Aufstandsplan.<sup>613</sup>

Poltaveč legte weiter Wert auf die Feststellung, daß seine Kosakenvereinigung älter als die Gruppierung des Het'mans und jener zudem »innerlich großrussisch gesinnt« sei. Die Auskunft der Reichswehr war negativ: Sie bescheinigte zwar Poltaveč, sich während der Okkupationszeit »um die deutsche Sache verdient gemacht« zu haben, schätzte seine aktuelle Bedeutung jedoch gering ein, eben weil er keine Beziehungen zu Skoropadskyj unterhalte. An phantastische Angaben über fiktive Anhänger in der Ukraine hatte man sich inzwischen gewöhnt und war hiervon wenig beeindruckt. Berichte über die positive Haltung zu Hitler und profaschistische Poltaveč-Stellungen aus dem Jahre 1923 führten auch dazu, daß man den Fall rasch zu den Akten legte.<sup>614</sup> Nur die Het'man-Anhänger waren beleidigt: Dorošenko wünschte sich, »dieses Herrlein öffentlich zu demaskieren« und bedauerte, daß ihm dafür kein politisches Organ zur Verfügung stand.<sup>615</sup>

Berlin reagierte kühl, weil Skoropadskyj wieder in Gunst stand und die Verbindung zu dem Putschisten Hitler zu diesem Zeitpunkt keine Empfehlung war. Poltavečs Aktivitäten gingen in Bayern jedoch weiter. Es gelang ihm, neben Ludendorff den aufstrebenden Nürnberger Lebkuchenfabrikanten Otto E. Schmidt für sich zu gewinnen und mit rechtsstehenden tschechoslowakischen Militärs zu konspirieren.<sup>616</sup> Dank Schmidt, der mit seiner Idee des Lebkuchenversands reussierte, dürften vorerst auch die finanziellen Probleme reduziert worden sein. Wie Skoropadskyj bemühte sich Poltaveč um englische Beziehungen und machte sich Hoffnungen auf ein britisches

<sup>613</sup> Von Haniel an von Dirksen, 14.11.1925; von Dirksen an von Haniel, 26.11.1925; von Haniel an von Dirksen, 28.11.1925; Poltaveč, »Memorandum zur ukrainischen Frage«, PAAA, Politische Abteilung, Politik Rußland 2, Politische Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Bd. 2, Bl. 253-259.

<sup>614</sup> Poltaveč, »Memorandum«; Reichswehr-Auskunft über Poltaveč, 18. 12. 1925; Brief Moltkestr.8 PR an AA, 24.12.1925, PAAA, Politische Abteilung, Politik Rußland 2, Politische Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Bd. 2, Bl. 256-275. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß auch die Behauptung Torzeckis und Kosyks, Poltaveč habe erst 1932 mit Skoropadskyj gebrochen, falsch ist (Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska w polityce III Rzeczy (1933-1945)*, S. 113; Wolodymyr Kosyk, *The Third Reich and Ukraine*, New York 1993, S. 36). Sie wird aber funktional erforderlich, da Torzecki herausstellen will, daß die »hetmańcy« frühe Kontakte mit der NSDAP unterhielten: Als einen »polityk hetmański« nennt er in diesem Zusammenhang eben Poltaveč (Vgl. ebd., S. 119).

<sup>615</sup> »[P]ublično čoho panka zdemaskuvaty« – Dorošenko an Lypynskyj, 8. 2. 1926, in: Lypynskyj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 189, S. 203. Kurz darauf berichtete er, daß es in Prag »auch jetzt noch [...] Anhänger [gebe], die ihm glauben und ernsthaft mit ihm rechnen« (Dorošenko an Lypynskyj, 7. 3. 1926, in: ebd., Dok. 191, S. 206).

<sup>616</sup> Wie weit er jedoch Ludendorff überzeugen konnte, sei dahingestellt. In seinen Erinnerungen erwähnte Ludendorff zwar Poltaveč, zählte ihn jedoch zu den Russen (»Unter diesen Russen trat besonders eine Gruppe Ukrainer hervor [...]). Deren Konzepte blieben für ihn »ein wirres Durcheinander« (Vgl. Erich Ludendorff, *Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung*. München 1940, S. 204).



»Ostprogramm«. <sup>617</sup> Möglicherweise gelang es ihm auch, italienische Gelder zu akquirieren. <sup>618</sup> Allerdings wurde er von niemandem wirklich ernst genommen, von Taube nannte ihn einen Hochstapler, der von gutgläubigen Deutschen Geld erhalte. <sup>619</sup>

Auch die ukrainischen Nationalisten nahmen Poltaveč anfangs nicht ernst. In der *Rozbudova Nacii* wurde er als »Operetten-Het'man« lächerlich gemacht, aber man betonte auch den Schaden, den solche »Pajazz-Typen« der ukrainischen Sache zufügten. Ob es zutrifft, daß der polnische Geheimdienst die Proklamation Poltaveč zum »Het'man der ganzen Ukraine« im Jahre 1926 verbreitet habe, ist nicht bekannt, denkbar wäre es schon, weil den polnischen Stellen daran gelegen sein mußte, die ukrainischen Gruppierungen zu spalten – eine mehr war da wieder eine Hilfe. Auch die Behauptung Troščynskyjs, Poltavečs NS-freundliche Tätigkeit habe 1928 die Tschechoslowakei in Panik versetzt, ist gröblich übertrieben. <sup>620</sup> 1929 beschränkte sich die von Poltaveč in Paris ausgerufene »Ukrainischen Kosaken-Volksrepublik« (Ukraińska Narodna Kozačka Respublika – UNAKOR) darauf, ergebnislos Bettelbriefe zu schreiben. Die meisten gingen an bedeutende deutsche Persönlichkeiten, da Poltaveč weiterhin die Ukraine und Deutschland einander näherbringen wollte. Auf der »Regierungssitzung« am 14. Februar 1929 sollen die Absagen verlesen worden sein. Poltavečs die halbe erste Seite seiner Schreiben einnehmender Briefkopf (den zu zeigen sich auch die *Rozbudova Nacii* nicht verkneifen konnte) stand wie der bombastische Stil seiner Schriftsätze in diametralem Gegensatz zu seiner tatsächlichen Bedeutung. <sup>621</sup>

Alfred Rosenberg, damals Redakteur des *Völkischen Beobachters*, und andere Nationalsozialisten hielten Poltaveč für einen interessanten Helfer und vielleicht auch seine angebliche englische Verbindung für potentiell nützlich. Dies wieder dürfte Poltaveč motiviert haben, die Einsetzung der Regierung Hitler als eine politische Chance zu begreifen. Deshalb maßten jetzt seine Landsleute ihm 1933 mehr Bedeutung zu, als er verdiente, aber profitieren konnte er davon nicht.

## 16. DER PETLJURA-MORD

Am 25. Mai 1926 wurde Symon Petljura vor einem Buchladen am Boulevard Saint-Michel von dem aus Smolensk stammenden jüdischen Uhrmacher Samuel Schwarzbart (Švarcbart) (1886-1938) erschossen. Die Deutung des Attentats als Auftragsmord des sowjetischen Geheimdienstes ist unbewiesen aber naheliegend, da der Mörder mit den

<sup>617</sup> Protokoll des Bayerischen Innenministeriums mit dem Berliner Polizeirat a.D. Gauer, 22. 2. 1927, Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bayerisches Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, MA 103037.

<sup>618</sup> Vermerk Von Dirksen, 2. 1. 1928, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 135-136.

<sup>619</sup> Aufzeichnung Von Dirksen, 16. 8. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 9, 104659-61.

<sup>620</sup> Troščynskyj berief sich auf N. Ohoň-Horbanjuk, der sich mit Poltaveč zerstritten hatte (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 28).

<sup>621</sup> -av-, »Jak ›het'man‹ Ostrjanycja kompromituje ukraińsku spravu pered čužyncjamy«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 10-11, S. 378-382. – Daher ist auch unzutreffend, daß Švahuljak die Gründung von UNAKOR auf 1932 datiert (Vgl. Švahuljak, »Ukraińska polityčna emihracija«, S. 320).

Bolševiki zusammengearbeitet und zeitweise auch in der Roten Armee gedient hatte. Nachdem sich in Polen gerade Józef Piłsudski an die Macht geputscht hatte, mochte eine neuerliche Allianz mit Petljura gegen die Sowjetunion nicht ausgeschlossen erscheinen, weil sich inzwischen die UNR-Organe in Polen unter Mißachtung der Rigaer Bestimmungen etabliert hatten.<sup>622</sup> Aber auch der von dem Attentäter genannte Grund, Petljuras angebliche Verantwortung für die in seinem Herrschaftsgebiet begangenen Judenpogrome, entbehrte ungeachtet dessen nicht der Logik, daß sich Petljura zwischen 1917 und 1920 mehrmals gegen Pogrome gewandt hatte. Einige der Pogromtäter und der Atamane, die sie organisierten, kämpften für die UNR, deren oberster Repräsentant Petljura war – allerdings mißbilligte Petljura dies nicht nur, sondern suchte Pogrome soweit es in seiner Macht stand (aber das war eben nicht sehr weit) zu verhindern.<sup>623</sup>

Sicherlich war es unsinnig, ausgerechnet Petljura Antisemitismus vorzuwerfen. Daß es unter den ukrainischen Bauern wie auch unter der Intelligenz (vgl. oben die Aussagen Smal'-Stočkyjs) Judenhaß gab, ist nicht strittig. Petljura selber lehnte ihn ab, zeitweise hielt er sich allerdings zurück, weil er auf die Bauernsoldaten angewiesen war. Die lange Diskussion darüber, ab wann er Anweisung gab, gegen Pogrome einzuschreiten, mußte seit dem Aufsatz Jekel'čyks eigentlich abgeschlossen sein.<sup>624</sup> Zudem ist unübersehbar, daß in der Ukraine auch auf Seiten der Bolševiki Judenpogrome vorkamen, daß die Truppe Grigor'evs (Hryhoriv's), die für Pogrome berüchtigt war, zu den Bolševiki überlief, daß es also bei allen Bürgerkriegsparteien Pogrome gab.<sup>625</sup>

Seit dem Zweiten Weltkrieg bemühte sich die ukrainische Nationalbewegung zu belegen, daß Pogrome und Antisemitismus nicht zu ihrem Repertoire gehör-

<sup>622</sup> Vgl. dazu u. a. Ivan Kedryn, »Kul't Symona Petljury«, in: Volodymyr Kosyk (Hg.), *Symon Petljura. Zbirnyk studijno-naukovoï konferenciji v Paryži (traveň 1976)*. Mjunchen/Paryž 1980, S. 209-217, hier S. 214.

<sup>623</sup> Vgl. Serhij Jekel'čyk, »Tragična storinka ukraïnskoï revoluciji: Symon Petljura ta jevrejski pohromy v Ukraïni (1917-1920)«, in: Vasyl Mychal'čuk (Hg.), *Symon Petljura ta ukraïnska nacional'na revolucija*. Kyïv 1995, S. 165-217. Jekel'čyk weist die ersten Aufrufe gegen die Pogrome durch Vynnyčenko (März 1917), Oleksander Šul'hyn (20. Oktober 1917) und Petljura (15. November 1917) nach (S. 168-169), womit er den Beginn ihrer Bekämpfung um ca. zwei Jahre vorverlegt. Weitere Aufrufe Petljuras stammten vom 30. 11. 1918 und vom 14. 1. 1919 (S. 171-172). Dabei läßt Jekel'čyk nicht den geringsten Zweifel daran, daß Pogrome häufig waren und wegen mangelhafter Exekutivmöglichkeiten nur selten verfolgt werden konnten (S. 172, 193).

<sup>624</sup> Serhij Jekel'čyk, »Tragična storinka«. Für die Zeit davor vgl. etwa Taras Hunczak, »A Reappraisal of Symon Petliura and Ukrainian-Jewish Relations, 1917-1921«, *Jewish Social Studies* 31 (1969), S. 163-183; Zosa Szajkowski, »A Reappraisal of Simon Petliura and Ukrainian-Jewish Relations, 1917-1920: A Rebuttal«, ebd., S. 184-213; Vgl. auch Taras Hunczak, »Ukraïnska Narodna Respublika i nacional'ni menšosti«, in: Michał Putaski (Hg.), *Ukraïnska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 91-96. Hunczaks Artikel von 1969 erschien erweitert als Taras Hunczak, *Symon Petljura ta Jevrei*. Kyïv 1993. Eine der breitesten Diskussionen der Pogrome leistete der Chemiker und Regierungschef des Kubaň-Gebiets Vasyl' Ivanys. Er stritt keineswegs ab, daß »antysemit'ski ekscesy i za ukraïnskoï demokratičnoï vlady spalachuvaly v riznych mistečkach« (antisemitische Exzesse haben auch zu Zeiten der ukrainischen demokratischen Herrschaft in verschiedenen Kleinstädten gewütet), dokumentierte aber, daß die Regierung alles darangesetzt habe sie zu beenden bzw. zu verhindern (Vasyl' Ivanys, *Symon Petljura – Prezydent Ukraïny 1879-1926*. Kyïv 1993 [Toronto 1952], S. 164-165). Vgl. auch Volodymyr Serhijčuk, *Symon Petljura i jevrejstvo*. Kyïv 1999. – Auf den 13. Januar 1919 ist ein von Andrij Mel'nyk unterzeichneter Befehl gegen Pogrome mit der Mitteilung über die Erschießung von Pogromtätern datiert (Vgl. Zinovij Knyš (Hg.), *Nepohasnyj Ohon' Viry*. Paris 1974, S. 89).

<sup>625</sup> Vgl. Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki*. Berlin 1995, S. 28-44.

ten.<sup>626</sup> Dies war primär ein Teil des Versuchs, den Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Nationalsozialisten zu bestreiten. Aber es ist tatsächlich so, daß sich die politische Führung der UNR – und nur um sie geht es hier – bemühte, Juden auf ihre Seite zu ziehen. Arnol'd Margolin und Solomon Gol'del'man (1885–1974), stellvertretender Handels- und Arbeitsminister der UNR, standen für eine jüdische Regierungsbeteiligung und die UNR für eine nirgendwo sonst ähnlich weitgehende Befriedigung von Autonomievorstellungen, die allerdings wegen der Machtlosigkeit der UNR auf dem Papier blieben.<sup>627</sup> Einen »offiziellen« Antisemitismus der UNR anzunehmen war daher falsch. Zwar hatte es den UNDS-Aufruf vom 30. Mai 1918 gegeben, in dem ukrainische Nationalisten die Juden als Helfer der Russen bezeichnet hatten.<sup>628</sup> Aber diesem UNDS gehörten die Sozialdemokraten eben nicht an. Weder von Petljura, der zeitgleich auch Memoranden verfaßte, noch vom UNS, zu dem sich der UNDS im August 1918 erweiterte, sind antijüdische Stellungnahmen bekannt. Poltaveč, der sich mit den deutschen Nationalsozialisten verbunden hatte, warf den UNR-Führern 1923 ausdrücklich vor, »völlig unter jüdischem Einfluß stehend, moralisch und politisch Bankrott gemacht [...] und als Volksführer ihre Unfähigkeit erwiesen (zu) haben, die vom ukrainischen Volk im Kampf um seine Freiheit errungenen Rechte zu wahren«.<sup>629</sup> Aber angesichts der Unübersichtlichkeit der ukrainischen politischen Landschaft erschien die Zuschreibung der Pogromverantwortung plausibel, und sie war diskursiv erfolgreich.

Der Mörder Schwarzbart wurde freigesprochen, weil die Geschworenen in der Verhandlung vom 18.-27. Oktober 1927 den Argumenten seines Verteidigers Henri Torrès (1891–1966) und zahlreicher Zeugen folgten, die bestätigten, Petljura sei für die Pogrome verantwortlich gewesen.<sup>630</sup> Petljura, den viele wegen seiner mißglückten polnischen Allianz für einen Versager hielten, die Ostgalizier wegen seines Verzichts

<sup>626</sup> Vgl. z. B. F. Pigido, *Material Concerning Ukrainian-Jewish Relations during the Years of the Revolution (1917-1921)*. München 1956.

<sup>627</sup> Selbst Margolins Rücktritt vom Posten des stellvertretenden Außenministers erfolgte zwar wegen der Pogrome, war jedoch nicht mit Vorwürfen gegenüber der Regierung verbunden (vgl. Hunčak, *Symon Petljura*, S. 17). In seinem Schreiben vom 11. März 1919 erklärte Margolin, ihm sei die Machtlosigkeit der Regierung ebenso bekannt wie die Tatsache, daß sie alles in ihrer Macht stehende gegen die Pogrome tue (Vgl. Arnol'd Margolin, *Ukraina i politika Antanty*. Berlin 1929, S. 128). Margolin blieb auch Mitglied der Pariser Konferenzdelegation. In seinem Buch bemühte sich Margolin um eine ausgewogene Würdigung der ukrainischen Versuche, gegen die Pogrome einzuschreiten. Zwar referierte er antijüdische Aussagen Vynnyčenkos, nahm aber Petljura ausdrücklich in Schutz.

<sup>628</sup> S. S. 295.

<sup>629</sup> Poltaveč-Ostranycja, in: *Ukraïns'kyj Kozak*, 15. 3. 1923, hier zit. nach »Ukraine und Nationalsozialismus«, *Wirtschaftspolitische Aufbau-Korrespondenz über Ostfragen und ihre Bedeutung für Deutschland*, 20/17. 5. 1923, S. 3-4.

<sup>630</sup> Vgl. Henry Torrès, *Le procès des pogromes*. Paris 1928. – Aus UNR-Sicht schilderte den Prozeß Andrij Jakovliv (»Paryz'ka trahedija«, In: *Zbirnyk Pamjaty Symona Petljury (1879-1926)*. Praha 1930, S.228-258). – Jakovliv nennt das Schwurgerichtsverfahren als den Hauptgrund für den Freispruch, verweist auf die Verzögerungs- und Vertuschungstaktik Torrès und die gemeinsamen Interessen von Kommunisten und nationalistischen Juden – erstere hätten Petljuras Bild negativieren wollen, letztere sich für die Pogrome rächen und die ukrainische Nationalbewegung damit belasten (S. 255). Jakovliv unterstreicht, daß der Freispruch auch bedeutete, daß die Argumente der Verteidigung vom Gericht als zutreffend anerkannt worden seien, so daß nun Petljuras Schuld an den Pogromen trotz der zahlreichen Gegenbeweise weiterbehauptet werden konnte (S. 257).

auf ihr Land für einen Verräter an der *sobornist*' und nicht wenige wegen seiner sozialistischen Vergangenheit und seiner demokratischen Gegenwart für einen üblen »Linken«,<sup>631</sup> wurde dadurch zu einem Märtyrer der ukrainischen Selbständigkeit rehabilitiert.

Drei Faktoren, die zunächst voneinander unabhängig waren, wurden durch den Mord miteinander verknüpft:

- Da der Mörder als sowjetischer Agent galt, war damit die grundsätzliche Gegnerschaft der UdSSR gegenüber der ukrainischen Nationalidee dokumentiert. Da ausgewiesene ukrainische Nationalisten wie Hruševskyj, Vynnyčenko oder Petruševyč sich mit den Sowjets arrangiert hatten, wurden sie – und damit auch jede »linke« politische Ausrichtung – aus dem Netzwerk des ukrainisch-nationalen Exils ausgeschlossen.
- Daß der Mörder ein Jude war, bestärkte die Identifizierung von Judentum und Bolschewismus. Der nationalukrainische Antisemitismus erfuhr eine scheinbare Rechtfertigung.<sup>632</sup> Auch nicht-antisemitische Nationalukrainer sahen sich beleidigt, als der Verteidiger im Prozeß erfolgreich mit dem Antisemitismusrwurf gegenüber den Nationalukrainern operierte, um seinen Mandanten freizubekommen. Latent antijüdische Ukrainer konnten nun behaupten, daß es eine »Front des Weltjudentums« gebe – zu der auch der Bolschewismus gezählt wurde – die die Ukrainer verleumde. Antisemitismus, den die kurzlebigen ukrainischen Staaten mit Autonomie- und Neutralitätsinstrumenten zu meiden trachteten, konnte nach 1926 als Teil einer ukrainischen »Abwehrbewegung« salonfähig werden.
- Daß es ein französisches Gericht war, das Schwarzbart freisprach, zerstörte das Vertrauen in die »Demokratie« der Entente. Nicht nur, daß sich das Gericht den Vorwurf der Pogromverantwortung Petljuras zu eigen gemacht hatte, setzte Frankreich in einen Gegensatz zu den ukrainischen Nationalisten, sondern auch die öffentliche Zustimmung dazu und die zunehmend positive Haltung zur Sowjetunion, die 1935 in einem formalen Bündnis mündete, vereinten in der polarisierenden Sicht der ukrainischen Nationalisten Juden, »Demokraten« und Bolschewisten zu einer Partei, die sich gegen den ukrainischen Nationalgedanken verbunden zu haben schien.<sup>633</sup>

<sup>631</sup> Daß Petljura bei der »Linken« keineswegs wohlgehten war, ging – noch zu seinen Lebzeiten – aus der Kritik der *Nova Ukraïna* an ihm hervor. Man distanzierte sich von Petljura, der die Unabhängigkeitsbewegung gespalten habe, wegen seines »galizischen Verrats« und hielt eine UNR-Exilregierung für eine »neuerliche Schande für die ukrainische Befreiungsbewegung« (Hr. Naš, »Petljurivščyna«, *Nova Ukraïna* 1(1925), H. 1, S. 3-26).

<sup>632</sup> Wir halten es für signifikant, wie Ivanys, sonst deutlich darum bemüht, das ukrainisch-jüdische Verhältnis zu entspannen, bei der Schilderung der Aktivitäten des Schwarzbart-Komitees in einen kollektivistischen antisemitischen Duktus fällt: »Das nationale Schlagwort haben sie selber eingeführt, die Grünbergs, Goldsteins, Sliozbergs, Mockins, T'omkins. Sie haben das Pariser Komitee zur Verteidigung Schwarzbarts gebildet; sie haben den Willen der ganzen jüdischen Nation usurpiert« (Ivanys, *Symon Petljura*, S. 250).

<sup>633</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), in: ders., *Pro Ukraïnsku zovnišnju polityku, OUN, Karpatsku Ukraïnu ta polityčni vbyvstva Kremlja. Hadjač* 2005, S. 16-51, hier S. 24-25.

Und ein weiteres Element spielte eine Rolle: Henri Torrès spielte nicht ungeschickt damit, Petljura außer der Pogromhetze auch noch der »Germanophilie« zu zeihen, was die Öffentlichkeit nach den Behauptungen, Ukrainer seien eine deutsche Konstruktion, gern glaubte und im Kontrast zu angeblichen Verdiensten Schwarzbarts für Frankreich im Weltkrieg die Geschworenen beeindruckt hat.<sup>634</sup> Ebensovienig wie Antisemitismus konnte man Petljura eine Verbundenheit mit den Deutschen anlasten – er hatte die Regierung wegen der Brester Verhandlungen verlassen und war während der Skoropadskýj-Zeit deutschen Nachstellungen ausgesetzt – solche »Feinheiten« waren jedoch unbeachtlich.

So wenig spektakulär das Petljura-Attentat an sich war – politische Morde waren im Europa der 1920er Jahre und unter Exulanten gar nicht so selten – so große Bedeutung gewann es durch seine diskursive Funktionalisierung. Hatte es davor mehrere politische Optionen für Nationalukrainer gegeben, so war das nun anders. Die Suche nach einer nationalen Lösung mit der Sowjetunion war desavouiert, die Bindung an die westliche Demokratie ebenso. Das Argument des Gerichts wurde zu einer »self-fulfilling prophecy«: Waren Nationalukrainer bis dahin nicht notwendigerweise anti-jüdisch, so wurde nun Judenfeindschaft zu einer aus nationaler Parteinahme heraus patriotischen Einstellung. Waren judenfeindliche Politiker und Gruppen bis dahin nur randständige potentielle Verbündete für ukrainische Nationalisten, so wurden sie nun salonfähig. Nach der Ermordung Petljuras konnte die wegen des Zusammengehens mit Polen kritisierte UNR-Bewegung sich wieder in den Mainstream einfügen. Der »Turn to the Right« erfuhr durch den Petljura-Mord und den Prozeßausgang eine Bestärkung.

Hatten bis dahin antisemitisch eingestellte Autoren wie Dmytro Doncov, Jevhen Levyčyj und Roman Smal'-Stočkyj in ihren Texten höchstens unterschwellig antijüdische Ressentiments artikuliert, da sie ja keine potentiellen Verbündeten verschrecken wollten, so brauchten sie sich nunmehr keinen Zwang mehr aufzuerlegen. Die ukrainische Presse stürzte sich auf die jüdisch-ukrainischen Beziehungen, wobei ein Artikel des vielgelesenen Doncov die Wortwahl vorgab.<sup>635</sup> Was immer tatsächlich vorgefallen war, der mit antiukrainischer Polemik verbundene Freispruch des Mörders ließ Vorstellungen wiederaufleben, seit Chmel'nyčkyjs Zeiten seien die Ukrainer antijüdisch, die Juden antiukrainisch eingestellt. Die aufgeheizte Atmosphäre und die Frustration des Exils vertieften den Graben zwischen dem Judentum und dem ukrainischer Nationalismus.

1936 beobachtete der polnische Geheimdienst, daß die OUN mit antijüdischen Aktionen den zehnten Todestag Petljuras »beging«.<sup>636</sup> Nicht einmal Oleksander Lotočyj (1870-1939), der UNR-treue Leiter des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Warschau, kam in seiner Gedenkschrift für Petljura ohne ein antisemitisches Motiv aus. Er schrieb es der List der Sowjets zu, die Pogrome als »künstliches Motiv« benutzt zu haben, weil man sich so

<sup>634</sup> Vgl. Andrij Jakovliv, »Paryžka trahedija«, In: Zbirnyk Pamjaty Symona Petljury (1879-1926). Praha 1930, S.228-258, S. 257.

<sup>635</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 50-51, 72.

<sup>636</sup> MSW, Wydział Bezpieczeństwa, Referat Ukraiński, »Komunikat Informacyjny 18; 25.5.-2.6.1936«. AAN, MSZ WW 5295, Bl. 88-98; »Komunikat Informacyjny 19; 3.-13.6.1936«, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 259-279.

»die Unterstützung von Gruppen sichert, die in ihren Händen das Weltkapital und den größten Teil der Presse halten. Provoziertes jüdisches Denken und jüdische Stimmungen wurden so in den bolschewistischen Dienst gestellt, daß ihre Rollen, Positionen und Interessen zusammenfielen und sich deckten. Das provozierte Judentum wurde zu einer moskowitzisch[russisch]-bolschewistischen Waffe im Kampf gegen die Befreiungsanstrengungen des ukrainischen Volkes.«

Auch wenn Lotočkyj dies als kommunistische »Provokation« auswies, um »einen Keil in die ukrainisch-jüdischen Beziehungen zu treiben und zu versuchen, den Haß und den Kampf des ukrainischen Volkes von seinem unmittelbaren Ziel [den Kommunisten] zu gegenseitigen Scharmützeln zwischen den Völkern der Ukraine abzulenken«, seine Wortwahl vermittelte auch einen Erfolg dieser Taktik. Er kritisierte zwar die Absicht der Sowjets, bescheinigte ihnen aber gleichzeitig einen Erfolg – selbst für Lotočkyj galt, daß die Juden spätestens jetzt ein Instrument der Sowjets geworden seien.<sup>637</sup> Eine Differenz zur Diktion Doncovs (s. unten) und den späteren Beschlüssen der OUN war kaum mehr erkennbar.

Makaber war, daß der Mord dazu beitrug, die ukrainische Nationalbewegung zu konsolidieren. Der »Ukrainische Nationalrat« in Kamjancė hatte Petljura noch im Februar 1920 zum »politischen Tod« verurteilt.<sup>638</sup> Motyl schrieb:

»Ironically, Petliura underwent an immediate transformation from one of the most reviled of Ukrainian statesmen to a national martyr and hero – a symbol of the suffering Ukraine and of national unity. Even many Galicians forgave the dead Otaman [...]«<sup>639</sup>

Sonst wenig religiöse UNR-Parteigänger feierten den Atheisten Petljura als eine Art Reinkarnation Christi.<sup>640</sup> Lypynskyj hatte sich zunächst von Petljuras Tod wenig beeindruckt gezeigt und Dorošenko geraten, die Angelegenheit zu übergehen. Dieser hielt dies weder für ratsam, noch für möglich. Er antwortete Lypynskyj: »Wir leben hier [in Prag] so vermischt, sind so miteinander durch tausende miteinander verflohene Fäden verbunden, daß es unmöglich war, die Pose absoluter Gleichgültigkeit einzunehmen.« Und im übrigen habe Skoropadskyjs Teilnahme an einer Totenmesse für seinen politischen Gegner als »edle ritterliche Geste« einen »ungewöhnlich guten Eindruck« gemacht.<sup>641</sup>

<sup>637</sup> Oleksander Lotočkyj, Symon Petljura, Warszawa 1936, S. 113. – Dasselbe gilt für andere UNR-Publikationen. In der deutschen Sonderausgabe des *Ukrainŭskyj Vistnyk* zum 11. Todestag Petljuras hieß es: »Die blutige Hand der III. Internationale bediente sich des jüdischen Agenten der GPU [...], um seinem [Petljuras] vielversprechenden Leben ein Ende zu bereiten.« (*Ukrainŭskyj Vistnyk* 1 (1937), H. 5 (5.6.1937), S. 4).

<sup>638</sup> Vgl. Osyp Nazaruk, *Do Istorii Revolucijnoho času na Ukraïni*, Winnipeg 1924, S. 3.

<sup>639</sup> Motyl, *Turn*, S. 49. – Ähnlich schrieb Ivan Kedryn: »Interessant ist, daß zu Lebzeiten über dem Haupt Symon Petljuras vor allem Beschimpfungen ausgeschüttet wurden. [...] Der tragische Tod [...] hat wie mit dem Messer Kritik und Beschimpfungen [...] aus dem Lager der Selbstständigkeitsanhänger abgeschnitten.« (Ivan Kedryn, »Kul't Symona Petljury«, S. 209-210).

<sup>640</sup> »Blutige Dornen gruben sich in die Stirn Symon Petljuras, der unerhörten Ruhm und schreckliches Elend erfahren hatte« (Šul'hyn, *Bez terytorii*, S. 20). »...er hat durch seinen Märtyrertod der Ukrainischen Nation die nie versiegende Kraft verliehen, wie Christus durch seinen Tod und nur durch ihn dem Christentum für die ganze Menschheit Kraft verliehen hat« (Panas Berbeneć, »Symon Petljura«, *Tabor* 1931, Nr. 16, S. 4-28, hier S. 23).

<sup>641</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 10. 6. 1926, in: *Lypynskyj, Archiv*, Bd. 6, Dok. 204, S. 227.

Die Nationalisten nahmen Petljura in ihren Olymp auf. Volodymyr Martyneč kritisierte zwar weiter das Bündnis mit Polen, im Vergleich zu dem Überlaufen der UHA zu Denikin kam Petljura aber noch besser weg: Er erkannte bei ihm den »konsequenzen und standhaften Kampf mit dem Moskowitern«, der sich in die nationalistische Ideologie integrieren ließ. Petljura habe den Ukrainern »die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Erbfeind« (z vidvičnym vorohom) Rußland klargemacht.<sup>642</sup> Jaroslav Čemerynskyj bemängelte für die OUN 1939 zwar noch sanft »das unglückliche Bündnis des Otamans [Petljura] mit dem Erbfeind der Ukraine« (Polen), schrieb aber dann:

»Nur Petljura zeigte sich im Jahre 1919 den Aufgaben eines wahren Führers gewachsen. Sein tragischer Tod durch die Kugeln des jüdischen Bolschewisten Schwarzbart im Jahre 1926 in Paris machte ihn zum leuchtenden Symbol der ukrainischen Idee.«<sup>643</sup>

Das Mitglied des OUN-Vorstands Dmytro Andrijevskyj (1892-1976) schrieb 1954, die Nationalisten hätten »ein großes Maß an Objektivität bewahrt« und »nicht gezögert, [Petljura] nach seinem Tode in den Pantheon der Nationalhelden aufzunehmen. Und sie hatten Recht.«<sup>644</sup> Und Volodymyr Kosyk, einer der wichtigsten OUN-Bandera-Historiker, erklärte Petljuras Aktionen mit Doncovs antirussischem Axiom und rechtfertigte das Bündnis mit Piłsudski als »Notwendigkeit«, da Polen eine Armee hatte und daher als Verbündeter geeignet erschien.<sup>645</sup>

Auch ein Teil der verbliebenen Linken änderte seine Meinung. Die polnische Observation des antisowjetischen Sozialrevolutionärs Mykyta Šapoval ergab, daß dieser zuvor Petljura bekämpft hatte, sich nun aber positiv äußerte, was die Polen zu der Vermutung führte, Šapoval wolle angesichts der zunehmenden Bedeutungslosigkeit seiner Gruppe zur UNR-Richtung übertreten und eventuell die Nachfolge des Verstorbenen antreten.<sup>646</sup> Signifikant waren die Sätze des UNR-Generals Volodymyr Sal'skyj (1885-1940), der unter der Überschrift »Führer von Gottes Gnaden« erklärte, Petljura werde »tot für unsere Feinde schrecklicher sein als lebendig.«<sup>647</sup> Lotočkyj schrieb 1936: »Sein Tod selber wird zum Eckstein des Sieges werden!«<sup>648</sup> Ivanys formulierte 1952 in prägnanter Kürze den Wandel der Vorbilder: »Der Petljura-Kult hat

<sup>642</sup> Volodymyr Martyneč, »S. V. Petljura j ukraїnske nacional'ne vidrodžennja«, Studenskyj Vistnyk, Praha 4 (1926), H. 7-8, S. 15-21, Zitate, S. 16, 21.

<sup>643</sup> Jaroslav Oršan [Jaroslav Oršan], »Der ukrainische politische Gedanke in den letzten hundert Jahren«, in: Ukrainischer Nationalismus. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 9-72, S. 58, 59.

<sup>644</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 142.

<sup>645</sup> Volodymyr Kosyk, »Zovnišnja polityka Symona Petljury«, in: Kosyk, Symon Petljura, S. 41.

<sup>646</sup> »Ukraїncy soćjal-rewołucjonisći i Mykita Szapował«, [Mai 1929], AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 200-206.

<sup>647</sup> Tryzub 2(1926), H. 35/36, S.17; Volodymyr Salskyj, »Vožd' z lasky božoi«, zit nach Motyl, Turn, S. 49. Ähnlich Prochoda: »[...] durch seinen Tod wurde Petljura für Moskau noch gefährlicher« (Vasyľ Prochoda, Symon Petljura. San Diego 1968, S. 50).

<sup>648</sup> Oleksander Lotočkyj, Symon Petljura, Warszawa 1936, S. 118.

bei den Ukrainern den Mazepa-Kult ersetzt«. <sup>649</sup> Und Ivan Kedryn setzte den Petljura-Kult gar mit dem Ševčenko-Kult gleich. <sup>650</sup>

An Petljura wurde nun offen der jüdisch-ukrainische Gegensatz exemplifiziert. Eucharistische Deutungen wie die Formulierung des Dichters Jevhen Malanjuk (1907-1968), durch den »Opfertod« Petljuras habe sich »Brot und Wein unserer nationalen Anstrengungen in Fleisch und Blut transfiguriert« <sup>651</sup> und andere mystische Vorstellungen stilisierten den ermordeten Ex-Sozialisten zu einem heiligmäßigen Symbol der jüdisch-ukrainischen Auseinandersetzung, zu welchem der lebende, weltlich-sozialistische Petljura wenig taugte. Die im gesamt europäischen nationalistischen Diskurs seit 1917 verbreitete Identifizierung von Juden und Kommunisten, die bis dahin im ukrainischen Milieu auffällig gering verbreitet war, wurde nun nachgeholt. Insofern war das Attentat unglaublich »erfolgreich«: Nicht, daß es ukrainischen Antisemitismus gezeugt hätte, diesen gab es vorher durchaus auch, aber es verschaffte ihm Akzeptanz und konsolidierte die ukrainische Nationalbewegung.

Die Identifizierung von Juden und Kommunisten wurde Teil des diskursiven Repertoires. So schrieb Omeljan Terlečkyj 1937 in einer Miszelle über das Attentat, Petljura sei »aus der Hand eines jüdischen Kriminellen, den Moskau geschickt hat«, umgekommen. <sup>652</sup> Die Normalität dieser Konstellation verfestigte sich im Bewußtsein von Nationalukrainern. Motyls Satz, daß ukrainischer Antisemitismus unter der Intelligenz wenig verbreitet gewesen sei, galt nur bis zum Attentat. Der Damm brach, aus opportunistischen Erwägungen zurückgedrängte Haltungen kamen nun offen zum Vorschein. Der *Tryzub* konnte nach dem Freispruch offen schreiben, daß nun auch den größten Idealisten gezeigt worden sei, »daß wir keine Freunde unter den Juden haben«. <sup>653</sup>

Die Wandlung ist bei Doncov sehr deutlich gewesen. 1918 hatte Doncov eine Lypynskyjs Vorstellungen ähnliche staatsbezogene Bürgergesellschaft angestrebt, in der er Juden (anders als Lypynskyj) als antirussische Träger der ukrainischen Staatlichkeit akzeptierte. <sup>654</sup> Nun kam ein anderer Ton zum Vorschein: Petljura kritisierte er zwar,

<sup>649</sup> Ivanyš, Symon Petljura, S. 254: »Petljurivščyna sered Ukraïnciv zastupyla mazepynstvo.« Und weiter: »Wenn für die Mazepa-Bewegung [gemeint ist die Parteinahme für Schweden 1708/9, FG] zehntausende der besten Söhne der Ukraine gefallen sind, dann hat die Petljurivščyna nicht nur ihren Begründer selber unschuldig mit Blut benetzt, sondern es wurde auch das Blut vieler Millionen der besten Patrioten vergossen [...] Die Petljurivščyna wurde zum Symbol des Kampfes für den unabhängigen ukrainischen Staat.«

<sup>650</sup> Kedryn, »Kul't Symona Petljury«, S. 211.

<sup>651</sup> Studenškyj Vistnyk 4 (1926), H.7-8, S.4-6, zit nach Motyl, Turn, S. 49.

<sup>652</sup> »z ręki kryminalisty Żyda, naslanego przez Moskwę« – O. Terlečkyj, »Testament polityczny Symona Petlury«, Biuletyń Polsko-Ukraïński 35/226 (1937), S.396-397, hier S. 396.

<sup>653</sup> Zvil'nennja Švarčbarda j Ukraïnska presa, Tryzub 3 (1927), H. 43, S. 28-30; zit nach Motyl, Turn, S. 51. Andererseits bemühten sich zahlreiche Verfasser weiterhin nachzuweisen, daß Petljura kein Antisemit gewesen sei. So konnte darauf verwiesen werden, daß »in keiner anderen Regierung der Welt mehr Juden auf Minister- und Diplomatenposten gewesen« seien (Jurij Kul'čyčkyj, »Symon Petljura i pohromy«, in: Kosyk (Hg.), Symon Petljura, S. 137-159, hier S. 151).

<sup>654</sup> »Wir müssen mehr Staatsanhänger als Nationalisten sein und daran denken, daß ein Jude, ein Pole oder ein Moskowiter, die fest auf dem Boden der ukrainischen Staatlichkeit stehen, eine bessere Stütze sind als Ukrainer, die von einer Föderation mit Rußland träumen« (Dmytro Doncov, Mižnarodne položennja Ukraïny j Rossija. Kyïv 1918, S. 20, zit. nach Tomasz Stryjek, Ukraïnska idea narodowa okresu międzwojennego. Wrocław 2000, S. 126).



aber wegen seiner frühen Leistungen sprach er ihm eine Bedeutung zu, die derjenigen gleichkäme, die ein Mann mit der Erinnerung an seine erste Liebe verbinde. Er habe sämtliche Mitarbeiter überragt und sei der einzige gewesen, der nicht an Einzelheiten, sondern an die ganze Sache gedacht habe.<sup>655</sup> Zwar habe er viele Fehler begangen, aber selbst bei seinem pragmatischen Verzicht auf Ostgalizien sei er »kein größerer Freund Polens gewesen als Cavour ein Freund Frankreichs war, an dessen Napoleon III. er für die Unterstützung gegen Österreich Nizza, den Geburtsort Garibaldi, abtreten mußte.«<sup>656</sup> Die Pogrome leugnete er,<sup>657</sup> Petljura war für ihn weiter ein »Schwächling«: er habe ukrainische Sozialisten und Juden, »welche die Agenten des russischen Bolschewismus waren«, nicht zu Gegnern haben wollen,<sup>658</sup> »unnötigerweise« Juden in sein Kabinett aufgenommen und ihnen Autonomie gegeben.<sup>659</sup> Dies widersprach nun Doncovs früherer Auffassung von ukrainischer Staatlichkeit, und er zögerte auch nicht, diesen Meinungswechsel mit antisemitischen Argumenten zu begründen: Die Juden hätten Petljuras »kulturelle Autonomien und Jargon-Minister« als Zeichen der Schwäche gewertet.<sup>660</sup>

Stryjek nimmt an, daß Doncov durch die Motive des Attentäters »höchst überrascht« gewesen sei und »unter dem Eindruck dieser Tatsache eine Überprüfung seiner Einstellung gegenüber den nationalen Minderheiten in der Ukraine vorgenommen« habe.<sup>661</sup> Einen direkten Beleg hierfür gibt es nicht, und seit dem Ende des Weltkriegs war die diskursive Verbindung von Juden und Kommunisten in rechten Milieus so verbreitet, daß man annehmen darf, daß sie auch Doncov nicht fremd war. Nur hatte er wie viele anderen Nationalisten Gründe gehabt, sie nicht in den Vordergrund zu rücken.

An dieser Stelle bietet sich die Möglichkeit der Genderisierung der hier untersuchten Aussagen und der Schlüsse, die Doncov zog. Er verwies nämlich auf die »weiblichen Qualitäten« Petljuras. Seine idealistische Liebe zum Land (weiblich) habe es nicht gestattet, »deutlich und klar« (männlich) aufzutreten, was »die Massen angezogen und sie fasziniert« hätte:

»In seiner Interpretation der ukrainischen Idee [...] fehlte die klare Abgrenzung von anderen. In ihr war wenig Rücksichtslosigkeit, die allen großen Ideen und Epochen eigen ist, dafür aber viel Demut vor dem Element, das man beherrschen sollte. Darin bestand seine Tragödie und die seiner Generation und der Grund dafür, daß der große Volksaufstand nicht die erwarteten Folgen hatte. Möge [die folgende Generation daraus die Lehre ziehen], daß sich die Geschichte nicht für Inhumanität, sondern für Schwäche rächt!«<sup>662</sup>

<sup>655</sup> Dmytro Doncov, »Symon Petljura«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 5 (1926), H. 7/8, S. 321-328, hier S. 321-322.

<sup>656</sup> Ebd., S. 325.

<sup>657</sup> »Jaki pohromy? Pohromiv na Ukraïni ne bulo. Bula horožanska vijna, v jakij masovo hynuly i Žydy, i Moskaly, i Ukraïnci« [Was für Pogrome? Es gab in der Ukraine keine Pogrome. Es gab einen Bürgerkrieg, in dem massenweise Juden, Russen und Ukrainer umkamen.] (Dmytro Doncov, »Memento«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 6 (1927), H. 11, S. 261-266, hier S. 261).

<sup>658</sup> Doncov, »Symon Petljura«, S. 323.

<sup>659</sup> Doncov, »Memento«, S. 264-265. – Vgl. Motyl, *Turn*, S. 73.

<sup>660</sup> Doncov, »Symon Petljura«, S. 324.

<sup>661</sup> Stryjek, *Ukraïnska idea narodowa*, S. 139.

<sup>662</sup> Doncov, »Symon Petljura«, S. 328.

Die genderisierte Distribution der Werte gestattete einen Blick auf die hinfort auch theoretisch entwickelte Qualität des ukrainischen Nationalismus. Und die Inhumanität wurde mit einem Satz umgesetzt, der 1926 noch harmlos wirken mochte:

»Juden sind schuldig, schrecklich schuldig, weil sie es waren, die halfen, die russische Herrschaft in der Ukraine zu festigen, aber die ›Juden sind nicht an allem schuld‹. Der russische Imperialismus ist an allem schuld. Erst, wenn Rußland in der Ukraine fallen wird, werden wir auch bei uns die jüdische Frage so in Ordnung bringen können, wie dies im Interesse des ukrainischen Volkes liegen wird.«<sup>663</sup>

Um diesen Satz zu würdigen, muß man sich vor Augen führen, daß für Doncov das größte Übel in der russischen Herrschaft bestand. Wenn die Juden also halfen, die russische Herrschaft in der Ukraine zu konsolidieren, dann machten sie sich in den Augen Doncovs des schlimmsten Vergehens schuldig, das es für ihn gab. In der Rangskala des »Bösen« besetzten nun die Juden den zweiten Platz – nach den Russen. Nur scheinbar war dies jedoch ein besserer Platz als der erste nach dem »Die Juden sind an allem Schuld« der deutschen Nationalsozialisten, weil die Aktivitäten der Russen durch sie erleichtert, vielleicht gar erst ermöglicht wurden. Die Juden wurden zu einem Teil des »russischen Problems«.

Dies war keine Erfindung Doncovs. Im Aufruf des UNDS an das »deutsche Volk« vom 30. Mai 1918 war bereits dieselbe Konstellation präsent, angereichert durch eine Partizipation der Polen an diesem »russisch-jüdischen Komplott« gegen die ukrainische Staatlichkeit.<sup>664</sup> Doncov schrieb 1926 also etwas, was bereits im ukrainischen nationalistischen Diskurs aufgetaucht war, wengleich bisher keine größere Bedeutung hatte. Nun war dies anders; Doncov formulierte nämlich eine neue »Moral«:

»Wir treten an dieses Problem nicht aus dem Blickwinkel der bürgerlichen Moral heran. Für uns ist der Sieg der ukrainischen Idee wichtiger als das Leben von Tausenden Ukrainern, und gar erst – als das Leben Tausender von Schwarzbarts und Bronsteins. Und wenn die Befreiung der Ukraine über das Leben [d.h.: durch den Tod, FG] dieser Tausende erfolgen würde, denke ich, daß kein ukrainischer Patriot davor anhalten würde, ebenso wenig wie die Lenins und Sobelsohns vor den Leichen von Tausenden und Hunderttausenden ukrainischer Bauern stehengeblieben sind, als es ihnen um die Versklavung der Ukraine ging. Aber solche jüdischen Hekatomben hatten wir nicht nötig, und Petljura ist an ihnen nicht Schuld.«<sup>665</sup>

Dies umriß, daß neben der Identifizierung von Juden und Bolschewisten nun für Doncov ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Juden und der ukrainischen Staatlichkeit bestand.<sup>666</sup> Noch vor Schwarzbarts Freispruch schrieb Doncov: »Einmütig« sei »das Lob, mit dem die bolschewistische und die jüdische Presse den Mörder überschüttet.«<sup>667</sup> Für die »russisch-jüdische Gemeinschaft« sei die »Ukraine gleich hasenswert«. Der jüdische Befreiungsmessianismus in der Ukraine und die ukrainische

<sup>663</sup> Ebd., S. 327-328.

<sup>664</sup> Aufruf des UNDS, 30. Mai 1918, abgedruckt in: Dmytro Dorosenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923* rr. Bd. II, Kyiv 2002 (1930), S. 76-78; s. S. 295.

<sup>665</sup> Doncov, »Symon Petljura«, S. 326.

<sup>666</sup> »zasadnyča vorožist' žydyvstva ukraïniskij deržavnisti.« [prinzipielle Feindschaft des Judentums gegenüber der ukrainischen Staatlichkeit] – Ebd.

<sup>667</sup> Ebd., S. 321.

Unabhängigkeitsbewegung schlössen einander gegenseitig aus, wenn sich der jüdische Messianismus »nicht in Palästina, sondern in unserem Lande austobe«. <sup>668</sup> Drohungen gegenüber den Juden wurden nicht verschleiert: So wie die Deutschen irgendwann wieder zur Macht gelangen würden, würden auch die Ukrainer die Oberhand gewinnen, obwohl sie jetzt »unter den Wagen [geraten seien] und Eimer mit Unrat über die Häupter der Besiegten ausgeschüttet würden«. Wenn sich die Ukrainer aber erheben würden, dann

»Fürchtet Euch davor, wenn Euch an irgendeinem modus vivendi mit dem Volk der Ukraine liegt, die u n s e r sein wird und niemals E u e r. Fürchtet Euch davor, weiter auf unserem Land als »Kulturträger« des russischen und jüdischen Messianismus aufzutreten, denn die Ukraine ist leider nicht groß genug, daß in ihr außer dem ukrainischen noch ein anderer Messianismus Platz fände.« <sup>669</sup>

Gegen Pogrome sei man, weil dies der »Sozialismus der dummen Kerle [sei], und wir keine Sozialisten sind und keine dummen Kerle sein wollen«. »Wir werden mit allen Mitteln gegen Pogrome kämpfen, aber wir werden die wirklich Schuldigen [also die Juden] zur Rechenschaft ziehen«. <sup>670</sup> Doncov rief immerhin die Juden noch auf, sich mit den Ukrainern zu verständigen:

»Morgen kann es dafür schon zu spät sein, heute ist noch Zeit. Wenn der Prozeß mit dem Freispruch des Mörders endet, werden über eine Verständigung mit den Juden nur Verräter oder Idioten reden.« <sup>671</sup>

Schwarzbart wurde freigesprochen. Sollte der Bolschewismus untergehen, schrieb Doncov weiter,

»und sie [die Juden] wieder massenhaft zu »staatstragenden Arbeit« erscheinen, werden ihre Namen auf der schwarzen Liste stehen, von der sie sich mit keinen Intrigen mehr löschen lassen.« <sup>672</sup>

Oder noch deutlicher:

»Mit dem Bestreben des Judentums, in der Ukraine die ihm nicht zustehende Rolle der Herren zu spielen, müssen und – auf nichts Rücksicht nehmend – werden wir kämpfen, aber seine Stärke werden wir nicht eher brechen als wir bei uns die Macht Rußlands brechen werden.« <sup>673</sup>

Ukrainische Nationalisten sind schnell mit der Behauptung zur Hand, nur sekundäre Figuren der Bewegung hätten offenen Antisemitismus gepredigt. Doncov hat sich in der Tat selten zu solchen Tiraden hinreißen lassen. Dabei waren die Aussagen von 1926/1927 bis hin zum Vergleich mit den Deutschen prophetisch, wenn man sie auf die Lage im Sommer 1941 bezieht. Aus dieser Richtung war bei der geplanten Errichtung der ukrainischen Staatlichkeit daher kein Widerspruch gegen die Massenmorde an den Juden zu erwarten.

<sup>668</sup> Doncov, »Memento«, S. 263.

<sup>669</sup> Ebd., S. 265.

<sup>670</sup> Ebd., S. 264.

<sup>671</sup> Ebd., S. 266.

<sup>672</sup> Ebd.

<sup>673</sup> Doncov, »Symon Petljura«, S. 327.

Was hier in bezug auf die Diskursentwicklung ins Auge sticht, ist die Tatsache, daß die Formulierungen Doncovs von 1926 und 1927 nahezu wortgetreu in dem berühmten Punkt 17 des OUN-Bandera-Beschlusses vom April 1941 auftauchten, in dem Pogrome abgelehnt, Juden jedoch als Instrumente des moskowitzischen Imperialismus charakterisiert werden.<sup>674</sup> Die Formulierung von 1941 hatte demnach nichts mit den Deutschen oder den Nationalsozialisten zu tun, sie war eine fast wörtliche Wiederholung dessen, was Doncov 1926/27 geschrieben hatte.

Wie verführerisch es aber auch sein mag, eine geradlinige Entwicklung anzunehmen – Doncov vertrat nicht die einzige nationalistische Position zur »Judenfrage«. 1930 veröffentlichte im Organ der OUN Mykola Sciborskyj einen eher auf Ausgleich bedachten Artikel. Zwar stellte auch er eine gegenseitige negative Haltung von Ukrainern und Juden fest, bei den Ukrainern sah er Toleranz nur in Teilen der »höheren« Intelligencija, und er umging auch nicht den Petljura-Mord, den er dafür verantwortlich machte, daß die Atmosphäre angespannter geworden sei, »die man in vielen Fällen als Zustand eines verschärften gegenseitigen Hasses und heimlicher Erwartungen, bei passender Gelegenheit eine blutige Abrechnung zu halten« charakterisieren müsse. Aber er ließ eine Hoffnung: Man werde in einem künftigen ukrainischen Staat mit den Minderheiten gemäß ihrer Haltung zur ukrainischen Staatlichkeit verfahren. Und in dieser Hinsicht sah er in den Vorwürfen (Fanatismus, Neigung zur Isolation, Materialismus, Eigennutz und feindliche Einstellung zur Ukraine) keine »Todsünden«, die inkorrigibel seien, sondern Produkte der Geschichte, die durch eine volle Gleichberechtigung der Juden im künftigen Staat beseitigt werden könnten:

»Alles das wird dazu beitragen, in den jüdischen Massen nicht nur ein Gefühl der Loyalität, sondern später auch eines bewußten *staatstragenden Patriotismus* [svidomoho deržavnyčkoho patriotyzmu] entstehen zu lassen.«

Sogar gegen die Identifizierung von Juden und Kommunisten wandte sich Sciborskyj 1930 noch. Der Unterstützung der Bol'sheviki beschuldigte er nur »einen Teil der doktrinären Intelligencija und den städtischen Pöbel, einige Arbeiter, Lehrlinge, Gesellen. Die Mehrheit der Intelligencija und die Massen, sowohl in den Städten, als auch an der Peripherie, verhielt sich entweder neutral oder oppositionell zum Kommunismus«. <sup>675</sup> Aber das war eine Einzelstimme und das letzte uns vorliegende Beispiel einer solch optimistischen Erwartung.

Motyl hielt die Reaktion der Exilukrainer auf das Attentat und den politischen Freispruch des Attentäters zu Recht für »entscheidend für die Entwicklung des ukrainischen Nationalismus«. Nicht nur hätten die europäischen Mächte keinen ukrainischen Nationalstaat aus dem Ersten Weltkrieg hervorgehen lassen, das offensichtliche Unrecht des Schwarzbart-Freispruchs schien auch jede weitere Hoffnung auf die Demokratien zunichte gemacht zu haben.<sup>676</sup>

<sup>674</sup> Zuletzt veröffentlicht in *Ukrain'ske deržavotvorenja*. Akt 30 červnja 1941. L'viv/Kyiv 2001, S. 11.

<sup>675</sup> Mykola Sciborskyj, »Ukrain'skyj nacionalizm i žydivstvo«, *Rozbudova Nacii* 3 (1930), H. 11-12, S. 266-273 [Kursiv im Original].

<sup>676</sup> Besonders spannend ist die Konkurrenz unterschiedlicher Motive im Diskurs nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachten. So wurde es nach 1945 wieder wichtig, die Verbindung zwischen dem Westen und der UNR aufzuzeigen, gleichzeitig blieb aber das Motiv des Verschuldens der Entente im Raum stehen. So konnte etwa 1992 der letzte Regierungschef der UNR schreiben, die Entente

»The only solution, concluded many Ukrainians, was to withdraw into the nation, close ranks, mobilize all available forces, and ruthlessly pursue Ukrainian interests with no regard for other nations«. <sup>677</sup>

So wurde aus Petljura, dem Entente-Sympathisanten und Verräter an Ostgalizien, durch die Ermordung ein mystifizierter Nationalheiliger, dessen Tod zu einer Konsolidierung der ukrainischen Nationalbewegung beitrug. Als militärischer Führer konnte er nun von den UVO/OUN-Nationalisten ebenso akzeptiert werden wie von gemäßigten Nationalisten, deren Repräsentant er tatsächlich gewesen war. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs wurden die Säle der OUN/U.N.O.-Versammlungen in Deutschland mit den Bildern von Konowalec und Petljura geschmückt. <sup>678</sup>

---

habe dadurch, daß sie im Frühjahr 1919 ihre Truppen aus Rußland abgezogen habe, die Vernichtung der UNR durch die Kommunisten erst möglich gemacht (Vgl. Ivan M. Samijlenko, »Peršyj etap deržavnoho centru UNR v ekzyli (1920-1948)«, in: Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), Deržavnyj Centr Ukraїnskoї Narodnoї Respubliki v ekzyli. Stati i materijaly. Philadelphia/Kyiv/Washington 1993, S.64-74, hier S. 66).

<sup>677</sup> Motyl, Turn, S. 52.

<sup>678</sup> »Central'nyj Sojuz Ukr. Studenstva pidsumovuje svoju pracju«, Ukraїnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 7(26), 25. 7. 1939, S. 3. – Die polarisierende Literatur bietet ein sehr spannendes Beispiel einer Diskursentwicklung. Hier sei nur hingewiesen auf Mykola Šapoval (Pro smert' Petljury. Scranton PA 1929) und den Petljuristen Andrij Jakovliv. Ein typisches Beispiel für die Verallgemeinerungen ist das Petljura-Buch von Saul S. Friedman, Pogromchik. New York 1976, auf dessen Schutzumschlag ein Werk über den »judenhassenden Führer einer judenhassenden Nation« angekündigt wird. Die Sowjetunion versuchte in ihrer antisemitischen Phase im Gegenteil einen Zusammenhang zwischen dem »Pogromtäter« Petljura und den Zionisten herzustellen, vgl. Davyd Sojfer, »Sojuz sionistiv i antysemitiv«. in: V odnij zaprodanskij uprjažci. Dnipropetrovsk 1978; L. V. Hamol'skyj, Tryzub i zirka Davyda. Dnipropetrovsk 1975. – Vgl. auch den Artikel Jurij Kul'čykyj, »Symon Petljura i pohromy«, in: Kosyk (Hg.), Symon Petljura, S. 137-159 und die Auseinandersetzung zwischen Hunczak und Szajkowski.

## VI. DIE IDEOLOGISCHE ENTWICKLUNG DES EXILS

Außer der zersplitterten Linken gab es Mitte der 1920er Jahre drei wesentliche politische Gruppen des ukrainischen Exils. Diese Gruppen produzierten politische Programme, in denen einerseits das Scheitern der Staatsgründungsversuche von 1917-1920 verarbeitet wurde, andererseits eine Anpassung an nach dem Ersten Weltkrieg in Europa modern gewordene politische Richtungen erfolgte. Stryjek weist darauf hin, daß sich die ukrainische Ideengeschichte stets unter dem Einfluß der Ideen Westeuropas befand.<sup>1</sup> Wir halten diesen Einfluß und die Modernität dieser Ideen für einen wichtigen Faktor zum Verständnis, wie und warum die verschiedenen Exilgruppen schließlich trotz allen persönlichen Rivalitäten und Differenzen in eine Zusammenarbeit mit den Deutschen eintraten. Wir weisen dabei den diesen ideologischen Aussagen zugrundeliegenden Denkstrukturen größere Bedeutung zu als den einzelnen Positionen der Aussagen selber, die von tagespolitisch bedingten, nicht immer konsistenten Interpretationen abhängig waren.

### 1. LYPYŃSKYJS KLASSOKRATIE

Vjačeslav Lypynskyj's ideologisches Konzept wäre man leicht versucht zu übersehen, weil es in der Zwischenkriegszeit praktisch keine Wirkung entfaltete und gegenüber den Vorstellungen der Nationalisten unauffällig blieb. Der aus der polnischen Grundbesitzerschicht der rechtsufrigen Ukraine stammende Historiker, der zuvor als Waclaw Lipiński publiziert hatte, fand über die Śemet-Partei, der auch Doncov angehörte, in die ukrainische Politik.<sup>2</sup> Als Diplomat des Het'mans in Wien und unzufrieden mit der Sozialismnähe der UNR fand er zum Het'man zurück, als dieser sich in Wannsee niedergelassen hatte. In den zwischen 1919 und 1926 verfaßten »Briefen an die bäuerlichen Brüder«, die unregelmäßig seit 1920 in seiner Zeitschrift *Chliborobśka Ukraïna* (Bäuerliche Ukraine) und 1926 noch einmal zusammengefaßt erschienen, entwickelte Lypynskyj ein ukrainisches Nationskonzept, das zu Unrecht – wegen eines oberflächlichen »ukrainischen Monarchismus« – für konservativ gehalten wurde und wird.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Stryjek, *Ukraïńska idea narodowa*, S. 400.

<sup>2</sup> Zum Dilemma des Wechsels vom Polen- zum Ukrainertum unter Beibehaltung der »privaten« Heimat und zur Frage, ob Lypynskyj nicht auch der polnischen Geistesgeschichte zuzurechnen sei vgl. Stryjek, *Ukraïńska idea narodowa*, S. 64-65.

<sup>3</sup> Vjačeslav Lypynskyj, *Lysty do Brativ-Chliborobiv. Pro Ideju i Orhanizaciju Ukraïnskoho Monarčizmu*. New York 1954 (1926). – Hier sei nur darauf verwiesen, daß Orest Subtelny Lypynskyj für den »ideologist of modern Ukrainian conservatism« hält (*Ukraine. A History*. Toronto 1994, S. 359). Vgl. dagegen Frank Golczewski, »Politische Konzepte des ukrainischen nichtsozialistischen Exils«, in: G. Hausmann / A. Kappeler (Hg.), *Ukraine – Geschichte und Gegenwart eines neuen*

Lypynskyjs Vorstellungen von einer ukrainischen Nation haben in den 1990er Jahren Karriere gemacht, weil sie in der unabhängigen Ukraine geeignet erschienen, kulturell divergierende Kreise in eine ukrainische Staatsnation zu integrieren.<sup>4</sup> Bruski verleitete dies dazu, Lypynskyjs Thesen als »Gipfelleistung« »des ukrainischen politischen Denkens überhaupt« zu feiern und Lypynskyjs Thesen die Popularität der Het'man-Bewegung zuzuschreiben.<sup>5</sup> Dies ist jedoch fraglich. Die Het'man-Bewegung hatte in Europa und Amerika faute de mieux so lange einen beschränkten Erfolg, wie es die Nationalisten nicht als einheitliche Gruppe gab. Ob man jenseits einer sehr kleinen Intellektuellengruppe gerade hier die Gedanken Lypynskyjs zur Kenntnis nahm, ist ziemlich ungewiß, die *Chliborobська Україна* und auch die *Lysty* waren nicht gerade Bestseller. Und in Nordamerika, wo die Het'man-Bewegung tatsächlich populär war, war man eher am folkloristischen Kosakenmilieu interessiert als an den Staatstheorien Lypynskyjs. Daß die UNR-Politiker vor dem umtriebigen Skoropadskyj Angst hatten, ist wieder ein anderes Thema. Daß Petljura Smal'-Stočkyj Anfang 1920 aufforderte, in Berlin Skoropadskyjs Agitation zu paralysieren, kann man nicht ohne das Wissen darum bewerten, daß Skoropadskyj und Petljura einander 1918 abgesetzt hatten und der Het'man Petljura dank deutscher Hilfe überwunden und eingesperrt hatte. Hieraus reale Einflüsse Skoropadskyjs oder des USChD abzuleiten, ist unbegründet.<sup>6</sup> Es mag allerdings sein, daß man in der Entourage des Het'mans den ansonsten fehlenden intellektuellen Beigeschmack, den Lypynskyj (und das UWI) vermittelten, zeitweise nicht ungern goutierte.

Während die Ideologen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg von einem existierenden ukrainischen Volk ausgingen, das es nur zu befreien galt, hatte das Scheitern der Staatsgründungsversuche zu einer Einstellung geführt, die von einem modernistischen Nationsbildungskonzept ausging. Ein vollständiges ukrainisches Volk gab es für Lypynskyj noch nicht: »Zur ukrainischen Nation durch den ukrainischen Staat – durch die alle Einwohner der Ukraine vereinigenden staatlichen politischen Losungen«, forderte er.<sup>7</sup> Dies war neu: Noch 1919 hatte Dmytro Dorošenko, einer seiner ausdauerndsten Bewunderer, an Lypynskyj das Gegenteil geschrieben: »Wir müssen unsere nationale Sache retten; wenn die Nation einig sein wird, dann kommt irgendwann auch der Staat, er kommt mit logischer Unausweichlichkeit [...]«.<sup>8</sup>

Da die historischen ukrainischen Formationen ihre Eliten an Polen und Moskau abgegeben hätten, sollten die neuen Ukrainer nach Lypynskyj nicht nur aus den ethnischen Ukrainern, sondern auch aus »positiven« Polen und Russen unter der Verwendung von aus dem westeuropäischen Denken stammenden »ukraineschöpferischen

Staates. Baden-Baden 1993, S. 100-117. Eine Diskussion des angeblichen Konservatismus bringt Stryjek, *Ukraïńska idea narodowa*, S. 102-108. – Konservativ in seinen Einstellungen war dagegen der Het'man selber, der sich in den 1930er Jahren aber auch von einigen der Maximen des inzwischen verstorbenen Lypynskyj distanzierte.

<sup>4</sup> Vgl. Volodymyr A. Potul'nyčkyj, *Narysy z ukraïnskoï politolohii (1819-1991)*. Kyiv 1994, S. 225.

<sup>5</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 328.

<sup>6</sup> Vgl. Bruski, *Petlurowcy*, S. 330.

<sup>7</sup> Lypynskyj, *Lysty*, S. XV.

<sup>8</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 3.9.1919, in: Lypynskyj, *Archiv, Dok.* 10, S. 16 (»koly nacija bude cila, to kolys' pryjde i deržava, pryjde z lohyčnoju nemynučistju«).

Elementen« (ukraïnotvorčy elementy) entstehen.<sup>9</sup> Der Het'man fungierte dabei nur als Personifizierung der Nationalidee, nicht etwa als Inhaber politischer Macht.<sup>10</sup>

Lypynskyj lehnte nämlich die Demokratie wie die »degenerierte und kraftlose« alte Aristokratie gleichermaßen ab, dagegen forderte er eine »neue ukrainische Aristokratie«, die die »klassokratische Ukrainische Arbeitsmonarchie« tragen sollte.<sup>11</sup> Hervorgegangen aus ständischen Organisationen des »produktiven Volkes« – »Die besten unter den Bauern, die besten unter den Militärs, die besten unter den Arbeitern, die besten unter der Intelligenz, die besten unter den Unternehmern«<sup>12</sup> – sollte so eine neue Führungsschicht entstehen, wobei sich Lypynskyj auf Georges Sorel (1847-1922), den französischen Philosophen des heroischen totalitär-syndikalistischen Anti-Intellektualismus, und auf Vilfredo Pareto (1848-1923), den Theoretiker des Elitenwechsels und Vordenker des italienischen Faschismus, bezog.<sup>13</sup> Seiner Ansicht nach mußte eine ukrainische Gesellschaft erst kreiert, die Nation erst durch die »Realisierung unseres irrationalen Wollens« gebildet werden.<sup>14</sup> Die Nähe dieses »social engineering« zu anderen neue Gesellschaften entwerfenden Denkschulen drängt sich auf. Unter der rückwärtsgewandten Nutzung der Het'manfigur verbarg sich also ein auf gesellschaftliche Modernisierung ausgerichteter sozialrevolutionärer Wille. Es ist dieser Aspekt, nicht die Het'man-Tradition, der Lypynskyjs Gedanken zu einem heute in der Ukraine rezipierten Konstrukt macht.

Dabei wird die zeitgenössische Einbettung Lypynskyjs übersehen: So äußerte sich etwa Dmytro Dorošenko im Mai 1920 über Lypynskyjs »trudovaja monarchija«, der er sich ebenfalls verbunden fühlte: »Wir sind für die Diktatur, wie auch die Bol'seviki, der Unterschied besteht nur darin, daß die Bol'seviki an die erste Stelle das Proletariat und wir die Bauernschaft stellen. [...] Wir brauchen entweder einen Napoleon oder einen Lenin.«<sup>15</sup> Da es zu diesem Zeitpunkt noch keine Faschisten gab, boten die revolutionären Bol'seviki den einzigen passablen Vergleichsmodus. Aber Lypynskyjs »Arbeitsmonarchie« blieb unausgegoren, nach Stryjek das unvollendete Projekt eines Korporationenstaats.<sup>16</sup>

Einer der großen Unterschiede zwischen Lypynskyj und Doncov war die Haltung gegenüber Rußland. Während für Doncov Rußland »der« Feind war, war dies für Lypynskyj Polen: Gerade weil Polen schwach sei, sei es nicht möglich, in seinem Staatsgebiet alle ukrainischen Gebiete zu vereinigen und zu entwickeln. Polen würde

<sup>9</sup> Lypynskyj, *Lysty*, S. XX, XXIV. – Zu diesen Elementen zählte er die dauernd landsiedelnden Menschen, nicht die »nomadischen Elemente«, womit er die Juden nicht zur Basis der künftigen Staatlichkeit rechnete (Vgl. Stryjek, *Ukraińska idea narodowa*, S. 76).

<sup>10</sup> Vgl. Lypynskyj, *Lysty*, S. 88.

<sup>11</sup> Ebd., S. 104.

<sup>12</sup> Ebd. – Wer die »Besten« sein sollten und wie man sie ermittelte, hat Lypynskyj nicht klar herausgearbeitet. Daß es sich dabei nur um eine »moralische Qualifikation« gehandelt habe, kann nicht uneingeschränkt übernommen werden (Vgl. Stryjek, *Ukraińska idea narodowa*, S. 87).

<sup>13</sup> Zu Ähnlichkeiten und Unterschieden vgl. ebd., S. 81-85.

<sup>14</sup> Lypynskyj, *Lysty*, S. 348. – Die Verbindung mit Faschismus, Pareto und Sorel wurde auch im Doncov-Verlag propagiert, indem der Voluntarismus als faschistisches Produkt ausgewiesen wurde (Mychajlo Ostrovercha, *Musolini. Ljudyna j čyn. L'viv* 1935 (1. Aufl. 1934), S. 37, 62-63).

<sup>15</sup> Jevhen Onačkyj, *Po pochylij plošči*. Bd. 2, München 1969, S. 154 (Eintrag vom 1. 5. 1920).

<sup>16</sup> Stryjek, *Ukraińska idea narodowa*, S. 98. – In diesem Falle sind die sowjetischen Thesen zu berücksichtigen, die Lypynskyj dem »Faschismus« zurechneten (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 26-27).



immer nur die Westukraine polonisieren wollen: »Zwischen Polen und Moskau ist die Wahl klar. Die Polen sind für uns gefährlichere Feinde als die Moskowiter«. <sup>17</sup>

## 2. PETLJURAS AUFGABEN FÜR DIE EMIGRATION

Auch die UNR-Repräsentanten machten sich Gedanken über die Fortsetzung der politischen Arbeit. Symon Petljura – eher durch pragmatisches Handeln als durch Denkkonzepte hervorgetreten – war wie Lypynskyj der Überzeugung, daß es für die Ukrainer noch ein weiter Weg zu der Organisiertheit und zu den Fertigkeiten sei, die im »Westen« allgemeine Verbreitung gefunden hätten. Wie Doncov war er eher gegenüber Polen zu Kompromissen bereit und hielt Moskau für »unseren historischen und ewigen Feind«. <sup>18</sup>

Auch wenn er nichts ohne die Entente machen wollte, galt ihm in manchem Deutschland als Beispiel. Ende 1922 beauftragte er Roman Smal'-Stočkyj persönlich damit, die Weimarer Verfassung mit Erläuterungen und Kommentaren zu übersetzen. Die ukrainische Intelligenz hielt er für »ungebildet und unerzogen«, ihr fehle »das elementare Wissen über die Grundlagen der Verfassungsordnung anderer Staaten«. <sup>19</sup>

In einer 1923 unter Pseudonym herausgegebenen Broschüre <sup>20</sup> meinte Petljura, die Emigration habe »einen verantwortlichen Teil des allgemeinationalen und allgemeinstaatlichen Programms der ukrainischen Nation« zu erfüllen. <sup>21</sup> Defizite im Nationalbewußtsein der ukrainischen Bauern waren Petljura deutlich geworden, umso erstaunlicher, daß die Emigration nun »ohne Parteiengezänk« den Staat vorbereiten sollte. <sup>22</sup> »Ausländern« könne man nur durch »Organisiertheit, staatliche Diszipliniertheit und Einheitlichkeit derjenigen imponieren, die eine eigene Staatlichkeit und ihre Anerkennung durch andere beanspruchen«. <sup>23</sup>

Es folgten praktische Anweisungen. Appelle führten nicht zum Ziel: »Häufig wird ein kürzerer Weg dorthin über konsequent-systematische Arbeit innerhalb der Grenzen eines Landes oder einer Ländergruppe führen und der Erwerb einflußreicher Freunde [...], deren Wohlwollen gegenüber unserer Sache, gestützt auf Informiert-Sein darüber einen gesicherteren, organisierteren Einfluß auf dem internationalen Forum vermitteln«. Hierbei sollte man mit allen zusammenarbeiten, die als Helfer in Frage kämen, und sich nicht von eigenen politischen Präferenzen leiten lassen. <sup>24</sup>

<sup>17</sup> Lypynskyj an Volodymyr Temnyčkyj (Außenminister der UNR), 27.5.1919, CDAVO Kiew, Fond 3696, Op.1, Akte 65, Bl.16-18, zit. nach Bruski, Petlurowcy, S. 106.

<sup>18</sup> Petljura an Vovk, 30. 12. 1921, CDAVO Kiew Fond 1078, Op. 2, Akte 163, Bl. 17, zit. nach Bruski, Petlurowcy, S. 141.

<sup>19</sup> Petljura an Smal'-Stočkyj, 25. 11. 1922, nach Petljura, Statti, Bd. 2, S. 527-528.

<sup>20</sup> Rjast [Symon Petljura], Sučasna Ukraïna ta її zavdannja [1923], zit. nach Symon Petljura, Statti, lysty, dokumenty. Bd. 1, New York 1956, S. 300-341.

<sup>21</sup> Rjast, Sučasna, S. 303.

<sup>22</sup> Ebd., S. 309.

<sup>23</sup> Ebd., S. 310.

<sup>24</sup> Ebd., S. 315.

Petljura forderte, die Restauration Groß-Rußlands zu bekämpfen. Man sollte von Europa lernen – dabei aber nicht etwa unkritisch fremde Werte übernehmen, sondern wohl auswählen, was an Bildungsinhalten, technischer und wirtschaftlicher Fortbildung verwendbar sei. Dazu sollten die Emigranten die Sprache des Gastvolks erlernen, »um es besser und tiefer kennenzulernen und damit uns dieses Volk versteht und kennenlernt«. <sup>25</sup>

1923 verfaßte Petljura einen Artikel, in dem er sich über die Rolle des Militärs in der Nationalgeschichte ausließ. Er rief dazu auf, den militärischen Geist zu pflegen und zwar nicht nur in der Armee, sondern im ganzen Volk. Krieg im Namen der Freiheit und der nationalen Entwicklung setzte er positiv gegen »verlogenen Pazifismus und verschiedene internationale Leerformeln« ab. Was damals kaum gelesen wurde, legte 1937 ein UNR-Verlag in Warschau neu auf. Krieg als Mittel zur Veränderung des Status quo, die Armee als Grundlage des nationalen Aufbaus hatten nicht nur nicht an Bedeutung verloren, im politischen Umfeld der späten dreißiger Jahre erwarben sie eine ganz neue Bedeutung und widersprachen dem polnischen Ziel der Bewahrung des status quo. <sup>26</sup>

Im März 1925 führte Petljura in einem Brief an kanadische Exilukrainer diese Gedanken fort: Er sprach sich für die *sobornist*' aus und unterstrich, daß für die Unabhängigkeit kein »akademisches Interesse der Ausländer« erforderlich sei, »keine Sympathie platonischen Charakters, sondern eine reale Hilfe bei unseren nächsten Kämpfen«. Ausdrücklich wies er die nordamerikanischen Ukrainer auf das Vorbild von Tschechen und Polen hin, die im Ersten Weltkrieg Legionen aufgestellt hatten – der Gedanke, militärisch mit fremder Unterstützung zur Befreiung beizutragen, war Petljura nicht fremd. Die kanadischen Ukrainer sollten kanadische und britische Politiker damit für die Ukraine gewinnen, daß sie das Land als für Kanada und Großbritannien nützlich propagieren sollten, also nichts anderes tun, als was Jevhen Levyčkyj in Deutschland im Ersten Weltkrieg getan hatte. Petljura rechnete nicht mit raschen Lösungen. Er erklärte seinen kanadischen Lesern, Europa sei als Kriegsfolge konflikt-scheu und werde dies auch noch jahrelang bleiben. Daher müsse die ukrainische Politik langfristig angelegt sein – und sie »sollte [...] ›Freunde‹ suchen, die für sie sowohl politisch als auch wirtschaftlich nützlich« seien. <sup>27</sup>

Ivanys bemühte sich zu unterstreichen, daß Petljura sich zur angelsächsischen Welt, nicht zur deutschen hin orientierte. <sup>28</sup> Dies ist jedoch nur tendenziell richtig. Zwar war Petljura nach seinen Erfahrungen während der deutschen Okkupationszeit 1918 sicher nicht so »deutschfreundlich« wie Skoropadskyj geworden, aber auch die Erfahrungen mit der Entente in den folgenden Jahren waren ja nicht sehr überzeugend. Petljura lagen die Werte der russländischen Opposition näher als manchem anderen Politiker, aber wenn die Erfahrungen ihn etwas gelehrt hatten, dann sicherlich den Verzicht auf bindende Vorgaben. In den 1920er Jahren war eine deutsche Orientierung nutzlos, da Deutschland einflußlos und Petljuras Leute in den deutschfeindlichen

<sup>25</sup> Ebd., S. 325-335.

<sup>26</sup> Vgl. Terlečkyj, »Testament polityczny Symona Petlury«, S. 396-397.

<sup>27</sup> »Ukraina povynna šukaty dlja sebe možlyvych ›pryjateliv, i polityčno, i ekonomično vyhidnych dlja neï« (Symon Petljura an kanadische UNR-Vertreter, 16.3.1925, zit. nach Ivanys, Symon Petljura, S. 230-233).

<sup>28</sup> Ivanys, Symon Petljura, S. 234.

Staaten Polen, Tschechoslowakei und Frankreich disloziert waren. Unter Nützlichkeitsabwägungen waren nur Großbritannien und Kanada für kanadische Ukrainer geeignete Ansprechpartner.

Der von Kentij angeführte kritische Satz aus Petljuras Brief an K. Macijevyč: »Wenn die Deutschen sich Waffen beschaffen werden, werden sie sie kaum zum Nutzen anderer verwenden«, war ebenso richtig, wie er für alle anderen potentiellen Verbündeten zutreffen mochte.<sup>29</sup> Niemand wußte das nach seinen Erfahrungen mit Franzosen und Polen so gut wie Petljura. Nur war dies kein Argument dafür, daß Petljura auf eine Auslandsunterstützung zu verzichten bereit gewesen wäre. Im Gegenteil: Petljura schrieb im *Tryzub* ausdrücklich gegen diejenigen an, die ausschließlich »aus eigenen Kräften« zu einem ukrainischen Staat gelangen wollten, er meinte, man sei auf »politische, technische, wirtschaftliche Hilfe – und auf Hilfe beim Befreiungskampf sowie beim Wiederaufbau des durch Revolutionen und Kriege ruinierten Landes« durch ausländische Mächte angewiesen – und daß man diese Hilfe »nicht durch idealistische Motive, sondern durch überaus reale, materielle Berechnungen der interessierten Parteien« erreiche. Damit wiederholte er nur, was er 1920 in einem Brief an seinen Regierungschef geschrieben hatte: »Die [...] neuen Staaten haben [...] wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, noch nie Unterstützung und Hilfe anderer Staaten ohne eine reale Interessiertheit der letzteren« erhalten.<sup>30</sup>

Dies bezog sich nicht auf Deutschland, konnte aber beliebig, damit in der Zukunft auch gegenüber Deutschland, verwendet werden. Petljura nahm die Methode auf, mit der ukrainische Politiker im Ersten Weltkrieg erfolgreich das deutsche Interesse zu wecken versucht hatten, und vertrat mit der propagierten Beliebigkeit der zu gewinnenden Helfer – sie sollten nur gegen Rußland gerichtet sein – denselben Ansatz, den man gemeinhin Doncovs Originalität zuschreibt. Offenbar war aber Doncov keineswegs so originell, er formulierte nur prägnanter und erfolgreicher, was in der ukrainischen Emigration der frühen 1920er Jahre an Überlegungen verbreitet war. Erfolgreicher wohl auch, weil Petljura bis zu seinem Tode wegen seiner Verbindung mit Polen nicht als politische Autorität galt.

Das Vertrauen auf Bildung, der Aufruf, den »Zwangsaufenthalt im Ausland nutzvoll« zu verwenden, die naive Weise, wie der wenig weltläufige Petljura sich die Kontakte zu ausländischen Mächten vorstellte, belegen, daß Petljura wie auch Lypynskyj davon ausging, das ukrainische Volk habe noch eine längere Entwicklung vor sich, bevor es den neuerlichen Versuch unternehmen könne, erfolgreich einen eigenen Staat zu gründen. Die Konsolidierung der Nation, die Abkehr von dem Gegeneinander von Parteien und bei Petljura auch noch die – auf eigener Erfahrung beruhende – Feststellung, ohne *sobornist* könne man keinen Erfolg haben, sind ohne weiteres verständlich. Nicht ganz so der Bezug zum Ausland. Petljura war fest überzeugt, das Ausland habe bei der Schaffung einer ukrainischen Staatlichkeit eine wichtige Rolle zu spielen. Es waren funktionale Fertigkeiten, die man im Ausland lernen sollte. Dabei maß Petljura den eigenen Zielen potentieller Unterstützer wenig Bedeutung bei.

<sup>29</sup> Petljura an Macijevyč, 19. 4. 1925, CDAHOU, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 81.

<sup>30</sup> *Tryzub* Nr. 9, Petljura an Vorsitzenden des Ministerrats, 25. 11. 1920, zit. nach Oleksander Lotočkyj, *Symon Petljura*, Warszawa 1936, S. 31.

### 3. DONCOVS ANTIRUSSISCHE POLARISIERUNG

Die radikalen Nationalisten waren Anfang der 1920er Jahre noch nicht konsolidiert. Die Führung der einzelnen Zirkel bestand häufig aus Militärs, denen eine politische Formulierung eher abging, und in den Kreisen der nationalistischen Jugend verfaßte man eher rasche Flugschriften als längere ideologische Abhandlungen. Auch gab es bis zum Ende der 1920er Jahre keine einheitliche Organisationsstruktur. Mit diesen Rahmenbedingungen ist erklärbar, daß die Funktion des »Chefideologen« der Nationalisten jemand besetzen konnte, der uns bereits als Sozialist, als Propagandist der österreichischen Ruthenen, deutsch finanzierter Presseagent in der Schweiz und als Pressechef des Het'mans Skoropadskyj begegnet ist: Dmytro Doncov.

Doncov hatte nach seinem Umzug nach Wien 1921 sein erstes größeres Buch unter dem Titel »Die Grundlagen unserer Politik« herausgegeben.<sup>31</sup> Darin, daß er die Bauern für den entscheidenden Faktor der ukrainischen Nationswerdung hielt und den Staatspolitikern der »Revolution« vorwarf, sich um diese Bauern zu wenig gekümmert zu haben, kann noch ein Rest seines politischen Engagements in der Het'man-Zeit erkannt werden. Damals waren die Demokratische Bauernpartei Šemets und die auf Besitzbauerntum ausgerichtete Lypynskyj-Ideologie Doncov näher als er selber eingestehen wollte.

1913 hatte Doncov Rußland als den Hauptfeind des ukrainischen Nationalismus ausgemacht. Nach dem Krieg formulierte er in den »Grundlagen« diese Überzeugung aus. Seine Annahme einer fundamentalen Kulturgrenze zwischen Rußland und Europa war nicht originell: Seit Nikolaj Danilevskij (1822-1885) von 1869 an mit seinem Buch *Rossija i Evropa* die These von den unterschiedlichen Kulturtypen zum Streitpunkt politischer Diskussionen gemacht hatte, war diese Differenz von Fedor Dostoevskij (1821-1881) ebenso wie nach dem Weltkrieg von den dem »Eurasier«-Konzept anhängenden rußländischen Emigranten vertreten worden, während Sozialisten und Kommunisten sich als Erben west- und mitteleuropäischen Gedankengutes verstanden. Doncovs selbständige Leistung beschränkte sich zunächst darauf, den Gegensatz zwischen Rußland und Europa für absolut zu erklären, ihn mit sozio-psychologischen Kategorien zu umreißen, und die Ukraine in diesem Gegensatz zum Vorposten Europas und ersten europäischen Opfer Rußlands zu erklären. Daraus ergab sich für ihn als Voraussetzung des ukrainischen Nationalismus das politische Bündnis mit Europa gegen Rußland.<sup>32</sup>

Die These von dem fundamentalen Gegensatz zwischen dem asiatisch-despotischen, auf eine amorphe sklavische Masse angewiesenen Russentum und dem Europa der selbstbestimmenden Individuen, zu dem eben auch die Ukraine zählte, war eine unerschütterliche Konstante Doncovschen Denkens. Sie eignete sich glänzend, entgegen der ideengeschichtlichen Realität Absolutismus, zarische Autokratie und Kommunismus zu »asiatischen« Phänomenen eines Messianismus zu erklären, in dessen Namen Rußland gegen den Westen kämpfte.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> Dmytro Doncov, *Pidstavy našoi polityky*. Wien 1921.

<sup>32</sup> Ebd., S. 101.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 99.

Wenn der Hauptfeind der ukrainischen Nation Rußland war und wenn man wie Doncov (wie viele Denker der Zwischenkriegszeit) eine zugegebenermaßen primitive dichotomische, nur Freund oder Feind kennende Denkstruktur verfocht, dann ergab sich hieraus folgerichtig, daß jeder europäische Feind Rußlands automatisch ein potentieller Verbündeter des ukrainischen Nationalismus war. Dabei hatte Doncov, der 1913 zur Bindung an Österreich aufgerufen und im Weltkrieg deutschfreundliche Propaganda betrieben hatte, 1921/1922 Deutschland nur potentiell, nicht aber aktuell als einen Verbündeten im Sinne. Pragmatisch rechtfertigte er eine (seine!) deutsche Orientierung im Ersten Weltkrieg – und riet 1921 von einer Neuauflage ab.<sup>34</sup> Durch die sich für ihn bereits abzeichnende deutsch-sowjetische Verbindung<sup>35</sup> fiel Deutschland als Verbündeter aus. Er propagierte dafür die Anlehnung an den »sogenannten Entente-Imperialismus«: »Deshalb läge in unserem Interesse ein starkes Rumänien, Ungarn, Polen«.<sup>36</sup>

»Ja, Polen«, schrieb er, sich des Unverständnisses bewußt, auf das ausgerechnet dieser Satz bei ukrainischen Galiziern stoßen mußte. Die »vielen unausgeglichene Rechnungen mit Polen« hätten trotz aller Tragik nur »lokalen Charakter«. Sie seien vielleicht schmerzhaft und schrecklich, wie die Frage Elsaß-Lothringens für Deutschland bzw. Frankreich, aber trotzdem nur von lokaler Bedeutung, und trotz ihrer Tragik können sie »niemals den Begriff eines kollektiven Ideals nicht nur eines Teils, sondern der ganzen Nation füllen.«<sup>37</sup> Diese Haltung, die wir etwas weniger deutlich schon bei der Bewertung der Proklamation vom 5. November 1916 kennengelernt haben (s. S. 216), wurde nun klar ausgesprochen. Mit diesem Werk, wie Motyl schreibt, »usually ignored by students of Doncov«,<sup>38</sup> wird verständlich, daß Doncov für die Lemberger Polizei als »ziemlich« pro-polnisch galt<sup>39</sup>, sich im Prinzip für ein ukrainisch-polnisches Bündnis gegen Rußland (also letztlich für dasselbe wie Petljura) aussprach und keine größeren Schwierigkeiten hatte, sich in Polen als Redakteur zu etablieren. Genau diesen Vorwurf machte ihm später der Ideologe der OUN Volodymyr Martyneć, der sich bei den ukrainischen Nationalisten durch Doncovs diskursiven Erfolg zurückgesetzt fühlte.<sup>40</sup>

Aber Doncov folgte eben konsequent seiner seit 1913 gültigen Taktik, sich mit dem jeweiligen Feind Rußlands zusammenzutun – und dies waren 1921 Polen und die Westmächte, zu anderen Zeiten die jeweiligen Deutschen. Wer nach anderen Gründen sucht, demonstriert, daß er sehr wenig von Doncovs Maximen verstanden hat. Auf dieser Basis konnte

<sup>34</sup> »Allgemein genommen, ist die Existenz einer kompakten Masse einer disziplinierten, von militärischem Geist getränkter Rasse, die 70 Millionen zählt, ein gewaltiges Plus für die Ukraine. Denn diese Rasse ist besonders nach der Balkanisierung Mitteleuropas die einzige Kraft, die die Eroberung Europas durch Rußland aufhalten kann [...] Aber jetzt sieht wenig danach aus, daß diese Orientierung der Ukraine irgendwelche nützlichen Resultate eintragen würde.« Doncov, Pidstavy, S. 92.

<sup>35</sup> Ebd. – Etwas später benutzt er das originelle Bild der aus dem Rausch erwachenden, »sich die Augen reibenden, von ihren Kameraden verlassenem Betrunkenen, denen die Rechnung für das Saufgelage präsentiert wird. Eine gemeinsame Basis für *amitié* und sogar für *alliance*« (Ebd., S. 94).

<sup>36</sup> Ebd., S. 95.

<sup>37</sup> Ebd., S. 96. – Vgl. Sosnovskýj, Doncov, S. 214.

<sup>38</sup> Motyl, Turn, S. 63.

<sup>39</sup> Polizeidirektion Lwów an Poln. Außenministerium, 31.10.1921, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 86-88.

<sup>40</sup> Vgl. Martyneć, Ukraïnske pidpillja, S. 155-157; Sosnovskýj, Doncov, S. 214.

Doncov sich auch mit den UNR-Anhängern verständigen – umso mehr, als Petljura wie er selber aus der USDRP stammte, und Doncov vor dem Ersten Weltkrieg in Petljuras in Kiew erscheinendem *Slovo* und der in Moskau erscheinenden *Ukrainskaja žizn'* publiziert hatte. Petljura war einer der wenigen Zeitgenossen, von denen sich Doncov kritisieren ließ, und auch seine Verbitterung über dessen Ermordung wird so verständlicher. Ähnlich wie gegenüber Polen war Doncov auch gegenüber anderen UNR-Politikern positiv gestimmt: Der radikal antipolnischen OUN trat er nicht nur nicht bei, sondern er hielt nach Bohdan Kravciv persönlich eine Äquidistanz zwischen ihr und der UNR ein.<sup>41</sup>

Doncov begründete in den *Pidstavy* seine Abkehr von der sozialistischen Vergangenheit, von deren Argumentationsstruktur er sich jedoch nicht mehr lösen konnte. Angesichts des Desinteresses des »internationalen Sozialismus« an der Ukraine lautete Doncovs Fazit: »Die Kraft, auf die wir uns stützen sollten, ist der sogenannte Imperialismus europäischer Staaten, sofern seine Richtung sich mit der Richtung unserer Politik deckt«. Seiner müsse man sich bedienen, wenn man über Politik nicht nur reden, sondern sie auch machen wolle.<sup>42</sup> Hier, und nicht erst 1926, wurde das Konzept der *amoralnist'* (Amoralität) formuliert:

»Die einen oder die anderen Staaten, auf die man rechnen kann, können »imperialistisch« oder »reaktionär« – sein, das geht uns gar nichts an. Es ist ein historisches Faktum, daß sich keine einzige Nation nur durch eigene Kräfte befreit hat. [...] Wir sollten keine Ausnahme von dieser Regel bilden, wir müssen uns auf jede Kraft stützen, die, uns helfend, dasselbe Ziel hat: die Aufteilung Rußlands.«<sup>43</sup>

Ohne sich der Tragweite seiner Aussage bewußt sein zu können, heißt es in den *Pidstavy* weiter:

»Ähnlich wie die Rußländer können wir uns aus der Zahl der verschiedenen Imperialismen desjenigen bedienen, der uns nützlich sein kann. Schließlich kann man sicher sein, daß kein einziger von ihnen für uns schrecklicher als der Imperialismus Rußlands sein wird [...]«<sup>44</sup>

Wir müssen es hier ganz deutlich sagen: Doncov konnte 1921 weder den Aufstieg noch die weitergehenden Implikationen des deutschen Nationalsozialismus voraussehen. Auch bejahte Doncov nach Sosnovskýj bis 1924 noch grundsätzlich die Demokratie, der er erst im Artikel »Agonie einer Doktrin« abzuschwören empfahl.<sup>45</sup> Die hier formulierte Regel enthielt somit vor allem die Rechtfertigung dafür, sich 1914 mit den »reaktionären« Deutschen verbündet zu haben. Nachdem die Deutschen ihre politische Potenz verloren hatten, war es die Wendung zu den Ententemächten, die Doncov rationalisieren mußte. Im Dienste dieser Wendung erklärte er – noch der sozialistischen Terminologie verhaftet – 1921 die innere Konsistenz der »Imperialismen«, auf die er sich gegen Rußland zu stützen empfahl, für unerheblich.<sup>46</sup> Als sich anstelle der

<sup>41</sup> Bohdan Kravciv, »Peredmova«, in: Sosnovskýj, Doncov, S. 12.

<sup>42</sup> Doncov, *Pidstavy*, S. 87.

<sup>43</sup> Ebd., S. 87-88.

<sup>44</sup> Ebd., S. 88. – Zuvor hatte Doncov Rußland vorgeworfen, sich asiatischer Imperialismen bedient zu haben, um die Ukraine zu unterwerfen.

<sup>45</sup> Ebd., S. 123.; ders., »Agonia jednoj doktryny« LNV 83 (1924), S. 63-66; Vgl. Sosnovskýj, Doncov, S. 299-300.

<sup>46</sup> Als ich Anfang der 1990er Jahre auf einer Konferenz auf die Kontinuität der Doncovschen Thesen hingewiesen habe, ist mir in der Diskussion entgegengehalten worden, Doncov habe sich 1921 ja

Entente für die Doncov-Anhänger (und nicht zuletzt für ihn selber) die italienischen Faschisten und die nationalsozialistischen Deutschen als »Helfer« anboten, revidierte er seinen Grundsatz ebensowenig wie nach dem Zweiten Weltkrieg, als die USA diese Funktion erfüllten.<sup>47</sup>

Diese Haltung ist in der ukrainischen Historiographie keineswegs ausgestorben. Als Oksana Rybak kurz nach dem Untergang der UdSSR über den BBU schrieb, formulierte sie ein apologetisches Bekenntnis zu dieser Einstellung:

»Die Orientierung auf ausländische Hilfe in bezug auf die nationalstaatliche Selbstbestimmung gehört, besonders bei nichtstaatlichen Völkern, organisch zur Praxis der internationalen Beziehungen, sie ist ein realer Faktor des zwischenstaatlichen Verkehrs. Deswegen kann die Tatsache der einen oder anderen außenpolitischen Orientierung im Bereich politischer Organisationen kein Argument für die Anklage wegen Nicht-Patriotismus oder Verrats sein. Als Kriterium für die Bewertung der Tätigkeit solcher Politiker hat nur der reale Beitrag zur Entwicklung der Nation, die reale Arbeit an der Schaffung eines souveränen nationalen Staats zu gelten.«<sup>48</sup>

Die Unterschiede zwischen diesen Formulierungen und denen Doncovs und Petljuras waren marginal, und den Grund hierfür kann man in der Biographie oder der Ideologie suchen. Petljura hatte ja um des Zentrums (Kiew) willen auf die Peripherie (Ostgalizien) verzichtet. Dies billigte Doncov strukturell, indem er schrieb, »einen Teil für das Ganze zu opfern oder das Ganze für einen Teil« sei der »Unterschied zwischen nationaler und provinzieller Politik«.<sup>49</sup> Das erstere hatte Petljura getan, »Provençalismus« (provansal'stvo) warf Doncov aber von Drahomanov bis Hruševskij, Skoropadskij und Petruševyč allen vor, die auf einen wie auch immer gearteten Ausgleich ohne vollständige Lösung von Rußland setzten.

Ein anderer Hinweis auf »Geistesverwandtschaft« sei hier angebracht: 1920 hatte Volodymyr Vynnyčenko in seinem wichtigsten politischen Text die Haltungen der Ukrainer im Ersten Weltkrieg beschrieben. Er ließ als einzige mögliche »Orientierung« diejenige auf die eigenen Kräfte, auf den Sozialismus und die Revolution gelten.<sup>50</sup> Aber zuvor verglich er die russische mit der deutschen und kam – nur in diesem Kontext – zu einer positiveren Bewertung der deutschen:

nicht für eine Verbindung mit Deutschland, sondern mit der Entente, also der »Demokratie«, ausgesprochen. Erst später sei er zu einer Anlehnung an Deutschland gewechselt. Der Kritiker hatte dabei nicht wahrgenommen, daß nach Doncovs Konzept selbstverständlich eine Anlehnung an ein machtloses, vielleicht noch mit Sowjetrußland sympathisierendes Deutschland 1921 unsinnig gewesen wäre, vielmehr schien die Entente stärker antirussisch zu sein. Doncov folgte also völlig der Vorgabe seiner »amoral'nist'«, wonach es allein um den Gegensatz zu Rußland ginge und auf die politische Basis des potentiellen Verbündeten nicht zu achten sei.

<sup>47</sup> Zutreffend ist die Explikation Jendyks: Doncov blicke »auf das Wesen [sut'] des Staates selber, auf seine Stärke, nicht auf die Form, auf sein Regime« (Rostyslav Jendyk, Dmytro Doncov. Ideoloh ukraïnskoho nacionalizmu. München 1955, S. 27).

<sup>48</sup> Oksana Rybak, »Problema ukraïnskoho nacional'noho vidrodžennja na storinkach hazety 'Ukrainische Nachrichten: (1914-1916)«, in: Jurij Slyvka (Hg.), Ukraïnska Emihracija. Istorija i Sučasnist'. L'viv 1992, S. 264-270, hier S. 265.

<sup>49</sup> Doncov, Pidstavy, S. 97.

<sup>50</sup> Und daher ist es unvollständig, wenn Oksana Rybak ihn 1992 als eine Art Verfechter der deutschen Orientierung schildert (Rybak, »Problema«, S. 265).

»Der deutsche Imperialismus ist ein kulturvoller und verständiger Ausbeuter. Er wird nicht so sinnlos, so beliebig, so unumsichtig und irrational rauben, wie das der Zarismus gemacht hat. Wenn er die Kräfte des Volkes melkt, wird er dafür Sorge tragen, daß das Volk nicht aufbegehrt, er wird ihm nicht das letzte Heubündel entreißen, er wird sich darum bemühen, daß die Melkkuh satt ist und mehr Milch gibt.«<sup>51</sup>

Wie falsch Vynnyčenko in bezug auf den Zweiten Weltkrieg mit dieser Einschätzung lag, konnte er 1920 nicht wissen. Aber neben dem Moment der Rationalität gab es ein weiteres diskursives Element der Bevorzugung der Deutschen:

»Außerdem ist der Deutsche kein Verwandter, kein Slave, seine Sprache ist ganz fremd, [anders als die russische] nicht »vom selben Stamm« (ridna) wie unsere, der Deutsche kann nicht sagen, daß der Ukrainer eine »Abart« (raznovydnist) des Deutschen sei und ihm auf dieser Basis das Recht auf seine Sprache nehmen. Mit einem Wort – nach Meinung dieser Orientierung mußten die Ukrainer den Deutschen nicht fürchten – von zwei Übeln wählte diese Orientierung das kulturvollere, für das ukrainische Volk nützlichere Übel.«<sup>52</sup>

Diese Aussagen Vynnyčenkos helfen zu erkennen, daß die Hoffnung auf fremden Imperialismus nichts Ungewöhnliches, auch nichts »Rechtes« war. Was wir im Kapitel über den Ersten Weltkrieg dargestellt haben, wiederholte sich in den frühen zwanziger Jahren. Die Hoffnung auf »Europa« konnte sich auf Deutschland, Großbritannien, sogar auf Polen stützen. Und sie ging davon aus, daß die Ukrainer davon in jedem Fall profitieren würden. Jedenfalls mehr als von einer Bindung an Rußland, die die meisten Sozialisten in der Rückkehrerbewegung präferierten. Diese Kontinuität ist ein Erklärungsansatz für das Handeln der meisten ukrainischen Emigrantengruppen.

Doncov war ein »Klassiker« dieser Kontinuität. Die Koalitionen, die Doncov einzugehen forderte und persönlich bereit war, waren unsentimental. Eine Aussage für Polen (wie für Großbritannien, Deutschland oder die USA) besaß für ihn keinerlei Hautgout, weil er in einer Kategorie von nationalem Egoismus dachte, die keinen Platz für andere Gefühle ließ. Hier opportunistisch vorzugehen war nach landläufigen, »christlichen« ethischen Vorstellungen unannehmbar, es machte aber den Kern seines politischen Konzepts aus. Mit diesen Formulierungen sind die sonst schwerlich zu erläuternden politischen Volten der ukrainischen Nationalisten zu erklären – hier erweist sich auch der Vorteil einer Historiographie, die sich diskursiven Analysen nicht verschließt.

Mit seinen Forderungen nach einem starken Polen setzte Doncov sich in einen Gegensatz zu den Anhängern Petruševyčs und des sowjetfreundlichen Sel'-Rob. Der Eindruck, Doncov verfechte die Ideologie des legitimistischen UNDO oder der UNR trog jedoch. Ihm erlag man nur, wenn man die Taktik mit dem Ziel verwechselte. Und zwischen diesen unterschied Doncov seit 1913. Als eigentliches Ziel schwebte Doncov ein elitäres und autoritäres Staatswesen vor, wie es in den 1920er Jahren in vielen Staaten zwischen Rußland und Portugal zu realisieren versucht wurde. Nur ukrainisch sollte es sein.

Doncov war Jurist, Politiker, Journalist, aber weder Literat noch Wissenschaftler. Daß er nach seiner Rückkehr nach Lemberg 1922 den LNV als Redakteur leitete, hatte zur Folge, daß die von Hruševskyj begründete Zeitschrift zu einem politischen

<sup>51</sup> Volodymyr Vynnyčenko, *Vidrodžennja Nacii*. Bd. 1, Kyiv/Viden' 1920, S. 40.

<sup>52</sup> Ebd., S. 41. – Oksana Rybak unterließ es, den letzten Satz auch zu zitieren.



Organ wurde. Sie wurde im Ton radikal, und Doncov stellte sich in seinem ersten Artikel das Ziel,

»unsere nationale Idee aus dem Chaos herauszureißen, in welchem sie vernichtet zu werden droht, sie von Unrat und Schlamm zu reinigen, ihr einen klaren deutlichen Inhalt zu geben, aus ihr eine Flagge zu machen, um die sich die ganze Nation scharen könnte [...]«<sup>53</sup>

Mit dem Vorbild der Französischen und der Russischen Revolution vor Augen kam er zur Überzeugung, daß man nur mit den Bauern erfolgreich sein könne und daß nur »klare, einfache und unkomplizierte Parolen, verbunden mit dem unerschütterlichen Glauben an ihre Heiligkeit und mit dem unbeugsamen Willen zu ihrer Verwirklichung die Massen mitreißen«.<sup>54</sup>

Dorošenko schrieb 1925 darüber:

»Aber Doncov ist Doncov, und von ihm [...] eine anständige, solide Behandlung von Sachen zu verlangen, die auch für ihn selber doch heilig sein müßten, – das bedeutet zu verlangen, daß er aufhörte, er selbst zu sein. Und das ist schwer zu verlangen.«<sup>55</sup>

Dorošenko verzichtete fortan darauf, im LNV zu publizieren und andere gemäßigte Nationalisten taten es ihm nach. Doncov wurde selber zum prominentesten Autor seines Blattes, damit prägte er aber erst dessen Stil und begründete seine Wirkung auf die Jugend.

1926 veröffentlichte Dmytro Doncov seinen Nationalismus-Band, der zu einem Standardwerk der noch rudimentären nationalistischen Gruppen werden sollte. Kedryn, der Doncovs Thesen fern stand, attestierte ihm, »ein Evangelium sui generis für die ukrainische Jugend in den 20er und 30er Jahren in Polen und in der Emigration zu sein«.<sup>56</sup> Doncov radikalisierte die in den *Pidstavy* veröffentlichten Thesen und versah sie mit einer »weltanschaulichen« Komponente. Mit einer Absage an Materialismus und Universalismus, an Intellektualismus und Altruismus plädierte Doncov für die Identifizierung von Lebens- und Kampfgier, deren Bezug nicht der Einzelne, sondern allen das Kollektiv, die Nation sein dürfe. Mit seinem »Nationalismus der Tat« (*čynnyj nacionalizm*) oder »des Willens« (*vol'evoj nacionalizm*) huldigte er dem modernen Voluntarismus und lieferte die Grundlage für Terror und Rücksichtslosigkeit. In seiner Abkehr von den Sozialisten hielt er bereits in den *Pidstavy* nur die Bauern für eine »Klasse«, auf die sich Nationalismus stützen könne. Die Intelligencija müsse sich auf die Basis einer »bäuerlichen Ideologie« stellen. Diese Gedanken baute er im *Nacionalizm* breiter aus.

Dem ständigen rationalen Abwägen von Entscheidungen setzte er die »Motivlosigkeit«, die »Tat um der Tat willen« entgegen – die Nationalisten sollten den Kampf für die Nation als nicht mehr zu hinterfragendes Dogma akzeptieren und sich nicht irgendwelchen abstrakten Grundlagen der Logik unterwerfen. Wille zur Macht, Expansion als Verhinderung des Willens anderer, Negation des Fremden, eine Erweiterung der »amoralnist'«, Verherrlichung »schöpferischer« Gewalt, Führerprinzip und »Klarheit der Idee« waren wichtige Punkte seines Konzepts für einen ukrainischen Natio-

<sup>53</sup> [Dmytro Doncov], »Naši cily«, *Literaturno-Naukovyj Vistnyk* 1, Mai 1922, S. 1-5, hier S. 1.

<sup>54</sup> Ebd., S. 2.

<sup>55</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 5. 4. 1925, in: Lypynskyj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 148, S. 142.

<sup>56</sup> Kedryn, *Žyttja*, S. 80.

nalismus.<sup>57</sup> Aus einem mißverstandenen Nietzsche leitete Doncov seinen »starken Menschen« ab, der sich über Christentum und andere Elemente einer »bürgerlichen Moral« hinwegsetzen sollte. Sosnovskyj nannte die Begründung seines »Willens zum Leben« eine »Biologisierung des psychischen Lebens«.<sup>58</sup> Dabei sollte nicht übersehen werden, daß sich Doncov hier auf wenig anderes bezog als was Lev Gumilev (1912-1992) später als »*passionarnost*«, als Kriterium für die Überlebensfähigkeit von Völkern postulierte.

Später versuchte Doncov den Eindruck zu erwecken, sein Werk von 1926 sei die erste Literaturposition des ukrainischen Nationalismus gewesen – er also der erste Nationalist.<sup>59</sup> Dies blieb nicht unwidersprochen. Zum einen hatte Doncov selber bereits in den *Pidstavy* nationalistische Maximen vertreten. Die schärfste Kritik des *Nacionalizm* stammte von Lypynskyj – aber nicht wegen Divergenzen, sondern aufgrund eines Plagiatsvorwurfs. Lypynskyj warf Doncov vor, den *Nacionalizm* aus seinen *Lysty* abgeschrieben zu haben.<sup>60</sup> Auch Osyp Nazaruk polemisierte gegen Doncov in Artikeln und später in einer separat gedruckten Broschüre, in der er auf die Rolle des US-Nationalistenführers Luka Myšuga hinwies, den Nazaruk in den Staaten kennengelernt hatte. Den Titel »Der Nationalismus Doncovs und andere Myšugismen«, den Lypynskyj »glänzend« fand, brachte den Namen des Nationalisten (große Maus) mit dem jiddischen Wort *meshuge* (verrückt) zusammen.<sup>61</sup>

Volodymyr Martyneč sprach dem *Nacionalizm* die Qualität eines ideologischen Systems ab und nannte das Buch eine Zusammenstellung von »einigen Dutzend ideologischer Phrasen«.<sup>62</sup> Für Lev Rebet (1912-1957) hatte die »Broschüre« Doncovs »wenig Konstruktives zur Frage der theoretischen Begründung des Nationalismus beigetragen«. Die »*amoralnist*« sei sogar »schädlich«, weil sie verdecke, daß es neben dem »verbrecherischen chauvinistischen Nationalismus« auch einen »hochethischen« gebe.<sup>63</sup> Man muß aber berücksichtigen, daß Lev Rebet selber versucht hat, eine »Nationalismustheorie« zu formulieren und hier – wie auch Martyneč – gegen einen Konkurrenten polemisierte. Aber mochten seine intellektuell vielleicht solideren Kri-

<sup>57</sup> Dmytro Doncov, *Nacionalizm*. L'viv 1926, passim.

<sup>58</sup> Sosnovskyj, Doncov, S. 271.

<sup>59</sup> 1969 schrieb er, er habe »im Jahre 1926 die Bezeichnung und die Idee des Nationalismus in meinem Buch »Nacionalizm« auf das politische Forum getragen« Dmytro Doncov, »Novyj nastup na nacionalizm«, *Homin Ukraïny*, Nr. 6, 1969, S. 2; zit. nach Sosnovskyj, Doncov, S. 164-165.

<sup>60</sup> In einem Brief an Osyp Nazaruk wies Lypynskyj Doncovs Behauptung, er sei Nationalist gewesen, seit er schreiben gelernt habe, zurück: Bis 1913 erinnerte sich Lypynskyj an einen sozialistischen Doncov, der ihn wegen seines Ziels der »ukrainischen Staatlichkeit« ausgelacht habe. Doncov habe noch alle verraten, mit denen er sich verbündet hätte – die Sozialdemokraten, den BBU, Österreich, Vasyli'ko, den Het'man und *Zabrava*. Jetzt fehle nur noch, daß er auch Polen verriete und zu den Bol'seviki übertrete. Doncov sei ein »anarchischer Egozentriker« und hinter seinen »unverschämten Phrasen versteck[e] sich die elendste Feigheit«. – Lypynskyj an Nazaruk, 29. 7. 1926, zit. nach Sosnovskyj, Doncov, S. 246-247. Weitere Belege für Übernahmen von Lypynskyj vgl. ebd., S. 301-327.

<sup>61</sup> Osyp Nazaruk, *Nacionalizm Doncova j inši myšugizmy*. L'viv 1934; vgl. Sosnovskyj, Doncov, S. 246-247.

<sup>62</sup> Vgl. Martyneč, *Ukraïnske Pidpillja*, S. 157-158. An anderer Stelle lobte er ihn dann als »Publizisten der höchsten Klasse, außergewöhnlichen Stilisten und gefährlichen Polemiker« und den »Autor der ersten Versuche einer Systematisierung der Ideen [...] der nationalistischen Weltanschauung (Ebd., S. 225-226).

<sup>63</sup> Lev Rebet, *Svitla i tini OUN*. München 1964, S. 46-47.

tiker auch wüten, Doncov wurde eben mehr als Martyneč gelesen, und Lev Rebet's theoretische Schriften nahm vor 1939 kaum jemand zur Kenntnis.

Die Schüler, Studenten und Intellektuellen Galiziens lasen dafür Doncov. Darija Rebet gab zu, daß seine Texte »die Grundlage und gewissermaßen das ›Evangelium‹ für die Schriften der führenden Personen der nationalistischen Bewegung in der Westukraine« wurden.<sup>64</sup> Sosnovskýj hatte dafür eine Erklärung:

»Doncov hat kein eigenes philosophisches System ausgebildet, er entwickelte keine originale politische Doktrin, und es ist anzunehmen, daß er sich eine solche Aufgabe auch gar nicht gestellt hat. Ihn interessierte vor allem der praktische Aspekt des ukrainischen Problems.«<sup>65</sup>

Myroslav Prokop (1913-2003) attestierte ihm einen riesigen Einfluß auf das Denken der damaligen westukrainischen Jugend. Doncov war der wichtigste Stichwortgeber der Ukrainer, die sich der 1929 gegründeten OUN anschlossen.<sup>66</sup>

Mitte der 1920er Jahre hatten sich drei Denkmodelle herausgebildet, die für die verfeindeten Gruppen der nicht-sozialistischen Emigration als Basis dienen konnten. Die Het'man-Anhänger, die UNR-Leute und die integralen Nationalisten stimmten darin überein, daß die »objektiven« Grundlagen für eine eigene Staatlichkeit 1917/18 nicht ausgereicht hatten. Einig waren sie sich in der Ablehnung des Sozialismus, der 1917/18 und noch einmal 1918/19 die ideologische Grundlage der UNR gewesen war. Einig waren sie sich auch darin, daß es ein staatsfähiges ukrainisches Volk noch nicht gebe. Optimistisch hielten sie es für grundsätzlich möglich, ein solches zu schaffen; aber gleichzeitig zählten sie – jeder für sich – zahlreiche Faktoren auf, die es als Vorbedingungen zu erfüllen galt, bevor man einen neuerlichen Staatsversuch wagen konnte. Pessimistisch war die bei allen verbreitete Vorstellung, daß man es ohne ausländische Hilfe nicht schaffen werde; hier gab es natürlich einen Unterschied zwischen der scheinbar naiven Suche nach »Freunden« bei Petljura und dem ausdrücklichen Verweis auf antirussische »Imperialismen« bei Doncov – in der Sache handelte es sich aber um sehr ähnliche Einstellungen.

Da es weder für Lypynskýj, noch für Petljura oder Doncov in der Gegenwart eine überlebensfähige ukrainische Nation gab, mußte sie erst geschaffen werden – dies aber konnte nur unter dem Schutz einer starken Macht erfolgen, die die Feinde des nation-building (für Petljura und Doncov eindeutig und ausschließlich Rußland, für Lypynskýj Polen) in Schach hielt. Daran, was diese Macht selber politisch plante, zeigten sich Petljura wie Doncov desinteressiert. Da keine der drei Gruppen auf demokratische Prinzipien setzte und die Orientierung auf die Entente durch den Richterspruch von

<sup>64</sup> Darija Rebet, »Nacionalistyčna molod' i molodežyj nacionalizm«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaleč ta joho doba. München 1974, S. 482-501, hier S. 491-493.

<sup>65</sup> Sosnovskýj, Doncov, S. 262.

<sup>66</sup> Myroslav Prokop, »Volodymyr Stachiv – publicist« (1972), in: Volodymyr P. Stachiv, Pro ukraínsku zovnišnju polityku, OUN, Karpatську Ukraínu ta polityčni vbyvstva Kremlja. Hadjač 2005, S. 5-15, hier S. 6. – Jaroslav Oršan [Čemerynskýj] schrieb 1939: »Wenn vom ukrainischen Nationalismus als einer Weltanschauung, als von einem Programm und dessen Verwirklichung die Rede ist, so repräsentiert die Ideologie Donzovs vor allem die Weltanschauung. Mit der Schaffung dieser neuen schöpferischen Weltanschauung erfüllte Donzov eine fundamentale Aufgabe seiner Nation gegenüber« (Jaroslav Oršan [Jaroslav Oršan], »Der ukrainische politische Gedanke in den letzten hundert Jahren«, in: Ukrainischer Nationalismus. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 9-72, S. 67).

1927 eine symbolische Niederlage erlitten hatte, sah man sich nach anderen Verbündeten um.

#### 4. DIE GRÜNDUNG DES UKRAINISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN INSTITUTS

Wir haben bisher die deutsche Haltung zu ukrainischen Fragen bis zum Jahre 1924 verfolgt. Sie war von Maximen gekennzeichnet, die einander partiell ausschlossen. Die deutsche Wirtschaft hatte ein fortgesetztes Interesse an der Ukraine artikuliert, sich aber gedulden müssen, solange der Bürgerkrieg im Gange war. Nach Rapallo entstanden Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetukraine wie zu Sowjetrußland, die fortan zum einen nicht mehr deutlich geschieden wurden, zum anderen, weil sie die Bestimmungen des Versailler Vertrags unterliefen, geheim bleiben mußten.

Das Militär hatte an diesen Beziehungen großes Interesse, kooperierte mit der UVO gegen Polen und mußte diese Zusammenarbeit mit der positiven Haltung zur Sowjetunion abstimmen. Das AA hatte sich als Folge von Rapallo zunächst ganz der Sowjetseite zugewandt, begann aber schon bald, auf das tschechoslowakische Vorbild zu schielen, wo man das ukrainische Exil unterstützte, und fing an, sich über ähnliche Projekte Gedanken zu machen. Rechtsextreme Kräfte, für die eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion undenkbar schien, verbanden sich mit erbitterten Sowjetfeinden aus Rußland und der Ukraine.

Unter diesen Umständen waren zwei Vorgehensweisen für alle Gruppen akzeptabel:

- Solange es nur gegen Polen ging, hatte niemand etwas gegen eine aktive Unterstützung der antipolnischen ukrainischen Gruppen einzuwenden.
- Die antipolnischen Aktivitäten hatten den Vorrang des positiven Verhältnisses zur UdSSR zu berücksichtigen.<sup>67</sup>

Neben die gegen einen gemeinsamen Gegner gerichtet negative Zusammenarbeit rückte bald der Gedanke an positive, einander förderliche Maßnahmen. Für sie galt jedoch die Rücksichtnahme auf die UdSSR noch mehr. Bildungsinstitutionen schienen da am ehesten »unverdächtig« zu sein. Wir haben oben bereits gesehen, daß seit dem Ersten Weltkrieg der Zusammenhang von Bildungsvermittlung und Nationalismus den Beteiligten geläufig war.<sup>68</sup> Nach dem Krieg hatte die ukrainische Emi-

<sup>67</sup> Der Diplomat Zechlin drückte dies 1929 so aus: »Gewiß müssen alle Wünsche unserer Polen-Politik stets den Erfordernissen unserer Rußland-Politik untergeordnet bleiben« (Zechlin an Trautmann, 23. 2. 1929, S. 5, PAAA, Handakten Trautmann, Bd. 38/4, Bl. 18-26, hier Bl. 22).

<sup>68</sup> In diesem Kontext unterscheidet sich unsere Wertung von dem wichtigen Aufsatz Carsten Kumkes über das UWI, der grundsätzlich zwischen Politik und Wissenschaft unterscheidet und daher mit dem »nicht ganz unberechtigten Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit« operieren kann (Kumke, »Institut«, S. 220). Wenn man Dorošenkos schön klingendem Satz folgt: »Unser Institut ist schließlich dennoch keine politische Einrichtung [...]« (Dorošenko an Lypynskyj, 9. 11. 1924, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 124, S. 113), dann wird damit nur deutlich, wie eng man den Politikbegriff zog.

gration eine eindrucksvolle Bildungsinfrastruktur entwickelt. Man war sich bewußt, wie groß die Bedeutung von Bildung für die Nationsbildung war. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, daß auch die eigenen Politiker die Ukrainer für ein Bauernvolk hielten, dem die höheren wie die mittleren Schichten in der rußländischen Ukraine abhanden gekommen waren. Zu den wichtigsten Wegen zur nationalen Lebensfähigkeit schien daher die Schaffung der fehlenden Mittel- und Bildungsschichten zu gehören.

In Lemberg hatte vor dem Ersten Weltkrieg die Forderung nach einer ukrainischen Universität zum Standardrepertoire des Protestes gehört. Der Het'man-Staat hatte immerhin zwei ukrainische Universitäten entstehen lassen, und in den folgenden Jahren setzte sich der Drang nach Bildung eindrucksvoll fort: In Wien entstand die Ukrainische Freie Universität (UFU), die bald auf Einladung der tschechoslowakischen Regierung nach Prag verlegt wurde. Daneben gab es in der Tschechoslowakei zwei Fachhochschulen und mehrere höhere Schulen. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Einrichtungen ohne Vorbilder aus dem Grund gestampft worden waren. Im Unterschied zu exilrussischen Einrichtungen, die Prag zeitweise zu einem »russischen Oxford« machen sollten, die erste Emigrantengeneration bedienten und dann eingingen,<sup>69</sup> blieben die Lehr- und Forschungsanstalten der Ukrainer bestehen. Finanziert wurden sie von der Tschechoslowakei, die sich politische Effekte gegen Polen ausrechnete, aber der Erfolg trat dadurch ein, daß die ukrainischen Internierten das Bildungsangebot annahmen.<sup>70</sup>

Auch in Polen hat man ein ukrainisches Hochschulstudium einzurichten versucht. In Galizien, wo die polnische Regierung die ukrainischen Lehrstühle in Lemberg aufgehoben hatte und Ukrainer von den Universitäten mit Zugangsbeschränkungen fernzuhalten suchte, organisierten ukrainische Nationalisten ein Untergrund-Lehrsystem. Vor allem aber gingen ukrainische Studenten ins Ausland, um zu studieren.<sup>71</sup> Auf polnischer Seite gab es gemäßigte Befürworter einer ukrainischen Universität, deren Standort jedoch, um es nicht zu ständigem Streit zwischen polnischen und ukrainischen Studierenden kommen zu lassen, nicht Lemberg sein sollte. Im Juli 1922 konferierte man mit den Prager ukrainischen Professoren in Berlin wegen einer Ver-

---

Auch unter Dorošenko und von der ersten Planungsüberlegung an ging es bei den Deutschen wie den Ukrainern um wenig anderes als Politik. – Partiiell wird unter Hinweis auf Kumkes Arbeit auf eine eingehendere Darstellung der Einzelheiten verzichtet.

<sup>69</sup> Savickij begründete dies damit, daß für die russischen Emigranten Mitte der 1920er Jahre die völlige Integration in die west- und mitteleuropäische Gesellschaft möglich wurde, die eigene Einrichtungen überflüssig machte. Vgl. I. Savickij, »Etapy razvitija pražskoj ruskoj emigracii v 1919–1939 gg.« in: Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia. Praha 1995, S. 46–53, hier S. 51. Vgl. auch Zdeněk Sládek, »Prag: Das »russische Oxford«, in: Karl Schlögel (Hg.), Der große Exodus. München 1994, S. 218–233.

<sup>70</sup> Lassen wir es dahingestellt, ob damit Osadczuks Feststellung, Prag sei zwischen den Kriegen die »heimliche Hauptstadt« der Ukraine gewesen, berechtigt ist. Verbindungen zu den Regierungen und wissenschaftliche Einrichtungen gab es anderswo auch – nur wenn man Kunst und Hochkultur zum Maßstab nimmt, ist diese Behauptung berechtigt (Vgl. Bogdan Osadczuk-Korab, »Prague – Secret Capital of the Ukraine between the Two World Wars«, in: Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia. Praha 1995, S. 42–45, hier S. 42).

<sup>71</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 57; Motyl, *Turn*, S. 94–95. Vasyľ Mudryj, *Zmahannja za Ukraїnski universytety v Halyčyni*. L'viv/New York 1999.

legung der UFU nach Warschau.<sup>72</sup> Im September 1922 wurde im Rahmen des Gesetzes über die Wojewodschaftsselbstverwaltung sogar eine ukrainische Universitätsgründung binnen zweier Jahre beschlossen.<sup>73</sup> Als jedoch eine rechte Regierung an die Macht kam, wurde dieses Projekt wieder aufgegeben.

Noch einmal gab es 1924/1926 Aussichten auf eine ukrainische Universität in Polen, als man versuchte, die Ukrainer für einen Kompromiß zu gewinnen. Da Lemberg nicht in Frage kam, dachte man nun an Krakau als den geeigneten Sitz eines Ukrainischen Instituts. Die UFU-Studenten in Prag veranstalteten eine Protestsitzung gegen diesen Standort.<sup>74</sup> Aber die Prager ukrainischen Professoren sahen in dem Projekt eine Chance und baten Smal'-Stočkyj, mit der polnischen Regierung zu verhandeln, für die der Krakauer Slavist Jan Łoś (1860-1928), zu jener Zeit Rektor bzw. Prorektor der Krakauer Universität, die Gespräche führte. Am 8. September 1924 forderte jedoch eine Versammlung in Lemberg eine Universität auf ukrainisch besiedeltem Gebiet und erklärte, niemand habe das Mandat, für die Ukrainer über Krakau zu verhandeln.<sup>75</sup> Aus Berlin stellten sich dagegen der Historiker Stepan Tomašivskyj (1875-1930) und der Literaturwissenschaftler Bohdan Lepkij (1872-1941) positiv zum Projekt.<sup>76</sup> Tadeusz Hołowko, der engagierte, später von der OUN ermordete Befürworter von Minderheitenrechten, meinte aber, »kein gelehrter Pole würde einen ukrainischen Professor für ehrbar halten, der sich darauf einlassen würde, in solch einer Universität in Krakau zu lesen.«<sup>77</sup> In der Regierung war man sich auch uneinig, ob man ein »Ruthenisches Institut« in Krakau, eine richtige ukrainische Universität in Lemberg oder vielleicht auch in Lućk (Łuck) wollte, und das Thema rückte wieder in den Hintergrund.

Roman Smal'-Stočkyj blieb aber am Ball und konferierte weiter mit den Polen. Er schlug Stanisław, Przemyśl oder eine Verlegung nach Lemberg nach zwei Jahren der Bewährung als Kompromisse vor, was mit polnisch-nationalen Demonstrationen in diesen Städten beantwortet wurde.<sup>78</sup> Schließlich gab er im November 1925 im Namen der »ausnahmslos gesamten ukrainischen wissenschaftlichen Welt« seine Zustimmung zum Standort Krakau, legte eine Liste von zu berufenden Professoren vor und versprach »ehrliche und loyale Zusammenarbeit«.<sup>79</sup> Die Publikation dieser Erklärung am 14. Dezember rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Der *Dilo*-Redakteur Fed' Fedorciv (1889-1930) nannte Smal'-Stočkyj einen Lakaien und Agenten der Polen, der

<sup>72</sup> Jerzy Tomaszewski, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej wobec projektu utworzenia uniwersytetu ukraińskiego we Lwowie«, in: Michał Pułaski (Hg.), *Ukraińska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 115-124, hier S. 118.

<sup>73</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 58; Martha Bohachevsky-Chomiak, »The Ukrainian University in Galicia. A Pervasive Issue«, *Harvard Ukrainian Studies* 5 (1981), S. 497-545, hier S. 510.

<sup>74</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 21. 9. 1924, in: Lypynskyj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 114, S. 99.

<sup>75</sup> Vgl. Mudryj, *Zmahannja*, S. 163.

<sup>76</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 61.

<sup>77</sup> Tadeusz Hołowko, »Sprawa uniwersytetu ukraińskiego«, *Robotnik* 9. 10. 1924, zit. nach Tomaszewski, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej«, S. 122.

<sup>78</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 62.

<sup>79</sup> Smal'-Stočkyj an Grabski, 9. 11. 1925, abgedruckt bei Bohachevsky-Chomiak, »The Ukrainian University«, S. 541-542; vgl. Tomaszewski, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej«, S. 122-123; Papierzyńska-Turek, *Sprawa ukraińska*, S. 263-267; Mudryj, *Zmahannja*, S. 170-172. Dort aufgrund anderer Überlieferung (Presse) einige Auslassungen und die verbreitete Fehldatierung auf den 9. 12. 1925.

»auf den Müllhaufen des sozialen Lebens« gehöre. UNDO hielt die Erklärung für eine Provokation eines »unverantwortlichen *samożvanec*« (selbsternannten Zaren) und verlangte, bei Fragen der Universität beteiligt zu werden. Auf der Liste genannte Professoren stritten ab, befragt worden zu sein. Es half auch nichts, daß Smal'-Stočkyj darauf beharrte, seine Loyalitätserklärung sei von der ganzen Kommission mitgetragen worden.<sup>80</sup> Ukrainische Studenten riefen zum Boykott des Universitätsprojekts auf und nannten Smal'-Stočkyj eine »Waffe« des nationaldemokratischen Bildungsministers Stanisław Grabski. Smal'-Stočkyj war wieder einmal mit einem Projekt gescheitert, über Loyalität erwas für die ukrainische Sache (und natürlich nicht zuletzt für sich selber) herauszuholen.<sup>81</sup>

Neuerliche Versuche Hołowkos im Jahre 1926, eine ukrainische Universität nach Lemberg oder Stanislaw oder wenigstens das Landwirtschaftsinstitut aus Poděbrady nach Wolhynien zu bringen, scheiterten. Die Lemberger Universität fungierte bald als Hort der Polonisierung, so daß in Polen neben ukrainischen Gymnasien nur das 1930 eingerichtete Ukrainische Wissenschaftliche Institut in Warschau als Ausdruck des ukrainischen Bildungswillens entstand. Die ukrainischen Studenten in Lemberg wurden nationalistisch radikalisiert. Ukrainische Bildungswillige strömten weiterhin (ähnlich wie die jüdischen Studenten) vermehrt ins Ausland.

In Deutschland gab es bereits 1922 erste Überlegungen, in Berlin eine Ukrainische Universität zu errichten. Solange Vasył'ko und Smal'-Stočkyj noch mit Deutschland rechneten, sollte in Berlin eine von Vasył'ko finanzierte Einrichtung von ähnlicher Art wie in Prag entstehen. Rapallo beendete diesen Plan, der durch den Tod Vasył'kos zudem obsolet wurde.<sup>82</sup> Da die Deutschen sich finanziell zurückhielten und die Mittel Vasył'kos nach dessen Tod nicht mehr zur Verfügung standen, war an eine Neuauflage zunächst nicht zu denken.

Eine enge Anbindung an die Berliner Universität wurde zudem dadurch erschwert, daß dort Otto Hoetzsch tätig war. Hoetzsch war weiterhin ukraineskeptisch und hatte sich 1922 für die Einrichtung eines Russischen Wissenschaftlichen Instituts (RWI) eingesetzt, in dessen Senat er im Februar 1923 eintrat. Die Entstehung des RWI war nicht mit der des geplanten UWI vergleichbar. Für russische Emigranten war Berlin bis 1923 das wichtigste Zentrum in Mitteleuropa. Für die ca. 500 russischen Studenten in Berlin sollte also eine nötige Wirkungsstätte geschaffen werden. Daher entstand eine vom Wissenschaftsministerium finanzierte Einrichtung, deren fachliche »Aufsicht« der Deutschen Gesellschaft für das Studium Osteuropas und damit Hoetzsch übertragen wurde.

Nach dem ersten Jahr verfiel das RWI jedoch. Mit dem Ende der Hochinflation verließen viele russische Emigranten das teuer gewordene Deutschland. Und die verbliebenen folgten nicht der Verpflichtung zu politischer Enthaltensamkeit und störten damit Hoetzschs gute Kontakte zur offiziellen Sowjetunion. 1925 schlug Hoetzsch selber vor, das RWI zu einem kleinen Forschungsinstitut herunterzustufen. Auch so

<sup>80</sup> Vgl. Mudryj, *Zmahannja*, S. 173.

<sup>81</sup> Tomaszewski, »Rząd Rzeczypospolitej Polskiej«, S. 122-123; vgl. auch Bohachevsky-Chomiak, »The Ukrainian University«, S. 497-545.

<sup>82</sup> Vgl. Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 10. 12. 1924, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 34. Bestätigt wird diese Mitteilung durch das von Kumke angeführte Gutachten des Auswärtigen Amtes aus dem Jahre 1925 (Vgl. Kumke, »Institut«, S. 221).

war es 1931, als das Geld durch die Wirtschaftskrise knapp wurde, von der Schließung bedroht. Seine antisowjetischen Mitglieder leisteten keinen Widerstand, als es 1933 dem neuen Propagandaministerium unterstellt wurde.<sup>83</sup> Schlögel resumiert, es sei »in Berlin nicht gelungen, ein Zentrum russischer Geistigkeit und Gelehrsamkeit zu etablieren«.<sup>84</sup>

Bei den Ukrainern war die Lage anders. Daß der Het'man Skoropadskyj nicht übertrieben antirussisch war, wußte man. Und die Ukrainer als Helfer gegen Polen waren erprobt. So wurde das ukrainische Projekt zunächst nur aufgeschoben. Die deutschen Ukraineförderer bemühten sich darum, den Gedanken an die Bildung/Ausbildung von Ukrainern im Ersten Weltkrieg nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

In der Emigration waren inzwischen studentische Organisationen entstanden. In Prag war es die Ukrainische Akademische Gemeinschaft (Ukrainśka Akademična Hromada – UAH), in Wien die »Sič«. Im Jahre 1922 wurde in Prag der Zentralbund der Ukrainischen Studentenschaft (Central'nyj Sojuz Ukrainśkoho Studentstva – CESUS) gebildet, der auch den *Studentskyj Visnyk* herausgab.<sup>85</sup> Anfänglich war der CESUS überparteilich, aber bald kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalisten. Letztere gewannen ab ca. 1925 die Oberhand, und von da an war der CESUS eine nationalistische Organisation. Sein Sitz wurde nach Berlin (Wielandstraße 37) verlegt.

Das deutsche AA interessierte sich seit April 1924 für die tschechoslowakische wissenschaftliche Unterstützung für die Ukrainer.<sup>86</sup> Ansprechpartner für ein analoges Projekt gab es nur in der Organisation des Het'mans Skoropadskyj, da die polonophilen und antirussischen UNR-Anhänger für die Deutschen nicht in Frage kamen. Das sah die Het'mangruppe genauso: Die Petljura-Richtung – und damit diejenigen, die die Ukraine eigentlich in die Unabhängigkeit geführt hatten – war für sie der Hauptgegner. Moderne radikale Nationalisten gab es als konsolidierte Gruppe noch nicht. Auch das gleichzeitige polnische Krakau-Projekt beflügelte die deutschen Phantasien: Vielleicht könnte es ja gelingen, nicht Polen, sondern Deutschland neben der Tschechoslowakei zu einer Stätte ukrainischer Gelehrsamkeit zu machen. Dorošenko meinte jedenfalls, daß die Deutschen

»die Sache ganz politisch traktieren und daran hauptsächlich im Hinblick auf Galizien und an allem, was damit in der Politik zusammenhängt, interessiert« seien.<sup>87</sup>

Daß die Deutschen mit den Skoropadskyj-Anhängern verhandelten, mag auch damit zusammengehangen haben, daß man von Skoropadskyj politische Flexibilität erwartete. Hatte nicht von Mumm gemeint, er gebe dem leisesten Schenkeldruck nach? (s. S. 306). Diese Flexibilität war jedoch nicht mehr im selben Maße wie früher vorhanden.

<sup>83</sup> Vgl. Gerd Voigt, »Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts«, in: Karl Schlögel (Hg.), *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941*. Berlin 1995, S. 267-278.

<sup>84</sup> Karl Schlögel, »Berlin: »Stiefmutter unter den russischen Städten«, in: ders. (Hg.), *Der große Exodus*. München 1994, S. 234-259, hier S. 244.

<sup>85</sup> Vgl. Ošyp Mel'nykovyč, »Do istorii UVO v Čecho-Slovaččyni«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaleč ta jeho doba*. München 1974, S. 328-340, hier S. 330-331.

<sup>86</sup> Hauschild an von Dirksen, 17.4.1924, PAAA, Abteilung IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 6, Bl. 3.

<sup>87</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 22. 10. 1924, in: Lypynskyj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 120, S. 105-106.



Manche seiner Anhänger träumten zwar noch von einer ostslavischen Föderation,<sup>88</sup> und auch der Het'man selber sah das wohl so, nach außen hin konnte er dies jedoch nicht mehr vertreten. Skoropadskýj hatte sich nicht nur zu einem Anhänger ukrainischer Unabhängigkeit entwickelt. Er hatte sich ja inzwischen eine politische Organisation zugelegt und erweckte auch den Anschein, in Polen Einfluß zu genießen. Nur wissenschaftlich war er wirklich nicht ausgewiesen. Aber da war ja sein früherer Außenminister!

Dmytro Dorošenko hatte seit 1923 einen Lehrstuhl für Ukrainische Geschichte an der UFU und lehrte auch am Pädagogischen Institut; die subjektiv empfundene Unsicherheit dieser Einrichtungen machte jedoch für ihn die Berliner Initiative interessant.<sup>89</sup> Mit dem in Reichenau lebenden Lypynskýj korrespondierte er freundschaftlich, manchmal geradezu servil. Fleißig veröffentlichte er seine eigenen Memoiren und schrieb an einer historischen Darstellung der ukrainischen Staatsversuche, die er kapitelweise Lypynskýj zur Korrektur vorlegte und später sogar dem Het'man in Wannsee vorlas (!).<sup>90</sup>

An Dorošenko wandten sich die Skoropadskýj-Leute aber erst, nachdem Lypynskýj ihnen Tomašivskýj ausgedet hatte.<sup>91</sup> In den Briefen Dorošenkos blitzte immer wieder die Rivalität zwischen der Ostukraine und Galizien auf. Vor allem auf Stepan Tomašivskýj war Dorošenko wütend. Dieser hatte gerade nicht etwa Kiew, sondern Galizien zur Wiege ukrainischer Staatlichkeit erklärt. Er war zwar zeitweise Het'mananhänger gewesen, aber auch der ZUNR-Politik nicht ganz abgeneigt. Da Tomašivskýj damals in Berlin lebte, sah Dorošenko eine besondere Gefahr darin, daß ihm das neue Institut übertragen würde: »Aber seine Beteiligung an der Sache wäre die sichere Garantie, daß kein seriöser und anständiger Mensch sich an dieser Aufgabe beteiligen wird.«<sup>92</sup>

<sup>88</sup> Dorošenko schrieb 1919 an Lypynskýj: »[...] oder sollen wir den Weg der Verständigung mit der Entente, der Vereinbarung mit den Russen gehen, einen föderativen Staat Großrußland – Weißrußland – Ukraine [Velyka Rus' – Bila Rus' – Rus' Ukraïnska] aufzubauen, damit kein Stück ukrainischen Bodens an die Nachbarn fällt? Ich denke, daß wir diesen letzteren Weg gehen sollten, obwohl es [...] schwer, unaussprechlich schwer ist, seinen Lieblingsideen abzuschwören« (Dorošenko an Lypynskýj, 3.9.1919, in: ebd., Dok. 10, S. 16). 1925 war er der Meinung, daß das Zusammentreffen mit russo- und polonophilen Ukrainern an seinem neuen Wohnsitz (er war mehrfach umgezogen) »weitaus angenehmer als mit unseren ›bewußten‹ sei (Dorošenko an Lypynskýj, 2. 11. 1925, in: ebd., Dok. 181, S. 186).

<sup>89</sup> »Ich würde als erster selber fahren, um einen Verdienst zu finden« (Ja peršyj sam by počhav, aby možna znajty zarobitok« (Dorošenko an Lypynskýj, 21. 9. 1924, in: ebd., Dok. 114, S. 100).

<sup>90</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 17. 10. 1924, in: ebd., Dok. 119, S. 105. Auch Skoropadskýj gegenüber war Dorošenko ziemlich untertänig. Bei seinem Berlin-Besuch im August 1925 las er dem Het'man weitere Kapitel seines Buches vor und hielt der Familie historische Vorträge über das Geschlecht der Skoropadskýjs und die ukrainische Historiographie (Dorošenko an Lypynskýj, 21. 8. 1925, in: ebd., Dok. 169, S. 171).

<sup>91</sup> Die erste konkrete Erwähnung dieses Projekts findet sich im Brief Dorošenko an Lypynskýj, 21. 9. 1924, in: ebd., Dok. 114, S. 100.

<sup>92</sup> »Ale joho učast' v spravi ce pevna garantija, ščo nihto z ser'joznych i porjadnych ljudej do toho dila ne prystane« (Dorošenko an Lypynskýj, 4. 10. 1924, in: ebd., Dok. 116, S. 102). Später schrieb er, er würde zwar gegenüber den Deutschen nicht darauf beharren, daß man Tomašivskýj nicht am Institut beteilige, sich aber nur sehr widerwillig (»so sokrušennym sercem«) auf ihn einlassen – natürlich »nicht aus persönlichen Motiven«, sondern aus Angst, »er würde der Sache schaden« (Dorošenko an Lypynskýj, 14. 10. 1924, in: ebd., Dok. 118, S. 104). Tatsächlich schrieb ihm

Mehrfach reiste Dorošenko 1924 nach Berlin. Offiziell suchte er Material für seine historischen Arbeiten, wichtiger aber war, daß er seine Gesinnungsfreunde Šemet, den Het'man und Skoropys, der inzwischen in Nikolassee lebte, besuchte und sich mit ihnen gut verstand.<sup>93</sup> Das AA stand im Gespräch mit dem het'mantreuen »Ukrainischen Verein für Rot-Kreuz-Hilfsleistungen für Flüchtlinge e.V.«<sup>94</sup>, der im Juli 1924 gegründet worden war.<sup>95</sup> Dorošenko führte für die Het'man-Leute die Gespräche mit dem AA, unterstützt von Vladimir Korostovec, der einige der Diplomaten gut kannte. Er schrieb Lypynskyj, daß die Deutschen zwar bereit seien, das Institut materiell zu unterhalten, aber eine Integration ukrainischer Stellen als »Filiale oder Sektion« in das RWI favorisierten.<sup>96</sup>

Naturgemäß hatte die universitätsferne Entourage Skoropadskyjs keine Ahnung, wie ein wissenschaftliches Institut arbeitete und stellte sich – ohne jede Erfahrung mit komplizierten Berufungsfragen – auch die personelle Zusammensetzung ganz einfach vor.<sup>97</sup> Serhij Šemet, der auf der »samostijnist« (Selbständigkeit) beharrte, geriet am 13. Oktober 1924 mit dem Het'man in Streit, welcher der Integration in das RWI oder dem gemeinsamen Dach eines »Osteuropa-Instituts« nicht völlig ablehnend gegenüberstand.<sup>98</sup> Dorošenko war dies offenbar recht gleichgültig, er hielt nur die Prozedur der Schaffung einer Sektion des RWI für komplizierter als die Gründung einer eigenen Einrichtung.<sup>99</sup>

Lypynskyj, er habe Dorošenko vor dem Het'man gegenüber Tomašivskyj verteidigen müssen, was wiederum Dorošenko als Zumutung empfand. Tomašivskyj sei ihm zwar wissenschaftlich überlegen, nicht aber als ukrainischer Politiker und als Mensch. Und daß Skoropadskyj Tomašivskyj ihm vorgezogen habe, fand er auch nicht so toll: »dem einen gefällt die Popenfrau, dem anderen die Angestellte des Popen« (Dorošenko an Lypynskyj, 3. 11. 1924, in: ebd., Dok. 123, S. 108).

<sup>93</sup> »vidnovylsja cilkom kolyšni družni vidnosyny z Serh. Mich. [Šemetom] i Oleks. Filar. [Skoropysom], vse, čo bulo jakyjś čas miž namy, rozvijaloś, pišlo na suchyj lis«. – Dorošenko an Lypynskyj, 29.7.1924, in: ebd., Dok. 106, S. 93.

<sup>94</sup> So lautete der Briefkopf des in Wannsee, Alsenstr. 17, also am Wohnsitz des Het'mans, registrierten Vereins (Ukrainške Tovarystvo Červonochrestnoï Dopomohy Bižencjam), als dessen Vorsitzende Aleksandra Skoropadška und als dessen Sekretär Serhij Šemet fungierten. – Anderslautende Bezeichnungen in der Literatur (etwa bei Kumke) sind nachträglich erschlossen worden bzw. stammen aus Dokumenten der Kontrahenten.

<sup>95</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 29.7.1924, in: ebd., Dok. 106, S. 93, erwähnt daß die Gesellschaft in seiner Anwesenheit gegründet wurde. Vgl. Kumke, »Institut«, S. 221-222; vgl. auch Dmytro Burim, »Naukovo-orhanizacijna, vykladačka ta doslidnyčka dijāl'nist' D. I. Dorošenka v peršyj period isnuvannja Ukrainškoho naukovocho instytutu v Berlini (1926-1931 rr.)«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prać molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyiv 1997, S. 491-511, hier S. 492-493. – Im Unterschied zu Kumke betonen wir nicht die Kontinuität der Gespräche zwischen 1922 und 1924, sondern das Faktum, daß es zwischen 1922 und 1924 offenbar keinen Diskurs hierüber gegeben hat und daß man die karitative Neugründung für eine geeignete Basis der Kooperation hielt. Burim erwähnt 1922 nicht. Wir können daraus den Schluß ziehen, daß die prosovjetsche Ausrichtung, vielleicht auch der Einfluß Hoetzschs zunächst die Förderung der Exilukrainer überflüssig erscheinen ließ, sich dies jedoch 1924 wieder änderte. Dazu mögen Berichte beigetragen haben, die Ukrainer seien in Polen eine politische Potenz.

<sup>96</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 17. 10. 1924, in: Lypynskyj, Archiv, Dok. 119, S. 104. – Dorošenko schrieb zwar Ivan, er meinte aber den »jüngeren« Korostovec, also allem Anschein nach Vladimir/Volodymyr.

<sup>97</sup> Vgl. Dorošenko an Lypynskyj, 3. 11. 1924, in: ebd., Dok. 123, S. 110.

<sup>98</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 14. 10. 1924, in: ebd., Dok. 118, S. 103-104.

<sup>99</sup> »ščo ž skažut' usi ynši naši ljude?« (Dorošenko an Lypynskyj, 17. 10. 1924, in: ebd., Dok. 119, S. 105).

Die Gespräche machten auf Dorošenko den Eindruck, das AA sei mit einem separaten ukrainischen Institut einverstanden. Man müsse für die endgültige Entscheidung nur die Rückkehr des Leiters der Ostabteilung von Maltzan von einer Reise abwarten. Dorošenko sollte schon einmal ein Konzept zusammenstellen und Kandidaten benennen. Er war sogar bereit, über seinen Schatten zu springen – immerhin klammerte er Tomašivskij nicht ganz aus. Auch Russen wollte er integrieren – so etwa den »Eurasier« Petr Savickij (1895-1968), der zu dieser Zeit am RWI und an der Russischen Universität in Prag lehrte und den er »dem Geiste nach« für einen »von uns« (Po duchu ce naša ljudyna) hielt. Skoropadskij und seine Gruppe hatten nichts gegen Russen, wohl aber gegen die UNR-Konkurrenz. Am besten geben dies die Worte Dorošenkos wieder:

»Der H[err] H[er'man] und Serhij Mych. [Šemet] binden mich schrecklich, indem sie verlangen, daß die Kandidaten absolut dem Satan und seinen Werken fremd sein sollten, nämlich der Petljurovščyna. Ich meine das im Prinzip auch, denke aber, daß wir, wenn wir in der Praxis sehr strenge Anforderungen stellen werden, »in splendid isolation« bleiben.«<sup>100</sup>

Nur zwei Wochen später fiel Dorošenko um:

»Sicher, einen Menschen, der aktiv mit dem UNR-Geist infiziert(!) ist, kann man nicht nehmen, außer wenn er ehrlich und freiwillig von Satan und seinen Werken abschwört.«<sup>101</sup>

Soviel zur apolitischen Wissenschaftlichkeit Dorošenkos, der sich 1925 auch aktiv darum bemühte, die tschechischen Chliboroby-Gruppen der Her'man-Zentrale in Berlin zu unterstellen.<sup>102</sup>

Der frühere Außenminister sandte im November 1924 seinen Entwurf der Statuten nach Berlin. Träger des Instituts sollte die Rotkreuzgesellschaft sein und auch »sein [des Instituts] weiteres Leben erfolgt unter ihrer Fürsorge«. Das hieße dann »volle Freiheit für die wissenschaftliche Arbeit, aber ohne Politisieren, Wahlen, Kampf um Stellen u. ä.«. Dabei wollte Dorošenko für sich die verantwortliche Leitung ohne jedwede Aufsicht – das setze Energien frei. Und:

»Ich möchte selber, daß bei uns alle wie ein Monolith wären, mit gleichen Ansichten, mit gleichem Denken. Leider gibt es keine Leute. Wo sollen wir sie hernehmen?«<sup>103</sup>

Wenn also Dorošenko formal für »Pluralismus« eintrat und Abstriche von der »politischen Zuverlässigkeit« zulassen wollte, dann tat er dies *faute de mieux*, nicht aus

<sup>100</sup> Dorošenko an Lypynskij, 27. 10. 1924, in: ebd., Dok. 121, S. 106. – »P. H. i Serhij Myh. strašenno meine vzjazujut', vymahajučy, ščob kandydaty byly absojutno čuži satani j dilam joho, seb to petljurivščyni. Ja sam ce vyznaju v pryncipi, ale dumaju, ščo koly na praktyci pryložymo duže suvori vymohy, to zalyšymos' »v prekrasnom odinočestve«.

<sup>101</sup> Dorošenko an Lypynskij, 9. 11. 1924, in: ebd., Dok. 124, S. 113. – »Pevna rič, ščo ljudynu zaraženu aktyvno uenerivskym duchom ne možna braty, chiba ščo vona česno i dobrovil'no odrečēt'sja satany i dij joho«. Auf einen Bericht aus Budapest, wo eine Unabhängigkeitsfeier der Ukrainer stattfand und die Porträts von Hruševskij, Petruševyč, Skoropadskij, Petljura und Vynnyčenko nebeneinander aufgehängt wurden, reagierte er mit dem Satz »In eine schöne Gesellschaft ist der Herr Her'man da geraten!« (Dorošenko an Lypynskij, 18. 2. 1925, in: ebd., Dok. 138, S. 134).

<sup>102</sup> Dorošenko an Lypynskij, 22. 9. 1925, in: ebd., Dok. 174, S. 175; Dorošenko an Lypynskij, 26. 10. 1925, in: ebd., Dok. 179, S. 183-184 u. a.

<sup>103</sup> Dorošenko an Lypynskij, 3. 11. 1924, in: ebd., Dok. 123, S. 110. Vgl. Osnovni Punkty Statuta Ukr. Nauk. Instytutu, ebd., S. 408-409.

Überzeugung.<sup>104</sup> Bei der Het'man-Clique traf selbst das nicht auf viel Begeisterung. In Berlin wollte man *entre soi* bleiben. Am 7. November 1924 schrieb Serhij Šemet Dorošenko, nun sei alles nicht mehr so eilig, weil von zwei Seiten, »von der russischen und der jüdisch-bolschewistischen«, auf das AA Druck ausgeübt werde. Dorošenko solle von sich aus »niemanden zum Institut einladen«. Und für den Fall, daß dies nicht reichte, erklärte er im Auftrag Skoropadskyjs, daß Mychajlo Šemet für die Wirtschaftswissenschaften in Aussicht genommen sei, »dem darüber schon geschrieben wurde«. Über Mychajlo hat dann Dorošenko an Lypynskyj geschrieben, er käme ihm höchstens als Assistent des Prager Ökonomen Oleksij Odarčenko (1866-1940) geeignet vor, mehr aber auch nicht. Zwei Artikel in der *Chliborobška Ukraina* seien alles, was von ihm vorliege, und sie wiesen den Autor als einen »Nicht-Fachmann, Neuling, der wenig mit der Wissenschaft vertraut ist«, aus.<sup>105</sup>

Die Deutschen gingen auf das alles jedoch nicht ein, und das Projekt wurde zunächst ad acta gelegt. Anfang 1925 versuchte Mykyta Šapoval in Prag Dorošenko für sein neues »apolitisches« und »unparteiliches« Soziologisches Institut zu gewinnen, was dieser jedoch unattraktiv fand.<sup>106</sup> Dorošenko sehnte sich nach Berlin und bedauerte, daß die Institutsgründung keine Fortschritte machte. Er gab seine Hoffnung schon auf, als Skoropadskyj den Plan faßte, ein UWI ohne deutsche Mittel und Bevormundung aus dem Boden zu stampfen.<sup>107</sup>

Im Mai 1925 stellte Vladimir Korostovec als Repräsentant der »Ukrainischen Gesellschaft der Fürsorge für Flüchtlinge« dem AA den (in den Akten nicht enthaltenen) Entwurf einer Satzung für ein »Ukrainisches Wissenschaftliches Seminarium« zu. Korostovec schlug vor, das »Seminarium« viel bescheidener als das RWI aufzuziehen, es auch nicht vom AA unterhalten zu lassen, sondern durch die Skoropadskyj-Organisation aus Spenden amerikanischer und kanadischer Ukrainer. Zwar hieß es in dem Brief, die Persönlichkeiten, die mit der Einrichtung verbunden sein würden, sollten nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Partei benannt werden, aber neben Dmytro Dorošenko, dem Historiker und Ex-Außenminister des Het'mans, benannte Korostovec Zenon Kuzelja, der die het'mantreue Berliner Hromada leitete. Er gab Kuzelja aber als Petruševyč-Anhänger aus, was schlicht falsch war.<sup>108</sup>

Richtig erkannte Kumke, daß Skoropadskyj, beflügelt durch die Erfolge, die seine Gruppe gerade in den USA verzeichnen konnte, hoffte, sich mit der Billigung des AA und damit des deutschen Staates eine wissenschaftliche Einrichtung zulegen zu können,

<sup>104</sup> »[...] nicht nur deutlich der eigenen Gruppe zugehörige Leute berufen, sondern auch Sympathisanten oder gar »neutrale«, – in der Hoffnung, daß in unserer Umgebung die »Neutralen« zu Sympathisanten und die Sympathisanten zu unseren werden« (Dorošenko an Lypynskyj, 9. 11. 1924, in: Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Dok. 124, S. 113).

<sup>105</sup> Ebd.; Dorošenko an Lypynskyj, 3. 11. 1924, in: ebd., Dok. 123, S. 111.

<sup>106</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 27. 1. 1925, in: ebd., Dok. 134, S. 126-127. In der Folge kritisierten beide einander auch nach besten Kräften, schlossen sich nach Dorošenko aber auch gegen die UNR-Richtung zusammen (Dorošenko an Lypynskyj, 12. 5. 1926, in: ebd., Dok. 200, S. 220).

<sup>107</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 2. 2. 1925, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 135, S. 128. – »Koly b Boh dav, ščob vyjšlo ščoś z Instytutom u Berlini [...]«. – Dorošenko an Lypynskyj, 1. 5. 1925, 6. 5. 1925, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 149, 150, S. 144, 147.

<sup>108</sup> Korostovec an AA, 5. 5. 1925, PAAA, Abt. VIB, Kunst und Wissenschaft Nr. 282, Die Errichtung wissenschaftlicher Institute für Ukrainer in Deutschland und umgekehrt, Bd. 1.

die seine eigene »unabhängige Privatorganisation« werden sollte. Er war nun nicht nur gegen eine Verknüpfung mit dem RWI, sondern auch gegen eine »Einbindung des Instituts in die Berliner Universität«. <sup>109</sup> Von deren wissenschaftlicher Aufsicht fürchtete er Einsprüche gegen die politische Ausrichtung der Gründung. <sup>110</sup> Tatsächlich schlugen alle diese Pläne jedoch auch wieder fehl, und der Het'man vertröstete Dorošenko, der immer mal wieder nachfragte, weiter. <sup>111</sup> Schließlich fand man sich zwar mit der Integration in eine deutsche Struktur ab (und der Het'man mußte sogar unter Groeners Vermittlung bei den Deutschen betteln), die UWI-Wissenschaftler wollten jedoch eigentlich immer möglichst wenig mit der Universität zu tun zu haben. <sup>112</sup>

Für die Deutschen blieb der Blick nach Prag das bestimmende Element: Die Deutsche Gesandtschaft in Prag berichtete über die tschechoslowakische »Förderung russischer und ukrainischer Emigranten«. Der Gesandte kam auf 2449 russische und 835 ukrainische Studierende, wobei die russischen die regulären Hochschulen frequentierten. Aus der Gesamtsumme von 43 Mio Kč an tschechoslowakischen Fördermitteln entfielen 600.000 Kč auf das Pädagogische Institut, 3.427.200 Kč auf die Landwirtschaftliche Akademie in Pödebrad und 1.370.000 Kč auf die UFU, worin das Salär des Lehrkörpers (652.800 Kč) bereits enthalten war. Der Brief hatte zwei Konsequenzen: Zum einen kamen den Deutschen die genannten Beträge tragbar vor, zum anderen enthielt der Brief einen Hinweis darauf, daß die Tschechoslowakei von Anfang 1927 an eine Reduzierung der bisherigen Förderung intendiere. <sup>113</sup> Tatsächlich war die Prager Hochschule bereits Ende 1925 erstmals existentiell gefährdet gewesen.

Dorošenko war nicht zuletzt deshalb so an einer Berliner Stelle interessiert. Die Rettung der UFU Ende 1925 durch die Bemühungen des Rektors Oleksander Kolesa (1867-1945) war für Dorošenko »nur eine Fristverlängerung, bestenfalls für ein Jahr.« <sup>114</sup> Daß die UFU bis 1945 in Prag bleiben würde, konnte man damals noch nicht

<sup>109</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 225.

<sup>110</sup> Es sei am Rande darauf hingewiesen, daß auch die Geschichte der Münchner UFU in den 1990er Jahren von ähnlichen Überlegungen geprägt war – man verzichtete lieber auf eine staatliche Förderung als sich auf wissenschaftliche Positionen der potentiellen staatlichen Geldgeber einzulassen.

<sup>111</sup> Dorošenko an Lypynskij, 28. 11. 1925, in: Lypynskij, Archiv, Bd. 6, Dok. 183, S. 189.

<sup>112</sup> Damit ist das Verhalten in den ersten Jahren beschrieben, die Kumke »als die wissenschaftlich fruchtbarsten« ansieht (Vgl. Kumke, »Institut«, S. 227).

<sup>113</sup> Deutsche Gesandtschaft Prag, Koch, an AA, 6.11.1925, PAAA, Abteilung IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 7, Bl. 129-130. Anfang 1927 berichtete Prag, daß die Reduzierung der tschechoslowakischen Unterstützung für russische Emigranten aus Sparsamkeitsgründen erfolge und ohne Bezug zur Anerkennung der UdSSR sei, was jedoch eine Schutzbehauptung war (Dt. Gesandter Prag an AA, 5.1.1927, ebd., Bd. 8). 1927 konnte man dann jedoch noch einmal die Versorgung sicherstellen. 1931 – in Reaktion auf die Wirtschaftskrise – wurde die Reduzierung spürbar. Biberstein berichtete etwa, Makarenkos Sohn erhalte kein Stipendium mehr und auch Makarenko sei von Juli 1931 die tschechoslowakische Unterstützung entzogen worden (Biberstein an Meissner, 10.2.1932, ZStA DDR, Präsidialkanzlei 0/4, Bd. 30, Bl. 61). Es stimmt demnach nicht, wenn Osadczuk-Korab behauptet, nur Deutschland und Polen hätten die Ukrainer für eigene Ziele zu nutzen versucht. Die Tschechoslowakei instrumentalisierte sie gegen Polen und war zunehmend desinteressiert, als sich die Beziehungen zu Polen und der Sowjetunion besserten (vgl. Vgl. Bogdan Osadczuk-Korab, »Prague – Secret Capital of the Ukraine between the Two World Wars«, in: Russian, Ukrainian and Belorussian Emigration between the World Wars in Czechoslovakia. Praha 1995, S. 42-45, hier S. 43). Nach Lewandowski wurden die Stipendien für ukrainische Studierende mit polnischem Paß von 500 auf 275 Kronen gesenkt (Vgl. Lewandowski, Sprawa ukraińska, S. 273).

<sup>114</sup> Dorošenko an Lypynskij, 12. 12. 1925, in: Lypynskij, Archiv, Bd. 6, Dok. 184, S. 190.

wissen. Die Suche nach einem sicher finanzierten Institut in Deutschland kam Dorošenko jedenfalls attraktiv vor. Aus seinen Briefen geht hervor, daß er nicht zuletzt wegen der Kuraufenthalte seiner Frau immer Geldsorgen hatte. Zwar wurde ihm 1926 an der Karlsuniversität eine Professur für ukrainische Geschichte angeboten – aber auch das nur befristet (*tymčasovo*), bis es gelingen würde, eine »tschechische Kraft« dafür heranzuziehen.<sup>115</sup> Das mag daran gelegen haben, daß die Ukrainer der Regierung als zu wenig pro-tschechisch erschienen – man kritisierte, daß nur wenige sich bemühten, tschechisch zu sprechen.<sup>116</sup> Jedenfalls schien sowohl Dorošenko als auch dem Het'man und den Deutschen weiter ein Institut in Berlin attraktiv.

Wir können Kumke nicht ganz folgen, wenn er meint, es sei »nicht eindeutig belegt«, was Skoropadskyj mit der Institutsgründung bezweckte. Für ihn war das Bildungswesen eine der infrastrukturellen Möglichkeiten der eigenen Machtsicherung – dokumentiert hatte er das schon 1918 mit der Gründung zweier Universitäten. Nicht nur als »politische[s] Gegengewicht zu Prag«, sondern als Nachfolgestandort sah der Het'man Berlin.<sup>117</sup> Während Prag eher liberal konnotiert war, wollte Skoropadskyj der geplanten Berliner Institution seinen eigenen politischen Stempel aufdrücken. Und da des Het'mans politische Anschauungen ebenso diffus waren wie seine Vorstellungen von wissenschaftlicher Arbeit, versuchte er dies zu erreichen, indem er ausschließlich ihm Vertraute an das Institut berufen ließ. Auch Dorošenko, dem eher an Wissenschaftlichkeit gelegen war, äußerte sich in dieser Hinsicht eindeutig:

»[Das Institut] wird uns großen Nutzen bringen, wenn wir dort die Führung haben werden. Schon allein, weil es uns die Möglichkeit gibt, unser [politisches] Zentrum zu stärken. [...] Ich erwarte, daß auch sozusagen »parteilose« oder »neutrale« Menschen – nennen Sie sie wie Sie wollen – wenn sie unter uns gewirkt und gearbeitet haben werden, sich unserer Arbeit anschließen werden. und das kann das größte Plus dieses Instituts für unsere Sache sein.«<sup>118</sup>

Die Het'man-Anhänger mobilisierten nun auch ihre früheren Förderer. General Groener, der von 1920 bis 1923 Reichsverkehrsminister gewesen war, 1926 aber ohne Amt, hatte die Verbindung zu Skoropadskyj nicht abbrechen lassen. Auch er hatte sich in der Ukrainischen Gesellschaft der Fürsorge für Flüchtlinge engagiert, die vor allem zur Kanalisierung der Mittel für Het'man-Anhänger diente. Seinen Interventionen ist es zu verdanken, daß Korostovec' Vorschlag nicht unbeachtet blieb. Nach den ermunternden Informationen aus Prag nahm man im AA wieder den Kontakt zur Het'man-Gruppe auf. Am 15. Januar 1926 konnte Skoropadskyj Dorošenko schreiben, die Institutsangelegenheit stehe wieder auf der Tagesordnung. Die Personalauswahl war

<sup>115</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 25. 5. 1926, in: ebd., Dok. 202, S. 223. Von Dirksen hat 1929 behauptet, die ukrainischen Professoren in der Tschechoslowakei hätten sich 1926 entscheiden müssen, ob sie »sich durch Annahme der angebotenen tschechischen Lehrstühle eine Lebensversorgung [...] schaffen oder nach Berlin [...] gehen« sollten. Vorgezogen hätten sie es, »als freie Gelehrte in der Tschechoslowakei zu bleiben«, was jedoch nicht möglich gewesen sei. (Von Dirksen an Trautmann, 20. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 217-218). Tatsächlich waren es jedoch keine »Lebenszeitstellen« – weder in Prag noch in Berlin. Als 1927 die Finanzierung der tschechoslowakischen Einrichtungen wieder besser abgesichert wurde, zeigten sich die dortigen Wissenschaftler an Besuchen in Berlin auch nicht mehr so interessiert (Dorošenko an Lypynskyj, 14.5.1927, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 247, S. 260).

<sup>116</sup> Vgl. Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 276.

<sup>117</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 222.

<sup>118</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 21. 3. 1926, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 193, S. 209.

inzwischen geschrumpft. In Amerika und Polen hatten sich wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeiten für einen Teil der ursprünglichen Kandidaten ergeben. Dorošenko dachte nun an Mirčuk, Zalozečkyj, Lypynskyj und sich als Professoren und bedauerte, daß es nicht mehr möglich sein werde, »das Personal aus Menschen ausschließlich unseres Glaubens« zusammenzustellen.<sup>119</sup>

Auch die deutschen Absichten waren »keineswegs rein philanthropischer Natur«<sup>120</sup>. Von Dirksen wies die UWI-Gründung gegenüber dem deutschen Gesandten in Prag als einen »seit längerer Zeit« bestehenden Plan aus. Man wolle die »ukrainische Intelligenz mit dem deutschen Geistesleben bekannt [...] machen« und so verhindern, daß sie auf den Hochschulen Prags und Krakaus »panslavistisch« oder »deutschfeindlich« beeinflusst werde. Trotzdem nannte von Dirksen das Vorhaben »vollkommen unpolitisch« und legte vor allem Wert darauf, es zu keinem Konflikt mit der Sowjetregierung kommen zu lassen. Dorošenko überreichte von Dirksen eine Liste von Wissenschaftlern, »an deren Berufung nach Berlin gedacht wird«. Der deutsche Gesandte in Prag wurde nun beauftragt zu prüfen, welchen Ruf diese genossen, ob sie in »Parteienkämpfe« verstrickt und wie sie Deutschland gegenüber eingestellt seien. Dabei sollte er auch das »Urteil« der sowjetischen Gesandtschaft referieren.<sup>121</sup> Die Antwort ist zwar nicht erhalten, aber aus einer späteren Bemerkung von Dirksens geht hervor, daß »sich die Gesandtschaft in Prag in jeder Beziehung höchst anerkennend über die wissenschaftlichen Leistungen und den politischen Takt der betreffenden Herren« geäußert habe.<sup>122</sup>

Anfang April 1926 wurde Dorošenko nach Berlin gerufen. Mit ihm, nicht mit den Skoropadskyj-Repräsentanten wollten die deutschen Behörden sprechen. Aber es dauerte noch bis Juni 1926, bis die Institutsgründung spruchreif wurde. Dorošenko ergriff bereits am 4. Juli die Gelegenheit, auf Dauer nach Berlin zu ziehen.<sup>123</sup>

Groener überreichte ihm den offiziellen Berufungsbrief und die erste Gehaltszahlung (aus den Mitteln des AA). Nun begann Dorošenko Lypynskyj zu bestürmen, den auch an ihn ergangenen Ruf anzunehmen (»Wir werden Sie hier auf Händen tragen, damit Ihr Fuß über keinen Stein stolpere!«).<sup>124</sup> Lypynskyj war im Juli dazu grundsätzlich bereit, bedang sich aber aus, zuvor noch seine *Lysty do brat'iv-chliborobiv* in Österreich abzuschließen, was die Deutschen notgedrungen akzeptierten. Dorošenko war wenig begeistert. Nur in Lypynskyj und sich selber sah er Personen, die einen »Kern« (jadro) des von ihm geplanten »Zentrums« bilden konnten. Die beiden anderen – Ivan Mirčuk (1891-1961) und Zalozečkyj – seien schließlich »Galizier, also ein

<sup>119</sup> »Sonst hätten wir nur zwei Kandidaten: Sie und mich«. Dorošenko an Lypynskyj, 8. 2. 1926, 21.3.1926, in: ebd., Dok. 189, 193, S. 201, 209. Er hielt es dann schließlich für ausreichend, wenn die Kandidaten fachlich ausgewiesen und der Het'man-Bewegung »nicht feindlich gesinnt« seien. Zalozečkyj und Mirčuk galten demnach nicht als Het'mananhänger.

<sup>120</sup> Kumke, »Institut«, S. 222.

<sup>121</sup> Von Dirksen an Koch, Deutsche Gesandtschaft Prag, 29. 4. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 3-6. – Kumke nimmt daneben die Kooperation zwischen der deutschen und der ukrainischen Minderheit in Polen als Motiv an (Vgl. Kumke, »Institut«, S. 223).

<sup>122</sup> Von Dirksen an Trautmann, 20. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 222.

<sup>123</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 10. 4. 1926, 27. 6. 1926, 5.7.1926, in: Lypynskyj, Archiv, Dok. 195, 205, S. 213, 228, 229.

<sup>124</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 5. 7. 1926, in: ebd., Dok. 206, S. 229-230.

Volk, das, wie Sie [...] formuliert haben, »fluid«, findig, flach ist« [»tekučyj«, chystkyj, plytkyj].<sup>125</sup>

1924 sollte die »Ukrainische Gesellschaft der Fürsorge für Flüchtlinge in Deutschland« Träger des UWI werden. Sie wurde am 2. Juli 1926 in dieser Funktion durch den »Verein zur Förderung der ukrainischen Wissenschaften und Kultur e.V.« ersetzt, der in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Mitte eingetragen wurde. Wir können uns nicht Kumkes Wertung anschließen, die Gründung des neuen Vereins sei nötig geworden, weil der frühere Verein »politisch zu sehr vorbelastet« gewesen sei.<sup>126</sup> Viel näherliegend ist die Annahme, daß ein »Wissenschafts- und Kulturverein« eher als ein »Flüchtlingsfürsorgeverein« zum Träger einer wissenschaftlichen Einrichtung taugte. Der Vorstand des Vereins bildete zusammen mit deutschen Vertretern das Kuratorium des Instituts und nahm als solches Einstellungen vor. Da hier 1926 nur Skoropadskyj-Parteigänger zusammenkamen und der Beitritt zum Verein eine Dreiviertelmehrheit erforderte, sicherte diese Konstruktion (mit Wissen und Billigung des AA) die Beschränkung des UWI auf Parteigänger des Het'mans.<sup>127</sup>

Organisatorisch wurde das UWI dann entgegen dem ursprünglichen Wunsch des Het'mans an die Berliner Universität angebunden. Das Wissenschaftsministerium übernahm die Leistungen für das Gebäude, während das AA Groener seine »wohlwollende Förderung« zusicherte, die sich mit dem Betrag von 60.000 RM im Jahr umreißen ließ. Hinzu kamen Umzugsbeihilfen.<sup>128</sup> Die politische Linie der Reichsregierung, die gerade dabei war, im Berliner Vertrag ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verstetigen, kam in der Klausel zu Ausdruck, daß »sich das Institut und seine Mitglieder von jeder politischen Tätigkeit und insbesondere von jeder Betätigung gegen Sowjetrußland fernhalten« sollten. Das war damit zu erklären, daß »politisch« in der Terminologie jener Zeit eine ausgesprochen zielgerichtete Aktivität bedeutete; daß der Prozeß einer Bewußtseinsbildung und historisch-kulturelle Projekte sehr politisch waren, wurde nicht öffentlich diskutiert, obgleich sich alle Planer des UWI darüber im Klaren waren.<sup>129</sup>

Das Verbot antisowjetischer Betätigung markierte den Stand der deutschen politischen Landkarte. Mit der Sowjetukraine als einem Teil der UdSSR war man in vielfa-

<sup>125</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 28. 7. 1926, in: ebd., Dok. 210, S. 233-234. Über die weitere Beurteilung Mirčuks s. S. 619. Zalozečkyj war Dorošenko wenig genehm; als er 1929 in das Kuratorium entsandt werden sollte, schrieb D., dies wäre für ihn ein casus belli (Dorošenko an Lypynskyj, 8.3.1929, in: ebd., Dok. 302, S. 334).

<sup>126</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 225. – Der »Flüchtlingsverein« existierte weiter.

<sup>127</sup> Vgl. ebd., S. 225-226.

<sup>128</sup> AA an Groener, 15. 6. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 7-9; Gründungsbeschluß, undatiert [Frühjahr 1926], als Kopie enthalten in Skoropys an Schickedanz, 9.5.1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 382-383. Zwar sagte von Dirksen diesen Betrag für zwei Jahre zu, behielt sich aber vor, nach einem Jahr die Zusage zu kündigen und dann bereits im zweiten Jahr nur mehr zur Zahlung von 30.000 RM verpflichtet zu sein. Sollte keine Kündigung ausgesprochen werden, verlängerte sich der Vertrag jeweils um zwei Jahre (Groener an von Dirksen, 25. 6. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 10-11).

<sup>129</sup> AA an Groener, 15. 6. 1926, ebenso Gründungsbeschluß, undatiert [Frühjahr 1926], wie oben. – Daß sich das UWI »von jeder politischen Betätigung fernhalten« und vor allem »nicht gegen die Sowjetunion« agieren sollte, wurde Groener gegenüber noch einmal unmißverständlich betont (AA an Groener, 15. 6. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 7-9). – Auch Kumke bemüht sich (wenngleich u.E. vergeblich), eine Trennung von »politisch« und »wissenschaftlich« argumentativ durchzuhalten.



cher Weise verbunden. Die Beziehungen zu Charkiv entwickelten sich wirtschaftlich gut, liefen aber vor allem über Moskau, mit dem auch durch den Berliner Vertrag von 1926 die Zusammenarbeit förmlich geregelt war. Dies traf für Polen nicht zu, mit dem sich Deutschland in einer Konfrontation befand, die entgegen der beschönigenden Bezeichnung »Zollkrieg« weitaus mehr Gebiete umfaßte. Die Weigerung, dem in Locarno erklärten Verzicht auf Revisionen an der Westgrenze des Reiches ein Ost-Locarno folgen zu lassen, umriß die Politik der Reichsregierung, von Polen nicht nur eine Grenzrevision zu fordern, sondern auch auf »Nebenschauplätzen« gegen den Nachbarn vorzugehen. Die ökonomischen Repressalien fanden in der Nationalitätenpolitik eine Entsprechung.

Welche Probleme ergaben sich hieraus für das UWI? Zunächst dasjenige, daß die ukrainische politische Gruppe, mit der die Deutschen das UWI betreiben wollten, aus der Ostukraine stammte und daher nicht so polenfeindlich eingestellt war, wie die UVO-Galizier und die westukrainischen Anhänger Petruševyčs. Dennoch beschränkte man im AA die Kontakte, wie von Korostovec vorgeschlagen, auf die Skoropadskyj-Gruppe.

Im Gründungsbeschluß wurden Groener und Skoropys-Joluchovskij mit der Bildung des Kuratoriums für das neue Institut beauftragt. Groener hatte den Het'man an die Spitze des Ukrainischen Staates zu hieven geholfen, Skoropys hatte als BBU-Vertreter und unter dem Het'man mit der deutschen Seite (im Unterschied zur österreichischen) gute Erfahrungen gemacht. Der Kunstmaler hatte sich inzwischen zu einem der visibelsten Anhänger Skoropadskyjs entwickelt. Zwischen 1918 und 1920 war er in einem polnischen Gefängnis gewesen und daher wenig polenfreundlich. Und in einer weiteren Hinsicht war Skoropys eine »gute Wahl«. Den Deutschen war der ukrainische Leiter der »Gefangenenarbeit« im Ersten Weltkrieg noch in guter Erinnerung.<sup>130</sup> Dadurch sah man das UWI nicht nur im zeitgenössischen Kontext, sondern verstand darin auch eine Art Fortsetzung der »pädagogischen Randstaatenpolitik« des Weltkriegs. Sowohl die »destruktive« Komponente – also die nationale Aufsplitterung der östlichen Nachbarstaaten (wenngleich zunächst primär gegen Polen und nicht gegen Rußland gerichtet) – als auch die »positive« – die Gewinnung von Ukrainern für den deutschen »Kulturkreis« und implizit für deutsche politische Ziele – entsprachen denjenigen der »Gefangenenarbeit«, so daß mit Skoropys auf »bewährtes Personal« zurückgegriffen werden konnte. An Skoropys' Person wird deutlich, daß im Krieg eine Kooperationsstruktur entstanden war, die unabhängig von der jeweils aktuellen politischen Formation abgerufen werden konnte.

In der Satzung von 1926 wurden als Zweck des Trägervereins und des Instituts der Dienst an der »freien Entwicklung und Förderung der ukrainischen Wissenschaft und Kultur«, unter anderem durch die »Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten«, die »Unterbringung junger Ukrainer an deutschen Universitäten und Hochschulen sowie [die] Vermittlung von Stipendien an begabte ukrainische Studenten« genannt.<sup>131</sup> Dorošenko vereinbarte mit dem Slavisten Max Vasmer (1886-1962), daß es keinen Lehrbetrieb geben würde, sondern ein Forschungsinstitut, »eine kleine Akademie der Wissenschaften, ein kleines wissenschaftliches Laboratorium« entstehen sollte. Ent-

<sup>130</sup> Kumke verweist zwar nur auf die Beziehungen Skoropys zur Het'man-Regierung, nicht jedoch auf dessen BBU-Zeit (Vgl. Kumke, »Institut«, S. 221).

<sup>131</sup> Satzung des Vereins zur Förderung der ukrainischen Wissenschaft und Kultur e.V., 2.7.1926, enthalten in Skoropys-Joluchovskij, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 374-374.

sprechend war er auch gegen Professorentitel eingestellt und wollte lieber »Mitglieder« haben, was jedoch wieder den anderen Wissenschaftlern, die nach solchen Titeln gierten, nicht gerade gefiel.<sup>132</sup> Von politischen Vorgaben war öffentlich nicht die Rede.

Ganz abwegig war die Wahl der Skoropadskyj-Gruppe auch in bezug auf Polen nicht. Nach dem Fiasko der UNR war die Bedeutung der Het'man-Anhänger in der Emigration gewachsen. 1920-1921 hatte die Het'man-Bewegung erste organisationelle und politische Erfolge in Polen verbuchen können, die Petljura seinerzeit beunruhigt hatten.<sup>133</sup> Seit 1923 hatten sich einige Vertreter der ostgalizischen ukrainischen Intelligencija zu Lypynskyjs politischen Programmen hingezogen gefühlt und ab 1927, mit der Rückkehr Osyp Nazaruks nach Polen, der mit Petruševyč 1923 gebrochen hatte und sich zu dieser Zeit Lypynskyj und damit dem Het'man politisch verbunden fühlte, gab es in Polen Ansätze einer politischen Basis.<sup>134</sup>

Von deutscher Seite gehörten dem ersten Kuratorium außer Groener noch Vasmer, der Wirtschaftswissenschaftler Max Sering (1857-1939) und der Dozent Keller aus Kiel an, die Ukrainer vertraten Skoropys und Korostovec. Mit dem Kuratorium gab es jedoch schon bald die ersten Probleme. Groener hatte sich vorgestellt, den Generaldirektor der Staatsbibliothek Hugo Andres Krüß (1879-1945), der auch im RWI-Kuratorium saß, als Vorsitzenden des UWI-Kuratoriums zu gewinnen. Jener hatte aber zunächst ein Gespräch zwischen Hoetzsch und Groener angeregt, was wieder Groener kategorisch ablehnte. Groener gewann Anfang 1929 den Bankier Frisch (Dresdner Bank) dazu, seinen bisherigen Kuratoriumsvorsitz zu übernehmen.<sup>135</sup> Auch der AA-Beamte Zechlin hat sich noch nach der Wahl Frischs bemüht, eine personelle Verbindung zwischen den beiden Instituten durch Dr. Jonas vom RWI herbeizuführen. Groener und Jonas selber hatten sich mit dieser Kooperation einverstanden erklärt, Hoetzsch jedoch dann verweigert.<sup>136</sup>

Dem Kuratorium kam nach deutscher Meinung eine wichtige Rolle zu. Nach Zechlin sollte ihm »die Beaufsichtigung und Dirigierung der Ukrainer (die ja in jeder Kleinigkeit der Hilfe bedürfen) und ihrer Arbeiten obliegen«. Von wissenschaftlicher Freiheit konnte demnach schon 1926 keine Rede sein – und nebenbei galt nach Zechlin ähnliches auch für das RWI.<sup>137</sup>

Die Art der Einstellung zur Sowjetunion und des Umgang mit politischen Abenteurern erkennt man an einer kleinen Episode: Ende 1925 hatte sich wieder einmal ein »Repräsentant« bei der deutschen Gesandtschaft in Wien vorgestellt. Sergej Sahajdačnyj (1890-?), der vermutlich den Namen des Kosakenhet'mans nur angenommen hatte, eigentlich wohl Černušenko hieß und in Baden bei Wien lebte, gab vor, der Führer einer riesigen Bauernbewegung mit dem russischen Titel »Krestjanskij Federativnyj Sovet Ukrainy, Kavkaza, Povolž'ja i Sibiri« (Bäuerlicher Föderativer Rat der Ukraine,

<sup>132</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 19. 7. 1926, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 209, S. 233. Dorošenko bezifferte die Zahl ukrainischer Studenten in Berlin auf 50, das fülle vielleicht den Saal für eine Antrittsvorlesung. Einem Lehrbetrieb drohe so der Bankrott (Dorošenko an Lypynskyj, 28. 7. 1926, in: ebd., Dok. 210, S. 234).

<sup>133</sup> Vgl. Bruski, Petlurowcy, S. 327-331.

<sup>134</sup> Vgl. ebd., S. 469-470.

<sup>135</sup> Trautmann an von Dirksen, 16. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 204-207.

<sup>136</sup> Zechlin an Trautmann, 23. 2. 1929, S. 1-2, PAAA, Handakten Trautmann, Bd. 38/4, Bl. 18-26, hier Bl. 18-19.

<sup>137</sup> Zechlin an Trautmann, 23. 2. 1929, S. 2, PAAA, Handakten Trautmann, Bd. 38/4, Bl. 18-26, hier Bl. 19.

des Kaukasus, des Volgagebiets und Sibiriens) zu sein, hinter der Massen ständen und die für ein Bauernimperium unter einer neuen Dynastie streite.

Tatsächlich hatte Sahajdačnyj eine bewegte Vergangenheit. Er hatte in russischen Monarchistenkreisen verkehrt, und 1922 war er kurze Zeit der Redakteur einer zweisprachigen ukrainisch-französischen Zeitschrift *Ukraina*, die – wohl von Polen aus finanziert – eine petljurafeindliche Richtung der UNR favorisierte. Im Sommer 1922 hatte seine Gruppe sich an die Sowjets gewandt und, auch wenn diesen klar war, daß es sich um »Abenteurer« handelte, die auf Geld aus jeder möglichen Quelle aus waren, engagierte sich immerhin der ukrainische Parteichef Dmitrij Manuil'skij (1883-1952) dafür, seine Gruppe zu benutzen – letztlich wurde daraus aber nichts.<sup>138</sup> Das Vorsprechen in der Gesandtschaft war also nur ein weiterer Versuch, und die Deutschen nicht etwa die Wunschpartner, sondern die einzigen, auf die man jetzt noch kam.

Die Gesandtschaft berichtete, ihrer Information nach bestehe die Gruppe aus 70 Mitgliedern und erhalte Geld aus den USA. Dem Schreiben legte der Petent eine Deklaration mit einem beeindruckenden Siegelabdruck und die erste Nummer der Zeitschrift *Krestjanskaja Federacija* bei, worin sich der »Bauernführer« auf Millionen von Anhängern berief.<sup>139</sup> Im Februar 1926 folgte ein weiterer Besuch Sahajdačnyjs, bei dem nun nicht mehr von amerikanischen Mitteln, sondern von einer angestrebten deutschen Förderung für seine Zeitschrift die Rede war, und er wandte sich auch in einem persönlichen Brief an den Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Gesandtschaft riet von einer Förderung ab, da man über eine »nennenswerte Bedeutung« des Mannes nicht unterrichtet sei, und dieser über wenig Anhänger verfüge.<sup>140</sup> Aus dem AA kam keine Antwort, daher wurde Sahajdačnyj im April 1926 erneut vorgestellt, man ließ sich von ihm seine zweite Zeitschriftennummer geben und fragte noch einmal in Berlin an, ob er gefördert werden sollte.<sup>141</sup> Dies war nicht ganz abwegig, weil kleinere Summen an ukrainische Prätendenten unablässig flossen und Sahajdačnyj inzwischen besonderen Wert darauf legte, als Ukrainer und nicht als Russe angesehen zu werden.

Die Antwort aus Berlin, die nun eintraf, folgte jedoch der prosowjetischen politischen Linie: Man erklärte, die Förderung Sahajdačnyjs komme »nicht in Frage«, sie sei »mit unserem politischen Verhältnis zu UdSSR nicht in Einklang zu bringen«. An einer Berichterstattung über ihn war man jedoch weiterhin interessiert.<sup>142</sup> Es wurde deutlich, daß man eine Aktion in den Sowjetbereich hinein nicht ganz ausschließen mochte, jedoch vorsichtig operierte. Und auch Sahajdačnyj ließ nicht nach. So interessierte er, bisher keinerlei wissenschaftlicher Neigungen verdächtig, sich nun für das UWI, wo er angeblich Geschichte studieren wollte.<sup>143</sup> Schon damit wurde der Eindruck demonstriert, den das UWI auf Emigranten machte, denn den angeblichen Bauernführer dürfte sicher nicht der wissenschaftliche Drang getrieben haben. Tatsächlich erhielt er aber ein Einreisevisum nach Deutschland. In Berlin versuchte Sahajdačnyj, sich Rohrbachs und Schmidts Deutsch-Ukrainischer Gesellschaft anzu-

<sup>138</sup> Vgl. Gilley, S. 206-217.

<sup>139</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien an AA, 24. 11. 1925, PAAA, Abteilung IV Rußland, Politik 5 Rußland, Geheimakten, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 7, Bl. 119-123.

<sup>140</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien, Dönhoff, an AA, 9. 3. 1926, ebd., Bd. 7, Bl. 161, 163.

<sup>141</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien an AA, 9. 4. 1926, ebd., Bl. 171.

<sup>142</sup> AA an Deutsche Gesandtschaft Wien, 30. 4. 1926, ebd., Bl. 172.

<sup>143</sup> Sahajdačnyj an AA, 25. I. 1927, ebd., Bd. 8.

schließen. Dem AA wurde zugetragen, er mache in der Wilhelmshöher Str. 20 in Friedenau täglich Besuche und lege Eingaben vor. Sahajdačnyj ging fälschlicherweise davon aus, daß Rohrbachs Richtung in Deutschland wohlgefallen sei, während über die DUG im AA die (vermutlich falsche, von Skoropadskýj-Anhängern lancierte) Information kursierte, sie unterhalte sich aus französischen und polnischen Geldern.<sup>144</sup> Sahajdačnyj verließ Deutschland wieder wegen »von seinen politischen Gegnern eingeleiteten Intrigen«, wie das AA festhielt, aber die Deutschen hatten nun genug von ihm und wiesen alle Konsulate an, ihm kein Visum zur Einreise mehr auszustellen.<sup>145</sup> Im Juli 1927 berichtete die Gesandtschaft aus Wien, Sahajdačnyj habe versucht, ein neues Visum zu erhalten, er sei nun aber auch aus Österreich in die Tschechoslowakei ausgewiesen worden.<sup>146</sup> Das AA folgte damit also für eine gewisse Zeit den durch die Skoropadskýj-Gruppe vorgegebenen Wegen.

Das UWI wurde am 10. November 1926 in einer feierlichen Sitzung im Hörsaalgebäude der Berliner Universität eröffnet. Sein Sitz war in Berlin W 56, Französische Str. 28. Der Rektor der Berliner Universität, Groener und Skoropadskýj waren anwesend. Für das Slavische Institut nahm Max Vasmer teil, durch den das UWI an die Universität angekoppelt werden sollte. Eine Anbindung an die Osteuropäische Geschichte war unmöglich, weil der Lehrstuhlinhaber Hoetzsch einer der artikuliertesten Gegner des UWI war. Dabei waren alle vier eingerichteten Stellen eher historisch gewidmet. Während Dorošenko im Binnenverkehr nur von Mitgliedern handelte, wurden die Stellen nach außen hin als Professuren bezeichnet. Aber als die Ausgestaltung als Akademie scheiterte (s. unten), schrieb auch Dorošenko von Lehrstühlen und Professuren.<sup>147</sup> Er wurde auch zum Direktor und Inhaber einer Professur für die Innengestaltung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse in der Ukraine m.b.B. des ukrainischen Kosakenstaates ernannt.<sup>148</sup> Drei andere Professuren wurden mit dem Philosophen Ivan Mirčuk aus Stryj (Professur für Geschichte der geistigen

<sup>144</sup> Roth an AA, Abt. IV, 26. 3. 1927, ebd.

<sup>145</sup> Vermerk, 31.3.1927; AA an Konsulate, 12. 4. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 9.

<sup>146</sup> Deutsche Gesandtschaft Wien an AA, 7. 7. 1927, ebd.. – Sahajdačnyj versuchte danach, von Prag aus tätig zu werden. Es hieß sogar, er sei vom Leiter der tschechoslowakischen Präsidialkanzlei empfangen worden. In Prag gab er eine Broschüre über einen Anschluß der Ukraine an die Tschechoslowakei heraus und gab vor, hunderttausende von Kämpfern zu repräsentieren und ein »Ratspräsidium« mit 283 Mitgliedern zu besitzen (Vgl. Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 278). 1928 sollte er noch einmal aktiv werden. Mit einem Kuraufenthaltsvisum und als »Čerņušenko« reiste er nach Deutschland ein und wandte sich prompt wieder an das AA. Nun polemisierte er gegen Skoropadskýj als einen »Polenfreund« und »Feind der ukrainischen Bauern«. Er versprach Berichte aus der Ukraine und der Emigration an (Sahajdačnyj an AA, 14. 8. 1928, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 10, Bl. 163-166). Das AA charakterisierte ihn als »wirre[n] und abenteuerliche[n] Kopf« und einen »politisch ungebildeten Menschen«. Man hielt ihn für jemanden, dessen »politische Haltung nicht einwandfrei« sei, und bat die Polizei, dafür zu sorgen, daß er Deutschland verlasse (Meyer-Heydenhagen an Dienstmann, 21.8.1928, ebd., Bl. 171-172; Dienstmann an Polizeipräsidium Berlin, 30. 8. 1928, ebd., Bl. 173; Deutsches Konsulat Pilsen an Deutsche Gesandtschaft Prag, 11. 9. 1928, ebd., Bl. 209). Daraufhin verlor sich Sahajdačnyjs Spur in den Akten. Lewandowski nannte ihn einen der »Abenteurer, die die Staatskanzleien mit unreifen Projekten überschwemmen« (Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 277).

<sup>147</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 30.9.1927, in: Lypynskýj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 256, S. 264.

<sup>148</sup> Das Prinzip, nur Het'man-Anhänger zu berufen, führte dazu, daß Stepan Tomašivskýj nicht in Betracht gezogen wurde. Möglicherweise kam es deswegen zu einem offenen Streit zwischen den

Strömungen in der Ukraine und anderer slavischer Völker; gleichzeitig lehrte er an der Wirtschaftshochschule), dem Kunsthistoriker Volodymyr Zalozečkyj aus Lemberg (Professur für Geschichte der materiellen Kultur der Ukraine) und dem Historiker Vjačeslav Lypynskyj (Professur für die Geschichte des Ukrainischen Staates) besetzt, wobei Lypynskyj am längsten zögerte, den Ruf anzunehmen.<sup>149</sup> Kuzelja wurde außerordentlicher Mitarbeiter des UWI. Die geplanten vier weiteren Professoren- und Assistentenstellen wurden nicht eingerichtet. An die Stelle der Assistenturen traten höherdotierte Stipendien, wodurch den Stipendiaten des Instituts eine andere Funktion zukam, als dies für gewöhnlich an wissenschaftlichen Einrichtungen der Fall war.<sup>150</sup>

Überhaupt lief alles etwas anders als erwartet. Dorošenko hatte vorgeschwebt, eine politisch konditionierte wissenschaftliche Einrichtung zu leiten, die als gesamtukrainische wissenschaftliche »Akademie« wahrgenommen werden würde. Das ging zunächst einmal gründlich schief. Auf seine Einladungen an bedeutendere ukrainische Wissenschaftler, »außerordentliche Mitglieder« des UWI zu werden, holte sich Dorošenko nur Abfuhr. Selbst wer anfangs zugesagt hatte, sprang bald wieder ab. In der Tschechoslowakei und Polen lebende Exilukrainer hatten wenig Drang, sich mit einem mit dem ungeliebten Skoropadskyj zusammenhängenden Institut zu verbinden und dadurch politisch zu kompromittieren.<sup>151</sup> Dorošenko versuchte gute Miene zum bösen Spiel zu machen – da die Angefragten zumeist UNR-Anhänger waren, kommentierte er die Körbe mit dem Sprichwort »Die Alte ist runter vom Wagen, das macht es den Pferden leichter!«<sup>152</sup> Aber in Wirklichkeit war er gekränkt. Der kränkelnde Lypynskyj wohnte außerhalb Berlins und ließ sich im Institut kaum blicken. Dorošenko fuhr häufig zu ihm hinaus, was eine zusätzliche Belastung bedeutete. Die beiden anderen Mitglieder mochte Dorošenko nicht. In einem Brief an Lypynskyj bedauerte er, daß nicht »uns nächstehende und angenehmere Landsleute sich zu uns bekennen«.<sup>153</sup> Die deutschen »Betreuer« waren schon deswegen unattraktiv, weil der Direktor ihre Sprache nur unvollkommen beherrschte. So blieb das UWI entgegen den Plänen und Erwartungen und im Widerspruch zu dem, was die in dieser Zeit eher aufwendigen Publikationen suggerierten, eine wenig beeindruckende Institution.

Nur die Stipendien machten das UWI unter den Emigranten beliebt. Über ihre Vergabe entschied der ukrainische Teil des Kuratoriums,<sup>154</sup> und sie wurden im internen Verkehr ein Stein des Anstoßes – sei es, daß man dem UWI vorwarf, Parteigänger des Het'mans zu bevorzugen, sei es, daß Nationalisten den UWI-Leuten unterstellten,

Berlinern und dem nun in Krakau lehrenden Historiker (Vgl. Kyrylo Haluško, »Předmova«, in: Dmytro Dorošenko, *Istoriija Ukraïny 1917-1923 rr.* Bd. I, Kyïv 2002 (1930), S. 3-25, hier S. 23).

<sup>149</sup> Lypynskyj bezog im November 1926 in Neu-Finkenkrug (Osthavelland), Waldstraße 59, eine Wohnung. Im Institut war er selten, meist fuhren die anderen Mitglieder zu ihm hinaus. – Dorošenko schrieb: »vom Standpunkt der Einmütigkeit (odnodumnosty) kann man sich ein schöneres Kollegium als uns vier [...] nicht vorstellen« (Dorošenko an Lypynskyj, 27.6.1926, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 205, S. 229).

<sup>150</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 227.

<sup>151</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 8.5.1927, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 246, S. 258; Dorošenko an Lypynskyj, 14. 5. 1927, in: ebd., Dok. 247, S. 259.

<sup>152</sup> »Baba z vozu, konjam lechče« (Dorošenko an Lypynskyj, 23.5.1927, in: ebd., Dok. 249, S. 261). Dorošenko wiederholte den Spruch in Dorošenko an Lypynskyj, 8.11.1927, in: ebd., Dok. 258, S. 268.

<sup>153</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 27.6.1928, in: ebd., Dok. 281, S. 298.

<sup>154</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 20.10.1927, in: ebd., Dok. 257, S. 267.

junge Nationalisten finanziell abhängig zu machen und so zur Het'man-Richtung abzuwerben.<sup>155</sup> Dorošenko und Lypynskyj waren zur Gründungszeit unbestritten Parteigänger des Het'mans. Zalozečkyj war politisch eher indifferent, schloß sich aber dem Het'man an, was ihn nicht hinderte, bald mit ihm (im Kontext des Streits mit Lypynskyj) zu brechen und gegen ihn und seine Anhänger zu polemisieren.<sup>156</sup> Ivan Mirčuk war zuvor Sekretär Petljuras, hat aber die Wende zu Skoropadskyj ohne Schwierigkeiten bewältigt. Aber unübersehbar war für Nationalukrainer die Anbindung an eine unter Skoropadskyjs Schirmherrschaft stehende Einrichtung wenig attraktiv. Auch Lypynskyj war – entgegen allem, was später zu seinen Ehren geschrieben werden sollte – eine Randerscheinung des ukrainischen Exils.

Für alle zeitgenössischen Beobachter war deutlich, daß das UWI nicht nur als wissenschaftliche Veranstaltung galt. Die polnischen Diplomaten berichteten über ein Gebilde »mit wissenschaftlicher Form, dessen Ziele auf längere Sicht zweifellos politisch« seien.<sup>157</sup> Die *Tägliche Rundschau* schrieb zur Eröffnung, man habe eine Einrichtung geschaffen, die insofern politische Bedeutung habe, als die Prager ukrainische Universität die sozialrevolutionären Studenten anzöge – für Berlin erwartete man also eine andere politische Richtung.<sup>158</sup>

Es gab die zu erwartende Kritik. Hoetzsch schrieb von Dirksen, er habe sich der UWI-Gründung »aus naheliegenden Gründen ferngehalten«. Er verurteilte die Verwendung von Mitteln des AA nicht nur wegen der finanziellen Belastung, sondern weil er es, da »wir in engen Beziehungen zum Sowjetstaat stehen«, für angebracht hielt, alles zu vermeiden, »was irgendwie auf die Förderung separatistischer Bestrebungen oder Ideen ausgehen könnte«.<sup>159</sup> Man könnte auf den Gedanken kommen, hier schreibe ein »Freund der Sowjetunion«. Aber das war nur äußerlich der Fall. Dem Deutschnationalen Hoetzsch ging es um die Stimmigkeit der deutschen Außenpolitik, man gefährdete seiner Ansicht nach die neuen Beziehungen zur UdSSR durch das Skoropadskyj-UWI. Das aber hatte man im AA einkalkuliert und durch das Verbot antisowjetischer Betätigung zu minimieren versucht. Es gab also zwar den Versuch einer einheitlichen Ukraine-Politik, nicht aber den einer einheitlichen Osteuropa-Politik. Hoetzsch war aber vor allem der Direktor eines Konkurrenzunternehmens. Und sowohl das UWI als auch die guten Beziehungen zur Sowjetunion hatten zur Folge, daß man die Förderung des RWI, in dem ja vorwiegend »weiße« Russen wirkten, reduzierte. Im Herbst 1926 entzog das Wissenschaftsministerium dem RWI seine Räume in der Alten Bauakademie am Schinkelplatz 6, während das UWI von der Universität unentgeltlich Büroräume erhielt. Der RWI-Zuschuß des AA wurde 1927 eingestellt, und es bedurfte keiner großen Kombinationsgaben, um den Zusammenhang mit dem Berliner Vertrag und der anlaufenden

<sup>155</sup> Vgl. etwa Volodymyr Martyneč, »Naša taktyka«, *Rozbudova Nacii* 3 (1930), H. 1-2, S. 1-10, hier S. 5.

<sup>156</sup> Dorošenko hatte sich im Laufe der Zeit eine sehr negative Meinung über Zalozečkyj gebildet und hielt ihn für falsch (Dorošenko an Lypynskyj, 3. 3. 1930, in: Lypynskyj, *Archiv*, Bd. 6, Dok. 324, S. 369-370). Das AA war Anfang 1934 der Ansicht, Zalozečkyj sei polenfreundlich eingestellt, und empfahl ihn ausdrücklich dem Generaldirektor des Preußischen Staatsarchivs (Windecker an Generaldirektor des Preuß. Staatsarchivs, 29. 1. 1934, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 218).

<sup>157</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 16. 11. 1926, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 86-88.

<sup>158</sup> *Tägliche Rundschau* 528/11. 11. 1926.

<sup>159</sup> Hoetzsch an von Dirksen, 23. 12. 1926, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 53-54.

Förderung des UWI zu erkennen.<sup>160</sup> Auf der Sitzung des RWI-Präsidiums im Oktober 1927 wurde dies offen diskutiert. Was von Hoetzsch befürchtet hatte, war nun gewiß – das UWI bekam Mittel, die zuvor dem RWI zugeflossen waren. In Berlin entstand damit ein Feld der russisch-ukrainischen Rivalität.<sup>161</sup>

Und eine weitere nur verhalten zufriedene Stimme meldete sich. Paul Rohrbach hatte sich seit 1922 vermehrt mit anderen Themen befaßt, die Deutsch-Ukrainische Gesellschaft war eingeschlafen. Nun gab es nach mehrjähriger Pause ein Sonderheft der Zeitschrift *Die Ukraine* zur UWI-Gründung.<sup>162</sup> Rohrbach berichtete von der Veranstaltung und muß so weit mit den Organisatoren zusammengearbeitet haben, daß es ihm gestattet wurde, den Redetext Dorošenkos abzudrucken. Nach den äußerst negativen Äußerungen zu Skoropadskyj im Herbst 1918 hätte man nun Gegnerschaft erwarten können, aber wer das tat, wurde enttäuscht. Rohrbach verstand es (wieder einmal), sich anzupassen. Bei von Dirksen hatte er zunächst versucht, die Bindung des UWI an den Het'man zu verhindern, als ihm dies jedoch nicht gelang, machte er gute Miene zum Spiel.<sup>163</sup> Zwar kritisierte er Skoropadskyj, ihm, das hieße der extremen Rechten, und der Linken ginge es leider um eine Föderation mit Moskau, die er ebenso wenig billigte, wie der »Kern des ukrainischen Volkes«, der einen nationalen Staat verlange. Aber die UNR galt ihm nun auch als eine »wenig bedeutende Gruppe«, die ihrerseits mit Polen eine Föderation eingehen wollten. Damit bliebe niemand mehr übrig: Da Rohrbach aber erwartete, die »Nationalisierung« Europas, also der Zerfall in Nationalstaaten, werde nicht an der Grenze Rußlands haltmachen, sei es richtig, sich darauf einzustellen, weil die Ukrainer an Deutschland besonderes Interesse hätten. Daher sei trotz allen politischen Vorbehalten »große[...] Freude und Genugtuung, [...] daß zunächst überhaupt ein solches Institut zustande gekommen ist«, berechtigt. Daß er erklärte, die DUG habe selber immer ein solches Institut gewollt, war zutreffend, daß er schrieb, es sei »nach unserer Meinung ausgeschlossen, von deutscher Seite aus irgendeine Art Partei zu nehmen, wo es sich um innerukrainische Meinungsverschiedenheit handelt«, neu.<sup>164</sup> Das Verhältnis der Reichsregierung zu Rohrbach war kühl, da seine frühere Parteinahme für Petljuras UNR (und damit nach AA-Meinung implizit für Polen) gegen ihn gewertet wurde und man ihn (zu Unrecht) verdächtigte, seine DUG aus polnischen und französischen Mitteln zu finanzieren.<sup>165</sup>

In seiner von Zalozeckyj ins Deutsche übersetzten Eröffnungsrede<sup>166</sup> ging Dorošenko darauf ein, daß die deutsch-ukrainischen Beziehungen viel tiefer seien, als

<sup>160</sup> Vgl. Prof. Dr. F. Schmidt, Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas, an AA, 9. 4. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 9.

<sup>161</sup> Protokoll der Präsidialsitzung des RWI, 19. 10. 1927, ebd.

<sup>162</sup> *Die Ukraine*, 8 (Dezember 1926, Jahrheft). Ein Exemplar in PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 33-48.

<sup>163</sup> Von Dirksen verwies später darauf, das UWI sei gegründet worden, »nachdem einige Einwendungen unserer deutschen Patentukrainer wie Axel Schmidt und Rohrbach im Sande verlaufen waren« (von Dirksen an Trautmann, 20. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 223).

<sup>164</sup> Paul Rohrbach, »Die Eröffnung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Die Ukraine* 8 (1926), S. 3-7.

<sup>165</sup> Vgl. Roth an AA, Abt. IV, 26. 3. 1927, PAAA, Abt. IV Rußland, Politik 5 Rußland, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 8.

<sup>166</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 29. 10. 1926, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 218, S.244-245. – Dorošenko lernte zwar deutsch, hatte aber mit der Sprache große Schwierigkeiten und Angst vor der Eröffnungssitzung.

man gemeinhin annehme; dies war das Konzept seines späteren Buches »Die Ukraine und das Reich«. Als Ziel des Instituts nannte er die Begründung geistiger Beziehungen zwischen deutschen und ukrainischen wissenschaftlichen Kreisen. Natürlich würdigte er die »Aufbauarbeit« Skoropadskyjs und erwähnte keine andere politische Richtung der Emigration.<sup>167</sup>

Was tatsächlich in der deutschen Politik anders geworden war, war der Umstand, daß an die Stelle eines früheren abwartenden Taktierens nun aktive Handlungen traten: Hatte man zuvor die verschiedenen ukrainischen Gruppen mit geringen Mitteln in Bereitschaft halten wollen, um sie gegebenenfalls »destruktiv« einsetzen zu können, so gab es nun die Bereitschaft zu positiver Nutzung. Anders als bei der UVO durfte diese sogar halböffentlich werden. Legt man die Grundüberlegungen der Politiker zugrunde, so wurde erstmals wieder daran gearbeitet, sich für eine aktive Politik im Osten die Unterstützung einer hierfür »ausgebildeten« Elite zu verschaffen. Und dabei setzte man, wie schon im April 1918, auf Skoropadskyj. Noch gab es keine andere geeignete politische Gruppierung.

Dabei versuchte man, die ukrainische politische Landschaft den eigenen Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen durften nicht gestört werden, aber man wollte die Ukrainer auch dazu bringen, ihre internen politischen Kämpfe einzustellen. Diese letztere Forderung formulierten die Deutschen zur selben Zeit, zu der auch die ukrainischen Politiker über dem ermordeten Petljura zueinander fanden und versuchten, eine nationalistische Organisation jenseits des Parteienhaders zu bilden.

Das UWI erfüllte in den ersten Jahren seines Bestehens weitgehend die Erwartungen. Es erschienen 3 Bände mit wissenschaftlichen Arbeiten als *Abhandlungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin* (Leipzig 1927-1931) und 1927 und 1928 zwei Jahrgänge der *Mitteilungen des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin* als eine Art unregelmäßig erscheinender Zeitschrift, in der auch die Tätigkeitsberichte des UWI abgedruckt wurden. Daneben gab es öffentliche Vorträge in deutscher Sprache. Daß kein Vorlesungsbetrieb angeboten wurde, war nicht nur eine Folge der Doppelbelastung durch die fortgesetzte Lehrtätigkeit der Professoren in Prag oder ihrer mangelnden Deutschkenntnisse, sondern konnte als Regelfall für ein angebundenes »Wissenschaftliches Institut« gelten, während der später regere Lehrbetrieb mit den veränderten Prioritäten in den dreißiger Jahren zusammenhing.<sup>168</sup> Die deutschsprachigen Publikationen sollten wissenschaftlich gesicherte Kenntnisse über die Ukraine unter Deutschen verbreiten, und die ukrainischsprachigen Veranstaltungen dienten der Selbstvergewisserung, auf die vor allem die Skoropadskyj-Gruppe Wert legte.

Dabei war man bei den Vorträgen relativ neutral. Im Mai 1927 hielt Petro Verhun, der dann im Herbst die Berliner unierte Pfarrei übernahm und mit der UVO-Spitze verkehrte, einen Vortrag über die Union von Florenz 1430. Dmytro Dorošenko hielt ihn für rein deskriptiv, »überaus langweilig und ungeschickt«.<sup>169</sup> Dessen allgemeine Enttäuschung über Berlin (die Arbeit, die Wohnung, Krankheiten etc.) drückte sich darin aus, daß er entgegen früheren Absichten die Verbindung nach Prag nicht abrei-

<sup>167</sup> Dmytro Dorošenko, »Rede [...] zur Eröffnung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Die Ukraine* 8 (1926), S. 7-14.

<sup>168</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 227-228.

<sup>169</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 14. 5. 1927, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 247, S. 260.



ßen ließ. Auch Mirčuk reiste zu Vorlesungen nach Prag. Dorošenko hatte dort zunächst unbezahlten Urlaub erhalten. Im Oktober 1927 entschloß er sich aber, seine Lehrtätigkeit in Prag wieder aufzunehmen.<sup>170</sup> Im März 1928 hielt er seine Antrittsvorlesung an der tschechischen Karlsuniversität und lehrte weiter regelmäßig an der UFU. Jede Woche fuhr er für zwei Tage oder auch für länger aus Berlin nach Prag, wo er zur Untermiete wohnte – in einer Zeit, in der dieser Spagat weder üblich noch komfortabel war. Für sein wissenschaftliches Wohlbefinden war dies von Vorteil – für sein Zusammenleben mit den Berliner Kollegen/Rivalen weniger.

Inzwischen hatte Dorošenko auch an der Het'man-Bewegung immer mehr auszu-setzen. Daß er sich nicht für den Rat der Vereidigten zur Verfügung stellte, der unter Lypynskyjs Leitung ihr höchstes politisches Gremium bilden sollte, begründete er damit, daß er sich, seit er in Berlin lebte, der Het'man-Politiker-Clique entfremdet habe (*my vzaimo miž soboju čuži*). Die Arbeit im UWI habe nicht wenig Verbitterung mit sich gebracht.<sup>171</sup> Dorošenko suchte Kontakte mit Leuten, die der Het'man-Bewegung fernstanden, wie dem »Eurasier« Savickij, den er schon früher favorisiert hatte – dies wiederum ließ die Entfremdung eskalieren. Der tuberkulöse Lypynskyj vertrug das Klima in der Berliner Umgebung nicht. Seit dem Sommer 1927 lebte er wieder in Österreich. Vor den Neuwahlen des Direktors im Juni 1928 war Dorošenko so weit, daß er von seinem Posten genug hatte – er ließ sich nach eigener Aussage nur deswegen erneut wählen, weil es ihm unpassend vorgekommen wäre, vor den Deutschen die Motive seines Handelns offenzulegen.<sup>172</sup> Seine Kollegen und er sahen einander nur mehr als »malum necessarium« – auch wenn dieses Wort von Dorošenko selber stammt, dürfte es den beiderseitigen Eindruck gut wiedergeben.<sup>173</sup>

Mit der Gründung des UWI und der regelmäßigen finanziellen Unterstützung des Het'mans war die deutsche Parteinahme für Skoropadskyj deutlich hervorgetreten. Gleichzeitig bestanden gute Beziehungen zur Sowjetunion, mit der man die Restriktionen von Versailles zu gegenseitigem Vorteil unterließ. Konovalécs und Jarys UVO wurde über die Reichswehr finanziert. Außerhalb des deutschen Einflusses blieben die Reste der nichtsowjetischen Sozialisten in Prag und die UNR-Ukrainer. Mit letzteren war jedoch immerhin das taktische Bündnis im polnischen Block Nationaler Minderheiten möglich.

Damit hatte die deutsche Politik das Kunststück vollbracht, mit den wichtigeren ukrainischen politischen Gruppen zusammenzuarbeiten, obwohl nur das offizielle Verhältnis zur Sowjetunion und die UWI-Förderung in der Öffentlichkeit sichtbar waren.

-----

Kann man für die 1920er Jahre von einer »Konsolidierung« des ukrainischen Exils sprechen? Schließlich läßt sich die für jeden Exulantenkosmos typische Zersplitterung der Ukrainer nicht übersehen. Ebenso sticht ins Auge, daß die Bereitschaft zu Intrige, Unterwanderung und Agententätigkeit groß war. Seit dem Ersten Weltkrieg hatten Konspiration und mehr oder weniger geschickt rationalisierte Kollaboration zum

<sup>170</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 20.10.1927, in: ebd., Dok. 257, S. 266.

<sup>171</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 2. 6. 1928, in: ebd., Dok. 278, S. 293.

<sup>172</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 17.6.1928, in: ebd., Dok. 279, S. 296.

<sup>173</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 27.6.1928, in: ebd., Dok. 281, S. 298.

Habitus des ukrainischen Nationalismus gehört. Die Geschichte der Gruppen in der Zwischenkriegszeit ist daher eine Geschichte gegenseitiger Feindschaft. Zueinander fanden sie alle aber eben über die Deutschen.

Die Organisation eines autonomen ukrainischen politischen Lebens hatte in der kurzen und hektischen Zeit der Staatsgründungen nur mäßige Erfolge. Osyp Nazaruk schrieb aus Kanada bissig, daß man aus den Ruinen eines wie Pompei nach einigen Jahrtausenden ausgegrabenen Europa eher »das Bild aller politischen Parteien der zahlreichen italienischen Staaten [...] des Cinquecento oder die 30 polnischen Parteien mit ihren 90 Schattierungen als die ukrainischen Parteien« rekonstruieren könnte. Über sie gebe es keine Aufzeichnungen, keine habe eine klare Theorie oder ein politisches Programm gehabt. Die meiste Energie hätten sie darauf verwendet, einander gegenseitig zu bekämpfen.<sup>174</sup> Dieser Eindruck, der nicht auf die Ukrainer beschränkt werden sollte, war nicht falsch und spiegelte sich in der Zurückhaltung der etablierten Staaten wider, sich mit den ukrainischen Gruppen näher einzulassen, was wiederum von den politischen Köpfen der Emigration vermerkt wurde.

Nur ein Teil der Emigration stellte sich dem eigenen Versagen und versuchte, dessen Ursachen zu erfassen und für die Zukunft zu korrigieren. Es ist wenig erstaunlich, daß dies in Anlehnung an damals aktuelle politische Überlegungen erfolgte, die einer autoritären, durchsetzungsfähigen und gewaltbereiten Politik mehr Erfolgchancen einräumten als demokratischen Konzepten. Personenorientierte Interpretationen waren beliebt – so wie noch 1998 ein Kiewer Historiker schreiben konnte, in Kiew habe es 1917–1920 an »Charakteren« gefehlt.<sup>175</sup>

Was in den 1920er Jahren zum ukrainischen Exil wurde, war in gewisser Hinsicht eine neue Erscheinung. Gewiß hatte es schon vor dem Ersten Weltkrieg Emigranten aus der Ukraine gegeben, die sich auch politisch engagiert hatten und – wie Drahomanov und Hruševskyj – das politische Leben in der Ukraine gestalten wollten oder es tatsächlich taten. Aber es waren wenige und Intellektuelle oder »Fortschrittler« machten ihre Mehrheit aus. Die Erwerbsemigranten aus den Unterschichten waren politisch nicht wahrnehmbar.

Die Ukrainer der neuen Welle waren Opfer und Täter der verschiedenen Staatsgründungsversuche, neben Politikern und höheren Militärs auch einfachere Leute. Sie alle hatten wegen der politischen Umbrüche ihre Heimat verlassen. Auch hier gab es Politiker und Intellektuelle. Aber die Internierten der verschiedenen Armeen in Polen, der Tschechoslowakei und verschiedenen Balkanstaaten gaben für die Exilpolitiker auch ein »Fußvolk« im Ausland ab. Daneben gab es nicht-militärische Jugendliche, die es nach Westeuropa zog. Die Studiumsbeschränkung in Polen auf Veteranen der polnischen Armee trug dazu bei, die ukrainische galizische studierwillige Jugend ins Ausland zu treiben, wo in der Tschechoslowakei und in geringerem Maße in Deutschland eine direkt geförderte Bildungsinfrastruktur entstand. Studentische oder überhaupt Jugend-Organisationen waren somit das zweite Standbein, auf das sich Exilpolitiker stützen konnten.

Diese wiederum, ob als Amtsträger der diversen Vereine und Parteien, als Mitglieder einander befehrender Regierungen, als deren Diplomaten oder Beauftragte stellten

<sup>174</sup> Vgl. Osyp Nazaruk, *Do Istorii Revoljucijnoho času na Ukraïni*. Winnipeg 1924, S. 1, 17.

<sup>175</sup> Kentij, UVO, S. 13.

erstmal eine ukrainische Funktionärsschicht im Exil, die zwar miteinander rivalisierte, welche aber die Vorstellung einte, eine ukrainische Staatlichkeit sei ein Desiderat. Die Zugehörigkeit zum ukrainischen Exil war ein Effekt der Selbsteinordnung. Die Selbstbezeichnung als Ukrainer war für die Menschen nur eine unter mehreren Optionen und nicht einmal die opportunistisch nächstliegende. Da die bürgerliche ukrainische Staatlichkeit von Frankreich und Großbritannien nie, von Polen nur bis 1921 und von Deutschland bis 1922 offiziell anerkannt wurde, bedeutete das weitere Bekenntnis zu ihr zumeist eine Verschlechterung der Position gegenüber dem Bekenntnis zu Polen (mit der Möglichkeit der Rückkehr nach Galizien) oder zum Russentum, das über eine stärker vernetzte Exil-Infrastruktur verfügte. Wer sich zum Ukrainertum bekannte, stellte die nationale Zugehörigkeit über materiell attraktivere Möglichkeiten – und dies wurde automatisch zu einem Selektionsvorgang: Ukrainische Emigranten wurden nur diejenigen, die sich bewusst und prioritär für dieses für viele durchaus noch neue Volkstum hatten gewinnen lassen. Wir wagen daraus den Schluß, daß dies auch für die politischen Handlungen, die Radikalität und die Selbststilisierung der Exulanten erkennbare und für die Bewertung relevante Folgen hatte.

Von den drei genannten Milieus waren die Soldaten von Anfang an zu Taten bereit und fähig. Die UVO verstand sich als Fortsetzung der ukrainischen Armeen, die den Kampf gegen die Feinde mit militärischen und terroristischen Mitteln fortsetzte. Das Militär nahm früh die Kontakte mit dem deutschen Militär wieder auf, wurde von den Deutschen als Helfer gegen Polen wahrgenommen und daher unterstützt.

Die Studenten waren ein radikaler und aktionistischer Teil der Emigration, den von den Soldaten unterschied, daß sie sich den ganz neuen Ideen der Zwischenkriegszeit ebenso öffneten, wie ihre nichtukrainischen Kommilitonen an den zentraleuropäischen Hochschulen. Fasziniert vom Faschismus, dem 1922 die Errichtung eines autoritären Staatswesens gelungen war, und in den Methoden (nicht in den Zielen) auch vom Sowjetkommunismus wurden die Studenten zu Trägern eines ukrainischen radikalen, terroristischen Nationalismus. Zu Recht weist Motyl darauf hin, daß es die radikalen, voluntaristischen, von einer neuen Gesellschaft auf der Basis ideologischer »Reinheit« handelnden Gedanken Doncovs waren, die bei den Studenten im Exil, aber auch bei größeren Teilen der in Galizien heranwachsenden Jugend gut ankamen. Doncov huldigte dem Jugendkult und hatte nach Motyl denn auch nicht nur »an enormous influence on all Galicians«, sondern vor allem eine »unchallenged and unquestioned popularity with the young in general and the students in particular«. Motyl bezeichnete Doncov als »Propheten« der Jugend und als denjenigen, der »molded the entire inter-war generation of Galicians and determined the intellectual categories with which they defined their reality«. <sup>176</sup> Dies allerdings als »poverty of [...] political thought« zu sehen, <sup>177</sup> wird der Sache insofern nicht gerecht, als Doncovs Denken dem Standard der radikalen Politphilosophen ganz Europas entsprach und somit deren Niveau. Nur aus der Perspektive eines ja gerade abgelehnten Intellektualismus war dieses Denken primitiv.

Neben den Studenten der ausländischen Universitäten, die mit den nationalistischen Bewegungen in ganz Europa in Kontakt kamen und sich an ihnen orientierten, waren

<sup>176</sup> Motyl, Turn, S. 84-85. – Motyl folgt hier Knyš, der schrieb, Doncov habe »mit seinen dämonischen Worten die Seelen der jungen Generation der Westukraine gefangengenommen« (Zynovij Knyš, *Pry džerelach ukraïnskoho orhanizovanoho nacionalizmu*. Toronto 1970, S. 23).

<sup>177</sup> Motyl, Turn, S. 84-85.

es die Schüler und Studenten Galiziens, die deutlicher als andere wahrnahmen, daß die Versuche der Kooperation mit Polen – sei es der Pakt Petljuras mit Piłsudski, seien es die Kompromißformeln des UNDO – weder dem heroisch-nationalistischen Anspruch genügten, noch zu sichtbaren Erfolgen führten. Die Erziehung in nationalem Geiste war folgenreich: Nachdem sie in den 1920er Jahren an der Schuljugend praktiziert worden war, wuchs in den 1930ern eine Generation radikaler junger Nationalisten in die Strukturen der ukrainischen Minorität hinein. Hatte die ukrainische Nationalbewegung anfangs noch mit der Konkurrenz der Sowjetophilie zu ringen und Mitte der zwanziger Jahre an »Personalmangel« zu leiden, vermochten selbst die Verhaftungen Tausender in den 1930ern die Bewegung nicht zu vernichten. Im Gegenteil, die Gefahr im Kampf gegen die Polen war gerade der Kick, der die heranwachsenden Nationalisten ansprach. Die »alten« Emigranten waren dagegen vorsichtiger und zu taktischen Zugeständnissen bereit, die der Jugend unzumutbar erschienen.

Die studentische Radikalisierung brach in den 1930er Jahren aus dem Intelligencija-Milieu aus. Die Listen der durch die polnischen Organe verhafteten enthielten nicht mehr nur Studenten und Gymnasiasten, sondern zunehmend auch kaum beschulte junge Ukrainer aus den Dörfern und kleinen Städten. Der Generationenwechsel war politisch relevant. Volodymyr Martynec, einer der radikalsten Nationalisten, identifizierte die Elterngeneration mit dem Sozialismus und einer politischen Kompromißhaftigkeit, wie sie in Doncovs Vorwurf des »Provençalismus« erkennbar war. Die junge Generation hingegen wußte, was sie wolle und wie sie es bekommen könne, sie sei nationalistisch und radikal.<sup>178</sup> Wiederum ist es verwegen, diese Generation als »simpleminded« abzutun,<sup>179</sup> denn was heute primitiv klingen mag, war das Denken eines gehörigen Teiles einer ganzen europäischen Generation, und zwar einschließlich der Intellektuellen. Andrijevskij stellte 1928 programmatisch fest, die »Alten« hätten sich an fremden Ideologien orientiert, und seien daran gescheitert:

»Nur die Gruppe der heutigen Nationalisten, Minderjährige und Jugendliche, ging ohne Programme oder Statuten, aber mit Dolchen in den Händen in den Kampf um Befreiung, Staatlichkeit und Selbständigkeit; nur diese Gruppe, erzogen im Feuer der Aufstände und des regulären Krieges, gehärtet durch Mühsal, Hunger, Elend, nur sie allein bezog ihre Lehren *organisch und unmittelbar* von ihrer Nation, ihrer Zeit und den gegenwärtigen Umständen. Sie allein hat die Kraft und die Möglichkeit, *fremde Konzeptionen und von außen übergestülpte Formeln zu vermeiden und in sich selbst und im Schoße ihrer Nation ihre raison d'être zu finden.*«<sup>180</sup>

Mykola Klymyšyn (1909 – ?), ein führender Kopf von Banderas OUN, thematisierte den Generationenunterschied sehr deutlich. Er meinte, man könne selten in der Geschichte eines Volkes so deutlich voneinander geschiedene Generationen unterscheiden – und hatte damit unrecht, weil dies eine gesamteuropäische Erscheinung war. Seiner Sicht nach zog sich die um die Jahrhundertwende geborene Generation der Teilnehmer der Befreiungskämpfe von 1917-21 – das »pokolinnja Petljury« – zur

<sup>178</sup> Hryč Andrijenko [Volodymyr Martynec], »Bat'ky i dity«, Studentŭskij Vistnyk 3 (1925), H.4, S. 10-15; vgl. Motyl, Turn, S. 89.

<sup>179</sup> Motyl, Turn, S.89.

<sup>180</sup> Dmytro Andrijevskij, »Naša pozycja«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S.8-11, hier S. 8 (Hervorhebungen im Original). Vgl. im selben Sinne Knyš, Pry džerelach, S. 20.

selben Zeit zurück, zu der die 1906-1913 Geborenen – das »pokolinnja Bandery« – das Alter erreichten, in dem »sie sich am besten zum Kampf eigneten«. Daß diese als Kinder am liebsten »Befreiung« spielten, war wohl nicht der Hauptgrund für ihre Motivation, sondern ein Symptom dafür, wie unter den polnischen Bedingungen von Herablassung und Unterdrückung ein Befreiungsthema gedeihen konnte.

»Die Romantik des Untergrundkampfes, Patriotismus und die Pflege von ritterlichem Geist und Heroismus halfen, in der Ukraine einen eigentümlichen Typ des Kämpfers für die Freiheit der Ukraine zu schaffen, der vor nichts Angst hatte. Nicht einmal vor dem Tode«. <sup>181</sup>

Die über ganz Europa verstreuten und nach neuen Wegen suchenden ukrainischen Studenten sahen die Analogie zwischen der eigenen Lage und derjenigen der nationalistischen Gruppen ihrer Gastländer, und sie versuchten sich von den Halbheiten der Vätergeneration zu lösen. In der ukrainischen Exilgesellschaft fanden nicht nur aktivistische (Soldaten-) und radikale (Studenten-) Gruppen zusammen, man war darüber hinaus durchaus auf der Höhe des europäischen ideologischen Diskurses der Rechten. Motyl hat in seinem Buch dargestellt – daher dürfen wir hier auf die Einzelheiten verzichten – wie Jevhen Konovaléc und andere Persönlichkeiten der »alten Generation« erkannten, daß sie, wenn sie die Dynamik der Jugendbewegung für sich nutzen wollten, sich an ihre Spitze setzen mußten. Dies war nicht leicht, denn einerseits stand Konovaléc selber dem studentischen ideologischen Radikalismus fern, andererseits bedeutete ein Zusammengehen der Radikalen mit der UVO-Führung auch einen Rückgriff auf eben jene »Alten«, die man gerade diffamierte. Unter Konovalécs Nachfolger führte die Vernachlässigung der Rücksichtnahme darauf zum Auseinanderbrechen der OUN.

Als sich die ukrainische Emigration zwischen 1918 und 1921 in das mittlere und westliche Europa ergoß, nahm sie die Zersplitterung der Entwicklung in der Ukraine mit und perpetuierte sie im Exil. Kaum jemand behielt den Überblick, wer gerade was repräsentierte und ob hinter den unzähligen Gruppierungen mehr als persönliche Ambitionen standen. Internierung, Sammlung in Bildungseinrichtungen, Selektion durch Rückwanderung und Stabilisierung durch »Koalition« und staatliche Förderung führten dann zu einer Konsolidierung der Emigrantenlandschaft. Ephemere Gruppen verschwanden von der Bildfläche, und es bildeten sich einige wenige Zentren aus, die aktiv blieben.

- Für die UNR-Anhänger waren die Basen in Polen und Frankreich die Überlebensgarantie. Nach der Ermordung Petljuras wurde ihre Hauptfigur zu einem anerkannten Märtyrer. In Polen verstetigte sich das legale UNDO, das zeitweise aus seiner Kooperation mit den Pilsudski-Anhängern Kapital schöpfte.
- Die Her'man-Richtung gewann an Statur, weil sie eine amerikanische Anhängerschaft vorweisen und sich mit einem intellektuellen Annex (Lypynskýj, UWI) schmücken konnte; zudem erfuhr sie über Groener deutsche Förderung. Konkurrenten, denen dies nicht gelang (Poltaveć, Wilhelm, Lypynskýj-Dissidenten 1930), verschwanden bald von der Bildfläche.
- Radikale antipolnische Nationalisten gruppieren sich zunächst um die UVO, die früh die Verbindung mit deutschem Militär suchte. In den 1920er Jahren kam hier

<sup>181</sup> Mykola Klymyšyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, Toronto 1975, S. 22-28.

ein Konsolidierungsprozeß (hin zur OUN) in Gang, den wir im folgenden Kapitel behandeln.

Sozialisten diverser Couleur, die die Jahre 1917-1921 noch geprägt hatten, verschwanden aus dem Blickfeld, auch wenn kleine Gruppen weiterhin agierten. Zum einen raubte ihnen der allgemeine »Turn to the Right« ihre Klientel, zum anderen entzog ihnen die Rückwanderung in die Sowjetunion ihre intellektuellen Führer. Diesen *brain drain* überstand die Linke nicht. Wer im Westen blieb oder dorthin zurückkehrte, war bald von der Sowjetunion enttäuscht und verließ (wie Petruševyč oder Vynnyčenko) die politische Bühne. Und diejenigen, die in der UdSSR blieben (Bačynskýj, Hruševskýj, Vityk), kamen bald auf mehr oder weniger natürliche Weise ums Leben.

Damit überstanden drei politische Richtungen die Phase der Zersplitterung und gestalteten in den 1930er Jahren die Politik der Emigranten. Für alle wurde die Nutzung von verbündeten Mächten zur Geschäftsgrundlage. Für die beiden letzteren (und partiell auch für die UNR-Gruppe) war dies die Verbindung mit Deutschen. Anhänger einer Partnersuche in westlichen Demokratien erfuhren nach dem Petljura-Prozeß einen empfindlichen Rückschlag.

Die Verbindung mit den Deutschen war in den 1920er Jahren nicht ideologisch, sondern machtpolitisch begründet. Deutschland galt als Gegner Polens und – trotz Rapallo – mit seiner Tradition der Randstaatenpolitik auch als potentieller Gegner Rußlands. Dies mußte deutscherseits kaschiert werden. Aber die Kooperation auf zahlreichen Gebieten lange vor der nationalsozialistischen Machteinsetzung war kein Zufall, sondern das Produkt der seit dem Ersten Weltkrieg erfahrenen Konvergenz von Interessen. Ukrainische Exilpolitiker hielten die Zusammenarbeit mit Deutschen für ebenso erfolgversprechend wie diese, die zwar abwarteten, solange die ukrainische politische Landschaft gar zu unübersichtlich war, aber die in ihrer Richtung ausgestreckten ukrainischen Hände ergriffen, als sie wieder einen Überblick zu gewonnen zu haben glaubten und in den Ukrainern Helfer für ihre nur vorübergehend zurückhaltendere Ostpolitik erblickten.

## VII. NATIONALSOZIALISTEN UND NATIONALISTEN

Nahezu alle politisch aktiven Ukrainer außerhalb der Sowjetunion konnten sich Ende der 1920er Jahre darauf einigen, daß eine Zusammenfassung aller Kräfte notwendig sei, um eine Verbesserung der nationalen Lage ihrer Landsleute zu erreichen. Der Nationalismus wurde so in den 1930er Jahren zur »dynamischsten politischen Kraft in der außersowjetischen ukrainischen Welt«.¹ Die »neuen« (integralen) Nationalisten setzten dabei ihre Nation über alles andere und sahen nur mehr einen autoritären Weg zu ihrer Konstruktion.

Neben dem Ziel der »Staatlichkeit« wurde die politische Gleichschaltung das zweite Axiom im politischen Denken. Und die Nationalisten hielten diese antipluralistische Einstellung auch durch: Noch 1996 konnte ein OUN-Funktionär in Canada über die ukrainischen Studenten im Berlin der 1920er Jahre schreiben:

»... die schwächste Stelle im Leben der Studenten [...] nach dem Ersten Weltkrieg war die sehr starke ideologische Streuung, die eine innere Arbeit einfach unmöglich machte.«²

Die neuen Nationalisten suchten diese Streuung zu beseitigen. Die Deutschen kritisierten ebenfalls immer wieder die Zerstrittenheit der ukrainischen Politiker, also war dieses Bemühen auch etwas, was der deutschen Seite nicht mißfiel. In diesem Kapitel wird daher untersucht, wie die Versuche der ukrainischen Nationalisten, die Ukrainer in einer Sammlungsbewegung zu vereinigen, mit den deutschen Haltungen korrespondierten.

### 1. AUS DER ZERSPLITTERUNG ZUR OUN

Motyl und Mirčuk beschrieben die UVO-Entwicklung Mitte der 1920er Jahre überzeugend. Die UVO war zwar etabliert, aber ihre Funktion unklar. Mirčuk betonte, daß sie bis auf die Unabhängigkeit eigentlich kein politisches Programm (»kein eigenes ideologisch-propagandistisches Antlitz«)³ hatte und anfangs Mitglieder unterschiedlicher Parteien bis hin zu Sozialdemokraten vereinigte. Als in Polen prosowjetische und kompromissbereite Alternativgruppen entstanden, blieben nur die Rechtsradikalen in der UVO. Zu einer Terror- und Spionageorganisation verkommen, konnte sie nicht mehr die Aufgaben eines politischen Zentrums erfüllen. Der Entschluß, die UVO mit den Organisationen des aufstrebenden »jungen« Nationalismus zu verbinden, war

¹ Ivan Lysjak-Rudnyčkyj, *Miž istorijeju j politykoju*. München 1973, S. 241.

² Vasyl' Jariš, »Ukraїnska kul'tura j mystectvo v Berlini«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukraїnci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S.52-79, hier S. 55.

³ Mirčuk, *Narys*, S. 41.

einerseits naheliegend, andererseits kompliziert.<sup>4</sup> Kompliziert deswegen, weil dem UVO-Konzept eine Über- oder Außerparteilichkeit anhaftete, wie sie lange Zeit dem Selbstverständnis militärischer Formationen entsprach.

Bereits hier könnte gefragt werden, ob es den ukrainischen Nationalisten um die Kreation eines Staates auf der Basis bestimmter Ideen ging. Bei Lypynskyj war das sicher der Fall. Bei der UVO der ehemaligen Soldaten aber ging es anfangs nur um den Staat an sich, um kein konkretes politisches Programm. Auch die mehr oder weniger konkreten späteren Texte konzentrierten sich eher auf den Machterwerb als auf die Frage, wie man den »nationalen Staat« der Ukrainer dann ausgestalten würde. Was noch am ehesten ideologieähnlich war, war das Schrifttum Doncovs. Seine Schriften waren die Texte, an denen die nationale Agitation unter den Gymnasialschülern stattfand, die Mitte/Ende der 1920er Jahre nach ihrem Abitur die bis dahin sowjetfreundlichen Studierenden in Lemberg ersetzten. Die OVKUG rief in Galizien gezielt zum Studium seiner Texte auf.<sup>5</sup> Die Schüler und jungen Studenten in Lemberg und in der Tschechoslowakei folgten dem, waren radikalisiert und begeistert. Mit diesen jungen Leuten wollte Konovalč seine UVO auffüllen und dabei gleich auch die jungen Nationalisten in einer einheitlichen Organisation zusammenzuführen. Der Weg zur OUN war eingeschlagen.

Da traf es sich gut, daß seit den frühen 1920er Jahren außerhalb Galiziens andere neue politische Gruppen entstanden waren. Während Sozialisten, UNR- und selbst Skoropadskyj-Anhänger in der Tradition der »ukrainischen Revolution« von 1917-1921 standen, und auch die UVO sich noch nicht als Schöpferin von etwas Neuem sah, war dies bei einer »neuen Rechten« anders. Gemein war ihr, daß sie Vorstellungen von politischer Einheitlichkeit hatte und das Gezänk von Gruppen, »Orientierungen« und Einzelpersonen eliminieren wollte. Ihr Referenzrahmen waren nicht die (gerade einmal drei bis fünf Jahre zurückliegenden) Erfahrungen der »Alten«, sondern die neuen Strömungen, die es in Mittel- und Westeuropa gab.

Wir können uns im Rahmen dieses Buches nicht mit allen organisationellen Einzelheiten der nationalistischen Gruppen beschäftigen, die Motyl und Mirčuk beschrieben haben. Eine unparteiische ideengeschichtliche Auswertung der nationalistischen Texte steht bisher aus. Auch hier werden wir uns auf bestimmte Aspekte zu konzentrieren haben. Während die Historiographie inzwischen davon ausgeht, daß die ukrainischen Staatsversuche am nationalen Desinteresse der Bevölkerung und der größeren Attraktivität der sowjetischen Versprechungen gescheitert waren, gingen die Nationalisten von dem Gegensatz zwischen »Massen, die elementar einen eigenen Staat herbeisehnten, und einer schwachen Führung [aus]. Die Kritik einzelner Fehler und Mißerfolge dieser Zeit verwandelte sich bei den Nationalisten in einen Gegensatz zu demokratischen und sozialistischen Prinzipien, die in der nationalen Befreiungsbewegung [...] erkennbar gewesen waren.«<sup>6</sup>

Als erste neue nationalistische Formation gilt die in den tschechoslowakischen Internierungslagern Reichenberg/Liberec und Josefstadt/Josefov 1922 von Galiziern gebildete *Hrupa Ukraïnskoï Nacional'noi Molodi* (Gruppe der Ukrainischen Natio-

<sup>4</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 125-126.

<sup>5</sup> Vgl. Mirčuk, Narys, S. 56.

<sup>6</sup> Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju, S. 235.



nenalen Jugend – HUNM). Als die Tschechoslowakei den Internierten Bewegungsfreiheit zugestand, begann sich die HUNM auszubreiten. Da sie zunächst aus internierten UHA-Soldaten bestand, waren die meisten Mitglieder Galizier, und die Betonung der »Jugend« im Namen wies darauf hin, daß hier eine neue politische Formation entstand.<sup>7</sup> Mit der Ankunft der UNR-Veteranen in der Tschechoslowakei kam eine ostukrainische Komponente hinzu, die aber schwach blieb. Akademiker, etwa Dr. Stepan Nižankivskýj, der auch der Studentenvereinigung CESUS vorstand, waren die wichtigsten Träger der Gruppe.

In Prag erschien zunächst hektographiert, ab 1926 gedruckt das Monatsblatt *Nacional'na Dumka* (Nationaler Gedanke), welches anfangs die Studenten Ivan Hyža und Myron Konovaléc (1894-1980), ein Bruder des UVO-Führers Jevhen, redigierten. Als diese 1926 nach Polen zurückkehrten, übernahm die Redaktion ein Kollegium unter Oles' (Oleksa) Babij (1897-1975), die praktische Arbeit der junge Journalist Volodymyr Martyneč, der 1927, als auch Babij nach Polen ging, die Redaktion übernahm. Ihm folgte kurz nach Oleksa Bojkiv. In der Zeitschrift schrieben auch Julijan Vassijan (1894-1953), Dmytro Andrijevskýj und Roman Suško.<sup>8</sup> Das Blatt ging Anfang 1928 in der *Rozbudova Nacii* auf. Seine Artikel forderten die Abkehr von den demokratischen Konzepten der Wilsonschen Nachkriegszeit und setzten an deren Stelle das Recht des Stärkeren und die Abkehr von allen »Universalismen«, »dem christlichen wie dem internationalistischen«.<sup>9</sup> Die Konzentration auf die eigenen Interessen ging mit deutlichem Pragmatismus einher:

»Wir reden hier von keiner Orientierung in dem Sinne, daß der eine oder andere Staat besonders berufen sei, uns Hilfe zu leisten. Unser Gedanke: ein Maximum an eigenen Kräften im Kampf um die eigene Staatlichkeit unter gleichzeitiger Ausnutzung jeder, auch der geringsten Hilfe, die der Moment mit sich bringt.«<sup>10</sup>

Troščynskýj hat darauf hingewiesen, daß *Nacional'na Dumka* sich der gleichen Worte bediente, wie sie Doncov zuvor in *Zahrava* publiziert hatte. Die Kritik an »Recht« und »Gerechtigkeit« als moralischen Maulkörben, an »Demokratie« als dem Ziel von Täuschern und politischen Feiglingen verband bereits in dieser frühen Phase Doncov mit der HUNM.<sup>11</sup> Für *Zahrava* hatten die alte Moral und ihre Träger abgewirtschaftet, »das Steuer des Kampfes sollten neue Menschen übernehmen«.<sup>12</sup> Die Ablehnung des politischen Establishments der Zeit des Ersten Weltkriegs wurde zum Postulat der neuen Nationalisten, der Generationen- und Ideenwechsel ein konstitutives Element

<sup>7</sup> Dorošenko hatte Anfang Januar 1924 erstmals mit der HUNM in Prag Kontakt. Auf dem Treffen waren nach seinen Angaben 50 Menschen, davon 5-6 Ostukrainer. Er nannte sie »sehr liebe Menschen, mit schönen Ansichten und Stimmungen« (Dorošenko an Lypynskýj, 7.1.1924, in: Lypynskýj, Archiv, Bd. 6, Dok. 85, S. 69). Tatsächlich waren die »Studenten« nicht alle unbedingt »jung«. Die tschechoslowakische Förderung ermöglichte es auch älteren Internierten, Bildungseinrichtungen zu besuchen (Vgl. Lewandowski, *Sprawa ukraińska*, S. 289).

<sup>8</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 64-65. Volodymyr Martyneč, »Ukraińska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraïnskykh Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 233-234.

<sup>9</sup> Vgl. »Naša ideolohija«, *Nacional'na Dumka*, H. 3, 1924, S. 6-7; zit. nach Troščynskýj, *Mižvojenna ukraińska emihracija*, S. 194.

<sup>10</sup> Ebd., zit. nach Mirčuk, *Narys*, S. 66.

<sup>11</sup> Vgl. Dmytro Doncov, »Naši cili«, *Zahrava* I (1923), H. 1, S. 1-2; vgl. Troščynskýj, *Mižvojenna ukraińska emihracija*, S. 195.

<sup>12</sup> Dmytro Doncov, »Pid znakom pohotivlja«, *Zahrava* I (1923), H. 3, S. 42.

der nationalistischen Bewegung. Die »aktiven«, also die Militärs, und die »jungen«, also die Studenten, sollten so angesprochen werden.<sup>13</sup>

Martyneč diskutierte in seinen Erinnerungen die Separation der Galizier von den Dnepr-Ukrainern. Vorsichtig stellte er den von Nižankivskýj genannten Prozentsatz von 30% Ostukrainern in der HUNM in Frage und verwies darauf, daß die Ostukrainer den Galiziern das Überlaufen der UHA zu Denikin und den Bol'seviki und die Galizier den Ostukrainern Petljuras Bündnis mit Piłsudski nicht verzeihen wollten. Nach Martyneč waren diese Vorwürfe »beleidigend, sie schmerzten, wurden zur Ursache gegenseitiger Meidung, schufen und bestärkten einen territorialen Partikularismus, verlängerten die Existenz des berüchtigten »Zbruč-Flüssleins«, erschlugen im Keim die Idee der Sobornist'«. <sup>14</sup>

Die im Umfeld der Hochschule von Poděbrady gebildete mehrheitlich ostukrainische *Legija Ukraïnskych Nacionalistiv* (Legion Ukrainischer Nationalisten – LUN) führte am 12. November 1925 kleinere Gruppen wie die Ukrainische Nationale Vereinigung (Ukraïnske Nacional'ne Objednannja) mit Mykola Sciborškyj (1897-1941) und Dmytro Demčuk, die Union Ukrainischer Faschisten (Sojuz Ukraïnskych Fašystiv – SUF) mit Leonid Kostariv (1888-?) und Petro Koževnykiv und einen nicht mit seinem Namensvetter aus dem Ersten Weltkrieg zu verwechselnden Bund zur Befreiung der Ukraine (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny) mit Jurij Kollard (1875-1951), einem RUP-Veteranen, zusammen.<sup>15</sup> LUN forderte offen die Diktatur und propagierte Antiintellektualismus und Aktionismus mit dem Leitspruch »Dumka dumkoju, meč mečem« (Der Gedanke ist ein Gedanke, aber das Schwert ein Schwert).<sup>16</sup> Leonid Kostariv, ein Repräsentant der »Faschisten«, war zeitweise Anhänger Skoropadskyjs.<sup>17</sup> Die LUN verwendete als erste den Begriff »Nationalist« und führte den Gruß »*Slava Ukraïni*« (wörtlich »Ruhm der Ukraine«, vergleichbar mit »Heil Ukraine«) ein.<sup>18</sup>

Terminologisch war der SUF der interessanteste Teil dieser Gruppierung, während Mykola Sciborškyj das prominenteste Mitglied der LUN war. Der OUN-Historiker Petro Mirčuk bemühte sich, einen Gegensatz zwischen dem SUF und der Sciborškyj-Gruppe zu konstruieren. Letztere habe sich allein auf ukrainische Staatstraditionen beim Ausbau eines ukrainischen Nationalismus stützen wollen, während der SUF »die Erfahrung anderer Völker, insbesondere den italienischen Faschismus« zum Vorbild genommen haben soll.<sup>19</sup> Mirčuk wie später auch Troščynskýj nahmen in dieser Aus-

<sup>13</sup> Völlig zu Recht sah Torzecki in diesem Phänomen kein Spezifikum der Ukrainer, sondern eine in Ostmittel- und Südeuropa regelhafte Entwicklung (Torzecki, *Kwestia ukraińska* 1972, S. 69).

<sup>14</sup> Martyneč, *Ukraïnske pidpillja*, S. 149.

<sup>15</sup> »Z dijāl'nosti organizacij«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 1, S. 24.

<sup>16</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 129-137. – Vgl. Knyš, *Pry džerelach*, S. 49-60. In die OUN-Ideologie ging dieses Prinzip in der Vorstellung Jaroslav Oršan ein, aus der Bewegung einen »Orden« zu schaffen: »Ein solcher Orden baut sich in erster Linie auf der Grundlage einer Charakterauslese auf. Erst in zweiter Linie ist der Vorrat an Sachwissen der einzelnen Mitglieder wichtig, womit selbstredend nicht gesagt sein soll, daß der Orden seine Mitglieder etwa von der Pflicht des Lernens und des Lehrens entbindet« (Jaroslav Oršan, *Wo wir stehen* [1938], hier nach *Ukrainischer Nationalismus*. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 92-93).

<sup>17</sup> Knyš, *Pry džerelach*, S. 51.

<sup>18</sup> Ebd., S. 53.

<sup>19</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 68.

einandersetzung einen Sieg der Anhänger »eigener« Muster (Sciborśkyj) gegenüber den Faschismus-Nachahmern an, was jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht zutrifft (s. Kapitel »Faschismus-Frage«).<sup>20</sup>

Jurij Artjušenko, selber Mitglied der LUN, schrieb in seinen Memoiren vom »Zusammenfließen« (zlyttja) zweier Strömungen: Eine sei »umweht von der Romantik der ukrainischen historischen Vergangenheit« gewesen, die andere, kleinere, »fern der Romantik vergangener staatlicher Perioden«, habe »die Basis ihrer ukrainischen nationalistischen Ideologie in verschiedenen neuen europäischen Bewegungen« gesucht.<sup>21</sup>

Kostariv und Koževnykiv haben mit Sciborśkyj um ideologische Fragen gerungen, besiegt wurden sie jedoch nicht, solange LUN bestand. Dem Redaktionskollegium der *Deržavna Nacija* (Staatsnation), der neuen Monatsschrift der LUN, gehörte 1928 neben Sciborśkyj und Demčuk auch Koževnykiv an. Koževnykiv war dann 1928/29 Redakteur der *Rozbudova Nacii*. Als im März 1928 LUN sich mit dem Generalrat (Heneral'na Rada) ein neues Führungsorgan gab, blieb Sciborśkyj der Vorsitzende, aber Kostariv wurde politischer Referent und Koževnykiv Referent für Presse und Propaganda.<sup>22</sup> Bei der Vereinigung der Ortsgruppen von HUNM und LUN in Berlin im Juni 1928 wurde Koževnykiv Sekretär des Vorstands.<sup>23</sup> Im Januar-Februar 1929 war Kostariv der Vorsitzende der Organisationskommission des OUN-Gründungskongresses.<sup>24</sup> Kostariv und Koževnykiv wurden auch Mitglieder des Provid Ukraïnskych Nacionalistiv (Führung der Ukrainischen Nationalisten – PUN), des Leitungsorgans der im Februar 1929 gegründeten OUN.

1927 kamen LUN und HUNM überein, auf eine einheitliche Nationalistenbewegung hinzuarbeiten. Dies war nicht selbstverständlich, denn in der LUN war Demčuk der Meinung, Sciborśkyj gebe zu rasch eigene Positionen auf – vermutlich spielten für ihn persönliche Empfindlichkeiten eine größere Rolle als Fragen der Ideologie und Taktik.<sup>25</sup> Immerhin soll ein Projekt eines Statuts und ein gemeinsamer Vorstand einer »Union der Organisationen Ukrainischer Nationalisten« unter Sciborśkyj und Nižankivśkyj zustande gekommen sein, aber die Gruppen blieben voneinander unabhängig.<sup>26</sup> Offenbar kam es nur in Brünn und Berlin zu echten Zusammenschlüssen. In Berlin konstituierte sich am 25. Juni 1928 die Union Ukrainischer Nationalisten in Deutschland (Sojuz Ukraïnskych Nacionalistiv u Nimeččyni – SUNN) unter dem ehemaligen Jura-Studenten und UVO-Mitglied Sydir Čučman. Schatzmeister war S. Tymčuk, Sekretär wie schon erwähnt Koževnykiv und weiteres Vorstandsmitglied Konovalecs Sekretär, der Chemiestudent Mychajlo Seleško (1901-1981).<sup>27</sup> Es dürfte nicht verfehlt sein, in diesem Zusammenschluß von Männern aus dem zweiten Glied einen als Vorbild gedachten Versuch zu sehen. Čučman war eine Art Faktotum Konovalecs, mit dem er seit der Schulzeit befreundet war. Martyneć, der Čučman be-

<sup>20</sup> Ebd., S. 68-69; Troščynśkyj, Mižvojenna Ukraïnska emihracija, S. 197

<sup>21</sup> Jurij Artjušenko, Podii i ljudi na mojemu šljachu borot'by za deržavu 1917-1966. Chicago 1966, S. 89-90, zit. nach Mirčuk, Narys, S. 68.

<sup>22</sup> Mirčuk, Narys, S. 70-71.

<sup>23</sup> Ebd., S. 74.

<sup>24</sup> Ebd., S. 90.

<sup>25</sup> Vgl. Martyneć, Ukraïnske pidpillja, S. 209.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 178; Mirčuk, Narys, S. 71-73; Motyl, Turn, S. 136-138.

<sup>27</sup> Rozbudova Nacii I (1928), H. 12, S. 300, vgl. auch Mirčuk, Narys, S. 74.

scheinigte, »keiner von denen zu sein, die Amerika entdeckt haben«, hielt ihn für dessen »Auge und Ohr«. <sup>28</sup>

Zu den nationalistischen Emigranten stießen mit Verspätung galizische Nationalisten. Im Lemberger Studentenmilieu hatten Gegner der Sowjetunion zunächst keinen ganz leichten Stand. Die illegale »Gruppe der Ukrainischen Staatsanhängenden Jugend« (Hrupa Ukraïnskoï Deržavnyčkoï Molodi) vertrat keine klaren politischen Ziele und blieb mit ihren Führern Stepan Ochrymovyč (1905-1931), Osyp Bodnarovyč (1895-1944), Ivan Gabrusevyč (1902-1944) und Bohdan Kravciv anfangs eine Randscheinung. Nachdem 1926 die Zöglinge der OVKUG aus den Gymnasien an die Lemberger Universität zu strömen begannen, entstand dort die Union der Ukrainischen Nationalistischen Jugend (Sojuz Ukraïnskoï Nacionalistyčnoï Molodi – SUNM), die wiederum aus zwei Fraktionen bestand. Eine sich zum Faschismus bekennende Gruppe um Osyp Bodnarovyč, der seinerseits mit Dmytro Paliiv und seinem Blatt *Novyj Čas* sowie mit Roman Suško in Verbindung stand, wollte legal operieren und sich mit UNDO politisch abstimmen, während die radikale Mehrheit um Ivan Gabrusevyč den Doncovschen Prinzipien des ideologischen Exklusivismus huldigte. <sup>29</sup> Bodnarovyčs Richtung, die auch das Blatt *Smoloskyp* publizierte, verließ den SUNM. <sup>30</sup> Der Rest des SUNM unter Bohdan Kravciv, Stepan Lenkavskij (1904-1977) und anderen Gabrusevyč-Leuten begründete vieles von dem, was dann zum Bestand der OUN gehören sollte. Die emotionalen, aktionistischen und kompromißlosen Elemente der OUN-Politik, die nach der Spaltung von 1940 in der OUN-B fortwirkten, stammten überwiegend aus dem SUNM-Milieu.

Zynovij Knyš betonte schon für diese Zeit die Differenz zwischen den Emigranten und den »Krajovyky« (Landesbewohnern). In seinem Buch von 1960, in dem er sich über weite Strecken auf eine Interpretation stützte, die Mykola Sciborskyj 1940 formuliert hatte, verknüpfte er den Generationenunterschied, die gegenseitige Wahrnehmung von »Schreibtischtätern« und »Gewaltrevolutionären« und andere gruppendynamische Prozesse miteinander und zeichnete so das Bild einer zerstrittenen Organisation, deren Brüche nur mühsam verkleistert wurden. Zu einer zentralen Figur wurde in seiner Narration die Person Riko Jarys – aber Vorsicht ist geboten, denn diese Narration war ein Produkt des Jahres 1940, als Jarys sich bereits im Unterschied zu Knyš für die »Jungen« der Bandera-Fraktion entschieden hatte. <sup>31</sup>

Im SUNM kreierte man das Konzept einer »permanenten Revolution«, Volodymyr Janiv schuf gestützt auf die studentischen Opfer der Schlacht von Kruty gegen die Bolševiki am 29. Januar 1918 einen an den Langemarck-Mythos angelehnten Helden- und Festtagskult, man verfolgte nach Doncov eine »Ideologie der Tat«, und dem Aktionismus entsprang neben Führerprinzip und Konspiration auch der »Dekalog»,

<sup>28</sup> Martyneč, *Ukraïnske pidpillja*, S. 190.

<sup>29</sup> In diesem Kontext ist die nationalistische Kritik an Paliiv interessant. Bahan wirft ihm vor, er habe vorgehabt, »die ganze Politik der UVO auf Positionen des Demokratismus hinüberzuziehen«. Wohlgermerkt – dies wird noch 1994 in der Ukraine als Negativum gerügt (Oleh Bahan, *Nacionalizm i nacionalistyčnyj ruch. Istorija ta ideï. Drohobyč* 1994, S. 44).

<sup>30</sup> Zwar war es sein Rivale Lenkavskij, der dies schrieb, aber diesem schien Bodnarovyč »etwas Mussolini ähnelnd«: »Er liebte es manchmal, Führerposen einzunehmen, obwohl er in seinem Herzen Demokrat war [...]« Beides war für Lenkavskij negativ besetzt (Stepan Lenkavskij, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalčuk ta joho doba*. München 1974, S. 395-425, hier S. 401).

<sup>31</sup> Vgl. Zynovij Knyš, *Rozbrat*. Toronto 1960, S. 17-23.

eine Liste von 10 Geboten, zu deren Einhaltung sich die Mitglieder verpflichten mußten. Am 1. November 1928 lieferte sich der SUNM eine blutige Auseinandersetzung mit der Lemberger Polizei. Inzwischen agierte er in studentischen Organisationen, bei den Pfadfindern, den Jugendgruppen »Sokoly« und »Luh« und gestaltete zunehmend auch die Prosvita, die Lesehallenbewegung, durch die auch das nicht-studentische Milieu Verbindungen zum Nationalismus erhielt.<sup>32</sup>

Konovalecs Bestreben, seine geschwächte UVO mit einer politischen Organisation zu verbinden, richtete sich auf alle diese miteinander kaum kooperationsbereiten, sektiererischen Gruppen. Dennoch gelang der Zusammenschluß erstaunlich gut. Konovalec bot Martyneć an, anstelle der HUNM-Zeitschrift die *Surma* der UVO zu redigieren. Formal war Sydir Čučman der Redakteur, Martyneć hielt aber nicht hinterm Berg, daß er ihn für »steril« hielt – ungeeignet, ein Blatt zu lenken, das »neue Gedanken« ausarbeiten sollte.<sup>33</sup> Damit war ein erster Schritt getan.

Vom 3. bis zum 7. November 1927 tagte in Berlin die 1. Konferenz Ukrainischer Nationalisten – 15 Männer, die in vielen taktischen Fragen unterschiedlicher Meinung waren. Man entschied sich dagegen, eine legale Partei zu bilden. Auch der Vorschlag, nur eine Dachorganisation der nationalistischen Vereine zu schaffen, fand keine Mehrheit. Stattdessen sollten alle nationalistischen Gruppen in einer Organisation aufgehen. Man verständigte sich, eine Führung Ukrainischer Nationalisten (Provid Ukraїnskych Nacionalistiv – PUN) zu bilden, die außer aus dem unumstrittenen Konovalec aus Martyneć, Sciborskyj und Dmytro Andrijevskyj bestehen sollte. Andrijevskyj, der aus dem Gebiet Poltava stammte, 1919 als Sekretär der UNR-Mission in der Schweiz seine Heimat verlassen hatte und nun in Belgien lebte, galt zunächst als ideologischer Kopf.

Der inzwischen in Berlin lebende Martyneć wurde zum Redakteur der von Januar 1928 an erscheinenden *Rozbudova Nacii* (Ausbau der Nation – RN) bestimmt, des theoretischen Organs der Nationalisten. Er beschrieb sie zu Recht als »ideologisch-programmatisches Laboratorium«, in dem Diskussionen stattfanden, aber auch dogmatische Festlegungen. Die Zeitschrift erschien bis Sommer 1934 legal in Prag, wo bis 1930 Oleksa Bojkiv die technische Leitung hatte. Bis Juli 1929 durfte sie sogar legal nach Polen geschickt werden. Ryszard Torzecki schrieb, daß die OUN sich 1929 nach außen als wenig radikal (im Unterschied zur UVO) präsentierte und daß das offizielle Polen bis 1930, als die Terroroperationen wiederaufgenommen wurden, bereit gewesen sei, der OUN »mit einer gewissen Toleranz« zu begegnen.<sup>34</sup> Martyneć war ab 1929 in Prag und überwachte die Herausgabe, wenn auch formell nun Mykola Sciborskyj als Redakteur fungierte.<sup>35</sup>

Für die RN zeichnete auch der »Faschist« Koževnykiv verantwortlich.<sup>36</sup> In der ersten Ausgabe der neuen Zeitschrift betonte die Konferenzleitung ihren Unterschied zu allen

<sup>32</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 139-142. Vgl. Vgl. Mirčuk, Narys, S. 56-62. Lysjak-Rudnyćkyj schrieb, daß von da an auch die Figuren der »Führer« Konovalec, Mel'nyk und Bandera mit einer »Aureole sui generis« umgeben wurden (Lysjak-Rudnyćkyj, Miž istorijeju, S. 239).

<sup>33</sup> Martyneć, Ukraїnske pidpillja, S. 190.

<sup>34</sup> Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1923-1929, S. 264.

<sup>35</sup> Vgl. Volodymyr Martyneć, »Ukraїnska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 238-239; Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1923-1929, S. 258.

<sup>36</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 144-145; Troščynskyj, Mižvojenna ukraińska emihracija, S. 203-205. – An der Konferenz nahmen teil: Konovalec, Petro Sajkevyč und Ljubomyr Makaruška (UVO Lemberg),

bisherigen Ideologien: Mit dem Satz, daß die vertretene »Weltanschauung« (svitohljad) »ihrer Natur gemäß die Beherrschung unserer ganzen nationalen Wirklichkeit anstrebt«, bekannte man sich zum integralen Nationalismus. Die Führung sollte »die ideologische Basis formulieren und eine Struktur ausarbeiten« sowie deren Umsetzung lenken.<sup>37</sup> Martyneć formulierte »das nächste Ziel für die nationalistische Bewegung: die Umgestaltung in eine einheitliche monolithische Organisation«.<sup>38</sup> Nach dem ersten Jahr der solide gestalteten und regelmäßig erscheinenden Publikation stellte Koževnykiv schon äußerlich einen Erfolg fest: Das Blatt hatte sich in einer Zeit halten können, in der man eigentlich eher an die Einstellung ukrainischer Periodika gewöhnt war.<sup>39</sup>

Die geplante Selbstaflösung der bisherigen Formationen war allerdings nicht durchzusetzen. LUN, UNDO und UVO waren nicht bereit aufzugeben. Daß der Widerstand der LUN daran gelegen haben soll, daß die UVO mit den Deutschen kooperierte, wie Wysocki behauptet, ist eher unwahrscheinlich.<sup>40</sup> Wahrscheinlich spielten andere Dinge eine größere Rolle. Dmytro Paliiv, politischer Referent der UVO-Landesleitung, aber auch andere ambitionierte Nationalisten in Galizien, weigerten sich, sich dem PUN unterzuordnen.<sup>41</sup> War eigentlich ein Nationalismus, wie er in Berlin beschlossen worden war, mit der legalen Tätigkeit im UNDO oder überhaupt mit der Beteiligung an polnischer Politik vereinbar?

Als Martyneć, um dies zu klären, mit einem in Berlin ausgestellten Visum unter seinem richtigen Namen 1928 nach Polen reiste, wurde er als Redakteur der UVO-Zeitschrift *Surma* verhaftet, im Prozeß vor dem Schwurgericht in Lemberg jedoch freigesprochen.<sup>42</sup> Richter und Staatsanwalt waren bestochen und führten die Verhandlung nach Martynećs eigenen Angaben zu seinen Gunsten.<sup>43</sup> Den Verdacht, er arbeite mit den Polen zusammen, konnte Martyneć danach nie mehr ganz ausräumen. Hauptziel der Reise war gewesen, Doncov zur Zusammenarbeit mit dem PUN zu bewegen.<sup>44</sup> Dazu war Martyneć sicher nicht der beste Emissär, und er hatte auch keinen Erfolg. Für den »legalen« Doncov war der Besuch Martynećs »keine angenehme Überraschung«. Martyneć meinte, »Kühle« und »Feindseligkeit« (vorožist') zu empfinden.<sup>45</sup> Taktlosigkeit, die Mirčuk Martyneć im Umgang mit Doncov vorgewor-

---

Omeljan Senyk und Sydir Čučman (UVO Berlin), Osyp Bodnarovyč, Bohdan Kravciv und Stepan Ochrymovyč (SUNM), Martyneć, Nižankivskyj und Vassijan (HUNM), Sciborskyj und Koževnykiv (LUN), Andrijevskyj aus Brüssel und Zenon Pelenskyj aus Berlin als »Unabhängige«; vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 76. Zur Redaktion der *Surma*, die noch einige Zeit als UVO-Organ erschien, gehörten neben Konovalč Jary, Senyk, Čučman und Martyneć.

<sup>37</sup> Dmytro Andrijevskyj, Volodymyr Martyneć, »Novyj počyn!«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 1, S. 1-2.

<sup>38</sup> »oformlennja v jedynu monolitnu organizaciju«; V. M., »Po konferencii«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), S. 3-7, hier S. 5.

<sup>39</sup> Petro Koževnykiv, »Rik Rozbudovy Nacii«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 12, S. 420-423, hier S. 420.

<sup>40</sup> Vgl. Roman Wysocki, *Organizacja Ukraińskich Nacjonalistów w Polsce w latach 1923-1939*. Lublin 2003, S.75.

<sup>41</sup> Insofern ist etwa die Aussage abwegig, Paliiv habe ebenfalls der OUN angehört (Vgl. Marko Terlycja, *Nacionalistyčni skorpiony*. Kyiv 1963, S. 15).

<sup>42</sup> A. V., »Pered sudom prysjažnych u L'vovi«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 4, S. 171.

<sup>43</sup> Vgl. Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 244; Mirčuk, *Narys*, S. 494-496.

<sup>44</sup> Vgl. Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 218. In seinem Buch nannte er die Reise mit einem normalen Paß eine »Dummheit« (Vgl. ebd., S. 233).

<sup>45</sup> Ebd., S. 228.

fen hat, war sicher auch im Spiel. Martyneć gebärdete sich vor Gericht entgegen den Absprachen wenig pragmatisch. Doncov dagegen hielt den PUN für überflüssig – »Wozu etwas Neues schaffen?! Unterstützt den ›Visnyk‹! Schreibt in ihm!« Martyneć warf dafür später im PUN den galizischen Nationalisten samt und sonders Opportunismus vor und zerschlug damit viel Porzellan.<sup>46</sup>

1949 schrieb Martyneć, Doncov sei damals immer noch auf Konovaléć beleidigt gewesen, weil jener nicht verhindert hätte, daß *Zabrava* und UPRN eingegangen seien. In internen Papieren wiederum warf Martyneć Doncov vor, UPRN und *Zabrava*-Redaktion nicht von »unerwünschten Elementen« gereinigt zu haben. Festzuhalten bleibt, daß es zwischen Doncov und PUN-Repräsentanten die üblichen Emigrantenstreitigkeiten gab.<sup>47</sup> Konovaléć versuchte mehrfach, seinen Studienkollegen aus Wien und früheren Bundesgenossen in die OUN hineinzuführen. Doncov hatte allerdings aus dem Scheitern von *Zabrava* und UPRN die Lehre gezogen, sich nicht mehr in die Niederungen organisierter Politik herunterziehen zu lassen. Er habe »sich in seiner Einsamkeit wohlgeföhlt, und umgekehrt unbequem [nezručno] in der Organisation«. Man habe deshalb schon Doncov entgegenkommen wollen und ihm das »ideologische Referat« und die Redaktion der Zeitschrift mit voller Autonomie angeboten.<sup>48</sup> Vielleicht war dies der Fehler, denn Martyneć und Doncov waren damit Rivalen, Martyneć hat das in seinem Buch selber so gesehen. Könnte er bewußt Doncov abgeschreckt haben?<sup>49</sup> Doncov blieb jedenfalls in Lemberg und kritisierte in seinem LNV die OUN, was ihm in Polen staatlicherseits Pluspunkte einbrachte. Auch ein weiterer Versuch Konovaléćs blieb 1934 ergebnislos. Im Gespräch mit Sosnovskýj äußerte sich Doncov noch 1968 positiv über Konovaléć, negativ jedoch über Andrijevskýj (mit dem er einen Briefwechsel führte) und Martyneć, derentwegen er sich nach der Spaltung der OUN auch stärker der OUN-Fraktion Banderas verbunden geföhlt habe – Andrijevskýj und Martyneć waren bei Mel'nyk geblieben.<sup>50</sup> Sosnovskýj hat die Beziehung zwischen OUN und Doncov in den 1920er und 1930er Jahren auf die Formel »keine Affiliation, sondern ideelle Nähe« gebracht, und auf diesem Grund lassen sich in der Tat alle Überlegungen und die diskursiven Übernahmen erläutern.<sup>51</sup>

Die zweite Konferenz Ukrainischer Nationalisten in Prag (8.–9.4.1928), die nach Martynećs Rückkehr einberufen wurde, radikalisierte die Bewegung.<sup>52</sup> Sie beschloß die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zu den Nationalisten und zu legalen ukrainischen Parteien. Legalisten wie Makaruška und Bodnarovyč wandten sich nun von der

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 229; Mirćuk, *Narys*, S. 82–86. Lenkavskýj erwähnte Martyneć nicht, sondern gab an, nicht mehr genau zu wissen, wer zu Doncov gegangen sei (Kravciv, Knyš, Gabrusevyć). In bezug auf das Ergebnis gibt es jedoch keinen Dissens (Vgl. Stepan Lenkavskýj, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléć ta joho doba*. München 1974, S. 395–425, hier S. 422).

<sup>47</sup> Vgl. Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 229; Kentij, *UVO*, S. 56–60.

<sup>48</sup> Vgl. Sosnovskýj, *Doncov*, S. 378.

<sup>49</sup> Vgl. Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 229–230.

<sup>50</sup> Vgl. Sosnovskýj, *Doncov*, S. 378–379.

<sup>51</sup> »ne afilijacija, a idejna blyzkist« – Ebd., S. 383.

<sup>52</sup> An ihr nahmen teil Konovaléć, Sciborškyj, Andrijevskýj und Martyneć (PUN), Koževnykiv und Kostariv (LUN), Nižankivskýj, Vassijan und Osyp Bojdunyk (HUNM), Riko Jary, Senyk und Čučman (UVO-Zentrale Berlin), Kravciv und Ochrymovyć (SUNM), Roman Suško und Holovivskýj (UVO Galizien). Vgl. Mirćuk, *Narys*, S. 86. – Die »Konferenzen« ukrainischer Nationalisten sind von den »Kongressen« der OUN zu unterscheiden!

Neugründung ab. Auch die UVO trennte sich von »Legalisten« wie Dmytro Paliiv.<sup>53</sup> Man war aber nicht nur gegen UNDO, sondern auch gegen »Het'many« à la Poltavec«. Aber gerade damit legitimierten die Nationalisten das Fortbestehen separater nationalistischer Gruppen. Im Außenverkehr sollte nur der PUN und damit eine einheitliche Stimme vernehmbar sein.<sup>54</sup>

1928 erschien auch die einzige größere Publikation Konovaléc', die gleichzeitig in der *Rozbudova Nacii* veröffentlicht wurde. In dem durch den PUN herausgegebenen Büchlein über seine Rolle in der ukrainischen »Revolution« kritisierte Konovaléc mit harten Worten die Politik der Rada, hatte aber kein Wort der Kritik an den Deutschen.<sup>55</sup> Spannend war die Darstellung Skoropadskyjs, der nicht persönlich diffamiert, sondern nur wegen seiner Verbindungen zu russischen Offizieren kritisiert wurde.<sup>56</sup> Über die Deutschen folgten positive Worte – und der Het'man wurde (nicht zu Unrecht) als von Russen und Deutschen abhängig dargestellt. Die vielleicht sogar perfide Milde gegenüber Skoropadskyj war verständlich, weil Konovaléc bis in den November 1918 laufend mit ihm zusammengetroffen war und vielleicht auch hoffte, ihn für seine Neugründung zu gewinnen. Aber die Zuweisung der Rolle eines abhängigen, zögerlich-harmlosen Schwächlings diskreditierte den Konkurrenten der zwanziger Jahre nach dem inzwischen unter den ukrainischen Nationalisten ausgebildeten Wertesystem.

Der 1. Kongress der Ukrainischen Nationalisten, auf dem die OUN gegründet wurde, fand vom 28. Januar bis zum 3. Februar 1929 in einem Hotel im 23. Wiener Bezirk statt. Hierher war man ausgewichen, um die Verbindung nach Deutschland nicht so deutlich werden zu lassen; ursprünglich hatte die Zusammenkunft in Berlin stattfinden sollen.<sup>57</sup> Ungeachtet dessen waren die polnischen Diplomaten über den Verlauf des Kongresses informiert.<sup>58</sup> Sie vermerkten, daß von den 30 Delegierten 24 von Berlin »unmittelbar abhängig« seien und meinten, daß Konovaléc sich über den

<sup>53</sup> Vgl. Motyl, Turn, S. 146-147.

<sup>54</sup> Beschlußtext in *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 4., S. 159. Vgl. auch Volodymyr Martynec', »Po druhij konferencii«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 5, S. 173-177; Vgl. Martynec', *Ukrainske pidpillja*, S. 255-258.

<sup>55</sup> Jevhen Konovaléc, *Pryčynky do istorii ukraïnskoï revoljucii*. Praha 1928, S. 6.

<sup>56</sup> Ebd., S. 7. – Die Genese dieser Memoiren ist nicht minder spannend. Konovaléc soll sie auf langen Spaziergängen in Füßen 1923 Ivan Kedryn »erzählt« haben, der sie an den Abenden dann zusammenschrieb und Konovaléc zur Autorisierung vorlegte. Offenbar war Konovaléc selber kein Schreibtalent (Kedryn, *Žyttja*, S. 297).

<sup>57</sup> Um weniger unter Beobachtung zu stehen, hatte man in Prag das Gerücht ausgestreut, ein Kongreß ukrainischer Nationalisten werde in Fribourg in der Schweiz stattfinden (Poln. Gesandtschaft Prag an Außenministerium, 13.2.1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 188). Zur Zusammensetzung und zum Verlauf des Kongresses vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 88-101. Vermerkt sei, daß als »Gast« Ivan Kedryn-Rudnyčkyj am Kongreß auf Einladung Konovaléc's teilnahm, sich danach jedoch nicht mehr mit der OUN einließ, wenn er nicht – wie Bojkiv schreibt – tatsächlich als Zuträger Konovaléc Dienste leistete (Vgl. Oleksa Bojkiv, »Moja spivpracija z polkovnykom«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 621-653, hier S. 645). Kedryn war mit Konovaléc persönlich befreundet, wurde auf seine Empfehlung hin in die Redaktion des *Dilo* aufgenommen und pflichtete Janiv bei, der Konovaléc zu »einer der bedeutendsten Gestalten der ukrainischen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts« erklärte (Kedryn, *Žyttja*, S. 75, 103).

<sup>58</sup> Poln. Gesandtschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 26. 2. 1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 190-192. Vgl. dazu auch Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 205-206



Ausgang des Kongresses mit deutschen Stellen beraten habe. Die Akten der UVO seien in Berlin verblieben.<sup>59</sup> Auch als Konovalėc dann im August 1929, mit einem litauischen Pass, in dem als Geburtsort Kaunas angegeben war, offiziell aus Eberswalde nach Genf umzog, sahen die Polen darin ein »Bewahren des Anscheins von Neutralität«, da er nur eine Woche geblieben und wieder nach Berlin zurückkehrte war.<sup>60</sup> Selbst als er sich im März 1930 tatsächlich in Genf niederließ, hieß es (diesmal unzutreffend), Konovalėc sei in Wirklichkeit in Berlin geblieben, das Genfer Büro leite Vasyl' Kosarevyč-Kosarenko (1891-1964), der vom »deutschen Generalstab bedeutende Geldmittel für Propagandazwecke« erhalte.<sup>61</sup>

Die Frage der Finanzierung des Genfer Büros war jedoch komplizierter. Am 15. Juni 1925 wandten sich Vasyl' Kosarenko-Kosarevyč (und A. Stokos) an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Eduard Bernstein (1850-1932) mit der Bitte, für Lebensmittellieferungen und die »Bergung von Eisenbahnmaterialien« im Jahre 1919 aus dem immer noch durch die Köpfe geisternden Reichsbankguthaben aus dem Jahre 1918 entschädigt zu werden. Kosarenko, der Legationssekretär der UNR in Berlin gewesen war, bezifferte seine Forderung auf 2 Millionen Goldmark, »wogegen bei friedlicher Einigung Herr Kossarenko sich mit ca. der Hälfte des Betrages ohne Kosten und Zinsen begnügen würde«. Bernstein reichte den Antrag befürwortend an den damaligen Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) weiter. Nach längerem Zögern bot das Reichsfinanzministerium Kosarenko »aus Billigkeitsgründen einen Betrag von 250.000 M« an:

»Nachdem Herr Kossarenko diese Summe angenommen und gleichzeitig auf alle seine vermeintlichen Ansprüche gegen das Reich verzichtet hat, ist diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten«, schrieb das AA.<sup>62</sup>

Nicht nur war es Kosarenko gelungen, Geld aus dem Guthaben zu erhalten, eine Summe von 250.000 M für eine Person stellte 1926 ein Vermögen dar. Wie immer Kosarenko darüber verfügt haben mag (niemand hatte Interesse, diese Transaktion öffentlich zu machen), er wurde bald zu einer (vielleicht auch wegen des Geldes) wichtigen Figur in der nationalistischen Landschaft. Das Reichsbankguthaben trug damit möglicherweise zur Finanzierung von UVO/OUN bei.

<sup>59</sup> Poln. Gesandtschaft Prag an Poln. Außenministerium, 31. 5. 1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 247-253.

<sup>60</sup> »zachowania pozorów »neutralności«, Poln. Gesandtschaft Prag an Poln. Außenministerium, 17. 10. 1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 260. – Litauen war mit seinen Pässen sehr freigebig, auch Dmytro Dorošenko erhielt im November 1930 einen litauischen Paß (Dorošenko an Lypynskyj, 14. 7. 1930, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 343, S. 395).

<sup>61</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 18. 3. 1930, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 485-487. Konovalėc reiste weiterhin viel herum, und er hielt sich häufig für mehrere Wochen in der deutschen Hauptstadt auf, wo auch bis 1933 regelmäßige Zusammenkünfte seiner Anhänger stattfanden. Kušnir stammte aus Čerkasy, war Mitglied der Rada und als UNR-Diplomat 1919 in Paris. Dabei war er einer wenigen Ostukrainer, die sich vorbehaltlos der OUN anschlossen und auch ihrer Führung angehörten. Vgl. Jevhen Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovalėc u Ženevi«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovalėc ta joho doba. München 1974, S. 701-745, hier S. 702-738.

<sup>62</sup> Kosarenko-Kosarevyč/Stokos an Eduard Bernstein, weitergeleitet an Marx, 15. 6. 1923; AA an Staatssekretär in der Reichskanzlei, 26. 11. 1926, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 68-70, 76.

Tatsächlich operierte die OUN dezentral. In Genf gab es die Kanzlei unter Oleksa Bojkiv und ab 1930 (s. unten) Makar Kušnirs Pressebüro. Der »politische Referent« Andrijevskýj blieb in Brüssel, während Mykola Sciborskýj und General Mykola Kapustjanskýj (1879-1969) in Paris lebten. Volodymyr Martyneć lebte in Prag, wo auch die *Rozbudova Nacii* erschien, und in Berlin hielt Riko Jary die Stellung.<sup>63</sup>

In seiner ersten Ansprache als einstimmig gewählter Führer der OUN umriß Konovaléc in Wien die Bedeutung dieses Schrittes. Der geplante Vereinigte Ukrainische Staat bedeute

»die Liquidierung des Moskowitischen Imperiums, wie auch des polnischen historischen Imperialismus. Er wird zu einem so radikalen Umbau ganz Osteuropas und eines großen Teiles Asiens führen, daß dies nicht weniger gründlich das politische Antlitz auch des Rests der Welt beeinflussen wird.«

Weiter hieß es, im »großen historischen Drama unserer Tage haben wir die Wahl, entweder Gestalter oder Opfer der Geschichte zu sein!«<sup>64</sup> Diese Wahl war rhetorisch: Konovaléc wollte ja klarstellen, daß nichts anderes übrig blieb, als sich in diesem dichotomischen Weltbild an denen zu orientieren, die nicht dem sicheren Untergang zustrebten.

Wenn seitdem in der OUN-Literatur auf die eigene Stärke verwiesen wurde, dann bedeutete das nur, daß eine Anbindung an Rußland (Moskau) und Polen abgelehnt, die Kooperation mit anderen Staaten aber möglich war (s. S. 513). Den Doncovschen Prinzipien entsprechend wurde sie nur von der feindlichen Haltung gegenüber Rußland (dem Okkupanten der Ukraine) abhängig gemacht. Auch die unverblümete »nationale Diktatur« in der Kampfzeit – nicht ohne strukturelle Verwandtschaft zur »Diktatur des Proletariats« – wurde 1929 zum deklarierten Ziel der OUN. Aber Motyl wies dennoch nach, daß die politischen Prinzipien auf einem Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppen beruhten. Im neuen PUN gab es durchaus eine Art Pluralismus in der Führung. Auf dem Kongress hatte man sich noch um die Einbeziehung demokratischer Elemente gestritten: Andrijevskýj und Demčuk hatten jedoch mit diesem Antrag eine Niederlage hinnehmen müssen. Man verabschiedete eine Reihe von Dokumenten, die einem umfassenden Parteiprogramm gleichkamen, auch wenn zumindest die UVO-Leute stets der Meinung waren, es gehe nicht um die Gründung einer Partei, sondern einer überparteilichen Bewegung.<sup>65</sup>

Unsicher ist wegen der konspirativen Vorsicht, wie viele Anhänger die OUN zu Beginn eigentlich repräsentierte. Wenn die polnischen Behörden 1934 von 2000 auf ihrem Staatsgebiet und 900 (Sommer 1931) in der Emigration ausgingen, dann soll hier diese Zahl nicht diskutiert werden.<sup>66</sup> Festgehalten werden sollte aber, daß die OUN mit den durch sie geführten Unterorganisationen in der Emigration bestimmend wurde: Marunjak nimmt für die französische Ukrainische Volksunion (Ukrainškyj Narodnyj Sojuz – UNS) 1939 5000 Mitglieder und noch einmal so viele Sympathisanten an,

<sup>63</sup> Insofern ist es richtig, wenn Švahuljak schreibt, daß Deutschland eines der »Hauptaktivitätsgebiete der OUN blieb« (Mychajlo Švahuljak, »Ukrainška polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-čh rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukrainška Emihracija. Istorija i sučasnist'.* L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 317).

<sup>64</sup> Zit. nach Mirčuk, *Narys*, S. 92.

<sup>65</sup> Vgl. Motyl, *Turn*, S. 150-152. – Wir gehen hier nicht auf die anderen Inhalte der Programmatik ein.

<sup>66</sup> Troščynskýj, *Mižvojenna ukrainška emihracija*, S. 208-209.

das vom Ende der 1930er Jahre an OUN-dominierte U.N.O. hatte 1944 angeblich 50.000 Mitglieder in den deutsch beherrschten Gebieten. Troščynskyj hielt die OUN für erfolgreich, weil sie weniger elitär gewesen sei als die »legalen« Skoropadskyj-Anhänger.<sup>67</sup> Zweifellos hat sie sich zur bedeutendsten politischen Organisation der ukrainischen Emigranten entwickeln können.

Aus der polnischen Perspektive war die Gründung durchaus bedrohlich, weil sie der UVO, die man bis dahin als eine Terrororganisation abqualifizieren konnte, eine politische Basis verschaffte. Die Analytiker des polnischen Innenministeriums konstatierten, daß formal die OUN nicht mehrheitlich von der UVO gestellt werde, daß sie aber von der UVO finanziell abhängig sei, und daß die UVO ihrerseits ihre finanziellen Mittel zum größten Teil von deutschen Stellen erhalte. Daß der Sitz des Lenkungsorgans PUN in Berlin war, schien dies ungeachtet dessen zu bestätigen, daß die deutsche Förderung für Konovaléc 1928 offiziell eingestellt worden war.<sup>68</sup>

Das Verhältnis zwischen UVO und OUN war in der Tat nicht einfach. Die Galizier mochten sich der OUN nicht ohne weiteres unterordnen. Im Juni 1930 hatte in Prag ein Zusammentreffen von Holovinskyj, Knyš und Zenon Pelenskyj (1902-1979) mit dem PUN einen »temperamentvollen, zeitweise sogar heftigen« Verlauf.<sup>69</sup> Man kam schließlich überein, die Posten in UVO und OUN zusammenzulegen. Martyneć hielt es weiterhin für wichtig, die »Spilka« (wie die UVO im Briefverkehr der OUN genannt wurde) nach außen separat bestehen zu lassen. Die OUN sollte den politischen Part spielen, war aber in Galizien wenig beliebt, weil man sich unter diesem Kürzel noch nichts vorstellen konnte – die UVO war dagegen eine bekannte, berüchtigte Größe. Martyneć forderte, OUN-Mitgliedern für revolutionäre Akte »valyty bezapeljacyjno v mordu« (ohne Appelation in die Presse zu schlagen). Wer Attentate verüben wolle, solle aus der OUN aus- und die UVO eintreten, die OUN müsse sich zwar nicht gewaltfrei, wohl aber politisch verhalten und »Manifeste, Kämpfe, Streiks, blutige Versammlungen« organisieren.<sup>70</sup>

Nach Zenon Pelenskyj hatte Konovaléc zunächst selber nicht an eine Vereinigung von UVO und OUN gedacht: Die OUN sollte angeblich sogar als legale politische Gruppe handeln,<sup>71</sup> womit sie sich der UNDO angenähert hätte – die Einladung Ke-

<sup>67</sup> nach ebd., S. 210, 232.

<sup>68</sup> MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 23-24.

<sup>69</sup> Vgl. Osyp Bojduńyk, »Jak dijšlo do stvorennja Orhanizacii Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 359-379, hier S. 374. Nach Bojkiv war diese Sitzung im Mai 1930 (vgl. Bojkiv, »Moja spivpracja«, S. 644). Vgl. Zynovij Knyš, »Jevhen Konovaléc v očach molodšoi generacii UVO«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 274-287, hier S. 286-287.

<sup>70</sup> Martyneć an Konovaléc, 26. 4. 1930, zit. nach Kentij, Narysy istorii, S. 8-9. Tatsächlich nahm die polnische Seite anfangs an, es gebe weiterhin einen Unterschied zwischen OUN und UVO – die Terrorwelle des Jahres 1930 schrieb man der UVO zu. Wysocki kommt jedoch zu dem Schluß, daß die Initiative nicht von der von der älteren Generation geprägten UVO, sondern aus den Reihen des SUNM unter Ivan Gabrusevyč stammte. Allerdings gab Holovinskyj sein Placet, der bereits Funktionen beider Organisationen in seiner Person vereinigte (Vgl. Roman Wysocki, »Liga Narodów wobec pacyfikacji Galicji Wschodniej w 1930 roku a polsko-ukraińska konfrontacja na arenie międzynarodowej«, in: Roman Drozd (Hg.), Ukraińcy w najnowszych dziejach Polski (1918-1989), Bd. 1, Słupsk 2000, S. 46-71, hier S. 47).

<sup>71</sup> Vgl. Zenon Pelenskyj, »Miž dvoma konečnostjamy«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 502-524, hier S. 521-522. Pelenskyj betonte, daß die »Apparate« ge-

dryns zur Gründungsversammlung und die fortbestehenden Kontakte, aber auch der Versuch, sich eine legale Presse zuzulegen, wiesen durchaus in diese Richtung. Praktische Bedeutung hatte das kaum, weil die »studentischen nationalistischen Extremisten«<sup>72</sup> eine Untergrund-OUN der Legalität vorzogen und der PUN sich schließlich fügte.<sup>73</sup>

Auch sonst waren die ersten Schritte der OUN alles andere als einfach. Als bereits HUNM, LUN und der Berliner SUN in der OUN aufgegangen waren, blieb neben der UVO der galizische SUNM, vorgeblich aus Gründen der Tarnung, bestehen, und es dauerte ungefähr ein Jahr, bis in Galizien eine funktionierende OUN-Struktur entstand.<sup>74</sup> Der intellektuelle Zenon Pelenśkyj, der eigentlich nach Konovalėc Willen die Führung übernehmen sollte, wurde als »Theoretiker« von Bohdan Kravciv ins zweite Glied verwiesen. Ende 1930 wurden beide zu Gefängnisstrafen verurteilt. Wegen des neuen Aktivismus der Nationalisten im Sommer 1930 dezimierten Verhaftungswellen die Nationalisten in Polen.<sup>75</sup>

Nachdem Holovińskij von der Polizei ermordet worden war, wurde der Konflikt zwischen der Emigration und den Galiziern wieder akut. In Galizien übernahm die OUN-»Landesleitung« Stepan Ochrymovyč aus dem SUNM, der unter anderen seinen Schulkameraden aus Stryj, Stepan Bandera, in die Landesexekutive berief und zum Propagandareferenten machte. Der Emigrations-PUN entsandte mit Petro Sajkevyč einen eigenen UVO-Führer, während in Galizien bereits Bohdan Hnatevyč (1892-1968) als solcher fungierte. Galizien setzte sich gegen die Emigration durch: Man einigte sich darauf, faktisch die UVO in der OUN aufgehen zu lassen, jedoch weiterhin aus Gründen der Konspiration den Anschein ihres Fortbestehens aufrechtzuerhalten. Daher war in Texten weiterhin von der eigentlich nicht mehr existenten UVO die Rede.<sup>76</sup> Im Juli 1932 wurde in Prag zwischen dem PUN und der Landesexekutive der OUN vereinbart, die UVO als Militärreferat der Landesexekutive zu unterstellen, Knyš sah jedoch bereits im Herbst 1930 die faktische Einordnung der UVO in den OUN-Komplex, während polnische Beobachter noch 1934 eine Trennung wahrzunehmen meinten.<sup>77</sup>

---

trennt geblieben seien (was jedoch offenbar nicht zutrifft) und führt als Beweis die Aussage Banderas im Pieracki-Mordprozeß an, er sei der »Führer zweier Organisationen« (Ebd., S. 522).

<sup>72</sup> Pelenśkyj, »Miž dvoma konečnosťamy«, S. 522.

<sup>73</sup> Vgl. Roman Wysocki, »Liga Narodów«, S. 48; ders., Organizacja, S. 121-126.

<sup>74</sup> Zur Konferenz darüber in den unterirdischen Räumen der St. Georgs-Kathedrale in Lemberg im Frühjahr 1930 vgl. Zynovij Knyš, Duch, ščo tylo rve do boju... Winnipeg 1951, S. 111-112.

<sup>75</sup> Der polnische Innenminister Skladkowski gab an, 1930 seien 1777 Ukrainer verhaftet worden. Im Oktober 1930 erklärte das UVO-Kommando, nachdem Holovińskij und andere umgekommen waren, offiziell das Ende der »Sabotage-Welle«. Auch wenn die UVO und ihre Apologeten wie Mirčuk den Terror als Erfolg verbuchten, bedeutete dies nicht nur den Verlust von Anhängern, sondern weckte auch Widerstand der vernünftigeren unter den Ukrainern, die unter der Reaktion der polnischen »Pazifizierungen« zu leiden hatten (vgl. Mirčuk, Narys, S. 242-244).

<sup>76</sup> Ebd., S. 265-267.

<sup>77</sup> Vgl. Wysocki, Organizacja, S. 150-153, 157; Knyš, Duch, S. 180-191; Mirčuk, Narys, S. 296; Torzecki, Kwestia ukraińska 1923-1929, S. 257. – Der Konspiration wegen wurde in *Rozbudova Nacii* 5 (1932), H.7-8, S.196, verbreitet, die Konferenz habe im Juni 1932 in Wien stattgefunden. Zu dieser »Wiener« Konferenz s. unten.

Knyš stellte die Differenzen zwischen Galizien und der Emigration als Folge des Aufeinanderpralls von unterschiedlichen Generationen und Milieus dar:

»Die ganze Schwierigkeit bestand darin, daß die OUN von Leuten voller Eifer und Energie vertreten wurde, aber von jungen, allzu jungen, fast ausschließlich von Studenten, die noch keine Zeit gehabt hatten, Lebens-, Politik- und umso weniger Kampferfahrung zu sammeln. Das an Alter oder Erfahrungen reichere Element war um die UVO geschart, aber man mußte ihm Zeit lassen, um sich geistig auf die neuen rein politischen Handlungen umzustellen.«<sup>78</sup>

Und noch drastischer: »An die Macht in Galizien kamen junge Leute, zwar idealistisch und opferbereit, aber ohne größeren politischen Verstand und mit sehr geringer politischer Erfahrung.«<sup>79</sup>

Für unsere Zusammenhänge wichtig ist, daß die Differenzen zwischen den Generationen und zwischen Heimat und Exil nicht völlig deckungsgleich waren, daß es in beiden geographischen Zonen durch den Generationenwechsel und politische Erfahrungen begründete Divergenzen gab. Konovaléc hatte eigentlich seine aktivistische Vergangenheit hinter sich gelassen, mochte sich aber nicht vom Terror distanzieren und geriet so in einen Zugzwang. Riko Jary setzte konsequent auf die Radikalen. Und der PUN tolerierte und inspirierte schließlich den Terror in Polen.<sup>80</sup>

Im übrigen Ausland wurde ein Netz von OUN-Büros aufgebaut, das vorwiegend Personen leiteten, die vorher schon mit Nationalisten kooperiert hatten. Im Unterschied zu Polen besaßen hier die OUN-Repräsentanten legalen oder zumindest halblegalen, geduldeten Status. Die wichtigsten Auslandsbevollmächtigten des PUN waren in Berlin Riko Jary, in Italien Jevhen Onačkyj,<sup>81</sup> Ivan Revjuk-Bartovyč in Litauen, Andrij Fedyna (1901-1958) in Danzig, Dmytro Andrijevskyj in Belgien. Jevhen Ljachovyč repräsentierte die OUN zunächst in Großbritannien und reiste dann in ihrem Auftrag in die USA.

Im Juni 1930 begannen Gespräche zwischen der polnischen Regierung und den UNDO-Ukrainern, die eine Verbesserung der Beziehungen zum Ziel hatten. Die Piłsudski-Führung versprach der UNR Unterstützung für den Fall eines Aufstands in der Sowjetukraine, wo die Phase der Ukrainisierung zu Ende gegangen war. Die Ukrainisierung von »utraquistischen« (zweisprachigen, faktisch aber weitgehend polnischsprachigen) Schulen war ebenso im Gespräch wie die verstärkte Verbeamtung von Ukrainern. Man kann hier Potockis tastendem Argument folgen, daß dies für die OUN höchst unerwünscht war und daß die von ihr im Sommer 1930 initiierte neue Terrorwelle diese Verständigung stören sollte. Ob die polnische militärische Gegenmaßnahme gar erhofft war, um die galizischen Ukrainer in die Arme der integralen

<sup>78</sup> Knyš, Duch, S. 114.

<sup>79</sup> Ebd., S. 193-194. Knyš schrieb jedoch aus der Perspektive der späteren OUN-Mel'nyk.

<sup>80</sup> Ivan Kedryn behauptete, daß Konovaléc bereits zu jener Zeit die Kontrolle über die OUN in Polen verloren habe. Kedryn war nach eigenen Angaben Verbindungsmann des UNDO mit der OUN, was auf weitergehende Kooperation hindeuten könnte, gleichzeitig war er jedoch der Massenbasis der OUN gegenüber sehr kritisch. Sie ermöglichte seiner Meinung nach die Unterwanderung (Vgl. Kedryn, Żyttja, S. 161-162).

<sup>81</sup> Onačkyj war anfangs kein OUN-Mitglied, auch wenn er Artikel für OUN-Blätter schrieb. Erst im Frühjahr 1930 besuchte Konovaléc ihn in Rom und warb ihn für die Mitgliedschaft.

Nationalisten zu treiben, sei dahingestellt, ist aber nicht von der Hand zu weisen.<sup>82</sup> Die Planung der Aktionen, die durch die Schuljugend (nach dem Ende der Schulzeit und deren Rückkehr auf die Dörfer) ausgeführt wurden, lag in den Händen des PUN – Dmytro Andrijevskij erinnerte sich an die Bemerkung Konovaléc's, man werde ihn »dafür entweder segnen oder verfluchen«.<sup>83</sup> Letzteres wäre begründeter: Der Terror löste die berüchtigten »Pazifizierungen« durch polnisches Militär zwischen dem 16. September und dem 30. November 1930 aus.

Er lieferte den Vorwand, die ukrainische Pfadfinderorganisation Plast zu verbieten und die Gymnasien in Drohobyč, Rohatyń und Tarnopol zu schließen. Ende Oktober 1930 wurden die UNDO-Führer Dmytro Levyčkyj und Vasyl Mudryj kurzzeitig verhaftet. Ivan Kedryn rief daraufhin dazu auf, gegenüber Polen eine realistische, auf Verständigung ausgerichtete Politik zu betreiben, und Andrij Levyčkyj distanzierte sich für die UNR-Exilregierung und das UNDO von der OUN/UVO-»Sabotageaktion«.<sup>84</sup> Das trug zur Vertiefung des Grabens zwischen den Legalisten und dem Untergrund bei, ermöglichte aber 1931 Verhandlungen zwischen dem UNDO und der Regierungspartei BBWR. Der polnischen Seite lag dabei aber vor allem daran, daß die Ukrainer die Klagen vor dem Völkerbund (s. unten) zurückzögen, zu Zugeständnissen war sie nicht bereit.<sup>85</sup>

Die UVO erklärte im September 1930 über die *Surma* die »Pazifizierungen« für nützlich, weil sie die Aktionsbereitschaft erhöht hätten. Die Strafexpeditionen hätten nun auch dem »ruhigen Volk« das »wahre Antlitz« der Polen gezeigt und den UVO-Terror gerechtfertigt. Dennoch versuchte der PUN, die Terrorwelle zu beenden – und mußte im Oktober 1930 zugeben, daß die galizischen Nationalisten sich nicht an die Einstellungsorder aus Berlin hielten, sondern selbständig weitermachten.<sup>86</sup> Am 19. Oktober 1930 beschloß in Genf ein Teil des PUN (Konovaléc, Sciborskyj, Kušnir, Bojkiv), sich zur Teilnahme der OUN an den galizischen Terrormaßnahmen zu bekennen und dies in der *Surma* bekanntzugeben. Im Zusammenhang damit richtete man in Genf, also am Sitz des Völkerbundes, ein Ukrainische Pressebüro ein und Makar Kušnir (Bohuš) (1890-1951) begann, das *Bulletin des informations ukrainiennes* herauszugeben. Der Propaganda-Referent des PUN, Volodymyr Martyneč, nutzte die Gelegenheit, die »ukrainische Frage« publik zu machen. Protestkomitees hielten in Danzig, Frankreich und Belgien Versammlungen ab. In der Tschechoslowakei, wo die Polizei eine Demonstration unterband, sammelte ein Komitee Informationen aus Polen. In Paris nutzte

<sup>82</sup> Vgl. Robert Potocki, *Polityka państwa polskiego wobec zagadnienia ukraińskiego w latach 1930-1939*. Lublin 2003, S. 70-71, 74-75. In ihrer Propagandabroschüre bezichtigten die ukrainischen Emigranten in der Tschechoslowakei die polnischen Grundbesitzer, selber ihre Scheunen und Höfe angesteckt zu haben, um Versicherungssummen zu kassieren (Ausrottung der Ukrainer in Polen. Prag 1930, S. 21-22).

<sup>83</sup> Dmytro Andrijevskij, »Obstavy 30-ych rokov i Provid Ukraïnskych Nacionalistiv«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 654-664, hier S. 655. In der nationalistischen Literatur hat es sich eingebürgert, die »Pazifizierungen« ohne einen Zusammenhang mit der OUN-Aktivität darzustellen, wodurch sie zu einer selbständigen antiukrainischen Maßnahme der Piłsudski-Anhänger mutieren (Vgl. Matvij Stachiv, »Pacyfikacija Zachidn'oi Ukraïny [...]«, in: Zynovij Knyš (Hg.), *Nepohasnyj Ohon' Viry*. Paris 1974, S. 162-166).

<sup>84</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 173-174.

<sup>85</sup> Vgl. ebd., S. 176.

<sup>86</sup> Vgl. Knyš, *Duch*, S. 150-151; Sowa, *Stosunki*, S. 52-53.

Mykola Sciborśkyj das aufkeimende Interesse, um eine neue Zeitschrift unter dem Titel *Nezaležnist'* herauszugeben. In Broschüren verbreitete man von Prag aus Anklagen über die *Ausrottung der Ukrainer in Polen*.<sup>87</sup> Zeitlich fielen die »Pazifizierungen« mit der Abrechnung der Piłsudski-Führung mit der Opposition zusammen, deren Abgeordnete in der Festung Brest festgesetzt wurden. Von diesem internationalen Aufsehen wollte die OUN-Führung profitieren. Wenn also das Ziel darin bestand, das polnisch-ukrainische Verhältnis zu vergiften, dann waren die Aktionen erfolgreich. Die polnische Reaktion wandte sich nicht nur gegen Terroristen und Hintermänner der OUN, sondern wies den Ukrainern eine Kollektivschuld zu. Knyš kam 1930 für 6 Jahre hinter Gitter. Die meisten in Polen lebenden Teilnehmer der OUN-Gründungskonferenz (Vassijan, Babij, Bojdunyk, Lenkavśkyj, Jevhen Zyblykevyč (1895-1987)) wurden im September 1932 zu 4 Jahren Gefängnis, Pelenśkyj zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren verurteilt.<sup>88</sup>

Polen sah sich international unter Anklage. Für die Regierungspolitiker verschwamm dabei die Kritik an Polens Umgang mit Oppositionellen und an der Ukrainerpolitik zu einem Generalangriff. Da Polen »die« Ukrainer in eine Art Kollektivhaftung nahm, kritisierte man die Verletzung der Völkerrechtsprinzipien des Minderheitenschutzes.<sup>89</sup> Und diese Gelegenheit ergriffen Polens Gegner gern. Vom deutschen Auswärtigen Amt finanziert, gab es französische Kritik an den polnischen Zuständen und am Beschluß der Entente von 1923, Ostgalizien Polen zu überlassen.<sup>90</sup> Olivier d'Etchegoyen, Pierre Valmigièrè, René Martel und Robert Tourly zeichneten seit der Mitte der zwanziger Jahre in deutsch finanzierten Publikationen ein schwarzes Bild des polnischen »Terrorregimes«.<sup>91</sup> Für Maria Pasztor handelte es sich um eine Unterstützungsmaßnahme im »Zollkrieg« und der Kampagne, in der Polens Behandlung der Deutschen in Oberschlesien kritisiert wurde.<sup>92</sup>

Es ist zwar völlig richtig, daß der Beginn des OUN-Terrors nicht, wie manchmal behauptet, mit den Deutschen abgestimmt war, aber die polnischen Reaktionen wurden

<sup>87</sup> *Ausrottung der Ukrainer in Polen*. Hg: Zentraler Exekutivausschuß der Vertreter der Organisationen der Ukrainischen Emigration in der Tschechoslowakei. Prag 1930; Der Titel der französischen Ausgabe lautete *Le pogrom des Ukrainiens en Pologne*; vgl. Wysocki, »Liga Narodów«, S. 59-62.

<sup>88</sup> Zynovij Knyš, Duch, S. 149; Mirčuk, Narys, S. 297-298. – Ochrymovyč war inzwischen eines natürlichen Todes gestorben. Unter anderem waren alle aus Polen angereisten Teilnehmer des OUN-Kongresses verhaftet worden. Bojdunyk spekulierte darüber, ob die Verbindung zwischen OUN und UVO zu der polnischen Aktion geführt hatte. Andererseits verhielten sich die Teilnehmer idiotisch: Entgegen allen konspirativen Regeln schickten sie Grußpostkarten mit ihren Unterschriften, von denen eine (durch einen Provokateur, Lenkavśkyj nimmt Koževnykiv an, wahrscheinlicher ist Jaroslav Baranovśkyj) in die Hände der polnischen Polizei fiel (Vgl. Bojdunyk, »Jak dijšlo«, S. 379; Lenkavśkyj, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, S. 413-417).

<sup>89</sup> Vgl. Bohdan Budurowycz, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], *Zeszyty Historyczne* 66 (1983), S. 15-47, S. 32.

<sup>90</sup> Vgl. René Martel, *Les Grands Problèmes. La France et la Pologne*. Paris 1931, S. 221-222.

<sup>91</sup> Vgl. Olivier d'Etchegoyen, *Pologne, Pologne...* Paris 1925; Pierre Valmigièrè, *Et demain?* Paris 1929; dt. Ausgabe: *Und morgen?* Berlin 1929; Robert Tourly, *Le conflit de demain*. Paris 1929; dt. Ausgabe Berlin, Warschau, Danzig. Köln 1929; ders., *Derrière les brumes de la Vistule*. Paris 1931; René Martel, *Les frontières orientales de l'Allemagne*. Paris 1930, dt. Ausg. *Deutschlands blutende Grenzen*. Oldenburg 1930.

<sup>92</sup> Vgl. Maria Pasztor, »Problemy mniejszości ukraińskiej w Polsce w świetle francuskich raportów dyplomatycznych z lat 1924-1939«, *Sprawy Narodowościowe* 6 (1997), Nr. 2(11), S. 111-130, hier S. 120-121. Zur Finanzierung der Publikationen vgl. Janusz Sobczak, *Propaganda zagraniczna Niemiec weimarskich wobec Polski*. Poznań 1973, S. 294-307.

von den Deutschen durchaus genutzt. Wysockis Aussage, die Ereignisse des Jahres 1930 hätten nichts mit der deutschen Propagandaaktion zu tun, vereinfacht etwas zu stark.<sup>93</sup>

Das polnische Innenministerium organisierte eine Pressekonferenz für ausländische Journalisten, und das polnische Außenministerium erließ Richtlinien zum Umgang mit der Presse. Galizien wurde als Schlachtfeld dargestellt, auf dem Deutschland und die Sowjetunion die nationalen Antagonismen aufheizten. Polen sei erst eingeschritten, als deutlich geworden sei, daß die gemäßigten Ukrainer keinen Einfluß mehr auf ihre Landsleute hätten. Polen verfolge nicht etwa die Ukrainer, sondern unterstütze sie. Die OUN/UVO-Terroroffensive wurde als eine deutsche Initiative dargestellt, was mit der früheren Propaganda korrespondierte. Das Innenministerium wies auf das »seltsame Zusammentreffen« des UVO-Terrors und der deutschen Propagandakampagne hin und zog aus den Kontakten Jarys zu deutschen »maßgeblichen Faktoren« entsprechende (jedoch in diesem Falle unbegründete) Schlüsse.<sup>94</sup>

Dennoch verschlechterte sich die Stimmung selbst polonophiler Franzosen nach Berichten über Ausschreitungen gegen inhaftierte Ukrainer. Dem Völkerbund gingen neben Einzelbeschwerden Petitionen der ukrainischen Parlamentarier Polens und britischer Abgeordneter zu. Im Januar 1931 konstituierte sich eine Untersuchungskommission. Polen wie Ukrainer versuchten in den folgenden anderthalb Jahren, die Kommission von ihrem jeweiligen Standpunkt zu überzeugen. Den Bericht sollte der japanische Diplomat Sato übernehmen, der dadurch erstmals mit der ukrainischen Frage in Berührung kam und 1938/39 versuchte, zwischen Deutschland und Polen zu vermitteln. Polens Innenminister Bronisław Pieracki gab am 16. Januar 1932 eine Erklärung vor der Haushaltskommission des Sejm ab, in der er eine (nie erfolgte) Auszahlung von Entschädigungen für »Pazifizierungs-betroffene« zusagte. Außerdem sollten Polizisten und Soldaten für Übergriffe während der »Pazifizierung« bestraft werden. Unter dem Eindruck polnischen Nachgebens, des Zeitablaufs und der Ablenkung durch andere internationale Ereignisse war die Frage der »Pazifizierungen« nicht mehr aktuell. Der Bericht des Japaners wies den Vorwurf zurück, die Polen »verfolgten« die Ukrainer.<sup>95</sup> Die ukrainische Seite hielt dieses Urteil nach dem Freispruch des Petljura-Mörders für ein weiteres Beispiel der Voreingenommenheit der meisten Mächte (mit Ausnahme Deutschlands). Richtig konstatierte Potocki, daß sich damit Wege zu einer polnisch-ukrainischen »Kohabitation« praktisch verschlossen.<sup>96</sup>

Rasche Wechsel in der Landesführung der OUN kennzeichneten nun das Bild. Auf die Bildfläche traten die Personen, welche die weitere OUN-Geschichte gestalten sollten. Stepan Bandera wurde im Mai 1932 stellvertretender Landesführer, Volodymyr Janiv politisch-ideologischer Referent, Jaroslav Stečko (1912-1986) sein Stellver-

<sup>93</sup> Vgl. Wysocki, *Organizacja*, S. 129; Andrzej Szcześniak/Wiesław Szota, *Droga do nikąd*. Warszawa 1973, S. 19.

<sup>94</sup> Pasztor, »Problemy«, S. 122.

<sup>95</sup> Vgl. Budurowycz, »Polska i problem ukraiński«, S. 32. – Wysocki meinte, Sato habe wegen der mandschurischen Aggression Japans mehr an der Haltung Frankreichs und Polens zu Japan als an der Wahrheit gelegen (Wysocki, »Liga Narodów«, S. 69-70). Allerdings war die internationale Zustimmung nicht komplett. Maria Pasztor nennt etwa Jean Loquin, den Vorsitzenden der französisch-polnischen Parlamentariergruppe der Assemblée Nationale. Und auch der französische Botschafter in Polen akzeptierte die polnische Erläuterung nicht, für die Radikalisierung der Ukrainer sei kommunistische Propaganda verantwortlich. – Vgl. Pasztor, »Problemy«, S. 122-123.

<sup>96</sup> Potocki, *Polityka państwa polskiego*, S. 93.



treter. Kampferferent und damit »UVO«-Führer war nun Roman Šucevyč, der Mörder des Lemberger Schulkurators Sobański und spätere UPA-Kommandeur. Bohdan Kordjuk (1908-1988), ein Student, wurde Landesführer.<sup>97</sup> Jevhen Vrečona stellte diesen Übergang als den »Generationenwechsel« von den »Alten«, den Kriegsteilnehmern, zu den »Jungen«, der Nachkriegsgeneration, dar.<sup>98</sup>

Vrečona diagnostizierte einen Niederschlag der »unterschiedlichen Temperamente der zwei Generationen des Untergrunds«.<sup>99</sup> Bojdunyk behauptete gar, die immer brutaleren Terrorakte, wie etwa die Ermordung von Hołowko (s. folgender Absatz), hätten ohne Wissen und Billigung des PUN stattgefunden.<sup>100</sup> Damit machte er es sich aber etwas zu leicht. Denn auch die »Alten« praktizierten Anfang der 1920er Jahre Mord und individuellen Terror. Erst ihr Älter-Werden hatte einige von ihnen zu der Erfahrung geführt, daß gedankenloses Töten allein zu nichts führe. Aber sie waren auch nicht vernünftig genug geworden, dem Terror des Nachwuchses ausdrücklich zu widersprechen. Zynisch mißbrauchten sie ihn vielmehr für ihre Zwecke.

Unter der neuen Führung gab es wieder Raubüberfälle und spektakuläre Morde. Am 29. August 1931 ermordeten Vasyľ Bilas (1911-1932) und Dmytro Danylyšyn (1907-1932) den polnischen PPS-Abgeordneten Tadeusz Hołowko im Kurort Truskaveč. Hołowko war einer der wenigen polnischen Politiker, die sich für ukrainische Rechte eingesetzt hatten. Er hatte offen verurteilt, daß Polen in Riga Petljura verraten habe, und war im Interesse des Kampfes gegen Moskau bereit, den Ukrainern wirtschaftlich und kulturell entgegenzukommen und ihnen sogar einen Teil der Westukraine, nicht allerdings Lemberg und das Erdölgebiet zu überlassen.<sup>101</sup> UNDO und UNR-Politiker kritisierten den Hołowko-Mord heftig, für OUN-Apologeten war aber gerade die Suche nach einer Verständigung besonders verwerflich, da sie den status quo stabilisierte. Petro Mirčuk nannte Hołowko folgerichtig auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg einen »hinterhältigen Politiker« und rechtfertigte damit diesen Mord wie alle anderen Aktionen.<sup>102</sup> Am 22. März 1932 ermordete der Schwager Šucevyčs Jurko Berezynskyj (1912-1932) den Lemberger Polizeikommissar Omeljan Czechowski, einen gebürtigen Ukrainer, der die Verfolgung der OUN leitete. Bei mehreren Postüberfällen töteten die OUN-Räuber Fuhrleute und begleitende Polizisten. Besonders blutig endete der Überfall auf das Postamt in Horodok/Gródek Jagielloński am 30. November 1932. 11 OUN-Leute stürmten die Post, die wider Erwarten bewacht war. Zwei OUN-Leute wurden von Polizisten getötet, Danylyšyn erschoss während der Flucht einen Polizisten, der seine Papiere sehen wollte. Ein Sondergericht verurteilte Bilas und Danylyšyn nach einer nicht einmal von Mirčuk kritisierten Beweisaufnahme und propagandistischen Plädoyers ihrer prominenten Verteidiger (Volodymyr Starosol'skyj, Lev Hankevyč (1881-1962), Stepan Šucevyč (1877-1945)) zum Tode, und man exekutierte sie am 23. Dezember 1932. Die ukraini-

<sup>97</sup> Mirčuk, Narys, S. 295.

<sup>98</sup> Jevhen Vrečona, »Moï zustriči z polkovnykom«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaleč ta joho doba. München 1974, S. 466-481, hier S. 473.

<sup>99</sup> Ebd.

<sup>100</sup> Bojdunyk, »Jak dijšlo«, S. 377.

<sup>101</sup> Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1923-1929, S. 168-169.

<sup>102</sup> Mirčuk, Narys, S. 284.

schen Kirchen ließen ihre Glocken läuten, und die OUN hatte zwei weitere Märtyrer.<sup>103</sup> Mykola Klymyšyn, zu jener Zeit bereits in der OUN engagiert, schrieb:

»Auf den Klang der Glocken, die den Tod von Bilas und Danylyšyn verkündeten, reagierte die ganze Jugend des ukrainischen Landes, und zu den Fahnen der OUN eilten zehntausende neuer Kämpfer für die Freiheit der Ukraine. Dies war die Zeit des größten Zustroms der jungen Generation in die Reihen der OUN.«<sup>104</sup>

Der PUN war hingegen mit dem Ausgang unzufrieden – Konovaléc ließ 1933 Kordjuk in Berlin vor ein OUN-Gericht stellen, das ihn zwar freisprach, dann aber absetzte. Ihm wurde befohlen, in der deutschen Hauptstadt zu bleiben und dort sein Studium abzuschließen. Sein Nachfolger wurde Stepan Bandera.

Im Sommer 1931 organisierte Riko Jary in Danzig ein Zusammentreffen von galizischen und Emigrationsnationalisten. Mychajlo Kolodzynskij (1902-1939), neben Dmytro Hrycaj (1907-1945) einer der Teilnehmer aus Galizien, berichtete Knyš im Gefängnis, Jary habe versucht, die Galizier zur Wiederaufnahme der Spionage für die Deutschen zu bewegen. Knyš interpretierte dies mit Jarys »Berechnungen und Plänen«, sich die jugendlichen Radikalen zunutze zu machen, denen wiederum »der breite Horizont und die europäische Kultur« Jarys imponiert haben soll.<sup>105</sup> Was auch immer tatsächlich passiert war – die Frage des Verhältnisses zu den Deutschen war von Anfang an einer der Aspekte einer Fraktionsbildung in der OUN: Jary (der sich später Bandera anschloß) wurde fortan oft als Verführer dargestellt, der sich der unerfahrenen Galizier bediente.

1931/32 bewegte die Frage des Terrors und des Verhältnisses zu den anderen ukrainischen Gruppen die OUN, und Konovaléc fiel es sichtlich schwer, einen Standpunkt zu finden. Im September 1931 soll er in Genf Onačkyj erklärt haben, die »Jugend in den westukrainischen Gebieten überspanne die Saiten«.<sup>106</sup> Ein halbes Jahr später hatte er seine Meinung wieder geändert. Andrijevskij forderte damals etwas, was manchmal Konovaléc zugeschrieben wird – nämlich die OUN als legale politische Organisation wirken zu lassen und sich ausdrücklich vom Terror zu distanzieren.<sup>107</sup> Die Antwort des PUN-Vorsitzenden fiel zugunsten des Terrors aus: Zwar sei die OUN eine politische Organisation, aber auch revolutionär und als solche dürfe sie nicht von vornherein auf Kampfmethoden, zu denen auch der Terror gehöre, verzichten. In einem Rundumschlag warf Konovaléc den Terrorkritikern vor, »Menschen mit Emigrationspsyche« zu sein. Man könne im Ausland nichts beschließen, was unter den Nationalisten in Galizien »nur ein Lächeln hervorrufen würde«. Als Beleg nannte er das Beispiel Petruševyčs, der geglaubt habe, er sei in Wien der »große Diktator«, aber mit

<sup>103</sup> Umfassende Darstellung mit den Texten der Plädoyers bei Mirčuk, Narys, S. 301-319. Außerdem wurden von 1930 an zahlreiche Ukrainer wegen des manchmal nicht unbegründeten Verdachts der Zuträgerschaft für die polnische Polizei umgebracht. Mit den Brüdern Baranovskij besaßen die Polen in der Tat Helfer, die sie über die Interna der OUN unterrichteten. Jaroslav Baranovskij soll der Polizei 1934/35 das Prager Archiv der OUN ausgeliefert haben, wodurch die Führer allesamt überführt und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden konnten (Vgl. ebd., S. 350-381).

<sup>104</sup> Mykola Klymyšyn, *V pochodi do voli*. Bd. 1, Toronto 1975, S. 26.

<sup>105</sup> Knyš, *Rozbrat*, S. 32.

<sup>106</sup> Jevhen Onačkyj, »Jevhen Konovaléc i PUN pered problemuju rozbudovy OUN v Ukraïni«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 665-700, hier S. 684.

<sup>107</sup> Andrijevskij fügte den Entwurf einer entsprechenden Deklaration seinem Schreiben an Konovaléc vom 29. März 1932 an, vgl. Onačkyj, »Jevhen Konovaléc«, S. 670.

seinem Verhandeln die Unterstützung in Galizien verspielt habe.<sup>108</sup> Im Mai 1932 schrieb auch Onačkyj von »verbürgerlichten Emigranten«, die die »revolutionäre Jugend« im Lande nicht »in ihren schönsten Aufwallungen« zügelnd dürften.<sup>109</sup>

Aber zugleich wurde auch die Feigheit dieses stets als »Held« stilisierten »Führers« deutlich: Als die polnische Regierung 1932 Konovaléc (erfolglos) als Terroristen aus der Schweiz ausweisen lassen wollte, war er nach dem Tagebuch Bačyna-Bačynskyjs »elend und nervös«, erklärte seinem Freund gegenüber, er sei »nur ein politischer Aktivist und kein Anarchist oder Terrorist« und überhaupt »krank und brauche eine Heilbehandlung in Karlsbad«. <sup>110</sup> In einem Brief schrieb er, das »Problem des sogenannten ›Terrors‹ [sei] nicht etwas Zusammenhangloses, sondern [...] [die] Reaktion auf ein ähnliches Vorgehen gegen das Ukrainische Volk von Seiten der herrschenden Staatsnationen [...]«. »Man muss daher feststellen, dass es in der ukrainischen Wirklichkeit keine Terrororganisation gibt, wie dies immer die gegnerische Propaganda behauptet«. Es gebe nur eine »nationale revolutionäre Organisation, die die praktische Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes für das Ukrainische Volk anstrebt«. <sup>111</sup> So argumentierten aber Terroristen stets.

Daneben versuchte Konovaléc, der bei der OUN-Gründung noch alle Nationalisten zusammenbringen wollte, den Exklusivismus der UVO/OUN durchzusetzen. Von einer Genfer Konferenz gegen die inzwischen beendeten »Pazifizierungen« in Polen am 29. Dezember 1930 schloß er die UNR-Presse aus und verlor damit auch die Unterstützung des überparteilichen »Ukrainischen Klubs« am Tagungsort. In Genf unternahm er große Anstrengungen, nicht mit dem UNR-Vertreter Mykola Tročkyj zusammenzutreffen. Onačkyj wollte er im Juli 1932 verbieten, in den Terror ablehnenden Blättern wie dem *Dilo* zu publizieren. Dafür wollte er ihn auf den provinziellen Przemysler *Ukrainskyj Holos* festlegen, der aber die Beiträge zensurierte, was sich Onačkyj wieder nicht gefallen lassen wollte.<sup>112</sup>

Im Juni 1933 kam es zu einem Disput zwischen Bandera und Konovaléc. Bandera wollte unter Verweis auf die russische nihilistische *Narodnaja Volja*, die polnische Untergrundorganisation aus dem Ersten Weltkrieg POW und die UVO-Tradition den Terror verstärken und warf den Auslands-Nationalisten den gleichen Opportunismus vor, den im Inland die UNDO-Politiker praktizierten. Konovaléc widersprach ihm, aber nur taktisch begründet. Noch einmal entwickelte er das Bild eines getrennten Weges. Wenn die UVO weiter Terror treiben wolle, dürfe sie nicht mit der OUN identisch sein. Die OUN sei – so Konovaléc – eine »politische Organisation von Untergrund- und Massencharakter und ein solcher Charakter der Organisation schließe die Anwendung von Terror als Kampfmittel aus«. Der Terror der letzten Jahre habe fatale Folgen gehabt. Seine OUN sei dagegen ein »politischer Partner für unsere jetzigen oder künftigen Verbündeten«. Als Haupt einer solchen Organisation könne er »mit verantwortlichen ausländischen

<sup>108</sup> Konovaléc an Andrijevskyj, 15. 4. 1932, zit. nach ebd., S. 670-675.

<sup>109</sup> Onačkyj an Konovaléc, 22. 5. 1932, ebd., S. 679-680.

<sup>110</sup> Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 721-722. Zu den Ausweisungsbemühungen vgl. Jakiv Makovečkyj, »Jevhen Konovaléc u Švajcariï«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 755-784, hier S. 756.

<sup>111</sup> Konovaléc an Justiz- und Polizeidepartement Bern, 25. 6. 1936, zit. nach Makovečkyj, »Jevhen Konovaléc u Švajcariï«, S. 782.

<sup>112</sup> Vgl. Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 710-712, 721; Onačkyj, »Jevhen Konovaléc«, S. 683-689, 697-699.

politischen Kreisen reden«, während jede »Terrorhandlung der OUN im Lande den Zugang selbst zu den uns wohlwollenden politischen Kreisen verschließe«. <sup>113</sup>

Die Korrektheit der Überlieferung vorausgesetzt, war Konovaléc damit auf demselben Stand angelangt, auf dem Petruševyč bis 1923 war und den er noch ein Jahr zuvor als negatives Beispiel abgelehnt hatte. Auch Petruševyč hatte in den Gesprächen mit Ausländern eine Möglichkeit gesehen, etwas für die galizisch-ukrainische Unabhängigkeit zu erreichen. Damals war Konovaléc mit seiner UVO der Befürworter eines terroristischen Erfechtens dieser Unabhängigkeit gewesen. Nun war er zehn Jahre älter, und in Bandera muß ihm etwas von seiner eigenen Jugend entgegengetreten sein. Damit dürfte zu erklären sein, daß Konovaléc Bandera und den Galiziern zwar widersprach, aber in Briefen an Andrijevskyj und Onačkyj den Terror verteidigte und sich gegen die Verschmelzung von OUN und UVO nicht wirklich wehrte. Die Galizier konnten bis 1938 (und im öffentlichen Diskurs bis 1940) mit dem Rückhalt des PUN rechnen. Vielleicht war Konovaléc sogar ganz glücklich, sein alterndes Image ohne größere Anstrengung mit dem terroristischen Aktivismus der galizischen Jungrevolutionäre aufzupolieren? Dafür spräche, daß er mit Andrijevskyj im Juli 1933 (nachdem er gerade Bandera widersprochen hatte) einen Streit austrug, in dem er die Rolle Banderas übernahm: Nun warf Konovaléc Andrijevskyj vor, »noch nicht [...] den vitalen Impuls begriffen zu haben, der in den westukrainischen Gebieten pulsiert«. Aber Andrijevskyjs daraufhin angebotenen Rücktritt aus dem PUN mochte der Zauderer, in dem seine Anhänger einen idealen Führer zu sehen meinten, auch nicht annehmen. <sup>114</sup>

Um den Disput zwischen dem Berliner PUN und den jungen Wilden Galiziens zu überbrücken, bürgerte sich 1932 der Usus ein, »Delegierte aus dem Land« nach Berlin zu entsenden. Knyš hielt dieses Verfahren zu Recht für »seltsam« (dyvne): Die Delegierten waren keine PUN-Mitglieder, sondern sollten quasi Interpreten der galizischen OUN-Ukrainer sein. Damit gestand der PUN offen die Distanz zwischen sich und Galizien ein. Die ersten Abgesandten waren Mychajlo Kolodzynskyj als »militärischer« und Ivan Gabrusevyč als »politischer« Delegierter. Jary soll sich »bald an sie herangemacht« und herausgefunden haben, daß man den Konflikt »für die eigenen Ziele nutzen könne«. <sup>115</sup> Wie im Falle der Danziger Ereignisse ist dies eine Interpretation ex post aus der Mel'nyk-Perspektive. Zweifellos richtig ist daran nur, daß Jary die Galizier imponierten, daß insbesondere Gabrusevyč eine andere Nationalistenkultur repräsentierte als der PUN und daß Konovaléc die jungen rücksichtslosen Radikalen in die Bewegung einbinden wollte. Knyš warf nun Gabrusevyč – o Graus – Opposition vor:

»Die Rolle Gabrusevyčs verlief, nicht ohne Jarys Einfluß, in einer anderen Richtung als anfangs beabsichtigt gewesen war. Anstatt dem PUN zu helfen, begann er, oppositionelle Stimmungen zu verbreiten und Bundesgenossen im Ausland zu suchen. Seinen ersten und wichtigsten Bundesgenossen fand er in Jary«. <sup>116</sup>

Für Mykola Sciborskyj war daraus in seinem Weißbuch der OUN von 1940 in stalinistischer Diktion bereits ein oppositionelles »Zentrum« geworden. Gabrusevyč habe »Kritik zu seiner Hauptaufgabe« gemacht. Der junge Gabrusevyč konnte seiner Mei-

<sup>113</sup> Vrećona, »Moi zustriči«, S. 476.

<sup>114</sup> Andrijevskyj, »Obstavyny«, S. 662.

<sup>115</sup> Knyš, Rozbrat, S. 33.

<sup>116</sup> Ebd.

nung nach nur »endlos und chaotisch reden«, und der einzige schriftliche Text, den er zusammengebracht habe, sei »wirklich ein klassisches Beispiel für primitiven Dilettantismus« gewesen.<sup>117</sup>

Auf der im Juni 1932 in Prag organisierten »Wiener Konferenz« galizischer Nationalisten mit dem PUN gelang noch einmal ein Kompromiß. Konovaléc ließ sich auf die Forderungen aus Galizien ein und blieb – zu den Konditionen der Radikalen – der Führer der Bewegung. Die OUN, welche nach Ansicht der »Intellektuellen« eine politische Dachorganisation hatte werden sollen, wurde dadurch zu einer Terroristenzentrale. Konovaléc war dies nicht unwillkommen, Jary sah darin die Überlebenschance.

## 2. REAKTIONEN AUF DIE OUN-GRÜNDUNG

Riko Jarys Formulierung von 1939, es gelte »nicht eine Parteiorganisation zu schaffen, sondern der Ukrainische Nationalismus sollte Gemeingut des ganzen Volkes werden«, blieb ein Wunschtraum.<sup>118</sup> Die Reaktion vieler ukrainischer Emigranten auf die OUN-Gründung war unfreundlich bis feindselig. Zum einen vertrat die OUN ja den Totalitätsanspruch und wollte die anderen Organisationen ersetzen, zum anderen waren die ukrainischen Gruppen einander sowieso spinnefeind, so daß alles andere an ein Wunder gegrenzt hätte. Was die OUN eigentlich war, war noch niemandem so richtig klar. Petro Mirčuk hat die Kakophonie der zeitgenössischen Stimmen gesammelt, die eher von Unklarheit und eigenen Feindbildern geprägt waren als von einer sachgerechten Einschätzung.

Das UNR-Lager hielt die OUN im *Tryzub* vom 24. Februar 1929 für Usurpatoren des Nationalismus und der Jugend, »worauf die Herren von der Führung kein Recht« hätten. Petruševyčs prokommunistischer *Ukraińskij Prapor* vom 15. April 1929 sah die OUN-Gründer »von ihren Ideen her nicht weit von den Warschauer UNR-Leuten« entfernt, während der *Tryzub* vom 5. Mai 1929 in der Neugründung wegen der Forderung nach der Verstaatlichung der Wälder keine »Unterschiede in den Methoden zum Bolschewismus« sah. Der in Charkiv erscheinende *Bil'sovyk Ukrainy* (H. 7-8, 1929) schloß aber im Gegenteil daraus, daß die OUN ihren künftigen Staat auf eine Schicht von Grundeigentümern stützen wollte, »sie schützen die Reputation niemandes anderen als des Het'mans Pavlo Skoropadskij«. Die Skoropadskij-treue *Sič* aus Chicago vom 15. April 1929 wiederum hielt die von der OUN geforderten wirtschaftlichen und sozialen Reformen für überflüssig, »da die Bol'ševiki sie schon durchgeführt haben«.<sup>119</sup>

Aus diesen Wertungen wird deutlich, daß die Grenze zwischen Nationalismus und Bolschewismus für andere Gruppen nicht immer erkennbar war. Das darf nicht verwundern: Eine Verschmelzung beider Richtungen war in den nationalbolschewistischen Formationen jener Jahre möglich, wobei auch unter jungen deutschen Nationalsoziali-

<sup>117</sup> Mykola Seiborskyj, *Bila knyha OUN* [1940], zit. nach ebd., S. 34-35.

<sup>118</sup> Riko Jary, »Ewhen Konovaléc«, in: *Ukrainischer Nationalismus*. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 3-8, hier S. 6.

<sup>119</sup> Alle Angaben und Zitate nach Mirčuk, *Narys*, S. 108-111.

sten (Name!) in der Studentenbewegung und der SA methodische Überschneidungen mit dem Sowjetkommunismus thematisiert wurden. Andererseits kam in der zeitgenössischen Presse auch die Gleichsetzung der OUN mit »Faschismus« vor.

Von sowjetischer Seite hatte man den Faschismus in einer sozio-ökonomischen Definition zum Exponenten des kapitalistischen Hauptfeindes erklärt. Folgerichtig schrieb auch der *Bilšovyk Ukraïny* von »unseren Faschisten« oder den »ukrainischen Faschisten« und die KPZU in einem Beschluß ihres ZK von den »Gruppen ukrainischer Faschisten«. Aber auch das legalistische *Dilo* folgte dieser Begrifflichkeit: Zwar seien die Ziele der OUN wirr, hieß es am 4. April 1929, aber ihre Führer müßten sich darüber im klaren sein, daß »sie nichts anderes geworden sind, als eine neue politische Partei, nur eine Partei faschistischen Zuschnitts«. <sup>120</sup>

Diese Bemerkung ist jedoch nicht so einfach wie sie aussieht. Das UNDO verstand sich wie die OUN eigentlich auch nicht als Partei, sondern als Mantelbewegung, nur eben vorwiegend legalistischer Art. In dieser Hinsicht war die OUN eine Konkurrenz, die auf beiden Seiten auch so verstanden wurde, und die Wortwahl folgte eher diesem Graben als einer sorgfältigen Analyse. Faschismus galt Demokraten als negativ. Aber waren die ukrainischen Nationalisten der OUN Faschisten? Nicht einmal für sowjetische Historiker war dies eindeutig. Zwar kritisierte man pauschal den Westen dafür, die »Nähe oder Verbindung [der OUN] zum Faschismus zu bestreiten«. <sup>121</sup> Aber Nähe war eben nicht Identifizierung. »Mietlinge des Faschismus« (so der Titel des Buches Troščynskyjs) waren nicht unbedingt selber Faschisten. Eine Zeitlang bemühte man sich zu dokumentieren, daß die »ukrainischen bürgerlichen Nationalisten« beim »polnischen (!), italienischen und deutschen Faschismus in die Lehre« gegangen seien. <sup>122</sup> Aber durchgehalten wurde dies keineswegs: Bei Troščynskyi figurierten Konovalëc ohne weitere Einschränkungen als »Führer der ukrainischen Faschisten« und Ahustyn Vološyn als »ukrainischer Faschist«. <sup>123</sup>

Man sollte diese Argumentationsweise kennen, wenn man beurteilen will, warum OUN-nahe Historiker so häufig bemüht waren, ihre Eigenständigkeit zu betonen und einen Vorbildcharakter von Faschismus und Nationalsozialismus abstritten. Für sie war dies die Hauptfrage. Uns interessiert aber wenig eine etwaige unmittelbare Übernahme – weitaus mehr die analoge Ausbildung von ideologischen und politischen Elementen. Wir befassen uns hier auch deswegen mit der Begrifflichkeit, weil in einer vereinfachenden, an sowjetische Konzepte angelehnten Wortwahl »Faschismus« (wie im obigen Zitat demonstriert) als Oberbegriff für alle Richtungen verwendet wurde, die nicht kommunistisch waren. Da der Verfasser kein Anhänger dieser simplifizierenden Verfälschung oder anderer primitiver Zuordnungen ist, diskutieren wir im folgenden nicht eine politologische Kategorisierung, <sup>124</sup> sondern allein den Referenzrahmen des zeitgenössischen Diskurses.

<sup>120</sup> Zitate nach ebd., S. 109, 111.

<sup>121</sup> Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 12.

<sup>122</sup> Zamlynskyj, *Šljach čornoj zrazy*, S. 3.

<sup>123</sup> »[V]jatažok ukraïnskych fašystiv« – Ebd., S. 27, 62.

<sup>124</sup> Troščynskyj hielt etwa die UVO für »faschistisch«, weil sie aus ehemaligen Soldaten, die als »durch den Krieg deklassierte Elemente« besonders »faschismusfreundlich« gewesen seien, bestand; daneben verwies er auf den Terror und das Führerprinzip (Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 23). Daß eine solche Begründung wenig fundiert ist, muß kaum erläutert werden. Und weil ihm weitere

### 3. IDEOLOGISCHE UND POLITISCHE KONZEPTE DES UKRAINISCHEN NATIONALISMUS

#### a. Die Faschismus-Frage

Von der Wortwahl her könnte man es sich einfach machen. Mit Koževnykiv und Kostariv waren Repräsentanten eines »ukrainischen Faschismus« im PUN. Sie blieben dort aber nicht lange. Hieraus jedoch abzuleiten, die beiden seien wegen ihrer »faschistischen« Tendenzen entfernt worden, wie dies bei Mirčuk und bei dem postsowjetisch gewendeten Troščynskyj zu lesen ist, ist nur eine im Nachhinein elegant erscheinende Interpretation.

Zunächst machte Konovalėc Koževnykiv den Vorschlag, nach Prag in die Redaktion der *Rozbudova Nacii* (RN) zu gehen, was keine Abschiebung war, weil Koževnykiv im LUN Presse- und Propagandareferent gewesen und die RN das Organ des PUN war. Allerdings war dies Koževnykiv vielleicht zu wenig, vielleicht wollte er auch seine Berliner Buchhandlung weiterführen. Und Koževnykiv war vom Beginn der 1920er Jahre an einer der Organisatoren der ukrainischen Studenten in einem von ihm gegründeten Berliner Verein gewesen, der in seinen besten Zeiten 180 Studenten vertreten haben soll<sup>125</sup> und dem CESUS angeschlossen war.

Ohne sich mit dem übrigen PUN abzustimmen, reiste der Faschist stattdessen nach Budapest, vorgeblich, um die dortigen studentischen Organisationen zu »betreuen«. Nach einem polnischen Bericht führte er sich jedoch mit Empfehlungsschreiben »aus Berlin« (wobei unklar blieb, ob sie vom PUN oder von den Deutschen stammten) bei ungarischen Regierungskreisen ein und vereinbarte mit seinen Gesprächspartnern, daß Ungarn die ukrainischen Nationalisten, die Ukrainer wiederum die magyarische Aktion in der Slowakei unterstützen würden. Koževnykiv soll hierfür ungarisches Geld »zur persönlichen Disposition« erhalten haben.<sup>126</sup> Die Ähnlichkeit mit den Vorwürfen gegenüber Skoropadskyj ist frappierend.

1933 war man im polnischen Innenministerium dann aber der Meinung, Koževnykiv habe als Anhänger legaler Aktionen und damit als UVO-Gegner aus dem Weg geräumt werden sollen. Der PUN habe daher die Budapestreise nur pro forma als »Eigenmächtigkeit« abgestraft. Am 9. April 1929 sei die OUN-Führung zum Schluß gekommen, daß der allzu selbständige Koževnykiv eine Gefahr darstelle. Am 15. April schrieb man ihm, daß man ihn aus dem PUN abberufe, und am 3. November 1929 schloß ihn ein OUN-Gericht aus der Organisation aus.<sup>127</sup>

Kriterien abgingen, erklärte er gleich auch noch Piłsudskis Staatsstreich von 1926 für »faschistisch« und UNDO zu einer politischen Gruppierung, die der »polnischen Abart des Faschismus« entsprach (Vgl. ebd., S. 46).

<sup>125</sup> Jariš, »Ukraińska kul'tura j mystectvo v Berlini«, S. 55.

<sup>126</sup> Poln. Gesandtschaft Prag an Poln. Außenministerium, 29. 10. 1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 262. – Der zeitweilige Sekretär Konovalėcs, Oleksa Bojkiv, gibt als Entlassungsgrund eine Reise nach Warschau an, dabei mag es sich jedoch um eine Verwechslung oder Vertuschung handeln (Vgl. Bojkiv, »Moja spivpracija z polkovnykom«, S. 632).

<sup>127</sup> MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 24-25. – Für die polnischen Autoren ging es vor allem darum, daß Konovalėc seine Position so am besten gesichert glaubte.

Martyneć, der daraufhin die RN-Redaktion übernahm, tat später aber kund, man habe den Ausschluß seines Vorgängers bereits vor dem Kongress »schriftlich vertraglich« (cju umovu spysaly my na pyšmi) beschlossen, aber die LUN, die Koževnykiv repräsentierte, vorher nicht vor den Kopf stoßen wollen und im übrigen gar kein Organ zum Ausschließen (woraus auch) gehabt. Das habe man dann nach der OUN-Gründung nachgeholt – und Martyneć agierte als Ankläger. »Obwohl beweiskräftig nicht festgestellt wurde, in wessen Dienst er stand, wurde er [Koževnykiv] ausgeschlossen«, schrieb er.<sup>128</sup>

Wen wundert, daß dies in der apologetischen Arbeit Mirčuks nicht vorkommt. Dort war Koževnykiv nur verdächtig, weil er für Reisen mehr Geld ausgab, als seine eigene Buchhandlung angeblich abwarf. Mirčuk wußte (nach dem Zweiten Weltkrieg) auch, wessen Agent Koževnykiv gewesen sei: der deutschen politischen Polizei nämlich. Mit diesem Argument wollte Mirčuk durch den Ausschluß des »Agenten« die »antideutsche« Position der OUN gestärkt sehen.<sup>129</sup> Martyneć schrieb unscharf, die Tätigkeit für die Deutschen habe sich später herausgestellt.<sup>130</sup> Daß Koževnykiv deutscher Agent gewesen sein soll, ist möglich, aber angesichts seiner geringen Erfolge wenig wahrscheinlich. Und Zuträgerdienste leisteten den Deutschen auch andere OUN-Nationalisten willig. Koževnykiv hatte auf seinem Gebiet, im Kontakt mit nationalistischen Studenten, eine Politik betrieben, die durchaus im Interesse der ukrainischen Nationalisten liegen mochte. Er war jedoch (zu) selbständig und eigenmächtig, möglicherweise hat er auch das fragile Verhältnis zu Prag gefährdet.

Konovaleć jedenfalls mußte »deprimiert« die »Schweinerei« (svynstvo) hinnehmen, daß sein früherer Sekretär Mychajlo Seleško in Koževnykivs Buchhandlung zwei Stunden täglich (für einen Stundenlohn von 1,- Mark) arbeitete und daß jener tatsächlich »solide Geschäfte mit ukrainischen Büchern« machte.<sup>131</sup> Seleško schadete das nicht in seiner weiteren OUN-Karriere.

Auch der »Faschist« Kostariv wurde 1933 aus PUN und OUN ausgeschlossen. Der bei Mirčuk abgedruckte Text des Urteils des »Außerordentlichen Gerichts der OUN« ist in seinen Begründungen kryptisch. Man warf Kostariv, der wesentlich zum Aufbau der OUN beigetragen hatte, vor, »moralisch« versagt und das in ihn gesetzte Vertrauen enttäuscht zu haben. Er habe intrigiert, Verleumdungen verbreitet und »eigene Unternehmungen« gestartet, die zum Zerfall der OUN hätten führen können. Nichts ist hier von politischen Querelen zu lesen, und auch Mirčuks spätere Behauptung, er habe »im Dienst der Bol'sheviki« gestanden, ist eher mit dem auch schon bei Koževny-

<sup>128</sup> Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 329. Jevhen Onačkyj schilderte, daß ihm im April 1929 mitgeteilt worden sei, Koževnykiv sei »krankheitshalber« aus dem PUN ausgeschieden. In seinem Beitrag in der Konovaleć-Gedenkschrift druckte er den Wortlaut des »Gerichtsurteils« über Koževnykiv ab (Vgl. Onačkyj, »Jevhen Konovaleć«, S. 665-666).

<sup>129</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 519. – Anders las sich das bei Martyneć: Auch dieser verdächtigte ihn der Nutzung trüber Geldquellen und rechnete sogar vor, seine Buchhandlung und ein Vermittlungsbüro könne nicht genügend abgeworfen haben, um ihn zu ernähren. Auch daß er viel reiste, machte ihn für Martyneć verdächtig. Daneben bezichtigte er ihn der Verbindung mit Polen und den Bol'sheviki. Mit den letzteren bezeichnenderweise wegen seiner »allzu laut manifestierten antibolschewistischen Ausfälle«! Der Umgang mit Koževnykiv ist ein Paradebeispiel für den gehässigen Umgang von Emigranten miteinander (Vgl. Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 328).

<sup>130</sup> Ebd., S. 329.

<sup>131</sup> Konovaleć an Martyneć, 13. 5. 1930, Ju. Olijnyk (Red.), *Ja b'ju v dzvin*, Dok. 34, S. 130.



kiv praktizierten stalinistischen Verfahren, Rivalen grundsätzlich als feindliche Agenten zu brandmarken, zu erklären.<sup>132</sup>

Martyneč belegte in seinen Erinnerungen Kostariv mit allen möglichen Invektiva: Er »mache den Eindruck, immer dreckig« zu sein, »dreckig« sei auch seine Sprache«, zu »drei Vierteln russisch«, dabei kam er ihm nicht wie ein »russifizierter Ukrainer, sondern wie ein eilig ukrainisierter Russe [moskal'« vor. Etwas Konkretes gab es bei Martyneč nicht.<sup>133</sup> Das Konkreteste war wohl die persönliche Konkurrenz.

Richtig war wohl, daß beide Faschisten sich nicht den anderen OUN-Gründern unterordnen wollten und daß zugunsten der organisationellen Disziplin ein Exempel statuiert werden sollte. Worum es bei all dem sicher nicht ging, war die Frage des »Faschismus«. Für den späteren Diskurs war dagegen von Vorteil, daß man sich der kompromittierenden »faschistischen« Komponente entledigt hatte und nun behaupten konnte, die OUN habe mit dem Faschismus nichts zu tun.

Waren also die ukrainischen Nationalisten Faschisten? Diese Frage wurde in bezug auf osteuropäische rechtsradikale Bewegungen mehr als einmal gestellt. Motyl hat sie negativ beantwortet. Dabei ist er jedoch nicht mit der nötigen quellenkritischen Sorgfalt vorgegangen. Die Nationalisten der 1920er Jahre hatten sich nämlich durchaus hierzu Gedanken gemacht. Früh, weil bereits 1923, als der italienische Faschismus noch kaum etabliert war, äußerte sich die von Doncov redigierte *Zahrava* in Lemberg zur Verbindung von ukrainischem Nationalismus und Faschismus. Auslöser des Artikels war, daß die linke *Zemlja i Volja* und nach ihr genüsslich die polnische *Gazeta Lwowska* Doncov vorgeworfen hatten, nach seiner Zeit als *commis voyageur* des österreichischen Imperialismus und als Het'man-Anhänger nunmehr als Faschist aufzutreten. Den als Antwort verfaßten Artikel »Sind wir Faschisten?« nannte Motyl wirt, er war es jedoch nicht. Sein Verfasser (offenbar Doncov selber) hielt den Faschismus für etwas Gutes<sup>134</sup> und formulierte einen Satz, der Motyl Schwierigkeiten bereitete:

»Eben deshalb, weil wir ähnlich wie der Faschismus nicht auf einer internationalen, sondern auf einer nationalen Plattform stehen, können wir keine Faschisten sein.«<sup>135</sup>

Dabei übersah Motyl, daß Faschismus 1923 noch die einzigartig scheinende italienische Variante des radikalen Nationalismus beschrieb.<sup>136</sup> Von der mußten sich ukraini-

<sup>132</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 519-520. Sudoplatov bezeichnete in seinen Erinnerung Kostariv gemeinsam mit Bandera als Anhänger der »jungen Fraktion« gegenüber derjenigen der »alten Generation« mit Konovalč und Mel'nyk (Vgl. Pavel und Anatoli Sudoplatov, *Special Tasks*. London 1994, S. 15). Und er schreibt, daß er Kostariv 1935 an der NSDAP-Parteischule getroffen habe, wo er gegen Konovalč konspirierte (Vgl. ebd., S. 16).

<sup>133</sup> Martyneč, *Ukrainske pidpillja*, S. 327. Martyneč beschwerte sich 1930 bei Konovalč, Kostariv arbeite nicht ordentlich, seine wirtschaftlichen Projekte scheiterten und die Presse wolle seine Artikel nicht drucken (Martyneč an Konovalč, 26.4.1930, Ju. Olijnyk (Red.), *Ja b'ju v dzvin*, Dok. 24, S. 87).

<sup>134</sup> »Wir halten den Faschismus für nichts Übles. Im Gegenteil!« (Ne uvažajemo fašyizmu za ščo zloho. Navpaky!) – An., »Čy my fašysty?«, *Zahrava* 1 (1923), H. 7, S. 97-102, hier S. 98.

<sup>135</sup> »I tomu vlasne, ščo my stoimo podobno jak i fašyizm, ne na internacional'nij, a nacional'nij pljatformi, – my ne možemo buty fašystamy.« »Čy my fašysty?«, S. 98 – Vgl. Motyl, *Turn*, S. 113-114.

<sup>136</sup> Zwar wurde der Begriff des Faschismus in der Presse Italiens diskutiert und in ersten Aufsätzen beschrieben, eine vereinheitlichte Sicht wurde allerdings erst 1928 in einem Sammelband mit Mussolinis Einführung und ein Jahr später von Giovanni Gentile versucht, Mussolini selber publizier-

sche Nationalisten distanzieren, wenn sie sich nicht dem Vorwurf des bloßen Kopierens aussetzen wollten. Die Annahme eines radikalen ukrainischen Nationalismus – gleich dem italienischen – bewog den Verfasser also, den italienischen Faschismus und den ukrainischen Nationalismus ihrem nationalen Anspruch nach gleichzusetzen – und eben deswegen die italienische Bezeichnung abzulehnen! Das Bestreiten der Benennung war daher nicht die Ablehnung des Faschismus, sondern im Gegenteil ein Beleg dafür, daß man sich ihm ebenbürtig und gleichartig empfand. Im Gegensatz zur Linken stellte der Verfasser die »politische Befreiung« über die »soziale Befreiung«. Und darauf folgte der Satz »Wenn dies das Programm des Faschismus ist, dann sind wir meinerwegen Faschisten!«<sup>137</sup> Für uns ist dieser Satz ein erster Beleg von Doncovs Erkenntnis, Faschismus sei möglicherweise gar kein italienisches Spezifikum, sondern eine Art politischer Denkrichtung. Da der Verfasser die »internationale Solidarität« ablehnte, war es nur logisch, daß er in der faschistischen These von der »friedlichen Rivalität verschiedener nationaler Gesellschaften« etwas Positives sah: »Möglich, daß dies eine sehr ähnliche Theorie ist, und wenn diese Gedanken in Italien Popularität besitzen, dann kann uns das nur freuen, wie jede Ausbreitung gesunder Ideen...«<sup>138</sup> Noch zweimal wiederholte Doncov diese rhetorische Formel, und am Ende beteuerte er, man besitze weder ausländische Zentren noch sei die Bewegung »aus dem Ausland importiert«.<sup>139</sup> Das war die Zustimmung zur geistigen Partnerschaft mit dem Faschismus – und die Ablehnung des Vorwurfs der Abhängigkeit von italienischen Modellen.

Im Rahmen der LUN gab es eine Diskussion um den Vorrang des »romantischen« Bezugs auf eigene Staatlichkeit oder des Modernismus der »neuen europäischen Bewegungen« (s. oben). Entgegen der Behauptung Mirčuks wurde der Streit zunächst nicht im Sinne Sciborškyjs, also gegen die »ukrainischen Faschisten«, entschieden, sondern in der Schwebe gehalten: Der Sojuz Ukraїńškych Fašystiv trug und führte die LUN. Und von den UNR-Anhängern wurde den LUN-Mitgliedern unter anderem vorgeworfen, sie seien »Reaktionäre und Agenten des italienischen Faschismus«.<sup>140</sup>

1928 prägten Julijan Vassyjan und Dmytro Andrijevškyj für den PUN (dem Doncov ja nicht angehörte) die für die OUN gültige Formulierung: Sie unterstrichen, daß jede nationale Weltanschauung *sui generis* (svojeridnyj) und zu einseitig (odnobičnyj) sei, um sie zum Gut eines nationalen Systems zu machen, das an ihrer Schöpfung nicht teilgenommen habe. Andrijevškyj verknüpfte wie Doncov 1923 in *Zabrava* – immer noch, ohne darin einen Widerspruch zu sehen – die Forderung nach Eigenständigkeit mit dem Beispiel des faschistischen Italien.<sup>141</sup> Damit war die Diskussion um die Affinität zum Faschismus aufgehoben: Indem ukrainischer Nationalismus zu etwas axiomatisch autochthonem und authentischem erklärt wurde, verschwanden aus dem in-

te ein paar Zitate als »Doktrin« erst 1932/33 (Giuseppe Luigi Pomba u. a. [Hg.], *La civiltà fascista*. Torino 1928; Giovanni Gentile, *Origine e dottrina del fascismo*. Roma 1929; Benito Mussolini, *La dottrina del fascismo*. Milano 1933).

<sup>137</sup> »Koly ce je prohramom fašyzmu, pro mene, ~ my je fašysty!« An., »Čy my fašysty?«, S. 100.

<sup>138</sup> Ebd., S. 100-101.

<sup>139</sup> Ebd., S. 101-102.

<sup>140</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 70.

<sup>141</sup> Ju. Vassyjan, »Do holovnych zasad nacionalizmu«, *Rozbudova Naciï* 1 (1928), S. 33-42, hier S. 34; Dmytro Andrijevškyj, »Naša pozycja«, *Rozbudova Naciï* 1 (1928), S. 8-11, hier S. 8-9.

ternen Diskurs Anspielungen auf ideologische Vorbilder. Und gerade darin bezog man sich auf das strukturelle Vorbild des italienischen Faschismus. Dennoch blieb in der Eigenwahrnehmung die Identität beider Richtungen präsent.<sup>142</sup>

Die ukrainischen Nationalisten hatten natürlich grundsätzlich vor, etwas »Eigenes« zu schaffen. Martyneč schrieb:

»Der Ukrainische Nationalismus ist eine Frucht der inneren Entwicklung der Nation, ein Exponent der inneren Kräfte der Nation, und er hält die Nation und ihre schöpferische Erscheinung für ein Ziel an sich, weshalb er die Möglichkeiten zur Erfüllung der vor ihm stehenden Aufgaben ausschließlich innerhalb der Nation suchen kann und muß«.<sup>143</sup>

Aber dies hinderte den PUN nicht daran, die Suche nach Bundesgenossen zu einem wichtigen Element der politischen Taktik zu erklären. Daß der Faschismusbegriff von einer ukrainischen Splittergruppe, die in der OUN aufging, verwendet wurde, wurde nur insofern als partiell »politisch inkorrekt« empfunden, als es einen Widerspruch zur geforderten Authentizität darstellte, nicht etwa, weil man sich dem Faschismus fremd gefühlt hätte.

An der Gründungsversammlung der OUN in Wien waren die »Faschisten« Koževnykiv und Kostariv beteiligt, letzterer als Leiter der Organisationskommission der Konferenz. Sie hielten auch zentrale Referate: Kostariv über die »nationale Revolution«, das »Problem des dauernden Friedens in Osteuropa« und das künftige »Statut der OUN«, Koževnykiv über das »Projekt des Systems der OUN«. Das einzige Referat, das sich mit einem außerukrainischen Thema befaßte, hielt Nižankivskýj über »das faschistische Italien«.<sup>144</sup>

Italienische Muster wurden in der nationalistischen Presse so kontrovers diskutiert, wie dies die autoritäre Struktur zuließ. Motyl zitierte nach dem Zweiten Weltkrieg aus Jevhen Onačkyjs erster Reportage aus Italien nur den Passus, in dem jener den Unterschied zwischen dem italienischen Faschismus und dem ukrainischen Nationalismus herausstellte. Darin verwies Onačkyj vor allem darauf, daß der Faschismus der »Nationalismus einer Staatsnation« sei, die bereit sei, alles »für den Kult des bereits bestehenden Staates zu opfern«, der ukrainische Nationalismus dagegen der »Nationalismus einer staatslosen Nation«, die im Gegenteil »alles und jeden für die Zerstörung des Kults jener Staaten zu opfern bereit sei, die uns nicht zu leben gestatten«. Was Motyl und OUN-Autoren übergingen,<sup>145</sup> ist, daß abgesehen von diesem Passus nicht nur der unterscheidende Vergleich, sondern eine Gleichsetzung den erwähnten Artikel durchzieht:

»Das alte und das junge Italien... Fast wie das frühere Kleinrußland und die jetzige Ukraine...«, schrieb Onačkyj.

Er betonte sogar einen Vorbildcharakter des Faschismus: Der »junge ukrainische Nationalismus« habe bereits vom Faschismus »das Bekenntnis zur Notwendigkeit

<sup>142</sup> Als Beispiel sei darauf verwiesen, daß V. Ščerbakivskýj über Viktor Andrijevskýj berichtete, er »identifiziere sich als ›Faschisten‹ und halte Doncov für einen Propheten...« (Dorošenko an Lypynskýj, 20. 5. 1926, in: Lypynskýj. Archiv, Bd. 6, Dok. 201, S. 222).

<sup>143</sup> V. M., »Po konferencii«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S. 3-7, hier S. 7.

<sup>144</sup> Mirčuk, Narys, S. 90-91.

<sup>145</sup> Vgl. etwa Darija Rebet, »Nacionalistyčna molod' i molodečyj nacionalizm«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovalč ta joho doba. München 1974, S. 482-501, hier S. 494.

einer eisernen hierarchischen Organisation und die Unterordnung aller privaten, parteilichen und Klasseninteressen unter die Interessen des Vaterlandes« übernommen. Da es im März 1928, als dieser Artikel erschien, gerade um die Schaffung der OUN ging, kann diese Charakteristik nicht wichtig genug genommen werden, auch wenn Onačkyj der OUN nicht sofort beitrug. Er wurde dann noch deutlicher:

»Der italienische Faschismus und der ukrainische junge Nationalismus stützen sich beide auf die aktive, unruhige, neue Wege, immer neue Mittel suchende Jugend, denn für die Jugend ist es ebenso natürlich zu handeln wie für die Alten [dlja didiv] zu überlegen – darin liegt sogar mehr Physiologie als Psychologie. [...] Während der Revolution ist es zu spät nachzudenken, man muß etwas tun. Darin eben liegt das Verdienst des italienischen Faschismus vor dem Vaterland [...]«<sup>146</sup>

Vor diesem Hintergrund ist der apologetische Ansatz Volodymyr Stachiv aus dem Jahre 1977 hinfällig, der die Verbindung nach Italien zugab, sie aber nur mit der Initiative Onačkyjs von 1927 erklärte.<sup>147</sup> Einen Widerspruch gab es nicht, denn Konovalec war von Onačkyj begeistert.<sup>148</sup> Der Unterschied zwischen dem etatistischen Faschismus und dem (noch) staatslosen ukrainischen Nationalismus leuchtete zudem Nationalisten ein, für die die Frage der »Staatlichkeit« in jeder Hinsicht zentral war. Auch die RN-Redaktion betonte diesen Unterschied.<sup>149</sup> Onačkyj mußte sich dem widerwillig anpassen. Um auf dem Vorbild des Faschismus beharren zu können, stattete er ihn mit einem »ersten, noch nicht-staatlichen Stadium« aus, das über eine »andere nachahmenswerte Seite, – eben die idealistische Seite« verfügte.<sup>150</sup> Festzuhalten ist, daß die Differenz zwischen einem staatlichen und einem nicht-staatlichen Nationalismus gesehen wurde und man dennoch diskutierte, ob nicht der Faschismus eine Vorbildfunktion bewahren konnte.

Onačkyj hat unbeirrt an ihr festgehalten, und auch bei der Herausgabe seiner Tagebücher nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Lesern zugestanden, sie könnten »allzu große Sympathien für den ital. Faschismus und die Bestrebungen einiger ukrainischer Nationalisten, sich ihm allzu sehr zu nähern«, konstatieren. Er rechtfertigte die Bereitschaft, die Hilfe der Faschisten zu nutzen, damit, der italienische Faschismus sei 1930 anders als 1938 gewesen (wenngleich man sich auch später nicht von ihm distanzierte).<sup>151</sup> Er gab ohne Umschweife zu, man »sympathisiere mit der faschistischen

<sup>146</sup> Jevhen Onačkyj, »Lysty z Italiï I. Deščo pro fašyzm«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S. 93-6; Motyl, Turn, S. 166. – Vassyjan erklärte, eine nichtstaatliche Nation (nederžavna nacija) sei verstärkt zur »Harmonisierung« der »Organe ihres Volkskörpers«, damit also zu diktatorischen Methoden, gezwungen (Ju. Vassyjan, »Do holovnych zasad nacionalizmu«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S. 33-42, hier S. 41).

<sup>147</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), in: ders., Pro Ukraïnsku zovnišnju polityku, OUN, Karpatську Ukraïnu ta polityčeni vbyvstva Kremlja. Hadjač 2005, S. 16-51, S. 27.

<sup>148</sup> »Onačkyj hat auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht. Dieser Mensch ist noch nicht demoralisiert, er hat meiner Meinung nach ein recht großes journalistisches Talent« (Konovalec an Martyneč, 2. 6. 1930, in: Ja b'ju v dzvin, Dok. 43, S. 165).

<sup>149</sup> Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 8-9, S. 262. Auch Torzecki nimmt ihn auf, wenn er als Vergleichsmodus für die OUN die nicht-staatlichen Bewegungen makedonischer, kroatischer und baskischer Nationalisten annimmt und bei der IRA den Unterschied setzt, daß diese von 1921 an einen Rückhalt im Irischen Freistaat gehabt habe (Vgl. Torzecki, Kwestia Ukraïnska 1923-1929, S. 266).

<sup>150</sup> Jevhen Onačkyj, »Fašyzm i my«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 12, S. 397-401, hier S. 400-401.

<sup>151</sup> »nadto velyki sympatii do ital. fašyzmu i bažannja dejakych Ukraïnskych nacionalistiv nadto do n'oho nablyzycysja« (Jevhen Onačkyj, U vičnomu misti. Buenos Aires 1930, S. 8-9).

Ideologie und teile in vielen Punkten ihr sozialpolitisches Programm«, könne sich aber nicht zu den faschistischen Methoden bekennen, solange man nicht an der Macht sei.<sup>152</sup> Das Argument des Unterschieds staatlich/nicht-staatlich hielt Onačkyj für weniger relevant als eine Verknüpfung beider Bewegungen: Er bescheinigte dem Faschismus, die Zweifel am Vorhandensein einer italienischen Nation beseitigt zu haben<sup>153</sup> – was man leicht auf die ukrainische Lage übertragen konnte.

Petro Mirčuk hat dann trotzdem in seinem OUN-Buch diesen Unterschied zum distanzierenden Axiom erhoben, gleichzeitig aber ein Konzept ukrainischer Staatlichkeit eingeführt, mit dem sich der Propagandareferent der OUN-Landesleitung (für ihn selber offenbar unmerklich) selber widersprach: Die »Ideologie des ukrainischen Nationalismus« sei nämlich »ausschließlich auf die tausendjährige Staatlichkeitstradition des ukrainischen Volkes gestützt«. Und dieser Nationalismus sei durch die »organische Vereinigung ukrainischer nationalistischer und revolutionärer Befreiungsorganisationen entstanden [...], als der Faschismus noch in den Windeln lag und kein Ukrainer sich für ihn interessierte.« Nur ein »Beschränkter« (neuk) oder ein »böswilliger Feind oder politischer Gegner« könne die ukrainischen Nationalisten »Nachahmer des Faschismus« nennen.<sup>154</sup> Merke: Allein der Vorwurf der »Nachahmung« war für Mirčuk eine Zumutung. »Nachahmer« seien nicht die Nationalisten, sondern die »ukrainischen Sozialisten aller Töne und Schattierungen«, die ihre Programme nicht »aus ukrainischer Geistigkeit und Tradition, sondern aus den Lehren von Marx, Lenin, Plechanov und anderen ausländischen Lehrern des Sozialismus« bezögen.<sup>155</sup> Daß es gar nicht um »Nachahmung« gehen mußte, sondern um die Ausbildung analoger Einstellungen mit dem eigenen Repertoire, war dem »Historiker« Mirčuk noch 1968 fremd.<sup>156</sup>

Aber wie sollte es auch anders sein; In der Auseinandersetzung mit den Gegnern stand meist nicht die Qualität der Ideologie, sondern deren Originalität zur Debatte. 1969 warf der sowjetische Autor Zamlynskyj Doncov vor, er habe »die ganze Zeit gelehrt [...], wie Fremdes [...] anzunehmen sei.«<sup>157</sup> Auch in dem sowjetischen »Standardwerk« Čerednyčenos wurde den Nationalisten in erster Linie vorgeworfen, sie

<sup>152</sup> Onačkyj, U vičnomu misti, 43-44 (Eintrag vom 20. 1. 1930, Brief an Jaroslav Pelen'skyj).

<sup>153</sup> Ebd., S. 83-84 (Eintrag vom 16. 2. 1930).

<sup>154</sup> Mirčuk, Narys, S. 114.

<sup>155</sup> Ebd., S. 112. Ebenso in Petro Mirčuk, Jevhen Konovalėc. L'viv 1990 (Toronto 1958), S. 74-75.

<sup>156</sup> Ähnlich argumentierten auch Mel'nyk-Anhänger. Im Jubiläumsband von 1954 wurde denjenigen der Kampf angesagt, »die den ukrainischen Nationalismus von fremden Doktrinen, sei es dem Faschismus, sei es dem Nationalsozialismus ableiten wollen« (PUN, »Projdenyj šljach«, in: Orhanizacija Ukraїns'kych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 7-16, hier S. 12). – Bahan versuchte 1994, die Abgrenzung der OUN vom Faschismus nachzuweisen. Zwar gab er für die 1920er Jahre »Tendenzen zur »Faschisierung« des ukrainischen politischen Denkens« zu, setzte aber dann Faschismus (»Ideologie der Dominanz, des Bestrebens, andere in Abhängigkeit zu bringen«) von ukrainischem Nationalismus ab (»Ideologie der Befreiung, der Begründung nationaler Freiheit«). Und er wandte sich genau gegen das, was Motyl noch als gemeinsame Basis zuzugestehen bereit war, nämlich den potentiellen Übergang zu einer »totalitären Gesellschaft« (Bahan, Nacionalizm, S. 76-77).

<sup>157</sup> Zamlynskyj, Šljach, S. 13. – Wie blödsinnig die sowjetische Argumentation ist, erschließt sich bei der Behauptung Zamlynskyjs, Doncov habe beim Schreiben seines Nationalismus-Buches davon geträumt, die Ukraine unter dem »Schatten Hitlers« zu befreien. 1926, als der Band erschien, war Hitler ein politischer Niemand (Ebd.).

hätten begonnen, »das faschistische System zu kopieren«. <sup>158</sup> Troščynskyj behielt dieses Argument auch noch über die Wende hinweg bei. <sup>159</sup>

Die Originaltexte sind jedoch aussagekräftiger. Mykola Sciborskyj hat 1935 den Widerspruch zwischen den beiden Formationen in seiner *Naciokratija* aufgelöst. Dort schrieb er:

»Dabei ist der ukrainische Nationalismus, der die große historische Leistung des Faschismus anerkennt und sich ihm wirklich in seinem ideologischen Gehalt nähert, gleichzeitig eine durchweg originale und von niemandem abhängige Bewegung. Er orientiert sich nur an den Aufgaben der eigenen Nation [...]«. <sup>160</sup>

Mit den Thesen von John Breuilly über die unterschiedliche Argumentationsweise (bei gleichem Machtanspruch) von staatslosen und staatsbesitzenden Nationalbewegungen <sup>161</sup> wäre der scheinbare Widerspruch zwischen den Taktiken staatsbesitzender und staatsloser Nationalisten auflösbar, wobei den Verfassern der 1920er Jahre konzediert werden müßte, daß ihnen mit ihrer Fixierung auf den Staatserwerb Ähnlichkeiten hinter unterschiedlichen Fronten verborgen bleiben mochten. Wo aber konkrete Vorstellungen von einem künftigen ukrainischen Staat formuliert wurden, da war dieser dem faschistischen Italien sehr ähnlich. So erkannte auch Motyl »similar worldviews and political goals and methods«. Dennoch blieb er dabei: Nur wer die »fundamental philosophical difference concerning the nation-state relationship« mißachte und sich auf »authoritarianism and totalitarianism« konzentriere, könne von ukrainischem Nationalismus als einer Form des Faschismus sprechen. <sup>162</sup>

Aber selbst Mirčuk, der sich, wie oben angeführt, gegen den Vorwurf der Nachahmung zur Wehr setzte, bekannte sich nur wenige Seiten von diesen Sätzen entfernt zu den großen Leistungen des Faschismus:

»In den kritischen Tagen nach dem Ersten Weltkrieg hat die faschistische Bewegung Italien vor der kommunistischen Anarchie gerettet, die begonnen hatte, das Land zu überfluten. Nachdem er die Macht übernommen hatte, führte der Faschismus die Ordnung wieder ein, bewältigte die schwierige ökonomische Nachkriegskrise und brachte den Volksmassen wieder Patriotismus und Disziplin zurück. Diese klar sichtbaren Erfolge des italienischen Faschismus lenkten die Aufmerksamkeit von Politikern, Ökonomen und Soziologen auf ihn, [...] Hätte es nicht den Faschismus gegeben, dann hätten die Kommunisten Italien erobert. [...] Kein Wunder, daß auch unter den ukrainischen Nationalisten, den kompromißlosen Gegnern des Kommuno-Bolschewismus, der italienische Faschismus als antikommunistische Bewegung Sympathie und als neue sozial-politische und ökonomische Bewegung Interesse hervorgerufen hat.« <sup>163</sup>

Also doch? Uns geht es wirklich nicht um Originalität und Nachahmung. Broszat hat 1966 geschrieben: »Das Definitionsproblem [des Faschismus] wird [...] in Ostmittel-

<sup>158</sup> Čerednyčenko, *Nacionalizm proty nacii*, S. 53.

<sup>159</sup> Vgl. Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 221.

<sup>160</sup> Mykola Sciborskyj, *Naciokratija*. Paris 1935, S. 82.

<sup>161</sup> Vgl. John Breuilly, *Nationalism and State*. Manchester <sup>2</sup>1993, S. 390-401.

<sup>162</sup> Motyl, *Turn*, S. 164-165. – Diese differenzierte Sicht kontrastiert mit der Darstellung Mirčuks, der in seinem Überblick aus Onačkyjs Artikel das Fazit zieht, es sei unmöglich und zwecklos, den Faschismus auf den ukrainischen Boden zu verpflanzen (Mirčuk, *Narys*, S. 81).

<sup>163</sup> Ebd., S. 112-113.

europa besonders dadurch erschwert, daß zwischen autochthonem Faschismus und der opportunistischen Adaption faschistischer Vorbilder (vor allem Italiens und Deutschlands) im Einzelfall kaum exakt zu unterscheiden ist.<sup>164</sup> Ein scheinbares Paradoxon kommt hinzu: Alle Nationalismen berufen sich auf ihre jeweilige Einzigartigkeit und sind in eben dieser Ähnlichkeit als Produkte gleichen Denkens erkennbar. Es geht also einzig darum, im ukrainischen radikalen Nationalismus der OUN ebenso wie im Denken seiner späten Apologeten diese strukturellen Ähnlichkeiten zum italienisch-faschistischen Denken aufzuzeigen. Sie führten dazu, daß Repräsentanten dieser Ideen einander eher als kongenial akzeptierten als Menschen mit anderen politischen Prioritäten.

Dabei ist nicht wichtig, ob jemand kopiert hat und wer wen. Und nicht einmal die terminologische Gleichheit steht im Vordergrund. Erklärungsbedürftig ist (auch als Ausfluß ihrer Geistesgeschichte) die immer wiederkehrende Anlehnung der OUN an die Deutschen – und zwar sowohl vor als auch nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten. Hierfür war bis in die dreißiger Jahre politisches Kalkül und das Fehlen einer Alternative ausschlaggebend, danach aber eben zusätzlich das positive Verhältnis zu »authoritarianism« und »totalitarianism«, die Wahrnehmung politischer Ähnlichkeit.

Nicht einmal die von Broszat für die OUN angenommene Verwandtschaft der »Formen der politisch-nationalen Auseinandersetzung« mit der »Methode faschistischer Kampfgruppen« steht im Zentrum.<sup>165</sup> Es reicht, sich auf offener erkennbare Faktoren zu beziehen: Ein Teil der ukrainischen Nationalisten, die in der OUN aufgingen, bezeichneten sich als Faschisten. Sie vertraten eine ähnliche Einstellung zum Staat. Die theoretischen Schriften Doncovs, aber auch Lypynskyjs in den 1920er Jahren stützten sich auf dieselben Denker, die auch die Basis für den Faschismus und andere europäische autoritäre Bewegungen legten.

Broszat stellte eine weitere Gleichung auf: die der Koinzidenz von Revisionismus und Faschismus. Diese Gleichsetzung ist nicht ungefährlich: die revisionistische Politik der Weimarer Republik wird damit zum Nährboden des »Faschismus«. Aber daß bei den »Besiegten und Zukurzgekommenen« »radikalnationalistische und faschistische Umsturzbewegungen einen günstigeren Boden fanden als in den national saturierten [...] Nationen«, ist nicht zu übersehen – und Broszat zählte zum »Lager des Revisionismus« zu recht auch »diejenigen Nationalitäten, die keine befriedigende nationale Autonomie erhalten hatten« – ausdrücklich auch die »Ukrainer in Polen«.<sup>166</sup>

Die ukrainische zeitgenössische Diskussion wurde denn auch nicht etwa einseitig gegen den Faschismus entschieden, wie Apologeten annehmen. Sciborskyj kritisierte 1930 zwar Onačkyj, dem er eine »Apotheose des Faschismus« vorwarf und fragte, ob dies nicht zu unerwünschten Folgen führen könne.<sup>167</sup> Martyneč aber schrieb fast zur selben Zeit, die OUN habe viel mit Faschismus gemein: Nationalismus, Diktatur,

<sup>164</sup> Martin Broszat, »Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen«, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), S. 225-251, hier S. 227.

<sup>165</sup> Ebd., S. 228.

<sup>166</sup> Ebd., S. 229.

<sup>167</sup> Sciborskyj an Konovalč, 19. 5. 1930, zit. nach Kentij, Narysy, S. 31.

ständische Struktur.<sup>168</sup> Pelenskyj schrieb Onačkyj, der ihm über den Jugendkult der Faschisten berichtet hatte, einige der galizischen Jugendführer verträten genau die gleichen Ansichten: »Beim Lesen Ihres Briefes hatte ich den Eindruck, ich redete mit einigen von ihnen«. <sup>169</sup> Onačkyj blieb bei seiner Bewunderung für Mussolini und sah im Beispiel Italiens »den Weg zu unserem inneren Aufbau«. <sup>170</sup>

Ende 1931 versuchte der PUN Ordnung zu schaffen. Sowjettreue Kommunisten nannten inzwischen alle Unterstützer der »Reaktion« »Faschisten« – für Deutschland hatte vor allem der »Sozialfaschismus«-Vorwurf an die Adresse der Sozialdemokraten Bedeutung erlangt. Gegen diese Konnotation des Begriffs »Faschismus« wandte sich der PUN: Die Sowjetunion versuche, den ukrainischen Nationalismus als »den Interessen des ukrainischen werktätigen Volkes feindliche reaktionäre ›faschistische‹ Aktion im Dienste Polens und des internationalen Kapitals« darzustellen. Und in Polen bezeichne man den ukrainischen Nationalismus als »deutsches oder bolschewistisches Abenteuer, das den Frieden Europas bedroht«. Zudem hatte eine in Bulgarien erscheinende ukrainische Zeitschrift der OUN Beziehungen zu den deutschen Nationalsozialisten vorgeworfen. In der Gegendarstellung bestritt der PUN eine Verbindung zu den Nationalsozialisten – sie widerspreche »provokativ den allgemein bekannten und unerschütterlichen Prinzipien der Politik der Führung«. In bezug auf den Faschismus war die Antwort zurückhaltender: Hier verwahrte man sich nur dagegen, »die ukrainische nationalistische Bewegung vor Ausländern in einem schädlichen Licht erscheinen« zu lassen.<sup>171</sup> Man wandte sich also gegen den sowjetischen Faschismus-Begriff, nicht gegen den italienischen. Und man differenzierte zwischen Faschismus und Nationalsozialismus. Mit letzterem mochte man sich tatsächlich noch nicht offen identifizieren.

Der Faschismus-Bewunderer Onačkyj wurde 1930 von Konovaléc ausdrücklich eingeladen, der OUN beizutreten. Im Februar 1934 traf Konovaléc in Genf mit dem Journalisten Enrico Insabato (1878-1963) zusammen, der als »Mussolinis Berater in ukrainischen Fragen«<sup>172</sup> gelten mochte. Wie realistisch italienische Kolonialpläne in bezug auf die Küsten des Schwarzen Meeres auch immer sein mochten, jedenfalls kamen sie Konovaléc weniger gefährlich vor, als die »Lebensraumziele« Hitlers. Insabato soll die ukrainischen Nationalisten aufgefordert haben, sich für neue Entwicklungen bereitzuhalten, und die OUN fand es dann auch akzeptabel, ihr Zentrum 1936 aus der Schweiz nach Rom zu verlegen.<sup>173</sup>

Zuvor hatte die Zusammenarbeit der OUN mit Italien bereits andere Formen angenommen. Roman Kucak, der 1932 bei einem Postüberfall bei Bircza einen polnischen Polizisten erschossen hatte, floh in die Tschechoslowakei und gelangte schließlich in ein italienisches Lager, wo die italienische Militäraufklärung ukrainische Nationalisten zusammen mit Ustaša-Angehörigen ausbildete. Zu den Ausbildern gehörte Mychajlo

<sup>168</sup> Martyneč an Kušnir, 16. 7. 1930, vgl. ebd.

<sup>169</sup> Onačkyj, U vičnomu misti, S. 96 (Brief Pelenskyjs an Onačkyj vom 13. 2. 1930).

<sup>170</sup> Jevhen Onačkyj, »Pislja narodžennja fašystškoj imperii«, Svoboda, Jersey City, 12. 6. 1936, zit. nach Kentij, Narysy, S. 31..

<sup>171</sup> »Vid provodu PUN«, Rozbudova Nacii 4 (1931), H. 11-12, S. 300-301.

<sup>172</sup> So jedenfalls Rosenberg 1939: Hans-Günther Scraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956, S. 80.

<sup>173</sup> Kentij, Narysy, S. 78.



Kolodzin'skyj, einer der aktivsten UVO-Offiziere, der 1939 in der Karpatho-Ukraine Stabschef der Karpatska Sič wurde. Nach dem Ustaša-Attentat auf den jugoslawischen König 1934 seien Ukrainer wie Kroaten bis 1937 auf Sizilien interniert worden, um Italien nicht in den Verdacht der Mittäterschaft geraten zu lassen, aber offenbar hatte Italien weiterhin Interesse an der ukrainischen Kooperation – und umgekehrt.<sup>174</sup>

Für uns ist bei dieser Diskussion die Frage von Bedeutung, ob im weiteren Verlauf der Entwicklung die Anlehnung an das politische Bündnis, zu dem auch der italienische Faschismus gehörte, aus ideologischen Gründen akzeptabler als andere Varianten erschien. Mit der 1923 und 1926 manifesten Enttäuschung über die liberalen Demokraten der Entente war eine Basis für solch eine Präferenz gegeben. Daß dabei Faschismus und andere autoritäre Bewegungen positiv konnotiert wurden,<sup>175</sup> sollte noch stärker dafür sensibilisieren, mögliche Verknüpfungen nicht »schwachzureden«, sondern sich auf das geistige Umfeld der Zeit zu beziehen. Dafür, daß der Nexus in der Wahrnehmung andauerte, spricht einiges: Im Jahre 1939 charakterisierte der deutsche Konsul in Lemberg die OUN dadurch, daß ihre »Anhänger meist faschistischen Ideen huldigen«.<sup>176</sup>

Ähnlich zwiespältig gestaltet sich die Einschätzung von Lypyn'skyjs Klassokratie in ihrer Verwandtschaft zum Faschismus. Während an der Wiege seiner Gedanken unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg die gleichen Ideen gestanden hatten, die auch die italienischen Faschisten bewegten, auf deren Vordenker sich Lypyn'skyj berief, wurde dies später eher verdrängt. Volodymyr Zalozeč'kyj, der den Het'man zusammen mit Lypyn'skyj verließ, also als sein Anhänger angesprochen werden kann, meinte, Lypyn'skyj habe im italienischen faschistischen Staat »Züge der Klassokratie« (rysy klasokratii) ausgemacht, die jedoch durch eine Tendenz zur Ochlokratie (in Lypyn'skyjs Sprachgebrauch der Begriff für Sozialismus) gestört würden.

Zalozeč'kyj meinte, Lypyn'skyj und er hätten im Faschismus »klassokratische Tendenzen und Fermente« ausgemacht, die in der Ablehnung der demokratischen politischen Organisation auf der Basis eines mit Parteien operierenden parlamentarischen Systems beständen, andererseits gebe es »große[.] prinzipielle[.] Unterschiede«. Diese »Unterschiede« bewegten sich aber in dem uns schon bekannten Rahmen: »Klassokraten« könnten den Faschismus nicht imitieren, weil dies schon die »ukrainischen Faschisten« (also die OUN) täten, mit denen man sich nicht gemein machen wolle. Deren Nachahmung des Faschismus zeuge von der Geringschätzung der Erkenntnis, daß jede Nation der ihrer eigenen Entwicklung entsprechenden Gesetzmäßigkeit folgen müsse und direkte Übernahmen falsch seien. Als Unterschied zum Faschismus er-

<sup>174</sup> Stachiv, Kriz' t'jurny, S. 76-77. – Roman Kucak hat dies Jevhen Stachiv während ihrer gemeinsamen Zeit in Saubersdorf im Frühjahr/Sommer 1939 berichtet. Bestätigt bei Knyš, Rozbrat, S. 33.

<sup>175</sup> Juljan Vassyjan beschrieb dabei die Gleichzeitigkeit von Demokratie und Diktatur. Ein nationalstischer Staat sei demokratisch, weil er in vollem Maße »den Hauptgrundsatz der sozialen Ordnung, den Grundsatz der Tat« verwirkliche, und der »Form und Methode nach« diktatorisch, weil er eine »exklusive Art des Nationsverständnisses« und der Methoden besitze (Ju. Vassyjan, »Do holovnych zasad nacionalizmu«, Rozbudova Nacii I (1928), S. 33-42, hier S. 39-40). In diesem Sinne hatte zuvor Martyneč Mussolini einen »demokratischen Diktator« genannt (Volodymyr Martyneč, »Krytyčni uvahy do »Lysty do brat'v-chliborobiv« V. Lypyn'skoho«, Studenč'kyj Vistnyk 4 (1926), H. 9-10, S. 31-37).

<sup>176</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, »Ukrainische Parteien Polens«, 19.8.1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 111-119.

schien auch hier wieder der Hauptpunkt, daß die »faschistische Revolution« eine »staatliche Nation« erfaßt habe, während die Revolution in der Ukraine jetzt und auch in Zukunft als »Objekt« (!) eine »nichtstaatliche Nation« habe.<sup>177</sup> Wiederum ging es also nicht um den ideologischen Unterschied.

Daß der Sozialist Mazepa Lypynskij als Faschisten bezeichnet hat, befaßt uns hier nur insofern, als damit nachgewiesen ist, daß der »Faschismus-Vorwurf«, was immer im Einzelnen darunter verstanden werden mochte, zum zeitgenössischen Diskurs gehörte. Die Reste der linksnationalistischen Ukrainer behielten diese Diktion auch später bei. 1968 kritisierte der sozialistische Historiker Panas Fedenko (1893-1981) (leider ohne Quellenverweis), Lypynskij habe 1925 geschrieben, die von »unserer Organisation 1920 formulierte klassokratische Ideologie [werde] schon heute in Italien verwirklicht.«<sup>178</sup> Sosnovskij vermerkte in seinem Doncov-Buch, daß »identische Elemente« in den philosophischen und politisch-programmatischen Prinzipien des Faschismus und Doncovs »Nationalismus der Tat« lägen.<sup>179</sup>

Die Frage des »Faschismus« der OUN kam auch in der Untersuchung Troščynskij vor. Dieser hielt das von Sciborskyj verfochtene Konzept des »staatlichen Syndikalismus« für eine dem Faschismus entsprechende Entwicklung und das im August 1939 in Rom auf dem 2. OUN-Kongreß angenommene, weitgehend von Sciborskyjs Gedanken bestimmte autoritäre Programm für ein Konzept, das die »Krise der europäischen Demokratie und das schnelle Anwachsen von Alternativen zu diesem politischen System« abbildete.<sup>180</sup> Bor'kovskij hat nach dem Krieg offen zugegeben, daß hinsichtlich der »allgemeinen Ausrichtung, der analogen Organisationsform und Taktik« die »nationalistischen Bewegungen in Europa [...] für uns Wegweiser und Anreiz wurden. Ich denke dabei an den italienischen Faschismus und den deutschen Nationalsozialismus.«<sup>181</sup>

Aber dies war eine Interpretation ex post. Für die 1930er Jahre galt eine andere Sprachregelung:

»Wie stehen wir den neuen Kräften gegenüber, die in der Welt reifen und wachsen und zu denen wir auch gehören? Prinzipiell: Es gibt keinen politischen Solidarismus der Nationalismen wegen ihrer gemeinsamen ideologischen Prinzipien! Wie es andererseits nicht den geringsten Sinn hat, die Übereinstimmung ideologisch-weltanschaulicher Grundsätze einzelner Nationalismen zu übersehen, aber nichtsdestoweniger ist jeder von ihnen ein organisches originales Produkt der eigenen Nation...«<sup>182</sup>

Im selben Jahr 1934 begann Doncov die Herausgabe seiner *Knihozbirnja Vistnyka* (Bibliothek des *Vistnyk*), in der er, mit dem Signet des nationalistischen Wolfs, füh-

<sup>177</sup> Volodymyr Zalozečkyj, »Projavy klasokratyčnogo svitohljadu v reformistyčnych tečijach Zachidnoï Jevropy«, Zbirnyk Chliborobškoï Ukraïny I (1931), S. 62-64, zit. nach Troščynskij, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 169-172.

<sup>178</sup> Panas Fedenko, *Vlada Pavla Skoropadškoho*. London/Mjunchen 1968, S. 26.

<sup>179</sup> Vgl. Sosnor'skyj, *Dmytro Doncov*, S. 288-289.

<sup>180</sup> Troščynskij, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 220-221.

<sup>181</sup> Roman Bor'kovskij, »Vstup«, In: Roman Kryčev'skyj, *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv v Ukraïni – Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv zakordonom i ZČ OUN*. New York/Toronto 1962; *L'viv* 1991, S. 8.

<sup>182</sup> *Bjuleteň krajovoï ekzekutyvy OUN na zachidnoukraïnskych zemljach*, 1934, H. 1-3, S.11, nach Troščynskij, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 222.

rende geschichtliche Gestalten vorstellte. Band 1 war Mussolini, Band 4 Hitler gewidmet. Beide Bändchen wurden nachgefragt und neu aufgelegt. Im Vorwort des Mussolini-Bandes schrieb Doncov:

»In unseren Zeiten, durchtränkt von dem vergiftenden Geruch der verfaulten sozialistisch-liberalen Welt, war er [Mussolini] der erste, der dieser Welt den entscheidenden Schlag versetzte.«<sup>183</sup>

Und weiter:

»Er kam [...], um an die Stelle der Idee der amorphen ›Masse‹ die Idee einer schöpferischen ›Führung‹ zu stellen [...] Und Italien hat er aus einem Provinz-Land [z. krainy-provinciï] zu einer Nation gemacht, ohne die nichts Wichtiges auf unserem Kontinent [...] mehr zu geschehen wagt. Gegen die Kräfte, gegen die der Faschismus kämpfte, hat der ›Vistnyk‹ und der ›Lit.-Nauk.-Vistnyk‹ seit 1922 seine Propaganda geführt, anfangs bei völligem Unverständnis unserer Gesellschaft für die neuen Ideen. Deswegen hält es die ›Bibliothek des Vistnyk‹ für ihre Pflicht, unseren Lesern die markante Silhouette des Menschen zu zeigen, der mit seinem und seines Werks Triumph neue Wegweiser für die durch das sterbende 19. Jahrhundert verwirrten Völker errichtet hat.«<sup>184</sup>

Das klang nicht distanziert – und sollte es auch nicht. »Amorphe Masse«, »Provinz«, das waren typische Doncov-Vokabeln, die nun auf Mussolini angewendet wurden. Der »Wegweiser« Mussolinis galt (man übersehe nicht die Anspielung auf die *Vechi* der russischen Intellektuellen von 1909<sup>185</sup>) auch für die Ukrainer. Der Verfasser des Büchleins sah dann in Mussolini nicht nur den steten Förderer der ukrainischen Bestrebungen,<sup>186</sup> sondern erläuterte auch die Wirkung des Faschismus: Er habe in ganz Europa die Reaktion »Die Nation ist alles« hervorgerufen und auch die »nichtstaatlichen Völker« motiviert: »Jede dieser Bewegungen [sei] auf die faschistische gestützt: Wollen – Können! Und nach dem Krieg wurde der Voluntarismus, dieser positive Faktor der gegenwärtigen europäischen Kultur, zum Hauptansporn [holovnym žyvčykom] in allen Lebenserscheinungen Europas.«<sup>187</sup> Wenn Doncov mit seiner Reihe die Ideologie des Nationalismus prägte, stellte er sie in den Zusammenhang des Faschismus.

Im Vorwort des Hitler-Bandes, den der Künstler Rostyslav Jendyk verfaßte, schrieb Doncov, daß man sich dem Nationalsozialismus unterschiedlich nähern könne, daß es jedoch seine »Aktualität« ausmache, daß er »den Siegeszug des Kommunismus in Europa aufgehalten« und »die uns erregende jüdische Frage auf die Tagesordnung gesetzt« habe. Hitler habe die Bedeutung der Landbevölkerung hervorgehoben (stets ein Doncov-Anliegen) und die »anarchistischen Ideale« des Humanismus durch das Ideal der Nation ersetzt. Dazu habe er mit seinen Ideen scheinbar unzerstörbare Hindernisse beseitigt – für den Apostel des Voluntarismus nichts weniger als eine Bestätigung seiner Ideologie.<sup>188</sup>

<sup>183</sup> Dmytro Doncov, »Peredmovna«, in: Mychajlo Ostrovercha, Musolini. Ljudyna j Čyn. L'viv 1935 (1. Aufl. 1934), S. 3.

<sup>184</sup> Ebd., S. 4.

<sup>185</sup> Nikolaj Aleksandrovič Berdjaev (Hg.), *Vechi. Sbornik statej o ruskoj intelligencii*. Moskva 1909.

<sup>186</sup> Mychajlo Ostrovercha, Musolini. Ljudyna j Čyn. L'viv 1935 (1. Aufl. 1934), S. 55-56.

<sup>187</sup> Ebd., S. 62-63.

<sup>188</sup> [Dmytro Doncov, Vorwort] in: Rostyslav Jendyk, Hitler. L'viv 1935, S. 3-4.

Jendyks Text folgte uninspiriert den positiven zeitgenössischen Wertungen, indem er Hitler als Emanation des historischen Prozesses begriff, der »Blut und Boden« und Persönlichkeit über den Klassenzusammenhang stellte.<sup>189</sup> Die nacherzählte Lebensgeschichte Hitlers entsprach dem Narrativ von »Mein Kampf«: Das Entsetzen über die Sozialdemokraten und ihre jüdischen Führer in Wien, das Kriegerlebnis und die Parteigründung danach. Anders als Bismarck habe Hitler Erfolg in seinem Kampf gegen den Marxismus gehabt, weil er diesem eine »neue Idee, die Idee der Bewegung« entgegensetzen konnte.<sup>190</sup> Jendyk unterstrich Hitlers Modernität und Omnipräsenz (durch seine Flugzeugwahlreisen), die Siegeszuversicht trotz Niederlagen, die persönliche Arbeitswut und Enthaltbarkeit. Er gestaltete seinen Text so, daß man als Leser/ in nicht anders konnte als die Schilderung positiv aufzufassen. Erst der vorletzte Satz des Buches stellte aber eine sehr vorsichtige Verknüpfung her:

»Dieser Mensch ist nicht nur seiner eigenen Ansicht nach *Führer*, sondern auch nach der Überzeugung seines Volkes und – von Fremden.«<sup>191</sup>

Damit wurde Hitler nicht *expressis verbis* als Vorbild der ukrainischen Nationalisten charakterisiert, die Darstellung suggerierte nationalistischen Lesern jedoch, daß die Positionen, die sie im eigenen Bereich verfochten, von Hitler und seiner Bewegung ähnlich vertreten würden.

Die Diskussion in Polen griff das auf. Der Sozialist Volodymyr Levynskyj (1880-1953) bestritt Doncov das Recht, für den Nationalismus zu sprechen. Der gleiche Unterschied wie zwischen Mazzini und Mussolini bestehe zwischen den eigentlichen ukrainischen Nationalisten und Doncov, für dessen Doktrin »Faschismus« das »wahre und unverfälschte Etikett« sei.<sup>192</sup> Von Lemberg aus propagiere Doncov einen »Faschismus sui generis« (*svij rid fašyzmu*).<sup>193</sup>

Der profaschistische und rassistische Dichter, Nationaltheoretiker und Arzt Jurij Lypa (1900-1944) wies Doncov in einer anderen Richtung in die Schranken. Faschismus drücke sich darin aus, daß Mussolini, Hitler und Kemal Atatürk (den er derselben Richtung zurechnete) »die Wurzeln ihrer Rasse« empfänden. Zudem seien die Militärs des letzten Weltkriegs die Schöpfer dieser Weltanschauungen. Beides vermisste er bei Doncov und den Ukrainern – und gab ihnen gleichzeitig auf, sich darum zu bemühen.<sup>194</sup>

Die Mel'nyk-Richtung der OUN sah später in einer Abgrenzung von Doncov, den die Bandera-OUN noch 1968 offiziell zu ihrem Ideologen erklärt hatte, eine Möglichkeit, sich retrospektiv »demokratisch« auszuweisen. Sie kritisierte Doncov, der 1937 in seinem *Visnyk* »faktisch ein Gleichheitszeichen zwischen seiner Ideologie [...] und dem Faschismus« gesetzt habe, und behauptete, gerade dies habe zum Auseinanderbrechen der OUN geführt. Doncov habe einen »großen Einfluß auf die Formung der

<sup>189</sup> Jendyk, Hitler, S. 8.

<sup>190</sup> Ebd., S. 45.

<sup>191</sup> Ebd., S. 63.

<sup>192</sup> Volodymyr Levynskyj, *Ideol'og fašyzmu*. L'viv 1936, S. 24.

<sup>193</sup> Ebd., S. 28: »Ach, wie ist hier unter der ukrainischen studentischen Jugend der Kult Mussolinis, Hitlers und anderer faschistischer Kraftprotze verbreitet! Wieviele kleine Mussolinis und Hitlers [Mussolinjat i Hitlerinjat] sind bei uns unter dem Einfluß der Lektüre Doncovs gezeugt worden«.

<sup>194</sup> Jurij Lypa, *Ukraïnska doba*. Warszawa 1936, S. 9, 19.

Weltanschauung der galizischen Jugend in den 20er und 30er Jahren gehabt, aber weder der Autor noch die grundlegenden Thesen des ›Nationalismus‹ [...] [seien] durch die Führung und die OUN damals akzeptiert« worden. Ihn als Ideologen des organisierten ukrainischen Nationalismus zu bezeichnen, könne nur ein »absoluter Irrtum« sein. Zudem sei Doncov mit seiner Evolution vom Sozialdemokraten »zum fast offenen Lobgesang des Faschismus oder Nationalsozialismus« »seltsam instabil« gewesen.<sup>195</sup> Doncov und die Bandera-Fraktion seien also schon Faschisten gewesen, die Mel'nykivci aber nicht. In diesem Text aus dem Jahre 1993 wurden die mißlungenen Versuche der Konovaléc-OUN, Doncov zu integrieren, großzügig übersehen. Daß es vor allem an Doncov selber lag, daß er nicht mit der OUN kooperieren wollte, wird übergangen. Dabei waren sich die beiden OUN-Fraktionen auch nach der Spaltung ideologisch weiterhin sehr nahe, Unterschiede gab es nur im taktischen Bereich.

Unabhängig davon ist die Frage der strukturellen Ähnlichkeit zwischen dem ukrainischen Nationalismus und dem deutschen Nationalsozialismus komplizierter. Auch hier machten es sich die Apologeten der OUN-Bandera ziemlich leicht. Mirčuk blieb bei seiner Strukturfigur der Nachahmung und konnte daher behaupten, die NSDAP habe erst 1931 als »neue politische Kraft Deutschlands« Aufmerksamkeit erregt. Erst 1932 habe man in der OUN-Presse die Nationalsozialisten bemerkt.<sup>196</sup> Da aber das Programm der OUN 1929 formuliert worden sei, könne von einer »Nachahmung der Hitleristen« keine Rede sein.<sup>197</sup> Eine neuere populäre Arbeit Oleh Bahans referiert auf weiten Strecken Mirčuk, hält die »ideologischen Grundsätze und politischen Ziele« von Nationalsozialismus und ukrainischem Nationalismus für »fast entgegengesetzt« (majže protyležnymy) – was nicht einmal falsch ist – und meint, daß daher »Kontakte mit den deutschen Nationalsozialisten Hitlers völlig absurd« gewesen wären.<sup>198</sup> Nur gab es sie eben, und deshalb muß man danach fragen, wie diese ›Absurdität‹ denn zustande gekommen ist.

Den Behauptungen Mirčuks wie Bahans liegen wieder einige Denkfehler zugrunde. Zum einen ist natürlich das Gedankengut des Nationalsozialismus früher entstanden als der parlamentarische Durchbruch der NSDAP. UVO-Leute wurden 1923 in München gezielt in die Veranstaltungen des Propagandisten Hitler geschickt, um ihre nationale Argumentation auszubilden (s. S. 439). Von Scheubner-Richter stand mit osteuropäischen Nationalisten in Verbindung. Aber tatsächlich war Rassismus ukrainischen Nationalisten anfangs ähnlich fremd wie den italienischen Faschisten.

<sup>195</sup> Pavlo Dorožynskyj, »Dmytro Doncov – krytyka dejakych joho pohljadiv na nacionalizm«, in: OUN – mynule i majbutja. Kyiv 1993, S. 203-212.

<sup>196</sup> Tatsächlich referierte Jevhen Onačkyj 1932 die Hauptpunkte der NSDAP-Programme von 1920 und 1926 kommentarlos, »weil sie unter den Ukrainern kaum jemand kennt« (Jevhen Onačkyj, »Na mižnarodni temy«, Rozbudova Nacii 5 (1932), S. 200-206). 1933, nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, bot er eine Übersicht über die Differenzen zwischen Faschismus und Nationalsozialismus. Den wichtigsten Punkt sah er in der Rassentheorie der Nationalsozialisten, der sie zu internationaler Zusammenarbeit unfähig mache. Aber er meinte auch, Ukrainer müssten sich mit der Rassentheorie beschäftigen, »weil sie für uns ukrainische Nationalisten eine genau so große Bedeutung hat« (Jevhen Onačkyj, »Ideol'ogični i taktyčni rozchodžennja miž fašyzmom i nacional-socijalizmom«, Rozbudova Nacii 6 (1933), S. 142-149, hier S. 144).

<sup>197</sup> Mirčuk, Narys, S. 114.

<sup>198</sup> Bahan, Nacionalizm, S. 77. – Dagegen hält Bahan es für »völlig verständlich«, daß Ukrainer in der Zwischenkriegszeit »allgemein [...] breit die Frage der Hoffnung auf Deutschland besprochen« hätten (Ebd.).

Antisemitismus (und auch dann immer noch eher als politisches und kulturelles Konzept denn als biologisch-rassistisches) ist vor 1926 bei intellektuellen Ukrainern wenig verbreitet gewesen. Revisionismus und Autoritarismus waren kein NS-Monopol. Von »Nachahmung« nationalsozialistischer Elemente braucht daher nicht die Rede zu sein. Darum geht es gar nicht.

Wieder sind es eher die mit abweichendem historischem Repertoire in zeitlicher Nähe analog entstandenen Denkstrukturen, die Vertreter der beiden Völker aufeinander zugehen ließen, wobei der taktische Ansatz dieser Annäherung bei Deutschen ähnlich ausgebildet war wie bei Ukrainern. Es war die Nutzung synergetischer Effekte, die beide Seiten aufeinander verwies. So schrieb Onačkyj, daß die Weimarer Politik für die Ukrainer nicht immer günstig gewesen sei – und Hitler dies nun ändern wolle.<sup>199</sup> Weiter ging man in der offiziellen OUN-Presse zunächst tatsächlich nicht.

Der Historiker Ivan Lysjak-Rudnyčkyj hielt es nach dem Zweiten Weltkrieg nicht für erfolgversprechend, die »nächsten Verwandten« des ukrainischen Nationalismus in Faschismus und Nationalsozialismus zu suchen; diese beiden seien »Produkte industrieller und urbanisierter Gesellschaften«. Er sah die Analogie mit den Parteien »agrarischer, ökonomisch zurückgebliebener Völker Osteuropas: der kroatischen Ustaša, der rumänischen Eisernen Garde, der slowakischen Hlinka-Garde, dem polnischen National-Radikalen Lager.«<sup>200</sup> Das war insofern berechtigt, als es Lysjak-Rudnyčkyj um Phänomene auf ähnlicher sozialer Grundlage ging. Wenn wir uns aber mit dem Bezug zu den Deutschen beschäftigen, dann geht es um eine »Verwandtschaft« mit ganz anderer Basis.

Stryjek schrieb zutreffend, daß Doncov nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten in Deutschland die deutsche Option wieder aufnahm, die er nach dem Ersten Weltkrieg wegen der deutschen Schwäche abgetan und durch die Suche nach Beistand in England und Amerika ersetzt hatte. Der Nationalsozialismus als voluntaristische und machtbezogene Politik imponierte Doncov und motivierte ihn, bis 1939 politisch auf Deutschland zu setzen.<sup>201</sup> Nota bene befand er sich damit in keinem starken Widerspruch zur polnischen Politik.

Nun gibt es aber auch eine Reihe von positiven Äußerungen zum Faschismus, in denen »das Wort ›Faschismus‹ [...] in ähnlichem oder identischem semantischem Kontext wie das Wort ›Nationalismus‹ auftaucht. Stryjek hielt dies für ein »Fehlen[.] von Sorge um begriffliche Präzision«, aber das ist der Blick des Wissenschaftlers aus einer Distanz von 60 Jahren.<sup>202</sup> Im Organ des U.N.O. haben die deutschen Ableger der ukrainischen Nationalisten ausgeführt, daß sie die Begriffe »Faschismus« und »Nationalismus« synonym verwendeten (s. unten) – wir haben es hier also mit einer diskursiven Figur zu tun, die den Zeitgenossen durchaus treffend vorkam.

Richtig analysierte Stryjek, daß Doncov die deutsche Variante als »repräsentativstes Beispiel einer breiteren, allgemeineuropäischen Erscheinung« vorkam, zu der eben auch der ukrainische Nationalismus gehörte. Aber war der »Faschismus« für Doncov wirklich die »Krönung seiner grundlegenden politischen Idee, d. h. des Kampfes zwischen Europa und Asien, ein ideologischer Rahmen sui generis, in dem sich die Na-

<sup>199</sup> Jevhen Onačkyj, »Na mižnarodni temy«, Rozbudova Nacii 7 (1934), S. 25-30, hier S. 28.

<sup>200</sup> Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju, S. 239-240.

<sup>201</sup> Stryjek, Ukraińska idea narodowa, S. 119.

<sup>202</sup> Ebd., S. 144.

tionen Europas organisieren konnten, um wirksam Russland zu besiegen«?<sup>203</sup> Stryjek nahm seinen Befund selber etwas zurück, indem er sehr treffend erkannte, daß Doncov in seinen Artikeln nicht über die Ebene der jeweils aktuellen Kämpfe hinausging. Er blieb kurzsichtig und kurzatmig, und da mochte es 1933 richtig sein, Hitler für den »Führer der antikommunistischen Bewegung in Europa« zu halten, an der Doncov vor allem interessierte, daß sie antirussisch war.<sup>204</sup>

Die Betonung des nationalsozialistisch-sowjetischen Gegensatzes der 1930er Jahre verweist auf den späteren Doncov, der in den letzten Jahrzehnten seines Lebens einen mystischen Kampf zwischen Gut und Böse thematisierte. In seiner Zeitschrift ergriff Doncov jedenfalls für NS-Deutschland Partei, schrieb gemäßigt antisemitisch<sup>205</sup> und gestaltete damit den Diskurs: Wo seine Kommentare gelesen wurden, prägten sie auch die Grundeinstellungen ihrer Rezipienten. Jenseits einer komplizierten akademischen Überlegung, in welchem Maße »Faschismus«, »Nationalsozialismus« oder »ukrainischer Nationalismus« deckungsgleich seien oder nicht, war für die in dichotomischem Denken ausgebildete Leserschaft klar, wer Verbündeter und wer Feind war.

Um taktisch kooperieren zu können, mußten beide Seiten der jeweils anderen schmeicheln oder auch nur »Recht geben«. Wie weit dies bei einzelnen Teilnehmern dieses Diskurses nicht nur taktischen Erwägungen entsprach, läßt sich nur in den seltenen Fällen nachweisen, in denen es darüber zeitgenössische Aufzeichnungen gab. Vor allem ab 1938 und dann im Zweiten Weltkrieg schwenkten Teile der ukrainischen Intellektuellen auf deutsche NS-Thesen ein. Konzepte eines ukrainischen Rassismus und die Mitwirkung an deutschen militärischen und politischen Programmen zeitigten ihre Folgen.<sup>206</sup>

Aber auch vor 1938 gab es einen ukrainischen Rassismus. Kein Faschist, wohl aber Rassist war Anfang der 1920er Jahre der Geograph Stepan Rudnyčkyj, der 1926 aus Prag in die Sowjetukraine übersiedelte. 1923 hatte er eine Broschüre »Zu den Grundlagen des ukrainischen Nationalismus« veröffentlicht, in der er Rassismus propagierte (»Menschenrassen unterschieden sich voneinander ebenso wie Ameisenrassen«) und den »anthropologischen Rassencharakter« (antropolohična rasovist') als erste Position eines Katalogs anführte, der die Eigenschaften von »selbständigen Völkern oder Nationen« beschrieb.<sup>207</sup>

Stepan Rudnyčkyj distanzierte sich formal vom Antisemitismus, »der zweifellos mit den Grundlagen sowohl des theoretischen als auch des praktischen modernen Natio-

<sup>203</sup> Ebd., S. 145-146.

<sup>204</sup> Dmytro Doncov, »Kineč rosijskoj revoljucii«, Vistnyk 1933, Nr. 5, S. 382, nach Stryjek, *Ukraińska idea narodowa*, S. 147.

<sup>205</sup> Vgl. Stryjek, *Ukraińska idea narodowa*, S. 148-149.

<sup>206</sup> Zu Recht schreibt Lysjak-Rudnyčkyj: »Rassismus und Antisemitismus waren keine wesentlichen Charakteristika des ukrainischen integralen Nationalismus, aber in den 1930er Jahren waren die Texte einzelner nationalistischer Publizisten nicht ohne antisemitische Motive, während andere dem Nationalismus nahestehende Autoren die Problematik der »ukrainischen Rasse« erörterten« (Lysjak-Rudnyčkyj, *Miž istorijeju*, S. 240).

<sup>207</sup> Stepan Rudnyčkyj, *Do osnov ukraïnskoho nacionalizmu* (1923), Repr. in: Stepan Rudnyčkyj, *Čomu my chočemo samostijnoï Ukraïny*. L'viv 1994, S. 271-348, hier S. 278, 280. Zu seinen Aussagen gehörte auch die Feststellung, die ukrainische Rasse sei »schön«, womit er sich selber nicht wirklich gemeint haben kann (Ebd., S. 297). Diesen Satz benötigte er aber als Basis für sein ästhetisches Argument gegen eine Vermischung: Niemand käme schließlich den Ukrainern an Schönheit gleich (Ebd. S. 307). Selbst wenn man das Argument grundsätzlich akzeptiert, ist die Ukraine jahrtausendlang ein Durchgangs- und Mischungsgebiet gewesen.

nalismus unvereinbar ist«. Dieser Satz hinderte ihn jedoch nicht daran, im selben Absatz das Repertoire des rassistischen Antisemitismus zu postulieren: Alle Wissenschaftler seien sich schließlich einig, daß »Kombinationen arischer Völker mit Juden für beide zweifellos schädlich« seien.

»Die Juden sind physisch zweifellos schwächer als Ukrainer, die Mischung mit ihnen kann höchstens ausnahmsweise einen zu Hoffnungen berechtigenden (nadijnij) Nachwuchs ergeben. Und Nachwuchsgewinnung ist schließlich keine Lotterie. Dazu muß man noch anmerken, daß die jüdische Rasse zwar physisch schwach, aber seltsam dauerhaft (dyvno tryvka) ist und sich die jüdische Beimischung sehr deutlich bis zur dritten, vierten, gar noch weiteren Generationen mit allen ihren schlechten physischen Folgen zeigt.«<sup>208</sup>

Zwar hätten alle Völker (»sowohl Arier, als auch Semiten«) geistige Werte *sui generis* (»umovo po-svojomu varty«). Aber »die einzige gute Eigenschaft der Juden, die die ukrainisch-jüdischen Mischlinge übernehmen könnten, wäre der großzügige Sinn für nationale Solidarität«.

»Hingegen sind die schlechten Seiten der jüdischen Psyche, wie Zynismus in Geschlechtsangelegenheiten [...], Mammonismus in allen sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, geistige Frühreife, die die weitere verlässliche intellektuelle Entwicklung hemmt, dann Oberflächlichkeit, Neigung zum Doktrinären in Wissenschaft, Literatur und jeglicher Kunst usw. ganz schädlich (nekorysni) für das ukrainische Leben. Am schädlichsten von allem ist die den Juden eigene Neigung zu jeglichem Universalismus.«

Ukrainer sollten sich also nicht mit Juden paaren; gegen eine »Aufordnung« der Ukrainer hatte Rudnyčkyj dagegen nicht einzuwenden:

»Kombinationen mit rassisch wertvolleren Völkern (Skandinaviern, Angelsachsen, Deutschen, anderen Slaven der arischen Rasse) sind unter unserer Intelligencija sehr selten. Schade! Denn der Nutzen daraus wäre groß!«<sup>209</sup>

Dies war also derselbe Rudnyčkyj, durch dessen Büchlein die Deutschen 1914 erstmals über die Ukraine informiert worden waren. Aus seinen neuen Erkenntnissen leitete der Geograph ein politisches Programm ab: Die Ukraine könne ein Zentrum der Europäisierung Süd- und Zentralasiens werden, dann auch noch »das Hauptglied in der Reihe Länder europäisch-arischer Kultur, die in ganzer Fläche die Nordhalbkugel umfassen sollte«. Bis zum Stillen Ozean reiche so das »Tätigkeitsfeld der noch kulturell und politisch jungen slavischen Völker«. Daher stehe vor dem »ukrainischen Volk eine große Aufgabe: die gesunden Muster der wirklich europäischen Kultur auf den wesentlich arischen, große Erwartungen begründenden Wildling der ukrainischen Volkskultur aufzupropfen und den Riesenbaum der neuen ukrainischen Kultur zu züchten, [...] einen Baum, der seinen wohlthätigen Schatten bis zu den Ufern des Indischen und des Pazifischen Ozeans werfen wird.«<sup>210</sup>

Die Analogie zu den »Eurasiern«, den Kontinentalideologen wie Haushofer und dem Kreis um Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) sind offensichtlich. Sie weisen den ukrainischen Nationalismus als ein geistiges Kind der europäischen Mitte

<sup>208</sup> Rudnyčkyj, *Do osnov*, S. 307.

<sup>209</sup> Ebd., S. 308. Diesen Satz schrieb der »Wissenschaftler«, nachdem er eben noch erklärt hatte, es gebe keine a priori »wertvolleren« Rassen.

<sup>210</sup> Ebd., S. 347-348.



aus, zu deren Ideenlandschaft der Rassismus gehörte. Nicht einmal die positive Haltung Rudnyčkyjs zur Sowjetunion der 1920er Jahre ist da eine Ausnahme – auch unter den »Eurasiern« gab es Anhänger des *Smenovechovstvo*, also der Rückkehr in die UdSSR.<sup>211</sup> An Doncov hatte Rudnyčkyj eigentlich nur auszusetzen, daß dieser in seinen *Pidstavy* von 1921 geraten hatte, sich an Polen, Rumänien und Frankreich anzulehnen, die Rudnyčkyj zu schwach und als Bundesgenossen unzuverlässig erschienen.<sup>212</sup> Rudnyčkyj blieb in der BBU-Tradition und war eher für die verlässlichen Nordmenschen, zu denen er die Deutschen zählte.

Eines der Führungsmitglieder der OUN, Volodymyr Martyneč, der Doncov als Ideologen verdrängen wollte, lehnte später (etwa 1937) das Konzept der »Reinheit des Blutes« ab und entwickelte in Feuilletons neben ernährungstheoretischen Überlegungen (die Ukrainer müßten zu Fleischkonsumenten werden, um einen Raubtiercharakter zu entwickeln) rassistische Vorstellungen, wonach nicht in der Rassereinheit, sondern in einer »günstigen« Mischung Vorteile lägen. Ukrainer sollten also ruhig Angehörige anderer Völker assimilieren und sich deren positive Merkmale einverleiben – mit einer Ausnahme:

»Juden, die sich mit anderen Nationen mischen, bringen nicht nur keinen staatsbildenden und nationalen Instinkt ein, sondern im Gegenteil eher einen eigentümlichen Geist der Auflehnung gegen den Staat.«

Zwar gebe es Ausnahmen, wie den britischen Premier Benjamin Disraeli (1804-1881), diese bestätigten jedoch »nur die allgemeine Regel, daß die Juden ein Element ohne staatsbildenden Instinkt sind«.

»Daher wären die Juden für unsere Nation keine zentripetalen, sondern zentrifugale, keine mobilisierenden, sondern demobilisierende, keine stärkenden, sondern schwächende, keine verbindenden, sondern zersetzende Kräfte, oder, was auf dasselbe hinausläuft: keine nationalen, sondern internationale Elemente«.

Und damit seien sie ein »völlig unerwünschtes Produkt«.<sup>213</sup>

Diese selbstgestrickte Lehre hatte den Vorteil, daß sich ihre Anhänger als Adepten eines modernen Rassismus fühlen konnten, daß sie aber mit Fug und Recht die Übernahme deutscher Modelle abstreiten konnten. Und bei den nationsbildenden Versuchen der Ukrainer wurde die Integration von Menschen anderer Herkunft positiv bewertet, ja, geradezu geboten. Gleichzeitig entsprach die radikale Ablehnung der Juden aber auch der populären Abneigung gegen sie und begünstigte Verknüpfungen mit nationalsozialistischen Theoremen. Und schließlich konnte mit dieser Ambivalenz später behauptet werden, die OUN hätte sich die Reinheitsthesen der NS-Rassisten nicht zu eigen gemacht.

Martyneč baute seine »Judenpolitik« noch weiter aus. Seine größte Furcht war ein Jahr später, daß man ihm vorwerfen könnte, er übernehme fremde Muster. Martyneč zog sich jedoch aus der Affäre:

<sup>211</sup> Vgl. Otto Böss, *Die Lehre der Eurasier*. Wiesbaden 1961; Karl Haushofer, *Geopolitik des Pazifischen Ozeans*. Berlin 1924; ders., *Der Kontinentalblock*. München 1941.

<sup>212</sup> Rudnyčkyj, *Do osnov*, S. 347.

<sup>213</sup> Volodymyr Martyneč, *Za zuby j pazury nacii*. Paryž (Paris) 1937, S. 154-156.

»Selbst wenn wir im Ergebnis identische Maßnahmen ergreifen sollten wie sie anderswo existieren, dann sollte doch die Herangehensweise an die Judenfrage unsere eigene sein, aus unseren eigenen Interessen abgeleitet sein und uns die eine oder andere Lösung diktieren ohne Rücksicht darauf, ob anderswo eine solche Lösung existiert oder nicht und wie andere Völker vorgehen. Es ist so, daß das Judenproblem bei uns einen etwas anderen Charakter hat als in anderen Ländern.«<sup>214</sup>

Der »etwas andere Charakter« bestand für Martyneč in der Zahl, der Verteilung und der Berufsstruktur. Daß Juden in Schenken den Alkoholismus schürten und die Einwohner vergifteten, in die Schulden trieben und schließlich die Besitzer ihrer »Güter« würden, gehörte zu den älteren osteuropäischen Greuelmärchen.<sup>215</sup> Politisch hätten zudem die Juden immer die Feinde der Ukrainer unterstützt – »nicht nur mit Worten, sondern mit solchen Taten wie Švarcbarts«, zudem planten sie auch noch »jüdische Staaten auf unseren Gebieten«.<sup>216</sup>

Für den Fall der erwarteten Staatlichkeit der Ukraine sollte man die auch jetzt schon weitgehend bestehende »rassisch-nationale Isolierung des Judentums« (stan rasovonacional'noï izoljacii žydivstva) fortsetzen. Assimilation sei nicht erwünscht, denn zur Rasse gehöre neben dem »physischen Typus« auch die »psychologija«, die wie die Physis »von Generation zu Generation vererbt« werde. Und Juden gehörten nicht nur »zu einem anderen rassischen (semitischen) Stamm als die Ukrainer (Arier)«, sondern stellten auch einen alten, durch langen Rassismus gepflegten »markanten rassisch-physischen und psychologischen Typus« dar.

»Und selbst wenn bei der Vermischung zweier verschiedener rassischer Typen – des ukrainischen und des jüdischen – nicht der gefestigtere – jüdische – Typus dominieren würde, dann kann man dennoch nicht behaupten, daß bei dieser Vermischung überhaupt keine jüdischen rassischen, besonders psychologischen Züge vererbt würden.«

Und das sei schon deswegen schädlich, weil »für uns Ukrainer ein Umstand die größte Bedeutung hat, dem gegenüber alles andere in den Hintergrund tritt: Die Juden sind nicht nur schon seit Tausenden von Jahren ein heimatloses staatsloses Volk, sie sind auch allgemein ohne staatsbezogenen Instinkt (bez deržavnyčkoho instynktu).« Deshalb und wegen des »internationalen Charakter[s] des Judentums« sei jede Form des Zusammengehens mit ihnen unerwünscht.<sup>217</sup>

»Auch in rassischer Hinsicht ist das ein Element, das zur Vermischung und Assimilation ungeeignet ist.«<sup>218</sup>

Ist das weit vom Deutschland der Nürnberger Gesetze entfernt? Der Text wurde vor der »Reichskristallnacht« und den Massenmorden der Kriegszeit verfaßt. Als wenn dies nicht genug wäre, beschrieb Martyneč das Repertoire der Nationalsozialisten als eigenes Ziel: Es reiche nicht aus, gemischte Ehen zu verbieten. Juden könnten in Europa leben bleiben, aber unter sich und voneinander, »und nicht auf unsere Rechnung«.

<sup>214</sup> Volodymyr Martyneč, *Žydivska probljema v Ukraïni*. o. O. [London] 1938, S. 3. – Für die Vermittlung der seltenen Broschüre Martynečs danke ich Frau Franziska Bruder, Berlin.

<sup>215</sup> Vgl. ebd., S. 4-5.

<sup>216</sup> Ebd., S. 6: »auf den Gebieten zwischen – und unter Einschluß von – Lemberg, Stanislaw, Kolomea und Odessa«.

<sup>217</sup> Ebd., S. 6-9.

<sup>218</sup> Ebd., S. 10.

Wenn sie unter »uns« leben bleiben wollten, dann aber »nicht in Symbiose mit uns«. Handel treiben sollten sie untereinander, lernen in eigenen Schulen, Zeitungen und Bücher »nur für sich, auf jiddisch« drucken. Gaststätten, Bordelle, Cafés, Theater, Kabarett – »chaj majut', ale dlja sebe!« »Wir« würden dann auch dafür sorgen, daß sie nicht von »ihrer Religion, Sprache, Kultur und Nation abtrünnig« würden.<sup>219</sup> Eine Ansiedlung auf dem Land sei abzulehnen, da sie den ukrainischen Interessen widerspräche, die komplette Aussiedlung nicht zu bewerkstelligen, also entfielen auch der Zionismus. Pogrome kämen nicht in Betracht: »Es bleibt nur eine Lösung: die vollständige Isolierung des Judentums«.<sup>220</sup>

Das Bild der von den Deutschen später in Osteuropa eingerichteten Ghettos folgte partiell diesen Vorstellungen (die Umsetzung war jedoch weitaus unmenschlicher).

Judenfeindschaft hatte vorher schon zum Diskurs des ukrainischen Nationalismus gehört. Wie wir gesehen haben, artikuliert sie sich 1918 und 1926 und für die OUN schrieb Mykola Sciborskyj: »Die jüdische Frage ist aktuell und kompliziert und in unserer Gesellschaft nicht genügend durchdacht«.<sup>221</sup> Aber die ukrainische Judenfeindschaft war bis zu Rudnyčkyjs und Martynečs Ausführungen weniger rassistisch denn ökonomisch und politisch. Es waren primär die wirtschaftliche Funktion der jüdischen Städte und die Identifizierung von Russen und Juden, die sie zu einem akzeptierten Element des Nationalismus werden ließ. 1938 aber vertrat der ambitionierte OUN-»Ideologe« Martyneč einen rassistischen Dissimilationsantisemitismus.

In einem Gedicht, das zum 1. Todestag des OUN-Führers Jevhen Konovalč veröffentlicht wurde – Konovalč war im Unterschied zu Petljura keineswegs von einem Juden (aber von einem Kommunisten) ermordet worden – hieß es:

»Drum wisse, russisch-jüdisches Reptil,  
Das jahrhundertlang unser Blut gesaugt hat,  
Daß höllischer Zorn die Seele durchwühlt,  
Daß wir einmal aufeinander treffen müssen!«<sup>222</sup>

Auch wenn man in den offiziellen OUN-Texten also nur selten eine Anerkennung von Identität mit dem Nationalsozialismus findet – die den Verdacht der Imitation genährt hätte – gibt es doch zahlreiche Hinweise darauf, daß Faschismus und Nationalsozialismus Systeme waren, deren ideologische Strukturen auch ukrainische Nationalisten präferierten.

<sup>219</sup> Ebd., S. 14-15. – »Sie sollen sie haben, aber für sich!«

<sup>220</sup> Ebd., S. 19, 21-22. »Ostaje odytnoka rozvjazka – povna izolacija žydivstva.«

<sup>221</sup> Was Sciborskyj weiter geschrieben hat, kann man nur vermuten, weil sein Korrespondenzpartner es vorgezogen hat, die weiteren Sätze (in den 1970er Jahren) durch [...] zu ersetzen; vgl. Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovalč u Ženevi«, S. 743.

<sup>222</sup> »Ta znaj že, moskovsko-žydivske haddja,

ščo krov našu ssalo vikamy,

ščo hnyvom pekel'nym nurtuje duša,

ščo musym zustritysja z vamy!«

V. K., »Do pomsty, do zbroi, do mesty!«, Ukrainskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 1.

Aber es gab auch andere ideologische Grundlagen des ukrainischen Nationalismus. Wir bearbeiten diese Konzepte (anders als das zentrale Faschismus-Problem) nur insoweit, als sie uns für die Frage nach der politischen Planung und Taktik relevant erscheinen.

### b) Die Ablehnung von Frieden

An erster Stelle stand dabei die grundsätzliche Ablehnung des status quo, die mit der Position anderer revisionistischer Kräfte Europas korrespondierte, aber insofern einen Schritt weiter ging, als man gar nicht auf eine friedliche Erfüllung der Forderungen hoffen konnte. Daraus resultierte die grundsätzliche Ablehnung von Frieden.

Dmytro Andrijevskyj schrieb 1928, daß Hoffnungen auf dauernden Frieden, wie sie 1918 verbreitet gewesen seien, sich als illusorisch erwiesen hätten. Kämpfe gehörten zur Weltordnung – wobei sich die Auseinandersetzung zwischen West und Ost aktuell als Feindschaft Großbritanniens und Rußlands (»Moskaus«) darstelle. Während es jedoch für die Briten mehrere politische Optionen gebe, sei Deutschland wie Italien wegen seines »biologischen Wachstums« gezwungen, seine Grenzen zu sprengen. »Keine Maßnahmen können den elementaren Prozeß des Anwachsens der Kräfte und des Appetits Deutschlands beenden. Man weiß nur nicht, wann und in welcher Form dieses Anwachsen ausbrechen wird.« Wenn aber der erwartete Kampf komme, sah Andrijevskyj darin die ukrainische Chance:

»Wir haben nichts zu verlieren, aber viel zu gewinnen. Daher begrüßen wir das Nahen der schweren Prüfung und der großen Spannung. Bereiten wir uns darauf freudig vor, wie die biblischen Jungfrauen auf die Ankunft des Bräutigams. Wir brauchen keine Angst vor seiner entschlossenen Haltung und dem blutigen Schwert zu haben, mit dem er sich den Weg freischlagen wird. Dieses Schwert bringt uns die Befreiung.«<sup>223</sup>

Das Hoffen auf einen Krieg schöpfte aus historischen Erfahrungen. Noch 1949 schrieb Martyneć, der [Erste] »Weltkrieg sei in seinen Folgen die fundamentale Zerstörung der bisherigen Ordnung international politischer Kräfte und die Schaffung einer neuen« gewesen und nicht nur ein blutiger Kampf der Giganten.<sup>224</sup> Tatsächlich hatten die USS und die BBU-Ukrainer schon 1914 nur im Krieg die Möglichkeit gesehen, Rußland eine selbständige Ukraine abzutrotzen. Daß man den status quo ablehnte, war also kein Novum der OUN-Nationalisten. Im *Tryzub* erschien 1929 ein anscheinend von Roman Smal'-Stoćkyj verfaßter Artikel, in dem der Krieg als »Faktor kultureller Entwicklung« für die Ukrainer zu einem erstrebenswerten Ereignis erklärt wurde. Mit der Behauptung »Die Geschichte kennt keine Beispiele für das Entstehen oder die Wiedergeburt von Staaten auf den Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens von Völkern« und der These, daß bereitwillige Opfer zu einem starken Staat führten, verstieg sich der Verfasser zu dem Satz, daß »menschliches Blut ein unabdingbares Element beim Aufbau politischer Organismen« sei.<sup>225</sup> Nur »Kauf-

<sup>223</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Vičnyj myr«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H.2, S. 49-54, Zitate S. 52-54.

<sup>224</sup> Martyneć, *Ukrainske pidpillja*, S. 126.

<sup>225</sup> R. S., »Vijna, jak čynnyk rozvytku kultury«, *Tryzub* 5 (1929), H. 13, S. 3-10, hier S. 4.

leute, Bankiers und Fabrikanten« schade der Krieg, er ruiniere nur Lebensunfähige.<sup>226</sup>

Ein Het'man-Anhänger schrieb 1933: »Ich bin kein Pessimist, aber ich erblicke in der Zukunft Europas den Widerschein von Feuersbrünsten und Ströme von Blut. Ich weiß nicht, ob das nicht der Beginn unserer staatlichen Wiedergeburt sein wird.«<sup>227</sup> Der nationalistische General Kapustjanskyj erwartete von einem deutsch-polnischen Krieg 1936 die Entscheidung des »ukrainischen Problems«.<sup>228</sup> Und der Konovaléc-Mörder Pavel Sudoplatov (1907-1996) vermerkte in seinen Erinnerungen an das Leben im ärmlichen ukrainischen Emigrantenmilieu Berlins (1935-1936): »We were all waiting for war to begin.«<sup>229</sup>

Damit waren die geistigen Weichen für das gestellt, was man in den folgenden Jahren beobachten konnte. Der Wille zum Krieg, von dem allein eine Erfüllung der nationalen Träume erwartet wurde, trat in den Vordergrund und suchte eine ukrainische Rolle in dem antizipierten Kampf, den die Deutschen und vielleicht die Briten führen würden. Der Independentismus als höchstes Gut blieb dabei formal ebenso präsent wie die utopische Vorstellung, man könne sich an einem Weltenbrand beteiligen, ohne seine eigenen Ziele durch »Orientierungen« zu kontaminieren. Und während einerseits die deutsche Expansion systemimmanent mit »biologischen« Notwendigkeiten begründet wurde, stand daneben die ukrainische Partizipation, die damit scheinbar gar nichts zu tun hatte, sondern sich hiervon die eigene »Befreiung« versprach.

Im Krieg sah man das einzige denkbare Mittel der Befreiung. Die militärische Herkunft eines Teils der OUN und Vorstellungen von dem militärisch organisierten Kosakenstaat des 17. und 18. Jahrhunderts verführten dazu, im Militär die notwendige Grundlage einer ukrainischen Staatlichkeit zu sehen. Die Keimzelle des künftigen Staates mußte militärisch sein, weil nur militärisch die Unterdrücker überwunden werden konnten. Das auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam aufgebaute Militär führte dann auch zur Staatsform der nationalen Diktatur, die erst nach ihrer Konsolidierung daran gehen könne, Organe für unterschiedliche Schichten- und Regionalinteressen auszubilden.<sup>230</sup>

Wie stark andere Themen hinter dem Kampf zurücktraten, wurde aus den Konzepten der *Nacional'na Dumka* aus dem Jahre 1924 erkennbar. Unter dem Titel »unsere Ideologie« hieß es da:

»Das Recht auf Leben ist ein absolutes Recht, [...] und die Vorbedingung seiner Realisierung ist das Erreichen der eigenen Staatlichkeit. [...] Und weil dies ein Kampf ums Leben ist, kennt er keine Beschränkungen, er kennt keine Rechte. Er ist sein eigenes Gesetz und Quelle aller anderen Gesetze. Er kennt nur das Recht des Stärkeren, kennt nur seinen Willen! Leer sind alle Phrasen von Gerechtigkeit, leer alle Phrasen über allmenschliche Ideale! Mit ihnen wird nur die nackte Häßlichkeit der eigenen Kraftlosigkeit und Lebensunfähigkeit verhüllt. Der Schwache geht unter! [...] Fort daher mit allen Losungen, die den natio-

<sup>226</sup> Ebd., S. 9-10.

<sup>227</sup> Homzyn an Kollard, 25. 5. 1933, CDAHOU, zit. nach Kentij, Narysy, S. 75.

<sup>228</sup> Mykola Kapustjanskyj, *Ukraïnska Zbrojna Syl'a i Ukraïnska Nacional'na Revoljucija*. Saskatoon 1936, S. 33.

<sup>229</sup> Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 17.

<sup>230</sup> Vgl. Mirčuk, Narysy, S. 93.

nen Organismus vergiften und ihn zur Abwehr und zum Kampf um ein schöneres Morgen unfähig machen!«<sup>231</sup>

### c) OUN und Doncov

Der Stichwortgeber der OUN war Dmytro Doncov, auch wenn seine persönlichen Kontakte zu den OUN-Führern nicht immer optimal waren. Zum »Evangelium« der Nationalisten wurde Doncovs 1926 erschienener Band über den Nationalismus. Auch wenn die kategorialen Axiome zu einem großen Teil aus den *Pidstavy* von 1921 übernommen wurden (Russenseindschaft, Amoral'nist'), spiegelte das neue Werk die Radikalisierung Doncovs wider und die Abkehr von Hoffnungen auf eine Kooperation mit den demokratischen Westmächten. Eine vulgäre Reinterpretation Nietzsches, die die »neuen Werte« dort suchte, wo jener sie ausdrücklich ausgeschlossen hatte, nämlich in nationalen Kategorien, schien den »Nationalismus der Tat und des Willens« zu stützen.

Doncov wird heute manchmal verharmlost, weil nach dem Zweiten Weltkrieg eine um nun als peinlich empfundene Stellen »bereinigte« Ausgabe, auf die sich Apologeten leicht beziehen können, zunächst in der Emigration und dann auch in der Ukraine erschienen ist.<sup>232</sup> Eine andere diskursive Tendenz besteht darin, Doncov für irrelevant zu erklären, weil er niemals der OUN beitrug. Das war er schon deswegen nicht, weil seine Schriften die »Schulungsliteratur« des SUNM waren; und auch spätere OUN-Apologeten bezogen sich immer wieder gern auf ihn.<sup>233</sup> Kritiker wie Martynec beklagten zwar das Fehlen von »politischem Verstand« und Planung in der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung: »Das Übergewicht des blinden Instinkts der Nation über den Verstand der Nation [...] kann man als Ursachen unseres politischen Mißerfolgs definieren.«<sup>234</sup> Aber sie blieben gegenüber Doncov, der den Voluntarismus propagierte, weitgehend wirkungslos.

Die OUN verstand sich nicht als Partei, sondern als Bewegung, die die neue Nation gestalten und organisieren sollte. Dabei wollte sich die OUN der bestehenden Parteien bedienen. Troščynskyj charakterisierte sie als »Monopartei des totalitären Typs«.<sup>235</sup> Dabei war der OUN-Gründer selber manchen anfänglichen Setzungen gegenüber eher kritisch eingestellt. Kentij führte aus den Beständen des Kiewer Parteiarchivs eine Reihe von Beispielen an, aus denen hervorgeht, wie Konovalč seine Gefährten manchmal zu zügeln suchte.<sup>236</sup> Da die OUN-Gründer aber die »alte Politik« ablehnten, war

<sup>231</sup> »Naša ideol'ohija«, Nacional'na Dumka, 1924, H.3, S.6-7, zit. nach Troščynskyj, Mižvojenna ukraïnska emihracija, S. 194.

<sup>232</sup> Dmytro Doncov, Nacionalizm. London/Toronto 1966. Nachdruck L'viv 1992.

<sup>233</sup> »[D]ie Werke Doncovs, [...] der »Dekalog«, die »12 Charaktereigenschaften [...]« und die »44 Lebensregeln [...]« bilden die erzieherische Essenz, dieses ideell-moralische Fundament der nationalistischen Bewegung, ohne dessen Verständnis es unmöglich ist, den Heroismus, das Maß an Geist und Aufopferung zu erfassen, mit welchem der ukrainische Charakter in der Epoche des organisierten Nationalismus aufblühte« (Bahau, Nacionalizm, S. 55).

<sup>234</sup> Volodymyr Martynec, »Zamitky dlja majbutnoi konferencii ukraïnskych nacionalistiv«, Nacional'na Dumka 1927, H. 9, S. 11-13, zit. nach Troščynskyj, Mižvojenna ukraïnska emihracija, S. 193.

<sup>235</sup> Ebd., S. 223.

<sup>236</sup> Konovalč an Martynec, 24. 4. 1930, nach Kentij, Narysy, S. 20.

auch ihr Verhältnis zur Demokratie eindeutig. An die Stelle der Legitimierung von unten setzten sie – wie in anderen »modernen« Bewegungen der Zeit – das »Führerprinzip«. Andrijevskyj schrieb 1927:

»Wer Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, muß zugeben, daß das Volk nicht der Träger der Macht ist und es auch nicht sein kann. [...] Viel Richtiges ist in der Behauptung, daß Wahlen die gesellschaftliche Meinung eher verdunkeln als klären.«<sup>237</sup>

Neben dem Führerprinzip erblickte Troščynskyj in der Ablösung von Klassenvorstellungen und dem Anspruch, die ganze Nation zu repräsentieren, aber auch in der Konzentration auf die Jugend die neuen Prinzipien der OUN. Der fundamentale Independentismus gestattete kurzsichtige »Bündnisse mit den Feinden der eigenen Feinde«.<sup>238</sup>

Die Nachkriegsversuche, eine demokratische Tendenz in der OUN zu entdecken, sind wenig überzeugend. So führte Mirčuk den Vorsitzenden des Organisationsgerichts der OUN Jaroslav Dub als Zeugen dafür an, daß die OUN »eigentlich« für eine »Volksherrschaft« sei (*narodopravstvo*). Dub hatte geschrieben:

»Kurz gesagt sind wir Nationalisten gegen das Institut der Diktatur als Form der Staatsordnung unter normalen Lebensbedingungen der Nation. Wir richten die national-revolutionäre Diktatur nur als Übergangszustand ein, denn sie gibt der ukrainischen Nation die Möglichkeit, sich zielgerichtet und rational in kürzester Zeit die Befreiung und die unabhängige Staatlichkeit zu erkämpfen.«<sup>239</sup>

Der Zustand nach dem Ende der Diktatur sollte aber nicht etwa eine repräsentative Demokratie sein, sondern die »Vertretung aller organisierten sozialen Schichten«, also ein Korporationenstaat, der dem Vorbild des faschistischen Italien nacheiferte.<sup>240</sup>

Das Verhältnis zwischen der OUN und Doncov ist im Lichte dieser inhaltlichen Fragen zu sehen. Mochten auch bei Erscheinen des *Nacionalizm* 1926 und später unter den politischen Theoretikern und Planern Divergenzen zu Doncovs wenig stringenten Ausführungen bestehen, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß seine Schriften als gemeinsame Plattform angesehen wurden und dazu beitrugen, eine nationalstische Diskursgemeinschaft zu kreieren. Es steht in keinem Widerspruch zueinander, daß sich die Basis der Nationalisten an Doncov orientierte, seine Aussagen zum Teil wortwörtlich in programmatischen Aussagen der OUN wiederholt wurden und es gegen ihn dennoch Widerstand innerhalb der OUN gab. Dieser ging insbesondere von Martyneč aus, der sich selber gern als Ideologen der OUN und in Doncov einen Konkurrenten sah.<sup>241</sup>

<sup>237</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Zasady orhanizacii«, *Nacional'na Dumka* 1927, H.9, S.1-2, zit. nach Troščynskyj, *Mižvojnna ukraińska emihracija*, S. 200. Vgl. auch ebd., S. 201.

<sup>238</sup> Ebd., S. 200-203.

<sup>239</sup> Jaroslav Dub, »Sučasna kryza deržavnoho ladu ta majbutnij ustrij Ukraïny«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 8-9, S. 251-257, hier S. 257; vgl. Mirčuk, *Narysy*, S. 497-498.

<sup>240</sup> Sciborskyj/Martyneč, »Vid Kongresu Ukraïnskych Nacionalistiv«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 1-2, S. 2. Daher ist es kein Zufall, wenn die Zeitschrift der Nationalisten 1929 einen Artikel über den italienischen Staat abdruckte (Jevhen Onackyj, »Italijska Korporatyvna Deržava«, *Rozbudova Nacii* 2 (1929), H. 3-4, S. 78-84).

<sup>241</sup> In seinen Erinnerungen ging Martyneč scharf mit Doncov ins Gericht. »Wozu braucht man »neue Leute«, wenn man die alte polonophile Konzeption weiterführen will«, fragte er rhetorisch. Doncov sei »für uns«, die Nationalisten in der Emigration, »kein Götze« gewesen, man habe überhaupt

In seinen Erinnerungen versuchte Martyneč Andrijevskyj und sich selber als Verfasser von Artikeln zu präsentieren, die »Wendepunkte der Entwicklung des organisierten Nationalismus« gewesen seien. Aber Andrijevskyjs Artikel in der *Nacional'na Dumka* von 1927 hat kurz darauf zwar der neugegründeten Nationalistenzeitschrift ihren Namen gegeben, die Analyse der bisherigen Ukrainer als »amorphe ethnische Masse«, die durch »Staatlichkeit und Selbständigkeit« ihre »Sklavenseele« überwinden müsse, konnte man jedoch schon früher bei Doncov und Lypynskyj lesen.<sup>242</sup> Und auch Martynečs Artikel, in dem er zur koordinierten Aktion und zum »rücksichtslosen Kampf gegen alle fremden nationalen Ideen und fremden Regime auf dem ukrainischen Territorium« aufrief, stach nur durch den Maximalismus, der keine fremde Hilfe nötig zu haben schien, von Doncov ab. Die Frage der künftigen Staats- oder Herrschaftsform hielt Martyneč wie Doncov für eine *cura posteriori*. Auch über eine »aktive Minderheit« hatte Doncov bereits geschrieben. Die Prinzipien von »Qualität« und »Klassenlosigkeit«, die Forderung nach einem hohem »moralischen Niveau«, der »strengen [...] Disziplin« und der »maximalen Schöpferkraft jedes Mitglieds« als Weg zu einer Beendigung der »Periode der Anarchie und der Verneinung« waren ebenso an den rechten Ordnungsbewegungen der 1920er Jahre orientiert wie die Thesen Doncovs.<sup>243</sup>

Die Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalsozialisten um des Nationalsozialismus willen versuchte der ukrainische Nationalismus stets zurückzuweisen. Jevhen Stachiv trug auf dem Treffen »ehemaliger Berliner« Ukrainer in Toronto 1981 vor:

»Das Setzen auf Deutschland geschah im ukrainischen nationalen Interesse. Allein Deutschland forderte die Revision des absurden (bezhlyzdnoho) Versailler Vertrags, allein Deutschland führte Krieg gegen Polen und gegen die Sowjetunion – die beiden ewigen Feinde des ukrainischen Volkes. Den Ukrainern wird grundlos die Kollaboration mit dem Nazismus vorgeworfen. Die Ukrainer hielten sich, und sie waren es wirklich, für Verbündete Deutschlands lange bevor Hitler an die Macht kam.«<sup>244</sup>

Das ist richtig – aber sie störten sich an den Nationalsozialisten auch nicht. Die Nationalsozialisten waren für die ukrainischen Nationalisten keine exzeptionell anziehenden Partner, auch wenn sie in einigen Punkten mehr mit ihnen verband als mit den demokratischen Regierungen. Es gab aber auch keine Vorbehalte gegen sie. Das *Amoral'nist'*-Programm wurde in den programmatischen Aussagen der OUN von Anfang an umgesetzt. Nur ein scheinbarer Widerspruch lag darin, daß sich die OUN

---

keine Götzen gehabt und Doncov könne sich genauso getäuscht haben wie andere auch. Martyneč habe der Negativismus Doncovs gestört und Doncov habe sich über Martyneč geärgert, als dieser im Prager *Studentskyj Visnyk* Lypynskyj viel umfassender als Doncov rezensiert habe. Lypynskyj habe eine Weltanschauung, ein Programm und einen Handlungsplan ausgearbeitet, während Martyneč bei Doncov nicht einmal ein Weltanschauungssystem erkannte, höchstens »Fragmente« einer Ideologie (Martyneč, *Ukrainske pidpillja*, S. 156-158). Dies mochte alles ganz richtig sein, hatte jedoch nichts mit der Wirkungsgeschichte zu tun, in der Doncov weitaus mächtiger war als Martyneč.

<sup>242</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Rozbudova Nacii«, *Nacional'na Dumka* 1927, Nr. 7-8, Abdruck in Martyneč, *Ukrainske pidpillja*, S. 159-162.

<sup>243</sup> Volodymyr Martyneč, »Zamitky dlja majbutn'oi Konferencii Ukraïns'kykh Nacionalistiv«, *Nacional'na Dumka* 1927, Nr. 9-10, Abdruck in Martyneč, *Ukrainske pidpillja*, S. 162-168.

<sup>244</sup> Jevhen Stachiv, »Rozpovid' z vlasnogo dosvidu«, in: Veryha, *Ukraïnci v Berlini*, S. 36-41, hier S. 40.



verbal darauf versteifte, nur eigener Stärke zu vertrauen. Dieses Axiom wurde allerdings taktisch eingeschränkt. Anfang 1929 verbreiteten die ukrainischen Nationalisten:

»Unter Ablehnung der Orientierung auf die historischen Feinde der Ukrainischen Nation, aber im Bund mit den Völkern, die sich gegenüber den Okkupanten der Ukraine feindlich verhalten«, sollte der Ukrainische Staat erreicht werden.<sup>245</sup>

Das bedeutete die Ablehnung pro-russischer, pro-polnischer und magyarophiler Tendenzen, nicht jedoch der Zusammenarbeit mit Deutschland. Und dieses Konzept war keine politische Eintagsfliege, sondern blieb bis 1945 mit kurzen taktischen Unterbrechungen gültig. Es war eine konsequente Befolgung der von Doncov abgeleiteten und seit 1929 zum OUN-Programm gehörenden Maximen.

#### d) Dekalog und »Judenfrage«

Daß wir uns hier mit Doncov und den Auseinandersetzungen um die »reine Lehre« des Nationalismus aufgehalten haben, liegt nicht daran, daß wir etwa versuchen wollten, einen umfassenden Abriss der ideologischen Positionen des ukrainischen Nationalismus zu geben. Dessen Thematik ist schon angesichts der zahlreichen rivalisierenden Gruppen so kompliziert, daß er eine eigene, bisher nicht vorhandene Abhandlung verdienen würde. Doncovs Thesen sind jedoch zum Verständnis der taktischen Haltung gegenüber den Deutschen erforderlich.

Dabei ist eine Einschränkung der Wirksamkeit seiner Schriften zu beachten: Da Doncov mit einem relativ hohen intellektuellen Anspruch schrieb und sich nicht selten auf als bekannt vorausgesetzte Texte anderer Ideologen und Philosophen bezog, hatte er Erfolg bei der jungen Intelligenz in Gymnasien und Universitäten.<sup>246</sup> Wollte der integrale Nationalismus aber zu einer Volksbewegung werden, mußte er sich auf einfachere Argumente stützen. Hajvas beschreibt in seinen Memoiren, wie in polnischen Gefängnissen ukrainische Bauern von ihren intellektuelleren Mithäftlingen Geschichts- und Ideologieunterricht erhielten, aber er erwähnt auch die *moroky* (Plakerei), Doncovs Buch den Bauern nahezubringen.<sup>247</sup> Man suchte daher einen leichteren Zugang.

Karriere machte dabei der *Dekalog* – die »Zehn Gebote des ukrainischen Nationalisten«. Sein Verfasser war der SUNM-Führer Stepan Lenkavskýj, von dem auch die erste Fassung stammte, während die 1929<sup>248</sup> als Beilage der *Surma* veröffentlichte Redaktion in manchen Punkten bereits »entschärft« war. Die Anlehnung an den Dekalog vom Sinai ist als Säkularisierung weitverbreiteter Einstellungen sicher auch für

<sup>245</sup> Sciborskýj/Martyneć, »Vid Kongresu Ukraïnskych Nacionalistiv«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 1-2, S. 2.

<sup>246</sup> Darauf paßt der Satz Budurowyczs, er sei ein »zauberisch-verführerischer Gusly-Spieler des ukrainischen Nationalismus [gewesen], der ihn in eine Art Kult verwandelte« (Bohdan Budurowycz, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], in: Zeszyty Historyczne 66 (1983), S. 15-47, hier S. 26-27).

<sup>247</sup> Jaroslav Hajvas, Volja ciny ne maje. Toronto 1971, S. 90-91.

<sup>248</sup> Nach Zenon Pelenskýj erst 1930 (Vgl. Zenon Pelenskýj, »Miž dvoma konečnostjamy«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 502-524, hier S. 508).

den Erfolg in der religiös nicht indifferenten Anhängerschaft der OUN verantwortlich.<sup>249</sup>

Die von Mirčuk angeführten Änderungen sind hier von größtem Interesse. Sie offenbaren nämlich die Absicht des Verfassers und bieten auch einen Schlüssel zum Verständnis des Textes: So ging es im 7. Gebot zunächst nicht um die Gefahr, sondern um »das größte Verbrechen« (najbil'šyj zločyn), das der OUN-Anhänger zu begehen bereit zu sein habe. Mirčuk erläuterte dies als »Mord« und rationalisierte damit den Terror der OUN, aber u. E. war der Sinn anders. Das unverhüllte Wort »Verbrechen« belegte die Ablehnung der moralischen Kategorien, die für die »alte Gesellschaft« galten, und postulierte im Sinne der Doncovschen Nietzsche-Rezeption eine »neue Moral«. Im 8. Gebot stand ursprünglich an der Stelle des »rücksichtslosen Kampfes« »mit Heimtücke« (pidstupom). Und die Ziele des 10. Gebots sollte der Nationalist »selbst durch Versklavung von Fremden« (navit' šljachom ponevolennja čužynciv) erreichen.<sup>250</sup>

Wurden die ursprünglichen Versionen weiter mitgedacht? Jedenfalls gingen über Terror und Konspiration hinaus aus dem Dekalog die geforderte Hingabe an die gewünschte Staatlichkeit, ein quasireligiöser Auftrag und eine Ablehnung der christlichen Grundprinzipien (Haß statt Liebe gegenüber den Feinden) hervor. Daneben gab es als bodenständige Texte »12 Charaktereigenschaften des ukrainischen Nationalisten« und »44 Lebensregeln des ukrainischen Nationalisten«, die weniger spektakulär waren. Sie propagierten die Nation als den höchsten Wert und gestatten – wie schon die Dokumente des OUN-Kongresses von 1929 –, die Lehre der OUN als »integralen Nationalismus zu charakterisieren.<sup>251</sup> Neben dem Lobpreis von Sekundärtugenden enthielten die »Lebensregeln« auch Elemente mit Erklärungspotential für das politische Handeln. Die Areligiosität des Dekalogs neutralisierte Lebensregel 12 mit der Behauptung: »Wisse, daß Du Gott am besten durch die Nation und im Namen der

<sup>249</sup> Wir bringen hier den Text der verbreiteten Version in eigener Übersetzung nach Mirčuk, Narys, S. 126:

»Ich bin der Geist des ewigen Elements, der Dich vor der tatarischen Sintflut errettet und an den Rand zweier Welten gestellt hat, auf daß Du neues Leben schaffst:

1. Du wirst den Ukrainischen Staat erkämpfen oder im Kampf um ihn fallen.
2. Du sollst niemandem erlauben, den Ruhm und die Ehre Deiner Nation zu beflecken.
3. Du sollst Dich der großen Tage unserer Befreiungskämpfe erinnern.
4. Du sollst stolz sein, daß Du der Erbe des Kampfes für den Ruhm des Volodymyrschen Dreizacks bist.
5. Du sollst den Tod der Großen Ritter rächen.
6. Du sollst über die Sache nicht mit dem reden, mit dem das möglich ist, sondern mit dem, mit dem es nötig ist.
7. Du sollst nicht zögern, die gefährlichste Tat zu begehen, wenn dies das Wohl der Sache verlangt.
8. Du sollst mit Haß und rücksichtslosem Kampf die Feinde Deiner Nation empfangen.
9. Weder Bitten, noch Drohungen, noch Folter noch Tod werden Dich zwingen, Geheimnisse zu offenbaren.
10. Du sollst für die Ausbreitung der Stärke, des Ruhms, des Reichtums und des Raums des Ukrainischen Staates kämpfen.«

<sup>250</sup> Mirčuk, Narys, S. 126-127. Martyneč versuchte dagegen wie viele andere OUN-Anhänger den Terror zu leugnen und ihn als »Notwehr« gegen polnische Kolonisten, immerhin aber auch als »Abschreckung« zu entschuldigen (Vgl. Martyneč, Ukraїnske pidpillja, S. 273).

<sup>251</sup> Vgl. Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju, S. 236.

Nation mit tätiger Liebe zur Ukraine [...] ehrst«. »Deine Feinde sind nur die Feinde Deiner Nation«, heißt es in Regel 16. »Verlasse Dich auf niemanden. Sei selbst der Schöpfer Deines Lebens« stützt den Independentismus in Lebensregel 32. Und über Lebensregel 38 kam nun doch die Heimtücke zur Geltung: »Zur Gewinnung von Geheimnissen über den Feind nutze sogar Heimtücke«. Was Zenon Kossak (1907-1939) im Lemberger Gefängnis als Lebensregel 40 formuliert hat, ging weit über die konventionellen Regeln nationaler Konspiration hinaus. Dort hieß es: »Schätze die Mutterschaft als Quelle der Fortsetzung des Lebens. Mache aus Deiner Familie einen Ikonenrahmen (kyvot) der Reinheit Deiner Rasse und Nation«. <sup>252</sup>

Diese Texte waren bei einfachen Menschen erfolgreich, die an die Sprache der Zehn Gebote und des Katechismus gewöhnt waren, und bei einer Jugend, die im Kampf für ihre Staatlichkeit mit fundamentalistischem Eifer den einzigen Lebenssinn zu erkennen meinte. Hirnjak schrieb 1979:

»Die OUN war die Schmiede, die die Jugend mit dem Feuer der höchsten Liebe zu ihrem verklärten Vaterland und dem gleichen Feuer des Hasses auf alle seine Okkupanten härtete.« <sup>253</sup>

Die OUN-Ideologie ging über Nationalismus als soziales Ordnungsprinzip hinaus. Nicht nur die Höhersetzung der eigenen Gruppe wurde postuliert, ein Krieg erhofft, sondern auch die moralischen Kategorien des Christentums, aus dem die ukrainischen Nationalisten kamen und auf das sie sich zeitweise auch beriefen, umgewertet. Das ermöglichte den Anschluß an ideologische Lehren, die ebenfalls die geltenden Konventionen pervertierten. Ivan Lysjak-Rudnyčkyj konnte später schreiben: »Der ukrainische Nationalismus fällt unter den Begriff einer totalitären Bewegung«. <sup>254</sup> Da wir die Kategorie »Totalitarismus« für zu einseitig halten, um analytisch fruchtbar zu sein, schließen wir uns dieser Beschreibung nicht ohne weiteres an. Aber es wird klar, in welchem Kontext ihre Gegner die Nationalisten sahen.

Eine Sonderrolle nahm in den OUN-Schriften das Verhältnis zum Judentum ein. Die Radikalisierung nach der Ermordung Petljuras war eindeutig, auch wenn die »Judenfrage« nur ein Thema unter vielen war. Sie hatte aber Tradition, auch im ukrainischen nationalen Diskurs. Taras Ševčenko hatte in dem Poem *Hajdamaky* die Juden als Agenten Polens dargestellt, gegen die der Terror der zu Nationalhelden stilisierten Räuber berechtigt sei. Drahomanov hatte scharfe Kritik an der Rolle der Juden in der ukrainischen Gesellschaft geübt. <sup>255</sup> Was Doncov 1926 nach dem punktuellen Vorbild vom Mai 1918 im Diskurs wiederbelebt hatte – die Identifizierung der Juden als Erfüllungshelfen der Russen – war daher nicht strukturell neu, es war sagbar und wurde aufgegriffen. Ohne die Quellen seiner Zahlen offenzulegen, dokumentierte ein OUN-Ver-

<sup>252</sup> Mirčuk, Narys, S. 128-129.

<sup>253</sup> Ljubomyr Hirnjak, Na stežkach istoryčnych podij. New York 1979, S. 274.

<sup>254</sup> Lysjak-Rudnyčkyj, Miž istorijeju, S. 237.

<sup>255</sup> Dieses Thema liegt außerhalb des Rahmens dieses Buches. Eine Drahomanov gegenüber vielleicht etwas zu positive Einführung finden wir bei Ivan L. Rudnytsky [Lysjak-Rudnyčkyj], »Mykhailo Drahomanov and Ukrainian-Jewish Relations«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 283-297 (verfaßt 1969). Vgl. auch ders., »The Problem of Ukrainian-Jewish Relations in Nineteenth-Century Ukrainian Political Thought«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 299-313.

fasser, daß die Juden in der Sowjet-Ukraine »in hohem Maße russifiziert [seien] und dabei Hilfe leisteten, die russische Kultur in der Ukraine zu verbreiten.«<sup>256</sup>

In einem weiteren Beitrag des OUN-Organs wurde betont, daß die Juden »immer das Ukrainertum bekämpft« hätten: »Sie leben von der ukrainischen Bevölkerung, geben ihr dafür aber keinen Gegenwert, weder in politischer, noch in kultureller, noch in sozialer Hinsicht.«<sup>257</sup> Dieser Satz ist insofern von Bedeutung, als er einerseits an Drahomanovs Thesen der parasitären Existenz anknüpfte, andererseits im Zweiten Weltkrieg als Grund angeführt wurde, um von den Deutschen die Übergabe jüdischen Eigentums an die Ukrainer zu verlangen. Aber 1929, im Rahmen der politischen Planung, ließ er ebenfalls nichts Gutes erwarten. Dort würdigte die RN zwar Herzls Zionismus als »idealste Lösung«, hielt sie aber für völlig unrealistisch. Dafür hieß es zum Schluß:

»Im Kampf mit dem uns gegenüber in jeder Hinsicht feindlichen Judentum müssen wir ein eigenes System und die für uns nützlichsten Formen zur Lösung der jüdischen Frage ausarbeiten. Das Problem ist schwierig und dank seiner Vernachlässigung ukrainischerseits ziemlich dunkel. Aber es *muss* gelöst werden.«<sup>258</sup>

#### e) *Deržavnist' (Staatlichkeit)*

Ende der 1920er Jahre formierte sich der ukrainische Nationalismus neu. Die Ideologie der Nationalisten hatte sich gewandelt: So vertraten sie Positionen, wie sie im Ersten Weltkrieg Nationalpolen wie Aleksander Brückner eingenommen hatten – Dmytro Andrijevskyj etwa schrieb, das ukrainische Volk habe bisher erst das Stadium einer »ethnischen Gruppe, einer amorphen Masse« erreicht.<sup>259</sup> Dies war kein zufälliger Ausrutscher. Mit der Kritik an den »alten« Nationalisten, die ja eine vorhandene Nation hatten befreien wollen, war dieser Vorwurf »sagbar« geworden: Vassyjan schrieb, das ukrainische Volk habe von der europäischen Geschichte nichts mitbekommen, es sei anarchistisch geworden, habe keinen Herrschaftssinn (zmysl panuvannja) entwickelt: »Die Nation hat kulturell in der vollen Bedeutung nicht gelebt«. Ihre Geschichte sei die einer »ethnographischen Masse« gewesen.<sup>260</sup> Das politische Ziel der Nationalisten war die aktive Formung einer Nation aus diesem Element.

Dieser Aufbau wurde mit Zerstörung verbunden. Zwar versuchte Vassyjan den dialektischen Prozeß mit einer positiven Tendenz zu versehen (»nicht durch Zerstören aufbauen, sondern durch Aufbauen zerstören«), darin lag aber jenseits des Nominellen

<sup>256</sup> V. Bohuš, »Rosijsko-žydivške panuvannja ta rolja rosijskoj kul'tury na Radjanskij Ukraïni«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 3-4, S. 85-93, Zitat S. 85.

<sup>257</sup> »žydy [...] zavsihdy poborjuvaly ukraïnstvo.« »Vony žyvt' z ukraïnskoho naselennja, ale za ce ne dajut' jomu v zaminu nijakoï rivnovartosty, ni v polityčnim, ni v kul'turnim, ni v suspil'nim vidnošenni.« Jur Myljanyč, »Žydy, sionizm i Ukraïna«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 8-9, S. 271-276, hier S. 271.

<sup>258</sup> »najbil'š nam vyhidni formy«, Hervorhebung im Original. – Ebd., S. 275-276.

<sup>259</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Naša pozycja«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S.8-11, hier S. 8.

<sup>260</sup> Ju. Vassyjan, »Do holovnych zasad nacionalizmu«, Rozbudova Nacii 1 (1928), S. 33-42, hier S. 34, 36. – Auch im Jubiläumsband zum 25. Jahrestag der OUN heißt es in der vom PUN gezeichneten Einleitung: »1917 [...] lebte die amorphe Masse der Intelligencija und anderer sozialer Schichten noch mit den falschen Ideen des »universellen Fortschritts« (PUN, »Projdenyj šljach«, in: Orhancizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 7-16, hier S. 9).

kein Unterschied: Mit der Bildung der ukrainischen Nation waren argumentativ Verluste verbunden.<sup>261</sup>

Wenn es eine gemeinsame Basis für OUN, Het'man-Anhänger, West-Ukrainer, Sozialisten und die UNR gab, dann war es die *deržavnist'*, die ukrainische Staatlichkeit, die ein unumstrittenes Ziel war. Da mochten die Richtungen sich in Nuancen unterscheiden. Für die Petljuristen war die Wiedereinsetzung der UNR das Ziel, für die Sozialisten eine sozialistische Ukraine, für Petruševyč die Selbstgenügsamkeit einer westukrainischen Bildung. Die Anhänger Skoropadskyjs wollten ein erbliches Het'manat, die *deržavnyky* des mit ihm zeitweise verbundenen Lypynskyj eine »Klassokratie« mit faschistischen Zügen. Unumstritten war aber, was Vassyjan 1929 für die Nationalisten formulierte:

»Die Staatlichkeit ist für eine Nation die erste Vorbedingung der Möglichkeit ihres Wachstums in jeglicher Hinsicht. Deswegen ist für eine politisch versklavte Nation der eigene Staat das erste, unmittelbare und absolute Gebot, das man schnellstens, unmittelbar und mit dem Einsatz aller Arten von Kräften verwirklichen muß.«<sup>262</sup>

Diese Sätze hätten alle unterschreiben können – und daraus lassen sich Interpretationen der Haltung in den folgenden Jahren ableiten. Im Streben nach Staatlichkeit war die ukrainische Emigration einig.

### f) Die Taktik der Nationalisten

1932 traf sich der UNDO-Politiker Vasyľ Mudryj in Wien auf dem internationalen Minderheitenkongress mit Konovalėc und Sciborśkyj. Die Kritik des Legalisten am Terrorismus der OUN traf verständlicherweise auf taube Ohren. Für die OUN-Führer war das UNDO eine Organisation von lokaler Bedeutung, die anerkennen sollte, daß die Initiative auf die OUN übergegangen sei. Bestenfalls die Rolle des Verhandlungspartners gegenüber den Polen sollte UNDO spielen dürfen. Seine Führer erwarteten, daß der polnische Staat nach den Terroranschlägen bereit sein würde, dem UNDO ukrainerfreundliche Zugeständnisse zu machen. Richtig war daran, daß die OUN für den polnischen Staat kein Verhandlungspartner war. Aber Mudryj erkannte auch, daß die OUN das UNDO »klein machen« wollte. Die Verständigung zwischen den beiden Organisationen scheiterte, was das polnische Außenministerium mit Befriedigung registrierte.<sup>263</sup> Aber andererseits gab es über die scheinbar so starren Gruppengrenzen hinweg Kontakte und taktische Zusammenarbeit. Volodymyr Stachiv berichtete stolz, die OUN habe zusammen mit dem Het'man-Anhänger Dmytro Dorošenko 1932 der UNDO-Abgeordneten Milena Rudnyćka Kontakte zu deutschen Politikern vermittelt.<sup>264</sup> Tatsächlich kannten sich die meisten ukrainischen Politiker und waren so zu persönlichen Beziehungen miteinander fähig.

<sup>261</sup> Vassyjan, »Do holovnych zasad nacionalizmu«, S. 37.

<sup>262</sup> Ju. Vassyjan, »Ideol'ogični osnovy ukraїnskoho nacionalizmu«, Rozbudova Nacii 2 (1929), H. 3-4, S. 65-77, hier S. 77.

<sup>263</sup> Komunikat Informacyjny MSZ 29/21.7.1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 347-351.

<sup>264</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 34.

Für die UVO als militärische Formation scheint es keine Konzepte gegeben zu haben, wie man sich politisch verhalten sollte. Mit der OUN war dies anders. Einerseits bestand die ideelle Grundlage der Nationalisten darin, die Unabhängigkeit anzustreben, ohne sich anderen anpassen zu müssen. Andererseits war seit dem Scheitern von UNR und ZUNR klar, daß man ohne Kooperation mit Nicht-Ukrainern nicht auskommen würde. Die OUN versuchte nun die Quadratur des Kreises, indem sie sich vornahm, »mit einflußreichen Politikern westlicher Staaten« in Kontakt zu treten. »Wir unterstreichen: mit einflußreichen einzelnen Politikern, aber nicht mit Regierungen der Staaten.«<sup>265</sup>

Was als eine gelungene Konstruktion erscheinen mag, mündete in eine der Lebenslügen ukrainischer Nationalisten. Einflußreiche Politiker von Regierungen zu trennen, also personalisiert und quasi institutionenfrei zu denken, bot nur theoretisch die Möglichkeit, die Kompromittierung durch Fremdregerungen zu umschiffen, praktisch war es unmöglich. Wenn immer ukrainische Nationalisten Verbindungen zu einflußreichen Personen suchten, bestand der Einfluß dieser Personen schließlich darin, in bestimmte staatliche Funktionen eingebunden zu sein. Die Rationalisierung, man habe nicht mit dem Nationalsozialismus, sondern nur mit einflußreichen Nationalsozialisten kooperiert, oder, in bezug auf die Aufständischen in der Westukraine 1944, mit der Wehrmacht, nicht aber mit dem nationalsozialistischen Staat, war insofern unsinnig, als die jeweiligen Gesprächs- und Kooperationspartner keine freischwebenden Kräfte waren, sondern Funktionäre einer von ihnen repräsentierten Ordnung. Die Illusionen, die man sich auf ukrainischer Seite darüber machte, waren auch ein Teil des ukrainischen Scheiterns. Indem man in der Struktur »einflußreicher Personen« dachte, verlor man den Blick dafür, was jene vorhatten. Wenn man zum Beispiel meinte, in Rosenberg oder in den Abwehr-Offizieren – im Unterschied zu anderen Deutschen – Förderer gefunden zu haben, dann unterblieb eben die Analyse, daß deren Hinwendung zu den Ukrainern allein im Dienste ihrer eigenen politischen Pläne und Strategien erfolgte, nicht aber aus Interesse an den Ukrainern heraus.

Da die OUN Skoropadskyj vorwarf, sich in die Abhängigkeit von Deutschland und Ungarn begeben zu haben und die UNR als Vasall Frankreichs und Polens galt, versuchte man in der OUN zu vermeiden, die Organisation mit einem bestimmten Staat zu verbinden. Deshalb verließ Konovaléc Deutschland. Das hatte aber auch andere Gründe. Zum einen hatte man die Erfahrung gemacht, daß gute Beziehungen zu einem Staat auch in die Brüche gehen konnten. Da war es gut, eine »neutrale« Rückzugspolition zu besitzen. Zum anderen aber konnte man sich trotz den Verbindungen zu Deutschland und Litauen in der Illusion wiegen, man verfolge eine independentistische Politik ohne die vermaledeiten »Orientierungen«, auf die osteuropäische Politiker so leicht hereinzufallen schienen.

Mirčuk schrieb, die OUN habe es vorgezogen, sich kleine Staaten als Sitz zu suchen – die Schweiz als Sitz des Führers, die Tschechoslowakei als Sitz des PUN. Dabei übersah er aber, daß – auch wenn dort die formalen Zentren waren – die praktische Politik der OUN in Berlin stattfand. Die OUN wollte zwar den Eindruck der Neu-

<sup>265</sup> Mirčuk, Narys, S. 507. Zuvor hatte Mirčuk behauptet, Konovaléc habe ganz bewußt auf dem Gebiet »beider politischer Blöcke« präsent sein wollen (Mirčuk, Jevhen Konovaléc, S. 84-85). Nur blieben die Versuche in den USA und Großbritannien auf Emigranten beschränkt, während man sich in Deutschland und Italien mit der einheimischen Politik verbündete.

tralität erwecken, war aber faktisch weiter auf das Reichszentrum verwiesen. Konovalėc schob seine Ausreise aus Deutschland so lange wie möglich hinaus. In einem Schreiben an den Vertrauensmann der UVO in Saskatoon (Kanada) schrieb er 1930:

Es ist möglich, daß im Zusammenhang mit meinem Umzug verschiedene Gerüchte umlaufen werden, warum ich aus Deutschland ausgereist bin, und deshalb gebe ich zu Ihrer Kenntnis und Orientierung, daß mein Umzug schon lange geplant war, und zwar aus Deutschland in ein neutrales Land, und schon damals, als die polnische Presse gegen uns eine Kampagne begonnen hatte, ich stände in deutschem Dienst und die UVO sei nichts anderes als eine deutsche Außenstelle. [...] Nach meiner Rückkehr [aus Amerika], mußte ich noch einige Zeit [in Deutschland] bleiben, um alle laufenden Sache zu liquidieren und die Aktion in Amerika und Kanada auf die Beine zu stellen. Als ich das alles beendet hatte, bin ich nach Genf gefahren. Wie lange ich hier bleiben werde, weiß ich nicht. Auf jeden Fall glaube ich, daß es uns von neutralem Boden aus leichter fällt, unsere Befreiungsaktion zu organisieren.<sup>266</sup>

#### 4. DER VERDACHT DER SOWJETOPHILIE

Für die Deutschen waren die Ukrainer nicht zuletzt wegen ihrer Auslandsverbindungen interessant. Diese tatsächlichen oder fiktiven Verbindungen waren aber auch ein Born immerwährender Verdächtigungen. Wenig verwundert, daß im Emigrantenmilieu Gerüchte kursierten, deren Realitätswert hier unerheblich ist: Wir wenden uns ihnen zu, weil sie Wertvorstellungen abbilden, die der Diskursentwicklung zugrundelagen.

Ziemlich regelmäßig warfen ukrainische Exulanten einander vor, Mittel veruntreut zu haben oder als Agenten einer fremden Macht aufzutreten. Das war insofern nicht ganz abwegig, als die UVO tatsächlich als deutsch-litauischer Agent fungierte, Dorošenko wie Smal'-Stočkij schon mit sowjetischen Repräsentanten Kontakte gesucht und Polen wie Sowjets erfolgreich die OUN unterwandert hatten. Zudem hatte eine »Orientierung« auf ausländische Mächte im ukrainischen Exil Tradition. So verdächtigten die UNR-Anhänger Oleksander Šul'hyn und Ivan Kedryn 1928 Mykola Sciborškyj, ein Agent der polnischen Polizei zu sein und auch Martynec geriet in diesen Verdacht. Anfang 1934 wurde wieder gegen Sciborškyj intrigiert, weil er Kontakte mit Ivan Ivanovič, einem Arzt aus Charkiv, hatte, der zeitweise am Pasteur-Institut in Paris tätig war. Ivanovič hatte ihm Briefe seiner Mutter und seiner Schwester überbracht, in denen diese ihn aufforderten, in die Sowjetukraine zu kommen. Sciborškyj kam (nach Mel'nyk auf eigenen Wunsch, um seine Unschuld zu beweisen) vor das OUN-Gericht, von welchem er freigesprochen wurde – aber *semper aliquid haeret*. Angeblich soll sowjetisches Intervenieren dann dafür gesorgt haben, daß Sciborškyj aus Frankreich ausgewiesen wurde und nach Wien zog.<sup>267</sup>

<sup>266</sup> Konovalėc an Ivan Ruryk, 20. 3. 1930, zit. nach Bojdunyk, »Jak dijšlo«, S. 372-373.

<sup>267</sup> Vgl. Mirčuk, Narys, S. 517-518. Andrij Mel'nyk, »Žytomyrškyj-Organškyj Ppolk. Mykola Sciborškyj«, in: Orhanizacija Ukrajškych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 40-42, hier S. 40.

Unter den Auslandskontakten war stets eine »britische Verbindung« besonders interessant. Das Schlagwort vom »perfiden Albion« des Ersten Weltkriegs gedieh ja auf dem Humus der Enttäuschung darüber, daß sich die Briten nicht den Mittelmächten, sondern den Franzosen und Russen angeschlossen hatten. Die britische Verstimmung über Polen begründete seit 1920 Hoffnungen, die Briten in eine antipolnische Koalition einbinden zu können. Andererseits hieß es, auch die Briten hätten den Ukrainern ihre Unterstützung unter der Bedingung zugesichert, daß sie sich ausschließlich gegen die UdSSR und nicht gegen Polen wenden würden. Angesichts der Verschlechterung des britisch-sowjetischen Verhältnisses im Jahre 1927 machte eine derartige Konstellation durchaus Sinn. Konovaléc wie Skoropadskyj besaßen Kontakte nach England und versuchten sie mit wechselndem Erfolg zu nutzen. Briten sollten sogar einen Zusammenschluß der Het'man-Gruppe mit der UVO befürwortet haben, wobei es aber zu Differenzen über die Stellung des Het'mans gekommen sei.<sup>268</sup> Konovaléc hatte aber angeblich auch gute Beziehungen nach Österreich, wo militärische Kreise verdächtigt wurden, mit seiner und der Ukrainer Hilfe Galizien für eine restituierte Monarchie wiedergewinnen zu wollen. Der tschechoslowakische Konsul in Lemberg verdächtigte die OUN 1936 sogar, von Polen unterhalten zu werden.<sup>269</sup>

Problematischer waren die Gerüchte, Konovaléc werde auch aus der Sowjetunion umworben: Ihm sei von höchsten sowjetischen Kreisen die »Rückkehr« in die Sowjetukraine angeboten worden.<sup>270</sup> Diesen Weg waren schon viele Exponenten der Weltkriegszeit gegangen, und für Konovaléc hätte dies den Reiz haben können, seine nationalukrainischen Ziele in der Legalität zu verfechten. 1924 hatte er das Politbüro der ukrainischen Kommunisten in Charkiv um finanzielle Unterstützung gebeten, die allerdings am 7. Dezember 1924 abgelehnt worden war.<sup>271</sup> Nicht zu vergessen ist auch, daß nach Rapallo kein Widerspruch zwischen einer pro-deutschen und einer pro-sowjetischen Haltung bestand. Die deutsche Seite kommentierte in ihren Memoranden diese Gerüchte nicht.

Auf der Basis der bis heute nicht zugänglichen Petruševyč-Akten in Kiew referierte Kentij, daß in der Umgebung des ZUNR-Diktators Gerüchte umliefen, Konovaléc wolle sich erneut an Deutsche und Sowjets mit der Bitte wenden, seine Organisation stärker gegen Polen zu unterstützen. Nach Martyneć soll dann 1927 die sowjetische Seite über Prag angeboten haben, das Oberkommando der UVO zu unterstützen.<sup>272</sup> Hierzu paßten auch Hinweise darauf, daß im Herbst 1927 der sowjetische Repräsentant

<sup>268</sup> Cyprianovyč, »In ukrainischen Kreisen...«, undat. [1927?], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 127-130. – Von Konovaléc berichtete der Verfasser, er wolle seine britischen Kontakte nicht verlieren, es sich aber auch mit den Deutschen nicht verderben. Die Briten hätten sich für Aktionen gegen die Sowjetunion ausgesprochen und den Exilukrainern geraten, sich zusammenzuschließen. Skoropadskyj hingegen setze verstärkt auf Großbritannien, da seine Kontakte zu den Deutschen für ihn persönlich unerfreulich verliefen. Vgl. auch Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoj polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), in: ders., Pro ukraïnsku zovnišnju polityku, OUN, Karpatsku Ukraïnu ta polityčni vbyvstva Kremlja. Hadjač 2005, S. 16-51, hier S. 24.

<sup>269</sup> Sztab Główny an MSZ, 4. 4. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 144-145

<sup>270</sup> Denkschrift »Im ukrainischen Offizierbund...«, undat. [1927?], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 111-116.

<sup>271</sup> Vgl. Gilley, S. 264-265.

<sup>272</sup> Vgl. Martyneć, Ukraïnske pidpillja, S. 308.



Dmytro Levyčkyj mit Konovalėc den zuvor in Danzig diskutierten Plan besprach, eine ukrainische Legion auszurüsten, die im Falle eines erwarteten polnisch-sowjetischen Krieges an sowjetischer Seite gegen Polen kämpfen könnte. Auch wenn daraus nichts wurde, waren die Gerüchte über solche Kombinationen ausreichend, um sowohl die UVO als auch Konovalėc selber mit der UdSSR in Verbindung zu bringen.<sup>273</sup>

Besonders die Beobachter in der polnischen Gesandtschaft in Berlin vermuteten eine Verbindung zwischen Konovalėc und den Kommunisten. Man berichtete, Konovalėc sei mit dem sowjetfreundlichen Petruševyč am 17. Dezember 1928 zusammengetroffen, also lange nach dem Bruch der beiden. Kolportiert wurde, daß die Nationalisten zwar strukturell Doncovs Konzepten folgten, jedoch an die Stelle der fundamentalen Russenfeindschaft die Polenfeindschaft gesetzt hätten.<sup>274</sup> Martynec bestätigte diesen Eindruck indirekt, indem er taktisch begründete, warum die UVO 1927-1928 keinerlei Aktionen in der Sowjetukraine durchführte. Daraus konnte dann leicht der Verdacht entstehen, die UVO handle im Einvernehmen mit den Sowjets.<sup>275</sup>

1930 intensivierten sich diese Gerüchte. Das polnische Außenministerium verbreitete aus Wien stammende Nachrichten, Konovalėc habe über einen Bruder Dmytro Paliivs weiterhin Kontakte zu den Sowjetukrainern in Charkiv, denen er auch Material für einen der ersten großen Schauprozesse – gegen den angeblichen »Bund zur Befreiung der Ukraine« (Sojuz Vyzvolennja Ukrainy), der nichts mit der Institution gleichen namens aus dem Ersten Weltkrieg zu tun hatte – zuspiele. Im Gegenzuge unterstütze die sowjetische Seite die OUN-Aktivitäten in Ostgalizien und finanziere Konovalėc, der deswegen auch in Amerika keine Rechenschaft über seine finanzielle Lage habe ablegen wollen.<sup>276</sup> Martynec referierte den Verdacht, Konovalėc habe sich auch mit dem sowjetukrainischen Schriftsteller Mykola Chvyľ'ovyj (1893-1933) getroffen.<sup>277</sup> Aus den Memoiren Sudoplatovs geht wiederum hervor, daß die sowjetischen Dienste UVO/OUN mit mindestens zwei wichtigen Agenten unterwandert hätten.<sup>278</sup>

Da die zueinander findenden Nationalisten eine Konkurrenz für die UNR darstellten, beschuldigte Andrij Livičkyj 1928 die UVO, anderen Staaten – Deutschland und Rußland – zu Diensten zu sein. Der PUN stritt dies in seinem offiziellen Organ ab.<sup>279</sup> Der Vorwurf wurde wiederholt: Am 15. Oktober 1930 gab Andrij Levyčkyj in Wien ein Interview, in dem er den laufenden Terrorfeldzug der OUN als unverantwortlich

<sup>273</sup> Kentij, UVO, S. 36.

<sup>274</sup> »Eher mit dem Teufel, als mit dem Polen« (»Raczej z czartem, niż z Lachem«). Interessant ist, daß hier der Kollaborationsbegriff verwendet wurde, der damals noch wertfrei war: Die ukrainischen Nationalisten »bemühen sich um eine Kollaboration mit der sowjetischen Ukraine« (»starają się o kolaborację z sowiecką Ukrainą«); Poln. Gesandtschaft Berlin an Außenministerium, 26. 2. 1929, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 190-192, hier Bl. 192.

<sup>275</sup> Vgl. Martynec, Ukraïnske pidpillja, S. 309. – Nach dem Krieg verbreitete der Historiker Panas Fedenko Gerüchte, Konovalėc sei sogar in die UdSSR gereist (vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 48).

<sup>276</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 18. 3. 1930, AAN, MSZ, Berlin 3674, Bl. 485-487.

<sup>277</sup> Vgl. Martynec, Ukraïnske pidpillja, S. 307-308.

<sup>278</sup> Vgl. Sudoplatov, Special Tasks, S. 12-13.

<sup>279</sup> Rozbudova Nacii 1 (1928), Nr. 12; vgl. Martynec, Ukraïnske pidpillja, S. 327.

kritisierte. Interesse an einer Verschärfung der Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen in Ostgalizien habe allein die Sowjetunion – die OUN handle somit im sowjetischen Interesse. Da dies auch der Tenor polnischer Verlautbarungen war, ist Mirčuks Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß Livityčkyj im Einvernehmen mit der polnischen Regierung agierte.<sup>280</sup> Theoretisch konnte man so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die OUN als sowjetische Agentur und die Sowjets als Terroristenhelfer diffamieren. Sowohl die UNR-Regierung als auch Polen hatten daran Interesse. Und für das Mißtrauen gegenüber der OUN war dies ein weiteres Mosaiksteinchen.

Verdächtigungen wurden immer wieder gern wiederholt. 1932 behauptete die Krakauer Staatspolizei, die OUN-Anhänger handelten, wenn es um umstürzlerische Handlungen gehe, »in stillem Einvernehmen« mit den Kommunisten.<sup>281</sup> Da auch die Berliner Nationalsozialisten – wie beim Berliner Straßenbahnerstreik – durchaus zu gemeinsamen Aktivitäten mit den deutschen Kommunisten imstande waren, wenn sie damit den gemeinsamen Gegner treffen konnten, mußte diese diskursive Verbindung keineswegs absurd erscheinen. Auch in späteren Jahren ließen die (unsubstantiierten) Vermutungen politischer Rivalen nicht nach, Konovaléc sei Sowjetagent gewesen. Einen zeitgenössischer Hinweis lieferte der Vorwurf, Konovaléc habe sich nach der Ermordung Petljuras nicht an die von seinem Nachfolger Andrij Livityčkyj verbreitete Version gehalten, die Bolševiki hätten Petljura ermorden lassen. Stattdessen habe er die antijüdische Diktion von den Bolševiki gelöst, von einem Akt »der Juden« gesprochen. Dazu habe er behauptet, Livityčkyj habe von polnischen Juden Geld bekommen, um die These, daß die Bolševiki den *Holovnyj Otaman* ermordet hätten, zu verbreiten.<sup>282</sup> Ein polnischer Informant, den die Deutschen eher für einen »Schwätzer« als für einen »Doppelspieler« hielten (was jedoch nicht richtig gewesen sein muß), versuchte im Februar 1934 das Auswärtige Amt von der weiteren Zusammenarbeit mit der OUN dadurch abzubringen, daß er sie als eine getarnte kommunistische Organisation beschrieb.<sup>283</sup>

Die Kommunisten waren in dieser Hinsicht jedoch nicht besser. Der KPZU-Funktionär Josyp Bukšovanyj (1888-193?) gab 1933 (vermutlich unter Druck) in der Sowjetunion zu Protokoll, die UVO habe sich 1930/31 (ausgerechnet) von der deutschen zu einer polnischen Orientierung hin bewegt. Der angeblich polonophile Roman Suško habe 1931 in Genf eine bestimmende Rolle in der OUN-Leitung übernommen. Zuvor habe er sich in Lemberg im Gefängnis gegenüber einem polnischen Hauptmann bereit erklärt, die antipolnischen Aktionen einzustellen; die Ermordung Hołowkos sei ein Protest der Basis gegen das sich andeutende Versöhnertum gewesen.<sup>284</sup> Offensichtlich handelte es sich dabei um eine Übertreibung: Suško soll nach Knyš mit den Polen bei der Aufklärung des Otmarštejn-Mordes zusammengearbeitet haben – aber

<sup>280</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 235-239.

<sup>281</sup> Komenda Policji Państwowej Kraków an Starostwo Grodzkie Kraków, 27. 9. 1932, Archiwum Państwowe Kraków (APK), Starostwo Grodzkie Kraków (SGK), Bd. 138.

<sup>282</sup> Denkschrift »Im ukrainischen Offizierbund...«, undat. [1927?], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 111-116.

<sup>283</sup> Bryk an Meyer-Heydenhagen, 13. 2. 1934; Meyer-Heydenhagen an Leibbrandt, 22. 3. 1934, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 124-125, 122.

<sup>284</sup> Vernehmungsprotokoll des NKVD, 3. 6. 1933, CDAHOU, Fond 263, Fall 49830, Bd. 1, Bl. 36-38, zit. nach Kentij, *Narys*, S. 67-68.

hat er tatsächlich unter Zwang eine angebliche Loyalitätserklärung unterschrieben? Wie weit gingen taktische Zugeständnisse?<sup>285</sup>

Selbst Konovaléc geriet in einen Verdacht der Polonophilie. 1926 berichtete Petruševyč auf der Sitzung des Provisorischen Kollegiums des Staatszentrums der Westukraine in Berlin, er wisse aus dem sowjetischen Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, daß Konovaléc von den Polen »bestimmte Summen« erhalten habe. Die Sowjetunion könne diese Dokumente jedoch nicht verwenden, da sie auf illegalem Wege an sie gelangt sei.<sup>286</sup> Aus allen diesen Informationen kann man schließen, daß viele versuchten, ihre jeweiligen Gegner zu kompromittieren.<sup>287</sup> In dem einen oder anderen Falle mag etwas dran gewesen sein; schließlich suchten alle verzweifelt nach potentiellen Verbündeten. Deshalb waren solche Anwürfe dann auch nicht von vornherein unglaubwürdig.

Massiver wurden die Versuche, OUN und Kommunisten als verwandte Gruppen zu sehen, als in den dreißiger Jahren Nationalsozialismus und Bolschewismus als wichtigste Gegensätze galten und die Gruppe um Skoropadskyj ihre Gegner so desavouieren wollte. Die Het'man-Gruppe stellte ihre Gegner von 1918 als Union von UNR und Bol'sheviki dar und entwickelte quasi eine »Vorgeschichte« der angeblichen Verbindung zwischen Konovaléc und den »Roten«. Für die 1920er Jahre glaubte man an die angebliche Finanzierung der UVO durch die Sowjetunion, weil so eine Verbindung zwischen Polen und Ukrainern unmöglich gemacht werden sollte. Petruševyč wurde 1938 nachgesagt, er habe Konovaléc mit Rakovski zusammengebracht.<sup>288</sup>

Die OUN revanchierte sich, indem sie nun ihrerseits Skoropadskyj eine Zusammenarbeit mit Kommunisten vorwarf. Das Zusammenbinden des Don-Kosaken-Atamans aus den USA Petr Popov, der 1938 mit Skoropadskyj zusammengetroffen war, und der Aktivitäten einer angeblich sowjetfreundlichen Vereinigung in Prag, in der ein Skoropadskyj-Vertrauter mit Juden kooperierte, war wenig schlüssig.<sup>289</sup> Aber es ging ja auch nur darum, den Rivalen um die Gunst der deutschen Rechten zu desavouieren.

Als Höhepunkt dieser Verschwörungstheorien darf die Nachricht gelten, dass sich im Juli 1933 im Vatikan Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens getroffen hätten, um den Kampf gegen die Sowjetunion zu koordinieren. Deutschland sollte dabei zum Kampf gegen den Kommunismus aufgerüstet werden und sich dazu der OUN bedienen.<sup>290</sup>

Hinweise dieser Art lassen sich naturgemäß nicht in »harten« Quellen verifizieren. Sie sind insofern relevant, als sie belegen, wie alle Gruppierungen einander gegenseitig verdächtigten und denunzierten.

<sup>285</sup> Vgl. Zynovij Knyš, *Dryžyt' pidzemnyj huk*. Winnipeg 1953, S. 37.

<sup>286</sup> *Tymčasova Kolehija Centra Zchidnoi Ukraïny*, 13. 8. 1926, CDAHOU, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 70.

<sup>287</sup> Den albernsten Vorwurf in dieser Richtung stellt wohl die noch 1990 ernsthaft vorgetragene Meinung dar, der polnische Außenminister Beck sei ein Oberst der deutschen Abwehr (M. L. Topol', »Viza na ubijstvo. Po dokumentam razvedki«, *Voenno-istoričeskij žurnal* 32 (1990), Nr. 11, S. 48-62, hier S. 56).

<sup>288</sup> Denkschrift [der Skoropadskyjgruppe für das ApA], 24. 5. 1938, BAK, R6, Bd. 35, Bl. 5-15.

<sup>289</sup> »Skoropadščyna i bol'sevyky«, *Nastup* (Chust), 8. 3. 1939, ZStA DDR, AA 58415, Bl. 43.

<sup>290</sup> Topol', »Viza na ubijstvo«, S. 56.

## 5. DEUTSCHLAND UND DIE UKRAINISCHEN EXULANTEN 1928-1932

Zwischen 1928 und 1932 interessierten sich die Deutschen mehr für den Het'man als für die UVO/OUN, deren direkte Unterstützung eingestellt wurde, auch wenn Zahlungen an einzelne Personen weiterliefen. Als aktuelle politische Waffe rückten die militanten Ukrainer in den Hintergrund.

In Berlin war der Ukrainische Offizierbund (Steglitz, Hauptstr. 11) der halböffentliche Stützpunkt der UVO. Sein Vorsitzender war Oberst Hnat Zelenivskyj (Ignatz von Seleniewski, 1875-1949), der 1920/21 als Skoropadskyjs Adjutant und Vertreter in Berlin fungiert hatte, sich mit diesem jedoch wegen eines letztlich nicht aufgeklärten Unterschlagungsvorwurfs zerstritten und zu dessen erbittertem Gegner entwickelt hatte. Politisch spielte er jedoch keine Rolle. Vorsitzender sei er »nur wegen seiner Beziehungen zu Persönlichkeiten, die für die Ukrainer wichtig sind«, geworden. Dafür profilierte sich der »Faschist« Koževnykiv, der Sekretär des Klubs war, und auch Konovalėc, obgleich formell nur einfaches Mitglied, erfreute sich hier großer Popularität.<sup>291</sup>

Ein undatiertes Memorandum des Auswärtigen Amtes, welches allem Anschein nach 1927 die Lage rekapitulierte, kam zu dem Schluß, daß die Sowjetukraine bestenfalls als autonom zu bezeichnen sei. In Polen hätten sich »alle verantwortlichen Männer« inzwischen dem UNDO genähert. Während die Pariser und die Warschauer Emigration der UNR nahestände, befänden sich in Prag nur mehr Intellektuelle, »die mit den früheren Regierungen in keiner Verbindung stehen«. Die Sozialisten beachtete man nicht mehr. Der ungenannte Verfasser gelangte zu dem Schluß, daß die alten politischen Führer ausgespielt hätten und die Emigration ihren »Einfluß in der Heimat wesentlich verloren« habe. Im »Inland« seien »neue Leute ans Ruder gekommen«. Das legte den Schluß nahe, daß sich die deutsche Seite ebenfalls umorientieren müsse.<sup>292</sup>

Die Zusammenarbeit mit den ukrainischen Radikalen wurde 1928 reduziert. Sah Reichswehrminister Groener in Konovalėc immer noch den Petljura-Anhänger, der 1918 für die UNR gegen Skoropadskyj, seine Kreatur, Kiew erobert hatte? Schon damals hatten die deutschen Berichte dessen Truppen mit denjenigen der Bol'seviki auf eine Ebene gestellt. Skoropadskyj hingegen repräsentierte eine »reguläre« Armee. Konovalėc führte ja auch 1928 nur eine Truppe, die in Polen Terrorakte verübte und sich noch nicht politisch konsolidiert hatte. Tatsächlich waren Skoropadskyj und Groener die treibenden Kräfte der deutschen Umorientierung, nicht etwa (im Unterschied zu 1933/34) der »Druck polnischer Regierungsmitglieder«,<sup>293</sup> auf die auf dem Höhepunkt des deutsch-polnischen »Zollkriegs« in Berlin sicher niemand gehört hätte.

Die Einstellung der direkten UVO-Förderung zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Nationalisten zum Ausbau ihrer Bewegung entschieden hatten, hatte unmittelbare Folgen für die Organisation. Die Förderung hatte die Nationalisten an Deutschland

<sup>291</sup> Denkschrift »Im ukrainischen Offizierbund...«, undat. [1927?], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 111-116.

<sup>292</sup> Denkschrift »Die jetzige politische Lage der Ukraine«, undat. [1927?], PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 95-105.

<sup>293</sup> So Kentij in Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, S. 248, Anm. 297.

gebunden. Deutschland war wegen seiner Kooperation mit der Sowjetunion nicht mehr unbedingt die erste Wahl der OUN, und nun hörte auch die finanzielle Unterstützung auf. Deswegen versuchten die Nationalisten, in Übersee Fuß zu fassen, was bisher nur den Het'man-Anhängern gelungen war. Dazu mußte, wie Martyneć es ausdrückte, der »deutsche Stempel« beseitigt werden. Eine Bindung an den Westen schien aber nach dem Petljura-Prozeß auch nicht ideal. So versuchte man die Quadratur des Kreises: die Dezentralisierung einer zentralen Führung. Konovaléc sollte Deutschland verlassen, und in einem neutralen Land, am besten in der Schweiz, leben. Die PUN-Mitglieder wollte man auf viele Staaten verteilen. Eine breite Pressekampagne sollte die ukrainische Sache in Großbritannien und Frankreich propagieren.<sup>294</sup> Daß die Nationalisten diese Politik nicht durchhielten, lag zum einen daran, daß ihre Versuche in den demokratischen Staaten wenig erfolgreich waren, zum anderen, daß die deutsche Förderung bald wieder einsetzte. Damit kamen die Nationalisten wieder auf Deutschland zurück.

Die Unterstützung Skoropadskyjs durch die Deutschen erreichte zwischen 1928 und 1932 ihren Höhepunkt, und sie ging zu Lasten der UVO-Verbindung. Die UVO hatte sich durch ihre terroristischen Aktivitäten in Polen geschwächt. Über 100 ihrer Anhänger saßen in polnischen Gefängnissen wegen Attentaten und anderen Delikten ein, zu denen auch der Vorwurf der Spionage zugunsten der Deutschen gehörte.

Nun kamen zwei Faktoren zusammen. Konovaléc geriet in seinen eigenen Kreisen unter Druck, und ihm wurde vorgeworfen, die ukrainischen Interessen zugunsten der deutschen zu vernachlässigen. Er hatte daher selber Interesse daran, die Verbindungen mit der Reichswehr weniger visibel zu gestalten. Daher hielt er sich nicht mehr so oft und offen in Berlin auf. Die Verlegung der Nationalistenkongresse und des Drucks der Presse in andere europäische Hauptstädte spiegelten das Interesse wider, in Berlin möglichst wenig in Erscheinung zu treten.

Anfang 1929 erschien in der *Surma* ein Aufruf an die Ukrainer in Amerika, nach dem Vorbild der Iren ihre Nationalbewegung zu unterstützen. Kentij und Wysocki nahmen an, die OUN habe sich danach nur auf die wenig spendierfreudigen Amerika-Ukrainer stützen können und habe Not gelitten. Tatsächlich spiegelt der Briefwechsel von 1930 die finanziellen Schwierigkeiten wider, derentwegen geplante Zusammenkünfte ausfallen und Hefte der *Surma* zusammengelegt werden mußten. Die Fortsetzung einer deutschen reduzierten Unterstützung und die Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen 1932/33 kannte Kentij jedoch,<sup>295</sup> Wysocki dagegen nicht. Tatsächlich versuchte die UVO/OUN den Eindruck zu erwecken, sie sei nur mehr von den Emigranten abhängig, dies kann jedoch auch ein (durchaus erfolgreiches) Verschleierungselement gewesen sein, wie es ähnlich im Ersten Weltkrieg angewandt worden war.<sup>296</sup> Konovaléc erweckte offen den

<sup>294</sup> Vgl. Martyneć, *Ukrainske pidpillja*, S. 276-277. – Daß der Verzicht auf den zentralen Standort Deutschland nur damit zu tun gehabt habe, daß die Weimarer Republik pro-sowjetisch geworden sei, wie Bohdan Kordjuk zu argumentieren versuchte, ist schon deswegen unsinnig, weil die Festsetzung in Deutschland erst nach Rapallo erfolgte. Sich auf taktische Überlegungen, gar noch im Zusammenhang mit Finanzen zu berufen, ist jedoch in OUN-Kreisen stets als »unfein« empfunden worden (Vgl. Bohdan Kordjuk, »Jevhen Konovaléc – vijskovyj i polityčnyj orhanizator«, in: Juri Bojko (Hg.), *Jevhen Konovaléc ta joho doba*. München 1974, S. 959-973, hier S. 969).

<sup>295</sup> Ju. Olijnyk (Red.), *Ja b'ju v dzvin*, S. 248, Anm. 297; vgl. auch Kentij/Ložyčkyj in ebd., S. 23-24.

<sup>296</sup> Vgl. »Pid uvahu ukraïns'kij zaokean'skij emigracii«, *Surma* Nr. 2-3, Februar-März 1929, S. 1-3; Wysocki, *Organizacija*, S. 269-271. – Das Ausweichen Konovaléc's ins Ausland gab zu allerlei Spe-

Eindruck, daß die Deutschen auf die UVO-Ukrainer keinen Wert mehr legten.<sup>297</sup> Verstärkt wurde dies durch den Aufschwung, den Groener Skoropadskyj in Deutschland verschaffte. Der Bericht über die Ukrainerkontakte der Abwehr aus dem Jahre 1933 enthält den Hinweis darauf, daß 1928 »plötzlich auf Veranlassung von Minister Gröner(!) durch Oberst von Bredow, vermutlich unter dem Einfluss des Hetmans Skoropadski, die Einstellung der Unterstützung der [UVO-] Ukrainer empfohlen« worden sei.<sup>298</sup> Analog der Trennung der Österreicher vom BBU 1914/1915 seien die Zuwendungen dann über einen gewissen Zeitraum hinweg abgebaut worden und man sei in »persönlicher Verbindung« verblieben, »um sich über die weitere Tätigkeit der Ukrainer orientieren zu können und im Bedarfsfall die Verbindung wieder aufzunehmen.«<sup>299</sup>

Obwohl auch die ukrainische Seite an der Herunterstufung der Kontakte aus Imagegründen Interesse hatte, erfolgte das Einfrieren auf deutschen Wunsch hin. Groener und Skoropadskyj war es gelungen, den Löwenanteil der deutschen Hilfe in die Het'man-Partei zu leiten. Dies bot wiederum der OUN die Gelegenheit, Vorwürfe, sie sei eine deutsche Spionageagentur, zurückzuweisen. 1930 erklärte der PUN in der *Rozbudova Nacii*,

»ein für allemal [...], daß die ukrainischen Nationalisten niemals irgendjemandes Agenten waren und es auch nicht sein werden, weder deutsche, noch bolschewistische, noch faschistische, noch irgendwelche anderen. Ebenso machen wir deutlich, daß die OUN seit dem Beginn ihres Bestehens weder von den Deutschen, noch von den Bol'sheviki, noch von den Polen, noch von den Tschechen, noch von irgendwelchen anderen Ausländern Geld genommen hat, sondern im Gegenteil auf Kosten der Ukrainischen Nation existiert.[...] Die OUN ist in ihrer Tätigkeit von fremden ausländischen Faktoren unabhängig, ihre Entwicklung ist vielmehr natürlich und besitzt glänzende Zukunftsaussichten.«<sup>300</sup>

Das war nicht einmal ganz falsch: Die OUN gab es erst seit 1929, und zuvor waren alle Gelder an die UVO geflossen. Tatsächlich hielt aber Riko Jary weiter den Kontakt zu den Deutschen aufrecht. Ende Juni 1930 schrieb er an Martyneč:

»Meine Arbeit geht systematisch voran. Von den kleinen Referenten ist der Weg zu den großen Faktoren endlich geöffnet. So hatte ich letzte Woche die Möglichkeit zusammen mit D. L. (?) mit dem Minister Treviranus zu sprechen und ein paar Tage später allein mit Curtius. Auf diese Weise werden die niedriger stehenden Referenten gezwungen, sich mit unserem Problem etwas intensiver zu befassen.«<sup>301</sup>

---

kulationen Anlaß. Eine betraf ein angebliches Zerwürfnis zwischen Jary und Konovaléc. Angeblich sollte Konovaléc von Jary verlangt haben, Deutschland zu verlassen, was als Versuch gedeutet werden könnte zu verhindern, daß Jary sich selber in den Vordergrund schieben könne. Allerdings gibt es keinerlei andere Hinweise auf eine negative Haltung von Konovaléc gegenüber Jary (Vgl. Ostabteilung des Poln. Außenministeriums, Tadeusz Schaezel, an Poln. Gesandtschaft Berlin, 26. 1. 1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 305-306).

<sup>297</sup> Am 3. Juli 1930 schrieb Konovaléc an Senyk, die UVO (Spilka) würde deutsche Hilfe nicht zurückweisen, wenn es sie denn gäbe. Da aber die Ideen der UVO nicht den Grundlinien der deutschen Politik entsprächen, gebe es weder Hilfe noch Sympathie in der deutschen Öffentlichkeit für die UVO (CDAHOU-Dokument, paraphrasiert nach Kentij, Narysy, S. 64; in die Edition der Konovaléc-Korrespondenz 1930 wurde dieser Brief nicht aufgenommen).

<sup>298</sup> an. [Major von Voss], Reichswehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19.11.1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 97-105, hier Bl. 98.

<sup>299</sup> Ebd., Bl. 99.

<sup>300</sup> PUN, »Vymušena zajava«, *Rozbudova Nacii* 3 (1930), H.9-10, S. 247-250, hier S. 250.

<sup>301</sup> Den Briefauszug sandte Martyneč an Konovaléc, 1. 7. 1930, in: Ja b'ju v dzvin, Dok. 48, S. 173.

Julius Curtius (1877-1948) von der DVP war immerhin Außenminister, Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971) für die DNVP Minister für die besetzten westdeutsche Gebiete. Man kann also ohne weiteres dokumentieren, daß die OUN weiterhin Zugang zur Regierung hatte und auch mit den »niederen Rängen« der deutschen Verwaltung Kontakte unterhielt.

Aber sie steckte in einer tiefen Krise. Konovaléc schrieb Martyneć, man habe sich übernommen (»wir haben einen zu hohen Ton angeschlagen«), er wollte die OUN umorganisieren, weil ihre Führung aus ungeeigneten Leuten bestehe.<sup>302</sup> Dies geschah dann doch nicht, aber immerhin korrespondierten 1930 Skoropys-Joltuchovskýj und Martyneć darüber, ob die Het'man-Gruppe und die OUN nicht partiell gemeinsam auftreten könnten. Das Projekt scheiterte jedoch am gegenseitigen Mißtrauen beider Seiten.<sup>303</sup>

Vorwürfe der Agententätigkeit wiederholten sich dementsprechend auch in dieser Phase von Zeit zu Zeit: 1931 verbreitete die Polnische Nachrichtenagentur, Konovaléc erhalte deutsches Geld, was dieser als »absoluten Unsinn« (absolutna brechnja) abstritt. Kurze Zeit später gab es Gerüchte, Konovaléc sei im Gespräch mit dem aufstrebenden Adolf Hitler, was Konovaléc als polnische Provokation abtat.<sup>304</sup> Wenn es tatsächlich ein Gespräch gegeben hat, dann erwuchs daraus jedenfalls keine Unterstützung für die OUN und auch keine NS-Begeisterung bei Konovaléc. Eher im Gegenteil: Daß Konovaléc sich mit Hitler und seinem Programm beschäftigt hat, wird aus dem Tagebucheintrag seines Genfer Freundes Jevhen Bačyna-Bačynskýj (1885-1978) vom 27. 12. 1931 deutlich: Konovaléc habe bei einer Familienzusammenkunft (geradezu prophetisch) geäußert, er wolle »seit langem« alle Kontakte mit den Deutschen abbrechen, denen man nichts glauben könne. Sie würden sicher die Ukrainer verraten und sich des Landes bemächtigen. »Die Deutschen sind noch mehr unsere Feinde als die Polen«, zitierte ihn der Tagebuchschreiber.<sup>305</sup>

Man war sehr vorsichtig: Gegen die polnischen »Pazifikationen« verfaßte der PUN im November 1930 ein Protestmemorandum an den Völkerbund, das er im Dezember mit einem Begleitschreiben an 27 Außenministerien in aller Welt verschickte – nicht aber an das deutsche. Wollte man damit die Kontakte zu den Deutschen verbergen, oder läßt sich daraus ein »besondere Verhältnis« ablesen, das einen offiziellen Protest überflüssig machte? Tatsächlich war er unnötig: In der Sammlung von Pressestimmen zu den »Pazifikationen« registrierte man 312 Artikel aus Deutschland – in der gesam-

<sup>302</sup> Konovaléc an Martyneć, 24. 4. 1930, Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, Dok. 23, S. 80-82.

<sup>303</sup> Kentij/Lozyčkyj, in: Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, S. 16-17.

<sup>304</sup> Dokumentiert sind diese Gerüchte in einem Schreiben der Ostabteilung des Polnischen Außenministeriums. Darin hieß es, das polnische Innenministerium habe vertrauliche Informationen aus Berlin erhalten, Konovaléc erhalte keine Gelder mehr von Reichswehr und AA, wohl aber sei es »in engem Kontakt mit der Organisation der Hitleristen« (Ostabteilung des Poln. Außenministeriums, Tadeusz Schaezel, an Poln. Gesandtschaft Berlin, 26. 1. 1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 305-306). In der sowjetischen Literatur wurde dieses Gerücht breit verwendet. Volodymyr Zamlynskýj schrieb von einer »Audienz«, die Konovaléc bei Hitler 1931 erhalten habe. Hitler habe Konovaléc Unterstützung versprochen, wenn die OUN sich gegen die Sowjetunion richten würde. Das Faktum eines Gesprächs konnte weder erhärtet noch eindeutig widerlegt werden (Vgl. Volodymyr Zamlynskýj, Šljach čornoj zrady. L'viv 1969, S. 27-28).

<sup>305</sup> Bačyna-Bačynskýj, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 716-719, Zitat S. 719.

ten anglophonen Presse nur 165.<sup>306</sup> Man konnte also weiter auf Deutschland setzen. Deutsche Politiker und Militärs waren an den Ukrainern weiterhin interessiert. Und bald obsiegte beim Militär die Erkenntnis, daß mit den OUN-Repräsentanten mehr anzufangen war als mit den Skoropadskyj-Leuten.

Fast hätten wir über der OUN die anderen Emigranten vergessen – aber 1928 meldete sich unerwartet Biberstein mit Vollmachten der ehemaligen Direktoriumsmitglieder Makarenko und Šveć wieder im AA bei seinem Bekannten aus Kiewer Zeiten Staatssekretär Meissner, anderen deutschen Beamten und bei seinem einstigen Kontaktpartner von Rosenberg, der inzwischen deutscher Gesandter in Schweden geworden war. Biberstein kannte die Het'man- und die UVO-Förderung und versuchte sich erneut als Vertreter der einzigen legitimen, zudem gegen die Petljuristen eingestellten ukrainischen Regierung zu präsentieren. Auch der Abgeordnete Südekum war einer seiner Ansprechpartner. Zwar waren sich Südekum und von Dirksen darin einig, daß die Makarenko-Gruppe keinen Einfluß besitze, aber von Dirksen gab dennoch die Anweisung, »einmalig 4-5000 RM« über Südekum an Makarenko zu zahlen. Makarenko bedankte sich für 4000 RM, und Biberstein bescheinigte den Deutschen »ungeachtet [des] amtlichen Kur-ses« über »weit in die Zukunft sehende Politiker« zu verfügen.<sup>307</sup>

Lassen wir hier offen, ob die Deutschen sich von Makarenko irgendeinen künftigen Ertrag versprochen oder einfach aufgrund der alten Verbindungen zu einer karitativen Unterstützung bereit waren. Die deutsche Politik war eigentlich nicht von Sentimentalität geprägt, aber persönliche Kontakte spielten vielleicht eine größere Rolle, als man gemeinhin annimmt. Auch in der Zeit ihrer scheinbaren Konzentration auf Skoropadskyj und die Sowjetukraine ging die deutsche Politik nicht eingleisig vor. Die Makarenko-Biberstein-Verbindung blieb erhalten und hat sich in den Akten mit Denkschriften niedergeschlagen, in denen Biberstein seine Bewertungen der politischen Lage und der Rolle verschiedener Fraktionen der ukrainischen Emigration vortrug. Biberstein hatte in Berlin ein Zimmer (Charlottenburg, Schillerstr. 34/II, bei Rhinow) und meinte – ähnlich wie vorher Groener in bezug auf Skoropadskyj – Deutschland sei wegen Makarenkos Hilfe bei der Rückführung der deutschen Truppen 1918 diesem zu helfen »moralisch verpflichtet«. Berlin nahm diese Schriftsätze nicht ernst, honorierte sie jedoch immer wieder.<sup>308</sup>

Nicht nur die UVO-Unterstützung wurde 1928 reduziert. Angesichts der sich festigenden Beziehungen zur Sowjetunion überdachte das AA auch das übrige Ukrainer-Engagement. Der neue Leiter der Osteuropa-Abteilung Trautmann erklärte:

»Ich bin der Meinung, daß es das Beste wäre, diese Art Sachen abzubauen, aber allmählich, damit wir keinen politischen Schaden davon haben.«<sup>309</sup>

<sup>306</sup> Vgl. Mirčuk, Narys, S.256-257.

<sup>307</sup> Vermerk von Dirksen, 2. 1. 1928, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 135-136; Biberstein an von Rosenberg, 19. 1. 1928, ebd., Bl. 145-150; Vermerk von Dirksen, 13. 2. 1928, ebd., Bl. 138; Biberstein an von Dirksen, 4. 4. 1928, ebd., Bl. 179-180; Makarenko an von Dirksen, 5. 4. 1928, ebd., Bl. 177-178; Makarenko an Meissner, 4. 2. 1928, ZStADDR, Büro des Reichspräsidenten 0/3/16, Bd. 17, Bl. 130.

<sup>308</sup> Vgl. Biberstein an von Dirksen, 5. 5. 1928, PAAA, Abt. IV Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2.

<sup>309</sup> Trautmann an Ministerialdirigent Schneider, 15. 2. 1929, PAAA, Handakten Trautmann, Polen/Ukraine, Bd. 38/4



Den Unterstützungsbeitrag für Makarenko wollte Trautmann gegenüber dem von Südekum vorgeschlagenen Betrag von 4000 auf 2000 RM halbieren.<sup>310</sup> Dagegen gab es Protest. Südekum setzte sich für seinen Schützling ein, und behauptete:

»Herr Makarenko hat als Vorsitzender des früheren (und geheim weiter bestehenden) Eisenbahnerverbands in der Ukraine auch heute noch nicht nur eine zahlreiche und starke Anhängerschaft, sondern auch die Möglichkeit, jederzeit wirklich sichere Nachrichten von dort zu erhalten bzw. dorthin ergehen zu lassen.«<sup>311</sup>

Das stimmte zwar nicht, klang aber gut. Die Wirkung war dennoch gering. In den folgenden Monaten wurden die Bettelbriefe Bibersteins dringlicher, die (immerhin fortgesetzten) Zahlungen aber reduziert. Biberstein ließ dennoch nicht locker. Er schickte Meissner 1929 ein Photo, das Makarenko mit einer Schaufel zeigte und beschwerte sich darüber, daß »Deutschlands Helfer schwer arbeiten« müsse. Auch an von Rosenberg schrieb er, daß »unsere Führer hungern« und »sich mit physischer Arbeit vor dem Hunger retten« müßten. Unmißverständlich forderte er Geld »unter einem beliebigen Titel«: Wenn eine persönliche Unterstützung nicht möglich sei, dann solle man eben für Presse, Propaganda oder ähnliches Geld geben.<sup>312</sup> Aus dem April 1932 liegt eine Quittung über 1000 RM vor, die Makarenko von Meissner erhielt.<sup>313</sup> Im August 1932 erhielt Biberstein noch einmal 400 RM.<sup>314</sup> Im Dezember bat er für eine antipolnische und antikommunistische »Aktion« um 10-20.000 Mark und verwies darauf, daß Piłsudski die »antideutsche« Zeitschrift *Rozbudowa Nacji* fördere.<sup>315</sup> Dies war offensichtlicher Unsinn. Die OUN, welche die *RN* herausgab, war gerade wieder in die deutsche Finanzierung aufgenommen worden und daß weder sie noch ihre Zeitschrift deutschfeindlich waren, wußte man in Berlin sehr gut. Dieser »Antrag« ist jedoch ein guter Beleg dafür, daß sich Emigrantengruppen nicht unbedingt in ihrem eigenen Milieu gut auskennen mußten.

Unter den Nationalsozialisten änderte sich vorerst nichts, da ja auch Meissner im Amt blieb. Aus dem Frühjahr 1933 lag ein Dankesbrief für 100 Mark vor, die Meissner Biberstein für Arzneien übersandt hatte.<sup>316</sup> Im Herbst leitete Meissner eine weitere Biberstein-Denkschrift an das Auswärtige Amt und bat zu prüfen, »ob nicht Herrn Makarenko wieder eine grössere Beihilfe zur Verfügung gestellt werden könnte, die ich auf dem üblichen Wege weiterleiten würde«. Makarenko quittierte den Erhalt von immerhin 1000 RM.<sup>317</sup>

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> Südekum an Trautmann, 19. 2. 1929, ebd.

<sup>312</sup> Biberstein an Meissner, 27. 5. 1929; Biberstein an von Rosenberg, 18. 6. 1929, PAAA, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2.

<sup>313</sup> Quittung Makarenko, 11. 4. 1932, ZStA DDR, Präsidialkanzlei, 0/4, Bd. 30, Bl. 65.

<sup>314</sup> Vermerk MinDir Koester, 5.8.1932, auf Biberstein an von Huene, 1. 8. 1932, ebd., Bl. 227.

<sup>315</sup> Biberstein an Baron von Huene, 15.12.1932, Biberstein an Ostabteilung des AA, 15.12.1932, Memorandum »Polnische Aktion gegen Deutschland und Ukraine«, undat., ebd., Bl. 228-237.

<sup>316</sup> Biberstein an von Huene, 24. 4. 1933, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl.149-151.

<sup>317</sup> Meissner an AA, 5. 9. 1933, Quittung Makarenko, 30. 9. 1933, ZStA DDR, Büro des Reichspräsidenten (BdR), Persönlicher Schriftwechsel des Chefs, 0/4/1, Bd. 37, Bl. 22, 24.

## 6. DIE UWI-KRISE

Trautmanns Pläne, die Förderung für die Ukrainer zu reduzieren, wurde also in bezug auf Makarenko unterlaufen. Allerdings gab es wohl Kürzungen, und dabei waren auch der Het'man und sein UWI nicht sakrosankt. Trautmann erörterte mit seinem Vorgänger, der inzwischen deutscher Botschafter in Moskau geworden war, ob man nicht das UWI ganz aufgeben solle.<sup>318</sup> Der Anlaß war wieder einmal Hoetzsch, der dem neuen Osteuropa-Chef geschrieben hatte, »solche Experimente mit den Ukrainern« widersprächen »unserer Rapallo-Politik«. Hoetzsch war in der Sowjetukraine auf das Institut angesprochen worden, mehr noch spielte jedoch wahrscheinlich Geld eine Rolle, da Hoetzsch das RWI zu Gunsten des UWI ausgetrocknet sah. »Während die Russen darben, leben die Ukrainer bon«, schrieb Trautmann, Hoetzsch paraphrasierend. Für Lypynskyj, der seine Bezüge nach Österreich geschickt bekam, ohne irgendetwas dafür zu tun, traf das zu, für die anderen weniger. Wissenschaftlich und politisch habe das UWI die Erwartungen nicht erfüllt, meinte Hoetzsch. Seine Wissenschaftler seien »zweitklassige, wissenschaftlich gänzlich unbekannte und unbedeutende Größen«. »Eine Nummer einer sehr anspruchsvollen Zeitschrift« sei vom AA finanziert worden (inzwischen waren immerhin zwei Nummern erschienen) und auch politisch könne Berlin wegen der »Teuerungsverhältnisse« kein »Mittelpunkt für die ukrainische Jugend oder heranwachsende Generation« sein. Hoetzsch forderte die Auflösung des Instituts. Trautmann, dem Sparen nicht abgeneigt, war dennoch unschlüssig, da eine Auflösung »alle Anstrengungen der vergangenen Jahre hinfällig« machen würde.

»Die Ukrainer würden nach Prag abwandern und wir würden diejenigen, die wir zu unseren Freunden machen wollten, zu unseren Feinden gemacht haben. Herr Hoetzsch gab in gewissem Maße die Möglichkeit einer solchen Wirkung zu, leugnete aber, daß es in Prag überhaupt ein politisches Zentrum der ukrainischen Bewegung gebe und hielt es im übrigen nicht für tragisch, wenn 4 oder 5 Professoren zeitweise Deutschland gegenüber in eine Gegnerstellung kommen würden.«<sup>319</sup>

Das AA wollte zunächst die Meinung der deutschen Repräsentanten in der Sowjetunion einholen – und vermutlich rettete dies das UWI. Aus dem Briefwechsel geht aber auch hervor, daß man schon damals eine sehr lückenhafte Aktenführung beklagte, so daß alles recht chaotisch wirkte und wohl nicht nur logischen Abläufen folgte. Trautmann kannte etwa 1929 die Verpflichtungen nicht, die das AA gegenüber dem Institut eingegangen war (»Die Akten sind sehr mangelhaft«), und er wußte nicht einmal, ob das AA, was nach dem Gründungsvertrag möglich gewesen wäre, von der »Kündigungsmöglichkeit nach Ablauf des ersten Terms« Gebrauch gemacht hatte, ob die Subsidien bereits halbiert worden waren und wie Kündigungsfristen ggf. zu handhaben wären.<sup>320</sup>

Von Dirksen stand uneingeschränkt positiv zum Institut. Die »Beziehungen wirtschaftlicher und kultureller Art, die schon seit Jahrhunderten von der Ukraine nach

<sup>318</sup> Kumke hat diesen Briefwechsel bei der Abfassung seines Aufsatzes von 1995 nicht gekannt.

<sup>319</sup> Trautmann an von Dirksen, 16. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 204-207.

<sup>320</sup> Ebd. – Zechlin schrieb, es habe keine Kündigung o.ä. gegeben (Zechlin an Trautmann, 23. 2. 1929, S. 9, PAAA, Handakten Trautmann, Bd. 38/4, Bl. 18-26, hier Bl. 26).

Deutschland hinüber gespielt haben«, seien durch »unsere Okkupation in der Ukraine« (so wörtlich von Dirksen, der die verschleiernenden Sprachregelungen nicht machte) »noch intensiver geworden«.

»[D]er Wunsch, sich deutscher Kultur anzuschließen und die Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, bestand in fast allen Bevölkerungskreisen der Sowjetukraine [!]. Dazu kam die Kampfgemeinschaft unserer deutscher Minderheiten mit den polnischen Ukrainern. Mithin wurde [...] die Frage der kulturellen Beziehungen zu der Ukraine ein wesentlicher Bestandteil unserer Ostpolitik sowohl gegenüber Polen wie gegenüber Russland; Russland gegenüber sprach ja insbesondere die Erwägung mit, dass eine Festigung unserer Beziehungen zu der Ukraine immer wertvoll und nützlich sein würde, gleichwohl welches das Los der Ukraine in späteren Jahrzehnten sein werde.«<sup>321</sup>

Das UWI habe von Dirksen »in den Jahren seines Bestehens [...] nicht die geringste Sorge gemacht« und insbesondere hätte niemand von sowjetischer Seite »irgendwie direkt oder indirekt darauf angespielt [...], dass das Ukrainische Institut geeignet sei, unsere Beziehungen zur Sowjetregierung zu trüben.« Von Dirksen war der Überzeugung, »dass dieselben Gründe, die seinerzeit zur Gründung des Ukrainischen Instituts geführt haben, noch heute in Kraft sind.« Deutschland habe Interesse daran,

»den geistigen Nachwuchs Russlands [!] an das kulturelle Leben Deutschlands anzuschließen und ihn nach Möglichkeit von der slavischen Gedankenwelt [...] fern zu halten.«<sup>322</sup>

Sowohl das UWI, als auch das RWI sollten im »bisherigen Umfang« erhalten bleiben: »Jedes dient in seiner Weise unseren politischen Interessen.« Einschränkungen seien »lediglich eine Geldfrage, nicht aber eine politische Frage.«<sup>323</sup>

In der Antwort von Dirksens kam zum Ausdruck, daß es für ihn keinen Widerspruch zwischen russischen und ukrainischen politischen Interessen gab und die Kooperation mit Skoropadskyj der deutschen Interessenlage entsprach. Auch der AA-Beamte Zechlin, nun Generalkonsul in Leningrad, war seinerzeit an der Institutsgründung beteiligt gewesen. Wie fast allen war ihm an der Zusammenarbeit zwischen RWI und UWI gelegen und er hoffte, »daß noch nicht alle Brücken zwischen Groener und Hoetzsch abgebrochen sind«. Von von Dirksen unterschied er sich darin, daß er einer anderen »Schule« angehörte und nicht seine Meinung zurückhielt, er stehe »persönlich bezüglich der Ukraine den Separations- und Selbständigkeitstendenzen [...] ablehnend gegenüber« und sei »der Überzeugung, daß eine Entwicklung, die zur Selbständigkeit der Ukraine führt, vom deutschen Standpunkt durchaus unerwünscht wäre.«<sup>324</sup> Aber solange das UWI »rein wissenschaftlich« bliebe, sei er für dessen Erhalt, sollten aber seine Mitglieder »auch nur im entferntesten« auf einen ukrainischen Separatismus hin arbeiten, plädierte er für eine Schließung. Politisch parallelisierte er UWI und RWI: auch im letzteren wirkten ja »Weißgardisten«, die nicht als Befürworter der Sowjetunion gelten konnten, und solange »selbstverständlich noch niemand dafür plädiert hat, nur mit Gelehrten marxistischer Observanz Bezie-

<sup>321</sup> Von Dirksen an Trautmann, 20. 2. 1929, PAAA, Handakten Dirksen, Bd. 16a, Bl. 218, 222 (Im Aktenband falsch geheftet).

<sup>322</sup> Ebd., Bl. 220.

<sup>323</sup> Ebd., Bl. 221.

<sup>324</sup> Zechlin an Trautmann, 23. 2. 1929, S. 2-3, PAAA, Handakten Trautmann, Bd. 38/4, Bl. 18-26, hier Bl. 19-20.

hungen zu pflegen«, sei auch gegen die antisowjetischen Ukrainer nichts einzuwenden.

Zechlin brachte allerdings ein interessantes zusätzliches Argument in die Diskussion ein. Da die UdSSR im Unterschied zum zarischen Rußland »keine nationale und kulturelle Einheit mehr« darstelle, könnten durchaus Institute zur Erforschung der einzelnen nationalen Kulturen bestehen. Die Frage stelle sich also nur, ob man überhaupt mit der Emigration zusammenarbeiten wolle; wenn man dies bejahe, sei gegen das UWI nichts einzuwenden.<sup>325</sup> Zwar war er gegen ukrainischen Separatismus, aber er sah die Ukrainer Polens und der UdSSR als nationale Einheit, verlangte eine einheitliche Politik ihnen gegenüber – und forderte, da sie zahlenmäßig den Polen überlegen seien, für sie mehr Beachtung ein.

»Niemand kann die künftigen Schicksale der Ukraine voraussehen, niemand kann wissen, ob sie nicht doch, wenn auch vielleicht gegen unsere Wünsche, in unsern politischen Berechnungen eine größere Rolle als bisher wird spielen müssen, und dann ist es sicherlich von äußerster Wichtigkeit, gerade kulturelle Fäden dorthin geknüpft zu haben.«<sup>326</sup>

An einer Rückkehr der Ukrainer nach Prag könne man kein Interesse haben, wohl aber gebe es

»allen Anlaß, unsern(!) geistigen und kulturellen Einfluß nach Osteuropa auszudehnen und ich glaube, daß man dabei die doch nun einmal zu einem nationalen Sonderbewußtsein erwachten Ukrainer nicht einfach übergehen darf.«<sup>327</sup>

Zechlin schlug eine Erweiterung und Optimierung des UWI-Kuratoriums vor und einen neuerlichen Versuch, die beiden Institute zusammenzubringen.

Trotz diesem Briefwechsel geriet das UWI bald in die Krise. Anfang Juli 1929 wurde den Mitarbeitern gekündigt. Groener gelang es jedoch durchzusetzen, daß schließlich nur der Etat von 60.000 auf 53.000 RM gekürzt wurde. Noch einmal hieß es zwischenzeitlich, das UWI würde geschlossen. Am 2. August proklamierte Groener aber bereits die weitgehende Rückkehr zum status quo ante. Die Kündigung und Streichung der Stelle Lypynskýjs (gegen eine Abfindung) sollte den Ausgleich bringen.<sup>328</sup>

Die bisherige Vergabep Praxis von Stipendien an Het'man-Anhänger ließ die aktiven jungen Studenten unberücksichtigt, für die sich die UVO und über deren Verbindungen zum Reichswehrministerium Riko Jary eingesetzt hatten. Nun wurden die Stipendien stark zurückgefahren. Mochte Groener über die Reichswehr noch so sehr die Skoropadskýj-Partei favorisieren, im Auswärtigen Amt gelang es Jary nun, sich eine Hausmacht zu schaffen. Da Jary dort gegen die politisch motivierte Verteilung der Stipendien protestierte, nutzte das AA seinen Protest, um Stipendien an Het'man-Favoriten zu verringern.<sup>329</sup>

Die Position der Het'man-Partei war 1929/30 durch die Lypynskýj-Affäre geschwächt worden. Lypynskýj war aus Berlin fortgezogen, hatte sich mit dem Het'man

<sup>325</sup> Ebd., Bl. 20-22.

<sup>326</sup> Ebd., Bl. 22-23.

<sup>327</sup> Ebd., Bl. 24-25.

<sup>328</sup> Dorošenko an Lypynskýj, 26. 7. 1929, 11. 8. 1929, in: Lypynskýj, Archiv, Bd. 6, Dok. 311, 312, S. 343, 346. Protokoll der Kuratorimssitzung des UWI, 2. 8. 1929, in: ebd., S. 421-423.

<sup>329</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 232.

zerstritten und seine Professur praktisch aufgegeben. Auch Dorošenko war sowohl Lypynskyj als auch dem Het'man gegenüber zunehmend kritisch eingestellt. Weder er noch der Het'man protestierten gegen die Entlassung Lypynskyjs. Da Dorošenko kaum deutsch konnte und häufig abwesend war, wurde er, obwohl er zunächst Direktor des UWI blieb, zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Das AA verhandelte an seiner Statt meist mit dem stellvertretenden Kuratoriumsvorsitzenden Skoropys-Joltuchovskij, Ivan Mirčuk oder gar mit Riko Jary, der überhaupt keine Funktion am UWI innehatte.<sup>330</sup>

Kumke schrieb, daß Riko Jary anlässlich der Wiederbesetzung von Lypynskyjs Professur versucht haben soll, durch eine Erweiterung des Vorstands des Trägervereins und mit Unterstützung des AA die Vorherrschaft der Het'man-Gruppe zu brechen.<sup>331</sup> Zwar erfolgte eine Reorganisation, wir konnten jedoch weder feststellen, daß die Erweiterung auf Jary zurückgegangen, noch daß Jary 1930 oder 1933 als Mitglied des Kuratoriums akzeptiert worden wäre. Die Lypynskyj-Stelle wurde nicht neu besetzt, da durch deren Einsparung ja das Institut gerettet werden sollte. Kumke nahm auch einen Einfluß Jarys über dessen »Drittmitteleinwerbung« an. Im März 1930 hatte Jary dem AA mitgeteilt, daß der »Reichsverband der Deutschen Industrie« bereit sei, das UWI finanziell zu fördern. Voraussetzung sei – den gegenwärtigen Zielen der Hochschulförderung durch die Wirtschaft nicht unähnlich – die Abkehr von primär geisteswissenschaftlichen Arbeiten und die Hinwendung zu Serviceleistungen für Wirtschaft und Politik. Wir haben dafür jedoch keine konkreten Belege gefunden. Dafür kam es unter dem Personal zu einem der üblichen Emigranten-Eklats.

Ivan Mirčuk gierte nach Dorošenkos Direktorenposten und nahm keine Rücksicht mehr darauf, daß jener ihn eigentlich erst zum UWI gebracht hatte.<sup>332</sup> Im Juni

<sup>330</sup> Vgl. ebd., S. 232-233. – »Bei uns hat sich so ein Modus eingestellt, daß die Deutschen für alle Verhandlungen nicht mich, sondern Mirčuk ansprechen« (Dorošenko an Lypynskyj, 26. 7. 1929, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 311, S. 343). Tatsächlich hatte Dorošenko auch andere Probleme: Er wechselte dauernd die möblierten Zimmer, seine Frau war krank, er war in ständigen Geldschwierigkeiten und sein Büroleiter im UWI (Dr. Blyznjak) ließ ihn im Stich, als er eine Stelle in Wien in Aussicht hatte (Dorošenko an Lypynskyj, 11. 5. 1930, in: ebd., Dok. 330, S. 376-377).

<sup>331</sup> Durch Satzungsänderung vom 6. Mai 1930, die am 25. November 1930 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen wurde, wurde im § 4 die Zahl der Beisitzer von 5 auf 11, die Gesamtzahl der Vorstandsmitglieder somit von 8 auf 14 erhöht. Da die Aufnahme von Mitgliedern in den Trägerverein einer ¾-Mehrheit des Vorstands bedurfte (§ 3), besaßen die sechs neuen Mitglieder eine Sperrmöglichkeit. – Skoropys-Joltuchovskij, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 374, 375, 377. – Wir müssen jedoch bezweifeln, daß dies einen Vorteil für die OUN bedeutete: Weder wurde Riko Jary Vorstandsmitglied, noch schienen die anderen Mitglieder OUN-Sympathisanten zu sein. Skoropys-Joltuchovskij sprach sich 1933 unmißverständlich gegen den OUN-Einfluß aus und bat die NSDAP gleichzeitig darum, »an dem Bestand des Kuratoriums [...] nicht zu rütteln« (Skoropys-Joltuchovskij an Schickedanz, 9.5.1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 380).

<sup>332</sup> Als die Wissenschaftliche Ševčenko-Gesellschaft in Lemberg im Jahre 1936 erwog, Ivan Mirčuk zu ihrem Mitglied zu ernennen, fragte deren Vorsitzender Ivan Rakovskij bei Dorošenko und Skoropys-Joltuchovskij nach, unter welchen Umständen Ivan Mirčuk Direktor des UWI geworden sei. Dorošenko zierte sich zwar ein bißchen, entwarf dann aber von sich das Bild eines Einzelkämpfers für die Wissenschaft, dem eine Front, bestehend aus Skoropadskij, Skoropys-Joltuchovskij, Lypynskyj und anderen gegenübergestanden habe, die wollten, daß das UWI »eine Het'man-Einrichtung« sei (šcolb Instytut buv »het'manskoju« ustanovoju) und seine Stipendien nach politischen Prinzipien vergebe. Mirčuk habe in diesem »dauernden inneren Kampf zwischen mir [Dorošenko] und Herrn Skoropys« zu Skoropys tendiert. Der ehemalige Außenminister des Het'mans hielt Mirčuk für »einen anständigen, fleißigen Menschen, wengleich in bezug auf die Wissenschaft nicht

1930 soll Mirčuk (so Dorošenko) ihn gebeten haben, ihm den Direktorenposten abzutreten – »für mich, sagte er, habe er keine große Bedeutung, aber für seine ›Karriere‹ (Dr. Mirčuk hat sich so ausgedrückt) sei es wichtig, daß er Direktor sei«. Dorošenko will ihm vorgeschlagen haben, bis zu den regulären Neuwahlen zu warten, Mirčuk habe jedoch eine Sondersitzung des ukrainischen Teils des UWI-Kuratoriums einberufen und in Anwesenheit des Het'mans eine Liste von Taktlosigkeiten Dorošenkos verlesen.<sup>333</sup> Der Het'man habe dann Dorošenko formell gebeten, Direktor zu bleiben und, als dieser sich indigniert gegeben habe, den Direktorenposten Mirčuk angeboten, der in seinem Zimmer nur darauf gewartet hatte. Das ist glaubhaft: Dorošenko hatte den »Briefträger« zwischen Skoropadskyj und Lypynskyj gespielt, also hielt ihn der absolute Loyalität erwartende Skoropadskyj nun für entbehrlich. Umgekehrt schrieb auch Dorošenko, daß seine Wannsee-Sympathien »in den letzten Jahren [...] verflogen« seien und er nur aus Pflichtbewußtsein weiter zum Het'man halte.<sup>334</sup>

Die Deutschen akzeptierten dies zunächst. Am 21. August 1930 bat der deutsche Kuratoriumsvorsitzende und Direktor der Dresdner Bank Frisch die übrigen Kuratoriumsmitglieder, Mirčuk, der auf der Professorensitzung am 31. Juli die gleiche Stimmzahl wie Dorošenko erhalten habe, als neuen Direktor zu bestätigen.<sup>335</sup> Proteste dürften Frisch bewogen haben, seinen Vorschlag zu revidieren. Er bat also Dorošenko, im Amt zu bleiben, worauf dieser seinen Rücktritt zurücknahm. Dorošenko schrieb, das Bleibeangebot Skoropadskyjs habe er nicht angenommen, weil er auf ihn wütend gewesen sei, gegen die Deutschen habe er aber nichts und deshalb ihrer Bitte entsprochen.<sup>336</sup> Damit hatte er aber nun den Het'man beleidigt, der Dorošenko jetzt zum Vorwurf machte, sein Angebot nicht angenommen zu haben, auf die Bitte »fremder Leute, der Deutschen« jedoch Direktor bleiben zu wollen. Dorošenko blieb bis Ende 1931 Direktor. Tatsächlich nur aus Pflichtgefühl? Wahrscheinlich schon, denn er schrieb Lypynskyj, die wöchentlichen Reisen nach Prag seien zwar anstrengend, er vergesse so aber wenigstens für eine kurze Zeit »die Berliner Alptraum-Atmosphäre«.<sup>337</sup>

Der Berliner Ordinarius für Slavistik Vasmer polemisierte inzwischen im Kuratorium gegen Mirčuk. Für ihn war er

---

schr talentiert, und zweifellos für einen ehrlichen Ukrainer« (vgl. Dorošenko an Rakovskyj, 3. 12. 1937, CDIAL Fond 309, Op. 1, Akte 394, Bl.8-12, vgl. Dmytro Burim, »Dva pohljady na istoriju konfliktu 1930-1931 rr. v Ukraïnskomu naukovomu instytuti v Berlini«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prać molodych včenyh ta aspirantiv. Bd. 2, Kyïv 1997, S. 474-490).

<sup>333</sup> In seinem Brief wies Dorošenko die Vorwürfe Mirčuks zurück, er habe sich kirchlichen Würdenträgern gegenüber schlecht benommen: dem unierten Bischof Ivan Bučko habe er keinen Besuch abgestattet, weil jener zeitlich in Bedrängnis gewesen sei, aus einer Veranstaltung für Šeptyckyj, wo er der Hauptreferent gewesen sei, sei er früher hinausgegangen, weil Skoropys ihn gebeten hatte, das UWI aufzuschließen, wo er seine Tasche vergessen hatte; vgl. ebd., S. 476-482. – Dorošenko schrieb Lypynskyj, es störe ihn nicht so sehr, daß jemand seinen »unglücklichen Direktorenposten« haben wolle, wie »die Form, in der diese Aspirationen auftreten« (Dorošenko an Lypynskyj, 25. 7. 1930, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 337, S. 384-385).

<sup>334</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 15. 8. 1930, 7. 9. 1930, in: ebd., Dok. 338, 340, S. 386, 388.

<sup>335</sup> Frisch an Mitglieder des UWI-Kuratoriums, 21. 8. 1930, Abschrift, Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv L'viv (CDIAL), Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl.1.

<sup>336</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 7. 10. 1930, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 342, S. 392.

<sup>337</sup> Dorošenko an Lypynskyj, 14. 11. 1930, in: ebd., Dok. 343, S. 393.

»ein glatter Versager. Ich halte ihn für vollkommen unfähig, ein systematisches Kolleg über Philosophie zu lesen oder auch nur einen Anfänger richtig anzuleiten. Wenn solche Leute wie Mirtschuk die Geschicke des Ukrainischen Instituts lenken, dann können wir getrost schon jetzt die Bude schließen. Ich kenne keinen ernsten deutschen Philosophen, der über ihn anders dächte als ich. Die meisten allerdings kennen ihn überhaupt nicht. Die politische Einstellung Mirtschuks ist auch nicht so, dass wir uns darüber besonders freuen könnten, Seine Verherrlichung [...] Masaryk[s] [...] war auch den Slaven zu arg, die sich darüber lustig gemacht haben. Dazu kommt, dass er immer das Bedürfnis hat, auf Kongressen schlechte Vorträge zu halten, wofür nicht geringe Institutsmittel beansprucht werden.«<sup>338</sup>

Die deutsche Seite bestärkte dies darin, die Subventionierung des UWI zum 1. Januar 1932 einzustellen (was dann aber wiederum nicht geschah). Man kündigte vorsorglich allen Beschäftigten, und da Dorošenko keine anderen Einkünfte hatte, kehrte er nach Prag auf seine dortige Professur zurück. Mirčuk, der an der Handelshochschule lehrte, blieb und übernahm den Direktorenposten. Dorošenko wandte sich dann von der Het'man-Bewegung ab.<sup>339</sup>

Dieser Ablauf wird durch Archivalien gedeckt: Dorošenkos anfänglicher Verzicht »mit Rücksicht auf dringende wissenschaftliche Arbeiten« ist dokumentiert.<sup>340</sup> Die Briefe an Lypynskyj bestätigten die Vorgänge, auch wenn sie sie nicht umfassend darstellen. In seinem Personalbogen von 1933 gab Mirčuk an, seit dem 1. Januar 1932 den Direktorenposten innezuhaben.<sup>341</sup> Zudem wurde der Streit dadurch öffentlich, daß er in der Lemberger Zeitung *Dilo* im Sommer 1932 diskutiert wurde.<sup>342</sup> Dorošenko verteidigte dabei die »Wissenschaft« gegen die »Politik« – was in der Zwischenkriegszeit als Gegensatz durchaus akzeptiert war – zu Recht weist Dmytro Burim jedoch darauf hin, daß auch Dorošenko die politische Seite seines Tuns keineswegs fremd war.<sup>343</sup>

Für Mirčuk hatte Dorošenko nur Mitleid übrig. Zu seinen Ambitionen meinte er:

<sup>338</sup> Vasmer an Frisch, 2. 3. 1931, Abschrift, CDIAL, Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 3. – Hier sei davor gewarnt, Vasmers Aussagen für bare Münze zu nehmen. Der Slavist äußerte sich über fast niemanden positiv und trat auch gegen Mirčuk noch nach: »Ich halte Herrn Mirtschuk für einen Dilettanten und Intriganten und werde nicht aufhören gegen ihn wissenschaftlich und politisch (er ist ein Kriecher vor den Slaven) Stellung zu nehmen.« (Vasmer an Frisch, 12. 3. 1932, Abschrift CDIAL, Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 4).

<sup>339</sup> Dorošenko an Rakovskýj, 3. 12. 1937, CDIAL Fond 309, Op. 1, Akte 394, Bl.8-12, hier zit. nach Dmytro Burim, »Dva pohljady«, S. 476-482. Tatsächlich schrieb Dorošenko, es wäre ihm viel angenehmer, den Direktorenposten loszuwerden und nur noch wissenschaftlich zu arbeiten. Er lasse sich jetzt einfach treiben (Dorošenko an Lypynskyj, 7. 9. 1930, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 340, S. 388).

<sup>340</sup> Frisch an die Mitglieder des Kuratoriums, 31.7.1930, CDIAL, Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 1. Dorošenko war dann zunächst an der Karlsuniversität und 1936-1939 an der Orthodoxen Theologischen Fakultät der Warschauer Universität tätig; die ganze Zeit über auch an der Prager UFU, zu der er 1939 wieder zurückkehrte.

<sup>341</sup> Personalbogen Dr. Johann Mirtschuk, bei Skoropys-Joltuchovskýj, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 379.

<sup>342</sup> Es gab Beiträge von Vasmer, Skoropys, Dorošenko und Zalozečkyj; vgl. Dmytro Burim, »Naukovo-orhanizacijna, vykladačka ta doslidnyčka dijal'nist' D. I. Dorošenka v peršyj period isnuvannja Ukraïnskoho naukovo-ho instytutu v Berlini (1926-1931 rr.)«, in: Naukovi Zapysky. Zbirnyk prać molodych věnych ta aspirantiv. Bd. 2, Kyiv 1997, S. 491-511, hier S. 504-505, 510.

<sup>343</sup> Ebd., S. 507. Ivan Korovyčkyj schrieb im Essay zur Edition des Briefwechsels zwischen Dorošenko und Lypynskyj: »Sein ganzes [1918] folgendes Leben lang war Dorošenko ein konsequenter Het'mananhänger, obwohl seine persönlichen Beziehungen zu den Aktivisten des Zentrums häufig

»Man bedenke, was ist es schon für eine besondere Ehre, Direktor einer Emigrationseinrichtung zu sein, für fremdes Geld, von eigenen Leuten wie von Fremden abhängig, und für so einen elenden Ruhm vergißt der Mensch jegliche kollegiale Ethik und begeht eine Tat, die ihn sicher selber in der Seele mit Scham erfüllt.«<sup>344</sup>

Dorošenko setzte noch einen drauf: In einem Postskriptum erweckte er den Anschein, sich für Mirčuk einzusetzen (»bei seinem Fleiß könnte er für die ukrainische Wissenschaft nützlich sein«), nur um im nächsten Satz zu schreiben, Mirčuk käme gar nicht mehr zu solider Arbeit und habe jüngst in Königsberg einen schrecklichen, »phantastischen« Vortrag gehalten:

»Um ein wissenschaftliches Institut zu leiten, müsste man den Deutschen mit irgendetwas Wissenschaftlichem imponieren, schließlich sind das Deutsche, und nicht irgendwelche Botokuden, für sie muß Wissenschaft Wissenschaft sein, und nicht nur laute Phrasen über die Wissenschaft.«<sup>345</sup>

Skoropys-Joltuchovskýj bestätigte in einem Brief an Ivan Rakovskýj (1874-1949) im wesentlichen den Verlauf, den Dorošenko geschildert hatte, nur seine Bewertung war anders. Er hielt umgekehrt Dorošenko für völlig ungeeignet, das Institut zu leiten, und sein Beharren im Direktorenamt ein »Sabotieren« der Satzung, die er selber verfaßt hatte. Mirčuk habe dagegen durch seine organisationelle Arbeit aus dem UWI erst eine einmalige Einrichtung mit »fast staatlich-regierungsmäßigem Charakter« (majže deržavno-urjadovyj charakter) gemacht. Frisch sei nur von Zalozečkyj und Vasmer überredet worden, Dorošenko zu halten. Sie hätten ihm »schreckliche Dinge« über Mirčuk eingeredet, und er habe natürlich Vasmer geglaubt. Skoropys schrieb dann, Mirčuk sei inzwischen deutscher Reserveleutnant und daher nun wirklich »zuverlässig« – aber dieser Satz stammt aus dem Jahre 1936!<sup>346</sup>

Ivan Mirčuk (1891-1961) studierte Philosophie in Wien und wurde nach seinem Militärdienst Dozent der Ukrainischen Freien Universität in Wien und Prag. In Prag habilitierte er sich<sup>347</sup> über die Ethik des antiken Griechenland, und erst danach wandte er sich ukrainischen Fragen zu, die nun seine weitere wissenschaftliche Arbeit dominieren sollten. 1926 hatte er drei Posten gleichzeitig inne: Er dozierte an der Berliner Wirtschaftshochschule, hatte eine Professur in Prag und eben den Posten am UWI. Daneben schrieb er in dieser Zeit sehr viel. Seine Arbeiten (etwa ein Vergleich zwischen Puškin und Skovoroda und über die Brester Union) wurden rezipiert, aber nicht be-

weit davon entfernt waren gut zu sein[...]« (Ivan Korovyčkyj, »Dmytro Dorošenko«, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, S. XV-XLI, hier S. XXVIII).

<sup>344</sup> Dorošenko an Rakovskýj, 3. 12. 1937, CDIAL Fond 309, Op. 1, Akte 394, Bl.8-12, vgl. Burim, »Dva pohljady«, S. 481.

<sup>345</sup> Ebd., vgl. Burim, »Dva pohljady«, S. 481-482.

<sup>346</sup> O. Skoropys-Joltuchovskýj an Rakovskýj, 19. 12. 1936, CDIAL Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 6-11, auch bei Burim, »Dva pohljady«, S. 482-487. Mirčuk wurde übrigens 1938 tatsächlich Mitglied der Ševčenko-Gesellschaft (Ebd., S. 489).

<sup>347</sup> Die Angaben in seiner Festschrift gehen dahingehend auseinander, ob er sich in Prag an der Karls-Universität oder an der Ukrainischen Freien Universität, die gerade aus Wien dorthin verlegt worden war, habilitiert hat. Jedenfalls hat Mirčuk offenbar nicht an der Karls-Universität gelehrt (Vgl. Georg Stadtmüller, »Johann Mirtschuk«, in: Oleksander Kul'čyčkyj (Hg.), Zbirnyk na počanu Ivana Mirčuka. München u. a. 1974, S. 262-264, hier S. 263 [UVU]; Vasyl' Stecjuk, »Prof. D-r Ivan Mirčuk«, ebd., S. 255-262, hier S. 257 [Karls-Universität]).



sonders geschätzt. Die Hamburger Dissertation von Hildegard Schaefer (1902-1984) über das »Dritte Rom« versuchte er wegen ihrer angeblich prorussischen Einseitigkeit zu widerlegen.<sup>348</sup> Mehr als andere und vielleicht auch erfolgreicher verstand er sich als »Botschafter der ukrainischen Kultur«, anfangs wohl weniger als Politiker. Damit war er für die Skoropadskyj-Gruppe akzeptabel, da er aber nicht festgelegt war, konnte er sich auch auf die OUN-Linie einstellen.<sup>349</sup> Für das UWI schuf er zweifellos gerade dadurch eine Überlebensebene.

Personell spiegelte sich der Wandel noch besser in der Einstellung von Zenon Kuzelja wider. Da ihm die formalen Qualifikationen fehlten, erhielt Kuzelja anfangs keine Professur, wurde aber bald neben Mirčuk zum zentralen Repräsentanten des UWI. Er avancierte von einem »außerordentlichen« zu einem »ordentlichen« Mitglied und wehrte sich nicht gegen den in den Ankündigungen verwendeten Professorentitel.<sup>350</sup> Angeblich war er im Herbst 1921 als »ordentlicher Professor für ukrainische Volkskunde an die Ukrainische Universität in Prag« berufen worden, und er wurde auch von Skoropys-Joltuchovskij als Inhaber der »Lehrkanzel« für »Ukrainisches Volkstum« bezeichnet.<sup>351</sup> Dies war aber falsch – Kuzelja hatte den Ruf nicht angenommen und führte den Titel offensichtlich zu Unrecht.<sup>352</sup> Er selber gab in seinem Fragebogen korrekter an, er sei »ordentliches Mitglied« des UWI und »Dozent am Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin«.<sup>353</sup> War aber Kuzelja ein Gefolgsmann der OUN, wie Kumke meinte? Daß er es später (wie auch Mirčuk) wurde, ist unstrittig. Und daß er Nationalist war, auch. Aber seit wann orientierte er sich an der OUN? Kuzelja widerstand jedenfalls noch 1933 den Werbungsversuchen Jarys und half, die Unabhängigkeit des Instituts mithilfe des Außenpolitischen Amtes der NSDAP zu erhalten. In einem vom Ukrainischen Pressedienst Jarys herausgegebenen Bändchen hatte Kuzelja zuvor aber einen politisch kaum akzentuierten Beitrag zur »ukrainischen Kultur« veröffentlicht.<sup>354</sup> So groß war also auch die Distanz zu Jary nicht, und Kuzelja hielt sich wohl alle Möglichkeiten offen. Volodymyr Stachiv nannte ihnen einen »großen Sympathisanten der OUN«.<sup>355</sup> Daraus kann man den Schluß ziehen, daß Kuzelja zunächst nicht festgelegt war, sich dann aber leicht der OUN anschließen konnte.

Das AA nutzte den ab 1930 erkennbaren Wandel, um seine Finanzierungszusagen zu reduzieren. Da das Wissenschaftsministerium schon seit 1926 als Mitgeltgeber fungierte, vermögen wir Kumke nicht voll bei der Bemerkung zu folgen, daß es erst

<sup>348</sup> Hildegard Schaefer, *Moskau das Dritte Rom. Studien zur Geschichte der politischen Theorien in der slavischen Welt*. Hamburg 1929 (Phil. Diss. Hamburg 1927).

<sup>349</sup> Vgl. Vasyľ Jariš, »Profesor D-r Ivan Mirčuk – Ambasador ukraïnskoï kul'tury«, in: *Veryha, Ukraïnci v Berlīni 1918-1945*, S. 91-100.

<sup>350</sup> Vasmer, der mit Kritik nicht geizte, nannte ihn bei seiner Einstellung eine »neue zweifelhafte Größe« (Vasmer an Frisch, 2. 3. 1931, Abschrift, CDIAL, Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 3).

<sup>351</sup> Skoropys-Joltuchovskij, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 370.

<sup>352</sup> Vgl. ein Zitat von Kubijovyč bei Volodymyr Janiv, »Žytt'ovyj šljach Zenona Kuzeli«, in: *Zbirnyk na pošanu Zenona Kuzeli*. Paris u. a. 1962, S. 4-14, hier S. 9; Roman Smyk, »Profesor Zenon Kuzelja – ljudyna, včenyj, hromadjanyj i patriot«, in: *Veryha, Ukraïnci v Berlīni 1918-1945*, S. 101-106, hier S. 103.

<sup>353</sup> Personalbogen Dr. Zeno Kuziela zum Bericht Skoropys-Joltuchovskij, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 378.

<sup>354</sup> Zeno Kuziela, »Ukrainische Kultur«, *Ukraine*. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 47-60.

<sup>355</sup> Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 34.

1932 zu einer »Aufteilung der Lasten« zwischen den beiden Ministerien gekommen sei.<sup>356</sup> Auch scheint das Wissenschaftsministerium 1932 seine Zahlungen eher reduziert zu haben.<sup>357</sup> Erst 1933 legten die UWI-Repräsentanten dar, daß sie vom AA und nicht etwa vom Wissenschaftsministerium finanziert würden. Dennoch blieb das Verhältnis insgesamt in der Schwebe, und das UWI wurde keineswegs zu einer »deutschen staatlichen Einrichtung«, was Mirčuk vorspiegeln wollte.<sup>358</sup>

Nach dem Ausscheiden Dorošenkos und Zalozečkyjs hatte auch Vasmer kein Interesse mehr am UWI. Seinen scharf formulierten Brief haben wir oben in bezug auf Mirčuk zitiert. Auch Kuzelja war für ihn »im günstigsten Fall Materialsammler mit sehr engem Horizont, als Lektor ungewöhnlich langweilig«. Das ganze Institut sei eine »reine Versorgungsangelegenheit ohne Nutzen für den deutschen Staat oder die deutsche Sache«.<sup>359</sup> Diese Einstellung behielt er auch bei: Als der Slavist Jaroslav Bohdan Rudnyčkyj (\*1910), der 1938 nach Berlin kam, um am ukrainisch-deutschen Wörterbuch mitzuarbeiten, Vasmers Seminare besuchte, klärte ihn Vasmer auf, seine UWI-Kollegen seien seit dem Weggang Dorošenkos keine Wissenschaftler mehr, sondern »Journalisten« wie Kuzelja oder »Karrieristen« und »Kompilatoren« wie Ivan Mirčuk. Mirčuk wiederum mied angeblich den Kontakt mit den Universitätswissenschaftlern und warf Rudnyčkyj, als dieser statt an einer UWI-Veranstaltung teilzunehmen ein Referat bei Vasmer hielt, »Illoyalität« und »Verbindungen mit seinen Gegnern« vor.<sup>360</sup>

So bestand das UWI am Ende der Weimarer Republik aus einer Agentur zur Vergabe von Stipendien (die bis 1932 vom Auswärtigen Amt getragen wurden) und einer wissenschaftlichen Einrichtung, die Vorträge organisierte und deren finanziell äußerst dürftig ausgestattete Mitarbeiter Übungsveranstaltungen oder – wie Kuzelja – ukrainische Sprachkurse an der Berliner Universität anboten.<sup>361</sup> Die Stipendien waren ziemlich wichtig, weil sie neben der Förderung von älteren Wissenschaftlern, die praktisch dadurch eine Stelle am UWI erhielten, auch einer Reihe von jungen ukrainischen Emigranten, die mehr aus politischen als aus Ausbildungsgründen in Deutschland lebten, eine Existenzgrundlage bot. Das UWI führte zunächst in Adlershof, ab 1937

<sup>356</sup> Ende 1927 war der Übergang auf das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Gespräch. Groener war allerdings der Meinung, dies sei »noch nicht aktuell« und Dorošenko, der nach außen hin immer die Wissenschaftlichkeit der Einrichtung betonte, zog es ausdrücklich vor, dem AA unterstellt zu bleiben (Dorošenko an Lypynskyj, 20.10.1927, in: Lypynskyj, Archiv, Bd. 6, Dok. 257, S. 266).

<sup>357</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 234-235.

<sup>358</sup> Vgl. ebd., S. 236. – Die polnischen Beobachter zogen aus dem Ausscheiden von Dorošenko und Zalozečkyj den unzutreffenden Schluß, das UWI solle aufgelöst werden (Ostabteilung des Poln. Außenministeriums, Tadeusz Schaetzel, an Poln. Gesandtschaft Berlin, 26. 1. 1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 305-306).

<sup>359</sup> Vasmer an Frisch, 2. 3. 1931, Abschrift, CDIAL, Fond 309, Op. 1, Akte 89, Bl. 3. – Dieser Brief ergänzt Kumkes Vermutungen (Vgl. Kumke, »Institut«, S. 234).

<sup>360</sup> Jaroslav Rudnyčkyj, »Moï Berlinski roky (1938-1941)«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukrainci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 111-120, hier S. 112-113. – Allzu viel hielt aber auch Rudnyčkyj nicht von Vasmer: Seine Seminare standen für ihn auf dem Niveau der Lemberger Proseminare (Ebd., S. 112). Hier geht es daher nicht so sehr um die tatsächliche Qualifikation der Wissenschaftler, sondern um die diskursiv gestaltete Meinung voneinander, die Eifersüchteleien entsprach, wie sie in allen Bereichen der wissenschaftlichen Landschaft vorkamen und -kommen.

<sup>361</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 236-237.

in der Markgrafenstr. 15 ein »Ukrainisches Studentenheim« für 15-20 Studenten, die dort mietfrei leben konnten.<sup>362</sup>

Die kommunistische Seite hatte sich anfangs gegenüber dem UWI zurückgehalten. 1930 erschien im *Roten Aufbau*, der Zeitschrift der »Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland«, jedoch ein längerer Artikel, dessen Verfasser allerdings nicht voll informiert war, weil er das ursprüngliche Konzept von 8 Professuren für realisiert hielt. Die Verbindung Groener – Skoropadskyj wurde erläutert und das Institut als »Zentrale der Antisowjetfront« bezeichnet. Es wirke im Auftrag der »national-faschistischen Bourgeoisie« und solle Führungskräfte für eine künftige Het'man-Ukraine ausbilden.<sup>363</sup> Daß das RWI nicht angegriffen wurde, mag daran gelegen haben, daß Hoetzsch an dem Artikel vielleicht nicht ganz unschuldig war. Aber wie auch immer – das UWI blieb trotz der Querelen bestehen. Dafür hatte der Stern Skoropadskyjs seinen Zenit passiert.

## 7. DIE OUN UND DIE DEUTSCHEN BIS 1933

Der Wandel der ukrainischen Emigration spiegelte sich in ihrer Visibilität wider. Während der Het'man an einer Art Geheimdiplomatie ohne allzu große Öffentlichkeit festhielt, versuchten die Nationalisten, regelmäßige Pressedienste herauszugeben, um es deutschen Journalisten, auch wenn sie der einschlägigen Sprachen nicht mächtig waren, zu ermöglichen, Nachrichten und Berichte über die Ukrainer zu veröffentlichen.

Die seit 1924 zweimal monatlich erscheinende *Osteuropäische Korrespondenz* erweckte dabei den Eindruck, nicht nur ein ukrainisches Organ zu sein, obwohl das Unternehmen über Riko Jary finanziert wurde.<sup>364</sup> Von deutscher Seite waren Martin Spahn (1875-1945), der Direktor des Politischen Collegs, Harald Laeuen und der Bund der Deutschen in Polen anfangs stärker beteiligt, und auch Litauer arbeiteten zunächst mit. Nach Einschätzung der Deutschen war die »Korrespondenz« deutschfreundlich und antipolnisch, mit der Sowjetukraine beschäftigten sich die Verfasser vorgeblich nur »sekundär«.<sup>365</sup>

Ab 1931 gab es daneben einen *Ukrainischen Pressedienst*, den Riko Jary und Mychajlo Seleško, trotz seiner nur 28 Lebensjahre Mitglied des PUN und Sekretär Konovalécs, zusammen mit Sydir Čučman, dem nominellen Herausgeber der *Surma*

<sup>362</sup> Vgl. Mychajlo Sulyma, »Ukrainškyj Naukovyj Instytut«, in: Veryha, *Ukraïnci v Berlīni*, S. 81-86, hier S. 84.

<sup>363</sup> Paulus, »Eine Zentrale der Antisowjetfront. Unter der Maske eines wissenschaftlichen Instituts in Berlin«, *Der Rote Aufbau* 3(1930), Heft 3, S. 149-151.

<sup>364</sup> Dmytro Andrijevskyj schrieb 1954, die Korrespondenz mit Kuzelja an der Spitze habe »der ganzen ukrainischen Sache gemäß der Konzeption der OUN Dienste geleistet« (Dmytro Andrijevskyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 145).

<sup>365</sup> Crull an Deutsche Botschaft Moskau, 8. 7. 1932, PAAA, *Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine*, Bd. 11, Bl. 56-57.

und Finanzreferenten des PUN, herausgaben. Und es erschien hektographiert das Bulletin der *Nacionalistyčna Presova Služba* (Nationalistischer Pressedienst – NPS), produziert von Orest Čemerynskyj – auch er Mitglied des PUN – zusammen mit Ivan Gabrusevyč, Volodymyr Stachiv (1910-1971) und Bohdan Kordjuk, der hier unterkam.<sup>366</sup> 1939 gab es also drei verschiedene Produkte: Die NPS richtete sich an Publikationen der OUN in Übersee, während eine *Ukraińska Presova Služba*, die Andrij Luciv (1913-1986; später als Antin Drahan Redakteur der *Svoboda* in New Jersey) redigierte, auch andere Veröffentlichungen belieferte. Der deutsche *Ukrainische Pressedienst* stand 1939 unter der Leitung von Volodymyr Stachiv – Gabrusevyč war inzwischen paramilitärischer Ausbilder bei Jary in Saubersdorf.<sup>367</sup>

Diese von Berlin aus verbreiteten Publikationen belegten die Kooperation von deutschen Geldgebern mit den ukrainischen Nationalisten in Berlin. Aber auch das Genfer *Bulletin des Informations Ukrainiennes* der OUN wurde gefördert und zudem vom AA verbreitet, wogegen der deutsche Botschafter in Moskau protestierte.<sup>368</sup> Auf sowjetische Kritik an der Finanzierung der Pressedienste antwortete das AA, es werde »auf Riko Jary eingewirkt werden«, die Tendenz der beiden Korrespondenzen so zu gestalten, daß die deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion dadurch nicht gestört werde.<sup>369</sup> Man konnte also auf Jary einwirken, aber das AA nutzte ihn auch als Informationsquelle, etwa als man sich Ende 1932 über Petruševyč ein Bild machen wollte. Daß Jary antwortete, Petruševyč habe durch die prokommunistische Haltung den letzten Rest von Ansehen wie politischer Bedeutung verloren, war nicht überraschend.<sup>370</sup>

Julijan Chymyneč, ein OUN-Mitglied, das 1938/39 häufiger aus der Karpatho-Ukraine nach Berlin kam, schrieb in seinen Erinnerungen unumwunden von der »Vertretung der OUN in Berlin, die offiziell unter der Bezeichnung Pressedienst tätig und so auch beim Auswärtigen Amt und im Propagandaministerium akkreditiert war«. Ihr Leiter Volodymyr Stachiv sah darin gar eine »diplomatische Agentur« (dyplomatyčn[e] agenstv[o]).<sup>371</sup> Dabei sollte nicht übersehen werden, daß es in der ukrainischen Memoiristik nicht unüblich war, die eigene Dienststelle (und damit sich selber) aufzuwerten, in diesem Falle kann jedoch getrost festgestellt werden, daß die Pressedienste tatsächlich als »legale« OUN-Zentren in Deutschland agierten. Beson-

<sup>366</sup> Mirčuk, Narys, S. 500.

<sup>367</sup> Jevhen Stachiv, *Kriz' tjurmy, pidpillja j kordony*. Kyiv 1995, S. 78-79.

<sup>368</sup> Von Dirksen hielt es »im Sinne unserer Rußlandpolitik [für] unangebracht, daß die Organisation unseres Auswärtigen Dienstes zur Verbreitung von Pamphleten gegen das herrschende System in der Sowjetunion benutzt wird, mit dem Deutschland freundschaftliche politische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält« (Von Dirksen an AA, 26. 2. 1931, PAAA, Deutsche Botschaft Moskau, Bd. 23/51).

<sup>369</sup> Crull an Deutsche Botschaft Moskau, 8. 7. 1932, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 11, Bl. 56-57.

<sup>370</sup> Jary an Auswärtiges Amt, undat. [28. 11. 1932]. ebd., Bl. 30.

<sup>371</sup> Julijan Chymyneč, *Moï sposterežennja iz Zakarpattja*. New York 1984, S. 61. – In der sowjetischen und amerikanischen Phantasie wurde daraus gleich eine »zentrale Spionageschule für Mitglieder der OUN«, die über hervorragende Dozenten und die »modernste Apparatur« verfügte und als »Schule für Spionage, Diversion und Terror« firmierte. Troščynskyj (Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 73-74) stützte sich dabei auf ein amerikanisches »Enthüllungsbuch« von prosovietischen Verfassern (Michael Sayers/Albert E. Kahn, *The Secret War against America*. New York/London 1942, sowjetische Ausgabe *Tajnaja vojna protiv Ameriki*. Moskva 1947).

ders auffallend ist, daß sie eingerichtet worden waren, als die OUN-Kontakte der Reichswehr heruntergefahren waren. Breiter tätig wurden sie jedoch erst wieder, als sich die Beziehungen 1932 verbesserten.

Eines der ersten größeren ukrainischen Produkte war eine Broschüre, in der Jary gegen Polen und die Sowjetunion gerichtete Artikel zusammenfaßte. Die Schrift posierte als Nachfolgerin der in den zwanziger Jahren eingestellten Zeitschrift Paul Rohrbachs *Die Ukraine*. Als Herausgeber von *Ukraine. Schrift für nationale ukrainische Volks-, Wirtschaft- u. Kulturpolitik* firmierte aber der Ukrainische Pressedienst im Ukrainischen Büro in der Mecklenburgischen Straße.

Den programmatischen Artikel der Veröffentlichung, die »nicht nur im Kreise der alten Freunde der Ukraine, sondern auch in der jüngeren Generation« das »Interesse für Ostfragen« fördern sollte,<sup>372</sup> schrieb Jary selber. Die Ukraine erschien hier von einem bewußten »Volkstum« zwischen San und Don getragen und als »Wall Europas gegen den Ansturm asiatischer Völker«, als deren Beispiel auch die »Räteherrschaft in Ungarn« verstanden wurde, deren »Bolschewisierung des ganzen damals im Chaos befindlichen mitteleuropäischen Raumes« die Ukraine verhindert haben soll.<sup>373</sup> Neu gegenüber früher war, daß die Ukraine nicht mehr als unbekannte Entität galt, Jary meinte vielmehr, daß sich dieser »Volksbegriff bereits allgemein durchgesetzt« habe. Er wies auch die früheren Kolonialkonzepte zurück, indem er von einem ausgewogenen Verhältnis, einem harmonischen Ausgleich von Landwirtschaft und Industrie ausging.<sup>374</sup> Für Jary war die Ukraine bereits »im Begriff, aus einem als Kolonialland ausgebeuteten Objekt wiederum zum handelnden Subjekt zu werden«.<sup>375</sup> Die »zahlenmäßige Schwäche der ukrainischen Intelligenzschicht« lastete Jary Kämpfen, Okkupationen, der Assimilation und fremder sozialer Unterdrückung an.<sup>376</sup>

Jary stellte hier erstmals in einer deutschen Schrift den Gegensatz zwischen älteren Politikern und Volksführern einerseits und der »jüngeren Generation von Studenten, Soldaten u.ä.« fest, die »einen ganz außerordentlich wertvollen Faktor beim inneren Aufbau des ukrainischen Volkstums« darstelle. So verlören »besonders die Reste ehemaliger Regierungen« »eine praktische politische Bedeutung«.<sup>377</sup> Der deutschen Öffentlichkeit wurde die Modernität der OUN nahegebracht, die im Gegensatz zu Skoropadskyj und der UNR stand. Sein eigenes Pressebüro beschrieb Jary dabei als Stelle, um »Verbindungen mit anderen Völkern aufzunehmen, über das ukrainische Volk aufzuklären und für entsprechendes Verständnis seiner nationalen Probleme zu

<sup>372</sup> *Ukraine*. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 4.

<sup>373</sup> Riko Jary, »Ukraine von gestern und heute«, *Ukraine*. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 5-17, hier S. 6.

<sup>374</sup> *Ebd.*, S. 8.

<sup>375</sup> *Ebd.*, S. 17. Ähnlich argumentierte in derselben Schrift Borys Krupnyčkyj (B. Krupnickij, »Die wirtschaftlichen Grundlagen der ukrainischen Staatlichkeit«, *Ukraine*. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 35-46). Auch für ihn stand die Einbindung einer diversifizierten ukrainischen Wirtschaft in den europäischen Austausch an der Spitze der Desiderate.

<sup>376</sup> Riko Jary, »Ukraine von gestern und heute«, S. 9.

<sup>377</sup> *Ebd.*, S. 15.

werben.«<sup>378</sup> Der Emigration wies er die »positivste Arbeit« zu, »Vermittler und Sprecher zwischen der Ukraine und dem Auslande zu sein«.<sup>379</sup>

Auf der Basis der gemeinsamen Polenfeindschaft kooperierten Ukrainer und rechtsgerichtete Deutsche weiterhin offen. Am 3. November 1930 organisierte die ukrainische Hromada eine Protestversammlung gegen die polnischen Pazifizierungen. Die Gastgeberrolle übernahm Zenon Kuzelja, das Hauptreferat hielt jedoch Riko Jary. Von deutscher Seite sprachen Vertreter des »Deutschen Ostbundes« und des »Ostmarkenvereins«, der Bundeskanzler des Stahlhelms Major Siegfried Wagner (-1944) und für die deutschen Burschenschaften der Historiker Harald Laeuen. Einer der deutschen Teilnehmer wurde mit der Bemerkung zitiert, die Ukrainer sollten nicht so kleine Versammlungssäle, sondern den Sportpalast oder den Zirkus Busch anmieten – sie könnten sicher sein, daß sie diese Orte mit denen füllen könnten, »die dieselbe Hoffnung wie Sie haben, die Hoffnung sich oder seine Nächsten von dem polnischen Joch zu befreien«.<sup>380</sup>

Möglicherweise gab es also weiterhin eine eingeschränkte deutsche OUN-Förderung. Geändert hatten sich aber die Kanäle und wohl auch die Summen.

Als Konovaléc im Sommer 1929 in die USA und nach Kanada reiste, wollte er die neugegründete OUN dort bekanntmachen und etablieren. Die hagiographischen Berichte über seinen Besuch beschreiben zwar hymnisch, daß ihm die Emigranten »ihre Seelen und Herzen öffneten«. Konovaléc lag aber mehr an den Brieftaschen: »Unsere Emigration, vor allem die überseeische, sollte das moralische und materielle Hinterland dieser Bewegung [OUN] werden«. Obwohl Konovaléc nicht wählerisch war, gelang das nicht. In Winnipeg besuchte er die UNR-treue Union Ukrainischer Selbstständigkeitsanhänger (Sojuz Ukraïnciv Samostijnykiv – SUS), die sich bereit erklärte, die OUN »mit einer kleinen Summe Dollars« zu unterstützen, dafür aber einen ständigen Sitz für eines ihrer Mitglieder im PUN forderte. Bei aller »Überparteilichkeit« mochte sich Konovaléc nicht darauf einlassen.<sup>381</sup> Dafür schuf er ein eigenes Organisationsnetzwerk, das sich den kommunistischen, UNR- und Het'man-freundlichen Gruppierungen entgegenstellte.

Am 5. Juli 1929 entstand in Astoria NY die erste UVO-Gruppe in den USA, aber weil die terroristische UVO Schwierigkeiten mit den US-Behörden erwartete, konstituierte man sich bald als Organisation für die Staatliche Wiedergeburt der Ukraine (Orhanizacija Deržavnoho Vidrodžennja Ukraïny – ODVU) neu.<sup>382</sup> In Kanada konnte sich Konovaléc 1929 zunächst nur auf kleine Ukrainische Schützengemeinden (Ukraïnska Strilečka Hromada) in Winnipeg und Edmonton stützen. Erst am 20. Juli 1932 entstand die Ukrainische Nationale Vereinigung Kanadas (Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja Kanady – UNOK) samt einer Frauen- und einer Jugendorganisation, um »ein deutliches, modernes Antlitz des Ukrainertums zu erhalten und sich allen fremden zersetzenden Einflüssen entgegenzustellen«.<sup>383</sup>

<sup>378</sup> Ebd.

<sup>379</sup> Ebd., S. 17.

<sup>380</sup> Rozbudova Nacii 3 (1930), H. 11-12, S. 306-307.

<sup>381</sup> Mychajlo Šaryk, »Joho slidamy v Ukraïni i Kanadi«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 810-824, hier S. 816.

<sup>382</sup> Zu Umständen und Widerständen vgl. Petro Zadorečkyj, »Fragment z dijál'nosty polk. Je. Konoval'cja za časiv joho poïzdky po Ameryci«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 825-845.

<sup>383</sup> Šaryk, »Joho slidamy«, S. 819-820.

Mirčuk schrieb, daß diese Organisationen bis zum Zweiten Weltkrieg allen Anweisungen Konovalécs gefolgt seien.<sup>384</sup> Sie haben jedoch immer wieder Anstrengungen unternommen, sich als von Europa unabhängige Gruppen zu präsentieren. Sie sollten als Geldquelle dienen, was aber nicht gut funktionierte. So ist zu erklären, daß außer Konovaléć (1929) auch andere OUN-Funktionäre zu den amerikanischen Ablegern reisten: Roman Suško war unter dem Pseudonym Mel'nyčuk 1931 in Kanada, Omeljan Senyk 1932, General Mykola Kapustjanskyj 1937. Ab 1938 begann man die nordamerikanischen Ukrainer als *pressure group* in Briefkampagnen zu verwenden, und im Zusammenhang der Karpatho-Ukraine-Frage (s. unten) kamen auch OUN-treue Amerikaner nach Europa. Die Geschichte der amerikanischen Organisationen ist diskursiv bemerkenswert, weil die überseeischen Emigranten nicht unter dem Druck europäischer politischer Konstellationen und Zensurbestimmungen schreiben mußten. In diesem Buch wird ihre Funktion jedoch nur gestreift.

Das vertrauliche Politische Informationsbulletin der Petljuristen beschäftigte sich Ende 1928 mit den Nationalisten. An der Kritik der Nationalisten am Het'man hatte man nichts auszusetzen. Daß sich die OUN-Organisatoren jedoch nicht mit dem UNR-Establishment arrangieren mochten, fand man weniger gut. Die negative Haltung zum Parlamentarismus und der neue Autoritarismus war ein Kritikpunkt (»Sie wollen, daß in der Ukraine die Partei der Nationalisten so herrschen soll, wie jetzt in Italien die Faschisten«), die außenpolitische Bindung der OUN der andere: Die Anlehnung an Deutschland widerspreche der Erkenntnis, daß Deutschland sich seit Rapallo auf »Moskau« stützen müsse. Damit verband sich der Vorwurf, die OUN folge unbewußt Moskau, indem sie die Einheit der ukrainischen Emigration zerschlage und sie so schwäche.<sup>385</sup> Beide Argumente hatten etwas für sich.

Die Polen beobachteten die OUN aufmerksam. Ein (noch unbegründeter) wachsender Einfluß auf das UWI wurde ebenso vermerkt, wie das Faktum, daß selbst unter Einrechnung der amerikanischen Spenden die OUN zu viel Geld besaß. Die Spendensammlung in Amerika habe nach Jary nur 20.000 Dollars ergeben, von denen die Einwerber 40% für ihre Spesen und als Anreiz behalten durften. »Die Tatsache der finanziellen Unterstützung der Konovaléć-Gruppe durch deutsche Faktoren unterliegt daher keinem Zweifel«, hieß es Mitte 1931 in einem Bericht des Außenministeriums. Im selben Dokument wurde mit Erstaunen vermerkt, daß die UNR-Gruppe in Deutschland keinerlei Organisation besitze, was wiederum zur Erhöhung des Einflusses der Nationalisten beigetragen habe.<sup>386</sup>

Die OUN steigerte nun wieder ihre Terroraktivitäten. Im Sommer 1931 nahmen die Raubüberfälle zu, und am 29. August 1931 ermordeten OUN-Terroristen den Befürworter eines polnisch-ukrainischen Ausgleichs Tadeusz Hołowko. Man setzte auf den

<sup>384</sup> Mirčuk, Narys, S. 488-489.

<sup>385</sup> Polityčnyj Informacijnyj Bjuleteń UNR, 1/15.11.1928, S. 9-11, CDAHOU, zit. nach Kentij, Narysy, S. 21-22.

<sup>386</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 3. 6. 1931, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 293-298, hier Bl. 296. – Auch Biberstein rechtfertigte seine Klage, Makarenko habe zu Weihnachten 1931 keine Sonderzuwendung erhalten, damit, daß Skoropadskyj und Konovaléć »sehr große Summen« erhielten, während die »deutschfreundlichen Ukrainer« wie sein Makarenko »n-i-c-h-t-s« bekämen und dem »Hunger ausgeliefert« seien. Diese Feststellung taugt allerdings allenfalls als Darstellung der diskursiven »Gewißheit« der Emigration (Biberstein an Meissner, 6. 5. 1932, ZStA DDR, Präsidialkanzlei, 0/4, Bd. 30, Bl. 225).

bewaffneten Kampf. Das polnische Außenministerium ging von deutscher Mittäterschaft aus, was jedoch nicht mehr als eine blinde Anschuldigung sein mußte. Wegen des »Zollkrieges« und seiner Ausweitung hielt man alles für möglich. Jedenfalls hielt man es im September 1931 in Polen für angemessen, der Gesandtschaft in Berlin einen längeren Schriftsatz über die deutsch-ukrainischen Kontakte zukommen zu lassen. Man bezog sich auf Angriffe der deutschen Presse gegen Hołowko und kolportierte den vielsagend klingenden, aber hier eigentlich unangebrachten Pressesatz »wir wissen mehr als wir schreiben«, was in einem Text des Außenministeriums eher vermuten läßt, daß man eben doch nicht sehr viel wußte.<sup>387</sup>

#### a) Nationalsozialismus und ukrainischer Separatismus

Wer auch nicht viel mehr wußte, aber die Gelegenheit für günstig hielt, um von den Ukrainern zu profitieren, war Alfred Rosenberg. Die Nationalsozialisten, als deren Ideologe Rosenberg damals galt, waren nach ihrem vorübergehenden Niedergang nach dem Münchner Putsch von 1923 durch die um sich greifende Weltwirtschaftskrise und ein scheinbares Versagen der Reichsregierung in der Wählergunst gestiegen und wurden zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft. Vor dem Marsch auf die Feldherrenhalle, als die »Machtübernahme« nach italienischem Vorbild greifbar nahe schien, hatte es so etwas wie eine Außenpolitik gegeben, in der sich deutsche und ausländische, auch osteuropäische Rechtsradikale miteinander im Kontakt befanden. Im weiteren Verlauf der 1920er Jahre hatten sich andere Dinge in den Vordergrund geschoben. Nun aber reorganisierte sich die Partei und Rosenberg konnte sich im *Völkischen Beobachter*, dessen Redakteur er war, profilieren.

Er hatte zuvor meistens mit Russen zu tun gehabt, Skoropadskyj in diesem Zusammenhang einmal getroffen und bis dahin wenig von der UVO und den Nationalisten mitbekommen. Seine Informationen über die Ukraine bezog er von Poltaveć, der in den süddeutschen nationalsozialistischen Kreisen verkehrte. Einen signifikanten Hinweis auf ein politisches Interesse am ukrainischen Separatismus findet man in der außenpolitischen Programmschrift Rosenbergs aus dem Jahre 1927. Die Quelle seines Wissens ist leicht erkennbar: Rosenberg hielt die UNR für eine Gruppe, die Frankreich »an sich zu fesseln« bemüht gewesen sei und die zudem gezwungen wurde, mit Skoropadskyj zusammenzuarbeiten. Diesen »mit französischem Gelde« russophil gewordenen Ukrainern stellte er »ein(en) überwiegende(n) Teil der ukrainischen Bauern und Kosaken« gegenüber, der die »Wiederherstellung des alten ukrainischen Freistaates« anstrebe. »Diese aktive Gruppe wird angeführt [von] [...] dem 1926 vom größten Teil der ukrainischen Emigration und Vertretern aus der Ukraine selbst gewählten Hetman Obersten Poltawetz-Ostranitza«.<sup>388</sup> Da niemand sonst Poltaveć wohl so bezeichnet hätte, stammte die Information sicher von ihm selber.

<sup>387</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Innenminister, 9. 9. 1931, AAN, MSZ, Berlin 3676, Bl. 87-100, hier Bl. 91.

<sup>388</sup> Alfred Rosenberg, *Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik*. München 1927, S. 79-80. Poltaveć war zwar völlig marginal, aber für Troščynskyjs sowjetische Publikation war dies Wasser auf die Mühlen: Er zog von Rosenberg über Poltaveć die Linie zum »logischen Abschluß«, der Kolonisierung der Ukraine im Zweiten Weltkrieg (Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 66). Auch



Nun war Poltaveč zwar völlig unbedeutend, seine Kontakte mit der NSDAP begründeten bei Rosenberg jedoch ein Ukraine-Interesse. Rosenberg verbreitete in seinem Buch Informationen zum »Roten Terror« und zur sowjetischen Ukrainisierung der 1920er Jahre. Ein weiterer Hinweis auf Poltaveč als den »energischsten (wohl auch aussichtsreichsten)« »Leiter im Ausland« war zwar abwegig, aber nun vertrat Rosenberg, wie sein baltischer Landsmann Rohrbach das »Ziel eine[r] vollständige[n] Selbständigkeit des ukrainischen Volkes von Moskau«, die es zu nutzen gelte:

»Deutschland hat [...] auf diese ganze Entwicklung keinen Einfluß gehabt, ist aber jetzt umso mehr daran interessiert, sich für den Fall eines ukrainischen Sieges künftige Bündnismöglichkeiten mit Kiew offen zu halten. Ausschlaggebend wäre hier die naturgegebene Todfeindschaft zwischen Ukrainern und Polen. [...] Haben wir nun begriffen, daß die Wegräumung des polnischen Staates das allererste Erfordernis Deutschlands ist, so wird ein Bündnis zwischen Kiew und Berlin und die Schaffung einer gemeinsamen Grenze zu einer völkischen und staatlichen Notwendigkeit für eine künftige deutsche Politik.«<sup>389</sup>

Rosenbergs Hoffnung auf Poltaveč zerstoß bald. Aber was er 1927 schrieb, bot den Nationalisten Anknüpfungspunkte. Die im Eher-Verlag veröffentlichte Schrift bewirkte, daß die Nationalisten der OUN, aber auch aus dem Umfeld Skoropadskyjs, in Rosenberg einen potentiellen Ansprechpartner erkannten. Rosenberg dachte jedoch weiter. Er spinn 1927 deutsch-britische imperiale Pläne und meinte,

»die Interessen Englands in Indien seien viel leichter an der russisch-polnischen Grenze zu verteidigen, als in Afghanistan. Ein Bündnis zwischen Deutschland und der Ukraine wird die Möglichkeit geben, daß Deutschland England diesen Dienst der Verteidigung seiner reichsten Kolonie leistet, für den Fall, daß England die Sicherung des deutschen Westens vor den Franzosen mitübernimmt.«<sup>390</sup>

Ein NS-Plan, mit Großbritannien die Weltpolitik zu gestalten, bestand also bereits 1927 – und die Ukraine nahm darin einen bedeutsamen Platz ein. Hieraus wiederum ist ableitbar, warum Skoropadskyj, von dem Rosenberg 1927 noch gar nichts hielt, Anfang der 1930er Jahre wegen seiner Beziehungen nach England für Rosenberg interessant wurde.

Rosenbergs Buch fand kein starkes Echo, für unsere Thematik gestattet es jedoch nicht nur, die Politik der dreißiger Jahre interpretieren, sondern belegt auch eine zwar unterbrochene, aber eben wiederkehrende nationalsozialistische Beschäftigung mit der Ukraine. Aus dem Ersten Weltkrieg über Poltaveč zu Rosenberg läßt sich die Annahme nachverfolgen, »ein Bündnis mit dem reichen ukrainischen Süden [werde] eine große Ausfuhrmöglichkeit für deutsche Industrieprodukte und chemische Erzeugnisse geben«. Und das Motiv der Aneignung war schon hier dominant. Der Passus über die Ukraine schließt mit dem Satz:

Kellogg weist richtig darauf hin, daß Rosenberg sein Ukraine-Wissen von Poltaveč bezogen hat, er verdrängt jedoch, daß dieses Interesse nicht andauerte (Kellogg, *Roots*, S. 255-256).

<sup>389</sup> Rosenberg, *Zukunftsweg*, S. 96-97. – Es ist schier unverständlich, warum Ernst Piper, der in seiner Biographie Rosenbergs auch das Buch von 1927 behandelt (Ernst Piper, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*. München 2005, S. 152-167), mit keinem Wort auf die ukrainische Komponente seines Denkens eingeht.

<sup>390</sup> Rosenberg, *Zukunftsweg*, S. 97.

»Es genügt, wenn die Ziele von einem deutschen Politiker ins Auge gefaßt werden, um dann Mittel und Wege zu finden, die ukrainisch-nationale Revolution gegen das bolschewistische Moskau zu unterstützen bzw. mit vorzuarbeiten, um Verhältnisse zu schaffen, die Deutschland Raum, Freiheit und Brot gewährleisten.«<sup>391</sup>

In einer 1931 verfaßten Denkschrift erblickte Rosenberg in der schlechten Behandlung der Deutschen und der Ukrainer in Polen ein »abgekartetes Spiel« zwischen Polen und Frankreich. Daher wollte er

»bei ukrainischen Politikern einhaken, um hier eine Verstärkung der Unterstützung auch für uns herbeizuführen, ohne daß dies unmittelbar als eine Förderung der deutschen Gesichtspunkte ausgelegt werden müßte.«<sup>392</sup>

Dies war nach dem »Zukunftsweg« die zweite Äußerung zu einer Kooperation mit den Ukrainern nach 1923, wobei das »Einhaken« sicherlich keine fertige Handlungsvorgabe enthielt – eher einen vagen Hinweis auf potentielle Verbündete. Hakten die Nationalsozialisten dann bei Ukrainern ein?

Polnische Geheimdienste vermuteten immer wieder solche Verbindungen. Im Juli 1931 unterstellte man Jary, einen »persönlichen Kontakt mit Hitler« hergestellt zu haben.<sup>393</sup> Die Gerüchte um ein Treffen von Hitler und Konovaléc im Oktober 1931 »in einer süddeutschen Stadt«, bei dem Hitler Konovaléc materielle Unterstützung versprochen und ihn zu antisowjetischen Aktivitäten ermuntert haben soll, blieben unbestätigt.<sup>394</sup> Nicht so ein weniger prominenter Kontakt: Im Januar 1932 veröffentlichte die Lemberger Zeitung *Dilo* einen Artikel Petro Koževnykivs unter der Überschrift »Hitler und die Ukraine«, in dem unter Berufung auf ein Gespräch mit Dr. Karl Motz (\*1906), einem Mitarbeiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, vom 30. Dezember 1931 die Ukraine-Position der Partei referiert wurde. Motz war eine Art Osteuropa-Experte der Partei, der später eine Reihe von Broschüren zur Raumpolitik und Ostraumidee veröffentlichte.<sup>395</sup> Der Nationalsozialist kritisierte die gewaltsamen Aktionen der OUN gegen Polen. Stattdessen empfahl Motz den Ukrainern, in Polen eine »konkrete« Politik zu betreiben. Daß das kompromißbereite, dem UNDO nahestehende *Dilo* diese Stimmen gern hörte, wird zur Veröffentlichung geführt haben. Die NSDAP erklärte sich zur Parteigängerin Polens, dafür aber zur Gegnerin eines starken russischen Staates. »Die Nationalsozialisten wollen im Osten einen starken nationalen ukrainischen Staat sehen: Die Erneuerung eines solchen Staates ist in erster Linie eine Frage der Aufteilung Russlands[...]« Hier mochte es also eine Basis geben, auf der Hilfe der deutschen Nationalsozialisten erhofft werden konnte – nur eben gegen Rußland und nicht gegen Polen.<sup>396</sup>

<sup>391</sup> Ebd., S. 98.

<sup>392</sup> Alfred Rosenberg, »Das polnisch-deutsch-ukrainische Problem«, 4. 11. 1931, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Akten der NSDAP, Mikrofilm MA 49, Bd. 2. – Leider fehlt in der Ablichtung eine halbe Seite.

<sup>393</sup> Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 119.

<sup>394</sup> Vgl. Trošćynskýj, *Najmanci fašyzmu*, S. 70.

<sup>395</sup> Karl Motz, *Grundlagen und Voraussetzungen deutscher Raumpolitik*. München 1933; ders., *Blut und Boden. Die Grundlagen der deutschen Zukunft*. Berlin 1934; ders., *Landflucht, Exportpolitik und Ostraum-Idee*. München 1939.

<sup>396</sup> »Hitler i Ukraïna«, *Dilo* 14. 1. 1932, Ausriß in PAAA, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2. – Angemerkt sei, daß die polnische Botschaft in Großbritannien

Nationalsozialisten und Ukrainer nahmen voneinander Notiz. Da es ein antipolnisches und ein »propolnisches« Konzept gab, konnten unterschiedliche ukrainische Partner sich von den Nationalsozialisten angesprochen fühlen. Bald sah man eine Folge dieser gegenseitigen Wahrnehmung: Zu den deutschen Präsidentenwahlen vom 10. April 1932 wünschte eine sonst nicht hervorgetretene »Ukrainische Nationale Weltorganisation« UNSO (Ukraińska Narodna Svitova Orhanizacija) Hitler Erfolg. Die Deutschen sollten für Hitler stimmen, da Hindenburg nur ein »alter Greis mit Staats-hämorrhoiden« sei.<sup>397</sup> Dies war keine sehr qualifizierte Äußerung, aber ein erster Hinweis, daß zwei einander ebenbürtige Artikulationsweisen zueinanderfanden.

Mirčuk schickte Rosenberg zur Veröffentlichung im *Völkischen Beobachter* (»in den Spalten Ihrer geschätzten Zeitung«) unaufgefordert das Veranstaltungsprogramm des UWI. Darin mehr als floskelhafte Höflichkeit zu sehen, wäre sicher eine Überinterpretation.<sup>398</sup> Nur dafür, daß es keine Berührungsängste gab, spricht diese Mitteilung.

1932 befand sich das deutsch-ukrainische Verhältnis wieder im Fluß, und die polnischen Beobachter hatten Schwierigkeiten, immer auf dem laufenden zu bleiben. Solange Groener Reichswehrminister war, war der Kontakt zwischen OUN und Reichswehr reduziert, während die Skoropadskyj-Richtung sich unterstützt fühlen konnte. Die Reichswehr verbot ihren Offizieren angeblich sogar den Besuch ukrainischer Veranstaltungen. Die polnischen Beobachter führten dies auf den Druck des AA zurück.<sup>399</sup>

### b) Die erste Rückkehr der OUN

Die Lage änderte sich, als Groener sein Ministeramt aufgeben mußte und General Kurt von Schleicher (1882-1934) im Juni 1932 Reichswehrminister und im Dezember auch noch für zwei Monate Reichskanzler wurde. Von Schleicher ließ die alten UVO-Kontakte aufleben, in deren Genuß nun die OUN kam. Ende 1932 kamen Konovaléc und Jary mit Kapitän z. S. Konrad Patzig, dem Chef der Abwehr, und Major von Voss im Reichswehrministerium wieder zusammen. Es gab angeblich Befürchtungen, die Differenzen mit Polen könnten zu einem Krieg führen, jedenfalls begründete von Voss die Wiederaufnahme der Beziehungen damit, daß sie »uns die militärische Mitarbeit der OUN im Kriegsfall mit Polen sicherte«. Konovaléc verlangte Garantien, um »nicht

en über einen angeblich »streng vertraulichen«, aber auch »chaotischen« Rosenberg-Vortrag im Royal Institute of International Affairs berichtete, in dem dieser über den künftigen ukrainischen Staat gesprochen haben soll, der zwar nicht Kiew, dafür aber Warschau und Łomża umfaßte. Rosenberg habe angeblich keine an ihn gerichtete Frage beantworten können. Die Position der Nationalsozialisten zur Ukraine begann jedenfalls, Interesse zu wecken (Poln. Botschaft London an Poln. Außenministerium, 9. 2. 1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 307-308). Vgl. auch Mychajlo Švahuljak, »Ukraińska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-čh rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukraińska Emihracija. Istorija i sučasnist'.* L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 323, der dieses Interview der Zeitung *Čas* zuschreibt.

<sup>397</sup> UNSO an NSDAP, 5. 4. 1932, BAK, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (R6), Bd. 601, Material für das deutsche Rahmenpersonal, Bl. 33.

<sup>398</sup> Mirčuk an Redaktion *Völkischer Beobachter* (Rosenberg), [24. 5. 1932], BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 387.

<sup>399</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Gesandtschaft Berlin, 26. 1. 1932, AAN, MSZ, Berlin 3675, Bl. 305-306.

wieder von heute auf morgen vor ein Nichts gestellt« zu werden wie 1928, worauf er von Patzig eine windelweiche Antwort erhalten haben soll:

»Sollten politische Umstände ein Außerkrafttreten unserer Vereinbarungen erfordern, so können Sie sicher sein, daß Ihnen die Möglichkeit gegeben wird, die Beziehungen in einer für Sie tragbaren Weise zu lösen.«<sup>400</sup>

Dies war alles andere als eine Garantie, und daraus, daß Konovaléc trotzdem auf das deutsche Angebot einging, läßt sich ermesen, welchen Stellenwert für den OUN-Führer der deutsche Beistand besaß. Troščynskyj behauptete, im Herbst 1932 habe Konovaléc sich auch mit Hitler getroffen und meinte, wie im übrigen auch Torzecki, noch im selben Jahr – also vor der »Machtergreifung« – seien Jary und Sciborśkyj zu »offiziellen Repräsentanten« bei der NSDAP-Führung ernannt worden.<sup>401</sup> Vieles (wie etwa der »Antrittsbesuch« Konovalécs und Jarys bei Rosenberg im April 1933) spricht dagegen. Die OUN setzte 1932 auf das Militär – und ein Machtantritt Hitlers schien 1932 nicht in Sicht zu sein.

Zwischen der Reichswehr und der OUN war dagegen ein Kooperationsmodell erkennbar, das den Deutschen die aktive, den Ukrainern trotz manchmal vollmundigen Behauptungen die passive Rolle zuwies. Seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs, als die Emigranten noch die Themen vorgaben, hatte sich das Blatt gewendet. Es waren nun die Deutschen, die entschieden, ob kooperiert wurde oder nicht, und es waren die Ukrainer, die nur die Wahl hatten, sich die herablassende Behandlung der Deutschen bieten zu lassen oder zu verzichten. Auch wenn die Ukrainer sich zunächst widerspenstig gaben und Forderungen aufstellten, es war nicht zu übersehen, daß sie, wenn es hart auf hart zuging, immer wieder »einknickten«.

Allerdings ging es für die OUN auch um vergleichsweise viel. Von Voss gab an, daß Anfang 1933 die OUN monatlich 7000 RM erhielt. Daneben seien »Zahlungen für Sonderzwecke« erfolgt und von der Marine zusätzlich »einige 1000 Mark für Sabotagezwecke eingesetzt worden. (Werkstatt).«<sup>402</sup> Da diese Vereinbarungen anscheinend nicht verschriftlicht wurden, ist der Abwehr-Bericht aus dem November 1933 der einzige bekannte Nachweis dieser neuerlichen Kooperation. Es gibt jedoch keine Zweifel an seiner Plausibilität.<sup>403</sup>

<sup>400</sup> an. [Major von Voss], Reichswehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19.11.1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 97-105, hier Bl. 99. Kentij nannte dies ein »gentlemen's agreement« (Kentij, Narysy, S. 65).

<sup>401</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S.70; vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 116: »oficjalnymi rzecznikami OUN przy sztabie Hitlera« (offizielle Sprecher der OUN beim Stab Hitlers). Wir halten diese Information für falsch. Möglicherweise gab es ein eher folgenloses Gespräch. Es kann sich um eine zeitgenössische oder auch eine spätere Desinformation handeln, der die Historiker aufgefressen sein mögen.

<sup>402</sup> an. [Major von Voss], Reichswehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19.11.1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 97-105, hier Bl. 99. Der Betrag von 7000 RM, von dem aus den in Kiew gelagerten Dokumenten auch die sowjetischen Autoren wußten, wurde immer wieder angeführt (so etwa bei Zamlynskyj, Šljach, S. 28; Klym Dmytruk, Bezbatčenyky. L'viv 1972, S. 14). Zamlynskyj datierte den Zahlungsbeginn allerdings ohne Beleg auf das Jahr 1931 und brachte ihn mit einem Gespräch Konovaléc – Hitler in Verbindung, was abwegig ist.

<sup>403</sup> Damit steht die Legendenbildung der OUN im Kontrast. Kosyk behauptete, die Kontakte mit der Reichswehr »were interrupted well before the Nazis' coming to power« (Wolodymyr Kosyk, The

Indirekt stützt die OUN-Entwicklung in Galizien diese Darstellung. Nach dem Überfall auf das Postamt in Gródek Jagielloński/Horodok stellte die galizische OUN ihre »eksy« – die »Expropriationsaktionen« – wieder ein und erklärte nun den »individuellen Terror«, wie Mirčuk unverblümt schreibt, zu ihrer Kampfweise.<sup>404</sup> Wurde eine weitere Finanzierung durch Postüberfälle überflüssig, weil die OUN wieder auf der »Lohnliste« der Reichswehr stand? Nach Knyš waren die »Expropriationen« überflüssig geworden, weil die OUN »nach dem Sieg über die sowjetfreundlichen Stimmungen [...] ungeteilt die Situation auf allen westukrainischen Gebieten unter ihre Herrschaft gebracht hatte [opanovala]« und sich »gleichzeitig« auch »materielle Mittel für die Führung fanden [znachodylysja]«. <sup>405</sup> Nur sagte er nicht wo.

Anfang Januar 1933 hielt die OUN eine »Gerichtssitzung« ab, auf der der Vorsitzende der Landesexekutive Kordjuk für Fehler beim Postüberfall von Horodok abgesetzt wurde. Allem Anschein nach fand die Verhandlung in Berlin statt. Kordjuk wurde dazu verurteilt, unter der Aufsicht von »Karpat« – dies war der Deckname von Riko Jary – in Berlin sein Studium abzuschließen.<sup>406</sup> Berlin galt also als sicher.

Ende April 1933 trafen sich in Berlin Konovaléc, Jary, Bandera und Jaroslav Baranovskij. Sie faßten den grundsätzlichen Beschluß, den polnischen Bildungs- oder Außenminister, den Lemberger Schulkurator und den wolhynischen Wojewoden umzubringen.<sup>407</sup> Letzterer war Henryk Józewski, 1920 Minister im Kabinett Petljuras und ein Vertrauter Pilsudskis, der sich für einen Ausgleich zwischen Polen und Ukrainern einsetzte und dafür die scharfe Trennung Wolhyniens von Galizien propagierte. Diese Taten wurden jedoch nicht ausgeführt. Wir heben nur hervor, daß sich (s. auch unten zur Konferenz im Juni 1933) die OUN-Oberen in Berlin sicher fühlten.

Die polnischen Behörden meinten, eine verstärkte Unterstützung der OUN aus Deutschland beobachten zu können. Im Sommer 1933 startete die Landesexekutive der OUN zwei Kampagnen. In der einen mißbrauchte man nach polnischem Vorbild aus der Teilungszeit die Schulkinder: Sie sollten sich weigern, polnisch zu sprechen, die polnischen Schulbücher zerreißen, ukrainische Lehrer fordern und nur auf ukrainisch beten. Die andere richtete sich gegen die polnische Monopolverwaltung. Ukrainer sollten weder Schnaps trinken noch rauchen, weil auf diese Weise das polnische Monopol ihre Vermögen abschöpfe. Ausdrücklich wurde erklärt, man handle hier nicht aus Gesundheitsgründen, sondern politisch. Mirčuk schrieb, daß im Zuge dieser Aktion nicht nur die »Gewohnheitstrinker« verprügelt, sondern auch »Schenken als Orte der Verbreitung der Trunksucht unter den ukrainischen Bauern demoliert[.]«

---

Third Reich and Ukraine, New York 1993, S. 34). Das war für 1928 richtig, aber sie wurden eben 1932 wiederaufgenommen und erst um die Jahreswende 1933/34 wieder heruntergefahren.

<sup>404</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 324. Er zitiert dabei den *Bjuleteń KE OUN na ZUZ*: »Durch konsequentes Terrorisieren des Feindes und die Richtung der Aufmerksamkeit der Massen auf den unmittelbaren Kampf entsteht ein Zustand, der den Moment des endgültigen Aufstands näherbringt«.

<sup>405</sup> Zynovij Knyš, »Bojovi dii OUN na ZUZ u persomu desjatylytti ii isnuvannja«, in: *Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 89-102, hier S. 101.

<sup>406</sup> Einen Hinweis darauf, daß Berlin der Ort gewesen sein könnte, gibt die Funktion Jevhen Vrečonas als Sekretär. Die anderen Beteiligten waren »mobiler«; vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 322.

<sup>407</sup> Ebd., S. 382. – Die Angabe Mirčuks ist durchaus glaubhaft. Troščynskij verlegte die grundsätzliche Entscheidung nach Prag und datierte sie auf 1930; in Berlin wurde seiner Darstellung nach bereits Pieracki als Opfer bestimmt, dies ist jedoch sicher falsch (Vgl. Troščynskij, *Najmanci fašyzmu*, S. 85-86).

wurden.<sup>408</sup> Das polnische Innenministerium registrierte, daß es im Rahmen einer solchen Aktion in Sokal zu einem antijüdischen Boykottaufruf gekommen war.<sup>409</sup> Dies war nicht weiter verwunderlich, weil ein großer Teil der Schenkpächter Juden waren. Aber die antijüdische Terminologie hatte den öffentlichen Diskurs erreicht.

Die Boykottaktion war keine Erfindung der OUN. Polnische Nationaldemokraten und Bauernpolitiker hatten vor dem Ersten Weltkrieg zum Judenboykott aufgerufen, antideutsche Boykotte gab es in Polen während der Zwischenkriegszeit häufiger und auch der Kampf gegen den Alkoholismus mit antijüdischen Untertönen war lange eingeführt. Daß die Aktion gegen die Trunksucht daher antijüdisch umgesetzt werden würde, mußte ihren Organisatoren klar sein. Die apologetische Empörung, die Polen hätten sie »eilig genutzt, um die Insinuation in der Welt zu verbreiten, solche Ereignisse seien ein Symptom des Antisemitismus ukrainischer Nationalisten«, war daher ebenso scheinheilig, wie es richtig ist, daß die polnische Propaganda sich ebenso heuchlerisch dieses Arguments gegen die Ukrainer bediente. Aber auch UNDO und Sozialdemokraten wie Panas Fedenko (»Das Beispiel des hitleristischen Antisemitismus hat auch die ukrainischen Faschisten angesteckt.«) kritisierten die OUN-Aktion und ihre Auswirkungen schon dafür, daß sie es Gegnern der Ukrainer leicht machten, von ihren eigenen antisemitischen Exzessen abzulenken. Genau dies konstatierte auch Mirčuk und stellte dennoch entgegen den Fakten fest, daß die »OUN niemals zu Antisemitismus, umso weniger zu antijüdischen Auftritten aufgerufen« habe.<sup>410</sup>

UVO und OUN hatten lange in offiziellen Texten antisemitische Statements vermieden. Nun begaben sich ukrainische Autoren in eine polemische Auseinandersetzung mit Teilen der jüdischen Presse und führten als neues Diskursmotiv die Intoleranz der Juden gegenüber den Ukrainern in der Sowjetukraine an. Die Verbindung von Juden und der Sowjetunion war zwar bereits Standard in der europäischen Rechten, im Kontext des Petljura-Mordes war sie politisch ausgestaltet geworden. Aber außer bei Doncov war dieses Motiv in der öffentlichen Agitation der ukrainischen Nationalisten weiterhin kaum präsent gewesen. Dies mag damit zusammenhängen, dass in den 1920er Jahren gerade in Galizien eine sowjetfreundliche Stimmung bei einem Teil der Ukrainer herrschte.

Das polnische Innenministerium vermerkte, Konovalėc sei selber über diese Wende unzufrieden gewesen; er hätte gern auf die antijüdische Komponente verzichtet. Sie war aber nun einmal da: So wurde den Polen in einem Flugblatt 1933 vorgeworfen, sie verlangten von den Schülern zu »lernen, die polnischen Herren zu ehren, die [...] den Juden unsere Kirchen verkauft und unsere Menschen zu Hunden gemacht haben.«<sup>411</sup> Ist daraus der Schluß zulässig, daß es erstmals eine mittlere Führungsebene gab, welche die neue politische Konstellation gegen den ausdrücklichen Befehl der Führung umsetzte? Wohl kaum, allerdings war antijüdisches Argumentieren 1933 »salonfähig« geworden.

Vermutlich lag Antisemitismus vielen führenden OUN-Mitgliedern ebenso fern wie den Spitzen der italienischen Faschisten. Man war aber gewohnt, politische Program-

<sup>408</sup> Mirčuk, Narys, S. 335.

<sup>409</sup> MSW, »Komunikat Nr. 7 o działalności OUN w latach 1932, 1933 i 1934, Część II: Działalność O.U.N. w 1933 r.« 1935, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 129-222; hier Bl. 162; Urząd Śledczy Stanisławów an Urząd Wojewódzki Stanisławów, 30. 5. 1939, AAN, KGPP, Bd. 237, Bl. 189-190.

<sup>410</sup> Mirčuk, Narys, S. 335-336; Panas Fedenko zit. nach Rozbudova Nacii 6 (1933), Heft 7-8, S. 200.

<sup>411</sup> MSW, »Komunikat Nr. 7«, 1935, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 129-222; hier Bl. 162; »Molodi Druzi! Ukraїnski Školjari!«, [1933], AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 192-193.

me zu »personifizieren«. Schließlich sah auch der »individuelle Terror« der OUN vor, das »System« in Gestalt von Personen blutig zu bekämpfen. Die polnischen Berichte registrierten in der Zeit von Juli bis September und dann wieder im November 1933 daß die Fenster von Juden bewohnter Häuser eingeschlagen wurden. Eine treibende Kraft dabei war der Prosvita-Funktionär Rudakevyč aus Bóbrka, aber auch ein aus Belgien zurückgekehrter Student Mychajlo Leškiw wurde mit dem Spruch zitiert, »wenn die Juden nicht die polnische Regierung unterstützen würden, wäre im Östlichen Kleipolen schon die Ukraine«. <sup>412</sup>

So verbanden sich heimische Aktionsmodelle mit dem Vorbild des Auslands. Antisemitismus war jedoch eher ein Nebenthema. Inwiefern das deutsche Vorbild eine Rolle spielte, ist nicht zu klären. Aber man konnte auch polnischerseits mit antisemitischen Motiven gegen die gemäßigten Ukrainer operieren. Ein Ludwik Bryk wandte sich an deutsche Stellen in Krakau und Berlin und versuchte, die Deutschen von der weiteren Förderung des ukrainischen Nationalismus abzubringen. Sein Argument: Milena Rudnyčka, die markante Repräsentantin des UNDO, sei nicht nur »unbeliebt« und »wichtigtuersch«, sondern auch Jüdin oder stammte wenigstens aus einer »Judenfamilie«. <sup>413</sup>

Nach dem 30. Januar 1933 gab es zunächst keine Änderung im deutschen Verhältnis zur OUN: Die Reichswehrverbindung blieb etwa bis November 1933 bestehen. Mirčuk registrierte das Wiedereinsetzen militärischer Hilfe für die OUN: Vom 10. bis zum 15. August 1933 gab es in Danzig einen Sonderlehrgang für Militärausbilder der OUN aus Polen. Die Reichswehr bildete also Multiplikatoren aus – dadurch wurde der Effekt, den die Deutschen sich erhofften, nämlich eine für eine künftige Auseinandersetzung bereite ukrainische Unterstützung in Polen optimiert. Ende August folgte in Berlin ein Funkerlehrgang für OUN-Ukrainer. Mirčuk schrieb dazu:

»Nach der Rückkehr von diesen Lehrgängen in die Heimat organisierten die Absolventen der OUN in verschiedenen Orten die Ausbildung von militärischen Ausbildern, darunter zehn Lehrgänge mit je neun Teilnehmern allein in Lemberg. Die Aufgabe dieser Ausbilder war dann die Durchführung einer militärischen Ausbildung für nach Möglichkeit alle Mitglieder der OUN im Lande.« <sup>414</sup>

Aus der Perspektive der OUN war zunächst nicht erkennbar, daß die Nationalsozialisten begonnen hatten, sich Polen zu nähern und schon deswegen nicht offen die OUN favorisieren konnten. Solange in Reichswehr-Kreisen Gerüchte über eine baldige Auseinandersetzung mit Polen umliefen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Gerede um einen angeblich von Polen geplanten Präventivkrieg –, war es für die Militärs nur natürlich, die 1928 abgebrochenen Verbindungen wieder zu pflegen. Mit der Funkerausbildung wird auch erkennbar, daß die Deutschen von der OUN wie vorher von der UVO die Übermittlung von Aufklärungsergebnissen erwarteten.

<sup>412</sup> Das Einschlagen von Fenstern war auch eine der üblichen »Kampfarten« gegen polnische Lehrer etc. (MSW, »Kommunikat Nr. 7«, Bl. 162-163). 1934 registrierte das polnische Innenministerium eine Fortsetzung der antijüdischen Aktion »durch das Herausschlagen einer bedeutenden Anzahl von Fenstern bei Juden«, setzte aber die Einzelregistrierung des Jahres 1933 nicht fort (MSW, »Kommunikat Nr. 7«, Bl. 229).

<sup>413</sup> Bryk an Leibbrandt, 13. 2. 1934; Bryk an Meyer-Heydenhagen, 13.2.1934, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 123; 124-125.

<sup>414</sup> Mirčuk, Narys, S. 327.

Folgerichtig suchte die OUN auch den Kontakt zur neuen Reichsleitung und versuchte, ihre Stellung in Berlin gegen ihre Konkurrenten zu verbessern. Konovaleč kam wieder in die Reichshauptstadt, man nahm Kontakte zum Außenpolitischen Amt der NSDAP (ApA) auf, und Riko Jary versuchte im Mai 1933 das UWI – eine Festung der Skoropadskýj-Truppe – zu erobern. Aber zunächst reussierte die OUN bei den Nationalsozialisten so wenig wie Poltaveč oder die russischen Nationalsozialisten.

## 8. DIE REAKTION AUF DIE ERNENNUNG HITLERS ZUM REICHSKANZLER

Mit der neuen nationalsozialistisch-deutschnationalen Regierung am 30. Januar 1933 veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland zunächst keineswegs so dramatisch, wie dies in der Retrospektive erscheint. Erst die Erlasse zum Reichstagsbrand markierten eine neue Qualität von Politik, die aber außer Kommunisten und Sozialdemokraten keine Partei davon abhielt, am 23. März 1933 für ein uneingeschränktes Ermächtigungsgesetz zugunsten des neuen politischen Führers zu stimmen. Bücherverbrennungen waren nur für einen Teil der Intellektuellen eine verwerfliche Handlung, und selbst das »Berufsbeamtengesetz« vom 7. April 1933 kam mit seinen Forderungen nach »Zuverlässigkeit« und den Ausnahmen für jüdische Frontsoldaten und vor dem Ersten Weltkrieg eingestellte jüdische Beamte vielen Deutschen akzeptabel vor.

Vor dem Hintergrund dieser »Normalität« ist die Reaktion der ukrainischen Emigranten auf die neuen deutschen Machthaber zu untersuchen. Für Ukrainer in Deutschland entstand zunächst das Bedürfnis, mit den neuen Machtinhabern in Kontakt zu treten. Sie hatten längst die Erfahrung gemacht, daß man eher auf persönliche Bekanntschaft als auf institutionelle Traditionen setzen konnte. Wenn es daher zu einem Wechsel in Ämtern kam, lag es nur nahe, sich mit den neuen Leuten bekannt zu machen, um so frühere Verbindungen fortzusetzen oder neue aufzubauen. Dafür war es auch klug, potentielle Partner möglichst früh im eigenen Sinne in die jeweilige Problematik einzuführen. So waren zunächst einmal die zahlreichen Schriftsätze zu verstehen, die Anfang 1933 die neu angetretenen Politiker erreichten. Selbstverständlich versuchte man darin, sich als ihnen geistig verwandt auszuweisen. Rohrbach hatte 1918 in einer anderen Richtung demonstriert, daß dieses Vorgehen auch für Deutsche nicht dem politischen Comment widersprach (s. S. 346). Daß die Schriftsätze der Ukrainer sich der neuen nationalsozialistischen Maximen und Termini bedienten, belegt, wie die ukrainischen Verfasser den diskursiven Umschwung des Regierungswechsel wahrnahmen und für sich nutzen wollten.

### a) Poltaveč

Wohl nur Poltaveč-Ostranycja hielt die »Machtergreifung« für seine große Chance. Da er über Verbindungen aus der »Kampfzeit« verfügte, war dieser Gedanke keineswegs abwegig. Bereits Anfang Februar 1933 übersandte er daher mit dem Briefkopf



»Iwan Poltawetz v. Ostranitza, Oberst a.D.« dem neuen Reichsaußenminister Konstantin Freiherr von Neurath (1873-1956) einen Brief über seine Kosakenbewegung, mahnte neues deutsches Interesse am europäischen Osten an und freute sich über die »Konzentration der nationalen Kräfte um Adolf Hitler«. Seiner Sendung legte er ein selbstverfaßtes »Memorandum über das ukrainische Problem« von 28 Seiten Länge bei.

Der Inhalt des Memorandums folgte einem Schema, das von da an in den ukrainischen Argumentationen immer wieder benutzt werden sollte. Poltaveč ging von den »anthropologischen Unterschieden« zwischen Ukrainern, Russen und Polen aus, womit er sich einerseits dem nationalsozialistischen Rassenkonzept näherte, sich andererseits aber durchaus im Rahmen der ukrainischen Historiker und Ethnologen hielt, die im 19. Jahrhundert den »rassischen Typus des Ukrainers« (Čubynský) definiert und psychische und politische Differenzen zu anderen Ethnien (Antonovyč, Hruševský) festgestellt hatten.

Als politisches Programm propagierte Poltaveč ein deutsch-ukrainisches Bündnis, welches nach der »Wegräumung Polens« möglich werde. Mit Rußland müsse gebrochen werden; in Rapallo habe man ja wohl nur vorübergehend das »russische Spiel gespielt«. Die Moskowiter seien wegen ihrer »Naturveranlagung« »kein Kulturvolk« – die Ukraine werde gegen Russen wie Polen kämpfen und bedürfe hierzu deutscher Unterstützung. Letztlich werde dann »Groß-Polen« »an der Ukraine sterben«. Ukrainische Territorialgewinne würden Polen schwächen und so auch deutsche Annexionen polnischen Gebiets erleichtern. Daß Deutschland beabsichtigen könnte, sich bis in die Ukraine auszudehnen, kam Poltaveč nicht in den Sinn. Er bezog sich auf eine Hitler-Rede aus dem Jahre 1931 und auf Rosenberg, dem er »außer großer Begabung[,] bevorstehende weltpolitische Ereignisse vorauszusehen und zu beurteilen, auch eine unbeschränkte Kenntnis des osteuropäischen und asiatischen Problems« bescheinigte. Aber er wurde auch konkreter:

»Bis die Zeit kommt, daß Deutschland wieder ein Schwert in der Hand gewinnt, kann es glänzend und erfolgreich den krummen ukrainisch-kaukasischen-turkestanischen Säbel zur Zeit ausnützen.«<sup>415</sup>

Unterstützt werden sollte dies durch eine »kulturpolitische Tätigkeit«, mittels welcher Deutsche und Ukrainer zusammengeführt werden sollten. Die Denkschrift schloß mit einem Überblick über Poltavečs Vorhaben, ukrainische Truppen aufzustellen, und enthielt auch einen Angriffsplan gegen die UdSSR.<sup>416</sup>

Wie phantastisch dieses Projekt auch sein mochte, es wurde im AA rezipiert. Offenbar wußten die zuständigen Beamten jedoch wieder einmal nicht genau, wen sie da vor sich hatten, und mußten sich informieren lassen. Der Randvermerk, bei Poltaveč handle es sich um einen »nach Auskunft *unserer* Ukrainer nicht ernst zu nehmende[n] Verfasser«<sup>417</sup>, belegte, daß es im Februar 1933 Ukrainer gab, die man im AA durch ein besitzanzeigendes Fürwort kennzeichnete. Gemeint gewesen dürften die Het'man-Anhänger oder die OUN-Vertreter sein, mit denen man wieder im Kontakt war. Daß

<sup>415</sup> Poltaveč-Ostranyca, »Memorandum über das ukrainische Problem«, undat., PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 113-114.

<sup>416</sup> Ebd.; Poltaveč-Ostranyca an Reichsaußenminister, 10. 2. 1933, ebd., Bd. 12, Bl. 93, 94-122.

<sup>417</sup> Ebd., Bl. 93 [Eigene Hervorhebung FG].

beide den Konkurrenten Poltaveč (und einander) nicht schätzten und auch fürchten zu müssen glaubten, sollte bald evident werden.

Poltaveč hatte keinen Erfolg und erhielt bestenfalls eine (nicht in den Akten erhaltene) Eingangsbestätigung. Im Juni 1933 richtete er einen weiteren Brief an das Propagandaministerium, in dem er vorschlug, in Berlin ein Pressebüro einzurichten, das zweimal monatlich ein Informationsblatt herausgeben sollte. Obwohl er seinen Brief mit dem Gruß »Heil Hitler und seine Standarten vom Rhein bis nach Ukraine und Kaukasus« abschloß, erhielt er wieder keine Antwort<sup>418</sup> und wurde stattdessen verhaftet (s. S. 657). Hatte Poltaveč übersehen, daß es in Berlin bereits OUN-Korrespondenzen dieser Art gab?

Obgleich sein Erfolg bei den neuen Machthabern also gering war, liefen ganz andere Mutmaßungen über Poltaveč um. Bereits im Februar 1933 ließen die Nationalsozialisten einen umfassenden Bericht über die Ukrainer anfertigen. Darin diagnostizierte man, daß die UNR-Leute mit der Politik Polens und Frankreichs unzufrieden seien. Polen hatte einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion abgeschlossen und damit die seit dem Rigaer Frieden wirkende Anerkennung der sowjetischen Herrschaft über die Ukraine weiter gefestigt. Der anonyme Verfasser hielt es nun für möglich, daß sich die UNR-Anhänger zu dem zu Einfluß gelangenden Poltaveč hinwenden würden, welcher dann den UNR-Apparat übernehmen könnte, wenn er die hierzu erforderliche deutsche Unterstützung bekäme. Auch Volodymyr Salskyj (1883-1940), der frühere Kriegsminister der UNR, empfahl ein Zusammengehen mit Poltaveč und damit mit Deutschland.<sup>419</sup>

Daß Poltavečs Denkschrift im AA größeren Eindruck gemacht hätte, kann man nicht sagen. Sie kursierte zwar, aber die Haltung der »eigenen« Ukrainer (und das waren jedenfalls nicht die UNR-Leute) war wichtiger. Die Aktivität des Münchner Kosaken sorgte dagegen außerhalb des AA für Unruhe. 1932 war ja die Welt noch im Lot gewesen – die verschiedenen Gruppen hatten ihre jeweiligen Unterstützer. Nun aber schienen die Karten neu gemischt zu werden: Das Blatt der russischen Konstitutionellen Demokraten (Kadetten) in Paris schrieb, Poltaveč sei der neue NS-Sachverständige für ukrainische Fragen. Er liefere aufgrund seiner alten Beziehungen zu Hitler regelmäßig Berichte zur ukrainischen Frage ins »Braune Haus« und habe bisher ohne Erfolg versucht, die ukrainischen Emigranten um sich herum zu scharen. Der Machtwechsel in Deutschland werde jedoch die Skepsis der anderen Emigranten zurückerufen lassen – man erwartete, daß seine Gruppe durch die Nationalsozialisten an die Spitze der Ukrainer gespült werde.<sup>420</sup> Auch im polnischen Außenministerium meinte man, die Nationalsozialisten unterhielten nur mit Poltaveč Kontakte und OUN wie Skoropadskyj seien aus der Gunst verdrängt worden.<sup>421</sup> Auch der OUN-Propa-

<sup>418</sup> Poltaveč an Karl Motz, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), 26. 6. 1933, ZStA DDR, RMVP, Bd. 1057/1, Bl. 64. Die Angaben bei Grelka (Nationalbewegung, S. 129-130), Hitler und Poltaveč habe Sympathie verbunden, stützen sich auf falsche polnische Vermutungen; im übrigen bringt Grelka Poltaveč immer noch mit Skoropadskyj in Verbindung, was seit dem Beginn des Exils nicht mehr zutrif.

<sup>419</sup> An., »Bericht«, 12. 2. 1933, BAK, NS 43 NSDAP, ApA, Amt Osten, Bd. 35, Bl. 126-127.

<sup>420</sup> Poslednija Novosti, 4. 4. 1933, zit. nach Russischer Lektoratsbericht, 5. 4. 1933, PAAA, Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 2.

<sup>421</sup> Rundschreiben des poln. Außenministeriums, 12. 5. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 42-44.

gandist Volodymyr Stachiv schrieb noch 1977, Poltaveč habe bei Rosenberg und der ganzen NSDAP »das Monopol auf die ukrainische Sache« besessen.<sup>422</sup> Richtig ist daran nur, daß die OUN tatsächlich anfangs keine Beziehungen zur Partei selber hatte, aber – und das gab Stachiv selber zu – »zu den Polizei-Verbündeten der NSDAP«.<sup>423</sup>

## b) OUN

Poltavečs Bemühungen um gute Beziehungen zu den Nationalsozialisten waren erfolglos. Erfolgreich waren vor allem Mirčuk und Kuzelja, weniger dagegen die Versuche der OUN. Daß Konovalėc bereits 1932 mit Georg Leibbrandt vom späteren ApA in Genf zusammengetroffen war, ist über eine Bemerkung Stachivs hinaus nicht belegt.<sup>424</sup> Vermutlich Anfang April 1933 begaben sich jedenfalls Konovalėc und Jary in Begleitung ihres Verbindungsmannes zum Reichswehrministerium, von Zengen, zu Rosenberg, als die Gründung des Außenpolitischen Amtes bekanntgegeben worden war. Dies war folgerichtig, denn es ging den Ukrainern ja um »Außenbeziehungen«, zuvor hatte es nur sporadisch NS-Kontakte gegeben. Rosenberg delegierte das Gespräch an seinen Stabsleiter und Jugendfreund Arno Schickedanz (1893-1945), den die Besucher zu überzeugen suchten, Deutschland und die Ukraine seien optimale Verbündete gegen Polen. Das hätte Erfolg haben können, denn Schickedanz war von Scheubner-Richters Bundesbruder in Riga gewesen und hatte die ersten Ost-Kontakte der Nationalsozialisten 1920 mitgestaltet, war also an einer solchen Ausrichtung nicht uninteressiert. Von Zengen soll sich nach Schickedanz für Konovalėc und Jary »außerordentlich ins Zeug« gelegt haben. Der Effekt war jedoch gering:

»Konowaletz selbst machte durchaus nicht den Eindruck eines Volksführers oder eines in irgendeiner Hinsicht bedeutenden Mannes. Er erschien mir als der Typ eines mittelmäßig begabten ukrainischen Mannes, der über eine gewisse Bauernschlauheit verfügt. Der Eindruck seines Stellvertreters in Berlin, des Rittmeisters v. Jary oder auch Jary, wie er sich verschiedentlich bezeichnet, war ein durchaus unangenehmer. Das formale Kennenlernen endete zum Schluss mit dem Austausch einiger höf. Phrasen«, hielt Schickedanz fest.<sup>425</sup>

<sup>422</sup> Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 35. – Besonders bedauerlich ist, daß auch Kellogg sich auf der Basis dieser Vermutungen und deren Übernahme durch die Geheimdienstler des französischen Deuxième Bureau zu dem unbegründeten Satz verleitete: »Poltavets-Ostranitsa considerably influenced the early National Socialist regime, which sought to use his Ukrainian independence movement to undermine the Soviet Union«. Kellogg nahm alle Geheimdienstberichte wörtlich, kümmerte sich jedoch kaum um die einschlägigen deutschen Positionen und wußte nichts von Poltavečs Verhaftung (Kellogg, Roots, S. 256-257).

<sup>423</sup> Stachiv, »Do zovnišnoi polityky«, S. 36. – Die OUN stand weniger mit der »Polizei« als mit dem Militär in Verbindung. Möglicherweise handelt es sich um einen Lapsus des nicht redigierten Textes.

<sup>424</sup> Vgl. ebd.

<sup>425</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 14. – Hier sei dahingestellt, ob sich die Gerüchte über Jarys jüdische Verbindung ausgewirkt haben. Schickedanz war als militanter Antisemit bekannt; Vgl. Arno Schickedanz, Das Judentum – eine Gegenrasse. Leipzig 1927; ders., Sozialparasitismus im Völkerleben. Leipzig 1927.

Nach Stachiv hatte sich Rosenberg mit Terminproblemen entschuldigen lassen, war aber dann angeblich durch den Gesprächsraum gegangen, woraufhin »der Oberst sofort aufstand und den Raum verließ«. <sup>426</sup> Welche Version auch immer richtig ist, dieses Treffen hatte kein greifbares Ergebnis.

Es wäre sicher anders verlaufen, wenn Konovaléc und Jary bereits bei der Partei über Hitler »eingeführt« gewesen wären. Und hätten die beiden prominenten ukrainischen Nationalisten dann eines Reichswehr-Vermittlers bedurft? Troščynskyj bezeichnete von Zengen daher auch unzutreffenderweise als einen »Funktionär der Nazi-Partei«. <sup>427</sup> Es gab jedoch bald auch wilde Vermutungen über mögliche NS-Verbindungen der OUN. Insbesondere polnische Geheimdienstquellen und das Innenministerium entwickelten eine rege Phantasie, auf die sich auch Torzecki berief. Da soll es einen »Kontrakt mit Röhm« gegeben haben, und Ukrainer sollen von der SA geschult worden sein. Ein »erstes offizielles Treffen« soll zwischen Oberst von Reichenau, Gestapochof Diels, Georg Leibbrandt vom ApA oder Motz vom Propagandaministerium sowie Konovaléc und Jary stattgefunden haben. Vermutlich fehldatiert Torzecki hier das unten erwähnte Dezembertreffen, denn er schreibt auch, daß von Mai 1933 [gemeint wohl 1934] an OUN-Vertreter nur mehr durch die Reichswehr empfangen worden seien. <sup>428</sup>

Die bis 1933 von Berlin aus operierende Zentrale der in Polen illegalen Kommunistischen Partei der Westukraine (KPZU) beobachtete die anderen Ukrainer voller Mißtrauen. Aus einem Vernehmungsprotokoll des NKVD mit dem KPZU-Mitglied Bukšovanyj vom 3. Juni 1933 wird die Kreativität sowjetischer Darstellungen deutlich. Bukšovanyj meinte, daß in der UVO seit dem deutschen Machtwechsel »die frühere Orientierung auf Deutschland, und besonders auf den deutschen Faschismus« an Bedeutung gewonnen habe, was vor allem auf Jary zurückzuführen sei. »Die Rede war von seinen häufigen Konferenzen mit Rosenberg, und sogar von einem Treffen Rosenbergs mit Konovaléc, welches in der Schweiz stattgefunden haben sollte«. <sup>429</sup>

Die Gerüchteküche in Berlin kochte; möglicherweise trugen OUN-Leute auch dazu bei, indem sie Erfolgsberichte in die Welt setzten, um sich in der Emigrantenkommunität besser zu präsentieren. Kentij, der eigentlich von dem Mißerfolg der OUN bei den Nationalsozialisten überzeugt war und an anderer Stelle zugab, man müsse mit den Aussagen Bukšovanyjs »vorsichtig« (oberežno) umgehen, machte gegen die obigen Aussagen keinen Vorbehalt geltend. <sup>430</sup> Dabei war nahezu alles falsch: Das Verhältnis zwischen NSDAP/ApA und OUN war eher gespannt.

Die OUN-Repräsentanten nahmen dies wohl selber kaum wahr. Sie suchten sich aller ihrer Rivalen dadurch zu entledigen, daß sie über ihre Reichswehrverbindungen im Sommer 1933 eine große Verhaftungswelle anregten. Aus ihrer Sicht bestand nur

<sup>426</sup> Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 37.

<sup>427</sup> Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 71. Stachiv ist zuzustimmen, daß die OUN eher den »rechtsnationalistischen«, »konservativen«, »reaktionären« Kreisen nahestand als der NSDAP. Der glaubhafte Grund nach Stachiv: »Dies waren die Kreise, die das Versailler System revidieren wollten« (Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 33).

<sup>428</sup> Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 127.

<sup>429</sup> Vernehmungsprotokoll des NKVD, 3. 6. 1933, CDAHOU, Fond 263, Akte 49830, Bd. 1, Bl. 36-38, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 68.

<sup>430</sup> Ebd., S. 69.

so die Chance, die Rivalen auszustechen und die Kooperation mit den Deutschen unter den neuen politischen Vorgaben auszubauen. Dafür war es allerdings erforderlich, sich als dem Nationalsozialismus politisch verwandt zu präsentieren.

In Polen paßten sich Teile der OUN rasch an die neue Situation in Deutschland an, indem sie die Regierung Hitler als ein Zeichen dafür werteten, daß der politische Stillstand nun vorbei sei: Nach einem polnischen Polizeibericht rief am 16. Februar 1933 in der Prosvita-Lesehalle von Terebovlja (poln. Trembowla) ein Vertreter der ukrainischen Genossenschaft Sil'skyj Hospodar, Dr. Stefan Hodovnyj, nicht nur zum offenen Boykott jüdischer Geschäfte auf, sondern zeichnete auch seine Zukunftsperspektiven so: »In kurzer Zeit wird Krieg mit Deutschland sein, und die Ukrainer müssen bereit sein, und Hitler wird helfen.«<sup>431</sup>

Der polnische Gesandte in Berlin Alfred Wysocki meinte auch, Änderungen in der politischen Landschaft wahrzunehmen. Seiner Meinung nach ließ sich Jary als Herausgeber des Ukrainischen Pressedienstes, den die Polen natürlich aufmerksam verfolgten, zwar weiter vom AA finanzieren, die Kontrolle hätten aber wegen der Zentralisierung der Presse durch Goebbels die Nationalsozialisten übernommen. Hier irrte der Gesandte – die Presse in Deutschland blieb zunächst autonomer als man gemeinhin annahm. Wysocki sah Het'man Skoropadskyj in den Hintergrund treten, da ihm nur mehr die preußisch-militärischen Kreise anhängen, während die »Jungen« sich um Jary scharten und auch bereit seien, mit Nationalisten anderer Nationen zu kooperieren, wenn sie sie dabei für die Ukraine interessieren könnten.<sup>432</sup> Der Gesandte meinte, eine Verbindung zwischen Nationalsozialisten und OUN wahrzunehmen, während der Het'man angeblich keine NS-Kontakte habe. Für die Legendenbildung um Skoropadskyj war dies nützlich, mit der Wirklichkeit hatte es nicht viel zu tun.

Dafür positionierte sich die OUN eindeutig: Auf einer Veranstaltung zum 10. Gründungstag der ukrainischen Studentenverbindung Osnova in Danzig erklärte Riko Jary Anfang März 1933, das ukrainische Volk werde sein Ziel dank seiner starken Unterstützung durch das deutsche Volk erreichen. Bei einem Zusammentreffen mit Gauleiter Albert Forster (1902-1952) vertröstete dieser Jary zwar, die Deutschen müßten erst ihre inneren Angelegenheiten regeln, versprach aber auch, daß man mit dem ukrainischen Volk rechnen und ihm helfen müsse.<sup>433</sup> Daß die OUN die Osnova-Feierlichkeiten dominierte, war vielsagend: Hatte sich die Osnova ihrerseits doch zum Dachverband der meisten ukrainischen Studentenverbindungen in Danzig entwickelt.

Die Unterscheidung zwischen »Preußen« und den Nationalsozialisten gehörte zur in Polen gängigen Interpretation der politischen Umschwung von 1933, bei dem das Schreckensbild »Preußen« von dem »polenfreundlicheren« katholisch-süddeutsch-

<sup>431</sup> »V korotkim časi bude vijna z nimecjamy, j ukraïncy musjat' buty hotovi, a Hitler pomože« (Wiedergabe nach dem polnischen Zitat); Urząd Wojewódzki Tarnopol an Poln. Innenministerium, 15. 3. 1933, Archiwum Państwowe Lublin (APL), Urząd Wojewódzki Lubelski (UWL), Wydział Społeczno-Polityczny (WSP), Bd. 432, Bl. 86.

<sup>432</sup> Poln. Gesandter in Berlin (Wysocki) an Poln. Außenministerium, 30. 3. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 26-29.

<sup>433</sup> Polnischer Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 30. 3. 1933, Archiwum Państwowe Gdańsk, Komisarz Generalny RP 926, Bl. 83, nach Piotr Fedusio, »Ukraińcy studenci na Politechnice Gdańskiej w latach 1920-1939«, in: Tadeusz Stegner (Hg.), Polska – Ukraina. Ludzie pojednania. Ukraińcy na Pomorzu w XX wieku. Gdańsk 2002, S. 123/147, hier S. 131/132.

österreichischen Element abgelöst worden sei. Wysocki hatte dies nur für die Ukrainer konkretisiert. Daß er – obwohl Jary selber ein »Alter« war – einen Generationenwechsel ausmachte, belegt, daß er wohl Jarys neuesten Text<sup>434</sup> gelesen hatte. Die Nationalsozialisten hatten nicht die Kontrolle der OUN und ihrer Publikationen übernommen, aber man konnte eine Anpassung Jarys und seiner Mitstreiter an die nationalsozialistische Politik erkennen, wie sie auch viele Deutsche ohne Zwang in der Hoffnung auf entsprechende Honorierung vollzogen. Diese »Märzgefallenen« der OUN trafen jedoch nicht auf deutsche Akzeptanz.

Polnische Stellen verbreiteten auch andere unzutreffende Behauptungen. So meinte das polnische Außenministerium, Deutschland verstärke die Finanzierung des UWI und in der Reichswehr gebe es Pläne, ukrainische Kontraktoffiziere aufzunehmen.<sup>435</sup> Beides stimmte nicht. Švahuljak schrieb wie zuvor Roos und Troščynskyj auf der Basis eines polnischen Berichts von einer »geheimen« Konferenz in München vom 20.-25. März 1933, an der »wahrscheinlich« Rosenberg und Poltaveč teilgenommen hätten und wo neben der Schaffung einer ukrainischen Propaganda-Agentur und dem Ausbau des UWI der Vorschlag des Hindenburg-Sohns Otto besprochen worden sein soll, die Gruppen von Skoropadskyj und Poltaveč zu einem »Ukrainischen Nationalkomitee« zusammenzuführen. Die OUN habe man ignoriert, nach anderen Versionen soll Konovaléc eine Teilnahme abgelehnt oder auch teilgenommen haben.<sup>436</sup> Was immer das für eine Sitzung gewesen sein mag (wenn sie überhaupt stattfand), es lassen sich keinerlei Folgen erkennen. Der polnische Bericht paßte aber zu der brodelnden Gerüchteküche. Ähnlich vage waren die Hinweise auf eine angebliche Beratung italienischer und deutscher »Faschisten« in Locarno im Frühjahr 1933. Auch daran sollen Rosenberg, Konovaléc und Poltaveč teilgenommen haben, auch dies war vermutlich eine sowjetische Konstruktion.<sup>437</sup>

Im Laufe des Jahres verbesserte sich die Wahrnehmung des polnischen Gesandten. Ende Juni schrieb Wysocki, Rosenberg kenne Skoropadskyj seit dem Kongress russischer Monarchisten von 1921 (was möglich, aber wenig bedeutsam war), und man habe den Het'man anlässlich seines 60. Geburtstags mit Ehrungen überschüttet. Er vermerkte, die Nationalsozialisten würden die verschiedenen Fraktionen gern »gleichschalten«, gingen jedoch sehr vorsichtig vor.<sup>438</sup> Die anfängliche Erwartung, daß unter den Nationalsozialisten Skoropadskyj in den Hintergrund treten würde, erfüllte sich jedenfalls nicht. Im August 1933 registrierte Warschau, daß der Het'man durch die

<sup>434</sup> Riko Jary, »Ukraine von gestern und heute«, Ukraine. H. 1/2 (Januar/Februar 1933), S. 5-17.

<sup>435</sup> Rundschreiben des poln. Außenministerium, 12. 5. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 42-44.

<sup>436</sup> Vgl. Hans Roos, Polen und Europa. Tübingen 1957, S. 94; Mychajlo Švahuljak, »Ukraïnska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-č rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'. L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 324-325; Diese Berichte stützten sich angeblich auf geheime Informationscommuniqués des polnischen Innenministeriums, die aus verdeckten Quellen gespeist zusammengestellt wurden. Roos hielt sie für Belege einer »erstaunlich gute[n] Unterrichtung des polnischen Innenministeriums« (Roos, Polen, S. 90). Sie sind jedoch mit Vorsicht einzusetzen. Nach Troščynskyj soll Konovaléc an dieser Beratung teilgenommen haben und sogar von der Abwehr zum Leiter einer zwischenparteilichen Vereinigung vorgeschlagen worden sein (Vgl. Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 83). Auch dies scheint reine Phantasie zu sein.

<sup>437</sup> Ebd., S. 101.

<sup>438</sup> Wysocki an Poln. Außenministerium, 30. 6. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 45-46.

Nationalsozialisten immer stärker gefördert werde, während sich das Verhältnis gegenüber der OUN abkühle.<sup>439</sup>

Wenn sich also auch in der OUN Hoffnungen auf die Nationalsozialisten nachweisen ließen, so war die Haltung doch ambivalent. Vom 3. bis zum 6. Juni 1933 fand in Berlin eine OUN-Konferenz statt, die sich mit den veränderten Bedingungen in Deutschland auseinandersetzte. Noch (oder wieder) hatte man die Unterstützung der Reichswehr und wurde von ihr finanziert. Aber die ersten OUN-Versuche, von den neuen Verhältnissen zu profitieren, waren gescheitert. Hitlers »Friedensrede« vom Mai 1933 entsprach nicht den Wünschen der eher an Krieg interessierten Emigranten. Also kam es zu Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern des PUN. Für eine engere Anbindung an die Nationalsozialisten waren diejenigen, die ideologisch motiviert waren bzw. schon zuvor im italienischen Faschismus Vorbildansätze gefunden hatten, also Andrijevskyj und Sciborskyj.<sup>440</sup> Weitaus vorsichtiger äußerte sich Konovaléc selber, der – wenn man den Angaben des Konferenzteilnehmers Vrećona folgt, vor einer »einseitigen Orientierung« warnte:

»Jevhen Konovaléc sprach sich gegen die Aufnahme von Verbindungen mit der Hitleranhängern aus und begründete seine Haltung mit der negativen Einstellung der nationalsozialistischen Partei gegenüber allen Völkern Osteuropas – zu den Slaven im allgemeinen und den Ukrainern im besonderen. Hitler suche in Osteuropa keine Verbündeten, sondern Lebensraum für sein Volk,«

soll der OUN-Vorsitzende weitsichtig erklärt haben. Dem Vorschlag Banderas, auch die Tschechoslowakei als Okkupationsmacht anzusehen und gegen sie den Kampf aufzunehmen, habe sich Konovaléc widersetzt: Es sei »unvernünftig, an allen Fronten Krieg zu führen«. Während gegen Polen und die UdSSR der Kampf fortgesetzt werden sollte, wollte Konovaléc die Probleme mit der Tschechoslowakei und Rumänien auf dem Verhandlungswege lösen.<sup>441</sup>

<sup>439</sup> Ostabteilung des Poln. Außenministeriums, Schaetzel, an Poln. Gesandten Berlin, 12. 8. 1933, ebd., Bl. 50.

<sup>440</sup> Dafür, daß es tatsächlich zu einer harten Auseinandersetzung kam, spricht, daß Mirčuk in seiner Übersicht zwar die Konferenz kurz erwähnte, aber, entgegen seiner üblichen Praxis, den Bericht auf nichtssagende Tagesordnungspunkte beschränkte. Da Mirčuk den Anschein zu erwecken suchte, ideologisch habe es keine Berührungspunkte zwischen OUN, Faschismus und Nationalsozialismus gegeben, ist sein zurückhaltender Duktus folgerichtig. Als Teilnehmer nannte Mirčuk Konovaléc, Sciborskyj, Senyk, Suško, Kapustjanskyj, Andrijevskyj, Kurmanovyč, Demčuk, Gabrusevyč und Seleško für den PUN, Kordjuk, Bandera, Janiv, Stečko, Ivan Maljuca und M. Turčmanovyč für die Landesexekutive, daneben Revjuk aus Litauen, Fedyna aus Danzig und Vrećona, Čučman und Ol. Sokil (Mirčuk, Narys, S. 322-323).

<sup>441</sup> Jevhen Vrećona, »Moï zustriči z polkovnykom«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 466-481, hier S. 476-477. – Der OUN-B-Historiker Volodymyr Kosyk bemühte sich gar, Konovaléc über Zitate aus einem Schriftsatz Schickedanz' zu einem NS-Gegner zu stilisieren. Schickedanz agitierte darin tatsächlich Anfang 1938 gegen Konovaléc, jener habe trotz der Avancen, die die Nationalsozialisten den Ukrainern gemacht hätten, Deutschland verlassen und unter den Ukrainern eine gegen Deutschland gerichtete Agitation begonnen (A. Schickedanz, Memorandum, 21. 2. 1938, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 174-177, in Wolodymyr Kosyk, The Third Reich and Ukraine, New York 1993, S. 34-35, 464-466, auch abgedruckt in Wolodymyr Kosyk, Das Dritte Reich und die ukrainische Frage. München [1986], S. 39-41). Dabei spielte eine Rolle, daß das ApA zu Skoropadskyj hielt, ihm die Dominanz in der Vertrauensstelle zuschanzen wollte und

Die Interpretation dieser Kontroverse als Beginn des Zerfalls der OUN in die beiden Fraktionen wäre verführerisch, aber unrichtig. Es ging um Taktik. Zwar schien Konovaléc einerseits sicher, daß die Partei ihre in »Mein Kampf« formulierten Lebensraum-Träume verwirklichen wolle, wenn sich dazu die Gelegenheit bieten sollte, in der Gegenwart galten aber für ihn andere Maximen:

»In der jetzigen Situation kann man nur versuchen, Kontakte mit der national-sozialistischen Partei auf der persönlichen, privaten Ebene zu knüpfen. In diesem Sinne ist der Oberst [Konovaléc] mit Versuchen dieser Art einverstanden, aber nicht mit mehr. In der Politik sei jede einseitige Orientierung unheilvoll. [...] [Dabei] dürfe man nicht vergessen, daß der Nationalsozialismus nicht viele Freunde in der Welt habe und die Verbindung des ukrainischen Nationalismus mit dem deutschen Nationalsozialismus unabänderlich zu unserer Isolierung führen und uns praktisch alle Wege zu ausländischen verantwortlichen politischen Kreisen verschließen würde.«<sup>442</sup>

Von ideologischen Differenzen war nicht die Rede, viel jedoch von politischem Pragmatismus und Handlungsspielräumen. Kontakte zu Nationalsozialisten wurden nicht abgelehnt: Sie sollten nur »persönlich« gestaltet werden, was immer man darunter verstehen mochte. Und mit den Nationalsozialisten gab es Berührungspunkte, weil sie so unbeliebt waren, nicht aus inhaltlichen Erwägungen.

Nach Mirčuk faßte man auf der Berliner Konferenz der Beschluß, ein Attentat auf den sowjetischen Vizekonsul in Lemberg als Reaktion auf die durch die Kollektivierungskampagne bewirkte Hungerkatastrophe in der Ukraine durchzuführen. Als der Mathematikstudent Mykola Lemyk (1914-1941) am 21. Oktober 1933 statt des Konsuls den NKVD-Abgesandten Majlov erschoss, war er vorher von Bandera und Šuchevyč ausgewählt und instruiert worden. Die sowjetische wie die polnische Presse hielt den Mord, zu dem sich der Attentäter bekannte und der vor einem Schnellgericht verhandelt wurde, für von NS-Deutschland, vor allem von Rosenberg, inspiriert und finanziert.<sup>443</sup> Da die OUN wieder Reichswehr-Gelder erhielt,<sup>444</sup> war letzteres technisch korrekt. Die Interpretation war dennoch falsch: Die Reichswehr kooperierte bis 1933 mit der Roten Armee, und die politische Führung war an Komplikationen in Osteuropa nicht interessiert. Hier hatte die OUN autonom gehandelt – vielleicht um tatsächlich ein Zeichen gegen den sowjetischen Hungermord zu setzen und sich dabei nebenbei von dem Verdacht der Sowjetophilie zu befreien, aber wohl auch, um sich den antisowjetischen Nationalsozialisten anzudienen. Da nahezu zeitgleich die deutsche politische Entscheidung fiel, das Band zur OUN wieder zu lösen, kann nur spekuliert werden, ob der unkontrollierte antisowjetische Terrorakt zu diesem Entschluß beigetragen hat. Wie naiv die OUN war, erkennt man an der Auf-

---

der Antisemit Schickedanz kritisierte, daß Jary, Sciborskyj und Kapustjanskyj jüdische Frauen hätten.

<sup>442</sup> Jevhen Vrećona, »Moï zustriči«, S. 477.

<sup>443</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 337-347. Ein weiteres »antisowjetisches« Attentat richtete sich gegen die Redaktion der Zeitschrift »Pracja« am 12. Mai 1934, geplant aber nicht durchgeführt wurde ein Anschlag auf Antin Krušel'nyčkyj, den Redakteur von »Novi Šljachy«. Bandera bekannte sich vor Gericht dazu, den Auftrag dazu erteilt zu haben (ebd., S. 349-350). Vgl. Zamlynskyj, *Šljach*, S. 31-32.

<sup>444</sup> Möglicherweise steht damit auch der Beschluß im Zusammenhang, keine Geldbeschaffungsüberfälle mehr zu unternehmen (Vgl. Wysocki, *Organizacija*, S. 248-249).



bereitung dieser Tat in der Parteipresse: Die OUN sei »schon so stark«, hieß es da, daß »ihr der Kampf gegen Warschau zu wenig sei, sie holt schon gegen Moskau aus«. Und »noch ein paar solcher Schüsse, und in der Ukraine wird es schwierig für die Russen«. <sup>445</sup>

Die Ablehnung der institutionellen Anbindung an die Nationalsozialisten sollte nicht als grundsätzliche Kritik an der NS-Ideologie gedeutet werden, auch wenn Konovalč nach Vrečona die politischen Ziele der NS-Bewegung in Osteuropa ernst nahm. Kentij warnte davor, den ideologischen Faktor gegenüber einem taktischen überzubewerten:

»Es gibt allen Grund festzustellen, daß die führenden Personen der OUN, mochten sie dem Nazi-Regime auch kritisch gegenüberstehen, möglicherweise ehrlich nicht an seine Langlebigkeit glaubten, und daher weiterhin tief überzeugt waren, daß das Schicksal der Ukraine, ihre Zukunft, in vielem von der Haltung Deutschlands, des mächtigsten europäischen Staates, abhängen würde.« <sup>446</sup>

Diese Interpretation folgt dem Gesamtbild der Politik ukrainischer Nationalisten. Man wollte sich mit allen deutschen Regierungen gut stellen und nichts durch die Bindung an die NSDAP verderben. Nur war dies kein prinzipieller Gegensatz. Vielen OUN-Funktionären erschien das national-autoritäre Regime Hitlers verwandter als die mit der Sowjetunion kooperierenden Regierungen der Weimarer Republik. Die Kontroverse zwischen Konovalč und dem übrigen PUN dokumentierte, daß eine der Fragen lautete: Wie ernst sollte man die politischen Ziele seines Verbündeten nehmen? Die meisten exilukrainischen Politiker nahmen sie, den Setzungen Doncovs folgend, nicht ernst und suchten nach Gründen, um deren Vernachlässigung zu rechtfertigen und mit Nationalsozialisten kooperieren zu können.

Dies war kein OUN-endemisches Phänomen. Aus Österreich ließ sich Mykola Zaliznjak vernehmen: Der einstige Sozialrevolutionär, Militärkonfident und Vasyl'ko-Vertraute witterte wieder neue Chancen. Er hoffte, daß die »erwachende deutsche Nation« großes Interesse an den Bestrebungen des ukrainischen Volkes haben würde und wünschte letzterem, es möge auch »einen solchen Führer finden«. Brest-Litovsk hielt Zaliznjak weiterhin für einen ehrenvollen Frieden, den das »Versailler Diktat« und der schmachvolle UNR-Vertrag mit dem »historischen Feind Polen« zerstört hätten. Und weil er sich selber in Position setzen wollte, mußte er seine Konkurrenten heruntermachen: Skoropadskýj sei ein »Fehlgriff« gewesen (»Wäre Skoropadskýj nicht gewesen, wären wir heute frei!«), Riko Jary – und damit die OUN – wirke »auf ernste politische Persönlichkeiten und Kreise abstoßend und lächerlich«. Natürlich fehlte nicht der Vorwurf, die OUN/UVO habe sowjetisches Geld erhalten und auch der antisemitischen Politik in Deutschland fühlte sich Zaliznjak verbunden. Versailles habe die ukrainische Staatlichkeit zerstört: »Hauptsächlich unsere Juden waren es, die dazu beigetragen haben.« Eine Allianz mit Deutschland gegen Polen und die Sowjetunion stütze sich auf die Feststellung: »Diese Gefahr besteht heute auch für das Deutsche Reich«. Daß mit dem Hinweis auf eine »nationale Revolution zwischen Karpathen und Hindukusch«, mit dem Angebot des »ukrainisch-kaukasisch-turkestanische[n]

<sup>445</sup> »Stril OUN v Moskvu«, *Ukraińskij Nacionalist* H. 2-3, Oktober-November 1933, S. 4-6, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 49-50.

<sup>446</sup> Ebd., S. 76.

Säbel[s]« und der Ankündigung einer »letzte[n] Abrechnung mit Rußland und Polen, was bestimmt Deutschland und seinen Verbündeten gewisse Dienste leistet«, nahezu wörtlich Wendungen aus der Poltaveč-Denkschrift auftauchten, läßt auf eine Verbindung zwischen den beiden Männern schließen. Möglicherweise war Zaliznjak einer der Empfänger der Poltaveč-Denkschrift, vielleicht hatte aber Poltaveč auch Anleihen bei dem schon 1914 recht phantasievollen Zaliznjak genommen.<sup>447</sup>

Eine weitere Reaktion auf die deutschen Ereignisse war in Polen erkennbar. Dmytro Paliiv verließ 1933 das UNDO und gründete eine eigene Partei, die Front Nationaler Einheit (Front Nacional'noï Jednosti – FNJe).<sup>448</sup> Im Unterschied zur OUN, von deren ideologischer Ausrichtung sich Paliiv kaum unterschied (vor der UNDO-Zeit hatte er schließlich mit Doncov kooperiert), strebte er nach deutschem Vorbild, das er auch in Äußerlichkeiten seiner Gruppe nachahmte, Legalität an. Die geringe Bedeutung, die er erwarb, gestattet es, seine Partei – wie dies die meisten Autoren tun – zu übergehen, nicht zuletzt, weil die innerpolnischen und innerukrainischen Themen nicht Gegenstand dieser Publikation sind. Aber das Vorbild Deutschland wirkte sich dennoch aus: Paliiv soll ausdrücklich den »offiziellen Faschismus« Italiens und die Parteitruppen »Hitlerdeutschlands« als Vorbilder genannt haben. Im August 1933 erklärte sein Blatt, man beteilige sich nicht an der Kritik an Hitler, weil dieser die KPD vernichtet hätte – man sei nicht »germanophil«, aber auch nicht hitlerfeindlich.<sup>449</sup> Nach dem Beginn des Krieges wurde Paliiv zu einem der aktivsten Kollaborateure der Deutschen (zuletzt in der Division Galizien).<sup>450</sup>

Es gab unter den Emigranten aber auch Stimmen, die den Nationalsozialismus für wenig hilfreich hielten. Petro Koževnykiv, der nach seinem Bruch mit der OUN als Berliner Korrespondent des *Dilo* fungierte, ließ sich aus Paris vernehmen, daß die Hoffnungen der ukrainischen Separatisten auf Erfolg durch Hitlers Machtantritt zwar gewachsen, jedoch unbegründet seien. Koževnykiv erklärte, er selber stehe dem Nationalsozialismus nahe, kritisierte aber, daß die Nationalsozialisten kein ukrainisches Konzept besäßen. Die Position Rosenbergs habe sich nicht durchgesetzt, und Deutschland werde wohl seine traditionelle rußlandfreundliche Politik fortsetzen.<sup>451</sup>

### c) Die Het'man-Gruppe

In Großbritannien engagierte sich Volodymyr Korostoveč (1888-1953), der Parteigänger Skoropadskyjs, für eine deutsch-britische Allianz zugunsten der Ukrainer. 1932 war er nach London umgezogen, gab den *Investigator* heraus und schien über große

<sup>447</sup> Vortrag Mykola Zaliznjak, Wien, 12. 5. 1933, ZStA DDR, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), Bd. 1057/1, Bl. 37.

<sup>448</sup> Formal schloß UNDO Paliiv aus und sprach sich am 6. 2. 1934 im Sejm für die Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung aus (Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 203).

<sup>449</sup> *Novyj Čas*, 14. 8. 1933, nach Zamlynskyj, *Šljach*, S. 23-24. Allerdings stammen diese Zitate aus der sowjetischen Historiographie und sind mit Vorsicht zu behandeln. Vgl. auch Troščynskyj, *Najman-ci fašyzmu*, S. 50-51. Eigene Forschungen zu Paliiv hat der Vf. nicht unternommen.

<sup>450</sup> Eine Biographie Paliivs ist ein Desiderat der Forschung; es ist zu hoffen, daß Ray Brandon seine unterbrochene Arbeit daran fortsetzen wird.

<sup>451</sup> Russischer Lektorsatsbericht, 5. 4. 1933, PAAA, *Politik 2 Ukraine, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland*, Bd. 2.

Geldbeträge zu verfügen, die nach Ansicht der polnischen Diplomaten von Skoropadskyj und der deutschen Regierung stammten.<sup>452</sup> Er schuf damit ein Gegengewicht zum der UNR nahestehenden Ukrainischen Büro, das 1931 der vermögende amerikanische Ukrainer Jakiv Makohin (1880-1956) gegründet hatte und das von dem Historiker und Soziologen Volodymyr Kysilevskyj (1896-1976) geleitet wurde. Beide Einrichtungen bekämpften einander.<sup>453</sup> Skoropadskyj pries in seinem *Bulletin den Investigator*, ohne Korostovec zu erwähnen, als Produkt »einer Gruppe von Engländern, die sich das Ziel des Kampfes gegen den Bolschewismus gestellt haben und die glauben, daß das beste Mittel zur Bekämpfung der roten Henker die Unterstützung der staatsbildenden ukrainischen Kräfte sei, die unter der Führung des Hochwohlgeborenen Herrn Het'mans Pavlo Skoropadskyj danach streben, die Ukraine vom Roten Moskau [Rußland] loszureißen und einen Souveränen Ukrainischen Het'manstaat zu schaffen.«<sup>454</sup>

Die Nationalsozialisten waren daran nicht uninteressiert. Die Gestapo gab zwar vor, nicht zu wissen, woher Korostovecs Geldmittel stammten, sie attestierte ihm jedoch »allerengste Beziehungen zur englischen Regierung« und einen Einsatz für ein nationalsozialistisch-britisches Zusammengehen, das auch im Interesse des Het'mans liege. In diesem Sinne arbeite er mit dem britischen Geheimdienst und den deutschen Parteistellen um Rosenberg zusammen. Die Gestapo bezog sich dabei auf die polnische und exilrussische Presse; aus den NSDAP-Akten geht nichts Derartiges hervor.<sup>455</sup>

Die britische Verbindung erschien Rosenberg weiterhin interessant. Hatte die Het'man-Gruppe dadurch Vorteile beim ApA? Rosenberg soll jedenfalls bei seiner Reise nach London im Mai 1933 mit Korostovec zusammengetroffen sein, der über den ehemaligen Chef der britischen Naval Intelligence und konservativen Abgeordneten Admiral Sir William Reginald Hall (1870-1943) die deutsche Ostpolitik zu unterstützen versprach. Das Vorhaben erwies sich als Fehlgeburt, da es nie gelang, mehr

<sup>452</sup> Angeblich soll Korostovec eine »moralische« Fürsorge der deutschen Regierung« zugegeben haben. Vgl. Polnische Botschaft London an Poln. Außenministerium, 30. 11. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 58-59.

<sup>453</sup> Vgl. Symon Narižnyj, *Ukraińska Emigracija (II)*. Kyiv 1999, S. 128; vgl. Jevhen Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovalc u Ženevi«, S. 725. Makohins Position ist ein Musterbeispiel für die im ukrainischen Emigrantenmilieu umlaufenden Gerüchte. Da die Herkunft seiner Mittel unbekannt war, wurde Makohin aller möglichen Verbindungen bezichtigt. Nachdem er 1930 Unterlagen über die »Pazifizierungen« gesammelt hatte, wurde er trotz seiner UNR-Verbindung aus Polen ausgewiesen. Nun verdächtigte ihn der polnische Geheimdienst der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (er hatte angeblich Kontakte zur sowjetischen Vertretung in Paris), später dann der mit Organen NS-Deutschlands. Daneben soll er Kontakte mit Konovalc unterhalten haben und mit Oleksander Sevrjuk, der den westlichen Geheimdiensten damals als Sowjetagent galt, was wieder scheinbar die sowjetische Ausrichtung Makohins bestätigte. Sein Geld sollte angeblich aus deutschen Quellen stammen und für Petljura (!) bestimmt gewesen sein; er habe es jedoch unterschlagen (Vgl. Andrzej Zięba, »Jacob Makohin i jego Ukraińskie Biuro Prasowe (1931-1939)«, *Biuletyn Informacyjny Południowo-Wschodniego Instytutu Naukowego*, 1995, Nr. 1, S. 65-68; Andrzej Peplowski, *Wywiad polski na ZSRR 1921-1939*. Warszawa 1996, S. 246-247; Potocki, *Polityka państwa polskiego*, S. 94).

<sup>454</sup> »Ščo zrobyv »Investygcjtor« dlja ukraińskoï spravy«, *Bjuleteń Het'manskoï Upravy*, Nr. 18, Oktober 1933, S. 10. – Die Inhaltsübersicht des *Investigator*, die das *Bulletin* seinen Lesern (Ebd., S. 12-14) vorstellte, enthielt nahezu ausschließlich auf die Ukraine bezogene Artikel im Sinne der Het'man-Politik.

<sup>455</sup> Gestapo an AA, 14. 12. 1933, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 216.

als drittklassige Pseudopolitiker dafür zu interessieren, und Rosenberg gab seine Pläne eines deutsch-britischen Bündnisses mit Skoropadskyjs Hilfe bald auf, ohne die Unterstützung für den Het'man jedoch einzustellen. Der behielt dadurch nominell die Schirmherrschaft über das UWI.

Die Frage nach Skoropadskyjs Verhältnis zu den Nationalsozialisten ist nicht ganz einfach zu beantworten. Während in den meisten Anhängertexten Skoropadskyj als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet wurde, ist dies sicher verkürzt. Seine jüngste Tochter schrieb in seinen Memoiren, er habe den Nationalsozialismus für eine vorübergehende Erscheinung gehalten und sei ihm gegenüber skeptisch gewesen.<sup>456</sup> Das ist schon deswegen glaubhaft, weil hier eben keine fundamentale Gegnerschaft postuliert wird, sondern eine Indifferenz, die die Dynamik der Bewegung anfangs gar nicht wahrnahm. Auch sonst folgen die Berichte Olenas einer konsistenten Linie:

»Vieles bei den Nationalsozialisten akzeptierte er nicht, aber sie waren gegen den Bolschewismus, und deshalb glaubte er, daß es auch unter dem neuen Regime anständige Leute geben würde, mit welchen man zum Wohle der Ukraine zusammenarbeiten können werde. Wir sollten gegenüber Deutschland loyal sein, aber in erster Linie immer ukrainische Positionen einnehmen und unserem Gewissen entsprechend handeln.«<sup>457</sup>

Das war ein Heraushalten, keine Gegnerschaft. Und ob nun die einzige Reaktion auf die Ermordung des mit dem Het'man befreundeten ehemaligen Reichskanzlers Kurt von Schleicher eine Pause beim Schreiben von Tagebüchern war, ob er nun seinen jüdischen Arzt unterstützte, oder sich bei der Gestapo für einen verhafteten jüdischen Nachbarn einsetzte,<sup>458</sup> für Skoropadskyj waren bei allen menschlichen Regungen die politischen Ziele ausschlaggebend. Und bei denen gab es für ihn keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.

## 9. DER KAMPF UM DAS UWI

Bei der Frage nach der Rolle des UWI unter den veränderten politischen Umständen traten die Rivalitäten der verschiedenen ukrainischen Organisationen und ihre Haltungen gegenüber den Nationalsozialisten deutlich zutage. Kumke sah in Schreiben des deutschen Sejm-Abgeordneten Kurt Graebe an Innenminister Göring und Außenminister von Neurath den Beginn eines Kampfes um das UWI. Graebe polemisierte gegen Skoropadskyj, dem er (zu Unrecht) pro-polnische Sympathien unterstellte. Er schlug vor, dem Het'man das Institut zu entziehen und die anti-polnische OUN in die UWI-Führung einzubinden. Riko Jary wird die Initiative des NS-freundlichen Graebe gekannt haben, der die OUN-Mitglieder als »ukrainische Nationalsozialisten«

<sup>456</sup> Ott-Skoropadska, *Ostannja z rodu*, S. 79.

<sup>457</sup> Ebd., S. 83. – Sehr ehrlich gibt Olena zu, daß sie selber Gefahr gelaufen wäre, die Ideale der Nationalsozialisten anzunehmen, wenn ihr Vater sie mit den angeführten Worten nicht auf ukrainische Positionen zurückgeführt hätte (Ebd.).

<sup>458</sup> Vgl. ebd., S. 84-87.

beschrieb.<sup>459</sup> Graebes Initiative verfehlte ihr Ziel, weil die Nationalsozialisten sich im Frühjahr 1933 anschickten, ihre Polenpolitik zu revidieren. Mit seiner »Friedensrede« vom 17. Mai 1933 distanzierte sich Hitler von der Politik der Weimarer Republik und schlug den Weg zu einem Nichtangriffspakt mit Polen ein. Polenfeindlichkeit war also kein schlagkräftiges Argument mehr. Standen aber die OUN-Leute den Nationalsozialisten näher als die Het'man-Gruppe? Die Ereignisse um das UWI gestatten dazu eine Aussage.

Nicht ganz zutreffend ist die Aussage Kumkes, am 9. Mai 1933 habe eine Kuratoriumssitzung des UWI stattgefunden.<sup>460</sup> Richtig ist vielmehr, daß der Ex-Diplomat und Chefredakteur von »Unser Wille und Weg«, der Zeitschrift der Reichspropagandaleitung der NSDAP, Johann von Leers (1902-1963) in Abstimmung mit dem Ministerialrat des Ministeriums für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung (WKV) Johann Daniel Achelis (1898-1963) auf Veranlassung von Riko Jary dem ukrainischen stellvertretenden Kuratoriumsvorsitzenden Oleksander Skoropys-Joltuchovskýj am 8. Mai mittags eine Aufforderung zustellen ließ, für den kommenden Tag um 10.30 Uhr eine Kuratoriumssitzung einzuberufen. Skoropys blieb aber untätig. Am 9. Mai erschien von Leers mit Riko Jary im Institut. Ob er in Begleitung »einer offenbar stattlichen Anzahl von Gefolgsleuten« (Kumke) erschien, geht aus dem Brief Skoropys' an von Leers nicht hervor.<sup>461</sup> Also nicht auf einer Kuratoriumssitzung, sondern eher informell hat Riko Jary tatsächlich – durch die Autorität eines der intellektuellen Parteipropagandisten und des Wissenschaftsministeriums gedeckt – die Übergabe des Instituts an ihn als »Gleichschaltungsvorgang« verlangt. Im Institut trafen die Besucher das NSDAP-Mitglied Anton Palme und Skoropys an.<sup>462</sup>

Jary gab sich von Palme gegenüber als Kuratoriumsmitglied aus, was er jedoch nicht war. Von Leers, offenbar wenig mit dem Prozedere und der rechtlichen Situation vertraut, versuchte, Autorität aus der Finanzierung des UWI durch das WKV-Ministerium abzuleiten. Skoropys ließ sich darauf nicht ein. Folgt man seinem Schreiben, dann wurde Jary nicht nur nicht in das Kuratorium aufgenommen (hierüber gibt es auch nicht den geringsten Hinweis, außer das Jary sich auch so schon als Kuratoriumsmitglied aufgespielt hatte), sondern er will sowohl Jary als auch von Leers mehr

<sup>459</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 238-239.

<sup>460</sup> Vgl. ebd., S. 239.

<sup>461</sup> In einem 1934 verfaßten Bericht, der möglicherweise von Osyp Dumin stammt und offen gegen Jary gerichtet ist, heißt es, Jary habe 1933 versucht, »mit Hilfe von SA-Studenten, sich als Kommissar fürs Ukrainisch-Wissenschaftliche Institut einzusetzen« (»Bericht über die Verhältnisse in der »Ukrainischen Kampf-Organisation«, undat. [Juli 1934], BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 110-111, hier Bl. 111). Unmittelbar nach dem sog. Röhm-Putsch mag ein Hinweis auf die negativ konnotierte SA dem Verfasser besonders »wirksam« erschienen sein.

<sup>462</sup> Vgl. Skoropys an von Leers, 9. 5. 1933 (Kopie an das Außenpolitische Amt der NSDAP), BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 367-369; Groener an Skoropys, 15. 5. 1933, (Abschrift an das Außenpolitische Amt der NSDAP), ebd., Bl. 364-365. – Andere Personen wurden in keinem der Schreiben erwähnt. Groener, der in Bad Neuenahr weilte, wußte nur von einer »Besprechung«, beharrte auf der Einhaltung der Satzung und stellte im übrigen Skoropys die Vorgehensweise frei. Schickedanz spricht in diesem Zusammenhang ebenfalls von der Absicht der »Gleichschaltung«, vgl. Notiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 17.

oder weniger unsanft vor die Tür gesetzt haben.<sup>463</sup> Dafür holte er sich beim ApA Rückendeckung. Schickedanz hielt in seinem Bericht fest:

»Der Leiter des Instituts, ein Ukrainer, erschien in höchster Aufregung bei mir. Auf telefonischen Anruf teilte ich Pg. Dr. v. Leers mit, dass ich mit dieser Gleichschaltung nicht einverstanden wäre und dass es klüger wäre, das Institut bis auf Weiteres unangetastet bleiben[!] zu lassen und zwar, bis alle Stellen über die evtl. Veränderung einig geworden wären.«<sup>464</sup>

Mit den Nationalsozialisten hatte dies insofern etwas zu tun, als sich sowohl Jary als auch die Het'man-Seite von ihren NS-Verbindungen erhofften, die jeweils andere Gruppe auszubooten. Die neuen deutschen Referenten hatten von den Umständen wenig Ahnung und machten sich vielleicht deswegen zeitweise zu Gehilfen dieser Versuche.<sup>465</sup> Andererseits war die Regierung nicht mehr die wichtigste Instanz. Zu dieser war inzwischen die Partei geworden, und zur Berliner NSDAP hatten nicht etwa Poltaveć oder die OUN, sondern die Het'man-Anhänger die besten Verbindungen.

Skoropys hatte zunächst mit von Leers über die Arbeit des Instituts sprechen wollen, was von Leers – wohl den Einflüsterungen Jarys vertrauend – abgelehnt haben soll. Dafür warnte ihn nun Skoropys brieflich vor seinem schlechten Umgang: Er kenne die Arbeitsweise »des Herrn Jary und Genossen zur Genüge«. Die OUN versuche »sehr geschickt und glaubwürdig frisiert«, »den Direktor des Institutes und andere Mitglieder des Kuratoriums als Schädlinge der deutschen Sache« zu verleumdern. »Wenn Sie sich aber genauer Herrn Jary und das, was hinter seinen süßen Worten steckt, ansehen, werden Sie wahre Wunder erleben«, hieß es weiter.<sup>466</sup> Was mochte damit gemeint sein?

<sup>463</sup> Diese Schilderung ist glaubhaft, sonst hätte keinen Sinn gehabt, daß Skoropys von Leers noch am selben Tag schrieb: »Es tut mir unendlich leid, daß ich Ihnen heute gegen meinen Willen eine Unannehmlichkeit bereitet habe. [...] [I]ch bin sicher, daß Sie dann meine Schritte, die gute Sache vor solchen Leuten zu schützen, als gut heissen werden. Ich versichere Ihnen hiermit feierlichst, daß ich mich nicht gegen Ihre Person wandte, sondern gegen diese Leute, die sich hinter Ihrem Rücken versteckten. Sie können mir auch nicht vorwerfen, daß ich Ihre Autorität in jeder Hinsicht, soweit es eben bei der Sachlage möglich war, nicht vor Diskreditierung schützte. Daß trotzdem mein Verhalten Sie rein menschlich, ich wiederhole nochmals, gegen meinen Willen, gekränkt hat, verstehe ich vollständig[...] (Skoropys an von Leers, 9. 5. 1933 (Kopie an das Außenpolitische Amt der NSDAP), BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 367-369). – Der bereits erwähnte, möglicherweise von Osyp Dumin verfaßte Bericht gegen Jary aus dem Jahre 1934 enthält den Satz: »Hierbei ist v. Leers kompromittiert worden« (»Bericht über die Verhältnisse in der »Ukrainischen Kampf-Organisation«, undat. [Juli 1934], BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 110-111, hier S. 111; Hervorhebung im Original; FG).

<sup>464</sup> Aktennotiz Arno Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 18.

<sup>465</sup> Skoropys schilderte von Leers, das UWI sei »ein Privatbetrieb [...], welcher vom Auswärtigen Amt mit Rücksicht auf die von ihm verfolgten Ziele subventioniert wurde. Die Zuschüsse des Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung waren verhältnismäßig gering, sie betrugen anfangs 800 Mk. jährlich, 1931 500 RM und hörten im vorigen Jahre gänzlich auf. Wir sind selbstverständlich gerne bereit, die Wünsche des Kulturministeriums in weitgehendstem Maße zu berücksichtigen; andererseits aber wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß es sich in diesem Falle um eine ukrainische Angelegenheit handelt, über deren wirklichen Wert wir am besten orientiert sein müssen« (Skoropys an von Leers, 9. 5. 1933 [Kopie an das Außenpolitische Amt der NSDAP], BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 367).

<sup>466</sup> Ebd., Bl. 368.

Von allem, was Skoropys an von Leers schickte, ging eine Kopie an das ApA.<sup>467</sup> Die Kontakte zur Rosenberg-Stelle hatten sich nämlich inzwischen entwickelt. Kumke erwähnt nicht, daß Kuzelja und Mirčuk (vermutlich am 25. April 1933) gemeinsam zum ApA gegangen waren und daß sie Schickedanz die finanziellen Abhängigkeiten und Möglichkeiten des Instituts eingehend geschildert hatten.<sup>468</sup>

Der Hilferuf an das ApA am 9. Mai traf demnach auf vorbereitete Empfänger, die nun noch eingehender informiert werden wollten. Auf elf Seiten referierte also Skoropys am selben Tag die Geschichte des Instituts, seinen Personalstand und seine Aufgaben. Zu diesem Zeitpunkt gab es zwei Professuren, keinen Assistenten und 12 »Stipendiaten«, »von welchen einer Kanzleidienste verrichten muß«.<sup>469</sup> Angelegt war ein Exemplar der Satzung.

Den neuen politischen Stand demonstrierten mehrere Faktoren: Skoropys nannte als Zweck des UWI neben den wissenschaftlichen eindeutig politische »Ziele und Aufgaben«, die in der Satzung nicht enthalten waren. Dazu gehörten neben der »Förderung und Vertiefung der wissenschaftlichen Forschung« und der »Informierung der deutschen wissenschaftlichen Kreise« die »Übermittlung und Verbreitung der Errungenschaften deutscher Wissenschaft und Kultur in den ukrainischen wissenschaftlichen und kulturellen Kreisen«, die »geschichtliche Untersuchung und Darstellung der kulturellen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland und die Anbahnung derselben für die Zukunft«.<sup>470</sup>

Skoropys berichtete weiter, 1928 hätte die SPD über Josyp Bezpal'ko versucht, für ihre Parteigänger im Kuratorium ein Mitspracherecht zu erhalten, was von ihm vereitelt worden sei.<sup>471</sup> Da zu diesem Vorgang nirgendwo sonst Hinweise aufgetaucht sind, kann der Realitätswert dieser Nachricht nicht beurteilt werden. Diskursiv dürfte er jedoch insofern Bedeutung erlangt haben, als der Ex-Sozialist Skoropys so seine frühe Resistenz gegenüber den Parteien der »Systemzeit« dokumentierte. Und da der Verfasser sich selber die Verantwortung für die Verhinderung des SPD-Zugangs zuschrieb, kann darin der Versuch gesehen werden, sich beim neuen Regime beliebt zu machen.

An von Leers berichtete Skoropys am selben Tag, daß 1932 die Gründung einer »Zentralbibliothek für Ukrainekunde« erfolgt sei, man bereits über 20.000 Bände verfüge, jedoch die bis 1932 »regelmäßig zufließenden Dotationen« des AA seitdem ausgeblieben seien und man – gegen den Widerstands Max Vasmer – eine »Angliederung an das Orientalische Institut« der Berliner Universität plane.<sup>472</sup> In einem weiteren, an Schickedanz persönlich gerichteten Schreiben vom gleichen Tag beschrieb Skoropys seine Wünsche noch deutlicher. Er wandte sich dort gegen eine Ausweitung des Instituts und versprach dafür, bis 1936 »keine materielle Hilfe bean-

<sup>467</sup> Notizzettel Schickedanz, o. Datum [vermutlich auch 25. 4. 1933], BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 385.

<sup>468</sup> Der Besucherschein 528 für »Mirčuk und Kuzelja« kann nicht vom 25. 10. 1932 stammen, wie Kumke angibt, da er auf gedrucktem ApA-Papier ausgestellt wurde, das ApA jedoch erst am 1. 4. 1933 gegründet wurde. Dementsprechend dürfte er eher am 25. April 1933 ausgefertigt worden sein (BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 386).

<sup>469</sup> Skoropys-Joltuchovskij, »UWI«, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 371.

<sup>470</sup> Ebd.

<sup>471</sup> Skoropys und Bezpal'ko hatten im Ersten Weltkrieg gemeinsam ukrainische Gefangene betreut.

<sup>472</sup> Skoropys-Joltuchovskij an von Leers, 9.5.1933; Bericht über das UWI, undat., BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 367-379.

spruchen« zu wollen. Zum Zweck der »für beide Nationen ersprießlichen Arbeit des Instituts« verlangte er nur die »unbedingte Fernhaltung solcher Elemente [...] wie Jary, Tschutschmann u.a.« Er ergänzte dies mit der kryptischen Bemerkung: »[Z]ur restlosen Klarstellung wäre die Anforderung ihrer persönlichen Dokumente empfehlenswert«. Dieser Satz erhält seine besondere Note dadurch, daß Gerüchte umliefen, Riko Jary und seine Ehefrau seien Juden. Und Schickedanz war (wie von Leers) ausgewiesener Antisemit. Skoropys versuchte also, den Einfluß der OUN dadurch zurückzudrängen, daß er ihre Vertreter bei den Nationalsozialisten denunzierte. Dafür wollte er der NSDAP Einfluß verschaffen, indem er in das Kuratorium neben von Palme »noch einen einflussreichen [!] Mitglied der P[artei] zu benennen« bat. Und er biederte sich mit dem Zusatz an, das Institut verpflichte sich, Vorträge »für die NSDAP zu halten«.<sup>473</sup>

Skoropys, Mirčuk und Kuzelja hielten also nicht nur früh Verbindung zum ApA der NSDAP, sondern sie mobilisierten die Partei auch gegen ihre ukrainischen Rivalen. Sie waren im Unterschied zu Jary erfolgreich: Mirčuk blieb Direktor, die OUN zunächst ausgesperrt. Skoropadskyj selber meldete sich am 10. Mai bei dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers (1879-1962) und bat um einen Termin, da im UWI »urplötzlich eine Aktion eingeleitet« worden sei. Lammers empfing Skoropadskyj, der ihm das Geschehen vom Vortag schilderte und meinte, daß »gegen den Rücktritt General Gröner[s] vom Vorsitz im Kuratorium [...] seitens der interessierten ukrainischen Verbände unter den obwaltenden Verhältnissen nichts eingewendet« werde. Das war nicht nett – Groener hatte sich nun wirklich für den Het'man und sein Institut eingesetzt. Trotzdem fand Skoropadskyj für ihn, als er in Ungnade geriet, kein Wort der Verteidigung.

Man erkennt hier ein wenig, wie die Netzwerke aus dem Ersten Weltkrieg funktionierten: Es handelte sich dabei nicht so sehr um »menschliche« Beziehungen, sondern um einen temporären Gleichklang von Interessen – und Skoropadskyj hatte rasch gemerkt, daß er durch die Aufrechterhaltung der Beziehung zu Groener das Mißfallen der Nationalsozialisten erregen würde.

Allerdings wollte Skoropadskyj nicht, daß an Groeners Stelle »ein gewisser Herr Jary tritt, der es anscheinend verstanden hat, sich die Unterstützung der NSDAP zu verschaffen. Herr Jary sei ein übel beleumundeter[!] Mann, unbekannter Herkunft, von dem man wisse, dass er im Nachrichtendienst des Reichswehrministeriums in der Ukraine tätig gewesen sei. Ausserdem sei er Herausgeber der Osteuropäischen Korrespondenz, deren tendenziöser Inhalt sich nicht mit den Auffassungen der Berliner Ukrainischen Kolonie deckt.«<sup>474</sup>

Erfolgreich setzte Skoropadskyj die »Berliner Ukrainische Kolonie« mit der Hromada und seiner eigenen Richtung gleich. Ebenso erfolgreich, wie er Jary verleumdete, indem er geschickt mit einer bei den Nationalsozialisten anrühigen »unbekannten Herkunft« und dem Vorwurf operierte, Jary habe für die »Reichswehr« »in der Ukraine« spioniert; bei seinem Gegenüber dürfte dies als »Sowjetukraine« angekommen sein.

<sup>473</sup> Skoropys-Jolitučovskij an Schickedanz, 9. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 380-381.

<sup>474</sup> Skoropadskyj an Lammers, 10. 5. 1933; Vermerk Lammers, 10. 5. 1933, Lammers an Auswärtiges Amt, 13. 5. 1933, BAB, R431, Bd. 155, Bl. 154-155..



Vermutlich ist Skoropadskyj erst bei seinem erfolgreichen Lammers-Besuch darauf gekommen, daß er seine Dominanz über die theoretisch unparteiische Hromada absichern könnte. So wurde nach seiner Rückkehr aus der Reichskanzlei rasch ein Brief der *Ukrainśka Hromada v Berlini* (im Briefkopf stand »Ukrainische Gesellschaft in Deutschland e. V.«, im ovalen Stempel dagegen nur »Ukrainische Gesellschaft Berlin«) verfaßt und von (dem der OUN nahestehenden!) Pfarrer Verhun, der als Vorsitzender fungierte und dem Historiker Borys Krupnyćkyj (als Sekretär) unterschrieben.<sup>475</sup> Die Hromada sei die »Dachorganisation der in Deutschland wohnenden Ukrainer«, hieß es. Der Reichskanzlei gab man zu verstehen:

»Wir leben in der Zeit gewaltiger Veränderungen, eines mächtigen Aufschwunges und einer Wiedergeburt des grossen deutschen Volkes. Erfahrungsgemäss pflegen in solchen Zeiten verschiedene Individuen aufzutauchen, welche die vorhandene Konjunktur zu ihrem persönlichen Vorteil auszunutzen trachten; vor solchen Konjunkturjägern, Abenteurer[!], manchmal sogar Provokateuren ist keine Nation geschützt. Nachdem solche bedauerliche[!] Fälle ukrainischerseits bereits vorgekommen sind«, hielten die Absender »es für ihre Pflicht, vor solchen unberufenen Elementen ohne Rücksicht darauf, von welcher Partei und Organisation sie auch kommen mögen, zu warnen.«

Und man riet den Deutschen, »bei dem Vorstand der Gesellschaft sich Informationen einzuholen, falls sich jemand von ukrainischer Seite mit irgendwelchen Vorschlägen oder Forderungen an Sie wenden würde«.<sup>476</sup>

Nicht so sehr die Anmaßung, für alle deutschen Ukrainer zu sprechen und sich als »Hauptinformatior« den deutschen Stellen anzudienen, ist bemerkenswert – das hatten auch schon andere Gruppen versucht. Etwas anderes sticht hervor: Das Schreiben wurde auf den 8. Mai 1933 datiert, die Verfasser versuchten also zu suggerieren, es handle sich nicht etwa um eine Reaktion auf Jarys Übernahmeversuch, sondern um Prävention. Der Verweis auf frühere »bedauerliche Fälle« wurde nicht konkretisiert, mochte sich aber auf Poltaveć beziehen. Die Aktenlage sollte vortäuschen, die Hromada habe einen Tag ante factum die Deutschen vor den OUN-Ambitionen und Jary gewarnt. Der ziemlich plumpe Trick mißlang: Das Schreiben erhielt den Eingangsstempel vom 22. Mai und einen Vermerk »am 22/5 zum Büro gelangt«.<sup>477</sup>

Wie fügt sich die UWI-Auseinandersetzung in das allgemeine Bild ein?<sup>478</sup> Daß jemand, der sich wie Jary der Unterstützung des Wissenschaftsministeriums sicher wähnte, versuchte, die neue politische Konjunktur zu nutzen, um die Verfügungsgewalt über

<sup>475</sup> Erklärungsbedürftig wäre, warum Verhun, der mit der OUN-Spitze verkehrte, den Brief unterzeichnet hat. Es wäre durchaus möglich, daß er ihn als nur gegen Poltaveć gerichtet empfunden hat. Andererseits war der Brief so neutral gehalten, daß er auch für OUN-Mitglieder sprechen konnte. Und der Adressat wurde an den Vorstand der Hromada verwiesen, um sich zu informieren. Dagegen konnte Verhun auch nichts haben. Unsere Interpretation ergibt sich aus dem Zusammenhang des Briefes mit dem Besuch des Het'mans bei Lammers, wo die Hromada ausdrücklich zur Sprache gekommen war. Verhun konnte den Ablauf dieses Gesprächs nicht kennen.

<sup>476</sup> Ukrainische Gesellschaft in Deutschland an Reichskanzlei, datiert 8. 5. 1933, Eingang 22. 5. 1933, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 157-158.

<sup>477</sup> Ein gleichlautender Brief ging an das ApA, dort allerdings wurde er dort nicht als »verspätet eingegangen« gekennzeichnet (Ukrainische Gesellschaft, Berlin, an Außenpolitisches Amt der NSDAP, 8. 5. 1933, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 286-287).

<sup>478</sup> Nur am Rande sei vermerkt, daß Kućeruk das ganze Geschehen völlig unsinnig in den Mai 1934 verlegt und von einem kurzen Sieg Jarys ausgeht (Kućeruk, Ryko Jaryj, S. 74-75).

eine Institution an sich zu reißen, war nicht erstaunlich. Wohl aber, daß die Eindringlinge nicht erfolgreich waren: Anders als in deutschen Einrichtungen, wo die »Gleichschaltung« kaum einmal auf Widerstand traf, widersetzte sich hier die alte Führung einer Verdrängung oder auch nur der Kooptierung neuer Repräsentanten. Aber Vorsicht: Dieser Widerstand war nicht etwa Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Im Gegenteil meinten die bisherigen Institutsherren, daß die alte Führungsriege weitaus besser den Vorgaben der neuen Machthaber entsprach als die Usurpatoren.

Wissenschaftsministerium, Propagandaleitung, Reichskanzlei, Auswärtiges Amt und Abwehr mußten zur Kenntnis nehmen, daß die Skoropadskyj-Gruppe vom Außenpolitischen Amt der NSDAP geschützt wurde. Das blamable Scheitern der »Übernahme« des Instituts durch Jary rationalisierten die Verlierer mit der Macht des »Baltenskreises« um Rosenberg, dem der angeblich »antirussische[.] Kurs« Skoropadskyjs sympathischer sei als die OUN-Haltung gegen Polen.<sup>479</sup> Die Kontakte zwischen dem ApA und dem UWI entwickelten sich daraufhin nicht unbefriedigend. Im Juni 1933 schickte Kuzelja Rosenberg die erste ukrainischsprachige Nummer der *Ukrainischen Kulturberichte* (Ukraiński Kul'turni Visty). Kurz zuvor hatte das UWI begonnen, diese Zeitschrift in deutscher Sprache zu verbreiten.<sup>480</sup> Anfangs waren hierzu keine großen Geldmittel erforderlich: Die Hefte waren hektographiert und erschienen in einer Auflage von 200 (ukrainischen) bzw. 250 (deutschen) Exemplaren. Die ukrainischsprachige Version war »zur Information der ukrainischen Presse und der ukrainischen kulturellen und wissenschaftlichen Institute, Organisationen und Vereinigungen über das geistige, kulturelle und wirtschaftliche Leben Deutschlands bestimmt«.<sup>481</sup> Das UWI bot damit den Nationalsozialisten eine scheinbar unparteiisch-wissenschaftliche Konkurrenz zu den Jary-Publikationen an.

Das »Sondierungsgespräch« zwischen dem Wissenschaftsministerium, dem AA und der Reichswehr über das UWI im Juli 1933 interpretieren wir im Lichte dieser Entwicklungen etwas anders als Kumke. Während Kumke keinen Gegensatz zwischen den drei beteiligten Parteien ausmachte, meinen wir feststellen zu können, daß es Divergenzen gab. Das AA versuchte, sich als Zentralinstanz für Ukrainer-Kontakte zu etablieren. Für das Wissenschaftsministerium forderte der Ministerialbeamte Georg Gerullis (1888-1945) eine Ablösung der Skoropadskyj-Anhänger und eine stärkere Beteiligung der Berliner eher russophilen Slavisten, also eine Verwissenschaftlichung, an der dem AA nicht gelegen war. Der Reichswehr und dem AA lag dagegen an eigenem Einfluß, wofür sie eine Reduzierung des wissenschaftlichen Aspekts hinzunehmen bereit waren. Der Weg dahin war der Ersatz der geisteswissenschaftlichen Ausrichtung durch praxisbezogene Vorhaben. Selber konnten die Gesprächspartner dies jedoch nicht durchsetzen, da das ApA seine schützende Hand über das UWI zu halten schien. Daß damit jene »politischen Ziele« erreicht werden sollten, die das Wissenschaftsministerium mit Riko Jary bereits im Mai »eigentlich intendiert« hätte, wie Kumke schreibt, ist jedoch nicht klar erkennbar; im Mai ging es um Personalien (OUN-Eintritt) und die Mitwirkung des Wissenschaftsministeriums, die dieses aber auch im Juli nicht durchsetzen konnte.

<sup>479</sup> Vgl. Aufzeichnung von Bülow, 10. 7. 1933, zit. nach Kumke, »Institut«, S. 237-238.

<sup>480</sup> Ukrainische Kulturberichte des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts, Berlin 1 (1933) – 7 (1939).

<sup>481</sup> Kuziela [Kuzelja] an Rosenberg/Schickedanz, 13. 6. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 361-362.

Wenn also als Ergebnis des Juli-Gesprächs der Rücktritt des Kuratoriums und seine Ersetzung durch eine »rein kulturelle, apolitische und überparteiliche Leitung« gefordert wurden – und nichts geschah, dann waren eben weder die »Politisierung« im Sinne von Reichswehr/AA, noch die OUN-Übernahme oder eine skoropadskyjfeindliche Verwissenschaftlichung möglich und die Kontrahenten neutralisierten sich gegenseitig. Als Kumke hier auf die Lage im Jahre 1939 verwies, übersah er, daß 1939 eben die Verhältnisse wieder anders waren.<sup>482</sup> 1933 stellten sich Mirčuk und Kuzelja intelligent auf die neue Lage ein, indem sie die »politische Arbeit« als ein **zusätzliches** Standbein dem ApA, also der Partei, andienten. Das bedeutete nicht nur eine Anbindung an die Partei, sondern ermöglichte auch die Deutung, daß die von den anderen Instanzen geforderten Veränderungen bereits vollzogen seien. Hätten diese weiter insistiert, wären sie in einen Gegensatz zur Partei geraten. Daß aber Rosenberg und sein ApA in der im Aufbau befindlichen Parteistruktur bedeutungslos bleiben würden, war Mitte 1933 noch nicht voraussehbar. Der eindeutige »Verlierer« war das Wissenschaftsministerium, Reichswehr und AA konnten wenigstens den »politischen Bezug« registrieren.

Im August 1933 übersandte Mirčuk Schickedanz den Tätigkeitsbericht des UWI für die Jahre 1932/33. Darin differenzierte er zwischen den »allgemeinen Aufgaben des Institutes« (»Wissenschaftliche Forschungsarbeit«) und den »Anforderungen der Zeit« (»Wissenschaftliche Aufklärung und Information«).<sup>483</sup> Zu den ersteren gehörten Vorlesungen und Vorträge in der Berliner Universität. Als einziger Ausländer wurde dabei der Krakauer Geograph Volodymyr Kubijovyč (1900-1985) genannt, dessen Vortrag vom 3. November 1932 auch als etwas über 30 Seiten langer zweiter »Band« der Reihe *Beiträge zur Ukrainekunde* erscheinen sollte.<sup>484</sup> Eingestellt und ersetzt wurden die aufwendigeren »Abhandlungen« und die »Mitteilungen«. Krupnyčyj, Mirčuk und Kuzelja wurden mit wissenschaftlichen Vorhaben, Mirčuk mit Auslandsvorhaben (Oxford, Edmonton) angeführt. Die kritische Durchsicht von grundlegenden Werken und Schulbüchern auf die »richtige« Darstellung der ukrainischen Geschichte wurde im »wissenschaftlichen« Teil ausgewiesen.<sup>485</sup>

Dazu kamen »pädagogische Arbeit« (Stipendienvergabe) und »wissenschaftlich informative Arbeit«. Zur letzteren gehörten eine praxisorientierte »wissenschaftliche Auskunfts- und Beratungsstelle« und Beiträge zu Nachschlagewerken. Aber auch eine »Lesehalle« mit angeblich 150 ukrainischen Zeitungen und Zeitschriften sollte einen Multiplikationseffekt haben.<sup>486</sup> Nirgendwo findet sich etwas, was die sowjetische Behauptung rechtfertigen würde, am UWI sei im Sommer 1933 eine »spezielle Militär-Aufklärungs-Schule« entstanden.<sup>487</sup>

Das UWI präsentierte sich dem ApA als effizient, kostenbewußt und sowohl wissenschaftlich als auch multiplikatorisch aktiv. Aus der Sicht des ApA sollte es keinen

<sup>482</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S.239-240 (dort auch weiter die Lage erläuternde Zitate).

<sup>483</sup> »Tätigkeitsbericht des UWI in Berlin im Studienjahre 1932/33«, 10. 8. 1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 354-360, hier Bl. 354.

<sup>484</sup> Wladimir Kubijowytsch [Volodymyr Kubijovyč], Die Verteilung der Bevölkerung in der Ukraine. Berlin 1934 (= Beiträge zur Ukrainekunde, 2).

<sup>485</sup> »Tätigkeitsbericht des UWI in Berlin im Studienjahre 1932/33«, 10. 8. 1933, Bl. 355-358.

<sup>486</sup> Ebd., Bl. 358-360.

<sup>487</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 75. – Vermutlich ist diese Behauptung aus der späteren Arbeit an Militärwörterbüchern abgeleitet worden.

Grund geben, eine Ablösung des bisherigen Personals zu betreiben. Aber nicht alles war so rosig. So bat Georg Leibbrandt (1899-1982) Kuzelja im Frühjahr 1934, ihm eine Übersicht über die Haltung der ukrainischen Presse zum Nationalsozialismus vor und nach dem 30. Januar 1933 anzufertigen. Trotz mehrerer Mahnungen kam eine solche Übersicht nicht zustande, und man könnte auf den Gedanken verfallen, diese Zusammenstellung wäre so entlarvend geworden, daß es Kuzelja vorzog, den Auftrag zu »vergessen«. <sup>488</sup> Auf das Verhältnis zum ApA schien dies zunächst keinen Einfluß zu haben.

Kentij unternahm kürzlich eine waghalsige Interpretation der Übernahmeversuche Jarys. Ohne auf die Rivalitäten der deutschen Stellen einzugehen, leitete er aus Jarys Scheitern ab, »daß die OUN bei den höheren Machtelementen des Dritten Reiches keine Unterstützung« gehabt habe. <sup>489</sup> Er folgte dabei Andrijevskij, der zwar zuzugeben pflegte, der OUN sei es »dank gewissen deutschen Faktoren gelungen, technische Mittel, die zum aktiven Kampf auf den okkupierten Gebieten nötig waren, Ausbildung für Kämpfer und Verstecke für den Fall der Notwendigkeit« zu erlangen, dies jedoch auf die Weimarer Zeit zu begrenzen versuchte: »Und das dauerte bis zum Machtantritt Hitlers an.« <sup>490</sup>

Die Lage war komplexer. Tatsächlich wurde die NS-Unterstützung für die OUN erst Ende 1933 im Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Annäherung zurückgefahren. Und auch wenn die OUN-Leute manchen NS-Politikern nicht sympathisch waren, so genossen sie dennoch die oben angesprochene »technische Hilfe« auch nach dem Regierungsantritt Hitlers weiter. Sie hätten sie auch länger in Anspruch nehmen können, wenn die deutschen Partei-Präferenzen nicht bei Skoropadskij gelegen hätten. Der »Machtantritt« Hitlers bedeutete in keiner Weise eine unmittelbare Zäsur. Die Hoffnungen der Nationalisten wurden eher größer, und sie rechneten mit verstärkter deutscher Unterstützung. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man, Nationalsozialisten und Nationalisten zu Gegnern zu stilisieren.

Hilfreich war Kentij dabei Hitlers während des Krieges hingeworfene Bemerkung, er bedaure, daß er nicht alle Emigranten am Beginn des Ostfeldzugs habe erschießen lassen. <sup>491</sup> Zweifellos war Hitler nicht emigrantenfreundlich; aber die Nationalsozialisten kamen dennoch immer wieder – was zu zeigen sein wird – auf die Emigranten, darunter auch auf die ukrainischen, zurück. Kentij hat also unrecht. Die OUN hielt ihre Konferenzen in der ersten Jahreshälfte 1933 wieder in Berlin ab. Jary und die OUN erfreuten sich 1933 der Förderung eines Teils des Staatsapparats des »Dritten Reiches«: des Propagandisten von Leers, der Gestapo, der Reichswehr und des AA. Skoropadskij's Richtung wurde über das ApA geschützt, und selbst die Petljura-Anhänger durften 1933 einen eigenen politischen Verein gründen. Die nicht-linken Ukrainer fanden im jungen NS-Staat durchaus Ansprechpartner und Förderer.

<sup>488</sup> Leibbrandt an Kuzelja, 28. 3. 1934; Kuzelja an Leibbrandt, 12. 4. 1934; Leibbrandt an Kuzelja, 7. 6. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 332, 335, 340.

<sup>489</sup> Kentij, Narysy, S. 65.

<sup>490</sup> »I ce tryvalo až do prychodu do vldy Hitlera«. Vgl. Dmytro Andrijevskij, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 145.

<sup>491</sup> Kentij, Narysy, S. 65.

## 10. DIE VERHAFTUNGEN

Wenn es 1933 Rückschläge gab, dann hatte sie sich die OUN selber zuzuschreiben. Im Juli 1933 griff der NS-Staat zu: Die Polizei verhaftete Koževnykiv, Poltaveč-Ostranycja und eine Reihe von Ukrainern, die am 7. Juni einen neuen Verein gegründet hatten: Hnat Zelenevskyj, den Vorsitzenden des Steglitzer Offizierbundes, Andrij Serbynenko, Fedir Koroliv (1886-1935), Volodymyr Poletyka und Šeremetievskyj.

Offiziell erfolgten die Verhaftungen wegen »Zusammenarbeit mit einer fremden Macht«, polnische Zeitungen erklärten Poltaveč gar zu einem GPU-Agenten,<sup>492</sup> tatsächlich aber waren sie ein Ergebnis der innerukrainischen Rivalitäten um die Gunst der Deutschen. Aus einer Notiz Schickedanz' geht hervor, daß der Abwehr-Major von Voss in Verbindung mit Riko Jary, also der OUN, die Verhaftungen veranlaßt hatte und Jary sich damit »aller unbequem erscheinenden Konkurrenten entledigen« wollte.<sup>493</sup> Schickedanz sah darin die Frucht des »sehr einfache[n]« Gedankengangs, die OUN wolle als einzige Gruppe übrigbleiben, »auf die Deutschland im Bedarfsfall zurückgreifen könnte. Die ukrainische Frage wäre dann in ihren Händen monopolisiert«.<sup>494</sup>

Mit Poltaveč traf es einen angeblichen Nationalsozialisten, mit Koževnykiv einen »ukrainischen Faschisten«, der die OUN im Streit verlassen hatte. Die anderen Verhafteten hatten versucht, eine nationale Vereinigung zu gründen, die der OUN das Wasser hätte abgraben können. Die Vereinsgründer waren nach einigen Tagen wieder auf freiem Fuß, Koževnykiv wurde nach einigen Wochen durch die Fürsprache prominenter Nationalsozialisten aus dem Umfeld Hermann Görings entlassen. Im November 1933 wurde er noch einmal denunziert.<sup>495</sup>

Poltaveč wandte sich aus Plötzensee an das Propagandaministerium. Seiner dortigen Kontaktperson, dem Ostexperten Karl Motz, schrieb er, er sei »Nazionalsozialist« (!), stehe seit 1921 »mit Leib und Seele« auf der Seite der NSDAP und habe auch an der »nationalen Erhebung« von 1923 teilgenommen. Er habe (was richtig war) eine »ukrainische Zeitung mit Hakenkreuz« herausgegeben und sei deswegen mit der Münchner Polizei in Konflikt geraten. Skoropadskyj und Konovalėc hätten ihn seinerzeit »angepöbelt« und der Polizei als Nationalsozialisten gemeldet. Aber sein politischer Enthusiasmus schien nun verflogen – er bot an, sich ins Privatleben zurückzuziehen und darauf zu warten, daß man ihn rief, schließlich sei er ein »disziplinierter Nationalsozialist«.<sup>496</sup>

Den Nationalsozialisten waren die Rivalitäten der Emigranten längst nichts Neues mehr. Schickedanz gab in allem der ihm verhaßten OUN die Schuld.<sup>497</sup> Aber auch die

<sup>492</sup> Kurjer Poznański 309/9.7.1933; Kellogg fehldatierte diese Vorwürfe auf 1935 (Roots, S. 258).

<sup>493</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 22. Ebenso Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 119.

<sup>494</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 20.

<sup>495</sup> Vgl. 30. I. 1934, Institut für Zeitgeschichte München (IfZ), Akten der NSDAP, Mikrofilm MA 49, Bd. 1.

<sup>496</sup> Poltaveč-Ostranycja an RMVP (Dr. Karl Motz), 11. 8. 1933, ZStA DDR, RMVP 1057/1, Bl. 18.

<sup>497</sup> »Neben ihrem Kampf gegen die Polen, den die O.U.N. durch allerlei Sabotage-Akte und Terror-massnahmen führt, bekämpft sie natürlich auch, wie das üblich ist, alle übrigen ukrainischen Emi-

anderen Gruppen waren nicht zimperlich, ihre Verleumdungen hatten nur eine geringere Wirkung. Die Skoropadskyj-Gruppe verbreitete etwa im November 1933 auf der Basis eines nachweislich falschen Berichts ihres Anhängers Petro Kovaliv aus Genf, Konovaléc sei gegen eine Hilfe für die Hungernden in der Ukraine.<sup>498</sup>

Das Außenpolitische Amt der NSDAP bemühte sich um die Freilassung der Verhafteten.<sup>499</sup> Es hatte auch Erfolg, nur Poltaveč blieb weiter in Haft. Die Gestapo verweigerte dem ApA die Akteneinsicht und reagierte auf Anfragen nicht. Schickedanz schrieb in einem langen Bericht, daß die Rosenberg-Dienststelle selber gern gewußt hätte, ob Poltaveč vertrauenswürdig sei, die Gestapo eine Prüfung jedoch unmöglich gemacht habe. Die Akten gelangten dann partiell im Dezember 1933, vollständig jedoch erst im Februar 1934 an das ApA, als die Verbindungen zur OUN reduziert worden waren.<sup>500</sup> Im März 1934 wurde schließlich auch Poltaveč aus der Haft entlassen.<sup>501</sup>

Noch einmal schrieb Poltaveč im Mai 1935 nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (aus München 13, Nordendstr. 1) an Hitler. Als »Heeres-Ataman« des »Ukrainische[n] Kosakentum[s] (UNAKOR)« hielt er den Vertrag von Brest-Litovsk »nach welchem Deutschland und die Ukraine zu Verbündeten geworden sind, auch weiterhin für das Ukrainische Kosakenvolk [für] rechtsgültig«. Er stellte Hitler »alle waffen- und kampffähigen Angehörige[n] des Ukrainischen Kosakentums, die sich in Deutschland und im Ausland befinden, zur Disposition«. Auf sein mit »Heil Deutschland! Heil die Ukraine!« schließendes Schreiben erhielt er keine Antwort.<sup>502</sup> Geradezu abenteuerlich ist, daß Kellogg aus diesem Brief den Schluß zog, er »indicates close military coordination between the National Socialist regime and the National Ukrainian Cossack Union«. <sup>503</sup> Das hätte Poltaveč gern gehabt, er blieb jedoch erfolglos.

Dazu steht auch nicht im Widerspruch, daß Poltavečs NSDAP-Mitstreiter aus den 1920er Jahren ihm 1937 und 1938 Versorgungszahlungen über das Außenpolitische

---

grantenorganisationen. Sie gab sich als die allein seligmachende Vereinigung aus und scheute keinerlei Mittel, soweit sie ihr zur Verfügung standen, um die anderen Organisationen zu diskreditieren und lahm zu legen. Insbesondere bekämpfte sie auch den Hetmann Skoropadski und seine Anhänger, dem sie Polenfreundlichkeit und alles mögliche Andere vorwarf« (Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-15).

<sup>498</sup> Vgl. Jevhen Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 726.

<sup>499</sup> Koroliv konnte bereits am 26.7.1933 einen Vortrag halten; am 18. August 1933 konnten Koroliv und Poletyka dem Auswärtigen Amt die Programmschriften der von Ihnen begründeten »Ukrainischen Nationalen Vereinigung« (U.N.O.) übersenden. U.N.O. an AA, 18.8.1933, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 171-172.

<sup>500</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 15, 24.

<sup>501</sup> Aktennotiz Dürksen, 21. 10. 1935, NAW, T-81, Rolle 11. – Das Interesse des ApA an Poltaveč ist belegt, es ist dennoch übertrieben zu schreiben, er habe mit Rosenberg »zusammengearbeitet« (H. V. Strel'skyj, »Imennyj pokazčyk«, in: Oleksander Sul'hyn, Bez terytorii. Kyiv 1998, S. 273-336, S. 314-315). Unsinnig ist in diesem Zusammenhang, daß Torzecki und Troščynskyj in seinem sowjetischen Buch behaupteten, Poltaveč sei wegen seiner Nähe zu Röhm bei Hitler in Ungnade gefallen. Die mörderische Abrechnung mit den Röhm-Anhängern fand erst im Juni 1934 statt. Poltavečs Verhaftung erfolgte 1933, als Röhm noch in jeder Hinsicht persona grata war, und seine Freilassung im März 1934. Torzecki kaschierte die Inkonsistenz, indem er die Datierung unscharf ließ (Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 119; Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 82).

<sup>502</sup> Poltaveč, I. Vološyn, V. Zolotarenko an Hitler, 23. 5. 1935, BAB, R43I, Bd. 155, Bl. 162-163.

<sup>503</sup> Kellogg, Roots, S. 257.

Amt zukommen ließen. Rosenberg und Schickedanz ließen ihn nicht ganz hängen, aber politisch beachtetten sie ihn nicht.<sup>504</sup>

Hatten die Deutschen nun die einander bekriegenden Ukrainergruppen satt? Oder lag eine Neuauflage dessen vor, was wir schon kennen: Man hielt die Ukrainer für interessant und potentiell hilfreich, war jedoch von den Rivalitäten der kleinen Gruppen abgestoßen und wartete lieber ab, welche Gruppe sich für die Zukunft als aussichtsreich erweisen würde.

## 11. DIE UKRAINISCHE NATIONALE VEREINIGUNG (U.N.O.)<sup>505</sup>

In Deutschland waren die OUN und ihre Konkurrentin, die Skoropadskyj-Gruppe, die wichtigsten Organisationen der Ukrainer. 1933 wurde jedoch eine weitere Gruppierung gegründet, die zunächst eher geringen Erfolg hatte, aus der jedoch später die wichtigste ukrainische Organisation im deutsch beherrschten Gebiet werden sollte. Dabei darf man nicht den Fehler Kentijs begehen, eine bruchlose Kontinuität anzunehmen. Die 1933 gegründete Vereinigung hatte wenig mehr als den Namen und die juristische Persönlichkeit mit der späteren Formation gemein (s. S. 776).<sup>506</sup>

Ihre Gründer gehörten nicht zur Crème der ukrainischen Emigration. Fedir Koroliv (Berlin-Halensee, Nestorstr. 16) war Beamter im Wirtschaftsministerium der UNR gewesen, führte in Berlin ein Restaurant und eine Flüchtlingshilfeorganisation und führte den Titel eines »Ministerialdirektors a.D.«.<sup>507</sup> Volodymyr Poletyka war ein Zemstvo-Funktionär aus Myrhorod, hatte im diplomatischen Dienst des Het'man-Staates gestanden und arbeitete als Kellner. Oberst Hnat Zelenevskyj hatte sich mit Skoropadskyj, dessen Adjutant er gewesen war, zerstritten und führte den Ukrainischen Offizierklub in Steglitz. Oleksander Semeniv war UNR-Diplomat in Berlin gewesen. Mykola Porš, der später ebenfalls zu dieser Gruppe stieß, war für die UNR Gesandter in Berlin gewesen und hatte zeitweise mit den Bol'sheviki Kontakte unterhalten.

Am 7. Juni 1933 gründeten diese Herren (noch ohne Porš) in Berlin die »Ukrainische Nationale Vereinigung« (Ukrain'ske Nacional'ne Objednannja – U.N.O.),<sup>508</sup> und nach

<sup>504</sup> Vgl. ebd., S. 258. – Poltavec erschien wieder im Frühjahr 1942 auf der Bildfläche, als er sich bei Keitel für die Aufstellung von Kosaken-Kollaborationsverbänden einsetzte. Bei Kriegsende arbeitete er für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS in Prag (Vgl. ebd., S. 264–265).

<sup>505</sup> Die ukrainische Bezeichnung lautete Ukrain'ske Nacional'ne Objednannja, daher die Abkürzung U.N.O., die wir hier verwenden, um keine Verwechslung mit der Organisation der Vereinten Nationen aufkommen zu lassen. Das ukrainische Objednannja ist ein Neutrum, daher handeln wir im weiteren von »dem U.N.O.«

<sup>506</sup> Kentij, Narysy, S. 33.

<sup>507</sup> Bei ihm wohnte Dorošenko von Herbst 1926 bis Anfang 1927 (Dorošenko an Lypynskyj, 29. 8. 1926, in: Vjačeslav Lypynskyj. Archiv, Bd. 6, Philadelphia 1973, Dok. 212, S. 238).

<sup>508</sup> Nicht etwa in München im Dezember 1933, wie Švahuljak, dabei Roos folgend, schreibt (Mychajlo Švahuljak, »Ukrain'ska polityčna emihracija«, S. 326). Im Dezember erfolgte allerdings die offizielle Registrierung und damit Legalisierung des bereits bestehenden Vereins (s. unten). Roos folgt dabei polnischen Geheimdienstberichten, die aber entweder fehlerhaft waren oder gezielt Fehlin-

seiner vorübergehenden Verhaftung (s. S. 657) konnte Koroliv am 26. Juli 1933 im Landwehrcasino in Charlottenburg (Jebensstr. 2) einen Vortrag über die Ziele seines Vereins halten.

In dem Nachrichtenblatt, in dem das U.N.O. 1933 seine Ziele verbreitete, richtete es sich ausdrücklich gegen Rußland. Gegen die Zersplitterung der ukrainischen Emigration propagierte man eine »Einheitliche Nationalführung« (im ukrainischen Text: »Odnostajnyj Nacional'nyj Provid«), die über alle politischen Unterschiede hinweg die künftige Staatsform der Ukraine dem »Volkswillen« entsprechend gestalten sollte. Man gab sich enttäuscht über das »alte Europa« der westlichen Demokratien, statt dessen setzte man auf das »Neue Europa«, »neue internationale Verhältnisse, neue einflussreiche Kräfte, welche bestimmt in unserer Sache eine entscheidende Rolle spielen werden«. Zwischen Kommunismus und Kapitalismus suchte man einen »dritten Weg«.

Anders als die in Berlin aktiven russischen Nationalsozialisten (Rossijskoe Nacional'no-Socialističeskoe Dviženie – ROND)<sup>509</sup> wollte man kein Teil einer neuen Internationale sein: Faschismus sei »kein Exportprodukt« und Nationalsozialismus kein »neuer International«, beide seien »Bewegungen für sich selbst des einen oder anderen Volkes«. Dies war jedoch keine Distanzierung: »Faschismus oder Nationalsozialismus darf nicht blind nachgemacht werden, sondern muss sich der Struktur des in Betracht kommenden Volkes anpassen.« Nur gegen die Imitation war man, nicht gegen die analoge Entwicklung. Und man fand sogar einige sowjetische Entwicklungen akzeptabel.<sup>510</sup>

Das Auswärtige Amt war wenig begeistert und bemerkte:

»Es handelt sich um einen neuen Versuch, die ukrain. Emigration unter einen Hut zu bringen. Das soll geschehen durch einen »nationalen Zusammenschluss« nach nat.-sozial. Muster (Führerprinzip). Das Programm ist ziemlich unklar.«<sup>511</sup>

Aber bei allen Unklarheiten: Man registrierte die Anlehnung an den Nationalsozialismus (ohne Integration in denselben) und einen Versuch zur Vereinigung der Splittergruppen. Daran waren deutsche Stellen interessiert. So ließ man also die Gruppe gewähren, ohne daß sich die in sie gesetzten Hoffnungen etwa rasch erfüllen sollten.

formationen verbreiten sollten. Jedenfalls gab es keine Verbindung des U.N.O. zu Poltaveč (Vgl. Hans Roos, Polen und Europa. Tübingen 1957, S. 147).

<sup>509</sup> Vgl. dazu John J. Stephan, *The Russian Fascists*. New York u. a. 1978.

<sup>510</sup> »Nachrichten U.N.O. Nr.1«, 29.7.1933, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 172-179; Im ukrainischen Text heißt es etwas abweichend: »Fašyzm čy nac.socializm ne možna slipo nasliduvaty, vony musjat' vidpovidaty charakteru danoho narodu« (Faschismus oder Nationalsozialismus kann man nicht blind imitieren, sie müssen dem Charakter des jeweiligen Volkes entsprechen); ukrainischer Text Bl. 182-188. Roos schrieb nach polnischen Berichten, Mykola Porš und Oleksander Sevrjuk hätten 1933 versucht, in Analogie zu ROND einen »Ukrainischen Nationalsozialistischen Volksbund« zu gründen. Porš wurde bald im U.N.O. aktiv, ob Sevrjuk sich der Gruppe anschloß, ist unklar. Später trat er als UNR-Anhänger auf. Außer den polnischen Berichten ist uns keine Quellenbasis für die von Roos genannte Gruppierung bekannt (Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 147). Wir haben auch keinen Beleg, daß das U.N.O. aktiv gewesen wäre, bis es sich 1937 mit dem *Ukrainskyj Vistnyk* zu Wort meldete. – Völlig verfehlt ist die Behauptung Švahuljaks, bei dem U.N.O. habe es sich um eine »Kultur- und Bildungsgesellschaft« gehandelt (Mychajlo Švahuljak, »Ukrainska polityčna emihracija«, S. 330).

<sup>511</sup> U.N.O. an AA, 18.8.1933, Randvermerk P., 23.8.1933, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 171.



Wer waren die Gründer des U.N.O.? 1937 berichtete die polnische Botschaft nach Warschau, sie seien Petljuristen gewesen, die Vereinigung habe anfangs nur dahinvegetiert, werde aber nun (1937) von dem 1930 an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule promovierten Agraringenieur und Bienenkundler Dr. Ivan Drabatyj (1895-?) nach dem »Führerprinzip« reorganisiert und wolle sich dem Nationalsozialismus anpassen, indem man sich gegen die Sowjetunion wende.<sup>512</sup> Drabatyj, ein Freund des früheren UNR-Gesandten Mykola Porš, war jedoch schon seit 1933 Sekretär des U. N.O., und eine NS-Orientierung hatte es auch damals verbal schon gegeben. Nach dem Tode Fedir Korolivs im Januar 1935 war Drabatyj zum Vorsitzenden gewählt worden.<sup>513</sup> Wann Porš selber eingetreten ist, konnte bisher nicht ermittelt werden, 1937 hatte er in dem kleinen Häuflein jedoch eine führende Position inne. Es waren also UNR-Emigranten, die mit dem U.N.O. schon 1933 zu dem Nationalsozialismus angepaßten Positionen fanden. Zwischen Herbst 1933 und 1937 wurde das U.N.O. allerdings kaum wahrgenommen, mehr als interne Treffen dürfte es nicht gegeben haben. Möglicherweise war nach der ersten Verhaftung den Gründern deutlich geworden, daß es nicht ungefährlich war, sich den Nationalsozialisten anzubiedern.

Die »Petljuristen« konnten auch beobachten, daß die nationalsozialistischen Russen von den NS-Deutschen nicht akzeptiert wurden. ROND wurde im September 1933 durch die Gestapo aufgelöst. In einem Vermerk des AA hieß es, ROND sei zwar im Anschluß an die nationale Revolution [in Deutschland] ins Leben gerufen worden, es sei jedoch nicht gelungen, die Bewegung im nationalsozialistischen Sinne auszubauen. Trotz gutem Willen sei ein »Fremdeindringen« nicht auszuschließen, deshalb habe man eingegriffen.<sup>514</sup> Dem U.N.O. widerfuhr dies nicht; am 1. Dezember 1933 wurde es unter der Nr. 7338 in Berlin gerichtlich eingetragen.<sup>515</sup> Wir haben bisher keine eindeutige Erklärung, woran das lag. Stand es mit der Wiederannäherung an Polen im Zusammenhang?

## 12. DIE VORÜBERGEHENDE TRENNUNG VON DER OUN

NS-Deutschland setzte die 1932 wiederaufgenommene Finanzierung der OUN bis zum Herbst 1933 fort. Selbstverständlich war dies nicht, weil die OUN ihre deutschen Vertrauten im Zusammenhang mit dem UWI und den falschen Denunziationen in Verlegenheit gebracht hatte. Im Herbst 1933 berichteten die polnischen Beobachter,

<sup>512</sup> Poln. Botschaft Berlin (Botschaftsrat Lubomirski) an Poln. Außenministerium, 10. 4. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 194-196.

<sup>513</sup> Vgl. Roman Skyba, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja (UNO) v Nimeččyni«, in: Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945, S. 177-183, hier S.178.

<sup>514</sup> Nachricht des Wolffschen Telegraphenbureaus 2362 vom 25.9.1933; Aufzeichnung von Tippelskirch, 27.9.1933, PAAA, Rußland Politik 5A, Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 13, Bl. 34, 37.

<sup>515</sup> Diese Eintragung, die die Legalisierung bedeutete, machte das U.N.O. für die OUN interessant, als letztere Ende 1937 eine legale Struktur in Deutschland aufbauen wollte. Auch noch in den 1940er Jahren wurden das Registrierungsdatum und die Nummer in den Ausweisen geführt (Vgl. Jariš, »Ukraïnska kul'tura«, S. 63.).

daß die OUN Geld aus den USA über Kaunas und direkt vom deutschen Generalstab erhalte. Berlin sei ihr Zentrum. Omeljan Senyk lebe in Berlin-Halensee (Heilbrunner Str. 10/II) und arbeite im Bankhaus Warburg. Jary, Čučman und Seleško erhielten vom Militär 1500 Mark monatlich für ihre Aktivitäten, und Seleško halte die Verbindung nach Genf aufrecht, wo Konovaléč seinen offiziellen Wohnsitz habe. Weiteres Geld für die UVO erhalte Jary unmittelbar von den Deutschen, was sein Prestige deutlich erhöhe.<sup>516</sup> Die finanzielle Ausstattung sei wohl ausreichend, denn Mychajlo Seleško (offiziell noch Student) überweise seiner in Polen lebenden Familie regelmäßig Geld.<sup>517</sup> Das Attentat auf das sowjetische Konsulat in Lemberg im Oktober 1933 schien die polnischen Annahmen zu bestätigen. Bis dahin waren sowjetische Institutionen und Personen für die OUN keine Angriffsziele gewesen – man hatte ja sogar Konovaléč einer sowjetischen Verbindung verdächtigt. Nun war man der Ansicht, die Deutschen hätten der OUN antisowjetische Aufträge erteilt.<sup>518</sup>

Für Polen gab man Entwarnung. Das polnische Militär hatte 1931 konstatiert, daß es keine Spionagetätigkeit der UVO für die Deutschen mehr gebe. Ob dies später noch so gestimmt hat, ist zweifelhaft. Wofür hätte denn die Reichswehr die UVO/OUN 1932/33 sonst finanzieren sollen?<sup>519</sup>

Die OUN änderte 1933 ihre Öffentlichkeitspolitik, was auf den ersten Blick nichts mit Deutschland zu tun hatte. Hatte sie sich bisher möglichst konspirativ verhalten, begannen ihre immer jüngeren Anhänger nun, sich unter Vernachlässigung der eigenen Sicherheit um Publizität zu bemühen. Attentäter stellten sich den polnischen Behörden, um die Gerichtsverhandlungen zu nutzen, ihre politischen Ziele öffentlich zu verbreiten und von polnischen Zeitungen nachdrucken zu lassen. Dies wiederum versetzte die deutschen politischen Stellen in helle Aufregung. Wenn vor Gericht die organisationellen Zusammenhänge der OUN diskutiert würden, könnten auch die deutschen Verbindungen zur Sprache kommen und Deutschland geriete so in die Rolle eines Terroristenunterstützers. Nicht, daß dies den Nationalsozialisten grundsätzlich etwas ausgemacht hätte, ein solcher Verdacht kam aber ungelegen, wenn man in Abgrenzung von der Weimarer Außenpolitik nun Polen anstelle der UdSSR als strategischen Partner gewinnen wollte.

Inzwischen nahm man auch in der deutschen Öffentlichkeit die OUN deutlicher wahr. In der *Berliner Volkszeitung* erschien am 3. November 1933 ein Artikel des SS- und Polizeireporters Helmuth Koschorke über die »Ukraine in Wilmersdorf«. Die

<sup>516</sup> MSW, »Geneza i rozwój ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego (U.W.O. i O. U. N.)«, 26. 9. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 2-52, hier Bl. 34-36.

<sup>517</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Botschaft Berlin, 21. 10. 1933, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 53-54.

<sup>518</sup> MSW, »Komunikat Nr. 7 o działalności OUN w latach 1932, 1933 i 1934, Część II: Działalność O.U.N. w 1933 r. « 1935, AAN, MSZ, Berlin 3677, Bl. 129-222; hier Bl. 300. Zu anderen antisowjetischen Aktivitäten vgl. Vgl. Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w Polsce w latach 1923-1929*. Kraków 1989, S. 261-262.

<sup>519</sup> Vgl. Wysocki, *Organizacja*, S. 267-274 (dort auch die Quellenangaben zu den polnischen Einschätzungen). »Die ersten Jahre des Bestehens der OUN brachten keine wesentliche Unterstützung seitens der Deutschen« (Ebd., S. 277). Einer der Mängel von Wysockis Buch ist, daß er die Entwicklungen in Deutschland nicht berücksichtigt, also die Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen nicht kennt, und sich zudem nur auf einen Teil (und zwar den eher lokalen) der polnischen Observation verläßt.

OUN wurde als »abwartende Volksbewegung« vorgestellt und Riko Jary als »ukrainischer Hitler«. Mit dem Satz »Europa braucht den Wall indogermanischer Dörfer gegen den Ansturm der Mongolenmassen Asiens« wurden die Ukrainer als Bundesgenossen vereinnahmt.<sup>520</sup> Den Deutschen konnte eine solche Darstellung nicht gelegen kommen, auch wenn von Polen nicht direkt die Rede war. Mit Polen versuchte man ins reine zu kommen. Alle anderen Erwägungen, darunter eine Unterstützung der weiterhin antipolnischen OUN, hatten da zurückzustehen.

Die Reichswehr sollte ihre OUN-Förderung einstellen, mußte sich aber erst einmal selber über ihre Aktivitäten im Klaren werden. Major von Voss von der Abwehr erhielt von Reichswehrminister Werner von Blomberg (1878-1946) den Auftrag, einen Bericht zu verfassen,<sup>521</sup> der mit den Worten begann:

»Wenn von führender Stelle befohlen wird, eine weitere Unterstützung der ukrain. Minderheitenbewegung in Polen einzustellen, so haben für diesen in seinen Folgen sehr weittragenden Entschluss bestimmt sehr wichtige staatspolitische Gründe vorgelegen [...]«<sup>522</sup>

Über seine Unzufriedenheit mit dieser Wendung ließ der Verfasser keine Unklarheit aufkommen. Da infolge der Wirtschaftskrise die Gelder der Emigranten versiegt seien, stelle das Einstellen der deutschen Förderung das Fortbestehen der OUN in Frage: »Deutschland würde dabei einen wertvollen Bundesgenossen im Kriegsfall verlieren.«<sup>523</sup> Daß die OUN in die praktische Kriegsplanung einbezogen war, bestätigte das Büro von Voss auch dem ApA.<sup>524</sup>

Die OUN, der von Voss 1500 Funktionäre zuschrieb, hatte seiner Ansicht nach »die Gefolgschaft der gesamten Jugend, der Bauern und der Nicht-Kapitalisten«. Ihr Hauptziel bestehe darin, »die von Polen angestrebte Versöhnung mit den Ukrainern zu unterbinden«. Polen habe 1933 begonnen, die OUN in der Schweiz, in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Großbritannien zu bekämpfen. Und auch wenn in der polnischen Anti-OUN-Propaganda die »militärische Zusammenarbeit mit Deutschland [...] weisungsgemäß nie in Erscheinung getreten« sei, heißt es weiter:

»[Die] erste Annäherung [Polens] an Deutschland muss zwangsläufig die Forderung der Liquidierung der ukrainischen Verbindungen bringen, weil Polen, nicht mit Unrecht, in Deutschland die stärkste moralische Stütze der ukrainischen Opposition sieht.«<sup>525</sup>

Selten wurde ein so deutliches Plädoyer für die deutsch-ukrainische Kooperation gegen Polen verfaßt wie in der Denkschrift der Reichswehr:

<sup>520</sup> Helmuth Koschorke, »Ukraine in Wilmersdorf«, Berliner Volkszeitung 520/3. 11. 1933. Kučeruk felddatiert den Artikel auf Oktober 1933 und hält ihn für ein bestelltes Produkt Jarys – Belege dafür nennt er nicht (Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 73-74).

<sup>521</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 22.

<sup>522</sup> An. [Major von Voss], Reichswehrministerium, »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19. 11. 1933, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op. 1, Akte 10, Bl. 97-104, hier Bl. 97. – Zum Kontext der Übermittlung der Denkschrift an das ApA vgl. Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 23.

<sup>523</sup> An. [Major von Voss], »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19. 11. 1933, Bl. 101.

<sup>524</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 21.

<sup>525</sup> An. [Major von Voss], »Denkschrift über die ukrainische Frage«, 19. 11. 1933, Bl. 100.

»Die poln. Lügenpropaganda hat in jedem ukr. Revolutionär die Überzeugung erweckt, er könne sich im Kampf gegen Polen auf seinen grossen Bruder, den deutschen Verbündeten[,] verlassen. Deutschland hat im Weltkrieg als erstes Land die Ukraine anerkannt. Die Orientierung auf Deutschland ist das Leitmotiv der Politik des Obersten Konovalc gewesen! Immer hat er sich gegen die Behauptung seiner Gegner gewehrt, Deutschland nutze die Ukrainer nur aus, um sie im geeigneten Moment zu opfern. Die Stellung des Führers zur Minderheitenfrage hat bei allen ukr. Nationalisten eine helle Begeisterung für den Nationalsozialismus ausgelöst! Die Hoffnung auf ein Zusammengehen mit Deutschland ist der Impuls für den ukr. Widerstand in Polen. Lässt Deutschland jetzt mit sichtbarer Geste die Ukrainer fallen, so kann sich das nur in einer masslosen Enttäuschung und Erbitterung gegen Deutschland auswirken, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, bei der Trennung jede Härte zu vermeiden und zumindestens(!) den Funken einer Hoffnung auf eine spätere Zusammenarbeit zu erhalten. Das ukrain. Volk wird zwangsweise in die Arme unserer Feinde getrieben.«<sup>526</sup>

Außer daß der Verfasser hier – für den internen Gebrauch – die polnische »Lügenpropaganda« als wahrheitsgetreu bestätigte, besticht insbesondere, daß OUN und das deutsche Militär einander als Verbündete wahrnahmen und daß durch die NS-Politik die Bande gestärkt worden seien. Der Bruch wurde kritisiert, ein Zusammengehen hingegen als längerfristig sinnvollere Option hingestellt. Die Abwehr empfahl, den Ukrainern den »Funken einer Hoffnung« zu lassen.

Die Erfahrung des BBU mit Österreich 1914 und der UVO mit der Reichswehr 1928 machte nun auch die OUN. Konovalc's Hinweis auf die geringe Verlässlichkeit der Deutschen und sein Bemühen, eine neuerliche Kompromittierung zu vermeiden, waren berechtigt gewesen. Die deutsche Seite ließ ihre Verbündeten wieder einmal im Stich. Nur stellte die Trennung von der OUN für das deutsche Militär eine noch größere Gefahr dar. Den Ukrainern seien »Einzelheiten der Organisation der östlichen Abwehrstellen« und »Persönlichkeiten des deutschen Meldedienstes in Danzig« »infolge jahrelanger Zusammenarbeit bekannt«. Sie kennen »die deutschen Arbeitsmethoden«, die Kurzwellensender und die »Tarnungsmöglichkeiten«. »Einen sehr tiefen Einblick« habe »die OUN in die deutsche Propagandaorganisation gewonnen«. Und durch die Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit sei den ukrainischen Nationalisten auch eine »intimste Kenntnis von der Zusammenarbeit mit dem AA« vermittelt worden, was »für die deutschen Abgeordneten [in Polen] sehr unangenehm werden könnte[.], da die Gelder des AA z. Teil durch Vermittlung deutscher Abgeordneter an die ukrain. Gruppen gezahlt wurden«.<sup>527</sup>

Die Abwehr attestierte den Ukrainern, »in zehnjähriger Zusammenarbeit nicht e i n e n Fall von Illoyalität gegenüber Deutschland« begangen zu haben. Ein deutscher Abbruch »aller Beziehungen zur OUN« setze die Deutschen daher dem »berechtigte[n] Vorwurf eines schweren Wortbruchs« aus. Sie empfahl daher, wie schon das österreichische Außenministerium 1914:

»Der Abbruch der Beziehungen muß zweckmäßig in einer Form erfolgen, die eine Wiederaufnahme der Beziehungen ermöglicht, wenn eine veränderte politische Lage es zulässt«.<sup>528</sup>

<sup>526</sup> Ebd., Bl. 101-102.

<sup>527</sup> Ebd., Bl. 102-103. – Gemeint war damit Graebc.

<sup>528</sup> Ebd., Bl. 103.

Dazu solle man Konovaléc nicht nur die deutsche Anerkennung aussprechen, sondern mittels einer Summe von 200.000 RM versuchen, die OUN »für 1-2 Jahre« finanziell abzusichern, »ohne dass Deutschland sich um die Ukrainer zu kümmern brauchte«. Damit, daß die Annäherung an Polen länger bestimmend sein würde, rechnete der Verfasser nicht:

»Den Ukrainern müsste angedeutet werden, dass die Änderung der politischen Lage unter Umständen später den Weg zu neuen Vereinbarungen freimachen könne, daher von ihnen erwartet würde, dass sie nichts unternehmen, was zur Kompromittierung der deutschen Politik Veranlassung geben könnte«.

Die Abwehr interessierte sich nicht für die Ukrainer im allgemeinen, sondern nur für die OUN. Sie empfahl also, die »polonophilen Ukrainer auszuweisen«, das UWI aufzulösen und die »Unterstützung der Hetmansbewegung einzustellen«. Alle diese Abbrüche sollten ohne »kleinliche Polizeimaßnahmen« und »in einer durchaus freundlichen Form erfolgen«. <sup>529</sup>

Deutsches Geld war der OUN-Legendenbildung stets peinlich. Da Papier aber sehr geduldig ist, konnte Petro Mirčuk schreiben:

»[...] jeder ehrbare Mensch [...] muß anerkennen, daß Oberst Jevhen Konovaléc nicht nur keinen Cent irgendeiner Unterstützung in seinem Kampf von irgendwelchen fremden Kräften bekommen hat, sondern daß er sich auch nie um eine Unterstützung bemüht hat, denn irgendeine Abhängigkeit seiner selbst oder des von ihm geführten Kampfes von fremden Kräften lehnte er entschieden in der Theorie wie in der Praxis ab.« <sup>530</sup>

Das Militär dokumentierte das Gegenteil. Zudem gehörte die Denkschrift in die Reihe der Reichswehr-Versuche, die OUN (im Gegensatz zu anderen Gruppen) zur einzigen unterstützenswerten Vereinigung der Ukrainer zu erklären. Nur ihr sollte eine politische Perspektive eröffnet werden, und die Höhe des Zwischenfinanzierungsvorschlags läßt erkennen, daß man im Militär der Meinung war, die deutsch-polnische Annäherung werde kaum länger als 1-2 Jahre halten.

Zu einer abschließenden Besprechung scheint es im Dezember 1933 in Berlin gekommen zu sein. Als Quelle dafür dient ein Informationscommuniqué des polnischen Innenministeriums über eine Zusammenkunft, an der Konovaléc, Karl Motz, Rudolf Diels (1900-1957) von der Gestapo und ein Vertreter der Abwehr (vermutlich von Voss) teilgenommen haben sollen. Konovaléc sollte die Aktivitäten der OUN nicht mehr gegen Polen, sondern gegen die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Rumänien richten. Der OUN sei auch zu verstehen gegeben worden, sie gelte nicht mehr als ein verlässlicher Partner. <sup>531</sup> Für Konovaléc dürfte diese Abfuhr, die neuerliche Behandlung als Befehlsempfänger der Deutschen nicht unerwartet gekommen sein. Die Ausweichmöglichkeiten waren kaum ernst gemeint. <sup>532</sup> Ging Konovaléc auf die

<sup>529</sup> Ebd., Bl. 104.

<sup>530</sup> Petro Mirčuk, Jevhen Konovaléc. L'viv 1990 (Toronto 1958), S. 95.

<sup>531</sup> Die Besprechung dürfte tatsächlich stattgefunden haben, auch wenn die von den Verfassern benutzten Communiqués – anders als Langzeitberichte – u. E. wenig zuverlässig sind. Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 148-149; Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 129; Švahuljak, »Ukraińska polityčna emigracija«, S. 327.

<sup>532</sup> Obgleich gerade sie von der sowjetischen Historiographie hervorgehoben werden. Troščynskij erwähnt nur die von Diels gewünschte neue Stoßrichtung gegen die UdSSR als Thema der Sitzung

neue Lage ein? Dafür gibt es wieder nur polnische Belege: Laut polnischen Diplomaten hätten es die ukrainischen Nationalisten Rumäniens mit gemischten Gefühlen aufgenommen, daß sie sich nun gemeinsam mit den Deutschen an einer Befreiungsbewegung gegen die UdSSR beteiligen sollten. Sie erkannten, daß die Organisationen in Deutschland »heute unter dem Einfluß des Hitlerismus« ständen und gaben sich angeblich »skeptisch gegenüber den deutschen Versprechen für die Befreiungsaktion der Ukraine«. <sup>533</sup> Von Konovalëc selber sind keine Reaktionen überliefert. <sup>534</sup>

Der deutsche Geldfluß für die OUN versiegte nicht nur nicht sofort, vermutlich trocknete er nie ganz aus. Aber finanzielle Schwierigkeiten der OUN wurden offenbar, als sich im Oktober 1934 Konovalëc wie 1929 – erstmals mit seiner Unterschrift und unter Aufgabe des Scheins, die OUN habe nichts mit Gewalt zu tun – an die Ukrainer in den USA, in Canada und Argentinien wandte, den »Fonds des national-revolutionären Kampfes« durch Spenden zu unterstützen. <sup>535</sup>

Der erzwungene Bruch zwischen dem Militär und der OUN hatte vermutlich nicht nur politisch-taktische Gründe. In einem bis heute nur ungenügend ausgeleuchteten Maße spielten in der polykratischen NS-Struktur persönliche Einstellungen eine Rolle. Wir haben bereits den »unangenehmen Eindruck« angesprochen, den Riko Jary auf Schickedanz gemacht hatte. Daß die Gerüchte, Jary sei entweder selber jüdischer Herkunft oder mit einer Jüdin verheiratet, es sei »unbekannt, ob er Tscheche oder Pole sei«, und die Hinweise auf eine polnische Stiefmutter jetzt auftauchten, gehörte zum innerukrainischen Denunziationsdiskurs. Bei den deutschen Parteistellen sollten diese Ge-

(Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 78). Bei Torzecki kommt die »Beschränkung der terroristischen Aktion gegen Polen« an letzter Stelle vor – an erster Stelle steht auch bei ihm die »Aktivierung [...] gegen die UdSSR« (Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 129). Čerednyčenko schrieb gar, im Januar 1934 sei auf Befehl von Diels und von Reichenau die Berliner Zentrale der OUN in eine »Filiale der hitleristischen Gestapo« umgebildet worden (Čerednyčenko, *Nacionalizm*, S. 60).

<sup>533</sup> Poln. Botschafter Bukarest an Poln. Außenministerium, 23. 1. 1934, AAN, MSZ, Innere Abteilung (Wydział Wewnętrzny – WW) 5293, Bl. 28-29.

<sup>534</sup> Roos folgt bei seiner Darstellung außer dem polnischen Bericht (Komunikat Informacyjny Nr. 6 vom 25. 1. 1934) einem tschechischen Artikel (Viator, »Německo-ukrajinské intriky«, *Národní Listy* 22/23.1.1934), in dem festgestellt wurde, Konovalëc sei »vom 1. Januar 1934 an Agent der deutschen Geheimpolizei und seine Organisation Ausführungsorgan der Hitlerregierung geworden«. Roos fabuliert dann von »spezielle[n] Kommandos in den Orten an der polnisch-sowjetischen Grenze« und nimmt den Aufbau einer von der OUN getrennten UVO an, was er, wie Kontakte zu Japanern, wieder in der tschechischen und der sowjetischen Presse bestätigt sieht (Vgl. Roos, *Polen und Europa*, S. 148-149). Mit der faktischen Entwicklung hatte das wenig zu tun. Torzecki schreibt, der tschechische Presseartikel sei auf Veranlassung des Geheimdienstes geschrieben worden. Ein Treffen in Prag zwischen Konovalëc und einem nicht identifizierten Vertreter aus Polen mag dazu gedient haben, Anweisungen nach Polen weiterzuleiten, sicher ist das, entgegen der Annahme Torzeckis, nicht (Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 129-130). Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß die deutsche Trennung von der OUN nicht wie beschlossen vollzogen wurde. Konovalëc und seine Organisation gingen im übrigen lange vor dem 1. Januar 1934 den Deutschen zur Hand, danach nur mehr reduziert. Die Trennung von UVO und OUN war zu dieser Zeit bereits fiktiv und hatte nichts mit den Deutschen zu tun. Wir haben es hier sicher mit Konstruktionen zu tun, die der Phantasie und Taktik von Geheimdienstlern entsprangen und jahrzehntelang von Historikern ernst genommen wurden. Zudem widerspricht sich Roos partiell selber (im Vergleich mit Roos, *Polen und Europa*, S. 152-153). Dennoch finden sich Übernahmen dieser Berichte bei Petro Balej (*Fronda Stepana Bandery v 1940 r. Las Vegas* <sup>2</sup>1997, S. 59) und Kentij (Narys, S. 66).

<sup>535</sup> Jevhen Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovalëc u Ženevi«, S. 731; vgl. Wysocki, *Organizacja*, S. 271-272.

rüchte verheerend wirken. Schickedanz referierte in seiner Aktennotiz von 1934 jedenfalls, man wüßte von Jary nichts Genaues, »aber Ukrainer wäre er auf keinen Fall«. Die Zurückhaltung des ApA gegenüber der OUN war jedenfalls deutlich: »Dies alles bestärkte einen gewissen, bisher vielleicht unausgesprochenen Verdacht gegen die Person des Rittmeisters Jary und über die Tätigkeit seiner Organisation in Galizien«.

Schickedanz ließ den Leiter seines Nachrichtendienstes, der Abteilung E (Aumüller), Ermittlungen über Jary anstellen:

»Die ersten Nachforschungen ergaben das sehr merkwürdige Bild, dass über die fast 10jährige Tätigkeit des v. Jary bei allen zuständigen Stellen fast gar keine Angaben vorhanden waren. Sie müssen also von interessierten Stellen entfernt worden sein. [...] Die Erhebungen [...] ergaben, dass auch die Angaben über seinen Geburtsort, sowie denjenigen seiner Ehefrau nicht stimmten. Jedenfalls war an Ort und Stelle keinerlei Übereinstimmung mit seinen Angaben zu erreichen. Der Verdacht verstärkt sich daraufhin, dass Jary und seine Ehefrau einen von fremden Staatsstellen ausgestellten Pass besitzt, bei dem es vergessen worden war, ihn in Einklang mit den auf ihm angegebenen örtlichen Amtsstellen zu bringen«.<sup>536</sup>

Was auf den ersten Blick seltsam anmuten mag, war dies jedoch nicht wirklich. Daß jemand, der seit über 10 Jahren mit Spionagestellen kooperierte, in einer »Legende« lebte, war wenig spektakulär. Hervorzuheben ist nur, daß die Nationalsozialisten nur stufenweise imstande waren, diesen Schleier zu lüften. Und es wird deutlich, daß verschiedene Instanzen gegeneinander arbeiteten. Schickedanz hielt fest, Jary sei persona grata im Propaganda- und im Kultusministerium sowie bei der Geheimen Staatspolizei und daß er »von der Abteilung Voss des R.W.M.« (Reichswehrministeriums), also der Abwehr, »geschützt« werde. Auch der deutsche Sejm-Abgeordnete Graebe habe sich für ihn eingesetzt.<sup>537</sup> Anfang 1934 betraute Schickedanz dann den ehemaligen U-Boot-Kommandanten und »Nachrichtenleiter in der Marineleitung« Horst Obermüller mit der Fortsetzung der Jary-Nachforschungen.<sup>538</sup> Und 1938 versuchte er vergeblich mit der Falschmeldung, Konovaléc habe sich kurz nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten von Deutschland getrennt, zu verhindern, daß die OUN die Verfügungsgewalt über die sog. Vertrauensstelle erhielt (s. dort).<sup>539</sup> Klar ist jedoch, daß die offizielle Trennung wegen der neuen Polenpolitik von den Deutschen ausging und bei einigen deutschen Stellen auf Widerstand traf.

### 13. (NICHT NUR) DIE REGELUNG DER UWI-VERHÄLTNISSE

Nach den Verhandlungen vom Juli 1933 änderte sich zunächst nichts am UWI. Eine neuerliche Besprechung über das Schicksal des Instituts fand am 12. Dezember 1933

<sup>536</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 16-17.

<sup>537</sup> Ebd., Bl. 17.

<sup>538</sup> Ebd., Bl. 24-25.

<sup>539</sup> A. Schickedanz, Memorandum, 21. 2. 1938, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 174-177, in Wolodymyr Kosyk, *The Third Reich and Ukraine*, New York 1993, S. 34-35, 464-466, auch partiell abgedruckt in ders., *Das Dritte Reich und die ukrainische Frage*. München [1986], S. 39-41.

statt. Kunkke schilderte kurz ihre Ergebnisse,<sup>540</sup> ohne zu erwähnen, daß inzwischen die Trennung der Reichswehr von der OUN verfügt worden war, was einen neuen Sachverhalt schuf.

Wie standen inzwischen die UWI-Wissenschaftler zur Het'man-Bewegung? Mirčuk hatte als Het'man-Anhänger angefangen, Kuzelja nur mittelbar. Im Herbst 1933 beilieten sich beide, einem Artikel in der Zeitschrift *Naš Klič*, in welchem das UWI als Skoropadskyj-Basis gekennzeichnet wurde, heftig zu widersprechen. Skoropadskyj wurde zwar als Gründer anerkannt, das Institut sei jedoch von Anfang an »allgemein-national« und »überparteilich« gewesen; es habe den »kulturellen Interessen des ganzen Volkes« gedient. Von bisher 55 Stipendiaten seien nur 13 Het'man-Anhänger gewesen. Auch von den 4 ursprünglichen Professoren des Instituts sei nur einer Anhänger Skoropadskyjs gewesen. Das war unrichtig, es waren mindestens zwei (Dorošenko, Lypynskyj), Mirčuk ruderte jedenfalls heftig aus dem Skoropadskyj-Fahrwasser heraus.<sup>541</sup>

Da Skoropadskyj während der Weimarer Zeit über gute Beziehungen zur Regierung verfügte, lag eine Distanzierung von ihm Ende 1933 zunächst nahe, wenn man sich mit den neuen Machthabern arrangieren wollte. Da das Reichswehrministerium seine offiziellen Kontakte mit der OUN hatte aufgeben müssen, standen dessen Beamte zunächst scheinbar »ukrainierlos« dar. Dies hätte auch für die anderen Gruppen Folgen haben können: Die Militärs hatten ja empfohlen, die UNR-Anhänger auszuweisen und die Skoropadskyj-Hochburg UWI zu schließen. Der Grund dafür war weniger politisch als menschlich. Wenn man schon seine »eigenen Ukrainer« aufgab, sollte es den anderen Dienststellen nicht besser ergehen. Das »Rennen« um die ukrainische Unterstützung sollte also »neutralisiert« werden. Dieses Konkurrenzdenken erklärt einige der Aussagen auf der Besprechung vom 12. Dezember 1933. Sie fand im WKV-Ministerium statt, das sie auch einberufen hatte und durch den Mathematiker und Ministerialdirektor Karl Theodor Vahlen (1869-1945) sowie den späteren Leiter der Kunsthochschule, den aus dem Baltikum stammenden Ministerialrat Otto von Kursell (1884-1967), vertreten war. Für das AA nahm Legationsrat Windecker teil und das Reichswehrministerium repräsentierten die Abwehr-Majore von Voss und Konrad. Erst auf verspätete telephonische Einladung<sup>542</sup> war das ApA durch den Leiter seines »Amts Osten« Leibbrandt beteiligt, über dessen Aktennotiz für Rosenberg wir auch über den Verlauf informiert sind.<sup>543</sup>

Das WKV-Ministerium hatte die Sitzung im Einvernehmen mit den Reichswehrleuten einberufen, »um endgültig die Gleichschaltung des Instituts vorzunehmen, die besonders dem Reichswehrministerium sehr dringlich zu sein schein«. Um seine

<sup>540</sup> Vgl. Kunkke, »Institut«, S. 241.

<sup>541</sup> Antwort Kuzelja/Mirčuk, undat. [November./Dezember 1933], NAW, T-81, R-16.

<sup>542</sup> Vgl. Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 24.

<sup>543</sup> Leibbrandt, »Besprechung im Kultusministerium betreffend Ukrainisches Wissenschaftliches Institut am 12. Dezember 1933, von 11 – 12,45 Uhr«, 15.12.1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 343-345. Auch Ihor Kamenečkyj stützt sich in seinem Beitrag in der Konovaleč-Gedenkschrift auf dieses Dokument, das er in seiner Washingtoner Kopie bearbeitet hat. Er gibt jedoch die Namen nicht richtig wieder (»Konkas« statt von Voss). Vgl. Ihor Kamenečkyj, »Ukraiňske pytanňa v nimečkij zovnišnij polityci miž dvoma svitovymi vijnamy«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaleč ta jeho doba. München 1974, S. 851-882, hier S. 855-856.



Anciennität hervorzuheben, betonte Vahlen zudem, daß das UWI »schon immer vom Kultusministerium betreut« worden sei. Während der AA-Vertreter das UWI für »tragbar« hielt, wenn es politisch »angepaßt« würde, um es dann »je nach Bedarf mehr oder weniger hervortreten zu lassen«, plädierten die Militärs erneut für eine radikale Auflösung.<sup>544</sup>

Major Konrad hielt das UWI »aus politischen Gründen [für] unerwünscht«. Es habe als Bühne für die »Intrigen und persönlichen Interessen« »verschiedener Emigrantengruppen« gedient und »uns in der grossen politischen Linie oft geschadet«. Zudem sei es ein »Instrument in der Hand des Hetman Skoropadski [...], dessen Gruppe heute für Deutschland nicht mehr in Frage käme«. Wer hieraus – wie Skoropadskyjs Adepten in der späteren Legendenbildung – den Schluß ziehen wollte, Nationalsozialismus und Skoropadskyj seien aneinander geraten, wird bitter enttäuscht. Die Militärs führten als Grund vielmehr die Heirat seiner Tochter mit dem Grafen Montrésor an, wodurch der Het'man »mit massgeblichen französischen Kreisen in Verbindung« stehe, und seine Reise nach Ungarn von 1930 [!], nach welcher er sich mit Lypynskyj zerstritten hatte. Skoropadskyj sei »ohne tieferen Rückhalt im Volk« und »selbst sehr unpopulär«. Auch Mirčuk sei »im Herzen« Het'man-Anhänger und außerdem »3 Tage in der Woche an der Universität in Prag, was doch auch verdächtig sei«.

Die Reichswehr kritisierte weiter die UWI-Stipendienvergabe an »Anhänger des Hetmans«, die dann in Polen Deutschland dadurch schadeten, daß sie gegen Jary und die OUN Propaganda betrieben und »behaupteten, dass die O.U.N. vom Reichswehrministerium unterstützt würde, was ja der größte Unsinn ist«. An dieser Stelle gab Leibbrandt in seinem Aktenvermerk die Ausführungen der Militärs in Anführungszeichen, also dem Anspruch nach wörtlich, wieder. Daraus wurde deutlich, für wie hanebüchen er diese sich widersprechenden Aussagen hielt. Obwohl sie eben noch erklärt hatten, Reichswehr-Unterstützung für die OUN sei »Unsinn«, sagten die Abwehrleute anschließend:

»Wenn wir überhaupt eine Gruppe unterstützen, dann muss es die sein, die für unsere Politik in Frage kommt – und das ist die Organisation der ukrainischen Nationalisten. Das ist die Gruppe, die das Volk hinter sich hat und uns in unserer Politik gegen Polen unterstützt, ohne von uns abhängig zu sein. Alle anderen Gruppen sind bedeutungslos. Kono-walez und Jary haben in langjähriger enger Zusammenarbeit mit dem Reichswehrministerium unser Vertrauen erworben und ihre Nützlichkeit und Zuverlässigkeit für die deutsche Politik bewiesen.«<sup>545</sup>

Aus diesem kurzen Passus wird deutlich, daß die Reichswehr sich in den internen ukrainischen Auseinandersetzungen auf die Seite der OUN schlug, die in der Form der UVO seit 1923 mit dem deutschen Militär zusammenarbeitete. Daß man dies verdeckt halten wollte, war ebenso verständlich wie müßig, weil diese Verbindung allen Beteiligten bekannt war. Ebenso klar ist aber, daß Leibbrandt dies befremdlich

<sup>544</sup> Dadurch wird deutlich, daß von Voss der Verfasser des Berichts vom November gewesen sein dürfte und daß das aus dem Kiewer Archiv stammende, mit Paraphen versehene Dokument echt ist. Es läßt sich inhaltlich völlig logisch in den Ablauf der unterschiedlichen Handlungen einordnen.

<sup>545</sup> Leibbrandt, »Besprechung im Kultusministerium betreffend Ukrainisches Wissenschaftliches Institut am 12. Dezember 1933, von 11 – 12,45 Uhr«, 15.12.1933, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 343-345, hier Bl. 344.

fand und deshalb diese Aussage in seinem Rosenberg präsentierten Aktenvermerk als direktes Zitat wiedergab. Folglich kann festgehalten werden, daß die OUN Ende 1933 noch über keine besonderen Beziehungen zur NSDAP verfügte, aber von der Reichswehr favorisiert wurde.

Die Sekretärin des Majors von Voss, Frau Immel, berichtete Schickedanz, die Voss-Abteilung im Reichswehrministerium arbeite seit Jahren an der »Vorbereitung eines Krieges mit Hilfe der Minderheiten«. Von Voss und Jary verkehrten auch privat miteinander, und es geschehe »in der Abteilung nichts, wovon nicht v. Jary Kenntnis erhalte, oder wozu er [vermutlich: nicht, FG] seinen Rat erteile«. <sup>546</sup>

Die gesamte Besprechung hindurch beteuerte die Reichswehr die Nützlichkeit der OUN. Die Majore wiesen die Kritik an Jary, seine Frau sei jüdischer Herkunft, als »unsinnig« zurück, dies habe »jedenfalls mit der Sache nichts zu tun«. Sie forderten, es müßten »alle Gruppen und Stellen, die störend wirken, wie das Institut, beseitigt werden«. Damit konnten sie sich jedoch nicht durchsetzen. Man kam schließlich überein, das UWI in das Berliner Institut für Orientalische Sprachen einzugliedern, kein neues Kuratorium zu bestimmen, wohl aber einen »Verbindungsmann«, der »seine Arbeiten zu überwachen habe«. Diesen Posten versuchte die Reichswehr mit einem eigenen Vertreter zu besetzen und auch noch die Stipendienvergabe zu beaufsichtigen. Auch das mißlang, und Schickedanz nannte die Sitzung später »ergebnislos«. <sup>547</sup>

Leibbrandt vermerkte mit einer gewissen Befriedigung, »dass die Herren vom RWM sich in der Defensivstellung befanden«. Er konnte ihnen vorhalten, daß die Reichswehr »keinen Groschen, weder [zu] dem Institut noch den Stipendien«, beisteuere. Und er mokierte sich, es sei »besonders auffallend«, »dass ausgerechnet die Herren vom Reichswehrministerium und Auswärtigem Amt ausdrücklich betonten, das Ukrainische Institut müsse endlich gleichgeschaltet und den neuen Bedürfnissen angepasst werden«. Eine Stellungnahme des ApA behielt er sich vor, allerdings deutete er an, daß eine »Neuregelung« des Instituts sowohl die wissenschaftlichen als auch die politischen und persönlichen Bedingungen berücksichtigen müsse, die seinerzeit zur UWI-Gründung geführt hätten. Keiner seiner Gesprächspartner wußte damit unmittelbar etwas anzufangen. Für Rosenberg formulierte er dagegen klarer:

»Die Besprechung hatte über die Frage des Instituts hinaus insofern grundsätzliche Bedeutung, als sie über die Politik des Reichswehrministeriums bezüglich der ukrainischen Frage unzweideutig Aufschluss gab. Die Herren vom RWM. waren in erster Linie bestrebt, die Gruppe der O.U.N. als einzige ukrainische Gruppe zuzulassen und zu unterstützen. Ihre Nachrichten hatten sie nur von Jary und waren infolgedessen auch ganz einseitig informiert. Im Ganzen vermisste man ein tieferes Verständnis für die außenpolitischen Fragen des Ostens und besonders für die ukrainische Frage. Wenn sie von der Ukraine sprachen, so dachten sie nur an Galizien und Polen und haben über andere Zusammenhänge keine tiefere Kenntnis verraten. Die ukrainische Frage war für sie nur eine innerpolnische Angelegenheit, die vom Standpunkt der Minderheitenbewegung beurteilt wird. Auch in den deutsch-polnischen Beziehungen wird ihr nur als solcher Bedeutung beigemessen, und man glaubt, mit Terror-Aktionen und ähnlichen Vorgängen die Aufgabe zu meistern. Die Beurteilung der Verhältnisse beruht auf einer völligen Verkennung der Tatsachen, auf einer

<sup>546</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], CDAVO Kiew, Fond 4628, Op.1, Akte 10, Bl. 14-25, hier Bl. 21-22.

<sup>547</sup> Ebd., Bl. 24.

einseitigen Information und auf einer falschen Einschätzung der Bedeutung der gross-ukrainischen Bewegung«. <sup>548</sup>

Mit diesem Passus aus der Feder des aus Odessa stammenden Leibbrandt, der wußte, daß es auch jenseits Polens eine Ukraine gab, liegt erstmals eine konkrete Aussage der Partei über ihre Ukraine-Politik vor. Das Urteil über die Reichswehr-OUN-Verbindung war vernichtend. Daß Schickedanz seine Informantin Immel bat, ihn über die weiteren Entwicklungen zu unterrichten, belegte, daß die Partei selbst vor dieser »Spionage« nicht zurückschreckte. <sup>549</sup> Dies war aber nicht etwa das Ende der deutschen OUN-Kontakte. Obwohl Leibbrandt in seinen Notizen nur Negatives über die OUN berichtete, sah das ApA jetzt einen Vorteil darin, mehr als nur eine Organisation der Ukrainer zuzulassen. Schickedanz schrieb 1934, es sei

»unmöglich [...], zwei sich aufs äusserste bekämpfende ukrainische Organisationen in einen Topf zu werfen; denn davon würden wir gar nicht profitieren, die beiden Organisationen würden im Kampfe gegeneinander ihre Kräfte verbrauchen. [...] Es würde aber nichts dem im Wege stehen, dass jene Stellen, die Herrn Jary und seine Organisationen aufs äusserste unterstützen, ihm andere Möglichkeiten eröffneten, so gross und so schön, wie sie wollten. Ich setzte mich daraufhin mit dem damaligen Ministerialdirektor Gerullis beim Kultusministerium in Verbindung, der mir zusagte, keinerlei weitere Schritte in dieser Sache zu unternehmen, sondern sie auf sich beruhen zu lassen.« <sup>550</sup>

Dies bedeutete eine Bestandsgarantie für das UWI, aber auch sowohl für die OUN wie für die Het'man-Organisation. Bis 1938 gab es nun keine Versuche mehr, die beiden Gruppen zusammenzuführen. Aber Schickedanz ging es noch um etwas anderes. Den Het'man sah er als einen möglichen Vermittler zwischen Deutschland und Großbritannien an:

»Dieses Eintreten für Hetman Skoropadski geschah auch nicht aus besonderer Vorliebe für ihn oder seine Organisation, deren Zukunftsaussichten in Bezug auf die Ukraine man vielleicht unter Null bewerten kann, sondern allein im Hinblick darauf, dass der Hetman Skoropadski sehr wertvolle Beziehungen nach England besitzt. Er wird von England aus in ziemlichem Masse unterstützt. Er gibt in England eine ukrainisch-englisch gedruckte Zeitung »The Investigator« heraus, in der er für den Nationalsozialismus eintritt, ohne jemals materielle oder sonstige Unterstützung von uns erhalten zu haben. [...] Diese englischen Beziehungen des Hetman Skoropadski erscheinen mir wichtig genug, um sie, abgesehen von der Bewertung seiner Aspiration an eine künftige Gross-Ukraine, für uns auszunutzen, um zu einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen auch auf diesem Wege zu gelangen [...], da schließlich auch England ein gewisses Interesse daran hat, den russischen Druck auf Indien und Persien, mag er bolschewistisch oder zaristisch sein, aber jedenfalls großrussisch, durch die Schaffung anderer Konstellationen zu liquidieren.« <sup>551</sup>

Skoropadskyj retteten also die außenpolitische Phantasie des ApA und seine britischen Kontakte. <sup>552</sup> Das UWI war dabei ein Faktor von sekundärer Bedeutung. Schickedanz formulierte:

<sup>548</sup> Leibbrandt, »Besprechung«, 15.12.1933, S. 345.

<sup>549</sup> Aktennotiz Schickedanz, undat. [Februar 1934], Bl. 22.

<sup>550</sup> Ebd., Bl. 18.

<sup>551</sup> Ebd., Bl. 18-19.

<sup>552</sup> Die politischen Phantasien Rosenbergs waren dabei alles andere als ukrainefreundlich. Zwar lag ihm an der Besserung des deutsch-britischen Verhältnisses, ein konkretes Ziel in bezug auf »Süd-

»Deswegen hielt ich es für falsch, den Hetman Skoropadski durch die Liquidierung eines an und für sich unwesentlichen Instituts, das für ihn aber viel bedeutet, unnützlich vor den Kopf zu stoßen. Dies umso mehr, als er sich dauernd zu einer gewissen Zusammenarbeit anbietet und alle seine englischen Beziehungen zur Verfügung stellen wollte; was er auch heute noch gewillt ist.«<sup>553</sup>

Faßt man zusammen, was für das ApA im Vordergrund stand, so ergeben sich die folgenden Schlüsse:

- Die Ukraine war keine »polnische« Angelegenheit, sondern ein Thema, das mindestens ebenso die sowjetische Ukraine betraf und darüber hinaus ein Faktor der deutsch-britischen Beziehungen;
- Die »außenpolitischen Fragen des Ostens« bedurften eines besonderen »Verständnisses«;
- Die Beschränkung auf eine der ukrainischen Gruppen führe zur einseitigen Information, sei politisch unklug und daher abzulehnen.

Für die Rosenberg-Nationalsozialisten war die »ukrainische Frage« zu einem Aspekt der Weltpolitik geworden, der gegenüber mehreren osteuropäischen Staaten und in der deutsch-britischen Politik einsetzbar war – womit eine Abkehr von der 1918/19 deutlich gewordenen Beschränkung auf die »Einkreisung« Polens dokumentiert wurde. Leibbrandt eröffnete sich damit bereits 1933 eine über die »Friedensjahre« hinausweisende Möglichkeit, die diesen umstrittenen Begriff verstärkt fragwürdig machte.

Die hier vorgestellten Texte begründen die an sich verwunderliche Praxis, daß im Deutschen Reich und im NS-Machtgebiet die ukrainischen Emigranten als einzige nicht »gleichgeschaltet« wurden. Sowohl die OUN (durch die Umgestaltung des U.N.O.) als auch die Het'man-Bewegung blieben bis 1945 neben- und gegeneinander bestehen und genossen deutsche Unterstützung. Die »Gleichschaltung« war also offenbar dann zu umgehen, wenn der politische Pragmatismus einen anderen Weg für erfolversprechender hielt.

Für Skoropadskyj sprach zudem, daß die NSDAP Terror als Mittel der Politik verurteilte. Dies geschah mit einer pragmatischen, keineswegs einer moralischen Begründung. Die »kleinlichen, terroristischen und völlig unfähig geführten Aktionen« der OUN lägen nicht im Interesse Deutschlands, weil sie den Polen einen Vorwand zur »Pazifizierung« lieferten. Schickedanz hatte zudem den Verdacht, daß Polen und die UdSSR in dieser Hinsicht zusammenarbeiteten.<sup>554</sup>

Die hier diskutierten Aussagen für den internen Gebrauch sind ein wichtiger Anhalt für die Analyse eines Teils der NS-Politik gegenüber den Ukrainern. Anders als bei Kumke geht es uns nicht nur um die Förderung Skoropadskyjs,<sup>555</sup> sondern die Haltung

---

rußland« war jedoch »ein reales Zusammengehen zwischen England, Polen und Deutschland«.

<sup>553</sup> Ebd., Bl. 19. – Die noch vagen Befunde Kumkes (»Institut«, S.241-242) werden hierdurch bestätigt.

<sup>554</sup> Ebd., Bl. 20.

<sup>555</sup> Kumke (»Institut«, S. 241-242) bestreitet zu Recht, daß dies eine Parteinahme des ApA für Skoropadskyj bedeutete. Was Leibbrandt über die Institutsfrage hinaus intendierte, stellte Kumke nicht dar. Für unseren Zusammenhang ist die politische Perspektive jedoch bedeutend wichtiger als die Konzentration auf die Institutsgeschichte.

der gesamten ukrainischen Emigration gegenüber – und da zeichneten sich über die engere Institutsthematik hinaus politische Strukturvorstellungen ab, deren Bedeutung Kumke nicht würdigte. Das Institut, welches Wissenschaftlern (und vielleicht auch Skoropadský), was aber nach 1930 so sicher wieder nicht sein dürfte) bedeutsam erschienen sein mag, war nur ein »Bauer« im Spiel um die Macht in Europa.

---

Die 1929 entstandene OUN stützte sich auf diejenigen Ukrainer, die sich mit der Hoheit von UdSSR, Polen, der Tschechoslowakei oder Rumänien über als ukrainisch ausgewiesenes Gebiet nicht abfinden wollten. Während die Legalisten mit ihren Kompromissen sowohl in der UdSSR (wo man die Ukrainisierung abbrach und in eine Verfolgung verkehrte) als auch in Polen scheiterten, konnte die aus der Terrororganisation UVO entstandene OUN behaupten, die konsequente nationale Lehre zu repräsentieren. 1919, 1923 und 1926 war das Vertrauen der ukrainischen Nationalisten in die westlichen Demokratien und ihr propagiertes Selbstbestimmungsrecht der Völker geschwunden. Da kam ein »eigener« Weg gerade recht.

Die militärische Herkunft eines Teils der ukrainischen Emigranten legte ein Denken in militärischen Kategorien nahe, das sozialdarwinistisch begründet wurde. Wie für Hitler war Krieg dann der »Vater aller Dinge«. Nur eine militärische Konfrontation versprach eine Befreiung des nationalen Territoriums von seinen Besetzern. Der Ausbau exilukrainischer Bildungseinrichtungen und der der Aufsteigermentalität der ukrainischen Nationalisten entsprechende Bildungshunger derjenigen, die sich als Ukrainer (und nicht als Angehörige der dominanten Staaten) identifizierten, begründete die militante soziale Schicht der Studierenden. Wie in allen Hochschulmilieus der 1920er Jahre in Mitteleuropa waren junge Intellektuelle seltener Parteigänger der »laschen« westlichen Demokratien; die modernen autoritären Bewegungen waren attraktiver. Das Bündnis der Militärs mit den studentischen Nationalisten überbrückte partiell den Generationenkonflikt, der in allen europäischen Gesellschaften nach dem Ersten Weltkrieg ausbrach. Einige der politisch durchaus wankelmütigen »Alten« schlossen zu den »Jungen« mit ihrem radikalen Nationalismus auf, auch wenn sie dort mit ihrem eigenen Versagen in den davorliegenden Jahren konfrontiert werden konnten. In dem Zusammenschluß dieser beiden Generationen ist einer der Gründe für den Erfolg der OUN zu suchen.

Doncovs Thesen von der allen ukrainischen Überlegungen zugrundeliegenden Rußlandfeindschaft ließen sich umsetzen: Da alle ukrainischen Ideologen der 1920er Jahre sich darin einig waren, daß man aus taktischen Gründen auf Verbündete angewiesen sei und sich nicht um deren »Interna« zu kümmern habe, durfte man sich bei den Gegnern seiner Unterdrücker beliebt machen und mit ihnen Zweckbündnisse eingehen. Doncov hatte dies argumentativ für Polen vorgeführt; für Konovalec und die galizischen Nationalisten, die dazu gelangt waren, zunächst einmal in Polen den Hauptgegner zu sehen, war das Bündnis mit Deutschland und Litauen angezeigt, solange es Vorteile versprach. Der Het'man setzte auf Deutschland und Großbritannien. Von diesen Partnerschaften war trotz allen Rückschlägen diejenige mit Deutschland am erfolgreichsten. Hierher bestanden aus der Zeit des Ersten Weltkriegs herrührende Bindungen und Bekanntschaften, Deutsche interessierten sich für Ukrainer, und

Deutschland galt Ukrainern machtpolitisch als Reserve-Großmacht, auch wenn es wegen Versailles vorübergehend schwächelte.

Was vermitteln die bisherigen Erkenntnisse aber über das Verhältnis zwischen den ukrainischen Nationalisten und den deutschen Nationalsozialisten?

In der Weimarer Republik taten sich verschiedene deutsche Stellen mit ukrainischen Gruppen zusammen. Zu Beginn waren das die UNR-Repräsentanten, mit deren Hilfe die erste deutsche Nachkriegsregierung und die Gruppe um Paul Rohrbach noch hofften, gegen Polen vorgehen zu können. Nach Versailles, den Wirren des Russischen/Ukrainischen Bürgerkriegs, dem daraus resultierenden Bündnis zwischen UNR und Polen, der prosowjetischen Wende eines Teils der ukrainischen Emigration begann eine Phase, in der es keine einheitliche deutsche Ukrainerpolitik gab. Man hielt alle Gruppen auf gleicher Distanz, ohne sich Optionen verbauen zu wollen.

Nach Rapallo wurde die UNR-Verbindung vernachlässigt, dann ganz aufgegeben. Offiziell rückte eine Favorisierung der sowjetischen Seite an deren Stelle. Gleichzeitig aber verstärkten sich auch andere Bindungen:

- Auswärtiges Amt und Wissenschaftsministerium verbanden sich mit der Gruppe des Het'mans Skoropadskyj, der nach Berlin zog und über seine aus der Kriegszeit stammenden Verbindungen zum nunmehr starken Mann der Reichswehr Groener Förderungserfolge errang, die in einer stetigen persönlichen Alimentierung und der Gründung des UWI kulminierten.
- Die Abwehrabteilung der Reichswehr kooperierte mit der UVO, indem sie deren Agenten unterstützte, ausbildete und von ihrem Einsatz gegen Polen profitierte. Zwar gab es unterschiedliche Phasen dieser Zusammenarbeit (darunter eine Unterbrechung zwischen 1928 und 1932, als Groener Skoropadskyj präferierte), aber die UVO-Verbindung übertrug sich auf die neue OUN, die bis Ende 1933 und verdeckt darüber hinaus über den Militäretat finanziert wurde.
- Auswärtiges Amt und Reichspräsidialamt hielten eine partielle Alimentierung von antipolnischen UNR-Dissidenten (Šveć/Makarenko) aufrecht.
- Nationalsozialisten um Rosenberg und von Scheubner-Richter hatten frühe Kontakte zu Poltaveć-Ostranycja gehabt. Dieser versuchte erfolglos, seine Verbindungen 1933 zu kapitalisieren. Niemand nahm ihn ernst. Das ApA zog trotz gewissen Vorbehalten die Beziehungen zu Skoropadskyj vor, was angesichts des Eintretens des Militärs für die OUN schließlich zur Tolerierung zweier verfeindeter Organisationen führte.

Die ukrainischen Nationalisten entwickelten in den 1920er Jahren neue ideologische Positionen. Analog der Entwicklung in Italien und Deutschland und nach denselben philosophischen Standards wie Faschisten und andere integrale Nationalisten in Westeuropa wurden Konzepte für eine künftige ukrainische Staatlichkeit entwickelt, denen gemein war, daß sie liberal-demokratischen Vorstellungen entgegengesetzt waren und ein Bündnis mit den westlichen Demokratien – insbesondere nach dem Freispruch des Petljura-Attentäters – kaum mehr in Erwägung zogen.

Die ukrainischen modernen Nationalisten hatten keine direkten ideologischen Bezüge zur Zeit der »ukrainischen Revolution« mehr, als ukrainischer Nationalismus in der russländischen Ukraine mit einer »linken« Einstellung korrespondierte. Die Partnersuche führte die UVO zur Abwehrabteilung der Reichswehr, die Nationalsozialisten

sten verkehrten dagegen mit Poltaveč oder Skoropadskyj. Die Nationalisten wurden somit nicht, wie in der Sowjetunion behauptet wurde, »in den 1930er Jahren [...] faktisch umgestaltet zu umstürzlerischen Zentren der nazistischen ›Fünften Kolonne‹«, sie waren bereits vorher aus wohlverstandenen eigenem Interesse mit den Gegnern Polens, also Deutschland und Litauen, geheimdienstlich verbunden.<sup>556</sup>

Der Aufstieg der Nationalsozialisten wurde in allen ukrainisch-nationalen Gruppen zunächst als Chance gesehen. Poltaveč hoffte auf unmittelbaren Profit wegen seiner früheren Kontakte, und mit dem U.N.O. suchten auch Teile der UNR-Emigration eine den Nationalsozialisten genehme Sammelorganisation zu begründen. Beim ApA hatten die UWI-Direktoren mehr Erfolg als die OUN, was dazu führte, daß das Rosenberg-Amt eine Protektorenfunktion ihnen und Skoropadskyj gegenüber einnahm.

In der ungeklärten Lage von 1933, als die im Amt verbliebene deutsche politische und Verwaltungsklasse sich zur »nationalen Erhebung« umdefiniert hatte, gerieten die Machtgruppen Reichswehr/OUN und ApA/Skoropadskyj unmittelbar aneinander, was bei der versuchten UWI-Übernahme im Mai, den Verhaftungen im Juli und den Konfrontationen von Reichswehr und Partei im November und Dezember deutlich wurde. Alle deutschen Stellen operierten dabei mit dem nationalsozialistischen Konzept der »Gleichschaltung«, die sie zugunsten der mit ihnen kooperierenden Gruppierung zu regeln wünschten. Es handelte sich dabei aber nicht um eine Rivalität zwischen Nationalsozialisten und ihren Gegnern, sondern um eine Rivalität von Menschen, die unterschiedliche Wege zur Optimierung der NS-Politik einschlugen.

Dabei – und die Annäherungspolitik der Nationalsozialisten an Polen spielte hier keine unwichtige Rolle – unterlagen Reichswehr und OUN zunächst. Schon wegen der neuen Polen-Politik mußte ihre Kooperation heruntergefahren werden. Um Optionen offenzuhalten, förderte das ApA die Het'man-Gruppe und das UWI weiter, tolerierte das U.N.O. und setzte sich sogar – wenngleich halbherzig – für den als allzu aufdringlich empfundenen Poltaveč ein.<sup>557</sup> In der »Aufbauphase« wollten die Parteivertreter ihre Position nicht durch unberechenbare Verbündete gefährden. Die anpassungsfähigen und angeblich mit britischen Kontakten gesegneten Männer um Skoropadskyj waren daher genehmer als radikalnationalistische Gruppen. Die OUN wurde dabei zwar zurückgedrängt, blieb aber dennoch weiter im nationalsozialistischen Deutschland präsent.

Die Wahl der Deutschen zwischen den verschiedenen Ukrainer-Gruppen war insofern schwierig, als alle nichtsozialistischen Ukrainergruppen 1933 den Nationalsozialisten eine Zusammenarbeit anboten. Selbst das petljuristische U.N.O. sah gerade unter den neuen nationalsozialistischen Vorzeichen, in der Abwendung von Rapallo, seine Chance (1937 sollte dies klar so ausgedrückt werden, s. S. 776). Dabei galt Independentismus mit einer Bindung an ein nationalsozialistisches Deutschland vereinbar, was sich mit Pragmatismus sowie ideologischer Affinität erklären und eine grobe Mißachtung der deutschen politischen Ziele erkennen läßt. Letztere teilten die Ukrai-

<sup>556</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 8.

<sup>557</sup> Unzutreffend ist daher die Bemerkung Il'nyčkyjs, nach »der Machtergreifung Hitlers, [...] sei die Bedeutung Pavlo Skoropadskyjs in den deutschen Kreisen sichtlich« gesunken. Eher war das Gegenteil der Fall (Roman Il'nytzkyj [Il'nyčkyj], Deutschland und die Ukraine 1934-1945. Bd. 1, München 2(1958, S. 91).

ner aber mit großen Teilen der deutschen Bevölkerung und anderen ausländischen Politikern.

Roman Il'nyčkyj hat sich in seiner seinerzeit vielbeachteten Studie bemüht, Alfred Rosenberg eine Ukraine-Konzeption zu unterstellen, »die von der Adolf Hitlers und damit von der amtlichen nationalsozialistischen Linie stark abwich«. <sup>558</sup> Auch wenn unzweifelhaft ist, daß es Diskrepanzen in der politischen Taktik gab, ist diese Aussage unsinnig. Rosenberg war nicht weniger Nationalsozialist als Hitler. Er kannte nur die Rivalitäten der Osteuropäer, und seine Taktik war differenzierter als die des holzschnittartig denkenden Ignoranten Hitler. Die Ziele der beiden waren gleich – und als ein Bündnis mit Polen gegen die Sowjetunion im Mai 1934 möglich schien, vergaß Rosenberg alles, was er vorher zur ukrainischen Selbständigkeit geschrieben hatte (s. S. 680).

Daß Il'nyčkyj die Kontakte der Nationalisten zu Rosenberg damit rechtfertigte, sie hätten der NS-Politik widersprochen, ist eine diskursive Entwicklung der Zeit nach 1945. Die auf die Ukrainer eingehenden Politiker galten eo ipso als »nicht nationalsozialistisch«, wo sie doch nur bereit waren, taktische Zugeständnisse im Interesse der strategischen politischen Ziele in Kauf zu nehmen, also dem ideologischen Ziel »Lebensraum« durch etwas intelligenteren Züge leichter nahe zu kommen.

Daß zunächst die OUN ins Hintertreffen geriet, lag also am taktischen Kalkül der deutschen Stellen und bedeutete kein grundsätzliches Desinteresse der Nationalsozialisten an nationalistischen Ukrainern. Für die sowjetische Historiographie war es ein nicht weiter beweisbedürftiger Topos, daß »das Interesse Deutschlands an den ukrainischen bürgerlichen Nationalisten nach dem Machtantritt Hitlers noch mehr wuchs«. <sup>559</sup> Tatsächlich war aber auch dies zunächst nicht der Fall. Die Deutschen interessierten sich mehr für Polen. Hingegen interessierten sich die ukrainischen Nationalisten für die Nationalsozialisten wie für jede andere deutsche Regierung. Gegen die angeführte sowjetische Behauptung richtete sich ebenso pauschal die OUN-Historiographie. Petro Mirčuk beharrte darauf, Deutschland sei nur in der Weimarer Zeit wegen seiner Gegnerschaft zu Polen und der Sowjetunion (!) ein natürlicher Verbündeter der Ukrainer gewesen. Dies sei aber mit dem Machtantritt Hitlers anders geworden: »Lebensraum und Drang nach Osten mußten jeden denkenden Ukrainer beunruhigen«. <sup>560</sup> Eigentlich schon, sie taten es aber nicht.

Petro Mirčuk formulierte den apologetischen Standardtopos aus: In Deutschland habe sich ein Konflikt zwischen Partei und Armee abgezeichnet – die Armee sei nur für die Rückkehr der »verlorenen Gebiete« in Polen, nicht aber für ein »Abenteurertum« gewesen. Die deutschen Offiziere hätten an der in Brest zugesagten Respektierung der ukrainischen Unabhängigkeit festgehalten (die sie 1918 gerade zwei Monate lang und auch das nur partiell akzeptiert hatten, FG.) und daher sei die Zusammenarbeit mit der deutschen Armee »richtig und zielvoll«, gegenüber der NSDAP aber Vorsicht angebracht gewesen. Mit ihr habe man nur zusammenarbeiten wollen, solange sie die ukrainische Unabhängigkeit garantierte (Das tat sie nie, FG.). Da Petro Mirčuk Anhänger der 1940 abgespaltenen OUN-Fraktion Banderas war, schob er alle Schuld an

<sup>558</sup> Ebd., S. 3.

<sup>559</sup> Zamlynskyj, *Šljach čornoj zrazy*, S. 22.

<sup>560</sup> Petro Mirčuk, *Revoljucijnyj zmah za USSD*. Bd. 1, New York/Toronto/London 1985, S. 84.



der Zusammenarbeit mit den Deutschen dann auf dessen Rivalen Mel'nyk und das PUN-Mitglied Jaroslav Baranovský, das mit der Gestapo zusammengearbeitet habe.<sup>561</sup>

Petro Romanyšyn, Wiener Kirchenmusiker und von 1941 an unierter Geistlicher in Berlin, schrieb dagegen in den 1990er Jahren:

»Sofort mit dem Beginn des III. Reiches Adolf Hitlers im Jahre 1933 mit seiner Ideologie des Nationalsozialismus und vor allem mit seiner rassistischen Politik gegenüber den slawischen Völkern einschließlich der Ukrainer während des Zweiten Weltkriegs brachen die guten Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland ab.«<sup>562</sup>

So etwas hörte sich am Ende des Jahrhunderts in Kanada gut an. Nur mit der Realität der dreißiger Jahre hatte es nichts zu tun. Osyp Bojdunyk, einer der aus Polen ange-reisten OUN-Gründer, schrieb später in einem internen (ukrainischsprachigen) Text ganz offen:

»Welche Reichweite diese Zusammenarbeit mit den Deutschen [in den 1930er Jahren] hatte, damit werden wir uns hier nicht aufhalten. Daß UVO und dann auch OUN mit den Deutschen zusammenarbeiteten, das kann und braucht man nicht abzustreiten. Aber diese Zusammenarbeit war nicht breiter und enger als damals und später die Zusammenarbeit mancher anderer ukrainischer politischer Parteien. Auch war die Zusammenarbeit der einen wie der anderen mit den Deutschen nicht breiter oder enger als die Zusammenarbeit der UNR-Regierung mit einem der Okkupanten ukrainischer Gebiete, nämlich mit Polen. Und schließlich hatte diese Zusammenarbeit der einen, der anderen und der dritten keine andere Bedeutung als – zum Beispiel – die Zusammenarbeit Józef Piłsudskis und seiner Polnischen Militärorganisation [POW] mit den Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg und während dieses Krieges [...] Sie alle [...] ließen sich von den Anforderungen des Befreiungsringens so leiten, wie sie sie verstanden, und vom Wohl ihrer Völker, in deren Namen sie in diesem Ringen standen.«<sup>563</sup>

Bojdunyk warnte davor, so zu tun, als ob es diese Zusammenarbeit nicht gegeben hätte. Man laufe sonst Gefahr, innerhalb des ukrainischen »Lagers« und vor Ausländern als Lügner dazustehen. Er hat damit den Mut besessen, den die meisten anderen Verfasser nicht besaßen. Aber bei ihm fehlte neben der pragmatischen Kategorie die ideologische. Die ukrainischen Nationalisten fühlten sich den deutschen Nationalsozialisten auch ideologisch verwandt, nur standen rechte Gruppen strukturell grundsätzlich in einer Konkurrenz zueinander. Konkurrenz und Inkompatibilität von Zielen verhinderten, daß es zu einer kontinuierlichen und monolithischen Allianz kam.

Eine weitere Komponente kam hinzu: Bohdan Kordjuk, einer der »jungen Wilden« der galizischen UVO, gab zu, die Galizier seien »sogar bis zu einem gewissen Maß« (navit' dejakoju miroju) vom Hitlerismus beeindruckt gewesen, nicht jedoch Konovaléc: »Wenn er ein Sentiment hatte, dann wohl nur als Krieger – zum deutschen Militär.«<sup>564</sup> Dem ist sicher beizupflichten – und gleichzeitig ist dies eine Quelle, die

<sup>561</sup> Ebd., S. 84-88.

<sup>562</sup> Petro Romanyšyn, »Istorija ukraïnskoï emigracii ta Ukraïnska Katolyčka Cerkva v Nimeččyni«, in: Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 208-225, hier S. 209.

<sup>563</sup> Bojdunyk, »Jak dijšlo do stvorennja Orhanizacii Ukraïnskykh Nacionalistiv«, S. 370-371.

<sup>564</sup> Bohdan Kordjuk, »Jevhen Konovaléc – vijškovyj i polityčnyj orhanizator«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 959-973, hier S. 970.

ein wichtiges Schlaglicht auf die deutsch-ukrainische Problematik wirft: Die Nationalukrainer gingen wirklich davon aus, das deutsche Militär, mit dem sie ja auch gut zusammenarbeiteten, sei nicht mit der politischen Führung, damit auch nicht der nationalsozialistischen, identisch. Und das war falsch. Vor und während der »Wiederherstellung der Wehrhoheit« gab es keine Kritik an Hitler, und 1938 war der Widerstand gegen einen Krieg, der das »Aufbauwerk« gefährdete, nicht etwa gegen den Nationalsozialismus an sich gerichtet. Für die Wehrmacht und gegen den Nationalsozialismus – diese Phantasie kam nach 1945 auch manchen Deutschen sehr gelegen. Sie war gegen Ende des Krieges nur in der Haltung Einzelner begründet. Tatsächlich waren die Kontakte mit dem Militär auch Kontakte mit der Politik und dem NS-Staat.

## VIII. IM ZEICHEN DER DEUTSCH-POLNISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Während zahlreiche Darstellungen – je nach ihrer parteilichen Haltung – davon ausgehen, daß sich ukrainische Nationalisten und deutsche Nationalsozialisten entweder grundsätzlich ferngestanden hätten oder eng miteinander verwandt und verbündet gewesen seien, war die tatsächliche Lage weitaus komplizierter. Da sich die Nationalsozialisten 1933 bald als unumstrittene Herren der deutschen Politik erwiesen hatten, versuchten ukrainische Emigranten sich mit ihnen zu verbünden. Dem Führer der OUN war dabei die Gefahr, die von der NS-Ideologie ausging, nicht unbekannt, er sah jedoch keine andere Möglichkeit und stellte anfängliche Bedenken zurück. Auch die anderen ukrainischen politischen Gruppen schätzten die Lage allzu positiv ein. Daß den meisten Nationalsozialisten eine ehrliche Kooperation mit den Ukrainern fernlag, wurde jedenfalls nicht erkannt.

Damit liegt eine Parallele zu den deutsch-polnischen Verhältnissen vor. Die Annäherung, die nach dem deutschen Austritt aus dem Völkerbund zur polnischen Kündigung des Minderheitenschutzvertrages und zur Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 führte, entsprach nur mehr äußerlich der polnischen Politik der Äquidistanz zur UdSSR und zu Deutschland. Weder wurde mit der Sowjetunion ein Presseabkommen analog zu demjenigen mit dem Reich geschlossen,<sup>1</sup> das deutsch- und damit NS-feindliche Publikationen in Polen unter Verfolgung stellte, noch gab es eine Entsprechung zu der im bilateralen Vertrag von 1937 mündenden Abstimmung der Minderheitenpolitik. Die innerpolnischen Spannungen wegen dieser Annäherung können wir hier nicht diskutieren. Aber maßgebliche polnische Politiker stellten sich auf eine längerfristige »Aussöhnung« mit Deutschland ein. Und auch mit dem Bild der polnischen Historiographie von dem »Janusantlitz des hitleristischen Reiches gegenüber Polen« wurde dokumentiert, daß man in der angeblich »nicht bis zum Ende durchdachten« deutschen Politik positive Aspekte erblickte.<sup>2</sup>

Auf den 24. November 1933 datiert war eine von dem französischen Botschafter André François-Poncet (1887-1978) kolportierte Bemerkung Hitlers über einen weiteren Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland, »donnant l'impression qu'il pensait à l'Ukraine et voulait gagner à cette idée la Pologne«.<sup>3</sup> Der Danziger Senatspräsident Hermann Rauschnig (1887-1982) trug aus einem Gespräch mit Pilsudski am 11. Dezember 1933 den Eindruck davon, jener halte einen Krieg gegen die UdSSR für unausweichlich und träume von einer Gebietserweiterung im Osten. Im Januar 1934 sondierte er im Auftrag Hitlers, ob Polen gegen eine reichliche Ost-Kompensation auf ehemalige deutsche Ostgebiete zu verzichten bereit sein würde. Das Ergebnis war zwar negativ, aber das Konzept »mit Polen anstatt gegen Polen« war in der Welt.

<sup>1</sup> Vgl. dazu Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Wiesbaden 1991, S.182-213.

<sup>2</sup> Marian Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938. Poznań 1965, S. 254.

<sup>3</sup> J. Laroche, La Pologne de Pilsudski. Paris 1935, S. 142, zit. nach Hans Roos, Polen und Europa. Tübingen 1957, S. 143.

Im Mai 1934 legte Rosenberg Hitler ein Memorandum zu den deutsch-britischen Beziehungen vor. Angesichts britischer Interessen an »Südrußland« propagierte Rosenberg ein »reales Zusammengehen zwischen England, Polen und Deutschland«. Polen könne man – nicht ohne für Deutsche und Briten Wirtschaftskonzessionen zu fordern – »eine weitere Ausdehnung nach dem Schwarzen Meer hin zusichern«. Das Land könne so »gebunden werden durch eine politische Machtstellung«: Rosenberg wollte also Polen an der Sowjetukraine interessieren, wofür Polen dann einen deutsch-britischen Feldzug gegen die Sowjetunion unterstützen sollte.<sup>4</sup> Sein Projekt von 1927 – die Zusammenarbeit mit Kiew – schien vergessen. Żerko deutete die neue Lage damit, daß durch die polenfreundliche NS-Politik Rosenbergs Wirkungsmöglichkeiten reduziert worden seien. Mit seinem »Dreibund« habe er sich politisch wieder zu Wort melden wollen, um der zunehmenden Bedeutungslosigkeit zu entrinnen. Wenn man auf Polen setzte, konnte man sich aber nicht mit den Exil-Ukrainern verbinden.<sup>5</sup>

Der Vorschlag Rosenbergs war eine Vorwegnahme der »Globallösung«, die Deutschland im Herbst 1938 auf die Tagesordnung setzte. Rosenberg sprach auch mit dem italienischen Journalisten Enrico Insabato über Polen. Insabato galt eigentlich als Ukraine-Anhänger – nun aber befürwortete auch er nach Rosenberg eine »deutsch-italienische Allianz, dann Einschluß Polens«.<sup>6</sup> Dies war mit der Parteinahme für eine unabhängige Ukraine unvereinbar – Rosenberg stand also mit seiner Wende nicht allein. Und diese Planung wurde weiterverfolgt: Hermann Göring sprach sie bei seinem Jagdbesuch in Polen im Januar 1935 an.

Der polnische Botschafter in Deutschland Józef Lipski (1894-1958) notierte, Göring habe, durch ein Gespräch mit Hitler autorisiert und sogar direkt beauftragt, ihm zwar eine deutsche Ost-Expansion angekündigt, aber angedeutet, man könne Polen die Ukraine überlassen und sich selber mit dem Nordosten begnügen.<sup>7</sup> In Białowieża hat Göring General Kazimierz Sosnkowski (1885-1969) gegenüber, der im polnischen Ostgrenzbezirk Polesie Armeeeinspekteur war, »bedeutende Avancen in unserer Richtung, die fast auf den Vorschlag eines Militärbündnisses hinausliefen«, wiederholt.<sup>8</sup> Und am 31. Januar 1935 auf dem Empfang in der deutschen Botschaft stellte er im Beisein von Ministerpräsident Leon Koźłowski (1892-1944) und Außenminister Józef Beck (1894-1944) Polen »große Möglichkeiten in der Ukraine« in Aussicht.<sup>9</sup> Offenbar waren die polnischen Politiker nicht uninteressiert; Piłsudski soll das Gespräch jedoch mit der Bemerkung abgebrochen haben, Polen könne nichts unternehmen, was

<sup>4</sup> Rosenberg-Denkschrift »England und Deutschland« für Hitler, 12. 5. 1934 (Nürnberger Dokument PS-049), zit. nach Hans-Günther Seraphim (Hg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956, S. 137-140.

<sup>5</sup> Vgl. Stanisław Żerko, *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*. Poznań 1998, S. 38; Zur Vorlage des Memorandums vgl. Seraphim, *Tagebuch*, S. 20.

<sup>6</sup> Ebd., S. 25-26 (Eintrag vom 29. 5. 1934).

<sup>7</sup> Bestätigt wird dies durch die von Rosenberg notierte Aussage Hitlers: »Was Polen weiter im Osten für Absichten hätte, daran seien wir desinteressiert« (Ebd., S. 54: Eintrag vom 2. 2. 1935); vgl. *Diariusz i teki Jana Szembeka*. Bd. 1, London 1964, Eintrag vom 10. 2. 1935, S. 230.

<sup>8</sup> *Diariusz i teki*, Bd. 1, Eintrag vom 1. 2. 1935, S. 225 – Der Eintrag bezog sich auf die Zeit vor dem 31. Januar. In seinem Gespräch mit dem Vizeaußenminister Jan Szembek sagte Józef Lipski, Göring habe »fast eine antirussische Allianz und einen gemeinsamen Marsch nach Rußland« vorgeschlagen (Vgl. ebd., S. 230).

<sup>9</sup> Ebd., Eintrag vom 31. 1. 1935, S. 223-224.

zu Spannungen mit der Sowjetunion führen könnte. Der »Marschall« lebte aber nicht mehr lange, und seine Nachfolger waren da offener.<sup>10</sup> Bei Becks Besuch in Berlin im Juli 1935 präzisierte Hitler, daß Deutschland mit Polen eine Partnerschaft suche, wie sie auch mit Großbritannien angestrebt würde.<sup>11</sup>

Das deutsche Verhältnis zu den Ukrainern blieb partiell eine Funktion der neuen deutsch-polnischen Beziehungen. Die deutschfreundliche Fraktion in Polen nahm das erfreut wahr. Adolf Bocheński schrieb 1937, die Fortdauer guter deutsch-polnischer Beziehungen würde auch die polnisch-ukrainischen Beziehungen »ausgleichen«. Im Falle eines Krieges würden die Ukrainer sich hingegen mit den Deutschen verbünden.<sup>12</sup>

In Deutschland stellte man sich etwas um. Einerseits versuchte man, die polenfeindlichen ukrainischen Nationalisten von Polen abzulenken, andererseits nahm man wahr, daß es ja auch mit den Polen zusammenarbeitende Ukrainer gab, die nun erstmals als interessant galten. Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Nichtangriffserklärung empfahl das AA den ehemaligen UWI-Professor Zalozeckij dem Preußischen Staatsarchiv als Mitarbeiter für ein Projekt über polnische Kirchenbauten des Mittelalters. Daß Windecker Zalozeckij »propolnisches Eintreten« bescheinigte, galt als Empfehlung, weil

»durch seine Heranziehung [...] gezeigt werden könnte, daß in Deutschland keineswegs nur mit antipolnischen ukrainischen Kreisen Verbindungen bestehen, wie das polnischerseits immer wieder behauptet wird.«<sup>13</sup>

Und auch das Propagandaministerium entdeckte die UNR-Ukrainer als neue mögliche Verbündete. In einem internen Papier vom März 1934 hielt die Antikomintern, ein vom Goebbels-Ministerium organisiertes Büro zur Koordinierung antisowjetischer Aktivitäten, fest, daß die OUN stark an Bedeutung verliere, unter den ukrainischen Emigranten die UNR unter Andrij Livyckij hingegen Einfluß gewonnen habe. Zwar bekomme Livyckij immer noch seine Mittel aus Frankreich, er sei jedoch bereit, Frankreich zu hintergehen und mit Deutschland zusammenzuarbeiten, da er eingesehen habe, daß ohne Deutschland in der Ukraine nichts zu erreichen sei. Jary und Skoropadskij hätten demgegenüber keinerlei Bedeutung und nicht den geringsten Einfluß mehr.<sup>14</sup>

Die OUN-Kontakte waren reduziert, jedoch nicht völlig gelöst. Daß sich die OUN-Vertreter weiterhin mit den Deutschen abgaben, mochte auch bedeuten, daß sie nicht an die »Ewigkeit« der aktuellen Konstellation glaubten. Aber nirgendwo im Europa der 1930er Jahre zeichnete sich eine Alternative ab, so daß man statt der politischen

<sup>10</sup> Vgl. Żerko, Stosunki, S. 39, 41-42; Dokumenty i materialy po historii sovetsko-pol'skich otnošenij. Bd. 6, Moskva 1969, Dok. 166, S. 249-250. Bei seinem nächsten Jagdbesuch 1936 blieb der Eindruck bestehen, Deutschland wolle mit Polen gegen Rußland ziehen. Nur geographisch machte Göring einen entgegengesetzten Vorschlag: Nun forderte er für Deutschland »Südrußland« und bot Polen an, »im Norden Rußlands Ordnung zu machen« (Diariusz i teki, Bd. 2, Eintrag vom 23. 2. 1936, S. 92). Lipski sagte 1941, Göring habe wohl »mehr Phantasie als Kenntnis des Problems und der Landkarte« besessen (Vgl. Żerko, Stosunki, S. 41, 50). Tatsächlich wußte Göring eher wenig über den europäischen Osten; wichtig ist hier nur, daß das Konzept einer Einigung mit Polen gegen Rußland und die darauffolgende Verfügung über die Ukraine (ohne die ukrainischen Nationalisten zu beachten) angestrebt wurde.

<sup>11</sup> Vgl. Żerko, Stosunki, S. 48, 52-53.

<sup>12</sup> Vgl. Adolf Bocheński, Między Niemcami a Rosją. Warszawa 1937, S. 85.

<sup>13</sup> Windecker an Generaldirektor des Preuß. Staatsarchivs, 29. 1. 1934, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 218.

<sup>14</sup> Geheimbericht Antikomintern, 27. 3. 1934, IfZ, Akten der NSDAP, Mikrofilm MA 49, Bd. 1.

Voraussicht der OUN-Nationalisten auch ihre ideologische Affinität oder ihren Mangel an Phantasie als Grund für die Fortsetzung der Kontakte zu den Deutschen annehmen könnte.

## 1. DIE OUN IN DER ZEIT DES POLEN-ABKOMMENS

Wie waren die Kontakte beschaffen? Arbeiten von Sympathisanten wie Gegnern stimmen weitgehend darin überein, daß sich die OUN zwischen 1935 und 1938 zurückhielt. Das lag natürlich einmal an der Zerstörung der Organisation durch die polnischen Stellen nach dem Pieracki-Mord, mochte jedoch auch ein Beleg dafür sein, daß ohne umfassendere deutsche Hilfe nichts laufen konnte.

Der Bruch wurde jedenfalls durch »außerpolnische« Optionen gemildert, so daß man auch annehmen könnte, die Deutschen hätten sich die Ukrainer für den Fall einer antipolnischen Aktion warmhalten wollen und für die Zwischenzeit eine andere Beschäftigung für sie gesucht. Die Gerüchte aus dem Umfeld Petruševyčs, die Abwehr habe die OUN mit 200.000 Mark für den neuerlichen Abbruch der Beziehungen abgefunden, entsprachen den Vorabsprachen und wären damit bestätigt. Sollte die OUN tatsächlich gegen die UdSSR agieren?

Dies ist mehr als fraglich, weil die OUN nur über geringe antisowjetische Potentiale verfügte. Sie suchte statt dessen nach anderen Förderern und sah sie eine Zeitlang in den Japanern, mit deren Berliner Militärattaché Oshima Verbindungen aufgenommen wurden, die 1938/39 wichtiger werden sollten, als Oshima Botschafter in Deutschland geworden war.<sup>15</sup>

Die OUN bekam in Deutschland bald Schwierigkeiten. Die Gestapo, die weiterhin mit der OUN kooperierte, berichtete dem AA, das Büro von Riko Jary, das offiziell als »Fürsorgekomitee für Flüchtlinge aus den westukrainischen Gebieten in Deutschland« firmierte (was nicht mit dem Skoropadskyj-Komitee verwechselt werden sollte) und sich in Wilmersdorf in der Mecklenburgischen Straße 73 befand, verschicke das OUN-Organ *Surma* mit antisowjetischen und antipolnischen Texten an russische Emigranten in Deutschland. Die Gestapo engagierte sich nun als Verteidigerin Polens: Sie äußerte »wegen der derzeit guten Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Bedenken gegen die Weiterverbreitung der Schrift«.<sup>16</sup> Das AA tat sich etwas schwer mit der Darstellung seiner erbetenen »Ansicht«. Im ersten Entwurf hieß es, es »erschei[n]e nicht zugänglich«, daß das Komitee »eine irgendwie gegen Polen gerichtete Propaganda« betreibe und die Verbreitung der *Surma* sei »unerwünscht«. Im erst fünf Tage später tatsächlich abgesandten Text war es dann »unzulässig« geworden, daß »irgend eine politische Propaganda« betrieben werde und das AA bat, die Kolportage der *Surma* »zu untersagen«.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 30.

<sup>16</sup> Geheimes Staatspolizeiamt Berlin an AA, 19. 4. 1934, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 233.

<sup>17</sup> AA an Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, 30.4./4.5.1934, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 234.

Martyneć brachte die Einstellung der *Surma* mit dem Pieracki-Mord in Polen in Verbindung. Seiner Darstellung nach forderte die polnische Regierung nach dem Pieracki-Mord und der Auslieferung Mykola Lebed's von den Deutschen auch Martynećs Überstellung. Vor der angeblich drohenden Verhaftung sei er nach Wien und, als Polen in Österreich vorstellig wurde, weiter nach Paris geflohen. Da Martyneć der eigentliche Redakteur war, sei dadurch die weitere Veröffentlichung unmöglich geworden.<sup>18</sup> Offensichtlich ist dies eine Erfindung.

Das AA wahrte nämlich gegenüber der UdSSR den politischen Schein. Im April 1935 machte Siegfried Hey als Mitarbeiter der Ostabteilung des AA und früherer deutscher diplomatischer Vertreter in Charkiv in einem offenbar gezielten Gespräch mit dem Journalisten Felix Dassel und dem Obersten von Ziegler deutlich, daß das Amt weiter auf dem Boden der loyalen Beziehungen zur Sowjetunion stehe. Er stritt ab, jemals »mittelbare oder unmittelbare« Beziehungen zu russischen Emigranten unterhalten zu haben, wenn sich deren Tendenzen gegen die Sowjetunion richteten. Dieser Standpunkt habe nach wie vor Gültigkeit.<sup>19</sup> Damit konterkarierte man die sowjetischen Unterstellungen, aber vor allem wurden Fördermaßnahmen des AA für Ukrainer ungeachtet dessen inopportun, ob sie sich nun gegen die UdSSR oder Polen richteten.

Die noch verbliebenen Förderer der OUN kamen daher überein, die problematisch gewordene Propagandatätigkeit zu beenden. Dies war der Grund, warum Mitte 1934 *Rozbudova Nacii*, *Surma* und *Ukraińskij Nacionalist* ihr Erscheinen einstellten. Auch die galizischen Untergrundblätter gab es nicht mehr, neue Versuche wie Mirčuks *Naš Svitohljad* (Unsere Weltanschauung) wurden bald wieder beendet, und nur der *Vistnyk* Doncovs erschien weiterhin.<sup>20</sup> Mag Martyneć auch schreiben, dies habe »keine schädlichen Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des organisierten Nationalismus gehabt«, weil es andere »Presseorgane der OUN« gegeben habe,<sup>21</sup> tatsächlich war dies nicht der Fall. Was er als »Dezentralisierung« der Pressearbeit schönredete, bedeutete den Verlust eines gemeinsamen Diskussionsorgans, das die RN zweifellos dargestellt hatte.

<sup>18</sup> Volodymyr Martyneć, »Ukraińska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraĩnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 237-238. – Diese Narration ist nicht überzeugend. Eine Dokumentation über Vorgänge gegen Martyneć ist nicht gefunden worden, und im Grunde hätte die Redaktionsarbeit in Paris ebenso wie in Berlin fortgesetzt werden können.

<sup>19</sup> Hey an von Bergen, Aufzeichnung über Gespräch, 1. 4. 1935, PAAA, Rußland Politik 5A Innere Politik, russische Emigranten, Bd. 14, Bl. 17.

<sup>20</sup> Mirčuk, Narys, S. 479-480. Ob die Tschechoslowakei der RN das Kolportagerecht auf polnisches Drängen nach dem Pieracki-Mord entzog, ist nicht sicher (vgl. Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 101).

<sup>21</sup> Volodymyr Martyneć, »Ukraińska nacionalistyčna presa«, in: Orhanizacija Ukraĩnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 229-246, hier S. 239. Als legales Organ gab es in Przemyśl die ehemals Skoropadskij-treue Wochenzeitung *Ukraińskij Holos*, deren Redaktion im Herbst 1929 Zenon Pelenskyj übernahm und als »Organ des nationalistischen Gedankens« führte. Danach war Julian Vassyjan Redakteur, aber sowohl er als auch Pelenskyj kamen wegen der OUN-Gründung ins Gefängnis (Vgl. Stepan Lenkavskyj, »Nacionalistyčnyj ruch na ZUZ...«, in: Bojko, Jevhen Konovaleć, hier S. 423-425; Toma Lapyčak, »Vyrekyt svoje slovo ...«, in: OUN – mynule j majbutnja. Kyiv 1993, S. 131-143, hier S. 133). Auch das Przemyšler Blatt wurde häufig konfiziert. 1933 wurde es eingestellt. Danach erschienen *Studentskyj Šljach* (1932-1934), *Studentskyj Vistnyk* (sporadisch 1935-1939), *Naš Klyč* (1933), *Probojem* (1934) und *Visti* (1933-1934), *Ridnyj Grunt* (1935) und *Holos nacii* (1936-1937) oder *Holos* (1937-1939) (vgl. dazu Wysocki, Organizacija, S. 204-215).

Als am 15. Juni 1934 um 15.40 ein OUN-Terrorist den polnischen Innenminister Bronisław Pieracki in Warschau am Eingang des Gesellschaftsklubs an der Straße Foksal 3 erschoss, wurde deutlich, in welcher Zwickmühle sich die Deutschen zwischen ihren bisherigen Partnern und der offiziellen Politik befanden. Die Beziehungen zur OUN sanken auf einen Tiefpunkt. Politisch war die OUN entmutigt. Konovaléc stellte in einem Brief an den OUN-Vertreter in Großbritannien Jevhen Ljachovyč 1935 fest, das Versailler Gleichgewichtssystem in Europa sei durch die Nationalsozialisten erschüttert worden. Was ihm aber eigentlich erfreulich erscheinen mußte, hielt er »für das ukrainische Problem [für] völlig katastrophal«. Französische Ängste vor den Nationalsozialisten hätten zum Bündnis mit der Sowjetunion geführt. Dadurch sei die UdSSR stärker geworden, wie vorher schon Polen durch die Nichtangriffsvereinbarung mit Deutschland:

»Durch die jüngste Entwicklung haben wir gleichzeitig zwei Basen verloren, die wir für die Verbreitung der Sobornist'-Propaganda und überhaupt für unsere Tätigkeit nutzen konnten; ich meine hier Deutschland und die Tschechoslowakei. Deutschland verloren wir durch seine Verständigung mit Polen, die CSR durch ihre Verständigung mit den Bol'seviki.«

Konovaléc riet, sich nicht provozieren und als Werkzeug einer der Großmächte verwenden zu lassen. Großbritannien schien eigentlich ein geeigneter Boden für weitere Aktionen zu sein, aber Konovaléc predigte vor allem Kontinuität: Man solle sich gleichzeitig auf vier »Terrains« weiter engagieren, »nämlich in England, Italien, Deutschland und Japan«. <sup>22</sup>

Ja, auch in Deutschland, wo aber wegen des Einflußverlusts eine Rationalisierung des eigenen Beharrens gefunden werden mußte. Der folgende Passus ist immens wichtig, weil er der Gefolgschaft verständlich machte, warum ein Zusammengehen mit Deutschland nicht belastet war. Auf den Vorwurf, die OUN gebärde sich aus Rücksicht auf Deutschland nicht englandfreundlich, erwiderte Konovaléc, dies sei »schon keine Kritik mehr, sondern eine Beleidigung«:

»Ich erkläre Euch, daß es in unserer Zusammenarbeit mit den Deutschen zwei Zeiten gab, da wir auf verschiedene Wohltaten verzichteten und die Zusammenarbeit abgebrochen haben, als wir sahen, daß die weitere Zusammenarbeit nicht im Interesse der ukrainischen Sache sei.« <sup>23</sup>

Für Mirčuk war dieser Passus ein Beleg für das kompromißlose Unabhängigkeitsstreben Konovalécs und der OUN, tatsächlich ist er aber einer der deutlichsten Belege für die verfälschende Umwertung der tatsächlichen Begebenheiten. Gemeint haben kann Konovaléc nur die Abbrüche von 1928 und 1933, und die gingen keineswegs von der OUN, sondern von den Deutschen aus. Zum einen wegen Groeners Einstellung, zum anderen wegen der Zusammenarbeit mit Polen. Konovaléc hat nicht auf irgendwelche »Wohltaten« aus freien Stücken verzichtet, sie wurden ihm von den Deutschen entzogen. Um das Gesicht nicht zu verlieren, schrieb der OUN-Führer sich die Geschichte schön und Mirčuk sekundierte ihm später dabei. Aber immerhin gab Konovaléc »Wohltaten« zu.

<sup>22</sup> Konovaléc an Ljachovyč, 2. 5. 1935, zit. nach Mirčuk, *Narys*, S. 509.

<sup>23</sup> Konovaléc an jemanden in Großbritannien, undat., zit. nach ebd., S. 510.



Treffender war eine strategische Einschätzung des Generals Kapustjanskyj. Er ließ sich nicht von der deutsch-polnischen Zusammenarbeit blenden, sondern interessierte sich für die polnischen Chancen, einen deutschen Angriff zurückzuschlagen. Er hielt sie für recht hoch, und die Folgen für erstrebenswert:

»In erster Linie würde Polen ruiniert und deutlich geschwächt, und das ukrainische Problem würde dank unserer organisierten revolutionär-nationalen Aktion entschieden werden.«<sup>24</sup>

Seiner Meinung nach drohte der Vielvölkerstaat Polen zu zerfallen, und es sei »Un-sinn«, sich an diesen Staat anzulehnen. Da die Sowjetunion ausfiel, bliebe also trotz allem nur Deutschland übrig. »Das Bündnis Deutschlands mit Polen kann weder ehrlich noch dauerhaft sein. [...] Aber wir sind sicher, daß die geopolitische Lage Polens dafür günstig ist, daß Deutschland und das Rote Moskau seine Neutralität verletzen und Polens Gebiete zur Arena des Kampfes zwischen Deutschland und den Sowjets [...] und die Beute dieser Staaten wird.«<sup>25</sup>

Kapustjanskyj war einer der beiden UNR-Generäle, die sich den radikalen Nationalisten angeschlossen hatten (der andere war Kurmanovyč). Seit 1923 lebte er mit seiner Familie in Paris, plante die Militärpolitik und die Strategie des »Befreiungskampfes« und stand dann an der Spitze des 1932 gegründeten französischen OUN-Ablegers *Ukraińskij Narodnyj Sojuz*. Kapustjanskyjs Ausführungen kamen dicht an die damals kaum vorherschaubaren tatsächlichen Entwicklungen heran, wesentlicher ist jedoch, daß er einen einleuchtenden Grund dafür lieferte, daß sich die OUN trotz allen Rückschlägen allein auf Deutschland als Verbündeten versteifte und die deutsch-polnische Verbindung als eine vorübergehende Erscheinung abtat. Auch wenn man heute verleitet ist, darin eine von Anfang an klarsichtige Analyse zu erkennen, ist die Sache nicht ganz so einfach. Hätte Polen 1939 Deutschlands »Juniorpartner«-Angebot angenommen, hätte sich diese Vorhersage als falsch erwiesen. Hat es aber nicht. Die Frage der polnischen Entscheidung 1938/39 ist daher eine notwendige Komponente zur Bewertung der OUN-Strategie.

## 2. DER PIERACKI-MORD

Die OUN/UVO hatte den Terror als Mittel der Politik zu ihrem Instrument gemacht, mochte Konovalėc noch so »staatsmännisch« auftreten. Auch er billigte den Terror ausdrücklich. Den vorgeblichen Unterschied zwischen den lokalen Repräsentanten der »Landesexekutive« und dem über Europa verstreut tätigen PUN kann man 1934 getrost als zwei Seiten einer Medaille interpretieren.<sup>26</sup> Der Redakteur der amerikani-

<sup>24</sup> Mykola Kapustjanskyj, *Ukraińska Zbrojna Syl'a i Ukraїńska Nacional'na Revolucija*. Saskatoon 1936, S. 33.

<sup>25</sup> Ebd., S. 34.

<sup>26</sup> Torzecki meint, der Terror habe die OUN in die Schlagzeilen gebracht, letztlich jedoch die Organisation in die Krise geführt (Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 68-69). Kentij zeigt die Ambivalenz, wenn er ausführt, daß Konovalėc gegen den Terror der OUN (nicht aber der UVO)

schen *Svoboda* bescheinigte dem OUN-Terror insofern seinen Erfolg, als er feststellte, die »revolutionäre Aktion« habe erst die amerikanische Presse dazu gebracht, über die Ukrainer zu berichten.<sup>27</sup>

Daß der Mord an Pieracki entgegen der Anweisung Konovalécs erfolgt sei, wie Roos behauptet hat, ist nicht belegt. Das Gerücht, »der zweite Anführer der OUN, Jary« habe sich geweigert, auf deutsche Weisung die Aktionen gegen Polen einzustellen, ist ebenso unbestätigt. Aber es gibt auch keinen überzeugenden Beweis für die Behauptung des Staatsanwalts Władysław Żeleński, Mykola Lebed' (1909-1998), der Verbindungsmann zwischen der Landesexekutive und dem PUN, habe im April 1933 vom PUN den »Befehl« erhalten, sich nach zahlreichen Fehlschlägen der OUN durch die Ermordung des Innenministers zu »rehabilitieren«.<sup>28</sup>

Marian Wojciechowski hat nachgewiesen, daß am 23. Mai 1934 der Leiter der Militärattachéabteilung im Reichswehrministerium Major Rösing den polnischen Militärattaché Oberstleutnant Antoni Szymański in Berlin warnte, die Ukrainer planten einen Anschlag in Polen.<sup>29</sup> Die Nachricht sei vage gewesen und daher nicht beachtet worden. Vielleicht hat Szymański sie auch für nebensächlich gehalten und verzögert – sie soll erst 6 Tage nach dem Anschlag beim Generalstab eingegangen sein.<sup>30</sup> Der Staatsanwalt behauptete später, man habe mit einem Anschlag gerechnet, jedoch erst anlässlich einer Reise des Ministers nach Lemberg.<sup>31</sup> Jedenfalls hatte das Militär offenbar weiter einen Zugang zu OUN-Informationen. Daß Troščynskyj in sowjetischer Zeit annahm, die Deutschen hätten sich nur ein Alibi verschaffen wollen und bewußt vage informiert, während das Attentat in Wirklichkeit »durch die Hitleristen im voraus geplant« gewesen sei, kann vernachlässigt werden; Deutschland lag an der Zusammenarbeit mit Polen.<sup>32</sup>

---

war, gleichzeitig aber erklärte, Terror sei eine der Methoden der von der OUN vorbereiteten Revolution, weshalb er sich auch nicht öffentlich davon distanzieren wollte (vgl. Kentij, Narysy, S. 62-63).

<sup>27</sup> Lev Myšuha an Jevhen Petruševyč, 16. 3. 1936, CDAHOU, zit. nach Kentij, Narysy, S. 56.

<sup>28</sup> Vgl. J. Luxenburg, »Kulisy morderstwa Bronisława Pierackiego«, Wiadomości, London 431/4.7.1954, angegeben bei Marian Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938. Poznań 1965, S. 234. Wojciechowski selber versucht, Jary als »zweite Staffel« der Reichswehr darzustellen; daß die Ukrainer in Polen auf eigene Faust gehandelt haben könnten, paßte nicht in das Bild der deutsch-ukrainischen Kooperation (vgl. ebd., S. 238-239). Ebenso wenig begründet ist die Aussage Potockis, Pieracki sei »wegen seiner ukrainophilen Sympathien bekannt« gewesen (Vgl. Władysław Żeleński, Zabójstwo ministra Pierackiego. Warszawa 1995 (Paris 1973), S. 61-65; Robert Potocki, Polityka państwa polskiego, S. 103-105). Ivan Kedryn widersprach dem entschieden (Vgl. Kedryn, Żyttja, S. 232). In der sowjetischen Literatur benutzte Zamlynskyj die Wendung, das Attentat sei »in Ausführung einer Anweisung aus Berlin« ausgeführt worden. Dem Leser wurde so suggeriert, auch die Deutschen ständen hinter dem Mord (Zamlynskyj, Śljach, S. 35).

<sup>29</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 235. – Szymański hat diese Mitteilung in seinen Erinnerungen nicht erwähnt (Antoni Szymański, Zły sąsiad. Niemcy 1932-1939 w oświeceni polskiego attaché wojskowego w Berlinie. London [1959]).

<sup>30</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 235. Wojciechowski nachgeschobene Erläuterung, die Reichswehr habe sich möglicherweise ein »Alibi« verschaffen wollen, ist kaum glaubhaft. Eher ist anzunehmen, daß es auch in der Reichswehr Gegner einer Terrorpolitik gegeben haben mag (Vgl. ebd., S. 239).

<sup>31</sup> Żeleński, Zabójstwo, S. 20-21, vgl. Potocki, Polityka państwa polskiego, S. 103.

<sup>32</sup> Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 152-153; Troščynskyj, Najmancy fašyzmu, S. 88. Zu vernachlässigen ist auch die anfängliche Vermutung, die polnische Rechte – das gerade entstandene Nationalradikale Lager (Obóz Narodowo-Radykalny) – habe das Attentat begangen. Aufgrund dieser Annahme wurden auch Rechtsradikale zunächst in das neue Lager Bereza Kartuska eingeliefert. Aber auch wenn ein polnischer Historiker noch 2000 meinte, es gebe Material, das die »sog. ukrai-

Den ukrainischen Nationalisten nicht. Daher ist die Tat deutlich als Aktion der »Landesexekutive« erkennbar, durch die auch die deutsch-polnischen Flitterwochen gestört werden sollten. Oft waren die Terroristen in Polen naiv. Wenn Roman Suško und Zenon Pelenskyj sich vorstellten, nach der 1930 geplanten Ermordung des sowjetischen Gesandten in Warschau würde es zu einem sowjetisch-polnischen Krieg kommen, der dem Stillstand ein Ende bereiten sollte, dann hatten sie Gymnasiastenvorstellungen von Politik. Als Ende 1932 Bilas und Danylyšyn wegen des blutigen Postraubs zum Tode verurteilt wurden, brachte der Prozeß der OUN zwar Popularität, aber nicht wenige Ukrainer fanden die Tat ebenso abstoßend wie die Ermordung des PPS-Politikers Tadeusz Hołówko, der sich für den ukrainisch-polnischen Interessenausgleich eingesetzt hatte. Wir müssen bei der Wertung des Attentats jedoch von der Vorstellung der Attentäter ausgehen.

Daher ist es nicht abwegig, wenn Kentij das Attentat auf den polnischen Innenminister mit dem Abschluß der Nichtangriffsvereinbarung Polens mit Deutschland in Zusammenhang bringt. Vielleicht spielten die Täter in Polen bewußt mit dem polnischen Grundverdacht, alle OUN-Aktionen geschähen mit deutschem Wissen und deutscher Finanzierung.<sup>33</sup> Da man von einem (in der richtigen Konstellation geführten) Krieg die Änderung der Verhältnisse erhoffte, war jede Form der Versöhnungspolitik für die OUN grundsätzlich falsch. Moralische Bedenken gab es jedenfalls nicht. Selbst der »Philosoph« Volodymyr Janiv bedauerte in den siebziger Jahren nur, daß die polnische Seite auf das Pieracki-Attentat mit einer »neuen Taktik«, der Einrichtung des Isolierungslagers in Bereza Kartuska, reagiert hat. Ansonsten findet man im Nationalistenschrifttum nur Hinweise wie den, daß das Attentat »der Kulminationspunkt der Aktivitäten der OUN unter Polen« war.<sup>34</sup>

Daß das UNDO das Attentat eindeutig verurteilte und die ukrainische Jugend aufrief, sich von unverantwortlichen Handlungen zurückzuhalten, lag im Interesse der OUN. Entlarvten sich doch so die »Opportunisten«, wie sie in der OUN immer wieder titulierte wurden, als Gegner der ukrainischen »Revolution« und Helfer der polnischen »Okkupanten«. Aber auch der Bekenntnisdrang der OUN hielt sich in Grenzen: Bačyna-Bačynskyj, der in Genf in engem Kontakt zu Konoval'ec stand, vertrat ernsthaft die Meinung, daß die polnischen Vorwürfe gegen die UVO und Konoval'ec grundlos seien, da dieser »seit Jahren nichts mehr mit der ehemaligen UVO in der Heimat organisch zu tun« habe und »faktisch nicht auf die Jugend in terroristischem Sinne Einfluß« nehme.<sup>35</sup>

Tatsächlich rückte die Ermordung des Innenministers die OUN ins Zentrum des polnischen Interesses. Mochte man zuvor die ukrainische Frage für etwas letztlich Nebensächliches gehalten haben, nun strengten sich die polnischen Instanzen nicht nur an, der Täter habhaft zu werden und ihre Organisation zu zerschlagen, sondern sie sahen darin ein außenpolitisches Thema, das mehr als nur der Beobachtung bedurf-

nische Spur der Ermordung Pierackis« erschüttere, ist diese These abwegig (Krzysztof Komorowski, *Polityka i walka. Konspiracja zbrojna ruchu narodowego 1939-1945*. Warszawa 2000, S. 41).

<sup>33</sup> Wojciechowski (Stosunki, S. 236) hielt Jary für unschuldig, dafür aber »Reichswehr-Kreise« für die Quelle der Inspiration. Nur bedurften die OUN-Ukrainer in Polen dieser Inspiration gar nicht.

<sup>34</sup> »Atentat [...] був veršynnym punktom dii OUN pid Pol'sheju«. – Volodymyr Janiv, »Zustrič z polk. Jevhenom Konoval'cem na tli nastroiiv doby«, in: Bojko, Jevhen Konoval'ec, S. 426-465, hier S. 464.

<sup>35</sup> Jevhen Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konoval'ec u Ženevi«, in: Bojko, Jevhen Konoval'ec, S. 730.

te. Die Tschechoslowakei, Danzig und Deutschland galten als Zentren der ukrainischen Emigration – mit Litauen, wo sich die OUN ebenfalls heimisch fühlte, gab es keinerlei Beziehungen.

So forderte Polen von der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich, die Kontakte mit der OUN abzubrechen. Nach den Informationen des polnischen Generalkonsulats in München verlief der Unterstützungsweg für die OUN von Berlin nach Prag und von dort über Teschen nach Polen.<sup>36</sup> Aus einem Dokument aus dem Jahre 1938 geht hervor, daß die polnische Botschaft in Deutschland allen Ernstes der Meinung war, die Deutschen hätten nach dem Pieracki-Mord Konowalec und Jary aus Deutschland ausgewiesen. Jedenfalls habe man Polen gegenüber versichert, man werde hinfort »keine ukrainischen Elemente unterstützen, die gegen Polen arbeiteten«.<sup>37</sup>

Auch wenn in Wirklichkeit weder Jary noch Konowalec aus Deutschland ausgewiesen wurden, leisteten die deutschen Behörden Polen Amtshilfe bei der Verfolgung der mutmaßlichen Attentäter. Die polnischen Ermittlungen ergaben, daß der OUN-Aktivist Mykola Lebed' unmittelbar nach dem Attentat Warschau verlassen hatte, nach Danzig gefahren war und sich als »Jevhen Skyba« (Eugeniusz Skibba) in Zoppot auf der MS. *Preußen* nach Swinemünde eingeschifft hatte. Ihn hielt man für den Attentäter. In Warschau hatte er unter dem Namen »Swaryczewski« zusammen mit seiner Verlobten Darija Hnatkivska (1912-1989) (sie unter dem Namen »Kwiecińska«) gelebt.<sup>38</sup>

Lebed' wurde aber bei seinem Eintreffen in Swinemünde von der Gestapo verhaftet. Der polnische Botschafter Lipski war am 22. Juni um 23 Uhr von dem Leiter der Ostabteilung und stellvertretenden polnischen Außenminister Tadeusz Schaetzel (1891-1971) angerufen worden, der Attentäter würde gegen 6 Uhr in Swinemünde eintreffen. Lipski mobilisierte die Gestapo und den polnischen Konsul in Stettin Heliodor Sztark (1886-1969). Der polnische Agent Budny, der Lebed' bis Danzig verfolgt hatte, durfte nach Deutschland einreisen, um den Attentäter zu identifizieren. Auch der Kapitän der *Preußen* wurde antelegraphiert, und er bestätigte, daß ein der Beschreibung entsprechender und nervöser Mensch an Bord sei. Polizisten enterten die *Preußen* noch bevor sie Swinemünde erreicht hatte und verhafteten den Passagier. Die Vernehmung fand im Beisein des polnischen Konsuls statt, der sein eigenes Protokoll schreiben durfte. Lipski rühmte sich in seinem Bericht, bei dem Auslieferungsbegehren nicht den umständlichen Weg über das AA gegangen zu sein, sondern die »top

<sup>36</sup> Poln. Generalkonsulat München an Poln. Außenministerium, 27. 6. 1934, AAN, MSZ, WW 5293, Bl. 57-64. – Die Polen erhielten die Nachricht von einem ukrainischen Nationalisten (Jaroslaw Polański), der in der Tschechoslowakei verurteilt worden war, nach Deutschland floh und sich angeblich an die polnischen Beamten gewandt hatte, weil die ukrainischen Führer, die selber »üppig lebten«, sich geweigert hätten, ihn angemessen zu unterstützen. Eine solche Nachricht ist selbstverständlich nur unter Vorbehalt glaubwürdig.

<sup>37</sup> Polnische Botschaft Berlin (Lubomirski) an Poln. Außenministerium, 18. 11. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 320. – Švahuljak schreibt, die deutschen Behörden hätten Jary und anderen OUN-Mitgliedern die Ausreise »vorgeschlagen« (zaproponuvaly). Nur schlugen NS-Behörden so etwas selten vor. Sie wiesen aus, oder sie unterließen es. Jary und andere OUN-Aktivisten waren ununterbrochen in Berlin tätig, demnach waren die Gerüchte falsch. Die Deutschen tolerierten Jary und seine OUN weiterhin (Vgl. Mychajlo Švahuljak, »Ukraïnska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukraïnska Emihracija*, S. 316-334, hier S. 327).

<sup>38</sup> Darija Hnatkivska blieb mit dem OUN-Residenten Andrij Fedyna in Danzig zurück und fuhr später in ihren Heimatort Kosiv, wo ihr Vater unierter Geistlicher war. Tatsächlich heirateten Lebed' und Hnatkivska im polnischen Gefängnis.

Party authorities« direkt angesprochen zu haben. Um 13 Uhr kam Himmler persönlich in die polnische Botschaft. Hitler, mit dem er zuvor gesprochen hatte, sei damit einverstanden, den Ukrainer ohne Verzögerung nach Polen auszuliefern. Und er nutzte die Gelegenheit, eine bessere Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Sicherheitsorganen anzuregen. Göring rief Lipski an und teilte ihm mit, er habe persönlich den Abflug der Maschine mit Skyba/Lebed' nach Warschau genehmigt.

Dann gab es aber Schwierigkeiten. Die Reichswehr verhinderte den Start der polnischen Linienmaschine, die den Ukrainer nach Polen bringen sollte. Lipski spekulierte, daß auch das AA gegen »des Kanzlers [Hitler] Entscheidung« opponierte. Himmler, den Lipski daraufhin anrief, versuchte sich damit herauszureden, die Sache sei komplizierter als angenommen, weil »the man arrested was mixed up in other cases on German territory, which required further long investigations«. Nach Himmlers Mitteilung vom 23. Juni sollte er »zu einer internationalen Organisation« gehören. Nachdem noch einmal Hitler und Göring eingeschaltet worden waren und Lipski den Deutschen zugesichert hatte, im Verfahren gegen den Attentäter würde alles getan werden, um eine »unnecessary friction« zwischen Deutschland und Polen zu vermeiden, konnte das Flugzeug am Morgen des 24. Juni starten.

Am 26. Juni, bei einem Mittagessen bei Walter Funk (1890-1960), soll dann Himmler Lipski erläutert haben, man habe sich erst mit dem Reichswehrminister verständigen müssen. Werner von Blomberg (1878-1946) habe der Gestapo versichert, die Reichswehr kooperiere seit dem 26. Januar nicht mehr mit der OUN.<sup>39</sup> Die Gestapo habe nämlich gezögert, jemanden den Polen auszuliefern, der mit einem anderen deutschen Ressort zusammenarbeite.<sup>40</sup>

Durchaus glaubhaft ist Wojciechowskis Vermutung, daß die Partei im Grunde bereit war, nunmehr mit den Polen gegen die Ukrainer zusammenzuarbeiten. Der »Röhm-Putsch« kam jedoch dazwischen. Nachdem Lipski am 5. Juli 1934 aus Warschau den Auftrag bekommen hatte, mit Himmler über weitere antiukrainische Maßnahmen zu sprechen, berichtete er am 23. Juli 1934, daß Himmler ihn nunmehr meide. Da durch die Ausschaltung der SA die Position der Reichswehr gefestigt wurde, hätten deren Spitzen, über die Auslieferung Lebed's verärgert, sich wieder durchgesetzt. Lipski schrieb, Offiziere hätten dies dem Attaché Szymański gegenüber bei den Juli-Manövern angedeutet, und er schlug vor, Gespräche über die gemeinsame Bekämpfung der ukrainischen Nationalisten auszusetzen.<sup>41</sup>

Offenbar gab es in Deutschland Probleme. Daß die Gestapo den bisherigen Partner der Reichswehr an die Polen auslieferte und die Begründung Himmlers helfen zu

<sup>39</sup> Dies war das Datum des Abschlusses der Nichtangriffserklärung zwischen Deutschland und Polen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß genau mit diesem Datum eine Kooperation eingestellt wurde. Entweder nimmt man also die Vereinbarungen vom Dezember 1933 ernst, oder aber die Zusammenarbeit wurde nun nicht mehr so genannt.

<sup>40</sup> Lipskis Bericht vom 27. 6. 1934 (nicht veröffentlicht), nach Wojciechowski, *Stosunki*, S. 237; Józef Lipski, »Note«, nach Juni 1934, in: Waclaw Jędrzejewicz (Hg.), *Diplomat in Berlin 1933-1939*. New York/London 1968, S. 138-142. – Die Lipski-Berichte lagen in dieser englischsprachigen Edition vor.

<sup>41</sup> Vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 237-238. Als Warschau im August 1934 nachhakte und die von Himmler vorgeschlagene Zusammenarbeit gegen die OUN mit den Deutschen diskutieren wollte, kamen Schactzel und Lipski überein, die Gespräche bis zu einem günstigeren Zeitpunkt zu verschieben (Vgl. ebd., S. 238). Dieser Zeitpunkt schien mit dem Göring-Besuch in Warschau 1935 gekommen (Vgl. ebd., S. 247).

verstehen, wieso die polnische Seite den deutschen Beteuerungen glaubte. Sichtbar wurde aber auch, daß die Ukrainer weiterhin Verbündete hatten. Und diese Verbündeten waren seit dem 30. Juni 1934 in einer besseren Position. Lipski nahm anfangs an, die Deutschen seien gezwungen gewesen, mit Polen zusammenzuarbeiten, weil das Generalkonsulat in Danzig Lebed' bereits geholfen hatte und man dies cachieren wollte.<sup>42</sup> Das dürften die Gestapo-Stellen in der Nacht jedoch noch nicht gewußt haben. Himmlers Ressort war wohl tatsächlich an einer Kooperation mit Polen interessiert, nicht aber die Reichswehr.<sup>43</sup>

Ein weiterer Grund war sicherlich, daß man auch in Deutschland nicht ausschloß, daß das Attentat mit den deutsch-polnischen Beziehungen in Zusammenhang stehen könnte. Tatsächlich war Propagandaminister Josef Goebbels (1897-1945) kurz davor in Warschau gewesen. Er hatte einen Vortrag über »das nationalsozialistische Deutschland als Faktor des europäischen Friedens« gehalten.<sup>44</sup> Goebbels wurde von Piłsudski empfangen und war am 15. Juni 1934, von Pieracki verabschiedet, nach Krakau weitergeflogen. Nach wenigen touristisch verbrachten Stunden ging es dann über Breslau nach Berlin zurück.<sup>45</sup> In Tempelhof wurde der Minister auch von dem polnischen Botschafter Lipski empfangen. Lipski hatte gerade von Meyer-Heydenhagen die Nachricht erhalten, daß das Attentat auf Pieracki stattgefunden hatte. Goebbels sei von der Nachricht »schockiert« gewesen und habe nun gefürchtet, das Attentat könne etwas mit seinem Besuch zu tun haben. Ausländische Korrespondenten in Berlin, die nach Lipski »ill-disposed to the idea of the Polish-German rapprochement« gewesen seien, hätten diesem Gerücht »wide circulation« verschafft. Die polnische Botschaft habe gegen diese »Propaganda« vorgehen müssen.<sup>46</sup>

Dieses Gerücht entstand also in Berlin – ziemlich zeitgleich mit dem Attentat und ohne konkrete Kenntnisse des Geschehens. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß einer der Auslandspressevereine immerhin Kuzelja zum Vorsitzenden gewählt hatte und Ukrainer jedes Interesse hatten, Verdacht von sich abzulenken. Auch die Polen verhafteten zunächst polnische als deutschfeindlich bekannte Nationaldemokraten, und Lipski kamen zunächst Ukrainer als Täter ebenfalls nicht in den Sinn, hatten sie doch bisher ihre Anschläge auf von Ukrainern bewohnte Gebiete beschränkt.<sup>47</sup>

Wenn das Attentat gegen den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt gerichtet war und die Attentate gegen sowjetische Würdenträger die polnisch-sowjetischen Beziehungen verschlechtern sollten, konnte man sogar die Hypothese aufstellen, daß die Flucht des Attentäters nach Deutschland – und man rechnete mit allem, nur nicht mit der Ausliefe-

<sup>42</sup> Józef Lipski, »Note«, nach Juni 1934, in: Jędrzejewicz, *Diplomat*, S. 142.

<sup>43</sup> Die Vermutung Troščynskyjs in sowjetischer Zeit, man habe Lebed' zunächst genau instruiert, wie es sich bei der Vernehmung in Polen zu verhalten habe, und deswegen den Abflug verzögert, kann abgetan werden (Troščynskyj, *Najmancy fašyzmu*, S. 89). Das Militär wollte Lebed' nicht den Polen ausliefern, die Partei setzte sich dagegen durch.

<sup>44</sup> Roos, *Polen und Europa*, S. 152-153; Nach Ireneusz Polit handelte der Vortrag von der »erzieherischen Funktion von Konzentrationslagern«. Roos schreibt allerdings auch, daß Goebbels »die Einrichtung eines Konzentrationslagers nach deutschem Vorbild empfohlen« habe. – Ireneusz Polit, *Miejsce odosobnienia w Berezje Kartuskiej w latach 1934-1939*. Toruń 2003, S. 17.

<sup>45</sup> Vgl. ebd., S. 38; Żerko, *Stosunki*, S. 37-38; Lipski, »Note«, nach Juni 1934, in: Jędrzejewicz, *Diplomat*, S. 137-138.

<sup>46</sup> Ebd., S. 138.

<sup>47</sup> Ebd.

nung – die deutsch-polnischen Beziehungen weiter vergiften sollten. Wenn dies die Rechnung gewesen sein sollte, ging sie nicht auf. Zwar waren die Deutschen anfänglich etwas verwirrt, aber sehr rasch demonstrierten sie, daß ihnen die offiziellen Beziehungen zu Polen wichtiger waren als die Förderung ukrainischer Terroristen. Nachdem der polnische Militärattaché bei Kriegsminister von Blomberg interveniert hatte, versprach Deutschland förmlich, alles zu tun, um den Mörder auszuliefern.<sup>48</sup> Die Beziehungen waren ja auch nicht schlecht – die Reichswehr hatte schließlich Szymański unter Hinweis auf die nunmehr verbesserten Beziehungen vor dem Ukrainer-Anschlag gewarnt.<sup>49</sup>

Anfangs tappten also alle im Dunklen. Die Deutschen unterstützten den angeblichen Attentäter tatsächlich, solange sie über die Umstände uninformiert waren. Ein Geheimbericht über die Verhaftung Lebed's belegte dies.<sup>50</sup> Danach erhielt Lebed' in Danzig vom deutschen Generalkonsul einen Paß, weil er angeblich »militärisch wichtige Papiere aus Polen für die R.W. [Reichswehr] nach Deutschland [brachte], um sie in Berlin gegen Honorar abzuliefern«. Davon hätten polnische Stellen erfahren (es wurde nicht angegeben, auf welche Weise) und von den deutschen Stellen mit der nach diesem Bericht unzutreffenden Begründung, Lebed' stände mit dem Pieracki-Attentat in Verbindung, die Auslieferung erreicht. Der Bericht bestätigte, daß »Skibba« in Swinemünde verhaftet und ausgeliefert wurde und seine für die Reichswehr bestimmten Papiere dem polnischen Generalkonsul in Stettin gezeigt worden seien.

Bei diesem Bericht besticht, daß Lebed' in Wirklichkeit nicht der Attentäter war, und daß man es auch im Sommer 1934 nicht für ungewöhnlich hielt, daß ein Ukrainer der Reichswehr gegen Geld polnische Unterlagen lieferte.

Wir hätten es aber nicht mit den Narrationskonstruktionen um die Ukrainer zu tun, wenn nicht auch hier wieder deutlich würde, wie daran gearbeitet wurde, die Ereignisse für interne Abrechnungen zu nutzen. So heißt es in dem Bericht weiter, Riko Jary habe sich nach der Beendigung seiner Zusammenarbeit mit der Reichswehr General von Schleicher, dem letzten »Weimarer« Kanzler, der am 30. Juni 1934 ermordet wurde, genähert und gemeinsam mit ihm für den Goebbels-Besuch in Polen ein Bombenattentat geplant, an dessen Stelle der Mord am Innenminister begangen worden sei. Danach hätten sich die tatsächlichen Attentäter nach Weimar begeben. Ein Abgesandter Jarys habe deren Ausreise organisiert.<sup>51</sup>

Zunächst einmal mochte auch dies glaubhaft erscheinen: Jary hatte mit von Schleicher in Verbindung gestanden, und die Förderung der OUN war im Zusammenhang mit dem Machtzuwachs von Schleichers 1932 wieder aufgenommen worden. Wenn wir dies so stehen ließen, dann ergäbe sich, falls die Nationalsozialisten dies vor dem 30. Juni (das Dokument stammt vom 28. Juli) erfahren oder vermutet haben sollten, hieraus sogar ein Motiv für die Ermordung von Schleichers am 30. Juni 1934. Daß aber von Schleicher mit der OUN ein Polen wie Nationalsozialisten treffendes Attentat plante, ist nicht wahrscheinlich.

<sup>48</sup> Vgl. Polit, *Miejsce odosobnienia*, S. 16; Antoni Szymański, *Zły sąsiad Niemcy*. London 1959, S. 152.

<sup>49</sup> Lipski, »Note«, nach Juni 1934, in: Jędrzejewicz, *Diplomat*, S. 135-136.

<sup>50</sup> »60«, »Schreiben Nr. 14, Geheimbericht betreffend Verhaftung von Ukrainern in Danzig bezw. Stettin auf Wunsch Polens,« 28. 7. 1934, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 106-109. – Der Bericht ist mit »60« signiert, stammt aus Danzig und ist in den Akten als Negativ-Photokopie enthalten. Offenbar war »60« ein Agent, der mindestens einen Teil seiner Informationen von Osyp Dumini erhielt.

<sup>51</sup> Ebd.

Nach dem »Geheimbericht« hätte sich sogar das Verhältnis zwischen von Schleicher und Jary umgekehrt: Darin hieß es, die Mittel für das Attentat in Polen stammten von Jary – damit würde die OUN als Förderin eines gegen die Nationalsozialisten gerichteten, die deutsche Innenpolitik betreffenden Attentats auftreten. Allerdings nicht aus Interesse für die deutschen Ziele, sondern weil eine von der Reichswehr dominierte Regierung die »Friedenspolitik« gegen Polen aufgeben und die OUN-Förderung wiederaufnehmen würde, also aus wohlverstandendem Eigeninteresse.

So faszinierend diese Konstellation wäre, Zweifel sind mehr als naheliegend. Die »Quelle« des »Geheimberichts« war ohne Zweifel ein Ukrainer. Da dem »Geheimbericht« auch ein Bericht über die UVO angelegt wurde, in dem der einstige Leiter ihrer nachrichtendienstlichen Unternehmungen, Osyp Dumin, auf 1½ Schreibmaschinenseiten nicht weniger als zehnmal (stets positiv konnotiert) namentlich genannt war, liegt es nahe, in Dumin wenn nicht den Verfasser, dann wenigstens den »Informanten« des »Berichts« zu identifizieren. Wenn Jary im Sommer 1933 alle seine ukrainischen Rivalen durch Denunziation bei den Deutschen zu eliminieren suchte, kann man ein ähnliches Ziel auch Dumin, der dies schon früher versucht hatte, ohne weiteres unterstellen. Was läge näher, als – da es nun einmal ein OUN-Attentat gegeben hatte – die Deutschen (Goebbels) als potentiell Ziel zu nennen und nun endlich, nachdem dies so lange nicht geglückt war, die alten UVO-Kameraden auszustechen. Bei dem Umgang der ukrainischen Exulanten untereinander wäre dies Dumin ohne weiteres zuzutrauen, aber einen Beweis gibt es für diese Deutung ebensowenig wie für die Annahme der Richtigkeit des Berichts. Uns scheint er wenig schlüssig zu sein.<sup>52</sup> Es gibt Berichte darüber, daß Jary tatsächlich verhaftet wurde und daß man am 22. Juni eine Durchsuchung in den Räumen der *Osteuropäischen Korrespondenz* und in Jarys Privatanwesen in Falkensee vornahm. Jary wurde offenbar eine Woche lang festgehalten – und dann ohne Auflagen freigelassen.<sup>53</sup> Hätte man dies getan, wenn auch nur der leiseste Verdacht bestanden hätte, die Ukrainer hätten gegen Goebbels vorgehen wollen? Nein, es war eine formale Handlung, um die Polen von dem deutschen »guten Willen« zu überzeugen.

Der »Geheimbericht« handelte weiter von der Bitte der Polen an den Danziger Senat und die Reichsregierung, Ukrainer zu verhaften. Den Vorlauf hierzu enthalten die polnischen Akten: Danach hatte der polnische Innenminister den Außenminister aufgefordert, sich an die Regierungen der Tschechoslowakei und Deutschlands sowie an die Danziger Behörden zu wenden, um OUN-Repräsentanten das Asylrecht zu entziehen. Dort stand auch, wo man nach polnischer Ansicht die einzelnen Personen

<sup>52</sup> Kučeruk hingegen baute seine gesamte Darstellung des Attentats auf der Fiktion auf, das Attentat sei eigentlich gegen Goebbels gerichtet gewesen. Die einzigen konkreten Belege waren ein nicht näher benanntes »Dokument«, in dem es um Gegner Goebbels' in der Reichswehr ging, und ein »verschwendener« Stein, der in den Raum geworfen worden sein soll, in dem Goebbels sich aufhielt und aus dem in dem nicht genau bezeichneten Bericht eine Bombe wurde. Dafür wies er auf die seit 1933 laufende Planung eines OUN-Attentats gegen einen polnischen Minister nicht hin – zu einer Zeit also, als es noch keinen Grund gab, an der Polenfeindlichkeit der Deutschen zu zweifeln. Für Kučeruk reichte es aus, hier wieder eine Mystifizierung zu wittern und das ganze (unisono mit Dumin) Jary in die Schuhe zu schieben. Da Jary später zu Bandera überlief, war der Leiter der Kandyba-Bibliothek in Kiew und Mel'nyk-Anhänger Kučeruk daran interessiert, ihn möglichst früh zu diskreditieren (Kučeruk, Ryko Jary), S. 94-102).

<sup>53</sup> Ebd., S. 103-104.



antreffen könne: In Deutschland waren dies Riko Jary, Mychajlo Seleško als persönlicher Sekretär von Konovaléc, Senyk, Čučman, der unierte Priester Verhun, Leon Kryško und Bohdan Kordjuk. In der Tschechoslowakei wußte man von Martyneć und Sciborškyj, in Danzig von Oleksander Zhorlakevyč, dem Vorstand des Vereins der Ukrainer der Freien Stadt Danzig, Andrij Fedyna, dem Führer der ukrainischen Studentenschaft, Irena Solecka, Helena Čajkivska und Jaroslav Sajko.<sup>54</sup>

Der »Geheimbericht« bestätigte, daß Zhorlakevyč und Fedyna (»Beide haben für deutsche Stellen gearbeitet.«) fliehen konnten und in Danzig nur Helena Čajkivska sowie Jaroslav Sajko festgenommen und an Polen ausgeliefert wurden.<sup>55</sup> Die Flucht der ersteren gelang, weil die Deutschen »ihre« Ukrainer warnten. Dabei hatte der polnische Generalkommissar Kazimierz Papée (1889-1977) am 10. Juli bei dem Senatspräsidenten Rauschning und dem Innensenator Arthur Greiser (1897-1946) (der für die Polizei zuständig war) vorgesprochen, und ihm war die »Bereitwilligkeit« Danzigs, den »polnischen Wünschen entgegenzukommen« zugesichert worden. Die deutschen Stellen sabotierten die Anweisungen Rauschnings jedoch: Der

»Danziger Polizeipräsident Froböß [machte] bereits am Nachmittag des 10. 7. einem Vertreter der Abwehrstelle der R.W. in Danzig Mitteilung von der geplanten Aktion und stellte ihm anheim, für die ihm bekannten Ukrainer Schritte zu ihrer Sicherung einzuleiten. Dem Vertreter der Abwehrstelle wurde dafür eine Stunde Zeit gegeben.«<sup>56</sup>

Rauschning erfuhr angeblich erst am 12. Juli,

»daß es sich bei Skybba [Lebed’], und ebenso auch bei den Danziger Ukrainern durchweg um Leute handle, die für die deutschen Interessen gearbeitet hätten, deren Beteiligung am Pierackimord aber nicht wahrscheinlich sei und wohl nur als Vorwand benutzt werde.«

Als man ihm berichtete, daß man einem Ukrainer die Flucht ermöglicht habe, drei weitere, darunter eine Frau, aber noch in Haft seien, sprach Rauschning

»daraufhin den dringenden Wunsch aus, auch den übrigen Ukrainern, die doch seit vielen Jahren mit verschiedenen deutschen Stellen in Danzig enge Fühlung gehabt hätten, Gelegenheit zu geben, sich der Auslieferung nach Polen zu entziehen.«

Nun aber meinte Froböß, »daß das praktisch nicht durchführbar sei«. Nachdem sich dann noch der Rektor der Technischen Hochschule und der Führer der Deutschen Studentenschaft Danzigs bei ihm für die Ukrainer eingesetzt hatten,

»ist es dann gelungen, dem einen der Verhafteten, und zwar dem Führer der Danziger ukrainischen Studenten noch zur Flucht zu verhelfen, sodaß tatsächlich nur zwei Ukrainer, ein Fräulein Czajkiwska und ein Herr Sajko an die polnischen Behörden ausgeliefert wurden.«<sup>57</sup>

<sup>54</sup> Poln. Innenminister an Poln. Außenminister, 19. 7. 1934, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 7-10. – Bei dem tschechoslowakischen Präsidenten Beneš sprach der polnische Gesandte Grzybowski am 24. August 1934 wegen der Ausweisungen vor. Nach seinem Bericht gab sich Beneš »positiv, aber gleichzeitig unermesslich steif« (Poln. Gesandtschaft Prag an Poln. Außenminister, 29. 8. 1934, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 33-37). Anfang September berichtete der Geschäftsträger über die Zusage, die angegebenen Personen nach Österreich auszuweisen (Poln. Gesandtschaft Prag an Poln. Außenminister, 7. 9. 1934, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 41-42).

<sup>55</sup> »60«, »Schreiben Nr. 14, Geheimbericht«, 28. 7. 1934, Bl. 108.

<sup>56</sup> »60«, »Bericht über die Verhaftung von Ukrainern in Danzig und ihre Austieferung an Polen«, 15. 8. 1934, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 103-105, hier Bl. 103.

<sup>57</sup> Ebd., Bl. 104-105.

Die Deutschen waren überzeugt, der Zusammenhang mit dem Attentat sei nur vorgeschoben, es habe sich um den – erfolgreichen – Versuch gehandelt, die für die Deutschen arbeitenden Ukrainer zu beseitigen.<sup>58</sup> Dennoch entsprachen sie partiell den polnischen Ersuchen. Der Verfasser des »Geheimberichts« meinte, es sei

»selbstverständlich für Deutschland, daß es ebenso wie Danzig dem polnischen Auslieferungsverlangen entspricht. Doch dürften die deutschen Interessen vollkommen gewahrt sein, wenn Polen zukünftig auf das ordentliche Auslieferungsverfahren verwiesen wird.«<sup>59</sup>

Das sei langwierig und hätte noch einen weiteren Vorteil: Nach dem ordentlichen Verfahren könnten die Ausgelieferten nur wegen Straftaten verfolgt werden, derentwegen sie ausgeliefert worden seien und »nicht wegen irgendwelcher anderer Sachen [...], die für den deutschen Nachrichtendienst nachteilig sind«.<sup>60</sup>

Was im Zuge der Verfolgung der angeblichen Pieracki-Attentäter in Danzig verloren ging, war nach der Aussage des dortigen »Postenführers« (kerivnyk stancyi) der OUN Andrij Fedyna »der wichtigste operative Punkt auf dem Weg in das Land und aus dem Land«.<sup>61</sup> In Danzig wurde ein Teil der OUN-Bomben hergestellt, Senyk hatte von hier aus die Terroraktionen geleitet und auch für Geldtransfers war Danzig günstig. Zu Polen gab es keine Zollgrenze, während die deutschen Danziger Postbeamten der Senatspost (daneben gab es eine Polnische Post) den Ukrainern ebenso wohlgesinnt waren, wie die Senatspräsidenten Sahn und Rauschnig, der Polizeipräsident und der Rektor der Technischen Hochschule. Fedyna wies etwa darauf hin, daß für Ukrainer an der TH der numerus clausus nicht angewandt wurde und daß die drei ukrainischen Studentenverbindungen »Čornomore«, »Zarevo« und »Halyč« in den deutschen »Waffenring« aufgenommen und damit für satisfaktionsfähig erklärt worden waren, worum die polnischen Studierenden sich vergebens bemühten. »Zarevo« war die offizielle Deckung für die OUN. In Danzig behandelte man die Ukrainer wie Deutsche und ließ sie auch in den Genuß von Stipendien der Humboldt-Stiftung kommen. Daß die ukrainischen Studenten so hofiert wurden, lag natürlich an ihrer Einstellung zu Polen – im deutsch-polnischen Verhältnis war Danzig Frontstadt. Da es zudem wegen seiner TH ein beliebter Studienort war, gab es nicht wenige ukrainische Studenten, also die Gruppe, die am ehesten den radikalen Nationalisten der OUN zugetan war.

<sup>58</sup> Piotr Fedusio (»Ukraińscy studenci na Politechnice Gdańskieji w latach 1920-1939«, in: Tadeusz Stegner (Hg.), *Polska – Ukraina. Ludzie pojednania. Ukraińcy na Pomorzu w XX wieku*. Gdańsk 2002, S. 123-147, hier S. 143-144) behauptete, die Verhaftungen seien auf deutschen Wunsch hin erfolgt. Er bezog sich dabei auf Kosyk, der dies aber so eindeutig nicht formuliert hat (Volodymyr Kosyk, *Ukraina i Nimeččyna u druhij svitovij vijni*. Paris 1993, S. 45). Allerdings versuchte Kosyk zu belegen, daß »the attitude of the German Nazi party toward the OUN was actually hostile« und daß »Reichswehr [...] contacts were interrupted well before the Nazis' coming to power« (Kosyk, *The Third Reich*, S. 34). Tatsächlich ging die Initiative von Polen aus, und die Deutschen versuchten, »ihre« Ukrainer zu retten.

<sup>59</sup> »60«, »Schreiben Nr. 14, Geheimbericht betreffend Verhaftung«, 28. 7. 1934, Bl. 108-109.

<sup>60</sup> Ebd., Bl. 109.

<sup>61</sup> Wie im Polnischen verwandten die Westukrainer den Begriff »Land«, um das **eigene** Land zu kennzeichnen. Während es jedoch bei der Übersetzung aus dem Polnischen ohne weiteres möglich ist, diesen Begriff durch »Polen« zu substituieren, ist dies bei den ukrainischen Verfassern problematisch. Zwar meinten sie ihr Land, das sie als Ukraine bezeichneten, aber der faktische Staat, in den sie fuhren, war Polen, während die Sowjetukraine tatsächlich als »Ukraine« bezeichnet wurde. Auch der Begriff »Heimat« ist im Deutschen zu stark romantisiert, um ihn unkommentiert zu verwenden.

Mit dem Nationalsozialismus hatte das zunächst nichts zu tun, hier ging es noch um den konventionellen deutsch-polnischen »Volkstumskampf«. Daher nimmt auch nicht wunder, daß Dr. Walther Recke (1887-1962), Leiter des Danziger Staatsarchivs und Mitglied des Rates, in den Ukrainern die nächsten Verbündeten der Deutschen sah. Fedyna berichtete, Recke habe angefangen, ukrainisch zu lernen, was für deutsche Intellektuelle eher unüblich war. Die Phase der intensivsten Tätigkeit in Danzig datierte er auf die Jahre 1929-1934, wobei zu vermerken ist, daß in der ersten Hälfte dieses Zeitraums die OUN in Deutschland offiziell nicht unterstützt wurde, ihre Förderer jedoch auf die Danziger Bühne ausweichen konnten. Nach 1934 wurde dies schwieriger, und Fedyna floh wegen des polnischen Verhaftungsgesuchs nach Litauen.<sup>62</sup>

Diese ersten Danziger Ausweisungen nach dem Pieracki-Attentat gefielen den Polen. Einen Monat später faßten sie nach: Papée schrieb Schaetzel, man solle den Meinungsumschwung in Deutschland nutzen und auf die Ausweisung aller ukrainischen Nationalisten aus Danzig hinarbeiten. Der Satz, die Ukrainer sollten jedoch möglichst nicht über Deutschland ausgewiesen werden, deutete darauf hin, daß sich die polnische Regierung der neuen deutschen Politik (zu Recht) nicht sicher war.<sup>63</sup>

Nach dem Resümee Papées vom Februar 1935 hatte es bis dahin insgesamt fünf polnische Interventionen bei Greiser gegeben, um Ukrainer aus Danzig auszuweisen. Der Generalkommissar schrieb von einem erfolgreichen Abschluß der Ausweisungsaktion.<sup>64</sup> Der deutsche Generalkonsul in Danzig bestätigte, daß insgesamt neun Ukrainer auf polnische Bitten hin ausgewiesen worden seien, von denen einige wohl »sich in Ostpreußen und zwar in Königsberg aufhalten«. <sup>65</sup> Der polnischen Seite wiederum war bekannt, daß die Danziger Polizei nur widerwillig gegen Ukrainer vorging, und sie forderte Greiser am 24. Oktober 1934 auf, auf die Polizei Druck auszuüben. Am 7. Dezember 1934 sagte Greiser zu, weitere Ukrainer nach Polen auszuweisen, und Papée schrieb in seinem Bericht, daß sechs Personen beim Grenzübertritt nach Polen verhaftet worden seien. Roman Zahajkevyč, der Sohn des UNDO-Sejmabgeordneten Volodymyr Zahajkevyč (1876-1949), erhielt wie ein weiterer Student die Genehmigung, trotz seiner OUN-Verbindungen nach Danzig zurückzukehren, um sein Studi-

<sup>62</sup> Der Bericht Andrij Fedynas entstand 1954 im Zuge einer Auseinandersetzung zwischen Fedyna und dem TH-Studenten Vasyľ Stepan Nyč, welcher seinerzeit von der polnischen Polizei beim Schmuggeln von OUN-Schriften erappt und als Agent nach Danzig geschickt worden war. Dort soll er von Fedyna einen Revolver erhalten haben, um ein Attentat in Polen zu begehen, wofür er zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Gegenseitige Vorwürfe, wer wen an wen verraten habe, kennzeichneten den letztlich nicht aufgeklärten Streit. Daß Fedyna mit der Bedeutung Danzigs auch die Rolle der eigenen Person hervorhob, ist offensichtlich. Ungeachtet dessen war Danzig jedoch ein wichtiger und erfolgreicher Stützpunkt der ukrainischen Nationalisten, und die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und UVO/OUN wurde hier lokal auch fortgesetzt, wenn sie im Reich gerade mal wieder nicht erwünscht war (vgl. Mirčuk, Narys, S. 363-365, »Fedyna-Bericht« ebd., S. 484-488).

<sup>63</sup> Schaetzel an Papée, 17. 8. 1934, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 2-5.

<sup>64</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 21. 2. 1935, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 84. – 1936 bestätigte Papée noch einmal, daß die OUN in Danzig weitgehend dekonspiriert sei, den Nationalisten etwa 24 Studenten naheständen, der neue Resident jedoch nicht bekannt sei (Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 4. 4. 1936, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 30-32).

<sup>65</sup> Dt. Generalkonsul Danzig an AA, 20. 2. 1935, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 280.

um abzuschließen.<sup>66</sup> Vermutlich wurde er wegen seiner Tätigkeit »für den polnischen Nachrichtendienst« von den Polen für unbedenklich erklärt.<sup>67</sup>

Papée meldete nun, daß die OUN-Studentengruppe »Zarewo« faktisch zu bestehen aufgehört habe, daß also eine der wichtigsten antipolnischen Agenturen in Kooperation mit den Deutschen beseitigt worden sei.<sup>68</sup> Das klang zwar erfreulich, war es aber nicht. Stattdessen gab es nun die »Osnowa«, die an die Stelle des »Zarewo« trat. Nach dem Führerprinzip aufgebaut verfügte sie über eine Art politischer Polizei, die die ukrainischen Studenten disziplinierte und den Kontakt nach Deutschland und zu den NS-Studenten in Danzig unterhielt.<sup>69</sup>

Widersprüche kommen in den Berichten der Beteiligten nur im Zusammenhang mit der oben beschriebenen, vermutlich von Dumin konstruierten Verschwörungstheorie vor – alle anderen Informationen bestätigen sich gegenseitig. Es kann daher zusammengefaßt werden: Es war die vorübergehende deutsch-polnische Übereinstimmung von Interessen, die die unerwartete und von so manchem mißbilligte Annäherung bewirkte. Im Zusammenhang der Verhaftungen vom Juli 1934 sehen wir, daß einerseits die neue deutsch-polnische Zusammenarbeit dazu führte, daß die Deutschen offiziell mit den Polen kooperierten, Ukrainer manchmal jedoch weiter deutsche Hilfe genossen.

Der deutsche militärische Nachrichtendienst wandte sich offiziell – wenn man davon bei einem Geheimdienst überhaupt sprechen kann – von der OUN ab. Er war bereit, seine Konfidenten zu opfern, nicht jedoch, die eigene Verstrickung zu offenbaren.<sup>70</sup> Für die neue Ausrichtung brauchte man eine neue Geschichtsinterpretation. Zu diesem Zweck legte »60« einen »Bericht« über die UVO-Vergangenheit vor, der bis 1926 mit dem Dumin-Bericht aus jenem Jahr übereinstimmte, wonach die Konovaléc-UVO unter polnischem und sowjetischem Einfluß gestanden habe und sie am Ende gewesen sei, als Jary von 1924 an »Geld von den Deutschen für den Nachrichtendienst« erhielt. In Wirklichkeit habe es diesen Nachrichtendienst gar nicht gegeben, und Jary habe den Deutschen nur fiktive Gruppen vorgeführt, er habe sogar deutsche Kontrolleure durch Denunziation bei den Polen unschädlich machen wollen. Der Verfasser verwies auf eine Kontinuität: Er nannte die Denunziationen von 1933 und den Versuch, das UWI zu übernehmen, eine Fortsetzung dieser Taktik.

Nicht nur als Organisation sollte die UVO-OUN desavouiert werden. Jary wurde persönlich angegriffen: Er sei »weder adelig noch Ukrainer«, sein Vater Deutscher oder Tscheche, seine Mutter lebe in Warschau, seine Frau sei Jüdin – »früher Rosa Schiessvogel, jetzt »Olga von Jary««(s. unten S. 701 ff.). Er selber sei »Sappeurleutnant« gewesen, in die ukrainische Armee eingetreten, als dort 1918/19 Bedarf an Offizieren

<sup>66</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 21. 2. 1935, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 84-87.

<sup>67</sup> Dt. Generalkonsul Danzig an AA, 20. 2. 1935, PAAA, Politik 3 Polen Ukraine, Politische Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, Bd. 12, Bl. 280.

<sup>68</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 21. 2. 1935, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 84-87.

<sup>69</sup> Vgl. Fedusio, »Ukraińscy studenci«, S. 145-146.

<sup>70</sup> Sicherlich trifft nicht zu, daß es, wie Chymyneć behauptete, eine Weisung Hitlers gab, die den Kontakt zur OUN verboten haben soll. Vielmehr dürfte es sich um hierarchisch tiefer angesiedelte Entscheidungen gehandelt haben (Vgl. Julijan Chymyneć, *Moï spostereżennja iz Zakarpattja*. New York 1984, S. 50).

war, und nur unter der Bedingung, daß er rasch befördert würde. Jarys »Villa in Berlin« sei »wahrscheinlich durch Einnahmen aus seinen [...] Hochstapeleien bezahlt«. Der Verfasser wies auf den nachlassenden Einfluß Jarys hin (so sei dessen Denunziation Dumins bei der Gestapo »ohne Wirkung geblieben«).<sup>71</sup>

Die deutsche Nutzung von Dumins Anschuldigungen von 1926 und deren Fortschreibung bis 1934 blieb halbherzig. Im »Geheimbericht«, mit welchem der UVO-Bericht an die Partei verschickt wurde, hieß es, man überreiche ihn »mit allem Vorbehalt zur dortigen Verwertung«.<sup>72</sup> Aber man legte ihn vor – und kooperierte gegen die OUN mit den Polen. Doch selbst die Auslieferungen bedeuteten keine totale Abwendung. Man versuchte nach bewährtem Muster, sich die OUN-Ukrainer für den Fall einer politischen Wende zu sichern.

Kehren wir noch einmal zum Pieracki-Attentat und seinen Folgen zurück. Als der polnischen Polizei das »Senyk-Archiv«, ca. 2000 Akten des PUN, die Omeljan Senyk und Jaroslav Baranovskýj in Prag verwalteten, in die Hände fiel, befand sich unter diesen Akten auch der Attentatsplan.<sup>73</sup> Demnach war nach dem Grundsatzbeschuß der Konferenz vom April 1933 im Sommer jenes Jahres der Verbindungsmann zwischen dem PUN und Galizien Mykola Lebed' nach Polen gereist, um potentielle Mordkandidaten auszukundschaften. Im Dezember 1933 habe Lebed' dann Konovaléc, Jary und Senyk berichtet, man habe sich auf Pieracki geeinigt. Lebed' sei im Frühjahr 1934 nach Lemberg zurückgekehrt, habe Bandera das Einverständnis des PUN übermitteln und dann mit Darija Hnatkivska in Warschau gelebt.<sup>74</sup>

Die OUN-Historiographie beschrieb den weiteren Ablauf. Danach soll Bandera den Attentäter bestimmt haben. Der junge Ukrainer Hryć Macejko (?-1966) habe sich

<sup>71</sup> An., »Bericht über die Verhältnisse in der »Ukrainischen Kampf-Organisation«, undat. [Juli 1934], BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 110-111.

<sup>72</sup> »60«, »Schreiben Nr. 14, Geheimbericht betreffend Verhaftung von Ukrainern in Danzig bzw. Stettin auf Wunsch Polens«, 28. 7. 1934, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 106-109, hier Bl. 109.

<sup>73</sup> Die polnische Polizei behauptete, das »Senyk-Archiv« sei der tschechoslowakischen Polizei bei einer Durchsuchung in die Hände gefallen und diese habe es daraufhin Polen übergeben (So auch bei Martynec, *Ukraińske pidpillja*, S. 12). Mirčuk bezweifelt dies wegen der notorisch schlechten polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen und der neuen Verständigung zwischen Deutschland und Polen, welche die Prager Seite nicht eben polenfreundlich gestimmt habe. Da Roman Baranovskýj, der Kampfreferent der UVO in Polen, 1929 aus der UVO entfernt worden war, weil er im Gefängnis als V-Mann der polnischen Polizei agiert hatte, meinte Mirčuk (welcher für die OUN-B schrieb), sein Bruder Jaroslav Baranovskýj, der 1930 aus Polen geflohen und Sekretär des PUN (und dann in der OUN-M aktiv) war und damit die Verfügungsgewalt über die Akten hatte, habe ebenfalls mit den Polen zusammengearbeitet und ihnen das Archiv zugespielt. Senyk war 1933 durch die tschechoslowakischen Behörden verhaftet worden, einzelne Unterlagen stammten jedoch noch aus dem Jahre 1934. Baranovskýj konnte sich also die »Legende« der tschechoslowakischen Amtshilfe ausdenken. Dabei bezweifelte Mirčuk die Echtheit der Dokumente nicht (vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 380-381). Die Zweifel an der offiziellen Übergabe des Archivs werden durch den tschechoslowakischen Konsul in Lemberg erhärtet, der die angebliche Übergabe abtritt und die Authentizität des Archivs in Frage stellte (Sztab Główny an Poln. Außenministerium, 4. 4. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 144-145). Andererseits behauptete Martynec, Dokumente der Polizei von Stanislaw gesehen zu haben, nach denen Baranovskýj kein Zuträger gewesen sei (vgl. Martynec, *Ukraińske pidpillja*, S. 13). In der polnischen Historiographie wird die These von der tschechoslowakisch-polnischen Zusammenarbeit aufrechterhalten, vgl. Polit, *Miejsc odosobnienia*, S. 13.

<sup>74</sup> Der zuständige Staatsanwalt Żeleński ging davon aus, Konovaléc habe von den Attentatsplänen gewußt und sie gebilligt, auch Wojciechowski und Torzecki waren dieser Ansicht (Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 138; Polit, *Miejsc odosobnienia*, S. 14).

bereit erklärt, ein »Selbstmordkommando« zu übernehmen, weil er 1931 in Lemberg aus Versehen zur Festnahme eines UVO-Attentäters beigetragen hatte, den er bei seiner Flucht für einen gewöhnlichen Verbrecher gehalten hatte. Macejko sei dann mit einer im Krakauer Labor der OUN gefertigten Bombe und einem Revolver nach Warschau gezogen, habe dort unter dem Namen Volodymyr Oľšanskýj gelebt und seine Anweisungen von Lebed' erhalten. Am Attentatstag habe aber die Bombe, die auch den Attentäter zerrissen hätte, nicht funktioniert, deshalb habe Macejko Pieracki, den ihm zuvor die als Passanten getarnten Lebed' und Hnatkivska gezeigt hatten, mit dem Revolver erschossen. Der verhinderte Selbstmordattentäter hatte keinen Fluchtplan, da er mit seinem Tode rechnete. Er verließ Warschau zu Fuß, stieg auf einer kleinen Station in die Eisenbahn und fuhr über Lublin nach Lemberg. Dort wartete er eine Anweisung des PUN ab und ging am 5. September 1934 bei Jasinja über die Grenze in die tschechoslowakische Karpatho-Ukraine, wo Baranovskýj ihn in Empfang nahm. Zu diesem Zeitpunkt war Lebed' bereits ausgeliefert und Hnatkivska, Bandera sowie die anderen Helfer des Attentäters aufgrund der Hinweise eines »ausländischen Informanten« verhaftet, in dem Mirčuk Baranovskýj vermutete.<sup>75</sup>

Daß Macejko danach in Deutschland Unterschlupf fand, kommt bei Mirčuk, der sich stets bemühte, die deutsche »Connection« möglichst zu verschweigen, nicht vor.<sup>76</sup> Aber in Swinemünde hatte man eben nicht den Attentäter festgenommen und ausgeliefert, sondern eine Person, die nur Beihilfe geleistet hatte. Die polnischen Behörden legten jedoch keinen Wert darauf, die gerade verbesserten deutsch-polnischen Beziehungen zu belasten. Im Sommer 1934 begannen sie eine großangelegte Verhaftungskampagne, die viele OUN-Mitglieder in das Konzentrationslager Bereza Kartuska brachte. Die Einrichtung, nicht die Planung dieses »Vereinzlungsortes«<sup>77</sup> stand mit dem Pieracki-Attentat in direktem Zusammenhang, auch wenn die ersten Insassen polnische Rechte und Kommunisten waren.<sup>78</sup> Damit erfolgte die Verschärfung der

<sup>75</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 382-384.

<sup>76</sup> Sudoplatovs Angaben zu den Umständen des Attentats sind nicht glaubhaft. Der Konovalėc-Mörder behauptete, daß das Attentat in Polen gegen den Willen Konovalėcs erfolgt und bereits ein Ausdruck der Auseinandersetzung zwischen den Generationen gewesen sei, die dann zur OUN-Spaltung führte. Zwar schreibt er neutral, der Attentäter selber habe entkommen können, die Deutschen hätten jedoch Bandera den Polen ausgeliefert, was falsch ist (Vgl. Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 15). Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, Bandera sei nur wegen einer deutschen Intervention nicht hingerichtet worden (Ebd., S. 15-16).

<sup>77</sup> Der Begriff »miejsce odosobnienia« scheint das genaue Gegenteil der deutschen »Konzentrationslager« zu suggerieren, die Einrichtung verfolgte jedoch den gleichen Zweck und die Polen studierten auch die deutschen Vorbilder. Mit der Wortwahl dürfte man ganz bewußt dem Eindruck entgegengewirkt haben wollen, man kopiere eine deutsche Anlage. Diese Einrichtungen waren ausdrücklich »Vereinzlungsorte, die nicht für verurteilte oder wegen Verbrechen festgenommene Personen bestimmt sind« (*Rozporządzenie Prezydenta Rzeczypospolitej*, 17. 6. 1934, *Dziennik Ustaw* 50/1934, S. 791, Pos. 473). Vgl. dazu Polit, *Miejsce odosobnienia; Wojciech Śleszyński, Obóz odosobnienia w Berezie Kartuskiej 1934-1939*. Białystok 2003). Erinnerungen dazu hinterließ etwa Volodymyr Makar, *Bereza Kartuska*. Toronto 1956, der behauptete, die Lebensbedingungen dort seien schlimmer als in deutschen KZs der Kriegszeit gewesen (S. 3).

<sup>78</sup> Vgl. Polit, *Miejsce odosobnienia*, S. 19, 75. Den letzten Anstoß habe nach Polit der Vortrag Goebbels über die »erzieherische Rolle von Konzentrationslagern« am Tag des Attentats dem amtierenden Premier Leon Kozłowski gegeben (Ebd., S. 38). Das dürfte sich kaum aufrechterhalten lassen. Die Kommunistische Partei Polens interpretierte den Pieracki-Mord wie den Reichstagsbrand als eine Provokation, um Konzentrationslager einrichten zu können (Vgl. Śleszyński, *Obóz odosob-*

polnischen Handlungen – wie schon 1930 bei den sog. Pazifizierungen – als Reaktion auf OUN-Aktionen.

Zwölf OUN-Mitgliedern wurde vom 18. November 1935 bis zum 13. Januar 1936 in Warschau der Prozeß gemacht, den vor allem Stepan Bandera zu propagandistischen Auftritten nutzte. Bandera, Lebed' und Jaroslav Karpyneć wurden zum Tode verurteilt, die Strafe wurde jedoch in lebenslange Haft umgewandelt; Darija Hnatkivska wurde zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.<sup>79</sup> Janiv und Stećko erhielten 5, Šucevyč 4 Jahre. Amnestien reduzierten die Strafen jedoch, so daß etwa Šucevyč nach etwas über einem Jahr, Janiv und Stećko nach 2 ½ Jahren entlassen wurden. Die lebenslänglichen Strafen blieben ungekürzt.<sup>80</sup> Der wohldokumentierte Prozeßverlauf und die Umstände des Attentats wiesen auf keine unmittelbare Beteiligung Deutschlands hin, wohl aber darauf, daß eine Spur nach Deutschland führte.

Die deutschen Unterlagen zeigen, wie man bei den bisherigen Förderern und Finanzierern der OUN mit dem Politikwechsel Schwierigkeiten hatte. Nicht die Partei wollte die OUN-Leute schützen, sondern die Reichswehr, in Danzig der Polizeipräsident, Innensenator Greiser und Rauschnig selber, welche nach außen die neue Politik mittragen mußten. Man war sich in Polen über die ziemlich komplizierte Lage im Klaren. Tadeusz Schaetzel wies nach dem partiellen Danziger Erfolg Józef Lipski im August 1934 an, wie er sich den deutschen Behörden gegenüber zu verhalten habe. Er schrieb, man solle die Verfolgung der Pieracki-Attentäter von der allgemeinen OUN-Bekämpfung trennen. Da eine Auslieferung weiterer Attentäter von Deutschland nicht zu erwarten sei (Schaetzel wußte nicht, daß sich der eigentliche Attentäter zu dieser Zeit noch in Lemberg verbarg), solle man allgemein die Aufhebung des Asyls für ukrainische Terroristen verlangen. Deutschland solle die Ukrainer abschieben. Man habe in Polen die schnelle Auslieferung eines Attentäters (Lebed') gewürdigt, nun hoffe man auf weitere Hilfe, da die OUN-Aktivitäten in Deutschland nicht den »gutnachbarlichen neuen Beziehungen mit Deutschland« entsprächen.<sup>81</sup> Während aber ein derartiger Aufruf an die Regierung der Freien Stadt Danzig einen gewissen Erfolg hatte, ist über Auswirkungen in Deutschland nichts bekannt.

So richtig wußte man auch nicht, woran man mit Deutschland war. 1936 erstellten die polnischen Außenbehörden ein Dossier, in dem sie ihre Erkenntnisse über die

nienia, S. 22). Sie hatte in beiden Fällen unrecht. Allerdings nutzten beide Regime einen von ihnen nicht organisierten Akt.

<sup>79</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 396. – Die Polnische Botschaft in Berlin teilte den Ausgang des Prozesses auch der deutschen Regierung mit. Als Unterstützer wurden jedoch nur Litauen, die Tschechoslowakei und die Emigration genannt; die deutsche Zurückhaltung honorierte man. Allerdings wurde Deutschland gebeten »reprimer sur son territoire toute activité des organisations susmentionnées« [= OUN] (Note verbale, 26. 2. 1936, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 138-141). Die Schweizer Behörden, wo Konovalėc Zuflucht gesucht hatte, wurden aufgefordert, gegen die OUN vorzugehen, deren gerichtsnotorischer Terror mit den Beschlüssen des Völkerbundes vom 10. 12. 1934 nicht vereinbar sei (Polnische Gesandtschaft Bern an Polizei-Departement Bern, 17. 3. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 135-138). Unmittelbare Folge dieser Dėmarche war der Umzug von Konovalėc nach Rom, wo bis 1940 der offizielle Sitz des PUN war (vgl. Kentij, *Narysy*, S. 55). Bei anderer Gelegenheit behauptete Mirčuk, die Schweizer Polizei habe 1936 einen sowjetischen Attentatsplan gegen Konovalėc entdeckt und ihn daraufhin aufgefordert, die Schweiz zu verlassen (Vgl. Mirčuk, *Jevhen Konovalėc*, S. 84).

<sup>80</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 389-434.

<sup>81</sup> Schaetzel an Lipski, 13. 8. 1934, AAN, MSZ, WW 5297, Bl. 24-25.

OUN zusammenfaßten. Danach hatte es 1933 die Absicht Rosenbergs gegeben, die Ukrainer unter Skoropadskyj gleichzuschalten, was aber mißlungen sei. Das Abbruchgespräch vom Dezember 1933 zwischen Reichswehr, Gestapo und OUN wurde in den Sommer 1934 verlegt. Auch habe es eine deutsche Auflage gegeben, sich mit den anderen exilukrainischen Gruppierungen zu verständigen. Die Gestapo habe dafür 30.000 RM monatlich, die Reichswehr noch einmal 50.000 RM zugesagt, so daß die OUN insgesamt also über 80.000 RM monatlich hätte verfügen können. Es sei zu Scheinverhaftungen von Čučman und Suško gekommen, die Jary organisiert habe, um die Trennung der OUN von den Deutschen nach außen hin zu demonstrieren. An die Abmachungen mit den Deutschen habe sich die OUN jedoch allem Anschein nach nicht gehalten, weshalb ihre Finanzierung durch die Deutschen wieder fraglich geworden sei.<sup>82</sup>

Gab es im Sommer 1934 ein weiteres Gespräch? Gab es die Scheinverhaftungen? In der deutschen Überlieferung spricht vorderhand nichts dafür, daß diese Version zuträfe. Ob die Finanzierung durch die Reichswehr eingestellt, verringert oder nur kaschiert worden war, ist ebenfalls unklar. Von den relativ hohen Unterstützungssummen, von denen in der polnischen Denkschrift die Rede war, ist aus anderen Quellen nichts zu ersehen. Daher ist zweifelhaft, daß die polnische Denkschrift die Realität widerspiegelte. Aber dies ist auch nicht entscheidend: Wie auch immer der tatsächliche Stand war, die polnische Seite ging davon aus, daß die deutsche Distanzierung von der OUN ein Tarnmanöver war. Ob die Deutschen es ehrlich meinten oder nicht, die Polen hielten für sich fest, daß das Band zwischen OUN und den Deutschen weiterhin geknüpft sei und nur taktische Überlegungen – auf deutsche Veranlassung hin – die OUN vorübergehend davon abhielten, sich mit deutscher Hilfe gegen Polen zu wenden.

Die weitgehend dekonspirierte und ihrer Führungsgruppe beraubte galizische OUN stellte ihre Attentate nun ein. Was Mirčuk beschönigend als »größere Beachtung des Ausbildungs- und Bildungssektors« bezeichnete<sup>83</sup>, hieß nichts anderes, als daß die Organisation in Polen angeschlagen war. Aber nahezu alle Angeklagten der großen Prozesse und auch diejenigen der zahlreichen weiteren Festnahmen und (größtenteils zu kurzfristigen Strafen) Verurteilten in der Provinz waren Studierende (beiderlei Geschlechts) und Oberschüler. Die Indoktrinierung der Schuljugend trug nun ihre Früchte. Auch ukrainische Schüler/-innen und Student(inn)en, die sich bisher der Bewegung ferngehalten hatten, sympathisierten nun mit ihren Kommiliton(inn)en oder Mitschüler(inne)n. Obgleich also die OUN führungslos war, regenerierte sie sich rasch.

Jevhen Stachiv (\*1918) hat in seinen Memoiren aus der Provinzstadt Przemysl eindrucksvoll geschildert, wie politisiert das Leben der Gymnasiasten in den 1930er Jahren war, wie der Kämpfe von Kruty 1918 und Makivka 1915 gedacht wurde und wie sich die Lehrer schwer taten, zwischen dem polnischen Staat als dem Träger des Ukrainischen Gymnasiums und den politisierten Schülern einen Standort zu finden. Die Organisationsstruktur der OUN hatte sich in den Klassen festgesetzt und beherrschte von

<sup>82</sup> Vgl. OUN-Denkschrift, 1936, AAN, MSZ, WW 5294, Bl. 91-243, hier Bl. 180-184. Die polnischen Verfasser hielten es auch für möglich, daß die Gelder weiterhin flössen und die Spendensammlung der OUN in Amerika zum Ziel habe, den wahren Ursprung der materiellen Ausstattung zu verdecken.

<sup>83</sup> Mirčuk, Narys, S. 440.



dort aus das politische Denken einer ganzen Generation. Die Erneuerung der OUN bedeutete einen Zuwachs an unerfahrenen, aber umso begeisterteren Heldenanwärttern, denen mit pragmatischen Argumenten kaum mehr beizukommen war.<sup>84</sup>

Nach einigem Zögern hatte Lev Rebet (1912-1957) die Leitung der »Landesexekutive« der OUN nach den Verhaftungen 1935 übernommen. Der vorsichtige und mit einer langen Wiederaufbauphase rechnende Rebet geriet prompt in einen Konflikt mit radikaleren OUN-Mitgliedern. Es kam zu Insubordinationen und zu selbständigen kleineren Überfällen auf Polen in Galizien. Der interne Machtkampf spitzte sich zu. Da man Verräter in den eigenen Reihen vermutete, verdächtigte man den von den Polen zunächst in Ruhe gelassenen Rebet und versuchte, Konovaléc zu veranlassen, Rebet die Führung zu entreißen. Ob dieser sich darauf einließ, ist nicht klar: Zwar soll er 1938 überlegt haben, Rebet durch Dmytro Hrycaj (1907-1945) zu ersetzen, aber seine Ermordung verhinderte dies. Als sich Rebet mit den PUN-Vertretern Senyk und Baranovskýj im Sommer 1938 in Danzig traf, bestätigten diese ihn angeblich in seinem Amt. Erst im Februar 1939, als der bewaffnete Kampf um die Karpatho-Ukraine in den Vordergrund rückte, trat Rebet seinen Posten an Myroslav Turaš ab.<sup>85</sup>

### 3. DER FALL RIKO JARY

Bis hierher ist schon recht häufig ein Name genannt worden, dessen Träger noch geheimnisumwitterter als die ganze übrige ukrainische Konspiration war. Zielstrebig hatte sich Riko Jary seit dem Beginn der 1920er Jahre zu einer zentralen Figur der nationalistischen Emigration hochgearbeitet. Bis heute stehen Fragen zu seiner Person im Raum. Kučeruk nannte ihn »das Rätsel der OUN« (zahadka OUN).<sup>86</sup> Da Jary in finanziellen Dingen durchaus auf den eigenen Vorteil bedacht und in Rivalitäten verwickelt war, kursierten kontroverse Aussagen über ihn. Kučeruk – Mystifizierungen immer zugetan – meinte sogar, Jary habe sich die Biographie einer anderen Person angeeignet.<sup>87</sup> Dazu bestand jedoch kein Anlass. Lebensläufe wie der Jarys mit Crossovers in allen Richtungen waren gar nicht so selten und mit der notwendigen Quellenkritik kann man einiges von dem, was über ihn umlief, durchaus als authentisch erkennen.

Eine der zentralen Quellen, die wir hier nutzen, ist tatsächlich ziemlich fragwürdig: Sie stammt aus dem Archiv des Ukrainischen Sicherheitsdienstes (Služba Bezpeky Ukraïny – SBU)<sup>88</sup>, wo neben zahlreichen anderen Beständen Übersetzungen in

<sup>84</sup> Jevhen Stachiv, *Kriz' tŭrmy, pidpillja j kordony*. Kyïv 1995, S. 20-24. Stachiv, der gerade sein Abitur gemacht hatte, aber nicht zum Bergbaustudium zugelassen worden war, baute in Przemyśl, wo er in der Bildungseinrichtung *Ridna škola* arbeitete, die Studenten-Hromada wieder auf, deren Mitglieder fast alle verhaftet wurden. Er wurde, ohne bis dahin eine Universität von innen gesehen zu haben, ihr Vorsitzender.

<sup>85</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 442-443, 461-474; Kentij, *Narys*, S. 63.

<sup>86</sup> Oleksandr Kučeruk, *Ryko Jaryj – zahadka OUN*. L'viv 2005.

<sup>87</sup> Ebd., S. 42.

<sup>88</sup> Archiv SBU, Delo 105 – weiter angeführt als »Akte 105«. Weitgehend stützt sich auch Kučeruk, *Ryko Jaryj*, auf diesen Bestand.

Deutschland 1945 beschlagnahmter Unterlagen archiviert sind. Darunter befindet sich eine Akte, deren Urschrift der Reichskanzlei zugeordnet wird und die aus Abschriften und Kopien von Dokumenten besteht, mit denen 1933/34 versucht wurde, Jarys Person zu durchleuchten. Dazu gehört ein Dossier, das aus Königsberg stammt, nach den zeitlichen Hinweisen auf das Jahr 1934 (nach dem 30. Juni) datiert werden kann und im Unterschied zu allen anderen Unterlagen eine immanent schlüssige Auflösung der meisten Widersprüche bietet, die der Lebenslauf Jarys enthält. Als Autor drängt sich wieder einmal der damals in Königsberg lebende Osyp Dumin auf (der zwar in der dritten Person genannt wird, aber dafür viel öfter als es seiner Bedeutung entsprechen würde), der bereits zuvor mit Dossiers für deutsche Stellen hervorgetreten und über die UVO-Interna als deren ehemaliger Sicherheitschef informiert war. Jary war der Rivale, dem Dumin 1926 unterlegen war, so daß die Bereitschaft, ihn an das deutsche Messer zu liefern, angenommen werden darf. Allerdings ohne Erfolg. Das Dossier wurde archiviert – und Jary konnte seine Position in Deutschland weiter ausbauen.

Der vierfache Mangel der Quelle – der unbekannte Verfasser, die Nicht-Nutzung durch die Deutschen, der Fundort der Übersetzung in einer der Desinformation nicht abholden Institution und im Falle der Verfasserschaft Dumins auch noch dessen persönliche Aversion gegen den Beschriebenen – reduziert ihre wissenschaftliche Verwendbarkeit. Er wirft aber ein interessantes Schlaglicht auf das Innenleben der OUN.

NSDAP-Stellen erschien es Ende 1933 angebracht, Jarys Person zu erkunden.<sup>89</sup> Die Standardrückfragen beim Polizeipräsidium in Berlin und dem Gestapo-Archiv führten nicht weiter, und sonst kam nur heraus, daß Abwehr und Außenministerium gleichermaßen viel von ihm hielten. Das Einwohnermeldeamt von Falkensee hatte seinen Zuzug aus München am 1. Februar 1927 registriert, Jary war als Journalist, zeitweise auch als Korrespondent einer Lemberger Zeitung gemeldet.<sup>90</sup> Seine Geburt am 14. 4. 1898 im damals österreichischen galizischen Rzeszów stiftete dadurch Verwirrung, daß Jary offenbar immer ukrainisch Rjašiv oder phonetisch »Rjazio« schrieb, was zu Verwechslungen und Unstimmigkeiten führte.<sup>91</sup> Im Januar 1934 befand sich zwei Tage lang ein deutscher Emissär in Rzeszów und versuchte die Personalien zu überprüfen. Im Magistrat gab es keine Dokumente über Jary, wohl aber eine Taufbescheinigung in der katholischen Pfarrei.<sup>92</sup> Die Spur des Vaters Franz Jary, angeblich österreichischer Major der Reserve, führte nach Freiwaldau (Fryvaldov) bzw. Mährisch Ostrau. Dort wurden schließlich auch die Geburtsbescheinigungen aufgefunden, die ordnungsge-

<sup>89</sup> Bei der Akte handelt es sich vermutlich um die Ergebnisse der Nachforschungen, die Schickedanz für das ApA anstellte und deren Ergebnis auf S. 667 referiert wird.

<sup>90</sup> Akte 105, S. 25-27.

<sup>91</sup> Bis heute sind die Angaben zu Jarys Person widersprüchlich. Daß Kentij seine Geburt 1888 annimmt, ist wohl ein Schreibfehler, aber er schreibt auch, Jary stamme »aus den Sudeten« (vgl. Kentij, Narys, S. 12). Kučeruk druckt das Faksimile einer Geburtsurkunde aus dem Jahre 1941 ab, äußert aber Zweifel, ob der Eintrag tatsächlich existiere (Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 8-9).

<sup>92</sup> Akte 105, S. 45-46. – Der Bericht enthält eine Reihe weitergehender Vermutungen, die jedoch eher auf die Unkenntnis des Berichtenden (er meinte etwa fälschlich, Rzeszów hieße auf ukrainisch Rižov) und Phantasien, wie die, daß er sich den Namen einer ausgestorbenen Familie angeeignet habe, zurückzuführen sein dürften.

mäß nach der »Beheimatung« abgelegt worden waren.<sup>93</sup> Daher ist es nicht falsch anzunehmen, daß es sich um eine österreichische Militärfamilie tschechisch-schlesischer Herkunft handelte, in welcher Rico/Richard aufwuchs.<sup>94</sup>

Auf Martyneć machte Jary auch im Zivil den Eindruck eines Militärs. »Ganz allgemein – eine repräsentative Gestalt«, schrieb er. Ukrainisch könne er nicht gut – oder in den Worten Martyneć: »Und diese Gestalt spricht sehr gut deutsch, wie ein Deutscher. Und ukrainisch spricht er auch wie... ein Deutscher«.<sup>95</sup> Martyneć hatte insgesamt keine schlechte Meinung von Jary, aber er mäkelte daran herum, daß ein Deutscher »Kampfreferent« der UVO sein mußte, auch wenn er ihm zugestand, seine Arbeit gut zu machen. Signifikant ist aber seine Aussage zur Assimilationsfähigkeit von Deutschen überhaupt:

»Wenn zum Beispiel ein Deutscher in Bučač eine Ukrainerin heiratet, in einer ukrainischen Einrichtung dient und, da er niemals beabsichtigt, aus den ukrainischen Gebieten auszureisen, sich in die örtliche Bevölkerung integriert und ihre Bräuche und Sprache annimmt, dann können wir über seine ukrainische Assimilation sprechen. Aber wenn es um einen Deutschen geht, der in der Hauptstadt Deutschlands lebt, hier seine Immobilien hat und nicht daran denkt, in die ukrainischen Gebiete zu ziehen, zudem mit einer getauften Jüdin [žydivkoju-vychrystkoju] verheiratet ist, das Haus deutsch führt (obwohl beide Ukrainisch können) und seine einzige Beziehung zu Ukrainern eine bezahlte Funktion in der Organisation ist – dann wäre es unbegründet, von einer ukrainischen Assimilation zu sprechen«.<sup>96</sup>

Jary hatte Oberschulbildung genossen, 1916 wurde er Angehöriger des Pionierbataillons Nr. 1 und im August 1917 zum Oberleutnant befördert. Am 13. Februar 1919 wurde er demobilisiert und nach Freiwaldau entlassen.<sup>97</sup> An dieser Stelle setzt auch

<sup>93</sup> Akte 105, S. 47-48. – Martyneć schrieb, sein von deutschen Kolonisten aus der Gegend von Mährisch Ostrau stammender Vater Franz Josef Jary sei bei Rikos Geburt Hauptmann des Infanterieregiments 17 gewesen. Er selbst habe behauptet, seine Familie stamme eigentlich aus der westlichen Ukraine (Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 188). Hirnjak wiederholte: »Jaryj war deutscher Herkunft, er stammte aus einer Kolonistenfamilie« (Ljubomyr Hirnjak, *Na stežkach istoryčnych podij*. New York 1979, S. 276).

<sup>94</sup> Šandor, der Jary negativ beurteilte, schrieb einfach, er sei »Deutscher, Offizier der österreichisch-ungarischen Armee« (Vikentij Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, Užhorod/New York 1996, S. 306). Ähnlich die Darstellung in der Sowjetunion: »Jaryj wurde in Österreich geboren, sein Vater war Deutscher, seine Mutter Ungarin, und die Frau, wie die Gestapo festgestellt hat, – Jüdin« (Klym Dmytruk, *Bezbatčeny*. L'viv 1972, S. 15). Jary, der »mit der Ukraine nichts zu tun gehabt« habe, ist für den sowjetischen Verfasser geradezu ein Musterbeispiel der im Titel seines Buches genannten »vaterlandslosen Gesellen«, wohinein sich auch die »jüdische Versippung« in der sowjetischen Hochphase des »Antizionismus« hervorragend fügte. Zynovij Knyš, der Historiker der Mel'nyk-Anhänger, erklärte Jarys Vater zu einem getauften ungarischen Juden und auch seine Mutter zu einer Konvertitin, was es ihm erleichterte, die vielen negativen Eigenschaften Jarys, der sich Bandera angeschlossen hatte, einzuordnen. Die Ehefrau Jarys, deren Geburtsnamen er mit »Spiegelvogel« wiedergibt, sei die Tochter »irgendeines kleinen Rabbiners« gewesen (Zynovij Knyš, *Rozbrat*. Toronto 1960, S. 75). Vgl. auch die Verballhornung »Schiessvogel« bei Schickedanz (s. S. 696). Bei Boljanovskij stammt Jary aus einer »tschechisch-polnischen Familie« und hat »aus Karrieregründen im Paß angegeben, er sei Deutscher« (Andrij Boljanovskij, *Ukraiński vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945)*. L'viv 2003, S. 25).

<sup>95</sup> Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 187.

<sup>96</sup> Ebd., S. 188-189.

<sup>97</sup> Akte 105, Bl. 47-48.

der »vertrauliche« »Bericht über den Gauner R. Jary in Berlin« ein, den wir vorbehaltlich einer evtl. Widerlegung Dumin zuschreiben.<sup>98</sup> Danach habe Rico, dem der Verfasser auch noch die Vornamen Franz Marian zuweist, nach 6 Klassen Realschule 1914-1915 die Militärtechnische Schule in Mödling besucht und seine Nationalität stets als »deutsch« angegeben. Nach der Demobilisierung habe er sich wie viele andere österreichische Offiziere bei der ZUNR-Vertretung in Wien zur Ukrainischen Galizischen Armee (UHA) gemeldet, sich als Kavallerist ausgegeben und sei am 26. Juli 1919 zum Hauptmann befördert worden. Mit der UHA sei Jary dann zu Denikin und später zu den Bolševiki übergelaufen. Im polnisch-bolschewistischen Krieg von 1920 lief er angeblich zu den Polen über und kämpfte mit der UNR-Armee gegen die Sowjettruppen. Im August 1920 wiederum sei er dem Aufruf Petruševyčs, die Front zu verlassen und in die Tschechoslowakei zu fliehen gefolgt, woraufhin ihn Petljura als Deserteur aus der Armee ausschloß.<sup>99</sup>

Für einen Ukrainer(freund) war dies in jenen Jahren kein ungewöhnlicher Lebenslauf. Nach der Internierung in der Tschechoslowakei führte Jary eine Arbeitsbrigade aus Ukrainern bei Kaschau/Košice, lernte dort die Jüdin Rosa Spielvogel aus Peremyšljany in Galizien kennen und lieben, worauf die beiden im Februar 1922 in Užhorod, er inzwischen als Rico von Jary,<sup>100</sup> sie als Ol'ga, geheiratet hätten. Sein offenbar nicht unbeträchtliches Vermögen stammte nach den miteinander verschränkten Berichten nicht, wie Jary selber oft behauptete, aus seinem Familienbesitz (sein Vater hatte als Major nur eine relativ kleine Pension), sondern aus Geschäften mit den Pferden der internierten ukrainischen Kavallerie. Ein deswegen durch das ukrainische Militärgericht eingeleitetes Veruntreuungsverfahren wurde demnach eingestellt, als die Brigade aufgelöst wurde.<sup>101</sup>

Für diesen ersten Dumin-Bericht spricht, daß er durch andere Belege bestätigt wird und plausible Elemente kollektiver Biographien jener Zeit enthält: Die exzellenten Deutschkenntnisse, die Einbettung in den militärischen Kontext, aber auch in den der exilukrainischen Nationalisten um Konovaléc werden ebenso erläutert wie die Tatsache, daß den nur kurzfristig dort stationierten Offizier in Rzeszów niemand kannte. Die »Wahlverwandtschaft« mit den Ukrainern ging weiter als etwa bei anderen österreichischen oder galizischen Deutschen, die in die UHA eintraten, aber dabei half wieder ein slavisch klingender Name, den er sich wie zahlreiche Exilukrainer, die

<sup>98</sup> »Doklad o mošennike R. Jarom v Berline«, Datiert ist dieser Bericht mit Königsberg, 3. September 1934. Im letzten Absatz gibt der Verfasser an, keine Beweismittel für seine Ausführungen zu haben, er hoffe jedoch, aus Berlin nähere Informationen zu erhalten. Eine Fortsetzung des Berichts ist jedoch nicht belegbar. Der »Dumin-Bericht« umfaßt die Seiten 28-36 der Akte 105.

<sup>99</sup> Vgl. Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 18-25.

<sup>100</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>101</sup> Akte 105, S. 29-30. Martynec folgt dem in etwa, gestützt auf Erzählungen von Seleško. Danach habe man in der Tschechoslowakei Jary in die UVO aufgenommen, weil er als Offizier gute Verbindungen zu österreichischen Offizieren gehabt habe (vgl. Martynec, Ukraínske pidpillja, S. 188). Zu Jarys Frau weiß er, sie sei »vornehm« (prystojnuju) und »kühl« gewesen, habe »einer Jüdin gar nicht ähnlich gesehen (tatsächlich immer ein Kreuz am Hals getragen)« und korrekt ukrainisch gesprochen, aber mit den »anderen ukrainischen Damen« immer in Rivalität, in einer »seltsamen Spannung und Unehrllichkeit« gestanden. Martynec war sie – im Unterschied zu Jary selber – »vom ersten Augenblick an [...] unsympathisch« (Ebd., S. 189). Ebenso Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 27-30, dort auch ein Abdruck der Verfahrensnotiz gegen Jary; Dumin wurde im übrigen daselbst wegen kommunistischer Agitation belangt. Keines der Verfahren wurde abgeschlossen.

Eindruck schinden wollten, durch ein »von« veredelte. Sowohl die jüdische Ehefrau, deren Vorname slavisiert wurde, als auch der Umgang mit Pferden und der Erwerb von Anwesen bei Berlin und Wiener Neustadt aus dem Ertrag des Pferdeverkaufs passen ins Bild, das Jary von sich verbreitete. Sollte Dumin der Verfasser gewesen sein, dann ist auch glaubhaft, daß er diese Informationen als »Aufklärungschef« der UVO recherchiert hatte, um sie bei Bedarf gegen seinen Rivalen zu verwenden.

Durchaus wahrscheinlich ist, daß Jary, der nun 1921 eine neue Aufgabe suchte, von der UVO als Fachmann für die Beschaffung von Waffen und Sprengstoff angeworben und in dieser Eigenschaft zu den Deutschen geschickt wurde. Damit rutschte er in den Posten des deutschen UVO-Residenten hinein.<sup>102</sup>

Nach dem »Dumin-Bericht« von 1926 soll Konovaléc die Verbindungen zur Reichswehr schon vor der Ankunft Jarys geknüpft haben – aber das mußte nicht stimmen, denn Dumin wollte ja wohl Jary abwerten. Der Verfasser behauptete, die UVO habe ihre Verbindungen zur Reichswehr aufgebaut, indem sie ihr Wissen über die polnische Armee weitergab. Jedenfalls bestätigte der Bericht, daß sich Jary 1923 in München bei den dort abgehaltenen Kursen »herumdrückte«, um den Anschein zu erwecken, ihr Organisator zu sein. Jary soll so das Vertrauen Konovalécs erworben haben, nach Königsberg umgezogen sein und fortan Informationen aus Polen vermittelt haben. Die Behauptung, daß diese zu 90% erfunden gewesen seien, mag ein Versuch Dumins gewesen sein, Jary zu diskreditieren – sie könnte aber auch gestimmt haben. Mit seinen Königsberger Verbindungen habe Jary dann 1924 in Berlin bei der Reichswehr noch weiter Fuß gefaßt. Durch das Vertrauen Konovalécs und Reichswehr-Offiziere, die ihn als seinesgleichen akzeptierten, geschützt, habe nun Jary seine Position in der Organisation gegen seine Rivalen ausbauen können.<sup>103</sup>

Ryszard Torzecki drehte die Interpretation um. Bei ihm mutierte Jary zu einem Abwehrmann, der sich der UVO angeschlossen habe, und er gibt auch an, daß Jary 1924 »persönlich« Informationen über Polen und die polnische Armee für das Ost-Institut in Königsberg zusammengestellt habe. Dabei stützte sich Torzecki auf nicht näher bezeichnete »sowjetische Literatur«.<sup>104</sup> Ganz ähnlich – ohne Beleg – warf auch Leszek Gondek Jary vor, Desertionen aus der polnischen Armee in der Wojewodschaft Lemberg organisiert zu haben. Die Deserteure sollen sodann über die ostpreußische bzw. litauische Grenze gebracht worden sein.<sup>105</sup> Sicherlich ließen sich Jary und die UVO für Reichswehrzwecke einspannen, sie taten dies jedoch im eigenen und im UVO-Interesse.

Bei der Schilderung der Querelen von 1926 führte der Bericht Dumin in der dritten Person an, aber dem Verfasser war Dumins Text bekannt und auch die darin kritisier-

<sup>102</sup> Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 39-40.

<sup>103</sup> Akte 105, S. 31. Martyneć nannte ihn »konkurrenzlos« (Martyneć, *Ukraińske pidpillja*, S. 188).

<sup>104</sup> Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska 1923-1929*, S. 63-64. Gemeint ist sicherlich die Schrift Dmytruks, derzufolge Jary neben Alfred Bisanz und Hans Koch als »Mitarbeiter der Abwehr« (ohne einen Beleg und auch unzutreffend) mit Konovaléc Kontakte aufnahm (Dmytruk, *Bezbatčenyky*, S. 14-15). Dmytruk ging es vor allem um die Vorbereitung des Szenarios von 1941. Daß Torzecki hier kommentarlos sowjetische Behauptungen übernimmt, entwertet leider seine Ausführungen.

<sup>105</sup> Vgl. Leszek Gondek, *Działalność Abwehry na terenie Polski 1933-1939*. Warszawa 1974, S. 155. – An anderer Stelle heißt es weitaus harmloser und gestützt auf den polnischen Militärgeheimdienst, Jary habe Deserteure in Deutschland an der Grenze kontaktiert und von ihnen Informationen eingezogen (Vgl. ebd., S. 241-242). Gondek hielt Jary und den Danziger OUN-Vertreter Fedyna stets für Abwehr-Mitarbeiter (Vgl. ebd., S. 240-241).

te Nicht-Reaktion der deutschen Militärs. Damit wird die Zahl der möglichen Verfasser eingeschränkt. Der Bericht zeichnete das Bild eines skrupellosen Verräters: Einmal habe er von Dumin (!) die Namen von deutschen Agenten in Polen erbeten, um sie den Polen zu verkaufen und so die UVO-Kassen aufzufüllen. Dann habe er ihn wieder im Wald an der tschechischen Grenze ermorden lassen wollen und ihn bei der Königsberger Polizei als polnischen oder sowjetischen Spion denunziert.<sup>106</sup>

Seine »schön und luxuriös ausgestattete« Villa in Falkensee<sup>107</sup> habe Jary bereits 1925 gekauft – und eben behauptet, die Mittel stammten aus dem väterlichen oder mütterlichen Erbe oder der Mitgift seiner Frau.<sup>108</sup> Seine Frau wurde als mit Schmuck behängt geschildert und verdächtigt, mit den Sowjets im Kontakt zu stehen. Dies war nun gegenüber jemandem, den man als Jüdin bezeichnete, ein Standardvorwurf, der aber in den ukrainischen Kreisen der mittleren 1920er Jahre noch keinen sehr üblen Nachgeschmack hatte – ukrainische Nationalpolitiker hatten eben Kontakte zur Sowjetukraine der *Korenizacija*. Auch die Nationalgalizier Petruševyč und nicht zuletzt wohl Dumin selber sympathisierten zeitweise mit der UdSSR. In dem Bericht heißt es dann:

»In UVO-Kreisen trat man mehr als einmal gegen diese Gaunereien auf. Aber man konnte sich von Jary nicht trennen, weil er immer noch der einzige war, der nicht nur Zugang zu allen Abteilungen des Reichswehrministeriums, sondern dort auch viele Freunde hatte, und die Ukrainer rechneten vor allem mit einem möglichen Krieg im Osten. Der einzige, der den Ukrainern helfen konnte, war Deutschland, und zudem befürchtete man, daß Jary, wenn man ihn zurückrufen würde, um sich zu rächen einen unglaublichen Skandal im Reichswehrministerium selber und sogar in den höchsten Behörden des Deutschen Reiches ausgelöst hätte, wozu er sicher imstande gewesen wäre.«<sup>109</sup>

Dies ist dem Tenor nach auch das, was Dumin 1941-1942 einem bisher anonym gebliebenen Agronomen in Königsberg berichtete. Inzwischen war aus dem unbewiesenen Unterschlagungsvorwurf ein regelrechtes Gerichtsverfahren geworden, das nur an der Zögerlichkeit der anderen UVO-Mitglieder gescheitert war. Dumin habe die Rache Jarys fürchten müssen und sei nach Königsberg geflohen. Aus dem Ehemann einer Jüdin Jary wurde nun ein »Halbjud«:

»Schon vor dem Gericht wegen des Diebstahls von Geldern der Organisation wollte Jary mit aller Gewalt Osyp Dumin in der »Spitzen-Fünfergruppe« loswerden und ihn von einflußreichen Positionen in der UVO abdrängen. Er fürchtete seine Konkurrenz, daß nämlich Dumin, ein reinblütiger Ukrainer (»čystokrovnyj Ukraïneč«) und kein Halb-Jude (»napiv-žyd«), als Mensch mit revolutionärer Erfahrung und dazu als Spezialist in Aufklärung und Abwehr mit der Zeit Jary aus dem Sattel im Obersten Kommando heben könnte.«<sup>110</sup>

Der Bericht von 1934, den auch die sowjetische Literatur benutzte,<sup>111</sup> sah Konovalčs Umzug aus Berlin nach Genf als Ergebnis der Überredungskunst Jarys, um unkon-

<sup>106</sup> Akte 105, S. 31, 33-34.

<sup>107</sup> Martynec, *Ukraïnske pidpillja*, S. 189.

<sup>108</sup> Die sowjetische Literatur folgte einer »politischeren« Konstruktion. Danach soll Jary 1926 deutsche Spione der polnischen Abwehr »für eine ziemlich runde Summe« (*za kruhlen'ku sumu*) verraten haben und dafür seine »luxuriöse Villa« gekauft haben (*Zamlynskyj, Šljach*, S. 60).

<sup>109</sup> Akte 105, S. 32.

<sup>110</sup> Knyš, *ZUNRO*, S. 243.

<sup>111</sup> Vgl. dazu *Zamlynskyj, Šljach*, S. 60.

trolliert in Berlin agieren zu können. Jary habe sich in dieser Zeit als inoffizieller Vertreter der Ukrainer im AA eingeführt. Daran ist einiges richtig: Jary versuchte Einfluß zu gewinnen und war darin nicht unüberlegt. Als 1928 die UVO-Kontakte zur Reichswehr nachließen, nahm Jary Kontakte mit deutschen Spitzenpolitikern auf (s. S. 610). Tatsächlich gab es aber auch Zerwürfnisse, und sie drehten sich wirklich um Finanzen: Konovaléc schrieb über einen Konflikt mit Jary, der seine Finanzen nicht abrechne, und vermutete sogar, Jary konstruiere vielleicht eine Front gegen ihn. Allerdings gab er sich auch zuversichtlich, damit fertig zu werden, und tatsächlich scheint dieser kurze Streit keine Folgen gehabt zu haben.<sup>112</sup>

Die Akte konstruierte dagegen eine Verschwörungstheorie, die leicht als Ausgeburt der Phantasie des ausgebooteten Rivalen interpretiert werden kann. Die UVO habe in Galizien in den 1920er Jahren nur agiert, um von der amerikanischen Emigration Spenden einzuwerben. Mit dem Geld habe man wieder die Jugendgruppen »gekauft«, die dann Konovaléc bei der Gründung der OUN unterstützt hätten. Konovaléc und Jary trügen auch die Schuld an den polnischen »Pazifizierungen«. Mit diesem Geld habe Jary aber auch eine eigene Garde aufgebaut.<sup>113</sup> Anfangs sei Jary mehr für den »Stahlhelm« als für die NSDAP gewesen, habe sich aber Ende 1932 umorientiert. Bei der Reichswehr habe er sich als Kommandeur aller Ukrainer für den Fall eines deutsch-polnischen Krieges empfohlen, und als die »Präventivkriegfrage« 1933/34<sup>114</sup> abgeklungen war, habe er mit der Hilfe »aller Juden und der Polen« versucht, Vorsitzender des Auslandsjournalistenverbands in Berlin zu werden (wenn das zutrifft, mißlang es, Vorsitzender wurde Kuzelja).

Der weitere Bericht war etwas inkonsistent: Jary hat zweifellos versucht, das UWI zu erobern. Hat er, als das mißlungen war, seinen Einfluß in Berlin verloren? Hat er in Riga einen Artikel angeregt, der das UWI als politische Agentur diffamierte? Wollte er nicht trotz allem seinen Zugriff auf einen Teil der dort verteilten Stipendien behalten? Hat er sich gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen und den »jüdischen Journalisten« Helmut Koschorke zu einem Artikel motiviert, in dem Jary als der Führer der Ukrainer bezeichnet wurde, oder hat er sich als »ukrainischer Hitler« empfohlen?<sup>115</sup>

Der Text schloß damit, daß das Attentat auf den Minister Pieracki als ein Projekt Jarys ausgegeben wurde – aber in der Goebbels-Schleicher-Version (s. S. 690). Skyba (Lebed'), der angebliche Attentäter, habe eigentlich Goebbels gerettet, und Deutschland habe ihm dies durch die Auslieferung übel vergolten. Jary habe nämlich als Gegner der NSDAP mit General von Schleicher zusammengearbeitet und habe sich bei von Schleicher, der ja einen Sturz der NSDAP plante, durch die Ausschaltung Goebbels einschmeicheln wollen.<sup>116</sup>

<sup>112</sup> Konovaléc an Martyneć, 13. 5. 1930, Ju. Olijnyk (Red.), Ja b'ju v dzvin, Dok. 34, S. 129.

<sup>113</sup> Akte 105, S. 33–34. Hier sei angemerkt, daß auch das vermutlich von Dumin redigierte ZUNRO-Blatt Konovaléc vorwarf, Gelder aus Amerika zu veruntreuen (»Po zolote runo« [Um das Goldene Vlies], Ukrainškyj Revoljucioner, 14. 3. 1929, nach Knyš, ZUNRO, S. 99). – Auch der Vorwurf, die UVO gebe es eigentlich nicht mehr, gehörte zu den Standardthesen der ZUNRO.

<sup>114</sup> In Europa kursierten damals gezielt in die Welt gesetzte Gerüchte, Polen plane einen »Präventivkrieg« gegen Deutschland.

<sup>115</sup> Akte 105, S. 34–35.

<sup>116</sup> Ebd., S. 35–36.

Dies war eine ganz netter Plot, der mit dem oben häufig zitierten »Geheimbericht« partiell übereinstimmt. Es nahm das Motiv »Schleicher« auf, das insofern glaubhaft war, als mit der kurzen Rückkehr Schleichers und seiner Reichswehr an die Macht auch die Förderung der OUN zunahm. Das alles hatte aber nur dann einen Sinn, wenn von Schleicher (und Röhm) tatsächlich einen Putsch vorgehabt hätten – was nicht der Fall war. Der Verfasser hat sich den Zusammenhang also nach dem 30. Juni 1934 frei zusammengestellt. Dabei wußten die NS-Granden es besser. Das Narrativ war nur dann schlüssig, wenn der Verfasser des Berichts das nationalsozialistische Deutschland ausdrücklich gegen den »Hauptorganisator« Jary hetzen wollte. Der Bericht gehört in den Kontext der innerukrainischen Fehden und das Buhlen um die deutsche Unterstützung – nun eben die nationalsozialistische. Er kommt zu dem Ergebnis:

»Es gibt keinen Ukrainer auf der Welt, der eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine suchen würde. Seit dem Großen Kurfürsten bis Bismarck und vom Weltkrieg bis in unsere Tage hatte die Ukraine außer Deutschland keinen Bundesgenossen, der ihr in ihrer politisch schwierigen Lage Hilfe leisten könnte. Außerdem sollte jeder gesund denkende Mensch damit rechnen, daß ein beliebiges Verbrechen zu 90% aufgeklärt wird, folglich auch die vorbereitende Ermordung einiger Minister [...] Daraus folgt, daß sich kein Ukrainer mit einem solchen Vorgehen einverstanden erklären kann. So etwas konnte sich nur ein internationaler Abenteurer ausdenken, der wegen seiner Karriere selbst über Leichen geht. (Hier ist zu erwähnen, daß Jary nur deutsch und tschechisch kann). Deshalb nehme ich an, daß Skyba nach Berlin ausgereist ist, um sich vor Jary zu rechtfertigen, warum die Terroristen Pieracki erst nach Goebbels' Abreise umgebracht haben. Eine andere Erklärung dieser Sache kann ich nicht finden.«<sup>117</sup>

Durch diese Wendung wurde die nicht-ukrainische Herkunft Jarys zu einem politischen Argument, und gleichzeitig wurde der angeblich faktisch von Jary geführten OUN die ukrainische Qualität abgesprochen. Die Gegner der OUN versuchten, ihr zu schaden, indem sie einem ihrer führenden Vertreter eine NS-feindliche Haltung unterstellten. Dies weist wiederum auf ukrainische Gegner der OUN als Verfasser hin. Nur sie konnten außer den Polen davon profitieren.

Sind wir damit der Person Jarys näher gekommen? Vielleicht, denn die Angaben bis 1925 erscheinen plausibel. Für die spätere Zeit wird aber demonstriert, wie Daten funktionalisiert werden können und gegen Ende, wo die Konstellationen phantastisch werden (und wohl der Grund dafür waren, daß man sich in der deutschen Führung nicht auf sie bezog und Jary weiter favorisierte), demonstriert der Schriftsatz eine zielorientierte (nur eben nicht erfolgreiche) narrative Konstruktion, wie sie im Verkehr zwischen Emigranten und der deutschen Obrigkeit in den 1930er Jahren üblich wurde.

Jarys Person ist im OUN-Umfeld nicht nur damals umstritten gewesen. Konovaléc vertraute ihm, weil Jary ungeachtet aller Kritik ein wesentlicher Faktor des OUN-Erfolges war. Einen Eindruck der bis heute wirkenden Ambivalenz erhält man in dem Buch eines postsowjetischen Historikers, der viel von Konovaléc, aber wenig von Jary hält. Kentij schrieb über Konovaléc, dieser habe Menschen seiner nächsten Umgebung grenzenlos vertraut:

<sup>117</sup> Ebd., S. 36.



»Daraus zogen nicht selten diejenigen Nutzen, die ihren Anteil am Befreiungskampf nicht mit den Interessen der Organisation [OUN] verbanden, sondern mit eigenen Ambitionen und Plänen. Nicht zufällig blieb in der allernächsten Entourage der bekannte R. Jary, der dank seiner Kenntnis mehrerer Sprachen, einem eleganten Äußeren und Eloquenz [...] zum »unauswechselbaren Mitarbeiter Konovaléc« wurde. Sein Einfluß auf Je. Konovaléc war sehr groß.«<sup>118</sup>

Eine Episode vom Juni 1933 belegt, wie umstritten Jary tatsächlich war. Am letzten Tag der OUN-Konferenz in Berlin überreichte Konovaléc Jary eine Anerkennungs-urkunde und hielt eine Art Laudatio auf seinen deutschen Statthalter. Konovaléc sprach davon, daß die Versuche, zwischen Jary und ihn einen Keil zu treiben, von vornherein zum Scheitern verurteilt seien. Vrećona hob hervor, daß Konovaléc, der sonst stets äußerlich ruhig blieb, sich zunehmend in Eifer geredet habe. Jary kam, auch weil »seine physische Haltung imponierte«, bei der jungen galizischen Generation (deren Bandera-Fraktion er sich 1940 anschloß) gut an. Vrećona war einer der wenigen, die – obwohl ihm die jüdische Herkunft von Jarys Frau wohl bekannt war – auch sie in das allgemeine Lob (»seine bezaubernde Ehefrau«) einbezog und über Jary nur positives schrieb.<sup>119</sup> Damit entfällt eine eindeutige Einordnung – die Figur bleibt wie so vieles in der Geschichte des ukrainischen Nationalismus schillernd. Aber ohne dieses Schillern hat man auch keinen Zugang zu dem Geschehen.

Auch die Person Dumins ist kaum ohne ihr Verhältnis zu Jary zu begreifen. Als Dumin 1938 nach Berlin umzog, um zeitweise in der Ukraїńska Hromada im Sinne Skoropadskyjs zu wirken, erwartete er als erstes, Jary würde bei der Polizei intrigieren und ihn als polnischen oder sowjetischen Agenten zu denunzieren versuchen.<sup>120</sup> Dies geschah offenbar nicht. Im Laufe der Zeit dürften die verständigeren OUN-Vertreter gelernt haben, daß es kontraproduktiv war, die Deutschen in interne Rivalitäten einzubeziehen. Und Jary war sicher der geschickteste von ihnen.

Da Jary sich 1940 Bandera anschloß, geriet er ins Visier der Mel'nyk-Anhänger, die einen der Narrativstränge der OUN-Geschichte gestalteten. Sciborskyj und Knyš ergriffen gegen ihn Partei. Jary erschien bei ihnen als jemand, der den Konflikt zwischen den radikalen jungen Galiziern und dem PUN schürte und für seine »persönlichen« Ziele nutzte. Als »Kampfpreferent« des PUN hielt Jary tatsächlich eher zu den galizischen Heißspornen als zu pseudointellektuellen Juristen und Journalisten. Diese schwärmten zwar von den romantisierten Radikalen aus der Ferne, kamen sich aber bei näherem Kontakt mit ihnen im Sinne des Wortes alt vor. Auch dieser Neid konnte eine Quelle des Ressentiments sein.

Entsprechend kritisierten sie dessen Kontakte zu den »jungen Wilden«. Auf der Danziger Zusammenkunft der OUN-»Militärs« von 1931 habe sich Jary »die ganze Zeit bei ihnen herumgedrückt« (uves' čas tersja i m'javsja bilja nych) und sich »den Delegierten gegenüber außergewöhnlich schmeichlerisch verhalten« (nadzvyčajno uleslyvo stavyv-sja do delegativ-učasnkyv). Dadurch habe er einen guten Eindruck hinterlassen: »Sie

<sup>118</sup> Kentij, UVO, S. 30.

<sup>119</sup> Jevhen Vrećona, »Moї zustriči z polkovnykom«, in: Jurij Bojko (Hg.), Jevhen Konovaléc ta joho doba. München 1974, S. 466-481, hier S. 480-481.

<sup>120</sup> Vgl. Kentij, Narysy, S. 34.

wußten nicht, was für Berechnungen und Pläne er hatte«. <sup>121</sup> Als dann 1932 eine »Vertretung« der Galizier beim PUN in Berlin eingerichtet wurde, habe sich Jary

»orientiert, daß sich am Horizont die Möglichkeit eines Konflikts abzeichnete, daß er ihn für seine eigenen Ziele werde nutzen und dafür beizeiten die Dankbarkeit einer der beiden Seiten gewinnen müsse, und er wählte diejenigen, die ihn weniger kannten. Gabrusevyč wurde zu seiner rechten Hand auf deutschem Boden«. <sup>122</sup>

Jary habe die galizische Opposition benutzt und »lachte sich ins Fäustchen, denn diese ganze ›Opposition‹ brauchte er nicht für organisatorische, sondern für persönliche Zwecke«. Alles das gipfelte in dem Vorwurf, Jary habe vorgehabt, an Konovaléc's Stelle OUN-Führer zu werden. <sup>123</sup>

1934/35 – Konovaléc war in Genf – waren die Galizier in Berlin mit Jary allein. Sciborskyj nannte sie nach einem von Gabrusevyč's Decknamen (»Irten«) nur »Irtenivci« und witterte eine Verschwörung:

»Die ›Irtenivci‹ beabsichtigten, Jary zu benutzen, um zu Einfluß zu gelangen. Jary hingegen wollte aus ihnen sein Werkzeug machen, um die Position des Führers [Konovaléc], ruhmreich sein Andenken, zu erschweren«.

Sciborskyj hielt Jary für besonders raffiniert: Er habe in der Organisation eine »Normalisierung« verhindern und »zersetzende Fermente« erhalten wollen. Daher habe er zwischen den Galiziern und dem »Führer« vermittelt und so seine Stellung festigen können. Sein Ziel sei gewesen, Konovaléc die »formalen Prerogative« zu belassen und »faktisch die ganze Macht in der OUN in die eigenen Hände« zu bekommen. Wieder gab es den Vorwurf, Jary habe Gelder veruntreut. Konovaléc soll schließlich Gabrusevyč in die Provinz geschickt haben (1939 war er dann Ausbilder bei Jary in Saubersdorf) und der raffinierte Jary habe – nach Sciborskyj – die »Putschisten« um Gabrusevyč verraten, ein »Reuebekenntnis« vor Konovaléc abgelegt und die »Irtenivščyna« selber liquidiert. <sup>124</sup>

Auf einen Konflikt zwischen Jary und Konovaléc gibt es keine weiteren Hinweise. Vermutlich war der OUN-Chef froh, daß jemand den Kontakt zu den Radikalen pflegte. Sogar Sciborskyj gestand ein, daß Jary bei allen persönlichen Ambitionen zu Konovaléc stand und dabei Augenmaß bewies. Und Jary war nützlich: Der Verzicht auf die Basis in Galizien hätte die OUN zwar vom Vorwurf des Terrorismus gereinigt, sie jedoch zu einem alternden Emigrantenverein (wie ihn Skoropadskyj führte) degenerieren lassen. Und Sciborskyj gefiel besonders wenig, daß die »Irtenivci« ihn selber zu einem Ziel ihrer Angriffe machten – insofern ist seine Kritik an Jary und seinen

<sup>121</sup> Knyš, Rozbrat, S. 32. – Die Pläne bestanden in einer Wiederaufnahme des Spionagedienstes zugunsten Deutschlands.

<sup>122</sup> Ebd., S. 33.

<sup>123</sup> Ebd., S. 33-34. Kolportiert wird immer wieder die Aussage von Mykola Lebed', Konovaléc sei eher einem Landvolksschullehrer als einem Revolutionsführer ähnlich. Und in schönster »Bildungsbürgermanier« schrieb Sciborskyj: »Dieses Zeugnis stellte dem Führer, ruhmreich sein Andenken, ein Gelbschnabel aus, der dem Gymnasium entsprungen ist, und nicht einmal die ›Weisheiten‹ des Abiturs bewältigt hat« (Mykola Sciborskyj, Bila Knyha OUN [1940], zit. nach Knyš, Rozbrat, S. 36).

<sup>124</sup> Ebd., S. 37-39.

Verbündeten menschlich verständlich. Daraus aber gleich ein Berliner »Initiativzentrum« in Opposition zum PUN zu machen, war sicher übertrieben.<sup>125</sup>

Knyš verbreitete auch, um 1934 habe Jary die »normalen« Beziehungen zum deutschen Militär abgebrochen und sei in den deutschen Spionagedienst getreten. Vor allem aber unterstellte Knyš Jary, er sei vor allem an Geld interessiert gewesen, da er gewußt habe, daß er als Nicht-Ukrainer in der OUN nicht hätte höher aufsteigen können. Geradezu infam im Kontext der OUN ist der (durch nichts belegte) Vorwurf, Konovaleč habe vor seiner Rotterdam-Reise 1938 Jary aufgefordert, seine Abrechnungen der OUN vorzulegen – so daß dieser »mit Erleichterung« die Nachricht von dessen Ermordung aufgenommen habe. Und als Mel'nyk von ihm die Rechenschaftslegung gefordert habe, seien die Karpatho-Ukraine und der deutsch-polnische Krieg dazwischengekommen.<sup>126</sup>

Tatsächlich waren Jarys Beziehungen zur Abwehr gut. Sein Partner dort, Erwin Lahousen Edler von Vivremont (Erwin von Lahousen) (1897-1955) erkannte ihn als seinen »Akademickamerad(en)« an und attestierte ein »volles gegenseitiges Vertrauensverhältnis [...] vom ersten Tag an«. Er meinte, die Jary-Gruppe habe 1939 wegen der »beispiellos unaufrichtige(n) und unfaire(n) Haltung« der Deutschen den Einsatz der Ukrainer hinausgezögert – was aber so nicht stimmte.<sup>127</sup> Dagegen waren die Skoropadskyj-Freunde im ApA Jary feindlich gesinnt. Schickedanz, dem er schon beim ersten Besuch 1933 »unangenehm« vorgekommen war, warf ihm 1938 seine jüdische Frau vor – für den militanten Antisemitismus-»Theoretiker« war dies ein Argument, das sich gegen die ganze OUN wenden ließ.<sup>128</sup>

Die Vorwürfe gegen Jary sind damit aber nicht erschöpft. Eine der militantesten Anklagen formulierte in seinen Memoiren Vikentij Šandor, der als karpatho-ukrainischer Vertreter in Prag selber keiner der rivalisierenden Gruppen angehörte. Er hielt Jary – ohne jeden Beweis – für einen deutschen Agenten, der für alle Fehlschläge der Karpatho-Ukrainer verantwortlich sei – zuletzt habe er (natürlich in deutschem Auftrag im Einvernehmen mit der Sowjetunion) die Sič gegen die tschecho-slowakische Armee antreten lassen. Da Šandor fälschlicherweise die deutsch-sowjetische Annäherung bereits auf den März 1939 datierte, reichte ihm als Beleg für seine Sowjetausrichtung, daß Jary 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs überlebt und schließlich eines natürlichen Todes gestorben sei.<sup>129</sup> Von hier ist es nur noch ein Schritt zu der Behauptung, Jary sei nicht nur ein Handlanger der Deutschen, sondern auch der Sowjets gewesen. Knyš zitierte dafür relativ geschickt einen anderen Autor: »Eines der Argumente dafür, daß dafür spricht, daß hinter der Spaltung der OUN eine deutsch-sowjetische Hand stand, war die Person Richard Jarys«. <sup>130</sup>

<sup>125</sup> Ebd., S. 37.

<sup>126</sup> Knyš, Rozbrat, S. 76-78.

<sup>127</sup> Undatierter »Nachlasssplitter Lahousen«, BAMA, Msg 1/2812 Lahousen, zit. nach Grelka, Selbstständigkeitsbestrebungen, S. 151; in der publizierten Version Grelka, Nationalbewegung, S. 186, ausgelassen.

<sup>128</sup> Schickedanz, Memorandum, 21. 2. 1938, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 174-177, Teilabdruck in Kosyk, The Third Reich, S. 34-35, 464-466; auch in Wolodymyr Kosyk, Das Dritte Reich und die ukrainische Frage. München [1986], S. 39-41.

<sup>129</sup> Vgl. Vikentij Šandor, Spomyny. Bd. 1, Užhorod/New York 1996, S. 334-335.

<sup>130</sup> H. Polikarpenko, Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv pid čas druhoї svitovoi viny. Na čužyni 1951, S. 43, zit. nach Knyš, Rozbrat, S. 78.

Ohne Zweifel war Jary optimal als Sündenbock geeignet. Er war kein gebürtiger Ukrainer, mit einer Jüdin verheiratet und hatte Verbindungen zu den Deutschen, was die OUN damals für höchst erstrebenswert hielt, nach 1945 jedoch verteufelt werden konnte. Anders als andere PUN-Mitglieder genoß er Konovalecs Vertrauen. Die Auseinandersetzungen um seine Person bieten einen exzellenten Einblick in die internen Rivalitäten der ukrainischen Nationalisten. Sie präsentieren eine ihrer zentralen Personen in all ihrer konstruierten Gebrochenheit und illustrieren die Veränderung der »Realität« im Zuge ihrer diskursiven Bearbeitung.

#### 4. DAS UWI-GLEICHSCHALTUNGSANGEBOT DER HET'MAN-ANHÄNGER

Das UWI wurde 1933 durch die Fürsprache des Außenpolitischen Amtes der NSDAP abgesichert. Wir diskutieren hier nicht wie Kumke die Widersprüchlichkeit von »praktischer« und »wissenschaftlicher« Arbeit, weil u. E. diese Antithetik bestenfalls sekundär war.<sup>131</sup> In der nationalsozialistischen Hochschulpolitik verwischte sich der Unterschied zwischen beiden Ausrichtungen, die auch sonst nur scheinbar miteinander im Widerspruch stehen, ziemlich weitgehend. Von Anfang 1934 an war jedenfalls der Einfluß der Reichswehr reduziert. Hatte sich die Partei bis dahin weitgehend zurückgehalten, so setzte sich die Rosenberg-Dienststelle nunmehr vorübergehend als wichtige Kraft durch.

Ein von Skoropys und Mirčuk vertretenes Reorganisationsprojekt vom 10. Juli 1934 sah das WKV-Ministerium und das ApA als Leitungsträger vor. Damit waren die »wissenschaftliche« wie die »politische« Seite berücksichtigt. Festgehalten wurde, daß das UWI eine »deutsche Organisation« sein sollte, wobei ein vom WKV-Ministerium und dem ApA ernannter Präsident des Kuratoriums zwei weitere Mitglieder kooptieren sollte und damit in dem fünfköpfigen Gremium von vornherein die Mehrheit selbst für den Fall hatte, daß sich das Führerprinzip einmal nicht bewähren würde.<sup>132</sup> Dieses Projekt sollte jedoch nicht lange Bestand haben, und der Verdacht liegt nahe, daß die Nachrichten über die Rückschläge der OUN (und damit auch ihrer Förderer) nach dem Pieracki-Mord die Hoffnung wachsen ließen, ganz den OUN-Sympathisanten den Einfluß zu entziehen.

Unter dem 1. Oktober 1934 verfaßten Skoropys-Joltuchovskýj, der weiterhin stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender war, und Ivan Mirčuk ukrainischsprachige Texte über das UWI für das ApA.<sup>133</sup> Diese Schriftsätze gingen mit den Fakten verwegen um: Die Verfasser erklärten, ursprünglich habe das UWI dem Auswärtigen Amt als »Stab« für die ukrainische Nationalbewegung unter der Führung Skoropadskýjs die-

<sup>131</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 243-244.

<sup>132</sup> Reorganisationsprojekt UWI, 10. 7. 1934, NAW, T-81, Rolle 16; vgl. Kumke, »Institut«, S. 242.

<sup>133</sup> In den Akten des ApA befinden sich zwei ukrainische Texte vom 1. 10. 1934 (BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 280-281), die von Skoropys und Mirčuk unterzeichnet sind. Bearbeitet wurden sie von dem Ukrainedeutschen Georg Leibbrandt, der unter dem 8. Oktober 1934 Aktennotizen hierüber anfertigte (BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 282-283). Eine deutsche Version ist nicht in den Akten, Auszüge wurden jedoch sicherlich übersetzt.

nen sollen.<sup>134</sup> Leider hätten jedoch »ukrainische Sozialdemokraten« (!) über SPD-Abgeordnete das »Prinzip des Apolitischen« durchgesetzt. Für Kumkes Thematisierung des Verhältnisses von »Politik« und »Wissenschaft« wäre dieses Dokument von großer Bedeutung gewesen, weil die Het'man-Anhänger die Politisierung in ihrem Sinne als Ziel präsentierten und die »unpolitische« Zeit den verfeimten Sozialdemokraten anzulasten versuchten.

Hatte es zuvor immer geheißen, die Vergabe von Stipendien sei »unpolitisch« erfolgt, hieß es nun plötzlich, die Auswahl der Kandidaten sei nach »wissenschaftlicher Begabung, moralischer Qualität und nationaler Einstellung« getroffen worden. »Der Nationalbewegung feindlich Gesinnte« seien ebensowenig in Frage gekommen wie »Menschen mit internationalen und anarchistischen Tendenzen«. Dem früheren Tenor entsprach die Feststellung, weniger als die Hälfte der Stipendiaten seien Het'man-Anhänger gewesen. Bis 1933 habe dagegen die Anweisung der Deutschen gegolten, die Hälfte der ausgeschütteten Mittel an OUN-Anhänger (»hrupa Jaroho-Konoval'cja«) zu vergeben, da jene aktiv gegen Polen kämpften. Die Het'man-Gruppe sei stets dagegen gewesen, da man bei der OUN Elemente der Anarchie erkannt habe, die Polen einen Grund für anti-ukrainische Maßnahmen lieferten. Damit wurde auf den Anlaß der Pazifizierungen 1930 angespielt. Das UWI sei faktisch vom ukrainischen Teil des Kuratoriums geleitet worden, wodurch der »ukrainische Charakter des Instituts erhalten« geblieben sei.<sup>135</sup>

Diese Darstellung war keine funktionslose Fleißarbeit. Sie wurde durch einen weiteren nicht unterzeichneten Text ergänzt, den der Sekretär Skoropadskyj und des Trägervereins Serhij Šemet dem ApA überbrachte. Hatte sich 1933 die Reichswehr für die »Gleichschaltung« des Instituts ausgesprochen, um die Het'man-Anhänger auszubooten, lief es nun umgekehrt. Serhij Šemet schlug vor, das UWI »nach dem Führerprinzip« gleichzuschalten.<sup>136</sup> Um eine einheitliche politische Linie des Instituts zu gewährleisten, sei ein ukrainischer Stellvertreter des deutschen professoralen Führers (»nimečkoho professora-fjurera«) zu ernennen, wobei gewünscht wurde, dieser deutsche Führer solle vom Wissenschaftsministerium unabhängig, vom ApA hingegen abhängig sein. Dies begründete Šemet damit, daß man »weit vom gegenwärtigen realen Leben« entfernt wäre, wenn man sich nur der Wissenschaft widmen würde.<sup>137</sup>

Hätte Kumke diese Texte gekannt, hätte er sie vermutlich in die Antithese »Wissenschaft – Politik« eingestellt und als Beleg dafür gewertet, daß sich das UWI und die Het'man-Partei der NS-Praxisorientierung gegenüber aufgeschlossen gezeigt hätten. Wir kommen jedoch zu einem banaleren Schluß: Die Absage an die exklusive Wissen-

<sup>134</sup> »Cil' Instytutu, jak kazaly todi v Ausvertigeamt, bulo stvoryty Štab dlja ukraїnskoho nacional'noho ruchu pid provodom het'manciv« (BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 280).

<sup>135</sup> Skoropys-Joluchovskij / Ivan Mirčuk, 1. 10. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 280.

<sup>136</sup> »[...] odnu, osnovnu providnu polityčnu liniju, korystnu jak dlja Ukraїny tak i dlja Nimeččyny« (BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 281).

<sup>137</sup> »[...] dalekymy vid sučasnoho real'noho žyttja« (an., 1. 10. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 281). – Offenbar suchte auch Skoropadskyj selber den Kontakt zum ApA. In einem eigenhändig unterschriebenen Brief, in dem er Skoropys' Akkreditierung als Journalist für Veranstaltungen des ApA erfolgreich erbat, verwies er darauf, daß er am 12. 7. 1934 hierüber bereits mit Schickedanz eine »Unterhaltung« geführt habe (Skoropadskyj an Schickedanz, 14. 7. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 284).

schaftlichkeit erfüllte neben einer zeitgemäß korrekten Positionierung wohl eher die Funktion, das Wissenschaftsministerium auszubooten und sich dem ApA anzudienen, von welchem man Förderung erhoffte und erfuhr.

Die vorgeschlagenen konkreten Schritte wiesen in diese Richtung. Als »Stellvertreter des Führers«<sup>138</sup> schlug Šemet Skoropys vor, der deutscher Staatsangehöriger war und damit unter dem Schirm des ApA in die nach dem Führerprinzip umrissene Machtposition gelangt wäre. Er erklärte ihn zu einem »aktiven Politiker«, was sich auf die Zeit seit seiner sibirischen Verbannung (selbstverständlich ohne zu erwähnen, daß Skoropys damals der marxistischen Spilka angehört hatte) und die Funktion als Gouverneur von Chelm bezog und für seine antipolnische Einstellung bürgte. Auch habe er zuvor bereits die »politische Arbeit« des Instituts geleitet.<sup>139</sup> Vor allem wollte Šemet belegen, wie die Het'man-Anhänger »immer schon« für Prinzipien eingetreten seien, von denen sie glaubten, daß sie auch jetzt noch galten. Daß der erste Text von Mirčuk und Skoropys unterzeichnet war, nicht jedoch von Kuzelja, der sonst gemeinsam mit Mirčuk aufzutreten pflegte, mochte bedeuten, daß man den politisch nicht leicht einzuordnenden Rivalen umgehen wollte. Wäre das ApA diesem Vorschlag gefolgt, hätte sich Kuzelja als Untergebener des »Führer-Stellvertreters« Skoropys, Mirčuk hingegen als dessen Co-Autor wiedergefunden.

Dies allerdings geschah nicht. Denn auch wenn das ApA weiterhin Interesse an dem Erhalt der Skoropadskyj-Gruppe hatte und ihr finanzielle Zuwendungen machte,<sup>140</sup> wollte es die ihm angetragene Bindung nicht eingehen. Leibbrandt hielt in einer Aktennotiz fest, die Abhängigkeit des UWI vom ApA sei »keineswegs erwünscht«. Er äußerte sich jedoch nicht nur »äußerst ungehalten« (Kumke) über die Pläne, er konkretisierte seinen Unmut auch. Er fürchtete, der ukrainische Stellvertreter »würde mit jeder Kleinigkeit hergelaufen kommen« und damit zu einer Last werden. Auch die Bindung des Instituts an die Het'man-Bewegung (Leibbrandt durchschaute die Ziele genau) sei »sowohl taktisch als auch politisch durchaus überflüssig und u. Umständen unzweckmäßig«. Dies bedeutete aber wiederum keinen Verzicht auf Einfluß, denn weiter hieß es, eine »Einflußnahme muß auf ganz anderem Wege erfolgen, als der Verfasser der Aufzeichnung vorschlägt«. Mit seiner Tirade gegen die Sozialdemokraten machte sich Skoropys, der sich davon viel versprochen hatte, zudem noch verdächtig. Leibbrandt legte nämlich auch in seiner Aktennotiz nieder, daß Skoropys früher Sozialdemokrat und Freimaurer gewesen sei, was keine Empfehlung darstellte, und er nahm sich vor, den Verfasser »genauer [zu] untersuchen«.<sup>141</sup>

In einem weiteren Vermerk hielt Leibbrandt einige Zitate und seine Kritik an der Skoropys-Mirčuk-Vorlage fest: Er meinte, daß einige der Angaben zwar zutreffen könnten, sie seien jedoch nicht vollständig, dafür in großen Teilen »unrichtig, einseitig, tendenziös«. Die Angaben über den »Stab« und die Rolle von Sozialdemokraten sei zumindest einseitig, die von Skoropys angeführten Auswahlkriterien hätten nicht immer gegolten, und er mokierte sich über den Verfasser, den er ja gerade als Sozial-

<sup>138</sup> »[...] na post Zastupnyka Fjurera Ukr. Naukovoho Instytutu« (an., l. 10. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 281).

<sup>139</sup> Ebd..

<sup>140</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S.242, Anm. 88.

<sup>141</sup> Aktennotiz Leibbrandt, 8. 10. 1934, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 282.

demokraten und Freimaurer enttarnt hatte, mit der Bemerkung, was dieser wohl »mit der nationalen Gesinnung gemeint« habe.<sup>142</sup>

Nun wird es schwierig, die geschilderten Vorgänge einzuordnen, weil Leibbrandts Haltung nicht eindeutig war. Die unmittelbare Reaktion auf die Vorlagen bestand nicht in einer Zurückweisung, wie es die Aktenvermerke hätten erwarten lassen, sondern in einer einfachen Danksagung an Mirčuk und der Bitte um die Vorlage weiterer Papiere über das Institut und die Stipendiaten. Dies mußte den Absendern so erscheinen, als ob die Texte auf fruchtbaren Boden gefallen seien und es sich nur um eine Substantiierung der Angaben handle, die sodann in ihrem Sinne bearbeitet würden. Das UWI übersandte daher Leibbrandt eine Liste der Stipendiaten.<sup>143</sup>

Zudem verteidigte Leibbrandt das UWI, als ein neuerlicher Versuch (vermutlich durch die OUN inspiriert) unternommen wurde, es zu schließen. Am 27. Oktober 1934 sprach der Diplom-Ingenieur Vološčak bei Leibbrandt vor. Vološčak war Vorsitzender des Vereins Ukrainischer Studenten in Deutschland und arbeitete mit Kuzelja zusammen. Am selben Tag war er zur Gestapo zu einer Vernehmung vorgeladen worden, weil »von unbekannter Seite« ein Antrag gestellt worden war, das UWI aufzulösen. Leibbrandt traf sich am 29. Oktober 1934 mit dem neuen Kurator des UWI Prof. Palme, der ihm erwartungsgemäß erklärte, daß das UWI keinen solchen Antrag gestellt habe, und Leibbrandt bat, in dieser Sache zu intervenieren. Daraufhin schrieb Leibbrandt an die Gestapo und bestätigte ihr, der Anregung Palmes folgend, das UWI arbeite seit 1931 in positivem Sinne für den Nationalsozialismus und es sei »nicht angängig«, eine »ausländische Institution zu bedrohen, die als eine der wenigen eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus« besitze.<sup>144</sup>

Zum Jahresende 1934 hofften also die Skoropadskyj-Anhänger, dem ukrainischen Monopol bei den Nationalsozialisten nahe zu sein, aber das ApA befürwortete eine weitergehende Bindung an sie nicht. Die OUN war nicht ausgeschaltet – sie versuchte anscheinend weiterhin, ihren Rivalen zu schaden. Für das ApA war das UWI aber eine Institution, die man »auf ganz anderem Wege« in die eigene Verfügungsgewalt bekommen wollte. Man verteidigte es gegen Angriffe und wiegte die Leiter in Sicherheit. Leibbrandt durchschaute jedoch die Anbiederung Skoropys und blieb unter Wahrung der Form zurückhaltend.

Daß die Nationalsozialisten Skoropadskyj weiter für wichtig hielten, wurde aus einem anderen Umstand deutlich. Hindenburg hatte Skoropadskyj einen Unterhalt in Höhe von 1000 RM monatlich ausgesetzt. Nach seinem Tode rührte man nicht daran, da der laufende Bescheid noch bis zum 30. November 1936 gültig war. Im Oktober 1936 wandte sich der Het'man an Meissner und Hitler mit der Bitte, weiterhin den Betrag anzuweisen, »da ich über keinen anderen Subsistenzmittel für meine große Familie verfüge«. Die Präsidialkanzlei konsultierte das AA und setzte die Zahlungen an den Het'man dann fort.<sup>145</sup> 1939 befürwortete der ehemalige westpreußische Regie-

<sup>142</sup> Ebd., Bl. 283.

<sup>143</sup> Leibbrandt an Mirčuk, 1. 11. 1934, Verzeichnis der UWI-Stipendiaten, 16. 11. 1934; BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 279, 290-293.

<sup>144</sup> Vološčak an Leibbrandt, 30.10.1934; Leibbrandt an Gestapo, 5. 12. 1934; BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 259, 261, 263.

<sup>145</sup> Skoropadskyj an Meissner, 5. 10. 1936, Skoropadskyj an Hitler, 5. 10. 1936; Präsidialkanzlei an AA, 6. 10. 1936, Vermerk Schliep, 22. 10. 1936, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

rungspräsident Karl Budding die Weitergewährung des monatlichen Zuschusses von 1000 RM.<sup>146</sup>

## 5. DER POLNISCHE PRESSESTREIT UM DEN HET'MAN UND DAS UWI

Im Herbst 1934 wurde Skoropadskyj in Polen zum Objekt eines Konflikts. Während die Landesleitung der OUN nach den Festnahmen im Zusammenhang mit dem Pierracki-Mord außer Gefecht gesetzt war,<sup>147</sup> standen einander – gerade unter den Vorzeichen der Annäherung an Deutschland – die im Grunde regierungstreuen UNDO/UNR-Anhänger und die noch weniger polenfeindlichen Vertreter der Skoropadskyj-Gruppe als Rivalen gegenüber. Während die Petljura-Anhänger noch vor dem Nationalsozialismus warnten, sahen die letzteren eine Chance, mit deutscher Hilfe die Position der Ukrainer in Polen zu verbessern.

Hielt dies auch das regierungsamtliche Polen für möglich? Im regierungsnahen Warschauer *Biuletyn polsko-ukraiński* erschien ein anonymer Artikel, angeblich aus der Feder eines »ehemaligen Offiziers der UHA«, der für »ein starkes Polen« als »Bundesgenossen und Verbündeten« der Ukrainer plädierte und sich gleichermaßen von OUN, UNDO und der Linken distanzierte. Der Verfasser behauptete, Skoropadskyj, der sich nicht von seinen »Nerven«, sondern von »Verstand und Erfahrung« leiten ließe, könne den gemeinsamen polnischen und ukrainischen Kampf gegen Rußland koordinieren. Die Redaktion der Zeitschrift verwies auf ihre abweichende Einschätzung Skoropadskyjs und bezweifelte auch, daß viele UHA-Offiziere die Ansicht des Verfassers teilen würden.<sup>148</sup> Aus welcher Richtung kam der Artikel? Daß er sich auch gegen das UNDO wandte, mochte eine Warnung sein. Auch die UNR-Anhänger waren noch über die »Pazifizierungen« entsetzt. Und so mochte es opportun erscheinen, den Petljura-Anhängern anzudeuten, daß es eine Alternative zu ihnen gab.

Der *Biuletyn polsko-ukraiński* galt als »ukrainophiles« Organ des Prometheismus, der Bewegung zur Befreiung der von den Sowjets unterdrückten Völker, die nicht zuletzt Roman Smal'-Stočkyj und die UNR-Exulanten, aber auch polnische Intellektuelle mit Leben erfüllten. Die Gelder kamen außer aus dem Außen- und Innenministerium auch von der II. Abteilung des Hauptstabs der Polnischen Armee, die als Abwehr fungierte.<sup>149</sup> Die Struktur der Kontakte zu den »eigenen« Ukrainern war damit in Deutschland und Polen sehr ähnlich.

<sup>146</sup> Budding an AA, 17. 2. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

<sup>147</sup> Wysocki schreibt sogar, sie sei »zerschlagen« (rozbita) gewesen, was übertrieben erscheint (Wysocki, Organizacja, S. 311).

<sup>148</sup> »Stosunki polsko-ukraińskie dzisiaj i jutro. Poglądy Ukraińca-emigranta, byłego oficera Ukraińskiej Armji Galicyjskiej«, *Biuletyn polsko-ukraiński* 39 (74)/30. 9. 1934, S. 2-3.

<sup>149</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 192-194; Bohdan Budurowycz, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], *Zeszyty Historyczne* 66 (1983), S. 15-47, hier S. 29; Pawel Samuś/Kazimierz Badziak/Giennadij Matwiejew (Hg.), *Akcja „Łom”*. Warszawa 1998, S. 31.



Wer bei der Plazierung dieses Artikels vorgehabt hatte, mit der Skoropadskyj-Alternative zu spielen, erreichte das Gegenteil. Die auf der UNDO-Grundlage verfaßte Erwiderung Ivan Kedryns leitete eine Anti-Skoropadskyj-Kampagne ein: Kedryn behauptete, Skoropadskyj habe zwar in Galizien fanatische Anhänger, aber auf ihn gegen Rußland zu hoffen sei müßig: Er sei 1918 daran gescheitert, daß er die Föderation mit Rußland proklamierte, dann habe er die Karpatho-Ukraine verschenkt und zudem sei er Freimaurer. Galizien habe er Ende 1918 die von Nazarusk erbetene Entsendung von Truppen zum Kampf gegen Polen verweigert.<sup>150</sup> In Kedryns Artikel kam Deutschland nicht vor.

Die UNDO-kritische Presse schlug zurück. Osyp Nazarusk, der einen langen Weg vom galizischen Radikalen über die UNR, Petruševyč und Amerika zu den Het'man-Anhängern zurückgelegt hatte und nun einen polenfreundlichen Klerikalismus repräsentierte, der sich um den Stanislauer Bischof Chomyšyn formiert hatte, veröffentlichte in der von ihm redigierten *Nova Zorja* einen Schmäh-Artikel gegen Kedryn, dem – ausgerechnet – er vorwarf, mit allen sich bietenden Richtungen zusammenzuarbeiten. Erst Nazarusk brachte den deutschen Faktor in den Diskurs ein. Um den Het'man zu verteidigen, argumentierte er, daß sich in ganz Europa »die Gesellschaft [...] politisch nach rechts« bewege und schließlich auch Kedryn wisse, »daß zwischen Deutschland und Polen ein Bündnis nicht zum Scherz geschlossen wurde und Het'man Pavlo [...] Dach an Dach mit Hitler lebt«. Nazarusk bereute nun, daß ihn im November 1918 die Nationalisten gegen den Het'man aufgehetzt hätten: »Der Aufstand gegen den Het'man – das war die größte Provokation, die die seltsame Geschichte unseres Volkes überhaupt kennt«. Kedryn sei zudem irrelevant, da er den »katholischen Standpunkt« gar nicht einschätzen könne:

»Und deshalb muß man dies diesem Intellekt erläutern, der von der sehr begabten jüdischen Rasse leider vor allem das schlimmste Merkmal seiner schlimmsten Individuen übernommen hat: die arrogante Überheblichkeit und das Quatschen über Dinge, in denen er sich absolut nicht auskennt.«

Tatsächlich hatte Kedryn wie seine Schwester Milena Rudnyčka teilweise jüdische Vorfahren. Die Het'man-Sympathie hielt Nazarusk – unisono mit dem anonymen ersten Verfasser – für vereinbar mit einem »wirklich loyalen Verhältnis zum Staat, in dem wir leben, das heißt zu Polen«, weil Skoropadskyj nie einen Krieg mit Polen gewollt habe.<sup>151</sup>

Kedryn nannte in seiner Entgegnung Nazarusk einen »Gangster unter den Katholiken«, der Gelder unterschlagen und auf seinem Lebenslauf durch die verschiedensten Parteien noch alle verraten, dabei aber gut verdient habe,<sup>152</sup> und Nazarusk beschimpfte Kedryn noch einmal als einen verleumderischen »jüdischen Mischling«, was wiederum Kedryn zurückwies, indem er sich als guten Christen und Ukrainer präsentierte.

Kurz davor hatte sich Volodymyr Zalozečkyj zu Wort gemeldet. Der Kunsthistoriker, der bis 1930 Het'man-Anhänger gewesen war, dann aber Lypynskyjs Partei

<sup>150</sup> Iwan Kedryn, »Czy Ukraińcy galicyjscy są monarchistami?«, Biuletyn polsko-ukraiński 43 (78) / 28. 10. 1934, S. 4-8. – In bezug auf das Freimaurertum berief sich Skoropadskyj auf eine Broschüre des unten angegebenen Modest Kunyčkyj, *Moskovčka masonerija i doradnyky hreko-katolyčkoj hijerachii*. Warszawa 1934.

<sup>151</sup> Osyp Nazarusk, »O vrede ili o pol'ze prosvěščenija?«, *Nova Zorja* 84 (782) / 4. 11. 1934, S. 2-4.

<sup>152</sup> Ivan Kedryn, »Gangster sered katolykiv«, *Dilo* 304/12. 11. 1934, S. 5-6.

gegen den Het'man ergriffen hatte, griff Nazaruk in einem aus Wien zugesandten Beitrag an. Wie er denn als katholischer Redakteur Skoropadskyj verherrlichen könne, der nicht nur Freimaurer sei, sondern – wie Nazaruk selber erklärt habe – auch noch in nächster Nähe Hitlers in Berlin lebe und von dem neuheidnischen Alfred Rosenberg abhängig sei. Zalozečkyj sah eine »neue, vollständige Abhängigkeit des ehemaligen Het'mans von einer Bewegung, die einen Kampf auf Tod und Leben nicht nur mit dem Katholizismus, sondern mit der christlichen Weltanschauung« führe. Und angesichts Nazaruks Kritik an Kedryns halbjudischer Herkunft warf Zalozečkyj Nazaruk vor, »auf dem Standpunkt des rassischen Biologismus« zu stehen, was »nur in nationalsozialistischen Kreisen« akzeptabel sei, jedoch dem Katholizismus widerspreche.<sup>153</sup>

Nazaruk erwiderte darauf nur, es sei unter seiner Ehre, jemandem zu antworten, der nur solange dem Het'man angehangen habe, wie ihm dies genutzt habe. Kedryn gelang es dann immerhin, mithilfe des polnischen Pressegesetzes die Veröffentlichung eines eigenen Artikels im het'mantreuen *Chliborobskyj Šljach*<sup>154</sup> durchzusetzen, dem dessen Redakteur Ivan Hladylovyč (1901-1945) in der folgenden Ausgabe antwortete.<sup>155</sup> Nazaruk legte nach: Nur »ein jüdischer Mischling von der Art I. Kedryns« könne sich zu solchen Verleumdungen hinreißen lassen. Kedryn wiederum nannte Nazaruks Argument gegen ihn (»die Herkunft meiner Mama«) ein Beispiel für den »Esprit eines neubekehrten Katholiken«.<sup>156</sup>

Im bis dahin unbekanntem »Verlag« des UNDO-Studenten Modest Kunyčkyj, der sich bereits als Skoropadskyj-Gegner profiliert hatte, erschien unter dem Pseudonym Svjatoslav Dolenga im Dezember 1934 ein Buch, in dem Skoropadskyjs Herrschaft über die Ukraine kritisiert wurde. Der Verfasser brachte ihn mit seinem Vorfahr, dem Het'man Ivan Illič Skoropadskyj (1646-1722), in Verbindung, den Zar Peter I. im November 1708 als Ersatz für den zu den Schweden übergelaufenen Mazepa zum Het'man der Linksufrigen Ukraine hatte ausrufen lassen und der deshalb Nationalukrainern als russophiler Verräter galt. Er kritisierte seinen Nachkommen Pavlo als Russifizierer, der weder ukrainisch lesen noch verstehen könne, sich mit großrussischen Politikern umgeben habe und von den Mittelmächten abhängig gewesen sei. Nach deren Niederlage sei er von dem Direktorium hinweggefegt worden und habe freiwillig auf seine Herrschaft verzichtet.<sup>157</sup> Sein »maskiertes Moskophilentum« habe vor allem »die Einheit der ukrainischen Befreiungsanstrengungen« zerschlagen wollen.<sup>158</sup> In der Emigration habe Skoropadskyj mit emigrierten Russen paktiert und 1929 auf die Karpatho-Ukraine ebenso zugunsten Ungarns verzichtet, wie er 1918 die ganze Ukraine »Ausländern« (čuzyncjam) verkauft habe. Nach dem Krieg habe er sich

<sup>153</sup> Volodymyr Zalozečkyj, »Kil'ka prylyudnych zapytyv do p. redaktora »Novoi Zori«, Meta 45 (88), 18. 11. 1934, S. 5-6.

<sup>154</sup> Chliborobskyj Šljach 42/11.11. 1934.

<sup>155</sup> Vgl. auch die nicht einzeln nachgewiesenen Artikel in an., »Kurzer Überblick einer seltsamen Kampagne für und gegen Hetman P. Skoropadskyj in der ukrainischen-galizischen Presse (im November u. Dezember 1934)«, Februar 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 257-265.

<sup>156</sup> Osyp Nazaruk, Nova Zorja 88; Ivan Kedryn, »Spryt novonavrenenoho katolyka«, Dilo 314/22. 11. 1934, S. 4.

<sup>157</sup> Svjatoslav Dolenga, Skoropadščyna. Warszawa 1934, S. 146. – Das Suffix »-ščyna« drückt eine pejorative Konnotation aus.

<sup>158</sup> Ebd., S. 5, 8.

nicht geändert. Lypynskýj Vorwurf, Skoropadskyj habe seine Bewegung »für ihr fremde und feindliche Ziele« genutzt, wurde umfassend ausgeschlachtet.<sup>159</sup>

Dieses Buch, auf dessen Umschlag Skoropadskyj mit Rasputin gleichgesetzt und von Galgen umgeben wurde, wurde vom UNDO gern verbreitet. Die Presseartikel hörten nach einer kurzen Zeit auf. Für die OUN hatte sich niemand erkennbar zu Wort gemeldet. Für unsere Thematik ist die Rivalität zwischen UNDO und den Het'man-Anhängern daher nur von Bedeutung, weil in ihr drei Elemente in den Vordergrund getreten sind:

- Die binnenukrainische Auseinandersetzung konnte mit antisemitischer Rhetorik geführt werden.
- Die Nähe Skoropadskyjs zum Nationalsozialismus war ein im Diskurs thematisiertes Element der Auseinandersetzung,
- und dabei für einen Teil der Ukrainer etwas Positives.

Das Berliner UWI berichtete dem ApA über die Auseinandersetzung. Es tat dies nicht aus freien Stücken: Anfang Februar 1935 hatte Leibbrandt Mirčuk um einen Bericht über den »gegenwärtige(n) Stand der ukrainischen Welt pro und kontra Skoropadskyj«, um eine »knappe Inhaltsangabe« der »Skoropadščyna« und um Informationen darüber gebeten, »wie die Kontroverse in der ukrainischen Presse in der letzten Zeit zwischen den verschiedenen politischen Parteien geführt wird«. Leibbrandt erinnerte daran, daß ihm Mirčuk »wiederholt die Hilfe« des UWI angeboten habe und wiederholte seine Bitte um eine »kurze[...] und knappe[...] Darstellung«, als nach zwei Wochen keine Reaktion erfolgt war.<sup>160</sup>

Mirčuks Bericht »aus der Feder eines ukrainischen Nationalisten (kein Anhänger Jarys)«,<sup>161</sup> war nicht »kurz und knapp«, sondern nach Kumke »langatmig, tendenziös und sich dem Nationalsozialismus anbiedernd«. <sup>162</sup> Er ging auf die einzelnen Positionen ein, aber Mirčuks Kommentare waren genauso lang wie der Berichtteil. Mirčuk ergriff Nazaruks Partei: Kedryn versuche als

»ukrainische[r] Journalist jüdischer Abstammung« mit einer seiner Rasse eigenen arroganten Einbildung, über die Angelegenheiten zu schwätzen, von denen er nichts versteht«. <sup>163</sup>

Nazaruk werfe auch sonst dem UNDO zu Recht vor, durch die »halbjüdische Familie Kedryns« beherrscht zu sein. Kedryns Antwort auf Nazaruks als »unerhörte Frechheit des Halbjuden«<sup>164</sup> zu qualifizieren, folgte zwar ganz der NS-Diktion, war aber auch die Übertragung des galizischen Diskurses, der sich inzwischen derselben Terminologie bediente.

Leibbrandts war entgegen der Erwartung Mirčuks mit dem UWI-Bericht nicht zufrieden. In seinem Schreiben vom 7. März 1935 warf er diesem vor, er glaube »deutlich präzisiert zu haben«, was er wünsche, und Mirčuk habe wohl »unsere Bitte um eine

<sup>159</sup> Ebd., S. 151 – 165.

<sup>160</sup> Leibbrandt an Mirčuk, 14. 2. 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 271-272.

<sup>161</sup> Mirčuk an Leibbrandt, 19. 2. 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 255.

<sup>162</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 242.

<sup>163</sup> an., »Kurzer Überblick einer seltsamen Kampagne für und gegen Hetman P. Skoropadskyj in der ukrainischen-galizischen Presse (im November u. Dezember 1934)«, Februar 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 257-265, hier Bl. 258.

<sup>164</sup> Ebd., Bl. 262.

sachliche Darstellung übersehen«. Die Texte enthielten »eine doch etwas zu tendenziöse Erwiderung, die für unsere sachliche Arbeit wenig geeignet ist«, man sende sie daher zurück und werde sich »wohl um eine sachliche Darlegung an eine andere osteuropäische Stelle wenden«. <sup>165</sup> Dennoch fertigte man im ApA von den Texten Abschriften an, die bis heute in den Akten sind. Bei alledem hatte Leibbrandt selber *Dilo* abonniert und las ukrainisch, brauchte also Mirčuks Ausarbeitungen nicht wirklich.

Dem ApA legte Mirčuk einen Text vor, der in seinem Antisemitismus und seiner Parteilichkeit politischen Tendenztexten entsprach, wie sie die Nationalsozialisten zuhauf produzierten und der Öffentlichkeit vorsetzten – Leibbrandt hatte aber um einen »sachlichen« Artikel gebeten. Der interne Verkehr der deutschen Stellen konnte sich nämlich, wenn im Binnendiskurs die Anforderungen der Propaganda entfielen, durchaus einer abwägenden Sprache bedienen. Diese Zweiteilung war in ukrainischen Schriften nicht so deutlich – ihre Verfasser »glaubten« offenbar selber ihrer eigenen Propaganda, während die etwas intellektuelleren Stellen der Deutschen die Funktion von Texten beachteten.

Wollte daher Leibbrandt vielleicht nur prüfen, ob das UWI eine »innere« Stelle war, die Hilfsdienste leisten und daher »sachlich« berichten sollte, und war er tatsächlich enttäuscht, als ihm Schriftsätze vorgelegt wurden, die nahezu unbearbeitet auch in der deutschen Presse hätten veröffentlicht werden können? Machten die UWI-Ukrainer hier keinen Unterschied, weil sie in ihrem eigenen Diskurs diesen nicht kannten und so leicht ihren eigenen rhetorischen Konstruktionen zum Opfer fielen? Decouvrierte sich das UWI als eine Stelle, mit der man nun doch nicht kooperieren konnte, weil sie den Regeln des »inneren Verkehrs« nicht entsprach? Oder war dies ein einfaches Mißverständnis, weil Mirčuk nur auftragsgemäß den polnischen Diskurs wiedergab?

Soweit wir wissen wandte sich Leibbrandt keineswegs »an eine andere osteuropäische Stelle«. Dadurch wird eine weitere Interpretationsmöglichkeit eröffnet: Wollte man das UWI und die Het'man-Leute zwar nutzen, sie aber andererseits auf Distanz halten, um sie nicht als »Vertraute« der Nationalsozialisten übermütig werden zu lassen? Dann wäre der Vorwurf der »Unsachlichkeit« nicht mehr als eine Disziplinierungsmaßnahme gewesen, um die Het'man-Leute anzuspornen, sich umso mehr um die Beziehung zur NSDAP zu bemühen.

Das Interesse aneinander blieb denn auch ungebrochen. Leibbrandt half, eine von der Ehefrau Mirčuks Maria übersetzte Novelle des Expressionisten Vasył Stefanyk (1871-1936) im *Völkischen Beobachter* unterzubringen. <sup>166</sup> Am 29. April 1935 lud Mirčuk Leibbrandt zu seinem Vortrag über die »Ukrainische Weltanschauung« ein, den er am 3. Mai in der Universität hielt. Leibbrandt ging zwar nicht selber hin, sandte jedoch seinen Mitarbeiter Dürksen, der ihm einen Bericht vorlegte. Mirčuk ließ sich danach breit über die Ukrainer angeblich von Russen unterscheidenden Elemente aus, die Kostomarov, Antonovyč und Hruševskij noch vor dem Ersten Weltkrieg zusammengestellt hatten. Mirčuk war jedoch im Unterschied zu den »Klassikern« kritisch. Den »ukrainischen Idealismus« (»Man denke die Wirklichkeit so, wie man sie gerne haben möchte«), »schrackenlosen Individualismus, gefühlsmäßige Einstellung, Mangel an Tradition, zu starres Festhalten an der Scholle« habe er als abträglich für die »Bildung eines starken ukrainischen Volkes

<sup>165</sup> Leibbrandt an Mirčuk, 7. 3. 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 254; vgl. Kumke, »Institut«, S. 242.

<sup>166</sup> Mirčuk an Leibbrandt, 26. 4. 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 253; Wassył Stefanyk, »Die Scholle«, *Völkischer Beobachter* 115/25.4.1935, S. 5.

und Staates« bezeichnet. Als Vorbild habe er »die volkserzieherische Bedeutung der nationalsozialistischen Weltanschauung für das deutsche Volk« empfohlen. Auch wenn der Vortrag »vor einer kleinen Hörschaft« stattfand, rechnete Mirčuk wohl damit, daß ein Parteivertreter (mochte er Dürksen vielleicht auch nicht persönlich kennen) anwesend war. Der NS-freundliche Schlußsatz wäre damit erklärt. Aber auch sonst gab es keine Spur mehr von einer »Befreiungsideologie«, und Mirčuk kritisierte die ukrainischen »Nationaleigenschaften«, die es realpolitisch, »volkserzieherisch« umzugestalten galt.<sup>167</sup>

Die wissenschaftliche Arbeit des UWI bestand aus Lehrveranstaltungen an der Berliner Universität, aus Publikationen und Einzelvorhaben, zu denen auch der Mirčuk-Vortrag gehörte. Im Rahmen der Kontakte zu ukrainischen Wissenschaftlern kooperierte das UWI auch mit einem jüngeren Geographiedozenten der Krakauer Universität. Im Januar 1936 konnte Volodymyr Kubijovyč im Großen Übungssaal des Geographischen Instituts der Berliner Universität seine Karten und Diagramme ausstellen, mit denen er das »ukrainische Volksgebiet« darstellte. Die Karten waren Arbeiten, die Kubijovyč 1935 bereits in Lemberg gezeigt hatte und 1937 in einem großen »Atlas der Ukraine und der angrenzenden Länder« publizieren sollte.<sup>168</sup> Im Rahmenprogramm der Ausstellung hielt Kubijovyč im UWI und bei der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas (DGO) Vorträge, die von einem Vertrauensmann des polnischen Geheimdienstes observiert wurde. Dieser berichtete, Kubijovyč verstehe seine Forschungen als Widerlegung der unzuverlässigen polnischen Volkszählung von 1931 und meine, daß nur seine wissenschaftlichen Methoden die wahren Bevölkerungsverhältnisse in Polen abbildeten.<sup>169</sup> Dies traf durchaus zu. Und es kostete ihn 1939 die *venia legendi* der Krakauer Universität. Zum ersten Mal traf der Geograph hier mit deutschen Stellen zusammen, was dann im Krieg seinen Weg mitbestimmen sollte (s. S. 950).

Am 17. Februar 1939 hielt Peter Heinz Seraphim (1902-1979) im UWI einen Vortrag über den »Kampf des ukrainischen Volkes gegen das Ostjudentum«. Er wertete das sich entwickelnde ukrainische Genossenschaftswesen als ein Instrument der Verdrängung der Juden und attestierte dem ukrainischen kulturellen und politischen Leben – ein wichtiger Aspekt in deutschen Augen – nicht jüdisch beeinflusst zu sein.<sup>170</sup> Seraphim war einer der bedeutenderen »Judenforscher« des Nationalsozialismus; das UWI bildete so ein Bindeglied zwischen der NS-Wissenschaft und dem ukrainischen nationalistischen wissenschaftlichen Milieu.

<sup>167</sup> Mirčuk an Leibbrandt, 29. 4. 1935; Dürksen, »Bericht über den Vortrag: Ukrainische Weltanschauung...«, 3. 5. 1935, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 252, 248-250.

<sup>168</sup> Volodymyr Kubijovyč, *Atlas Ukraïny i sumežnych kraïv*. L'viv 1937.

<sup>169</sup> Poln. Innenministerium an Poln. Außenministerium, 30. 1. 1936, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 10. – Im Tätigkeitsbericht des UWI für die Jahre 1935-1937 wurde die Ausstellung von Kubijovyčs demographischen Karten als »wichtigstes Ereignis« dieses Zeitraums ausgewiesen (1. 6. 1937, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 185-202). Vgl. auch Volodymyr Kubijovyč, *Meni 85*. Paris/München 1985, S. 179-180.

<sup>170</sup> Bericht Osteuropa 43/20. 2. 1939; ZStA DDR, Auswärtiges Amt, 58415, Bl. 51.

## 6. DER HET'MAN UND SEIN PRINZ

Wir haben nicht aufklären können, ob der Berliner Het'man selber in dem polnischen Pressestreit eine Rolle gespielt hat. In den 1930er Jahren versuchte Skoropadskyj aber unermüdlich, seine Position im Ausland zu verbessern. Daß die OUN in die Defensive geraten war und er sich des deutschen Wohlwollens erfreute, wollte er kapitalisieren. Da er »legal« operierte, suchte er im polnischen Galizien sein Standing dadurch anzuheben, daß er sich von dem Kosakenmythos mit seinem Beigeschmack von vorgeblicher »Demokratie« etwas löste und sich die Tradition des galizisch-wolhynischen Fürstentums in Gestalt des lateinischen Anspruchs auf dessen Königstitel aneignete, von der schon die Habsburger 1772 ihre Ansprüche abgeleitet hatten.<sup>171</sup> Seine Selbstproklamation zum Großfürsten von Halyč hatte den Vorteil, daß Wahlen entfielen und es keinen Stilbruch darstellte, Sohn Danylo (1904-1957) als »Erbprinzen« ins Gespräch zu bringen. Danylo gab 1932 seinen Ingenieurberuf auf und widmete sich fortan nur mehr der »politischen Arbeit«.<sup>172</sup> Folgerichtig löste der Het'man die bisherige politische Formation, die sich noch auf das ständische Gedankengut Lypynskyjs stützte, in welchem dem Het'man nur eine symbolische Rolle zukam, den »Sojuz Chliborobiv-Deržavnykiv«, auf.<sup>173</sup> Aber in Polen kam dieser Thronanspruch nicht gut an. Die radikalen OUN-Anhänger interessierte er nicht weiter, wohl aber den Staat. Als der Prosvita-Kalender für das Jahr 1938 einen entsprechenden Hinweis samt Photo des neuen »Großfürsten« aufwies, ließ das polnische Innenministerium die Auflage konfiszieren.<sup>174</sup>

Zu der neuerlichen polnischen Kampagne gegen den Het'man, die eine Wiederauflage des Streits von 1934 war, gehörte auch die begeistert von den sowjetischen *Izvestija* aufgegriffene Behauptung, der Het'man habe einen Pakt mit Deutschland geschlossen und sich »auf ewig« in die Hand der Deutschen begeben. Der sowjetischen Historiographie reichte dies fortan als Beleg.<sup>175</sup> Aber Skoropadskyj war bald klar, daß er in Galizien gegen UNDO und OUN wenig Chancen hatte. So orientierte er sich auf Amerika um.

Danylo wurde auf eine große Amerikareise geschickt und hatte unter den ukrainischen Auswanderern nicht zuletzt wegen seines operettenhaften Auftretens, das alle Hollywood-Klischees bediente und zu dem neuen Titel paßte, gesellschaftlichen Erfolg, den der Vater nun als eine Hausmacht zu verbuchen suchte. Die Gestapo meinte, die Het'manbewegung sei in den USA die »einzige, über einen größeren, fester geschlossenen Anhängerkreis verfügende ukrainische Emigrantenorganisation«.<sup>176</sup> Und dieser Eindruck bestärkte auch die übrigen deutschen Interessenten. Wenn sich die Het'man-Bewegung für deutsche Einflußpropaganda nutzen ließ – und der »prinzi-

<sup>171</sup> Von 1206 an führten die ungarischen Könige den Titel eines Rex Galiciae et Lodomeriae.

<sup>172</sup> Ott-Skoropadska, *Ostannja z rodu*, S. 292.

<sup>173</sup> Erklärung der Het'manska Uprava, 16. 7. 1937, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 211-12. – Mehr als problematisch ist in dieser Hinsicht die These, Skoropadskyj habe sich bis zu seinem Tode an die politische Konzeption Lypynskyjs gehalten (Jaroslaw Pelenski, »Die Erinnerungen des Hetmans Pavlo Skoropads'kyj«, in: Pavlo Skoropads'kyj, *Erinnerungen 1917 bis 1918*. Stuttgart 1999, S. 11-36, hier S. 33).

<sup>174</sup> Verfügung Poln. Innenministerium, 16. 10. 1937, AAN, MSW, DPE, WW 5321, Bl. 102.

<sup>175</sup> *Izvestija*, 8. 2. 1937, nach Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 68.

<sup>176</sup> Gestapo an AA, 12. 11. 1937, PAAA, *Politik Ukraine* 26 Nr. 1, *Politische Bestrebungen der Emigranten*, Bd. 1.

che« Besuch erweckte diesen Eindruck – dann konnte sich die Skoropadskýj-Bewegung noch als recht nützlich erweisen.

Bei seinem Chicago-Besuch im September 1937 war Danylo Gast des Deutschen Volksvereins, und er verbreitete sich dort wie auch vor seinen exilukrainischen Zuhörern positiv über Deutschland, den Nationalsozialismus und Hitler.<sup>177</sup> In dem offiziellen, pompös publizierten Reisebericht<sup>178</sup> wurde dies nicht erwähnt. In Cleveland OH gab Danylo ein Bankett für 250 Personen und lud den deutschen Konsul ein, der jedoch absagte und nur einen Beobachter schickte. Nach dem Bericht des Konsulats pries Danylo Deutschland und verlieh seinen Hoffnungen auf die nationalsozialistische Bewegung Ausdruck.<sup>179</sup> Aus Ottawa berichteten die Zeitungen, Danylo habe Hitler gelobt.<sup>180</sup> Im Bericht des polnischen Generalkonsuls hieß es, Danylo Skoropadskýj habe wegen seiner Orthodoxie die Reserve des unierten Klerus überwinden müssen, sich dabei jedoch das Ziel gesetzt, die Kanadier für die Befreiung der Ukraine »in Anlehnung an Deutschland und Hitler«, zusammengeschlossen zu einem »Faschistischen Block«, der dem Antikominternpakt entsprach, zu gewinnen. Deutschland sei dabei die stärkste Stütze der Ukrainer.<sup>181</sup> In Montreal besuchten sein Bankett 700 Personen, was nicht zuletzt die Frage nach der Finanzierung aufwarf, und nach einem polnischen Bericht wick Danylo hier Fragen nach Hitlers Ukraine-Plänen aus.<sup>182</sup> In Winnipeg pries der Het'manyč das konstitutionelle Monarchiemodell Großbritanniens und erklärte Deutschland nur zu einem »gut regierten Land, dessen großes Verdienst es ist, dezidiert gegen die Bol'sheviki aufzutreten«. Als er daraufhin kritisiert wurde, verzichtete Danylo in Saskatoon ganz auf politische Statements.<sup>183</sup>

Welchen Erfolg hatte die Rundreise Danylos? Es dürfte unstrittig sein, daß der Het'man durch seinen Sohn eine amerikanische Basis wiederbeleben wollte, mit der er sich bei europäischen Regierungen (nicht notwendigerweise nur der deutschen) ausweisen wollte. Da für den Het'man deutsch-britische und wohl auch deutsch-amerikanische Interessen vereinbar schienen, waren die Lobesworte für die Deutschen wohl noch auf eine seinerzeit auch von Rosenberg angestrebte deutsch-britische Allianz ausgerichtet, deren Kitt nicht zuletzt auch die Het'man-Ukrainer bilden sollten. Wie schon Rosenberg 1933 erfuhr Danylo jedoch in Kanada und den USA, wo auch der Kommunismus unter den Exil-Ukrainern präsent war, daß Deutschfreundlichkeit in den ukrainischen Exilkreisen nicht immer beliebt war. Auch scheint Danylo die Begeisterungsfähigkeit der Nordamerikaner für seine Person dann doch überschätzt zu haben. Zum Ende des Kanada-Besuchs am 3. Januar 1938 berichtete der polnische Generalkonsul in Ottawa, die Emigration sei durch den langen Besuch ermüdet und

<sup>177</sup> 12. 9. 1937, 22. 9. 1937, IfZ, Akten der NSDAP, Sonderakte 1941 (MA 248).

<sup>178</sup> *Za Ukraïnu. Podorož Vel' možnoho Pana Het'manyča Danyla Skoropadškoho do Zlučenyh Deržav Ameryky j Kanady*. Chicago/Edmonton 1938.

<sup>179</sup> Deutsches Konsulat Cleveland an Deutsche Botschaft Washington, 19. 10. 1937, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>180</sup> PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>181</sup> Polnischer Generalkonsul Ottawa an Poln. Außenministerium, 4. 12. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 226-228. – Daß der Generalkonsul berichtete, seine französischen Kollegen vermuteten, die Deutschen finanzierten die Reise Danylos (im Bericht hieß es, die kanadischen Ukrainer hätten die Reise und den Aufenthalt finanziert), bestärkte diskursiv das Bild, das der Reisende von den politischen Präferenzen seines »Volkes«, für das er zu sprechen vorgab, vermittelte. Ob das Gerücht zutraf, sei dahingestellt.

<sup>182</sup> Polnisches Konsulat Montreal an Poln. Außenministerium, 13. 12. 1937, ebd., Bl. 229-230.

<sup>183</sup> Polnisches Konsulat Winnipeg an Poln. Außenministerium, 16. 12. 1937, ebd., Bl. 224-225.

die Person der Het'manyč erwecke in ihren Kreisen kein Interesse mehr.<sup>184</sup> Das deutsche Generalkonsulat in Chicago kam allerdings zu einem anderen Schluß: Es hob hervor, Danylo sei »liebenswert, gewandt« und – was sicherlich wichtiger war – »Deutschland gegenüber freundlich und verständnisvoll eingestellt«.<sup>185</sup>

Auch in Deutschland war dies der bleibende Eindruck.<sup>186</sup> Die Fortsetzung der Förderung Skoropadskyjs konnte nun auch damit begründet werden, daß seine Familie im Ausland das Image der deutschen Fremdenfeindlichkeit abschwächte.<sup>187</sup> Daraus wie die sowjetische Historiographie den Schluß zu ziehen, die »Faschisten« hätten Danylo »auf den amerikanischen Kontinent [...] abkommandiert«, um vor allem als »Spion des nazistischen Aufklärungsdienstes« zu agieren, ist eine Fehlinterpretation.<sup>188</sup> Skoropadskyj verfolgte eigene Ziele, die er mit den deutschen Interessen in Einklang zu bringen wußte. Beide Seiten profitierten voneinander.

In diesem Kontext ist der Hinweis Hermann Rauschnings zu nennen, während seiner Danziger Zeit habe das AA an Danylo, der damals in Großbritannien lebte, Interesse gezeigt. Rauschning schreibt:

»The young man [...] offered me the use of his connections in London for the purpose of Nazi propaganda. They had, he said, a wide network of personal connections. [...] The young man had quite interesting things to tell me about the possibilities of underground propaganda. I made inquiries in Berlin, and received the reply that it would be in accordance with the wishes of the Under-Secretary of State if the Ukrainians were given temporary assistance«.<sup>189</sup>

Da Rauschning 1936 mit Deutschland brach, mußte dieser Austausch vorher stattgefunden haben, als Danylo noch nicht auf Dauer in England bleiben wollte. Da Rauschnings Texte nicht unproblematisch sind, stellen wir das Angebot nicht in den Vordergrund. Sollte seine Angabe aber zutreffen, wäre die Initiative von der Het'man-Familie ausgegangen. Und die war offenbar nicht NS-feindlich.

## 7. KOŽEVNYKIV UND POLTAVEČ

Anfang 1935 konnte in den Beziehungen zwischen den ukrainischen Nationalisten und den Deutschen auf beiden Seiten von einer Euphorie keine Rede mehr sein. Die außenpolitischen Prioritäten hatten die Unterstützung der anti-polnischen OUN re-

<sup>184</sup> Poln. Generalkonsul Ottawa an Poln. Außenministerium, 12. 1. 1938, ebd., Bl. 234.

<sup>185</sup> Deutsches Generalkonsulat Chicago an AA, 8. 7. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>186</sup> Budding an AA, 17. 2. 1939, ebd., Bd. 3.

<sup>187</sup> In einem gewissen Kontrast hierzu steht die Wertung des polnischen militärischen Nachrichtendienstes. In einer großen Übersicht aus dem Jahre 1938 erscheint Skoropadskyj als jemand, der sich um deutsche Unterstützung bemühe, sich jedoch überlebt habe und an Schwierigkeiten stoße, weil er »jüdisches Blut in seinen Adern« habe (Stanisław Wroński (Red.), »Współdziałanie rządu polskiego z emigracyjnymi organizacjami antyradzieckimi w latach 1918-1938«, in: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Bd. 3, Warszawa 1968, S. 262-288, hier S. 282). Dies ist nirgendwo nachweisbar und kann auch kaum als zutreffende Einschätzung gesehen werden.

<sup>188</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 103.

<sup>189</sup> Hermann Rauschning, Makers of Destruction. London 1942, S. 127-128.



duziert, während die Het'man-Ukrainer zwar in ihrem Bestand gesichert, jedoch mit nur gebremstem Wohlwollen traktiert wurden. Das U.N.O. agierte weiter auf niedrigem Niveau. Es lud etwa das ApA zu einer Ševčenko-Feier für den 12. April ein, im Unterschied zu den Einladungen des UWI reagierten die Rosenberg-Leute hierauf jedoch überhaupt nicht.<sup>190</sup> Wie erging es den anderen Ukrainern?

Auf den ersten Blick grotesk erscheint, daß es Petro Koževnykiv gelang, in ein engeres Verhältnis zum ApA zu gelangen. Diese zwielichtige Figur hatte man schon mit allen ukrainischen Richtungen (einschließlich der Bol'sheviki) in Verbindung gebracht.<sup>191</sup> 1922 war Koževnykiv Delegierter der Ukrainischen Studentengruppen in Deutschland gewesen und hatte am 22. Januar 1922 einen »Verein Ukrainischer Studenten« (Spilka Studentiv Ukraïnciv v Nimeččyni) gegründet.<sup>192</sup> Danach war er in nationalistischen Gruppen tätig gewesen, hatte die ukrainischen »Faschisten« geführt und war eines der Gründungsmitglieder der OUN, deren PUN er zeitweise angehörte und deren Zeitschrift *Rozbudova Nacii* er redigierte. Angeblich lebte er von den Erträgen seiner Buchhandlung, aber daran hatten selbst seine engeren Gesinnungsgenossen Zweifel. Nachdem er aus der OUN ausgeschlossen worden war, reaktivierte er seine Berliner Verbindungen. Aus dem Studentenalter waren er und die meisten anderen Spilka-Mitglieder inzwischen herausgewachsen,<sup>193</sup> und so beantragte er am 20. März 1935 eine Satzungs- und Namensänderung des noch bestehenden Vereins von 1922: Aus dem Studentenverein sollte nun der »Verein der Ukrainer in Deutschland (gegr. 22. 1. 1922)« werden, der einen »national-kulturellen Zusammenschluß der Ukrainer in Deutschland« bewirken und sich zur »Selbständigkeit und Einheitlichkeit des ukrainischen Nationalstaats« bekennen sollte. Man kann davon ausgehen, daß es sich hierbei um einen Versuch Koževnykivs handelte, jenseits von OUN, Het'man und UNR die Exulanten unter seiner Führung zu vereinigen.

Um aufzuzeigen, daß die OUN von den Deutschen unabhängig gewesen sei, bemühte sich Petro Mirčuk, Koževnykivs Ausschluß damit zu rechtfertigen, daß jener ein Mitarbeiter der deutschen politischen Polizei gewesen sei.<sup>194</sup> Darüber gibt es keine Unterlagen, auch andere Umstände sprechen eher gegen eine solche Annahme, denn die Registrierung des von Koževnykiv reorganisierten Vereins ging erwartungsgemäß nicht ohne Probleme vor sich. Offenbar verweigerte die Gestapo ihre Zustimmung, also ausgerechnet jene Institution, mit der Koževnykiv nach Mirčuk zusammengearbeitet haben soll, und der Vereinsgründer wandte sich an Leibbrandt mit der Bitte, seinen Antrag zu unterstützen.

Vielleicht hatte Koževnykiv ja einen guten Draht zu Leibbrandt und nicht zur Gestapo. Dieser schrieb der Gestapo tatsächlich, der Verein wirke »in positivem Sinne aufklärend über den Nationalsozialismus« und sei daher förderungswürdig.<sup>195</sup> Die ApA-Intervention hatte Erfolg. Am 13. Oktober 1935 konnte der neu-alte Verein eine außerordentliche

<sup>190</sup> Vgl. UNO an ApA, undat. [Anfang 1935], BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 251.

<sup>191</sup> Stachiv bezeichnete ihn etwa auch als »politischen Agenten« der UNR; vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 38.

<sup>192</sup> Nach Jariš am 22. Januar 1921 (Vasyl' Jariš, »Ukraïnska kul'tura j mystectvo v Berlīni«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), Ukraïnci v Berlīni 1918-1945. Toronto 1996, S.52-79, hier S. 55). Dieses Datum wurde auch in den Einladungen angegeben.

<sup>193</sup> [Volodymyr Martynec, »Ukraïnska emigracija v Nimeččyni«, *Rozbudova Nacii* 1 (1928), H. 5., S. 250-251.

<sup>194</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 519.

<sup>195</sup> Verein Ukrainischer Studenten an ApA, 18. 5. 1935; Leibbrandt an Gestapo, 27. 5. 1935, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 252-257, 303. – Daß der Verein ukrainisch als »Spilka« firmierte und damit an eine

Mitgliederversammlung abhalten und einen neuen Vorstand wählen. Neben Koževnykiv und seinem zweiten Vorsitzenden, dem Bildhauer Fedir Jemeć (1894-?), der seine Bekehrung zum Ukrainer im Kriegsfangenenlager Wetzlar erfahren hatte und nach seinem Studium an der Berliner Kunstakademie seinen Lebensunterhalt mit der Herstellung von Führerbüsten bestritt, waren dies als Schatzmeister Danylo Sadivnyčyj, der bis dahin dem U.N.O. angehört hatte, und Jakiv Gumovskij. Koževnykiv teilte Leibbrandt die Eintragung des Vereins ins Vereinsregister mit und bedankte sich ausdrücklich für die Unterstützung durch die Partei. Er mußte bald noch einmal Leibbrandt um Hilfe bitten, weil die Gestapo zur selben Zeit versuchte, Jemeć wegen Mittellosigkeit auszuweisen.<sup>196</sup> Daß dies alles inszeniert worden sein soll, um die Verbindung zur Gestapo zu kaschieren, ist eher unwahrscheinlich. Da der Briefwechsel nicht publik wurde, wäre ein solcher Aufwand überflüssig gewesen. Auch machte Koževnykiv aus seiner NS-Freundlichkeit nirgendwo einen Hehl. Aus dem Eintreten des ApA für die diversen Bittsteller läßt sich also erkennen, daß es dort 1935 keine exklusiven Präferenzen gab. Man war noch recht unerschlossen – wollte die Ukrainer jedoch nicht vernachlässigen.

Mit dem Koževnykiv-Verein trat ein weiterer »alter Bekannter« wieder an die Öffentlichkeit: Paul Rohrbach hielt dort Anfang April 1936 einen Vortrag über die 1000-jährige Geschichte der Ukraine und ihre politischen Perspektiven. Da Rohrbach kein Het'man-Anhänger war, hatte er es schwer, für seine Sicht der deutsch-ukrainischen Gemeinsamkeiten ein Forum zu finden. Koževnykivs Spilka schien so wenig festgelegt, daß Rohrbach hier sprechen konnte. Rohrbach äußerte sich wie gewohnt rußlandfeindlich, was von der polnischen Presse wahrgenommen und kolportiert wurde. Daß Rohrbach davon sprach, man müsse Teile der Ukraine unter deutscher Ägide zusammenfassen, wertete die polnische Presse als Zeichen dafür, daß in Deutschland ein »verdächtiges Interesse« an der Ukraine bestehe.<sup>197</sup> Das Interesse an der Ukraine war zweifellos vorhanden, es hatte aber wenig mit der ephemeren Spilka oder Rohrbach zu tun.

Für den 22. Mai lud der »Verein« zu einer Gedenkfeier »für den vor 10 Jahren durch den Juden Schwarzbart ermordeten« Petljura in sein Vereinslokal Gervinusstr. 25 in Charlottenburg ein – er folgte also der anti-jüdischen Interpretation voll und ganz – und im Oktober 1936 bezog er noch ein neues Vereinslokal (Restaurant Pfalzburg, Wilmersdorf, Düsseldorfer Str. 11), in dem seine *Žyva Hazeta* (Lebendige Zeitung) tagte, die angeblich 285 deutsche und 95 ausländische Zeitungen auf ukrainische Themen hin auswertete und in wöchentlichen Veranstaltungen vortrug und kommentierte.<sup>198</sup>

Ende 1936 verbündeten sich dann aber die ansonsten verfeindeten Emigranten gegen den ungeliebten Konkurrenten. Als Geschäftsführer des Verbands ausländischer Pressevertreter in Berlin wandte sich der aus Rußland stammende Karl Konrad Emil (Carlo) von Kügelgen (1876-1945) an Leibbrandt, um ihm von der weiteren Unterstützung

---

marxistische Formation der frühen ukrainischen Nationalbewegung erinnerte, war wohl eher eine unbeabsichtigte Koinzidenz.

<sup>196</sup> Verein der Ukrainer in Deutschland an Leibbrandt, 15. 10. 1935, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 295, 297.

<sup>197</sup> Einladung des Vereins der Ukrainer an ApA, 2. 4. 1936; Bericht *Ilustrowany Kurjer Codzienny* 99/8. 4. 1936, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 289-293. – Das ApA registrierte indigniert, die Warschauer Presse sehe im Rohrbach-Vortrag einen Beleg für die NS-Regie seines Auftritts (F2 ApA an Leibbrandt, 9. 4. 1936, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 288).

<sup>198</sup> Vgl. Einladungen vom 19. 5. 1936 und vom 19. 10. 1936 in CDIAL, Fond 309, Opis 1, Akte 109, Bl. 25, 41.

Koževnykivs abzuraten. Jener sei sowohl aus der Hromada als auch aus der OUN ausgeschlossen worden, was – so seine auf Informationen von Skoropys beruhende Feststellung – nicht an Intrigen gelegen habe, sondern daran, daß es keine Ukrainer mehr gebe, die nicht gegen Koževnykiv seien: Jener sei ein »Intrigant«, ein »Hochstapler« und »Spitzbube«.<sup>199</sup> Das mochte alles stimmen, nach Meinung des ApA traf es jedoch auf fast alle Ukrainer zu. Wenn Kuusisto schreibt, das ApA sei grundsätzlich unentschieden gewesen, habe sich zwischen 1935 und 1937 abwartend und passiv verhalten und hätte am liebsten auf jede Entscheidung zwischen den verschiedenen ukrainischen Bewegungen verzichtet, dann ist die Haltung zu Koževnykiv eine gute Illustration dieser Einstellung.<sup>200</sup> Zunächst reagierte man hierauf nämlich gar nicht.

Poltaveč-Ostranycja hatte 1933 zwar seine Konkurrenten etwas beunruhigt, aber das war nun auch längst vorbei. In der auf seine Haftentlassung folgenden Zeit engagierte er sich auch nicht mehr selber, nachdem er auf ein Schreiben an Hitler mit der Bitte um ein Gespräch und dem Angebot der Einbindung seiner Kosaken in das deutsche Militär keine Antwort erhalten hatte.<sup>201</sup> Stattdessen schickte er seinen »Adjutanten« Volodymyr Zolotarenko vor. Zolotarenko kontaktierte Petro Koževnykiv, versuchte sich 1934 mit polnischen konsularischen Vertretern zu arrangieren und kam auch auf das Außenpolitische Amt der NSDAP zu.

Aus den Vermerken über Gespräche zwischen Leibbrandt und Zolotarenko im Herbst 1935 läßt sich die Haltung des ApA zu der Poltaveč-Gruppe (UNAKOR) gut ablesen. Zum einen wurde so aktenkundig, daß Poltaveč von der Partei eine geldliche Unterstützung erhielt, die jedoch nicht erheblich gewesen sein kann. Zum anderen stand Leibbrandt der Kosakenvereinigung UNAKOR indifferent gegenüber. Er hielt fest, man wolle die Kosakengruppen »arbeiten lassen, solange sie uns nicht ins Gehege kommen«. Sie seien nicht störend, wenn sie kein »zu großes Geräusch« verursachten. Aber Leibbrandt war auch fest überzeugt, der Zusammenbruch der Sowjetunion werde »nicht aus der Emigration kommen«.<sup>202</sup> Im Oktober 1935 wurde Zolotarenko konkreter: Daß er überhaupt empfangen worden war, hatte Poltaveč neue Hoffnung schöpfen lassen. Nun denunzierte er nicht nur Skoropadskyj als Freimaurer und eine Schande für den ukrainischen Het'man-Gedanken, er bot auch an, seine eigene Gruppe ohne Vorbehalte den NSDAP-Vorgaben unterzuordnen. War schon die Feststellung erstaunlich, daß UNAKOR, wenn die Kosaken störten, die »Tätigkeit in 5 Minuten einstellen« könne. Um den politischen und rassistischen Vorgaben der Nationalsozialisten zu entsprechen, erklärte er auch, in der Kosakenbewegung sollten die slavischen Elemente nicht so stark betont werden, damit sie nicht den russischen panslavistischen Ansprüchen zum Opfer fielen. Poltaveč, so berichtete Zolotarenko, arbeite derzeit an einem Buch, das den Nachweis führen sollte, die »Blut-Herkunft« der Ukrainer sei »iranisch«.<sup>203</sup>

<sup>199</sup> Von Kügelgen an Leibbrandt, 4. 11. 1936, IfZ, Akten der NSDAP, Mikrofilm MA 48, Bd. 2.

<sup>200</sup> Vgl. Kuusisto, Rosenberg, S. 136.

<sup>201</sup> Poltaveč an Hitler, 23. 5. 1935, PAAA, Rußland Politik 5A Innere Politik, Russische Emigranten, Bd. 14, Bl. 56-59. – In einem Vermerk auf Bl. 58 hielt Major Scheller vom Kriegsministerium am 3. Juni 1935 fest, Poltaveč sei eine »schwankende Persönlichkeit, dessen Stellung ziemlich undurchsichtig« sei, weshalb von einer Antwort abzusehen sei.

<sup>202</sup> Aktennotiz Dürksen über Gespräche Zolotarenko/Leibbrandt am 6. 9. und 19. 9., 20. 9. 1935, NAW, T-81, Rolle 11.

<sup>203</sup> Aktennotiz Dürksen über Gespräche Zolotarenko/Leibbrandt am 17. 10. und 21. 10., 21. 10. 1935, NAW, T-81, Rolle 11

Was hier einigermaßen grotesk und opportunistisch klingt, war keineswegs so isoliert, wie man meinen könnte. Wo eine Kooperation zwischen Nationalsozialisten und ukrainischen Nationalisten angestrebt wurde, versuchte man auch gern, die ukrainischen »Rassemerkmale« aufzupolieren. Und immerhin so erfolgreich, daß man diese Erkenntnisse nicht nur im und nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch nach der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung 1991 in den ukrainischen populärwissenschaftlichen Diskurs einbauen konnte.<sup>204</sup>

Das ApA war jedoch nur mäßig beeindruckt. Vielleicht ist es nicht einmal übertrieben zu behaupten, daß die Kontakte aus einer gewissen Sentimentalität heraus aufrechterhalten wurden. Poltaveč war ja tatsächlich dem Umfeld der »alten Kämpfer« zuzurechnen, die im NS-Reich gefeiert wurden, ohne unter den neuen politischen Bedingungen zu tatsächlichem Einfluß zu gelangen. Getreu der Devise, daß man sich nicht so sehr mit Emigranten wie mit den Ukrainern in ihrer Heimat als den entscheidenden Kräften befassen wollte, wandten sich die Nationalsozialisten bald den UNR-Repräsentanten zu.

Dennoch existierte auch das ephemere UNAKOR weiter und tauchte schon deswegen in ausländischen Publikationen auf, weil sich niemand vorstellen konnte, daß eine als »nationalsozialistisch« firmierende Gruppe im NS-Deutschland nicht reüssieren würde. Aber in dieser Hinsicht war die NS-Politik bis 1937 tatsächlich »liberal« – nicht so sehr aus Überzeugung, sondern weil sich eine eindeutige Ukraine-Politik noch nicht abzeichnete. Poltaveč gab auch seine indirekten politischen Versuche damit im wesentlichen auf.<sup>205</sup>

## 8. DAS UNR-ANGEBOT

Koževnykiv hatte seinen Verein als Surrogat einer UNR-Gruppe geplant. Aber ein solches gab es in Deutschland bereits. Bis etwa 1938 bestand das U.N.O., auch wenn es als nach den NS-Prinzipien organisierte Gruppe auftrat, aus »Petljuristen«. Nur hatte es keinen größeren Erfolg. Die politisch aktiven ukrainischen Emigranten in Deutschland zog es nicht zum U.N.O. Dabei hatte nicht einmal Erfolg, daß in einem neuen Anlauf die Vereinbarkeit von NS-Prinzipien und UNR-Gedankengut noch einmal betont wurde.<sup>206</sup> Aber trotz seinem Mißerfolg blieb das U.N.O., von den Deutschen toleriert, bestehen.

Inzwischen hatte es in der UNR-Bewegung eine Auseinandersetzung um die »richtige« politische Linie gegeben. Seit dem Tode Petljuras hatte Oleksander Šul'hyn die UNR-Außenpolitik gestaltet, mit zahlreichen Petitionen und Aktivitäten vor dem Völ-

<sup>204</sup> Vgl. etwa Dmytro Telehin, »Chto ž naši prapredky?«, *IndoJevropa/Taki Spravy* 1-2 (1996-1997), S. 54-58.

<sup>205</sup> Im April 1939 wandte sich aus Prag ein »General« W. von Horbanjuk als Chef einer »Ukrainischen Nationalen Kosakenbewegung« mit einem politischen Exposé an Hitler. Auf den wenig spektakulären Inhalt erhielt er keine Antwort. Meyer-Heydenhagen identifizierte den Absender als einen Unteroffizier, den Poltaveč zum »General« ernannt hatte und der dessen Bewegung führte, seit sich Poltaveč »vom politischen Leben zurückgezogen hat« (Horbanjuk an Hitler, 21.4.1939; Vermerk Meyer-Heydenhagen, 22.6.1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3,1).

<sup>206</sup> Poln. Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 10. 4. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 194-196.

kerbund versucht, die Lage der Emigranten (etwa durch die Eintragung der Nationalität »Ukrainer« in die Nansen-Pässe) zu verbessern und die zunehmende Verfolgung in der UdSSR publik zu machen. Deutschland wurde in seinen Aktivitäten nicht erwähnt.<sup>207</sup> Šul'hyn war auch derjenige ukrainische Politiker, der am konsequentesten weiter auf die Entente setzte und sich selbst nach der Ermordung Petljuras in dieser Einstellung nicht hatte beirren lassen. Die pro-französische und pro-polnische Orientierung der UNR wurde jedoch immer schwieriger. Polen entfremdete sich der Entente und schloß 1932 und 1934 Nichtangriffsverträge mit der UdSSR und Deutschland, und auch Frankreich ging 1935 ein Bündnis mit der Sowjetunion ein, die in den Augen der UNR-Politiker der Hauptfeind war und blieb. 1936 gab Šul'hyn den Posten des Außenministers auf. Der Grund wurde mit »prinzipielle[n] Differenzen mit der Führung des Warschauer UNR-Zentrums« umschrieben.<sup>208</sup> Tatsächlich ging es um die Bündnisfrage.

An Šul'hyns Stelle übernahm Ministerpräsident Vjačeslav Prokopovyč auch das Außenministerium. Unter seiner Ägide und in Absprache mit dem »Staatschef« Andrij Livyčkyj suchte die UNR-Regierung nun den Kontakt zu Deutschland.

In der UNR hatte es immer unterschiedliche Orientierungen gegeben.<sup>209</sup> Petljura hatte auf die Entente und Polen gesetzt, gegenüber den Deutschen hatte er stets berechtigte Vorbehalte. Andere UNR-Politiker sahen aber in Deutschen eher potentielle Verbündete. Zu ihnen gehörten Smal'-Stočkyj, Prokopovyč sowie die Livyčkyjs. Šul'hyn war noch von Petljura ernannt worden. Dabei war die UNR-Führung grundsätzlich pragmatisch – sie reagierte stets auf die politische Lage.<sup>210</sup> Die Kooperation mit Polen legte es deutschen Stellen zwischen 1934 und 1938 nahe, mit ukrainischen Exulanten zusammenzuarbeiten, die auch in Polen akzeptiert waren. Dies ist vielleicht einer der inhaltlichen Gründe für die Tolerierung des U.N.O. gewesen. Von UNR-Seite wurde dies jedenfalls so wahrgenommen; das im folgenden thematisierte UNR-Angebot an Deutschland stand daher nicht im luftleeren Raum, es entsprach einer politischen Umorientierung, die so weitgehend war, daß man sie mit einem Außenminister Šul'hyn nicht hätte durchführen können.

Sowohl die Deutschen als auch die Ukrainer handelten taktisch: Da es keine festgefügte deutsche Ukrainer-Politik gab, hielt man sich auch in der NS-Zeit mehrere

<sup>207</sup> Vgl. etwa Oleksander Šul'hyn, *Bez terytorii. Paris 1934, wo Deutschland nicht vorkommt.*

<sup>208</sup> H. V. Strel'skyj, »Slovo pro O. Ja. Šul'hyna«, in Šul'hyn, *Bez terytorii. Kyiv 1998, S. 253-272*, hier S. 265.

<sup>209</sup> Ivan Lysjak-Rudnyčkyj, selber UNR-Anhänger, schrieb vorsichtig, nicht nur sei bei den Het'man-Anhängern die Trennung zwischen der »rechtlichen Monarchie und der Diktatur« verwischt worden, sondern selbst »einige Anhänger der Emigrationsregierung der UNR« hätten sich vom Nationalismus einfangen lassen. Als dessen Gegner läßt er nur galizische Sozialdemokraten, einen Teil der Nationaldemokraten, Nazaruk und Mazepa gelten (Lysjak-Rudnyčkyj, *Miž istorijeju j politykoju*, S. 239-240). Dennoch ist es falsch, wie Troščyn'skyj zu schreiben, mit Hitlers Regierung hätten im UNR-freundlichen UNDO »prohitleristische Motive zu dominieren begonnen« (Troščyn'skyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 47). Der Prozeß war weitaus komplizierter, langsam und mehrdeutig – auch hing er mit der politischen Haltung Polens und Frankreichs zusammen.

<sup>210</sup> Als 1939 Deutschland Polen angriff und auch Frankreich in den Krieg eintrat, richteten die UNR-Politiker in Polen ihre Hoffnungen auf Deutschland, in Frankreich erklärten sie ihre Loyalität mit dem »Westen«. Und folgerichtig wurde Šul'hyn im französischen Exil auch wieder Außenminister und sogar Regierungschef. Nachdem ihn die Deutschen 1940 festgesetzt hatten, wurde er ein weiteres Mal 1945 von Livyčkyj zum Außenminister ernannt. Schließlich ging es auch jetzt wieder darum, mit den westlichen Siegern umzugehen, deren (nahezu einziger) unverbrüchlicher Anhänger Šul'hyn war.

Optionen offen, wenn auch nicht mehr so visibel wie in den 1920er Jahren. Die Ausbildung von OUN-Leuten und die Kontakte mit Koževnykiv entsprachen diesem Vorgehen. Für die Deutschen bedeuteten sie zwar zunächst einen Verzicht auf die sofortige praktische Nutzung der Ukrainer, aber das hatte es ja schon öfter gegeben. Und nicht überraschend trat daher auch zwischen 1935 und Anfang 1938 das ukrainische Thema in der Öffentlichkeit in den Hintergrund. Man hielt wieder mehrere Türen offen. In eine davon traten auch die UNR-Politiker – unter Umgehung des drittklassigen und inaktiven U.N.O.

Mychajlo Omeljanovyč-Pavlenko (1878-1952), der Kommandeur der UNR-Armee von 1920, deutete die politische Wende an: In einem Interview erklärte er Ende 1935, der »nationale Maximalismus« weiche in der Emigration zunehmend der Realpolitik.<sup>211</sup> In Polen hatte sich die Lage etwas entspannt. Neben der Niederlage der OUN dürften die Nachrichten von jenseits der östlichen Grenze desillusionierend gewirkt haben. Nach dem Schauprozeß gegen die »Union zur Befreiung der Ukraine« (Sojuz Vyzvolennja Ukraïny) und dem Ende des »Nationalkommunismus« der *korenizacija* setzte mit der offenen Verfolgung von ukrainischen Intellektuellen, der Zerschlagung der zuvor geförderten Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche und der Kollektivierung mit der durch sie bewirkten Hungerkatastrophe eine Ernüchterung ein, die einen Teil der Ukrainer zu der Feststellung verleitete, daß die Lage der Ukrainer in Polen trotz allem noch relativ erträglich sei.

Deutschland hatte sich offiziell mit der polnischen Regierung solidarisch erklärt, und so sprach nur London noch am Rande das Thema der ukrainischen Minorität an. In einem Bericht der dortigen Botschaft Polens hieß es, die Briten seien über die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen erfreut, übten jedoch weiterhin Kritik an der polnischen Ukrainerpolitik. Da Roman Smal'-Stočkyj, der inzwischen an der Warschauer Universität lehrte, regelmäßig nach Großbritannien fuhr, hatten die polnischen Diplomaten den Verdacht, seine Vorträge trügen zu diesem Bild nicht unerheblich bei. Nun wollte man zwar dem entgegenwirken, aber gleichzeitig nicht unliberal erscheinen. Also beschloß man, Smal'-Stočkyj zu bitten, seine Kontakte einzuschränken, hielt andererseits einen jährlichen Besuch aber doch für »nützlich«.<sup>212</sup> Da Smal'-Stočkyj als »offizieller« Ukrainer von den Polen eingesetzt wurde (er hatte in der UNR-Regierung zeitweise die Ämter des Kulturministers, des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers inne), nahmen ihn auch die Deutschen wieder wahr. Dabei gelang es ihm, die Kontakte aus seiner Gesandten- und BBU-Zeit wiederzubeleben und neue zu den Herren der neuen Partei zu knüpfen.

Überhaupt ist erstaunlich, wie leicht sich die NS-Außenpolitiker auf die UNR-Vertreter einstellen konnten. Ohne einen Quellenverweis führt Kentij an, bereits Anfang 1935, während Görings Besuch in Polen, habe die UNR-Exilregierung Berlin zu verstehen gegeben, man wolle »die ukrainische Frage in unmittelbarem Kontakt mit Deutschland diskutieren«.<sup>213</sup> Am 21. Oktober 1935 stattete Mykola Tročkyj (1883-1971) dem ApA einen zweistündigen Besuch ab. Der aus Lućk stammende Journalist

<sup>211</sup> M. Omeljanovyč-Pavlenko, in: *Ukraïnskyj tyždeń* 52 (158), 23. 12. 1935, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 56.

<sup>212</sup> Poln. Botschaft London an Poln. Außenministerium (Schaezel), 8. 5. 1935, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 3. Schaezel an Poln. Botschaft London [.] Juni 1935, ebd., Bl. 2.

<sup>213</sup> Kentij, *Narysy*, S. 80.

hatte im Ersten Weltkrieg die Blätter des BBU redigiert, war danach Sekretär der Ukrainischen Gesellschaft in Wien gewesen und leitete seit 1932 in Genf das Ukrainische Informationsbureau der UNR, welches dort in Konkurrenz zu der von Kušnir geleiteten OUN-Parallelstelle stand. Tročkyj führte sich bei Dürksen damit ein, daß er auf seine guten Beziehungen zu den Journalisten des *Journal de Genève* verwies und den Deutschen die »bons offices« der UNR-Ukrainer anbot. Dabei beschwerte er sich darüber, daß seine politische Richtung von den Deutschen zu wenig beachtet werde.

Natürlich desavouierte er seine Konkurrenten und biederte sich bei den Deutschen an: Das UWI in Berlin sei zu »antiquarisch« und es stände »nicht im Dienste des politischen Lebensstromes«. Dagegen sei das 1932 gegründete UWI in Warschau, dessen Sekretär Smal'-Stočkyj war, ausgezeichnet. Tročkyj nannte den Bolschewismus ein russisches Produkt und vertrat die seit 1926 nicht mehr verdeckte These, die Juden seien »russifiziert« und damit bolschewistisch. Gegenteilige Behauptungen würden ihn nicht überzeugen. Als zukunftssträchtige Kooperationspartner bot er dem ApA daher die UNR anstelle der Het'man-Anhänger und der OUN an, gegen deren Terror er sich ebenso ausdrücklich aussprach wie gegen eine westukrainische Unabhängigkeit im Sinne Petruševyčs.

Dies war das erste Mal, daß ein »offizieller« UNR-Ukrainer ohne Umschweife Nationalsozialisten eine Kooperation anbot, was ohne die deutsch-polnische Annäherung kaum denkbar gewesen wäre. Aber mindestens ebenso überraschend war die Reaktion Dürksens: Laut seiner Aktennotiz war er von seinem Besucher überaus angetan, hielt ihn für ruhig, zuverlässig und ehrlich und war überzeugt, Tročkyj sei keine »der üblichen intriganten Emigrantenerscheinungen« und »dem deutschen Volk gegenüber positiv« eingestellt.<sup>214</sup>

Dies bedarf einer Erläuterung. Denn Tročkyj war ja um keinen Deut »besser« als die anderen Emigranten, die sich jeweils bemüht hatten, ihre Konkurrenten in einem möglichst schlechten Licht erscheinen zu lassen. Warum fiel dann Dürksens Bewertung besser aus? Vielleicht kamen sowohl Jary als auch Ivan Mirčuk, der eine als Soldat, der andere als Intellektueller, dem Personal des ApA in ihrem Habitus eher fremd vor. Tročkyj hingegen war über 50 Jahre alt, als Journalist im Umgang mit Politikern geübt und machte unter Umständen deswegen auf seinen Gesprächspartner einen »solideren« Eindruck als seine Konkurrenten.

Andererseits hatte die ukrainischen Emigranten, mit denen man Umgang hatte, immer ausgezeichnet, daß sie auf die eine oder andere Weise gegen die östlichen Nachbarstaaten Deutschlands eingestellt waren. Das machte sie zwar verwendbar, schuf aber auch Schwierigkeiten, weil die deutschen Stellen jeweils darauf zu achten hatten, sich nicht zu kompromittieren. Dies war mit dem UNR-Emissär 1935 nun anders: Erstmals hatte man es mit einem Exilukrainer zu tun, der die Beziehungen zu dem osteuropäischen Staat, mit dem man aktuell in gutem Einvernehmen stand, nicht nur nicht störte, sondern dort selber akzeptiert war. In einer Phase, in der die Nationalsozialisten alles daran setzten, ihre Außenpolitik einvernehmlich zu gestalten, um innenpolitische Veränderungen abzuschirmen, kam dies gelegen. Man mußte nun keine komplizierten Sprachregelungen und Betätigungsverbote kreieren, im Gegenteil konnte ein Kontakt zur UNR die Beziehungen zu Polen sogar noch optimieren.

<sup>214</sup> Aktennotiz Dürksen, 24. 10. 1935, NAW, T-81, Rolle 11.

Der Besuch Troćkyjs muß von ihm selber als erfolgreich wahrgenommen worden sein. Als er 1937 ein deutsches Besuchsvisum beantragte, gab er als Referenzen sowohl den mennonitischen Deutsch-Russen Adolf Ehrh von der »Antikomintern« als auch Leibbrandt vom ApA an (die nb. miteinander verfeindet waren), zusätzlich noch den Osteuropa-Historiker Werner Markert (1905-1965).<sup>215</sup> Das AA war ihm gegenüber nicht so wohlwollend wie die Parteistellen, und es ließ sich mit der Beantwortung der Anfrage aus Genf viel Zeit. Dann hieß es, Troćkyj sei als Sozialist bekannt und zudem mit einer »reinjüdischen Frau« verheiratet, weshalb man an der Förderung seiner Besuchsreise nach Deutschland kein Interesse habe.<sup>216</sup>

In einem Rundbrief vom Januar 1937 publizierte und rationalisierte die UNR-Regierung ihre prodeutsche Haltung. Sie legitimierte sie mit dem Beispiel der Exilregierungen Belgiens und Serbiens im Ersten Weltkrieg, die mit den siegreichen Entente-Mächten an die Macht gekommen seien. Und anschließend verwies man auf das Beispiel Italiens, Deutschlands und Polens, die es geschafft hätten, aus dem Nichts wieder zu europäischen Mächten zu werden. Gelungen sei dies, »durch das Verständnis der Nation für die Idee des Führers, um den sich jede dieser Nationen in strenger Disziplin geschart habe«. Dies konnte 1937 nichts anderes als ein Lob der nationalsozialistischen Führung im Gegensatz zu Weimar bedeuten.

Wie die OUN setzte die UNR auf Krieg. Daß es in zwei Weltgegenden, in der Mandschurei und in Spanien (»unter der Teilnahme der Italiener und der Deutschen«) zum Kampf gegen Moskau gekommen sei, verdeutliche, daß es nur mehr eine Frage der Zeit sei, wann auch die UNR den bewaffneten Kampf gegen Moskau wieder aufnehmen könne. Der Antikominternpakt wurde positiv bewertet. Auch der Platz der UNR sei an der Seite der Staaten der »Antikomintern«. Der Antikominternpakt müsse dazu »nur« von einem defensiven (so stellte er sich den Interpreten der UNR und den Zeitgenossen dar) zu einem offensiven Bündnis umgestaltet werden. Deutschland und Japan sollten die »Prometheus«-Propaganda in ihren Medien zulassen, wodurch der Pakt für die UNR besonders attraktiv würde.<sup>217</sup> In der »Prometheus«-Bewegung standen die UNR-Ukrainer in vorderster Front. Durch die Äquidistanz-Politik der polnischen Regierung war diese »Roll-Back-Propaganda« in den 1930er Jahren jedoch in den Hintergrund gedrängt worden.

In dem genannten UNR-Positionspapier begriff man die deutsche Option als Chance und versuchte, die polnische Regierung mit deutsch-japanischer Hilfe zu umgehen. Daß diese Haltung keine »Eintagsfliege« war, wird daraus deutlich, daß die UNR-Regierung anlässlich des Abschlusses des Antikominternpakts 1937 ein Memorandum an Deutschland, Italien und Japan schickte, das nicht nur einen üblichen Glückwunsch enthielt, sondern betonte, daß der Pakt auch den eigenen Zielen entspreche und das einzige Mittel sei, die UdSSR zu »zähmen« und Staaten wie die Ukraine wiederherzustellen.<sup>218</sup>

<sup>215</sup> Deutsches Konsulat Genf an AA, 19. 5. 1937, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>216</sup> Schliep an Deutsches Generalkonsulat Genf, 10. 8. 1937, ebd.

<sup>217</sup> UNR-Regierung, »Naprijamni dlja drukovanoho slova«, 5. 1. 1936 [gemeint 1937, sonst wäre der Hinweis auf den Krieg in Spanien nicht möglich], AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 35-39.

<sup>218</sup> Memorandum der UNR-Regierung (Prokopovyč) an die Regierung des Deutschen Reiches, 14. 1. 1937, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 38-43. – Vgl. Deutsches Konsulat Genf an AA, 22. 1. 1937, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.



Bedarf es der Bemerkung, daß in der offiziellen Geschichtskonstruktion derlei Überlegungen gern übergangen wurden? Als die UNR-Exilregierung 1992 aufgelöst wurde und ihre Ansprüche an die inzwischen souveräne Ukraine abtrat, da behauptete der letzte Regierungschef:

»Wie bekannt, war das Dritte Reich von Anfang an gegenüber der UNR im Exil feindlich eingestellt. Die Deutschen wußten gut, daß die Politik der UNR-Regierung nicht auf Deutschland orientiert war, sondern auf die frühere westliche Entente [...]«<sup>219</sup>

Die polnischen Behörden, denen die UNR-Avancen natürlich nicht verborgen blieben (die Dokumente befinden sich in den Archivbeständen des Außenministeriums), reagierten vorsichtig. Ihre Repräsentanten berichteten aus Deutschland, daß sich die deutschen Stellen bemühten, mit Polen zusammenzuarbeiten, daß jedoch ukrainische Gruppierungen weiterhin aktiv blieben. Man traute dem Frieden nicht – und noch weniger den Ukrainern. Beides zu Recht.

Vor allem fragte man sich, ob die deutsche OUN-Unterstützung tatsächlich beendet sei. Der Konsul in Stettin vermerkte, daß für ukrainische Saisonarbeiter aus Galizien in Grimmen/Vorpommern ein Gottesdienst abgehalten worden sei, bei dem der unier- te Priester Verhun aus Berlin eine polenfeindliche Predigt gehalten habe. In einem Gespräch mit Karkort, dem NSDAP-Ortsgruppenleiter und stellvertretenden Landrat in Grimmen, erfuhr der polnische Konsul, daß Jarys Hilfsverein für »Flüchtlinge aus den westukrainischen Gebieten« den Gottesdienst und Verhuns Besuch organisiert hatte, also die OUN unter einer Tarnbezeichnung ihre Hände im Spiel hatte. Als örtlicher Repräsentant wurde ein gewisser Atanazy Antoni Turczyk benannt, und der Ortsgruppenleiter bot dem Konsul an, Turczyk nach Polen abzuschicken, wenn jener einen polnischen Paß erhielte. Der Konsul berichtete weiter, Karkort wolle seine Loyalität zu Polen auch dadurch unter Beweis stellen, daß er den Polen ein Verzeichnis der in seinem Bezirk lebenden Ukrainer anbot.<sup>220</sup>

Der polnische Diplomat war durch dieses Angebot jedoch kaum beeindruckt. Nach Warschau berichtete er von einem »zweifellos bestehende[n] Interesse wenn nicht der

<sup>219</sup> Ivan M. Samijlenko, »Peršyj etap deržavnoho centru UNR v ekzyli (1920-1948)«, in: Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), *Deržavnyj Centr Ukraїnskoї Narodnoї Respubliky v ekzyli. Stat- ti i materijaly*. Philadelphia/Kyiv/Washington 1993, S.64-74, hier S. 73. – Daß ein Teil der UNR- Politiker später von den Deutschen verhaftet wurde, fand Erwähnung, auch daß Livyčkyj im Krieg Bewegungseinschränkungen auferlegt bekam, nichts jedoch von dem, was hier dargestellt wird, auch nicht, daß die Deutschen Livyčkyj eine Pension aussetzten und Smal'-Stočkyj zusammen mit Vasyľ Mudryj im Oktober 1939 den Deutschen das erste Kollaborationsangebot machte. Dagegen nennt der Vorsitzende des »Akademischen Rats« der UNR Vynar die in Frankreich im September 1939 deklarierte Solidarisierung der dortigen UNR-Minister mit dem Westen (Ljubomyr R. Vynar, »Ukraїnska Narodnja Respublika i deržavotvorčyj proces ukraїnskoї naciї«, in: Vynar/Pazunjak, *Deržavnyj Centr*, S.7-15, hier S. 13). Weitaus vorsichtiger und korrekter formulierte dagegen die Mitherausgeberin Pazunjak: »[...] Livyčkyj blieb unter deutscher Okkupation, was weder für die Tätigkeit der UNR-Regierung noch das Staatszentrum der UNR günstig war. Hitler-Deutschland war am Staatszentrum der UNR nicht interessiert [...]« (Natalija Iščuk-Pazunjak, »Deržavnyj Centr Ukraїnskoї Narodnoї Respubliky v ekzyli«, in: Vynar/Pazunjak, *Deržavnyj Centr*, S.129-137, hier S. 133).

<sup>220</sup> Polnischer Konsul Stettin an Poln. Botschaft Berlin, 25. 11. 1935, 19. 12.1935; AAN, MSZ, WW 5294, Bl. 35, 38; Es fügt sich sehr gut in das vorherrschende Bild ein, daß die Polen die versprochene Liste, wie der Konsul nach Warschau meldete, nicht erhielten (Polnischer Konsul Stettin an Poln. Botschaft Berlin, 22. 2. 1936, ebd., Bl. 271).

politischen, so sicher der Parteibehörden an der ukrainischen Bewegung und ihren Reflexen in Polen«. <sup>221</sup> Aber seit der »Enthauptung« der OUN in Polen waren nicht mehr die ukrainischen Nationalisten der polnische »Feind Nr. 1«, sondern die Skoropadskyj-Anhänger.

Daher war es nicht weiter erstaunlich, daß die polnische Regierung Anfang 1936 wieder eine Anti-Skoropadskyj-Kampagne einleitete. In einem Rundbrief wurden die polnischen Diplomaten aufgefordert, sich den politischen Zielen Skoropadskyjs entgegenzustellen, seine Organisation zu observieren und sie nach Möglichkeit an Handlungen gegen die UNR-Ukrainer zu hindern. In einer sechs Seiten langen Denkschrift erschien die Het'man-Bewegung als eine imposante internationale Organisation mit wichtigen Stützpunkten in Großbritannien und den USA. In Deutschland hätten die Nationalsozialisten Skoropadskyj unter den ukrainischen Exulanten als denjenigen ausgewählt, der ihnen am verwandtesten sei und daher materielle Hilfe erhalte. In Polen tarne sich die Het'man-Bewegung, indem sie vorgebe, dem polnischen Staat loyal gegenüberzustehen, in Wirklichkeit sei sie jedoch gefährlich. <sup>222</sup>

Parallel hierzu gingen die UNR-Bemühungen um die Zusammenarbeit mit den Deutschen weiter. Troćkyj war im UNR-Umfeld eine vergleichsweise nachrangige Figur, bei Symon Nečaj, der am 29. und 31. Januar 1936 im ApA mit Dürksen konferierte, war das anders. Nečaj war nicht nur Herausgeber des Pariser Organs der UNR, des *Tryzub*, er war gleichzeitig »Propagandaminister« der UNR und berief sich in seinen Gesprächen ausdrücklich auf einen Auftrag des Ministerpräsidenten und neuen Außenministers der UNR, Vjačeslav Prokopovyč. Nečaj agitierte im ApA nicht gegen die OUN – dies hielt er wohl inzwischen für überflüssig – wohl aber gegen Poltaveč und Skoropadskyj: Er riet den NS-Parteistellen, sich nicht mit diesen Figuren abzugeben, die unter den Ukrainern keinen Anhang und damit auch keine politischen Aussichten hätten. Dafür bot er die Zusammenarbeit mit den UNR-Behörden an. Das Angebot umfaßte die Belieferung der NSDAP mit Informationen über die ukrainische Emigration und gipfelte in der Forderung, den UNR-Ukrainern zu gestatten, die Ukrainer in Deutschland »zusammenzufassen« und zu »organisieren«. Nach dem Versuch der OUN und des Het'mans war dies das dritte Angebot zur »Gleichschaltung« der Ukrainer in Deutschland.

Nečaj schlug vor, die Kontakte über Smal'-Stoćkyj, der ja in Deutschland noch bekannt sei, laufen zu lassen. Im Sinne der UNR-Regierung versuchte er auch, Deutschland zur Mitarbeit in der Prometheus-Bewegung zu bewegen. Die Bewegung sei national, also für Deutschland attraktiv. Auch eine Umgestaltung des UWI hielt er für möglich. Das Berliner stehe ja unter dem Einfluß des Het'mans, das polnische UWI beweihe hingegen, was ein solches Institut tatsächlich zu leisten imstande sei.

Wie schon im Falle Troćkyjs war das ApA nicht abweisend: Dürksen vermerkte, Nečaj habe einen guten Eindruck gemacht, er sei geschickt und diplomatisch vorgegangen. Dennoch war das ApA nur wenig beeindruckt. Man habe weder an »unsicheren« noch an »terroristischen« Elementen Interesse. Damit waren die Versuche von OUN und UNR, zu den »Hofukrainern« der Partei zu werden, abgeschmettert.

<sup>221</sup> Polnischer Konsul Stettin an Poln. Botschaft Berlin, 25. 11. 1935, 19. 12.1935; ebd., Bl. 35, 38.

<sup>222</sup> Rundbrief des Poln. Außenministeriums, 10. 1. 1936, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 118; Denkschrift »Ruch Hetmański«, ebd., Bl. 119-125.

Dürksen präzierte, man sei an den ukrainischen Emigranten überhaupt nicht interessiert, nur an der »ukrainische[n] Frage als solche[r]«. Ob es einer neuen ukrainischen Organisation bedürfe, hielt er für fraglich.<sup>223</sup>

Die Deutschen konnten also nicht nur zwischen zwei, sondern mindestens zwischen drei ukrainischen Partnern wählen, die vorhatten, die Emigranten »gleichzuschalten«, die Konkurrenten zu verdrängen und mit dem nationalsozialistischen Deutschland (im Falle der UNR gemeinsam mit Polen) gegen die Sowjetunion zu ziehen.

Die ukrainische Historiographie nahm diese Kontakte kaum wahr. Der Emigrant Ihor Kamenečkyj erwähnte zwar den Besuch Nečajs, der nach Deutschland gekommen sei, »die ukrainische Frage mit Deutschland zu diskutieren«,<sup>224</sup> er schrieb jedoch weder über Einzelheiten noch behandelte er die übrigen Kontakte. Troščynskyj behauptete, es sei »charakteristisch, daß die deutschen Faktoren Nečaj die Audienz verweigert« hätten.<sup>225</sup> Für das ApA traf dies jedenfalls nicht zu. Andererseits übertrieb Volodymyr Stachiv auch mit seiner Bemerkung, zwischen den UNR-Repräsentanten und dem ApA hätten »die besten Beziehungen« bestanden.<sup>226</sup> Es gab Gespräche, die aber keine Konsequenzen hatten.

Die UNR-Initiative war mit der polnischen Regierung abgesprochen. Das polnische Außenministerium avisierte seinem Berliner Botschafter Lipski den Besuch Smal'-Stočkyjs in Berlin mit den Worten, jener habe »die Aufgabe, Kontakte mit deutschen wissenschaftlichen Kreisen zu knüpfen und so seine politischen Thesen zu propagieren«.<sup>227</sup> Smal'-Stočkyj folgte ausnahmsweise einmal tatsächlich der polnischen Staatsraison. In einem Schreiben an das polnische Außenministerium protestierte er dagegen, daß die Kommunisten in einer Publikation zur Ermordung Andrij Livyčkyjs aufriefen und hatte dafür ein probates Mittel, auf das die Polen auch schon gekommen waren: Man solle die Kommunisten in das polnische KZ Bereza Kartuska sperren.<sup>228</sup> Auch in der polnischen Diktion bestand kein Widerspruch zwischen »wissenschaftlichen« und »politischen« Faktoren. Nach einer am 31. Mai und 1. Juni in Warschau veranstalteten angeblich »sprachkundlichen« »Prometheus«-Tagung bat Smal'-Stočkyj die Deutsche Botschaft darum, die Tagungsunterlagen Leibbrandt im Außenpolitischen Amt der NSDAP zukommen zu lassen. Meyer-Heydenhagen vermerkte hierzu, daß man darüber informiert sei, daß die »sprachlichen Aufgaben« der Gesellschaft nur »Tarnung« für politische Aktivitäten seien.<sup>229</sup>

<sup>223</sup> Aktennotiz Dürksen, 1. 2. 1936, NAW, T-81, Rolle 11.

<sup>224</sup> Ihor Kamenečkyj, »Ukraińske pytannja v nimeckij zovnišnij polityci miž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Bojko, Jevhen Konovalec, S. 851-882, hier S. 865.

<sup>225</sup> Troščynskyj, Mižvojenna ukraińska emihracija, S. 92. In der sowjetischen Ausgabe machte Troščynskyj diese Einschränkung nicht, 1981 schrieb er nur ein Zitat aus den ApA-Akten nieder und fügte an, »Mitte der 30er Jahre« hätten sich die Petljurowzen bereits für den Faschismus als politische Orientierung entschieden (Vgl. Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 81). Über die Besuche Tročkyjs und Smal'-Stočkyjs gibt es keine Hinweise in ukrainischen Arbeiten.

<sup>226</sup> »jakknajkrašči stosunky« – Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoj polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 37.

<sup>227</sup> Poln. Außenministerium (Kobylański) an Poln. Botschafter Berlin, 28. 3. 1936, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 11.

<sup>228</sup> Smal'-Stočkyj an Poln. Außenministerium, 19.6.1936, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 17.

<sup>229</sup> Deutsche Botschaft Warschau an AA, 16. 6. 1936, PAAA, Politik Rußland 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1, Bl. 248867-8.

Das deutsch-polnische Zusammengehen sah und fürchtete auch die Tschechoslowakei. Ihr Konsul in Lemberg äußerte in einem Gespräch mit einem Vertreter der ukrainischen nationalistischen FNJ<sup>230</sup>, er sei gegen das UNDO, weil diese Gruppe auf eine gemeinsame Aktion Deutschlands und Polens gegen die Sowjetunion setze, was schon deswegen eine falsche Politik sei, weil selbst bei einem Sieg über die UdSSR die Ukraine zu einer deutschen Kolonie degradiert würde.<sup>231</sup> Dies war eine klarsichtige Voraussage, aber sie schien den anderen Beteiligten doch ziemlich abwegig.

Hier wurde auch die Ambivalenz des deutsch-polnischen Verhältnisses deutlich. Man ging in Polen davon aus, daß das nationalsozialistische Deutschland zwar seine OUN-Verbindungen gekappt habe, jedoch an deren Stelle den inzwischen als ähnlich gefährlich angesehenen Skoropadskyj unterstütze. Daß man gegen die OUN zusammenarbeitete, mußte daher nicht unbedingt heißen, daß es keine deutsch-ukrainische Gefahr mehr gebe. Die eigene UNR-Richtung hielt man für loyal, man suchte sie sogar vor dem Het'man zu schützen.

Die UNR-Seite hingegen versuchte – ohne ihre Loyalität gegenüber Polen aufzugeben – Deutschland und Polen in einen gegen die Sowjetunion gerichteten Zusammenhang zu bringen. Aus ihrer Blickrichtung bildete der russophile Het'man eine Gefahr für diese anti-russische Koalition, die nebenbei auch den Grundsätzen Doncovs entsprach. Zudem lag die zweite Zentrale in Frankreich nun in einem Land, das mit der UdSSR einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte. Da erschien so manchem die deutsch-polnische Schiene vernünftiger.

In die ukrainische Historiographie hat dieser Sachverhalt erst kürzlich Eingang gefunden. In einem auch sonst bahnbrechenden Beitrag hat der Historiker Mychajlo Švahuljak die Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen durch das UNDO im Jahre 1935 als Teil einer neuen politischen Konzeption erkannt: »An der Spitze der europäischen Kräfte begann man Deutschland und Polen zu sehen«. UNDO rechnete danach mit einer deutsch-polnischen Koalition gegen die Sowjetunion.<sup>232</sup>

Daß die neue UNR-Politik funktionierte, belegte der *Völkische Beobachter*, indem er am 22. und 23. Januar 1937 die ukrainische Note zum Antikominternpakt würdigte und zum Jahrestag der UNR-Unabhängigkeitserklärung »warme Worte« fand.<sup>233</sup> Dies verstand die UNR-Regierung als »Ausdruck der Hochachtung der derzeitigen deutschen Regierung gegenüber dem ukrainischen Befreiungskampf und der ukrainischen Staatlichkeit«. <sup>234</sup> Der polnische Botschafter Lipski berichtete, der *Völkische Beobachter* habe hervorgehoben, daß Polen die Ukraine anerkannt habe und die UNR-Politik nur gegen die UdSSR, nicht aber gegen Polen gerichtet sei. Er referierte, daß sich Smal'-Stočkyj für eine deutsch-ukrainische Annäherung ausgesprochen habe und

<sup>230</sup> Dabei kam als Gesprächspartner der Parteigründer Dmytro Paliiv selber in Frage.

<sup>231</sup> Sztab Główny an MSZ, 4. 4. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, B. 144-145.

<sup>232</sup> Mychajlo Szwahulak [Mychajlo Švahuljak], »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, in: Polska – Ukraina. Trudne pytania, Bd. 4, S. 36-61, hier S. 36-37.

<sup>233</sup> So der Bericht des polnischen Botschafters Józef Lipski an das poln. Außenministerium, 23. 1. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 192-193.

<sup>234</sup> UNR, »Naprijamni dlja drukovanoho slova«, 20. 1. 1937, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 92-100, hier Bl. 99-100.

daß in der deutschen Berichterstattung Gruppen nicht mehr erwähnt würden, »die früher Berlin näher gestanden haben«. <sup>235</sup>

Die UNR-Politiker werteten dies auch als einen Beleg dafür, daß »Deutschland eine kolonisierende Ausbeutung der Ukraine für die Zukunft« ablehne. Sie regten an, man solle ukrainische Organisationen in allen Ländern veranlassen, Dankesbriefe über die diplomatischen Vertretungen an Goebbels zu schicken und darin der Freude darüber Ausdruck zu verleihen, »daß die deutsche Führung endlich das Gewicht der Konzeption Petljuras und seines Bundesgenossen Marschall Józef Piłsudski verstanden« habe. <sup>236</sup>

Heute fällt es leicht, hier von einer Fehleinschätzung zu sprechen. Aber die UNR-Politiker hatten sich offenbar von der taktischen deutsch-polnischen Annäherung mehr als nur vordergründig blenden lassen. Während die polnischen Regierungsstellen ziemlich vorsichtig blieben, gingen die Petljuristen ganz den deutschen Vorspiegelungen auf den Leim.

Im Mai 1937 veröffentlichte der *Tryzub* einen Beitrag, in dem er das »nationale Deutschland« als Bundesgenossen gegen die UdSSR von der »Freundin Moskaus« Rapallo-Deutschland abhob. Mit dem ersteren könne man den Weg gemeinsam gehen (»nam po dorozzi«). Zwar kritisierte man noch, daß Deutschland nur antisowjetisch, nicht aber auch antimoskowitzisch [antirussisch] sei, aber man hoffte auf ein Bündnis. Der deutsche UNR-Ableger U.N.O. verbreitete diese neue Einstellung. <sup>237</sup>

Die Rationalisierung dieses Umschwungs der UNR lieferte die Schrift des Leiters des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts in Warschau Oleksander Lotočkyj, der zum 10. Todestag Petljuras eine Gedenkschrift verfaßte. Danach entstand der Eindruck, daß der neue Kurs bereits von Petljura angeregt worden sei. Das »Odium«, auf Galizien verzichtet zu haben, wurde zugunsten der Hervorhebung des Dnepr-Beckens als der »Basis unserer Staatlichkeit« verdrängt, »nationaler Maximalismus« als unzweckmäßig abgetan. <sup>238</sup> Damit hatte man den Fortbestand der propolnischen Loyalität der UNR unterstrichen und konnte nun weiter gehen: In den Schriften Petljuras entdeckte Lotočkyj den Satz, man könne nur mit fremder Hilfe gegen Rußland siegen. Daß man dafür materielle Opfer bringen müsse, andere Staaten diese Hilfe nicht »idealistisch«, sondern aus Berechnung gewähren würden, wurde anerkannt und der Autor fand bei Petljura auch die Überzeugung, »wir könn[t]en keine staatliche Unabhängigkeit ohne gewisse materielle Opfer im Bereich des Wirtschaftslebens des Landes« erreichen. <sup>239</sup> Und weiter:

»Wenn es uns gelingen sollte, [...] außer Polen wenigstens eine Großmacht in Europa für uns zu interessieren, die sich unseres Schicksals und des sich daraus ergebenden Nutzens in Gestalt gewisser materielle Kompensationen unsererseits annähme, dann wäre der dornige Weg, den wir bisher im Kampf um unsere Staatlichkeit beschritten haben, [...] deutlich erleichtert.« <sup>240</sup>

<sup>235</sup> Gemeint war die OUN. Lipski an Poln. Außenministerium, 23. 1. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 192-193 (»które dawniej były bliższe Berlinowi«).

<sup>236</sup> UNR, »Naprijamni dlja drukovanoho slova«, 20. 1. 1937, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 92-100, hier Bl. 100.

<sup>237</sup> »Z ukraińskoi presy«, *Ukraińskij Vistnyk* 1 (1937), H. 6-7, S. 8; *Tryzub* 21/22 vom 30. 5. 1937.

<sup>238</sup> Oleksander Lotočkyj, *Symon Petljura*, Warszawa 1936, S. 16.

<sup>239</sup> Ebd., S. 31.

<sup>240</sup> Ebd., S. 32.

Zwar hatte Petljura diesen Text in den 1920er Jahren verfaßt, veröffentlicht als »leitende Weisung[.] in bezug auf die Auswahl internationaler Partner aus der Perspektive ihrer objektiven Bedeutung« wurde er aber 1936 – und gelangte so, als Petljura nicht mehr als »Verräter«, sondern als eine Art Kultfigur galt, in den offiziellen Diskurs. Petljura hatte geraten – und Lotočkyj wiederholte dies –

»sich wenigstens einen soliden Partner zu sichern, in dessen Person wir (jemanden) haben werden, der uns immer und unter allen Umständen und aufgrund von realen Berechnungen bei verschiedenen politischen Kombinationen unterstützen wird.«<sup>241</sup>

Dieser Partner sollte den Exil-Ukrainern ermöglichen, eine Armee zu bilden und »gegen den moskowitzisch-kommunistischen Block und seine kommunistischen und nichtkommunistischen Partner [...] in einer Koalition [zu] stehen, die gegen diesen Block kämpfen würde.«<sup>242</sup> Als dies um 1920 geschrieben wurde, hatte es kaum jemand wahrgenommen, und es war um die Entente gegangen. Nach dem französisch-sowjetischen Bündnis von 1935 und der Wende Deutschlands zum antisowjetischen NS-Staat bot sich den UNR-Politikern, die sich nun um eine Kooperation mit Deutschland bemühten, darin eine Legitimierung. Mit Petljura konnte also genauso gut wie mit Doncov ein Pakt zwischen Deutschland und den Ukrainern begründet werden.

Den polnischen Stellen erschien diese Entwicklung unerquicklich, auch wenn sich Polen eigentlich in einem geordneten Verhältnis mit Deutschland befand. Im Unterschied zu Lipski und der UNR ließ sich das polnische Innenministerium nicht so leicht täuschen. Sein Ukrainisches Referat verbreitete Ende Januar 1937, Riko Jary habe weiterhin in Berlin großen Einfluß, alle anderen Berichte seien falsch. Der Generalstab nutze ihn weiterhin als seinen Agenten. Die polnischen Geheimdienstler hielten aber auch alle anderen Emigranten für Agenten: Oleksander Sevrjuk, den ersten Rada-Gesandten, der nach seiner sowjetophilen Phase wieder in Berlin lebte, Petro Koževnykiv, in dem man einen Gestapo- und Sowjetagenten vermutete, den Obersten Zelenivskýj sowieso. Allerdings neutralisierten sie alle einander, weil ihre Rivalität eine koordinierte Aktion unmöglich mache. Mochten die Einzelheiten nun stimmen oder nicht, Anfang 1937 registrierte man jedenfalls, daß das deutsche Interesse an der Ukraine wieder gestiegen war.<sup>243</sup>

Das beruhte auf Gegenseitigkeit. Auch Biberstein/Makarenko unternahmen 1936 einen neuen Anlauf zur Gewinnung der Deutschen. Biberstein berichtete von einer Zusammenkunft russischer und ukrainischer Emigranten mit Vertretern des tschechoslowakischen Außenministeriums, bei der die Diplomaten die Emigranten angeblich für die Frankophilie gewinnen wollten. Nach Biberstein habe Makarenko abgelehnt. Ob dies tatsächlich so war, sei dahingestellt. Hier ist nur von Bedeutung, daß Biberstein argumentierte, es liege nicht im Interesse der Ukrainer, sich mit einem »verseuchten Volk« wie den Franzosen zusammenzutun. Die »Verseuchung« dokumentierte er mit der niedrigen Geburtenrate, womit er einem damals gängigen Argument folgte, aber er verstärkte es noch mit dem Satz, die Ukrainer sollten ihr »Blut nicht mit kranken Franzosen, sondern mit gesunden Germanen mischen«, womit er nicht nur rassistische Ansätze vertrat, sondern sie auch ziemlich unmotiviert einsetzte, weil die Tschechen,

<sup>241</sup> Ebd., S. 33.

<sup>242</sup> Ebd., S. 34.

<sup>243</sup> MSW, Referat Ukraiński, Komunikat Informacyjny Nr. 1, 31. I. 1937, AAN, MSW 1253.

wenn überhaupt, sicherlich nicht zur »Blutvermischung« aufgerufen hatten, sondern höchstens zu politischer Parteinahme. Daß dieses rassistische Argument hier vorkam, belegt dagegen, daß der UNR-Dissident nach einem Weg suchte, seinen deutschen Partnern die politische Wesensverwandtschaft seiner Ukrainer vorzuführen.<sup>244</sup> In gewissem Sinne erfolgreich. Über das Deutsche Rote Kreuz ließ das Auswärtige Amt Makarenko und Biberstein zu jedem Quartalsbeginn 1050,- RM zukommen.<sup>245</sup> 350,- RM im Monat waren nicht sehr viel, aber eben doch mehr als nichts.<sup>246</sup>

1937 erging Biberstein sich weiterhin in NS-kompatiblen Verleumdungen der übrigen früheren und jetzigen UNR-Politiker: Petljura sei ein »Judenverteidiger« gewesen, obwohl er von einem Juden ermordet worden sei, Vynnyčenko habe eine Jüdin geheiratet, Andrij Levyčyj sei ein Alkoholiker, der von Frankreich und Polen monatlich 200.000 Złoty erhalte. Die Her'man-Anhänger seien »durchweg sehr anständige Menschen«, hätten aber keine politische Zukunft, wohingegen Makarenko der »Führer aller ukrainischen Emigranten in der Tschechoslowakei« sei.<sup>247</sup> Erfolg hatte dies jedoch nicht.<sup>248</sup>

Biberstein ganz aus dem Blickpunkt zu verlieren, wäre jedoch verfrüht. Zwar nahm ihn im Auswärtigen Amt niemand ernst – Meyer-Heydenhagen meinte 1938, seine Darlegungen seien derart »minderwertig und die Schimpferei so unqualifizierbar«, daß seine Exposés einer Auswertung nicht würdig seien – aber die Gestapo Berlin benutzte Biberstein als Quelle für ihre Beurteilungen, wenn sie etwa den in Genf lebenden und auch aus Deutschland finanzierten Mychajlo Jeremijev (1888-1975) unter Berufung auf Biberstein zu den »deutschfeindlichen Agenten, die für französische Kreise arbeiten« zählte.<sup>249</sup>

Auch der Sohn des verstorbenen Reichsratsabgeordneten Vasyľko, Hamilkar Nikolaj, der mit dem Vermögen seines Vaters in Wien immer noch als »Privatier« wirken konnte (Pointengasse 15, Wien 17), wandte sich an die deutsche Botschaft, weil er zu der Überzeugung gekommen sei, daß in der Ukraine die »künftige Vorherrschaft derjenigen Weltmacht gebührt, welche den Bolschewismus offen und am erfolgreichsten bekämpft – also dem Deutschen Reich«. Er bot an, unentgeltlich gegen Spesen

<sup>244</sup> Biberstein-Exposé, 15. 5. 1936, PAAA, Politik Ukraine 5 Innere Politik, Bd. 1.

<sup>245</sup> LR Hencke an VLR Schmidt-Rolle, 11. 6. 1936, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>246</sup> Im Lichte dieser Zahlen wird deutlich, wie die sowjetische Historiographie arbeitete: Troščynskyj behauptete 1981, die »Faschisten« hätten die Verbindung mit Makarenko über den Sozialdemokraten Südekum (der sich tatsächlich 1928 für Makarenko eingesetzt hatte, Troščynskyj verlegte den Briefwechsel aber in das Jahr 1935) aufrechterhalten. Tatsächlich war es Meissner, der seine schützende Hand über die Makarenko-Verbindung hielt (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 84).

<sup>247</sup> Biberstein-Exposé, 2. 3. 1937, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1. Zu immer massiveren antisemitischen Verleumdungen vgl. etwa Biberstein-Exposé 10. 9. 1937, ebd.

<sup>248</sup> Das AA signalisierte Meissner, man habe an Makarenko und einem geplanten Informationsbüro, das Biberstein einrichten wollte, kein Interesse und werde auch keine Mittel bereitstellen (AA an Präsidialkanzlei, 9. 4. 1937, ebd.). Als Makarenko für Biberstein ein Dauervisum für Reisen zwischen Berlin und Prag beantragte, lehnte das AA dies mit der Begründung ab, diese Gruppe habe »keine politische Bedeutung mehr« (Makarenko an AA, 16. 10. 1937; Schliep an Ministerium des Innern, 9. 11. 1937, ebd.).

<sup>249</sup> Vermerk Meyer-Heydenhagen, 27. 7. 1938, ebd.; Gestapo Berlin an AA, 29. 7. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

ersatz den Deutschen Informationen zur Verfügung zu stellen, worauf diese jedoch nicht eingingen.<sup>250</sup>

Umgekehrt zog einer der OUN-Führer, Jevhen Ljachovyč, aus London nach Paris, um mit der dortigen Regierung zu kooperieren. Ljachovyč soll René Martel gegenüber erklärt haben, die OUN breche auf immer die Beziehungen zu Deutschland ab und sei nun an Kontakten zu Frankreich interessiert.<sup>251</sup> Man kann nur spekulieren, ob dies ernst gemeint war, ob Ljachovyč zu dieser Aussage legitimiert war oder ein Täuschungsmanöver vorlag, zunächst ist allein von Bedeutung, daß nun die Phantasien wieder angeregt wurden. Aus den USA berichteten die polnischen Diplomaten, die US-Filiale der OUN, die Organisation für die Staatliche Wiedergeburt der Ukraine, arbeite mit Sozialisten und Kommunisten zusammen und habe beschlossen, Ljachovyč zu einer antipolnischen Demonstration einzuladen.<sup>252</sup> Aber auch entgegengesetzte Nachrichten trafen in Polen ein: In Ottawa hatte demnach General Kapustjanskij erklärt, im Falle eines Krieges mit Deutschland würden sich die Ukrainer in der polnischen Armee gegen Polen wenden und die OUN in Canada wolle ihre Kräfte gegen die (dort relativ starken) Kommunisten konzentrieren.<sup>253</sup>

Kurz gesagt, fast alles war vorstellbar. Die Avancen der UNR gegenüber Deutschland waren ein Teil des Versuches, den Unsicherheitsfaktor, den Deutschland darstellte, zu reduzieren. Wunschdenken und Leichtgläubigkeit spielten dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle.

## 9. OUN UND UNR IN DEUTSCHLAND 1934-1938

Die Verbindung zwischen der OUN und deutschen Stellen war nicht völlig abgebrochen. Kamenečkyj schrieb zutreffend:

»Verschiedene Quellen weisen darauf hin, daß die Beziehungen zwischen der deutschen Armee und der OUN fortgesetzt wurden, obwohl man bemerken kann, daß sie eher diskreterer Art waren und mehr militärische Fragen entsprechend dem Grad betrafen, in dem die deutsche Armee ihren Einfluß auf den Verlauf der Politik des Dritten Reiches verlor.«<sup>254</sup>

<sup>250</sup> Vasyľko an Botschaftsrat von Stein, Wien, 2. 12. 1937, ebd.. – Zwar hatte man kein »ausgesprochen negatives Material« über ihn, stufte ihn jedoch als Angehörigen »ausgesprochen unzuverlässige[r] Kreise der ruthenischen Intelligenz« ein (Dienststelle des AA Wien an AA, 16. 7. 1938, ebd.).

<sup>251</sup> Sztab Główny, Abt. II, an Poln. Außenministerium, 15. 1. 1936, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 6-7.

<sup>252</sup> Polnisches Konsulat Pittsburgh an Poln. Botschaft Washington, 25. 2. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 221.

<sup>253</sup> Poln. Generalkonsulat Ottawa an Poln. Außenministerium, 15. 4. 1936, 17. 4. 1936, AAN, MSZ, WW 0, Bl. 59-61, 66-68.

<sup>254</sup> Ihor Kamenečkyj, »Ukraïnske pytannja v nimečkij zovnišnij polityci miž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Bojko, Jevhen Konovalėc, S. 851-882, hier S. 866. Ähnlich die Version Troščynskyjs, die jedoch auf eine amerikanische Quelle zweifelhafter Art zurückging: Danach soll der Abwehrchef Patzig seine Abteilungsleiter nach dem Abkommen von Ende 1933 zusammengerufen und ihnen erklärt haben: »Es versteht sich von selber, daß wir unsere Arbeit fortsetzen sollten« (Troščynskyj, Najmancy fašyzmu, S. 87).



Müßig festzustellen, daß sie ihn nicht verlor, sondern sich den politischen Maximen anpaßte. Bestätigt wird dies aber durch einen eher beiläufigen Passus, in dem Volodymyr Stachiv berichtete, daß sich Mitte November 1938 Leutnant Hryč »Čornyj« Barabaš, Leutnant Osyp »Svoboda« Karačevskyj und Fähnrich Lev »Kris« Kryško als Offiziere des Militärstabs der OUN in die Karpatho-Ukraine begeben hätten:

»[Sie] hatten Stabslehrgänge bei der deutschen Armee abgeschlossen und ihre Aufgabe bestand darin, sich aktiv an der Organisation militärischer Kader in Transkarpathien zu beteiligen.«<sup>255</sup>

Dazu gab es eine Parallele: Auch das italienische Militär pflegte OUN-Kontakte. Und wie in Deutschland gab es auch in Italien einen Rückschlag. Die OUN wurde mit dem Marseiller Attentat auf den jugoslawischen König vom 9. Oktober 1934 in einen Zusammenhang gebracht, was Italiens Faschisten bewog, einige Ukrainer wie die Führung der kroatischen Ustaša bis 1937 auf den Liparischen Inseln zu internieren, um nicht mit den Mordplänen in Verbindung gebracht zu werden.<sup>256</sup> Aber man zog sie nur aus dem sichtbaren Verkehr – die Verbindung blieb erhalten. Der polnische Militärische Nachrichtendienst stellte 1938 fest, AA, ApA und die Dienststelle Ribbentrop seien zwar bereit, mit Polen in bezug auf die Ukrainer zusammenzuarbeiten – »oder wenigstens die Interessen Polens in Rechnung zu stellen« – beim Militär sei aber die alte Übung, die Ukrainer »ausschließlich zu Diversionszwecken« gegen Polen zu nutzen, keineswegs vergessen.<sup>257</sup>

Ein Polizeiabkommen zwischen Deutschland und Polen, das Himmler schon 1934 erhofft hatte, war 1935 nach einem Besuch Görings in Warschau geschlossen worden. Es enthielt einen Passus, wonach die Zusammenarbeit gegen kommunistische Organisationen und die OUN gerichtet sei. Auch die Reichswehr zeigte sich offiziell Polen gegenüber »freundlich«, aber für Kamenečkyj war diese Zusammenarbeit »begrenzt«, und Marian Wojciechowski hielt sie zu Recht für »äußerlich.«<sup>258</sup>

Die am engsten mit der OUN kooperierende Abwehr blieb ganz bei ihrer positiven Einstellung. Ob es richtig ist, daß dienstliche Verbindungen nun zunehmend durch »persönliche Freundschaften« ersetzt wurden, sei dahingestellt.<sup>259</sup> Nicht plausibel ist die in der polnischen Literatur wiederholte Behauptung, daß ab 1934 die Verbindungen zwischen OUN und Abwehr »unlösbar« gemacht und formalisiert worden seien.<sup>260</sup> Sie blieben vielmehr entgegen den Vereinbarungen von 1933 bestehen. Im Mai

<sup>255</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti II«, Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 1-2, S. 6.

<sup>256</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 28-29.

<sup>257</sup> Stanisław Wroński (Red.), »Współdziałanie rządu polskiego z emigracyjnymi organizacjami antyradzieckimi w latach 1918-1938«, Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Bd. 3, Warszawa 1968, S. 262-288, hier S. 283.

<sup>258</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 247-249; Kamenečkyj, »Ukraińske pyttannja, S. 866.

<sup>259</sup> Vgl. Leszek Gondek, Działalność Abwehry na terenie Polski 1933-1939. Warszawa 1974, S. 236. – Gondek schreibt auf der Basis von Paul Leverkuehn (Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege. Frankfurt/Main 1957, S. 130) von »persönlichen Sympathien« zwischen Canaris und Konovalč, aber er bleibt die Belege schuldig. Leverkuehn bringt aber bei den ukrainischen Angaben vieles durcheinander und kann nicht als zuverlässig gelten.

<sup>260</sup> Gondek, Działalność, S. 237-238. Wiesław Szota hat in einem seiner ersten Aufsätze behauptet, über Danzig habe die Abwehr die OUN/UVO mit Waffen, Munition, Sprengmaterial etc. ausgestattet und 1935 die Verbindungen formalisiert (Wiesław Szota, »Zarys rozwoju Organizacji Ukraińskich

1936, also unter dem Eindruck der UNR-Kontakte, ließ die Wehrmacht dem AA einen Schriftsatz über die »ukrainische Bewegung« zukommen, in dem sie die Skoropadskyj-Anhänger rundweg als »zweifelhafte Emigranten« denunzierte. Gewarnt wurde vor dem unierten Geistlichen Aleksij Pelypenko, der angeblich vor den Polen geflüchtet und in Danzig und Wernigerode mit deutschen Papieren ausgestattet worden war, in Wirklichkeit jedoch ein polonophiler Provokateur sei. Er hetze in polnischem Auftrag gegen Jary und sei von den Het'man-Leuten bestochen worden; schon deshalb sei den von ihm verbreiteten Verleumdungen Jarys nicht zu glauben. Daß die Abwehr als Beleg Jarys Warnung vor Pelypenko anführte, belegt außer der Naivität des Zirkelschlusses den Fortbestand der Verbindungen. Auch daß die Abwehr wußte, daß Frau Jary unpolitisch sei und gern in Deutschland lebe, paßte dazu. Die Angriffe der Skoropadskyj-Partei und der »polenfreundlichen Elemente« (UNR) auf Jary hingen danach nur mit dem Neid auf seine großzügige Versorgung durch die Deutschen zusammen, die jedoch im selben Satz abgestritten wurde: Jary habe jede »persönliche Bezahlung für seine Dienste« abgelehnt (vielleicht dann aber eine »unpersönliche« für die Organisation nicht?). Die UVO arbeite weiterhin mit litauischen Militanten zusammen, »die auch mit Deutschland in gutem Kontakt standen«. Die ukrainischen Nationalisten leisteten der Abwehr »wertvolle Dienste«, und daß sie 10.000 Mark monatlich erhielten, sei »unwahr« (vielleicht aber einen anderen Betrag?).<sup>261</sup> Dumin wurde (nicht zu Unrecht) als Doppelagent bezeichnet, der sowohl Deutschland als auch die Sowjets 1926 mit Material versorgt habe.<sup>262</sup>

Die Einfügungen in Klammern erscheinen uns deswegen nötig, weil die Abwehrstellen – wie Geheimdienste im allgemeinen – durchaus sprachlich geschickt operieren mochten und die verwandten Wendungen eben eine Interpretation »gegen den Strich« nahelegen. Die OUN/UVO-Leute waren gute Informanten, und es ist anzunehmen, daß man sie nicht einfach fallenlassen wollte. Schon mehrfach haben wir konstatieren können, wie man über Pausen hinweg seine Beziehungen zu pflegen suchte.

Der Sowjetagent und spätere Konovaléc-Mörder Sudoplatov beschrieb in seinen Erinnerungen, wie er im Juni 1935 mit einem falschen litauischen Pass nach Berlin gekommen sei, wo er sich als Nationalist ausgab und von Konovaléc »in an apartment of the Central Museum of Ethnography provided for him by German intelligence«

---

Nacjonalistów i Ukraińskiej Powstańczej Armii«, *Wojskowy Przegląd Historyczny* 1963, H. 1, S. 163-218). Häufig wurde allerdings die Situation von 1938/39 (s. unten) mit derjenigen von 1935 gleichgesetzt. Gondek widersprach sich selber, indem er ganz richtig die Beziehungen zwischen Deutschen und Ukrainern in ein reziprokes Verhältnis zum Stand der deutsch-polnischen Beziehungen setzte. Allerdings versuchten andererseits polnische Autoren auch immer, das deutsch-polnische Einvernehmen der 1930er Jahre zu minimieren.

<sup>261</sup> Troščynskyj behauptete in sowjetischer Zeit, die OUN habe mit der Abwehr nach 1933 ein neues Abkommen (ein »Gentlemen's Agreement«) geschlossen, wonach sie regelmäßig 7000 RM monatlich sowie zusätzliche Beträge »für besondere umstürzlerische Zwecke« (na special'ni pidryvni cili) erhalten sollte (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 84).

<sup>262</sup> Oberbefehlshaber der Wehrmacht (OdW) an Vertreter des AA beim OdW, 15. 5. 1936, PAAA, *Politik Ukraine 5 Innere Politik*, Bd. 1. – Auch Pelypenko war für die Deutschen keine reine Freude. 1937 meldete er sich im deutschen Generalkonsulat in Danzig und verlangte seinen polnischen Paß zurück, den er 1933 gegen eine deutsche Identität getauscht hatte. Als die Konsularbeamten zögerten, versuchte er sie zu erpressen, er werde den Polen »Namen nennen«, wenn man seiner Bitte nicht nachkäme (Deutsches Generalkonsulat Danzig an AA, 30. 6. 1937; Schliep an Dt. Gesandtschaft Prag, 10. 7. 1937, ebd.).

befragt worden sei. Im September 1935 sei er auf die Parteischule der NSDAP nach Leipzig zu einem dreimonatigen Lehrgang gekommen, »where I met the elite of the Ukrainian Nationalist Organization«. <sup>263</sup>

Im AA besuchte Riko Jary im Juni 1936 den Referenten der Ostabteilung Meyer-Heydenhagen. Jary kam formal als Vertreter des Ukrainischen Pressedienstes, aber das Gespräch drehte sich ausschließlich um die OUN. Jary erklärte, die OUN habe ihre Berliner Stelle aufgelöst – schon seine Anwesenheit war ein Beleg dafür, daß dies nicht zutraf. Die neue Politik der OUN beschrieb er als antibolschewistisch und antisemitisch (!), die Handlungen gegen Rumänien (von Polen war nicht die Rede) habe man eingestellt. Gegenüber der drohenden »Bolschewisierung« der Ukrainer in Bessarabien, der Bukowina und der Karpatho-Ukraine hätten Deutschland und die OUN das gleiche Interesse – da aber die Deutschen die Beziehungen zur OUN »brüsk abgebrochen« hätten, sei bei den Ukrainern in Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien eine deutschfeindliche Einstellung gezeugt worden, die nur der Sowjetunion zugute komme. Die OUN sei weiter zur Abwehr der »Bolschewisierung« bereit, habe aber keine Geldmittel und könne daher den Kampf gegen die UdSSR ohne deutsche Unterstützung nicht durchhalten. <sup>264</sup>

Dies war ein Versuch, die früheren Verbindungen wiederzubeleben. Jary gab sich zwar »enttäuscht« über den Bruch, aber im gleichen Zug bot er an, die Kooperation zu beider Seiten Vorteil wiederaufzunehmen. Die Argumentationsstruktur – Kritik an den Deutschen, Anpassung, Angebot der neuen Zusammenarbeit, Betonung des beiderseitigen Vorteils – entsprach der bereits bekannten rhetorischen Figur. Die Kritik hatte zum Ziel, die Kooperation zu erneuern. Dabei gab 1936 eindeutig die OUN nach, indem sie sich auf solche politische Themen beschränkte, von denen sie annahm, sie böten die Basis eines Einverständnisses. Und naiv wäre es anzunehmen, in der OUN habe Jary damals eine Sonderpolitik führen können. Sein Besuch im AA ist ein Beleg dafür, daß die OUN 1936 die Verbindung zu den Deutschen suchte.

Dies wurde von der Mel'nyk-Fraktion der OUN später auch zugegeben. Andrijevskyj schrieb 1954, der PUN habe 1937 »Bemühungen bei den großen Mächten [unternommen], die die größte Entschlossenheit gegenüber den Sowjets an den Tag gelegt hatten – und das waren die Achsenmächte, – um einen entsprechenden Platz im künftigen Ringen zu erhalten und der ukrainischen Sache eine gewisse Rolle zu sichern.« Jary war inzwischen für die OUN-M zur Unperson geworden und wurde daher nicht erwähnt. Von Hitler selber habe man sich nicht viel erwartet, wohl aber »war bekannt, daß Rosenberg auf die Unabhängigkeit der Ukraine setzte«. Die Nationalisten hätten es für ihre Pflicht gehalten, nicht abwartend im Abseits zu stehen. <sup>265</sup>

<sup>263</sup> Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 14. – Darunter waren nicht nur Anhänger der OUN, sondern etwa Kostariv, der aus der OUN ausgeschlossen worden war. Auch wenn den Angaben des Agenten nicht unbedingt zu trauen ist, stände dies im Widerspruch zu Stachivs Behauptung, Konovaleč habe zwischen 1934 und 1937 Deutschland nicht besucht (Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoi polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 40).

<sup>264</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 19. 6. 1936, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>265</sup> Dmytro Andrijevskyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskykh Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 155. – Sudoplatov schrieb in seinen Erinnerungen, Konovaleč habe ihm gesagt, die OUN habe den Deutschen wider besseres Wissen berichtet, Kom-

Sudoplatov schrieb, daß Konovaléc meinte, nur seine militärische Organisation könne die Befreiung der Ukraine erreichen. Die UNR-Vertreter waren für ihn »Kaffeehauspolitiker«, nur auf den toten Petljura habe er nichts kommen lassen.<sup>266</sup> Jedenfalls wollten UNR und OUN mit Deutschland gegen die Sowjetunion ziehen. Nicht ohne Erfolg. Meyer-Heydenhagen war nach Jarys Besuch milde gestimmt. Er bescheinigte der OUN, in Nord- und Südamerika, Polen, Rumänien und der Sowjetukraine Anhänger zu haben, und schloß hieraus, daß sie im Gegensatz zur Skoropadskyj-Bewegung von Bedeutung sei. Jary nahm er wie erwartet in Schutz: Dieser sei »seit Jahren Objekt von Denunziationen«, und der Diplomat riet den deutschen Stellen, sie sollten diese intern ukrainischen »Verleumdungen niedriger hängen«. Die Het'man-Anhänger kamen mäßig gut dabei weg: Skoropadskyj selber sei immerhin eine »lautere und von besten Absichten beseelte Persönlichkeit«, Mirčuk »zwar« ein eifriger Katholik und Freund der Tschechoslowakei, jedoch kein Abenteurer, Skoropys »höchst intrigant«, aber ein »nationaler Idealist«. Der unier- te Geistliche Verhun hingegen schien wegen der Verquickung kirchlicher und nationaler Interessen »recht verdächtig«, Korostovec jedoch wurde gelobt: Er sei antipolnisch eingestellt, »bei Skoropadski zum Ukrainer geworden« und »sehr intelligent«. Nach einer Londoner Skandalaffäre sei er zwar in England gescheitert, danach habe er jedoch die Neigung entwickelt, »in deutschem Interesse tätig zu werden«. Anders als die OUN sei die Het'man-Gruppe aber ohne politische Wirkung.<sup>267</sup>

Meyer-Heydenhagen ließ sich von den Auseinandersetzungen innerhalb des Ukrainertums nicht verschrecken. In einem Kommentar schrieb er, man müsse bedenken, daß Zersplitterung der Emigranten ein »übles Denunziantentum« erzeuge und die Gegner einander nicht selten »aus persönlichen Gründen« feindselig gegenüber ständen.<sup>268</sup> Damit war ein Grund gefunden, die Rivalitäten der Emigranten als sekundär zu betrachten. Bei allem Streben, die Zahl der Gruppen zu reduzieren, war man auch bereit, zur Tagesordnung überzugehen.

Nicht einfach einzuordnen ist der Versuch Vasyl Kosarenko-Kosarevyčs, sich bei Meissner ins Gedächtnis zu rufen. Das Mitglied der Brester Delegation der UNR war chargé d'affaires der Gesandtschaft in Berlin gewesen, hatte für den deutschen Generalstab gearbeitet, das OUN-Büro in Genf geleitet und war 1932 in Prag zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe wegen Spionage zugunsten der Sowjetunion verurteilt worden. Die Denkschrift, die er im deutschen Präsidialbüro vorlegte, war insofern interessant, als sie mit NS-Vokabular hantierte.

mandeure der Roten Armee in der Ukraine sympathisierten mit den ukrainischen Nationalisten. Der Zweck sei gewesen »to impress the Germans and extract more money from them«. Obwohl dies durchaus möglich wäre, fehlt eine Bestätigung dieses Sachverhalts. Sollte es so gewesen sein, könnte man darin einen OUN-Beitrag zur Ermordung der sowjetischen Militärführung, vielleicht gar einen Grund für Stalin sehen, die Illoyalität seiner Kommandeure anzunehmen (Vgl. Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 21-22).

<sup>266</sup> Ebd., S. 20.

<sup>267</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 26. 7. 1936, PAAA, Politik Ukraine 5, Innere Politik, Bd. 1.

<sup>268</sup> Vermerk Meyer-Heydenhagen, DATUM PRÜFEN, PAAA, Politik Rußland 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1, Bl. 895-897. – Durch die ihm zugeleiteten Biberstein-Exposés und persönliche Gespräche konnte M-H einen Eindruck aus erster Hand von diesem Zustand erwerben. Wenigstens in dieser Hinsicht haben die Biberstein-Berichte sicherlich gewirkt.

Kosarenkos Schriftsatz setzte den Unterschied zwischen Ukrainern und Russen, die er als Tataren bezeichnete, absolut. Skoropadskyj habe die ukrainischen wie die deutschen Interessen zugunsten der zarischen verraten und damit die Ukrainer in den Bolschewismus getrieben. Dort herrsche nun ein »asiatisch-moskowitischer Despotismus, mit jüdischer Raffinerie (!) verstärkt.« Daher lenke das nationalsozialistische Deutschland das »ukrainische nach Erlösung suchende Auge auf sich«. Die deutsch-polnische Annäherung sei dabei nur eine deutsche »Sichttrübung«. Deutschland müsse erkennen, daß außer dem ukrainischen kein »anderes Volk so von den Grundsätzen durchdrungen [sei], die der nationalsozialistischen Idee zugrunde« lägen. »Der Jude« sei dabei ein »Wesen auf der Stufe eines auszurottenden Schweinehundtieres«, für dessen Bekämpfung die deutschen Rassegesetze »viel zu milde« seien. Die Ukrainer seien jedoch von der »Verseuchung mit jüdischem Blut frei«. Sie seien eigentlich unbewußt schon Nationalsozialisten. Man brauche in der Ukraine daher keine nationalsozialistische Partei, sondern könne einfach »alle Ukrainer unter dem Banner der nationalsozialistischen Idee versammeln«, wodurch wie in Deutschland Partei und Volk eins würden.<sup>269</sup>

Kosarenkos Denkschrift geht in ihrem Antisemitismus weiter als die zeitgenössischen nationalsozialistischen Sprachregelungen und als die »offiziellen« Schriftsätze der ukrainischen Gruppierungen. Ihr Verfasser wußte das wohl. Sie war das Produkt eines der OUN nahestehenden Außenseiters. Antikommunismus und Antisemitismus traten gegenüber Deutschland in den Vordergrund, die polnische Frage wurde in einen taktischen Bereich abgedrängt. Die Identifizierung der Ukrainer als eigentliche »Nationalsozialisten« dachte die vagen Zukunftsvisionen der OUN weiter. Und ob Meissner angeschrieben wurde, weil er Kosarenko noch aus Kiew 1918 kannte oder weil er nun Hitlers Staatssekretär war, wird sich nicht ergründen lassen – beide Faktoren mögen gewirkt haben.<sup>270</sup>

Meyer-Heydenhagen beachtete die Argumente wenig, da inzwischen wieder alle Auslandsukrainer um die Gunst der Deutschen buhlten. Für die Polen waren dagegen die unterschiedlichen Ukrainergruppen in Verbündete und Feinde aufgeteilt. Die polnischen Geheimdienstler observierten nach dem Schlag gegen die OUN in Polen deren Reorganisationsversuche. Weiterhin galten die Skoropadskyj-Leute als Helfer Deutschlands und nun kam auch noch der Verdacht hinzu, die Front für Nationale Einheit Dmytro Paliwskyj habe sich mit den Het'man-Anhängern zusammengetan und würde vielleicht auch schon aus Deutschland unterhalten.<sup>271</sup> Die Reisetätigkeit der OUN-Leute verwirrte die Polen. Wien war für Konovaléc, der in der Schweiz Schwierigkeiten bekommen<sup>272</sup> und ja in Österreich seine Karriere begonnen hatte, ein häufiges Ziel.

<sup>269</sup> Vasył Kosarenko-Kosarevyč, »Eine kurze Betrachtung über die Rück- und Ausblicke der gemeinsamen oder parallelen deutsch-ukrainischen Belange«, Beilage zu VKK an Meissner, 30. 10. 1936, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>270</sup> Anfang 1939 erwog die Gestapo in einem Schreiben an das AA, den »sehr ungünstig beurteilten« Emigranten Kosarenko auszuweisen, der in seinen Eingaben ukrainische und deutsche Stellen nur beschimpfe. Da er im August noch in Deutschland war, kam die Ausweisung offensichtlich nicht zustande (Gestapo an AA, 23. 2. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3).

<sup>271</sup> MSW, Wydział Bezpieczeństwa, Referat Ukraiński, »Komunikat Informacyjny 19; 3.-13.6.1936«, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 259-279.

<sup>272</sup> Poln. Gesandtschaft Bern an Poln. Außenministerium, 10. 6. 1936, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 105. – Bereits unmittelbar nach seinem Umzug nach Genf bemühte sich Polen, die Schweiz zur Auswei-

Offiziell lag das Zentrum des PUN aber in Rom. Die Polen beobachteten, daß Senyk zwischen Wien und Berlin hin und her fuhr. Nach Ansicht der Polen bestärkten die Deutschen die OUN-Führer in der Erwartung, daß der deutsch-polnische Pakt nicht von Dauer sein werde.<sup>273</sup>

Viel Phantasie war dafür eigentlich nicht nötig. Das deutsch-polnische Verhältnis war von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Die deutschen Ansprüche gegenüber Polen waren nicht befriedigt worden. Und die Ukrainer hatten inzwischen die Erfahrung gemacht, daß die deutsche Politik nicht stabil war. Was vielleicht besser den Gedanken befördert hätte, die Zusammenarbeit mit solch einem unverlässlichen Partner nicht zu suchen, hatte eine andere Folge: Die OUN-Führer kamen zu dem Schluß, daß außer Litauen<sup>274</sup> weiterhin nur Deutschland aufgrund seiner Interessenlage mittelfristig als Partner der ukrainischen Nationalisten in Frage käme. Die schwankende Politik wurde nicht als schädlich, sondern im Gegenteil als vielversprechend gedeutet. Wie auf Regen stets Sonnenschein folgte, meinte man nur abwarten zu brauchen, bis der Zeitablauf wieder die deutsch-ukrainische Schiene in den Vordergrund rücken würde. Diese Einschätzung bestätigte sich. Dadurch wurde ein habituelles Verfahren geprägt, nach Enttäuschungen immer wieder die Erneuerung der Kooperation mit den Deutschen zu erwarten und sie dann auch – als wäre nichts geschehen – fortzusetzen.

Das Jahr 1936 war ein Jahr des Abwartens, vorläufig geschah nichts Wesentliches. Deutsche Äußerungen zur Ukraine waren selten. Eine davon stammte von Hitler persönlich: Am 12. September 1936 sprach er auf der Jahrestagung der Deutschen Arbeitsfront im Rahmen des Nürnberger Reichsparteitags über die Bodenschätze der Sowjetunion. Er träumte davon, daß der Ural, Sibirien und die Ukraine (»mit ihren

---

sung Konovaléc's zu bewegen. Erfolg hatte dieses Unternehmen, als sich ihm auch die UdSSR anschloß und sich in Genf die linke Kantonsregierung von Léon Nicole diesem Anliegen anschloß. Einen mit der »surpopulation étrangère« und angeblichen Beschwerden motivierten Ausweisungsbefehl vom 15. 1. 1935 konnte Konovaléc aufheben lassen. Die Genfer Kantonsregierung entzog dennoch Konovaléc 1936 das Wohnrecht, in anderen Orten der Schweiz durfte er sich zunächst jedoch noch aufhalten. Schließlich einigte sich das Berner Justiz- und Polizeidepartement mit Konovaléc, die Ausweisung zurückzunehmen, wenn er »freiwillig« die Schweiz verlasse. Einsprüche dagegen wurden nicht mehr akzeptiert (vgl. Bačyna-Bačynskyj, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 710, 733-736; Jakiv Makovečkyj, »Jevhen Konovaléc u Švajcariï«, in: Bojko, Jevhen Konovaléc, S. 755-784, hier S. 758, 772-777; Mykola Livyčkyj, D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzyli miž 1920 i 1940 rokamy. München/Philadelphia 1984, S. 59). Der Wiener Polizeipräsident nahm 1936 in seiner Stadt jedoch keine OUN-Aktivitäten wahr. Die sozialistischen Vereine seien nach 1934 aufgelöst worden und die Hromada würde überwacht, berichtete er auf eine polnische Anfrage (Poln. Gesandtschaft Wien an Poln. Außenministerium, darin Vermerk Polizeipräsident Wien, 14. 8. 1936, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 212-215).

<sup>273</sup> Poln. Innenministerium, Wydział Bezpieczeństwa, Referat Ukraiński, »Komunikat Informacyjny 18; 25.5.-2.6.1936«. AAN, MSZ WW 5295, Bl. 88-98; – desgl. »Komunikat Informacyjny 19; 3.-13.6.1936«, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 259-279. – Aber auch die UNR-Politiker drängten nach Wien. Im August beschloß der UNR-Ministerrat, die Pariser Zentrale in die Schweiz und die Redaktion des *Tryzub* nach Wien zu verlegen, »wo der Verlag günstigere Bedingungen antreffen« würde. Letztlich wurde daraus jedoch nichts (Ministerrat der UNR, Protokoll der Session, 26.-27.8.1936, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 40-42, hier Bl. 40).

<sup>274</sup> Selbst in Italien hatten es die ukrainischen Nationalisten schwer. Der Polnische Botschafter in Rom berichtete, Jevhen Onačkyj könne keine größeren Aktionen unternehmen, weil alles was gegen das katholische Polen gerichtet sei, in Italien auf Widerstand stoße. Onačkyj stehe mit den litauischen Diplomaten im Kontakt und nutze deren Diplomatenpost (Poln. Botschaft Rom an MSZ, P3, 16. 5. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 237).

unermeßlichen Getreideflächen«) in Deutschland lägen – dann würde man in Reichtümern schwelgen. Auch wenn dies im Kontext der Lebensraumpläne von Aneignungsabsichten zeugte, war die ukrainische Reaktion verhalten. Dies war kein Wunder – seit dem Ersten Weltkrieg hatten ukrainische Lobbyisten die Deutschen ja an der Ukraine zu interessieren versucht.<sup>275</sup>

Ein weiterer Versuch, das UWI zu reorganisieren, verlief im Sande. Regierungsrat Dr. Herbert Scurla (1905-1981) vom 1934 umbenannten Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (WEV) wollte am 24. Juni 1936 mit vereinten Kräften (WEV, Universität, ApA) die Institution in den Griff bekommen. Die diesbezüglichen Schritte sind bei Kumke dargestellt.<sup>276</sup> Ergänzt werden soll dies nur durch die »Außenbezüge«: Die vorgeschlagene Eingliederung des UWI in die Auslandshochschule scheiterte, was Kumke auch vermerkt, an der Rücksichtnahme auf Polen. Man wollte den Polen keine Ukrainische Sektion zumuten, bevor nicht ein Polnisches Institut Bestandteil der neuen politisierten Einrichtung war. Weder zu dem einen noch zu dem anderen kam es jemals. Scurla mochte das UWI nicht: Er nannte es sein »unangenehmstes Sachgebiet«. Es handle sich um eine Versorgungsstelle für ukrainische Emigranten, deren Bezahlung jedoch so niedrig sei, daß von ihnen ernsthafte wissenschaftliche Arbeit nicht erwartet werden könne.<sup>277</sup> Sowohl Scurla als auch Dürksen (ApA) waren gegen Skoropadskyj. Für das WEV war das nicht neu, daß aber auch Dürksen Bedenken gegen das »Hetman-Dominium« zur Sprache brachte, war weniger selbstverständlich. Dürksen führte ausdrücklich an, daß die Leistungen des Berliner UWI im Vergleich zum Warschauer minimal seien – was eine Frucht des Nečaj-Besuchs gewesen sein konnte.<sup>278</sup>

Im UWI fanden Kontrollen wegen einer het'manfreundlichen Politisierung wie bei Kumke dargestellt statt, hatten aber keine Folgen. Hervorzuheben ist die Überprüfung des Studentenheims. Drescher (nicht Duscher, wie bei Kumke) fertigte als Vertreter der in das Studentenheim »versetzten« SA-Studenten eine Aktennotiz an, es gebe im Heim keine Het'man-Propaganda und nur wenige Het'man-Anhänger. Die meisten Studierenden ständen den Nationalisten nahe, verdammten jedoch deren »Gewaltmethoden«. Zur Mecklenburgischen Straße, dem Büro von Riko Jary, beständen keine Beziehungen.<sup>279</sup>

War dies nun wahr, geschickt oder naiv? Letztlich ist es gleichgültig, weil es auf den Umgang mit diesen Informationen ankommt. Da nichts verändert wurde, waren offenbar alle beteiligten Stellen mit dem aktuellen Zustand zufrieden. OUN-orientierter Nationalismus ohne formale Bindung an die Organisation und unter förmlicher Los-

<sup>275</sup> Vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen. Bd. 2, Leonberg 1988, S. 642. – Wenn Torzecki feststellte, daß die OUN darüber zu Tagesordnung übergegangen sei, dann ist dies sowohl richtig als auch im Kontext nicht unverständlich (Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 151-152).

<sup>276</sup> Kumke, »Institut«, S. 244-247.

<sup>277</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 244-247; Aktennotiz Dürksen 26.6.1936, NAW, T-81, Rolle 11. – In der Besprechung wurde festgehalten, daß das AA bis 1934 64.000 RM jährlich für das UWI gezahlt habe, bevor es sich aus Rücksicht auf Polen zurückgezogen hätte. Die laufenden Leistungen beliefen sich danach auf 10.000 RM vom AA für ukrainische Stipendiaten, die jedoch nun von der Humboldt-Stiftung ausbezahlt wurden, und etwa 20.000 RM jährlich vom WEV-Ministerium.

<sup>278</sup> Aktennotiz Dürksen, 1. 2. 1936, Aktennotiz Dürksen 26.6.1936, NAW, T-81, Rolle 11.

<sup>279</sup> Aktennotiz Drescher, BAK, NS 43, Bd. 43, S. 213-214.

sagung von den »Gewaltmethoden« wurde akzeptiert. Und der Hinweis auf die »Mecklenburgische Straße« belegte, daß alle Beteiligten sehr genau wußten, was sich hinter dieser Adresse verbarg.<sup>280</sup>

Das Militär ließ weiterhin seine Parteinahme erkennen. In einem vom Reichskriegsministerium herausgegebenen Buch wurde polemisiert, Skoropadskyj habe 1918 »lediglich mit Hilfe der deutschen Bajonette« regiert. Man habe ihm wegen seiner großrussischen Bestrebungen mißtraut, seine Armee aus vielen Offizieren und nur wenigen Soldaten bestanden. Sie sei zudem unzuverlässig gewesen und »vielfach« zu den Aufständischen übergelaufen. Das UNR-Direktorium, »dessen maßgebende Persönlichkeiten nicht ohne weiteres deutschfeindlich waren«, wurde dagegen sehr pfleglich traktiert – mit dessen Verteidiger Konowalec arbeitete das Militär schließlich zusammen.<sup>281</sup>

Um das verwirrende Tableau zu vervollständigen, machten im Sommer 1936 Gerüchte die Runde, die von einer Vereinigung der OUN- mit den UNR-Ukrainern handelten. Angeblich trafen sich Ende August 1936 in Wien anlässlich einer Regierungssitzung der UNR deren Mitglieder mit Konowalec, Makohin und Senyk. Es war durchaus im Sinne der OUN, eine einheitliche antikommunistische und antijüdische Front zu bilden.<sup>282</sup> Die UNR war gegen die Sowjets und zunehmend auch gegen die Entente eingestellt. Das Österreich der Vaterländischen Front – antisozialistisch, antisemitisch – mochte da ein geeigneterer Standort sein als das mit der UdSSR liierte Frankreich der Volksfront.

Zwar stritt Mirčuk kategorisch ab, daß OUN und UNR sich einander angepaßt hätten,<sup>283</sup> aber ein Bericht des polnischen Innenministeriums vermerkte ein Anwachsen antijüdischer Handlungen und daß nunmehr nicht nur die Jugend, »sondern auch die ältere Gesellschaft sich gegenüber dieser Aktion freundlich« verhalte. Die antijüdischen Aktionen ständen mit der OUN in Zusammenhang – sie fänden dort statt, wo auch die OUN ihre Stützpunkte besitze.<sup>284</sup> Die Konzentration auf die antisowjetische und (als Funktion dessen) antijüdische Haltung war mit den Grundsätzen der Nationalisten ebenso vereinbar wie mit denen der UNR. Und man sollte eines nicht vergessen: Alle rechneten in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre mit Veränderungen. Deutschland hatte die Wehrpflicht eingeführt und eine Neuauflage des Spiels »Mittelmächte gegen Rußland/Frankreich« beflügelte Phantasien. Da konnten OUN und UNR schon argumentativ zusammenfinden.

Andererseits war die deutsche Hinwendung zur UNR nicht eindeutig. Als Roman Smal'-Stočkyj am 15. April 1937 nach Berlin kam, um mit NSDAP-Stellen Kontakte

<sup>280</sup> Das Haus Mecklenburgische Straße 73 hatte ursprünglich dem vermögenden *Dilo*-Redakteur und UNDO-Gründer Dmytro Levyčkyj gehört, der es 1933 seinem Freund Konowalec zu Teilen überließ. Jedenfalls liefen in dem hier etablierten Büro Jarys und in den Pressediensten alle politischen Fäden der OUN zusammen (Vgl. Stachiv, *Kriz' tjury*, S. 78; Jevhen Stachiv, »Rozpovid' z vlasnoho dosvidu«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraińci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 36-41, hier S. 36).

<sup>281</sup> Die Rückführung des Ostheeres. Berlin 1936, S. 8, 44, 165.

<sup>282</sup> Poln. Innenministerium, Referat Ukraiński, »Komunikat Informacyjny 28; 13.9.-3.10.1936«, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 315-323.

<sup>283</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 507-508.

<sup>284</sup> Poln. Innenministerium, Referat Ukraiński, »Komunikat Informacyjny 28; 13.9.-3.10.1936«, AAN, MSZ, WW 5295, Bl. 315-323, Zitat Bl. 322-323. Vgl. dazu auch den Hinweis auf einen Pogrom der OUN gegen polnische und jüdische Händler in Sokal am 12. 7. 1937 (Sowa, *Stosunki*, S. 69).



aufzunehmen, verweigerten sich ihm trotz der Unterstützung durch den polnischen Botschafter sowohl Joachim von Ribbentrop (1893-1946) als auch Hermann von Raumer in der neuen Dienststelle Ribbentrop. Ob Smal'-Stočkyj es im Außenpolitischen Amt versucht hat, ist nicht überliefert.<sup>285</sup> Da er aber im Propagandaministerium empfangen wurde, ist dies eher unwahrscheinlich, weil man sich dort in einer Fehde mit dem ApA befand.

Neben persönlichen Vorwürfen, derentwegen Leibbrandt Anfang 1937 zeitweise beurlaubt war, spielte bei dieser Rivalität eine Rolle, daß die »Antikomintern«, als Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen konzipiert, nicht beim ApA, sondern beim Propagandaministerium angebinden wurde.<sup>286</sup> Für Smal'-Stočkyj mit seiner »Prometheus«-Bewegung war die »Antikomintern« ein Wunschpartner – und dies mochte man auch im Propagandaministerium so sehen. Smal'-Stočkyj berichtete Lipski, er sei dort mit »früheren hiesigen Bekannten« zusammengelommen. Er empfahl dem polnischen Botschafter, über ihn Kontakte zu suchen, da die deutsche Seite zufrieden sei, mit einem Ukrainer zusammenzukommen, der die polnisch-deutschen Beziehungen nicht gefährde.<sup>287</sup> Smal'-Stočkyj argumentierte ziemlich durchsichtig: Alleiniger Grund seiner Aussagen war natürlich der Versuch, wieder ins politische Geschäft zu kommen.

Das AA blieb dagegen vorsichtig. Hier hieß es, die Prometheus-Bewegung sei »menschenfeindlich«, was so sicherlich nicht zutrif, jedenfalls sei sie aber dem Nationalsozialismus nicht freundlich zugetan, ihre Verbindungen suche sie nur »aus taktischen Erwägungen«.<sup>288</sup> Ob UNR-Vertreter der NS-Position nähergekommen waren oder nur Taktik im Spiel war, ist hier unerheblich. Jedenfalls wünschte das AA keine UNR-Kontakte, die ApA und Propagandaministerium inzwischen hatten.

Die Parteistellen waren dazu eher bereit: Als Drabatyj (U.N.O.), Sevrjuk sowie Mykola Porš, die beiden letzteren hatten eine prosovjetsche Vergangenheit, einen Organisationsausschuß bildeten, um eine ukrainische orthodoxe Kirchengemeinde in Berlin zu gründen, fragte die Gestapo deswegen im ApA an und äußerte »größte Bedenken«, weil sie eine Basis für pro-polnische politische Tendenzen vermutete. Leibbrandt hielt dagegen, er habe nicht nur keine Bedenken, sondern begrüße es, daß auch die orthodoxen Ukrainer eine angemessene kirchliche Organisation besäßen.<sup>289</sup> Zuvor hatte der Pariser Geistliche der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, Ilarion Bryndzan (1888-1946), der, wie das polnische Außenministerium vermerkte,

<sup>285</sup> Poln. Botschafter Lipski an Poln. Außenministerium, 29. 4. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 197-199.

<sup>286</sup> Vgl. Seppo Kuusisto, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-1939. Helsinki 1984, S. 146-150.

<sup>287</sup> Poln. Botschafter Lipski an Poln. Außenministerium, 29. 4. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 197-199.

<sup>288</sup> Schliep an Deutsches Generalkonsulat Genf, 10. 8. 1937, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1. – Diese Aussage ist im Lichte der Gerüchte zu sehen, die Anfang 1937 umliefen. Im Blatt des U.N.O. hatte es geheiß, Smal'-Stočkyj habe auf einer Prometheus-Sitzung erklärt, Deutschland würde von den Prometheus-Nationen nicht als Verbündeter aufgefaßt. Ob der Bericht zutrif, blieb unklar. Smal'-Stočkyj konnte dies durchaus zur Tarnung geäußert haben. Vielleicht hat er damit jedoch seinen Berliner Auftritt verpatzt (»Chto ž naši so-juznyky?«, *Ukraińskij Vistnyk* 1 (1937), H.3-4 (Mai 1937), S.9).

<sup>289</sup> Gestapo Berlin an Leibbrandt, 3. 6. 1937; Leibbrandt an Gestapo Berlin, 18. 6. 1937, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 240-244.

»seine Dienstpflichten in Verständigung mit den entsprechenden polnischen Faktoren« erfüllte, im Mai in Berlin einen Petljura-Gottesdienst abgehalten. Dagegen müssen Skoropadskýj, Jary, aber auch die russisch-orthodoxe Kirche in Berlin, so massiv protestiert haben, daß man Bryndzan im Oktober ein Aufenthaltsvisum verweigerte und nur ein Transitvisum nach Polen ausstellte.<sup>290</sup>

Nun kam es zum Konflikt. Zwar betonte die Gestapo auf einer im AA zusammengerufenen Sitzung, sie habe keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine ukrainisch-orthodoxe Kirchengemeinde, wohl aber gegen die Art und Weise ihrer Organisation. Ein neuer Antrag war inzwischen von Hnat Zelenivskýj (1875-1949) gestellt worden. Nun fürchtete die Gestapo, Zelenivskýj werde von der UNR manipuliert und vom Het'man (von dem er sich längst getrennt hatte) abgelehnt. Leibbrandt setzte sich dagegen für Zelenivskýj ein, und während der Gestapo-Vertreter grundsätzlich den UNR-Einfluß von der deutschen Politik fernhalten wollte, kritisierte Leibbrandt, daß der Het'man zu sehr bevorzugt würde und forderte, man möge auch die UNR-Richtung »heranziehen«.<sup>291</sup> Zelenivskýj, der sich zuvor erfolglos an das AA gewandt hatte, stellte seinen Antrag dann noch einmal über Leibbrandt.<sup>292</sup>

Aber auch das AA pflegte eine UNR-Schiene. Das Deutsche Konsulat in Genf berichtete über die Kontakte zu OFINOR, der UNR-Agentur unter der Leitung von Jeremiiw, die sich »sehr gut entwickelt« hätten. Man erhalte von dort Denkschriften über die russische und ukrainische Emigration, die das AA an die Gestapo weiterleite.<sup>293</sup> Als der deutsche Generalkonsul in Genf vorschlug, Jeremiiw deutscherseits zu fördern, erhielt er aus Berlin die Antwort, dies erübrige sich, »da Herr Jeremiev schon eine regelmäßige Unterstützung erhält«.<sup>294</sup>

Die UNR paßte sich also dem gewandelten politischen Klima in Europa an. Auf einem Gebiet sind die Nachwirkungen bis heute sichtbar. Zu deren Erläuterung muß ein wenig ausgeholt werden: Auch wenn man Opportunismus nicht grundsätzlich verurteilt, sondern anerkennt, daß schwache politische Gruppen verständlicherweise versuchen, bei Partnern auf den ersten Blick keinen negativen Eindruck zu hinterlassen, ist die Flexibilität der UNR in dieser Hinsicht erstaunlich. Die Politik Petljuras und anderer UNR-Repräsentanten war sehr veränderungsfähig. Das Bündnis mit Polen war zumindest ungewöhnlich, der Versuch Sydorenkos, in Paris die Geschichte der unabhängigen Ukraine als antideutsche Aktion neuzuschreiben, ebensowenig den Fakten entsprechend wie erfolgreich.

Der Staatsname der Ukraïnska Narodnja Respublika (Ukrainische Volksrepublik – UNR) hatte zwei Wurzeln. Zum einen folgte er dem Gegensatz »oben – unten«,

<sup>290</sup> Poln. Außenministerium, Pro memoria, 22. 10. 1937, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 103.

<sup>291</sup> Aufzeichnung LR Roth, 4. 11. 1937, PAAA, Politik Rußland 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1, Bl. 249074. – Hierzu paßte auch, daß sich Leibbrandt dafür einsetzte, den ukrainischen Journalisten Dmytrenko zu den Empfängen des Presseamtes der NSDAP einzuladen. Dmytrenko vertrat den Pariser Tryzub, aber auch das antisemitische Lemberger Blatt »Frontom« und die Pariser Veteranenzeitschrift »Vojak« (Leibbrandt an Keeding, 25. 11. 1937, NAW, T-81, Rolle 11).

<sup>292</sup> Leibbrandt an Brachmann (Reichskirchenamt), 23. 11. 1937, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 239.

<sup>293</sup> Deutsches Konsulat Genf an AA (Schliep), 2. 12. 1937, PAAA, Politik Rußland 26 Nr.1, Bd. 1, Bl. 249106. Denkschrift ebd., 249109-118.

<sup>294</sup> AA an Generalkonsul Krauel, Genf, 18. 12. 1937, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

durch den Mychajlo Hruševskyj, der ja auch Vorsitzender der Zentral-Rada der UNR war, einen der wesentlichen Unterschiede zwischen russischem und ukrainischem Volkstum definiert hatte. Zum anderen war der Begriff der »Volksrepublik« bei den mit großer Mehrheit »linken« Nationalisten etwas, was den Zielen des 1917 entstandenen autonomen, dann unabhängigen Staates entsprach. Nachdem der Staat Skoropadskyjs unter *Ukrainška Deržava* (Ukrainischer Staat) firmiert hatte, führte das Direktorium die alte UNR-Staatsbezeichnung wieder ein. Aber für den Schriftverkehr mit der Entente und die Pariser Friedenskonferenz erfand man die französische Übersetzung »*République Démocratique Ukrainienne*«, womit man sich an die »demokratischen« Westmächte anzupassen trachtete. Den korrekteren Terminus »*Populaire*« vermied man, weil man ja von der Gegnerschaft zur sowjetischen »Linken« profitieren wollte.

Anfang 1937 hatte sich die politische Wetterlage wieder verändert. Die Übersetzung der UNR-Staatsbezeichnung mit »*Démocratique*« erschien nicht mehr angemessen. Die UNR-Regierung verfaßte also eine Sprachregelung. Danach wollte man jede Verwechslung mit der »Volksfront« (*Front populaire*) vermeiden. Weder »*Narodnja*« [Volks-] noch »*Populaire*« oder »*Démocratique*« gefiel der UNR-Regierung mehr. Um aber das Kürzel UNR behalten zu können, wies die Sprachregelung an, den Staat künftig als »*Ukrainška Nacional'na Respublika*« (Ukrainische Nationale Republik) zu bezeichnen. Besser kann man kaum darstellen, wie sich die UNR-Regierung von der eigenen sozialistischen Vergangenheit abzusetzen suchte und mit der neuen Namensform den Anschluß an die »nationalen Regierungen« suchte, die von Portugal über Spanien, Deutschland, Polen bis zum Baltikum inzwischen den Platz früher demokratischer oder gar »linker« Führungen eingenommen hatten.<sup>295</sup>

Daß dieses Verfahren nicht problemlos war, weil es eine Diskontinuität der UNR und damit eine Gefährdung der sie anerkennenden Akte implizierte, war den Verfassern der Regelung bewußt, weshalb sie die neue Form nur in journalistischen Artikeln, nicht aber als offizielle Terminologie verwendet sehen wollten. Tatsächlich tauchte die »nationale« Form aber auch in den offiziellen Staatspapieren immer häufiger auf. Für ukrainische Verlautbarungen bestimmte die Sprachregelung, das Wort »*nacional'nyj*« überhaupt zu popularisieren, weil es angeblich in der Bedeutung dem Wort »*narodnij*« entspreche. Dies stimmte zwar nicht, kann jedoch als direkte Anweisung interpretiert werden, Positionen zu beanspruchen, die bislang von »Nationalisten« gehalten wurden.

Die angesichts der politischen Veränderungen in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erfolgte Sprachregelung, die dem Kontext der Werbung der UNR-Politiker um das nationalsozialistische Deutschland zuzuordnen ist, hatte Erfolg. Bis in die Gegenwart geben auch Verfasser, die genau wissen, wie die Terminologie der UNR in der Zeit ihrer Territorialstaatlichkeit war, das »N« von UNR mit »national« wieder. In den verbreitetsten englischsprachigen Nationalgeschichten der Ukraine wirkt dies bis heute. Während er die im November 1917 ausgerufene autonome Republik nur als »*Ukrainian Republic*« bezeichnet, sieht Orest Subtelny in dem im Januar 1918 entstandenen unabhängigen Staat getreu der Regelung von 1937 die »*Ukrainian National*

<sup>295</sup> UNR, »*Naprijamni dlja drukovanoho slova*«, 20. 1. 1937, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 92-100, hier Bl. 92. – Eine Art Vorläufer dieser Regelung kann man in der Praxis von UNR-Anhängern sehen, ihre im nationalsozialistischen Deutschland 1933 gegründete politische Gruppe als »*Ukrainische Nationale Vereinigung*« (U.N.O.) firmieren zu lassen.

Republic«. <sup>296</sup> Auch Paul Robert Magocsi schreibt bis in die (damit falschen) Übersetzungen der Universale hinein nur von der »Ukrainian National Republic«. <sup>297</sup> Daß er für die erste Sowjetregierung, den »Rat der Volkskommissare«, dessen russische Bezeichnung »Sovet Narodnych Kommissarov« dasselbe Wort »narodnyj« enthält, wie selbstverständlich »Council of People's Commissars« angibt, <sup>298</sup> belegt, daß er die Sprachregelung befolgt.

Für die polnische Seite mochte die gewachsene Akzeptanz der UNR-Richtung ein Trost dafür sein, daß sich die polenfeindlichen ukrainischen Nationalisten ebenfalls weiter deutscher Unterstützung erfreuten. Ansonsten herrschte eine gewisse Verwirrung: Das polnische Innenministerium meinte zwar, der PUN habe sich wieder mit dem deutschen Generalstab zusammengetan und Konovaléc genieße in Berlin wieder mehr Vertrauen. Das Het'man-Lager besitze zudem mit der Front für Nationale Einheit Dmytro Paliwus nun eine richtige »Filiale« in Polen. <sup>299</sup> Andererseits habe Paliw über den Het'man direkte Kontakte nach Deutschland, was zuvor nicht der Fall gewesen sei. <sup>300</sup> Braute sich so eine Gefahr für Polen zusammen?

Die Quelle dieser Informationen war ein Artikel im *Wieczór Warszawski* <sup>301</sup>, dessen Verfasser jedoch sowjetischer Kontakte beschuldigt wurde. Das polnische Außenministerium ruderte heftig, um die deutsch-polnische Eintracht zu erhalten. Man dementierte, daß Konovaléc in Deutschland neuen Einfluß habe. Nur Litauen unterstütze die OUN noch. <sup>302</sup> Das waren jedoch taktische Statements. Intern vermerkte das Außenministerium, daß Konovaléc im März 1937 in München gewesen sei und sich die OUN-Kontakte mit Berlin »vertieft« hätten. Konovaléc wisse jedoch, daß er beobachtet werde, und vermeide daher längere Reisen nach Deutschland. <sup>303</sup>

Konovaléc traf vermutlich tatsächlich im März 1937 mit dem Chef der Abwehr Admiral Wilhelm Canaris (1887-1945) zusammen, der ihm Hoffnung auf eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit gemacht haben dürfte. <sup>304</sup> Das mochte zu einer Wende bei der Bewertung NS-Deutschlands geführt haben. Konovaléc gab frühere Vorbehalte wieder auf und erklärte seinem Freund Bačyna-Bačynskij bei ihrem letzten Zusammentreffen am 18. Juni 1937:

»Ein Krieg sei in etwa zwei-drei Jahren unausweichlich. Die deutsch-italienische Achse habe beschlossen, die Sowjetunion auseinanderzunehmen, und wenn Hitler nicht verrückt

<sup>296</sup> Orest Subtelny, *Ukraine. A History*. Toronto/Buffalo/London 1994, S. 350, 352. – In der ukrainischen Übersetzung ist hingegen ganz richtig in der neuen Standardsprache von der »Ukraïńska Narodna Respublika« die Rede (Orest Subtel'nyj, *Ukraina. Istorija*. Kyiv 1992, S. 307, 316).

<sup>297</sup> Paul Robert Magocsi, *A History of Ukraine*. Toronto/Buffalo/London 1996, S. 480-481.

<sup>298</sup> Ebd., S. 481.

<sup>299</sup> Tatsächlich war der Het'man-Anhänger Ivan Hladylovyč, der Redakteur des *Chliborobskij sljach*, zu Paliw gewechselt und war nun im Vorstand des FNJe.

<sup>300</sup> MSW, Referat Ukraïnski, »Komunikat Informacyjny Nr. 2, 1937«, 30. 4. 1937, AAN, MSW, 1253.

<sup>301</sup> *Wieczór Warszawski* 46/15.2.1937, Marian Rojek, »Tajemnice posunięcia na froncie ukraińskim«. Der Artikel, in dem angenommen wurde, Skoropadskij habe die Rolle der OUN übernommen, für deutsches Geld in Polen Spionage- und Diversionsdienste zu leisten, wurde auch vom Deutschen Nachrichten-Büro (Nr. 16/15.2.1937) kolportiert.

<sup>302</sup> Deutsche Botschaft Warschau (von Moltke) an AA, 8. 6. 1937, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>303</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Botschaft Berlin, 25. 6. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 208.

<sup>304</sup> Paul Leverkuehn (Nachrichtendienst, S. 130) schrieb »etwa um 1937 herum«.

werde mit seinem Großdeutschland-Imperialismus, dann werde die Ukraine Autonomie und eine eigene Armee haben.«<sup>305</sup>

Wie authentisch war dieser Ausspruch? Jedenfalls bezog er die politische Entwicklung ein (in Ostafrika und Spanien gab es inzwischen Krieg), stellte den Bezug zur Revolutionierungspolitik des Ersten Weltkriegs her und formulierte Erwartungen, mit denen jemand wie Konovaléc nach seinen Erfahrungen damals tatsächlich rechnen durfte. Daß Hitler »verrückt« werden könne, mochte ebenfalls gesehen werden. Wenn daher die Paraphrase authentisch ist, dann kann man nicht sagen, daß man nicht auch mit Problemen rechnete. Man zog es allerdings vor, sich eher an positiven Erwartungen zu orientieren.

»Autonomie« und »eigene Armee« schienen Konovaléc dann ausreichende Gründe für eine Zusammenarbeit mit einem nationalsozialistischen Deutschland, dessen Nutzungsabsichten für die Ukraine ihm wohlbekannt waren. Daß der polnische Staat zerstört werde, hielt er für sicher. »Autonomie« bedeutete den (vorübergehenden?) Verzicht auf volle Selbständigkeit, die Ausrichtung auf die »eigene Armee« als Voraussetzung einer ukrainischen Staatlichkeit ließ aber alle anderen Erwägungen zurücktreten. Konovaléc hoffte, daß im Verlauf eines deutsch-sowjetischen Krieges »die militärischen Formationen der Sowjets auf die deutsche Seite überlaufen würden und [die Deutschen] so verständig sein würden, diese Kräfte bei der Eroberung des russischen Territoriums bis über den Kaukasus hinweg und bis zum Ural auszunutzen«. Dazu paßte auch, daß er es für positiv hielt, daß Stalin »alle sowjetischen Generäle mit Tuchačevskij an der Spitze, der unser nationaler Feind war«, vernichtet habe. Und dazu noch den Trotzismus, der in der Ukraine ziemlich stark gewesen sei.<sup>306</sup>

Das erwartete Szenario rechtfertigte die neuerliche und offenbar alternativlose Anlehnung an Deutschland. Sowjetische Geheimdienstquellen enthalten die sonst unbestätigte Information, im September 1937 habe sich ein Vertreter des PUN auf einer Tagung der NSDAP in Stuttgart eingefunden, die daraufhin zu dem Schluß gekommen sei, die Kontakte zur OUN »durch gegenseitige Information innen und außen« wiederzubeleben.<sup>307</sup>

Tatsächlich waren die Beziehungen nie wirklich tot gewesen. Im Kontext der Diskussion des Attentats auf Konovaléc, also ohne direkten Bezug zu Deutschland, erwähnte Mirčuk, daß sich der Attentäter Pavlo Sudoplatov 1936 das Vertrauen der OUN-Ukrainer erschlichen habe und in Berlin im »Ukrainischen Büro« einquartiert worden sei, wo auch andere OUN-Führer lebten. Man habe ihm dort einen legalen Paß mit dem Zunamen »Norbert« beschafft, mit dem er dann in Europa herumgereist und schließlich in die Sowjetukraine zurückgekehrt sei. Offenbar war also nicht nur die OUN-Dienststelle in Berlin tätig, sie hatte sogar so gute Beziehungen zu deutschen Behörden, daß sie von ihr empfohlenen Personen deutsche Reisepässe ausstellen lassen konnte.<sup>308</sup> Im Mai 1938 reiste Konovaléc aus Berlin nach Rotterdam – er hatte sich

<sup>305</sup> Bačyna-Bačynskij, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 745. Vgl. auch Mychajlo Švahuljak, »Ukraïnska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukraïnska Emihracija. Istorija i sučasnist'*. L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 329.

<sup>306</sup> Bačyna-Bačynskij, »Jevhen Konovaléc u Ženevi«, S. 745.

<sup>307</sup> Deržavnyj Archiv SBU, Fond 26, Opis' 2, Akte 1, Bd. 3, Bl. 173, zitiert bei Vjedjenjejev, »Zarodžennja special'nych služb«, S. 114.

<sup>308</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 529.

zuvor mehrere Tage in der deutschen Hauptstadt aufgehalten. Und zu seiner Beerdigung kamen aus Berlin die Mitarbeiter des Ukrainischen Pressedienstes in die Niederlande – auch dies sicherlich nicht ohne die billigende Kenntnis der nationalsozialistischen Deutschen.<sup>309</sup>

Die OUN genoß also bei mehr und mehr politischen Stellen eine Präferenz gegenüber den mit ihr rivalisierenden Organisationen. Und im Herbst 1937 mag es tatsächlich eine politische Entscheidung gegeben haben, der ukrainischen Frage neue Beachtung zu schenken. Dies geschah natürlich nicht in der Form der Aufhebung eines angeblichen »Edikts«, wie Chymyneć annahm,<sup>310</sup> sondern als konkludente Maßnahme, gab es doch in der Tschechoslowakei, die man sich nun vornehmen wollte, auch eine »ukrainische Frage«. Gelang es der OUN deswegen 1938, das U.N.O. an sich zu reißen (s. S. 789)?

Das AA mußte seine Stellung zur UNR definieren, als sich Ende 1937 UNR-Vertreter ernsthaft zu bemühen begannen, ein Ausweichquartier für die Pariser Zentrale zu suchen. Da Berlin doch etwas problematisch erschien, konzentrierten sich die UNR-Politiker auf Österreich. Die österreichische Regierung, die ja eigentlich über einen reichen eigenen Erfahrungsschatz mit Ukrainern verfügte, wandte sich über ihre Berliner Gesandtschaft an das AA, um das »deutsche Wissen« über die UNR in ihre Entscheidung einfließen zu lassen. Legationsrat Martin Schliep informierte Staatssekretär Ernst von Weizsäcker (1882-1951), der in Berlin der Ansprechpartner der Österreicher war, über die Haltung der Osteuropa-Abteilung: Die Petljura-Richtung besaß danach geringeres Prestige als die OUN, weil Petljuras Verzicht auf Ostgalizien immer noch »von einem großen Teil der ukrainischen Emigration als Verrat angesehen« werde. Man bezweifelte, daß ein Großteil der ukrainischen Emigranten zur UNR hielte. In Deutschland hätte diese Richtung jedenfalls wenig Einfluß, und dies liege nicht zuletzt daran, daß Smal'-Stočkyj in Polen mit dem polnischen Militär gegen die Sowjetunion kooperiere, weshalb deutsche »Stellen« die UNR ablehnten. War damit die Partei oder das Militär gemeint? Diese »Stellen« verhielten sich jedenfalls weitaus wohlwollender dem Het'man Skoropadskyj gegenüber, »an dessen Loyalität gegenüber Deutschland keine Zweifel bestehen«.

Schliep mochte sich nicht weitergehend festlegen. Er empfahl von Weizsäcker, die Österreicher nur mündlich zu informieren und überhaupt die Antwort »klein [zu] halten«.<sup>311</sup> Intern vermerkte er aber, daß die Übersiedlung der UNR nach Wien »nicht unerwünscht« sei, da so die polonophile Gruppe der Ukrainer an Resonanz verliere. Zeichnete sich hier bereits das Ende der deutsch-polnischen Verständigung ab? Wovon die UNR-Politiker eine Verbesserung erwarteten, davon versprach sich Schliep das Gegenteil. Da die Ukrainer von diesen Überlegungen der deutschen Seite nichts wußten, versuchten sie weiter, sich Berlin (über Wien) zu nähern. Schliep diskutierte seine politischen Überlegungen nicht öffentlich – schon gar nicht mit den Österreichern.

<sup>309</sup> Im Unterschied dazu kamen Andrij Mel'nyk und Konovalécs Bruder Myron (1894-1980) zu spät zur Beerdigung, weil die polnischen Behörden die Ausstellung der Pässe verzögert hatten (Ebd., S. 530, 532).

<sup>310</sup> Vgl. Julijan Chymyneć, *Moï sposterežennja iz Zakarpattja*. New York 1984, S. 50.

<sup>311</sup> von Weizsäcker an Ostabteilung AA, 13. 12. 1937; Schliep an von Weizsäcker, 21. 12. 1937, PAAA, *Politik Ukraine* 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

Denen empfahl er, einen »desinteressierten Eindruck [zu] machen und die Sache [zu] bagatellisieren«.<sup>312</sup>

Zeitgleich unternahm im Januar 1938 die UNR den höchststrangigen Versuch, die Beziehungen mit Deutschland zu verbessern. Ministerpräsident und Außenminister Prokopovyč versuchte über den deutschen Konsul in Genf herauszufinden, ob Mykola Livyčkyj, der in Genf lebende Sohn des UNR-Staatspräsidenten, in Deutschland empfangen würde. Prokopovyč verwies auf Kontakte zu japanischen Diplomaten, um die positive UNR-Haltung zum Antikominternpakt zu bestätigen, und bezog sich auch darauf, als er in seinem Schreiben an von Ribbentrop die Bereitschaft ausdrückte, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. Daß er sich an von Ribbentrop mit seiner außenpolitischen Parteidienststelle wandte und nicht an das AA, in das von Ribbentrop im Februar 1938 einziehen sollte, belegte, daß die UNR auf die Partei, nicht auf den Staat setzte. Nur waren die Bereiche nicht mehr so separiert, daß dies Wirkung erzielt hätte.

Die anliegende Denkschrift übertraf alles, was man bisher von der UNR gehört hatte: Auf neun Seiten wurde ausgeführt, daß Rußland (»Moskau«), dessen Kultur aus den Wäldern stammte, nicht zivilisierbar sei, die Ukrainer grundsätzlich gegen kollektives Eigentum eingestellt seien und die UNR das erste Opfer der Komintern sei, weil Petljura durch einen »juif communiste« getötet worden sei.<sup>313</sup> Die Reaktion war knapp: Eine Beantwortung des Schreibens komme nicht in Frage.<sup>314</sup> Die UNR-Repräsentanten ließen jedoch nicht locker: Mykola Livyčkyj beharrte darauf, zur Feier der nationalsozialistischen »Machtergreifung« am 30. Januar 1938 nach Berlin zu reisen und dort nicht nur als Journalist des *Tryzub*, sondern auch als politischer Repräsentant der UNR empfangen und behandelt zu werden.<sup>315</sup> Der UNR-Drang zu Deutschland erregte nun etwas größeres Aufsehen. Dürksen fragte bei Wehrmacht und Gestapo an, ob es eine »deutsche Unterstützung« für diese Richtung gebe.<sup>316</sup> Die Antworten ließen aber auf sich warten. Gegen Livyčkyjs Berlin-Reise hatte das AA schließlich keine Einwände, es wollte in ihm jedoch nur einen Journalisten, keinen politischen Repräsentanten sehen.<sup>317</sup>

Die Abwehr erklärte dann, man sei der UNR gegenüber zurückhaltend, weil sie Polen nahestände. Auf die Ukrainer in Polen habe sie keine größere Wirkung (die vermutete man weiterhin bei der OUN), aber ihre Warschauer Führung – Smal'-Stočkyj wurde besonders hervorgehoben – werde vom polnischen Generalstab zu

<sup>312</sup> Schliep an Hainburg, 25. 1. 1938, ebd., Bd. 2. – Von Weizsäcker notierte dann, die österreichische Gesandtschaft habe den beabsichtigten Umzug förmlich mitgeteilt, er habe hierauf »ein besonderes Interesse nicht bekundet« (Notiz von Weizsäcker, 9. 3. 1938, ebd., Bd. 1).

<sup>313</sup> Denkschrift »Le problème ukrainien et le danger communiste«; Prokopovyč an von Ribbentrop, 10. 1. 1938; Deutscher Konsul Genf an AA, 14. 1. 1938, ebd., Bd. 2.

<sup>314</sup> AA an Deutschen Konsul Genf, 17. 1. 1938, ebd.

<sup>315</sup> Deutscher Konsul Genf an AA, 21. 1. 1938, ebd.

<sup>316</sup> Dürksen an Gestapo, 18. 1. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 233.

<sup>317</sup> Schliep an AA, 25. 1. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 2. – Daß gerade Mykola Livyčkyj sich um diese Kontakte bemühte, ist erklärlich. Als Sohn des Leiters des »Staatszentrums der UNR« verfügte er über eine informelle Autorität, die für derlei Sondierungen geeignet war. Und darüber hinaus war er nationalistischer als die älteren UNR-Politiker, was sich nicht zuletzt darin ausdrückte, daß er von 1967 bis 1989 Präsident der Exil-UNR war, die sich zu jener Zeit bereits mit einem Teil der OUN-Nationalisten versöhnt hatte. Sein Nachfolger war OUN-Mitglied.

Spionagezwecken verwendet. Auch wenn die Pariser Gruppe »gern nach Deutschland gehen« wolle, riet man ab sich zu engagieren. Obwohl die Petljuristen wiederholt ihre Loyalität mit dem nationalsozialistischen Deutschland bekundet hätten, sei ihre Förderung unangebracht, weil sie im besten Falle die Zersplitterung der Emigration in Deutschland vergrößern werde. Zu einer Änderung der aktuellen Politik sei kein Anlaß, man solle daher die Schreiben Mykola Livyčkyjs weiterhin unbeantwortet lassen.<sup>318</sup>

Deutlich wird hier, daß die Abwehr an der Zusammenarbeit mit der OUN festhielt. Nur waren weder die Abwehr noch die Gestapo mit der »Partei« identisch. Wenn also Grelka schreibt, daß »Heiligabend 1937« (ohne eine Angabe, wie er auf diese genaue Datierung kommt) die »Zeit der Funkstille zwischen OUN und NSDAP [...] endete«, dann ist das ungenau.<sup>319</sup> Vielmehr wurde Anfang 1938 die Politik der multiplen Zugänge zur ukrainischen Emigration aufgegeben. In Deutschland hatte der Konzentrationsprozeß begonnen, indem das U.N.O. von den Nationalisten übernommen worden und diese UNR-Organisation damit verschwunden war. Die Petljuristen blieben in der Organisation, gingen jedoch in der OUN-Mehrheit unter (s. nächstes Kapitel). Das AA hatte zu verstehen bekommen, daß UNR-Kontakte nun unerwünscht waren.

Die deutschen Kontakte der UNR-Führung waren für die ukrainische Legendenbildung schwierig zu verdauen. Aber sie waren real: In einem in Kiew erhaltenen Brief der UNR-Führung aus dem Jahre 1940 versuchte die Gruppe um Andrij Levyčkyj zu widerlegen, daß die Exilregierung der UNR stets pro-polnisch gewesen sei. Die »führenden Kreise der UNR« argumentierten,

»schon bald nach Hitlers Machtantritt [habe] sich unsere Regierung auf den Standpunkt gestellt, man müsse unter den deutschen politischen Faktoren arbeiten, weil nur Deutschland uns ehrlich verstehen und real bei unserem Befreiungskampf helfen könne. Unsere Sache störten die Polen, besonders nach dem Tode Piłsudskis. Man mußte unseren Kontakt mit den Deutschen sowohl vor der breiteren Öffentlichkeit als auch vor den Polen geheimhalten, damit dieses dünne Fädchen nicht vorzeitig reiße«.<sup>320</sup>

Noch 1981 hatte Troščynskyj aus diesem Dokument den Satz zitiert, daß auch die Deutschen eine Verständigung mit den Polen suchten.<sup>321</sup> 1994 kamen ihm plötzlich Zweifel an der Echtheit des Dokuments, und er konnte seinen Inhalt nicht einordnen, auch wenn er die Enttäuschung der UNR über die Entente kannte.

Die neue Ukraine, die die UNR zu ihrem Traditionsrepertoire zählt, hat sich jedoch darauf versteift, daß es den erfahrensten Politikern (dijači) der UNR-Exilregierung klar gewesen sei, daß ein Rechnen mit dem »nazistischen Deutschland perspektivlos« sei, dies habe schließlich in einem Artikel O. Šul'hyns im *Tryzub* 1933 gestanden. Den Unterschied zwischen Šul'hyn und Prokopovyč suchte Troščynskyj zu verwischen, dabei hatte letzterer Šul'hyn gerade darum verdrängt, um mit den Deutschen ins Benehmen zu kommen. Die Hinwendung zu den Deutschen fand erst um 1935, nicht schon 1933 statt, was in dem Brief von 1940 cachiert werden sollte. Troščynskyj ori-

<sup>318</sup> Notiz Klent, 28. 3. 1938; Notiz von Welck, 5. 4. 1938, ebd., Bd. 1.

<sup>319</sup> Grelka, Nationalbewegung, S. 173.

<sup>320</sup> »Lyst z providnych kruhiv UNR«, [1940], CDAVO Kyiv, Fond 3833, Op. 1, Akte 80, Bl. 13, zit. nach Troščynskyj, Mižvojenna ukraińska emihracija, S 92-93.

<sup>321</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 82.



enterte sich nach 1990 wie in sowjetischer Zeit an der jeweils aktuellen »political correctness«, als er schrieb, daß »für die Tätigkeit der Exilregierung [der UNR] die Treue gegenüber den parlamentarisch-republikanischen und demokratischen Traditionen der UNR [und] die prinzipielle Nicht-Annahme der reaktionären, aber damals so modernen totalitären politischen Konzeptionen charakteristisch gewesen« seien.<sup>322</sup>

Diesen Eindruck hatten die UNR im Exil und nicht zuletzt Mykola Livitykyj nach dem Zweiten Weltkrieg zu erwecken versucht. M. Livitykyj versuchte, eine Kontinuität der Entente-Orientierung vorzutäuschen. So sei

»auf längere Sicht für uns die Verbindung mit den demokratischen Staaten Westeuropas wertvoller gewesen als mit denen, die ein totalitäres Regime besaßen und uns gegenüber eine mindestens undeutliche Haltung. Die Zukunft hat gezeigt, daß z. B. gegenüber Deutschland die UNR-Regierung völlig Recht hatte.«<sup>323</sup>

Womit? Die zeitgenössischen Texte sprechen eine ganz andere Sprache; tatsächlich ist in diesem Fall die sowjetische Version durchaus korrekt. Sowohl Mykola Livitykyj als auch andere Petljuristen suchten eine Anbindung an Deutschland – jedoch letztlich ohne Erfolg. Aber gewollt hätten sie schon gern. Daher verteidigte Livitykyj sich denn auch nur schwach gegen den Vorwurf, »mit dem Deutschland Hitlers und dem Italien Mussolinis« Kontakte aufgenommen zu haben. Selbst »Frankreich und England hatten die Hoffnung, sich mit diesen totalitären Staaten zu verständigen«. Und Mykola Livitykyj gab immerhin zu, nach Januar 1938 mehrfach in Berlin gewesen zu sein.<sup>324</sup> Er sagte aber nicht, was er dort wollte. Er ging lieber rasch zu der Sprachregelung über, sein Vater und die UNR-Regierung seien im Krieg unter Hausarrest gestellt (konfynovanyj) und für den Westen gewesen.<sup>325</sup> Selbst das stimmte aber nur bedingt, 1935-1939 versuchte die UNR jedenfalls mit allen Mitteln, bei den Deutschen anzukommen.

Wollte die UNR-Führung nicht nur Frankreich, sondern auch Polen verlassen? Ein Brief des Staatspräsidenten Andrij Livitykyj an Bader, den für die Ukrainer zuständigen Beamten des polnischen Außenministeriums, zeigte, wie demütigend die eigentlich doch einvernehmlichen Kontakte in Wirklichkeit waren. Livitykyj bat den polnischen Beamten flehentlich, ihn vor seinen Gläubigern zu retten, da er wegen der Reduzierung der polnischen Subventionen um 30% im Jahre 1936 völlig bankrott sei. Er unterhalte eine Reihe arbeitsloser Emigranten und gebe Spenden für karitative Einrichtungen, wobei der »Präsident« mehr als andere geben müsse. Ja, Livitykyj setzte in dem Brief an das polnische Außenministerium seinen Titel tatsächlich in Anführungszeichen, so als wolle er damit dokumentieren, wie wenig weit es damit her sei. Er bat um 1000 Zloty und damit um weniger als was die völlig nutzlosen UNR-Dissidenten Makarenko/Biberstein an deutschen Mitteln erhielten. Auch daß sein Sohn Mykola Livitykyj in Genf monatlich 250 Franken von der polnischen Völkerbundsdelegation erhielt, war nicht gerade üppig, und Livitykyj bat, auch diesen Betrag anzuheben. Soweit wäre dies alles nur peinlich gewesen, aber Livitykyj bat Bader auch, diese Leistungen geheim

<sup>322</sup> Troščynskyj, *Mižvojenna ukraïnska emihracija*, S. 93, 97.

<sup>323</sup> Mykola Livitykyj, *D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzyli miž 1920 i 1940 rokamy*. München/Philadelphia 1984, S. 41-42.

<sup>324</sup> Ebd., S. 42.

<sup>325</sup> Ebd., S. 44.

zu halten. Von den 1000 Złoty sollten die anderen Ukrainer nichts wissen (Bader gab schriftlich sein Einverständnis zu dieser Zahlung), und auch die Anhebung des Salärs seines Sohnes sollte nicht bekannt werden.<sup>326</sup>

Banal wäre die Erklärung, Livyčkyj sei verzweifelt auf der Suche nach Mitteln zur Befriedigung seiner Alkoholkrankheit gewesen. Näherliegend vielleicht, daß er sich der kontinuierlichen Erniedrigung in Polen bewußt war, seinen Brief als einen letzten Versuch der Rettung der ukrainisch-polnischen Zusammenarbeit ansah und in Wirklichkeit wie sein Sohn auf der Suche nach einem neuen Ankerplatz war.

Wie paßte unter diesen Umständen die deutsche Ukrainerpolitik in das politische Umfeld? Troščynskyj schrieb, auf die gesamte Zeit nach der Mitte der 1920er Jahre bezogen, die ukrainischen Emigranten seien

»ständig im Blickfeld offizieller, wie auch inoffizieller deutscher Faktoren gewesen, was nicht nur durch die antipolnische, sondern dann auch die antisowjetische Einstellung Deutschlands, aber auch mit ihren weitergehenden Plänen bezüglich der Ukraine begründet gewesen sei.«<sup>327</sup>

Ohne dem grundsätzlich zu widersprechen, sei darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nicht um eine einheitliche Haltung gehandelt hat. Die verschiedenen Einstellungen hingen mit unterschiedlichen deutschen »Stellen« zusammen und erst die Mißachtung polykratischer Strukturen gestattet die daraus abgeleitete Generalisierung.

Festzuhalten bleibt aber, daß in der Zeit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit die Unterstützung der OUN formell eingestellt, jedoch heimlich weiter gepflegt wurde. Die Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen ließ die UNR-Politiker um deutsche Unterstützung werben. Die Deutschen nahmen zwar zeitweise auch andere Ukrainer zur Kenntnis, beschränkten sich jedoch bald wieder auf die »alten« Verbündeten aus der UVO/OUN und der Skoropadskyj-Gruppe. Die Ukrainer wurden langsam wieder politisch interessant.

<sup>326</sup> Andrij Livyčkyj an Bader, 21. 3. 1938, AAN, MSZ, WW 5321, Bl. 104-107.

<sup>327</sup> Troščynskyj, Mižvojenna ukraїnska emihracija, S. 48.

## IX. VERTRAUENSSTELLE UND U.N.O.

Die Verhaftung der wichtigsten OUN-Führer und die nachlassende deutsche Unterstützung und Finanzierung hatten in Polen zur Folge, daß das UNDO als anerkannter Repräsentant der Ukrainer Polens eine neue Chance erhielt.

Auch in anderen Ländern sank der Stern der OUN. In Großbritannien erstarb die OUN-Aktivität, als Ljachovyč 1936 das Land verließ. In den USA zerfleischte sich die ODVU in Intrigen ihrer Funktionäre. Das Ukrainische Pressebüro in Genf stellte seine Tätigkeit ein, als sein Leiter 1937 erblindete. Dmytro Andrijevskyj, eigentlich der »Außenminister« der OUN, schrieb lieber theoretische Artikel über den Nationalismus und erwiderte Ljachovyč, als dieser ihn um Instruktionen zu politischen Aktionen bat: »Ich werde Sie mit meiner Antwort kaum zufriedenstellen, weil ich selber wenig weiß.«<sup>1</sup>

Warschau kam zu dem Schluß, daß die OUN sich auf die Agitation gegen Kommunisten und Juden zurückgezogen hatte, also keine unmittelbare Gefahr mehr darstellte. Eine vorsichtige Landvergabe an Ukrainer milderte deren Einstellung gegenüber dem polnischen Staat und schien einen Ausgleich mit dem UNDO anzudeuten.<sup>2</sup> Aber diese Entwicklung war nur von kurzer Dauer.

Daß die OUN dem UNDO seine Erfolge neidete, erfuhren die Polen aus den USA. Der 7. Kongress Ukrainischer Organisationen in New York, an dem Senyk als Finanzreferent der OUN teilnahm, konstatierte, die UNDO-Politik habe der ukrainischen Befreiungssache geschadet und sie von der politischen Tagesordnung verdrängt. Versöhnlerische Haltung sei ein großer politischer Fehler, weil ein Krieg in Europa sicher sei und man daher die historischen Gegner der Ukrainer schwächen müsse. Senyk sprach sich dafür aus, im künftigen Krieg nicht mit Staaten zu paktieren, die die Ukraine aufteilen oder als Kolonie mißbrauchen wollten.<sup>3</sup> War damit auch Deutschland gemeint? Oder war dies eine verdeckte Erklärung, daß eben Deutschland als potentieller Verbündeter immer noch eine Rolle spielte?

Wie auch immer – 1938 war der Ausgleichskurs des UNDO bereits wieder am Ende. Die Separierung der Ukrainer Wolhyniens von denjenigen Galiziens (»Kordon sokalski«) wurde für mißlungen erklärt. Die Polen regierende Junta versetzte den Wojewoden Henryk Józewski im April 1938 nach Łódź. UNDO reagierte, indem es am 7. Mai 1938 den Burgfrieden mit der polnischen Regierung aufkündigte und für die Ukrainer Polens neuerliche Autonomieforderungen erhob. Darauf wiederum waren die Obristen in der polnischen Führung nicht gewillt einzugehen. Die deutschen Beobachter berichteten nach Berlin, die Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen sei gescheitert. UNDO suchte sich nun ein deut-

<sup>1</sup> Andrijevskyj an Ljachovyč, 7. 6. 1936, zit. nach Mirčuk, *Narys*, S. 514; vgl. ebd., S. 513-514.

<sup>2</sup> Piotr Karwicki, »Nastroje ukraińskiej mniejszości na tle akcji kolonizacyjnej w Małopolsce Wschodniej«, 28. 11. 1936, AAN, MSZ, WW 5318, Bl. 330-341.

<sup>3</sup> Bericht über den 7. Kongress Ukrainischer Organisationen am 20. 12. 1936, AAN, MSW, Wydział Narodowościowy (WN) 1253: Specjalny Komunikat Informacyjny Referatu Ukraińskiego MSW o przejawach ukraińskiego ruchu nacjonalistycznego zagranicą 1937.

ches Vorbild und berief sich bei seinen Forderungen auf die Henlein-Bewegung in der Tschechoslowakei.<sup>4</sup>

Die polnischen Machthaber nahmen in Kauf, daß durch die massive Ansiedlung polnischer Kolonisten im Osten die ukrainischen Loyalisten desavouiert wurden. Bereits im Oktober 1937 meldete der deutsche Minderheitenpolitiker Kurt Graebe nach Berlin, daß der ukrainisch-polnische Ausgleichsversuch mit einem Mißerfolg geendet habe.<sup>5</sup> Unsinnige Bestimmungen wie das Verbot von Predigten in ukrainischer Sprache verschärfen die Situation und ließen die Ukrainer zusammenrücken. Selbst die illegale Kommunistische Partei der Westukraine engagierte sich ausgerechnet in der Frage der Kirchenpredigten.<sup>6</sup> Die polnischen Behörden registrierten zudem Gerüchte, daß sich Deutschland für die Lage interessiere und man erwarte, daß in einem Krieg die ukrainische wie die orthodoxe Frage thematisiert würden.<sup>7</sup> Die ukrainische Thematik schien jedoch noch nicht sonderlich aktuell zu sein.

## 1. DIE EINRICHTUNG DER VERTRAUENSSTELLE

Zwischen 1934 und 1937 war die deutsche Politik gegenüber den Ukrainern von Unsicherheit geprägt. Die interessierten Stellen im Reich hatten zwar ihre ukrainischen Verbindungen behalten, sie versuchten sie jedoch nicht öffentlich werden zu lassen. Ende 1937 änderte sich das. Am 2. Dezember 1937 erließ die Gestapo ein Betätigungsverbot für den von Koževnykiv geleiteten »Verein der Ukrainer in Deutschland«, im Mai 1938 folgte die förmliche Auflösung. Den Mitgliedern wurde im »Interesse der Zusammenfassung der ukrainischen Emigration im Reich« nahegelegt, einem anderen Emigrantenverband beizutreten.<sup>8</sup>

In Polen nahm man wahr, daß die Deutschen ihre Kontakte zu den Ukrainern revidierten. Einen sehr deutlichen Hinweis bekam man aus Danzig. Anton Palme, der sich auf seinen Ruhestand vorbereitende Kuratoriumsvorsitzende des UWI, hielt am 11. Dezember 1937 vor der Studentengruppe *Osnova* einen Vortrag. Er sprach von einer Ausweitung der deutschen Förderung für ukrainische Studenten und davon, daß Deutschland der ukrainischen Frage mehr Aufmerksamkeit widmen wolle.<sup>9</sup>

<sup>4</sup> Zur polnischen Revindikationspolitik vgl. Schenke, Nationalstaat, S. 398-458. – Die polnische Botschaft in Berlin berichtete nach Warschau, daß unter den ukrainischen Emigranten der Verweis auf die Henlein-Bewegung nun »modern« geworden sei (Polnische Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 31. 5. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 269). Vgl. Deutsche Botschaft Warschau an AA, 21. 6. 1938, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage... Bd. 1, Bl. 99-103; UNDO-Erklärung, Bl. 104-109.

<sup>5</sup> Bericht Graebe, 14. 10. 1937, ebd., Bl. 33-38

<sup>6</sup> Starostwo Powiatowe Chełm, Bulletin Nr.3, Sytuacja Wyznaniowa, 17. 8. 1938, Archiwum Państwowe Lublin (APL), Wydział Społeczno-Polityczny (WSP), 1526, Bl. 7-11.

<sup>7</sup> Starostwo Powiatowe Chełm, Bulletin Nr.6, Sytuacja Wyznaniowa, 6. 9. 1938, APL, WSP, 1526, Bl. 33-37.

<sup>8</sup> Gestapo an AA und ApA, 15. 5. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 302.

<sup>9</sup> Kumke, »Institut«, S. 247; Polnischer Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 21. 12. 1937, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 250-253, hier Bl. 250-251.

Palme erklärte, um stärker gefördert zu werden, müßten sich die ukrainischen Studierenden dem Münchner Studentenamt der NSDAP unterordnen, separate ukrainische Korporationen auflösen, erklärte Nationalisten sein und sich dem Kampf gegen Kommunismus und Judentum verschreiben. Die Ukraine werde so zum natürlichen Bundesgenossen der NSDAP und eines Deutschland, das keine Eroberungen plane, sondern den Kampf gegen den Kommunismus und Rußland. Die künftige ukrainische Studentenorganisation müsse nach SA-Vorbild aufgebaut werden. Faktisch solle sie Berlin unterstehen, nach außen jedoch Organisationen in der Schweiz oder den USA. Im Falle eines deutsch-sowjetischen Krieges werde Deutschland eine »ukrainische Revolution im sowjetischen Hinterland unterstützen«. Die große Chance sei dabei eine »gemeinsame Front national-sozialistischen Charakters«, die Basis der Zusammenarbeit die gemeinsame »ideelle Grundlage«, der Kampf gegen Juden und den Kommunismus. »Darüber hinaus eröffne das gleiche national-sozialistische System Deutschlands und der künftigen Ukraine große wirtschaftliche Möglichkeiten für beide Länder.« Der zwei Tage später tagende Konvent der Osnova war zunächst wenig enthusiastisch. Die Nationalisten befürchteten, Skoropadskyj könne hinter Palme stehen (der schließlich UWI-Kurator war), daher nahm man nur den Wunsch nach besseren Beziehungen zu den deutschen Studenten in einen eigenen Beschluß auf. Am 14. Dezember auf einer gemeinsamen Sitzung deutscher und ukrainischer Studenten, fügte man sich jedoch: Verabschiedet wurde eine Resolution, künftig gemeinsam zu handeln und nicht in die Haltung von 1934 zurückzufallen, als Deutschland sich auf ein Zusammengehen mit Polen einlassen mußte. Ukrainer und Deutsche hätten dieselben Feinde.<sup>10</sup>

Der deutsch-ukrainische Beschluß machte den polnischen Beobachtern deutlich, daß sich die deutsche Politik änderte. Es ist auch heute schwierig zu sagen, als wessen Sprecher Palme eigentlich auftrat. Unstrittig ist jedoch, daß er in Danzig deutsche Pläne vortrug, die auf eine Dienstbarmachung der Ukrainer hinausliefen. Dabei zeichnete sich ein wichtiger Wandel ab. Waren es seit 1914 immer eher die Repräsentanten der ukrainischen Seite gewesen, die bei den Deutschen antichambriert, ihnen Zusammenarbeit und Dienstleistungen angeboten hatten, so geschah dies nun in der umgekehrten Richtung. Von einer gemeinsamen nationalsozialistischen deutsch-ukrainischen Front war bislang auf deutscher Seite noch nie die Rede gewesen. Bisher hatte man gemeinsame taktische Interessen bzw. eine langfristige Einflußpolitik als Basis des gemeinsamen Zusammengehens gesehen. Die Benennung gemeinsamer ideologischer Feinde und ein hierauf basierender Organisationsvorschlag legte eine neue Qualität der deutsch-ukrainischen Kooperation für die Zukunft nahe.

Handelte es sich nur um eine isolierte Einzelaktion Palmes? Dies ist eher unwahrscheinlich. Der Hochschullehrer machte nämlich seinen Zuhörern sehr konkrete Versprechen, die er selber kaum mehr realisieren konnte, da er in demselben Monat in den Ruhestand trat. Zudem korrespondierte die Danziger Aktion mit der Reorganisation der ukrainischen Korporationen in Deutschland. Da die Nationalsozialisten auch alle deutschen Studentenverbindungen verboten hatten, mußten die Ukrainer eine neue Organisationsform annehmen. Sie fanden sie in der »studentischen Gesellschaft« (student'ske tovarystvo), die sich von der bisherigen Verbindungskultur dadurch un-

<sup>10</sup> Fbd., Bl. 252-253.

terschied, daß sie alle Studenten erfassen und »gleichschalten« sollte. Jariš drückte sich dazu 1996 eher vage, aber positiv aus:

»Dieser Wandel erfolgte aus Notwendigkeit [d. h. zwangsweise, FG], aber andererseits schuf er günstigere Bedingungen, um neue Mitglieder in die Gesellschaft aufzunehmen. Mit diesem Wandel machte man die ersten Schritte zur Organisation und Konsolidierung der gesamten studentischen Jugend in Berlin.«<sup>11</sup>

Nationalisten sahen darin ein Positivum. Die deutschen Gleichschaltungsmaßnahmen korrespondierten also durchaus mit den Zielen der OUN – und selbst mehr als 50 Jahre später im demokratischen Kanada fanden ukrainische Nationalisten sie noch gut.

Gestapo, AA, Wissenschaftsministerium und ApA favorisierten Ende 1937/Anfang 1938 unisono eine auf Skoropadskyj Rücksicht nehmende Neubesetzung des Postens des UWI-Kuratoriumsvorsitzenden. Geplant war eine effektive Leitung und Beaufsichtigung, weshalb Hans Koch, der an der Breslauer Universität tätige Theologe, Historiker und UHA-Offizier, nicht in Frage kam. Dabei ist Kumke dahingehend zu folgen, daß nicht klar ist, ob der ehemalige Regierungspräsident von Marienwerder, Carl Budding, ein Freund Skoropadskyjs, auf den man sich schließlich einigte, dieses Amt überhaupt angetreten hat.<sup>12</sup> Im Gegensatz zu Kumkes Thesen stimmten AA und Gestapo darin überein, daß man das UWI »von jeder Politik fernhalten« wolle. Kumke hat aber insofern recht, als das, was er als »Politik« ansieht, nämlich die »wissenschaftliche Zuarbeit« für deutsche Dienststellen, damals nicht als politisch galt. Die Ausrichtung wurde dennoch sichtbar, indem AA und Gestapo meinten, »daß eine Zusammenarbeit nur mit den Anhängern des Hetmans möglich sei, da nur dieser Deutschland gegenüber loyal sei und keine Bindungen zu außerdeutschen Organisationen und Regierungen« hätte.<sup>13</sup> Dabei war natürlich allen bekannt, daß Skoropadskyj durchaus Auslandskontakte pflegte.<sup>14</sup> Die Aussage stellte jedoch eine Absage an die UNR dar, die mit der polnischen Regierung kooperierte. Von der OUN war keine Rede.

Mit der sich spätestens im Hoßbach-Protokoll vom November 1937 widerspiegelnden Kriegsplanung wuchs das Bestreben des Militärs, sich mit potentiellen Unterstützern in künftigen Feindstaaten ins Benehmen zu setzen. Für Boljanovskyj gewann Anfang 1938 auf beiden Seiten der Wunsch nach Zusammenarbeit Oberhand. Nach seinem Buch hat sich die OUN zur Wehrmacht hingezogen gefühlt, da sie von ihr

<sup>11</sup> Vasyľ Jariš, »Ukraińska kul'tura j mystectvo v Berlini«, S. 61.

<sup>12</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 248. – Budding galt 1939 als geeignete Kontaktperson für das Auswärtige Amt, das sich über den Het'man informieren wollte (Vermerk 17.2.1939 auf dem Brief des Deutschen Generalkonsulats Zürich an AA, 23.1.1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3).

<sup>13</sup> Welck an Schliep, 22. 12. 1937, ebd., Bd. 1.

<sup>14</sup> Anfang 1939 berichtete das Generalkonsulat in Zürich, vermutlich auf der Basis einer Intrige der OUN, Skoropadskyj ließe sich von Briten in Berlin »aushorchen« und halte die Nationalsozialisten für eine vorübergehende Erscheinung (Deutsches Generalkonsulat Zürich an AA, 23.1.1939, ebd., Bd. 3). Der daraufhin vom AA angesprochene Carl Budding erklärte, er selber habe Skoropadskyj mit Briten in Verbindung gebracht, und garantierte dessen unbeirrt deutsch-, NS- und hitlerfreundliche Gesinnung. Das AA maß daraufhin den Verdächtigungen keine Bedeutung mehr bei (Budding an AA, 17.2.1939, AA an Dt. Gesandtschaft Zürich, 21. 2. 1939, ebd.).

einen Schutz vor möglichen »politischen Verfolgungen« durch NSDAP und Gestapo erhoffte.<sup>15</sup> Tatsächlich ist dies wieder die verbreitete Lebenslüge der OUN und der angedeutete Gegensatz unsinnig, da nahezu gleichzeitig die von der Gestapo geführte »Vertrauensstelle« mit OUN-Personal bestückt wurde und sich auch Parteikreise nicht länger gegen die OUN stellten.

Die Kontakte zwischen Wehrmacht und OUN wurden wieder verstärkt. Die deutschen Partner waren wie bis 1933 die Abwehrstellen. Seit 1935 stand ihnen Admiral Canaris vor, der Konovaléc Anfang 1937 persönlich kennengelernt hatte. Daneben agierten der Leiter der 2. Abteilung Helmuth Groscurth (1898-1943) sowie dessen Stellvertreter Major Erwin Stolze. Im November 1937 und Anfang 1938 kam es zu weiteren Begegnungen in Wien und Bellaggio, wo die Abwehr der OUN auch konkrete finanzielle Unterstützung zusagte.<sup>16</sup> Nach Stachiv war für Ende Mai 1938 ein Geheimgespräch mit dem »Chef der Deutschen Polizei« und SS Heinrich Himmler (1900-1945) geplant, das wegen des Attentats nicht mehr stattfinden konnte.<sup>17</sup> Daß Deutschland gleichzeitig versuchte, Polen an sich zu binden, stand dazu in keinem Widerspruch, da gerade die Abwehr sich auf alle Eventualitäten einzustellen hatte.

Die deutschen Versuche, ihre ukrainischen Beziehungen zu ordnen, überlebten nur noch zwei politische Gruppen: das U.N.O. und die Het'man-Organisation, die weitgehend unangetastet blieb. Mit der Umwidmung des U.N.O. befassen wir uns unten. Die zweite Neuerung war die Einrichtung einer »Vertrauensstelle«, wie sie für die russischen Emigranten längst bestand.

Was waren die Vertrauensstellen? Entgegen der sympathisch klingenden Bezeichnung handelte es sich bei diesen Einrichtungen um Verwaltungsämter für Emigranten, die unmittelbar der Gestapo unterstanden und eine Art fremdenpolizeilicher Aufsicht ausübten. Sie führten die Personenakten der staatenlosen Emigranten, stellten Ausweise aus und boten so der politischen Polizei Einsicht in deren Verhältnisse. Im Interesse der Gestapo lag dabei deren politische Ruhigstellung, weshalb der Leiter der Stelle keine »parteilichen« Zwecke verfolgen und sich völlig in den Dienst der Deutschen stellen sollte. Für die Ukrainer war eine Vertrauensstelle zunächst nicht eingerichtet worden, weil die internen Auseinandersetzungen niemanden erkennen ließen, der auch nur ansatzweise von allen in Deutschland tätigen Gruppen akzeptiert worden wäre.

Mit der seit Ende 1937 wieder betriebenen Gleichschaltung der Emigranten wurde auch das Projekt aktueller, eine ukrainische Vertrauensstelle einzurichten. Die ukrainischen Gruppen ließen sich von dem Begriff blenden und legten aus Statusgründen auf eine derartige Stelle wert. Skoropadský glaubte anfangs, eine Vertrauensstelle hätte den Charakter einer anerkannten ukrainischen Selbstverwaltung und hielt sie für erstrebenswert, weil man so offensichtlich mit den Russen gleichzöge. Es mag dabei auch der Wunsch eine Rolle gespielt haben, einen »eigenen Mann« in die Leitung zu

<sup>15</sup> Andrij Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945)*. L'viv 2003, S. 23.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 24.

<sup>17</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 42. Bohdan Kordjuk versuchte 1977, Konovaléc von unmittelbaren Verbindungen zur NSDAP freizusprechen. Verbindungen zu SS und Gestapo habe es erst nach Konovalécs Tod 1939 gegeben (Vgl. ebd., S. 47-48).

bringen, um so einen unmittelbaren Draht zu einer der mächtigsten Instanzen im Deutschen Reich zu gewinnen.

Es ist nicht genau festzustellen, wann genau das Thema »Vertrauensstelle« wieder aktuell geworden ist. 1934 war kurz davon die Rede gewesen, als die russische Vertrauensstelle eingerichtet worden war, in der Zwischenzeit war es jedoch ruhig geblieben. Da die Vertrauensstellen die Staatenlosen verwalten sollten, versuchte sich die Gestapo eine Meinung zu bilden, ob eine ukrainische Vertrauensstelle von Vorteil wäre. Nach einer Übersicht vom Sommer 1937 schien der Bedarf gering zu sein. In der Ukrainischen Hromada des Het'mans waren unter 150 Mitgliedern nur 35 Staatenlose aus der Sowjetukraine, in der damals noch nicht verbotenen Spilka Koževnykivs (Verein der Ukrainer in Deutschland) 55 und im U.N.O. 15 (von 41) Personen staatenlos. Die UNR-Anhänger waren häufig polnische Staatsbürger und viele andere Ukrainer inzwischen reichsdeutsche Staatsangehörige, die von der Vertrauensstelle nicht erfaßt worden wären.<sup>18</sup>

Nicht ganz unerwartet bemühte sich als einer der ersten Poltaveč-Ostranycja um die »Vertrauensstelle«. Nach seinem mißglückten Berliner Abenteuer hatte er sich wieder nach München zurückgezogen und leitete von seiner Wohnung (Nordendstr. 1) aus die Kosakenvereinigung UNAKOR. Da er die Aufgaben der Vertrauensstellen kannte, schrieb er an Göring, er wolle »keine Emigrantpolitik betreiben«, die Deutschen sollten es sich aber überlegen, ob sie nicht eine ukrainische Vertrauensstelle einrichten sollten, da sich auch jetzt schon viele Ukrainer an ihn wandten. Sich selber schlug er nicht offen als Leiter vor, weil er inzwischen gelernt haben mochte, daß so etwas nicht gut ankam. Dafür versuchte er mit dem Hinweis auf die orthodoxe Kirche und den Koževnykiv-Verein (dessen Verbot er nicht kannte, was belegt, daß er nicht über alle Entwicklungen informiert war) zu verhindern, daß eine der großen Gruppen in den Genuß des einzurichtenden Postens käme. Das AA versicherte der zuständigen Gestapo, die Poltaveč auch sonst nicht besonders ernst nahm, daß es sich nicht in der Angelegenheit äußern und das Schreiben nur bestätigen werde.<sup>19</sup>

Als weiterer Interessent meldete sich der erste UNR-Gesandte in Berlin, Oleksander Sevrjuk. Er lebte inzwischen wieder in Berlin (W 30, Motzstr. 47) und gab sich als Adliger aus (Alexander von Sevriuk). Aufgrund der Gerüchte um eine geplante Vertrauensstelle sprach er bei Legationsrat Roth in der Kulturpolitischen Abteilung des AA vor, das er fälschlicherweise für die federführende Stelle hielt. Roth notierte, Sevrjuk habe ihn davor gewarnt, die Vertrauensstelle den bedeutungslosen Het'man-Anhängern zuzuschancen und vorgeschlagen, ihn selber einzusetzen, da er über allen Gruppierungen stehe.<sup>20</sup> Das war nur insofern richtig, als nach mehrfachem politischem Richtungswechsel und kriminellen Vorwürfen kaum

<sup>18</sup> Gestapo [?] an ApA, 13. 2. 1938, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 133.

<sup>19</sup> Poltaveč an Göring, weitergeleitet an AA, 21. 1. 1938, AA an Gestapo, 4. 2. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1. – Zuvor hatte die Gestapo dem AA bedeutet, UNAKOR, von dem seine Repräsentanten Poltaveč und Litvynenko zeitweise behaupteten, es repräsentiere 100.000 Ukrainer, sei ein »nicht ernstzunehmendes Unternehmen«, das nur auf dem Papier bestehe und so gut wie keinen Anhang habe (Gestapo an AA, 30. 9. 1937, ebd.).

<sup>20</sup> Aufzeichnung Roth, 22. 1. 1938, ebd.



ein Ukrainer mehr etwas mit Sevrjuk zu tun haben wollte und er tatsächlich keiner Organisation angehörte.<sup>21</sup>

Während die Unterschlagungsvorwürfe gegen ihn letztlich nicht zu belegen sind, hatte Sevrjuk mit Ilja Borščak und Halip 1925 in Paris den Bund Ukrainischer Bürger in Frankreich (Sojuz Ukraïns'kych Hromadjan u Francii – SUHUF) gegründet, der ein Blatt namens *Ukraïns'ki Visty* herausgab und eine Gegenposition gegen Petljura einnahm, der Ende 1924 nach Frankreich gekommen war. SUHUF-Repräsentanten störten den Petljuristen-Kongress, bezeichneten sich als Bürger der Sowjetukraine und engagierten sich auch in Belgien und Luxemburg. 1927 behauptete SUHUF, 1400 Mitglieder zu haben; 1929 erhielt die Gruppe aus der Ukrainischen SSR eine Unterstützung von 500 Dollars. Sevrjuk hatte 1926 in dem Blatt die Weigerung, die Sowjetukraine zu unterstützen, als Verrat bezeichnet und sie als »ukrainisches Piemont« charakterisiert, mit einem Begriff also, der gemeinhin auf die Westukraine angewandt wurde. Man kritisierte zwar das Attentat auf Petljura, betonte aber auch nach seinem Tod, daß man ihn als Gegner ansah. Die Publikation argumentierte nicht kommunistisch, sondern unterstützte die Sowjetukraine aus »nationalen« Gründen. Mit dem Ende der *korenizacija* und den Prozessen kam es 1929 zu einem Zerfall der Organisation, aus der Borščak und Sevrjuk austraten, der SUHUF wurde 1932 aufgelöst.<sup>22</sup>

Sevrjuk ließ bei seinem Besuch im AA eine neunseitige Denkschrift da, in der er sein Anliegen durch historische und politische Anspielungen, die nun der Zeit entsprechend nationalsozialistisch begründet waren, zu befördern trachtete. Seit seiner Zeit als Leiter der ukrainischen Delegation in Brest waren 20 Jahre vergangen, und Sevrjuk kritisierte das damalige deutsche Vorgehen. Für Deutschland sei die Frage der ukrainischen Selbständigkeit 1918 nur ein Kampfmittel, kein politisches Ziel gewesen, daher habe man bei den Abschlüssen in Brest auf eine Aufteilung Rußlands »nach völkisch-organischen Gesichtspunkten« verzichtet. Jetzt sei aber die Lage anders: Die nationalsozialistische Weltanschauung biete eine neue ideologische Grundlage für die ukrainische Selbständigkeit.

Sevrjuks Wandel war symptomatisch für die Entwicklung der ukrainischen Independentisten. Der Weg führte den jungen Sozialisten, der rasch zu einem Star der ersten UNR geworden war und 1918 wie ein Meteor abstürzte, durch alle politischen Lager, die sich zwischen den Bolševiki und den Nationalsozialisten anboten. Darauf, geistig ungesichert zu sein und persönliche Macht (wie sie die Vertrauensstelle versprach) über politische Konsequenz zu stellen, hatte er kein Monopol. Aber bei wenigen war die Skrupellosigkeit so offensichtlich, die eigene Person über alle anderen Erwägungen zu stellen. Daß er sich nun den deutschen Nationalsozialisten in ihrer eigenen Terminologie anbot, war kein politischer Akt, sondern blanker Opportunismus.

Sevrjuk hatte sich 1938 eine Strategie zurechtgelegt, die mit den Zielen der Deutschen korrespondierte. In seiner Denkschrift erscheint das nur auf den ersten Blick kontraproduktive Argument, die Deutschen sollten sich bei ihren Ukraine-Planungen nicht auf Emigranten verlassen, da diese von der eigentlichen Ukraine abgeschieden tätig seien. Sevrjuk meinte damit nämlich Emigrantennorganisationen, während er

<sup>21</sup> Chymyneč bezeichnete ihn als den Repräsentanten der UNR, dies ist jedoch nicht richtig, auch wenn Sevrjuk sich zeitweise so vorgestellt haben mochte (Vgl. Chymyneč, *Moï sposterezennja*, S. 61).

<sup>22</sup> Vgl. Gilley, S. 283-295.

gleichzeitig schrieb, »einzelne Emigranten« sollten durchaus an der politischen Gestaltung der Ukraine mitarbeiten. Aus seiner eigenen Außenseiterrolle versuchte er also einen Vorteil zu schnitzen, mit dessen Hilfe er die anderen ausstechen wollte. Als er darauf hinwies, daß Deutschland wegen seiner antikommunistischen Haltung in der Ukraine große Sympathien genieße, machte Sevrjuk etwas mit dem Wirken der Exulanten im Ersten Weltkrieg Vergleichbares: Er bot sein Land dem nunmehr nationalsozialistischen Deutschland an, indem er dessen politische Prinzipien für mit denjenigen der Ukrainer deckungsgleich erklärte. Gleichzeitig versuchte er, alle existenten politischen Formationen auszuschließen, und unterstellte damit die Ukraine in seiner Planung völlig deutschen Maximen. Diese mußte er dafür zu seinen eigenen erklären. Auf diesem Wege deklarierte sich Sevrjuk (aber nicht nur er) als eindeutiger Anhänger des deutschen Nationalsozialismus.

Dies qualifizierte ihn seiner Ansicht nach zum Leiter einer ukrainischen Vertrauensstelle und, was ihm sicher noch mehr behagt hätte, zum Chefredakteur einer von den Deutschen zu gründenden ukrainischen Zeitung in Berlin. Verständlich: Da er inzwischen die Konzentration des Pressewesens und seine propagandistische Nutzbarmachung durch die Deutschen kennengelernt hatte, schien ihm dies ein geeigneter Weg zu sein, auch die Exil-Ukrainer medial zu bedienen. Wieder betonte er, daß auch die Zeitung »außerhalb aller bisherigen Gruppen« verbleiben und damit ihm und den Deutschen allein dienstbar sein sollte.<sup>23</sup>

Roth notierte in seiner Aufzeichnung über den Sevrjuk-Bericht, der im AA für die Ukrainer zuständige politische Referent Schliep wollte den Kontakt zu den ukrainischen Emigranten absenken.<sup>24</sup> Aber Sevrjuk ließ nicht locker: Seiner ersten folgte eine weitere »Denkschrift«, in der er die Parallele der deutschen und ukrainischen Entwicklungen noch stärker herausstrich. Wie die Parteien in Deutschland vor 1933 lägen die ukrainischen Gruppen im Streit miteinander, und aus den gleichen Gründen sei eine Verständigung »mit demokratischen Mitteln« unmöglich. Dagegen hätten alle Ukrainer auf die italienischen Vorgänge mit Sympathie für den Faschismus und seinen Führer reagiert, so daß eine ähnliche Organisation in Deutschland Erfolg verspräche und Berlin so zum Mittelpunkt der ukrainischen Politik werden könne. Sevrjuk unterschrieb seinen Brief »Mit ukrainischem Gruß« in Anlehnung an das im deutschen Parteiengang inzwischen unerwünschte »Mit deutschem Gruß« und demonstrierte so, wie wenig ihn seiner Ansicht nach von den deutschen politischen Strukturen trennte.<sup>25</sup>

Und noch jemand begann zu überlegen, wie er sich zum »Herrn« der Vertrauensstelle machen könnte. Ende 1937 kursierte im Zusammenhang mit der Auflösung der Het'man-Partei der Chliboroby-Deržavnyky das Gerücht, Skoropys-Joltuchovskýj habe sich vom Het'man getrennt und sei nun eine »überparteiliche Person«, die geeignet sei, die Leitung einer ukrainischen Vertrauensstelle zu übernehmen.<sup>26</sup> Nicht auszuschließen ist, daß Skoropadskýj und Skoropys sich auf eine solche Sprachrege-

<sup>23</sup> Denkschrift Sevrjuk, Januar 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>24</sup> Aufzeichnung Roth, 22. 1. 1938, ebd.

<sup>25</sup> Sevrjuk an Roth, 14. 3. 1938; weitergeleitet an Gestapo, 30. 3. 1938, ebd.

<sup>26</sup> »Amtliche Erklärung der Skoropadsky-Gruppe«, [Januar 1938], BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 211-212.

lung geeinigt hatten, um sich die Verfügungsgewalt über die Vertrauensstelle zu verschaffen.

Auch sonst stieg die »Denkschriften«-Produktion wieder an. Das ApA warnte davor, die Vertrauensstelle in die Hände von OUN-Leuten geraten zu lassen. Man beobachte mit großem Unbehagen die OUN-Aktivitäten in Deutschland. Die OUN sei nämlich nur in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei tätig, nicht in der Ost-Ukraine, für deren Bewohner die Vertrauensstelle geschaffen werden solle. Zudem habe zwar die OUN zur Rapallo-Zeit gute Beziehungen »zu bestimmten Stellen« in Berlin unterhalten, sich aber aus der Deutschfreundlichkeit 1934 zurückgezogen. Seitdem betreibe sie Greuelpropaganda gegen das »3. Reich«. Zudem hätten Mitarbeiter von Konovaléc Jüdinnen zur Frau, und schon daher habe die OUN kein Recht, in der Angelegenheit der Vertrauensstelle gehört zu werden.<sup>27</sup> Daß Schickedanz der OUN vorwarf, sich kurz nach dem Machtantritt der NSDAP von Deutschland abgewandt zu haben, war natürlich ein hervorragend zu verwendendes Zitat für OUN-Apologeten, die später die NS-Ferne der ukrainischen Nationalisten belegen wollten (daher ist dieser Teil der Denkschrift auch in die Kosyk-Edition aufgenommen worden), er verdrehte nur die Tatsachen völlig: Die OUN hätte gern die Beziehungen zu Deutschland auf hohem Niveau bestehen lassen, nur erschien dies der deutschen Politik wegen ihrer Polen-Beziehungen nicht opportun. Schickedanz wiederum war 1938 jedes Mittel recht, die ihm unsympathischen OUN-Leute zu diffamieren.

Eine Zeitlang blieb es dann um die Vertrauensstelle ruhig. Zeitweise versuchte das ApA zwischen den Ukrainern zu vermitteln. Sevrjuk wurde zu den Vorwürfen gehört, er sei sowjetfreundlich, was er natürlich abstritt, und auch mit Skoropys-Joltuchovský gab es eine Unterredung.<sup>28</sup>

Anfang Oktober 1938 berichtete Lipski nach Warschau, der polnische Presseattaché habe durch den Berliner Korrespondenten des *Tryzub* von dem Projekt »Vertrauensstelle« erfahren. Die Petljuristen hätten sich anfangs Hoffnungen gemacht, die Vertrauensstelle in ihre Hand zu bekommen, diese aber nun aufgegeben. Inzwischen seien die OUN-Anhänger aus Wien nach Berlin umgezogen und Mykola Suško (1909-?) habe die besten Aussichten auf diesen Posten. Lipski versprach, seine Gesprächspartner in Deutschland auf die »Unangemessenheit« (niewłaściwość) hinzuweisen, sich auf eine antipolnische Gruppe zu stützen. Er hielt die OUN weiterhin für sowjetfreundlich – nun in der Version, Riko Jarys antisowjetische Haltung sei neuen Datums und »konjunkturbedingt«.<sup>29</sup> Daß er sich von seiner Démarche etwas versprach, mag daran gelegen haben, daß Deutschland und Polen gerade gemeinsam die Tschechoslowakei amputierten und für den germanophilen Lipski ein deutsch-polnisches Bündnis nichts Absurdes war. Deshalb wollte er auch die UNR-Chancen durch seine Intervention verbessern.

Prompt sprach am 6. Oktober 1938 der polnische Botschaftsrat Lubomirski im AA wegen der Vertrauensstelle vor. Gegen eine Betrauung der UNR-Richtung und der Het'man-Anhänger mit der Leitung der Vertrauensstelle hätte er nichts einzuwenden,

<sup>27</sup> Schickedanz, Memorandum, 21. 2. 1938, BAK, NS 43, Bd. 41, Bl. 174-177; auch abgedruckt in Wolodymyr Kosyk, *Das Dritte Reich und die ukrainische Frage*. München [1986], S. 39-41.

<sup>28</sup> Leibbrandt an Rosenberg, 3. 10. 1938, NAW, T-81, Rolle 15.

<sup>29</sup> Polnische Botschaft (Lipski) an Poln. Außenministerium, 4. 10. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 293.

wohl aber gegen die OUN. Er rühmte sich, daß nach der Ermordung Pierackis die »polnische Regierung in Berlin erreicht [habe], daß die [...] Jary-Gruppe von Deutschland nach Genf übersiedelt sei. Von dort sei sie jedoch nach Wien gezogen und dadurch seit dem Anschluß wieder auf deutschem Reichsgebiet.« Dies stimmte alles nicht, allerdings hatte Lubomirski damit Recht, daß die OUN (die er nicht bei ihrem Namen nannte) in Deutschland präsent und wieder wohlgekommen war. Als »Neuigkeit« eröffnete der Pole seinem Gesprächspartner, daß Mykola Suško ebenfalls der »Jary-Gruppe« angehöre und machte deutlich, daß Polen eine Ausrichtung gegen Jary präferieren würde. Das AA schloß sich gegenüber der Gestapo, die für die Vertrauensstelle federführend war, dem polnischen Ansinnen an. Man lege Wert darauf, daß als Leiter eine Person, die »keinerlei Anlaß zu Mißdeutungen« böte, gefunden werde: »Es muß **nach außen hin** alles vermieden werden, was den Eindruck einer Zusammenarbeit amtlicher deutscher Stellen mit dieser Gruppe erwecken könnte.«<sup>30</sup>

In einer Besprechung vom 7. Oktober 1938 votierten AA und ApA gegen Mykola Suško, während die Wehrmacht für ihn warb und auch die Gestapo von seiner Qualifikation als deutscher Staatsbürger und NS-Parteimitglied überzeugt war. Dem AA war dagegen wichtig, daß ein OUN-Mitglied nicht die deutsche Polenpolitik störe – den Beteuerungen, die OUN habe sich verpflichtet, nicht mehr gegen Polen, sondern nur noch gegen die UdSSR aktiv zu sein, mißtraute das AA zu recht.<sup>31</sup> Nur half das alles nichts, Suško wurde nominiert.

Seine Niederlage kaschierte das AA: Schliep versicherte Lubomirski gegenüber, es gebe seit dem Pieracki-Mord keine Zusammenarbeit mit der OUN mehr. Er übernahm auch die Sprachregelung vom 7. Oktober und stritt jeglichen OUN-Verdacht gegenüber Mykola Suško ab. Mykola sei mit Roman Suško nicht verwandt (was falsch war), (als ehemaliger Österreicher) deutscher Staatsbürger und seit 1932 Nationalsozialist. Dies wirkte für den polnischen Attaché tatsächlich beruhigend. Er berichtete erfreut, Ukrainer dürften in Deutschland weiterhin nicht gegen Polen agitieren und genießen nur gegen die Sowjets Redefreiheit.<sup>32</sup>

Die polnischen Beobachter waren sich im Januar 1939 unsicher, ob Suško der OUN angehörte.<sup>33</sup> Aber daß die Gestapo eine Überprüfung Mykola Suškos versprach, war eine Finte – die OUN stand nach einer Zeit des Schattendaseins wieder offen in deutscher Gunst. Leibbrandt notierte am 21. November 1938, die Vertrauensstelle werde »im Sinne von Jary geleitet« und »Jarys Empfehlung« sei auch für die »Erteilung von Pässen erforderlich«.<sup>34</sup>

Dies war auch das Eingeständnis einer Niederlage, denn das ApA hatte lange versucht, die OUN von der deutschen Politik fernzuhalten. Noch einmal geschah dies im Dezember 1938 bei einem Gespräch, zu dem Rosenberg und Schickedanz mit Canaris und anderen Wehrmachtsvertretern zusammenkamen. Canaris äußerte sich

<sup>30</sup> AA (von Bismarck) an Gestapo Berlin, 12. 10. 1938, CDAVO Kiew, Fond 4628, Op. 1, Akte 10, Bl. 63. Hervorhebung durch FG.

<sup>31</sup> »Bericht über eine Besprechung«, 7. 10. 1938, ebd., Bl. 70-72.

<sup>32</sup> Polnische Botschaft Berlin (Lubomirski) an Poln. Außenministerium, 18. 11. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 320-321.

<sup>33</sup> Sprawozdanie tygodniowe, MSW, WB, Referat Ukraiński, 23. 1. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 113-125.

<sup>34</sup> Aktennotiz Leibbrandt, 21. 11. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 57.

sehr lobend über die »seit Jahren« »nach Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt und den Japanern« (!) erfolgreiche Zusammenarbeit mit der OUN, während Rosenberg ihr immer noch vorwarf, (1933/34) intrigant gegen Poltaveč vorgegangen zu sein, den erst das ApA aus dem Konzentrationslager befreit habe. Den Versuch Canaris, die OUN mit der sudetendeutschen Sammlungsbewegung Konrad Henleins zu vergleichen, wies Rosenberg zurück. Die OUN setze sich nur aus Galiziern zusammen, in der Ostukraine habe sie keine Basis und über eine Ideologie verfüge sie auch nicht. Rosenberg war auch die UNR-Richtung nicht sympathischer: Ihr gestand er zwar eine Basis in der Ostukraine zu, aber das »polnische Fahrwasser«, in dem sich die Petljura-Leute befänden, mochte er nun nicht mehr – die britisch-polnischen Pläne von 1934/35 waren nicht mehr aktuell. Nicht unerwartet schwang sich Rosenberg zum Fürsprecher Skoropadskyjs auf, an dem das ApA ja schon seit 1933 Interesse demonstrierte. Die Reise Danylos tat nun in Deutschland ihre Wirkung: Skoropadskyj habe die Ukrainer in den USA, in Kanada und Südamerika hinter sich. Zudem habe er eine »entwickelte« ideologische Position und sei als Verbündeter gegen den Kommunismus wie gegen das Judentum nicht zu unterschätzen. Von Lahousen von der Abwehr hielt ihm entgegen, der Het'man sei ein großrussischer Monarchist, aber Rosenberg ließ dies nicht gelten. Skoropadskyjs Nähe zum Nationalsozialismus hielt er für erheblich ausgeprägter als manche seiner Zeitgenossen (von den späteren Stilisierungen der Familie des Het'mans ganz abgesehen).<sup>35</sup> Das Außenpolitische Amt der NSDAP und die Abwehr kamen sodann überein, Mykola Suško (von dem auch Canaris versicherte, er sei kein OUN-Mitglied) als Leiter der Vertrauensstelle zu akzeptieren und ihm je einen »Berater« aus der Het'man-Partei und von der OUN zur Seite zu stellen. Zudem wollte man »Dr. Nikolaus Suszko« als Deutschen wahrnehmen, »um die neutrale Linie gegenüber allen ukrainischen Gruppen zu betonen«.<sup>36</sup> Neuerlich wurde das ApA als Verteidiger des Het'mans aktiv.<sup>37</sup>

<sup>35</sup> Stachiv schrieb richtig, die Het'man-Anhänger, vor allem Skoropys und Ivan Mirčuk, hätten sehr gute Beziehungen zum ApA und zur NSDAP, und falsch, daß die Deutschen die UNR bevorzugten (Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišньої polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 38-39). Tatsächlich versuchte er damit die OUN-Präferenz zu kaschieren.

<sup>36</sup> Aktennotiz Schickedanz über Gespräch, 21. 12. 1938, CDAVO, Fond 4628, Op. 1, Akte 10, Bl. 1-5; auch CDAHOU Fond 57, Opis' 4, Akte 340, Bl. 10-11 (letzteres nach Kentij, Narysy, S. 103) – Ebenso in Sicherheitspolizei Berlin an Schickedanz ApA, 10. 3. 1939, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 316.

<sup>37</sup> Bestätigt wird dies durch das Schreiben Dürksens an das Berliner Polizeipräsidium (22. 12. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 347), in dem das ApA erklärte, keine Bedenken gegen das Fortbestehen und den Vorstand der als Het'man-Organisation geltenden Hromada zu haben. – Kentij schrieb – leider ohne Quellenangabe – daß Canaris sich danach mehrfach mit Skoropadskyj getroffen habe, jedoch zu dem Schluß gelangt sei, der Het'man sei eine »unbedeutende Gestalt und besitze keine Verbindungen und Einflüsse in der Ukraine«. Skoropadskyj habe (im Unterschied zur OUN) deshalb mit der Abwehr nicht zusammengearbeitet und sei auch nicht von ihr finanziert worden (Kentij, Narysy, S. 104). Kentij folgt dabei der Darstellung Čerednyčenko, die jener auch nicht belegte, obwohl er offenbar das Treffen vom 21. Dezember nach Akten referierte. Skoropadskyj soll sich danach seiner Agenten gerühmt haben, die schon seit Jahren in verschiedenen Ländern tätig seien und deren Nutzung er der Abwehr angeboten haben soll. Skoropadskyj soll über die ihm von Hindenburg ausgesetzten Bezüge hinaus dann regelmäßig Geld vom Auswärtigen Amt und von der Gestapo erhalten haben. Diese Information stammt aus einem Schriftsatz von 1940 und ist unbestätigt (Vgl. Čerednyčenko, Nacionalizm, S. 61-63).

Die Entscheidungen waren aber vorher gefallen. Die »Ukrainische Vertrauensstelle im Deutschen Reich« hatte offiziell am 1. Dezember 1938 ihre Arbeit in Berlin W 30, Bayerischer Platz 3, aufgenommen. Mykola Suško schrieb im Januar 1939 der Emigrantenpresse, sie sollte darüber berichten, und forderte die Ukrainer im Reich auf, sich zur Aufnahme ihrer Personenstandsdaten bei der Vertrauensstelle zu melden.<sup>38</sup>

Die vorgesehenen »Berater« aus den anderen Gruppen traten ihren Dienst niemals an. Stattdessen versuchten die Het'man-Anhänger sich der Vertrauensstelle zu entziehen. Im Juni 1939 beantragte die Tochter des Het'mans, Lilli (Jelyzaveta) (1899-1976), bei der NS-Volkswohlfahrt (NSV) Gelder für Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine, für die der von ihr geleitete Hilfsverein ein separates »Hilfskomitee für die notleidenden Karpatho-Ukrainer« gegründet hatte. Als die NSV sie an die Vertrauensstelle verwies – und Suško war offenbar gern bereit, ihre »Abhängigkeit« von ihm zu genießen – lehnte sie diese Zusammenarbeit rundweg ab. »Die Ablehnung erfolgte wegen der personellen Besetzung und Führung der Vertrauensstelle«, übermittelte die NSV der Gestapo.<sup>39</sup>

Nicht unerwartet stellte sich das inzwischen OUN-gesteuerte U.N.O. hinter die Vertrauensstelle und Mykola Suško: »Seine bisherige energische Tätigkeit auf dem Posten bietet die volle Gewähr, daß er die übernommenen Aufgaben zum vollen Nutzen der ukrainischen und der deutschen Seite erfüllen wird. Das [U.N.O.] hatte von Anfang an und hat auch jetzt volles Vertrauen zu Dr. Mykola Suško und ist vollauf bereit, seine Arbeit moralisch und faktisch zu unterstützen.«<sup>40</sup> Mykola Suško wurde damit zu einer der zentralen Figuren der ukrainischen Gesellschaft in Deutschland. Wenn bei ukrainischen Veranstaltungen Ehrengäste aufgezählt wurden, dann fehlte der Name des Gestapo-Vertrauensmannes nicht. Tatsächlich bedeutsam wurde die Vertrauensstelle aber erst im Zweiten Weltkrieg. Wir werden uns ihr im Folgebund widmen.

Švahuljak versuchte noch in seinem Aufsatz von 1992 die »Vertrauensstelle« als eine ukrainische Repräsentanz zu deklarieren, welche »die Interessen der in Deutschland lebenden Ukrainer vertreten« habe. Sie soll angeblich die »Hoffnungen der ukrainischen Emigranten« beflügelt haben.<sup>41</sup> Auch in der Emigrationsliteratur wird gern übersehen, daß es sich um eine Zwangsveranstaltung der Gestapo handelte, die ziemlich genau der Transmissionsfunktion der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« entsprach, in die im Juni 1939 die bis dahin halbautonome »Reichsvertretung der Juden in Deutschland« (1935) verwandelt wurde.

Troščynskyjs Generalisierung, daß nach Hitlers Machtantritt das »Verbandsleben der Ukrainer in Deutschland [...] streng durch das Naziregime kontrolliert worden«<sup>42</sup> sei, gilt im übrigen sowieso erst ab 1938 und auch dann noch nicht so umfassend, wie man es sich gemeinhin vorstellt. Da es einen eingeschränkten Pluralismus gab, ist die

<sup>38</sup> Ukrainische Vertrauensstelle an *Novoe Slovo*, 14. 1. 1939, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 319.

<sup>39</sup> Elisabeth Skoropadsky an NSV Berlin (Hilgenfeld), 5. 6. 1939; NSV an Gestapo Berlin IIa, 13. 6. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Bd. 3.1.

<sup>40</sup> *Ukrainŭskij Vistnyk* 4 (1939), Nr. 1-2 (20-21), S. 2.

<sup>41</sup> Mychajlo Švahuljak, »Ukrainŭska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-ch rokach XX st.«, in: *Slyvka, Ukrainŭska Emihracija*, S. 316-334, hier S. 331.

<sup>42</sup> Troščynskyj, *Mižvojenna ukrainŭska emihracija*, S. 48.

Aussage angemessen, daß die uneinheitlichen deutschen Sympathien den Emigranten auch einen gewissen, wenngleich eng bemessenen Freiraum verschafften.

## 2. DIE OUN IN POLEN

Bei der Erfassung der OUN-Beziehung zu Deutschland gerät die polnische Perspektive zeitweise aus dem Blick. Sie ist jedoch unverzichtbar, weil sich der Wert der OUN für die deutschen Stellen an ihrer Einsetzbarkeit orientierte, und die betraf Polen, bis die Karpatho-Ukraine politisches Thema wurde.

Den polnischen Behörden gelang nach dem Pieracki-Mord die Schwächung der OUN-Struktur. Zudem waren die Beziehungen zu Deutschland normalisiert, als dessen Werkzeug die OUN bislang gegolten hatte. Mit Italiens kirchenfreundlichen Faschisten kam man ebenfalls gut aus. Als »ideologischer Feind« blieben eigentlich nur die UdSSR übrig – und die »Linken« im eigenen Land, die man daher nun mit Vorliebe und ohne großen Widerspruch in Bereza festsetzen konnte. Aus den von Ukrainern bewohnten Kreisen der Wojewodschaft Lublin sind Berichte über den Organisationsstand der OUN erhalten. Der Kreisstarosta von Hrubieszów berichtete Anfang 1937, zwar sei die ukrainische Bevölkerung des Kreises meist »entschieden feindlich gegenüber dem Polnischen Staat und Volk« eingestellt, man habe aber dennoch »nicht festgestellt, daß diese Bevölkerung stärker zur Unterstützung der OUN-Tätigkeit neige«. Auf die einfachen Ukrainer wirke stärker das Programm der Kommunisten (KPZU), während der Nationalismus vor allem »Individuen mit höherem intellektuellem Niveau, [...] deren Gefühl für nationale Zugehörigkeit stärker geweckt ist«, anziehe, die im Kreis wenig zahlreich seien. Aber es sei den Kommunisten gelungen, frühere OUN-Mitglieder auf ihre Seite zu ziehen. Diese Bemerkung gestattet die Feststellung, daß für die »einfachen Mitglieder« der Abstand zwischen Kommunismus und Nationalismus nicht so groß erschien, wie in manchen theoretischen Schriften behauptet wurde. Die Nationalisten seien zusammengeschmolzen: Dies liege daran, daß nationalistische Agitatoren den Kreis verlassen hätten und man die ukrainischen Kooperativen von der Lemberger Zentrale getrennt und Warschau unterstellt habe. Nationalistische Propaganda sei von einem einzelnen orthodoxen Geistlichen in Hostynne ausgegangen, der aber inzwischen den Kreis verlassen habe, sein Nachfolger trage zum Abbau des Antagonismus bei.

Über die OUN-Angehörigen schien der Starosta exzellent informiert zu sein. Er benannte die konspirativen Dreier- und Fünfer-Gruppen (»trójki«, »piątki«) in den einzelnen Dörfern und ihre Verbindungen nach Galizien, attestierte ihnen jedoch vor allem Inaktivität.<sup>43</sup> Ähnliches wußte der Starosta von Tomaszów Lubelski zu berichten: Die OUN-Gruppen in seinem Gebiet hätten 1936 »nicht die geringste Aktivität entfaltet«. Nicht einmal Verbindungen nach Galizien habe er erkennen können. »So hat sich die Kraft des Nationalismus im Berichtszeitraum [1936] im Vergleich mit dem

<sup>43</sup> Starosta Powiatowy Hrubieszów an Urząd Wojewódzki Lublin (UWL), 5. 1. 1937, Archiwum Państwowe Lublin (APL), Wydział Społeczno-Polityczny (WSP), 452, Bl. 31-33.

Jahr 1935 völlig verringert.«<sup>44</sup> Das Lubliner Land war nur ein Randgebiet, aber auf dieser Grundlage konnte Torzecki schreiben, die OUN sei zwischen 1935-1938 zu einer Kaderorganisation geworden, die ideologisch arbeitete, jedoch nicht mehr nach außen in Erscheinung trat.<sup>45</sup> Selbst wenn wir nicht alles in diesen Berichten zum Nominalwert akzeptieren, dann kann festgestellt werden, daß sich der ukrainische Nationalismus in Polen 1937 auf einem Tiefstand befand.<sup>46</sup>

Wohl weil beim besten Willen nichts zu berichten war, erfanden die Kommunisten einen »Geheimvertrag«, den im Juli 1936 in Warschau die OUN und die »Vertreter der faschistischen Regierungen Deutschlands, Polens und Ungarns« unterschrieben haben sollen. Den »künftigen faschistischen Okkupanten der Ukraine« soll die OUN ein »50-jähriges Protektorat über die Ukraine« zugestanden haben. Daß es sich bei der Nachricht um ein Produkt der KPZU handelte, das nicht der Realität, sondern der Bedrohungspsychose der sowjetischen Propaganda seine Existenz verdankte, zur Begründung der Annexion von 1939 und in der sowjetischen Historiographie benutzt wurde, versteht sich von selber.<sup>47</sup> Daß die OUN gemeinsam mit Deutschland und Polen ein Dokument produziert haben soll, gehört nun wirklich zu den Unmöglichkeiten einer ansonsten an Überraschungen nicht armen Zeit. Die Fiktion hatte den Vorteil, daß man aus ihr eine längerfristige konkrete Perspektive von OUN und Deutschen ableiten konnte. Gerade die gab es jedoch im politischen Sektor nicht.

Daß die OUN in Polen 1938 wieder einen Aufschwung erlebte, hing mit zweierlei zusammen. Zum einen betrieb die Entourage Piłsudskis, die ihn auch politisch beerben sollte, noch zu dessen Lebzeiten eine Politik der »Festigung der Polonität« des polnischen Ostens. Exponent dieser Richtung war der frankophile Marschall Edward Rydz-Śmigły (1886-1941), der für die Zeit nach Piłsudski bestimmend werden sollte. Torzecki nannte die polnische Ukrainerpolitik jener Zeit »abenteuerlich«. Versuche der Entukrainisierung von regionalen Gruppen, den Lemken, Bojken und Huzulen (wie es die Deutschen zuvor mit »Schlonsaken« und »Wasserpolen« vorgeführt hatten und dann mit »Goralen« wiederholen sollten), korrespondierten mit der Polonisierung von Wolhynien und Galizien.<sup>48</sup> Nicht unschuldig daran war jedoch auch der Auftrieb, den die Ukrainer nun wieder in Deutschland erfuhren. Die Einrichtung der »Vertrauensstelle« war keineswegs als ukrainerfreundliche Handlung geplant, sie wirkte jedoch so.

### 3. DIE UMWANDLUNG DES U.N.O.

Der Wandel in Deutschland war nicht einzigartig. Bis 1937 hatten sich in den rechtsautoritären Staaten Europas (mit Ausnahme Litauens, das die OUN stets förderte) die politischen Kontakte zu Ukrainern diversifiziert, was von Polen als Erfolg be-

<sup>44</sup> Starosta Powiatowy Tomaszów Lubelski an UWL, 9. 1. 1937, APL WSP 452, Bl. 49-50.

<sup>45</sup> Vgl. Ryszard Torzecki, *Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej*. Warszawa 1993, S. 22.

<sup>46</sup> Vgl. Mirčuk, *Narys*, S. 461-480.

<sup>47</sup> Vgl. *Toržestvo istoryčnoj spravedlyvosti. I'viv* 1968, S. 441; Dmytruk, *Pid štandartamy*, S. 41-42.

<sup>48</sup> Vgl. Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 13-14; vgl. auch Robert Potocki, *passim*.



trachtet wurde. Vor allem Italien, dem das polnische Regierungslager sich ideologisch nahe wähnte, wurde von Polen 1936 davor gewarnt, sich der OUN-Tendenz anzuschließen und ihm stattdessen geraten, die Prometheus-Aktivitäten der UNR zu unterstützen. Anfang 1938 vermerkte das polnische Außenministerium Bewegung: In einer Notiz hielt man fest, daß Italien zur UNR immer weniger Vertrauen habe, weil sich deren Politiker auf Verbindungen mit Sozialisten eingelassen hätten. Die »innere Abteilung« des Außenministeriums wollte nun bei italienischen Politiker gegensteuern: Die UNR sei keineswegs eine polnische Kreatur, sondern verfechte eigene antisowjetische Ziele, während die OUN über keinerlei Einfluß verfüge. Auch alle anderen Emigranten außerhalb des UNR-Lagers seien »Abenteurer« ohne jeglichen Einfluß.<sup>49</sup> Man wurde also in Polen nervös – die OUN schien an Einfluß zu gewinnen und die scheinbar erfolgreiche polnische Ukrainer-Politik ihrem Ende zuzugehen.

Daß auch die OUN das wahrnahm, zeigt das Communiqué, in dem Konovaléč im Januar 1938 die Anweisung gab, den II. Kongreß der OUN bis September 1938 vorzubereiten. Er begründete diesen Plan (der Kongreß fand wegen seiner Ermordung und anderer Probleme erst im August 1939 statt) mit dem »Gewicht des Augenblicks, den wir jetzt durchleben, und des Gewichts der Aufgabe, zu deren Realisierung wir jetzt antreten«.<sup>50</sup> Das »jetzt« und die Dynamik zeigen uns, daß Konovaléč die OUN an einer entscheidenden Stelle ihrer Entwicklung wähnte. Der japanische Botschafter in Berlin richtete im Januar 1938 ein Bankett für Konovaléč aus – der »Oberst« war also in Berlin wieder präsent.<sup>51</sup>

Den markantesten Erfolg der OUN stellte aber zweifellos die »Übernahme« des U.N.O. in Deutschland dar. Als Gründung von »Petljuristen« aus dem dritten Glied hatte das U.N.O. wenig Aktivitäten entfaltet (s. S. 659). Nach 1933 war es nicht mehr weiter behelligt worden und kaum sichtbar. Erst 1937 erwachte es zu neuem Leben. Möglicherweise erfolgte dies im Kontext der UNR-Versuche, mit Deutschland zusammenzuarbeiten, jedenfalls erregte das Wiederauftauchen das Interesse der polnischen Botschaft, die sich wenig beunruhigt zeigte. Dazu bestand auch noch kein Grund. Das visibelste Element der Reaktivierung war ein maschinenschriftlich hektographiertes Blättchen, das schon in seiner primitiven technischen Aufmachung die Bedeutungslosigkeit seiner Herausgeber unterstrich.<sup>52</sup> In der ersten sechsseitigen »Doppelnummer« war als Sitz des U.N.O. die Wohnung von Ivan Drabatyj in der Mühlenstraße 21 in Zehlendorf, im nächsten Heft die Adresse des Graveurs und Ma-

<sup>49</sup> Notiz, 22. 1. 1938, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 12.

<sup>50</sup> [Konovaléč], Komunikat č.2, 19. 1. 1938, Volodymyr Kosyk (Hg.), Rozkol OUN 1939-1940, L'viv 1999, Dok. 1, S. 11.

<sup>51</sup> Vgl. Volodymyr P. Stachiv, »Do zovnišnoj polityky OUN v rokach 1931-1938« (1977), S. 31. Zu den Kontakten der OUN mit den Japanern siehe auch Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 108-121.

<sup>52</sup> Der *Ukrainskyj Vistnyk* erschien mit den Untertiteln *Le Messenger Ukrainien – Ukrainischer Bote*, »Organ Ukraïnskoho Nacional'noho Ob'jednannja«, als Manuskript gedruckt und damit von der Zensur befreit. Da die Einzelhefte ungeachtet dessen mit Doppelnummern versehen wurden, daß sie wenig mehr als 4-12 Seiten stark waren, und von 1938 an der 3. Jahrgang ausgewiesen wurde (obwohl das erste Heft im März 1937 erstellt worden war) ergeben sich leicht aus den Zitatnachweisen Fehlschlüsse. Ein vollständiges Exemplar befindet sich in der Berliner Staatsbibliothek (Uf 8068/726).

lers Vasyl' Masjutyn (1884-1955) (Bornstedter Str. 3, Halensee) angegeben.<sup>53</sup> Als Schriftleiter firmierte Mykola Porš, der weiter in Berlin lebende (W 50, Regensburger Str. 10a) ehemalige UNR-Gesandte. In einer Versammlung vom 20. November 1937 wurde die »Jahresauflage« (ričnyj naklad) mit 1060 Exemplaren angegeben – verteilt auf 4 erschienene Ausgaben ergäbe dies 265 Exemplare, wenn man nicht davon ausgehen könnte, daß die deutschsprachige Nr.5 vermutlich weitaus häufiger gedruckt worden sein dürfte.<sup>54</sup>

Das erste Heft ist insofern spannend, als es noch die UNR-Positionen vertrat. Man feierte Petljura und die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Signifikant war die Behandlung der Ereignisse von 1918:

»Der Friede in Brest machte dem blutigen Krieg ein Ende. Mit der Hilfe des deutschen Militärs wurden die roten Eroberer aus der Ukraine gejagt. Die Herrschaft der Zentral-Rada fiel. Zum Het'man wurde Herr P. Skoropadskýj ernannt. Nach 7 Monaten lief er fort, nachdem er auf die Het'manwürde verzichtet hatte. Und wieder entstand eine ukrainische Herrschaft, das Ukrainische Direktorium.«<sup>55</sup>

Hier wurde den Deutschen geschmeichelt, ohne den Het'man mit ihnen in Verbindung zu bringen. Er wurde als »nicht-ukrainisch« konnotiert, aber auch nicht weiter kritisiert (außer, daß er weggelaufen sei), denn immerhin genoß er in derselben Stadt, in der das Blättchen erschien, weiterhin die deutsche Förderung. Man formulierte auch eine taktische Lagebeurteilung:

»Wir könnten nicht gleichzeitig an vier Fronten kämpfen – gegen Moskau, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei. Daher wagen wir dies auch nicht [...] Heute existiert für uns nur die eine Front gegen das rote Moskau. Mit den anderen Völkern, unseren Nachbarn, müssen wir Frieden halten. Damit verzichten wir nicht auf das Recht auf unsere anderen nationalen Länder.«<sup>56</sup>

Die Opposition gegen die Sowjetunion gehörte zur Grundlage der UNR, während mit Polen eine »friedliche Koexistenz« aus taktischen Gründen wie 1920 möglich war. Daß ein OUN-Repräsentant nicht auf antipolnische Aussagen verzichtet hätte, liegt auf der Hand. Umso mehr Beachtung verdient, daß diese ursprünglich einmal sozialistischen Repräsentanten der »Alten« sich nicht nur gern zu Trägern eines »neuen Aufbruchs« umlackieren wollten, sondern auch an dem deutschen Nationalsozialismus nichts auszusetzen fanden.

Über den Zustand der ukrainischen Emigration in Deutschland im Jahre 1933 (angeblich 3000 Seelen) fanden die Autoren nur negative Worte. Etwa 80-100 Personen seien in etwa 10 verschiedenen »lebendigen oder toten« ukrainischen Organisationen organisiert gewesen und ihre Hauptbeschäftigung habe darin bestanden, »gegeneinander [...] zu intrigieren, Denunziationen zu schreiben, [...] alle und alles mit Schmutz zu bewerfen«. Aber dann sei das U.N.O. entstanden.

<sup>53</sup> Vasyl' Masjutyn stand außer mit dem U.N.O. mit dem UWI in Verbindung, was ihn jedoch allein noch nicht zu einem Skoropadskýj-Anhänger abstempelte. Er war politisch offenbar weniger interessiert.

<sup>54</sup> »Zahal'ni Zbory »Ukrainškoho Nacional'noho Objednannja«, Ukrainškyj Vistnyk, o. Nr. [8], Dezember 1937, S.3-4.

<sup>55</sup> »Svjato Deržavnoi Nezaležnosti«, Ukrainškyj Vistnyk 1937, H. 1-2, S. 1-3, hier S. 2.

<sup>56</sup> Ebd., S. 3.

»Denn zur selben Zeit begann vor unseren Augen der Große Deutsche ADOLF HITLER das grandiose Werk der staatlich-nationalen Einigung seines Vaterlandes [...]. Sollte diese große Tat kein gutes Beispiel für uns werden?!«

Eine überparteiliche patriotische Organisation – man vermied das Wort »nationalistisch«, das an die OUN erinnert hätte – habe den Gründern vorgeschwebt. Deswegen sei es ihnen auch nicht auf eine »große Zahl von Angsthasen [...] und Verrätern« angekommen, sondern auf eine kleine Zahl von »ausgesuchten, der Sache ergebenden« Leuten. »Mögen wir hier in Deutschland auch keine bedeutende gesamt nationale Organisation bilden, die sich auf den Gebieten des Befreiungskampfes mit ihrem großen Gewicht ausgewirkt hätte. Aber mit unserer unermüdlichen Arbeit schaffen wir hier den Boden für die Zukunft.«<sup>57</sup>

Als Feinde galten Kommunisten, die Sozialisten der Zweiten Internationale, »überhaupt alle Parteien – rechte wie linke, demokratisch-liberale wie monarchistisch-het'manische« und Freimaurer »im Interesse des internationalen Kapitals«.<sup>58</sup> So weit waren also die Petljuraanhänger – als Schriftleiter des Blattes und Schatzmeister des U.N.O. fungierte weiterhin Porš – gekommen. Da war ja denn man gut, daß man große Mitgliederzahlen gar nicht wollte. Denn das U.N.O. war genau das, was die Träger 1937 an ihren Konkurrenten kritisierten, eines der bedeutungslosen, zwischen 1934 und 1937 eher »toten« Grüppchen. Anfang 1937 hatte es genau 18 Mitglieder.<sup>59</sup> Zum Weihnachtsabend am 6. Januar 1937 kamen (mit Familienangehörigen) 34 Personen zusammen.<sup>60</sup> An Mitgliedsbeiträgen nahm man zwischen Oktober 1936 und Juli 1937 ganze 91,26 RM ein.<sup>61</sup> Daß man sich gleichzeitig auf die Sammlungsbewegung Hitlers berief, war schon recht grotesk.

Dabei nahm man scheinbar einem Dissens mit der UNR-Bewegung in Kauf. Im Mai 1937 kritisierte das U.N.O. Smal'-Stočkyj, der angeblich (so sollte es der *Przegląd Katolicki* kolportiert haben), auf einer Prometheus-Sitzung in Warschau erklärt hatte, die Völker der Prometheus-Bewegung sähen die Deutschen nicht als ihre Verbündeten an.<sup>62</sup> Daß Smal'-Stočkyj dies gesagt hat, mag man nicht ausschließen, auch wenn er gleichzeitig (s. oben) die Kontakte zu deutschen Stellen suchte. Es könnte aber auch eine »Fensterrede« gewesen sein, um Frankreich nicht zu verprellen oder aber ein mit der polnischen Abwehr abgesprochenes Manöver, um die Prometheus-Bewegung nicht zu kompromittieren. Das U.N.O., welches sich auf derselben Seite zu UNR und Petljura bekannte, wies jedenfalls Smal'-Stočkyjs Aussage vehement zurück.<sup>63</sup> Da der Hauptkampf gegen den sowjetischen Kommunismus geführt werde, sei »zuvorderst unser erprobter Bundesgenosse in diesem Kampf [...] Deutschland, das gegenwärtige

<sup>57</sup> »Ukraińske Nacional'ne Ob'jednannja«, *Ukraińskij Vistnyk* 1937, H. 1-2, S. 3-4, hier S. 4.

<sup>58</sup> »Proty koho majemo borotysja?«, *Ukraińskij Vistnyk* 1937, H. 1-2, S. 4-5.

<sup>59</sup> »Zahal'ni Zbory »Ukraińskoho Nacional'noho Objednannja«, *Ukraińskij Vistnyk*, o. Nr. [8], Dezember 1937, S.3-4.

<sup>60</sup> »Z žyttja U.N.O.«, *Ukraińskij Vistnyk* 1937, H. 1-2, S. 6.

<sup>61</sup> »Kasove Zvidomlennja U.N.O.«, *Ukraińskij Vistnyk* 1 (1937), H. 6-7, S. 11.

<sup>62</sup> »Chto ž naši sojuznyky?«, *Ukraińskij Vistnyk* 1 (1937), H.3-4 (Mai 1937), S. 9-10.

<sup>63</sup> Theoretisch könnte man Zweifel hegen, daß das U.N.O. 1937 noch UNR-affiliert gewesen sei. Aber die Tatsache, daß man sich mit Smal'-Stočkyj und Prometheus beschäftigte, bestätigt dies trotz der Kritik. Man empfahl eben Prometheus nur andere Verbündete und lag damit auf der Linie der UNR-Repräsentanten, die versuchten, die bisherigen französischen gegen deutsche Verbindungen auszutauschen.

national-sozialistische Deutschland, denn es hat als erster unter den Staaten der ganzen Welt der dritten Internationale den rücksichtslosen Krieg erklärt«. Dazu kämen dann noch Japan und Italien: »Diese drei Staaten zusammen und jeder für sich – das sind unsere Verbündeten!« Diese Meinung teilten angeblich alle ukrainischen Emigranten in Deutschland und anderswo, wenn sie nicht durch »Orientierungen« erblindet seien.<sup>64</sup> Dies war deutlich – und es war vor der Übernahme des U.N.O. durch die OUN!

Im nächsten Heft, am 15. September 1937, ging man einen Schritt weiter. Das weiterhin von Porš und Masjutyn verantwortete Blatt widersprach nicht, wenn man seine Träger als »Petljuristen« bezeichnete, wandte sich aber gegen den Vorwurf der Skoropadskyj-Anhänger, »daß das ganze Petljura-Lager deutschfeindlich« sei.<sup>65</sup> Schließlich habe der Pariser *Tryzub*, das UNR-Organ, die positive Haltung zu NS-Deutschland bestätigt:

»Haben wir ein [gemeinsames] Ziel mit Deutschland? Mit welchem? Mit Rapallo-Deutschland, der Freundin<sup>66</sup> Moskaus, [...] hatten wir wirklich keinen gemeinsamen Weg. Eine andere Sache ist das neue nationale Deutschland mit seiner deutlich anti-sowjetischen Politik. Aus unserer Sicht ist das ein zweifellos positives Faktum, und auf den Seiten des *Tryzub* haben wir die jetzige Haltung Deutschlands vermerkt [...]. Jede Stärkung und Vereinigung der Kräfte, die gegen die Dritte Internationale kämpfen, hinter der sich heute der alte Moskauer [russische] Imperialismus versteckt, liegt im Interesse des Befreiungskampfes der Ukraine.«<sup>67</sup>

Die deutschen Petljuristen gaben sich sicher, daß bald die Zeit der »Konsolidierung der offiziellen deutschen Politik gegenüber der Ukraine und den anderen von Moskau [Rußland] unterdrückten Völkern« kommen werde, sie setzten sich zum Ziel, »diesen unausweichlichen Prozeß der Konsolidierung durch systematische Arbeit zu beschleunigen«, und dabei »alle unvorsichtigen Schritte« zu vermeiden.<sup>68</sup>

Dazu kamen sie nicht mehr. Die nächste Ausgabe des *Ukrainskyj Vistnyk* erschien erst im Dezember 1937. Zuvor war am 20. November 1937 im Berliner Restaurant Pfalzburg (Pfalzburger Str. 16) die Führung der Organisation ausgetauscht worden. Äußerlich war dies kein »unfriendly takeover«: die Mitgliederversammlung (MV), zu der 22 der nunmehr 41 eingetragenen Mitglieder erschienen waren, eröffnete der bisherige Vorsitzende Drabatyj. Er begrüßte ausdrücklich die »neuen Mitglieder des U. N.O.«. In seinem Rechenschaftsbericht wies er darauf hin, daß 1936 zur MV gerade einmal 8 Mitglieder gekommen seien. Im letzten Jahr seien 3 Mitglieder ausgetreten, 26 neu eingetreten. Die »Neuen« vermerkte er als »großen Fortschritt« – sie bestimmten nun den weiteren Verlauf, ohne in einen offenen Gegensatz zu den bisherigen Funktionsträgern zu geraten.<sup>69</sup>

<sup>64</sup> »Chto ž naši sozuznyky?«, *Ukrainskyj Vistnyk* 1 (1937), H.3-4 (Mai 1937), S.9-10.

<sup>65</sup> »ščo [...] ves' petljurivskyj tabor je vorožyj nimecjam«. »Z ukrainskoj presy«, *Ukrainskyj Vistnyk* 1 (1937), H. 6-7, S. 8.

<sup>66</sup> Deutschland (Nimeččyna) ist im Ukrainischen weiblich.

<sup>67</sup> »Z ukrainskoj presy«, *Ukrainskyj Vistnyk* 1 (1937), H. 6-7, S. 8, Zitat aus dem *Tryzub* 21/22 vom 30. 5. 1937.

<sup>68</sup> Ebd., S. 8.

<sup>69</sup> »Zahal'ni Zbory »Ukrainskoho Nacional'noho Objednannja«, *Ukrainskyj Vistnyk*, o. Nr. [8], Dezember 1937, S.3-4.

Sowohl Tymiš Omel'čenko (1893-1955) als auch Drabatyj kandidierten um den Vorsitz der Versammlung. Nach dem Protokoll zog Drabatyj seine Kandidatur jedoch wieder zurück, woraufhin Omel'čenko mit 19 Stimmen bei einer Enthaltung und zwei ungültigen Stimmen zum Sitzungsvorsitzenden gewählt wurde. Bei der Kandidatur für den Vorsitz des U.N.O. bot sich das gleiche Bild. Wieder zog Drabatyj seine Bewerbung zurück. Ihm muß klar geworden sein, daß sich seine Richtung nicht durchsetzen würde – und da entsprach es der Abneigung gegenüber Parteienhader wie der Vernunft, es nicht auf eine aussichtslose Kampfabstimmung ankommen zu lassen. Auch die andere Seite wollte keine Konflikte: Dem alten Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.<sup>70</sup>

Nach einem polnischen Bericht wurde der bisherige Vorsitzende Drabatyj zum Ehrengericht der Organisation »abgeschoben«. Hier irrten jedoch die polnischen Beobachter. Masjutyn, der bisherige Herausgeber des *Ukrainškyj Vistnyk*, zog seine anfängliche Kandidatur für diesen Posten zurück, und der Ingenieur Serhij Šostivškyj wurde Vorsitzender des Gerichts. Dessen weitere Mitglieder wurden der Student Osyp Kucilja und Ivan Jurčyšyn. Porš hatte anfangs ebenfalls kandidiert, aber dann darauf verzichtet. Drabatyj wurde dagegen mit 20 Stimmen zum Vorsitzenden der Revisionskommission gewählt – diese konnte jedoch in einem nach dem Führerprinzip strukturierten Verein keinerlei Bedeutung mehr haben. Mit den Studenten Jaroslav Semanjuk und Teodozij Sendzik wurde Drabatyj selbst hier noch einer Mehrheit beraubt. Porš fiel bei dieser Abstimmung durch. Nach Dürksen hatte sich Oleksander Semeniv inzwischen aus dem aktiven »Politisieren« zurückgezogen, vielleicht blieb er gerade deswegen als erster Stellvertreter Omel'čenkos formal noch ein Jahr im Vorstand. Zweiter Stellvertreter wurde Jurij Artjušenko, der die Redaktion des UV übernahm, außerdem gehörten dem Vorstand Vasyľ Čajkivškyj als Sekretär und Ivan Skrypka an. Auch bei den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern setzten sich die »Neuen« mit dem Zarevo-Vorsitzenden Mychajlo Kačmar und Vasyľ Tkačuk durch.<sup>71</sup> Porš fiel wieder durch. »Die Mitgliederversammlung dankte mit deutschem Gruß der deutschen Regierung für die Gastfreundschaft, danach beendete der Vorsitzende die Versammlung.«<sup>72</sup>

Drabatyj wählte man 1939 nicht mehr in den Vorstand. An seiner Stelle wurden Semeniv und Čajkivškyj in die Revisionskommission abgeschoben. Der in UVO und OUN aktive Geologe Bohdan Kordjuk (1908-1988) wurde Vorsitzender des Ehrengerichts.<sup>73</sup>

Der Übergang ging ohne eine größere Säuberung vonstatten. Als Ausnahme wurde am 4. Januar 1938 die Mitgliedschaft von Andrij Serbynenko wegen dessen »nationalen und persönlichen moralischen Charakters« ausgesetzt und sein Fall an das Schiedsgericht des U.N.O. überwiesen.<sup>74</sup> Serbynenko war Gründungsmitglied des U.N.O.

<sup>70</sup> Ebd.

<sup>71</sup> Der Ingenieurstudent Mychajlo Kačmar war wie Jevhen Stachiv Absolvent des Ukrainischen Gymnasiums in Przemyśl. In seinen Memoiren charakterisiert Stachiv ihn als »dijač OUN v Berlini« (Aktivist der OUN in Berlin); vgl. Stachiv, *Kriz' tjury*, S. 23.

<sup>72</sup> »Zahal'ni Zbory »Ukrainškoho Nacional'noho Objednannja«, *Ukrainškyj Vistnyk*, o. Nr. [8], Dezember 1937, S.3-4; Aktennotiz Dürksen, 28. 1. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 230-232; Polnische Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 24. 2. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 254-256.

<sup>73</sup> »Odyn rik praci, zdobutkiv i peremoh!«, *Ukrainškyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 1-2 (20-21), S. 2.

<sup>74</sup> »Chronika«, *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S. 7.

gewesen, hatte mit Sevrjuk zusammengearbeitet und zeitweise sowjetfreundliche Thesen vertreten.<sup>75</sup>

Das Verhältnis zwischen integralen und »demokratischen« Nationalisten bedarf weiterer Forschung. Standardwerke gehen von einer Gegnerschaft der beiden Lager aus. Aber es gab bereits in den 30er Jahren nicht nur grenzüberschreitende persönliche Freundschaften, sondern auch eine breitere Kooperation. Dmytro Doncov wurde Anfang der 1930er Jahre mehrere Jahre lang von der UNR-Exilregierung (angeblich gegen den Widerstand Smal'-Stočkyjs) finanziell unterstützt. Mykola Livyčkyj betonte, er habe Konovalėc in der Schweiz häufig getroffen und auch Botschaften von ihm an die UNR-Regierung in Warschau übermittelt. Andrij Livyčkyj soll sich auch 1933 mit Konovalėc in der Schweiz getroffen haben. Berücksichtigt man die vergleichbare Haltung zu Deutschland, mag man eine Basis dafür erkennen, daß Petljuristen und OUN in Deutschland einen Kooperations- und Übergabemodus für das U.N.O. fanden.<sup>76</sup>

Martyneč führte in seinen Erinnerungen aus, der UNR habe man nicht mehr den Vertrag mit Polen vorgeworfen – »der gehörte zur Vergangenheit« – sondern daß sie auch später noch ein Werkzeug Polens gewesen sei und das Monopol für die ostukrainische Emigration beansprucht hatte.<sup>77</sup> Wenn ihre Anhänger wie die OUN um deutsche Unterstützung warben und einer Kooperation mit der OUN nicht mehr abgeneigt waren, entfielen diese Vorwürfe. 1954 bestätigte der Mel'nyk-PUN diese Linie, datierte sie aber erst auf das Jahr 1948.<sup>78</sup>

Die Texte des U.N.O. waren sowohl 1933 als auch 1937 bereits so nationalistisch und pro-deutsch abgefaßt, daß für den neuen Kurs wenig verändert werden mußte. Omel'čenko wies darauf hin, daß das Statut von 1933 ganz und gar ausreichte, »um auf der Grundlage eines solchen Statuts [...] nützlich der Ukraine und dem ukrainischen Volk zu dienen«. Die Aussage, daß man sich von Orientierungen fernhalten wollte und »Politikastern« und »Intriganten« riet, in ihren bisherigen, dafür geeig-

<sup>75</sup> Bei der Aussetzung der Mitgliedschaft mögen politische Gründe bestimmend gewesen sein, wengleich gegenüber Sevrjuk auch Unterschlagungsvorwürfe erhoben worden waren. Sevrjuk stritt sich ebenfalls mit dem U.N.O. Im Lemberger *Dilo* warf Sevrjuk am 20. Mai 1938 dem U.N.O.-Blatt vor, die Behandlung des Schwarzen Meeres bei den Brester Friedensverhandlungen falsch darzustellen. Hier geht es nicht darum zu klären, wer Recht hatte, Sevrjuk warf dem U.N.O. jedoch vor, »gewisse Gruppenziele« zu verfolgen – also im Dienste der OUN zu stehen. Da fiel es dem U.N.O. leicht zu antworten, man verfolge »große – und reinere« Ziele als Sevrjuk, was nicht einmal ganz falsch war. Jedenfalls ist aber deutlich, daß Sevrjuk und das U.N.O. in einer Auseinandersetzung standen (Vgl. »Vyjasnennja«, *Ukrainŭskij Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 4).

<sup>76</sup> Mykola Livyčkyj, *D[er]žavnyj C[entr] UNR v Ekzyli miž 1920 i 1940 rokamy*. München/Philadelphia 1984, S. 58-62. – Diese These wird dadurch bestätigt, daß Teile der OUN nach dem Zweiten Weltkrieg mit der UNR-Exilregierung nicht nur zusammenarbeiteten, sondern auch in sie eintraten. Der letzte UNR-Präsident Mykola Plav'juk, der seine »Vollmachten« 1992 an die unabhängige Ukraine abtrat, gehörte der OUN an (Ljubomyr R. Vynar/Natalija Pazunjak (Hg.), *Deržavnyj Centr Ukraїnskoї Narodnoї Respubliky v ekzyli*. Stati i materijaly. Philadelphia/Kyiv/Washington 1993, S. 417-420).

<sup>77</sup> Martyneč, *Ukrainŭske pidpillja*, S. 300-301.

<sup>78</sup> PUN, »Projdenyj šljach«, in: *Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 7-16, hier S. 16: »Das Schwinden der propolnischen Orientierung seitens der Emigrationskreise der UNR gab der OUN die Möglichkeit, auf der Basis des reorganisierten Staatlich-Politischen Zentrums der UNR die ukrainische politische Konsolidierung zu verwirklichen [...]«.

neten Organisationen zu verbleiben, entsprach dem Einheitsanspruch der OUN.<sup>79</sup>

Mit Tymiš Omel'čenko kam ein im Gebiet von Poltava geborener ehemaliger UNR-Offizier an die Spitze, wodurch der ostukrainische Kontext äußerlich bestehen blieb. Stärker als zuvor wurde die Zusammengehörigkeit von West- und Ost-Ukraine im Diskurs betont. Der Terminus *Samostijna Soborna Ukraïnska Deržava* (Selbständiger Einheitlicher Ukrainischer Staat) ersetzte die Berufung auf die UNR. Die Lobpreisungen Petljuras rissen zunächst abrupt ab. Bereits auf der Versammlung vom 20. November wurde er nicht mehr erwähnt. Durch das mit Konovaléc gemeinsame Schicksal, sowjetischen Mördern zum Opfer gefallen zu sein, wurde Petljura jedoch dann wieder genannt, und im Sommer 1939 bemühte sich Omel'čenko, die Namen von Konovaléc und Petljura (»Ci dva naši Voždi – Diese unsere beiden Führer) parallelisiert dem ukrainischen Nationalismus dienstbar zu machen.<sup>80</sup> Auch die polnischen Diplomaten, die es eigentlich besser wissen mußten, nahmen das U.N.O. noch im Mai 1938 als eine UNR-Organisation wahr: Im Bericht über den Zusammenschluß des U.N.O. mit dem Wiener Komitee der Vereinigten Nationalen Ukrainischen Organisationen in der Folge des »Anschlusses« Österreichs berichtete Botschaftsrat Lubomirski, der selber im Februar 1938 die »Veränderung« nach Polen berichtet hatte, von der »Vereinigung der Petljura-Organisationen in Deutschland und Österreich« und meinte, außerhalb des U.N.O. gebe es außer den Her'man-Anhängern noch die Konovaléc-Nationalisten.<sup>81</sup> Erst im Oktober 1938 erkannte Lipski, daß das U.N.O., »einst durch Petljura-Ukrainer geschaffen, im Laufe des letzten Jahres vollständig durch Aktivisten aus der UVO in ihre Herrschaft gebracht worden« sei.<sup>82</sup> Der Übernahmetrick war also durchaus gelungen.

Omel'čenko, der als OUN-Anhänger in Kiel (Klinke 16) lebte und zum Vorsitzenden gewählt wurde, war im Ersten Weltkrieg als junger russischer Offizier in deutsche Gefangenschaft geraten. Im Militärzirkel im Lager Hannoversch-Münden hatte er sich als »militärisches Talent« erwiesen, das unter Viktor Zelinskij die Strukturen einer

<sup>79</sup> Tymiš Omel'čenko, »Čomu UNO?«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S. 5-6.

<sup>80</sup> Die Januar-Ausgabe 1938 des Vereinsblattes feierte zwar den 20. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit von 1918 und die Vereinigung der Ost-Ukraine mit Galizien 1919, aber dies geschah unter dem Slogan des »Auferstehungsmythos der ukrainischen Großstaatlichkeit« (vokresnyj mit ukraïnskoï velykoderžavnosti) ohne die sonst übliche Hervorhebung der Leistungen Petljuras (Jurij Artjušenko, »Dva velykych sični«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S.1). Mykola Michnovskij und Petljura wurden dagegen von Omel'čenko als Organisatoren des Militärkongresses vom Mai 1917 und als Gegner Skoropadskyjs gewürdigt (Tymiš Omel'čenko, »Čyn ducha j krovky« [!], *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.5 (13), Mai 1938, S. 3-4). Als Konovaléc im Mai 1938 ermordet wurde, brachte man den Monat mit demjenigen der Ermordung Petljuras in Verbindung (*Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 1). Vgl. Tymiš Omel'čenko, »Dvi travnevi ričnyci«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 2.

<sup>81</sup> Polnische Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 31. 5. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 269; »Zjednoczenie organizacyj petlurowskich w Niemczech i Austrii«. Im Februar 1938 hatte Lubomirski geschrieben, »[...] der abtretende Vorstand des U.N.O., der sich aus alten Petljura-Anhängern zusammensetzte, die sich nicht übermäßig zugunsten des Hitlerismus engagieren wollten und die politische Linie bewahrten, die Petljura festgelegt hatte, wurden durch neue Leute ersetzt, die sich deutlich zugunsten des Hitlerismus aussprachen und ihre allukrainische und damit auch in gewissem Maße antipolnische Einstellung akzentuierten« (Geschäftsträger der Poln. Botschaft Berlin (Lubomirski) an Poln. Außenministerium, 24. 2. 1938, ebd., Bl. 254-256).

<sup>82</sup> Polnische Botschaft (Lipski) an Poln. Außenministerium, 4. 10. 1938, ebd., Bl. 293.

künftigen ukrainischen Armee erarbeitete. In der »Blaurock«-Division war Omel'čenko Zelinskyjs Vertreter für die Kontakte zu den Deutschen gewesen.<sup>83</sup> Wen wundert nun, daß auch Zelinskyj mit dem U.N.O. zusammenarbeitete und dort seine Memoiren herausgab.

Trotzdem stellt sich die Frage, warum die ukrainischen integralen Nationalisten keinen eigenen »legalen« Verein gegründet haben und sich die Mühe machten, das petljuristische U.N.O. zu übernehmen. Es kann nicht am Mitgliederstamm gelegen haben. Die wahrscheinlichste Erklärung dürfte sein, daß das U.N.O. am 1. Dezember 1933 unter der Nr. 7338 von den deutschen Behörden registriert und damit legalisiert worden war.<sup>84</sup> Die OUN-Vertreter dürften sich ausgerechnet haben, daß es bei dem Versuch, eine neue legale OUN-Organisation in Deutschland ins Leben zu rufen, zu Problemen kommen könnte. Die Mißerfolge von 1933 bei Jarys Versuch, das UWI zu übernehmen, der offizielle deutsche Bruch mit der OUN 1933/34 hatten für derlei Schwierigkeiten sensibilisiert. Auch traute man den Het'man-Anhängern zu, bei einer solchen Gelegenheit ihre Verbindungen spielen zu lassen. Bei der Übernahme des U.N.O. bestand diese Gefahr nicht, wenn man es geschickt anging. Und das tat man. Die Betonung der organisationellen Kontinuität machte es überflüssig, sich um eine unsichere neue Genehmigung bemühen zu müssen. Das U.N.O. hatte unter der alten Führung 1933 wie 1937 bereits viel NS-Pathos ausgestoßen und mit seiner Satzung von 1933 alle Anforderungen an eine nationalsozialistische Organisation erfüllt. Auch war nicht zu erwarten, daß sich deutsche Stellen für den Erhalt einer UNR-Organisation stark machen würden. Da man die alten Mitglieder mit einer Ausnahme nicht ausschloß, sondern in unbedeutenden Funktionen integrierte, war äußerlich wenig geschehen. In den ersten Verlautbarungen gab man sich wie die »alte« Organisation nationalistisch, ohne ausdrücklich als OUN-Ableger aufzutreten (man distanzierte sich bei einer Gelegenheit sogar von der OUN), faktisch folgte man jedoch dem OUN-Kurs, indem die Unterstellung unter Konovalec und später Mel'nyk offen propagiert wurde. Im *Ukrainskyj Vistnyk* wurden die Broschüren von Čemerynskyj [=Ja. Oršan] (»Wo stehen wir?«)<sup>85</sup> und Dmytro Doncov (»Wo sind unsere historischen Traditionen zu suchen?«)<sup>86</sup> beworben. Mit dem U.N.O. erhielt die OUN also eine legale Mitgliederorganisation in Deutschland, die sie zum Sammelbecken für alle Ukrainer auszugestalten suchte. Bis auf die Het'man-Anhänger war dies auch erfolgreich. Der OUN in Deutschland war also ein unerwarteter Coup gelungen: die Einnistung in einer bestehenden Organisation, die fortan als Operationsbasis dienen konnte. Dieses Verfahren folgte den internen OUN-Regeln, über die Petro Mirčuk, in den 1930er Jahren Referent der galizischen Landesexekutive der OUN, schrieb: »Pflicht der OUN-Mitglieder im Ausland war es auch, heimlich in die Reihen der Mitglieder aller anderen ukrainischen Organisationen und Einrichtungen zu treten und deren Arbeit nach Möglichkeit gemäß der Linie der Bedürfnisse des Befreiungs- und Revolutionskampfes des ukrainischen Volkes zu lenken.«<sup>87</sup>

<sup>83</sup> Viktor Zelinskyj, *Syn'ožupannyky*. Berlin 1938, S. 16-17, 37.

<sup>84</sup> Jariš, »Ukrainska kul'tura j mystectvo v Berlini«, S. 63.

<sup>85</sup> Jaroslav Oršan [Čemerynskyj], *De stoimo?* Paris 1938.

<sup>86</sup> Dmytro Doncov, *De šukaty našych istoryčnych tradicij?* L'viv 1938.

<sup>87</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 489.



Der neue Vorstand leitete ein, was auch das alte U.N.O. gefordert, aber nicht geschafft hatte: die »Mobilisierung der ukrainischen nationalen Kräfte in Deutschland«. Der Kampfruf »Nieder mit der Gleichgültigkeit! Für den vollständigen Sieg!« (Het' z bajdužystju! Za povnu peremohu!) verriet die Dynamik der OUN.<sup>88</sup> Sichtbar wurde der OUN-Zusammenhang, als nach der Ermordung Konovalécs eine 40-tägige Trauer anberaumt und er im Nachruf als »Führer des Ukrainischen Volkes« (Vožd' Ukraїńskoho Narodu) tituliert wurde.<sup>89</sup>

Hatte das alte U.N.O. sich mit einer »kleinen Zahl« von Auserwählten zufriedengegeben, wandte sich der U.N.O.-Vorstand nun »an jeden Ukrainer in diesem Land [Deutschland] mit dem Aufruf, sich [dem U.N.O.] anzuschließen, um gemeinsam organisiert für das Wohl unserer Ukrainischen Nation und für das Wohl der Ukrainer in Deutschland zu sorgen«. Das U.N.O. müsse von nun an »lebendig, und nicht papiere« sein. Dazu wollte man Literatur verbreiten und so die deutschen Ukrainer propagandistisch erreichen.<sup>90</sup> In seinen Wünschen zum orthodoxen Weihnachtsfest im Januar 1938 sprach der neue Vorstand schon von einem »pausenlosen Zustrom neuer Mitglieder«. Bis Anfang 1938 gab es 19 Neuaufnahmen. Im März stellte der Vorstand eine Verdoppelung (also einen Stand von ca. 80 Mitgliedern) fest.<sup>91</sup> Die Mitgliederversammlung vom 15. Januar 1939 brachte 53 Repräsentanten zusammen, die 427 Mitglieder vertraten.<sup>92</sup>

Das U.N.O. begann auch, die Ukrainer in der Provinz anzusprechen. Seit dem 13. Februar 1938 bestand eine Zweigstelle (filija) Havelland in dem Dorf Satzkorn, wo man im nahegelegenen Fahrland auch Ostern feierte, vom 10. April 1938 an, die Gründungsversammlung hatte General Zelin'skyj geleitet, eine weitere in Danzig mit zunächst 14 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Hauptmanns, HUNM-Redakteurs und OUN-Mitgründers Oleksa Babij.<sup>93</sup> Am 22. April wurde der Zusammenschluß mit Wien (s. unten) rechtskräftig. Am 15. Mai 1938 kam eine Zweigstelle Pommern in Grimmen, am 9. April 1939 eine weitere in Hannover hinzu.<sup>94</sup> Nach der Ankunft der Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine wurden weitere Zweigstellen (Halendorf, Burg

<sup>88</sup> Uprava UNO, Leitartikel, Ukraїnskyj Vistnyk, o. Nr. [8], Dezember 1937, S. 1.

<sup>89</sup> Jurij Artjušenko, »† Jevhen Konovaléč«, Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 1, 3. – Konovaléč war dies nur für die OUN, auch wenn sein Anspruch auf Überparteilichkeit weiter ging. Weder die UNR noch Skoropad'skyj erkannten K. in dieser Rolle an.

<sup>90</sup> Tymiš Omel'čenko, »Naši najblyžči zavdannja«, Ukraїnskyj Vistnyk, o. Nr. [8], Dezember 1937, S. 2-3.

<sup>91</sup> Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S. 4, 7; »Rostem – žyvem!«, Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 1.

<sup>92</sup> »Odyn rik praci, zdobutkiv i peremoh!«, Ukraїnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 1-2 (20-21), S. 2.

<sup>93</sup> »Chronika«, Ukraїnskyj Vistnyk 3(1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 7; Nr.5 (13), Mai 1938, S. 6.

<sup>94</sup> »Z žyttja filij U.N.O.«, Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 3; Ukraїnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr.3-4 (22-23), [20. 4. 1939], S. 3.– In Pommern lebten ukrainische Landarbeiter verstreut auf Gütern. Das U.N.O. hielt sie für politische Emigranten, die zumeist aus den demobilisierten Armeen stammten und in Pommern als Arbeitskräfte gern genommen wurden. Die Ukraїnska Hromada Skoropys-Joltuchov'skyjs hatte sich eine Zeitlang um die Landarbeiter in Grimmen bemüht, die schließlich dem bäuerlichen Ideal der »Chliboroby« näher schienen, hatte aber – angeblich wegen des Hochmuts einiger ihrer Repräsentanten – bald ihren Einfluß verloren. Trotzdem bestand die Hromada dort weiter und beging sogar gemeinsam mit dem U.N.O. die Novemberfeier am 4. Dezember 1938. Der Berichtstatter des U.N.O. bescheinigte ihr, sie sei weit von der ideologischen Haltung ihrer Zentrale entfernt. (Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr.9(17), 15.10.1938, S. 3; Ukraїnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 11 (19), 31.12.1938, S. 3).

u. a.) eingerichtet. Wo die Zahlen für Zweigstellen nicht ausreichten, bildeten sich U.N.O.-Gruppen (hurtky).

Die U.N.O.-Funktionäre mobilisierten die Ukrainer in Deutschland. Ivan Skrypka fuhr am 8. Mai 1938 nach Bremen und sprach dort vor immerhin mehr als 50 Zuhörern über aktuelle Fragen. Am 19. Juni 1938 wurde auch hier eine Zweigstelle eingerichtet.<sup>95</sup> Die Bremer waren noch auf einem anderen Gebiet erfolgreich: Am 6. November 1938 löste sich dort die het'mantreue *Ukrainska Hromada* unter M. Zjunkevčyč auf und trat geschlossen dem U.N.O. bei. Sie rief ihre »noch nicht bewußten und verirrtten Brüder« (šče ne svidomych i zablukanych brativ) auf, ihr nachzueifern, und auch das U.N.O. freute sich über »diese gesunde Reaktion der Ukrainer in Bremen« (cej zdorovyj vidruch ukraïnciv u Bremen).<sup>96</sup>

Das U.N.O. sprach anders als die bisherigen elitären Vereinshuber auch die ukrainische Arbeiterschaft an. 1937 war das noch keine bedeutsame Größe, vom Frühjahr 1939 an (seit der Besetzung der Karpatho-Ukraine) strömten jedoch immer mehr ukrainische Arbeiter ins Reich. Zwar durfte sich das U.N.O. später nicht der »Ostarbeiter« aus dem Reichskommissariat Ukraine annehmen, die »freien« Arbeiter aus dem Generalgouvernement und anderen besetzten Gebieten verstärkten jedoch seine Reihen und ließen es im Krieg zu einer mitgliederstarken Organisation anwachsen. Čajkivškyj sollte die Arbeiter gegenüber den deutschen Behörden repräsentieren.<sup>97</sup>

Natürlich interessierte sich das U.N.O. dafür, wie viele Ukrainer tatsächlich in seinem Tätigkeitsbereich lebten. Dazu wurde ein interner Zensus unternommen, dessen Zahlen jedoch nur partiell veröffentlicht wurden. In Österreich registrierte die Wiener Filiale 1800 Ukrainer, davon 1010 mit deutscher Staatsbürgerschaft.<sup>98</sup>

Anfangs war das U.N.O. in seinen Aussagen noch vorsichtig, bald erkannte man aber, daß dies nicht nötig war und distanzierte sich auch offen vom alten U.N.O. Im Januar 1939 war man stolz, »auf einen anderen Weg« gegangen zu sein und »die Arbeit auf neue[,] Grundlagen, d[ie] Grundlagen des ukrainischen Nationalismus«, gestellt zu haben. Man habe »aus einer toten Organisation eine aktive Kraft« geschaffen. Die Versammlung im Januar 1939 stand unter der Devise »Ein Jahr der Arbeit, der Errungenschaften und Siege!«<sup>99</sup>

Nicht nur die polnischen Diplomaten fehlinterpretierten zunächst diesen Wandel. Die sowjetische Historiographie versuchte, die Übernahme als NS-Coup darzustellen, durch den die ukrainischen Nationalisten zu Marionetten der Deutschen geworden seien. Die Mitgliederzahl sei im Zusammenhang mit »dem aktiveren Einschluß der konterrevolutionären Emigranten in die aggressiven Vorbereitungen der Faschisten« in die Höhe gegangen. Neben der »Propaganda faschistischer Ideen« hätten die Deutschen das U.N.O. über den »Gestapoagenten« Omel'čenko beauftragt, für Deutsch-

<sup>95</sup> »Chronika«, *Ukrainskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 4. »Z žyttja filij U.N.O.« *Ukrainskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.7(15), 1.7.1938, S. 3. – Sie umfaßte Ukrainer aus Bremen, Hemeelingen und Delmenhorst, die nach dem Weltkrieg als Arbeiter in die Region gekommen waren.

<sup>96</sup> »Z manivciv na pravil'nyj šljach« [Von Abwegen auf den richtigen Weg], *Ukrainskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 10 (18), 20.11.1938, S. 6.

<sup>97</sup> »Chronika«, *Ukrainskyj Vistnyk*, o. Nr. [8], Dezember 1937, S. 5.

<sup>98</sup> »Z ukrainskoho žyttja v Nimeččyni«, *Ukrainskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.8(16), 15.8.1938, S. 4.

<sup>99</sup> »Odyn rik praci, zdobutkiv i peremoh!«, *Ukrainskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 1-2 (20-21), S. 2.

land zu agitieren und antisowjetische Kampagnen zu entfachen.<sup>100</sup> Aber die neue Führung sah sich nicht als Marionette, sondern als Gestalter einer zielgerichteten ukrainischen Politik. Im Gegenteil: Zwar versuchte das neue U.N.O. vom Außenpolitischen Amt der NSDAP Unterstützung zu erhalten, Dürksen vermerkte jedoch, davon könne »keine Rede« sein, man habe nur ein allgemeines »Interesse an dem ukrainischen Problem«.<sup>101</sup>

Torzecki kam ganz durcheinander: Er verwechselte das U.N.O. mit der »Vertrauensstelle« und sprach von einer »Registrierungspflicht« für Ukrainer. Auch seine Behauptung, alle anderen ukrainischen Gruppen seien aufgelöst worden, war falsch – die Het'mananhänger tolerierte man weiterhin. Auch daß Sevrjuk Leiter des U.N.O. gewesen sein soll, ist unrichtig, der als sein »Nachfolger« genannte Mykola Suško leitete wiederum die »Vertrauensstelle«.<sup>102</sup>

In einer deutschsprachigen Sondernummer des Vereinsblatts zum 22. Januar 1938 stellte der neue U.N.O.-Vorstand seine NS-freundliche Einstellung heraus. Die Ukrainer seien in Deutschland »als [...] dem ehemaligen Verbündeten der Ukraine und wollen hier auf eine bessere Zukunft warten, um wieder den Kampf aufzunehmen, wenn sie das Vaterland ruft«. Bis dahin hätten sie die Absicht, »von dem hochkultivierten Gastgeber so viel wie möglich [zu] lernen, um einmal als Träger dieser Kultur und mit der erworbenen Erfahrung und Weltanschauung in die Ukraine zurückkehren zu können«. Welche Weltanschauung gemeint war, blieb nicht ungesagt: »Leider waren die Zeiten bis 1933 in dieser Hinsicht ungünstig«. Bis dahin seien die ukrainischen Emigranten »bolschewistischer Agitation« ausgesetzt gewesen, aber: »Mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus verschwand die kommunistische Gefahr für die ukrainische Emigration«. Die »Oberschicht der ukrainischen Emigration« habe »die Masse« jedoch weiterhin enttäuscht, und erst seit November 1937 trage die Vereinigung »Sorge dafür, dass in ihre Reihen kein Element einbricht, das Anarchie verbreiten könnte«.<sup>103</sup>

Das U.N.O. erließ auch Sprachregelungen: So wies es seine Mitglieder an zu betonen, daß die Ukraine ihre Befreiung selber durchführen müsse und nur auf die Unterstützung von Nationen und Staaten hoffe, die mit ihr von gleich zu gleich verkehren wollten. Die Independentisten wandten sich also gegen eine Unterordnung, wie sie die UNR vertreten hatte. Das Verhältnis zum Nationalsozialismus wurde unzweideutig definiert:

»Der zukünftige ukrainische Staat wird ein Staat sein, der sich auf die Grundlagen des Nationalismus stützt. Das Wort ›Nationalismus‹ benutzen die Ukrainer in der Bedeutung von ›Nationalsozialismus‹ oder ›Faschismus‹. Zu anderen gegenwärtigen nationalistischen Staaten und Nationen stellen sich die Ukrainer mit großer Freundschaft, weil sie in ihnen die gesunden Kräfte sehen, die den Bolschewismus erfolgreich bekämpfen.«<sup>104</sup>

<sup>100</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 75.

<sup>101</sup> Aktennotiz Dürksen, 28. 1. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 230-232.

<sup>102</sup> Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 121.

<sup>103</sup> »Die Ukrainische Nationale Vereinigung (U.N.O.)«, Ukrainskyj Vistnyk 3 (1938), Deutsche Sonderausgabe [Nr. 10], 22. Januar 1938, S.5-6.

<sup>104</sup> »Jak balakaty z čužyncjamy pro Ukraïnu?«, Ukrainskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 4-5. – »Majbutnja ukraińska deržava bude deržavoju, spertoju na osnovach nacionalizmu. Slova ›nacionalizm‹ ukraińci vžyvajut' u tomu značenni, ščo ›nacionalsocijalizm‹ abo ›fašyzm‹.« – In der

Im Frühjahr 1938, als dieser Text entstand, war – anders als in den 1920er Jahren – nicht mehr strittig, wofür »Nationalsozialismus« oder »Faschismus« standen. Der Einparteiensstaat und die Rassengesetze gehörten zu den Strukturen, die als Synonyme für ukrainischen Nationalismus eingesetzt wurden. Die »Sprachregelung« war an die eigene Kommunität gerichtet, sie folgte keinem äußeren Druck und unterlag keiner Zensur.

Wen wundert es, daß sie ukrainischen Nationalisten in späteren apologetischen Darstellungen peinlich war und man einfach das Gegenteil behauptete? Dabei war diese Identifizierung kein Ausrutscher. Immer wieder bezog man sich auf das NS-Beispiel. So etwa auf der Feier zum 20. Jahrestag des Lemberger Aufstands am 31. Oktober 1938, als General Viktor Kurmanovyč auf das Vorbild des »Führers des Deutschen Volkes« verwies, der »durch harten und erbitterten Kampf, nicht ohne blutige Opfer, sein Volk auf den Gipfel des Ruhms und der Macht geführt« habe.<sup>105</sup>

#### 4. DER NEUE STIL DES U.N.O.

Die neue U.N.O.-Führung brachte vor allem im propagandistischen Bereich neuen Schwung in den müden Verein. Omel'čenko legte besonderen Wert auf die Verbreitung der ausländischen ukrainischen Presse. In Berlin-Friedenau (Laubacher Str. 14) wurden ein Presse-Lesesaal und eine Leihbibliothek eingerichtet. Die nationalistische Studentenverbindung *Zarevo* spendete die ersten 37 Bücher, bis Januar 1938 waren weitere 113 dazugekommen.<sup>106</sup> Auch der OUN-Resident Volodymyr Stachiv spendete der Bibliothek Bücher.<sup>107</sup> Das neue U.N.O. richtete regelmäßige Bürozeiten (werktags 11-13, 18-20, sonntags 15-17 Uhr) ein und machte sich daran, Spenden einzuwerben. Als erste spendeten die Vorstandsmitglieder (»Wer ist der nächste?«) 16 RM, was für arbeitslose Emigranten nicht wenig war.<sup>108</sup> Das Mitgliederblatt wurde bald ansehnlicher. Bis 1938 verschickte man ein paar hektographierte Blätter in einer Auflage von 200 Stück. Erstmals im Juni 1938 erschien es gesetzt und gedruckt (bei der Druckerei Radetzki, Berlin SW 68, Friedrichstr. 12) in einer Durchschnittsauflage von 1500 Stück.<sup>109</sup> Dies war durch die Spenden »für den Pressefonds« möglich geworden – aber auch eine Folge dessen, daß man das Vereinsorgan, das weiterhin »als Manuskript gedruckt« und damit zensurfrei erschien, als legale Visitenkarte des ukrainischen Nationalismus verstand. Der Nachteil dieser Erscheinungsform bestand darin, daß das

---

folgenden Ausgabe wurde berichtet, daß die argentinische Emigrantenzeitschrift *Nas Klič* in ihrer Ausgabe vom 26. März 1938 den Beitrag übernommen habe (Ukraińskij Vistnyk 3 (1938), Nr. 5 (13) Mai 1938, S. 6).

<sup>105</sup> »UNO svjarkuje 20 ričča lystopadovoho čynu«, Ukraińskij Vistnyk 3 (1938), Nr. 10 (18), 20.11.1938, S. 5.

<sup>106</sup> »Podjaka«, Ukraińskij Vistnyk 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S. 6.

<sup>107</sup> »Podjaka«, Ukraińskij Vistnyk 3 (1938), Nr. 5 (13), Mai 1938, S. 5.

<sup>108</sup> Ukraińskij Vistnyk, o. Nr. [8], Dezember 1937, S. 6.

<sup>109</sup> Von der Gedenknummer für Konovalėc, der ersten im neuen Layout, wurden nach dem Impressum 2000 Stück gedruckt (Nr. 6 (14) Juni 1938).

Blatt nur Mitgliedern zugänglich gemacht werden durfte. Auch gelang es bis 1939 nicht immer, die Regelmäßigkeit des Erscheinens zu gewährleisten.<sup>110</sup>

Bereits aus dem noch in primitiver Vervielfältigungstechnik verbreiteten ersten Leitartikel des Jahres 1938 sprach der Aktivismus, der im Unterschied zu früher nicht nur Parole bleiben sollte. Artjušenko schrieb von dem »Imperativ der nationalen Befreiung« und erklärte den Mitgliedern, es gebe »keinen Zweifel, daß es höchste Zeit ist, bereit zu sein für jeden möglichen Gang der Ereignisse in der nächsten Zukunft!«<sup>111</sup> Dabei hielt man den deutschen »Abschnitt der ukrainischen nationalen Front« für einen der schwächsten.<sup>112</sup> Das U.N.O. sollte daher »das Gewinnen der Sympathie der Ausländer für die Ukraine« zu seiner wichtigsten Aufgabe machen.<sup>113</sup> Ab Sommer 1938 wollte man in jeder Ausgabe mit dem Abdruck eines deutschsprachigen Artikels dazu beitragen, daß »unser Organ den Ukrainern in Deutschland bei der Propaganda der Ukrainischen Sache unter deutschen Bürgern hilfreich sei«.<sup>114</sup>

Im späteren historiographischen Diskurs der ukrainischen Nationalisten gab man diese Entwicklung geschönt wieder. Daß man die propagierte Kongenialität mit Nationalsozialismus und Faschismus unterschlug, versteht sich quasi von selber. Aber auch sonst wurde einiges verstellt: In einem erstmals 1955 veröffentlichten Beitrag schrieb der Buchhalter und Kassenwart der Vereinigung Jurij Kovalenko, bis 1938 hätten kaum 200 Ukrainer dem U.N.O. angehört (das war bereits übertrieben) und der Zuwachs auf bis zu 57.000 Mitglieder habe mit der Einreise von Ukrainern aus den annektierten Gebieten (nachdem die Tschechoslowakei und Polen »auseinandergeflogen« seien) und der »Arbeitsemigration« aus Galizien zusammengehungen.<sup>115</sup> Der Führungswechsel wurde zugegeben: Die früheren Vorstandsmitglieder hätten sich bis 1938 nur an der Vergangenheit orientiert, oder »es war ihnen einfach nur angenehm zusammenzukommen«, um in der Fremde nicht »in diesem fremden großen Meer aufzugehen«. Nun aber, unter dem Einfluß des PUN, der »die Entwicklung großer Ereignisse in nicht ferner Zukunft« voraussah, habe man entschieden, daß »die Organisation die Grundsätze des ukrainischen Nationalismus zur Grundlage ihrer Tätigkeit« erklären solle. Die anderen Vorstandsmitglieder hätten sich sodann »wegen Arbeitsüberlastung« zurückgezogen.<sup>116</sup> In einer nationalistischen Publikation von 1996 wurde die Veränderung im U.N.O. rein quantitativ begriffen und mit den deutschen

<sup>110</sup> Vgl. »Za rozbudovu »Ukraïnskoho Vistnyka«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 8 (16), 15.8.1938, S. 4.

<sup>111</sup> »...nemaje sumnivu, ščo najvyščyj uže čas buty nam hotovymy do jakoho b to ne bulo chodu podij u najbližčij majbutnosti!« (Jurij Artjušenko, »Dva velykych sični«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 1 (9), Januar 1938, S. 3).

<sup>112</sup> »Povčajmosja na svoich pomylkach!«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 2. – Leider fehlt in der vorliegenden Ausgabe die Seite 3, dafür ist Seite 2 doppelt vorhanden, so dass weder die Folgerungen noch die vollständigen Angaben zu dem vorgenannten Artikel bekannt sind.

<sup>113</sup> »zdobuttja čužynečnych sympatij dlja Ukraïny«, Tymiš Omel'čenko, »Dbajmo pro svoju krašču dolju!«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 7 (15), 1.7.1938, S. 1.

<sup>114</sup> »Chronika«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 7 (15), 1.7.1938, S. 4.

<sup>115</sup> Jurij Kovalenko, »Ukraïnske Nacional'ne Objednannja (UNO) v Nimeččyni«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 377-391, hier S. 378-379; Jurij Kovalenko, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja (UNO) v Nimeččyni« [1955], in: Na Zov Kyjeva. Toronto/New York 1985, S. 51-65, hier S. 51, 56.

<sup>116</sup> Kovalenko, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja«, in: Na Zov Kyjeva, S. 53. – Die weitere Entwicklung des U.N.O. im Zweiten Weltkrieg soll im Folgeband dargestellt werden.

Annexionen begründet, die politische Umstellung fand keine Erwähnung. Nachdem Jariš auf die Gründung des U.N.O. am 7. Juni 1933 eingegangen war, schrieb er:

»Die Entwicklung der neuen Organisation war anfangs langsam, aber nach dem Anschluß Österreichs [...] im Jahre 1938 und nach der Bildung des Protektorats Tschechien erweiterte das U.N.O. seine organisatorische Tätigkeit auch auf diese Länder. Im Ergebnis vergrößerte sich der Mitgliederstand stark. 1942 erreichte der Mitgliederstand des U.N.O. die geradezu phänomenale Zahl von mehr als 40 Tausend Mitgliedern.«<sup>117</sup>

Kein Wort zum Wechsel von 1937 – lange vor dem »Anschluß«. Im Januar 1938 wurde das neue U.N.O. auch für die Deutschen erkennbar. Die bereits erwähnte deutschsprachige Sondernummer des *Ukraińskij Vistnyk* richtete sich an eine deutsche Leserschaft. Das Reichskriegsministerium, seit jeher mit der OUN kooperierend, hatte Omel'čenko zunächst erlaubt, zum 20. Gründungstag der Ukraine einen Kranz am Ehrenmal Unter den Linden niederzulegen. Zwar verbot die Gestapo die Zeremonie (stattdessen gab es einen Akt am Grab des Lemberger Aufstandsführers vom November 1918 Dmytro Vitovskij, der am 4. August 1919 bei Ratibor bei einem Flugzeugabsturz umgekommen war)<sup>118</sup>, aber am Abend des 21. Januar fand im Landwehrkasino eine große Veranstaltung statt – nach Dürksen kamen 150, nach dem Bericht der Gestapo sogar 200 Personen.<sup>119</sup> Das war mehr als das alte U.N.O. jemals hatte mobilisieren können. Auch wenn nicht alle deutschen Stellen der Einladung folgten (so waren neben dem ApA immerhin das Kriegsministerium, die Gestapo, der Reichskriegerbund und der SD vertreten,<sup>120</sup> wohingegen das Auswärtige Amt ostentativ fernblieb<sup>121</sup>), wurde der Abend zu einem Ereignis. Neben Omel'čenko hielten der in Zoppot (Freie Stadt Danzig) lebende General Zelinskij, der in Baden bei Wien lebende Generalleutnant a. D. Viktor Kurmanovyč (1876-1945), seinerzeit Generalquartiermeister der UHA, und der Vorsitzende der Berliner ukrainischen Studentenverbindung Zarevo, Mychajlo Kačmar, Ansprachen.<sup>122</sup> Oberst Zelenivskij, einer der ursprünglichen U.N.O.-Gründer, blieb im Hintergrund. In der Gästeliste firmierte er nur mehr als Vertreter der Orthodoxen Kirchengemeinde. Insgesamt dominierten frühere Militärs das Bild und schlossen so an die militärischen Formationen an, die zur Tradition der UVO, aber auch der UNR gehörten.

Deutsche und Ukrainer suchten und fanden einander: Kačmar verglich die Schlacht von Kruty, in der ukrainische Jugendliche im Januar 1918 gegen die Bol'ševiki unterlegen waren, mit Langemarck. Omel'čenko brachte Heilrufe auf Hitler aus,<sup>123</sup> und der *Völkische Beobachter* kam in einem Artikel über das Jubiläum (ohne die Veranstaltung

<sup>117</sup> Jariš, »Ukraińska kul'tura j mystectvo v Berlini«, S. 60.

<sup>118</sup> »Chronika«, *Ukraińskij Vistnyk* 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 7.

<sup>119</sup> Aktennotiz Dürksen, 28. 1. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 230-232; Gestapo an AA, 12. 2. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>120</sup> Aktennotiz Dürksen, 28. 1. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 230-232.

<sup>121</sup> Vermerk AA, 21. 1. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>122</sup> Das U.N.O.-Blatt vermerkte bissig, im UNR-Blatt *Tryzub* (»der sterbenden, aber noch krähenden Parteien«) vom 20. 2. 1938 habe man zwar über das Fest berichtet, nicht jedoch, daß die Generäle Zelinskij und Kurmanovyč aufgetreten seien. »Das wäre eine zu große Reklame für UNO gewesen...« (»Chronika«, *Ukraińskij Vistnyk* 3 (1938), Nr. 3 (11), März 1938, S. 7).

<sup>123</sup> Gestapo an AA, 12. 2. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

zu erwähnen) zu dem Ergebnis, »das vergangene Jahr [1937]« habe »die Frage der Ukraine von abstrakter wissenschaftlicher Diskussion langsam wieder auf die politische Ebene hinüber[ge]schob[en]« und »die Möglichkeit einer freien Ukraine [sei] von einem Wolkenkuckucksheim zu einem Gegenstand politischer Erörterung geworden«. <sup>124</sup>

War das Vermeiden der deutsch-ukrainischen Kontakte mit Rücksicht auf Polen noch aktuell? Nahm man vielleicht das U.N.O. noch als auch für Polen akzeptable UNR-Formation wahr? Dazu muß die Frage diskutiert werden, ob es überhaupt berechtigt ist, das neue U.N.O. als eine OUN-Organisation zu charakterisieren. Wie schon ausgeführt, war ein großer Teil der neuen Führungsmannschaft mit der OUN verbunden, und inhaltlich gab es keine Differenzen zwischen OUN- und U.N.O.-Texten. Dennoch bestritt bei mindestens einer Gelegenheit das U.N.O. seine Identität mit der OUN. Die *Het'man'ska Uprava* sprach am 5. Juli 1938 in einem Communiqué das U.N.O. als OUN an. Das U.N.O. antwortete mit der Erklärung, es sei gar nicht die OUN, sondern eine Gemeinschaftsorganisation, »die auf der Basis des ukrainischen Nationalismus« stehe. <sup>125</sup> Das war formal sogar nicht falsch, denn eine Rechtsgleichheit zwischen U.N.O. und OUN gab es nicht, und die Führung der OUN war mit dem Vorstand des U.N.O. nicht identisch. Die OUN war keine Organisation, der man einfach beitreten konnte. Ihr deutscher Repräsentant Riko Jary trat ganz bewußt nicht im U.N.O. auf. Das U.N.O. war aber der deutsche legale, eingetragene Verein der OUN-Anhänger – und man distanzierte sich auch nur institutionell von der OUN, ihrer politischen Linie folgte man. Dem entsprach auch, daß der Vertrieb des *Ukrain'skyj Vistnyk* in Polen verboten wurde, daß die Ernennung Andrij Mel'nyks zum PUN-Vorsitzenden mit Bild, Aufruf und der Überschrift »Es lebe der Führer!« (*Chaj žyve Vožd'!*) ebenso auf der ersten Seite des Blattes erschien wie sein Aufruf zum Fall der Karpatho-Ukraine. <sup>126</sup> Im Communiqué des Ukrainischen Pressedienstes zur Unterordnung der Vološyn-Regierung unter den PUN wurde auch das U.N.O. als der einheitlichen Führung des PUN unterstellt dargestellt. <sup>127</sup> Wie die ODVU in den USA war das U.N.O. die Form, in der die OUN öffentlich wirksam wurde. Aber am deutlichsten war das Rundschreiben des AA, das die wesentlichen Instanzen des Reiches mit Rücksicht auf Polen aufforderte, »alles zu vermeiden, was den Eindruck einer Zusammenarbeit amtlicher deutscher Stellen mit der Jary-Gruppe bzw. der Ukrainischen Nationalen Vereinigung erwecken könne«. <sup>128</sup> Das U.N.O. wurde also der »Jary-Gruppe« gleichgestellt und galt als Verein, mit dem man die Polen beunruhigen konnte.

Worin bestanden die ideologischen Ziele des U.N.O.? Im Vordergrund stand die Konsolidierung der ukrainischen Nation mit dem Ziel ihres Einsatzes im Befreiungskampf. Artjušenko schrieb im August 1938, für den U.N.O.-Vorstand sei »der Kampf

<sup>124</sup> »Sowjetukraine – eine Sorge Moskaus«, *Völkischer Beobachter* 22/22.1.1938, S. 6.

<sup>125</sup> »Zajavljajemo ostatočno«, *Ukrain'skyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 8 (16), 15.8.1938, Beilage.

<sup>126</sup> »Chronika«, *Ukrain'skyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 9 (17), 15.10.1938, S. 4; *Ukrain'skyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 10 (18), 20.11.1938, S. 1; »Slovo Voždja Polkovnyka Andrija Mel'nyka do Ukrain'skoho Narodu«, *Ukrain'skyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 3-4 (22-23), S. 1.

<sup>127</sup> »Zajava Provodu Ukrain'skych Nacionalistiv j Urjadu Karpatskoj Ukrainy«, *Ukrain'skyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 8 (27) [23. 8. 1939], S. 3.

<sup>128</sup> AA an Propagandaministerium, OKW – Abteilung Abwehr, Gestapo, Stellvertreter des Führers und ApA, 22. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 5, S. 90, Anm. 1.

zwischen einzelnen Nationen [...] eine natürliche Erscheinung« und man erziehe die Mitgliederschaft im Geiste einer zentralen Rolle der Nation: »Nacija ponad use!« (Die Nation über alles!). Dies war auch die OUN-Losung, die etwa im Aufruf Andrij Mel'nyks vom 16. Oktober 1938 enthalten war. Um auf die kommenden »großen Entscheidungen« vorbereitet zu sein, »müssen wir uns in erster Linie mit einem starken Geist und einem harten Charakter ausstatten«. <sup>129</sup> In ihrem Bericht zur Jahresversammlung des U.N.O. wurde die »Idee des ukrainischen Nationalismus« mit dem gleichen Pathos als Grundlage des U.N.O. propagiert, wie dies in Verlautbarungen der OUN der Fall war. <sup>130</sup>

Kurmanovyč war eine der Reklamefiguren der OUN. Er war im Juni 1937 von Konovaléc nach Nordamerika gesandt worden, um für die OUN etwas mit dem Erfolg Danylo Skoropadskyjs vergleichbares zu erreichen. Durch sein persönliches Auftreten, den ukrainischen Generalsrock und seine Vergangenheit als österreichisch-ungarischer Offizier sollte er das durch den Terrorismus beschädigte Ansehen der OUN heben. Das AA sammelte Berichte darüber und leitete sie an die Abwehr und die Gestapo weiter, was eher überflüssig gewesen sein dürfte, da jene vermutlich genauer wußten, mit wem sie es zu tun hatten. <sup>131</sup> Kurmanovyč ist nämlich nicht nur im Januar 1938 in Berlin aufgetreten. Die Abwehr soll sich im Frühjahr 1938 konspirativ in der Nähe von Wien mit Kurmanovyč und Konovaléc getroffen haben, um das Verhältnis zur OUN angesichts der erwarteten Turbulenzen im Kontext der Österreich-Politik zu besprechen. Nach Kentij wollte man die OUN dazu bringen, sich stärker gegen die Sowjetunion zu engagieren. Konovaléc, für den Aktionen gegen Polen Priorität hatten, soll sich zwar vorbehalten haben, weiterhin auch gegen Polen tätig zu werden, sich aber einverstanden erklärt haben, die »Hauptkräfte« der OUN gegen die UdSSR zu richten. <sup>132</sup>

Die Abwehr dürfte also auch gewußt haben, mit wem sie es beim U.N.O. zu tun hatte. Wenn dieses Gespräch tatsächlich stattgefunden hat, hatte es vielleicht auch noch andere Folgen: Bei den noch aus Reichswehrzeiten stammenden Verbindungen zwischen deutschen und sowjetischen Offizieren ist nicht auszuschließen, daß Informationen über diese Absprachen zu den Sowjets durchsickerten und den Anstoß gaben, Konovaléc ähnlich auszuschalten wie Petljura, als dessen mögliche Kooperation mit dem Putschisten Piłsudski drohte. Zugegeben, dies ist nicht mehr als ein »intelligent guess«, aber einer, der die Aktionsstrukturen der Sowjets in Rechnung stellt.

<sup>129</sup> Jurij Artjušenko, »Naši najblyžči zavdannja«, *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 8 (16), 15.8.1938, S. 3. – *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 10 (18), 20.11.1938, S. 1.

<sup>130</sup> »V životach tak Holovnoï Upravy jak i podynokych Filij probyvajet'sja peredovsim nebudenna syla ideï, ideï ukraïnskoho nacionalizmu, ščo ï UNO vyznaje, na ï zasadach opiraje svoju pracju i ščo ij zavdjačuje svoï tak napravdu velyki osjahy v orhanizacijnij, vychovno-hromadjanskij praci« (Sowohl in den Berichten der Hauptverwaltung als auch in denen der einzelnen Filialen drückt sich vor allem die nicht alltägliche Stärke der Idee aus, der Idee des ukrainischen Nationalismus, die das U.N.O. bekennt, auf deren Prinzipien es seine Arbeit stützt und der es seine wirklich großen Leistungen in der organisationellen [und] erzieherisch-gesellschaftlichen Arbeit verdankt.) (»Odyn rik praci, zdobutkiv i peremoh!«, *Ukrainškyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 1-2 (20-21), S. 2).

<sup>131</sup> Deutsches Konsulat Montréal an AA, 22. 3. 1938, Weiterleitung an Abwehr, Gestapo, 7. 4. 1938, Deutsches Konsulat Winnipeg an AA, 25. 3. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>132</sup> CDAHOU, Fond 57, Opis' 4, Delo 340, Bl. 5, nach Kentij, *Narysy*, S. 81-82.



Die Wiederaufnahme der Kontakte zwischen OUN und den Deutschen wurde auch von Skoropadskyj bemerkt, dem davor ähnlich wie den Sowjets grauen mußte. In einem Schreiben an Nazaruk beschwerte er sich, daß »die Ausländer«, gemeint waren die Deutschen, »besonders einige von ihnen, die sich nicht in unseren Angelegenheiten auskennen«, »diesen Konovaléc unterstützen«. Dies sei seinerzeit beendet worden, habe »jetzt aber erneut angefangen«. Auch habe er festgestellt, daß die OUN nun wieder über ausreichende Geldmittel verfügte.<sup>133</sup>

Als weitere Bestätigung, daß die OUN auf deutsche Forderungen eingegangen ist, kann der Brief eines UNR-Funktionärs aus Brünn gelten. Er beschwerte sich Anfang 1939 bitter bei einem Briefpartner, die Nationalisten hätten den UNR-Politikern stets ihre Nachgiebigkeit gegenüber Polen 1919-1920 vorgeworfen, jetzt aber trete die OUN »zusammen mit den Deutschen entschieden gegen die Bol'seviki auf und schweig[e] schönfärberisch zu Polen, weil die Deutschen in Eintracht mit den Polen leben. Dies ist ein Beispiel für die Unbeständigkeit, den Unverstand und die fehlende Überlegtheit in bezug auf die eigenen Ziele und die eigene Taktik [der OUN]«. <sup>134</sup> Daß die Taktik des Suchens nach Unterstützern ohne Rücksicht auf alles andere eine Konsistenz eigener Art darstellte, erschloß sich eben nicht allen »alten« Politikern.

Wurde aber vielleicht General Zelin'skyj getäuscht, als man ihn zu deutschfreundlichen Veranstaltungen einlud und in die Arbeit des U.N.O. einband? Jedenfalls versuchte er, dies seinen polnischen Kontaktpartnern in Danzig beizubringen. Der polnische Generalkommissar berichtete im April 1938 nach Warschau, Zelin'skyj sei kein Enthusiast der ukrainisch-deutschen Annäherung, weil er den Eindruck gewonnen habe, die Deutschen wollten aus der Ukraine ihre Kolonie machen. Er warne die Danziger Studenten vor einem weiteren Engagement zugunsten des U.N.O., in dem er eine Organisation nach NS-Vorbild erblickte.<sup>135</sup> Dies muß eine gezielte Desinformation gewesen sein, oder aber Zelin'skyj hat sich rasch umorientiert. Am 15. Mai 1938 nahm er nämlich an der U.N.O.-Festveranstaltung im Café Eschkenthal in Danzig-Langfuhr teil und hielt eine »jugendlich inspirierte« Rede über die Notwendigkeit der Konsolidierung schöpferischer Kräfte. Seine Erinnerungen, die er zunächst in den USA veröffentlichen wollte, publizierte er nun im U.N.O.-Verlag. Und auch auf der Totenfeier für Konovaléc, die die U.N.O.-Zweigstelle organisierte, sprach neben dem Zweigstellenleiter Babij wieder Zelin'skyj. Überhaupt gab es keine Danziger Veranstaltung des U.N.O., an der Zelin'skyj nicht prominent beteiligt gewesen wäre. Am 12. März 1939 leitete er die Versammlung der U.N.O.-Zweigstelle. Formal übernahm er jedoch keine Ämter in der Organisation.<sup>136</sup>

Dennoch mochte für Beobachter nicht alles offensichtlich sein. Die »Konsolidierung« war für die Danziger Studentenverbindung *Osnova* etwas Erstrebenswertes. Sie hielt am 5. März 1938 eine Sitzung ab, auf der vor allem jüngere Studenten eine Verstärkung der ostgalizischen Aktivitäten und für die eigene Organisation eine »Umge-

<sup>133</sup> Skoropadskyj an Nazaruk, 21. 3. 1938, CDIAL, Fond 358, Opis' 1, Delo 316, Bl. 35-36, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 82-83.

<sup>134</sup> L. Havryš an V. Prochoda, 9. 1. 1939, CDAVO Kiev, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 93.

<sup>135</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 6. 4. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 263.

<sup>136</sup> »Z žyttja filij U.N.O.«, *Ukrain'skyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 3. – *Ukrain'skyj Vistnyk* 4 (1939), Nr.3-4 (22-23), [20. 4. 1939], S. 4.

staltung nach nationalsozialistischem Vorbild« forderten.<sup>137</sup> Aber Verschleierungsversuche der Deutschen verwirrten sie: Als OUN-Parteigänger hielt *Osnova* Distanz zur Skoropadskyj-Gruppe – in Deutschland schien aber aus der Danziger Perspektive nun in der »Konsolidierung« der Unterschied zu verschmelzen. Nach dem polnischen Bericht blieben die *Osnova*-Studenten dem U.N.O. gegenüber vorsichtig, weil sie befürchteten, es sei mit Skoropadskyj im Bunde.

Noch etwas anderes verwirrte *Osnova*: Osyp Dumin hatte sich wieder vernehmen lassen und kritisierte Konovaléc. Die jungen Studenten wußten offenbar nichts über den inzwischen 12 Jahre zurückliegenden Bruch zwischen Konovaléc und Dumin und hielten jemanden, der in Deutschland (Königsberg) als Ukrainer gegen die OUN-Führer agitierte, automatisch für einen Het'man-Anhänger. Der UNR »konnte« er ja nicht nahestehen, da diese »bekanntlich« antideutsch war; und daß es deutschfreundliche Einzelgänger gab, die mit der Wehrmacht zusammenarbeiteten, aber gegen OUN und den Het'man eingestellt waren, war unbekannt. Dumin wurde nach einem Vortrag am 24. Februar, in dem er sich negativ über Konovaléc geäußert haben soll, von *Osnova* mitgeteilt, man verzichte auf künftige Vorträge und Kontakte mit ihm.<sup>138</sup>

Der polnische Generalkommissar konstatierte bei den Danziger Ukrainern Verunsicherung und eine um sich greifende Verärgerung über die »unintelligenten Nationalsozialisten«, die mit der Emigration nicht umgehen könnten. Gleichzeitig hielt er jedoch fest, daß die U.N.O.-Aktionen »formal mit der OUN koordiniert« seien. Ihm ging nun auf, daß die Verbindung zwischen den Deutschen und der OUN wiederauferstanden war. Als Remedur schlug er vor, aus der Abneigung der meisten polnischen Ukrainer gegenüber dem Het'man Kapital zu schlagen und Presseberichte zu lancieren, hinter dem U.N.O. steckten eigentlich die »hetmańcy«.<sup>139</sup> Dies war nicht dumm, weil Teile der ukrainischen Nationalisten dies selber vermuteten, aber konnte eine polnische Stelle die nationalistischen Ukrainer über die politischen Konstellationen in deren eigenem Lager täuschen? Vielleicht gelang dies vorübergehend, aber vielleicht begann in der polnischen Politik auch Wunschenken eine größere Rolle zu spielen als kühles Kalkül.

Oder ließen sich die Polen täuschen? Wie genau beobachteten sie die Ukrainer? In einem Bericht vom Oktober 1938 schrieb Botschafter Lipski, das U.N.O. solle eine monopolistische Organisation werden und – was nicht zutraf – auch die Gruppe des Het'mans aufnehmen. Das ehemals von Petljuristen geschaffene U.N.O. sei nunmehr vollständig durch die UVO beherrscht. Daß Lipski sich im Oktober 1938 noch über den seit Mai toten Konovaléc äußerte und von der UVO, nicht der OUN, schrieb, belegte, daß er nicht auf dem laufenden war. Die U.N.O.-Verwandlung war aber spätestens jetzt in Polen bekannt.<sup>140</sup>

Was immer man in Polen und Danzig vermutete, im nunmehr erweiterten Deutschland war die Entwicklung eindeutig. Am 5./6. Juni 1938 klärte sich die Lage bei den Studenten. Der nationalistische CESUS (Central'nyj Sojuz Ukraїńskoho Studenstva),

<sup>137</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 14. 3. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 262.

<sup>138</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 6. 4. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 264.

<sup>139</sup> Ebd., Bl. 264-265.

<sup>140</sup> Poln. Botschaft (Lipski) an Poln. Außenministerium, 4. 10. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 293.

dem das PUN-Mitglied Jaroslav Baranovskýj vorstand, war 1934 aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden und hatte seinen Sitz seitdem in Wien, nunmehr also in Deutschland. Auf einer Tagung in München schlossen sich 34 Repräsentanten von *Osnova* (Danzig), *Sič* (Wien, Graz) und *Zarevo* (Berlin) zum »Nationalverband Ukrainischer Studentenorganisationen Deutschlands und der Freien Stadt Danzig« (Nacional'nyj Sojuz Ukraïns'kych Student's'kych Orhanizacij Nimeččyni i Vil'noho Mista Dancigu – NaSUSOND) mit Sitz in Berlin (W 15, Joachimsthaler Str. 10) zusammen, der sich CESUS unterstellte. Vorsitzender wurde der Ingenieurstudent und *Zarevo*-Vorsitzende Mychajlo Kačmar, der auch stellvertretendes Vorstandsmitglied des U.N.O. war. 95 der insgesamt 140 erfaßten ukrainischen Studenten in Deutschland gehörten dem Verband an; *Zarevo* (Berlin) soll 1938 24 Mitglieder gehabt haben.<sup>141</sup> Da gleichzeitig angegeben wurde, daß 35 Studierende unorganisiert seien, entfielen auf die Skoropadskýj-Gruppe und die UNR nur mehr 10 Studenten. Die Gestapo nannte Propaganda und die Verwaltung eines Unterstützungsfonds als Hauptaufgaben des neuen Verbands. Die Studenten selber nahmen sich jedoch vor, die ukrainischen Studierenden vor der Emigrantenkommunität und dem deutschen Staat zu vertreten. Formal blieb der Verband außerhalb des U.N.O., aber eine der auf seinem Kongreß beschlossenen Resolutionen lautete: »Der Kongreß weist an (poručaje) mit dem ›U.N.O.‹ in Deutschland zusammenzuarbeiten und Mitglied zu werden.«<sup>142</sup> Dies folgte deutschen Wünschen: Die Anfrage der Gestapo beim dem U.N.O. immer noch mit Vorbehalten beegnenden Auswärtigen Amt, ob man dort eine direkte Eingliederung lieber sähe, wurde dahingehend beantwortet, daß man nichts gegen ein getrenntes Bestehen der Studentengruppe habe, solange der Leiter dem U.N.O. nahestände und sich ihm unterordne.

Analog zu den Entwicklungen in Deutschland wurde in Rom am 31. Juli/1. August 1938 der Dachverband der Nationalisten reorganisiert. Aus dem bisherigen Jevropejskoje Objednannja Ukraïns'kych Emihracijnych Orhanizacij (Europäische Vereinigung ukrainischer Emigrantenorganisationen), dessen Bezeichnung noch pluralistisch klang, wurde das Objednannja Ukraïnskoï Emihracii v Jevropi (Vereinigung der ukrainischen Emigration in Europa – OUEJ). Ihm standen Mykola Kapustjanskij, Jevhen Onačkyj, der Konovaléc-Sekretär Bojkiv und Tymiš Omel'čenko vor, dessen U.N.O. natürlich dem OUEJ beitrug. In Deutschland tönte der *Ukraïns'kyj Vistnyk*, außerhalb des Dachverbands sei nur »ein geringer Prozentsatz von Organisationen, die unter Einfluß marxistischer oder republikanischer Parteien« ständen, verblieben. Die Nationalisten stellte man als eigentliche Repräsentanten der Emigranten vor, den »Rest der Ukrainer in Deutschland, der noch außerhalb des U.N.O. ist« rief man auf,

<sup>141</sup> M. Sulyma/V. Jariš, »Ukraïnski studenty v Berlini pomiž dvoma svitovymy vijnamy«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 136-143, hier S. 140.

<sup>142</sup> Gestapo an AA, 21. 9. 1938; Meyer-Heydenhagen an Schliep; 28. 9. 1938; Meyer-Heydenhagen an Gestapo, 26. 11. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3. – »Objednannja Ukraïnskoho Studenstva v Nimeččyni«, *Ukraïns'kyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 4. – Spannend sind die Diskussionen um die NaSUSON-Aktivitäten im Zweiten Weltkrieg, die jedoch nicht in diesem Band behandelt werden können.

in die Organisation einzutreten, außerhalb blieben nur diejenigen, »die die Augen vor dem lebendigen Leben verschl[ö]ssen«. <sup>143</sup>

Spätestens am 21. September 1938 machte Kačmar deutlich, daß die OUN-Positionen gesiegt hatten: In einem Schreiben an Hitler wettete er gegen die polnische und ungarische Fremdherrschaft über ukrainische Gebiete. <sup>144</sup> Für UNR-Anhänger wären antipolnische, für Skoropadškyj antiungarische Töne untragbar gewesen. In einem an den Ministerpräsidenten der Karpatho-Ukraine gerichteten Manifest, das wieder von Zarevo ausging, gab man der Hoffnung Ausdruck, der jenseits der Karpathen begonnene »Befreiungsweg« werde »uns schon bald nach Lemberg und Kiew führen«. <sup>145</sup>

Als am 1. November 1938 in Danzig eine Feier zum Jahrestag der ZUNR-Gründung von *Osnova* und U.N.O. ausgerichtet wurde und eine Woche später eine gemeinsame Akademie stattfand, konnten die Redner erklären, daß 95% der Auslandsukrainer Nationalisten seien, die in einer Bewegung unter einem Führer vereint werden sollten. Scharfe Kritik an Polen, das sich der autonomen Karpatho-Ukraine entgegenstelle und angeblich mit der Sowjetunion und Freimaurern zusammenarbeite, korrespondierte mit symbolischen Demonstrationen der deutsch-ukrainischen Verbindung. Es erklangen die deutsche und die ukrainische Hymne, über dem Podium hingen Bildnisse von Hitler und Konovalč. <sup>146</sup>

Dem entsprach, daß man nun auch nach außen – also in deutscher Sprache – das Fiasko des früheren ukrainischen Nationalismus mit der politischen Zersplitterung erklärte. So schrieb Čemerynskyj, der BBU sei 1914 daran gescheitert, daß es »ununterbrochen Reibungen« gegeben habe: »Man kann heute annehmen, daß, wenn der SWU [= BBU] einen politisch gleichgestimmten Kreis der ukrainischen Selbständigkeitskämpfer [...] dargestellt hätte, der außenpolitische Verlauf der ukrainischen Befreiung ein viel günstigerer gewesen wäre.« Und auch am Ukrainischen Haupttrat des Habsburgerreiches kritisierte er, dieser habe »in sich die nötige Harmonie vermissen« lassen. <sup>147</sup> Niemand nahm mehr das U.N.O. als etwas wahr, was sich von der OUN unterschieden hätte.

Um die Jahreswende 1937/38 war auch am UWI eine Entwicklung zu beobachten. Hatte man das Institut bis dahin nach 1933 weitgehend in Ruhe gelassen, so kamen nun die ersten unmittelbaren »Staatsaufträge«. Das Reichskriegsministerium gab Zenon Kuzelja persönlich den Auftrag, ukrainisch-deutsche Wörterbücher zu erstellen, und, wie Kumke richtig betont, wurde dieser Service zur wichtigsten Tätigkeit des UWI in den kommenden Jahren. <sup>148</sup> Nur heißt dies natürlich nicht, daß damit die

<sup>143</sup> »Zusammenschluß der ukrainischen Emigranten in Europa«, »Objednannja ukraïnskoï emihracii v Jevropi«, Ukrainskyj Vistnyk 3 (1938), Nr.8(16), 15.8.1938, S. 2; Bericht des Poln. Generalkommissars in Danzig an Poln. Außenministerium, 17. 10. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 305-308.

<sup>144</sup> Nationalverband Ukrainischer Studentenorganisationen an Hitler, 21. 9. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 1-14.

<sup>145</sup> Zarevo an Vološyn, 18. 12. 1938, CDAHOU, Bestand Zarevo, zit. nach Kentij, Narysy, S. 92.

<sup>146</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 14. 11. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 322-325.

<sup>147</sup> Jaroslav Oršan [Jaroslav Oršan, Orest Čemerynskyj], »Der ukrainische politische Gedanke in den letzten hundert Jahren«, in: Ukrainischer Nationalismus. [Berlin; fiktiv: New York] 1939, S. 9-72, hier S. 46-47.

<sup>148</sup> Vgl. Kumke, »Institut«, S. 249-250.

wissenschaftliche Tätigkeit eingestellt worden wäre. Im Gegenteil, mit dem wichtigsten Endprodukt dieser Aufträge, dem Wörterbuch von 1943, hatte Kuzelja, vor allem aber Jaroslav B. Rudnyčkyj (1910-1995) eine Leistung vollbracht, die auch mehr als 50 Jahre später noch aktuell war. Nur waren diese Leistungen »angewandte Wissenschaft«, und sie dienten natürlich auch der Kriegsplanung. Mirčuk war auf Lob aus Polen stolz: Die dortige ukrainische Presse und Kubijovyč hätten Tätigkeit, »Opferwilligkeit und seltene Energie« Kuzeljas und Mirčuks in den höchsten Tönen gelobt.<sup>149</sup>

Die Berliner Fachwelt war nicht ganz dieser Ansicht. Allerdings wußte man hier zu differenzieren. Während sich Kuzelja und Ivan Mirčuk mit den Philologen der Berliner Universität nicht verstanden und vor allem mit den politischen Hochschulen der Hauptstadt kooperierten, arbeitete Jaroslav Rudnyčkyj mit dem Slavisten Max Vasmer, dem Afrikanisten und Phonetiker Diedrich Westermann (1875-1956) und Hanna Nakonečna, die ein Taschenwörterbuch am UWI veröffentlichte, zusammen.<sup>150</sup> Im März 1938 verbreitete das polnische Außenministerium, daß das UWI Berlin gezielt in Polen tätige ukrainische Linguisten abwerbe (gemeint war Rudnyčkyj) und daß deutsche Stellen versuchten, polnische Besucher länger als geplant in Deutschland festzuhalten.<sup>151</sup>

Warum sich das Kriegsministerium an Kuzelja persönlich und nicht an die Organe des Instituts gewandt hatte, ist nicht bekannt. Vielleicht galt Kuzelja als OUN-Vertreter und der Auftrag an ihn mochte auf die neuerliche Akzeptanz der OUN-Richtung hinweisen. Dies ist vielleicht aber auch eine Überinterpretation. Es führt vermutlich in die Irre, das UWI ausschließlich unter politischen Aspekten zu bewerten, wie dies Kumke tut. Das mag man auch an den Kuratoren ablesen. Palme, der 1939 in den Ruhestand trat, wurde nicht aus politischen Gründen abgelöst, und er hat sich auch durchaus um Kontinuität bemüht. Bei der Einstellung Rudnyčkyjs hatte er diesen nicht zuletzt mit dem Versprechen geködert, seine Studien an der Berliner Universität vertiefen zu können. Dabei mußte ihm die Abneigung der Slavisten gegenüber dem UWI – und umgekehrt – bekannt gewesen sein. Aber auch die Berufung von Georg Gerullis aus dem WKV-Ministerium war kein eindeutiger Schritt der Politisierung. Gerullis war Linguist mit einem Schwerpunkt auf den baltischen Sprachen und wahrscheinlich stärker als Palme an der wissenschaftlichen Seite der UWI-Arbeit interessiert. Rudnyčkyj schilderte, wie Gerullis ihn als den einzigen Fach-Linguisten zum Hauptredakteur

<sup>149</sup> Vgl. Mirčuk an Leibbrandt, 23. 5. 1938, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 104.

<sup>150</sup> Jaroslav Rudnyčkyj, »Moi Berlinski roky (1938-1941)«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukrajinci v Berlini 1918-1945*. Toronto 1996, S. 111-120, hier S. 113-114. Vgl. Hanna Nakonetschna [Nakonečna], *Deutsch-ukrainisches Taschenwörterbuch*. Leipzig 1939, <sup>2</sup>1941, <sup>5</sup>1944.

<sup>151</sup> Poln. Außenministerium an Poln. Botschaft Berlin, 21. 3. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 261. – In diesem Schreiben ist zudem die Rede davon, daß die deutschen Behörden, wenn sich reisende Ukrainer in Deutschland anmeldeten, regelmäßig deren Pässe »verlören«, um sie an der Rückreise nach Polen zu hindern. Wahrscheinlicher ist, daß es sich hierbei um eine Schutzbehauptung der Betroffenen handelte, die in Übereinstimmung mit den deutschen Stellen diese Sprachregelung trafen, um »unverdächtig« länger in Deutschland bleiben zu können. Der Brief wäre dann ein Indiz dafür, daß die polnische Seite auf diese Absprache hereingefallen wäre. In Krakau galt das UWI aufgrund der Observation ukrainischer Studenten als »spezielle Einrichtung« für den Kontakt mit ukrainischen Jungakademikern (Starostwo Grodzkie Kraków an Policja Państwowa, 19. 4. 1938, Archiwum Państwowe Kraków (APK), Starostwo Grodzkie Kraków (SGK) 138).

des geplanten Wörterbuches ernennen wollte. Man einigte sich dann darauf, Kuzelja und Rudnyčkyj unter Beibehaltung der alphabetischen Reihenfolge anzuführen und Mirčuk, der Kuzelja favorisierte, mußte sich damit abfinden, weil er Rudnyčkyjs Mitarbeit am geplanten »Handbuch« nicht entbehren konnte.<sup>152</sup>

## 5. DER »ANSCHLUSS« ÖSTERREICHS

Am 12. März 1938 überschritten deutsche Armeeverbände die deutsch-österreichische Grenze und unterstützten so die politische Annexion des Nachbarlands. Die Haltung Polens, das die Umstände nutzte, um sein Verhältnis zu Litauen durch ein Ultimatum zu »normalisieren«, war mehr als freundlich. Der polnische Außenminister erklärte, man sei seit Januar 1938 durch die Deutschen hierauf »gut vorbereitet« worden.<sup>153</sup> Bezieht man die guten Beziehungen zwischen der UNR-Führung und den polnischen Regierungsstellen ein, dann kann davon ausgegangen werden, daß auch die UNR-Politiker über das drohende Ende der österreichischen Unabhängigkeit im Bilde waren. War dann das Ersuchen, die UNR-Zentrale aus Paris nach Wien zu verlegen, bereits der Versuch, sich noch enger an Deutschland anzuschließen?

Am 15. März 1938 gratulierte die UNR-Führung der deutschen Regierung von Genf aus zur »Wiedervereinigung« Deutschlands und Österreichs. Da man diese Gratulation mit dem über diplomatische Gepflogenheiten hinausgehenden Spruch verband, wonach die »richtigen nationalen Bestrebungen eines Volkes immer zu einem siegreichen Ende geführt« würden, kann man schließen, daß die UNR eigene politische Ziele mit dem gerade erlebten Vorgang verband.<sup>154</sup> Die nationalsozialistische Regierung erhielt aber auch eine Gratulation von Konovalč, und das war wiederum etwas, was Mykola Livyčkyj, der sich immer noch in Berlin befand, offenbar verwirrte.<sup>155</sup>

War es nur Zufall, daß am 13. März 1938 in New York eine Reihe von durch den amerikanischen OUN-Ableger ODVU veranstalteten Kundgebungen begann, auf denen standardisierte Resolutionen gegen die polnische »Okkupation« Ostgaliziens gefaßt und an den neuen deutschen Außenminister von Ribbentrop geschickt wurden?<sup>156</sup> Eigentlich waren die deutschen Beziehungen zu Polen ja noch gut. Die Aktion konnte nur dann einen Sinn haben, wenn man Deutschland, das seine »nationalen« Grundsätze deutlich gemacht hatte, als Verbündeten ansah und die tagespolitische Konstellation zugunsten einer längerfristigen zurückgestellt hätte. Aber wie kam die OUN darauf? Wir wissen, daß bis März 1939 das deutsche Angebot stand, Polen mit ukrainischen Gebieten für die Abtretung der Ostseeanprüche an

<sup>152</sup> Vgl. Rudnyčkyj, »Moï Berlinski roky (1938-1941)«, S. 115-116.

<sup>153</sup> Vgl. Jürgen Pagel, Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Stuttgart 1992, S. 35-36.

<sup>154</sup> Kabinett des Präsidenten der UNR an Deutsche Regierung, 15. 3. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>155</sup> Polnische Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 17. 3. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 260.

<sup>156</sup> ODVU an Ribbentrop, 18. 3. 1938; Ukrainian National Organisation Garfield NJ, 20. 3. 1938 sowie weitere Zusendungen aus Städten der Ostküste und Ohio bis Ende Juni 1938, alle PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

Deutschland zu entschädigen und das Land als »Juniorpartner« gegen die Sowjetunion zu gewinnen.

Die Resolutionen an den deutschen Außenminister waren noch undeutlich. Man kann sie damit erklären, daß Deutschland das nationale Prinzip absolut zu setzen schien und die ersten Brüche des Versailler Systems inszeniert hatte. Partei und Regierung hatten sich aber Anfang 1938 noch nicht eindeutig positiv zum »gewendeten« U.N.O. gestellt. Damit wären die Resolutionen eher als Werbung zu werten, die OUN stehe weiterhin hinter Deutschland. Dies war erfolgreich, weil das AA erst durch die Resolutionen aus den USA auf die ODVU aufmerksam wurde und die Gestapo bat, deren Größe und Bedeutung zu ermitteln.<sup>157</sup> Bisher war man davon ausgegangen, die nordamerikanischen Ukrainer seien mehrheitlich Het'man-Anhänger. Nun bat das AA die Deutsche Botschaft in Washington, die nationalistischen Veröffentlichungen zu abonnieren. Dort weigerte man sich – es erscheine »nicht zweckmäßig, eine deutsche amtliche Stelle auf die Versandliste der ukrainischen Organisation zu setzen« – und schlug vor, die Blätter über das UWI oder die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas zu beziehen.<sup>158</sup> Man scheute sich offenbar, eine ukrainisch-deutsche Verbindung sichtbar werden zu lassen.

Am 5. April 1938 sprach Ivan Mirčuk im AA vor. Er bot an, die in Deutschland lebenden Ukrainer deutscher Reichsangehörigkeit könnten die Ukrainer österreichischer Staatsangehörigkeit auffordern, in dem für den 10. April angesetzten Referendum über den »Anschluß« (»Am 10. April dem Führer Dein Ja«) positiv zu stimmen, da die Annexion Österreichs »nur die eine Lösung, die uns seit Jahren erfüllt«, sei und Deutschland sich zum wiederholten Male als »Überwinder des Weltbolschewismus« erwiesen habe. Das AA wandte sich um Rat an die Gestapo, die keine Bedenken gegen einen solchen Aufruf hatte, jedoch untersagte, ihn mit Unterschriften zu versehen, weil die Verfasser nur eine Gruppe der ukrainischen Emigranten verträten.<sup>159</sup>

Daß Mirčuk deutschfreundlich agierte, war nicht neu und nicht sonderlich bemerkenswert. Daß sich das AA bei der Gestapo rückversicherte, schon eher und daß die Gestapo einen Aufruf ohne Unterschriften wünschte, läßt Raum für mehr als eine Interpretation. Zunächst ist deutlich, daß man die »Hilfe« der Ukrainer in Anspruch nehmen wollte, aber offenbar die »eigenen« Ukrainer, also das U.N.O. oder gar die OUN, nicht vorzeigen konnte. Ein Aufruf ohne Namen mochte also vorspiegeln, in Deutschland gebe es bereits eine vereinigte ukrainische Front, der sich die österreichischen Konnationalen nur mehr anzuschließen bräuchten. Auch die UNR-Ukrainer, die ja dem »Anschluß« positive Seiten abgewannen, konnte man als »Unterstützer« andeuten, auch wenn man sie kaum zur Mitunterzeichnung eines UWI-Dokuments gebracht hätte. Und deutscherseits mochte man sich auch nicht offen mit ihnen einlassen. Aber dies tat man ja auch nicht – der Aufruf würde ja nur von Mirčuk kommen.

In der Zeit der deutsch-polnischen Verständigung hatte man sich nur wenig um die Wirkung der deutschen Politik auf die Ukrainer gekümmert. Dies wurde nun anders:

<sup>157</sup> AA (von Welck) an Gestapo, 20. 4. 1938, ebd.

<sup>158</sup> Deutsche Botschaft Washington an AA, 9. 4. 1938, PAAA, Politik Ukraine 12, Pressewesen der Ukraine.

<sup>159</sup> Notiz von Welck, 5. 4. 1938; Vermerk Kriminaldirektor Bock, Gestapo Berlin, 8. 4. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

Als in Lemberger Zeitungen nach einem Bericht des russischen Pariser Emigrantenblattes *Poslednija Novosti* kolportiert wurde, man bilde in Deutschland Polizeibeamte für die Besetzung der Ukraine aus und rekrutiere diese aus den »weißen« russischen Veteranen der Armeen Avalovs und Judeničs, vermerkte man im AA, derartige Nachrichten seien schädlich, weil Hinweise auf eine deutsch-russische Polizei die Ukrainer in eine Gegnerschaft zu Deutschland treiben könnten.<sup>160</sup> Und das wollte man offenbar nicht.

Der »Anschluß« Österreichs spiegelte sich auch im Umgang der ukrainischen Organisationen miteinander wider. Am 22. April 1938 schlossen in Wien das U.N.O. und das Komitee der Vereinigten Ukrainischen Nationalen Organisationen in Österreich einen Vertrag, durch den die österreichische Organisation dem U.N.O. beitrug und zur Wiener Abteilung (Filija) des U.N.O. wurde. Der Vorstand blieb als »Filialleitung« (*uprava/provid Videnškoj filii*) im Amt. Die Wiener Ukrainer hatten zwar zuvor die gemeinsame Dachorganisation gebildet, diese war jedoch heterogener als das »neue« U.N.O. Für die Österreicher unterzeichneten den Vertrag der kommissarische Vorsitzende Hrycaj und als Sekretär Zaliznjak. Der Schriftsteller und Deutschlehrer Dr. Ostap Hrycaj (1881-1954) kam aus der nationaldemokratischen Bewegung und hatte sich im Ersten Weltkrieg im BBU engagiert. »Dr.« Mykola Zaliznjak, der nun als »Schriftsteller« firmierte, war längst kein Sozialrevolutionär mehr, er hatte sich im Mai 1933 schon als Anhänger des Nationalsozialismus artikuliert. Aus dem weiteren Wiener Vorstand konnten Javnyj, der Vorsitzende der Studentenorganisation *Sič*, und General Kurmanovyč als OUN-Repräsentanten gelten, mehr aber noch »Dr.« Mykola Suško, der sich als »Bankbeamter« bezeichnete. Der in Wien geborene Jurist war Anfang der 1930er Jahre Vorsitzender der nationalistischen Studentenorganisation »Sič« in Wien geworden und seit 1932 zudem Mitglied der NSDAP.<sup>161</sup> Da lag es nahe, nach Berlin umzuziehen und in den Vorstand des U.N.O. als Wiener Repräsentant aufgenommen zu werden. Nun wird auch verständlich, wieso Mykola Suško zum Leiter der »Vertrauensstelle« wurde. Die Gestapo hatte sich damit auch mit dem U.N.O.-Vorstand verbunden (s. S. 770).

Im September/Oktober 1938 wurden die Verhältnisse in der »Ostmark« reorganisiert. Es entstanden zwei Organisationen, die in der Bankgasse 1 Tür 55 an Tür 54 hausten. Die »Ukrainische Nationale Vereinigung« (U.N.O.) unter Ostap Hrycaj sollte alle bisher in Österreich wirkenden ukrainischen Organisationen ersetzen, während ein neugegründeter »Verband der Ukrainer in Deutschland« (*Sojuz Ukraïnciv u Nimeččyni*) unter Kurmanovyč die Ukrainer mit deutscher Staatsbürgerschaft zusammenfassen sollte. Der *Ukraïnskyj Vistnyk* stellte diese Wiener Struktur als vorbildlich hin, hier würden die Ukrainer ganz Großdeutschlands erfaßt, während in Berlin »immer noch eine aussterbende Minderheit« die »große Tat der Konsolidierung des Ukrainertums« untergrabe.<sup>162</sup>

Am 8. Januar 1939 wurde mittels Neuwahlen auch die Wiener U.N.O.-Zweigstelle nationalistisch »gleichgeschaltet«. Zaliznjak war unter den neu- und wiedergewählten nicht

<sup>160</sup> Vermerk Finck zu Bericht des *Novyj Čas*, 22. 4. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>161</sup> Außer diesen gehörten dem Wiener Vorstand an: Ivan Lupij, Bauarbeiter; Ivan Jaciv, Arbeiter; Omeljan Tarnovečkyj, Steuerrat und Vors. des »Ukrainischen Clubs«; Olena Levyčka, Rechtsanwaltswitwe. Der Vertragstext ist abgedruckt: »Dohovir miž U.N.O. v Berlini i Komitetom Objednanych Ukraïnskych Nacional'nych Organizacij u Vidni«, 22. 4. 1938, *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.5 (13), Mai 1938, S. 4-5.

<sup>162</sup> *Ukraïnskyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.9 (17), 15.10.1938, S. 3.



mehr zu finden.<sup>163</sup> Die ukrainische Studentenverbindung *Sič* in Graz erklärte am 27. März 1939, alle ihre Angehörigen müßten verpflichtend U.N.O.-Mitglieder sein und die Verbindung würde nun auch die Aufgaben einer U.N.O.-Zweigstelle in Graz wahrnehmen.<sup>164</sup>

Wie in Österreich glückte auch die fast reibungslose Übernahme der Ukrainer im Sudetenland durch das U.N.O. Die Ukrainischen Gemeinden in Reichenberg und Außig (47 Mitglieder), die, auch wenn sie als »Ukrainška Hromada« figurierten, nicht skoropadskyjtreu waren, schlossen sich am 29. Oktober 1938 als Zweigstellen dem U.N.O. an. Brüx und Leitmeritz folgten am 1. November, Wurzeldorf und Niemes am 2. November. In anderen Orten wie Deutsch-Gabel traten die Ukrainer über die Zweigstelle Reichenberg dem U.N.O. bei.<sup>165</sup>

Das Lemberger *Dilo* kommentierte diese Entwicklung positiv. Die Vereinigung der Ukrainer in Deutschland wurde ähnlich wie diejenige Deutschlands und Österreichs als »Sieg der gesunden Elemente« dargestellt. Wenn man von »nationalen« Kategorien ausging, mochte dies auch »gesund« erscheinen – insbesondere, da dieser Zusammenschluß nach außen als eine »überparteiliche« Angelegenheit erschien.<sup>166</sup> Tatsächlich hatte sich die OUN durchgesetzt. Da jedoch einige der UNR-Parteigänger zunächst Ämter behielten, mochte man dies nicht so leicht erkennen. Die polnische Botschaft in Berlin berichtete im Anschluß an den Wiener Zusammenschluß, man versuche zwar zu demonstrieren, daß sich alle Ukrainer des Reiches zusammengeschlossen hätten, in Wirklichkeit seien aber die Gruppen von Skoropadskyj und Konovaléc »draußen« geblieben. Die Gruppe von Konovaléc, also die OUN? Allen Ernstes hieß es immer noch, das U.N.O. sei eine »organizacja petljurowska«. Man hatte in der polnischen Vertretung den Coup nicht bemerkt oder nicht bemerken wollen.<sup>167</sup>

Auch der Het'man, dessen Gruppe außerhalb des U.N.O. geblieben war, sah die UNR-Repräsentanten weiterhin als eine Potenz an. In einer zehnsseitigen Denkschrift, die vermutlich an das ApA ging (wir kennen sie aus den Akten Rosenbergs) und in erster Linie dafür werben sollte, mit den »Hetmanisten« einen Aufstand gegen die auf ukrainischem Territorium lebenden »Juden« (so wurden die ukrainischen Kommunisten bezeichnet) zu unternehmen, wurde der Zusammenschluß von OUN und UNR zum U.N.O. als eine ukrainische Koalition beschrieben, die den deutschen Beamten leider »imponiert« habe. Da Skoropadskyj die UNR-Anhänger für polnische, die OUN nach wie vor für sowjetische Agenten hielt, riet er der NSDAP, die Finanzierungsquellen des U.N.O. aufzudecken (»Dann wird vieles klarer erscheinen«). Wenn diesen Gruppen dann das Vertretungsrecht als »fremde Agenturen« aberkannt würde, stände nichts mehr dem entgegen, dieses allein den Het'man-Anhängern zu gewähren.<sup>168</sup>

<sup>163</sup> Den Vorstand bildeten neben Hrycaj V. Vydýš, T. Vološyn, A. Bilyk und A. Kobzdaj. Zaliznjak blieb jedoch weiterhin dem U.N.O. verbunden, am 5. Februar 1939 berichtete er in einer Veranstaltung über seine Reiseeindrücke aus der Karpatho-Ukraine (*Ukrainškyj Vistnyk* 4 (1939), Nr.3-4 (22-23), [20. 4. 1939], S. 3).

<sup>164</sup> »Ukrainške Studenstvo v Gracu v rjadach UNO«, *Ukrainškyj Vistnyk* 4 (1939), Nr.5-6 (24-25), [10. 6. 1939], S. 5.

<sup>165</sup> »Z ukrainškoho žyt'tja v Nimeččyni«, *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 10 (18), 20.11.1938, S. 7-8.

<sup>166</sup> *Dilo*, 29. 4. 1938, in: PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>167</sup> Poln. Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 31. 5. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 268-269.

<sup>168</sup> Denkschrift [Skoropadskyj oder Umfeld], 24. 5. 1938, BAK, R 6 [Reichsminister für die besetzten Ostgebiete], Bd. 35, Bl. 5-15.

Karl Haushofer (1869-1946) gegenüber, der zu einem geopolitischen Ideologen geworden war und über eurasisch-kontinentale Konstruktionen auch bei Exilrussen und -ukrainern Aufmerksamkeit erregte, verstärkte Skoropadskyj seine OUN-Kritik noch. In den USA sei die ODVU nur ein »Meister großer Worte«; in der Ost-Ukraine, der Mandschurei und der Karpatho-Ukraine sei die OUN gänzlich unbekannt. Sie sei ein »Produkt der Mentalität galizischer Ukrainer«, damit eine Randerscheinung, die zudem mit ihrem Terror den Ukrainern nur geschadet habe. Ideologisch sei sie überaus zweifelhaft, weil ihre Mitglieder – der Vorwurf wurde zum wiederholten Male gebracht – mit den Bolševiki in Verbindung ständen und für den deutschen Gebrauch handelte der Het'man von »heruntergekommenen Menschen«, die von »Rassereinheit« redeten und in Wirklichkeit »mit ihren jüdischen Geliebten in Frankreich« lebten.<sup>169</sup>

Das ApA mochte sich jedoch nicht völlig festlegen. Bei einer von Skoropys-Joltuchovskyj vermittelten Tee-Einladung des Het'mans sprachen sich Vertreter von AA, Gestapo und ApA zugunsten Skoropadskyjs aus. Sonst wartete man ab. Dürksen war der Meinung, die »Hetmanisten« seien die einzigen »einwandfreien« Exilukrainer, weil deren Einstellung zu Deutschland eindeutig sei. Alle anderen seien jeweils auf ein anderes Land »eingeschworen«. Die OUN hielt Dürksen weiter für ein »hoffnungsloses Unternehmen«. Die Deutschen sollten sich gegenüber allen Ukrainern Zurückhaltung auferlegen, gegen Teebesuche in Wannsee hatte jedoch niemand etwas einzuwenden. Festgehalten wurde auch, daß das Propagandaministerium, der größte Rivale des ApA, angeblich keine eigenen Ukrainerkontakte unterhalte, so daß Militär, AA, ApA und Gestapo die Politik untereinander ausmachen könnten.<sup>170</sup> Das bedeutete den Schutz für Skoropadskyj, trotz dem wachsenden Einfluß der OUN.

## 6. DER KONOVALEĆ-MORD

Anfang 1938 hatte die OUN sich von ihrer Schlappe nach 1934 weitgehend erholt. In Polen hatte die intransigente Politik der Regierung die versöhnlicheren Ukrainer planmäßig desavouiert und damit den Nationalisten neuen Zulauf verschafft. In Deutschland war die verdeckte Legalisierung geglückt und mit dem »Anschluß« der zahlenmäßig bedeutsameren österreichischen Emigration auch quantitativ ein Erfolg erzielt worden. Skoropadskyj und das gewendete U.N.O. erfreuten sich offizieller Billigung. Daß das Außenpolitische Amt die OUN für »hoffnungslos« hielt, wollte nicht viel heißen. Andere deutsche Stellen waren anderer Meinung. Die Rückschläge der vergangenen Jahre hatten Gelegenheit dazu gegeben, die Organisationsspitze zu verkleinern. Mit der Gefährdung war zu rechtfertigen, daß nun ein »engerer PUN«, bestehend aus Konovaléc, Jaroslav Baranovskyj, Jary und Senyk, die Organisation ohne störende Einwirkung von außen führte.<sup>171</sup>

<sup>169</sup> Skoropadskyj, Mai 1938 IfZ MA 619 (10.6.1938). – Es sei darauf hingewiesen, daß Skoropadskyj hier unverblümt rassistische Argumente gegen seine Gegner einsetzte. Der Brief richtete sich gegen einen Artikel in der »Geopolitik«, in dem von der OUN positiv die Rede war.

<sup>170</sup> Dürksen an Schickedanz, 30. 5. 1938, NAW, T-81, Rolle 15.

<sup>171</sup> Vgl. Kučeruk, Ryko Jaryj, S. 123.

Da traf die OUN ein harter Schlag. Am 23. Mai 1938 wurde in Rotterdam Jevhen Konovalec ermordet. Konovalec mochte Süßigkeiten – daraufhin war eine Zeitbombe in eine Pralinenpackung montiert worden.<sup>172</sup> Wie Petljura war Konovalec eine Persönlichkeit, die mit zahlreichen politischen Gruppen und Systemen in Verbindung gekommen war. Die Jahre als österreichischer Offizier, bei den Sič-Schützen von 1918, als »Befreier« Kiews für die UNR, als UVO- und OUN-Führer, also als Soldat und Politiker, schufen eine schillernde Vita, wie sie viele Exulanten vorzuweisen hatten. Zum Zeitpunkt seines Todes war er jedoch auf das Amt des nach deutsch-italienischem Vorbild »Führer des Ukrainischen Volkes« titulierten OUN-Vorsitzenden beschränkt.<sup>173</sup> Petljura kannte seinen Mörder nicht, der NKVD-Agent Pavel Sudoplatov alias Pavlus' Valjuch hatte als Repräsentant eines angeblichen ostukrainischen nationalistischen Untergrunds Konovalecs Vertrauen erworben.<sup>174</sup>

Wieder wurde Jaroslav Baranovskij eine zwielichtige Rolle zugeschrieben, da dieser sich mit Konovalec in Rotterdam hatte treffen wollen. Hatte er vor, Konovalecs Nachfolger werden? Hat er vielleicht mit den Sowjets konspiriert? Oder war vielleicht sogar Konovalec selber ein Sowjetagent, den seine in jenen Jahren ja auch sonst wenig berechenbare Zentrale »ausschaltete«? Daß Petro Mirčuk vehement abstreitet, Valjuch-Sudoplatov könne Konovalec mit Spenden aus der UdSSR geködert haben, ist sachlich einsichtig: Tatsächlich dürfte Konovalec gewußt haben, daß 1938 in der Sowjetukraine niemand Spenden für die OUN sammeln konnte.<sup>175</sup> Wie wäre es aber mit Beteuerungen seines Mörders, regimenaher sowjetische Kreise seien an seiner OUN interessiert? Griff er vielleicht angesichts der Finanzschwierigkeiten der OUN und seiner persönlichen Mißerfolge (Ausweisung aus der Schweiz auf den Druck Polens hin) nach einem Strohalm? Einen stringenten Plot bieten nur die Erinnerungen seines Mörders – und den Aussagen von Geheimdienstlern sollte man als Historiker mit Mißtrauen begegnen.

Wenn man den Sudoplatov-Memoiren Realitätswert beimißt (was sich angesichts von Desinformationstaktiken nicht von selber versteht), war er es selber, der Stalin auf den Mordgedanken brachte. Bei seiner ersten Audienz will er Stalin berichtet haben, Konovalec plane »backed by the Germans« einen Krieg gegen die Sowjetunion. Eine Woche später habe er vorgeschlagen, über die Ukrainer die deutsche Abwehr zu infiltrieren. Hryhorij Petrovskij (1878-1958), der Vorsitzende des Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR, habe jedoch bemerkt, Konovalec sei wegen seiner antibolschewistischen Aktivitäten im Januar 1918 in Kiew zum Tode verurteilt worden. Stalin habe dann gesagt, Konovalec sei ein Agent des deutschen Faschismus und er wolle den

<sup>172</sup> Vgl. Pavel und Anatoli Sudoplatov, *Special Tasks*. London 1994, S. 27.

<sup>173</sup> Der petljuristische *Tryzub* charakterisierte ihn als eine »bedeutende Gestalt« und mit der zweideutigen Bemerkung »Auf seinen Befehl hin brachten Menschen anderen den Tod und gingen selber in den Tod« (*Tryzub* 14 (1938), Nr. 23/5.6.1938, S. 1). Der Redakteur des U.N.O.-Organs wie der Vorsitzende des U.N.O. brachten Zeitpunkt und Umstände des Mordes (Mai) mit demjenigen Petljuras in Verbindung, aber dabei spielte vor allem die hagiographische Einordnung eine Rolle (Jurij Artjušenko, »† Jevhen Konovalec«, *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 1; Tymiš Omel'čenko, »Poklin pamjati Voždja«, *Ukrainškyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 2).

<sup>174</sup> Kentij, *Ukrainška Vijskova Orhanizacija*, S. 30. Sudoplatov schildert etwa, wie gerührt Konovalec war, als Valjuch-Sudoplatov vorgab, Erde von Petljuras Grab in die Sowjetukraine mitnehmen zu wollen (Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 19).

<sup>175</sup> P. Mirčuk, *Jevhen Konovalec*, S. 99.

ukrainischen Faschismus am Vorabend des erwarteten Krieges seiner Führung zu berauben, um diese »Gangster« zu zwingen, »sich gegenseitig in einem Machtkampf zu vernichten«. Daher habe er Sudoplatov beauftragt, Konovaléc zu töten.<sup>176</sup>

Nach Konovalécs Ermordung wurde die Lage in der OUN unübersichtlich. Sein Tod ließ wirklich einen Kampf um die Nachfolge ausbrechen, womit jedoch die vorgenannte Begründung nicht notwendigerweise bestätigt wird. Da es keine »unparteiischen« Quellen gibt, ist alles, was hierüber geschrieben wurde, nicht unproblematisch. Petro Mirčuk, der die spätere Bandera-Fraktion favorisierte, bemühte sich, alle aus der Emigration stammenden PUN-Mitglieder zu desavouieren: Demčuk war für ihn »inaktiv«, Vassijan und Andrijevskij Theoretiker, letzterer auch »empfindlich in seinen persönlichen Ambitionen« und im Konflikt mit Konovaléc. Sciborskyj sei auch nur Theoretiker gewesen und der Verbindungen nach Polen und in die UdSSR verdächtig; Martynec »taktlos und unbeherrscht«.<sup>177</sup>

Die sowjetische Literatur, die natürlich nicht die eigene Täterschaft offenlegen wollte, bemühte für ihre Konstruktionen die Figur des »zweilichtigen« Riko Jary. Dieser habe sich auf die Nachfolge Konovalécs gespitzt, jedoch erfahren, daß jene nun doch hinter seine finsternen Geldschiebungen gekommen sei. Er habe Konovaléc in Rotterdam angeblich Geld von der Gestapo zukommen lassen wollen. »Valjuk«, einem seiner Vertrauten, habe Jary ein Päckchen mitgegeben, in dem sich aber statt des Geldes die Zeitbombe befunden habe.<sup>178</sup> Diese Narration hatte den Vorteil, den Mord als eine innere OUN-Angelegenheit abzubilden, bei der die Verbindung zu den Deutschen den Hintergrund abgab. Nach einer anderen Version handelte Jary im Auftrag der »Hitleristen«, deren Aufträge Konovaléc zwar treu erfüllt habe, die jedoch zu dem Schluß gekommen seien, er wisse zu viel und sei daher gefährlich.<sup>179</sup> Noch weiter geht die These, nach dem Mord habe Jary Gegner Mel'nyks zu sammeln begonnen, um selber die OUN-Führung zu übernehmen. Nicht Bandera, sondern Jary wurde so zur treibenden Kraft der OUN-Spaltung.<sup>180</sup> Und wie schon in den zwanziger Jahren gibt es auch die These, Jary habe Unterschlagungen begangen (was nicht falsch sein muß) und wegen der Gefahr der Entdeckung Konovaléc aus dem Weg räumen wollen (und können?).<sup>181</sup>

Prosowjetische Stimmen verknüpften das Attentat 1938 mit Konovalécs NS-Verbindung. Da Konovaléc erst kurz zuvor wieder mit der Abwehr in Kontakt getreten war, klang dies nicht ganz unwahrscheinlich. Das deutsche Konsulat in Genf wies zwar die These, Konovaléc sei ein Gestapo-Agent gewesen, entrüstet als eine »lächerliche Behauptung« zurück,<sup>182</sup> aber wenn man sich nicht auf die Gestapo versteift, dann ist der Vorwurf der Agententätigkeit nicht aus der Luft gegriffen. Neben der oben ange-

<sup>176</sup> Sudoplatov, *Special Tasks*, S. 23-24. Sudoplatov war 1940 auch der NKVD-Führungsoffizier Ramon Mercadérs bei der Ermordung Lev Trockijs in Mexiko.

<sup>177</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 520, 539.

<sup>178</sup> Vgl. Zamlynskyj, *Šljach čornoj zrazy*, S. 60-61.

<sup>179</sup> Vgl. Marko Terlycja, *Nacionalistyčni skorpiony*. Kyiv 1963, S. 16.

<sup>180</sup> Vgl. ebd., S. 17.

<sup>181</sup> Kučeruk (*Ryko Jaryj*, S. 124-125) stützt sich dabei auf einen Brief Senyks and Mel'nyk aus dem Jahre 1940 – da war Jary allerdings schon zu Bandera übergelaufen und man hatte Grund, ihn anzuschwärzen.

<sup>182</sup> Deutsches Konsulat Genf an Deutsche Gesandtschaft Bern, 3. 6. 1938, PAAA, *Politik Ukraine* 26 Nr. 1, *Politische Bestrebungen der Emigranten*, Bd. 1.

führten Legende behaupteten sowjetische Autoren später nach dem »Enthüllungsbuch« von Sayers/Kahn, Konovaleč sei von dem Gestapoagenten Valjuch aufgrund eines »Urteils der Hitleristen« umgebracht worden. Ein Grund dafür wurde nicht genannt – dafür hätten dann die »Naziaktivisten« oder die Nationalisten erklärt, daß »ein toter Konovaleč wertvoller [in einer anderen Version: nützlicher] als ein lebendiger Konovaleč« sei. Ihn könne man zum ruhmreichen Opfer stilisieren und so naive Menschen zum »Befreiungskampf« motivieren.<sup>183</sup> Daß der Mord an Petljura tatsächlich diese Wirkung hatte, mag die Sowjetpropaganda zu einer ähnlichen Konstruktion geführt haben.

Eine weitere Verschwörungstheorie behauptete, Jary und Canaris hätten Konovaleč quasi als Morgengabe für eine künftige Zusammenarbeit mit Stalin umgebracht.<sup>184</sup> Dies wurde bereits 1938 vage angenommen, auch wenn es ohne weiteres als abwegig gelten kann.<sup>185</sup> Ungeachtet dessen wurde dieser Verdacht von der postsowjetischen Historiographie gern übernommen. Anatolij Kentij schrieb:

»So kann man annehmen, daß, obwohl es keine unmittelbaren Belege der Zusammenarbeit deutscher und sowjetischer Dienste in der Geschichte des Mords an Je. Konovaleč gibt, dennoch unserer Meinung nach beide Seiten an der Beseitigung des Führers der ukrainischen Nationalisten interessiert waren.«<sup>186</sup>

Und als sei das noch nicht genug, wälzte Kentij diesen Gedanken im Vorwort zur damit überhaupt nicht zusammenhängenden Edition des Briefwechsels Konovaleč aus dem Jahre 1930 auch noch mit neuen Verdächtigen aus:

»Wenn man schon über die »deutsche Spur« spricht, dann stand das unserer Meinung nach nicht mit der Abwehr im Zusammenhang, deren Chef Je. Konovaleč schätzte. Eher konnte am Attentat der Leiter der Sicherheitspolizei und des SD Deutschlands R. Heydrich interessiert sein. Von der allgemeinen Haltung seines Führers ausgehend und daran interessiert, die nationalen Kräfte der antisowjetischen Richtung im Interesse des Dritten Reiches zu nutzen, kam es ihm nicht gelegen, an der Spitze dieser Kräfte prinzipientreue und Autorität besitzende Leiter zu sehen.«<sup>187</sup>

Natürlich gibt es dafür nicht den geringsten Beleg. Letztlich handelte es sich um einen späten Versuch, die OUN vom Odium der Zusammenarbeit mit NS-Deutschland zu befreien. Daß die ukrainischen Nationalisten Konovaleč betrauten, war nicht erstaunlich. Konovaleč galt persönlich als zurückhaltend, integer und intelligent; erstes war eine Seltenheit unter den Emigranten. Zudem hatte er sich auf die neuen

<sup>183</sup> Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 104. Zamlynskyj, der eine andere Version gebracht hat, führte sicherheitshalber auch die Sayers/Kahn-Version an, die eigentlich seiner Narration widersprach (Vgl. Zamlynskyj, Šljach čornoj zrazy, S. 61; Čerednyčenko, Nacionalizm proty nacii, S. 77; Michael Sejers [Sayers] / Albert Kan [Kahn], Tajnaja vojna protiv Ameriki. Moskva 1947, S. 97).

<sup>184</sup> Petro Balej, Fronda Stepana Bandery v OUN 1940 r. Pryčyny i naslidky. Las Vegas NV 1997, S. 190.

<sup>185</sup> Vgl. Stanisław Wroński (Red.), »Współdziałanie rządu polskiego z emigracyjnymi organizacjami antyradzieckimi w latach 1918-1938«n: Z dziejów stosunków polsko-radzieckich. Bd. 3, Warszawa 1968, S. 262-288, hier S. 283. Paul Leverkuehn (Nachrichtendienst, S. 130) schrieb hingegen, Canaris habe »noch lange für die Pflege seines Grabes in Holland gesorgt«, was ebenso unwahrscheinlich ist.

<sup>186</sup> Kentij, Ukraïnska Vijskova Orhanizacija, S. 30.

<sup>187</sup> Anatolij Kentij/Volodymyr Lozyčkyj, »Jevhen Konovaleč i počatky dijal'nosti OUN«, in: Ju. Olijnyk (Red.) Ja b'ju v dzvin, Kyïv 2003, S. 3-25, hier S. 5.

Umstände einzustellen versucht und taktische Rückschläge und -züge nach Art eines Stehaufmännchens bewältigen können. Daran bestand viel Bedarf.

In Berlin zelebrierte am 3. Juni 1938 der unierte Prälat Petro Verhun in der »Maria-Schutz-Kapelle« an der Pfalzburger Straße einen Totengottesdienst für Konovaléc. Am folgenden Tag fand im Landwehrcasino eine Trauerfeier für den OUN-Führer statt, auf der Artjušenko, Omel'čenko und – in deutscher Sprache – Volodymyr Stachiv sprachen. Die U.N.O.-Leitung ordnete eine 40-tägige Trauer an.<sup>188</sup> In Wien zelebrierte am 4. Juni Prälat Myron Hornykevyč (1886-1969) die Totenmesse in der Barbarakirche vor einem symbolischen Katafalk, anschließend gab es eine Gedenkveranstaltung im »Ukrainischen Club«.<sup>189</sup>

Für Auseinandersetzungen zwischen dem U.N.O. und den Skoropadskýj-Anhängern war aber Konovaléc immer noch gut. Während der Trauerzeit veranstaltete die »Ukrainśka Hromada« in Berlin am 15. Juni ein Konzert mit »lustigen Programmpunkten«. Das war nicht weiter verwunderlich, weil Konovaléc für die Het'man-Anhänger ein Feind gewesen war, aber für die Nationalisten, die ja beanspruchten, für alle Ukrainer zu sprechen, war dies ein Affront. In einer »Erklärung«, die der Vorstand des U.N.O. dem *Ukrainśkyj Vistnyk* vom 1. Juli 1938 beilegte, brachte man dieses Konzert mit einem Rundschreiben Skoropys-Joltuchovśkyjs in Verbindung, in dem dieser vor dem U.N.O. warnte, weil es angeblich von den Deutschen nicht akzeptiert würde, und mit einem ähnlichen Versuch Serhij Šemets, über Konovaléc verleumderrische Gerüchte zu verbreiten.<sup>190</sup> Die Konkurrenz der Ukrainergruppen ging also unvermindert weiter.

Die Het'manska Uprava kritisierte am 5. Juli 1938 in einem Communiqué das U.N.O., das sie als OUN ansprach, um seine Beschränktheit aufzuzeigen und ihm so Gelegenheit zu der schon behandelten Replik gab (s. oben). Ein offener Brief Šemets an den U.N.O.-Vorstand in Berlin vom 7. Juli war auch eher ungeschickt. Šemet warf den nationalistischen Studenten vor, in Wien gemeinsam eine Strauß-Operette besucht zu haben – aber diesen Besuch hatte man abgesagt, nur hatte das Šemet nicht mitbekommen. Seine Vorwürfe waren auch sonst wenig stichhaltig und machten es dem U.N.O. leicht, ihn als Spalter zu kritisieren und im Gegenzug »zur Einheit, Ukrainer!« aufzurufen.<sup>191</sup>

Nach der Ermordung Konovaléc's ging die Führung der OUN auf dessen Schwager Andrij Mel'nyk (sie hatten Schwestern geheiratet) über. Mel'nyk hatte seit der Kriegsgefangenschaft in Rußland mit Konovaléc zusammengearbeitet und war, nachdem Konovaléc 1923 Polen verlassen hatte, Landeskommandant der UVO gewesen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis leitete der Absolvent der Wiener Hochschule für Bodenkultur als Forstingenieur die Güter der Lemberger unierten Metropole, ohne sich politisch zu betätigen. Von 1933 bis 1938 engagierte er sich in der unierten Jugendgruppe »Adler« (Orly) und war nicht einmal Mitglied der OUN, geschweige denn des PUN.

<sup>188</sup> »Žalibni obchody v pamjat' Voždja v Berlini«, »40 dni žaloby«, *Ukrainśkyj Vistnyk* 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 3.

<sup>189</sup> »Z žyttja filij U.N.O.«, *Ukrainśkyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.7(15), 1.7.1938, S. 3.

<sup>190</sup> »Zajavy«, *Ukrainśkyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.7(15), 1.7.1938, Einlegeblatt.

<sup>191</sup> »Zajavljajemo ostatočno«, *Ukrainśkyj Vistnyk* 3 (1938), Nr.8(16), 15.8.1938, Beilage.

Daß Andrij Mel'nyk die OUN-Führung übernahm, lag daran, daß man sich im Ausland auf niemand anderen einigen konnte. Sciborskyj, der Konovalec schon einmal vertreten hatte, hielt man wegen seines Rufs als »Theoretiker« für ungeeignet. Omeljan Senyk, der zum Zeitpunkt des Attentats in Südamerika war, berichtete nach seiner Rückkehr etwas von einem (vermutlich erfundenen) mündlichen Vermächtnis, mit dem Konovalec selber Mel'nyk zu seinem Nachfolger bestimmt haben sollte, aber Zweifel blieben.<sup>192</sup> Die Beratungen über die Nachfolge zogen sich hin und fanden vornehmlich in Wien statt. Dort traf sich im Juni 1938 Mel'nyk mit Roman Suško, und auch Baranovskyj kam im Juni 1938 nach Wien. Mel'nyk kehrte dann zunächst nach Polen zurück. Im August 1938 teilte Baranovskyj Mel'nyk die PUN-Entscheidung zu seinen Gunsten mit, und im Oktober 1938 reiste Mel'nyk über Danzig – also mit deutscher Zustimmung und Hilfe – nach Wien. Die galizischen Prätendenten wurden übergangen. Hatte Baranovskyj verhindert, daß der chancenreiche Bandera Mel'nyk in die Quere kommen konnte? Die Landesexekutive der OUN versuchte im August 1938, Bandera zur Flucht aus dem Gefängnis in Wronki zu verhelfen, wo er seine lebenslängliche Strafe verbüßte. Zur Planung gehörte, daß Bandera über die keine 10 km entfernte deutsche Grenze in Sicherheit gebracht werden sollte. Die Befürchtung, es könne wie 1934 zu einer Auslieferung an die polnischen Behörden kommen, bestand nun offenbar nicht mehr. Daß man die Befreiung kurzfristig abbrach, soll daran gelegen haben, daß man die übrigen ukrainischen Insassen nicht für die Flucht büßen lassen wollte.<sup>193</sup> Zu den Verschwörungstheorien der Bandera-Fraktion gehört aber, daß Baranovskyj die Befreiungspläne an die polnische Polizei verraten habe.<sup>194</sup>

In Wien leistete Mel'nyk am 11. Oktober 1938 vor Baranovskyj, Senyk und Riko Jary seinen Eid als neuer OUN-Vorsitzender.<sup>195</sup> Erst auf der August-Konferenz in Rom 1939 wurde seine Stellung dann satzungsgemäß formalisiert. War Konovalec als UVO/OUN-Chef meist unumstritten gewesen, so änderte sich das nun. Konovalec hatte eher den Konsens gesucht, als daß er eine Führernatur gewesen wäre. Dabei können ihm weder Charisma noch Führungsgeschick abgesprochen werden – vielleicht war gerade das Letztere der Grund dafür, daß die vielen Zwiste innerhalb der Nationalistenbewegung überwunden werden konnten. Torzecki schreibt, daß es bis zu Konovalecs Tod keinen »Führermythos« gegeben habe, weil »dieser Politiker das Gegenteil einer Führerpersönlichkeit« gewesen sei.<sup>196</sup> Dies ist, auch wenn es äußerlich zugetroffen haben mochte, strittig – an Berichten über die Faszination, die von der Person des »Herrn Oberst« ausgegangen sein soll, besteht kein Mangel.

Mel'nyk war jedenfalls weniger beeindruckend. In der UVO hatte er sich nicht hervorgetan, nach seiner Haft hatte er sich an eine legale Existenz gewöhnt, während

<sup>192</sup> Mit dieser Auslandsreise wurden die Zweifel der späteren Bandera-Anhänger zurückgewiesen, die sich fragten, warum Baranovskyj Mel'nyk bei der Beerdigung Konovalecs noch nichts von der Wahl des Verstorbenen gesagt hatte (Vgl. Oleh Bahan, *Nacionalizm i nacionalistyčnyj ruch. Istorija ta idej. Drohobyč* 1994, S. 115).

<sup>193</sup> Vgl. Zynovij Knyš, *Rozbrat*, S. 43-68; Mirčuk, *Narys*, S. 534-539.

<sup>194</sup> Vgl. Bahan, *Nacionalizm*, S. 116.

<sup>195</sup> Dargestellt nach Mirčuk, *Narys*, S. 539-541; Bahan, *Nacionalizm*, S. 115-116. Nach den von Kosyk publizierten Dokumenten wurde der Beschluß am 11. 10. 1938 um 18.35 Uhr formalisiert, und die Proklamation berief sich ausdrücklich auf den »Willen des Führers Jevhen Konovalec« (Beschluß, 12. 10. 1938, Kosyk (Hg.), *Rozkol OUN; Dok.* 2, S. 12).

<sup>196</sup> Torzecki, *Kwestia ukraińska 1923-1929*, S. 347.

Konovalec sich als konspirativer Revolutionär verstand. Dementsprechend hatte Mel'nyk eher den Habitus eines Politikers angenommen und versuchte stets, sich an staatliche Macht anzulehnen. Indem er (im Unterschied zu Konovalec) auf nutzlose Gewalttaten verzichten zu können meinte, galt er den jungen galizischen Radikalen als Schwächling. Der Bandera-Anhänger Mirčuk hielt Mel'nyk zwar für einen »guten Soldaten und Kämpfer«, aber auch für jemanden, der »nicht von einer so klaren politischen Einstellung wie Oberst Konovalec war.«<sup>197</sup> Mel'nyk bedurfte persönlich wohl auch mehr des in Europa grassierenden Führerkults, der nun die OUN voll erfaßte.<sup>198</sup> Der Vorwurf, daß unter Mel'nyk die Anpassung an die autoritären Formen in der gesamten OUN erfolgte, ist durchaus berechtigt. Ob dies an der Schwäche Mel'nyks lag, diesen Tendenzen gegenzusteuern, ob er sie genoß oder sich dem allgemeinen Usus anpaßte, soll hier nicht diskutiert werden.

Wenn auch formal der Sitz der OUN in Rom blieb, war Mel'nyk häufiger in Wien und Berlin. Die Rücksichten, die Konovalec genommen hatte, hielt er für überflüssig, zudem mag er sich in den Hauptstädten des »Dritten Reiches« vor sowjetischen Attentätern sicherer als anderswo gefühlt haben. Den *Le Petit Parisien* wunderte dies nicht: Berlin als Zentrum aller ukrainischer Irredentisten paßte vorzüglich in das Bild, das die deutsch-polnische Zusammenarbeit eher verwirrte. In der *France Militaire* nannte man Berlin die Hauptstadt der neuen Ukraine.<sup>199</sup> In einer sicherlich erzwungenen Aussage aus dem Mai 1945 soll der Abwehr-Mann Erwin Stolze den Sowjets geschildert haben, wie er über Jary Mel'nyk als Abwehr-Mann geworben haben wollte. Mel'nyk soll darauf bestanden haben, daß die Deutschen die komplette Finanzierung der OUN übernehmen.<sup>200</sup> Dies war sicher falsch: Ebenso wenig wie Jary konnte sich Mel'nyk formell der Abwehr anschließen. Aber selbstverständlich setzte er die von Konovalec und Jary begonnene Zusammenarbeit fort und wurde in sie durch Jary eingeführt. Die sowjetische Seite bemühte sich natürlich in erster Linie nachzuweisen, daß die OUN ausschließlich eine deutsche Agentur sei. Und es ist sicher nicht unrealistisch anzunehmen, daß der größte Teil der Gelder nun wie vor 1933 wieder von den Deutschen kam. Aber dem eigenen Anspruch nach blieb die OUN eine unabhängige Einrichtung.

In der Konstruktion ex post setzten die *Banderivci* mit der Einsetzung Mel'nyks den Bruch in der OUN-Politik an. Als ob es zuvor keine Verbindungen zu Deutschen gegeben hätte, schrieb etwa Bahan:

»Die OUN bewegte sich in der internationalen Politik niemals im ›Fahrwasser‹ eines europäischen Staates. Während der Zeit der Führung A. Mel'nyks machte sich eine Linie der Orientierung auf Deutschland bemerkbar und verstärkte sich dann immer mehr.«<sup>201</sup>

Wie reagierten aber die anderen ukrainischen Gruppen auf den Mord? Die UNR-Führung fürchtete, sie könnte das nächste Opfer der Sowjets werden. Roman Smal'-Stočkyj wandte sich an den deutschen Botschafter in Warschau und bat für die UNR um »Asyl« in Wien, das ja nun zu Deutschland gehörte. In Paris seien die UNR-Stel-

<sup>197</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 39.

<sup>198</sup> Bahan unterstreicht, daß sich Mel'nyk zum »Führer der ganzen ukrainischen Nation« ausrufen ließ (vgl. Bahan, *Nacionalizm*, S. 118). Der »Führer«-Begriff wurde jedoch schon auf Konovalec angewandt.

<sup>199</sup> Zeitungsausschnitte von Mitte Februar 1939 in ZStA DDR, AA, Presseabteilung, 58440, Bl. 182, 193.

<sup>200</sup> Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 105.

<sup>201</sup> Bahan, *Nacionalizm*, S. 119.



len nicht vor der Komintern geschützt. Er behauptete, die österreichische Regierung hätte die Umsiedlung aus Paris nach Wien im Januar 1938 bereits genehmigt. Da wir jedoch wissen, daß sich die Österreicher keineswegs entschieden, sondern kurz vor der Auflösung ihres Staates noch an Deutschland mit der Bitte um Information gewandt hatten, war dies wieder nur einer der üblichen Tricks, um etwas zu erreichen. Smal'-Stočkyj berief sich auf den UNR-Präsidenten Andrij Livyčkyj, der die UNR in Wien wissen wolle, um »gerade mit dem von ihm außerordentlich verehrten Führer [...] zu gemeinsamer Aktion gegen den bolschewistischen Feind« aufzubrechen.<sup>202</sup> Wie groß Livyčkyjs Verehrung wirklich war, sei dahingestellt, es waren Smal'-Stočkyjs Worte.

Daß das nationalsozialistische Deutschland der UNR-Regierung »Asyl« gewähren sollte, ist auf den ersten Blick seltsam. Die UNR genoß ja schließlich die »Gastfreundschaft« Polens, wo Livyčkyj und Smal'-Stočkyj lebten. War dies eine Absetzbewegung von Polen zu Deutschland? Erwartete man eine deutsche Aktion ohne oder gegen Polen? Oder rechnete man im Gegenteil mit einer Fortsetzung des deutsch-polnischen Bündnisses? Jedenfalls gab es keine Antenne dafür, daß Deutschland gegenüber der UNR Zurückhaltung übte. Das »Heranschmeißen« der UNR-Führung an die Nationalsozialisten überstieg deutlich das bisherige Maß. Botschafter von Moltke befürwortete das »Asyl« für die UNR, aber nur »zum Zwecke der Beobachtung«, was »in unauffälliger Weise« möglich sei, wenn die UNR ihren Sitz in Wien habe. Da jedoch die UNR von Polen unterstützt werde, gab er weiter, er habe sich Smal'-Stočkyj gegenüber »völlig receptiv verhalten«.<sup>203</sup>

Das Auswärtige Amt weniger: Es schlug der Gestapo vor, schon wegen der Beobachtungsmöglichkeiten positiv zu antworten. Die verwickelte Denkweise der Diplomaten wird deutlich, wenn man das zweite Argument zur Kenntnis nimmt: Genau umgekehrt wie von Moltke meinte man in Berlin, eine Ablehnung könnte bei den Polen Argwohn in bezug auf deutsche polenfeindliche Pläne wecken.<sup>204</sup> Schliep blieb auch dabei: Nicht nur wegen der »Beobachtungs- und Einwirkungsmöglichkeiten« sei ein Umzug der UNR nützlich, sondern auch wegen der »Parallelität der Interessen«. An der UNR imponierte ihm, daß ihre Politiker »scharf antibolschewistisch« seien, und er meinte daher, daß man dem Antrag nachgeben solle.<sup>205</sup> Anders das Militär: Da die Abwehr weiterhin mit der OUN Kontakte unterhielt, warnte sie vor einer »erneute[n] Zersplitterung der ukrainischen Bewegung im Reich« und sah dadurch die »dem OKW betr. die Ukrainer aufgetragenen Arbeiten« gefährdet.<sup>206</sup> Aufgetragen? Das Militär hat in diesem Schreiben erstmals einen Auftrag für seine Ukraine-Aktivitäten angedeutet.

Entscheidend war aber die Intransigenz der Gestapo. Da Frankreich in seinem guten Verhältnis zur Sowjetunion Emigrantenaktivitäten einschränke, würde die UNR-Regierung nach Warschau ausweichen und dort ihren Einfluß verlieren. Würde man die UNR-Ukrainer jedoch ins Reich lassen, könnten sie hier eine Propagandata-

<sup>202</sup> Deutsche Botschaft Warschau an AA, 12. 7. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>203</sup> Ebd.

<sup>204</sup> AA an Gestapo, 26. 7. 1938, ebd.

<sup>205</sup> Schliep an Staatssekretär, 16. 8. 1938, ebd.

<sup>206</sup> OKW an AA, 8. 8. 1938, ebd.

tigkeit entfalten, die schon deswegen »besonders bedenklich« sei, weil sie den Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation erschweren würde. Die Emigrantenorganisation (gemeint war das U.N.O.) sei noch nicht gefestigt – die Übersiedlung der UNR nach Wien daher »untunlich«. <sup>207</sup> Der Beleg, daß die Gestapo eine Orientierung der Exulanten an der OUN favorisierte, liegt mit diesem Text vor.

Andere Gruppen freuten sich offen über den Mord: Biberstein erklärte zum wiederholten Male Konovaléc zu einem Sowjetagenten, der leider auch viel Geld aus Deutschland bekommen habe (»Gott sei Dank, dass er erledigt wurde!«). <sup>208</sup> Und auch die Skoropadskýj-Anhänger waren nicht sehr traurig. Die Het'mańska Uprava verkündete ganz ähnlich, Konovaléc sei wegen seiner zahlreichen Kontakte ein »verdächtiges Element« gewesen. Die von Skoropadskýjs Anhängern dominierte Hromada nannte die OUN »moralisch verfault« und warnte Deutschland, sich mit ihr einzulassen, da sie nicht die Mehrheit der Ukrainer repräsentiere. <sup>209</sup> Šemet schrieb an Nazaruk, der Mord sei die Folge innerer Kämpfe in der OUN gewesen. <sup>210</sup>

Die OUN nutzte den Mord an Konovaléc für eine Briefekampagne. Aus Argentinien, Brasilien, Kanada und den USA gingen im AA Schreiben der OUN-Organisationen ein, die gegen die »Hetze der Hetmanisten« und deren Mißbrauch des deutschen Patronats wetterten und an deren Stelle die »solidarische Mitarbeit mit dem Deutschen Reich gegen die Sowjetunion zum Besten beider Völker« anboten. <sup>211</sup> Die Ukrainische Nationale Vereinigung Kanadas aus Saskatoon richtete mehrere Briefe an deutsche Adressaten, in denen sie Skoropadskýj vorwarf, sich mit den (russischen) Kräften zu verbrüdern, die er angeblich bekämpfe, und Deutschland als Basis für seine Machenschaften zu mißbrauchen. Da der »russische Imperialismus« und die »Komintern« parallel gesetzt wurden, wurde so der Het'man als »Verräter« für den Konovaléc-Mord mitverantwortlich gemacht. Durch die Propagierung seiner dynastischen Ansprüche habe er die Ukraine »privatisiert«, obwohl seine Richtung dort keinen Einfluß habe – diesen besäßen allein die Nationalisten. Wie üblich folgte auf diese Kritik das Angebot: »Alle Ukrainer« hielten Deutschland für ihren »natürlichen Verbündeten im kommenden Weltkonflikt« und ständen ihm »freundlich« gegenüber. <sup>212</sup>

Diese von der OUN koordinierte Aktion wurde von der polnischen Diplomatie beobachtet und mit den ganz ähnlichen Kundgebungen verknüpft, die sich gegen die neue kulturelle Unterdrückung der Ukrainer in Polen richteten. Die polnischen Aus-

<sup>207</sup> Gestapo Berlin an AA, 10. 8. 1938, cbd.

<sup>208</sup> Biberstein-Exposé, 10. 7. 1938, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>209</sup> Het'mańska Uprava, Mitteilung, 5. 7. 1938; »Zaostrzenie walki pomiędzy petlurowcami a skoropadczykami na terenie Niemiec«, [3. 9. 1938], AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 303-304.

<sup>210</sup> Serhij Šemet an Osyp Nazaruk, 24. 6. 1938, CDIAL Fond 359, Op. 1, Delo 337, Bl. 26, zit. nach Kentij, Ukraínska Vijskova Orhanizacija, S. 31.

<sup>211</sup> Ukrainische Nationale Organisation Argentiniens Buenos Aires, 26. 7. 1938; ODVU Central Executive Committee New York, 27. 7. 1938; Ukrainische Landwirteorganisation Curitiba, 16. 8. 1938, alle an AA, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 1.

<sup>212</sup> Ukraínske Nacional'ne Objednannja Kanady, Saskatoon, an Ribbentrop, 16. 8. 1938, an Reichskanzlei, 17. 8. 1938, an das Deutsche Generalkonsulat Ottawa, 20. 8. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3. – Das Generalkonsulat bestätigte nicht einmal den Empfang des Schreibens, »um Mißdeutungen vorzubeugen« (Generalkonsulat Ottawa an AA, 25. 8. 1938, cbd.).

landsrepräsentanten warnten Warschau davor, die Vorgänge zu bagatellisieren: Sie seien Teil eines koordinierten OUN-Programms, das man beobachten sollte.<sup>213</sup>

----

In die deutsch-ukrainische Szene kam 1937/38 Bewegung. Für die geplanten kriegerischen Akte in Osteuropa wollte man sich der Ukrainer versichern, sie dazu erfassen und möglichst gleichschalten. In einem Schriftsatz des Außenpolitischen Amtes setzte man sich das Ziel, die Ukrainer zu »Toleranz« zu bewegen und im Interesse des antibolschewistischen Kampfes zusammenzuführen. Deren Organisationen seien sich nicht der Gemeinsamkeit ihres Zieles bewußt und versuchten stattdessen immer wieder, Ausländer mit falschen Angaben davon zu überzeugen, daß sie die Gesamtheit der Ukrainer verträten. Auch im ApA sah man nun in der OUN die Hauptgruppe, außerhalb der »sonst nur wenige Marxisten und Reaktionäre, die keine Rolle spielen« geblieben seien. Skoropadskyj blieb damit geduldet, wurde aber irrelevant. Bei der geplanten Vertrauensstelle wollte man nun besonders vorsichtig sein, da die Besetzung mit dem Vertreter einer Gruppe den Kampf mit allen anderen Gruppen bedeute. Man solle also dafür sorgen, daß sie nicht in das Fahrwasser einer Emigrantenorganisation gerate.<sup>214</sup> Das mißlang, aber die Het'man-Anhänger hatten keine Möglichkeit, sich dem zu widersetzen.

Im Herbst 1938 mußten auch die blindesten polnischen Beobachter erkennen, daß nicht nur deutsche Kontakte zur OUN wiederaufgenommen worden waren (daß sie die ganze Zeit über verdeckt bestanden hatten, hatte man ja vermutet), sondern daß die Deutschen bei ihrer Ukrainerpolitik wieder auf die OUN setzten, indem sie die Übernahme des U.N.O. durch die OUN tolerierten. Zwar hieß es in einer Denkschrift vom 12. Oktober noch, es sei »undeutlich«, was Deutschland bezwecke, aber man hatte auch erkannt, daß die Skoropadskyj-Gruppe eine »beruhigende Mitteilung« erhalten haben müsse, die ihren Bestand ebenso wie den des U.N.O. garantierte. Die bisher vertretene Meinung, es gebe unter den deutschen Instanzen Konflikte zwischen Petljuristen- und Skoropadskyj-Unterstützern sei falsch: Längst seien die meisten Deutschen wieder OUN-Unterstützer, während es die angeblichen Petljuristen-Unterstützer gar nicht gebe.<sup>215</sup>

Lipski berichtete Beck im November, eine Vielzahl von deutschen Stellen – die Dienststellen Rosenbergs und von Ribbentrops, Teile des Propagandaministeriums und die Abwehr – beschäftigten sich mit ukrainischen Angelegenheiten (die Gestapo hatte er dabei noch übersehen). Es gebe keine präzise Anweisung von oben, wie man mit den Ukrainern umgehen solle, aber die Deutschen »platzten vor Dynamik«, und die »für uns gefährlichsten Gruppen vom Jary- und Mel'nyk-Typ« profitierten davon, weil sie selber am aktivsten seien.<sup>216</sup>

<sup>213</sup> Poln. Generalkonsulat Ottawa an MSZ, 20. 9. 1938, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 18-22.

<sup>214</sup> Denkschrift ApA, 20. 8. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 166-167.

<sup>215</sup> »Utworzenie ogólnoukraińskiej organizacji w Niemczech«, 12. 10. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 300-302.

<sup>216</sup> Lipski an Beck, 12. 11. 1938, Waclaw Jędrzejewicz (Hg.), *Diplomat in Berlin 1933-1939*. New York/London 1968, S. 464-465.

Lipski schlug vor, die Deutschen darauf anzusprechen, und er meinte, sie zähmen zu können. Damit hatte er nicht ganz unrecht. Die deutsche Politik war noch auf Polen angewiesen. Als die ukrainischen Vereine in Wien bei der Polizei für den 1. November 1938 eine Feier aus Anlaß des 20. Jahrestags des Lemberger Aufstands und der Gründung der ZUNR beantragten, fragte die Gestapo beim AA an, weil sie eine »Verärgerung der polnischen Regierung« befürchtete. Das AA hatte »erhebliche außenpolitische Bedenken« und bat die Gestapo, die Veranstaltung nicht zu genehmigen.<sup>217</sup> Man nahm auf Polen Rücksicht, auch wenn die ukrainisch-nationale Option an Bedeutung gewann.

Mit den in diesem Kapitel geschilderten Vorgängen hatte Deutschland erstmals regelnd in die innerkommunitären Angelegenheiten der Ukrainer eingegriffen. Und es hat – im Unterschied zu früheren Zeiten – mit der Einrichtung der »Vertrauensstelle« eine deutsche, der Gestapo unterstellte Behörde für die Ukrainer im Reich geschaffen. Auch die »OUNisierung« des bis 1937 petljuristischen U.N.O. ist ohne Wissen und Billigung der Deutschen nicht denkbar. Dies waren vorbereitende Schritte zu einer Auseinandersetzung mit Polen (gegen die UdSSR wäre die UNR nützlicher gewesen), die man allerdings noch nicht öffentlich zugeben mochte. Die Problematik der Karpatho-Ukraine demonstrierte, daß die deutsche Politik noch nicht ganz entschieden war.

<sup>217</sup> Gestapo an AA, 21. 10. 1938; AA (Schliep) an Gestapo, 25. 10. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr. 1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

## X. DIE FRAGE DER KARPATHO-UKRAINE<sup>1</sup>

Die Karpatho-Ukraine als Ort ukrainischer Entwicklung lag bis 1938 an der Peripherie des politischen Interesses.<sup>2</sup> Die Trennung von den übrigen als ukrainisch definierten Territorien durch den Karpathenkamm, die frühere Zugehörigkeit zu Ungarn, die Mischsiedlung mit Ungarn und Slowaken sowie historische Debatten um die Verbindung zur Stephanskrone hatten die Abgrenzung von Polen und Russen, die die ukrainischen Nationalisten in Galizien und der rußländischen Ukraine bewegte, nicht zu einem vorrangigen karpatho-ukrainischen Thema werden lassen, wenngleich ukrainische Nationalisten diese Landschaft ohne weiteres für ukrainisch hielten. Eine separate unierte Kirchenorganisation, die auf die Union von Užhorod 1646 zurückging,<sup>3</sup> niedriger Bildungsstand und das Fehlen einer artikulationsfreudigen pro-ukrainischen Intellektuellenschicht schufen keine Basis für einen Beitrag zu den ukrainophilen Diskursen im Norden und Osten. Altruthenische Elemente, die es in Galizien nach dem Ersten Weltkrieg praktisch kaum mehr gab, korrespondierten hier auch weiterhin mit einer pro-russischen und pro-sowjetischen Politik der Tschechoslowakei und fanden Unterstützung bei der russischen »weißen« Emigration. Teile der slavischen Ruthenen, die sich (partiell bis heute) als Rusyny bezeichneten, und damit die Differenz zu den Ukrainern nördlich der Karpathen betonten, waren auch magyrophil eingestellt.

Die Entwicklung eines Nationalbewußtseins in der *Pidkarpatska Rus'*, wie die Karpatho-Ukraine aus der westlichen – ruthenischen, magyarischen wie tschechoslowakischen – Perspektive hieß, erfolgte spät. Nach dem Ersten Weltkrieg wollten viele, aber nicht alle slavischen Bewohner von Ungarn fort. Die Republik Ungarn beschloß am 21. Dezember 1918 die Autonomie der *Ruška Kraïna*, und im Januar 1919 kam eine Delegation der *Ruška Narodnja Rada* aus Chust mit Stepan Kločurak (1895-1980) nach Stanislau, um über den Beitritt zur ZUNR zu verhandeln. Die ZUNR war jedoch bald verschwunden, und die Gespräche des Bauernpolitikers Avhustyn Vološyn (1874-1946) mit dem tschechoslowakischen Repräsentanten in Budapest Milan Hodža (1878-

<sup>1</sup> Wir verwenden hier durchweg aus Gründen der Übersichtlichkeit diesen Begriff, der erst in den 1930er Jahren bei ukrainischen Nationalisten aufkam, die damit die Zugehörigkeit der ruthenischen/rusynischen Gebiete südlich der Karpathen zum ukrainischen Siedlungsgebiet ausdrückten, da die Frage der rusynischen kulturellen Eigenständigkeit nicht unser Thema ist. Neben dem Begriff Karpatho-Ukraine war bei den Nationalisten die auch heute verwendete Bezeichnung »Transkarpathien« (*Zakarpattja*, *Zakarpatska oblast'*) üblich, die die Perspektive des Blicks vom Norden her abbildete. Das Außenpolitische Amt der NSDAP versuchte 1939 die Bezeichnung »Karpathen-Ukraine« durchzusetzen (Dürksen an Rüdiger, 1.3.1939, IfZ MA 48.2).

<sup>2</sup> Bei der tschechoslowakischen Volkszählung von 1930 bezeichneten sich von den ca. 725.000 Einwohnern 447.000 (63%) als Ruthenen (*Rusyny*), 15,4% als Ungarn, 12,8% als Juden, 4,7% als Tschechen und Slowaken, 1,8% als Deutsche. Vgl. Paul R. Magocsi, *The Shaping of a National Identity: Subcarpathian Rus', 1848-1948*. Cambridge MA/London 1978, S. 13.

<sup>3</sup> Magocsi schreibt die Rückkehr zur Orthodoxie in den 1920er Jahren (während es 1910 praktisch keine Orthodoxen gab, bekannten sich 1930 etwa 112.000 zur der Serbischen bzw. der Konstantinopler Kirche unterstellten Hierarchie) zunächst materiellen Erwägungen zu, sie war jedoch auch ein Ausdruck der Russophilie. Der griechisch-katholischen (unierten) Kirche gehörten 1930 ca. 360.000 Menschen an, die allen Orientierungen angehören konnten. (vgl. ebd., S.179-182).

1944) waren realistischer. Tomáš G. Masaryk (1850-1937) hatte bereits am 25. Oktober 1918 dem Anschluß der Karpatho-Ukraine an die Tschechoslowakei zugestimmt, und eine Abstimmung unter karpatho-ruthenischen Emigranten ergab mehrheitlich ein ähnliches Ergebnis. Die Tschechen waren nicht so sehr an den Bewohnern des Gebiets interessiert wie an seiner Lage, die eine direkte Verbindung zu Rumänien (nicht etwa zu Rußland, wie später behauptet wurde s. S. 815) ermöglichte, also die Länder der »Kleinen Entente« miteinander verband. Am 15. Mai 1919 beschloß der Ruthenische Nationalrat, sich der Tschechoslowakei anzuschließen, und im Vertrag von St. Germain wurde dieser Zusammenschluß am 10. September 1919 bestätigt. Politische autonome Rechte für die »Ruthènes«, die der Vertrag vorsah, wurden erst nach dem Münchner Abkommen 1938 gewährt, kulturelle gab es hingegen.<sup>4</sup>

Ukrainischer Nationalismus war in diesem Gebiet nicht selbstverständlich. Sowohl die altruthenischen, die Rusyny als Teil des ostslavischen Stammes verstehenden Anhänger der Autonomen Bauernunion (Avtonomnyj Zemledel'skij Sojuz) des Journalisten Andrij Brodij (1895-1945) als auch die Russische National-Autonome Partei (Russkaja Nacional'no-Avtonomnaja Partija) des suspendierten unierten Theologen Stepan Fencyk (1892-1945) waren antitschechisch und pro-ungarisch. Fencyk erhielt zudem seit 1931 polnische Gelder für seine Blätter *Karpatorusskij Golos* und *Naš Put'*. Da auch amerikanische Emigranten Fencyk unterstützten, kaschierte die polnische Seite die Subventionen für ihren »Dr. Rusiński«, wie Fencyks Deckname lautete, als Spenden aus Amerika.<sup>5</sup> Damit wollte Polen die Zusammenarbeit mit Ungarn fördern und den inneren Frieden der Tschechoslowakei stören. Aber vor allem die Schwächung der ukrainischen Nationalisten stand bei dieser Politik Pate.

Diesen »Russophilen« standen die Ukrainophilen gegenüber, die Vološyn, auch er uniierter Geistlicher und Direktor des Lehrerseminars in Užhorod, mit seiner Christlich-Nationalen Partei (Chrystjanska Narodnja Partija) und der Sozialdemokrat Julijan Revaj<sup>6</sup> (1899-1979) anführten. Die UVO war Ende 1929 aus Galizien nach Užhorod gekommen, wo Stefanija Novakivska am von Vološyn geleiteten Lehrerseminar eine Zelle bildete. Ein Mordanschlag auf einen Russophilen am 1. Juni 1930 scheiterte, der Täter Fedir Tacyneć und Frau Novakivska kamen ins Gefängnis. 1932 richtete der PUN eine Organisation ein, in der Stefan Rosocha (1908-1986) legale nationalistische Propaganda mit dem Blatt *Probojem* machen sollte, während Julijan

<sup>4</sup> Vgl. zur Geschichte der Karpatho-Ukraine etwa Magocsi, *Shaping*; Ivan Žeguc, *Die nationalpolitischen Bestrebungen der Karpato-Ruthenen 1848-1914*. Wiesbaden 1965; Hans Ballreich, *Karpathenrußland*. Heidelberg 1938, S. 10-20. Ballreich folgte zwar der NS-Linie, aber es ist ihm darin zuzustimmen, daß die Bevölkerung dieses Gebiets »in seltener Konstanz um ihr Recht betrogen worden« sei (S. 99). Ungeachtet dessen lobte Vološyn die tschechoslowakische Zeit: Sie habe gezeigt, daß »cultural and political freedom has greatly contributed to the advance of a nation which previously was condemned to decay. Moreover, the progress made by the Ruthenes under the auspices of the Czechoslovak Republic affords ample proof that a policy of genuine democracy and Slavonic brotherhood is being pursued among them« (Agustin Vološin, »Carpathian Ruthenia«, *Slavonic and East European Review* 13 (1934/35), S. 372-378, hier S. 378).

<sup>5</sup> Paweł Samuś/Kazimierz Badziak/Giennadij Matwiejew (Hg.), *Akcja* »Łom«. Warszawa 1998, S. 21-22.

<sup>6</sup> Wir verwenden hier durchweg den Vornamen Julijan, der auch häufig vorkommt, um ihn von seinem Bruder Fedir zu unterscheiden. Auch folgen wir der ukrainischen Umschrift. In den Texten kommen häufig der Vorname »Julij« und die ungarische Namensform »Revay« vor.

Chymyneć, der Sekretär der Staatlichen Handelsakademie in Mukačevo, die Untergrundarbeit leitete.<sup>7</sup>

Der relative Erfolg von Kommunisten und Magyarophilen in den tschechoslowakischen Parlamentswahlen 1935 verbesserte die Beziehungen zwischen dem offiziellen Prag und den ukrainischen Nationalisten. Dies wiederum machte es Polen leicht, ohne in einen Widerspruch zu Deutschland zu geraten, die Desintegration der Tschechoslowakei ins Auge zu fassen und dazu neben den Polen im Teschener Gebiet (Zaolzie) auch die Magyarophilen zu unterstützen. Der polnische Geschäftsträger in Prag erläuterte 1936 diese Politik: Einerseits wollte man die Zuneigung der antiukrainischen Rusynen erwerben und gar zu ihren Beschützern aufsteigen, um so »rund um das Östliche Kleinpolen [Ostgalizien] Milieus zu schaffen, die unter unserem kultur-politischen Einfluß stehen«. Zum anderen konnte man so der Tschechoslowakei Schwierigkeiten bereiten.<sup>8</sup> 1938 überließ Polen die Russophilen ganz den befreundeten Ungarn, während sich Russophile wie Ukrainophile vorübergehend erfolgreich zusammentaten, um Prag größere Autonomie-rechte abzurufen. Nun waren wieder polnische Politiker beunruhigt.<sup>9</sup>

Zwar beanspruchten ukrainische Nationalisten schon im Ersten Weltkrieg das Karpathenland, aber während vehement die *sobornist*' von Galizien, der Bukowina, Wolhynien und der »Großen Ukraine« bis hin zu Kubań und Don propagiert wurde, machte man sich über die ungarischen Komitate mit ruthenischer Bevölkerung wenig Illusionen. Der Anschluß an die Tschechoslowakei samt dem Autonomieverprechen war für ukrainische Nationalisten akzeptabler als alle anderen Optionen in den Nachbarstaaten.

Die Ukrainität des Gebiets wurde ab Mitte der 1930er Jahre für ukrainische Nationalisten zu einem Axiom. Während weniger Radikale, zu denen auch der kanadische Historiker Magocsi gehört, die separate ruthenische/rusynische Eigenart gegenüber der ukrainischen propagieren, sind strengere Nationalukrainer selten bereit, dies zu akzeptieren. Ein Beispiel mag der sonst durchaus gemäßigte Historiker Ivan Lysjak-Rudnyćkyj bieten, der mit Magocsi polemisierte und die hier behandelte Geschichtsepisode, an der aus dem Ausland wirkende Ukrainer nicht unwesentlich beteiligt waren, pathetisch kommentierte: »It is no exaggeration to say that this ›baptism of fire‹ put the final seal on the Ukrainian national identity of the land«.<sup>10</sup>

Ende 1936 – und die deutsche Rheinlandbesetzung ohne Gegenwehr der Entente mochte Phantasien ebenso beflügelt haben wie Italiens Abessinienkrieg und der Spanische Bürgerkrieg – veränderte sich die europäische Politik. Hatte man zuvor eher in »Innenräumen« Politik gemacht, kehrte nun das militärische Operieren in das Repertoire zurück. Die von den Nationalisten verfochtene Politik, nur durch einen Krieg sei die Landkarte Europas in ihrem Sinne zu verändern, schien einer Realisierung immer näher.

Aber die Ukrainer waren noch nicht im Blickfeld. Die Koordinierung der Politik zwischen Deutschland und Ungarn im September 1936, in der Sterčo die ersten deut-

<sup>7</sup> Vgl. Julijana Chymyneć, *Moi sposterežennja iz Zakarpattja*. New York 1984, S. 44-46.

<sup>8</sup> Marian Chodacki an Tadeusz Kobylański, 8. 7. 1936, AAN, MSZ 5458, Bl. 119, zit. nach Samuś, *Akcja ›Łom‹*, S. 32.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>10</sup> Ivan L. Rudnytsky [Lysjak-Rudnyćkyj], »Carpatho-Ukraine: A People in Search of Their Identity«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 353-373, hier S. 371. Es ist kein Zufall, daß Magocsi vom »Shaping« der National Identity handelt, also den Konstruktionscharakter betont, während Lysjak-Rudnyćkyj mit der »Search« die primordiale Präexistenz behauptet.

schen Schritte gegen die ČSR sah, berücksichtigte den ukrainischen Faktor noch nicht.<sup>11</sup> Im Dezember 1936 erhielt das Auswärtige Amt jedoch ein Schreiben, das in dieser Hinsicht mehr versprach. Der Kosakenataman Ivan Grin aus Belgrad, der bisher in Deutschland nicht weiter in Erscheinung getreten war, schrieb an die deutsche Regierung, angesichts des Versagens der russischen Emigranten und der Paralyse ihrer Intelligencija, plane er einen Befreiungsfeldzug gegen die Sowjetunion. Da der Besitz der Ukraine über den Besitz Moskaus entscheide, wolle er einen Feldzug durch die Ukraine mit ausländischer (d.h. deutscher) Hilfe, jedoch ohne ausländische Truppen durchführen. Die Sowjetunion sei sehr schwach, an den Rändern mehr noch als im Inneren, daher wollte er in Galizien und der Karpatho-Ukraine eine Freiwilligenarmee ausheben, um mit ihr und seinen Kosaken die UdSSR anzugreifen. Deutsche Hilfe erbat Grin in Polen, um dort für seine Armee werben zu können.<sup>12</sup> War die Rolle Galiziens als eines ukrainischen »Piemonte« schon jahrzehntelang Bestandteil des ukrainischen Diskurses,<sup>13</sup> so war hier erstmalso von der Karpatho-Ukraine als einem Faktor die Rede, von dem aus die »Befreiung« der Irredenta erfolgen könne.

Daß der UNR-Ministerpräsident Prokopovyč Anfang (!) 1938 ein Telegramm an Chamberlain und Hitler zu einem Treffen in Köln geschickt haben soll, ist wohl Fiktion. Mykola Livitykyj stellte sie auf, um zu behaupten, die UNR habe als erste die Ukrainer in der Karpatho-Ukraine thematisiert.<sup>14</sup> Aber Ende 1937 hatte Konovaléc wieder begonnen, auf Deutschland zu hoffen, und die Deutschen akzeptierten die Übernahme des U.N.O. durch die OUN.

Im November 1937 richtete Konovaléc einen Sonderstab für die Belange der Karpatho-Ukraine (Okremyj štab PUNu dlja sprav Zakarpattja) ein, dem Riko Jary vorstand und Jaroslav Baranovskij, Orest Čemerynskyj (Jaroslav Oršan) und Oberst Mychajlo Kolodzinskij (1902-1939) angehörten.<sup>15</sup> Die erste tschechoslowakische Krise gab es nach dem deutschen »Anschluß« Österreichs im Mai 1938, als die »Sudeten-Deutschen« begannen, eine ähnliche Aktion für ihr Land anzumahnen. Von nun an konnten auch die Ukrainer konkreter planen. Im Sommer 1938 brachte deren Stab eine von Čemerynskyj verfaßte »Pljatforma Zakarpattja« heraus, die zur Richtschnur für die OUN-Politik wurde. Darin wurde das Gebiet als Teil der gesamtukrainischen Frage gesehen, der es sich unterzuordnen habe. Das kleine Karpathengebiet galt nicht als Ersatz für eine freie Ukraine.

Dennoch warf Volodymyr Stachiv dem PUN später vor, sich allzu sehr auf die Karpatho-Ukraine konzentriert und dabei die anderen ukrainischen Gebiete vernachlässigt

<sup>11</sup> Vgl. Peter G. Stercho, *Diplomacy of Double Morality*. New York 1971, S.190-191, 286.

<sup>12</sup> Grin an Deutsche Regierung, 1. 12. 1936, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1.

<sup>13</sup> Die Grundstruktur des deutsch-polnisch-ungarisch-ukrainischen Interessenkonflikts ist korrekt dargestellt bei Albert S. Kotowski, »Ukrainisches Piemont? Die Karpatenukraine am Vorabend des Zweiten Weltkrieges«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 67-95. Zur Spezifik des deutsch-ukrainischen Verhältnisses sind aber dort insbesondere die diskursiven Aspekte nicht ausgeschöpft.

<sup>14</sup> Mykola Livitykyj, *D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzyli miž 1920 i 1940 rokamy*. München/Philadelphia 1984, S. 55.

<sup>15</sup> Vgl. Dmytro Andrijevskij, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacjonalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 153; Chymyneč, *Sposterežennja*, S. 51; Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti II«, *Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA*, München 6 (1955), Nr. 1-2, S. 6.



zu haben. Dafür gab es jedoch »objektive« Gründe: Deutschland tolerierte 1938 keine offene antipolnische Politik, außerdem war die OUN in Polen immer noch gelähmt. In die Sowjetunion hinein konnte man schon gar nicht tätig werden. So war die Ausrichtung auf die Karpatho-Ukraine eine logische Option. Nach Stachiv ging der PUN, der deutschen Propaganda glaubend, tatsächlich davon aus, daß die Regelung der osteuropäischen Fragen nach dem ethnischen Prinzip erfolgen würde, man also in der Karpatho-Ukraine anfangen und dann die weitere Entwicklung abwarten könne.<sup>16</sup>

Die erste Version der »Plattform« entsprach dieser Planung. Konkret sah sie die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Bildung dreier unabhängiger Staaten »Čechija, Slovákija i Zakarpatska Ukraïna« vor. Da ja auch Luxemburg, Andorra und Liechtenstein existierten, wurde dem neuen Kleinstaat Lebensfähigkeit zugetraut – »bis er sich mit Kiew zusammenschließt«. Als Nukleus ukrainischer Staatlichkeit sollte aber die Karpatho-Ukraine schon vorher wirken. So wollte man Polen seine 80.000 in der ČSR lebenden Konnationalen überlassen (der Schriftsatz wurde vor der Annexion Teschens durch Polen am 2. Oktober 1938 verfaßt) und dafür dessen »jetzige Gebiete Galizien, Wolhynien, Polesien, das Cholmer Land und Podlasie« der Karpatho-Ukraine anschließen. Das neue Land könne dann auch die Emigranten aus West- und Zentraleuropa aufnehmen und so das Problem der staatenlosen Flüchtlinge lindern. Alle drei ČSR-Nachfolgestaaten müßten antikommunistisch sein, um sich nicht dem deutschen Vorwurf auszusetzen, ein »Brückenkopf des Bolschewismus in Mitteleuropa«<sup>17</sup> zu sein, und die Großmächte sollten ihre Grenzen garantieren. Für die innere Politik diktierte die Plattform die Abkehr von der Parteiendemokratie: Politisch dürfe sich das Land nur »auf die einzige überparteiliche Kraft der ukrainischen Wirklichkeit, welche der ukrainische Nationalismus ist, orientieren«.<sup>18</sup> Politische Zurückhaltung kann der Plattform nicht attestiert werden. Die Annexionswünsche waren großzügig, das Ziel war eine politische Monokultur. Auf diesen Text stützten sich fortan ukrainische Nationalisten, wenn sie sich mit ihren politischen Vorschlägen an die Öffentlichkeit bzw. an deutsche Stellen wandten. Vikentij Šandor (\*1907) führte einen sonst nicht nachgewiesenen Aufruf der karpatho-ukrainischen Landesexekutive der OUN aus dem August 1938 an, in dem gefordert wurde, Transkarpathien als Keim einer unabhängigen Ukraine »von Poprad bis zum Kaspischen Meer und zum Kaukasus« für unabhängig zu erklären.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Vgl. ebd.

<sup>17</sup> Während in den meisten ukrainischen Texten von der Bedeutung der Karpatho-Ukraine als Ausgangspunkt für eine »Befreiung« der Sowjetukraine die Rede war, gehörte die umgekehrte Perspektive, die »Furcht« vor einer prokommunistischen Tschechoslowakei, spätestens seit Anfang 1938 zum deutschen Argumentationsrepertoire. Hitler hatte bei seinem Zusammentreffen mit Polens Außenminister Beck am 14. Januar 1938 erklärt, der Kommunismus sei gefährlich, weil auch die Tschechoslowakei mehr und mehr seinem Einfluß erliege (Vgl. Waclaw Jędrzejewicz (Hg.), *Diplomat in Berlin 1933-1939*. New York/London 1968, S. 335).

<sup>18</sup> Text abgedruckt in Chymyneć, *Sposterežennja*, S. 62-65. Ohne die nunmehr obsolet gewordene polnische Komponente wurde die 3-Staaten-Theorie mit dem Ziel eines Anschlusses an Kiew in einer Broschüre des Ukrainischen Pressedienstes im Herbst 1938 ausgebaut. Diese Publikation erschien – vermutlich um die deutsche Zensur zu umgehen – unter der New Yorker Firma des Ukrainian Press Service von Jevhen Skocko, weist aber alle Merkmale eines in Deutschland verfaßten und hergestellten Pamphlets auf (Sakarpateczj, »Selbstbestimmungsrecht für die Karpathen-Ukraine«, in: *Karpathen-Ukraine*. New York 1938, S. 26-53, hier S. 51).

<sup>19</sup> OUN, *Krajeva Ekzekutyva Zakarpatskoï Ukraïny*, Vidozva, vgl. Vikentij Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, Użhorod/New York 1996, S. 135.

Aber nicht nur der PUN thematisierte die Karpatho-Ukraine. Zu einem deutschen Ziel ernannte sie der als Andrij Makarenkos Repräsentant auftretende Biberstein im Juli 1938. Sein Schriftsatz, der in dem Satz gipfelte, »Der Sieg Deutschlands über den Bolschewismus und den Judaismus bringt auch der Ukraine den Sieg, die Befreiung und die Selbständigkeit [...] Heil Hitler!«, enthielt die als Makarenkos Vorschlag ausgewiesene Aufforderung an die Deutschen, sie sollten die Karpatho-Ukrainer als Verbündete gegen die Tschechoslowakei gewinnen (was in der OUN-Plattform deutlich anders war).<sup>20</sup> Nicht die praktische Wirkung dieses Vorschlags soll hier betont werden, sondern der Gedankenschluß auf ukrainischer Seite: Nachdem man die »sudetendeutsche« Bewegung und ihre immer massiver werdende Propaganda wahrgenommen hatte, bedurfte es nur mehr geringer politischer Phantasie, um sich vorzustellen, wie man seine eigenen Pläne mit den deutschen Initiativen verbinden könnte.

Im Westen beobachtete man nach dem »Anschluß« Österreichs Deutschlands Ziele mit einer gewissen Besorgnis. Der britische Botschafter in Polen Howard William Kennard sprach den Vizeußenminister Jan Szembek (1881-1945) auf einem Essen im März 1938 darauf an, ob man denn in Polen nicht bemerke, daß Deutschland die Tschechoslowakei besetzen wolle, um dann weiter in die Ukraine vorzustoßen. Dadurch würde Polen eingekreist.<sup>21</sup> Eine Reaktion ist nicht überliefert, dafür bezichtigte der polnische Außenminister Beck die Tschechoslowakei der Nutzung der ukrainischen Frage zur Propaganda gegen Polen.<sup>22</sup> Polnisch-ungarisches Interesse an der Karpatho-Ukraine war aber dann im Sommer 1938 erkennbar. Im Juli 1938 sprachen Szembek und der ungarische Botschafter in Polen über eine polnisch-ungarische Grenze.<sup>23</sup> Der ungarische Reichsverweser Admiral Miklós von Horthy und Nagybánya (1868-1957) eröffnete dem polnischen Botschafter Lipski bei seinem Besuch in Berlin am 24. August 1938, er hoffe auf eine künftige gemeinsame polnisch-ungarische Grenze. In der Sprachregelung des polnischen Außenministeriums für Lipski waren die Ungarn »unsere Freunde seit ewigen Zeiten«, die Karpatho-Ukraine allerdings ein »Müllhaufen politischer Intrigen, nicht wert, daß man sich mit ihr beschäftige«. Im Gespräch mit Göring am selben Tag sagte Lipski, man habe dieses Land seinerzeit nur deshalb Ungarn fortgenommen, um der Tschechoslowakei eine Verbindung mit Rußland zu verschaffen.<sup>24</sup> In der Anweisung an Lipski vom 19. September 1938 benutzte

<sup>20</sup> Biberstein-Exposé, 10. 7. 1938, PAAA, Politik Ukraine 2, Politische Beziehungen der Ukraine zu Deutschland, Bd. 1. – Das Motiv der Bedeutung der Karpatho-Ukraine für Deutschland kehrte in seinen »Exposés« wieder (etwa Biberstein-Exposé, 1. 9. 1938, ebd.).

<sup>21</sup> Diariusz i teki Jana Szembeka. Bd. 4, London 1972, S. 105 (Eintrag vom 26. 3. 1938). Ernst von Weizsäcker nahm in ein Memorandum für von Ribbentrop die Sätze auf: »Unvermeidlich muß die deutsche Abkehr von den südöstlichen Grenzproblemen und der Übergang zu den östlichen und nordöstlichen die Polen hellhörig machen. Daß nach der Liquidation der tschechischen Frage Polen an der Reihe ist, wird allgemein vermutet werden. Je später diese Vermutung aber als fester Bestandteil in die internationale Politik eindringt, desto besser« (Leonidas E. Hill (Hg.), Die Weizsäcker-Papiere 1933-1950. Frankfurt/Berlin/Wien 1974, S. 131 [Eintrag vom 8. 6. 1938]).

<sup>22</sup> Diariusz i teki Jana Szembeka. Bd. 4, London 1972, S. 201 (Eintrag vom 28. 6. 1938).

<sup>23</sup> Ebd., S. 206 (Eintrag vom 3. 7. 1938).

<sup>24</sup> Jędrzejewicz, Diplomat, S. 380-381, 385. Daß dies nicht zutrif, muß kaum betont werden. Hinweise auf Ungarns Recht auf die Karpatho-Ukraine wiederholten sich in den folgenden Gesprächen im September (vgl. etwa S. 406, 409-410). Im Oktober 1938 kam das Thema in Lipskis Gespräch

Beck die umgekehrte Version (»um Rußland eine Brücke nach Europa zu bieten«), die ebensowenig zutrif.<sup>25</sup>

Zuvor hatte Göring am 10. und am 24. August die Aufmerksamkeit Lipskis im Gespräch auf die Ukraine gelenkt, Lipski kam beide Male daraufhin auf eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze zu sprechen.<sup>26</sup> Göring meinte am 10. August 1938 bei einem Empfang in der italienischen Botschaft in Berlin, daß die mit den Polen 1934/36 besprochenen Pläne nicht obsolet seien. Deutschland wolle die »bol-schewistische Aktion« beenden, selber jedoch nicht in die Ukraine einmarschieren, und er gehe davon aus, daß Polen »gewisse Interessen« in der Ukraine habe. Am 24. August wiederholte er, daß er Polens »Aspiration« auf die fruchtbare Ukraine für berechtigt hielte, und sprach erneut von Deutschlands Desinteresse an einem Einmarsch.<sup>27</sup>

Am 1. September 1938 kam Beck im Gespräch mit dem deutschen Botschafter auf die ukrainische Frage zu sprechen und äußerte den Verdacht, die »konspirative Verbindung Deutschlands zum Ukrainertum in Polen« lebe wieder auf.<sup>28</sup> Falsch war das nicht. Aber wie interessiert war die deutsche Spitze zu diesem Zeitpunkt an der ukrainischen Karte? Unklar ist, ob Hitler mit Chamberlain in Berchtesgaden am 15. September 1938 über die Ukrainer gesprochen hat. Jedenfalls beruhigte er ihn, er sei nicht der Sprecher anderer nationaler Minderheiten als der deutschen.<sup>29</sup> Hitler bat dann Lipski für den 20. September zum Gespräch. Die Instruktion Becks für seinen Botschafter als »enthusiastische Reaktion« darauf zu qualifizieren, ist vollauf berechtigt.<sup>30</sup> Aber wieder gab es keine klare Antwort, als der polnische Botschafter Hitler gemäß seiner Anweisung die polnisch-ungarische Grenze als eine antisowjetische Sperre schmackhaft machen wollte – Lipski berichtete nur, seinem Eindruck nach habe sich »der Kanzler« interessiert gezeigt.<sup>31</sup> Jedenfalls war dies der Höhepunkt des deutsch-polnischen Einvernehmens – bei diesem Gespräch versprach Lipski Hitler

---

mit von Ribbentrop vor: »I think that Ribbentrop was impressed by the Ukrainian argument contained in our instructions« (Ebd., S. 456). Als ein bewaffneter Konflikt um die Tschechoslowakei möglich schien, hatte Deutschland den Ungarn für diesen Fall (nicht aber für eine friedliche Regelung) offenbar die »Beachtung der historischen Grenzen« versprochen; die Hinweise waren auch Polen bekannt (Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 206, 220 [Eintrag vom 3. und 14. 7. 1938]).

<sup>25</sup> Abgedruckt in Marian Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie 1933-1938*. Poznań 1965, S. 452-453; vgl. auch Jędrzejewicz, *Diplomat*, S. 446. Beck fuhr am 20. Oktober in seiner Anweisung an Lipski fort zu betonen, Westukrainer hätten niemals eine Chance, die Geschicke in der »wirklichen Ukraine« – der Ostukraine – zu beeinflussen, da sie dort ein »fremdes Element« blieben. Deutschland habe schließlich 1918 selber den Wert dieser »Pseudo-Ukrainer« kennengelernt (Ebd., S. 446-447). Koźmiński schreibt, das polnische Interesse an der Karpatho-Ukraine habe sich an der Politik des »Dritten Europa« orientiert, also der Schaffung einer starken Staatengruppe zwischen Deutschland und der Sowjetunion unter polnischer Dominanz, während für Ungarn die territoriale Revision im Vordergrund gestanden habe (Maciej Koźmiński, *Polska i Węgry przed drugą wojną światową*. Wrocław u.a. 1970, S. 4).

<sup>26</sup> Vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 431-432; Jędrzejewicz, *Diplomat*, S. 387.

<sup>27</sup> Stanisław Żerko, *Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939*. Poznań 1998, S. 75-76.

<sup>28</sup> Roos, *Polen und Europa*, S. 368.

<sup>29</sup> In den deutschen Aufzeichnungen kommen die Ukrainer vor, in der Notiz Chamberlains nicht, vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 442.

<sup>30</sup> Żerko, *Stosunki*, S. 81.

<sup>31</sup> Vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 457.

»ein schönes Denkmal in Warschau« für den Fall, daß er eine Lösung der »Judenfrage« fände.<sup>32</sup> Auf die Ukrainer gingen die Deutschen nicht ein.

Beim am 22. September 1938 begonnenen Treffen mit Chamberlain in Bad Godesberg erreichte Hitler ein Telegramm des mittlerweile zusammengeschlossenen ukrainischen Studentenverbandes. Mychajlo Kačmar wollte des »Führers« Aufmerksamkeit auf die Lage der Karpatho-Ukraine richten und eine Parallelisierung zu derjenigen der »Sudetendeutschen« herstellen, um auch für seine Konnationalen etwas herauszuholen. Das Sendschreiben begann moderat, wies auf die mißliche Lage der Ukrainer hin und markierte die nationale Selbstbestimmung als Ziel. Aber anders als der im September 1938 noch defensiv geführte öffentliche Diskurs, ging Kačmar im Sinne der »Plattform« weiter: Die Selbstbestimmung der Karpatho-Ukraine wollte er Hitler mit der Nutzung des Gebiets als »ukrainische antibolschewistische Basis« nahebringen, weshalb man der polnischen und ungarischen Fremdherrschaft über Ukrainer entgegenzutreten müsse.<sup>33</sup> Da Polen an der Amputation der Tschechoslowakei im Herbst 1938 partizipieren sollte und Ungarn noch dafür geworben werden mußte, widersprach dieses Telegramm den deutschen Zielen. Es ist daher auszuschließen, daß es von der deutschen Seite »bestellt« worden wäre. Es hatte auch keinen Erfolg: Offenbar sprach Hitler am 22. September zwar die Forderungen der Slowaken, Ungarn und Polen an, nicht aber diejenigen der Ukrainer.<sup>34</sup>

Noch einmal haben wir es hier nicht etwa mit einer Instrumentalisierung der Ukrainer durch die Deutschen zu tun, sondern mit dem umgekehrten Versuch. Es gab dazu eine Kampagne: eine Vielzahl ähnlich lautender und offensichtlich von der OUN organisierter Schriftstücke ging bei Hitler ein. Ostap Hrycaj schrieb ihm im Namen der Ukrainischen Nationalen Vereinigung aus Wien, die Karpatho-Ukraine sei dem »Wüten der Tschechokommune« ausgeliefert, und ähnlich lautende Telegramme trafen von der ODVU aus New York,<sup>35</sup> von Kurmanovyč aus Wien und Nationalisten aus anderen Orten ein. Das U.N.O. forderte in einem Schreiben an Hitler am 15. September 1938 einen »Ukrainischen Karpathenstaat« (Ukrainśka Karpatśka Deržava), der, gestützt auf Hitlers und Goebbels Äußerungen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, »im Bündnis mit den Mächten der Ordnung in Mitteleuropa als Basis für den weiteren ukrainischen antibolschewistischen Kampf« dienen sollte.<sup>36</sup> Der PUN rief

<sup>32</sup> Žerko, Stosunki, S. 83.

<sup>33</sup> Nationalverband Ukrainischer Studentenorganisationen an Hitler, 21. 9. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 1-14.

<sup>34</sup> Dies muß unterstrichen werden, um die sowjetischen Behauptungen zurückzuweisen, die »ukrainischen bürgerlichen Nationalisten« hätten mit ihren Plänen »alles ausgeführt, was ihre Arbeitgeber aus Berlin von ihnen gefordert« hätten (Vgl. S. Ju. Prunycja, »Nosii zla i rozbratu«, in: Stepan Bojko, Narod ne proščaje. Užhorod 1976, S. 3-15, hier S. 11).

<sup>35</sup> Das Telegramm aus New York hing damit zusammen, daß hier gerade durch den PUN versucht worden war, die desolante Bewegung zu konsolidieren. Dazu waren im Sommer Oleh Kandyba, Kurmanovyč, Jaroslav Baranovśkyj und Roman Suśko nach New York gekommen, hatten Anfang September einen ODVU-Kongress in Newark NJ und eine große Kundgebung in New York organisiert. Es dürfte auf den Rat der Europäer hin zu den Telegrammen an Hitler und Chamberlain gekommen sein, in denen ein unabhängiger Staat in den Karpatho-Ukraine gefordert und der Verbleib bei der Tschechoslowakei oder der Anschluß an einen anderen Staat kategorisch abgelehnt wurde (Jevhen Skocko, »Na Perelomi – 1938-1940«, in: Na Zov Kyjeva, S. 9-19, hier S. 12).

<sup>36</sup> Teilabdruck in »Za deržavnu samostijnist' Zakarpattja!«, Ukrainśkyj Vistnyk 3 (1938), Nr.9 (17), 15. 10. 1938, S. 1.

nach der tschechoslowakischen Mobilisierung am 16. September 1938 zum Aufstand gegen alle Okkupanten der Ukraine und zum Zusammenschluß unter einer einheitlichen Führung auf.<sup>37</sup> Am selben Tag wurden über den Sender Wien vom OUN-Stab gestaltete Propagandasendungen für die Karpatho-Ukraine aufgenommen. Gleichzeitig wurde Julijan Chymyneč, der als tschechoslowakischer Bürger der Mobilisierung unterworfen war, über Reichenberg ins Reich geschleust.<sup>38</sup>

Der »Sonderstab«-Vorsitzende Riko Jary wandte sich im Namen der OUN mit ähnlichen Formulierungen wie Kačmar an Hitler: Die Karpatho-Ukraine wolle frei sein und könne als »Stützpunkt aller Ukrainer gegen den Bolschewismus« genutzt werden. Die OUN als Trägerin des nationalen Kampfes der Ukrainer bitte den »Führer«, für deren Rechte einzutreten und ihre Ansprüche durchzusetzen.<sup>39</sup> Die OUN richtete in Wien in der Pension Mozart in der Theobaldstraße eine durch Karpatho-Ukrainer geleitete Delegation der Karpatho-Ukraine (Delehacija Karpatskoj Ukraïny) unter Julijan Chymyneč, Jevhen Skocko und Jurij Gabovda aus den USA und in den USA ein »Komitee zur Verteidigung Transkarpathiens« (Komitet Oborony Zakarpattja) ein.<sup>40</sup>

Die »legalen« Ukrainer in Polen befanden sich in einem Dilemma. Im Frühjahr 1938 hatten sie noch vereinbart, den Status quo der Tschechoslowakei (samt der Zugehörigkeit der Karpatho-Ukraine) einer Verselbständigung, die die Gefahr eines ungarischen Angriffes heraufbeschwor, vorzuziehen. Dabei setzte man auch auf Deutschland: Wie der deutsche militärische »Widerstand« des Jahres 1938 fürchtete man für den Fall einer militärischen Lösung dessen Niederlage und erklärte, dies könne kein Ziel der ukrainischen Politik sein.<sup>41</sup> Nun mußten die UNDO-Ukrainer von einer solchen Lösung abrücken, wenn sie sich nicht von den OUN-Radikalen abhängen lassen wollten.<sup>42</sup>

Die UNR-Repräsentanten setzten jetzt wie die OUN-Schreiber auf Deutschland. Am 29. September drückte Ministerpräsident Prokopovyč Hitler seine Anerkennung für die »ferme attitude envers le communisme moscovite« aus und dankte für das Wohlwollen gegenüber den Interessen der Karpatho-Ukrainer. In einer angefügten Denkschrift betonte er das Selbstbestimmungsrecht der Völker und erklärte die Sowjets zu den Verantwortlichen für alle Konflikte in Mitteleuropa.<sup>43</sup>

Auch General Zelinškyj, von dem der polnische Generalkommissar in Danzig meinte, er stände den Deutschen skeptisch gegenüber, beteiligte sich an der Tele-

<sup>37</sup> »[...] z jedynym Provodom!«; Vgl. Petro Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatskoj Ukraïny«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 187-212, hier S. 203.

<sup>38</sup> Vgl. Chymyneč, Sposterežennja, S. 60; Nach Wojciechowski erst am 10. Oktober (vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 513).

<sup>39</sup> Alle Schreiben 21. oder 22. 9. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 1-14.

<sup>40</sup> Skocko, »Na Perelomi – 1938-1940«, S. 13. Vgl. Chymyneč, Sposterežennja, S. 60 (nach Chymyneč im Hotel Kummer). Zu den etwas chaotischen und unprofessionellen Verhältnissen vgl. den Bericht über ein »konspiratives« Telefongespräch mit dem eher schlichten Ingenieur Osyp Bojdunyk: Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi [...] II«, S. 8.

<sup>41</sup> Vgl. Torzecki, Kwestia ukraińska 1933-1945, S. 173.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 174.

<sup>43</sup> Prokopovyč (Genf) an Hitler, 29. 9. 1938; »L'Ukraine et la reconstruction de l'Europe«, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

grammwelle. Er schlug Hitler die Karpatho-Ukraine als erste Basis einer »realen Bündniszusammenarbeit« zwischen Deutschland und der Ukraine und als Ausgangsort der Hilfe für die Ostukraine vor.<sup>44</sup> Nur auf den ersten Blick im Widerspruch dazu stand, daß der Jurist Hans Ballreich (\* 1913), der im selben Jahr eine rechtshistorische Heidelberger Dissertation über das Gebiet schrieb, umgekehrt der Meinung war, »Karpathenrußland [sei] heute zu einem Stützpunkt des bolschewistischen Rußland geworden« und damit »ein Gefahrenpunkt in Mitteleuropa entstanden, der ganz Europa verpflichtet«. Man müsse daher den »Ruthenen« wünschen, daß sie »ihre kulturellen Eigenwerte entwickeln [...] und so zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus werden können«.<sup>45</sup>

Einig waren sich Ballreich und ukrainische Nationalisten, daß es einen Nexus zwischen der Karpatho-Ukraine und der Sowjetukraine gab. Das Militär hingegen war unsicher. Im Jahr zuvor war die militärische Bedeutung der Tschechoslowakei im allgemeinen und der Karpatho-Ukraine im besonderen abgestritten worden: Der gefürchtete Fliegerstützpunkt Užhorod besitze »gar nicht die große strategische Bedeutung«, die ihm zugeschrieben werde, und überhaupt sei die militärische Lage der Karpatho-Ukraine »völlig hoffnungslos«.<sup>46</sup>

Die Vorgänge im östlichen Zipfel der Tschechoslowakei zu klären ist, obwohl es eine Vielzahl von Publikationen zu diesem Thema gibt, nicht gerade einfach. Meist stammen sie von Zeitzeugen, die auf die eine oder andere Weise apologetisch eingestellt waren und den Nationalisten der jeweils anderen Fraktion alles Üble nachsagten. Korrektive setzen bis zu einem gewissen Grad die Erinnerungen von Šandor und Birčák, die ein wenig außerhalb der eigentlichen Fraktionskämpfe standen. Der Text des OUN-Gegners Birčák erschien im Verlag der Skoropadskyj-Anhänger »Nation auf dem Marsch« (*Nacija v pochodi*), zu denen Birčák jedoch nicht gehörte, und zudem in einer Zeit, in der die deutsche Unterstützung der Nationalisten noch nicht desavouiert war. Birčák beschrieb nämlich ganz klar, wie die »nationale ukrainische Idee« in der Karpatho-Ukraine Fuß gefaßt habe: »Daß dies unter dem Einfluß des deutschen National-Sozialismus erfolgt ist, braucht man kaum zu erwähnen«.<sup>47</sup>

Richtig ist daran, daß die ukrainischen Nationalisten entweder heimlich über die polnische Grenze oder aus Deutschland (einschl. Österreichs) kamen und daß sich die Vertreter des dortigen Nationalismus mit ihnen verbanden und die Deutschen für natürliche Verbündete hielten. Julijan Revaj nahm am 5. Oktober 1938 zum deutschen Geschäftsträger in Prag Andor Hencke (1895-1984) Kontakte auf. Da nun auch Ungarn, das sich im September 1938 noch zurückgehalten hatte, Gebietsforderungen gegenüber der ČSR erhob, versuchte Revaj dem zu begegnen. Falls es zu einem Plebiszit kommen sollte, schlug er vor, die Karpatho-Ukrainer sollten für einen ukrainischen Staat stimmen, der sich dann wie 1919 der Tschechoslowakei anschließen könnte. Ladislav Suško schreibt ganz zutreffend, daß der deutsche Gesprächspartner darauf

<sup>44</sup> U.N.O. Danzig (Zeliňský, Babij) an Hitler, 22. 9. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 22.

<sup>45</sup> Hans Ballreich, Karpathenrußland. Heidelberg 1938, S. 99-100. – Der Völkerrechtler Ballreich war in den 1960er Jahren Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft.

<sup>46</sup> A. Loeffner, »Der militärische Wert Karpatorußlands«, Deutsche Wehr 29 (1937), S. 457-459 [15.7.1937].

<sup>47</sup> Volodymyr Birčák, Karpatska Ukraina. Spomyny j perežyvanja. Praha 1939, S. 16.

nichts bestimmtes erwiderte, weil es noch keine deutsche Haltung zur Karpatho-Ukraine gegeben habe – dafür hätten die Deutschen über Revaj einen guten Einblick in die Problematik gewonnen.<sup>48</sup>

Am 8. Oktober 1938 änderte sich die Lage in der Karpatho-Ukraine insofern, als sie im Zuge der Umgestaltung der Tschechoslowakei zur bundesstaatlichen Tschechoslowakei den autonomen Status erhielt, den ihre Politiker seit 1919 angemahnt hatten. In Užhorod, später in Chust, etablierte sich eine Regierung, zu deren Bildung die beiden »Räte« der »Russophilen« und der Ukrainophilen einmalig über ihren Schatten sprangen. Unter Andrij Brodij wurde mit Revaj und Fencyk als Ministern eine Regierung des autonomen Landesteils gebildet und in Užhorod eine Proklamationsveranstaltung abgehalten.

Die Gerüchte über einen Versuch Polens und Ungarns, eine gemeinsame Grenze durch die Überlassung der Karpatho-Ukraine an Ungarn zu erhalten, regten auch die deutsche Diskussion an. Das OKW, von seinen Nationalukrainern informiert, plädierte auf einer Sitzung vom 5. Oktober für den Schutz des Status quo, vor allem aber »aus militärischen Gründen« gegen eine polnisch-ungarische Grenze. Es war dagegen, daß »an Deutschlands Ostgrenzen ein geschlossener Block der Nachfolgestaaten [...] entsteht« und erwartete, daß der tschechoslowakische »Reststaat« nicht aufgelöst werde und »sich in Zukunft erheblich an Deutschland anlehnen muß und wird.« Man übermittelte diese Meinung einen Tag später dem AA.<sup>49</sup> Der Leiter dessen Politischer Abteilung, Unterstaatssekretär Ernst Woermann (1888-1979), produzierte daraus am 7. Oktober eine »Notiz für den Führer«. Dabei nannte er als erste Option, »hier einen Ansatzpunkt für eine künftige größere Ukraine« zu schaffen, auch wenn die Karpatho-Ukraine allein »kaum lebensfähig« sei. Die Anlehnung an Ungarn lehnte Woermann dem OKW-Text folgend ab, weil »damit eine Blockbildung gegen Deutschland erleichtert« würde. Und dann schlug er vor, was bis Anfang 1939 auch die deutsche Politik bestimmen sollte: Die »Anlehnung einer autonomen Karpatho-Ukraine an die Slowakei oder Tschechoslowakei« sei die »für den Augenblick wohl natürlichste Lösung. Sie läßt später andere Möglichkeiten offen«. Woermann gab die Zusage, daß für die »Einflußnahme auf Persönlichkeiten in der [...] Karpatho-Ukraine im Sinne unserer Lösungen« gesorgt werden könne.<sup>50</sup>

Hitler schloß sich diesem letzten Vorschlag an: »Am sympathischsten sei wohl ein autonomes ruthenisches Gebiet mit Anlehnung an Prag, was aber wohl nur eine vorübergehende Lösung bis zur endgültigen Trennung bedeuten könne.«<sup>51</sup> Nur kurze Zeit später, am 14. Oktober, deutete er, ohne sich festzulegen, den Ungarn die Möglichkeit einer Annexion des Gebiets unter bestimmten Bedingungen an (s. S. 836).

<sup>48</sup> Vgl. Ladislav Suško, »Nemecká Politika voči Slovensku a Zakarpatskej Ukrajine v období od septembrovej krízy 1938 do rozbitia Československa v marci 1939«, *Československý časopis historický* 21 (1973), S. 161-197, hier S. 174-175.

<sup>49</sup> Vgl. Chef des OKW an AA, 6. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 39, S. 39.

<sup>50</sup> Woermann, »Notiz für den Führer«, 7. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 45, S. 45-47.

<sup>51</sup> Aufzeichnung Legationsrat Erich Kordt, 8. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 46, S. 47-48. Wojciechowski nimmt an, daß die Entscheidung der slowakischen Nationalisten, vorerst die Autonomie im tschecho-slowakischen Staat anzustreben, den Ausschlag gegeben habe und daß die Entscheidung zwischen einem selbständigen karpatho-ukrainischen Staat und dem Anschluß an Ungarn noch nicht gefallen war. Hitler habe sich also von den Ansichten des OKW und des AA unabhängig verhalten (Vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 512-513).

Zum Thema der Karpatho-Ukraine konnten die Skoropadskyj-Anhänger eigentlich aktiv wenig beitragen. Als der Het'man auf das Ländchen in seinem mißglückten Budapester Unternehmen verzichtet hatte, hatte er seine Gruppe hier aus dem Spiel geworfen. Dennoch wandte sich Skoropys-Joltuchovskýj als Vorsitzender der Ukraïnska Hromada am 23. September 1938 in einem Telegramm an Hitler mit der Bitte, »die nationalen Belange der Karpatho-Ukraine berücksichtigen zu wollen«. Eine Denkschrift wurde am 30. 9. der Reichskanzlei übersandt. Darin bezog sich Skoropys auf die »in Blut und Rasse tief verankerten völkischen Zusammenhänge« und postulierte eine »einheitliche Einstellung des gesamten Ukrainertums zu den nationalen Grundproblemen«. Daher könne jede ukrainische Organisation ungeachtet der »Differenzen unter den einzelnen Gruppen« (also auch seine) als »Sprecher der ukrainischen Gesamtheit« auftreten. Ungarische Ansprüche wurden als »gewaltsame und äusserst ungünstige Lösung« abgewiesen. Für Skoropys ging es nicht um die Unabhängigkeit, sondern um eine Autonomie im tschechoslowakischen Staatsverband, die schließlich auch gewährt wurde.<sup>52</sup> Gegenüber den weitergehenden Forderungen der OUN war dies eine eher gemäßigte Stimme.

Skoropadskyj versuchte auch am Ball zu bleiben, indem er dem AA einen Brief mit einer »Charakteristik« der karpatho-ukrainischen Politiker zukommen ließ, in welcher er die OUN-Gegner positiv hervorhob. Der ehemalige Sozialdemokrat Julijan Revaj, der ursprünglich russophile Rechtsanwalt Edmund Bačynskýj (1880-1947) und der magyarophile Andrij Brodij kamen darin besser weg als Monsignore Vološyn oder der Polonophile Stepan Fencyk.<sup>53</sup> Serhij Šemet, Skoropadskyjs Sekretär, sprach im November 1938 im AA vor, um an das Interesse der Het'man-Gruppe an der Karpatho-Ukraine zu erinnern. Šemet führte einen Volksschullehrer aus dem Gebiet vor, der mit dem Het'man zusammenarbeite, und teilte dem AA mit, Skoropadskyj wolle den vielfach bewährten Skoropys nach Chust schicken, um dort das Gelände für ihn zu bereiten. Der Het'man verstehe sich als Vertreter der deutschen Interessen, und in der Karpatho-Ukraine seien die Begeisterung für Deutschland, der Optimismus und das Vertrauen auf Adolf Hitler und deutsche Wirtschaftshilfe allgemein verbreitet.<sup>54</sup>

Der PUN organisierte inzwischen über die Wiener »Delegation« den Zustrom von Emigranten in die Karpatho-Ukraine. Kost' Mel'nyk agierte als »Dispatcher«, aber in Wien befaßten sich auch Sciborškyj, Čemerynskyj, Čučman, Ravyč und Hrycaj mit der Kanalisierung des »Stroms talentierter junger Ukrainer: Studenten, Freiberufler, Wissenschaftler und aller möglichen technischen Spezialisten, vor allem aus dem militärischen Feld, die der PUN für den Dienst in dem zu selbständigem Leben erwachten Karpathenland anwarb«.<sup>55</sup>

<sup>52</sup> Skoropys-Joltuchovskýj an Reichskanzlei, 30. 9. 1938; Ukraïnska Hromada v Nimeččyni, »Denkschrift«, 30. 9. 1938, BAB, R 4311, Bd. 1500, Bl. 23-30. – Auch Zenon Kuziela übersandte einige Tage später eine Ausfertigung der Denkschrift. Daß Skoropys sie eher verschickte, spricht dafür, daß die Het'man-Anhänger die Verfasser waren.

<sup>53</sup> Skoropadskyj an AA, 14. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 19. – Chymyneč schreibt, Skoropadskyj sei durch das Unternehmen von 1929 »gebremst« worden, nachweisbar ist dies jedoch nicht (Vgl. Chymyneč, Sposterežennja, S. 61).

<sup>54</sup> Meyer-Heydenhagen an Schliep, 17. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 106-107.

<sup>55</sup> Jevhen Skocko, »Na Perelomi – 1938-1940«, S. 16.



Mitte November unternahm der PUN mit fünf Autos eine »Expedition« in die Karpatho-Ukraine, die inzwischen durch den Wiener Schiedsspruch verkleinert worden war. Der Transport diente einem rudimentären Waffenschmuggel, vor allem kam so aber ein Teil der OUN-Prominenz nach Chust, außer Jary auch Baranovskýj, Volodymyr Stachiv und Mychajlo Kačmar als »politische Beobachter«, später Čemerynskýj, Kordjuk, Oleh Kandyba (1907-1944) und Ulas Samčuk (1905-1987). Julij Chymyneč kehrte aus Berlin nach Chust zurück.<sup>56</sup>

Dies blieb in Deutschland nicht unbemerkt. Arno Schickedanz vom ApA berichtete Rosenberg, Jary habe sich in Chust seiner guten Beziehungen zur Wehrmacht gerühmt und versucht, als Vertreter der Karpatho-Ukrainer gegenüber dem AA aufzutreten. Der Sič habe er 1000 Uniformen versprochen, die ihm Arthur Seyß-Inquart (1892-1946) als Chef der »Ostmark«-Regierung in Wien zugesagt habe. Da das ApA die OUN nicht favorisierte, fand Schickedanz dies unpassend.<sup>57</sup>

Wie angekündigt reiste auch Skoropys-Joltuchovskýj (etwas weniger bequem als die OUN) vom 18. November bis zum 10. Dezember 1938 durch das Land und verfaßte darüber einen langen Bericht. Von der Fahrt mit dem Linienautobus aus dem slowakischen Prešov nach Chust nahm er mit, daß die Ukrainer im Bus alle gegen die Juden aufgetreten seien, was nicht an den mitreisenden Juden gelegen habe, sondern daran, daß die Juden, die sich als »reinrassige Ungarn« bezeichnet hätten, für den Ersten Wiener Schiedsspruch verantwortlich gemacht worden seien. Als Helfer der Ungarn saugten die Juden angeblich das Land weitaus brutaler als die Tschechoslowaken aus. Skoropys belegte in seinem Text, daß er sich deutschen Formulierungen angepaßt hatte:

»Wenn Chust auch nicht eine so verjudete Stadt ist wie zum Beispiel Mukaciw, so ist doch für einen Menschen, der aus Deutschland kommt, der Schmutz der jüdischen Tracht und der jüdischen Geschäfte äußerst widerlich«.

Von dem Erziehungsminister der autonomen Regierung Avhustyn Štefan (1877-1944), der zuvor Direktor der Handelsakademie in Mukačevo gewesen war, zeigte Skoropys sich dagegen begeistert:

Da die Juden als »Tschechisatoren« eingesetzt worden seien, sei klar, »daß sie aus dem ukrainischen Schulunterricht vollständig verschwinden müssen. Eine gesetzliche Unterlage hierfür fehlt aber vorläufig. Jedoch nutzt er [Štefan] jede sich bietende Ge-

<sup>56</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi [...] II«, S. 6. Jary und Baranovskýj waren Anfang Dezember wieder in Wien, Volodymyr Stachiv blieb 4 Wochen (Ebd., S. 8); Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti V«, Visti bratstva kolyšnych vojaktiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 7-8, S. 14. – Daß die Sič aus Deutschland Waffen erhalten hatte, wollte der Chefpropagandist Stepan Rosocha nicht schreiben. In seinem 1953 verfaßten und 1996 neuerlich herausgegebenen Text heißt es: »Die antiukrainische Propaganda feindlicher Elemente wirkte sich so stark auf die Tschechen aus, daß sie der Ukrainischen Nationalen Verteidigung nicht einmal [...] Ausbildungswaffen geben wollten [...]. Waffen mußten die Sič-Leute von ungarischen und polnischen Diversionsbanden erobern, die dauernd die Grenzgebiete in Unruhe versetzten« (Stepan Rosocha, »Vijško Zakarpatskoj Ukraïny«, in: Jaroslav Daškevyč (Hg.), Istorija Ukraïnskoho Vijška 1917-1995. L'viv 1996, S. 468-481, hier S. 469). Für den Herausgeber Daškevyč ist ein besonderes Kennzeichen des Rosocha-Beitrags dessen »Authentizität« [oznaky avtentyzmu]; Ebd., S. 6.

<sup>57</sup> Schickedanz an Rosenberg, 8. 12. 1938, CDAHOU Kiew, Fond 57, Op. 4, Akte 338, Bl. 75-76, zit. nach Andrij Boljanovskýj, Ukraïnski vijškovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimeččyny (1939-1945). L'viv 2003, S. 26-27.

legenheit, um ein Paar Schritte auf dem schwierigen Entjudungspfade vorwärts zu kommen. [...] Bei der Einstellung der ukrainischen Bevölkerung unter der geschickten Hand des Herrn Stefan kann man sicher sein, daß die Entjudung des Schulwesens sofort durchgeführt wird, sobald die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wurde«.

Aus Skoropys' Bericht spricht neben Antisemitismus die Rivalität zur OUN. Deren lokale Anhänger erklärte er zu Faulenzern. Der Leiter der Erziehungsbehörde Stepan Rosocha war für ihn ein »politisch unausgeglichener Wirrkopf«, Jevhen Stachiv ein »ewiger Student« (dabei war dieser gerade 20 Jahre alt und hatte nicht mehr als 4 Semester studiert), Riko Jary »der hier sattsam bekannte Hochstapler tschechoslowakischer Abstammung«, der seinerseits den Führer der Karpatška Sič Dmytro Klempuš (?-1973) gegen Skoropys aufgehetzt habe. Aber Skoropys wußte auch zu berichten, er sei überall auf »Verständnis und volle Sympathie für das große deutsche Volk und seinen Führer« gestoßen.<sup>58</sup>

Die Betonung dessen war wohl auch das Ziel der Reise und des Berichts, dessen antijüdische Passagen dem tagespolitisch gewieften Ukrainer nach der »Reichskristallnacht« und den Massenverhaftungen von Juden besonders geeignet schienen, das deutsche Interesse zu wecken. Daß er die früheren Vereinbarungen des Het'mans mit den Ungarn für obsolet hielt, wurde dadurch deutlich, daß er die Interessenidentität und Partnerschaft zwischen Juden und Magyaren betonte.

Der Journalist Michael Winch berichtete ebenfalls über jüdenfeindliche Aktionen im Karpathengebiet. Die Sič habe ihr Hotel von einem Juden requiriert und den Vorbesitzer nach Ungarn abgeschoben. Dann habe sie dort ein »arisches« Café eingerichtet und die Ausländer »by a form of moral blackmail« gezwungen, keine anderen Etablissements zu besuchen. Im Lande hätten die neuen Beamten unter diversen Vorwänden Kontributionen von den Juden eingetrieben, um damit die Sič zu finanzieren.<sup>59</sup>

Im Unterschied dazu hielt es Jevhen Stachiv von der OUN für wichtig festzuhalten, daß in einem Dorf, in dem er Wahlkampf für die Nationalisten machte, die Juden zu ihm gekommen seien, um ihn zu bitten, eine besondere Urne für die jüdischen Stimmen aufzustellen: Sie legten Wert darauf zu zeigen, daß sie allesamt für Vološyn stimmen würden – dagegen gebe es im Dorf zahlreiche Russophile, die gegen den Geistlichen seien. »Hier muß ich sagen, daß sich die Juden sehr gut, sehr positiv zur Macht in der KU stellten, und dort gab es auch keinen Antisemitismus, keinerlei antijüdische Exzesse«.<sup>60</sup> Dem widersprach Feierabend, der die Sič beschuldigte, die Juden zu verfolgen.<sup>61</sup>

George F. Kennan (1904-2005), damals Legationssekretär an der US-Gesandtschaft in Prag, berichtete, die Ukrainer sähen zwar die Juden in der Karpatho-Ukraine als Problem an, zögen es aber vor, sie in Ruhe zu lassen:

»[...] the present Ruthenian regime, despite the extensive German influence to which it has been subjected, has found its Jews in some respects too much and in others too little of a problem to be tackled at this time, and has thus far been content to leave them pretty much alone«.<sup>62</sup>

<sup>58</sup> Skoropys-Joltuchovskij, Reisebericht durch die Karpatho-Ukraine, [Dezember 1938], Archiv der Ukrainischen Freien Akademie der Wissenschaften, New York (UVAN), o. Signatur.

<sup>59</sup> Winch, Republic, S. 24-25, 42-43.

<sup>60</sup> J. Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 54.

<sup>61</sup> Vgl. Ladislav Karel Feierabend, Ve vláдах druhé republiky. New York 1961, S. 94.

<sup>62</sup> George F. Kennan an Dept. of State, 17. 2. 1939, in: George F. Kennan, From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938-1940. Princeton NJ 1968, S. 57.

Kennan vermerkte, daß Vološyn einer Abordnung religiöser Juden ausdrücklich (im Kontrast zu Ungarn und Italien) ihre Rechte garantiert habe. Revaj habe hinzugefügt, »radikale Lösungen« seien nicht geplant.<sup>63</sup> Hirnjak versuchte damit zu belegen, daß es – entgegen Kennans Behauptung – eben keinen deutschen Einfluß in der Karpatho-Ukraine gegeben habe, da sich doch der Premier von der deutschen Judenpolitik habe abkoppeln können.<sup>64</sup> Nur ging es hier eben um Pragmatismus: Jevhen Stachiv bescheinigte sogar den Kommunisten, mit den ukrainischen Nationalisten zusammengearbeitet zu haben.<sup>65</sup>

Es wäre falsch, hieraus auf fehlenden Antisemitismus bei der OUN zu schließen. In einem OUN-Text aus dem Herbst 1938 gab man den Juden die Schuld an der Misere der Karpatho-Ukrainer (»Doch einst war dieses heute so arme Volk eines der reichsten in Europa.«). Im 19. Jahrhundert erst hätten es Juden aus Rußland (nicht etwa aus der Ukraine!) geschafft, »durch verschiedene Schwindeleien Herren des Landes zu werden«: »Wie Schmarotzer warfen sie sich auf den ›Ruthenen‹ und begannen ihn systematisch mit Schnaps zu demoralisieren [...]«. So hätten sie »die formell freien Bauern tatsächlich zu ihren Sklaven« gemacht. Den Rest hätten russische Emigranten durch ihre »für die russische Intelligenz charakteristische Toleranz und Sympathie für das Judentum« besorgt.<sup>66</sup>

Dieser diskursiv erfolgreiche Kunstgriff war doppelt interessant. In der deutschsprachigen, also an Deutsche gerichteten Broschüre wurde der in Deutschland zum neuen Konsens gehörende Antisemitismus für die Solidarisierung mit den Ukrainern der Karpathenregion genutzt. Obwohl jeder Augenschein dem widersprach, wurden sie zu einem potentiell »reichen Volk« erklärt, das sein Elend allein den Juden verdanke. Und gleichzeitig wurden die Juden, die Doncov 1926 zu den Verbündeten des kommunistischen Moskau erklärt hatte, nun auch zu solchen der russischen antikomunistischen Emigration, die man wahrlich nicht eines fehlenden Antisemitismus zeihen konnte. Es ging aber dabei nicht um die »Realität«, sondern um eine diskursiv überzeugende Darstellung, die bei Deutschen Interesse an dem Land und Appetit darauf wecken sollte.

Der kritischen Einstellung der Het'man-Anhänger zu den OUN-Nationalisten in der Karpatho-Ukraine folgten in einem Balanceakt zwischen Polen und Deutschland die UNR-Politiker. Was sich da in der Karpatho-Ukraine unter Ausschluß ihrer Mitwirkung abspielte, konnten sie nicht gutheißen, und daher erhielt Šulhyn in Paris einen Bericht, der dem von Skoropys glich: Die Ukrainer in der Karpatho-Ukraine seien miteinander zerstritten und besäßen für die verschiedenen Posten keine qualifizierten Leute. Sie verzichteten auf die Hilfe tschechischer Spezialisten und wollten auch keine Vertreter der ukrainischen Emigration in ihren Regierungsstellen beschäftigen. Gemeint waren offensichtlich Repräsentanten der »legalen« Emigration, also der

<sup>63</sup> Ebd., S. 55.

<sup>64</sup> Vgl. Ljubomyr Hirnjak, *Na stežkach historyčnych podij*. New York 1979, S.179-180.

<sup>65</sup> J. Stachiv, *Kriz' tjurmy*, S. 53. – Nach dem ungarischen Einmarsch seien ca. 3000 Kommunisten in die Sowjetukraine geflohen, wo sie jedoch interniert und 1942 den tschechoslowakischen Verbänden des Generals Ludvik Svoboda zugeteilt worden seien, die anfangs zu 90% aus Ukrainern bestanden hätten (Vgl. ebd., S. 60-61).

<sup>66</sup> O. N./O. R., »Das wirtschaftsgeographische und soziale Bild der Karpathen-Ukraine«, in: *Karpathen-Ukraine*. New York 1938 [fiktiv, tatsächlich Berlin], S. 5-25, hier S. 21-22.

UNR-Regierung. Der Beobachter kritisierte, daß die OUN alle Posten »mit ihren Jünglingen besetze, die keine Ahnung von der Sache haben, an die sie sich machen«. <sup>67</sup> Der Generationenkonflikt zwischen den Petljuristen (die 1918 von Groener selber als »Jüngelchen« abqualifiziert worden waren) und den jungen Nationalisten schlug sich hier in Verbitterung nieder, da der Verfasser erkannt hatte, daß die UNR-Seite von der ukrainischen »Wiedergeburt« nicht profitieren würde.

Auch Kosarenko-Kosarevyč ließ Staatssekretär Meißner wieder einen Brief zukommen. Nach dem Münchner Abkommen entböten »national-gesinnte Ukrainer« dem »Führer« ihre Erfolgswünsche. 1918 habe die Ukraine ihr Schicksal mit Deutschland verbunden, Skoropadskyj habe jedoch die Ukrainer den Sowjets in die Arme getrieben, weshalb Hitler die »moralische Verpflichtung« habe, das Unrecht von 1918 wieder gutzumachen. Zum zweiten Male vertrauten die Ukrainer nun Deutschland – der Verfasser war sich sicher, daß Hitler nicht wortbrüchig werden würde, da er keine dynastischen Interessen und mit den Nachbarn der Ukraine nur schlimme Erfahrungen gemacht habe. Seinen »mit deutsch-ukrainischem Gruß« abgeschlossenen Brief ließ er in dem Satz gipfeln, die »von jüdischer Blutmischung verschonte, aber mit Judenhaß erfüllte Ukraine [sei Deutschlands] natürlichster und treuester Verbündeter im Kampf gegen die jüdische und bolschewistische Weltpest«. <sup>68</sup> Eine Antwort erhielt er nicht.

Das UWI stellte sich thematisch auf die neue Lage ein. Für das Wintersemester 1938/39 boten Kuzelja und Mirčuk Lehrveranstaltungen über die Karpatho-Ukraine an. <sup>69</sup>

Die OUN erwarb in Chust ein »repräsentatives« Haus, das aus Geldern des Befreiungsfonds der OUN bezahlt wurde und formal – vermutlich um die deutsche Verbindung zu tarnen – auf die amerikanische ODVU, von der aber auch Spendengelder stammten, eingetragen wurde. Den Kauf führte Omeljan Senyk durch, dort residierten fortan zwei Schriftsteller: der Wolhynier Ulas Samčuk und der aus Žytomyr stammende Oleh Kandyba. <sup>70</sup> Der PUN hatte inzwischen die faktische Leitung der *Karpatska Sič* an sich gerissen. <sup>71</sup>

Am 4. September 1938 hatte in Užhorod der »1. Zentrale Rusinische (Ukrainische) Nationalrat« getagt, und Vološyn, Revaj und Kločurak hatten die Selbstbestimmung für die Ukrainer gefordert. 200 jüngere Teilnehmer hatten dann die paramilitärische *Ukrainśka Nacional'na Oborona* (Ukrainische Nationale Verteidigung) gegründet, aus der bald die *Karpatska Sič* wurde. <sup>72</sup> Die Organisatoren der *Sič*, die zunächst von

<sup>67</sup> Oberst der UNR-Armee V. Fylonovyč, Velykyj Byčків, an O. Šulhyn, 6. 11. 1938, CDAHOU, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 94. Selbst Stachiv, einer der »Jünglinge«, kritisierte in seinen Memoiren, daß die OUN sich gegen die Tschechen gestellt habe, die die natürlichen Verbündeten gegen Polen und Ungarn gewesen wären. Er hielt es für den Hauptfehler der OUN, eine eigene Armee zu verlangen, was die Tschechen nur schwerlich zugestehen konnten. Alle anderen Forderungen seien ggf. erreichbar gewesen (vgl. J. Stachiv, *Kriz' tŭrmy*, S. 57-58).

<sup>68</sup> Kosarenko-Kosarevyč an Meißner, Präsidialkanzlei, 2. 10. 1938, PAAA, *Politik Ukraine* 26 Nr.1, *Politische Bestrebungen der Emigranten*, Bd. 3.

<sup>69</sup> Mirčuk an Leibbrandt, 17. 10. 1938, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 85-86.

<sup>70</sup> Andrij Mel'nyk, »Kancler-Hrybivskyj Sot. Omeljan Senyk«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 33-36; Skocko, »Na Perelomi – 1938-1940«, S. 16.

<sup>71</sup> Vgl. Šandor, *Spomyny*, Bd. 1, S. 306, 309.

<sup>72</sup> Vgl. Sterčō, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatskoï Ukraïny«, S. 200-201.

Vasyl' Ivanovčyk geführt wurde, waren Ivan Rohač (1913-1942) und Stepan Rosocha. Dabei folgte man dem »sudetendeutschen« Vorbild Henleins.<sup>73</sup> Diese bewaffnete Macht versuchte der PUN in seine Verfügung zu bekommen. Das hatte zum einen wieder mit der Vorstellung zu tun, eine Armee sei eine notwendige Voraussetzung für die Schaffung eines ukrainischen Staates, zum anderen war die in der »Plattform« ausgedrückte Hoffnung, Polen und die Sowjetukraine der Karpatho-Ukraine anzuschließen, ohne eigene Truppen undenkbar. Glaubhaft ist damit auch Šandors Beobachtung, daß die OUN-Vertreter dafür sorgten, daß Vertreter der alten Generation und Angehörige anderer politischer Gruppen weder in die *Karpat'ska Sič* aufgenommen, noch nach Möglichkeit überhaupt ins Land gelassen wurden.<sup>74</sup>

Volodymyr Stachiv schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg, man habe angenommen, daß das von Italien und Deutschland vertretene ethnische Prinzip, verbunden mit dem Desinteresse des französischen Außenministers Georges Bonnet (1889-1973), zu einem »Umbau« (perebudova) der politischen Landkarte führen und daß dies nicht nur im Interesse der Regime, sondern »im nationalen Interesse« der Achsenmächte liegen würde.<sup>75</sup>

Polen schloß im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen das partiell polnisch bewohnte sog. Olza-Gebiet an. Dies entsprach nach der »Plattform« den ukrainischen Vorstellungen, die auf der gleichen Basis die ukrainisch besiedelten Gebiete Polens für sich forderten, konnte aber nicht mehr für ein direktes Tauschgeschäft genutzt werden. Am 16. Oktober 1938 versandte die Wiener Delegation der OUN eine Denkschrift an Hitler, von Ribbentrop und andere deutsche Politiker, in der sie im Namen der »Selbstbestimmung der Völker« die Unabhängigkeit der Karpatho-Ukraine und die internationale Garantie ihrer Grenzen forderte. Naturgemäß kam der in der »Plattform« geplante »Gebietstausch« mit Polen in dem Text nicht mehr vor.<sup>76</sup> Auch die pro-ungarischen Rusynen appellierten am 21. Oktober an die Deutschen, die »Selbstbestimmung für die Rusynen« herbeizuführen. Die Deutschen hielten sich zurück, sie favorisierten aber anfangs klar die ukrainischen Nationalisten.<sup>77</sup>

Das AA erfuhr über den deutschen Abgeordneten aus Polen Kurt Graebe, der die Kontakte zur OUN pflegte, etwas über die Auswirkungen auf Galizien: Die Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker habe Hitler und der deutschen Politik Sympathien eingetragen. Die weitere Unterstützung der Ukrainer in der Karpatho-Ukraine werde als Prüfstein für Deutschlands Ehrlichkeit gelten. Das kleine Anhängsel der Tschechoslowakei werde zu einem Piemonte stilisiert: Der ukrainische »Anfangsstaat« sollte gegen die Sowjetunion agitieren, von der man erwarte, daß sie genauso auseinanderfallen werde wie die Tschechoslowakei. Daß ein so kleiner Staat »zwangsläufig« bei Deutschland Schutz suchen würde, das so einen »Brückenkopf« im Osten gewönne, habe man in Polen bereits als Gefahr erkannt. Deutschland, das durch den An-

<sup>73</sup> Vgl. Petro Sterčo, »Karpatska Sič i ukraïnskyj nacionalistyčnyj ruch«, in: Na Zov Kyjeva. New York/Toronto 1985, S. 20-36, hier S. 23. Birčak schrieb ebenfalls deutlich, sowohl die Pfadfinder als auch die Sič hätten »nach dem Vorbild der deutschen Organisation ›Hitlerjugend‹ die vormilitärische Ausbildung durchführen sollen (Birčak, *Karpatska Ukraina*, S. 35).

<sup>74</sup> Vgl. Šandor, *Spomyny*, Bd. 1, S. 310-311.

<sup>75</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi [...] II«, S. 6.

<sup>76</sup> Vgl. Chymyneč, *Moï sposterežennja*, S. 66.

<sup>77</sup> Vgl. Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 86-87.

schluß Österreichs zu einem wichtigen Standort der organisierten Emigration geworden sei, habe nun ein »natürliches« Interesse an der ukrainischen Frage.<sup>78</sup> Auch der deutsche Botschafter wußte ähnliches zu berichten: Von Moltke informierte Berlin über eine im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Karpatho-Ukraine wachsende Erregung und die unter den Ukrainern verbreitete Meinung, daß man von Deutschland, dessen strategische Interessiertheit man ohne weiteres voraussetzte, Unterstützung für die Ukrainisierung des Gebietes erwartete.<sup>79</sup>

Von besonderem Interesse für das AA mußten jedoch die Berichte der deutschen Gesandtschaft in Prag sein, in deren Zuständigkeit die Karpatho-Ukraine fiel. Der Gesandte Ernst Eisenlohr war 1938 während der sich verschlechternden Beziehungen abberufen worden. Der Geschäftsträger Hencke kam aus der »Ostabteilung« des Auswärtigen Amtes und war zuvor Konsul im sowjetischen Kiew gewesen. Er hielt seinen Kontaktmann Julijan Revaj, der nun Minister für Öffentliche Arbeiten und Verkehr war, sowie Vološyn für deutschfreundlich, bei allen anderen ukrainischen Politikern vermutete er unterschiedliche Mischungen an ungarischen, polnischen, tschechischen und rusynischen Orientierungen. Gemein sei ihnen allen der Wunsch nach Autonomie, die die Tschechoslowakei bisher nur in ungenügender Weise gewährt habe. Deutschland müsse nach Hencke jedenfalls Interesse daran haben, daß sich die Entwicklung in ukrainischer Richtung entwickle.<sup>80</sup>

Vološyn hatte Hencke erst Anfang Oktober 1938 im Hause Andrij Makarenkos kennengelernt. Der ehemalige Kontrahent Petljuras wurde zwar in Berlin nicht sonderlich ernst genommen, in Prag vermittelte er jedoch einen anderen Eindruck. Hencke schreibt in seinen Erinnerungen, Staatssekretär Meißner habe Makarenko geraten, sich »bei persönlichen Sorgen« an ihn zu wenden. Das mag ein Abwimmeln gewesen sein, vielleicht aber auch eine Art persönlicher Fürsorge. Nun trug sie jedenfalls Früchte. Hencke entwickelte – »zumal uns auch das gemeinsame Interesse an der Ukraine und die Liebe zu ihrer schönen Hauptstadt Kiew verband« – rasch ein »engeres menschliches Verhältnis« zu Makarenko. In diese Beziehung wurde nun auch Vološyn integriert, der Hencke fortan »bei gelegentlichen Aufenthalten in Prag in der Gesandtschaft aufsuchte«.<sup>81</sup>

Die Karpatho-Ukrainer suchten auch den Kontakt zur NSDAP. Am 17. Oktober 1938 sprach Oleksander Sevrjuk bei Leibbrandt vor und bot ihm an, Julijan Revaj nach Berlin zu holen, um mit ihm die deutsche Unterstützung für die Autonomieanhänger zu besprechen. Aus den Aufzeichnungen geht erstaunlicherweise hervor, daß Sevrjuk

<sup>78</sup> Graebe an AA, 5. 10. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

<sup>79</sup> Von Moltke an AA, 15. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 90-91.

<sup>80</sup> Hencke an AA, 18. 10. 1938, ebd., Bl. 24-25. – Diese Einschätzung teilte der tschecho-slovakische Landwirtschaftsminister Feierabend, der schrieb, Revaj habe »alles auf die Nazikarte gesetzt« und so gehandelt, »als sei er Hitlers Vertreter für die Karpatho-Ukraine« (Feierabend, Ve vládách, S. 94).

<sup>81</sup> Andor Hencke, Augenzeuge einer Tragödie. Diplomatenjahre in Prag 1936-1939. München 1977, S. 203-204. Michael Winch, ein britischer Journalist, von dem ein eindringlicher, im Juli 1939 veröffentlichter Bericht aus der Karpatho-Ukraine stammt, war der Ansicht, daß sich Vološyn mehr mit den deutschen Vertretern in Prag abgab als mit seiner Zentralregierung (Vgl. Michael Winch, Republic for a Day. London 1939, S. 11).

beim ApA als verlässliche Auskunftsperson galt. Sevrjuk stellte Revaj zwar als ehemaligen Sozialdemokraten vor, dieser habe aber inzwischen seine parteilichen Bindungen aufgegeben, und die Feststellung Sevrjuks, eine Volksabstimmung in der Karpatho-Ukraine müsse mit deutschen finanziellen Mitteln beeinflusst werden, fand ebenfalls Leibbrandts Zustimmung. Entsprechend schnell beeilte er sich, das Besprechungsergebnis dem AA zukommen zu lassen, wo die Position des ApA jedoch auf geringes Interesse stieß und mit dem etwas pikierten Randvermerk Schlieps quittiert wurde, dem Osteuropareferenten Meyer-Heydenhagen seien fast alle ukrainischen Politiker bekannt.<sup>82</sup>

Wie eng Politik und Wissenschaft inzwischen verknüpft waren, wird an einer anderen Episode erkennbar. Aus dem Umfeld des Berliner Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung wurde Hans Koch gebeten, eine Denkschrift über die Karpatho-Ukraine zu verfassen. Der deutsch-galizische Theologe mit UHA-Vergangenheit arbeitete inzwischen am Osteuropa-Institut in Breslau. Am 10. November 1938 legte er einen Schriftsatz »über die Förderung der kulturpolitischen Arbeit im Gebiet der Karpatho-Ukraine unter besonderer Berücksichtigung etwaiger deutscher Mitwirkung« vor. Danach waren die Bewohner der Region »völkisch noch nicht ganz aufgeklärt«, und folgerichtig nannte er als erstes Ziel eine »völkische Volkstumspflege«: die »Vereinheitlichung zu einem ukrainischen Volksganzen durch die Ausschaltung von Parteieinflüssen«. Während die unierte Geistlichkeit ihm ukrainisch genug erschien, forderte er eine »Umerziehung« der orthodoxen Geistlichen: Sie sollten durch die Abkommandierung an nicht-russische Ausbildungsstätten von ihrer großrussischen Haltung abgebracht werden. Koch erschien dazu die Einrichtung einer »reichsdeutschen Orthodox-Theologischen Akademie« in Berlin, Bonn oder Breslau geeignet. Die ukrainische Emigration sollte dagegen aus Mitteleuropa in die Karpatho-Ukraine verlegt werden, um das Gebiet zu »piemontisieren«. Zu dem Gedanken, auch die Ukrainische Freie Universität aus Prag nach Chust zu verlegen, gesellte sich bei Koch der Plan, diese »angesichts dringender eugenischer Notwendigkeit« um eine Medizinische Fakultät zu erweitern. Koch sprach sich für die Zuwanderung von Galiziern in die Karpatho-Ukraine aus, dagegen wollte er die »Kompromißprofessoren« (der UNR/UNDO) aus Warschau fernhalten. Deutschland legte er nahe, eine »Kultur- und Schulstadt« in der Ukraine anzulegen und einen großangelegten Austausch durchzuführen, damit die »Intelligenz unter deutschen Einfluß« käme und so einen »Faktor im antibolschewistischen Kampf« bilde.<sup>83</sup>

Der Grenzlandideologe Karl Christian von Loesch (1880-1951) war von der Koch-Denkschrift nicht nur begeistert, sondern schwärmte weiter, nach der »nun doch einmal bestimmt notwendigen Liquidierung des Sowjetsystems« könne von der Karpatho-Ukraine aus die Ukraine neu gestaltet werden. Dazu sollte in der Karpatho-Ukraine (ausgerechnet!) ein »Kosakenstaat« entstehen. Für den deutschen Konsul in

<sup>82</sup> ApA an AA, 18. 10. 1938; Besprechungsprotokoll ApA, 17. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 29-30. – Birčak stellte fest, daß ehemalige Sozialdemokraten sich besonders rasch den neuen politischen Vorgaben angepaßt hätten (Birčak, Karpatska Ukraïna, S. 16). Bestätigt wird dadurch zudem, daß Chymyneč Sevrjuk als den Berliner Vertrauensmann Revajs bezeichnete (Vgl. Chymyneč, Sposterežennja, S. 62).

<sup>83</sup> Hans Koch, Denkschrift »Über die Förderung der kulturpolitischen Arbeit...«, 10. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2, Bl. 34-40.

Chust, der dann zum Botschafter in Kiew befördert würde, stellte er sich eine der Funktion britischer Residenten angenäherte Aufgabe (und damit die Reduzierung der Ukraine auf eine koloniale Struktur!) vor. Die Kochsche »Kulturarbeit« reduzierte er auf Lehrer aus der ukrainischen Diaspora, die »Erziehung« sollte »je primitiver, um so besser« sein: Produzieren sollte sie »harte, anspruchslose, willensstarke Männer mit einer ganz einschichtigen primitiven Ideologie«, die dafür aber als »Wanderarbeiter« in Deutschland geeignet sein sollten.<sup>84</sup>

Kochs Vorschläge fanden sich auch in einem kürzeren Papier wieder, das der RFSS dem AA vorlegte. Die Ausbildung einer ukrainischen Intelligenz, die Unterscheidung zwischen Orthodoxen und Unierten und die »völkische Vereinigung« der Karpatho-Ukrainer durch die Emigranten und deren Hochschulen kamen als Ziele vor.<sup>85</sup>

Sucht man im Sinne der »Vordenker«-Thesen Götz Alys den Nexus zwischen Wissenschaft und Politik (wobei wir beide Elemente nicht voneinander trennen), dann findet man ihn in dieser Textfolge: Mochte Hans Koch, wenngleich mit durchaus der Zeit angepaßten »Verfahren«, noch eine tatsächliche Förderung der Ukrainer vorschweben, so waren solche Pläne für noch »politischere« Wissenschaftler nur mehr wegen des unmittelbaren Herrschaftsnutzens für die Deutschen von Interesse. Und mit der »Primitivierung« der Ukrainer – die kennzeichnenderweise über die Vermittlung von Nationalismus erfolgen sollte – sehen wir den Plan, sie auf eine Helotenfunktion zu reduzieren.

Den Deutschen waren also die ukrainischen Ansprüche sympathisch – allerdings ist es überzogen, daß, wie Troščynskyj zu Sowjetzeiten schrieb, die Autonomie der Karpatho-Ukraine im Oktober 1938 »auf Anweisung aus Berlin« erfolgt sei.<sup>86</sup> Sie hätte eigentlich schon Anfang der 1920er Jahre zugestanden werden sollen; Deutschland engagierte sich nicht für sie. Die Ausgestaltung der neuen Verhältnisse fand erst im Rahmen der föderierten Č-SR statt.

## 1. DIE PRESSELENKUNG IN DER KARPATHO-UKRAINISCHEN FRAGE

Viele Darstellungen der deutschen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs konzentrieren sich auf diplomatische und politische Denkschriften, von denen ja auch die politische Standortbestimmung zumeist abgeleitet werden kann.

<sup>84</sup> Von Loesch an Berber (Deutsches Institut für Außenpolitische Forschung Berlin), 14. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2, Bl. 28-33. – Nicht alle Anregungen wurden gleich wohlwollend aufgenommen. Anfang Dezember 1938 reichte der Kieler Jurastudent Alexander Dolezalek einen langen Bericht über seine Erkundungen in der Karpatho-Ukraine beim AA ein, in dem er vorschlug, die »Ukrainisierung« durch die Galizier durch den Einsatz deutscher »Berater« zu ersetzen, die zahlreichen Juden des Gebiets zu verfolgen, und die Karpatho-Ukraine, »die Hand unseres in den Osten gereckten Armes«, als »Deutsches Brecheisen in Osteuropa« zu verwenden. Im AA hielt man die Schlußfolgerungen jedoch für »vollkommen abwegig« (Div. Schriftsätze Dolezalek, ebd., Bl. 170-173, 194, 195-210).

<sup>85</sup> RFSS an AA (Altenburg), 9. 12. 1938, ebd., Bl. 225-229.

<sup>86</sup> Vgl. Troščynskyj, Najmanci fašyzmu, S. 8.



Eine diskursorientierte Darstellung kann dabei jedoch nicht stehen bleiben. Für sie sind publizistische Texte unverzichtbar. Bei der gelenkten deutschen Presse sind sie eine Quelle für die politischen Prioritäten der Politikgestalter. In deutschen wissenschaftlichen Veröffentlichungen spielte die Ukraine nach 1933 kaum eine Rolle, sieht man von gelegentlichen Erwähnungen des UWI ab. In der politischen Publizistik hatte hingegen Axel Schmidt bald versucht, das neue NS-Deutschland an der Ukraine zu interessieren. Neben den üblichen Argumenten zur Eigenständigkeit und zum Reichtum des Landes operierte er mit der möglichen Verbindung zu Deutschland und Großbritannien, in dem manche einen potentiellen Verbündeten der Deutschen vermuteten. Gegen die Sowjetunion, aber auch gegen Polen, das Schmidt gern auf einen »selbstgenügsamen Staat« ohne Exportbefähigung reduziert sehen wollte, sollte die Förderung der Ukraine wirksam sein.<sup>87</sup> Eine ähnliche Haltung war in den politischen Plänen Rosenbergs erkennbar, die aber nicht mit Schmidt in Verbindung gebracht werden können und ihm wohl auch nicht bekannt waren. Als Deutschland auf die polnische Karte setzte, was Schmidt hatte verhindern wollen, konstatierte er resigniert, daß man in Deutschland den ukrainischen Problemen wenig Interesse entgegenbringe.<sup>88</sup>

In der deutschen Historiographie meinte man früher, die NS-Presse vernachlässigen zu können, weil sie gelenkt und einheitlich gewesen sei. Die Arbeiten Lars Jockhecks haben für 1933 und für die Besetzungszeit in Polen ein differenzierteres Bild ergeben.<sup>89</sup> Aber selbst wenn man nur auf die Lenkung sieht, bieten die Medien ein Quellencorpus, das nicht übergangen werden sollte. Presse und Rundfunk waren die wichtigsten Meinungsbildner, transportierten Einstellungen, die sich in ihrem Einflußgebiet durchsetzten, und gestalteten so den Diskurs. Die Presselenkung über die Reichspressekonferenz, die Sprachregelungen und Verwarnungen produzierten dabei eine Quellenbasis, von der aus bewertet werden kann, wie die politischen Stellen ihre politischen Schritte vorbereiteten bzw. abfederten. Für den uns interessierenden Themenkomplex spielt dabei die Antwort auf zwei Fragen eine Rolle:

- a) Wie lange hielt man die deutsch-polnischen Beziehungen für so wichtig und offen, daß man eine negative Berichterstattung über das Nachbarland verhinderte?
- b) Wann und mit welchen inhaltlichen Vorgaben gerieten die Ukrainer in das Blickfeld der Presse und ihrer Leser?

Zwei Magisterarbeiten, die 1993 in Hamburg angefertigt wurden, haben die lenkende Funktion der Reichspressekonferenz diesbezüglich untersucht. Dabei ergab sich, daß 1937/38 den Ukrainern in der Sowjetunion das Hauptaugenmerk galt – etwa 50% der Presseanweisungen und der Artikel zur Ukraine im *Völkischen Beobachter* bezogen sich in der Zeit zwischen dem 1. 1. 1937 und dem 11. 10. 1938 auf die Sowjetukraine.

<sup>87</sup> Axel Schmidt, »Das ukrainische Problem«, *Volk und Reich* 9 (1933), S. 711-720.

<sup>88</sup> Axel Schmidt, »Das Zentralproblem der russischen Geschichte«, *Geistige Arbeit* 3 (1936), Nr. 1, S. 3-6.

<sup>89</sup> Lars Jockheck, *Der »Völkische Beobachter« über Polen 1932 – 1934. Eine Fallstudie zum Übergang vom »Kampfblatt« zur »Regierungszeitung«*. Münster/Hamburg 1999; ders., *Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939-1945*. Osnabrück 2006.

Ziel der Artikel war erwartungsgemäß die Desavouierung des sowjetischen Kommunismus, wozu sich die Ukraine nicht schlecht eignete.<sup>90</sup>

Interessanter war jedoch die Behandlung der ukrainischen Frage in der Tschechoslowakei und in Polen. 1937 wurde nur ganz vereinzelt auf die ostslawische Bevölkerung der Karpatho-Ukraine verwiesen, und erst im Laufe des Jahres 1938 nahm das Interesse an dieser Volksgruppe in dem Maße zu, in dem sie auch in das Blickfeld der aktiven Politik rückte. Der Wechsel in der Einschätzung der Karpatho-Ukraine blitzte erstmals in der Anweisung vom 21. Juni 1937 auf, in der den Journalisten eröffnet wurde, daß »in Karpathorussland, das zur Tschechoslowakei gehört, keine Russen wohnen, sondern Ukrainer«.<sup>91</sup> Aber sonst passierte nicht viel – die Ukrainer wurden entweder als von den Tschechen ebenso wie die Deutschen unterdrückte nationale Minderheit vorgestellt oder aber als Vorbild, weil ihnen von der ČSR die Autonomie zugesagt worden sei. Selbst als nach der Reichspressekonferenz vom 20. Mai 1938 die prekäre Lage der anderen tschechoslowakischen Minderheiten für die deutschen Ziele instrumentalisiert werden sollte, betraf dies die Slovaken, Ungarn und Polen, aber kaum die Ukrainer.<sup>92</sup>

Eine erste allgemeine Richtlinie gab es in der Pressekonferenz vom 17. August 1938. Fritz Sängner (1901-1984) stenographierte über die Tschechoslowakei mit, es bleibe »bei dem Grundsatz, daß die inneren Streitigkeiten des Staates uns nichts angingen, es sei denn, daß man Forderungen von Volksgruppen für die eigene Propaganda verwenden könne«.<sup>93</sup> In diesem Sinne wurde dann auch über die Goebbels-Rede vom 11. September berichtet, in der der Propagandaminister kritisierte, daß sich die »jüdisch-demokratischen Sittlichkeitsapostel« nicht für »die Lager der Sudetendeutschen, der Slowaken, Polen, Ungarn und Ukrainer« interessierten. Die Ukrainer wurden als letzte genannt, und auch wenn es zuvor Berichte über ihre Autonomieforderungen gegeben hatte, war eine ausdrückliche Parteinahme der Deutschen nicht zu erkennen.

Mit den Karpatho-Ukrainern befaßte sich dann im September 1938 die früher liberale *Frankfurter Zeitung* (FZ) näher, für die der einstige Sozialdemokrat Sängner seine Weisungen sammelte. Weil man in Polen und Ungarn über den Ostzipfel der Tschechoslowakei nachdenke, meinte die Zeitung, daß das »Schicksal dieser Ukrainer« einer Klärung bedürfe.<sup>94</sup> Und sie forderte, »die mehr als eine halbe Million Ukrainer« müsse »bei der Neuordnung den besonderen Schutz der Mächte finden«. Den polnisch-ungarischen Forderungen mochte die FZ nicht nachgeben.<sup>95</sup> Sie hatte damit erstmals

<sup>90</sup> Alexander Schorn, Die NS-Presse zur Ukraine-Frage 1937/1938. Unveröff. Magisterarbeit, Universität der Bundeswehr Hamburg 1993, S. 24-25, 94. Vgl. auch Peter Mirow, Deutschland und die Ukraine im Spiegel nationalsozialistischer Presseberichterstattung der Jahre 1938/1939. Unveröff. Magisterarbeit, Universität der Bundeswehr Hamburg 1993.

<sup>91</sup> Sammlung Sängner, »Mitschrift der Bestellung«, 21. 6. 1937, BAK, ZSg 102/5/395, Schorn, NS-Presse, S. 30.

<sup>92</sup> Sammlung Sängner, »Mitschrift der Bestellung«, 20. 5. 1938, BAK, ZSg 102/10/130, Schorn, NS-Presse, S. 38; Vgl. Jörg K. Hoensch, »Die Politik des nationalsozialistischen Deutschen Reiches gegenüber der Tschechoslowakischen Republik 1933-1938«, in: Peter Glotz u. a. (Hg.), München 1938. Essen 1990, S. 199-228, hier S. 222.

<sup>93</sup> Sammlung Sängner, »Mitschrift der Bestellung«, 17. 8. 1938, BAK, ZSg 102/11/112, Schorn, NS-Presse, S. 40.

<sup>94</sup> »Der Anspruch Ungarns und Polens«, *Frankfurter Zeitung*, 21. 9. 1938, S. 1.

<sup>95</sup> »Auf der ganzen Linie«, *Frankfurter Zeitung* 22. 9. 1938, S. 3.

einen ausländischen – und das hieß implizit auch einen deutschen – Schutz für die Karpatho-Ukrainer gegen Polen und Ungarn empfohlen. Und auch die Wiener *Neue Freie Presse*, die bis zu ihrer Schließung 1939 liberale Traditionen fortführen konnte, riet zwei Tage später, die Karpatho-Ukrainer sollten sich von den Tschechen, die sie betrogen hätten, zurückziehen. Auch die *Frankfurter Zeitung* ließ sich am selben Tag über »Die Forderungen der Ukrainer« aus.<sup>96</sup> Während sich also die offiziöse NS-Presse zurückhielt, setzten sich die postliberalen Blätter für die Ukrainer ein.

Der *Völkische Beobachter* druckte dafür einen über die Nachrichtenagentur DNB bezogenen Beitrag aus der polnischen Presse ab, in dem eine polnisch-ungarische Grenze als Isolierung der »sowjetischen Gefahr« von dem »tschechischen Korridor« gewürdigt wurde. Die FZ kolportierte den Artikel ebenfalls und wies auf die fremde Quelle hin, nicht so der VB, für dessen Leser es keine sichtbare Differenz zur deutschen Sichtweise gab.<sup>97</sup> Auch an den folgenden Tagen bestand die Berichterstattung im VB vor allem aus der Wiedergabe polnischer Agenturmeldungen und Artikel.

Dies änderte sich am 3. Oktober 1938: Da wies das Propagandaministerium die Journalisten an, den Ansprüchen der Slowaken und Karpatho-Ukrainer (also nicht denjenigen der Ungarn) »sympathisch gegenüber« zu stehen, »auf konkrete Gebietsforderungen soll man aber noch nicht eingehen«.<sup>98</sup> Daraufhin brachte der VB einen Artikel, in dem der Weisung verhältnismäßig neutral entsprochen wurde. Die FZ schrieb über das Problem der polnisch-ungarischen Grenze.<sup>99</sup>

Das Schreiben des OKW an das AA vom 6. Oktober 1938 (s. S. 819), das sich scharf gegen die polnisch-ungarische Option wandte, schuf eine neue Lage.<sup>100</sup> Folgerichtig gab es am nächsten Tag eine Presseanweisung, wonach die Frage der Karpatho-Ukraine nun erst einmal »im Schatten der Erörterungen bleiben« solle.<sup>101</sup> Nahezu wortgleich wies das AA die deutschen Auslandsvertretungen an, sich in bezug auf die deutsche Einstellung zur Ukraine-Problematik zurückzuhalten und die Frage der ungarisch-polnischen Grenze gar nicht zu erwähnen.<sup>102</sup> Dies wurde am 21. 10. 1938 präzisiert: In einer vertraulichen Presseanweisung hieß es nun, Deutschland sei ausdrücklich gegen eine polnisch-ungarische Grenze und hoffe auch, daß es dazu nicht kommen werde. Auch Italien sei gegen eine zweite Achse.<sup>103</sup> Im Grunde sollte jede deutsche Stellungnahme vermieden werden, weil sich die Führung noch nicht für eines der möglichen Konzepte entschieden hatte. Nach Broszat soll den Deutschen hier bewußt

<sup>96</sup> »Betrogene Karpathenukraine«, *Neue Freie Presse* 23. 9. 1938, S. 4; »Die Forderungen der Ukrainer«, *Frankfurter Zeitung* 23. 9. 1938, S. 10.

<sup>97</sup> »Gründlich und vernünftig Ordnung schaffen!«, *Frankfurter Zeitung* 24. 9. 1938, S. 1; »Polen fordert gemeinsame Grenze mit Ungarn«, *Völkischer Beobachter*, 24. 9. 1938, S. 1; Schorn, NS-Presse, S. 45.

<sup>98</sup> Sammlung Sänger, »Mitschrift der Bestellung«, 3. 10. 1938, BAK, ZSg 102/12/263, Schorn, NS-Presse, S. 48.

<sup>99</sup> »Die Slowaken wollen Trennung«, *Völkischer Beobachter* 3. 10. 1938, S. 6; »Polen unterstützt Ungarns Forderungen«, *Frankfurter Zeitung* 7. 10. 1938, S. 10.

<sup>100</sup> Chef des OKW an AA, 6. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Nr. 39, S. 39; vgl. auch Martin Broszat, »Deutschland-Ungarn-Rumänien«, in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*. Düsseldorf 1976, S. 524-564, hier S. 537-538.

<sup>101</sup> Sammlung Sänger, »Mitschrift der Bestellung«, 7. 10. 1938, BAK, ZSg 102/12/281, Schorn, NS-Presse, S. 49-50.

<sup>102</sup> Vgl. Dmytro Zlepko, *Die Entstehung der polnisch-ungarischen Grenze*. München 1980, S. 36.

<sup>103</sup> Vertrauliche Information, 21. 10. 1938, BAK, ZSg 102/12/320; vgl. Žerko, *Stosunki*, S. 108.

geworden sein, daß sie ein »ausgezeichnetes Pfand« in der Hand hielten, nach Hoensch sollte die Karpatho-Ukraine nun »den Köder für eine Beteiligung Ungarns und Polens an der Liquidation der ČSR« abgeben, es ist aber u. E. treffender, hier weiter die allgemeine Unentschlossenheit zu betonen.<sup>104</sup>

Selbst den ukrainischen Journalisten fehlten Kenntnisse zur Karpatho-Ukraine. Zenon Kuzelja bat in der Tschecho-Slowakei um Informationen, die man an die Presse in Deutschland weitergeben könnte. Er vermittelte Birčák den Eindruck, »Deutschland sei an der Karpatho-Ukraine interessiert und das müsse man rasch ausnutzen und ein [Presse-]Büro einrichten«. Dies geschah aber nicht. Ein Pressebüro wurde erst später eingerichtet, und Birčák warf Julijan Revaj vor, es mit einem Bekannten aus ehemaligen sozialdemokratischen Tagen besetzt zu haben, der von Pressearbeit keine Ahnung hatte.<sup>105</sup>

Vor allem ist deutlich, daß man in Deutschland zur Karpatho-Ukraine keine klare Propaganda- und Politikposition hatte. Eignete das Gebiet sich als Joker, den man später einsetzen konnte? Die Ukraine war immerhin seit dem Ersten Weltkrieg ein Thema der deutschen Politik, grundsätzlich positiv besetzt, und Deutschland mit Österreich eines der wichtigsten ukrainischen Emigrantenzentren. Sänger notierte die etwas ungehalten klingende Wiederholung des Aufrufs zur Zurückhaltung:

»Etwas weniger intensiv sollten sich die Zeitungen mit der Frage der Ukraine beschäftigen, ein Thema, das vielen Blättern als besonders interessant erscheint und deshalb nach allen möglichen Richtungen beleuchtet wird. Es gehört aber zur Politik der Führung des Reiches, daß im Augenblick diese Frage nicht zu stark in Erscheinung treten soll. Diese Andeutung möge genügen, um die Frage Ukraine etwas in den Hintergrund treten zu lassen.«<sup>106</sup>

Diese Anweisung war die unmittelbare Reaktion auf einen Artikel Paul Rohrbachs, der sich abseits der großen Blätter in einer Kieler Zeitung zu Wort gemeldet hatte, aber unmißverständlich riet, an die Politik des Ersten Weltkriegs anzuknüpfen und mittels einer unabhängigen Ukraine »in Zukunft Ruhe und Frieden vor dem halbasiatischen Moskwitertum zu haben«. Er würdigte die Autonomie der Karpatho-Ukraine und wandte sich sowohl gegen die sowjetische als auch gegen die polnische Unterdrückung der Ukrainer – und damit gegen die propolnische Haltung, die noch erwünscht war.<sup>107</sup>

Am 14. Dezember 1938 hatte außerdem die Breslauer *Schlesische Zeitung* erklärt, aus der Karpatho-Ukraine könne sich unter Einbeziehung von Teilen Polens und der UdSSR ein ukrainischer Staat mit 45.000.000 Einwohnern entwickeln. Dies folgte der »Plattform« der OUN, nicht jedoch der Politik des Reiches, für das eine polenfreund-

<sup>104</sup> Martin Broszat, »Deutschland-Ungarn-Rumänien«, S. 538; Jörg K. Hoensch, in: P. Glotz, München 1938, S. 316. Es ist also unzutreffend, wenn Ladislav Suško der »deutschen Propagandamaschinerie« allgemein vorwirft, das Schlagwort von einer »Großukraine« verfochten zu haben. Vielmehr gab es auf Initiative nationalistischer Ukrainer und über den Sender Wien vereinzelte unterstützende Stimmen, die jedoch vom Propagandaministerium kritisiert wurden (Vgl. Suško, »Nemecká Politika«, S. 178).

<sup>105</sup> Vgl. Birčák, *Karpatška Ukraina*, S. 13-14.

<sup>106</sup> Sammlung Sänger, 16. 12. 1938, BAK, ZSg 102/13, Bl. 139; vgl. Mirow, *Deutschland und die Ukraine*, S. 72. Dem entspricht die Feststellung Šandors, Staatsvertreter und Presse Deutschlands hätten sich nicht offen für die Rechte der Karpatho-Ukraine eingesetzt, auch wenn die tatsächliche Lage differenzierter war (vgl. Šandor, *Spomyny.*, Bd. 1, S. 179).

<sup>107</sup> Paul Rohrbach, »Die ukrainische Frage«, *Kieler Neueste Nachrichten*, 12. 12. 1938, S. 1-2; vgl. Mirow, *Deutschland und die Ukraine*, S. 74.

liche Politik noch das Gebot der Stunde war. Die *Schlesische Zeitung* schrieb, wenn gleich vorsichtig, über die Rolle eines Piemonte für die Karpatho-Ukraine, bezog sich deutlich auf die OUN (z.B. indem sie die Karpatska Sič als »Konowaletz-Garde« bezeichnete) und hielt einen ukrainischen Staat in naher Zukunft für wahrscheinlich. Der offensichtlich OUN-inspirierte Text wurde – wenn gleich mit Verspätung – im Ausland wahrgenommen, was den Deutschen nicht recht sein konnte.<sup>108</sup>

Die deutsche Führung wollte sich keine Option verderben und vor allem Polen noch nicht verprellen. Der von Riko Jary herausgegebene *Ukrainische Pressedienst* berichtete im Oktober 1938 über ukrainische antipolnische Proteste. Das hatte er zwar schon zuvor getan, und es war keine Kritik daran bekannt geworden, im Herbst 1938 war die Lage jedoch offenbar kritischer. Die Gestapo empfand diese Berichterstattung als eine Störung des guten deutsch-polnischen politischen Verhältnisses. Sie wandte sich an das AA und kritisierte, daß alle deutschen Zeitungen »geflissentlich« Meldungen über die Unterdrückung der Ukrainer in Polen unterließen und sich nur der *Ukrainische Pressedienst* nicht daran hielt. Dies sei »wenig geeignet, das freundschaftliche Verhältnis zu Polen zu fördern«, welches offenbar für die Gestapo im Oktober 1938 einen höheren Wert als die ukrainische Kritik hatte. Das AA sprach sich jedoch gegen das von der Gestapo vorgeschlagene Verbot des *Ukrainischen Pressedienstes* aus. Nicht allein hätten die Zeitungsredaktionen, denen er zugeschickt werde, »genaue[.] Vorschriften«, nach denen sie ihn auswerteten, auch die amtlichen Stellen erhielten so »wertvolles Informationsmaterial«.<sup>109</sup>

Die Zurückhaltung gegenüber der Karpatho-Ukraine war durch die Rücksichtnahme auf Polen bestimmt. Damit läßt sich eine Fehlanalyse Šandors erklären. Der karpatho-ukrainische Vertreter in Prag registrierte Anfang Februar 1939 tschechische Zensureingriffe in die Berichterstattung über die Ukrainer, und der Referent des »Staatlichen Amtes für Presselenkung« der Tschecho-Slowakei legte ihm zwei Noten aus Deutschland und der Sowjetunion vor, in denen die tschecho-slowakische Regierung gewarnt wurde, Artikel über eine mögliche Unabhängigkeit der Karpatho-Ukraine zuzulassen. Šandor interpretierte dies als »erste sichtbare Zeichen einer Annäherung Hitlers und Stalins«<sup>110</sup>. Tatsächlich war es jedoch wohl so, daß die Sowjetregierung aus eigenen Stücken gegen eine mögliche Ausstrahlung auf ihr Territorium war, während für die Deutschen die Rücksicht auf Polen und Ungarn, noch nicht auf die Sowjetunion, der Grund der Intervention war.

## 2. DAS INTERESSE ANEINANDER

Ungeachtet dessen, daß man sich noch nicht weiter festgelegt hatte und die tschechische Option der Karpatho-Ukraine für vorübergehend hielt, versuchte von Ribben-

<sup>108</sup> *Schlesische Zeitung* 14. 12. 1938, der Artikel ist in Übersetzung abgedruckt in Ralph Barnes, »Hitler's Plans for the Ukraine: 'Schlesische Zeitung' of Breslau Lets Autonomous Cat Out of Bag«, *New York Herald Tribune*, 15. 1. 1939.

<sup>109</sup> Gestapo an AA, 25. 10. 1938; Meyer-Heydenhagen an Gestapo, 7. 11. 1938, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

<sup>110</sup> Šandor, *Spomyňy*, Bd. 1, S. 180.

trop, als er am 19. Oktober 1938 mit dem Minister der autonomen Regierung der Karpatho-Ukraine Edmund Bačynskýj und slowakischen Regierungsmitgliedern konferierte, den Eindruck zu erwecken, er suche eine »Dauerlösung«. Noch war nicht erkennbar, daß Deutschland bald die »ungarische Lösung« favorisieren würde. Daß sich Bačynskýj für ein »autonomes Karpathorußland unter Prag« aussprach, entsprach der deutschen Sprachregelung.<sup>111</sup>

Die polnischen Politiker waren dennoch voller Hoffnung: Seit Mai 1938 hatten Konsultationen zwischen Polen und Ungarn stattgefunden. Die polnische Seite war zwar nicht daran interessiert, selber die Karpatho-Ukraine zu annektieren, man versuchte jedoch Ungarn zum Handeln zu bewegen und sicherte ihm Unterstützung zu. Dies war möglich, weil Polen zur Vorbereitung der Annexion des Olza-Gebiets Truppen an der tschechoslowakischen Grenze zusammenzog. Und als am 22. September 1938 polnische Trupps im Olza-Gebiet Unruhe zu schüren begannen, um einen polnischen Volksaufstand zu provozieren oder zu simulieren, dann war dies auch eine Generalprobe für die Karpatho-Ukraine – schließlich war die Annexion des Olza-Gebiets im Verbund mit dem deutschen Griff nach dem »Sudetenland« am 2. Oktober erfolgreich.<sup>112</sup> Polnische Historiker betonen, daß die ungarische Regierung erst angesichts dieser Erfolge analoge Maßnahmen gegenüber der Karpatho-Ukraine erwog.<sup>113</sup>

Während der vom 3. Oktober 1938 an laufenden und am 13. Oktober durch Ungarn abgebrochenen Gespräche mit der tschechoslowakischen Führung versuchte Ungarn, die Karpatho-Ukraine mit polnischer Hilfe zu annektieren: Nach Wojciechowski schlug Außenminister István Graf Csáky (1894-1941) Beck in Warschau am 5./6. Oktober vor, Polen sollte allein oder zusammen mit Ungarn das Gebiet besetzen. Tatsächlich war es wohl noch sein Vorgänger Kalman Kánya (1869-1945), der am 10. Oktober Polen die Entsendung von Diversanten vorschlug. Beck fürchtete jedoch noch, Polen dadurch zu kompromittieren, er zog seine Unterstützung für Ungarn zwar nicht zurück, mochte aber nicht aktiv werden.<sup>114</sup>

Daraufhin setzte Ungarn auf Deutschland und Italien, was aber nicht allen Außenpolitikern Polens paßte. Den Oktober über unternahm man in Polen mehrere Versuche, Ungarn zu Forderungen nach der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze zu bewegen, und war überzeugt, daß man in Deutschland nichts dagegen haben würde.<sup>115</sup> Horthys Regierung war aber zunächst mehr an slowakischen Gebieten interessiert, bei denen das Nationalprinzip überzeugender vertreten werden konnte und verhielt sich abwartend, um die deutsche Unterstützung nicht zu verlieren.

Vizeaußenminister Szembek verfaßte dann im Auftrag Becks eine umfangreiche »Instruktion« für die polnischen Botschafter in Paris, London, Moskau, Rom und Berlin. Zuvor hatte er sich dagegen ausgesprochen, die polnisch-ungarische Grenze als Wall gegen einen deutschen Vormarsch zu interpretieren, nun hieß es ausdrücklich,

<sup>111</sup> Aufzeichnung LR Hewel, Besprechung Ribbentrops mit Tiso, Ďurčanský und Bačynskýj, 19. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 72, S. 79-83.

<sup>112</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 431-441; Paweł Samuś/Kazimierz Badziak/Giennadij Matwiejew (Hg.), Akcja »Łom«. Warszawa 1998, S. 36-37.

<sup>113</sup> Ebd., S. 38.

<sup>114</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 505; Diariusz i teki Jana Szembeka. Bd. 4, London 1972, S. 297 (Eintrag vom 10. 10. 1938).

<sup>115</sup> Vgl. ebd., S. 303 (Eintrag vom 12. 10. 1938).

ihr Zweck sei nicht die Sorge um die dortige Bevölkerung, sondern eine Präventivmaßnahme gegen eine mögliche »Ausgangsbasis für verschiedene Aktionen« »äußerer Faktoren«. Das mochte jeder lesen, wie er wollte – es wurde nicht präzisiert, ob die Strategie gegen Deutschland oder die UdSSR gerichtet war. Lipski sollte Göring das Vorhaben umfassend erläutern und dabei einen antideutschen Eindruck vermeiden – mitgedacht wurde die deutsche Gefahr jedoch.<sup>116</sup>

Andererseits rechnete Polen fest mit der deutschen Billigung seiner Versuche und verdrängte die ukrainische Problematik völlig: In der Instruktion für Michał Łubieński, den Kabinettschef im polnischen Außenministerium, der nach Budapest reiste, um die Ungarn zum Handeln zu bewegen, hieß es:

»Es ist schwer anzunehmen, daß Deutschland sich näher für das Schicksal der Karpathen-Ruß interessieren wollte und könnte, da es unter Festhalten an seinem doktrinären Gesichtspunkt seine Intervention ausschließlich mit den Prinzipien der Rechts auf nationale Selbstbestimmung begründet hat. Wir haben dagegen konkrete Informationen darüber, daß die höchsten [deutschen] Stellen die Angelegenheit der Karpathen-Ruß als etwas behandeln, was vor allem Budapest, dann Warschau angehe. Wir haben hingegen keine Bestätigung für die weitverbreiteten Nachrichten über die angebliche Tendenz, in der Karpathen-Ruß das Instrument zu irgendeiner besonderen deutschen Politik zu suchen.«<sup>117</sup>

Łubieński sollte den Ungarn klarmachen, daß man eine polnisch-ungarische Grenze nur »mit allen unseren diplomatischen Mitteln unterstützen« könne; die Forderungen selber müßten schon die Ungarn stellen. Łubieńskis Mission scheiterte: Zwar soll ihm Horthy zugesagt haben, er werde eine Note an Hitler schicken und die Freigabe der Karpatho-Ukraine durch die Tschecho-Slowakei fordern, aber eine solche Note traf in Berlin nie ein. Ministerpräsident Béla Imrédy de Ómoravica (1891-1946) und Außenminister Kánya waren sogar ausdrücklich gegen eine einseitige Annexion des Gebiets, weil dies von den Deutschen als Illoyalität aufgefaßt werden könnte. Kánya strebte eine Volksabstimmung an, der »Chaos durch eine Diversionsaktion« vorangehen sollte, nach der sich die magyarophile Regierung Brodij an Ungarn um Hilfe wenden würde. Danach sollte Horthy Hitler um deutsche Vermittlung bitten.<sup>118</sup> Jedenfalls wollte man nun über die Deutschen und nicht mehr mit den Polen seine territorialen Ziele erreichen.<sup>119</sup> Beck mochte sich aber nicht einfach ausschalten lassen und ließ viele Staaten am 21. Oktober schon einmal ungefragt wissen, Polen sei bereit, als Schiedsmacht an einer einvernehmlichen Lösung mitzuwirken. Gegen die Einbeziehung Polens sprach sich der Staatssekretär im AA Ernst von Weizsäcker (1882-1951) aus. Er empfahl nur, »ernstlich zu prüfen, ob wir mit Polen nicht aus diesem Anlaß ein größeres Gespräch beginnen und von Polen Kompensationen (Danzig,

<sup>116</sup> Ebd., S. 315-316 (Eintrag vom 18. 10. 1938).

<sup>117</sup> Instruktion Józef Becks für Michał Łubieński, 18. 10. 1938, AAN, MSZ 6597, Bl. 256, zit. nach Samuś u. a., *Akcja »Łom«*, S. 42. Beck bezog seine Gewißheit aus Gesprächen mit dem deutschen Botschafter von Moltke, der zwar von der deutschen Unterstützung für das ukrainische Recht auf Selbstbestimmung gesprochen, jedoch Beck auch zugesagt hatte, die antipolnische Propaganda der OUN einzuschränken (vgl. ebd., S. 45).

<sup>118</sup> Bericht Łubieński für Beck, 24. 10. 1938, AAN, MSZ 6597, Bl. 262-268; vgl. Samuś u. a., *Akcja »Łom«*, S. 43-44.

<sup>119</sup> Vgl. Wojciechowski, *Stosunki*, S. 506-507; Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 325-326 (Eintrag vom 22. 10. 1938).

Memel usw.) fordern sollten.« Von Weizsäcker war also der Erfinder des Polen einschließenden Dreiecks. Ungarn war jedoch an einer polnischen Beteiligung nicht mehr interessiert.<sup>120</sup>

Der Grund für Ungarns Schwenk lag auf der Hand: Hitler hatte am 14. Oktober dem früheren Ministerpräsidenten Kálmán Darányi (1886-1939), der ihn im Auftrag Horthys besuchte, sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß er jetzt gegen eine Annexion der Karpatho-Ukraine sei. Er war beleidigt, daß sich die Ungarn nicht im Umfeld der Münchner Konferenz engagiert hätten. Sollte jedoch später »Deutschland mit Ungarn und Polen einen großen Block formen«, könnten »Grenzveränderungen immer noch vorgenommen werden«.<sup>121</sup> Aber Hitler war auch vorsichtig, weil von Moltke aus Warschau berichtet hatte, Polens Streben nach einer Grenze mit Ungarn sei nicht nur gegen die Sowjetunion gerichtet, sondern bezwecke auch eine »Erweiterung der polnischen Einfluß-Sphäre« unabhängig von Deutschland.<sup>122</sup> Spätestens jetzt wußte die deutsche Seite, daß der Verzicht auf die Unterstützung der Ukrainer nicht nur in Budapest gut aufgenommen würde.

Am 20. Oktober 1938 aber rief der *Ukrainische Pressedienst* (also letztlich der PUN) über den Wiener Rundfunk die Ukrainer in der Karpatho-Ukraine auf, sich in den Dienst der Nation zu stellen und »das Maximum der nationalen Energie« für den Kampf um einen »Ukrainischen Karpathenstaat« einzusetzen.<sup>123</sup> Das AA reagierte am 22. Oktober. In einer Reihe von Briefen an mit Ukrainern befaßten Stellen (Propagandaministerium, OKW, Gestapo, Büro des Stellvertreters des Führers [Rudolf Hess], ApA) bat es alles zu vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, es gebe eine Zusammenarbeit deutscher Stellen mit der OUN. Das Propagandaministerium sollte die Wiener Sendungen »nachprüfen« (was offenbar zur Folge hatte, daß sie auf eine viertelstündige Nachrichtensendung reduziert wurden).<sup>124</sup> Das AA befürwortete die »außenpolitische Lösung« eines Dreier-Blocks – nur gab es auch Instanzen, die anderer Meinung waren. Die Reichsführung wartete ab – Hitler legte sich nicht fest. Man setzte die Kontakte mit den Ukrainern ohne irgendwelche Zusagen zu machen fort, und von Moltke sollte Szembek beruhigen, Deutschland

<sup>120</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, »Telefonat für den Herrn Reichsminister«, 22. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 83, S. 93; vgl. auch Roos, Polen und Europa, S. 372; Wojciechowski, Stosunki, S. 517-518.

<sup>121</sup> Aufzeichnung Hewel, Unterredung Hitler – Darányi, 14. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 62, S. 68-71; Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 513; Žerko, Stosunki, S. 109. Dies entsprach dem Gespräch des tschechoslowakischen Außenministers Chvalkovský mit Hitler und von Ribbentrop am 13. 10.; von Ribbentrop hatte Chvalkovský angedeutet, hinsichtlich Užhorods und Mukačevos werde es eine für Prag »annehbare Entscheidung« geben (Aufzeichnung Chvalkovský, 13.-14.10.1938, in: Václav Král (Hg.), Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937-1939. Praha 1968, Dok. 266, S. 281-283).

<sup>122</sup> Bericht von Moltke, 6. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 64, S. 72-74.

<sup>123</sup> Zit. nach Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatskoj Ukraïny«, S. 204. Hinweise darauf auch in dem Bericht von Moltkes vom 25. Oktober 1938 (ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 82, S. 90-91). Auch Graz und Leipzig sollen in ukrainischer Sprache gesendet haben. Allerdings wurden die Sendungen von Polen so stark gestört, daß sie kaum besonders wirksam gewesen sein können.

<sup>124</sup> Vgl. Zitat aus Rundschreiben vom 22. 10. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 5, Anm. auf S. 90; Szembek hatte dagegen vorher interveniert; vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 390 (Eintrag vom 15. 12. 1938); Žerko, Stosunki, S. 137. Winch, der von Januar 1939 an in der Karpatho-Ukraine war, berichtete über regelmäßige Propagandasendungen aus Wien (Vgl. Winch, Republic, S. 28-29).



habe auf die polnischen Vorwürfe reagiert und die Wiener Propagandasendungen eingestellt.<sup>125</sup>

Der ungarische Plan, friedlich in den Besitz der Karpatho-Ukraine zu gelangen, scheiterte, als der karpatho-ukrainische Ministerpräsident Brodij in Prag eine Volksabstimmung über einen Anschluß des ganzen Landes an Ungarn forderte, ohne die »vorbereitenden Maßnahmen« abzuwarten. Der Nationalrat in Užhorod stellte sich gegen Brodij, protestierte am 25. Oktober 1938 gegen alle Plebiszitpläne und sprach sich für den neuen föderierten tschecho-slowakischen Staat aus.<sup>126</sup> Die Tschechen verhafteten Brodij; man fand bei ihm angeblich Beweise für die Zusammenarbeit mit Budapest (eine halbe Million druckfrischer ungarischer Pengö sowie das Versprechen, ihn in den Adelsstand zu erheben) und Anweisungen, die ganze Karpatho-Ukraine Ungarn anzuschließen.<sup>127</sup> Für Nationalukrainer (nicht aber Russo-/Magyarophile) wie Tschecho-Slowaken war dies Landesverrat, und so kam es zu der unerwarteten Konstellation, daß Nationalukrainer und die Prager Regierung in der Opposition zu den Magyarophilen zusammenfanden. Die tschecho-slowakische Regierung hielt es nun für weniger gefährlich, auf die ukrainischen Nationalisten zu setzen, und Vološyn wurde Regierungschef des autonomen Gebiets.<sup>128</sup>

Parallel bemühte sich Polen weiter, dem Eindruck entgegenzuwirken, seine Zusammenarbeit mit Ungarn sei etwa gegen Deutschland gerichtet. In seiner Anweisung für Lipski empfahl Beck dem Botschafter, sich auf die gemeinsame Aktion mit dem Reich bei der Amputierung der Tschechoslowakei zu berufen, wodurch es gelungen sei, die Sowjetunion herauszuhalten.<sup>129</sup> Lipski sprach weisungsgemäß am 19. Oktober mit Göring, der das deutsche Desinteresse an der karpatho-ukrainischen Frage bekundete.<sup>130</sup> Ein weiteres Gespräch führten Lipski und Göring am 21. Oktober 1938 in Karinhall. Lipski referierte, was Beck ihm kurz zuvor übermittelt hatte und registrierte nun, daß Göring sich sorgfältig Notizen machte und »großes persönliches Verständnis« zeigte. Lipski berichtete über Görings Äußerung, wenn Frankreich, Großbritannien und Italien nichts dagegen hätten, könne »unter diesen Umständen Ungarn

<sup>125</sup> Woermann an Botschaft Warschau, 22. 10. 1938, PAAA, Botschaft Warschau, Bd. 52, Bl. 12, vgl. ADAP, Serie D, Bd. 5, S. 90, Anm.; Zerko, Stosunki, S. 137. Von Moltke überbrachte diese Information am Rande eines Gesprächs zu einem anderen Thema, vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 329 (Eintrag vom 26. 10. 1938)

<sup>126</sup> Šandor vermerkt in seinen Memoiren, daß ein Plebiszit Ungarn genützt hätte. Er war also selber der Meinung, daß es eine bedeutende proungarische Strömung in der Karpatho-Ukraine gebe (Vgl. Šandor, Spomyny, Bd. 1, S. 6). Vgl. Peter G. Stercho, *Diplomacy of Double Morality*. New York 1971, S. 122. Der gleichen Ansicht war Birčak. Er vermerkte im übrigen, daß weder Brodij noch Fencyk ukrainisch sprechen konnten und bei ihren Auftritten von Nationalisten niedergeschrien wurden (Birčak, *Karpatška Ukraïna*, S. 10).

<sup>127</sup> Petro Sterčo, »Nacional'ne vidroždennja Karpatškoï Ukraïny«, S. 203; Stercho, *Diplomacy*, S. 122; die Angaben stützten sich auf eine Publikation der tschechoslowakischen Exilregierung *Czechoslovakia Fights Back*. Washington DC 1943, S. 172.

<sup>128</sup> Hencke schreibt, Außenminister Chvalkovský habe zunächst bei dem deutschen Geschäftsträger angefragt, wer ihm geeignet erschiene, so daß sich die Vermittlung Makarenkos hier ausgezahlt haben mag (Vgl. Hencke, *Augenzeuge*, S. 204; vgl. auch Suško, »Nemecká Politika«, S. 177). Für die sowjetischen Verschwörungstheoretiker war das alles ein deutsches Komplott: Brodij sei durch Vološyn ersetzt worden, weil dies den damaligen deutschen Interessen entsprochen habe (Vgl. Trošynský, *Najmanci fašyzmu*, S. 110).

<sup>129</sup> Vgl. Zerko, Stosunki, S. 109.

<sup>130</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 515-516.

Ruthenien besetzen«. Deutschland sei gegenüber den Ukrainern keine Verpflichtungen eingegangen – und das, fand Lipski, sollte auch so bleiben. Dies war der erste Hinweis auf deutsches »grünes Licht« und das angestrebte deutsch-polnische Einvernehmen in dieser Frage, wenngleich noch keine ausformulierte Politik. Göring unterstrich die Unverbindlichkeit seiner Äußerungen mit dem Satz, er kenne Hitlers Meinung nicht und werde sie auch nicht so bald erfahren können.<sup>131</sup>

Görings Notizen wurden nach dem Krieg publiziert. Göring schien »gefressen« zu haben, daß Ruthenen keine Ukrainer seien. Und auch, daß »das kommunistische Zentrum für den Balkan gegen Polen hier eingerichtet war und ist« und ein ukrainisches Zentrum südlich der Karpathen die »ukrainische Frage« in Polen verschärfen würde. Polen habe daher Interesse daran, daß das Gebiet zu Ungarn käme, um unter Kontrolle zu stehen. Lipski wies auftragsgemäß Göring auch darauf hin, daß die westliche Propaganda behaupten würde, die gemeinsame Grenze sei eine Gefahr für Deutschland. Das sei natürlich »absurd«.<sup>132</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte sich Lipski herauszureden. Gerade weil er gewußt habe, daß die Deutschen durch ukrainischen Separatismus die UdSSR schädigen und »einen indirekten Schlag gegen Polen« führen wollten, habe er die ungarischen Ansprüche auf die Karpatho-Ukraine, nicht jedoch auf die Slowakei unterstützt, um die Lage möglichst weitgehend zu stabilisieren. Eine polnisch-ungarische Grenze hätte ein Hindernis für die deutsche Ostexpansion dargestellt. Von Ribbentrop habe von Bayern aus seine ukrainischen Agenten für seine Idee einer deutsch-italienischen Doppelherrschaft (!) gewinnen wollen. Am 6. Juli 1945, als die diesbezüglichen Dokumente noch nicht zugänglich waren, mochte man dies Lipski vielleicht glauben.<sup>133</sup> Tatsächlich versuchte aber die polnische Diplomatie, eine Ukraine zu verhindern, um in jeder Hinsicht ungestört zu bleiben. Und in Deutschland gab es noch keine festgefügte Politik. Woermann, mit dem Lipski auch gesprochen hatte, zog sich am 22. Oktober auf das Selbstbestimmungsprinzip zurück.<sup>134</sup>

Marian Wojciechowski nahm an, daß die NS-Führung an einem großen ostmitteleuropäischen Block arbeitete, der den Pakt zwischen Berlin, Rom und Tokyo ergänzen würde und gegen die Sowjetunion gerichtet sein sollte. Nur deshalb hätte sie von ihren ukrainischen Plänen Abstand genommen, sich zugunsten Ungarns und der gemeinsamen Grenze entschieden, am 21. Oktober die »Erledigung der Resttschechei« befohlen, und auch das Projekt der »Globallösung« aller Fragen mit Polen vom 24. Oktober sei in diesem Lichte zu sehen.<sup>135</sup> Daß man ein Bündnis anstrebte, war in der Tat deutlich – wie es aussehen würde aber nicht. Überhaupt war die deutsche Politik nicht so schlüssig, wie vor allem osteuropäische Historiker manchmal annehmen.

<sup>131</sup> Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 448-449. Über das Interesse Polens, in dieser Hinsicht von Deutschland das Desintéressement bestätigt zu bekommen, nachdem Beck dies den Ungarn gegenüber vorschnell angenommen hatte, vgl. Koźmiński, Polska i Węgry, S. 135-138. Ungarn war dagegen offenbar überzeugt, in Deutschland seien viele gegen eine Annexion der Karpatho-Ukraine (Vgl. ebd., S. 145-146).

<sup>132</sup> Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 450. Dagegen sah Roos vor allem darin, daß die Tschecho-Slowakei zu einem »Satelliten Deutschlands« geworden war, begründet, daß Polen nun eine gemeinsame Grenze mit Ungarn anstrebte (Roos, Polen und Europa, S. 358).

<sup>133</sup> Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 452.

<sup>134</sup> Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 517.

<sup>135</sup> Vgl. ebd., S. 531-532.

Auch in dem Gespräch mit von Ribbentrop am 24. Oktober brachte Lipski das Gespräch auf die Karpatho-Ukraine. Er behauptete, das Gebiet sei ein Kommunizenzentrum, ein Tummelplatz fremder Agenten, und warnte vor dem Versuch der Sowjetunion, dort Flugplätze für sowjetische Flugzeuge zu bauen. Von Ribbentrop tat, als ob der Plan einer polnisch-ungarischen Grenze ihm ganz neu sei, ging zunächst darauf nicht weiter ein, sondern formulierte seine »Globallösung«-Pläne, wonach die deutschen Forderungen gegen Polen durch Entschädigungen von dessen östlichen Nachbarn ausgeglichen werden sollten. Als Lipski verlangte, Polen an einem Schiedsspruch über die von Ungarn geforderten Gebiete zu beteiligen, wich von Ribbentrop auf allgemeine Schwierigkeiten aus und kam erst in einem Zusatzgespräch darauf zurück: Bei einer »Globallösung« würde man auch für die Karpatho-Ukraine eine einvernehmliche Lösung finden.<sup>136</sup>

Auf den 24. Oktober 1938 datiert war die erste Denkschrift, die von Nationalukrainern aus der Karpatho-Ukraine an Hitler gerichtet wurde. Die OUN-Vertreter Ivan Rohač, Julijan Chymyneč und Jurij Galowda erklärten sich darin zu Sprechern »nationalbewußter Ukrainer in der Karpatho-Ukraine«. Noch auf das Kabinett Brodij bezogen hielten sie es für eine Zumutung, von dem in Prag eingesetzten antiukrainischen Kabinett regiert zu werden. Da sie die Bindung an die Tschecho-Slowakei als einen vorübergehenden Zustand »nur bis zum Sturz der Bolschewisten« ansahen, der ihnen nahe schien, verlangten sie die Unterstellung der Karpatho-Ukraine unter den Schutz der vier Mächte des Münchner Abkommens und erklärten sich »in seinem großen Kampfe gegen den Bolschewismus mit dem deutschen nationalsozialistischen Volke aufs engste verbunden«.<sup>137</sup>

Der Bankangestellte Šandor, der die Vertretung der (autonomen) karpatho-ukrainischen Regierung in Prag leitete, drückte in seinen Memoiren unumwunden aus, daß die OUN eine »politische Neuordnung Europas durch Deutschland« auf der Basis des »Drangs nach Osten« als der Entwicklung der »Staats- und Befreiungsfrage« (deržavno-vyzvol'noï spravy) dienlich angesehen habe. Auch wenn es eigentlich keinen Grund für Optimismus gegeben habe, weil Hitler sich nur für die Ausbeutung, nicht aber für eine Befreiung der Ukraine ausgesprochen hatte, sei es dadurch Deutschland leicht gefallen, das »ukrainische Eisen im Feuer« zu behalten – nach Šandor bis Ende 1938.<sup>138</sup>

Auf die Avancen aus der Karpatho-Ukraine gab es keine erkennbare Reaktion. Später behauptete Julijan Revaj, Vološyn habe bereits am 2. November 1938 Deutschland um das Protektorat über die Karpatho-Ukraine gebeten.<sup>139</sup> Öffentlich beklagte Vološyn im November 1938 die »tiefe Wunde«, die die Wiener Grenzziehung gezogen habe, sah jedoch darin auch eine Garantie für den Bestand des verkleinerten Gebiets und hoffte auf deutsche Unterstützung. Als der Außenminister der Tschecho-Slowakei aber um eine Garantie der neuen Grenzen bat, verlegte sich die deutsche Seite auf eine Verzögerungstaktik.<sup>140</sup>

<sup>136</sup> Vgl. Žerko, *Stosunki*, S. 112-115.

<sup>137</sup> Rohač u.a. an Hitler, 24. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 36-46.

<sup>138</sup> Vgl. Šandor, *Spomyny*, Bd. 1, S. 136.

<sup>139</sup> Revaj an Göring, 18. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der Karpatho-Ukraine zu Deutschland, Bl. 43.

<sup>140</sup> Aufruf der Karpatho-Ukrainischen Regierung, 3. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 56. – Deutscher Geschäftsträger in Prag (Hencke) an AA, 6. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 107, S. 121-122.

Deutschland und Italien hatten inzwischen im sog. Ersten Wiener Schiedsspruch, durch den Teile der Slowakei und der Karpatho-Ukraine mit dem 2. November 1938 zu Ungarn kamen, nicht alle ungarischen Forderungen erfüllt, aber noch einmal ihren Einfluß demonstriert. Die ukrainischen Nationalisten gewannen den Eindruck, daß dieser Einfluß nach München nicht verblaßt war. Die Schriftstücke der OUN hatten dagegen keine sichtbare Wirkung gezeigt. Der Schiedsspruch hatte formal das Nationalitätenprinzip bestätigt und mit Użhorod (Ungvár) und Mukačevo (Munkácsy) die größten Städte der Karpatho-Ukraine den Magyaren zugesprochen. Die Regierung des Autonomiegebiets mußte in das wenig urbane Chust umziehen, und zudem wurden die wichtigsten Verkehrswege, die durch das südliche Flachland verliefen, ungarisch, was die Verbindung von Prag nach Chust erschwerte. Andererseits hatten die Ungarn weitaus größere Territorialgewinne in der Slowakei (Neutra, Pressburg) und der Karpatho-Ukraine (Sevljuš) erhofft.

Sterčo referierte eine Stellungnahme des ukrainischen Nationalistischen Pressedienstes aus Berlin vom 3. November, der die Abtretung als »Gewalt« und als einen »Akt der Ungerechtigkeit« kritisierte, mit dem sich »die ukrainische Nation niemals abfinden« werde, auch wenn sie derzeit keine Möglichkeit habe, sich aktiv dem ihr aufgezwungenen fremden Willen zu widersetzen.<sup>141</sup> Diese OUN-Haltung konnte im ukrainischsprachigen Dienst klarer zum Ausdruck kommen als in deutschsprachigen Texten. Die Wiener Delegation unter Chymyneć wurde nach dem Schiedsspruch aufgelöst – die Nationalisten setzten nicht mehr auf die Diplomatie. Die ausländischen Nationalisten kehrten nach Amerika zurück, Chymyneć Mitte Dezember in die Karpatho-Ukraine.<sup>142</sup>

In diesem Zusammenhang wurde aber auch der Mythos der deutschen Ukrainerfreundschaft verfestigt. Die US-amerikanische *Svoboda* brachte einen Artikel, in dem sie behauptete, man solle nichts auf offizielle Stellungnahmen geben, es gebe vielmehr starke Differenzen zwischen Italien und Deutschland. Italien habe Ungarn die ganze Karpatho-Ukraine verschaffen, während Deutschland sogar Użhorod und Mukačevo bei der Karpatho-Ukraine habe belassen wollen. Von Ribbentrop und der italienische Außenminister Galeazzo Ciano Conte di Cortelazzo (1903-1944) seien einander »in die Augen gesprungen«.<sup>143</sup>

Polen wurde im November der treibende Faktor einer koordinierten polnisch-ungarischen Aktion. Nach dem Schiedsspruch meinte Szembek, die Deutschen interessierten sich zwar weiterhin für die Karpatho-Ukraine, dächten jedoch nicht mehr daran, über sie nach Kiew zu marschieren.<sup>144</sup> Beck hielt die Karpatho-Ukraine für ein »unnatürliches Gebilde«, das zu Ungarn tendieren würde. Er begrüßte die Verkleinerung und Schwächung des kleinen Landes, die seiner Meinung nach eine polnisch-ungarische Grenze, von der man in Polen strategische Wunderdinge erhoffte, wahrscheinlicher machte.<sup>145</sup> Federführend war dabei der polnische Gesandte in Prag Kazimierz Papée, der die Ukrainer aus seiner Danziger Zeit kannte: Am 7. November

<sup>141</sup> Sterčo, »Karpatska Sič: i ukraínskyj nacionalistyčnyj ruch«, S. 27.

<sup>142</sup> Vgl. Chymyneć, *Spostereżennja*, S. 81.

<sup>143</sup> »Ukraina j polityčni osi«, *Svoboda* (Jersey City), 30. 11. 1938.

<sup>144</sup> Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 342 (Eintrag vom 4. 11. 1938).

<sup>145</sup> So nahm man dies auch in Deutschland wahr, vgl. Deutsche Botschaft Warschau an AA, 8. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 60-61.

vermittelte er Beck und Szembek, daß der Wiener Schiedsspruch ein Zentrum ukrainischer Agitation geschaffen habe und die Deutschen sich ungebührlich engagierten. Deswegen müsse die Sache »liquidiert« werden, und wenn die Ungarn zu schwankend und schwach seien, müsse halt Polen die Initiative ergreifen. Außenpolitische Widerstände würde es nicht geben, und Beck wollte auch nicht den Deutschen dafür »mit irgendetwas bezahlen« müssen.<sup>146</sup>

Die Öffentlichkeit in Polen blieb Deutschland gegenüber skeptisch. In dem Krakauer *Ilustrowany Kurier Codzienny* (IKC) schrieb der Feuilletonist Ksawery Pruszyński (1907-1950), die Deutschen hätten einen »neuen Lawrence« in die Karpatho-Ukraine geschickt.<sup>147</sup> Gemeint war der aus Przemyśl stammende deutschstämmige frühere Warschauer Korrespondent Carl Ario, den Deutschland, dem Presseabkommen von 1934 folgend, wegen seiner Hetzartikel gegen Polen abberufen hatte. Ario, der 1919 wie andere österreichische Offiziere in die Ukrainische Galizische Armee eingetreten war und zu Recht als ukrainophil galt, sei nun im Auftrag des AA in der Karpatho-Ukraine tätig und sehe in der ukrainischen Thematik eine antipolnische Waffe. Die polnischen Leser wurden aber auch beruhigt: Zwar gebe es antipolnische Hetze, die deutsche Regierung unterstütze sie jedoch nicht. Bihal, der Unterstaatssekretär der Karpatho-Ukrainischen Regierung, wurde als deutscher Resident vorgestellt und mit der Bemerkung zitiert, die »Hitler-Regierung behandle die polnisch-deutsche Verständigung mit Ernst und nicht als vorläufige Ausflucht«. Die »ukrainische Frage« sei ein Problem der »Dnepr-Gebiete«, also der Sowjetunion, und in der Karpatho-Ukraine habe man zwar etwas für die Ukrainisierung übrig, richte sie jedoch nicht gegen Polen.<sup>148</sup>

Arios Bericht landete tatsächlich beim AA. Und ein Teil seiner Vorschläge wurde umgesetzt, so daß die Warnungen Pruszyńskis keineswegs abwegig waren, auch wenn Ario »nur« als Journalist des Deutschen Nachrichtenbüros in Stockholm auftrat. Er schlug vor, den Ukrainern möglichst rasch »moralisch und materiell« zu helfen, um den Anschluß der Karpatho-Ukraine an Ungarn zu verhindern. Durch diesen würde (wie auch Beck meinte) Arios Feind Polen gestärkt, während Ario von den Ukrainern eine Hilfstätigkeit für die Deutschen erwartete. Deutschland sollte die medizinische Versorgung in der Karpatho-Ukraine verbessern, durch die Organisation Todt Straßen um das abgetretene Užhorod herum bauen, um die neue Hauptstadt Chust besser erreichen zu können, ein deutsches Konsulat in Chust mit ukrainekundigen Beamten einrichten, einen Rundfunksender in Chust betreiben und die ukrainische Nationalgarde ausbilden, während die Armee vorläufig unter tschechoslowakischer Führung verbleiben sollte, um die Ungarn abzuschrecken. Zur Vorbereitung solle eine deutsche Kommission »mit demonstrativem Interesse« das Land bereisen. Als finanzielle Basis schwebte Ario ein Betrag von 5 Millionen RM in bar vor, für den er das fiktive Reichsbankguthaben der Ukrainer von 1918 verwenden wollte. Er regte an, die ukrainischen Emigranten in Berlin und Wien von der Karpatho-Ukraine fernzuhalten und stattdes-

<sup>146</sup> Diariusz i teki, Bd. 4, S. 345-346 (Eintrag vom 7. 11. 1938).

<sup>147</sup> Angespielt wurde damit auf die britische Aktion im Ersten Weltkrieg, mit »Lawrence of Arabia« arabischen Nationalismus gegen das zu den Mittelmächten gehörende Osmanische Reich mit allerlei Versprechungen zu mobilisieren.

<sup>148</sup> Wiedergaben aus dem IKC vom 29. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 194-197.

sen Deutsche mit den lokalen Kräften zusammenarbeiten zu lassen.<sup>149</sup> Nahezu identisch waren die Ratschläge, die die deutsche Gesandtschaft in Prag Berlin gab. Für sie war die Organisation des »bisher nicht vorhandenen nationalen Lebens« der Ukrainer ein ebenso wichtiges Anliegen wie die Verstärkung der örtlichen Gendarmerie, um gegen ungarische und polnische »Banden« vorzugehen. Nur eine deutsche Garantieerklärung für die Karpatho-Ukraine würde Polen und Ungarn dazu bringen, die jetzigen Grenzen als endgültig anzuerkennen. Deutsche Sanitätskontrollen sollten zur »moralische[n] Stärkung« auffahren und deutsche »Beobachter mit Hakenkreuzfahne« durchs Land reisen. Mit einem Barkredit solle der Straßenbau gefördert und mit Propaganda der »jüdische Einfluß« ausgeschaltet werden.<sup>150</sup>

Vološyn gab Mitte November den tschechischen *Lidové Noviny* ein Interview, in dem er die künftige Hilfe des Reichs ausmalte. Eine Autobahn solle in die Karpatho-Ukraine gebaut werden, die das Land zu einer Brücke in den Osten machen werde; daneben würde durch die deutsche Hilfe auch die Arbeitslosigkeit spürbar reduziert werden.<sup>151</sup> Julijan Revaj hatte inzwischen mit dem deutschen Propagandaministerium Kontakt aufgenommen und dort Interesse für sein Projekt eines 100 kW starken Senders in Chust gefunden, der in die Sowjetunion hineinstrahlen sollte. Das Propagandaministerium bat das AA und das OKW trotz der vereinbarten Zurückhaltung in karpatho-ukrainischen Fragen um die Unterstützung dieses Projekts.<sup>152</sup> Vermutlich hielt man die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion für akzeptabel. Weder die Ukrainer noch das Propagandaministerium erhielten vom AA im November eine direkte Absage.

Die deutschen Außenpolitiker blieben jedoch weiter vorsichtig. Die Polenpolitik stand bei allen Erwägungen im Vordergrund, und das Verhältnis zu Ungarn und der Tschecho-Slowakei war noch nicht geklärt. Die UdSSR erwähnte man nicht. Als das AA den ersten konkreten Unterstützungsvorschlag für Nationalukrainer formulierte, enthielt er einen Passus, in dem es hieß, man solle alle Leistungen über deutsche Vertrauensleute laufen lassen und keine »Piemont«-Propaganda betreiben, da diese naturgemäß gegen Polen und Rumänien gerichtet wäre.<sup>153</sup> Und auch die Gesandtschaft in Prag wurde angewiesen, sich in der karpatho-ukrainischen Frage bis auf weiteres Zurückhaltung aufzuerlegen. Staatssekretär von Weizsäcker versicherte dem italienischen Botschafter in Berlin Bernardo Attolico (1880-1942), Deutschland betreibe

<sup>149</sup> Bericht Ario, 9. 11. 1938, ebd., Bl. 71-73.

<sup>150</sup> Deutsche Gesandtschaft Prag (Hencke) an AA, 10. 11. 1938, ebd., Bl. 109-115.

<sup>151</sup> *Lidové Noviny* 15. 11. 1938, Bericht der Gesandtschaft Prag, 15. 11. 1938, PAAA, R 103415, nach Albert S. Kotowski, »Ukrainisches Piemont?« Die Karpatenukraine am Vorabend des Zweiten Weltkrieges«, *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 67-95, hier S. 85.

<sup>152</sup> Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda an AA, 13. 11. 1938, PAAA, Gesandtschaft Prag, 13. 11. 1938, nach Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 85. Von außen nahm man jedenfalls wahr, daß manche deutschen Stellen an den Ukrainern mehr als andere interessiert waren. Kennan schrieb im März 1939: »As far as can be judged from this end, it is only the German Propaganda Ministry and certain party circles that are really interested in Ruthenia. German economic circles have shown little enthusiasm and the Reichswehr authorities are said to be skeptical as to the value which the territory might have for Germany in a military sense« (George F. Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: George F. Kennan, *From Prague after Munich*. *Diplomatic Papers 1938-1940*. Princeton NJ 1968, S. 70).

<sup>153</sup> Kramer an Schliep, 31. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 67.

keine Ukraine-Politik.<sup>154</sup> Ein Konsulat werde es in Chust vorerst nicht geben, und auch die Diskussion um die Namensgebung (den Wechsel von »Podkarpatská Rus« zu »Karpatská Ukraina«) und die Gleichstellung mit der autonomen Slowakei solle Hencke meiden.<sup>155</sup> Diese Unschlüssigkeit war das sichtbarste Merkmal der deutschen Außenpolitik im November 1938.<sup>156</sup>

Auch die anderen deutschen Stellen wurden den Ukrainern gegenüber zurückhaltender. Um den 14. November 1938 wandten sich Nationalisten aus der Karpatho-Ukraine und vom PUN an den Beauftragten für Außenpolitische Fragen im Stab des Stellvertreters des Führers und wollten in Erfahrung bringen, wie sich Deutschland im Falle der Unabhängigkeitserklärung der Karpatho-Ukraine und eines Aufstands im polnischen Ostgalizien verhalten würde. Die Antwort war deutlich: In der Karpatho-Ukraine habe das tschechische Militär die Oberhand, außerdem würden sicherlich Polen und Ungarn eingreifen. Polen könne einen Aufstand in Galizien binnen dreier Tage »im Blut ersticken«. In beiden Fällen sehe Deutschland keine Möglichkeit eines Eingreifens.<sup>157</sup> Spätestens am 14. November 1938 hatte damit die OUN nicht »nur« vom AA, sondern von der obersten erreichbaren Parteistelle die Bestätigung, daß sie auf keine aktive deutsche Hilfe zu rechnen hatte. War dies der Auslöser dafür, daß im PUN die Entscheidung fiel, sich von nun an zurückzuhalten?

Die offizielle deutsche Politik hielt sich zunächst alle Verbindungen offen. Die Presseanweisung wurde verschärft; es sollte gar nicht mehr aus der Karpatho-Ukraine berichtet werden.<sup>158</sup> Dabei war nun tatsächlich »etwas los«: Polen und Ungarn waren zum Eingreifen bereit. Beiden Staaten war weder am Fortbestand einer tschecho-slowakischen noch an einer nationalukrainischen Karpatho-Ukraine gelegen. Da unter dem Eindruck der karpatho-ukrainischen Ereignisse die ukrainischen Nationalisten in Ostgalizien mutiger geworden waren und Demonstrationen und Sabotageakte begingen, entsann sich das polnische Militär seiner »Pazifizierungs«-Erfolge von 1930. Ob tatsächlich die polnische Polizei und die Grenztruppen jetzt schon gefangene Ukrainer jenseits der Grenze ermordeten, mag dahingestellt bleiben.<sup>159</sup> Aber am 19. Oktober 1938 hatte der Chef des Hauptstabs der Polnischen Armee Brigadegeneral Wacław Stachiewicz (1894-1973) den Befehl gegeben, Diversionshandlungen in der Karpatho-Ukraine vorzubereiten. Unter dem Decknamen »Akcja Łom«,

<sup>154</sup> Aktennotiz von Weizsäcker, 5. 11. 1938, PAAA, R 103415, nach Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 82.

<sup>155</sup> Woermann an Deutsche Gesandtschaft Prag, 19. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 153. – Der neue Name (hier in der tschechischen Form) wurde Anfang 1939 offiziell eingeführt.

<sup>156</sup> In diesem Lichte ist die sowjetische Behauptung zurückzuweisen, die Karpatho-Ukrainer hätten alle ihre politischen Handlungen »nach Anweisungen aus Berlin« unternommen. Prunycja etwa unterstellte Deutschland, im November 1938 bewußt Grenzzwischenfälle zwischen der Karpatho-Ukraine und ihren Nachbarn gefördert zu haben (Vgl. S. Ju. Prunycja, »Nosii zla i rozbratu«, S. 10).

<sup>157</sup> Beauftragter der NSDAP für außenpolitische Fragen beim Stab des Stellvertreters des Führers an AA, 14. 11. 1938, PAAA, R 103415, nach Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 86.

<sup>158</sup> Woermann an Deutsche Gesandtschaft Prag, 19. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 153.

<sup>159</sup> Die Information hierüber stammte aus einem Bericht aus dem Herbst 1939. Die damals entdeckten Leichen konnten aber auch aus den Exekutionen von Sič-Angehörigen aus dem März 1939 stammen (Vgl. Sowa, Stosunki, S. 65-66).

geführt von Major Feliks Ankerstein (1897-?), der seine ersten Erfahrungen in den Oberschlesischen Aufständen gesammelt und zuvor die Unruhen im Olza-Gebiet organisiert hatte, sprengten kleine Gruppen, dann auch größere sog. Partisaneneinheiten Brücken und zerstörten Leitungen, überfielen tschechische Posten und schürten Unruhe.<sup>160</sup> Die Aktion begann am 23. Oktober.<sup>161</sup> Vom 11. November an wurden sieben aus Freiwilligen bestehende Kompanien unter der Führung von Berufsoffizieren in Zivilkleidung aufgestellt.<sup>162</sup> Ausdrücklich wurde den polnischen Soldaten »Terror« gegen tschechische Gendarmen und »chauvinistische Beamte« gestattet.<sup>163</sup> Ungarn sollte eigentlich synchron eingreifen, man traf dort jedoch die Vorbereitungen sehr halbherzig, unternahm vom 10. November an nur kleinere Sabotageakte, beorderte die bereits an der neuen Grenze dislozierten Truppen zurück und beendete die gesamte Aktion am 23. November.<sup>164</sup> In Polen war man darüber alles andere als erfreut. Beck war der Meinung man habe wegen der »unehrlichen, feigen und ausweichenden Politik Kányas und Ungarns« und wegen der negativen Haltung Deutschlands die polnisch-ungarische Grenze »verspielt«.<sup>165</sup>

Am 15. November organisierte ein »Pressekomitee für den Kampf um die Polnisch-Ungarische Grenze« in Warschau mit Journalisten wie dem Konservativen Aleksander Bocheński (1904-2001), Anhängern der Nationaldemokratie (Karol

<sup>160</sup> Die Leitung lag bei der II. Abteilung des Hauptstabs der Polnischen Armee, dem »Aufklärungs- und Informationsdienst«, der der deutschen Abwehr vergleichbar war (Samuś u. a., *Akcja Łom*, S. 44, 54). Spannenderweise wurde ein polnisches Flugblatt in russischer Sprache verfaßt. Es hetzte die »Rusiny« gegen Prag auf, versprach den Einwohnern statt tschechischen Elends ungarischen »Weizen, Wein und Frieden« sowie ein Leben »im Reichtum« und »religiöse, wirtschaftliche und politische Freiheit« »im Glanz der Krone des Heiligen Stefan« (Flugblatt, 11. 10. 1938, AAN, Instytucje wojskowe 296/II-26, Bl. 72; zit. nach Samuś u. a., *Akcja Łom*, Dok. I, S. 63). Um Rumänien her einzuziehen, fabrizierten die Polen ein angeblich von der OUN verfaßtes Flugblatt, das besonders antirumänisch getextet war (Ebd., Dok. 14/15, S. 81-83). – Die Dokumentation dieser geheimen Handlungen befindet sich partiell im Archiv Neuer Akten in Warschau (AAN); ein großer Teil wurde von den Deutschen im Zweiten Weltkrieg in das Heeresarchiv nach Danzig-Oliva gebracht und gelangte mit anderen deutschen Trophäendokumenten in das heute dem Russländischen Militärarchiv angeschlossene Sonderarchiv nach Moskau. Die Überlieferung der Nationalukrainen bestätigte die Akten. Jevhen Stachiv berichtete in seinen Memoiren, daß er bei seinem konspirativen Übertritt in die Karpatho-Ukraine von tschechoslowakischen Grenzern angehalten worden sei. Diese Grenzer hätten versucht, polnische »Aufklärer« von willkommenen Ukrainern zu unterscheiden, die sich, wie er, der Karpatska Sič anschließen wollten (vgl. Stachiv, *Kriz' tjurmy*, S. 44-45).

<sup>161</sup> *Meldunek sytuacyjny nr. 1, 24. 10. 1938*, RGVA 461, I, 508, Bl. 83-85, nach Samuś u. a., *Akcja Łom*, Dok. 11, S. 77-79.

<sup>162</sup> *Befehl Oberst Ciastoń*, 8. 11. 1938, AAN, Instytucje wojskowe 296/II, Bd. 26, Bl. 76-82, nach ebd., Dok. 53, S. 141-147.

<sup>163</sup> Edmund Charaszkiewicz an Ankerstein, 8. 11. 1938, AAN, Instytucje wojskowe 296/II, Bd. 26, Bl. 94-95; nach ebd., S. 148-149. Die polnischen Unternehmungen wurden in der polnischen Historiographie nicht verschwiegen (Vgl. etwa Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 162-163) und von Deszczyński ausdrücklich als »Verstoß gegen die geltenden internationalen Verträge« charakterisiert (Marek Piotr Deszczyński, *Ostatni egzamin. Wojsko polskie wobec kryzysu czeskosłowackiego 1938-1939*. Warszawa 2003, S. 312-313).

<sup>164</sup> Dieses Bild ergibt sich aus den in Samuś u. a., *Akcja Łom*. Warszawa 1998, abgedruckten Dokumenten. Nach Deszczyński bis zum 25. November (Deszczyński, *Ostatni egzamin*, S. 311-312). Daß die Aktionen bis Mitte Januar 1939 angedauert haben sollen, wie Birčák schreibt, trifft demnach nicht zu (Vgl. Birčák, *Karpatska Ukraina*, S. 48).

<sup>165</sup> Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 358 (Einträge vom 18./22. 11. 1938); Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 172.



Stefan Frycz [1910-1942], Stanisław Piasecki [1900-1941]) und der Nationalradikalen (Olgierd Szpakowski [1912-1940]) eine öffentliche Versammlung, auf der die 500 Teilnehmer eine gemeinsame Grenze mit Ungarn forderten und dazu aufriefen, »eine polnische Armee in die Ruß« zu schicken.<sup>166</sup> Bis zum 20. November berichtete die polnische Presse über einen angeblichen »antitschechischen Aufstand« in der Karpatho-Ukraine.

Der bereits aus Galizien berichtende spätere deutsche Konsul in Lemberg Gebhard Seelos (1901-1984) hielt die Gerüchte um die polnische Intervention zur Vorspiegelung eines proungarischen Untergrunds für einen »ebenso merkwürdigen wie phantastischen« Plan<sup>167</sup>, und doch war das dahinter liegende Denken nicht anders als beim fingierten »Überfall auf den Sender Gleiwitz«, mit dem die Deutschen 1939 den Überfall auf Polen rechtfertigen wollten.

Die polnisch-ungarischen Pläne trafen auf ein unerwartetes Hindernis in Deutschland. Die Gespräche zwischen Lipski und von Ribbentrop am 24. Oktober waren ergebnislos geblieben. In diesen Gesprächen war es um die »Globallösung« gegangen (s. S. 838), und von Ribbentrop hatte für den Fall polnischer Kooperation vage eine mögliche Zustimmung zur polnisch-ungarischen Grenze in Aussicht gestellt. Da aber die polnischen Repräsentanten zögerten, diese Voraussetzungen zu erfüllen, ist es nicht abwegig, die Behinderung der ungarischen Aktionen durch Deutschland auch als ein Druckmittel auf Polen zu werten.<sup>168</sup> Andererseits ist ein Zeitplan, der Deutschland vor der Zerschlagung der »Rest-Tschechei« nicht involviert sehen wollte, ebensogut als Erklärung möglich. Da sich beide Aspekte nicht gegenseitig ausschlossen, kann auch von einem Doppelleffekt gesprochen werden.

In Budapest wandten sich ukrainische Nationalisten an den deutschen Gesandten Otto von Erdmannsdorff (1888-1978) mit der Bitte, Deutschland solle auf die ungarische Regierung einwirken, um die Propaganda für eine gemeinsame Grenze mit Polen zu stoppen.<sup>169</sup> Reichsverweser Horthy wiederum schilderte dem Gesandten die Lage in der Karpatho-Ukraine in schwärzesten Farben (»Seinerzeit aus der Ukraine vertriebene und in tschechische Armee eingestellte Truppen mit bolschewistischer Tendenz terrorisieren Bevölkerung.«) und kündigte an, im Falle von Unruhen (»falls etwa in Karpatho-Rußland Explosion erfolge«) werde Ungarn in die Karpatho-Ukraine einmarschieren. So also sollten die Aktionen wirken. Von Erdmannsdorff versuchte, Horthy einen Rückzieher dadurch schmackhaft zu machen, daß er die Karpatho-Ukraine als »Verbindungsstraße« »für die in Zukunft zu erwartende deutsche Betätigung in der Ukraine« wegen der »tiefen von Norden nach Süden laufenden Täler[.]« nicht für geeignet ansah.<sup>170</sup> Das AA bat, als es keine Reaktion gab, den deutschen Gesandten, Deutschlands »Bedenken« gegenüber Ungarns Plänen deutlicher

<sup>166</sup> Meldunek sytuacji, 15. 11. 1938, RGVA 461, 1, Bd. 514, Bl. 76, nach Samuś u. a., Akcja »Łom«, Dok. 86, S. 47, 199-200.

<sup>167</sup> Bericht 25. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2., Bl. 102.

<sup>168</sup> Vgl. Samuś u. a., Akcja »Łom«, S. 44-45; Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 456.

<sup>169</sup> Deutsche Gesandtschaft Budapest an AA, 11. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 58.

<sup>170</sup> Deutsche Gesandtschaft Budapest an AA, 15. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 118, S. 132.

vorzubringen. Das ungarische Vorgehen sei »nicht opportun«. Man werde Ungarn nicht gegen die Tschecho-Slowakei unterstützen.<sup>171</sup>

Als daraufhin die Ungarn versuchten, über Mussolini die Deutschen zu umgehen und erklärten, daß Deutschland »eine Aktion nicht grundsätzlich mißbillige, sondern lediglich Besorgnisse für Ungarn habe«, wurde von Ribbentrop deutlicher: »Der Führer sei der Auffassung, daß eine ungarische Besetzung der Karpatho-Ukraine eine Blamage für die Achsenmächte darstellen würde, deren Schiedsspruch Ungarn vor drei Wochen bedingungslos angenommen habe. Ungarn treibe ein leichtsinniges Spiel, falls es jetzt militärisch eingreife, [...] eventuell werde auch Deutschland zum Eingreifen genötigt sein.«<sup>172</sup>

Fast hätte es Ungarn geschafft, sich Italiens Unterstützung zu sichern: Man hatte Mussolini vorgetäuscht, Deutschland sei eingeweicht, und daraufhin seine Zusage bekommen, Ungarn Flugzeuge zur Verfügung zu stellen. Außenminister Ciano vermerkte in seinem Tagebuch, der Duce fühle sich mißbraucht, und er selber warf den Ungarn vor, sich »wie ein Balkanvolk« zu benehmen.<sup>173</sup>

In Berlin war man weiterhin an einer Anlehnung der Karpatho-Ukraine an die nunmehr föderierte Tschecho-Slowakei interessiert. Anfangs versuchte der ungarische Außenminister den Deutschen vorzutäuschen, er wisse nicht, »ob Bestreben Ungarischer Regierung, gewaltsame Lösung zu verhindern, Erfolg haben würde«.<sup>174</sup> Aber als die deutsche Wortwahl massiver geworden war – an die Stelle von »Bedenken« trat »deutliches Befremden«<sup>175</sup> – stellte die ungarische Seite, nachdem sich Außenminister Kányá »erregt« und der ungarische Gesandte in Berlin eine weitere Abfuhr erfahren hatte, die organisierten Zwischenfälle, die ein Eingreifen begründen sollten, und den Beginn der militärischen Intervention ein. Ausschlaggebend war also die Abhängigkeit von Deutschland.<sup>176</sup> Auf ungarischer

<sup>171</sup> AA (Woermann) an Deutsche Gesandtschaft Budapest, 18. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 156.

<sup>172</sup> Aufzeichnung von Ribbentrop über Telephonat mit dem italienischen Botschafter Attolico, 20. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 128, S. 138-139. Von Ribbentrop bestätigte dies in der Unterredung mit dem ungarischen Außenminister noch im Januar 1939: »Zur Zeit wollten wir aber aus den verschiedensten Gründen Ruhe und darum hätten wir uns gegen eine isolierte karpatho-ukrainische Aktion wenden müssen.« (Aufzeichnung des Reichsaußenministers, Besprechung mit dem ungarischen Außenminister Graf Csáky, 16. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 273, S. 306-309, hier S. 307). Lipski riet Beck am 9. November 1938, wegen des drohenden Verlusts für Deutschland nach dem Wiener Schiedsspruch die Propaganda etwas zu ändern, da ein Beharren auf der polnisch-ungarischen Grenze die ethnische Argumentation verlassen würde. Stattdessen solle man sich pragmatischer der internen Lage der Karpatho-Ukraine bedienen und darauf rechnen, daß auch Rumänien an einer weiteren ukrainisch-nationalen Entwicklung keinen Gefallen finden würde (Vgl. Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 460). Dem polnischen Außenminister Beck, den man ja für gemeinsame Aktionen gewinnen wollte, erklärte Hitler die deutsche Haltung im November 1938 damit, daß Deutschland nicht genügend Soldaten unter Waffen gehabt habe und eine Mobilisierung die Westmächte auf den Plan gerufen hätte (Aufzeichnung des Gesandten Schmidt/Büro Reichsaußenminister, Aufzeichnung über die Unterredung Hitler – Beck, 5. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 119, S. 127-132, hier S. 130).

<sup>173</sup> Vgl. Stercho, Diplomacy, S. 304. Bestätigt wurde das von Attolico gegenüber Lipski, vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 359 (Eintrag vom 22. 11. 1938).

<sup>174</sup> Deutsche Gesandtschaft Budapest an AA, 19. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 127, S. 138.

<sup>175</sup> Von Ribbentrop an von Erdmannsdorff, Note an die Ungarische Regierung, 21. 11. 1938 (Note datiert auf den 20. 11. 1938), ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 132, S. 141-143.

<sup>176</sup> Telegramm Deutscher Gesandter Budapest an AA, 21. 11. 1938, Aufzeichnung Woermann, 21. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 133-134, S. 143-144; Telegramm Deutsche Gesandtschaft Prag

Seite war fast alles mißglückt. Die proungarische Propaganda wurde von den Tschechen unterbunden, Brodij saß in Prag im Gefängnis, Fencyk war nach Budapest geflohen. Die wenigen Sabotageakte der Ungarn blieben fast unbemerkt, aber auch die Aktionen der Polen im dünn besiedelten Norden der Karpatho-Ukraine zeigten keine größere Wirkung. Daß die ungarischen Truppen zurückgezogen wurden, kann, selbst Sterco räumte dies unumwunden ein, als Ergebnis der deutschen Intervention gelten.<sup>177</sup>

Hatten sich bisher die deutsch-polnischen Kontakte zu ukrainischen Fragen gespielt zufällig ergeben, so kam es nun zu einem direkten Meinungsaustausch. Der Leiter der Ostabteilung des polnischen Außenministeriums Tadeusz Kobylański sprach am 17. November 1938 beim Frühstück mit dem deutschen Diplomaten Rudolf von Scheliha (1897-1942) über die Karpatho-Ukraine. Kobylański war über den zunehmenden deutschen Einfluß in der Karpatho-Ukraine nicht erfreut. Er sah in ihm eine Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen und warf den Deutschen vor, keine Rücksicht auf Polen zu nehmen. Man könnte sich gar gezwungen sehen, die Beziehungen zur Sowjetunion und den Westmächten zu verbessern. Polen sei keineswegs bereit, jemals auf seine ukrainischen Gebiete zu verzichten, könne sich aber vorstellen, sich mit Deutschland »über dessen Interessen an einer Erschließung der Sowjetukraine zu verständigen«. Dieses Angebot verknüpfte Kobylański mit der Mitteilung, in Galizien bilde Polen bereits den »Führernachwuchs« für die Sowjetukraine aus.

Diese Bemerkung ist in doppelter Hinsicht bedeutsam: Bisher hatte Deutschland um den »Juniorpartner« Polen mit dessen ukrainischen Interessen geworben. Nun ging es in umgekehrter Richtung. Die »Globallösung« wurde von Polen taktisch aufgenommen. Kobylański schlug dem Reich eine Zusammenarbeit gegen die Sowjetukraine vor, um es von der Karpatho-Ukraine abzulenken. In bezug auf die Bewohner der Karpatho-Ukraine bediente sich der polnische Diplomat der gleichen Argumentation, die schon das kaiserliche Deutschland gegen Polen eingesetzt hatte: Die Einwohner dieser Region seien gar keine Ukrainer, sondern »autochthone Bergbewohner«, die man mit den Ukrainern nur aus politischen Gründen zusammenfasse.

Kobylański schrieb die deutsche Politik der Berichterstattung Carl Arios zu, und er versuchte, ihn mit einem Argument zu desavouieren, das für Polen wie deutsche Nationalsozialisten gleich überzeugend schien: Ario habe auf ihn einen »ungünstigen Eindruck« gemacht und das hänge auch damit zusammen, daß Ario »Halbjude« sei. Sollte sich Deutschland wirklich von so jemandem leiten lassen oder nicht lieber Polen und Ungarn ihre Verbindung gönnen und dann gemeinsam mit Polen gegen die Sowjetukraine marschieren?

Weiter sagte Kobylański, Polen sei bereit daran mitzuwirken, daß Deutschland seine Interessensphäre auf die Sowjetukraine ausdehne. Dies werde jedoch gefährdet, wenn sich Deutschland in der Karpatho-Ukraine engagiere, denn dann werde es Polen zum Gegner haben. Eine deutsche Ukraine-Politik gegen die Sowjetunion und

an AA, 24.11.1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 259. – Horthy erklärte von Erdmannsdorff, »er glaube, Lebensunfähigkeit des Restes von Karpatho-Rußland werde sich mit der Zeit von selbst erweisen« (von Erdmannsdorff an AA, 24. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 139, S. 150-151). Der polnische Gesandte in Budapest Leon Orłowski vermittelte den Eindruck, die Ungarn seien durch die deutsche Reaktion »erschreckt« (Diariusz i teki, Bd. 4, S. 367 [Eintrag vom 29. 11. 1938]).

<sup>177</sup> Vgl. Stercho, Diplomacy, S. 315.

Polen sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.<sup>178</sup> Der deutsche Botschafter nahm das »Frühstücksgespräch« mit von Scheliha durchaus ernst: Am 18. November 1933 berichtete er: Wenn die Zeit dafür gekommen sein werde, werde Polen sich wie bei der gemeinsamen Amputation der Tschechoslowakei im Oktober 1938 mit Deutschland auch »über dessen Interessen an einer Erschließung der Sowjetukraine [...] verständigen«.<sup>179</sup>

Stanisław Żerko überlegte, ob Kobylański auf eigene Faust oder als Repräsentant einer kleinen deutschfreundlichen Gruppe agiert haben könnte.<sup>180</sup> Robert Potocki hielt die Befürchtungen Kobylańskis, Deutschland könne seine »ukrainische Karte« gegen Polen ausspielen, für den Grund des Gesprächs.<sup>181</sup> Albert Kotowski nimmt an, Polen habe »nur ein politisches Spiel« getrieben.<sup>182</sup> Wir sind nicht Kotowskis Ansicht. Papée und Pruszyński hatten Beck und Szembek die Stichworte geliefert, die Kobylański hier als Repräsentant der polnischen Außenpolitik einsetzte. Es gab in den Gesprächen keine polnischen Zugeständnisse in bezug auf Danzig und den Korridor, folglich verlor Polen nichts, wenn es sich nun einer deutschen Zusammenarbeit versicherte. Die »Verständigung« mit Deutschland und der Hinweis auf die Zession Teschens im Kontext der Sudetenregelung belegten, daß die Phantasie in Polen ausreichte, sich auch eine deutsch-polnische Aktion gegen die UdSSR vorzustellen. Allein konnte das Polen nie – mit Deutschland zusammen aber vielleicht doch. In bezug auf die Karpatho-Ukraine waren die Polen dabei sogar schließlich erfolgreich. Żerko nimmt an, daß Kobylański einen Nerv der deutschen Politik getroffen haben könnte:

»Er kam nicht auf den Gedanken, daß Hitler sich heiß wünschte, Polen möge nicht nur die Rolle eines Verbündeten in diesem Krieg [gegen die Sowjetunion] akzeptieren, sondern seine Politik auch ganz und auf Dauer dem mächtigeren Partner, den das Dritte Reich darstellte, unterordnen.«<sup>183</sup>

Möglicherweise beeinflusste dieses Gespräch die deutsche Politik gegenüber Polen mehr als diejenigen annehmen, die das Angebot der »Globallösung« nur für einen deutschen Trick halten. Oder war alles nur eine Falle? Neuerdings halten russische Forscher Kobylański für einen sowjetischen Agenten, dann könnte es auch um ein anderes Ausloten von Möglichkeiten gehen.<sup>184</sup>

Als der deutsche Gesandte in Ungarn es ablehnte, eine Annexion der Karpatho-Ukraine durch Ungarn zu befürworten, und sich auf die »Würde des Schiedsspruchs« hinausredete, agierte in Polen nicht nur Kobylański. Auch Außenminister Beck kritisierte heuchlerisch Ungarn. Von Moltke gegenüber sprach er den Wunsch aus, die

<sup>178</sup> Deutsche Botschaft Warschau (von Scheliha) an AA, 18. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 269-274.

<sup>179</sup> Botschaft Warschau an AA, 18. 11. 1938, PAAA, R 103415, nach Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 87.

<sup>180</sup> Vgl. Żerko, Stosunki, S. 141.

<sup>181</sup> Vgl. Potocki, Polityka, S. 199. – Die von Żerko und Potocki angestellten Überlegungen, ob von Scheliha, das spätere Mitglied der »Roten Kapelle«, und Kobylański aus Überzeugung oder durch Erpressung wegen Schulden und homosexueller Neigungen, sowjetische Agenten waren, sind hier zunächst nicht von Bedeutung (Vgl. Żerko, Stosunki, S. 140; Potocki, Polityka, S. 200-201).

<sup>182</sup> Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 87.

<sup>183</sup> Żerko, Stosunki, S. 141.

<sup>184</sup> Aleksandr A. Papčinskij/Michaïl A. Tumšis, Ščit, raskolotyj mečom. Moskva 2001.

Ukrainer möchten die deutsch-polnischen Beziehungen nicht stören. Und der deutsche Botschafter erwiderte im Namen von Ribbentrops, daß gute deutsch-polnische Beziehungen für das Reich von größter Bedeutung und alle Gerüchte über ukrainische Pläne grundlos seien.<sup>185</sup>

Das war kein politisches »Spiel« (Kotowski), sondern (nimmt man keine sowjetische Provokation an) ein Ausloten des Handlungsspielraums. Welche Bedeutung man in Polen dieser Frage beimäß, sieht man daran, daß man sich am 23. November noch überlegte, ob die karpatho-ukrainische Aktion nicht auch ohne die Ungarn weitergeführt werden könnte. Das Militär fürchtete nämlich, »die heute bestehenden proungarischen Stimmungen der örtlichen Bevölkerung könn[en] in der Zwischenzeit schwächer werden«. Man überlegte, ob man nicht die Russophilen stärken könnte, um »die Stimmungen zu eigenen Zielen zu nutzen«. Dazu sollten ein »karpato-ruthenisches« (karpatoruska) Nationalbewußtsein der Einheimischen unterstützt und die Aktionen gegen die Tschechen fortgesetzt werden.<sup>186</sup> Aber der Plan erschien offenbar zu verwegen und wurde nicht weiterverfolgt. Polen brach am 24. November sein Unternehmen ab.<sup>187</sup>

Am 28. April 1939 behauptete Hitler im Reichstag, der rumänische König Carol II. (1893-1953) habe ihm bei seinem Besuch auf dem Obersalzberg am 24. November den Wunsch vorgetragen, »über die Ukraine und Slowakei vielleicht einen direkten Weg nach Deutschland erhalten zu können«, was er aber schon damals abgelehnt habe, weil »es nicht die Aufgabe Deutschlands sein konnte, sich auf die Dauer einer Entwicklung zu widersetzen oder gar für einen Zustand zu kämpfen, für den wir niemals eine Verantwortung hätten übernehmen können«. <sup>188</sup> Diese Aussage ex post ist einer der Belege mit dem ukrainische Verfasser später behaupteten, Deutschland habe bereits im November 1938 die ungarisch-polnische Partei gegen die Ukrainer ergriffen. So einfach war das jedoch nicht. Die deutsche Führung hatte erst begonnen, ihre Optionen abzuschätzen und war weiterhin unschlüssig.<sup>189</sup>

Roos nahm an, Hitler habe Ungarn für dessen fehlende Unterstützung während der Sudetenkrise bestrafen wollen, als er es an der raschen Annexion der Karpatho-Ukrai-

<sup>185</sup> Deutsche Botschaft Warschau an AA, 22. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 238-240; vgl. auch Žerko, Stosunki, S. 152.

<sup>186</sup> »Projekt planu dywersyjnego na Rusi Podkarpaciej«, undat., nach dem 23. 11. 1938, RGVA 461, 1, Bd. 508, Bl. 80-82, nach Samuś u. a., Akcja »Łom«, Dok. 112, S. 236-240.

<sup>187</sup> Vgl. Marian Zgórnjak, »Ukraina Zakarpacka 1938-1939«, in: Michał Pułaski (Hg.), *Ukraińska Myśl Polityczna w XX wieku*. Kraków 1993, S. 155-162, hier S.158. Der Befehl dazu erging am 24. 11. telephonisch, am 25. 11. schriftlich. Vom 28. bis zum 30. 11. wurden die Trupps demobilisiert (Malski [Felix Ankerstein], »Sprawozdanie«, 10. 12. 1938, RGVA 461, 1, Bd. 511, Bl. 62-64 nach Samuś u. a., Akcja »Łom«, S. 48, 56, Dok. 120, S. 257-261.

<sup>188</sup> Adolf Hitler, Reichstagsrede vom 28. 4. 1939, zit. nach Hans Volz (Hg.), *Das Werden des Reiches 1939*, Berlin 1940, S. 147-148 (= Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 7, Teil 1).

<sup>189</sup> Im Gespräch mit von Moltke am 14. Dezember 1938 hörte Beck zu seiner Zufriedenheit, daß die Deutschen von der Karpatho-Ukraine aus keine antipolnische Politik führen wollten (von mehr war nicht die Rede), und der deutsche Botschafter ließ sich zusichern, Polen habe nicht vor, eine »Barrage« gegen die »natürliche Expansion Deutschlands in den Donaauraum« zu errichten (Aufzeichnung von Moltke, 15. 12. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 113; S. 120-121; vgl. Žerko, Stosunki, S. 167). Auch beim Besuch Hans Franks in Warschau am 16. Dezember 1938 sprach Vizeaußenminister Jan Szembek die deutsche Ukraine-Propaganda an, woraufhin Frank dies als »Kleinigkeit« abtat, die es nicht wert sei, die deutsch-polnischen Beziehungen zu belasten – aber auch keineswegs Besserung gelobte (Vgl. ebd., S. 171-172).

ne hinderte.<sup>190</sup> Aber das wäre sehr logisch gedacht und berücksichtigte nicht die Dynamik der Tagespolitik und das spätere Bestreben, das jeweilige Verhalten im Nachhinein rational und vorbedacht erscheinen zu lassen. Wir sind der Meinung, daß die faktischen Entscheidungen weitaus weniger durchdacht waren und daß man sich auf deutscher Seite sehr lange nicht endgültig klar war, wie man mit dem karpatho-ukrainischen Komplex am besten umgehen solle.

In Deutschland wußte man von Legationssekretär Hofmann, der am 28. November aus Chust nach Prag zurückgekommen war, daß es in der Karpatho-Ukraine »Überfälle polnischer Terroristen an [der] Nordgrenze, die noch andauern«, gab und daß die ungarischen Truppen inzwischen »in rückläufiger Bewegung« waren. Hofmann hatte Positives zu berichten:

»Stimmung ist bei ukrainisch bewußter Bevölkerung gut, sie erblickt in Deutschland mächtigen Freund, der ihr bei Lösung innerstaatlicher Probleme behilflich sein wird.«

Dagegen habe die Sympathie für Ungarn abgenommen. Die tschechischen Militärs und die Ukrainer hätten die Gebietsverluste durch den Schiedsspruch gut bewältigt, sie sicherten die Versorgung und hätten bisher auch eine Teuerung vermieden. »Gesamturteil: Karpatho-Ukraine lebensfähig besonders bei auswärtiger Hilfe am Ausbau«, faßten Hofmann und Hencke den Bericht zusammen.<sup>191</sup>

Über die Abwehr wußten die Deutschen, daß die »Terroristen« polnische Unterstützung genossen, da Polen fast seinen ganzen Südosten mobilisiert und zusätzliche Truppen aus dem Landesinneren dorthin geworfen hatte.<sup>192</sup> Deutschland hatte sich aber noch nicht politisch entschieden und war daher daran interessiert, Polen und Ungarn von unerwünschten faits accomplis abzuhalten.<sup>193</sup>

Hencke konnte bald berichten, daß die »Gefahr« der verfrühten Involvierung Deutschlands beseitigt sei. Prag bleibe bei dem alten Namen (in der deutschen Wiedergabe »Karpatho-Rußland«) für das Gebiet, um die Beziehungen zu Polen nicht zu komplizieren (die autoritäre Tschecho-Slowakei nahm auf sowjetische Wünsche keine Rücksicht mehr). Revaj wolle zu Wirtschaftsverhandlungen nach Deutschland kommen, was Hencke vorerst mit dem Hinweis auf aktuelle Belastungen der deutschen Regierung verhindert habe. Das AA hatte aber keine Bedenken gegen einen Besuch, wenn man sich mit dem Außenminister František Chvalkovský (1885-1945) über die weiteren Schritte geeinigt haben würde, so daß also von dem deutschen Wankelmut noch nichts zu den Ukrainern durchdrang.<sup>194</sup>

Nach Ladislav Suško soll Andrij Makarenko, den er einen »deutschen Agenten« nennt, diesen Besuch vorbereitet haben.<sup>195</sup> Das ist auf den ersten Blick skurril, denn

<sup>190</sup> Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 361. – Roos stützte sich dabei auf eine Bemerkung Hitlers gegenüber dem slowakischen Politiker Vojtěch Tuka (1880-1946) vom 12. Februar 1939. Er führte allerdings auch Schriftsätze deutscher Militärs und Politiker an, die sich gegen eine polnisch-ungarische Grenze ausgesprochen hatten.

<sup>191</sup> Deutscher Geschäftsträger Prag (Hencke) an AA, 28. 11. 1938, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 140, S. 151-152.

<sup>192</sup> Vgl. Zgórnjak, »Ukraina Zakarpačka 1938-1939«, S. 159.

<sup>193</sup> Vgl. Andor Hencke, Augenzeuge einer Tragödie. München 1977, S. 236-237.

<sup>194</sup> Telegramm Hencke an AA, 20. 11. 1938, AA an Hencke, 24. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 181-183.

<sup>195</sup> Vgl. Suško, »Nemecká Politiká«, S. 187.

Makarenko war normalerweise selber froh, wenn irgendjemand bereit war, ihn zu empfangen. Aber diesmal stimmte es tatsächlich fast. Makarenko war im November 1938 in Berlin. Hencke hatte seinen Besuch vermittelt und behauptet, die ukrainischen Politiker ständen unter Makarenkos Leitung, was nun überhaupt nicht zutraf, vermutlich hatte er aber Andrij Makarenko mit Pavlo Makarenko verwechselt. Schliep korrigierte dies denn auch: Er attestierte Andrij Makarenko zwar gute Beziehungen zur Prager Regierung, jedoch keine bedeutende Anhängerschaft. Er vermerkte auch, Makarenko werde auf die Bitte Meißners hin durch das AA »laufend aus amtlichen Mitteln unterstützt«.<sup>196</sup> Deutsche Stellen hielten die ihr von Makarenko angeordneten Informationen, nachdem die Biberstein-Exposés (die allerdings wohl nicht von Makarenko stammten) jahrelang nur Hohn geerntet hatten, nun für wertvoll.<sup>197</sup> In einer längeren Denkschrift beschrieb Makarenko verschiedene Investitionsprojekte in der Karpatho-Ukraine. Die Ausbeutung von Bodenschätzen und Industrialisierungsmöglichkeiten standen für den gelernten Ingenieur im Vordergrund.<sup>198</sup>

Am 25. November besuchte Makarenko in der Reichshauptstadt zunächst seinen Gönner Meißner in der Präsidialkanzlei. Der meinte, ihn im AA einführen zu müssen, und leitete Schliep ein Schreiben zu, in dem Makarenko zum »Führer der Ukrainischen Gesamtbewegung« stilisiert und ausdrücklich empfohlen wurde. Meißner wies auf die Bekanntschaft aus dem Frühjahr 1919 hin und schrieb, Makarenko sei damals wie heute »unabhängig«, aber »ökonomisch und politisch« an Deutschland angelehnt. Damals habe er durch die Hilfe beim Rücktransport deutscher Truppen und dem Versand von Nahrungsmitteln große Hilfe geleistet, und nun sei »die Karpatho-Ukraine« bereit, ihre Bodenschätze in Anlehnung an Deutschland auszubeuten. Das Bodenschätze-Argument war schon während des Ersten Weltkriegs von Nationalukrainern eingesetzt worden, um die deutsche Politik für die Ukraine zu interessieren. Es traf 1938 auf denselben fruchtbaren Boden. Ebenso wenig wie damals Jevhen Levyčkyj hatte Andrij Makarenko eine Ermächtigung, die Reichtümer der Ukraine den Deutschen anzubieten. Aber auch die Gier war ebenso groß wie damals. Dieselben Stellen, die Makarenko zwar finanziert, aber seine politischen Stellungnahmen jahrelang abgetan hatten, »schluckten« seine neuerliche »Wichtigkeit«. Es gelang Makarenko, seinen Gesprächspartnern weiszumachen, er sei der »maßgebende[...] Mann« für Vološyn und in die karpatho-ukrainische Regierung sei er bloß deswegen nicht eingetreten, »weil er sich für die großukrainische Bewegung freihalten will«. Das Interesse an Makarenko war neu geweckt. Am 26. November empfingen ihn Schliep und Altenburg und danach auch Wilhelm Keppler (1882-1960), der für die Wirtschaftsbeziehungen zuständige Staatssekretär im AA und persönliche Berater Görings.<sup>199</sup>

Dieser Empfang war besonders wichtig. Das wirtschaftliche Interesse an der Karpatho-Ukraine war nämlich nicht »eingefroren« worden. Das AA überlegte, wie das nach dem Schiedsspruch verbliebene »Restgebiet« der Karpatho-Ukraine ökonomisch zu stützen und für Deutschland zu nutzen sei. In Zusammenarbeit mit der

<sup>196</sup> Deutsche Gesandtschaft Prag an AA, 18. 10. 1938; Schliep an Heinburg, 19. 10. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 24-26.

<sup>197</sup> Kolportiert in Schliep an Heinburg, 19. 10. 1938, ebd., Bl. 26

<sup>198</sup> Makarenko, Denkschrift zur Karpatho-Ukraine, 10. 11. 1938, ebd., Bl. 119-128.

<sup>199</sup> Präsidialkanzlei an Schliep, 25. 11. 1938, mit zusätzlichen Vermerken, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2., Bl. 12-15.

Volksdeutschen Mittelstelle wollte man sich engagieren – hielt sich jedoch die Hintertür offen, das Gebiet als »Kompensationsobjekt für andere polnisch-deutsche Fragen« einzusetzen.<sup>200</sup>

Makarenko war aber nicht der einzige Besucher in Berlin. Bereits am 10. November 1938 hatte Peter Kleist (1904-1971) eine Nationalistendelegation aus der Karpatho-Ukraine empfangen, deren Besuch Volodymyr Stachiv vermittelt hatte, der nach Jarys Umzug nach Wien zum Leiter des Ukrainischen Pressedienstes in Berlin avanciert war.<sup>201</sup> Kleist wurde 1938 für die Sowjetunion zuständiger Hauptreferent in der Dienststelle Ribbentrop, die als eine Art außenpolitischer Brain trust auch noch tätig blieb, als von Ribbentrop Außenminister geworden war. Julijan Chymyneć, der schon die erste Denkschrift an Hitler unterzeichnet hatte, erklärte zusammen mit Mychajlo Husar und Mychajlo Mušynskyj, sie sprächen für eine an Italien orientierte politische Richtung und besäßen größtes »Vertrauen in Deutschlands Stärke und Einsatzbereitschaft«. In seinem Kommentar hielt Kleist fest, daß seine Gesprächspartner sich an Deutschland in einer Weise anlehnen wollten, die »weit über das Maß der Realitäten hinausgeht«. Er interpretierte die Forderungen der Ukrainer in der Tschecho-Slowakei dann auch als Ergebnis des Gefühls, von Deutschland gestützt zu werden.

Kleists eigene Position schien sehr ausgewogen. Er eröffnete seinen Gesprächspartnern, Deutschland wolle die Ukrainer der Karpatho-Ukraine erst auf ihre Eignung »als staatsbildender Faktor prüfen«, bevor mit einem größeren deutschen Einsatz zu rechnen sei. Wir wollen hier nicht erörtern, ob in diesem Satz eine ideologische Hürde aufgezeigt wurde, Ostslaven als »Staatsvölker« zu akzeptieren. Man könnte auch einen pragmatischen Versuch annehmen, allzu große Erwartungen der Besucher zu dämpfen. Immerhin machte Kleist deutlich, daß Deutschland die ukrainischen Nationalisten **nicht** gegen die Tschecho-Slowakei unterstützen würde. Im Gegenteil riet er seinen Besuchern, mit dem föderierten Gesamtstaat zusammenzuarbeiten. Damit folgte er der deutschen Sprachregelung. Kleist weiter: In einen innerstaatlichen Streit würden Polen und Ungarn eingreifen und die Oberhand behalten. Daran könnten die Nationalukrainer kein Interesse haben. Er wies alle Vermutungen zurück, Deutschland werde einen koordinierten Aufstand in der Westukraine (Galizien) unterstützen. Auch hier meinte er, daß Polen einen solchen Aufstand innerhalb dreier Tage niederschlagen könne. Stattdessen schlug er vor, die autonome Regierung nach dem deutschen Vorbild von 1933 »im nationalen Sinne« umzubilden und ansonsten die weitere Entwicklung abzuwarten.<sup>202</sup>

Bei diesem Lavieren sollte man nicht übersehen, daß tatsächlich noch niemand wußte, wie die Option der »Globallösung« mit Polen ausgehen würde. Aus dem Vorschlag läßt sich jedoch ableiten, daß auch der Bestand einer föderierten, autoritären, »im nationalen Sinne umgebildeten« Tschecho-Slowakei neben einem polnischen Vasallen möglich erschien.

Das Außenpolitische Amt der NSDAP stand anders als AA und die Dienststelle Ribbentrop der »Piemonte«-Idee nicht so fern. Die Leibbrandt-Gruppe wollte das

<sup>200</sup> Von Bismarck, »Augenblicklicher Stand der karpatho-ukrainischen Frage«, 12. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1, Bl. 82-85.

<sup>201</sup> Stachiv, Kriz' tjury, S. 52.

<sup>202</sup> Aktennotiz Kleist, 10. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1, Bl. 161-162. – Interessanterweise spart Chymyneć in seinem Erinnerungsband diesen unerfreulichen Besuch aus.



Land mit deutschem Kapital ausbauen. Die »einheitliche Front aller ukrainischen Parteien«, eine intensive Propaganda »nach deutschem Muster«, eine ukrainische »vorbildliche Polizei«, ein am deutschen Vorbild ausgerichtetes Heer, daneben eine »politische Armee« nach dem Beispiel von SA und SS, Chust als Standort eines »Antikominternsenders« und als Zielort einer täglichen Flugverbindung aus Berlin – moderner und »NS-ähnlicher« konnte man eigentlich nicht planen. Die Karpatho-Ukraine sollte für das ApA eine unabhängige »Insel« ohne Anlehnung an die Tschecho-Slowakei oder einen anderen Nachbarstaat sein. Leibbrandt schwebte also vor, auf die ukrainische Karte zu setzen.<sup>203</sup>

Das Gauschulungsamt Graz der Partei berichtete Leibbrandt Ende November, daß dort 15 deutsche und 26 ukrainische Studenten eine Arbeitsgemeinschaft gebildet hätten, deren »unausgesprochene Aufgabe« es sei, Menschen auszubilden, »die in Fragen der Ostpolitik eingesetzt werden können«. Der Verkehr mit Ukrainern sei dazu eine »gute praktische Ausbildung«. Leibbrandt sagte Unterstützung durch Literatur zu.<sup>204</sup> Auch in Danzig kooperierten deutsche und ukrainische Studenten nun ganz offen: Studentenfürher Blume aus Berlin sprach am 1. Dezember 1938 vor der *Osnova* von der Interessenidentität des nach Osten ausgreifenden »Großdeutschland« und der Ukrainer, die nun ihren eigenen souveränen Staat aufbauten. Deutschland unterstütze die Karpatho-Ukraine durch 1200 Arbeiter, die zum Autobahnbau dorthin geschickt worden seien – diese Zahl solle bis zum Frühjahr auf 3000 erhöht werden. Für die OUN erwiderte Semčyšyn, die Ukrainer wollten den Nationalsozialismus studieren und ihre Beziehungen zu den Deutschen enger gestalten. Otto Martin Vogel verkündete für das Außenamt der deutschen Studenten, die Ziele des Nationalsozialismus und der ukrainischen Nationalbewegung hätten sich einander genähert und die Ukraine würde in Deutschland auch in kritischen Momenten Freunde finden.<sup>205</sup>

Als Broszat 1967 schrieb, die ukrainische Agitation sei »eine von Hitler anscheinend mehr versuchsweise geduldete als zielstrebig verfolgte Aktionsrichtung« gewesen, hatte er also wohl recht, wenn man einmal davon absieht, daß Hitler selber keine eindeutigen Direktive hierzu gegeben hatte.<sup>206</sup> In einigen Milieus des NS-Staates arbeitete man an einem gemeinsamen Vorgehen.

In Polen erkannte man die negativen Effekte der bisherigen Entwicklung. Die polnische Terroraktion vom Oktober/November 1938 war nicht unbemerkt geblieben. Aber nicht nur polnisches Militär war in die Karpatho-Ukraine gezogen. Von der OUN mobilisiert, überquerten immer mehr ukrainische junge Männer die Grenze, um sich der *Karpatska Sič* anzuschließen.<sup>207</sup> Auch wenn sich Deutschland bisher nicht klar geäußert hatte, nahmen die Ukrainer an, daß sie mit deutscher Unterstützung rechnen konnten. Daß Deutschland Ende November Polen und Ungarn »zurückge-

<sup>203</sup> ApA, »Aufzeichnung über politische Interessen an der Karpatho-Ukraine«, 15. 11. 1938, IfZ, Akten der NSDAP, Mikrofilm 48, Bd. 2.

<sup>204</sup> NSDAP Graz, Gauschulungsamt an Leibbrandt, 30. 11. 1938; Leibbrandt an NSDAP Graz, 17. 12. 1938, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 213-214.

<sup>205</sup> Poln. Generalkommissar Danzig an Poln. Außenministerium, 9. 12. 1938, AAN, MSZ Berlin 3678, Bl. 340-343.

<sup>206</sup> Martin Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, *Bohemia* 8 (1967), S. 253-280, hier S. 257.

<sup>207</sup> Vgl. Zgórnjak, »Ukraina Zakarpacka 1938-1939«, S. 159.

pfiffen« hatte, war nicht bekannt, aber wer hätte es sonst gewesen sein sollen? Der polnische Geheimdienst notierte, daß in Chełm (angebliche) deutsche Pläne, eine karpatho-ukrainische Autonomie zu unterstützen von der »ukrainischen Intelligenz« enthusiastisch begrüßt worden seien. Ein Sava Marčuk agitierte dort zugunsten Deutschlands und Hitlers.<sup>208</sup> Das der OUN nahestehende Blatt *Holos* in Lemberg schrieb, daß Deutsche und Ukrainer als »junge Völker« natürliche Verbündete seien, die über eine Kriegskameradschaft zusammenkommen müßten.<sup>209</sup> Man konnte den Eindruck gewinnen, Deutschland habe sich auf die Seite des ukrainischen Nationalismus in der Karpatho-Ukraine gestellt.

Im November 1938 war Smal'-Stočkyj wieder in Berlin – und auch er wurde von Peter Kleist in der Dienststelle Ribbentrop empfangen. Die Doppelspiele, die der ehemalige ukrainische Diplomat hier vorführte, waren schon rasant. Nun versuchte er den Eindruck zu erwecken, Polen sei zu inaktiv gegenüber der Sowjetunion, weshalb er für die UNR auf der Suche nach einer neuen, engeren Bindung an Deutschland sei.<sup>210</sup> Dazu wollte er eine Verbindung zum ApA aufzubauen, was aber nicht glückte.<sup>211</sup> Zur Karpatho-Ukraine-Politik konnte Smal'-Stočkyj nichts beitragen, aber seine weitergehende Planung klang verwegen: Das Verhältnis seiner UNR zu Polen sei für ihn das gleiche, wie Deutschlands Zusammengehen mit Polen seit 1934, also ein befristetes Zweckbündnis. Er habe auch Verständnis dafür, daß Deutschland im konspirativen Rahmen mit der OUN (»mit der antipolnischen terroristischen Organisation in Polen«) kooperieren müsse. Für die Außenpolitik entwarf er jedoch ein anderes Szenario: Im Falle eines Umsturzes in der Sowjetunion würde die UNR mit Polen gegen Kiew ziehen, um anschließend mit der Hilfe Deutschlands die polnische Bevormundung abzuwerfen. Und Deutschland täte gut daran, die UNR zu unterstützen, weil sie die »letzte legale Regierung« der Ukraine sei und mit dem UNDO über eine große staatstragende Partei verfüge.<sup>212</sup>

Bedarf es der Erwähnung, daß Smal'-Stočkyj im Gespräch mit dem polnischen Botschafter Lipski<sup>213</sup> und, zurück in Warschau, mit Vizeaußenminister Szembek seine Pläne diskret verschwiege?<sup>214</sup> Stattdessen wußte er vom wachsenden Willen der führenden NS-Politiker zu berichten, nicht nur den Bolschewismus als jüdische »Ex-

<sup>208</sup> Starostwo Powiatowe Chełm, Bulletin 20/14. 12. 1938, APL, UWL, WSP, 1526, Bl. 85-87). – In Deutschland trafen auch unmittelbar aus Polen Hitler-Huldigungen ein; so schrieb ein Mychajlo Pryslak aus Berežany, Hitler sei »unser liebster Führer des deutschen und ukrainischen Volkes«, dem man schon jetzt für alles Gute danke und von dem man die »Erlösung« der Ukraine erwarte (Pryslak an Hitler, 1. 12. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2, Bl. 190).

<sup>209</sup> *Holos* 13. 11. 1938, nach NSDAP Amt Osten, Bericht über die ukrainische Presse 4/38, PAAA, Politik Ukraine 12, Pressewesen der Ukraine.

<sup>210</sup> Vgl. Markert an Leibbrandt, Besuche Smal'-Stočkyjs, 12. 11. 1938, NAW, T-81, Rolle 15.

<sup>211</sup> So bat er Kleist, Leibbrandt zu übermitteln, er erinnere sich sehr positiv an ihn (Kleist an Leibbrandt, 14. 11. 1938, IfZ, Akten der NSDAP, Mikrofilm 48, Bd. 1).

<sup>212</sup> Aktennotiz Kleist, Besprechung mit Smal'-Stočki, 10. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 163-164.

<sup>213</sup> Lipski an Beck, 12. 11. 1938, Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 465.

<sup>214</sup> Nach Kovalevskyj hätte das nicht einmal sein müssen. Danach hätten sogar polnische Diplomaten Interesse daran gezeigt, daß die Ukrainer die Deutschen für die Ostukraine interessierten, um eine Rückkehr zur Bismarck-Politik der Zusammenarbeit mit Rußland zu verhindern (Vgl. Mykola Kovalevskyj, *Pry džerelach borot'by*. Innsbruck 1960, S. 701).

positur«, sondern Rußland selber aus imperialistischen Gründen zu zerschlagen. Er sprach von einer nationalsozialistischen Rückkehr zu einem modifizierten Bagdad-Bahn-Konzept, weshalb die Deutschen auch Interesse an der Ostukraine hätten. In den deutschen Quellen findet sich dazu nichts, es könnte sich dabei also ohne weiteres um eine Ausgeburt seiner Phantasie gehandelt haben, mit der Smal'-Stočkyj an vertraute Konzepte aus dem Ersten Weltkrieg anknüpfen wollte. Eine propagandistisch geführte deutsche Randvölkerkampagne unter »Kollaboration« von Italien und Polen könne Rußland zerschlagen, brachte er aus Berlin mit. Smal'-Stočkyj berichtete, er sei in Berlin von »mittleren Chargen« gefragt worden, ob Polen nicht am Kaukasus interessiert wäre. Das Auswärtige Amt – da gab sich Smal'-Stočkyj sicher – werde in bezug auf die Ukraine nichts ohne Polens Zustimmung unternehmen. Das Militär (das ja mit dem UNR-Gegner OUN zusammenarbeitete) wolle hingegen Polen umgehen und sich lieber auf Rumänien stützen. Nur die Wehrmacht sei an der Karpatho-Ukraine interessiert, um so eine Verbindung zu Rumänien herzustellen. Auf Polen würden sich die Deutschen aber nur verlassen wollen, wenn die Behandlung der Ukrainer in Ostgalizien besser würde. Hier versuchte also der trickreiche Smal'-Stočkyj, unter Verweis auf Deutschland UNR-Inlandspolitik zu betreiben.

Nach seinem Rapport schienen überhaupt rosige Zustände anzubrechen: Skorpádskyj gelte in Deutschland als »Verräter ohne Einfluß«, die OUN werde zwar durch das deutsche Militär immer noch zur Spionage in Polen benutzt, aber Hitler löse nun die alten polenfeindlichen Militärs durch eine neue Generation ab, so daß in dieser Hinsicht baldige Besserung zu erwarten sei. In der Frage der Karpatho-Ukraine entwickelte er ein eigenes Szenario: Die polnisch-ungarische Grenze, die in Polen gefordert werde, sei nach der Befürchtung »amtlicher deutscher Kreise« gegen Deutschland gerichtet, und man verdächtige Polen, daß Italien und Großbritannien dahinter steckten. Ungarn selber strebe gar nicht nach einer gemeinsamen Grenze mit Polen. Kurzum: Smal'-Stočkyj wollte sich in der polnischen Politik Gehör zu verschaffen und die Polen veranlassen, die ukrainischen Ansprüche zu honorieren. Was auch immer die Deutschen tatsächlich gesagt haben mochten.<sup>215</sup>

Lipskis Eindruck von der deutschen Haltung war anders. Er bat Beck um Erlaubnis, die ukrainische Frage noch einmal mit Göring oder von Ribbentrop zu besprechen, da einige »junge, unerfahrene Führer« der Meinung seien, man könne deutsche Ukraine-Ambitionen auch ohne Polen, über die Karpatho-Ukraine und Rumänien befriedigen. Lipski hielt dies für »utopisch« und für eine Idee der polenfeindlichen OUN.<sup>216</sup> Als er die Erlaubnis und die Instruktion dazu erhielt, hielt er solche Gespräche aber nicht mehr für opportun.

Weitgehend erfolglos waren auch die »Vermittlungsversuche«, die der japanische Botschafter in Warschau Shuichi Sako den Polen aufdrängte. Er berichtete dem polnischen Außenminister, dem japanischen Botschafter in Deutschland Hiroshi Oshima (1886-1975) sei durch von Ribbentrop und Hitler versichert worden, ihr Interesse an der Sowjet-Ukraine sei nur wirtschaftlich und es ginge ihnen auch nicht um kleine Gebiete wie etwa Galizien. Die deutsche Unterstützung für die Karpatho-Ukraine sei

<sup>215</sup> Gesprächsnotiz Szembek – Smal'-Stočkyj, 17. 11. 1938, AAN, MSZ, Berlin 3678, Bl. 331-334; dito MSZ, DPE. WW 5322, Bl. 28-31; Diariusz i teki, Bd. 4, S. 355-356 (Eintrag vom 17. 11. 1938).

<sup>216</sup> Lipski an Beck, 12. 11. 1938, Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 465.

nicht größer als die bisher der ukrainischen Emigration gewährte Hilfe. Als Ausgangspunkt für militärische Operationen hielten die Deutschen die Karpatho-Ukraine für ungeeignet. Aber wenn es eine »ukrainische Aktion« von der Karpatho-Ukraine aus gäbe (also doch!), dann, dafür verbürge sich Oshima, wäre sie nicht gegen Polen, sondern gegen Rußland gerichtet. Die Deutschen wußten, daß sie die Ukraine nur erreichen könnten, wenn Polen an ihrer Seite stände. Nur wenn Polen sich mit den Sowjets verbünde, könne die Karpatho-Ukraine für eine Art Guerrilla gegen Polen genutzt werden. Hitler sehe jedoch keine andere Lösung als die Zusammenarbeit mit Polen und die gemeinsame gewaltsame Aktion gegen die (sowjetische) Ukraine.<sup>217</sup>

Ein polnisch-sowjetisches Zusammengehen – Oshima hatte die Chancen auf 1 : 10.000 geschätzt – war das letzte, was Beck wollte, also schien von deutscher Seite keine Gefahr zu drohen. Die deutsche Linie folgte dem, was Smal'-Stočkyj aus Berlin berichtet hatte, und beruhigte die Polen. Nur hatten keineswegs alle Deutschen der »ukrainischen Aktion« in der Karpatho-Ukraine abgeschworen. Etwas Erläuterung bedarf die japanische Intervention also schon, bemühten sich die Nationalukrainer doch sonst stets, ihre guten Beziehungen zu Japan zu betonen. Daß nun Japan das deutsch-polnische Einvernehmen zu stabilisieren versuchte, stand aber dazu in keinem Gegensatz: Ziel Japans war es schon Anfang der 1930er Jahre gewesen, die Sowjetunion, die wiederum China unterstützte, zu schwächen. Dies konnte durch eine ukrainische Nationalbewegung, aber auch durch gemeinsamen deutsch-polnischen Druck geschehen. Wenn aber die Ukrainerfrage zum Konfliktpunkt zwischen Deutschland und Polen zu werden drohte, war nur logisch, daß Japan dies verhindern wollte. Eine Aktion, in der Deutschland, Polen und gar noch die National-Ukrainer gegen die UdSSR stünden, war das Optimum, um die Sowjets im Osten ihres Reiches nachgiebiger zu stimmen. Als dieses Projekt scheiterte, stellte sich die japanische Diplomatie wieder auf die Förderung der OUN ein.

Ein weiterer Besucher kam im November 1938 zu Göring: Der tschecho-slowakische Staatssekretär für die deutsche Volksgruppe Franz Karmasin (1901-1970), der spätere slowakische Außenminister Ferdinand Durčánský (1906-1974) und Edmund Veesenmeyer (1904-1977), der die Gäste als AA-Vertreter begleitete, erhielten die Versicherung, an einer Lösung der »karpatho-ukrainischen Frage« innerhalb des tschecho-slowakischen Staates führe kein Weg vorbei, ihm schwebte eine autonome Ukraine in Anlehnung an die Slowakei vor. Was Göring damit tatsächlich gemeint haben könnte, war dem AA-Beamten Woermann, der an dem Gespräch teilnahm, nicht klar<sup>218</sup> – nur daß an eine karpatho-ukrainische piemontearartige Unabhängigkeit nicht zu denken war, stand fest. Im übrigen wurde Göring am 17. November bedeutet, es sei derzeit »inopportun«, in politische Gespräche mit slowakischen Politikern einzutreten.<sup>219</sup>

<sup>217</sup> Die Vermittlung Sakos bereitete den Beck-Besuch in Deutschland Anfang Januar 1939 vor. Beck war dabei über die deutschen Angebote durch den Bericht informiert. Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 402, 407-409 (Einträge vom 21./27. 12. 1938); Gerhard Krebs, »Japanische Schlichtungsbemühungen in der deutsch-polnischen Krise 1938/39«, *Japanstudien* 2 (1990), S. 207-258, hier S. 216-221; Żerko, *Stosunki*, S. 172-174.

<sup>218</sup> Woermann an Ribbentrop, 11. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 1., Bl. 92-93. Vgl. auch Stercho, *Diplomacy*, S. 358.

<sup>219</sup> Ebd.

Und eine weitere Person versuchte sich mit den Deutschen zu verbinden, die zwar in Galizien lange aktiv gewesen war und einen ähnlichen Hintergrund wie Konovaléc und Mel'nyk hatte, bisher jedoch keine deutschen Kontakte aufgebaut hatte. Dmytro Paliiv hatte 1933 eine am Faschismus ausgerichtet »Front der Nationalen Einheit« (Front Nacional'noï Jednosti – FNJe) gebildet, die wenig über die Region hinaus bekannt geworden war und von den anderen Gruppen als Konkurrenz geschnitten wurde. Die Ereignisse um die Karpatho-Ukraine ließen es Paliiv geraten erscheinen, sich mit den Deutschen ins Benehmen zu setzen. Mangels anderer Verbindungsleute versuchte er über Osyp Dumin, den er aus der UHA kannte, mit Petruševyč in Verbindung zu kommen, um »den deutschen Kreisen die ukrainischen Frage ins Bewußtsein zu rufen«. <sup>220</sup> Da dieser Vorgang im Bestand der Archivalien Petruševyčs im CDAHOU enthalten ist, ist er wohl zu Petruševyč gelangt. Allerdings hatte sich Petruševyč aus der Politik zurückgezogen, und mit den neuen deutschen Herrschern verband ihn nach seinem Ausflug in die prosovjetsche Haltung nichts mehr. Osyp Dumin hielt zwar die Verbindung zur Wehrmacht, war aber auch keine besondere Empfehlung. So kam Paliiv nicht mit den Deutschen ins Geschäft, aber man erfuhr von ihm und konnte auf ihn zurückgreifen, als Deutschland Polen okkupierte.

Im Kontext der Ermordung Petljuras 1926 haben wir herausgearbeitet, wie Doncov auf den Mord reagierte, indem er »die Juden« der ukrainerfeindlichen Haltung zieh und offen antisemitisch argumentierte. Apologeten behaupten dennoch, Doncov und der OUN hätte Antisemitismus ferngelegt. Nun, 1938, läßt sich ein weiteres kompromittierendes Element seines Gedankengutes belegen. Hatte er 1926 im *Nacionalizm* die freie, »amoralische« Wahl der Verbündeten empfohlen, konkretisierte er dies 1938 in einem Text, der passenderweise 1941 ein weiteres Mal aufgelegt wurde. In seiner Arbeit »Wo sind unsere historischen Traditionen zu suchen?« warf er Demokraten ausdrücklich vor: »Sie sind auch jetzt noch gegen »Hitlerdeutschland«, das unserer nationalen Gemeinschaft nichts Böses angetan hat«. <sup>221</sup> Neben der Haltung gegen Rußland imponierte Doncov, daß der NS-Staat den neuen dichotomischen Geist »dafür – dagegen, das Eigene – das Fremde, Niederlage – Triumph« an die Stelle von »Liberalismus, Demokratismus, Glaube an Harmonie, Glaube an die entwaffnende Kraft der Humanität, Glaube an [...] alle Chimären, nur nicht an sich selber« stellte. <sup>222</sup>

Wie eng beieinander das Wissen um den Preis deutscher Unterstützung und das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten lagen, dokumentierte ein Brief des Kulturfunktionärs Jevhen Vyrovj (1889-1945) an einen ukrainischen Mäzen, der in die Karpatho-Ukraine gereist war. Vyrovj kritisierte einerseits Ukrainer, die glaubten,

»daß Deutschland über die Ukraine nachdenkt, um sie auf die Beine zu stellen; Deutschland denkt nämlich, wie alle vernünftigen Leute auf der Welt, nur an sich, an Deutschland, und

<sup>220</sup> Zit. nach Kentij, Narysy, S. 90.

<sup>221</sup> Dmytro Doncov, *De šukaty našych istoričnych tradycij?*. L'viv 1938, S. 69. – »Tak vony i dosi proty »hitlerivskoï Nimeččyny«, jaka našij nacional'nij zbironi ničoho zloho ne zrobyla«. Auf derselben Seite wiederholte er den Vorwurf an die Adresse der Sozialisten, die sich »von Hitler und Japan abwenden, – weil jene, obwohl sie ihnen nichts Böses angetan haben, nicht [...] den sozialistischen Glauben ehren«.

<sup>222</sup> Ebd., S. 86-87.

wenn ihm auf diesem Wege auch die Ukraine nützlich sein kann, dann interessiert es sich auch für die Ukraine.«

Und dennoch kam Vyrovjy zu dem Schluß, daß bei der Befreiung aus der »bolschewistischen Hölle« nichts anderes übrig bleibe, »als zusammen mit Deutschland oder mit dem Teufel selber die Ukraine aus dieser Hölle herauszuholen«. <sup>223</sup>

Wie stark in der Karpatho-Ukraine selber die Erwartung war, daß das nationalsozialistische Deutschland die Ukrainer entscheidend unterstützen würde, geht aus den Memoiren Jevhen Stachivs hervor, der vor Ort für die OUN tätig war. Er schrieb:

»Die OUN setzte damals auf einen möglichen Krieg, auf den sich Hitlerdeutschland vorbereitete. Alle ukrainischen Independentisten ohne Rücksicht auf ihre Partezugehörigkeit – ob es nun Demokraten vom UNDO oder Sozialisten, Sozialradikale oder Sozialdemokraten, ob es christliche Demokraten waren – alle setzten auf Deutschland, welches Polen zerschlagen und den Ukrainern die Chance geben könnte, die Selbständigkeit zu erlangen. Einige Parteien blieben demokratisch, aber in Wirklichkeit waren sie pro-deutsch, andere wie die OUN standen auch ideologisch den Ideen nahe, die Mussolini und Hitler verkündeten.« <sup>224</sup>

Vor allem sind die Beobachtungen signifikant, die Jevhen Stachiv im Lande selber machte: Von den Feiern zum 22. Januar 1939 – dem Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit – blieben ihm »sehr gut« die Zeilen im Gedächtnis:

Nam pomože vujko Hitler	Helfen wird uns Onkel Hitler
i bat'ko Vološyn	und Väterchen Vološyn
Čechiv vojvaty ...	die Tschechen zu bekämpfen... <sup>225</sup>

Sie entsprachen vollauf dem, was Volodymyr Birčak berichtete, ein Gymnasiallehrer, der in der karpatho-ukrainischen Regierung zum Inspekteur der weiterführenden Schulen aufgestiegen war. In seinem 1939 veröffentlichten Text sah er einerseits in der Beziehung zu den Deutschen den Schlüssel zur politischen Macht, andererseits kritisierte er diejenigen, die sich auf eine pro-ukrainische Aktion der Deutschen verließen. Aus dem September 1938 zitierte er einen Schriftsteller, der der festen Überzeugung war, Deutschland werde »eine selbständige Karpatho-Ukraine bauen«, wenn nur die Bevölkerung dies verlangen sollte. Und auf den Einwurf, die zurückgebliebene Karpathenlandschaft könne höchstens den Abschluß, nicht den Beginn des Staatsaufbaus bilden, erhielt er die Antwort: »Hinter ihr steht Deutschland, und das wird der Anfang sein!« <sup>226</sup>

Denselben Eindruck hatte der Labour-Abgeordnete William Wedgwood Benn (1877-1960), der im Januar 1939 die Karpatho-Ukraine besuchte. Zum einen erfuhr er selbst bei »Sozialisten« Ablehnung, als er auch zu Nicht-Nationalisten Kontakt aufnehmen wollte, zum anderen aber war man ihm gegenüber »sehr kühl«, kritisierte die Demokratie und setzte offen auf Deutschland. Vološyn behauptete ihm gegenüber, Hitler sei ein Freund der Karpatho-Ukraine, und die Sič nahm er als »Ukrainian S. A.«

<sup>223</sup> Je. Vyrovjy an Hr. Lysjuk, 9. 2. 1939, CDAHOU, Akten Vyrovjy, zit. nach Kentij, Narysy, S. 95.

<sup>224</sup> Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 55-56. – Dieses Zitat ist so selten wie wichtig. Bekannte doch hier ein anerkanntes und radikales OUN-Mitglied, daß die OUN nicht nur taktisch, sondern auch mit den Ideen der Achsenmächte sympathisierte.

<sup>225</sup> Ebd., S. 56.

<sup>226</sup> Birčak, Karpatska Ukraina, S. 5-6. Weitere Beispiele, S. 17-19.

wahr. Die erhobene Hand und der »Heil!«-Gruß seien verbreitet.<sup>227</sup> Manches an seinem Bericht wird übertrieben oder mißverstanden gewesen sein – Benn sprach keine der landesüblichen Sprachen. Aber analog berichtete Volodymyr Stachiv, daß erst nach dem März 1939 alle behaupteten, sie hätten »immer schon an den deutschen Plänen gezweifelt«, und nur der PUN habe sich an Deutschland orientiert und sei daher an allem schuld. Dies sei jedoch »eine ganz unobjektive Ansicht«, tatsächlich seien »alle verantwortlichen Chuster Kreise« so gewesen, wie Benn sie beschrieben habe: Er habe »bisher in seinem Leben noch kein so germanophiles Land gesehen«.<sup>228</sup>

Hierin liegt sicherlich einer der Schlüssel zum Verständnis jener Zeit. Die Deutschen planten den künftigen Krieg und waren an den Ukrainern interessiert, ohne sich binden zu wollen.<sup>229</sup> Sie wußten noch nicht, wer ihre Verbündeten gegen die UdSSR sein würden. Das Interesse nahezu aller Ukrainer an den Deutschen war ungebrochen. Ein Teil der ukrainischen Emigration sah in den autoritären Regimen Geistesverwandte, mit denen man zusammenarbeiten konnte. Die OUN setzte auf eine antipolnische Aktion, die UNR-Ukrainer hofften auf einen deutsch-polnischen Feldzug, in dessen Schlepptau sie in die Ukraine zurückkehren könnten. Dann würde man weitersehen. Die tatsächlichen Absichten der Deutschen waren keineswegs unbekannt. Man nahm sie in Kauf, weil die taktische Phantasie keine Alternative anbot. Die Vernachlässigung der deutschen Motive erfolgte wie im Ersten Weltkrieg auch in der Zeit des Nationalsozialismus. Wie im Herbst 1914 demonstrierte die deutsche Regierung einen ziemlich geringen Grad an Informiertheit, was Vertreter der ukrainischen Emigration bei Bedarf ausnutzen konnten. Aber sie hatten nicht den damaligen Erfolg.

### 3. DEUTSCHLAND, POLEN, UNGARN UND DAS KARPATHEGEBIET

Die deutsche Diplomatie interessierte sich in der Zwischenzeit weiterhin für die Karpatho-Ukraine. Hamilkar Hofmann von der deutschen Gesandtschaft in Prag, zu deren Kompetenzbereich die Karpatho-Ukraine gehörte, bereiste mit Vertretern der deutschen Gesandtschaft in Rumänien das Gebiet vom 21. bis zum 25. November. In Jasinnja sprach

<sup>227</sup> Wedgwood Benn, »An Englishman looks into Europe's Youngest Capital«, Daily Telegraph, o.D., BAB, R901, Bd. 58415, Bl. 54. Gleiches findet sich bei Winch, Republic, S. 14. Winch schildert auch die Gründe, weshalb die Ukrainer Hitler den Tschechen vorzögen: Auf den Hinweis, daß Hitler nicht aus Altruismus helfen würde, erhielt er von einem Lehrer in Jasinnja die Antwort: »Sicher wird er Dinge wollen, und wir sind bereit, einem Freund alles zu geben, was er will« (Ebd., S. 55). Andererseits nahm er die Vorstellung wahr, man könne sich von Deutschland helfen lassen und sich dann, wenn es »anderswo beschäftigt sein werde«, gegen den Protektor wenden und ihn abschütteln (Ebd., S. 146).

<sup>228</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti IV«, Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 5-6, S. 11.

<sup>229</sup> In ganz ähnlichem Sinne berichtete der tschecho-slowakische Gesandte in Paris Štefan Osuský im Dezember, daß Deutschland erwäge, »was für seine Politik vorteilhafter und wirksamer sei« und sich auch eine Unterstützung Ungarns vorbehalte, jedoch »noch nicht genügend gut (wisse), welche Farbe endgültig die ungarische Politik annehmen wird« (Osuský an Außenministerium Prag, 10. 12. 1938, in: Václav Král (Hg.), Das Abkommen von München 1938. Praha 1968, Dok. 283, S. 330-332).

Hofmann mit dem Sič-Kommandeut Klempuš, in Chust traf er am 22. November mit Vološyn zusammen. Er ließ sich von Revaj und Vološyn zu Dinern einladen und widersprach natürlich nicht, als Vološyn, diplomatischem Usus folgend, im Slavischen Haus in Chust einen Toast auf Deutschland und Adolf Hitler ausbrachte.<sup>230</sup>

Was kam bei diesen Gesprächen heraus? Birčak war voller Hohn über die karpatho-ukrainischen Minister, die auf Deutschland bauen zu können glaubten, aber die Sprache ihrer angeblichen Gönner nicht verstanden. Hofmann soll sich bei ihm beklagt haben: »Schlecht geht es mit dem Herrn Minister Revaj. Er kommt zu mir, kann selber nicht deutsch und bringt einen Dolmetscher mit, der auch nicht flüssig und frei spricht, und ich kann mit ihnen zu keinem Ergebnis kommen«. Und Birčak erwähnte auch, daß Revaj auf seinen Reisen nach Deutschland keine Fachleute mitnahm, sondern »Leute, die in der deutschen Sprache wenig ausdrucksfähig waren« (Ijudej, ne duže hramotnych u nimečkij movi).<sup>231</sup>

Hofmann besichtigte die durch die polnischen Soldaten angerichteten Schäden. Berichte, daß irgendwelche politischen Aufträge hinter Hofmanns Besuch ständen, dementierte man in Berlin mit dem sicherlich richtigen Hinweis, es ginge ausschließlich um Informationsbeschaffung.<sup>232</sup> Der Diplomat lieferte am 5. Dezember 1938 einen umfassenden Bericht ab, in dem er über die »polnischen Terroristen« berichtete, die Truppendislozierung in der Karpatho-Ukraine referierte und weitergab, daß an seine Kommission nun die formelle Einladung ergangen sei, die Erschließung der Bodenschätze und die militärische Ausbildung der Sič zu übernehmen. Da die Karpatho-Ukrainer die Beziehungen zu Deutschland über die OUN abwickeln wollten, ist auch verständlich, daß die Chuster Bitte genau den Forderungen der OUN entsprach.<sup>233</sup>

Nun verbreiteten sich Gerüchte, die Karpatška Sič würde bereits von Deutschen ausgebildet. Dies war tatsächlich nicht ganz falsch. Im Gespräch mit Frank M. Grelka hat Jevhen Stachiv am 31. 8. 2001 eine taktische Ausbildung durch die deutsche Abwehr zugegeben.<sup>234</sup> Da die Abwehr mit der OUN kooperierte, ist dies

<sup>230</sup> *Nova Svoboda* berichtete am 25. 11. 1938, Hofmann habe den Ukrainern erklärt, »Deutschland und sein Führer hätten Sympathie für die Ukraine«. Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 313-315.

<sup>231</sup> Birčak, *Karpatška Ukraïna*, S. 29. – Ivan Rohač echauffierte sich darüber, daß Revaj auf seine Reisen den Leiter seines Presseamtes Volodymyr Komarynskyj mitnahm. Rohač meinte, dies geschehe, weil beide ehemalige Sozialdemokraten seien (Vgl. Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti II«, *Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA*, München 6 (1955), Nr. 1-2, S. 7).

<sup>232</sup> Im Widerspruch dazu behauptete Hirnjak: »[Hofmann] erklärte dem Premier Vološyn, daß sich Deutschland zur Karpatho-Ukraine wohlwollend stelle« (Hirnjak, *Na stežkach*, S. 155). Hierbei mag es sich aber auch um mißverständene diplomatische Höflichkeit gehandelt haben.

<sup>233</sup> Bericht Hofmann, 5. 12. 1938, PAAA, *Politik Karpatho-Ukraine* 4, *Ukrainisch-ruthenische Fragen*, Bd. 3., Bl. 19-25.

<sup>234</sup> Vgl. Grelka, *Nationalbewegung*, S. 177. Dabei kann es sich aber nur um wenige Menschen gehandelt haben, und es ist sehr schwer, die Tatsachen von phantastischen Ausschmückungen zu trennen. Ryszard Torzecki schrieb nach polnischen Berichten, es seien 200 Sudetendeutsche als Militärausbilder zur Sič geschickt worden; auch der Polizeichef von Chust sei ein Deutscher gewesen. Bei Torzecki kommen die Abwehr, die Gestapo und die »Vertrauensstelle« vor, die zudem noch mit dem U.N.O. verwechselt wird (Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 161-162). Dem widersprachen Sič-Mitglieder vehement, was aber für sich genommen nicht aussagekräftig wäre (Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 70-71). Der polnische Vizekonsul in Klausenburg/Cluj Tadeusz Stapiński berichtete am 28. 3. 1939, die Rumänen hätten mehr als 150 Deutsche, die die Sič-Bewegung geleitet und reguläre deutsche Pässe gehabt hätten, nach Ungarn durchgelassen (Vgl. Koźmiński, *Polska i Węgry*,



glaubhaft. Die Sowjets fabulierten auf dieser Basis aber weiter, daß dem deutschen Konsulat eine »Militärmission« mit 100 Mann angeschlossen sei.<sup>235</sup> Am 11. Dezember 1938 warnte Stepan Rosocha, der Chefredakteur des offiziellen *Nastup*, in seinem Blatt vor solchen Gerüchten, was aber soviel half, wie Dementis halt helfen. Kritisiert wurde, daß die Deutschen sich geweigert hätten, Ukrainern Waffen zu verkaufen. Am 16. Februar 1939 widersprach im *Nastup* Rosocha erneut dem Eindruck, es bestehe »eine engere Freundschaft zwischen Deutschland und der Karpatho-Ukraine«.<sup>236</sup>

In der prosowjetischen polnischen Historiographie wurde daraus noch mehr: Danach »schuf das Reich nach der Einnahme des tschechischen Territoriums einen kleinen ukrainischen Staat in der Karpatho-Ukraine«, und dem Ministerpräsidenten Vološyn wurde »der Mitarbeiter der militärischen Abwehr des Reiches J. Revay als Berater« von den Deutschen beigegeben.<sup>237</sup> Selbstverständlich waren weder die Karpatho-Ukraine eine deutsche Kreation noch Revaj ein Abwehr-Mann.

Das deutsch-ukrainische Verhältnis war weitaus komplizierter. Die Ukrainer bemühten sich um deutsche Unterstützung – weshalb hätten sie sonst die Delegationen entsandt – die deutsche Seite war jedoch zurückhaltend; allerdings glaubte das in der Regierung des autonomen Gebiets offenbar niemand wirklich so, wie man es der Öffentlichkeit gegenüber behauptete.<sup>238</sup> Rosenberg hat in seinem Tagebuch ein Gespräch mit Göring zu diesem Thema so geschildert, daß tatsächlich Kritik an der deutschen Nutzung der OUN herauskam:

S. 297); Hirnjak schreibt diese Information dem Konsul in Sevljuš zu (Na stežkach, S. 191). Alle Berichte über die angebliche »deutsche Hand« sind jedoch inkonsistent und – anders als andere Maßnahmen der Deutschen – nicht durch Überrestquellen gestützt. Phantasie spielte auch in zeitgenössische Berichte hinein. Am realistischsten schrieb etwa Władysław Studnicki: »Personen, die aus der Ruś Podkarpacka gekommen sind, erzählen, die Instruktoren der Sič sprächen deutsch und auch unter deren Mitgliedern höre man oft die deutsche Sprache. Die Ausbildung der Sič-Instruktoren erfolgt in Wien« (Władysław Studnicki, »Tworzenie Ukrainy z Polską lub przeciwko Polsce«, *Słowo* 6. 1. 1939). Der Kommunist Klement Gottwald schrieb im März 1939, »ukrainische weiße Emigranten« seien aus Berlin in die Karpatho-Ukraine kommandiert worden, um Unordnung zu schaffen (zit. in S. Ju. Prunycja, »Nosii zla i rozbratu«, S. 11); George F. Kennan meinte im März 1939 etwas vorsichtiger, die Sič »obviously modelled on the S. A.«, sei »set up by Ukrainian officers whom the Germans had sent in« (George F. Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: George F. Kennan, *From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938-1940*. Princeton NJ 1968, S. 64). Einer der besten Beobachter, Michael Winch, berichtete nichts von deutschen Ausbildern, obwohl er über die Ausbildung der Sič schrieb. Es seien nur einige Piloten nach Wien gebracht und dort trainiert worden, weil es in der Karpatho-Ukraine keine Flugzeuge gab (Vgl. Winch, *Republic*, S. 36-38).

<sup>235</sup> *Izvestija*, 8. 12. 1938, nach Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 111; für 1939 war dann von 4 SS-Offizieren die Rede, die fließen ukrainisch sprächen, ebd., S. 113.

<sup>236</sup> Stercho, *Diplomacy*, S. 373; Petro Sterčo, »Karpatska Sič«, S. 34. Dem steht entgegen, daß Kučeruk davon wissen will, die Deutschen hätten den Karpatho-Ukrainern »hunderttausende Mark« versprochen. Was er dann wirklich nachweisen kann, ist Stoff für die Sič-Uniformen (vgl. Kučeruk, *Ryko Jaryj*, S. 128-129).

<sup>237</sup> Leszek Gondek, *Działalność Abwehry na terenie Polski 1933-1939*. Warszawa 1974, S. 239.

<sup>238</sup> Die sowjetischen Behauptungen, Hofmann sei der »ungekrönte Herrscher« der Karpatho-Ukraine gewesen und die »hitlerivci« hätten die Handlungen der Vološyn-Regierung »zur Gänze kontrolliert« entbehren daher jeder Grundlage. Eher schlich man umeinander herum und wußte nicht recht, was man voneinander zu halten hatte (Vgl. S. Ju. Prunycja, »Nosii zla i rozbratu«, S. 11).

»Nachher, als die K.-Ukr. geopfert wurde, haben wir als Betrüger dagestanden, weil die Vertreter der OUN sich dort als *unsere* Vertreter ausgaben u. in *unserem* Namen alle Versprechungen machten.«<sup>239</sup>

Viele glaubten an die deutsche Unterstützung. Der polnische Außenminister Beck forderte Lipski in einer Instruktion vom 8. Dezember 1938 auf, bei den deutschen Stellen vorzusprechen und zu betonen, daß es für die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht von Vorteil sei, wenn vom Reichsgebiet aus Personen mit verbrecherischen Mitteln gegen die Integrität des polnischen Staates wirkten. Lipski sollte andeuten, daß eine Befriedigung polnischer Bitten eine polnische Gegenleistung erhoffen ließe. Die polnischen Außenpolitiker waren sich ziemlich sicher, daß die Deutschen darauf eingehen würden. Szembek nahm fest an, daß Deutschland auf die Zusammenarbeit mit Polen »angesichts der künftigen Abrechnung mit Rußland« nicht verzichten könne.<sup>240</sup>

Es gab aber noch einen weiteren Grund für die polnische Regierung tätig zu werden. Die Entstehung der autonomen Karpatho-Ukraine und deren erstes »Überleben« hatte das UNDO ermuntert, eine analoge Politik in Polen zu fordern.<sup>241</sup> Vermutete man in Polen Deutschland hinter diesem Mutigerwerden der »legalen« Ukrainer? Jedenfalls nutzte man die Gelegenheit, den längst fragwürdigen »Burgfrieden« (Normalisierung) mit dem UNDO aufzugeben.<sup>242</sup> Und die über die Zweckmäßigkeit der »Normalisierung« zerstrittenen Flügel des UNDO (Mudryj und Celevyč waren dafür, Dmytro Levyčkyj und Kedryn dagegen) fanden am 26. Dezember wieder zur Kooperation zurück.<sup>243</sup>

Lipski kam dem Auftrag seiner Regierung nicht nach; in Warschau registrierte man, daß er nicht mit einem Erfolg der Démarche rechnete und sich mit der Abwesenheit von Ribbentrops herauszureden versuchte.<sup>244</sup> Schließlich erklärte er, die Frage der OUN habe er in Berlin schon mehrfach berührt, und man solle besser mit von Ribbentrop bei seinem geplanten Warschau-Besuch darüber sprechen. Deutschland verfolge eine mehrgleisige Ukraine-Politik – es gebe mehrere Dienststellen, die sich ihr

<sup>239</sup> Hans-Günther Seraphim (Hg.), Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956, S. 69 (Eintrag vom 21. 5. 1939).

<sup>240</sup> Diese Démarche ging auf eine Initiative Kobylańskis zurück; vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 373, 377 (Einträge vom 5./7. 12. 1938); Koźmiński, Polska i Węgry, S. 177.

<sup>241</sup> s. S. 867.

<sup>242</sup> Potocki schrieb, daß man UNDO besonders übel genommen habe, dieses Autonomiekonzept vorzutragen, »als die internationale Position Polens immer bedrohter wurde«. Dies ist jedoch falsch: Im Dezember 1938 fühlte sich in Polen niemand subjektiv bedroht; man hatte gerade das Olza-Gebiet annektiert und mit Ungarn weitere Pläne. Die Sowjetunion schien wenig bedrohlich. Daß UNDO dieses Projekt vorlegte, widersprach im Gegenteil dem »mocarstwo«- (Großmacht-) Gefühl, in dem die Regierung sich gerade sonnte. Man vermutete eine deutsche Intrige oder – noch unerträglicher – einen Alleingang der Ukrainer (Potocki, Polityka, S. 202). Budurowycz, auf den sich Potocki berief, schrieb auch nur, daß das Projekt »sehr vorsichtig ausgedrückt – zu einer ungünstigen Zeit« vorgelegt wurde. Potocki hat diesen Satz unter Annahme einer Bedrohung fehlinterpretiert (Bohdan Budurowycz, »Polska i problem ukraiński w latach 1921-1929« [soll heißen: 1939], Zeszyty Historyczne 66 (1983), S. 15-47, hier S. 41) und damit offengelegt, wie schwer es manchen polnischen Historikern fällt, Polen nicht immer als bedrohtes Opfer zu sehen.

<sup>243</sup> Vgl. Ryszard Torzecki, Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej. Warszawa 1993, S. 21.

<sup>244</sup> Vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 380-381 (Eintrag vom 10. 12. 1938).

widmeten, die allgemein polenfreundliche Politik sei jedoch unverändert. Lipski blieb dabei, daß Deutschland Polens Hilfe gegen die UdSSR benötigen werde. Bei der Ukraine gehe es den Deutschen nicht um Kolonisation – Deutschland habe keinen Geburtenzuwachs – sondern um Rohstoffe und einen Absatzmarkt. Man denke in Deutschland zwar über die Ukraine nach, habe aber keine festen Vorstellungen eines künftigen Ablaufs.<sup>245</sup>

Tatsächlich sprachen Lipski und von Ribbentrop erst am 15. Dezember 1938 miteinander, nachdem Beck am 14. Dezember neue Anweisungen übermittelt hatte. Die Unterredeung fiel ziemlich unverbindlich aus. Lipski beschwerte sich über eine von Jary in Deutschland verbreitete Karte, auf der die Ukraine bis in die Nähe von Warschau und Krakau reichte, und über ukrainische Aktivitäten in der Slowakei. Der Reichsaußenminister versprach eine Untersuchung und erklärte, die Ukraine sei für Deutschland nur ein anti-russisches Thema. Lipski meinte daraufhin, Polen habe nichts gegen Propaganda, solange sie sich mit sowjetischen Gebieten jenseits der polnischen Grenzen befasse.<sup>246</sup>

Auch in Polen fanden ähnliche Gespräche statt. Szembek eröffnete dem deutschen Botschafter beim Besuch Hans Franks<sup>247</sup> am 16. Dezember 1938 förmlich, es gebe in der Karpatho-Ukraine eine antipolnische Agitation, bei deren Untersuchung man immer wieder auf »deutsche Quellen« stoße. Von Moltke reagierte »bestürzt«: Er höre zum ersten Male von einer offiziellen polnischen Persönlichkeit, daß die Karpatho-Ukraine die deutsch-polnischen Beziehungen gefährden könne. Unverantwortliche Elemente, die sich in Deutschland in diesem Sinne engagierten, müsse man stoppen. Ähnlich sprach Szembek Hans Frank an. Der stellte sich dumm. Was denn die Karpatho-Ukraine, von der er früher nie etwas gehört habe, für ein Land sei, wollte er von Szembek wissen? Szembek klärte ihn gern auf, daß die ukrainische Nationalität kein ethnographischer, sondern ein politischer Begriff sei, und hielt ihm eine kleine historische Vorlesung. Frank redete sich dann auf die juristische Garantie des Schiedsspruches hinaus; Deutschland und Italien könnten sich jetzt nicht desavouieren – warum wolle man nicht ein paar Monate oder ein Jahr warten, um dann die Angelegenheit zu erledigen. Frank riet den Polen, sich erst einmal mit Vološyn, der nicht polenfeindlich sei (nun wußte Frank plötzlich genau Bescheid), zu verständigen, was für Szembek eine Zumutung war. Warum habe während der Schiedsspruch-Gespräche niemand die Frage des *Rusinsko* thematisiert? Schließlich kam man überein, die Angelegenheit als »Kleinigkeit« zu traktieren, die jedenfalls keinen deutsch-polnischen Konflikt herbeiführen sollte.<sup>248</sup>

Die polnische Offenheit mußte für die Deutschen ein Alarmsignal sein. Schließlich wollte man immer noch die Polen für eine »Globallösung« gewinnen. Neben der ungarischen Komponente wurde die polnische immer wichtiger.<sup>249</sup>

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 387-388 (Eintrag vom 14. 12. 1938).

<sup>246</sup> Lipski an Beck, 15. 12. 1938, Jędrzejewicz, *Diplomat in Berlin*, S. 479; auch *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 450-454.

<sup>247</sup> Der spätere Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete war zu dieser Zeit Leiter des Reichsrechtsamts der NSDAP.

<sup>248</sup> Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 393-396 (Eintrag vom 16. 12. 1938).

<sup>249</sup> Diese Dreiecksverbindung ergibt sich auch aus der ungarischen Bitte an Polen vom November 1938, die Beziehungen zu Deutschland nicht zu verschlechtern und ggf. nachgiebiger zu sein, um Deutsch-

Am 30. November 1938 war Emil Hácha (1872-1945) tschecho-slowakischer Staatspräsident geworden. Die autonomen Regierungen wurden von ihm förmlich neu ernannt – wobei es in der Karpatho-Ukraine vorerst nur zwei Minister gab: neben Vološyn Julijan Revaj. Dieser erhielt am 1. Dezember »unerwartet« eine Einladung nach Berlin zu Wirtschaftsgesprächen. Angeblich sollte es um Holzexport gehen. Aber auch das machte den OUN-Vertreter Ivan Rohač eifersüchtig, der befürchtete, die »Revaivci« maßten sich nun außenpolitische Kompetenzen an, die seiner Meinung nach nur dem Ministerpräsidenten »und dem PUN« (!) zustanden.<sup>250</sup>

Vom 5. bis zum 7. Dezember 1938 besuchte Revaj zusammen mit Karmasin Berlin. Er dankte Deutschland für die Verhinderung einer ungarischen Inbesitznahme der Karpatho-Ukraine und bat um Propagandasendungen über den Wiener Sender sowie ein deutsches Konsulat in Chust.<sup>251</sup> Anschließend besuchte Revaj auch das Propagandaministerium und bat dort wie schon im November um einen 100 kW starken Sender für Chust. Das angefragte AA hatte keine grundsätzlichen Bedenken, empfahl jedoch bis nach dem für Januar 1939 geplanten Besuch des Außenministers Chvalkovský in Berlin zu warten.<sup>252</sup> Im Februar 1939 blockte das AA diesen Vorgang jedoch ganz ab:

»Der Führer wünscht, daß die karpathenukrainische Frage zur Zeit in den Hintergrund tritt. Dem würde eine Fortführung der Verhandlungen über die Sendeanlage und deren Errichtung widersprechen.«<sup>253</sup>

Am 7. Dezember wurden Wirtschaftsverträge zwischen Julijan Revaj und Wilhelm Keppler unterzeichnet. Die 1937 gegründete Berliner Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung erhielt das Monopol für die Suche nach Bodenschätzen in der Karpatho-Ukraine. Über die Verwertung etwaiger Funde durften die Deutschen allein entscheiden – falls man auf Erdöl stoßen sollte (wegen des nahen Galizien nicht unwahrscheinlich) sah der Vertrag vor, »soweit ein Reingewinn erzielt wird, 2% (!) der Bruttoförderung an die Landesregierung der Karpatho-Ukraine zu überlassen« [sic!]. Am selben Tag wurde auch der Rahmen für eine weitergehende wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Gegen die Lieferung landwirtschaftlicher Rohstoffe sollte die Karpatho-Ukraine Industrieanlagen erhalten, und sowohl bei der Transportinfra-

---

land Ungarn gegenüber freundlicher zu stimmen. Allerdings wollte Beck in bezug auf Danzig sicher nicht nachgeben. Dabei ist Koźmiński zuzustimmen, daß die Karpatho-Ukraine für die Polen ein Indikator des Stands der Beziehungen darstellte, während sie für die Ungarn ein autonomes Ziel war (Vgl. Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 181-183).

<sup>250</sup> Volodymyr Stachiv, »Počasja v Užhorodi [...] II«, S. 7.

<sup>251</sup> Notiz Woermann, 7. 12. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2, Bl. 192. Wien sendete Ende Dezember täglich ab 19.45 bzw. 19.50 Uhr eine viertelstündige Sendung in ukrainischer Sprache für die Karpatho-Ukraine (*Ukraińskij Vistnyk* 3 (1938), Nr. 11 (19), 31.12.1938, S. 4; Vgl. Ladislav Suško, »Nemecká Politika«, S. 187).

<sup>252</sup> Propagandaministerium an AA, 13. 12. 1938; Altenburg an Propagandaministerium, 20. 12. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 54-55.

<sup>253</sup> AA an Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 24. 2. 1939, PAAA, R 103432, nach Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 93. Anders als Kotowski annimmt, dürften keine Erwägungen hinsichtlich der Sowjetunion eine Rolle gespielt haben. Allerdings wollte man sicherlich Warschau und Budapest freie Hand lassen und – wie Kotowski richtig feststellt – nicht die Karpatho-Ukraine, sondern die Slowakei als »Sprengmittel« zur Zerschlagung der Tschecho-Slowakei nutzen. Ein ukrainischer Sender in Chust wäre dabei wenig hilfreich gewesen.

struktur als auch beim Aufbau der neuen Hauptstadt Chust wollten die Deutschen mitwirken.<sup>254</sup>

Wichtig war an diesem Abkommen, daß deutsche Stellen sich durch Knebelverträge die Ausbeutung der Karpatho-Ukraine sicherten. Scheinbar war die Privatwirtschaft der Vertragspartner, aber Keppler war der Wirtschaftsstaatssekretär des AA. Und die Lagerstätten-Gesellschaft war der Monopolbetrieb für die Reichsvermessung, mit der sich der NS-Staat zur Kriegsvorbereitung auch die letzten noch nicht erschlossenen Rohstoffe sichern wollte. Für Außenpolitik war offiziell immer noch Prag und nicht Chust zuständig. Die enge Verbindung zwischen der Wirtschaft und dem AA dokumentierte das deutsche Interesse, und die Ukrainer waren sicher froh, endlich etwas Schriftliches vorweisen zu können. Der Vertrag wurde zwar nicht veröffentlicht, war aber den maßgeblichen karpatho-ukrainischen Politikern wie den Nationalisten in Deutschland bekannt und hat sie hoffen lassen, daß Deutschland sich nun im eigenen Interesse für ihren Staat einsetzen würde.<sup>255</sup>

Revaj war dennoch von seinem Besuch enttäuscht. Die Implikationen des »Lagerstätten«-Vertrags hatte er möglicherweise gar nicht voll verstanden, politische und militärbezogene Gespräche hatten zu keinen Ergebnissen geführt. Zu Volodymyr Stachiv sagte er, die Einladung an ihn sei wohl nur eine »politische Manifestation Berlins an die Adresse Budapests und Warschaus« gewesen. Damit hatte er nicht unrecht.<sup>256</sup> Nach Winch gab es 1939 zwar deutsche geologische Missionen in der Karpatho-Ukraine, die vergeblich nach Öl suchten. Alle Vorstellungen von deutschen Subventionen und selbst der angebliche Bau der Radiostation bei Chust seien aber nur »wishful thinking«<sup>257</sup> gewesen.

Ende Dezember 1938 kehrte Volodymyr Stachiv nach Berlin zurück. Dort erzählte ihm im AA Meyer-Heydenhagen von einem politischen Umschwenken im Reich: Bis jetzt habe man sich an das ethnische Prinzip gehalten, nun gebe es aber immer mehr Anhänger des historischen Prinzips, mit dem Ungarn die Karpatho-Ukraine für sich fordere. Es sei den Ukraine-Anhängern, nicht zuletzt dem OKW, gelungen, Keppler zu überreden, Ukrainer nach Berlin einzuladen und mit ihnen einen Vertrag zu schließen. Man hoffe, daß nun Warschau und Budapest sich zurückhalten würden. Was beim AA vorsichtig optimistisch klang, hörte sich bei Peter Kleist in der Dienststelle Ribbentrop anders an: Kleist kritisierte, daß Nationalisten die Karpatho-Ukraine als »militärisches Trampolin gegen Polen oder noch weiter ostwärts« nutzen wollten. Die Partei setze aber auf enge Zusammenarbeit mit Polen, deswegen hätten die nationalistischen Verlautbarungen nur den Effekt, die Ukrainerfreunde zu desavouieren. »Man

<sup>254</sup> Wirtschaftsabkommen Karpatho-Ukraine – Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung, 7. 12. 1938, PAAA, Handakten Wiehl, Karpatho-Ukraine, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 146, S. 157-158. Dort (S. 157) auch der Hinweis auf den zweiten Vertrag zum Holzexport in den Akten des Unterstaatssekretärs Woermann. Hencke betonte, daß die Vereinbarungen »mit Vorwissen und Zustimmung der Prager Zentralregierung getroffen« worden seien (Hencke, Augenzeuge, S. 239).

<sup>255</sup> Es dürfte dagegen nicht zutreffen, daß dieser Vertrag dazu gedient habe, alle möglichen »Experten« in die Ukraine zu schicken, die dort angeblich nur beobachtet hätten, tatsächlich jedoch ihren Einfluss auf die autonome Regierung ausgeübt hätten. Bis auf den zurückgerufenen Hans Kleiss hat Winch keine weiteren »Einflußnehmer«, die nicht Ukrainer gewesen wären, gesehen (Vgl. Ladislav Suško, »Nemecká Politika«, S. 187; Winch, Republic, S. 159).

<sup>256</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] II«, S. 8.

<sup>257</sup> Winch, Republic, S. 162.

kann viele Dinge tun, aber man muß sie ohne Lärm und Manifestationen tun«, soll Kleist gesagt haben. Wenn Stachiv darauf – wie er schrieb – geantwortet hat, daß die Karpatho-Ukraine schon deswegen kein »Trampolin« sein könne, weil die Sič nicht einmal Verteidigungswaffen habe, dann war das nur die halbe Wahrheit.<sup>258</sup> Die Nationalisten in Chust und der PUN hatten die Idee des Ausgreifens nach Norden und Osten keineswegs aufgegeben. Dies hatte aber mit Revaj und Vološyn nur wenig zu tun – die OUN hatte ihre eigenen Strukturen entwickelt.

Der nationalukrainische Diskurs schrieb die polen- und ungarnefreundliche Ausrichtung der Deutschen nicht näher bezeichneten »deutschen Polono- und Ungarophilen« zu<sup>259</sup> – nur gab es diese nicht. Kühles Kalkül und die polnische Warnung vom 16. Dezember ließen die deutsche Führung zwischen unterschiedlichen Optionen wechseln. Die Ukrainer wurden nur für den Fall des Scheiterns der polnischen in Reserve gehalten – die Karpatho-Ukrainer gab man bald ganz auf, weil man sich Ungarns versichern wollte. »-phil« war kaum jemand.

Im Dezember 1938 soll eine Delegation unter Fedir Revaj (1888-1945), dem Bruder des Ministers Julijan, »Führer« der Einheitspartei UNO und Redakteur der *Nova Svoboda* in Chust, bei dem deutschen Geschäftsträger in Prag, gewesen sein, ihm »phantastische Wirtschaftspläne« vorgelegt und über Geldmangel geklagt haben. Fedir Revaj erbat deutsche Wirtschaftshilfe – erhielt jedoch von Hencke wegen der »lockeren« Kassenführung der Ukrainer angeblich den Rat, einen Tschechen für die Wirtschaftsführung einzustellen, dann würde man weitersehen. Nach Birčak kam Fedir Revaj nicht nur nicht darauf zurück, sondern nahm den deutschen Rat, sich tschechischer Hilfe zu bedienen, nicht einmal zur Kenntnis.<sup>260</sup>

Die in Berlin gesammelten Berichte zeigten, wie falsch die Nationalukrainer Deutschlands Politik und ihre eigene Rolle einschätzten. Fedir Revaj wurde zitiert, er verlasse sich auf die Gerechtigkeit des »Führers«, der nicht zulassen werde, daß Ungarn die Karpatho-Ukraine annektiere, statt dessen hoffe man auf einen Krieg an der Seite Deutschlands gegen Polen, dem es wie der Tschechoslowakei ergehen solle: es sollte also aufgeteilt werden, und am Ende sollte der Zusammenschluß der ukrainischen Gebiete unter deutscher Ägide stehen.<sup>261</sup> Auch die Emigrantenpresse sah dies nicht anders: Der der UNR nahestehende *Ukrainskyj Holos* in Winnipeg schrieb, als nächstes werde Polen auf seine ukrainischen Gebiete verzichten müssen.<sup>262</sup>

<sup>258</sup> Darstellung nach Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] II«, S. 8.

<sup>259</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti III«, *Visti bratstva kolyšnych vojakov 1 UD UNA*, München 6 (1955), Nr. 3-4, S. 7.

<sup>260</sup> Birčak, *Karpatška Ukraïna*, S. 53-54.

<sup>261</sup> Wilhelm Keppler an Büro Ribbentrop, 21. 12. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 109-113. Fedir Revaj gründete am 8. Februar 1939 eine Ukrainisch-Deutsche Gesellschaft, worüber er Hitler in einem Telegramm in Kenntnis setzte. Die gesamte politische Elite der Karpatho-Ukraine (Vološyn, Oldofredi, Štefan, Roman, Klympuš, Julijan Revaj, Karmasin) übernahm darin Ämter. Als Ziel deklarierte er das Vorhaben, das »kulturelle Leben zwischen dem deutschen und dem ukrainischen Volk zu vertiefen« (Fedir Revaj an Hitler, 9. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen zu Deutschland, Bl. 32; vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 321). Die Präsidialkanzlei stellte es dem AA kühl frei, »nach eigenem Ermessen« zu antworten.

<sup>262</sup> *Ukrainskyj Holos* (Winnipeg), 14. 12. 1938, zit. nach NSDAP Amt Osten, Bericht über die ukrainische Presse 1/1939, PAAA, Politik Ukraine 12 Pressewesen der Ukraine.

Dieses Szenario erschien aus der Chuster Perspektive realistisch und aktivierte auch die Ukrainer in Polen. Am 3. Dezember 1938 hatte Vasyľ Mudryj, der Vizevorsitzende des polnischen Sejm und UNDO-Abgeordnete, die Autonomie für Galizien und Wolhynien eingefordert. Am 9. Dezember brachten ukrainische Abgeordnete eine Vorlage ein, die für beide Regionen die Autonomie nach dem Vorbild der Karpatho-Ukraine vorsah. Selbstverständlich wurde der Antrag von den polnischen Parlamentariern mit großer Mehrheit abgewiesen.<sup>263</sup> *Dilo* in Lemberg, dessen Redakteur Mudryj war, wurde am 14. 12. 1938 von der polnischen Zensur untersagt zu schreiben, der neue völkische Staat in Deutschland schaffe eine gute Basis für deutsch-ukrainische Beziehungen. *Nastup* in Chust sah in Deutschland den »mächtigsten und natürlichsten« Verbündeten der Ukrainer, warnte jedoch im Sinne des Independentismus der OUN davor, sich ganz an Deutschland zu binden.<sup>264</sup>

Auch im Dezember 1938 war das Schicksal der Karpatho-Ukraine in Berlin noch nicht entschieden.<sup>265</sup> Deutschland spielte auf Zeit, aber eine Wende deutete sich an. Kobylański hatte Anfang Januar 1939 in Budapest den Eindruck, daß sich die ungarische Regierung – im Unterschied zur ungarischen Öffentlichkeit – völlig auf die deutsche Politik eingestellt habe.<sup>266</sup> Im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Graf Csáky am 16. Januar 1939 sagte Hitler Ungarn die Karpatho-Ukraine erstmals konkret zu (s. S. 874), aber vor dem März 1939 sei nichts zu machen.<sup>267</sup> Nur ging es Deutschland um mehr: nicht um die Karpatho-Ukraine, sondern mindestens um die ganze Tschecho-Slowakei, wenn nicht schon um den Krieg gegen die UdSSR. Beim Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters in Berlin Robert Coulondre (1885-1959) hatte von Weizsäcker am 21. Dezember 1938 deutlich gemacht, daß eine französische Garantieerklärung für die Tschecho-Slowakei bedeutungslos sei, da Deutschland das Land als deutsche Domäne ansehe.<sup>268</sup>

Am 16. Januar 1939 hatte Hácha den tschechischen General Lev Prchala (1892-1963) als Innenminister der Karpatho-Ukraine eingesetzt.<sup>269</sup> Die Empörung unter den Ukrainern war groß, und Fedir Revaj als Vorsitzender des Nationalrats besann sich

<sup>263</sup> Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 323; Roos, *Polen und Europa*, S. 375; Potocki, *Polityka*, S. 202.

<sup>264</sup> NSDAP Amt Osten, Bericht über die ukrainische Presse 5/1938, PAAA, Politik Ukraine 12 Preswesen der Ukraine. In dem fraglichen Artikel warnte Stepan Rosocha davor, so weitgehend an Deutschland zu glauben, daß dieses aufhören würde, die Ukrainer zu respektieren. Er erklärte, nur wer seine unabhängigen Interessen verträte, genösse in der heutigen Welt Respekt (Stepan Rosocha, »Naša zakordonna polityka«, *Nastup* 11. 12. 1938, nach Stercho, *Diplomacy*, S. 321-322). Bei Sterčo wurde vor allem der Passus über die Unabhängigkeit hervorgehoben, dabei kann übersehen werden, dass Rosochas Warnung allein dem Ziel diene, sich die Unterstützung Deutschlands nicht zu verscherzen.

<sup>265</sup> Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 185. Torzeckis Behauptung, dies sei auch in den ersten beiden Monaten des Jahres 1939 so gewesen, trifft nicht zu. Von Januar 1939 an favorisierte man die ungarische Option (Vgl. Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 163).

<sup>266</sup> Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 459 (Eintrag vom 4. 1. 1939).

<sup>267</sup> Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 331-332. Sterčo bescheinigt Hitler, »by a few words« Blutvergießen verhindert zu haben, da sich die tschechischen Truppen der ungarischen Invasion zu diesem Zeitpunkt noch entgegengestellt hätten (Ebd., S. 335).

<sup>268</sup> Vgl. ebd., S. 340.

<sup>269</sup> Birčak beschreibt plastisch, daß dies weniger als antiukrainische Aktion gemeint war, denn als letzter Ausweg, da die verschiedenen ukrainischen Politiker sich bis dahin nicht auf einen dritten Minister hatten einigen können (Vgl. Birčak, *Karpatska Ukraina*, S. 48-52).

auf den »großen Bruder«: Diese Ernennung sei eine Provokation, die Deutschland nicht zulassen werde.<sup>270</sup> Tatsächlich hatte Prag für seine Prchala-Aktion deutsche Autorität in Anspruch genommen. Vološyn wurde erklärt, die Ernennung des Generals sei mit Deutschland abgesprochen (Zweifel sind angebracht), was wiederum Vološyn motivierte, in Berlin um eine eher seinen Interessen entsprechende Beeinflussung Prags zu bitten. Am 17. Januar 1939 besuchte Vološyn Hencke. Er wollte nun nach Berlin, um sich (quasi prophylaktisch) für die deutsche Unterstützung zu bedanken, sich wegen Prchala deutscher Unterstützung gegen Prag zu versichern, und als Begleiter Andrij Makarenko mitnehmen, dessen »Draht« nach Berlin man nun für besonders gut hielt. Vološyn hoffte, man könne zwischen Berlin und Chust direkten Kontakt herstellen – Prag störe die Verbindungen und konfisziere Berichte – aber das AA reagierte abweisend.<sup>271</sup> Dies war schon die zweite Berliner Verweigerung: Am 8. Januar 1939 hatte Julijan Chymyneč, der Leiter der karpatho-ukrainischen Landesexekutive der OUN, versucht, in Berlin über den PUN, von dessen »Beziehungen« man sich Wunderdinge erzählte, ein Treffen Vološyns mit Hitler zu vermitteln. Seine Reise war ein völliges Fiasko.<sup>272</sup>

Das Reich versuchte, möglichst wenig mit der Karpatho-Ukraine zu tun zu haben.<sup>273</sup> Daraus wurde in der späteren ukrainischen Legendenbildung ohne irgendeinen Beleg, daß Háchá Prchala »offensichtlich auf die Forderung der Deutschen hin« ernannt habe. Und Prchala, dem Russo- und Polonophilie vorgeworfen wurden, machte man auch noch zu einem »tschechischen Deutschen«, um die ukrainische Bewegung ja nicht in den Ruch der Anbindung an das Reich der Nationalsozialisten kommen zu lassen. Dabei hielt man sich auch nicht lange mit der Frage auf, warum ein tschecho-slowakischer Präsident nach München einen deutschen General gegen die Ukrainer eingesetzt haben sollte.<sup>274</sup>

Bald folgte der dritte Fehlschlag: Eine Abordnung der Karpatska Sič unter ihrem Kommandeur Dmytro Klempuš kam Mitte Januar nach Deutschland. Volodymyr Stachiv behauptete später, daß das geplante Besuchsprogramm, welches die Ausbildungseinrichtungen von Hitlerjugend, SA und Reichsarbeitsdienst umfassen sollte, keine »positive Einstellung« zur »nationalsozialistischen Ideologie oder zum Regime«

<sup>270</sup> Vgl. ebd., S. 53.

<sup>271</sup> Deutsche Gesandtschaft Prag (Hencke) an AA, 17. 1. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3., Bl. 183.

<sup>272</sup> Vgl. Chymyneč, Sposterežennja, S. 83, 91.

<sup>273</sup> Kennan schrieb treffend: »The Chust Ukrainians found only lukewarm support in Berlin and were forced to swallow Prchala [...]« (George F. Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: George F. Kennan, From Prague after Munich. Diplomatic Papers 1938-1940. Princeton NJ 1968, S. 66).

<sup>274</sup> »očevyžno, na domahannja nimciv«, »imenuvannja češkoho nimcja«; vgl. Avhustyn Štefan, Avhustyn Vološyn. Prezydent Karpatskoj Ukraïny. Toronto 1977, S. 76-77. Winch war der Ansicht, die Deutschen seien wegen der Ernennung Prchalas »well pleased« gewesen, nahm jedoch keine direkte Beteiligung an (Winch, Republic, S. 33). Tatsächlich hatte Prchala auch deutsche und polnische Vorfahren. Allerdings war sein Verhalten untadelig. Er ging nach dem März 1939 nach Polen und führte im September-Krieg eine kleine tschechische Legion, die in der polnischen Armee gegen die Deutschen kämpfte. Er geriet in sowjetische Gefangenschaft, aus der er fliehen konnte. Durch seine Gegnerschaft zu Beneš und den Kommunisten wurde er 1945 degradiert; danach setzte er sich für eine Versöhnung mit den Sudetendeutschen ein (Vgl. Deszczyński, Ostatni egzamin, S. 295-297).



ausgedrückt habe. Man ist versucht, ironisch zu fragen, ob die Sič-Leute etwa ihre Gegner kennenlernen sollten? Aber sie kamen nicht weiter als Wien, wo der PUN vorübergehend seine Zentrale eingerichtet hatte, weil gleichzeitig der ungarische Außenminister nach Berlin kam. Senyk und Jary sollen dennoch optimistisch gewesen sein: Besonders Jary habe betont, daß die Karpatho-Ukraine für die Deutschen große militärische Bedeutung habe und eine Zusammenarbeit mit Polen für das deutsche Militär inakzeptabel sein werde. Den Sič-Leuten wurden Schönbrunn und die Meindl-Schokoladenfabrik gezeigt, bis am 17. Januar eine Anweisung aus Berlin eintraf (der Absender wird nicht genannt), die Delegation solle sofort abreisen, sonst werde sie »unter Polizeischutz nach Preßburg gebracht«. Stachiv nahm nun allerlei Intrigen von AA-Beamten an, derer es jedoch gar nicht bedurfte. Damit, daß Hitler Polen und Ungarn keinen Grund zu Beschwerden geben wollte, ist das deutsche Verhalten hinreichend erklärt.<sup>275</sup> Die Deutschen hatten zwar noch keinen Zeitpunkt bestimmt, sich aber inzwischen endgültig für Ungarn entschieden.

Man verfolgte dazu weiter die bisherige Linie, wonach die Karpatho-Ukraine vorerst bei Prag am besten aufgehoben sei. Als Riko Jary am 19. Januar 1939 mit dem karpatho-ukrainischen Staatssekretär Dr. Mykola Dolynaj im AA erschien, um Hilfe gegen Prchalas Ernennung zu erbitten, erklärte man ihnen kühl, Prag habe durchaus das Recht, die von ihm gewünschten Vertreter in Chust einzusetzen. Man wies den Führer der deutsche Minderheit, Anton Ernst Oldofredi, am 21. Januar an, die ukrainischen Nationalisten nicht zu unterstützen und der Prager Regierung zuzugestehen, die Ordnung in der Karpatho-Ukraine wiederherzustellen.<sup>276</sup> Erwartungsgemäß trafen beim AA bestellte Telegramme nationalukrainischer Organisationen aus den USA und Canada ein, die Deutschland aufforderten, gegen Prchalas Ernennung zu intervenieren, aber die ukrainischen Aktionen blieben erfolglos.<sup>277</sup>

Spätestens bei der Zurückweisung der Sič-Delegation war klar geworden, daß die Sache nicht gut lief. Der PUN in Wien traute sich angeblich nicht, der Sič die wahre Lage darzustellen und schob die gesamte Schuld auf das »imperialistische Prag«. Kolodzin'skyj tönnte, die diplomatisch-politische Taktik sei gescheitert, nun müsse man (gegen wen?) kämpfen. Das war besonders abwegig, weil die Sič kaum Waffen besaß.<sup>278</sup> Der nationalistische Aktionismus griff nun auch auf Prag über. Die von Šandor geleitete Vertretung der Karpatho-Ukraine hielten junge Nationalisten für allzu tschechenfreundlich, und so unternahmen Vertreter der am 22. Januar 1939 gegründeten nationalistischen Einheitsorganisation UNO (s. S. 876) den Versuch, die Vertretung zu übernehmen. Šandor berichtete in seinen Memoiren, wie ihn ein gewisser Hajovyč aufforderte, das Personal der Vertretung zu entlassen und durch Nationalisten zu ersetzen – wobei sich die jungen Leute großzügigerweise selber zur Verfügung stellten. Man behauptete, die bisherigen Angestellten verrieten Dienstgeheimnisse und scha-

<sup>275</sup> Vgl. Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] III«, S. 8-9; Stercho, *Diplomacy*, S. 332.

<sup>276</sup> Revaj/Karmasin an AA, 18. 1. 1939; U.N.O. (Omel'čenko) an Ribbentrop, 18. 1. 1939; Altenburg an Unterstaatssekretär, 19. 1. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 191-192, 230, 204. Vgl. Suško, »Nemecká Politika«, S. 190.

<sup>277</sup> ODVU New York an AA, ähnliche Telegramme aus Pittsburgh, Philadelphia und Saskatoon, 21.-22.1.1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 231-235.

<sup>278</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] III«, S. 9.

deten so den »Staatsinteressen«. Als Šandor auf die Frage nach einer Konkretisierung des Vorwurfs keine Antwort erhielt und es sich zeigte, daß die jungen Amtskandidaten weder Maschinenschreiben noch Fremdsprachen konnten und nicht einmal imstande waren, tschechische Gesetzestexte ins Ukrainische zu übersetzen, erledigte sich das Ansinnen bald.<sup>279</sup>

Das AA hielt auch sonst die sichtbare Einbeziehung Deutschlands in die Karpathenpolitik für schädlich. Daß der Reporter des *Völkischen Beobachters* Hans Kleiss sich aus dem am anderen Theiss-Ufer liegenden rumänischen Siget telephonisch im AA mit Nachrichten meldete, die zu übermitteln ihm Revaj aufgetragen hatte, fand man nur »grotesk«.<sup>280</sup> Nicht einfacher wurde es, als Prchala Karmasin um deutsche Unterstützung bat und erklärte, daß seine Ernennung nicht nur mit Berliner, sondern auch mit Vološyns Zustimmung erfolgt und die Armee der einzige Ruhfaktor in der Region sei. Hencke bat um Weisung aus Berlin, ob man nun die Ukrainer oder die Tschechen unterstützen solle?<sup>281</sup> Berlins Politik lief dreigleisig: Noch brauchte Berlin die tschecho-slowakische Option, Ungarn und Polen sollten an Deutschland gezogen werden, und die ukrainischen Nationalisten offen aufgeben wollte man auch noch nicht.

Das wurde klar, als sich auch noch die ruthenischen (anti-ukrainischen) Politiker an Deutschland wandten. Der Sojm-Abgeordnete Longin besuchte das AA, erklärte sich zum eigentlichen Vertreter der Mehrheit und bat um das »Eingreifen des Reiches«, weil seine Parteigänger von den Nationalukrainern und der Sič drangsaliert würden. Altenburg verweigerte jede Unterstützung für die Ruthenen, weil sie Gegner der karpatho-ukrainischen Regierung seien, »mit der wir wirtschaftliche Verbindungen haben«.<sup>282</sup>

Von Weizsäckers Antwort an Hencke brachte auch keine Klarheit: Eindeutig war nur, daß er abtritt, Prchalas Ernennung sei mit deutschem Einverständnis erfolgt. Deutschland habe nur daran Interesse, daß in der Karpatho-Ukraine Ruhe herrschte. Die Deutschen sollten sich zurückhalten und nicht öffentlich hervortreten.<sup>283</sup>

<sup>279</sup> Vgl. Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 205-206. Šandor kritisierte im übrigen auch den Dilettantismus der Nationalisten bei der Abfassung ihrer Verordnungen (Vgl. ebd., S. 268).

<sup>280</sup> Aufzeichnung Altenburg, 20. 1. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3., Bl. 208-209. Dieses Telephonat bestätigte Winch (Republic, S. 34). Altenburg fragte den deutschen Geschäftsträger in Prag Hencke nach der Rolle von Kleiss und erfuhr von ihm, daß er als politischer Berater der karpatho-ukrainischen Regierung agiere und es nicht klar sei, ob er einen entsprechenden deutschen Auftrag habe. Man spekulierte, er könne im Auftrag des AA reisen (Deutsche Gesandtschaft Prag an Altenburg, 9.2.1939, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen zu Deutschland, Bl. 6). Dies konnte nicht stimmen, da sonst Altenburg wohl nicht nachgefragt hätte. Hinter Kleiss standen Parteistellen und wirtschaftliche Interessen. Winch war der Meinung, es gebe zwei deutsche »Parteien«, die offizielle Seite und Wiener Parteizellen, Kleiss, der mit seiner Frau in Chust weilte, galt als eine Art »unofficial diplomatic representative of one section of German opinion« und gehöre zu den letzteren (Winch, Republic, S. 26-28).

<sup>281</sup> Telegramm Hencke Prag an AA, 20. 1. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 210.

<sup>282</sup> Vermerk Altenburg, 7. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 4, Bl. 56.

<sup>283</sup> Weizsäcker an Deutsche Gesandtschaft Prag, 21. 1. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 3, Bl. 211.

Das war klug, weil dem AA inzwischen klar geworden war, dass die Ukrainer-Frage nicht nebensächlich war. Die Volksdeutsche Mittelstelle in Berlin hatte den Vertreter des Deutschen Nachrichtenbureaus in Kattowitz gebeten, über die Auswirkungen der karpatho-ukrainischen Thematik auf die polnischen Ukrainer zu berichten. Das Ergebnis war bestürzend: Danach war der UNDO-Kompromißkurs 1935 nur zustande gekommen, weil Polen seine Existenz durch die Abkommen mit Deutschland und der Sowjetunion stabilisiert zu haben schien. Nun habe die Autonomisierung an der Südgrenze die Radikalisierung der Ukrainer beflügelt: Die Verschlechterung der polnisch-ukrainischen Beziehungen sei auf diese Radikalisierung der Ukrainer zurückzuführen. Diese gingen nämlich davon aus, daß Deutschland hinter der ukrainischen Idee stände und Adolf Hitler die Freiheit bringen werde.<sup>284</sup>

Aber die deutsche Politik wollte immer noch Polen als Partner gegen die Sowjetunion gewinnen. In seiner Berchtesgadener Unterredung mit Beck am 5. Januar 1939, in der Danziger Fragen im Vordergrund standen, spielte Hitler das Interesse an den Ukrainern herunter. Er wies im Gegensatz zu den »Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten im Zusammenhang mit der Ukraine« jedes Interesse »jenseits der Karpathen« zurück – Polen habe »in dieser Hinsicht von Deutschland nicht das geringste zu befürchten«. Er erklärte, »es sei ihm gleichgültig, was die an diesen Gebieten interessierten Länder dort täten«.<sup>285</sup> Vorgeblich hielt er an dem Nationalitätenprinzip fest.<sup>286</sup> Das Desinteresse war im Lichte der antiungarischen Démarche im November rundweg gelogen, das Nationalitätenprinzip wurde hier vor den Gesprächen mit Csáky am 16. Januar (s. S. 874) letztmalig eingesetzt.<sup>287</sup>

Außenminister Beck bestätigte das polnische Interesse an der gemeinsamen Grenze mit Ungarn und warnte vor einer »Balkanisierung Mitteleuropas« durch die Schaffung kleinster nationalstaatlicher Gebilde. Polen habe Ungarn »zum energischen Handeln geraten«, erkenne »in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betätigten, alte Feinde wieder und fürchte, daß die Karpatho-Ukraine sich möglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung für Polen entwickelte, daß sich die polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlaßt sehen würde, aus dem sich dann weitere Komplikationen ergeben könnten«. Weil es noch um das Nationalitätenprinzip ging, stritt Beck wieder einen Zusammenhang zwischen den »Ruthenen« der Karpatho-Ukraine und den Einwohnern der »eigentlichen Ukraine« ab:

<sup>284</sup> Brandt, Bericht über die Verhältnisse in der polnischen Ukraine, 22. 12. 1938, PAAA, Politik Polen 6 Rassenfrage, Bd. 1, Bl. 204-219.

<sup>285</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt/Büro Reichsaußenminister, Aufzeichnung über die Unterredung Hitler – Beck, 5. 1. 1939, ADAP, Serie D. Bd. 5, Dok. 119, S. 127-132, hier S. 128.

<sup>286</sup> Vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 464 (Eintrag vom 8. 1. 1939).

<sup>287</sup> Broszat vertrat die Ansicht, nach dem Gespräch mit Beck, also wohl im Laufe des Februar, habe sich »ein neuer Prioritäten-Katalog der Ostpolitik« bei Hitler entwickelt. Da Beck an der Äquidistanz-Politik festhielt, sollte nun Polen durch den Flankendruck über Memel und die Slowakei diszipliniert werden und auch die Bewegung gegen die Sowjetunion sollte sich hierauf, nicht mehr auf die Karpatho-Ukraine stützen (Martin Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, *Bohemia* 8 (1967), S. 253-280, hier S. 263). Wir haben Bedenken dagegen, hier bereits eine Wende gegen Polen zu erblicken, weil sonst die Angebote bis in den März 1939 nicht erfolgt wären. Tatsächlich wollte man sich bei der Vernichtung der Tschecho-Slowakei mehr auf Ungarn als auf Polen verlassen, auch sollte Polen bedrängt werden, aber dann eben mit Deutschland gehen.

»Ukraine« wäre (!) ein polnisches Wort und bedeute »Ostmark«. Die Polen hätten seit Jahrzehnten damit die östlich ihres Gebietes gelegenen Gegenden am Dnjepr bezeichnet.«<sup>288</sup>

Nun war aber »Ostmark« – in Deutschland Anfang 1939 vorgetragen – kein ganz unschuldiges Wort: Es implizierte eine Analogie mit dem Umgang Deutschlands mit »seiner« Ostmark im vorangegangenen Jahr.

Das Gespräch Becks mit Ribbentrop am folgenden Tag schuf etwas Klarheit. Beck hatte sich im Gespräch mit Hitler Zurückhaltung auferlegt, die er von Ribbentrop gegenüber für überflüssig hielt.<sup>289</sup> Von Ribbentrop erklärte sich auch ausdrücklich bereit, »die ukrainische Frage als ein Privilegium Polens zu betrachten und Polen in jeder Beziehung bei der Behandlung dieser Frage zu unterstützen.« Und »lachend« antwortete Beck auf die Frage nach polnischen Aspirationen in ukrainischer Richtung, »daß sie ja selbst in Kiew gewesen seien, und daß diese Aspirationen zweifellos auch heute vorhanden wären«. Von Ribbentrop versicherte seinem polnischen Kollegen scheinheilig, Deutschland habe nur insofern Interesse an der Großukraine, als es Rußland schaden wolle, und habe »niemals [...] irgendwie mit den polnischen Ukrainern operiert, sondern dies sei strengstens vermieden worden«.<sup>290</sup>

Gegenüber den eigenen Leuten klang das anders: Bevor von Ribbentrop Ende Januar 1939 nach Polen zur 5-Jahr-Feier der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung fuhr, sprach er am 22. Januar vor Generälen: Da war von einer »Groß-Ukraine« als dem »ideale[n] Ziel der deutschen Ostpolitik« die Rede, die man aus den von Ukrainern bewohnten Gebieten in Polen, Rußland und der Karpatho-Ukraine bilden wolle.

»Dieser Staat würde natürlich eine sehr schwere Stellung haben, wie Rußland, so auch dem Reste Polens gegenüber [...] Er könnte sich nur halten, wenn er sich bedingungslos auf Deutschland stützt, wodurch er eigentlich ein deutscher Vasallenstaat werden müßte«.

Rußland und ein beschnittenes Polen sollten bestehen bleiben und Deutschland auf dem Wege des »teile und herrsche« (so wörtlich) den Osten Europas beherrschen. Das alles könne nur in Etappen erreicht werden, eine der ersten sei die Karpatho-Ukraine. Allerdings könne es wichtig sein, sich der polnischen Neutralität für den Fall einer Offensive gegen Frankreich zu versichern und das zwingt »Deutschland[,] mit Polen die freundschaftlichsten Verbindungen aufrecht zu erhalten. Dadurch wird das Tempo des Vorgehens in der großukrainischen Frage gebremst[...]«.<sup>291</sup>

<sup>288</sup> Aufzeichnung des Gesandten Schmidt/Büro Reichsaußenminister; Aufzeichnung über die Unterredung Hitler – Beck, 5. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 119, S. 127-132, hier S. 131-132.

<sup>289</sup> Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 465 (Eintrag vom 8. 1. 1939).

<sup>290</sup> Aufzeichnung von Ribbentrop. Aussprache mit Beck in München am 6. Januar 1939, 9. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 120, S. 132-134. Beck referierte zudem, Hitler habe ihm gegenüber erklärt, Deutschland besitze an der Ukraine nur wirtschaftliches, kein politisches Interesse (zitiert bei Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*. Bonn 1950, S. 17-18). Diese letzte Bemerkung schien Lipski auch Szembek gegenüber berichtenswert (Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 464 [Eintrag vom 8. 1. 1939]).

<sup>291</sup> Aufzeichnung im Außenministerium Prag, »Inhalt der Rede des Außenministers Ribbentrop, die er bei der Sitzung mit den reichsdeutschen Generälen [am 22. I. 1939] gehalten hat«, 22. 1. 1939, Archiv des Tschechoslowakischen Außenministeriums, Kabinett Nr. 509/39 in: Václav Král (Hg.), *Das Abkommen von München 1938. Tschechoslowakische diplomatische Dokumente 1937-1939*.

Wie immer man diese Aussage von Ribbentrops bewertet, ganz aufgegeben war das ukrainische Projekt jedenfalls auch Ende Januar 1939 noch nicht. Unter Deutschlands Optionen war der Umgang mit Polen taktischen Erfordernissen untergeordnet. Von Ribbentrop notierte in Warschau: »Herr Beck machte keinen Hehl daraus, daß polnische Aspirationen auf die Sowjet-Ukraine und auf eine Verbindung mit dem Schwarzen Meer bestünden«, er wolle sich aber nicht ganz an Deutschland binden und verweigere erst einmal den Beitritt zum Antikominterpakt; allerdings erwarte er einen Zerfall der Sowjetunion und verspreche »weitere reife Überlegung«. <sup>292</sup> Hieß das, daß die Deutschen nun Polen aufgaben? Nach Peter Kleist war der Warschau-Besuch einer der »großen politischen Wendepunkte dieses Jahres«. <sup>293</sup> Daran sind jedoch Zweifel gestattet: Einerseits agierten auch zuvor unterschiedliche politische Schulen in Polen gegeneinander (eher pro-deutsche vs. eher pro-französische), andererseits war die Politik des Abwartens und der Äquidistanz zu Deutschland und der Sowjetunion nicht neu. Beck betonte in seinem Bericht, er habe ein von von Ribbentrop zur Sprache gebrachtes Junktim zwischen der Karpatho-Ukraine und der Danziger Frage abgelehnt und Polen vorbehalten, in der Karpatho-Ukraine aktiv zu werden, falls die dortigen Verhältnisse »die öffentliche Sicherheit in Polen bedrohen« sollten. In seinem Résumé vom 31. Januar erklärte er dann die »ukrainische Angelegenheit« für unaktuell und die Karpatho-Ukraine für bedeutungslos. <sup>294</sup>

Tatsächlich wähnte sich Beck in der Lage, Deutschlands Politik bestimmen zu können. In einem Gespräch mit Szembek, in dem es eigentlich um den Vatikan ging, höhnte er: »Wir in Polen lachen über die deutschen ukrainischen Pläne. Wir werden dieses Problem mit eigenen Methoden organisieren«. <sup>295</sup> Das Lachen sollte ihm bald vergehen.

---

Praha 1968, Dok. 286, S. 333-337. – Wie dieses Dokument in den Besitz der Č-SR-Regierung gelangte, ist nicht bekannt.

<sup>292</sup> Aufzeichnung von Ribbentrop, Besprechung mit Beck in Warschau am 26. Januar 1939, 1. 2. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 126, S. 139-140. – Am Rande sei erwähnt, daß der germanophile Politiker Władysław Studnicki im Zusammenhang mit der Karpatho-Ukraine von der Möglichkeit schrieb, die Ukraine-Politik als ein gemeinsames deutsch-polnisches Projekt zu betreiben (Władysław Studnicki, »Tworzenie Ukrainy z Polską lub przeciwko Polsce«, Słowo 6. 1. 1939). Und auch die französischen Diplomaten hielten ein deutsch-polnisches Kondominium in der Ukraine, aus dem die Polen dann »eliminiert« werden könnten, »eine Art europäisches Mandschukuo« ab Ende 1938 für nicht unwahrscheinlich (Vgl. Maria Pasztor, »Problemy mniejszości ukraińskiej w Polsce w świetle francuskich raportów dyplomatycznych z lat 1924-1939«, Sprawy Narodowościowe 6 (1997), Nr. 2 (11), S. 111-130, hier S. 127). Bei allen deutsch-polnischen Gesprächen ging es jedoch vorrangig um Danzig – ukrainische Fragen spielten eine untergeordnete Rolle.

<sup>293</sup> Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 17. – Im Kontrast zu dieser Aussage schrieb Kleist jedoch, Berlin habe Ende Januar 1939 das Rennen noch nicht aufgegeben (Ebd., S. 23). Amerikanische Diplomaten brachten die Gespräche in Warschau mit der zunehmenden Bereitschaft Deutschlands in Verbindung, eine polnisch-ungarische Grenze in der Karpatho-Ukraine zuzulassen (Vgl. Wilbur Carr an Dept. of State, 1. 2. 1939, in: Kennan, From Prague after Munich, S. 41).

<sup>294</sup> Becks Bericht nach Vizeaußenminister Szembek, 1. 2. 1939, Telegramm Becks an die polnischen Vertretungen, 31. 1. 1939, zit. nach Zerko, Stosunki, S. 206-210. Vgl. auch Diariusz i teki, Bd. 4, S. 484 (Eintrag vom 1. 2. 1939).

<sup>295</sup> Ebd., S. 495 (Eintrag vom 14. 2. 1939). Szembek wiederholte diese Bemerkung im Vatikan gegenüber dem kurz darauf zum Papst gewählten Kardinal Pacelli und fügte hinzu, Hitler könne das ukrainische Problem »ohne uns« nicht lösen. Pacelli erwiderte, ihm sei bekannt, daß sich die Deutschen aus der Karpatho-Ukraine zurückzögen (Ebd., S. 502; Eintrag vom 17. 1. 1939).

Aber noch war Deutschland an einem Bündnis mit Polen interessiert und ging davon aus, in Osteuropa sei erst einmal Ruhe eingekehrt.<sup>296</sup> Polen beruhigen wollte auch Heinrich Himmler bei seinem Besuch in Polen am 18. Februar. Die Wiederaufnahme der Propagandasendungen aus Wien und materielle Hilfe für die Nationalukrainer gab er zwar zu, versicherte aber, daß die »karpato-ukrainische Frage im Zusammenhang einer Erledigung der anderen noch zwischen Deutschland und Polen stehenden Fragen leicht zu lösen sei«. Ausbildungslager für Ukrainer stritt er ab – dabei hatte die Abwehr bereits mit Lehrgängen begonnen.<sup>297</sup> Ein deutsches Interesse an der Ukraine stritt Himmler nicht ab, verlegte es allerdings in eine »dunkle, unsichere Zukunft«; jedenfalls sollte ein Streit darüber vermieden werden, von dem keine Seite profitieren würde.<sup>298</sup>

In Polen überlegte man zeitweise, wie man in der Karpatho-Ukraine erfolgreicher als 1938 eingreifen sollte. Polnische und ungarische Offiziere sollten die Operation nur leiten, ausführen sollten sie Einheimische. Die Pläne wurden jedoch nie verwirklicht, es war nicht nötig.<sup>299</sup> Die Ungarn wußten nämlich inzwischen, daß sie das Gebiet auch so bekommen würden. Ihr Außenminister Csáky erhielt am 16. Januar 1939 bei seinen Gesprächen mit Hitler und von Ribbentrop deutliche Hinweise, Deutschland werde Ungarn unterstützen. Hitler sprach nun – abweichend von seinen Aussagen gegenüber Beck zu Beginn des Monats – von einem Übergang »von der ethnographischen Linie« »auf die territorialen Prinzipien«. Polen war weiterhin potentieller Verbündeter:

»Man müsse eine politisch-territoriale Lösung anstreben und Polen und Ungarn müßten partizipieren. Eine geniale Lösung müsse gesucht werden, zeitlich genau durchdacht, die den geringsten Einsatz verlange (im übrigen sei er zu der Erkenntnis gekommen, daß zwischen Oktober und März überhaupt in Europa nichts Militärisches gemacht werden könne). Der Führer spricht über militärische Maßnahmen und die damit verbundenen Schwierigkeiten und Möglichkeiten und kommt zu der Schlußfolgerung, daß alles bis ins Genaueste vorbereitet werden muß, damit es blitzartig geschehen kann.«<sup>300</sup>

Hitler forderte die »Bedingung des absoluten Zusammenspiels«: »Man müsse wie eine Fußballmannschaft zusammenarbeiten, Polen, Ungarn und Deutschland, möglichst ökonomisch, ohne Krisen und blitzartig«. Csáky wisse im übrigen, »daß man nichts ohne Deutschland tun könne«.<sup>301</sup> Die politische Planung war unverändert geblieben. Csáky: »Eine Garantierung der Tschecho-Slowakei in ihren jetzigen Grenzen durch Deutschland würde Ungarn je später je lieber sehen«.<sup>302</sup> Der ungarische Gesandte in

<sup>296</sup> Vgl. Žerko, Stosunki, S. 210, 216.

<sup>297</sup> Vgl. Paul Leverkuehn, Nachrichtendienst, S. 131.

<sup>298</sup> Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 257. Gesprächsnotiz Arciszewski – Hitler, 18. 2. 1939, AAN, Botschaft Berlin, Bd. 804, Bl. 139-144, nach Žerko, Stosunki, S. 228-230.

<sup>299</sup> Vgl. Samuś u. a., Akcja »Łom«, Dok. 112, S. 52.

<sup>300</sup> Aufzeichnung VLR Hewel, Unterredung zwischen dem Führer und dem ungarischen Außenminister Graf Csáky, 16. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Nr. 272, S. 302-306, hier S. 304.

<sup>301</sup> Ebd., S. 303-304.

<sup>302</sup> Vermerk Staatssekretär von Weizsäcker über Mitteilung des Ungarischen Gesandten im Auftrag von Graf Csáky, 29. 1. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 278, S. 314. Zu Hause verbreitete Csáky den Eindruck, es sei ihm bei Hitler gelungen, »eine Respektierung der ungarischen Interessen zu sichern« (Tschecho-slowakischer Gesandter Kobr an Außenministerium Prag, 24. 1. 1939, in: Václav Král (Hg.), Das Abkommen von München 1938. Praha 1968, Dok. 289, S. 338). Prag meinte dage-

Berlin Döme Sztójay (1883-1946) berichtete seinem Kollegen Lipski bald darauf, die Deutschen hätten nichts gegen eine polnisch-ungarische Grenze und seien an möglichst guten Beziehungen zu Polen interessiert. Das ukrainische Problem werde jedenfalls nicht ohne Polens Beteiligung gelöst werden.<sup>303</sup>

Nach dem Fußball-Hinweis spielten die Ukrainer in der deutschen Planung keine sichtbare Rolle mehr.<sup>304</sup> Ob die Karpatho-Ukraine »als Glacis für eine solche Aktionsrichtung«, also zur »Formierung einer weitreichenden, gegen die Sowjetunion gerichteten Aggressionsfront im Osten« je von der deutschen Führung ins Auge gefaßt worden ist, wie Broszat meinte, darf füglich bezweifelt werden.<sup>305</sup> Die Nutzung der Karpatho-Ukraine gegen die Sowjetunion, der Piemonte-Gedanke oder – aus Stalins Perspektive – der Schwanz, der mit dem Hund wedelte, waren keine deutschen, sondern nationalukrainische Projekte, zu denen sich deutsche Stellen gern bedeckt hielten. Untere Chargen, denen sie sympathisch waren, wurden zurückgehalten.

Die deutsch-polnischen Gespräche beließen einige Wochen lang die ganze Politik in einem Schwebezustand, in dem sich weder Polen noch Ungarn wohlfühlten. Lipski bemerkte, daß Hitler in der Reichstagsrede zum 30. Januar zwar gegen den Bolschewismus gewettert, jedoch weder die Ukraine noch Rußland erwähnt hatte.<sup>306</sup> Damit erst wird klar, warum die ukrainischen Versuche, im Januar Besuchstermine in Berlin zu bekommen, zur Unzeit kamen. Am 18. Januar 1939 war der Wehrmachtsplan »Fall Süd-Ost« unterschrieben worden, der für den 15. März die Zerschlagung der Tschecho-Slowakei vorsah. Hitler und von Ribbentrop begannen am 21. Januar 1939, als der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský Berlin besuchte, mit den Vorwürfen, Prags Abkehr von der Politik Beneš mache keine Fortschritte. In Berlin brauchte man einen Vorwand zum Eingreifen. Und dies würde auch eine Lösung für die Karpatho-Ukraine notwendig machen. Da man das kleine Gebiet nicht gegen Polen und Ungarn halten konnte (und auch nicht wollte – Ungarn wollte man als Verbündeten und auch auf Polen setzte man immer noch Hoffnungen bezüglich der »Globallösung«), war dies vorerst auch das Ende der nationalukrainischen Hoffnungen.

In der Karpatho-Ukraine nahm man diese Warnzeichen nicht wahr. Vielleicht maß man dem Abdruck des Programms der neuen Einheitspartei im *Völkischen Beobachter* am 1. Februar 1939 zu viel Bedeutung bei. Vološyn hatte im Januar seine Anpassung an die autoritären Regime demonstriert, indem er zeitgleich mit der Ausschreibung

gen am selben Tag, Berlin habe den Eindruck erweckt, daß die »Frage der Ukraine [...] nicht aktuell« sei (Zirkulardepesche des Außenministeriums Prag, 24. 1. 1939, in: Ebd., Dok. 290, S. 338).

<sup>303</sup> Lipski an Beck, 23. 1. 1939, Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 483. Das war für die polnischen Diplomaten nichts Neues, weil Hitler Beck dies bereits Anfang Januar 1939 angedeutet hatte.

<sup>304</sup> Ladislav Suško schrieb, daß erst im Januar 1939 die »nazistische Linie begonnen [habe], sich von der Propaganda einer Großukraine abzuwenden«. Die Wende gegen eine »Groß-Ukraine« ist früher anzusetzen; im Januar wurde dagegen die Karpatho-Ukraine für Ungarn reserviert (Vgl. Suško, »Nemecká Politiká«, S. 188). Wohl auch in diesem Sinne ist der Eindruck zu verstehen, den Kobylański aus der japanischen Botschaft davontrug: danach hätten die Deutschen die »ukrainische Angelegenheit« für einige Jahre zurückgestellt (Diariusz i teki, Bd. 4, S. 475 [Eintrag vom 21. 1. 1939]). Dem ungarischen Gesandten in Warschau Hory kam sofort der Gedanke, nun könne man die polnisch-ungarische »gemeinsame Arbeit« in der Karpatho-Ukraine »aktivieren« (ebd., S. 483 [Eintrag vom 31. 1. 1939]).

<sup>305</sup> Vgl. Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 262-263.

<sup>306</sup> Lipski an Beck, 7. 2. 1939, Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 491.

der Sojm-Wahlen alle Parteien »aus Gründen der Staatssicherheit« auflöste und die Gründung einer Einheitspartei *Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja* genehmigte (Ukrainische Nationale Vereinigung – UNO<sup>307</sup>), deren Führung vom Ukrainischen Nationalrat eingesetzt wurde. Vorsitzender wurde Fedir Revaj, der sich fortan gern »Führer« (Vudce) nannte. Rosocha, ihr Propagandachef, war noch 1949 in der Emigration stolz darauf, daß diese Gruppierung keine »politische Konzeption« außer dem Nationalismus hatte und daß sie das »Element der absoluten politischen, ethnischen, nationalen und wirtschaftlichen Einheit in die Ukrainische Nation« hineintrug.<sup>308</sup> Bei den Wahlen zum Sojm der Karpatho-Ukraine am 12. Februar 1939 erhielt die Einheitsliste des UNO, die der Einfachheit halber Vološyn und Revaj selber zusammensetzten, auch 92,4% der Stimmen.<sup>309</sup>

Für den Nationalisten Rosocha waren die anderen Parteien doch nur käufliche Filialen Prags mit »gefallener politischer Moral«, die eines »natürlichen Todes« starben, »wie Tau in der Sonne« schmolzen und nur noch »formal« aufgelöst werden mußten.<sup>310</sup> Sterčo fabulierte von einer »Selbstauflösung« der anderen Parteien<sup>311</sup> und feierte das

<sup>307</sup> Zur Unterscheidung von der gleichnamigen Berliner Organisation kürzen wir UNO hier ohne Punkte ab.

<sup>308</sup> Stepan Rosocha, *Sojm Karpatskoï Ukraïny*. Winnipeg 1949, S. 27–28.

<sup>309</sup> Vgl. ebd., S. 32; Šandor, *Spomyny*, Bd. 1, S. 212; Das Innenministerium der karpatho-ukrainischen Autonomie hatte bereits am 27. Oktober 1938 die kommunistische Partei verboten und am 30. Oktober für die anderen Parteien ein Betätigungsverbot erlassen. Am 22. Januar 1939 wurden unter Bezugnahme auf die Verordnung der tschecho-slowakischen Regierung vom 23. Dezember 1938 sämtliche Parteien für aufgelöst erklärt (*Nova Svoboda*, 21. 1. 1939, abgedruckt bei ebd., S. 267). Die Bekanntgabe der Neugründung erfolgte am 22. 1. 1939. Durch das Betätigungsverbot verloren die Karpatho-Ukrainer ihre Vertretung im Prager Parlament – ein unprofessioneller Versuch der »Reparatur« mit einer Verordnung vom 6. 2. 1939, wonach die Parteien, welche Abgeordnete in Prag hatten, nicht aufgelöst wurden, wurde vom Verwaltungsgericht in Prag nicht anerkannt (Vgl. ebd., S. 268). An den Wahlen konnte sich allein das UNO mit einer Einheitsliste beteiligen, eine Liste der Russophilen (Ruthenen) und eine Liste der Ukrainischen Frauenorganisation (auf der UNO-Liste gab es keine einzige Kandidatin) wurden aus formalen Gründen zurückgewiesen. Allerdings konnte man theoretisch mit »Nein« stimmen, indem man nicht den vorab verteilten Zettel mit der Wahlliste in den Umschlag tat. Winch berichtete jedoch, die Wahlumschläge seien fast transparent gewesen, so daß Nein-Wähler sofort aufgefallen sind; auch sonst seien die Wahllokale häufig so eingerichtet gewesen, daß eine geheime Stimmabgabe unmöglich gewesen sei. Die Wahl sei »farcical« gewesen (Winch, *Republic*, S. 152). Nur die Russophilen hatten dazu aufgerufen, gegen die Liste zu stimmen (vgl. Vikentij Šandor, »Karpatska Ukraïna – zfederovana deržava«, in: *Vasyl' Lev/Matvij Stachiv* (Hg.), *Na pošanu simdesjatyriččja narodyn Romana Smal'-Stočkoho*. New York u. a. 1963, S. 319–339, hier S. 329, 332; Stercho, *Diplomacy*, S. 150–151; bis auf die Dürfer heruntergebrochene Ergebnisse in Petro Sterčo, *Karpato-Ukraïnska Deržava*. Toronto 1965, S. 242–252). Die Zahlen sind allerdings fragwürdig, weil man auch Ukrainer aus den an Ungarn abgetretenen Gebieten abstimmen ließ und es keinerlei Kontrolle der Wahlberechtigungen gab. Šandor gibt offen zu, daß dies »zum Erfolg der Wahlen beitrug« (Vgl. Šandor, *Spomyny*, Bd. 1, S. 272). Sterčo nennt dennoch unbekümmert diese Wahlen mit Vološyns Worten »eine Art Plebiszit« für eine selbständige Karpatho-Ukraine (Stercho, *Diplomacy*, S. 151). Glaubhaft ist, daß die an sich ungarnefeindlichen Juden der Karpatho-Ukraine für die Einheitsliste stimmten: Die ungarische Regierung Béla Imrédy hatte gerade judenfeindliche Gesetze eingeführt (Vgl. Birčák, *Karpatska Ukraïna*, S. 60; Rosocha, *Sojm*, S. 45). Rosocha erhöhte das Ergebnis noch ein wenig, indem der »Propagandachef« behauptete das UNO habe 94% der Stimmen erhalten (Rosocha, »*Vijško Zakarpatskoï Ukraïny*«, S. 472).

<sup>310</sup> Rosocha, *Sojm*, S. 15, 24.

<sup>311</sup> Etwa Sterčo, »*Nacional'ne vidrodžennja Karpatskoï Ukraïny*«, S. 207; Stercho, *Diplomacy*, S. 147. Vološyns Dekret habe nur den Zweck gehabt, »to adjust to the existing reality«. 1965 schuf er eine



Ergebnis als Folge »allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen« – nur das Wort »frei« fehlte. Rosocha schrieb 1939 offen von der »Auflösung«, nach dem Krieg aber, daß auch andere Parteien Listen hätten einreichen können – »dies war jedoch nicht nötig«. <sup>312</sup> Šandor rechtfertigte die ohne »volle demokratische Rechte« abgehaltenen Wahlen mit »spezifischen Bedingungen, welche durch die terroristischen Aktionen zweier Nachbarstaaten geschaffen worden waren, und mit dem Erbe des partei-politischen Schemas aus den Zeiten der Ersten Republik«. <sup>313</sup> Ein Autor der 1990er Jahre erklärte dagegen die Karpatho-Ukraine rundweg zur »einzigsten demokratischen Insel im rauhen Ozean totalitärer Regime«. <sup>314</sup> Daß man sich wie die tschecho-slowakische Zweite Republik den autoritären Vorbildern angepaßt hatte, mag man bis heute nicht offen zugeben.

Dabei war der Eindruck im Westen eindeutig. George Kennan schrieb am 8. Dezember 1938 in einem Privatbrief über die Slowakei und die Karpatho-Ukraine:

»Their leaders have been completely won over by the Germans through flattery, cajolery, and display of force. They are making awful fools of themselves; dressing up in magnificent fascist uniforms, [...] drilling comic-opera S. A. units and dreaming dreams of the future grandeur of the Slovak and Ukrainian nations.« <sup>315</sup>

Im *Petit Parisien* schrieb Edmond Demaître über ein Interview, das er mit »Mgr Voločine, führer de la République subcarpathique«, geführt hatte. Vološyn distanzieren sich zwar vom Rassismus, halte es aber für rechtens, eine antijüdische Gesetzgebung einzuführen, wenn das Parlament dies für nötig halten sollte. <sup>316</sup> Und Kennan informierte seine Regierung Anfang März 1939, in der Karpatho-Ukraine sei die »fascization« of the province« fortgeschritten und »a single ›Ukrainian‹ party was established along Nazi lines and other parties were forbidden.« <sup>317</sup>

Mit dieser Regelung hatte sich auch die Kooperation zwischen der UNR und Vološyn erledigt. Mykola Livyčkyj schrieb, er sei Ende 1938/Anfang 1939 in der Karpatho-Ukraine als *Tryzub*-Reporter gewesen. Er will Vološyn die UNR als »internationale Repräsentanz« und 4000 Offiziere angeboten haben, woraufhin Vološyns Sekretär ihn gefragt habe, ob nicht die UNR-Regierung in die Karpatho-Ukraine übersiedeln wolle. Das wollte sie nicht, und das war es dann. <sup>318</sup>

---

andere Konstruktion: Danach waren die Parteien im Herbst 1938 »unbemerkt [nepomitno] von der Szene abgetreten«, Prag hatte sie im Dezember aufgelöst und das UNO hatte eine andere Funktion: »Faktisch müsste man das UNO als eine Verständigung der verschiedenen Gruppierungen zum gemeinsamen Auftreten in den Wahlen verstehen [...]« (Sterčo, *Karpato-Ukraïnska Deržava*, S. 123-124).

<sup>312</sup> Stepan Rosocha, »Narodžennja deržavy«, in: *Karpatška Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939, S. 5-26, hier S. 21; Rosocha, *Sojm*, S. 29. Vgl. dagegen die Berichte von Winch, wie die Einreichung anderer Listen verhindert wurde (*Republic*, S. 157-158).

<sup>313</sup> Vgl. Sterčo, »Karpatska Sič i ukraïnskyj nacionalistyčnyj ruch«, S. 21; Šandor, *Spomyyny*, Bd. 1, S. 270.

<sup>314</sup> Jurij Kovaliv, »Blakytne nebo meni svitylo...«, in: *OUN – mynule j majbutnja*. Kyïv 1993, S. 116-126, hier S. 122.

<sup>315</sup> Kennan, *From Prague*, S. 9.

<sup>316</sup> »Si le *sojm* juge nécessaire de faire voter de nouvelles lois relatives au problème juif, il aura toute liberté de le faire!« Edmond Demaître, »A l'est du nouveau«, *Le Petit Parisien* 6. 2. 1939.

<sup>317</sup> Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: Kennan, *From Prague*, S. 64.

<sup>318</sup> M. Livyčkyj, *D[eržavnyj] C[entr] UNR v Ekzyli*, S. 56.

Die Ungarn drängten. Der Gesandte in Berlin Sztójay gab kund, Ungarn erwarte bei den Wahlen in der Karpatho-Ukraine Unruhen und strebe danach, unter dem Vorwand des Schutzes ungarischer Staatsangehöriger einzugreifen. Noch blockte aber Berlin ab: »Dem Ungarischen Gesandten sei von hier gesagt worden, wir würden es Budapest schon wissen lassen, wenn unserer Ansicht nach dort Entschlüsse zu fassen wären. Die Ungarische Regierung möge sich einfach an den Wiener Schiedsspruch halten«, schrieb von Weizsäcker.<sup>319</sup> Und noch schärfer: »Wir haben die Ungarn für jetzt unmißverständlich zum Stillhalten ermahnt und vor Eigenmächtigkeiten gewarnt«. Über von Erdmannsdorff wurde die Regierung in Budapest »darum ersucht [!], daß Ungarn am heutigen Wahlsonntag [...] keinesfalls etwas unternimmt, ganz gleichgültig was sich dort abspielt«, und der ungarische Außenminister sicherte zu, »seine Regierung werde sich selbstverständlich an unseren Rat halten.«<sup>320</sup>

Zwischen diesen Worten und der Zusammenstellung der nächsten Maßnahmen durch von Weizsäcker lag der politische Umschwung. Unsicher auf die zweite Februarhälfte datiert, notierte der neuernannte Staatssekretär im Auswärtigen Amt: »Hinweis in Budapest, daß der Augenblick für ein ordnendes Eingreifen in der Karpatho-Ukraine für Ungarn kommen könne, falls dort Unruhen entstehen. Wir hielten dann aber eine Abstimmung in diesem Gebiet über die staatliche Zugehörigkeit für nötig.«<sup>321</sup> Damit war das Szenario umrissen und auch dem AA bekannt.

Den Ukrainern gegenüber spielte Berlin weiter auf Zeit. Der gerade erst als Konsul nach Chust entsandte Walter Splettstösser telegraphierte am 20. Februar citissime nach Berlin, Julijan Revaj wolle am 23. Februar mit Karmasin, Oldofredi und Kleiss nach Berlin zu Wirtschaftsverhandlungen kommen. Von Weizsäcker blockte sofort ab: Keppler sei am 24. und 25. nicht anwesend, und Kleiss habe keinerlei Aufträge amtlicher Stellen erhalten. Daher sei auch seine inoffizielle Teilnahme an etwaigen Kontakten unerwünscht. Revaj ließ sich aber nicht abschrecken, nun wollte er halt am 27. Februar nach Berlin kommen, und er bediente sich der leicht durchschaubaren Finte, er habe ausländische Wirtschaftsangebote für die Karpatho-Ukraine und wenn Deutschland kein Interesse habe....

Von Weizsäcker antwortete am 24. Februar, Keppler habe frühestens am 1. März Zeit, und auch sonst möge Revaj sich lieber Zeit lassen. Daß dieser am 24. Februar abgegangene Entwurf von Keppler gegengezeichnet wurde, belegt, daß er sehr wohl anwesend war, also nur einen Vorwand gesucht hat, um den unbequemen Besuch zu verhindern.<sup>322</sup>

Das gelang nur zum Teil. Am 24. Februar 1939 war der Führer der deutschen Volksgruppe in der Karpatho-Ukraine und nunmehrige Staatssekretär Oldofredi allein in Berlin und sprach mit Altenburg: Er schimpfte auf Kleiss, brachte neuerlich Vološyns

<sup>319</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, 9. 2. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 165, S. 181-182.

<sup>320</sup> von Weizsäcker an Deutschen Botschafter Rom, 12. 2. 1939; von Weizsäcker an Deutsche Gesandtschaft Budapest, 12. 2. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 167, S. 182. Koźmiński schreibt ganz richtig, daß dieser Ton selbst gegenüber den »damals schon im Verkehr des Reiches mit seinen potentiellen Klienten üblichen Formen« abwich (Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 219).

<sup>321</sup> Und noch einmal: »Ungarischen Einmarsch in Karpatho-Ukraine gestatten, falls dort wesentliche Unruhen ausbrechen.« (Weizsäcker-Papiere, S. 151).

<sup>322</sup> Splettstösser an AA, 20. 2. 1939, 22. 2. 1939; von Weizsäcker an Splettstösser, 21. 2. 1939, 24. 2. 1939; PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl.1-4.

Wünsche nach Besuchen in Berlin und Warschau vor (der deutsche Gesprächspartner äußerte sich dazu nicht) und wollte (natürlich) Geld. Altenburg verwies ihn an den (angeblich ja abwesenden) Keppler. Oldofredi berichtete Altenburg, daß sich Hitler in der Karpatho-Ukraine einer »unvorstellbare[n] Verehrung als Befreier und Bringer des Rechts« erfreue und daß jeder Schwenk der Politik zu Enttäuschungen führen würde.<sup>323</sup>

In der Karpatho-Ukraine erkannte man nun, daß die Lage prekär war. Möglicherweise hatten der Abgeordnete Mychajlo Tulyk und der Polizeichef von Chust Jurko Bilej in Bratislava von Karmasin erfahren, daß Berlin die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei erwartete. Nach Sterčo soll Karmasin auch gesagt haben, daß Deutschland die Karpatho-Ukraine Ungarn zugesagt habe, nach Štefan hat er nur die Unabhängigkeit der Slowakei angekündigt. Beide kolportieren jedoch den sicherlich nicht autorisierten (»streng geheimen«) Hinweis, daß, wenn die Karpatho-Ukraine simultan mit der Slowakei die Unabhängigkeit erklärte, Hitler auch sie, wie der Slowakei versprochen, »unter seinen Schutz« stellen würde.<sup>324</sup> Vielleicht war dies der Schlüssel zu den nun folgenden Ereignissen, aber eindeutig ist dies keineswegs.

Wozu man in Berlin die Zeit brauchte, wurde bald deutlich: Das AA versuchte, sich von der Karpatho-Ukraine abzukoppeln. Eine der Maßnahmen betraf den Reporter Kleiss, dessen Rolle unklar war. Der *Völkische Beobachter* war schließlich bereit, Kleiss nach Berlin zu beordern, um ihn über etwaige unbekannte Auftraggeber zu vernehmen, wenn das AA die Fahrtkosten übernehme, wozu sich Keppler sofort bereit erklärte.<sup>325</sup> Das RSHA distanzierte sich ebenfalls von Kleiss. Der Reporter versuche, durch Prägung von Gedenkmünzen seine Aktivitäten zu finanzieren und störe damit die außenpolitischen Belange Deutschlands, die durch das Konsulat hinreichend gewährleistet seien. Was die dortigen »Volksdeutschen« betreffe, reichten zur Betreuung Karmasin und sein Büro in Berlin aus. Kleiss trete als politischer Berater der Regierung auf, hoffe auf Wehrmachtunterstützung und auf eine politische Karriere für sich. Er behauptete, er sei der »deutsche Regent für die Karpatho-Ukraine«, mache große Versprechungen, kurzum lege an den Tag, was das RSHA als »unmögliches Verhalten« qualifizierte, das dem »Prestige des Reiches abträglich« sei. In den Rivalitäten zwischen den ukrainischen Politikern habe er sich gegen Vološyn gestellt. Nun sei auch noch die Absicht Kleiss' bekannt geworden, sich Anfang März in Wien mit Andrij Mel'nyk zu treffen.<sup>326</sup>

Der Vorschlag des RSHA: Der *Völkische Beobachter* solle Kleiss abberufen, und das AA solle der Chuster Regierung mitteilen, daß Kleiss weder einen offiziellen, noch einen inoffiziellen Auftrag besitze, daß seine Tätigkeit unerwünscht sei und man es gern sähe, wenn die Karpatho-Ukraine ihn ausweisen würde.<sup>327</sup> Am 27. Februar 1939

<sup>323</sup> Aufzeichnung Altenburg, 24. 2. 1939, ebd., Bl. 20-21.

<sup>324</sup> Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 369-370; Štefan, *Avhustyn Vološyn*, S. 85.

<sup>325</sup> Altenburg an von Weizsäcker, 21. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 11.

<sup>326</sup> Diese Darstellung war sicher überspitzt, man hielt dann auch Kleiss für den geplanten Staatsstreich der radikalen Sič-Gruppe für verantwortlich (s. unten). Allerdings hatte nach Revaj und Šandor gerade Kleiss die Regierung gewarnt. Daher trifft auch die Vermutung Revajs nicht zu, Kleiss sei aus der Karpatho-Ukraine abberufen worden, weil die deutschen Staatsstreichpläne mißlungen seien (Vgl. Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 302-303).

<sup>327</sup> RSHA an AA (Altenburg), 22. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 7-10.

war Kleiss nun tatsächlich im Auswärtigen Amt, allerdings in einer anderen Rolle als er es sich vorgestellt hatte. Ladislav Suško schreibt, er habe sich schon als künftigen Gauleiter der Ukraine gesehen.<sup>328</sup> Winch schilderte ebenfalls Kleiss' arrogantes Auftreten – und daß ihm Vološyns Privatwagen zur Verfügung gestanden habe.<sup>329</sup> Nun nahmen Keppler und Altenburg sich Kleiss in Gegenwart des für die Tschecho-Slowakei zuständigen SD-Führers Heinz Jost (1904-1964) vor. Kleiss gab zwar zu, er habe sich für die großukrainische Propaganda eingesetzt, stritt jedoch ab, sich jemals als reichsdeutscher amtlicher Beauftragter ausgegeben zu haben. Keppler erklärte ihm dann so unmißverständlich, daß seine politische Betätigung unerwünscht sei, daß Kleiss gar nicht mehr in die Karpatho-Ukraine zurückkehren wollte.<sup>330</sup>

Damit war die Episode Kleiss beendet, und Deutschland hatte den engagiertesten Aktivist zurückgepfiffen. Daß er tatsächlich jemandes Aufträge – außer den eigenen – ausgeführt habe, ist eher unwahrscheinlich. Am 1. März 1939 betonte Göring gegenüber Lipski noch einmal, Gerüchte über deutsche Ukrainepläne seien reine Fiktion.<sup>331</sup> Auch in der Karpatho-Ukraine gewann man nach dem sang- und klanglosen Verschwinden Kleiss' den Eindruck, Deutschland habe »die Ukrainefrage auf Eis gelegt«. <sup>332</sup>

Ein Problem war weiter die Bewaffnung der Sič. Insbesondere die Galizier waren der festen Überzeugung, ihre alten Kontakte zum deutschen Militär und Deutschlands sicher geglaubte Unterstützung würden die Waffenbeschaffung erleichtern. Im Januar 1939 fuhr Leutnant Hryč Barabaš nach Breslau, zu dessen Armeeoberkommando (AOK) er Kontakte besaß. Das AOK war zwar angeblich bereit, ein paar leichte Waffen abzugeben, verwies Barabaš jedoch an das OKW in Berlin, das seine Genehmigung verweigerte. In der von Volodymyr Stachiv referierten Antwort hieß es, daß man mit dem Abgesandten nicht einmal sprechen wollte, da man alle die Karpatho-Ukraine betreffenden Fragen mit dem PUN und dessen Wiener Sonderstab (Jary) verhandle. Daß Barabaš, der, wie Stachiv schrieb, »wie viele aus der galizischen Jugend Militäruniformen liebte«, in Berlin in der Sič-Uniform herumlief, brachte ihm eine weitere Rüge ein – schließlich wollte man den in der Hauptstadt lebenden ungarischen und polnischen Diplomaten keine Argumente gegen Deutschland in die Hand geben.<sup>333</sup> Die Militärs hatten also Kontakte zu den ukrainischen Nationalisten, verweigerten ihnen jedoch die Unterstützung.

Ivan Roman, der stellvertretende Sič-Kommandeur, versuchte am 25. und 26. Februar 1939 in Berlin zu erreichen, was Barabaš nicht geglückt war. Diesmal war der Besuch besser vorbereitet: Der PUN hatte über das Wiener AOK das OKW informiert, Meyer-Heydenhagen vom AA und Leibbrandt vom ApA wurden ebenso mobilisiert wie der Referent der Reichsjugendführung Siegfried Zoglmann (1913-2007), der Romans Besuch logistisch organisierte. Roman hielt seine Gespräche für erfolg-

<sup>328</sup> Vgl. Suško, »Nemecká Politika«, S. 183.

<sup>329</sup> Vgl. Winch, Republic, S. 148-149, 189.

<sup>330</sup> Aufzeichnung Altenburg, 27. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 13.

<sup>331</sup> Lipski an Beck, 2. 3. 1939, Jędrzejewicz, Diplomat in Berlin, S. 498.

<sup>332</sup> Winch, Republic, S. 189.

<sup>333</sup> Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhotti V«, Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 7-8, S. 14-15.

reich, die finanziellen Einzelheiten sollten später mit Julijan Revaj vereinbart werden. Tatsächlich fand es Stachiv verdächtig, daß man so viel »aus technischen Gründen« im Ungewissen beließ. Zoglmann hatte Roman zuvor geraten, lieber auf kleine Konkreta als auf eine »prinzipielle Übereinstimmung« aus zu sein. Dem Besucher wurden Ausbildungsstätten von SA und HJ vorgeführt.<sup>334</sup> Aus der Waffenlieferung wurde jedoch nichts.

Als Julijan Revaj am 5. März 1939 in Keplers Büro in Berlin eintraf, verbrachte man zwar den ersten Tag mit Gesprächen, am 6. März berichteten die Zeitungen jedoch, daß Hácha Revaj abgesetzt habe. Revaj hatte vorsorglich zwei Vollmachten mitgebracht (eine als Regierungsmitglied und eine andere als Regierungsbeauftragter für Verhandlungen mit Berlin), und Keppler soll sich (nach Stachiv) darauf eingelassen haben, die finanziellen Bedingungen für den Waffenkauf auf der Basis der früheren Absprachen zu vereinbaren. Laut Chymyneč, der mit Revaj aus Chust gekommen war, wurde Revaj nach seiner Absetzung aber nicht mehr als Gesprächspartner akzeptiert. Wie auch immer, jedenfalls hatte der Besuch keine Folgen.<sup>335</sup> Alles sprach nun dafür, daß es kein deutsches Engagement geben würde.<sup>336</sup> Revaj fuhr mit einem auf den Namen Ivan Petrovyč lautenden falschen Paß nach Wien und blieb dort.<sup>337</sup>

Peter Kleist von der Dienststelle Ribbentrop bestätigte Volodymyr Stachiv am 8. März nachmittags vertraulich, Hitler habe entschieden, die Karpatho-Ukraine Ungarn zu überlassen. Rosenberg sollte am folgenden Tag noch versuchen, Hitler umzustimmen, aber niemand machte sich Illusionen über die Überzeugungskraft des Theoretikers.<sup>338</sup> Kleist und Leibbrandt verfaßten dennoch am 9. März 1939 für Rosenberg als Argumentationshilfe einen Schriftsatz über das »ukrainische Problem«. Darin konstatierten sie, daß die karpatho-ukrainische Problematik die Gegensätze zwischen den einzelnen ukrainischen Gruppierungen habe zurücktreten lassen. Die nationalsozialistischen Grundsätze hätten bei den Ukrainern großen Anklang gefunden – Deutschland werde trotz dem Wiener Schiedsspruch als »ehrlicher Anwalt« angesehen. Selbst Vertreter der UNR-Richtung hätten sich »immer wieder« an deutsche Stellen gewandt und ihnen versichert, daß man mit Polen nur aus taktischen Erwägungen zusammengehe, auf die Zusammenarbeit mit dem Reich jedoch »naturnotwendig« angewiesen sei. Zwar versuche die Sowjetunion dies mit einer Dokumentenedition über die deutsche »blutige« Okkupation der Ukraine von 1918 zu stören, aber selbst die russische Emigration habe inzwischen die Ukrainer als Nationalität anerkannt und fordere nur mehr ihre Föderation mit Rußland.<sup>339</sup> Davon war kaum etwas richtig – die Ukrainer waren zerstritten wie eh und je, aber Rosenberg sollte ja Hitler von der ungarischen Option abbringen. Geholfen hat es nicht. Hitler wurde nicht umgestimmt.

<sup>334</sup> Ebd., S. 15.

<sup>335</sup> Vgl. ebd., S. 15; Chymyneč, Sposterežennja, S. 86. Feierabend schreibt, Revaj sei am 6. März nach Prag (!) gekommen und dabei von Hácha abgesetzt worden. Dabei muß es sich jedoch um einen Irrtum handeln (Vgl. Feierabend, Ve vládách, S. 146).

<sup>336</sup> Sterčo schreibt, dies sei sicherer gewesen, als Roman »without a single gun« aus Berlin zurückgekehrt sei (Stercho, Diplomacy, S. 374).

<sup>337</sup> Vgl. Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 279.

<sup>338</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] V«, S. 16-17.

<sup>339</sup> Leibbrandt, »Ukrainisches Problem«, 9. 3. 1939, BAK, NS 43, Bd. 43, Bl. 66-70.

Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Die am 16. Februar 1939 eingesetzte neue ungarische Regierung unter Pál Graf Teleki de Szék (1879-1941) war bereit, sich stärker an Deutschland zu binden. Am 24. Februar 1939 war Ungarn dem Antikominternpakt beigetreten. Die Rechnung ging dann auch weiter auf: Nach der Einnahme der Karpatho-Ukraine folgte Ungarn dem nationalsozialistischen Deutschland und verließ den Völkerbund. Und trotz der Kooperation mit Polen erklärte Sztójay dem AA am 25. August 1939, Ungarn stehe bei dem sich abzeichnenden Krieg an der Seite der Achse.

Inzwischen waren aber offizielle Deutsche in der Karpatho-Ukraine. Es gab ein Konsulat in Chust und Splettstösser als dessen kommissarischen Leiter. Nicht nur Kleiss praktizierte eine Politik des »man on the spot«. Splettstössers wirtschaftspolitische Anregungen orientierten sich an den nach der »Reichskristallnacht« in Deutschland eingeleiteten Maßnahmen und widerlegen die Auffassung, unter von Weizsäcker seien die Diplomaten wenig antisemitisch gewesen. Juden beherrschten nach Splettstösser das karpatho-ukrainische Geschäftsleben zu 98%, was ein »Beweis für die Schädlichkeit des Judentums« sei. Dagegen solle man »drakonische Maßnahmen« ergreifen, die Juden seien aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten und auszuweisen. Eine Ent- und Aneignung ihres Vermögens sollte stattfinden, indem die Schuldverbindlichkeiten ihnen gegenüber an »arische Konsumgenossenschaften« übertragen würden. Störend sei dabei nur, daß ein großer Teil der ukrainischen Regierungsmitglieder »jüdisch versippt« sei. Splettstösser riet, Vološyn zu veranlassen, von seiner bisherigen großukrainischen Propaganda abzurücken.<sup>340</sup>

Volodymyr Stachiv glaubte, der Verzicht auf ein deutsches Generalkonsulat in Chust (tatsächlich wurde nur ein Konsulat eingerichtet) sei die Folge einer deutsch-polnischen Absprache gewesen. Beck habe Anfang Januar 1939 Hitler »überlistet« und irgendetwas mit Danzig versprochen, woraufhin die Vertretung in Chust heruntergestuft worden sei, um den Polen etwas zu bieten. Die Ukrainer wußten nicht, was in Berchtesgaden tatsächlich verhandelt worden war – das ganze eignete sich glänzend für Spekulationen. Für Stachiv zeichnete sich nun aber ein Machtkampf in Deutschland ab. Wirtschaftsfragen lagen seiner Ansicht nach den Nationalisten fern; daß das AA als Grund für den geringeren Rang der Vertretung Budgetersparungen geltend gemacht hatte, war für ihn »nur eine diplomatische Motivation«. Presseberichte über die Karpatho-Ukraine gab es nicht mehr, auch wenn der Ostreferent im Propagandaministerium Stachiv einzureden versuchte, die Zeitungen seien voller Wohlwollen für die Ukrainer und Hitler stehe weiterhin auf dem Boden des ethnischen Prinzips.<sup>341</sup>

Nur durch einen Brief Kločuraks an Šandor aus dem Jahre 1971 ist belegt, daß Revaj (wenn es sich um keine Verwechslung handelt) auch im Februar 1939 schon einmal

<sup>340</sup> Splettstösser an AA (Altenburg), 23. 2. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 36, Judenfragen. Jenseits aller anderer Erwägungen wird aus dem Schreiben deutlich, daß der deutsche diplomatische Vertreter offenbar auch Ende Februar 1939 noch von einem Szenario ausging, in dem die Deutschen im Verbund mit den lokalen Ukrainern die regionale Entwicklung gemäß den am 7. Dezember abgeschlossenen Verträgen gestalten würden.

<sup>341</sup> Stachiv bezog sich auf Mitteilungen von Kurt Graebe, der behauptet hatte, er selber sei als Ukrainerfreund von Schliep, Meyer-Heydenhagen und Peter Kleist als Chuster Generalkonsul, Heinz Heckel als Konsul, vorgesehen gewesen. Durchgesetzt hätten sich jedoch Leibbrandt, Keppler, Woermann und Veesenmeyer, woraufhin Graebe sich für den Posten nicht mehr interessiert habe. Vgl. Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] III«, S. 7.

in Berlin gewesen sein soll. Angeblich habe man ihm zugesagt, nach der Unabhängigkeitserklärung erhalte seine Regierung einen deutschen Kredit in Höhe von 10 Millionen Mark. Dafür sollte den Hermann-Göring-Werken der Besitz des Grafen Schönborn-Buchheim samt der Holz-Treibstoff-Destillieranlage »Latorycja« überschrieben werden – und Deutschland werde die Karpatho-Ukraine unterstützen. Der von Revaj überbrachte Vorschlag sei in Chust von der Regierung abgelehnt worden. Aber Šandor schrieb auch, Revaj habe niemandem gesagt, mit wem er eigentlich in Berlin gesprochen und welche Garantien er bekommen habe.<sup>342</sup>

Šandor war sich sicher, daß ein solches Angebot nicht von den »führenden Staatsmännern Deutschlands« kommen konnte, da sich Berlin bereits entschieden gehabt hätte, die Karpatho-Ukraine Ungarn zu überlassen und (hier irrte Šandor) hochrangige Gespräche mit der Sowjetunion geführt würden. Er meinte, daß es vor allem Wirtschaftsleuten darum gegangen sei, vor dem Eingreifen Ungarns den fraglichen Besitz billig zu erhalten. Und damit dürfte er Recht haben.<sup>343</sup> Neben der Wehrmacht, die mit Roman verhandelte, waren also offenbar Wirtschaftskreise weiter an Kontakten mit den Independentisten interessiert. Sie wurde jedoch vom AA und der Führung des Reiches ausgebremst.

Die tschecho-slowakische Regierung, die inzwischen immer häufiger mit deutschen Vorwürfen konfrontiert wurde, obwohl ihre Machthaber nach Kräften versuchten, den deutschen Vorgaben zu entsprechen, wollte sich noch am 1. März 1939 mit Berlin »über die weitere Zukunft der Karpatho-Ukraine« verständigen. Vološyns Regierung versuche, die Tschechen aus der Politik zu vertreiben, ihnen aber die Versorgungslasten aufzuerlegen. Ungarn fordere propagandistisch das Gebiet, und die Gesandten Italiens und Polens versuchten mit den Slowaken die Abtretung der Karpatho-Ukraine an Ungarn (evtl. gegen eine Rückgabe von Kaschau/Kassa/Košice an die Slowakei) auszuhandeln.<sup>344</sup>

Suchte die Tschecho-Slowakei allen Ernstes Hilfe bei den Deutschen? Hat die Nachricht über die polnisch-italienisch-slowakischen Kontakte die Deutschen dazu veranlaßt, in der karpatho-ukrainischen Frage zugunsten Ungarns aktiv zu werden? Konkrete Hinweise haben wir darauf nicht. Wollte man vielleicht gegenüber Ungarn nicht an Einfluß verlieren? Hätten Polen, Slowaken, Italiener und Ungarn sich geeinigt, hätte Deutschland die Initiative verloren. Da mochte es attraktiv erscheinen, wenn Deutschland Ungarn etwas böte. Aber am 4. März hatte von Ribbentrop noch einmal den ungarischen Gesandten Sztójay abgewiesen, als dieser eine Erklärung erbat, »wonach Ungarn ein erstes Anrecht auf das Gebiet der Karpatho-Ukraine habe, bzw. bei einer Neuregelung ihm dieses Gebiet zugesprochen werden sollte«. »Ungarn müsse Geduld haben«, erklärte er.<sup>345</sup>

<sup>342</sup> Šandor gab als Grund dieser Transaktion an, daß Legationssekretär Hofmann bei seiner November-Reise durch die Karpatho-Ukraine zu Gast bei der Gräfin Schönborn-Buchheim gewesen sei, die um die Hilfe Deutschlands bei einem für sie nützlichen Gebietstausch gebeten habe. Hofmann sei selber an dem Destillierwerk interessiert gewesen (V. Komarynský an Šandor, 26. 8. 1979, nach Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 300-302). Er wiederholte dies auch in Vincent Šandor [Šandor], Carpatho-Ukraine in the Twentieth Century. Cambridge MA 1997, S. 136-137.

<sup>343</sup> Stepan Kločurak an Šandor, 22. 6. 1971, abgedruckt in Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 300.

<sup>344</sup> Aufzeichnung VLR Günther Altenburg über den Besuch von Masářík, Kabinettschef des tschecho-slowakischen Außenministers, 1. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 177, S. 192-195.

<sup>345</sup> Aufzeichnung von Ribbentrop, 4. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 179, S. 196.

## 4. EINE DOPPELTE POLITIK DER UKRAINISCHEN NATIONALISTEN?

Dr. Hamilkar Hofmann ersetzte Splettstösser am 9. März als deutschen Konsul in Chust. *Nova Svoboda* wertete das als eine Verstärkung der deutschen Unterstützung, aber das war sicherlich falsch.<sup>346</sup> Deutschland versuchte, sich aus allem herauszuhalten. Der deutsche Geschäftsträger in Prag Hencke antwortete Außenminister Chvalkovský am 8. März auf seine Frage nach den »konkrete[n] deutsche[n] Wünsche[n]« nur mit dem lapidaren Hinweis auf den Wiener Schiedsspruch.<sup>347</sup> Und von Weizsäcker erteilte Hofmann am selben Tag die Weisung, allen politischen Gesprächen mit Vološyn oder anderen Persönlichkeiten auszuweichen.<sup>348</sup>

Hofmann hielt sich auch daran. Einem britischen Pressevertreter erklärte er unumwunden, Deutschland sei am Freundschaftspakt mit Polen und nicht an der Ukraine interessiert. Die Karpatho-Ukraine könne nicht als Sprungbrett in die Große (Ost-)Ukraine dienen, wie dies die Nationalisten erklärt hätten. Er kritisierte auch Kleiss, der in Deutschland zur Ordnung gerufen worden sei.<sup>349</sup>

Anders die Wahrnehmung in Chust. Hier rechneten die radikaleren Nationalisten mit deutscher Unterstützung – und sie wollten das Sagen haben. Ivan Roháč, der inzwischen Sekretär Vološyns geworden war, erklärte Šandor, er sei von Ribbentrop für die »Politik der Karpatho-Ukraine« verantwortlich.<sup>350</sup> Roháč und Rosocha, letzterer gefördert von Oleh Kandyba, sollen bereits im Januar 1939 von Vološyn gefordert haben, unausgebildete Sič-Leute als Kommandeure auf die Gendarmerieposten zu verteilen, was Vološyn abgelehnt habe.<sup>351</sup> Das ist glaubhaft, weil nur mit Nationalismus ausgestattete Enthusiasten auch die Prager Vertretung hatten übernehmen wollen, Roháč und Rosocha sich selber, ohne je Militärdienst geleistet zu haben, zu Oberstleutnanten erklärt hatten und dabei offenbar nichts Problematisches fanden.<sup>352</sup> In diesem Sinne sei auch die Sič ohne jegliche Ausbildung geblieben – Birčák schrieb plastisch, sie sei »nicht organisiert, aufgeplustert, aufrührerisch und dumm« gewesen.<sup>353</sup>

<sup>346</sup> *Nova Svoboda* 10. 3. 1939, nach Stercho, *Diplomacy*, S. 373.

<sup>347</sup> Deutscher Geschäftsträger Prag (Hencke) an AA, 8. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 181, S. 198.

<sup>348</sup> Von Weizsäcker an Hofmann, 8. 3. 1939, Hinweis in ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 75. So viel zur These der Sowjetliteratur, Hofmann sei der »wirkliche Leiter der Regierung Vološyns« gewesen (Vgl. etwa Volodymyr Zamlynskyj, *Šljach čornoj zrady*. L'viv 1969, S. 63).

<sup>349</sup> Stercho, *Diplomacy*, S. 373.

<sup>350</sup> Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 281–282. Ebenso vgl. Birčák, *Karpatška Ukraïna*, S. 31.

<sup>351</sup> V. Komarynskyj an V. Kačurovskyj, Chicago, 16. 5. 1974, nach Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 310–311. Vološyn wird das Zeugnis ausgestellt, im Amt unbeholfen und allzu gutmütig gewesen zu sein, sich in lange Gespräche mit Bauern verstrickt und dafür die Regierungsgeschäfte vernachlässigt zu haben (Vgl. Birčák, *Karpatška Ukraïna*, S. 30). Rosocha behauptete später, die Sič habe »ohne Unterbrechung« militärisch ausgebildet (Rosocha, »*Vijsko Zakarpatškoj Ukraïny*«, S. 470). Die Berichte behaupten das Gegenteil.

<sup>352</sup> Vgl. Štefan, *Avhustyn Vološyn* 1977, S. 9; Birčák, *Karpatška Ukraïna*, S. 37.

<sup>353</sup> Birčák, *Karpatška Ukraïna*, S. 35. Hajvas gab dieser Einschätzung indirekt recht, als er schrieb, die galizische ukrainische Jugend habe sich »nach Aktion dürstend [...] gewagt, sich in den Kampf in der Karpatho-Ukraine zu verwickeln, ohne die Eigentümlichkeiten dieses Gebietes zu beachten« (Jaroslav Hajvas, *Koly kinčalasja epocha*. Na čužyni [Chicago] 1964, S. 18).



Daß Roháč insgesamt ein schwieriger Fall war,<sup>354</sup> steht auf einem anderen Blatt. Stachiv schrieb, er habe Vološyn ohne Unterlaß widersprochen, sei auch von ihm zurechtgewiesen worden.<sup>355</sup> Birčák warf ihm Größenwahn vor: Er soll versucht haben, Vološyn in den Hintergrund zu drängen und immer wieder mit frei erfundenen »deutschen« Lösungen aufgewartet haben: Bei der Evakuierung Užhorods nach dem Wiener Schiedsspruch wußte er von 100 Lastwagen, die die Deutschen aus Wien schicken würden. Angesichts der ungarischen Invasion fabulierte er, Revaj weile zu einer Audienz bei Hitler und werde alles richten; dann noch konkreter, daß die Deutschen 1500 (!) Flugzeuge gegen die Ungarn einsetzen würden.<sup>356</sup>

Dies sprach sich bis Berlin herum: Stachiv erhielt von Marusja Chymyneć im Dezember 1938 den Klatschbericht, die OUN-Gegner in Berlin – Skoropys-Joltuchovskýj, Sevrjuk, Koževnykiv und der zwischen UNR und dem Het'man changierende UWI-Bibliothekar Pavlo Dmytrenko – seien fest davon überzeugt, in der Karpathenregierung gebe es einen Machtkampf. Vološyn sei gänzlich von den Nationalisten beherrscht und ermögliche diesen »Menschen mit Masken« die faktische Herrschaft über den Staat und die Sič.<sup>357</sup>

Durchaus glaubhaft, wenngleich nicht eindeutig dokumentiert ist auch, daß die jungen Nationalisten den in ihren Augen allzu zögerlichen Vološyn und Julijan Revaj absetzen wollten, um gestützt auf Deutschland ein radikal-nationalistisches Regime zu errichten und sofort die Unabhängigkeit der Karpatho-Ukraine zu erklären.<sup>358</sup> Ein angeblich vom tschecho-slovakischen Staatsschutz entdecktes Kohlepapier dieses Inhalts habe unter anderem die Unterschriften von Jevhen Vrećona (Ostap Voljanskýj), nun Sicherheitschef der Karpatska Sič, Stepan Rosocha, Ivan Roman und Ivan Roháč getragen.<sup>359</sup> Julijan Revaj hat 1974 Šandor gegenüber vermutet, es habe sich bei diesem Staatsstreichplan um eine »deutsche Agenten-Intrige« gehandelt, aber darin täuschte er sich wohl. Vološyns Regierung wurde erst durch Kleiss von diesem Vorhaben informiert. Daraufhin habe Vološyn Rosocha und Roháč ins Gewissen geredet und der Polizeichef Jurko Bilej den Galiziern gedroht, sie an Polen auszuliefern. Damit wieder mag zu erklären sein, daß Vološyn nicht protestierte, als am 6. März Hácha den Ex-Sozialdemokraten Revaj wegen Haushaltsfragen absetzte.<sup>360</sup> Zu Revajs Nachfolger

<sup>354</sup> Selbst Volodymyr Stachiv, der ihm politisch nahe stand und ihn für »sympathisch« hielt, beschrieb ihn als »manchmal etwas nervös« (Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti II«, Visti bratstva kolyšnych vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 1-2, S. 7).

<sup>355</sup> Ebd.

<sup>356</sup> Birčák, Karpatska Ukraína, S. 31.

<sup>357</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] II«, S. 8.

<sup>358</sup> Ziemlich treffsicher beobachtete Kennan: »Real power appears to be held by a clique of outsiders – Ukrainians – who have established themselves in Chust as correspondents for foreign Ukrainian papers, as political secretaries to the Ruthenian leaders, as instructors and officers of the Sič, etc. These men doubtless work in close contact with the recently appointed German Consul and with [...] [Oldofredi]. [...] Revaj and Vološin might easily find themselves junked in the near future in favor of some outsider, quite possibly a military figure from the Ukrainian emigration« (George F. Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: ders., From Prague, S. 66-67).

<sup>359</sup> V. Komarynskýj an Šandor, 28. 1. 1978, nach Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 302. Angeblich nicht beteiligt gewesen soll der Sič-Kommandeut Dmytro Klempuš sein (Ebd., S. 305). Birčák datiert den Umsturzbeschluß auf den 19. Januar (Vgl. Birčák, Karpatska Ukraína S. 56).

<sup>360</sup> Vgl. Hencke, Augenzeuge, S. 281.

ernannte er Stepan Kločurak.<sup>361</sup> Am 9. März wurden mit Julij Braščajko (1879-1946), Mykola Dolynaj und Jurij Perevuznyk (1903-1966) weitere Ukrainer zu Ministern bzw. Staatssekretären ernannt.<sup>362</sup> Vološyn suchte weiterhin mit Prag einen *modus vivendi*, woraufhin die Radikalen versuchten, ihn kaltzustellen und im Vertrauen auf die Deutschen gewaltsam die Macht zu ergreifen.

Šandor nannte in seinen 1996 erschienenen Memoiren den angeblich Schuldigen an den Umsturzplänen und den anderen Sič-Kapriolen: Riko Jary sei es, den er bewußt falsch als »Deutschen« charakterisierte. Jary sei »Verbindungsmann mit Deutschland« und die »treibende Kraft bei der Vorbereitung des Staatsstreichs« gewesen, um dann »mit einigen Kommandanten der Sič eine prodeutsche Politik« zu gestalten und »eigene Pläne« zu realisieren. Er soll auch »feindliche polnische und ungarische Agenten, die im Hauptkommando [der Sič] entdeckt und gefaßt« worden waren, und dazu auch noch die, »die es nicht zu fassen gelang«, geführt haben. Wie in jeder anständigen Verschwörungstheorie hielt es Šandor für besonders signifikant, daß »noch keiner der Teilnehmer des Staatsstreichs die Rolle Riko Jarys aufgeklärt« habe. Der geplante Putsch wurde in seiner Darstellung von einer innerukrainischen Angelegenheit zu einem Teil der »Welle von Intrigen der Maschinerie Hitlers«, die Karpatho-Ukrainer schon jetzt und durch Jary »Opfer des Hitleristischen Deutschland«.<sup>363</sup>

In Wirklichkeit war Jary keineswegs besonders aktiv. Kapustjanskyj berichtete, daß »Anfang 1939« in Wien der Militärstab des PUN zusammengetreten sei. Als Teilnehmer nannte er außer ihm selber Roman Suško, Oberstleutnant V. Kolosovskij und Ingenieur M. Seleško. Senyk, Jaroslav Baranovskij und Sciborskyj waren ebenfalls in Wien. In Absprache mit der tschecho-slowakischen Regierung wollte man versuchen, OUN-Mitglieder und »alte Kämpfer« zur Verteidigung der Karpatho-Ukraine ins Land zu schicken. Die darüber eingeleiteten Gespräche habe aber ausgerechnet Riko Jary unterbrochen. Die Deutschen hätten Kapustjanskyj und Suško daran gehindert, in die Karpatho-Ukraine zu reisen.<sup>364</sup> Die Rivalität innerhalb der OUN (alle Teilnehmer gehörten später der Mel'nyk-Fraktion an, nur Jary hat sich Bandera angeschlossen) gestattet keine eindeutige Bewertung dieses Geschehens, weil die Bandera-Leute umgekehrt den Mel'nykivcy – also dem PUN – vorwarfen, damals schon im Sinne der Deutschen auf eine Intervention in der Karpatho-Ukraine verzichtet zu haben. Belege hierfür sind jedoch nicht bekannt. Nur Jary bot sich als Sündenbock hervorragend an.

<sup>361</sup> Gespräch Šandor mit Julijan Revaj, 25. 1. 1974 nach Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 303; Šandor kritisiert, die Verschwörer hätten nicht gefühlt, »wo das Interesse Deutschlands endet und das Interesse unserer Staatlichkeit beginnt«. Vgl. ebd., S. 282, 302, 305; Stercho, *Diplomacy*, S. 131.

<sup>362</sup> Vgl. ebd., S. 134.

<sup>363</sup> Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 306-307. Desgl. in Šandor [Šandor], *Carpatho-Ukraine*, S. 137-139. Auch Birčak huldigt einer eigenen Verschwörungstheorie, wonach hinter dem Sič-Kommando »noch ein weiteres Kommando« gestanden habe. Er verdächtigt allerdings nicht die Deutschen, sondern Polen und Ungarn, die gesamte Sič unterwandert zu haben. Damit wird er wohl recht haben, mit dem Staatsstreich dürfte das jedoch nichts zu tun gehabt haben (Vgl. Birčak, *Karpatska Ukraïna*, S. 39).

<sup>364</sup> Mykola Kapustjanskyj, »Vijskova pidhotovka OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 115-139, hier S. 133.

Wie auch immer – das ukrainische »Kapital« mochte man in Berlin nicht nutzen. Nach einer Zeit der Unschlüssigkeit begann Deutschland die Ukrainer zu bremsen. Die deutschen politischen Maximen veränderten sich: Der Wiener Schiedsspruch (und nicht etwa das Münchner Abkommen) war das letzte Dokument vor dem Beginn des Krieges, in dem die Nationalität der Bevölkerung als Vorwand für territoriale Veränderungen herhalten mußte. In den Gesprächen wurde nun immer häufiger das »historische Prinzip« angeführt, das sowohl Deutschlands Interesse an Böhmen als auch Ungarns an der Karpatho-Ukraine »legitimierte«. Erkannten die ukrainischen Nationalisten, daß eine neue Zeit anbrach?

Während sich die OUN zunächst bemüht hatte, Deutschland auf die Möglichkeiten der Nutzung der Karpatho-Ukraine hinzuweisen und sich davon ein eigenes Sprungbrett versprach, wurden die OUN-Führer Ende 1938 stiller. Auch wenn die Dokumentation hierüber wenig verlässlich ist, mag man nicht ausschließen, daß es zu Meinungsverschiedenheiten kam. Aber erst in einer ukrainischen Nachkriegszeitung wurde behauptet, der PUN mit Mel'nyk habe sich zwischen Strategie und Taktik entscheiden müssen und erklärt:

»Wir stehen am Vorabend großer und grundsätzlicher Entscheidungen [...] In einer Situation, in der Giganten gegeneinander antreten, müssen wir die Orientierung auf einen von ihnen wählen. Der PUN hat solch eine Wahl, die einzige mögliche, getroffen. Unsere Aktion in Transkarpathien läuft deutlich den Tendenzen der deutschen Politik zuwider, und wir können uns den Luxus eines »Krieges« mit dem mächtigen Deutschland nicht erlauben. Der PUN muß konsequent eine Politik der »Desinteressiertheit« verfolgen, weil dies die Forderungen einer höheren Raison sind.«<sup>365</sup>

Nichts bringt ausreichend Licht in das Dunkel der Frage, ob der PUN ganz oder teilweise von einem bewaffneten Kampf Abstand nahm. Kam schon im Oktober 1938 Jaroslav Baranovskij nach Užhorod und verlangte, daß alle der OUN angehörenden Galizier die Karpatho-Ukraine zu verlassen hätten? Die Nationalisten hätten dann gewußt, daß sie weder die Billigung des PUN noch der Deutschen besaßen. Der Resident des PUN in der Karpatho-Ukraine Kandyba soll die negativen Direktiven übermittelt und gleichzeitig erklärt haben, daß er sich persönlich mit ihnen nicht solidarisiere.<sup>366</sup> Widersetzten sich die sonst disziplinierten OUN-Mitglieder der Anweisung »schweigend«?<sup>367</sup>

Vrećona, der Autor, der das obige Zitat des PUN anführte, war Sicherheitschef der Sič und gehörte der Fraktion an, die sich später Bandera anschloß, hatte also Interesse daran, Mel'nyk zu schaden, vielleicht auch daran, das Versagen der Sič jemand anderem

<sup>365</sup> O. Voljanskij [eigentlich Jevhen Vrećona], »Rozlam v OUN – joho pryčyny i naslidky«, Visnyk, April 1948, zit. nach Mirčuk, Narys, S. 549.

<sup>366</sup> Vgl. Oleh Bahan, Nacionalizm i nacionalistyčnyj ruch. Istorija ta idej. Drohobyč 1994, S. 124. – Jevhen Stachiv bestätigt in seinen Memoiren keine Vorbehalte Ol'žyčs. Dieser habe sein Haus in Chust von der amerikanischen ODVU bezahlen lassen und im übrigen »eine den Deutschen genehme Politik betrieben« (provodyv vyhidnu dlja Nimeččyny polityku) (Stachiv, Kriz' tjury, S. 46, 57). Nach Hajvas soll Kandyba sich auf die Position zurückgezogen haben, es gehe nur um eine gute moralische Haltung, während Volodymyr Stachiv fest davon überzeugt gewesen sei, es werde in jedem Falle Hitler (»vujko Dol'ko« – Onkel Dolfi) über die künftigen Schritte entscheiden (Jaroslav Hajvas, Volja ciny ne maje. Toronto 1971, S. 46).

<sup>367</sup> Vgl. Wysocki, Organizacija, S. 391.

in die Schuhe zu schieben. Jaroslav Baranovskýj eignete sich immer als der Konspiration Verdächtiger. Diese nicht im Original belegte PUN-Stellungnahme, auf die in Publikationen der Mel'nyk-Anhänger verständlicherweise nicht eingegangen wird, konnte im politischen Bruderkampf nützlich sein: Zum einen hätte sich der Mel'nyk-PUN (und nicht nur der spätere Banderiveč Jary) 1938 bereits eindeutig für eine pro-deutsche Orientierung entschieden. Zum anderen spräche hieraus ein frühes Wissen darum, daß Deutschland nicht an einer selbständigen Karpatho-Ukraine interessiert sei. Aber: Ab wann war den Deutschen selber klar, daß sie Ungarn fördern würden? Im Oktober/November 1938 war noch alles in der Schwebe. Und selbst wenn – was die Quellen nicht unbedingt bestätigen – irgendwo eine Entscheidung bereits gefallen sein sollte, wußten die OUN-Ukrainer davon? Wußte der PUN, daß man in Deutschland die Verbindungen zu Ungarn festigen und das Bündnis mit Polen enger knüpfen wollte?<sup>368</sup> Sprach nicht die Gerüchte über die Festigung der deutschen Präsenz in der Karpatho-Ukraine dagegen?

Wenn den PUN jemand über die deutschen Prioritäten informiert haben sollte, mag das der Grund gewesen sein, warum dieser sich kaum mehr öffentlich zu Wort meldete. Mirčuk behauptete jedenfalls, PUN-Vertreter hätten versucht, die Heißsporne im Osten der Tschecho-Slowakei zu zügeln. Aber paradoxerweise erhoben die Mel'nyk-Anhänger – gegen Jary und die »Radikalen« – genau denselben Vorwurf. Knyš, der Chronist der OUN-M, warf Jary vor, »deutsche Anweisungen ausgeführt« zu haben, weil »Deutschland an der Liquidierung der Karpatho-Ukraine interessiert« gewesen sei.<sup>369</sup> Sprach daraus eine Haltet-den-Dieb-Taktik?

Möglicherweise kann ein Hinweis aus sowjetischen Quellen hilfreich sein. Im Oktober 1938 sei es – so der sowjetische Historiker Čerednyčenko – in Berlin zu einer hochrangigen Besprechung von SS, Sicherheitsdienst, Abwehr, Propaganda-Ministerium, AA und Partei gekommen, auf der vor allem Kapitän Döring von der Abwehr die Bedeutung der Informationen betont habe, die man durch die ukrainischen Nationalisten aus Polen bekomme. Um die Quellen nicht zu gefährden, forderte er eine bessere Tarnung der deutsch-ukrainischen Verbindungen. Die sowjetische Darstellung begründete damit die List, daß man den Polen versicherte, die Unterstützung der Ukrainer sei vor allem gegen die Sowjetunion gerichtet. Ist die Annahme gestattet, daß man den Mel'nyk-Leuten daraufhin nahelegte, sich in der Karpatho-Ukraine nicht zu engagieren und lieber abzuwarten? Mehr als eine Hypothese kann dies nicht sein, weil nicht einmal sicher ist, ob diese Sitzung wirklich stattgefunden hat.<sup>370</sup>

Die Aktionen der galizischen wie der karpatho-ukrainischen Nationalisten widersprachen nach diesen Aussagen also fortan möglicherweise nicht nur den Zielen der deutschen Regierung, sondern auch denjenigen der Nationalisten-Führung. Nach Vrečona habe diese auf einem Treffen in Wien im Januar 1939 ausdrücklich einen bewaffneten Widerstand in der Ukraine abgelehnt und den Galiziern verboten, über die

<sup>368</sup> So Mirčuk, Narys, S. 549.

<sup>369</sup> Zinovij Knyš, Rozbrat. Toronto 1960, S. 303.

<sup>370</sup> V. P. Čerednyčenko, Anatomija zrady. Kyiv 1978, S. 79-80, nach Troščynskýj, Najmanci fašyzmu, S. 105-106. Die sowjetische Literatur hatte sich zuvor bereits die Vorwürfe der Banderivci zu eigen gemacht, Mel'nyk vorzuwerfen, er habe »in Berlin am warmen Ort gegessen und, den Willen des Führers [Hitler] ausführend, seine »Worte des Führers Andrij Mel'nyk an die Ukrainische Nation.« geschrieben (Zamlynskýj, Šljach, S. 65).

Grenze in die Karpatho-Ukraine einzusickern.<sup>371</sup> Die galizische Landesexekutive der OUN soll dieses Verbot verbreitet und eine Zuwiderhandlung mit einem Revolutionstribunalverfahren wegen Anarchie bedroht haben. Als Argument galt, in der Karpatho-Ukraine gebe es genügend »Kader« und man dürfe aus Galizien und Wolhynien keine ukrainischen Nationalisten abziehen, »weil hier auch eine große Prüfung« bevorstehe.<sup>372</sup>

Mykola Klymyšyn – ein führender Exponent der Bandera-OUN (und 1939 wegen des Pieracki-Attentats noch im Gefängnis) – sah in dem Rückzieher des PUN eine Reaktion auf den »unerwarteten Zug Hitlers«, die Karpatho-Ukraine den Ungarn zu überlassen. Sollte dies bereits im Oktober 1938 festgestanden haben? Eher nicht, denn Deutschland versprach den Ungarn lange nichts Konkretes. Auch die weiteren Interpretationen Klymyšyns sind fragwürdig. Sie zielen eher darauf ab, Mel'nyk zu diffamieren:

»Hypnotisiert von den glänzenden Siegen der Hitler-Armeen (!) entschied er sich gegen das Selbstständigkeitsprinzip, die Selbständigkeit der Karpatho-Ukraine nicht zu verteidigen, weil dies gegen die Pläne Hitlers gewesen wäre. Er verbot in einem Befehl OUN-Mitgliedern aus Galizien, nach Transkarpathien zu wechseln. Und dies war die Ursache seiner Niederlage (joho prohry)«. <sup>373</sup>

Klymyšyns Text ist als späte Konstruktion erkennbar: Deutsche »Armeen« hatten bis Anfang 1939 (sieht man von der noch geheimen Legion Condor ab) keinen Schuß abgegeben und also auch keine »glänzenden Siege« errungen.

Die meisten Autoren erwähnten die Zurückhaltung des PUN nicht, sondern schrieben im Gegenteil vom Einsatz aller Kräfte.<sup>374</sup> Beide Fraktionen operierten jedoch gern mit Vorwürfen an die jeweils andere Seite. Mirčuk wie Klymyšyn sahen hier die erste Etappe des Auseinanderbrechens der OUN.<sup>375</sup> Der für den PUN geltende Vorrang der deutschen Orientierung vor einem fundamentalistischen Independentismus sei hier deutlich geworden. Im Diskurs der Mel'nyk-Anhänger gab es jedoch neben der Behauptung, man habe eigentlich kämpfen wollen und sei nur von Jary zurückgehalten worden, auch Hinweise auf eine Rechtfertigung der Zurückhaltung. Den »Radikalen« warf man vor, sie hätten die Interessen der Bevölkerung ihren undurchdachten Zielen opfern wollen.

Tatsächlich gab es zwischen den späteren Kontrahenten nur geringe Unterschiede. Dies ergibt sich aus dem Versuch Volodymyr Stachivs, den PUN in Wien zu warnen, nachdem er von Peter Kleist am 8. März 1939 vertraulich über die proungarische

<sup>371</sup> O. Voljanskyj, »Rozlam v OUN – joho pryčyny i naslidky«, Visnyk, April 1948, zit. nach Mirčuk, Narys, S. 550-551. Vgl. auch ebd., S. 554.

<sup>372</sup> Lev Rebet in Ukrainskyj Samostijnyk 11/13.3.1955, zit. nach Mirčuk, Narys, S. 563. – Hajvas bestätigte dies, indem er schrieb, der PUN habe beschlossen, in die Karpatho-Ukraine nur von dort angeforderte Leute zu entsenden, vor allem bereits in der Konspiration aufgeflogene, die für den Untergrund in Polen und Rumänien nicht mehr taugten (Hajvas, Koly kinčalasja, S. 12; ders., Volja, S. 52).

<sup>373</sup> Mykola Klymyšyn, V pochodi do voli. Bd. 1, Toronto 1975, S. 29.

<sup>374</sup> Wie Roman Ilnytzyk [Il'nyčkyj], Deutschland und die Ukraine 1934-1945. Bd. 1, München 1958, S. 88.

<sup>375</sup> »Ne v 1940-mu, a v 1938 roci, v naslidok čoho rišennja Mel'nyka, podilylasja OUN na pryncypjalistiv i uhodovciv« (Klymyšyn, V pochodi, Bd. 1, S. 29).

Haltung Hitlers in Kenntnis gesetzt worden war. Es gibt wenig Grund, an Stachivs eher versteckt publiziertem Bericht zu zweifeln, der durch die Aktenlage bestätigt wird.

Stachiv wurde vom PUN<sup>376</sup> einfach nicht ernst genommen. Jaroslav Baranovskýj belehrte ihn, man »dürfe in der Politik nicht Pessimist sein und dies mit sog. Realismus maskieren«. Er habe zum Beispiel aus Bratislava ganz andere Informationen: »Die Slowakei und die Karpatho-Ukraine werden selbständig und unter den militärischen und diplomatischen Schutz Deutschlands gestellt«. Die Tagträume Karmasins waren also in Wien inzwischen zur Gewißheit mutiert. Sollten Tschechen oder Ungarn Schwierigkeiten machen, würde die deutsche Armee zugunsten der Slowakei und der Karpatho-Ukraine intervenieren. Beiden Staaten wolle das Reich den Status eines deutschen »Schutzgebiets« gewähren. Was habe schon Kleist für eine Stellung in der deutschen Politik! Der sei ja auch Generalsekretär der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, kein Wunder, daß seine Information »Merkmale einer polnischen Intrige« aufweise.<sup>377</sup> Rosenberg habe dagegen großen Einfluß auf Hitler, vor allem in bezug auf den europäischen Osten. Chust stehe mit Bratislava in Verbindung, und dort wisse man schon, wie man vorzugehen habe. Ungarn werde es nicht wagen, gegen den Willen Deutschlands zu handeln. Baranovskýj spinn weiter, man solle sich erst einmal beim OKW kundig machen. Zudem wisse er aus der Slowakei, daß es eine Auseinandersetzung zwischen den »Schwarzen« (der SS) und den »Grünen« (der Wehrmacht) gebe, wobei man natürlich auf die SS als die künftige Kraft setzen müsse. Und deren Vertreter in der Slowakei hätten erklärt, es wäre »gewöhnlichster Unsinn« (najzvyčajnisińkim nonsensom), daß Deutschland eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze zulassen werde. In der Ostpolitik gegen die UdSSR komme der Ukraine eine große Rolle zu. »Wie kann man in einer solchen Lage die Karpatho-Ukraine abgeben?«<sup>378</sup> Redete man so, wenn einem die deutschen Pläne bekannt waren?

Worin bestand die Fehleinschätzung des PUN? Zunächst in der Parallelisierung der Lage in der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. Dieser Annahme war schon Karmasin erlegen, und die Exilukrainer ließen sich gern darauf ein, schien alles doch so logisch. Aber was für die Slowakei zutraf, galt für die Karpatho-Ukraine noch lange nicht. Man unterschätzte Hitler und überschätzte Rosenberg, was noch lange im Zweiten Weltkrieg dabei hinderlich werden sollte, eigene Visionen von der Realität korrigieren zu lassen. Gab es Ungünstiges zu berichten, dann tat man dies als »polnische Intrige« ab. Baranovskýj hatte seine Haltung schon richtig umschrieben, er blieb »Optimist« und kritisierte alles, was nach »Realismus« oder »Pessimismus« aussah. Gab es dann aber überhaupt einen Dissens zwischen PUN und den »Aktiven«? Oder

<sup>376</sup> An den Beratungen nahmen teil: Riko Jary, Senyk, Jaroslav Baranovskýj, Jurij Chymyneć, Anna Čemeryńska, Roman Suško, zeitweise die Generäle Kapustjanskyj und Kurmanovyč (Volodymyr Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, a zakinčylosja v Marmaroškomu Syhoti VI«, Visti bratstva kolyšních vojakiv 1 UD UNA, München 6 (1955), Nr. 9-10, S. 6).

<sup>377</sup> Tatsächlich leitete Peter Kleist 1937-1939 die »Deutsch-Polnische Gesellschaft«, war aber daneben seit 1938 für die Sowjetunion zuständiger Hauptreferent in der Dienststelle Ribbentrop geworden. Der institutionelle Einfluß dieser Einrichtung war zwar gering, die Verbindung von Partei und Außenpolitik jedoch potentiell beeindruckend (Vgl. Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 14-15).

<sup>378</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 6-7.

war alles, was wir darüber geschrieben haben, eine Retrojektion der späteren Rivalen? Wir geben offen zu, daß wir dies nicht wissen.

Baranovskýj war ein wichtiger und nicht unumstrittener Exponent des Mel'nyk-PUN. Aber auch Jary vertrat eine ähnliche Haltung. Er war auf das OKW und das AA fixiert, mit denen er zusammenarbeitete. Von dort war nichts zu vernehmen gewesen, die Kleistsche Indiskretion war ja auch nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit offenbart worden. Also blieb er zuversichtlich. Der PUN beschloß, die Karpatho-Ukraine solle sich für selbständig erklären und die deutsche Regierung um Schutz und Hilfe bitten.<sup>379</sup>

## 5. DER VOLLZUG

Die Karpatho-Ukraine war – zeitgleich mit der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren – der erste Fall, in dem das Reich gegen das bisher propagierte Nationalitätenprinzip verstieß. Die mehrheitlich ungarischen Gebiete der Region waren bereits im Wiener Schiedsspruch an Ungarn gegangen. Daß nun auch der restliche Landesteil Ungarn überlassen wurde, machte deutlich, daß es Hitler und der deutschen Regierung um andere Ziele ging.

Die Berliner Gerüchteküche erfaßte die Lage: »Im diplomatischen Corps in Berlin würde allgemein davon gesprochen, die Slowakei und die Karpatho-Ukraine würden sich mit deutscher Hilfe unabhängig erklären und den Ungarn ausgeliefert werden als Entgelt für eine Hilfe, die dem Reich in einem künftigen Krieg gegen Rumänien zu leisten wäre.«<sup>380</sup> Aus Budapest berichtete der tschecho-slowakische Gesandte Miloš Kobr (1876-?) von der dort verbreiteten »Hoffnung, daß die Entwicklung mit der Abtrennung der Ruthenen die Erfüllung der ungarischen Forderungen bringen wird.« Man gönne »der öffentlichen Meinung völlige Willkür«. Die ungarische Regierung wolle sich mit den Grenzen des Wiener Schiedsspruches nicht zufrieden geben, und der deutsche Gesandte verbreite, »daß nach dem Selbstbestimmungsrecht die Ruthenen jetzt an Ungarn fallen würden.«<sup>381</sup>

Am 10. März 1939 – wieder zurück in Berlin – erfuhr Volodymyr Stachiv von Kleist, daß Rosenbergs Überredungsversuch bei Hitler nichts bewirkt hatte. Stachiv ließ sich in seinem Nachkriegsbericht über den »diktatorischen Tyrannen [aus], der alles umbog, sogar brach, was ihm in seinem deutschen Weg stand.«<sup>382</sup> Ein »diktatorischer Tyrann« war Hitler aber für Stachiv nur, wenn er nicht den ukrainischen Wünschen folgte.

Am selben Tag hielt Stalin seine »Kastanienrede«, in der er über die Absicht spottete, von der Karpatho-Ukraine aus die Sowjetukraine zu erobern. Denen, die dies

<sup>379</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi [...] VI«, S. 7.

<sup>380</sup> Dies teilte Legationsrat Schubert von der Tschecho-Slowakischen Gesandtschaft in Berlin von Altenburg mit, Aufzeichnung von Altenburg, 9. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 185, S. 201-202.

<sup>381</sup> Gesandter Kobr an Außenministerium Prag, 7. 3. 1939, in: Václav Král (Hg.), Das Abkommen von München 1938, Dok. 303, S. 349.

<sup>382</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 8.

vertraten, drohte er Zwangsjacken an. Orest Čemerynskyj (Oršan) interpretierte dies als Zeichen, die Zustimmung Deutschlands zur ungarischen Besetzung sei keine Geste gegenüber Polen, sondern gegenüber der UdSSR gewesen.<sup>383</sup> Damit war er zwar prophetisch, hatte aber Unrecht, weil die künftigen Partner noch nichts von ihrem baldigen Bündnis ahnten.

Während das Ultimatum für den Einmarsch in Böhmen und Mähren durch das OKW vorbereitet wurde, berichtete die Abwehr, Ungarn habe seine Truppen »vor den Räumen Ost-Slowakei und Karpatho-Ukraine« zusammengezogen.<sup>384</sup> Die angekündigte »Fußball-Zusammenarbeit« funktionierte exzellent, nur die Ukrainer hatten nicht zur Kenntnis nehmen wollen, was hier eigentlich gespielt wurde. Deutschland kam damit sogar Großbritannien und Frankreich entgegen<sup>385</sup> und tat auch den deutsch-polnischen Beziehungen einen (letzten) Gefallen. Beck hatte von Moltke erklärt, die Verschlechterung der Beziehungen durch antideutsche Demonstrationen in Polen liege nicht nur an den deutschen Danzig-Forderungen, sondern auch an der »karpatho-ukrainischen Frage, da man Deutschland die Schuld zuschiebe, daß es nicht zu einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze gekommen sei.«<sup>386</sup> Das wurde ja nun anders. Am 13. März ließ sich Berlin noch einmal bestätigen, Polen lege »entscheidenden Wert darauf, karpatho-ukrainische Frage zu liquidieren und gemeinsame polnisch-ungarische Grenze herzustellen«. Es ziehe dabei die »Angliederung an Ungarn« einer »polnische[n] Lösung« vor.<sup>387</sup>

Am 11. März 1939 vernahm Ungarn das angekündigte »Signal«.<sup>388</sup> Der Gesandte Sztójay erhielt eine Liste mit Wirtschaftsforderungen, als deren Gegenleistung Deutschland sein Einverständnis zur ungarischen Annexion der Karpatho-Ukraine gebe. Von Erdmannsdorff übergab Budapest eine Note für den »Fall, daß gewisse ungarische Aktionen auf dem Gebiet der Karpatho-Ukraine notwendig werden sollten«. Die Note forderte Ungarn auf, deutsche und »volksdeutsche« Rechte zu achten, daneben sollten Regierungsmitglieder, Politiker und die Führer der Karpatska Sič nicht verfolgt werden.<sup>389</sup>

Zwei Tage später war der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes VLR Günther Altenburg (1894-1984) mit Sztójay in Budapest und sprach mit dem Stellvertretenden Außenminister, dem Generalstabschef Heinrich Werth (1881-1952), dem Ministerpräsidenten und Horthy selber. In dem Bericht ist von einer »Anregung«

<sup>383</sup> Ebd.

<sup>384</sup> Aufzeichnung LR von der Heyden-Rynsch, 12. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 190, S. 205-206.

<sup>385</sup> Lord Halifax schrieb Sir E. Phipps am 15. März, »there might be some advantage in Ruthenia being incorporated into Hungary, thereby giving the latter a frontier with Poland which would constitute a barrier of some sort against German expansion eastward« (Documents on British Foreign Policy 1918-1939, Third Series, Bd. IV, London 1951, Dok. 277, S. 266-268, hier S. 268).

<sup>386</sup> Botschafter Warschau (von Moltke) an AA, Politischer Bericht: Unterredung mit Minister Beck [8. 3. 1939], 9. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 137, S. 149-150.

<sup>387</sup> Botschafter Warschau (von Moltke) an AA, 13. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 5, Dok. 139, S. 151-152. Roos hat für die Verkettung von Danzig und der Karpatho-Ukraine das Bild einer Schachpartie geprägt (Vgl. Roos, Polen und Europa, S. 383). Da er seine Darstellung mit dem Januar 1939 enden läßt, entzieht er sich dem Kommentar zum Ausgang des Spiels.

<sup>388</sup> Sterčo überschrieb das Kapitel plastisch mit »Hitler kyvnuv pal'cem« (Hitler gab mit dem Finger das Zeichen), Sterčo, Karpato-Ukrainska Deržava, S. 207.

<sup>389</sup> Vgl. Zgórniak, »Ukraina Zakarpacka 1938-1939«, S. 160; Stercho, Diplomacy, S. 366.



die Rede, unter der nur die Aufforderung verstanden werden kann, die Karpatho-Ukraine zu besetzen. Werth sah zwar Schwierigkeiten, weil er mit Widerstand (allerdings der Tschechen, nicht der Ukrainer) rechnete und der neue Rekrutenjahrgang erst seit Anfang Februar ausgebildet wurde. Er wollte »in spätestens einer Woche losschlagen«, was den Deutschen nun aber zu langsam war.<sup>390</sup> Horthy war begeistert (»Ich kann gar nicht sagen, wie glücklich ich bin«), bedankte sich bei Hitler handschriftlich und auf deutsch, versprach trotz der unzureichenden militärischen Vorbereitung, »die Sache mit Begeisterung scharf« anzugehen, und für den 16. März einen Grenzwischenfall, um am 18. März die Karpatho-Ukraine besetzen zu können.<sup>391</sup> Koźmiński schreibt, daß Ungarn Polen und der britischen Regierung gegenüber vorgespielt habe, völlig selbständig zu handeln, um die Deutschen (!) vor vollendete Tatsachen zu stellen.<sup>392</sup> Allerdings wurden offenbar die Polen überhaupt nicht informiert.<sup>393</sup> Obwohl Altenburg Horthy zur Eile gedrängt hatte, versuchte von Ribbentrop dem italienischen Botschafter Attolico weiszumachen, Deutschland sei »nicht mehr imstande, die Ungarn zurückzuhalten« und habe ihnen daher die Annexion gestatten müssen.<sup>394</sup>

Hitler drängte nun den Berlin-Besucher Josef Tiso (1881-1947), die Slowakei mit deutscher Unterstützung und Garantie für selbständig zu erklären (»Es handele sich nicht um Tage, sondern um Stunden«). Eine geschickt eingespielte »gerade hereingekommene Meldung« über ungarische Truppenbewegungen sollte Tisos Entscheidungsfreude beflügeln.<sup>395</sup> Er hatte Erfolg – und sich damit sowohl Ungarns »ewig felsenfest[e]« Dankbarkeit (Horthy) wie auch die Ergebenheit der Slowakei gesichert. Als sich am 14. März 1939 die Slowakei daraufhin für unabhängig erklärte, war damit auch der autoritäre Tschecho-Slowakische Staat zerfallen. Die böhmischen und mährischen Landesteile zwang Deutschland durch die bekannte Pression auf Hácha in ein an kolonialen Strukturen modelliertes Protektoratsverhältnis zu Deutschland. Die Karpatho-Ukraine blieb als Rest des alten Staates übrig. Während die Deutschen aber Ungarn und die Slowakei zu größtmöglicher Eile antrieben, entdeckte die deutsche Diplomatie gegenüber den Ukrainern den Vorzug der Langsamkeit.

Der deutsche Konsul in Chust, Hamilkar Hofmann, vermittelte am 14. März um 01.30 Uhr, also vor der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei und vor dem Beginn des ungarischen Einmarschs, ein Telegramm von Vološyn an von Ribbentrop, in dem es hieß: »Im Namen der Regierung der Karpatho-Ukraine bitte ich zur Kenntnis zu nehmen die Erklärung unserer Selbständigkeit unter dem Schutz des Deutschen Reiches.«<sup>396</sup> Das Telegramm wurde am 14. März um 06.15 Uhr in Berlin aufgenommen.

<sup>390</sup> Deutscher Gesandter Budapest (von Erdmannsdorff) an AA, 13. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 198, S. 209.

<sup>391</sup> Horthy an Hitler, 13. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 199, S. 210. Vgl. Stercho, Diplomacy, S. 366-367.

<sup>392</sup> Vgl. Zgórnjak, »Ukraina Zakarpačka 1938-1939«, S. 160; Koźmiński, Polska i Węgry, S. 227-228.

<sup>393</sup> Aufzeichnung des Gesandten von Bismarck über ein Telephonat mit dem deutschen Gesandten in Budapest (von Erdmannsdorff), 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 217, S. 223-224.

<sup>394</sup> Vermerk von Weizsäcker, [13. 3. 1939], ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 205, S. 215-216.

<sup>395</sup> Aufzeichnung LR Hewel, Unterredung Hitler – Tiso, 13. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 202, S. 212-214.

<sup>396</sup> Hofmann, Chust, an AA, 14. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 26; ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 210, S. 219. Nach Winch verbreitete Hofmann bereits zuvor, daß Deutschland an der Karpatho-Ukraine nicht interessiert sei. Es habe

Nachdem am Morgen ungarische Truppen die Grenze überschritten hatten, bat die Regierung noch einmal über Hofmann Deutschland »um Intervention in Budapest, damit Vormarsch ungarischer Truppen unterbleibt«. <sup>397</sup> Das offizielle Telegramm Vološyns an den deutschen Außenminister ging etwas später ab. Unter Verweis auf die slowakische Aktion und Deutschland »für [die] aufrichtige Unterstützung nationaler Bestrebungen« dankend, versuchte Vološyn vollendete Tatsachen zu schaffen, indem er mitteilte, die Karpatho-Ukraine »begibt sich unter den starken Schutz des Deutschen Reiches«. <sup>398</sup> Inzwischen hatte Ungarn der Tschecho-Slowakei ein Ultimatum übergeben, »Ruthenien« aufzugeben. <sup>399</sup>

Berlin antwortete nicht. Von Ribbentrop war offiziell in Kiel »bei seiner schwerkranken Frau«, von Weizsäcker »nicht anwesend«. Nicht nur der tschecho-slowakische Gesandte Vojtěch Mastný (1874-1954) konnte niemanden erreichen. <sup>400</sup> Auch die ukrainischen Telegramme beantwortete niemand. Der Ukrainische Pressedienst in Berlin versuchte nun einen Alleingang. Am Abend des 14. März hatte Stachiv telephonischen Kontakt nach Chust. Vološyn berichtete ihm über sein Telegramm aus der vergangenen Nacht und bat ihn, da er keine Antwort bekommen hatte, zu »intervenieren«. Stachiv sagte man im AA aber einfach, es gebe kein Telegramm. <sup>401</sup> Das war eine Falschinformation – man hatte die Telegramme (sie sind in den Akten) – aber man spielte auf Zeit. <sup>402</sup>

Da Vološyn am Telefon nicht im Stande gewesen war, ihm den Text des Hilferufs zu verlesen, brachte Stachiv davon eine eigene Version zu Papier. <sup>403</sup> Dann rief er im AA an und bat um die Weitergabe der Meldung, Vološyn »habe einen Hilferuf an den Führer und an die übrigen Großmächte gerichtet«. Die »Ukrainer beabsichtigten, sich gemeinsam mit dem tschechischen Militär gegen jeden Angriff auch der vereinigten Polen und Ungarn zu verteidigen, und falls sie keine Hilfe erhielten und dieses notwendig sei, sofort einen allgemeinen Aufstand in sämtlichen ukrainischen

---

einen »pact of friendship« mit Polen und eine Groß-Ukraine widerspräche polnischen Interessen. (Winch, Republic, S. 272).

<sup>397</sup> Hofmann an AA, 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 215, S. 222. Hencke schrieb, »in Chust [habe man] den ganzen Ernst der ungarischen Bedrohung und ihre Aktualität gar nicht voll erkannt« und das ganze für eine »provokativen Zwecken dienende Grenzverletzung« gehalten (Hencke, Augenzeuge, S. 278).

<sup>398</sup> Vološyn an deutschen Außenminister, 14. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 27.

<sup>399</sup> Wortlaut in Stercho, Diplomacy, S. 368-369. – Ob Vološyn in seiner Verzweiflung auch Rumänien aufgerufen habe, die Karpatho-Ukraine zu annektieren, wie es der rumänische Ministerpräsident Calinescu am 28. März 1939 behauptet hat, entzieht sich unserer Kenntnis (Vgl. Hans Volz [Hg.], Das Werden des Reiches 1939, Berlin 1940, S. 148 [= Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 7, Teil 1]).

<sup>400</sup> Gesandter Mastný an Außenministerium Prag, 13. 3. 1939, in: Václav Král (Hg.), Das Abkommen von München 1938, Dok. 314, S. 353.

<sup>401</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 9.

<sup>402</sup> Nach Stachiv soll Hermann Göring auf einer Pressekonferenz nach dem 15. März 1939 auf die Frage eines Schweizer Journalisten erklärt haben: »Die ehemalige Regierung der Karpatho-Ukraine hat sich niemals mit einer solchen Bitte [Hilfe gegen die ungarische Invasion] an uns gewandt. [...] Ein solcher Text kann nur eine Pressefälschung sein« (Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 9).

<sup>403</sup> In ihr ist etwa zu lesen, daß Vološyn sich an den Kanzler Hitler um Hilfe wende, während das Telegramm tatsächlich an den Außenminister gerichtet war. Vgl. Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 9.

Gebieten Polens zu entfachen«. <sup>404</sup> Die Mitteilung wurde jedoch nicht weitergegeben. Sie war für die deutsche Seite unerfreulich, weil Deutschland von Ukrainern, Polen und Ungarn als verbündet angesehen wurde. Und nun wollten sich die Ukrainer den Tschechen anschließen. Logisch war dies: Am 14. März hatten die Tschechen für den Fall der slowakischen Unabhängigkeit Vološyn noch ihre Unterstützung zugesichert. <sup>405</sup>

Die Tschechen wollte Hitler aber gerade erfolgreich in seine Gewalt bringen. Und nun sollten die Ukrainer ausgerechnet an die Seite der Tschechen rücken? Auch auf Aufruhr in Polen war man weder vorbereitet noch daran interessiert. Stachivs Telefonat bestätigte den Deutschen nur, wie richtig es war, sich nicht noch weiter an die Ukrainer zu binden, die das komplizierte deutsche Politikgeflecht störten. So hüllte man sich zunächst einfach weiter in Schweigen und ließ die Ungarn gewähren, während man die Slowaken unterstützte. Rechnete man damit, daß die Ukrainer trotz den nun folgenden Demütigungen Deutschlands Parteigänger bleiben würden oder war ihre Haltung den Deutschen gleichgültig?

Das Auswärtige Amt saß jedenfalls das Problem aus. Altenburg notierte: »Herr Hewel teilt nach eingeholter Weisung des Herrn Reichsaußenministers fernmündlich mit, daß auf das Telegramm von Chust Nr. 37 vom 14. d. M. nichts zu veranlassen ist«. <sup>406</sup> Am Abend des 14. März 1939 proklamierte Vološyn über den schwachen Chuster Radiosender die Unabhängigkeit der Karpatho-Ukraine. <sup>407</sup> Julijan Revaj rief daraufhin von Wien aus die deutsche Gesandtschaft in Prag an, gab ihr als frischernannter Außenminister die Unabhängigkeitserklärung der Karpatho-Ukraine bekannt und bat um den Schutz des Reiches gegen die einmarschierenden Ungarn – und die Tschechen. Um 02.00 Uhr nachts am 15. März leitete Hencke diese Bitte nach Berlin weiter. <sup>408</sup> Revaj bat die Deutschen, »man möge auf die Tschechen einwirken, daß die tschechischen Truppen gemeinsam mit der Sitsch die einrückenden ungarischen Truppen zurückwerfen«. Der deutsche Geschäftsträger enthielt sich jeder Stellungnahme. <sup>409</sup>

Das Verhältnis zwischen Tschechen und Ukrainern in Chust war seit Tagen gespannt, aber auch das zuvor mühsam zusammengehaltene ukrainische Regierungsmilieu war zerrüttet. Am 10. März hatten Roman Šucevyč (1907-1950) und Jurij Lopatynskyj (\*1906) für die unterausgestattete Sič Waffen der tschechischen Gendarmerie gestohlen, die sie tags drauf auf Anweisung Vološyns, der weiter auf Kooperation mit Prag setzte, zurückgeben mußten. Die beiden Täter verließen Chust. <sup>410</sup> Als man jederzeit mit dem ungarischen Angriff rechnen mußte, kam es zu einem neuen

<sup>404</sup> Aufzeichnung LS von Stechow, 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 218, S. 224.

<sup>405</sup> Hofmann, Chust, an AA, 14. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 26; ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 210, S. 219.

<sup>406</sup> Vermerk Altenburg 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 75.

<sup>407</sup> Šandor gibt die Zeit dagegen mit dem 14. März 1939 um 14.00 Uhr an (Šandor, Carpatho-Ukraine, S. 198).

<sup>408</sup> Deutscher Geschäftsträger Prag (Hencke) an AA, 15. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 230, S. 236-237.

<sup>409</sup> Aufzeichnung Attaché Tafel, 15. 3. 1939, ebd., Dok. 235, S. 239-240. Julijan Revaj war am 14. März in Abwesenheit zum Außenminister der Karpatho-Ukraine ernannt worden, am 15. März avancierte er gar zum Ministerpräsidenten des Landes. (Vgl. Rosocha, Sojm, S. 60-88; Stercho, Diplomacy, S. 155-159).

<sup>410</sup> Vgl. Hirnjak, Na stežkach, S. 107-109. Beide hatten später in der UPA wichtige Funktionen inne.

Eklat. Wer wußte noch, ob die Tschechen für oder gegen die Ukrainer waren? In der Nacht vom 13. auf den 14. März griff die Sič wieder die tschechischen Soldaten an, um zu Waffen zu gelangen. Dies berichteten Birčak, Šandor und Hirnjak.<sup>411</sup> Die Insubordination der vorwiegend aus Galiziern bestehenden Truppe gegenüber Vološyn und ihr Angriff auf die tschechische Armee sind eigentlich nicht das Thema dieser Abhandlung. Sie prägten aber das Bild, weil sie die Basis dafür boten, daß Birčak und Šandor der bald verbindlichen Hagiographie der Sič widersprechen konnten.<sup>412</sup> Für Sterčo, damals Student der Handelsakademie Podebrady, der sich freiwillig zur Sič gemeldet hatte, war es genau umgekehrt: Da griffen nicht die Ukrainer die Tschechen, sondern die Tschechen die Ukrainer an.<sup>413</sup> Seiner Darstellung nach herrschte zwischen den Nationalisten und der Regierung der Karpatho-Ukraine »Harmonie und Kooperation, denn auch das Ziel war eines«.<sup>414</sup>

Dabei soll die Gendarmerie angeblich auf Anweisung Vološyns zur Ausgabe der Waffen bereit gewesen sein. Nach anderen Informationen machte Vološyn jedoch einen Rückzieher und ließ die Waffen nach den Gefechten in seinem Amtssitz lagern.<sup>415</sup> Wie auch immer – am 14. März kämpften Sič und Tschechen gegeneinander, und es gab Tote auf der beiden Seiten. Für Šandor war der Angriff auf die Tschechen ein verurteilungswürdiger Akt gegen die verfassungsmäßige Herrschaft und politisch unverantwortlich, verlor man so doch den einzigen potentiellen Verbündeten. Daß Dmytro Klempuš, ein Bauernsohn aus Jasinnja, der es im Ersten Weltkrieg zum Unteroffizier gebracht hatte, mit dem Sič-Kommando heillos überfordert war, ist einleuchtend. Auch die irrealen Machtphantasien des stellvertretenden Kommandeurs Ivan Roman, der auf eigene Faust Waffen in Deutschland »organisieren« wollte und Mitte März das Kommando von Klempuš übernahm, waren evident.

Šandor behauptete, die Deutschen hätten bei den ukrainisch-tschechischen Kämpfen ihre Hand im Spiel gehabt, und zudem natürlich wieder ihr »Agent« Riko Jary. Die Ukrainer sollten die Tschechen ablenken, während sie selber in Böhmen und Mähren einmarschierten.<sup>416</sup> Dies ist unsinnig. Die Deutschen hatten nun wirklich kein

<sup>411</sup> Vgl. Birčak, *Karpatška Ukraïna*, S. 69-71; Hirnjak, *Na stežkach*, S. 109-110.

<sup>412</sup> Vgl. Šandor, *Spomyňy*. Bd. 1, S. 308-335.

<sup>413</sup> Vgl. Sterčo, *Diplomacy*, S. 136, 368. Auch bei dem Propagandachef Rosocha fängt die Auseinandersetzung am 14. 3. damit an, daß die »Hauptstadt der Karpatho-Ukraine von Gewehrshüssen erwachte«, weil das »tschechische Militär heftig das Gebäude des Oberkommandos der Karpatška Sič« beschloß. Erst danach habe die Sič versucht, die Tschechen zu entwaffnen (Stepan Rosocha, »*Vijško Zakarpatškoï Ukraïny*«, S. 473-474).

<sup>414</sup> Petro Sterčo, »*Nacional'ne vidrodžennja Karpatškoï Ukraïny*«, S. 207. In seinem englischsprachigen Buch schreibt Sterčo, Prehala habe Rohač verhaften und die Sič auflösen wollen, was jedoch Vološyn verhindert habe. Er weiß jedoch auch von einem antitschechischen Artikel von Rohač, dessentwegen die *Nova Svoboda* vom 9. März 1939 konfisziert worden sei (Vgl. Sterčo, *Diplomacy*, S. 132-133).

<sup>415</sup> Vgl. Stepan Rosocha, »*Narodžennja deržavy*«, in: *Karpatška Ukraïna v borot'bi*. Wien 1939, S. 5-26, hier S. 24. Diese Narration wird in anderen Beiträgen dieses Bandes wiederholt, etwa bei Oleh Kandyba, »*Vojaky – budivnyči*«, ebd., S. 33-53, hier S. 46; Levko Kris, »*14. Bereznja v Holovnij Komandi*«, ebd., S. 54-63, hier S. 54.

<sup>416</sup> Vgl. Šandor, *Spomyňy*. Bd. 1, S. 332-335. – Von Šandor angenommene deutsche »Geheimarchive« darüber sind wenig wahrscheinlich. Daß die Sič einen Putsch plante, weil ihr Vološyn zu nachgiebig erschien, und sie einen bewaffneten Kampf führen wollte, den sie den Tschechen nicht zutraute, ist dagegen durchaus möglich.

Interesse mehr an einem ukrainischen Widerstand. Aber auf eine Verschwörungstheorie mehr oder weniger kommt es nicht mehr an.

Nicht nur Vološyn, Stachiv und Revaj versuchten, das Reich zum Eingreifen zu bewegen. Das U.N.O. stellte einen Bruch des Wiener Schiedsspruchs fest und bat Hitler »im Geiste von München und Wien« um Hilfe gegen die ungarische Invasion. Der OUN-Verband ukrainischer Studenten in Deutschland und der Leiter des ukrainischen Pressedienstes schickten ähnliche Telegramme, in denen erneut auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, von der Karpatho-Ukraine aus gegen die Sowjetunion vorzugehen.<sup>417</sup> Das entsprach zwar der alten OUN-Sprachregelung, war aber nicht mehr opportun.

Die Ereignisse entwickelten sich also nicht ganz so einfach, wie Budapest und Berlin vereinbart hatten. Ungarn bezog sich auf keinen Grenzzwischenfall, sondern auf die Unabhängigkeitserklärung in Bratislava. Da angeblich die Gefahr bestand, daß tschechische Truppen aus der Karpatho-Ukraine die Slowakei angreifen könnten, übergab man dem tschecho-slowakischen Gesandten Kobr am 14. März mittags ein Ultimatum, wonach innerhalb von 24 Stunden die tschechischen Truppen abgezogen und die ungarischen Gefängnisinsassen befreit sowie bewaffnet werden sollten.<sup>418</sup> Der deutsche Gesandte erhielt gleichzeitig einen rudimentären Operationsplan, der nach kleineren »Unternehmungen« ab dem 14. März den eigentlichen Beginn der Operationen, die bis zur polnischen Grenze durchstoßen sollten, auf den Vormittag des 18. März ansetzte.<sup>419</sup>

Nach Šandor soll auch Hencke ein doppeltes Spiel gespielt haben. Ihm selber, dem die tschechischen Truppen in der Karpatho-Ukraine kommandierenden General Prchala, der offiziell immer noch Minister war, und dann noch einmal Andrij Makarenko soll er erklärt haben, die am 15. März in Böhmen und Mähren einmarschierenden Deutschen würden in die Karpatho-Ukraine weitermarschieren. Prchala sprach sich daraufhin für eine Verteidigung gegen Ungarn aus – und wurde angeblich von Vološyn zurückgehalten. Erst daraufhin habe Prchala Verteidigungsbefehle widerrufen. Vielleicht wollte Vološyn sich in der Hoffnung auf Berliner Hilfe nicht durch die tschechische Unterstützung kompromittieren. Vielleicht ist das alles aber auch nur Fiktion.<sup>420</sup>

Tatsächlich lief der ungarische Vormarsch am 14. März an, und von Ribbentrop erklärte Attolico am Spätnachmittag dieses Tages, »in die Karpatho-Ukraine seien die Ungarn eingerückt«. <sup>421</sup> »Schwere[.] Zusammenstöße[.] zwischen tschechischem Mili-

<sup>417</sup> U.N.O. an Hitler, 14. 3. 1939; Nationaler Ukrainischer Studentenverband in Deutschland an Hitler, 14. 3. 1939, Ukrainischer Pressedienst an Hitler, 14. 3. 1939, BAK, Reichskanzlei, R43II, Bd. 1498, Bl. 56-58. Vgl. Zgórnjak, »Ukraina Zakarpačka 1938-1939«, S. 162.

<sup>418</sup> Aufzeichnung des Gesandten von Bismarck über ein Telephonat mit dem deutschen Gesandten in Budapest (von Erdmannsdorff), 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 217, S. 223-224. Nach Šandor war das Ultimatum auf den 14. 3. 19 Uhr terminiert (Vgl. Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 339).

<sup>419</sup> Deutsche Gesandtschaft Budapest (Militärattaché von Wrede, von Erdmannsdorff) an AA, 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 222, S. 226.

<sup>420</sup> Vgl. Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 343, 352. – In Henckes Memoiren gibt es darauf keinen Hinweis. Er dürfte auch nicht in die Einmarschpläne der Deutschen eingeweiht gewesen sein. Tatsächlich marschierten die Deutschen in das Waagtal in der Slowakei ein, um zu verhindern, daß die Ungarn auch die Slowakei angriffen (Vgl. Sterčo, Karpato-Ukrainska Deržava, S. 210).

<sup>421</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, Gespräch von Ribbentrop – Attolico, 14. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 224, S. 227-228.

tär und der karpatho-ukrainischen Selbstschutz-Organisation Sitsch« wurden in der AA-Sprachregelung als Grund des ungarischen Eingreifens »zur Sicherung der ungarischen Bevölkerung« ausgegeben.<sup>422</sup> Die gab es tatsächlich – nach Šandor hatte nämlich die Sič unter Roman in den Tschechen den Hauptgegner zu sehen begonnen, weil man ihr die Waffen verweigert hatte, und war erneut gegen die Truppen Prchalas vorgegangen.<sup>423</sup> Da spielte es auch keine Rolle mehr, daß sich die tschecho-slowakische Regierung mit fast allen Bedingungen des ungarischen Ultimatums einverstanden erklärt hatte – die Ungarn erklärten, das Ultimatum sei abgelehnt worden, um damit den Einmarsch zu rechtfertigen.

Birčák schrieb, daß aus Wien – und das konnte nur von der OUN-Führung sein, die sich vielleicht nun an Stachivs Bericht erinnerte – ein Telegramm eingetroffen sei, daß »Deutschland nicht hinter den Ukrainern stände«. »Aber daran wollte niemand glauben.« Dafür stand in der *Nova Svoboda* die Roháč-Falschmeldung, daß Revaj von Hitler empfangen werde, »und alles wird gut«.<sup>424</sup>

Vološyn bat am 15. März 1939 erneut das AA über Hofmann, der die Nachricht telephonisch über die Gesandtschaft in Prag leitete, um »Mitteilung, ob [die Deutsche Regierung das] Protektorat über Karpatho-Ukraine annehme«. In seiner Verzweiflung wollte Vološyn nun gar »die Rumänen um Okkupation [...] bitten«.<sup>425</sup> Und selbst von Ungarn wollte Vološyn »unter Anerbietung ewiger Freundschaft und inniger Zusammenarbeit« die Unabhängigkeit seines Landes anerkennen lassen, was jedoch nur mit einem weiteren Ultimatum beantwortet wurde, seine de-facto-Macht dem ungarischen Militärkommandanten abzutreten.<sup>426</sup> Am Nachmittag des 15. März folgte das bekannte offizielle Telegramm:

»Wir proklamieren die Selbständigkeit der Karpathenukraine und wir bitten [um] den Schutz des Deutschen Reiches. [...] Wir bitten Maßnahmen gegen Ungarn und Schutz und Hilfe gegen Tschechen, die gewaltsam vorgehen.«<sup>427</sup>

Vološyn hatte am Vortag noch der Prager Regierung förmlich für die gemeinsame Vergangenheit gedankt.<sup>428</sup> Da hatte er kurz erkannt, daß trotz allen Unzulänglichkeiten

<sup>422</sup> Rundtelegramm von Weizsäcker, 14. 3. 1939, ebd., Dok. 227, S. 229.

<sup>423</sup> Vgl. Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 327-332.

<sup>424</sup> Birčák, *Karpatška Ukraïna*, S. 72.

<sup>425</sup> Aufzeichnung Attaché Tafel, 15. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 235, S. 239-240. – Der rumänische Geschäftsträger übergab im Auswärtigen Amt am 15. März ein Pro Memoria, in dem seine Regierung die Absicht kundtat, sich »gemeinsam mit allen übrigen interessierten Staaten, an der Schaffung neuer Dauerverhältnisse in der Karpathen-Ukraine zu beteiligen« (ebd., Dok. 239, S. 241-242). Rumänien forderte Ungarn auf, nicht weiter östlich als Chust vorzustoßen, den Status quo aufrechtzuerhalten bzw. 15 rumänische Dörfer an Rumänien abzugeben (Deutscher Gesandter Budapest an AA, 15. 3. 1939, ebd., Dok. 243, S. 243-244).

<sup>426</sup> Deutscher Gesandter Budapest (von Erdmannsdorff) an AA, 15. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 243, S. 243-244. Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 377; Štefan, *Avhustyn Vološyn*, S. 96. Dieses zweite Ultimatum soll zunächst an die tschecho-slowakische Regierung nach Prag gegangen sein, die den Empfang ablehnte, weil sich die Karpatho-Ukraine inzwischen für unabhängig erklärt hatte. Erst danach wurde das Ultimatum nach Chust übermittelt (Vgl. Šandor [Šandor], *Carpatho-Ukraine*, S. 197).

<sup>427</sup> Telegramm Vološyn/Revaj an AA, abgesandt in Siget (Rumänien), Ankunft um 16 Uhr, 15. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 30, 15. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 236, S. 240.

<sup>428</sup> Stercho, *Diplomacy*, S. 380.

die Tschechen die einzigen gewesen waren, die ihn und die Karpatho-Ukrainer ernst genommen hatten. Aber auch dieses Telegramm half nicht mehr: Von Weizsäcker telegraphierte um 17 Uhr Hofmann, er möge

»Karpatho-Ukrainischer Regierung mündlich mitteilen, daß [...] [die] Deutsche Regierung Rat erteilt, keinen Widerstand zu leisten. Unter gegebenen Verhältnissen sehe sich Reichsregierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, Protektorat zu übernehmen.«<sup>429</sup>

Von Weizsäcker hatte mehr als einen Tag lang mit dieser Antwort gewartet und gab eine »Instruktion [zu] evasiven Äußerungen gegenüber der Karpatho-Ukrainischen Regierung« aus.<sup>430</sup> Konsul Hofmann folgte dieser Anweisung und riet dann den zu ihm geladenen Vertretern des Sič-Kommandos, die Waffen niederzulegen und zu kapitulieren. Nach Ivan Roháč soll er weiter ausgeführt haben,

»die deutsche Regierung gebe bekannt, daß Deutschland in einer Situation, in der die ungarischen Truppen bereits ziemlich weit in das Landesinnere vorgestoßen seien, der Karpatho-Ukraine keine Hilfe leisten könne, da dies einen bewaffneten Konflikt mit den Ungarn und den Polen auslösen könnte.«<sup>431</sup>

Wenn Hofmann dies gesagt hat, dann war er der Autor dieser Begründung; aus Deutschland hat er keine derartige Rationalisierung erhalten. Mirčuk kolportierte ohne weitere Quellenangabe, Oberst Kolodzinskýj habe Hofmann geantwortet: »Im Wörterbuch des ukrainischen Nationalisten gibt es das Wort ›kapitulieren‹ nicht«. Und er nannte dies den »ersten offenen Widerspruch gegen die Pläne und ›Ratschläge‹ Hitlers und Hitlerdeutschlands.«<sup>432</sup>

Chymyneč schwang sich in seinen Erinnerungen zu der Tirade auf, Hofmann habe »vergessen, daß er es nicht mit tschechischen Feiglingen (bojahuzamy), mit Soldaten vom Zuschnitt eines ›Švejč‹ zu tun habe, sondern mit tapferen Kämpfern für die Freiheit und Gerechtigkeit eines versklavten und von allen, einschließlich Hitlers Deutschland, betrogenen Volkes.«<sup>433</sup> Auf dieses »Heldentum« war dann auch die hohe Zahl

<sup>429</sup> Telegramm von Weizsäcker an Konsulat Chust, 15. 3. 1939, 17 Uhr, ADAP, Serie D, Bd. 4, Dok. 237, S. 240.

<sup>430</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, 15. 3. 1939, ebd., Dok. 239, S. 241. – Im übrigen gehörte die Einstellung der Kommunikation zu den Regeln der deutschen Außenpolitik, Hencke rügte das gleichartige Vorgehen gegenüber Prag als Widerspruch gegen die »primitivsten Regeln der Diplomatie« (Hencke, Augenzeuge, S. 290).

<sup>431</sup> Ivan Roháč, »Pid praporom nezaleznosti«, in: Karpatśka Ukraïna v borot'bi. Wien 1939, S. 109-115, hier S. 114. Hirnjak äußerte sich beleidigt darüber, daß Hofmann (»anscheinend als einzige Aufgabe«) als Generalkonsul Hitler nur darüber informierte, was im Lande geschah (Hirnjak, Na stežkach, S. 156). Dies gehört jedoch zu den Grundaufgaben eines Konsuls.

<sup>432</sup> Mirčuk, Narys, S. 557-558. Kolodzinskýj ist kurz darauf gefallen (Ebd., S. 559). Angaben außer nach den Akten auch nach Stercho, Diplomacy, S. 373-376. Hencke personalisierte in seinen Memoiren die Sachlage: »Nie hätte der aufrechte und ehrliche ukrainische Patriot [Vološyn] dem vermeintlichen deutschen Freund einen solchen Verrat auch nur mit dem leisesten Gedanken zuzutrauen gewagt [...]« Tatsächlich gab es Hinweise auf deutsche Zurückhaltung, und es war nicht etwa Hitler allein, der die ungarfreundliche Politik favorisierte (Hencke, Augenzeuge, S. 278). Nach Chymyneč soll Hofmann die Verweigerung der Hilfe damit begründet haben, die Ungarn seien schon weit in die Karpatho-Ukraine einmarschiert. Dies hätte der Anweisung aus Berlin widersprochen, mag aber auch eine Ausschmückung des wenig zuverlässigen Autors sein (Vgl. Chymyneč, Sposterezennja, S. 103).

<sup>433</sup> Ebd., S. 103.

der ukrainischen Opfer zurückzuführen. Dabei soll Radio Chust am 15. März durchgegeben haben:

»Haltet aus! Minister Revaj ist schon zu Hitler gefahren! Die deutschen Regimenter marschieren schon! Nur noch eine kurze Zeit aushalten!«<sup>434</sup>

Die nationalukrainische Historiographie präsentierte die Ukrainer nach dem Zweiten Weltkrieg als die ersten Widerständler in Europa. Sterčo schrieb:

»Die Karpatho-Ukrainische Republik war der erste Staat, der dem wachsenden Imperialismus Deutschlands unter der Führung Adolf Hitlers Widerstand geleistet hat. Die Regierung des Paters Avhustyn Vološyn hat als erste die Forderungen Hitlers zurückgewiesen und ihrer Armee »Karpatska Sič« den Befehl gegeben, den Staat gegen die Versklavung durch den Hitler-Verbündeten Ungarn zu verteidigen.«<sup>435</sup>

Rosocha ließ sich 1953 hinreißen zu schreiben:

»Die Karpatho-Ukraine hat im Kampf um ihre Unabhängigkeit länger ausgehalten als Frankreich, Polen oder die Tschechoslowakei, die zu ihrer Verteidigung keinen Schuß abgegeben haben.«<sup>436</sup>

Die Tschechoslowakei schon, aber Polen und Frankreich? So sieht also die »Authentizität« aus, die Jaroslav Daškevyč 1996 gerade diesem Propaganda-Verfasser bescheinigt hat.<sup>437</sup>

Šandor nannte den Widerstand der Sič gegen Ungarn »die ersten Schüsse, die gegen den Zug Hitlers zum »Neuen Europa« gerichtet« gewesen seien. Während »ganz Europa sich der Politik Hitler-Deutschlands fügte«, hätten die »freiheitsliebenden Söhne der Karpatho-Ukraine« einen »unerhörten Widerstand gegen den Verbündeten des Führers – Horthy-Ungarn« geleistet.<sup>438</sup> Daß Vološyn seine Hilfeersuchen an die deutsche Regierung und nicht an Hitler persönlich adressiert habe, will Šandor gar als »his distaste for Hitler and his views« verstanden wissen.<sup>439</sup> Bohdan Kordjuk leitete daraus eine allgemeine Linie des »Kampfes der OUN gegen das hitleristische Imperium« ab.<sup>440</sup> Von allem anderen Unsinn abgesehen, ist diese Behauptung unzutreffend: Das Telegramm vom 15. März war an Hitler selber gerichtet (s. S. 902). Ähnlich war aber auch die Argumentation der Mel'nyk-Anhänger:

»Der heroische Kampf der Karpatho-Ukraine war aktiver Widerstand gegen die Politik der Achsenmächte, und faktisch gab hier die OUN ein Vorspiel des Zweiten Weltkriegs, indem sie mit der Waffe in der Hand der Aufteilung in Interessensphären widersprach, die Hitler abgesteckt hatte.«<sup>441</sup>

Folgerichtig beginnt mit der karpatho-ukrainischen Unabhängigkeit und der ungarischen Invasion bei Šandor auch das Kapitel »The World War II Years« – dabei sollte

<sup>434</sup> Birčak, *Karpatska Ukraina*, S. 78.

<sup>435</sup> Sterčo, *Karpato-Ukrajinska Deržava*, S. 219.

<sup>436</sup> Rosocha, »Vijško Zakarpatskoj Ukraïny«, S. 481.

<sup>437</sup> Jaroslav Daškevyč (Hg.), *Istorija Ukraïnskoho Vijška 1917-1995*. L'viv 1996, S. 6.

<sup>438</sup> Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 346.

<sup>439</sup> Shandor [Šandor], *Carpatho-Ukraine*, S. 196.

<sup>440</sup> Bohdan Kordjuk, »Jevhen Konovalc – vijškovyj i polityčnyj orhanizator«, in: Jurij Bojko (Hg.), *Jevhen Konovalc ta joho doba*. München 1974, S. 959-973, hier S. 967.

<sup>441</sup> PUN, »Projdenyj šljach«, in: *Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954*. o. O. [Paris] 1954, S. 7-16, hier S. 15.



auch vermerkt werden, daß es sich bei diesem Werk um eine vom Harvard Ukrainian Research Institute verantwortete Publikation handelt.<sup>442</sup>

Natürlich sind diese Behauptungen unhaltbar. Die Haltung der Regierung und der Sič war zwar independentistisch, aber der Wunschpartner beider war und blieb bis zum 15. März 1939 NS-Deutschland.<sup>443</sup> Schließlich wurde die deutsche Politik ja auch als »Verrat an der Karpatho-Ukraine« charakterisiert.<sup>444</sup> Insofern ist der Ansicht von Ladislav Suško zuzustimmen:

»Der ukrainische Nationalismus gab sich dem blinden Glauben des politischen Romantismus hin und hoffte, daß es ihm gelingen würde, im heimlichen Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland seine Schwäche zu überwinden [...] und die Idee einer an Deutschland angelehnten »Großukraine« zu verwirklichen.«<sup>445</sup>

Der OUN-Aktivist Jaroslav Hajvas war vorsichtiger als andere und schrieb nur von einem »Prolog zum Zweiten Weltkrieg« und daß sich hier vor allem der ukrainische Wille zur Aufopferung und Eigenstaatlichkeit manifestiert habe. Selbstkritisch vermerkte er die »Vernachlässigung der kühlen Berechnung« und den Mangel an »Unterscheidungsvermögen zwischen Worten und Taten derjenigen, die sich uns als Bundesgenossen zugunsten ihrer eigenen politischen Ziele andienten«:

»Während der Ereignisse in der Karpatho-Ukraine glaubte der überwiegende Teil der ukrainischen politischen Welt an den guten Willen der Deutschen, wenn schon nicht zu helfen, so doch sich wenigstens nicht feindlich gegenüber dem Wiederaufbau eines Ukrainischen Staates zu verhalten. Dieser Glaube war längere Zeit über das Fundament unserer politischen Berechnungen.«<sup>446</sup>

In der Narration der meisten anderen OUN-Independentisten wurde der deutsch-ukrainische Gegensatz mißbraucht, um schon für die Zeit vor dem eigentlichen Kriegsbeginn eine Inkompatibilität zwischen OUN und der NS-Führung zu belegen. Für die Bandera-Fraktion entwickelte sich daraus die Kritik an dem kompromißlerischen PUN, der den »Weg des Opportunismus« wählte, und ihr selber, den »richtigen« Nationalisten.<sup>447</sup>

Niemand weiß, ob die Behauptung Vikentij Šandors zutrifft, Hencke habe ihm übermitteln lassen, die deutsche Armee eile der Karpatho-Ukraine zur Hilfe, die Ukrainer sollten sich daher den Ungarn nicht widersetzen. Der letztere Teil mag ein wohlmeinender Rat gewesen sein, den ersten könnte Hencke erfunden haben. Vielleicht hat ihn dann Šandor oder einer der Boten ergänzt. Šandor will Vološyn durchgegeben haben, die deutsche Armee eile ihm zu Hilfe, er solle aber weiterhin Widerstand leisten, dem sich die Deutschen dann anschließen würden.<sup>448</sup> Durch Dokumente nachweisbar ist dies alles nicht.

<sup>442</sup> Šandor [Šandor], *Carpatho-Ukraine*, S. 193.

<sup>443</sup> In der Regel herrscht die argumentative Figur Hirnjaks vor: »Die Karpatho-Ukraine, die sich zwischen zwei Aggressoren – Polen und Ungarn – befand, suchte ganz natürlich einen Verbündeten. Unter diesen schwierigen Umständen konnte das [nur] Deutschland sein«. Durch den Gebietsverlust im Ersten Wiener Schiedsspruch sei jedoch »eine kritische Beziehung zu Deutschland entstanden«. (Hirnjak, *Na stežkach*, S. 183).

<sup>444</sup> Hencke, *Augenzeuge*, S. 286.

<sup>445</sup> Suško, »*Nemecká Politika*«, S. 164.

<sup>446</sup> Vgl. Hajvas, *Koly kinčalasja epocha*, S. 10-11.

<sup>447</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 560.

<sup>448</sup> Vikentij Šandor, »*Karpatška Ukraïna – zfederovana deržava*«, S. 336-337.

Ebenso fragwürdig ist der Bericht eines britischen Journalisten, der mit den Ungarn einzog, er habe auf Vološyns Schreibtisch nicht abgesandte Telegramme, darunter eines an den US-Präsidenten Roosevelt, gesehen. Die Nachricht wurde von sowjetischer Seite während des »Kalten Krieges« als zusätzlicher Beleg für die »schändliche Rolle der ukrainischen bürgerlichen Nationalisten bei der Versklavung der Werktätigen Transkarpathiens« genutzt. Andererseits kann Vološyn durchaus diesen letzten »Strohalm« in Erwägung gezogen haben.<sup>449</sup>

Die Mel'nyk-Fraktion rechtfertigte ihre Nicht-Beteiligung am »Freiheitskampf« der Karpatho-Ukraine später damit, daß die Deutschen den in Wien weilenden PUN-Militärs Roman Suško und Kapustjanskyj die Reise in das Krisengebiet verboten hätten.<sup>450</sup> Mirčuk hielt dem höhnisch entgegen, die Polen hätten auch versucht, galizische Kämpfer am Grenzübertritt zu hindern, und dabei keinen Erfolg gehabt.<sup>451</sup> Außer daß er dem PUN eine »opportunistische Mentalität« vorwarf – zuvor der übliche Vorwurf gegenüber dem legalistischen UNDO – beschränkte Mirčuk so die Zusammenarbeit mit den Deutschen auf den Mel'nyk-PUN und sprach die »Revolutionäre« von vornherein davon frei.

Als der Verkehr mit deutschen Regierungsstellen ohne Ergebnis blieb, folgte als letzter Versuch ein Telegramm an Hitler selber: Vološyn dankte ihm für die bisherige Unterstützung und bat um weiteren Beistand.<sup>452</sup> Eine Antwort erhielt er nicht. Deutschland hatte die Karpatho-Ukraine fallen lassen. Das dürfte nun auch Vološyn klar geworden sein. Als Sprachregelung verbreiteten die Deutschen am 16. März 1939, daß die slowakische Unabhängigkeitserklärung eine neue Situation geschaffen habe, durch die der Wiener Schiedsspruch außer Kraft gesetzt worden sei, weshalb man gegen den ungarischen Vormarsch keinen Einspruch erhoben habe.<sup>453</sup> Von den früheren Absprachen mit Ungarn war natürlich kein Wort zu lesen.

Am 15. März war das Parlament (Sojm) der Karpatho-Ukraine zusammengetreten. Das Quorum wurde nur knapp erreicht, so daß Vološyn gegen seinen Willen sich mit seiner eigenen Stimme zum Präsidenten wählen lassen mußte. Der deutsche Abgeordnete Oldofredi war zwar in Chust, soll aber auf »Befehl« Konsul Hofmanns nicht zur Sitzung erschienen sein.<sup>454</sup> Auf der Sojm-Sitzung wurde die Unabhängigkeitserklärung ratifiziert, zudem wurden mehrere Gesetze über die Staatssymbolik und Ernennungen verabschiedet. Dazu trat das Parlament formal zu insgesamt 6 konsekutiven Sitzungen von zuletzt 15 bis 7 Minuten Dauer zusammen, um so mehrere Lesungen nacheinander durchzuführen. Praktische Bedeutung hatten die Beschlüsse nicht

<sup>449</sup> S. Ju. Prunycja, »Nosii zla i rozbratu«, S. 13.

<sup>450</sup> Kapustjanskyj, »Vijšková pidhotovka OUN«, S. 133.

<sup>451</sup> Mirčuk, Narys, S. 560.

<sup>452</sup> Vološyn an Hitler, 15. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 36. Vgl. dazu Shandor [Šandor], Carpatho-Ukraine, S.197. Štefan kolportiert, Fedir Revaj habe im Parlament kurz vor Sitzungsende am 15. März den Präsidenten beauftragt, ein Telegramm an Hitler und Mussolini zu schicken. Das Parlament habe daraufhin Štefan und Stebel'skyj beauftragt, den Text zusammenzustellen und abzuschicken. Die beiden hätten dann zwar den Text verfaßt, Štefan sich aber geweigert ihn abzuschicken. Er sei statt dessen zum Präsidenten Vološyn gegangen. Štefans Bericht bricht hier ab (Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 91-92). Unter der Voraussetzung, daß dieser Bericht so zutrifft, muß, da das Telegramm an Hitler abgeschickt wurde (es kam in Berlin an), Vološyn selber dafür gesorgt haben.

<sup>453</sup> Von Weizsäcker an Deutsche Gesandtschaft Budapest, 16. 3. 1939 mit Abschriften an die wichtigsten anderen Auslandsvertretungen, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 8, S. 7.

<sup>454</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 90.

mehr.<sup>455</sup> Unmittelbar nach dem Ende der Sitzungen floh die Regierung über Velykyj Byčків nach Rumänien ins Exil.

Am 16. März 1939 um 16.30 Uhr besetzten die Ungarn Chust. Der Widerstand der *Karpatska Sič* hielt sich in abgelegenen Gebieten sporadisch bis zum 19. März. Polnische Verbände besetzten die Grenze, um Sič-Kämpfer möglichst nicht durchzulassen und fliehende Tschechen zu internieren. Zeitweise wurde erwogen, Jasinnja zu besetzen, was aber offenbar unterblieb.<sup>456</sup> Nach einem Bericht soll eine polnische Einheit gegen das Dorf Toruń mit seiner Sič-Besatzung vorgegangen sein.<sup>457</sup> Von den in der Literatur angegebenen etwa 10.000 Sič-Angehörigen waren vielleicht 2000 bewaffnet. Die Ungarn haben Mychajlo Kolodzinškyj, der aus Berlin von der OUN-Exekutive in die Karpatho-Ukraine entsandt worden und zuletzt Stabschef der Sič war, sowie Zenon Kosak nach ihrer Gefangennahme erschossen.<sup>458</sup> Sie blieben nicht die einzigen Opfer. Šandor und Sterčo betonten, daß die Ungarn keine Gefangenen machen wollten und der sich wehrenden Sič die nach dem Kriegsvölkerrecht Kombattanten zustehenden Rechte verweigerten. Daß Verwundete und Gefangene ermordet und die üblichen Kriegsverbrechen wie Vergewaltigungen usw. stattfanden, überrascht nicht sonderlich. Galizische Ukrainer wurden an Polen ausgeliefert, wo ebenfalls einige sofort erschossen wurden. Die meisten Ukrainer wurden allerdings nach Folterverhören in Gefangenenlager gesperrt. Hirnjak bezeichnete die Behandlung durch die Ungarn als »Csárdás des Sadismus«.<sup>459</sup>

Rosocha und 275 Sič-Angehörige sollen von Rumänien an Ungarn ausgeliefert worden sein.<sup>460</sup> Über die Auslieferung von 400 Ukrainern (darunter Jevhen Stachiv) nach Velykyj Byčків am 18. März berichtete Hirnjak.<sup>461</sup> Vološyn hatte sich ebenfalls dorthin abgesetzt, von wo aus er am 17. März früh um 7 Uhr den Sojm-Vorsitzenden Štefan mit 50 Dollar nach Wien schicken wollte.<sup>462</sup> Bis zum letzten Augenblick hielt er die Deutschen für die einzigen potentiellen Retter seiner Republik.

Julijan Revaj flehte Berlin von Wien aus um Hilfe an. Aber das AA zog sich rasch aus den Revaj gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zurück. Volodymyr Stachiv, den Revaj telephonisch zum »bevollmächtigten Vertreter der Karpathen-Regierung in Berlin«

<sup>455</sup> Stepan Rosocha, der Vizepräsident dieses Eintagsparlaments, hat später mit Avhustyn Štefan, dem Präsidenten, den Ablauf der angeblich sechs Sitzungen in Protokollen rekonstruiert, um die Legalität der verabschiedeten Regelungen zu untermauern. Vgl. Rosocha, Sojm, S. 60-88. Welches Verhältnis diese Darstellung zur Realität hatte, soll hier nicht erörtert werden. Vgl. auch Stercho, Diplomacy, S. 155-159.

<sup>456</sup> Vgl. Deszczyński, Ostatni egzamin, S. 324-333.

<sup>457</sup> Vgl. Hirnjak, Na stežkach, S. 198-199.

<sup>458</sup> Kolodzinškyj war nach Stachiv polnischstämmig; er hatte eine ukrainische Militärdoktrin verfaßt. Vgl. Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 49-50; Kentij, Narysy, S. 98.

<sup>459</sup> Vgl. Sterčo, Karpato-Ukraińska Deržava, S. 218; Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 344. Sterčo schreibt, es habe 5000 Gefallene gegeben (Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatskoj Ukrainy«, S. 209). In den Darstellungen nimmt der Befehl Nr. 1 des Verteidigungsministers Kločurak vom 15. März 1939 eine prominente Stellung ein, weil sich auf seiner Grundlage die Sič als Armee eines unabhängigen Staates definieren läßt (Vgl. Sterčo, Karpato-Ukraińska Deržava, S. 217). Ungarn verfocht die Rechtsposition, es revindiziere eine *terra nullius*, letztlich das gleiche Argument, das auch die Sowjetunion am 17. September 1939 nutzte. Zu einer Diskussion darüber vgl. Shandor [Šandor], Carpatho-Ukraine, S. 231. Weitere Berichte über Massaker und Opfer vgl. Birčak, Karpatska Ukraina, S. 81-86; Chymyneč, Sposterežennja, S. 106-124. Hirnjak, Na stežkach, S. 193, 198-199.

<sup>460</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 98.

<sup>461</sup> Hirnjak, Na stežkach, S. 190-191.

<sup>462</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 97.

ernannt hatte, begab sich am 16. März ins AA, wo ihm Staatssekretär Keppler eröffnete, die deutsche Regierung könne in Budapest nicht intervenieren, denn im Falle einer Weigerung Ungarns sich zurückzuziehen müßte Deutschland militärisch tätig werden, und für die Karpatho-Ukraine werde Deutschland keinen Krieg führen, man habe schließlich auch auf Südtirol verzichtet. Die Regierung der Karpatho-Ukraine habe sich zu spät an Deutschland gewandt und allzu lange auf Prager Hilfe gehofft, soll Keppler Stachiv bedeutet haben. Geschickt nutzte nun also Keppler die deutsche Verzögerung des Telegramms gegen die Ukrainer aus. Und als ob dies nicht ausgereicht hätte, fügte er auch noch hinzu, daß Deutschland angesichts der internationalen Lage auch seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Karpatho-Ukraine nicht nachkommen könne. Deswegen werde man den Ukrainern auch nicht die Revaj zugesagten 2 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellen. Schade eigentlich, aber für das Holz müsse man nun an Ungarn zahlen. Man kann sich lebhaft vorstellen, wie Stachiv innerlich gekocht haben muß. Zugunsten der Ukrainer intervenierte am 1. April 1939 nur der japanische Botschafter in Deutschland Oshima – aber das hatte auch nur symbolische Bedeutung.<sup>463</sup>

Revaj wandte sich auch an die Gesandtschaft der USA in Prag. In einem auf »Prag, den 14. März 1939« datierten Schreiben (beides stimmte offenbar nicht, denn Revaj war in Wien und bezeichnete sich als Minister, was er erst am 15. März geworden war) teilte er dem Gesandten mit, die Karpatho-Ukraine habe sich für unabhängig erklärt – und weiter:

»Le peuple carpatho-ukrainien prie le Führer de la Nation Allemande et le Gouvernement de l'État Allemand de ne pas refuser leur haute protection à l'Ukraine Carpathique indépendante«.<sup>464</sup>

Dafür war die US-Gesandtschaft sicherlich die falsche Adresse – auch wenn Šandor in einem weiteren Schreiben als Vertreter der Regierung der Karpatho-Ukraine die USA bat, die Ungarn vom weiteren Vormarsch abzuhalten. Der US-Gesandte hielt dies auch für »two rather curious communications«.<sup>465</sup>

Die Ungarn stellten das neuerorberte Gebiet unter Militärverwaltung. Anfangs versuchten die ehemaligen Abgeordneten Brodij und Fencyk, die Ungarn zu einer reduzierten Autonomie zu bewegen. Brodij forderte in seinem *Russkij Vestnik* am 2. Juni 1939 den Status, den die Kroaten im Königreich Ungarn vor dem Ersten Weltkrieg genossen hätten, und auch Fencyk legte einen Plan für eine autonome Provinz in Ungarn vor.<sup>466</sup> Beides wurde abgewiesen, Brodij wurde so drangsaliert, daß er jede politische Tätigkeit einstellte,<sup>467</sup> und Fencyk, der bald eine russophile faschistische »Schwarzhemden«-Gruppe organisierte, wanderte schließlich in die USA aus. In einem sehr beschränkten Maße wurden die »Ungarn-Russen« (Magyar-Orosz) kulturell toleriert. Zwischen 1939 und 1941 wanderten einige im Zuge des Bevölkerungsaustausches in die Sowjetunion aus.<sup>468</sup>

<sup>463</sup> Stachiv, »Počalosja v Užhorodi, [...] VI«, S. 10.

<sup>464</sup> Irving N. Linnell an US chargé d'affaires Berlin, undat. [Ende März 1939], in: Kennan, From Prague, S. 91.

<sup>465</sup> Ebd., S. 88, 92-93.

<sup>466</sup> Vgl. Koźmiński, Polska i Węgry, S. 305-309.

<sup>467</sup> Woraufhin in polnischen Berichten sofort als Vermutung aufgezeigt wurde, er habe sich nach Deutschland abgesetzt oder werde dies bald tun; vgl. ebd., S. 309.

<sup>468</sup> Vgl. Shandor [Šandor], Carpatho-Ukraine, S. 220, 235-249.

Der UNR-Oberst Serhij Jefremov (1893-1966), den Vološyn noch zum Sič-Kommandeur ernannt hatte, floh mit seiner Familie nach Rumänien.<sup>469</sup> Die nach Polen zurückströmenden Freiwilligen wurden teilweise von den polnischen Behörden festgesetzt. 38 Sič-Angehörige gelangten in das Konzentrationslager Bereza Kartuska, wo sie jedoch im Verhältnis zu den anderen Häftlingen (das waren 1939 vor allem Kommunisten und Kriminelle) eine weitaus mildere Behandlung erfuhren.<sup>470</sup> Die in die Slowakei geflohenen Sič-Mitglieder wurden in Kamenica interniert und nach einigen Wochen freigelassen.<sup>471</sup> Das deutsche Konsulat in Chust vermittelte Ukrainern die legale Überführung nach Deutschland<sup>472</sup>, andere schlugen sich heimlich durch. In Bratislava wurden die Flüchtlinge in einem Lager gesammelt und per Autobus in das nahe Wien gebracht.<sup>473</sup> In Ungarn wurden diejenigen, die die ersten Tage der Gefangenschaft überlebt hatten, in das Lager Varjulápos bei Nyíregyháza transportiert, das auch für andere Internierte verwendet wurde.<sup>474</sup>

Von Ribbentrop gratulierte am 22. März dem ungarischen Außenminister zur »Wiedervereinigung der Karpatho-Ukraine mit Ungarn«, bat aber immerhin den ungarischen Gesandten in Deutschland, die »etwas radikal eingestellten« Sič-Leute zu schonen, weil sie »mit dem Admiral Canaris Beziehungen hätten«, und sie über Ungarn nach Deutschland zu lassen.<sup>475</sup>

Im Deutschen Reich waren die Ukrainer enttäuscht und ließen dies auch die Regierung wissen. Am 15. März 1939 organisierte das U.N.O. im Ukrainischen Klub in Wien eine Kundgebung, die in einer Resolution gegen den polnisch-ungarischen Anspruch auf die Karpatho-Ukraine und den ungarischen »unrechtmäßigen Angriff« protestierte – die Resolution wurde in Telegrammen Hitler, von Ribbentrop und Ciano übermittelt.<sup>476</sup> Einen längeren Schriftsatz reichte der Dauertrittbrettfahrer der deutsch-ukrainischen Beziehungen Vasyl Kosarenko-Kosarevyč aus Wien dem Außenminister ein. Lassen wir dahingestellt, ob er tatsächlich im Einvernehmen mit Vološyn handelte – jedenfalls gab er dies vor.<sup>477</sup> Der anfänglichen Kritik (»Erbitterung des gesamten Ukrainertums insbesondere wegen der Folgen des deutschen Im-Stichlassens«(!)) folgte das Angebot weiterer Kooperation: Beschworen wurden der gemeinsame »Nenner des gotischen Verbindungselementes« und die »wirtschaftlichen Vorteile, die dem großdeutschen Volke und Reiche aus einer befreundeten Verbindung

<sup>469</sup> Vgl. Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 66.

<sup>470</sup> Vgl. Wojciech Śleszyński, *Obóz odosobnienia w Berezie Kartuskiej 1934-1939*. Białystok 2003, S. 88, 96-97.

<sup>471</sup> Vgl. Stercho, *Diplomacy*, S. 381.

<sup>472</sup> Vgl. Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 69-70.

<sup>473</sup> Vgl. ebd., S. 73.

<sup>474</sup> Hirnjak gibt den Lagerstand für den 18. Mai 1939 mit 317 Ukrainern an (Hirnjak, *Na stežkach*, S. 217). Mit den 40 nach Polen deportierten ergibt das 357 Ukrainer (Ebd., S. 220). Nach Hirnjak wurde während seiner Aufenthaltszeit der Status von einem »Gefangenenlager« zu einem »Sammelager« geändert (Ebd., S. 237).

<sup>475</sup> Telegramm von Ribbentrop an Csáky, 22. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 75; Aufzeichnung von Weizsäcker, 23. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 77, S. 75.

<sup>476</sup> »Ukraïnci v Nimečyjni v oblyč'i sud'by Karp. Ukraïny«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 3-4 (22-23) [20.4.1939], S. 2.

<sup>477</sup> Vološyn soll diese Note von Ribbentrop vorgelegt haben wollen. Der Text entsprach Kosarenkos Diktion, er firmierte als Verfasser, und Vološyns Name sollte ihm vielleicht nur Autorität verleihen.

mit dem großukrainischen Volke [...] erwachsen würden, [und] derart offensichtlich [seien], daß es sich erübrigt, darauf ausführlich eingehen zu müssen.« Gegen den »judo-asiatischen Bolschewismus« und »das jesuitenfalsche Polen« sollte Hitler sich mit Mel'nyk verbinden.<sup>478</sup> Die Argumentationsstruktur war deutlich: Er kritisierte die Deutschen zunächst, um sie zu einer umso intensiveren Zusammenarbeit zu bewegen.

Die Kritik an den Deutschen war begründet, dennoch währte sie nicht lange. Julijan Revaj etwa hatte sich anfangs über die Deutschen sehr geärgert. Er erinnerte sich der »beruhigenden« Worte, die er eine Woche zuvor in Berlin zu hören bekommen hatte, und drohte Göring: »Wir werden zu gegebener Zeit erfahren, was Ursache zum Verlust der Karpatho-Ukraine war.«<sup>479</sup> Aber vier Wochen später wollte er trotzdem persönlich Hitler, den er als »Führer des ganzen ukrainischen Volkes« anscheinete, zu dessen 50. Geburtstag huldigen. Leibbrandt blockte dies ab, riet Revaj, in Wien zu bleiben und sich nicht zu exponieren, eine schriftliche Äußerung wurde ihm anheimgestellt.<sup>480</sup> Auch nationalistische Kämpfer mochten nicht von ihrer Orientierung lassen. Zum Geburtstag Hitlers sandte Hauptmann Klymenko, der sich mit 670 Mann in die Slowakei gerettet hatte, dem »Führer« ein Telegramm, in dem er der Hoffnung der Ukrainer Ausdruck verlieh, »unter Ihrer Führung und mit Ihrer und Gottes Hilfe ihr Ziel erreichen zu können«.<sup>481</sup>

Die deutsche Entscheidung gegen die Karpatho-Ukraine erschien dem damaligen US-Legationssekretär in Prag logisch. George Kennan schrieb:

»The Germans themselves recognized [...] that Ruthenia could not conceivably be viable as an independent state. They had no desire to occupy militarily a distant province to which they had no direct access and possession of which would constitute a financial as well as a military liability. The decision was therefore taken [...] to toss this bone of a province to Hungary.«<sup>482</sup>

Was hatten die Deutschen aufs Spiel gesetzt? Mehr als ein taktisches Bündnis. Erstmals seit dem Ersten Weltkrieg war eine deutsch-ukrainische Kooperation in der Karpatho-Ukraine eine Zeitlang nicht nur in konspirativen Sitzungen oder getarnt praktiziert worden. Man könnte sogar von einem pragmatischen Umgang mit der Tschecho-Slowakei sprechen, an die die Ukrainer verwiesen wurden, – wenn nicht bereits am 21. Oktober 1938 die Führerweisung zur »Zerschlagung der Rest-Tschechei« ergangen wäre und die Tschecho-Slowakei nicht bereits ein »dead man walking«<sup>483</sup> gewesen wäre. Der Umgang mit den Ukrainern war ein Spiel, das die andere Seite nicht durchschaute.<sup>484</sup>

<sup>478</sup> Kosarenko-Kosarevyč an Ribbentrop, 21.4.1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 61-63; Kosarenko-Kosarevyč, »Zur Frage der deutsch-ukrainischen Beziehungen«, 17. 4. 1939, ebd., Bl. 64-72.

<sup>479</sup> Julian Revaj an Göring, 18. 3. 1939, ebd., Bl. 43.

<sup>480</sup> Julian Revaj an Leibbrandt, 17. 4. 1939; Leibbrandt an Revaj, 18. 4. 1939, IfZ, MA 48.2.

<sup>481</sup> Klymenko an Hitler, 20. 4. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 73.

<sup>482</sup> Kennan, From Prague, S. XX.

<sup>483</sup> Im US-amerikanischen Strafvollzug ein zum Tode Verurteilter auf seinem letzten Gang.

<sup>484</sup> Aber es ist Klaus Hildebrand zu widersprechen, daß man die Karpatho-Ukrainer als »Sprengmittel« für die Tschecho-Slowakei nutzen wollte (Vgl. Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933-

Die OUN-Führung um Mel'nyk mochte das partiell begriffen haben, falls sie tatsächlich die Ukrainer dazu aufrief, sich nicht für die Karpatho-Ukraine militant zu engagieren. Sie vermutete – sollten diese Berichte richtig sein – jedoch, dafür bei dem nächsten Streich belohnt zu werden, und belegte so, daß sie immer noch nicht viel von der deutschen und nationalsozialistischen Rücksichtslosigkeit und Falschheit begriffen hatte. Andrij Mel'nyks Telegramm an Hitler vom 17. März sprach Bände: Der OUN-Führer äußerte die »tiefe Bitte, den jungen ukrainischen Staat zu hüten, der der erste sichtbare Ausdruck der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Bolschewismus ist.«<sup>485</sup> Er handelte damit, als es wirklich zu spät war, wie Vološyn und hoffte auf so etwas wie ein Wunder. Nicht zum letzten Mal vergebens.

Was hatte das nationalsozialistische Deutschland gewonnen? Die Akzeptanz dreier europäischer Staaten: Ungarns, der Sowjetunion – und Polens. Im Falle Polens war dies letztmals – und nur noch für ein paar Tage – der Fall. Die Nicht-Unterstützung der Ukrainer in der Karpatho-Ukraine durch die Deutschen sollte noch einmal in Polen die Hoffnung bestärken, es könne mit Deutschland zu einem *modus vivendi* kommen.<sup>486</sup> Beck erwartete auch am Abend des 15. März, die Lösung der karpatho-ukrainischen Frage, womit er die ungarische Annexion meinte, werde sich auf die deutsch-polnischen Beziehungen günstig auswirken.<sup>487</sup> Von Ribbentrop sah das im Gespräch mit Lipski am 21. März ähnlich:

»Eine gemeinsame deutsch-polnische Politik werde auch in Zukunft reiche Früchte tragen können. Die Behandlung, die wir der ukrainischen Frage hätten zuteil werden lassen, zeige, wie loyal sich Deutschland verhalte. Aus der Enttäuschung, die bei den Ukrainern zum Ausdruck käme, könne er sehen, wie schnurgerade wir unsere Politik führten. [...] [Wir seien] bereit, die ukrainische Frage in rein polnischem Sinne aufzufassen.«

Ganz verfiel dies aber nicht mehr. Lipski zeigte sich besorgt wegen der »Übernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland«, die der Reichsaußenminister als vertrauensbildende Maßnahme interpretierte und wieder einen »endgültige[n] Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gerade im jetzigen Stadium« forderte. Polen müsse über die Regelung des Problems der Karpatho-Ukraine sehr zufrieden sein.<sup>488</sup> Lipski trug jedoch den Eindruck davon, das Gespräch sei »der äußeren Form nach höflich,

1945. *Kalkül oder Dogma?* Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 151). Das hatte man schon in den Slowaken, die Karpatho-Ukrainer brauchte man dafür nicht, sie komplizierten alles nur.

<sup>485</sup> Mel'nyk an Hitler, 17. 3. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 38.

<sup>486</sup> Ganz richtig schrieb Andrijevs'kyj: »Transkarpathien wurde zu dem Kleingeld, mit dem Hitler sowohl die Ungarn als auch die Polen in Schach hielt, um beide in seine Pläne eines Ostfeldzugs einzubeziehen« (Dmytro Andrijevs'kyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraïns'kych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 153). Vgl. Wojciechowski, Stosunki, S. 510; Kotowski, »Ukrainisches Piemont?«, S. 81. Lipski fürchtete bis zuletzt, Deutschland könne Vološyn unterstützen und telegraphierte nach Warschau, man möge Ungarn zur Eile antreiben. – Vgl. Żerko, Stosunki, S. 251; Potocki, Polityka, S. 195-196.

<sup>487</sup> Von Moltke an AA, 16. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 4, S.4-5. Vgl. Żerko, Stosunki, S. 252; Śandor, Spomyny. Bd. 1, S. 222.

<sup>488</sup> Aufzeichnung von Ribbentrop, 21. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 61, S. 60. Vgl. dazu auch Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 258. Kleist dazu: »Polen nahm auch dieses Geschenk gern hin, aber es zeigte nicht die erwartete Dankbarkeit und verhielt sich weiter reserviert« (Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 24). Vgl. Żerko, Stosunki, S. 255-256.

dem Inhalt nach scharf« verlaufen. Bisher war er immer deutschfreundlich gewesen, nun fürchtete er auf einmal, Deutschland kreise Polen ein. Er meinte, derzeit könne man mit Deutschland nicht verhandeln.<sup>489</sup> Auch Szembek rang sich zu der Bemerkung durch, jetzt müsse man den Deutschen »die Zähne zeigen«.<sup>490</sup>

In diesem Gespräch formulierte von Ribbentrop das letzte deutsche Angebot an Polen, die fertige Anweisung vom 23. März an den deutschen Botschafter in Warschau, bei Außenminister Beck diese Haltung zu bekräftigen, wurde »auf Anweisung des Führers« nicht mehr abgesandt. In diesem Text, den von Ribbentrop offenbar noch für vertretbar hielt, ging es um die »wirklich großen Möglichkeiten einer gemeinsamen deutsch-polnischen Politik«, wenn Polen in der Danzig-Frage (den Korridor wollte das Reich Polen gegen exterritoriale Verbindungen überlassen) nachgeben würde:

»Vor allem könne Deutschland dann mit Polen eine gemeinsame Ostpolitik treiben, wobei sich auch das identische Interesse beider Länder an der Abwehr des Bolschewismus wirksam verwirklichen ließe. Wir seien auch bereit, wie wir das schon bei der Behandlung der Karpatho-Ukraine bewiesen hätten, in der künftigen Gestaltung des ganzen ukrainischen Problems Polen das [!] Primat zuzugestehen.«<sup>491</sup>

Noch einmal: Dieses Telegramm wurde nicht abgeschickt, es gibt nur die Einstellung des Reichsaußenministers vom 23. März wieder. Anders als Hitler wollte von Ribbentrop an diesem Tag noch den Eindruck erwecken, er sei bereit, die ukrainischen Partner einer gemeinsamen Politik mit Polen zu opfern. Daß Hitler die Absendung verhinderte, belegt, daß hier einer der Wendepunkte deutscher Politik zu finden ist. Das hing neben der zögerlichen Haltung Becks auch mit der aus Polen berichteten deutschfeindlichen Reaktion auf die Annexion Memels zusammen. Vielleicht waren auch die von Żerko beschriebenen Militärmanöver nicht ganz ohne Bedeutung. Insgesamt verfinsterten sich jedenfalls die Beziehungen an diesem Tag.<sup>492</sup> In seinem Gespräch mit von Moltke am 29. März äußerte Szembek den Verdacht, Deutschland habe sein *dés-intéressement* in der Karpatho-Ukraine nicht ehrlich gemeint, jedenfalls seien Deutschlands politische Ziele den Polen nicht mehr klar.<sup>493</sup>

Torzecki schrieb: »Die Ziele der Ostpolitik Hitlers waren [bis 1939] selbst für die Regierungskreise des Reiches nicht bis ins Letzte klar, auch waren die Realisierungsweisen nicht deutlich umrissen.«<sup>494</sup> Dagegen spricht, daß Peter Kleist, der Leiter des SU-Referats in der Dienststelle Ribbentrop, am 2. Mai 1939 bei Gesprächen mit deutschen Diplomaten in Warschau erklärte, »etwa im Februar« habe Hitler festgestellt, man könne Polen nicht mit den bisher angewandten Mitteln auf die eigene Seite ziehen und müsse es daher mit Gewalt niederringen.<sup>495</sup> Aber die deutsche Führung hatte

<sup>489</sup> Diariusz i teki, Bd. 4, S. 527 (Eintrag vom 23. 3. 1939).

<sup>490</sup> Ebd., S. 528 (Eintrag vom 23. 3. 1939).

<sup>491</sup> Entwurf von Ribbentrop an Dt. Botschafter Warschau, [23.] 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 73, S. 72.

<sup>492</sup> Vgl. Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 276; Żerko, Stosunki, S. 260-270.

<sup>493</sup> Vgl. Diariusz i teki, Bd. 4, S. 540 (Eintrag vom 29. 3. 1939).

<sup>494</sup> Torzecki, Polacy i Ukraińcy, S. 19.

<sup>495</sup> Diese Aussage widerspricht seinem Buch, in dem er den 26. Januar 1939 als den entscheidenden Wendetag benannte. Er gab darin mit dem Satz »Berlin gab aber das Rennen noch nicht auf« aber auch klar zu verstehen, daß auf deutscher Seite – und dazu gehörte auch Hitler – die Abwendung



auch früher die Gewaltoption in der Hinterhand, und ob eine Zustimmung Becks zu den deutschen Vorschlägen im März noch zu einer »Waffenbrüderschaft« geführt hätte oder nicht, ist nur spekulativ zu beantworten. Nach mehreren polnischen Ausweichmanövern (seit den Vorschlägen vom Herbst 1938) gehörte weder im Februar noch im März 1939 große Phantasie dazu sich vorzustellen, Polen könne die deutschen Angebote ablehnen. Daß man sie noch einige Wochen lang wiederholte, hing wohl mit dem Ruhebedürfnis für die Aktionen im März zusammen.<sup>496</sup> Deutschland brauchte polnisches Stillhalten für die Besetzung Böhmens und Mährens und letztmalig am 23. März bei der Annexion der litauischen Hafenstadt Memel. Von diesem Tag an sah es anders aus. Kentij ist grundsätzlich zuzustimmen, daß »die deutsche Politik [Polen] faktisch bis Ende März 1939 als einen wichtigen Faktor im Kampf gegen die Sowjetunion ansah.«<sup>497</sup> Ende März bedeutete hier den 23. Tag des Monats.

In seiner Weisung an den Oberbefehlshaber des Heeres vom 25. März 1939 erklärte Hitler, die »polnische Frage« müsse »nun aber bearbeitet werden«: »Polen soll dann so niedergeschlagen werden, daß es in den nächsten Jahrzehnten als politischer Faktor nicht mehr in Rechnung gestellt werden brauchte.« Das stets mit Polen im Zusammenhang gesehene Verhältnis zu den Ukrainern galt noch als »offen«. Aber es gab auch eine konkrete Aussage: »In die Ukraine will der Führer *nicht* hinein. Evtl. könne man einen ukrainischen Staat errichten.«<sup>498</sup> Damit war erstmals durch Hitler das Traumziel der ukrainischen Nationalisten angedeutet worden.

Zur selben Zeit verfaßte Außenminister Beck ein Memorandum, in dem er sich in der Danzig-Frage intransigent zeigte, jedoch noch einmal betonte, die polnische Regierung sei an gutnachbarlichen Beziehungen zu Deutschland interessiert, was sie dadurch unter Beweis gestellt habe, »daß sie schon im Jahre 1933 als eine der ersten ausländischen Regierungen ein freundschaftliches Verhältnis zum Dritten Reich angebahnt« und »es stets vermieden [habe], an den gegen das Deutsche Reich gerichteten Aktionen teilzunehmen.«<sup>499</sup> Er schien zu weitgehenden Zugeständnissen bereit, solange es um keine Einschränkung der polnischen Souveränität ging. Über die einseitigen Schritte in Memel und der Slowakei sei Polen nicht informiert gewesen, aber

---

von Polen erst nach dem 16. März 1939 erfolgt sei (Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 23). Die Aussage vom Mai und die Interpretation nach 1945 mögen dahingehend zu interpretieren sein, daß die Deutschen nach der erfolgten Reorientierung bestrebt waren, die Entscheidung möglichst früh zu datieren, um so die Voraussicht der Führung vorzutäuschen.

<sup>496</sup> Vgl. Peter Kleist, Warschau, 2. Mai 1939; veröffentlicht in I. V. Uspenskij, »Čto skazal doktor Klejst v 1939 godu«, Voenno-istoričeskij žurnal 1991, Nr. 12, S. 21-23. In der Literatur wird Kleists Position in jener Zeit regelmäßig mit der Haltung des ApA Rosenbergs oder des AA verwechselt. Aber auch wenn von Ribbentrop gleichzeitig Außenminister war, wirkte seine Parteidienststelle informell weiter und stand in einer gewissen Rivalität zum AA-Apparat.

<sup>497</sup> Kentij, Narysy, S. 102.

<sup>498</sup> Weisung des Führers an den Oberbefehlshaber des Heeres, 25. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 99, S. 98. – Żerko meinte zu Unrecht, daß Hitler noch am 25. März mit der polnischen Annahme der deutschen Forderungen rechnete. Die auch von ihm zitierten Texte sprechen jedoch eine andere Sprache (Vgl. Żerko, Stosunki, S. 274-275). Potocki kommt unter Bezug darauf zu dem falschen Schluß, Hitler habe am 25. März beschlossen, die »ukrainische Karte zu spielen« und eine Invasion der Sowjetukraine durch den »galizischen Korridor« zu unternehmen. In den Texten steht davon nichts (Vgl. Potocki, Polityka, S. 220).

<sup>499</sup> Memorandum der Polnischen Regierung, durch Lipski von Ribbentrop am 26. 3. 1939, 12.30 Uhr übergeben; ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 102-104.

auch hier bat Beck nur um Klärung, nicht etwa um die Rücknahme.<sup>500</sup> Das alles hatte aber keine Wirkung mehr: Hitlers Weisung war bereits vorher ergangen.<sup>501</sup>

Für unseren Zusammenhang ist hier von Bedeutung, daß für Hitler mit der polnischen die ukrainische Frage verbunden war. Einer Eroberung der Ukraine (»hinein«) mochte der Reichskanzler noch nicht nahetreten. Aber ein »ukrainischer Staat«, den »man« errichten könne, gehörte zum Repertoire. Das war nicht mehr die Karpatho-Ukraine, sondern konnte nur einen Staat aus den polnischen oder sowjetischen Gebieten bedeuten. Wer sollte ihn errichten? Deutsche, Ukrainer? Hüten wir uns vor Überinterpretationen. Festzuhalten ist jedoch, daß die radikale Verschlechterung der Beziehungen zu Polen (auf beiden Seiten begann man nun, *casus belli* anzusprechen, und Anfang April verbot von Weizsäcker von Moltke alle »materiellen Gespräche« mit den Polen<sup>502</sup>) geradezu automatisch die ukrainische Frage wieder auf die Tagesordnung setzte. Und damit wurde die Frage des deutschen Verhältnisses zu den Ukrainern vom 25. März 1939 an ganz anders gesehen.

Als am 3. April 1939 das OKW den Befehl zum »Fall Weiß«, dem Angriff auf Polen, an die Waffengattungen weitergab, hatte Churchill im Unterhaus bereits eine Garantieerklärung für Polen angekündigt. Dies bedeutete, daß es Krieg geben würde, und Hitler hatte bereits angeordnet, dessen Durchführung vom 1. September an zu ermöglichen.<sup>503</sup> Die Führerweisung vom 11. April enthielt ursprünglich einen dann gestrichenen Passus, der in Anlehnung an die Pläne aus der Zeit des Ersten Weltkriegs die Option enthielt, »die Randstaaten bis zu der Grenze des alten Kurland zu besetzen und dem Reiche einzugliedern.«<sup>504</sup> Ob damit die Ukraine ebenfalls gemeint war, läßt sich nicht ohne weiteres sagen, da dieser Textteil schließlich fallengelassen wurde.

Daß nicht offen die ukrainische Karte gespielt wurde und die Folgen des Angriffs auf Polen beschränkt werden sollten, lag daran, daß das Ukrainethema die Sowjetunion auf den Plan gerufen hätte. Das Baltikum war ja im Unterschied zum Ersten Weltkrieg nicht mehr russisch.

## 6. DIE ANNÄHERUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND DER UDSSR

Stalin hatte in seiner »Kastanienrede« vom 10. März 1939 Warnungen der Westmächte vor einem Übergreifen des Konflikts von der Karpatho-Ukraine in die UdSSR ins Lächerliche gezogen. Daher war das Fallenlassen der Karpatho-Ukrainer durch

<sup>500</sup> Instruktion Becks für Lipski, 25. 3. 1939, Jędrzejewicz, *Diplomat in Berlin*, S. 505-507.

<sup>501</sup> Nach außen wurde ein anderer Sachverhalt vorgetäuscht. Von Ribbentrop bezeichnete Becks Antwort als ungenügend und sehr enttäuschend. Er befürchtete nun eine sich daraus ergebende »ernste Situation«. Dabei war die deutsche Entscheidung bereits gefallen. Broszat erwähnte, Hitler habe sich auf den Obersalzberg zurückgezogen, um Lipski nicht begegnen zu müssen. Beck wiederum war zu Unrecht überzeugt, durch seine Politik Deutschland in die Schranken verwiesen zu haben (Vgl. Broszat, »Die Reaktion der Mächte«, S. 277).

<sup>502</sup> Staatssekretär im AA (von Weizsäcker) an Dt. Botschaft Warschau, 5. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 159, S. 161.

<sup>503</sup> Weisung des Chefs des OKW (Keitel), 3. 4. 1939, ebd., Dok. 149, S. 154.

<sup>504</sup> Weisung des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht, 11. 4. 1939, ebd., Dok. 185, S. 187.

Deutschland auch eine »vertrauensbildende Maßnahme« gegenüber der Sowjetunion. Demonstrierte man doch den Sowjets, bei denen die deutsche Funktionalisierung der Nationalukrainer in Brest 1918 nicht in Vergessenheit geraten war, daß die Nationalsozialisten dem ukrainischen Nationalismus und Separatismus keine hohe Priorität zuschrieben. Als bewußte Vorstufe zum Nichtangriffspakt wäre dies überinterpretiert, daß es sich später als günstig herausgestellt hat, kann man dennoch annehmen.<sup>505</sup>

Darauf, daß die Protestnote der UdSSR gegen die Besetzung Böhmens und Mährens vom 19. März milde ausgefallen war, hat Broszat hingewiesen.<sup>506</sup> Aus Moskau wurde auch berichtet, der sowjetische Volkskommissar des Äußeren Maksim Litwinov (1876-1951) habe dem deutschen Botschafter »seine Befriedigung über die Annektierung der Karpatho-Ukraine durch Ungarn unverhohlen gezeigt«.<sup>507</sup>

Am 16. April 1939 war Hermann Göring bei Mussolini in Rom zu Gast. In dem Gespräch meinte Göring, »er wolle den Führer fragen, ob man nicht durch gewisse Mittelsmänner vorsichtig bei Rußland mit dem Ziel einer Annäherung vorfühlen könne, um Polen dann auch mit Rußland zu beunruhigen«.<sup>508</sup> Mussolini erklärte darauf (wie bei fast allen anderen Themen auch), »man habe in Italien seit einiger Zeit ähnliche Gedanken gehabt« und gegenüber der UdSSR »einen freundlicheren Ton angeschlagen«, der »einen sehr lebhaften Widerhall gefunden hätte«. Mussolini kam auch darauf zu sprechen, daß dann »die Stellung Deutschlands zur Ukraine« wichtig wäre.

<sup>505</sup> Šandor behauptete, seit Januar 1939 habe man eine deutsch-sowjetische Annäherung beobachten können, kann dafür jedoch keine Belege anführen (Vgl. Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 136). Ex post nahm auch Jevhen Stachiv an, der deutsche Verrat an den Ukrainern sei bereits im Einvernehmen mit den Sowjets erfolgt. Dafür gibt es jedoch keine Belege – eher war dies ein zusätzlicher Anstoß für die Sowjets, den Kontakt zu den Deutschen zu suchen (Kriz' *tjurny*, S. 57-58). Auch kann man nicht erkennen, daß »Hitler die Sowjetunion und Polen« mit dem »ukrainischen Problem« erschrecken wollte (Šandor, *Spomyny*. Bd. 1, S. 275). Und auch die gegenteilige Einschätzung Lysjak-Rudnyčkyjs, die Karpatho-Ukraine sei der »touchstone« der deutsch-sowjetischen Beziehungen gewesen und Hitler habe auf die »Kastanienrede« vom 10. März reagiert, indem er Ungarn die Annexion »only a few days after Stalin's speech« gestattet habe, ist unsinnig. Die grundsätzliche Freigabe erfolgte früher und der eigentliche Zeitpunkt war von den Entwicklungen in der Slowakei abhängig (Vgl. Ivan L. Rudnytsky [Lysjak-Rudnyčkyj], »Carpatho-Ukraine: A People in Search of Their Identity«, in: ders., *Essays in Modern Ukrainian History*. Edmonton 1987, S. 353-373, hier S. 372). Die Deutschen waren recht lange zu einem Stillhalten bereit, um alternativ und konsekutiv mit beiden Parteien ins politische Geschäft zu kommen. Der sowjetische Vorschlag zu einer Containment-Politik gegen Deutschland vom 21. März, der an der britischen Ablehnung scheiterte, weist ebenfalls darauf hin, daß an diesem Tag von einer Annäherung nicht die Rede sein konnte (Vgl. Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 271). Im selben Sinne vgl. Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, S. 35. Noch abwegiger ist die sowjetische These, die »Kastanienrede« habe »ernüchternd auf die deutschen Faschisten gewirkt. Hitler war gezwungen, seinem »karpatho-ukrainischen Abenteuer« abzuschwören, und demonstrierte so, was ihm die Interessen der ukrainischen bürgerlichen Nationalisten Wert waren« (Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 8-9).

<sup>506</sup> Vgl. Broszat, »Die Reaktion der Mächte auf den 15. März 1939«, S. 271.

<sup>507</sup> Deutsche Botschaft Moskau (Botschaftsrat von Tippelskirch) an AA (VLR Schliep), 20. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 51, S. 47. Vgl. auch Stercho, *Diplomacy*, S. 386.

<sup>508</sup> Dieser Zeitpunkt korrespondiert mit Kleists Feststellung: »Erst am 7. April, also nach der entscheidenden Wendung in den deutsch-polnischen Beziehungen, geschah der erste vorsichtig tastende Schritt«. Von Ribbentrop soll Kleist an diesem Tage aufgetragen haben, die »persönlichen Beziehungen zu den Leuten der Sowjetbotschaft zu verbessern« (Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, S. 26-27).

»Auf die letzte Frage des Duce erklärte der Generalfeldmarschall, daß nach den Worten des Führers Deutschland keinerlei Absichten auf die Ukraine habe, daß er [Göring], solange er Kabinettsmitglied sei, noch kein einziges Dokument über die Ukraine zu Gesicht bekommen habe und daß die ganze Frage überhaupt nur in englischen Zeitungen zu Propagandazwecken gegen Deutschland aufgeworfen würde. Erst kürzlich habe der Führer [ihm] von neuem erklärt, daß er keinerlei Absichten auf die Ukraine habe.«

Das war natürlich insofern nicht richtig, als Hitler am 25. März über die Schaffung eines »ukrainischen Staats« nachgedacht hatte. Aber die beiden eitlen Politiker verschwiegen einander vieles. Göring zitierte etwa Hitler damit, »daß er gegen Polen nichts plane«. Jedenfalls kamen die beiden überein:

»Rußland: Deutschland und Italien sollten versuchen, mit diesem Lande das sogenannte »petit jeu« zu spielen. Möglichkeiten zu einer Annäherung seien vorhanden.«<sup>509</sup>

Durch den Besuch des sowjetischen Botschafters in Deutschland Aleksej Merekalov bei von Weizsäcker ergab sich bald die Gelegenheit, sich gegenseitig ungeachtet ideologischer »Meinungsverschiedenheiten« zu versichern, man wolle angesichts der wachsenden Konflikte Deutschlands mit Großbritannien und den USA zu besseren Beziehungen gelangen.<sup>510</sup> In seinem Bericht über einen (nicht genau datierten) »Teebesuch« beim sowjetischen Geschäftsträger in Berlin Astachov schrieb Kleist, die Initiative, »Seite an Seite große Politik zu machen«, sei von dem Sowjetvertreter ausgegangen und von von Ribbentrop zunächst abgeblockt worden.<sup>511</sup> Der sowjetischen Bitte um die Fortsetzung der Lieferungen der nunmehr unter deutscher Hoheit stehenden Škoda-Werke entsprachen die Deutschen, und der sowjetische Geschäftsträger versicherte, für die UdSSR sei »nicht so sehr die materielle Seite der Frage von Bedeutung [wie] vielmehr die grundsätzliche.«<sup>512</sup> Die Ablösung des jüdischstämmigen Litvinov durch Vjačeslav Molotov (1890-1986) am 4. Mai 1939 gehörte in diesen Kontext, und am 9. Mai lobte die sowjetische Seite »die neuerdings geübte Zurückhaltung der deutschen Presse Sowjetrußland gegenüber.«<sup>513</sup> Es dauerte noch etwas, bis Deutschland tatsächlich darauf einging, aber Ende Mai 1939 war es dann soweit. Von Weizsäcker telegraphierte an den deutschen Botschafter: »Entgegen bis-

<sup>509</sup> [wahrscheinlich Schmidt], Aufzeichnung über die Unterredung zwischen dem GFM Göring und dem Duce im Beisein des Grafen Ciano in Rom am 16. 4. 1939, 18. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 211, S. 215-219. Mussolini bekam vor dieser Politik bald Angst und Ciano bat daher von Ribbentrop Anfang Mai, die »Entlastung« der Beziehungen »aus italienisch-innenpolitischen Gründen« nicht zu weit voranzutreiben (»Aufzeichnung über Besprechungen von Ribbentrop – Graf Ciano in Mailand am 6. und 7. Mai 1939«, 18. 5. 1939, ebd., Dok. 341, S. 372-373). – Wir lassen dabei dahingestellt, ob dies eine politische Wendung Italiens war. Nach Roos interessierte sich Mussolini »seit dem Frühjahr 1933 für die ukrainische Frage«. Den Journalisten Insabato nannte er sogar nach Rosenberg den »Ukraineberater des Duce«. Dieser habe 1934 zwischen Deutschland und Polen vermitteln wollen und habe dabei mit Onačkyj, dem Italienresidenten der OUN, zusammengearbeitet (Hans-Günther Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956, S. 80; Roos, Polen und Europa, S. 150-151). Tatsächlich erhielt Onačkyj 1936 eine Dozentenstelle und die OUN war in Italien wie andere osteuropäische Nationalisten auch, eher ungestört. Über eine weitergehende Kooperation müßte jedoch noch geforscht werden.

<sup>510</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, 17. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 215, S. 221-222.

<sup>511</sup> Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 27-29.

<sup>512</sup> Aufzeichnung LR Schnurre, 5. 5. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 332, S. 355.

<sup>513</sup> Vermerk Gesandter Braun von Stumm, Presseabt. des AA, 9. 5. 1939, ebd., Dok. 351, S. 381.

heriger Taktik haben wir uns entschlossen, jetzt doch gewisse Fühlung mit Sowjetunion aufzunehmen«. <sup>514</sup>

Nun wurde die Karpatho-Ukraine wieder zu einem Thema. Dies war ein Seitenhieb gegen Polens Außenminister Beck, der die Sowjets gewarnt hatte, die Deutschen seien an der Ukraine interessiert. Von Weizsäcker erklärte dem sowjetischen Geschäftsträger, Beck leide »manchmal an einer beklagenswerten Gedächtnisschwäche«, Deutschland habe dessen »Interpretation der deutschen Ukrainepolitik doch durch das deutsche Verhalten in Sachen der Karpatho-Ukraine widerlegt«. <sup>515</sup> Wie Stercho vermerkte, nutzte man tatsächlich (aber eben erst im Mai 1939 und nicht bei den Vorüberlegungen) die Haltung in der Karpatho-Ukraine dazu, die Sowjets davon zu überzeugen, daß Deutschland an der Ukraine nicht interessiert sei. Und die Sowjets schienen dies auch zu glauben. <sup>516</sup>

Das Ganze war ein fintenreiches Spiel: Weder hatte Beck den Sowjets gesagt, daß NS-Deutschland noch im März 1939 Polen die Ukraine versprochen hatte, noch gingen die Deutschen auf die Kontakte des deutschen Konsuls in Lemberg (s. Kap. 1939) zu ukrainischen Politikern ein. Und ebensowenig kam zur Sprache, daß Hitler in der Besprechung mit den Spitzen der Wehrmacht am 23. Mai 1939 gesagt hatte, es ginge im Streit mit Polen nicht um Danzig, sondern um die »Erweiterung des Lebensraums im Osten und [die] Sicherstellung der Ernährung, sowie der [!] Lösung des Baltikum-Problems. Lebensmittelversorgung ist nur von dort möglich, wo geringe Besiedlung herrscht.« Dazu sei es gut, »einen größeren Ostraum zu besitzen«. <sup>517</sup>

Für den Nichtangriffspakt war dann das Desinteresse an Ostgalizien, das im August 1939 der sowjetischen Interessenzzone zugeschlagen wurde, und das Einverständnis zur Rückführung der Galizien- und Wolhyniendeutschen bedeutsam: Für die sowjetische Führung mußte dies wie eine Frontbegrüdigung aussehen und als Wende der deutschen Maximen gedeutet werden. Bis zur Überraschung über den deutschen Überfall 1941 hielt diese Taktik. Aber nicht nur die Weisung vom 25. März macht deutlich, daß diese Politik nicht stabil war. Daß Hitler einen ukrainischen Staat in seinem Repertoire hatte, läßt im Nachhinein die Hoffnungen, die die radikalen Independentisten auf ihn setzten, nicht so verfehlt und utopisch erscheinen wie der Befund aus der öffentlich vertretenen Politik. Aber diese Möglichkeit war bald schon obsolet. Die von Göring erwogenen verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion waren ohne den vorläufigen Verzicht auf die Ukraine nicht zu verwirklichen.

Nach allen Seiten hin versuchten die Deutschen aus ihrem Umgang mit den Ereignissen in der Karpatho-Ukraine Kapital zu schlagen. Erstaunlicherweise gelang sehr vieles in diesem komplizierten Spiel. Daß die Karpatho-Ukraine für Deutschland ein geeigneter Spielstein war, den man instrumentalisieren konnte, schrieb sich später

<sup>514</sup> Von Weizsäcker an Deutsche Botschaft Moskau, 30. 5. 1939, ebd., Dok. 452, S. 505. Wir lassen hier dahingestellt, ob, wie Kleist schreibt, Hitler zunächst »nur ein Spiel mit dem russischen Feuer« vorgehabt habe, um Polen zu beunruhigen (Kleist, Zwischen Hitler und Stalin, S. 61).

<sup>515</sup> Aufzeichnung von Weizsäcker, 30. 5. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 451, S. 504; Von Weizsäcker an Deutsche Botschaft Moskau, 30. 5. 1939, ebd., Dok. 452, S. 506.

<sup>516</sup> Vgl. Stercho, Diplomacy, S. 396.

<sup>517</sup> OTL Schmudt, »Bericht über eine Besprechung am 23. Mai 1939«, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 433, S. 477-483, hier S.478-479.

leicht.<sup>518</sup> Daß aber diese Instrumentalisierung glückte und die Ukrainer dennoch enge Verbündete Deutschlands blieben, war schon nicht mehr selbstverständlich.

## 7. UKRAINISCHE REAKTIONEN

Die ukrainischen Politiker waren über die neue Sowjetunion-Politik natürlich nicht informiert. Sie ahnten nicht einmal, daß zwischen dem 25. März und Anfang April 1939 Hitler selber einen ukrainischen Staat erwogen hatte. Die Kurswechsel der Deutschen waren weitaus kurzatmiger und die Optionen vielfältiger als die Ukrainer für möglich hielten.

Ukrainisch-nationale Narrationen nahmen das nicht wahr. So behauptete Šandor, Hitler und die Nationalsozialisten hätten niemals irgendwelche Pläne hinsichtlich der Staatlichkeit der Ukraine besessen. Es seien allein die »Feinde der karpatho-ukrainischen Staatlichkeit« gewesen, die Hitlers Einstellung zum ukrainischen Problem positiv dargestellt und das Projekt Karpatho-Ukraine als »ausschließliche Aktion Hitlers« präsentiert hätten.<sup>519</sup> Daß dann die ukrainischen Nationalisten zu den »Feinden der Ukraine« gezählt werden mußten, belegt, wie leicht man sich im Labyrinth dieser Politik verirren konnte. Unzutreffend ist auch die Behauptung, es sei »gerade das ukrainische Staats-Befreiungs-Problem gewesen, welches in hohem Maße zur Annäherung Hitlers mit Stalin und zum Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen ihnen beigetragen« hätte.<sup>520</sup> Die Ukraine war nicht so bedeutend, daß sie die politischen Schachzüge wesentlich beeinflusst hätte. Sterčo hat erkannt, daß Großbritannien und Frankreich an der Karpatho-Ukraine als solcher überhaupt nicht interessiert waren. Deutschland spielte seiner Meinung nach »the most important role«, seine Einstellung habe jedoch »several stages« durchlaufen.<sup>521</sup> Er nahm dabei korrekt eine grundsätzlich rationale deutsche Politik an: Der Preis, den Ungarn für seine Unterstützung habe zahlen müssen, sei hoch gewesen: der Austritt aus dem Völkerbund, der Beitritt zum Antikominternpakt, die Zulassung deutscher wirtschaftlicher Vorteile, schließlich die Kompromittierung durch die Aggression (1938 hatte man sich ja noch im rechtlich weniger umstrittenen Raum eines »Schiedsspruchs« bewegt) – richtig sah Sterčo darin Schritte, um Ungarn in einen Krieg gegen die Sowjetunion hineinzuziehen.<sup>522</sup> Nur daß er in seinem Titel Deutschland eine »morality« unterstellte, war falsch. Die NS-Regierung richtete sich allein an ihrem Eigennutz aus – versprochen hatte sie den Ukrainern wirklich nie etwas. Wenn sich jemand getäuscht fühlen könnte, wären dies diejenigen Polen, die sich Hoffnungen auf eine gemeinsame Aggression mit Deutschland gemacht hatten.

Die Nationalukrainer waren kurzzeitig tief enttäuscht, wurden aber bald wieder von den Deutschen getröstet. Kennan hatte diese Politik vorausgesehen:

<sup>518</sup> Vgl. etwa Suško, »Nemecká Politika«, S. 185.

<sup>519</sup> Šandor, »Karpatška Ukraïna – zfederovana deržava«, S. 336.

<sup>520</sup> Ebd.

<sup>521</sup> Stercho, Diplomacy, S. 395.

<sup>522</sup> Sterčo, Karpato-Ukraïnska Deržava, S. 208; ders., Diplomacy, S. 396.

»They [the Germans] have established in power a lot of excited and desperate Ukrainians and have encouraged them to believe that they are participating in the foundation of the Greater Ukraine. If they wash their hands of these people too suddenly and too demonstratively, they will ruin their own prestige in the entire Ukrainian movement, and the demoralized Ukrainians will fall pray completely to the intelligence services of other interested states [...]. Thus, while the Germans have no immediate use for Ruthenia, they have an interest in seeing their Ukrainian friends continue to keep happy by playing with its political affairs as long as possible.«.<sup>523</sup>

Ein Bericht des deutschen Konsuls in Lemberg diagnostizierte in Galizien »tiefe Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit«. Gegenüber Deutschland und Hitler sei die Erlösungserwartung dem »Gefühl, verraten worden zu sein«, gewichen. Ivan Kedryn warf den Ukrainern vor, Deutschlands Taktieren »mit Politik verwechselt« zu haben. Deutschland brauche die Karpatho-Ukraine nicht, weil es über eine militärische Potenz verfüge, die von ihr nicht abhängig sei.<sup>524</sup> In Doncovs *Vistryk* erschienen mehrere Nummern lang Artikel über das »Rätsel des III. Reiches«, die »Tragödie des Silbernen Landes« (eine poetische Bezeichnung der Karpatho-Ukraine) und den »März 1939«.<sup>525</sup> Der US-Generalkonsul in Prag meinte, »discontented Ukrainians in Poland and the Soviet Union« hätten nun »little choice but to come to terms as best they can with their present rulers«.<sup>526</sup> Diese Stimmung hielt jedoch nur ein paar Wochen an.

Die Ukrainer in Nordamerika sahen sich ebenfalls in ihren Hoffnungen auf Deutschland getäuscht. Aber Alexander Sushko (1880-1966), der in Chicago eine politische Rolle zu spielen versuchte, brach seine Kontakte zum deutschen Konsulat vor Ort dennoch nicht ab. Zwar mochte auch er seine Enttäuschung über die jüngste Entwicklung nicht verhehlen, aber er machte dafür die karpatho-ukrainische Regierung und den Nationalisten Luka Myšuha aus Jersey City verantwortlich. Die Chuster Regierung habe unter dessen Einfluß gehandelt, und Myšuha, der bei den Friedensverhandlungen in Riga 1921 für Petruševyč agiert hatte und 1923 als Repräsentant von dessen ZUNR in die USA gekommen war, sei ein Werkzeug der Sowjets und halte zudem Verbindungen zu »jüdischen Kreisen«. Sushko kündigte eine Broschüre an, in der er belegen wolle, daß eine Lösung des ukrainischen Strebens nur durch den »Führer« und in enger Anlehnung an Deutschland möglich sei. Dafür benötige er aber 1000 Dollars. Die Konsularbeamten antworteten ausweichend und fragten erst einmal in Berlin nach.<sup>527</sup> Die Antwort ließ lange auf sich warten und zeugt davon, daß man im Frühjahr 1939 wieder keine festen Vorstellungen vom »Wert« der ukrainischen Karte hatte. Als im August 1939 geantwortet wurde, sah alles schon ganz anders aus: Die Kriegsplanung gegen Polen lief auf Hochtouren, man rechnete mit ukrainischer Partizipation. Nun war die Einstellung der Ukrainer zum Reich »von Bedeutung«, und es war nach dem Frühjahrs-Stimmungsumschwung erwünscht, daß deutschfreundli-

<sup>523</sup> George F. Kennan an Dept. of State, undat. [Anfang März 1939], in: Kennan, From Prague, S. 72-73.

<sup>524</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 21. 3. 1939, PAAA, Politik Polen 6 Rassenfrage ... Bd. 1, Bl. 233-236.

<sup>525</sup> Vgl. Sosnovskyj, Dmytro Doncov, S. 295.

<sup>526</sup> Irving N. Linnell an US chargé d'affaires Berlin, undat. [Ende März 1939], in: Kennan, From Prague, S. 90.

<sup>527</sup> Deutsches Generalkonsulat Chicago an AA, 28. 3. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

che Ukrainer zu Wort kamen. Sushko hielt man nicht für bedeutsam, seine Ausarbeitungen jedoch für »nicht uninteressant«. Ob er letztlich das Geld bekam, konnte nicht belegt werden, mit seiner fortgesetzten Deutschfreundlichkeit hatte er sich jedoch das Wohlwollen des AA erworben.<sup>528</sup>

In der amerikanischen ukrainischen Emigration war die Enttäuschung über die Ereignisse in der Karpatho-Ukraine am leichtesten artikulierbar. Nach dem März 1939 distanzieren sich die nationalistischen Ukrainer vom nationalsozialistischen Deutschland. Das *Ukrainian Weekly* schlug wütend zurück, als Nationalisten in einem linken Blatt als »Nazionalists« bezeichnet wurden. Aber der Beitrag endete auch wieder differenzierter:

»Perhaps some of its more extreme elements look towards Berlin for help. Yet Ukrainian Nationalists as a whole are not connected with Berlin or the Nazis. Whatever may be said about them, they are not so naive as to link the destinies of their movement and the great cause it represents, to any one particular nation.«<sup>529</sup>

Dies war keine eindeutige Distanzierung, sondern der nicht neue Verweis auf die Differenzierung der Kontakte und das Eingeständnis, daß es eben doch Ukrainer gab, die auf Berlin hofften. Aber der Tenor richtete sich auf eine Trennung: Luka Myšuha schrieb nun, Hitler habe wie Deutschland 1918 nur materielles Interesse an der Ukraine. Zwar hätten die Menschen in der Karpatho-Ukraine »really believed that Hitler wanted every nation in Europe to be ruled by itself«, aber nun hätten sie sein wahres Gesicht erkannt und man müsse gegen den »myth of ›German friendship‹ toward Ukrainians and Ukraine«, der von den Feinden der Ukraine propagiert werde, ankämpfen.<sup>530</sup> Dabei hatte *Svoboda* noch im Februar 1939 geschrieben:

»Hat Deutschland irgendein persönliches Interesse an der Ukraine, oder nicht? Wir meinen, es hat. Für uns ist das verständlich, denn wir haben immer gesagt, daß in der Politik persönliche, egoistische Motive alles entscheiden. [...] In der Politik muß man das beachten und Bündnisse oder Gemeinschaften mit Staaten oder Völkern schließen, deren egoistische Interessen sich mit den heimischen egoistischen Interessen decken. Nur Bündnisse solcher Art haben echten politischen Wert und Dauer.«<sup>531</sup>

Eine vorsichtige Distanzierung von Deutschland war unter den amerikanisch-ukrainischen Nationalisten nicht neu. Auch vorher hatten sich die amerikanischen Ukrainer vorsichtiger verhalten, als die westeuropäischen. Dies hing nicht zuletzt mit der antideutschen Presse nach der sog. Reichskristallnacht zusammen. *Svoboda* warnte davor, sich allzu deutschfreundlich zu geben:

»Weil es hier in Amerika eine große Agitation gegen Deutschland gibt, besteht die Gefahr, daß darunter hier auch die Sache der Befreiung der Ukraine leiden kann. Nur darauf machen wir aufmerksam.«<sup>532</sup>

<sup>528</sup> Schliep an Deutsches Generalkonsulat Chicago, 3. 8. 1939, ebd.

<sup>529</sup> »A Grave Disservice to the Ukrainian Cause«, *Ukrainian Weekly* 7 (1939), Nr. 27/1.7.1939.

<sup>530</sup> Dr. Luke Myshuha (Luka Myšuha), »The Ukrainian Question Today«, *Ukrainian Weekly* 7 (1939), Nr. 28/8.7.1939, S. 2.

<sup>531</sup> »Ukraïna i Nimeččyna«, *Svoboda* (Jersey City), 23. 2. 1939, S. 2.

<sup>532</sup> »Ukraïna j Nimeččyna«, *Svoboda* (Jersey City), 1. 12. 1938, S. 2.



Für den amerikanischen Gebrauch distanzierte sich Weihnachten 1938 eine Resolution der Ukrainischen Organisationen davon, »die klare und gerechte Sache der Großen Ukraine mit den möglichen Plänen Deutschlands bezüglich dessen ›Angriffs auf den Osten‹ zu identifizieren.«<sup>533</sup> *Svoboda* konnte so sogar wie später Hirnjak die Volte vorführen, nach dem 16. März 1939 abzustreiten, die Ukrainer seien von Hitler verraten worden:

»Wenn es jetzt solche gibt, die sagen, ›uns hat Hitler verraten‹, dann sind sie verpflichtet, damit an die Öffentlichkeit zu treten, und zwar mit Dokumenten und Fakten, damit wir alle erfahren, ob und wem Hitler oder Deutschland etwas versprochen hat. Denn wir haben von Hitler nichts erwartet, und er brauchte uns nicht zu verraten.«<sup>534</sup>

Verraten worden seien die Ukrainer vielmehr von den Demokratien.<sup>535</sup> Mit dieser Wendung sprachen sich die ukrainischen Nationalisten nicht nur von einer Zusammenarbeit mit NS-Deutschland frei, sie ermöglichten damit sogar ihre Fortsetzung und sprachen sich nebenbei gegen die westlich-liberale Politik aus.

Von den polnischen ukrainischen Politikern nahm nur der Vorsitzende der UNDO-Sejm-Fraktion Volodymyr Celevyč (1891-1944) eine unmißverständlich antideutsche Position ein. Seiner Ansicht nach blieb den Ukrainern jetzt nichts anderes mehr übrig, als sich mit Polen zu solidarisieren: Ein deutsches Protektorat könne nur die Versklavung bedeuten.<sup>536</sup> Aber damit stand der Politiker schon im Mai 1939 allein. Seine Abgordnetenkollegen suchten längst wieder die Nähe der Deutschen.

Die Ukrainer in Deutschland mußten in bezug auf Kritik an ihrem Gastland vorsichtig sein. So enthielten die Berichte von den Trauerfeiern des U.N.O. in Wien am 26. März und in Berlin am 2. April 1939 auch nur Verweise auf einen nationalistischen Blutkult ohne Bezug zum Reich und Verwünschungen an die Adresse der Ungarn und der Tschechen.<sup>537</sup>

Die ukrainische Binnenauseinandersetzung mit dem Debakel in den Karpathen war heftig. Anfangs konnte man auf deutschen Verrat verweisen, und auch nach dem Zweiten Weltkrieg war es der historiographischen Distanzierung von den Nationalsozialisten nur dienlich, wenn man jenen Täuschung, »Doppelmoral« und grundsätzlich antiukrainische Einstellungen vorwarf. Aber selbst für die größten Apologeten mußte sich die Frage stellen, wieso die ukrainischen Nationalisten sich derart hatten hinters Licht führen lassen – und in den folgenden Jahren weiterhin mit den Deutschen kooperierten.

Dazu brauchte man Sündenböcke – und einen fand man in Riko Jary. 1954 schrieb Kapustjanskyj, 1939 Militärreferent des PUN, in einem Sammelband zum 25-jährigen Bestehen der OUN, Jary sei es gewesen, der die Waffenlieferungen in die Karpatho-Ukraine unterbunden und damit einen erfolgreichen Widerstand gegen die Ungarn

<sup>533</sup> »Rezoljucii«, *Svoboda* (Jersey City), 29. 12. 1938.

<sup>534</sup> »Chto i koho zaviv? (3)«, *Svoboda* (Jersey City), 28. 3. 1939, S. 2. – Hirnjak sprach Deutschland von jedem Verrat frei: »[Verrat] gab es nicht: Die Karpatho-Ukraine hatte kein Bündnis und keinen Vertrag mit Deutschland« (Hirnjak, *Na stežkach*, S. 13).

<sup>535</sup> »Chto i koho zaviv? (4)«, *Svoboda* (Jersey City), 29. 3. 1939, S. 2.

<sup>536</sup> *Neue Zürcher Zeitung* 135/16. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6 Rassenfrage ... Bd. 2, Bl. 2.

<sup>537</sup> *Ukrainskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr.3-4 (22-23), [20. 4. 1939], S. 3.

unmöglich gemacht habe.<sup>538</sup> Kentij schwang sich 1998 zur Verteidigung Jarys auf. Jener habe »keine selbständige« Rolle gespielt, sondern sei nichts anderes als ein Verbindungsmann zwischen Abwehr und PUN gewesen. Und die Deutschen hätten bald kein Interesse mehr gehabt, die Ukrainer gegen die Ungarn zu stärken. Dagegen hätten sich die Angehörigen der Sič – so weiter Kentij in Anlehnung an Zeitzeugenberichte – gegenüber den Tschechen, die einem Zugewinn der Ungarn negativ gegenüberstanden, »ambitioniert und selbstsicher« gegeben und damit Waffenlieferungen von ihnen verhindert.<sup>539</sup>

Auch wenn die OUN 1939 noch nicht gespalten war, deuteten sich interne Auseinandersetzungen bereits an. Mel'nyk behauptete in seiner Stellungnahme zur Niederlage in der Karpatho-Ukraine, es sei alles getan worden, was möglich gewesen sei. Der Aufruf enthielt Lob für die »heroischen Kämpfer« und Phantombilder einer künftigen »einheitlichen national-revolutionären Front«, die gegen die Okkupanten losschlagen würde. Er formulierte eine Absage an fremde Hilfe und drückte die Überzeugung aus, daß nur Stärke, nicht etwa »internationale irreführende Parolen« (nijaki mižnarodni omanlyvi hasla) wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker Bedeutung habe und über die künftige Befreiung des ukrainischen Volkes entscheiden würde. Der Aufruf war in der Rhetorik des Independentismus verfaßt, die immer dann eingesetzt wurde, wenn eine Anbindung an eine andere Macht gescheitert war: »Die Tat der Karpatho-Ukraine [...] hat gezeigt, daß unsere These richtig ist, daß die außenpolitischen ukrainischen Konzeptionen eigensubjektiv (vlasnopidmetni), separat sein müssen und nur mittelbar mit dem einen oder anderen System internationaler Kräfte verbunden sein dürfen, welche nur in bestimmten Punkten mit unserer Konzeption übereinstimmen können.«<sup>540</sup>

Mel'nyk hatte damit differenziert umschrieben, daß die Kooperation mit den Deutschen nichts grundsätzliches sei, daß der ukrainische Nationalismus seine eigene Politik betreiben würde – und gleichzeitig nicht ausgeschlossen, sich auch künftig taktisch mit einer »internationalen Kraft« zur Erreichung »bestimmter Punkte« zu verbünden.

In Doncovs *Vistnyk* stellte ein anonymes Autor einen antisemitischen Zusammenhang her, indem er die Ungarn dreimal auf nicht ganz zwei Druckseiten als »Landsleute Bela Kuns« (zemljaky Beli Kuna) apostrophierte: Mit dem jüdischen Kommunistenführer von 1919 hatten die Eroberer der Karpatho-Ukraine am allerwenigsten zu tun, für die Suche nach einem »Schuldigen«, wenn man die Rechte und die Deutschen schonen wollte, eignete er sich jedoch allemal.<sup>541</sup>

Kentij hatte also recht mit der Behauptung, der PUN habe wegen der Karpatho-Ukraine nicht die Beziehungen zu den Deutschen aufgeben wollen, und richtig ist auch, daß er schrieb: »Die tragische Geschichte der Karpatho-Ukraine wurde nicht einmal für die nächste Zukunft zu einer Lehrstunde, was sich deutlich am Beginn des

<sup>538</sup> Mykola Kapustjanskij, »Vijskova pidhotovka OUN«, S. 133. Wenig erstaunlich, daß Kučeruk genau diese Information aufgriff (Kučeruk, *Ryko Jaryj*, S. 128-129).

<sup>539</sup> Kentij, *Narysy*, S. 98.

<sup>540</sup> »Slovo Voždja Polkovnyka Andrija Mel'nyka do Ukraïnskoho Narodu«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 3-4 (22-23), S. 1; Sterčo, »Karpatska Sič i Ukraïnskyj nacionalistyčnyj ruch«, S. 35-36.

<sup>541</sup> O. V., »Tragedija Sribnoï Zemli«, *Vistnyk* 7 (1939), S.296-298.

deutsch-polnischen Krieges zeigen sollte«. <sup>542</sup> Zwar war die Enttäuschung über Deutschland deutlich zu spüren, aber nicht einen Augenblick lang bestand beim PUN die Absicht, auf die Deutschen fürderhin zu verzichten.

Für die Skoropadskyj-Gruppe war die Stellungnahme einfacher. Einerseits wollte der Het'man nicht seine deutsche Finanzquelle gefährden. Andererseits konnte das Fiasko der OUN verdrängen, daß Skoropadskyj bereits zehn Jahre zuvor die Karpatho-Ukraine an die Ungarn »verkaufen« wollte. Da es trotz der Mission Skoropys' zu keinem Engagement der Het'man-Anhänger gekommen war, konnte man jetzt erklären, daß die OUN-Politik verfehlt gewesen sei, weil das Ländchen »nicht zu einem ukrainischen Piemonte« werden konnte. Die OUN habe völlig grundlos auf eine Unterstützung Deutschland und Italiens gehofft, stattdessen hätten die Karpatho-Ukrainer die neue Föderation mit Tschechen und Slowaken stärken sollen. Die Nationalisten wollten aber die Einwohner des Gebiets nur für ihre Parteiziele mißbrauchen und hätten ihnen wider besseres Wissen »paradiesische Perspektiven« eröffnet. <sup>543</sup>

Die spätere Historiographie hatte es bei diesen Fragen einfacher. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als man sich bemühte, frühere Verbindungen zum nationalsozialistischen Deutschland zu vertuschen, mochte Petro Sterčo ohne weiteres die Annexion der Karpatho-Ukraine als »Aggression Deutschlands, Ungarns, Polens und Italiens« auf einen bereits bestehenden Staat ausweisen: Deutschland kam in der Aufzählung an erster Stelle und nicht ohne Berechtigung wurde die »moralisch-diplomatische Unterstützung [der Ungarn] durch Hitler-Deutschland« betont. <sup>544</sup> Roman Il'nyčkyj hat die Verquickung der Polen- und der Ukraine-Politik der Deutschen aufgezeigt. In Großbritannien und Frankreich seien aber die Verantwortlichen zu suchen, dort habe man 1938 einer deutsch dominierten Ukraine eher indifferent gegenübergestanden und sich nur zu einer Garantie für das als deutscher Vasallenstaat verdächtige Polen durchgerungen. <sup>545</sup> Aber das politische Geflecht war weitaus feiner gesponnen. Und es war von unterschiedlichen, inkompatiblen Erwartungen und Hoffnungen aller Beteiligten durchzogen.

-----

Wenn etwas an der karpatho-ukrainischen Frage auffällt, dann das Ausmaß, in welchem die beteiligten Akteure einander falsch einschätzten. Birčak brachte in seinem zeitgenössischen Text ein paar Bemerkungen unter, die zwar nicht alle beim Nominalwert genommen werden sollten, jedoch belegen, wie Wahrnehmung und Realität voneinander abwichen.

Birčak, selber Emigrant aus Galizien, bemängelte, die Tschechen wie die Karpatho-Ukrainer hätten nur Autochthone beschäftigt und zu den »Emigranten« aus Galizien

<sup>542</sup> Kentij, Narysy, S. 100.

<sup>543</sup> Communiqué der Presseabteilung der Het'manska Uprava Berlin, 5. 6. 1939, CDAHOU, Ukraïnska Hromada in Deutschland, zit. nach Kentij, Narysy, S. 100-101.

<sup>544</sup> Sterčo, »Karpatska Sič i Ukraïnskyj nacionalistyčnyj ruch«, S. 20.

<sup>545</sup> Roman Ilnytckyj [Il'nyčkyj], Deutschland und die Ukraine 1934-1945. Bd. 1, München <sup>2</sup>1958, S. 94-233.

und der Ostukraine kein Vertrauen gehabt.<sup>546</sup> Dabei seien jene bereits die vierte Generation mit Kampferfahrung (?) gewesen, während die Karpatho-Ukrainer gerade erst das politische Feld betreten hätten.<sup>547</sup> Die Einheimischen mißfielen ihm: Den Emigranten sei die Herrschaft der Tschechen noch lieber gewesen als die der Autochthonen – »denn bei den Tschechen gibt es mehr Gerechtigkeitsgefühl«.<sup>548</sup>

Einen besonderen »Charakterzug« transkarpathischer Ukrainer sah Birčák im Phantasieren. Sie hätten der Wahrheit nicht ins Auge gesehen, sondern sich irgendeine Fiktion geschaffen und dann an sie geglaubt.<sup>549</sup> Dazu gehöre auch das Gerede davon, daß die Karpatho-Ukraine ein »reiches« Land sei. Birčák meinte, Stepan Rudnyčkyjs frühere Angaben über den Reichtum des Landes hätten nur den Zweck gehabt, die »Deutschen zu täuschen« (obduryty nimcja). Über Bleivorkommen habe man erst zu reden begonnen, nachdem Hirten Geschosse aus dem Ersten Weltkrieg gesammelt und eingeschmolzen hätten.<sup>550</sup> Damit bescheinigte er hier die Wirkung von Rudnyčkyjs Broschüren, denn die Deutschen hofften tatsächlich auf Bodenschätze.

Birčáks Charakteristik der »Galizier« belegte andererseits den Erfolg der radikalen Nationalisten. Voluntarismus statt fachlicher Grundlage, Dynamik statt Wissen, Aktionismus statt Planung, das waren Produkte der Doncovschen Schule. Birčák schrieb 1939, man hätte sich stärker an Deutschland anlehnen müssen. Er kannte die Akten natürlich nicht und wußte nicht, daß es wenig geholfen hätte, selbst optimale Repräsentanten nach Berlin zu schicken. Die deutsche Politik folgte anderen Maximen.

Rosenberg notierte in seinem Tagebuch nach einem Gespräch mit Göring am 20. Mai 1939, Deutschland habe »als die K.-Ukr. geopfert wurde« nur deswegen »als Betrüger dagestanden, weil die Vertreter der OUN sich dort als unsere Vertreter aus[al]ben u. in unserem Namen alle Versprechungen machten«.<sup>551</sup> Nun versuchte Rosenberg stets, bei anderen die Schuld für Mißlichkeiten zu suchen, aber dieser Passus zeigt, daß sich sein Verhältnis zur OUN seit 1933/34 nicht gebessert hatte: Die Nationalisten waren ihm zu selbständig, da zog er die höflicheren Het'man-Leute vor. Aber Rosenbergs Stern war schon längst im Sinken. Nicht er, sondern von Ribbentrop war Außenminister geworden. Und in bezug auf die Exilukrainer zog auch das Militär mit seiner OUN an ihm vorbei.

Mit Birčáks wie mit Rosenbergs Schuldzuschreibung an die Ukrainer entlastete man die Deutschen. Offenbar war die Meinung verbreitet, daß eine Kooperation mit den »Fachleuten«, den »Erfahrenen«, den »Älteren« einen anderen Ausgang der Geschichte ermöglicht hätte. Birčáks Zusammenfassung konnte nicht selbstkritischer sein:

»Gott! Gib [...] allen unseren Feinden ein Kommando, wie wir es in Chust hatten! Dann, Gott, werden wir sicher alle unsere Feinde besiegen!«<sup>552</sup>

Aber mit genau dieser Selbstkritik und dem rasch wiederhergestellten Verständnis für die Deutschen war es leicht, es mit diesen noch einmal zu versuchen.

<sup>546</sup> Birčák, S. 29.

<sup>547</sup> Ebd., S. 33.

<sup>548</sup> Ebd., S. 43.

<sup>549</sup> Ebd., S. 9.

<sup>550</sup> Ebd., S. 15.

<sup>551</sup> Hans-Günther Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs. Berlin/Frankfurt 1956, S. 69.

<sup>552</sup> Birčák, Karpatśka Ukraina, S. 86.

# XI. AUF DEM WEG IN DEN KRIEG

Mit der Zerschlagung der Tschecho-Slowakei und der Memel-Annexion endete die Zeit der deutschen Kooperation mit Polen. Der polnischen Regierung blieb dies bis zuletzt verborgen, weil die von Deutschland mitgestaltete polnisch-ungarische Grenze deutsches Wohlwollen gegenüber dem Nachbarstaat suggerierte. Aber bald wurde offensichtlich, daß sich die deutsche Politik gewandelt hatte. Eine Abkühlung der Beziehungen, die Kündigung des Nichtangriffspaktes und die westlichen Garantieerklärungen für Polen waren die Folgen.

## 1. WIEDER MIT DEN UKRAINERN

Auf die deutschen OUN-Kontakte wirkte sich die Abwendung von Polen wenig dramatisch aus. Die Kontakte waren niemals ganz abgebrochen, das Militär hatte sie aufrechterhalten, auch wenn alle Beteiligten bemüht gewesen waren, sie nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Sowjetische Unterlagen enthalten die unbestätigte Information, daß der »Befreiungsfonds« der OUN im Gesamtvolumen von über 125.000 USD mit 50.000 USD aus Deutschland und 30.000 USD aus Litauen gespeist worden sei.<sup>1</sup> Wir haben an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Informationen mit quellenkritischer Vorsicht zu behandeln sind. Geld- und Ausbildungshilfen gab es jedoch.

Standen die ukrainischen Nationalisten wegen der Karpatho-Ukraine vor der Spaltung? Der PUN setzte ohne Zweifel weiter auf die Zusammenarbeit mit Deutschland, während den radikaleren jungen OUN-Mitgliedern die taktischen Rücksichten des PUN vielleicht zuwider waren.<sup>2</sup> Aber auch sie sahen keine Alternative. Mit dem Verzicht auf eine »komplette« Ukraine gab man pragmatisch kurzfristig einen Teil der eigentlich beanspruchten Gebiete auf, behielt jedoch eine weitergehende Option. Petljura und Petruševyč hatten – erfolglos – ähnlich gehandelt. Für das Jahr 1939 ist dies die überzeugendste Erklärung der Fortsetzung der Kooperation zwischen der OUN und den Deutschen. Bereits kurz nach dem Scheitern der karpatho-ukrainischen Staatlichkeit wurde deutlich, daß Polen Deutschlands

<sup>1</sup> Deržavnyj Archiv SBU, Fond 26, Opis' 2, Akte 1, Bd. 3, Bl. 185, zitiert bei Dmytro Vjedjenjejev, »Zarodžennja special'nych služb ruču ukraїn'skych nacionalistiv (1920–1930 rr.)«, Pam'jat' stolit' 2001, H. 4, S. 109–116, hier S. 114.

<sup>2</sup> Petro Mirčuk und später Volodymyr Kosyk schrieben, Mel'nyk sei am 22. Mai 1939 von der Führung des PUN zeitweise zurückgetreten, für die Bandera-Anhänger war dies ein Beleg für Mel'nyks letzten Widerstandsversuch gegen die Deutschen und ihre Vasallen im PUN (Vgl. Petro Mirčuk, Revolucijnyj zmah za USSR. Bd. 1, New York/Toronto/London 1985, S. 102; Volodymyr Kosyk (Hg.), Rozkol OUN (1939–1940). Zbirnyk dokumentiv. L'viv 1999, Dok. 3, S. 13–16 nach einem OUN-B-Dokument von 1941; s. unten).

nächstes Ziel sein würde. Und dafür wollten sich die Mitglieder des PUN, aber auch die Radikalen bereithalten.<sup>3</sup>

Auch wenn unmittelbar nach dem 15. März das deutsch-polnische Verhältnis scheinbar ungetrübt blieb, nahm man in Polen Veränderungen wahr. Es bedurfte keiner großen Phantasie, um zu erkennen, daß sich die ukrainischen Nationalisten weiterhin Hoffnungen auf deutsche Hilfe machten. Diese Phase dauerte daher nur vom 16. bis zum 23. März 1939. Mit dem Anschluß Memels und der deutschen Schutzmachtfunktion über die Slowakei gab es außer den Forderungen an Polen für Deutschland nichts mehr in Ostmitteleuropa zu regeln. Da Polen auf die »Globallösung« nicht positiv reagiert hatte, trat für die Deutschen automatisch die gegen Polen gerichtete Option ein. Und damit rückte die »ukrainische Frage« in Polen wieder ins Zentrum des Interesses.

Im Kontext der karpatho-ukrainischen Problematik war es immer auch um die Lage der Ukrainer in Polen gegangen. Den polnischen Organen war dies bewußt. Die Staatspolizei beobachtete etwa in der Wojewodschaft Stanislaw, wie Presseberichte aus der Karpatho-Ukraine verbreitet wurden, wonach Hitler, der »Wohltäter der Ukraine«, einen Marsch nach Osten plane, während die Polen die Feinde der Ukrainer seien.<sup>4</sup> Die Berichte der Sicherheitsorgane über die Ukrainer ließen nichts Gutes ahnen: Die Ukrainer in Polen verfügten wieder über viel Geld – die Quelle blieb ungenannt, schien aber in Deutschland zu liegen. In Wien würden verstärkt Ukrainischkurse angeboten, die deutsche Presse berichte jedoch hierüber nicht. Überhaupt werde die ukrainische Frage in allen Nachbarstaaten weiter als politisches Instrument angesehen, erkannte das polnische Innenministerium.<sup>5</sup>

Daraus zog man aber nicht unbedingt die richtigen Schlüsse. Torzecki hat einige der Faktoren zusammengestellt, die seiner Meinung nach die Polen hätten aufhorchen lassen müssen. Ein bißchen übertrieb er hier: Daß Hans Koch aus dem Osteuropa-Institut in Breslau einmal im Jahr (Torzecki: »angeblich«) seine Familie im polnischen Galizien besuchte, war auch ohne Nebengedanken nicht ungewöhnlich. Die »Ostforscher« Theodor Oberländer (1905-1998), Horst Eberhardt Mentzel und Peter-Heinz Seraphim bearbeiteten seit Mitte der 1930er Jahre Forschungsprojekte, die später gegen Polen verwendet wurden, reisten nach Polen und kamen dort vielleicht auch mit Ukrainern zusammen, daraus jedoch schon damals auf eine planmäßige, von der Partei und der Abwehr gesteuerte »deutliche Penetration der südwestlichen [gemeint: südöstlichen, FG] Wojewodschaften« Polens zu schließen, ist u. E. eine Überinterpretation. Es gab deutsche längerfristige Pläne, an denen die »Vordenker der Vernichtung«<sup>6</sup> mitwirkten, darin spielten die Ukrainer jedoch keine konkrete Rolle. Auch

<sup>3</sup> Völlig abwegig ist der sowjetische Versuch, für diese Zeit Mel'nyk als »Hauptkonsultant[en] der Hitleristen [...] für die Umwandlung Transkarpathiens in eine Kolonie Hitlerdeutschlands und einen Brückenkopf für den Angriff auf die Sowjetunion« zu bezeichnen (Zamlynskyj, *Šljach čornoï zrady*, S. 62). Die Deutschen hatten gegen die Interessen der OUN-Leute gehandelt. Allerdings hingen jene weiter an den Deutschen.

<sup>4</sup> Urząd Śledczy Stanisławów an Urząd Wojewódzki Stanisławów, 20. 2. 1939, AAN, Komenda Główna Policji Państwowej (KGPP), Bd. 241, Bl. 12-14.

<sup>5</sup> Poln. Innenministerium, Wydział Bezpieczeństwa (WB), Referat Ukraiński, Sprawozdanie tygodniowe Nr.7/12.-18.2.1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 257-267. PAT-Bericht aus Wien, 22. 2. 1939, ebd., Bl. 292-293.

<sup>6</sup> Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Hamburg 1991.

die deutschen Pastoren in Galizien hielten mit deutschen Stellen Kontakte und mochten in den Ukrainern Verbündete sehen, von einer weitergehenden Absprache zwischen den »Minderheiten« konnte jedoch noch kaum die Rede sein. Auch Torzecki beschränkte sich auf Vermutungen und Schlüsse.<sup>7</sup>

Die ukrainischen Emigranten in Amerika waren immer aktiver geworden. Huldigungsbriefe und -telegramme an Hitler mahnten eine Neuordnung Europas an, die nicht auf die zerfallende Tschechoslowakei beschränkt bleiben sollte. Im Januar 1939 meldete die polnische Botschaft in Washington, daß ukrainische Emigranten eine anti-polnische Aktion durchführten. Das hatte es vorher auch gegeben, jetzt wollte man aber Gegenpropaganda betreiben, für die jedoch die Mittel nicht ausreichten. Die polnischen Diplomaten schlugen vor, einen Fonds einzurichten und die antiukrainischen Aktivitäten am Konsulat in Pittsburgh zu konzentrieren.<sup>8</sup> Dort fand am 15. Januar 1939 eine Demonstration statt, auf der etwa 1000 Personen für die Karpatho-Ukraine und gegen Polen demonstrierten. Luka Myšuha, der für die OUN-nahen Nationalisten sprach, stritt zwar einen Beitrag Hitlers zur Autonomisierung des Gebiets ab, aber Deutschland schien nicht unbeteiligt zu sein.<sup>9</sup> Der Ukrainian Press Service in New York hatte über einen angeblichen Besuch ukrainischer Persönlichkeiten bei Göring in Wien berichtet und daß Deutschland der Karpatho-Ukraine einen Kredit in Höhe von 100 Millionen Kronen gewährt habe.<sup>10</sup> Mochte dies auch alles unwahr sein: Teile der Emigration waren offenbar daran interessiert, die engen Kontakte zu Deutschland zu betonen. Von einer OUN-Demonstration in Toronto am 29. Januar hieß es, man habe einen Krieg gegen Polen angekündigt, man solle sich schon zu den neu aufgestellten Siçovi Stril'ci melden.<sup>11</sup> Die polnische Postzensur fing den Brief eines nach Kanada emigrierten Vaters an seinen in Galizien zurückgebliebenen Sohn ab: »Bald wird Krieg sein, und die Ukrainer werden mit Hitlers Hilfe siegen«.<sup>12</sup>

Auch Berlin beobachtete die amerikanischen Entwicklungen: Im Februar 1939 nahm das deutsche Generalkonsulat in New York Kontakte zu Eugene Skocko, dem Sekretär der ODVU und Leiter des Ukrainian Press Service auf, der gerade aus Wien zurückgekehrt war, wo er in der Karpatho-Ukrainischen Delegation gewirkt hatte. Man wollte, wie das Konsulat berichtete, die Propagandamaßnahmen koordinieren.<sup>13</sup> Die Vertretung in Chicago berichtete über Alexander Sushko, der als Präsident einer »Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Amerika« weder der OUN noch den Het'man-Anhängern nahestehe (daher »objektiv«, aber »leider weitschweifig« sei),

<sup>7</sup> Ryszard Torzecki, *Kwestia ukraińska w polityce III Rzeszy (1933-1945)*. Warszawa 1972, S. 169-170.

<sup>8</sup> Poln. Botschaft Washington an Poln. Außenministerium, 10. 1. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 135-136.

<sup>9</sup> Poln. Konsulat Pittsburgh an Poln. Außenministerium, 15. 1. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 151-154.

<sup>10</sup> Poln. Botschaft Washington, Bericht, 15. 1. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 146-149.

<sup>11</sup> Poln. Generalkonsulat Ottawa an Poln. Außenministerium, 10. 2. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 283.

<sup>12</sup> Urząd Śledczy Stanisławów an Urząd Wojewódzki Stanisławów, 2. 3. 1939, AAN, KGPP, Bd. 241, Bl. 2.

<sup>13</sup> Deutsches Generalkonsulat New York an AA, 7. 2. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3. – Im bisher veröffentlichten Teil seiner Memoiren zur Karpatho-Ukraine ist hiervon keine Rede (Jevhen Skocko, »Na Perelomi – 1938-1940«, in: Na Zov Kyjeva. New York/Toronto 1985, S. 9-19).

aber seit dem Münchner Abkommen ein Hitler-Bewunderer sei, der sogar ukrainische Hitler-Lieder veröffentlichen wolle.<sup>14</sup>

Anfang 1939 nahm die nationalsozialistische Jungdeutsche Partei der deutschen Minderheit in Polen die Verbindung zu den Ukrainern auf. Senator Rudolf Wiesner konferierte am 24. Februar in Lemberg mit seinem Senator-Kollegen vom UNDO und Direktor des Revisionsverbands Ukrainischer Genossenschaften (Revizyjnyj Sojuz Ukraїńskych Kooperatyv – RSUK) Ostap Lućkyj (1883-1941), um die Zusammenarbeit mit den »legalen« Ukrainern zu erneuern. Lućkyj ging darauf ein: man glaube trotz der »Fortsetzung der deutsch-polnischen Verständigungspolitik« an die »Hilfe des Deutschen Reiches«. Zwar sei der »Zeitpunkt für die Schaffung einer Gross-Ukraine« noch nicht gekommen, aber bis »zu diesem Zeitpunkt wolle das Ukrainertum geduldig warten«. Für 1940 erwartete man eine Entscheidung – die Zwischenzeit wolle man zum Aufbau von Beziehungen mit der Jungdeutschen (NS-)Partei Wiesners nutzen.<sup>15</sup>

Die »legalen« Ukrainer gingen weiter von einer deutsch-polnischen Allianz gegen die Sowjetunion aus. Hatte nicht Smal'-Stoćkyj angedeutet, die UNDO-Ukrainer könnten mit den Polen nach Kiew ziehen, und sich dann gegen sie wenden? Im Lichte dieser (bisher in der Literatur nicht behandelten) Option war das Debakel in der Karpatho-Ukraine (wo sich die Rivalen von der OUN engagiert hatten) nicht unerfreulich: die deutsch-polnische Allianz schien gefestigt, die OUN wieder einmal gescheitert und die meisten UNR-Politiker waren wie schon 1920 mehr an der Ostukraine als an Galizien oder der Karpathenprovinz interessiert. Seit 1937 tagte in Polen ein »Kontaktkomitee« der nicht-terroristischen ukrainischen Gruppen, das versuchte, bei der als sicher angenommenen Ausrichtung Deutschlands und Polens gegen die Sowjetunion den Zielen der legalen Ukrainer Geltung zu verschaffen.<sup>16</sup>

Nicht an der Zerschlagung der Karpatho-Ukraine, sondern am Bruch Deutschlands mit Polen scheiterte dieses Konzept. Dabei kam dieser Bruch für UNDO-Ukrainer wie Polen unerwartet: Polen hatte sogar gerade erst ein deutsches Konsulat in Lemberg zugelassen. Damit kam Polen Deutschland entgegen, hatte es doch bisher stets einem Umzug des Krakauer Konsulats nach Lemberg widersprochen.<sup>17</sup> Offenbar erschienen

<sup>14</sup> Deutsches Generalkonsulat Chicago an AA, 10. 2. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3. – Die Begeisterung des deutschen Vertreters hielt sich in Grenzen: Er betonte, man sei ausdrücklich »rezeptiv« geblieben und fragte etwas ungläubig, ob denn in Deutschland wirklich Interesse an der Aufrechterhaltung der Kontakte bestehe?

<sup>15</sup> Deutsches Generalkonsulat Kattowitz an AA, 1. 3. 1939, PAAA, Politik Polen 6 Rassenfrage, Nationalitätenfrage, Fremdvölker in Polen, Bd. 1, Bl. 226-228. – Die auch von Żerko (Stosunki, S. 220-221) konstatierte Enttäuschung der Ukrainer bezog sich auf die Polen-Politik, nicht, wie Potocki meint, auf die Karpatho-Ukraine. Davon konnte vor dem 15./16. März auch nicht die Rede sein (Vgl. Potocki, Polityka, S. 220).

<sup>16</sup> In diesem Komitee besprachen sich unregelmäßig Vertreter des UNDO, der Sozialistisch-Radikalen Partei Mychajlo Stachivs, Osyp Nazaruk von der polenfreundlichen Ukrainischen Nationalen Vereinigung, Dmytro Paliiv von der Front für Nationale Einheit, manchmal auch Volodymyr Starosol'skyj von der Ukrainischen Sozialdemokratischen Partei. Als Vertreterin der Frauenbewegung wirkte Milena Rudnyćka mit (Vgl. Mychajlo Szwahulak [Mychajlo Švahuljak], »Stanowisko i udział Ukraїńców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, in: Polska – Ukraina. Trudne pytania, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 36-61, hier S. 39).

<sup>17</sup> Nach Torzecki, Polacy i Ukraїńcy, S. 33, wurde das Konsulat erst im März 1939 eingerichtet, allerdings berichtete Seelos bereits im Herbst 1938 aus Lemberg. Die Bitte, ein Konsulat in Lemberg



deutsche Kontakte mit den Ukrainern den Polen nun nicht mehr gefährlich. Das war vorschnell, denn Konsul Seelos schaltete sich natürlich rasch in die deutsch-ukrainischen Verhandlungen ein.

Eine Woche nach dem Ende der Karpatho-Ukraine berichtete Seelos von »Nieder geschlagenheit« der Ukrainer, aber die ukrainischen Nationalisten schöpften neuen Mut, als sich die deutsch-polnischen Beziehungen Ende März 1939 verschlechterten. Die Garantieerklärungen der Westmächte für Polen machten allen klar, daß ein neues Stadium der Beziehungen erreicht war. Die von der OUN erhoffte Gegnerschaft zwischen Deutschland und Polen trat wieder zutage – in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1939 kündigte Hitler den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt auf.

Für die »legalen« Ukrainer war diese Entwicklung dagegen ein schwerer Schlag. Richtig analysierte Švahuljak, daß die deutsch-polnische Entfremdung den UNDO-Politikern nicht ins Konzept paßte. Kedryn schrieb, nachdem der Bruch offensichtlich geworden war: »In einem polnisch-deutschen Konflikt sehen wir keinen Vorteil – weder für die Deutschen, noch für die Polen, noch für die Ukrainer.«<sup>18</sup>

Einen Vorteil sah er dagegen für die Sowjetunion, deren Annäherung an Deutschland noch nicht erkennbar war:

»Wir sagen, daß ein solcher Krieg, der heute in der Luft liegt, nicht in unserem Interesse liegt. Es wäre ein Krieg, der sich zwischen demokratischen (!) Staaten abspielen und den Sowjets den privilegiertesten Platz zuweisen würde.«<sup>19</sup>

Der »privilegierteste« Platz wäre der des neutralen, nicht gefährdeten Beobachters gewesen, den die UdSSR seit der »Kastanienrede« anstrebte. Bestürzend ist aber, daß Kedryn von Deutschland als von einem »demokratischen« Staat schrieb. Es fiel ihm sichtlich schwer, sich von der Konzeption eines deutsch-polnischen Waffengangs gegen die Sowjetunion zu lösen.

Nach Ende März 1939 waren die Kontakte von UNDO-Politikern mit Deutschen nicht mehr Teil einer auch Polen einbeziehenden (wenngleich temporären) Allianz gegen die Sowjetunion, sondern ein Komplott mit Gegnern Polens. In einem Bericht vom April 1939 (und eben nicht früher) deutete der deutsche Konsul in Lemberg an, Wiesner habe aus Berlin Weisung erhalten, mit den Ukrainern zusammenzuarbeiten.<sup>20</sup> In der Tat vereinbarte Wiesner für Anfang Mai ein weiteres Treffen mit Lučkyj und dem *Dilo*-Redakteur und Sejm-Vizemarschall Vasyľ Mudryj in Danzig. Die Weisung hierzu kam von Peter Kleist, dem Hauptreferenten für die Sowjetunion in der Dienststelle Ribbentrop.<sup>21</sup>

---

einzurichten, hatte der deutsche Botschafter bereits am 24. Mai 1938 mit der Begründung übergeben, in Ostgalizien lebten ehemalige österreichische Staatsangehörige, die man betreuen müsse, seit Österreich Deutschland angeschlossen worden sei (Vgl. Diariusz i teki Jana Szembeka. Bd. 4, S. 162).

<sup>18</sup> Ivan Kedryn, »Promova Hitlera kriz' Varšavskyj holosnyk«, *Dilo* 1. 5. 1939, zitiert nach Szvahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 40.

<sup>19</sup> Ivan Kedryn, »Čy my chočemo vijny?«, *Dilo* 14. 5. 1939, zitiert nach ebd., S. 40-41.

<sup>20</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 21. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6 Rassenfrage, Nationalitätfrage, Fremdvölker in Polen, Bd. 1, Bl. 18-19.

<sup>21</sup> Sowjetische Autoren unterstellen Kleist, bereits am 13. März »Journalisten« angedeutet zu haben, daß Hitler weiterhin vorhabe, die ukrainische Karte zu spielen, und der Meinung sei, die Ukrainer würden sich wieder Deutschland anschließen (Vgl. Troščynskyj, *Najmanci fašyzmu*, S. 120-121).

Vasyl' Mudryj versuchte am 22. April 1939 vor der Führung des UNDO aus der neuen Lage das Beste zu machen. Er erklärte, man werde weiterhin zu den staatsbürgerlichen Pflichten Polen gegenüber stehen, erwarte jedoch von Polen, daß nun die vollen Rechte der Ukrainer eingeführt und garantiert würden.<sup>22</sup> Daraufhin stellte Ministerpräsident Felicjan Sławoj-Skłodkowski (1895-1962) am 24. April 1939 im Gespräch Mudryj und Lućkyj die Autonomie für die Ukrainer in Aussicht, wenn sie eine Erklärung abgäben, daß die Ukrainer jede ihnen seitens des Deutschen Reiches in Aussicht gestellte Unterstützung ablehnten.<sup>23</sup> Die ukrainischen Gesprächspartner erbaten sich Bedenkzeit. Wiesner muß von ihnen erfahren haben, daß sie die Kontakte mit ihm nicht ausbauen, die geforderte Erklärung jedoch auch nicht abgeben würden. Dem Deutschen gegenüber erklärten sie, den polnischen Versprechungen nicht zu trauen und Angst vor Repressalien zu haben.<sup>24</sup> Gegenüber Sławoj-Skłodkowski redeten sie sich damit heraus, es bedürfe jetzt keiner antideutschen Stellungnahme, weil 1934 von den Ukrainern auch niemand eine pro-deutsche verlangt habe.<sup>25</sup> Später muß Wiesner auch mit Dmytro Levyčkyj gesprochen haben: Nach den Erinnerungen Kedryns soll Wiesner Levyčkyj nach den Chancen eines ukrainischen Aufstands gefragt haben. Levyčkyj bestritt danach überhaupt die Möglichkeit eines Aufstands – der Versuch müsse zu einem Gemetzel an den Ukrainern (*sproba [...] musyla b zakinčyty-sja masovuju rizneju ukraïnciv*) führen und weder UNDO noch eine andere Partei würde da mitmachen. Selbst die OUN würde wohl ihre Anhängerschaft nicht zu einem Aufstand mobilisieren. Schließlich soll auch Mel'nyk dieselbe Antwort gegeben haben.<sup>26</sup> Ein Datum dieser Gespräche gab Kedryn nicht an.

Nur eines ist klar: UNDO wurde von Deutschland und Polen umworben. Die Deutschen wußten um die polnischen Avancen, und die Polen werteten die Ablehnung der Erklärung und die Zurückhaltung der UNDO-Abgeordneten im Sejm am 5. Mai 1939<sup>27</sup> als Symptome ihrer Unzuverlässigkeit.

Am 8. Mai 1939 tagte das ukrainische »Kontaktkomitee« und suchte nach einer politischen Sprachregelung. Osyp Nazaruk warnte vor den Deutschen und schlug in Fortsetzung seiner langjährigen Versöhnungspolitik vor, auf die polnischen Vorschläge einzugehen. Der Sejm-Abgeordnete Volodymyr Kuźmovyč (1886-1943?), Gymnasialdirektor, Redakteur des dem unierten Metropolen nahestehenden Blattes *Meta* und Mitglied des UNDO-Zentralkomitees, empfahl, einen »dritten Weg« zu suchen. Solange wie möglich solle man in der Rolle des Beobachters bleiben und möglichst

<sup>22</sup> Vgl. Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 43.

<sup>23</sup> In das Bild paßt, daß gleichzeitig die Gerichte und Staatsanwaltschaften angewiesen wurden, bei Verfahren gegen OUN-Mitglieder nicht mehr die Öffentlichkeit zuzulassen, weil sie durch das Ausland als Belege für die Unterdrückung nationaler Minderheiten, für die Bedeutung der Irredenta oder auch nur für innere Unordnung (*»nieuporządkowanie stosunków wewnętrznych«*) ausgenutzt würden (Protokół konferencji [...] w Prokuraturze Sądu Okręgowego we Lwowie, 5. 5. 1939, CDIAL 205, Op. 1, Bd. 167, Bl. 8-11).

<sup>24</sup> Deutsches Generalkonsulat Kattowitz (Nöldeke) an AA, 5. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 32-33.

<sup>25</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 12. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 38-39.

<sup>26</sup> Ivan Kedryn, *Żyttja – podii – ljudy*. New York 1976, S. 354.

<sup>27</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 12. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 38-39.

spät eine Entscheidung treffen: Die sowjetische Option entfele, es blieben zwei »Fronten« – eine deutsche oder eine antideutsche.<sup>28</sup>

Švahuljak hat herausgearbeitet, was die ukrainischen Politiker bewegte: Sie hofften, die ungünstige strategische Lage Polens nach dem Ende der Tschechoslowakei, Ungarns Beitritt zum Antikominternpakt, der Annexion Memels und dem Bruch mit Deutschland würde die polnische Regierung motivieren, wenigstens die Ukrainer durch Zugeständnisse zu gewinnen. Man beschloß also, mit der Regierung in neue Gespräche einzutreten.<sup>29</sup>

Was man nicht einkalkuliert hatte, war der verletzte Stolz der Polen. Dabei hätte man sich eines Präzedenzfalls erinnern können: Als im November 1918 Polen und Ukrainer in Lemberg gegeneinander um den Besitz der Stadt gekämpft hatten, hatten die Juden ihre Neutralität erklärt. Polnische Nationalisten hatten nach dem Satz »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« darin einen feindlichen Akt gesehen, ein Judenpogrom war die Folge.<sup>30</sup> Das neuerliche Gespräch von Mudryj und dem UNDO-Generalsekretär Volodymyr Celevyč mit Sławoj-Składkowski am 25. Mai 1939 verlief denn auch in einer »mehr als kühlen Atmosphäre« (Švahuljak). »Autonomie gibt euch in Polen niemand«, erklärte der Ministerpräsident, und auch auf ein eingefordertes »Programm« zur Lösung der »ukrainischen Frage« kam die patzige Antwort: »Das ist hier nicht Österreich... Dort hatte man Programme«.<sup>31</sup>

Švahuljak hält die polnische Politik zur Festigung des polnischen Volkstums für den Grund der Intransigenz Sławoj-Składkowskis, und tatsächlich hatten polnische Maßnahmen gegen Ukrainer (s. unten) inzwischen eingesetzt. Keine geringere Rolle spielte jedoch sicher der gar nicht falsche Eindruck der polnischen Politiker, daß die »legalen« Ukrainer aus der Bedrohung Polens Kapital zu schlagen versuchten. Von den eben noch möglichen »zwei Fronten« war der Weg zur »antideutschen« nun erschwert.

Polens Politiker durften sich im übrigen durch die Kritik von Ukrainern bestärkt fühlen. Die politische Polizei registrierte in Stanislaw die Rede eines Jan Oleksyšin aus Stryj, der der Regierung vorwarf, sie habe die deutsche »Chance« nicht ergriffen. Piłsudski, so der Redner, wäre mit Deutschland gegen Rußland gezogen und hätte für Polen das Baltikum gewonnen. Polen aber sei ukrainerfeindlich – nur deswegen habe man gegen die Ungarn in der Karpatho-Ukraine klein beigeben müssen.<sup>32</sup> Immer klarer wurde, daß Polen sich auch der UNR-Ukrainer nicht sicher sein konnte. Nun erinnerte man sich, daß Tytus Komarnicki (1896-1967) im Februar 1939 aus der Schweiz berichtet hatte, Mykola Livityčyj sei durch Vološyn »gleichgeschaltet« worden und Deutschland habe »faute de mieux« zur Zusammenarbeit mit der OUN zurückgefunden.<sup>33</sup>

Die Situation in Deutschland war eher von Wankelmüt gekennzeichnet, wie er die Kontakte zwischen dem abgesetzten Vološyn, den deutschen Stellen und der OUN

<sup>28</sup> Vgl. Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 41-42.

<sup>29</sup> Ebd., S. 42-43.

<sup>30</sup> Vgl. Frank Golczewski, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922. Wiesbaden 1981, S. 213-217.

<sup>31</sup> »To nie Austria ... To ona miała programy«, nach Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 43.

<sup>32</sup> Urząd Śledczy Stanisławów an Urząd Wojewódzki Stanisławów, 10. 7. 1939, AAN, KGPP, Bd. 239, Bl. 49.

<sup>33</sup> Poln. Gesandtschaft Bern an Poln. Außenministerium, 9. 2. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 222.

kennzeichnete. Vološyn floh über Rumänien am 19. März 1939 nach Jugoslawien, wo in der Bačka auch Ruthenen lebten. Als er um Aufnahme in Deutschland bat, wurde ihm bedeutet, daß er sich dann jeder politischen Betätigung zu enthalten habe und seinen Aufenthaltsort nicht frei wählen könne. Zu mehr als einer »höflichen Behandlung« ließ sich die Regierung nicht herbei.<sup>34</sup> Daraufhin nahm Vološyn Kontakte nach Großbritannien auf. Offenbar war der dorthin geflohene Präsident Edvard Beneš (1884-1948) weder an ihm noch an den Karpatho-Ukrainern interessiert, aber die Option allein war den Deutschen schon unangenehm. Deswegen schrieb das AA an den deutschen Gesandten in Budapest:

»Wir haben aber ein ausgesprochenes Interesse daran, daß er in Deutschland Aufenthalt nimmt, da wir die Verbindung mit ihm und die Einflußnahme auf ihn uns sichern wollen.«<sup>35</sup>

Am 29. März 1939 besuchte der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Viktor von Heeren (1881-1949), Vološyn in Zagreb und lud ihn nach Deutschland ein. Štefan behauptet, Vološyn habe seine Reisepläne nach England oder in die USA daraufhin fallen lassen: Er war überzeugt, daß nur Deutschland die ungarischen Greuel stoppen könne, also seien die Karpatho-Ukrainer nur zu retten, wenn man in dauerndem Kontakt mit den deutschen Regierungskreisen stehe.<sup>36</sup> Am 30. März 1939 fuhr Vološyn zunächst in den Erholungsort Crkvenica. Danach reiste er am 11. April nach Wien,<sup>37</sup> am 19. April nach Berlin weiter. In Wien bat er den Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart (1892-1946), in Berlin Staatssekretär Keppler um Intervention zugunsten der ukrainischen Gefangenen in Ungarn. Štefan schrieb dem zu, daß Rosocha daraufhin aus ungarischem Gewahrsam nach Csop und dann nach Wien gebracht wurde.<sup>38</sup> Vološyn ließ sich schließlich in Prag nieder.<sup>39</sup> Das war nicht etwa seine eigene Wahl, sondern eine Anweisung der Deutschen: In Prag war Vološyn ruhiggestellt. Die ehemalige Hauptstadt wurde zu einer Art Sammelbecken für vorerst nicht brauchbare potentielle Kollaborateure.

Als das U.N.O. Vološyn als Redner zur Trauerfeier für Konovaléc eingeladen hatte, mußte dieser absagen, da er »verhindert« sei.<sup>40</sup> Auf Vološyns Anfrage bei Reichspro-

<sup>34</sup> Deutsche Gesandtschaft Beograd an AA, 20.3.1939; Antwort, 22. 3. 1939; Altenburg an Reichsfinanzministerium, 22.3.1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 2, Politische Beziehungen der K-U zu Deutschland, Bl. 39-41. Štefan nahm an, daß dies mit einem Interview zusammenhing, das Vološyn einem rumänischen Journalisten am 16. März 1939 gewährt hatte und in dem er erklärt hatte, Hitler habe die Ukraine schändlich verraten. Das Interview wurde in der Wiener *Neuen Freien Presse* abgedruckt (Vgl. Avhustyn Štefan, Avhustyn Vološyn. Prezydent Karpatskoï Ukrainy. Toronto 1977, S. 28).

<sup>35</sup> AA an Deutschen Gesandten Budapest, 29. 3. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 324, Anm. 19.

<sup>36</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 104-105.

<sup>37</sup> In Wien besuchte den durchreisenden Vološyn am 17. April 1939 eine aus Hrycaj, Frau Levyčka, Ravyč und Vydýš bestehende Delegation des U.N.O. und ehrte ihn als »Träger des Befreiungskampfes« (»Z ukraïnskoho žyttja v Nimeččyni«, *Ukraiňskij Vistnyk* 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 4).

<sup>38</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 110.

<sup>39</sup> Kennzeichnend ist, daß Andrijevskij bei der Beschreibung der »langen Wanderung«, auf die sich Vološyn habe begeben müssen, Rumänien und Jugoslawien erwähnt, nicht aber Wien und Berlin. Ein Zusammenhang der Nationalisten mit Deutschen sollte möglichst verdeckt werden (Vgl. Dmytro Andrijevskij, »Mižnarodnja akcija OUN«, in: Orhanizacija Ukraiňskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 141-165, hier S. 154).

<sup>40</sup> U.N.O., Einladung, 2. 6. 1939, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 236-237.

tektor von Neurath, ob er ihm einen Besuch abstatten könne, antwortete dieser ablehnend.<sup>41</sup> Dabei sahen die Deutschen inzwischen die Ukrainer, jedoch nicht unbedingt Vološyn, wieder als einsatzfähige Trumpfkarte an. Rosocha gab in Prag Zeitschriften heraus (*Probojem* und *Nastup*).<sup>42</sup> Revaj, Roháč und Štefan lebten in der Slowakei, Roháč wurde jedoch von der slowakischen Regierung daran gehindert, eine Zeitschrift für die Rusynen im Gebiet von Prešov herauszugeben und schließlich des Landes verwiesen.<sup>43</sup> Die Regierung des Protektorats setzte Vološyn eine Pension in Höhe von monatlich 4000 Kronen (400 RM) aus.<sup>44</sup> Er wurde von Pius XII. im September 1939 zum päpstlichen Kammerherrn ernannt und lehrte bis 1945 an der Ukrainischen Freien Universität in Prag.<sup>45</sup>

Nicht nur die Spitze der ukrainischen Nationalisten sammelte Deutschland ein. Weil inzwischen die Arbeitslosigkeit der frühen 1930er Jahre einem Arbeitskräftemangel gewichen war, war man daran interessiert, Ukrainer als Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen. Im Januar 1939 vereinbarte eine deutsche Regierungsdelegation in Prag mit der tschecho-slowakischen Regierung die Entsendung von 41.000 Arbeitern, von denen 4000 aus der Karpatho-Ukraine kommen sollten.<sup>46</sup> *Sič*-Mitglieder, die nach dem Ende der Karpatho-Ukraine bis ins Reich kamen, wurden daher beim Autobahnbau eingesetzt, erhielten aber bald auch eine Art militärischer Ausbildung, um weiterhin von Nutzen zu sein.<sup>47</sup> Für das U.N.O. war dies eine Chance: Ihm gelang es, die Hilfsleistungen für Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine zu monopolisieren.<sup>48</sup>

In der Karpatho-Ukraine blieben die Deutschen präsent. Im deutschen Konsulat in Chust amtierte eine tschechische und eine sechsköpfige ukrainische Evakuierungskommission. Bis zum 30. April 1939 überführte diese letzte ukrainische Instanz unter deutscher Ägide noch (offiziell als Deutsche ausgewiesene) Nationalukrainer in den deutschen Machtbereich.<sup>49</sup> In Polen, das sich inzwischen auf einen Krieg gegen Deutschland vorbereitete, war dies wohlbekannt.<sup>50</sup> Es stimmt also nicht, wenn Kennan später schrieb, die »Ukrainian« masters« von »Ruthenia«, der Karpatho-Ukraine, seien gezwungen gewesen, in den Untergrund zu gehen (»to take to the hills«).<sup>51</sup> Viele landeten im deutschen Machtbereich.

Jurij Kovalenko schrieb der Zuwanderung aus der Karpatho-Ukraine einen Schub für die U.N.O.-Mitgliederzahl zu. Er verwies darauf, daß Karpatho-Ukrainer »in großen Gruppen« nach Deutschland gefahren seien, »froh, sich aus der Gefangenschaft lösen zu können«. Sie seien den deutschen »Arbeitsagenten dankbar, die sie aus der

<sup>41</sup> Reichsprotektor an AA, 17. 6. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 11 Nr.3, Staatsmänner, Bl. 2.

<sup>42</sup> Petro Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatškoj Ukraïny«, S. 211.

<sup>43</sup> Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 122.

<sup>44</sup> Aufzeichnung Woermann, 5. 8. 1939, ebd., Bl. 4.

<sup>45</sup> 1945 blieb er in Prag, wurde von den Sowjets festgenommen und kam in Moskau im Lefortovo-Gefängnis um. Vgl. Štefan, Avhustyn Vološyn, S. 16, 21, 119, 130, 147.

<sup>46</sup> Vgl. Šandor, Spomyny. Bd. 1, S. 181.

<sup>47</sup> Brief Tymošyšin, 23. 4. 1939, AAN, KGPP 239, Bl. 210.

<sup>48</sup> »U spravi dopomohy zbihejam z Karpatškoj Ukraïny«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 3-4 (22-23) [20. 4. 1939], S. 2.

<sup>49</sup> Vgl. Birčak, *Karpatška Ukraïna*, S.86-91. Birčak war Mitglied dieser Kommission.

<sup>50</sup> Vgl. Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 299. Ob die anderen Beobachtungen nationalukrainischer Aktivitäten im Sommer 1939 der Realität entsprachen, bleibe dahingestellt (Vgl. ebd., S. 300-301).

<sup>51</sup> Kennan, *From Prague after Munich*, S. XXI.

Gefangenschaft befreien und nach Deutschland transportierten«. Und dieses Gefühl der Dankbarkeit wird mitgeholfen haben, die Enttäuschung über den deutschen Verrat zu überwinden.<sup>52</sup> Tatsächlich setzten sich die Deutschen dafür ein, daß die Ukrainer aus den ungarischen Lagern entlassen wurden. Unter anderen bemühte sich Major Hans Dehmel von der Abwehr um die Ukrainer. Am 7. Juni 1939 wurden 242 Sië-Angehörige nach Deutschland entlassen.<sup>53</sup>

Theoretisch forderten die Ungarn zwar, daß ehemalige Bewohner der Karpatho-Ukraine (also tschechoslowakische Staatsbürger) auch in eines der Nachfolgegebiete der ČSR zurückkehrten, aber schließlich traktierte man diese Frage nicht mehr ernsthaft und war es zufrieden, die Ukrainer loszuwerden. Im Mai 1939 kamen erste Transporte aus Ungarn in das deutsche Wien, wo der ehemalige Leiter der karpatho-ukrainischen Landesexekutive der OUN, Julijan Chymyneć, inzwischen zum Vorsitzenden des »Hilfskomitees für Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine« (Komitet Dopomohy Zbihcjam z Karpatskoï Ukraïny) ernannt worden war. Außerdem waren in diesem Komitee Olena Levyćka und Ostap Hrycaj tätig. Chymyneć betonte in seinen Erinnerungen, daß die deutschen Behörden das Komitee unterstützten. Die Häftlinge reisten mit der Eisenbahn ins deutsch annektierte Österreich, wobei es unterschiedliche Bestimmungsorte gab.<sup>54</sup> Hirnjaks Transport aus Varjulápos fuhr nach kurzem Zwischenhalt in Wien nach Weißkirchen in der Wachau weiter. Die Ukrainer wurden übergangslos in die »Bergbauernhilfe« (s. S. 988) eingegliedert.<sup>55</sup>

Die durch die ungarischen Folterer am ärgsten zugerichteten Ukrainer, Chymyneć erwähnte ausdrücklich Jevhen Vrećona, wurden zur Kur geschickt. Einige wurden nach Böhmen und Mähren sowie in die Slowakei geschleust, die meisten jedoch zu Straßenbauarbeiten und an Fabriken, vor allem nach Hannover, Braunschweig und Bremen, überwiesen.<sup>56</sup>

Die zurückhaltend-hilfreiche Rolle der Deutschen und die Gewißheit einer Auseinandersetzung mit Polen dürften im Sommer 1939 die Karpatho-Ukrainer überzeugt

<sup>52</sup> Kovalenko, »Ukraïnske Nacional'ne Objednannja (UNO) v Nimećčyni« 1954, S. 378; Kovalenko, »Ukraïnske Nacional'ne Ob'jednannja (UNO) v Nimećčyni« [1955], S. 52.

<sup>53</sup> Im Tagebuch Hirnjaks kommt Dehmel, der erstmals am 16. Mai ins Lager kam, anfangs als »Konsul« vor, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß sich jemand anders als ein Diplomat um die Ukrainer bemühen könnte (Vgl. Hirnjak, Na stežkach, S. 216; zur Entlassung vgl. ebd., S. 236-238). Boljanovskýj hat den Text Hirnjaks nicht sorgfältig genug gelesen, sonst hätte er vermerkt, daß sich dieser angebliche »Konsul« als Abwehr-Major entpuppte (Vgl. Andrij Boljanovskýj, Ukraïnski vijskovi formuvannja v zbrojnych sylach Nimećčyny (1939-1945). L'viv 2003, S. 29-31).

<sup>54</sup> Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 60. Chymyneć führt an, daß Ukrainer, die angaben, ins Protektorat oder nach Deutschland zu wollen, als erste entlassen wurden (Vgl. Chymyneć, Moï sposterežennja, S. 117).

<sup>55</sup> Vgl. Hirnjak, Na stežkach, S. 242. – Hirnjak notierte bereits unter dem 11. Mai, als er noch im Lager war, man habe den Gefangenen erklärt, man liefere sie nicht an Polen aus, weil Deutschland nun gegen Polen vorgehen werde und in Österreich eine ukrainische Legion entstände (Ebd., S. 212). Dagegen habe ein Abgesandter Polens am 15. Mai die Gefangenen einzeln befragt, ob sie nach Polen oder nach Deutschland wollten (Ebd., S. 215).

<sup>56</sup> Vgl. Chymyneć, Moï sposterežennja, S. 126-129. – Stachiv erwähnte besonders Hannover; vgl. Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 73. – Der Ukraïnskyj Vistnyk erwähnte Chymyneć nicht, was pragmatische Gründe gehabt haben mag. Dafür ist von Lazar Svitlyk und Dmytro Ravyč die Rede, die bei Chymyneć nicht vorkommen. Das Hilfskomitee soll bis Anfang Juni 1939 vier Transporte von Flüchtlingen »zur Arbeit in verschiedene Ortschaften Deutschlands« ausgestattet haben (»Jak pracuje Komitet Zbihcjam z Karpatskoï Ukraïny u Vidni?«, Ukraïnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 3).

haben, daß die Option des PUN nicht hoffnungslos war. Am 21. Juli 1939 unterzeichneten in Venedig Mel'nyk, Senyk und Baranovskij für den PUN mit Vološyn, Julijan Revaj und Štefan einen Vertrag, in welchem die *sobornist*' der Ukraine beschworen und die OUN als der einzige Träger des Befreiungskampfes anerkannt wurde. Die ehemaligen Chuster Regierungsmitglieder erkannten den PUN unter Mel'nyks Führung als die Leitung dieses Kampfes an. Der PUN bescheinigte den ehemaligen Staatsführern dafür, die »letzte legale Regierung, die einen Teil des ukrainischen Landes regiert hat«, zu sein. Beide Seiten vereinbarten, künftig nur noch gemeinsam zu agieren.<sup>57</sup>

In der letzten Friedensnummer des *Ukraïns'kyj Visnyk* wurde ein Bericht über dieses Abkommen (nicht der Wortlaut) veröffentlicht; nebenbei wurde dabei erwähnt, daß alle Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine in Deutschland in das U.N.O. eingetreten seien.<sup>58</sup> Petro Mirčuk sah darin eine weitere Perfidie des Mel'nyk-PUN. Er habe das gesamte »politisch-moralische Kapital« der Unabhängigkeitskämpfer »inkassiert«, obwohl er ihnen eigentlich stets nur geschadet habe. Mirčuk unterstrich aber auch, daß diese Entwicklung den »nicht eingeweihten« OUN-Mitgliedern »natürlich und richtig« vorgekommen sei. Nur die »Führungsmitglieder« hätten gewußt, daß die Spaltung der scheinbar einheitlichen Bewegung nur verkleistert worden war.<sup>59</sup> Eigentlich wäre ein solches Abkommen wohl wirklich kaum nötig gewesen, wenn es keine Zerrüttung zwischen den Karpatho-Ukrainern und dem PUN gegeben hätte. Aber mit letzter Gewißheit läßt sich dies nicht sagen. Es wäre auch die Interpretation denkbar, daß sich die OUN nun erstmals auf eine ehemalige »legale« Regierung berufen wollte, über die die UNR-Anhänger und sogar Skoropadskij verfügten.

Im Sommer 1939 waren die ukrainischen OUN-Nationalisten wieder guter Dinge. Was war die kleine Karpatho-Ukraine, die man zudem erst noch ukrainisieren mußte, gegen Ostgalizien mit seinen militanten ukrainischen Nationalisten? Was war eine friedliche Lösung in der Karpatho-Ukraine, wenn in einem Krieg die Landkarte neu gezeichnet würde? Und wenn ein Krieg zwischen Polen und Deutschland auszubrechen drohte, konnte es dann fraglich sein, auf wessen Seite die nationalistischen Ukrainer stehen würden?

Der deutsche Konsul konnte Anfang April 1939 aus Lemberg berichten, die »Niedergeschlagenheit und Abkehr der Ukrainer von Deutschland ha[be] nicht angedauert«. Mochte *Dilo* auch vor neuen Wunschgebilden warnen, die OUN-Stimmung war umgeschlagen.<sup>60</sup> Hajvas schrieb:

»Die Katastrophe der Karpatho-Ukraine erschütterte die ukrainische Bevölkerung überall. Das war ein sehr schwerer Schlag für uns alle. Aber sie brachte nicht die Rechnung auf

<sup>57</sup> Text in Mirčuk, *Narys*, S. 561; Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatškoj Ukraïny«, S. 210.

<sup>58</sup> »Zajava Provodu Ukraïns'kych Nacionalistiv j Urjadu Karpatškoj Ukraïny«, *Ukraïns'kyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 8 (27) [23. 8. 1939], S. 3. Eine entsprechende Anweisung hatte die Exilregierung der Karpatho-Ukraine im August 1939 erlassen; vgl. Sterčo, »Nacional'ne vidrodžennja Karpatškoj Ukraïny«, S. 210.

<sup>59</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 561-562.

<sup>60</sup> Deutsches Konsulat Lemberg an AA, 13. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 4-6. – Rezmer versuchte in einem fragwürdigen Beitrag 1998 eine Kontinuität zwischen dem früheren pessimistischen Seelos-Bericht und einer Loyalität des UNDO mit Polen narrativ zu konstruieren. (Vgl. Waldemar Rezmer, »Stanowisko i udział Ukraïnców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, In: *Polska – Ukraina: trudne pytania*, Bd. 4, Warszawa 1999, S. 13-34, hier S. 32). So einfach war es jedoch nicht.

Deutschland als den künftigen Bündnispartner zum Einsturz, ungeachtet dessen, daß gerade die Deutschen sehr kaltblütig und raffiniert die Karpatho-Ukraine den Ungarn ausgeliefert und ihnen auch noch jede Hilfe dabei geleistet hatten. Leider fand sich damals kein ukrainischer politischer Faktor, der klar und hart aufgetreten wäre und realistisch die Lage eingeschätzt, die möglichen Schlüsse vorgestellt und im Lichte der Realität Taktik, Methoden und Ziele der deutschen Politik aufgezeigt hätte.<sup>61</sup>

Bereits im Dezember 1938 hatte ein deutscher Journalist, der durch Südostpolen reiste und auch mit Šeptyčyj und Dmytro Levyčyj zusammentraf, den Eindruck vermittelt, gerade die einfache ukrainische Bevölkerung Galiziens hoffe auf den »Onkel Führer«, der in Galizien im Frühjahr 1939 für »Ordnung« sorgen würde. Den Bauern und Arbeitslosen könne man nach Meinung seiner Gesprächspartner diese Hoffnung nicht austreiben. Besonders die Arbeitslosen verstärkten eine »Armee fanatischer Nationalisten«.<sup>62</sup>

Daß das UNDO sich in der politischen Atmosphäre Polens offiziell polnisch-patriotisch gerierte, mußte die Deutschen nicht beunruhigen. Die deutsche Botschaft berichtete aus Warschau, ein »Gewährsmann« (und ohne etwas Genaueres zu wissen, tippen wir einmal auf Smal'-Stočkyj) habe bedeutet, die UNR-Führung setze nach wie vor auf die deutsche Karte. Die These von dem deutschen Verrat an der Karpatho-Ukraine, die am Anfang die Runde gemacht hatte, sei verdrängt worden; nun hielte man es für möglich, daß die Deutschen Vološyn gewarnt hätten, keinen nutzlosen Widerstand zu leisten.<sup>63</sup>

Die Enttäuschung über Deutschland wich sogar einer gewissen Bewunderung. Daß Deutschland nicht uneigennützig handle, sondern seine eigenen Ziele verfolge, erschien gar nicht mehr verwerflich. Predigten die Nationalisten aller Länder nicht den *sacro egoismo*? Wenn man dies für sich in Anspruch nahm, was war dann zu kritisieren, wenn Deutschland dies auch tat? Eher konnte man doch von einem Zeichen sprechen, daß hier nun – wie erwartet – ein Staat existierte, der seine propagierte Politik auch in die Tat umsetzte und sich nicht ihr Gegenteil schönredete. Strukturell-ideologische Affinität rückte stärker als jemals zuvor in den Vordergrund.<sup>64</sup>

<sup>61</sup> Jaroslav Hajvas, *Koly kinčalasja epocha. Na čužyni* [Chicago] 1964, S. 12.

<sup>62</sup> Bericht des Warschauer DNB-Büros, 13. 12. 1938, PAAA, Botschaft Moskau, Politische Beziehungen der Sowjetunion zu Polen 1938-1941, Bd. 1, nach Žerko, *Stosunki*, S. 138.

<sup>63</sup> Deutsche Botschaft Warschau an AA, 18. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 12-17.

<sup>64</sup> In diesem Zusammenhang ist der Artikel vom 17. Mai 1939 in den *Lemberger Ukrainski Visty* (»Ideen und Wege der deutschen Politik«) interessant: Als leitende Idee der deutschen Politik wird allein das Wohl des eigenen Volkes herausgestrichen. Darin sieht der Verfasser zwar eine »Kaufmannsmoral der Kompromisse«, die aber auch »zum Entstehen des britischen Empire geführt« habe, also wohl doch nicht ganz schlecht sei (ApA, Bericht über die ukrainische Presse, 28. 6. 1939, ZStA DDR, AA 58416, Bl. 5). – Sehr ehrlich schrieb Jaroslav Hajvas, daß auf ihn die Propagandainschrift »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«, die er im August 1939 vom slowakischen Donauufer aus wahrnahm, als eine »klare, harte und entschiedene Parole, eine kategorische Forderung, hinter der ein großes Volk stand« vorkam. Der Satz erschien ihm »so natürlich und verständlich«. Niemand habe damals im Traum daran gedacht, dahinter stecke ein »Raubtier in Menschengestalt«. Nicht diese Distanzierung ist wichtig, sondern die Erkenntnis, daß junge Nationalisten 1939 vollauf mit den NS-Ideen sympathisieren und sie für übernehmenswert halten konnten (Jaroslav Hajvas, *Volja ciny ne maje*. Toronto 1971, S. 145).



In diesem Sinne ist auch der Text eines Mel'nyk zugeschriebenen Aufrufs vom April 1939 zu deuten, der uns leider nur in polnischen Berichten vorliegt. Mit dem nötigen quellenkritischen Vorbehalt kolportieren wir ihn:

»In der heutigen Situation wäre es schädlich, den Einflüsterungen unserer Feinde zu glauben, zu erklären, die Deutschen seien an dem, was geschehen ist, schuld und zu deren Feind zu werden. Außer den Deutschen hat die Ukraine auf der ganzen Welt keinen aktiven Bundesgenossen gegen die Okkupanten der Ukraine. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Westmächte wie England und Frankreich sich heute mit dem größten Feind der Ukraine – den Sowjets – verbrüderern. Jedes Volk läßt sich vom eigenen Interesse leiten, von ihm ließen sich auch die Deutschen leiten, als sie der Karpatho-Ukraine keine Hilfe leisteten. Im gegebenen Fall waren die Interessen der Ukrainer andere als die der Deutschen. In der Frage der Befreiung der Ukraine decken sich die Interessen beider Völker jedoch. Seien wir also politisch reif und verlieren wir nicht die klare Urteilskraft und das geistige Gleichgewicht.«<sup>65</sup>

Dmytro Doncov schrieb in seinem Blatt, trotz den »schmerzhaften und für uns traurigen« Maßnahmen in der Karpatho-Ukraine habe Deutschland seine Gegnerschaft gegenüber Stalins Sowjetunion nicht aufgegeben. In seine politische Sprache übersetzt bedeutete diese Aussage, daß Deutschland als Gegner Rußlands ein Verbündeter der Ukrainer bliebe. Er war der Ansicht, daß man weiterhin mit der Kraft kooperieren solle, die »sich eindeutig unserem Ziel anschließen wird: das russische Imperium zu zerschlagen und eine unabhängige Ukraine zu schaffen«. Er schloß seinen Artikel mit der Behauptung, daß die Ukraine jemanden vom Typ Francos brauche, was eine westliche Demokratie ausschloß. Und auch seine These von den »grundsätzlichen« Interessen, die auch einmal tagespolitisch begründet übergangen werden konnten, verwies auf das fortgesetzte Hoffen auf Deutschland.<sup>66</sup>

In der spezifischen Mischung aus Starre und Pragmatismus ist die Erklärung dafür zu suchen, daß kaum einen Monat nach den März-Ereignissen die pro-deutsche Haltung eher noch stärker geworden war. Vasyl' Mudryj, der Sejm-Vizemarschall, wurde mit den Worten zitiert, er wisse sehr wohl, daß die deutsche Unterstützung nicht die ukrainische Unabhängigkeit zum Ziel habe, sondern die Ukraine unter deutschen Einfluß bringen solle. Aber das sei ja nicht schlimm: Die ukrainischen politischen Führer seien trotzdem für Deutschland, weil die Ziele des deutschen Einflusses nur wirtschaftlich seien, Deutschland aber dafür die Freiheit des Volkstums sichern werde.<sup>67</sup> Die Aussage offenbarte die Beschränktheit des ukrainischen Nationalismus, der die NS-Politik nicht verstanden hatte.

Seelos kolportierte ungeschickte polnische Versuche, die Ukrainer für sich zu gewinnen. An die »ruthenische« Bevölkerung richtete sich ein Flugblatt des von den

<sup>65</sup> nach Torzecki, *Kwestia ukraińska 1933-1945*, S. 182. Dieser Aufruf liegt auf der Linie des angenommenen Abratens des Mel'nyk-PUNs, sich in dem karpatho-ukrainischen Konflikt zu engagieren. Auch Švahuljak referierte ihn nur auf der Basis von Torzecki (Vgl. *Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«*, S. 45). Die sowjetische Literatur ging davon aus, Mel'nyk habe die Nationalisten mit einem »neuen Plan« Hitlers »zur Wiedererrichtung der Ukraine« für den nächsten Versuch zu gewinnen versucht (*Zamlynskyj, Śljach čornoj zrazy*, S. 65).

<sup>66</sup> D[mytro] D[oncov], »Berezeń 1939«, *Vistnyk* 7 (1939), S. 298-305.

<sup>67</sup> Deutsche Botschaft Warschau an AA, 18. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 12-17.

Polen als »Festigung des Polentums« kreierte galizischen Kleinadels, in dem hervorgehoben wurde, wie traurig es sei, daß wieder wie einst Fremde in den Ruthenen einen Bundesgenossen gegen Polen suchten. Deutschland habe die Karpatho-Ukrainer schändlich betrogen und auch eine unabhängige Ukraine wäre nur ein »Werkzeug in fremder Hand«. <sup>68</sup> Das war ebenso heuchlerisch wie richtig, Folgen waren nicht erkennbar. Der deutsche Konsul berichtete auch über das »Kontaktkomitee«. Diese »Führereinigung« sei von Deutschland immer vergeblich verlangt worden. Nun sei sie durch die karpatho-ukrainische Lage zustande gekommen (Tatsächlich gab es das Komitee länger.) Seelos meinte, dadurch habe sich »der Wert der Ukrainer als Faktor bei allen Polen betreffenden Fragen erhöht«. <sup>69</sup>

Im selben Sinne schrieb Andrij Mel'nyk als »Führer Ukrainischer Nationalisten« an den deutschen Außenminister. Der OUN-Vorsitzende war überzeugt, daß eine Autonomie für die Ukrainer im polnischen Staat trotz »eventuellen Erleichterungen« »nach bisherigen Versuchen und Erfahrungen nicht in Betracht« käme. Für eine »Lösung der westukrainischen Gebiete von Polen« fehlten nur die Waffen. Darauf die deutsche Aufmerksamkeit zu lenken, »beehrt[e] sich« Mel'nyk wohl nicht zufällig: Seine OUN beschrieb er als **»weltanschaulich verwandt mit den gleichartigen Bewegungen Europas, insbesondere dem Nationalsozialismus in Deutschland und dem Fascismus in Italien«**. <sup>70</sup>

Dieses Schreiben ist von großer Bedeutung für den deutsch-ukrainischen Diskurs: Mel'nyk kann man nicht als Nebenfigur abtun, und er äußerte sich ausdrücklich als OUN-Vorsitzender. Er bot den Deutschen die ukrainische Waffenhilfe gegen Polen an – nur müßten die Waffen aus Deutschland kommen. Aus wessen Feder sollte eine kompetentere Aussage über die »weltanschauliche Verwandtschaft« mit dem Nationalsozialismus kommen als aus der des »Führers« der OUN?

Die Literatur der Bandera-OUN unterstellte Mel'nyk Amtsmüdigkeit und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit. Der Brief paßt dazu nicht, er drückte eher das Gegenteil aus. Mel'nyk mochte als Gegner des karpatho-ukrainischen Piemonte gelten (alle Aussagen dazu stammen aus späterer Zeit), und vielleicht wog dessen Verlust für ihn nicht so schwer wie für andere Nationalisten. Aber gab es deshalb Unmut in Polen? Konsul Seelos berichtete aus Lemberg im Mai 1939: »Unter den ukrainischen Massen und Führern herrscht wieder eine grundsätzlich germanophile Einstellung«. <sup>71</sup> Damit

<sup>68</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 22. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 20-21.

<sup>69</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 27. 4. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 26-27. Eine Bestätigung dieser Konsolidierung lieferte Jaroslav Hajvas. Bei seiner Flucht nach Wien half ihm in Bratislava ein »Otaman«, den er zwar nicht namentlich nannte, der aber aus dem UNR-Umfeld gekommen sein mußte. Er war offenbar in den slowakischen Geheimdienst aufgenommen worden und unterstützte den OUN-Nationalisten Hajvas mit den Worten: »Heute gehen unsere Wege in derselben Richtung« (Hajvas, *Volja ciny ne maje*, S. 143).

<sup>70</sup> Mel'nyk an von Ribbentrop, 2. 5. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3.

<sup>71</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 12. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 35-37. Im August führte er das noch näher aus: »Seit April 1939 ist Deutschland der große Gegner Polens geworden, der nach ukrainischer Ansicht schon deshalb zwangsläufig der Freund der Ukrainer sein muß. Aus dieser Überlegung und aus ihrer traditionellen deutschfreundlichen Grundeinstellung heraus haben die Ukrainer auch die tiefgehende Enttäuschung über den Zusammenbruch der Karpatho-Ukraine verhältnismäßig rasch überwunden und haben zu ihrem Glauben an Deutsch-

meinte er vor allem das UNDO, aber bald dehnte er diese Diagnose aus (s. unten). Lučkyj und Mudryj hätten sich an ihn gewandt, und er regte an, »irgendeine deutsche Wohlwollenserklärung« abzugeben, die den Ukrainern den Rücken stärken würde. Dabei machte er sich zu deren Sprachrohr: Er schlug dem AA vor, wenigstens die Grausamkeiten der Ungarn während der Besetzung der Karpatho-Ukraine zu verurteilen und sich für eine Autonomie im Rahmen des ungarischen Staates auszusprechen. Das würde sich auf Polen auswirken und den Ukrainern das Gefühl nehmen, »daß Deutschland sie nur als Objekt behandelt«.

Die Beamten im AA blieben vorsichtig. Der Leiter der Politischen Abteilung Woermann sprach sich gegen »Erklärungen im Namen der Deutschen Regierung« aus und befürwortete »nur persönliche Erklärungen und zwar eine ganz allgemein gehaltene Erklärung des Wohlwollens gegenüber den Autonomie- und den dahinterstehenden Selbständigkeitsbestrebungen«. Ernst von Weizsäcker war auch dies schon zu viel, er wollte alles auf »indirekte [Erklärungen]« beschränkt wissen – was immer er sich darunter vorstellen mochte. Keppler war grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden, mahnte jedoch, daß alles »natürlich in vorsichtiger Weise durchgeführt werden« müsse. Vor allem untersagte man Seelos, auf die »Grausamkeiten in der Karpatho-Ukraine« hinzuweisen.<sup>72</sup>

Die neue Deutschfreundlichkeit meinte Seelos dann nicht nur beim UNDO, sondern beim »überwiegenden Teil der ukrainischen Intelligenz« zu erkennen.<sup>73</sup> Ende Juli verbot Woermann Seelos jedoch noch einmal jede offizielle Aussage zur Haltung Deutschlands in ukrainischen Fragen und gestattete nur »darauf hinzuweisen, daß die bessere Behandlung der karpatho-ukrainischen Opposition durch die Ungarn zum großen Teil auf deutsche Einwirkung zurückzuführen sei«.<sup>74</sup>

Mit diesen Eindrücken kontrastierten polenfreundliche Loyalitätsbekundungen des Abgeordneten Celevyč und eines Lemberger UNDO-Kongresses sowie Pressebehauptungen, die »hitlerfreundliche Einstellung der ukrainischen Öffentlichkeit gehör(e) der Vergangenheit an«. Richtig zu glauben schien dem niemand so richtig.<sup>75</sup>

Die deutsche Seite hielt sich weiter zurück. Am 20. Mai 1939 wandte sich Rosenberg in einem Gespräch mit Göring deutlich gegen die Zusammenarbeit mit der OUN: Man habe in der Karpatho-Ukraine »als Betrüger dagestanden«, weil die OUN-Vertreter

land und seinen Führer schon Anfang Mai zurückgefunden« (Deutscher Konsul Lemberg an AA, 3. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 67-71; auch ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 763, S. 886-888).

<sup>72</sup> Deutscher Konsul Lemberg an Unterstaatssekretär Bergmann, 13. 5. 1939; Woermann an Keppler/von Weizsäcker, 17. 5. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 38-40, auch ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 405, S. 443-444.

<sup>73</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 28. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 50-52. Jevhen Stachiv schrieb im selben Sinne am 7. 7. 2000 an Frank Grelka, die Wut über den Verrat der Deutschen habe sich in eine frohe Erwartung auf »einen großen Krieg gegen Polen und dann gegen die Bolschewiki« verwandelt (Grelka, Nationalbewegung, S. 182).

<sup>74</sup> Woermann an Deutschen Konsul Lemberg, 29. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 43; auch ADAP, Serie D, Bd. 6, S. 443, Anm. 4

<sup>75</sup> Vgl. ApA, Bericht über die ukrainische Presse, 28. 6. 1939, ZStA DDR, AA 58416, Bl. 5. Ivan Nimčuk (1891-1956), Redakteur des *Dilo*, dann der *Krakivski Visti*, verglich diese Loyalitätserklärung mit den ständigen Beteuerungen der Loyalität seitens der deutschen Minderheit und untermauerte damit ihren pragmatischen Charakter (Vgl. Ivan Nimčuk, 595 dniv sovjetskym vjaznem. Toronto 1950, S. 4).

in Deutschlands Namen aufgetreten seien. Die Propagandasendungen hätten sie darin bestätigt.

»Jetzt hetzen auch die Ukrainer gegen uns. Ich lasse durch eine ukr. Korrespondenz die Schuld der OUN als Gegenwirkung feststellen, was ja auch richtig ist, da diese Gruppe rücksichtslos vorgegangen ist usw.«,

heißt es in seinem Tagebuch.<sup>76</sup>

Diese Aussage richtete sich gegen Rosenbergs erfolgreicheren Rivalen von Ribbentrop, und tatsächlich: Auf den 30. Mai 1939 datiert ist eine der schärfsten Abrechnungen mit der OUN aus der Feder Dürksens vom Außenpolitischen Amt der NSDAP. In den Akten ist nur die sechsseitige Einleitung eines Textes erhalten, der offenbar weitaus umfangreicher war oder werden sollte. Dürksen beklagte, daß die Ereignisse in der Karpatho-Ukraine der OUN einen Punktsieg über die im ApA immer noch favorisierte Skoropadskyj-Gruppe beschert hätten. Die Vorstellung, daß die Karpatho-Ukraine nationalukrainisch sei, habe sich leider durchgesetzt und Skoropadskyjs konziliante Haltung desavouiert. Dürksen beschrieb eine Asymmetrie: Die OUN berufe sich zwar manchmal auf Deutschland, verdiene aber Mißtrauen. Daß sie in Wirklichkeit deutschfeindlich sei, bemühte sich der Verfasser mit Pressebeispielen zu belegen. Warnungen vor dem Zusammengehen mit dem Reich und Kritik am Ersten Wiener Schiedsspruch ergänzte Dürksen durch ein Zitat aus einer Rede Luka Myšuhas, der in den USA für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion gegen Deutschland plädiert habe. Damit wurde der alte Vorwurf der prosovjatischen Tendenzen in der OUN wiederaufgefrischt.

Dürksen stieß sich insbesondere daran, daß die OUN-Vertreter »in unwürdiger und gehässiger Form« gegen andere Ukrainer polemisierten. Einen Hieb gegen die Konkurrenten im Propagandaministerium führte die Feststellung, der Wiener Rundfunk sei mit seinen ukrainischen Sendungen in OUN-Hand, was wiederum Ungarn, vor allem aber Polen antideutsches Material in die Hände spiele. Wirksam sollte auch die These sein, »jüdische Frauen der OUN-Führer« – gemeint war Riko Jary – üben einen gefährlichen Einfluß aus. Der ganze PUN kam schlecht weg: Dürksen schrieb über die »grenzenlose Dummheit der Führung«. Daß die OUN von Deutschen gefördert werde sowie in der Vertrauensstelle und beim Wiener Rundfunk Einfluß »und andere Vergünstigungen« genieße, sei »unverständlich, höchst gefährlich und schädlich«.<sup>77</sup>

Ein weiterer Text aus dem ApA – verfaßt von Leibbrandt und durch Schickedanz am 15. Juni 1939 der Reichskanzlei übermittelt – wandte sich ebenfalls gegen die OUN. Zunächst stellte der Verfasser fest:

»Nach der Überlassung der Karpatho-Ukraine an Ungarn ist in der gesamten ukrainischen Öffentlichkeit, die sich zuerst in den unbegründetsten Hoffnungen auf ein besonderes deutsches Interesse an diesem Gebiet wiegte, eine ganz offene Feindseligkeit zu Tage getreten.«<sup>78</sup>

Leibbrandt beschuldigte die OUN, »eine geradezu verhängnisvolle Rolle in der Herbeiführung von Zwischenfällen mit tschechischen und polnischen Stellen gespielt« und

<sup>76</sup> Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 69 (Eintrag vom 21. 5. 1939).

<sup>77</sup> ApA, Dürksen, »Die politische Haltung der OUN«, 30. 5. 1939, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 68-75.

<sup>78</sup> Leibbrandt für Rosenberg, »Über osteuropäische Fragen«, 14. 6. 1939, BAK, NS 43, Bd. 32, Bl. 314-332; auch in Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 141-147, hier S. 146.

dabei »immer mit dem Hinweis auf die hinter ihr stehende deutsche Militärmacht, resp. auf ihre Beauftragung durch Großdeutschland« operiert zu haben. Daher sei sie in einem Konflikt mit Polen zwar geeignet, »bestimmte Aufgaben der Abwehr durchzuführen«, für die »Führung einer politischen Aktion« jedoch »völlig ungeeignet«. <sup>79</sup>

Und noch ein alter Bekannter agitierte gegen die OUN. Biberstein meldete sich bei Meissner: Die OUN erklärte er zu einer »Tochter der Petljura-Partei«, gegen die er immer gewettert hatte. Petljura sei ein »Verteidiger der Juden«, der Attentäter von 1926 habe den falschen getroffen. Der Zweck dieser Darstellung? Die Gleichsetzung der verhaßten Petljura-UNR mit der OUN, die ja auch, wie man an Jary sehe, »jüdisch versippt« sei. Der OUN fehlten »die hohen Ideale der NSDAP«, umso bedauerlicher sei, daß ihr die Leitung der Vertrauensstelle zugefallen sei, wo Mykola Suško »von Petljura-Leuten informiert« werde. Daß Andrij Makarenko in Prag am 18. Juli verhaftet worden war – und hier dürfte Biberstein recht gehabt haben – sei auf die Intervention der OUN, die ihm Beziehungen zu Polen angedichtet hätte, zurückzuführen gewesen, während sich Makarenko in Wirklichkeit seit 1934 in vollem Einvernehmen mit dem ja auch in Deutschland angesehenen Het'man Skoropadskyj befinde. <sup>80</sup> Letzteres war wenig glaubhaft. Aber tatsächlich war Makarenko in Prag zwei Wochen lang inhaftiert gewesen, weil er – so die Gestapo – »durch bewußte Ignorierung der zur einheitlichen Ausrichtung der ukrainischen Emigrantenorganisationen im Protektorat getroffenen Maßnahmen Veranlassung gegeben« habe, »gegen ihn mit staatspolizeilichen Mitteln vorzugehen« <sup>81</sup>.

Bei der Gleichschaltung der Ukrainer im Protektorat stieß das U.N.O. erstmals seit dem Beginn der deutschen Annexionen auf gewisse Schwierigkeiten. Bis dahin war es in Österreich und im Sudetenland weit besser als im Altreich geglückt, die ukrainischen Emigrantenorganisationen den OUN-Prinzipien entsprechend auszurichten. Die neuen Zweigstellen des U.N.O. in den Städten des »Sudetenlandes« wurden immer als Vorbilder an Disziplin und Spendenbereitschaft dargestellt. In Prag war das erstmals anders. Am 30. April 1939 fand dort die Jahresversammlung der »Ukraïnska Hromada v ČSR« statt, die eine Gesamtrepräsentation der nichtsozialistischen Emigranten darstellte. Kapustjanskyj und Omel'čenko waren als »Ehrengäste« geladen, und ein Artikel im U.N.O.-Organ bemühte sich klarzustellen, daß die »Hromada« im Protektorat »nichts gemein hat mit der gleichnamigen Organisation in Alt-Deutschland«, die bekanntlich die Het'man-Anhänger vereinte. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde kein OUN-Nationalist, sondern Pavlo Makarenko (1892-?) gewählt, der eine sozialistische Vergangenheit hatte. Vorsitzender der »Hromada« war seit 1927 der aus dem Gebiet Černihiv stammende Physiker Mykola Halahan (1882-194?), 1917 ein Mitglied der USDRP und Missionschef des Direktoriums in Budapest. Seine Frau Ol'ha (1885-1966) war Vorsitzende der Ukrainischen Sektion der Friedens- und Freiheitsliga.

Omel'čenko erklärte den Anwesenden die »unbedingte Notwendigkeit, die ukrainische Emigration in Großdeutschland auf nationalistischer Grundlage zur organisierten Arbeit und zum organisierten Kampf mit einem großen Ziel zu vereinigen –

<sup>79</sup> Ebd., S. 146-147.

<sup>82</sup> Biberstein an Meissner, 24. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 1, Bl. 251-258.

<sup>81</sup> Gestapo Berlin an AA, 26. 7. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3,2.

dem Selbständigen, Vereinten Ukrainischen Staat.« Als die Versammlung dem zugestimmt hatte, sagte Omel'čenko in seiner direkten Art,

»daß es im U.N.O. keinen Platz für Streit und Diskussionen gebe, dort herrschten Autorität, Gehorsam und Disziplin«.

Daraufhin wurde Pavlo Makarenko zum neuen Vorsitzenden der »Ukrainśka Hromada« gewählt und diese beauftragt, den Zusammenschluß mit dem U.N.O. zu betreiben.<sup>82</sup> Halahan wurde am 28. Juni Ehrenvorsitzender der Hromada und in den Vorstand des U.N.O. berufen. Als solcher besuchte er regelmäßig die Sitzungen der Zweigstellen in der ehemaligen Tschechoslowakei im Auftrag des Vorstands.<sup>83</sup> Am 21. Juli 1939 wurde die »Hromada« formell im U.N.O. aufgelöst. Im September 1939 wurde Ol'ha Halahan Führerin der »Frauensektion des U.N.O. im Protektorat«; im Oktober Halahan unmittelbarer Stellvertreter Omel'čenos.<sup>84</sup>

Aber Andrij Makarenko und der Kosakenotaman Popov widersetzten sich der Vereinheitlichung, die in Österreich und dem Sudetenland so gut geglückt war. Während im Reich die Selbständigkeit der Skoropadśkyj-Anhänger von den Deutschen toleriert wurde, denunzierte in Böhmen das U.N.O., das stets über die »wenigen noch nicht im UNO vereinten Ukrainer in Deutschland« klagte<sup>85</sup> und sich für »die stärkste, einzige ernsthafte und wirklich aktive Organisation auf dem Gebiet Großdeutschlands«<sup>86</sup> hielt, die Rivalen.

Dagegen protestierte nun das AA. Meyer-Heydenhagens Darstellung zeichnete ein Bild der AA-Sichtweise im Sommer 1939. Danach habe in Prag bis März 1939 ein »Zentralverband der ukrainischen Organisationen« bestanden, in dem Ost- wie Westukrainer zusammengearbeitet hätten. Erst nach der Errichtung des Protektorats sei als »Stoßtrupp der ukr. Nationalisten (OUN bzw. UNO)« die Organisation Hromada unter Halahan entstanden, der versucht habe, in Zusammenarbeit mit der Gestapo alle Ukrainer in diese Organisation »zu zwingen«. Der Zentralverband sollte aufgelöst werden: »Die Hromada erhält damit den Charakter einer deutschen Ukrainer-Organisation mit Monopolrechten«. Meyer-Heydenhagen wies auf die negative Einstellung von UNDO wie den »historischen Prätendenten« der Ukrainer (»Skoropadski, Lewitzki u. Prokopowitsch, Makarenko«) zur OUN hin und darauf, daß nicht einmal zwischen der »Berliner Ukrainischen Vertrauensstelle, die unter OUN-Einfluss steht«, und Skoropadśkyj eine Einigung zustande gekommen sei. Deutschland habe die OUN in der Karpatho-Ukraine unterstützt (so klar drückte dies Meyer-Heydenhagen aus!), deswegen habe der Zusammenbruch der OUN auch zur »Kompromittierung des deutschen Prestiges in der ukrainischen Masse beigetragen«.

Politisch sei es nicht zweckmäßig,

»bereits jetzt eine rigorose »Einigungs«-Aktion durchzuführen und im Ukrainertum auch außerhalb Deutschlands Gegnerschaften zu wecken, die in der gegenwärtigen kritischen

<sup>82</sup> »Gen. M. Kapustjanskij i Ppolk. T. Omel'čenko na Zborach »Ukrainśkoï Hromady« v Prazi«, Ukrainśkyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 2.

<sup>83</sup> »Z ukrainśkoho žyttja v Nimeččyni«, Ukrainśkyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 7 (26), [25. 7. 1939], S. 4.

<sup>84</sup> Ukrainśkyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 9-10 (28-29), [10. 10. 1939], S. 5, 8.

<sup>85</sup> »Z ukrainśkoho žyttja v Nimeččyni«, Ukrainśkyj Vistnyk 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 4.

<sup>86</sup> »Peredumova dlja ozdovlennja ukrainśkoho žyttja v Protektorati«, Ukrainśkyj Vistnyk 4 (1939), Nr.7 (26), [25. 7. 1939], S. 2.

Zeit insbesondere in Polen lediglich Verwirrung stiften würden. Die Gegensätze in den ukrainischen Lagern werden dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß eine der ukr. Parteien offen über die anderen unter polizeilichem Schutz triumphieren darf, aber es werden bisherige treue Deutschenfreunde zu Feinden (wie 1918 Petljura).«<sup>87</sup>

Sehen wir einmal davon ab, daß sich Meyer-Heydenhagen in den komplizierten organisationellen Entwicklungen etwas verheddert hatte – die Hromada war keine Neugründung, sie war nur als Übergangsinstantz ausgewählt worden, um den Zusammenschluß zu organisieren. Wichtig ist hier, daß Meyer-Heydenhagen den Widerstand gegen OUN/U.N.O. mit der deutschen Politik in Verbindung brachte und sich gegen die Zwangsvereinigung der Ukrainer engagierte. Er kritisierte die Verhaftung Andrij Makarenkos (dies hatte wohl auch dessen Freilassung zur Folge) und – bewirkte, daß auch in Prag die völlige Vereinheitlichung der ukrainischen Emigranten unterblieb.

Das U.N.O. hingegen begrüßte es, daß die Deutschen allen anderen ukrainischen Organisationen im Protektorat die weitere Tätigkeit verboten hatten. Dies seien so wieso nur »Atamanen- oder auf dem Papier stehende »Organisationen« gewesen, an deren Stelle nun eine »neue gesunde Organisiertheit« trete.<sup>88</sup> Das AA focht außer in bezug auf Skoropadskýj auf verlorenem Posten. Meyer-Heydenhagen hatte selber geschrieben:

»Es sei keineswegs verkannt, dass der Aktivismus der Nationalisten die grösseren Zukunftsaussichten hat und dass die Wahrscheinlichkeit besteht, dass die OUN auch in Zukunft das deutsche Interesse achten werde.«<sup>89</sup>

Bis auf die Het'man-Anhänger erkannten die anderen Gruppen nolens volens den »Vorsprung« der OUN an. Das polnische UNDO, das lange als demokratisch galt, ließ sich von dem NS-Vorbild noch weiter blenden. Sein Parteiausschuß erklärte sich ausdrücklich mit dem Zusammenschluß der Ukrainer im Protektorat zum U.N.O. einverstanden und verzichtete so auch verbal zugunsten der OUN auf Eigenständigkeit.<sup>90</sup> Sein Generalsekretär Franz Svistel' (1887-1966) reiste nach Wien und Prag; in Wien war er sich mit Ostap Hrycaj einig, daß die »staatliche und nationale Organisation des deutschen Volkes ein unerreichbares Vorbild« sei.<sup>91</sup>

Als die Ukrainer in Prag am 16. August eine Kundgebung gegen die Unterdrückung der Ukrainer in Polen abhalten wollten, bedeutete das ein Durchbrechen des politischen Betätigungsverbots und rief die Deutschen auf den Plan. Das AA hatte »kein außenpolitisches Interesse an der Kundgebung«. Die Gestapo kritisierte die noch ca. 70 ukrainischen Vereine in Böhmen und Mähren, die sich gegenseitig bekämpften und »unzuverlässig« seien. Sie versprach, sie innerhalb von 4 Wochen auf ein Mindestmaß, etwa drei Gruppen, zu reduzieren. Damit war sie aber von dem Projekt der völligen

<sup>87</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 27. 7. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3,2.

<sup>88</sup> »Peredumova dlja ozdovlennja ukraïnskoho žyttja v Protektorati«, Ukraïnskyj Vistnyk 4 (1939), Nr.7 (26), [25. 7. 1939], S. 2.

<sup>89</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 27. 7. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3,2.

<sup>90</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 9. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 81.

<sup>91</sup> Gestapo an AA, 14. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 85-86.

Vereinheitlichung – wie zuvor schon im Reich – abgerückt.<sup>92</sup> Skoropadskyjs Anhänger hatten damit auch im Protektorat ihre Selbständigkeit erstritten.

Skoropadskyj selber war von den Entwicklungen in der Karpatho-Ukraine, wo für ihn wenig zu gewinnen war, nicht sehr enttäuscht. Mitte April schrieb er an Osyp Nazaruk:

»Deutschland arbeitet zum eigenen Vorteil (za sebe), aber es ist nicht ganz ausgeschlossen, im Gegenteil, es ist wahrscheinlich, daß die Interessen der Ukraine zu denjenigen Deutschlands parallel liegen. Deswegen wäre es logisch, wenn die Deutschen uns, den Ukrainern, als ihren Bündnisgenossen helfen würde.«<sup>93</sup>

Das während der deutsch-polnischen Annäherung weitgehend tabuisierte Thema »Ukrainer in Polen«, war im Juni 1939 erstmals wieder in einem Artikel des *Ukrainskyj Vistnyk* aufgetaucht. Das neue U.N.O. hatte zwar im Zusammenhang mit der Karpatho-Ukraine antipolnische Akzente gesetzt, aber Polen nicht unmittelbar angegriffen. Dies geschah nun ohne einen überzeugenden »Aufhänger« in einem mit »r.« signierten Artikel, in welchem Polen als Verbündeter »Moskaus« gegen die Ukrainer dargestellt wurde. In der dichotomischen Welt der Nationalisten bedeutete dieser angebliche Zusammenschluß nur eines: »[Der Ukrainer] Lager in der Weltpolitik ist das mächtige Lager derjenigen Staaten und Völker, die Feinde Moskaus und seiner früheren und neuen Bundesgenossen sind!«<sup>94</sup> Beim U.N.O. war man sich ganz sicher, daß dies die deutsche Position richtig beschrieb.

Eine karpatho-ukrainische Frage gab es im Sommer 1939, als sich Vološyn förmlich der OUN unterordnete, nicht mehr. Die OUN stand fester denn je hinter der Partnerschaft mit den Deutschen, und das Abkommen mit Vološyn signalisierte nach außen, daß auch dessen Verstimmung über die deutsche Haltung keine Rolle mehr spielte. Was ukrainische Kreise – nach Kentij, leider ohne Quellenangabe – als Beginn der Konsolidierung der ukrainischen Kraft auf der ganzen Linie interpretierten,<sup>95</sup> bedeutete das Ende des karpatho-ukrainischen Projekts und aus der Sicht der Deutschen eine erwünschte Entwicklung zur Vereinheitlichung der ukrainischen Kräfte.

Auch der CESUS, der zwar nationalistisch, formal aber überparteilich war, ordnete sich auf seinem XI. Kongress am 17.-18. Juni 1939 in Wien der OUN unter und rief »die ganze ukrainische Gemeinschaft [auf], sich unter einer Führung zu vereinigen und bereit zu sein zum Kampf der ukrainischen Nation für ihre endgültige Befreiung von der Unterdrückung durch Okkupanten«. Jaroslav Baranovskyj vom PUN, der von 1933 bis 1938 den CESUS geführt hatte, wurde Ehrenvorsitzender, die Führung übernahm nun der Musikwissenschaftler Dmytro Ravyč (1901-1942).<sup>96</sup>

<sup>92</sup> Gestapo an AA, 15. 8. 1939, Vermerk Meyer-Heydenhagen, 16.8.1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 83.

<sup>93</sup> Skoropadskyj an Nazaruk, [Mitte April 1939], CDIAL, Fond 359, Op. 1, Akte 274, Bl. 66-68; nach Mychajlo Švahuljak, »Ukrainska polityčna emihracija v Nimeččyni u 30-eh rokach XX st.«, in: Jurij Slyvka (Hg.), *Ukrainska Emihracija. Istorija i sučasnist'.* L'viv 1992, S. 316-334, hier S. 331.

<sup>94</sup> r., »Nevynosyme položennja 7 mln. Ukraïnciv u Pol'sčci«, *Ukrainskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 5-6 (24-25) [10.6.1939], S. 3.

<sup>95</sup> Vgl. Kentij, *Narysy*, S. 101.

<sup>96</sup> »Central'nyj Sojuz Ukr. Studenstva pidsumovuje svoju pracju«, *Ukrainskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 7(26), 25. 7. 1939, S. 3; Kentij, *Narysy*, S. 106.



Die Lage war klar: Die Emigranten versuchten, sich den deutschen Maximen anzupassen und auf die Schlacht mit Polen vorzubereiten. Die deutschen Stellen honorierten dies zwar, es gab aber auch weiterhin einflußreiche Personen, die vor allzu großem Vertrauen gerade in die OUN warnten. Dennoch – UWI-Mitarbeiter Mychajlo Antonovyč (1910-?) täuschte sich über die deutsche Haltung. Er war der Meinung, »die Deutschen« würden eher mit dem »treu untertänigen« Skoropadskyj paktieren, der seine Erfahrungen schon am Zarenhofe gemacht habe. Die Nationalisten hätten wegen ihrer Unabhängigkeitsversuche in der Karpatho-Ukraine ihren Kredit bei den Deutschen verspielt, zudem seien deren Führer »Grünschnäbel« (žovtodz'oby [= Gelbschnäbel]) im Vergleich zu Skoropadskyj.<sup>97</sup> Aber für den kommenden Krieg waren gerade die »Grünschnäbel« viel nützlicher – was wiederum keineswegs bedeutete, daß man Skoropadskyj nicht trotzdem (für alle Fälle) in Reserve hielt.

## 2. DIE ANPASSUNG DER OUN

Das Verhältnis der Exilgruppen zu den Deutschen besserte sich, je näher der erwartete Krieg rückte. Die Deutschen waren bereit, eine fortgesetzte prodeutsche Einstellung der Nationalukrainer in Maßen zu honorieren, solange daraus keine nach außen sichtbaren Aussagen wurden. Aber wie entwickelte sich die OUN? Die Beantwortung dieser scheinbar so einfachen Frage ist ziemlich schwierig.

Wir haben bereits ohne ein klares Ergebnis die Frage diskutiert, ob der PUN sich an die deutsche Politik gebunden und die militante Unterstützung der Karpatho-Ukrainer durch Galizier untersagt hat. Es gab Behauptungen, dies habe zu Spannungen geführt. Tatsächlich gab es Risse in der Bewegung. Im Juni 1939 schrieb das ApA über die Nationalisten:

»Ihre Organisationen z. B. in Amerika tragen in ihren Pressepublikationen einen besonders gehässigen deutschfeindlichen Charakter zur Schau und die hiesige Leitung, die vom Oberkommando der Wehrmacht unterhalten wird, ist nicht in der Lage, ihre Einstellung durchzusetzen.«<sup>98</sup>

Dennoch kann die Entrüstung auch der Militanten über die Deutschen nicht groß gewesen sein. Nicht nur der PUN, sondern auch die OUN-Anhänger in Galizien sahen weiterhin in Deutschland den einzigen potentiellen Verbündeten. Zu internen Kontroversen stand dies in keinem Widerspruch.

Nach Meinung der späteren Bandera-Anhänger vollzog sich zwischen 1938 und 1939 ein grundsätzlicher Wandel in der OUN. Den Theoretiker Lev Rebet löste im Februar 1939 als Führer der Landesorganisation in Polen Myroslav Turaš ab. Der neue Landeschef war militanter als Rebet und soll versucht haben, sich mit dem PUN anzulegen. Den Anlaß bot eine polnische Verhaftungswelle im März 1939; am 20. März

<sup>97</sup> Mychajlo Antonovyč an seine Eltern, 25. 5. 1939, CDAHOU, nach Kentij, Narysy, S. 108.

<sup>98</sup> Leibbrandt für Rosenberg, »Über osteuropäische Fragen«, 14. 6. 1939, BAK, NS 43, Bd. 32, Bl. 314-332; Nürnberger Dokument PS-1365; veröffentlicht in Seraphim, Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 147.

wurde eine ukrainische Studentenversammlung in Lemberg brutal gesprengt. Unter den Verhafteten waren Rebet und Petro Mirčuk, der in der Landesführung unter dem Decknamen »Zaliznjak« (nicht zu verwechseln mit dem Ex-Sozialrevolutionär Mykola Zaliznjak) Ideologie-Referent war.

Nun suchte man Schuldige. Aber wir wissen nicht, ob mehr als Vermutungen kursierten. Verlangte »das Land«, also Galizien, von Mel'nyk die Entlassung von Senyk und Baranovskýj aus dem PUN, weil sie angeblich die Organisation verraten hatten? Zögerte Mel'nyk, weil er diesen beiden sein Amt verdankte? Wollte Mel'nyk am 22. Mai 1939 seine Position als PUN-Vorsitzender aufgeben oder ruhen lassen? Resignierte er vor den internen Spannungen? Beschwerete er sich in einem Brief über die »unerträgliche Atmosphäre« im PUN und darüber, daß Baranovskýj und Senyk seine Anweisungen torpedierten, ihn von den »Galiziern« trennen wollten und den Kontakt mit Polen monopolisieren? Ging er am 6. Juni 1939 »in Urlaub«? Und wann/warum zog er diesen angeblichen Verzicht wieder zurück? Erkannten Senyk und Baranovskýj, daß sie auf Mel'nyk angewiesen waren? Mußten sie ihn überreden weiterzumachen? Haben sie dafür gesorgt, daß nur zwei Vertreter Galiziens am II. OUN-Kongress im August 1939 teilnahmen? Die Informationen über diese Vorgänge sind kontrovers und die vorgestellten Thesen stammen sämtlich aus einer anonymen Schrift, die im März 1941 durch die Bandera-Fraktion der zerfallenen OUN vervielfältigt verbreitet wurde. Auch Volodymyr Kosyk, der sie in einer seiner Editionen abdruckte, war ein Bandera-Verehrer, dem an der Desavouierung der Mel'nyk Richtung und der Demonstration der Schwäche Mel'nyks gelegen war.<sup>99</sup> Was wirklich geschah, wissen wir nicht. Einen Machtkampf gab es aber wohl wirklich.

Vom Mai 1939 an gab der PUN die früheren Tarnungsversuche weitgehend auf. Die Verbindung mit den Deutschen wurde nicht mehr cachiert. Die Aktivitäten verlagerten sich, da man auf deutsch-polnische Empfindlichkeiten keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte, offen nach Wien und Berlin. Vermutlich im Juli 1939 reiste Turaš mit falschen Papieren als Tourist nach Prag und offenbar auch nach Wien, um sich mit dem PUN auseinanderzusetzen. Der Legende nach wollte er vor Jaroslav Baranovskýj warnen, gegen den die jungen Galizier immer größere Vorbehalte hatten und dessen Entfernung aus dem PUN sie verlangten. Hat Turaš Mel'nyk vorgeschlagen, sein Amt Bandera abzutreten? An Gerüchten herrschte kein Mangel. Auf seiner Rückkehr nach Polen über die grüne Grenze wurde er ausgerechnet – von Jaroslav Baranovskýj begleitet, der der letzte war, der ihn lebend gesehen haben soll. Ermordete dieser ihn oder verriet er ihn an die polnischen Grenzer? Warum sollte Turaš aber so töricht gewesen sein, sich ausgerechnet auf denjenigen zu verlassen, vor dem er angeblich warnen wollte? Als die Galizier im Herbst 1939 Mykola Klymyšyn in Krakau beauftragten, die Umstände des Turaš-Besuchs aufzuklären, verweigerte Baranovskýj Klymyšyn ein Gespräch. Und auch Mel'nyk soll allen PUN-Mitgliedern verboten haben, über den Turaš-Besuch zu sprechen.<sup>100</sup>

Die Frage, ob und, wenn ja, von wem Turaš umgebracht worden sein könnte, gilt bis heute als nicht aufgeklärt.<sup>101</sup> Lev Rebet nahm an, nicht die Polen, sondern ukrai-

<sup>99</sup> Vgl. Wysocki, Organizacja, S. 366-367; Revolucyjnyj Provid OUN [= OUN-B], Čomu hula potribna čystka v OUN. Teil 2, o. O., o. J. [März 1941], S. 13, 21-23; nach Volodymyr Kosyk (Hg.), Rozkol OUN (1939-1940). Zbirnyk dokumentiv. L'viv 1999, Dok. 3, S. 13-16.

<sup>100</sup> Vgl. Mykola Klymyšyn, V pochodi do voli. Bd. 1, Toronto 1975, S. 246-247.

<sup>101</sup> Vgl. etwa Torzecki, Polacy i Ukraińcy, S. 23; Bahan, Nacionalizm, S. 118.

nische Nationalisten hätten den Chef der Landesexekutive der OUN umgebracht.<sup>102</sup> Auch Il'nyčkyj schrieb, die OUN habe zwei Optionen gehabt: Sich von Deutschland zu trennen oder »die Bemühungen, die deutsche Politik für das ukrainische Selbstbestimmungsrecht zu gewinnen, noch mehr zu verschärfen.« Sie habe sich für den zweiten Weg entschieden.<sup>103</sup> Turaš habe da im Wege gestanden. Sein Nachfolger wurde sein Organisationsreferent Volodymyr Tymčij (»Lopatynskyj«).

Im Sommer 1939 formalisierte der PUN seine Anpassung an die Achsenmächte. Dies geschah unmittelbar vor Kriegsbeginn – sogar nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts. Am 27. August 1939 tagte von 15 bis 18 Uhr im Eßraum der ehemaligen ukrainischen Gesandtschaft in Rom, die Jevhen Onačkyj weiterhin bewohnte und als Pension bewirtschaftete, der II. »Große« Kongress der OUN.<sup>104</sup>

Manche Pseudonyme der Teilnehmer sind bis heute nicht aufgelöst. Nicht einmal die genaue Zahl ist unumstritten.<sup>105</sup> Daß der Kongreß nur drei Stunden tagte und man im Protokoll stolz war, alle Beschlüsse »ohne irgendeine Diskussion« angenommen zu haben, belegt, daß alles zuvor in Genua von einem kleinen Organisationskomitee vorbereitet worden war.<sup>106</sup>

Mel'nyk trat als »Führer« (vožd') auf und tat seinen Willen kund, »dem heroischen Beispiel« Konovalčes zu folgen. Senyk verlas das »ihm mündlich übermittelte« Vermächtnis des Ermordeten, wonach Mel'nyk sein Nachfolger werden sollte. Petro Mirčuk (der aber gegen Mel'nyk war) betonte in seinem Bericht, dieses Vermächtnis sei nicht einmal in einer Abschrift jemals publiziert worden – er hielt es für eine Fiktion.<sup>107</sup> Ungeachtet dessen wertete Senyk den Applaus im Saal als Akklamation, durch die Mel'nyks de-facto-Führung legalisiert wurde. Dann wurde eine neue Satzung verlesen, die Sciborškyj (lt. Mirčuk nach Weisungen von Senyk und Baranovškyj) verfaßt hatte.

Das neue »System der OUN« (Ustrij OUN), dessen vollständiger Text bei Mirčuk abgedruckt ist, war eindeutig. Zwar war bisher schon vom »Führer« der OUN die Rede gewesen, jedoch bis zum Tode Konovalčes nicht in offiziellen Texten, wo das von *provid* abgeleitete *providnyk* eher als »Anführer« oder gar nur als »Mitglied der Führung« zu verstehen war.<sup>108</sup> Nun hieß es: »Das Haupt des PUN ist als Leiter und

<sup>102</sup> Vgl. Mirčuk, Narys, S. 567-571.

<sup>103</sup> Roman Ilnytzykij [Il'nyčkyj], Deutschland und die Ukraine 1934-1945. Bd. 1, München 1958, S. 236.

<sup>104</sup> Onačkyj hielt sich nach dem Zusammenbruch der UNR mit dieser Pension, in der vor allem amerikanische Touristen abstiegen, journalistischen Arbeiten und Auftritten als Bariton über Wasser; seit 1936 lehrte er am italienischen Ostinstitut in Neapel (Vgl. V. Verstjuk/T. Ostaško, Dijač Ukrainškoj Central'noï Rady. Kyiv 1998, S. 141).

<sup>105</sup> Eingeladen wurden 33; nach Mirčuk kamen mehr als 19, aber weniger als 30, Onačkyj erinnerte sich nur an 12-15 Leute, das Protokoll nannte 22.

<sup>106</sup> Das Protokoll ist publiziert in in: Zinovij Knyš (Hg.), Nepohasnyj Ohon' Viry. Paris 1974, S. 662-664, und Protokol Velykoho Zboru, 27. 8. 1939, in Kosyky, Rozkol OUN, Dok. 5, S. 18-22.

<sup>107</sup> Nach dem Protokoll gab Mel'nyk bekannt, das Vermächtnis werde in einem Safe hinterlegt, zu dem nur der »Hauptkontrollleur« der OUN den Schlüssel habe.

<sup>108</sup> Kentij schrieb darüber undeutlich: »[Konovalč] sah sich nicht in der Rolle eines »Führers«, sondern, seine Verantwortung verstehend, wollte er der erste unter gleichen sein.« (Kentij/Lozyčkyj, »Jevhen Konovalč i počatky dijaj'nosti OUN«, S. 12).

Repräsentant der Befreiungskämpfe der Ukrainischen Nation ihr Führer«<sup>109</sup>. Das Wort *vožd'*, mit dem »Führer« Hitler, dem »Duce« Mussolini, später dem *vožd'* Stalin gleich, kopierte die Terminologie von Faschismus und Nationalsozialismus. Aber nicht nur das. Das »Führerprinzip« wurde eingeführt, indem Mel'nyk nur »Gott, der Nation und dem eigenen Gewissen« verantwortlich erklärt wurde und selbst der PUN nur mehr ein »beratendes und exekutives Organ beim Haupt des PUN« wurde. Nach Mirčuk wurde die OUN dadurch zu einer »elitären« Organisation mit einem typischen Führersystem«.<sup>110</sup>

Was hier kritisch klingt, war aber reine Heuchelei. Zwar kritisierten Mirčuk und andere spätere Bandera-Anhänger diesen Kongress und seine Beschlüsse, jedoch war die Bandera-Fraktion nicht weniger führerorientiert. Und Onačkyjs Nachkriegsbauptung, man sei mit Ausnahme einiger »jungen Leute« gegen Deutschland, das »bereits« den »Lebensraum« in der Ukraine suchte, eingestellt gewesen und habe deshalb in Rom getagt, ist nach dem Stahlpakt nicht nachvollziehbar.<sup>111</sup>

Nach Wysocki gab es ab Mitte der 30er Jahre ein wachsendes Gewicht der »Galizier«, das sich im PUN nicht abgebildet und deshalb zum Konflikt geführt habe. So einleuchtend dies scheint, Wysocki widerspricht sich auch. Einerseits meinte er, die OUN sei in Polen nach 1934 »zerschlagen« gewesen, andererseits kam Mel'nyk schließlich aus Galizien. Warum der Regionalkonflikt betont und der Generationenkonflikt ignoriert wird (wobei einige »Alte« den »Jungen« folgten), ist nicht recht einzusehen.<sup>112</sup>

Die Bandera-Anhänger erkannten später den römischen Kongreß nicht an und werteten als II. OUN-Kongreß erst ihre eigene Veranstaltung im April 1941. Sie beschrieben das Verfahren in Rom mit Worten, die nicht so häufig in den ukrainischen Diskursen auftauchen: »Der von Mel'nyk geführte PUN vollzog [...] eine scharfe Wendung, indem er sich entschied, auf die deutsch-hitleristische Karte zu setzen.«<sup>113</sup>

Diese Interpretation Petro Mirčuks ist signifikant: Indem Mirčuk eine »scharfe Wendung« konstatierte, sprach er die »Vor-Mel'nyk-OUN« davon frei, auf die Nationalsozialisten gesetzt zu haben. Da aber Kontakte zu den Nationalsozialisten nachweisbar sind, mußte er sich zweier Kunstgriffe bedienen, die für dieses Narrativ Gültigkeit erhielten. So erklärte er zum »Prinzip der Außenpolitik der OUN« unter Konovaléc, sich »mit keiner der westeuropäischen Großmächte zu verbinden, aber auch nicht die Kontakte mit ihnen abubrechen«. Da Konovaléc auch eine Repräsentation in England angestrebt habe, habe er demnach »immer Nachdruck auf die breitestmögliche Entfaltung der Arbeit sowohl der OUN-Vertretung in Deutschland als auch in England gelegt«.<sup>114</sup> Damit gab Mirčuk zu, daß der Unterschied doch nicht so groß war, wie er eigentlich belegen wollte: Schon Konovaléc hatte demnach auf die Kontakte zu NS-Deutschland (neben anderen Regierungen) Wert gelegt, Mel'nyk reagierte nur mehr auf den Fortfall der englischen Option. Dies wiederum war nicht

<sup>109</sup> »Holova PUN jak kermanyč i reprezentant vyzvol'nych zimateň Ukraïnskoï Naciï je ũ Voždem«.

<sup>110</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 577-582.

<sup>111</sup> Vgl. »Interv'ju z profesorom Jevhenom Onačkym«, in: Zynovij Knyš (Hg.), *Nepohasnyj Ohon' Viry*. Paris 1974, S. 182-185, hier S. 182.

<sup>112</sup> Vgl. Wysocki, *Organizacija*, S. 311, 366.

<sup>113</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 582.

<sup>114</sup> Ebd.

weiter verwunderlich, hatte doch Großbritannien im April 1939 die Garantieerklärung für Polen abgegeben, wodurch es als potentieller Verbündeter der ukrainischen Nationalisten ausschied.

Die Verengung der OUN-Orientierung auf das NS-Reich versuchte man noch weiter zu entschärfen. Dazu wurde ein Gegensatz zwischen der Wehrmacht und der NSDAP angenommen und die Verbindungen der Konovaléc-OUN auf die Wehrmacht reduziert:

»Bei ihrer bisherigen Arbeit in Deutschland unterhielt die OUN gewisse Kontakte mit deutschen Militärkreisen (»Wehrmacht«), die die ganze Zeit über Vorbehalte gegenüber der Ideologie und der Politik der Hitlerpartei äußerten. Zwischen diesen beiden Kräften – der Hitler-Partei und der Wehrmacht – bestand ein grundsätzlicher Unterschied in den Fragen, die die Zukunft Osteuropas betrafen. Während die Bemühungen der deutschen Militärkreise darauf aus waren, die Fesseln des schändlichen Versailler Vertrages abzuschütteln und Deutschland die Grenzen von vor dem November 1918 zurückzugeben, und ein möglicher Krieg mit der UdSSR für sie nur ein Faktor der Beseitigung einer Gefahr war, versuchte die Hitler-Partei ganz Osteuropa in eine deutsche Kolonie und in ein Gelände für dessen schrittweise Beherrschung mittels deutscher Siedler zu verwandeln.«<sup>115</sup>

Natürlich ist es verwegen, von einer grundsätzlichen Scheidung von Militär und deutscher Politik zu sprechen. Dieser fiktive Gegensatz, der für gewisse Persönlichkeiten, jedoch gewiß nicht für die Wehrmacht als Ganzes galt, die Hitler zunehmend bewunderte und folgte, sollte für den ukrainischen Nationalismus das Hauptargument zur eigenen Rechtfertigung bleiben und die Differenz zwischen Partei und Armee wurde im Juni 1941, im Frühjahr 1944 (bei den Abkommen der UPA mit den Deutschen), im Herbst 1944 und selbst noch im Frühjahr 1945 immer wieder behauptet, ohne dadurch zutreffender zu werden. Zeitgenossen und apologetische Historiker nutzten diese Scheidung jedoch als wichtigsten Beleg ihrer Rechtschaffenheit:

»Deswegen waren die Kontakte der OUN mit den deutschen Militärkreisen aus der Sicht der ukrainischen Interessen zweckmäßig, aber jede mögliche Zusammenarbeit mit der Hitler-Partei schädlich.«<sup>116</sup>

Für den OUN-B-Historiker Petro Mirčuk haben nur die späteren OUN-M-Nationalisten diese »Wendung« zur NS-Politik vollzogen, was wiederum von den OUN-M-Repräsentanten heftig bestritten wurde. Das Bandera-Narrativ lief darauf hinaus, daß »den neuen Kurs der OUN-Politik in Deutschland auch neue Leute repräsentieren mußten«: Jary sei daher als OUN-Repräsentant in Deutschland entmachtet worden, und die Deutschland-Verbindungen hätten Baranovskýj, Senyk und Mykola Suško übernommen.<sup>117</sup> Richtig ist daran, daß Jary tatsächlich an Einfluß verlor, was auch mit seiner jüdischen Frau zusammenhängen mochte, die man den Deutschen ebenso wenig zumuten wollte, wie die Sowjetunion 1939 einen jüdischen Außenminister. Richtig ist auch, daß Jary sich als einziger der »alten« Emigranten der Bandera-Gruppe anschloß und bereits im Sommer 1939 in Wien in der Landstraßer Hauptstraße ein eigenes Büro hatte, das beim »Establishment« des PUN Mißtrauen erregte. Aber ebenso stimmt natürlich auch, daß die Bandera-Leute nicht weniger mit den Deutschen

<sup>115</sup> Ebd., S. 583.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Ebd.

zu kollaborieren wünschten als die Mel'nyk-Anhänger; sie gingen nur weniger taktisch durchdacht vor.

Kapustjanskyj datierte für die Mel'nykivci den Bruch mit Jary auf den Kongreß vom August 1939. Wieder einmal sei es um Geld gegangen. Mel'nyk habe von Jary Rechenschaft über Mittel verlangt, die in Übersee für den Befreiungskampf gesammelt worden waren. Er habe auch diesen »begabten, energischen, aber allzu ambitionierten Menschen« dadurch verärgert, daß er ihn nicht in den neuen Dreier-Vorstand (Baranovskýj, Kapustjanskyj, Senyk) der OUN berief. Jary soll in den Couloirs des Kongresses wütend gerufen haben »Dann wird jetzt Krieg sein!«, und von diesem Zeitpunkt an (!) begonnen haben, eine Opposition zu formieren und »gestützt auf deutsche Faktoren« die Spaltung der OUN zu betreiben, »was den Interessen des III. Reiches und seinen Kolonisationszielen« entsprochen habe.<sup>118</sup> Danach hätte sich die künftige Bander-Fraktion an den NS-Zielen orientiert. Beide Fraktionen beschuldigten also einander, an der Spaltung schuld zu sein, beide datierten den Bruch auf die Zeit vor dem 1. September 1939 – und beide hielten es nach dem Zweiten Weltkrieg für erwiesen, daß die jeweils andere sich (im Unterschied zu ihr selber) an deutschen Vorgaben orientiert habe.<sup>119</sup>

Die Deutschen waren an einer Spaltung der ukrainischen Nationalisten überhaupt nicht interessiert. Sie präferierten eine einheitliche Repräsentation aller Ukrainer und verstanden sich nur widerwillig dazu, separate Organisationsstrukturen der Ukrainer zu tolerieren. Die gegenseitigen Vorwürfe belegen letztlich nur eines: Daß man die Bindung der OUN (jedenfalls der jeweiligen Gegenfraktion) an die Deutschen für ein Faktum hielt, von dessen Anruchigkeit man nach 1945 die eigene Gruppe freisprechen wollte.

Petro Mirčuk übte Kritik daran, daß sich der PUN im Sommer 1939 darauf konzentriert habe, einen »Ukrainischen Weststaat« (Ukraińska Zachidnja Deržava) im Ergebnis eines Krieges zwischen Deutschland und Polen zu schaffen.<sup>120</sup> Für ihn war dies ein Verrat an der *sobornist*!. Aber Mirčuk blieb seinen Lesern die Erklärung dafür schuldig, warum ein ukrainischer Staat auf den ehemals polnischen Gebieten schlechter sein sollte als der noch kleinere karpatho-ukrainische Staat, für den sich die »Revolutionäre« eingesetzt hatten. An dieser Stelle merkt man, daß es nicht um die Stringenz der Argumentation ging, sondern die nachträgliche Rechtfertigung der eigenen Position. Und daß man eines erkennen kann: Der PUN unter Mel'nyk paßte sich tatsächlich seinen potentiellen Helfern an, aber im Grunde war er den Doncovschen Maximen nur konsequenter treu als die »Revolutionäre«. Die Gedanken über einen Weststaat dokumentierten, daß der PUN im Sommer 1939 damit rechnete, von den

<sup>118</sup> »Nu! teper bude vojna!« Mykola Kapustjanskyj, »Vijškova pidhotovka OUN«, in: Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv 1929-1954. o. O. [Paris] 1954, S. 115-139, hier S. 135. – Schon die »Couloirs« zeugen von Dramatisierung: Der Kongress fand in der Pension Onačkyjs statt.

<sup>119</sup> Der polnische Geheimdienst nahm im Sommer 1939 an, es gebe drei ukrainische Nationalistenorganisationen, den PUN unter Mel'nyk, eine »deutsche OUN« unter Jary und eine »polnische OUN«. Die sowjetische Literatur folgte in dieser Hinsicht den polnischen Angaben (Vgl. Zamlynskyj, Šljach, S. 67) und bescheinigte Mel'nyk sogar Meinungsverschiedenheiten mit den Deutschen. Aber auch wenn diese Meinungsverschiedenheiten bestanden, ist die Annahme unterschiedlicher Organisationen abwegig. Bestenfalls zeichneten sich die Bruchlinien stärker als zuvor ab.

<sup>120</sup> Mirčuk, *Narys*, S. 584.

Deutschen bei der nahenden Eroberung Polens einen Teil der Beute abzubekommen. Daher ist auch verständlich, daß für ihn eine andere Orientierung nicht in Frage kam.

### 3. POLNISCHE MASSNAHMEN GEGEN UKRAINER 1939

Man hat sich daran gewöhnt, im Kontext der perfiden deutschen Politik gegenüber Polen im Jahre 1939 die polnische Seite ausschließlich als Opfer wahrzunehmen. Aber nicht nur hat Polens Regierung sich an die deutschen Annexionsakte 1938/39 angelehnt, sie blieb im Inneren bei einer Politik, die mit den nationalen Minderheiten unfreundlich umging. Nach dem Tode Piłsudskis wurde die Politik gegenüber den Ukrainern Wolhyniens neu überdacht, primär unter die Regie des Militärs gestellt und gegen die ukrainische Minderheit ausgerichtet. Ziel war zunächst die »ethnische Assimilierung« der Ukrainer.<sup>121</sup> Mit den Verschmelzungsmaßnahmen ging aber auch Verfolgung einher. Für die ukrainischen Kerngebiete war dies die Revindikation (Wiedergewinnung) polnischer Positionen, für deren Verlust die Teilungsmächte verantwortlich gemacht wurden. Diese Maßnahme betraf Einrichtungen (Kirchen) und Menschen. Im kernpolnischen Gebiet war es die Politik gegenüber einzelnen Personen und ein Versuch, die Ukrainer aus dem öffentlichen Dienst zu eliminieren. Ein Beispiel war die Entlassung Volodymyr Kubijovyč, die ohne weiteres mit den Maßnahmen vergleichbar war, die das nationalsozialistische Deutschland ab 1933 gegen politisch »Unzuverlässige« vollzog.

#### a) Der Fall Kubijovyč

Volodymyr Kubijovyč (1900-1985) hatte eine polnische Mutter und einen ukrainischen Vater, er hatte polnische Schulen besucht und sprach Ukrainisch mit polnischen Kontaminationen. Auch seine Frau war Polin und die beiden Töchter wurden unterschiedlich römisch- bzw. griechisch-katholisch getauft.<sup>122</sup> Dennoch verstand er sich als Ukrainer,<sup>123</sup> diente ohne besonderen Erfolg 1918/19 in der UHA, studierte anschließend in Krakau Geographie und Geschichte, wobei sich sein wissenschaftliches

<sup>121</sup> Vgl. Schenke, Nationalstaat, S. 409.

<sup>122</sup> Seine Mutter stammte aus einer getauften jüdischen Familie. Daß er seinen Cousin Kazimierz zitiert, diesen »paar Tropfen jüdischen Bluts« verdankten sie »ihren Beitrag zur Wissenschaft«, ist natürlich Nonsense und belegt nur die Verbreitung von Stereotypen. Vgl. Volodymyr Kubijovyč, *Meni 85*. Paris/München 1985, S. 11-12; Olech Šablić, *Volodymyr Kubijovyč*. Paris/L'viv 1996, S. 23, 106-07. Seine Frau trennte sich 1940 von ihm, die Trennung wurde 1944 offiziell, und sie begleitete ihren Mann 1945 auch nicht nach Deutschland. In der Volksrepublik Polen änderte sie ihren Namen und blieb nach anfänglichen Schwierigkeiten unbehelligt, ohne die Verbindung zu ihrem Ex-Mann wiederaufzunehmen (Vgl. Kubijovyč, *Meni 85*, S. 53-54).

<sup>123</sup> »Darauf, daß ich Ukrainer wurde, hatte nicht nur mein Vater Einfluß, sondern auch die Einstellung meiner Mutter, die dem Ukrainertum positiv gegenüberstand, und die antiukrainischen Auftritte meiner Umgebung in meiner Kinderzeit« (Kubijovyč, *Meni 85*, S. 36).

Interesse sehr bald der Ukraine zuwandte. Damit ist er – ähnlich wie Jary, Konovaléc, Šeptyčkyj, Lypynskyj und andere – ein Beispiel dafür, daß es bei der Identifizierung mit der Ukraine nicht um eine essentialistische Kategorie ging, sondern um eine subjektive Identitätskonstruktion, an deren Beginn mehrere Optionen standen. Wir unterstreichen dabei, daß dies keineswegs ein Manko, sondern nur ein sonst nicht so deutlich erkennbares Merkmal jeglicher nationaler Selbstanalyse und -einordnung ist.

1923 wurde Kubijovyč promoviert, er arbeitete (eingeständenermaßen nicht aus Neigung)<sup>124</sup> als Gymnasiallehrer, habilitierte sich 1928 auf der Basis von Arbeiten über Hirten in den Beskiden und erhielt die *venia legendi* für Anthropogeographie Osteuropas.<sup>125</sup> Nun konnte er als Dozent der Jagiellonischen Universität wirken, und er tat dies mit wissenschaftlich auch von Gegnern anerkannten Arbeiten – einem Atlas und einem Sammelwerk zur Geographie der Ukraine und der angrenzenden Gebiete.<sup>126</sup> Mit den Karten und Diagrammen zu seinem Atlas gestaltete er eine Ausstellung, die in Berlin (s. S. 720), Sofia (auf einem internationalen Geographenkongress) und verschiedenen Orten Galiziens gezeigt wurde. In Warschau gelang ihm das nicht, weil das Pressebüro des Ministerpräsidenten dagegen Einspruch erhob, daß Kubijovyč westlich des Zbruč gelegene Territorien als ethnisch ukrainisch bezeichnete.<sup>127</sup>

Lassen wir es dahingestellt, in welchem Maße der Nachfolger seines langjährigen Betreuers Lubomir Sawicki (1884-1928), der Geograph Jerzy Smoleński (1881-1940), und sein Lemberger Kollege Eugeniusz Romer (1871-1954), beide polnisch-national eingestellt und auf Kubijovyč, der ihnen sachliche Fehler nachwies, nicht gut zu sprechen, dazu beigetragen haben, daß das Ansehen, welches Kubijovyč anfangs auch bei Polen genoß, bröckelte. Daß Kubijovyč in *Doncovs Blatt* schrieb, wird auch nicht ohne Folgen geblieben sein.<sup>128</sup> 1932 hatte er in Prag Ivan Mirčuk kennengelernt und im selben Jahr noch einen Vortrag am UWI und vor der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin gehalten. Das wäre nicht weiter schlimm gewesen, denn sowohl Sawicki als auch Smoleński hatten bei Albrecht Penck (1858-1945) in Berlin studiert. Aber 1936 stellte Kubijovyč nicht nur seine Unterlagen in Berlin aus, sondern hielt auch vor der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas einen Vortrag über die polnisch-ukrainischen Beziehungen. Er selber meinte, der Vortrag sei allgemein gehalten und mit demographischem Material gestützt gewesen, und noch 1985 war er überzeugt, die »polnischen Kreise« hätten nichts davon erfahren, nur die deutsche »politische Polizei«. <sup>129</sup> Tatsächlich war aber der polnische Geheimdienst informiert und berichtete nach Warschau.

Deshalb sollte die Jagiellonische Universität auch schon 1936 gegen Kubijovyč vorgehen. Das Rektorat forderte von der Philosophischen Fakultät Material über Kubijovyč an, dieses wurde auch geliefert – und die Affäre verlief im Sande. Zwar wurde ein Disziplinarverfahren angeregt, aber daraus wurde nichts, und die Unterla-

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 50.

<sup>125</sup> Vgl. Šabliij, Kubijovyč, S. 38-54.

<sup>126</sup> Volodymyr Kubijovyč, *Atlas Ukraïny i sumežnych kraïv*. L'viv 1937; ders. (Hg.), *Geografija Ukraïnskych i sumežnych zemel'*. Bd. 1, L'viv 1938.

<sup>127</sup> Vgl. Šabliij, Kubijovyč, S. 82.

<sup>128</sup> Vgl. Kubijovyč, *Meni* 85, S. 57-60.

<sup>129</sup> Ebd., S. 180.



gen »verschwanden« auch. Offenbar hatte niemand in Krakau 1936 Interesse, sich damit näher zu beschäftigen oder die Universität zu exponieren.<sup>130</sup>

Zwei Jahre später war das anders. In der Militärzeitschrift *Polska Zbrojna* erschien im November 1938 ein Artikel, der sich gegen die gerade veröffentlichte »Geographie« Kubijovyč wandte. Zwar gab der Verfasser vor, er sei »nicht an der wissenschaftlichen, sondern an der publizistischen Tätigkeit des Doktor Kubijowicz« interessiert, aber tatsächlich kritisierte er, daß das ukrainische ethnische Siedlungsgebiet bei Kubijovyč bis über den San reichte und daß er die Zensusdaten von 1931 durch eigene Berechnungen ersetzt habe. Der Artikel hatte zum Aufhänger, daß »ausländische Propaganda« bezweifle, daß Polen ein Nationalstaat sei. Das Buch Kubijovyč munitionierte diese Auslandspropaganda auf. Und dann benutze der Verfasser auch noch »demonstrativ« den Titel eines Dozenten der Jagiellonischen Universität, um seiner Propaganda Autorität zu verleihen. Dagegen müßten die polnische Wissenschaft, Publizistik und Gesellschaft einschreiten.<sup>131</sup>

Wieder traf in Krakau daraufhin eine Aufforderung aus Warschau ein, sich des Falls anzunehmen. Am 20. Januar 1939 tagte der Rat der Philosophischen Fakultät. Smoleński referierte, und man bildete eine Kommission. Am 10. Februar versuchte der Dekan Stanisław Estreicher (1869-1939) ergebnislos, an die früheren Unterlagen über Kubijovyč heranzukommen. Es ging jedoch offenbar auch so, die Kommission erstattete dem Rat am 5. Mai Bericht. Der Verlauf der Beratungen ist nicht dokumentiert, da es nur ein Beschlußprotokoll gibt. In der Abstimmung sprachen sich 24 Fakultätsmitglieder bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen für die Aberkennung der *venia legendi* aus. Der Minister für Religionsbekenntnisse und öffentliche Bildung erkannte daraufhin Kubijovyč am 16. Juni 1939 die Lehrbefugnis (*prawo wykładania*) ab.<sup>132</sup> Gleichzeitig wurde er auch aus seinem »Nebenberuf« als Gymnasiallehrer entlassen

<sup>130</sup> Estreicher an Lehr-Splawiński, 10. 2. 1939 mit Bezug auf Schreiben vom 11. 5. 1937; Archiwum Uniwersytetu Jagiellońskiego Kraków (AUJK), S II 619, nach Šablij, Kubijovyč, S. 103. Šablij wußte nicht, daß sich die polnische Staatspolizei mit der Berlin-Reise befaßte und nahm daher an, daß ein Artikel in der Warschauer *Polityka*, in dem Kubijovyč Romer kritisierte, der Auslöser der Aktion war. In seinen Memoiren gab Kubijovyč an, der damalige Dekan und sein Intimfeind Smoleński habe sich aus der Affäre ziehen wollen, indem er Kubijovyč vorgeschlagen habe, zwei Jahre lang nicht zu lehren und aufgrunddessen die *venia legendi* entzogen zu bekommen. Das hätte die Universität vor dem Makel bewahrt, politische Verfolgung praktiziert zu haben. Kubijovyč ließ sich darauf nicht ein; dieser Vorgang ist allerdings nur in seinen Erinnerungen erzählt (Vgl. Kubijovyč, Meni 85, S. 63).

<sup>131</sup> Tadeusz Jagmin, »U źródle antypolskiej propagandy«, *Polska Zbrojna* 22. 11. 1938, nach Šablij, Kubijovyč, S.95-99. Šablij nahm hier an, es habe sich um eine Intrige Romers gehandelt, der über seinen Bruder, der General war, Beziehungen zum Militär und seinen Organen hatte (Vgl. ebd., S. 106). Das sind jedoch bisher nur Spekulationen. Offen trat jedenfalls kein polnischer Wissenschaftler gegen Kubijovyč auf (Vgl. ebd., S. 100). Kubijovyč selber schrieb jedoch später stolz, er habe »den Titel des Dozenten für die ukrainische Arbeit genutzt« (Vgl. Kubijovyč, Meni 85, S. 62).

<sup>132</sup> Protokół III. zwyczajnego posiedzenia Rady Wydziału Filozofii UJ, 20. 1. 1939; Protokół VI. zwyczajnego posiedzenia Rady Wydziału Filozofii UJ, 5. 5. 1939; AUJK WF II 49, nach Šablij, Kubijovyč, S. 100-102; Estreicher an Lehr-Splawiński, 10. 2. 1939 mit Bezug auf Schreiben vom 11. 5. 1937; Archiwum Uniwersytetu Jagiellońskiego Kraków (AUJK), S II 619, nach ebd., S. 103; Minister für Religionsbekenntnisse und Öffentliche Bildung an Kubijowicz, 16. 6. 1939; Faksimile in ebd, S. 104. Nach Kubijovyč geschah dies in Polen »zum ersten (und einzigen) mal« (Kubijovyč, Meni 85, S. 63).

(von Höregeldern als Privatdozent konnte man keine Familie unterhalten).<sup>133</sup> So war es nur logisch, daß der Geograph sich an das UWI in Berlin mit der Bitte wandte, ihm eine Arbeitsstelle zu verschaffen – der Krieg kam einer Konkretisierung zuvor.<sup>134</sup>

Die Entlassung Kubijovyč erfolgte, als Maßnahmen gegen Ukrainer im öffentlichen Dienst Polens bereits beschlossene Sache waren. Begonnen hatte das Verfahren jedoch (im November 1938 bzw. Januar 1939) zu einer Zeit, in der die deutsche Verbindung nicht als verwerflich galt. Im Artikel in der *Polska Zbrojna* kam daher auch Deutschland nicht vor. Der entlassene Geograph hatte sich bis dahin keiner ukrainischen Gruppierung angeschlossen. Die existenzielle Gefährdung traf ihn in einem Land, das verbal die Freiheit der Wissenschaft für einen hohen Wert hielt und ihm bis dahin außer informellen Unannehmlichkeiten nicht geschadet hatte, ziemlich unerwartet.

In Galizien wurde Kubijovyč nach dem deutschen Einmarsch Vorsitzender des Ukrainischen Hauptausschusses, der sich darum bemühte, die Lage der Ukrainer mithilfe der Deutschen zu Lasten von Polen und Juden zu verbessern. Es ist leicht nachzuempfinden, daß Kubijovyč wenig Drang verspürt haben dürfte, den Staat Polen gegen die Deutschen in Schutz zu nehmen. Mit dem intelligenten und eloquenten Wissenschaftler hatten die polnischen Nationalisten ihrer ukrainischen Minderheit einen fähigen Sprecher verschafft, dem an der Wiege von seiner polnischen Mutter diese Entwicklung sicher nicht gesungen worden war.

### b) Der Lubliner Plan

Was Kubijovyč hier widerfuhr, war Anfang 1939 noch ein Einzelfall. Es entsprach jedoch einer breiter angelegten Aktion. Im Laufe der Jahre 1938/39 verschärfte sich die polnische Ukrainer-Politik so, daß auch loyale Bürger zunehmend von ihr abgestoßen wurden. So wie sich das Verhalten der eigentlich Piłsudski nacheifernden Regierungselite auch in dem Verhältnis zu den Juden immer stärker den Positionen der Nationaldemokraten annäherte, paßte es sich auch in der Ukrainerpolitik der radikalen Rechten an.

Der Stanislauer unierte Bischof Chomyšyn, ein Advokat der Loyalität zu Polen, beschwerte sich beim päpstlichen Nuntius Filippo Cortesi (1876-1947) über die Behandlung der Ukrainer.<sup>135</sup> Was in der Öffentlichkeit bekannt war, war jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Mit dem Blick auf einen möglichen Krieg wurden in Polen Maßnahmen vorbereitet, um die nationalen Minderheiten aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Was zunächst gegen Deutsche, Juden und Ukrainer gleichermaßen galt, verengte sich dann auf Deutsche und Ukrainer.

Die einschlägigen Dokumente wurden in Polen veröffentlicht,<sup>136</sup> aber die oft nationalapologetische polnische historische Literatur schenkte diesen Plänen wenig Beachtung. Wenn auf sie hingewiesen wurde, versteckte man diese Feststellung in wenigen

<sup>133</sup> Vgl. Šablji, Kubijovyč, S. 105.

<sup>134</sup> Vgl. ebd., S. 59.

<sup>135</sup> Vgl. *Diariusz i teki Jana Szembeka*, Bd. 4, S. 563 (Eintrag vom 17. 4. 1939).

<sup>136</sup> Jan Keşik, »Dokumenty w sprawie polityki narodowościowej władz polskich na kresach wschodnich w latach 1937-1939«, *Dzieje Najnowsze* 24 (1992), H. 1-2, S. 180-194. Siehe auch die folgenden Anmerkungen.

harmlos klingenden Sätzen.<sup>137</sup> Dabei handelte es sich bei den Projekten um keine Kleinigkeit. Federführend war die Wojewodschaft Lublin, die Mitte der 1930er Jahre mit dem hier entstehenden neuen »Zentralen Industrieviertel« (Centralny Okręg Przemysłowy – COP) rüstungspolitisch in den Vordergrund trat. Nach Kęsik steckte das Militär dahinter, das »aus der Natur der Dinge zu politischem Handeln völlig unfähig« sei. Das war sicher so, aber es handelte dann die staatliche Verwaltung. Und die Politik war nicht nur von regionaler Bedeutung. Kęsik und Potocki sahen sie in einem größeren Zusammenhang, Kubijovyčs Entlassung zeigte einen weiteren Betätigungskreis auf, und man kann Kęsik durchaus folgen, wenn er von einer »Umwertung« der polnischen Nationalitätenpolitik seit der Mitte der 30er Jahre schreibt.<sup>138</sup>

Am 31. Januar 1935 hatte der Lubliner Wojewode Józef Różniecki (1890-1944) eine erste Informationskonferenz der Verwaltungschefs der Wojewodschaft und des Militärs (Stabsoffiziere des II. Korps) zusammengerufen, um die »ukrainische Frage« zu diskutieren. Der COP war in der Planungsphase und der Pieracki-Mord ein halbes Jahr her. Zudem schien nach der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung nur von den Ukrainern (und für das Militär auch von den Juden) eine Gefahr auszugehen. Hauptmann Michowski erklärte: »Der Staat muß die für ihn schädliche, zu weitgehende und durch die faktischen Bedingungen nicht gerechtfertigte Toleranz aufgeben. Im Namen der eigenen Existenz muß auf dem Gebiet der Chełmer Landes das Problem der ukrainischen Minderheit ganz liquidiert werden [...]«. <sup>139</sup> Orthodoxe Gemeinden sollten ausgedünnt, nichtpolnische Bewohner des Gebiets in mehrheitlich polnische Gebiete umgesiedelt werden, an ihrer Stelle wollte man Polen ansiedeln. Das Militär forderte ein »kategorisches Programm« für die allernächste Zukunft. Ukrainer sollten möglichst bis Ende 1935 aus dem Forst-, Bahn- und Schuldienst entlassen werden.<sup>140</sup> Das geschah dann aber doch nicht so rasch; die am selben Tag verfassten Richtlinien des Wojewoden enthielten eine Reihe milderer Formulierungen – so wollte er etwa »das ukrainische Element nur mit positiven Methoden dauernd für den Staat und die polnische Kultur und Nationalität gewinnen«. Dafür sollte aber eine »rücksichtslose Separierung« von Kleinpolen (Ostgalizien) und Wolhynien stattfinden. Die Orthodoxie sei zu polonisieren, die ukrainische Jugend solle mit Fürsorglichkeit geworden werden, wobei es für Loyalität Vergünstigungen geben sollte.<sup>141</sup>

Durchgesetzt hat sich dann aber doch das Militär. Das im Dezember 1936 eingesetzte Koordinierungskomitee unter seiner Leitung begann mit der Ansiedlung pol-

<sup>137</sup> Potocki etwa benutzt dabei Begriffe wie »Pläne der nationalen Konsolidierung« (plany konsolidacji narodowej) und »Komplexlösung der ukrainischen Frage auf dem Staatsgebiet« (kompleksowe rozwiązanie zagadnienia ukraińskiego na terenie państwa) (Potocki, *Polityka*, S. 27, 201). Um zu erkennen, wie hier Apologetik getrieben wird, wende man einmal diese Begriffe auf die sehr ähnlichen NS-Regelungen vom 7. April 1933 an.

<sup>138</sup> Kęsik, »Dokumenty«, S. 183. Gondek behauptete, die Ukrainer hätten sich besonders für den COP interessiert und die deutsche Abwehr mit Informationen versorgt – einen Beleg führt er dafür nicht an (Vgl. Gondek, *Działalność*, S. 263). Auch Torzecki hielt die ukrainierfeindliche Politik für »wenigstens teilweise durch Überlegungen zur Verteidigungsbereitschaft des Landes gerechtfertigt« (Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 21).

<sup>139</sup> Zygmunt Mańkowski, »Dokument w kwestii ukraińskiej«, *Akcent* (Lublin) Bd. 11, Nr. 1-2 (39-40) 1991, S. 169-174, hier S. 170.

<sup>140</sup> Ebd.

<sup>141</sup> Ebd., S. 171-174.

nischer Kolonisten und der Polonisierung und Katholisierung der ukrainischen Einwohner.<sup>142</sup> Auf einer zweiten Konferenz am 4. März 1938 ging es eher um theoretische Fragen, der neue Wojewode Jerzy Albin de Tramecourt (1889-1939) war ehemaliger Berufssoldat und hatte inzwischen begonnen, über hundert orthodoxe Kirchen und Kapellen zerstören zu lassen. Er charakterisierte diese Sitzung als »Grundlage für die weitere planmäßige Verwirklichung der polnischen Staatsraison auf diesem so wichtigen Abschnitt sowie zur Dokumentation für die Nachfahren, daß diese Angelegenheiten der Gegenstand unserer besonderen Sorge waren.«

Kęsik und Potocki sahen die polnischen Planungen als Teil eines Verfahrens, das eine »ethnische Homogenisierung« der von Ukrainern mitbewohnten Gebiete Polens zum Ziel hatte. Was für die Nationaldemokraten ein Fernziel war, wollte also die Obristenclique der Sanacja tatsächlich durchführen. Das Ende der »Normalisierungsphase« mit UNDO, die Einstellung des auf Kooperation ausgerichteten *Biuletyn polsko-ukraiński*, die Abberufung Józewskis aus seiner wolhynischen Wojewodschaft und damit das Ende seines »Experiments«, die Einführung polnischer Pflichtpredigten in orthodoxen Kirchen, die Katholisierung (rewindykacja) von Gütern und Menschen bildeten die eine Seite der Medaille, die Ansiedlung von polnischen Kolonisten und die Konstruktion eines polnischen Kleinadels in den Grenzgebieten die andere. Handelte es sich dabei jedoch um »konventionelle« Maßnahmen, so gab es nun auch andere Aspekte.

Der Leiter der Ostabteilung des polnischen Außenministeriums, Tadeusz Kobylański, warnte den deutschen Diplomaten Rudolf von Scheliha am 17. November 1938 davor, die Karpatho-Ukraine als ukrainisches Piemonte gegen Polen zu benutzen, und deutete zugleich an, daß Polen nichts gegen eine deutsche Einflußsphäre in der Sowjetukraine einzuwenden hätte. Die Sowjetukraine habe 1929-1933 Millionen Bauern und danach ihre Intelligencija verloren, so daß sie nach der Sowjetherrschaft ein günstiges Ansiedlungsgebiet für ländliche Ukrainer aus Polen sein könne. Auch die ukrainische »Intelligenz« aus Galizien könne man in die »eigentliche Ukraine« umsiedeln, das »national indifferente Element« dagegen polonisieren. Nach der sowjetischen Version dieses Gesprächs (vermutlich haben von Scheliha oder Kobylański – oder beide – darüber den sowjetischen Geheimdienst informiert) soll Kobylański seinem Gesprächspartner ausdrücklich eine »Teilnahme am Feldzug gegen die Sowjetukraine an der Seite Deutschlands« für den Fall angeboten haben, daß Deutschland in der Karpatho-Ukraine-Frage zurückstecke.<sup>143</sup>

<sup>142</sup> Waldemar Kozyra, »Administracja wojewódzka wobec ludności ukraińskiej na Lubelszczyźnie w latach 1919-1939«, in: Zygmunt Mańkowski (Hg.), *Pogranicze. Studia z dziejów stosunków polsko-ukraińskich w XX wieku*. Lublin 1992, S. 19-32, hier S. 29-32. – Die Aktion gegen die orthodoxen Kultstätten wurde im Sommer 1939 aus Zweckmäßigkeitserwägungen eingestellt. Vgl. auch Sowa, *Stosunki*, S. 61.

<sup>143</sup> Żerko, *Stosunki*, S. 139-140; *SSSR v bor'be za mir nakanune vtoroj mirovoj vojny*. Moskva 1971, Dok. 45. Daß die Sowjetukraine »entvölkert« sei, ging auf Informationen zurück, die der polnische Botschafter Grzybowski in Warschau verbreitet hatte (Vgl. *Diariusz i teki*, Bd. 4, S. 380 [Eintrag vom 10. 12. 1938]). Die Überlegungen, die Ukrainer aus Galizien mit deutscher Hilfe auszusiedeln, standen nicht isoliert da. Władysław Studnicki formulierte sie ähnlich in seinem 1939 konfiszierten Buch: »Die ukrainische Frage der Schaffung einer selbständigen Ukraine kann mit Polen oder gegen Polen gelöst werden. Gegen Polen kann sie uns das Östliche Kleipolen und Wolhynien nehmen, mit Polen bietet sie Kolonisierungsgebiete für die Ukrainer in Polen und sichert so auf Dauer un-

Diese Vision lag auf der Linie, die der rechte polnische Publizist Adolf Bocheński 1937 formuliert hatte. Er forderte eine Politik der Stärke, warnte vor dem »principe des nationalités«, hielt aber in bezug auf einen ukrainischen Staat jenseits des Zbruč die »guten Seiten« für »größer als die bösen Seiten« einer solchen Entwicklung. In der damit verbundenen Zerschlagung »Rußlands« sah Bocheński einen großen Vorteil.<sup>144</sup>

Potocki hielt die Aussagen Kobylańskis für die erste Konkretisierung der Pläne zur »nationalen Konsolidierung«.<sup>145</sup> Sie besaßen den »Charme«, daß man den UNR-Verbündeten (die ja 1919/20 auf Galizien verzichtet hatten) eine Möglichkeit gelassen hätte, ihr Gesicht zu wahren, und bei der Unterstützung einer Ost-Ukraine eine deutsch-polnische Verständigung möglich schien. Im Januar 1939 setzten dann konkrete Maßnahmen ein, Galizien und Wolhynien zu polonisieren.<sup>146</sup> Der Ministerrat stellte seinen Mitgliedern die Aufgabe, in ihren Ressorts die Polonisierung Ostgaliziens zu planen, woraus anschließend ein Gesamtprojekt der Regierung entstehen sollte.<sup>147</sup> Die christliche Orthodoxie in Ostpolen sollte direkt bekämpft werden: Zwei der drei bestehenden orthodoxen Gymnasien spätestens 1940 geschlossen werden.<sup>148</sup>

Und das Lubliner Projekt wurde wiederaufgenommen: Eine dritte Konferenz fand am 23. Februar 1939 statt.<sup>149</sup> Ihr Ziel war, wie der Lubliner Wojewode ausführte, die »Koordinierung der Personenpolitik in bezug auf die ukrainische und die deutsche Minderheit«.<sup>150</sup> Die Assimilationspolitik gegenüber den Ukrainern, die sein Vorgänger noch verfochten hatte, sei »vom Beginn der Unabhängigkeit Polens an falsch« gewesen und habe nur dazu beigetragen, unter »Treibhausbedingungen« kommunistisch, wirtschaftlich (genossenschaftlich) und religiös begründeten Irredentismus zu fördern.<sup>151</sup> Auch wenn die KPZU aufgelöst, die OUN wenig aktiv und die Lubliner Genossenschaften aus dem ukrainischen Revisionsverband in Lemberg gelöst worden seien, sei nach der Sudetenkrise deutlich geworden, daß auch der »ein-bißchen-Ukrainer« (»trochę Ukrainiec«) nationalistisch eingestellt sei, »früher oder später in den Reihen von OUN, FNJe oder KPZU landen« und »im Falle eines Krieges gemäß den Instruktionen ukrainischer Führer in den Wald gehen« werde, »wo er auf weitere Befehle warten wird«.<sup>152</sup>

seren Besitz des Östlichen Kleinpolen und Wolhyniens.« (Władysław Studnicki, *Wobec nadchodzącej II-jej wojny światowej*. Warszawa 1939, nach ders., *Pisma Wybrane*. Bd. 2, Toruń 2001, S. 341).

<sup>144</sup> Adolf Bocheński, *Między Niemcami a Rosją*. Warszawa 1937, S. 89, 182-4.

<sup>145</sup> Potocki, *Polityka*, S. 200-201.

<sup>146</sup> Ebd., S. 203-210.

<sup>147</sup> Vgl. Chojnowski, *Koncepcje*, S. 237.

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 238-239.

<sup>149</sup> Die Datierung der in den Akten des Wojewodschaftsamtes Lublin undatierten Unterlagen folgt dabei Horoch, bei Sowa (Stosunki, S. 64) dagegen »Januar«. Vgl. Emil Horoch, »Plan eliminacji Ukraińców ze służb publicznych i ważniejszych gałęzi własności prywatnej w województwie lubelskim w latach 1939-1941«, in: Zygmunt Mańkowski (Hg.), *Pogranicze. Studia z dziejów stosunków polsko-ukraińskich w XX wieku*. Lublin 1992, S. 43-46.

<sup>150</sup> »Program dzisiejszego zebrania przewiduje uzgodnienie polityki osobowej w odniesieniu do mniejszości ukraińskiej i niemieckiej«. Wojewode Lublin, »Polityka osobowa w odniesieniu do mniejszości ukraińskiej i niemieckiej«, o. D. [1939], APL, UWL WSP 428, Bl. 1-11, hier Bl. 1. – Teilveröffentlichung in Kęsik, »Dokumenty«, S. 188-194.

<sup>151</sup> Wojewode Lublin, »Polityka osobowa«, o. D. [1939], Bl. 2.

<sup>152</sup> Ebd., Bl. 3.

Ukrainer gebe es in der Wojewodschaft zwischen 15,6% im Kreis Biała und 37,8% im Kreise Hrubieszów, das sei aber nicht schlimm:

»Ich habe die Hoffnung, daß bei einer planmäßigen Anwendung der Exterminationspolitik (!) gegenüber den Ukrainern und der Revindikation gegenüber den einst ruthenisierten Polen [diese Zahlen] mit der Zeit einer erheblichen Reduzierung unterliegen werden.«<sup>153</sup>

»Extermination« (Ausrottung) war nun ein Begriff, der nicht einmal in der zeitgenössischen antijüdischen Terminologie auftauchte und ein wenig dokumentierte, welches Stadium die polnisch-ukrainische Auseinandersetzung 1939 erreicht hatte. Unter »Revidikation« wurde zunächst die Polonisierung und Katholisierung/Latinisierung orthodoxer Kirchen und ihres Grundbesitzes verstanden – der Begriff wurde dann auch auf Personen bezogen.<sup>154</sup>

Bei der deutschen Minderheit, die der Wojewode eigentlich für passiv und loyal hielt, stellte er ab 1937 einen verstärkten, aber noch nicht gefährlichen nationalen Bewußtwerdungsprozeß fest. Die OUN hätte zuvor schon mit den Deutschen zusammengearbeitet, Paliw's FNJe kooperiere mit ihnen seit 1937 über die Het'man-Anhänger und Professor Hans Koch. Dazu komme »Mein Kampf« und die Karpatho-Ukraine als Operationsbasis; daraus schloß der Wojewode, man habe es nicht mehr nur mit den Nationalitäten zu tun, »sondern auch und vor allem mit einer polenfeindlichen auswärtigen Politik im Hinterland, deren Werkzeug diese Nationalitäten sind.«<sup>155</sup> Da die internationale Lage gespannt und das COP- und Bug-Gebiet im Kriegsfall wichtig sei, müsse man für dessen Sicherheit sorgen, die man nicht »auf ein unsicheres und sogar der polnischen Staatlichkeit feindliches fremdstämmiges Element stützen« dürfe.<sup>156</sup>

Remedur versprach sich der Wojewode von der Stärkung des polnischen Elements durch »gesunden und kämpferischen polnischen Nationalismus«, die »Einkreisung« (otoczenie) ukrainischer und deutscher Dörfer durch »Forts des Polentums« (fortami polskości) und eben die »Personenpolitik« (polityka osobowa). Eines ihrer Instrumente sollte die Stellenvergabe an das »wertvolle echt polnische Element« sein, dabei nur minimal an Frauen, weil Frauen, »wie die Beobachtung gezeigt hat«, »auf diesem Abschnitt dem Manne nicht gleichkommen«. Damit einhergehen solle aber

»die vollständige Säuberung (oczyszczeni[e]) des öffentlichen Dienstes vom fremdstämmigen Element und dessen Entfernung (wyrugowani[e]) aus dem Dienst in den wichtigsten Zweigen des Privateigentums.«<sup>157</sup>

Dies war nicht als Zukunftsmusik gemeint. Der Wojewode unterstrich: »Wir folgen dem Grundsatz, daß vom heutigen Tag an weder ein Ukrainer noch ein Deutscher im öffentlichen Dienst beschäftigt sein kann«. Bei Deutschen sei das im Lubliner Gebiet kein Problem, aber bei den Ukrainern zähle man in der Wojewodschaft ohne die Geistlichen und die gewählten Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane 557 Personen:

»Da schlage ich Alarm. In der Wojewodschaft Lublin ist kein Platz für Ukrainer«.

<sup>153</sup> Ebd., Bl. 4.

<sup>154</sup> Vgl. Potocki, Polityka, u. a. S. 172-176.

<sup>155</sup> Wojewode Lublin, »Polityka osobowa w odniesieniu do mniejszości ukraińskiej i niemieckiej«, o. D. [1939], APL, UWL WSP 428, Bl. 1-11, hier Bl. 5-6.

<sup>156</sup> Ebd., Bl. 6.

<sup>157</sup> Ebd., Bl. 7.

Die ukrainischen Bauern müsse man tolerieren,

»nicht jedoch den Ukrainer in der technischen Aufsicht des Post- und Telegraphendienstes, in der Stellung eines Schleusen- oder Brückenwirts, als Techniker im Akkumulatorenraum des städtischen Elektrowerks, als Direktor des Kreiskrankenhauses, als Kreis- oder Rayon-Tierarzt, als Kommandant eines Polizeipostens, als Finanzbeamten, Leiter eines Postamts oder einer Poststelle, Sozialversicherungsinspektor, Fahrdienstleiter, Stationsvorsteher oder Streckenvorsteher, Lehrer, Katasterbeamten, Förster in Staatsforsten, Unternehmer auf einem Militärflugplatz oder sogar als Arbeiter oder Meister in einer Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, deren technische Ausstattung an die Kriegsproduktion angepaßt ist. Auf diese Stellen wartet die arbeitslose polnische Intelligenz [...]«

Die ukrainische Intelligencija könne man sowieso nicht von der »politischen umstürzlerischen Irredenta losreißen«. Und ziehe sie die »deutsche Mark dem polnischen Złoty vor, dann soll sie halt unter der Beobachtung der Sicherheitsorgane auf dem Dorf sitzen und ihren Arbeitgeber informieren, wie der ukrainische Bauer pflügt. Im Kriegsfall werden wir mit ihr fertig, aber dann wird keine Zeit sein, die Täter der E-Werk-Sabotage, der Schleusenöffnung, der Brückensprengung, des Eisenbahnlücks« usw. zu suchen.

Darauf schlug der Wojewode einen »Drei-Jahres-Plan« vor, wobei die besonders irredentistischen ukrainischen Führer bereits 1939 »auf dem Operationstisch landen« sollten.<sup>158</sup> Diesen »Drei-Jahres-Plan« stellte anschließend der Leiter der Sozial-Politischen Abteilung der Wojewodschaftsverwaltung vor. Bereits 1939 sollten alle Ukrainer entlassen werden, die »Überzeugungen im Geiste von OUN, FNJe und KPZU« an den Tag legten, aber auch im öffentlichen Dienst im Buggebiet und im COP beschäftigte Ukrainer, »die ihre Andersnationalität nach außen zeigen« (ujawniają na zewnątrz swoją odrębność narodowościową). 1940 sollte die Aktion dann »alle übrigen Ukrainer« des Bug- und COP-Gebietes erfassen, die ihre Ukrainität unterstreichen bzw. im öffentlichen Dienst stehen, 1941 schließlich »alle übrigen Ukrainer-Ruthenen auf dem Gebiet der Wojewodschaft, die im Staats- und Selbstverwaltungsdienst sowie auf exponierteren Stellen in freien Berufen beschäftigt sind.« Die Personen sollten in Wojewodschaften »verbracht werden« (przeniesieni), »auf deren Gebiet es kein ukrainisches Problem gibt«, womit die Konzepte der »Aktion Wisła« von 1947 vorweggenommen wurden. Im letzten Jahr sollte die Umsiedlung auch alle »im Schulwesen Beschäftigten« erfassen, so daß damit nur mehr Polen als Lehrer tätig gewesen wären. Das Wojewodschaftsamt hatte für die »erste Etappe« des Jahres 1939 bereits Namenslisten (265 Personen) vorbereitet, die den »interessierten Behörden« auf der Sitzung ausgehändigt wurden.<sup>159</sup>

Dies war kein theoretischer Plan mehr, sondern der Beginn einer Aktion, die, regional noch begrenzt, eine direkte Verfolgungsmaßnahme darstellte: Die Zugehörigkeit zur ethnischen Gruppe reichte aus, um entlassen und deportiert zu werden. Ausnahmen waren nicht vorgesehen, und besonderer Wert wurde darauf gelegt, die nationale Gruppe durch Polonisierung zu zerstören. Daß über den öffentlichen Dienst hinaus auch privat beschäftigte Ukrainer ihrer Stellen beraubt werden sollten, bedeu-

<sup>158</sup> Ebd., Bl. 9-10.

<sup>159</sup> »Projekt trzyletniego planu odukrainizowania służby publicznej na terenie woj. lubelskiego«, o.D. [1939], API., UWŁ WSP 428, Bl. 44-48.

tete nichts anderes als eine Helotisierung dieser Gruppe. Wir haben umfassend zitiert, um den »Originalton« wiederzugeben, der sich dem Sprachgebrauch autoritärer Staaten angepaßt hatte.

Bisher sind aus anderen Wojewodschaften ähnlich weitreichende antiukrainische Projekte nicht bekannt geworden. Allerdings sind 1939 Maßnahmen belegt, die darauf hinweisen, daß der polnische Staat gegen seine ukrainische Minderheit Front machte und entsprechende Vorbereitungen getroffen hatte.

Im Mai 1939 stellte der Stadtstarosta von Krakau eine Liste mit ukrainischen und jüdischen Organisationen in Krakau zusammen, die einer feindlichen Haltung gegenüber Polen bezichtigt wurden. So wurde etwa vorgeschlagen, die ukrainische Abstammungsorganisation *Vidrodžennja* (Wiedergeburt) aufzulösen, weil sie sich an der »akcja hitlerowska« orientiere und vorhabe, nach deren Vorbild die Juden aus dem Wirtschaftsleben des östlichen Kleinpolen (Ostgaliziens) zu verdrängen. Aber auch der Vereinigung Jüdischer Schulen in Polen wurden »Tendenzen zu einer negativen Einstellung zur polnischen Staatlichkeit« zugeschrieben. Im Juni 1939 waren daraus schon Anweisungen zur Internierung und Ausweisung von Ukrainern geworden.<sup>160</sup>

Als Beispiel des Vorgehens führen wir ein Schreiben an, mit dem die Staatspolizei die Entlassung eines höheren ukrainischstämmigen Krakauer Postbeamten forderte. Sofran (?) Dobrjanskij war zwar nur Mitglied der Prosvita-Bildungsgesellschaft, seine Frau in der *Ridna Škola* tätig, die muttersprachlichen Unterricht auf freiwilliger Basis erteilte, aber darin sah die Polizei nur eine Tarnung des »Chauvinisten«. Daß er ein Zimmer an Ukrainer vermietet und mit dem Universitätsdozenten Kubijovyč verkehrte, reichte aus: Man empfahl seine Entlassung, weil der Postbeamte einen »großen Einfluß auf den Stand der Wehrhaftigkeit des Staates ausüben« könnte.<sup>161</sup>

Im Mai 1939 aktualisierte das Innenministerium seine Richtlinien zur »Immobilisierung« (unieruchomienie = Internierung). Daß es nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die UdSSR gehen würde, sah man begrifflicherweise nicht voraus: So wurde vermutet, daß »in der gegenwärtigen Situation die kommunistischen Elemente wahrscheinlich nicht immobilisiert« werden, sondern nur unter Beobachtung bleiben müßten, während man Ukrainer und Deutsche vollständig zu erfassen habe.<sup>162</sup>

Tatsächlich waren das keine Einzelfälle, und auch in Ostgalizien ergriffen die Polen antiukrainische Maßnahmen. Am 10. Juni 1939 tagten die Staatsanwälte des Bezirksgerichts in Sambir (Sambor) und ließen die bisherigen Aktionen Revue passieren. Sie stellten fest, daß sich die OUN-Aktivitäten verstärkt hätten, obwohl es in letzter Zeit zu keinen Terroranschlägen gekommen sei. Spannenderweise lasteten sie den Erfolg der OUN ihren eigenen Maßnahmen an – nämlich der Zerschlagung der kommunistischen KPZU, die sich bisher auf den Dörfern den OUN-Agitatoren in den Weg gestellt hätte. Die OUN gehe aber nun (wie einst die KPZU) den Weg der Infiltrierung legaler Organisationen und daher habe man im Kreis Drohobycz, wo es 150 OUN-

<sup>160</sup> Div. Unterlagen des Starosta Grodzki, Archiwum Państwowe Kraków (APK), Starostwo Grodzkie Kraków (SGK), Bd. 238.

<sup>161</sup> Policja Państwowa Kraków an Starostwo Grodzkie Kraków, 8. 5. 1939, APK, SGK Bd. 81, Bl. 285-290.

<sup>162</sup> MSW, Departament Polityczny, Nr. 1927/Mob., »Wytyczne aktualizacji elaboratu unieruchomienia«, 23. 5. 1939, APK, SGK, Bd. 238.



Aktivisten gebe, im März und April 1939 fünf Lesehallen der *Prosvita*, einen Zirkel der *Ridna Skola* und einen des *Sil'skyj Hospodar* geschlossen. Die Staatsanwälte referierten, daß die Polen des Kreises das Anwachsen des ukrainischen Genossenschaftswesens für eine besondere Gefahr hielten, da sie dieses »zu Recht« für die »Avantgarde des kämpferischen ukrainischen Nationalismus« hielten.<sup>163</sup>

In Deutschland wurde man auf diese Maßnahmen aufmerksam. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas berichtete dem ApA, ukrainische Radikale würden in Ostgalizien systematisch verhaftet und die Loyalitätserklärung des UNDO sei nur »halbherzig« erfolgt. Aber man schreckte auch nicht vor Greuelmeldungen zurück: So plane Polen angeblich für den Kriegsfall Massenerschießungen von Ukrainern in Internierungslagern und intendiere zudem wie gegen die Deutschen, so auch gegen die Ukrainer einen »völkische[n] Vernichtungskrieg«.<sup>164</sup>

Von Massenerschießungen und einem Vernichtungskrieg war in Polen nirgendwo die Rede. Tatsächlich kam es im Sommer 1939 »nur« zu Entlassungen, zu Polizeiaktionen und zur Internierung von tatsächlichen oder angeblichen OUN-Anhängern.<sup>165</sup> Die Verhaftung Dmytro Paliivs und seiner Gruppe, die die Staatsanwaltschaft von Stanislau vorhatte, verhinderte Warschau: Dort glaubte man, mit ihm noch zu einer Einigung gelangen zu können, was wichtig werden könnte, wenn es zu ukrainischen Unruhen im Falle eines deutschen Angriffs kommen würde.<sup>166</sup> Paliiv, der sich eindeutig für Deutschland ausgesprochen hatte, machte auch auf den deutschen Konsul Seelos Eindruck: Dieser hielt ihn einerseits für wichtig, weil seine Zeitung (*Ukrainski Visty*) eine höhere Auflage und Verbreitung als das teurere *Dilo* des UNDO habe, andererseits attestierte er Paliivs Front der Nationalen Einheit außer der üblichen Deutschfreundlichkeit auch »Anklänge an die nationalsozialistische Lehre«.<sup>167</sup> Ungeachtet der Diskussion darüber, ob nun der FNJe »faschistisch« war oder nicht, ist hervorzuheben, daß er von den Deutschen so wahrgenommen wurde.<sup>168</sup>

Eine Reihe von ukrainischen Nationalisten wurde am 1. und 2. September 1939 verhaftet und in Gefängnisse, die Festung von Brest oder das Konzentrationslager

<sup>163</sup> Protokół Konferencji Prokuratorów, Sambor, 10. 6. 1939, CDIAL, Fond 205, Opis 1, Akte 167, Angaben und Zitat Bl. 47 und 52 des Dokuments.

<sup>164</sup> DGStO an Leibbrandt, 31. 5. 1939, BAK, NS 43, Bd. 42, Bl. 163-170. – Die Gerüchteküche brodelte in jenen Tagen. Auch der unermüdliche Makarenko-Vertraute Biberstein behauptete in einem seiner Exposés, Polen verhandle mit der Sowjetunion über einen Abtransport der Deutschen nach Sibirien, und die Unterstützung der Ukrainer in Polen sei der beste Weg, um der Verfolgung der Deutschen entgegenzuwirken (Biberstein, 5. 6. 1939, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 11 Nr.6, Andere Personalien, Bl. 2-9).

<sup>165</sup> Seelos berichtete, daß es am 29.-31.7.1939 zur Verhaftung einiger hunderter Angehöriger der ukrainischen Intelligenz gekommen sei, die er mit der »wachsenden allgemeinen Unrast der Ukrainer« begründete (Deutscher Konsul Lemberg an AA, 2. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 64, Verzeichnis der Verhafteten, Bl. 92-98).

<sup>166</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 12. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 46.

<sup>167</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 4. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 73-74.

<sup>168</sup> In einer Übersicht charakterisierte Seelos ihn als »faschistische Gruppe«, die 1935 gegen UNDO gegründet worden sei und ihre Rivalität mit der OUN nunmehr überwunden habe (Deutscher Konsul Lemberg an AA, »Ukrainische Parteien Polens«, 19. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 111-119).

Bereza Kartuska eingeliefert, darunter auch Dmytro Doncov.<sup>169</sup> Die polnischen Maßnahmen gegen die Ukrainer erfolgten zeitgleich mit der Tolerierung von Ausschreitungen gegen Deutsche und Entlassungen deutscher Staatsbürger aus für militärisch wichtig gehaltenen Stellen. Die deutsche Seite, die die antideutschen Aktionen als Vorwand ihres Angriffs auf Polen benutzte, setzte das Argument, daß Polen auch gegen seine ukrainische Minderheit vorgehe, nicht propagandistisch ein. Die Unsicherheit, wie man mit den Ukrainer umgehen würde, verhinderte dies.

Der deutsche Konsul in Lemberg versah einen Bericht nach Berlin im Juli mit dem Vermerk, man möge die darin enthaltenen Informationen nicht verwerten, »da sonst [die] Beziehungen zwischen Ukrainern und [dem] Konsulat greifbar würden.«<sup>170</sup> Sowohl UNDO als auch Paliiw teilten Mitte August Seelos und der Botschaft in Warschau mit, die polnische Regierung zwingt sie, antideutsche Erklärungen abzugeben. Die Politiker baten, alle deutschen Stellen zu verständigen, daß man diese Erklärungen nur auf Druck abgebe und daß auch die ukrainische Presse allein aus taktischen Gründen gegenüber den Deutschen zurückhaltender würde. So wurde die Konspiration der Ukrainer mit den Deutschen gegen die polnische Regierung dokumentiert.<sup>171</sup>

Anfang August 1939 waren die meisten ukrainischen Politiker von einem überzeugt: Deutschland sei der Gegner Polens, und damit zwangsläufig der Freund der Ukrainer. Doncovs Polarisierung, eigentlich auf das Verhältnis zu Rußland gemünzt, wurde nun auf Polen angewandt. Polnische Ausgleichsversuche waren nach Seelos' Ansicht zwecklos, wenn sie nicht von Autonomieangeboten begleitet seien, die wiederum der polnischen Öffentlichkeit nicht zu vermitteln wären. Selbst das hätte aber nicht mehr ausgereicht, »da der Haß der Ukrainer gegen die Polen sich inzwischen so tief gefressen hat, daß die Ukrainer ein Autonomiestatut nur als Positionsgewinn, aber nicht als endgültige Abfindung betrachten würden.« Daher habe Polen wie schon 1930 zu »Pazifizierungen« (in der Wojewodschaft Tarnopol) und Verhaftungen der »ukrainischen Führungsschicht« (»Geistliche, Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer und Funktionäre der wirtschaftlichen Organisationen«) gegriffen, um das Land auf den Krieg vorzubereiten und die Ukrainer einzuschüchtern.

<sup>169</sup> Vgl. Osyp Nazaruk, *Ucieczka ze Lwowa do Warszawy*. Przemysł 1999, S. 52; Klymyšyn traf Doncov im Herbst 1939 in Berlin – er machte einen »ausgezeichneten, aber gesunden Eindruck« (Vgl. Klymyšyn, *V pochodzi*, Bd. 1, S. 238). Nach Il'nyčkyj wurden 7000 Ukrainer im September in Bereza interniert (Il'nyčkyj, *Deutschland und die Ukraine 1934-1945*. Bd. 1, S. 239). Makar schrieb von insgesamt 7000 Insassen (Volodymyr Makar, *Bereza Kartuska*. Toronto 1956, S. 182, 184). Nach Polit, der sich auf Misiuk bezog, waren von insgesamt ca. 7000 Insassen 4500 Ukrainer (Vgl. Ireneusz Polit, *Miejsce odosobnienia w Berezii Kartuskiej w latach 1934-1939*. Toruń 2003, S. 120; A. Misiuk, »Białym żelazem«, *Gazeta Wyborcza* 160/12.12.1994, S. 13). Nach Kačmar waren insgesamt 6000 Mann in Bereza interniert (Vgl. V. Kačmar, »Z košmarnych dñiv u Kartuskij Berezii«, *Kalendar' Al'manach na 1941 rik*. Krakiv 1940, S. 153, nach Wojciech Śleszyński, *Obóz odosobnienia w Berezii Kartuskiej 1934-1939*. Białystok 2003, S. 93). Die Akten aus dieser Periode sind nicht erhalten (vgl. ebd., S. 92). Kubijovyč verbrachte den August 1939 in Myšlenice, daher traf die Polizei ihn in Krakau nicht an, und er kam nach dem Abzug der Polen, aber noch vor der Ankunft der Deutschen nach Krakau, wo er sich von Oktober 1939 an am Aufbau ukrainischer Einrichtungen beteiligte (Vgl. Kubijovyč, *Meni* 85, S. 64, 86-87).

<sup>170</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 22. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 1, Bl. 243-249.

<sup>171</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 19. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 87; Deutsche Botschaft Warschau an AA, 19. 8. 1939, ebd., Bl. 90-91.

Was bedeutete dies für den Kriegsfall? Nach Seelos' Ansicht würden die Ukrainer in Ostgalizien (nicht jedoch in Wolhynien) »wie ein Mann aufstehen«, nach wenigen Tagen »den polnischen Großgrundbesitz und die vereinzelt neuen polnischen Siedlungen in Ostgalizien« und nach weiteren 1-2 Wochen »das Land bis auf die überwiegend polnischen Städte und die mit Garnisonen oder kasernierter Grenzpolizei belegten Plätze« unter ukrainische Kontrolle bringen. Die Annahme, die Ukrainer würden nach den karpatho-ukrainischen Erfahrungen abwarten, »um nicht wieder [...] von Deutschland enttäuscht zu werden«, hielt Seelos für eine »Verkennung des ukrainischen Charakters«. Eher – warnte er – würden sie zu früh losschlagen, um »bei der Befreiung ihres Landes nicht zu spät zu kommen«. <sup>172</sup> Eine Hilfeleistung von Ukrainern im anstehenden Polenfeldzug stand also zu erwarten.

War sie aber erwünscht? Vor einem vorfristigen Losschlagen warnte der Konsul. Er berichtete über das Gerücht, die Deutschen wünschten eine sofortige Erhebung der Ukrainer. Seelos unterstellte die Verbreitung dieses Gerüchts polnischen Provokateuren, die so ihr radikales Vorgehen legitimieren wollten. Für die deutsche Seite konnte das gefährlich werden. Weder ein Blutbad an den Polen, noch, das Beispiel der Karpatho-Ukraine vor Augen, die Wut der Ukrainer, sollte wieder die erwartete Hilfe ausbleiben, hielt er für wünschenswert. <sup>173</sup>

Wie alle wissen, verlief die Entwicklung alles andere als glatt. Am 23. August 1939 verwirrte die Nachricht vom Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags die Ukrainer in Polen. Natürlich war das geheime Zusatzprotokoll, das Ostgalizien und Wolhynien der UdSSR zuschlug, unbekannt, aber man ahnte etwas: Seelos telegraphierte, die Ukrainer seien »tief erregt«, weil sie zwar »das Ende des verhaßten Polens« (!) sähen, andererseits aber auch besorgt seien, die Westukraine würde nun dem Bündnispartner geopfert. Es bedurfte also gar nicht der Kenntnis des Zusatzprotokolls, um zu erahnen, was der Vertrag für Konsequenzen haben mochte. <sup>174</sup>

#### 4. DIE »LEGALEN« UKRAINER IN POLEN

Wenn man sich von dem vereinfachenden Narrativ löst, wonach die »legalen« Ukrainer in Polen bis zuletzt unverrückt an der polnischen Staatlichkeit und der Verbindung mit den demokratischen Westeuropäern festhielten, wird ein komplizierteres Bild erkennbar. Das Hoffen auf eine deutsch-polnische Allianz lief Ende März 1939 aus, die Kapitalisierung einer einseitigen Polen-Orientierung gegen Deutschland erwies sich als unmöglich, das Festhalten an einer pro-deutschen Einstellung – die andere Option – unter den Bedingungen der wachsenden antideutschen Stimmung in Polen als ziemlich gefährlich.

<sup>172</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 3. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 67-71; auch ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 763, S. 886-888.

<sup>173</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 21. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 107-108.

<sup>174</sup> Deutscher Konsul Lemberg an AA, 23. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 106.

Die OUN hoffte – ihren Ansätzen folgend – offen auf einen Krieg und bereitete sich bis zum Sommer 1939 auf einen Aufstand vor, der dann mit dem »Ukrainischen Weststaat« hätte belohnt werden sollen. Ihre Anhänger in Polen wurden aufgefordert, sich militärisch ausbilden zu lassen, die Jugend ideologisch zu schulen sowie Waffen und Munitionsvorräte anzulegen. Gleichzeitig sollten sie die polnische Mobilisierung nicht stören, um die eigenen Vorbereitungen nicht zu gefährden. Daß den Polen diese Anweisungen bekannt waren und sie ihre antiukrainischen Maßnahmen nunmehr für begründet halten konnten, versteht sich von allein.

Das UNDO war unschlüssig und verfolgte eine Politik des »Abwartens«. <sup>175</sup> Kedryn versuchte in seinen Memoiren, den Eindruck zu erwecken, die »legalen« Ukrainer in Polen hätten den Krieg nicht gewollt. Aber seine Beweisführung ist schwach: Sie bezog sich allein auf seinen eigenen Artikel im *Dilo* vom 14. Mai 1939, wo er sich mit Pazifismus-Vorwürfen der OUN auseinandergesetzt hatte. Einen Krieg zwischen dem Westen und der Achse wollte er tatsächlich nicht – dieser hätte die UdSSR in eine privilegierte abwartende Position gerückt. <sup>176</sup> Aber einen Krieg gegen die Sowjetunion mochte auch er nicht ablehnen: Nur so konnte eine Änderung des status quo eintreten.

Ob tatsächlich Mel'nyk selber die Aufstandsvorbereitungen mit der Begründung unterbrochen hat, nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts mit der Sowjetunion und angesichts fehlender deutscher Zusicherungen wolle man nichts unternehmen, bis die Haltung der Deutschen geklärt sei, bleibt ungewiß. Dagegen ist durchaus glaubhaft, daß Paliüvs FNJe sich nicht mehr an das Abwarten hielt, welches das Kontaktkomitee vereinbart hatte, sondern eindeutig zugunsten der Deutschen Partei ergriff. <sup>177</sup>

In der UNDO-Zeitschrift *Nacional'na Polityka* assistierte dem »Abwarten« ein Beitrag, der eine »Germanophilie« der Ukrainer abstritt. Der nicht genannte Verfasser erklärte, die Masse der Ukrainer sei nicht germanophil, sondern »indifferent«. Zur Germanophilie habe sie keinen Grund, weil sie von den Deutschen keine Erlösung zu erwarten habe. Dagegen sei es an den Polen, die Ukrainer zu »Polonophilen« zu machen. Dazu bedürfe es nur – einer »gründlichen Änderung der bisherigen polnischen Nationalitätenpolitik«. <sup>178</sup>

Diese Haltung entsprach der den Deutschen avisierten Positionierung. Bei aller ihrer Berechtigung – sie war wenig geeignet, die immer weiter nach rechts abgleitende polnische Regierung zu einer pro-ukrainischen Politik zu bewegen. Seit dem letzten Gespräch mit Sławoj-Składkowski hatte es keine weiteren Schritte gegeben. Die Feststellung der »Indifferenz« war so ziemlich das, was für ethnische Polen am wenigsten akzeptabel war.

Die Stimmungen schaukelten sich entsprechend hoch. Švahuljak schilderte, wie polnische Agitatoren gegen ukrainische »Verräter« hetzten und sich junge Ukrainer der Mobilisierung in die polnische Armee zu entziehen suchten, was die antiukrainischen Tendenzen weiter verstärkte. Die Eskalation entzog den noch verbliebenen

<sup>175</sup> Vgl. Sowa, *Stosunki*, S. 71.

<sup>176</sup> Vgl. Ivan Kedryn, *Żyttja – podii – ljudy*. New York 1976, S. 295.

<sup>177</sup> Vgl. Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 46-47. Švahuljak zitierte hier eine wenig verlässliche Quelle.

<sup>178</sup> Hermanofil'stvo i polonofil'stvo, *Nacional'na Polityka*, 30. 7. 1939, nach ebd., S. 48.

ukrainischen Anhängern einer polenfreundlichen Haltung die Argumentationsgrundlage.<sup>179</sup>

Die ganze Zeit über hielt UNDO die Kontakte zu den Deutschen aufrecht, die sich aber nicht darauf verlassen mochten. Als die Nachricht von dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts den Krieg in greifbare Nähe rücken ließ, war nach Meinung vieler UNDO-Leute auch den Deutschen, die nun ja als »Partner« der den UNR-Ukrainern verhaßten Sowjets auftraten, nicht mehr zu trauen. Aus der Alternative zwischen einer pro- oder antideutschen Haltung, die man in Verhandlungen mit den Polen entscheiden wollte wurde eine »auswegslose Lage«:

»Als der Kriegsausbruch nur mehr eine Frage von Tagen oder Stunden war, konnten die wichtigsten ukrainischen Parteien nur noch Polen unterstützen oder eine neutrale Haltung einnehmen. Die zweite Variante würde von Polen als Landesverrat aufgefaßt werden, also blieb nichts anderes übrig, als sich zugunsten der polnischen Seite zu engagieren.«<sup>180</sup>

Diese knappe Beschreibung Švahuljaks erfaßt die Aporie der »legalen« Ukrainer, deren Loyalitätserklärungen deutlich erkennbar nicht mehr »selbstbestimmt« waren, sondern der Rettung der eigenen Haut dienen sollten. Sie spiegelt die politische Realität weitaus besser wider als Kedryns Memoiren, in denen die Westbindung des UNDO als geradezu selbstverständliche Haltung präsentiert wurde. Sie war bestenfalls pragmatisch.<sup>181</sup> Konsequenz waren nur die Widersprüche. In einer Deklaration vom 24. August bekannte sich das UNDO-Volkskomitee zur Erfüllung der sich aus der polnischen Staatsangehörigkeit ergebenden Pflichten, aber auch zur Fortsetzung des politischen Kampfes um die Gleichberechtigung der Ukrainer in Polen. Und konstatierte, daß sich die Gegensätze »mit jedem Tag verschärften«.<sup>182</sup>

Osyp Nazaruk vermerkte in seinem Tagebuch, daß Dmytro Paliiw, bisher ausgesprochener Anhänger einer prodeutschen Richtung, angesichts des Pakts den (bald wieder verworfenen) Plan faßte, nach Warschau zu reisen, um dem polnischen Premier die volle Unterstützung der FNJe als Gegenleistung »für eine Autonomie« anzubieten.<sup>183</sup> Da er an den früheren Treffen nicht beteiligt gewesen war, mochte er nicht wissen, daß UNDO dies längst versucht – und eine Abfuhr erlitten hatte. Paliiw vollzog im September 1939 wieder eine prodeutsche Wende; so kann man ermessen, wie der Pakt Polen wie Ukrainer verwirrte.

Dem UNDO fiel dazu wenig ein. Auf der Sitzung vom 24. August faßte man den Beschluß, eine »einheitliche nationale Führung« zu schaffen. Das war wenig hilfreich, auch wenn man sich der Unterstützung des Metropoliten Šeptyčkyj versicherte. Daß sich die OUN dieser Führung anschließen oder gar unterordnen würde, konnte man nicht im Ernst erwarten. Die anderen im Kontaktkomitee zusammenarbeitenden Gruppen hatten keine nennenswerte Anhängerschaft. Beobachtern von außen mußte die am letzten Friedenstag im Kontaktkomitee beratene Ukrainische Volksführung (Ukrainškyj Naridnyj Provid – UNP) wie ein Abklatsch des PUN vorkommen. Daß man

<sup>179</sup> Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 49.

<sup>180</sup> Ebd.

<sup>181</sup> Vgl. Kedryn-Rudnyčkyj, Żyttja, S. 354; Potocki, Polityka, S. 222.

<sup>182</sup> »Rezoluciji Narodnoho Komitetu UNDO«, Dilo, 26. 8. 1939, nach Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 49-50.

<sup>183</sup> Ebd., S. 50.

nun vorhatte, »Ruhe zu bewahren«, seine Staatsbürgerpflichten (gegenüber Polen) zu erfüllen und sich nicht in interne Auseinandersetzungen oder auf die Suche nach anderen Orientierungen begeben wollte, andererseits aber Änderungen der Lage der Ukrainer für nötig hielt, war nichts Neues. Was aber bedeutete der folgende Passus?

»Derzeit bestehen keine realen politischen Bedingungen, um selber oder in Anlehnung an eine befreundete politische Macht die ukrainische politische Idee zu verwirklichen. Aber ein solcher Augenblick kann in der nahen Zukunft eintreten, und dann wird er an uns, an unsere moralischen, politischen und organisationellen Möglichkeiten die höchsten Anforderungen stellen. Wann das sein wird, können wir nicht sagen.«<sup>184</sup>

Diese Dokumente wurden nicht veröffentlicht. Es ist aber davon auszugehen, daß die Beschlüsse den polnischen Organen bekannt wurden. Wie sollten die sie verstehen? Stand da nicht, daß man schon bald mit einer befreundeten Macht die ukrainische politische Idee verwirklichen wollte. Wer kam da am 31. August 1939 in Frage? Die Sowjetunion sicher nicht, Polen wohl noch weniger. Verstanden werden mußte so eine Aussage als Ausdruck der Hoffnung auf Deutschland. Das dürften auch die UNDO-Führer erkannt haben, sie publizierten ihre Aussagen daher nicht, als am folgenden Tag Deutschland Polen angriff.

Am 2. September 1939 solidarisierten sich die UNDO-Parlamentarier Vasyl Mudryj und Stepan Skrypnyk (1898-1993, der Neffe Petljuras und spätere Patriarch Mstyslav der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche) öffentlich im Sejm mit dem polnischen Volk. Jaroslav Hajvas kam dies »absurd« vor: Es habe sich um »niemandem nötige Erklärungen der verschreckten Führer des ukrainischen Versöhnertums« gehandelt. Nicht einmal die Autoren dieser Erklärungen hätten, »durch lange Jahre des Opportunismus ausgelaugt«, sich selber ernst genommen.<sup>185</sup> Durch die polnische Literatur zieht sich auch die Darstellung, UNDO habe der polnischen Regierung eine *Levée en masse* gegen die OUN angeboten.<sup>186</sup> Nicht nur würde dies den Prinzipien vom 24. August widersprechen, es stellt sich vor allem die Frage, ob UNDO überhaupt auf jemanden zurückzugreifen gehabt hätte. Tatsächlich unterschrieben in Galizien die ukrainischen »legalen« Politiker zusammen mit Šeptyčkyj, jüdischen, armenischen und polnischen – auch nationaldemokratischen – Honoratioren einen Aufruf, an der Verteidigung des polnischen Staates mitzuwirken.<sup>187</sup> Mit den Ukrainern an der Seite der Deutschen (s. unten, Kap. Bergbauernhilfe) war damit der deutsch-polnische September-Krieg auch ein ukrainischer Bürgerkrieg. Andrij Livyčkyj übertrug sein Amt als Präsident der UNR am 9. September 1939 dem in Paris lebenden Ministerpräsidenten Vjačeslav Prokopovyč, der bald den ententefreundlichen Oleksander Šul'hyn wieder zum Außenminister machte und so die ukrainische Position im Westen zu

<sup>184</sup> Projekt des Provid des UNDO für einen UNP, 31. 8. 1939, CDIAL, Fond 344, Op. 1, Bd. 20, Bl. 34, zit. nach ebd., S. 51

<sup>185</sup> Jaroslav Hajvas, *Koly kinčalasja epocha. Na čužyni* [Chicago] 1964, S. 22.

<sup>186</sup> Potocki, *Polityka*, S. 222. Als Basis nennt Potocki einen Artikel in der polnischen Exil-Kultura von 1952.

<sup>187</sup> Veröffentlicht in *Dilo*, 5. 9. 1939, vgl. Szwahulak. »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 52. Von einem von Potocki behaupteten Vorschlag Smal'-Stočkyjs an Beck, Polen zwei ukrainische Brigaden gegen Deutschland und die Sowjetunion zur Verfügung zu stellen, ist in der von Potocki angegebenen Literaturstelle nicht die Rede (Vgl. Potocki, *Polityka*, S. 223).

befestigen trachtete. Was als eindeutige Parteinahme ausgelegt werden könnte, war aber wenig mehr als ein Rückversicherungsverfahren: Gegenüber den Deutschen legte Livičykyj eine Solidaritätserklärung ab und durfte dann, mit einer regelmäßigen Versorgungszahlung ausgestattet, dafür auch im besetzten Warschau bleiben.<sup>188</sup>

Die Solidaritätsadressen und Aufrufe nutzten wenig. Wer nahm UNDO wirklich ernst? Wenn man in Polen jetzt an Ukrainer dachte, dann hielt man die unberechenbare und polenfeindliche OUN für wichtiger. Und für die »Organe« und kriegseuphorischen Nationalisten verschwamm die politische Differenzierung.

Was es an Berichten über diese Zeit gibt, folgt weitgehend der nationalen Vereinheitlichung: Verwaltung und ethnische Polen differenzierten kaum zwischen ukrainischen Gruppen. Gerüchte, daß die Polen alle Ukrainer ausrotten wollten, wechselten sich mit den üblichen Konstruktionen ab, die bereits im Ersten Weltkrieg, damals vor allem gegenüber den Juden, erhoben worden waren: Ukrainer schossen aus den Fenstern auf polnische Soldaten, sie gäben dem Feind Lichtzeichen (spannenderweise blieben diese Bilder im Umlauf, obwohl es doch inzwischen Funk gab) und verübten Sabotage.<sup>189</sup> Der Redakteur des *Novyj Čas* in Lemberg, Ivan Vytvyčykyj (1900-1939), in den 1920er Jahren zwar UVO-Mitglied, inzwischen aber UNDO-Politiker, wurde standrechtlich erschossen.<sup>190</sup> Šeptyčykyj und Mudryj versuchten, antiukrainischen Gerüchten im *Dilo* vom 15. September 1939 entgegenzutreten, aber ohne Erfolg. In der Nacht vom 16. auf den 17. September besetzte Polizei die Redaktion des *Dilo*, und die letzte offiziell pro-polnische ukrainische Stimme verstummte.<sup>191</sup>

## 5. DIE UKRAINER IN POLEN UND DIE DEUTSCHE PRESSELENKUNG

In bezug auf die Ukrainer in Polen sind die deutschen politischen Maximen nicht nur aus den diplomatischen Quellen, sondern auch aus den Presseanweisungen und ihrer Befolgung ablesbar. Durch das 1934 abgeschlossene Presseabkommen hatten sich beide Seiten verpflichtet, übereinander vorwiegend freundlich zu berichten. Dementsprechend hielt die deutsche Seite nicht nur die Kooperation mit der OUN aus dem öffentlichen Diskurs heraus, sondern drängte auch die Thematisierung der ukrainischen Frage zurück. Mit der »Globallösung« sollten schließlich Polen größere Möglichkeiten in der Ukraine angeboten werden. Solange also dieses Angebot bestand, mochte man in der Presse nicht die polnische »ukrainische Karte« spielen. Vor dem Abschluß des bilateralen Minderheitenabkommens vom 5. Juli 1937 verwies man allerdings auf die mißliche Lage auch der ukrainischen Minderheit in Polen. Danach übte man dagegen weiter Zurückhaltung. Der Informationsbericht Nr. 185 des Reichspresseamtes wies die deutschen Journalisten ausdrücklich an, der polnischen Regie-

<sup>188</sup> Vgl. Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 45 (Mehr dazu im geplanten Band zum Zweiten Weltkrieg).

<sup>189</sup> Vgl. Nimčuk, 595 dniv, S. 11.

<sup>190</sup> Nimčuk charakterisierte ihn als einen »erklärten Feind des deutschen Nazismus« (ebd., S. 12); vgl. Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 53.

<sup>191</sup> Nach Nimčuk in der Nummer vom 14. 9.; die Schließung des *Dilo* nannte Nimčuk einen »Pogrom«, vgl. Nimčuk, 595 dniv, S. 12-13; vgl. Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców«, S. 53-54.

zung Beistand zu leisten und von negativen Vorkommnissen in Polen lediglich »in bagatellisierender Weise« zu berichten. Keineswegs sollte der Eindruck erweckt werden, daß die »Grundlage des polnischen Staates wanke«. <sup>192</sup> Dazu seien »vom deutschen Standpunkt her positiv zu wertende« Erscheinungen wie »Maßnahmen gegen die Juden« zu »unterstreichen«. <sup>193</sup>

Wenn überhaupt von Ukrainern in Polen berichtet wurde, dann geschah dies vorwiegend negativ und zwar nicht über die OUN, sondern über ukrainische Kommunisten. Denen warf der *Völkische Beobachter* vor, gemeinsam mit den Juden Ostgalizien und Polesien von Polen lösen und der Sowjetunion anschließen zu wollen. Vasył' Mudryj wurde zitiert, als er im Januar 1938 im Sejm eine antisowjetische Rede gehalten hatte. <sup>194</sup>

Als UNDO am 7. Mai 1938 die Einlösung der polnischen Autonomiezusage von 1923 gefordert hatte, wies man die Presse an, von den »ukrainischen nationalistischen Bestrebungen, von denen Meldungen aus Warschau sprechen«, möglichst wenig Aufheben zu machen. Es gebe für das Propagandaministerium »keinerlei Anlaß«, das »Vorgehen der Ukrainer zu unterstützen«. <sup>195</sup> Dagegen verbreitete der *Völkische Beobachter* die Propagandaerklärung der polnischen Regierung, wonach man mit den Ukrainern »auf der Grundlage einer aufrichtigen Zusammenarbeit leben« wolle. <sup>196</sup> Es war offensichtlich, daß hier nicht nur die gemeinsame Minderheitenpolitik im Vordergrund stand, sondern daß die Deutschen den polnischen Staat als potentiellen Verbündeten nicht durch die Herausstellung der Ukrainer-Frage in Verlegenheit bringen wollten. Daß aber überhaupt darauf eingegangen wurde, belegt andererseits, daß man die ukrainische Problematik durchaus als Thema kannte.

Daß dieser Eindruck nicht falsch war, wurde im Dezember 1938 deutlich, als die Ukraine-Frage in der Presse in den Hintergrund gedrängt werden sollte. Als dann die *Schlesische Zeitung* dennoch eine ethnographische Karte der Ukraine nach den Angaben der Nationalisten veröffentlichte, gab es einen Rüffel auf der Pressekonferenz vom 17. Dezember 1938. Daß französische und britische Medien aus der Karte deutsche Pläne für die Ukraine herauszulesen meinten, war dem Propagandaministerium aus einem einzigen Grund unangenehm: »Der Sinn der ausländischen Kampagne ist, einen Keil zwischen Deutschland und Polen zu treiben. Das muß immer beachtet werden«, notierte sich Fritz Säger. <sup>197</sup> Und als die *Grazer Tagespost* im April 1939 wieder gegen

<sup>192</sup> Informationsbericht Nr. 185, [17. 12. 1937], BAK, Sammlung Brammer, ZSg 101/31/547, vgl. Alexander Schorn, *Die NS-Presse zur Ukraine-Frage 1937/1938*. Unveröff. Magisterarbeit, UniBw Hamburg 1993, S. 62. – Schorn widerspricht in seiner Arbeit zu Recht Wollstein, der schrieb, das Minderheitenabkommen sei zwar von Deutschland konzipiert worden, um Polen an sich zu binden, habe aber bald jegliche Bedeutung verloren. Die Politik der Bindung Polens an Deutschland hat bis März 1939 auf vielen Gebieten Auswirkungen gehabt (Vgl. Günter Wollstein, »Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/1945«, in: Manfred Funke (Hg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*. Düsseldorf 1976, S. 795-810, S. 807).

<sup>193</sup> »Mitschrift der Bestellung« 17. 12. 1937, BAK, Sammlung Singer, ZSg 102/7/417, vgl. Schorn, *Die NS-Presse*, S. 62.

<sup>194</sup> Vgl. Schorn, *Die NS-Presse*, S. 63-64.

<sup>195</sup> Pressekonferenz, 12. 5. 1938, BAK, Sammlung Brammer, ZSg 101/11, Bl. 361; BAK, Sammlung Singer, ZSg 102/10, Bl. 109, vgl. Schorn, *Die NS-Presse*, S. 67.

<sup>196</sup> »Eine polnische Erklärung über die Ukraine«, *Völkischer Beobachter* 28. 5. 1938, S. 8.

<sup>197</sup> Sammlung Säger, 17. 12. 1938, BAK, ZSg 102/13, Bl. 141; vgl. Peter Mirow, *Deutschland und die Ukraine im Spiegel nationalsozialistischer Presseherichterstattung der Jahre 1938/1939*. Unveröff. Magisterarbeit, UniBw Hamburg 1993, S. 73.



die Anweisungen verstieß, rügte die Reichspressekonferenz: »Es wird noch einmal dringend davor gewarnt, das ukrainische Problem zu behandeln. Vor allem wird es als direktes politisches Verbrechen angesehen, wenn Karten über eine sogenannte ›Groß-Ukraine‹ erscheinen.«<sup>198</sup>

Im November 1938 kündigte das Außenpolitische Amt der NSDAP an, es werde wöchentlich durch die eigene Presseabteilung einen »Bericht über die ukrainische Presse« verbreiten. Alle drei ukrainischen Gruppen (Skoropadskyj, OUN, UNR) seien über den Ersten Wiener Schiedsspruch »verbittert«, und man wolle deshalb die Einstellung der ukrainischen Presse zu Deutschland systematisch beobachten. Dabei übersprang man in diesem Vorhaben bisherige Gräben: Leibbrandt wies darauf hin, daß das AA darum gebeten hatte, sich diesem Projekt zu widmen, weil man sich dort außer Stande sah, die Meinungen der Ukrainer regelmäßig zu verfolgen.<sup>199</sup> Man wollte also einen Gesamtüberblick »aus deutscher Hand« haben wollte – Jarys »Korrespondenz« reichte nicht mehr aus. Aber es gab noch ein anderes Ziel: Den Wunsch nach Feed-back, nach der Kenntnis der ukrainischen Reaktionen auf die deutschen politischen Handlungen. Dies wurde umso wichtiger, je mehr die deutsche Seite aktiv begann, sich wieder mit der »ukrainischen Karte« zu beschäftigen.

Westliche Publizisten griffen die deutsch-ukrainische Verbindung auf. Raymond Leslie Buell (1896-1946) schrieb 1939 in der amerikanischen Zeitschrift *Current History* über das Ukrainer-Problem in Polen, die ukrainische Nationalbewegung sei keine Intellektuellenangelegenheit mehr, sondern eine Angelegenheit der »Massen«:

»It is not unnatural to believe that the Ukrainian nationalist movement – like the American Revolution – would accept foreign support whenever and wherever it came.«<sup>200</sup>

Das konnte nur Deutschland meinen. Dort wurde auch die bis 1938 ausgesprochen unfreundliche Berichterstattung über die sowjetische Politik in der Ukraine fast völlig eingestellt. Die quasi-offiziösen »Hintergrundberichte« des Deutschen Nachrichten-Büros (DNB), die als Sprachregelungsinstrumente funktionierten, gaben zur Frage der Ukrainer in Polen weitere Hinweise: In einem »Hintergrundbericht« zu den deutsch-polnischen Beziehungen erörterte die Agentur, was politisch möglich sei. Deutschland sei Polen gegenüber zu einer Grenzgarantie bereit, die auch die polnische Ukraine umfassen würde und damit die Ukrainer im polnischen Staatsverband beließe, wenn Polen bereit sein sollte, sich mit Deutschland gegen die Sowjetunion zu wenden. Aber für den anderen Fall enthielt der Bericht eine unverhohlene Drohung:

»Das Ukraine-Problem würde für ein Polen, das mit Deutschland zusammen marschiert, ungefährlich sein. Hingegen würde bei polnischem Widerstand in der Mobilisierung der Ukraine-Frage ein wirksames Druckmittel vorhanden sein.«<sup>201</sup>

<sup>198</sup> Sammlung Brammer, 5. 4. 1939, BAK, ZSg 101/12, Bl. 102; vgl. Mirow, Deutschland, S. 73.

<sup>199</sup> Leibbrandt an Rosenberg/Schickedanz, 25. 11. 1938, NAW, T-81, Rolle 15; ApA, Bericht über die Ukrainische Presse 1, 1938, 24. 11. 1938, PAAA, Politik Karpatho-Ukraine 4, Ukrainisch-ruthenische Fragen, Bd. 2, Bl. 2-8.

<sup>200</sup> Raymond Leslie Buell, »Poland in a Nutcracker«. *Current History* 50 (1939), Nr. 3, S.28-31, hier S. 30.

<sup>201</sup> Sammlung Brammer, 30. 1. 1939, BAK, ZSg 101/34, Bl. 46-47; vgl. Mirow, Deutschland, S. 55.

In der Presse wurde dies jedoch nicht erörtert. Dort hielt man sich weiter zurück. Mirow stellte die richtige These auf, daß einerseits das Verbot, sich mit der ukrainischen Frage in einem größeren Zusammenhang zu beschäftigen, nicht strikt befolgt wurde und zum anderen zugelassen wurde, daß sich die deutsche Presse mit einzelnen Territorien befaßte.

Aus der auf nur zwei wichtige Zeitungen beschränkten Analyse von Schorn und Mirow ergibt sich, daß die Beschäftigung mit der Karpatho-Ukraine erst im Sommer 1938 einsetzte, gleichzeitig die Berichterstattung über die sowjetische Ukraine reduziert und im Februar 1939 ganz eingestellt wurde. Polens Ukrainer erfreuten sich eines durchgängigen Interesses auf niedrigerem Niveau, bis sie von der karpatho-ukrainischen Berichterstattung verdrängt wurden, die wiederum im März 1939 abrupt abbrach. Mirow stellte heraus, daß im Januar 1939 vom Warschauer Korrespondenten des VB stammende Berichte etwas zahlreicher waren, ob dies aber als Druckmittel gegen Polen, mit dem man sich ja verbünden wollte, funktionieren sollte, kann nicht mit Sicherheit behauptet werden.<sup>202</sup> Als sich im April 1939 das Verhältnis zu Polen rapide verschlechterte, wurde nach kurzem Zögern die ukrainische Frage wieder hervorgeholt. Am 17. Mai 1939 empfahl die Reichspressekonferenz den deutschen Journalisten, sie sollten gegen die »Greuelberichte« der polnischen Presse Material aus dem »Ukrainischen Pressedienst« Riko Jarys über die Behandlung der Ukrainer durch die Polen heranziehen. Tatsächlich brachte daraufhin etwa die *Berliner Börsen-Zeitung* einen Beitrag darüber, daß die »Krokodilstränen der polnischen Presse über das »beklagenswerte« Schicksal der Tschechen [...] kaum in der Lage [sein], die Aufmerksamkeit der Außenwelt von der Tragödie eines anderen »slawischen Bruders«, der ukrainischen Volksgruppe im östlichen Polen, abzulenken«.<sup>203</sup>

Aber man blieb weiter zurückhaltend. Da es nun keine Berichte aus der UdSSR und der ehemaligen Tschecho-Slowakei mehr gab, gingen zwischen April und Juli 1939 nur ganz wenige Artikel auf die Ukraine-Thematik ein.<sup>204</sup> Danach aber begann die Kampagne gegen Polen: Das DNB berichtete im Juli 1939 nahezu täglich über Repressalien, Mißhandlungen, »drakonische Strafen« und »Zwangsarbeit in den Sümpfen«, denen Ukrainer in Polen ausgesetzt seien. Dabei bezogen sich die deutschen Berichte auf ukrainische Organe wie *Dilo* und ließen nach Mirows Beobachtung die Wertungen gern von ausländischen Stimmen vornehmen. Man zitierte flämische Journalisten, den *Manchester Guardian* oder die französische *L'Europe Nouvelle*.<sup>205</sup> Diese Praxis ist nun nicht unbekannt. Sie wurde angewandt, um Zensurauflagen zu umgehen oder aber – vor allem in der kommunistischen Presse – um mit fremden Berichten die Autorität der eigenen Aussagen zu untermauern. Im Sommer 1939 haben wir es mit einer Mischform zu tun. Einerseits war es natürlich besonders wirksam, die Garanten Polens zu zitieren, um dessen Fehlverhalten zu geißeln, andererseits darf man nicht vergessen, daß sich die Deutschen in Verhandlungen mit der Sowjetunion befanden und die Gefahr bestand, sich die Verhandlungsbasis zu verbauen, wenn man sich allzu offen-

<sup>202</sup> Vgl. ebd., S. 81.

<sup>203</sup> Sammlung Sänger, 17. 5. 1939, BAK, ZSg 102/16, Bl. 70; Max Krull, »Der Leidensweg der Ukrainer in Polen«, *Berliner Börsen-Zeitung* 31. 7. 1939, S. 1-2; vgl. Mirow, *Deutschland*, S. 57, 59.

<sup>204</sup> Vgl. ebd., S. 90.

<sup>205</sup> Vgl. ebd., S. 57-58.

sichtlich für ein Volk einsetzen würde, das zum Einflußbereich des potentiellen Vertragspartners gerechnet wurde.

Die Presseanweisung vom 21. August 1939 sah keine positiven Aussagen über die Ukrainer vor – die Texte sollten vor allem gegen Polen gerichtet sein:

»Die Stellung der 7 Millionen Ukrainer in Polen [ist] so klar, daß hierüber kein Wort verloren zu werden braucht. Diese Darlegungen sind bei der Berichterstattung zu beachten, denn wir haben alles Interesse daran, jeden Ausdehnungsversuch des polnischen Volkstums zu verhindern und die Absplitterungsversuche zu verstärken.«<sup>206</sup>

Als die *Frankfurter Zeitung* unmittelbar vor Kriegsbeginn einen längeren Artikel über die nichtpolnischen Volksgruppen in Polen brachte, dabei eine Nationalitätenkarte veröffentlichte und den polnischen Südosten neben dem Korridor zur »wundesten Stelle des polnischen Staates« erklärte, untersagte die Reichspressekonferenz am selben Tag die Publikation derartiger Karten.<sup>207</sup> Gleichzeitig wurde die Berichterstattung über die Sowjetunion entschärft und es wurde auch geduldet, daß Russen, Weißrussen und Ukrainer diskursiv zu einem sowjetischen slavischen Mehrheitsvolk zusammengeschlossen wurden.<sup>208</sup>

Wie weitgehend dies von den Zeitgenossen wahrgenommen werden konnte, muß allerdings fraglich bleiben, da die Zuweisungen des Geheimen Zusatzprotokolls nur einem kleineren Kreis bekannt waren. Aber den Wandel der politischen Orientierung bildete die Presselenkung schon ab – zwar nicht so stringent wie im Falle der Tschechoslowakei, aber auch nicht zufällig.

Als die sowjetische Invasion nach dem Beginn der Kampfhandlungen zunächst ausblieb, titelte der VB am 11. September »Ostgalizien in hellem Aufbruch«. Dies war der Tag, an dem die Freigabe eines zunächst zurückgehaltenen Ukraineraufstands erwogen wurde. Aber am selben Tag erging auch die Presseanweisung, über Aufstände in der Ukraine nicht zu berichten, was illustrierte, daß die deutsche Führung weiterhin auf die sowjetische Kooperation setzte.<sup>209</sup>

Nur selten ist bisher die Presse als Transmissionsorgan politischer Maximen der Nationalsozialisten gebührend gewürdigt worden. Tatsächlich boten die Lenkungsinstrumente die Möglichkeit, politische Themen in den Vordergrund zu rücken oder zu verdrängen. Daß Riko Jarys »Ukrainischer Pressedienst« im Sommer 1939 zur Vorbereitung des Polen-Krieges auf die Unterdrückung der Ukrainer in Polen hinwies, mochte kaum auffallen – nun konnte er sich in seinen Berichten jedoch auf reguläre deutsche Presseorgane stützen, die sich bis dato zurückgehalten hatten.<sup>210</sup>

Trotzdem wurden die Ukrainer selten stutzig. Der UWI-Stipendiat und Historiker Mychajlo Antonowyč schrieb am 25. Mai 1939 seinen Eltern nach Prag, in den deutschen Blättern gebe es nichts Negatives mehr über die Sowjetunion zu lesen, dafür zahlreiche Angriffe auf Polen. Man interessiere sich in deutschen Kreisen nunmehr weitaus mehr als früher für die Sowjetunion. Der junge Historiker schloß daraus, daß

<sup>206</sup> Sammlung Oberheitmann, 21. 8. 1939, BAK, ZSg 109/2, Bl. 88; vgl. Mirow, Deutschland, S. 57.

<sup>207</sup> »Die Volksgruppen in Polen«, *Frankfurter Zeitung* 26. 8. 1939, S. 4; Sammlung Oberheitmann, 26. 8. 1939, BAK, ZSg 109/2, Bl. 113, vgl. Mirow, Deutschland, S. 59.

<sup>208</sup> »Erdeil Sowjetunion«, *Frankfurter Zeitung* 27. 8. 1939, S. 3; vgl. Mirow, Deutschland, S. 67.

<sup>209</sup> Sammlung Brammer, 11. 9. 1939, ZSg 101/14, Bl. 33; vgl. Mirow, Deutschland, S. 60.

<sup>210</sup> Vgl. Kentij, Narysy, S. 109-110.

es zu einer »deutsch-rußländischen Kollaboration« gegen Polen kommen werde und daß die Deutschen die Russen für die Genehmigung zur Annexion eines Teiles Polens »mit unserem Land« (našymy zemljamy) bezahlen werde. Er sah auch voraus, daß sich Deutschland »gleich danach« (zaraz že pislja čoho) gegen die UdSSR wenden würde – »aber für uns wird es dadurch auch nicht leichter« (ale nam z toho lehše ne bude).<sup>211</sup>

Dieser Passus ist ein Beleg dafür, daß man 1939 den Lauf der Ereignisse wahrnehmen konnte, wenn man die Augen offen hielt. Man mußte sich auch keinen Illusionen in bezug auf die Haltung der Deutschen hingeben. Aber die hier zitierte Einschätzung war eine Ausnahme. Die ukrainischen Gruppierungen blieben trotz allen bisherigen Erfahrungen deutschfreundlich. Für ihre Haltung ist eine Publikation signifikant, die im Sommer 1939 erschien. Der Ukrainische Pressedienst publizierte in ukrainischer Sprache in Wien einen Sammelband »Die Karpatho-Ukraine im Kampf«.<sup>212</sup> Da die OUN-Repräsentanten Rosocha und Vrečona, letzterer unter Pseudonym, Beiträge in dieser Ausgabe unterbrachten, ist das Umfeld, aus dem die Texte kamen, klar – und auch, daß es keine Versuche mehr gab, die Herausgeberschaft zu kaschieren. Der größte Teil der Beiträge bestand in einer Sič-freundlichen Darstellung der Ereignisse in der Karpatho-Ukraine. Zwei Momente fallen dabei ins Auge:

Vorwürfe an die Adresse der Deutschen wurden vermieden. Die Weigerung, die Ukrainer zu unterstützen, wurde nur in einer Passage erwähnt. Dagegen gab es viel Raum für die Grausamkeiten der Magyaren und ihre Zusammenarbeit mit den Polen. Zahlreiche Photos sollten belegen, daß die Ungarn die Sič-Angehörigen gefoltert und sie, wenn sie sich als Galizier zu erkennen gaben, an die Polen ausgeliefert hätten, die sie dann erschossen hätten. Offenbar sind keine deutschen Stellen gegen die Publikation eingeschritten, was nicht zuletzt damit zu tun haben könnte, daß man sicher war, daß der ukrainische Text nicht über die Emigrantengemeinde hinaus Verbreitung finden würde. Daß auf Polen keine Rücksicht mehr genommen werden mußte, ist auch ohne weiteres verständlich, aber daß nun auch antiungarische Texte nicht behindert wurden und die Ausrichtung der Geschehnisse in der Karpatho-Ukraine auf Kiew thematisiert werden konnte, belegte, daß in die »ukrainische Frage« eine neue Dynamik gekommen war.

## 6. DAS UKRAINISCHE THEMA IN DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Wir haben oben dargestellt, wie flexibel Deutsche die ukrainische Frage im Frühjahr 1939 traktierten. Das war auch nach dem 25. März weiter sichtbar. Während im Vorfeld der deutsch-sowjetischen Verhandlungen die ukrainische Thematik nicht in den Vordergrund gerückt wurde und deutsche Politiker abstritten, irgendwelche ukrainische Pläne im Schilde zu führen, instrumentalisierte man andererseits die Ukraine in den Gesprächen mit außenpolitischen Partnern.

<sup>211</sup> Mychajlo Antonovyč an seine Eltern, 25. 5. 1939, CDAHOU, nach Kentij, Narysy, S. 107.

<sup>212</sup> Karpatška Ukraïna v borot'bi. Zbirnyk. Wien 1939.

Zum einen gab es nun den stereotypen Vorwurf an Polen, Deutschlands Leistung bei der Herstellung der polnisch-ungarischen Grenze nicht genügend zu würdigen. Hitler sagte dem rumänischen Außenminister Grigore Gafencu (1892-1957) am 19. April 1939, »Polen habe die Ukraine ohne ein Wort quittiert«. Was mochte er damit gemeint haben, denn nicht Polen, sondern Ungarn hatte schließlich das Territorium annektiert. Auch der nächste Satz Hitlers war ziemlich kryptisch: »Er bedaure das [Entgegenkommen gegenüber Polen] heute, denn man hätte eine direkte Straße und Eisenbahn von Deutschland nach Rumänien bauen können, die für den Wirtschaftsaustausch von großer Bedeutung hätte sein können«. Wo hätte die verlaufen sollen? Sollte dies ein Seitenhieb gegen Ungarn sein oder hatte sich Hitler schlicht in der Geographie vertan? Oder ging es ohne Rücksicht auf faktische Petitesse nur darum, Rumänien aus der britischen Garantiezone zu lösen? Dann wären die einzelnen Sätze ebensowenig von Bedeutung, wie der, daß Deutschland »starke, gesunde und ordentliche Nachbarländer« nötig habe – wenig lag Hitler so fern wie gerade dieser Satz.<sup>213</sup>

In der Note, mit der die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung gekündigt wurde, hielt Deutschland sich zugute, mit der polnisch-ungarischen Grenze Polen »ein wichtiges politisches Ziel« serviert zu haben.<sup>214</sup> Als Hitler einen Tag später mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Teleki in Berlin sprach, kritisierte er die Polen mit den Worten, »Die Ukraine interessiere sie nicht«, die das genaue Gegenteil von dem waren, was Beck von Ribbentrop, der anwesend war, im Januar 1939 gesagt hatte.<sup>215</sup>

Am 22. April 1939 konferierte Admiral Canaris von der Abwehr in Wien mit seinem Kollegen vom Ungarischen Generalstab, General Sándor Homlok (1892-1963). Er versuchte zu verhindern, daß die Ungarn weitere Sič-Angehörige an Polen auslieferten oder selber weiter gefangen hielten und bemühte sich für Flüchtlinge eine Rückkehr in die Karpatho-Ukraine sowie die Genehmigung für ukrainische Propagandasender in Ungarn zu erreichen. Die Ungarn sollten Ukrainern ungarische Papiere ausstellen und aktive Maßnahmen unterstützen. Deutschland wollte dafür – selbst für den Fall der Gründung eines ukrainischen Staates – Ungarn den Besitz der Karpatho-Ukraine garantieren. Dies war bereits eine konkrete Vorbereitung des Krieges gegen Polen und ein Beleg dafür, daß man daran ging, die negativen Auswirkungen des März 1939 auszubügeln. Am 9. Mai fand ein weiteres Gespräch in Budapest statt, in dem sich Canaris als »ausschließlicher Bevollmächtigter des Führers für ukrainische Angelegenheiten« ausgewiesen haben soll.<sup>216</sup> Die ungarische Seite ging nur zögernd auf den Teil der deutschen Forderungen ein, der die Entlassung der ukrainischen Gefangenen nach Deutschland vorsah, von aktiver Unterstützung für Ukrainer konnte verständlicherweise keine Rede sein.

Aber auch auf politischer Ebene waren die Ukrainer ein Thema. Am 1. Mai 1939 – der Krieg gegen Polen war beschlossene Sache, die Verbesserung der Beziehungen zur

<sup>213</sup> Aufzeichnung Hewel, Unterredung zwischen Hitler und Gafencu, 19. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 234, S. 241-244, hier S. 242-243.

<sup>214</sup> Memorandum der Deutschen Regierung an die Polnische Regierung, 27. 4. 1939, überreicht am 28. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 276, S. 288-291.

<sup>215</sup> Aufzeichnung Hewel, Unterredung zwischen Hitler, von Ribbentrop, Teleki und Csáky, 29. 4. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 296, S. 311-315, hier S. 313.

<sup>216</sup> Vgl. Koźmiński, *Polska i Węgry*, S. 295-296.

Sowjetunion noch nicht klar absehbar – sprach von Ribbentrop in Berlin mit seinen Besuchern Teleki und Csáky. Er wandte sich gegen die »grausame Behandlung von Ukrainern« und »wies [...] auf die Nützlichkeit hin, durch Gewährung einer Autonomie eine Beruhigung der Verhältnisse eintreten zu lassen«. Daß sich der russophile Brodij in Ungarn betätigen durfte, fand von Ribbentrop nicht passend, dafür schlug er vor, Vološyn, »demgegenüber wir gewisse moralische Verpflichtungen hätten, bei der Neuregelung in der Karpatho-Ukraine zu berücksichtigen«<sup>217</sup>. Csáky gab sich diplomatisch: Er habe nichts gegen Vološyns Persönlichkeit einzuwenden und auf sein Gut in »Rumpfungarn« dürfe er jederzeit zurück, in der Karpatho-Ukraine könne er jedoch wegen der dortigen Nationalitätenvielfalt seine Sicherheit nicht garantieren.<sup>218</sup>

Letzteres war natürlich nur ein diplomatisch verbrämtes »Nein«, aber daß das AA sich für die ukrainischen Nationalisten einsetzte, Vološyn in die Karpatho-Ukraine zurückkehren lassen und dort genau die Autonomie einsetzen wollte, die man eben erst zugunsten Ungarns (und Polens) beseitigt hatte, ist signifikant. Die Deutschen revidierten nun ihre Politik vom März, und theoretisch profitierten die Nationalukrainer davon – auch wenn sie von der Bitte des AA nichts erfahren haben. Daß Vološyn nicht in die Karpatho-Ukraine zurückkehren konnte und eine ukrainische Autonomie (die die Ukrainer in Polen für Deutschland eingenommen hätte) nicht in Frage kam, lag daran, daß die Regierung Ungarns sich nicht so weitgehend von Deutschland abhängig fühlte, daß sie auf die Früchte ihres Erfolges verzichten mochte. Ungarn war noch kein Satellit von der Art der Slowakei. Aber das ukrainische Thema wurde von Deutschland zielgerichtet eingesetzt. Einen Erfolg scheinen die Gespräche dann doch gehabt zu haben. Auch die Ungarn hatten kein Interesse daran, die internierten Ukrainer auf Dauer zu behalten. Das bei Nyiregyhaza eingerichtete Lager wurde im Frühsommer aufgelöst. Polnische Staatsangehörige ukrainischer Nationalität wurden nicht nach Polen, sondern nach Deutschland ausgewiesen.<sup>219</sup> Intern nahm das AA dann für sich in Anspruch, durch seine Intervention die Verfolgung der Nationalisten beendet zu haben.<sup>220</sup>

Mit dem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion war eigentlich das ukrainische Thema erledigt, da ja Deutschland auf nahezu alle ukrainisch besiedelten Gebiete zugunsten der sowjetischen Interessenzzone verzichtet hatte. Dennoch fuhr man weiter zweigleisig – die Abwehr durfte ukrainische Nationalisten ausbilden, und als vor dem 17. September 1939 Zweifel am sowjetischen Eingreifen auftraten, besann sich Hitler wieder auf die Ukrainer. Auch wenn man nur den taktischen Wert des Nichtangriffspakts würdigt und davon ausgeht, daß sein Bruch deutscher- und sowjetischerseits intendiert war, dann bedeutete er für Nationalukrainer eine neuerliche Enttäuschung, die nur dadurch gemildert wurde, daß den meisten Ukrainern das Geheime

<sup>217</sup> Aufzeichnung von Erdmannsdorff, Besprechung von Ribbentrop mit Teleki und Csáky, 1. 5. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 300, S. 321-325, hier S.324-325.

<sup>218</sup> Ebd., S. 325. Vgl. Shandor, Carpatho-Ukraine, S. 232.

<sup>219</sup> Anweisung des Stellvertretenden Chefs des Ungarischen Generalstabs István Náday vom 1. Mai 1939, nach Koźmiński, Polska i Węgry, S. 297. Polen sollen dann 127 weniger belastete Ukrainer angeboten worden sein – ob sie tatsächlich ausgeliefert wurden, ist nicht bekannt (Vgl. ebd., S. 297-298).

<sup>220</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 12. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 42.

Zusatzprotokoll nicht bekannt war. Dennoch setzten sich die Deutschen darüber hinweg. Und der Erfolg gab ihnen recht.<sup>221</sup>

## 7. DIE UKRAINE IN DER DEUTSCHEN ÖFFENTLICHKEIT

Wie groß war das deutsche Interesse an den Ukrainern nun wirklich? In der Publizistik war die ukrainische Thematik nicht übermäßig präsent. In der allgemeinen Presse waren seit dem Beginn der 1930er Jahre so wenige Artikel zur Ukraine erschienen, daß die häufig angesprochene Unbekanntheit der Ukraine trotz den Ereignissen von 1918 nicht gekünstelt zu sein brauchte. Die Unsicherheit über die Ukraine im Verkehr der deutschen Stellen untereinander hing damit zusammen. Wir sind schon darauf eingegangen, daß das UWI als Publikationsstelle genutzt wurde. Mirčuk und Kuzelja hatten inzwischen ihre ursprüngliche Ausrichtung auf die Het'man-Bewegung verdrängt. Daher ist zu verstehen, daß der Sohn von Serhij Šemet, dem langjährigen Sekretär Skoropadskyjs, der UWI-Stipendiat und Agronom Bohdan [von !] Šemet, 1938 nicht über das UWI, sondern über das AA Mittel für ein geplantes Buch über die deutsch-ukrainischen Beziehungen beantragte. Die Gestapo war damit einverstanden, wenn »in sachlicher und wissenschaftlicher Weise vorgegangen« und die Lage »vorurteilsfrei und völlig tendenzlos« dargestellt werde. Man zog einem Buch aus Kostengründen aber eine Serie von Zeitschriftenbeiträgen vor. Šemets Projekt war alles andere als originell. Die historische Legitimität in einer »langen Bündnistradition« zwischen Deutschland und der Ukraine suchend, wollte er das deutsche Interesse an einer starken und widerstandsfähigen Ukraine betonen, während die Ukrainer deutsche Hilfe benötigten. Die Interessen der beiden Parteien ergänzten einander, und eine gemeinsame Politik werde dadurch gefördert, daß nur eine kleine Gruppe der Ukrainer die »östliche Mentalität angenommen« habe.<sup>222</sup>

Šemet erhielt zunächst überhaupt keine Antwort. Dies ist bezeichnend genug, weil die Ukrainefrage gerade begann, politisch aktuell zu werden, und die von Šemet vertretene Position für einen Ukrainer nichts wirklich Neues oder Umstrittenes war. Aber der Schwebezustand in der Frage der Karpatho-Ukraine ließ eine solche Publikation untunlich erscheinen. Als im Mai 1939 die Gestapo beim AA nachfragte, was aus dem Buchprojekt geworden sei, erhielt sie die Antwort, daß man es aufgegeben habe. Geplant seien dafür »demnächst« zwei »gediegene« Bücher, eines von Axel Schmidt und ein weiteres von Borys Krupnyčkyj (1894-1956). Krupnyčkyj stand der Het'man-Bewegung nahe, während Axel Schmidt wie Rohrbach eher mit der UNR sympathisierte, aber auch mit Kuzelja befreundet war.

<sup>221</sup> Seelos hatte aus Lemberg berichtet: »Die Besorgnis einer kleinen Intelligenzschicht, daß Deutschland die Ukraine gegebenenfalls um der Beziehungen zu Rußland willen wieder opfern würde, fällt gegenüber der Überzeugung der großen Masse der Ukrainer nicht ins Gewicht« (Deutscher Konsul Lemberg an AA, 3. 8. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 67-71; auch ADAP, Serie D, Bd. 6, Dok. 763, S. 886-888).

<sup>222</sup> Gestapo Berlin an AA (Schliep), Bohdan von Schemet, Exposé, 3.8.1938, PAAA, Politik Ukraine 12, Pressewesen der Ukraine.

Ein drittes Ukraine-Buch erschien dem AA unnötig. Zunächst habe man Šemet gebeten, wenn überhaupt, dann doch ein »Nachschlagebüchlein« über die Zeit seit 1900 zu verfassen, worauf der Agronom »ohne viel Freude« eingegangen sei. Das AA war der nicht ungerechtfertigten Meinung, Šemet sei seiner selbstgestellten Aufgabe nicht gewachsen, und im März 1939, in der »heißen Phase« des Geschehens um die Karpatho-Ukraine, habe man ihm mitgeteilt, »daß diessseits das Interesse erloschen« sei. Auf politische Stellungnahmen von ukrainischer Seite könne verzichtet werden, zudem sei man zu der Überzeugung gekommen, Šemet habe nie eine »sachliche« Darstellung geplant, sondern eine »sattsam bekannte Polemik«, die »nur Verstimmungen hervorgerufen« hätte.<sup>223</sup>

Diese scheinbar nebensächliche Frage der Publikation ist nicht ohne Reiz. So ging offenbar das AA noch im Mai 1939 nicht von einer kurzfristigen Wiederbelebung der »ukrainischen Karte« aus, man legte auf »Polemik« keinen Wert – wobei wir ausdrücklich anmerken, daß auch die »sachliche Darstellung« natürlich nicht unparteiisch war. Und wer sollte verstimmt sein? Polen? Oder die ukrainischen Rivalen Šemets? Nehmen wir Polen an, dann wäre zumindest beim AA die Option einer gemeinsamen antisowjetischen Politik in den ersten Wochen nach dem 16. März (im Unterschied zum engeren Kreis um Hitler) noch nicht ganz obsolet gewesen und die Schlüssigkeit der strategischen Einkreisung Polens hätte quasi eine Hintertür besessen. Die alternative Auslegung würde bedeuten, daß man sich beim AA nun doch entschieden hätte, die OUN nicht mehr zu »verstimmen«. Letztlich erscheint diese Variante wahrscheinlicher, aber eine sichere Entscheidung ist derzeit nicht möglich.

Der ersteren Variante würde entsprechen, daß die *Frankfurter Zeitung*, die im Ausland wahrgenommen wurde und sich den Anschein von Seriosität gab, eine fast offiziöse Distanzierung von einem Engagement in der Karpatho-Ukraine und von Ukraine-Plänen überhaupt vorlegte. In einem Leitartikel über die »europäische Lage« dementierte sie nach dem *fait accompli* der ungarischen Annexion angebliche deutsche Ambitionen, die Ukrainefrage zu instrumentalisieren:

»Das ist ein kurioser Irrtum, der daher kommt, daß der Reichsregierung allerhand Pläne in Richtung auf die Ukraine fälschlich angedichtet wurden und daß die Irrenden glauben, eine ungarisch-polnische Grenze sei ein geeignetes Mittel, Deutschland vom weiteren »Drang nach Osten« abzuhalten. Die Interessen des Reiches liegen indessen viel näher und sind viel realer als diejenigen, die man ihm nachsagt.«<sup>224</sup>

Das war ja nicht einmal falsch, weil die deutsche Führung nicht wirklich ein ukrainisches Konzept hatte. Tatsächlich dachte man schon längst an Krieg gegen Polen.

Die beiden angekündigten Ukraine-Bücher erschienen 1939 wirklich. Während die bei Harrassowitz verlegte Gesamtdarstellung Krupnyčkyjs als »gediegen« gelten mochte, führte Axel Schmidts Opus zu einer heftigen Kontroverse.<sup>225</sup>

<sup>223</sup> AA (Meyer-Heydenhagen) an Gestapo, 30. 5. 1939, PAAA, Politik Ukraine 12, Pressewesen der Ukraine.

<sup>224</sup> »Die europäische Lage. Vom Standpunkt der Achse«, *Frankfurter Zeitung* 19. 3. 1939, S. 1; vgl. Mirow, *Deutschland*, S. 76.

<sup>225</sup> Borys Krupnyč'kyj, *Geschichte der Ukraine*, Leipzig 1939; Axel Schmidt, *Ukraine – Land der Zukunft*. Berlin 1939.



Der aus dem Gebiet Čerkasy in der Zentralukraine stammende Borys Krupnyčkyj wurde bei Otto Hoetzsch 1920 promoviert. Danach unterrichtete er an der Auslandshochschule und war ab 1926 »angestellter Stipendiat«, ab 1932 Dozent des UWI. Zudem arbeitete er mit dem UWI in Warschau zusammen. Für das Berliner UWI hatte Krupnyčkyj einen Abriss der ukrainischen Geschichte verfaßt, der dem nationalistischen Schema folgte, sich aber weitgehend politischer Folgerungen enthielt. Seine Darstellung endete 1920 und bezog daher aktuelle politische Spekulationen nicht ein. Das Buch muß »angekommen« sein, denn 1943 wurde eine zweite Auflage herausgegeben, die zwar als »durchgesehen« ausgewiesen wurde, sich aber nur unwesentlich von der ersten Version unterschied.

Den aktuellen Umwertungen war Krupnyčkyj kaum gefolgt. Die Magyarisierung der Karpatho-Ukraine im 19. Jahrhundert wurde als »Leidenszeit für das Land, nachdem die nach Vergeltung lechzenden Ungarn alles verfolgten, was »ruthenisch« hieß«, ausgewiesen. Die Ungarn wurden auch für die jüdische Einwanderung verantwortlich gemacht.<sup>226</sup> Dies korrespondierte kaum damit, daß Deutschland gerade wieder die Karpatho-Ukraine an Ungarn ausgeliefert hatte, aber der Passus wurde nicht beanstandet und auch 1943 unverändert gelassen. Im übrigen war die Darstellung natürlich antikommunistisch, antisozialistisch und antijüdisch, und der Het'man wurde – wie auch die deutsche Herrschaft 1918 – positiv gewürdigt.

Axel Schmidts Buch war eine Auftragsarbeit für den Verlag Reimar Hobbing, der sich im November 1938, als die Frage der Karpatho-Ukraine in die Schlagzeilen geraten war, an den bekannten Ukrainophilen gewandt hatte. Als das Buch im Juni 1939 erschien, war das Thema aus der Presse verschwunden, und Schmidt verwies in der Einleitung darauf, daß die ukrainische Frage »scheinbar ein wenig wieder in den Hintergrund gerückt« sei, und er hielt dies offen für falsch.<sup>227</sup> Wenn selbst die Esten und Slowaken einen eigenen Staat erhalten hätten, hätten die Ukrainer auch einen verdient. Für Axel Schmidt stand der polnisch-ukrainische Gegensatz im Vordergrund: Die Lubliner Union von 1569 mit ihrer Ausdehnung der polnischen Herrschaft auf die Ukraine sei der »Höhepunkt der Macht Polens« und »zugleich de[r] Tiefstand in der Entwicklung des ukrainischen Volkes gewesen«.<sup>228</sup> Die Zusammenhänge zwischen ukrainischem Freiheitsstreben und den Deutschen baute Schmidt weiter aus. Ohne Belege erklärte er, »daß eine selbständige Ukraine als äußerstes Mittel zur Bekämpfung der russischen Gefahr in Bismarcks politischer Rezeptur vorhanden war«.<sup>229</sup>

Im Ersten Weltkrieg sei Deutschland dagegen »ohne feste Vorstellung und ohne Ziel in den Ostfragen« gewesen, es habe zwischen einer Randstaatenpolitik und der »Freundschaft mit Rußland« geschwankt, und auch auf Rohrbach, dessen angeblich 1897, tatsächlich wohl 1915 (s. S. 41) verfassten Text Schmidt gläubig zitiert (»Wer Kijew hat, kann Rußland zwingen.«) habe man nicht gehört. Er verstieg sich gar dazu zu erklären, wegen der Ukraine »ging letzten Endes der Weltkrieg für Deutschland verloren«.<sup>230</sup> Wegen seiner Kritik der deutschen Haltung zog sich Schmidt den Unwillen der NS-Macht zu. Er verurteilte die deutsche Unterstützung Skoropadskyjs

<sup>226</sup> Borys Krupnyčkyj, *Geschichte der Ukraine*, Leipzig <sup>2</sup>1943, S. 265.

<sup>227</sup> Axel Schmidt, *Ukraine – Land der Zukunft*. Berlin 1939, S. 7.

<sup>228</sup> Ebd., S. 33.

<sup>229</sup> Ebd., S. 75-77 (Zitat S. 77).

<sup>230</sup> Ebd., S. 77-80.

gegen die Nationalukrainer Petljuras. Petljura sei zwar »bis zuletzt in revolutionären Gedankengängen befangen gewesen«, habe aber eben doch »seinem Ideal, dem selbständigen ukrainischen Staat, nachgelebt« und sei damit besser gewesen als »alle seine politischen Mitarbeiter«. <sup>231</sup> Die Kritik an der deutschen Politik im Ersten Weltkrieg gipfelte in der Feststellung, es sei verhängnisvoll gewesen, »sich von der jeweiligen Entwicklung der Verhältnisse treiben« zu lassen und »ständig zwischen der Unterstützung der ukrainischen Bewegung und dem Wunsche nach Wiederherstellung des russischen Gesamtstaates« hin- und herzuschwanken. <sup>232</sup> Auch sonst war Schmidts Text wenig zeitgemäß. Nach Hruševskyj schrieb er: »Der Ukrainer ist entschiedener Demokrat, die Großrussen sind dagegen entweder Herren oder Knechte«. Und vollends anachronistisch war der 1939 (!) geschriebene Satz: »[...] die Töchter werden nicht gegen ihren Willen verheiratet. Bei den Großrussen dagegen ist noch heutzutage der ›Verkauf‹ der Tochter gang und gäbe [...]« <sup>233</sup> Den Titel »Land der Zukunft« verstand Schmidt wirtschaftlich. Die Beziehung zu Rußland habe der Ukraine nur geschadet, während eine Änderung der politischen Verhältnisse dazu führen müsse, daß die Ukraine »ihren Charakter als Kolonialland« verlöre und »auch wirtschaftlich schnell aufblühen« würde. <sup>234</sup> Ungeachtet der Frage der Richtigkeit solcher Aussagen konnte dies den »Lebensraum«-Planern nicht gefallen.

Für Schmidt gab es jedoch diesen Widerspruch nicht. Er behauptete, daß »bei den Ukrainern nach wie vor die Bereitschaft [bestehe], mit Deutschland zusammenzugehen. Nicht aus selbstloser Liebe zu den Deutschen, sondern in der klaren Erkenntnis, daß ein zukünftiger ukrainischer Staat [gegen seine Nachbarn] eine Rückendeckung braucht und diese am besten bei Deutschland finden kann«. Und für Deutschland böte die freie Ukraine eine Garantie, nicht »wieder in die französisch-russische Zange genommen zu werden«. <sup>235</sup>

Beide Bücher empfahl das U.N.O. seinen Mitgliedern. <sup>236</sup> Schmidts politische Perspektiven entsprachen aber nicht der sich abzeichnenden Einigung mit der Sowjetunion.

Ebensowenig wie ein viertes Publikationsprojekt, das deshalb zunächst nicht verwirklicht wurde. Der Journalist Franz Obermaier hatte im August 1939 ein Manuskript fertiggestellt, das vom »furchtbaren Schicksal der Ostukrainer in der [...] Sowjetukraine« handelte. Ein solcher Text paßte natürlich nicht in das Deutschland des Hitler-Stalin-Pakts, und so mußte Obermaier bis 1942 warten – dann konnte sein Text »fast unverändert erscheinen«. <sup>237</sup>

Aber es waren noch zwei andere Bücher auf den deutschen Büchermarkt gelangt. Riko Jarys Veröffentlichung entsprach der aktuellen Politik: Auf die Anfrage der Gestapo, ob die 1933 erstmals erschienene und Ende 1938 wegen der befürchteten Störung der deutsch-polnischen Beziehungen beschlagnahmte Schrift (»Ukraine von gestern und heute«) »im Hinblick auf die gegenwärtig getrübbten Beziehungen« mit Polen nunmehr

<sup>231</sup> Ebd., S. 99, 102.

<sup>232</sup> Ebd., S. 194.

<sup>233</sup> Ebd., S. 112.

<sup>234</sup> Ebd., S. 140.

<sup>235</sup> Ebd., S. 195-196.

<sup>236</sup> »Dvi publikacii v nimeckij movi pro Ukraïnu«, *Ukraïnskyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 7 (26), [25. 7. 1939], S. 3.

<sup>237</sup> Franz Obermaier, *Ukraine. Land der schwarzen Erde*. Wien 1942, Zitate S. 5 (neues Vorwort).

freigegeben werden könnte, antwortete Meyer-Heydenhagen, er habe nichts dagegen, da das mit dem Nichtangriffspakt von 1934 zusammenhängende Presseabkommen mit Polen nicht mehr in Kraft sei, und Schliep schrieb der Gestapo, der »Aushändigung und Weiterverbreitung« der beschlagnahmten Broschüre stehe nichts im Wege.<sup>238</sup>

Das Buch erschien also im Juli 1939 unter einem neuen Titel als »Ukrainischer Nationalismus«, während der alte auf der Titelseite in die Ecke gerückt wurde. Als Verlagsort figurierte New York, was wohl Schwierigkeiten mit den deutschen Behörden vermeiden sollte. Im U.N.O.-Blatt wurde das Buch besprochen und als »Versuch, der volle Anerkennung verdient«, empfohlen.<sup>239</sup> Daß es ein Rarum ist, zeigt aber, daß die Verbreitung offenbar nicht sehr groß war. Offenbar wurde sein Vertrieb im August oder September 1939 wieder eingestellt.

Mit der Auflage von 1933 hatte der neue Band nicht mehr viel zu tun. Der große programmatische Artikel Riko Jarys fehlte, dafür begann der Text mit einem hymnischen Nachruf auf den ermordeten Konovaléc. Die theoretischen Artikel entsprachen dem neuen Stand – etwa durch längere Zitate aus Texten von Jaroslav Oršan (Čemeryňskij) und der *Naciovratija* Sciborskyjs von 1935. Volodymyr Stachiv sandte das Bändchen am 15. Juli Hitler zu. Dessen persönlicher Referent Willy Meerwald (1888-?) war nicht gerade begeistert. »Diesen Aufsätzen ist kein allzu großer Wert beizumessen, da sie recht oberflächlich gehalten sind und im übrigen verständlicherweise eine sehr einseitige Betrachtung des gesamten ukrainischen Problems darstellen.« Überhaupt sei die ganze ukrainische Nationalbewegung in Polen nur die Angelegenheit einer dünnen Intelligenzschicht. Dennoch hielt Meerwald sie für wichtig:

»Die nationalistische Bewegung wird von den zuständigen Stellen des Reichs sehr positiv bewertet. Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht auch auf der anderen Seite Beziehungen zu der gemäßigteren Richtung der sog. ›Undo‹ aufrechterhalten werden [...]«

Meerwald schlug dann vor (»Obwohl [...] dem Buch weder vom politischen noch vom wissenschaftlichen Standpunkt eine besondere Bedeutung beizulegen ist«), Stachiv ein Dankeschreiben »im Auftrage des Führers« zu schicken.<sup>240</sup> Im Vorfeld des Krieges bewertete man die OUN »sehr positiv«, wollte es sich aber auch mit den UNDO-Ukrainern nicht verderben.

Signifikant war auch die Behandlung des im Goldmann-Verlag in der Reihe »Weltgeschehen« erschienenen Büchleins des Georgiers Michael Tsouloukidse über die Ukraine. Nur drei Tage vor dem ungarischen Einmarsch in die Karpatho-Ukraine stellte in der *Neuen Wiener Presse* eine Besprechung des Bändchens den Zusammenhang zwischen der Karpatho-Ukraine und der Gesamtproblematik der Ukraine her. Der Rezensent sah in den tschecho-slowakischen Entwicklungen ein »wichtiges und bedeutsames Randdetail der gesamten, immer stärker werdenden nationalen Bewegung der Ukrainer auch in Polen, Rumänien und vor allem in der Sowjetunion«. Und er folgerte: »Würde doch die Bildung einer neuen selbständigen Ukraine nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als eine Zertrümmerung des [...] gewaltsamen, jeder na-

<sup>238</sup> Gestapo an AA, 6.7.1939, Schliep an Gestapo, 28. 7. 1939, PAAA, Politik Ukraine 12, Pressewesen.

<sup>239</sup> »Dvi publikacii v nimeckij movi pro Ukraïnu«, *Ukrainśkyj Vistnyk* 4 (1939), Nr. 7 (26), [25. 7. 1939], S. 3.

<sup>240</sup> V. Stachiv an Hitler, 15. 7. 1939; Vermerk Meerwald, 11. 8. 1939, BAB, R43II, Bd. 1500, Bl. 31-33.

tionalen Grundlage entbehrenden Kolosses der Sowjetunion [...] und das Freiwerden aller in ihr geknebelten Nationen«. <sup>241</sup>

Die deutsche Pressepolitik tolerierte nicht nur diese Rezension, sie reagierte auch nicht auf den Nexus mit der Karpatho-Ukraine. In den Zeitungen durfte dieses Buch beworben werden. Noch im selben Jahr erschien eine zweite Auflage (11.-15. Tausend), die belegte, daß das Publikum an der Ukraine-Thematik interessiert war. Tsouloukidse Buch enthielt ein Vorwort Mychajlo Antonovyč, der Stipendiat, dann Mitarbeiter des UWI war. Antonovyč beschrieb einen Richtungswandel in Deutschland. Sei Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg »hauptsächlich nach dem Westen gerichtet« gewesen, so habe sich dies danach wegen »der geistigen Entfremdung Deutschlands von Westeuropa« gewandelt. Unwichtig ist dabei, ob der Verfasser recht hatte. Er folgte dann einer Argumentation, die an die Broschüren Levyčkyjs im Ersten Krieg erinnerte:

»Nach der Vereinigung mit Österreich gewinnt die Straße Berlin-Bagdad eine gesteigerte Bedeutung für Deutschland. Die Staaten aber, die auf diesem Wege liegen, haben nunmehr Anspruch auf ein größeres Interesse seitens der Deutschen. Im Zusammenhang mit den aufblühenden Gebieten des Nahen Orients wächst die Bedeutung der Ukraine für den internationalen Handelsverkehr, und damit rückt die ukrainische Frage wieder in den Vordergrund«. <sup>242</sup>

Die Ukraine als Etappe auf dem Handelsweg in den Osten ist ein Motiv, mit dem deutsches Interesse gezeugt werden sollte. Daß dieses Land »seine Aufgaben« nur dann erfüllen könne, wenn es souverän sei und über »eine nationale, volksverbundene Regierung« verfüge, und daß es eine »Vermittlerrolle« »zwischen Deutschland und dem Südosten« spielen solle, weil immer schon der Austausch zwischen den beiden Territorien besonders groß gewesen sei, ergibt sich gewissermaßen von allein. Und »der Deutsche« solle die Vermittlung zwischen »Ost und West« leisten, weil ihn »der Dünkel des Westeuropäers, der den ganzen europäischen Osten als ein halbbarbarisches Land betrachtet«, nicht irre zu machen brauche. <sup>243</sup> Diesen Text schrieb Antonovyč im Frühjahr 1938 – ein Jahr später erschien das Buch. Tsouloukidse bemühte sich darin redlich, die Ukrainer den Deutschen nahezubringen.

»Während die Moskowiten aus der Mischung von nordischen Slawen mit finnisch-mongolischen hervorgegangen sind, haben die Kiewer zweimal in ihrer Urgeschichte die Blutmischung mit den Germanen erlebt: einmal mit West- und Ostgoten, die einige Jahrhunderte lang das Territorium der heutigen Ukrainer beherrschten, ein andermal mit Skandinaviern, den Warägern, deren beider Reste in der einheimischen Bevölkerung aufgegangen sind.« <sup>244</sup>

In der weiteren historischen Darstellung folgte Tsouloukidse dem üblichen nationalukrainischen Schema. Erwähnenswert ist nur, daß er sogar behauptete, die UNR sei »fast von allen europäischen Staaten anerkannt worden« und daß »sogar die französische

<sup>241</sup> Walter Habiger, »Auferstehung der Ukraine«, Neues Wiener Tagblatt/Neue Wiener Presse 12. 3. 1939, S. 32.

<sup>242</sup> Michael Antonowytch [Mychajlo Antonovyč], »Vorwort«, in: Michael Tsouloukidse [Miheil Culukidze], Die Ukraine. Leipzig 1939, S. 3-6, hier S. 3-4.

<sup>243</sup> Ebd., S. 4-5.

<sup>244</sup> Michael Tsouloukidse, Die Ukraine. Leipzig 1939, S. 12-13.

und die englische Regierung [...] sich in Kiew durch eigene Abgesandte« hätten vertreten lassen.<sup>245</sup> So weit waren nicht einmal die sachkundigeren Nationalisten gegangen. Auch daß unter den Deutschen 1918 »ein neues frisches Leben aufzublühen« begonnen habe,<sup>246</sup> war übertrieben, ist hier aber von Bedeutung, weil mit solchen Wendungen das Interesse des deutschen Publikums geweckt werden sollte und konnte.

Der Gegensatz zu Polen und Rußland prägte Tsouloukidises Buch – wenig verwunderlich, weil er sich nur auf die gängigen Klischees zu stützen brauchte. Schwieriger war es mit dem »Gemeinschaftsgefühl« der Ukrainer – sie waren früher schließlich immer als Individualisten geschildert worden, in Deutschland wurde nun aber gerade die Einbettung in die Volksgemeinschaft hochgehalten. Kein Problem: Auch der Ukrainer »freut sich [nun] des Lebens mit seinen Volksgenossen in der Gemeinschaft«. Aber: »Selbst dieser Gemeinschaft gegenüber verteidigt er sich aber würdig, wenn er sich benachteiligt fühlt«. Und: »Anders der Russe! Er ist ein Gefangener der Gemeinschaft, der er blind folgt [...], sein Wille ist gebrochen, sein Ich vernichtet.«<sup>247</sup> Originell war die Reinterpretation der Mongolenherrschaft. Während ukrainische Nationalisten zumeist behaupteten, der Nordosten habe sich durch die Symbiose zwischen Mongolen-Tataren und Russen zu einer »asiatischen Despotie« entwickelt, wohingegen der Süden »europäisch« geblieben sei, sieht Tsouloukidise dies umgekehrt: Für ihn bestand die Herrschaft der Tataren im Nordosten (korrekt) nur in der Tributpflicht, was ihre Abschüttelung erleichterte, während »die ganze Wucht der von Osten einströmenden Nomadenvölker [...] somit auf die heutige Ukraine« gefallen sei. Damit rationalisierte er, daß es keine entwickelten und dauerhaften ukrainischen Staatswesen gegeben habe.<sup>248</sup> Dem Gang durch die Geschichte folgte in Tsouloukidises Narration das Bild des wirtschaftlichen Reichtums der Ukraine. »Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entstehung eines neuen Staates in Osteuropa mit einer so mächtigen wirtschaftlichen Grundlage von großer Bedeutung für die westeuropäischen Staaten, besonders aber für Deutschland wäre, mit dem das ukrainische Volk viele gemeinsame Interessen verbinden. Als ein typisches Agrar- und Rohstoffland braucht die Ukraine die tatkräftige Unterstützung eines ausgesprochenen Industrielandes, das seinerseits Erzeugnisse der Landwirtschaft und Rohstoffe benötigt«. Das Bild der »Kornkammer« wurde ebenso bemüht wie die Tradition der Wirtschaftsbeziehungen seit dem Mittelalter, und eine koloniale Abhängigkeit als Problem erschien ebensowenig wie in den Texten aus dem Ersten Weltkrieg.<sup>249</sup> Den Abschluß des Buches bildeten eine Darstellung des Leidens der Ukrainer in der Sowjetunion und die Perspektive der Auflösung der UdSSR in eine Reihe von souveränen Staaten, zu denen auch die Ukraine gehören müsse.

Die polnische Botschaft in Berlin protestierte am 21. Februar 1939 beim AA dagegen, daß in Tsouloukidises Buch territoriale Ansprüche auf polnische Gebiete erhoben würden. Lipski empfahl den Deutschen unter Berufung auf die Gespräche zwischen von Ribbentrop und Beck, das Buch zu konfiszieren.<sup>250</sup> Für das *Słowo Pomorskie*

<sup>245</sup> Ebd., S. 27.

<sup>246</sup> Ebd., S. 28.

<sup>247</sup> Ebd., S. 39.

<sup>248</sup> Ebd., S. 86-87.

<sup>249</sup> Ebd., S. 80-81.

<sup>250</sup> Verbalnote der Poln. Botschaft Berlin an AA, 21. 2. 1939; Poln. Botschaft Berlin an Poln. Außenministerium, 23. 2. 1939, AAN, MSZ, WW 5322, Bl. 242-245.

zeugte das Buch von den ukrainischen Interessen Deutschlands, »weil in Deutschland nichts zufällig« erscheine.<sup>251</sup>

Tatsächlich genoß Tsouloukidises Werk 1939 eine gewisse Beliebtheit. Es nahm Strukturen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs auf und aktualisierte sie, wobei in der sowjetischen Unterdrückung auch die russische gebrandmarkt wurde. Das war bis zum Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion in Deutschland akzeptabel. Erst im Oktober 1939 wurde in einer Presseanweisung verboten, Tsouloukidises Buch zu rezensieren. Nun paßte natürlich eine ukrainisch-nationale antisowjetische Linie nicht mehr in die politische Landschaft.<sup>252</sup> Eingezogen wurde es jedoch gleichwohl nicht.

Im August 1939 verbreitete der Ukrainische Pressedienst Riko Jarys eine Broschüre, die unmittelbar auf den Krieg gegen Polen vorbereitete. Die Verschärfung der Nationalitätenkämpfe in Polen wurde beschrieben und für einen kommenden Krieg den Deutschen offen Hilfe zugesagt:

»Es ist wohl für keinen der Beteiligten zweifelhaft, daß die Ukrainer im Falle einer inneren oder äußeren Erschütterung Polens zu einem bewaffneten Angriff übergehen werden und daß dieser Angriff nach einem wohldurchdachten und organisatorisch gut vorbereiteten Plan entfaltet würde.«<sup>253</sup>

Beschrieben wurden die ökonomischen Qualitäten Galiziens und man erwähnte dabei nicht zufällig die Möglichkeit, das galizische Erdöl in das deutsche Eisenbahnnetz einzuspeisen.<sup>254</sup> Aus der Mißachtung der ukrainischen Rechte durch die Entente leite sich das »moralische Recht, zu den Waffen zu greifen, um [die] nationale Existenz gegen den Okkupanten [= Polen] zu verteidigen«, ab.<sup>255</sup> Die Verfolgung der Ukrainer in Polen habe erst die (tatsächlich als solche bezeichneten) Morde der UVO/OUN als Reaktion darauf ausgelöst:

»Nur Falschheit und Tücke, Betrug und Verrat an den Nachbarn [...] sowie die militärische Unterstützung Westeuropas, insbesondere Frankreichs, haben das Schicksal des ukrainischen Volkes und seines Staates in den Jahren 1918-20 zugunsten Polens entschieden.«<sup>256</sup>

Diese Broschüre wurde an Zeitungsredaktionen verschickt. Es fällt auf, daß die Sowjets nur ganz am Rande vorkamen und über die genannten Hinweise sowie »wissenschaftliche« Oberländer- und Seraphim-Zitate hinaus jede Anspielung auf deutsche Interessen fehlte. Die Beschränkung auf die West-Ukraine gestattet eine Hypothese. Man hielt es offenbar für wahrscheinlich, daß nach einem Krieg gegen Polen, bei dem die Sowjetunion stillhalten würde, aus dem polnischen Südosten, der West-Ukraine, ein autonomes Staatengelände unter deutscher Oberhoheit entstehen würde. Um dessen Qualität der deutschen Presse vorzustellen und ihr somit eine Sprachregelung zu

<sup>251</sup> Słowo Pomorskie, 30. 3. 1939, ZStA DDR, AA 58415.

<sup>252</sup> Sammlung Oberheitmann, 16. 10. 1939, BAK, ZSg 109/4, Bl. 55; vgl. Mirow, Deutschland, S. 74.

<sup>253</sup> W. von Pantschenko-Jurevyč, »Die West-Ukraine«. In: Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 5-29, hier S. 7.

<sup>254</sup> Ebd., S. 25.

<sup>255</sup> S. Tschutschman [Sydir Čučman], »Die rechtlich-politische Lage der West-Ukraine«. In: Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 30-47, hier S. 47.

<sup>256</sup> Jaroslaw Orschan [Jaroslav Oršan-Čemerynskyj], »Die West-Ukraine kämpft um ihre Selbstbehauptung«. In: Das Problem der West-Ukraine. Berlin 1939, S. 48-109, hier S. 49.

bieten, wenn die Eroberung dieses Gebietes in die Schlagzeilen geraten würde, verfaßte die OUN diese Broschüre.

Aber das ukrainische Thema gelangte auch auf andere Weise in den Diskurs. Das reorganisierte U.N.O. versuchte, deutsche und ukrainische Interessen zusammenzuschließen. Eine Gelegenheit dazu bot sich, als das neue U.N.O. im Landwehr-Casino am 4. Mai 1938 einen Abend über das Schwarze Meer veranstaltete. Äußerlicher Anlaß war der 20. Jahrestag der Gründung einer Ukrainischen Flotte in der deutsch besetzten Ukraine, aber nicht das war das wesentliche.

Vielmehr gab es einen in deutscher Sprache gehaltenen, also nicht für die eigene Kommunität bestimmten Vortrag von Dr. Volodymyr Jurevyč über den Donauweg und das Schwarze Meer, das ja nun leider partiell in der Hand des »russisch-bolschewistischen Imperialismus« sei. Da aber der Weg Deutschlands auf den Balkan, nach Osteuropa und in den Nahen Osten über Donau und Schwarzes Meer führe, sei dieses geopolitisch wichtig. Zwar hemme jetzt die sowjetische Autarkie die Entwicklung, aber der »auf längere Sicht unausweichliche« Austritt der Ukraine aus der UdSSR werde hier eine ganz andere Lage schaffen. Rußland werde wirtschaftlich wichtiges Land und eine Verbindung zum Kaukasus verlieren, und im Gegenzug Deutschland seine Kontakte in den Vorderen Orient ausbauen können.<sup>257</sup> Die Argumente hatten sich gegenüber der Zeit des Ersten Weltkriegs ebensowenig verändert wie die Methode ihrer Verbreitung.

## 8. »BERGBAUERNHILFE«

Nun wenden wir uns wieder der militärischen Kooperation zwischen OUN und Wehrmacht zu. Nach Konovalécs Tod setzten Mel'nyk und Jary die Gespräche mit der für Sabotage im Rücken des Feindes zuständigen Abwehr II, die inzwischen Oberst Erwin Lahousen von Vivremont (1897-1955) von Helmuth Groscurth (1898-1943) übernommen hatte, fort. Die Abwehr bildete weiter Ukrainer militärisch aus. Lehrgänge fanden 1938 in Saubersdorf bei Wiener Neustadt, wo Jary sein Anwesen hatte, und am Chiemsee statt, dabei wurden jeweils 30 Soldaten ausgebildet, die früher im polnischen Militär gedient hatten. Jevhen Hutovyč, einer der Absolventen, berichtete Zinovij Knyš über Unterricht, Geländeausbildung und Vorführungen deutscher Truppen. Die Ukrainer gaben sich als »Studenten aus verschiedenen Ländern« aus. Hutovyč erwähnte drei Lehrgänge zu 6 Monaten, die parallel stattgefunden haben sollen.<sup>258</sup>

<sup>257</sup> »Večir Čornoho morja«, Ukraïnskyj Vistnyk 3 (1938), Nr. 6 (14) Juni 1938, S. 4.

<sup>258</sup> Vgl. Zinovij Knyš, Pered pochodom na Schid, S. 111-112; Marko Terlycja, Nacionalistyčni skorpiony. Kyïv 1963, S. 22-23; Boljanovskýj, Ukraïnski vijkovi formuvannja, S. 25-26. Torzecki schrieb auch über eine »Ausbildung in der Umgebung Berlins« (Torzecki, Polacy i Ukraïncy, S. 23). Er stützte sich dabei auf Paul Leverkuehn (Nachrichtendienst, S. 131), der Abwehr-Ausbildungsstätten in Tegel und am Quenzsee in der Stadt Brandenburg (»Quenzgut«) beschrieb (Ebd., S. 35), die jeder Abwehroffizier zu durchlaufen hatte. Tatsächlich dürften dort 1938/39 Ukrainer in »Sprengtechnik und anderen Vorbereitungen für Sabotageangriffe unterwiesen« worden sein, ob dies aber in dieser Zeit verstärkt wurde oder seit längerem durchlief, ist nicht klar.

Jedenfalls scheint die Ausbildung unabhängig von den Ereignissen in der Karpatho-Ukraine erfolgt sein und könnte einen Hinweis darauf liefern, warum der PUN sich trotz dem dortigen Scheitern weiterhin der deutschen Unterstützung gewiß war.

Einen weiteren Bericht über Saubersdorf hat Jevhen Stachiv verfaßt. Danach wurden dort Angehörige der Karpatska Sič, die nach dem Debakel in der Karpatho-Ukraine dem Arbeitseinsatz entzogen werden konnten, ausgebildet. Stachiv schreibt, er sei am 5. April 1939 in dem bereits bestehenden Lager eingetroffen.<sup>259</sup> Die OUN-Prominenz (Baranovskýj, Senyk, Jary) besuchte Saubersdorf und den Chiemsee (Kapustjanskyj, Suško). Einmal kamen mit Jary japanische Militärattachés aus Berlin. Mit Japanern standen die Exilukrainer etwa seit 1937 in Kontakt. Kapustjanskyj berichtete, sie hätten sich für die Ukrainer interessiert, erste Kontakte über Warschau gab es seit 1934.<sup>260</sup>

Anfangs sei den Ukrainern in Saubersdorf verboten worden, sich der Bevölkerung zu zeigen, später hätten sie einmal die Woche ins Kino gedurft. Weiterhin sei es untersagt gewesen, nach Polen zu schreiben oder sich mit Verwandten aus Polen zu treffen. »Die Polen sollten von seiner [des Lagers] Existenz nichts erfahren.«<sup>261</sup> Stachiv berichtete auch über den ideologischen Unterricht, den in Saubersdorf Ivan Gabrusevyč (»Džon«) gab. Der frühere HUNM-Führer hatte zwischenzeitlich im OUN-Presse-dienst in Berlin gearbeitet. Stachiv schreibt:

»Ich muß sagen, daß das Programm der Lektionen, die uns Gabrusevyč gab, faktisch eine hundertprozentige Übernahme der damaligen faschistischen Ideologie war. Ich erinnere mich an den Unterricht über die Nation: daß eine Nation ihre Sprache, ihre Geschichte und Kultur und als wichtigsten Punkt – das Europäertum (»jevropėjstvo«) besitzen müsse. Nur europäische Länder (»kraïny«) könnten Nationen sein. Wir fragten: »Und wie ist es mit Japan?« – »Japan ist keine Nation, denn sie sind keine Europäer.« – Ein rassischer Ansatz.«<sup>262</sup>

Entgegen der Annahme Stachivs war dies nur bedingt ein rassistischer Ansatz, denn der Begriff des »Europäers« scheint bei Gabrusevyč kulturell gefüllt gewesen zu sein. Das Zitat ist deswegen so wichtig, weil es demonstriert, wo sich ukrainische Nationalisten und Nationalsozialisten treffen konnten. »Europäertum« war dabei etwas anderes als der »Arier«-Ansatz oder die Anhimmeligung des »nordischen« Menschen, durch den sich Ukrainer damals noch nicht angesprochen fühlen konnten. Aber die »Europäisierung« der NS-Ideologie im Zweiten Weltkrieg war mit den Ansichten Gabrusevyčs kompatibel. 1939 waren sie eher ungewöhnlich – und Ausweis eines partiellen Primitivismus. Denn den Lehrgangsteilnehmern war – anders als offenbar Gabrusevyč – aufgefallen, daß die das Lager besuchenden Japaner mit Jary und

<sup>259</sup> Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 75-76.

<sup>260</sup> Im Oktober 1938 war Chymyneč als Leiter der Karpatho-Ukrainischen Delegation in Berlin mit dem OUN-Stab-Mitglied Oberst Kolodzin'skyj beim japanischen Militärattaché in Berlin zu Besuch gewesen, und Mitte Dezember 1938 hatte Jary mit dem Japaner eine Autofahrt nach Chust unternommen. Vgl. Knyš, Pered pochodom, S. 111-112; Terlycja, Nacionalistyčni skorpiony, S. 22; Kapustjanskyj, »Vij'skova pidhotovka OUN«, S. 130-132; Andrijev'skyj, »Mižnarodnja akcija OUN«, S. 151; Chymyneč, Moï sposterežennja, S. 72.

<sup>261</sup> Stachiv, Kriz' tjurmy, S. 78. – Stachiv blieb bis zum 30. Juni in Saubersdorf, so daß dies durchaus im Rahmen des möglichen lag.

<sup>262</sup> Ebd., S. 77.



Deutschland kooperierten. Es ist auch nicht klar, von wem die Inhalte der Ausbildung stammten – vom Ideologiereferenten des PUN oder vielleicht vom »Hausherrn« Riko Jary, der Interesse an einem kreativen Umgang mit ideologischen Maximen gehabt haben dürfte.

Aber nicht nur dies wurde gelehrt. Stachiv schreibt weiter:

»Sehr scharf wandte man sich gegen Hruševskij, gegen Drahomanov, das Wort ›Demokratie‹ verwendete man nur mit dem Epitheton ›verfaulte‹. Es wurde das Ein-Parteien-System propagiert und sehr viele Dinge, von denen man sich dann lossagen und sie als schädlich für das ukrainische Volk kritisieren mußte, weil sie Überreste der damals in Europa herrschenden faschistischen Richtung waren«.

Die Ausbildung in Saubersdorf war »der militärischen ähnlich«, erfolgte aber nicht an Waffen. Es ging mehr um Theorie, »etwas Strategie, internationale Politik«. Aber es gab auch schon praktische Einsätze: »Ab und zu fuhr unsere Jungs zu irgendwelchen Aktionen an die slowakisch-polnische Grenze und schmuggelten Handfeuerwaffen aus dem Prešov-Gebiet in das Lemkenland in die Gegend von Sanok für den Fall eines Krieges der Deutschen gegen Polen«.

Mit diesen grenzüberschreitenden Kontakten hing auch die Vermutung der späteren Banderivcy zusammen, das PUN-Mitglied Jaroslav Baranovskij konspirierte mit der polnischen Polizei. Der Verdacht war schon 1934 geäußert worden, Turašs Verschwinden bestärkte ihn. 1939 sind bei einer Waffenübergabe am vereinbarten Ort plötzlich polnische Grenztruppen erschienen. Der einzige Überlebende soll später berichtet haben, Baranovskij habe die Übergabe den Polen verraten. Beweise gab es nicht.<sup>263</sup>

Im Frühsommer 1939 wurde eine weitere Ausbildungsinitiative angestoßen. Die karpatho-ukrainische Episode war inzwischen nahezu vergessen. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen schien dagegen unausweichlich: Der Nichtangriffspakt von 1934 war gekündigt, die Westmächte hatten durch die Garantieerklärung einen Kompromiß der Münchner Art unwahrscheinlich gemacht, die »Achse« war im Stahlpakt konsolidiert worden und von der Sowjetunion, die ihre Militärführung ausgetauscht (und partiell ermordet) hatte, war keine Hilfe für Polen zu erwarten. Die Ukrainer in Polen sahen sich mit Einschränkungen konfrontiert, und die Kriegseuphorie, die in Polen weitaus stärker war als in Deutschland, verhielt den erhofften Entscheidungskampf.<sup>264</sup>

Die Kriegsabsicht – und wer wußte darüber besser Bescheid als die Abwehr? – ließ es geraten erscheinen, die deutsch-ukrainische Verbindung zu intensivieren. Allerdings gab es wiederum mehrere deutsche Optionen – und eine von ihnen, die Aufnahme von engeren Beziehungen zur Sowjetunion, zwang die Deutschen, die ukrainische Connection nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Gab es im April 1939 die intensiven Kontakte der Abwehr mit dem PUN wirklich, die Švahuljak als »Beginn einer neuen Etappe der ›ukrainischen‹ Politik Berlins« charakterisiert, oder waren dies eher technische Informationsgespräche Subalterner? Sie kommen in polnischen diplomatischen Berichten vor, aber das allein heißt nicht viel. Švahuljak schreibt auch nur,

<sup>263</sup> Ebd., S. 77–78.

<sup>264</sup> »Als der Krieg sich näherte, glaubten wir alle, daß wir eine Chance bekämen, die Freiheit zu erringen« – O. Ždanovyč, »Na partyzanškomu fronti«, in: Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929–1954, o. O. [Paris] 1954, S. 405–420, hier S. 407.

»wahrscheinlich führten sie zu einem Abkommen beider Seiten während der antipolnischen Aktionen«. <sup>265</sup> Jedenfalls ging es um Konkreta, die Abwehr rechnete nun mit Ukrainern in Polen.

Vom Ende Mai 1939 stammt ein Dokument, das in der polnischen Literatur als Beleg für ein aktives Ukrainer-Netz in deutschen Diensten ausgegeben wird: Die Breslauer Abwehrstelle meldete darin den »Stand der II-Organisationen in Polen«. Die »II« bezeichnete Gruppierungen, die der für »Minderheitensabotage« zuständigen Abwehr II unterstanden. Unter der Rubrik »K[ampf]-Organisation Ost-Galizien« hieß es da, die Abwehrstelle Breslau führe drei Organisationen: den Verband ukrainischer Offiziere, den Milchgenossenschaftsverband und den ukrainischen Sokol. Aus diesen Organisationen mit 24.000 Mitgliedern und ihren Führern könne »mit 12-15.000 einsatzbereiten Männern gerechnet werden«. Die zu bildende »K-Organisation« werde »in Bataillonen zusammengefaßt«. Zu ihren Aufgaben gehöre die »Säuberung der Wojewodschaft Stanislaw von polnischem Militär und Polizei«, die Besetzung von Teilen Galiziens und sogar »Vorstöße in die Nord-Ukraine«, um sie »von polnischer Besetzung zu säubern«. <sup>266</sup> Was auf dem Papier eindrucksvoll aussah, erweist sich bei näherem Hinsehen als ziemlich dünn. Während die Abwehr ihre potentiellen Kämpfer aus der deutschen Minderheit sehr genau benennen und quantifizieren konnte, blieben die hohen Zahlen für Galizien vage. Offensichtlich falsch ist jedenfalls, daß diese vielen Ukrainer von Breslau aus »geführt« worden sein sollen. Szefer schrieb entsprechend vorsichtig, es habe sich um »allzu optimistische« »Erwartungen« der Abwehr gehandelt, und die Mitteilung vom Mai 1939 sei auch die »erste Nachricht« darüber gewesen. Daß es der Abwehr gelungen sein soll, 4000 Ukrainer aus einer Offizier-Organisation von Alfred Bisanz zu gewinnen, ist mehr als fraglich. <sup>267</sup> Anders verhält es sich mit den Sabotagetrupps (zusammen 161 Mann), die tatsächlich existierten. <sup>268</sup> Wir haben den Verdacht, daß es sich bei den Daten des Dokuments um OUN-Mitteilungen handelte. Deren Vertreter offerierten den Deutschen eine fiktive Unter-

<sup>265</sup> Szwahulak, »Stanowisko i udział Ukraińców w niemiecko-polskiej kampanii 1939 roku«, S. 45.

<sup>266</sup> Abwehrstelle Breslau an Abwehr II, 30. 5. 1939, BAMA, RW 5, Bd. 145, Bl. 172536-541, abgedruckt in Andrzej Szefer, »Dyweryjno-sabotażowa działalność wrocławskiej Abwehry na ziemiach polskich w przededniu agresji hitlerowskiej w 1939 r.«, Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 32 (1987), S. 271-372, Dok. 2, S. 291-295.

<sup>267</sup> Ebd., S. 274, 281-282. – Die Zahl 4000 entstammt der Meldung der Breslauer Abwehr vom 30. 6. 1939, in der es lapidar heißt: »Das Gebiet von Lemberg bis Kolomnea [!] wurde von Bisanz durchorganisiert und 4000 Mann aufgestellt« (Abwehrstelle Breslau an Abwehr II, Stand der II-Organisation in Polen, 30. 6. 1939, BAMA, RW5, Bd. 147, Bl. 172299-172312, zit. nach Szefer, S. 302). Es ist also gerade einmal einen Monat jünger als die erste Zahl von 12-15.000. Für Schlesien (4474 Personen) und Posen (2324 Personen) kannte die Abwehr die genaue Zahl und die Namen ihrer Partner, für Galizien gab es wiederum nur eine auf Tausender gerundete Angabe. Szefer schrieb dennoch, daß 4000 ukrainische Nationalisten in den Diversions- und Sabotagegruppen aktiv gewesen sind (»działało«). Einen Monat später hieß es im laufenden Bericht, die Bisanz-Leute sollten sich an der slowakischen Grenze zum Waffenempfang sammeln: »Es kann damit gerechnet werden, daß an dieser Stelle 4000 Mann der Organisation Bisanz bewaffnet werden müssen« (Abwehrstelle Breslau an Abwehr II, Stand der II-Organisation in Polen, 31. 7. 1939, BAMA, RW5, Bd. 147, Bl. 172218-172241, zit. nach Szefer, S. 317). Über den Fortgang dieser Planung lagen – im Unterschied zur Lage im übrigen Polen – keine Informationen vor. Der ansonsten vorsichtige Sowa hielt das Vorhandensein von 4000 Diversanten, nur Szefer folgend, für möglich (Sowa, Stosunki, S. 72).

<sup>268</sup> Abwehr II Berlin, Gesprächsnotiz Besuch des Herrn Ing. Wolansky, 14. 7. 1939, BAMA, RW 5, Bd. 147, Bl. 172298, nach Szefer, »Dyweryjno-sabotażowa działalność«, S. 308-310.

stützung, um mit ihnen wieder »ins Geschäft« zu kommen. Zudem verwechselte Szefer die angebliche Bisanz-Truppe, die ja in Galizien sein sollte, mit der »Bergbauernhilfe« (s. unten).<sup>269</sup> Ähnlich problematisch ist die von Zynovij Knyš berichtete und von der sowjetischen Literatur aufgegriffene, jedoch nicht faßbare Information über Ukrainer aus Saubersdorf, die 1938/39 zur Abwehrstelle Breslau kommandiert worden sein sollen, um dann der OUN als »Schutzleute« zur Verfügung gestellt zu werden.<sup>270</sup> Realer scheinen dagegen die Versuche im Juli 1939 gewesen zu sein, in Wolhynien ukrainische Partisanenverbände aufzustellen, die etwa einen Überfall auf das in Weißrussland gelegene Lager Bereza Kartuska unternehmen sollten, wo Sič-Kämpfer einsaßen. Allerdings wurde daraus auch nichts.<sup>271</sup>

Die Sowjets kannten vermutlich die deutschen Vorbereitungen: Der Leiter des UdSSR-Referats in der Dienststelle Ribbentrop, Peter Kleist, ließ am 2. Mai 1939 die deutschen Diplomaten in Warschau (wo es wohl die »undichte Stelle« von Scheliha gab) wissen, daß man in Berlin darüber nachdenke, die Ukraine in den Konflikt mit Polen einzubauen, um den für den Herbst fest geplanten Krieg nicht als von Deutschland ausgelöst erscheinen zu lassen. Über Vološyn und Revaj wolle man das Vertrauen der »ukrainischen Massen in Ostgalizien« gewinnen. Man habe den Karpatho-Ukrainern versprochen, für eine größere Autonomie der ungarischen Ukrainer zu sorgen. Günstig sei, daß die Ereignisse des März 1939 die Orientierung der ukrainischen Nationalisten auf Berlin nicht ins Wanken gebracht hätten. Zwischen Berlin und Lemberg bestehe bereits so enger Kontakt, daß man an einen Massenaufstand in Ostgalizien denke, was Deutschland dann den Vorwand für ein »militärisches Eingreifen in großem Maßstab« bieten würde. Die einzige Sorge in Deutschland beziehe sich auf die Sowjetunion. Das Entstehen einer unabhängigen Ukraine in Ostgalizien würde zum Eingreifen der Sowjetunion führen, so daß man »unter allen Umständen« für deren Neutralität sorgen müsse.<sup>272</sup>

Die Bemühungen um eine deutsch-sowjetische Verständigung kollidierten also mit dem Plan eines ukrainischen Aufstands in Polen. Bald wählte man die pro-sowjetische Variante, und die »ukrainische Option« wurde erst einmal obsolet. Im Mai 1939 war sie jedoch präsent: Von Scheliha berichtete aus Warschau am 7. Mai, man habe Vorbereitungen getroffen, einen Aufstand in Galizien zu inszenieren, der als Grund für eine deutsche Intervention genutzt werden könnte. Die Verbindung nach Lemberg funk-

<sup>269</sup> Szefer schreibt, es habe »enge Zusammenarbeit« zwischen Bisanz und slowakischen Volksdeutschen unter Karmasin gegeben, wodurch die »Kampforganisation« in der Slowakei 660 Mann stark gewesen sei. Dabei kann es sich jedoch nur um die »Bergbauernhilfe« gehandelt haben. Szefer läßt diesen Fehler erkennen, wenn er von der »Organisation des Bisanz, auch Ukrainische Legion genannt« (»organizacji Bisanza, zwanej także Legionem Ukraińskim«) schreibt (Szefer, »Dyweryjnosabotażowa działalność«, S. 274).

<sup>270</sup> Terlycja, *Nacionalistyčni skorpiony*, S. 20-21.

<sup>271</sup> Vgl. Wysocki, *Organizacja*, S. 350-351.

<sup>272</sup> Die Informationen stammen aus einem Bericht der 5. Verwaltung der Roten Armee vom 17. 5. 1939 an den sowjetischen Volkskommissar für Verteidigung, Marschall Worosilov, über ein Gespräch, das Peter Kleist am 2. Mai 1939 in Warschau geführt hat. Veröffentlicht in I. V. Uspenskij, »Čto skazal doktor Klejst v 1939 godu«, *Voenno-istoričeskij žurnal* 1991, Nr. 12, S. 21-23. Kleist war als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft am 28. April 1939 nach Polen gefahren, »um die Stimmung dort zu studieren und die Auswirkungen des ersten Schlages der deutschen Politik gegen Polen festzustellen«. Er sprach mit Botschafter von Moltke und dem Pressechef der Botschaft (Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin*, S. 35-37).

tioniere hervorragend, und da die Ungarn Zugeständnisse angekündigt hätten, sei die Unzufriedenheit der Ukrainer über die Entwicklung in der Karpatho-Ukraine auch nicht mehr so groß.<sup>273</sup>

Wollte man einen Aufstand auslösen, genügte eine eher dilettantische Ausbildung, wie sie bereits vonstatten ging, nicht. OUN und Abwehr beschlossen daher eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Am 13. Juni 1939 traf sich Lahousen mit Roman Suško. Der Offizier, der seine Laufbahn als Hauptmann der USS begonnen hatte, stand seit langem mit deutschen Soldaten in Verbindung. Auch an der OUN-Gründung war er beteiligt gewesen, und 1932/33 hatte er in den USA und in Canada unter dem Decknamen Mel'nyčuk die dortige OUN-Organisation aufgebaut. Nun trat er als Vorsitzender des »Ukrainischen Militärstabs« auf, zeitweise – so seine deutschen Gesprächspartner – auch als »Chef der Ukrainischen Armee«. Suško bot den Abwehr-Vertretern an, im Falle eines Krieges ukrainische Arbeiter in den USA, in Canada, Frankreich und am Panama-Kanal als Saboteure einzusetzen. Angehörige der ukrainischen Intelligenz sollten an der Ostfront als Dolmetscher fungieren. Für die OUN, die außer der Karpatska Sič bis dahin keine Truppen aufgestellt hatte, war dies eine Möglichkeit, mit den ihr zur Verfügung stehenden Leuten (Saboteuren und Sprachmittlern) die Außenkontakte der deutschen Armee zu kontrollieren. Wie groß das Interesse an einer Art Monopol war, wird auch aus der Bitte Suškos deutlich, die Kontakte mit Vološyn und Revaj, die sich erst im August 1939 der OUN unterordnen sollten, abubrechen, sie »in irgendeinen Kurort zu schicken« und anzuweisen, »jede politische Tätigkeit [zu] unterlassen«. Dafür sollte General Omeljanovyč-Pavlenko aus Prag nach Berlin geholt werden, um als Verbindungsmann zwischen den Ukrainern und den Deutschen zu agieren.<sup>274</sup> Im Gegensatz zur OUN besaßen UNR und Skoropadskyj militärisch ausgebildete Kader – aber denen wollte Suško nun wirklich nicht das Feld überlassen.

Die Verhandlungen verliefen erfolgreich. Die Abwehroffiziere gelangten aufgrund der Ausführungen Suškos zu dem Schluß, »daß die Organisation [OUN] verwendungsfähig ist«. Man schwelgte in der Vorstellung, die OUN zu einer Kampforganisation auszubauen, die »vorläufig« aus 1300 Offizieren und 12.000 Mann bestehen und von der Slowakei und Ostpreußen aus an einem Krieg gegen Polen teilnehmen sollte. Der Ukrainische Militärstab sollte die Leitung des Aufstands in Polen übernehmen und mit den örtlichen OUN-Aktivisten zusammenarbeiten. Nur Funkverkehr sollte den Ukrainern »vorläufig« untersagt sein, wohl um den Aufbau vor Polen geheimzuhalten. Über die Ukrainer hinaus bot Suško an, die »weißrussischen Verbindungen der OUN« zu aktivieren, um das dortige »Vakuum« zu füllen.<sup>275</sup>

War die Dimension übertrieben? Durch die Betreuung der Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine und die übrige Tätigkeit des U.N.O. mochten die Deutschen und

<sup>273</sup> Deutsche Botschaft Warschau (von Scheliha) an AA, 7. 5. 1939, nach Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 28.

<sup>274</sup> Abwehr II, Besprechung mit ukr. Militärstab, 13. 6. 1939, BAMA, RW5 (Amt Abwehr des OKW), Bd. 123 (Polen Spannungsvorbereitung 1939), Bl. 117. – Es ist bezeichnend für die Narration in nationalukrainischer Perspektive, daß dieser »antiwestliche« Akzent bei Boljanovskýj, der ebenfalls über dieses Gespräch berichtet und die Verbindungen mit den Deutschen gegen Polen sehr sorgfältig darstellt, übergangen wird (Vgl. Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 29).

<sup>275</sup> Abwehr II, Besprechung mit ukr. Militärstab, 13. 6. 1939, BAMA, RW5 (Amt Abwehr des OKW), Bd. 123 (Polen Spannungsvorbereitung 1939), Bl. 119.

die OUN einen Überblick über die Zahl derjenigen haben, auf die sie in Deutschland, der »Ostmark« und im Protektorat zurückgreifen konnten. Diese Dokumente sind ein Beleg dafür, daß – anders als 1914 – bereits vor Kriegsbeginn und ungeachtet der karpatho-ukrainischen Episode für die deutsche wie die ukrainische Seite die praktische Nutzung der Ukrainer ganz konkret diskutiert und vereinbart wurde. Und das Angebot von Saboteuren bedeutete auch, daß die militärische Komponente der OUN nicht nur auf örtlich begrenzte »Befreiung« aus war, sondern sich der deutschen Kriegführung an allen Fronten zur Verfügung stellte – auch gegen die »Westmächte«, mit deren Intervention man nach der Garantieerklärung für Polen rechnen mußte. Die Kontaktstellen unterschieden sich von denen des Ersten Weltkriegs: Nicht mit dem relativ harmlos klingenden »Unterkunftsdepartement« verhandelten die ukrainischen Repräsentanten, sondern mit der Abwehr, also mit einer Instanz, die auf Konspiration eingestellt und politisch flexibel war.<sup>276</sup>

Nach diesem Gespräch wurde die OUN auch für andere deutschen Stellen wenigstens partiell akzeptabel. Ein Redetext, den Leibbrandt für Rosenberg einen Tag nach dieser Besprechung schrieb und den Schickedanz am 15. Juni Lammers in die Reichskanzlei sandte, zeigte, wie die politische Planung nun aussah. Leibbrandt hielt einen Vertrag mit der Sowjetunion für wünschenswert, der es jener ermöglichen würde, »zur Entfesselung eines europäischen Krieges beizutragen« und ohne eigenen Beitrag »zur Leichenfledderei« Polens zur Stelle sein zu können. Westweißrußland und die Westukraine seien »Einsatzstellen«, »von denen aus die Sicherung des deutschen Lebensraums weit in den Osten getragen und nicht mit deutschem, sondern mit ihrem [der Weißrussen und Ukrainer] Blut aufrechterhalten werden könnte«. Moskau habe an diesen Gebieten natürlich auch Interesse, wobei »ein zeitweiliges Ablenken der Sowjets in die Randstaaten für Deutschland nur Vorteile verheiße«. Skandinavien und Finnland würden sich dann an Deutschland halten, »und eine ›Befreiung‹ und Eingliederung dieser Gebiete durch Großdeutschland [...] erhoffen und [...] begrüßen«. Die Randgebiete der ostslavischen Völker wären dann ein »Vorbereitungsglaci« für eine Zertrümmerung Rußlands [...]. Es würde zu einer nationalen Revolution gegen die Zentralmacht kommen und »das wäre auch der große Augenblick für den Einsatz dieser beiden Völkerschaften im deutschen Interesse zur Zurückdrängung Moskoviens. In diesem Augenblick würde auch ein von Sowjetrußland beherrschtes Baltikum Großdeutschland zufallen.«<sup>277</sup>

Worin liegt die Bedeutung dieses Textes? Hier wurde vor Kriegsbeginn die »Zertrümmerung« Rußlands, die im Ersten Weltkrieg noch umstritten war, als Ziel genannt, das mit und durch die Ukrainer und Weißrussen »im deutschen Interesse« erreicht werden sollte. Das Baltikum sollte, wie bereits im Ersten Weltkrieg vorgesehen, zu Deutschland kommen. Den anderen Grenzgebieten wurde eine Schonfrist als »Vorbereitungsglaci« in Aussicht gestellt. Den Ukrainern wurde ein »großer Augenblick« in Aussicht gestellt, aber nicht mit dem Ziel der Unabhängigkeit, sondern ausschließlich im »deutschen Interesse«. Der schließlich am 23. August 1939 abgeschlossene Pakt mit der UdSSR samt seinen geheimen Zusatzbestimmungen erscheint hier bereits lo-

<sup>276</sup> Vgl. Boljanovskij, *Ukrajnŭski vijskovi formuvannja*, S. 29.

<sup>277</sup> Leibbrandt für Rosenberg, »Über osteuropäische Fragen«, 14. 6. 1939, BAK, NS 43, Bd. 32, Bl. 314-332; Nürnberger Dokument PS-1365; auch veröffentlicht in Seraphim, *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs*, S. 141-147; Zitate S. 144-145.

gisch als »zeitweiliges Ablenken« der Sowjetunion, welches das Ziel der endgültigen Vereinnahmung sowjetischer Gebiete fördern sollte. Irgendwelcher Präventivkriegsspekulationen bedarf es wirklich nicht – im Juni 1939 zeichnete sich mit erschreckender Präzision ab, was in den folgenden zwei Jahren auf der Basis deutscher Raubplanung geschah.

Es heißt darin aber auch weiter, daß es »noch keine deutsche Vorbereitung« dieser Politik gebe. Das war falsch. Die Offizierausbildung lief bereits länger, was aber Leibbrandt nicht notwendigerweise bekannt sein mußte. Und seit Mai 1939 interessierte sich die Abwehr für die in Ungarn gefangengehaltenen Sič-Angehörigen. Es ist also berechtigt, den Beginn der Integration der ukrainischen Helfer in die zum Krieg führende *Politik* auf den Juni 1939 zu datieren.

Noch war die Haltung des ApA zur OUN negativ: Sie habe in der Karpatho-Ukraine eine »verhängnisvolle Rolle« gespielt. Durch das dortige Fiasko habe sich danach die Enttäuschung der Ukrainer gegen die OUN und die Deutschen gerichtet. Trotzdem stütze sich die Wehrmacht auch jetzt noch auf die OUN. Das ApA habe dem OKW »fortlaufendes Material« über die OUN zugestellt, das Militär halte jedoch »aus nicht ersichtlichen Gründen an einer politischen Wertung dieser Gruppe fest«. Für eine »politische Aktion [...], die die Bevölkerung mit sich reißen könnte, ist sie [die OUN] völlig ungeeignet«, aber das ApA konzidierte erstmals, sie könne »im Konfliktfall mit Polen bestimmte Aufgaben der Abwehr durch[...]führen«. <sup>278</sup>

Wie weiter verfahren werden sollte, müsse der »Führer« entscheiden. Aber das ApA regte an, die »Heranziehung der ukrainischen Bevölkerung für die ihr von deutscher Seite aus zugedachten Aufgaben in nächster oder naher Zukunft [...] auf eine möglichst große und breite Schicht« zu stützen. Anstelle der OUN schwebten ihm das Umfeld der ukrainischen Bildungsinstitute und die unierte Priesterschaft vor. In Deutschland fehle noch »eine zentrale Bearbeitung dieser Fragen durch eine Stelle, welche die historisch-politischen Probleme sowohl als die wirkenden Persönlichkeiten und Gruppierungen kennt und die Sprachen dieser Völkerschaften beherrscht«. <sup>279</sup> Es bedarf keiner großen Phantasie, um darauf zu kommen, wem nach Ansicht des ApA diese Aufgabe zukommen sollte.

Aber das ApA und Rosenberg konnten ihre UWI-Hinweise nicht durchsetzen, und die Kritik an der OUN blieb wirkungslos. Die beschriebene Taktik hingegen entsprach dem weiteren Vorgehen. Im Gespräch mit dem Danziger Völkerbundkommissar, Carl Burckhardt (1891-1974), erklärte Hitler, daß Deutschland die Ukraine für den Krieg gegen die Westmächte brauche, damit diese Deutschland nicht wie im Ersten Weltkrieg aushungern könnten. <sup>280</sup> Unter dem 14. August 1939 vermerkte der Generalstabschef des Heeres, Franz Halder (1884-1972), in seinem Tagebuch Hitlers Überlegung, im Falle des Krieges mit Polen der Sowjetunion zuzusagen, das Interesse der UdSSR an der Ukraine zu berücksichtigen. <sup>281</sup> Für ukrainischen Nationalismus war in Hitlers Planungen nur in Ausnahmefällen und taktisch begründet Raum, und auch später war

<sup>278</sup> Ebd., S. 147.

<sup>279</sup> Ebd. – Boljanovskýj schreibt diesen Text fälschlicherweise Schickedanz zu (Vgl. Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 30).

<sup>280</sup> Anatolij V. Kentij, *Narysy istorii Orhanizacii Ukraïnskych Nacionalistiv (1929-1941rr.)*. Kyiv 1998, S. 111.

<sup>281</sup> Generaloberst [Franz] Halder, *Kriegstagebuch*. Bd.1, Stuttgart 1962, S. 11.

es nicht leicht, ihn von der Notwendigkeit nationaler Zugeständnisse an die Ukrainer zu überzeugen.

Der Gang der Ereignisse folgte diesem Projekt, auch wenn wir derzeit nichts über eine unmittelbare Anweisung Hitlers in dieser Sache aussagen können. Wer sich allerdings jetzt noch über Friedensoptionen 1939 oder 1941 Gedanken macht, kann nur der ahistorischen Argumentation bezichtigt werden.

Am 27. Juni 1939 erörterte man bei der Abwehr die Möglichkeiten eines ukrainischen Aufstands in »enger Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Militärstab«, also mit Roman Suško. Man kam überein, Verbindungsleute auszutauschen (der deutsche Verbindungsoffizier war Major Hans Dehmel von der federführenden Abwehrstelle XVII) und den ukrainischen Militärstab »anzuweisen«, mit der Abwehr zu kooperieren. Dieser Passus machte deutlich, daß man selbst bei der ukrainerfreundlichen Abwehr die Ukrainer als Untergebene betrachtete, denen man Anweisungen erteilen konnte. Da die Planung keine Verselbständigung der Ukrainer vorsah, wäre alles andere auch widersinnig gewesen. Nun wurde der Plan einer »Legion« konkreter. Man wußte noch nicht genau, ob ein »legaler oder illegaler Einsatz der Legion erfolgen soll[e]«, erwog aber, den in dem ehemaligen Sanatorium Schloß Hartenstein befindlichen Transport von Flüchtlingen aus Polen und der Karpatho-Ukraine als »Kern für diesen illegalen Verband« zu nutzen. In Malačka/Slowakei sollte ein Depot mit 6000 Gewehren angelegt werden. »Sabotage-, Schutz- und Kampfhandlungen« sollten »automatisch durch Aufnahme Kampfhandlungen gegen Polen« ausgelöst werden.<sup>282</sup>

In Hartenstein waren galizische und karpatho-ukrainische Sič-Angehörigen aus der ungarischen Gefangenschaft untergekommen. Der Transport aus Varjúlapos war nach Hirnjak am 9. Juni mit der Eisenbahn in Weißenkirchen in der Wachau eingetroffen. Da er seit Mai von Dehmel begleitet und betreut wurde, ist klar, daß die Abwehr bereits konkret den Einsatz der Karpatho-Ukraine-Veteranen plante, bevor die politischen Rahmenbedingungen abgesteckt worden waren.<sup>283</sup> Die Schloßbewohner durften sich zunächst ausruhen, dann erhielten sie graue Uniformen des österreichischen Arbeitsdienstes und Deutschunterricht. Jaroslav Baranovský besuchte sie, woraus hervorgeht, daß die Verbindung zwischen Abwehr und OUN funktionierte.<sup>284</sup> Am 4. Juli 1939 wurden die Ukrainer zum Dachsteinlager transportiert.<sup>285</sup>

Das AA war im Juli 1939 noch skeptisch. Die UNDO-Ukrainer hatten nach der Ansicht Meyer-Heydenhagens die karpatho-ukrainische Episode zwar abgehakt. Sie seien zu der Erkenntnis gelangt, daß die »Bevölkerungsmasse« in der Karpatho-Ukraine den dominanten und von Deutschland unterstützten Galiziern aber ablehnend gegenübergestanden habe. Autonomie im Rahmen Ungarns gelte nun fast als positives Ergebnis. Manche ukrainischen Kontaktpersonen hielten sogar eine Verständigung mit Polen für sicherer, da die Gefahr drohen mochte, daß Deutschland und die UdSSR die Ukraine untereinander aufteilten.<sup>286</sup> Daß dies zu diesem Zeitpunkt bereits von

<sup>282</sup> Abwehrstellen 8, 17; Besprechung, 27.6.1939, BAMA, RW 5, Bd. 123, Bl. 107-108.

<sup>283</sup> Vgl. Hirnjak, Na stežkach, S. 242-244. Hirnjak gibt den Ortsnamen falsch mit »Weißenkirchen« wieder.

<sup>284</sup> Vgl. ebd., S. 245-250.

<sup>285</sup> Vgl. ebd., S. 260.

<sup>286</sup> Aufzeichnung Meyer-Heydenhagen, 12. 7. 1939, PAAA, Politik Polen 6, Rassenfrage..., Bd. 2, Bl. 42.

ukrainischer Seite erwogen und in deutschen Dokumenten referiert wurde, zeigt, daß die Konditionen des Ribbentrop-Molotov-Pakts nicht ganz so unerwartet waren, wie oft angenommen wird.

Die Vorbereitungen gingen dessenungeachtet weiter. Mitte Juli 1939 meldete die Abwehr dem Generalstab, daß entsprechend dem Befehl vom 3. Juli im »Fall Weiß«, dem Angriff auf Polen, »auch der Einsatz ukrainischer Freiheitskämpfer vorgesehen« sei. Zu diesem Zweck seien im österreichischen Dachsteinlager 160 geeignete Ukrainer zusammengezogen worden: »Sie werden unter Tarnung als Bergbauernhilfe in der Ostmark einer zunächst noch sehr geringen wehrsportlichen Ausbildung unterzogen«. Geplant sei eine »forcierte militärische Ausbildung je nach weiterer Entwicklung der außenpolitischen Lage«. Die Ausbildung erfolge mit tschechoslowakischen Waffen, man plane, vor Feldzugbeginn über eine einsatzbereite Formation von 500 Mann zu verfügen. Auf dieses Schreiben hin sollte die Abt. 4 des Generalstabs Ausbildungspersonal<sup>287</sup> abstellen, das aber aus Tarnungsgründen »in Zivilkleidung« anreisen sollte.<sup>288</sup> In den Ausbildungsrichtlinien wurde nur eine »kurzbefristete Zweckausbildung der Freiheitskämpfer« vorgesehen, die am 1. August beginnen sollte. Unterrichtet werden sollte in der feldmäßigen Handhabung der Waffen, um der Truppe die selbständige Durchführung »kleiner, auf List und Überraschung aufgebauter Stoßtruppunternehmen« zu ermöglichen. Mehr als Stoßtrupp sollte es nicht geben, auch eine breitere politische Nutzung des Unternehmens wurde nicht erwogen.<sup>289</sup> Am Sabotagelehrgang, der im Wesentlichen aus einer Sprengausbildung bestand, nahmen ganze acht Ukrainer teil, die dafür »sehr aufnahmebereit und mit Lust und Liebe bei der Arbeit« waren.<sup>290</sup>

Die Einheit, die in der Literatur meist als »Legion Suškos« bezeichnet wird, firmierte als »Sondergruppe z.b.V.« Neun LKW mit 145 Sič-Angehörigen trafen am 4. Juli 1939 in Hallstatt ein. Zu Fuß marschierten die Insassen in die Gebirgsjägerkaserne in Krippenau am Krippenstein im Dachsteingebirge. Bereits am folgenden Tag begann die Militärausbildung. Am 27. Juli stießen weitere 18 Mann aus der Karpatho-Ukraine zu der Ausbildungsgruppe, am 13. August einige Offiziere (vermutlich aus Saubersdorf bzw. vom Chiemseelager) und am 14. August noch einmal 40 Flüchtlinge aus der Karpatho-Ukraine. Hirnjak schrieb, daß neben der Grundausbildung auch eine »geistige Ausbildung« (*duchovyj vyškil*) stattfand, bei der man Presse und Vorträge zur Ukrainekunde einsetzte. Am 25. Juli habe Jary die Ausbildung inspiziert. Vom 4. August an habe es dann täglich eine militärische Ausbildung im Gelände gegeben.<sup>291</sup> Kontakte mit der Zivilbevölkerung seien streng verboten gewesen. Auf Fragen sollten die Wachen antworten, es handle sich bei den Männern um Tschecho-Slowaken.<sup>292</sup> Angeblich ging die Konspiration so weit, daß selbst die Ukrainer nicht wußten, daß Roman Suško ihr Chef war.<sup>293</sup>

<sup>287</sup> In dem Befehl vom 3. Juli wurden ein jüngerer Offizier, ein älterer Unteroffizier, zwei Gefreite und 6-8 Schützen als Ausbilder abgestellt (vgl. Boljanovský, *Ukraïnski vijškovi formuvannja*, S. 30).

<sup>288</sup> Abwehr II an Chef, Abt. 4, Generalstab des Heeres, 15. 7. 1939, BAMA, RH 19 (OKH, Heeresgruppe Süd), Bd. 91 (Arbeitsstab Ic), Bl. 11-12.

<sup>289</sup> Abwehr Berlin, »Allgemeine Richtlinien«, 4. 8. 1939, BAMA, RH 19, Bd. 91, Bl. 14-16.

<sup>290</sup> Abwehr Berlin, Vermerk, 22. 8. 1939, BAMA, RW5 (Amt Abwehr des OKH), Bd. 160 (Ausbildungslehrgänge 1939).

<sup>291</sup> Kosyk schreibt, die Ausbildung habe am 15. 8. 1939 angefangen (Kosyk, *The Third Reich*, S. 54).

<sup>292</sup> Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 260-267.

<sup>293</sup> Vgl. ebd., S. 291.



Die von Lahousen am 4. August erlassenen Richtlinien für die »Bergbauernhilfe« handelten von einer gezielten kurzfristigen Maßnahme: Es ging dabei nicht um die Schaffung einer richtigen Armee, sondern um Stoßtrupps bis zur Kompaniestärke.<sup>294</sup> Am 21. August 1939 wurden die nun etwa 230 Mann in zwei Kompanien zu zwei Zügen aufgeteilt. Alle Soldaten wurden mit Pistolen, die meisten dazu mit Gewehren ausgerüstet. Die Kompanien besaßen Aufklärungs-, Pionier-, Fernmelde- und Sanitätstrupps. Auf etwa 300 Mann aufgefüllt kamen sie nach Bruck an der Leitha.<sup>295</sup>

Eine weitere Gruppe von 300 Internierten aus Ungarn wurde Anfang Juli 1939 entlassen und über die Slowakei nach Kirchendorf [?] in Oberösterreich gebracht. Auch sie gelangten schließlich wie die Absolventen der Offizierlehrgänge aus Saubersdorf und vom Chiemsee in die Pionierkaserne von Bruck an der Leitha, wo das zweite Bataillon der »Bergbauernhilfe« aufgestellt wurde. Ausbilder waren neben den Ukrainern deutsche Offiziere, die die polnische bzw. tschechische Sprache beherrschten, und das Ausbildungsprogramm enthielt nur zu einem geringen Teil Kampfkomponten. Im Vordergrund standen Partisanenaktionen, die Organisation von Diversion, Überfälle auf Polizeistationen und das Verminen von Straßen und Eisenbahnstrecken. Das zweite Bataillon bestand aus zwei Kompanien zu drei Zügen, von denen ein Teil auf Luftlandeoperationen vorbereitet wurde. Diese Soldaten wurden Ende Juli in die Ostslowakei verlegt, um unweit der polnischen Grenze Sprengungen im Rücken des Feindes zu üben. Ende August wurden alle Angehörigen dieses zweiten Verbands in die Ostslowakei gebracht.<sup>296</sup>

Damit standen Ende August 1939 zwei notdürftig und nur für bestimmte Aufgaben ausgebildete Bataillone der »Sondergruppe z.b.V.« mit zusammen etwa 600 Mann bereit. Zum Stab dieses Verbandes gehörten als Kommandeur Oberst Roman Suško, den die PUN-Mitglieder Jaroslav Baranovskýj und Osyp Bojduňk politisch beraten oder kontrollieren sollten. Die beiden Bataillone wurden von den ehemaligen Leutnanten der polnischen Armee O. Karačevskýj und Jevhen Hutovyč-Norym, die in Saubersdorf und am Chiemsee ausgebildet worden waren, geführt. Die Einheiten und Untereinheiten wurden von Sič- und UVO-Führern befehligt. Als offizielles Kürzel führte man »BBH« ein – für die Deutschen hieß das »Bergbauernhilfe«, für die Ukrainer Військові Відділи Націоналістів (Vijskovi Viddily Nacionalistiv – Militäreinheiten der Nationalisten).<sup>297</sup>

Das war weit von den 1300 Offizieren und den 12.000 Mann, also dem Grundstock einer Division, entfernt, über den man vorher gesprochen hatte. Und es handelte sich nicht um einen regulären Kampfverband, sondern um eine Truppe, die nur für verdeckte Operationen geeignet war. Auch von den bei Torzecki auftauchenden »militarisierten Arbeiterbataillonen« aus dem Harz oder dem Opper Schlesien fehlt jede

<sup>294</sup> »Bergbauernhilfe, Allgemeine Richtlinien«, 4. 8. 1939, BAMA, RW 5, Bd. 123, Bl. 4, nach Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 32.

<sup>295</sup> Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 269; nach Boljanovskýj (*Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 32) erfolgte die Einteilung bereits am 15. August.

<sup>296</sup> Vgl. ebd., S. 33. Über die Ausbildungsstätten in Neißة und am Chiemsee sind bisher keine Berichte aufgetaucht.

<sup>297</sup> Hirnjak schreibt, daß die Angehörigen des Verbandes weder den ukrainischen noch den deutschen Namen gekannt, sondern sich als Angehörige der »Legion« verstanden hätten. Da es aber die Kennzeichnung als BBH gab, ist dies wohl nur für die geistig weniger regen akzeptabel. Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 270, 291; Boljanovskýj, *Ukraïnski vijskovi formuvannja*, S. 35.

Spur.<sup>298</sup> Für mehr als eine nominelle Partizipation der Ukrainer gab es keine deutsche Zustimmung. Nun fällt es leicht, die Parallele zu den im Ersten Weltkrieg als »Lehrer« eingesetzten Ukrainern aus den Gefangenenlagern zu ziehen, bei denen auch sorgfältig darauf geachtet wurde, daß sie nur als Randerscheinung auftraten und keinen hohen Stellenwert in der Planung der Mittelmächte erhielten.

Im Grunde hätte man angesichts der kleinen Zahlen erwarten können, daß die OUN-Seite mißtrauisch geworden wäre, aber nichts davon ist in den Unterlagen zu erkennen. Das mochte auch sachliche Gründe haben. Man mußte nämlich schon gegen deutsche bürokratische Barrieren ankämpfen, um wenigstens diese kleine Zahl aufbieten zu können. Chymyneč schreibt, daß man sich seit Juni 1939 bemüht habe, Ukrainer aus dem Arbeitsdienst herauszulösen und in die Ausbildungslager zu schicken. Dies sei schwierig gewesen, da zwar die Ukrainer willig, die deutschen Arbeitgeber jedoch nicht bereit gewesen seien, die neuen Arbeitskräfte wieder abzugeben. Das Wiener Hilfskomitee habe sich für die Überstellung eingesetzt und so als Hilfsorgan der Rekrutierung gewirkt.<sup>299</sup>

Von Vorbehalten gegenüber den Deutschen ist nirgendwo die Rede. Dies lag nicht an einem kurzen Gedächtnis der ukrainischen Nationalisten, sondern an ihrer Einschätzung der kommenden Ereignisse und dem ungebrochenen »Optimismus«, den sich PUN und Militärstab bewahrt hatten. Der Krieg, den man als Voraussetzung für die Lösung der eigenen Probleme ansah, schien nun endlich in greifbarer Nähe. Hajvas schrieb:

»Die erschütternden Ereignisse wurden rasch von der Drohung eines großen Krieges verdeckt. Wir fühlten alle, daß es in diesem Krieg zu großen historischen Entscheidungen kommen würde, und erwarteten auch für unsere Sache darin eine positive Lösung.«<sup>300</sup>

Die Antwort auf die Frage, ob diese Ausbildung denn von der ukrainischen Kommunität angenommen wurde, fällt eindeutig positiv aus. Bei den jüngeren Exil-Ukrainern mochte der Verzicht auf den Kampf um die Karpatho-Ukraine ähnliche Frustrationen geweckt haben, wie die »friedliche« Annexion des tschechoslowakischen Randgebiete und schließlich Böhmen und Mährens bei Hitler. Daher war die »Bergbauernhilfe« ein aktionistischer Impetus, der half, Frustrationen zu überwinden. Wie in die Karpatho-Ukraine versuchten sich galizische Ukrainer trotz den befohlenen Geheimhaltungsmaßnahmen über die Grenze zu den »Legionen« durchzuschlagen. Einige Dutzend wurden von den polnischen Grenzern gefaßt und im Gefängnis von Sanok inhaftiert.<sup>301</sup>

Offenbar kannten nur die der OUN angeschlossenen Ukrainer und ihre deutschen Partner das Vorhaben. In der Korrespondenz des jungen Historikers und UWI-Stipendiaten Mychajlo Antonovyč findet sich im August 1939 der Satz: »Die Karpathenereignisse haben gezeigt, was unsere zahlreichen Emigrantorganisationen wert sind – selbst zu einer sachlichen Kritik haben sie sich nicht durchgerungen, die Hundesöh-

<sup>298</sup> Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 23. – Vermutlich handelte es sich dabei um eine Fehlinterpretation der tatsächlich zur Arbeit eingesetzten Ukrainer aus Ungarn und der Tschechoslowakei.

<sup>299</sup> Vgl. Chymyneč, *Moï sposterežennja*, S. 130.

<sup>300</sup> Jaroslav Hajvas, *Koly kinčalasja epocha. Na čužyni* [Chicago] 1964, S. 12.

<sup>301</sup> Boljanovskýj, *Ukraiński vijskovi formuvannja*, S. 34.

ne! Von einer unmittelbaren Aktion ganz zu schweigen.«<sup>302</sup> Dies war aber nicht mehr richtig. Die OUN bereitete sich auf einen bewaffneten Kampf vor. Nicht »unmittelbar«, sondern »mittelbar«, unter deutscher Führung, und daher von deren politischen Wendungen abhängig.

Eigentlich hätte die »Bergbauernhilfe« ein Kitt sein können, um die Spannungen innerhalb der OUN zu überdecken. Wenn es gegen Polen gehen sollte, dann stimmten die Interessen der Mel'nyk-Gruppe und der »Jungen« überein. Aber man belauerte einander. Hajvas schilderte die Verhältnisse in Wien, wo er vom PUN in der Pension Terminus in der Mariahilfer Straße untergebracht worden war. Spät nachts seien Vrećona und Kordjuk (der seinerzeit vom PUN als galizischer Landesführer abgesetzt worden war) auf sein Zimmer gekommen, um ihn vor Jaroslav Baranovskij und anderen Emigrationsfunktionären zu warnen. Sie rieten ihm, zu Riko Jary zu gehen, der in der Landstraßer Hauptstraße ein eigenes Büro eingerichtet hatte. »Hier trafen sich alle ›Oppositionellen‹, die Hauptmann Jary gern mit seinem fürsorglichen Flügel deckte, und alle, die Neuigkeiten erfahren, entsprechende Leute sehen oder einfach nur reden oder diskutieren wollten«. Praktisch war Jarys Stelle bereits der Nukleus der künftigen Banderivci: Wer hier ein und aus ging, kam aus dem Untergrund und wurde vom PUN von der politischen Arbeit ferngehalten, Hajvas – er selber war Mel'nyk-Anhänger – registrierte »Unzufriedenheit, Klagen, eine negative Haltung«. <sup>303</sup> Knyš schrieb, man habe den gesamten PUN – außer Jary – kritisiert, letzteren deswegen nicht, weil er der Beschützer der Oppositionellen gewesen sei und diese von ihm finanziell abhängig.<sup>304</sup> Oleh Kandyba scharfte dagegen die »Positiven« um sich. Er bildete ein Zentrum für Staatsplanung und war überzeugt, die Deutschen würden der OUN gestatten, in Polen ein eigenes Staatswesen auszubauen.<sup>305</sup>

Hajvas schrieb, Jary habe von der Absprache Deutschlands mit der Sowjetunion gewußt und daß es keinen Aufstand geben würde. Er habe dies aber als großes Geheimnis traktiert und niemanden sonst aus dem PUN eingeweiht.<sup>306</sup> Dabei war Hajvas einer der wenigen späteren Mel'nyk-Anhänger, die Jary nicht von vornherein verurteilten. Er vermerkte bei ihm menschliche und Führungsdefizite, vertrat aber keine der sonst verbreiteten Verschwörungstheorien.<sup>307</sup>

Viele Fragen zu diesen Abläufen sind noch nicht geklärt. Die Mobilisierung der OUN in Polen auf Anweisung des Landesexekutivführers Tymčij drei Tage vor derjenigen des polnischen Militärs, über die Klymyšyn in einem Nebensatz schrieb,

<sup>302</sup> V. Pančenko-Jurevyč an Mychajlo Antonovyč, 7. 8. 1939, zit. nach Kentij, *Narysy*, S. 102.

<sup>303</sup> Hajvas, *Volja*, S. 149-150.

<sup>304</sup> Vgl. Zynovij Knyš, *Rozbrat*. Toronto 1960, S. 71.

<sup>305</sup> Vgl. Hajvas, *Volja*, S. 151.

<sup>306</sup> Vgl. ebd., S. 265. – Es gibt aber auch die These, die Landesexekutive der OUN in Polen habe im Widerstand gegen den PUN einen Aufstand verweigert oder ihn gar dem PUN »verboten« (Vgl. etwa Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 24, 26). Die in polnischen Publikationen verbreitete These, Hitler habe die Nutzung einer ukrainischen Irredenta und einen Volksaufstand abgelehnt, weil er polnische Repressalien gegen die deutsche Minderheit fürchtete, entbehrt der Grundlage (Vgl. Zerko, *Stosunki*, S. 441; Potocki, *Polityka*, S. 221). Sowa suggeriert die nicht substantiierte Vermutung, die vermeintliche Weigerung der Landesexekutive habe die faktische Schwäche der OUN verbergen sollen, die zu einem Aufstand gar nicht imstande gewesen wäre (Sowa, *Stosunki*, S. 72).

<sup>307</sup> Vgl. Hajvas, *Volja*, S. 156-159.

verriet Wissen um die deutschen Angriffspläne.<sup>308</sup> Jevhen Stachiv, seit dem 1. Juli 1939 in Berlin und als eine Art Laufbursche oder Sekretär seines Bruders Volodymyr für den Ukrainischen Pressedienst tätig, öffnete heimlich Briefe an seinen Bruder, aus denen hervorging, daß Mel'nyk über das Geheime Zusatzprotokoll Bescheid wußte, wonach Ostgalizien an die Sowjetunion und die Gebiete westlich von San und Bug an Deutschland fallen sollten.<sup>309</sup> Wer wußte sonst davon? Oryp Nazaruk schrieb, er habe unmittelbar vor Kriegsausbruch in Wien von Gerüchten gehört, die Sowjets sollten Galizien bis zum San erhalten, ihnen jedoch keinen Glauben geschenkt.<sup>310</sup>

Die dem UNR-Milieu nahestehende Pädagogin Sofija Rusova (1856-1940) schrieb in Prag: »Alle erwarten, daß Galizien mit dem Karpathengebiet befreit und zu einem autonomen Staat unter dem Protektorat Hitlers vereinigt würde.«<sup>311</sup> Dagegen schrieb Mychajlo Antonovyč am 28. August 1939 aus Deutschland an seine Eltern: »Die größte Wahrscheinlichkeit im Falle eines Krieges ist die, daß die Sowjets ihre Tatze auch auf die westukrainischen Gebiete legen [...] Die Deutschen haben sie Ihnen geopfert.«<sup>312</sup> Ahnte er das nur?

## 9. DER SEPTEMBERFELDZUG

Die Möglichkeit der Einbeziehung einer ukrainischen Waffenhilfe war eine Funktion des jeweiligen Verhältnisses zur Sowjetunion und blieb bis in die zweite Septemberdekade eine deutsche Option. Die Abwehr rechnete bis zum 20. August 1939 mit der Möglichkeit, die ukrainischen Nationalisten in einen Aufstand gegen die Polen zu führen. Man holte Mel'nyk und Jary nach Berlin, um auf »unerwartete« Aktionen vorbereitet zu sein. Als am 23. August der Pakt mit der Sowjetunion geschlossen wurde, habe man die Aktion abgeblasen.<sup>313</sup> Mel'nyk konnte also am 27. August nach Rom zum OUN-Kongreß reisen.

Die Abwehr hatte ein »Merkblatt zur Bekanntgabe an die in Polen eingesetzten Truppen« verfaßt, in dem es hieß, in Polen gebe es »Volksgruppen mit nichtdeutscher Sprache, die aber mit den Deutschen sympathisieren.« Und weiter: »Die deutschen und

<sup>308</sup> Vgl. Klymyšyn, *V pochodi*, Bd. 1, S. 243.

<sup>309</sup> Stachiv, *Kriz' tjurmy*, S. 79. – Ganz unproblematisch ist der Bericht Stachivs jedoch auch nicht. Er berichtet weiter, Volodymyr Stachiv habe mit litauischen Diplomaten telephonierte, um sie vor der Gefahr durch das Geheime Zusatzprotokoll zu warnen und eine gemeinsame Aktion dagegen vorzuschlagen, habe aber eine Abfuhr erhalten, weil die Litauer es nicht für möglich hielten, daß die Deutschen sie verraten könnten. Nach dem Zusatzprotokoll vom 23. August gehörte jedoch Litauen noch zum deutschen Interessensbereich, erst nach der Neufestsetzung der Interessenssphären am 28. September 1939 wurde Litauen im Tausch gegen polnische Gebiete der Sowjetunion zugeschlagen. Die Schilderung Jevhen Stachivs kann daher nicht ganz richtig sein. Da allerdings Volodymyr Stachiv erst im Oktober 1939 ins GG fuhr und Jevhen Stachiv erst am 11. November nach Krakau aufbrach, können die Telephonate auch Anfang Oktober stattgefunden haben, als zudem die Überlassung Ostgaliziens an die UdSSR offensichtlich geworden war.

<sup>310</sup> Nazaruk, *Ucieczka*, S. 34.

<sup>311</sup> Tagebuch der Sofija Rusova, 27. 8. 1939, CDAHOU, nach Kentij, *Narysy*, S. 113.

<sup>312</sup> CDAHOU, nach Kentij, *Narysy*, S. 113.

<sup>313</sup> Vgl. Torzecki, *Polacy i Ukraińcy*, S. 35.

anderen Volksgruppen wollen sich von dem polnischen Joch befreien und werden den Kampf der deutschen Wehrmacht unterstützen«. Im Merkblatt wie in der zugehörigen »besonderen Anweisung« Lahousens wurde unterschieden zwischen Überläufern in polnischer Uniform, gekennzeichneten Zivilisten und »Fallschirmabspringer[n] mit grünlich-graubraunem Kombinationsanzug« von der BBH.<sup>314</sup> Am Abend des 23. August sah dann alles anders aus. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspakts und die geheimen Vereinbarungen mit der UdSSR ließen einen Einsatz ukrainischer Truppen unmöglich erscheinen. Am 25. August 1939 erging der Befehl, die BBH in einen Verteidigungsverband (für den sie überhaupt nicht ausgebildet worden war) zu verwandeln und in der Slowakei zu belassen. Am 28. August folgte die Weisung, die Ukrainer in Friedenszeiten als Arbeitsverband, im Kriegsfall überhaupt nicht einzusetzen. Am 1. September um 9.50 Uhr fragte die die BBH führende Abwehr II an, »ob die Bergbauernhilfe im Raum Ostslowakei rein defensiv eingesetzt werden können [!]. Sie sind in 2. Linie hinter SS und Volksdeutschen Trupps. Ausw. Amt ist zurückhaltend, läßt sie aber frei bei Vorliegen milit. Interesses. Tarnung: bodenständige Leute, die sich erheben«. So die Eintragung im Diensttagebuch von Helmuth Groscurth, dem Verbindungsoffizier zwischen Abwehr und OKH.<sup>315</sup>

Ein militärisches Interesse gab es aber offenbar nicht. So wurde die »Bergbauernhilfe« zunächst zu einem »Ordnungsdienst« oder gar einem »Arbeitsdienst bei der Wehrmacht« degradiert.<sup>316</sup> Die Grenzen zwischen einem Kampfverband und einer paramilitärischen, halb polizeilichen halb zivilen Einrichtung verschwammen. Die Ukrainer erhielten die Aufgabe, der Front zu folgen, in ethnisch ukrainischen Gebieten eine ukrainische Ortsverwaltung zu sichern oder einzusetzen, polizeiliche Ordnungsmaßnahmen durchzuführen und – inoffiziell – Einheimische für die »Legion« zu werben. Mel'nyk legte Suško besonders ans Herz, den Kontakt mit den Deutschen nicht abbrechen zu lassen.<sup>317</sup>

Mel'nyk berichtete später, Peter Kleist habe ihm am 3. September 1939 bedeutet, es läge im ukrainischen wie im deutschen Interesse, wenn die Ukrainer sich nicht aktiv gegen Polen engagieren würden. Besser sei es »die Kräfte für die Zukunft zu bewahren« (zberihaty syly na majbutne). Mel'nyk nahm an, Kleist habe gemeint, Polen werde auch so ganz in deutsche Hand geraten.<sup>318</sup> Das war aber eine Fehlinterpretation – Kleist, der den Stand der allgemeinen Planungen kannte, dachte wohl bereits daran,

<sup>314</sup> Major Prinz Reuß, »Merkblatt zur Bekanntgabe an die gegen Polen eingesetzten Truppen«, um 23. 8. 1939, abgedruckt in Julius Mader, Hitlers Spionagegeneräle sagen aus. Berlin DDR 1971, S. 118-121. Boljanovskij, Ukraïnski vijskovi formuvannja, S. 35, bezieht sich auf eine russische Ausgabe von Mader und verwechselt das Merkblatt mit der besonderen Anweisung Lahousens dazu, Lahousen, »Besondere Anweisung zum Merkblatt«, 23. 8. 1939, abgedruckt in Mader, Spionagegeneräle, S. 116-117.

<sup>315</sup> Förmlich Leiter der »Abteilung z. b. V.« des Generalstabs des Heeres, die als »Verbindungsgruppe« zwischen dem »Amt Auslandsnachrichten und Abwehr« im OKW und dem OKH fungierte (Helmuth Krausnick u. a., »Vorwort«, in: Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. Stuttgart 1970, S.7). Vgl. Groscurth, Tagebücher, S. 252.

<sup>316</sup> Vgl. Boljanovskij, Ukraïnski vijskovi formuvannja, S. 35; Torzecki, Polacy i Ukraïncy, S. 35.

<sup>317</sup> Nicht identifiziertes Dokument aus dem Archivalienbestand der OUN im CDAVO Kiew, Fond 3833, Op. 1, Akte 26, Bl. 3, nach Boljanovskij, Ukraïnski vijskovi formuvannja, S. 36.

<sup>318</sup> Mel'nyk an Knyš, zit. nach Hirnjak, Na stežkach, S. 284, auf der Basis von Knyš, Pered pochodom na Schid, S. 99-100. Vgl. auch Terlycja, Nacionalistyčni skorpiony, S. 19; Zamlyn'skij, Šljach, S. 69: Bei Zamlyn'skij wird das Gespräch vom 3. September mit dem vom 13. September verwechselt.

daß Deutschland das Bündnis mit der UdSSR nicht als Dauerlösung betrachtete und daß danach die Chance für die Ukrainer kommen werde. Wieder sollten sich also die Ukrainer zurückhalten und auf die nächste deutsche Aggression warten.

Rosenberg war nach seinem Tagebucheintrag vom 25. August von dem Pakt entsetzt und pessimistisch: Die Zustimmung zur Besetzung Wolhyniens und Ostgaliziens (»der poln. Ukraine«) durch die UdSSR hielt er »nach der Karpatho-Ukr.« für den zweiten »Schlag unsererseits gegen die stärkste antimoskowitzische Kraft. Das mag sich auch *jetzt* noch nicht auswirken, wohl aber in späteren Zeiten.« Der Einfachheit halber machte er für alles seinen Rivalen, den »Verbrecher« von Ribbentrop verantwortlich.<sup>319</sup>

Am 29. August, also noch vor Beginn der Kampfhandlungen, schrieb Kosarenko-Kosarevyč wieder einmal einen Brief an von Ribbentrop: Angesichts der sich abzeichnenden Liquidierung Polens schlug er vor, aus dessen ukrainischen Siedlungsgebieten einen ukrainischen Staat zu schaffen, der unabhängig, aber »in engster Freundschaft mit Großdeutschland verbunden[.]« und zudem »ein in seinem richtigen Werte kaum abzuschätzendes Instrument bei der weiteren Handhabe der gesamten Ostpolitik« sein werde. Die Westukraine der UdSSR zu überlassen hielt er für eine »Gipfelkrönung der[.] Kulturschande«. Dafür träumte er davon, daß die Sowjetukraine ihre verfassungsmäßigen Rechte auf Austritt aus der Union und Vereinigung mit dem neuen Staat wahrnehmen könnte.<sup>320</sup>

Auch das »Fußvolk« war noch optimistisch. Hajvas schildert, daß man an einen deutschen Sieg über Polen in vielleicht einem halben Jahr glaubte. Und daran,

»daß unsere Taten, unsere Anstrengungen, Erfolge, die einmütige Haltung der um die revolutionäre Führung gescharten Volksmassen die deutschen Faktoren dazu bringen würde, unsere Forderungen zu respektieren. Selbst die desillusionierende Lektion der Karpatho-Ukraine änderte an dieser Grundhaltung nichts.«<sup>321</sup>

Die Het'man-Gruppe war weniger zuversichtlich. Im April 1939 reagierte der Het'man-Sohn Danylo in einer Rede in Berlin auf das karpatho-ukrainische Fiasko mit der Forderung, sich nicht mehr auf fremde Hilfe, sondern ausschließlich auf »eigene Autoritäten und deren Stimme« zu verlassen.<sup>322</sup> Im Juli 1939 – der Krieg gegen Polen war absehbar und die britische Garantieerklärung längst erfolgt – schickte Pavlo Skoropadskyj seinen 35-jährigen Sohn und designierten Erben nach London. Dieser Schritt war nicht etwa als Gegnerschaft zu Deutschland zu interpretieren, sondern als Absicherung für einen ungewissen Kriegsausgang. Der Het'man rechnete mit der Möglichkeit, daß sich Polen mit britisch-französischer Hilfe gegen Deutschland würde behaupten können – und für diesen Fall hielt er seinen Sohn als Verbindungsperson zu den Ukrainern Polens bereit. Mit seinen Verbindungen nach Großbritannien korrespondierte dieser Schachzug sehr gut – auch wenn der Lauf der Ereignisse ihn bald obsolet machen sollte. Verwunderlich ist, daß dem Het'man der Umzug seines Sohnes

<sup>319</sup> Seraphim, Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 75-76.

<sup>320</sup> Kosarenko-Kosarevyč an Reichsaußenminister, 29. 8. 1939, PAAA, Politik Ukraine 26 Nr.1, Politische Bestrebungen der Emigranten, Bd. 3,2.

<sup>321</sup> Hajvas, Volja, S. 163.

<sup>322</sup> Myron Korolyšyn, »Za ob'jednanyj ukraïnskyj provid«, in: Vasyl' Velyha (Hg.), Ukraïnci v Berlini 1918-1945. Toronto 1996, S. 194-207, hier S. 194.

nicht schadete. Skoropadskyj behielt seine Verbindungen zur deutschen Führung und konnte nun auf deutscher Seite – wengleich erfolglos – versuchen, die Ukrainer Polens in seinem Sinne zu organisieren.<sup>323</sup>

Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen ohne Kriegserklärung. Seit dem Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion vom 23. August war klar, daß dies noch nicht der große Krieg sein würde. Mit der Annexion der Westukraine durch die UdSSR rechneten die meisten Nationalukrainer nicht, auch wenn an eine Befreiung der Sowjetukrainer nach dem Pakt erst einmal nicht zu denken war. Die an diesem Tag vom PUN über den »Nationalistischen Pressedienst« verbreitete Sprachregelung war dementsprechend vorsichtig. Man erklärte eine eigene Stellungnahme nicht für vordringlich und betonte, daß alle Befreiungsanstrengungen gegen Moskau (d. h. Rußland) gerichtet seien.<sup>324</sup>

Hirnjak schrieb später:

»Wir freuen uns mehr als man mit Worten ausdrücken kann (Radijemo nevy movno). Denn wie sollten wir uns auch nicht freuen? Wir glaubten, daß sich mit uns in dieser Minute Galizien und Wolhynien, die Väter und die Jugend, freuten. Sie sahen, wie aus der Glut der Feuer und des Donners die Freiheit des ukrainischen Volkes geboren wurde. Dieses große Bild und diese Erlebnisse konnte der polnische Okkupant weder mit Gefängnissen noch mit Galgen zerstören.«<sup>325</sup>

Auch Doncov hielt weiter an der deutschfreundlichen Haltung fest. In seinem letzten Artikel in der September-Nummer des *Vistnyk*, die Ende August erschien, schrieb (vermutlich) er unter Pseudonym, der Pakt werde sich nicht negativ auswirken, weil es Hitler dabei um die Schaffung eines neuen »Mitteleuropa« gehe, um Österreich und Tschechien, nicht aber um den Osten. Die »momentane internationale Konjunktur« solle nicht von der ukrainischen Problematik in der Sowjetunion ablenken. Und er führte eine Reihe von Beispielen an, die von der Vergänglichkeit von Verträgen zeugten, womit er sogar recht behalten sollte. Für unsere Fragestellung ist dieser Artikel von Bedeutung, belegt er doch, wie auch nach dem deutsch-sowjetischen Vertrag noch die Fortsetzung der alten Politik gerechtfertigt werden konnte.<sup>326</sup>

Ukrainische Studenten in Deutschland, die noch die polnische Staatsangehörigkeit besaßen, wurden zu Kriegsbeginn interniert, allerdings nicht für lange. UWI-Direktor Ivan Mirčuk setzte sich für sie ein, und die Berliner Internierten wurden noch am Sammelpunkt, vor dem Abtransport in das Internierungslager wieder freigelassen.<sup>327</sup> Auch Jaroslav Rudnyčkyj, der seine polnische Staatsangehörigkeit behalten hatte,

<sup>323</sup> Die sowjetische Literatur vermerkte nach angeblich 1945 in Berlin »gefundenen« Briefen des Het'mans, daß Skoropadskyj empört gewesen sei, daß die Deutschen sich im September 1939 der OUN bedienten, seine Anhänger jedoch von dem Kriegsschauplatz fernhielten. Skoropadskyjs Anhänger sollen von der »Vertrauensstelle«, die in OUN-Hand war, gebremst worden sein. Angeblich sei dieser Zustand nach den Beschwerden des Het'mans verbessert worden (Vgl. Čerednyčenko, *Nacionalizm proty nacii*, S. 76).

<sup>324</sup> Die Instruktion der »Nacionalistyčna Presova Služba« wurde nach Kentij am 1. September 1939 an die Redaktionen nationalistischer und den Nationalisten zugeneigter Blätter in der ganzen Welt versandt; vgl. Kentij, *Narysy*, S. 113-114.

<sup>325</sup> Hirnjak, *Na stežkach*, S. 273-274.

<sup>326</sup> Devius, »Na marginesy novoho paktu«, *Vistnyk* 7 (1939), S. 674-677.

<sup>327</sup> Vgl. Mychajlo Sulyma, »Ich bin ein Berliner«, in: Vasyl' Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlīni 1918-1945*. Toronto 1996, S. 9-12, hier S. 12. – Nach Stachiv wurden 25 Personen festgenommen. Vgl. Jevhen

wurde festgesetzt. Er berichtete allerdings, daß nicht Mirčuk, sondern Kuzelja sich für ihn eingesetzt und zusammen mit dem Kurator Gerullis seine Entlassung durchgesetzt habe. Als polnischer Staatsbürger erhielt Rudnyčkyj die Auflage, sich jeden Samstag auf der Polizei zu melden – dabei wurde er aufgefordert, sich wegen seiner »österreichischen« Herkunft als »Volksdeutscher« registrieren zu lassen und die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Dies lehnte er ab – während Mirčuk seit langem die deutsche Staatsangehörigkeit besaß »und [nach Rudnyčkyj] darauf stolz war«. Kuzelja war hingegen seit 20 Jahren staatenlos – und diese Lösung wählte dann auch Rudnyčkyj.<sup>328</sup>

Den schillernden Status der »ukrainischen Frage« in Deutschland illustrierte eine Arabeske der UWI-Tätigkeit. Das UWI arbeitete 1939 an einem deutsch-ukrainischen Militärwörterbuch, das vor dem 23. August im Manuskript fertiggestellt, jedoch nicht zur Druckerei gelangt war. Rudnyčkyj gelang es nach seinen eigenen Angaben unter Beihilfe der sowjetfeindlichen Verlagsleiter von Bernhard und Graefe, die erforderlichen Dokumente vor den 23. August rückzudatieren. Das 500 Seiten starke Wörterbuch, das unter den Bedingungen der deutsch-sowjetischen Waffenbrüderschaft inoppor-  
 tun sein mußte, erschien also trotzdem.<sup>329</sup>

Kentij geht davon aus, daß Hitler und die deutsche Führung mit dem sofortigen sowjetischen Eingreifen gerechnet und daher die Ukrainer in den Polenfeldzug nicht visibel eingebaut hätten.<sup>330</sup> Aber noch griffen die Sowjets nicht ein.

Die Ukrainer aus der OUN-Leitung folgten zusammen mit einem Teil der BBH den deutschen Truppen über die Grenze. Die BBH hatten am letzten Friedenstag ihre Zivilkleidung gegen grün eingefärbte tschechische Uniformen mit dem Schulterzeichen »BBH« und Mützen ohne Hoheitszeichen eingetauscht. Dann wurde das 2. Bataillon am 2. September von Medzilaborce in der Slowakei über die Grenze bei Palota in das Lemkengebiet Polens, die Gegend um Komańcza, geführt und von dort dann weiter nach Osten bis Sambir, Drohobyč und Stryj.<sup>331</sup> Das 1. Bataillon blieb zunächst in der Zips und wurde dann in die Ostslowakei nach Stropkov (nordöstlich von Prešov) gebracht. Nach Galizien kamen diese BBH-Angehörigen erst am 24. September.<sup>332</sup>

Jaroslav Baranovskýj hatte der neuen Lage entsprechend die Anweisung gegeben, auf der galizischen Seite des Karpathenkammes Stützpunkte aufzubauen und die ukrainische Bevölkerung politisch zu organisieren.<sup>333</sup> 1941 wurde über »Marschgrup-

Stachiv, »Rozpovid' z vlasnoho dosvidu«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlīni 1918-1945*. Toronto 1996, S. 36-41, hier S. 38.

<sup>328</sup> Jaroslav Rudnyčkyj, »Moï Berlīnські roky (1938-1941)«, in: Vasyľ Veryha (Hg.), *Ukraïnci v Berlīni 1918-1945*. Toronto 1996, S. 111-120, S. 117-118.

<sup>329</sup> Johann Ilnytzyk-Zankowytš [Ivan Il'nyčkyj-Zankovyč], *Deutsches und ukrainisches Militärwörterbuch*. Berlin 1939; Die Auflage betrug 550 Exemplare, ebd., S. 118.

<sup>330</sup> Vgl. Kentij, *Narysy*, S. 114.

<sup>331</sup> Nach Boljanovskýj, *Ukraïnські vīškovī formuvannja*, S. 36, unter Korrektur von Flüchtigkeitsfehlern. Sowa hielt die BBH für von polnischen V-Leuten durchsetzt, weshalb den Polen auch die jeweilige Position der Legion bekannt gewesen sei (Sowa, *Stosunki*, S. 72).

<sup>332</sup> Hirnjak schildert anschaulich die Enttäuschung über den Aufenthalt und das Eintreffen der Nachrichten über die Besetzung Ostgaliziens und Wolhyniens durch die Sowjets (Vgl. Hirnjak, *Na stežkach*, S. 277-283, 289).

<sup>333</sup> Vgl. Hajvas, *Volja*, S. 171.



pen« eine OUN-Verwaltung in das besetzte Gebiet getragen, aber auch 1939 gab es diesen Versuch schon. »Operative Gruppen« sollten

»sich unverzüglich mit dem Organisationsnetz in Verbindung setzen, bei dessen breitem Ausbau mit dem Ziel helfen, jeden besiedelten Punkt und soviel aktive Elemente wie möglich zu erfassen, bei der Schaffung eines Polizeisystems mitwirken, dessen Führer später zu bestimmen seien [...], und über die Karpathen die Verbindung des Landes und der ausländischen Zentren aufbauen und unterhalten, bis das Organisationszentrum in das Land verlegt werden würde.«<sup>334</sup>

In Komańcza, wo es bereits nach dem Ersten Weltkrieg vorübergehend eine ukrainische Verwaltung gegeben hatte, wurde auch jetzt wieder eine »Komańcza Respublika« und in Chyrów eine Selbstverwaltung errichtet.<sup>335</sup> OUN-Repräsentanten sollen sogar Ukrainer und deutsche Soldaten, die ein Judenpogrom beabsichtigten, davon im Namen des zu bildenden ukrainischen Staates abgehalten haben (»Im ukrainischen Staat müssen Gesetz und Ordnung herrschen... [...] Unseren Staat werden wir mit sauberen Händen aufbauen.«).<sup>336</sup> Was Hajvas, der darüber berichtete, nicht klarstellte, ist, wie das Verhältnis der »Marschgruppen«, zu denen er sich zählte, zur »Legion« war, die er nicht als seine Formation bezeichnete. Auch Hirnjak schrieb von unterschiedlichen Organisationen: Danach gab es neben der BBH eine separate »zivile« OUN-Organisation – die Legionäre sollen in Komańcza sogar die OUN-Gruppe davor bewahrt haben, von den Deutschen auf die Denunziation eines Polen hin erschossen zu werden.<sup>337</sup>

Wenn auch einzelne deutsche Militärteile von der selbstorganisierten ukrainischen Verwaltung überrascht waren und einige der Ukrainer als »Insurgenten« erschossen, wurde das Verhältnis bald besser. Hajvas schrieb, daß die deutsche 26. Division, die in Sanok ihr Kommando aufschlug (die BBH unterstanden formal der 57. Infanteriedivision), die Ukrainer für einen »befreundeten Faktor« hielt, dem man behilflich zu sein hatte. Es soll sogar die Zustimmung zur Aushebung eines weiteren bewaffneten Verbands gegeben haben, den die Division zu unterstützen und bis zur Herstellung einer ukrainischen Herrschaft auch mitzuunterhalten versprochen haben soll.<sup>338</sup> Aus Sanok gab es auch Berichte über eine neue ukrainische Stadtverwaltung, die die Waren aus jüdischen Geschäften an Ukrainer verteilt haben soll. Der Autor des Berichts beeilte sich aber festzustellen, daß sich die polnische Bevölkerung nicht anders verhielt.<sup>339</sup>

<sup>334</sup> Ebd., S. 161.

<sup>335</sup> Vgl. ebd., S. 174-184.

<sup>336</sup> Ebd., S. 196.

<sup>337</sup> Vgl. Hirnjak, *Na steżkach*, S. 282-283.

<sup>338</sup> Hajvas, *Volja*, S. 188-190. – Auch dies entsprach dem »Werbungsauftrag« an die BBH. Völlig abwegig ist die Behauptung Potockis, daß die BBH nicht die ihr ursprünglich zugewiesene Rolle spielen konnten, weil sie von der polnischen Abwehr (*wywiad*) rechtzeitig »lokalisiert« worden seien (Vgl. Potocki, *Polityka*, S. 225). Andrzej Szefer behauptete ohne einen Quellennachweis, die Ukrainische Legion (die er auch mit galizischen Sabotagetrupps verwechselte) habe »zahlreiche Morde an der polnischen Zivilbevölkerung und auch an den sich über die rumänische Grenze zurückziehenden Einheiten der Polnischen Armee« begangen (Szefer, »*Dywerysyjno-sabotażowa działalność*«, S. 274). Szefer folgte hier einem in der sowjetischen Literatur zitierten Bericht, den die OUN angeblich Rosenberg 1940 vorgelegt haben soll – nähere Angaben fehlen dazu (Vgl. Čerednyčenko, *Nacionalizm*, S. 75).

<sup>339</sup> Sowa, *Stosunki*, S. 80.

Über die weitergehenden Abmachungen mit den Sowjets wußte man nichts, auch wenn klar war, daß es nur gegen Polen und nicht auch gegen die UdSSR ging. Nach Hajvas wollten die Ukrainer so viel Gebiet wie möglich besetzen, »denn wo der Fuß eines deutschen Soldaten stehen wird, von dort werden wir uns nicht mehr zurückziehen«. <sup>340</sup> Man hoffte, aus Wolhynien, Galizien und Polesien einen ukrainischen Staat, »wenn auch so einen wie die Slowakei«, bilden zu können. »Das ist zwar nicht viel, aber für den Anfang auch gut«. <sup>341</sup> Die Marschgruppen hatten eigentlich den Auftrag, unabhängig von den Deutschen zu handeln, faktisch mußten sie sich jedoch mit ihnen verständigen – sie gingen offenbar davon aus, daß zwischen Deutschland und der UdSSR ein ukrainisches Gebiet entstehen würde. Selbst die Deutschen vor Ort mögen das geglaubt haben.

Tatsächlich blieb nämlich das ukrainische Thema in Deutschland im Gespräch. Die UdSSR hatte nicht in die Kampfhandlungen eingegriffen, obwohl von Ribbentrop seinem Moskauer Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg (1875–1944) am 3. September aufgetragen hatte, die Sowjets zum Handeln zu bewegen. <sup>342</sup> Am 5. September 1939 lehnten die Sowjets »Übereilung« ab, bekräftigten die Geltung der vereinbarten Interessensphären und gestanden gleichzeitig den Deutschen zu, »die Linie, an der die Interessensphären der beiden Teile sich berühren, zeitweilig zu überschreiten.« »[D]ie genaue Durchführung des angenommenen Planes« sollte dies jedoch »nicht hindern«. <sup>343</sup> Am 9. September 1939 wiederholte von Ribbentrop seine Forderung; Molotov und die Armee versprachen immerhin »eine sowjetische militärische Aktion noch in diesen Tagen«. <sup>344</sup> Einen Tag später nahm Molotov dies wieder zurück und deutete gegenüber dem deutschen Botschafter an, man wolle den Angriff auf Polen damit begründen, daß die UdSSR wegen des Auseinanderbrechens Polens »genötigt sei, den von Deutschland bedrohten Ukrainern und Weißrussen zur Hilfe zu kommen«. <sup>345</sup> Über diese Formulierung war die deutsche Seite nicht glücklich – sie reagierte jedoch nicht, und von Ribbentrop war offensichtlich froh, als die sowjetische Seite diese »unmöglich[e]« »Motivierung« »schon von selbst hat fallen lassen«. <sup>346</sup>

Daß die UdSSR den ihr im Geheimprotokoll vom 23. August zugestandenen Raum übernehmen würde, stand für die deutsche Führung nicht mit letzter Sicherheit fest. Am 5. September bot von Ribbentrop dem ungarischen Außenminister Csáky einen Teil Ostgaliziens – das Gebiet von Sambir und Turka – an, um dadurch Ungarn in den Krieg gegen Polen hineinzuziehen. Mit dem Entgegenkommen gegenüber Ungarn zu Lasten der Ukrainer (und der Sowjets) versuchte von Ribbentrop also das karpatho-ukrainische Szenario zu wiederholen. Diesmal jedoch erfolglos. Nicht einmal auf einen deutschen Truppentransport über Kaschau ließen die Ungarn sich ein, auch nicht als

<sup>340</sup> Hajvas, *Volja*, S. 200: »zajnjaty jaknajbil'she terenu, bo de stane noha nimc'koho vojaka, zvidty my vže ne vidstupymo«.

<sup>341</sup> Ebd., S. 202.

<sup>342</sup> AA (von Ribbentrop) an Botschaft Moskau (von der Schulenburg), 3. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 7, Dok. 567, S. 450–451.

<sup>343</sup> Botschaft Moskau (von der Schulenburg) an AA, 5. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 5, S. 3–4.

<sup>344</sup> AA (von Ribbentrop) an Botschaft Moskau (von der Schulenburg), 9. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 34, S. 26–27; von der Schulenburg an AA, 9. 9. 1939, ebd., Dok. 37, 39, S. 28, 29.

<sup>345</sup> Von der Schulenburg an AA, 10. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 46, S. 34–35.

<sup>346</sup> Von Ribbentrop an von der Schulenburg, 15. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 70, S. 53–54.

die von Deutschland abhängige Slowakei darum nachsuchte.<sup>347</sup> Als Ungarn auf das deutsche Angebot nicht einging und die Sowjetunion inaktiv blieb, entsann man sich wieder der Ukrainer.

Halder notierte, auf der Führerbesprechung vom 7. September 1939 sei im Rahmen der Möglichkeit eines polnischen Reststaats auch die »Selbständigkeit der Ukraine« für den Fall angesprochen worden, daß die UdSSR nicht eingreifen sollte.<sup>348</sup> Am 9. September um 16.00 Uhr vermerkte Groscurth, daß im besetzten Gebiet neben den Militärgouvernements Posen und Warschau auch ein Militärgouvernement Westukraine eingerichtet werden solle.<sup>349</sup> Halder merkte sich als Thema vor: »Selbständigkeit der West-Ukraine«.<sup>350</sup>

Am Abend des 10. September überschritten deutsche Truppen den San nördlich von Przemyśl – und damit die mit den Sowjets vereinbarte Interessengrenze. General Walter Warlimont (1894-1976) bereitete schon einen »Aufruf Westukraine« vor.<sup>351</sup> Die sowjetische Option hatte aber stets Vorrang. Groscurth notierte am selben Tag in seinem Privattagebuch als Information von der Abwehrspitze: »Westukraine ist als russische Interessensphäre anerkannt. Die Russen rücken bei etwaigem Volksaufstand ein. So geben wir zum 3. Male die Ukraine preis!!«<sup>352</sup> Um 18.10 Uhr vermerkte er in seinem Diensttagebuch: »Freigabe der [Berg-] Bauernhilfe« zu polizeilichen Zwecken!<sup>353</sup> Die Lage war jedoch verworren. Am 11. September forderte der OQuIV<sup>354</sup> telephonisch die Auslösung des Volksaufstands (»will Volksaufstand in der Ukraine!!!«). Das AA lehnte ab, »aber wieder noch nicht endgültig. Tolles Durcheinander«<sup>355</sup>, schrieb Groscurth. Er traf sich anschließend mit dem »verzweifelten Jary«. Die Abwehroffiziere seien »völlig durchgedreht«. Gerüchte über einen Beginn dieses Volksaufstands hielt Groscurth für »erstunken und erlogen«, womit er Unrecht hatte, denn tatsächlich war es an diesem Tag zu ersten Zusammenstößen gekommen. Und weiter notierte er: Die »Russen verhalten sich äußerst kühl«.<sup>356</sup>

Daß die geplante sowjetische Rationalisierung eines Eingreifens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen vor den Deutschen motiviert werden sollte, wurde durch den OQuIV bestätigt und auch Halder notierte: »Rußland will der Ukraine helfen«.<sup>357</sup> Noch geschah aber nichts. Am 12. September 1939, angesichts der fortgesetzten so-

<sup>347</sup> Vgl. Janusz Sobczak, Polska w propagandzie i polityce III Rzeszy w latach 1939-1945. Poznań 1988, S. 43-46. – Ungarn enthielt sich einer Stellungnahme, erklärte auch nicht seine Neutralität. Sobczak meinte auf der Basis eines diplomatischen Berichts vom 11. September, daß die Ungarn ihren Widerstand gegen den Truppentransport aufgeben hätten, wenn Deutschland weiter insistiert hätte.

<sup>348</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 65.

<sup>349</sup> Groscurth, Tagebücher, S. 265.

<sup>350</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 67.

<sup>351</sup> Ebd., S. 68-69.

<sup>352</sup> Groscurth, Tagebücher, S. 202-203.

<sup>353</sup> Ebd., S. 266.

<sup>354</sup> Oberquartiermeister Fremde Heere im Generalstab des Heeres; Generalmajor Kurt von Tippelskirch.

<sup>355</sup> In seinem Diensttagebuch führte Groscurth aus, daß nicht einmal ein »Rundfunkaufruf des Obersten Melnik« genehmigt worden sei (Vgl. ebd., S. 267). Halder zog den Schluß: »Molotow könne nicht halten, was er versprochen hat« (Halder, Kriegstagebuch, Bd.1, S. 72).

<sup>356</sup> Ebd., S. 203. Hervorh. im Original.

<sup>357</sup> Halder, Kriegstagebuch, Bd.1, S. 72.

wjetischen Inaktivität,<sup>358</sup> wies von Ribbentrop von Lahousen im »Führerzug in Ilkau« in die Pläne Hitlers ein. Deren dritte Variante (außer der völligen Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der UdSSR sowie der Belassung eines polnischen Reststaats [»die dem Führer sympathischste Lösung«]), bestand darin, einen Aufstand der OUN (er sprach von der »Organisation Melnyk«) auszulösen, »der sich die Vernichtung des Polentums und der Juden zum Ziele setzt«, wobei »eine politische Ausweitung dieser Bewegung in der Richtung der Sowjet-Ukraine (Groß-Ukrainische Idee) [...] unbedingt verhindert werden« müsse.<sup>359</sup> General Wilhelm Keitel (1882-1946) habe dann in von Ribbentrops Anwesenheit diesen Befehl an Canaris weitergegeben. »Galizien und die polnische Ukraine [sollten] unabhängig« werden – »(Vorausgesetzt, daß dieses außenpolitische Arrangement der Sowjetunion recht ist).«<sup>360</sup> Am übernächsten Tag teilte Molotov dem deutschen Botschafter von der Schulenburg mit, die sowjetischen Truppen hätten zwar früher als erwartet ihren Bereitschaftszustand erreicht, man wolle »für die politische Untermauerung sowjetischen Vorgehens« aber erst »dann zur Aktion schreiten«, wenn Warschau gefallen sei.<sup>361</sup>

Am Abend des 15. September 1939 übermittelte von Ribbentrop von der Schulenburg den Auftrag, Molotov vor dem Entstehen eines »politisch leer[en] Raum[es]« zu warnen, da die Deutschen östlich der Demarkationslinie »keinerlei politische oder verwaltungsmäßige Aufgaben zu übernehmen beabsichtig[t]en«. Vielmehr bestünde dann in diesen Gebieten »die Möglichkeit der Bildung neuer Staaten«. Anders als noch in einem Entwurf vom 11. September war von einem »Protektorat« der Sowjetunion über diese Staaten nicht mehr die Rede.<sup>362</sup> Tatsächlich war das aber nur die dritte, die

<sup>358</sup> Der Chef des OKH, Generaloberst Walther von Brauchitsch war der Meinung, der »Russe will wahrscheinlich nicht antreten. [Er] will versuchen, zu einer Ukraine zu kommen« (Ebd.). Von Lahousens vermerkte, von Ribbentrop und Keitel hätten übereinstimmen erklärt: »Die Russen sind scheinbar noch unentschlossen und wissen nicht recht, was sie tun sollen! [...] Jedenfalls ist ihre Haltung bis jetzt noch unklar«. (Aktenvermerk von Lahousen, 14. 9. 1939, BAMA N 104/3, in: Grosecurth, Tagebücher, S. 359).

<sup>359</sup> Aktenvermerk von Lahousen, 14. 9. 1939, BAMA N 104/3, in: ebd., S. 357. Kapustjanskij behauptete nach dem Krieg, diese Pläne seien erst nach 1945 bekannt geworden, sie seien »antihuman«, weil man Polen und Juden durch Ukrainer vernichten wollte, und wären auf den kategorischen Widerspruch des PUN getroffen. Die Ukrainer hätten eine »loyale Haltung gegenüber dem friedlichen Judentum und der polnischen Bevölkerung zu beiden Ufern des Zbruč« eingenommen. Aber man fragt sich, wie der PUN etwas widersprechen konnte, wovon er angeblich erst »nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs« erfahren haben wollte? (Vgl. Kapustjanskij, »Vijšková pidhotovka OUN«, S. 133-134). Vgl. auch Mader, Spionagegenerale, S. 122-124. Lahousen zitierte danach von Ribbentrop: »Es müsse der Aufstand oder die Aufstandsbewegung derart inszeniert werden, daß alle Gehöfte der Polen in Flammen aufgingen und alle Juden totgeschlagen würden«. Konkret habe es sich aber um »Zerstörungen von militärisch oder für die Operationen wichtigen Objekten« gehandelt.

<sup>360</sup> Bis 1989 war der Vermerk von Lahousens in dem Buch mit den Schriften Grosecurths die getreueste Überlieferung, nach der auch die sowjetische Literatur vorging (Vgl. Dmytruk, Bezbatčenyky, S. 24). Andere (Hirnjak, Na stežkach, S. 286-287; Kentij, Narysy, S. 114) bezogen sich auf Karl Heinz Abshagen, Canaris. Stuttgart 1949, S. 208-209. Abshagen gab sich in bezug auf die ukrainische Aktion der Abwehr völlig unwissend; außer diesem Dokument führte er nichts darüber an. Von der OUN, zu der er Petljura hinzurechnete und in der er »allerlei Schattierungen von gemäßigten Sozialisten bis zu ausgesprochenen Nationalbolschewisten« (Ebd., S. 215) ausgemacht haben wollte, kannte er nicht mehr als den Namen. Auch die späteren Legionen von 1941 erwähnte er nicht. Vgl. auch Ilnytzyj, Deutschland und die Ukraine 1934-1945. Bd. 1, S. 237-238.

<sup>361</sup> Von der Schulenburg an AA, 14. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 63, S. 47.

<sup>362</sup> Von Ribbentrop an von der Schulenburg, 15. 9. 1939, ADAP, Serie D, Bd. 8, Dok. 70, S. 53-54.